DİJİTAL KÜTÜPHANE KANALI

Keyifli Okumalar Dileriz

Binlerce kategoride milyonlarca PDF e-kitap, ders kitapları, dergiler ve romanlara platformumuz üzerinden ücretsiz ulaşabilirsiniz.

RESMİ WEB SİTEMİZ

https://rantey.org

Yedek ve Duyuru Kanallarımız
Sitemize erişim engeli gelmesi veya adres değişikliği durumunda aşağıdaki kanallardan güncel giriş adresine erişebilirsiniz:

• Telegram: https://t.me/birkitapbir

• WhatsApp Kanalımız : https://whatsapp.com/channel/0029VbDHv8uE50Us4IvMoc0Y

Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa

Herausgeber
Frank Wende

Kröner

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

Im politischen Geschehen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts kommt den Parteien eine besondere Rolle zu. In den von Parlamentarismus und von pluralistischem Demokratieverständnis geprägten Ländern sind sie zu den Trägern des politischen Systems geworden. Diktaturen und totalitären Regimen dienen sie zur Aufrechterhaltung bzw. Legitimierung ihrer Herrschaft. Ziel des vorliegenden Werkes ist es, mit größtmöglicher Objektivität der Entwicklung der Parteien Rechnung zu tragen und sie erstmals in ihrer historischen Dimension und Vielfalt zu erfassen.

Ca. 700 Parteien, die im Zentralparlament eines europäischen Landes vertreten waren oder sind, haben eigene Artikel. Darüber hinaus vermitteln die umfangreichen Register zu weiteren ca. 1000 Parteien sowie zu über 3000 Personen.

Das Lexikon ist nach Ländern gegliedert. Nach Einleitungsessays über den jeweiligen innenpolitischen Hintergrund folgen in alphabetischer Anordnung die nach einheitlichem Schema gegliederten Artikel über die einzelnen Parteien mit Informationen über Gründung, Programm, Organisation und Presse. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Parteigeschichte, den Abschluß bilden Literaturhinweise.

Durch eine hervorragende Gemeinschaftsleistung der internationalen Geschichts- und Politikwissenschaft wurde erstmals das Parteienwesen Europas (auch der nicht mehr bestehenden Staaten) seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts lexikographisch erfaßt. Der hohe Quellenwert der hier zusammengetragenen Dokumentation ist besonders hervorzuheben.

Der Herausgeber, Dr. Frank Wende, ist Fachreferent für Geschichte und Politik an der Deutschen Bibliothek in Frankfurt.

Umschlagbild:
Europa auf dem Stier
Metope aus Selinunt, 6. Jh. v. Chr.

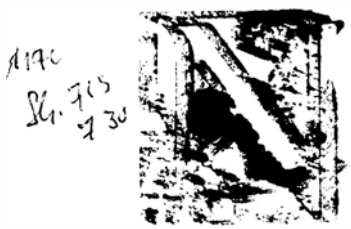
Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

LEXIKON ZUR GESCHICHTE DER PARTEIEN IN EUROPA

Unter Mitarbeit zahlreicher Fachgelehrter

herausgegeben von

FRANK WENDE



ALFRED KRÖNER VERLAG STUTTGART

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa/
unter Mitarb. zahlr. Fachgelehrter hrsg. von
Frank Wende. – Stuttgart: Kröner 1981

ISBN 3-520-81001-8

© 1981 by Alfred Kröner Verlag in Stuttgart
Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten.
Druck: Süddeutsche Verlagsanstalt und Druckerei GmbH, Ludwigsburg
Binderei: Lüderitz & Bauer, Berlin
Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort VII

Albanien 1
Belgien 9
Bulgarien 29
Dänemark 45
Deutschland 67
Estland 137
Finnland 147
Frankreich 173
Griechenland 201
Großbritannien 235
Irland und Ulster 257
Island 279
Italien 293
Jugoslawien 319
  Jugoslawische Völker vor 1918
    Bosnien-Herzegowina 319
    Dalmatien 322
    Slowenen 324
    Serben in der Wojwodina 327
  Jugoslawien ab 1918 329
Kroatien-Slawonien 355
Lettland 369
Litauen 377
Luxemburg 387
Malta 395
Montenegro 401
Niederlande 403
Norwegen 427
Österreich 441
Polen 471
Portugal 495
Rumänien 517
Rußland 549
Schweden 579
Schweiz 599
Serbien 627
Spanien 639
Tschechoslowakei 671
Türkei 715
Ungarn 731
Zypern 775

Parteienbündnisse im Europäischen Parlament 779
Die Mitarbeiter 783
Parteienregister 791
Personenregister 875

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

VORWORT

Wirft man einen Blick auf die Geschichte der Parteienforschung, so fällt auf, daß es sich hierbei lange Zeit um eine Domäne der Sozialwissenschaften gehandelt hat. Am Anfang standen die klassischen Werke der Parteiensoziologie von Ostrogorski, M. Weber, Michels. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die politischen Parteien zunehmend Gegenstand der neu etablierten Politikwissenschaft. Entsprechend deren theoretisch-systematischen Ansatz zielte das Interesse dabei vornehmlich auf die Weiterentwicklung der Parteientypologie und die Konstituierung einer vergleichenden Parteienlehre (S. Neumann, Kirchheimer, Sartori u. a.) oder konzentrierte sich auf die Frage nach Entstehung und Typologisierung der Parteiensysteme (Duverger, Lipson u. a.). Verfolgt man diese Entwicklung, so scheint hier manchmal der zweite Schritt vor dem ersten getan worden zu sein. Denn Untersuchungen über einzelne Parteien und ihre Geschichte, die als empirische Grundlage für jede Theoriebildung hätten herangezogen werden können (und müssen), blieben lange Zeit vernachlässigt. Hier läßt sich ein klares Versäumnis der Geschichtswissenschaft konstatieren, die sich nur zögernd dieser Thematik annahm. L. Bergsträssers Werk über die Geschichte der politischen Parteien in Deutschland blieb lange Zeit eine Ausnahme. Anregungen, die Parteiengeschichte für die historische Forschung zu reklamieren, wie sie etwa von H. Mommsen 1961 im »Fischer Lexikon Geschichte« ausgingen, erfuhren wenig Resonanz. Erst die Öffnung der Geschichtswissenschaft im Hinblick auf sozialwissenschaftliche Methoden und Fragestellungen führte zu einem Umschwung in dieser Richtung und zu einer wachsenden Zahl von Untersuchungen zur Geschichte einzelner Parteien.

Diesem zunehmenden historischen Interesse an den Parteien will das vorliegende Werk Rechnung tragen. Dementsprechend stehen nicht sozialwissenschaftliche Fragestellungen im Vordergrund. Es geht nicht darum, der einzelnen Partei in einem seitens der Parteitypologie und -theorie erarbeiteten Raster ihren Platz zuzuweisen. Ziel der einzelnen Artikel ist es vielmehr, mittels durchaus traditioneller »individualisierender« Betrachtungsweise jede Partei als singuläres Phänomen darzustellen, wobei der historischen Dimension das Hauptinteresse zukommt. Daß dabei die Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Untersuchungen als unverzichtbarer Teil moderner Historiographie Berücksichtigung fanden, versteht sich andererseits von selbst. – In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß das Lexikon bestrebt ist, die Summe der bisherigen Forschungsergebnisse in komprimierter Form bequem und zuverlässig zugänglich zu machen. Das erwähnte Defizit an wissenschaftlicher Literatur über die Parteiengeschichte zwang die Autoren allerdings oft zu eigenen Forschungen und Archivstudien. Dies sei hier mit besonderem Dank vermerkt.

Die Geschichte der modernen politischen Parteien ist untrennbar verknüpft mit der Entwicklung des Parlamentarismus. Jede Partei bedarf einer wie auch immer gearteten Volksvertretung, die ihr als Forum politischer Wirksamkeit dient. Dies läßt sich am deutlichsten bei den Parteien verfolgen, die sich zwar außerhalb der Parlamente bildeten – also primär den Arbeiterparteien –, deren Anfänge aber durch ihren Kampf um Zugang zur parlamentarischen Bühne geprägt waren. Hierbei stellten Fragen der Verfassung und Verfassungswirklichkeit, soweit sie den parlamentarischen Sektor betreffen, insbesondere die Entwicklung des Wahlrechts, wesentliche Faktoren für die Geschichte der Parteien dar.

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

Sie in aller Kürze darzustellen ist Aufgabe der einführenden Artikel zu den einzelnen Länderbeiträgen. Ferner geben jene einen Überblick über die Entwicklung des Parteien- und Regierungssystems des jeweiligen Landes und tragen somit zur Entlastung der Parteienartikel bei, von denen im Bedarfsfall auf die Einleitung verwiesen wird.

Der *Umfang der Länderbeiträge* orientiert sich an der Größe des Landes bzw. seiner Einwohnerzahl, gleichermaßen jedoch auch an dem Forschungsstand zu den einzelnen Ländern und der Komplexität des jeweiligen Parteiensystems. Dort, wo dies möglich war, sollte ein bestehendes Forschungsdefizit, das sich im Nichtvorhandensein weiterführender Literatur dokumentiert, durch eine ausführlichere Darstellung ausgeglichen werden; ebenso bedingte ein besonders vielfältig strukturiertes Parteiensystem größeren Umfang. Als Beispiele dafür seien die Beiträge über Jugoslawien und Griechenland genannt, die umfangreicher sind, als etwa der Beitrag über England, ein Land das zwar eine bedeutendere aber wesentlich überschaubarere und seitens der Forschung gut erschlossene Parteiengeschichte aufweist. Eine durch die erwartete Interessenlage der Benutzer begründete Ausnahme von dieser Regelung bildet Deutschland, dem ein überdurchschnittlicher Umfang zugebilligt wurde.

Die *Auswahl der Parteien,* die mit einem eigenen Artikel in das Lexikon aufgenommen wurden, orientiert sich an zwei Kriterien: 1. In Anlehnung an eine Definition von Sartori wurde als Partei jede Gruppierung bezeichnet, die sich bei freien oder unfreien Wahlen präsentiert, sei es, um auf diesem Wege zu politischem Einfluß und zu Macht innerhalb einer Volksvertretung zu gelangen, sei es, um ein wie auch immer zustandegekommenes Wahlresultat als Legitimation für den bereits vorhandenen Machtbesitz zu benutzen. Voraussetzung ist dabei ferner das zumindest ansatzweise Vorhandensein von einer Organisation und einem Programm. Für die Entwicklung der Parteien im 19. Jahrhundert, besonders die sogenannten Honoratiorenparteien und die mehr auf dem Gefolgschaftsprinzip beruhenden Parteien einiger Balkanländer treffen die letzteren Merkmale allerdings nur bedingt zu. Als zusätzliche Kriterien wurden daher das Selbstverständnis der betreffenden Gruppierung als Partei, die Firmierung als solche und schließlich auch die Charakterisierung in der Literatur hinzugezogen und im Zweifelsfall für die Aufnahme entschieden. Nicht berücksichtigt wurden jedoch reine Nationalitätenvertretungen ohne jede organisatorische Bindung, wie etwa die Fraktionsgemeinschaften auf nationaler Grundlage im österreichischen Reichsrat. 2. Entscheidend für einen eigenen Artikel im Lexikon war ferner die Frage, ob eine Partei im Zentralparlament des betreffenden Landes vertreten war oder nicht. Dadurch werden zwar Länder, in denen keine Sperrklausel existiert, bevorzugt, aber eine generelle Aufnahmesperre, wonach etwa nur Parteien aufgenommen werden, die eine bestimmte Prozentzahl von Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten, hätte ein größeres Moment der Willkür bedeutet. Denn die Repräsentanz im Zentralparlament verschafft einer Partei in der Regel ein gewisses Maß an Publizität und erhöht damit auch das historische Interesse an ihr, außerdem können auch kleinere Parteien aufgrund ihrer Rolle im Parlament zu einer ihre Wählerzahl weit übersteigenden Bedeutung gelangen, ein bekanntes Phänomen. – In einigen Ausnahmefällen wurde von der vorgenannten Regel abgewichen. So erhielten auch manche nicht im Zentralparlament vertretene Parteien kurze eigene Artikel, wenn das parlamentarische Leben erst (wieder) im Entstehen begriffen ist (z. B. Portugal), oder wenn Minderheitenparteien aufgrund ihrer naturgemäß geringen Anhängerschaft zwar in keinem Parlament vertreten waren oder sind, ihre Existenz aber für das betreffende Land von Bedeutung ist. – Diese Regelung gilt nur für die Zuteilung eines eigenen Artikels; häufig werden Parteien, die

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

nur auf regionaler oder kommunaler Ebene auftraten, jedoch in dem Artikel einer anderen Partei erwähnt und beschrieben. Zugang zu diesen Parteien und damit zusätzliche Informationen bieten die Register.

Die *Einordnung der Parteien* richtet sich grundsätzlich nach dem Prinzip der territorialen Zugehörigkeit zu einem Land. Das bedeutet, daß bei jedem Staat die Parteien verzeichnet sind, die auf seinem heutigen Territorium bestehen oder bestanden haben, auch wenn letzteres sich bereits vor der Staatsgründung ereignet hat, die betreffende Partei also politischer Bestandteil eines anderen Staates war. So sind beispielsweise die Parteien, die in den einzelnen Ländern der Habsburger Monarchie bestanden haben, in dem jeweiligen Nachfolgestaat nachzuschlagen, die polnischen Parteien aus der Zeit der Aufteilung Polens bei Polen, die isländischen Parteien aus der Zeit von Islands Zugehörigkeit zu Dänemark bei Island etc. Hat jedoch auf dem Territorium eines modernen Staates früher ein souveräner historischer Staat bestanden, so erhält dieser einen eigenen Länderbeitrag (Kroatien, Serbien, Baltische Staaten). – Bei Deutschland und Irland, den beiden geteilten Nationen, wurde aus pragmatischen Erwägungen heraus die Teilung nicht berücksichtigt; besonders im Falle Irland hätte dies die Darstellung erheblich kompliziert und unübersichtlich werden lassen.

Die *alphabetische Ordnung* folgt hier der in allen wissenschaftlichen Bibliotheken üblichen Regelung, wonach alle Buchstabenfolgen, die vorn und hinten durch ein Spatium begrenzt sind, je ein Ordnungswort bilden. Dies bedeutet für den vorliegenden Fall, daß das zumeist der Parteibezeichnung vorangehende Adjektiv das Ordnungswort bildet. Alle Parteien mit dem gleichen Ordnungswort sind also zusammengefaßt. Lautet das Ordnungswort z. B. »Liberale ...«, so findet der Benutzer alle Parteien, die diese Bezeichnung in ihrem Namen führen, nacheinander, von »Liberale Arbeiterpartei« bis »Liberale Zentrumspartei«. Erst dann folgen die Zusammensetzungen mit »Liberaler ...«, also etwa »Liberaler Bund«. Sind vor- und nachgestelltes Wort jedoch nicht durch Spatium getrennt, sondern durch Bindestrich verbunden, werden sie als ein Begriff behandelt. – »Christlich-Soziale Union« steht also nach »Christliche Volkspartei«. – Herausgeber und Verlag haben sich für diese Ordnung entschieden, da sie den Vorteil größerer Übersichtlichkeit hat und ein rascheres Nachschlagen ermöglicht, wenngleich sie in gängigen Nachschlagewerken wie Brockhaus oder Meyer bislang leider noch keine Anwendung findet. – Die Schreibung russischer und bulgarischer Personennamen oder Bezeichnungen folgt der wissenschaftlichen Transkription, ohne auf Ausnahmen zu verzichten (z. B. Bolschewiki, Menschewiki).

Bei Parteien, die im Laufe ihrer Geschichte ihren Namen geändert haben, wurde – von wenigen Ausnahmen abgesehen – die letzte Bezeichnung als Hauptstichwort gewählt. Die früheren Bezeichnungen sind als Verweisstichwörter registriert. Um die Zahl der Verweisstichwörter nicht zu groß werden zu lassen, erhalten Parteien ohne eigenen Artikel (Abspaltungen etc.) kein Verweisstichwort, sie können über die Register mühelos aufgefunden werden und sind im Text durch Kapitälchen hervorgehoben.

Der *Aufbau der Artikel* ist nach einem einheitlichen Schema konzipiert: Der deutschen Parteibezeichnung folgen in Klammern die offizielle Abkürzung und der Originalname. Daran schließen sich eine Kurzcharakteristik der Partei sowie die Abschnitte Gründung, Programm, Organisation und Presse, gefolgt von dem umfangreichsten Teil über die Geschichte der Partei. Den Abschluß bilden Hinweise auf die wichtigste bzw. neuere Literatur in Kurzform. Abweichungen von dem beschriebenen Schema erfolgen dann, wenn Eigenheiten der Partei ein Festhalten daran als unzweckmäßig oder unmöglich erscheinen

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

ließen. Bei kurzen und daher mühelos überschaubaren Artikeln wurde auf eine Gliederung verzichtet.

Verfügt eine Partei über eine *originale Abkürzung,* so wurde im eigenen Artikeltext in der Regel nur diese verwendet. Das gleiche gilt für Parteien, die in einem fremden Artikel erwähnt werden: bei der ersten Erwähnung erscheinen sie in voller deutscher und originaler Namensform sowie mit Abkürzung, im folgenden wird nur noch letztere verwendet. Es wurden keine Abkürzungen eigens für dieses Buch konstruiert. Auf deutsche Abkürzungen für die Parteinamen wurde grundsätzlich verzichtet, da deren Verwendung häufig unterschiedlich und willkürlich erfolgt. Der der Abkürzung beigegebene deutsche Artikel orientiert sich stets an dem Geschlecht der deutschen Übersetzung (also *die* PCI, nicht entsprechend der italienischen maskulinen Form, *der* PCI). Dem Kenner der jeweiligen Sprache mag dies befremdlich erscheinen, dem deutschen Sprachgebrauch entspricht es jedoch eher.

Verweispfeile innerhalb der Artikel wurden nur dann eingesetzt, wenn der Artikel, auf den verwiesen wird, zusätzliche Informationen zu dem vorliegenden Text enthält.

Da die in der Literatur vorkommenden *deutschen Übersetzungen* der Originalnamen variieren, kann ein und dieselbe Partei als »Bauernpartei«, als »Landwirtepartei« oder aber als »Partei der Bauern« bzw. »Partei der Landwirte« tituliert werden. Ähnlich verhält es sich mit der Verwendung synonymer Begriffe wie »fortschrittlich« und »progressiv« oder »freisinnig« und »liberal«. Die Autoren der Länderbeiträge haben versucht, bei der von ihnen gewählten Übersetzung philologischer Korrektheit Rechnung zu tragen, ohne eingebürgerte und gängige Bezeichnungen zu ignorieren. Eindeutige Festlegungen sind jedoch unmöglich, Diskrepanzen daher unvermeidbar. Der Benutzer sollte daher, falls er eine Partei nicht sofort findet, im Register der Originalbezeichnungen oder ggf. der Abkürzungen nachschlagen. Dort findet er den Hinweis auf die verwendete deutsche Form. Auf die ausführlichen vier Register 1. Deutsche Bezeichnung, 2. Originalbezeichnung, 3. Originalabkürzung und 4. Personen sei mit Nachdruck hingewiesen. Sie stellen eine wichtige zusätzliche Informationsquelle und Orientierungshilfe dar.

Sicherlich wird mancher Benutzer Tabellen mit vollständigen Wahlresultaten vermissen. Von deren Erstellung mußte leider abgesehen werden. Bei der Mehrzahl der Länder sind Wahlergebnisse und -statistiken nur unter großen Schwierigkeiten zu beschaffen oder aber weisen häufig gravierende Unterschiede auf. Klarheit in diesen bedauerlichen Wirrwarr zu bringen und wissenschaftlich nachgeprüfte und nachprüfbare Tabellen vorzulegen, hätte einen nicht mehr vertretbaren Aufwand an Zeit und Kosten verursacht, das Lexikon wesentlich verteuert sowie sein Erscheinen erheblich verzögert. Der Herausgeber hofft jedoch, in einem Nachfolgeband diese Lücke schließen zu können. Wahlergebnisse wurden in dem vorliegenden Band daher nur innerhalb der Artikel mitgeteilt und nur dort, wo sie weitgehend gesichert und für die Veranschaulichung des jeweiligen Parteigeschehens relevant sind.

Dankenswerterweise haben sich die meisten Autoren an die bei einem Sammelwerk zwingend notwendigen Vorgaben über eine einheitliche Textgestaltung und einen begrenzten Umfang gehalten, so daß Eingriffe seitens des Herausgebers selten notwendig waren. Wo diese jedoch unumgänglich erschienen, erfolgten sie in der Regel im Einvernehmen mit dem Autor. In einigen Fällen war jedoch eine solche Abstimmung aus Zeitgründen nicht mehr möglich. Sollte es in diesen Einzelfällen aufgrund der Bearbeitung zu Unrichtigkeiten oder unzulässigen Verkürzungen gekommen sein, so geht dies ausschließlich zu Lasten des Herausgebers.

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

Wie bei einem derartigen Sammelwerk nicht anders zu erwarten, konnten nicht alle Beiträge zum gleichen Termin fertiggestellt werden. In der Regel gibt das Lexikon den Stand vom 1. 1. 1980 wieder. In einigen Fällen konnten noch Aktualisierungen vorgenommen werden, in anderen war dies aus persönlichen oder technischen Gründen nicht mehr möglich.

Der abschließende Dank ist mehr als nur eine Formsache. Er gilt zunächst den Autoren. Daß sie sich – zumeist spontan – zur Verfügung stellten, häufig ungeachtet anderer dringender wissenschaftlicher Verpflichtungen, empfand ich als willkommene Bestätigung für die Notwendigkeit des vorliegenden Werkes. Dank schulde ich ihnen ferner für die Bereitschaft zur Diskussion und die daraus resultierenden vielfältigen Anregungen und Verbesserungen – nicht zuletzt aber auch für die große Gelassenheit und das Verständnis, die sie gegenüber dem von Terminnöten und anderen Zwängen geplagten und darob häufig ungeduldig drängenden Herausgeber aufbrachten. Ein besonderer Dank gilt Herrn Professor Klaus Hildebrand, Münster, für seine Hilfe und Ermutigung in der schwierigen Startphase. – So wie dieses Buch ohne die Autoren nicht entstanden wäre, so auch nicht ohne die Unterstützung und das Interesse des Verlegers, Herrn Arno Klemm. Seine Erfahrung und sein Rat sind dem Werk in großem Maße zugute gekommen, und so mag am Ende der Dank an ihn für die ausgezeichnete Zusammenarbeit stehen.

Verbesserungs- oder Ergänzungswünsche, die einer Neuauflage zugute kommen würden, nehmen Verlag und Herausgeber jederzeit dankbar entgegen.

Bad Soden, August 1981 Frank Wende

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

ALBANIEN

von

PETER BARTL, CHRISTINE B. KOERNER

Seit Ende des 14. Jahrhunderts teilweise, seit 1479 endgültig von den Osmanen erobert, begann sich in Albanien erst in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Nationalbewegung zu rühren (Liga von Prizren 1878–1881). Am 28. 11. 1912, als das albanische Siedlungsgebiet unter den Mitgliedern des Balkanbundes (Serbien, Montenegro, Bulgarien, Griechenland) aufgeteilt zu werden drohte, proklamierte *Ismail Kemal Bey Vlora* die Unabhängigkeit Albaniens vom Osmanischen Reich und bildete eine Provisorische Regierung, der nicht nur die internationale Anerkennung versagt blieb, sondern deren Kompetenz auch in Albanien selbst umstritten war. Die Großmächte einigten sich Ende Juli 1913 darauf, daß Albanien ein autonomes Fürstentum unter der erblichen Herrschaft eines Fürsten werden sollte, dessen Auswahl sie sich vorbehielten. Die Zivil- und Finanzverwaltung sollte zehn Jahre lang von einer Internationalen Kontrollkommission überwacht werden. Fürst von Albanien wurde *Wilhelm Prinz zu Wied,* ein Vetter des deutschen Kaisers und Neffe der rumänischen Königin *Elisabeth.* Er traf am 7. 3. 1914 in Albanien ein und versuchte vergeblich, der Anarchie im Lande Herr zu werden. Am 3. 9. 1914 verließ *Wied* Albanien, ohne formell abzudanken. Während des 1. Weltkrieges wurde das Land unter Mißachtung seiner Neutralität von italienischen, griechischen, österreichisch-ungarischen und französischen Truppen besetzt. Nach Kriegsende drohte Albanien erneut unter den Balkanstaaten (Serbien, Griechenland) aufgeteilt oder italienisches Protektorat zu werden. Gegen diese Bestrebungen wandte sich ein vom 28.–31. 1. 1920 in Lushnja tagender albanischer Nationalkongreß, der einen vierköpfigen Regentschaftsrat (Këshilli i Lartë) als Exekutive und einen 37köpfigen Nationalrat (Këshilli Kombëtar) als Legislative ernannte. Die neue Regierung erreichte am 17. 12. 1920 die Aufnahme Albaniens in den Völkerbund. Am 5. 4. 1921 fanden in Albanien die ersten Wahlen statt. Gewählt wurde ein neuer Nationalrat, der am 21. 4., auf 93 Mitglieder erweitert, erstmals zusammentrat. Albanien hatte damit seine erste frei gewählte Volksvertretung. Am 8. 12. 1922 beschloß dieser Nationalrat eine vorläufige Verfassung des albanischen Staates, genannt »Erweitertes Statut von Lushnja« (Statuti i zgjeruar i Lushnjës). Das Statut umfaßte 129 Paragraphen und sah den Fortbestand der formal noch existierenden monarchischen Staatsform vor. Die Wahlen zur Legislative (Nationalrat) sollten indirekt, durch Wahlmänner, erfolgen. Wählen konnte jeder männliche albanische Staatsbürger über 18 Jahre; wählbar war jeder albanische Staatsbürger ab 25 Jahren, wenn er die albanische Sprache in Wort und Schrift beherrschte. Im August 1923 schlug die Regierung *Ahmed Zogu* dem Nationalrat Wahlen für eine Konstituierende Nationalversammlung (Asambleja Kushtetuese) vor, die am 27. 12. stattfanden und dem Regierungsblock nur 40 von 95 Sitzen brachten. 35 Sitze fielen den oppositionellen »Demokraten« und 10 den »Unabhängigen« zu, die allerdings dem Regierungsblock nahestanden. Die politische Szene Albaniens begann zunehmend sich zu radikalisieren, als am 23. 2. 1924 im Parlament ein Attentat auf *Zogu* unternommen wurde, den man nicht

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

ganz zu Unrecht diktatorischer Ambitionen bezichtigte. *Zogu* trat am 25. 2. zurück, konnte aber zuvor den Regentschaftsrat dafür gewinnen, *Shefqet Bey Vërlaci,* den reichsten Grundbesitzer Albaniens, mit dessen Tochter er verlobt war, mit der Bildung der neuen Regierung zu beauftragen. Am 20. 4. 1924 wurde auf den Parlamentsabgeordneten und freigesprochenen Mörder von *Esad Pascha Toptani, Avni Rustemi,* den Führer der Organisation »Bashkimi« (Union), die vor allem unter der progressiven Jugend ihre Anhänger hatte, ein Attentat verübt, dem dieser am 22. 4. erlag. Allgemein wurde angenommen, daß *Zogu* hinter dem Attentat stand. Die Opposition verließ das Parlament und versammelte sich in Valona, um die Vorgerichtstellung *Zogus* zu verlangen, der es jedoch vorzog, auf jugoslawischem Staatsgebiet Zuflucht zu suchen. In Tirana fand unterdessen das statt, was man in der albanischen Historiographie als die »Demokratische Revolution« bezeichnet. Am 16. 6. 1924 bildete der Führer der »Demokraten«, *Stylian Fan Noli,* eine neue Regierung, die eine Bodenreform und die Aufhebung der ausländischen Wirtschaftskonzessionen ankündigte sowie am 28. 6. diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufnahm. *Zogu* hatte unterdessen im jugoslawischen Exil albanische Freischärler und weißrussische Söldner angeworben, mit denen er am 13. 11. 1924 die Grenze überschritt und am 24. 12. in Tirana einmarschierte, ohne nennenswerten Widerstand zu finden. Am 15. 1. 1925 bildete *Zogu* ein neues Kabinett, und am 19. 1. trat die Nationalversammlung wieder zusammen, um jetzt über die Frage der Staatsform zu befinden. Am 22. 1. 1925 wurde Albanien zur Republik erklärt, und am 31. 1. *Zogu* zu deren Präsidenten gewählt. Durch die am 7. 3. 1925 verabschiedete Verfassung erhielt er praktisch unbeschränkte Vollmachten: er war nicht nur oberster Repräsentant des Staates, sondern auch Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Wirtschaftlich und bald auch politisch begann Albanien, sich eng an Italien anzulehnen; Ausdruck dieser Anlehnung waren die beiden »Tirana-Pakte« vom 27. 11. 1926 und 22. 11. 1927. Mit italienischer Rückendeckung ließ sich *Zogu* am 1. 9. 1928 von der Nationalversammlung als *Zogu I.* zum »König der Albaner« (Mbret të Shqiptarvet) proklamieren. Albanien wurde eine Konstitutionelle Monarchie. Dem Parlament (so genannt ab 1. 12. 1928) kam zwar die Legislative zu, Gesetze galten aber nur, wenn sie der König gegenzeichnete. Die Regierung wurde vom König ernannt, der auch das Recht hatte, das Parlament aufzulösen. *Zogu* versuchte in den folgenden Jahren vergeblich, Albanien aus der sich immer stärker bemerkbar machenden italienischen Umklammerung zu befreien. Am 7. 4. 1939 landeten italienische Truppen in Durazzo und besetzten ganz Albanien, am 12. 4. bot eine neu einberufene albanische Nationalversammlung König *Viktor Emanuel III.* von Italien die albanische Krone an, und am 15. 4. wurde die Personalunion zwischen Italien und Albanien verkündet. Nach der neuen Verfassung vom 3. 6. 1939 sollte die Krone des Königreiches Albanien im Hause Savoyen erblich sein. Der König wurde in Albanien durch einen »Luogotenente«, einen Statthalter (*Francesco Jacomoni di San Savino*) vertreten. Nach der Kapitulation Jugoslawiens (17. 4. 1941) und der Griechenlands (21. 4. 1941) schufen die Italiener durch den Anschluß von Kosovo und der Çamëria ein »Großalbanien«, das nach dem Ausscheiden Italiens aus dem Krieg (8. 9. 1943) von deutschen Truppen besetzt wurde. Unter deutscher Ägide wurde am 16. 10. 1943 eine neue Nationalversammlung einberufen, die am 19. 10. einen Regentschaftsrat einsetzte. Am 5. 11. bildete *Rexhep Mitrovica* eine Regierung, die bis kurz vor dem deutschen Rückzug aus Albanien im Amt blieb. Ende Oktober 1944 begann die von den Kommunisten geleitete »Nationale Befreiungsfront« (→ PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS), sich im ganzen Lande durchzusetzen; am 17. 11. 1944 wurde Tirana von der »Nationalen Befreiungsarmee«

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

besetzt, am 29. 11. folgte Skutarie als letzte albanische Stadt. Obwohl die Kämpfe mit nationalen Widerstandsgruppen (vor allem mit der 1942 gegründeten »Balli Kombëtar« = »Nationale Front«) im Norden noch bis in die 50er Jahre andauerten, wurde nach den Wahlen vom 2. 12. 1945 am 11. 1. 1946 die Volksrepublik Albanien ausgerufen und die Alleinherrschaft der KOMMUNISTISCHEN PARTEI begründet. Parteien haben in der albanischen Geschichte keine bedeutende Rolle gespielt. Vor der Machtergreifung der Kommunisten können einzig die »Demokraten« Fan Nolis (→DEMOKRATISCHE PARTEI) mit einigen Abstrichen als politische Partei angesehen werden. Alles andere, was sich in Albanien ab und zu als Partei bezeichnete (»Volkspartei«, »Liberale Partei«, »Radikale Partei« usw.) hatte weder ein Programm noch ein Statut oder feste Mitglieder; es waren vielmehr politische Gruppierungen, die sich um eine oder mehrere Persönlichkeiten scharten.

In der 2. Hälfte des 19. Jh. gab es in Albanien eine österreichische, italienische, serbische, montenegrinische und griechische »Partei«, deren Stärke von der Höhe der von diesen Staaten gewährten Subventionen abhing. Später spielten die albanischen Klubs im benachbarten Ausland (vor allem »Dituria« – das Wissen – in Bukarest und »Dëshira« – das Verlangen – in Sofia) eine gewisse Rolle. Sie setzten sich zwar überwiegend für die kulturellen Belange ihrer Landsleute ein, verfügten aber über eigene Statuten und Publikationsorgane. Ihr Wirken für die albanische Nationalbewegung darf nicht unterschätzt werden. Eine bedeutende Rolle spielte nach 1908 die Partei der »Jungtürken«, deren Gründung auf albanische Initiative zurückging, die sich aber letzten Endes mit ihren zentralistischen Tendenzen gegen die albanischen Autonomiebestrebungen einsetzte. Nach dem 1. Weltkrieg übte in Albanien auch die 1909 in den USA gegründete »pan-albanische« Vereinigung »Vatra« (Herd), deren Gründungsmitglied *Fan Noli* war, starken Einfluß aus. Während der italienischen Besatzungszeit bestand eine »Albanische Faschistische Partei« (Partia Fashiste Shqiptare). Im November 1942 entstand als Widerstandsbewegung aller nationalen Kräfte die Organisation »Balli Kombëtar« (Volksfront), die anfänglich sogar mit den kommunistischen Partisanen zusammenarbeitete. Am 20. 11. 1943 gründete *Abaz Kupi* die Partei »Legaliteti« (Legalität), die eine Reetablierung der Herrschaft *Zogus* anstrebte.

J. Swire, Albania – The Rise of a Kingdom. London 1929; Historia e Shqipërisë. II. Tirana 1965; Stefanaq Pollo und Arben Puto, Histoire de l'Albanie des origines à nos jours. Roanne 1974; H. Kaleshi, Dr. Ibrahim Temo – der Gründer des jungtürkischen Komitees Einheit und Fortschritt. Ein Beitrag zur Erhellung der Rolle der Albaner in der jungtürkischen Bewegung. In: Südost-Forschungen 35 (1976), 110–149.

Demokratische Partei (Partia Demokratike). Bürgerlich-liberale Partei, die sich als erste albanische Partei für eine Zerschlagung der alten Feudalstrukturen und die Errichtung einer bürgerlichen Demokratie einsetzte.

Gründung durch Bischof *Stylian Fan Noli, Luigj Gurakuqi*, u. a.

Programm: Das am 16. 6. 1924 verkündete Programm, das Anlaß zur Spaltung der »Demokratischen Regierung« (16. 6. 1924–23. 12. 1924) in sog. »Radikale« und »Gemäßigte« gab, umfaßte 20 Punkte, von denen die wichtigsten die Durchführung einer Agrarreform, der Ausgleich des Staatshaushaltes, die Förderung der Bildung und Stärkung der Demokratie sowie die Sicherung der Unabhängigkeit und Souveränität des Landes und – erstmals – auch die Emanzipation der Frau waren.

Geschichte: Der Übergang von vorparlamentarischen demokratischen Verbänden zu einer festen Parteiorganisation ist fließend. Es wird zwar teilweise schon vor 1924 von einer DEMOKRATISCHEN PARTEI gesprochen, dabei ist jedoch nicht erkennbar, ob es sich nicht nur um eine Fraktion innerhalb des Nationalrates und der Gesetzgebenden Versammlung handelte. Die Geschichte der DEMOKRATISCHEN PARTEI ist vor allem die Geschichte der »Demokratischen Revolution«. Die im Nationalrat in Opposition stehenden »Demokraten« bildeten im Juni 1924 nach einem siegrei-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

chen Umsturz, an dem ca. 12 000 Aufständische, darunter 2000 Armeeangehörige wie auch Studenten beteiligt waren, die »Demokratische Regierung« unter Führung des Parteivorsitzenden *Noli*. Vor allem die im Partei- und Regierungsprogramm angekündigte Agrarreform gab Anlaß zur Spaltung der Partei in einen »radikalen« (mit *Noli, Gurakuqi, Bajram Curri, Stavro Vinjau* u. a.) und einen »gemäßigten« Flügel (darunter der frühere Ministerpräsident *Sulejman Delvina,* sowie *Rexhep Shala* und *Kazëm Qafëzezi)*. Als Folge dieser Uneinigkeit kam die bereits teilweise in Angriff genommene Aufteilung des Großgrundbesitzes bald zum Stillstand, weshalb die hauptsächlich in der außerparlamentarischen Vereinigung »Bashkimi« (Einheit) zusammengeschlossenen radikaldemokratischen Kräfte die stagnierende Verwirklichung des Regierungsprogrammes voranzutreiben suchten. Als die Führer der Demokratischen Partei und Regierung *Noli* und *Gurakuqi* im September 1924 zum Völkerbund nach Genf reisten, um dort die territorialen Interessen ihres Landes zu vertreten, gewann der konservative Regierungsflügel die Oberhand, alle sozialen Reformen wurden auf Eis gelegt. Die diplomatische Anerkennung der Sowjetunion durch die »Demokratische Regierung« machte darüber hinaus in den Nachbarländern Albaniens böses Blut und trug nicht zuletzt zum Scheitern der Regierung bei. Am 24. 9. 1924 begannen jugoslawische Truppen mit der Besetzung einiger nordalbanischer Gebiete; der Einmarsch einer aus Jugoslawen, Weißgardisten und konservativen Albanern gebildeten Truppe mit *Ahmed Zogu* an der Spitze in Tirana am 24. 12. 1924 bedeutete das endgültige Scheitern der »Demokratischen Revolution«, deren Führer ins Ausland flohen (*Nolis* Sekretär *Sejfulla Maleshova,* der später in der Anfangszeit der Kommunistischen Partei Albaniens noch eine Rolle spielen sollte, *Llazar Fundo* und *Tajar Zavalani* gingen nach Moskau, andere nach Paris und Wien, wo sie mit der »Confédération Balkanique«, de facto eine Komintern-Organisation, zusammenarbeiteten). In Wien gründete *Noli* am 25. 3. 1925 das »National-Revolutionäre Komitee« (KONARE, »Komiteti Nacional-Revolucionare«), das 1928 reorganisiert und in »Nationales Befreiungskomitee« (KÇN, Komiteti i Çlirimit Nacional) umbenannt wurde.

Mentar Belegu, La révolution de Juin 1924, un événement marqué pour l'Albanie et les Balkans, Tirana 1966; Vehbi Bala, Jeta e Fan S. Nolit (Portret-monografi), Tirana 1972; Revolucioni i Qershorit 1924 në kujtimet e bashkëkohësve (hg. Akademia e Shkencave e RPSh, Instituti i Historisë), Tirana 1974.

Kommunistische Partei Albaniens (PKSh, Partia Komuniste e Shqipërisë) → Partei der Arbeit Albaniens

Partei der Arbeit Albaniens (PPSh, Partia e Punës së Shqipërisë), früher Kommunistische Partei Albaniens (PKSh, Partia Komuniste e Shqipërisë). Einzige Partei der Volksrepublik Albanien mit eigenständigem Kurs innerhalb des sozialistischen Lagers.

Gründung: 8. 11. 1941 mit Hilfe der jugoslawischen Kommunisten, die vor allem während der Zeit des Nationalen Befreiungskampfes die albanischen Kommunisten in allen Gremien des internationalen Kommunismus vertraten, durch *Enver Hoxha, Qemal Stafa, Vasil Shanto, Pilo Peristeri* und – auf Geheiß *Titos – Dušan Mugosa* (insges. 15 Gründungsmitglieder) im Rahmen der illegalen Beratung der Kommunistischen Gruppen vom 8.–14. 11. 1941 in Tirana.

Programm: Die auf dieser Beratungsversammlung verabschiedete Resolution war Programm der Partei während des Nationalen Befreiungskampfes. Als Generallinie wurden folgende Punkte festgelegt: Entfaltung einer ständigen kämpferischen Propaganda und Agitation unter allen Volksschichten; möglichst energische Durchführung politischer Kampfhandlungen; Verbindung der Aufklärungs- und politischen Arbeit mit der Organisation der Massen durch die Partei. Als vordringliches strategisches Ziel der Partei in der damaligen Etappe galt der Kampf für die »nationale Unabhängigkeit des albanischen Volkes und für eine demokratische Volksregierung in einem Albanien ohne Faschismus«, wofür die Schaffung einer nationalen Befreiungsfront unter Einschluß auch der »patriotischen nichtwerktätigen Schicht« unabdingbar schien. Zur Organisierung des bewaffneten Kampfes wurde die »Nationale Befreiungsarmee« (Ushtria Nacional-Çlirimtare) gegründet, zur Schaffung der Einheit des Volkes auf nationaler Ebene berief das ZK der PKSh am 16. 9. 1942 die »Albanische Nationale Befreiungskonferenz« in Peza ein, die die von der Partei für den Nationalen Befreiungskampf ausgearbeiteten Richtlinien billigte. Im programmatischen Leitartikel der ersten Nummer der Parteizeitung ›Zëri i Populli‹ (Die Volksstimme) vom 25. 8. 1942 findet sich kein Wort von Marxismus oder gar Weltrevolution. In erster Linie wird der Gedanke der nationalen Selbständigkeit propagiert und zur Schaffung der nationalen Einheit aufgerufen. Bereits in ihrer Anfangszeit setzte sich die Partei für die Emanzipation der Frau und eine politische Aufwertung der Jugend ein. Die Konferenz von Berat verabschiedete am 22. 10. 1944 als – liberales – Grundsatzprogramm der künftigen albanischen Innenpolitik die »Bürgerrechtserklärung« (Deklarata mbi të drejtat e qytetarëve) mit den Hauptpunkten: Gleichheit vor dem Gesetz, Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit, Religions- und Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung von Männern und Frauen, auch bezüglich des aktiven und passiven Wahlrechts, Verbot aller profaschistischen Kräfte. Die am 7. 3. 1946 vom Parlament gebilligte Verfassung übernahm wesentliche Punkte dieses Programms wie Schutz des Privateigentums, der Privatinitiative und des Erbrechts (wobei jedes Eigentum im Interesse der Allgemeinheit verstaatlicht werden konnte) und

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://farkey.org

garantierte Rede- sowie Presse- und Religionsfreiheit.

Das 5. ZK-Plenum im Februar 1946 legte als allgemeine Richtlinien des sozialistischen Aufbaus fest: vollständige Verstaatlichung der Industrie, des Binnen- und Außenhandels; Errichtung von Produktions- und Konsumgenossenschaften; strenge staatliche Kontrolle des Privatsektors und systematische Einengung der kapitalistischen Elemente; gründliche und restlose Durchführung der Bodenreform und Kollektivierung der Landwirtschaft; Schulreform und vor allem Beseitigung des Analphabetentums; Schutz der Freiheit und Unabhängigkeit des Landes; Kampf gegen den Imperialismus u. a. mehr.

Organisation: Nachdem das Parteileben 7 Jahre lang durch Beschlüsse, Rundschreiben und Direktiven geregelt war, wurde auf dem I. Parteitag vom 8.–22. 11. 1948 ein Parteistatut angenommen, das die führende Rolle der Partei sowohl im Staat als auch im gesamten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes unterstrich und die organisatorische und ideologische Einheit der Partei sicherte. Erstmals wurden hier die Pflichten der Parteimitglieder formuliert und die Bedingungen für die Aufnahme in die Partei festgelegt, wobei Arbeiter und arme Bauern bevorzugt werden sollten (die Arbeiter stellen jedoch nur etwa 1/3 der Gesamtmitglieder; 1976, zur Zeit des VII. Parteitages, waren es 37 %). Alle Parteiorganisationen lösen die lokalen Probleme autonom, jedoch unter der Bedingung, daß ihre Beschlüsse und Wahlen nicht im Gegensatz zu den Beschlüssen und zur Li ie der Gesamtpartei stehen.

Höchstes Führungsorgan der Basisorganisationen ist die »Generalversammlung« (mbledhja e përgjithshme); die Konferenz ist leitendes Organ der Stadt- und Kreisorganisationen, der Kongreß Lenkungsorgan der Gesamtpartei. Auf diesen Veranstaltungen wird jeweils ein Exekutivorgan gewählt, das die tägliche Arbeit der betreffenden Organisation leitet. Listenwahl ist generell verboten, vorgeschrieben sind geheime und einzelne Wahlen für jeden Kandidaten. Alle Parteimitglieder haben das Recht, die Rücknahme vorgeschlagener Kandidaturen zu verlangen.

Höchstes Parteiorgan ist der Parteikongreß, der mindestens alle 4 Jahre einberufen werden muß (die Bestimmungen über eine Teilnahme und die Art der Wahl der Delegierten zum Parteikongreß werden vom ZK festgelegt). Das ZK-Plenum versammelt sich mindestens einmal alle 4 Monate. Es wählt das Politbüro zur Lenkung der Arbeit des ZK und das Sekretariat zur Leitung der täglichen Parteiarbeit. Zwischen den Kongressen leitet das ZK die gesamten Aktivitäten der Partei, vertritt diese gegenüber anderen Parteien, Organisationen, Institutionen, organisiert und leitet die verschiedenen Parteiorganisationen und wichtigen gesellschaftlichen Unternehmen, ernennt und leitet direkt die Redaktionen der zentralen Parteiorgane, verteilt die Parteifinanzen und leitet die Zentralkasse. Zur Stärkung der Leitung der politischen Arbeit kann das ZK politische Sektionen bilden und Organisatoren in verschiedene Sektoren des Sozialistischen Aufbaus schicken; die politischen Sektionen arbeiten auf der Grundlage spezieller, vom ZK gebilligter Anweisungen. Die weiteren Ebenen der Parteiorganisationen sind (von oben nach unten) Kreis – Stadt – Gemeinde (in Tirana = Stadtviertel), Basisorganisationen (in Fabriken, Betrieben etc).

Unter direkter Leitung und Kontrolle der PPSh steht der 1949 gebildete »Verband der Arbeiterjugend Albaniens« (BRPSh; Bashkimi i Rinisë së Punës të Shqipërisë); für die Parteiorganisationen innerhalb der Streitkräfte werden eigene, vom ZK gebilligte Richtlinien erlassen.

Presse: Das Zentralorgan der Partei ›Zëri i Popullit‹ wurde erstmals während des Nationalen Befreiungskampfes 1942–1944 von *Enver Hoxha* herausgegeben, dann wieder seit 1948. Es hat 1980 eine Auflage von ca. 90 000 Exemplaren. Auch der Jugend- und Frauenverband hatten (und haben) eigene Presseorgane (›Kushtrimi i Lirisë‹ (Der Schlachtruf der Freiheit) 1942–1944 bzw. ›Zëri i rinisë‹ (Die Stimme der Jugend) und ›Gruaja Shqiptare‹ (Die Albanische Frau) 1943. Theoretische Monatsschrift der Partei ist ›Rruga e partisë‹ (Der Weg der Partei).

Geschichte: Die Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens kann in drei Hauptperioden eingeteilt werden: Entstehung der organisierten kommunistischen Bewegung bis zur Gründung der Kommunistischen Partei Albaniens; Organisierung und Leitung des Nationalen Befreiungskampfes; Führung des gesamten Lebens der Volksrepublik Albanien zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. 1929 wurde als erste – und bedeutendste – kommunistische Gruppe in Albanien die in der Stadt Korça gegründete sog. Korçagruppe (G. K. K., Grupi Komunist i Korçës) gegründet, 1932 folgten kommunistische Zellen in Tirana, Vlora, Kruja und Elbasan, 1933 (?)–1935 in Shkodra, Fier, Gjirokastra und Berat. 1936 bildeten Intellektuelle und Schüler die Kommunistische Shkodragruppe (G. K. Sh., Grupi Komunist i Shkodrës), deren Leiter *Zef Mala* und *Niko Xoxi* die sozioökonomischen und revolutionären Umwälzungen passiv erwarteten, da ihrer Meinung nach die Führung des Landes erst bei Vorhandensein eines genügend starken Industrieproletariats in die Hände der Kommunisten übergehen dürfe. Inzwischen hatte man in Tirana auch eine Kommunistische Offiziersgruppe (Grupi Komunist i Oficerëve) ins Leben gerufen. Die Kommunisten innerhalb Albaniens, insbesondere der Korçagruppe versuchten, rege Aktivität gemäß den Komintern-Direktiven – vor allem nach der 1937 ausgegebenen Volksfrontparole – zu entfalten, hatten damit aber nur geringen Erfolg. Insgesamt gesehen leisteten die Gruppen keine effektive Arbeit, da sie unter sich uneins und ohne klare programmatische Ziele, vor allem auf nationaler Ebene, waren. Um eine Änderung der Situation

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://kantey.org

auch in dieser Richtung herbeizuführen, wurde am 8. 11. 1941 die KOMMUNISTISCHE PARTEI ALBANIENS gegründet. Aufgabe eines provisorischen Zentralkomitees war es, die Führung aller kommunistischen Gruppen in einer Hand zusammenzufassen. Alle Kommunisten waren von nun an verpflichtet, ausschließlich gemäß den von dem ZK auf der Basis des »demokratischen Zentralismus« festgelegten Normen zu handeln. An die Stelle der alten, aus 2 – 3 Personen bestehenden Zellen traten neue Zellen, die nach einer Säuberung von »Sektierern, Opportunisten und Fraktionisten« die Mitglieder der zerstreuten kommunistischen Gruppen aufnahmen. Parallel dazu wurden die Bezirkskomitees der Partei mit festen Verbindungen zu den Zellen gebildet. Am 23. 11. 1941 wurde eine kommunistische Jugendorganisation unter Führung des ZK-Mitgliedes *Qemal Stafa* gegründet. Ende 1941/ Anfang 1942 entstanden in fast allen Städten Guerillaeinheiten aus Kommunisten und Parteisympathisanten. Im Februar 1942 gab das ZK die Direktive zur Bildung Nationaler Befreiungsräte aus. Auf der am 16. 9. 1942 in Peza stattfindenden »Nationalen Befreiungskonferenz« wurde die Grundlage für die Nationale Befreiungsfront gelegt und die führende Rolle der PKSh im Befreiungskampf bestätigt. Auf ihrem I. Kongreß vom 17.–22. 3. 1943 in Labinot beschloß die PKSh die Gründung einer »Nationalen Befreiungsarmee«. ZK und Politbüro der Partei wurden gewählt und *Enver Hoxha* zum Generalsekretär ernannt.

Die II. Nationale Befreiungskonferenz vom 4.–9. 9. 1943 gab die Parole aus, die »Nationalen Befreiungsräte« als die einzige Volksmacht in Albanien anzuerkennen. Gleichzeitig wurde die endgültige Abkehr der 1942 geschaffenen »Nationalen Befreiungsfront« (Fronti Nacional-Çlirimtare) von den konservativen Kräften, den Großgrundbesitzern und den nordalbanischen Stammesführern vollzogen. Am 24. 5. 1944, als die kommunistischen Partisanen bereits den größten Teil des Landes kontrollierten, wurde auf dem »I. Antifaschistischen Nationalen Befreiungskongreß« (Kongresi i Antifashist Nacional-Çlirimtar) in Përmet, an dem Angehörige des Stabes der Befreiungsarmee, der »Nationalen Befreiungsräte« und Delegierte der befreiten Gebiete teilnahmen, der aus 121 Personen bestehende »Antifaschistische Nationale Befreiungsrat« (Këshilli Antifashist Nacional-Çlirimtar) gewählt. Dieser seinerseits wählte ein 13-köpfiges »Antifaschistisches Nationales Befreiungskomitee« (Komiteti Antifashist Nacional-Çlirimtar), das am 22. 10. 1944 auf der Konfrenz von Berat in »Demokratische Regierung Albaniens« (Qeveria Demokratike e Shqipërisë) umbenannt wurde, die am 28. 11. 1944 in Tirana einzog. Ihre Leitung übernahm *Enver Hoxha*, bereits Präsident des Komitees.

Anfang 1945 fanden die von den Westmächten als Vorbedingung für eine Anerkennung genannten Wahlen statt. Auf Anregung *Seifulla Maleshovas*, der sogar dem katholischen Klerus eine »Wahlkoalition« vorgeschlagen hatte, waren auch einige Vertreter der Reaktion auf die Liste der »Demokratischen Front« gesetzt worden. Die Wahlbeteiligung betrug zwischen 90 und 92 %, wovon wiederum die Kandidaten der »Demokratischen Front«, der Nachfolgeorganisation der »Nationalen Befreiungsfront«, über 90 % erhielten. Da die Opposition nach ihrem gescheiterten Versuch, mit eigenen Listen als Block aufzutreten, keine Kandidaten benannt hatte, fielen alle 82 Sitze der Konstituierenden Versammlung den Repräsentanten der »Front« zu. Am 10. 1. 1946 wurde das neue Parlament, die sog. »Volksversammlung« (Asambleja Popullore), als oberstes Organ der Volksgewalt eröffnet, das einen Tag später einstimmig die Ausrufung Albaniens zur Volksrepublik beschloß und am 14. 3. desselben Jahres eine Verfassung billigte, die wesentliche Punkte des Programmes der Konferenz von Berat wie Schutz des Privateigentums, der Privatinitiative und des Erbrechts übernahm. Die Beratung des Politbüros im Dezember 1945 verurteilte *Seifulla Maleshova* als Träger »opportunistischer Erscheinungen«, das 5. ZK-Plenum im Februar 1946 schloß ihn aus Politbüro und ZK aus. Im Laufe der 1946 stattfindenden Revision, die besondere Bedeutung für das innerparteiliche Leben hatte, wurden 10 % aller Mitglieder und Kandidaten aus der Partei ausgeschlossen. Nach der Revision stieg die Mitgliederzahl innerhalb eines Jahres rasch auf das 3 1/2-fache. Bereits zu dieser Zeit kämpften innerhalb der PKSh das von *Hoxha* (ab 1954 Erster Sekretär) und *Mehmet Shehu* (ab 1954 Vors. des Ministerrates) geführte, auf Unabhängigkeit bedachte Lager und die jugoslawienfreundliche Gruppe um den seit dem Kongreß von Berat zunehmend mächtigeren stellvertretenden Ministerpräsidenten und organisatorischen Parteisekretär *Koçi Xoxe* um die Vorrangstellung. Das 8. ZK-Plenum im Februar 1948 bezeichnete den Höhepunkt dieser innerparteilichen Kämpfe. *Enver Hoxha* wurde von *Koçi Xoxe* und *Pandi Kristo* schwer angegriffen, der der Spionage beschuldigte *Nako Spiru* zum Volks- und Parteifeind erklärt und *Mehmet Shehu*, dem man die Teilnahme am Plenum untersagt hatte, wegen »feindlicher antijugoslawischer Tätigkeit« aus dem ZK ausgeschlossen. Die projugoslawischen Kräfte konnten jedoch auf dem 11. ZK-Plenum im September 1948 entmachtet werden, und alle von *Koçi Xoxe* veranlaßten ZK-Säuberungen wurden rückgängig gemacht. *Nako Spiru*, der aufgrund der Anschuldigungen Selbstmord begangen hatte, wurde als Parteifunktionär rehabilitiert, gegen *Koçi Xoxe*, *Pandi Kristo* und einige andere projugoslawische Parteimitglieder wurden Strafmaßnahmen eingeleitet. Es wurde beschlossen, all jene, die das 8. Plenum in leitende Partei- oder Staatsämter erhoben hatte, wieder auf ihre ursprünglichen Posten zu versetzen und umgekehrt allen zu Unrecht Verurteilten ihre früheren Positionen zurückzugeben. Spätestens auf

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://farley.org

dem I. Parteikongreß der PKSh vom 8.–22.11. 1948, auf dem *Koçi Xoxe* und seine Anhänger aus der Partei ausgeschlossen und diese zum Zeichen der Veränderung in PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS (PPSh) umbenannt wurde, hatte sich *Enver Hoxhas* Stellung wieder gefestigt. Der Parteitag wählte ein neues, aus 21 Mitgliedern und 10 Kandidaten bestehendes Zentralkomitee. In das Politbüro wurden *Enver Hoxha, Mehmet Shehu, Hysni Kapo, Beqir Balluku, Gogo Nushi, Spiro Koleka* u. a. gewählt. *Enver Hoxha* wurde zum Generalsekretär der Partei wiedergewählt.

Mit der Hinrichtung *Koçi Xoxes* am 10.6. 1949 und der Kündigung des albanisch-jugoslawischen Beistandspaktes durch Jugoslawien erreichte der Gegensatz zwischen den Parteien beider Länder seinen Höhepunkt. Diesen Schritt sowie die Kündigung aller mit Jugoslawien geschlossenen Verträge am 1.7. 1948 konnte die PPSh nach der Verurteilung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens am 17.6. 1948 durch das Kominform wagen.

Im Juli beschloß die Volksversammlung, einige Verfassungsänderungen vorzunehmen und der Verfassung einen weiteren Artikel, der die führende Rolle der Partei im gesamten Leben des Landes anerkannte, hinzuzufügen. Am 12.11. 1950 brach Belgrad seine Beziehungen zu Tirana auch de jure ab. Die PPSh verlor zunehmend an Selbständigkeit und geriet immer mehr unter den Einfluß der UdSSR, mit der 1953 reguläre diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Doch seit dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 begann Tirana sich von Moskau zu distanzieren, was zu einer neuen Polarisierung innerhalb der PPSh führte, die auf dem Parteitreffen in Tirana 1956 *Liri Gega* und *Dali Ndreu* ausschloß. Obwohl noch am 28.4. 1958 die Sowjetisch-Albanische Freundschaftsgesellschaft gegründet wurde, entfernte sich die PPSh ab Mitte des Jahres immer deutlicher von der Linie der KPdSU. Am 4.5. bezog ›Zëri i Popullit‹ Stellung gegen den »Revisionismus«, am 25.9. trat sie für die chinesischen Volkskommunen ein und wandte sich damit indirekt gegen den sowjetischen Hegemonieanspruch. Der ZK-Beschluß »Über die revolutionären patriotischen Traditionen unseres Volkes und die Maßnahmen zu ihrer Propagierung und Weiterentwicklung« vom September 1959 bereitete die Loslösung von der großen Bruderpartei vor. Auf dem Bukarester Treffen der osteuropäischen kommunistischen Parteien im Juni 1960 weigerte sich der albanische Vertreter, sich der Verurteilung der KP Chinas durch *Chruščev* anzuschließen. Die schwere Auseinandersetzung zwischen *Enver Hoxha* und *Chruščev* auf dem Parteitreffen in Moskau im November 1960 bedeutete quasi den Bruch mit der Sowjetunion. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 25.11. 1962 und dem Ausschluß aus dem Comecon am 20.12. 1962 näherte sich Albanien immer mehr der VR China an, mit der es seit November 1949 diplomatische Beziehungen unterhielt. Seit 1963 kämpfte die PPSh verstärkt gegen »Revisionismus« und »modernen Revisionismus« (vor allem Jugoslawiens und der UdSSR). In zeitlicher Anlehnung an die KP Chinas, jedoch nach eigenem Muster und eigenen Bedürfnissen entsprechend, führte die PPSh seit etwa 1966 eine »Kulturrevolution« durch, deren Ziele vor allem waren, breitesten Bevölkerungsschichten Bildungsmöglichkeiten in bisher nicht gekanntem Ausmaß zu bieten, um die Stadt-Land-Gegensätze zu mindern, qualifizierte Kader zur Lösung vor allem der ökonomischen Probleme aus eigener Kraft aufzustellen, aber auch »Emanzipation der Frau« und politische Aufwertung der Jugend. Sie brachte darüber hinaus das Verbot von Religionsgemeinschaften und Gottesdiensten. Parallel dazu gab es innerhalb der Partei seit etwa 1965 Auseinandersetzungen über Notwendigkeit und Wege einer gewissen Systemliberalisierung, in deren Verlauf einzelne Ministerien mehrmals reorganisiert, die Landwirtschaft (angeblich!) voll kollektiviert und eine Wirtschaftsreform mit dezentralistischen Zügen durchgeführt wurden. Der Einmarsch der Warschauer-Paktstaaten in die ČSSR bewirkte in den Jahren 1969–1973 sogar eine außen- und innenpolitische Liberalisierung, was zu ständigen Kämpfen der rivalisierenden Fraktionen führte. Die gegenwärtige albanische Führungsspitze konnte sich mit ihrem harten Kurs jedoch gegen die bis 1974 einflußreiche liberalistische Fraktion durchsetzen, was einen Wechsel in Partei- und Staatsführung (ca. 15 000 Beamte wurden aus dem Verwaltungsdienst entlassen, zahlreiche ältere Beamte auf unbedeutende Posten versetzt und maßgebliche Funktionäre ihres Amtes enthoben) und die Ausschaltung der wichtigsten Oppositionsgruppen in den Jahren 1973 bis 1975 zur Folge hatte. Als Reaktion auf die chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen distanzierte sich Tirana von seinem bedeutendsten Bündnispartner, – eine Tendenz, die sich mit der Aufnahme der chinesisch-amerikanischen Kontakte 1971/1972 noch verstärkte. Dafür bemüht sich die Parteiführung seit 1975 um die Schaffung einer eigenen Front marxistisch-leninistischer Gruppen und Splitterparteien und versucht, sich zu deren Führer aufzuschwingen. Vor allem die Verhaftung der »Vierbande« in China, deren Linie von einem maßgeblichen Teil der albanischen Parteispitze befürwortet worden war, sowie der neue außenpolitische Kurs der KP Chinas nach Maos Tod waren schließlich Anlaß zum Abbruch der Beziehungen im Juni 1978.

Dokumenta kryesore të PPSh. Bd. 1–5. Tirana ²1970–1974
Gesch. der Partei der Arbeit Albaniens (hg.: Inst. für Marxist.-Leninist. Studien beim ZK der PAA), Tirana 1971; H.-D. Topp, Alban. Perspektiven in: Wissenschaftl. Dienst Südosteuropa 25 (1976).

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

BELGIEN

von

FRANK WENDE

Wichtigstes Wesensmerkmal der belgischen Unabhängigkeitsbewegung, die zu der Revolution von 1830 und der Loslösung von den Niederlanden führte, war der sogenannte »Unionismus«, das in der Geschichte erstmalige Bündnis zwischen Katholiken und Liberalen gegen die von beiden Gruppen als repressiv empfundene Herrschaft König *Wilhelms I.* der Niederlande (1828). Dieser Zusammenschluß stellte auch die Grundlage dar für die gemeinsam erarbeitete Verfassung, die am 7. 2. 1831 vom belgischen Nationalkongreß verkündet wurde. Sie bestimmte den neugeschaffenen Staat – ohne ihn direkt so zu nennen – de facto zu einer parlamentarischen Monarchie. Als Reaktion auf die als Emanation des monarchischen Prinzips verstandenen Mißstände legte die neue Verfassung die Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Parlament fest und verlagerte damit das Schwergewicht der politischen Machtverteilung von der Krone auf die Nationalvertretung. Dieser wurde ein Zweikammersystem zugrunde gelegt, das bis heute nahezu unverändert geblieben ist. Dabei haben die beiden Häuser des Parlaments – Repräsentantenkammer und Senat – gleiche Rechte, Unterschiede bestehen jedoch in der Art ihres Zustandekommens. Die Repräsentantenkammer, als direkte Volksvertretung, erneuert ihre Mitglieder (z. Zt. 212) alle 4 Jahre durch Direktwahl, wobei das passive Wahlrecht sich vom aktiven lediglich durch das höhere Mindestalter unterscheidet. Das passive Wahlrecht für die Senatsmitglieder war dagegen bis zum 1. Weltkrieg an einen außerordentlich hohen Zensus geknüpft, der den Senat de facto zu einer reinen Adelsvertretung werden ließ. Die Verfassungsänderung von 1921 schaffte den generellen Zensus ab, setzte an seine Stelle jedoch eine Reihe von Restriktionen, die den Senat zur Repräsentation einer Eliteschicht macht, deren Mitglieder durch öffentliche Ämter oder Besitz qualifiziert sind. 106 der z. Zt. 182 Mitglieder werden dabei alle 4 Jahre direkt gewählt, 50 indirekt durch die Provinzialparlamente, der Rest wird von diesen Senatsmitgliedern kooptiert.

Die starke Position des Parlaments im Staatsgefüge brachte einen entsprechenden Machtzuwachs für die politischen Bewegungen als Träger dieses Parlaments. Die Herausbildung von eigentlichen politischen Parteien als deren organisierte Form ließ jedoch noch auf sich warten. Sie erfolgte erst allmählich als Resultat des zunehmenden politischen Gegensatzes zwischen Katholiken und Liberalen, in dessen Verlauf der Unionismus zerfiel. Dieser Gegensatz entzündete sich primär an dem in der Verfassung verankerten Freiheitsbegriff, insbesondere an dem die Unterrichtsfreiheit garantierenden Art. 17. Während die Katholiken darunter die Freiheit von staatlicher Einflußnahme verstanden und daraus das Recht auf kirchliche Schulen außerhalb staatlicher Kontrolle ableiteten, vertraten die Liberalen das Recht auf Meinungsfreiheit und damit auch die Forderung nach einem in jeder Richtung hin

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

doktrinfreien Unterricht. Die Spannungen verschärften sich, als im Gefolge der Encyclica »Mirari vos« Papst *Gregors XVI.* von 1832 unter den Katholiken römisch-orthodoxe Kräfte an Einfluß gewannen, während gleichzeitig die Haltung der Liberalen durch den laizistischen Geist des in ihren Reihen stark vertretenen Freimaurertums geprägt wurde. Die vor allem in der Schulpolitik sich manifestierende Antithese »Klerikalismus versus Antiklerikalismus« steht somit am Anfang des politischen Parteienwesens in Belgien. Katholiken wie Liberale organisierten sich in dem Bedürfnis, weltanschaulichem Bekenntnis zu stärkerer politischer Wirksamkeit zu verhelfen, zunehmend straffer, so daß sich während der folgenden Jahrzehnte ein stabiles Zweiparteiensystem herausbildete. Grundlage dafür bildete ein Zensuswahlrecht, das die übergroße Masse der Bevölkerung von den Wahlen ausschloß (wahlberechtigt ca. 2% der Bevölkerung). Eine grundlegende Veränderung erfuhr dieses Parteiengefüge, als im Zuge der industriellen Revolution die Arbeiterschaft sich den Zugang zu politischer Macht erzwang. Die Einführung des allgemeinen Stimmrechts mit Mehrfachstimmen im Jahre 1893 erhöhte die Zahl der Wahlberechtigten um das Zehnfache. Damit war der Weg frei für die Sozialisten (→ BELGISCHE ARBEITERPARTEI), die, gestützt auf das wallonische Industrieproletariat, mit einem Schlag zur zweitstärksten Partei wurden. Den Katholiken erschloß die Wahlrechtsänderung mit der flämischen Landbevölkerung ebenfalls ein neues Wählerreservoir, so daß sie ihre führende Stellung konsolidieren konnten. Für die Liberalen dagegen, deren radikale Wähler teilweise zu den Sozialisten überwechselten, führte die Umstrukturierung der Wählerschaft bei Beibehaltung des seit 1831 bestehenden Mehrheitswahlsystems zu einer schweren Krise. Im Verein mit Teilen der Katholiken, die von einem Zerfall des Liberalismus die Dominanz der Sozialisten befürchteten, gelang es ihnen jedoch, 1899 die Einführung des von dem Genter Mathematiker *d'Hondt* vorgeschlagenen Verhältniswahlsystems durchzusetzen. Die daraus resultierende »Rettung der Liberalen« (Duverger) beendete definitiv das Zweiparteiensystem in Belgien und führte zur Etablierung der sogenannten drei »traditionellen« Parteien. Nach dem 1. Weltkrieg setzte sich diese Tendenz auch nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts fort; an die Stelle der für die Vorkriegszeit typischen parteihomogenen Kabinettsregierungen traten jetzt parteiheterogene Koalitionsregierungen. Etwa gleichzeitig bewirkte die Veränderung des politischen Konfliktpotentials Veränderungen in der Parteienstruktur. Der alte Gegensatz zwischen klerikalen Katholiken und antiklerikalen Liberalen hatte Ausgang des 19. Jh. viel von seiner Brisanz verloren und war von tiefgreifenden Differenzen auf sozialökonomischem Gebiet einerseits, von dem mehr und mehr innenpolitische Sprengkraft entwickelnden Konflikt zwischen Flamen und Wallonen andererseits überlagert worden. Innerhalb der Parteien erfolgte eine Reaktion zunächst jedoch nur auf dem sozialen Sektor. Es kam zur Bildung einer bis heute bestehenden parteiinternen Polarisierung. Sowohl bei Katholiken wie Liberalen bildete sich ein progressiver Flügel, der seiner ideologischen Ausrichtung nach stärker zu einem Bündnis mit den Sozialisten neigte, während sich die Mehrheit der katholischen Partei mit den doktrinären Liberalen in einem konservativen Lager zusammenfand. Diese Resonanz auf die sozialen Veränderungen innerhalb der Parteien ermöglichte es den Wählern in der Regel, »ihrer« Partei treu zu bleiben, so daß politischer Extremismus – in diesem Fall vertreten durch die KOMMUNISTISCHE PARTEI – kaum Fuß fassen konnte. Einen überraschenden Anfangserfolg konnte zwar die faschistisch orientierte REX-BEWEGUNG verbuchen, doch entsprang dieser mehr vorübergehender Mißstimmung der Wähler mit Negativerscheinungen bei den traditionellen Parteien als genereller Kritik an der parlamentarischen Demokratie und blieb eine vorüber-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

gehende Erscheinung. Weniger flexibel war die Reaktion der Parteien auf den Nationalitätenkonflikt. Als die bis dahin vorwiegend auf dem kulturellen Sektor tätige flämische Bewegung nach dem 1. Weltkrieg auf die innenpolitische Szene drängte, ignorierten die drei etablierten Parteien zunächst diesen neuen politischen Faktor. Die KATHOLISCHE PARTEI, in deren Reihen die Flamen besonders stark vertreten waren, reagierte als erste – aber auch dies erst im Jahre 1937 –, indem sie durch organisatorische Umgestaltung den flämischen Forderungen auf stärkere Repräsentanz nachkam. Folge dieser verspäteten Reaktion, der sich Liberale und Sozialisten in der Zwischenkriegszeit überhaupt verschlossen, war die ständige Zunahme der politisch organisierten flämischen Nationalisten, deren FLÄMISCHER NATIONALER VERBAND bei Kriegsausbruch zur viertstärksten Partei geworden war.

Nach dem 2. Weltkrieg wirkte die Nationalitätenfrage dann als eine Art Katalysator, der das belgische Parteienbild tiefgreifend veränderte. Etwa seit 1950 hat Flandern ein stetiges wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen, während es in Wallonien aufgrund veralteter Strukturen und Absatzkrisen im Kohlenbergbau zur Stagnation kam. Wallonien sah sich somit nicht nur zunehmend sozialen Problemen ausgesetzt, sondern auch aus seiner traditionellen Führungsposition gegenüber Flandern verdrängt.

Dazu trat das Problem der Hauptstadt Brüssel, die, auf flämischem Territorium gelegen, eine zu mehr als 80 % französischsprechende Bevölkerung aufweist und deren kulturpolitischer Status ein weiteres innenpolitisches Spannungsmoment bildet. Diese den nationalen Zusammenhalt Belgiens ernsthaft gefährdende Konstellation führte zu der für das heutige Belgien charakteristischen Teilung der traditionellen Parteien in weitgehend autonome flämische und wallonische Organisationen. Am weitesten ist dieser Prozeß der Desintegration im Falle der Liberalen gediehen, die in drei selbständige Parteien für Flandern, Wallonien und Brüssel zerfallen sind. Aber auch bei Sozialisten und Christdemokraten hat sich die Zugehörigkeit zur jeweiligen Sprachgemeinschaft als stärker erwiesen als ideologische Gemeinsamkeiten. Auch dort ist die organisatorische Trennung bis zur Autonomie vorangetrieben worden. Besonders in kulturpolitischen Fragen stehen sich der flämische und der wallonische Flügel der gleichen Partei häufig als Gegner gegenüber, die das Bündnis mit dem jeweiligen Partner im anderen Parteilager suchen. – Zur sprachenpolitischen Radikalisierung der drei etablierten Parteien haben die Erfolge der drei »reinen« Sprachenparteien – → WALLONISCHE VEREINIGUNG (RW), → VOLKSUNION (VU), → DEMOKRATISCHE FRONT DER BRÜSSELER FRANKOPHONEN (FDF) – beigetragen, die ihrerseits jedoch, je mehr sich ihnen der Zugang zur politischen Macht öffnete, zunehmend pragmatischere Züge annahmen und sich bemüht zeigten, das Ghetto selbstgewählter Radikalität zu verlassen. Die Übernahme von Regierungsverantwortung in Koalition mit den traditionellen Parteien und die Einbeziehung von für das Nationalitätenproblem unspezifischen Bereichen in das Programm dokumentieren diesen Trend von der »pressure group« hin zur echten politischen Partei. Allerdings laufen sie durch diesen Prozeß der Anpassung Gefahr, ihre politische Daseinsberechtigung zu verlieren, ein Trend, den die Wahlen von 1977 am Beispiel RW, die von 1978 am Beispiel VU deutlich aufzeigten. –

Die Entwicklung zur autonomen Kulturgemeinschaft Flandern bzw. Wallonien hat in Belgien nicht nur das Bild der Parteien geprägt, sondern auch verfassungsrechtlich Konsequenzen gehabt. 1970 erfolgte eine Verfassungsreform, aufgrund derer die Sprachengruppen kulturelle Autonomie zugesprochen erhielten und die Verwaltung dezentralisiert wurde. Einen wesentlich weitergehenden Schritt in Richtung auf eine »Regionalisierung« Belgiens, d. h. seine Aufteilung in drei autonome Gebiete (Flandern, Wallonien, Großraum

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

Brüssel), stellten die im sog. »Egmont-Pakt« im Mai 1977 von den damaligen Regierungsparteien – CHRISTLICHE VOLKSPARTEI (CVP/PSC), BELGISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI (PSB/BSP), VU, FDF – beschlossenen Maßnahmen zur Umstrukturierung des Landes dar. Die parlamentarischen Auseinandersetzungen über diesen Entwurf, der besonders der wallonischen Seite nicht weit genug ging, führten jedoch im Herbst 1978 zum Rücktritt von Ministerpräsident *Tindemans* und zu Neuwahlen. Im August 1980 verabschiedete das Parlament ein verfassungsänderndes Gesetz, wonach für Herbst 1982 die Umwandlung des Zentralstaates Belgien in einen Bundesstaat vorgesehen ist. Von diesem Zeitpunkt an werden Flandern und Wallonien über eigene Parlamente und Regierungen verfügen mit von der Zentralregierung unabhängigen steuerlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Kompetenzen. Weiterhin ungeklärt bleibt jedoch der künftige Status der Hauptstadt Brüssel und damit der die Zukunft des Landes am meisten belastende Streitpunkt.

C. H. Höjer, Le Régime Parlamentaire Belge de 1918 à 1940, Uppsala 1946; M. Claeys-van Haegendoren, Party and Oppositi Formation in Belgium, in: Res Publica, Jg. 9, 1967; F. Tegelbekkers, Das polit. System Belgiens, Diss. Köln 1974.

Belgische Arbeiterpartei (POB/BWP, Parti Ouvrier Belge/Belgische Werkliedenpartij).

Gründung: April 1885 in Brüssel.

Programm: Das auf dem Parteitag von Quaregnon am 24. 3. 1894 verabschiedete Grundsatzprogramm, das modifiziert bis heute Gültigkeit besitzt, stellt einen Kompromiß zwischen Marxismus und französischem Sozialismus dar. Es wird die Unvereinbarkeit des kapitalistischen Systems mit dem für jeden Menschen gleichermaßen geltenden Anspruch auf Freiheit und Wohlstand festgestellt und die Beseitigung der Klassengesellschaft durch Verstaatlichung der Produktionsmittel gefordert, was die Umwandlung des herkömmlichen Staates vom Herrschaftsinstrument in ein Verwaltungsorgan (»administration des choses«) impliziere. Wichtigste konkrete Forderungen waren neben sozialpolitischen Verbesserungen unter anderem das damals noch nicht bestehende allgemeine Stimmrecht, Trennung von Kirche und Staat, kostenloser Schulunterricht sowie die Umwandlung des Königreiches in eine Republik.

Organisation: Bis 1945 war in der Partei die individuelle Mitgliedschaft die Ausnahme; in der Regel gehörten die Mitglieder einer der zahlreichen Gruppierungen an, aus denen sich die Partei zusammensetzte: Kooperativen, Gewerkschaften und Arbeiterligen. Während der Einfluß der Gewerkschaften zunächst noch zurücktrat, waren die Kooperativen (Genossenschaften) für die Anfangsjahre der Partei von großer Bedeutung. Seit den 60er Jahren überall im Lande entstanden, hatten sie auch der nach dem Fall der Pariser Kommune sich ausbreitenden Desintegration innerhalb der Arbeiterbewegung widerstanden. Als stabilisierendes Moment und aufgrund ihrer bedeutenden finanziellen Zuwendungen waren sie von außerordentlichem Wert für die Konsolidierung der POB/BWP. Die enge organisatorische Verbindung der Partei mit diesen Arbeitervereinigungen prägte ihren praxisnahen, wenig von Theorie und Doktrin beeinflußten Charakter. Oberstes Gremium der Partei war der jährlich zusammentretende Kongreß, in den alle angeschlossenen Gruppierungen ihre Vertretungen entsandten bei je einer Stimme für jede Gruppe. Die Beschlüsse des Kongresses waren bindend und bestimmten die Parteilinie. Die Leitung der Partei lag dagegen bei dem Allgemeinen Rat (Conseil général) und dessen Büro. Der Allgemeine Rat, Forum der jeweiligen Parteiführer wie *E. Vandervelde, E. Anseele, A. Bertrand, J. Volders,* bestimmte über die Parteitaktik inner- wie außerhalb des Parlaments. –

Presse: ›Le Peuple‹ (seit 1885, Brüssel), ›Vooruit‹ (seit 1884, Gent), ›Volksgazet‹ (Antwerpen), ›L'Action révolutionnaire‹ (Organ des linken Flügels).

Geschichte: Ein erster organisatorischer Zusammenschluß innerhalb der belgischen Arbeiterklasse erfolgte 1860 in Brüssel mit der Gründung der »Association de la démocratie militante, Le Peuple«. Den Vorsitz übernahm *C. de Paepe,* der – geschult an *Fourier* und besonders *Proudhon* – weitgehend die auf Verstaatlichung der Produktionsmittel und des Bodens gerichtete Programmatik der Vereinigung beeinflußte. 1865 erfolgte der Beitritt zur I. Internationale, als deren belgische Sektion die Association fortan auftrat. Der Niedergang der I. Internationale und die Ausbreitung anarchistischer Tendenzen unterbrachen den Aufschwung der belgischen Arbeiterbewegung und brachten ihr ein Jahrzehnt getrennter Entwicklung. Während im wallonischen Industriegebiet der Sozialismus einer anarchistisch-kommunistischen Richtung verhaftet blieb, setzte sich in Flandern ein marxistisch orientierter Kurs

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

durch, dessen Hauptvertreter *Anseele* und *E. Beveren* waren, während in der Brüsseler Region sich der gemäßigt-pragmatische Einfluß *de Paepes* behauptete.

1877 kam es sowohl in Brabant wie in Flandern auf der Grundlage des Gothaer Programms der SPD (→ Sozialdemokratische Partei Deutschlands) zur Organisierung auf regionaler Ebene mit der Gründung der Brabanter Sozialistischen Partei (Brabantse Socialistische Partij) bzw. der Flämischen Sozialistischen Partei (Vlaamse Socialistische Partij); zwei Jahre später bereits zum Zusammenschluß beider zur Belgischen Sozialistischen Partei (Belgische Socialistische Partij). Die wallonischen Arbeiter hielten sich dagegen weiterhin abseits; erst als nach dem Wahlsieg der → Katholischen Partei, 1884, eine republikanische und antiklerikale Agitation ganz Belgien erfaßte und während der schweren Wirtschaftskrise in der Borinage die flämischen Sozialisten aktive Hilfe leisteten, kam es zu einer Annäherung, die im April 1885 zur Bildung der POB/BWP führte. Ungeachtet dessen blieb in Wallonien zunächst noch eine starke eigenständige anarchistische Richtung bestehen, die mehr auf das Mittel spontaner Streiks, auch unter Anwendung von Gewalt, zur Erreichung ihrer politischen Ziele setzte und die sich 1887 in der von *A. Defuisseaux* gegründeten Republikanischen Sozialistischen Partei (Parti Republicain Socialiste) vorübergehend zusammenschloß. Angesichts der Tatsache, daß das bestehende Zensuswahlrecht der Partei keine Chance ließ, in den parlamentarischen Raum vorzudringen, konzentrierte sie sich zunächst auf die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts, darin unterstützt vom linken Flügel der Liberalen sowie einigen Christdemokraten. Ihre stärkste Waffe war die Drohung mit dem Generalstreik, dessen Einsatz sich jedoch nach Willen der Parteiführung unter allen Umständen gewaltfrei vollziehen sollte – dies in deutlicher Abgrenzung von allen anarchistischen Tendenzen. Grundsätzlich schloß die POB/BWP jedoch, als erste Arbeiterpartei überhaupt, den Generalstreik als Mittel des politischen Kampfes nicht aus und erzwang dann auch mit dessen Hilfe im April 1893 die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, modifiziert durch Mehrfachstimmen. Die Wahlen von 1894 brachten der Partei daraufhin 18,4 % der Stimmen und 28 (von 152) Sitze in der Kammer. Dieser Erfolg ging ausschließlich auf Kosten der → Liberalen Partei, von deren linkem Flügel eine Reihe prominenter Mitglieder zu den Sozialisten überwechselte; ein Vorgang, der den raschen Integrationsprozeß der letzteren in das parlamentarische System mit beeinflußte. Im Parlament schlug die Partei einen betont republikanischen und antimonarchistischen Kurs ein, bekämpfte die Kolonial- und Militärpolitik *Leopolds II.*, brandmarkte die mangelnde Bereitschaft der regierenden Katholiken zu sozialen Reformen und erhob unermüdlich die Forderung nach Aufgabe des Mehrfachstimmenrechts zugunsten des allgemeinen einfachen Wahlrechts. Der in allen Arbeiterparteien um die Jahrhundertwende erstehende Reformismus trat in der POB/BWP besonders deutlich zutage. Bei aller verbalen Radikalität blieb der Blick auf konkrete Ziele und das jeweils Erreichbare gerichtet. Eine mehr revolutionär-radikale Minderheit unter *L. de Broukère* und *H. de Man* widersetzte sich diesem Pragmatismus. Hauptstreitfrage war, ob die Partei nach den Wahlen 1910 ggf. in einer antiklerikalen Koalition mit den Liberalen die Regierungsverantwortung übernehmen sollte. Der radikale Flügel lehnte dies ab, da mit für die Parteilinie unvereinbaren Kompromissen verbunden. Der katholische Wahlsieg machte eine Entscheidung überflüssig, doch blieben Spannungen innerhalb der Partei bestehen, die zur stärkeren Formierung eines marxistisch-orthodoxen Flügels führten (Bildung der »Sozialistisch-revolutionären Gruppe« in Brüssel).

Der 1. Weltkrieg markiert eine bedeutsame Phase in der Entwicklung der POB/BWP, da er die vollständige Integration der Partei in das parlamentarische System abschloß. Bei Kriegsausbruch identifizierte sie sich total mit den nationalen Belangen. Der Parteivorsitzende *Vandervelde* trat als Staatsminister in die Regierung ein, ohne daß die damit vollzogene Regierungsteilnahme noch einmal Diskussionen auslöste. Auch der linke Flügel entzog sich dem allgemeinen Patriotismus nicht – *de Brouckère* und *de Man* meldeten sich als Kriegsfreiwillige. An der Abkehr vom sozialistischen Internationalismus hielt die POB/BWP im Gegensatz zu den sozialistischen Parteien anderer Länder den ganzen Krieg und noch darüber hinaus fest; eine schwache Opposition gegen diesen Kurs, angeführt von dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, *C. Huysmans,* vermochte sich nicht durchzusetzen. Nach Kriegsende konzentrierte sich die Partei völlig auf das Erreichen ihrer Ziele auf parlamentarischem Wege; statt revolutionärer Aktion wurde an der Regierungsbeteiligung festgehalten und selbst der Streik als politisches Mittel zurückgewiesen. Der Erfolg schien dieser Politik recht zu geben. Nachdem das allgemeine einfache Wahlrecht schon 1919 eingeführt worden war und die POB/BWP bei den Kammerwahlen des gleichen Jahres 36,60 % der Stimmen und 70 Sitze (von 186) erhielt, konnte die Partei mit der Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages, der gesetzlichen Verankerung des Streikrechts (Abschaffung des § 310 des Strafgesetzbuches), der progressiven Einkommens- und Erbschaftssteuer weitere wesentliche Forderungen durchsetzen. Während die Parteiführung in dieser Entwicklung eine Bestätigung für ihren revisionistischen Kurs sah, formierte sich um das seit 1911 erscheinende revolutionär-syndikalistische Blatt ›L'Exploité‹ unter Führung von *J. Jacquemotte* eine linke Opposition, die sich gegen diesen Integrationsprozeß wandte, sowie gegen die fehlende innerparteiliche Demokratie, die keine Vertretung unterschiedlicher Strömun-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rahley.org

gen im Parteibüro zuließ. 1921 kam es zum Bruch; die radikale Minderheit wurde aus der Partei ausgeschlossen und beteiligte sich kurz darauf an der Gründung der → KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN BELGIENS. Die Anpassung an das demokratisch-parlamentarische System bei gleichzeitiger Absage an revolutionäre Prinzipien bedeutete de facto die Lösung von dem Grundsatzprogramm von Quaregnon, zu welchem die Partei sich jedoch nominell weiterhin bekannte. Die damit entstehende Kluft zwischen Theorie und Praxis wurde zum Signum der belgischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit. Daß der konsequente Anpassungsprozeß an das bestehende System keineswegs alle Widerstände von rechts ausgeräumt hatte, zeigte sich jedoch, als die POB/BWP nach ihrem Wahlsieg von 1925 (39,43 %, 78 von 187 Sitzen) eine Koalition mit den Christdemokraten (→ KATHOLISCHE PARTEI) einging. Dieses erste Bündnis zwischen sozialistischem und katholischem Teil der Arbeiterklasse scheiterte bereits nach 11 Monaten an der Obstruktionspolitik von Banken und Großkapital, die dem rapiden Währungsverfall nicht entgegenzuwirken bereit waren, um auf diesem Wege die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Auch nach dieser Erfahrung besann sich die Partei nicht auf die revolutionäre Programmatik von Quaregnon. Sie beteiligte sich an der konservativen Regierung *H. Jaspar*, um dadurch die Erhaltung des bestehenden Systems mitzutragen, in das sie inzwischen auch wirtschaftlich voll integriert war. Die Kooperativen waren weitgehend in Aktiengesellschaften umgebildet worden, deren Rückgrat die 1913 durch *Anseele* gegründete »Belgische Bank van de Arbeid« bildete. Diese handhabte die finanziellen Belange der POB/BWP nach rein kapitalistischen Grundsätzen und war durch ihre Beteiligung auf dem Geldmarkt völlig auf dessen Fortbestand angewiesen. Auch nach der Rückkehr in die Opposition, 1927, unterstützte die Partei die Deflationspolitik der Regierung und büßte dadurch beträchtlich an Kontakt mit der Arbeiterschaft ein; äußere Kennzeichen dafür waren die wilden Streiks des Jahres 1932 und Rückgang der Mitgliederzahlen. Diese Entwicklung stieß in der Parteibasis auf zunehmende Kritik und führte zur Bildung eines linksoppositionellen Flügels, dessen Zentrum die von *P. H. Spaak* herausgegebene Zeitschrift ›Bataille Socialiste‹ (1926/1928), seit 1933 das Wochenblatt ›L'Action Socialiste‹ darstellten. Dem reformistischen Kurs der Parteiführung wurden revolutionäre Aktion und der Gedanke des Klassenkampfes entgegengehalten, unter vorsichtiger Annäherung an die KOMMUNISTISCHE PARTEI. Höhepunkt der Krise bildete 1934 der Zusammenbruch der »Bank van de Arbeid«, der die Partei ihrer finanziellen Mittel beraubte und in heftige Flügelkämpfe verstrickte. Diese Ereignisse beeinträchtigten die gleichzeitig laufende Propaganda der Partei für ein soziales Aufbauprogramm in Form des 1933 unter Leitung von *de Man* erarbeiteten »Plan van de Arbeid/Plan du Travail«. In konsequenter Fortführung des Integrationsprozesses sah dieser mittels Fortbestehen des privatwirtschaftlichen Sektors bei gleichzeitiger Nationalisierung des Kreditwesens und der Basisindustrien die Etablierung eines zwischen Kapitalismus und Sozialismus vermittelnden Systems vor. Der Verzicht auf die Verstaatlichungen bei dem Beitritt der POB/BWP in die 1935 gebildete Dreiparteienregierung *P. van Zeeland* rief sofort wieder den linken Flügel auf den Plan, der jedoch durch den Übertritt von *Spaak* in das reformistische Lager stark geschwächt war. *Spaak* und *de Man*, beide Mitglieder der neuen Regierung, traten in den folgenden Jahren als Protagonisten eines »nationalen Sozialismus« auf mit dem Ziel, die Partei zu einer klassenlosen Volkspartei umzuformen unter endgültiger Aufkündigung der Prinzipien von Klassenkampf und Internationalismus und bei Anerkennung des Privateigentums. Es gelang ihnen beim Parteikongreß vom Oktober 1937 zwar, eine Mehrheit für diese neue Konzeption gegen von links vorgebrachte Volksfrontmodelle nach französischem Vorbild zu gewinnen, unverkennbar blieb jedoch das starke Unbehagen weiter Kreise der Partei über den neuen Kurs. Die Diskrepanz zwischen Parteiführung und Basis trat augenfällig in der Haltung zum Spanischen Bürgerkrieg zutage. Während die Führungsgruppe um *Spaak* und *de Man* eine indifferente Position bezog, setzte sich die Parteibasis in ihrer großen Mehrheit vehement für ein Engagement auf seiten des republikanischen Spanien ein. An den parteiinternen Spannungen vermochte auch die Bildung der Regierung *Spaak*, der ersten belgischen Regierung unter sozialistischer Führung, im März 1938 nichts zu ändern, da deren Amtsführung – nach Ansicht unter anderen auch des Parteivors. *Vandervelde* – mit zu großen außenpolitischen Zugeständnissen an die rechten Koalitionspartner verbunden war. Die Entsendung einer Handelsmission zum Franco-Regime nach Burgos führte zum Rücktritt *Vanderveldes* und löste damit eine neue Parteikrise aus. Als sich die Hoffnung auf neue Wählerschichten bei den Wahlen 1939 nicht erfüllte, die Partei stattdessen ihre größte Niederlage seit 1918 erlitt (30,18 %, 64 von 202 Sitzen), brach sich auf dem folgenden Parteikongreß der Unmut über den neuen Kurs Bahn und erzwang die Rückkehr in die Opposition. Kurz darauf wurde *de Man* zum neuen Parteivors. gewählt, dies wiederum ein Sieg der Parteirechten, der die gestörte Einheit der Partei erkennen ließ. Nach der deutschen Besetzung Belgiens verkündete *de Man*, überzeugt von der Neuordnung Europas durch ein nationalsozialistisches Deutschland, am 3. 8. 1940 die Auflösung der Partei. Sein Aufruf fand jedoch kein Gehör, vielmehr setzte im Untergrund die Reorganisation der Partei unter dem Namen → BELGISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI ein.

E. Vandervelde, Le Parti Ouvrier Belge 1885 – 1925, Brüssel 1925. – M. A. Pierson, Histoire du Socialisme en Belgique, Brüssel

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://farkley.org

1953; M. Claeys-van Haegendoren, 25 jaar Belgisch Socialisme. 1914–1940, Antwerpen 1967.

Belgische Sozialistische Partei (PSB/BSP, Parti Socialiste Belge/Belgische Socialistische Partij). Bezeichnung der wallonischen Sozialisten seit 1978: SOZIALISTISCHE PARTEI (PS, Parti Socialiste).

Als Nachfolgeorganisation der → BELGISCHEN ARBEITERPARTEI (POB/BWP) während der deutschen Besetzung Belgiens im 2. Weltkrieg in der Illegalität begründet. Offizielle Neugründung beim 1. Parteikongreß im Juni 1945.

Programm: Bei ihrer Neugründung bekannte sich die PSB/BSP zu den Grundsätzen des Programms von Quaregnon (→ POB/BWP), ohne jedoch in der Folgezeit ideologischen Bindungen größeren Einfluß auf die praktische Politik einzuräumen. Erst auf dem ideologischen Kongreß vom Dezember 1974 wurde eine neue Charta der Partei verabschiedet. Darin wird dem als inhuman erwiesenen kapitalistischen System eine auf sozialistischer Basis gegründete Gesellschaftsordnung gegenübergestellt mit den Grundpfeilern »ökonomische, soziale, kulturelle und politische Demokratie«. Wesentliche Elemente einer derartigen neuen Ordnung sind: Sozialisierung der das wirtschaftliche Leben besonders beeinflussenden Sektoren (Energiewirtschaft, Kreditwesen) bei gleichzeitiger Förderung kollektiver und kooperativer Entwicklungen; Mitspracherecht der Arbeiter in den Betrieben; Ausschluß privatwirtschaftlicher Interessen auf sozialem Gebiet; gesetzliche Verankerung des Anspruches jedes Einzelnen auf soziale Fürsorge durch den Staat; passende Erziehungs- und Unterrichtsprogramme; Heranbildung direkterer Demokratie unter anderem durch die Verlagerung politischer Entscheidungen von der zentralen auf die regionale Ebene; bessere Durchschaubarkeit der politischen Strukturen. – Mit diesem Programm erstrebt die PSB/BSP die Öffnung auch für Freiberufliche, Bauern etc., die, wie man glaubt, mit der Arbeiterschaft verbunden sind durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen das kapitalistische System.

Organisation: Die PSB/BSP übernahm weitgehend den Organisationsaufbau der POB/BWP. Gravierend wirkte sich jedoch die Trennung von den sozialistischen Organisationen aus, die ursprünglich konstitutionelles Element der Partei gewesen waren. Der Übergang zu ausschließlich individueller Mitgliedschaft brachte es mit sich, daß der jährlich zusammentretende Kongreß als höchstes Parteigremium sich nunmehr aus Delegierten der »Föderationen« zusammensetzt, die ihrerseits als regionale Zusammenschlüsse der Ortsvereine fungieren. Flämische und wallonische Föderationen treten seit 1967 auch zu getrennten Kongressen zusammen. Wie vor 1940 waren Allgemeiner Rat und Büro mit der Führung der Partei zwischen den Kongressen betraut, wobei das Schwergewicht der politischen Entscheidung bei letzterem lag. Bei dessen Zusammensetzung wurde auf strikte Ausgewogenheit zwischen den Sprachengruppen geachtet; dem gleichen Ziel diente die 1971 erfolgte Einführung eines flämisch-wallonischen Doppelvorsitzes an Stelle des bis dahin amtierenden Präsidenten und Vizepräsidenten, wobei die flämischen bzw. wallonischen Delegierten jeweils ihren Präsidenten wählten. – Seit der Trennung der beiden Parteien im Oktober 1978 und der Neukonstituierung der PSB als PS verfügen sie über keine organisatorischen Gemeinsamkeiten mehr.

Presse: ›Le Peuple‹ (Tageszeitung, seit 1885, Brüssel), ›Vooruit‹ (Tageszeitung, seit 1884, Gent), ›Volksgazet‹ (Tageszeitung, seit 1914, Antwerpen), ›Links‹ (Wochenblatt der Parteilinken); ›Socialisme‹ (Monatsschrift, 1953 ff., Brüssel), ›Les Cahiers Socialistes‹ (1944–1953, Brüssel), ›Socialistische Standpunten‹ (1954 ff.).

Geschichte: Der Beschluß, die → POB/BWP unter der Bezeichnung PSB/BSP neu zu formieren, war bedingt durch die offizielle Auflösung der Partei 1940 durch *H. de Man* und den Wunsch, sich von dessen kompromittierender Haltung zu distanzieren, gleichzeitig aber auch gedacht als Signal für einen Neubeginn: mit der Namensänderung sollte die Öffnung der Partei für alle sich zum Sozialismus bekennenden Schichten angedeutet werden. Diese stärkere Akzentuierung ideologischer Grundlagen sollte die Partei von dem ausschließlich pragmatischen Kurs der Vorkriegszeit wegführen; sie erfolgte primär unter dem Einfluß der vor dem Krieg in Opposition zur Parteiführung stehenden jüngeren Parteikreise unter der geistigen Führung von *V. Varock*. Im Zeichen der Rückbesinnung auf das Programm von Quaregnon sollte ein Neubeginn erfolgen, der anfangs auch eine Zusammenarbeit mit Kommunisten gestattete; dies besonders auf gewerkschaftlicher Ebene, wo sich sozialistische und kommunistische Gewerkschaften im »Allgemeen Belgisch Vakverbond« (ABVV) zusammenfanden. Das Bündnis führte jedoch schon bald zu einem internen Machtkampf, in dessen Verlauf es der PSB/BSP gelang, den kommunistischen Partner aus den Führungsgremien zu verdrängen. Der einsetzende kalte Krieg bewirkte eine zunehmende Abkehr von den theoretischen Positionen und den Rekurs auf eine mehr pragmatische Orientierung, in deren Verlauf die PSB/BSP 1947 ein Regierungsbündnis mit der → CHRISTLICHEN VOLKSPARTEI (CVP/PSC) unter *H. Spaak* einging. Die folgenden Jahre waren jedoch geprägt vom Gegensatz zu den Christdemokraten in der Königsfrage und im Schulstreit: zusammen mit den Liberalen widersetzte sich die PSB/BSP heftig der Rückkehr König *Leopolds III.* auf den Thron, und von 1954–58 führte die sozial-liberale Regierung *A. van Acker* eine gegen die »freien«, d. h. zumeist katholischen, Schulen gerichtete Schulgesetzgebung durch. Die anschließende Wahlniederlage versetzte die PSB/BSP wieder in die Rolle der Opposition. Zu einer Krise in der Partei führte der vergebliche Widerstand gegen das von der christlich-liberalen Regierung *G. Eyskens* vorge-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

legte Gesetz zur Finanzierung von Wirtschaft und Finanzen (Dezember 1960/Januar 1961). Der gewerkschaftlich orientierte linke Flügel der PSB schloß sich unter der Führung von *A. Renard* zum »Mouvement Populaire Wallon« zusammen mit dem Ziel, die Partei für eine Föderalisierung Belgiens zu gewinnen, von der allein eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Walloniens erwartet wurde. Die Parteiführung lehnte dies jedoch unter dem Druck der flämischen BSP ab, die davon eine Schwächung ihrer Position befürchtete. Auf dem Kongreß vom Dezember 1964 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Parteiführung einerseits, Föderalisten und um das Blatt ›La Gauche‹ angesiedelten wallonischen Linksoppositionellen andererseits, in deren Verlauf ein Teil der letzteren die Partei verließ, um sich als WALLONISCHE ARBEITERPARTEI (Parti Wallon des Travailleurs) neu zu organisieren (→ WALLONISCHE VEREINIGUNG). Der Gedanke einer Föderalisierung Belgiens wirkte jedoch unter den um die ökonomische Zukunft ihrer Region besorgten wallonischen Sozialisten weiter fort, und es mehrten sich die Stimmen, die sich gegen die »Majorisierung« durch die flämischen und Brüsseler Genossen wandten. 1967 kam es erstmals zu getrennten Kongressen von PSB (Tournai, 9./10. 3., und Verviers, 26./27. 10.) und BSP (Klemskeerke, 14./15. 10.). Um die ernstlich bedrohte Parteieinheit zu wahren, wurde daraufhin von der Parteileitung eine »Kommission der 18« bestellt, die sich aus je 6 Mitgliedern der flämischen, wallonischen und Brüsseler Region zusammensetzte, mit der Aufgabe, einen allseits akzeptablen Kompromiß auszuarbeiten. Das Ergebnis war der »Accord Klemskeerke-Verviers«, der am 16. 3. 1968 einstimmig vom Kongreß angenommen wurde. Danach wurde als anzustrebendes Ziel weitgehende wirtschaftliche Selbstbestimmung für die 3 Regionen festgelegt sowie die Erstellung aller für die wirtschaftliche Entfaltung benötigten Einrichtungen und Mittel. Zu einer Spaltung kam es innerhalb der Brüsseler Partei, wo sich die flämische Minderheit unterrepräsentiert fühlte und darüberhinaus nicht gewillt war, das stark frankofon ausgerichtete Wahlprogramm mitzutragen. Sie organisierte sich daher 1968 getrennt unter der Bezeichnung ROTE LÖWEN (Rode Leeuwen). Da die ROTEN LÖWEN sich weiterhin zu den Grundpositionen der Partei bekennen und ihre Selbständigkeit lediglich auf dem Sektor Brüssel behaupten wollen, stimmte die Parteiführung dieser Trennung zu. –

Auf ideologischem Gebiet dauerten die innerparteilichen Auseinandersetzungen nach 1964 fort. Während die BSP einen mehr gemäßigten reformistischen Kurs steuerte, dominierten innerhalb der PSB die radikal antikapitalistischen Kräfte. Letzteren gelang es bei der Wahl des wallonischen Parteipräsidenten, 1973, mit *A. Cools* einen Vertreter ihrer Richtung an die Parteispitze zu bringen. Die damit einsetzende Radikalisierung, die zum Rückzug aus der mit Christdemokraten und Liberalen gebildeten Koalition führte, rief ihrerseits verstärkte Reaktionen seitens der BSP hervor. Um zu einer einheitlichen Parteilinie zurückzufinden, wurde daraufhin auf dem ideologischen Kongreß vom Dezember 1974 ein neues Parteiprogramm verabschiedet, das unübersehbar den Stempel der Parteilinken trug. Der Kongreß bestätigte zwar die traditionell stärkere Position der PSB gegenüber der BSP, unter Berufung auf die sozialistische Solidarität und unter der geschickten Führung ihres Präsidenten *W. Claes* gelang es letzterer jedoch häufig, aus ihrer Position der Minderheit heraus die politische Praxis zu bestimmen und insbesondere die Bestrebungen der PSB auf Föderalisierung Belgiens zu neutralisieren. Diese Tendenz, verschärft durch das schlechte Verhältnis zwischen *Claes'* Nachfolger *K. van Miert* (seit 1977) und *Cools*, ließ in der PSB den Entschluß zur Trennung reifen, die während der Regierungskrise im Herbst 1978 dann vollzogen wurde. Die wallonischen Sozialisten konstituierten sich am 26. 11. 1978 neu als SOZIALISTISCHE PARTEI (PS, Parti Socialiste), mit klarem Bekenntnis zur Regionalisierung Belgiens. Der davon erwartete Stimmenzuwachs blieb bei den Wahlen vom 17. 12. 1978 jedoch aus, die PS verlor 3 Mandate (32, 1977: 35). Es gelang ihr nicht, von der → WALLONISCHEN VEREINIGUNG Wähler für sich zu gewinnen, während gleichzeitig radikale Wählergruppen zur → KOMMUNISTISCHEN PARTEI abwanderten, – eine Tendenz, von der auch die BSP betroffen war, die 26 Mandate erhielt gegenüber 27 bei den Wahlen vom April 1977. An der im April 1979 gebildeten Regierung *W. Martens* beteiligten sich die Sozialisten, um damit ihrem Ziel einer Regionalisierung Belgiens näher zu kommen. Nachdem dies mit dem Beschluß zur Umwandlung Belgiens in einen Bundesstaat (→ Einleitung) erreicht war, drängte der linke Flügel der PS unter *E. Glinne* auf ein Ausscheiden aus der Regierung, ohne sich damit jedoch gegen den Vors. *Cools*, der im Januar 1979 mit großer Mehrheit wiedergewählt worden war, durchsetzen zu können.

Christliche Volkspartei (Christene Volkspartij)

1) Gründung: 22. 4. 1893 in Okegem durch *J. B. van Langenhaecke, A. de Backer, F. Lambrecht, F. Sterck, P.* und *A. Daens.*

Presse: Wochenzeitungen ›Klokke Roeland‹ (bis 1905, danach ›De Vrije Klok‹), ›Het Land van Aelst‹.

Die Christliche Volkspartei teilte mit den belgischen Christdemokraten (→ KATHOLISCHE PARTEI) weitgehend die überwiegend sozial bestimmte Programmatik (unter anderem Einschränkung von Frauen- und Kinderarbeit, Schulpflicht, Steuerreform, Anerkennung der politischen Organisationen der Arbeiter), war jedoch der Überzeugung, daß die politische Unabhängigkeit von der konservativ beherrschten KATHOLISCHEN PARTEI Vorbedingung zur Erfüllung dieses Programms

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rafiey.org

war. Ein weiterer Abgrenzungspunkt gegenüber der Mutterpartei war der enge Kontakt zur flämischen Bewegung, wie er unter anderem in der Forderung nach Anerkennung des Flämischen als Verwaltungssprache zum Ausdruck kam. Der Konflikt personalisierte sich in der Konfrontation zwischen dem Führer der konservativen Katholiken, *Ch. Woeste,* der trotz seiner wallonischen Abkunft seit 1874 den flämischen Bezirk Aalst im Parlament vertrat, und Priester *A. Daens* aus Aalst, der den Vorsitz der Christlichen Volkspartei übernommen hatte und zu deren Exponent geworden war. Es gelang *Woeste* und seinen Anhängern, den katholischen Klerus einschließlich des Vatikans zur Distanzierung von *Daens* zu bewegen, der nach seiner Weigerung, jede politische Betätigung aufzugeben, im Juli 1898 von seinem geistlichen Amt suspendiert wurde. Die unnachgiebige Haltung der konservativen Katholiken bewirkte seit 1897 engere Kontakte der Volkspartei mit den Liberalen und Sozialisten (Kartelle bei den Gemeinde- und Parlamentswahlen). Daraufhin distanzierten sich jedoch auch die Christdemokraten von der Volkspartei, ohne daß diese ihre Position verbessern konnte. Im Parlament war sie nur mit 1 oder 2 Abg. vertreten (1894–1906 *A. Daens*). Nach *Daens'* Tod, 1907, wurde die Partei von seinem Bruder *P. Daens* geleitet; nach dem 1. Weltkrieg ging sie im flämischen Nationalismus auf. (Wahlbündnis 1919 mit der → FRONTPARTEI).

K. van Isacker, Het daensisme, Antwerpen 1959; L. Wils, Het daensisme, Löwen 1969.

Christliche Volkspartei/Christlich-Soziale Partei (**CVP/PSC,** Christelijke Volkspartij/Parti Social Chrétien)

2) Nachfolgeorganisationen der → KATHOLISCHEN PARTEI. Stärkste Partei Belgiens und ausgenommen 1945 – März 1947 und 1954–58 Regierungspartei. Volkspartei modernen Stils, die Zugang zu breitester Wählerschicht anstrebt.

Gründung: 18./19. 8. 1945 in Brüssel durch Mitglieder der alten KATHOLISCHEN PARTEI, insbesondere deren christlich-sozialem Flügel (*A. de Schryver, J. Duvieusart, R. Scheyven, P. W. Segers, P. Wigny* u. a.).

Programm: In ihrem »Weihnachtsprogramm« von 1945 bekannte sich die Partei zu einer Gesellschaft auf christlich-abendländischer Grundlage unter besonderer Betonung der sozialen Komponente (Familienpolitik, Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit, Mitspracherecht der Arbeiter in den Betrieben). Auf das katholische Glaubensbekenntnis als Voraussetzung für den Parteieintritt wurde verzichtet und jede offizielle Bindung zur Kirche aufgegeben. Das 1971 verabschiedete Programm war noch stärker von dem Bemühen geprägt, eine für breite Bevölkerungsschichten offene Massenpartei zu werden; jede Erwähnung christlicher oder konfessioneller Bindungen entfiel, statt dessen traten allgemeine Aussagen über Stabilität, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherung in den Vordergrund. Freie Marktwirtschaft und privatwirtschaftliche Initiative werden grundsätzlich bejaht, staatliche Interventionen zur Vermeidung sozialer Ungerechtigkeiten oder als zusätzliche Handlungsanreize jedoch nicht ausgeschlossen.

Organisation: 1945–1968: Wichtigste Neuerung gegenüber der KATHOLISCHEN PARTEI war die individuelle Beitrittsmöglichkeit an Stelle ständischer Organisation. Die Parteiführung lag beim Nationalen Komitee (Comité National) bestehend aus je 10 flämischen und wallonischen Mitgliedern sowie dem Parteivorsitzenden. Ein wenigstens viermal jährlich zusammentretender Parteirat (Conseil général) bildete das Zwischenglied zum jährlich zusammentretenden Kongreß, der zusätzlich von Vertretern der Bezirke beschickt wurde und der als höchstes Parteigremium offiziell die Linie der Parteipolitik bestimmte. Nach unten hin erfolgte eine Gliederung in Provinz-, Bezirks- und Lokalorganisationen. Seit 1968 sind PSC und CVP in ähnlicher Form selbständig organisiert mit eigenem Parteiapparat und Vorsitzenden. Letzterer wird bei der CVP vom Kongreß gewählt, während bei der PSC die Parteimitglieder durch Briefwahl wählen. Außerhalb der kommunalen und sprachenpolitischen Probleme besteht enge Zusammenarbeit (gemeinsames Sekretariat in Brüssel).

Presse: Eine ausgesprochene Parteipresse besteht nicht, der Partei nahestehend unter anderen ›La Libre Belgique‹ (Brüssel); ›Het Volk‹ (Gent, Christdemokraten und christliche Gewerkschaften); ›De Standaard‹ (Brüssel).

Geschichte: Nach dem Rückzug der deutschen Truppen aus Belgien beteiligten sich die Katholiken zunächst an einer im Februar 1945 gebildeten Allparteienregierung unter sozialistischer Führung. Die Frage der Rückkehr König *Leopolds* nach Belgien, der sich Sozialisten und Kommunisten heftig widersetzten, führte jedoch bereits im Juni 1945 zum Rücktritt der katholischen Minister und zum Entschluß der Partei, in die Opposition zu gehen, aus der heraus sie während der folgenden zwei Jahre für die Rückkehr des Königs auf seinen Thron eintrat. Ihre wiederholten Versuche, eine Volksabstimmung über diese Frage per Gesetz zustande zu bringen, führten erst 1949 zum Erfolg. Die Bestätigung für ihre Politik fand die CVP/PSC in dem positiven Ausgang der Volksabstimmung vom März 1950 (57,68 % für die Rückkehr *Leopolds*) und dem Wahlsieg 3 Monate später, der ihr die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus brachte (47,68 % = 108 von 212 Sitzen). Die darauf erfolgte Rückkehr des Königs führte jedoch zu schweren Unruhen, die ihn zum Rücktritt zugunsten seines Sohnes *Baudouin* veranlaßten. – Ihre absolute Mehrheit nutzte die Partei zur Durchsetzung eines von Unterrichtsminister *P. Harmel* eingebrachten Schulprogramms, das den privaten, überwiegend katholischen Schulen die gleiche finanzielle Unterstützung zukommen ließ, wie den staatlichen

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rahtey.org

nichtkonfessionellen Lehranstalten. Als nach den Wahlen von 1954 eine sozialistisch-liberale Koalition die Regierung übernahm und ihrerseits eine Revision der Schulpolitik im Hinblick auf eine wirkungsvollere staatliche Präsenz einleitete, leistete die CVP/PSC im Verein mit der katholischen Kirche heftigen Widerstand, der zu innenpolitischen Unruhen führte. Zu einer Einigung kam es erst nach Bildung einer nationalen Kommission aus Vertretern der drei traditionellen Parteien, deren Beratungsergebnisse zu dem aufgrund hoher finanzieller Subsidien alle Seiten zufriedenstellenden Schulpakt vom 23. 5. 1959 führte. Die Auseinandersetzungen um König *Leopold* und die Schulfrage verlangten von der Partei eine geschlossene Haltung, die aus dem Nationalitätenkonflikt resultierende Spannungen zunächst nicht aufkommen ließ. Dies änderte sich nach der Regelung beider Fragen und nachdem die Partei bei den Wahlen 1965 eine empfindliche Niederlage hinnehmen mußte (34,48 % = 77 Sitze gegenüber 41,45 % = 96 Sitze 1961). Der in der Minderheit befindliche frankofone Flügel trachtete nach mehr Selbständigkeit, um weiterer »Majorisierung« durch die Flamen zu entgehen; zum offenen Konflikt kam es Anfang 1968 anläßlich der von flämischer Seite geforderten Umwandlung der Universität Löwen in eine rein flämisch-sprachige Lehranstalt (»Walen buiten!«). Als Reaktion darauf beschloß die PSC die »Distanzierung« von der CVP, und in den Wahlkampf von 1968 zogen beide Parteien mit getrennten Listen und Programmen. Der ungünstige Wahlausgang (31,73 % = 69 Sitze) brachte jedoch die Einsicht, daß ein vollständiger Bruch zu beider Schaden sein werde. Es kam wieder zu einer Annäherung auf der Basis zweier gleichberechtigter Partner, die in der Regionalpolitik unabhängig voneinander agieren, in allen anderen Fragen jedoch auf weitgehende Gemeinsamkeit bedacht sind. Die Wahlen 1971, bei denen CVP und PSC wieder eine gemeinsame Liste bildeten, brachten noch einmal eine Niederlage, daraufhin erfolgte in beiden Parteien 1972 eine drastische Verjüngung in den Führungspositionen: mit *W. Martens* und *Ch. Northomb* wurden zwei 35jährige an die Spitze von CVP bzw. PSC gewählt. Seitdem sind beide Parteien bemüht, gegenüber Sozialismus und Liberalismus ein eigenes Modell christlicher Demokratie zu entwickeln. Innerhalb der PSC ist es in den letzten Jahren zu verstärkter Flügelbildung gekommen: dem auf die christliche Gewerkschaftsbewegung gestützten linken Arbeitnehmerflügel, der sich unter der Bezeichnung »Démocratie chrétienne« (DC) zusammengeschlossen hat, steht der rechte Arbeitgeberflügel »Centre politique des indépendants et cadres chrétiens« (CEPIC) gegenüber. Bei den Wahlen 1974 und 1977 konnte die CVP/PSC wieder Stimmengewinne verbuchen, nicht zuletzt dank der Popularität von *L. Tindemans*, der seit April 1974 als Ministerpräsident von der CVP/PSC getragenen Koalitionsregierungen mit wechselnden Partnern vorstand. Die Hoffnung der CVP, nach den Wahlen vom Dezember 1978 die absolute Mehrheit der flämischen Abg. im Parlament stellen zu können, erfüllte sich jedoch nicht, die Partei erhielt 57 (PSC: 25) von 140 flämischen bzw. insgesamt 212 Mandaten. Nach mehrmonatigen Verhandlungen bildete *Martens* im April 1979 ein Koalitionskabinett aus CVP, PSC, PS, FDF und VU.

R. Vermeere, L. Vankove, CVP. Zwakheid en sterkte, Leuven 1959; J. Beaufays, Les partis catholiques en Belgique et aux Pays-Bas, Brüssel 1973; M. van den Wijngaert, Ontstaan en stichting van de CVP/PSC, Brüssel, Antwerpen 1976.

Christlich-Soziale Partei (**PSC,** Parti social chrétien) → Christliche Volkspartei.

Demokratische Front der Brüsseler Frankophonen (**FDF,** Front Démocratique des Bruxellois Francophones).

Am 11. 5. 1964 durch *A. Lagasse, L. Defosset, L. Outers* u. a. gegründete radikale Vertretung der französischsprachigen Belgier im Großraum Brüssel.

Programm: Wie die → Wallonische Vereinigung (RW) tritt die FDF für die Föderalisierung Belgiens ein und möchte den Großraum Brüssel, neben Flandern und Wallonien, als dritte gleichberechtigte Region anerkannt wissen. Die Einwohner der angrenzenden Gemeinden sollen entscheiden können, ob sie diesem Großraum beitreten wollen oder nicht. Mit dieser Forderung stößt die FDF auf heftigen Widerstand von flämischer Seite, da man dort die Ausdehnung des überwiegend französisierten Brüssel auf Kosten des flämischen Umlandes verhindern und das Stadtgebiet auf die bestehenden 19 Gemeinden begrenzen will. Die FDF wiederum sieht in einer starken Verklammerung Brüssels mit Wallonien die einzige Garantie gegen ein flämisches Übergewicht im belgischen Staatswesen. Ein Teil ihrer Forderungen ist im Rahmen des die künftige Regionalisierung Belgiens regelnden »Egmontpaktes« vom Mai 1977 (→ Einleitung), dem die FDF zugestimmt hat, berücksichtigt worden.

Erst auf ihrem II. Kongreß (23. 5. 1970) hat die FDF in ihrem Programm auch zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen Stellung genommen, wobei sie unter anderem für eine behutsame Lenkung der Marktwirtschaft eintritt. 1974 folgten die Forderung nach stärkerer Aufsicht über Großunternehmen und Einrichtung eines Komitees für Energiefragen.

Organisation: Charakteristisch für die FDF ist ihre pluralistische Zusammensetzung; wie auch bei der RW zählen zu ihren Wählern und Mitgliedern ursprüngliche Anhänger der drei traditionellen Parteien, die jedoch ihre kommunalen Interessen über die ideologische Bindung stellen. Die Partei ist daher bei der Besetzung ihres Führungsgremiums und der Auswahl der Kandidaten sehr auf eine Art von ideologischem Proporz bedacht. Wichtigstes Organ ist das Comité Directeur, dem

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

die Führungspersönlichkeiten und weitere 45 Mitglieder aus den Sektionen angehören. Es tritt einmal monatlich zusammen.

Presse: ›FDF-Contact‹ bzw. ›Bruxelles-Vérité‹.

Geschichte: Bei den Parlamentswahlen 1968 erhielt die FDF 2,47 % der Stimmen und konnte 5 Abg. in die Kammer entsenden (1965: 1,44 % = 3 Sitze), die sich mit den Abg. der → RW zu einem wallonischen Kartell zusammenschlossen. Dieses Bündnis blieb auch nach den Wahlen 1971 bestehen, bei denen die FDF ihre Abgeordnetenzahl auf 10 verdoppeln konnte. Positiv wirkte sich dabei für die FDF die Unterstützung von *P. H. Spaak* aus. Neben dem Zentralparlament wichtigstes Betätigungsfeld für die Partei ist der Brüsseler Agglomerationsrat, in dem sie im November 1971 aufgrund eines Wahlbündnisses mit dem Brüsseler Flügel der → LIBERALEN PARTEI unter der Bezeichnung »Rassemblement Bruxellois« die absolute Mehrheit der Sitze besetzte. 1974 löste die FDF das Bündnis mit der RW. Anders als diese konnte die FDF bei den Wahlen 1977 und 1978 ihre Position leicht verbessern (10 Sitze bzw. 11 gegenüber 9 1974). Sie bestätigte ihre Position als stärkste Partei in Brüssel (1978: 27,9 % der Stimmen), in der die für eine autonome Region eintretenden frankophonen Brüsseler ihre Vertretung erblicken. Im Juni 1977 übernahm sie durch ihren Beitritt zum Koalitionskabinett *Tindemans* erstmals Regierungsverantwortung. – Parteivors. ist seit Juni 1977 *A. Spaak*, die Tochter *P. H. Spaaks*.

Flämischer Nationaler Verband (**VNV,** Vlaams Nationaal Verbond).

Gegründet: 1. 10. 1933 durch *S. de Clercq* mit dem Ziel, nach dem Zerfall der → FRONTPARTEI eine umfassende Sammlungsbewegung der flämischen Nationalisten zu schaffen. Neben demokratischen Föderalisten (*H. Borginon, H. Elias, G. Romsee*) unterstützten insbes. die autoritären Vertreter einer großniederländischen Staatsidee unter der Führung von *Leuridan* die neue Partei, der sie ihre Programmvorstellungen nahezu unverändert vermitteln konnten. Hauptziel war danach die »Befreiung des flämischen d. h. südniederländischen Volkes« und die »Erstellung der niederländischen Einheit« in einem am faschistischen Italien orientierten korporativen Staat. Dem italienischen Modell war auch die Organisation nachgebildet: an der Spitze als »Führer« *de Clercq*, unter ihm ein Propagandaleiter, die Leiter von 5 Ressorts sowie die »Gauleiter« der 5 flämischen Provinzen, die zusammen den »Obersten Rat« der Partei bildeten. Offizielles Organ war das Wochenblatt ›Strijd‹, der radikale Flügel äußerte sich in ›De Schelde‹ (seit 1936 ›Volk en Staat‹). Der in erster Linie auf Wahrung der Einheit bedachte gemäßigte Flügel akzeptierte das Programm der Radikalen in der Hoffnung, daß sich die in Flandern verwurzelte demokratische Tradition letztlich doch werde durchsetzen können. Unter Hinweis auf die Abneigung gegenüber Rechtsextremismus und großniederländischen Bestrebungen bei der größtenteils gemäßigten Wählerschaft gelang es ihm, vor den Wahlen im Mai 1936 ein überwiegend föderalistisches Wahlprogramm durchzusetzen, mit dem die Partei unter der Bezeichnung FLÄMISCHER BLOCK (Vlaamse Blok) antrat. Mit 7,12 % (16 Sitze) erreichte sie einen unerwarteten Erfolg, der freilich auch auf die Unzufriedenheit der Wähler mit den drei traditionellen Parteien zurückzuführen war. Die Kammerfraktion unter Führung von *Borginon* setzte sich zumeist aus Gemäßigten zusammen, während außerhalb der Kammer die Radikalen vielfach das Bild bestimmten, was zu einer Art Doppelgesicht des VNV führte: Festhalten an demokratischen Prinzipien im Parlament, Sympathie mit der autoritären Ordnung des Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit. Im Oktober 1936 schloß der VNV ein Abkommen mit der → REX-BEWEGUNG, in dem er sich von der großniederländischen Ideologie distanzierte. Als Gegenleistung akzeptierten die Rexisten ein föderalistisches System für Belgien und verzichteten auf eine Ausbreitung in Flandern. Daraufhin unterstützte der VNV *L. Degrelles* Kandidatur im April 1937. In der Kammer traten die Abgeordneten des VNV wenig hervor; dennoch gelang es ihnen, als Sachwalter des flämischen Nationalismus aufzutreten. Gepaart mit dem Bekenntnis zur Demokratie bewirkte dies den Erfolg der Partei auch bei den Wahlen 1939 (8,27 % der Stimmen, 17 Sitze). Während der deutschen Besetzung gelang es dem radikalen Flügel, den VNV zur Kollaboration zu bewegen, in der Hoffnung auf diesem Wege das alte Ziel eines großniederländischen Staatswesens erreichen zu können. *De Clercq* vertrat diesen Kurs ebenso wie nach seinem Tod, 1942, der neue Vors. *Elias*. Nach der Befreiung Belgiens wurde der VNV aufgelöst, seine führenden Mitglieder vor Gericht gestellt.

A. W. Willemsen, Het Vlaams Nationalisme, Utrecht ²1969; Ders., De Vlaamse Beweging, II, van 1914 tot 1940, Hasselt 1975.

Frontpartei, auch: **Flämische Front** (Frontpartij, Het Vlaamsche Front).

Gegründet im Februar 1919 durch *H. Borginon, A. de Beuckelaere* u. a. als politische Fortsetzung der Frontbewegung, in der während des Krieges flämische Frontsoldaten für ihre Rechte gegenüber der ausschließlich frankofonen Heeresleitung und dem Offizierskorps kämpften. Nach dem Krieg wurde die Frontpartei zum Sammelbecken der flämischen Kräfte, die für ein Selbstbestimmungsrecht für Flandern auf föderativer Grundlage eintraten. Weitere Programmpunkte waren die Einführung des Flämischen als Gerichts- und Unterrichtssprache, Flamisierung der Genter Universität, Aufstellung von flämischen Regimentern im Heer. Zu sozialen und wirtschaftlichen Fragen nahm das Programm dezidiert nicht Stellung, entsprechend der Zielsetzung, alle nationalistischen flämischen Kreise unabhängig von ihrer sozialen Zugehörigkeit an-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://tanitey.org

sprechen zu können. In der Praxis war die Partei mehr sozialistisch-demokratisch ausgerichtet und ausgesprochen antimilitaristisch eingestellt. Eine feste Organisation gab es nicht, die Leitung lag bei den Führern der Frontbewegung *de Beuckelaere* und *Borginon*. Publizistisches Sprachrohr waren die Zeitungen ›Ons Vaderland‹ und ›De Schelde‹ (ab 1936 unter dem Titel ›Volk en Staat‹). Zur Anhängerschaft gehörte, neben den über ganz Flandern verteilten ehemaligen Frontsoldaten, überwiegend flämische Landbevölkerung; einen zahlenmäßig geringeren, aber einflußreichen Teil bildeten linksliberale Kräfte in den Städten, denen die frankofone → Liberale Partei keine Realisierung ihrer flämischen Bestrebungen ermöglichte. Dazu stießen Anhänger der sich auflösenden → Christlichen Volkspartei (1). Gegenüber dem flämischen Aktivismus gab die Frontpartei ihre anfangs geübte vorsichtige Distanz mehr und mehr auf, und auf dem Parteikongreß des Jahres 1924 bildete die Forderung nach vollständiger Amnestie für die verurteilten Aktivisten einen wichtigen Programmpunkt. Ein spektakulärer Erfolg war 1928 die Nominierung und – wenn auch ungültige – Wahl des inhaftierten Aktivisten *A. Borms* zum Kammermitglied. In der Kammer bildete die Frontpartei zunächst nur eine Splittergruppe. Positiv wirkte sich 1925 die Wahl von *H. de Vos* zum Abg. aus, dessen taktisches Vorgehen darauf zielte, den flämischen Flügel der Katholiken und Sozialisten für eine Föderalisierung Belgiens zu gewinnen (Gesetzentwurf vom 25. 3. 1931). Bei den Wahlen von 1929 konnte die Frontpartei von der Unzufriedenheit in der flämischen Bevölkerung über die noch immer ausstehende Amnestieregelung profitieren und mit 11 Sitzen (6,30%) ihren größten Erfolg erzielen. In der Folgezeit spalteten Auseinandersetzungen zwischen demokratischen Föderalisten und autoritären, vom Faschismus beeinflußten, Großniederländern die Partei; die Wahlniederlage des Jahres 1932 (5,92% der Stimmen, 8 Sitze) beschleunigte den Auflösungsprozeß, in dessen Verlauf *de Vos* im November 1933 zur Belgischen Arbeiterpartei übertrat. Ein großer Teil der Mitglieder beteiligte sich an der Gründung des → Flämischen Nationalen Verbandes.

A. W. Willemsen, Het Vlaams Nationalisme, Utrecht ²1969. Ders., De Vlaamse Beweging, II, van 1914 tot 1940, Hasselt 1975.

Katholische Partei (Katholieke Partij/Parti catholique). – Oberbegriff für den politischen Katholizismus in Belgien und dessen Organisationen von der Union mit den Niederlanden bis zur deutschen Besetzung im 2. Weltkrieg. – Die starke Verwurzelung des Großteils der belgischen Bevölkerung im katholischen Glauben und die daraus resultierende Wählerbindung aus allen Bevölkerungsschichten bewirkten den pluralistischen Charakter der Partei, der sie zum stärksten politischen Element im belgischen Parlamentarismus werden ließ. Vom Typus her reine Konfessionspartei.

Gründung: Ein offizielles Gründungsdatum gibt es nicht. In der Regel datiert man die Parteigründung von dem im März 1884 erfolgten Zusammenschluß aller bestehenden katholischen Wahlvereine und Organisationen in einer landesweiten Dachorganisation her.

Programm und Organisation: Die sehr lose Organisationsform, innerhalb derer die einzelnen katholischen Vereinigungen, deren Gesamtheit die Partei darstellte, über weitestgehende Selbständigkeit verfügten, ließ das Entstehen eines einheitlichen Grundsatzprogramms nicht zu. Wichtigster gemeinsamer Programmpunkt war die Stärkung der Rolle der katholischen Kirche im öffentlichen Leben, entsprechend eng die Zusammenarbeit mit dem belgischen Episkopat. Neben der konfessionellen Bindung war die Programmatik durch Konstitutionalismus und stark konservativ-monarchistische Tendenzen geprägt.

Presse: ›Journal de Bruxelles‹ (1841–1926), ›L'Ami de L'Ordre‹ (Namur 1838–1918), ›Het Handelsblad‹ (Antwerpen seit 1844), ›De Gentenaar‹ (Gent, seit 1878), ›Het Volk‹ (Gent, seit 1891) ›Gazet van Antwerpen‹ (seit 1891).

Geschichte: Das Ende des Unionismus (→ Einleitung) brachte zunächst eine Periode liberaler Vorherrschaft, in deren Verlauf die Regierung *Ch. Rogier* das mittlere Unterrichtswesen kirchlichem Eingriff entzog (1850). In Reaktion darauf kam es erstmals zu engerem Zusammenschluß der bis dahin völlig unorganisierten Katholiken. 1852 gründete *J. Malou* das »Comité central conservateur«, eine noch mehr konservativ als konfessionell ausgerichtete Vereinigung, an deren Stelle 1858 die bis 1863 bestehende »Association constitutionelle conservatrice« trat, mit der sich die Katholiken die erste nach liberalem Vorbild ausgerichtete Organisation schufen. Gleichzeitig entstanden im Lande weitere katholische Zusammenschlüsse mit dem Ziel, dem Katholizismus stärkere politische Repräsentanz zu verschaffen, die jedoch alle als reine Wählervereinigungen auftraten, deren Aktivität nicht über den Wahltag hinaus weiterwirkte. Erst die Kongresse der katholischen Kirche in Mecheln 1863, 1864, 1867 gaben, obwohl sie das eigentliche politische Terrain nicht betraten, Anlaß zu definitiven politischen Gruppierungen. Als ständige Institution wurde am 22. 10. 1868 die »Fédération des Cercles catholiques« begründet, die die etwa 50 bestehenden katholischen »Kreise« zusammenfaßte. Neben dieser streng verfassungstreuen Strömung entstand mit den »Ultramontanen« eine Bewegung, die sich eine Änderung der Verfassung zugunsten der katholischen Kirche zum Ziel gesetzt hatte. Ungeachtet der daraus resultierenden Auseinandersetzungen im katholischen Lager, erhielten die Katholiken bei den Wahlen von 1870 die Mehrheit und bildeten unter *Malou* die Regierung. Die katholischen Kongresse von Mecheln hatten der Politik der Partei 2 Richtlinien gewiesen: Freiheit des Unterrichts und private Sozialfürsorge. In der Unterrichtsfrage wurde dem Staat

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rahtey.org

nur eine Art ergänzender Funktion bei gleichzeitiger Subventionspflicht zugestanden, jede staatlich überwachte Schulpflicht abgelehnt; der liberalen Konzeption von einer staatlichen Sozialgesetzgebung stellte man den Gedanken paternalistischer Fürsorge entgegen.

Der liberale Wahlsieg von 1878 brachte die Katholiken wieder in die Opposition, aus der heraus sie die antiklerikale Säkularisierungspolitik der Regierung *W. Frère-Orban*, die 1880 auch die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abbrach, heftigst bekämpften. Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen bildeten wieder die Schulen. Die Schulgesetze von 1879 und 1881 sollten die vollständige Unterstellung des Schulwesens unter staatliche Kontrolle bewirken. Im Widerstand dagegen fand sich 1883 die »Fédération des Cercles catholiques« mit der kurz zuvor begründeten »Fédération des Associations constitutionelles et conservatrices« zusammen zur Gründung der »Fédération des Cercles et des Associations catholiques«. Dabei handelte es sich um eine Art Dachorganisation, innerhalb derer die angeschlossenen Kreise und Vereinigungen völlige Freiheit in der Aufstellung ihrer Kandidaten sowie weitgehend auch in programmatischen Fragen genossen. Als 1884 *A. M. Beernaert* Präsident dieser Organisation wurde, gelang es ihm, auch die in der »L'Union Nationale« zusammengeschlossenen Ultramontanen zur Kooperation zu bewegen. Das Resultat war der Wahlsieg im gleichen Jahr, der den Katholiken die absolute Mehrheit brachte, die sie während der folgenden 30 Jahre behielten. *Beernaert* bildete die Regierung, deren erste Maßnahme das Schulgesetz vom 20. 9. 1884 war, das den Volksschulunterricht wieder zurück in die Hände der Gemeinden legte und damit der staatlichen Oberaufsicht entzog. Die Entwicklung innerhalb der Katholischen Partei war in den folgenden Jahrzehnten gekennzeichnet durch Spannungen zwischen einer betont konservativen Richtung (personifiziert in dem Vors. *Ch. Woeste*) und einer mehr sozial engagierten Strömung, die sich 1891 in der Belgischen Demokratischen Liga (Ligue Démocratique Belge) *(G. Helleputte, A. Verhaegen)* sowie dem primär die flämische Bauernschaft ansprechenden Bauernbund (Boerenbond) formierte. Auf der Basis der päpstlichen Sozialenzyklika »Rerum Novarum« drängte diese Christlich-demokratische Richtung, die im Parlament bei den »Jungen Rechten« ihre Entsprechung fand, auf eine politische Lösung der wachsenden sozialen Probleme und auf ein Abrücken von dem paternalistischen Modell. Äußeres Kennzeichen der Kontroversen war die Abspaltung der Daensisten, 1893 (→ Christliche Volkspartei, 1). Die Regierung *Beernaert*, konfrontiert mit der zunehmenden Politisierung der Arbeiterschaft im Lande (1885 Gründung der → Belgischen Arbeiterpartei), suchte angesichts der divergierenden Richtungen innerhalb der eigenen Partei einen Kurs behutsamer Reformen zu steuern (Regelung der Kinderarbeit, Einführung der Unfall- und Krankenversicherung, Erweiterung des Koalitionsrechts). Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf der Basis des Mehrstimmenrechts (1893), des »Gleichheitsgesetzes«, das die flämische Sprache als zweite Amtssprache neben die französische stellte (1898), der persönlichen Militärdienstpflicht (1913), sowie die Übernahme der Kongokolonie in staatliche Verwaltung (1908), waren weitere wichtige Maßnahmen katholischer Regierungen, die teilweise gegen den Widerstand der von *Woeste* angeführten konservativen Kräfte der Partei durchgeführt wurden. Einmütigkeit herrschte dagegen in der Frage der weiteren Konfessionalisierung des Schulbetriebes (Schulgesetz von 1895) bei Ablehnung der allgemeinen Schulpflicht – letztere wurde erst 1914 aufgrund heftiger Kampagnen der Liberalen und Sozialisten eingeführt. – Mit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts (1919) endete die Periode der absoluten Mehrheit für die Katholische Partei. Die Parteiorganisation überlebte die Kriegsjahre nicht. 1919 schloß sich der christdemokratische Flügel in der Liga christlicher Arbeiter (Ligue des Travailleurs chrétiens) zusammen unter Annäherung an die Sozialdemokratie. Der bürgerliche Mittelstand organisierte sich im gleichen Jahr in dem von *E. H. Lambrechts* begründeten Bund der Mittelschichten (Fédération des Classes moyennes), und auch der Bauernbund löste sich von der nur noch als Rumpf bestehenden »Fédération des Associations et des Cercles catholiques«. Besorgnis innerhalb der Kirche vor dem mit dieser Entwicklung verbundenen völligen Zerfall der Partei und einer von daher zu erwartenden Wehrlosigkeit gegenüber möglichen neuen antireligiösen Maßnahmen seitens sozialistischer oder liberaler Regierungen führte am 29. 8. 1921 zu einem neuen Zusammenschluß der vier Gruppierungen in dem Katholischen Verband von Belgien (Katholieke Verbond von België/Union Catholique Belge). Jede der 4 Mitgliederorganisationen entsandte 6 Vertreter in den »Conseil général« und stellte für je ein Jahr den Vors. Die Mitgliedschaft in dem Verband war nur über die Basisorganisationen möglich, die ihre Parlamentskandidaten selbständig für eine gemeinsame Liste aufstellten. Die sehr lose, auf weitgehender Autonomie beruhende Organisation war wenig geeignet, die Einheit zu fördern, es kam im Parlament häufig zu Frontstellungen der katholischen Abgeordneten aus den verschiedenen Lagern gegeneinander. Als zusätzliche Belastung erwies sich die wachsende Stärke der flämischen Bewegung, deren Vertreter der Partei ihren eigenen Kurs auf Kosten des wallonischen Flügels aufzuzwingen suchten. Seit 1919 entsandten darüber hinaus die flämischen Nationalisten eigene Vertreter ins Parlament (→ Frontpartei), deren Wähler zum größten Teil dem Reservoir der Katholiken entstammten. Dennoch gelang es der Partei, einen Stimmenanteil von knapp 40% zu halten, bis 1940 in allen Regierungen vertreten zu sein und – ausgenom-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

men 1938/39 – regelmäßig den Ministerpräsidenten zu stellen.

Zu den wichtigsten Maßnahmen katholischer Regierungen dieser Jahre zählten die Sprachengesetze von 1921 und 1932, die das Flämische zur Verwaltungs- und Schulsprache in Flandern erhoben, und die Flamisierung der Genter Universität 1930. Wie heterogen die Partei weiterhin in ihrer Zusammensetzung war, zeigte sich 1925, als der christdemokratische linke Flügel unter *P. Poullet* eine Koalition mit den Sozialisten einging, die von den konservativen Katholiken heftig bekämpft und schließlich zu Fall gebracht wurde. Ihren Tiefpunkt erlebte die Partei bei den Wahlen von 1936, als, verursacht durch das Aufkommen der → Rex-Bewegung ihr Stimmenanteil auf 28,8% (63 Sitze) sank. Dieser Einbruch hatte eine erneute Reorganisation zur Folge, bei der erstmals den unterschiedlichen Nationalitäten Rechnung getragen wurde. Am 16./17. 10. 1936 entstand der Block der Katholiken Belgiens (Blok der Katholieken van België/Bloc Catholique Belge), dessen zwei gleichberechtigte Flügel die Katholische Soziale Partei (PCS, Parti Catholique Social) und die Katholische Flämische Volkspartei (KVV, Katholieke Vlaamsche Volkspartij) darstellten. Direktorium, Parteirat und Kongreß wurden von beiden paritätisch beschickt, der Vorsitz wechselte alternativ alle 2 Jahre. Während die KVV an dem Prinzip der Standesorganisation festhielt, basierte die PCS auf individueller Mitgliedschaft; beide Formationen waren völlig unabhängig voneinander, lediglich die im Kongreß gefaßten Mehrheitsbeschlüsse bildeten eine Art Richtlinie für die gemeinsame Politik. Eine hinreichend straffe Parteiorganisation war damit noch nicht erreicht, die Spannungen innerhalb der Partei bestanden fort und verhinderten eine konsequent geführte Politik.

Die Jahre der deutschen Besetzung während des 2. Weltkrieges nutzten die in die Illegalität gedrängte Parteiführung und die katholische Kirche zur Vorbereitung eines grundlegenden Neubeginns, wie er sich Weihnachten 1945 mit der Gründung der → Christlichen Volkspartei/Christlich-Sozialen Partei vollzog.

A. Melst, Le Parti catholique en Belgique, Löwen 1934; A. Simon, Le Parti catholique belge 1830–1945, Brüssel 1958; J. Beaufays, Les Partis catholiques en Belgiques et aux Pays-Bas 1919–1958, Brüssel 1973; J. de Groof, Over de Wording van de CVP-PSC, in: Res Publica, Jg. 1977, S. 83–98.

Kommunistische Partei Belgiens (PCB/CPB, Parti Communiste de Belgique/Communistische Partij van Belgie).

Gründung: 3./4. September 1921 durch *J. Jacquemotte* und *W. van Overstraeten* in Brüssel.

Programm: Die PCB/CPB versteht sich als marxistisch-leninistische Klassenpartei, deren oberstes Ziel die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft ist. Sie strebt dazu den Zusammenschluß aller »progressiven« und antikapitalistischen Kräfte an. Hauptziele sind ferner die staatliche Kontrolle der Schlüsselindustrien und Banken sowie Kontrolle der Arbeiterorganisationen über die Betriebe, Föderalisierung Belgiens. Organisation: Der organisatorische Aufbau der PCB/CPB entspricht dem Schema der meisten kommunistischen Parteien. Unterste Einheit sind die Zellen, die sich zu Sektionen zusammenschließen. Deren Abg. treten zu regionalen Kongressen zusammen, die ihrerseits Abg. für das nominell höchste Gremium, den alle zwei Jahre tagenden Kongreß wählen. Zwischen den Kongressen führt das von diesen gewählte Zentralkomitee bzw. dessen Politbüro die Partei. Bei letzterem liegt auch die Auswahl der Parlamentskandidaten. Seit 1971 bestehen separate wallonische und flämische Parteigliederungen.

Presse: ›Le drapeau rouge‹ (Brüssel, seit 1921); ›De Rode Vaan‹ (Brüssel, seit 1944 Wochenzeitung, seit 1974 Tageszeitung); ›La voix du peuple‹ (Tageszeitung, bis 1939).

Geschichte: Wichtigste Vorläufer der PCB/CPB waren der radikale und antiparlamentarische Kommunistische Bund Walloniens (Fédération Communiste de Wallonie) (Führung *van Overstraeten*) und die von der → Belgischen Arbeiterpartei abgespaltenen Freunde des L'Exploité (Amis de l'Exploité, *Jacquemotte*). Auf Druck des Exekutivkomitees der III. Internationale vereinigten sich beide Gruppen 1921 unter dem Vorsitz von *Jacquemotte* zur PCB/CPB. Größere Erfolge blieben der Partei zunächst versagt, nicht zuletzt aufgrund der Abspaltung eines trotzkistischen Flügels im Jahre 1928. Erst im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise und Korruptionserscheinungen bei den drei traditionellen Parteien, Mitte der 30er Jahre, vermochte die Partei erste Erfolge zu verbuchen (1936: 6,06% = 9 Abg.) Ihr aktiver Beitrag zum Spanischen Bürgerkrieg sowie die Annäherung an die Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen angesichts der faschistischen Gefahr verhalfen der PCB/CPB zu wachsender Popularität. Nach der Kriegserklärung Deutschlands an die UdSSR beteiligte sich die PCB/CPB führend am Widerstand gegen die deutsche Besatzung Belgiens und schuf sich damit eine starke Position für die Rückkehr zum parlamentarischen Leben nach der Befreiung (Wahlen 1946: 12,68% = 23 Abg.). Aus Protest gegen die Erhöhung der Kohlepreise zog sich die Partei 1947 wieder aus der Regierung zurück, in der sie mit 4 Ministern vertreten gewesen war, und beendete gleichzeitig ihre Volksfrontpolitik. Es folgte eine Phase starren Dogmatismus, der der Partei im Zusammenhang mit der Ära des kalten Krieges einen Großteil ihrer Wählerstimmen kostete. Auf dem Parteikongreß in Vilvoorde, Dezember 1954, erfolgte daraufhin eine Kehrtwendung in Richtung auf eine mehr pragmatische Haltung, das Revolutionsdogma wurde aufgegeben und unter Anerkennung der parlamentarischen Demokratie die sozialistische Gesellschaft zur notwendigen Etappe auf dem Wege zum Kommunismus erklärt. Unter dem Vorsitz von *M. Drumaux* (seit 1968)

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

begrüßte die PCB/CPB zunächst vorsichtig den Reformkurs in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, schwenkte jedoch nach dem Einmarsch der Sowjetunion in die ČSSR schon bald wieder auf einen antirevisionistischen Kurs um (Besuch *Drumaux'* in Prag, April 1969). Erst unter dem Einfluß des neuen Vorsitzenden *L. van Geyl* (seit 1973) sprach sie sich wieder für größeren Pragmatismus und ein Zusammengehen mit linken demokratischen Gruppen aus, – eine Richtung, die auf dem XXII. Kongreß in Gent, 1976, gegen den Widerstand linker Dogmatiker aus Lüttich bestätigt wurde. 1978 legte die Partei ein offizielles Bekenntnis zum Eurokommunismus und zum Pluralismus ab. Die Zahl der Abg. pendelte seit 1961 zwischen 4 und 6, ging 1977 auf 2 zurück, während 1978 die Partei Zulauf von ehemals sozialistischen Wählern erhielt und erneut 4 Mandate erzielen konnte. 1963 konstituierte sich ein prochinesischer Flügel als selbständige Organisation unter der Bezeichnung BELGISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI, MARXISTEN-LENINISTEN (PCB-ML, Parti Communiste Belge, Marxiste-Léniniste) unter der Führung von *J. Grippa* und *M. Massoz*. Mit nur ca. 0,5 % der Stimmen bei den Wahlen blieb diese Partei ohne parlamentarische Bedeutung.

J. Turf, Une Identité politique pour les Communistes, Brüssel 1978; Le Parti Communiste de Belgique (1921–1944), Brüssel 1980.

Liberale Partei (Parti Libéral/Liberale Partij).

Politische Vertretung des liberalen und antiklerikalen Bürgertums. Neben der → KATHOLISCHEN PARTEI, deren Gegenpol sie bildete, im 19. Jh. die bestimmende politische Kraft. Durch das Aufkommen der organisierten Arbeiterbewegung (→ BELGISCHE ARBEITERPARTEI) auf die dritte Position verdrängt, doch weiterhin von erheblichem politischem Einfluß aufgrund der für die Regierungsbildung häufig ausschlaggebenden Stellung zwischen dem konservativen und dem sozialistischen Lager. Nach dem 2. Weltkrieg Zersplitterung in mehrere Organisationen aufgrund der nationalitätenpolitischen Gegensätze.

Gründung: 14. 6. 1846 in Brüssel unter Mitwirkung von *E. Defacqz, W. Frère-Orban* u. a.

Programm: Das während der Gründungsversammlung angenommene Programm beschränkte sich auf wenige Punkte. Unter dem Einfluß des linken Flügels wurden als Art. 1 und 6 die Forderung nach einer allgemeinen Senkung des Zensus sowie nach sozialen Verbesserungen für die Arbeiterklasse aufgenommen, ohne letztere näher zu präzisieren. Der antiklerikalen Grundhaltung trugen die Art. 2 und 3 Rechnung, in denen völlige Unabhängigkeit der staatlichen Gewalt von geistlichem Einfluß sowie die Unterstellung des öffentlichen Unterrichts ausschließlich unter staatliche Kontrolle gefordert wurden. Auch in dem Programm der LIBERALEN UNION, 1900, und in dem ersten detaillierten Programm der Partei vom Juli 1919 wurde dem sozialen Bereich besondere Aufmerksamkeit gewidmet, allerdings unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Interessenlage. So sah das letztere die Einführung eines Minimallohnes und einer maximalen Arbeitszeit vor »entsprechend den Erfordernissen unserer Exportwirtschaft«. Das Unterrichtswesen sollte entwickelt, vervollständigt und kostenfrei werden. Dem traditionellen liberalen Gesellschaftsverständnis entsprachen die Forderungen nach freiem Warenverkehr und Freihandel sowie nach der besonderen Fürsorge des Gesetzgebers für das mittlere Bürgertum; für Kleinhandel und Kleinindustrie wurden verbesserte Kreditbedingungen angestrebt. Um auch das Bildungsbürgertum anzusprechen, wurde die Ausdehnung der bestehenden Sozialgesetzgebung auch auf die »geistigen Arbeiter« verlangt. – Das auf dem ersten Nachkriegskongreß im Juni 1945 festgelegte Programm knüpfte in allgemeinen Formulierungen an die Vorkriegszeit an. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit sollte innerhalb einer klassenlosen Gesellschaft ohne Privilegien und Diskriminierungen gesichert werden. Hauptforderungen waren weiterhin die Garantie freien Unternehmertums sowie die Förderung des staatlichen Unterrichts. – Die Aufgabe des traditionellen Antiklerikalismus und das offizielle Bekenntnis zur Toleranz, 1961, bildeten einen programmatischen Wendepunkt in der Geschichte der Liberalen, während an der zentralistischen Staatsform für Belgien noch festgehalten wurde (Kongreß von Lüttich, 1966). Letzteres bewirkte jedoch den Zerfall der Partei in drei autonome Organisationen, die nunmehr die Föderalisierung des Landes zum Programmpunkt erhoben (seit 1971), wobei jede der drei Parteien naturgemäß Sonderforderungen erhebt. Gemeinsam vertreten sie den Zusammenschluß aller für die Prinzipien des Reformliberalismus eintretenden Kräfte ohne Unterschied von Herkunft und Konfession, freie Entfaltungsmöglichkeiten für den einzelnen im politischen und wirtschaftlichen Bereich sowie eine Einigung Europas auf der Grundlage der Anerkennung regionaler Gegebenheiten.

Organisation: Bemühungen, zu einer geschlosseneren Organisationsform zu gelangen, setzten erst nach dem 1. Weltkrieg ein. Mit dem Nationalen Rat (Conseil National) gab sich die Partei erstmals ein einheitliches Führungsgremium. Mitglieder waren alle liberalen Parlamentsangehörigen, die Vertreter der Provinzorganisationen sowie Abgeordnete aus allen liberalen Vereinigungen des Landes. Der mindestens einmal jährlich tagende Nationale Rat wählte den Parteivors. und den Vors. des Parteibüros, das mit der Erledigung der laufenden Angelegenheiten betraut war. Nach dem 2. Weltkrieg wurde diese Organisationsform weitgehend beibehalten, eine straffere Durchbildung erfolgte nach der Aufspaltung in drei Organisationen im Zuge der Regionalisierung seit 1971. Beibehalten wurde eine gemeinsame Dachorganisation mit einem nationalen Präsidenten, durch die die Autonomie der regionalen

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://arsiv.org

Organisationen jedoch in keiner Weise beeinträchtigt wird.

Presse: ›Journal de Liège et de la Province‹ (1832–1940); ›Journal de Charleroi‹ (seit 1837); ›L'Étoile belge‹ (Brüssel, 1850–1940); ›L'Indépendance belge‹ (Brüssel, 1843–1940); ›La Flandre libérale‹ (Gent, seit 1874); ›Het Laatste Nieuws‹ (Brüssel, seit 1888); ›De Nieuwe Gazet‹ (Antwerpen, seit 1897); ›Revue Nationale de Belgique‹ (Brüssel, seit 1839); ›Le Flambeau‹ (Brüssel, seit 1918).

Geschichte: Die Verurteilung des liberalen Katholizismus durch Papst *Gregor XVI.* (Enzyclica »Mirari vos«, 1832) bewirkte im liberalen Lager Belgiens, daß eine Reihe von Politikern die Abkehr vom Unionismus (→ Einleitung) vollzog, so *P. Devaux*, der ursprünglich zu dessen Initiatoren gehört hatte, *Ch. Rogier, J. Lebeau.* Unterstützung erhielt diese Fraktion aus den Reihen des organisierten Freimaurertums, das seit 1838 in scharfen Gegensatz zum belgischen Episkopat geraten war, sowie von den Oraniern, die, nach dem Friedenschluß mit Holland ohne eigene politische Basis, ebenfalls aufgrund ihrer antiklerikalen Haltung Anschluß bei den Liberalen suchten. 1841 kam es zur Gründung der ersten politischen Vereinigung des belgischen Liberalismus, der Liberalen Allianz (Alliance Libérale) in Brüssel unter Vorsitz von *Defacqz*, deren fester Mitgliederstamm anfangs ausschließlich aus Freimaurern bestand; ähnliche Organisationen entstanden in Lüttich, Gent und Antwerpen. Mit dem Ziel eines Zusammenschlusses auf Landesebene und der Erstellung eines gemeinsamen Programms traten am 14. 5. 1846 384 Abg. aller inzwischen entstandenen liberalen Wählervereinigungen in Brüssel zusammen und bildeten den Allgemeinen Liberalen Verband von Belgien (Conféderation générale du libéralisme en Belgique). Das einigende Band dieses Zusammenschlusses bestand in der gemeinsamen Gegnerschaft zur katholischen Kirche, während ansonsten die für die liberale Partei der Folgezeit charakteristische Heterogenität bereits unübersehbar hervortrat: ein bürgerlich-konservativer Flügel stand einer radikal-demokratischen, sozialistisch beeinflußten Richtung gegenüber. Letztere, besonders durch die Brüsseler Alliance vertreten, konnte zunächst trotz zahlenmäßiger Minderheit bestimmenden Einfluß auf das Programm erlangen. – Die sehr lose Organisationsform begünstigte den Fortbestand ideologischer Gegensätze, in deren Verlauf sich der radikale Flügel in der Demokratischen Vereinigung (Association Démocratique, Vors. *L. Jottrand*, Vizepräsident *K. Marx*) zusammenschloß, während die gemäßigten Kräfte unter Führung von *Th. Verhaegen* und *Rogier* die Liberale und Konstitutionelle Vereinigung (Association Libérale et Constitutionelle) bildeten. Letztere, die vorwiegend das Besitzbürgertum repräsentierten, gaben in der Folgezeit innerhalb der Partei den Ton an und bestimmten damit auch die Politik der Regierung nachdem die Wahlen vom Juni 1847 den Liberalen die Mehrheit gebracht hatten, die sie mit einer kurzen Unterbrechung bis zum Jahre 1870 behielten. Demzufolge waren die wichtigsten Maßnahmen dieser liberalen Regierungsperiode vorwiegend wirtschaftspolitisch ausgerichtet, um den notwendigen Freiraum für Unternehmertum und Gewerbe zu schaffen: Errichtung der Banque Nationale (1850), Abschaffung der Binnenzölle (1860), Rückkauf des Zollrechtes auf der Schelde von den Niederlanden (1863) und Freihandelstarif (1865). In Verwirklichung von Punkt 1 des Parteiprogramms und unter dem Eindruck der Revolution von 1848 nahm die neue Regierung im März dieses Jahres eine Senkung des Zensus und damit eine Ausweitung des Wahlrechtes vor. Einen Schritt in Richtung auf die angestrebte stärkere Trennung von Kirche und Staat bildete das Gesetz über den Unterricht an den höheren Schulen vom Mai 1850, das den Einfluß der Geistlichkeit auf die Schulen stärker beschnitt, ohne dabei den katholischen Glauben selbst in Frage zu stellen, wie es seitens des radikalen Flügels immer stärker geschah. Dessen Einfluß innerhalb der Partei nahm jedoch stetig zu, wobei sich antireligiöser Geist mit sozialreformerischen Anschauungen verband. Wortführer dieser progressistischen Richtung waren *P. Janson* und *J. Bara*, der 1865 als erster Progressist in die Regierung aufgenommen wurde. Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen schwächten die Einheit der Liberalen und trugen wesentlich zu der Wahlniederlage von 1870 bei, nach der die Partei bis 1878 in der Opposition blieb. Während dieser Zeit gewann der progressistische Flügel zunehmend an Boden und konnte nach dem Wahlsieg von 1878 die Zusammensetzung der Regierung weitgehend bestimmen; deren verschärft antiklerikaler Kurs führte zu dem Schulgesetz vom 1. 7. 1879, aufgrund dessen die staatlichen Grundschulen völlig dem kirchlichen Einfluß entzogen wurden (Streichung des Religionsunterrichts, staatliche Prüfung für alle Lehrkräfte, Verpflichtung für jede Gemeinde, eine staatliche Schule zu errichten). Die Gegenmaßnahmen des Klerus (Verweigerung des Sakraments für die Lehrer an staatlichen Schulen sowie Schüler und deren Eltern, Einrichtung »freier« Schulen in jedem Kirchspiel) führten zu dem »Schulstreit«, in dessen Verlauf die Regierung die Beziehungen zum Vatikan abbrach und die Katholiken durch eine Reihe von Repressalien vergeblich zum Nachgeben zu zwingen suchte. Das offensichtlich verfrühte Schulgesetz fand in der Bevölkerung nicht den erhofften positiven Widerhall, die Zahl der Schüler in den katholischen Schulen stieg, während die neu errichteten staatlichen Schulen, besonders in Flandern, oft fast unbesucht blieben, ungeachtet dessen jedoch unter hohen Kosten fortgeführt werden mußten. Besonders diese finanzielle Belastung, die die Regierung nur durch neue Steuern auffangen konnte, war Ursache für die schwere Wahlniederlage der Liberalen im Juni 1884 (37,7% der Stimmen gegenüber

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://farley.org

57,2 % 1882 = 52 Sitze gegenüber 79), mit der sie nunmehr endgültig die Mehrheit an die Katholiken verloren. Anteil daran hatte jedoch auch die nach wie vor mangelnde Geschlossenheit der Partei. Der radikale linke Flügel vollzog in der Folgezeit definitiv die Wendung zum Sozialismus, trat für Kontakte mit der → BELGISCHEN ARBEITERPARTEI sowie für das allgemeine Wahlrecht ein (1881: Bildung der »Ligue nationale pour la réforme électorale«); beides lehnte der bürgerliche Flügel ab. Die Auseinandersetzungen führten zum offenen Bruch und zur Gründung der FORTSCHRITTLICHEN PARTEI (Parti Progressiste) durch die Linken (Leitung: *Janson*), deren Programm in den wichtigsten Punkten fast völlige Übereinstimmung mit den Zielen der Arbeiterpartei aufwies. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, 1894, bestätigte die Befürchtungen des konservativen Flügels vor einem damit verbundenen Stimmenrückgang. Bei den Wahlen von 1896 und 1898 erhielt die Liberale Partei nur noch 8,6 % der Stimmen (12 Sitze). Diese schwerste Niederlage in der Geschichte der Partei führte zur Abwanderung eines großen Teils des linken Flügels zu den erfolgreicheren Sozialisten. Nach Einführung des Verhältniswahlrechts, 1900, konnten die Liberalen ihre Position wieder bedeutend verbessern (22,4 % = 33 Sitze), positiv wirkte sich ferner die unter dem Einfluß von *P. Hymans* zustande gekommene Einigung mit den Progressisten auf ein gemeinsames Programm aus (Bildung der LIBERALEN UNION [Union Libérale], 21. 12. 1900). Darin wurden die revolutionären Methoden der Sozialdemokratie zwar ausdrücklich abgelehnt, ansonsten aber konnten die in der Partei verbliebenen Radikalen beträchtliche Zugeständnisse erreichen (Forderung nach allgemeinem einfachen Stimmrecht, allgemeiner Schulpflicht, persönlicher Heeresdienstpflicht). Die damit verbundene erneute Annäherung an das sozialistische Programm führte 1912 zur Aufstellung gemeinsamer Wahllisten beider Parteien, ohne daß es gelang, die katholische Mehrheit zu brechen. Die Einführung des einfachen allgemeinen Wahlrechts, 1919, brachte die Wiederholung der Vorgänge von 1894: ein liberaler Programmpunkt wurde damit erfüllt zum Nachteil für die Partei, die fortan definitiv in die dritte Position hinter Katholiken und Sozialdemokraten verdrängt wurde (bestes Wahlergebnis 1921 mit 17,8 % der Stimmen = 33 Sitze). Da jedoch gleichzeitig die Katholiken ihre absolute Mehrheit verloren, konnten die Liberalen in nahezu allen Regierungen der Zwischenkriegszeit als Koalitionspartner mit den Katholiken auftreten und damit eine von ihrer Wählerzahl unabhängige Bedeutung für die Regierungsbildung erlangen. Die mit der LIBERALEN UNION eingeleitete verstärkte Berücksichtigung sozialer Problematiken im programmatischen Bereich fand ihre Fortsetzung. In dem Bestreben zu größerer Geschlossenheit gab sich die Partei erstmals eine wirksame außerparlamentarische Organisation auf Landesebene. Ungeachtet dessen blieb der Partei Homogenität weitgehend versagt. Einer mehr auf Reformen des wirtschaftlichen Liberalismus bedachten Gruppe unter *A. Devèze*, die dem Staat größere Interventionsmöglichkeiten zusprechen wollte, stand der am überkommenen Manchesterliberalismus festhaltende doktrinäre Flügel gegenüber. Letzterer propagierte weiterhin den traditionellen Antiklerikalismus, konnte sich damit aber letztlich nicht bei den gemäßigten Kräften durchsetzen, die ein Zusammengehen mit den Katholiken auf Regierungsebene anstrebten. Dem Drängen des flämischen Bevölkerungsteils nach vollständiger Gleichberechtigung widersetzte sich die traditionell frankofon gesonnene Mehrheit der Liberalen hartnäckig. Der Zusammenschluß einer kleinen flämischen Minderheit im »Liberalen Flämischen Verband« (Liberaal Vlaams Verbond) unter *J. Hoste* blieb ohne Einfluß auf die offizielle Parteilinie. Einigkeit zwischen allen Gruppierungen bestand nur in der strikten Ablehnung des Frauenwahlrechts und dem Eintreten für eine leistungsfähige Landesverteidigung. Nach dem 2. Weltkrieg hielten die Liberalen an Programm und Organisation der Vorkriegszeit zunächst nahezu unverändert fest. Der frankofone Brüsseler Flügel bildete weiterhin das Machtzentrum der Partei. Kernpunkt liberalen Selbstverständnisses blieb der traditionelle Antiklerikalismus. 1954 ging die Partei eine Koalition mit den Sozialisten ein, der die gemeinsame Haltung in der Schulfrage zugrunde lag. Die von dem katholischen Kabinett *J. van Houtte* und Unterrichtsminister *P. Harmel* 1952 eingeleitete Praxis einer Gleichstellung der katholischen Privatschulen mit den staatlichen Schulen war auf den scharfen Protest der Liberalen und Sozialisten gestoßen, dgl. die Praxis katholischer Gemeinden, bei der Anstellung von Lehrkräften an den Gemeindeschulen den Absolventen katholischer Ausbildungsstätten den Vorrang vor staatlich geprüften Lehrern zu geben. Diese Maßnahmen bildeten neuen Zündstoff für den Antiklerikalismus der Liberalen, die zusammen mit ihrem sozialistischen Regierungspartner 1955 im Gegenzug die Subsidien für die Privatschulen empfindlich kürzten und den staatlich geprüften Lehrkräften Vorrangstellung einräumten. Der daraufhin ausbrechende Schulstreit endete erst 1959 mit dem von einer außerparlamentarischen Kommission vorbereiteten und von allen 3 traditionellen Parteien angenommenen Schulpakt. Für die Liberalen bedeutete diese definitive Regelung des ein Jahrhundert währenden Schulstreits den Wegfall der wichtigsten Voraussetzung ihrer antiklerikalen Haltung. Dies sowie die Tatsache, daß es der Partei seit Kriegsende nicht gelungen war, neue Wählerschichten zu erreichen, führten zur offiziellen Abkehr vom Antiklerikalismus auf dem Parteitag vom 8. 10. 1961. Um ihren Neubeginn auch äußerlich zu demonstrieren, gab sich die Partei den neuen Namen PARTEI FÜR FREIHEIT UND FORTSCHRITT (PLP/PVV, Parti pour la Liberté et le Progrès/Partij voor Vrijheid en Vooruitgang). Besonderen Anteil an dieser Neuausrichtung der Partei hatten der alte und der neue Vors. *R. Motz* und *O. Van-*

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://farley.org

audenhove. Geschickt machte sich die Partei das Unbehagen breiter Bevölkerungskreise über die Streiks der Jahreswende 1960/61 zunutze, um sich als große einheitliche Kraft konservativer Tendenz und als Ordnungsfaktor zu präsentieren. Der daraus resultierende Erfolgstrend brachte der PLP/PVV bei den Wahlen von 1965 die Verdoppelung ihrer Stimmenzahl: 21,6% = 48 Sitze (gegenüber 12,33% = 20 Sitze 1961). Zu einer schweren Krise, in deren Verlauf die Einheit der Partei zerbrach, führten in den folgenden Jahren jedoch die nationalitätenpolitischen Auseinandersetzungen. Zwar wurde mit der Absage an den Antiklerikalismus eine wesentliche Barriere auf dem Wege zum Stimmengewinn in dem katholischen Flandern entfernt, doch hinderte ihre traditionell frankofone Haltung die Partei daran, nachhaltig in dem aufstrebenden Flandern und seinem Wählerpotential Fuß zu fassen. Der unitär gesonnenen Brüsseler Führungsgruppe standen die auf eine mehr föderative Staatsordnung drängenden flämischen Parteimitglieder aus dem »Liberalen Flämischen Verband« gegenüber. Bis zum Jahre 1968 konnten sie sich nicht gegen die Brüsseler Führung durchsetzen; als die Partei bei den Wahlen dieses Jahres jedoch nicht die erwarteten Gewinne verbuchte, sondern in Flandern und der Brüsseler Region Verluste hinnehmen mußte (20,87% = 47 Sitze), setzte ein Auflösungsprozeß ein, in dessen Verlauf sich die PLP, die PVV und die Brüsseler PLP als autonome Parteien konstituierten (erste getrennte Kongresse im Mai 1972). Der Spaltungsprozeß setzte sich unter den Brüsseler Liberalen noch fort, die in eine flämische (BLAUE LÖWEN – Blaue Leeuwen) und eine frankophone zeitweise mit der → DEMOKRATISCHEN FRONT paktierende Gruppierung LIBERAL-DEMOKRATISCHE UND PLURALISTISCHE PARTEI (PLDP, Parti Libéral Démocrate et Pluraliste) bzw. seit 23.6. 1974 LIBERALE PARTEI (PL, Parti Libéral) auseinanderfielen. Die PLP Walloniens schloß sich im November 1976 mit dem rechten Flügel der → WALLONISCHEN VEREINIGUNG zur PARTEI FÜR DIE REFORMEN UND DIE FREIHEIT WALLONIENS (PRLW, Parti pour les Réformes et la Liberté de la Wallonie) zusammen, die bei den Wahlen 1977 14 Kammersitze erzielte. Wie auch die PVV war die PRLW strikt föderalistisch eingestellt, da sie allein in einer Stärkung der regionalen Parlamente einen Weg zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme Walloniens erblickte. Nach den Wahlen von 1977 in der Opposition bemühten sich die Abg. der drei liberalen Parteien wieder stärker um ein gemeinsames Vorgehen im Zentralparlament. Ihre Ablehnung des Egmont-Paktes (→ Einleitung) und ihr Eintreten für Steuererleichterungen verhalfen der PVV bei den Wahlen von 1978 zu einem Gewinn von 5 auf 22 Mandate (PRLW keine zusätzlichen Mandate). – 1979 begannen die beiden frankofonen Parteien PRLW und PL im Verlauf der Vorbereitungen auf die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, wieder die Annäherung zu suchen. Auf einem ersten gemeinsamen Kongreß seit der Spaltung, Ende Mai, wurde die Wiedervereinigung beschlossen; sie erfolgte am 23.6. 1979 unter der Bezeichnung PARTEI DER REFORMEN UND DER FREIHEIT (PRL, Parti des Réformes et de la Liberté); zum Vors. wurde *J. Gol*, Abg. aus Liège, gewählt.

P. Hymans, Pages libérales, Brüssel 1936; J. Garsou, L'Évolution du parti libéral à Bruxelles (1841–1939), Brüssel 1939.

Partei der Reformen und der Freiheit (PRL, Parti des Réformes et de la Liberté) → Liberale Partei.

Partei für die Reformen und die Freiheit Walloniens (PRLW, Parti pour les Réformes et la Liberté de la Wallonie) → Liberale Partei.

Partei für Freiheit und Fortschritt (PLP/PVV, Parti pour la Liberté et le Progrès/Partij voor Vrijheid en Vooruitgang) → Liberale Partei.

Rex-Bewegung (Mouvement rexiste).

In den 30er Jahren des 20. Jh. von jungen Katholiken gebildete Bewegung unter der Führung von *L. Degrelle*, die unter der Bezeichnung »Christus Rex« anfangs eine Erneuerung der KATHOLISCHEN PARTEI aus korporativ-autoritärem Denken heraus erstrebte. Aufgrund ihrer antiparlamentarischen und antidemokratischen Haltung und ihrer geistigen Orientierung am Vorbild der »Action française« kam es bald zum Bruch mit der KATHOLISCHEN PARTEI und der Kirche. Das fast ausschließlich von *Degrelle* verfaßte Programm forderte eine »moralische Erneuerung« als Mittel, dem in der Gesellschaft um sich greifenden Materialismus zu begegnen. Soziale Mißstände sollten im Rahmen eines korporativen Staates überwunden werden, soziales Gemeinschaftsgefühl an die Stelle eines exzessiven Kapitalismus sowie marxistischer Klassenkampfideologie treten. Die Partnerschaft zum faschistischen Italien wurde von Anfang an als konstante Größe betrachtet, während aufgrund der Verwurzelung im katholischen Glauben und aus nationalistischem Denken heraus das Verhältnis zum nationalsozialistischen Deutschland bis Ende der 30er Jahre reserviert blieb. – Affinität zum Faschismus zeigte sich auch in der Organisation durch die Übernahme des Führerprinzips nach italienischem Vorbild. In einem politischen Rat (»conseil politique«, seit Juni 1937 »bureau exécutif«) waren die wichtigsten Mitarbeiter des »Führers« *Degrelle* versammelt: *J. Denis, J. Streel, P. Daye, P. de Mont*. Seine Anhängerschaft hatte der Rexismus nahezu ausschließlich im wallonischen Landesteil, während ihm in Flandern der Erfolg fast völlig versagt blieb. – Wichtigste Periodika: Tageszeitungen ›Le Pays Réel‹ Brüssel 1936–1944 und ›De Nieuwe Staat‹. Die Rexisten bezogen ihre Popularität hauptsächlich aus den Angriffen gegen die enge Verflechtung von Politik und Großfinanz sowie gegen die in diese Konstellation verstrickten drei traditionellen Parteien. Mit

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

11,49% der Stimmen (21 Sitze) gelang ihnen bei den Wahlen 1936 ein unerwarteter Erfolg. Als *Degrelle*, der dem Parlament zunächst ferngeblieben war, bei einer Nachwahl im April 1937 jedoch noch selbst für einen Sitz kandidierte, erlitt er eine vernichtende Niederlage gegen *P. van Zeeland*, auf den sich die drei demokratischen Parteien als gemeinsamen Kandidaten geeinigt hatten. Die Gründe für diese Niederlage lagen in dem Bemühen dieser durch die faschistische Herausforderung aus ihrer Lethargie gerissenen Parteien, zu neuer Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung zurückzufinden, nicht zuletzt aber auch in dem Verdikt des belgischen Episkopats gegen die Rexisten. Auf die parlamentarische Niederlage reagierten die Rexisten mit der definitiven Hinwendung zum Faschismus und Nationalsozialismus. Während sie bis 1937 noch durchaus eigene Züge getragen hatte (Verzicht auf jedes gewaltsame Vorgehen, kein Antisemitismus), gab die Bewegung nunmehr jede Form eigener Identität auf zugunsten der totalen Angleichung an ihre faschistischen Vorbilder. Bei den Kammerwahlen vom April 1939 erhielten die Rexisten daraufhin nur noch 4,43% der Stimmen (4 Sitze). Nach der Besetzung Belgiens gingen sie zu offener Kollaboration mit den Deutschen über und wurden nach der Befreiung gerichtlich verfolgt; *Degrelle* floh nach Spanien ins Exil.

J. M. Etienne, Le mouvement rexiste jusqu'en 1940, Paris 1968.

Sozialistische Partei (**PS**, Parti Socialiste) → Belgische Sozialistische Partei.

Volksunion (**VU**, Volksunie).

Flämisch-nationalistische Partei mit föderativer Zielsetzung.

Gründung: 1954 durch *W. Couvreur*, *F. van der Elst* u. a.

Programm: Wichtigste Punkte bei der Gründung waren die Verwirklichung des Föderalismus in Belgien durch Teilung des Landes in zwei Regionen, – im Gegensatz zu den durch Einbezug des Großraums Brüssel auf eine Dreiteilung gerichteten Plänen der wallonischen Sprachenparteien (→ WALLONISCHE VEREINIGUNG und → DEMOKRATISCHE FRONT DER FRANKOPHONEN), ferner Industrialisierung Flanderns und Amnestie für die wegen Kollaboration während des 2. Weltkrieges verurteilten Flamen. Seit Beginn der 60er Jahre daneben verstärkte soziale Programmatik: gerechtere Einkommensverteilung durch garantierten Mindestlohn, Gleichberechtigung der Frau, verstärkter Umweltschutz und größere Entwicklungshilfe, Reduzierung des Wahlalters auf 18 Jahre.

Organisation: Die allgemeine Leitung der Partei liegt beim Parteirat, der ein Büro mit der Führung der täglichen Geschäfte beauftragt, das von dem Parteipräsidenten und dem Generalsekretär geleitet wird. Ein jährlich abgehaltener Kongreß bestimmt über die Parteilinie. Nach unten gliedert sich die Partei in Bezirks- und Lokalsektionen. Die Aufstellung der Kandidaten für die Parlamentswahlen erfolgt ohne Mitwirkung der Parteimitglieder aufgrund von Entscheidungen der zuständigen Parteigremien.

Presse: Wochenzeitung ›Wij‹ (bis 1964: ›Volksunie‹).

Geschichte: Nach der Befreiung 1944 gelang es dem nationalistischen Flamentum nur langsam, die aufgrund der Kollaboration des → FLÄMISCHEN NATIONALEN VERBANDES entstandene politische Diskreditierung zu überwinden. Bei den Wahlen von 1949 präsentierte sich erstmals eine von der CHRISTLICHEN VOLKSPARTEI (CVP) abgespaltene Gruppe flämischer Katholiken unter der Bezeichnung FLÄMISCHE SAMMLUNG (Vlaamse Concentratie) (2,06%, kein Mandat), 1954 als CHRISTLICHE FLÄMISCHE VOLKSUNION (Christelijke Vlaamse Volksunie) (2,2%, 1 Mandat). Ende 1954 nahm diese Gruppe den Namen Volksunion an. Erst das erneute Hervortreten des flämischen Nationalismus seit Anfang der 60er Jahre brachte der seit 1955 unter der Leitung von *F. van der Elst* stehenden Partei den Durchbruch und 1968 konnte sie bereits mit 20 Abg. (9,79% der Stimmen) in das Parlament einziehen. Dieser Erfolg sowie die verstärkte Aufnahme sozialer Forderungen in das Programm bewirkten, daß die VU fortan den bis dato überwiegenden Charakter einer »pressure group« abzulegen begann und sich zu einer Mitte-Links angesiedelten Oppositionspartei entwickelte. Gleichzeitig verstärkte sie ihre pluralistische Konzeption unter Verzicht auf die katholischen Bindungen der Anfangszeit: ähnlich wie die wallonischen Regionalparteien RW und FDF muß die VU darauf bedacht sein, ihre Wählerschaft aus Anhängern aller drei etablierten Parteien zu rekrutieren. Sie präsentiert sich daher als eine über den ideologischen Lagern stehende Regionalpartei. An ihrem Föderalisierungsprogramm hielt die VU unverändert fest (Plan für eine föderative Staatsform vom 11. 3. 1971) und boykottierte zunächst noch sowohl die als ungenügend betrachtete Verfassungsreform vom Dezember 1970 wie den Abschluß des Kulturpaktes vom Juli 1971. Unter dem Einfluß ihres neuen Vors. *H. Schiltz* (seit 1975) versuchte die VU, sich zunehmend als mögliche Regierungspartei zu profilieren. Ein Regierungsbeitritt scheiterte 1975 lediglich an dem Veto der RW; nach den Wahlen vom April beteiligte sich die VU jedoch erstmals an der Regierung unter Aufgabe der bisherigen Obstruktionspolitik in der Frage der Verfassungsreform (Zustimmung zum »Egmont-Pakt«, → Einleitung). – Die VU sah sich in den letzten Jahren mit einer zunehmenden Radikalisierung innerhalb der → CVP konfrontiert, was Ursache für den Stimmenverlust bei den Wahlen 1977 sein dürfte (20 Sitze gegenüber 22 Sitzen 1974). Negativ wirkten sich weiterhin Spannungen innerhalb der Partei aus zwischen dem bürgerlichen Flügel und einer kleinen, aber aktiven linken Gruppierung unter Führung von *N. Maes*. Der negative Trend fand seine Fortsetzung bei

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

den Wahlen 1978, wo die VU weitere 6 Sitze, größtenteils an die Liberalen, verlor. Die von der Aufgabe der radikalen Position der Partei enttäuschten Wähler wandten sich dagegen dem neu begründeten extrem radikalen FLÄMISCHEN BLOCK (Vlaamse Blok) unter der Führung von *L. Claes* zu, der 1 Abg. ins Parlament entsenden konnte. Die Wahlniederlage ließ die Vertreter eines harten Kurses der Konfrontation in der VU an Einfluß gewinnen, doch gelang es ihnen nicht, sich bei der Wahl des Nachfolgers von *Schiltz* durchzusetzen. Neuer Vors. der Partei wurde am 8. 9. 1979 *V. Anciaux*.

Wallonische Vereinigung (**RW,** Rassemblement Wallon).

Für die Föderalisierung Belgiens eintretende radikale Vertretung der Wallonen.

Gründung: 28. 6. 1965 als WALLONISCHE ARBEITERPARTEI (Parti Wallon des Travailleurs) Namur.

Programm: In den Vordergrund ihres Programms stellt die RW die konsequente Förderung des französisch sprechenden Bevölkerungsteils Belgiens, was primär Maßnahmen zur Gesundung der wallonischen Wirtschaft bedinge. Wichtigster Punkt auf diesem Wege ist die Föderalisierung des Landes, wobei die RW im Gegensatz zu ihrem flämischen Pendant, der → VOLKSUNION, jedoch für einen »Föderalismus mit Drei« eintritt, d. h. unter Einbeziehung des überwiegend französisch-sprachigen, aber von flämischem Territorium umgebenen Großraums Brüssel als selbständiger Region mit den gleichen Institutionen und Befugnissen, wie sie Flandern und Wallonien zugestanden werden. In der Autonomie Walloniens sieht die RW ebenfalls die Voraussetzung für die von ihr verlangte wirksame Investitions- und Strukturpolitik mit dem Ziel einer Modernisierung der wallonischen Infrastruktur und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zu diesem Zweck wird staatliche Intervention nicht ausgeschlossen. Schritte in Richtung auf eine Integration Belgiens in den Benelux-Komplex lehnt die RW ab, da sie davon eine verstärkte Position für den flämischen Bevölkerungsteil befürchtet.

Organisation: Zahlreiche Ortsvereine sind in 14 Regionalorganisationen zusammengefaßt, die über weitgehende Autonomie verfügen. Der jährlich zusammentretende Kongreß bestimmt als oberstes Gremium die Parteilinie und wählt den Vors. Zwischen den Kongressen wacht ein Büro, das sich vorwiegend aus Abgeordneten der Regionalorganisationen zusammensetzt, über die Einhaltung der Kongreßbeschlüsse. Diverse Kommissionen befassen sich mit den verschiedenen politischen Bereichen und bereiten den Kongreß vor. Als ausgesprochene Sprachenpartei weist auch die RW die gleiche pluralistische Zusammensetzung von Wähler- und Mitgliederschaft auf wie die DEMOKRATISCHE FRONT DER FRANKOPHONEN (FDF) und die VOLKSUNION (VU).

Presse: Seit 1971 Wochenzeitung ›Forces wallones‹.

Geschichte: Der wallonische Föderalismus organisierte sich erstmals 1961 in dem von *A. Renard* nach den Streiks des Winters 1960/61 begründeten »Mouvement Populaire Wallon«, einer außerhalb des Parlaments für wallonische Autonomie eintretenden pressure group, deren Angehörige zumeist der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung entstammten. Nach den Wahlen 1965, bei denen verschiedene wallonische Gruppierungen insgesamt 5 Abg. in die Kammer entsenden konnten, kam es zum Zusammenschluß als WALLONISCHE ARBEITERPARTEI, lediglich für den Brüsseler Großraum blieb als gesonderte politische Formation die → FDF bestehen. Unter der Führung von *F. Périn* erfolgte 1968 eine Öffnung nach rechts im Hinblick auf christliche Wähler, gleichzeitig gab sich die Partei den neuen Namen RW. Begünstigt durch den sich verschärfenden Sprachenkonflikt, verbesserte die RW 1968 ihren Stimmenteil auf 3,43 % (7 Sitze). In der Kammer schloß sie sich mit der → FDF zu einem wallonischen Kartell zusammen. Bei den Wahlen 1971 konnte die RW ihre Abgeordnetenzahl auf 14 verdoppeln, ein Aufschwung, der freilich 3 Jahre später durch einen leichten Rückgang (13 Sitze) gestoppt wurde. *Périn*, der im Verbleiben in der Opposition eine Gefahr für die Partei sah, bemühte sich erfolgreich um einen Regierungsbeitritt; im Juni 1974 trat er als Minister in die Regierung *Tindemans* ein. Während *Périn* die RW mehr im Zentrum angesiedelt wissen wollte, setzte sich der seit 1973 amtierende Vorsitzende *P. H. Gendebien* für die Rückkehr zum ursprünglichen Linkskurs unter Annäherung an den Arbeitnehmerflügel der → CHRISTLICH SOZIALEN PARTEI ein. Der Gegensatz führte im Oktober 1976 zum Austritt *Périns* und seiner Anhänger, die sich der neugebildeten PARTEI FÜR DIE REFORMEN UND DIE FREIHEIT WALLONIENS (→ LIBERALE PARTEI) anschlossen. Die gleichzeitige Obstruktionspolitik der RW innerhalb der Regierung bewirkte im März 1977 deren Auflösung. Bei den anschließenden Wahlen mußte die RW eine schwere Niederlage hinnehmen, ihre Mandate gingen auf 5 zurück. Bei den Wahlen 1978 erfolgte jedoch nicht die allseits erwartete Abwanderung der Wähler zu den forciert für eine Regionalisierung eintretenden Sozialisten; mit 4 Sitzen konnte sich die RW relativ gut behaupten. – Neuer Vors. der RW ist seit Februar 1979 *H. Mordant*.

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

BULGARIEN

von

WOLF OSCHLIES

Seit Ende der 40er Jahre dieses Jahrhunderts hat Bulgarien wieder zwei Parteien, wie zu Beginn seiner neuzeitlichen Eigenstaatlichkeit. Dazwischen, um 1930, gab es in diesem Land über zwei Dutzend Parteien. Sie nannten sich »Demokraten«, »Liberale«, »Radikale« etc., waren in der Öffentlichkeit aber meist nur unter dem Namen ihrer Führer ein Begriff. Das aber war bezeichnend für den Charakter dieser Gruppierungen, die keine »Parteien« im strengen Sinne waren, sofern man das klassische politikwissenschaftliche Instrumentarium der Begriffe und Definitionen von »Partei« an sie anlegt. Die bulgarischen »Parteien« – und ohne große Abstriche gilt das für alle ihre balkanischen Pendants – waren lose Spontangruppierungen ohne Organisation, detailliertes Programm, Weltanschauung, Zielsetzungen, Wahlstrategien etc. um Führungspersönlichkeiten: verschwand diese Zentralfigur, dann löste sich die »Partei« auf, bekam sie personelle Konkurrenz durch einen zweiten Führer, dann kam es rasch zu einer Spaltung.

Nach Hume basiert jede Parteienbildung auf den Grundlagen von »affection« (Zuneigung), »interest« (Interesse) und »principle« (Prinzip). Für bulgarische Parteien war eigentlich nur das erste Element voll gegeben, das zweite partiell und das dritte überhaupt nicht. Bulgarische Parteien – und das bezieht sich immer auf die Parteien der Vergangenheit, denn für die jetzt bestehenden gelten andere Gesetze – sind im Grunde nur danach zu bestimmen, was sie nicht waren. Zu diesem Zweck aber muß man etwas in die Geschichte zurückgreifen.

Das Erste Bulgarische Reich entstand im Jahre 681 n. Chr. und erlebte im 9. und 10. Jh. das »goldene Zeitalter« (»zlaten vek«) seiner geistigen und kulturellen Blüte. Im 11. Jh. zerfiel das Reich und geriet 1018–1187 unter die Fremdherrschaft von Byzanz. Bis 1393 währte das Zweite Bulgarische Reich, das im gleichen Jahr von den auf dem Balkan vordringenden Türken unterworfen wurde. Für die Bulgaren folgten knapp fünfhundert Jahre türkischer Fremdherrschaft, die erst durch den Russisch-Türkischen Krieg von 1877/78 beendet wurde. Die Verhältnisse in der Türkenzeit – die von den Bulgaren bis zur Gegenwart »Joch« (igo) oder »Sklaverei« (robstvo) genannt wird – schufen jene Voraussetzungen, aus denen sich die Eigenart der späteren bulgarischen Parteien ableitet. So verhinderte z. B. die Tatsache, daß alle Bulgaren gleichermaßen unfrei waren, die Grundfunktion jeder Partei, bestimmte Interessen und Schichten zu repräsentieren. Das weithin von allen Bulgaren akzeptierte und getragene politische Hauptziel der nationalen Befreiung – das sich in der »Wiedergeburt« (văzraždane) genannten politischen und kulturellen Aufbruchsperiode seit 1762 immer stärker profilierte – war auf lange Zeit hinaus kein Nährboden für die Formierung programmatischer oder weltanschaulicher Gruppierungen.

Man kann daher für Bulgarien eine lange Negativ-Liste aufstellen von nicht vorhandenen

Ücretsiz PDF Kitap Arsivi - https://rantey.org

Ansatzpunkten für Parteibildungen bzw. von fehlenden Kristallisationspunkten sozialer Unzufriedenheit mit organisatorischen Konsequenzen. Da in der Türkenzeit weder ein bulgarischer Staat noch eine bulgarische Nation bestanden, waren auch keine Posten und Ämter zu vergeben, erübrigten sich also Patronageparteien. Da die gesamte christlich-kirchliche Administration von den Türken an griechische Geistliche, die unter den Bulgaren verhaßten »Fanarioten«, delegiert war, kam es nie zu klerikalen Vereinigungen. Das völlige Fehlen eines Adels, Großgrundbesitzes und der Leibeigenschaft brachten eine sozial egalitäre Bauerngesellschaft in Bulgarien hervor, in der Klassen- und Standesparteien undenkbar waren; die ganz natürliche Toleranz der Bulgaren in rassischen und religiösen Dingen verhinderte das Aufkommen antisemitischer Gruppierungen, und der Umstand, daß alle Nachbarvölker gleichermaßen von den Türken unterworfen waren, verhinderte die Bildung nationalistischer Bewegungen.

Im Grunde gab es bis 1878 in Bulgarien nur zwei Dinge, an die man sich halten konnte – das nationalbulgarische Schulwesen und die eigene Familie. Beide Momente hatten für die Parteienlandschaft nach der Befreiung große Bedeutung. Das bulgarische Schulwesen, dessen Anfänge bis ins 18. Jh. zurückgehen, war das einzige Feld, auf welchem man Ehrgeiz, Initiative und Aktivität – die sich unter anderen Umständen zum großen Teil zweifellos im politischen Leben ausgelebt hätten – entwickeln konnte. Das führte dazu, daß die Lehrer als praktisch einzige Intellektuellengruppe nach der Befreiung Initiatoren und Träger der entstehenden Parteien wurden. Strukturbestimmend für die bulgarischen Parteien nach 1878 war die altbulgarische Tradition der »Großfamilie« (čeljadna zadruga), d. h. die familiäre Wirtschaftseinheit aller Abkommen eines Elternpaares auf der Basis des Gemeineigentums und unter der autoritären Leitung eines Oberhaupts. Bereits die Bezeichnungen dieses Oberhaupts als »Alter« (starec), »Oberster« (glavatar), »Leiter« (upravnik), »Wirt« (stopan), »Haupt« (glava), »Vorgesetzter« (narednik) usw. vermitteln einen ersten Eindruck vom Organisationsgrad der Großfamilie, deren innere Verhältnisse durch kollektive Selbsthilfe und die Familiengerichtsbarkeit geregelt wurden.

Mit dem Aufkommen des urbanen Handwerks büßte die Großfamilie an Bedeutung ein, doch lassen sich ihre Strukturen auch in den bulgarischen Zünften und darüber hinaus in den späteren Parteien ermitteln: Wie die früheren Großfamilien hatten auch die späteren Parteien von vornherein einige hundert Parteigänger, die mit weiteren Hunderten versippt und verschwägert waren. Die ganze Gemeinschaft stand unter der Leitung eines anerkannten Führers, und jeder Macht- oder Regierungswechsel zog automatisch weitestgehende Revirements auf allen Stufen nach sich. Erst 1921 ging man an die Ausarbeitung eines Gesetzes, das eine gewisse »Stabilität« in den Staatsapparat bringen sollte.

Die Geburtsstunde der bulgarischen Parteien war nach dem Russisch-Türkischen Krieg gekommen. Der Präliminarfrieden von San Stefano hatte im März 1878 ein »Groß-Bulgarien« geschaffen, das der Berliner Kongreß vom Juni 1878 wieder liquidierte. Bulgarien wurde dreigeteilt: in das Fürstentum Bulgarien im Norden, die halbautonome Provinz »Ost-Rumelien« und das unverändert türkische Mazedonien. Im Norden hatten die russischen Besatzungstruppen ein Verfassungsprojekt ausgearbeitet, das von einer bulgarischen Nationalversammlung beraten werden sollte. Diese Versammlung bulgarischer Notabeln trat im Februar 1879 in der alten Hauptstadt Veliko Tărnovo zusammen, wobei sich von Anfang an zwei Gruppen gegenüberstanden: die »Alten« und späteren Konservativen (→ KONSERVATIVE PARTEI) und die »Jungen« und späteren Liberalen (→ LIBERALE PARTEI). Was sie trennte, war ein von der Forschung noch immer nicht restlos geklärtes Kuriosum:

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

ausgerechnet das despotisch-autoritäre Rußland gab dem politisch völlig unerfahrenen Volk der Bulgaren den Entwurf einer der liberalsten und demokratischsten Verfassungen Europas, und dieser Entwurf ging der einen Gruppe zu weit, der anderen nicht weit genug. Die Konservativen (*T. Ikonomov, D. Grekov, K. Stoilov* u. a.) forderten einen Vermögens- und Wahlzensus und die Zubilligung des Wahlrechts nur an vermögende und lese- und schreibkundige Personen sowie als zweite Kammer des Parlaments einen »Senat«. Das war für die Liberalen (*D. Cankov, L. und P. Karavelov, P. Slavejkov, S. Stambolov* u. a.) absolut inakzeptabel; sie liberalisierten den russischen Entwurf weiter und tilgten aus seinem Wortlaut alle Russismen.

Ende April 1879 wurde die Verfassung verabschiedet. Sie verfügte die völlige Gleichheit aller Bulgaren vor dem Gesetz, das Verbot von Ständen und Privilegien, das Verbot der Verleihung von Adelstiteln, Auszeichnungen und Orden an Zivilpersonen, das Verbot jeglicher Sklaverei; die Verfassung gewährte uneingeschränkt alle Grundrechte und -freiheiten (darunter das Recht jeder Person auf Wohnung, Arbeit und Besitz) und den obligatorischen, unentgeltlichen Elementarunterricht. Die gesetzgebende Körperschaft bestand aus einer Kammer direkt gewählter Abgeordneter. Wahlberechtigt war jeder bulgarische Bürger, wählbar jeder, der das 30. Lebensjahr vollendet hatte und lesen und schreiben konnte. Gewählt wurden die Abgeordneten in die »Nationalversammlung« (Narodno säbranie), die aus der »gewöhnlichen« (obiknoveno) und der »großen« (veliko) bestand. In die gewöhnliche Nationalversammlung wurde ein Abgeordneter pro 10 000 Einwohner entsandt; sie war das eigentliche gesetzgebende Organ und kontrollierte die Tätigkeit der Minister. In der großen Nationalversammlung kamen zwei Deputierte auf 10 000 Einwohner, sie wurde nur aus vier Anlässen einberufen: im Falle einer Abtretung von Teilen des staatlichen Territoriums, für Verfassungsänderungen, zur Wahl eines neuen Staatsoberhaupts bei einer Thronvakanz und zur Wahl von Regenten im Falle der Minderjährigkeit des Thronfolgers.

Diese Verfassung, die Bulgarien als erbliche, konstitutionelle Monarchie definierte, wurde in den folgenden Jahrzehnten mehrfach geändert, blieb aber in ihren Grundzügen und wesentlichsten Bestimmungen bemerkenswert intakt: sie überdauerte Kriege, Könige und Regime und wurde erst 1947 durch eine neue Konstitution ersetzt.

Unter dem schützenden Dach der Verfassung von Tărnovo entwickelte sich das bulgarische Parteienwesen in mehreren Etappen. Die ersten zwei Jahrzehnte waren weiterhin vom Gegensatz Konservative-Liberale geprägt. Die folgenden zwei Jahrzehnte bis zum Ende des Ersten Weltkriegs erlebten den Niedergang des Konservativismus in Bulgarien und den Aufstieg des Liberalismus, der durch immer neue Spaltungen eine Fülle von organisierten Denominationen hervorbrachte, die in wechselnder Zusammensetzung die politischen Geschicke des Landes lenkten. Den Ersten Weltkrieg führte Bulgarien an der Seite Deutschlands, und seine politische Nachkriegssituation entwickelte sich in den aus Deutschland vertrauten Zügen: Die Jahre der politischen Ruhe und wirtschaftlichen Prosperität waren zu Ende, das politische Leben radikalisierte sich, um die Jahrhundertwende als Berufs- (Agrarier) bzw. Weltanschauungsparteien (Sozialisten) entstandene politische Gruppierungen drängten an die Macht, Aufstandsversuche und Staatsstreiche griffen tief in die politischen Verhältnisse ein, bulgarisch-balkanische Pendants faschistischer Bewegungen formierten sich.

Tiefgreifend veränderte sich damit auch die parteipolitische Landschaft Bulgariens. Bereits 1912 war das Verhältniswahlsystem eingeführt worden, woraufhin sich die Zahl der Parteien vermehrte, was jedoch infolge der autoritären Politik des Zaren *Ferdinand* noch

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

keinen Einfluß auf das Regierungssystem hatte. Der kam erst nach dem Kriegsende und der Abdankung *Ferdinands* zugunsten seines Sohns *Boris III.* (4. 10. 1918). Jetzt entwickelte sich ein buntes Parteienwesen – unter den eingangs geschilderten Voraussetzungen und Einschränkungen: Wo in anderen Ländern Parteiführer eine Regierung bildeten, da schufen sich in Bulgarien (und in anderen Balkanländern) königliche Minister eine eigene Partei oder Gruppe, um mit deren Hilfe möglichst lange an der Macht zu bleiben. Diese Parteien trugen die klassischen Bezeichnungen – Liberale, Demokraten, Radikale, Nationale usw. (jedoch nie »Konservative«) – aber die Namen taten nichts zur Sache: Jede Partei war im Inneren in eine Vielzahl von Flügeln und Gruppen aufgespalten, Absplitterungen und Neugründungen waren an der Tagesordnung, und wie jede Partei mit jeder anderen koalieren konnte, so konnte das auch jeder Flügel und jede Gruppe der einen Partei mit jeder Untergruppierung einer anderen Partei. Für die Mehrheit dieser »Parteien« gab es weder ein Programm noch eine Ideologie – das alle vereinende Band war der Ämterhunger ihrer Führer und Anhänger. In den 30er Jahren demonstrierte Bulgarien einmal mehr seinen eigenwilligen Umgang mit Parteien. Sie wurden 1934 kurzerhand verboten – ohne daß damit der Parlamentarismus geschädigt oder Versuche zur Gründung einer einheitlichen Staatspartei unternommen worden wären.

Gewählt wurden anstelle von Parteien Einzelpersonen, die natürlich parteilich gebunden waren, so daß sich im Parlament doch die vertrauten Gruppen wiederfanden.

Die letzte Etappe der bulgarischen Parteienentwicklung begann im Zweiten Weltkrieg. Unter dem Eindruck der nahenden Niederlage des verbündeten Deutschland bildete sich eine Koalition bürgerlicher und sozialistischer Oppositionsparteien, die nach Kriegsende die Macht übernahm. Kommunistisches Vormachtstreben ließ diese Koalition indessen rasch zerfallen, und in einer mehrjährigen Auseinandersetzung wurden die nichtkommunistischen Parteien zerschlagen. Bestimmende politische Kraft war fortan die kommunistische Partei, die alle aus dem übrigen Osteuropa bekannten Stadien durchlief; ihr zur Seite steht als zweite Partei die → BULGARISCHE NATIONALE AGRARUNION, die mit ihren Vorläufern wenig mehr als den Namen gemeinsam hat, gleichwohl an Mitgliedern und Einfluß nicht so unscheinbar ist wie die Parteien neben der Kommunistischen Partei in der DDR und der Tschechoslowakei.

Eine entscheidende, die weitere Entwicklung bestimmende Rolle spielte dabei die am 17. 7. 1942 durch das Moskauer Auslandsbüro der → BULGARISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (BKP) gegründete »Vaterländische Front« (Otečestven Front). Sie trat anfangs lediglich mit dem Anspruch einer betont unideologisch ausgerichteten Organisation auf, deren Zielsetzung allein in der Unterstützung der sowjetischen Kriegführung liege. Am 9. 9. 1944 stellte sie die neue aus Kommunisten, Nationaler Agrarunion, Sozialdemokraten, »Zveno« und Unabhängigen gestellte Regierung, die am folgenden Tag Deutschland den Krieg erklärte. Jetzt wurde ihr Charakter als kommunistische Hilfsorganisation deutlich, und im Frühjahr kam es zu ersten Kämpfen in ihr und zu spektakulären Austritten führender Politiker und ihres Anhangs. Bis 1947 wurde die politische Opposition in Bulgarien beseitigt, und im Dezember 1947 beschloß die BKP den »Aufbau des Sozialismus« nach sowjetischem Vorbild. Daraufhin mußte die »Vaterländische Front« neu organisiert werden. Ihr II. Kongreß (Februar 1948) beseitigte ihren Charakter als große Koalition verschiedener Parteien und Organisationen und formte sie zu einer »Nationalen Gesellschaftspolitischen Einheitsorganisation«. In dieser neuen Form wurde sie zum Auffangbecken für Organisationen, die man in der bisherigen Form nicht mehr benötigte: 1948/49 lösten sich

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rahtey.org

→ ZVENO und → RADIKALDEMOKRATISCHE PARTEI auf und gingen in der »Vaterländischen Front« auf, 1950 folgten ihnen die »Allgemeine Agrargewerkschaft« und der »Bulgarische Nationalverband der Frauen«. In der Folgezeit wurde die »Vaterländische Front« vor allem zu einem Instrument der Wahlmanipulation über ihre Einheitslisten. Die Folge sind die aus ganz Osteuropa bekannten hohen Zustimmungsraten bei Wahlen, die jedoch mit der wahren Meinung der Wähler wenig zu tun haben.

N. Stanev, Istorija na nova Bălgarija 1878–1928, Sofia 1929; T. Wasilewski, Historia Bułgarii, Breslau–Warschau–Krakau 1970.

Arbeiterpartei in Bulgarien (RP, Rabotničeska Partija v Bălgarija), legales Aushängeschild der nach dem Aufstandsversuch vom September 1923 verbotenen → BULGARISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (BKP). Die Idee, mittels einer »legalen« Organisation weiterhin in der Öffentlichkeit präsent zu sein, kam der kommunistischen Führung bald nach dem gescheiterten Aufstand, und Anfang 1924 wurde als erster Versuch die PARTEI DER ARBEIT (Partija na truda) gegründet. Diese Gründung bestand nur kurze Zeit, zeigte aber, daß es möglich war, auf diese Weise Kommunisten und Sympathisanten organisatorisch zu erfassen. Die Notwendigkeit dazu verstärkte sich nach dem Bombenattentat auf die Kathedrale »Sv. Nedelja« in Sofia, für das die illegale BKP verantwortlich zeichnete. Deren Moskauer Führung prüfte im Sommer und Herbst 1925 die Möglichkeiten für die Gründung einer legalen Organisation, und am 3. 3. 1926 erfolgte ein förmlicher ZK-Beschluß dazu, mit dessen Ausführung *V. Kolarov* beauftragt wurde. Die Gründung wurde sorgfältig vorbereitet: In der kommunistischen Tageszeitung ›Novini‹, die zwischen Januar 1926 und September 1928 legal erschien, begründete der Parteiphilosoph *T. Pavlov* die Notwendigkeit der Gründung, und erfahrene kommunistische Funktionäre wie *N. Iliev, G. Meškov, P. Napetov* u. a. machten die operative Arbeit, die zunächst in der Bildung kommunistischer Wählervereinigungen für die Gemeinderatswahlen vom Herbst 1926, sog. »Parteiloser Arbeitergruppen«, bestand. Das rasche Anwachsen dieser Gruppen überraschte das ZK der BKP, das daraufhin die augenblickliche Gründung einer Partei befahl. Am 20. 2. 1927 versammelten sich Delegierte der Gruppen in Sofia, um die RP sowie deren Zentralorgan ›Rabotničesko delo‹ aus der Taufe zu heben. Die neue Partei gab sich arbeiterfreundlich und demokratisch, versprach für den Achtstunden-Tag, eine gerechte Entlohnung und demokratische Grundrechte einzutreten, ließ aber andererseits die bekannten klassenkämpferischen Töne der Kommunisten laut anklingen. 1928 wurde *Napetov* Parteichef, und unter diesem geschickten Organisator entwickelte sich die Partei rasch: 1928 hatte sie 44 städtische und 144 ländliche Organisationen mit insgesamt 4212 Mitgliedern, 1930 423 Organisationen mit 6180 Mitgliedern und am 1. 4. 1932 vereinte sie in über 1600 Gruppen und Organisationen 27078 Mitglieder. Beträchtlich waren auch ihre Wahlerfolge: Im Herbst 1926 hatten die »parteilosen« Arbeitergruppen 6331 Stimmen bekommen, bei den Parlamentswahlen vom 19. 5. 1927 errang die RP rund 26000 Stimmen (4 Mandate), am 21. 6. 1931 bereits 165606 Stimmen (31 Mandate).

Immer war die RP lediglich ausführendes Organ der Beschlüsse des ZK der illegalen BKP, von der sie sich nur durch die etwas laxere Disziplin in ihren Reihen unterschied. Speziell dieser Umstand führte zu ständigen internen Reibereien: Bereits 1927 spaltete sich eine Gruppe linksradikaler Terroristen ab, die eine UNABHÄNGIGE ARBEITERPARTEI (Nezavisima rabotničeska partija) gründeten und einige Monate lang die Zeitung ›Nov păt‹ herausgaben, Ende der 20er Jahre wurden gemäßigte Funktionäre ausgeschlossen, die sich später um die 1929–1931 erscheinende literarische Wochenzeitung ›Duma‹ gruppierten. Als 1929 in der BKP stali istische Dogmatiker die Oberhand gewannen, ging es mit der RP langsam bergab: Unter ihren Mitgliedern herrschten Zank und Uneinigkeit, ihre Losungen – z. B. wurden alle anderen Parteien unterschiedlos als »faschistisch« abqualifiziert – und Aktionen – z. B. der Versuch, über das Wahlbündnis »Block der Arbeit« (Trudov blok) Mitläufer in anderen Parteien zu gewinnen – erwiesen sich als wirkungslos. Nach dem Staatsstreich vom 19. 5. 1934 beschloß die RP-Führung die Auflösung der Partei und empfahl den Mitgliedern, in die kommunistischen »Unabhängigen Arbeiter-Gewerkschaften« (NRPS, Nezavisimi rabotničeski profesionalni săjuzi) einzutreten, die jedoch bereits in der Illegalität arbeiteten. 1936 wurde der Auflösungsbeschluß widerrufen, und damit trat ein organisatorisches Chaos ein: Im Herbst 1936 zählten die BKP 4445 Mitglieder gegenüber 2390 der RP, wozu noch 2160 RP-Mitglieder in speziellen Gruppen unter direkter Leitung von BKP-Komitees kamen. 1938 vereinigten sich beide – illegale – Parteien zur BULGARISCHEN ARBEITERPARTEI (BRP, Bălgarska Rabotničeska Partija), die sich bei Kriegsende den Namenszusatz »Kommu-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://ranley.org

nisten« zulegte und im Dezember 1948 wieder zum Namen BKP zurückkehrte.

L. Panajotov et al. (Hg.), Rabotničeska Partija v Bălgarija 1927–1938 g. Sbornik ot dokumenti i materiali, Sofia 1966.

Bulgarische Arbeiterpartei (**BRP,** Bălgarska Rabotničeska Partija) → Arbeiterpartei in Bulgarien.

Bulgarische Kommunistische Partei (**BKP,** Bălgarska Komunističeska Partija) war der neue Name, den sich die Engsozialisten (→ BULGARISCHE SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI) auf ihrem XXII. Parteitag (25.–27. 5. 1919) zulegten; auf diesem Parteitag, der fortan als I. Parteitag der BKP gezählt wurde, trat die Partei auch der Komintern bei, in geschlossener Formation, ohne Absplitterung irgendwelcher Gruppen (wie es in vielen anderen Parteien geschehen war).

Programm: Das Programm der BKP war und ist im Grunde das Programm aller kommunistischen Parteien, die sich dem Sozialismus sowjetischen Typs verpflichtet fühlen. Schlagwortartig könnte man es so umreißen: Als marxistisch-leninistische Partei ist die BKP die Avantgarde der Arbeiterklasse und aller Werktätigen; sie führt die sozialistische Revolution durch und hat beim anschließenden Aufbau des Sozialismus unbestritten die führende Rolle in der Gesellschaft inne; dieser Aufbau des Sozialismus beginnt im Zeichen der Diktatur des Proletariats, die die notwendigen wirtschaftlichen (Sozialisierung der Industrie, Kollektivierung der Landwirtschaft), ideologischen (Gründung des gesamten Geisteslebens auf die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leni ismus) und sozialen Voraussetzungen (Beseitigung der Ausbeuterklassen) dafür schafft; im Laufe der Zeit lockert sich die Diktatur, doch bleibt die Partei auf dem Wege zu ihrem programmatischen Endziel, dem Kommunismus, den konstituierenden Bestandteilen von »Sozialismus« schlechthin verpflichtet: der »führenden Rolle der Partei«, der »marxistisch-leninistischen Ideologie«, dem »sozialistischen Staat«, der »sozialistischen Planwirtschaft« und dem »proletarisch-sozialistischen Internationalismus«.

Organisation: Die Organisation der BKP entspricht weitgehend der in kommunistischen Parteien üblichen mit dem Parteikongreß als höchstem Organ, Politbüro und Sekretariat als eigentlichen Führungsgremien. Seit 1959 besteht eine dreistufige Parteistruktur: als Grundlage fungieren örtliche Parteikomitees oder Gemeindekomitees, die nächste Stufe bilden die Bezirkskomitees, darüber steht das vom Kongreß gewählte ZK.

Presse: Erste Parteizeitung war ›Rabotničeski Vestnik‹ (Arbeiterzeitung, 1897–1923). Seit 1927 erscheint das derzeitige Zentralorgan der BKP ›Rabotničesko delo‹ (Arbeitersache).

Geschichte: Die 1903 von den Sozialdemokraten abgespaltenen Engsozialisten blieben lange Zeit eine bedeutungslose Sekte, die sich – so *Trockij* amüsiert nach einem Bulgarien-Besuch – in einer grotesken Nachahmung der russischen Bolschewiki unter *Lenin* gefielen. Erst die bulgarischen Niederlagen im Zweiten Balkankrieg und im Ersten Weltkrieg brachten ihnen Aufwind: 1913 schickten sie 18 Abg. ins Parlament, und 1918 wurden sie zur zweitstärksten Fraktion. Nach der eigentlichen Gründung der BKP hielt der Erfolg an: bis 1922 stieg die Zahl der Mitglieder auf 40 000, die der Wähler auf 200 000, und im Parlament saßen 40 Kommunisten unter insgesamt 216 Abg. Zugleich zeigte sich aber auch, was für die Partei in den 20er und 30er Jahren immer wieder charakteristisch sein sollte: ein revolutionärer Illusionismus. Die Programmdeklaration des Gründungskongresses forderte den augenblicklichen bewaffneten Aufstand zur Errichtung einer Sowjetmacht in Bulgarien – ohne die Einstellung der Bauern, d. h. von 80 % der bulgarischen Bevölkerung, zu einer solchen Perspektive mit einem Wort zu streifen. Als länderübergreifendes Nahziel postulierten die Kommunisten die Schaffung einer »Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik auf dem Balkan«, die mit Sowjetrußland eng verbündet sein sollte. Praktische Bedeutung erlangten diese Forderungen indessen nicht, da mit den Agrariern den Kommunisten ein übermächtiger Konkurrent um die Gunst der bulgarischen Massen entgegenstand. Verbittert sah die BKP deshalb tatenlos zu, als im Juni 1923 die Agrarierregierung von einer rechten Parteienkoalition gestürzt wurde. Ein scharfer Ordnungsruf durch die Komintern veranlaßte die BKP, hektische Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand zu treffen, der im September 1923 losbrach. Der schlecht vorbereitete und unkoordinierte Aufstand wurde binnen kurzem niedergeschlagen, hatte aber den doppelten Effekt, die BKP in den Augen der Komintern zu rehabilitieren und den Putschisten vom Juni eine nachträgliche Legitimation zu liefern. Die BKP wurde verboten, und im Untergrund steigerte sich ihre linksextreme Radikalität noch. Ausdruck dessen war das Attentat, das kommunistische Terroristen im April 1925 auf die Sofioter Kathedrale »Sveta Nedelja« verübten, und dem rund 150 Menschen zum Opfer fielen. Daraufhin setzte eine brutale Verfolgung der Kommunisten im ganzen Lande ein. Die Parteiführer *Dimitrov* und *Kolarov,* die längst den Einfluß des Nestors der Engsozialisten *D. Blagoev* verdrängt hatten, schufen von Moskau aus das Auslandsbüro der BKP. In Bulgarien selbst zerfiel die Partei; 1925–1935 war eine Periode, in der die BKP nur durch interne Streitigkeiten, unsinnige Losungen und terroristische Aktionen von sich reden machte. Die Parteileitung hatten inzwischen Linksradikale übernommen, unter denen *A. Georgiev-Petrov,* ein aus Moskau entsandter »Spezialist für den Kampf gegen den Trotzkismus«, besonders unheilvollen Einfluß ausübte. Ihm und seinen Geistesgenossen war es zu verdanken, daß die Partei auf gravierende politische Ereignisse wie den Staatsstreich von

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

1934 und den Hitler-Stalin-Pakt nicht vorbereitet war und hilflos reagierte. Einziges Ziel der neuen Parteiführung war es, ihre Vorgänger im Amt als »Opportunisten« und »Defaitisten« anzuschwärzen, und als *Dimitrov* im Dezember 1933 vor dem Leipziger Reichsgericht wegen des Reichstagsbrandes stand (und zu seiner aufrechten Haltung dort sogar von Zar *Boris III.* beglückwünscht wurde), verhinderten die Parteiführer kommunistische Sympathiedemonstrationen in Bulgarien für ihn. Nach dem Prozeß wurde *Dimitrov* Generalsekretär der Komintern und nutzte alle seine Möglichkeiten, um in der BKP Ordnung zu schaffen: die linksradikale Parteiführung wurde abgesetzt, und die ganze Partei auf den Volksfront-Kurs des 7. Komintern-Kongresses eingeschworen. In den folgenden Jahren bis zum Krieg verhielt sich die Partei, die sich 1938 mit der → Arbeiterpartei zur Bulgarischen Arbeiterpartei (BRP, Bălgarska Rabotničeska Partija) vereinigt hatte, ruhig. Ihr Versuch im Untergrund, in den sie aufgrund des Verbotes aller politischen Parteien verwiesen war, ein Volksfrontbündnis zustande zu bringen, blieb erfolglos, doch kam es zu Kontakten mit der Pladne-Gruppe der Agrarier (→ Bulgarische Nationale Agrarunion). Eine Änderung der passiven Haltung der Partei erfolgte erst, nachdem *Dimitrov* von Moskau aus am 17. 6. 1942 zur Gründung einer »Vaterländischen Front« (→ Einleitung) aller oppositionellen Parteien aufforderte. Die Gründung kam auch mit gewissen Schwierigkeiten – neben den Kommunisten beteiligten sich nur Teile des Zveno und die Pladne-Gruppe – zustande, und ihr Einfluß verstärkte sich in dem Maße, wie das Ende des Krieges näherrückte. Weniger Bedeutung hatte die von der BKP organisierte Partisanenbewegung – Ende 1943 zählte sie rund 800 Mann. Aber auch ohne dies war klar, daß die BKP nach dem Kriege ein bestimmender politischer Faktor sein würde, und in ihrem Rundschreiben Nr. 4 forderte die Partei am 26. 8. 1944 die uneingeschränkte »volksdemokratische Macht« für eine »Regierung der Vaterländischen Front«. Gute zwei Wochen später war die Partei am Ziel: aus Rumänien kommend rückten sowjetische Truppen am 8. 9. 1944 ohne Widerstand in Bulgarien ein. Die BKP inszenierte noch rasch einen »bewaffneten antifaschistischen Aufstand«, der jedoch angesichts sowjetischer Präsenz wenig mehr als eine Farce war. Bereits am 9. 9. übernahm eine aus Kommunisten, Agrariern, Zvenomitgliedern, Sozialdemokraten und Unabhängigen gebildete Regierung die Macht. Erste und wichtigste Aufgabe war es, eine bulgarische Beteiligung am Endkampf gegen Deutschland zu organisieren. Daneben ging die Partei daran, ihre Mitgliederbasis zu verbreitern (September 1944: 14 000, 1. 1. 1945: 255 000 Mitglieder) und ihre regionale Organisationsstruktur mit der administrativen Gliederung des Landes in Einklang zu bringen. Die weiteren Jahre bis 1947/48 brachten laufende Verstärkungen der kommunistischen Position: im September 1945 votierten 93% der bulgarischen Wahlberechtigten für die Abschaffung der Monarchie, bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1945 über 50% für die BKP. Der Friedensvertrag vom Februar 1947 beließ Bulgarien die fruchtbare Dobrudscha, und im Dezember 1947 bekam das Land eine neue Verfassung, die kommunistischen Wünschen vollauf entsprach. Zwischen 1946 und 1948 gelang es der BKP auch, alle nichtkommunistischen Parteien, die teilweise in heftiger Opposition zu ihr standen, zu zerschlagen; allein die gleichgeschaltete → Bulgarische Nationale Agrarunion durfte weiterleben, nachdem die BKP im Dezember 1948 auf ihrem V. Parteitag die »Generallinie des Aufbaus des Sozialismus« in Bulgarien beschlossen hatte. Davor und danach ergaben sich Probleme mit der Sowjetunion: *Dimitrovs* Versuche, eine Balkan-Föderation zu schaffen, stießen auf den offen geäußerten Unmut Moskaus; am 2. 7. 1949 starb er unter ungeklärten Umständen in einem Sanatorium bei Moskau. Im Dezember 1949 stand der Erste Sekretär der BKP, *T. Kostov,* vor Gericht und wurde zum Tode verurteilt – seine fehlende Bereitschaft, bulgarische Belange sowjetischen Wünschen unterzuordnen, hatten ihn zum ersten Opfer der langen Kette stalinistischer Schauprozesse in Osteuropa prädestiniert. Nach *Dimitrovs* Tod kam sein Schwager *V. Červenkov,* ein in Moskau erzogener Gefolgsmann *Stalins,* an die Spitze der BKP, und mit ihm hielt der Stalinismus seinen endgültigen Einzug in die Partei: Führerkult, willkürliche Verhaftungen und Verurteilungen, Kirchenkampf, Dogmatisierung des Geisteslebens, Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft (die erst gemildert wurde, nachdem es 1950 in Nordwestbulgarien zu Bauernunruhen gekommen war) u. a. m. Nach *Stalins* Tod gab *Červenkov* 1954 den Parteivorsitz an *T. Živkov* ab und blieb Regierungschef. Damit aber hatte er seine Position entscheidend geschwächt, und im April 1956 – nach dem XX. Parteitag der KPdSU vom Februar 1956 – übte das ZK der BKP heftige Kritik an seiner Parteiführung und setzte ihn als Regierungschef ab; 1962 wurde er auch aus der Partei wegen »antiparteilicher Tätigkeit« ausgeschlossen, 1969 wieder aufgenommen. Nach 1956 zeigten sich auch in Bulgarien Zeichen einer geistigen und politischen Entstalinisierung, die indessen nicht sehr tief ging und vor allem nicht die Rolle der BKP als profilloser Satellit Moskaus tangierte. Das änderte sich erst, als im April 1965 eine Gruppe prominenter Nationalkommunisten und Militärs einen Staatsstreich versuchten, dabei aber vorzeitig enttarnt wurden. Der Schock, den dieses Unternehmen auslöste, führte zu einer vorsichtigen, aber langfristig spürbaren nationalen Rückbesinnung der BKP, die sich fortan um eine undogmatische, pragmatische Herrschaftstechnik bemühte und diese zwischen 1966 und 1977 auch mit einer langen Reihe von Reformen in Wirtschaft, Kultur, Bildung, Landwirtschaft und Verwaltung unter Beweis stellte. Das gegenwärti-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://fantey.org

ge Bulgarien wurde unter der Führung der BKP ein in Grenzen liberales, für Kontakte und fremde Ideen aufgeschlossenes, Diskussionen und Reformen nicht abgeneigtes Land, wobei der BKP etwas zugute kommt, was in der Tschechoslowakei oder der DDR undenkbar wäre: die Menschen vergleichen den Vorkriegsstandard Bulgariens mit seinem heutigen Niveau und schreiben den unverkennbaren Fortschritt »den Kommunisten« als Positivum zu; heraus kommt ein tragfähiger, gewissermaßen national-sozialistisch fundierter Minimalkonsens zwischen Führern und Geführten.

Istorija na BKP, Sofia 1969; Kurze Gesch. der BKP, 1975.

Bulgarische Nationale Agrarunion (BZNS, Bälgarski Zemedelski Naroden Säjuz), Partei des bulgarischen Landvolks, entstanden Ende des 19. Jh. durch Vereinigung mehrerer regionaler Bildungs- und Selbsthilfevereinigungen der Bauern.

Gründung: Der Gründungskongreß der BZNS fand vom 28. bis 31. 12. 1899 in Pleven statt. Die Umwandlung der zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend apolitischen Berufs- und Bildungsorganisation bulgarischer Bauern in eine politische Ständevertretung erfolgte auf dem III. Kongreß 1901. Zu den führenden Gründungsmitgliedern zählten u. a. *J. Sabunov* und *Z. Bakalov-Zerkovski.*

Programm: Der Gründungskongreß der BZNS setzte sich »die geistige und moralische Besserung der Bauern und die Förderung der Landwirtschaft in allen ihren Bereichen« zum Ziel. 1905 übernahm die BZNS das von *A. Stambolijski* ausgearbeitete ständische Programm: Der Staat habe in politischer Hinsicht alles zu unternehmen, was dem wirtschaftlichen Aufschwung als dem Rückgrat des nationalen Lebens dienlich sei; eben diese Konzentration auf die Wirtschaft könne nicht von den politischen Parteien geleistet werden, die personell alle der gleichen sozialen Gruppe, dem urbanen Bürgertum, verbunden seien. Bestimmend für eine moderne Gesellschaft seien die unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen verschiedener Stände, die durch Standesorganisationen politisch repräsentiert würden. Der Bauernstand sei in Bulgarien der größte Stand überhaupt, müsse also in den politischen Gremien – z. B. in dem aus den Standesorganisationen gebildeten Wirtschaftsparlament – die entscheidende Rolle spielen, eventuell sogar im Zuge einer Grünen Internationale die Landesgrenzen überschreiten. – Dieses ständische Programm gab die BZNS 1948 auf; sie wurde als »politische Klassenorganisation der werktätigen Bauern« reorganisiert und gab sich ein Programm des »Aufbaus des Sozialismus in Bulgarien unter der Führung der BKP«.

Organisation: Basisorganisation der BZNS ist die »Kameradschaft« (družba), die auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene gebildet wird; oberstes Organ der Partei ist der Kongreß der den »Leitenden Rat« wählt, aus dessen Mitte wiederum die »Ständige Vertretung« gewählt wird; zwischen den Kongressen wird bei Bedarf der »Oberste Unionsrat« einberufen. Gegenwärtig hat die BZNS ca. 120 000 Mitglieder.

Presse: Organ ist die seit 1902 erscheinende Tageszeitung ›Zemedelsko zname‹.

Geschichte: Um die Jahrhundertwende war die BZNS bereits im Parlament vertreten, jedoch ohne klares Programm und differenzierte Zielsetzungen. Erst mit dem wachsenden Einfluß *Stambolijskis* verstärkte sich ihre Bedeutung. 1908 hatte sie in rund 1200 »Kameradschaften« 17 200 Mitglieder und in den Wahlen vom Mai 1908 wurde sie mit 11,2 % der abgegebenen Stimmen zweitstärkste Partei (23 Mandate); im November 1913 bekam sie gar 20,9 %. Zwei Jahre später wurden enge Parteigänger *Stambolijskis* in Finanzmanipulationen verwickelt und strafrechtlich verfolgt. Diese Affäre schwächte nicht nur den Einfluß *Stambolijskis,* sondern auch generell die antimilitaristische und republikanische Linie der BZNS, deren Abg. daraufhin für die Kriegskredite stimmten. Nach dem Krieg kam die Stambolijski-Gruppe wieder an die Führung, die BZNS war nach 1918 zunächst in mehreren Koalitionsregierungen vertreten und stellte nach 1920 allein die Regierung unter *Stambolijski* (Wahlen 1920: 38,2 % der Stimmen, 110 von 212 Mandate). In dieser Zeit führte sie zahlreiche Reformen durch (Agrar- und Steuerreform, Außenhandelsmonopol, Rechtschreibreform) und schuf mit der Einführung der »Arbeitspflicht« (Trudova povinnost) das Modell des von vielen Staaten nachgeahmten paramilitärischen Arbeitsdienstes. Zugleich verstärkten sich ihre ständisch-städtefeindliche Ideologie und der Terror ihrer halbmilitärischen Formation, der »Orange-Garde«. Im April 1923 erzielte die BZNS zwar noch ihren höchsten Wahlerfolg (53 % der Stimmen, 212 von 245 Mandaten), kurz darauf beendete jedoch der Staatsstreich vom 9. 6. 1923, bei dem *Stambolijski* den Tod fand, die Regierungszeit der BZNS, deren linker Flügel sich den Kommunisten näherte. (November 1923: Rückgang auf 21 % der Stimmen, aufgrund des Wahlsystems jedoch nur 30 von 247 Mandaten.) Der kommunistische Aufstand vom September 1923 und das kommunistische Bombenattentat auf die Kathedrale »Sveta Nedelja« vom April 1925 lösten einen Terror aus, dem Tausende Agrarier und Kommunisten zum Opfer fielen. In der Partei zeigten sich Spaltungstendenzen – auf der rechten Seite stand die Gruppe »Vrabča 1« (so genannt nach der Adresse des BZNS-Hauptquartiers), auf der linken die Gruppe »Aleksandăr Stambolijski« besser bekannt als »Pladne«-Gruppe, nach dem Titel ihrer Zeitung ›Pladne‹. 1931 kam die BZNS als Teil der Parteikoalition → Nationaler Block an die Macht zurück, von der sie durch den Staatsstreich vom 19. 5. 1934 erneut vertrieben wurde. In der Folgezeit ging die Annäherung der Linken in der BZNS an die Kommunisten weiter, während die rechte »Vrabča«-Gruppe die Oppo-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

sitionskoalition der »Fünfer« (Petorka) organisierte, in der außer der BZNS noch die SOZIALDEMOKRATEN, die NATIONALLIBERALEN, die RADIKALEN und die DEMOKRATISCHE EINTRACHT vertreten waren. Im Krieg beteiligte sich die starke »Pladne«-Gruppe an der von den Kommunisten 1942 gebildeten »Vaterländischen Front« (→ Einleitung) was die »Vrabča«-Gruppe unter *D. Gičev* abgelehnt hatte. Aber auch die politisch Verantwortlichen Bulgariens in dieser Zeit glaubten, nicht auf Politiker der BZNS verzichten zu können. Auf Drängen der nach dem Tode des Zaren *Boris III.* (28. 8. 1943) amtierenden Regenten wurde *I. Bagrijanov* am 1. 6. 1944 Ministerpräsident. Man glaubte, der angesehene BZNS-Politiker werde die bulgarische Neutralität wiederherstellen, das Verhältnis Bulgariens zur Sowjetunion verbessern und die Bauern von der »Vaterländischen Front« wegziehen. Selbstverständlich war *Bagrijanov* damit überfordert, und Anfang September 1944 wurde *K. Muraviev,* ehemaliger Minister der Regierung *Stambolijski* und einer der Führer der »Vrabča«-Gruppe, Ministerpräsident. Eine gute Woche blieb er im Amt – eine Woche, in der Bulgarien einen radikalen Kurswechsel vollzog: Bruch mit Deutschland, Kriegserklärung von seiten der Sowjetunion (mit der Bulgarien bis dahin normale diplomatische Beziehungen unterhalten hatte), Einmarsch sowjetischer Truppen, gegen die *Muraviev* jeden Widerstand untersagte. Bereits am 9. 9. 1944 traten drei Vertreter der BZNS in die neue Regierung der »Vaterländischen Front« ein, darunter »Pladne«-Chef *N. Petrov.* Die Leitung der Partei übernahm *G. Dimitrov-Gemeto,* der die BZNS auf Distanz zu den Kommunisten brachte und daraufhin bereits im August 1945 zum Verlassen des Landes gezwungen wurde. Trotzdem verstärkte sich die oppositionelle Strömung in der Partei, und in den Parlamentswahlen vom Oktober 1946 bekamen die außerhalb der »Vaterländischen Front« stehenden Oppositionsgruppen von BZNS und SOZIALDEMOKRATIE 1,2 Millionen Stimmen, was allein der BZNS-Opposition 99 Sitze einbrachte, 31 mehr als der in der »Vaterländischen Front« verbliebenen Parteigruppe. Damit begann jedoch eine breit angelegte Kampagne gegen die Opposition und speziell die oppositionelle BZNS, die mit der Verurteilung und Hinrichtung von *Petrov* im September 1947 ihren Höhepunkt erreichte. Die BZNS war zerbrochen und organisatorisch wie konzeptionell neu formiert, wirkte sie fortan als treuer Diener der Kommunisten, warb bei den Bauern zum Eintritt in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften u. ä. m. Nach wie vor verfügt die Partei jedoch über zahlreiche Mitglieder und ein gewisses Prestige im In- und Ausland, das innen- und außenpolitisch laufend genutzt wird, z. B. in eigenen Appellen der BZNS an die Bauernverbände anderer Länder, gemeinsam für die europäische Sicherheit und Abrüstung einzutreten.

I. Rankoff, Die parteipolit. Entwicklung während der Agrarbewegung in Bulgarien, in: Zs. für Agrargesch. und Agrarsoziologie Nr. 1/1973, S. 92–105; Ders., Bauerndemokratie in Bulgarien, in: H. Gollwitzer (Hg.): Europ. Bauernparteien im 20. Jh., 1977, S. 466–499; J. D. Bell, Peasants in Power – Alexander Stamboliski and the Bulgarian Agrarian National Union 1899–1923, Princeton New Jersey 1977.

Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (BRSDP, Bălgarska Rabotničeska Socialdemokratičeska Partija). Erste sozialistische Weltanschauungspartei Bulgariens, trat für einen Sozialismus marxistischer Prägung ein.

Gründung: 20. 7. 1891 am Berg Buzludža durch *D. Blagoev.*

Programm: In seiner Schrift »Was ist Sozialismus, und hat er einen Boden bei uns?« von 1891 hatte *Blagoev* eine marxistische Einschätzung der bulgarischen Lage gegeben: das Land sei bereits auf dem Wege der kapitalistischen Entwicklung, das Proletariat formiere sich als eigene Klasse, die zur Durchführung ihrer Kämpfe eine politische Partei strengster marxistisch-sozialistischer Observanz benötige. Diese Auffassung verteidigte *Blagoev* in zahlreichen Polemiken gegen gemäßigtere Vertreter der sozialistischen Richtung, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Durch Vereinigungen der von ihm gegründeten Bewegung mit anderen sozialistischen Gruppen wurde seine streng revolutionäre Linie immer mehr verwässert, bis Programm und Statut der Partei eine getreue Kopie der Grundlagen der deutschen Sozialdemokratie waren.

Presse: Wichtigstes Organ war die Tageszeitung ›Narod‹, die vom November 1894 bis zum Juni 1934 und vom Oktober 1944 bis zum August 1948 erschien. 1920 bis 1923 bekleidete den Posten des Chefredakteurs *D. Kazasov,* eine der farbigsten politischen Figuren der neueren Balkan-Geschichte überhaupt und später Gründer des → ZVENO. Neben dem ›Narod‹ gab es Organe der verschiedenen Flügel in der Partei, z. B. 1923–1925 die rechtsgerichtete Tageszeitung ›Epocha‹. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das ›Narod‹ wieder in seine alte Rolle als führendes sozial-demokratisches Organ eingesetzt. Daneben erschienen die theoretische Zeitschrift ›Socialističeska Borba‹ und von November 1945 bis April 1947 die Tageszeitung der sozialdemokratischen Opposition, ›Svoboden Narod‹.

Geschichte: Initiator der sozialistischen Bewegung war der aus dem ägäischen Mazedonien stammende Lehrer *D. Blagoev,* der in den 80er Jahren des 19. Jh. während seines Studiums in Rußland mit sozialistischen Ideen bekannt geworden war und die erste sozialistische Vereinigung Rußlands, die »Blagoev-Gruppe«, gründete. Von der Polizei verhaftet und aus Rußland ausgewiesen, setzte *Blagoev* seine Agitationstätigkeit in Bulgarien fort. Daneben hatten sich in zahlreichen Städten Bulgariens kleine sozialistische Zirkel gebildet, deren Vertreter *Blagoev* am 20. 7. 1891 am Fuße des Berggipfels Buzludža zusammenrief. Diese Zusammenkunft wurde der Gründungskongreß der BULGARISCHEN SOZIALDE-

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://kanley.org

MOKRATISCHEN PARTEI (BSDP, Bălgarska Socialdemokratičeska Partija). Ihre Mitglieder wurden »Parteiler« (partisti) genannt, und ihre Hauptgegner sahen sie in den »Unionisten« (săjuzisti), den Mitgliedern der 1893 gegründeten BULGARISCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN UNION (BSDS, Bălgarski Socialdemokratičeski Săjuz), die einen eher gewerkschaftlich-unpolitischen Kampf für die ökonomischen Interessen der Arbeiter auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen und ihren Blättern – dem ›Rabotnik‹ der Parteiler und dem ›Drugar‹ der Unionisten – vereinigten sie sich 1894 zur BRSDP. Die alten Gegensätze bestanden jedoch fort, und Führer der Revolutionäre blieb *Blagoev,* während die Reformisten von *J. Sakăzov* geleitet wurden. Die Partei hatte zunächst beträchtlichen Einfluß unter Arbeitern, kleinen Gewerbetreibenden und Landwirten, aber auch bei Lehrern, Beamten, Angestellten und Schülern. Insgesamt überwog unter den Mitgliedern das »nichtproletarische« Element, was erneut Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen um die reine Lehre wurde. Verschärft wurde die Situation noch dadurch, daß *Sakăzov* 1900–1905 die Zeitschrift ›Obšto delo‹ herausgab, in der er für ein Bündnis aller arbeitenden Menschen eintrat und einen Revisionismus nach Art *E. Bernsteins* propagierte. Daraufhin kam es auf dem X. Parteitag der BRSDP (1903 in Ruse) zur Spaltung. Die Linken unter *Blagoev* fügten dem Parteinamen den Zusatz »Engsozialisten« (tesni socialisti) an und übernahmen das Leninsche Organisationsprinzip des »demokratischen Zentralismus«. Ihre rechten Gegner, die »Breitsozialisten« (široki socialisti) blieben bei der Politik der »gemeinsamen Sache«. 1907 bildeten sie mit den Parteien der Nationalen, Progressiv-Liberalen, Demokraten und Radikaldemokraten den PATRIOTISCHEN BLOCK (Patriotičen Blok), der ein breites Programm von Reformen in Staat und Gesellschaft ausarbeitete. Nach dem Ersten Weltkrieg waren die »Breitsozialisten« sowohl in den Koalitionsregierungen der Agrarier als auch in der politischen Gruppierung vertreten, die den Staatsstreich von 1923 durchführte. In den 30er und 40er Jahren durchlief die BRSDP eine Entwicklung, die der der BZNS sehr ähnlich war, ohne daß die Partei je die Bedeutung der AGRARUNION erlangt hätte. Teile der BRSDP näherten sich den Kommunisten an und beteiligten sich ab 1943 an deren »Vaterländischer Front« (→ Einleitung), während andere Teile außerhalb blieben. Infolgedessen gab es nach dem Kriege zwei Strömungen in der Sozialdemokratie: eine in der Regierung und in der »Vaterländischen Front« und eine in der Opposition, wo sie eine Zeitlang im Verband mit oppositionellen Agrariern erfolgreich operierte. 1948 drängte die BKP auf eine »Vereinigung« mit den linken Sozialdemokraten unter *Nejkov,* die im August vollzogen wurde; die oppositionellen Sozialdemokraten wurden daraufhin verfolgt, ihr Führer *Lulčev* zu 15 Jahren Haft verurteilt, was bei seinem hohen Alter einem Todesurteil gleichkam.

T. Tchitchovsky, The socialist movement in Bulgaria, London 1931; P. Ostoič, BRSDP (August 1945 bis August 1948), in: Izvestija na Instituta po istorija na BKP 26, Sofia 1971, S. 181–246.

Cankov-Bewegung → National-Soziale Bewegung.

Demokratische Eintracht (Demokratičeski sgovor), Parteienverband der am Staatsstreich von 1923 beteiligten Parteien, der am 10. 8. 1923 durch den Zusammenschluß der → NATIONALEN EINTRACHT, der → VEREINIGTEN NATIONALPROGRESSIVEN PARTEI und Teilen der → DEMOKRATISCHEN PARTEI sowie der RADIKALEN PARTEI (→ RADIKALDEMOKRATISCHE PARTEI) entstanden war. Durch diese Organisation erhielt das neue Regime eine parlamentarische Weihe, und über ihr Organ, den 1903 entstandenen ›Demokratičeski pregled‹ sogar eine gewisse intellektuelle Attraktivität, da in dieser Zeitschrift die besten Literaten Bulgariens schrieben. Anfänglich war die Partei erfolgreich – mit Konzessionen in der Sozialpolitik führte sie sich innenpolitisch gut ein, außenpolitisch gelangen Milderungen der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags von Neuilly. Die Demokratische Eintracht stellte zwei Regierungen: 1923–1926 amtierte *A. Cankov* als Ministerpräsident, 1926–1931 *A. Ljapčev,* ein hoch angesehener Demokrat und Wirtschaftsfachmann aus der Demokratischen Partei, der selbst dann noch bei der Demokratischen Eintracht blieb, als sein ehemaliger demokratischer Parteifreund *A. Malinov* diese wieder verließ und die alte DEMOKRATISCHE PARTEI erneuerte. Die Regierungstätigkeit der Demokratischen Eintracht war durch Erlaß einer Reihe von Sondergesetzen und -maßnahmen gekennzeichnet, die sich einerseits gegen die Kommunisten richteten (»Gesetz zum Schutz des Staats«, Verbot der BKP), gleichzeitig aber auf Reformen abzielten (Verwaltungs-, Justiz- und Landreform, neue Sozialgesetzgebung) und eine Industrialisierung des Landes unter großzügiger Beteiligung ausländischen Kapitals ins Auge faßten. Ab 1925 geriet Bulgarien in eine immer schärfere wirtschaftliche Krise, die interne Streitigkeiten nach sich zog. *Cankov* und *Ljapčev* wurden erbitterte Gegner, beider Anhängerschaft stimmte im Parlament gegeneinander. Diese Uneinigkeit führte zu der vernichtenden Wahlniederlage vom 21. 6. 1931 (65 Sitze gegenüber 1923: 172 und 1927: 168). Nach dem Staatsstreich von 1934 wurde die Partei faktisch aufgelöst, setzte einige Jahre ihre internen Auseinandersetzungen und Querelen fort, um dadurch politisch immer schwächer zu werden und 1942 als politischer Faktor völlig zu verschwinden.

G. Naumov, Političeski borbi v Demokratičeskija sgovor prez urpavlenieto'na Andrej Ljapčev, in: Istoričeski pregled 6/1969, S. 24–57.

Ücretsiz PDF Kitap Arşivi - https://rantey.org

Demokratische Partei (Demokratičeska Partija), von den restlichen Anhängern *L. Karavelovs* und *P. Slavejkovs* 1895 gegründete Partei, womit das definitive Ende der alten → Liberalen Partei gekommen war. Die Parteiführung übernahm zunächst *P. Karavelov* selbst, 1902 *A. Malinov*, einer der prominentesten Politiker Bulgariens vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Ursprünglich repräsentierte die Partei das Kleinbürgertum, nach der Jahrhundertwende das liberale Bürgertum in Handel und Industrie. Sie trat für Reformen ein und propagierte einen »sozialen Frieden«. Mehrfach war sie an Regierungen beteiligt (1901–1903, 1908–1911, 1918, 1931–1934). Nach dem Staatsstreich von 1934 wurde sie aufgelöst, weigerte sich jedoch, sich an der von der BZNS-Vrabča organisierten Oppositionskoalition zu beteiligen (→ Bulgarische Nationale Agrarunion). Im Kriege stellte die Partei mit ihrem Führer *N. Mušanov* nicht nur den ältesten Oppositionsführer, sondern auch den integersten, der am energischsten für die volle Wiederherstellung der Verfassung von Tărnovo eintrat und damit große Wirkung auf die bürgerliche Opposition im Kriege ausübte. Nach dem Krieg wurde die Demokratische Partei 1945 offiziell wieder zugelassen, 1947 jedoch zur Selbstauflösung gezwungen. Parteiorgan der Demokraten war von 1898 bis 1932 die Zeitung ›Prjaporec‹, die sich danach für einige Jahre in ›Zname‹ umbenannte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Zeitung im September 1945 wieder zugelassen, im Dezember 1946 jedoch wieder verboten.

I. Dimitrov, Bălgarskata demokratična obštestvenost, fašizmăt i vojnata, Sofia 1976.

Handwerkerpartei (Zanajatčijska Partija), im Mai 1923 gegründete berufsständische Partei des kleinen Mittelstandes mit scharfer Gegnerschaft zu den Kommunisten und engen Bindungen an mittlere und rechte Gruppen der Bulgarischen Nationalen Agrarunion (BZNS). Parteiorgan war die Zeitung ›Zanajatčijska borba‹. Gelegentlich äußerte sich die Partei in »linker« Weise, und vor den Wahlen von 1927 ging sie mit dem rechten Flügel der BZNS unter *Gičev* und den Sozialdemokraten das Wahlbündnis Eiserner Arbeitsblock (Železen blok na truda) ein. Die gerade erst gegründete → Arbeiterpartei konnte an diesen Wahlen noch nicht überall teilnehmen, hoffte aber, die Handwerkerpartei und andere in ihren Block der Arbeit zu bekommen. Als sich diese Hoffnung nicht erfüllte, sahen sich die Handwerkerpartei und ihre Verbündeten heftigsten kommunistischen Angriffen ausgesetzt, was indessen nicht verhinderte, daß der Eiserne Arbeitsblock zahlreiche kommunistische Stimmen zu sich herüberzog. Nach dem Staatsstreich von 1934 löste sich die Partei auf.

Jungliberale Partei – Tončevisten (Mladoliberalna Partija – Tončevisti) nannte sich eine liberale Gruppe, die sich 1904 von den Radoslavisten abgespalten hatte und vor allem die Interessen des Teils des Bürgertums vertrat, der mit deutschem und österreichischem Kapital verbunden war. Ihr Führer war *D. Tončev*, der 1913 als Finanzminister in die Regierung *V. Radoslavov* eintrat. Generell gab es kaum Unterschiede zwischen Radoslavisten und Tončevisten, die den ganzen Ersten Weltkrieg über in der Regierungskoalition treu zusammenstanden. Zu dieser Koalition gehörte auch die dritte liberale Gruppe, die Stambolovisten (→ Liberale Volkspartei), die allerdings unter ihren Führern *D. Petkov* und *I. Momčilov* gelegentlich eigene Wege gingen. Bei Kriegsende hatten die Liberalen komplett abgewirtschaftet – bei den Parlamentswahlen vom August 1919 verloren sie alle ihre Parlamentssitze, bis auf einen einzigen, der den Stambolovisten zufiel. Ende 1920 vereinigten sich die drei Gruppen zur → Nationalliberalen Partei.

Konservative Partei (Konservativna Partija). Sammelbezeichnung für den konservativ-ständischen Flügel der Kräfte, die in den Jahren 1878–1884 das politische Geschehen in Bulgarien bestimmten und gestalteten. Die sog. »Konservative Partei« war im strengen Sinne noch weniger eine Partei, als es gemeinhin bulgarische Parteien der Vergangenheit waren – sie repräsentierte eher den mehr oder minder zufällig gebildeten Kreis einflußreicher Träger konservativer Ansichten, ohne daß dabei klare Strukturen, Konzeptionen, organisatorische Formen etc. entstanden. – In der Verfassunggebenden Versammlung von Tărnovo (→ Einleitung) waren die Konservativen unter *D. Grekov*, *T. Ikonomov*, *K. Stoilov* und *G. Načovič* in der Minderheit. Innenpolitisch befürworteten sie die Einführung eines Zweikammer-Parlaments, das auf der Grundlage eines Vermögens- und Bildungszensus gewählt werden sollte, außenpolitisch waren sie für eine Anlehnung Bulgariens an Österreich, Ungarn, Preußen und England, d. h. sie hatten sich, der bulgarischen politischen Terminologie zufolge, als »Russophobe« zu erkennen gegeben.

Am 29. 4. 1879 wählte die Große Nationalversammlung Bulgariens *Alexander von Battenberg* einstimmig zum ersten Fürsten des Landes. Der Fürst, ein Gegner der Verfassung von Tărnovo und der Liberalen, bildeten die erste Regierung unter dem gemäßigten Konservativen *T. Burmov* (der später zu den Liberalen überlief) und zog sich damit die heftige Feindschaft der Liberalen zu. Im Oktober 1879 trugen die Liberalen einen triumphalen Wahlsieg davon, und der Fürst bemühte sich um eine liberalkonservative Koalitionsregierung. Als diese nicht zustande kam, löste er am 6. 12. das Parlament wieder auf und bildete erneut eine konservative Regierung unter dem Metropoliten *Kliment* (= *V. Drumev*). Die regierenden Konservativen verwendeten den Großteil ihrer Energie auf publizistische und parlamentarische Kämpfe gegen die Liberalen – während im Lande Dürre und Hunger herrschten und türki-

sche Banden ihr Unwesen trieben. Unter diesen Umständen brachten die Wahlen vom Januar 1880 einen noch größeren Sieg der LIBERALEN, die nunmehr mit russischer Unterstützung die Regierungsgewalt übernahmen. Die entmachteten Konservativen konzentrierten sich, im Verein mit dem Fürsten, fortan darauf, den Bau einer Eisenbahnlinie durch Bulgarien mit Nachdruck zu vertreten, gegen den LIBERALE samt ihren russischen Hintermännern mit gleicher Nachdrücklichkeit kämpften.

Im Grunde genommen war der Konservativismus in Bulgarien als politische Kraft bereits überlebt, und die Versuche des Fürsten, die Verfassung zu suspendieren und mit der Hilfe russischer Generäle als Regierungschefs (*K. G. Erenrot* 1881 und *L. N. Sobolev* 1882–1883) alle Macht allein zu halten, hatten nur den Effekt, daß sich Liberale und Konservative einander annäherten und im September 1883 eine Koalitionsregierung *Cankov-Načovič* bildeten.

Eine gewisse Position konnten die Konservativen temporär im halbautonomen Ost-Rumelien halten, wo sie sich um die politisch sehr aktive Familie *Gešev* gruppierten und die wichtigsten Ämter besetzten. Der türkische Gouverneur, der geborene Bulgare *A. Bogoridi* (Aleko paša), unterstützte jedoch die unbedeutende liberale Opposition, die daraufhin spöttisch »kazënni« (russ.: »Staatliche, Ärarische«) genannt wurde, während die Konservativen sich wegen ihrer Propaganda für die Wiedervereinigung mit Bulgarien den Namen »säedinisti« (Unionisten) verdienten. Für eine kurze Zeit errangen die »kazënni« in Ost-Rumelien die Macht, die sie 1884 jedoch wieder an die Konservativen abtreten mußten, die ihr Engagement für die Wiedervereinigung augenblicklich vergaßen (und folglich als »Pseudo-Unionisten« bezeichnet wurden). Mit der 1885 erfolgten Vereinigung der getrennten Landesteile hörten diese Wechselspiele auf, und die Geševisten schlossen sich später der → NATIONALEN PARTEI an, die 1894 aus den Resten der alten konservativen Strömung entstanden war.

A. Hajek, Bulgariens Befreiung und staatl. Entwicklung unter seinem ersten Fürsten, 1939; J. von Königslöw, Ferdinand von Bulgarien, 1970; T. Wasilewski, Historia Bułgarii, Breslau/Warschau/Krakau 1970.

Konstitutioneller Block (Konstitucionen Blok). – Name eines am 6. 7. 1922 zwischen der DEMOKRATISCHEN PARTEI, der VEREINIGTEN NATIONALPROGRESSIVEN PARTEI und der RADIKALDEMOKRATISCHEN PARTEI geschlossenen Bündnisses mit dem Ziel, zum Sturz der Regierung der Agrarier unter *Stambolijski* beizutragen. Dieses Ziel wurde durch eine direkte Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung des Staatsstreichs von 1923 erreicht.

Liberale Fortschrittspartei (**PP,** Progresivnoliberalna Partija), ursprünglich von *D. Cankov* angeführte rechtsgerichtete Fraktion der alten → LIBERALEN PARTEI, die sich 1884 von dieser abspaltete und sich im November 1899 diesen Namen zulegte. Unter der Führung *S. Danevs,* der die Nachfolge *Cankovs* angetreten hatte, steuerte die PP einen prononciert pro-russischen Kurs, der 1901 die Bildung einer Koalitionsregierung mit der DEMOKRATISCHEN PARTEI unter *P. Karavelov* ermöglichte. Im Dezember 1901 löste *Danev Karavelov* als Ministerpräsident ab, es gelang ihm jedoch nicht, das angestrebte Bündnis mit Rußland zustande zu bringen und Mazedonien für Bulgarien zu gewinnen; im Mai 1903 trat er daraufhin zurück. Erneut Regierungspartei war die PP 1911–1913 im Bündnis mit der Nationalen Partei *I. Geševs* sowie durch ihre Beteiligung an den Koalitionsregierungen der Jahre 1918–1920. Ihre personellen und konzeptionellen Bindungen an das in Handel, Finanz und Industrie engagierte Bürgertum brachten die PP in eine natürliche Nähe zur NATIONALEN PARTEI, mit der sie sich im November 1920 zur → VEREINIGTEN NATIONALPROGRESSIVEN PARTEI zusammenschloß. – Presseorgan der PP war die Zeitung ›Bulgarija‹ (1898–1921).

K. D. Spisarevski, Progresivno-Liberalna Partija i Dragan Cankov, Sofia 1919.

Liberale Partei (Liberalna Partija). Sammelbezeichnung für die demokratisch-liberale Strömung im politischen Geschehen der ersten Jahre nach der Befreiung Bulgariens.

In der Verfassunggebenden Versammlung von Tărnovo hatten die Liberalen oder »Jungen« (wie sie meist genannt wurden) die Mehrheit inne. Geführt von den besten Köpfen des damaligen Bulgarien – dem großen alten Mann der bulgarischen Wiedergeburt *D. Cankov,* dem Dichter *P. Slavejkov,* dem liberalen Denker *P. Karavelov* und dem »bulgarischen Bismarck« *S. Stambolov* – votierten sie innenpolitisch für ein Einkammer-Parlament und ein allgemeines Wahlrecht, außenpolitisch für eine Anlehnung an Rußland. Letztere Option war jedoch keineswegs mit serviler Untertänigkeit identisch, vielmehr verbarg sich dahinter ein die eigenen Möglichkeiten realistisch einschätzendes Selbstbewußtsein – getreu der Devise von *Cankov*: »Wir wollen von Rußland weder den Honig noch den Stachel!«

Nach heftigen Auseinandersetzungen billigte die Versammlung im April 1879 mehrheitlich die liberalen Verfassungsvorstellungen, doch zog der neue Fürst *Alexander Battenberg* die Konservativen bei der Regierungsbildung vor. Auch der liberale Wahlsieg vom Herbst 1879 änderte daran nichts. Immer mehr sahen sich die Liberalen in die Opposition gedrängt, die sie bewußt und kämpferisch annahmen, zumal ihnen mit *Slavejkovs* Zeitung ›Celokupna Bălgarija‹ ein schlagkräftiges publizistisches Organ zur Verfügung stand, in welchem sie ihre innen- und außenpolitischen Vorstellungen verbreiten konnten. Hatten sie bislang nur die Konservativen en bloc bekämpft, so richteten sie im Verlaufe der Zeit immer schärfere Angriffe auf den Fürsten und seine pro-österreichische Orientierung.

Im Januar 1880 errangen die Liberalen einen noch überzeugenderen Wahlsieg, und mit der Hilfe des russischen Zaren *Alexander II.* bildeten *Cankov* und *Karavelov* die neue Regierung. Mit einer protektionistischen Agrarpolitik verbesserten die Liberalen nachhaltig die ökonomische Situation der Bauern, deren Landhunger sie auch dadurch befriedigten, daß sie die Flucht der Türken und Tscherkessen aus Bulgarien förderten (oder zumindest nichts dagegen unternahmen) und das verlassene Land zu günstigen Konditionen an Bulgaren verteilten.

1879/80 kamen die Liberalen mit ihrer prorussischen Orientierung nicht nur in Konflikt zur außenpolitischen Linie des Fürsten, sondern auch in Gegensatz zu den wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns. In dieser Situation nutzte der Fürst die wegen des Attentats auf *Alexander II.* (13. 3. 1881) entstandene allgemeine Verwirrung, um in Bulgarien die alleinige Macht zu übernehmen und die Verfassung zu suspendieren. Bis 1883 bekämpften die Liberalen konsequent den Fürsten und seine Regierungen, mußten in diesen Jahren jedoch meist ins halbautonome Ost-Rumelien ausweichen. Dort bildeten sie nicht nur ein neues liberales Zentrum im südlichen Plovdiv, wo *Karavelov* eine neue Zeitung unter dem Titel ›Nezavisimost‹ herausgab, sondern übernahmen auch energisch die Führung der bis dahin unbedeutenden Liberalen in Ost-Rumelien, so daß diese in den Wahlen von 1883 über die Konservativen siegten. Im September 1883 lenkte *Alexander II.* ein. Er erneuerte die Gültigkeit der Verfassung von Tărnovo und eine liberal-konservative Koalitionsregierung unter *Cankov* und *Načovič* übernahm die Macht. Sich selbst hatten die Liberalen damit freilich einen Bärendienst erwiesen: die Rückkehr der liberalen Führer aus Ost-Rumelien brachte dort wieder die Konservativen an die Macht, und im Fürstentum zerstritten sich die regierenden Cankovisten mit den »Antirevisionisten« um *Karavelov* und *Slavejkov*. Im Juni 1884 siegte dieser linksliberale Flügel in den Wahlen, und *Karavelov* bildete die neue Regierung. *Cankov* schied aus der Partei aus, und damit begann die endlose Reihe liberaler Parteispaltungen und Zersplitterungen, die von der ursprünglichen »Liberalen Partei« bald keine Spur mehr übrig ließ. (→ Liberale Fortschrittspartei, → Liberale Partei-Radoslavisten, → Liberale Volkspartei).

A. Hajek, Bulgariens Befreiung und staatl. Entwicklung unter seinem ersten Fürsten, 1939; I. Dimitrov, Knjazăt, konstitucijata i narodăt, Sofia 1972.

Liberale Partei-Radoslavisten (Liberalna-Radoslavistka Partija), nach ihrem Führer *V. Radoslavov* (1854–1929) benannte liberale Gruppierung, die sich 1887 – nachdem *Radoslavov* zuvor ein Jahr lang Ministerpräsident und Innenminister gewesen war – von der alten Liberalen Partei abspaltete. Im Januar 1899 gingen die Radoslavisten ein Bündnis mit den liberalen Stambolovisten unter *D. Grekov* ein (→ Liberale Volkspartei) und bildeten die Regierung *Grekov*, in der *Radoslavov* Innenminister war. Auf zweifelhafte Weise gewannen die Radoslavisten die Wahlen vom Oktober 1899 und stellten nun allein die Regierung unter *T. Ivančov*. Speziell in dieser Zeit zeigte es sich, daß die Radoslavisten eine reine Patronage-Partei waren, der das Wohl ihrer Anhänger alles, das Schicksal des Landes wenig bedeutete. Für Bulgarien höchst nachteilige Wirtschaftsabkommen mit dem Ausland, Steuermanipulationen, die zu Korruption und Bauernunruhen führten, und ähnliche Fehlgriffe mehr führten im Januar 1901 zum erzwungenen Rücktritt der Regierung. 1913–1918 war *Radoslavov* Ministerpräsident und als solcher für Bulgariens Eintritt in den Ersten Weltkrieg verantwortlich, wozu ihn deutsch-österreichische geheime Zusagen von bulgarischen Territorialgewinnen auf dem Balkan bewogen hatten. Nach dem Krieg ließ deswegen die Koalitionsregierung der Agrarier alle Mitglieder der Regierung *Radoslavov* vor Gericht stellen. *Radoslavov* selbst war bereits nach Deutschland geflüchtet. Seine restlichen Parteigänger verbündeten sich 1920 mit anderen Liberalen zur → Nationalliberalen Partei. Ihr ehemaliger Führer wurde 1923 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt, 1928 amnestiert.

V. Radoslawoff, Bulgarien und die Weltkrise, 1923.

Liberale Volkspartei (Narodnoliberalna Partija), als zweite Abspaltung aus der alten → Liberalen Partei 1886 entstanden. An ihrer Spitze stand *S. Stambolov* (1854–1895), ursprünglich ein Nationalrevolutionär, der nach der Befreiung Bulgariens einer der reichsten Männer und einflußreichsten Politiker des Landes wurde. Seine Partei war der bedingungslose Interessenvertreter des jungen Industriebürgertums, und ihre lange Regierungszeit, das sog. »Stambolov-Regime« 1887–1894, verschaffte dem Lande einen spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung. Loyal gegenüber dem Monarchen, setzte sich die Partei für eine Annäherung an die antirussischen Mächte ein, innenpolitisch steuerte sie einen progressiven Reformkurs. Da die Herrschaft der Partei jedoch immer stärker diktatorische Züge annahm und auch die Stellung des Throns gefährdete, provozierte Zar *Ferdinand* den Rücktritt *Stambolovs* am 18. 5. 1894. Der Zar mußte befürchten, daß die betont russenfeindliche proösterreich-ungarische Linie der Partei außenpolitische Komplikationen für Bulgarien heraufbeschwor. Nach *Stambolovs* Ermordung am 6. 7. 1895 übernahmen *D. Grekov*, *D. Petkov* und *N. Genadiev* die Führung der Partei, die 1899 und 1903–1908 nochmals Regierungsverantwortung übernahm und dabei ihren alten Kurs einer wirtschaftlichen Belebung Bulgariens fortsetzte. Außenpolitisch strebte sie weiterhin eine Annäherung an die Mittelmächte an, um Bulgarien dem Einflußbereich Rußlands zu entziehen, das nicht bereit war, den bulgarischen Wunsch nach Angliederung Maze-

doniens zu unterstützen. Im November 1920 vereinigte sie sich mit zwei anderen liberalen Gruppen zur → NATIONALLIBERALEN PARTEI.

J. von Königslöw, Ferdinand von Bulgarien, 1970.

Nationale Eintracht (Naroden Sgovor), 1922 durch rechte Politiker wie *A. Cankov* gegründete Partei, die gewissermaßen das Sprachrohr der in der »Militär-Liga« (Voenna Liga) zusammengefaßten politisierenden Militärs und Reserveoffiziere war. Beide Organisationen waren auch die Hauptakteure des Staatsstreichs vom 9. 6. 1923, und auf Anregung der Nationalen Eintracht wurde im August 1923 der Parteienverband → DEMOKRATISCHE EINTRACHT gegründet, in dem sie aufging.

Nationale Partei (Narodna bzw. Narodnjaška Partija), am 3. 6. 1894 unter *K. Stoilov* und *I. Gešev* gegründete Partei, die die Tradition der alten → KONSERVATIVEN PARTEI aufnehmen und fortführen wollte. Bereits in ihrem Gründungsjahr stellte sie unter *Stoilov* die Regierung. Dabei setzte sie *Stambolovs* Politik einer gezielten Förderung der Industrie (→ LIBERALE VOLKSPARTEI) uneingeschränkt fort (Gesetz zur Förderung der einheimischen Industrie, 1894). Außenpolitisch war sie dagegen auf eine Besserung der Beziehungen zu Rußland bedacht. Sie stellte 1894 – 1899 und 1911 – 1913 eigene Regierungen und war nach dem Ersten Weltkrieg mehrfach an Regierungskoalitionen beteiligt. 1920 vereinigte sie sich mit der → LIBERALEN FORTSCHRITTSPARTEI zur → VEREINIGTEN NATIONALPROGRESSIVEN PARTEI. Besonderen Einfluß auf die bulgarische öffentliche Meinung übte die Nationale Partei über ihre Zeitschrift ›Mir‹ aus, die vom 22. 9. 1894 bis zum 31. 12. 1944 erschien, seit dem 1. 1. 1906 als Tageszeitung.

J. von Königslöw, Ferdinand von Bulgarien, 1970.

Nationaler Block (Naroden blok). 1931 gebildeter Zusammenschluß aus Demokraten, Agrariern, Nationalliberalen und Radikalen, der in den Parlamentswahlen vom 21. 6. 1931 einen überwältigenden Sieg davontrug (47,6 % der Stimmen, 150 von 273 Mandate) und am 29. 6. 1931 die Regierung bildete. Bestimmende Kraft der neuen Formation waren die Demokraten, die von der Uneinigkeit der verschiedenen Agrariergruppen untereinander profitierten. Innenpolitisch ließ der Nationale Block die zahlreichen Sondergesetze in Kraft, die unter der Herrschaft der → DEMOKRATISCHEN EINTRACHT entstanden waren, außenpolitisch betrieb er eine Annäherung an Westeuropa, speziell Frankreich, bei gleichzeitiger Gegnerschaft zur Sowjetunion. Interne Auseinandersetzungen und wachsende Wirtschaftsprobleme des Landes erschütterten die Position des Blocks, der schließlich durch den Staatsstreich vom 19. 5. 1934 gestürzt wurde.

G. Naumov, Săzdavane na Narodnija blok i idvaneto mu na vlast prez juni 1931 g. in: Godišnik na Sofijskija Universitet, Sofia 1966, S. 93–179; A. Stoilkova, BKP i Narodnijat blok, in: Izvestija na Instituta po istorija na BKP 38, Sofia 1978, S. 446–455.

Nationalliberale Partei (Nacionalliberalna Partija), am 29. 11. 1920 entstandener Zusammenschluß drei verschiedener liberaler Gruppierungen, der Anhänger *Radoslavovs* (→ LIBERALE PARTEI-RADOSLAVISTEN), *Stambolovs* (→ LIBERALE VOLKSPARTEI) und *Tončevs* (→ JUNGLIBERALE PARTEI). Die neue Partei vertrat die Interessen des Großbürgertums; sie beteiligte sich am Staatsstreich vom Juni 1923 und war auch in der Regierung *Cankov* vertreten. Zwischen 1920 und 1934 spaltete sich die Partei achtmal, wobei ihr Abstand zum Cankov-Lager zunahm. Nach der Niederlage der DEMOKRATISCHEN EINTRACHT beteiligte sich die Nationalliberale Partei an der Regierung des → NATIONALEN BLOCKS (1931–1934); nach dem Staatsstreich von 1934 wurde sie aufgelöst. – Parteiorgan war in den Jahren 1921–1934 die Zeitung ›Nezavisimost‹.

National-Soziale Bewegung, (**NSD**, Nacionalno Socialno Dviženie), von *A. Cankov* im Mai 1932 gegründete faschistische Sammlungsbewegung, mit der dieser den Verfall der → DEMOKRATISCHEN EINTRACHT kompensieren wollte; die nach Organisation und Konzeption stark von der deutschen NSDAP beeinflußte Gruppierung wurde nach ihrem Gründer zumeist nur »Cankov-Bewegung« genannt, und mit ihr gewann *Cankov* neuen politischen Einfluß. Bei den Kommunalwahlen vom Januar 1934 erreichte seine Bewegung 11,5 % der Stimmen und bereitete sich auf die Übernahme der Macht im Staate vor. Der Staatsstreich vom Mai 1934 kam diesen Plänen zuvor, und die neuen Machthaber wollten *Cankov* internieren, kamen aber gegen seinen Einfluß nicht an. In der Folgezeit kam die Bewegung zwischen alle politischen Zentren und in eine wachsende Isolierung: Zar *Boris III.* war ihr Gegner, operierte aber gelegentlich mit der »Cankov-Gefahr«, um seine demokratischen Widersacher zur Raison zu bringen; die Parteien verhandelten zwar ständig mit *Cankov* wegen möglicher Koalitionen, mißtrauten aber ihm und seiner Bewegung wegen ihrer ständestaatlich motivierten Feindschaft gegen die Verfassung zutiefst. Schließlich spalteten sich aus der Bewegung mehrere Gruppen ab, und ein mißglückter Putschversuch vom Herbst 1936 ließ sie rasch verfallen.

V. Migev, Utvărždavane na monarchofašistkata diktatura v Bălgarija pres 1935–1936 g. i »Cankovoto Dviženie« in: Istoričeski pregled 6/1967, S. 62–81.

Partei der Arbeit (Partija na Truda). Wie die spätere → ARBEITERPARTEI legale Tarnorganisation der 1923 verbotenen → BULGARISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI. Die Partei wurde im Januar 1924 gegründet und im April des gleichen Jahres aufgrund des »Gesetzes zur Verteidigung des Staates« aufgelöst. In der Zwischenzeit hatte sie die

wesentlichsten Programmpunkte der BKP vertreten und sich erfolglos um die Schaffung einer »Einheitsfront der Arbeit« bemüht.

Radikaldemokratische Partei (Radikaldemokratičeska Partija) hieß anfänglich eine Gruppe, die sich 1905 unter der Führung des Publizisten und Politikers *N. Canov* (1857–1923) von der DEMOKRATISCHEN PARTEI abgespalten hatte, mit den Demokraten jedoch gelegentlich gemeinsame Regierungen bildete. So beteiligten sich die Radikalen an der Regierung *Malinov* (1918) und *Teodorov* (1919). Die streng verfassungstreue Partei übte große Anziehungskraft auf Intellektuelle aus und zählte einige der führenden Köpfe Bulgariens zu ihren Mitgliedern, u. a. den Nestor der bulgarischen Rechtswissenschaft, *J. Fadenchecht*, und den einflußreichen Publizisten *T. Vlajkov*. 1922 benannte sich die Partei in RADIKALE PARTEI (Radikalna Partija) um und beteiligte sich am KONSTITUTIONELLEN BLOCK und an dem Staatsstreich von 1923. Direkt nach dem Putsch spaltete sich die Partei. Ihr rechter Flügel und der der DEMOKRATISCHEN PARTEI taten sich zur UNION DER DEMOKRATIE (Säjuz na demokracijata) zusammen und beteiligten sich an der DEMOKRATISCHEN EINTRACHT, in deren Führung die Radikalen *Vlajkov*, *Fadenchecht* und andere prominente Mitglieder entsandten. Der linke Flügel unter *S. Kosturkov* ging in die Opposition. 1931–1934 waren die Radikalen im NATIONALEN BLOCK vertreten, bis sie 1934 verboten wurden. 1945 traten sie der »Vaterländischen Front« bei und führten für kurze Zeit ein neues politisches Eigenleben. 1949 wurden sie zur Selbstauflösung gezwungen. Parteiorgan war die Zeitung ›Radikal‹, die von 1910 bis 1934 und von 1944 bis 1948 erschien.

V. Georgiev, Buržoaznite i drebno-buržoaznite partii v Bălgarija 1934–1939, Sofia 1971.

Radikale Partei (Radikalna Partija) → Radikaldemokratische Partei.

Radoslavisten → Liberale Partei-Radoslavisten.

Stambolovisten → Liberale Volkspartei.

Tončevisten → Jungliberale Partei.

Vereinigte Nationalprogressive Partei (Obedinena Narodnoprogresivna Partija), entstanden am 8. 11. 1920 durch die Vereinigung der → NATIONALEN PARTEI mit der → LIBERALEN FORTSCHRITTSPARTEI. Am 9. 8. 1923 vereinigte sich die Partei mit der NATIONALEN EINTRACHT, am Tag darauf taten sich beide mit anderen Parteien, die den Staatsstreich von 1923 getragen hatten, zur → DEMOKRATISCHEN EINTRACHT zusammen.

Zveno (Kettenglied) nannte sich eine politische Vereinigung, die vor dem Zweiten Weltkrieg als überparteilicher »ideeller Kreis« (ideen krăg), danach unter dem Namen »Volksbund Zveno« (Naroden săjuz Zveno) auftrat und sich im Februar 1949 selbst auflöste.

Das am 27. 6. 1927 von dem Publizisten *D. Kazasov* gegründete Zveno war – nach seinen eigenen Worten – ein Resultat der in Bulgarien herrschenden »moralischen, wirtschaftlichen und politischen Krise« und »stützte sich auf linke Elemente in rechten Parteien«. Die Organisation war überparteilich und beteiligte sich nicht an Wahlen, ihre Mitglieder blieben gleichzeitig Mitglieder ihrer Parteien. Vor dem Zweiten Weltkrieg verstand sich das Zveno als elitärer Kreis einflußreicher Politiker, die politische Probleme frei und von parteipolitischen Rücksichten unbeeinträchtigt diskutierten, Lösungen abstimmten und über ihre Parteien, parlamentarischen Repräsentanzen etc. zu realisieren versuchten. Zveno bekämpfte die organisatorische Zersplitterung der politischen Landschaft und trat für eine pragmatische Lösung der in Bulgarien bestehenden Probleme ein. Die Organisation war antiparlamentarisch, republikanisch und antikommunistisch – verbündete sich im Krieg aber mit den Kommunisten und wurde in der Nachkriegszeit deren treuester Helfer bei der Gewinnung der bürgerlichen und intellektuellen Schichten. Nach dem Krieg konstituierte sich Zveno als Partei, die die »Vaterländische Front« (→ Einleitung) als Mittel einer »beschleunigten Demokratie« ansah und sich als nationales Korrektiv kommunistischer Politik verstand und für die Unantastbarkeit des Privateigentums eintrat. – Motivierende Kraft des Zveno war das Streben zur Macht, und dadurch kam die Organisation bald nach ihrer Gründung in Kontakt mit den Militärkreisen, die die Hauptlast des Staatsstreichs von 1923 getragen hatten. Organisatorisch bewußt locker und im Grunde nur ein Freundeskreis um die Wochenzeitschrift ›Zveno‹, in der für eine straffe Staatsführung und gegen die Parteienzersplitterung agitiert wurde, propagierte das Zveno seine republikanische Einstellung und bemühte sich um wachsenden Einfluß in der Armee, in deren Offizierskorps die Unzufriedenheit mit den Auswirkungen des Staatsstreichs von 1923 wuchs. Seit Ende 1933 liefen die Vorbereitungen für einen neuen Putsch, der zwar von den Militärs inszeniert, personell und konzeptionell jedoch ausschließlich vom Zveno getragen worden war und am 19. 5. 1934 ablief. Die neue Regierung unter *K. Georgiev* war eine reine Zveno-Regierung, deren Programm die ganze politische Philosophie der Organisation enthielt: Auflösung der parlamentarischen Parteien, Gründung berufsständischer Organisationen, Straffung der Territorialverwaltung, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und Normalisierung des Verhältnisses zu Jugoslawien. Der geglückte erneute Staatsstreich hatte vorübergehend die Position des Zaren *Boris III.* geschwächt, doch nutzte dieser geschickt die auftretenden Differenzen zwischen Militärs und Zveno, um bereits 1935 die Zügel wieder fest in

die Hand zu nehmen und fortan nur Regierungen seiner Wahl zu bestellen. Zveno – offiziell wie alle anderen politischen Organisationen aufgelöst – existierte informell weiter und übte über seine neue Zeitschrift ›Brazda‹ beträchtlichen Einfluß aus, ohne je wieder direkt an die Macht zu gelangen. Im Kriege bewegte sich Zveno politisch nach links und bemühte sich, über seine Kontakte zu den Militärs prosowjetische und prokommunistische Einstellungen in der Armee zu verbreiten. 1942 gehörte Zveno zu den Organisationen, die die »Vaterländische Front« gründeten, und bei Kriegsende war es an deren Regierungen stets an führender Stelle beteiligt; so waren z. B. in der ersten Regierung vom 9. 9. 1944 *K. Georgiev* Ministerpräsident, *D. Velčev* Kriegsminister, *D. Kazasov* Informationsminister und drei weitere Zveno-Mitglieder Minister. Gleichzeitig wurde der Neuaufbau der eigenen Organisation als Partei betrieben, die bald 50 000 Mitglieder – vorwiegend aus der bürgerlichen Intelligenz – zählte und über die Einheitsliste der »Vaterländischen Front« zu einer starken Parlamentsfraktion kam. Der Erfolg war nur kurzfristig, und die Bindung des Zveno an die Kommunisten wurde von den Wählern nicht honoriert – linke Wähler votierten für die Kommunisten, rechte für die Opposition, und im Oktober 1946 bekam Zveno noch ganze 1,65 Stimmenprozente. In Richtungskämpfen zerrieben, wurde Zveno am 19. 2. 1949 zur Selbstauflösung gezwungen. Einzelne Mitglieder behielten politische Ämter *(Georgiev)* oder öffentlichen Einfluß *(Kazasov)*, andere *(Velčev)* flohen in den Westen und agitierten von dort gegen die Kommunisten. Die seit 1944 erscheinende Zveno-Zeitung ›Izgrev‹ existierte als Zeitung der »Vaterländischen Front« bis in die frühen 50er Jahre fort.

D. Kazasov, Burni godini 1918–1944, Sofia 1949; I. Dimitrov, Buržoaznata opozicija v Bălgarija 1939–1944, Sofia 1969; Ders., Naroden Sajuz »Zveno«, in: Istoričeski pregled 5/1970, S. 3–33.

DÄNEMARK

von

HANS-NORBERT LAHME

Das Grundgesetz des dänischen Reiches vom 5. 6. 1849, das sog. »Junigrundgesetz«, bestimmte die Regierungsform als »eingeschränkt monarchisch ... erblich«. Die Exekutive lag beim König und der von ihm ernannten Regierung, in die Legislative teilten sich König und Reichstag. Der Reichstag bestand aus dem aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangenen Folketing und dem indirekt gewählten Landsting.

Das Junigrundgesetz, bei dessen Schaffung konservative Gutsherren, »nationalliberale« Bildungsbürger und »Bauernfreunde«, d. h. Vertreter der Bauern, mitgewirkt hatten, galt allerdings nur für das Königreich Dänemark, die Regelung der konstitutionellen Grundlagen der Herzogtümer Schleswig und Holstein-Lauenburg stand aus. Die von den Nationalliberalen verfochtene und 1863 durchgesetzte Lösung einer gemeinsamen Verfassung für das Königreich und Schleswig lieferte den Anlaß zum Kriege von 1864, dessen unglücklicher Ausgang – der Krieg endete mit dem Verlust der Herzogtümer für das dänische Reich – eine Revision der Verfassung des Königreiches aktuell machte. In das auf Grund des politischen Bankrotts der durch den Krieg diskriminierten Nationalliberalen entstandene Vakuum gelang es nun den konservativen Gutsherren, die als alte soziale Elite einen durchaus tradierten Führungsanspruch wahrnahmen, nachzustoßen und eine bedeutende Korrektur des Grundgesetzes durchzusetzen. Das Grundgesetz von 1866 bestimmte, daß, im Gegensatz zum ansonsten weiterhin geltenden Junigrundgesetz, von den Abgeordneten des Landstings nur noch zwei Fünftel in allgemeinen (indirekten) Wahlen ermittelt wurden, während die größten Steuerzahler des Landes, d. h. die Gutsherren, weitere zwei Fünftel wählten und der König die restlichen Landstingsabgeordneten nominierte. Die Verfassung ging weiterhin davon aus, daß Folketing und Landsting gemeinsam Anteil an der Legislative hatten und enthielt nichts darüber, wie Konflikte zwischen den beiden Häusern des Reichstages zu lösen waren. Der Konfliktfall ergab sich, als die 1870 mit einer relativen und 1872 mit absoluter Mehrheit im Folketing vertretenen Bauern die Ablösung der noch bestehenden Reste von Gutsuntertänigkeit forderten und diesen Wunsch wenig später mit der Forderung nach Wiedereinführung des Junigrundgesetzes und zusätzlich mit dem Ruf nach einem parlamentarischen Regierungssystem verbanden, damit aber am Einspruch des mehrheitlich von Gutsherren beherrschten Landstings scheiterten. In Anlehnung an die Fraktionen in diesem Konflikt, zu denen 1884 auch die Sozialdemokratie stieß, entstanden die modernen politischen Mitgliederparteien in Dänemark. Neue Nahrung erhielt der Konflikt durch die von dem ab 1875 amtierenden Gutsherren-Premier *J. B. S. Estrup* betriebene Politik der Befestigung Kopenhagens, die gegen den Willen des Folketings und auf der verfassungsrechtlich zweifelhaften Grundlage provisorischer Staatshaushalte durchgesetzt wurde. Der Konflikt endete erst mit dem Abgang *Estrups* 1894.

Das Wahlrecht zum Folketing war bis 1918 Männern vorbehalten, die Eintragung in die kommunalen Wahllisten wurde Personen mit Gesindestatus und Empfängern von Armenfürsorge verwehrt, wodurch zwangsläufig große Teile der unteren Schichten der Bevölkerung von den Wahlen ausgeschlossen wurden.

Die Wahlrechtsreform im Zuge der (erst 1918 Gültigkeit erlangenden) Verfassungsrevision von 1915 weitete den Kreis der für beide Häuser des Reichstages Wahlberechtigten auf Frauen und Angehörige des Gesindestandes aus. Gleichzeitig damit fiel das privilegierte Wahlrecht zum Landsting, letzteres wurde 1953 völlig abgeschafft.

Das Wahlverfahren war bei den Wahlen zum Folketing das direkte relative Mehrheitswahlrecht in Einmannkreisen, ein System, das die Entstehung von Wahlallianzen und, damit in engem Zusammenhang stehend, die frühzeitige Tolerabilität der Sozialdemokratie stark gefördert hat. Die Wahlrechtsreform von 1915 berücksichtigte erstmals die Verhältniswahl und die politischen Parteien: Während die Folketingsabgeordneten in Kopenhagen nach dem Verhältniswahlrecht ermittelt wurden, wählte das Land weiterhin nach dem relativen Mehrheitswahlrecht, doch sicherten Zusatzmandate den politischen Parteien die Verwertung sämtlicher Stimmen. Das Wahlrecht zum Landsting war auch nach der Reform weiterhin indirekt; von den Abgeordneten wurde ein kleiner Teil vom jeweils vorhergehenden Ting gewählt, der Rest wurde in besonderen Landstingswahlkreisen über Wahlmänner bestimmt. Der Volksvertretung auf den Faröer-Inseln stand das Recht zur Wahl eines Landstingsabgeordneten zu. Das anfängliche System zweier großer Parteien, nämlich der in Anlehnung an die Bauernfraktion im Folketing entstandenen LINKEN und ihres politischen Widerpartes, der RECHTEN, wurde schon früh durch das Wachsen der Sozialdemokratie gestört, nach der Jahrhundertwende entstand durch die Abspaltung des radikalen Flügels der LINKEN das klassische dänische Vierparteiensystem, das sich jahrzehntelang in einem ebenso klassischen System von vier politischen Tageszeitungen in sämtlichen Regionen des Landes widerspiegelte. Nach 1909 hat keine der alten Parteien die absolute Mehrheit erreichen können; es wurde üblich, von zweiten und dritten Parteien gestützte Minderheitenkabinette oder auch Regierungskoalitionen zu bilden. Die beiden Weltkriege sahen Mehrparteienkabinette (1916–18, 1940–45). Überhaupt zeichnen sich die alten Parteien trotz z. T. erheblicher ideologischer Disparität nicht zuletzt der bürgerlichen Parteien, die im übrigen auch der Herausbildung eines bürgerlichen Blockes im Wege gestanden hat, zur Bereitschaft zum politischen Kompromiß im grundsätzlichen Bereich aus. So prinzipielle Fragen wie die der Sozialpolitik und der staatlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im allgemeinen sind in der Substanz unter den alten Parteien nicht umstritten, allerdings bereitet die Nuancierung häufig Schwierigkeiten. Obwohl das Verhältniswahlrecht und der 1953 eingeführte niedrige Wahlquotient von 2% die Entstehung kleiner und kleinster Parteien, oft Splittergruppen der großen, und ihre parlamentarische Vertretung sehr gefördert haben, ist der Begriff Vierparteiensystem zur Kennzeichnung der Parteienlandschaft in Dänemark erst in jüngster Zeit durch die »Katastrophenwahl« vom Dezember 1973, fragwürdig geworden. Bei diesen Wahlen, die von den Politologen als Protest des Wählervolkes gegen ein so komplexes Bündel von Problemen wie: die Erstarrung der alten Parteien, ihrer Politik und ihrer Apparate, den wachsenden Steuerdruck, den »Linksrutsch« der Sozialdemokratie usw. gedeutet worden ist, wechselten 40% der Wähler die Partei, 36% gaben ihre Stimmen bisher nicht im Folketing repräsentierten politischen Parteien, unter ihnen die erst 1972 gegründete → FORTSCHRITTSPARTEI des Advokaten *M. Glistrup*.

Zwar gelang es den sog. »alten« Parteien spätestens bei den Wahlen vom Oktober 1979,

z. T. erhebliche Teile des 1973 verlorengegangenen Terrains zurückzugewinnen, und keine der Parteien des ursprünglichen Vierersystems hat, den Ergebnissen dieser Wahlen nach zu urteilen, länger ein Abrutschen unter die 2 %-Sperre zu fürchten. Doch geben die Ergebnisse dieser Wahlen Anlaß zu der Vermutung, daß sich die »neuen« Parteien dauerhaft neben den alten eingerichtet haben. Die organisatorischen Strukturen der alten Parteien weisen keine großen Unterschiede auf. Schon in den Anfängen der Parteiengeschichte haben sich die Orts- bzw. Wählervereine als Basisorganisationen durchgesetzt, diese sind in – den Folketingswahlkreisen entsprechenden – Kreisorganisationen zusammengefaßt, letztere wiederum in Amtsorganisationen. Die Kreisorganisationen beschicken die Parteikongresse als oberste Organe der Parteien, welche ihrerseits die jeweiligen Parteivorsitzenden, Exekutivorgane und die Parteivorstände wählen.

Die Nomination der Folketingskandidaten wird in besonderen regionalen Nominationsversammlungen vorgenommen.

K. Fabricius u. a. (Hg.), Den danske Rigsdag 1849–1949, Bde. 1–3, Kopenhagen 1949 f.; P. Engelstoft, F. W. Wendt, Haandbog i Danmarks politiske Historie. Fra Freden i Kiel til vore Dage, Kopenhagen ²1964; V. Dybdahl, Danmarks Historie. Bd. 12: De nye Klasser, 1870–1913, Kopenhagen 1965; E. Rasmussen, Danmarks Historie. Bd. 13: Velfærdsstaten på Vej, 1913–1939, Kopenhagen 1971.

Bauernpartei (**B,** Bondepartiet). Agrarische Interessenpartei und politischer Ausläufer der bäuerlichen Interessenorganisation »Zusammenschluß des Landvolkes« (LS, Landboernes Sammenslutning). Gründung: Am 16. 5. 1934 durch die beiden ehemaligen Folketingsabgeordneten der Linken *V. Thomsen* und *Ch. E. Siegfredsen* unter dem vorläufigen Namen »Die Unabhängigen«. Noch im Gründungsjahr nahm die Partei den Namen Die freie Volkspartei (Det frie Folkeparti) an. 1939 Umbenennung in Bauernpartei. Das Programm der Partei von 1935 betonte in Übereinstimmung mit den Forderungen des LS agrarische Interessen (»ökonomische und gewerbliche Gleichstellung der Landwirtschaft mit den anderen Erwerbszweigen«, »Änderung der veralteten Geld- und Zinspolitik«), wandte sich gleichermaßen aber auch gegen »die Hochfinanz und die Diktatur der sozialdemokratischen Gewerkschaften«. Anlaß zur Gründung der Partei, bzw. des mit ihrer Geschichte eng verknüpften LS, war die landwirtschaftliche Struktur- und Absatzkrise der 30er Jahre. Die Partei trat zum ersten Male als Teilnehmer am spektakulären »Bauernmarsch« des LS vom 29. 7. 1935 in Erscheinung, als 40 000 Bauern nach Kopenhagen marschierten und dem König eine Petition überreichten. Bei Folketingswahlen konnte die Partei folgende Ergebnisse verzeichnen: 1935: 5 Mandate, 3,2 %, 1939: 4 Mandate, 3,0 %, 1943: 2 Mandate, 1,2 %. Der B geriet die Zusammenarbeit mit der → Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Dänemarks während der deutschen Okkupation und die gelegentliche Kollaboration mit der Besatzungsmacht zum Verhängnis. Nach 1945 wurden ihre führenden Persönlichkeiten des Landesverrats angeklagt, die Partei beteiligte sich nicht mehr bei Wahlen.

E. Olsen, Partier, tidligere repræsenteret på Rigsdagen, in: K. Fabricius u. a. (Hg.), Den danske Rigsdag, Bd. 3, Kopenhagen 1950, S. 380–88.

Christliche Volkspartei (**KrF,** Kristeligt Folkeparti). Evangelikale Partei, die sich gegen die Entchristlichung des Kulturlebens und der Moral wendet, nach ihrem Eigenverständnis eine Partei der Mitte. Gründung: 13. 4. 1970 durch eine Gründungsversammlung, zu der die beiden Pastoren *N. E. Rosendahl* und *B. V. Petersen* eingeladen hatten. 1971 und 1972 verabschiedete die Partei »Prinzipienprogramme«, in denen auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, politische Beschlüsse von den Grundwerten der christlichen Ethik und der christlichen Lebens- und Menschenauffassung abhängig zu machen. Die Organisation der Partei entspricht nach ihrer Neuordnung Anfang 1972 der der alten Parteien (→ Einleitung). Die Partei gibt das Blatt ›Idépolitik‹ heraus.

Unmittelbarer Anlaß zur Gründung der Partei war die Liberalisierung der Pornographie- und Abtreibungsgesetze, gegen die die Partei sich wandte und die einen zentralen Stellenwert in Programmatik und Agitation der Partei einnehmen. Die Partei war in den ersten Jahren ihrer Existenz von Fraktionskämpfen innerlich zersplittert, die mit dem Austritt ihres linken Flügels und einer deutlichen »Rechts«-Drehung ihrer Politik Anfang 1973 endeten. Die Partei ist seit den Wahlen von 1973 im Folketing vertreten. 1973 erreichte sie 7 Mandate (4,0 % Wählerstimmen), 1975 konnte sie 2 Mandate hinzugewinnen

(5,3 %), 1977 fiel sie auf 6 Mandate (3,4 %) und 1979 auf 5 (2,6 %) zurück. Bei diesen Wahlen verlor auch der Parteivors. *J. Møller* sein Folketingmandat.

P.C. Andersen, Kristen Politik. Kristeligt Folkeparti 13. 4. 1970–21. 9. 1971, Odense 1975.

Dänische Sammlung (**DS,** Dansk Sammling). Gegründet am 18. 10. 1936 durch *A. Sørensen.* Die Partei verstand sich als Bewegung des »dritten Weges« jenseits von Sozialismus und Kapitalismus. In ihrem Programm trat sie für »die Befreiung der persönlichen Initiative in Geistesleben und Wirtschaft und für eine wirkliche Sicherung der Lebensbedingungen der Arbeiter« ein, aber auch für »eine wirkliche Verteidigung(spolitik)« und einen nordischen Bundesstaat. Die DS profilierte sich erst während der deutschen Okkupation durch aktive Teilnahme am Widerstand, eine stark antideutsche Haltung sowie heftige Angriffe auf die Kompromißpolitik des Kabinettes *Scavenius.* Sie erhielt 1943 3 Folketingsmandate (2,2 % der Stimmen) und 1945 4 Mandate (3,1 %). Danach ist sie nicht mehr in Erscheinung getreten.

E. Olsen, Partier, tidligere repræsenteret på Rigsdagen, in: K. Fabricius u. a. (Hg.), Den danske Rigsdag, Bd. 3, Kopenhagen 1950, S. 380–88.

Erwerbspartei (**E,** Erhvervsparti). Politische Partei, in der sich der Wunsch von kleineren Selbständigen vorzugsweise in der dänischen Hauptstadt nach Berücksichtigung ihrer spezifischen »Mittelstandsinteressen« manifestierte. Die Partei wurde im Herbst des Jahres 1917 gegründet und eroberte bei den Folketingswahlen von 1918 1 Mandat (1,8 % der Stimmen), bei den 3 Wahlgängen von 1920 4 bzw. 3 Mandate. 1922 gründeten 2 Mitglieder der Folketingsfraktion der E eine neue Partei. Die freisinnige Landespartei (Det frisindede Landsparti), die allerdings ohne politische Bedeutung blieb. 1924 schloß sich der Großteil der Mitglieder der E der → Linken an, die Partei ging kurz darauf ein.

E. Olsen, Partier, tidligere repræsenteret på Rigsdagen, in: K. Fabricius u. a. (Hg.), Den danske Rigsdag, Bd. 3, Kopenhagen 1950, S. 380–88.

Fortschrittspartei (**FRP,** Fremskridtspartiet), Neoliberalistische und Steuerpartei, gegründet im August 1972 durch den Steuerrechtsexperten und Inhaber einer der größten Anwaltskanzleien in Dänemark, *M. Glistrup.* Vorausgegangen war eine Fernsehsendung, in der *Glistrup* seinen seitdem sprichwörtlichen »Steuerzirkus« vorgestellt hatte, ein kompliziertes System aus insgesamt 2716 Aktiengesellschaften, die einzig und allein als Abschreibungsobjekte dienten. *Glistrup* wurde daraufhin wegen Vergehens gegen das Straf-, Steuerkontroll- und Lohnsteuergesetz angeklagt und in einem aufsehenerregenden und langwierigen Prozeß 1978 in erster Instanz verurteilt. Seine Partei, die seit ihrer Gründung in mitunter stark an den Populismus der französischen Poujadisten erinnernder Form für die Abschaffung der Lohn- und Einkommensteuer, die Begrenzung der Administration und Bürokratie und »die Ausdünnung des Gesetzesdschungels« eingetreten ist und damit den sog. »Wohlfahrtsstaat« direkt in Frage gestellt hat, kandidierte zum ersten Male 1973 bei den Folketingswahlen und hat seitdem durch ihre großen Erfolge (1973: 28 Mandate, 15,9 % der Stimmen; 1975: 24 Mandate, 13,6 % der Stimmen; 1977: 26 Mandate, 14,6 % der Stimmen) nicht nur den alten Parteien großen Schaden zugefügt, sondern auch, nicht zuletzt durch das gleichzeitige Auftreten der → Zentrumsdemokraten, das tradierte Parteiensystem in Dänemark ernsthaft ins Wanken gebracht (→ Einleitung). Die Ursachen der Erfolge der Partei, insbesondere die sie bedingende starke Fluktuation der Wählerstimmen seit 1973, sind von den Politologen häufig untersucht worden. Es dürfte feststehen, daß das Image der Partei als dynamische Protestbewegung gegen die »teuren« Errungenschaften des dänischen Wohlfahrtsstaates, insbesondere gegen den ausgesprochen hohen direkten und indirekten Steuerdruck, wesentliches Element ihres politischen Erfolges ist.

Interessant ist, daß die führenden FRP-Politiker zwar anfänglich häufig auf die Bürokratisierung und »Versteinerung« der alten Parteien und ihrer Apparate hingewiesen haben und die lose Organisation der eigenen Partei eher einer amorphen Protestbewegung als einer modernen politischen Partei entsprach, die FRP aber inzwischen eine Organisation bekommen hat, die derjenigen der alten Parteien entspricht (→ Einleitung). Auch in der Frage der Landesverteidigung hat die Partei ihre Stellung geändert: Der Großteil ihrer Folketingsabgeordneten bekennt sich heute zur Landesverteidigung im Rahmen der NATO, während der Parteivorsitzende und -gründer *Glistrup* nach wie vor die Ansicht vertritt, die einzig adäquate Form der Landesverteidigung für Dänemark sei ein automatischer Anrufbeantworter mit der auf Russisch erteilten Replik: »Wir ergeben uns«.

Der Rückgang der Fortschrittspartei bei den Folketingswahlen vom Oktober 1979 – die Partei ging um 6 auf 20 Mandate zurück (bei 11,0 % der Stimmen) und stellt seitdem »nur« noch die drittstärkste Parlamentsfraktion – dürfte auf die seit 1977 und verstärkt 1978 auftretenden Spannungen innerhalb der Partei zurückzuführen sein. Diese innerparteilichen Spannungen haben inzwischen den Charakter von Fraktionskämpfen zwischen den »Tauben« um den Folketingsabgeordneten *J. Junior* und den »Falken« um *Glistrup* angenommen, in deren Zentrum die Frage steht, ob die Partei an ihrem Image einer dynamischen Protestbewegung festhalten oder zu einer konservativen Partei unter anderen werden soll. Es liegt auf der Hand, daß die seit kurzem sichtbar gewordenen Sympathien *Glistrups* für neofaschistische Strömungen, vor allem seine Mitarbeit an der neofaschistischen ›Danske Tidende‹, die Position

seiner Gegner in der Partei offensichtlich gestärkt haben.

J. Wickmann, Fremskridtspartiet. Hvem og hvorfor? o. O. 1977; T. Kaarsted, The image and role of the Danish Progress Party. Report, Symposium on the role of political parties in the development of parliamentary democracy, Strasbourg 30–31 March 1978, Straßburg 1978.

Gerechtigkeitsbund Dänemarks (**DRF,** Danmarks Retsforbund). Gründung: Am 21. 10. 1919 vom Kreis um *C. N. Starcke.* Bis 1926 trug die Partei den Namen GERECHTIGKEITSPARTEI DÄNEMARKS (Danmarks Retsparti). Das Programm von 1919 ist im Prinzip bis heute gültig. Es enthält als theoretischen Kern die Grundrententheorie, bzw. das Recht der Gesellschaft auf die Grundrente, allerdings nicht als »single tax« im Sinne von *H. George,* sondern neben anderen öffentlichen Abgaben. Die Organisation entspricht im Prinzip der der alten Parteien. Die Partei gibt die Zeitschrift ›Vejen frem‹ heraus. Geschichte: Die Initiative zur Gründung des DRF ging von zwei georgeistischen Organisationen aus, dem 1902 gegründeten Henry George-Verein und dem aus dem Jahre 1916 datierenden Gerechtigkeitsdemokratischen Verein. Beide waren das Resultat des lebhaften Interesses vor allem der Kleinstlandwirte (Häusler), die in Dänemark zahlreich vertreten waren, an den Lehren des Amerikaners *George.* Der Gerechtigkeitsbund war von 1926 bis 1960 ununterbrochen im Folketing vertreten, bis 1947 mit 2–4 Mandaten bei durchschnittlich 2 % der Stimmen. Nach dem Krieg verbesserte der DRF seine Position: 1947: 6 Mandate, 4,5 %; 1950: 12 Mandate, 8,2 %; 1953: 9 Mandate, 5,6 %; 1957: 9 Mandate, 5,3 %. In den Jahren 1957–1960 war er einer der beiden Koalitionspartner in der zweiten Regierung *H. Ch. Hansen* und in der ersten Regierung *V. Kampmann* (→ SOZIALDEMOKRATIE, → RADIKALE LINKE). Nach 13 Jahren der Abwesenheit ist die Partei seit 1973 wieder im Folketing vertreten. Ihr relativ erfolgreiches Abschneiden bei den Wahlen von 1973 (5 Mandate, 2,9 %) dürfte in direktem Zusammenhang mit der EG-Debatte stehen, in der der DRF als einzige nichtsozialistische Partei gegen einen Anschluß Dänemarks an die EG plädierte. Bei den Wahlen von 1975 schaffte die Partei die 2 %-Hürde nicht, 1977 erzielte sie wieder 6 Mandate (3,3 %), 1979 fiel sie auf 5 zurück (2,6 % der Stimmen).

K. Kolding, Danmarks Retsforbund, Kopenhagen 1958.

Kommunistische Partei Dänemarks (**DKP,** Danmarks Kommunistiske Parti). Kommunistische (»marxistisch-leninistische«) Partei.

Gründung: 9. 11. 1919 als LINKSSOZIALISTISCHE PARTEI DÄNEMARKS (Danmarks Venstresocialistiske Parti). Namensänderung nach der Annahme des Kominternprogramms 1920.

Programm: Neben dem Grundsatzprogramm der Komintern veröffentlichte die Partei »Aktionsprogramme«. Ein Langzeitprogramm wurde zuletzt 1976 verabschiedet. Die These vom »friedlichen Übergang zum Sozialismus« tauchte erstmals 1946 auf. Die Partei hält auch in ihrem neuesten Programm an der »Diktatur des Proletariats« als notwendiger Form des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsformation fest. Die Partei ist nach dem in den kommunistischen Parteien üblichen Prinzip des »demokratischen Zentralismus« aufgebaut, sie verfügt über ein inzwischen gut ausgebautes Netz von Lokalorganisationen in den Wahlkreisen.

Presse: 1919 ›Arbejdet‹, 1921 ›Arbejderbladet‹, 1941 ›Land og Folk‹.

Geschichte: Im Herbst 1919 spaltete sich die linke Majorität des Sozialdemokratischen Jugendbundes von der Mutterpartei ab (→ SOZIALDEMOKRATIE) und vereinigte sich mit zwei sozialistischen Splittergruppen, der UNABHÄNGIGEN SOZIALDEMOKRATIE (Det Uafhængige Socialdemokrati) und der SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (Det Socialistiske Arbejderparti). Nach 1920 schlossen sich der Partei Teile der syndikalistischen Gewerkschaftsopposition an. Im November 1920 akzeptierte die Partei die 21 Bedingungen der Komintern zur Aufnahme neuer Parteien. Die Partei war im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz von Fraktionskämpfen zerrissen, bei den Folketingswahlen von 1920, 1924, 1926 und 1929 blieb sie jeweils unter 0,5 % der Wählerstimmen und damit ohne parlamentarische Vertretung. Die organisatorische Konsolidierung der Partei und ihre Vertretung im Folketing kam in den 30er Jahren: 1932 wurden mit 1,1 % der Stimmen 2 kommunistische Folketingsabgeordnete gewählt, 1935 erreichte die Partei 1,6 % der Stimmen (bei weiterhin 2 Mandaten), 1935 steigerte sie ihren Stimmenanteil auf 2,4 % und erlangte 3 Mandate. Die Partei leitete 1935 die Volksfrontpolitik ein. Nach der Arrestierung der führenden Kommunisten am 22. 6. 1941, die die dänische Regierung auf Druck der Besatzungsmacht durchführen ließ, ging die DKP in die Illegalität und organisierte von dort aus als eine der ersten den aktiven Widerstand. In der Übergangsregierung nach der deutschen Kapitulation stellte sie 3 Mitglieder. Die Teilnahme am Widerstand hatte der Partei hohes Ansehen bei der Bevölkerung eingetragen, ihr Stimmenanteil bei den Wahlen von 1945 stieg auf 12,5 % (18 Mandate). Im gleichen Jahr scheiterten Einigungsverhandlungen mit der SOZIALDEMOKRATIE. Nach 1945 ging der Stimmenanteil bei den Wahlen kontinuierlich zurück: 1947: 6,8 % (9 Mandate); 1950: 4,6 % (7 Mandate); 1953: 4,8 % (8 Mandate); 1957: 3,1 % (6 Mandate). Ihre größte Krise erlebte die Partei in den Auseinandersetzungen um das Erbe *Stalins* und die Invasion in Ungarn. Der seit 1932 amtierende Parteivorsitzende *A. Larsen* konnte sich gegen den stalinistischen Kern in der Parteiführung nicht durchsetzen, er wurde im November 1958 sämtlicher Ämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen (→ SOZIALISTISCHE VOLKSPARTEI). Diese inneren Spannungen führten beinahe zur Auflö-

sung der Partei: Bei den Wahlen von 1960, 1964, 1966, 1968 und 1971 lag ihr Stimmenanteil bei 1,0 % und darunter, die Partei blieb ohne parlamentarische Repräsentation. Seit den »Protestwahlen« von 1973 ist sie wieder im Folketing vertreten (1973: 6 Mandate, 3,6 %; 1975: 7 Mandate, 4,2 %; 1977: 7 Mandate, 3,7 %). Bei den Folketingswahlen vom Oktober 1979 wurde die DKP Opfer der 2 %-Grenze, die sie (mit 1,9 % der Stimmen) nur knapp verfehlte. Die Gründe für das neuerliche Debakel der Partei dürften sein: Die Schwierigkeit, sich neben den beiden anderen Linksparteien, der SF (→ SOZIALISTISCHE VOLKSPARTEI) und der VS (→ LINKSSOZIALISTEN), zu behaupten; der Gesichtsverlust der DKP, verursacht durch die Lücke, die 1977 der Tod des populären *K. W. Jespersen* (Parteivors. seit 1958) hinterlassen hat und die der eher farblose *J. Jensen* als sein Nachfolger bisher nicht hat füllen können; schließlich auch das Auftreten der maoistischen KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI (KAP, Kommunistisk Arbejderparti), einer Partei der extremen Linken, die erstmalig 1979 zur Folketingswahl kanditierte und zwar nur insgesamt 0,4 % der abgegebenen Wählerstimmen erreichte, in den Medien aber umso lauter vernehmbar war. Die Partei scheint selbst allerdings darauf erpicht zu sein, die Ursachen für ihren Mißerfolg bei den letzten Wahlen in den eigenen Reihen zu finden: Schon kurz nach den Wahlen wurde *P. Møller-Hansen,* der überaus populäre, wenn auch nicht unumstrittene Vorsitzende und ungekrönte König der Gewerkschaft der Seeleute, der einzigen von Kommunisten dominierten dänischen Gewerkschaft, aus der Partei ausgeschlossen.

I. Nørlund, Det knager i samfundets fuger og bånd. Rids af dansk arbejderbevægelses udvikling, Bde. 1–2, o. O. u. J.

Konservative Volkspartei (KF, Det Konservative Folkeparti). Ursprünglich nationalistische Rechtspartei, dominiert von der Gutsbesitzer- und Beamtenfraktion des Reichstages, heute gemäßigt konservative Partei mit mittelständischem Anspruch und hervorragenden Verbindungen zu Wirtschaftskreisen.

Gründung: Gründungsdatum war der 14. 4. 1883, als sich Vertreter der Rechtsfraktion des Reichstages mit Delegierten von rechtsgerichteten Wählerorganisationen trafen und sich als RECHTE (Højre) konstituierten. Im Dezember 1915 erhielt die Partei ihren jetzigen Namen.

Programm: Das erste Programm der Partei von 1896 betonte sowohl den Gegensatz zur SOZIALDEMOKRATIE (durch die Forderung nach der »freie[n] Rechtsstellung des Individuums«) als auch zur LINKEN (durch die Forderung nach Beibehaltung der existierenden »Machtverteilung des Grundgesetzes« und »eine[r] angemessene[n] [Landes-] Verteidigung«). Das Programm der KF von 1915 wiederholte die Forderungen des ersten Parteiprogramms, stellte sich jedoch auf den Boden des Grundgesetzes des dänischen Reiches von 1915 (→ Einleitung). Das neue Programm machte außerdem erstmals einen Anspruch der Partei auf den »Mittelstand in Stadt und Land« geltend. 1936 wurde das Programm der Partei modernisiert, 1945 kam ein neues Programm zur Verabschiedung, in dem die verteidigungspolitischen Lehren aus dem deutschen Überfall auf Dänemark gezogen wurden: Gefordert wurde eine starke Rüstungspolitik, die einen erneuten 9. 4. 1940 unmöglich machen sollte. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet verlangte die Partei jetzt nach »ökonomischer Demokratie« auf der »Grundlage des persönlichen Eigentumsrechtes«, aber jenseits sowohl von »Anarchie und Chaos im ungehemmten Spiel der Kräfte«, als auch von »Sozialisierung« und »staatlicher Bevormundung«. Die Partei modernisierte ihr Programm im November 1971 und setzt sich nachhaltig für die Entwicklung der Kernenergie ein.

Organisation: Der organisatorische Aufbau der Partei entspricht seit 1915 dem der alten Parteien (→ Einleitung).

Geschichte: Die Entstehung der Rechten war das Ergebnis der Verschmelzung von 3 politischen Gruppierungen im dänischen Reichstag – der altkonservativen Gutsbesitzerfraktion mit der ZWISCHENPARTEI (Mellempartiet, dem äußersten rechten Flügel der Linken) und den Nationalliberalen (bürgerlichen Honoratioren und rechten Intellektuellen). Den unmittelbaren Anlaß zum Zusammenrücken dieser 3 Gruppierungen bildete der Konflikt der Regierung *Estrup* mit der LINKEN (→ Einleitung). Weitgehend unabhängig von der Rechten im Reichstag wurde 1881 von *E. Ryssel* in Kopenhagen ein ARBEITER- UND WÄHLERVEREIN DER RECHTEN (Højres Arbejder- og Vælgerforening) gegründet, der in den folgenden Jahren rasch eine Reihe von Schwesterorganisationen erhielt. Mit diesen Wählervereinen nahm die Rechte des Reichstages 1883 Verbindung auf, um mit ihnen zusammen die Rechte als politische Partei zu gründen. Charakteristisch für die ersten 3 Jahrzehnte in der Geschichte der Rechten war das Nebeneinander von Partei und Reichstagsfraktion, bzw. die völlige Unabhängigkeit der Reichstagsfraktion von der Partei. Vor allem unter den Landstingsabgeordneten, darunter die vom König ernannten Gutsbesitzer oft hochadliger Herkunft, herrschte tiefer Unwille, sich den Forderungen einer modernen politischen Massenpartei zu beugen und den Willen der Wähler oder Parteimitglieder beim politischen Entscheidungsprozeß zu berücksichtigen. Den Parteiorganisationen wurde deshalb lediglich die Aufgabe der politischen Agitation für die Reichstagsfraktion zugebilligt. Im Verlauf des verschärften Konfliktes zwischen Rechter und LINKER setzten sich ab 1885 sowohl in der Reichstagsfraktion als auch in den Wählervereinen die Anschauungen der unversöhnlichsten Gegner jeden Vergleiches mit der LINKEN durch, der Kerngedanke *Ryssels,* eine sozial-konservative politische Massenpartei zu schaffen, die in den Mittelschichten und in der

Arbeiterbevölkerung ein Gegengewicht zur SOZIALDEMOKRATIE bilden sollte, war damit verlorengegangen. Die Rechte wurde zum Appendix einer konservativen Reichstagsminderheit, deren politische Zielsetzung sich darin erschöpfte, die bäuerliche Folketingsmehrheit auf Dauer von der Regierungsgewalt fernzuhalten. Dies wurde deutlich nach dem politischen Vergleich von 1894, als die Mehrheit der LINKEN die politischen Forderungen der Rechten – nämlich die Wahrung des Rechtes des Monarchen zur Ernennung der Regierung, eine starke nationale Verteidigungspolitik, eine auf dem Versicherungsprinzip basierende Sozialpolitik sowie schutzzöllnerische Maßnahmen – wenn auch mit Abstrichen und um den Preis von *Estrups* Rücktritt, so doch prinzipiell akzeptierte, die Reichstagsfraktion der Rechten sich jedoch noch immer standhaft weigerte, einem Kabinett der LINKEN Platz zu machen. Aufgrund ihrer politischen Konzeptionslosigkeit geriet die Rechte in einen desolaten Zusand; sie verlor von Wahl zu Wahl an Mandaten, und darüber hinaus brachen alte, durch die integrierende Kraft von *Estrups* Person notdürftig kaschierte Gegensätze neu auf. 1900 verließen 8 moderate Rechte die Landstingsfraktion der Partei und konstituierten sich als FREIKONSERVATIVE (De Frikonservative); ihr Ziel war eine engere Zusammenarbeit der Rechten mit der LINKEN in beiden Häusern des Reichstages. 1901 sank die Zahl der Folketingsmandate der Rechten auf 8, und da gleichzeitig durch die Abspaltung der FREIKONSERVATIVEN eine Mehrheit der Rechten im Landsting auf die Dauer nicht gewährleistet war, wurden endlich die Konsequenzen gezogen und der Weg für eine Regierung der Linken freigegeben. Der Prozeß des Verfalls der Partei schritt allerdings weiter fort und ergriff auch ihre organisatorischen Grundlagen, die Wählervereine, deren Mitgliederzahlen rückläufig wurden. Eine Reihe von Wählervereinen der Rechten fiel gar der Auflösung anheim. Überdies verlor die Partei 1902 ihre Mehrheit im Landsting, und 1909 spaltete sich die Folketingsfraktion während der Verteidigungsdebatte; zusätzlich gestaltete sich die Kommunikation zwischen der Folketingsfraktion und der Landstingsfraktion der Partei immer schwieriger. Vor diesem Hintergrund bedeutete die Verfassungsrevision von 1915 (→ Einleitung), der auch die Rechte, wenn auch zunächst zögernd, ihre Zustimmung gab, einen neuen Anfang für die Partei, den sie mit ihrer Umbenennung in Konservative Volkspartei und der Angleichung ihrer organisatorischen Struktur an die der anderen Parteien markierte. Der neue Name und insbes. das Programm von 1915 ließen die Absicht der Partei erkennen, sich als breite Volkspartei mit Schwerpunkt auf dem mittelständischen Element zu profilieren; das Organisationsstatut von 1915, das die Unabhängigkeit der Reichstagsfraktion von der Partei beseitigte, demokratisierte die Partei nach innen und schuf den organisatorischen Rahmen für eine moderne Volkspartei.

Der wohl wichtigste Grund für das schließliche Einverständnis der Rechten mit der Verfassungsrevision war die Einführung des Mehrheitswahlrechtes gewesen, die den Anteil der KF an den Folketingsmandaten im Vergleich mit dem der Rechten sprunghaft anwachsen ließ und die Partei den Verlust des privilegierten Wahlrechtes zum Landsting umso leichter verschmerzen ließ. Hatte die Rechte bei den Folketingswahlen von 1913 mit 22,6 % der Stimmen nur 7 Mandate erzielt, während die RADIKALE LINKE mit nur 18,7 % Wählerstimmen bei den gleichen Wahlen 31 Mandate erhielt, so schnellte die KF bei den Wahlen von 1918 auf 22 Mandate (bei 18,2 % der Stimmen); bei den Septemberwahlen von 1920 erhielt sie 27 Mandate (bei 17,8 % der Stimmen), ihr höchstes Wahlergebnis in der Zwischenkriegszeit lag bei 20,6 % der Stimmen (1926, 30 Mandate), ihr niedrigstes bei 16,5 % (1929, 24 Mandate). Nach innen war die Partei in diesen Jahren von Richtungskämpfen zwischen einem liberalistischen, dem Großkapital nahestehenden Flügel und einer mittelständischen und sozialreformerisch gesinnten Gruppe erfaßt. Daß sich die mittelständische und sozialreformerische Fraktion in der Partei schließlich durchsetzen konnte, war in erster Linie ein Erfolg des ab 1928, bzw. 1932 amtierenden Fraktions- und Parteivorsitzenden *J. C. Møller*. Diesem unorthodoxen Konservativen und Schöpfer eines »volksnahen Konservativismus« gelang es, die Partei aus der Rolle der Unterstützungspartei der LINKEN herauszulösen und sie als den anderen Parteien ebenbürtigen Faktor in der dänischen Politik der 30er Jahre zu plazieren. Dadurch, daß die KF der LINKEN gegenüber unabhängig auftrat, wie beispielsweise 1929, als sie der Regierung *N. P. Madsen-Mygdal* die Unterstützung entzog und dadurch Neuwahlen veranlaßte, die zur Bildung der Regierungskoalition von SOZIALDEMOKRATIE und RADIKALEN führte, wurde sie zu einem akzeptablen Verhandlungspartner für die Regierungsparteien. Diese Entwicklung, die schon 1931, anläßlich der Regierungsvorlagen zur Beilegung der Export- und Landwirtschaftskrise, Früchte trug, hat wesentlich zur endgültigen Stabilisierung des dänischen Vierparteiensystems beigetragen. In der Partei stark umstritten war allerdings die Unterstützung der Regierungsvorlage einer Verfassungsrevision, die 1939 in einer Volksabstimmung verworfen wurde. *Møller,* der sich in seiner Partei zum Fürsprecher der Verfassungsrevision gemacht hatte, zog sich nach dem negativen Ausgang der Volksabstimmung vom Posten des Parteivors. zurück.

Während der deutschen Okkupation war die KF an den Mehrparteienkabinetten beteiligt, u. a. auch durch *Møller,* der sich allerdings schon 1940 auf deutschen Druck aus der Regierung zurückziehen mußte und anschließend aktiv am Widerstand beteiligt war. 1942 emigrierte er nach London, um dort den Vorsitz im »Dänischen Rat« (Det danske Råd), einer Organisation der

dänischen Widerstandsbewegung, zu übernehmen. Es dürfte u. a. seiner aktiven Rolle im dänischen Widerstand zuzuschreiben sein, daß die KF nach den Wahlen von 1943 die zweitstärkste Folketingsfraktion stellen konnte (31 Mandate, 21,0 % der Stimmen). Nach dem katastrophalen Wahlergebnis von 1947 (17 Mandate, 12,4 % der Stimmen), das u. a. der von *Møller* verfochtenen moderaten Südschleswig-Politik zugeschrieben (→LINKE) und von diesem bald darauf zum Anlaß genommen wurde, sich völlig aus der Partei zurückzuziehen, hat die KF ihren Anteil an Stimmen und Mandaten wieder auf dem Stand der Zwischenkriegszeit einpendeln können. Ihr bestes Wahlergebnis nach 1945 erreichte sie 1964 (36 Mandate, 20,1 % der Stimmen). Sie war Koalitionspartner in den Regierungen *E. Eriksen* (1950–53) und *H. Baunsgaard* (1968–71). In die Amtszeit der Koalitionsregierung von KF und LINKER fällt die letzte Revision des Grundgesetzes des dänischen Reiches (→ Einleitung), an dessen Ausformung die KF wesentlichen Anteil hatte. Nach dem Fall der Regierung *Eriksen* und der Rückkehr der beiden Koalitionspartner in die Opposition dauerte die Zusammenarbeit der beiden Parteien weiter an; sie näherten sich zusehends und vertraten in ihrer traditionell-konservativen Grundauffassung nahezu identische Positionen. *A. Møller,* der Fraktionsvors. der Konservativen, bezeichnete 1955 die eigene Partei und die LINKE als zwei Heere, die einem mächtigen Widersacher gegenüberstünden – sprich: als die natürlichen Antipoden von SOZIALDEMOKRATIE und RADIKALER LINKER. Tatsächlich existierten Gegensätze zwischen den beiden Parteien höchstens noch im Detail, beispielsweise in der Frage des dänischen EFTA-Beitrittes im Anschluß an die erste EG-Debatte, den die KF befürwortete, die LINKE jedoch eher zurückhaltend beurteilte (1959). 1965 scheiterten allerdings die von *Eriksen* erwogenen Pläne eines Zusammenschlusses beider Parteien (→ LINKE); das Verhältnis zueinander kühlte sich daraufhin kurzzeitig merkbar ab, zumal die LINKE inzwischen Kontakt zur RADIKALEN LINKEN aufgenommen hatte und mit dieser eine engere Zusammenarbeit eingegangen war, in die die KF, nachdem sie ohne Erfolg versucht hatte, nähere Kontakte zur SOZIALDEMOKRATIE aufzunehmen, kurz darauf dann doch einbezogen wurde (→ LINKE). Es blieb der sog. »Arbeitermehrheit« im Folketing nach den Wahlen von 1966 (SOZIALDEMOKRATIE, SOZIALISTISCHE VOLKSPARTEI) vorbehalten, den traditionellen Gegensatz zwischen der KF und der RADIKALEN LINKEN für kurze Zeit abzubauen und die erste bürgerliche Blockregierung in der dänischen Geschichte zu ermöglichen. In der Regierung *Baunsgaard* (1968–71) stellte die KF u. a. den Justizminister *(K. Thestrup).* Es entbehrt nicht der Ironie, daß die Liberalisierung der Pornographiegesetze und der Abtreibungsparagraphen in die Amtszeit eben dieses konservativen Justizministers fielen. Ähnlich den anderen alten Parteien hat die KF bei der »Katastrophenwahl« vom Dezember 1973 die größte Niederlage in ihrer bisherigen Geschichte hinnehmen müssen: Von 16,7 % der Stimmen bei den Folketingswahlen von 1971 sank sie auf 9,2 %, die Anzahl ihrer Folketingsmandate fiel von 31 auf 16. Bei den Folketingswahlen von 1975 verlor die Partei weiter an Stimmen und Mandaten (10 Mandate, 5,5 %), konnte jedoch 1977 und 1979 einen Teil des Wählervertrauens wiedergewinnen (15 Mandate, 8,5 % der Stimmen bzw. 22 Mandate, 12,5 %). Mit der LINKEN hatten die Konservativen vor den Wahlen die Zusammenarbeit eines bürgerlichen »Viererkleeblattes« erörtert, in dem die → CHRISTLICHE VOLKSPARTEI und die → ZENTRUMSDEMOKRATEN die beiden anderen Partner darzustellen gehabt hätten. Das schlechte Abschneiden der beiden letzteren ließen diese Pläne zur Errichtung eines bürgerlichen Blockes allerdings scheitern. – Vors. der KF ist seit 1976 *J. Stetter* als Nachfolger *P. Schlüters.*

L. A. Bindslev, Konservativismens Historie i Danmark. Fra 1848 til 1936, Bde. 1–2, Odense 1936–38; J. Hatting, K. Olsen (Hg.), Det Konservative Folkepartis historie i et halvt århundrede, Bde. 1–2, Kopenhagen 1966.

Liberales Zentrum (**LC,** Liberalt Centrum) Liberale Partei, gegründet am 9. 10. 1965 von ehemaligen Abgeordneten der LINKEN, die sich für die Weiterführung der Politik *T. Kristensens,* des Finanzministers der Regierungen *K. Kristensen* und *E. Eriksen,* einsetzten. Stütze fand das LC in einer anderen Gruppe der Linken, der sog. LINKEN DER HAUPTSTADT (HV, Hovedstadens Venstre). Das LC rettete im März 1965 die Regierung *J. O. Krag* vor einer Abstimmungsniederlage und machte ansonsten als Befürworter der Einführung des »konstruktiven Mißtrauensvotums« nach deutschem Muster in die dänische Verfassung von sich reden. Die Partei nahm an den Folketingswahlen von 1966 teil und erreichte 4 Mandate (bei 2,5 % der Stimmen), verlor aber wegen der sog. »Arbeitermehrheit« von SOZIALDEMOKRATIE und SOZIALISTISCHER VOLKSPARTEI ihre Bedeutung als Zünglein an der Waage. Kurz nach den für das LC erfolglosen Folketingswahlen von 1968 wurde die Partei aufgelöst.

K. Tågholt, Hvem var Minister. Dansk Politik gennem 100 år, Århus 1971.

Linke – Liberale Partei Dänemarks (**V,** Venstre, Danmarks Liberale Parti). Bürgerlich-liberale Partei, in der sich kleine und mittlere Bauern gegen konservative Gutsbesitzer und städtisches Beamtentum zusammenschlossen, heute liberalkonservative Partei, in der das ursprünglich agrarische Element nicht mehr dominierend, aber weiterhin stark ist.

Gründung: 30. Juni 1870 durch den Zusammenschluß von 3 oppositionellen Gruppen von Bauernabgeordneten, bzw. Bauerninteressen vertretenden Abgeordneten im Folketing zur VEREINIGTEN LINKEN (Det Forenede Venstre). Namensänderungen: 1895 LINKE REFORMPARTEI (Venstrereformpartiet), 1910 LINKE; den heutigen Namen trägt die Partei seit 1964.

Programm: In der ersten programmatischen Erklärung der Linken von 1870 und im Parteiprogramm von 1872 standen die Forderungen nach Ablösung der Reste der Gutsuntertänigkeit der Bauern, nach Wiedereinführung des Junigrundgesetzes und nach Einführung parlamentarischer Regierungsformen obenan. Im Reformprogramm von 1889 fanden sozialreformerische Forderungen erstmals Eingang in das politische Programm der Linken; daneben verwarf die Partei in diesem Programm scharf die Befestigung Kopenhagens (→ Einleitung). Wie in den früheren Programmen spielten bei der Linken Reformpartei in den Programmen von 1894 und 1905 freihandels- und neutralitätspolitische Forderungen eine wichtige Rolle. Im Programm von 1909 kam die Forderung nach einer Verfassungsrevision hinzu. Weitere Parteiprogramme mit einer inzwischen differenzierten Stellungnahme zur Militärfrage kamen 1925 und 1948 zur Verabschiedung. Das neueste Parteiprogramm datiert von 1970. Es definiert unter dem Titel »Auf ins Jahr 2000« (Frem mod år 2000) als langfristiges Ziel der Partei die Errichtung »einer besseren Gesellschaft für das Gedeihen und die Entfaltung der Menschen«. Wichtige Punkte im politisch-praktischen Teil dieses Programms sind u. a. das Ja der Partei zu NATO und EG, auf dem Gebiete der Innenpolitik die Forderung nach der Einflußnahme von Regierung und Folketing auf die Lohnrunden und ihr eventuelles Eingreifen in diese per Gesetz. Neben diesen Prinzipienprogrammen hat die Linke eine Vielzahl von Arbeitsprogrammen verabschiedet.

Organisation: Die Organisation entspricht der der alten Parteien (→ Einleitung), allerdings fand die V erst spät zu einem den Bedürfnissen einer modernen politischen Partei entsprechenden organisatorischen Aufbau. In den Anfängen fungierten vielfach die bäuerlichen Genossenschaften, Versicherungen und Brandkassen als Wählervereine. 1883 wurde in Kopenhagen die erste städtische Wählerorganisation gegründet, 1888 hielt die Partei ihren ersten Landeskongreß ab. In den Jahren danach wurden die Wahlkreisorganisationen ausgebaut, ihre Zentralisierung gelang allerdings erst 1929.

Presse: Die V verfügt über die bestausgebaute Tagespresse in Dänemark, die, abgesehen von Kopenhagen, den Großteil des Landes deckt. Einige der wichtigsten Organe sind ›Frederiksborg Amts Avis‹ (Hillerød), ›Dagbladet‹ (Ringsted), ›Sjællands Tidende‹ (Slagelse), ›Næstved Tidende‹ und ›Lolland-Falsters Folketidende‹ (Nykøbing/Falster). Auf Fünen erschien bis 1979 ›Fyns Tidende‹; im jütländischen Raum existieren noch ungefähr 10 Tageszeitungen der Linken, unter denen die in Esbjerg erscheinende ›Vestkysten‹, die ›Vendsyssel Tidende‹ (Hjørring) und das ›Vejle Amts Folkeblad‹ die größten sind. Die Presse der Linken ist zwar parteiunabhängig, die Redakteure haben jedoch Stimmrecht auf den Parteikongressen.

Geschichte: In der Gründung der Linken 1870 manifestierte sich die Anmeldung des politischen Führungsanspruchs der dänischen Bauernbevölkerung gegenüber Gutsbesitzern und städtischer Beamtenschaft, der sog. RECHTEN (→ KONSERVATIVE VOLKSPARTEI). Während des Verfassungskonflikts (→ Einleitung) zwischen dem von der VEREINIGTEN LINKEN mehrheitlich beherrschten Folketing und dem von der Koalition aus Gutsbesitzern und Beamtenschaft dominierten Landsting war die Linke einem chronischen Fraktionsbildungs- und Spaltungsprozeß ausgesetzt, dessen Ursachen in den ausgesprochen heterogenen ideologischen Strukturen der Partei in den ersten 3 Jahrzehnten ihrer Existenz lagen. Äußerer Anlaß für die daraus resultierenden, innerparteilichen Spannungen war dabei in fast allen Fällen das Verhältnis zur Regierung – konkret: die Frage, ob der Regierung *Estrup* grundsätzlich mit einer Politik der totalen Opposition zu begegnen war, oder ob der politische Vergleich gesucht werden sollte. In diesen Jahren war die VEREINIGTE LINKE der politische Bezugsrahmen so unterschiedlicher Gruppierungen wie der der religiösen und nationaldänischen Grundtvigianer (d. h. den Anhängern des Dichter-Pfarrers *N. F. S. Grundtvig*, des Stifters einer kirchlichen Richtung in der dänischen Nationalkirche und des Vaters der Heimvolkshochschulbewegung), der radikalen Intelligenzler um *V. Hørup* und *E. Brandes* (→ RADIKALE LINKE), und von Materialisten und Antimilitaristen. Zur ersten Parteispaltung kam es 1877 anläßlich des ersten provisorischen Haushaltsgesetzes, dem der gemäßigte Flügel unter *S. Høgsbro* und *F. Bøjsen* schließlich doch noch sein Plazet gab, während der radikale Flügel unter *C. Berg* und *V. Hørup* jegliches Arrangement mit der Regierung ablehnte. Der Høgsbro-Bøjsen-Flügel trug von da an die Bezeichnung DIE GEMÄSSIGTE LINKE (Det Moderate Venstre), während die radikalere Fraktion LINKE DES FOLKETINGS (Folketingets Venstre) genannt wurde. Von der zuletztgenannten Fraktion trennten sich 1884 die Bergianer und gründeten DIE DÄNISCHE LINKE (Det Danske Venstre), *V. Hørup* und seine Gefolgsleute bildeten daraufhin DIE EUROPÄISCHE LINKE (Det Europæiske Venstre). Die Verschärfung der politischen Situation, insbesondere der provisorische Staatshaushalt von 1885, veranlaßte die einzelnen divergierenden Fraktionen in der Linken dazu, wieder näher zusammenzurücken und 1886 als gemeinsamen politischen Nenner sämtlicher Gruppen der Linken im Reichstag DIE LINKE DES REICHSTAGES UND DES FOLKETINGS (Rigsdagens og Folketingets Venstre) mit *C. Berg* als Vors. zu gründen. Allein die wachsende Bereitschaft in der neuen Partei zum Kompromiß mit der RECHTEN genügte dem unversöhnlichen *C. Berg*, die Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen der Linken ein Jahr später wieder aufzukündigen und eine neue Fraktion der Linken, DIE REINE LINKE (Det Rene Venstre), zu bilden. Den Bergianern folgte wenig später die Hørup-Fraktion. Damit war die Partei erneut in einen gemäßigten und in einen radikalen Flügel gespalten.

Während sich der gemäßigte oder »verhandelnde« Flügel der Linken mehr und mehr der RECHTEN annäherte und bei den Wahlen von 1892, z. T. im Wahlbündnis mit der RECHTEN, als selbständige Partei DIE GEMÄSSIGTE LINKE (Det Moderate Venstre) auftrat, schlossen sich die Gegner dieses Kompromisses enger zusammen. Nachdem die Gemäßigten 1894 mit der RECHTEN einen politischen Vergleich eingegangen waren, der den Zustand des Verfassungskonfliktes beendete und den Premier *Estrup* (→ KONSERVATIVE VOLKSPARTEI) aus seinem Amte vertrieb, bildeten die Gegner des Vergleichs, zu denen sich noch im letzten Augenblicke 15 Mitglieder der Folketingsfraktion der GEMÄSSIGTEN LINKEN gesellt hatten, 1895 die LINKE REFORMPARTEI (Venstrereformpartiet). Die LINKE REFORMPARTEI stellte 1901 das erste Kabinett der Linken, womit erstmals eine Regierungsbildung nach parlamentarischen Regeln vollzogen war.

Umstritten in der Linken war weiterhin die Militär- und Rüstungsfrage. 1905 kam es über der Frage des Militärhaushaltes zur Abspaltung des antimilitaristischen Flügels in der Partei, der sich kurz darauf unter dem Namen Die → RADIKALE LINKE als politische Partei konstituierte. 3 Jahre später stürzte die sog. »Alberti-Affaire« die Linke in ihre bisher größte Krise. *P. A. Alberti,* der Justizminister der beiden Linken Kabinette *Deuntzer* und *Christensen,* wurde 1908 als Millionenschwindler überführt: die Regierung *Christensen* trat daraufhin zurück, und der Gemäßigte *N. Neergaard* bildete ein neues Linkes Kabinett, das jedoch schon 1909 zurücktrat. *N. Neergaard* hatte die traditionelle Linie der Linken verlassen wollen und die Erweiterung der Befestigung Kopenhagens vorgeschlagen, die seiner Meinung nach einer abgewogenen dänischen Neutralitätspolitik dienlich war. Nach dem Rücktritt der Regierung *Neergaard* bildete Graf *Holstein-Ledreborg* ein neues Kabinett der Linken, das allerdings noch 1909 durch ein Mißtrauensvotum der RECHTEN mit Unterstützung der RADIKALEN LINKEN und der SOZIALDEMOKRATIE gestürzt wurde und einer Minderheitenregierung des Radikalen Linken *Zahle* weichen mußte. Bei den Folketingswahlen von 1909 verlor die Linke die absolute Mehrheit, die sie seit 1872 innegehabt hatte und die von keiner politischen Partei mehr erreicht wurde (→ Einleitung).

Die Linke war noch immer keine geschlossene Partei. Zwar waren die Gemäßigten seit 1906 nicht mehr als eigene Partei aufgetreten, doch hatte die Diskussion der Militär- und Rüstungsfrage, die zum Rücktritt des Kabinetts *Neergaard* geführt hatte, neuen Streit zwischen ihnen und der LINKEN REFORMPARTEI gebracht. Obendrein hatte sich aus dem gleichen Anlaß innerhalb der Folketingsfraktion der LINKEN REFORMPARTEI eine weitere Fraktion gebildet, deren Standpunkt in der Militärfrage dem der Gemäßigten glich. Die Partei war wieder einmal in Fraktionskämpfen zersplittert. Die Divergenzen waren jedoch überbrückbar, so daß sich die 3 Fraktionen 1910, nach der endgültigen Beilegung der Streitigkeiten um die Militärfrage, auf der Basis des Programms von 1905 unter der Bezeichnung VENSTRE zu einer einheitlichen Partei zusammenschließen konnten.

In den letzten Jahren vor dem 1. Weltkrieg gehörte die Verabschiedung eines neuen Grundgesetzes zu den wichtigsten Anliegen der V. Nachdem *K. Berntsen* 1910 nach dem Rücktritt der Regierung des Radikalen Linken *Zahle* und anschließenden Folketingswahlen eine neue Regierung der V gebildet hatte, legte er kurz nach dem Thronwechsel von 1912 einen Verfassungsvorschlag vor, der sich stark am Junigrundgesetz (→ Einleitung) orientierte: Dieser Vorschlag erhielt zwar die Unterstützung der RADIKALEN LINKEN und der SOZIALDEMOKRATIE, scheiterte allerdings am Einspruch des Landstings. Trotz verschiedener Einwände stimmte die V dem Verfassungsvorschlag von 1915 zu, der daraufhin mit nur einer Gegenstimme angenommen wurde. In den Zwischenkriegsjahren trug die V Regierungsverantwortung von 1920–24 (2 Kabinette *Neergaard*) und 1926–29 (Kabinett *Madsen-Mygdal*). Der Partei gelang 1929 endgültig die Zentralisierung ihrer organisatorischen Verhältnisse, es fiel ihr allerdings schwer, sich zwischen der SOZIALDEMOKRATIE und der RADIKALEN LINKEN einerseits und der KONSERVATIVEN VOLKSPARTEI andererseits als liberale Partei, die auch für städtische Wähler attraktiv war, zu profilieren. Das Programm von 1925 schrieb die von der GEMÄSSIGTEN LINKEN in den 90er Jahren eingeleitete sozialreformerische Tradition zwar fort, konnte aber nicht verhindern, daß die Partei in den 20er und 30er Jahren Mandate und Stimmen einbüßte. (1920, Septemberwahlen: 51 Mandate, 34,1 %; 1924: 44 Mandate, 28,3 %; 1926: 46 Mandate, 28,4 %; 1929: 43 Mandate, 28,3 %; 1932: 38 Mandate, 24,7 % 1935: 28 Mandate, 17,8 %; 1939: 30 Mandate, 18,2 %). Erschwerend kam für die V hinzu, daß ihr in der FREIEN VOLKSPARTEI bzw. in der BAUERNPARTEI auch als traditioneller Partei des Landvolkes Konkurrenten erwuchsen. Bei den Folketingswahlen von 1943 bekam die V erstmals weniger Stimmen und Mandate als die KONSERVATIVE VOLKSPARTEI (28 Mandate, 18,7 % der Stimmen), 1945 konnte die Partei jedoch 10 Mandate hinzugewinnen (bei 23,4 % der Stimmen). Die V stellte von 1945 bis 47 mit *K. Kristensen* als Chef eine von den Radikalen und den Konservativen gestützte Minderheitsregierung.

K. Kristensen verließ 1949 seine Partei aus Protest gegen ihre gemäßigte und den Status quo akzeptierende Südschleswig-Politik; er selbst zählte zu den Südschleswig-»Aktivisten«, die für diese Gebiete einen Status anstrebten, der in vielem dem des Saarlandes nach seiner Herauslösung aus der französischen Besatzungszone entsprochen hätte. 1953 gründete er aus Protest gegen die neue Verfassung → DIE UNABHÄNGIGEN. Die V ist seitdem noch zweimal an bürgerlichen Koalitionsregierungen beteiligt gewesen. 1950

bis 1953 zusammen mit der KONSERVATIVEN VOLKSPARTEI; sie stellte in diesem Kabinett, in dessen Amtszeit die letzte Reform des Grundgesetzes fiel (→ Einleitung), mit *E. Eriksen* den Premier, das Amt des Finanzministers hatte der international renommierte Finanzwissenschaftler *T. Kristensen* inne. 1968 war die V neben der RADIKALEN LINKEN und der KONSERVATIVEN VOLKSPARTEI im Kabinett des Radikalen *H. Baunsgaard* vertreten.

Nachdem die V in den 50er Jahren relativ hohe Wahlergebnisse hatte erzielen können (Septemberwahl 1953: 42 Mandate, 23,1 % der Stimmen; 1957: 45, 25,1 %), büßte sie danach Mandate und Stimmen ein (1960: 38, 21,2 %; 1964: 38, 20,8 %; 1966: 35, 19,3 %; 1968: 34, 18,6 %; 1971: 30, 15,6 %). Während der EG-Debatten zählte die Partei zu den eifrigsten Befürwortern eines dänischen Beitritts zur europäischen Gemeinschaft, allerdings enthielten sich ihre Folketingsabgeordneten bei der im Anschluß an die erste EG-Debatte alternativ erörterten Frage der Errichtung einer europäischen Freihandelszone der Stimme (1959). Einzig *T. Kristensen* stimmte zusammen mit den Regierungsparteien für eine europäische Freihandelszone und geriet daraufhin mehr und mehr in Gegensatz zu seiner Partei; 1960 legte er sein Folketingsmandat nieder. Für die V bedeutete der Rückzug dieses angesehenen Politikers und Wissenschaftlers aus der aktiven Politik einen schweren Schlag und bewirkte einige Jahre später die Abspaltung des → LIBERALEN ZENTRUMS. Die enge Zusammenarbeit zwischen der V und der → KONSERVATIVEN VOLKSPARTEI gehört zu den wichtigsten Kennzeichen beider Parteien in den Nachkriegsjahrzehnten, sie kulminierte 1965, als *Eriksen* den Zusammenschluß der beiden Parteien vorschlug. Der sich daraufhin in der Parteipresse und in den Organisationen erhebende Proteststurm machte jedoch deutlich, daß die ideologische Disparität beider Parteien noch immer erheblich war, nicht zuletzt im Bewußtsein der Parteibasis. *Eriksens* Stellung in der Partei war nach dem Scheitern seiner Vereinigungsvorschläge unhaltbar geworden, er wurde noch im gleichen Jahre als Partei- und Fraktionsvors. von *P. Hartling* abgelöst, der kurz nach seinem Amtsantritt die RADIKALE LINKE zur politischen Zusammenarbeit einlud und damit eine neue Ära in den Beziehungen der bürgerlichen Parteien zueinander einläutete. Als die sog. »Arbeitermehrheit« als Ergebnis der Folketingswahlen von 1966 (SOZIALDEMOKRATIE, SOZIALISTISCHE VOLKSPARTEI) den Gedanken einer bürgerlich-liberalen Regierungsalternative heranreifen ließ, lag es auf der Hand, die Zusammenarbeit zwischen der V und den Radikalen auch auf den alten und noch immer »natürlichsten« Bündnispartner der V, die KONSERVATIVE VOLKSPARTEI, auszudehnen. Damit zeichneten sich zum ersten Male in Dänemark die Konturen eines bürgerlichen Blocks ab, der mit der Bildung der Regierung *Baunsgaard* 1968 schließlich auch Gestalt annahm, wenn auch nur für 3 Jahre. Die V stellte in der Dreiparteienregierung u. a. mit *P. N. Andersen* den Wirtschaftsminister; er brachte 1971 die Bedingungen für die Aufnahme Dänemarks in die EG zum Abschluß.

Obwohl auch die V zu den großen Verlierern der Folketingswahlen von 1973 gehörte (22 Mandate, 12,3 % der Stimmen), gelang es ihrem Vors. *Hartling*, gleich anschließend eine Minderheitsregierung zu bilden, die sich auf wechselnde Mehrheiten stützen mußte. Trotz des für die Partei günstigen Wahlausganges von 1975 (42 Mandate, 23,3 % der Stimmen) mußte die Regierung *Hartling* im Februar 1975 einem Minderheitenkabinett der → SOZIALDEMOKRATIE weichen. Bei den Wahlen von 1977 fiel die Partei auf 21 Mandate (bei 12,5 % der Stimmen) zurück. *Hartling* legte im Dezember 1977 seine Ämter in der Partei nieder und folgte dem Ruf in ein hohes Amt bei den Vereinten Nationen. Sein Nachfolger im Amte des Parteivors. wurde der bisherige 2. Vors. *H. Christoffersen*.

Im August 1978 ging die V eine Regierungskoalition mit der SOZIALDEMOKRATIE ein, die allerdings nur ein Jahr währte. Bei den Wahlen 1979 erhielt sie 22 Mandate (12,5 %) und befindet sich seit der Zeit in der Opposition.

F. Aagaard, Venstres Historie, Kopenhagen 1949; F. Nørgaard, H. Jensen, Venstres historie i Danmark gennem hundrede år, Bde. 1–2, Kopenhagen 1937 f.; J. H. Monrad, Et land bygges op. Venstre i 100 år, 1901–1939, Kopenhagen 1970.

Linke Reformpartei (Venstreformpartiet) → Linke.

Linkssozialisten (**VS,** Venstresocialisterne). Gründung am 17. 12. 1967 von 76 Abgeordneten auf dem Kongreß der → SOZIALISTISCHEN VOLKSPARTEI (SF). Die 76, unter ihnen 6 Mitglieder der SF-Folketingsfraktion mit *E. Sigsgaard* an der Spitze, konnten der Mutterpartei bei ihrer Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung (→ SOZIALDEMOKRATIE) nicht länger folgen. Die tiefere Ursache für die Spaltung der SF und die Gründung der VS sind allerdings in der »Verbürgerlichung« der SF, ihrer Etablierung in der dänischen Parteienlandschaft als Partei unter anderen und insbes. i ihrem Unvermögen zu suchen, die seit ihrer Gründung nachgewachsene Generation einer »neuen« Linken zu absorbieren. Die VS hat seit ihrer Gründung sowohl als politisches Forum der außerparlamentarischen Bewegung als auch als Partei der »heimatlosen« Linken fungiert; ihr Erscheinungsbild ist dementsprechend durch oft heftige und immer öffentlich geführte innerparteiliche Debatten und Fraktionenbildung geprägt. Die VS ist ausgesprochen lose organisiert und wird vom Parteivorstand und vom Exekutivausschuß kollektiv geleitet. Im Mai 1969 verabschiedete sie ein politisches Programm auf marxistischer Grundlage. Im Folketing war sie nach den Wahlen von 1968 (4 Mandate/2,0 %), 1975 (4/2,1 %), 1977 (5/2,7 %) und 1979 (6/3,6 %)

vertreten. Vors. der Folketingsfraktion der Partei ist gegenwärtig *S. Folke.*

U. Schmiederer, Die Sozialist. Volkspartei Dänemarks, 1969.

Nationalsozialistische Arbeiterpartei Dänemarks (**DNSAP,** Danmarks Nationalsocialistiske Arbejderparti). NS-Partei nach deutschem Vorbild. Gründung: 19. 5. 1932. In Programm und Organisation war die DNSAP eine getreue Kopie der deutschen → NSDAP: Das Programm war eine danisierte Version der »25 Punkte«, die Organisation beruhte auf dem »Führerprinzip«. Die Partei verfügte auch über eine SA. Ideologie und Symbolik waren andere Anleihen bei der NSDAP. Presse: ›Fædrelandet‹ (1939 ff.). Die Partei kam erstmals 1939 mit 3 Abg. (1,8 % der Stimmen) ins Folketing. Abgesehen von einer begrenzten Zusammenarbeit mit der → Bauernpartei, geriet die DNSAP nach dem deutschen Überfall auf Dänemark auf Grund ihrer offenen Kollaboration mit der Besatzungsmacht, insbes. durch die Werbung von Freiwilligen für die Waffen-SS und Spitzeldienste, schnell in die politische Isolation. Bei den Folketingswahlen von 1943 konnte die Partei trotz massiver Unterstützung der Besatzer ihren Stimmenanteil nicht wesentlich steigern (3 Mandate, 2,1 %). *F. Clausen,* seit 1933 »Führer« der DNSAP, nahm das Wahldebakel, das auch die gelegentlich erörterten Pläne zur Bildung eines DNSAP-Kabinetts nach dem Muster der *Quisling*-Regierung in Norwegen endgültig zerschlug, zum Anlaß, sein Amt einem dreiköpfigen »Führerrat« zu übertragen und meldete sich zur Waffen-SS. Nach der deutschen Kapitulation wurde die DNSAP verboten und ihre Folketingsmandate eingezogen. Neben der DNSAP existierten in Dänemark einige mit ihr rivalisierende nationalsozialistische Kleingruppen, die politisch bedeutungslos waren.

H. Poulsen, Besættelsesmagten og de danske nazister. Det politiske forhold mellem de tyske myndigheder og nazistiske kredse i Danmark 1940–43, Kopenhagen 1970.

Radikale Linke (**RV,** Det Radikale Venstre). Antimilitaristische, radikalliberale Partei mit sozialem Reformprogramm.

Gründung: 20. 5. 1905 in Odense.

Programm: Das Programm von 1905 enthielt als markanteste Punkte neutralitäts- und abrüstungspolitische Forderungen, letztere einschließlich der Schleifung der Festung Kopenhagen. Desweiteren standen Sozialreformen (u. a. Ausbau der Arbeitslosen- und Unfallversicherung, Normalarbeitstag, Landzuteilungen für Landarbeiter), die Kontrolle der Monopole und die Demokratisierung der Verfassung auf dem Programrn. 1922 wurde das Parteiprogramm revidiert. Es wurde nun die »völlige Abschaffung des Landstings« verlangt, den Monopolen wurde der Kampf angesagt und die sozialpolitischen Forderungen der Partei erweitert. Der neue militärpolitische Abschnitt des Programms von 1922 forderte die Beschneidung der Streitkräfte auf ein Mindestmaß, »das die Wahrnehmung internationaler Rechtsregeln und der Aufgaben des Völkerbundes« verlangte. 1955 und 1976 verabschiedete die RV neue politische Programme, in denen u. a. ein weiterer Ausbau der Sozialgesetzgebung verlangt wurde. In ihrem letzten Parteiprogramm ist die RV von der traditionellen Neutralitätspolitik abgerückt und hat sich mit der Mitgliedschaft Dänemarks im nordatlantischen Bündnis abgefunden.

Organisation: In den Jahren nach der Parteigründung wurde die Organisation in allen Regionen des Landes ausgebaut. Die Organisationsstrukturen entsprechen im Prinzip denen der alten Parteien, allerdings sind die Kreisorganisationen von der Landesorganisation in hohem Maße unabhängig. Sie entscheiden beispielsweise souverän über die Aufstellung von Folketingskandidaten.

Presse: Als Hauptorgan der Partei galt bis 1971 die Kopenhagener Tageszeitung ›Politiken‹. In den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz verfügte die RV über Tageszeitungen in fast allen Landesteilen.

Geschichte: Anlaß zur Gründung der RV war die Unzufriedenheit von großen Teilen des traditionellen Wählerpotentials der Linken sowie einer starken Fraktion unter ihren Folketingsabgeordneten mit der Kompromißpolitik ihrer Partei und ihrer wachsenden Annäherung an die Positionen der Rechten, insbes. in der Militärfrage. Die Gründung der neuen Partei vollzog sich dementsprechend auf zwei Ebenen: Zum einen verließen 1905 12 Abgeordnete der Folketingsgruppe die Linke Reformpartei, um die Linke des Folketings (Folketingets Venstre) zu gründen; zum anderen hielten unzufriedene Wählerorganisationen der Linken Anfang 1905 einen Kongreß ab, auf dem sie ein politisches Programm erarbeiteten. Auf dem Kongreß von Odense im Mai 1905 akzeptierten die Mitglieder der Linken des Folketings das von den Wählerorganisationen verabschiedete Programm, womit die Partei gegründet war. Zu den wichtigsten Kennzeichen der RV gehörte, daß sie weniger eine Interessenpartei als vielmehr die Partei derjenigen war, die in den historischen Idealen der frühen Linken, wie sie insbes. *C. Berg* und *V. Hørup* verkörpert hatten, einen gemeinsamen ideologischen Nenner fanden. Der Anspruch, die Politik der alten Linken fortzuführen, ermöglichte es, daß sich in der RV so unterschiedliche Gruppierungen fanden wie radikalliberale Intellektuelle (z. B. *E. Brandes,* ein Bruder des Literaturtheoretikers), Größen aus Kunst, Literatur und Wissenschaft und große Teile der inzwischen zu eigenem politischen Bewußtsein erwachenden Häuslerbevölkerung. Allerdings ist der von der Partei auch heute noch vertretene Anspruch auf das Erbe der alten Linken nach dem Zweiten Weltkrieg zusehends schwerer vertretbar geworden. Da sich bürgerlicher Radikalismus heute nur noch unter Schwierigkeiten definieren läßt, hat die Partei in den letzten Jahren an Profil verloren. Seit der Regierungskoalition aus

RV, LINKER und KONSERVATIVER VOLKSPARTEI (1968–71) wurde die RV definitiv eine bürgerliche Partei »unter anderen«. Bestimmend für die Geschichte der RV in den ersten 3 Jahrzehnten ihrer Existenz war ihre fast permanente Zusammenarbeit mit der → SOZIALDEMOKRATIE, die sich daraus ergab, daß die Partei auf Grund ihrer Reformfreundlichkeit, aber auch wegen ihrer Stellungnahme in Fragen der Neutralitäts- und Abrüstungspolitik für die Sozialdemokratie einen akzeptablen, wenn auch nicht immer einfachen politischen Partner darstellte. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien nahm mit der Unterstützung der Minderheitskabinette der RV 1909–10 und 1913–20 durch die SOZIALDEMOKRATIE ihren Anfang und führte über die Unterstützung des sozialdemokratischen Minderheitskabinetts 1924–26 durch die Radikalen zur Etablierung von Regierungskoalitionen zwischen beiden Parteien in den Jahren von 1929–1940. Diesem politischen Bündnis leisteten nicht nur die Mehrheitsverhältnisse im dänischen Folketing, in dem nach 1909 keine politische Partei die absolute Mehrheit mehr hat erreichen können und in dem die RV eine Schlüsselposition innehatte, Vorschub, sondern auch die tiefen ideologischen und programmatischen Divergenzen zwischen der RV und den beiden anderen bürgerlichen Parteien.

Als die hervorstechendsten Persönlichkeiten der Partei in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz können u. a. genannt werden: *C. Th. Zahle,* Premier und Justizminister 1909–10 und 1913–20, Justizminister 1929–35, *C. Krabbe,* Verteidigungsminister 1909–10 und schon bei der Gründung der VEREINIGTEN LINKEN 1870 dabei (→ LINKE), *O. Rohde,* Innenminister 1913–20 und später Redakteur der Parteizeitung ›Politiken‹, *P. Munch,* Innenminister 1909–10, Verteidigungsminister 1913–20 und Außenminister 1929–40, auf zahlreichen Sitzungen des Völkerbundes ein engagierter Fürsprecher des Abrüstungsgedankens, sowie *E. Brandes,* Finanzminister 1909–10 und 1913–20 und, zumindest in den Anfangsjahren der Partei, ihr intellektuelles Aushängeschild. In den Zwischenkriegsjahren konnte die RV relativ stabile Wahlergebnisse verbuchen; ihr bestes Ergebnis betrug 13,0% der Stimmen (1924, 20 Mandate), ihr niedrigstes 9,2% (1935, 14 Mandate). Während der deutschen Okkupation war die Partei an den Sammlungsregierungen beteiligt. Die beiden Nachkriegswahlen bescherten der RV zwar deutliche Stimmenverluste (1945: 8,1%, 11 Mandate; 1947: 6,9%, 10 Mandate), die in den folgenden Jahren nur teilweise wieder ausgeglichen werden konnten, doch behielt die Partei ihre Position als politisches »Zünglein an der Waage« und stellte von 1957–64 den Regierungspartner der SOZIALDEMOKRATIE, 1957–60 zusammen mit dem GERECHTIGKEITSBUND DÄNEMARKS. Bei den Folketingswahlen von 1964 rutschte die Partei auf 5,3% der Wählerstimmen und 10 Mandate ab; sie zog sich darauf aus der Regierungsverantwortung zurück und nahm stattdessen Kontakte zur LINKEN auf, die kurz zuvor von ihrem Parteivors. lancierte Pläne für eine Vereinigung mit der KONSERVATIVEN VOLKSPARTEI hatte fallenlassen müssen. Als sich nach den Wahlen von 1966 für die SOZIALDEMOKRATIE erstmals die Möglichkeit ergab, eine Regierungszusammenarbeit mit einer anderen Partei als mit dem traditionellen Bündnispartner einzugehen, nämlich mit der → SOZIALISTISCHEN VOLKSPARTEI, verlor die RV gleichsam über Nacht ihre Schlüsselposition. Allerdings zeichneten sich kurz darauf erstmalig die Konturen einer bürgerlichen Blockbildung unter Einschluß der RV ab.

Als die Partei bei den Folketingswahlen von 1968 ihren Stimmen- und Mandatanteil mehr als verdoppeln konnte (1966: 7,3% der Stimmen, 13 Mandate; 1968: 15,0% der Stimmen, 27 Mandate), bildete sie zusammen mit der KONSERVATIVEN VOLKSPARTEI und der LINKEN die Regierung. Das Amt des Staatsministers in dieser historischen Regierungskoalition hatte der Radikale Linke *H. Baunsgaard* inne. Wichtigstes Ergebnis der bis 1971 amtierenden Dreiparteienregierung war die Vorbereitung des Anschlusses Dänemarks an die EG, zu dem die RV sich durchgerungen hatte, nachdem der von ihr seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verfochtene Plan einer nordischen ökonomischen Union (NORDEC) definitiv gescheitert war. Die RV hat sich außerdem inzwischen mit der dänischen NATO-Mitgliedschaft abgefunden, dies, obwohl die Partei noch zu Anfang der 50er Jahre die traditionelle dänische Neutralitätspolitik verfocht.

Ebenso wie die anderen alten Parteien erlitt die RV bei den Wahlen von 1973 schwere Einbußen. Verglichen mit den Wahlen von 1971 verlor die Partei 3,2% der Wählerstimmen und 7 Mandate und fiel damit auf 14,4% und 20 Mandate zurück. Der Rückgang setzte sich über 1975: 7,1% (13 Mandate) auf 1977: 3,6% (6 Mandate) fort und konnte erst 1979 durch einen leichten Zuwachs auf 5,4% (10 Mandate) gestoppt werden. – Parteivors. ist seit 1978 *N. H. Petersen,* seine Vorgänger im Amt waren *S. Haugaard* (1970–78) und *H. Baunsgaard* (1968–70).

R. Skovmand, E. Rasmussen, Det radikale Venstre 1905–1955. 50 års folkeligt og politisk Virke, Kopenhagen 1955.

Rechte (Højre) → Konservative Volkspartei.

Schleswigsche Partei (**SP,** Det Slesvigske Parti). Partei der deutschen Minderheit in dem 1920 mit dem dänischen Königreich wiedervereinigten Teil Schleswigs. Die Partei beteiligte sich zum ersten Male an den Septemberwahlen von 1920 und erhielt ein Folketingsmandat, das sie bis 1943 halten konnte. Ihr Stimmenanteil lag zwar nur zwischen 0,6 und 0,9%, jedoch gab die praktisch auf die Belange der deutschen Minderheit zugeschnittene Wahlkreisordnung in den 4 südlichsten Ämtern Dänemarks auch kleinen Parteien die Möglichkeit, mit einem relativ niedrigen Stim-

menanteil ein Folketingsmandat zu erlangen. Diese Sonderregel wurde 1945 aufgehoben. Während des Krieges und nach der deutschen Kapitulation stellte die SP, die durch die Kollaboration von Teilen der deutschen Minderheit mit den Besatzern ins Zwielicht geraten war, keine eigenen Kandidaten auf, 1957 und 1960 erreichte sie je 1 Folketingsmandat (bei jeweils unter 1 % der Stimmen), danach war sie bis 1973 nicht mehr im Folketing vertreten. Bei den Wahlen von 1973 ging die Partei einen Listenverband mit den ZENTRUMSDEMOKRATEN ein und war seitdem durch den Abg. *J. Schmidt* wieder im Folketing vertreten. Nach dem Tode *J. Schmidts* im August 1979 wurde der Listenverband nicht wieder erneuert, seitdem ist die SP nicht mehr im Folketing. – Die SP versteht sich heute als eine Regionalpartei, ihr vordringlichstes Ziel sieht sie vor allem in der Pflege des deutschen Kulturgutes und deutscher kultureller Institutionen (Schulen, Kindergärten, Büchereien) im nordschleswigschen Raum, und zwar in der Hauptsache durch das Mittel der Regionalpolitik auf Kommunal- und Amtsebene. Jetziger Vors. der Partei ist *G. Schmidt*.

E. Olsen, Partier, tidligere repræsenteret på Rigsdagen, in: K. Fabricius u. a. (Hg.), Den danske Rigsdag, Bd. 3, Kopenhagen 1950, S. 380–88; Dt. Schul- und Sprachverein für Nordschleswig (Hg.), Materialien zur Gesch. Schleswigs, Apenrade 1976.

Sozialdemokratie in Dänemark (**SD,** Socialdemokratiet i Danmark). Sozialdemokratische, ursprünglich proletarische Partei, in der sich Arbeiter und Handwerker, z. T. auch Landarbeiter und Parzellenbesitzer gegenüber den bürgerlichen Parteien verselbständigten. Heute reformorientierte Volkspartei, die auch Teile des Bürgertums erfaßt.

Gründung: Am 15. Oktober 1871 in Kopenhagen unter dem Namen INTERNATIONALER ARBEITERVEREIN FÜR DÄNEMARK (Den Internationale Arbeijderforening for Danmark) als Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation durch *L. Pio, P. Geleff* und *H. Brix*, Namensänderung auf dem 1. Parteikongreß 1876 in SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI (Det Socialdemokratiske Arbederparti), 1878 in SOZIALDEMOKRATISCHER BUND (Det Social-Demokratiske Forbund), 1961 schließlich in Sozialdemokratie in Dänemark.

Programm: 1876 wurde eine fast wörtliche Übersetzung des Gothaer Programmes der deutschen → SPD übernommen, die allerdings um ein Agrarprogramm ergänzt wurde. Wichtige Änderungen des Parteiprogramms wurden 1882 sowie auf den Kongressen von 1888 und 1890 vorgenommen, von diesen Korrekturen war die von 1888 die bedeutendste, weil jetzt erstmalig wichtige Elemente aus den ökonomischen Lehren des Marxismus in den einleitenden theoretischen Teil des Programms Eingang fanden. 1913 verabschiedete die Partei ein neues politisches Programm, das vom Erfurter Programm der SPD beeinflußt war, allerdings im Gegensatz zu diesem und in Übereinstimmung mit seinen Vorgängern einen umfangreichen agrarpolitischen Abschnitt mit Spezialforderungen für die Landarbeiterbevölkerung enthielt. 1918, 1923, 1934 und 1945 wurde in sog. »Arbeitsprogrammen« zu den drängendsten politischen Gegenwartsfragen Stellung genommen. 1961 und 1977 verabschiedete die Partei neue »Prinzipien«- (d. h. Langzeit-) Programme, in denen sie sich zum »demokratischen Sozialismus« bekannte.

Organisation: Die Organisation der SD entspricht in ihren Grundstrukturen seit der Aufgabe der gewerkschaftlich-politischen Einheitsorganisation und der organisatorischen Trennung von politischer und gewerkschaftlicher Bewegung 1878 der der alten Parteien (→ Einleitung). Nach wie vor sind jedoch die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften organisatorisch miteinander verflochten. Der dänische Gewerkschaftsbund ist im Parteivorstand vertreten, und umgekehrt hat die Partei im Vorstand des Gewerkschaftsbundes Sitz und Stimme. Die Gewerkschaften sind seit 1874 Hauptaktionäre der Parteipresse. Das Hauptorgan der SD erschien 1871–1874 unter dem Namen ›Socialisten‹, zuerst als Wochen-, ab April 1872 als Tageszeitung; 1874 wurde es in ›Social-Demokraten‹ umbenannt, 1959 in ›Aktuelt‹. Nachdem 1974 das Erscheinen von ›Demokraten‹, des in Århus seit 1884 herausgegebenen größten und für die Geschichte der Sozialdemokratie bedeutendsten Provinztageblattes, eingestellt wurde, existieren heute nur noch zwei kleinere sozialdemokratische Provinzorgane: nämlich der in Rønne/Bornholm herausgegebene ›Bornholmeren‹ und der in Nakskov erscheinende ›Ny Dag‹.

Geschichte: Die Initiative zur Gründung ging von *Pio* aus, allerdings hatten schon seit 1866 Kontakte zwischen radikal-demokratischen Mitgliedern eines bürgerlichen Arbeitervereins in Kopenhagen und der Internationalen Arbeiterassoziation bestanden. Die dänische Sektion war die politische Dachorganisation der ihr kollektiv angeschlossenen Gewerkschaften, die gleichzeitig mit ihr gegründet worden waren. Vors. der Sektion war ihr Gründer *Pio*. Mit ihren zeitweilig ca. 2000 Mitgliedern, hauptsächlich im Bereich von Kopenhagen, zählte die dänische zu den stärksten Sektionen in der Internationalen Arbeiterassoziation. Die Sektion wurde allerdings schon im Mai des Jahres 1872, anläßlich des Aufrufes zu einer verbotenen Demonstration, von der Staatsmacht zerschlagen; *Pio, Geleff* und *Brix* wurden aus dem gleichen Anlaß inhaftiert und 1873 zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Die Aufgabe der Bildung einer politischen und gewerkschaftlichen Bewegung Dänemarks, die nach dem Verbot der Sektion fast ausschließlich aus voneinander unabhängigen Gewerkschaften bestand, übernahm 1874 der »Zentralvorstand der freien Gewerkschaften« (De frie Fagforeningers Centralbestyrelse) in Kopenhagen, dessen Vorsitz der deutsche Barbier *E. W. Klein* innehatte. Spätestens jetzt verschoben sich die Gewichte in der sozialistischen Bewegung Dänemarks entschei-

dend zu Gunsten der Gewerkschaften. Nachdem die drei inhaftierten Parteigründer vorzeitig entlassen worden waren, berief der Zentralvorstand der freien Gewerkschaften 1876 den ersten Kongreß der sozialistischen Bewegung Dänemarks ein, den nach seiner Tagungsstätte, einem Restaurant bei Kopenhagen, benannten »Gimle-Kongreß«. Auf diesem Kongreß wurde als neue politische Dachorganisation der sozialistischen Bewegung Dänemarks die SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI gegründet, *Pio* wurde zum Ersten Vors. gewählt. Gleichzeitig wurde das erste politische Programm der dänischen Sozialdemokratie verabschiedet.

Der Kongreß von Gimle bezeichnete den ersten Höhepunkt in der Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung. Die auf dem Kongreß versammelten Delegierten vertraten ca. 6000 Mitglieder der Einzelgewerkschaften und der wenigen politischen Vereine. Ein Jahr später, auf dem zweiten Kongreß, war die Mitgliederzahl auf weniger als die Hälfte zusammengeschrumpft, Ende 1877 zählte die Partei nur noch ca. 1000 Mitglieder. Der Niedergang war das Ergebnis einerseits der skandalösen Flucht *Pios* und *Geleffs* nach den USA – die beiden hatten sich im März 1877 dazu von der Polizei bestechen lassen –, andererseits eines plötzlichen konjunkturellen Einbruchs mit Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang. Für gewerkschaftliche Aktivitäten, die nach wie vor das Hauptbetätigungsfeld der sozialistischen Bewegung in Dänemark ausmachten, blieb unter diesen Bedingungen nur wenig Spielraum. Die Folge war, daß die Mitgliederzahlen in den gewerkschaftlichen Basisorganisationen der Partei dahinschwanden, die Gewerkschaften kämpften um ihr Überleben bzw. gingen ein. Die politischen Kräfte in der Partei zogen 1878 die Konsequenzen und gründeten den SOZIALDEMOKRATISCHEN BUND als ausschließlich politische Organisation und Dachverband der nach und nach entstehenden sozialdemokratischen Wählervereine; die Gewerkschaften waren ab jetzt organisatorisch selbständig, arbeiteten aber weiterhin eng mit der Partei zusammen. Die Partei erholte und entwickelte sich rasch, insbes. nachdem *P. Knudsen* 1882 den Vorsitz im Vorstand des Sozialdemokratischen Bundes übernommen hatte und eine Politik pragmatischer Reformen einleitete, die die dänische Sozialdemokratie seither kontinuierlich verfolgt hat. 1883 wurde in Århus/Jütland die erste lebenskräftige sozialdemokratische Provinzorganisation gegründet, der in den Jahren bis zur Jahrhundertwende sozialdemokratische Vereine in allen Regionen des Landes folgten. Häufig waren den sozialdemokratischen Provinzvereinen lokale Gewerkschaftsorganisationen vorausgegangen. 1884 gelang der Partei die Eroberung von 2 Folketingsmandaten, 1890 wuchs die Anzahl der Mandate auf 3, 1895 auf 8, 1901 auf 14 und 1906 auf 24. 1890 war die Partei zum erstenmal mit 2 Abgeordneten im Landsting vertreten, 1906 mit 4.

Seit 1881 war die Partei Wahlallianzen mit der LINKEN, bzw. ihren radikalen Fraktionen eingegangen, eine taktische Zusammenarbeit, die das Wahlverfahren nahelegte und die sich aus den gemeinsamen demokratischen Grundforderungen beider Parteien ergab. Die Sozialdemokratie setzte diese Zusammenarbeit nach 1905 mit der RADIKALEN LINKEN fort. Gegen die pragmatische Reformpolitik der Partei und ihre Zusammenarbeit mit der LINKEN bildete sich 1888 eine orthodox-marxistische Opposition unter der Führung von *G. Trier* und *N. L. Petersen*. In ihrem ab 1889 erscheinenden Blatt ›Arbejderen‹ (Der Arbeiter) warfen sie den Reformpolitikern vor, »kein Bewußtsein für den Klassenkampf« zu besitzen und eine mittelstandsfreundliche Reformpolitik zu betreiben. Der Opposition gelang es zwar, die Teilnahme der Sozialdemokratie am Pariser Gründungskongreß der II. Internationale 1889 durchzusetzen, doch bezeichnete ihr Ausschluß aus der Partei und das Scheitern der von ihnen Anfang 1890 gegründeten REVOLUTIONÄREN SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (Det Revolutionaere Socialistiske Arbejderparti) als revolutionärer Alternative zum Sozialdemokratischen Bund den endgültigen Sieg der pragmatischen Reformpolitik der Sozialdemokratie, die die Wähler mit dem Stimmzettel honorierten. Bei den Wahlen von 1913 erreichte die Partei mit 32 Mandaten zum ersten Male die Mehrheit der Wählerstimmen; *Th. Stauning*, der 1910 *Knudsen* im Amte des Parteivors. abgelöst hatte, zog es allerdings vor, das Kabinett *Zahle* zu stützen (→ RADIKALE LINKE), anstatt selbst die Regierung zu bilden. Mit dem Eintritt *Staunings* in das Kriegskabinett *Zahles* gab die Sozialdemokratie endgültig ihre politische Unabhängigkeit vom Liberalismus auf. Der Preis, den die Partei für den »Ministersozialismus« ihres Vorsitzenden zu zahlen hatte, war die Trennung der radikalen Mehrheit des »Sozialistischen Jugendbundes« (Socialistisk Ungdomsforbund) von der Partei 1919 und die kurz darauf erfolgte Gründung der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI DÄNEMARKS. Ungeachtet dessen setzte die Sozialdemokratie ihr Wachstum fort. Mit 55 Mandaten und 36,6 % der Wählerstimmen verfehlte sie bei den Folketingswahlen von 1924 zwar deutlich die absolute Mehrheit, doch hinderte *Stauning* dies im Gegensatz zu früher nicht daran, das erste sozialdemokratische Kabinett in der dänischen Geschichte zu bilden. Er übernahm selbst neben dem Posten des Staatsministers (Premier) den des Handelsministers; herausragende Gestalten der ersten Regierung *Stauning* waren *F. Borgbjerg* (Soziales) und *N. Bang* (Unterricht), die Witwe des sozialdemokratischen Historikers und gleichzeitig das erste weibliche Mitglied einer Regierung in der europäischen Geschichte. Unterstützt von der → RADIKALEN LINKEN, brachte die Regierung *Stauning* einen Abrüstungsvorschlag durch das Folketing, der allerdings am Landsting scheiterte. Dagegen gelang ihr durch die mit der Unterstützung der LINKEN durchgeführte erfolg-

reiche Deflationspolitik die Lösung eines der brennendsten Probleme der dänischen Nachkriegspolitik, dies allerdings um den Preis eines der größten Arbeitskämpfe in der dänischen Geschichte und ernsthafter Spannung mit den Gewerkschaften. Eine Abstimmungsniederlage veranlaßte die erste Regierung *Stauning* 1926 zur Ausschreibung von Neuwahlen, bei denen die Sozialdemokratie 2 Mandate verlor (bei 37,1% der Wählerstimmen), und die KONSERVATIVEN und die LINKE zusammen eine knappe Mehrheit erreichten. Die sozialdemokratische Regierung trat daraufhin zurück. Die Mehrheitsverhältnisse im Folketing verschoben sich jedoch erneut bei den Wahlen von 1929, aus denen die Sozialdemokratie mit 61 Mandaten bei 41,8% der Wählerstimmen deutlich gestärkt hervorging. Zusammen mit den 16 Mandaten der RADIKALEN LINKEN ergab dies eine deutliche Mehrheit für die beiden Parteien, die daraufhin eine länger als ein Jahrzehnt währende Regierungszusammenarbeit einleiteten. Den sozialdemokratisch-radikalen Koalitionsregierungen, mit der Landesvaterfigur *Stauning* im Amte des Staatsministers, gelang unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise die Meisterung so schwieriger Aufgaben wie die Beilegung der Export- und Landwirtschaftskrise (1931, mit den Stimmen der Konservativen), die Abwertung der Krone, ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Stabilisierung der extrem exportabhängigen dänischen Volkswirtschaft (1933, mit den Stimmen der LINKEN), und außerdem die Durchführung einer umfassenden Reform der Sozialgesetzgebung (1933). Die sozialdemokratische Partei erreichte in diesen Jahren hohe Wahlergebnisse: 1935, bei der unter dem berühmt gewordenen Slogan »*Stauning* – oder Chaos« (*Stauning* – eller Kaos) geführten Folketingswahl erfocht sie mit 68 Mandaten bei 46,1% der Wählerstimmen das höchste Wahlergebnis in ihrer Geschichte; 1939 erreichte sie 64 Mandate und 42,9% der Stimmen. Allerdings scheiterte die Regierung *Stauning* 1939 mit einem Vorschlag zur Reform des Wahlrechtes zum Landsting an der anschließenden Volksabstimmung, was von *Stauning* zum Anlaß genommen wurde, sich vom Posten des Parteivors. zurückzuziehen. Neuer Vors. wurde *H. Hedtoft*.

Der deutsche Überfall auf Dänemark am 9. 4. 1940 beendete die Periode der sozialdemokratisch-radikalen Koalitionsregierungen. Am Tage nach dem deutschen Einmarsch traten Vertreter der KONSERVATIVEN VOLKSPARTEI und der LINKEN in die Regierung *Stauning* ein, die am 8. 7. 1940 zur nationalen Sammlungsregierung erweitert wurde. Nach dem Tode *Staunings* im Mai 1942 übernahm der Sozialdemokrat *V. Buhl* das Amt des Staatsministers, um es aber schon im November 1942 auf Druck der Besatzungsmacht dem parteilosen *E. Scavenius* zu überlassen, der es bis zum 5. 5. 1945 innehatte. (Tatsächlich stellte die Regierung *Scavenius* allerdings schon am 29. 8. 1943 die Regierungsgeschäfte ein.)

Während der deutschen Besetzung schloß sich die Sozialdemokratie erst spät dem aktiven Widerstand an. Dies wirkte sich deutlich auf die Wahlen vom Oktober 1945 aus, bei denen sie trotz ihres kurz zuvor verabschiedeten radikalen Arbeitsprogramms 18 der 1943 eroberten 66 Folketingsmandate verlor, ihr Anteil an den Wählerstimmen fiel auf 32,8% (1943: 44,5%). Der Erfolg der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI bei den ersten Nachkriegswahlen zeigte erstmalig, daß politische Parteien links von der Sozialdemokratie durchaus Chancen hatten, das sozialdemokratische Monopol der Arbeiterpartei zu brechen. Angesichts dieser Verluste zog es die Sozialdemokratie vor, sich in die Opposition zurückzuziehen, um jedoch nach ihrem relativ erfolgreichen Abschneiden bei den Folketingswahlen von 1947 (57 Mandate, 40,0% der Wählerstimmen) wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Das sozialdemokratische Minderheitskabinett *Hedtoft* vollzog den Anschluß Dänemarks an den Marshall-Plan und beendete, nachdem zunächst die Frage eines nordischen Verteidigungsbündnisses alternativ diskutiert worden war, mit dem Eintritt in die NATO 1949 die traditionelle dänische Politik der isolierten Neutralität. Die Regierung *Hedtoft* wich nach den Wahlen von 1950 (59 Mandate, 39,6% der Stimmen für die Sozialdemokratie) der konservativ-linken Regierung *E. Eriksen*, doch unterstützte die Sozialdemokratie aktiv die 1953 durchgeführte Verfassungsreform. Nach dem für die Partei günstigen Wahlergebnis von 1953 (74 Mandate, 41,3% der Stimmen) bildete *Hedtoft* das zweite sozialdemokratische Nachkriegskabinett; nach *Hedtofts* Tod übernahm *H. C. Hansen* das Staatsministerium und den Parteivorsitz. *Hansen* bildete nach den Wahlen von 1957 (70 Mandate, 39,4% der Stimmen für die Sozialdemokratie) eine Koalitionsregierung, bestehend aus der Sozialdemokratie, der RADIKALEN LINKEN und dem GERECHTIGKEITSBUND DÄNEMARKS. Der Schwerpunkt der Arbeit des zweiten Kabinett *Hansen* lag auf der Produktivitäts- und Beschäftigungspolitik, die mit dem Anschluß Dänemarks an die EFTA abgerundet wurde. Nach *Hansens* Tod 1960 wurde *V. Kampmann* Staatsminister und sozialdemokratischer Parteivors.

Bei den Wahlen 1960 erreichte die Sozialdemokratie mit 76 Mandaten und 42,1% der Wählerstimmen zwar das höchste Wahlergebnis ihrer Nachkriegsgeschichte, doch mußte *Kampmann* bei der Bildung seiner zweiten Regierung auf den GERECHTIGKEITSBUND verzichten, da dieser nicht mehr im Folketing vertreten war. *Kampmann* zog sich 1962 aus seinen Ämtern zurück, neuer sozialdemokratischer Staatsminister und Parteivors. wurde *J. O. Krag*. Seine Regierung arbeitete zielbewußt auf den dänischen EG-Beitritt hin. Obwohl die SD bei den Wahlen von 1964 ähnlich günstig wie vier Jahre zuvor abschnitt (76 Mandate, 41,9% der Stimmen) sah *Krag* sich wegen der Wahlniederlage des radikalen Koalitionspart-

ners (→ RADIKALE LINKE) zur Bildung eines Minderheitskabinetts gezwungen. Die Frage der Einführung der Lohnsteuer nötigte die neue Regierung *Krag* jedoch schon Ende 1966 zur Ausschreibung von Wahlen, bei denen die Regierungspartei auf 69 Mandate und 38,2 % der Stimmen zurückfiel. Im Vertrauen auf die Tolerierung durch die SOZIALISTISCHE VOLKSPARTEI, die bei den gleichen Wahlen die Anzahl ihrer Mandate hatte verdoppeln können, so daß das Folketing zum ersten Male in seiner Geschichte über eine Mehrheit von Arbeiterparteien verfügte, bildete *Krag* erneut eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. Schon Ende 1967 sah sich die Regierung wegen der Spaltung der → SOZIALISTISCHEN VOLKSPARTEI zur Ausschreibung von Neuwahlen gezwungen. Die Wahlniederlage vom Februar 1968 (62 Mandate, 34,2 % der Stimmen für die SD) führte die Partei in die Opposition; *Krag* bildete jedoch, veranlaßt durch das relativ günstige Abschneiden seiner Partei bei den Wahlen von 1971 (70 Mandate, 37,3 % der Stimmen) und im Vertrauen auf die Unterstützung der SOZIALISTISCHEN VOLKSPARTEI und je eines grönländischen und färingischen Abgeordneten, im Oktober 1971 wieder eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. Nach dem Anschluß an die EG im Herbst 1972, über den, anders als bei der ersten EG-Debatte 1961, in der Partei tiefe Uneinigkeit herrschte, zog sich *Krag* von seinen Ämtern zurück. Ihm folgte als Staatsminister und Parteivors. der Gewerkschaftspolitiker *A. Jørgensen*, der bei den Wahlen vom Dezember 1973 die größte Wahlniederlage in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei hinnehmen mußte (25,6 %, 46 Mandate). Der Parteiaustritt des dem rechten Flügel angehörenden populären sozialdemokratischen Abgeordneten und Bürgermeisters *E. Jacobsen* (→ ZENTRUMSDEMOKRATEN) und das fulminante Entrée des Steueradvokaten *M. Glistrup* (→ FORTSCHRITTSPARTEI) auf der parteipolitischen Bühne verursachten einen politischen Erdrutsch ohne Gegenstück in der dänischen Nachkriegsgeschichte: die SD fiel auf 46 Mandate bei nur mehr 25,6 % der Wählerstimmen. Die Niederlage führte die Partei erneut in die Opposition. Bei den Wahlen von Anfang 1975 konnte jedoch ein Teil des verlorenen Terrains zurückgewonnen werden (53 Mandate, 29,9 % der Stimmen). *Jørgensen* bildete eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, die sich auf wechselnde Mehrheiten stützen mußte. Bei den Folketingswahlen von Anfang 1977 erreichte die Partei 65 Mandate (37,0 %). Die von *Jørgensen* zunächst gebildete sozialdemokratische Minderheitsregierung wich im August 1978 einer Koalitionsregierung, bestehend aus der SD und der LINKEN; das Amt des Staatsministers lag weiterhin in den Händen von *Jørgensen*. Diese Koalition geriet allerdings, kaum daß sie gebildet worden war, unter den heftigen Beschuß der Gewerkschaften, die sich dieser »widernatürlichen Ehe« mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Waffen widersetzten. Auch innerhalb der SD blieb sie nicht unumstritten, wobei der Zwist bis in die höchsten Gremien der Partei ging. Zwar gelangen der Regierungskoalition einige wichtige Reformvorhaben, allein ihr Hauptanliegen, die Sanierung der Wirtschaft und des Staatshaushaltes, erreichte sie nicht. Nicht nur waren die gegensätzlichen Auffassungen beider Koalitionspartner in dieser Frage unüberbrückbar; auch sperrten sich die Gewerkschaften beharrlich gegen jegliches Zugeständnis gegenüber der sozialdemokratisch-linken Koalitionsregierung, bzw. machten sie Zugeständnisse von einem Einlenken der Regierung in der Frage der Mitbestimmung, der sog. »ökonomischen Demokratie«, abhängig, was für die LINKE unannehmbar war. Staatsminister *Jørgensen* suchte deshalb sein Heil in Neuwahlen, die für den 23. 10. 1979 ausgeschrieben wurden. Für die SD fielen die Wahlen relativ günstig aus (68 Mandate, 38,3 % der Stimmen). Kurz nach den Wahlen bildete *Jørgensen* erneut eine sozialdemokratische Minderheitsregierung, die auf eine von Sachfragen bestimmte Zusammenarbeit mit anderen Parteien angewiesen ist.

E. Helms, Die sozialdemokr. und gewerkschaftl. Bewegung in Dänemark, 1907; O. Bertolt, E. Christiansen, P. Hansen, En bygning vi rejser. Den politiske arbejderbevægelses historie i Danmark, Bde 1–3, Kopenhagen 1954–55; J. O. Krag, K. B. Andersen, Kamp og fornyelse. Socialdemokratiets indsats i dansk politik 1955–1971, Kopenhagen 1971; G. Callesen, H. N. Lahme (Hg.), Den danske arbejderbevægelses programmatiske dokumenter og love (1871 til 1913), Odense 1978.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Det Socialdemokratiske Arbejderparti).

1876–1878 Bezeichnung der → Sozialdemokratie in Dänemark.

Sozialdemokratischer Bund (Det Social-Demokratiske Forbund).

1878–1961 Bezeichnung der → Sozialdemokratie in Dänemark.

Sozialistische Volkspartei (**SF,** Socialistisk Folkeparti) Partei der Neuen Linken.

Gründung: 15. 2. 1959 durch den ehemaligen Vorsitzenden der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DÄNEMARKS *A. Larsen.*

Programm: Das Grundsatzprogramm vom Oktober 1963 analysiert die dänische Gesellschaft im internationalen Zusammenhang und definiert die Arbeitsbedingungen der Partei und ihre Zielvorstellungen: Ausgehend von der Grundtatsache, daß die dänische Gesellschaft trotz sozialstaatlicher Eingriffe eine Klassengesellschaft sei, wird die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft für Dänemark avisiert. Das Programm versucht, den Transformationsprozeß von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft alternativ sowohl zu traditionell-kommunistischen (aktivistischen) Vorstellungen als auch zur sozialdemokratischen Konzeption vom »Hineinwachsen« in den Sozialismus zu bestimmen. Die Partei lehnt dementsprechend die »Dik-

tatur des Proletariats« und das Einparteiensystem ab.

Organisation: Der organisatorische Aufbau der Partei entspricht im Prinzip dem der alten Parteien, allerdings ist, in Distanz zum Prinzip des »demokratischen Zentralismus« der KOMMUNISTISCHEN PARTEI und seinen einseitigen Kommunikationsstrukturen, die Parteibürokratie auf ein Minimum beschränkt. Die Parteiorganisationen sind schwach, 1970 hatte die Partei ca. 5000 Mitglieder.

Presse: 1959 ›SF-Bladet‹, 1967 ›Minavisen‹, 1978 ›Socialistisk Dagblad‹.

Geschichte: Die Gründung wurde durch den Ausschluß *K. Moltkes* und *Larsens* aus der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) veranlaßt, denen ein Großteil der kommunistischen Parteikader der unteren und mittleren Ebene freiwillig Folge leistete. Die ehemals kommunistischen Kader bildeten von Anfang an ein stabilisierendes Element in der SF, die rasch zur neuen politischen Heimat der zahlreichen bereits während der Ungarnkrise aus der DKP abgewanderten Intellektuellen und zweifelnder Sozialdemokraten wurde. Im November 1958 ging die 1957 gegründete kleine SOZIALISTISCHE PARTEI DÄNEMARKS (Danmarks Socialistiske Parti) in die SF über.

Die SF verstand sich als Partei der sozialistischen Erneuerung und als Alternative zur SOZIALDEMOKRATIE und zur KOMMUNISTISCHEN PARTEI. Nur der Sozialismus verheiße eine gerechte Gesellschaft, doch sei sozialistische Politik heute nicht länger mit der Arbeiterklasse allein, sondern nur mit der Mehrheit der Bevölkerung durchführbar. Die DKP sei isoliert, international abhängig, dogmatisch, die Sozialdemokratie treibe eine Politik, die der Erhaltung des Kapitalismus dienlich sei. Tatsächlich ging jedoch mit der ideologischen und organisatorischen Distanzierung der SF von der DKP eine Annäherung an sozialdemokratische Positionen einher. Die SF beruft sich zwar auf den Marxismus als Grundlage ihrer Analysen und ihres politischen Handelns, doch tangieren die – in Distanz zur DKP entwickelten – Vorstellungen vom Wege zum Sozialismus mit Hilfe der parlamentarischen Organe und anderer politischer Parteien als Bündnispartner deutlich die politische Konzeption sozialdemokratischer Parteien. Obwohl die SF in der Vietnam- und NATO-Frage sowie während der EG-Debatten die sozialdemokratische Partei, bzw. die sozialdemokratischen Regierungen, scharf kritisiert hat, gehört die Annäherung an die SOZIALDEMOKRATIE und die schließliche Unterstützung der Regierung *Krag* nach den Wahlen von 1966 zu den Charakteristika ihrer Politik. Nach den Wahlen von 1966, die der SF 20 Mandate bei 10,9 % der Stimmen (1960: 11 Mandate, 6,1 %; 1964: 10 Mandate, 5,8 %) einbrachten und ihr und der SOZIALDEMOKRATIE erstmals zusammen die Mehrheit im Folketing bescherten, kam es zwar nicht zur Regierungskoalition der beiden Parteien, wohl aber zu einer festen Zusammenarbeit, die in einem besonderen Kontaktausschuß der beiden Parteien, im Volksmund »Das rote Kabinett« (Det røde kabinet) genannt, abgestimmt wurde. Mit Unterstützung der SF-Fraktion gelang der Regierung *Krag* 1967 u. a. die Einführung der Lohn- und der Mehrwertsteuer. Als die SF-Fraktion kurz darauf auch noch die Haushaltvorlage der sozialdemokratischen Regierung billigte, kam es allerdings zu Unruhen in der Partei. Im Dezember 1967 verweigerten 6 SF-Abgeordnete im Folketing der Regierungsvorlage zur Streichung der gesetzlichen Teuerungszulage die Zustimmung und gründeten kurz darauf die Partei der → LINKSSOZIALISTEN. Die Regierung *Krag* sah sich nach ihrer durch die Verweigerung der 6 SF-Abgeordneten verursachten Abstimmungsniederlage zur Ausschreibung von Neuwahlen gezwungen, bei denen die SF 9 von 20 Folketingsmandaten verlor (bei einem Stimmenanteil von 6,1 %). Nach den Wahlen von 1971 (17 Mandate, 9,1 %) unterstützte die SF die neue Regierung *Krag* und die anschließende Regierung *Jørgensen*; danach ist es allerdings nicht wieder zu einer festen Regierungszusammenarbeit mit der SOZIALDEMOKRATIE gekommen.

Vors. der SF war von 1959 bis 1968 *Larsen*, bis 1974 *S. Ømann*, seit 1974 *G. Petersen*. Nach 1971 konnte die Partei folgende Ergebnisse bei den Folketingswahlen verbuchen: 1973: 11 Mandate/9,1 % der Stimmen; 1975: 9/5,0 %; 1977: 7/3,9 %; 1979: 11/5,9 %.

U. Schmiederer, Die Sozialist. Volkspartei Dänemarks, 1969.

Die Unabhängigen (**DU,** De Uafhængige). Liberalistisch-konservative Partei, gegründet am 1. 9. 1953 durch den früheren Regierungschef der → LINKEN *K. Kristensen* aus Protest gegen das neue Grundgesetz (→ Einleitung). Die Partei verlangte u. a. eine mehr prinzipienfeste Politik der bürgerlichen Kräfte gegenüber der SOZIALDEMOKRATIE, des weiteren eine sparsamere Finanzpolitik sowie die Wiedereinführung des Zweikammersystems. Die DU wandten sich als einzige im Folketing vertretene Partei gegen die staatliche Volkspension. Die Partei war nach den Wahlen von 1960 mit 6 Mandaten (3,3 % der Stimmen) im Folketing vertreten, bei den Wahlen von 1964 erreichte sie 5 Mandate (bei 2,5 % der Stimmen). Danach gelang ihr die parlamentarische Repräsentierung nicht mehr.

H. Eriksen, Partiet De Uafhængige 1953–1960, Odense 1978.

Venstre → Linke – Dänemarks liberale Partei.

Vereinigte Linke (Det Forenede Venstre) → Linke.

Zentrumsdemokraten (**CD,** Centrum-Demokraterne). Neokonservative Partei, gegründet im November 1973 durch den langjährigen sozialdemokratischen Folketingsabgeordneten und Bürgermeister der Kopenhagener Vorstadtkommune Gladsaxe, *E. Jacobsen*. Anlaß war ein parlamen-

tarischer Vergleich zwischen der regierenden SOZIALDEMOKRATIE und der SOZIALISTISCHEN VOLKSPARTEI über die steuerliche Belastung von Eigenheimbesitz. Der Austritt *Jacobsens* aus der SOZIALDEMOKRATIE brachte die Regierungspartei und die SOZIALISTISCHE VOLKSPARTEI in die Minderheit, und bei den anschließenden Folketingswahlen im Dezember 1973 konnten die CD 14 Mandate erreichen (bei 7,8 % der Stimmen). Bei den Wahlen von 1975 fiel die Partei auf 4 Mandate zurück (2,2 % der Stimmen), 1977 erreichte sie 11 Mandate (6,4 %), um 1979 wieder auf 6 Mandate (3,2 %) zurückzufallen. Die CD verstehen sich als unideologische Partei, sie verzichten auf ein politisches Programm und behelfen sich stattdessen mit programmatischen Ad-hoc-Erklärungen, entsprechend der jeweiligen politischen Tagessituation. Grundsätzlich bekennt sich die Partei jedoch zur »bestehenden Gesellschaft(s-ordnung)« und zum »privatkapitalistischen System« und ist deshalb, aber auch wegen ihres besonders in der Medien- und Kulturpolitik zum Ausdruck kommenden Antikommunismus, am ehesten den konservativen Parteien zuzurechnen.

E. Jacobsen, Et opgør, Kopenhagen 1976.

Politische Parteien auf den Färöern.

Ebenso wie (→) Island und Grönland (→ Politische Parteien in Grönland) verblieben auch die Färöer-Inseln nach der Aufhebung der dänisch-norwegischen Reichseinheit durch den Frieden von Kiel 1814 bei der dänischen Krone – im Gegensatz zu Grönland allerdings nicht als Kolonie, sondern als Amt, d. h. Verwaltungsbezirk im dänischen Königreich. Anders als im Falle (→) Islands bekam das »Junigrundgesetz« des Dänischen Reiches von 1849 (→ Einleitung) Gültigkeit auch für die Färöer-Inseln (1850), deren Bewohner erstmals 1851 je einen Abgeordneten zu beiden Kammern des dänischen Reichstages wählten. 1852 wurde auf Wunsch der Feringer als Volksvertretung das »Løgting« (dän. Lagting) errichtet, das zuerst aus 16, später aus 18 und schließlich aus 20 nach dem Mehrheitswahlrecht in Mehrmannwahlkreisen, ab 1906 durch Verhältniswahl ermittelten Mitgliedern bestand und dem in der Hauptsache die Beratung der dänischen Regierung in Fragen der Gesetzgebung für die nordatlantischen Inseln oblag. Das Løgting wählte ab 1866 auch den feringischen Landstingsmann.

Wichtig für den heutigen verfassungsrechtlichen Status der Färöer wurde die Unterbrechung ihrer Verbindung mit Dänemark durch die Ereignisse des 9. 4. 1940 (→ Einleitung) und ihre Besetzung durch britische Streitkräfte. Nach Kriegsende traten sämtliche politischen Parteien auf den Färöern für die Aufnahme von Verhandlungen mit Kopenhagen zur Neuregelung des verfassungsrechtlichen Verhältnisses der Inseln zu Dänemark ein.

Da eine Volksabstimmung am 14. 9. 1946 über eine eher begrenzte Autonomie bzw. als alternative Möglichkeit ein Ausscheren aus der Reichseinheit zu keinem klaren bzw. zu knappen Ergebnissen führte (49,3 % der abgegebenen Stimmen waren für den Verfassungsvorschlag – 50,7 % stimmten für die Loslösung aus dem Reich), schrieb die dänische Regierung Neuwahlen zum Løgting aus, die mit einer Mehrheit für diejenigen Parteien endeten, die sich für einen Verbleib der Inseln im Reichsverbande ausgesprochen hatten. Am 23. 3. 1948 trat, als Ergebnis von Verhandlungen zwischen der dänischen Regierung und dem Løgting, ein umfassendes Autonomiegesetz in Kraft, das den Status der Färöer als den »einer selbstverwaltenden Volksgemeinschaft im dänischen Reiche« definierte. Lediglich »gemeinsame Anliegen« wie z. B. Verteidigung und Außenpolitik fallen noch in den Kompetenzbereich des Reiches. Die gesetzgebende Versammlung der Färöer, das Løgting, wird meistens auf vier Jahre gewählt; es wählt die Landesregierung (»Landsstyri«), bestehend aus einem Regierungschef und mindestens 2 weiteren Regierungsmitgliedern. Bis zur Reform der Verfassung des dänischen Reiches von 1953 (→ Einleitung) wählten die Feringer 1 Landstings- und 2 Folketingsabgeordnete, seither schicken sie 2 Abgeordnete ins Folketing.

Ausschlaggebend für die Entstehung moderner politischer Parteien auf den Färöer-Inseln war der Prozeß der Entwicklung eines feringischen Nationalbewußtseins im Laufe des 19. Jh. Die Namen der beiden 1906 gegründeten Parteien lassen erahnen, daß im Zentrum ihrer politisch-programmatischen Forderungen das Verhältnis der Färöer zu Dänemark stand: DIE ZUSAMMENGEHÖRIGKEITSPARTEI (Sambandsflokkurin, dän. Sambandspartiet) trat für die Beibehaltung der existierenden engen Beziehungen zu Dänemark ein – nicht, weil ihre Mitglieder dänisch »fühlten«, sondern eher aus wirtschaftspolitischem Kalkül –, wohingegen ihr politischer Gegenpol, die von *J. Patursson* gegründete SELBSTVERWALTUNGSPARTEI (Sjálvstýrisflokkurin, dän. Selvstyrepartiet), für ein Mehr an Autonomie, u. a. für mehr Kompetenzen beim Løgting, focht. Diese beiden Parteien, die einander erbittert befehdeten, beherrschten die politische Szenerie der Färöer bis Ende der zwanziger Jahre. Die ZUSAMMENGEHÖRIGKEITSPARTEI konnte in diesen Jahren, mit Ausnahme von 1918–1920 und 1920–24, die Mehrheit der Sitze im Løgting erreichen. 1927 wurde das sog. »Zweiparteiensystem« auf den Färöern durch die Gründung der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (eigentlich Javnadarflokkurin, d. h. Gleichheitspartei, dän. Lighedsparti, üblicherweise jedoch »Sozialdemokratie«), durchbrochen. Lokale Parteiorganisationen waren schon 1925 entstanden. Gründer war der spätere langjährige Parteivors. *P. M. Dam,* allerdings erfolgte die Gründung auf Initiative der dänischen Sozialdemokratie, von der die neue Bruderpartei zwar

organisatorisch unabhängig war und ist, anfänglich aber materiell unterstützt wurde. Die Sozialdemokratie stand in ihren Anfängen den nationalen Intentionen der Feringer ablehnend gegenüber, unterstützte diese jedoch später, insbesondere die Bestrebungen auf Anerkennung der feringischen Sprache und der Nationalflagge. Ihre politisch-programmatischen Vorstellungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich suchte die Sozialdemokratie Ende der zwanziger und in den dreißiger Jahren durch Kooperativunternehmen zu verwirklichen, die jedoch allesamt kläglich scheiterten. 1935 gründeten Bankkreise eine weitere politische Partei, die ERWERBSPARTEI (Vinnuflokkurin, dän. Erhverspartiet), die ihr Ziel in der Intensivierung und Entwicklung der privatkapitalistischen Wirtschaftsstrukturen der Inseln durch die Errichtung von nationalen politischen Institutionen erblickte, also eine weitere Autonomiepartei darstellte. Bei den Løgtingswahlen von 1936, die einem politischen Erdrutsch in der bisher relativ ruhig verlaufenen Geschichte der Nordatlantikinseln gleichkamen, erhielten die SOZIALDEMOKRATIE 6, die Erwerbspartei 2 und die beiden »alten« Parteien je 8 Mandate.

1939 spaltete sich von der SELBSTVERWALTUNGSPARTEI schließlich ein Flügel radikaler Autonomisten unter *J. Patursson* ab, der zusammen mit der ERWERBSPARTEI die VOLKSPARTEI (Fólkaflokkurin, dän. Folkepartiet) bildete. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte sich in der politischen Landschaft der Färöer-Inseln ein »Mehrparteiensystem« dauerhaft etabliert, dessen Spezifikum seine Gravitation um die beiden großen Kernprobleme in der färöischen Politik war und z. T. auch noch ist: einmal die »nationale Frage«, d. h. das Verhältnis der Inseln zu Dänemark, zum anderen die im Strudel der dreißiger Jahre besonders scharf zutage tretenden ökonomisch-strukturellen Schwächen des Landes.

Nach dem 2. Weltkrieg bereitete die Neuordnung des verfassungsrechtlichen Verhältnisses zu Dänemark den Parteien erhebliche Schwierigkeiten. Während die SOZIALDEMOKRATIE und die SELBSTVERWALTUNGSPARTEI in der nationalen Frage eine gemäßigte Linie vertraten und sich prinzipiell für ein Verbleiben der Inseln in der dänischen Reichseinheit, allerdings bei mehr Autonomie als bisher, aussprachen, empfahl die VOLKSPARTEI, allen voran *J. Patursson,* den Wählern, bei der Volksabstimmung am 14. 9. 1946 für die Herauslösung ihres Heimatlandes aus der Reichseinheit zu stimmen.

Das Autonomiegesetz von 1948 wurde gegen den Willen der VOLKSPARTEI und mit den Stimmen der ZUSAMMENGEHÖRIGKEITSPARTEI, SOZIALDEMOKRATIE und SELBSTVERWALTUNGSPARTEI verabschiedet.

Das Autonomiegesetz von 1948 bildete den Anlaß zur Gründung einer weiteren Partei auf den Färöern, die REPUBLIKANISCHE PARTEI genannt wird (eigentlich Volksregierungspartei, Tjaðveldisflokkurin, dän. Folkestyreparti). In der nationalen Frage siedelte sich die neue Partei »links« von der VOLKSPARTEI an, sie plädierte für die Realisierung des Ergebnisses der Volksabstimmung vom 14. 9. 1946, die den Anhängern der Herauslösung der Inseln aus dem Reichsverbande eine knappe Mehrheit beschert hatten; darüberhinaus appellierte sie an unzufriedene Sozialdemokraten und sozialdemokratische Wähler, denen die Reformbemühungen ihrer Partei nicht weitgehend genug waren. Daß die Republikaner bereits 1954 die zweitstärkste Fraktion in der parlamentarischen Versammlung der Inseln stellten hat seine Ursachen in der engen Verknüpfung der Partei mit der stärksten gewerkschaftlichen Organisation des Landes, der Gewerkschaft der Fischer. Seit 1955 existiert mit der FORTSCHRITTSPARTEI (Framburðsflokkurin, dän. Fremskridtspartiet) eine sechste politische Partei auf den Färöer-Inseln, die in der nationalen Frage eine eher radikale, »linke« Richtung vertritt, in den Fragen des Wirtschaftslebens jedoch »rechts« steht, was noch einmal deutlich die spezifische Problematik der politischen Parteien auf den Färöern und die Schwierigkeit, sie in die üblichen Kategorien einzuordnen, unterstreicht. Seit 1978 heißt die Fortschrittspartei FORTSCHRITTS- UND FISCHEREIPARTEI (»Framburðs- og Fiskivinnuflokkurin«, dän. Fremskridts- og Fiskeripartiet).

Was die färöischen Folketingsabgeordneten anbetrifft, so pflegten sie sich als unabhängige Abgeordnete – vor dem Entstehen der politischen Parteien – auf die Seite der Regierung bzw. der regierenden Partei zu schlagen. Seither haben sich die Abg. der ZUSAMMENGEHÖRIGKEITSPARTEI, wann immer diese Partei im Folketing vertreten war (1906–1915, 1918–1943, 1950–1964, seit 1977), der Fraktion der LINKEN angeschlossen; die Abg. der 1915–1920 im Folketing vertretenen SELBSTVERWALTUNGSPARTEI schlossen sich der RADIKALEN LINKEN an, und die Abg. der SOZIALDEMOKRATIE, die seit 1948 – mit Ausnahme der Jahre 1957–1960 – regelmäßig eines der beiden färöischen Folketingmandate gehalten hat, immer der Fraktion der dänischen Bruderpartei. Im Gegensatz dazu sind die Abg. der VOLKSPARTEI (im Folketing 1943–1950, 1957–1960 und 1964–1973) ebenso wie die der REPUBLIKANER (1973–1977) keine Fraktionsgemeinschaft mit einer dänischen Partei eingegangen.

Th. Veiter, Die Färöer und ihre Autonomie, in: Europa Ethnica, 18. Jg. (1961), S. 55–76; J. F. West, Faroe. The emergence of a nation, London 1972; Z. Wang, Færöisk politik i nyere tid, in: A. Ølgaard (Hg.), Færinger – Frænder. Sprog, historie, politik og økonomi, Kopenhagen 1968, S. 76–110.

Politische Parteien in Grönland.

Nach der Aufhebung der dänisch-norwegischen Reichseinheit im Frieden von Kiel 1814 verblieb Grönland als Kolonie beim dänischen Reiche. Der Kolonialstatus Grönlands wurde mit der Verabschiedung der Verfassung des dänischen Reiches von 1953 aufgehoben; Grönland ist seitdem den beiden anderen Reichsteilen, näm-

lich Dänemark und den Färöer-Inseln, gleichberechtigt und entsendet, wie der feringische Landesteil, 2 Abg. ins Folketing. Grönland verfügt über eine eigene demokratisch gewählte Volksvertretung. Bis zum 31. 4. 1979 war dies der Landesrat (»Landsråd«), dem sämtliche Gesetzesvorschläge und administrative Bestimmungen, die grönländische Angelegenheiten betrafen, vorzulegen waren. Der Landesrat hatte offiziell nur ratgebende Funktion, tatsächlich nahm er jedoch ein Vetorecht wahr. In einer Volksabstimmung im Januar 1979 nahmen die Grönländer mit Wirkung vom 1. Mai eine Selbstverwaltungsordnung (»Hjemmestyre«) an, die dem feringischen Modell ähnelt und ihnen die Möglichkeit gibt, »innerhalb der Reichseinheit« ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu gestalten. Der Landesrat wurde von einem erstmals am 4. 4. 1979 gewählten Landsting als legislativer Versammlung für Grönland abgelöst; die »Landesregierung« (»Landsstyre«) verfügt über einen »Regierungschef« und weist bislang »Ressortministerien« für die Bereiche Arbeit und Erwerb, Soziales, Schule, Kultur und Kirche sowie Dörfer und Außenbezirke auf.

Die Aufhebung des Kolonialstatus Grönlands und seine Gleichberechtigung mit den beiden anderen Reichsteilen 1953 wurde durch das Erwachen des grönländischen Nationalbewußtseins initiiert, wozu das Erlebnis des Zweiten Weltkrieges zwar nicht der alleinige, wohl aber der ausschlaggebende Faktor war. Nach der deutschen Okkupation Dänemarks hatte der dänische Gesandte in Washington, *H. v. Kauffmann,* das vom Mutterland abgeschnittene, strategisch wichtige Grönland in einem eigenmächtig geschlossenen Verteidigungsabkommen dem Schutze der USA unterstellt. Die Grönländer waren dadurch nicht nur massiver als zuvor den Einflüssen der modernen Welt ausgeliefert, sie sahen sich nun auch mit der Notwendigkeit konfrontiert, auf Teilbereichen sich selbst verwalten zu müssen. Es dürfte in der Hauptsache der behutsamen und die Grönländer vor der offenen kolonialen Ausbeutung schützenden dänischen Politik zuzuschreiben sein, daß nach dem 2. Weltkriege ein »Los-von-Dänemark« unter den Grönländern nicht diskutiert worden ist. Die Losung, die nach 1945 von grönländischen Politikern ausgegeben wurde, hieß im Gegenteil: Integration der Grönländer im Verband des dänischen Reiches mit dem Ziele ihrer vollständigen sozialen und ökonomischen Gleichberechtigung mit den Dänen. »Dänemark und Grönland... ein und dasselbe Reich« (*F. Lynge,* 1951) – dies war der Wunschtraum dänischer und grönländischer Politiker in den beiden Jahrzehnten nach 1945 und Prinzip der »Neuordnung« genannten Grönlandpolitik, des gleichermaßen gigantischen wie optimistischen Versuchs, die Grönländer im Eiltempo im dänischen Wohlfahrtsstaat zu integrieren und schließlich zu danisieren. Die »Neuordnung« wird in letzter Zeit, vor allem seitens der nachgewachsenen Generation grönländischer Politiker, zusehends in Zweifel gezogen, weil sie sich notwendigerweise zerstörerisch auf die tradierten kulturellen Strukturen auswirkte, deren Werte gerade von denjenigen jungen Grönländern, die ihre Ausbildung in Dänemark erhalten haben, als bewahrenswert, wenn nicht gar als Alternative zur dänischen Gesellschaftsform angesehen werden. Im Gegensatz zur älteren Generation der bis zur Euphorie danisierungsfreundlichen grönländischen Politiker verhalten sich die jungen gegenüber dem Gedanken der Integration skeptisch bis hin zur Ablehnung und zur Propagierung der Loslösung von Dänemark.

Erheblich dazu beigetragen hat der von der Mehrzahl der Grönländer abgelehnte dänische EG-Beitritt und die Frage des Eigentumsrechtes an den in Grönland existierenden bzw. vermuteten Bodenschätzen.

Das Spektrum der politischen Parteien in Grönland spiegelt recht getreu die verschiedenen Stationen der Entwicklung des dänisch-grönländischen Verhältnisses nach 1953, es macht aber auch Aussagen über den wachsenden Grad der Politisierung der Grönländer. Während die 1963 gegründete, eher bürgerliche INUIT (wörtliche Übersetzung »Menschen«) und die 1969 gestiftete SUKAQ (»Tragebalken«), die eine sozialdemokratische, nach eignen Aussagen »moderat linksorientierte« Linie vertrat, an der bisherigen Politik der Integration und Danisierung Grönlands zwar Retouchen, aber keine prinzipiellen Änderungen vorgenommen wissen wollten und weder über nennenswerten Anhang verfügten, noch zu politischen Faktoren wurden, sind die 1977 gegründeten Parteien SIUMUT (»Vorwärts«) und ATÁSSUT (»Zusammenarbeit«) innerhalb von kurzer Zeit zu Konstanten in der politischen Szenerie Grönlands geworden. Beide Parteien begannen gleich nach ihrer Stiftung mit dem Aufbau von Lokalorganisationen. Die SIUMUT fordert in ihrem politischen Programm die »Schaffung einer homogenen, aktiven und lebenskräftigen Gesellschaft (in Grönland), die es vermag..., das eigene Schicksal in die eigene Hand zu nehmen«.

Sie tritt für die Selbstverwaltung der Grönländer ein, verficht aber, daß die Bodenschätze »der im Lande fest wohnenden Bevölkerung« (und nicht dem dänischen Reiche) gehören. Bei den Wahlen zum grönländischen Landsting am 4. 4. 1979 erreichte die Siumut 13 von 21 Mandaten, sie stellt die erste grönländische Landesregierung. Im Folketing war die Partei 1977 bis 79 durch *L. E. Johansen* vertreten, nach den Wahlen von 1979 durch *P. Lange.* Während *L. E. Johansen* mit der → SOZIALISTISCHEN VOLKSPARTEI (SF) zusammengearbeitet hat, deren Folketingsfraktion er zeitweilig angehörte, schloß sich *P. Lange* keiner Fraktion fest an, sucht allerdings die Zusammenarbeit mit der SF und dem linken Flügel der SOZIALDEMOKRATIE (SD). Parteivors. der SIUMUT ist *J. Motzfeldt.* – Die ATÁSSUT, die sich allerdings selbst nicht als politische Partei, sondern als Bewegung begreift, »die alle politischen Auffassun-

gen« anerkennt, »die dafür eintreten, das Schicksal mit Dänemark zu teilen« und die allen Kräften entgegenarbeiten will, die die Loslösung Grönlands aus der »Reichseinheit« propagieren, ist seit 1977 im Folketing durch *O. Steenholdt* vertreten. Er stützt die SD. Im grönländischen Landsting hat ATÁSSUT 8 Mandate. Neben SIUMUT und ATÁSSUT existieren weitere 2 Parteien in Grönland, nämlich INUIT ATAQATIGIIT (»Menschen, die miteinander sprechen«) und die SULISSARTUT-PARTIÅT (»Arbeiterpartei«). INUIT ATAQATIGIIT wurde Ende 1976 als »marxistisch-leninistische« und »antiimperialistische« Partei begründet; sie verwirft die Selbstverwaltung als »Reorganisierung der Kolonialadministration« und tritt für die Loslösung Grönlands aus dem Verband des dänischen Reiches ein. Die SULISSARTUT-PARTIÅT wurde anfangs 1979 als politische Partei der grönländischen Arbeitnehmerorganisation S.I.K. gegründet, nachdem diese im Herbst 1978 ihre bis dato enge Zusammenarbeit mit der SIUMUT aufgekündigt hatte. Sowohl INUIT ATAQATIGIIT als auch die SULISSARTUT-PARTIÅT haben die Wahl des Siumut-Kandidaten zum europäischen Parlament unterstützt.

M. Lidegaard, Det gælder Grønland, Kopenhagen 1968; Nordisk Kontakt, Jg. 1978, S. 234 f., 587 ff.; Politisk Revy, 5. 1. 1979.

DEUTSCHLAND

von

HORST DÄHN [DÄ], ALEXANDER FISCHER [FI], RAINER KOCH [KO], WOLFGANG MICHALKA [MI], WERNER MÜLLER [MÜ], RAINER PRÄTORIUS [PR] und WOLFGANG SCHMIERER [SCHM]

Vorformen moderner Parteienbildung entstanden in Deutschland 1848/49 im Umfeld der Fraktionen der Frankfurter und Berliner Nationalversammlung zwischen Konstitutionalismus und Demokratie. Eine Integration organisierter Massenbewegung und parlamentarischer Repräsentanz, ein Zusammengehen von Fraktion und Vereinsbewegung, gelang erstmals durch die Gründung des Centralmärzvereins im Frühjahr 1849.

Die ersten, organisierten Parteien mit gesamtdeutschem Anspruch konstituierten sich im liberalen Lager (z. B. DEUTSCHE FORTSCHRITTSPARTEI 1861). Zuvor hatten im Spektrum der Arbeiterbewegung bereits 1848 mit der Gründung der »Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung« in Leipzig erste Organisationsversuche eingesetzt, die 1863 mit dem ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITERVEREIN zur Parteienbildung auf nationaler Ebene führten. Die Konservativen beschränkten sich in dieser Phase auf das Wirken in lockeren Honoratiorenzusammenschlüssen, lediglich der bismarcktreue Flügel vereinte sich bereits 1867 in der späteren FREIKONSERVATIVEN PARTEI. Die für die nachfolgenden Jahrzehnte bestimmende Parteienkonstellation bildete sich jedoch erst mit der Reichsgründung 1871 heraus. Gegen die preußisch-protestantische Vorherrschaft im neuen Reich formierte sich eine katholische Volkspartei, das ZENTRUM, das seine Stellung im »Kulturkampf« der siebziger Jahre festigte und mit durchschnittlich einem Viertel der Reichstagsmandate zu einem der wichtigsten politischen Faktoren der gesamten Kaiserzeit wurde. Die Sozialdemokratie gewann trotz der staatlichen Verfolgungsmaßnahmen unter dem »Sozialistengesetz« (1878–1890) an parlamentarischem Einfluß und war bereits 1890 nach Stimmen, wegen des Mehrheitswahlrechtes jedoch nicht nach Mandaten, die stärkste Partei des Reiches. Die konservativen und bürgerlichen Parteien profitierten davon, daß die dünn besiedelten ostelbischen Gebiete als Hochburgen des Konservatismus gegenüber den Industriegebieten wegen eben dieses Mehrheitswahlrechtes überrepräsentiert waren. Die Wahl der Direktkandidaten erfolgte bei fehlender absoluter Mehrheit im 1. Wahlgang durch Stichwahl im 2. Wahlgang zwischen den beiden stimmenstärksten Kandidaten. Noch stärker wirkte sich die Diskriminierung breiter Bevölkerungsschichten im größten Bundesstaat, Preußen, durch das dort herrschende Dreiklassenwahlrecht aus, das zwar auch den bürgerlichen Liberalen eine überproportionale Repräsentanz sicherte, aber in Verbindung mit kulturellen und sozialen Faktoren die Vorherrschaft des adligen Konservatismus in diesem Lande gewährleistete.

Durch die monarchische Verfassungskonstruktion war die Regierungsgewalt der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen. Der mangelnde politische Einfluß verhinderte das Entstehen von parlamentarisch-verantwortlichen Mehrheiten im Reichstag, so daß sich die Reichskanzler häufig ihre parlamentarische Unterstützung durch wechselnde

Mehrheiten zu sichern vermochten. Derartige Mehrheitskoalitionen waren z. B. das sog. »Kartell« (1887–1890) aus DEUTSCHKONSERVATIVEN, FREIKONSERVATIVEN und NATIONALLIBERALEN, das unter Einbeziehung der Linksliberalen in Form des Bülow-Blocks (1906–1909) neu auflebte, und der sog. »schwarz-blaue« Block aus Konservativen und ZENTRUM, der bestimmenden Mehrheit der ausgehenden Wilhelminischen Ära.

Neben diesen dominierenden Blöcken und der in permanente Opposition verwiesenen Sozialdemokratie bildeten sich besonders um die Jahrhundertwende Splitterparteien mit antisemitischer und sozialkonservativer Orientierung, die aber ebenso wie die regionalen und partikularistischen Zusammenschlüsse nur einen sehr geringen parlamentarischen Einfluß ausübten. Generell blieb die Machtentfaltung der politischen Parteien im Kaiserreich sehr begrenzt, da sie nicht die Regierungen aus dem Parlament heraus bilden und abberufen konnten und so keinen Einfluß auf die internen Entscheidungsprozesse der Exekutive hatten.

Der Ausbruch des 1. Weltkrieges beendete mit der Billigung der Kriegskredite den prinzipiellen Oppositionskurs der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (SPD) und integrierte zeitweise das Parteiensystem unter nationalen Vorzeichen. Diese Entwicklung führte später zur Abspaltung des linken sozialdemokratischen Parteiflügels in Form der UNABHÄNGIGEN SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (USPD). Schon 1917 wurde auch durch den »Interfraktionellen Ausschuß« der Keim gelegt für die spätere »Weimarer Koalition« aus SPD, ZENTRUM und Linksliberalen, die in der nachrevolutionären Phase 1919/1920 die Mehrheit der Nationalversammlung bildete und die Weimarer Reichsverfassung durchsetzte. Mit dieser Verfassung wurde das allgemeine und gleiche Wahlrecht auch für sämtliche Kommunen und Bundesstaaten zur Vorschrift und erstmals auch auf die Frauen ausgedehnt. Die Konstruktion eines reinen Verhältniswahlrechts war zugleich eine der Ursachen für die nachfolgende, fortschreitende Zersplitterung des Weimarer Parteiensystems. Der relativ stabilste Faktor blieb dabei trotz der Abspaltung der BAYERISCHEN VOLKSPARTEI (1918) das ZENTRUM, das seinen katholischen Wählerstamm konstant halten konnte und die meisten Reichsregierungen mittrug.

In der zunehmenden Polarisierung des Parteienkampfes wurden vor allem die Organisationen der Liberalen aufgerieben: Dieser Niedergang betraf zuerst die linksliberale DEUTSCHE DEMOKRATISCHE PARTEI (DDP), die bereits 1920 den Höhepunkt ihres politischen Einflusses überschritten hatte. Die rechtsliberale DEUTSCHE VOLKSPARTEI (DVP), die in den zwanziger Jahren noch ein wichtiger Faktor der Regierungsbildung war, verlor ab 1928 gleichfalls rapide an politischer Bedeutung.

Zu den staatstragenden Parteien zählte in der Republik anfangs vor allem die SPD, die trotz Beibehaltung eines verbalmarxistischen Programms eine pragmatische Reformpolitik vertrat und mehrfach Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien einging. Sie konnte in den Jahren der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität (1923–1928) ihre politische Stellung ausbauen und festigen, verlor jedoch in der nachfolgenden Weltwirtschaftskrise und der daraus resultierenden Radikalisierung an Einfluß. Die USPD zerbrach an ihrer hohen ideologischen Heterogenität in einen linken Flügel, der sich 1920 der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) anschloß, und einen rechten Flügel, der sich 1922 der SPD wieder eingliederte. Die Geschichte der KPD ist gekennzeichnet einerseits durch zahlreiche Abspaltungen sowie andererseits durch eine zunehmende Ausrichtung am Vorbild und an dem internationalen Führungsanspruch der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION (KPdSU). Infolge ihrer verfehlten »Sozialfaschismus«-These konzentrierte sie

in der Endphase der Weimarer Republik ihre Angriffe auf die SPD und dachte nicht an eine Verteidigung der parlamentarischen Demokratie. Die »staatstragenden« Parteien beschränkten sich somit auf das Lager der Liberalen, Sozialdemokraten und des ZENTRUMS.

Die Polarisierung des Parteiensystems und die durch sie mitbewirkte politische Instabilität der Weimarer Republik setzte verstärkt ein, als die konservativ-nationale DEUTSCHNATIONALE VOLKSPARTEI (DNVP), die nach ihrem großen Wahlerfolg vom Dezember 1924 eine partielle Zusammenarbeit mit bürgerlich-demokratischen Parteien (Bürgerblockregierung aus ZENTRUM, DVP und DNVP) erkennen ließ, seit 1928 einen Kurs der Fundamentalopposition steuerte. Nicht aber die DNVP, die an der Wende von den zwanziger zu den dreißiger Jahren durch tiefgreifende innerparteiliche Differenzen und Abspaltungen zeitweise in ihrem Aktionsradius geschwächt war, stellte in den letzten drei Jahren der Republik das entscheidende antidemokratische Potential bereit, sondern – neben der KPD – die NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI (NSDAP). Bereits im März 1930, wenige Monate vor dem triumphalen Wahlsieg der NSDAP, begann der Prozeß der inneren Aushöhlung der verfassungsmäßigen Grundlagen der Weimarer Republik, als an die Stelle demokratisch legitimierter, von der Mehrheit des Parlaments getragener Regierungen nunmehr Kabinette traten (*H. Brüning* ab März 1930, *F. v. Papen* ab Juni 1932, *K. v. Schleicher* ab Dezember 1932), die unter Ausschaltung des Parlaments und abhängig allein vom Vertrauen des Reichspräsidenten mit Notverordnungen aufgrund des Artikels 48, Abs. 2 der Verfassung zu regieren suchten. Mit den seit September 1930 über eine parlamentarische Mehrheit verfügenden Parteien NSDAP, DNVP (beide mit dem »Stahlhelm« seit Oktober 1931 in der »Harzburger Front« zusammengeschlossen) und KPD war für die in der Minderheit befindlichen demokratischen Kräfte keine Zusammenarbeit möglich. Die schließlich am 30. 1. 1933 erfolgte Übernahme des Reichskanzleramtes durch *A. Hitler* hatte die Errichtung eines diktatorischen Einparteienstaates zur Folge. Nach der am 24. 3. 1933 mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag (allein gegen die Stimmen der SPD) erfolgten Selbstausschaltung des Parlaments war die Auflösung aller Parteien mit Ausnahme der NSDAP die Konsequenz. Kurz nach der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 wurde die KPD, am 22. 6. die SPD verboten; die bürgerlichen Parteien lösten sich im Juni/Juli auf, einerseits weil bei den Rechtsparteien vorhandene antirepublikanische Ressentiments durch den Nationalsozialismus aufgesogen wurden, andererseits weil die verbleibenden bürgerlichen Demokraten keine Chance für weitere Parteiarbeit sahen.

In der sich weiter stabilisierenden Diktatur mit der Staatspartei NSDAP als der institutionell bedeutsamsten Stütze des faschistischen Herrschaftssystems zerbrach 1936/37 der von Sozialdemokraten und Kommunisten geführte illegale Kampf am Terror der Gestapo. Durch den Aufbau von Auslandsorganisationen vermochten SPD und KPD jedoch als einzige unter den deutschen Parteien eine gewisse Kontinuität in die Nachkriegszeit hinüberzutragen. Zu ihnen traten nach Kriegsende als neu gebildete Organisationen, die an die traditionellen Gruppierungen des deutschen Parteiensystems anknüpften, die → FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI bzw. → LIBERALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (FDP bzw. LDPD, Liberale) und die → CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION bzw. in Bayern die → CHRISTLICH-SOZIALE UNION (CDU bzw. CSU, Christlich-Konservative).

In den Westzonen erfolgte die Lizenzierung der Parteien erst im Sommer 1945, und zwar auf den unteren Organisationsebenen, auf Landesebene z. B. in der amerikanischen Zone erst im November; in der französischen Zone wurden SPD, KPD und CDU als Landesparteien von der Militärregierung sogar erst im März 1946 zugelassen.

Das wiedererstehende Parteiensystem zeichnete sich durch zwei Neuerungen gegenüber Weimar aus: die Liberalen hatten ihre politische Heimstatt in *einer* Partei gefunden; Katholiken und Protestanten vereinigten sich in einer überkonfessionellen bürgerlichen Sammelpartei, der CDU. Von den vier lizenzierten Parteien in den Westzonen sollten, wie bereits die ersten Wahlen zu den kommunalen und Landesparlamenten und auch im Jahre 1949 zum 1. Bundestag zeigten, die CDU/CSU und die SPD das politische Leben maßgeblich bestimmen.

Entgegen den optimistischen Erwartungen der SPD brachten bereits die ersten Bundestagswahlen 1949 eine Mehrheit für einen bürgerlichen Block unter Führung der CDU/CSU. Unter dem Einfluß *K. Adenauers* blieb die SPD von der nachfolgenden Regierungsbildung ausgeschlossen und wurde durch die verschärft antisozialistische Politik der Regierungsparteien für die nächsten Jahre in eine isolierte Oppositionsrolle gedrängt, die sie erst seit der Verabschiedung des Godesberger Programms (1959) zu überwinden begann.

Die Bundesrepublik Deutschland, die als erster deutscher Staat im Art. 21 ihres Grundgesetzes die Parteien als Verfassungsorgane anerkennt, ist seit ihrer Gründung durch ein ungewöhnlich stabiles Parteiensystem gekennzeichnet. Grundlegend dafür war bereits der Konzentrationsprozeß der fünfziger Jahre, in dem sich schrittweise die heutige Parteienlandschaft ausbildete: der CDU/CSU gelang es, die Stimmen der mit ihr koalierenden Interessen- und Rechtsparteien (BHE, DP) aufzusaugen, die SPD etablierte sich als oppositionelle Sammlung ebenso wie die FDP als einziger Repräsentant des Liberalismus. Nachdem Parteien der extremen Rechten (Sozialistische Reichspartei, SRP) und der extremen Linken (KPD) durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 1952 bzw. 1956 verboten waren, drohte dem Parteiensystem auch von diesen Seiten keine Gefahr mehr: In den sechziger Jahren konnte die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) als rechtsextreme Sammlung in der Folge der Wirtschaftskrise nur zeitweilig Erfolge bei Landtagswahlen verbuchen, in den siebziger Jahren tendierte die doktrinär-marxistische neugegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) (ebenso wie maoistische Splittergruppen) in ihren Wahlergebnissen immer deutlicher zum Nullpunkt. Ursächlich für diese Entwicklung ist neben der 5 %-Sperrklausel bei den Parlamentswahlen auch die Konfrontation mit der Realität sozialistischer Staaten, insbesondere der DDR, die in der Bundesrepublik kommunistische Parteien zur Bedeutungslosigkeit verurteilt hat.

Der Sozialdemokratie gelang es dagegen ab 1959 zunehmend, Wähler auch aus bürgerlichen Mittelschichten (Angestellte, Beamte) auf sich zu ziehen. Durch ihre Beteiligung an der Großen Koalition mit der CDU/CSU bewies sie zusätzlich ihre Regierungsfähigkeit und profilierte sich als Modernisierungskraft, die Reformen nach einer vielfach als Erstarrung empfundenen, langjährigen CDU/CSU-Dominanz verhieß. Die gleichzeitige Annäherung der FDP zunächst in außenpolitischen Fragen, sodann auch (durch Stärkung des linksliberalen Flügels) im Bereich der Gesellschaftspolitik, ermöglichte die sozialliberale Regierungskoalition des Jahres 1969, die durch den Wahlerfolg 1972 bestätigt wurde. Zwar befinden sich CDU und CSU auch nach den Wahlen der Jahre 1976/80 noch auf Bundesebene in der Oppositionsrolle, obgleich sie die meisten Wähler auf sich vereinigten, doch können sie ihr Übergewicht in den Länderregierungen über den Bundesrat zum Tragen bringen. [DÄ/PR]

Th. Nipperdey, Die Organisation der dt. Parteien vor 1918, 1961; H. Grebing, Geschichte der dt. Parteien, 1962; W. Mommsen (Hg.), Deutsche Parteiprogramme, ²1964; L. Bergsträsser, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, ¹¹1965; W. Tormin, Geschichte der dt. Parteien seit 1848, ²1967; D. Fricke (Hg.), Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, 2 Bde., Berlin-Ost 1968; H. Kaack, Geschichte und Struktur des dt. Parteiensystems, 1971; H. W. Schmollinger, R. Stöss, Die Parteien und die Presse der Parteien und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1974, 1975; D. Staritz (Hg.), Das Parteiensystem der Bundesrepublik, 1976.

Deutsche Demokratische Republik (DDR)

Noch vor der Gründung der DDR (7. 10. 1949) hatten sich in der sowjetischen Besatzungszone die wesentlichen Veränderungen vollzogen, die den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft nach sowjetischem Modell ermöglichten.

Wenige Tage nach der Erklärung der vier Alliierten zur Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland (5. 6. 1945) erlaubte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) als erste Besatzungsmacht überhaupt die Bildung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften für ihr Territorium.

Die Parteien unterlagen einem Lizenzierungszwang und unterstanden der Kontrolle der sowjetischen Dienststellen. Damit waren die beiden prägenden Faktoren der Parteien von vornherein gegeben: der Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht und die Traditionen der deutschen Parteien mit Ausnahme der äußersten Rechten. Die Parteien der sowjetischen Besatzungszone waren von der Spitze aus gegründet und von daher in Aufbau und Organisation einheitlich. Ihr Anspruch auf Geltung für ganz Deutschland wurde durch die Tatsache unterstützt, daß sie von der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin ausgingen und im Nachkriegsdeutschland die ersten Parteien waren, die sich legal betätigen konnten. Tatsächlich wurde das Vier-Parteien-System als Modell der Parteibildung für das ganze Deutschland der Nachkriegszeit bestimmend. Interalliierte und gesamtdeutsche Interessen verhinderten zunächst eine institutionell gesicherte Hegemonie der Kommunisten unter sowjetischer Besatzung. Die Herausbildung der heute auch staatsrechtlich abgesicherten »führenden Rolle« der »marxistisch-leninistischen Partei« im Parteiensystem der DDR bedurfte jedoch sowjetischer Präsenz. Dies führte in den ersten Jahren zu offenen, später noch indirekten Eingriffen der Besatzungsbehörden in die Tätigkeit der Parteien. Der Führungsanspruch der Kommunisten in der DDR festigte sich im Verlauf vielfältiger politischer Auseinandersetzungen zwischen den Parteien auf dem Hintergrund weltpolitischer Konflikte, der fortschreitenden Teilung Deutschlands und komplexer, mitunter widersprüchlicher gesellschaftlicher Umwälzungen im östlichen Deutschland.

Noch im Juli 1945 wurde von den vier Parteien KPD, SPD, CDUD und LDPD ein »Block«, die »Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien« gegründet. Zunächst von den übrigen Parteien als Koordinationsorgan toleriert, nutzten ihn die Kommunisten als Instrument, eine Koalitionsbildung ohne oder gegen die KPD auszuschließen. Die im April 1946 aus KPD und SPD entstandene SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS (SED) vermochte ihre Vorrangstellung im Parteiensystem im Sommer 1948 endgültig zu festigen, indem sie die Aufnahme der von ihr maßgeblich mitbegründeten Parteien DEMOKRATISCHE BAUERNPARTEI DEUTSCHLANDS (DBD) und NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NDPD) sowie einiger Massenorganisationen, darunter der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), in den Block durchsetzte. Mit direkten Eingriffen in die Personalstruktur von CDUD und LDPD konnte die SED dort kooperationswillige Führungsgruppen etablieren und eigenständige Richtungen überspielen. Damit war die Umformung der nichtkommunistischen Parteien zu Transmissionsorganen der SED-Politik im wesentlichen vollzogen. Sie, wie bereits ähnlich umgeformte und manipulierte Massenorganisationen, hatten die Aufgabe, Bevölkerungsgruppen, die die SED nicht direkt erreichen konnte, der Einheitspartei zugänglich zu machen. In ähnlicher Weise wurden noch vor Gründung der DDR die politischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse präjudiziert. Nachdem die SED bei den ersten Nachkriegswahlen 1946 in der sowjetischen Zone nur

etwa die Hälfte der Stimmen erhalten hatte und damit deutlich hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben war, setzte sie mit Billigung der SMAD Zug um Zug die Abkehr von parlamentarisch-demokratischen, repräsentativen Legitimationsformen durch.

Im Dezember 1947 tagte der 1. »Deutsche Volkskongreß«, dessen Delegierte von den gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen entsandt worden waren. Dort besaß die SED die eindeutige Mehrheit. Der »Deutsche Volkskongreß« und die später daraus hervorgegangene ständige Institution, der »Deutsche Volksrat«, erhoben den Anspruch, die »einzige legitime Körperschaft« für das gesamte deutsche Volk zu bilden. Damit waren für die sowjetische Zone neben regierungsähnlichen (Deutsche Wirtschafts-Kommission und Deutsche Verwaltung des Innern) auch parlamentsähnliche Gremien entstanden. Zum 3. »Deutschen Volkskongreß«, der sich im Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer der DDR konstituierte, wurden im Mai 1949 Delegierte gewählt – zum ersten Mal nach dem Prinzip der Einheitslistenwahlen, das freie Wahlen ausschließt. Nach einem vorgegebenen Schlüssel wurden die Mandate auf die Parteien und Massenorganisationen verteilt. Durch die von ihr gelenkten Massenorganisationen besaß die SED hier eine sichere Mehrheit, ohne als Mehrheitsfraktion auftreten zu müssen. Die provisorische Volkskammer verabschiedete eine Verfassung für die DDR, deren Prinzipien weitgehend mit den Traditionen des bürgerlich-liberalen Verfassungsstaates übereinstimmten. Lediglich das Prinzip der Gewaltenteilung war aufgegeben, dafür die Suprematie des Parlaments kodifiziert. Zugleich wurde die »allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl« der Abgeordneten der Volkskammer »nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts« vorgeschrieben. Mit der Gründung der DDR konstituierte sich die »Nationale Front des demokratischen Deutschland« (seit 1973 »Nationale Front der DDR«), die die Wahlvorschläge der Parteien und Massenorganisationen zu einer Einheitsliste zusammenfaßt und zur Wahl vorlegt. Seit den ersten Wahlen zur Volkskammer durch Einheitsliste im Oktober 1950 hat es in jeder Wahl mehr als 99% Ja-Stimmen zur einzig zur Wahl stehenden Liste der »Nationalen Front« gegeben. Nach einem zuvor festgelegten, seit 1949 veränderten Schlüssel fallen derzeit von den 500 Sitzen der Volkskammer 127 auf die SED, auf die übrigen vier Parteien je 52. Die restlichen Mandate fallen den Massenorganisationen zu, die in der Volkskammer eigene Fraktionen bilden. Die größte unter ihnen bildet der FDGB mit 68 Mandaten.

Die Verfassung der DDR von 1968/74 schrieb zwar auch die Wahl der Abgeordneten »in freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl« vor – wogegen allein schon durch die Praxis der offenen Abstimmung regelmäßig verstoßen wird. Aber im Gegensatz zur Verfassung von 1949 schrieb sie die gesellschaftlichen Veränderungen unter Führung der SED fest. Seitdem besitzt die Suprematie der SED in der DDR auch verfassungsrechtlichen Rang. Damit ist die Funktion eines »sozialistischen Staates«, orientiert am Vorbild der Sowjetunion und getragen von einem »sozialistischen Mehrparteiensystem« unter Führung der SED, nicht nur mit politischen, sondern auch mit rechtlichen Mitteln gesichert. [MÜ]

H. Weber, Von der SBZ zur DDR, 1968; H. Kaack, Gesch. und Struktur des dt. Parteiensystems, 1971; DDR. Werden und Wachsen, Zur Gesch. der DDR, Berlin-Ost ²1975; DDR-Hdb. vom Bundesministerium für innerdt. Beziehungen, ²1979; W. Treue, Die dt. Parteien, 1975; D. Staritz, Sozialismus in einem halben Lande, 1976; H. Weber, DDR. Grundriß der Gesch. 1945–1976, 1976.

Antisemitische Volkspartei.
→ Deutsche Reformpartei.

Bayerische Staatspartei (BSP).
→ Bayernpartei.

Bayerische Volkspartei (**BVP**) Regionale, konservative Partei in der Weimarer Republik. Abspaltung aus dem → ZENTRUM.

Gründung: 12. 11. 1918 in Regensburg durch Verselbständigung der bayerischen Zentrumsorganisationen unter Führung des »Bayerischen Christlichen Bauernvereins« und seines Vorsitzenden *G. Heim*.

Programm: Im Gründungsprogramm verstand sich die BVP als Verfassungspartei und forderte eine konstituierende Nationalversammlung sowie einen gerechten Ausgleich zwischen allen Gesellschaftsschichten auf dem Wege der Sozialpolitik unter Beibehaltung des Privateigentums. Wesentlich war ihr Ziel eines föderativen Staatenbundes, in dem die Eigenständigkeit Bayerns nicht durch eine übermächtige Zentralregierung eingeengt würde. Diese föderalistische Komponente wurde erneut betont in der »Bamberger Entschließung« des Parteitags von 1920, in der sogar eigenständige Heeresverbände für die Staaten gefordert wurden.

Organisation: Der Landesverband der BVP war in Kreis- und Bezirksverbände sowie in Ortsvereine untergliedert. Geleitet wurde die Partei von einer Landesvorstandschaft, die wiederum durch einen Landesausschuß gewählt wurde.

Presse: ›Bayerischer Kurier‹, ›Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger‹, ›Bayerische Volks-Partei-Korrespondenz‹.

Geschichte: Die Loslösung der BVP in der unmittelbaren Nachkriegsphase war eine Folge bereits langfristiger Unstimmigkeiten mit der Reichspartei des → ZENTRUMS. Dazu kamen zum Teil separatistische Absichten, so die eines Zusammenschlusses mit Österreich und den rheinischen Gebieten bei *Heim*. Trotz der Auflösung der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft von ZENTRUM und BVP in der Nationalversammlung (8. 1. 1920) kam es später wieder zu einer (allerdings konflikthaltigen) Zusammenarbeit der Reichstagsfraktionen, wobei die BVP überwiegend die konservativeren Positionen vertrat. Dieser Zusammenarbeit wurde in den »Regensburger Vereinbarungen« vom 28. 11. 1927 ein organisatorischer Rahmen gegeben, der allerdings erst in der Spätphase der Republik durch intensivierte Praxis ausgefüllt wurde.

Da die BVP, deren Hauptbetätigungsfeld die Landespolitik blieb, die Niederwerfung der Räteherrschaft in München durch die Reichsregierung guthieß, änderte sie auch ihre zuvor ablehnende Haltung zur Reichsverfassung und stimmte dieser in der Nationalversammlung am 31. 7. 1919 zu. Nach ihrer (intern umstrittenen) Beteiligung an der Regierung *J. Hoffmann* ab 1919, gelang es ihr, durch einen von den Einwohnerwehren geförderten Regierungsumsturz im März 1920 ihren Parteiangehörigen *G. von Kahr* als Ministerpräsidenten einer rein bürgerlichen Regierung in Bayern voranzustellen. Die konfliktreichen Beziehungen zur Reichsregierung, die auf eine Auflösung der Einwohnerwehren und der bayerischen Notverordnungen drängte, führten 1921 zur Ablösung *Kahrs* und schon ein Jahr später zu der seines Nachfolgers *H. von und zu Lerchenfeld*. Im »Berliner Protokoll« vom 11. 8. 1922 wurden die Beziehungen zwischen Bayern und der Reichsregierung in einem Kompromiß geregelt. Obwohl in der Partei separatistische und sogar putschistische Bestrebungen fortbestanden (z. B. bei *G. von Kahr*), paßten sich die nachfolgenden Landesregierungen, die allesamt von der BVP geführt waren, weitgehend in das Staatssystem der Weimarer Republik ein. So bewirkte insbes. die Abwehr des Hitler-Putsches in München (8./9. 11. 1923) eine zusätzliche Annäherung an die Reichsregierung unter *G. Stresemann*. Auch im Reichstag suchte die Partei fortan verstärkt die Zusammenarbeit mit anderen bürgerlichen Parteien, so besonders mit dem → ZENTRUM und der → DEUTSCHNATIONALEN VOLKSPARTEI (DNVP). Die dabei beabsichtigte Konzentration auf den rechten Flügel des Parteienspektrums und die Frontstellung gegen die SPD verdeutlichte die BVP z. B. durch ihre Haltung bei der Reichspräsidentenwahl 1925, als sie durch ihr Votum für *Hindenburg* den sozialdemokratisch unterstützten Zentrums-Kandidaten *W. Marx* scheitern ließ.

Der Stimmenanteil der BVP blieb während der gesamten Zeit der Weimarer Republik relativ konstant: ihre größte Fraktionsstärke erreichte sie zunächst in der Wahl vom Dezember 1924 mit 3,8 % der Stimmen; nach der Annäherung an das ZENTRUM und entsprechenden Wahlabkommen gelang es ihr, in der Juli-Wahl des Jahres 1932 mit 3,2 % der Stimmen die Fraktion sogar auf 23 Mitglieder zu verstärken. Die BVP betrieb in dieser Endphase der Demokratie die Politik der »nationalen Konzentration«, die auch eine Einbeziehung der NSDAP in Regierungskoalitionen ausdrücklich zuließ. Nach der »Machtergreifung« am 30. 1. 1933 versuchte die BVP, zumindest noch für Bayern eine eigenständige Politik zu erhalten, was zu einer Reaktivierung föderalistischer und sogar monarchistischer Pläne führte. Nach der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz und der darauf folgenden »Gleichschaltung« Bayerns löste sich die Partei am 3. 7. 1933 auf. [PR]

K. Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, 1954; K. Schönhoven, Die BVP 1924–1932, 1972.

Bayerischer Bauernbund (**BB**) Deutschland.

Bürgerlich-demokratische, an christlichen Normen fixierte und föderalistisch orientierte Mittelstandspartei, die seit 1920 nicht mehr nur die agrarischen, sondern auch die städtischen Mittelschichten ansprach.

Gründung: 2. 3. 1895 in Regensburg.

Programm: Im ersten Parteiprogramm vom 2. 3. 1895 dominierten wirtschafts-, insbes. agrarpolitische und ferner sozialpolitische Forderungen (unter anderem Verstaatlichung der Getreideeinfuhr, Reform der Branntweinsteuer und der Versicherungsgesetzgebung). Im Bereich der

Landesgesetzgebung sollte z. B. eine Neuordnung des Steuerwesens erfolgen, ferner die Bodenzinsen beseitigt, das Jagd- und Forstschutzgesetz reformiert werden. In die späteren Parteiprogramme (11. 9. 1897, 9. 11. 1901, 1911) fanden auch allgemeine, insbes. verfassungspolitische Ziele Eingang: Bekenntnis zu einer föderativen Verfassungsstruktur des Deutschen Reiches, Demokratisierung der obrigkeitsstaatlichen Verfassungsordnung, verstärkte Beteiligung der Bürger am politischen Entscheidungsprozeß.

Noch während der revolutionären Umbruchphase 1918/19 gab sich der BB ein neues Programm. Im Gegensatz zu früher wurden jetzt auch kirchen- und schulpolitische Fragen ausführlich thematisiert. Dem Auftrag der Kirchen, für eine an religiös-sittlichen Werten und Normen orientierte Erziehung der Kinder auch im schulischen Raum zu sorgen, wurde ein hoher Stellenwert beigemessen. Mit dem Parteiprogramm vom Frühjahr 1920 entwickelte der BB den Anspruch, Volkspartei zu sein, d. h. nicht mehr nur die Interessen der Bauern, sondern auch die anderer sozialer Schichten und Berufsgruppen zu vertreten. Gleichwohl nahm der für die Bereiche Land- und Forstwirtschaft entwickelte Zielkatalog weiterhin den weitaus größten Raum ein.

Organisation: Die unterste Organisationseinheit bildete die Ortsgruppe mit einem von ihr gewählten Vertrauensmann. Aus den Ortsgruppen eines Bezirksamtssprengels konstituierte sich die Bezirksabteilung. Aus ihrer Mitte ging durch Wahl der Obmann hervor, der mit der Leitungsfunktion betraut war. Aus den Bezirksabteilungen in jedem Reichs- und Landtagswahlkreis wurden Wahlkreisabteilungen gebildet, an deren Spitze eine Vorstandschaft fungierte, bestehend aus dem 1. und 2. Vors. und mehreren Beisitzern. Der Bundesvorstand setzte sich seit 1901 aus je 2 Vertretern der 7 rechtsrheinischen Kreise Bayerns sowie weiteren Mitgliedern qua Amt zusammen. Die Exekutive lag bei 2 »Bundesbevollmächtigten«. 1919 wurde die Generalversammlung der Partei durch den Bundestag ersetzt, der die nunmehr aus 3 Personen bestehende Exekutive wählte.

Presse: ›Neue Freie Volkszeitung‹ (München), ›Neue Bayerische Landeszeitung‹ (Würzburg), ›Der Bündler‹ (München 1919, 1926), ›Landauer Volksblatt‹.

Geschichte: 1893 entstand aus Protest gegen die Handelsvertragspolitik des Reichskanzlers *v. Caprivi* die bayerische Bauernbundsbewegung. Als es dem preußischen »Bund der Landwirte« nicht gelang, seinen Einflußbereich auf Niederbayern auszudehnen, wurde hier am 18. 3. 1893 der »Bund niederbayerischer Landwirte« gegründet. 1893/94 erfolgte die Konstituierung weiterer Bünde, so des »Schwäbischen Bundes der Landwirte und Gewerbetreibenden« und des »Oberbayerischen Bundes der Landwirte und Gewerbetreibenden«. Der »Fränkische Bund der Landwirte« schließlich wurde bereits im April 1893 gegründet. Am 2. 3. 1895 erfolgte in Regensburg der Zusammenschluß dieser Organisationen zum BB, jedoch ohne Beteiligung des Oberbayerischen Bauernbundes. Zum 1. Vors. wurde *K. H. Freiherr von Thüngen* gewählt. Die zwischen den einzelnen Bünden bestehenden Gegensätze – z. B. eine kleinbäuerlich-demokratische Tendenz im Bund niederbayerischer Landwirte und eine großbäuerlich-konservative Strömung im Fränkischen Bund – konnten auch nicht durch die Gründung des BB überwunden werden. In diesem Kontext nimmt es nicht wunder, daß erst nach der Niederlegung des Bundesvorsitzes durch den Vertreter der fränkischen Richtung, *Freiherr von Thüngen,* am 26. 9. 1897 sich die oberbayerische Gruppe der Partei anschloß. Sie regte an, der BB solle sich ein auch allgemeine politische Ziele miteinbeziehendes Programm geben, und sorgte damit für neue innerparteiliche Auseinandersetzungen. Am Ausgang des 19. Jh. waren die einzelnen Gruppen im BB völlig in sich zerstritten. Erst der Versuch des »Bundes der Landwirte«, unter Ausnutzung dieser innerparteilichen Zersplitterung in Bayern politisch Fuß zu fassen, führte zu der Einigungsversammlung des BB, die am 3. 11. 1900 in Würzburg stattfand. Bei den Reichstagswahlen 1903 erhielt er lediglich 2 und bei den Landtagswahlen 1905 4 Mandate. Da das bayerische ZENTRUM seit der Jahrhundertwende zunehmend auch agrarische Interessen zu vertreten suchte, ging der Stimmenanteil des BB bei den Reichs- und Landtagswahlen 1907 noch weiter zurück (kein Reichstagsmandat und nur noch 3 Landtagsmandate). Erst 1910 begann für die Partei ein neuer Aufstieg. Er wurde befördert durch die Kooperation mit dem »Deutschen Bauernbund«, den bayerischen Liberalen und den Sozialdemokraten gegen das ZENTRUM aus Anlaß der Landtagswahlen 1912.

Erste Ansätze für die Herausbildung eines linken und eines rechten Flügels im BB sind bereits vor Kriegsbeginn 1914 erkennbar. Die schlechte wirtschaftliche Lage zahlreicher bäuerlicher Klein- und Mittelbetriebe führte gegen Ende des 1. Weltkrieges zur Erstarkung des linken Parteiflügels. Während sich der rechte Flügel *(G. Eisenberger, Th. Dirr)* noch vor Kriegsende zur monarchischen Regierungsform in Bayern bekannte, sympathisierte der linke Flügel um *K. Gandorfer* in immer stärkerem Maße mit der Arbeiterschaft und unterstützte nach der Ausrufung der Republik die aus Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten und unabhängigen Sozialdemokraten gebildete Regierung unter *K. Eisner,* mit dem *Gandorfer* als Vors. des Zentralen Bauernrates in München eng zusammenarbeitete. Bei den Wahlen zum Landtag am 12. 1. 1919 konnte der BB 16 und bei den am 19. 1. 1919 stattfindenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung 4 Mandate erringen. Nach der Ermordung *Eisners* am 21. 2. 1919 unterstützte der rechte Flügel des BB die am 17. 3. 1919 vom Landtag gewählte Regierung unter Führung von *J. Hoff-*

mann (SPD). Die Vertreter des linken Flügels dagegen arbeiteten aktiv in der ersten Räterepublik (7.–12. 4. 1919) mit. Während der zweiten, kommunistischen Räterepublik (13. 4.–2./3. 5. 1919) kooperierten die linken Bauernbündler zwar nicht mit der KPD, erkannten aber die Räteregierung als die einzig rechtmäßige Landesregierung an.

Im März 1920 trat der BB in die bürgerliche Regierung unter *G. Ritter von Kahr* ein. Während die Partei auf Landesebene einen gewissen Einfluß erlangte (12 Mandate bei den Landtagswahlen im Juni 1920), wurde sie im Reichstag zu keiner wirksamen politischen Kraft (1920: 4 Mandate). Am 27. 11. 1922 erfolgte eine Namensänderung in BAYERISCHER BAUERN- UND MITTELSTANDSBUND, ein Indiz für den Versuch der Partei, ihr Mitglieder- und Wählerpotential auf die bürgerlichen Mittelschichten auszudehnen.

In den Jahren 1924–1930 war der BB bestrebt, durch Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppen einen größeren politischen Einfluß zu gewinnen, so z. B. das Wahlbündnis mit der → REICHSPARTEI DES DEUTSCHEN MITTELSTANDES (WIRTSCHAFTSPARTEI), das Fraktionsbündnis mit der → DEUTSCH-HANNOVERSCHEN PARTEI zur WIRTSCHAFTLICHEN VEREINIGUNG im Reichstag (Mai und Dezember 1924), Zusammenschluß des »Deutschen Bauernbundes«, des BB und des »Reichsverbandes landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe« zur »Deutschen Bauernschaft« (Anfang April 1927). Die Zahl der Reichstagsmandate nahm seit 1928 kontinuierlich ab. Unter dem Namen DEUTSCHE BAUERNPARTEI erreichte die Partei 1928 noch 8, im November 1932 3 und im März 1933 noch 2 Mandate. Nach der Machtergreifung *Hitlers* erklärte sie sich zur Zusammenarbeit bereit. Anfang April 1933 beschloß der Vorstand des BB die Selbstauflösung. [DÄ]

A. Hundhammer, Gesch. des BB, 1924; H. Haushofer, Der BB, in: H. Gollwitzer (Hg.), Europ. Bauernparteien im 20. Jh., 1977.

Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund seit November 1922 Bezeichnung des → BAYERISCHEN BAUERNBUNDES.

Bayernpartei (BP) Patriarchalische Honoratiorenpartei, deren äußeres Profil heute durch Traditionspflege und Heimatverbundenheit geprägt wird. Bedeutung erlangte die Partei nur auf Landesebene, hauptsächlich in Ober- und Niederbayern.

Gründung: 28. 10. 1946 in München durch *L. Lallinger*. Wegen monarchistischer Tendenzen in der Partei erfolgte ihre Lizenzierung auf Landesebene durch die US-Militärregierung erst am 29. 3. 1948. Zum Gründerkreis der Partei zählen ferner: *J. Baumgartner, A. Donhauser, H. Etzel, A. Besold, E. Falkner* u. a.

Programm: Im Parteiprogramm von 1949 wird die föderalistische Orientierung deutlich. Eine zentrale Forderung bezieht sich auf Schaffung eines selbständigen Staates Bayern »im Rahmen einer deutschen und europäischen Staatengemeinschaft«. Weitere Zielsetzungen betrafen im Bereich der staatlichen Neuordnung und Verfassungsorganisation die »Schaffung eines bayerischen Staatsangehörigkeitsgesetzes« und die Errichtung einer, neben dem Landtag gleichberechtigt wirkenden, berufsständischen Kammer, auf ökonomischem Sektor die Erhaltung des Privateigentums und der Privatinitiative. Die Sicherung und Förderung der Interessen der bayerischen Bauern und Handwerker, die »soziale Hebung und Gleichstellung des Arbeiterstandes« gehörten ebenso zum Zielkatalog wie die Forderung nach »Rückführung aller Evakuierten in ihre Heimat«. In einem Grundsatzprogramm der FÖDERALISTISCHEN UNION, einem Zusammenschluß aus Bayernpartei und → ZENTRUM, vom Juli 1957 werden unter dem Leitziel Bewahrung des Weltfriedens u. a. folgende Aufgaben genannt: Verzicht auf die Politik der Stärke, eigenständige Bemühungen der Bundesrepublik in der Wiedervereinigungspolitik, Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. Auch das bisher letzte Programm der BP aus dem Jahre 1968 läßt einen betont föderalistischen Charakter mit konservativer Akzentuierung in der Schulfrage erkennen. Die Forderungen reichen von der »Wiederherstellung und Festigung Bayerns als eines unabhängigen, freien und sozialen Rechtsstaates« über die »landsmannschaftliche Gliederung der Bundeswehr« bis zur Bewahrung der Dorfschule.

Organisation: Das höchste Parteiorgan ist die jährlich einberufene Landesversammlung. Aus deren Mitte werden gewählt: der Landesvors., seine 3 Stellvertreter und die Mitglieder des Landesschiedsgerichts. Der Landesausschuß, der die Parteilinie bestimmt, vertritt die Landesversammlung während des Geschäftsjahres und wählt auch den Generalsekretär und einen Finanzbevollmächtigten. Das Exekutivorgan der BP ist die Landesleitung, die sich zusammensetzt aus den Landesvors., den Delegierten der Kreisverbände sowie der Parlamentsfraktion.

Presse: ›Bayerndienst. Informationen und Nachrichten der Bayern-Partei‹ (München 1950ff.), ›Bayernruf‹ (1951–1960), ›Freies Bayern‹ (1952ff.).

Geschichte: Schon bald nach ihrer Lizenzierung auf Landesebene erzielte die BP bei den Wahlen zum 1. Bundestag 1949 ihren größten Erfolg. Als Repräsentantin vornehmlich der ländlichen und kleinstädtischen Mittelschichten gewann sie in ihrem Stammland Bayern 20,9 % der Stimmen (4,2 % im Bundesdurchschnitt) und erhielt 17 Bundestagsmandate. Im Dezember 1951 ging die BP mit dem ZENTRUM im Bundestag ein Fraktionsbündnis unter der Bezeichnung »Föderalistische Union« ein. Dennoch konnten die beiden Parteien bei den folgenden Bundestagswahlen (1957 Bildung eines Wahlbündnisses) keine Mandate mehr erringen. Aber auch in Bayern nahm der Stimmenanteil der BP bei den Landtags-

wahlen immer mehr ab: 1950: 17,9%; 1954: 13,2%; 1958: 8,1%; 1962: 4,8%; 1966: 3,4%; 1970: 1,2%. Schon 1949 kristallisierte sich in der Partei ein christlich-konservativer Flügel mit gemäßigt-föderalistischer Tendenz (*Donhauser, Besold* und *R. Wehgartner*) heraus sowie eine zweite Gruppierung mit extrem-föderalistischer, programmtreuer Ausrichtung *(Lallinger, J. Fischbacher, Etzel)*. Die unterschiedlichen Positionen der beiden Flügel zeigten sich aber vor allem in der Haltung zur → CSU. Während die »Konservativen« für eine Zusammenarbeit eintraten und 1961 ihre Koalitionsbereitschaft betonten, nahmen die »Föderalisten« einen ablehnenden Standpunkt ein und bestanden auf der Selbständigkeit der Partei. 1966 kulmi ierten die parteiinternen Auseinandersetzungen in der Frage, ob die BP das Angebot der CSU annehmen sollte, auf eigene Wahlvorschläge bei der Landtagswahl zu verzichten, wenn dafür höchstens 5 BP-Kandidaten auf den CSU-Listen placiert würden. Die Ablehnung dieses Vorschlags durch eine außerordentliche Landesversammlung Mitte Mai sowie der Abbruch der Gespräche der CSU mit der BP führten zum Übertritt zahlreicher führender Parteifunktionäre und Fraktionsmitglieder, darunter auch des Parteivors. zur CSU. Der neugewählte Vors., *H. Kalkbrenner*, strebte eine Reorganisation der Partei an. Jüngere Wählerschichten, aber auch Flüchtlinge und Vertriebene, Angestellte und Beamte sollten angesprochen werden. Die 1967 erfolgte Namensänderung in BAYERISCHE STAATSPARTEI (BSP) führte zur Parteispaltung. Neben der BSP bestand die BP weiter. Im Okt. 1967 wurde *H. Höcherl* zum Parteivors. gewählt. Aber auch ihm gelang es nicht, den Wählerschwund bei der Bundestagswahl 1969 und der Landtagswahl 1970 aufzuhalten. Heute besteht die einstige Landespartei nur noch aus einem auf den altbayerischen Raum begrenzten Kreis bayerischer Honoratioren ohne nennenswerten politischen Einfluß. [DÄ]

A. Bauer, Die BP als föderalist. Landespartei (Parteien in der Bundesrepublik, hg. v. M. G. Lange, G. Schulz, K. Schütz u. a.), 1955; M. Rowold, Im Schatten der Macht, 1974; J. Unger, Die BP, Gesch. und Struktur 1945–57, 1979.

Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten → Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten.

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU). Volkspartei beider christlicher Kirchen mit erheblichem Anteil Selbständiger und des neuen Mittelstandes (Angestellte, Beamte) aber auch christlich orientierter Arbeiter.

Gründung: Die Idee einer Zusammenfassung aller politischen Kräfte, die sich von den Grundsätzen des christlichen Humanismus leiten ließen und für eine freiheitliche, soziale Demokratie eintraten, führte in Berlin zu ersten Erörterungen über die Gründung einer neuen, dieser Überzeugung entsprechenden Volkspartei schon wenige Tage nach der deutschen Kapitulation. Dabei wurden rasch konkrete Ergebnisse erzielt, so daß der 25. 5. 1945 als der interne Gründungstag der CDU – damals noch Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDUD) – bezeichnet werden kann. Am 26. 6. 1945 trat die CDUD als erste »bürgerliche« Partei in der sowjetischen Besatzungszone mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Zu diesem Berliner Kreis, der mit der Konstituierung der Partei einen gesamtdeutschen Anspruch verband, zählten u. a. die früheren Zentrumspolitiker *H. Krone, O. Lenz, H. Lukaschek*, die ehemaligen Mitglieder der DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI *W. Schreiber* und *O. Nuschke*, die christlichen Gewerkschaftler *J. Kaiser* und *E. Lemmer* sowie *T. Steltzer, J. B. Gradl* und *F. Friedensburg*. – Im Rheinland konstituierte sich die Partei am 2. 9. 1945 in Köln als CHRISTLICH DEMOKRATISCHE PARTEI (CDP) unter Vorsitz von *L. Schwering*. Am selben Tag schlossen sich auch die westfälischen Christdemokraten zur CDP zusammen. – Das erste »Reichstreffen der CDU« fand vom 14.–16. 12. 1945 in Bad Godesberg statt. Hier erfolgte die Einigung auf den Namen CDU als Kompromißvorschlag, der in der Bezeichnung »Union« die Tatsache des Zusammenschlusses von Angehörigen mehrerer Gruppen – Mitglieder demokratischer Parteien der Weimarer Republik, Vertreter christlicher Ideen, Konservative und Gewerkschaftler – deutlich machen sollte.

Programm: In der Phase 1945–47 wurden die programmatischen Zielvorstellungen von zwei Begriffen geprägt, dem »christlichen Sozialismus« und dem »wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage«. In der 1. Fassung der »Kölner Leitsätze« vom Juni 1945 erhält der Sozialismus eine christlich-naturrechtliche Begründung, mit den Schlüsselbegriffen »christlicher Sozialismus«, »Gemeinwohl«, »soziale Gerechtigkeit«, »soziale Liebe«. Gemeineigentum sollte nur in dem Maße ausgebildet werden, »wie das Gemeinwohl es erfordert«. In der zweiten, ausführlichen Fassung der »Kölner Leitsätze« vom Sept. 1945 war der Begriff des »christlichen Sozialismus« nicht mehr enthalten. Die unter dem maßgeblichen Einfluß von *W. Dirks* und *E. Kogon* konzipierten »Frankfurter Leitsätze« vom Sept. 1945 befürworteten im Rahmen des demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates einen »wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage«. Konstituierendes Prinzip dieses Sozialismus-Modells war ein »System planvoller Lenkung«. Grundstoff- und Großindustrien sowie Großbanken sollten in Gemeineigentum überführt werden. Die Konzeption einer »sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung« wurde noch einmal in dem Ahlener Wirtschaftsprogramm vom 3. 2. 1947 für Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Auf der Grundlage vergesellschafteter Großbetriebe und privater Mittelbetriebe sollte mittels eines überbetrieblichen Planungs- und Lenkungssystems das gesamtgesellschaftliche Ziel der »Bedarfsdeckung des Volkes« angestrebt

werden. Aber nicht dieses Programm sollte langfristig die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU bestimmen, sondern die »Düsseldorfer Leitsätze« vom 15. 7. 1949. Zentrale Leitidee war das Bekenntnis zur »Sozialen Marktwirtschaft«. Die Konzeption war charakterisiert durch »echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle«. Dem Staat fiel die Aufgabe zu, durch markt- bzw. systemkonforme Mittel den Leistungswettbewerb zu erhalten bzw. wiederherzustellen und mittels einer aufeinander abgestimmten Konjunktur- und Sozialpolitik der »Wohlfahrt« des Volkes zu dienen und Hilfestellung für »notleidende« Bevölkerungsteile zu geben. Im »Hamburger Programm« vom 22. 4. 1953, dem ersten für die 1950 gegründete Bundespartei verbindlichen Grundsatzprogramm, dominierten die Aussagen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die außenpolitisch bedeutsame Politik der Westintegration (Beitritt zum Europarat, Gründung der Montanunion, der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft EVG) wurde festgeschrieben, gegen die Einwände, diese Politik gefährde die deutsche Wiedervereinigung. In den folgenden Jahren wurden die Ansätze des Volksparteikonzepts weiter entwickelt. Im Berliner Programm vom Nov. 1968 waren alte und neue Elemente enthalten. Unverändert blieben die Positionen der CDU in der Deutschlandpolitik (z. B. keine Anerkennung der DDR); dagegen wurden Reformansätze in Wirtschafts- und Bildungspolitik erkennbar. 1971 erhielt das Berliner Programm auf dem Düsseldorfer Parteitag im Januar eine zweite Fassung. Im Bereich der Deutschlandpolitik bejahte die CDU vertragliche Abmachungen mit der DDR, die den Zusammenhalt der Deutschen zu fördern geeignet sind. Eine sehr detaillierte Behandlung erfuhren die Planungs- und Organisationsprobleme in den Bereichen von »Bildung, Wissenschaft und Forschung«. Von herausragender Bedeutung in der »Mannheimer Erklärung« vom Juni 1975 war die »Neue Soziale Frage«. Sie resultierte aus der Tatsache, daß den starken, in Großverbänden organisierten Kapitaleignern und Arbeitern die schwachen, nicht organisierten Gruppen der alten Menschen, der alleinstehenden Mütter mit Kindern u. a. gegenüberstehen. Die »Neue Soziale Frage« wie auch die in der Erklärung bereits angesprochenen Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als zentrale Maximen politischen Handelns wurden in dem Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms vom April 1976 (Verabschiedung auf dem Ludwigshafener Parteitag 1978) neben den großen Politikbereichen Bildung, Familie, Wirtschaft, Europa, Deutschland ausführlich thematisiert.

Organisation: Die Bundesorganisation der CDU gliedert sich in Verbände auf Orts-, Kreis- und Landesebene. Auf der Gemeindeebene agieren die Ortsverbände, deren Gründung in den Händen der Kreisverbände liegt. Der Ortsverband kann nicht selbständig handeln. Die kleinste selbständige organisatorische Einheit der CDU mit Satzung und selbständiger Kassenführung ist der Kreisverband. Die 276 Kreisverbände sind in 13 Landesverbänden zusammengefaßt. Nach der Satzung ist der Landesverband »für alle politischen und organisatorischen Fragen seines »Bereiches« zuständig. Die Organe der Bundespartei sind: der Bundesparteitag, der Bundesvorstand und der Bundesausschuß. Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Landesverbände, die ihrerseits von den Kreis- oder Landesparteitagen nach einem Vertretungsschlüssel gewählt werden; er hat über die Grundlinien der Politik sowie das Parteiprogramm zu beschließen. Ferner wählt er den Bundesvorstand, darunter den Vors., seine 5 Stellvertreter sowie auf Vorschlag des Vors. den Generalsekretär. Dieses Gremium wirkt bei der Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen zum Bundestag mit. Der Bundesausschuß behandelt alle politischen und organisatorischen Fragen der Partei, soweit sie nicht in den Kompetenzbereich des Bundesparteitages fallen. – Von beträchtlichem Einfluß auf die parteipolitische Linie der CDU sind ihre beiden wichtigsten Nebenorganisationen: der 1963 gegründete »Wirtschaftsrat e. V.«, der die Interessen groß- und mittelständischer Unternehmer vertritt, und – in geringerem Maße – die seit 1948 bestehenden »Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft« (CDA).

Wichtige Presseorgane: ›Deutsches Monatsblatt für Politik, Kultur, Wirtschaft‹ (Bonn), ›Union in Deutschland‹ (Bonn), ›Deutschland-Union-Dienst‹ (Bonn), ›Soziale Ordnung‹ (Königswinter).

Geschichte: Katholiken und Protestanten, die im Dritten Reich als Christen im antifaschistischen Widerstandskampf vereint waren, erstrebten nach Kriegsende eine bikonfessionelle Partei, eine politische Union mit einer neuen sozialen Mitglieder- und Wählerstruktur. Zwar entstand die CDU auf Honoratiorenbasis, aber in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es ihr, das Mitglieder- und Wählerpotential nicht nur aus der relativ homogenen bürgerlichen Mittelschicht zu rekrutieren, sondern auch aus anderen Schichten und Berufsgruppen, z. B. den Arbeitern und Angestellten. Die Fähigkeit zur Integration der innerparteilichen Interessenpluralität als Voraussetzung für politische Handlungs- und Aktionsfähigkeit besaß in einem hohen Maße *K. Adenauer*, seit Februar 1946 Vorsitzender der CDU in der britischen Zone. Sein wichtigster Gegenspieler war bis Ende 1947 *J. Kaiser*, der als Vorsitzender der CDU Berlins und der damaligen SBZ eine Politik vertrat, in der Deutschland eine Brückenfunktion zwischen Ost und West einnehmen könnte. *Adenauer* votierte für eine Westintegration der Bundesrepublik. Auf dem Felde der Innen- und Gesellschaftspolitik lehnte er im Gegensatz zu *Kaiser* jede Form einer sozialistischen Ordnung ab. Nachdem *Adenauer* das Ringen um die Parteiführung für sich entschieden hatte, konnte er die von ihm favorisierten Konzeptionen durchsetzen. Die

Entscheidung gegen eine sozialistische Wirtschaftspolitik sozialdemokratischer Provenienz und für eine »Soziale Marktwirtschaft« neoliberaler Prägung fiel 1948, als *L. Erhard* zum Direktor für Wirtschaft im Frankfurter Wirtschaftsrat berufen wurde. Durch den Sieg der CDU/CSU bei den ersten Bundestagswahlen 1949 (CDU/CSU: 31,0% = 139 Mandate; SPD: 29,2% = 131 Mandate) wurde diese Entwicklung bestätigt. Die von *Erhard* eingeleitete und als CDU-Wirtschaftsminister forcierte Politik der Freigabe der Bewirtschaftung sowie der behördlich festgelegten Preise, der Liberalisierung des Außenhandels usw., die durch verschiedene wirtschaftspolitische, insbes. steuerpolitische Maßnahmen gefördert wurden, führte zu einer beachtlichen Steigerung der Industrieproduktion und zu einer beträchtlichen Nachfrage nach Konsumgütern. – Mit dem Wahlausgang der Bundestagswahlen 1949 (CDU und → CSU erhielten zusammen 31% der Stimmen und 139 von 402 Mandaten und bildeten damit die stärkste Fraktion) fiel nicht nur eine Grundsatzentscheidung für eine privatkapitalistisch verfaßte Ordnung, sondern auch für die außenpolitische Konzeption. Nach der Adenauerschen Außenpolitik konnte die Bundesrepublik nur dann zu einem gleichberechtigten Partner der europäischen und internationalen Völkergemeinschaft werden, wenn sie für eine Politik der Integration in das westeuropäische Staatensystem eintrat. Da zudem die Teilung Deutschlands nicht in absehbarer Zeit würde überwunden werden können, war damit ein weiterer wesentlicher Grund für eine enge Kooperation mit den westlichen Nachbarstaaten, insbes. Frankreich und vor allem den USA gegeben. In dieses außenpolitische Konzept der Westintegration fügten sich die Entscheidungen der von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen nahtlos ein: Beitritt zur Montanunion (1950), Abschluß des Deutschland-Vertrages (1952/54), Beitritt zur NATO (1955) und Gründung der EWG (1957). In seiner Deutschland- und Ostpolitik fand sich *Adenauer* nicht mit dem Ergebnis des 2. Weltkrieges bezüglich der Machtverhältnisse in Osteuropa ab. Die Wahlergebnisse aus dieser Zeit zeigen, daß die Adenauersche Politik in der Bevölkerung großen Anklang fand. Nach dem äußerst knappen Wahlsieg von 1949 stimmten 1953 bereits 45,2% der Wähler für die CDU/CSU, und 1957 errang sie mit 50,2% die absolute Mehrheit.

Aus den Bedenken *Adenauers* an den Qualitäten des von der Partei zu seinem Nachfolger bestimmten *Erhard* erwuchs eine latente Führungskrise, die im Juni 1959 öffentlich zum Ausdruck kam, als *Adenauer* seine Kandidatur zur Wahl des Bundespräsidenten zurücknahm. Dies wirkte sich für die CDU ebenso nachteilig aus wie der Bau der Berliner Mauer und die daraus resultierenden Zweifel an der Richtigkeit ihrer Ostpolitik. Als Reaktion auf beginnende Entspannungstendenzen zwischen Ost und West seit Anfang der 60er Jahre zeigten sich daraufhin erste Ansätze eines Wandels auch in der Außenpolitik der CDU. *G. Schröder*, Außenminister im Kabinett *Erhard* seit 1963, bemühte sich um einen Ausbau vor allem der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten Ost- und Südosteuropas. Seit Beginn der 60er Jahre war die CDU jedoch zunehmend nicht mehr in der Lage, ihre Innen- und Außenpolitik den veränderten politischen Konstellationen anzupassen. In der Wirtschaftspolitik stand nicht mehr die Erhaltung einer Wettbewerbsordnung im neoliberalen Sinn zur Diskussion, sondern, wie in der ökonomischen Rezession 1965/66 deutlich sichtbar, die Stabilisierung des sozialen Systems überhaupt. In der Außenpolitik ging es um die Erkenntnis der veränderten Interessenlage der beiden Supermächte USA und UdSSR, die auch die Bereitschaft der Bundesrepublik einschloß, den Status quo in Europa zu akzeptieren. *Erhards* Wahlerfolg 1965 (47,6%) vermochte die Krise der Partei noch einmal zu überdecken, bevor sie im Herbst 1966 anläßlich der Wirtschaftskrise offen zum Ausbruch kam (Rücktritt *Erhards* und Wahl *K. G. Kiesingers* zum neuen Bundeskanzler am 1. 12. 1966). Die auch danach weiterhin mangelnde Bereitschaft, die neuen Konstellationen innen- und außenpolitischer Art zur Grundlage ihres Handelns zu machen, führte die CDU über die Große Koalition mit der → SPD (1966–69) in die Opposition (seit 1969, CDU/CSU: 242 Mandate bei 46,1% der Stimmen). Die von der sozial-liberalen Koalition 1969 inaugurierte neue Ostpolitik der Verständigung mit der UdSSR, Polen, der DDR und der ČSSR wurde von der CDU/CSU-Opposition scharf bekämpft, da hier zentrale Elemente der früheren CDU/CSU-Politik aufgegeben wurden: die Nichtanerkennung des Status quo in Europa sowie der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik. –

Bereits vor den Bundestagswahlen 1969 hatten sich in der CDU/CSU innerparteiliche Spannungen abgezeichnet. Suchte *F. J. Strauß* die Partei auf einen scharfen Konfrontationskurs mit der FDP zu führen, so lehnten *Kiesinger* (seit Mai 1967 auch Parteivors.), *R. Barzel* und mit ihnen die Unionsmehrheit diese Taktik ab. In der Opposition verschärften sich noch die Gegensätze zwischen dem von der CSU geprägten reaktionärkonservativen und einem stärker liberal orientierten Flügel und auch bei dem folgenden Bundestagswahlkampf 1972 ließ die Union deutliche innerparteiliche Differenzen erkennen: Die Taktik der Betonung der politischen Gegensätze zwischen Regierung und Opposition durch die CSU wurde von dem Unionsflügel um *Barzel* (Parteivors. seit 1971) nicht voll geteilt. Als Konsequenz der Wahlniederlage 1972 (CDU/CSU: 44,9%; SPD: 45,8%) trat *Barzel* 1973 vom Amt des Vors. zurück, sein Nachfolger wurde der ebenfalls dem liberalen Parteiflügel verpflichtete *H. Kohl*. Er stellte mit Unterstützung von der Jungen Union, Sozialausschüssen u. a. in seinen Wahlkampfaussagen 1976 die Lösung sozialer Proble-

me in den Vordergrund, während die CDU-Landesverbände in Baden-Württemberg und Hessen sich auf die emotional bestimmte Losung der CSU »Freiheit oder Sozialismus« festlegten. Trotz dieser mangelnden innerparteilichen Homogenität konnte die CDU zusammen mit der CSU 1976 48,6 % der Stimmen (243 Mandate) erringen und damit wieder zur stärksten Partei werden. Die Koalitionsparteien SPD und FDP erzielten jedoch zusammen 50,5 % der Stimmen (253 Mandate), bildeten erneut die Regierung und verwiesen damit CDU/CSU wieder in die Rolle der Opposition.

Für die Bundestagswahlen 1980 gelang es der→ CSU und dem rechten Flügel der CDU, *F. J. Strauß* in der Partei als Kanzlerkandidat durchzusetzen. Ein Versuch liberaler Parteikreise, mit *E. Albrecht* einen Kandidaten zu präsentieren, der Stimmen von FDP- und rechten SPD-Wählern hätte auf sich ziehen können, scheiterte. Das Wahlergebnis bestätigte die Befürchtungen, daß es *Strauß* nicht gelingen würde, neue Wählerschichten für die Partei zu mobilisieren: mit nur noch 44,5 % der Stimmen (226 Sitze) erzielten CDU/CSU das zweitschlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte und verblieben in der Opposition. [DÄ]

E. Deuerlein, CDU/CSU 1945–1957, 1957; W.-D. Narr, CDU – SPD, 1966; H. Pütz, Die CDU, 1976; A. R. L. Gurland, Die CDU/CSU. Ursprünge u. Entwicklung bis 1953, 1980.

Christlich-Demokratische Union Deutschlands (**CDUD**, auch CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION, CDU). DDR. Gründung: → CDU (BRD).

Ursprünglich breit fundierte freiheitlich-demokratische Volkspartei, deren Fortbestand schon wenige Jahre nach der Gründung nur noch »unter der Bedingung der Aufgabe von Eigenständigkeit und Unabhängigkeit« (Schmolze) zu sichern war.

Programm: In ihrem Gründungsaufruf vom 26. 6. 1945, dessen Wortlaut von der sowjetischen Besatzungsmacht genehmigt werden mußte, forderte die CDU »die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat« auf. Im Bemühen um eine neue politisch-moralische Wertsetzung wie um die Überwindung der konfessionellen Spaltung wurde hervorgehoben, daß »eine Ordnung in demokratischer Freiheit« nur entstehen könne, wenn man sich »auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums« besinne und diese Kraftquelle dem deutschen Volk erschließe. Die Partei wollte den »wahrhaft demokratischen Staat«, »der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit«. Das Recht müsse wieder »die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens« werden, »das öffentliche Leben« im übrigen »in strenger Sparsamkeit weitgehend auf Selbstverwaltung« beruhen. Die Volksvertretung sollte »die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte« verwirklichen.

Den Aufbau des Wirtschaftslebens wollte die CDUD »ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchführen«. Sie bejahte »das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt«, und verlangte, »daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen«. Der Bergbau und »andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens« sollten »klar der Staatsgewalt unterworfen« werden. Eine »umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung« war »unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes« vorgesehen.

Über das Verhältnis zu den anderen Parteien »der neuen Demokratie« wurde lediglich mitgeteilt, daß man zusammen mit ihnen »am Aufbau Deutschlands« arbeiten wolle. Ausdrücklich wurde »die Kraft« anerkannt, »die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt«. Die vorgesehene einheitliche Gewerkschaftsbewegung von Arbeitern und Angestellten fand die Zustimmung der CDUD.

Hinsichtlich des Verhältnisses von Kirche und Staat forderte die CDUD »geistige und religiöse Gewissensfreiheit«, die Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und »eine klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben«. Im Sinne dieses Gründungsaufrufes wurde auf der Berliner Tagung der CDUD (15.–17. 6. 1946) eine programmatische Entschließung angenommen. Ein eigenes Wirtschafts- und Sozialprogramm beschloß der erweiterte Parteivorstand auf einer zweitägigen Sitzung am 29. und 30. 7. 1948. Es lehnte eine »autokratische Befehlswirtschaft« ab und forderte »eine gelenkte Bedarfswirtschaft« mit einem gesunden Wettbewerb zwischen dem privaten und dem volkseigenen Sektor ohne eine »irgendwie geartete Bevorzugung« des letzteren.

Nach der Gleichschaltung der CDUD in der SBZ im Sinne des »volksdemokratischen Kurses« der SED erarbeitete die neue Parteiführung unter *O. Nuschke* 22 »Thesen des Christlichen Realismus« als programmatische Grundlage, deren zweite Fassung vom VI. Parteitag im Oktober 1952 bestätigt wurde. Darin bekannte sich die Ost-CDU »zur sozialistischen Erneuerung der Gesellschaft« (1. Fassung, 1951) bzw. »zur sozialistischen Gesellschaft« (2. Fassung, 1952). Unter Verweis auf die »beispielhafte Verwirklichung« der von *Karl Marx* entwickelten »Lehre zum Aufbau einer neuen besseren Gesellschaftsordnung« in der Sowjetunion wurde in diesem Zusammenhang betont, daß der Sozialismus den Christen heute »die beste Möglichkeit zur Verwirklichung der Forderungen Christi und zur Ausübung praktischen Christentums« gebe. Daß die »Arbeiterklasse auf dem Wege zur Errichtung des Sozialismus die Führung hat«, war für die Ost-CDU ebensowenig strittig wie die Behauptung, daß »der planmäßige Aufbau des Sozialismus ... in der weiteren Entwicklung in eine volks-

demokratische Ordnung« führt. Die Partei erkannte diese Entwicklung seit dem VI. Parteitag ausdrücklich »als geschichtlich notwendig und folgerichtig« an und wiederholte das programmatische Bekenntnis zur sozialistischen Umwälzung in einer Entschließung des X. Parteitages (30. 6.–7. 7. 1960 in Erfurt).

Organisation: Der Parteiapparat ist gegliedert in Ortsgruppen, Kreisverbände, Bezirksverbände (seit 1952, bis dahin sechs Landesverbände) und den Gesamtverband. Die Spitze der Partei bilden der Hauptvorstand und dessen Präsidium; die laufenden Geschäfte werden vom Sekretariat des Hauptvorstandes geführt. Gemäß dem zentralistischen Parteiaufbau liegen die Entscheidungsbefugnisse bei hauptamtlichen, von der Parteileitung ernannten Funktionären.

In der Entwicklung der Mitgliederzahl verzeichnete die Partei im Dezember 1947 mit 218 000 einen Höchststand. Danach sank die Zahl ständig bis auf etwa 70 000 ab. Erst in jüngster Zeit ist wieder eine steigende Tendenz zu verzeichnen (Stand Juni 1977: 115 000).

Presse: ›Neue Zeit‹ (Berlin 1945 ff., Zentralorgan), ›Die Union‹ (Dresden 1946 ff.), ›Der Neue Weg‹ (Halle/S. 1946 ff.), ›Der Demokrat‹ (Schwerin bzw. Rostock 1946 ff.), ›Thüringer Tageblatt‹ (Weimar 1946 ff.), ›Märkische Union‹ (Potsdam 1948 ff.).

Geschichte: Nach Genehmigung der Parteigründung durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 10. 7. 1945, die von der Bereitschaft zur Mitarbeit im »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« abhängig gemacht wurde, besserte sich die schwierige Ausgangsposition der CDUD im ungleichen Wettbewerb mit der von der sowjetischen Besatzungsmacht in jeder Hinsicht bevorzugten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) kaum. Dennoch gelang es ihr im Laufe des Sommers 1945 durch die Mobilisierung früherer Zentrums- und DDP-Politiker, aber auch unter Einbeziehung von Gruppen, die sich unabhängig vom Berliner Gründungskreis um die Bildung einer »bürgerlichen« Partei christlichen Zuschnitts bemüht hatten, sich neben Berlin in allen Ländern der SBZ zu etablieren. Erster Vors. der CDUD wurde der Reichsminister a. D. und frühere Präsident des Dt. Raiffeisenverbandes (1930–1933) *A. Hermes*, sein Stellvertreter der ehemalige preuß. Handelsminister *W. Schreiber*.

Die Anfangsjahre standen ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Diese unterband nicht nur Versuche der Berliner Parteileitung zu engerer Kontaktnahme mit örtlichen und regionalen Organisationen christlicher Demokraten in den westlichen Besatzungszonen, sondern griff auch rigoros in das innere Gefüge der Partei ein. Als im Herbst 1945 in der SBZ mit der Durchführung der Bodenreform begonnen werden sollte und die CDUD ihre Zustimmung verweigerte, nachdem ihre Forderung nach Entschädigung unberücksichtigt blieb, wurden *Hermes* und *Schreiber* auf Befehl der SMAD abgesetzt.

Die Konflikte mit der sowjetischen Besatzungsmacht setzten sich auch unter der neuen Parteiführung (Vors. *J. Kaiser*, Stellv. *E. Lemmer*) fort, u. a. im Zusammenhang mit den ersten Wahlen in der SBZ im Herbst 1946, die *Kaiser* zu einer Entscheidung zwischen Marxismus und Christentum erklärte (»Christentum oder Marxismus! Darum geht es!«). Die Ergebnisse waren mit 18,8 % der Stimmen bei den Gemeindewahlen, 25,2 % bei den Kreistagswahlen und 24,5 % bei den Landtagswahlen (jeweils bezogen auf das Gesamtgebiet der SBZ) beachtlich. Grundlegende Meinungsverschiedenheiten mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der Beurteilung der von dieser im Dezember 1947 initiierten Volkskongreßbewegung »für Einheit und gerechten Frieden« verschafften der SMAD die Handhabe, *Kaiser* und *Lemmer* am 20. 12. 1947 aus ihren Ämtern zu drängen und damit das Ende einer eigenständigen CDUD in der SBZ einzuleiten.

Die Führung der Partei ging nunmehr auf *O. Nuschke* über, der in seiner bedingungslosen Loyalität gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht die CDU der SBZ gegen den Willen der meisten ihrer Mitglieder den Zielsetzungen der SED unterzuordnen begann. Zunächst zusammen mit *W. Wolf* nur interimistisch mit der Leitung der Partei betraut, wurde er auf dem III. Parteitag (18./19. 9. 1948 in Erfurt) als Vors. bestätigt. Kritische Stimmen aus den Reihen der Partei, die sich z. B. im Jahre 1949 in dem von *H. Hickmann* geführten Landesverband Sachsen und in der CDU-Fraktion des Landtages von Brandenburg gegen eine Staatsgründung auf dem Territorium der SBZ aussprachen, wurden totgeschwiegen oder ausgeschaltet. Dieser, in der offiziellen Parteigeschichtsschreibung als »Reinigungskrise« dargestellte Prozeß war im wesentlichen im Spätsommer des Jahres 1950 abgeschlossen.

In die am 12. 10. 1949 von der Volkskammer der DDR bestätigte Regierung *O. Grotewohl* wurden *Nuschke* als stellvertretender Ministerpräsident aufgenommen und der Ost-CDU vier (von achtzehn) Ministerposten sowie drei (von neunzehn) Staatssekretärsstellen eingeräumt, ohne daß sich an der Zurückdrängung und Entmachtung dieser Partei etwas geändert hätte. In der Folgezeit gab die Partei ohne ernsthaften Widerstand das ursprüngliche Programm des »christlichen Sozialismus« auf und öffnete sich dem »wissenschaftlichen Sozialismus«. Der VI. Parteitag im Oktober 1952 bestätigte diesen Kurs eines »christlichen Realismus« und ließ die Ost-CDU als »eine einschränkungslos sozialistische Partei« (Nuschke) erscheinen.

Der Verzicht auf die Erörterung ideologischer und programmatischer Fragen führte in der Folgezeit zu einer bedingungslosen Anerkennung des Führungsanspruchs der SED. Die Ost-CDU – nach *Nuschkes* Tod am 27. 12. 1957 zunächst

unter dem Vorsitz von *A. Bach* (Oktober 1958 bis März 1966), dann von *G. Götting* (seit Mai 1966) – beteiligte und beteiligt sich unter Konzentration auf die Zielgruppe »christliche Kreise« an der Erfüllung der Aufgaben, die von der SED gestellt werden. Dabei unterstützte sie den verschärften kirchenpolitischen Kurs der SED in den 60er Jahren mit dem Ziel der Kirchenspaltung in Deutschland vorbehaltlos. Nachdem sich die Partei schon bei der Niederschlagung der Arbeiterunruhen im Juni 1953 hinter die SED gestellt hatte, begrüßte sie im August 1961 auch die Errichtung der Berliner Mauer und im August 1968 den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR. Die Ablösung *Ulbrichts* durch *Honecker* im Jahre 1971 blieb auf die Stellung der Ost-CDU nicht ohne Auswirkungen. Der in der Ära *Ulbricht* als politische Maxime gebräuchliche Begriff der »sozialistischen Menschengemeinschaft«, in der angeblich Christen und Marxisten gemeinsam an der Verwirklichung des Sozialismus arbeiteten, wurde nunmehr fallengelassen, so daß die Ost-CDU in der Rangliste der Blockparteien deutlich zurückfiel. Der weitere Verfall ihres ohnehin geringen politischen Einflusses wurde in jüngster Zeit durch die Tatsache unterstrichen, daß es die Kirchen der DDR offenbar unter Umgehung der Ost-CDU verstanden haben, die SED im direkten Gespräch von der Notwendigkeit einer Verbesserung des Verhältnisses von Kirche und Staat in der DDR zu überzeugen. [Fi]

P. Hermes, Die CDU und die Bodenreform in der Sowjet. Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, 1963; K. Buchheim, Gesch. der christl. Parteien in Dtl., ²1966; E. Lemmer, Manches war doch anders, 1968; W. Wünschmann, Zur Dtl.-Konzeption der Führung der CDU in der sowjet. Besatzungszone 1945–1947, Berlin-Ost 1966; W. Conze, Jakob Kaiser, 1969; G. Schmolze, Das Elend der Ost-CDU, in: G.-K. Kaltenbrunner (Hg.), Das Elend der Christdemokraten, 1977; F. Focke, Sozialismus aus christl. Verantwortung, 1978; J. B. Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern, 1980.

Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL). Agrarische Interessenpartei mit überwiegend sozialkonservativer und berufsständischer Orientierung.

Gründung: 17. 2. 1928 durch *F. Döbrich, W. Dorsch, F. Hänse.*

Programm: In ihrer, auf einer Vertreterversammlung am 8. 3. 1928 gefaßten, programmatischen Entschließung forderte die CNBL einen Schutz des Privateigentums durch einen ständisch gegliederten Staat, ebenso eine Verteidigung der Bauernschaft sowohl gegen das »internationale Finanzkapital« als auch gegen den Sozialismus. Hinzu kamen dezidiert nationalistische Aussagen.

Organisation: Die CNBL verfügte über Kreis- und Landesverbände und hielt von 1928 bis 1931 jährliche Reichsparteitage ab. Bis etwa 1930 wurde sie organisatorisch und propagandistisch durch den Reichslandbund unterstützt.

Wichtige Presseorgane waren das ›Deutsche Landnachrichtenblatt‹ und das ›CNBL-Nachrichtenblatt‹.

Geschichte: Die drei o. g. Gründungsmitglieder der CNBL waren als Listenvertreter des Reichslandbundes (RLB) Abgeordnete im Reichstag und hospitierten zuvor in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP)-Fraktion. Auch während der ersten Jahre des Bestehens waren die Kontakte der CNBL zum RLB recht gut; so wechselte sogar der RLB-Präsident *M. Schiele* im Jahr 1930 aus der DNVP-Reichstagsfraktion mit anderen Abgeordneten zur CNBL über. Im Gegensatz zur DNVP konzentrierte sich die CNBL auf agrarische Interessenvertretung, ähnelte jener jedoch in ihren überwiegend konservativen und nationalistischen Aussagen zur allgemeinen Politik. Allerdings unterstützte die CNBL in den Jahren 1930/31 die 1. Regierung *Brüning*, was u. a. seinen Ausdruck in der Übernahme des Reichsernährungsministeriums durch *Schiele* fand. Da hingegen der RLB 1931 zur Opposition gegen *Schieles* Agrarpolitik überging, verlor die CNBL ab dieser Zeit ihren wichtigsten organisatorischen und politischen Rückhalt. Den daraus resultierenden Bedeutungsverlust zeigen auch die Reichstagswahlergebnisse: 1928 erreichte die CNBL mit 581 519 Stimmen (= 1,9 %) 10 Mandate, sie konnte dieses Ergebnis 1930 auch noch auf 1 108 334 Stimmen (= 3,2 %) und 19 Mandate verbessern. Bereits im Juli 1932 sank die Partei auf 91 287 Stimmen (= 0,2 %) ab und erhielt nur noch einen Abgeordnetensitz, den sie schließlich in der Wahl des November 1932 bei nur 46 378 Stimmen (= 0,1 %) verlor. Zur Reichstagswahl am 5. 3. 1933 trat die CNBL nicht mehr an; ihre Wähler waren ohnehin mehrheitlich zu den Nationalsozialisten abgewandert. [Pr]

Christlich-Soziale Arbeiterpartei → Christlichsoziale Partei.

Christlichsoziale Partei (CSP). Monarchistische Partei mit sozialkonservativem und antisemitischem Ideengut.

Gründung: 5. 1. 1878 in Berlin unter Führung *A. Stoeckers* und *A. Wagners* als Christlich-Soziale Arbeiterpartei.

Programm: Die auf einer Mitgliederversammlung am 5. 1. 1878 angenommenen »Allgemeinen Grundsätze« erstrebten eine Einigung des Volkes auf christlicher, patriotischer und monarchistischer Grundlage. Die Kluft zwischen Arm und Reich sollte durch sozialen Ausgleich – auch auf dem Weg der Staatshilfe – verringert werden. Das danach gültige Programm des Eisenacher Parteitags von 1895 forderte eine soziale Besserung für alle »schaffenden Stände« sowie energische Maßnahmen gegen »den falschen Liberalismus und die drückende Kapitalherrschaft, gegen das übergreifende Judentum und die revolutionäre Sozialdemokratie«. Das Programm zielte auf eine korporative Neuordnung des Volkes nach Ständen und Genossenschaften.

Organisation: Die Partei war zunächst auf einen relativ engen Zusammenschluß im Bereich

Berlin beschränkt. Im Januar 1907 wurde vom Parteivorstand eine Gliederung von 171 Ortsgruppen bekanntgegeben, mit einer Verbreitung insbesondere auch im westdeutschen Raum. Die Gesamtgliederzahl lag damals bei etwa 9000.

Presse: Unter anderen ab 1888 die Tageszeitung ›Das Volk‹, 1904–1911 Tageszeitung ›Das Reich‹.

Geschichte: Die Gründung und die Frühgeschichte der Partei waren maßgeblich bestimmt durch die Person des Hofpredigers *Stoecker*, der mit seiner Mischung aus antisemitischer und sozialkonservativer Propaganda besonders das evangelische Kleinbürgertum anzusprechen und an den monarchisch-autoritären Staat zu binden hoffte. Diese Orientierung wurde deutlich durch die Umbenennung in CHRISTLICHSOZIALE PARTEI im Jahre 1881. Im selben Jahr schloß sich die CSP als selbständige Gruppe der → DEUTSCHKONSERVATIVEN PARTEI (DKonsP) an und verbündete sich in dieser mit der ähnlich gesinnten »Kreuzzeitungsgruppe« um *W. von Hammerstein*. Die gemeinsame »Berliner Bewegung« konnte regional relativ erfolgreich agieren, verlor allerdings im Rahmen der Kartell-Politik in den Jahren 1887–1889 an innerparteilichem Einfluß in der DKonsP. Dieses änderte sich zu Beginn der neunziger Jahre und führte zu einem deutlichen Einfluß auf das »Tivoli-Programm« (1892) der DKonsP, das stark von antisemitischem und »christlichsozialem« Ideengut geprägt war. Der zunehmende großagrarische Einfluß in der DKonsP und persönliche Angriffe auf *Stoecker* führten zur neuerlichen Verselbständigung der CSP, die sich auf dem Frankfurter Parteitag am 26. 2. 1896 wieder als autonome Partei konstituierte. Ihrer nachfolgenden Politik war jedoch wenig Erfolg beschieden: sie hatte mit Mitgliederabwanderungen zu kämpfen und kam in den Reichstagswahlen bis 1912 nie über 3 Mandate (= 0,8 %) hinaus. Sie mußte sich darum 1903 mit einigen anderen Parteien im Reichstag zur WIRTSCHAFTLICHEN VEREINIGUNG zusammenschließen. Nach der Jahrhundertwende näherte sie sich anderen antisemitischen Splitterparteien wie der → DEUTSCHEN REFORMPARTEI (DRP) bzw. → DEUTSCHSOZIALEN PARTEI (DSP) an. Nachdem jedoch *Stoecker* im Jahre 1909 verstorben war, setzte besonders unter seinem zweiten Nachfolger *W. Philipps* ein Abrücken von der antisemitischen Propaganda und eine zögernde Verständigungspolitik mit den Konservativen ein, die jedoch durch die Kriegsereignisse wieder eingestellt wurde. Im Winter 1918/1919 erfolgte gleichzeitig mit der Parteiauflösung der organisatorische Übertritt der CSP in die neugegründete → DEUTSCHNATIONALE VOLKSPARTEI (DNVP). [PR]

W. Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die christl.-soziale Bewegung, ²1935; K. Kupisch, Adolf Stoecker – Hofprediger und Volkstribun, 1970.

Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU). Partei, deren Mitglieder- und Wählerpotential sich vornehmlich aus dem bäuerlichen, handwerklichen und kleingewerblichen Besitzmittelstand rekrutiert, seit Ende der 60er Jahre teilweise auch aus dem neuen Mittelstand (Angestellte, Beamte). 1977 waren ca. 84 % der Mitglieder katholisch, ca. 15 % evangelisch.

Gründung: Am 25. 11. 1945 trat ein »Vorbereitender Ausschuß der Christlich-Sozialen Union in München« (*W. Eichhorn, M. Horlacher, A. Hundhammer, J. Müller, F. Schäffer* u. a.) mit einem Aufruf zur landesweiten Gründung der CSU an die Öffentlichkeit. Eine Zusammenkunft von aus jedem der 7 Regierungsbezirke entsandten Gesinnungsfreunden mit dem »Vorbereitenden Ausschuß« fand am 8. 1. 1946 statt.

Programm: Von einem Bekenntnis zu den zentralen Werten des Christentums als den bestimmenden Faktoren der neuen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung zeugte das 1. Grundsatzprogramm vom 14./15. 12. 1946. Von herausragender Bedeutung war das Votum für eine »staatlich gelenkte Privatwirtschaft«. Die Existenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln wurde nicht in Frage gestellt. Andererseits wurde die »Überführung von Privateigentum in Gemeineigentum gegen angemessene Entschädigung« als legitim qualifiziert, »wenn es das Gemeinwohl erfordert«. Bereits seit August 1947 vollzog die CSU in Theorie und Praxis den Übergang von der »staatlich gelenkten Privatwirtschaft« zur »Sozialen Marktwirtschaft«. Das Bekenntnis zu dieser Wirtschaftsordnung blieb seitdem eine Konstante in allen späteren Grundsatzprogrammen (1957, 1968, 1976). In der gleichen Weise bildete die Bewahrung und Förderung der Interessen des gewerblichen und freiberuflichen Mittelstandes sowie der Landwirtschaft eine Daueraufgabe, der sich die CSU in ihren programmatischen Erklärungen seit 1946 verpflichtet weiß. Eine weitere Konstante ist die immer wiederkehrende Betonung der christlichen Werte und Normen als den Leitlinien für eine Politik, die gewährleistet, »daß der einzelne die neuen und großen Möglichkeiten der Freiheit und Entfaltung ausschöpfen kann, die sich aus dem Wandel der Gesellschaft und der Veränderung sozialer Strukturen ergeben« (Grundsatzprogramm 1976). Die aus dem System der christlichen Werte abgeleiteten Begriffe der »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität« bilden die Richtschnur für eine Politik auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, so der Bildungs- und Sozialpolitik. Fragen der Deutschland-, Ost- und Europapolitik werden in allen Programmen angesprochen, haben aber, zumindest unter qualitativem Aspekt, nicht den hohen Stellenwert, wie die Fragen der Innenpolitik.

Organisation: Nach der Satzung vom 1. 8. 1968 bzw. der revidierten Satzung vom 13. 4. 1970 gliedert sich die CSU in Orts-, Kreis- und Bezirksverbände sowie den Landesverband. Die Ortsverbände bilden die untersten Organisationseinheiten (1977: 2800 Ortsverbände). Den Kreisverbänden sind wesentliche Kompetenzen

zugeordnet, und zwar in der Frage der Besetzung von Positionen in der Partei (Wahl der Vertreter und Ersatzvertreter in den Parteitag), ferner in der Mitwirkung bei der Rekrutierung der Kandidaten für öffentliche Wahlen (z. B. Bundestags- und Landtagswahlen). Oberhalb der in den 7 Regierungsbezirken und den 3 Großstädten München, Nürnberg-Fürth und Augsburg bestehenden Bezirksverbände agieren als Organe des Landesverbandes der Parteitag, der Parteiausschuß, der Landesvorstand und das Präsidium. Die Aufgabenverteilung zwischen den höchsten Parteigremien ist im Statut genau geregelt. Der Parteitag beschließt unter anderem die Richtlinien der Politik, faßt Beschluß über das Parteiprogramm; der ebenfalls vom Parteitag gewählte Parteiausschuß berät und beschließt über Aktionsprogramme; der Landesvorstand behandelt »dringende politische Probleme«, beruft den Generalsekretär u. a.; das Präsidium regelt u. a. die »laufenden Geschäfte der Partei«.

Presse: ›Bayern-Kurier‹ (1950 ff. München), ›CSU-Korrespondenz‹ (UC; München), ›CSU-Informationen‹.

Geschichte: Aufbau und historisch-politische Entwicklung der CSU in den Jahren 1945/46 bis 1948 vollzogen sich im Spannungsfeld unterschiedlicher organisationspolitischer Konzeptionen. Der Landesvorsitzende *Müller* und mit ihm eine liberal-konservative Gruppe (*Horlacher, Eichhorn* u. a.) versuchten, die CSU zu einer christlich-interkonfessionellen Massenpartei zu entwickeln. Die in diese Richtung gehenden Initiativen scheiterten einmal am innerparteilichen Widerstand der katholisch-konservativen, bayerisch-vaterländischen Gruppierung um *Schäffer, Hundhammer* u. a. Hinzu traten exogene Faktoren, die die Ansätze einer christlich-interkonfessionellen Sammlungsbewegung nicht zur Entfaltung gelangen ließen. Die amerikanische Besatzungsmacht lockerte seit 1946 ihre Lizenzierungspolitik, und neue Parteien wurden auf Kreis- und seit 1948 auf Landesebene zugelassen. Insbesondere die → BAYERNPARTEI (BP) sollte zu einer ernsthaften Konkurrentin der CSU werden. Folgenreiche Auswirkung hatte vor allem die Währungsreform vom 20. 6. 1948. Viele Mitglieder, die ihre Beiträge nicht mehr bezahlen konnten, verließen die Partei, die 1947/48 einen Mitgliederstand von ca. 82 000 Personen aufweisen konnte. Der Mitgliederschwund (1955: ca. 35 000 Mitglieder) stürzte die CSU in eine finanzielle Krise, deren Auswirkungen auf die Organisationspolitik seit Mitte 1948 deutlich sichtbar wurden. Die CSU ging ihres Charakters als einer Massenpartei verlustig. 1948 bis 1954/55 nahm die CSU die Züge einer Honoratiorenpartei an. Angesichts der knappen Finanzmittel sah sich die Partei gezwungen, den Apparat bis hinab zu den Kreisgeschäftsstellen abzubauen.

Trotz des für die CSU günstigen Wahlergebnisses bei den Landtagswahlen 1946 übernahm die Partei nicht allein die Regierungsgewalt, sondern bildete eine Koalition aus CSU, SOZIALDEMOKRATEN und WIRTSCHAFTLICHER AUFBAUVEREINIGUNG (WAV). Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder traten jedoch schon am 15. 9. 1947 von ihren Ämtern zurück, als der CSU-Ministerpräsident *H. Ehard* in seiner Rede am 30. 8. 1947 in Eichstätt die Ablösung der »staatlich gelenkten Privatwirtschaft« durch ein »realistisches System einer Wirtschaftspolitik« forderte; mit diesem Postulat antizipierte er die Konzeption der »Sozialen Marktwirtschaft«. Nach dem schlechten Abschneiden der CSU bei den Landtagswahlen 1950 bildete sie wieder eine große Koalition mit SPD und BHE. Als 4 Jahre später die CSU an der Regierungsbildung nicht beteiligt wurde, initiierte das Generalsekretariat der Partei den Umbau der CSU von einer Honoratiorenpartei zu einer »Massen- und Apparat-Partei modernen Typs«. Der Erfolg dieser Reorganisierungsmaßnahmen fand seinen Ausdruck in einer Vervierfachung der Mitgliederzahl (von rd. 35 000 i. J. 1955 auf rd. 150 000 1957; 1977: 155 000 Mitglieder). Seit 1957 stellte die CSU bei Regierungsbildungen mit dem GESAMTDEUTSCHEN BLOCK (GB/BHE) und der FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI bzw. BAYERNPARTEI die Mehrheit der Minister, seit 1966 bildet sie allein die Landesregierungen. Die dominierende Stellung der CSU im politischen Leben Bayerns fand ihre erneute Bestätigung im Oktober 1978, als die Partei 59,1 % der Stimmen (1974: 62,1 %) errang. Mit der Wahl zum bayerischen Ministerpräsidenten Anfang November 1978 vereint *F. J. Strauß* nunmehr das Amt des Regierungschefs mit der Funktion des Landesvorsitzenden der CSU (seit März 1961).

Mit dem Übergang zu einer der »Sozialen Marktwirtschaft« verpflichteten Wirtschaftspolitik erblickte die CSU eine ihrer Hauptaufgaben in der Förderung des Industrialisierungsprozesses in Bayern, hielt aber auf der anderen Seite daran fest, ihr politisches Handeln an der mittelständisch ausgerichteten Wirtschaftsstruktur zu orientieren.

In dem außenpolitischen Zielkatalog der ersten Jahre dominierte die Vorstellung eines »christlichen Bollwerks Bayern«, das darauf hinwirken sollte, Deutschland und Europa als »abendländische Staaten- und Kulturgemeinschaft« gegen die hegemonialen Bestrebungen des Kommunismus zu entwickeln. So drängte insbes. *Strauß* schon in den frühen 50er Jahren auf die Schaffung eines »europäischen Staatenbundes«, der schrittweise zu einem »europäischen Bundesstaat« ausgebildet werden könnte. Die Adenauersche Politik der Westintegration fand deshalb in der CSU eine breite Unterstützung. An ihren Grundpositionen in der Europapolitik wie in der Deutschland- und Ostpolitik hält die CSU bis heute fest; d. h. eine Anerkennung der DDR steht nicht zur Diskussion, weil damit eine Anerkennung des politischen und gesellschaftlichen Status quo in Deutschland impliziert wäre.

Die CSU ist nicht nur eine Landespartei im

herkömmlichen Sinne, sie ist eine Landespartei mit Bundescharakter. Bereits im Frankfurter Wirtschaftsrat und im Parlamentarischen Rat (1948/49) und dann seit Bestehen der Bundesrepublik bildet die CSU im Bundestag mit der CDU ein Aktionsbündnis in Form einer Fraktionsgemeinschaft. Bisher wurde die »Fraktionsgemeinschaft der CDU/CSU« vor Beginn jeder Legislaturperiode erneuert. Daß die Abschlüsse der Fraktionspakte keineswegs immer spannungsfrei erfolgten, zeigte die nach der Bundestagswahl 1976 in geheimer Abstimmung erfolgte Entscheidung der CSU-Landesgruppe auf einer Klausurtagung (18./19. 11. 1976) in Wildbad Kreuth/Obb., die Fraktionsgemeinschaft aufzukündigen. Erst unter dem Ultimatum des CDU-Bundesvorstandes vom 29. 11. 1976, bis zum 14. 12. die Fraktionsgemeinschaft wiederherzustellen, andernfalls in Bayern die Gründung eines CDU-Landesverbandes erfolgen würde, lenkte die CSU-Führung unter *Strauß* ein.

Der durch das Modell der Kooperation in einer Fraktion bedingte politische Einfluß der CSU nicht nur in Bayern, sondern im gesamten Bundesgebiet ist vor allem an ihrer Präsenz in 8 Bundeskabinetten im Zeitraum 1949–1969 ablesbar.

1980 gelang es der CSU gegen den Widerstand des liberalen Flügels der → CDU, die Wahl von *Strauß* zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl durchzusetzen in der Hoffnung, es werde diesem gelingen, der CDU/CSU zur absoluten Mehrheit und damit zur Regierung zu verhelfen. Mit nur 44,5 % der Stimmen konnte *Strauß* jedoch die auf ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen; darüber hinaus bedeutete das Ergebnis eine Schwächung für den von der CSU bestimmten konservativen Flügel in dem Parteienbündnis. [Dä]

A. Mintzel, Die CSU, 1975; Ders., Gesch. der CSU, 1977 (mit Bibl.).

Christlich-Sozialer Volksdienst (CSVD).

Bürgerliche Splitterpartei in der Weimarer Republik, überwiegend auf evangelische Wählerschichten orientiert, präsentierte sich zunächst als liberale und demokratische Verfassungspartei, tendierte jedoch in der Spätphase stärker zu nationalistischen Aussagen.

Gründung: 28. 12. 1929 durch Zusammenschluß einer württembergischen, evangelischen Gruppe (Christlicher Volksdienst) um *W. Simpfendörfer, S. Jaeger, P. Bausch* mit einer aus der → Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) abgespalteten Parteiopposition (Christlich-Soziale Reichsvereinigung), darunter die Reichstagsmitglieder *Hülser, Behrens, Mumm* und *Kliesch.*

Programm: Die Leitsätze vom 28. 12. 1929 enthielten das Bekenntnis zur Weimarer Reichsverfassung. 1930 defi ierte der Parteivors. *Simpfendörfer* die Position des CSVD als weder »rechts« noch »links«, als zugleich »antiliberalistisch« wie »antimarxistisch«. Aus dem Geist des Protestantismus erstrebe er eine soziale Neuordnung, doch auch zu einer überkonfessionellen Einigung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage werde aufgerufen. Der CSVD plädierte für eine freie Entfaltung der Kirchen (z. B. in »Bekenntnisschulen«) und für Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit durch korporative Elemente. Eine Neigung zu betont gefühlsmäßigen und irrationalen Argumentationen ist dabei nicht zu verkennen.

Organisation: Eine konsequente Durchgliederung der Partei erfolgte nicht. Auf der Reichstagung von 1931 wurde zwar eine Organisationsstruktur entworfen, die reale Umsetzung beschränkte sich jedoch in der anschließenden Niedergangsphase auf die obersten Führungsgremien.

Presse: ›Christlich-Sozialer Volksdienst‹ (Berlin), ›Tägliche Rundschau‹ (Berlin).

Geschichte: Der CSVD konnte an Traditionen und Wählerbestände der → Christlichsozialen Partei (CSP) anknüpfen; es gelang ihm in seiner Anfangszeit, sich als evangelische Entsprechung zum → Zentrum zu profilieren, so daß die Reichstagswahl von 1930 noch relativ erfolgreich für die neugegründete Partei verlief (869 613 = 2,5 % Stimmen, 14 Mandate). Soziale Grundlage dafür waren ehemalige evangelische DNVP-Wähler aus Mittelschicht und Arbeiterschaft mit besonderer regionaler Konzentration in Württemberg, Westfalen, Hessen und Franken. Lediglich in den beiden erstgenannten Gebieten konnte die Partei bei den zwei Reichstagswahlen des Jahres 1932 ihren Stamm halten: sie erreichte insgesamt 0,9 % bzw. 1,2 % der Stimmen und damit 3 bzw. 5 Mandate. Ein beträchtlicher Anteil ihrer Wählerschaft war zu diesem Zeitpunkt bereits von den Nationalsozialisten angezogen worden. Zur Reichstagswahl 1933 trat der CSVD in einem »Christlich-Nationalen Block«, einem Wahlabkommen mit der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutschen Bauernpartei, an, seine schwindende Bedeutung manifestierte sich gleichwohl in einem Ergebnis von 1 % und 4 Mandaten. Im Reichstag unterstützten die CSVD-Abgeordneten zunächst durchgängig die Regierung *Brüning,* insbesondere durch die Verteidigung der Notverordnungspolitik. Sie verbanden mit dieser Unterstützung die Forderung nach einer stärker nationalen Haltung in der Außenpolitik und agitierten gegen eine »würdelose« Unterwerfung in der Kriegsschuldfrage und unter die daraus folgenden Verträge. In diesen Zielen und in seinem Bild einer harmonisierten Sozialordnung war der CSVD »ein charakteristisches Beispiel für das Mißtrauen des Bürgertums gegen die Rationalität des Politischen« *(W. Tormin),* aus diesem Grund konnte er aber dem wesentlich militanteren Irrationalismus in der Konkurrenz durch die → NSDAP nicht standhalten. Nach ihrem rapiden Einflußschwund löste die Partei sich am 1. 7. 1933 auf, nachdem ihren Reichstagsmitglie-

dern ein Hospitantenstatus in der NSDAP-Fraktion zugesprochen worden war. [Pr]

G. Opitz, Der CSVD, 1969.

Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD). DDR.

Mit Unterstützung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) gegründete Partei mit der Zielsetzung, als »Bündnispartner« Bauern und in der Landwirtschaft Tätige an die Politik der SED zu binden.

Gründung: Am 28. 5. 1948 tagten die Gründungsausschüsse der DBD für die fünf Länder der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in Brandenburg/Havel und beschlossen dort die Parteigründung für die SBZ. Am 16. 6. 1948 wurde die DBD von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) zugelassen.

Programm: Die DBD übernahm in ihren programmatischen Aussagen die Generallinie der SED; sie stellte sich auf den Boden der gesellschaftlichen Veränderungen nach 1945, die von der SED intendiert waren. Schichtenspezifisch orientiert, forderte sie die enge Verbundenheit von Arbeitern und Bauern, zudem versuchte sie die Interessen der »werktätigen Bauern« zu artikulieren, dazu begrüßte sie ausdrücklich alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bodenreform. Der I. Parteitag der DBD in Mühlhausen (Juli 1949) verabschiedete ein Programm in diesem Sinne.

Organisation: Als maßgeblich von der SED beeinflußte Partei lehnt sich die Organisationsstruktur der DBD an die SED an. Sie gliedert sich in Ortsgruppen, Kreis- und Bezirksverbände. Der Parteitag wählt den Parteivorstand, der aus seiner Mitte ein Präsidium wählt und ein Sekretariat bestätigt. Auch statuarisch bekennt sich die DBD zu den Prinzipien des »demokratischen Zentralismus«. Offenbar konsolidierte sich die Partei nur sehr langsam, Mitgliederzahlen aus der Gründungsphase sind nicht bekannt. Für 1954 wurden 98 000 Mitglieder genannt, für 1966 80 000; für 1975 wieder 90 000.

Presse: Zentralorgan ist das ›Bauern-Echo‹.

Geschichte: Wie schon in der Gründungsphase deutlich wurde, spielten in der DBD frühere Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der SED eine maßgebliche Rolle. Wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) war auch die DBD eine »Transmissionspartei«, mit der die SED in der Landbevölkerung jene Schichten zu organisieren suchte, die sie selbst nicht erreichen konnte. Daher orientierte sich die Politik der DBD an der jeweiligen Landwirtschaftspolitik der SED. Aber die Entwicklung der Partei verlief nicht konfliktlos: mit dem Beginn der Kollektivierungskampagne in der Landwirtschaft 1952 verließ ein Teil der Mitgliedschaft die Partei wieder. Auch an der Kollektivierungskampagne im Jahre 1960 nahm die DBD aktiv teil. Später propagierte sie den Übergang der »Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften« (LPG) zu industriemäßigen Produktionsmethoden.

Seit der Gründung ist der frühere KPD-Landtagsabgeordnete *E. Goldenbaum* Parteivors. [Mü]

J. Wortman, The Minor Parties in the Soviet Zone of Germany, Diss. phil. University of Minnesota 1958; N. Mattedi, Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjet. Besatzungszone Dtl. 1945–1949, 1966; 25 Jahre DBD, hg. vom Parteivorstand der DBD, Berlin-Ost 1973.

Deutsche Bauernpartei.

Seit 1928 Bezeichnung des → Bayerischen Bauernbundes.

Deutsche Demokratische Partei (DDP).

Aus dem Zusammenschluß der → Fortschrittlichen Volkspartei (FoVP) und Teilen der → Nationalliberalen Partei (NLP) während der Novemberrevolution 1918 hervorgegangene linksliberale Partei.

Gründung: 20. 11. 1918 durch *F. v. Payer, O. Fischbeck, G. Gothein, Th. Wolff, A. Weber, H. Preuß, H. Schacht, H. v. Gerlach, O. Nuschke* u. a.

Programm: Der außerordentliche Parteitag vom 13.–15. 12. 1919 in Leipzig beschloß das Programm der DDP, das durch ein Spannungsfeld von demokratischem Nationalismus und internationalem Friedensdenken geprägt war.

»Die DDP steht auf dem Boden der Weimarer Verfassung, zu ihrem Schutz und ihrer Durchführung ist sie berufen«. Von diesem grundsätzlichen Bekenntnis zur neuen republikanischen Ordnung aus trat die DDP für Volksstaat (Demokratie), Rechtsstaat, Föderalismus und Selbstverwaltung, rechtliche Gleichstellung der Frau, grundsätzliche Heeresreform (Milizsystem) ein. Die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain, Zusammenschluß aller Deutschen in einem Staat, Rückgabe der Kolonien, besonders enge Verbindungen zum Auslandsdeutschtum – zugleich aber auch ein entschiedenes Eintreten für den Völkerbundsgedanken – waren die außenpolitischen Leitlinien. Besonders ausgeprägt, und dem starken Anteil der beamteten Intelligenz (Lehrer) in der DDP Rechnung tragend, waren die kulturpolitischen Aussagen: Lehr- und Lernfreiheit, unentgeltlicher Unterricht, staatliches Schul- und Lehrerbildungsmonopol, Ablehnung der Privatschulen, Trennung von Staat und Kirche, weltanschauliche Neutralität sollten die Eckpfeiler des »deutschen Kulturstaats« werden.

Der »demokratische Staat des sozialen Rechts«, Festhalten an der privatwirtschaftlichen Organisation, Ablehnung des Bürokratismus infolge einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Kampf gegen die Monopole waren die Kernaussagen des auf den gewerblichen Mittelstand, die Bedürfnisse der Fertigwarenindustrie, der Banken und Versicherungen abgestimmten Wirtschafts- und Sozialprogramms. Soziale Leitbilder waren der selbständige Handwerker und mittelständische Unternehmer und der vom »Be-

triebsuntertan« zum »Betriebsbürger« emanzipierte Arbeiter und Angestellte; Ziel war die Harmonie einer demokratischen Wirtschaftsgesellschaft, eine »solidarische Arbeits- und Volksgemeinschaft«, in der die Klassengegensätze durch den Interventionsstaat zum Ausgleich gebracht worden sind.

Organisation: Die Organisationsstatuten der DDP wurden in Berlin auf dem 1. Parteitag (19.–22. 7. 1919) beschlossen. Da nahezu alle Landes-, Bezirks- und örtlichen Organisationen der → FoVP sowie zahlreiche südwestdeutsche, schlesische und sächsische Lokal- und Regionalorganisationen der NLP in der DDP aufgegangen waren, besaß die Partei 1919 einen beachtlichen Organisationsgrad. Wähler und Mitglieder fand sie vorwiegend unter Angestellten, Beamten und dem gewerblichen Mittelstand. An der Spitze der Partei standen der Parteitag und der 155 Mitglieder zählende Parteiausschuß, darunter – zur Sicherstellung einer demokratischen Willensbildung von der Basis her – höchstens 10 Reichstagsabgeordnete. Die eigentliche Führung lag in den Händen des 23köpfigen Vorstands. Vors.: *Weber* (1918), *Fischbeck* (1918–19), *R. Friedberg* (1919–20), *C. Petersen* (1920–21), *A. Erkelenz* (1921–29), *E. Koch-Weser* (1929–30). Besondere Bedeutung für Politik und programmatische Aussagen der Partei und die Mitgliederintegration besaßen die den Vorstand beratenden Ausschüsse, unter anderen: Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe, Mittelstandsausschuß, Agrarausschuß, Ausschüsse für Kultur und Schule, Reichsfrauenausschuß. Vor allem der Ausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe war wegen seiner hervorragenden Rolle bei der Finanzierung der Partei durch Spenden der Verbände und Unternehmer von großem Einfluß (»Mediatisierung der DDP«, L. Albertin). Er vertrat vornehmlich die Interessen der elektrotechnischen, chemischen und metallverarbeitenden Industrie, der Banken und des Handels. *H. Fischer* (Präsident des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und der AEG) war Schatzmeister der DDP, ihm zur Seite stand *Schacht*. – Dem anhaltenden Rückgang des Wähleranteils der DDP entsprach ein beträchtlicher Mitgliederschwund: 1919: ca. 900 000; 1929: ca. 113 000.

Presse: Nahestehende Organe: ›Vossische Zeitung‹ (Berlin), ›Berliner Tageblatt‹, ›Berliner Morgenpost‹ (auflagenstärkste deutsche Tageszeitung), ›Frankfurter Zeitung und Handelsblatt‹; Wochenschriften: ›Die Hilfe‹, hrsg. von *F. Naumann*, ab 1919 von *G. Bäumer* und *Erkelenz*; ›Das demokratische Deutschland‹ (ab 1924: ›Deutsche Einheit‹). Parteikorrespondenzen und Mitteilungen: ›Demokratische Parteikorrespondenz‹ (Berlin 1918–1922), ›Demokratischer Zeitungsdienst‹ (Berlin 1922–1933). Organe der DEUTSCHEN STAATSPARTEI: ›Blätter der Staatspartei‹ (Berlin 1930/31), ›Deutscher Aufstieg‹ (Berlin 1931/33).

Geschichte: Am 16. 11. 1918 erschien im ›Berliner Tageblatt‹ der Aufruf zur Gründung einer »Demokratischen Partei«. Ziel war, den vereinigten Liberalismus im Bündnis mit der Sozialdemokratie zum Träger der neuen republikanischen Ordnung zu machen und gleichermaßen den Gefahren konservativer Restauration wie denen einer Bolschewisierung zu wehren. Die Organisationen der FoVP und der NLP sollten fusionieren, allerdings diejenigen Repräsentanten der alten liberalen Parteien keine Aufnahme finden, die die monarchische Staatsform vertraten, für Annexionen und Kriegsverlängerung eingetreten waren und eine Demokratisierung des preußischen Wahlrechts verworfen hatten. Konsequenz dieses Abgrenzungsbeschlusses war, daß der größte Teil der NLP unter der Führung von *G. Stresemann* das Aufgehen in der DDP ablehnte und am 5. 12. 1918 die → DEUTSCHE VOLKSPARTEI (DVP) gründete.

Die Wahlen zur Nationalversammlung bestätigten eindrucksvoll das Konzept der DDP (74 Mandate, drittstärkste Partei). In der »Weimarer Koalition« aus SOZIALDEMOKRATIE, ZENTRUM und DDP (Kabinett *Ph. Scheidemann*) war sie durch die Minister *Preuß, E. Schiffer, Gothein* vertreten, schied jedoch nach ihrer Ablehnung des Versailler Friedens aus der Regierung aus. Auf dem 1. Parteitag (19.–22. 7. 1919) wurde *Naumann* Parteivors. und Vors. des Parteiausschusses, die sozialliberale Programmatik durch die Wahl ihres prominentesten Vertreters damit bekräftigt.

Durch *Preuß* und *C. Haußmann* (Vors. des Verfassungsausschusses) konnte die DDP die Weimarer Verfassung in einem entscheidenden Maße prägen. Allerdings führten die Auseinandersetzungen um die Flaggenfrage, den Schulkompromiß zwischen → ZENTRUM und SPD und die schließliche Zustimmung zum Betriebsrätegesetz zu einem Prozeß der Fraktionierung und Flügelbildung in der Partei. Weite Kreise des Bürgertums wurden durch das uneinheitliche Erscheinungsbild und Abstimmungsverhalten der DDP, die seit Oktober 1919 mit 3 Ministern an der Regierung *O. Braun* beteiligt war, ebenso irritiert wie durch ihre enge Anbindung an die Sozialdemokratie. Im Kapp-Putsch rief die DDP ihre Mitglieder zum Generalstreik auf, eine kompromißlose Haltung, die jedoch wiederum Teile des sie bislang tragenden Bürgertums verprellte. In der neugebildeten Regierung *H. Müller* war sie durch *Koch-Weser, A. Blunck* und *O. Geßler* (Nachfolger *Noskes* im Reichswehrministerium) vertreten. Die ersten Reichstagswahlen (6. 6. 1920) wurden für die DDP zum »Katastrophentag« (Stephan): sie verlor annähernd 60% ihrer Wähler (79 Mandate) und wurde von der DVP (62 Mandate) weit überflügelt. Gegen eine sozialliberale Minderheit *(Erkelenz, Gertrud Bäumer, W. Heile)* befürwortete der Parteiausschuß den Eintritt in eine Regierung der Mittelparteien *(K. Fehrenbach)* aus ZENTRUM, DDP und DVP. Die DDP-Beteiligung am 1. Kabinett *J. Wirth* stand

unter der Belastung der alliierten Reparationsforderungen und des Londoner Ultimatums vom 5. 5. 1921: 17 Abgeordnete stimmten für, 21 gegen seine Annahme, darunter die prominentesten Vertreter des linken Flügels. Anläßlich der Teilung Oberschlesiens zog die DDP ihre Minister *Schiffer* und *W. Rathenau* (Wiederaufbau) aus der Regierung zurück. Auf dem Bremer Parteitag (12.–14. 11. 1921) verteidigte *Rathenau* seine »Erfüllungspolitik« und sein Konzept einer großen Koalition aus SPD, ZENTRUM, DVP und DDP. Mit Billigung der Fraktion wurde er am 12. 1. 1922 Außenminister im 2. Kabinett *Wirth* (erzielte am 15. 4. 1922 das Rapallo-Abkommen mit der Sowjetunion, am 24. 6. 1922 ermordet). In der Frage eines engen Zusammengehens und einer möglichen Fusion mit der DVP blieb die Partei zerstritten. Der den »Bürgerblock« bekämpfende linke Flügel stellte mit *Erkelenz* den neuen Vorstandsvors., sein Stellvertreter wurde jedoch *H. Fischer*, Repräsentant der industriellen Interessen. Angesichts der sich abzeichnenden Verschmelzung von MSPD und USPD wurde im Juli 1922 eine parlamentarische »Arbeitsgemeinschaft der Mitte« aus den Reichstagsfraktionen von → ZENTRUM, DVP und DDP gebildet. Nach dem Ende der letzten »Weimarer Koalition« (November 1922) unterstützte die DDP die Regierung *W. Cuno: Geßler* (Reichswehr), *R. Oeser* (Inneres). Inflation, Ruhrbesetzung und das Scheitern des passiven Widerstandes gegen Franzosen und Belgier führten Aug.–Nov. 1923 zum 1. und 2. Kabinett *Stresemann*, der von der DDP angestrebten großen Koalition. Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz zur Neuordnung der Finanzen, mehr noch die Kritik am unterschiedlichen Verhalten der Reichswehr *(Geßler)* gegenüber den KPD-SPD-Koalitionen in Sachsen und Thüringen und dem Zögern angesichts des bayerischen Separatismus und der Weigerung *G. v. Kahrs*, den ›Völkischen Beobachter‹ der NSDAP zu verbieten, führte zu scharfen innerparteilichen Konflikten. Der linke Flügel konnte sich nicht durchsetzen: die DDP-Minister blieben im Kabinett; nach dem Sturz *Stresemanns* partizipierte die Partei an der bürgerlichen Koalition aus ZENTRUM, DVP und DDP.

In den Jahren der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik setzte sich der Verfallsprozeß der DDP unvermindert fort (Reichstagswahlen 1924: 5,7% der Stimmen, 28 Mandate). Als nach der – von der DDP einmütig getragenen – Zustimmung zum Dawes-Plan das 2. Minderheitskabinett *W. Marx* durch Aufnahme der → DEUTSCHNATIONALENVOLKSPARTEI erweitert werden sollte, kam es zu einer schweren innerparteilichen Krise: Der eine Öffnung nach rechts ablehnende linke Parteiflügel, der besonders durch die Aktivität des im Sommer 1924 gegründeten »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold« unterstützt wurde, setzte sich durch, führende Vertreter des rechten Flügels *(H. Gerland, C. F. v. Siemens, Schiffer)* traten aus der DDP aus und gründeten die LIBERALE VEREINIGUNG (Ziel: Zusammenschluß von DDP und DVP). Die Absicht der Parteiführung, republikanische Staatspolitik mit einer großen oder der Weimarer Koalition zu verwirklichen, war jedoch bis 1928 nicht zu verwirklichen, die DDP geriet in die Schere zwischen »Bürgerblock« und Minderheitsregierungen. Nach den Dezemberwahlen 1924 (6,3% der Stimmen, 32 Mandate) versuchte sie einerseits die DNVP aus der Regierung *H. Luther* zu drängen, andererseits unterstützte sie die Außenpolitik *Stresemanns* (Locarno-Verträge, Völkerbund). Bei den Reichspräsidentenwahlen 1925 erhielt *W. Hellpach* (DDP) 5,8%; im 2. Wahlgang unterstützte die DDP den Zentrumskandidaten *Marx*. Ab Januar 1926 – nach dem mißglückten Versuch einer großen Koalition unter *Koch-Weser* – war die DDP am 2. Kabinett *Luther* beteiligt; nach dem von ihr herbeigeführten Sturz *Luthers* über den Flaggenerlaß bis Dezember 1926 am 3. Kabinett *Marx*.

Entscheidend in ihrem inneren Zusammenhalt getroffen wurde die DDP durch die Auseinandersetzungen um die Fürstenabfindung und das Verbot der »Schmutz- und Schundschriften«. Als die Partei – trotz programmatischer Festlegung auf den Schutz des Eigentums – die Volksabstimmung über die Fürstenabfindung freigab, verlor sie die Unterstützung der ihr noch verbliebenen Finanzkreise (Austritt *Schachts*). Nach der Zustimmung von 12 Abgeordneten der Reichstagsfraktion zum Gesetz gegen die »Schundliteratur«, trat *Wolff* (führender Repräsentant des linken Flügels) aus der DDP aus und agitierte für die SPD: Der Sozialliberalismus als Integrationsprogramm für eine Massenpartei hatte offenbar versagt.

Nach den Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 (4,9% der Stimmen, 25 Mandate = Rückgang um 21,7%!) war die DDP in der großen Koalition vertreten. Die Ablehnung der SPD-Interpellation gegen den Panzerkreuzer-Bau (Koalitionsfrage!) führte zum tiefen Zerwürfnis zwischen Parteivorstand und den pazifistischen Gruppen der DDP *(L. Quidde)*.

Im Vorfeld der Reichstagswahlen von 1930 zog die DDP unter der Führung von *Koch-Weser* Konsequenzen aus ihrem organisatorischen und finanziellen Niedergang. DDP und VOLKSNATIONALE REICHSVEREINIGUNG (*A. Mahraun*, Hochmeister des »Jungdeutschen Ordens«) erließen am 28. 7. 1930 den Gründungsaufruf zur DEUTSCHEN STAATSPARTEI (DSTP). Bündisch-völkischer Nationalismus, mit Führern der Christlichen Gewerkschaften verbunden *(F. Baltrusch)*, und die Erben *Naumanns* schlossen sich zu einem Parteienverbund zusammen. Der in Treue zur Sozialdemokratie stehende Parteiflügel *(Erkelenz, L. Bergsträsser)* schied daraufhin aus der DDP aus und ging zur SPD, die Pazifisten *(Quidde)* und zahlreiche Jungdemokraten *(E. Lüth, O. Stündt)* gründeten die RADIKALDEMOKRATISCHE PARTEI.

Bei den Reichstagswahlen 1930 zielte die DSTP vergeblich auf eine Sammlung des Bürgertums

(3,8% der Stimmen, 20 Mandate). Nach dem Ausscheiden der VOLKSNATIONALEN REICHSVEREINIGUNG (Ablehnung eines links-liberalen Kurses und des Bündnisses DDP-SPD in Preußen) besaß die DSTP mit 14 Abgeordneten nicht mehr Fraktionsstärke. Der letzte Parteitag der DDP (8.–10. 11. 1930 in Hannover) war zugleich Gründungsparteitag der DSTP (Vors.: *H. Dietrich*), der erhoffte Zusammenschluß zahlreicher bürgerlicher Klubs und Vereinigungen blieb jedoch aus. DDP, dann DSTP unterstützten die Präsidialkabinette *H. Brüning* und das Notverordnungsregiment (*Dietrich:* Finanzen) und März/April 1932 die Wiederwahl *P. v. Hindenburgs* zum Reichspräsidenten. Nach den vernichtenden Wahlniederlagen Juli und November 1932 (1% der Stimmen, 4 Mandate, bzw. 1%, 2 Mandate) löste sich die DSTP durch Parteiaustritte weitgehend auf. Durch Listenverbindung mit der SPD erzielte die Rest-DSTP bei den Märzwahlen 1933 (0,9%) 5 Mandate. Am 23. 3. 1933 stimmte die DSTP für *Hitlers* Ermächtigungsgesetz, am 28. 6. 1933 beschloß der Vorstand die Auflösung der Partei. [Ko]

E. Matthias, R. Morsy, Die dt. Staatspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, 1960; W. Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Gesch. der DDP, 1973; R. Opitz, Dertdt. Sozialliberalismus 1917–1933, 1973; H. Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, 1975; J. C. Heß, »Das ganze Deutschland soll es sein«, Demokrat. Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der DDP, 1978; W. Schneider, Die DDP in der Weimarer Republik 1924–1930, 1978.

Deutsche Fortschrittspartei (DFP).

Aus dem Kampf zwischen König und Parlament um die Heeresreform hervorgegangene linksliberale Partei in Preußen, im Norddeutschen Bund und im Deutschen Reich. Zusammenschluß bürgerlicher Liberaler und ehemaliger 48er Demokraten. Erste Partei im modernen Sinn in Deutschland.

Gründung: 6. 6. 1861 in Berlin durch *L. v. Hoverbeck, M. v. Forckenbeck, B. Waldeck, H. Schulze-Delitzsch, R. Virchow, Th. Mommsen, W. Siemens* u. a.

Programm: Nationale Einheit Deutschlands unter einer starken preußischen Zentralgewalt, Schaffung einer gemeinsamen deutschen Volksvertretung und einer freiheitlichen Verfassungsordnung. Zentrale Forderungen des Programms vom 9. 6. 1861 waren: Entscheidende Zurückdrängung des Einflusses des preußischen Herrenhauses; Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister; umfassende Justizreform; durchgreifende Verwaltungsreform auf Gemeinde-, Kreis- und Provinzebene; Erhaltung der Landwehr, zweijährige Dienstzeit und Sparsamkeit im Militäretat. Die DFP war erklärtermaßen laizistisch und trat für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche ein. Ihr Wirtschaftsprogramm war der klassischen Nationalökonomie und dem Laisser-faire-Prinzip verpflichtet.

Mit dem zweiten Parteiprogramm vom 26. 11. 1878 erklärte sich die DFP für einen konsequenten Ausbau der Reichsverfassung (verantwortliches Ministerium und volle Parlamentarisierung, Stärkung des Parlaments durch Diäten für die Reichstagsmitglieder, definitive Sicherstellung des Rechts zur jährlichen Steuerbewilligung, volle parlamentarische Budgetgewalt auch im Militärhaushalt, d. h. Ablehnung des von *Bismarck* durchgesetzten »Septennats«). In der Wirtschaftspolitik blieb die DFP orthodox anti-interventionistisch und lehnte den Kurswechsel zum Protektionismus (1878/79) ab. In der Sozialpolitik standen die Forderungen nach »gesetzlicher Anerkennung der auf Selbsthilfe gegründeten Vereinigungen« (Genossenschaften) und nach einer Arbeiterschutzgesetzgebung im Mittelpunkt; weitergehende Staatseingriffe wurden abgelehnt.

Organisation: Die Organisation der DFP war in erster Linie auf die Wahlen ausgerichtet. Unter dem Vorsitz von *H. V. v. Unruh* (ab 1866: *W. Loewe-Calbe*) wurde im September 1861 ein Zentralwahlkomitee geschaffen; 1873 wurde es von den Fraktionen des Abgeordnetenhauses und des Reichstags so umgebildet, daß es nur aus den ständig in Berlin lebenden Abgeordneten bestand. Ihm oblag die Hauptarbeit der Wahlvorbereitungen. Unter dem beherrschenden Einfluß *E. Richters,* der 1875 die Führung der Reichstagsfraktion übernahm, blieb die weitgehende Identität von Fraktion und Partei gewahrt. Seit dem ersten Parteitag vom 24. bis 26. 11. 1878 in Berlin lagen Koordination und Leitung der Parteiarbeit bei dem aus fünf Abgeordneten bestehenden Geschäftsführenden Ausschuß. Zur Kandidatenaufstellung bildeten sich jeweils im Vorfeld der Wahlen örtliche Honoratioren-Komitees. Seit der Abspaltung der → NATIONALLIBERALEN PARTEI und dem Aufkommen der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI konnte die Aufstellung der Kandidaten nicht mehr dem Zufall leicht beeinflußbarer Massenveranstaltungen überlassen bleiben: Die Wahlvereine (1884: 169) mit meist 100–200 Mitgliedern (vor allem örtlichen Honoratioren) wurden zur wichtigsten, jedoch schwach entwickelten außerparlamentarischen organisatorischen Basis der DFP (hauptsächlich in Preußen, Sachsen und Hamburg); die Gesamtmitgliederzahl belief sich auf etwa 20 000.

Nach dem Vorbild der DFP entstand 1863 die stärker föderalistisch orientierte DEUTSCHE FORTSCHRITTSPARTEI IN BAYERN. Von der Fortschrittspartei in Württemberg trennte sich 1863 der maßgebliche demokratische Flügel, die DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI, die seit 1868 als → DEUTSCHE VOLKSPARTEI (1) über ganz Süddeutschland ausgedehnt war.

Presse: Wochenschriften ›Der Volksfreund‹ (Berlin 1868–72) und der ›Reichsfreund‹ (Berlin 1882 ff.). Wichtigste der DFP nahestehenden Zeitungen: ›Nationalzeitung‹, ›Vossische Zeitung‹, ›Volkszeitung‹ (alle Berlin). In den seit 1861 erscheinenden ›Deutschen Jahrbüchern für Politik und Literatur‹ fand die DFP ein ihr nahestehendes wissenschaftliches Publikationsorgan.

Geschichte: Im Februar 1861 traten aus der liberalen Fraktion *Vincke* des preußischen Abgeordnetenhauses 19 Mitglieder unter der Führung *Forckenbecks* aus, nachdem ihr Versuch, im Streit um die Heeresreform (dreijährige Dienstzeit, Zurückdrängung der Landwehr zugunsten der Linie) die Gesamtfraktion auf einen entschieden liberalen Kurs festzulegen, gescheitert war. Die spöttisch »Junglithauen« genannte Gruppe (die Mehrzahl ihrer Mitglieder kam aus Ostpreußen) gründete gemeinsam mit Angehörigen des Deutschen Nationalvereins im Juni 1861 die DFP; ihr Wahlprogramm (9. 6. 1861) für die Dezemberwahlen von 1861 wurde zugleich das Parteiprogramm bis 1878. Als stärkste Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus – die neue Partei errang 104 Mandate (1863: 141) – bekämpfte die DFP das Ministerium *Bismarck*, das ohne verabschiedetes Budget, also unter Verfassungsbruch, regierte: Die DFP reklamierte einen der Krone gleichberechtigten Anteil des Parlaments- und damit des Bürgertums – an der staatlichen Macht. Die Erfolge der Kriege von 1864 und 1866 erlaubten es *Bismarck*, am 3. 9. 1866 eine Indemnitätsvorlage im Abgeordnetenhaus einzubringen. 43 Mitglieder der in den Kriegswahlen von 1866 auf 83 Abgeordnete geschrumpften Liberalen Fraktion billigten unter dem Aspekt der Vorrangigkeit der nationalen Frage im nachhinein *Bismarcks* Verfassungsbruch. Der damit offenkundig gewordene Spaltungsprozeß der Liberalen (»Tragödie des deutschen Liberalismus«, F. C. Sell) endete mit dem Austritt des rechten Flügels der DFP und der Gründung der → Nationalliberalen Partei. Im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes drängte die DFP auf eine verfassungsrechtliche Absicherung der Grundrechte, ein konsequent parlamentarisches System und die Ausdehnung des Bundes auf ganz Deutschland: ohne Erfolg versagte sie dem Verfassungsentwurf ihre Zustimmung.

Unter dem Eindruck des Sieges von 1871 und der Reichseinigung nahmen die 45 Abgeordneten der DFP im Deutschen Reichstag von 1871 von ihren verfassungspolitischen Grundsätzen Abstand und stimmten der von *Bismarck* geprägten Reichsverfassung zu. Auch im »Kulturkampf« stand die DFP in ihrer antikirchlichen Tradition an der Seite *Bismarcks* und wurde so langfristig in einen schwerwiegenden Konflikt mit der zweiten großen bürgerlichen oppositionellen Kraft im Reichstag, dem Zentrum, geführt. Erst bei der Auseinandersetzung um die Dauer des Militäretats (»Septennat«) und bei der Ablehnung des Sozialistengesetzes orientierte sich die DFP wieder an ihren verfassungs- und rechtspolitischen Prinzipien. Seit 1875 unter der Führung von *Richter* und *A. Hänel* lehnte die DFP aus den Grundsätzen der Wirtschaftsfreiheit und der Freiheit der sozialen Gruppen heraus gleichermaßen den Kurswechsel zum Schutzzoll (1878) wie die Sozialgesetzgebung ab. Nach erheblichem Einflußverlust (1874: 49 Sitze, 1877: 35, 1878: 26) gelang der DFP 1881 mit 60 Mandaten noch einmal ein beachtlicher Wahlerfolg. Auf der Basis gemeinsamer wirtschafts- und sozialpolitischer Vorstellungen (Freihandel, Selbsthilfe, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine) kam es 1884 zum Zusammenschluß der DFP mit der → Liberalen Vereinigung zur → Deutschen Freisinnigen Partei. [Ko]

U. Steinbrecher, Liberale Parteiorganisation unter bes. Berücksichtigung des Linksliberalismus 1871–1893, Diss. Köln 1960; A. Hess, Das Parlament, das Bismarck widerstrebte, 1964; H. A. Winkler, Preuß. Liberalismus und dt. Nationalstaat. Studien zur Gesch. der DFP 1861–1866, 1964; G. Seeber, Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Gesch. des Linksliberalismus in Dtl. 1871–1893, Berlin-Ost 1965; G. Eisfeld, Die Entstehung der liberalen Parteien in Dtl. 1858–1870, 1969.

Deutsche Freisinnige Partei (DFsP).

Linksliberale, an den freihändlerischen Zielen des Manchesterliberalismus und an einer Parlamentarisierung der Reichsverfassung orientierte Partei im Kaiserreich.

Gründung: Am 5. 3. 1884 Vereinigung der Fraktionen der → Deutschen Fortschrittspartei (DFP) und der → Liberalen Vereinigung (LV) zur DFsP unter *E. Richter, H. Rickert, A. Haenel, L. Bamberger, K. Schrader, F. Schenck v. Stauffenberg, R. Virchow* u. a.

Programm: Das Programm der DFsP vom 5. 3. 1884 basierte weitgehend auf dem der DFP von 1878, kam jedoch in der Frage der Wehrpolitik der nationaleren Orientierung der Sezessionisten entgegen, forderte die »Erhaltung der vollen Wehrkraft des Volkes« und die Einschränkung der parlamentarischen Budgetgewalt über den Militärhaushalt auf das »Triennat«. In der Verfassungspolitik drängte die DFsP auf volle Parlamentarisierung, vor allem auf die »gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums«, und auf die Bewilligung von Diäten, nahm jedoch nicht die Forderung nach fortschreitender Demokratisierung (Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts in Preußen) auf. Die Beilegung des »Kulturkampfes« wurde von der DFsP abgelehnt, sie bestand auf einer konsequenten Trennung von Kirche und Staat. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik war die DFsP von den Vorstellungen des Manchesterliberalismus geprägt, forderte als Partei des Freihandels die Aufhebung der »Bevormundung und Fesselung des Erwerbs- und Verkehrswesens« und bekämpfte die Bildung von Monopolen. In der sozialen Frage plädierte sie für Selbsthilfe durch das »freie Vereinigungswesen der arbeitenden Klassen« und lehnte *Bismarcks* Sozialpolitik als »Staatssozialismus« ab.

Organisation: Das ebenfalls am 5. 3. 1884 beschlossene Organisationsstatut der DFsP legte die Beschlußfassung über Programm und Organisationsänderungen in die Kompetenz des allgemeinen Parteitages, der jedoch nie einberufen wurde. Leitungsgremium der Partei war das für jeweils eine Reichstagslegislaturperiode bestellte Zentral-Komitee, das sich aus den in Berlin anwesen-

den Mitgliedern der Reichstags- und Landtagsfraktionen zusammensetzte (Vorsitz: *Schenck v. Stauffenberg*). Das Zentral-Komitee wählte einen Geschäftsführenden Ausschuß (Vorsitz: *Virchow*, Stellvertreter: *Bamberger*), dem die Wahlkampfleitung übertragen wurde. Die eigentliche Führung der DFsP lag in den Händen des vom Geschäftsführenden Ausschuß bestimmten siebenköpfigen Engeren Ausschusses, der von *Richter* beherrscht wurde; weiter gehörten ihm an: *Rickert, Th. Barth, K. Schrader, H. Hermes, L. Parisius* und *R. Zelle*. Die Verbindung zu den örtlichen Wahlvereinen (1886: 210) der ehemaligen DFP und den wenigen lokalen Organisationen der ehemaligen LV wurde durch Korrespondenten aufrechterhalten.

Presse: ›Freisinnige Zeitung‹, ›Kieler Zeitung‹, ›Volkszeitung‹ und ›Vossische Zeitung‹ (Berlin). Wochenblätter: ›Deutsches Reichsblatt‹, ›Der Reichsfreund‹, ›Die Nation‹. Parteikorrespondenzen: ›Parlamentarische Korrespondenz‹ (Offizielles Parteiorgan ab 1884), ›Liberale Korrespondenz‹.

Geschichte: Auf den Parteitagen vom 15. und 16. 3. 1884 billigten die DFP und die LV mit großer Mehrheit die von den Fraktionen am 5. 3. 1884 beschlossene Vereinigung der beiden Parteien. Die Fusion der Fraktionen schuf zunächst die »große liberale Partei«, die für den erwarteten Thronwechsel als künftige Regierungspartei bereitstehen sollte (60 und 46 Abgeordnete). *Richter* wurde Vors. der DFsP. Bei der folgenden parlamentarischen Auseinandersetzung um die Verlängerung des Sozialistengesetzes wurde deutlich, daß die DFsP sich zwar in der gemeinsamen Ablehnung der Wirtschafts- und Sozialpolitik *Bismarcks* gefunden hatte, aber über keine darüber hinausgehende politische Integration verfügte: Die ehemaligen Sezessionisten (LV) stimmten im Gegensatz zu den Anhängern *Richters* (DFP) für die Verlängerung. Die Reichstagswahlen von 1884 wurden zu einer Enttäuschung: die DFsP errang nur 67 Mandate (17,6 % der Stimmen). Der Kampf um eine Verstärkung der parlamentarischen Budgetgewalt führte die DFsP 1887 bei der anstehenden Verlängerung und Neufestsetzung der Friedenspräsenzstärke des Heeres (»Septennat«) in eine noch schwerere Wahlniederlage. Angesichts des Beharrens der DFsP auf dem »Triennat« bei gleichzeitiger Billigung der von *Bismarck* geforderten Erhöhung der Heeresstärke und der Ablehnung einer Heeresvermehrung durch das → Zentrum löste *Bismarck* am 14. 1. 1887 den Reichstag auf. Bei den »Kartellwahlen« (→ Nationalliberale Partei) verlor die DFsP mehr als 50 % ihrer Mandate und war im Reichstag nur noch mit 32 Abgeordneten vertreten. Ein Jahr später zerschlug sich infolge des frühen Todes *Friedrichs III.* die Hoffnung auf eine liberale Wende in der Reichspolitik. Als Gegner des »Systems Bismarck« erreichte die DFsP 1890 wieder ihr parlamentarisches Gewicht von 1884 mit 66 Reichstagsabgeordneten.

Nach der Entlassung *Bismarcks* durch *Wilhelm II.* bot sich für die DFsP die große Chance einer Verbindung mit der Politik *Caprivis*, dessen Handelsvertragspolitik (Meistbegünstigungsklauseln, Senkung der Getreidezölle) den freihändlerischen Interessen entgegenkam. Allerdings stieß der Versuch *Caprivis*, in der Schulpolitik dem → Zentrum entgegenzukommen (Verbot der Simultanschulen in Preußen) auf den erbitterten Widerstand der Liberalen. Als der in seiner Stellung erheblich geschwächte Reichskanzler 1893 auf eine Heeresvermehrung drängte und im Gegenzug den Liberalen die Verkürzung der Dienstzeit der Fußtruppen auf zwei Jahre anbot, brach der nie aufgehobene Gegensatz zwischen den nationaler orientierten ehemaligen Sezessionisten (LV) und den dogmatischeren Anhängern *Richters* (DFP) offen aus. Entgegen der Fraktionsabsprache stimmten am 6. 5. 1893 sechs Abgeordnete der DFsP der Heeresvorlage zu. Als *Richter* daraufhin ihren Ausschluß aus der Fraktion forderte und sein Antrag mit 27 : 22 Stimmen angenommen wurde, brach die DFsP auseinander. Die ehemaligen Sezessionisten (LV) und eine Gruppe um *Hänel* (DFP) gründeten die → Freisinnige Vereinigung, während die Partei *Richters* sich als → Freisinnige Volkspartei konstituierte. [Ko]

H. E. Matthes, Die Spaltung der Nationalliberalen Partei und die Entwicklung des Linksliberalismus bis zur Auflösung der DFsP, Diss. Kiel 1953; U. Steinbrecher, Liberale Parteiorganisation unter bes. Berücksichtigung des Linksliberalismus 1871–1893, Diss. Köln 1960; G. Seeber, Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Gesch. des Linksliberalismus in Dtl. 1871–1893, Berlin-Ost 1965.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP).

Am 22. 9. 1968 in Frankfurt/M. durch einen »Bundesausschuß zur Neukonstituierung einer Kommunistischen Partei« gegründete politische Vereinigung.

Nach ihrem programmatischen Selbstverständnis (Grundsatzerklärung und Aktionsprogramm von 1969, Grundsatzprogramm von 1978) soll die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht mehr im Wege eines revolutionären Prozesses errichtet werden, sondern schrittweise durch »vereinte Aktion aller sozialistischen und antimonopolistischen Kräfte«. – Die DKP gliedert sich in Grund-, Kreis- bzw. Gebietsorganisationen, Landes- bzw. Bezirksverbände und die höchsten Parteiorgane (Parteitag, Parteivorstand, Sekretariat). – Presse: ›Unsere Zeit‹ (UZ) als Wochenzeitung und seit Oktober 1973 außerdem als Tageszeitung. – Schwerpunkte der politischen Aktivität der DKP liegen in den Bereichen der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie der Jugendpolitik. – Hatte die DKP 1968 50 Betriebsgruppen, so stieg diese Zahl auf rund 450 Ende 1973. Unter den Betriebsräten gehörten jedoch nur ca. 1–2 % der DKP an. Parallel zum Ausbau der Betriebsgruppen nahm die Anzahl der Betriebs- und Wohngebietszeitungen im Zeitraum 1970 bis Ende 1972 erheblich zu. Die Mitglieder der DKP (Ende 1977 fast 42000) wie auch die Zusammensetzung der

Parteitagsdelegierten weisen einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und ein niedriges Durchschnittsalter auf. – Allerdings ist es der DKP bisher nicht gelungen, die Struktur des westdeutschen Parteiensystems wirksam zu beeinflussen, wie die Wahlergebnisse bei Landtags- (ca. 1,2 % der Stimmen) und Bundestagswahlen (0,2 %) zeigen. [DA]

R. Ebbinghausen, P. Kirchhoff, Die DKP im Parteiensystem der Bundesrepublik (Parteiensystem in der Legitimationskrise, hg. von J. Dittberner und R. Ebbinghausen) 1973; G. Walter, Theoret. Anspruch und polit. Praxis der DKP, 1973.

Deutsche Partei (DP).

Föderalistische, christliche, antisozialistische Partei, die hauptsächlich im norddeutschen Raum Bedeutung erlangte.

Gründung: Am 20. 6. 1945 als NIEDERSÄCHSISCHE LANDESPARTEI (NLP) in Hannover durch *K. Biester, L. und W. Kwiecinskie,* in Stade durch *H. Hellwege, H. Meyer-Bülkau* und *F. Wilke.* Weitere Gründerkreise befanden sich in Hameln und in Melle. Gründung auf Bundesebene als DP am 4. 6. 1947.

Programm: NLP: Zusammenschluß der einzelnen Länder und Landesteile Niedersachsens zu einem Gesamtniedersachsen, Gewährleistung der bürgerlichen Grundrechte. Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und Unterstützung der mittleren und kleinen Betriebe in Handel, Handwerk und Industrie. Weitere Zielsetzungen betrafen die Hilfe für Kriegsopfer und die christliche Erziehung der Jugend.

Die DP übernahm im wesentlichen das Programm der NLP und paßte es den politisch-gesellschaftlichen Entwicklungstrends an. 1947 verkündete die Partei »8 Thesen zur Rettung«. Hier bekannte sie sich zum Föderalismus und den christlichen Werten und Normen als den zentralen Prinzipien staatlichen Handelns. Sie setzte sich ein für den Schutz des Privateigentums, für die Interessen der Vertriebenen und Kriegsopfer, die Festlegung »gerechter« Staatsgrenzen sowie einen raschen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Im Parteiprogramm von 1949 traten als wesentliche Punkte noch hinzu: die Ablehnung einer Kollektivschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen der Machthaber des Dritten Reiches und die Forderung nach Beendigung der Entnazifizierung. Die »Goslarer Grundsätze« vom 18. 10. 1952 galten bis zur Auflösung der DP im Jahre 1961. Hauptanliegen dieses Programms waren der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Überwindung der Spaltung Deutschlands sowie die Rückkehr der Vertriebenen in ihre alte Heimat.

Organisation: Die Gesamtpartei gliederte sich in Landesverbände und Kreisverbände; letztere konnten sich zu Bezirksverbänden zusammenschließen. Auf der lokalen Ebene waren die Ortsgruppen angesiedelt.

Zu den Organen der Partei auf Bundesebene gehörten der Bundesparteitag, der Bundesausschuß, das Bundesdirektorium und der Parteivors. Der Bundesparteitag trat einmal im Jahr zusammen. Er beschloß die Grundsätze sowie die Richtlinien der politischen Arbeit der Partei und wählte den Parteivors. Den Bundesausschuß konstituierten der Parteivors., der erste Vors. und je zwei Mitglieder jedes Landesverbandes, zehn vom Bundesparteitag gewählte und fünf vom Direktorium ernannte Mitglieder. – Das wichtigste Presseorgan der NLP waren die ›Niedersächsischen Stimmen‹ (Hannover 1945–1947), der DP die ›Deutschen Stimmen‹ (Hannover 1949–1961).

Geschichte: An die historische und politisch-ideologische Tradition der → DEUTSCH-HANNOVERSCHEN PARTEI anknüpfend, nahm die NLP 1945 die Forderung nach Errichtung eines Landes Niedersachsen wieder auf; auch monarchistische Tendenzen waren in der Parteiführung vorhanden. Auf dem zweiten Parteitag der NLP in Celle im Juni 1947 beschloß die Partei, für ein föderalistisch aufgebautes Deutschland zu wirken und ihren Organisationsbereich auf den gesamten norddeutschen Raum auszudehnen. Gleichzeitig erfolgte auch die Umbenennung in Deutsche Partei (DP); nur der Landesverband Niedersachsen behielt die alte Parteibezeichnung bei. Bei der Wahl zum ersten Bundestag am 14. 8. 1949 erhielt die DP 17 Mandate (4 % der Stimmen). Um eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten (SPD) zu verhindern, trat sie zusammen mit der → FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI (FDP) in eine Koalitionsregierung unter Führung der Christdemokraten (CDU/CSU) ein. Die DP erhielt die Ressorts für Verkehrswesen *(H. Ch. Seebohm)* und Angelegenheiten des Bundesrates *(Hellwege).*

Im Bundestagswahlkampf 1953 ließ die DP ihre Position auf dem rechten Flügel des westdeutschen Parteiensystems deutlich werden. Sie erhielt 3,3 % aller Stimmen und war im 2. Bundestag mit 15 Abgeordneten vertreten.

In den Jahren 1953–1955 vollzog sich im politisch-ideologischen Bereich ein Wandel von einer »nationalen« zu einer konservativen Rechtspartei; ihre programmatischen Aussagen näherten sich in zunehmendem Maße denen der → CDU. In dem Bestreben, eine »dritte« politische Kraft im Parteiensystem der Bundesrepublik zu bilden, erfolgte am 3. 4. 1957 der Zusammenschluß der DP mit der von der → FDP abgesplitterten FREIEN VOLKSPARTEI (FVP) unter dem neuen Namen Deutsche Partei/Freie Volkspartei. Auch mit den anderen kleinen Parteien, z. B. der → BAYERNPARTEI wurden Fusionsverhandlungen geführt, die jedoch ergebnislos blieben. Obwohl die DP im Bundestagswahlkampf 1957 versuchte, sich eindeutig von der CDU zu distanzieren, war sie letztlich auf deren Wahlhilfe angewiesen. Die DP erhielt 3,4 % aller gültigen Stimmen – wie schon 1953 –, konnte jedoch aufgrund der Überlassung sicherer Wahlkreise seitens der CDU 17 Mandate gewinnen, war so wieder im Parlament vertreten und beteiligte sich an der 3. Koalitionsregierung unter *K. Adenauer.*

Innerparteiliche Differenzen traten offen zutage, als *Hellwege* in Niedersachsen 1957 eine Koalition mit der SPD anstrebte. Weitere Meinungsverschiedenheiten in den Fragen der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der Errichtung eines Bundesministeriums für Wissenschaft, Unterricht und Erziehung stellten eine schwere Belastungsprobe für die organisatorische Einheit der Partei dar. Am 1. 7. 1960 kam es zur Spaltung der Bundestagsfraktion: 9 Mitglieder traten zur CDU über. Die Partei war im Parlament nur noch durch eine »Gruppe« vertreten, deren Mitglieder bei Ausschußsitzungen lediglich eine beratende Funktion hatten. Dennoch versuchte die Partei, nochmals in den nächsten Bundestag zu gelangen. In zahlreichen Verhandlungen bemühte sich der Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen, eine Fusion von DP, FDP und → GESAMTDEUTSCHEM BLOCK (GB/BHE) zu erreichen. Am 15. 4. 1961 beschlossen Delegierte der DP und des GB/BHE die Verschmelzung der beiden Parteien zur GESAMTDEUTSCHEN PARTEI (GDP). Bei den Wahlen zum 4. Bundestag (1961) erhielt die GDP aber nur 2,8 % der Stimmen und gelangte somit nicht mehr in das Parlament. In den darauffolgenden Wochen und Monaten traten zahlreiche führende Parteimitglieder aus der GDP aus und schlossen sich der CDU an. Eine Gruppe von Anhängern der ehemaligen DP beschloß im Juni 1962 die Wiedergründung; ihr politischer Handlungsspielraum beschränkte sich jedoch auf Niedersachsen. [Dä]

R. Holzgräber, Die DP – Partei eines neuen Konservatismus, in: M. G. Lange, G. Schulz, K. Schütz, u. a., Parteien in der Bundesrepublik 1955; H. Meyn, Die DP, 1965.

Deutsche Reformpartei (DRP).

Antisemitische Partei, die sich zugleich mit sozialreformerischen Forderungen an gefährdete Mittelschichten wandte. Die DRP war von 1894 bis 1900 Bestandteil der → DEUTSCHSOZIALEN REFORMPARTEI (DSRP) und danach wieder selbständig. Es bestand jedoch bereits 1893/94 eine Partei gleichen Namens.

Gründung: Als ANTISEMITISCHE VOLKSPARTEI am 6./7. 7. 1890 in Erfurt unter Führung *O. Böckels,* 1893 erfolgte die Umbenennung in DRP. Nach der Phase der Integration in der → DSRP entstand durch deren Spaltung auf dem Magdeburger Parteitag 1900 neuerlich die DRP mit *O. Zimmermann* als Vors.

Programm: Das Erfurter Gründungsprogramm enthielt neben antisemitischen Parolen auch Forderungen zur Sozialreform und zur Begrenzung einer schrankenlosen Wirtschaftsfreiheit durch einen starken Staat. Auch die Neugründung von 1900 verstand sich in ihren programmatischen Aussagen als Interessenvertretung der Mittelschichten und geriet in Konfrontation mit kapitalistisch-liberalen und großagrarisch-konservativen Positionen. War der Antisemitismus in den Jahren zuvor noch zurückhaltender artikuliert worden, so rückte er im Programm des Kasseler Parteitags (1906) wieder stärker in den Vordergrund (u. a. in Forderungen nach »Reinerhaltung« der Rasse und des Blutes).

Organisation: Organisatorisch war die DRP (wie die meisten antisemitischen Parteien) zunächst wenig durchgebildet. Ab 1908 wurde eine Vereinheitlichung und Zentralisation angestrebt, doch wirkten sich die internen Streitigkeiten der Spätphase dabei hinderlich aus.

Presse: Vor 1894 der ›Reichsherold‹ (von *Bökkel* in Marburg herausgegeben) und nach 1900 die ›Deutsche Wacht‹ (Dresden 1900–1905), die ›Staatsbürgerzeitung‹ (Berlin 1900–1906) und ›Die Deutsche Reform‹ (ab 1907).

Geschichte: Die Erstgründung der DRP entstand aus der DEUTSCHEN ANTISEMITISCHEN VEREINIGUNG, deren einziges Reichstagsmandat 1887 *Böckel* (Marburg) erreicht hatte. Auf dem Antisemitentag am 10./11. 6. 1889 verließ *Böckel* mit seiner Anhängerschaft diese Vereinigung, insbesondere wegen Divergenzen über die Zusammenarbeit mit den Konservativen. Die neugegründete Partei hingegen bemühte sich, gezielt die Interessen und Ressentiments der Mittelschichten und der Bauernschaft auch gegenüber Kapital und Adel zu propagieren. Anhänger fand sie dabei vornehmlich in Hessen und Sachsen; die Partei erreichte bei ihrem besten Wahlergebnis im Jahr 1890 11 Reichstagsmandate (= 2,8 % der Stimmen). Die strikt antikonservative Haltung *Bökkels,* die sich auch gegen die → CHRISTLICHSOZIALE PARTEI (CSP) und die → DEUTSCHSOZIALE PARTEI (DSP) richtete, geriet innerhalb der Partei zunehmend in die Isolation; dieser Prozeß fand seinen Abschluß durch das Zusammengehen mit der DSP in der → DSRP. Die Neugründung der DRP, diesmal unter Führung von *Zimmermann,* erfolgte nach der Spaltung der → DSRP im September 1900. Allerdings behielt der DRP-Flügel bis zum Berliner Parteitag im Oktober 1903 noch den Namen DEUTSCHSOZIALE REFORMPARTEI und vollzog erst dort die Umbenennung. Die Partei bezog ihre Wählerschaft insbesondere aus ländlichen Gebieten, sie verstand sich abermals als Interessenvertretung der Kleinbauern und der Mittelschichten. Da diese Ausrichtung neben einem antisemitischen und nationalistischen Irrationalismus auch Forderungen nach staatlichen Schutz- und Reformmaßnahmen beinhaltete, waren Konflikte mit dem »Bund der Landwirte«, den Konservativen, aber auch mit der DSP unvermeidlich. Bei den Reichstagswahlen von 1903 erreichte die DRP 6 Mandate (= 1,5 % der Stimmen) und konnte diesen Stand auch 1907 halten. Bei den Reichstagswahlen von 1912 sank sie hingegen auf 3 Mandate (= 0,8 % der Stimmen) ab.

Diesen Bedeutungsverlust konnte die Partei auch nicht durch die zunehmende Konzentration auf antisemitische Propaganda ab 1906 abwenden – im Gegenteil verstärkte die Beschränkung auf dieses Thema den Charakter einer Splitterpartei. Ab 1907, besonders aber nach dem Tode des Vors. *Zimmermann* 1910, ist die Parteigeschichte

gekennzeichnet durch innere Zwistigkeiten, durch Skandale und durch Abspaltungen. Dieser Zerfallsprozeß, verbunden mit Mitgliederschwund auf zuletzt ca. 3000, führte schließlich am 22. 3. 1914 zur neuerlichen Vereinigung mit der DSP (1) zur → DEUTSCHVÖLKISCHEN PARTEI. [PR]

K. Wawrzinek, Die Entstehung der dt. Antisemitenparteien, 1927; M. Broszat, Die Antisemit. Bewegung im Wilhelmin. Dtl., Diss. Köln 1952; P. W. Massing, Vorgesch. des polit. Antisemitismus, 1959.

Deutsche Reichspartei.
→ Reichs- und Freikonservative Partei.

Deutsche Staatspartei (DSTP).
→ Deutsche Demokratische Partei.

Deutsche Volkspartei (1) (DVoP).
Aus der seit 1863 in Südwestdeutschland die Tradition der 48er Demokraten fortführenden DEMOKRATISCHEN VOLKSPARTEI hervorgegangene linksliberale Partei.

Gründung: 20. 9. 1868 in Stuttgart durch *J. Jacoby, L. Sonnemann, J. Haußmann* u. a.

Programm: Der konstituierende Parteitag der DVoP (19.–20. 9. 1868 in Stuttgart) beschloß ein maßgeblich von *Jacoby* vorbereitetes Programm mit den Schwerpunkten: Demokratisierung von Verfassung und Verwaltung, nationale Selbstbestimmung, großdeutscher Föderalismus und internationale Friedensordnung, politische und wirtschaftliche Emanzipation der arbeitenden Klassen (unbeschränkte Koalitionsfreiheit, umfassende Fabrikgesetzgebung). – »Abwehr gegen die Verpreußung« Deutschlands, Schaffung eines Südbundes, freiheitliche Agitation in den von Preußen annektierten Gebieten und in Deutsch-Österreich. – Heeresreform nach dem Vorbild des schweizerischen Milizwesens. Erst mit dem auf dem Münchener Parteitag (21.–22. 9. 1895) verabschiedeten Programm stellte sich die DVoP den 1871 geschaffenen politischen Realitäten: Sie apostrophierte sich als »Partei des Fortschritts«, der »nationalen Gemeinschaft« und der »bundesstaatlichen Selbstverwaltung«. Ihre wichtigsten verfassungspolitischen Forderungen waren: Demokratisierung (Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Länder, Volksentscheid), parlamentarisch verantwortliches Ministerium, Justizreform, Trennung von Staat und Kirche, Heeresreform, jährliches Militärbudget und Abgeordnetendiäten, Ausbau des bundesstaatlichen Prinzips. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik standen im Mittelpunkt: Förderung des Genossenschaftswesens, Kampf gegen Monopole, »Erhaltung und Kräftigung des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes«, Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und des Versicherungswesens, unbeschränkte Koalitionsfreiheit.

Organisation: Der organisatorische Rückhalt der DVoP war außerordentlich schwach. Erst zwei Jahre nach der die Partei erheblich belastenden Reichsgründung begann eine zögernde systematische Durchbildung der Organisation (Heidelberger Vertrauensmännerversammlung vom 4. 5. 1873). Mit dem Organisationsstatut vom 9. 6. 1878 wurde eine jährlich einzuberufende Generalversammlung und ein fünfköpfiger Leitender Ausschuß geschaffen. 1890 trat eine umfassende vereinsmäßige Organisation an die Stelle des bislang eher lockeren Zusammenschlusses: Parteitag als oberstes Gremium, 19köpfiger weiterer und 7köpfiger engerer parteileitender Ausschuß, Parteisekretär, regelmäßig Beitragspflicht der Mitglieder etc. In Württemberg besaß die DVoP eine voll ausgebildete Landesorganisation (Ortsvereine, Landesausschuß, Landesversammlung), in Baden bestand eine gemeinsame Organisation von DVoP und → FREISINNIGER VOLKSPARTEI.

Presse: ›Frankfurter Zeitung‹ (1856ff., hrsg. von *Sonnemann*), ›Beobachter‹ (Stuttgart), ›Deutsches Wochenblatt‹ (Mannheim), ›Demokratische Correspondenz‹ (Stuttgart), ›Neue Badische Landeszeitung‹, ›Straßburger Neue Zeitung‹.

Geschichte: Die aus dem linken Flügel des »Deutschen Nationalvereins« hervorgegangene und um die DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI (1863–1866) kristallisierte bürgerlich-demokratische und großdeutsche Bewegung war 1866 mit ihrer antipreußischen Festlegung und ihrem Kampf gegen eine Lösung der deutschen Frage »von oben« gescheitert. Mit der Gründung der DVoP in Württemberg wurde die Konsequenz aus dieser Niederlage gezogen. Vor allem im Kleinbürgertum verankert und in engem Kontakt zum ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITERVEREIN, war es ihr erklärtes Ziel, von einem nach liberalen Grundsätzen konstituierten Südbund aus nach Preußen einzuwirken und auf diesem Wege doch noch den Traum der 48er Revolution eines demokratischen großdeutschen Bundesstaates zu verwirklichen. 1868 erreichte die DVoP gemeinsam mit dem »Großdeutschen Klub« *(M. Mohl)* die Mehrheit im Stuttgarter Landtag, verlor sie jedoch 1870 an die nationalliberale DEUTSCHE PARTEI *(J. Hölder)*.

Die Reichsgründung von 1871 zwang die DVoP zur Preisgabe ihrer großdeutschen Programmatik und ihrer radikaldemokratisch-partikularistischen Positionen, ein Substanzverlust, der mit der Abkehr zahlreicher ehemaliger 48er Demokraten auch erhebliche Mitgliedereinbußen brachte.

Im Reichstag stand die DVoP (Mandate 1871: 1; 1874: 1; 1877: 4; 1878: 3; 1881: 9; 1884: 7) in schroffer Gegnerschaft zu *Bismarck*, der sie wegen ihrer ausgeprägt parlamentarischen, rechtsstaatlichen und pazifistischen Grundhaltung (Ablehnung des »Septennats«, der Ausnahmegesetzgebung des »Kulturkampfs« und des Sozialistengesetzes) zu den »Reichsfeinden« zählte. In den Kartellwahlen von 1887 verlor die DVoP sämtliche Reichstagsmandate, konnte jedoch nach der längst fälligen organisatorischen Neuordnung ihre alten Positionen wiedergewinnen (Mandate 1890: 10; 1893: 11; 1898: 8; 1903: 6; 1907: 7).

1895 wurde sie die stärkste Fraktion im württembergischen Landtag. Im Reichstag konnte sie keine eigene Fraktion bilden und schloß sich zunächst der → DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI, dann der → DEUTSCHEN FREISINNIGEN PARTEI, ab 1893 der → FREISINNIGEN VOLKSPARTEI in Fraktionsgemeinschaft an. Die Führung der Partei lag seit den 90er Jahren in den Händen von *F. von Payer* und den Brüdern *C.* und *F. Haußmann*. *L. Quidde* wurde zum bedeutendsten Vertreter der pazifistischen und auf eine internationale Friedensordnung zielenden Strömung in der DVoP.

Die programmatische Neuausrichtung von 1895 erweiterte den Einflußbereich der DVoP über die Stammorte (Württemberg, Baden, Franken, Frankfurt) hinaus und brachte zugleich eine inhaltliche Annäherung an die freisinnigen Parteien. In ihrer sozialliberalen Zielsetzung stand sie dem → NATIONALSOZIALEN VEREIN und der → FREISINNIGEN VEREINIGUNG nahe, mit der → FREISINNIGEN VOLKSPARTEI teilte sie die mittelständische wirtschaftspolitische Orientierung, die Ablehnung der Caprivischen Heeresvorlage und der Kolonialpolitik – allerdings wuchs in der DVoP die Kritik am eigenwilligen Führungsstil *E. Richters*.

Der Heilbronner Parteitag (14.–15. 11. 1903) beschloß – in Absage an die Haltung *Richters* – einen Zusammenschluß der linksliberalen Parteien, der Münchener Parteitag (30. 9. 1906) nahm das »Frankfurter Minimalprogramm« (gemeinsame Plattform mit der → FREISINNIGEN VEREINIGUNG) an.

Im Bülow-Block drängte die DVoP vergeblich auf eine Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, in der Frage der Reichsfinanzreform stand sie hinter dem Reichskanzler. Nach dem Auseinanderbrechen des liberal-konservativen Bündnisses 1909 setzte sich die DVoP – gegen den Widerstand ihres linken und pazifistischen Flügels – entschieden für eine Fusion der linksliberalen Parteien ein. Am 6. 3. 1910 verschmolz die DVoP mit der → FREISINNIGEN VOLKSPARTEI zur → FORTSCHRITTLICHEN VOLKSPARTEI. [Ko]

G. Runge, Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871. Erben der 48er Revolution im Kampf gegen die preuß.-kleindt. Lösung der nationalen Frage, 1970; K. Gerteis, L. Sonnemann, 1970; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zw. Revolution und Reichsgründung, 1974.

Deutsche Volkspartei (2) (DVP).

Von *G. Stresemann* geprägte rechtsliberale Erbin des größten Teils der → NATIONALLIBERALEN PARTEI (NLP) in der Novemberrevolution 1918. Gemäßigt monarchisch bis »vernunftrepublikanisch« orientiert, Partei des nationalen mittleren und Großbürgertums; enge Verbindung zur Schwerindustrie.

Gründung: 15. 12. 1918 durch *G. Stresemann, P. Vogel, Clara Mende, H. v. Richthofen, H. Stinnes*.

Programm: Der 2. Parteitag (18.–20. 10. 1919 in Leipzig) beschloß die programmatischen Grundsätze der DVP. Leitmotiv war, »auf der Grundlage nationaler Staatsgesinnung die Vertiefung und Aussöhnung der liberalen und sozialen Gedanken« in der »Volksgesamtheit«. Die DVP erklärte sich »für eine gedeihliche Entfaltung der deutschen Volkskraft nach außen und innen«; für den Zusammenschluß aller Deutscher in einem Staat (großdeutsche Lösung); für eine Revision des »Gewaltfriedens« von Versailles. Sie bot Mitarbeit am Aufbau der Republik an, forderte jedoch zugleich bis 1920 die Wiederherstellung des nationalen Kaisertums. Nachdrücklich artikulierte sich die DVP als Partei des »tüchtigen, leistungsfähigen Beamtentums«.

Auf wirtschaftlichem Sektor bekannte sich die DVP zum Privateigentum an den Produktionsmitteln, lehnte Sozialisierungskonzepte ab und trat für das Genossenschaftswesen ein. Als Instrument zur Lösung der sozialen Frage postulierte sie eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, sie unterstützte die Anerkennung der Gewerkschaften und die gesetzliche Sicherung der Koalitionsfreiheit. Das Arbeiterrecht sollte zeitgemäß weiterentwickelt, ein differenziertes Angestelltenrecht aufgebaut werden. Namentlich engagierte sich die DVP für die wirtschaftlichen Interessen der freien Berufe, der Landwirtschaft und der Industrie, von Handwerk, Handel, Gewerbe und Schiffahrt, Banken- und Versicherungswesen. Sie trat für die politische wie wirtschaftliche Zurückgewinnung der »früheren Weltgeltung Deutschlands« ein und verlangte die Rückgabe der Kolonien.

Organisation: Das Parteistatut der DVP übertrug die Leitung der Gesamtpartei dem Zentralvorstand, der den Parteivors. wählte (1918–1929: *Stresemann*, 1929–1930: *E. Scholz*, 1930–1933: *E. Dingeldey*) und den in seiner Bedeutung im wesentlichen auf die Programmdiskussion reduzierten Parteitag einberief. Aus dem Zentralvorstand ging als eigentliches Führungsgremium der Geschäftsführende Ausschuß hervor, dem die Reichsgeschäftsstelle unterstand. Seit Mitte der 20er Jahre (5., 6. Parteitag 29.–30. 3. 1924 in Hannover, 14. 11. 1924 in Dortmund) gingen die wichtigsten Kompetenzen des Zentralvorstandes an den 12-köpfigen Parteivorstand über (Parteivors., Vors. der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion, Mitglieder des preußischen Staatsrats, 7 vom Zentralausschuß gewählte Mitglieder). Der Zentralvorstand bildete die Reichsausschüsse (vor allem bedeutsam: Reichsausschuß für Handel und Industrie, *O. Hugo;* Reichsbeamtenausschuß, *H. Morath, H. v. Eynern;* Reichsangestellten- und »Mittelstandsausschuß«, *O. Thiel*). Die relativ schwach entwickelte organisatorische Basis der DVP war nach der Wahlkreiseinteilung gegliedert (Wahlkreisverbände, Kreis- und Ortsvereine), die Delegiertenzahl zum Parteitag richtete sich nach der Anzahl der Wähler. Mitglieder 1919: 170 000; 1920: 800 000, seit Mitte der 20er Jahre starker Mitgliederverlust an die → DEUTSCHNATIONALE VOLKSPARTEI, 1932 nur noch wenige Tausend.

Nahestehende und angeschlossene Organisationen: Reichsfrauentagung der DVP *(Mende)*, Reichsklub der DVP. Unterstützende Verbände (Repräsentanten in der Führung der DVP): Reichsbund der höheren Beamten *(Scholz)*, Deutscher Beamtenbund, Hansa-Bund für Handel, Gewerbe und Industrie *(J. Riesser)*, Verband Sächsischer Industrieller *(R. Schneider)*, Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes *(Riesser)*, Deutscher Versicherungs-Schutzverband *(P. Moldenhauer)*, Reichs-Landbund *(K. Hepp)*, Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller *(C. Kaufmann)*, Zentralverband des Deutschen Großhandels *(O. Keinath)*.

Presse: ›Nationalliberale Korrespondenz‹, ›DVP-Nachrichtenblatt‹, ›Deutsche Stimmen‹, ›Erneuerung‹ (seit 1931). Nahestehende Zeitungen: ›Deutsche Allgemeine Zeitung‹, ›Die Zeit‹ (Berlin), ›Kölnische Zeitung‹, ›Hannoverscher Kurier‹, ›Schwäbischer Merkur‹, ›Weser-Zeitung‹, ›Königsberger Allgemeine Zeitung‹.

Geschichte: Nach dem Scheitern der Fusionsverhandlungen (15.–18. 11. 1918) zwischen der → Fortschrittlichen Volkspartei (FoVP) und der → Nationalliberalen Partei (NLP) riefen *Stresemann* und *R. Friedberg* (Vorstand der NLP) und *O. Wiemer* und *J. Kopsch* (rechter Flügel der Freisinnigen Volkspartei) angesichts der Gründung der → Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zur Bildung einer Partei des nationalen Liberalismus und der Vertretung der bürgerlichen Interessen auf. Trotz des Übertritts von *Friedberg* zur DDP gelang es *Stresemann* – nunmehr alleiniger Vors. der NLP – die Mehrheit der Landesverbände auf seinen Kurs festzulegen. Am 15. 12. 1918 beschloß der Zentralvorstand der NLP mit knapper Mehrheit, die Partei als DVP fortzuführen.

Bei den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung erreichte die DVP 4,4 % (22 Mandate) und war dem Linksliberalismus der DDP weit unterlegen (18,6 %; 75 Mandate). In enger Verbindung zur Schwerindustrie an Rhein, Ruhr und Saar (*Stinnes, A. Vögler, K. Sorge, H. Röchling, Riesser*), zu Chemie- und Elektrokonzernen (*A. Haeuser, W. D. Kulenkampff, W. F. Kalle, Vögler*), zu Großbanken (*Riesser, E. G. v. Stauss*), Großhandel (*W. Dauch*), zahlreichen Handels- und Gewerbekammern (*Hugo*) und namentlich zur sächsischen Fertigwarenindustrie (*Stresemann* war Syndikus des Bundes sächsischer Industrieller) bezog die DVP eine entschiedene Oppositionshaltung gegen die Weimarer Koalition. Sie orientierte sich nach rechts zur → Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), mit der sie auch Listenverbindungen eingegangen war. Im Kapp-Putsch sympathisierte sie zwar mit den Zielen von *W. Kapp* und *W. von Lüttwitz*, lehnte aber einen gewaltsamen Umsturz – und damit die Beteiligung an einer Rechtsregierung – ab, erklärte sich jedoch ebenso entschieden gegen die Ausrufung des Generalstreiks. Das Festhalten an den nationalliberalen besitz- und bildungsbürgerlichen Kategorien zahlte sich für die DVP aus (Reichstagswahl 1920: 13,9 %, 62 Mandate), sie drang weit in das Wählerpotential der DDP ein. Im Juni 1920 trat die DVP der Regierung *K. Fehrenbach* bei und gab damit ihre grundsätzliche Opposition gegen die Republik auf. Nach der Annahme des Londoner Ultimatums (Reparationsfrage) schied die DVP aus der Regierung aus (Mai 1921), blieb in Opposition zu den Kabinetten *J. Wirth* und unterstützte dann entschieden die Politik des passiven Widerstands *(W. Cuno)* gegen die Ruhrbesetzung. Nach dem Scheitern des Ruhrkampfs und dem finanziellen Ruin (Inflation) wurde *Stresemann* Reichskanzler und Außenminister (2 Kabinette: Aug.–Okt. 1923, Okt.–Nov. 1923). Aus außenpolitischen Gründen (Verständigung mit den Westmächten) hatte er das Zusammengehen mit der DNVP zugunsten einer Großen Koalition aus Sozialdemokratischer Partei (SPD), Zentrum, DDP und DVP preisgegeben. Bis zu seinem Tod (3. 10. 1929) prägte *Stresemann* die deutsche Außenpolitik im Geiste der Völkerverständigung und des europäischen Zusammenschlusses (Dawes-Plan, Locarno-Pakt, Völkerbund). Vom Imperialisten und Annexionspolitiker war er zum vielgescholtenen »Erfüllungspolitiker«, zu einem nationalen Realisten geworden. Durch die Hinwendung zum Staat der Weimarer Verfassung bekam die DVP eine Schlüsselposition bei den koalitionspolitischen Alternativen (Weimarer Koalition, Große Koalition, Bürgerblock). Zugleich verlor sie jedoch durch die grundsätzliche Bereitschaft zur Regierungsbildung mit der SPD einen Großteil ihrer bürgerlichen Wähler an die DNVP (Reichstagswahlen Mai 1924: 9,2 %, 45 Mandate; Dez. 1924: 10,1 %, 51 Mandate; 1928: 8,7 %, 45 Mandate; 1930: 4,5 %, 30 Mandate). Teile der sie unterstützenden Schwerindustrie hatten sich bereits bei der Bildung der Großen Koalition unter *Stresemann* von der DVP abgewandt (Gründung der »Nationalliberalen Vereinigung« durch *Vögler*). *Stresemann* verhinderte die Forderung des rechten Flügels *(Hugo)*, nach dem Zusammengehen mit der DNVP bei der Reichspräsidentenwahl 1925 und den Bürgerblockregierungen (1. Kabinett *H. Luther* 1925, 4. Kabinett *W. Marx* 1927–28), den Zusammenschluß der Parteien folgen zu lassen. Angesichts des allgemeinen Niedergangs des Liberalismus setzte er seit 1928 auf eine Sammlung der bürgerlichen Mitte. *Stresemanns* Tod (3. 10. 1929) und die Rechtsorientierung des Bürgertums in der Weltwirtschaftskrise führten zu einer Erosion der Wählerschaft der DVP und zu einer Akzentverlagerung zur »antimarxistischen Wirtschaftspartei«. *Stresemanns* Nachfolger im Parteivorsitz, *Scholz*, mußte dem Druck des Wirtschaftsflügels nachgeben: Die DVP, eine der Stützen der Großen Koalition des Kabinetts *H. Müller* bereitete durch die Verweigerung einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung dem Ende des Parlamentarismus den Weg. Das 1. Präsidialkabinett *H. Brüning* wurde als willkom-

mene Alternative zur Parlamentsherrschaft zunächst von der gesamten DVP gestützt. Bereits Mitte 1930 bereiteten jedoch der rechte und der industrielle Flügel einen Kurswechsel vor. Im Nov. 1930 wurde *Scholz* durch *Dingeldey* als Parteiführer abgelöst. *Dingeldey* drängte auf eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten (NSDAP). Mit seinen »Kampfzielen der DVP« (April 1931) versuchte er vergeblich, das national und rechtsorientierte Bürgertum in der DVP zusammenzufassen.

Teile der DVP unterstützten das Treffen der Rechten in Bad Harzburg, im Okt. 1931 ließ die DVP *Brüning* fallen. Die noch am Kurs *Stresemanns* festhaltende innerparteiliche Opposition der »Protestanten« *(J. Curtius, S. v. Kardorff, v. Eynern, A. Graf zu Dohna)* wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die DVP versuchte nun vergeblich, *F. v. Papen*, dann *K. v. Schleicher* zu stützen. Den katastrophalen Wahlniederlagen 1932 (Listenverbindungen mit der DVNP; Juli: 1,2 %, 7 Mandate; Nov. 1,9 %, 11 Mandate) folgte die Auflösung der Partei, dennoch verhinderte *Dingeldey* den vom rechten Flügel geforderten, geschlossenen Übertritt zur DNVP. Im Wahlbündnis mit dem CHRISTLICH-SOZIALEN VOLKSDIENST und der DEUTSCHEN BAUERNPARTEI erhielt die DVP bei den Märzwahlen 1933 1,1 % (2 Mandate). Der rechte Flügel trat zur NSDAP über, die noch verbliebenen Gruppen faßte *Dingeldey* Mai/Juni 1933 zur »Reichsgemeinschaft der DVP« zusammen. Sie löste sich am 4. Juli 1933 auf. [Ko]

R. Thimme, Stresemann und die DVP 1923–1925, 1961; W. Hartenstein, Die Anfänge der DVP 1918–1920, 1962; L. Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der DVP, 1970.

Deutsch-Hannoversche Partei (DHP).

Regionale, konservative Partei. Entstanden aus antipreußischem, zeitweise separatistischem Affekt.

Gründung: Winter 1869/70 durch Zusammenfassung föderalistischer Kräfte unter Führung des ortsansässigen Adels (*A. von Münchhausen, L. A. Brüel, B. von Hodenberg* u. a.) im »Hannoverschen Wahlverein«, der die unmittelbare Vorstufe für die Partei bildete.

Programm: Durchgängige Grundforderung aller Verlautbarungen der DHP war die Wiederherstellung der »legitimen Rechte« Hannovers und seines Königshauses. Dies bedeutete im Wilhelminischen Reich eine Ablehnung des preußisch geführten Nationalstaates mit dem Ziel einer eigenständigen welfischen Monarchie in einem allenfalls föderalistischen großdeutschen Reich (so z. B. im Wahlaufruf von 1878). Mit dem Partikularismus verband sich zudem ein romantisch-restauratives Staatsverständnis und ein »organisches« Gesellschaftsideal. Im Programm von 1919 forderte die DHP eine ausgleichende Sozialreform und eine staatliche Förderung der Mittelschichten. Auch die partikularistischen Ziele waren angepaßt im Sinne eines Freistaates Hannover, später lediglich eines Landes Niedersachsen. Gleichwohl blieb auch in der Weimarer Republik das monarchistische Ideengut in der Partei präsent.

Die Organisation der Partei war wie ihre Wählerschaft auf die welfischen Stammgebiete um Hannover beschränkt. Sie war im Kaiserreich durch den Charakter einer adelig geführten Honoratiorenpartei geprägt; das bürgerliche Element gewann hingegen in der Weimarer Republik, insbesondere durch die Agitation für das Volksbegehren, an Bedeutung.

Presse: ›Deutsche Volkszeitung‹ (Hannover, ab 1873; ab 1924 als ›Hannoversche Landeszeitung‹).

Geschichte: In den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens konzentrierte sich die Partei auf die Aufrechterhaltung des Protestes gegen das »Unrecht von 1866«, die Annexion Hannovers durch Preußen. Ihre Politik im Reichstag war darum strikt antipreußisch und führte demgemäß zu einer überwiegend oppositionellen Haltung gegenüber der Reichsregierung. Da ihre Anhängerschaft aus diesem Grund regional begrenzt war, betrieb die DHP während des Kaiserreichs ein kontinuierliches Wahlbündnis mit dem → ZENTRUM und arbeitete auch im Reichstag mit dieser Fraktion zusammen. Die Wahlergebnisse zeigten zunächst Beständigkeit: die »Welfen« zogen in den ersten Reichstag 1871 mit 7 Abgeordneten (1,6 % der Stimmen) ein. Ihren größten Erfolg erreichte die DHP in der Reichstagswahl von 1884 mit 11 Mandaten (2,8 %), in der Reichstagswahl des Jahres 1890 erhielt sie noch einmal dieselbe Mandatszahl. Es setzte dann jedoch ein nahezu kontinuierlicher Stimmenschwund ein, der maßgeblich wohl durch den Bedeutungsverlust des regionalen Protestpotentials bedingt und der in der letzten Vorkriegswahl des Jahres 1912 bei einem Ergebnis von 5 Mandaten (1,3 %) endete. Die Partei verfolgte ihre Ziele auch durch die Zusammenarbeit mit anderen separatistischen Bestrebungen, so insbesondere 1893 durch die zeitweilige, lockere Verbindung mit kurhessischen, mecklenburgischen und braunschweigischen Gruppen zur DEUTSCHEN RECHTSPARTEI. Die extrem föderalistische Linie, die auch zur Ablehnung der Rüstungs- und Kolonialpolitik führte, wurde erst im 1. Weltkrieg zugunsten einer Regierungsunterstützung aufgegeben. Nach Kriegsende verstärkte die Partei erneut ihren Einsatz für eine Absonderung Hannovers: sie beteiligte sich an der Gründung von lokalen Freikorps und versuchte mit deren Hilfe vergeblich, während des Kapp-Putsches eine Republik Hannover auszurufen. Die DHP beschränkte sich in den nachfolgenden Jahren auf eine republikanische Form der Selbständigkeit und forderte eine Volksabstimmung zur Bildung des Landes Niedersachsen. Das hierfür erforderliche Volksbegehren brachte am 28. 5. 1924 jedoch nicht die notwendige Stimmenzahl. Von diesem Zeitpunkt an folgte ein Niedergangsprozeß, den auch der lockere Zu-

sammenschluß mit dem BAYERISCHEN BAUERN- UND MITTELSTANDSBUND und der → REICHSPARTEI DES DEUTSCHEN MITTELSTANDES zur WIRTSCHAFTLICHEN VEREINIGUNG (1924) nicht aufhalten konnte. So konnte die Partei im 1. Reichstag 1920 bei 1,1 % der Stimmen noch 4 Abgeordnete stellen, bei der Novemberwahl 1932 erreichte sie mit 0,2 % ein einziges Mandat. Nachdem auch dieses in der Wahl des Jahres 1933 verlorenging und die Mehrzahl ihrer Anhänger zu den Nationalsozialisten abgewandert war, löste sich die DHP am 1. 7. 1933 offiziell auf. [PR]

W. Leffler, Ursachen und Anfänge der Deutschhannoverschen (welfischen) Bewegung 1866–1870, Diss. Rostock 1932; H. Prilop, Die Vorabstimmung in Hannover, Diss. Hamburg 1954.

Deutschkonservative Partei (DKonsP).

Wichtigste adelige und großagrarische Partei im 2. Deutschen Kaiserreich. Honoratiorenpartei mit preußisch-monarchistischer Ausrichtung.

Gründung: Die Gründung erfolgte als Neukonstituierung der preußischen Konservativen auf einer Versammlung am 7. 6. 1876 in Frankfurt/M. Es wurde dabei ein von *O. H. v. Helldorf-Bedra* verfaßter Aufruf veröffentlicht, dem sich in der Folgezeit die Mehrzahl der preußischen Konservativen anschloß.

Programm: Der Gründungsaufruf forderte die Besinnung auf die geschichtlichen Grundlagen der Monarchie, die eine sichere Ordnung für Landwirtschaft und Gewerbe wie auch den Schutz der konfessionellen Volksschule gewährleisten sollten. Er wandte sich gegen einen »schrankenlosen« Liberalismus im Wirtschaftlichen ebenso wie gegen Demokratisierung im Politischen (z. B. durch Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts). Bis 1918 hatte dann das sog. »Tivoli-Programm« von 1892 Gültigkeit. Es enthielt zusätzliche Schutzforderungen im Sinne der Kirchen und antisemitische Akzente. Neben dem Zollschutz für Industrie und Landwirtschaft legte die Partei besonderen Wert auf ein staatliches Vorgehen gegen die Sozialdemokratie und andere »vaterlandslose« Kräfte.

Organisation: Der erste organisatorische Schritt war im Juli 1876 die Gründung des »Wahlvereins der Deutschkonservativen«, der insbesondere die Außendarstellung der Partei betrieb und gemeinsam mit den Fraktionen in Preußen und im Reich die Partei repräsentierte. Geleitet wurde der Wahlverein durch einen sich selbst ergänzenden Vorstand. Seit 1889 wurde die Partei geführt durch den sogenannten 11-er Ausschuß, dessen beherrschendes Mitglied bis 1918 *E. von Heydebrand und der Lasa* war. Die Kandidatenaufstellung erfolgte in lokalen Komitees, in denen die jeweiligen Honoratioren dominierten. Die innere Organisation war entsprechend schwach durchgebildet, die Führung war autokratisch und die Parteitage übten zumeist keinen inneren Einfluß aus. Wesentliche organisatorische und propagandistische Aufgaben wurden in der Folgezeit durch den »Bund der Landwirte« durchgeführt.

Presse: ›Kreuzzeitung‹ (Berlin), die jedoch zeitweise von der Linie der Parteiführung abwich; ›Hallesche Zeitung‹, ›Schlesische Morgenzeitung‹, ›Potsdamer Tageszeitung‹, ›Reichsbote‹, (ab 1911).

Geschichte: Die Gründung der DKonsP auf nationaler Ebene bedeutete eine nachträgliche Zustimmung zu der *Bismarck*schen Reichseinigung, gegen die die Konservativen zunächst starke föderalistische Vorbehalte erhoben. Preußen blieb gleichwohl für die Partei während ihrer gesamten Geschichte die wichtigste Bastion. Ein wesentlicher Grund dafür war das dortige Dreiklassenwahlrecht, das der DKonsP eine Überrepräsentation sicherte, die sich über den Bundesrat auch auf die Politik des Reiches auswirken konnte. Die Wahrung der Eigenständigkeit und der Dominanz Preußens im Reich und die Erhaltung des ungleichen Wahlrechts zählten darum stets zu den elementaren Interessen der Partei. Zudem verfügte sie über so gute informelle Kontakte zur Exekutive, daß sie die parlamentarische Arbeit getrost vernachlässigen (bzw. diffamieren) und autokratische Regierungsformen fordern konnte.

Die innerparteiliche Vorherrschaft der preußischen Adeligen, insbesondere der ostelbischen Rittergutsbesitzer bewirkte ein fortwährendes Eintreten für großagrarische Interessen. Dies wurde deutlich etwa im Einsatz für stetig erhöhte Schutzzölle in den Jahren 1878 bis 1887 und in der engen personellen Verschmelzung mit dem 1893 gegründeten »Bund der Landwirte«. Mit diesem gemeinsam agitierte die DKonsP z. B. nach *Bismarcks* Sturz gegen die »liberalere« Handelsvertragspolitik *Caprivis*, sie wurde von dem Bund fortwährend politisch-organisatorisch und finanziell unterstützt. Der anhaltende großagrarische Einfluß in der Partei bewirkte allerdings auch, daß alle Versuche, den Einfluß auf breitere Schichten, besonders des gewerblichen Mittelstandes, auszudehnen, über Ansätze nicht hinausgelangten. Der skizzierte Kurs blieb jedoch in der Partei nicht ohne Opponenten: so waren insbesondere für die achtziger Jahre Konflikte zwischen der Parteiführung und der sog. »Kreuzzeitungsgruppe« kennzeichnend. Diese sozialkonservativ orientierte Gruppe vertrat unter Führung von *W. von Hammerstein-Schwartow* noch bis 1879 Freihandelspositionen, sie lehnte auch 1884 die Unterstützung *Bismarcks* durch das Kartell gemeinsam mit Freikonservativen und Nationalliberalen ab, da sie aus dieser Konstellation eine anti-kirchliche Politik befürchtete. Ihren stärksten Einfluß erreichte die Gruppe im Jahre 1892, als es ihr gelang, zu einem maßgeblichen Teil »christlich-soziale« und antisemitische Ideen in das Tivoli-Programm einzubringen. Nachdem sich die Christlichsozialen durch den Austritt ihres Führers *A. Stoecker* aus der Partei herauslösten und sich in der neukonstituierten → CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI (CSP) verselbständigten, verlor diese Richtung in der DKonsP rapide an Einfluß. Trotz der Kontroversen um die Wirtschafts-

und die Außenhandelspolitik unterstützte die DKonsP auch die Reichskanzler nach *Bismarck*, insbesondere in den Fragen der Außen-, Rüstungs- und Kolonialpolitik. Allerdings vertrat sie einen Vorrang der Ostexpansion gegenüber der überseeischer Kolonien (und demgemäß eine Bevorzugung des Heeres gegenüber der Flotte). Auch nach der Jahrhundertwende setzte sich die DKonsP für eine starke Stellung des Kaisers und der Exekutive und das besondere, eigenständige Gewicht Preußens im Reich ein. Im Jahre 1906 gelang es dem Reichskanzler *B. von Bülow*, sich eine Unterstützung durch einen neuen Block der konservativen Parteien, der Nationalliberalen und der Linksliberalen zu sichern. Der sog. »Bülow-Block« scheiterte jedoch bereits im Jahr 1908 an der Finanzreform: die Konservativen verhinderten die Einführung der Erbschaftssteuer als Reichssteuer gemeinsam mit dem ZENTRUM und bildeten mit diesem fortan die »schwarzblaue« Reichstagsmehrheit.

Die Reichstagswahlen dieses Zeitabschnitts zeigen für die DKonsP einen kontinuierlichen Abwärtstrend: zwischen 1893 und der letzten Wahl im Jahr 1912 sanken ihre Mandate von 72 (18,1 % der Stimmen) auf 43 (10,8 %) ab, ein Prozeß, der unter anderem durch die einseitige, agrarische Orientierung bedingt war.

Im 1. Weltkrieg verfocht die DKonsP extrem expansive Kriegsziele, die vornehmlich nach Osten gerichtet waren. Sie unterstützte darin den »Alldeutschen Verband« und förderte 1917 die Gründung der »Deutschen Vaterlandspartei«. Sie bekämpfte die Initiativen für einen Verständigungsfrieden und betrieb aus diesem Grund die Ablösung des Reichskanzlers *Th. von Bethmann-Hollweg*. Auch sträubte sie sich gegen alle Versuche einer Verfassungsreform und einer Änderung des preußischen Wahlrechts. Nach der Abdankung des Kaisers löste sich die DKonsP im November 1918 auf; ein Großteil ihrer Mitglieder wechselte in die neugegründete DEUTSCHNATIONALE VOLKSPARTEI über, in der insbesondere der letzte Vors. ihrer Reichstagsfraktion, *K. Graf von Westarp*, eine wichtige Rolle übernahm. [PR]

H. Booms, Die DKonsP, 1954; H.-J. Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preuß. Konservatismus, 1966.

Deutschnationale Volkspartei (DNVP).

Bürgerlich-antidemokratische Rechtspartei, die vornehmlich die Interessen der Großagrarier und Schwerindustrie vertrat.

Gründung: 24. 11. 1918 in Berlin durch Zusammenschluß konservativer Vorkriegsparteien. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten 8 Vertreter der → DEUTSCHKONSERVATIVEN PARTEI (unter anderen *H. Dietrich, M. Schiele, K. Graf von Westarp*), 9 der → REICHS- UND FREIKONSERVATIVEN PARTEI (unter anderen *J. Bredt, S. von Kardorff*), 3 der → CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI (*W. Wallbaum*), der Vors. der → DEUTSCHVÖLKISCHEN PARTEI, *F. Werner*, sowie Anhänger antisemitischer Gruppen.

Programm: Programmatische Geltungskraft bis zum Jahre 1920 besaßen der Gründungsaufruf vom 24. 11. 1918 sowie die »Richtlinien der DNVP«, die dem Aufruf des Parteivorstandes vom 27. 12. 1918 aus Anlaß der Wahl zur Nationalversammlung beigefügt waren. Die »Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei« vom 9. 4. 1920 gliederten sich in 3 Abschnitte: 1. Erneuerung des deutschen Kaisertums, Wahl einer Volksvertretung und eines nach Berufen gegliederten Gremiums, Wiedererwerb von Kolonien, Kampf gegen die Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit. 2. Vertiefung des christlichen Bewußtseins, Unterrichtung der Kinder in Bekenntnisschulen und der Ausbau des Schul- und Hochschulwesens. 3. Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln vor Sozialisierungsplänen, Aufhebung der Zwangswirtschaft, Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, vor allem durch Unterstützung des selbständigen Mittelstandes.

Organisation: Nach der Satzung, die auf dem Parteitag in Hannover im Oktober 1920 beschlossen wurde, war der Parteivorstand das höchste Organ der Partei. Zu ihm gehörten die Parteileitung, die Hauptgeschäftsstelle sowie verschiedene Ausschüsse. Daneben gab es die Parteivertretung, den Parteitag, die Landesverbände, Kreisvereine und Ortsgruppen. Der Parteivorstand, der aus dem Vors. und 45 Mitgliedern bestand, wurde von der Parteivertretung gewählt. Die Parteileitung, die die Beschlüsse des Parteivorstandes ausführte, setzte sich zusammen unter anderem aus dem stellvertretenden Vors., dem geschäftsführenden Vorstand, dem Schatzmeister, den Vors. des Reichs-Presseausschusses. Die Parteivertretung wurde gebildet aus den Mitgliedern des Parteivorstands, den Vors. der außerpreußischen Landtagsfraktionen, je 3 Vertretern der ständigen Parteiausschüsse, den Vors. der Landesverbände und je einem Vertreter für je Zehntausend ihrer Mitglieder. Die Satzung wurde auf dem 4. Parteitag im Oktober 1922 in Görlitz sowie durch Beschlüsse der Parteivertretung vom 24. 3. und 7. 12. 1926 in Berlin geringfügig geändert.

Presse: ›Unsere Partei‹ (April 1919–Dez. 1921, Aug. 1925–1933); Zeitschrift ›Deutsches Wollen. Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei‹ (April 1919–Juli 1920); ›Neue Preußische Kreuzzeitung‹, ›Deutsche Tageszeitung‹, ›Deutsche Zeitung‹.

Geschichte: Die alten konservativen Parteien, die sich 1918 zur DNVP zusammengeschlossen hatten, waren bereit, zugunsten einer Sammlungsbewegung ihre Selbständigkeit aufzugeben, um nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches konservatives »Staats-und Kulturgut« zu erhalten, den Großgrundbesitz vor Enteignung und die Schwerindustrie vor Sozialisierung zu bewahren. Die DNVP war bestrebt, in der politischen Öffentlichkeit als eine Neugründung zu erscheinen und nicht als Fortsetzung der alten Vorkriegspar-

teien; sie bekannte sich zwar verbal zur republikanischen Staatsform, ihre konkreten politischen Ziele aber waren die Bekämpfung der parlamentarischen Demokratie und die Restaurierung der Monarchie.

In den ersten Jahren war die Partei durch interne Machtkämpfe gekennzeichnet. Es bildeten sich zwei Gruppen heraus: 1. die Alldeutschen, Völkischen und Extremkonservativen, die eine Regierungsbeteiligung gänzlich ablehnten. 2. ein gemäßigter Parteiflügel, der bereit war, im Rahmen der parlamentarisch-demokratischen Ordnung mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten, ohne jedoch auf das Ziel, die Wiedereinführung der Monarchie, zu verzichten.

Nach dem Kapp-Putsch am 13. 3. 1920 wuchsen die parteiinternen Spannungen, da der völkische Flügel die Partei bereits seit 1919 auf einen antisemitischen Kurs festzulegen beabsichtigte. Schon kurze Zeit nach dem Görlitzer Parteitag (Oktober 1922) spaltete sich die »Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft« von der Partei ab und gründete im Dezember 1922 die → Deutschvölkische Freiheitspartei. Bei den Wahlen zum Reichstag am 4. 5. 1924 konnte die DNVP 21,4 % der Stimmen gewinnen und stellte mit 106 Mandaten die stärkste Fraktion im Parlament. Wesentlich war dabei die Unterstützung, die die DNVP seitens des Reichs-Landbundes, der Nachfolgeorganisation des Bundes der Landwirte, erfuhr, und die geschlossene Haltung in der Reparationsfrage vor der Wahl. Sie betonte, der Dawes-Plan sei ein das Reich »versklavender Erfüllungsplan«. In der entscheidenden Abstimmung am 29. 8. 1924 im Reichstag stimmten jedoch 48 Mitglieder der DNVP-Fraktion für das verfassungsändernde Reichsbahngesetz (bei 52 Gegenstimmen aus der Fraktion) und ermöglichten damit die Annahme des Dawes-Plans, dessen Scheitern die DNVP letztlich doch nicht verantworten wollte.

Bei der Reichstagswahl am 7. 12. 1924 errang die DNVP 111 Mandate (22,2 % der abgegebenen Stimmen) und beteiligte sich zusammen mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei (DVP) an einer Bürgerblock-Regierung unter Reichskanzler *H. Luther* (parteilos). Doch bereits im Oktober 1925 führten Meinungsverschiedenheiten in der Regierung über die Locarno-Verträge zum Rücktritt der drei DNVP-Minister. Wenige Monate nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund am 10. 9. 1926 beteiligte sich die DNVP im Januar 1927 abermals an einer Koalitionsregierung von Zentrum und DVP unter dem Reichskanzler *W. Marx*. Im Februar 1928 zerbrach diese Koalition über dem Entwurf eines Reichsschulgesetzes.

Zum Nachfolger von Graf *Westarp* im Amt des Parteivors. wurde am 20. 10. 1928 *A. Hugenberg* gewählt. Mit diesem Tage leitete die Partei einen politischen Kurswechsel ein. An die Stelle einer Politik der parlamentarisch-taktischen Anpassung bei Beibehaltung der programmatisch-ideologischen Grundsatzpositionen trat eine Politik der Fundamentalopposition gegen die bürgerlich-parlamentarische Republik von Weimar. *Hugenberg* versuchte im Bündnis mit den Nationalsozialisten (NSDAP) vergeblich, die Annahme der Young-Plan-Gesetze zu verhindern. Unterschiedliche Positionen in Grundsatzfragen (z. B. Haltung zum Nationalsozialismus) wie auch im sozialpolitischen Bereich führten bereits im Januar 1930 zum Austritt von 12 deutschnationalen Reichstagsabgeordneten aus der Partei und zur Bildung einer neuen Partei, der → Volkskonservativen Vereinigung (VKV) unter *G. Treviranus*, der sich im Sommer desselben Jahres die parteioppositionelle Gruppe um den Grafen *Westarp* anschloß. Die mit der NSDAP und dem Stahlhelm seit Okt. 1931 in der »Harzburger Front« zusammengefaßte DNVP führte gegen die Regierung *H. Brüning* eine Politik der Obstruktion. Am 30. 1. 1933 wurde das »Kabinett der nationalen Erhebung« gebildet, dem mit *A. Hitler* als Reichskanzler Vertreter der NSDAP, der DNVP, des Stahlhelms sowie Parteilose angehörten. NSDAP und DNVP besaßen in dem am 6. 12. 1932 gewählten Reichstag einen Stimmenanteil von 42,2 % (250 Mandate); dieser Stimmenanteil erhöhte sich in der Reichstagswahl am 5. 3. 1933 noch auf 52,1 % (341 Mandate). Seit der Annahme des von dem Kabinett *Hitler* vorgelegten Entwurfes eines Ermächtigungsgesetzes durch die Legislative am 23. 3. 1933, ging der politische Einfluß der DNVP im Reich und in den Ländern immer mehr zurück. Die letzten Daten in der Geschichte der Partei vor ihrer unter dem Druck *Hitlers* erzwungenen Selbstauflösung am 27. 6. 1933 waren die Umbenennung der DNVP i »Deutschnationale Front« am 3. Mai, die Auflösung des paramilitärischen Verbandes der Partei, der »Kampfstaffeln«, am 21. Juni und der Rücktritt *Hugenbergs* von seinen Ministerämtern am 26. Juni. [Dä]

W. Liebe, Die DNVP 1918–1924, 1956; Frhr. H.v. Gaertringen, Die DNVP, in: Das Ende der Parteien 1933. Hg. von E. Matthias und R. Morsey, 1960; M. Dörr, Die DNVP 1925 bis 1928, Phil. Diss., 1964.

Deutschsoziale Partei (DSP) (1) 1900–1914. Im Juni 1889 gründeten *M. Liebermann von Sonnenberg, Th. Fritsch* u. a. in Bochum die DSP als betont antisemitische Partei. Im Oktober 1894 schloß sie sich mit der gleichfalls antisemitischen → Deutschen Reformpartei zur → Deutschsozialen Reformpartei zusammen, die sich auf ihrem Magdeburger Parteitag vom 8.–10. 9. 1900 wieder spaltete. Vertreter von 46 Wahlkreisen verließen die Partei, unter ihnen die Reichstagsabg. *Liebermann von Sonnenberg, F. Raab* und *J. Müller*, und schlossen sich erneut zur DSP zusammen (Parteivorsitz von 1900–1911 *Liebermann von Sonnenberg*, von 1911–1914 *W. Lattmann*). Vom Parteitypus her war sie eine antisemitische Partei, wie an dem auf dem Leipziger Parteitag (8.–9. 10. 1905) angenommenen Programm deutlich abzulesen ist. Die weiteren Be-

griffe wie »deutschnational«, »christlich«, »monarchistisch« charakterisieren die DSP als eine politische Gruppe, die wie die anderen antisemitischen und konservativen Parteien die feudalistisch-obrigkeitsstaatlichen Herrschaftsstrukturen und tradierten ökonomischen Eigentumsverhältnisse im industriellen wie agrarischen Bereich bewahrte und zu bewahren suchte. So ist es nicht verwunderlich, daß die DSP ein konstruktives Verhältnis mit der konservativen, königstreuen und in ihrem Eisenacher Programm von 1895 auch antisemitische Gehalte aufweisenden → CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI (CSP) und dem großagrarische Interessen verfechtenden reaktionären Bund der Landwirte herzustellen in der Lage war; zwischen der DSP und dem Bund der Landwirte bestand weitgehende politische Interessenidentität. Im Dez. 1903 bildete die DSP im Reichstag mit den Abgeordneten der CSP, des → BAYERISCHEN BAUERNBUNDES sowie weiterer kleiner politischer Parteien und Gruppen eine Fraktionsgemeinschaft mit dem Namen WIRTSCHAFTLICHE VEREINIGUNG. Zwar sprach sich die DSP in ihrem Programm gegen die »wirtschaftliche Macht des Großkapitals« aus; aber dieses verbale antikapitalistische Bekenntnis hinderte sie nicht daran, mit der rheinisch-westfälischen Großindustrie Wahlabsprachen zu treffen (Juli 1911). Die DSP, die ihr Mitglieder- und Wählerpotential in den Agrarregionen Nord- und Westdeutschlands hatte, kam im Reichstag nie über die Bedeutung einer Splitterpartei hinaus: 1903 errang sie 3, 1907: 9 und 1912: 4 Mandate. Eine politische Überlebenschance sah diese Partei, deren antisemitische Agitation und Propaganda sich in den letzten Jahren vor dem Beginn des 1. Weltkrieges noch verstärkte und die darüber hinaus durch Privatskandale einzelner führender Persönlichkeiten sich in der Öffentlichkeit diskreditiert hatte, nur noch in einem Zusammenschluß mit der → DEUTSCHEN REFORMPARTEI. Am 22. 3. 1914 erfolgte die organisatorische Vereinigung beider Parteien zur → DEUTSCHVÖLKISCHEN PARTEI. [PR]

Deutschsoziale Partei (DSP) (2) 1921–1928.

Am 9. 11. 1921 in Berlin von *R. Kunze* gegründete Partei völkischer und extrem antisemitischer Prägung, die selbst auf den Einsatz von Waffengewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung nicht verzichtete. Sie begnügte sich mit sehr allgemeinen programmatischen Aussagen; so sollten die sozialen Gegensätze auf dem Wege einer neuen Volksgemeinschaft überwunden werden. Eine Affinität in den Programmen der → Nationalsozialisten (NSDAP) und der DSP ist nicht zu verkennen. Sie erlangte denn auch auf Reichsebene einen gewissen politischen Einfluß in jener Zeit, als die NSDAP nach dem gescheiterten Hitler-Putsch am 8. 11. 1923 in München gespalten und verboten war. Bei den Reichstagswahlen 1924 errang die DSP 4 Mandate. Größere parlamentarische und politische Erfolge aber waren ihr nicht beschieden (1921: 7 000, 1925: 34 000 Mitglieder). Während der gesamten Dauer ihrer Existenz wurde ihre politische Handlungsfähigkeit von einem ununterbrochenen Prozeß innerparteilicher Auseinandersetzungen und Abspaltungen begleitet: Am 30. 5. 1922 bereits konstituierten 150 Mitglieder der Ortsgruppe Dresden eine eigene neue Deutschsoziale Partei. In der zweiten Hälfte des Jahres 1922, als die Partei in mehreren Teilen des Reiches (Niederschlesien, Braunschweig, Baden, Thüringen) verboten war, wanderten zahlreiche Mitglieder zur am 16. 12. 1922 gegründeten → DEUTSCHVÖLKISCHEN FREIHEITSPARTEI ab. An der Position zur NSDAP brach die DSP seit dem Nov. 1927 auseinander. Der Parteivors. *Kunze* wurde aus der Partei ausgeschlossen; er wurde im Mai 1930 Mitglied der → NSDAP. [DÄ]

M. Weißbecker, Dt.-soz. Partei 1921–28, in: Die bürgerl. Part. in Dtld. 1830–1945, hg. v. einem Red.-Koll. u. d. Ltg. v. D. Fricke, Bd. I, 1968.

Deutschsoziale Reformpartei (DSRP). Antisemitische Partei mit z. T. widerstreitenden Zielsetzungen. Gründung: 7. 10. 1894 durch Zusammenschluß der → DEUTSCHEN REFORMPARTEI (DRP) und der → DEUTSCHSOZIALEN PARTEI (1) (DSP) auf dem Parteitag in Eisenach.

Programm: Das im Oktober 1895 in Erfurt formulierte Parteiprogramm der DSRP forderte nationalen Kampf gegen den »zersetzenden Geist« des Judentums, Schutz der »schaffenden Stände« durch die staatliche Sozialreform. Neben dem Ziel einer Einschränkung des jüdischen Kapitals stand das Wunschbild einer geeinten »Volksgemeinschaft« unter einem (auch militärisch) starken Kaisertum.

Presse: ›Deutsche Wacht‹ (Dresden), ›Deutschsoziale Blätter‹ (Leipzig), ›Antisemitisches Volksblatt‹ (Kassel).

Organisation und innere Entwicklung der DSRP wurden bestimmt durch fortwährende Gegensätze und Rivalitäten der beiden ursprünglichen Parteien. Ausdruck dieser Konkurrenz war es auch, daß mit *M. Liebermann von Sonnenberg* (DSP) und *O. Zimmermann* (DRP) zwei Vors. gleichzeitig und gleichberechtigt der Partei vorstanden. Während der deutschsoziale Flügel eine Annäherung an die Konservativen und die großagrarischen Kräfte im Bund der Landwirte betrieb, beharrte der DRP-Flügel auf dem Charakter einer Mittelstandspartei und der (auch gegen die Konservativen gerichteten) Interessenvertretung der Handwerker und kleinen Landwirte. Lediglich durch die Propagierung ihrer nationalistischen und rassistischen Ziele konnte die Partei ihren inneren Zwiespalt nach außen überdecken. Anhänger fand die DSRP hauptsächlich in ländlichen Gebieten von Hessen, Sachsen und Norddeutschland. Nach einer enttäuschenden Reichstagswahl 1898 – alle Antisemiten erreichten zusammen nur 3,3 % der Stimmen und 13 Mandate – verschärften sich auch die innerparteilichen Konflikte in der DSRP. Machtkämpfe zwischen der (deutschsozialen) Reichstagsfraktion und der

(deutschreformerischen) Parteiführung fanden insbesondere auf den Parteitagen in Hamburg (1899) und in Magdeburg (1900) statt; sie führten im September 1900 zur abermaligen Aufspaltung der Partei in die → DRP und in die → DSP (1900–1914). [Pr]

→ Deutsche Reformpartei.

Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP).

Rechtsextremistische Splitterpartei mit z. T. konspirativem Charakter.

Gründung: 16. 12. 1922 durch *A. von Graefe, W. Hennig, Th. Fritsch* u. a.

Programm: Ohne ein verbindliches Programm zu besitzen, agitierte die DVFP vor allem gegen die parlamentarische Demokratie und gegen den Klerikalismus. Kennzeichnend waren auch ihre extrem antisemitischen und chauvinistischen Aussagen.

Organisation: Die DVFP verfügte neben einzelnen Landesverbänden insbes. über lokale Zusammenschlüsse und Nebenorganisationen (z. B. Turnerschaften), in denen mit paramilitärischer Ausbildung die zahlreichen Störaktionen und die putschistischen Pläne vorbereitet wurden.

Presse: ›Deutsches Tageblatt‹ (ab 1923, ab 1928 als ›Deutsche Nachrichten‹), ›Mecklenburgische Warte‹ (1922–1925), ›Reichswart‹ (1922–1926).

Geschichte: Die DVFP entstand durch die Isolierung völkischer und rechtsradikaler Kräfte in der → Deutschnationalen Volkspartei nach dem Kapp-Putsch. Die Neugründung wurde verstärkt durch völkische Splitterorganisationen und Teile der Freikorpsverbände. Sie hatte ihren regionalen Schwerpunkt zunächst in Mecklenburg-Schwerin, danach im weiteren nord- und mitteldeutschen Raum, dazu in Ostpreußen und in Baden. In diesen Gebieten nahm die DVFP Mitglieder der dort verbotenen Nationalsozialisten (NSDAP) auf, so daß noch im selben Jahr 1923 ein zeitweiliges Verbot auch gegen die DVFP in Preußen, Thüringen, Sachsen und Baden erging. Die enge Verbindung zur NSDAP dokumentiert sich auch in der Beteiligung einiger Deutschvölkischer am »Marsch auf die Feldherrenhalle« (9. 11. 1923) in München sowie im Zusammengehen bei der Reichstagswahl des Mai 1924, die mit 6,5 % der Stimmen und 32 Mandaten den Völkischen bereits einen beachtlichen Erfolg erbrachten. Die Versuche, eine gemeinsame »Nationalsozialistische Freiheitspartei« zu bilden, scheiterten allerdings an programmatischen Divergenzen; zudem erreichte die Gemeinschaftsliste Nationalsozialistische Freiheitsbewegung in der Reichstagswahl des Dezember 1924 nur noch 3,0 % der Stimmen und 14 Mandate. Im Februar 1925 endete die völkische Vereinigung mit dem Rücktritt ihrer Führer *E. Ludendorff, von Graefe* und *G. Strasser*; die beiden Parteien entwickelten sich seither getrennt und zunehmend auseinander. Die DVFP konzentrierte sich auf antiklerikale Propaganda und neigte in der Spätzeit zu monarchistischen Vorstellungen, die ihren Einflußschwund mitbedingten. Obwohl sich die Partei mit anderen, gleichgesinnten Gruppen zum Völkisch-Nationalen Block zusammengeschlossen hatte, fiel ihr bei der Reichstagswahl 1928 kein Mandat mehr zu (0,9 %). Die Abwanderung ihrer letzten Anhänger zur → NSDAP verurteilte die DVFP zur Bedeutungslosigkeit; sie wurde nach der Machtergreifung 1933 verboten. [Pr]

Deutschvölkische Partei (DvP).

Antisemitische Partei. Entstanden am 22. 3. 1914 durch den Zusammenschluß der → Deutschsozialen Partei (1) (DSP) mit der → Deutschen Reformpartei (DRP), durch den beide Parteien ihrem deutlichen Einflußschwund entgegenwirken wollten. Innerhalb der Vereinigung dominierte zahlenmäßig und politisch die ehem. DSP. Organisatorisch fußte die DvP auf einzelnen Landesverbänden und einem zusammenfassenden Reichsverband. Vors. waren *W. Lattmann* (1914–15) und *F. Werner* (1915–18), als Generalsekretär fungierte *J. Henningsen* (1914–18). Die 5 Reichstagsabgeordneten der Partei arbeiteten ab 1916 u. a. mit der → Reichs- und Freikonservativen Partei und der → Christlichsozialen Partei in der Deutschen Fraktion zusammen. Die DvP intensivierte die rassistische und antisemitische Agitation und trat während des 1. Weltkrieges für eine expansive Annexionsstrategie ein, mit der die Angliederung außenstehender »Volksglieder« verwirklicht werden sollte. Dieses offensive Auftreten in der Kriegszielfrage führte zu Konflikten mit der Reichsregierung und zu einem zeitweiligen Verbot der Parteipresse (›Deutschvölkische Blätter‹, ›Staatsbürger-Zeitung‹) in den Jahren 1915 bis 1917. In den letzten Jahren des Krieges brachen die alten Konflikte zwischen den Linien der DSP und der DRP, insbesondere über das Verhältnis zum Konservatismus, in der DvP abermals auf.

Im November 1918 löste die Partei sich auf, ein Großteil ihrer Mitglieder schloß sich der → Deutschnationalen Volkspartei an. [Pr]

Fortschrittliche Volkspartei (FoVP). Zusammenschluß des Linksliberalismus in Deutschland vor und während des 1. Weltkriegs. Repräsentierte die Interessen der Export- und Leichtindustrie, des Handels und der Banken, stützte sich vor allem auf bürgerliche Intelligenz, Beamte und in wachsendem Maße auf den neuen industriellen Mittelstand.

Gründung: 6. 3. 1910 in Berlin durch Zusammenschluß von → Freisinniger Volkspartei (FVP), → Freisinniger Vereinigung (FVg) und → Deutscher Volkspartei (1) (DVP); Teilnehmer u. a. *O. Fischbeck, O. Wiemer, J. Kaempf, E. Müller-Meiningen* (FVP), *F. Naumann, G. Gothein, K. Schrader, H. Pachnicke* (FVg), *C. Haußmann, F. v. Payer, L. Quidde* (DVP).

Programm: Der konstituierende Parteitag nahm ohne Abstimmung das von dem die Fusion

der linksliberalen Parteien vorbereitenden Vierer-Ausschuß *(Wiemer, Müller-Meiningen, Schrader, v. Payer)* entworfene und von den einzelnen Parteien bereits gebilligte Programm zur Kenntnis. Das Einigungsprogramm stand unter dem Motto: »Ausbau der politischen Freiheit« und »Steigerung des berechtigten Einflusses des deutschen Bürgertums«. Seine zentralen Forderungen waren: Beseitigung des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts, Reform des Kommunalwahlrechts und der Wahlkreiseinteilung; Freiheitliche Enwicklung der Reichsverfassung (Parlamentarisierung, Stärkung des parlamentarischen Initiativrechts); Trennung von Kirche und Staat; Demokratische Heeresreform, Justizreform (humaneres Strafrecht, Ausdehnung der Schwurgerichtsbarkeit auf politische Delikte); Herabsetzung der Zolltarife; Gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften und des Koalitionsrechts.

Vor allem auf Grund des Einflusses der süddeutschen Liberalen und der ehemaligen Mitglieder des → Nationalsozialen Vereins war der das Programm der FVP bislang domi ierende Manchester-Liberalismus zugunsten einer stärker sozialstaatlichen Orientierung zurückgedrängt worden.

Organisation: Formell oberstes Organ der Partei war der Parteitag, der nur einmal (5.–7. 10. 1912 in Mannheim) zusammentrat, eigentliches Leitungsgremium der aus den Reichstagsabgeordneten, den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses und 60 von den Landesverbänden benannten Vertretern gebildete Zentralausschuß, der etwa halbjährlich tagte (Vors.: *C. Funck*, 1. Stellvertreter: *v. Payer*). Er wählte den Geschäftsführenden Ausschuß, das faktische Führungsorgan, dem auch formal die Außenvertretung der Partei übertragen war. Der Geschäftsführende Ausschuß bestand aus 18 Mitgliedern (10 FVP, 5 FVg, 3 DVP) und bildete die die Politik der Partei maßgeblich beeinflussenden Unterausschüsse (Presse, Finanzen, Organisation, Agitation), er wurde vom Generalsekretär *(R. Issberner)* unterstützt.

Im Sommer 1912 umfaßte die FoVP 19 Landes- (Provinzial-) Verbände und 14 Bezirksverbände mit insgesamt 1452 Ortsvereinen und ca. 120 000 Mitgliedern. Die preußischen Provinzialverbände wurden in einem Landesverband zusammengeschlossen. Die Finanzierung der Partei erfolgte nur zu einem geringen Teil aus Beiträgen, sondern vor allem aus Spenden von der FoVP nahestehenden Organisationen (Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie, Handelsvertragsverein, Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens) und Industriellen. 1913 wurde zur Mitgliederwerbung und Spendenbeschaffung der »Werbeverein« der FoVP ins Leben gerufen.

Presse: → FVP, → FVg, → DVP. Korrespondenzen: ›Liberale Korrespondenz‹ und ›Mitteilungen für die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei‹ (Berlin).

Geschichte: Die Fusion von FVP, FVg und DVP zu einer großen Partei des deutschen Linksliberalismus war nach dem Tod *E. Richters* (FVP) und der parlamentarischen Zusammenarbeit der Linksliberalen im Bülow-Block möglich geworden. Der konstituierende Delegiertentag in Berlin legitimierte am 6. 3. 1910 den von den Parteivorständen und Parteitagen bereits gebilligten Zusammenschluß zur FoVP. Parteivors. wurde *Fischbeck* (1910–18), Vors. der Reichstagsfraktion *Wiemer* (1910–1912), dann ebenfalls *Fischbeck* (1912–1918). Im Vorfeld der Wahlen von 1912 wurde gegen erheblichen Widerstand in beiden Parteien ein umfassendes Wahlabkommen mit der → Nationalliberalen Partei (NLP) mit Wahlkreisaufteilung geschlossen. Die Stichwahlen standen jedoch unter dem Zeichen des überraschend vom Geschäftsführenden Ausschuß in Verhandlungen mit *O. Braun, F. Ebert* und *H. Haase* erzielten Stichwahlbündnisses mit der Sozialdemokratischen Partei (SPD) in 31 Wahlkreisen. Dennoch wurden die Reichstagswahlen zu einer großen Enttäuschung für die FoVP: sie errang nur 42 Mandate (gegenüber 49 der drei fusionierten Parteien im Reichstag von 1907). Die FoVP besaß gleichwohl eine starke parlamentarische Position (Wahl ihres Abg. *Kaempf* zum Reichstagspräsidenten). Während sie die wichtigsten Rüstungsvorhaben gegen eine innerparteiliche pazifistische Minorität *(Quidde)* gemeinsam mit den Rechtsparteien trug, ermöglichte sie bei der Abstimmung über die Vermögenszuwachssteuer (30. 6. 1913) erstmals eine neue Reichstagsmehrheit aus Zentrum, SPD und FoVP.

Besonders intensiv bemühte sich die FoVP, dem allgemeinen Niedergang des Liberalismus durch eine verstärkte Verbandsarbeit und eine damit verbundene Sicherung und Ausweitung ihrer Massenbasis gegenzusteuern. Die wichtigste Unterstützung erhielt sie durch die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine, deren Arbeitersekretär *A. Erkelenz* kooptiertes Mitglied des Zentralausschusses war. 1912 wurde auf Initiative der FoVP der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellter gegründet. Weiter unterstützten den Linksliberalismus u. a. folgende Verbände: Handelsvertragsverein (freihändlerische Kaufleute und Unternehmer), Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie, liberale Bauern- und Landarbeitervereine (Deutscher Bauernbund), der Allgemeine Deutsche Lehrerverband.

Im 1. Weltkrieg kam es in der FoVP zu erheblichen Spannungen zwischen dem Annexionsforderungen unterstützenden Flügel *(Müller-Meiningen, Naumann)* und den pazifistischen und antiannexionistischen Positionen *(Quidde). Fischbeck* und *Haußmann* gelang es jedoch immer wieder, die Partei auf einen mittleren, die Politik *Th. v. Bethmann Hollwegs* stützenden Kurs mehrheitlich festzulegen (Ablehnung des von der Obersten Heeresleitung geforderten uneingeschränkten U-Boot-Krieges, Unterstützung des deutschen Friedensangebotes vom Dez.

1916). Im Verlauf des Jahres 1917 wurden die chauvinistischen Kräfte in der FoVP in den Hintergrund gedrängt, gleichzeitig verlangte die FoVP nach anfänglich eher zögernder Haltung (wegen möglicher Vorteile für die Sozialdemokratie) nun entschieden die unverzügliche Demokratisierung des preußischen Wahlrechts. Im Mai 1917 drang die FoVP gemeinsam mit dem ZENTRUM und der NLP auf eine umfassende Parlamentarisierung des Reichs. Auf Anregung von *Haußmann* schuf die aus SPD, ZENTRUM, NLP und FoVP bestehende neue Reichstagsmehrheit am 6. 7. 1917 den »Interfraktionellen Ausschuß« (Vors. *v. Payer*) zur Beratung und Abstimmung ihrer Politik. Die NLP kündigte jedoch bereits am 19. 7. anläßlich der mehrheitlich verabschiedeten Friedensresolution die Zusammenarbeit auf.

Die FoVP gelangte nun immer mehr in die Rolle einer »Regierungspartei«: *v. Payer* wurde im November 1917 Vizekanzler (Kabinette, *G. v. Hertling, Max von Baden*), *Haußmann* Minister ohne Portefeuille. Gleichzeitig wuchsen innerparteiliche Differenzen: *Fischbeck* legte im Juli 1918 den Fraktionsvorsitz nieder. Unter dem Eindruck der Novemberrevolution nahm der Parteivorstand Verhandlungen mit der NLP über den Zusammenschluß des gesamten deutschen Liberalismus auf. Am 20. 11. 1918 ging die FoVP mit dem linken Flügel der NLP in der → DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI auf. [KO]

H. Ostfeld, Die Haltung der Reichstagsfraktion der FoVP zu den Annexionen und Friedensfragen in den Jahren 1914–1918, Phil. Diss. Würzburg 1934.

Freie Demokratische Partei (F.D.P.).

Die F.D.P. nahm sowohl nationalliberales als auch linksliberales Erbe in sich auf (→ DEUTSCHE VOLKSKPARTEI DVP, → DEUTSCHE DEMOKRATISCHE PARTEI DDP). Bis zur innenpolitischen Wende 1968/69 entschieden mittelständisch und national orientiert, Koalitionspartner der → CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION (CDU). Initiator der flexiblen Ost- und Entspannungspolitik; nach 1968/69 Kurswechsel zu Koalitionen mit der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (SPD) und ausgeprägtes sozialliberales Profil.

Gründung: 11./12. 12. 1948 in Heppenheim durch *Th. Heuss, F. Blücher, R. Maier, Th. Dehler, H. Höpker-Aschoff, H. Schäfer, H. Reif, A. M. Euler, M. Becker.*

Programm: Mit dem Berliner Programm (8. Bundesparteitag, 24.–26. 1. 1957) grenzte sich die FDP nachdrücklich gegen Marxismus und »sozialistische Experimente« (SPD) auf der einen und den »Mißbrauch der Religion im politischen Tageskampf« (CDU) auf der anderen Seite ab. Im Mittelpunkt stand das Ideal des mündigen Bürgers im freiheitlichen Rechtsstaat und eine klar auf den Mittelstand und die Landwirtschaft bezogene Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Gesellschaftspolitik (Förderung von Privatinitiative und Eigentumserwerb, Sozialpolitik primär als Notvorsorge, kostendeckende Preise für die Landwirtschaft, Beschränkung der Staatsaufgaben und Ablehnung des wirtschaftspolitischen Interventionismus, Betonung der Familie). In der Verteidigungspolitik forderte sie die volle Integration in die NATO; außenpolitisch oberstes Ziel war die Wiedervereinigung zu einem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937, allerdings plädierte die FDP – im Gegensatz zur CDU – für eine flexible Ostpolitik. – Die »Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik« (22. Bundesparteitag, 25.–27. 10. 1971) legten – mit knapper Mehrheit beschlossen – eine neue programmatische Grundorientierung fest: Der Liberalismus als »Träger und Erbe der demokratischen Revolutionen des 19. Jhs.« soll auf eine umfassende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft setzen, wird als Sozialer Liberalismus definiert, der durch eine evolutionäre Politik der Reformen den Kapitalismus zeitgemäß verändert.

Die »Stuttgarter Leitlinien einer liberalen Bildungspolitik« (vom Bundeshauptausschuß am 18. 3. 1972 beschlossen) entwickelten in Konsequenz der »Freiburger Thesen« die »Offene Schule« als liberale Form der Gesamtschule und das Konzept der »Offenen Hochschule«. Der programmatische Ausbau des Linksliberalismus erfolgte im »F.D.P.-Programm zur Gleichberechtigung der Frau« (1972), in den »Leitlinien liberaler Medienpolitik« (1973), den Thesen »Freie Kirche im freien Staat« und im »Gesundheitspolitischen Programm« (1976).

In der außenpolitischen Orientierung setzten die »Leitlinien liberaler Europapolitik« (1975) den bereits Anfang der 60er Jahre entwickelten Kurs der Entspannungspolitik fort, während die »Perspektiven liberaler Deutschlandpolitik« (1975) eine Abkehr vom Primat der Wiedervereinigung und – in Konsequenz der Ostverträge – die Forderung nach dem Ausbau der Beziehungen zur DDR brachten.

Mit den »Kieler Thesen« (»Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat«) (1977) setzten sich die Anhänger eines wirtschaftsliberalen Kurses *(O. Graf Lambsdorff)* gegen den entschieden sozialliberalen und fortschreitende staatliche Lenkung und Planung befürwortenden Flügel durch.

Organisation: Der 11. Bundesparteitag in Freiburg (30. 1. 1968) verabschiedete die Bundessatzung. Die Partei gliedert sich in Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände. Mitgliederzahl 1968: 57 000; 1977: 79 000. Oberstes Parteiorgan ist der Bundesparteitag (400 Delegierte, davon 200 nach Mitgliederzahl der Landesverbände, 200 nach Wählerstimmenzahl), der alljährlich zusammentritt und Bundesvorstand, Bundesschiedsgericht und Generalsekretär wählt. Mindestens zweimal jährlich tagt der Bundeshauptausschuß (»Kleiner Parteitag«) (142 Mitglieder, 63 nach Mitgliederzahl der Landesverbände, 62 nach Wählerstimmenzahl, 17 kraft Amtes). Eigentliches Führungsorgan ist der Bundesvorstand, der aus Präsidium (Bundesvors., drei Stellvertreter, Vors. der Bundestagsfraktion, drei Beisitzer, Ge-

neralsekretär) und 24 gewählten Beisitzern gebildet wird; zu politischen und organisatorischen Fragekomplexen setzt er Fachausschüsse und Arbeitsgruppen ein. Die Koordinierung der laufenden Angelegenheiten obliegt dem Bundesgeschäftsführer.

Angesichts der ausgeprägt föderativen Struktur der F.D.P. ist als Gegengewicht der Grad der Ämterkumulation in der Führung der Bundespartei besonders hoch: z. Zt. sind mehr als 50 % der Vorstandsmitglieder zugleich Mitglieder der Bundestagsfraktion (Fraktionsvors.: 1949–67 *Dehler*, ab 1968 *W. Mischnick*). Die Finanzierung der Partei erfolgt zum größten Teil aus Spenden und Erstattungsbeträgen nach dem Parteiengesetz, Mitgliedsbeiträge machen etwa 14 % der Gesamteinnahmen aus.

In den »Deutschen Jungdemokraten« (gegr. 26. 4. 1947, ca. 13 000 Mitglieder, davon ca. 50 % in der F.D.P.) findet die F.D.P. eine ihr nahestehende und in die Parteiarbeit integrierte Jugendorganisation, die in besonderem Maße die linksliberale Entwicklung seit 1968 forcierte.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung (gegr. 19. 5. 1958, seit 1967 vorwiegend staatlich finanziert) wirkt durch Bildungsarbeit und Studienförderung für die Ideen des Liberalismus.

Presse: Korrespondenz/Mitgliederinformation: ›Neue Bonner Depesche‹, ›Das Rathaus. Zeitschrift für Kommunalpolitik‹. Nahestehende Organe: ›Süddeutsche Zeitung‹, ›Handelsblatt‹, ›Die Zeit‹.

Geschichte: Nach 1945 stand die Gründung einer Partei in der Nachfolge der → DDP und der → DVP zur Diskussion. Am 16. 6. 1945 gründeten *W. Külz* und *E. Schiffer* (ehemalige Reichsminister der DDP) die → Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), deren Berliner Zentrale *(W. Koch, Külz)* einen Führungsanspruch beim Neuaufbau und Zusammenschluß des Liberalismus reklamierte. In den westlichen Besatzungszonen entstanden liberale Landesorganisationen: 1945/6 in Baden und den württembergischen Ländern die Demokratische Volkspartei *(Heuss, Maier, W. Haussmann);* in Bayern die Freie Demokratische Partei *(Dehler);* in Schleswig-Holstein die Demokratische Union, in Hessen die nationalliberal orientierte Liberal-Demokratische Partei *(Euler)*, in der gleichen Tradition die Freie Demokratische Partei in Nordrhein und Westfalen *(Höpker-Aschoff);* in Bremen und Hamburg dominierte der Linksliberalismus in der Bremer Demokratischen Volkspartei, bzw. der Hamburger Partei Freier Demokraten *(Schäfer)*. Dem Zusammenschluß auf Zonenebenen folgte die Gründung der gesamtdeutschen Dachorganisation Demokratische Partei Deutschlands (13. 7. 1947 in Rothenburg o. T., Vors. *Heuss, Külz*).

Zur Zeit des »Kalten Krieges« und der Auseinanderentwicklung der Westzonen und der sowjetischen Besatzungszone beschloß der Gründungsparteitag der FDP (11.–12. 12. 1948 in Heppenheim) die Annahme des Parteinamens »Freie Demokratische Partei« für die Westzonen und West-Berlin (Vorsitz: *Heuss*) sowie die organisatorische Trennung von der sowjetzonalen LDP nach deren Beteiligung am SED-gelenkten »Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden«. Die divergierenden Traditionen und Orientierungen der einzelnen Landesverbände verhinderten ein Parteiprogramm, auch die Aussagen für die 1. Bundestagswahl 1949 (Bremer Parteitag 10.–12. 6. 1949) wurden nicht an Grundsatzpositionen des Liberalismus orientiert.

Nach den Landtagswahlen 1946/47 war die FDP in 10 der 11 Länderparlamente vertreten. In Württemberg-Baden stellte sie mit *Maier* den Ministerpräsidenten und war auch in Württemberg-Hohenzollern und in West-Berlin an Allparteienregierungen beteiligt, in den Hansestädten ging sie Koalitionen mit der SPD ein. Im Parlamentarischen Rat fiel den 5 Vertretern der FDP bei der Gestaltung des Grundgesetzes eine Schlüsselrolle zu, ebenso im Wirtschaftsrat, in dem sie entschieden gegen eine sozialistische Planwirtschaft Position bezog.

Nach der Bundestagswahl 1949 (11,9 %, 52 Mandate) ging die FDP eine Bürgerblock-Koalition mit CDU/CSU und → Deutscher Partei ein: 1. Kabinett Adenauer mit *Blücher* (Vizekanzler, Europafragen), *Dehler* (Justiz), *E. Wildermuth* (Wohnungsbau); ihr Parteivors. *Heuss* wurde Bundespräsident (1949–1959). Nachfolger im Parteivorsitz: *Blücher* (1950–53), *Dehler* (1954–56), *Maier* (1957–59), *E. Mende* (1960–67), *W. Scheel* (1968–74), *H.-D. Genscher* (ab 1974).

Der Koalition mit der CDU im Bund folgten entsprechende Vereinbarungen auf Länderebene, bis auf Baden-Württemberg, wo *Maier* 1952 eine FDP (DVP)-SPD-Koalition durchsetzte: Die Koalitionsfrage wurde zum entscheidenden Streitpunkt zwischen den Landesverbänden, zumal der nordrhein-westfälische und der hessische Landesverband prononciert auf eine nationale Politik »rechts der CDU« setzten. Dahinter stand die immer noch unentschiedene programmatische Orientierung: nationalliberal oder linksliberal (Konkurrierende Aussagen des »Deutschen Programms« und des »Liberalen Manifests« auf dem 4. Bundesparteitag in Bad Ems, 18.–22. 11. 1952). 1953 (Bundestagswahl: 9,5 %, 48 Mandate) setzte die FDP die Koalition trotz der absoluten Mehrheit der CDU fort, versuchte sich jedoch in der Deutschland- und Außenpolitik schärfer zu profilieren *(Dehler)*, konnte allerdings in der Saarfrage keine klare Haltung einnehmen. Den CDU-Vorstoß zur Änderung des Bundestagswahlrechts (1956) beantwortete die FDP mit dem Bruch der nordrhein-westfälischen Koalition (Sturz des CDU-MinPräs. *Arnold*). Die FDP-Bundesminister *Blücher, Schäfer, V. E. Preusker* und *F. Neumayer* lehnten die Haltung *Dehlers* und das Zusammengehen von SPD und FDP *(W. Döring, Scheel, W. Weyer)* im größten Bundesland

ab, traten aus der FDP aus und gründeten mit 14 weiteren Abgeordneten die FREIE VOLKSPARTEI (1957 Zusammenschluß mit der → DEUTSCHEN PARTEI).

Erst auf dem Berliner Parteitag (24.–26. 1. 1957) konsolidierte sich die FDP programmatisch als »Dritte Kraft« im Parteigefüge der Bundesrepublik. Bei der Bundestagswahl 1957 verlor sie einen beträchtlichen Wähleranteil an die CDU; ohne Koalitionsaussage setzte sie auf die Funktion als »Zünglein an der Waage« und damit letztlich auf Wechselwähler (7,7 %, 41 Mandate). Aus der Opposition heraus errang sie 1961 unter der Führung *Mendes* 12,8 % (67 Mandate) und ging trotz eines gegen *Adenauer* geführten Wahlkampfes eine Koalitionsregierung mit der CDU/CSU unter *Adenauer* ein. *Mende,* der mit der Strategie eines Einbruchs in die mittelständischen CDU-Wählerschichten das beste Bundestagswahlergebnis für die FDP überhaupt erzielen konnte, stand im Kreuzfeuer scharfer Kritik (»Umfall«).

In Konsequenz der »Spiegel-Affäre« 1962/63 erklärten die FDP-Minister ihren Rücktritt, erreichten die Demission von Verteidigungsminister *F. J. Strauß* und einen verbindlichen Rücktrittstermin *Adenauers.* Im Oktober 1963 wurde der von der FDP favorisierte *L. Erhard* Bundeskanzler, auch *Mende* trat nun in das Kabinett ein. Die FDP akzentuierte jetzt vor allem eine flexible Ostpolitik und ein neues bildungspolitisches Konzept.

Nach der Bundestagswahl 1965 (9,5 %, 49 Mandate) setzte die FDP die Koalition mit der CDU fort, geriet jedoch in den Sog des Popularitätsverfalls von *Erhard.* Als 1967 (wirtschaftliche Rezession) die Bundestagsfraktion den Steuerkompromiß zur Finanzierung des Bundeshaushalts ablehnte und ihre kompromißbereiten Minister zum Rücktritt zwang, leitete sie den Sturz *Erhards* ein und öffnete den Weg zur Großen Koalition aus SPD und CDU. Erste Konsequenzen aus der neuen Oppositionsrolle war die Abkehr von der bisherigen auf Wiedervereinigung setzenden Deutschlandpolitik und die Apostrophierung der FDP als »Partei des Fortschritts« (Aktionsprogramm des Parteitags in Hannover, 3.–5. 4. 1967). Ende September 1967 legte *Mende* angesichts der politischen Neuorientierung den Parteivorsitz nieder, im Januar 1968 wurde *Scheel* sein Nachfolger und die Perspektive einer langfristigen Zusammenarbeit mit der SPD deutlich. Die Wahl von Bundespräsident *G. Heinemann* (SPD) (März 1969) mit den Stimmen der FDP signalisierte den kommenden Machtwechsel in Bonn.

Mit der Nürnberger Wahlplattform präsentierte sich die FDP (jetzt F.D.P.) zur Bundestagswahl 1969 als entschiedene Reformpartei (Leitbild der »Offenen Gesellschaft«, *R. Dahrendorf*). Sie erzielte 5,8 % (30 Mandate), verlor bäuerliche und mittelständische Stammwähler an CDU (und NPD) und gewann – vorwiegend sozialdemokratische – Wechselwähler: ein bis heute andauernder Umstrukturierungsprozeß. Die sozialliberale Koalition in Bonn – 1. Kabinett *W. Brandt: Scheel* (Vizekanzler, Äußeres), *Genscher* (Inneres), *J. Ertl* (Ernährung, Landwirtschaft) – wurde in der F.D.P.-Führung konsequent abgesichert (Ausscheiden der Vertreter der »Nationalliberalen Aktion« *Mende, S. Zoglmann, H. Starke* aus Vorstand und Partei nach dem Bonner Parteitag, 22.–24. 6. 1970). Programmatische Konsequenz waren die »Freiburger Thesen« zur Gesellschaftspolitik (Oktober 1971) und die »Stuttgarter Leitlinien zur Bildungspolitik« (März 1972): Sozialliberalismus und umfassende Demokratisierung waren die Eckpfeiler der neuen politischen Konzeption *(W. Maihofer, K.-H. Flach).*

Im Mai 1972 (nach Ablehnung des Mißtrauensvotums gegen *Brandt*) setzte die SPD-F.D.P.-Koalition die Ostverträge durch. Die sozialliberale Koalition wurde nach den Bundestagswahlen Nov. 1972 (8,4 %, 41 Mandate) erneuert.

Im Juli 1974 wurde *Scheel* in der Nachfolge *Heinemanns* Bundespräsident, im Parteivorsitz folgte *Genscher.* Das starke Anwachsen der CDU bei der Bundestagswahl 1976 und den Landtagswahlen warf das Problem einer Absicherung der sozialliberalen Politik im Bundesrat auf und veranlaßte die F.D.P. zur koalitionspolitischen »Auflockerungsstrategie« (CDU-F.D.P.-Koalitionen in Niedersachsen und im Saarland). Nach den schweren Wahlniederlagen in Hamburg und Niedersachsen (Frühjahr 1978, F.D.P. nicht mehr in den Landesparlamenten vertreten) stellt sich für die Partei angesichts des Wahlverhaltens der sie bislang stützenden Wechselwähler zum größeren Koalitionspartner zentral die Frage nach dem Rückgewinn einer ausreichenden Stammwählerschaft zur Existenzsicherung im Parteiensystem.

Diese Negativentwicklung für die liberale Partei kumulierte im April 1980 bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen: die F.D.P. scheiterte an der 5 %-Klausel, verlor viele ihrer bisherigen Wähler an die SPD. Einen Monat zuvor noch war die Position in Baden-Württemberg gegenüber 1974 geringfügig auf 8,3 % verbessert worden – und auch im Saarland konnte in etwa der Stimmenanteil gehalten werden – nun aber bestand erhebliche Sorge für die Zukunft der Bundespartei überhaupt. Gleichwohl sollte im Oktober 1980 die F.D.P. mit 10,6 % der Stimmen nach 1949 und 1961 ihr bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen erreichen. Drei Faktoren wird man vor allem für diese Entwicklung anführen können: – Durch Profilierung in den Bereichen Außen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik konnte die F.D.P. verlorenes Terrain im angestellten, beamteten und selbständigen Mittelstandsbereich zurückerobern und, begünstigt durch die umstrittene Kanzlerkandidatur von *F. J. Strauß,* liberale CDU-Wähler gewinnen. – Die entschiedene Abgrenzung gegenüber dem linken SPD-Flügel bei gleichzeitiger klarer Koalitionsaussage

ermöglichte einen entsprechenden Effekt bei liberalen SPD-Wählern. [Ko]

M. G. Lange, Die FDP – Versuch einer Erneuerung des Liberalismus, in: Parteien in der Bundesrepublik, 1955, S. 275–403; J. M. Gutscher, Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961, 1967; R. Zülch, Von der FDP zur F.D.P., 1973; P. Juling, Programmat. Entwicklung der FDP 1946–1969, 1977; H. Kaack, Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Gesch., Struktur und Programmatik, ²1978; H. G. Marten, Die unterwanderte FDP. Aufbau und Entwicklung der FDP 1945–1955, 1978.

Freikonservative Partei.

→ Reichs- und freikonservative Partei.

Freisinnige Vereinigung (FVg).

Linksliberale Partei, die bis zur sozialpolitischen Öffnung durch den Zusammenschluß mit dem → Nationalsozialen Verein zunächst die politische Tradition der → Liberalen Vereinigung (LV) fortführte und vor allem im Bürgertum der norddeutschen Handelsstädte ihren Rückhalt fand.

Gründung: Mai 1893 durch *H. Rickert, K. Schrader, A. Hänel, Th. Barth, K. Mommsen, G. v. Siemens, L. Bamberger, F. Schenck von Stauffenberg* u. a.

Programm: Die FVg verstand sich als Kern eines »vereinigten, starken Liberalismus« *(Schrader)* und stützte sich auf das Kompromißprogramm der → Deutschen Freisinnigen Partei (DFsP) von 1884: Ein verantwortliches Reichsministerium, Abgeordnetendiäten und die Anpassung der Dauer des Wehrhaushaltes an die Reichstagslegislaturperiode sollten zur vollen Parlamentarisierung führen. Wirtschaftspolitisch war die FVg streng am Freihandel orientiert und lehnte auch in der Sozialpolitik den Interventionsstaat zunächst mehrheitlich ab. Unter dem Einfluß von *Barth* öffnete sich die FVg jedoch zunehmend sozialreformerischem Gedankengut, ein Kurs, der die Partei nach dem Anschluß des Nationalsozialen Vereins (NV) unter *F. Naumann* (1903) prägte und sie zu einer Zusammenarbeit mit der → Sozialdemokratischen Partei (SPD) führen sollte. Auf dem Berliner Delegiertentag (17.–18. 2. 1906) wurde mit dem Ziel einer Vereinigung des Linksliberalismus ein Programm mit folgenden Schwerpunkten angenommen: Volle Parlamentarisierung und Demokratisierung des Reiches; Wahlkreisreform; Beseitigung der kirchlichen Schulaufsicht; Schaffung eines »Volksheeres«; staatliche Sozialpolitik bei gleichzeitiger Förderung der Selbsthilfe; Zollfreiheit, Bekämpfung der Monopole, Förderung des Genossenschaftswesens und der kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe.

Organisation: In der Absicht, Wahlverein aller Liberaler zu sein, richtete die FVg ihre Organisation fast ausschließlich auf die Wahlkämpfe aus. Die Generalversammlungen der Partei in Berlin wählten einen halbjährlich zusammentretenden Vorstand, der den Geschäftsführenden Ausschuß als eigentliches Leitungsgremium bestimmte (Vorsitz: *Rickert* 1893–1902, *Schrader* 1902–1910). Erst nach dem Anschluß des NV 1903 erhielt die FVg einen brauchbaren organisatorischen Unterbau. 1905 wurde der Übergang von der Einzelmitgliedschaft zur Vereinsorganisation eingeleitet und ein hauptamtlicher Generalsekretär mit der Organisation betraut *(H. Pachnicke)*. An die Stelle der Generalversammlung der Partei trat der Delegiertentag, der Vorstand wurde erheblich erweitert.

Presse: ›Kieler Zeitung‹, ›Weser-Zeitung‹, ›Danziger Zeitung‹, ›Ostsee-Zeitung‹. Wochenblätter: ›Die Nation‹ *(Barth)*, ›Deutsches Reichsblatt‹.

Geschichte: Die eigenwillige Parteiführung *E. Richters* und unüberbrückbare Gegensätze in der Wehrpolitik führten am 6. 5. 1893 zur Spaltung der → DFsP in die → Freisinnige Volkspartei (FVP) und die FVg, der sich zwar nur 19 der 66 Abgeordneten, aber die »linksliberale Elite« (Huber) des Freisinns anschloß. In den Reichstagswahlen war sie vor allem wegen der mangelhaften lokalen Organisation wenig erfolgreich und häufig auf Stichwahlen angewiesen (Mandate 1893: 13, 1898: 12, 1903: 9), auch bei den »Blockwahlen« von 1907 errang sie nur 14 Sitze. Nach dem Tod *Rickerts* übernahm *Schrader* 1902 die Parteiführung; der Vertreter des linken, sozialpolitischen Flügels *(Barth)* blieb Stellvertreter.

1903 wurde seine Position durch den Anschluß des NV *(Naumann, H. v. Gerlach)* erheblich gestärkt, mit dem bereits über den im Dezember 1902 gegründeten Handelsvertragsverein (*v. Siemens* – an der Handelsvertrags- und Zollpolitik *Caprivis* orientiert) eine enge Zusammenarbeit bestand.

Das Problem, ob ein generelles Zusammengehen mit der SPD oder ein Bündnis der liberalen Fraktionen den Kurs der Partei bestimmen sollten, wurde zur entscheidenden Streitfrage in der FVg während des konservativ-liberalen »Bülow-Blocks« (1906–1909). Auf dem 3. Delegiertentag in Frankfurt a.M. (21.–22. 4. 1908) stellte die FVg-Linke einen Tadelsantrag gegen die an der Blockpolitik festhaltende Fraktion. Fraktion und Parteiführung *(Schrader, Pachnicke, Naumann)* setzten sich durch, daraufhin verließ die Linke *(Barth, v. Gerlach, R. Breitscheid)* die FVg aus und gründete die Demokratische Vereinigung.

Die Einigungskonferenz der drei linksliberalen Parteien (FVg, → FVP, → Deutsche Volkspartei) vom 10.–11. 9. 1906 in Frankfurt am Main hatte zuvor die Voraussetzungen für eine Fraktionsgemeinschaft im »Bülow-Block« geschaffen (zusammen 49 Mandate); als *Bülow* stürzte und der Block auseinanderbrach, kam es am 6. 3. 1910 zum vollständigen Zusammenschluß der linksliberalen Parteien zur → Fortschrittlichen Volkspartei. [Ko]

L. Elm, Zwischen Fortschritt und Reaktion. Gesch. der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Dtl. 1893–1918, Berlin-Ost 1968; K. Wegner, Theodor Barth und die FVg. Studien zur Gesch. des Linksliberalismus im wilhelmin. Dtl. (1893–1910), 1968.

Freisinnige Volkspartei (FVP).

Die aus der Spaltung der → Deutschen Freisinnigen Partei (DFsP) hervorgegangene linksliberа-

le Partei in der Tradition der → DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI (DFP) vertrat einen prononcierten Wirtschaftsliberalismus, stützte sich sozial auf freihändlerisch orientiertes, mittleres Unternehmertum, bürgerlichen Mittelstand und freiberufliche Intellektuelle.

Gründung: 7. 5./14.–16. 7. 1893 in Berlin durch *E. Richter*.

Programm: Auf dem zweiten Parteitag (22.–24. 9. 1894 in Eisenach) wurde unter den Leitlinien »freiheitliche Ausgestaltung des Gemeinwesens und Volkswohlfahrt« das Programm der FVP als Synthese von Liberalismus und Demokratie beschlossen: Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Einzelstaaten, parlamentarisch verantwortliches Ministerium, Stärkung des Parlaments durch jährliches Budgetrecht und Abgeordnetendiäten, Wahlkreisreform, restriktive staatliche Haushaltspolitik. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen waren von den Doktrinen der Nichtintervention und des Laisser-faire-Kapitalismus geprägt: Struktur oder wohlfahrtspolitisch orientierte Staatseingriffe wurden eng begrenzt, »Selbsthilfe der Beteiligten« war das Motto. Parallel dazu drang die FVP auf rechtliche Besserstellung der Arbeiter (Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und des Versicherungswesen), gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Organisation: Die FVP war »Erbin der deutschfreisinnigen Organisation« (Nipperdey), 379 der 418 Ortsvereine der DFsP schlossen sich ihr an. Der Gründungsparteitag der FVP (14.–16. 7. 1893 in Berlin) beschloß das Organisationsstatut: Oberstes Parteiorgan war der Parteitag (Einberufung mindestens alle drei Jahre, Mitglieder: Abgeordnete des Reichstags und der Landtage, Kandidaten zur Reichstagswahl, Mitglieder des Zentralausschusses, Wahlkreisdelegierte, ab 1900: Vertreter der Bezirksvorstände). Der Zentralausschuß (Vors. 1893–1910: *R. Schmidt-Elberfeld*) führte die Partei zwischen den Parteitagen (Mitglieder: in Berlin lebende Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses). Eigentliches Führungsorgan war der zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten nach jeder Reichstagswahl neu bestellte Geschäftsführende Ausschuß, dessen Vors. zugleich Fraktionsführer im Reichstag waren (1893–1906: *Richter*, 1906–1908: *H. Müller-Sagan*, 1908–1910: *O. Wiemer*). Die Verbindung des Geschäftsführenden Ausschusses zu den örtlichen Organisationen wurde durch Korrespondenten hergestellt.

Presse: ›Freisinnige Zeitung‹ (Berlin 1885 ff.).

Geschichte: Als 1893 in der → DFsP nach der Zustimmung eines Teils der Fraktion zu *Caprivis* Heeresvorlage der darauffolgende Mißbilligungsantrag *Richters* mit knapper Mehrheit angenommen wurde, schied die unterlegene Gruppe – durchweg ehemalige Sezessionisten (→ LIBERALE VEREINIGUNG) – aus der DFsP aus, die Partei spaltete sich in die → FREISINNIGE VEREINIGUNG und die FVP.

Die Führungskräfte der ehemaligen → DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI (DFP) in der DFsP und die überwiegende Mehrzahl der Ortsvereine schlossen sich unter dem straffen Regiment *Richters* in der FVP zusammen, die zur stärksten linksliberalen Fraktion im Reichstag wurde (Mandate 1893: 24, 1898: 29, 1903: 21, 1907: 28). Regional hatte die FVP ihren größten Einfluß in Ostpreußen, Sachsen, Schlesien und in Norddeutschland, vor allem aber in Berlin, wo es ihr als einziger bürgerlicher Partei gelang, einen Wahlkreis gegen die SPD zu halten. Sie stellte die größte Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und von 1892–98 *(R. Zelle)* und 1898–1912 *(M. Kirchner)* den Oberbürgermeister.

Der autokratische Führungsstil *Richters* degradierte Parteitag und Zentralausschuß zu »Akklamationsorganen« (Tormin), er prägte die Politik der FVP bis 1906: 1. Parlamentarische Zusammenarbeit mit der → DEUTSCHEN VOLKSPARTEI, jedoch Ablehnung eines Zusammenschlusses aller linksliberaler Parteien. 2. Kampf gegen Imperialismus wie auch politische Reaktion (Ablehnung der Umsturzvorlage 1895 und der Zuchthausvorlage 1899, Ablehnung der Flottengesetze 1898 und 1900, Widerstand gegen die deutsche Kolonialpolitik). 3. Scharfe Agitation gegen die SPD und den sozialliberalen Kurs des → NATIONALSOZIALEN VEREINS bei gleichzeitiger Ablehnung aller gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Repressionsvorhaben. 4. Festhalten am Manchester-Liberalismus (freihändlerische Orientierung und Ablehnung der Zolltarif-Reform 1902, Kampf gegen Monopole und Kartelle, Ablehnung einer Ausweitung des interventionistischen Sozialstaats).

Als der parlamentarische Verbündete der FVP, die → DEUTSCHE VOLKSPARTEI, 1903 entschieden auf einen Einigungskurs der linksliberalen Parteien ging, begann ein Prozeß der allmählichen Annäherung der FVP an die → NATIONALLIBERALE PARTEI. Nach dem Tod *Richters* (10. 3. 1906) übernahm *E. Müller-Meiningen* die Fraktionsführung, *H. Müller-Sagan* den Parteivorsitz, zur einflußreichsten Führungspersönlichkeit wurde jedoch *O. Fischbeck*.

Der Spannungsabbau gegenüber den Nationalliberalen ermöglichte nach den »Hottentotten-Wahlen« von 1907 die Bildung des konservativ-liberalen Bülow-Blocks. Die Politik der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft im »Block« wurde wesentlich von der FVP bestimmt und verbuchte mit der Liberalisierung des Reichsvereinsgesetzes, des Börsengesetzes und des Straftatbestandes »Majestätsbeleidigung« einige Erfolge. Allerdings scheiterte der Linksliberalismus in der Frage der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, mit dem Parlamentarisierungs-Vorstoß im Zusammenhang der Daily-Telegraph-Affäre, schließlich in der Unterstützung des von *B. v. Bülow* eingebrachten Erbschaftssteuergesetzes,

dem Kern der Reichsfinanzreform (Ausei derbrechen des »Blocks«).

Im Sommer 1909 begann ein Vierer-Ausschuß der linksliberalen Parteien (von der FVP: *Müller-Meiningen, Wiemer*) mit der Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms und Organisationsstatuts. 1910 verschmolzen die FVP, die → Freisinnige Vereinigung und die → Deutsche Volkspartei zur → Fortschrittlichen Volkspartei. [Ko]

L. Elm, Zwischen Fortschritt und Reaktion. Gesch. der Parteien der liberalen Bourgeoisie in Dtl. 1893–1918, Berlin-Ost 1968.

Gesamtdeutsche Partei.

1. → Deutsche Partei.

2. → Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten.

Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE). Politische Interessenpartei der Flüchtlinge, deren Bedeutung hauptsächlich auf Länderebene lag.

Gründung: 8. 1. 1950 in Kiel als Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u. a. *W. Kraft, A. Gille.* Am 30. 3. 1950, noch vor Aufhebung des Lizenzierungszwanges für politische Parteien, konstituierte sich die Partei, am 14. 11. 1952 erfolgte eine Namensänderung in Gesamtdeutscher Block/BHE.

Programm: Die Partei setzte sich ein für die in erster Linie sozialen Probleme der Flüchtlinge, Heimatlosen und Vertriebenen. Zu ihren Forderungen gehörten: ein freies, ungeteiltes Deutschland, Gleichberechtigung der Frau in rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, Toleranz gegenüber Minderheiten, Demokratisierung aller Lebensbereiche, Durchführung eines Lastenausgleichs, um eine gerechte Verteilung der Kriegslasten zu erreichen.

Im Programm des GB/BHE von 1953 forderte die Partei die Wiedervereinigung Deutschlands, die sie als ersten Schritt auf dem Wege zu einem »Vereinigten Europa« betrachtete. Diese Lösung sah sie als die einzige Möglichkeit an, die Rückkehr der Vertriebenen in ihre alte Heimat zu erreichen.

Organisation: Nach der Bundessatzung von 1952 waren die Organe des Bundesverbandes: der Bundesparteitag, der Bundesausschuß und der Bundesvorstand. Der Bundesparteitag ist das höchste Organ der Gesamtpartei; der Bundesausschuß bestand aus den Mitgliedern des Bundesvorstandes, den Bundestagsabgeordneten und den Delegierten der Landesverbände; der Bundesvorstand konstituierte sich aus dem Bundesvors. und 4 Stellvertretern, dem Vors. der Bundestagsfraktion, den Vors. der Landesverbände und der Landtagsfraktionen, den amtierenden Ministern sowie 8 weiteren Mitgliedern. 1958 kam als viertes Organ des Bundesverbandes das Präsidium hinzu, das sich aus dem Bundesvors., seinen 4 Stellvertretern sowie 3 weiteren Mitgliedern zusammensetzte.

Presse: ›Gesamtdeutscher Block/BHE, Nachrichtendienst der Partei‹ (Kiel, ab 1953) und ›Deutsche Einheit‹ (München, ab 1956).

Geschichte: Wie zuerst in Schleswig-Holstein, so gründeten in fast allen westdeutschen Bundesländern nach dem 2. Weltkrieg Vertriebene eigene Parteien. Mit diesen Parteigründungen wollten sie auf ihre wirtschaftliche und soziale Notlage sowie auf die Tatsache hinweisen, daß ihre Forderungen in den übrigen Parteien nicht genügend Beachtung fanden. Alle diese Vertriebenenparteien mündeten letztlich in dem BHE.

Bei der ersten Landtagswahl (1950) in Schleswig-Holstein gewann der BHE 15 Mandate und war als drittstärkste Fraktion im Parlament. Um ihren Wählerkreis zu erweitern, änderte die Partei vor den Wahlen zum 2. Bundestag (1953) ihren Namen in Gesamtdeutscher Block/BHE. Auf ihren Stimmenanteil von 5,9 % entfielen 27 Mandate. In der 2. Regierung *K. Adenauer* stellte der BHE als Koalitionspartner den Vertriebenenminister *(Th. Oberländer)* und einen Sonderminister *(W. Kraft)*. Parteiinterne Meinungsverschiedenheiten über die Regierungsbildung sowie in der Frage des Saarstatuts führten 1954 zum Rücktritt des Bundesvors. *Kraft.* Infolge politischer sowie persönlicher Differenzen kam es im Juli 1955 zur Spaltung der Bundestagsfraktion. *Kraft* sowie der neue Parteivors. *Oberländer* traten aus der Partei aus; den Vorsitz übernahm *F. v. Kessel.*

Um seinen politischen Einfluß auf Länderebene geltend zu machen, beteiligte sich der GB/BHE an Koalitionsregierungen sowohl mit den Christdemokraten (CDU) als auch mit den Sozialdemokraten (SPD) und den Freien Demokraten. Im Bundestagswahlkampf 1957 erhielt die Partei nur noch 4,6 % der Stimmen und war infolge der 5 %-Klausel im 3. Bundestag nicht mehr vertreten. Mit der fortschreitenden Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft sank die Mitgliederzahl des BHE immer weiter ab. Da die Partei jedoch nach der Bundestagswahl 1961 wieder im Parlament präsent sein wollte, CDU und SPD sich aber weigerten, das Bundeswahlgesetz zugunsten einer 3 %-Klausel zu ändern, sah sich der BHE unter dem Vorsitz von *F. Seiboth* zu einer Fusion mit der → Deutschen Partei (DP) gezwungen. Der Zusammenschluß zur Gesamtdeutschen Partei (GDP) vermochte den Niedergang der Partei jedoch nicht aufzuhalten. Die GDP erhielt im Wahlkampf 1961 nur noch 2,8 % der abgegebenen Stimmen.

Im Januar 1962 übernahm *H. Ahrens* die Parteiführung. Zahlreiche Führungskräfte der ehemaligen → DP verließen im Laufe desselben Jahres die Partei; es blieb lediglich der BHE-Kern übrig. Am 4. 3. 1972 wurde durch Beschluß des Bundesparteitages wieder die Kurzbezeichnung BHE eingeführt. Die Organisation der Partei umfaßte nur noch 4 Landesverbände und man kann annehmen, daß der BHE heute nur noch über einige hundert Mitglieder verfügt. [Dä]

M. Virchow, Der GB/BHE – Ein neuer Parteityp?, in: M. G.

Lange, G. Schulz, K. Schütz, u. a., Parteien in der Bundesrepublik, 1955; F. Neumann, Der GB/BHE 1950–1960, 1968.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Weltanschauungspartei, die in ihrer politischen Praxis sich an den Interessen der Arbeiterschaft zu orientieren versuchte.

Gründung: Der linksradikale Spartakusbund trennte sich von der → Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) und gründete am 30. 12. 1918 zusammen mit den Internationalen Kommunisten Deutschlands (ehem. »Bremer Linke«) unter Führung von *R. Luxemburg, K. Liebknecht, E. Meyer* in Berlin die KPD.

Programm: In dem vom Gründungsparteitag verabschiedeten Programm wurde die Errichtung einer »einheitlichen sozialistischen Republik« *(Luxemburg)* als zentrale Aufgabe bezeichnet. Die bisher von Parlament, Regierung und Verwaltung ausgeübten Herrschaftsfunktionen sollten von Räten wahrgenommen werden, das Privateigentum an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum überführt werden. In den folgenden Jahren gelang es der KPD nicht, ein neues Programm zu verabschieden. Weder das von *H. Brandler* 1927 verfaßte und 1928 publizierte Aktionsprogramm noch die »Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« vom August 1930, in der die Errichtung einer Sowjetdemokratie gefordert wurde, hatten den Charakter eines Grundsatzprogramms.

Die erste programmatische Erklärung der KPD nach dem 2. Weltkrieg ist der Aufruf des Zentralkomitees (ZK) vom 11. 6. 1945, in dem die Konzeption eines »antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik« entwickelt wurde. Es folgten das »Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands« (2. 11. 1952) und das Wahlprogramm vom 9. 7. 1953, durch das die Frage der deutschen Wiedervereinigung thematisiert wurde, wobei der »Sturz des Adenauer-Regimes« als Voraussetzung für ein »freies, einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland« angesehen wurde. Erst 1956 verwarf die KPD die Losung vom »revolutionären Sturz«. Die seit 1956 illegale KPD votierte in ihrem Programmentwurf von 1968 für »tiefgreifende antimonopolistische Reformen« in Staat und Gesellschaft, für eine Kooperation von Kommunisten und Sozialdemokraten, für ein »demokratisches Bündnis der Volkskräfte«, um eine sozialistische Umgestaltung auf friedlichem Weg durchzusetzen.

Organisation: Auf dem Gründungsparteitag Bekenntnis zu einem föderalistisch organisierten Aufbau der Partei, zentralistische Prinzipien fehlten noch ganz. Das vom Vereinigungsparteitag der → USPD (Linke) mit der KPD angenommene Statut orientierte sich weitgehend am demokratischen Zentralismus: Die Zentrale, vom Parteitag gewählt, hatte die »politische und organisatorische Leitung und Kontrolle sämtlicher Organe und Funktionäre auszuüben«. Der VII. Parteitag (August 1921) hob den demokratischen Zentralismus als konstitutives Organisationsprinzip ausdrücklich hervor. Dieses Statut galt bis 1925 und wurde auf dem X. Parteitag (Juli 1925) von einem »bolschewistischen Statut« abgelöst (bis 1933 formell in Kraft). Grundlage der Parteiorganisation war die Betriebszelle. Der Parteitag hatte in Programmfragen zu entscheiden und Beschlüsse in allen politischen, taktischen und organisatorischen Fragen zu fassen. Höchstes Organ zwischen den Parteitagen war das ZK. Ein aus der Mitte des ZK gewähltes Politisches Büro (Polbüro), ein Organisationsbüro (Orgbüro) und ein Sekretariat erledigten die laufenden Arbeiten. Nach dem 30. 1. 1933 wurde in Paris eine Auslands- und in Berlin eine Inlandsleitung gebildet, die von Okt. 1933 bis März 1935 unter der Bezeichnung Landesleitung die illegalen Parteiorganisationen führte.

Nach dem Parteistatut von 1951 gliederte sich die nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaute Partei in Grund- und Kreisorganisationen, Landesverbände und höchste Parteiorgane (Parteitag, Parteivorstand). Die Führung der illegalen KPD (seit August 1956) erfolgte mit hoher Wahrscheinlichkeit durch das ZK und das auf dem Parteitag Ende Mai/Anfang Juni 1957 in der DDR erstmalig gebildete Politbüro.

Presse: 1927 gab die KPD 36 Tageszeitungen heraus; zentrale Presseorgane waren: ›Die Rote Fahne‹ (1918–1945); ›Der Gegenangriff‹ (Prag, Paris 1933–1936); ›Freies Volk‹ (Düsseldorf 1949–1956).

Geschichte: Anlaß zur Trennung des Spartakusbundes von der → USPD und zur anschließenden Gründung der KPD war die Bereitschaft der USPD, der Einberufung einer Verfassunggebenden Nationalversammlung zuzustimmen unter Verzicht auf die von der revolutionären Linken erhobene Forderung »Alle Macht den Räten«. Gleich mit der Parteigründung begann ein kontinuierlicher Prozeß innerparteilicher Auseinandersetzungen. Die Zentrale (um *R. Luxemburg, P. Levi* u. a.) beantragte die Teilnahme an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung im Januar 1919, was mit 62 gegen 23 Stimmen abgelehnt wurde. Nach der Ermordung von *Luxemburg* und *K. Liebknecht* durch Mitglieder regierungstreuer Truppen kam es zwischen der Zentrale und der Opposition (sog. Hamburger Richtung) auf dem II. Parteitag (August 1919) wegen der »Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik« zum offenen Bruch. Die Opposition schied nach der Annahme der »Leitsätze« durch die Delegierten aus der Partei aus. Nach dem Ausschluß mehrerer Parteibezirke (Berlin, Nord u. a.) auf dem III. Parteitag (Februar 1920) gründete sie im April 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD). Durch den Zusammenschluß mit der USPD (Linke) im Dez. 1920 stieg die Mitgliederzahl von

78 000 auf fast 378 000. Nachdem *Levi* (Febr. 1921) wegen Differenzen mit der Kommunistischen Internationalen aus der Zentrale ausgeschieden war, leitete die neue Führung unter *Brandler* eine Offensivtaktik ein, die, wie der Aufstand in Mitteldeutschland im März 1921 zeigte, scheiterte. *Levi,* der diese »März-Aktion« kritisierte, wurde aus der Partei ausgeschlossen; er gründete die KOMMUNISTISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT (KAG). Auf dem VIII. Parteitag (Jan./Febr. 1923) befürwortete die *Brandler*-Führung eine »Realpolitik«, die Linken dagegen den gewaltsamen Aufstand. Nach dem IX. Parteitag (April 1924) dominierte die Linke in der neugewählten Zentrale. Politisch folgenreich war der auf Beschluß des V. Weltkongresses der Komintern (1924) eingeleitete Bolschewisierungsprozeß der KPD. Als 1925 im Zeichen einer zunehmenden wirtschaftlichen Stabilisierung die Massenwirkung der KPD sank, änderte die Parteiführung die politische Linie; sie propagierte die Taktik der »Einheitsfront von oben«, d. h. der Zusammenarbeit mit der SPD-Führung gegen die »monarchistische Restaurationspolitik«. Die Vertreter der Ultralinken *W. Scholem, A. Rosenberg* u. a. im Parteiapparat, Gegner dieser Taktik, wurden aus ihren Positionen verdrängt. In der vom X. Parteitag (Juli 1925) angenommenen Resolution ging die Partei von der These der »Stabilisierung des Kapitalismus« aus; die Hauptaufgabe bestände darin, den Einfluß der SPD auf die Massen zu brechen und selbst zur Führerin des Proletariats zu werden. Im September 1925 übernahm die kominterntreue linke Gruppe um *E. Thälmann* und *Ph. Dengel* die Parteileitung. Die Stoßrichtung der neuen Führung erfolgte gegen die Linken um *R. Fischer, A. Maslow* (Ausschluß dieser Gruppe aus dem Polbüro im Nov. 1925), aber auch gegen die Ultralinken. Anfang Jan. 1926 wurde die Hannoveraner Gruppe um *I. Katz* aus der Partei ausgeschlossen. Diese Gruppe lehnte wie auch andere Vertreter der Ultralinken (*Scholem, Rosenberg* u. a.) die 1925 eingeleitete Rechtswendung der Parteiführung um *Fischer-Maslow-Thälmann* ab und befürwortete weiterhin eine linksradikale Taktik (z. B. Propagierung des gewaltsamen Aufstandes). 1926 begann der Prozeß der Zersplitterung innerhalb der Ultralinken in die »Entschiedene Linke« um *K. Korsch – E. Schwarz* und die Gruppe um *Scholem – Rosenberg* u. a. 1928 – im April konstituierte sich die linke Opposition um *Fischer, Maslow* zum »Leninbund« – vollzog die Parteiführung eine Linkswendung. Auf der Grundlage eines Geheimabkommens zwischen der sowjetischen und der deutschen Delegation der Komintern, in welchem der »Kampf gegen die rechte Gefahr in der Partei« zur Hauptaufgabe erklärt wurde, ging die Führung gegen die rechte Fraktion vor. Ende 1928/Anfang 1929 erfolgte der Parteiausschluß der Rechten, die eine Einheitsfront mit der SPD, eine aktive Parlaments- und Gewerkschaftsarbeit befürworteten und *Stalins* dominierende Stellung in der Komintern ablehnten. Die rechten Kommunisten gründeten im März 1929 die KOMMUNISTISCHE PARTEI-OPPOSITION (KPO). Parallel zum Kampf gegen die rechte Fraktion verlief die »Säuberungsaktion« gegen die »Versöhnler« um *E. Meyer, A. Ewert.* Seit Februar 1930 existierte diese Gruppe, die wie die Rechten eine Realpolitik favorisierte, im Unterschied zu ihnen aber die Führungsrolle der Sowjetunion in der Komintern anerkannte. 1929 bis 1933 betrieb die KPD-Führung um *Thälmann-Dengel* eine ultralinke Politik. Der Hauptgegner war die »sozialfaschistische« SPD. Die reale faschistische Gefahr wurde dagegen unterschätzt. Zwar gab es vor und nach dem 30. 1. 1933 einige verbale Einheitsfrontangebote an die SPD; aber ihre ultralinke Position behielt die KPD bei. Schon bald nach der ersten großen Verhaftungswelle im Gefolge des Reichstagsbrandes (27. 2. 1933) entstanden überall in Deutschland illegale Widerstandsgruppen, die sich vor allem auf die Verbreitung illegaler Zeitschriften konzentrierten. Zu einer Neuorientierung im Kampf gegen den Faschismus fand die KPD erst nach dem VII. Weltkongreß der Komintern (Juli/August 1935). In der Resolution der »Brüsseler« Parteikonferenz (1935) und der »Berner« Konferenz (1939) wurde die Schaffung einer Einheits- und Volksfront als die zentrale Aufgabe bezeichnet, von der SPD jedoch abgelehnt. Die KPD-Führung würdigte den sowjetischen Nichtangriffspakt als eine »erfolgreiche Friedenstat von seiten der Sowjetunion«, gleichwohl müsse der Kampf gegen die NS-Diktatur fortgesetzt werden.

Am 11. 6. 1945 trat die KPD mit ihrem Gründungsaufruf an die Öffentlichkeit. Sie befürwortete die Errichtung einer parlamentarisch-demokratischen Republik. Diese Entscheidung bedeutete eine Absage an den sofortigen Aufbau einer sozialistischen Ordnung, nicht aber einen prinzipiellen Verzicht. Die von *A. Ackermann,* Mitglied des Zentralsekretariats der KPD, vertretene These von einem »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«, wonach unter der Führung der Arbeiterklasse ein friedlicher Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Sozialismus möglich sei, wurde jedoch im September 1948 von der SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI (SED) in der SBZ, im Oktober von der KPD in den Westzonen als falsch verworfen. Die KPD nahm an Kommunal-, Landtags- und 1949 sowie 1953 auch an Bundestagswahlen teil (Stimmenanteil Bundestag 1949: 5,7 % = 15 Mandate; 1953: 2,2 % = kein Mandat); sie war 1946/47 in allen Ländern außer Südwürttemberg-Hohenzollern und Schleswig-Holstein in den Landesregierungen vertreten, lehnte aber die Bildung eines westdeutschen Staates ab. 1951 erhielt ihre Politik eine revolutionäre Komponente. Unter der Losung des »nationalen Widerstandes« rief die Partei zum Kampf gegen die »Ausbeuter« des deutschen Volkes, die westlichen »Imperialisten und ihre deutschen Handlanger« auf. Die Ausbeutung

könnte erst durch einen »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes« beendet werden; dann sei auch eine deutsche Wiedervereinigung möglich. Die Losung vom »revolutionären Sturz« bildete weitgehend die Grundlage für den Verbotsantrag der Bundesregierung. Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 wurde die Verfassungswidrigkeit der KPD festgestellt. Neben dem Aufbau eines illegalen Parteiapparates stellte die Verbreitung von Flugschriften die wichtigste Aufgabe der Partei dar, die 1956 rd. 75 000, 1968, dem Jahr der Gründung der → Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), noch rd. 7500 Mitglieder besaß. [Dä]

H. Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik, 1959; O. K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, 1969; H. Weber, Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Bd. 1.2, 1969; H. G. Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, 1972; W. Müller, Die KPD und die »Einheit der Arbeiterklasse«, 1979.

Konservative Volkspartei.
→ Volkskonservative Vereinigung.

Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD). DDR.

Ursprünglich bürgerlich-liberale Partei, verstand sich als einzige nicht-sozialistische Partei in der sowjetischen Besatzungszone, nach 1948 umgeformt zu einer politisch von der SED abhängigen Organisation, die Selbständige, Handwerker, bis 1972 auch private Unternehmer in die DDR-Gesellschaft integrieren soll.

Gründung: Am 16. 6. 1945 fand in Berlin die erste Zusammenkunft des Gründerkreises der LDPD im Haus ihres späteren ersten Vors. *W. Koch* statt. Ihre Gründer kamen zumeist aus der DDP der Weimarer Republik. Daher wurde die Zulassung der Partei auch zuerst unter dem Namen »Deutsche Demokratische Partei« bei der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) beantragt. Noch vor der Zulassung entschlossen sich die Gründer, den Namen in LDPD zu ändern, um zu dokumentieren, daß die neue Partei nicht nur auf die Traditionen der DDP beschränkt bleiben sollte. Am 5. 7. 1945 wurde die LDPD in Berlin gegründet.

Programm: Der Gründungsaufruf der LDPD blieb bis 1949 das gültige Grundsatzprogramm der Partei. Sie forderte ein demokratisches, liberales und soziales Staatswesen, die Überwindung von Nazismus und Militarismus. In der Tradition des deutschen Liberalismus standen die Forderungen nach Beibehaltung und Förderung des Privateigentums, des Berufsbeamtentums, nach Unabhängigkeit der Justiz, ferner der Zulassung von Unternehmerverbänden.

Auf ihrem III. Parteitag in Eisenach (Februar 1949) beschloß die LDPD ein Grundsatzprogramm, das den Kern ihrer liberalen Forderungen aufrecht hielt. Sie forderte eine einige deutsche parlamentarisch-demokratische Republik. War das Programm von 1949 noch ein Versuch gewesen, liberale Traditionen angesichts immer deutlicherer Suprematie der SED zu erhalten, so bekannte sich die Partei schon 1952 zum »planmäßigen Aufbau des Sozialismus«. Die Grundsatzaussagen der LDPD wurden den Programmen und Zielen der SED nachgebildet, so wie sie für die gewandelte Funktion der Partei als Transmissionsorgan in der DDR erforderlich schienen. Heute ist die Partei bestrebt, die Integration ihrer Mitglieder und der von ihr repräsentierten Schichten in den »sozialistischen Aufbau« zu fördern. Das bedeutet zum einen den Kampf gegen »rückständige Ideologien«, zum anderen die Aktivierung der Partei zugunsten der wirtschaftlichen und sozialen Ziele der SED.

Organisation: Der LDPD gelang nach Kriegsende in kurzer Zeit zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Liberalismus der Aufbau einer demokratischen und liberalen Massenpartei. Den organisatorischen Fragen des Parteiaufbaus schenkte man zunächst wenig Beachtung, tragende Kräfte der Organisation waren die sechs Landesverbände der sowjetischen Besatzungszone. Im Prozeß der Anerkennung der Hegemonie der SED wurde auch die Parteiorganisation der SED angeglichen: es entstanden Wohnbezirksgruppen, Kreis- und Bezirksverbände. Das eigentliche Führungsgremium ist heute der Politische Ausschuß des Zentralvorstandes der LDPD. Die Mitgliederzahl spiegelt die wechselvolle Entwicklung der Partei wider: im Frühjahr 1946 zählte sie bereits 113 000 Mitglieder, im Juni 1948 183 000. Nach der Unterordnung unter die SED sank die Mitgliederzahl auf etwa 115 000 im Jahre 1954; heute beträgt sie etwa 70 000.

Presse: Zentralorgan der Partei ist ›Der Morgen‹, der seit 1945 in Berlin erscheint. Daneben besitzt die Partei vier Provinzzeitungen.

Geschichte: Nach ihrer Gründung konnte sich die LDPD der Eingliederung in den »Block« (→ Einleitung) nicht entziehen. Der Nachfolger *Kochs* als Parteivors., der ehemalige Reichsminister *W. Külz*, war bemüht, liberale und demokratische Positionen beim Wiederaufbau in der sowjetischen Zone gegen die Behinderungen durch die SED und die Besatzungsmacht zur Geltung zu bringen. Bei den Wahlen im Herbst 1946 wurde sie nach der SED zur zweitstärksten Partei und erreichte mehr als 20 % der Stimmen, trotz massiver Benachteiligung ihrer Organisation im Wahlkampf. Nach dem Tode von *Külz* (April 1948) spitzten sich in der Parteiführung und in mehreren Landesverbänden die Auseinandersetzungen um den Kurs und die Führung der Partei zu.

Im Jahre 1949 kamen mit *H. Kastner* und *K. Hamann* Persönlichkeiten in die Parteiführung, die eine enge Zusammenarbeit mit der SED befürworteten. Die LDPD mußte ihren Widerstand gegen die Gründung der DDR ohne vorherige Wahlen aufgeben. Zahlreiche Parteimitglieder verloren im Anpassungsprozeß der Partei an die SED ihre Funktionen, viele wurden verhaftet, viele flüchteten, aber einige Parteiführer rückten in hohe Staatsämter der DDR auf. Nach der Anpassung an die SED trat die Partei kaum noch

im Parteienspektrum der DDR hervor. Die LDPD, der viele private Unternehmer, Handwerker und Inhaber von Betrieben mit staatlicher Beteiligung angehörten, forderte auf ihrem XI. Parteitag (Februar 1972) die Umwandlung des restlichen privaten Sektors der Produktion in »volkseigene Betriebe«.

Vors. der Partei ist seit 1967 *M. Gerlach.* [MÜ]

E. Krippendorff, Die LDPD in der sowjet. Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, 1959; H. Krieg, LDP und NDP in der »DDR« 1949–1958, 1965; R. Kulbach/H. Weber, Parteien im Blocksystem der DDR. Funktion und Aufbau der LDPD und der NDPD, 1969.

Liberale Vereinigung (LV).

Von der → NATIONALLIBERALEN PARTEI (NLP) 1880 abgespaltene, freihändlerische und auf Parlamentarisierung der Reichsverfassung drängende Partei, die vor allem Unterstützung bei Großhandel, Banken, Versicherungen, Chemie- und Elektroindustrie fand.

Gründung: 19. November 1880 durch *H. Rikkert, L. Bamberger, M. v. Forckenbeck, F. Schenk von Stauffenberg, Th. Mommsen, Th. Barth, E. Lasker, G. Siemens* u. a.

Programm: Die LV lehnte den von *Bismarck* 1878/79 durchgesetzten politischen Kurswechsel des Reichs zum Protektionismus nachdrücklich ab und verlangte Festhalten an den Prinzipien des Freihandels, Ausbau der Rechte des Reichstages (Parlamentarisierung), Fortsetzung des Kulturkampfes. In der Frage des Militärhaushaltes legte sich die LV nicht fest, bekämpfte jedoch das »Septennat« als Hemmschuh der konstitutionellen Entwicklung. Die »Grundzüge eines liberalen Programms« (6. 5. 1882) forderten die Wiederaufnahme einer liberalen freihändlerischen Wirtschafts- und Zollpolitik. – Auf eine eigene organisatorische Basis verzichtete die LV, sie versuchte, auf den von der NLP abgefallenen Wahlvereinen und Vertrauensmännern aufzubauen.

Presse: ›Tribüne‹ (Berlin, 1881–1883). Wochenschriften: ›Deutsches Reichsblatt‹, ›Die Nation‹.

Geschichte: Anläßlich der Bismarckschen Schutzzollpolitik und Finanzreform, des Sozialistengesetzes und der Einstellung des Kulturkampfes traten aus der den Reichskanzler unterstützenden NLP 28 Abgeordnete (»Die Sezession«, *Bamberger*) aus. Am 8. 9. 1880 wurde ein vorläufiges Exekutivkomitee ernannt und am 19. 11. 1880 die LV in Berlin gegründet. Im »Verein zur Förderung der Handelsfreiheit« *(Bamberger)* fand sie wesentliche Unterstützung, regional war sie am stärksten in den norddeutschen Handelsstädten vertreten. Die LV setzte auf einen liberalen Umschwung in der Reichspolitik im Zusammenhang mit dem erwarteten Thronwechsel. Aus den Reichstagswahlen von 1881 als der NPL nahezu ebenbürtige Kraft hervorgegangen (46 Mandate), drängte die LV auf die Gründung einer regierungsfähigen linksliberalen Partei für den Fall eines politischen Kurswechsels. Im Vorfeld der Wahlen von 1884 schlossen sich am 5. 3. 1884 die Fraktionen der LV und der → DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI zur → DEUTSCHEN FREISINNIGEN PARTEI zusammen. [KO]

H. E. Matthes, Die Spaltung der Nationalliberalen Partei und die Entwicklung des Linksliberalismus bis zur Auflösung der Dt. Freisinnigen Partei, Diss. Kiel 1953; G. Seeber, Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Gesch. des Linksliberalismus in Dtl. 1871–1893, Berlin-Ost 1965.

Mehrheitssozialdemokraten (MSPD).

→ Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).

Rechtsradikale Partei, die eine Sammelbewegung neonazistischer und deutschnationaler Gruppen und Splitterparteien bildet.

Gründung: 28. 11. 1964 in Hannover durch Fusion der seit 12. 1. 1950 bestehenden DEUTSCHEN REICHSPARTEI (DRP) und Teilen der am 2. 10. 1949 gegründeten SOZIALISTISCHEN REICHSPARTEI (SRP). *F. Thielen* (früher CDU, dann Deutsche Partei) wurde zum 1. Vors. gewählt; *A. von Thadden* (DRP), *W. Guttmann* (GDP) und *H. Faßbender* (bis 1956 FDP) wurden die stellvertretenden Parteivors.

Programm: In den 1967 verabschiedeten »Grundlagen nationaldemokratischer Politik« wurde die Revision der Ergebnisse des 2. Weltkrieges und damit die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands sowie die Rückgliederung der abgetretenen Ostgebiete gefordert. Außenpolitisch wurde in Opposition zu *Adenauers* Westpolitik eine »nationale Neutralität« zwischen Ost und West mit starker antibolschewistischer Ausrichtung proklamiert. Innenpolitisch wurde ein berufsständisch gegliederter »starker Staat« befürwortet, der kapitalistisch organisiert, aber unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen sein müsse mit dem Ziel der endgültigen »Überwindung des Klassenkampfes« und der Schaffung einer »gewachsenen Volksordnung«.

Geschichte: Die NPD konnte in kurzer Zeit ihre Organisation auf Bundesebene ausbauen. Ihre Mitgliederzahl wuchs von 14 000 (1965) auf 34 000 (1967). Mittelständische Gruppen, Bauern und Berufssoldaten waren eindeutig überrepräsentiert, wobei ein überwiegender Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder war.

Parteiinterne Auseinandersetzungen konnte *v. Thadden* zu seinen Gunsten beenden. Im November 1967 löste er *Thielen* als Parteivors. ab. Seine taktisch flexiblere, sich demokratisch gebende und dadurch den rechtsradikalen Kurs verschleiernde Politik, die durch die einsetzende wirtschaftliche Rezession in der BRD begünstigt wurde, konnte beachtliche Wahlergebnisse erbringen. Bei den Landtagswahlen 1966 wurden in Hessen 7,9 % und in Bayern 7,4 %, 1967 in Niedersachsen 7,0 %, in Bremen 8,9 %, in Rheinland-Pfalz 6,9 % und in Schleswig-Holstein 5,8 % und schließlich 1968 in Baden-Württemberg 9,8 % errungen. Besonders sog. Protestwähler ermöglichten diese kaum für möglich erachte-

ten Wahlerfolge. Bei der Bundestagswahl 1969 konnte die NPD mit 4,3 % die 5 %-Hürde nicht überwinden. Bis 1972 verlor sie sämtliche Landtagsmandate. Seitdem die CDU/CSU in der Opposition steht, scheint sich die Attraktivität der NPD auf ein Minimum verringert zu haben. [MI]

H. Maier/H. Bott, Die NPD, ²1968; R. Kühnl, R. Rilling, Ch. Sager, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschist. Partei, 1969; L. Niethammer, Angepaßter Faschismus. Polit. Praxis der NPD, 1969.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD). DDR.

Die NDPD wurde gegründet, um vornehmlich ehemalige Mitglieder der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) und Berufsoffiziere in die entstehende volksdemokratische Ordnung zu integrieren und damit die Basis des politischen Systems der SBZ/DDR zu verbreitern; zugleich sollte die Rekrutierungsbasis der beiden »alten« Parteien CDUD und LDPD eingeengt werden.

Gründung: Im Frühjahr 1948 konstituierten sich »Gründungsausschüsse«, im Juni 1948 entstand daraus der »vorläufige Zonenausschuß«. Am 16. 6. 1948 wurde die NDPD von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) zugelassen.

Programm: Am 19. 6. 1948 wurden »Grundthesen und Forderungen« veröffentlicht. Zu diesen gehörte: die Sicherung der Einheit Deutschlands, Existenzsicherung des Mittelstandes, Wiedereingliederung des früheren Berufsbeamtentums, Wiedereingliederung der früheren »kleinen Nazis«, Enteignung der Trusts und Konzerne, Unterstützung der Bodenreform, aber auch »Erhaltung des durch ehrliche Arbeit erworbenen Eigentums«. Auf dem III. Parteitag (Juni 1951) verabschiedete die NDPD ein Parteiprogramm, das inhaltlich und in der Zielrichtung dem Gründungsaufruf folgte, aber auch in der Diktion »nationale« Kreise anzusprechen bemüht war und diese für eine Orientierung an der Sowjetunion gewinnen wollte. Zugleich sollte die NDPD insbesondere in die Bundesrepublik hinein wirken, dort demonstrieren, daß auch durch die Vergangenheit belastete Schichten in der DDR eine gesicherte Existenz finden können. Auch später noch war ihre wichtigste Funktion die Integration bürgerlicher Schichten in die »sozialistische Gesellschaft«.

Organisation: Für die unter Aufsicht der SMAD und aktiver Mithilfe der → SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS (SED) gegründete NDPD war die SED von Anfang an auch im organisatorischen Bereich Vorbild. Von der Gründung an wurde die Partei von Persönlichkeiten geführt, die ein enges Bündnis mit der SED verwirklichen wollten. Ein Teil der leitenden Funktionäre der Partei kam zudem aus der SED. Der Parteiaufbau war wesentlich zentralistischer als bei vergleichbaren bürgerlichen Parteien. Zuletzt wurden Bestimmungen ins Statut der Partei aufgenommen, die materiell den Prinzipien des »demokratischen Zentralismus« in der SED entsprachen, bis hin zur Einrichtung von Partei-Kommissionen. Die Parteiführung liegt bei dem vom Parteitag gewählten Hauptausschuß, aus dem der Parteivorstand hervorgeht. Dieser leitet die politische Arbeit zwischen den Parteitagen, zur Durchführung der laufenden Arbeiten wird ein Sekretariat aus der Mitte des Hauptausschusses gebildet.

Die Mitgliederzahlen der Partei sind nicht genau bekannt. Anfänglich entwickelte sich die Mitgliederzahl nur langsam, etwa 20 000 (Mitte 1949). Aber schon 1954 war die Partei zur stärksten nichtsozialistischen Partei geworden: sie umfaßte ca. 170 000 Mitglieder; bis 1975 ging die Zahl auf etwa 80 000 zurück.

Presse: Neben der ›National-Zeitung‹, die zum Zentral-Organ der Partei wurde, besitzt die Partei fünf Bezirkszeitungen.

Geschichte: Da die SED trotz mehrfacher Versuche die von der NDPD angesprochenen Schichten nicht gewinnen konnte, andererseits CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS (CDUD) und LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (LDPD) dieses Potential nicht zukommen sollte, bot sich die Gründung einer neuen Partei an, die von vornherein als »Bündnisorganisation« der SED konzipiert war. Zugleich konnte die SED mit dieser Gründung erreichen, das bürgerliche Lager im »Block« (→ Einleitung) weiter zu schwächen. Drei Wochen nach dem Ende der Entnazifizierung in der sowjetischen Zone durch einen Befehl der SMAD erschien am 22. 3. 1948 die erste Ausgabe der ›National-Zeitung‹, die unter Beteiligung früherer NS-Publizisten die nunmehr Entlasteten für eine Einbeziehung in die neue Ordnung gewinnen sollte. Einen Monat später traf sich in Halle/Saale eine »Leserversammlung« der Zeitung, die einen Gründungsausschuß für eine neue »nationale« Partei bildete. Zugleich wurden in der ›National-Zeitung‹ weitere Absichtserklärungen für eine Neugründung wiedergegeben, ferner wurden eine Reihe von programmatischen Forderungen diskutiert. Weniger Programm und Aufbau der Partei sind das historisch Besondere, in diesem Bereich unterscheidet sich die NDPD kaum von den übrigen Parteien der DDR, sondern ihre Funktion als »Transmissionspartei« (Staritz), die sie im Parteienspektrum der SBZ/DDR zusammen mit der DEMOKRATISCHEN BAUERNPARTEI DEUTSCHLANDS (DBD) von ihrer Gründung an ausfüllte. Von Anfang an waren Vertreter der NDPD in der DDR in führenden Funktionen tätig. Ihr erster Vors., *L. Bolz*, war zunächst Aufbau-, später langjährig Außenminister der DDR. Die gesamtdeutsche Zielsetzung der NDPD scheiterte allerdings. So hatte sie über Jahre versucht, mit gleichen wie von ihr vertretenen Schichten in der Bundesrepublik in Verbindung zu treten und diese für die Deutschland-Konzeption der SED zu gewinnen. – Heute wird die Partei von *H. Homann* geführt. [MU]

H. Krieg, LDP und NDP in der »DDR« 1949–1958, 1965; D. Staritz, Die NDPD 1948–1953. Ein Beitrag zur Untersuchung des Parteiensystems der DDR, Diss. 1968; R. Kulbach/H. Weber, Parteien im Blocksystem der DDR. Funktion und Aufbau der LDPD und NDPD, 1969.

Nationalliberale Partei (NLP).

Aus der Abspaltung des rechten Flügels der → DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI (DFP) hervorgegangene größte deutsche liberale Partei im 19. Jh. »Honoratiorenpartei«, bis zur Jahrhundertwende vom industriellen Großbürgertum, Agrariern und protestantischem Bildungsbürgertum geprägt. Seit der Jahrhundertwende unter *E. Bassermann* und dann *G. Stresemann* allmähliche Öffnung nach links (Verbindung von Demokratie und Imperialismus).

Gründung: Anfang März 1867 durch *H: V. v. Unruh, R. v. Bennigsen, E. Lasker, K. Braun* u. a.

Programm: Kerngedanke des Gründungsprogramms (12. 6. 1867) war »die Einheit Deutschlands zu Macht und Freiheit herzustellen«. In der angestrebten Reichsverfassung sollte »der monarchische Bundesstaat mit den Bedingungen des konstitutionellen Rechts« in Einklang gebracht werden, das Parlament die »Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation« darstellen. Ausbau des Budgetrechtes, Rechtsvereinheitlichung, Ausweitung der Reichskompetenzen, Reform des preußischen Herrenhauses und Beseitigung des ständischen Prinzips aus den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen waren die wichtigsten verfassungspolitischen Forderungen.

Das Berliner Parteiprogramm vom 29. 5. 1881 wurde unter dem Eindruck der Spaltung der NLP (→ LIBERALE VEREINIGUNG) bewußt vage gehalten und auf Integration abgestellt. Hingegen markierte die Heidelberger Erklärung *(J. Miquel)* der süddeutschen Landesparteien der NLP vom 23. 3. 1884 deutlich eine Abgrenzungspolitik und zugleich eine Preisgabe liberaler Grundüberzeugungen (Verlängerung des Sozialistengesetzes, Ausbau der militärischen Macht, Unterstützung der Sozialpolitik *Bismarcks,* klare Absage an die linksliberalen Fraktionen des Reichstags). Die Erklärung wurde vom Berliner Parteitag (18. 5. 1884) als Programm der Gesamtpartei beschlossen.

Die »Berliner Erklärung« vom 5. 10. 1896 sollte die NLP vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik als »Mittelpartei« charakterisieren (Reform der Arbeiterversicherungsgesetze, Förderung der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes). Den Jungliberalen kam die Forderung nach einer »kräftigen und zielbewußten Handhabung der Kolonialpolitik« entgegen. Die »Ziele und Bestrebungen der NLP« vom Januar 1907 schrieben die mittelständisch orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik fort, betonten die Notwendigkeit einer expansiven Flottenpolitik und – unter alldeutschem Einfluß – einer rigiden antipolnischen Nationalitätenpolitik.

Organisation: Die Fraktionsbildung der NLP 1867 hatte zunächst noch keine Spaltung der örtlichen liberalen Parteiorganisationen zur Folge (Kandidatenentscheid der Wahlkomitees und -vereine unmittelbar vor den Wahlen). Erst Mitte der 80er Jahre war die Trennung der Komitees der NLP von den organisatorisch häufig weiterentwickelten Wahlvereinen der → DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI (DFP) vollzogen. In den 90er Jahren verlor die NLP zunehmend den Charakter der Honoratiorenpartei, die Vereinsstrukturen wurden voll durchgebildet.

Auf der zentralen Ebene lag die Führung der NLP in den Händen der Fraktion. Am 5.–6. 2. 1870 konstituierte sich unter *von Unruh, Miquel* und *G. Bunsen* der Vorstand der NLP des Norddeutschen Bundes; am 1. 5. 1870 beschloß die Allgemeine Vertrauensmännerversammlung der NLP die organisatorische Verbindung der nord- und süddeutschen Landesparteien. 1873 wurde ein 28köpfiges Zentralwahlkomitee geschaffen (Aufgaben: Umwandlung der örtlichen Wahlkomitees in Wahlvereine, feste organisatorische Verbindungen zu den Provinz- und Landeskomitees, Abstimmung der Wahlkampfvorbereitungen).

Mit dem Organisationsstatut vom 20. 1. 1892 wurde jeweils für die Dauer einer Legislaturperiode ein Zentralvorstand gebildet (Fraktionsvorstände des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses, gewählte Vertreter der Landesorganisationen), der einen Geschäftsführenden Ausschuß berief. Formal oberstes Parteiorgan war der mindestens alle zwei Jahre einzuberufende Allgemeine Delegiertentag (Mitglieder des Zentralvorstands, der Fraktionen von Reichstag und Landesparlamenten, Vertrauensmänner der Provinzorganisationen). – Der Reichsverband der Vereine der nationalliberalen Jugend wurden am 21. 10. 1900 gegründet. Er war an der Politik *Stresemanns* orientiert. – 1914 zählte die NLP etwa 300 000 Mitglieder in 2207 Vereinen (davon 98 Jungliberale).

Presse: Parteikorrespondenzen: ›Nationalliberale Correspondenz‹, ›Berliner Autographirte Correspondenz‹ (bis 1880), ›Mitteilungen für die Vertrauensmänner der NLP‹ (ab 1889). Zeitschriften: ›Preußische Jahrbücher‹, ›Die Grenzboten‹, ›Deutsche Stimmen‹ (1907–1916: ›Nationalliberale Blätter‹). Nahestehende Organe: ›National-Zeitung‹ (Berlin), ›Hannoverscher Courier‹, ›Kölnische Zeitung‹, ›Hamburger Nachrichten‹, ›Schwäbischer Merkur‹.

Geschichte: Die nachträgliche Billigung des preußischen Staatshaushaltes der Konfliktszeit (Indemnitätsvorlage, 3. 9. 1866) spaltete die DFP in Befürworter und Gegner der Politik *Bismarcks.* Am 17. 11. 1866 schlossen sich 15 Abgeordnete der FORTSCHRITTSPARTEI und 9 des linken ZENTRUMS zur »Neuen Fraktion der nationalen Partei« zusammen, die sich nach der Eröffnung des Konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes (24. 2. 1867) als Fraktion der NLP organisierte (79 von 297 Abg., stärkste Fraktion des Parlaments). Am 4. 3. 1867 wurden *v. Bennigsen,*

Braun und *von Unruh* zum Fraktionsvorstand gewählt. (Soziales Profil der Fraktion: 60 % freiberufliche und beamtete Intelligenz; 20 % Industrielle, Bankiers, Großkaufleute; ca. 20 % Gutsbesitzer.) 1867 (Verfassung des Norddeutschen Bundes) wie 1871 (Verfassung des Deutschen Reiches) setzte die NLP auf eine langfristige Liberalisierung und Parlamentarisierung des Herrschaftssystems und akzeptierte die vom Parlament unabhängige Stellung des Reichskanzlers. Nach der Reichseinigung wurde die NLP treibende Kraft im »Kulturkampf« und wichtigster parlamentarischer Verbündeter *Bismarcks* (Zurückstellung einer liberalen Vorwärtsentwicklung der Verfassung). 1874 lehnte sie zwar die völlige Ausgliederung des Militärhaushaltes aus der parlamentarischen Budgetgewalt (»Aeternat«) ab, konzedierte *Bismarck* jedoch die Festlegung auf 7 Jahre (»Septennat«). 1871–78 war die NLP stärkste politische Kraft im Reichstag (Mandate 1871: 125, 1874: 155, 1877: 128, 1878: 99) und entfaltete rege parlamentarische Aktivität mit den Schwerpunkten Wirtschaftsgesetzgebung: *(L. Bamberger),* Münzgesetze 1871/73, Reichsbankgesetz 1875, BGB 1900, Justizgesetzgebung *(Lasker, Miquel, R. Gneist)* StGB 1871, Zivil- und Strafprozeßordnung, Gerichtsverfassungsgesetz, Konkursordnung 1876. Sie schuf wesentliche gesetzgeberische Voraussetzungen für die fortschreitende Industrialisierung und den gesellschaftlichen Wandel.

Die Zustimmung zum Sozialistengesetz (1878) vertiefte die bereits im »Kulturkampf« entstandene Kluft zwischen liberal-rechtsstaatlichen Grundüberzeugungen und Parteipolitik. Innerparteilich entscheidend wurde jedoch die Frage der wirtschaftspolitischen Orientierung (Kurswechsel zum Protektionismus 1878/79). Um die NLP fest an sich zu binden, bot *Bismarck Bennigsen* den Eintritt in das preußische Staatsministerium an, weigerte sich jedoch, auch zwei Vertreter des linken, freihändlerischen Flügels der NLP *(Schenk v. Stauffenberg, Forckenbeck)* ins Ministerium aufzunehmen, daraufhin lehnte *Bennigsen* ab. Am 21. 10. 1878 unterzeichnete der rechte Flügel der NLP die Erklärung der schutzzöllnerischen »Volkswirtschaftlichen Vereinigung«. Als die Mehrheit der NLP eine Zustimmung zur Zoll- und Finanzreform von gesetzlichen Garantien des Budgetrechts abhängig machte, verließen 15 Abgeordnete des rechten Flügels *(F. v. Schauß, J. Völk, H. v. Treitschke)* die Fraktion.

1880 kam es zur »Sezession«, als, nach Annahme des Schutzzolls, des Sozialistengesetzes und der Einstellung des Kulturkampfes, der linke Flügel (28 Abgeordnete) aus der NLP ausschied (*Bamberger, Forckenbeck, Rickert,* → Liberale Vereinigung). Nach der schweren Wahlniederlage 1881 (47 Mandate) schloß sich die NLP unter *Miquel* eng an die Konservativen an (»Kartellwahlen« 1887, 99 Mandate); bis 1897 wurde *Bennigsen* wieder Fraktionsvors. 1890 brach das »Kartell« zusammen (NLP: 42 Mandate).

Nach der Entlassung *Bismarcks* trat im Streit um die liberalere Handelspolitik *Caprivis* und die Innenpolitik des »neuen Kurses« der innere Konflikt in der NLP wieder offen zu Tage. Die vom Ministerium *Hohenlohe* (Dezember 1894) eingebrachte »Umsturzvorlage« (gegen die Sozialdemokratie) wurde von der NLP erst nach schweren inneren Auseinandersetzungen (Frankfurter Delegiertentag, 30. 9. 1894) abgelehnt; einig war man sich in der Militär-, Flotten-, Kolonial- und Nationalitätenpolitik (Deutscher Kolonialverein, Flottenverein, Deutscher Ostmarkenverein unter dem Einfluß der NLP) und in einem latenten Antisemitismus. Nach der Übernahme des preußischen Finanzministeriums durch *Miquel* wurde *Bassermann* zur beherrschenden Figur der Partei, 1898 löste er *Bennigsen* im Fraktionsvors. ab.

Die klare Ablehnung der »Zuchthausvorlage« (Strafverschärfung gegen Koalitionszwang, 1899) machte eine liberale Erneuerung der NLP deutlich. Der Kampf gegen das → Zentrum und die stark anwachsende Sozialdemokratie (SPD) führte die NLP 1907 erneut zu einem Zusammengehen mit den Konservativen (»Bülow-Block«). In den Jungliberalen und dem 1909 gegründeten Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie *(J. Riesser)* entstanden nach der Jahrhundertwende verfassungspolitisch demokratische (Anpassung des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts an das Reichstagswahlrecht), industrie- und sozialpolitisch engagierte, nach außen betont imperialistische Gegenkräfte in der NLP. Nach dem Sturz *Bülows* (1909) setzte eine vorsichtige Öffnung der Gesamtpartei nach links ein, jedoch blieb die NLP in der Frage der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts zerstritten; der von den Jungliberalen aufgegriffenen Forderung nach einer Koalition »von Bebel bis Bassermann« wurde nicht gefolgt. Den Antrag des Zentralvorstandes auf Ausschluß der Jungliberalen und damit des linken, sozialimperialistischen Flügels lehnte der Berliner Parteitag (12. 5. 1912) jedoch ab. 1913 kam es zu einem ersten parlamentarischen Zusammengehen der NLP mit dem Linksliberalismus, dem Zentrum und der Sozialdemokratie (Mißbilligungsantrag anläßlich der Zabern-Affäre), nachdem die Wahlen von 1912 erneut eine Niederlage für die NLP gebracht hatten (Mandate 1898: 46, 1903: 51, 1907: 54, 1912: 45).

Im 1. Weltkrieg setzte sich der annexionistische Flügel durch *(Bassermann, Stresemann, P. Fuhrmann)*: am 19. 7. 1917 wurde die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit abgelehnt und die Mitarbeit im Interfraktionellen Ausschuß aufgekündigt. Nach dem Tod *Bassermanns* folgte der aus der jungliberalen Bewegung hervorgegangene *Stresemann* im Fraktionsvorsitz und versuchte, imperialistische und Demokratisierungspolitik zusammenzufassen: die NLP schloß sich der von der → Fortschrittlichen Volkspartei und der → SPD erhobenen Forderung nach einer durchgreifenden Wahlrechtsreform in Preußen an (29. 3. 1917).

Während der Novemberrevolution 1918 zerfiel die NLP; ihr rechter Flügel ging zur → Deutschnationalen Volkspartei, ihr linker Flügel *(R. Friedberg)* zur → Deutschen Demokratischen Partei, die an *Stresemann* orientierte Minderheit gründete die → Deutsche Volkspartei. [Ko]

H. Oncken, Rudolf von Bennigsen, 2 Bde., 1910; E. Brandenburg, 50 Jahre NLP, 1917; H. Herzfeld, Johannes von Miquel, 2 Bde., 1939; H. Thieme, Nationaler Liberalismus in der Krise, 1963; H. Schwab, Aufstieg und Niedergang der NLP, Jena 1968; G. Eisfeld, Die Entstehung der liberalen Parteien in Dtl. 1858–1870, 1969.

Nationalsozialer Verein (NV).

Am 25. 11. 1896 in Erfurt durch *F. Naumann, M. Weber, H. v. Gerlach, P. Göhre, A. Damaschke* u. a. gegründete linksliberale Partei. Die von *Naumann* konzipierten Programmatischen »Grundlinien« (1896) und die »Nationalsozialen Leitsätze« zielten auf eine Neudefinition des Liberalismus als politischer Integrationsklammer von Bürgertum und Arbeiterbewegung, auf die Verbindung von imperialistischer Expansion und am christlichen Sozialismus orientierter Sozialpolitik (»Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen«), auf eine Amalgamierung von Demokratie und »sozialem Kaisertum«.

Die Mitgliederzahl betrug nur einige Tausend, vorwiegend Angehörige des Bildungsbürgertums. Wichtigstes Presseorgan war die bis 1897 als Tageszeitung, seit 1901 als Wochenschrift erscheinende ›Die Zeit‹. Seit Oktober 1898 erschien das von *Naumann* redigierte Wochenblatt ›Die Hilfe‹.

Auseinandersetzungen zwischen dem von *Göhre* angeführten linken Flügel, der für eine enge Zusammenarbeit mit den revisionistischen Kräften in der Sozialdemokratie um *E. Bernstein* eintrat und dem christlich-konservativ orientierten rechten Flügel unter *R. Sohm* endeten 1898 mit dem Übertritt *Göhres* zur Sozialdemokratie.

Der Mißerfolg bei den Reichstagswahlen von 1898 (27 208 Stimmen, kein Mandat) und das schlechte Abschneiden 1903 (0,39 %, 1 Direktmandat) führten zur Selbstauflösung des NV am 30. 8. 1903 und zur Fusion mit der → Freisinnigen Vereinigung. [Ko]

D. Düding, Der Nationalsoziale Verein 1896–1903, 1972.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

Rechtsradikale Partei der Weimarer Republik, die nach der Ernennung *A. Hitlers* zum deutschen Reichskanzler am 30. 1. 1933 und aufgrund des Verbotes aller anderen Parteien am 14. 7. 1933 bis zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. 5. 1945 die einzige legale Partei des Deutschen Reiches (»Dritten Reiches«) war.

Gründung: Am 5. 1. 1919 in München von *A. Drexler* und *K. Harrer* ursprünglich als Deutsche Arbeiterpartei (DAP) konstituiert und am 24. 2. 1920 in NSDAP umbenannt, wurde infolge des gescheiterten Putsches am 8./9. 11. 1923 verboten und schließlich am 27. 2. 1925 neu gegründet.

Programm: Völkisch-nationalistisch, antidemokratisch, antikommunistisch, antisemitisch mit anfänglich antikapitalistischen und sozialistischen Zügen; forderte die Revision des Versailler Vertrages, den Erwerb von Kolonien und den Zusammenschluß aller Deutschen nach rassenbiologischen Gesichtspunkten (25-Punkte-Programm vom 24. 2. 1920).

Organisation: Die NSDAP verstand sich als Partei »neuen Typs«, die über den anderen Parteien stehe. Sie war eine Bewegungs- und Sammlungspartei mit militärischem Charakter. Seit 1921 war die sich allmählich herausbildende Parteistruktur ganz auf die Person *Hitlers* hin ausgerichtet. Trotz zahlreicher Führungskrisen bildete er als »Führer« bis zum Ende des Dritten Reiches die wichtigste und unaustauschbare Integrationsfigur der NSDAP und verkörperte somit das charakteristische Strukturelement der Partei: das »Führungsprinzip«. Autorität wurde demnach ausschließlich von einer als zentralistisch und monokratisch verstandenen Führungsspitze nach unten ausgeübt, Verantwortung dagegen von unten nach oben geschuldet. Daraus ergab sich eine für den Parteiaufbau spezifische Verbindung von einer institutionell normierten Beziehung zwischen Vorgesetzten und Untergebenen mit einem durch persönliche Bindungen zusammengehaltenen Führer-Gefolgschaft-Verhältnis. Einerseits wurden mit dem zunehmenden Ausbau der Partei und der damit verbundenen Bürokratisierung ihrer Organisation die tatsächlichen Beziehungen zwischen *Hitler* und seinen Anhängern und Unterführern immer unpersönlicher. Andererseits sah sich jeder Parteifunktionär innerhalb seines Bereiches als Stellvertreter des »Führers«. Aus dem niemals exakt bestimmten Verhältnis von Führerideologie und Parteiorganisation ergaben sich notgedrungen heftige Kompetenzabgrenzungen bzw. -kämpfe, bei denen der »Führer« als ausschlaggebende Instanz angerufen werden mußte. Das daraus resultierende »Führungschaos« innerhalb der Führerpartei wurde somit zu einem konstitutiven Element in der innerparteilichen Entwicklung der NSDAP.

Nach der Neugründung der Partei am 27. 2. 1925 besaß die Reichsleitung der NSDAP – mehrfach modifiziert – schließlich folgendes Gliederungsschema: An oberster Spitze stand der »Führer« mit der Kanzlei des Führers bzw. der Parteikanzlei (ab 1941) als zentralem Parteiorgan. Die wichtigsten Reichsleiter waren: Stellvertreter des Führers (bis 1941; dann Sekretär des Führers), Reichsorganisationsleiter, Reichsschatzmeister, Reichspropagandaleiter, Reichspressechef, Chef des obersten Parteigerichts, Reichsleiter des Agrarpolitischen Amtes, des außenpolitischen Amtes, der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung u. a. Regional war die Partei in Gaue (mit Gauleiter), in Kreise (mit Kreisleiter), in Ortsgruppen, Zellen und Blocks gegliedert. Hinzu traten die paramili-

tärischen Kampfverbände: Sturmabteilung (SA, mit einem Stabschef), Schutzstaffel (SS, mit dem Reichsführer) und die NS-Kraftfahrer-Korps (NSKK). Außerdem gab es die Parteigliederungen: Hitler-Jugend (HJ), NS-Frauenschaft und der NS-Studentenbund (NSDStB). Schließlich sind die angeschlossenen Verbände und Berufs- bzw. Standesorganisationen zu nennen, wie z. B. die Deutsche Arbeitsfront (DAF), der Reichsarbeitsdienst, die NS-Volkswohlfahrt sowie die Fachverbände: NS-Lehrerbund (NSLB), NS-Rechtswahrerbund (NSRB), NS-Beamtenbund, NS-Ärztebund, NS-Künstlerbund u. v. a. In der Endphase der Weimarer Republik bildete die NSDAP eine Art »Schattenstaat« in der Absicht, nach der »Machtergreifung« die staatlichen Institutionen durch die Parteiorganisation zu ersetzen. Der Dualismus von Partei und Staat prägte daher die Politik des Dritten Reiches.

Presse: ›Völkischer Beobachter‹ (1921–1945); ›Nationalistische Monatshefte‹ (seit 1930); ›Das Reich. Deutsche Wochenzeitung‹ (1940–45); ›Der SA-Mann‹ (1932–45); ›Das Schwarze Korps‹ (Organ der SS, 1935–45) u. a.

Geschichte: Der Eisenbahnschlosser *Drexler* und der Journalist *Harrer* gründeten am 5. 1. 1919 in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Wie andere völkisch-nationalistische und antikommunistische Gruppen dieser Zeit steht ihre Gründung im Zeichen der innenpolitischen Krisensituation nach dem 1. Weltkrieg. Sie verstand sich als Alternative zu den Rätebewegungen und wollte eine »Versöhnung von Arbeiterschaft und Vaterland« erreichen. Sie genoß dabei die wohlwollende Duldung der bayerischen Reichswehrführung, die in diesen politischen Verbänden ein Auffangbecken der orientierungslosen, sich zum Teil in Freikorps organisierenden heimgekehrten Frontsoldaten erblickte. Im September 1919 stieß der berufslose, für die Reichswehr als Agent und »politischer Aufklärungsredner« tätige *Hitler* zur DAP. Als »Werbeobmann« konnte er sein demagogisches und organisatorisches Talent entfalten und in kurzer Zeit die DAP durch Massenveranstaltungen zu einer in München allmählich immer stärker beachteten Partei aufbauen. Dabei wurde er besonders unterstützt von *G. Feder,* der die werbewirksame Parole von der »Brechung der Zinsknechtschaft« prägte, von dem Schriftsteller *D. Eckart,* von dem Baltendeutschen *A. Rosenberg* und vor allem von dem Hauptmann a. D. *E. Röhm.* Durch den Kauf der Wochenzeitung ›Völkischer Beobachter‹ im Jahre 1920, die bald täglich erschien, erhielt die NSDAP ihr zentrales Parteiorgan. Am 24. 2. 1920 gab die in NSDAP umbenannte Partei vor 2000 Besuchern ihr 25-Punkte-Programm bekannt. Es bildete eine agitatorisch wirksame Kombination von populären Schlagworten, wie sie damals besonders von der politischen Rechten propagiert wurden: Der »Kampf gegen Versailles«, der »Anschluß« Österreichs, der Erwerb von Kolonien und der Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Großdeutschland auf der einen, sozialistische Forderungen, wie Bodenreform, Enteignungen für gemeinnützige Zwecke und Einziehung der Kriegsgewinne sowie antisemitische Parolen auf der anderen Seite.

Innerparteiliche Differenzen führten 1921 zu einer Parteikrise. *Hitler,* der inzwischen für die Partei unentbehrlich geworden war, konnte ultimativ den mit nahezu unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Parteivorsitz übernehmen. Daraus entwickelte sich das für die NSDAP charakteristische »Führerprinzip«.

Von antirepublikanischen und antikommunistischen Kräften unterstützt, erfuhr die NSDAP eine starke Expansion. Bereits 1921 hatte sie über 3000 eingeschriebene Mitglieder. Ende 1922 schloß sich die über ganz Deutschland verbreitete Deutschsozialistische Partei (DSP) der NSDAP an. Dabei spielte der radikal antisemitische Führer der Nürnberger Gruppe, *J. Streicher,* eine wichtige Rolle. Neben der NSDAP erfuhr der ihr angeschlossene Wehrverband »Sturmabteilung (SA)« aus sich auflösenden Freikorps einen immer größeren Zustrom. Seit 1923 einheitlich uniformiert, gab diese bewaffnete politische Kampf- und Propagandatruppe, die in Saal- und Straßenschlachten einen berüchtigten Ruf erwarb, der NSDAP ihren militanten Charakter. Im Krisenjahr 1923 schnellte die Mitgliederzahl auf 55 000 empor. Der Ruhrkampf und die dadurch ausgelöste politische und wirtschaftliche Krise und der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich ließen in der NSDAP und in rechtsradikalen Gruppierungen den Entschluß aufkommen, zu putschen, um nach dem faschistischen Beispiel in Italien die Macht des Staates an sich zu reißen. Der gemeinsam mit General *E. Ludendorff* inszenierte »Marsch auf die Feldherrenhalle« am 9. 11. 1923 scheiterte jedoch an Reichswehr und Polizei. Die NSDAP wurde verboten und *Hitler* am 1. 4. 1924 zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt.

Nach seiner vorzeitigen Entlassung im Dezember 1924 gründete *Hitler* am 27. 2. 1925 die NSDAP neu. Dabei konnte er auf untereinander konkurrierende Nachfolgeorganisationen, die ihn als Vermittler anriefen, zurückgreifen. Eine Schlüsselstellung in dieser Phase nahm *Röhm* ein, der aus der verbotenen SA einen über 30 000 Mann starken »Frontbann« formiert hatte und diesen *Hitler* loyal unterstellte.

Aus dem gescheiterten Putsch und angesichts der sich konsolidierenden Weimarer Republik zog *Hitler* politische Konsequenzen: nicht mehr durch Revolution, sondern evolutionär, mit legalen parlamentarischen Mitteln und mit Hilfe einer straff organisierten Partei wollte er die Macht im Staate erringen. Seine opportunistische Taktik, die sich auch über Programmpunkte hinwegsetzte, und besonders sein omnipotenter Führungsanspruch führten 1925/26 zum Konflikt mit den norddeutschen Gauleitern der Partei. Der sog. »linke Flügel« unter der Führung der Brüder *Gregor* und *Otto Strasser,* der besonders in Nord-

deutschland eine große Anhängerschaft gewinnen konnte, setzte sich für eine betont antikapitalistische und sozialistische Politik ein. Gleichzeitig stellten sie die Dominanz der Münchener Parteizentrale in Frage. *Hitler* konnte sich jedoch im Februar 1926 auf einer Bamberger Gauleitertagung durchsetzen. *J. Goebbels,* ursprünglich auf der »linken Seite« stehend, wurde von *Hitler* zum Gauleiter von Berlin ernannt. Um die immer stärker werdende SA kontrollieren zu können, gründete *Hitler* die »Schutzstaffel« (SS), die besonders unter ihrem Reichsführer *H. Himmler* (seit 1929) zu einem persönlichen Instrument *Hitlers* wurde und sich immer mehr von der SA, der sie unterstellt war, lösen konnte. Trotz steigender Mitgliederzahl konnte die NSDAP in der stabilen Phase der Weimarer Republik von 1924 bis 1929 kaum politischen Einfluß gewinnen. Bei den Reichstagswahlen von 1924 erhielt die NSDAP, die als »Nationalsozialistische Freiheitsbewegung« kandidierte, 14 (3 %), 1928 lediglich 12 Sitze (2,6 %). Ähnlich wie nach dem gescheiterten Putsch führte dieses schlechte Wahlergebnis im Jahre 1928 zu einer intensiven Diskussion über Programm und Taktik. Das Ergebnis war ein erneuter Kurswechsel, der sich durch eine stärkere Rechtsorientierung zeigte. Sozialistische Programmpunkte traten immer mehr in den Hintergrund; Nationalismus, Antisemitismus, Konservatismus und vor allem außenpolitische Themen bestimmten von nun an die NS-Propaganda. Ihr Schwerpunkt verlagerte sich von den Städten auf die ländlichen Gebiete, was sich in kommenden Wahlen stark auszahlen sollte. Bauern, der handwerkliche Mittelstand und Angestellte bildeten nun das wichtigste Wählerreservoir der NSDAP. Diese Kursänderung zeigte beim Volksbegehren gegen den Youngplan 1929, als die Partei mit der DEUTSCHNATIONALEN VOLKSPARTEI (DNVP), dem Stahlhelm und anderen Gruppen der konservativen Rechten ein Bündnis einging, erste Erfolge. Die NSDAP erwarb den Ruf, eine nationalistische Bewegung zu sein, und *Hitler* gewann das Prestige eines »bürgerlichen« Politikers. Für konservative Politiker und führende Mitglieder der Schwerindustrie wurde die NSDAP zu einem potentiellen Partner. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und der damit verbundenen Krise des parlamentarischen Systems in Deutschland vollzog sich der Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei. Die Mitgliederzahl stieg von 400 000 im Jahre 1930 über 800 000 1931 auf 1 Million im Jahre 1932. Bei den Reichstagswahlen schnellte die Zahl der Mandate 1930 auf 107 (18,3 %) und 1932 schließlich auf 230 (37,4 %); sie fiel jedoch im November 1932 wieder zurück auf 196 (33,1 %). Die NSDAP war somit zur stärksten Partei Deutschlands geworden, die vor allem durch die Radikalität ihrer Kritik und ihrer Forderungen mobilisierend wirkte. Dabei verfolgte die NSDAP eine wirkungsvolle Doppelstrategie: einerseits wurde stets die Legalität betont, andererseits beherrschten die SA-Truppen mit Gewalt und Terror die Straßen. Diese politische Emotionalisierung strahlte zwar eine starke Suggestivwirkung aus, bewirkte jedoch eine hohe Fluktuation innerhalb der Partei und damit die Gefahr des Auseinanderfallens. Die Parteileitung versuchte, den Spaltungstendenzen durch Straffung der Parteiorganisation und Überhöhung der Führerideologie entgegenzuwirken. Die NSDAP geriet durch ihre hohen Wahlerfolge und ihren Anspruch, die ungeteilte Macht erringen zu wollen, in einen politischen Zugzwang. Bei den Reichspräsidentenwahlen im März/April 1932 kandidierte *Hitler* selbst. Trotz 11,3 % im ersten und 13,4 Millionen Stimmen im 2. Wahlgang unterlag er jedoch *Hindenburg,* der schließlich 19,4 Millionen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die Koalitionsgespräche in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 scheiterten ebenfalls an *Hindenburgs* Weigerung, *Hitler* mit der Regierungsbildung zu beauftragen, und an des »Führers« Anspruch, nur als Kanzler politische Verantwortung zu übernehmen. Außerdem schien das Wählerpotential der NSDAP 1932 weitestgehend ausgeschöpft zu sein. Die Wahlniederlage im November 1932 führte erneut zu einer ernsten Parteikrise. Finanzielle Schwierigkeiten auf der einen und Koalitionsverhandlungen des Reichskanzlers *K. von Schleicher* mit *G. Strasser* auf der anderen Seite förderten akute Spaltungstendenzen innerhalb der NSDAP. Aber auch dieses Mal vermochte sich *Hitler* gegen seinen Rivalen durchzusetzen. Am 8. 12. 1932 resignierte *Strasser* und legte seine Parteiämter nieder.

Entscheidende Hilfe erfuhr die NSDAP in dieser Situation jedoch von außen. *F. von Papen,* unterstützt von Kreisen der Wirtschaft, gelang es, den greisen Reichspräsidenten *Hindenburg* zu überreden, *Hitler* am 30. 1. 1933 zum Reichskanzler zu ernennen. In dem Kabinett der »Nationalen Konzentration« waren *Hitler* und zwei weitere Nationalsozialisten (*W. Frick* als Reichsinnenminister und *H. Göring* als Minister ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig als kommissarischer Innenminister in Preußen) zwar gegenüber den konservativen Regierungspartnern in der Minderheit, deren »Zähmungskonzept« erwies sich jedoch als folgenschwerer Irrtum. In wenigen Monaten vermochten die Nationalsozialisten sie auszumanövrieren. Entgegen den Koalitionsabsprachen löste *Hitler* bereits am 1. 2. 1933 den Reichstag auf und setzte Neuwahlen an. Der Brand des Reichstagsgebäudes am 27. 2. wurde geschickt dazu benutzt, die Kommunisten auszuschalten und aufgrund des Art. 48 die Grundrechte und die Verfassung einzuschränken (»Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. 2. 1933). Obwohl die NSDAP den Wahlkampf nun als Regierungspartei und auch ohne finanzielle Schwierigkeiten unter Zuhilfenahme der staatlichen Massenmedien führte, konnte sie zwar erhebliche Stimmengewinne erzielen (288 Sitze = 43,9 %), jedoch die absolute Mehrheit abermals nicht erreichen. Sie war daher erneut auf die

Stimmen der deutschnationalen »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« (52 Mandate = 8%) angewiesen. Mit Hilfe des sog. »Ermächtigungsgesetzes« vom 24. 3. 1933 (»Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat«) wurde zunächst auf 4 Jahre befristet, jedoch mehrfach verlängert, 1943 schließlich auf unbestimmte Zeit der Reichstag ausgeschaltet und die Reichsverfassung »legal« wesentlich beschränkt. Der Ausnahmezustand wurde damit permanent. Die Länder wurden dem Reich gleichgeschaltet (31. 3. 1933) und Länderkommissare als Reichsstatthalter eingesetzt. KPD und SPD wurden am 22. 6. 1933, am 14. 7. 1933 alle anderen Parteien verboten. Die Monopolstellung der NSDAP wurde »legalisiert« und damit der Einparteienstaat gesetzmäßig. Am 1. 12. 1933 wurde die NSDAP zur Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener Disziplinargerichtsbarkeit (»Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat«). Gewerkschaften und Verbände wurden aufgelöst, Massenmedien egalisiert und gleichgeschaltet. Der bis 1938 regelmäßig einmal im Jahr in Nürnberg stattfindende Reichsparteitag sollte die Vereinigung von Partei und Staat demonstrieren.

Daß sich *Hitler* jedoch seiner Machtstellung nicht absolut sicher war, beweisen die brutalen Säuberungen anläßlich des sog. »Röhmputsches« am 30. 6. 1934. *Röhm*, der als oberster SA-Führer das Ziel verfolgte, die Reichswehr mit der SA zu einem mächtigen Volksheer zu verschmelzen, kritisierte *Hitlers* »Legalitätskurs« und forderte – wie viele in der SA – die sog. »Zweite Revolution«.

Besonders von *Göring* und *Himmler* unterstützt, nutzte *Hitler* ein Treffen hoher SA-Führer, um sich *Röhms* zu entledigen und die SA generell zu entmachten. *Röhm* sowie zahlreiche Mitglieder der SA, die Reichswehrgeneräle *Schleicher* und *Bredow* sowie viele andere konservative Politiker wurden liquidiert. *Hitler* entschied sich somit im Konflikt zwischen Reichswehr und SA eindeutig zugunsten der Armee, deren Stellung zu dieser Zeit noch stark und unangefochten erschien. Nach dem Tode *Hindenburgs* am 2. 8. 1934 wurden die Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers vereinigt. *Hitler* war nunmehr »Führer und Reichskanzler« und verkörperte somit die Leitung von Partei und Staat. Die Reichswehr wurde auf seine Person vereidigt. Entmachtet wurde sie erst Anfang 1938 (*Blomberg-Fritsch*-Krise), als sich *Hitler* zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht ernannte.

Nachfolgeorganisation der politisch bedeutungslos gewordenen SA wurde die sich als arische Elite verstehende SS unter *Himmler*, der seit 1934 Kommandeur sämtlicher Länderpolizeien und seit 1936 Chef der Deutschen Polizei war und besonders während des Krieges neben *Hitler* zum mächtigsten Mann im Dritten Reich aufstieg.

Antisemitismus als dominierende und konstante Komponente der nationalsozialistischen Ideologie bestimmte auch von Anfang an die Politik. Bereits am 1. 4. 1933 wurden jüdische Geschäfte boykottiert. Das am 7. 4. 1933 verordnete Berufsbeamtengesetz (»Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«) schuf die gesetzliche Grundlage zur Eliminierung von Juden aus staatlichen Positionen. Die »Nürnberger Gesetze« vom Jahre 1935 (»Blutschutzgesetze«) erklärten die Juden als nationale Außenseiter. Die sog. »Reichskristallnacht« am 9. 11. 1938 war der Beginn von Aussiedelungen, Deportationen und Pogromen von Juden, die schließlich während des Krieges zur systematischen Judenvernichtung führten (»Endlösung der Judenfrage«: 1941 Judengesetze, 1942 Wannsee-Konferenz).

Propagandaorgien, gesteuerte Plebiszite und vor allem auch Terror (Konzentrationslager) bestimmten das politische Leben in Deutschland. Die NSDAP mit ihren zahlreichen Verbänden diente dabei zur totalen Erfassung und politischen Normierung des Individuums. Der »Maßnahmenstaat« ursurpierte den »Normenstaat« (E. Fraenkel). Der Antagonismus von staatlicher Bürokratie und Parteiorganisation, die »Polykratie der Ressorts« sowie Kompetenz- und Richtungskämpfe wurden zum Spezifikum des Dritten Reiches. Seine relative Stabilität resultierte aus außenpolitischen Erfolgen, wirtschaftlicher Konsolidierung, sozialer Integration (»Volksgemeinschaft«, KdF), einer gesteuerten Freund-Feind-Ideologie sowie schließlich seit 1939 aus der Kriegssituation. *Hitlers* Führerabsolutismus, die Kollektivierung des Individuums, Terror und eine Politik, die von Anfang an auf Krieg ausgerichtet war, und der Krieg selbst bildeten die stärksten Integrationsklammern dieses antagonistischen Regimes. Nach dem militärischen und staatlichen Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde die NSDAP mit allen ihren Gliederungen und ihr angeschlossenen Verbänden von dem Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 10. 10. 1945 aufgelöst und verboten. [MI]

W. Schäfer, NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches, 1957; M. Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, 1969; P. Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich, 1969; K. D. Bracher, Die Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, 1969; W. Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933), 1972; D. O. Orlow, The History of the Nazi Party. 1919–1945, 2 Bde., Pittsburgh 1969/73; G. Hirschfeld/L. Kettenacker (Hg.), Der »Führerstaat«, 1981.

Niedersächsische Landespartei (NLP).
→ Deutsche Partei.

Reichspartei des deutschen Mittelstandes – Wirtschaftspartei.

Bürgerliche Interessenpartei in der Weimarer Republik, sozial und thematisch mit begrenztem Aktionsfeld.

Gründung: 11./13. 9. 1920 als WIRTSCHAFTSPARTEI DES DEUTSCHEN MITTELSTANDES durch Vertreter mittel- und ostdeutscher Mittelstandsgruppen, darunter *H. Drewitz, F. Holzamer, F. Sönnichsen* u. a.; ab 1925 galt die Bezeichnung Reichspartei des deutschen Mittelstandes.

Programm: In der Anfangszeit beschränkte sich die Wirtschaftspartei auf wirtschaftspolitische Forderungen zur Sicherung und Förderung des Mittelstandes. Erst die auf dem Görlitzer Parteitag 1926 verabschiedeten Richtlinien brachten ein grundlegendes und allgemeines Programm. Die Partei forderte darin eine autoritäre Innen- und eine nationalistische Außenpolitik, konzentrierte sich jedoch auch dabei auf wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen zur Begünstigung des Mittelstandes. Zugleich erstrebte sie einen Aufbau der sozialstaatlichen Hilfen. In den Wahlaufrufen dominierte die Agitation gegen die »Zwangswirtschaft« neben Aussagen, die auf antiparlamentarische Stimmungen bei der Wählerschaft aufbauten.

Organisation: Wichtigste Besonderheit des Parteiaufbaus war die neben der vertikalen Gliederung in Ortsgruppe, Wahlkreisverband, Landesausschuß, Parteivorstand, Reichsausschuß und Parteitag durchgeführte horizontale Einteilung nach Berufsständen, die einen starken Einfluß der Interessengruppen bereits auf der lokalen Ebene sicherstellte. Gleiches gilt für den Reichsausschuß, in dem der Parteivorstand und die Repräsentanten der berufsständischen »Fachgruppen« ihren Einfluß auf die parlamentarischen Vertreter geltend machen konnten.

Presse: ›Deutsche Mittelstandszeitung‹ (Berlin 1923–32), ›Kölner Nachrichten‹, ›Sächsischer Kurier‹ (Dresden) u. a.

Geschichte: Die Partei entstand aus zunächst nur lokalen Zusammenschlüssen von Handwerkern, Haus- und Grundeigentümern und Kleinhändlern. Sie war bis etwa 1922 in ihrer Wirksamkeit auf Preußen beschränkt. 1924 kandidierte sie gemeinsam mit dem → Bayerischen Bauernbund (BB) und erreichte dabei am 4. Mai 1,8 % (7 Mandate), am 7. Dezember 2,3 % (11 Mandate). Mit der Ausdehnung auf Reichsebene versuchte die Partei zugleich, ihre Verbindungen mit den Innungen und Organisationen des handwerklichen und gewerblichen Mittelstandes zu intensivieren, was ihr jedoch nur in begrenztem Umfang gelang. Den dominierenden Verbandseinfluß übte der »Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine« aus. Bereits nach dem Erringen von 4 Landtagsmandaten in Preußen im Februar 1921 betrieben bedeutende Repräsentanten des Haus- und Grundbesitzes, darunter *J. V. Bredt*, der auch in der Folgezeit der einflußreichste Vertreter dieser Interessengruppe in der Partei und in der Reichstagsfraktion blieb, ein enges Bündnis mit der Wirtschaftspartei. So forderte diese im Sinne der Hausbesitzer in den ersten Jahren der Weimarer Republik wiederholt die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen. Diese Interessenvertretung gerade im Bereich des Mieterschutzes führte allerdings auch zu innerparteilichen Konflikten, aus denen schließlich in den Jahren 1925 und 1927 Abspaltungen von Gruppen gewerblicher Mieter resultierten.

Allgemein neigte die Partei im Reichstag zu einer taktierenden »Schaukelpolitik«, die Zustimmungen in Einzelentscheidungen (z. B. der Außenpolitik) von Konzessionen in anderen Bereichen (z. B. Steuerpolitik) abhängig machte – ein Umstand, der sie den anderen bürgerlichen Parteien als ein wenig verläßlicher Partner erscheinen ließ. An diesem Eindruck änderte die (im Vergleich zu anderen Splitterparteien) geringe Abgeordnetenfluktuation ebensowenig wie die von 1924 bis 1928 bestehende Gemeinschaftsfraktion mit dem BB und der → Deutschhannoverschen Partei (DHP) unter der Bezeichnung Wirtschaftliche Vereinigung. Generell lehnte sich die Partei vorwiegend an die bürgerlichen Rechtskräfte im Reichstag an, unterstützte die Kandidatur *Hindenburgs* in der Reichspräsidentenwahl und tolerierte die 1. Regierung *H. Luther*.

Ihren größten Erfolg hatte die Partei bei der Reichstagswahl 1928 mit 4,9 % der Stimmen (23 Mandate), so daß sie erstmals eine eigenständige Fraktion stellen konnte. Dieser Erfolg war vor allem auf die Konzentration der Wahlpropaganda auf die wirtschaftlichen Belange des Mittelstandes zurückzuführen. In der Reichstagswahl 1930 hielt die Partei ihre Position, danach setzte jedoch ein rapider Verfallsprozeß ein, zum Teil durch innere Kontroversen wegen ihrer Unterstützung der Regierung *H. Brüning*, die zur verschärften Opposition des rechten Parteiflügels führten. Diese Krise weitete sich aus durch den Vorwurf der Unterschlagung gegen den für viele Jahre unangefochtenen Parteiführer *Drewitz*. Hinzu kam die Radikalisierung nach rechts, die Wähler und Organisationen der Mittelschichten während der Wirtschaftskrise vollzogen und die der Partei den Boden insbes. zugunsten der Nationalsozialisten entzog. Durch Beschluß vom 13. 4. 1933 löste sich die Reichspartei des deutschen Mittelstandes offiziell auf, nachdem sie bereits zuvor zur vollkommenen Bedeutungslosigkeit abgesunken war. [Pr]

M. Schumacher, Mittelstandsfront und Republik 1919–1933, 1972.

Reichs- und Freikonservative Partei (RFKP).

Rechtsstehende Honoratiorenpartei, die sich zunächst vornehmlich durch ihre Unterstützung für die Bismarcksche Politik von den übrigen Konservativen unterschied. Interessenvertretung großindustrieller und großagrarischer Kreise.

Gründung: Die Partei entstand aus dem Zusammenschluß von konservativen Abgeordneten des preußischen Landtages, die für die Politik *Bismarcks* eintraten, zur Freien Konservativen Vereinigung am 20. 7. 1866 in Berlin. Ab 1867 wirkte sie als Freikonservative Partei im preußischen Abgeordnetenhaus und Norddeutschen Reichstag. Den Namen Deutsche Reichspartei benutzte sie für ihre Politik auf nationaler Ebene ab 1871.

Programm: Da die RFKP in ihrer politischen

Praxis primär auf taktischen Interessenausgleich bedacht war, verzichtete sie durchgängig auf ein grundlegendes, verbindliches Programm. Wichtige Kernpunkte ihrer Wahlaufrufe und Verlautbarungen waren das Eintreten für ein starkes deutsches Reich unter preußischer Führung. Die RFKP erstrebte eine Unterstützung der konstitutionellen Monarchie durch ein Bündnis der »staatserhaltenden« Kräfte, das von den Nationalliberalen bis zu den Konservativen reichen sollte. Sie hielt daher eine einseitig agrarische Orientierung für schädlich. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie auch durch sozial-politische Maßnahmen stand sie auf Seiten *Bismarcks*. In der Außen- und Kolonialpolitik vertrat die RFKP eine expansive Linie.

Organisation: Als typische Honoratiorenpartei verzichtete die RFKP zunächst auf eine umfassende Organisation und beschränkte die Führung auf den Zentralausschuß aus Mandatsträgern des Reichstags und der Landtage. Erst ab 1907 verstärkte sie die organisatorischen Bemühungen, unter anderem durch Bildung eines in Bezirksverbänden gegliederten Wahlverbandes, eines neuen Gesamtvorstandes, in dem auch die Bezirke vertreten waren, und durch den Erlaß von entsprechenden Satzungen.

Presse: Tageszeitung ›Die Post‹ (1874–1910).

Geschichte: Die RFKP trat (im Gegensatz zu den DEUTSCHKONSERVATIVEN) im Reichstag von Beginn an als regierungstragende Partei auf, die die Reichseinigung bejahte und sich häufig auch der NATIONALLIBERALEN PARTEI (NLP) als vermittelnde Kraft anbot. Dies bewirkte einen im Verhältnis zur zahlenmäßigen Stärke beachtlichen politischen Einfluß. Kennzeichnend ist z. B. ihre Regierungstreue bei der Neufassung der preußischen Kreisordnung (1872) ebenso wie im Kulturkampf. Ein weiterer Beleg für ihre Kompromißpolitik war das Eintreten der RFKP für die Durchsetzung der Schutzzölle, die sie im Reichstag mit anderen Anhängern dieser Politik 1874 in der »Freien wirtschaftlichen Vereinigung« zusammenführte. Weiterhin förderte sie 1887 die Unterstützung *Bismarcks* durch die Bildung des Kartells mit der → DEUTSCHKONSERVATIVEN PARTEI und der → NLP. Die Wahlerfolge gestalteten sich in dieser Phase wechselhaft. Nach bedeutsamen Gewinnen in den Reichstagswahlen 1878 (57 Mandate = 14,3 %) sank die Partei auf 28 Reichstagssitze (= 7,1 %) ab. Lediglich im Jahr der Kartellbildung, 1887, gelang es der RFKP noch einmal, 41 Mandate (= 10,3 %) zu erreichen. 1912 endete ein Schrumpfungsprozeß bei 14 Mandaten (= 3,5 %). Nach der Ablösung *Bismarcks* war die Regierungstreue der RFKP nicht mehr so rückhaltlos wie zuvor; sie setzte gleichwohl ihre Sammlungspolitik fort, mit der es ihr bisweilen erneut gelang, einen überproportionalen Einfluß zu gewinnen. Sie unterhielt Verbindungen sowohl zu den Organisationen der Industrie wie zum Bund der Landwirte, letztere wurden jedoch durch den von der RFKP geförderten Kompromiß in der Zollfrage in den Jahren 1901/1902 empfindlich gestört.

Die RFKP setzte sich in den Vorkriegsjahren aktiv für eine nationalistische und expansionistische Politik ein, mit Schwergewicht in den Bereichen des Kolonialismus, der Flottenrüstung und der Ostbesiedlung. Sie begrüßte demgemäß den Kriegsausbruch, geriet aber in innere Konflikte bei der Bewertung der Friedensbedingungen. Nachdem ein Teil der Fraktion sich 1916 mit einzelnen Abgeordneten anderer Parteien zur »Deutschen Fraktion« vereint hatte, verschärften sich in den letzten Kriegsjahren die inneren Auseinandersetzungen insbes. an der Frage des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Im Dezember 1918 löste der Hauptausschuß die Partei auf, die Mitglieder traten zu einem großen Teil der → DEUTSCHNATIONALEN VOLKSPARTEI bei. [PR]

K. Viebig, Die Entstehung und die Entwicklung der Freikonservativen und der Reichspartei, 1920; S. v. Kardorff, Wilhelm von Kardorff, 1936; F. Aandahl jr., The Rise of German free Conservatism, Diss. Princeton 1954/55.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

Ursprünglich sozialistische Arbeiterpartei, von 1890 an zunehmend sozialreformerisch orientierte Volkspartei.

Gründung: Am 23. 5. 1863 wurde in Leipzig der ALLGEMEINE DEUTSCHE ARBEITERVEREIN (ADAV) als erste deutsche Arbeiterpartei von *F. Lassalle* und 12 Delegierten aus 11 Städten in Anwesenheit von einigen 100 Arbeitern gegründet. Der 23. 5. 1863 wird heute parteioffiziell als Gründungstag der SPD angesehen. Die deutsche Sozialdemokratie hat jedoch wesentlich ältere Ursprünge, die über die Märzrevolution von 1848 in die Auslandsvereine der deutschen Handwerksgesellen im Vormärz zurückreichen. Neben dem ADAV entstand gleichfalls 1863 der zunächst demokratisch-liberal orientierte »Vereinstag deutscher Arbeitervereine« als Keimzelle der 1869 gegründeten SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI (SDAP). ADAV und SDAP vereinigten sich 1875 zur SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (SAP), die sich 1890 den Namen SPD gab.

Programm: Das Programm des ADAV fußte auf dem »Offenen Antwortschreiben« (1. 3. 1863) von *Lassalle* an das Leipziger Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses, worin er forderte: 1. die Schaffung einer »selbständigen politischen Partei«, 2. die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, 3. die Beteiligung der Arbeiter an der Produktion von »Produktiv-Assoziationen« mit staatlicher Hilfe.

Dagegen nannte das unter dem Einfluß der Internationalen Arbeiterassoziation von *A. Bebel* und *W. Liebknecht* erarbeitete »Eisenacher Programm« der SDAP 1869 als politische Ziele: »Überwindung der privatkapitalistischen Produktionsweise«, »Abschaffung aller Klassenherrschaft«, Erreichen des »vollen Arbeitsertrages für jeden Arbeiter«, Schaffung des »freien Volks-

staats« und (wie der ADAV) Durchsetzung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts (für alle Männer ab 20 Jahren) sowie die Errichtung einer Volkswehr (anstelle der stehenden Heere).

Das bei der Gründung der SAP in Gotha 1875 verabschiedete »Gothaer Programm« stellte einen Kompromiß zwischen den programmatischen Zielen der »Eisenacher« und der Lassalleaner dar und umriß als »mit allen gesetzlichen Mitteln« anzustrebende Ziele: »Den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung der sozialen und politischen Ungleichheit«. Das Gothaer Programm, von *K. Marx* und *F. Engels* insbes. wegen der Zugeständnisse an die Lassalleaner (»ehernes Lohngesetz«) scharf kritisiert, blieb, nachdem man unter dem Sozialistengesetz 1880 das Wort »gesetzlich« gestrichen hatte, bis 1891 in Kraft. 1891 beschloß die SPD das im grundsätzlichen Teil von *K. Kautsky* und im praktischen Teil von *E. Bernstein* verfaßte »Erfurter Programm«. In dogmatischer Beachtung marxistischer Lehrsätze geht es davon aus, daß einerseits die ökonomische Entwicklung mit Naturnotwendigkeit zum Untergang der Kleinbetriebe und zur Vergrößerung des Proletariats führe und daß nur die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum sowie die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse Abhilfe schaffen könne, andererseits, daß die Arbeiterklasse nur in den Besitz der Produktionsmittel kommen könne, wenn sie zuvor die politische Macht erobert habe. Aufgrund dessen forderte das Programm allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Abschaffung des stehenden Heeres, volle Verwirklichung der Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung der Frauen, Erklärung der Religion zur Privatsache, Weltlichkeit der Schule, unentgeltliche Rechts- und Gesundheitspflege, progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Zum Schutz der Arbeiterklasse wurden zahlreiche weitere Forderungen erhoben, darunter die Festsetzung des Achtstundennormalarbeitstages, Verbot der Kinder- und Nachtarbeit und Sicherung des Koalitionsrechts. Obwohl die Vorstellungen der Partei über Staat und Gesellschaft der Zukunft weitgehend offen blieben, wurde dieses Programm für viele sozialdemokratische Parteien in Europa richtungsweisend.

Nach dem 1. Weltkrieg gab sich die SPD in Görlitz 1921 das von *F. Stampfer* und *M. Quark* verfaßte »Görlitzer Programm«. Unter Vermeidung der marxistischen Terminologie war dieses Programm darauf angelegt, auch die nichtproletarischen Schichten anzusprechen (»Die SPD ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land«), bekannte sich eindeutig zur demokratischen Republik und legte die SPD programmatisch als nationale und soziale Reformpartei fest. Dagegen enthält das 1925 verabschiedete »Heidelberger Programm« in seinem theoretischen Teil wieder eine stärker marxistisch orientierte Gesellschaftsanalyse: »Immer schroffer« werdende »Gegensätze zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten« werden festgestellt, da das kapitalistische Monopolstreben zu einem erbitterten Klassenkampf führe. Verlangt werden unter anderem die Ausgestaltung eines wirtschaftlichen Rätesystems, Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit und internationale Abrüstung. In dem angegliederten Aktionsprogramm fordert die SPD eine verstärkte Demokratisierung in Verwaltung, Justiz und Bildungswesen sowie den Ausbau der Sozialpolitik.

Nach dem Verbot der SPD durch die nationalsozialistische Diktatur, fordert die erste, von *Stampfer* und *R. Hilferding* verfaßte, programmatische Erklärung der Exil-SPD, das »Prager Manifest« (1934), den Kampf der geeinten Arbeiterklasse gegen die Diktatur *Hitlers* in einer »totalen, moralischen, geistigen, politischen und sozialen Revolution« und setzte sich für die »sozialistische Organisation der Wirtschaft« als »Ausgangspunkt für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft« ein. Angesichts des totalen Zusammenbruchs Deutschlands 1945 wird in dem Gründungsaufruf des Berliner Zentralausschusses der SPD vom 15. 6. 1945 die Forderung nach »Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmen und der Bodenschätze« aufgestellt, zugleich aber die private Unternehmerinitiative anerkannt. In den »Leitsätzen für ein Wirtschaftsprogramm« vom Oktober 1945 und in den »politischen Leitsätzen« vom Mai 1946 fordert die SPD »planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftliche Gestaltung« der Wirtschaft; Genossenschaften und Wirtschaftskammern sollen ausgebaut, private Klein- und Mittelbetriebe in der Landwirtschaft, im Handwerk, Gewerbe und Handel jedoch beibehalten werden. Zugleich forderte die SPD den Aufbau eines demokratischen und föderativen Staatswesens.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zeigte sich zunehmend die Notwendigkeit, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Das »Dortmunder Aktionsprogramm« von 1952, in dem eine »Neuordnung der Wirtschaft durch eine Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und volkswirtschaftlichem Wettbewerb« sowie die Wiedervereinigung Deutschlands durch Abhaltung freier Wahlen in allen ehemaligen Besatzungszonen gefordert wurde, und die Erweiterung dieses Programms 1954 in Berlin, mit der auf den Wirtschaftstheoretiker *K. Schiller* zurückgehenden Forderung »Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig« waren Vorstufen dafür.

Im November 1959 beschloß die SPD das bis heute gültige »Godesberger Grundsatzprogramm«, das nicht mehr von marxistischen

Denkansätzen und Zielvorstellungen ausgeht, sondern einen »demokratischen Sozialismus« in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität definiert, der in »christlicher Ethik, Humanismus und klassischer Philosophie« wurzelt. Statt der bisher halbherzig aufrechterhaltenen Forderungen nach Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch Sozialisierung und Planwirtschaft wird nun die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, insbes. durch Mitbestimmung, gefordert. Die SPD verzichtete in Godesberg auch theoretisch auf die praktisch längst verlassene Position einer Klassenpartei der Arbeiterschaft und bekannte sich als sozialreformerische Volkspartei. Zur Konkretisierung und Fortschreibung des Godesberger Grundsatzprogramms wurde in Mannheim 1975 der »Ökonomisch-politische Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985« beschlossen.

Organisation: Während der ADAV aus vereinsrechtlichen Gründen von Anfang an als Mitgliederpartei organisiert war, die nur lokale aber keine regionalen Zusammenschlüsse besaß, kannte die SDAP neben der direkten persönlichen Mitgliedschaft zunächst auch die kooperative Mitgliedschaft von sozialdemokratischen Vereinen. Endgültig ab 1875 (Gründung der SAP) wurde die Partei auf Lokalebene organisiert, wobei entsprechend der Mitgliederzahl unterschiedliche Formen vom lockeren Zusammenschluß um einen »Agenten« oder »Vertrauensmann«, der die Beiträge einzog, bis zum voll ausgebildeten Ortsverein existierten. Schon vor 1878 entstanden einzelne Regionalorganisationen (Württemberg 1871, Nordbaden-Pfalz 1876). Nach 1890 wurde die Organisation in Landes- oder Bezirksverbänden, in Reichstagswahlkreisorganisationen und auf der lokalen Ebene ständig ausgebaut, mit Schwerpunkt in den Städten und industriellen Ballungsräumen. Oberstes Organ der Partei ist der zeitweise jährlich abgehaltene Parteitag, dem die Wahl der Parteiorgane (Parteivorstand, Kontrollkommission) und die Entscheidung über »alle das Parteileben berührenden Fragen« zusteht. Dem Parteivorstand oblag nach dem Statut von 1891 die Besorgung der Geschäfte der Partei sowie die »Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Parteiorgane«; der Parteiausschuß, dem je ein Vertreter der Landes- bzw. Bezirksvorstände angehörte, hatte zusammen mit dem Parteivorstand über »wichtige, die Gesamtpartei berührende Fragen« zu beraten. Der straffe horizontale Aufbau der SPD von der Orts- über die Unterbezirks- (in Südwestdeutschland: Kreis-), Bezirks- (Landes-) zur Reichs- bzw. Bundesorganisation blieb bis heute bestehen; auch an den schon vor 1914 voll ausgebildeten Kompetenzen der einzelnen Organisationsebenen wurde seither wenig geändert. Nach dem Statut von 1971 (in der Fassung von 1975) liegen die Aufgaben des Parteitages in der Wahl weiterer Parteigremien (Parteivorstand, Kontrollkommission und Bundesschiedskommission) sowie in der »Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen«. Höchstes Leitungsorgan der Partei ist der Parteivorstand. Dem aus der Mitte des Parteivorstands gewählten geschäftsführenden Vorstand (Parteipräsidium) obliegt die Durchführung der Parteivorstandsbeschlüsse und die Erledigung der laufenden politischen und organisatorischen Geschäfte. An die Stelle des früheren Parteiausschusses ist der Parteirat getreten; seine Aufgaben liegen vor allem im Bereich der Entscheidungsvorbereitung. Vor Beschlußfassung des Parteivorstandes über »grundlegende außen- und innenpolitische Entscheidungen, grundsätzliche organisatorische Fragen« u. a. muß der Parteirat gehört werden. Aufgabe der Kontrollkommission ist es nach wie vor, den Parteivorstand zu kontrollieren und als Berufungsgremium »für Beschwerden über den Parteivorstand« zu wirken. 1978 hatte die SPD über 1 Million Mitglieder.

Presse: Zentralorgan des ADAV war 1865–1870 der in Berlin erscheinende ›Sozialdemokrat‹, 1871–1876 der ›Neue Socialdemokrat‹ (ebenfalls Berlin); die SDAP besaß den seit 1868 erscheinenden ›Volksstaat‹ (Leipzig) als Parteiorgan. 1876–1878 erschien als Organ der SAP der ›Vorwärts‹ (Leipzig). Nach dessen Verbot infolge des Sozialistengesetzes gab die illegale Parteileitung zuerst in Zürich, dann in London den ›Socialdemokrat‹ heraus. Dessen Funktion als zentrales Parteiorgan ging 1891 auf das schon 1884 gegründete ›Berliner Volksblatt‹ über, das als Tageszeitung mit dem Titel ›Vorwärts‹ bis zum Verbot am 28. 2. 1933 bestand. Als Organ des Exil-Vorstands der SPD erschien der ›Neue Vorwärts‹ als Wochenblatt 1933–1938 in Karlsbad, 1938–1940 in Paris. Seit 1955 führt die 1948 in Hannover gegründete Wochenzeitung der SPD (›Neuer Vorwärts‹) wieder den Titel ›Vorwärts‹. Neben diesen zentralen Publikationsorganen besaß die SPD schon vor 1878 und erneut seit der Mitte der 1880er Jahre eine ständig wachsende Zahl von z. T. bedeutenden Regional- und Lokalzeitungen (nach 1890: über 60; 1924: 169; 1932: 203) und sonstigen Publikationsorganen (u. a.: ›Die Neue Zeit‹, wissenschaftliches Organ, 1882 ff.; ab 1923 ›Die Gesellschaft‹; ›Der Wahre Jakob‹, satirische Zeitschrift, seit 1884), die alle 1933 von den NS-Machthabern verboten und enteignet wurden. Der Neuaufbau einer breiten sozialdemokratischen Presse nach 1945 mißlang wegen des Vorsprungs der »Lizenzzeitungen« und des ständigen Leserschwunds der wenigen parteieigenen Zeitungen, die insbes. nach 1960 fast alle eingestellt wurden.

Geschichte: *Lassalle* starb 1864. Nach zeitweiliger Führung des ADAV durch *B. Becker* wurde 1867 *J. B. von Schweitzer* Präsident, dessen diktatorischer Führungsstil die Abspaltung prominenter Lassalleaner zur Folge hatte. Aus deren Verbindung mit dem ebenfalls 1863 gegründeten, zunächst demokratisch-liberal beeinflußten, seit 1867 von *Bebel* geführten Vereinstag deutscher

Arbeitervereine entstand in Eisenach 1869 die SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI (SDAP) unter Führung von *Bebel, Liebknecht* u. a. Unter dem Druck der nach 1870/71 insbes. in Preußen gegen ihre Tätigkeit gerichteten polizeilichen und administrativen Maßnahmen schlossen sich ADAV und SDAP in Gotha 1875 zur SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (SAP) zusammen. Im Gegensatz zu anderen kontinental-europäischen Ländern wurde damit in Deutschland eine einheitliche sozialistische Partei geschaffen. Die SAP gewann unter Leitung von *Bebel* und *W. Hasenclever* 1877 zwölf Reichstagsmandate (9,1 % der Stimmen); sie stand in grundsätzlicher Opposition zum politischen System des Deutschen Reiches, lehnte aber weder den Staat noch nationale Verpflichtungen prinzipiell ab. Nachdem Reichskanzler Fürst *Bismarck,* der mit seiner Presse die Sozialdemokraten zusammen mit dem ZENTRUM und den nationalen Minderheiten als »Reichsfeinde« und – wegen ihres zeitweiligen Bekenntnisses zur Internationale – als »vaterlandslose Gesellen« diffamierte, 1878 das Gesetz »wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« (Sozialistengesetz) durchgesetzt hatte, wurden 1878/79 die Organisationen der SAP, ihre Presse und die von ihr aufgebauten sozialistischen Gewerkschaften zerschlagen und verboten. Als vorgeschobener Anlaß für das Sozialistengesetz dienten zwei Attentate auf Kaiser *Wilhelm I.,* mit denen die SAP indes keinerlei Verbindung hatte. Das Gesetz wurde mehrmals bis 1890 verlängert und verbot Vereine, die durch »sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen ... den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung« bezweckten. Nur die Tätigkeit der sozialistischen Reichstagsfraktion blieb unbehindert. Die Ausnahmegesetzgebung konnte die Sozialdemokratie jedoch nicht unterdrücken: zwar kamen zahlreiche Sozialdemokraten in die Gefängnisse, wurden ausgewiesen und verloren ihre Existenz, viele emigrierten oder wanderten für immer, vor allem in die USA, aus; aber nachdem die Partei 1880 in Wyden/Schweiz beschlossen hatte, ihre Ziele nicht mehr »mit allen gesetzlichen Mitteln« (Gothaer Programm), sondern »mit allen Mitteln« anzustreben, wurde sie erfolgreich im Untergrund reorganisiert. Das Sozialistengesetz erwies sich damit als Fehlschlag. Die SAP, die noch an Reichstags- und Landtagswahlen teilnehmen durfte, konnte während seiner Dauer – von 1878 bis zur Reichstagswahl vom 20. 2. 1890 – die Zahl ihrer Wähler auf fast 1,5 Millionen (knapp 20 % der Stimmen) verdreifachen und zur relativ stärksten deutschen Partei werden. Im Reichstag kam sie jedoch infolge des Mehrheitswahlrechts und der gegen sie gerichteten bürgerlichen Wahlkoalitionen erst auf 35 Mandate (von 397). – Als Folge des Sozialistengesetzes blieb auch nach dessen Aufhebung zwischen der sozialistischen Arbeiterschaft und dem deutschen Staat eine tiefe Kluft bestehen; die aus der Enttäuschung über das Verhalten des Staates erwachsene, von Haß und Erbitterung erfüllte Staatsfeindschaft konnte nur sehr allmählich abgebaut werden. Erst unter dem Sozialistengesetz wurden die zuvor nur wenigen vertrauten und in der SAP keineswegs verbindlichen Lehren von *Marx* – von *Bernstein, Kautsky* und *Engels* popularisiert – in breiten Schichten der Arbeiterschaft rezipiert. Die aufgezwungene Isolierung führte zu der Überzeugung, daß die Befreiung der Arbeiter ausschließlich durch die Arbeiterklasse selbst erfolgen könne. Aus solchen Überlegungen heraus lehnte die Sozialdemokratie auch die Sozialversicherungsgesetze *Bismarcks* ab, obwohl diese für die Arbeiter konkrete Verbesserungen brachten. Obwohl das Erfurter Programm der 1890 offiziell neu gegründeten SPD dogmatisch-marxistisch geprägt war, setzte sich mit dem schnellen Wachstum der Partei in der Praxis eine gemäßigt sozialreformerische Richtung durch, insbesondere unter dem Einfluß der von *C. Legien* geführten sozialistischen freien Gewerkschaften und der süddeutschen Sozialdemokraten *(G. Vollmar, L. Frank).* Dennoch blieb die SPD bis zum 1. Weltkrieg in grundsätzlicher Opposition, obwohl sie – insbes. in Süddeutschland – bereits begann, konstruktiv an der Gestaltung des Staatslebens und insbes. der Kommunalverwaltungen mitzuarbeiten. Der geistige Führer des gegen die orthodox-marxistische Lehre gerichteten »Revisionismus« war *Bernstein,* dessen Auffassungen nicht nur von dem unbestrittenen Parteiführer *Bebel* († 1913), sondern auch von *Kautsky, R. Luxemburg, A. Helphand, C. Zetkin* und anderen Theoretikern des wissenschaftlichen Sozialismus erbittert bekämpft wurden und bei den »Reformisten« auf Ablehnung stießen, obwohl diese in seinem Sinne politisch handelten. Von seiten der herrschenden deutschen Kreise (Höfe, Adel, Besitz- und Bildungsbürgertum) wurde die Integration der sozialistischen Arbeiterschaft in das politische und nationale Leben außerordentlich erschwert: restriktive Regierungsvorlagen (Umsturzvorlage 1894/95, Lex Arons 1898, Zuchthausvorlage 1899) und zahlreiche weniger spektakuläre administrative Maßnahmen dienten der Unterdrückung und Behinderung der SPD; in Preußen und Sachsen wurde das Anwachsen ihres parlamentarischen Einflusses durch das erbittert bekämpfte Dreiklassenwahlrecht stark gehemmt. Die SPD galt nach wie vor weithin als national unzuverlässig und staatsfeindlich. Sie entwickelte daher eine eigene Subkultur als breitangelegte soziale und politische Emanzipations- und Kulturbewegung, zu der Arbeitergesang-, bildungs-, sportvereine, -schulen (bis zur »Parteihochschule«) -theater u. ä. gehörten. SPD und freie Gewerkschaften gründeten auch zahlreiche wirtschaftliche Unternehmungen: Verlage, Druckereien, Versicherungen und Konsumvereine (Genossenschaften). Sozialdemokratische Frauenbewegung und Jugendbewegung entstanden nach 1900 als spezielle Gruppen der politischen Sozialdemokratie. 1906 zählte die

SPD 384 000, 1910 720 000 und 1914 1 085 000 Mitglieder, wobei sie sich insbesondere auf Mitteldeutschland, Berlin–Brandenburg, Hamburg und das Rhein–Ruhrgebiet stützen konnte. Bei den Reichstagswahlen hatte die SPD fast kontinuierlich Zugewinne: 1893 23,3 %, 1898 27,2 %, 1903 31,7 %, 1907 (Hottentottenwahlen) 28,9 %, 1912 34,8 % der Stimmen. Kurz vor dem 1. Weltkrieg war die SPD parlamentarisch zu einem bedeutenden Machtfaktor geworden: Mit 110 Abgeordneten (1912) stellte sie die stärkste Reichstagsfraktion, was sich jedoch in der politischen Realität nicht auswirkte, da die anderen Parteien – mit geringen Modifikationen – in der Gegnerschaft gegen die SPD einig waren. In der Sozialistischen Internationale spielte die SPD eine führende Rolle, die allerdings ab 1907 zurückging, als die großen europäischen sozialistischen Parteien nationalstaatliche Politik zu treiben begannen.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges änderte die Positionen der SPD grundlegend. Obwohl die Partei unmittelbar zuvor noch gegen den Krieg agitiert hatte, stimmte die Reichstagsfraktion am 4. 8. 1914 geschlossen für die Kriegskredite, wobei sich eine Minderheit von 14 Abgeordneten, u. a. *H. Haase* und *K. Liebknecht,* der Fraktionsdisziplin beugte. Diese spektakulär wirkende Abstimmung wurde damit begründet, daß die SPD in dem zu erwartenden Verteidigungskrieg »gegen den russischen Despotismus ... in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich« lassen könne. Unter dem Eindruck der nationalen Hochstimmung bei Kriegsbeginn verpflichtete sich die SPD auch (wie die anderen Parteien), für die Dauer des Krieges auf politische Kämpfe gegen die anderen Parteien und Opposition gegen die Reichsregierung zu verzichten (Burgfriedenspolitik). Wie die sozialistischen Parteien in den anderen kriegführenden europäischen Ländern integrierte sich die SPD nun in die nationale Politik. Diese war jedoch nicht lange einheitlich durchzuhalten: mit der Fortdauer des Krieges zerfiel die seit 1875 bewährte Einheit der Sozialdemokratie. Die radikale Linke der Vorkriegszeit unter Führung von *Luxemburg, Liebknecht, Zetkin, F. Mehring* u. a. erklärte schon Ende 1914 ihre völlige Ablehnung jeder weiteren Kriegsführung, bekämpfte die deutschen Kriegsbemühungen aktiv und gründete am 1. 1. 1916 die »Gruppe Internationale«, die später in »Spartakusbund« umbenannt wurde. Die wesentlich stärkere gemäßigte Linke sammelte sich 1915 um *Kautsky, Bernstein, Haase* und *K. Eisner,* lehnte ab Dezember 1915 weitere Kriegskredite ab, verweigerte die Fortsetzung der Burgfriedenspolitik und nahm damit die vor dem Krieg praktizierte grundsätzliche Opposition der SPD wieder auf. Nach ihrem Ausschluß aus der die Politik der Reichsregierung stützenden sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gründeten 18 Abgeordnete der gemäßigten Linken 1916 die »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft«. Die Spaltung der Parteiorganisation folgte im April 1917 durch die Gründung der → Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), der sich auch der Spartakusbund formal anschloß. Die Führung der SPD *(F. Ebert, E. David, P. Scheidemann, A. Südekum)* setzte zwar die weitere Bewilligung der Kriegskredite fort, drängte aber zugleich auch auf energische Friedenspolitik und innere Reformen (u. a. Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts); sie bildete 1917 im Reichstag zusammen mit der → Fortschrittlichen Volkspartei und dem → Zentrum den Interfraktionellen Ausschuß, der die im Juli 1917 eingebrachte Friedensresolution des Reichstags vorbereitete. Im Oktober 1918 trat die SPD in die Regierung des Prinzen *Max von Baden* ein und stellte mit *Scheidemann* und *G. Bauer* erstmals zwei Staatssekretäre.

Nach dem militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reichs im Herbst 1918 bemühten sich die Führer der SPD in der Novemberrevolution 1918 nach der Ausrufung der Republik durch *Scheidemann,* die staatliche Ordnung soweit wie möglich aufrecht zu erhalten. Sie bildeten, zunächst zusammen mit Vertretern der USPD, den von der Obersten Heeresleitung unterstützten Rat der Volksbeauftragten unter Vorsitz von *Ebert* als provisorische Reichsregierung und setzten mit Hilfe der von der SPD beeinflußten Arbeiter- und Soldatenräte gegen Spartakisten, revolutionäre Obleute und Teile der USPD beim 1. Reichsrätekongreß die Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung durch, bei denen die SPD im Januar 1919 jedoch nicht die erwartete absolute Mehrheit, sondern nur 37,9 % der Stimmen erhielt. Zusammen mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bildete sie als stärkste Fraktion (165 von 423 Mandaten) die sogenannte Weimarer Koalition als staatstragende politische Mitte, die im Februar 1919 *Ebert* zum ersten Reichspräsidenten und *Scheidemann* zum Ministerpräsidenten wählte. Auf *Scheidemanns* Koalitionskabinett, das schon im Juni 1919 an der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles scheiterte, folgten auf derselben parlamentarischen Grundlage bis Mai 1920 noch zwei sozialdemokratisch geführte Regierungen unter den Reichskanzlern *G. Bauer* und *H. Müller.* Auch in den deutschen Ländern regierte die SPD 1918 bis 1920 allein oder in Koalitionen. Bei der für die SPD katastrophalen Reichstagswahl vom 6. 6. 1920 verlor die Partei, z. T. zugunsten der USPD, über 16 % Wählerstimmen und ging auf 21,6 % zurück, blieb allerdings mit 102 Mandaten stärkste Fraktion und stellte (bis 1932) den Reichstagspräsidenten *(P. Löbe).* 1921/22 und 1923 war die SPD nochmals an den Reichsregierungen beteiligt und stand danach bis 1928 wieder in Opposition. Auch in den meisten Einzelstaaten verlor die SPD 1920 die Führung an die bürgerlichen Parteien; nur in Preußen blieb sie unter *O. Braun* und *C. Severing* bis 1932 an der Regierung (»Bollwerk Preußen«), maßgeblichen Einfluß behielt sie daneben in Ba-

den, Hamburg, Hessen und Sachsen. Trotz der 1922 erfolgten Vereinigung mit der Mehrheit der aufgelösten USPD erreichte die SPD bei den beiden Reichstagswahlen 1924 nur 20,5 % bzw. 26 % Wählerstimmen. Auch in der von ihr mitbegründeten Weimarer Republik blieb in der SPD die seit den 1890er Jahren bestehende Spannung zwischen Theorie und Praxis erhalten: Einerseits wurde weiterhin der theoretische Anspruch, den klassengebundenen Staat und seine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in sozialistischem Sinne umgestalten zu wollen aufrechterhalten, andererseits bemühte sich die Partei jedoch verstärkt im Interesse der Arbeiterschaft um aktive Einflußnahme auf den Staat und um Reformen im bestehenden System. Die SPD vertrat aber nicht mehr, wie vor dem Weltkrieg, den Großteil der Arbeiterschaft: hatten SPD und USPD 1919 zusammen noch 45,5 % und 1920 39,6 % der Stimmen erhalten, gingen schon 1924 12,6 % Wählerstimmen an die seit 1920 konkurrierende → Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Die Mitgliederschaft der SPD ging von 1 108 000 (1920) auf 690 000 (1925) zurück. Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen und relativen Beruhigung der politischen Lage erstarkte die SPD wieder: sie stieg bis 1930/31 erneut auf über eine Million Mitglieder; 1928 erhielt die SPD 29,8 % Wählerstimmen und führte in einer großen Koalition (mit Zentrum, DDP und Deutscher Volkspartei) mit Reichskanzler *H. Müller* die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik, bis diese über Streit um die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung am 27. 3. 1930 stürzte. Gegenüber der ohne parlamentarische Mehrheit amtierenden Regierung *Brüning* trieb die SPD, die in den drei Reichstagswahlen 1930–32 kontinuierlich an Wählerstimmen von 24,5 % auf 20,4 % abnahm, ohne eigenes konstruktives Konzept eine Politik der »Tolerierung«: Angesichts der Weltwirtschaftskrise und des daraus resultierenden Anwachsens der radikalen republikfeindlichen Parteien (NSDAP und KPD) duldete die SPD Maßnahmen, die ihren Prinzipien nicht entsprachen, um die Republik zu erhalten. Obwohl die SPD zu der auf *Brüning* folgenden »Junkerregierung« *Papen* in eindeutiger Opposition stand, zeigte sie sich im Juli 1932, als *Papen* die sozialdemokratische preußische Regierung unter *O. Braun* staatsstreichartig absetzte, politisch ratlos, passiv und unfähig zu wirksamen Aktionen gegenüber diesem Verfassungsbruch; der einzige Widerstand blieb Brauns Klage vor dem Verfassungsgerichtshof. – Seit 1930 war die Haltung der SPD-Führung in der Partei zunehmend umstritten; 1931 trennte sich der linke Flügel unter *M. Seydewitz* und *K. Rosenfeld* ab und gründete die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die die Diktatur des Proletariats, die Errichtung des Rätesystems, die Verteidigung der Sowjetunion und erneut das Prinzip des Klassenkampfes anstrebte. Sie blieb bei den Wahlen 1932 mit unter 1 % der Stimmen erfolglos. Die jüngeren Politiker der »Neuen Rechten« wie *C. Mierendorff, J. Leber, K. Schumacher* u. a. konnten sich nicht gegenüber der Parteiführung *(O. Wels),* durchsetzen. Diese blieb in der Endphase der Weimarer Republik während der Regierung *Schleicher* bei ihrer Stillhaltetaktik und bemühte sich auch nach der Machtergreifung *Hitlers* (30. 1. 1933), »auf dem Boden der Verfassung und Gesetzlichkeit« zu bleiben und den Kurs der SPD den Verhältnissen anzupassen, um die Partei zu erhalten. Nach der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933, bei der die SPD trotz brutalen NS-Terrors noch 18,3 % Wählerstimmen und 100 Mandate erhalten hatte, lehnte die SPD am 23. 3. 1933 als einzige Partei das Ermächtigungsgesetz für *Hitler* ab. Nachdem schon zuvor besonders gefährdete SPD-Führer geflohen waren, ging die Parteileitung ins Exil, um – wie 1878–1890 – die Partei von außen zu erhalten und zu organisieren. Der am 27. 4. 1933 neu gewählte Parteivorstand richtete am 4. 5. 1933 nach der Zerschlagung der Gewerkschaften eine Auslandsvertretung ein, die im Mai 1933 ihren Sitz in Prag nahm und sich, nachdem die SPD am 22. 6. 1933 verboten wurde, als neuer Vorstand der Exil-SPD (»SOPADE«) konstituierte. In der Folge war in Deutschland eine vielschichtige und stark dezentralisierte sozialdemokratische Widerstandsbewegung tätig, die jedoch unter dem Terror der Gestapo bis 1936 weitgehend zum Erliegen kam. 1937 mußte der Exilvorstand auf Druck *Hitlers* Prag verlassen und amtierte 1938–40 in Paris, 1940–45 in London. Kommunistische Bemühungen um die Bildung einer Einheitsfront lehnte der Exilvorstand 1935/36 ab; im März 1941 schloß sich die Exil-SPD mit der SAP, der Gruppe »Neu Beginnen« und anderen sozialistischen Exilgruppen ohne die Kommunisten in der »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« zusammen. In Deutschland gehörten nach Beginn des Zweiten Weltkrieges zahlreiche frühere sozialdemokratische Politiker (*W. Leuschner, A. Reichwein, H. Maaß, Mierendorff, Th. Haubach, Leber* u. a.) zu der Widerstandsbewegung um *C.-F. Goerdeler* und die *Grafen Moltke* und *Stauffenberg* (Kreisauer Kreis); sie wurden nach dem 20. Juli 1944 ermordet.

Nach dem deutschen Zusammenbruch entstand die SPD bereits im Sommer und Herbst auf lokaler und regionaler Ebene in allen Besatzungszonen erneut. Das Führungspersonal für den politischen und organisatorischen Wiederaufbau rekrutierte sich aus drei Zentren: dem Emigrationsvorstand in London, der Gruppe um *K. Schumacher* (»Büro Dr. Schumacher«) und dem »Berliner Zentralausschuß der SPD« um *O. Grotewohl.* Am 21. 4. 1946 wurde die SPD in der sowjetischen Besatzungszone unter starkem Druck der Besatzungsmacht durch zwangsweise Vereinigung mit der KPD zur → Sozialistischen Einheitspartei (SED) unterdrückt. Wenige Wochen später, am 9. 5. 1946, fand in Hannover der 1. Nachkriegsparteitag der SPD für den gesamten

Bereich der Westzonen statt. Der zum 1. Vorsitzenden gewählte *K. Schumacher* bemühte sich, der Partei ein neues theoretisches Profil zu geben, die Orientierung auf einen »demokratischen Sozialismus«. In der Folgezeit gelang es der SPD sich nach Ablehnung einer Vereinigung mit der KPD als führende deutsche Arbeiter-Partei durchzusetzen. Die Hoffnung, 1949 die Wahlen zu gewinnen, erfüllte sich für die SPD jedoch nicht (SPD: 29,2 %, CDU/CSU: 31,0 %). In den neuen Länderregierungen arbeiteten Sozialdemokraten führend am Wideraufbau mit, in Berlin konnte der SPD-geführte Senat während der Blockade 1948/49 die Lage der Stadt konsolidieren. Bei Schaffung der Bundesrepublik Deutschland 1948/49 erreichte die SPD gegen den Widerstand der Besatzungsmächte und die föderalistischen, zum Teil partikularistischen Kräfte in der CDU/CSU und Deutschen Partei die Errichtung einer leistungsfähigen bundesstaatlichen Ordnung. Bis 1966 in der Opposition, erstrebte die SPD nach *Schumachers* Tod 1952 unter Vorsitz von *E. Ollenhauer* zunächst erfolglos die gleichzeitige Lösung der nationalen und der sozialen Probleme in scharfem Gegensatz zu der CDU-geführten Bundesregierung (intransigente Opposition). Von den Wählern wurde diese Politik nicht honoriert, 1953 ging der Stimmenanteil der SPD auf 28,8 % zurück, während die CDU/CSU 45,2 % erhielt. Nach der Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche, der DDR in das östliche Bündnissystem (1955) setzte sich daraufhin innerparteilich die insbesondere von *F. Erler* und *W. Brandt* vertretene Konzeption durch, die SPD zur sozialreformerischen Volkspartei weiter zu entwickeln, außenpolitisch dem Kurs der Bundesregierung anzugleichen und innenpolitisch koalitionsfähig zu machen. Nach der erneuten Wahlniederlage von 1957 (31,8 %, CDU/CSU 50,2 %) wurde die bereits vom Berliner Parteitag 1954 beschlossene Erarbeitung eines Grundsatzprogramms forciert. Sie führte zu dem Godesberger Grundsatzprogramm von 1959, das die Neuorientierung der Partei festlegte.

Die neue Linie zeigte sich bereits 1960, als der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, *H. Wehner*, den »Deutschlandplan der SPD« von 1959 als politisch nicht mehr aktuell bezeichnete und ein Bekenntnis zum europäisch-atlantischen Vertragssystem ablegte. Sie fand bei den Wählern Anklang: Die SPD verbesserte ihr Bundestagswahlergebnis über 36,2 % (1961) auf 39,3 % (1965) und trat 1966 in die Große Koalition mit der CDU ein. Der entscheidende Einbruch in die Mittelschichten erfolgte 1969. Das Wahlergebnis von 42,7 % ermöglichte den Austritt aus der ungeliebten Großen Koalition und das Regierungsbündnis mit der FDP unter Bundeskanzler *W. Brandt*. Die »Sozialliberale Koalition« begann innenpolitisch eine groß angelegte vor allem sozialpolitische Reformpolitik und leitete außenpolitisch die Neuorientierung der Ost- und Deutschlandpolitik (»Entspannungspolitik«) ein. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 wurde die SPD mit 45,8 % Zweitstimmen erstmals stärkste Bundestagsfraktion; 1974 trat *Brandt* vom Amt des Bundeskanzlers zurück (Spionageaffäre *Guilleaume*). Sein Nachfolger *H. Schmidt* wandte sich energisch der Bewältigung der durch die weltweite Wirtschaftskrise seit 1973/74 entstandenen Probleme zu. Die Koalition mit der FDP wurde auch nach der Bundestagswahl 1976 (Rückgang der Stimmen auf 42,6 %) fortgesetzt. Neben dem Bundeskanzler und der Mehrheit des Bundeskabinetts stellte die SPD 1979 die Regierungschefs in den Bundesländern Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie in Berlin. Bei den Bundestagswahlen 1980 konnte die SPD ihr Resultat von 1976 geringfügig auf 42,9 % (218 Sitze) verbessern. Im Bündnis mit der erheblich verstärkten → FDP stellte sie weiterhin die Regierung und mit *H. Schmidt* den Bundeskanzler.

[DÄ/SCHM]

Th. Pirker, Die SPD nach Hitler, 1965; P. Domann, Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II., 1974; S. Na'aman, Die Konstituierung der dt. Arbeiterbewegung 1862/63, 1975; H. Grebing, Gesch. der dt. Arbeiterbewegung, 1976; D. Schuster, Chronik der dt. Sozialdemokratie, 1979.

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). DDR.

Aus der Vereinigung der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD) und der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (SPD) in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hervorgegangen; wandelte sich sehr schnell von einer marxistisch-sozialistischen Massenpartei zur stalinistischen Apparatpartei, zugleich auch zur Staatspartei der DDR. Nach vorsichtiger, unvollendeter und widersprüchlicher Entstalinisierung folgte die Herausbildung einer eng an die Sowjetunion angelehnten marxistisch-leninistischen kadergelenkten Massenpartei, die zugleich bemüht war, den Erfordernissen der hochentwickelten Industriegesellschaft Rechnung zu tragen.

Gründung: 21. und 22. 4. 1946 auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin. Zuvor waren schon regional und in den Ländern und Provinzen die Organisationen beider Parteien zusammengeschlossen worden. Gründungsvorsitzende waren *W. Pieck* (KPD) und *O. Grotewohl* (SPD).

Programm: Auf dem Vereinigungsparteitag wurde ein erstes Programmdokument beschlossen: die »Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands«. Neben aktuellen, insgesamt maßvollen Gegenwartsforderungen legte sich die Partei nicht auf eine einseitige Orientierung an der Sowjetunion fest. Die SED sah sich als »deutsche sozialistische Partei« und wollte für die »wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands« eintreten. Zugleich sah man »die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes« nur durch den »Sozialismus« erreichbar. Darunter verstand man »die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdro-

hung«. Der Weg dorthin ging über die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, prinzipiell sollte dies auf demokratische Weise erreicht werden. Eine auch für Sozialdemokraten akzeptable theoretische Untermauerung dieses Programmes hatte schon zuvor *A. Ackermann* mit einem auch für die KPD nach außen hin verbindlichen Artikel über einen »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« vorgelegt. Damit waren weitreichende Umwälzungen auf der Basis der Vergesellschaftung der Produktionsmittel intendiert.

Schon 1947 wurden in der SED Stimmen laut, die die Partei ausschließlich an der Sowjetunion orientieren wollten. Offen wandte sich die SED von den bei ihrer Gründung vertretenen Prinzipien ab, als mit der Umbildung zur »Partei neuen Typus« eine Stalinisierung betrieben wurde. Das implizierte das Ende des »besonderen deutschen Weges«, die Anerkennung der »führenden Rolle« der Sowjetunion rückte in den Mittelpunkt. Noch vor dem III. Parteitag der SED (Juli 1950) wurden die »Grundsätze und Ziele« von 1946 für ungültig erklärt. Die SED teilte in der Folge den Stalin-Kult und führte nach 1956 eine vorsichtige und nur ansatzweise Entstalinisierung durch, bis sie sich auf ihrem VI. Parteitag (Januar 1963) ein neues Programm gab. Das Programm zeigte die SED als Partei der Linie des sowjetischen Kommunismus; es war offenkundig nach dem Vorbild des Programms der KPdSU von 1961 erstellt. Aufgabe der SED war danach der »umfassende Aufbau des Sozialismus« im Rahmen eines sozialistischen Weltsystems. Dazu sollten vor allem Produktion und Arbeitsproduktivität gesteigert werden, gleichzeitig sollte damit eine »Umwälzung der Ideologie und Kultur, zur Entwicklung des Menschen des sozialistischen Zeitalters« eingeleitet werden. Die SED verstand sich als »der bewußte und organisierte Vortrupp der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes«. Sie wollte die Lehren von *Marx, Engels* und *Lenin* »schöpferisch auf die konkreten historischen Bedingungen in Deutschland« anwenden; die »Reinheit des Marxismus-Leninismus und ihre ideologische und organisatorische Geschlossenheit« versprach sie »wie ihren Augapfel« zu hüten. Die »marxistisch-leninistische Kampfpartei« beanspruchte damals noch »um die Überwindung der Spaltung der deutschen Nation« zu kämpfen; dies sollte durch Übertragung des Sozialismus sowjetischer Prägung auf die Bundesrepublik auf dem Wege eines »friedlichen Wettbewerbs« geschehen.

Im Mai 1976 beschloß der IX. Parteitag der SED ein neues Programm. Entsprechend dem nüchternen politischen Stil der Honecker-Ära wird die »führende Rolle« der SED in der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft der DDR« als Kern des Programms relativ sachlich beschrieben. Entsprechend der sozialpolitischen Orientierung der Partei nach der Ulbricht-Ära formulierte das Programm als Schwerpunkt: »alles zu tun für das Wohl des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen«. Zugleich wurde aber die Struktur der Partei neu definiert: sie wurde hier als »freiwilliger Kampfbund gleichgesinnter Kommunisten« bezeichnet. Bei alledem unterstrich das Programm eine weitere neue Tendenz in der Honecker-Ära: die verstärkte Bindung an die Sowjetunion, der »Hauptkraft der sozialistischen Gemeinschaft«. Damit blieb kein Programm mehr für Erörterungen zur »Einheit der Nation«. An ihre Stelle trat zunächst – auch in Kontinuität der Politik der SED nach 1971 – die These von der »sozialistischen Nation« der DDR.

Organisation: Deutlicher als die Veränderungen in der Programmatik spiegelt die Organisationsstruktur den Wandel der SED von der sozialistischen Massenpartei zur marxistisch-leninistischen Kaderpartei wider. Seit 1946 wurden insgesamt fünf Statuten der Partei beschlossen. Das erste von 1946 versuchte, sozialdemokratische und kommunistische Organisationsprinzipien miteinander zu verbinden. So traten als Grundeinheiten der Partei Wohnbezirksgruppen und Betriebsgruppen parallel auf. Die Organisationsstufen des Parteiaufbaus entsprachen den verwaltungsmäßigen Gliederungen: es gab Kreis- und Landesverbände der SED. Vorstandsbesetzungen und -funktionen richteten sich nach traditionellen sozialdemokratischen Prinzipien, die Einrichtung der Sekretariate (einschließlich des Zentralsekretariats als geschäftsführendem Vorstand der Partei) folgte kommunistischen Traditionen. Aber schon die erste Parteikonferenz (Januar 1949) beschloß die Bildung eines Politbüros; ihm trat ein »kleines Sekretariat« zur Seite.

Die Stalinisierung der SED schlug sich im zweiten Statut nieder: danach ließ sich die Partei »in ihrer gesamten Tätigkeit von der Theorie von *Marx, Engels, Lenin, Stalin* leiten«. Alle Organisationsprinzipien stalinistischer Parteien waren aufgenommen: die Kandidatenzeit für Mitglieder, das Prinzip des »demokratischen Zentralismus«, ferner die Ablösung des Parteivorstandes durch das Zentralkomitee (ZK). Das dritte Statut (beschlossen vom IV. Parteitag, März/April 1954) folgte vorsichtig dem in der Sowjetunion eingeschlagenen neuen Weg. So wurde auch die Funktion des »Generalsekretärs« wieder gestrichen. Mit den Statuten von 1961 und 1976 sollte die Parteiorganisation den Notwendigkeiten angepaßt werden, die sich aus den Schwerpunkten der Programme ergaben. Dem gewandelten Stil der Parteiarbeit in der Honecker-Ära entsprach die Wiedereinführung der Möglichkeit, aus der SED auszutreten. Die Mitgliederzahl der Partei wuchs zunächst rasch: Bei der Vereinigung wies die Partei etwa 1,3 Millionen Mitglieder auf, damit gehörten ihr etwa 12% der erwachsenen Bevölkerung der SBZ an. Die Mitgliedschaft kam zu etwa 53% aus der sozialdemokratischen, zu etwa 47% aus der kommunistischen Partei. Zum II. Parteitag (September 1947) verzeichnete die

SED 1,8 Millionen Mitglieder, Mitte 1948 fast 2 Millionen. Am Schluß der Umstrukturierung der SED 1953 war die Zahl auf 1,2 Millionen gesunken, wuchs dann aber wieder stetig an: 1954 auf 1,4, 1966 auf 1,6 und 1976 auf mehr als 2 Millionen Mitglieder und Kandidaten.

Der hierarchische Parteiaufbau hat sich bis heute erhalten. An der Basis stehen die Grundorganisationen. Das Organisationsprinzip nach Betrieben rangiert vor dem Wohngebietsprinzip. Über diesen stehen Kreisparteiorganisationen. Diese sind zu Bezirksparteiorganisationen (seit 1952) zusammengefaßt. Kreis- und Bezirksleitungen werden von Delegiertenversammlungen gewählt, der 1. Sekretär ist ein hauptamtlicher Funktionär. Das höchste Organ ist nach dem Statut der Parteitag. Er tritt jetzt alle fünf Jahre zusammen, wählt das ZK. Aus ihm konstituiert sich das Politbüro und das Sekretariat des ZK. Neben diesen Organen bestehen auf allen Ebenen Revisions- und Parteikontrollkommissionen.

Presse: Die SED verfügt über ein umfassendes Verlags- und Pressewesen. Zentralorgan ist das ›Neue Deutschland‹. Es erscheint seit der Parteigründung. In den Bezirken der DDR verfügt die Partei über Bezirkszeitungen mit unterschiedlichen Auflagen. Daneben gibt die Partei das theoretische Organ ›Einheit‹ und das Funktionärsorgan ›Neuer Weg‹ heraus.

Geschichte: Nachdem die KPD-Führung in der Sowjetischen Besatzungszone im Spätsommer 1945 erkannt hatte, daß die Kommunisten nicht zur bestimmenden politischen Kraft werden konnten, suchte sie mit allen Mitteln eine Vereinigung mit den Sozialdemokraten zu verwirklichen, um dann für die vereinigte Partei einen politischen Führungsanspruch zu erheben. Nachdem seitens der Kommunisten und der sowjetischen Besatzungsmacht Druck bis hin zur offenen Gewalt auf Mitglieder und Instanzen der SPD ausgeübt worden war, erfolgte im April 1946 die Vereinigung zum letzten Zeitpunkt, zu dem noch – wenn auch nicht freiwillig – eine Zustimmung der repräsentativen Gremien der SPD zu einer Vereinigung erzielt werden konnte. Schließlich war die nach Kriegsende in vielen Organisationsgliederungen deutlich sichtbare Bereitschaft der Sozialdemokraten, mit den Kommunisten eine einheitliche Arbeiterpartei zu bilden, angesichts des Programmes und der Praxis der KPD im Nachkriegsdeutschland seit dem Sommer 1945 weitgehend geschwunden. Faktisch stellte die SED eine Zwangsvereinigung dar, auch wenn vom Vereinigungsparteitag an wiederholt beschworen wurde, daß die neue SED weder die Fortsetzung der »alten KPD« noch der »alten SPD« zu sein habe. Alle Funktionen in der SED, in Vorständen und Sekretariaten wurden zunächst doppelt besetzt, von einem ehemaligen Sozialdemokraten und einem ehemaligen Kommunisten (»Parität«).

Im ersten Jahr ihrer Existenz bekannte sich die Partei zum »demokratischen« und »deutschen« Weg zum Sozialismus. In Stil und Inhalt der Parteiarbeit versuchte man zu dokumentieren, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten »in der Mitte« getroffen hätten, die Partei als sozialistische Massenpartei würde eine »mittlere Linie« verfolgen. Zugleich waren die auf sozialistische Veränderungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft weisenden Ziele der Partei zweifellos populär, das starke gesamtdeutsche Engagement der Partei konnte sowohl als Indiz für die Offenheit der Ziele der SED als auch unter dem Blickwinkel möglicher Wahlchancen bei den ersten Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone genutzt werden. Aber die SED konnte 1946 weder ihre Wahlziele erreichen noch ihre deutschlandpolitischen Ansprüche einlösen: in den Gemeindewahlen im September 1946 erreichte sie in der SBZ im Durchschnitt 58,5 %, bei den Landtagswahlen im Oktober nur 47,5 % der Stimmen – trotz massiver Behinderung der übrigen Parteien und immensem organisatorischem und materiellem Übergewicht. Der Führungsanspruch der Kommunisten mußte sowohl in der Einheitspartei als auch im politisch-gesellschaftlichen Bereich durchgesetzt werden. Der häufig größeren Aktivität kommunistischer Funktionäre innerhalb der Einheitspartei stand vielfach die Unfähigkeit und Unwilligkeit der Sozialdemokraten gegenüber, die ihnen zustehenden Funktionen zu besetzen. Da sich die gesamte Partei i ihrem ideologischen Selbstverständnis als marxistische Partei ansah, resignierten die Sozialdemokraten oft vor der Überlegenheit der Kommunisten auf diesem Gebiet. Ferner führten die reale Lage in der sowjetischen Zone in den Jahren nach 1946 und die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht gerade auch zur Abwanderung von früheren Sozialdemokraten in die Westzonen, damit zu einer weiteren Schwächung dieses Flügels in der SED.

Als im Sommer 1947 die SED nach dem Scheitern der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz ihre Bemühungen um eine gesamtdeutsche Zulassung aufgab, hatte sich in der Politik der SED auch auf regionaler Ebene und auf der Basis der Parität real ein Übergewicht der Kommunisten herausgebildet. Auf dem II. Parteitag, auf dem noch einmal das Prinzip der Parität betont wurde, kam die veränderte Situation deutlich zum Ausdruck, als *Grotewohl* als Exponent der früheren Sozialdemokraten in der SED sich auf eine einseitige Orientierung an der Sowjetunion festlegte. Auf dem Hintergrund sich verschärfender weltpolitischer Auseinandersetzungen und der fortschreitenden Teilung Deutschlands setzte die SED nun auch ihren Führungsanspruch im Parteiensystem durch: die »Volkskongreß-Bewegung« und der »Deutsche Volksrat« wurden zum Mittel, das Übergewicht der SED unter den Parteien zu festigen. Zugleich sicherte sie sich im Zusammenwirken mit der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in den neu entstehenden zentralen Einrichtungen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung die entscheidenden Positionen.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Kominform und Jugoslawien im Sommer 1948 wurden zum Ausgangspunkt der Umformung der SED zu einer stalinistischen Apparatpartei. Für eine »Partei neuen Typus«, die eine »volksdemokratische Ordnung« erstrebte, konnte es nur das Vorbild der UdSSR als »einzigen Weg zum Sozialismus« geben, das Prinzip der Selbstverwaltung in Staat und Gemeinde mußte zurückgedrängt und in der Partei sozialdemokratische Organisationsprinzipien aufgegeben werden. Nach der 11. Tagung des Parteivorstandes (Juni 1948) rückte der Kampf gegen ideologische »Abweichungen« vom sowjetischen Modell in den Mittelpunkt. Dazu wurde ein umfassendes System der Parteischulung nach sowjetischem Muster aufgebaut. Die Säuberung der Partei, für die »Parteikontrollkommissionen« ins Leben gerufen wurden, richtete sich vorwiegend gegen Sozialdemokraten und das sozialdemokratische Erbe der SED. Die 1. Parteikonferenz (Januar 1949) fixierte verbindlich die führende Rolle der Sowjetunion für die SED, »Fraktionsbildung« wurde untersagt, das Paritätsprinzip wurde aufgehoben, ein Politbüro gebildet. Wie in der Sowjetunion wurde ein Nomenklatursystem für leitende Funktionäre eingeführt. Der III. Parteitag (Juli 1950) legte auch statuarisch die Veränderung der Partei fest. Die Jahre 1950 bis 1952 waren durch permanente Säuberungen gekennzeichnet, nicht nur gegenüber Sozialdemokraten, sondern auch gegen »Westemigranten« und Angehörige früherer Splittergruppen. Als prominentestes Opfer wurde im Oktober 1950 das Politbüromitglied *P. Merker* abgesetzt und 1952 verhaftet. Die 2. Parteikonferenz (Juli 1952) proklamierte das Ende der »antifaschistisch-demokratischen Phase« und den »planmäßigen Aufbau des Sozialismus«. *W. Ulbricht,* als Generalsekretär der eigentliche Führer der Partei neben den beiden Vorsitzenden, konnte sich im Frühjahr 1953 seines mächtigsten Gegenspielers in der SED-Führung entledigen, des Politbüromitgliedes *F. Dahlem.* Der forcierte Prozeß gesellschaftlicher Umwälzung, die überstürzten Kollektivierungsmaßnahmen und der Abbau des Lebensstandards (Normenerhöhungen) führten in der Zeit einer schwerwiegenden Orientierungslosigkeit in den kommunistischen Parteien nach *Stalins* Tod zu einer explosiven Situation. Der Beschluß zur Einführung des »neuen Kurses« (Juli 1953) kam zu spät, um den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 zu verhindern. Der »neue Kurs« brachte eine Reihe sozialer Erleichterungen für die Bevölkerung, festigte aber zugleich die Machtstellung *Ulbrichts,* da die Sowjetunion tiefgreifende Veränderungen scheute. *Ulbricht,* der offenbar zeitweise im Politbüro keine Mehrheit besaß, verstand es im Juli 1953, die Gruppe um *W. Zaisser* und *R. Herrnstadt* aus der Parteiführung auszuschalten, die, gestützt auf den sowjetischen Sicherheitschef *Berija, Ulbrichts* Ablösung aus der SED-Führung betrieben hatte. Eine anschließende Säuberung in der SED umfaßte weite Teile des Parteiapparats. Nach dem IV. Parteitag (März/April 1954), auf dem die Suprematie der SED in der DDR erstmals im Parteistatut verankert wurde, kam es zu Rehabilitierungen von Opfern früherer Säuberungen. 1955, nachdem die DDR völkerrechtlich ihre volle Souveränität erlangt hatte, wandelte sich die Deutschlandpolitik der Partei, die »sozialistischen Errungenschaften« wurden für unverzichtbar erklärt. Die Zeit von 1955 bis 1961 war von innerparteilicher Konsolidierung und dem Aufbau sozialistischer Strukturen in der DDR geprägt. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) kam es zu erneuten Diskussionen um die Möglichkeit eines »dritten Weges«. Mit der Verfolgung der Gruppe um *Harich* und der Absetzung der führenden SED-Funktionäre *Schirdewan, Wollweber* und *Oelssner* wurde bis 1958 die letzte organisierte Oppositionsgruppe gegen *Ulbricht* ausgeschaltet.

Die wirtschaftliche Entwicklung wurde für die SED zum Hauptproblem. Ehrgeizige Wirtschaftspläne (»Westdeutschland ein- und überholen«) bestimmten die Politik der SED. Zugleich wurden verschiedene Reformen des Planungs- und Lenkungssystems durchgeführt, die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft zum Abschluß gebracht. Dies und die weltpolitische Lage (Berlin-Ultimatum) sowie die allgemeine Unzufriedenheit führten zu einer starken Steigerung des Flüchtlingsstroms. Erst nach dem Bau der Berliner Mauer (August 1961) war die SED in der Lage, überall in der DDR »sozialistische Produktionsverhältnisse« zu vollenden. In der Etappe von 1961 bis 1971 konnte auf der Basis der Reformmaßnahmen seit 1957/58 die ökonomische Konsolidierung der DDR vorangetrieben werden. Zunehmend wurden Fachleute und Funktionäre aus der jüngeren Generation in leitende Funktionen einbezogen. Die SED versuchte damit mehr und mehr, den Erfordernissen einer komplexen Industriegesellschaft gerecht zu werden. Mit der Verabschiedung des »Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« (1963) fanden nach und nach wissenschaftliche Methoden in alle Arbeitsbereiche Eingang. Immerhin wurde nun auch formell das »Leistungsprinzip« wiederaufgenommen. Mit wirtschaftlichen Erfolgen versuchte die SED sich auch gegenüber den übrigen sozialistischen Staaten als eigenständiger Faktor zu etablieren. Die SED propagierte angesichts des wachsenden Gewichts der DDR ein Staatsbewußtsein, das auch im Laufe der Zeit eine Abkehr von den Perspektiven eines einheitlichen Deutschlands beinhaltete. Nachdem noch 1957 *Ulbricht* die Bildung einer »Konföderation« beider deutscher Staaten vorgeschlagen hatte, nahm die SED nach dem gescheiterten Plan eines Redneraustausches zwischen SED und SPD im Frühjahr 1966 verstärkt Kurs auf die staats- und später völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Die Entwicklung nach 1961 hatte der DDR den

höchsten Lebensstandard in allen Ostblockländern eingebracht. Der VII. Parteitag (April 1967) schrieb die wirtschaftliche Entwicklung zum »Ökonomischen System des Sozialismus« fort. Der Sozialismus, der als eigenständige gesellschaftliche Formation gewertet wurde, hatte nach *Ulbrichts* Ansicht in der DDR die »sozialistische Menschengemeinschaft« hervorgebracht, in der es keine antagonistischen Klassengegensätze mehr geben sollte.

In Interessenidentität mit der sowjetischen Führung sah die SED-Spitze in der Entwicklung des Kommunismus in der ČSSR eine ernste Gefährdung des eigenen Herrschaftssystems und der Stabilität der Partei. Die Entspannungspolitik seit 1969 ließ keinen Raum für *Ulbrichts* Konzept der begrenzten Abweichung vom sowjetischen Modell. Im Mai 1971 trat *Ulbricht* schließlich das Amt des Ersten Sekretärs des ZK an *E. Honecker* ab, das er seit Juli 1950 zunächst als Generalsekretär, seit April 1954 als Erster Sekretär innegehabt hatte.

Obwohl der Wechsel in der Parteiführung von *Ulbricht* zu *Honecker* sich nach außen hin reibungslos vollzog, markierte er eine deutliche Zäsur. Der VIII. Parteitag (Juni 1971), der erste Parteitag in der Geschichte der SED, an dem *Ulbricht* nicht teilnahm, setzte eine Reihe neuer politischer Schwerpunkte. Auch äußerlich sollte der Übergang zur »kollektiven Führung« in der Partei dokumentiert werden. Die wirtschaftliche Planung wurde realistischeren Größen angeglichen. Die Periode der »entwickelten sozialistischen Gesellschaft« der DDR wurde als erste Phase des Kommunismus beschrieben. Eigenständige Entwicklungsbedingungen der SED wurden nicht weiter verfolgt. Das Konzept der »sozialistischen Menschengemeinschaft« wurde verworfen, der Klassencharakter der DDR-Gesellschaft hervorgehoben und die Notwendigkeit der »Diktatur des Proletariats« unterstrichen. Die Verstaatlichung noch bestehender privater Betriebe, privater Anteile an halbstaatlichen Betrieben und industriell produzierender »Produktionsgenossenschaften des Handwerks« ging 1972 umfangreichen sozialen Maßnahmen voraus. Die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung gilt nach 1971 als »ökonomische Hauptaufgabe«. Auch die Betonung sozialpolitischer Schwerpunkte für die SED führte keinen Wandel in den Herrschaftsverhältnissen der DDR herbei. Die SED blieb unangefochten die Staatspartei der DDR, auch wenn sich die Parteiführung unter *Honecker* deutlich und demonstrativ von der Ulbricht-Ära absetzte. Dennoch sind auch unter Fortdauer des hierarchischen Zentralismus hinter den neuen Schwerpunkten der Sozialpolitik Züge zur Versachlichung des politischen Systems unverkennbar. Nach technokratischen Tendenzen in der Ulbricht-Ära trat der Primat der Politik deutlicher hervor. Die Aktivierung der Parteiorganisation insgesamt, vor allem auch die Einbeziehung der Grundorganisation der SED in den politischen Willensbildungsprozeß steht an zentraler Stelle. Zugleich aber ist diese Aktivierung von einer ideologischen Erziehungsarbeit überlagert. In der Parteischulung rückte die Vermittlung des Marxismus-Leninismus und der Beschlüsse der Partei wieder in den Vordergrund. Nach dem IX. Parteitag (Mai 1976) sah sich die SED-Führung vermehrt mit den Auswirkungen der weltweiten Krise konfrontiert, die ihr Wirtschaftsprogramm in Frage zu stellen droht. Zugleich mußte sie im innerpolitischen Bereich zu autoritativen Mitteln greifen, um die Ausweitung oppositioneller Strömungen wie in den Nachbarländern in der DDR zu verhindern. [MU]

C. Stern, Porträt einer bolschewist. Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, 1957; P. C. Lutz, Parteielite im Wandel. Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, 1968; E. Förtsch, Die SED, 1969; H. Weber, Die SED 1946–1971, 1971; H. Weber/F. Oldenburg, 25 Jahre SED. Chronik einer Partei, 1971; Gesch. der SED, Abriß, Berlin (Ost) 1978.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Arbeiterpartei mit pazifistisch-radikaldemokratischer Struktur.

Gründung: 6. 4. 1917 in Gotha durch *H. Haase, G. Ledebour, W. Dittmann* u. a.

Programm: In dem von *K. Kautsky* formulierten Gründungsmanifest dominierten konkrete Forderungen. Sie reichten von der Amnestie für alle politisch Inhaftierten bis hin zur Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts im Reich sowie in allen Einzelstaaten. In der vom außerordentlichen Parteitag der USPD (2.–6. 3. 1919) angenommenen »Programmatischen Kundgebung« bekannte sich die Partei zu einem Herrschaftssystem, das eine Synthese von repräsentativdemokratischen und rätedemokratischen Organisationsformen aufweist. Den Räten wurden allerdings nicht näher definierte Mitwirkungsrechte in den Bereichen der Gesetzgebung, der staatlichen Verwaltung sowie auf betrieblicher Ebene zugeordnet. Ein weiterer Programmpunkt betraf die sofortige Vergesellschaftung bestimmter Industriezweige, der Banken und des Großgrundbesitzes. Im »Aktionsprogramm«, das vom a. o. Parteitag (30. 11.–6. 12. 1919) in Leipzig angenommen wurde, wurde die Herrschaftsform der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie verworfen und für ein »reines« Rätesystem votiert, d. h. für ein Regierungssystem, in dem im staatlichen Bereich die Macht von politischen Arbeiterräten und auf ökonomischem Sektor von wirtschaftlichen Räten monopolisiert wird.

Organisation: Den Orts- und Wahlkreisorganisationen folgten auf der nächsthöheren Ebene die Bezirksorganisationen. Die Parteiführung bestand aus der Zentralleitung; sie setzte sich zusammen aus dem Aktionskomitee und, bis 1919, einem Beirat. Dieses Aktionskomitee, das jedoch immer als Zentralkomitee bezeichnet wurde, bestand aus zwei Vorsitzenden, den Sekretären und Beisitzern.

Presse: Ende 1919 besaß die USPD 55 Parteizeitungen, darunter ›Die Freiheit‹ (Berlin 1918–1922) und die ›Leipziger Volkszeitung‹ (Leipzig, 23. Jg. 1917–28. Jg. 1922).

Geschichte: Mit der Bildung der »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« (SAG) am 24. 3. 1916 und der Reichskonferenz der sozialdemokratischen Opposition am 7. 1. 1917 in Berlin – an ihr nahmen u. a. teil Vertreter der SAG, der Spartakusgruppe, der Bremer Linksradikalen – waren die entscheidenden politischen und organisatorischen Schritte auf dem Wege zur Gründung einer sozialistischen Partei »links« von der SPD getan. Am 6. 4. 1917 konstituierte sich in Gotha die SAG zur USPD. Die Spartakusgruppe schloß sich der neuen Partei unter Wahrung ihrer ideologischen Eigenständigkeit zunächst an, trennte sich aber nach dem Kriegsende von ihr und bildete die → KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD). Die politischen Aktivitäten der USPD in den Revolutionsmonaten November 1918 bis März 1919 erstreckten sich auf die Mitarbeit in den Arbeiter-, Soldaten- und z. T. auch Bauernräten wie auch auf die Beteiligung an Regierungen auf Landes- und Reichsebene. Die Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. 1. 1919 endete für die USPD enttäuschend (7,6% der Stimmen). Auf dem a. o. Parteitag in Leipzig (30. 11.–6. 12. 1919) konnte in der Programmdiskussion noch ein Konsens hergestellt werden. Das einstimmig angenommene »Aktionsprogramm« ließ insofern eine ideologische Radikalisierung erkennen, als es ein eindeutiges Votum für ein »reines« Rätesystem enthielt, die Errichtung einer proletarischen Diktatur bejahte, daneben aber auch Massenaktionen befürwortete. Schwerwiegende Divergenzen traten dagegen in der Frage der Haltung zur III. Internationale auf. Während *R. Hilferding* im Namen des »rechten« Flügels in seinem Resolutionsentwurf die Kritik an der Kommunistischen Internationale mit dem Vorschlag verband, eine neue Internationale zu gründen, die sich aus den revolutionären Parteien der II. Internationale zusammensetzen würde, befürwortete *W. Stoecker* als Vertreter der »Linken« den sofortigen Anschluß an die III. Internationale. *Ledebour* schließlich vertrat die dritte Position. Er forderte eine »revolutionäre Internationale der Tat«. Mit der von der Parteileitung vorgelegten und vom Parteitag mit großer Mehrheit angenommenen Kompromißresolution konnte die Parteieinheit noch einmal bewahrt werden. Diese Resolution sah einen Beitritt zur III. Internationale vor, falls die mit allen sozialrevolutionären Parteien geführten Verhandlungen über einen gemeinsamen Beitritt scheitern sollten. Wenige Wochen nach den Reichstagswahlen vom 6. 6. 1920, bei der die Partei 14% der Stimmen erhielt, wurden die Delegierten der USPD auf dem II. Weltkongreß der III. Internationale in Moskau mit den 21 Aufnahmebedingungen konfrontiert. Während die Repräsentanten des »rechten« Flügels *A. Crispien* und *Dittmann* die Bedingungen, die u. a. eine fast uneingeschränkte Weisungsgebundenheit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale gegenüber den nationalen Parteien vorsahen, ablehnten, sprachen sich die Vertreter der Parteilinken, *Stoecker* und *E. Däumig*, für die Annahme aus. Die innerparteiliche Diskussion über die Anschlußfrage führte zur Spaltung in die Rest-USPD und die USPD (Linke). Am 4. 12. 1920 erfolgte auf einem Parteitag in Berlin die Vereinigung von USPD (Linke) und KPD. Seit Juli 1921 fand ein Prozeß der Annäherung der Rest-USPD, nunmehr wieder als USPD bezeichnet, an die SPD statt. Im Februar 1922 schloß sich die unter Führung von *P. Levi* stehende KOMMUNISTISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT (KAG, → KPD) der USPD an. Nachdem am 14. 7. 1922 die SPD und die USPD den Beschluß faßten, im Reichstag eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, fand am 24. 9. 1922 die Wiedervereinigung beider Parteien statt. *Ledebour*, der auf dem Geraer Parteitag einen organisatorischen Zusammenschluß ablehnte, führte zusammen mit *Th. Liebknecht* die »alte« USPD weiter; allerdings blieb diese Partei in den folgenden Jahren bedeutungslos. 1931 ging sie in der SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (SAP) auf. [Dä]

D. W. Morgan, The Socialist Left and the German Revolution. 1975; H. Krause, USPD, 1975; R. F. Wheeler, USPD und Internationale, 1975.

Volkskonservative Vereinigung (VKV).

In der Endphase der Weimarer Republik entstandene Rechtspartei, die durch die Unterstützung der Regierung *Brüning* eine bürgerliche Blockbildung erreichen wollte. Von Juli 1930 bis Februar 1931 nannte sie sich KONSERVATIVE VOLKSPARTEI (KVP).

Gründung: 28. 1. 1930 in Berlin durch *G. R. Treviranus, W. Lambach, M. Klönne, P. Lejeune-Jung, O. Hoetsch, W. v. Keudell, H. E. v. Lindeiner-Wildau.*

Programm: In ihrem Gründungsaufruf forderte die VKV eine bürgerliche Sammlungsbewegung und die Zusammenarbeit mit »wesensverwandten Parteien und Gruppen«. Der Gründungsaufruf der KONSERVATIVEN VOLKSPARTEI vom 26. 7. 1930 enthält das Plädoyer für die Zusammenfassung des deutschen Volkes unter einer »starken Staatsgewalt«. Nach konservativem Muster sollte die »regellose Massenherrschaft« des Weimarer Parteiensystems durch einen »natürlichen« und gegliederten Staatsaufbau abgelöst werden.

Organisation: Die VKV (bzw. KVP) war – bedingt durch die Entstehungsumstände und den kurzen Bestand – nur sehr locker organisiert, die Satzungen vom 17. 12. 1930 und vom 18. 3. 1931 wurden wenig in die Realität umgesetzt. Darin war neben lokalen Untergliederungen ab 1931 als oberste Leitungsebene während der 2 Jahre zwischen den Parteitagen ein »Führerring« aus 20 Mitgliedern vorgesehen. Landesverbände der VKV existierten in Bayern, Hamburg, Mecklen-

burg, Sachsen, Schleswig-Holstein und Ostpreußen.

Presse: ›Volkskonservative Stimmen‹ (Berlin 1930–1933). Zusätzlich bildete der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband in publizistischen und organisatorischen Belangen einen gewissen Rückhalt für die VKV.

Geschichte: Die Gründung der VKV wurde ausgelöst durch eine innerparteiliche Opposition in der → Deutschnationalen Volkspartei. Eine Gruppe überwiegend christlich orientierter Reichstagsabgeordneter billigte nicht mehr die von *A. Hugenberg* betriebene, verschärfte Konfrontation mit der Reichsregierung. Am 3. 12. 1929 traten 12 dieser gemäßigten Konservativen, die nicht für die Aufhebung der Notverordnungen zur Deckung des Reichshaushalts stimmten, aus der Partei aus, sie behielten aber ihr Reichstagsmandat bei. Unter Führung von *Treviranus* bildeten sie zunächst eine Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft, ein Teil von ihnen stellte dann im Januar 1930 die Gründungsmitglieder der VKV dar. *Treviranus* wurde zum ersten Parteivorsitzenden gewählt, seine Nachfolger waren *Lejeune-Jung* (1930–1932) und *H. Dähnhardt* (1932–1933). Eine zweite Abspaltung aus der DNVP erfolgte im Juli 1930, als eine Gruppe von Abgeordneten die Gefolgschaft bei der Obstruktion gegenüber der Brüningschen Politik verweigerte und daraufhin aus der Partei austrat. Unter Führung des vormaligen Fraktionsvorsitzenden *K. v. Westarp* vereinigten sich diese Abgeordneten mit der VKV am 23. 7. 1930 zur Konservativen Volkspartei (KVP). Diese Partei unterstützte (ebenso wie zuvor die VKV) die Regierung *Brüning*, *Treviranus* war Minister in dessen erstem und zweiten Kabinett.

Darüber hinaus bemühte sich die KVP im Jahr 1930 um eine Sammlung der konservativen Splitterparteien, deren einzige Ergebnisse eine vereinigte Reichsliste mit der → Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei und ein gemeinsamer Wahlaufruf mit der → Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und der → Deutschen Volkspartei waren. Das Reichstagswahlergebnis von 1930 war enttäuschend: 0,8% der Stimmen erbrachten nur 4 Mandate. Aus diesem Grund wurde die Partei 1931 wieder in die VKV umgebildet. Die Partei verlor in der Spätphase der Regierung *Brüning* zunehmend an Einfluß, ein Prozeß, der durch das Erstarken der → NSDAP verschärft wurde. Nach der »Machtergreifung« endete daher die Existenz der VKV ohne formellen Auflösungsbeschluß. [Pr]

E. Jonas, Die Volkskonservativen 1928–1933, 1965.

Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV).

Kleinbürgerliche Splitterpartei mit z. T. diffusen und widersprüchlichen Zielsetzungen.

Die WAV wurde im Dezember 1945 von der amerikanischen Militärregierung zugelassen. Sie war während ihres Bestehens durch die Person ihres Gründers und Vorsitzenden, des Münchener Rechtsanwalts *A. Loritz*, bestimmt und kandidierte lediglich in Bayern. Es gelang ihr dort, in den ersten Nachkriegsjahren insbesondere enttäuschte, kleinstädtische Mittelschichten für sich zu mobilisieren. Neben spezifischen Sozialprogrammen für diesen Wählerstamm standen deutliche Anleihen an nationalistische und antiparlamentarische Ressentiments und an den bayerischen Föderalismus. Ähnlich wirr wie ihre Programmatik gestaltete sich die kurze Geschichte der Partei. In der bayerischen Landtagswahl von 1946 erreichte die WAV einen Stimmenanteil von 7,4%, die nachfolgende parlamentarische Praxis verlief allerdings turbulent; in der Fraktion gab es Abspaltungen und divergierendes Abstimmungsverhalten. Obwohl er noch unmittelbar vor dem Wahltag von einer (bereits ausgeschlossenen) innerparteilichen Opposition heftig angegriffen wurde, erreichte *Loritz* als Spitzenkandidat seiner Partei bei der Bundestagswahl 1949 ein Ergebnis von 2,9% der Stimmen und 12 Mandaten. Dieser Erfolg wurde ermöglicht durch die Kooperation mit Verbänden und Organisationen der Vertriebenen, die noch über keine eigenständige Partei verfügten. Doch bald nach der Wahl zerfielen sowohl die Bundestagsfraktion wie der Landesverband der WAV durch Abspaltungen, so daß bis zur Bundestagswahl 1953, in der keine Kandidatur mehr erfolgte, *Loritz* überwiegend im Alleingang diese Partei repräsentierte. [Pr]

A. Bauer, Die WAV, der gescheiterte Versuch einer mittelständ. Massenpartei, in: M. G. Lange u. a., Parteien in der Bundesrepublik, 1955.

Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes.

→ Reichspartei des deutschen Mittelstandes – Wirtschaftspartei.

Zentrum (Z).

Bedeutendste konfessionelle Parteibildung der deutschen Geschichte. Katholische Volkspartei mit breit gestreuter sozialer Zusammensetzung und verschiedenen, z. T. konkurrierenden Gruppierungen.

Gründung: 13. 12. 1870 durch etwa 50 katholische Mandatsträger des preußischen Abgeordnetenhauses zu Berlin, darunter *P. Reichensperger*, *K. F. Savigny*, *L. Windthorst* u. a.

Programm: Ein zentraler, einigender Programmpunkt für die Zeit des Kaiserreichs war die Verteidigung der Selbständigkeit der Kirche und ihrer Rechte, so bereits proklamiert im »Soester Programm« vom Oktober 1870 und im Programm der ersten Reichstagsfraktion vom 21. 3. 1871. Neben der freien Entfaltung des katholischen Glaubens (z. B. Konfessionsschulen) forderte das Z. auch einen föderativen Aufbau des Reiches mit garantierten Rechten der Bundesländer und agitierte gegen die preußisch-evangelische Vorherrschaft. Auch im Wahlaufruf des Jahres 1893 beharrte das Z. auf »vollster Freiheit des Gewissens und der Religion«, diesmal jedoch nicht allein gegen den preußischen Staat, sondern

auch gegen die »unchristliche« Sozialdemokratie und den Liberalismus gerichtet. Gegen diese beiden Kräfte wandte sich auch das »Katholisch-soziale Programm« des Jahres 1894: es erstrebte eine nach Berufsständen geordnete bürgerliche Gesellschaft mit besonderem Schutz für die Mittelschichten. Die Aussagen des Z. zur Sozialreform waren wegen der vielfältigen, internen Interessengruppen meist nur sehr allgemein gehalten. So enthielten insbes. die »Leitsätze für die Politik der deutschen Zentrumspartei« vom 30. 12. 1918 gemeinwirtschaftliche und sozialreformerische Programmpunkte, die jedoch für die spätere Politik wenig Bedeutung hatten. In den »Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei« des Jahres 1923 lehnte die Partei Klassenkampf und Klassenherrschaft grundsätzlich ab und forderte eine Orientierung am Gemeinwohl bei gleichzeitiger Beibehaltung des Privateigentums. Im gleichen Programm bekannte sich das Z. zum demokratischen Verfassungsstaat und zu einer solidarischen nationalen Volksgemeinschaft auf christlicher Grundlage.

Organisation: Im Kaiserreich gründete sich die Partei zunächst vorwiegend auf örtliche Komitees mit Honoratiorencharakter, während die Reichstags- und Landtagsfraktionen relativ selbständig die Politik bestimmten. Die Reichstagsfraktion und ihre Vorsitzenden fungierten gleichzeitig als Parteileitung. Eine Breitenwirkung wurde in dieser Periode durch Organisationen der katholischen Kirche sichergestellt: so ersetzten die Katholikentage die Öffentlichkeitsfunktion eines Parteitages. Mit der Ausweitung der Parteibasis erwiesen sich die altständischen Komitees als untaugliches Organisationsmittel: gerade die unterrepräsentierten Arbeiter gründeten eigene Zentrumsvereine, die auch einen wichtigen Einfluß auf die ab 1894 entstehenden christlichen Gewerkschaften ausübten. Eine wichtige Nebenorganisation des Z. war auch der 1890 gegründete »Volksverein für das katholische Deutschland«, der kulturell und agitatorisch in breiten Volksschichten für die Partei wirkte. Die Kandidatenaufstellung verblieb jedoch bei den Komitees, Konflikte wurden auf der Ebene der sich schrittweise ausbildenden Landes- und Provinzialorganisationen ausgetragen. In der Folgezeit, insbesondere aber während der Weimarer Republik, entwickelte sich das Z. zu einer Mitgliederpartei mit verfestigten Organisationsstrukturen: so fanden erst ab 1920 Parteitage auf Reichsebene statt. Ab 1918/19 bestand ein Generalsekretariat, die Komitees wurden durch Orts- und Kreisverbände ersetzt.

Presse: Die Politik des Z. wurde durch zahlreiche katholische Zeitungen und Publikationsorgane vertreten, darunter ›Kölnische Volkszeitung‹ (ab 1848), ›Essener Volkszeitung‹ (ab 1866), ›Deutsche Reichszeitung‹ (Bonn 1871), ›Schlesische Volkszeitung‹ (ab 1869).

Geschichte: Das Z. formierte sich in den Jahren 1870 und 1871 als eine Abwehrfront katholischer Politiker gegenüber der kleindeutschen Reichseinigung und dem darin vorherrschenden preußischen Protestantismus. Mit diesen Zielsetzungen erreichte die Partei in der 1. Reichstagswahl 1871 63 Mandate (= 16,6%). Seine Konzentration auf die Rechte der Kirche, seine großdeutsch-föderalistische und »ultramontane« (d. h. am Vatikan ausgerichtete) Haltung brachte das Z. alsbald in offenen Gegensatz sowohl zu *Bismarck* wie auch zu den antiklerikalen Liberalen. Diese Frontstellung fand ab 1873 ihren Ausdruck im sog. »Kulturkampf« in dem in Preußen die verfassungsmäßig geschützten Rechte der Kirchen (insbesondere auch im schulischen Bereich) weitgehend eingeschränkt wurden. Es gelang dem Z. in dieser Situation, die katholische Wählerschaft für sich zu mobilisieren und in der Reichstagswahl 1874 mit 27,8% der Stimmen 91 Mandate zu erzielen. Unter Führung von *L. Windthorst* festigte das Z. im Kulturkampf seine Stellung als katholische Volkspartei und zwang *Bismarck* ab 1876 zu einem Rückzug aus den bezogenen Positionen. Regional rekrutierte sich die Anhängerschaft aus den katholischen Bevölkerungsgebieten des Reiches, sozial war stets eine breite Verteilung über alle Schichten gegeben. In der inneren Machtverteilung dominierten hingegen (zumindest im Kaiserreich) besonders die höhere Beamtenschaft, der Klerus und großagrarische Kräfte.

Das Erstarken des Z. im Kulturkampf bewirkte in den Jahren ab 1876 eine allmähliche Annäherung an die Bismarcksche Reichsregierung. Im Bündnis mit den Konservativen unterstützte das Z. agrarische Interessen durch seine Zustimmung zu den erhöhten Schutzzöllen der Jahre 1879, 1885 und 1887, mußte sich dabei jedoch auch gegen interne Proteste durchsetzen. Die Partei lehnte das Sozialistengesetz in Erinnerung an den Kulturkampf 1878 zunächst ab und übte auch nach der Zustimmung eines Fraktionsteils 1880 weiter Kritik, insbesondere bezüglich der Wirkungslosigkeit dieser Gesetzgebung. Ab 1887 konnte *Bismarck* wegen der Unterstützung durch die Kartellparteien (Konservative/Nationalliberale) die Zusammenarbeit mit dem Z. erneut einschränken, das seine Bedeutung als zentrale Zustimmungsinstanz einbüßte. Erst das Zerbrechen des Kartells im Jahr 1890 und der Erfolg des Z. in den Reichstagswahlen desselben Jahres – 18,6% der Stimmen und 106 Mandate – erweiterten wieder den Einfluß der nun stärksten Fraktion. In der Folgezeit unterstützte das Z. die Regierung *Caprivi* in vielen Bereichen, mußte dabei jedoch auch innere Flügelkämpfe hinnehmen, die nach dem Tod des Parteiführers *L. Windthorst* im Jahre 1891 an Intensität gewannen. So war besonders die Militärvorlage des Jahres 1893, die nur von einer Minderheit der Reichstagsfraktion unterstützt wurde und die zu deren Isolierung führte, eine erhebliche Konfliktquelle für die Partei. In diesen Zeitraum fällt auch eine deutliche Hinwendung des Z. zur Sozialpolitik. So begrüß-

te die Partei die sozialpolitischen Erlasse *Wilhelms II.* vom 4. 2. 1890; der im selben Jahr gegründete »Volksverein für das katholische Deutschland« propagierte das Ideengut des Z. gerade auch auf dem Gebiet der Sozialreform. Der Bedeutungsgewinn der katholischen Arbeitervereine und die Entstehung der christlichen Gewerkschaften sind weitere Anzeichen für diesen Prozeß. Der interkonfessionelle Anspruch der christlichen Gewerkschaften führte jedoch häufig zu Kritik von seiten des katholischen Klerus. Gleichwohl sind die 90er Jahre gekennzeichnet vom »Demokratisierungsprozeß« im Z., der insbesondere ein Zurücktreten der konfessionellen Komponente beinhaltete. Damit verbunden war allerdings auch ein deutlicheres Hervortreten der inneren Flügelbildungen. So opponierte ein großagrarisch-konservativer Flügel um katholische Adelige Schlesiens und Westfalens gegen die Unterstützung der Caprivischen Handelsvertragspolitik durch die bürgerlich geprägte Parteiführung unter *E. Lieber*. Die Dominanz der großagrarischen Interessen wiederum wurde bisweilen attackiert durch katholische Arbeiterführer, so etwa durch den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, *A. Stegerwald*. Der Streit um den konfessionellen Charakter der Partei und der christlichen Gewerkschaften wurde im Jahr 1906 neuerlich entfacht, als *J. Bachem* den Weg zu einer nationalen, konservativen Volkspartei propagierte. Trotz heftiger Gegenwehr aus dem Klerus entsprach dies der Parteienentwicklung in dieser Phase: so betonte schließlich 1909 die sog. »Berliner Erklärung« den politischen und nichtkonfessionellen Charakter der Partei. Gleichwohl blieb der Wählerstamm des Z. vor dem 1. Weltkrieg relativ konstant und konzentrierte sich regional auf die überwiegend katholischen Gebiete. Ihre höchste Stimmenzahl erreichte die Partei in der Reichstagswahl 1907 (19,35 %, 105 Mandate).

In den ersten Jahren des 20. Jh. unterstützte das Z. die Reichsregierung auch auf den Gebieten der Außen- und Kolonialpolitik sowie durch die Bewilligung der Flotten- und Militärvorlagen in der Aufrüstung. Diese Unterstützungspolitik endete, als 1906 die Reichstagsfraktion wegen kritisierter Mißstände in den Kolonien die Zustimmung zu einer Mittelnachforderung für Deutsch-Südwestafrika verweigerte. Im Zusammenhang mit der nachfolgenden Reichstagsauflösung gelang es Reichskanzler *von Bülow*, sich die Unterstützung eines Blocks aus den konservativen Parteien, den National- und den Linksliberalen zu sichern und das Z. so zeitweilig in die Opposition zu drängen. Bereits in der Reichsfinanzreform des Jahres 1908/09 zerbrach jedoch der sog. »Bülow-Block«, es kam zu einem Zusammengehen des Z. mit den Konservativen, aus der die bestimmende Reichstagsmehrheit auch der nächsten Jahre entstand.

Im Ersten Weltkrieg setzten sich anfänglich expansive, dann aber gemäßigte Kriegszielkonzeptionen im Z. durch. Unter Führung von *M. Erzberger*, dem Repräsentanten des »halblinken«, demokratischen Parteiflügels plädierte die Partei ab 1917 für die Konzeption eines Verständigungsfriedens; dabei kam es jedoch zu einer teilweise heftigen Opposition von konservativen Parteigruppen, die auch die Zusammenarbeit des Z. mit Liberalen und Sozialdemokraten im Block der Mehrheitsparteien ab dem Sommer 1917 bekämpften. Zu unterschiedlichen Frontstellungen kam es in der Partei auch in der Frage der preußischen Wahlrechtsreform.

Nach Kriegsende trat das Z. zunächst durch Aufrufe zur Gründung einer Nationalversammlung hervor, hatte zugleich jedoch mit erheblichen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. Am 12. 11. 1918 kam es zur Abspaltung der bayerischen Parteiorganisationen und zur Konstituierung der → Bayerischen Volkspartei (BVP), gleichzeitig zeigten sich separatistische Absichten auch bei rheinischen Z.-Kreisen, die erst im Jahre 1919 durch die unitarische Parteiführung um *Erzberger* überwunden werden konnten. Gleichwohl wurden die Wahlen zur Nationalversammlung 1919 zu einem großen Erfolg. Mit einem Anstieg auf 19,7 % der Stimmen, der freilich entscheidend auch durch die Einführung des Frauenwahlrechts bedingt war, erreichte das Z. 91 Mandate und stellte somit die stärkste bürgerliche Fraktion. Die Hinwendung der Partei zur Republik zeigte sich in der sodann gebildeten Koalition mit der SPD und der → Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Auch in der Mitgliederstruktur der Fraktion und der Parteiführung gewannen die bürgerlichen Kräfte und die katholische Arbeiterschaft an Bedeutung. Die »Weimarer Koalition« trug auch die ersten Regierungen der Republik. *Erzberger* setzte sich darin als Reichsfinanzminister erfolgreich für die Unterzeichnung und Erfüllung der Friedensverträge ein; aus diesem Grund wurde er am 21. 8. 1921 von Rechtsextremisten ermordet. Die Zusammenarbeit mit der SPD war in der Partei nicht unumstritten: so konnte auf dem 1. Reichsparteitag am 19.–22. 1. 1920 den Protesten des rechten Flügels durch die Parteiführung um *H. Brauns* nur mit Mühe begegnet werden. Nachdem die Regierung *K. Fehrenbach* (1920/21) ohne Beteiligung der Sozialdemokratie amtierte, bezog der Exponent des linken Z.-Flügels *J. Wirth* als Reichskanzler diese wieder in seine beiden Kabinette ein und bemühte sich besonders nach den Morden an *Erzberger* und *W. Rathenau* um eine Einigung der republikanischen Kräfte. *Wirth* besaß jedoch in der eigenen Partei keinen ausreichenden Rückhalt, er wurde auf Betreiben konservativer Kräfte im November 1922 gestürzt. Das Z. blieb jedoch auch in der Folgezeit ein entscheidender Faktor für jede Regierungsbildung: es war sowohl an der Regierung *W. Cuno* (1922/23) als auch an den beiden Kabinetten *G. Stresemann* durch Minister beteiligt. Die beiden ersten Kabinette unter der Kanzlerschaft des Z.-Vors. *W. Marx* (1923–1925) be-

deuteten eine Hinwendung zu bürgerlichen Koalitionen, in die jedoch die → DEUTSCHNATIONALE VOLKSPARTEI (DNVP) wegen Divergenzen über die Stresemannsche Außenpolitik nicht einbezogen werden konnte.

Von dieser Phase der Konsolidierung der Weimarer Republik bis zum Ende der Demokratie hatte die Partei relativ konstante Reichstagswahlergebnisse zu verzeichnen: sie bewegten sich zwischen 13,6% der Stimmen und 69 Mandaten in der Wahl des Dezember 1924 und 11,2% der Stimmen und 73 Mandaten im Jahr 1933 – ein weiterer Beleg für die Beständigkeit ihrer breit gestreuten Wählerschichten. Diese Stabilität steht in einem gewissen Kontrast zu den innerparteilichen Divergenzen. So bekämpften die Parteilinke und die katholische Arbeiterschaft die Unterstützung der Bürgerblock-Kabinette *H. Luther* und vertraten auch im Gegensatz zur Parteiführung eine positive Haltung zur Frage der Fürstenenteignung im Jahre 1926. Die Entwicklung der Partei nach rechts dokumentiert sich auch in der umstrittenen Aufnahme von 4 DNVP-Mitgliedern in die 4. Regierung *Marx* 1927, sie wurde auch durch die Beteiligung des Z. an der von der SPD geführten Regierung *H. Müller* nicht geändert und fand ihren Abschluß in der Wahl des Prälaten *L. Kaas* zum neuen Parteivors. auf dem Kölner Parteitag 1928. Die neue Parteiführung um *Kaas* und *H. Brüning* bemühte sich um eine neuerliche Integration der Partei auf der Grundlage des gemeinsamen Glaubensbekenntnisses, zugleich neigte sie in der Innenpolitik einer konservativeren und autoritäreren Linie zu, die auch durch einige Tendenzen in der päpstlichen Enzyklika »Quadragesimo anno« (1931) ideologisch gestützt zu werden schien. Mit seiner Berufung zum Reichskanzler (30. 3. 1931) erhielt *Brüning* durch die Rückendeckung des Reichspräsidenten *Hindenburg* auch das Mittel, diese Konzeption zu verwirklichen. Er regierte fortan auf der Grundlage des Art. 48 der Reichsverfassung vorwiegend mit Notverordnungen unter Ausschaltung des Parlaments, versuchte gleichzeitig aber, eine Sammlungspolitik unter den übrigen bürgerlichen Parteien zu betreiben. Zuletzt gelang ihm dies (allerdings nur unter Einbezug der SPD) in der Reichspräsidentenwahl 1932, in der sich *Hindenburg* durch diese Sammlung noch einmal gegen *Hitler* durchsetzen konnte. Doch bereits am 30. 5. 1932 wurde *Brüning* als Reichskanzler von *Hindenburg* abberufen und ersetzt durch den extrem konservativen Z.-Politiker *F. von Papen*, der daraufhin einem Parteiausschluß nur durch den eigenen Austritt zuvorkam.

Die offensichtliche Fehleinschätzung der Gefahr durch die → Nationalsozialisten bestimmte das Taktieren des Z. in der Untergangsphase der Weimarer Republik. So kam es noch im Herbst 1932 zu Sondierungen mit der NSDAP, die eine Integration *Hitlers* in einer Regierung der »nationalen Konzentration« beabsichtigten, jedoch am nationalsozialistischen Machtanspruch scheiterten. Dem Z. blieb zwar noch nach der »Machtergreifung« in der Wahl vom 5. 3. 1933 sein überkommener Stimmenbestand, gleichwohl setzte nach der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, wie bei den übrigen bürgerlichen Parteien, ein rapider Macht- und Bedeutungsverlust ein, der am 5. 7. 1933 mit der Selbstauflösung durch die Parteileitung endete. Nach dem 2. Weltkrieg gab es einzelne Ansätze zur Neugründung des Z., die jedoch relativ bedeutungslos waren im Vergleich zu der Integration wesentlicher Parteitraditionen in der → CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION (CDU). [PR]

K. Bachem, Vorgesch., Gesch. und Politik der Dt. Zentrumspartei, 9 Bde., 1927–32; R. Morsey, Die Dt. Zentrumspartei 1917–1923, 1966; D. Junker, Die Dt. Zentrumspartei und Hitler 1932/33, 1969; J. Schauff, Das Wahlverhalten der dt. Katholiken, 1975; U. Mittmann, Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Z. und Sozialdemokratie im Kaiserreich, 1976; R. Morsey, Der Untergang des polit. Katholizismus, 1977.

ESTLAND

von

EBBA ČEGINSKAS

Die Anfänge der estnischen Parteienbildung vollzogen sich noch während der Zugehörigkeit Estlands zum russischen Zarenreich. Analog den oppositionellen Bewegungen in Rußland bildeten sich auch in Estland zu Beginn dieses Jahrhunderts erste politische Richtungen heraus. Nach einem kurzen Aufblühen erstickten jedoch die den Unruhen von 1905 folgenden massiven politischen Repressalien die Parteienentwicklung. 1906 – 1917 gab es in Estland nur eine legale politische Partei (→ ESTNISCHE VÖLKISCHE FORTSCHRITTSPARTEI). Erst nach der Februarrevolution kam der Parteienbildungsprozeß wieder in Gang, stark vorangetrieben durch die Wahlen zum Landtag (Frühling 1917), der die erste im Rahmen der Regionalautonomie entstandene allgemeinrepräsentative politische Vertretung des Landes darstellte. Während der Wahlen zur Konstituante April 1919 bildete sich vor dem Hintergrund der bevorstehenden Entscheidungen über Staatsform und gesellschaftliche Reformen eine erste Parteienstruktur des selbständigen Estland heraus, bestehend aus sechs Parteien und aus politischen Vertretungen der drei nationalen Minderheitsgruppen (Deutsch-Balten, Russen und Schweden). In Anpassung der politischen Struktur an die neu entstandene soziale und staatliche Wirklichkeit kristallisierte sich im Verlaufe der 20er Jahre immer deutlicher ein dreigliedriges Parteiensystem von Agrarparteien, Mittelparteien und sozialistischen Parteien heraus, das im großen und ganzen der sozialen Differenzierung der Bevölkerung entsprach. Bis 1932 hatten sich in den drei Richtungen Sammlungsparteien herausgebildet (VEREINIGTE AGRARPARTEIEN, NATIONALE ZENTRUMSPARTEI, ESTNISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI), die zusammen über 87 % der Mandate verfügten. Das Kräfteverhältnis innerhalb dieser Parteiengruppe verlagerte sich zugunsten der Agrarier; die allgemeine politische Entwicklung tendierte zu einer Verbürgerlichung. An Stelle der linken Mehrheit von 65 % während der Konstituante (1919–20) war schon 1926 ein bürgerliches Übergewicht von 70 % getreten. Weitere Tendenzen waren das Zurücktreten ideologischer Fragen hinter reiner Interessenpolitik und das Ausgleichen prinzipieller politischer Unterschiede. Nach 1926 äußerten sich diese nur noch in unterschiedlichen Einstellungen zu einer Veränderung der Verfassung.

Da die parlamentarische Konstellation nur Vielparteienregierungen zuließ, bildete sich in Estland eine Tradition von drei- oder mehrgliedrigen Koalitionsregierungen heraus, die von den sich rasch wandelnden Interessengrundlagen der Mitglieder abhängig und von nur kurzer Dauer waren; 1921–34 hatte Estland 17 Regierungen. Da dem Regierungschef auch die Funktionen des Staatsoberhauptes (»Staatsältester«) zufielen, führten die häufigen Regierungskrisen zu Schwäche und Instabilität der staatlichen Leitung, was bei der Bevölkerung allgemeine Unzufriedenheit hervorrief. Im Gefolge der ökonomischen Schwierigkeiten

der 30er Jahre entstand eine antiparlamentarische Bewegung (»Verband der Teilnehmer am Freiheitskrieg«, »Freiheitskämpfer«, estn.: Vabadussõjalaste liit, populär Vapsid), die die Einführung eines autoritären Regierungssystems propagierte. Am 14.–16. 10. 1933 setzten die Freiheitskämpfer mit Hilfe einer Volksabstimmung die Annahme einer Präsidialverfassung autoritärer Prägung durch. Nachdem diese am 1. 1. 1934 in Kraft getreten war, begannen sie eine mit demagogischen und gewalttätigen Mitteln geführte Kampagne, um bei den für Mai 1934 vorgesehenen Präsidentenwahlen ihren Kandidaten an die Macht zu bringen. Das Einschreiten des Ministerpräsidenten der Übergangsregierung, *K. Päts,* machte diese Pläne zunichte, führte aber auch zur Unterdrückung der politischen Freiheit im Lande. Am 12. 3. 1934 machte *Päts* Gebrauch von seinen in der neuen Verfassung gegründeten außerordentlichen Machtbefugnissen, ließ die Organisationen der Freiheitskämpfer schließen und erstickte die Bewegung, verbot gleichzeitig aber auch andere Äußerungen politischer Tätigkeit, verschob die Wahlen und unterbrach die Arbeit des Parlaments, nachdem dieses ihm für sechs Monate autoritäre Machtbefugnisse zugebilligt hatte. Im Herbst 1934, als das zu einer außerordentlichen Session zusammengerufene Parlament einer Verlängerung des Ausnahmezustandes nicht zustimmte, wurde es sine die vertagt. Am 5. 3. 1935 erfolgte die Abschaffung des Parteienwesens durch Schließung der Parteiorganisationen. Die Funktionen der Parteien wurden auf eine »über den Parteiengrenzen stehende« Einheitsorganisation (VATERLÄNDISCHER VERBAND, estn: Isamaa Liit) übertragen. Nach Einführung einer neuen Verfassung, Jahreswende 1937/38 (Präsidialsystem mit Zweikammerparlament unter starkem persönlichem Einfluß des zum Staatsoberhaupt gewählten *K. Päts*), trat eine gewisse Normalisierung der politischen Lage ein. Ein vom Volk gewähltes Organ, in dem auch oppositionelle Kräfte repräsentiert waren, trat der Regierung bei; das Prinzip der parlamentarischen Verantwortung der Regierung wurde wieder eingeführt; nach Kriegsausbruch 1939 wurden auch die oppositionellen Politiker in die Regierungsarbeit einbezogen. Eine Rückkehr zur Institution des Parteienwesens erfolgte jedoch nicht. Neben dem von der Regierung gesteuerten VATERLÄNDISCHEN VERBAND wurde nur unorganisierte politische Opposition zugelassen. Nach der Schließung der politischen Organisationen 1935 existierten die estnischen Parteien als »Kreise der Gesinnungsfreunde« weiter. 1940–44 wurden sie zu Sammelpunkten der politischen Widerstandsbewegung. Die Einverleibung Estlands in die UdSSR 1940 vernichtete danach bis in die Gegenwart alle konstitutionellen und politischen Voraussetzungen ihres Wiederauflebens als öffentliche Parteien. Ihre Traditionen werden heute von Exilorganisationen weitergeführt.

M. Martna, De politiska partierna. Det nya Estland, Stockholm 1928; S. Klau, Das Parteiwesen Estlands, Balt. Monatsschr. 62/63, 1930–31; E. Laaman, Erakonnad Eestis, Tartu 1934; A. Mägi, Das Staatsleben Estlands während seiner Selbständigkeit, Stockholm 1967; G. von Rauch, Zur Krise des Parlamentarismus in Estland und Lettland. In: Die Krise des Parlamentarismus in Ost- und Mitteleuropa zw. beiden Weltkriegen, 1967.

Ansiedlerpartei (**As.,** Asunikkude, riigirentnikute ja väikemaapidajate koondis, später Põllumeeste, asunikkude ja väikemaapidajate koondis, meist Asunikud); vollständige Benennung: ZUSAMMENSCHLUSS DER ANSIEDLER, STAATSPÄCHTER UND KLEINBAUERN. 1923–1926 entstandene zweite Agrarpartei, politische Organisation der durch die Agrarreform (10. 10. 1919) geschaffenen neuen Bauernschicht. Weltanschaulich neutral und ohne politische Grundanschauung, aber aufgrund der sozialen Herkunft ihrer den ärmeren Bevölkerungsschichten entstammenden Gefolgschaft bedeutend radikaler gesinnt als der ältere → BUND DER LANDWIRTE.

Programm: Konkrete berufliche Forderungen nebst einer Grundsatzdeklaration zu den Prinzipien der Eigenstaatlichkeit, Demokratie und sozialen Gerechtigkeit. Von der Organisation ist

nur bekannt, daß sie von berufsständischem Charakter war und daß die Ortsvereine ihre Basis bildeten. Berufsständische Führung, Parteivorstand und Fraktion waren im großen und ganzen identisch. Parteigründer und führende Kräfte: *O. Köster, R. Penno, J. Sikkar, O. Tief.*

Presse: Die As. besaß anfangs nur ein berufliches Informationsblatt. Später wurden periodische Publikationen herausgegeben: ›Maa‹ (Das Land) und nach 1929: die dreimal in der Woche erscheinende ›Maaleht‹ (Landeszeitung).

Geschichte: Die As. entstand als die Berufspartei der aus der Bodenreform hervorgegangenen und durch ihre besondere Lage von der alteingesessenen Bauernbevölkerung abgegrenzten neuen Schicht der Landwirte, deren »ökonomische und soziale Interessen von den schon existierenden Parteien nicht zufriedenstellend beachtet worden waren« (›Maa‹, 16. 4. 1926). Beim ersten politischen Auftreten in den Wahlen zur 2. Staatsversammlung (Mai 1923) stellte die As. nur in drei ländlichen Wahlbezirken Kandidaten auf. Die Partei errang 4 der insgesamt 100 Mandate. Während der Legislativperiode schlossen sich zwei andere Splittergruppen (MIETER bzw. DEMOBILISIERTE SOLDATEN) der As. an, was die Mandate auf 6 ansteigen ließ. Die effektive parteipolitische Organisierung wurde erst 1926 abgeschlossen (Registrierung als politische Partei am 10. 12. 1925, erster Parteitag 21.–22. 2. 1926). In den kurz darauf erfolgenden Wahlen zur 3. Staatsversammlung trat die As. schon auf einer landesumfassenden Basis auf und erzielte 14 Mandate, was sie zur drittgrößten Fraktion werden ließ. Diese Position konnte bis zur Auflösung der Partei (1932) gehalten werden. In der Hauptsache zielte die Partei nur auf eine wirksame politische Vertretung der vor allem ökonomischen Interessen ihrer Gefolgschaft. Sie unterstützte jedoch auch die Gesetzgebung zugunsten der schwächeren sozialen Schichten (unter anderem Mietgesetz, Anerkennung des Besitzrechtes der Pächter und Fronbauern). Von 1925 an hatte die As. in fünf Koalitionsregierungen nacheinander die Führung des Landwirtschaftsministeriums. Da die beruflichen Interessen und agrarpolitischen Auffassungen der As. und der alteingesessenen Bauern des → BUNDES DER LANDWIRTE oft auseinandergingen, standen die beiden Agrarparteien anfangs in starkem Gegensatz zueinander. Als die Unterschiede mit der allmählichen Etablierung der Neubauern abnahmen, zeigten sich Tendenzen zu einem Zusammenschluß, der aufgrund der gemeinsamen, durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen Agrarnotlage am 26. 1. 1932 definitiv erfolgte. Die As. und der BUND DER LANDWIRTE bildeten eine gemeinsame Parlamentsfraktion. Auf dem ersten gemeinsamen Kongreß am 29. 2. 1932 schlossen sich die beiden Parteien in den neugebildeten → VEREINIGTEN AGRARPARTEIEN zusammen.

Poliitiline Tsentrum. Festi demokraatliku Uniooni bülletään. Stockholm, Mai 1973: 27. (Jubiläumsnummer).

Bund der Landwirte (PK, Põllumeeste Kogud). Politische Organisation des Bauernstandes und Sammelbecken der konservativen Kräfte. Den Rückhalt der Partei bildete eine gewerbetreibende, vorwiegend aus den mehr begüterten und schon alteingesessenen Bauern zusammengesetzte Gefolgschaft. Darüber hinaus genoß sie auch die Unterstützung der gemäßigten städtischen Wähler und des Wirtschaftslebens.

Gründung: Juni 1917 in Tartu durch *J. Hünerson* u. a. als ESTNISCHER LANDBUND (Eesti Maarahva Liit).

Programm: Hauptaufgabe der Partei war die Wahrnehmung der Interessen der selbständigen Bauernschaft. Sie trat aber auch als Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und des Eigentums und als Exponent einer auf nationaler Tradition und freier ökonomischer Initiative gegründeten individualistisch-konservativen Ideologie auf. Das Erneuerungsprogramm 1919 billigte zwar die Liquidierung des Latifundiensystems, hielt jedoch ansonsten am Schutz des Privateigentums als Grundprinzip der gesellschaftlichen Neuordnung fest. Im Programm 1920 standen die Agrarfragen im Vordergrund. Nach 1926 wurde die Forderung nach einer Verfassungsänderung durch Einführung eines von der Regierung unabhängigen Staatsoberhauptes zum zentralen Programmpunkt.

Organisation: Örtliche Vereinigungen der Landwirte wurden in Kreisvertretungen zusammengefaßt. Letztere wählten die Landesvertretung, die zusammen mit dem regelmäßig zusammentretenden Kongreß die Parteispitze bildete. Führende Kräfte des Vorstandes waren *A. Jürman-Jürima, Hünerson, K. Einbund-Eenpalu.* Nach außen hin wurde die Partei in erster Linie durch hervorragende Politiker, die sich um die Staatsgründung verdient gemacht hatten, wie *K. Päts* und *J. Teemant*, vertreten.

Presse: ›Maaliit‹ (1918–1919); ›Kaja‹ (Echo).

Geschichte: Der PK entstand im Verlauf der Vorbereitungen zur politischen Selbständigkeit Estlands. Die Initiative zur Parteibildung kam von den führenden Kräften der landwirtschaftlichen Zentralorganisation Südestlands (*Hünerson, Jürman-Jürima, H. Johani* u. a.), die in einem am 5. 5. 1917 publizierten Appell »das bisher am politischen Geschehen nicht beteiligte Landvolk« aufriefen, »sich angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Landtag in Bauernbünden zusammenzuschließen«. Bei der Bildung der provisorischen Regierung im Februar 1918 stellte der im Juni 1917 gegründete ESTNISCHE LANDBUND, der bereits 40 000 Mitglieder umfaßte, den Regierungschef *(Päts)*. Während der deutschen Okkupation stellte der Landbund seine politische Tätigkeit ein und behielt nur berufsständische Funktionen. Bei den Wahlen zur Konstituante wandten sich die Bauern überwiegend der von den anderen bürgerlichen Gruppen gebildeten → ESTNISCHEN VOLKSPARTEI zu. Trotz Unterstützung der

gemäßigten städtischen Wähler errang der Landbund nur 6,6 % der Mandate. Aus Enttäuschung über den politischen Kurs der Volkspartei, schlossen sich die Bauern jedoch schon auf der 1. Tagung der Landwirte (November 1919) wieder hinter den Landbündlern zusammen. Auf deren Initiative entstand ein umfassendes Netz von beruflichen Bauernvereinen, das politisch unter Führung des Landbundes stand. Im Sommer 1920 wurde von den führenden Landbündlern ein Entwurf zu einer neuen politischen Satzung durch zu gründende Verbände der Landwirte ausgearbeitet und auf der 2. Tagung der Landwirte im September 1920 in Tallinn den Teilnehmern vorgelegt. Am 3.–5. 10. 1920 erfolgte in Tallinn unter der Führung der Landbündler die Gründung der neuen Partei. Bei den kurz darauf erfolgenden Wahlen zur 1. Staatsversammlung wurden 21 Vertreter (21 % der Mandate) ins Parlament gewählt; die Landwirte stellten damit die zweitgrößte Fraktion. Im März 1921 erfolgte die Konstituierung des Bundes der Landwirte unter der offiziellen Bezeichnung »Gesamtstaatliche Repräsentation der Verbände der Landwirte« (Üleriiklik põllumeeste esitus, Vors. *Jürman-Jürima*). Bis 1929 steigerte die Partei ihre Mandate auf 24 (= 24 %). Sie war in fast allen Regierungen zwischen 1921–1934 vertreten und stellte 10mal den Regierungschef-Staatsältesten (*Päts* bzw. *Teemant*).

Obwohl ursprünglich eine politische Organisation des Bauerntums, trat der PK in den ersten Jahren als eine konservative Sammlungspartei auf. Im Parteiorgan ›Kaja‹ kam es zur Entwicklung einer konservativen Ideologie. Die Verteidigung des Eigentumsrechts und die Förderung des Wirtschaftslebens verdrängten die rein agrarpolitischen Zielsetzungen. Neben der bäuerlichen Basis bildete sich eine städtische Gefolgschaft heraus, die zunehmenden Einfluß gewann (*H. Rebane, G. Vestel* u. a.). Gegen diesen Kurs wandte sich 1923 eine berufsständische Opposition und erzwang eine »Landorientierung«, die eine konsequente Konzentration auf den rein agraren Interessenbereich mit sich brachte. Mit Beginn der landwirtschaftlichen Schwierigkeiten Anfang der 30er Jahre zeigten sich Tendenzen zu einer klassenkämpferischen agraren Frontstellung gegen die Stadt. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise erfolgte die Annäherung an die rivalisierende Agrarpartei der Neubauern (→ Ansiedlerpartei) zwecks Bildung einer gemeinsamen Agrarfront, und Anfang 1932 fusionierten die zwei Parteiorganisationen in den → Vereinigten Agrarparteien. Schon im Frühling 1933 entstanden jedoch so ernsthafte Meinungsunterschiede in der Abwertungsfrage, daß 17 ehemalige Landwirte (u. a. *Päts*) die gemeinsame Parlamentsfraktion verließen; am 18.6.1933 wurde der PK daraufhin formell als selbständige Partei rekonstruiert. Die Einführung der politischen Restriktionen (→ Einleitung) beendete die öffentliche Tätigkeit der Partei (Schließung der Parteiorganisation am 5. 3. 1935). Informell bildete der PK jedoch die politische Stütze für das Regime von *Päts*. Sowohl die Regierungsführung (*Einbund-Eenpalu,* nach Umbildung der Regierung bei Kriegsausbruch: *J. Uluots*) als auch die Leitung des Vaterländischen Verbandes (→ Einleitung), der *Jürman-Jürima* zum Vors. hatte, lagen in den Händen der Landwirte. Bei der Aufnahme der Exiltätigkeit nach der Einverleibung Estlands durch die Sowjetunion spaltete sich die PK in zwei Fraktionen; jede bildete eine eigene Exilorganisation.

O. Viirsoo (Hg.), Eesti põllumeeste poliitika. Ülevaade Eesti põllumeeste liikumisest 1917–1955. Lund 1956; H. Weiss, Bauernparteien in Estland. In: H. Gollwitzer (Hg.), Europ. Bauernparteien im 20. Jh., 1977.

Christliche Volkspartei (Kristl., Kristlik Rahvaerakond). Lutheranisch geprägte politische Organisation, gegründet durch *F. Akel* u. a. Anfang 1919, um Kirche und Religion gegen die Vorherrschaft sozialistischer und radikaler Tendenzen zu verteidigen. Ihrer Grundanschauung nach liberal, dabei aber stark christlich orientiert und politisch vertreten vor allem durch lutheranische Geistliche, hatte die Partei ihr Wählerpotential unter der kirchentreuen Bevölkerung, vor allem der ärmeren Bauernbevölkerung Nord-Estlands. Die Kristl. war vertreten in 9 Koalitionsregierungen und stellte einmal den Regierungschef-Staatsältesten (*Akel,* 26. 3.–16. 12. 1924).

Bei den Wahlen zur Konstituante (1919) wie auch bei den Wahlen 1920 und 1926 stand die Kristl. im Wahlbündnis mit dem Schwedischen Volksverband (Svenska Folksförbundet, politische Vertretung der schwedischen Minderheitsgruppe). Während der 2. Staatsversammlung 1923–26 bildete sie eine geschlossene Parlamentsfraktion mit der → Estnischen Volkspartei. Zu den bedeutendsten Politikern der Partei gehörten neben *Akel: H. B. Rahamägi, J. Lattik* und *O. Amberg.* Ihren stärksten Einfluß mit 8 % der Mandate erreichte die Partei in der 2. Staatsversammlung 1923–1926, deren Wahl im Zeichen der auf Initiative der Kristl. kurz zuvor zustande gekommenen Volksabstimmung über die Stellung der Religion im Schulwesen stand. Nach der Volksabstimmung, die mit großer Mehrheit für die Einführung des Religionsunterrichts entschied, verlor die Religionsfrage ihre politische Aktualität, und die Partei wandte sich immer mehr der Vertretung der beruflichen Interessen der Geistlichkeit zu. Die damit verbundene Abwanderung der Wähler bewirkte den Rückgang der Partei. Am 29. 10. 1931 fusionierte sie schließlich mit der größeren → Estnischen Volkspartei in den → Vereinigten Volksparteien, die einige Monate später zum Kern der die ganze politische Mitte umfassenden → Nationalen Zentrumspartei wurden.

J. Lattik, Teekond läbi öö, Göteborg 1950.

Deutsch-baltische Partei (Balti-saksa Erakond). Gegründet im Dezember 1918 durch *C. Mickwitz, A. de Vries, A. Spindler, G. Kress, W. Hasselblatt* u. a. als politische Repräsentation des estnischen Deutschtums. Aufgrund der sozialen Zusammensetzung des zum größten Teil aus dem alten Landadel und dem wohlhabenden Bürgertum stammenden estnischen Deutschtums von konservativer Grundgesinnung. Wichtigstes Presseorgan war der von *de Vries* redigierte ›Revaler Bote‹ (später ›Revalsche Zeitung‹). Bis zur Mitte der 20er Jahre lag das Schwergewicht auf der Verteidigung der Minderheitsrechte mit Forderungen nach Autonomie im kulturellen, kirchlichen und sozialen Bereich und einer gerechten Entschädigung für den enteigneten Boden (Agrarreform 10. 10. 1919) des deutschen Latifundienbesitzes. Nach der Einrichtung der in der Verfassung garantierten kulturellen Selbstverwaltungsorgane der nationalen Minoritäten (Kulturautonomiegesetz 1925) und der Regelung der Entschädigungsfrage durch eine Kompromißlösung, 1926, verlor das rein nationale Programm an Bedeutung, und die Partei nahm in zunehmendem Maße aktiv Anteil an der Landespolitik.

In den 30er Jahren gewannen nationalsozialistische Gedankengänge Boden im estnischen Deutschtum. Auf dem Delegiertentag am 26. 11. 1933 setzte sich die nationalsozialistische Fraktion unter Führung von *V. von Zur-Mühlen* durch und übernahm die Leitung der Partei. Die im Zusammenhang damit abgegebenen Sympathieerklärungen an die antiparlamentarische Bewegung der »Freiheitskämpfer« (→ Einleitung) wie auch das Bekanntwerden von Plänen für die Errichtung einer unter Deutschlands Leitung stehenden nationalsozialistischen Diktatur in Estland riefen einen Entrüstungssturm hervor, der *von Zur-Mühlen* zum Rücktritt zwang. Die Partei kam wieder unter den Einfluß der alten gemäßigten politischen Führung (*de Vries, M. Luther, Hasselblatt, E. Ammende* u. a.). Nach Schließung der Parteiorganisation 1935 wurden die Interessen der deutschen Minderheit in der zweiten Kammer von Abgeordneten der Kulturselbstverwaltung vertreten. Mit der Auswanderung der deutschbaltischen Volksgruppe nach Deutschland 1939–40 erloschen die Voraussetzungen für eine weitere deutsche Beteiligung an der estnischen Politik.

M. Garleff, Deutschbalt. Politik zw. den Weltkriegen, 1976.

Estnische Arbeitspartei (**Tööer.,** Eesti Tööerakond); Radikale Partei trudovikischer Prägung, gebildet im Frühjahr 1917 in Tallinn durch *J. Vilms* u. a. unter der Bezeichnung RADIKAL-SOZIALISTISCHE PARTEI (Radikaalsotsialistlik Erakond).

Programm: Das erste auf dem Parteitag am 27. 9. 1917 angenommene Programm deckte sich weitgehend mit dem der russischen »Trudoviki« und strebte wie jenes auf friedlichem Wege eine sozialistische Gesellschaftsordnung mittels konsequenter Demokratisierung der Machtstrukturen und Nivellierung der Eigentumsverhältnisse und sozialen Unterschiede an. Daneben setzte sich die Partei im Dezember 1917 die Errichtung eines selbständigen demokratischen estnischen Staates zum Ziel. Das 1919 erstellte »Erneuerungsprogramm« plädierte für die konsequente Anwendung des Prinzips der Volkssouveränität in der staatlichen Organisation, präzisierte die sozialistischen Forderungen und verlangte u. a. entschädigungslose Verstaatlichung des gesamten Großgrundbesitzes sowie Trennung von Kirche und Staat. Mit der Zeit weichte die TÖÖER. ihr Programm auf. Das sozialistische Endziel wurde schon in der Konstituante zur Seite geschoben; ebenso gab sie ihre Kirchenfeindlichkeit und die Forderungen auf Einschränkungen der Eigentumsbildung nach und nach auf.

Presse: ›Vaba maa‹ (Freies Land), Tageszeitung, Tallinn.

Geschichte: Die TÖÖER. entstand aus einem Kreis von Intellektuellen, die sich schon früher in radikalgesinnten Vereinigungen in Tartu zusammengefunden hatten. Der Zusammenschluß unter der Bezeichnung RADIKAL-SOZIALISTISCHE PARTEI vollzog sich in naher Verbindung mit den russischen »Trudoviki«, die als Vorbild betrachtet wurden. Während der Landtagssession erfolgte die Vereinigung mit der radikalen Gruppe der Arbeitspartisten zur TÖÖER (im Oktober 1917). Nicht zuletzt aufgrund ihres auf weitgehende aber friedliche Veränderungen abzielenden Reformprogramms konnte die TÖÖER. erhebliche Anfangserfolge verbuchen (zweitgrößte Fraktion der Konstituante, größte Parlamentsfraktion in der 1. Staatsversammlung). Während dieser Zeit verfügte die TÖÖER. aufgrund ihrer Schlüsselstellung zwischen dem sozialistischen und dem bürgerlichen Flügel über beträchtlichen Einfluß, den sie in der Regel zugunsten der sozialistischen Vorlagen geltend machte. Zwischen 1919 und 1922 stellte sie dreimal den Staatsältesten *(O. Strandman, A. Piip, J. Kukk)*. Ein Rückgang setzte ein, als aufgrund der Stabilisierung der Verhältnisse das Reformprogramm der Partei seine Anziehungskraft verlor (1920: 22 Mandate, 1923: 12, 1929: 10). Gleichzeitig begann die Partei, deren Wählerschaft sich immer mehr aus Beamten und Angestellten zusammensetzte, auch ihren Charakter zu verändern: schrittweise löste sie sich von ihrem früheren doktrinären Radikalismus, gab die sozialistische Programmatik auf und wandelte sich in eine pragmatische Reformpartei der Mittelschicht. Sie blieb jedoch auch weiterhin an den meisten Regierungen beteiligt und konnte 1929–1931 noch einmal den Staatsältesten *(Strandman)* stellen. Der Stimmenrückgang wie auch die ideologische Abschwächung führten allmählich zu einer Annäherung an die anderen bürgerlichen Parteien. Anfang 1932 schloß sich die TÖÖER. den kurz zuvor gebildeten VEREINIGTEN VOLKSPARTEIEN an und fusionierte am 29. 1. 1932

in der gemeinsamen → Nationalen Zentrumspartei.

L. Olesk, Radikaalsotsialistlik erakond, in: Punased aastad. (Hg. H. Kruus, Tartu), 1932.

Estnischer Landbund (Eesti Maarahva Liit) → Bund der Landwirte.

Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööliste Partei) → Estnische Sozialistische Arbeiterpartei.

Estnische Sozialistische Arbeiterpartei (ESTP, Eesti Sotsialistlik Tööliste Partei). Politische Organisation der Sozialdemokratie auf der ideologischen Basis der marxistischen Klassenkampflehre, aber reformistischer Prägung.

Gründung im Frühjahr 1917 durch *M. Martna, A. Oinas, K. Ast, A. Rei, J. Jans* u. a. als Sozialdemokratischer Verein Estlands (Eestimaa Sotsiaaldemokraatlik Ühendus). Auf der 1. Tagung vom 21.–24. 10. 1917 veränderte die Partei ihren Namen in Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööliste Partei). Anläßlich der Vereinigung mit der → Estnischen Unabhängigen Sozialistischen Arbeiterpartei im April 1925 wurde die Benennung Estnische Sozialistische Arbeiterpartei angenommen.

Programm: Errichtung des Sozialismus, jedoch auf parlamentarischem und demokratischem Weg. Die ideologische Grundlage bildete das auf dem 1. Parteitag angenommene Programm der russischen sozialdemokratischen Partei von 1906. In der Agrarfrage gab die ESTP 1919 die russische Konzeption des kollektiven Großbetriebes auf und trat statt dessen für individuelle Kleinbetriebe ein. Das »Erneuerungsprogramm« 1919 forderte unter anderem vollständige Liquidierung des Großgrundbesitzes und Ausgabe des enteigneten Bodens als Pachtstellen an Landlose, Abschaffung indirekter Steuern und Einführung progressiver Einkommen- und Vermögensbesteuerung, 8stündigen Arbeitstag, Mitbestimmungsrecht der Arbeiter an den Betrieben, paritätisches Arbeitsgericht, Sozialversicherung, Trennung von Kirche und Staat. In der Verfassungsfrage war die Partei gegen jede Beschränkung der Machtbefugnisse des Parlaments und widersetzte sich der Einführung eines unabhängigen Staatsoberhauptes. Im Exil wurde die klassenkämpferische Ideologie definitiv aufgegeben (»Sozialistische Alternative der osteuropäischen sozialdemokratischen Parteien« von 1961).

Organisation: Basis der Organisation bildeten die Ortsvereine, die weitgehende Autonomie besaßen. Höchstes Parteigremium war der regelmäßig zusammentretende Kongreß. In den Intervallen wurde die Parteiarbeit von einem Zentralkomitee geleitet, das dem Kongreß verantwortlich war und von ihm seine Richtlinien erhielt.

Presse: ›Sotsiaaldemokraat‹ (1917–1920); ›Tulevik‹ (Zukunft) 1920–23; ›Ühendus‹ (Vereinigung) 1923–26, nach 1926 ›Rahva sõna‹ (Das Wort des Volkes).

Geschichte: Die ESTP entstand als politische Organisation der menschevikischen Fraktion der estnischen sozialdemokratischen Bewegung. Anfangs teilten sich ihre Anhänger in »Nationalisten« (*Rei, Ast* u. a.), die zusammen mit den bürgerlichen Parteien für die Verselbständigung Estlands wirken wollten, und »Doktrinäre« (Führung: *Martna*), die mit den russischen Sozialdemokraten den internationalen Kampf für die Errichtung des Sozialismus fortzusetzen wünschten und daher die Loslösung Estlands von Rußland ablehnten. Anfang 1918 entschieden sich jedoch auch letztere unter dem Einfluß der finnischen Genossen für die Unabhängigkeit. In den Wahlen zur Konstituante hatte die ESTP ein Drittel der Wählerstimmen hinter sich und wurde mit 41 Mandaten größte Fraktion. Diese dominierende Stellung ermöglichte ihr, prägend auf die Verfassungsbildung und die Gestaltung der neuen gesellschaftlichen Ordnung einzuwirken. Zusammen mit der → Estnischen Arbeitspartei und der → Estnischen Volkspartei bildete sie die Regierungskoalition. Mit der Festigung der staatlichen Existenz entstand jedoch innerhalb der Partei eine Linksopposition, die anstelle der breit angelegten Reformarbeit auf nationaler Gemeinschaftsbasis Rückkehr zu den klassenkämpferischen Prinzipien und schärfere Abgrenzung der ESTP von den bürgerlichen Parteien forderte. Am 25. 4. 1920 spalteten sich die Linkssozialisten (Führung: *N. Andreesen, M. Mihkelson, O. Gustavson*) von der Partei ab und bildeten zusammen mit den Sozialrevolutionären die → Estnische Unabhängige Sozialistische Partei, die zusammen mit den Kommunisten eine Offensive gegen die Sozialdemokratie einleitete. Um diesem Druck von links zu begegnen, zog die ESTP am 2. 7. 1920 ihre Minister aus der Regierung zurück und erklärte, aus prinzipiellen Gründen von einer weiteren Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien Abstand zu nehmen. Dennoch verlor die Partei immer mehr an Einfluß: auf der einen Seite dem ideologischen Druck von links ausgesetzt, auf der anderen konfrontiert mit dem Verbürgerlichungsprozeß der Wählerschaft, geriet sie in eine Krise, in deren Verlauf sie ihre Stellung einbüßte (1923 Rückgang auf 14% der Stimmen = 15 Mandate). Nach dem kommunistischen Staatsstreichversuch (1. 12. 1924) gewann die Partei die Unterstützung der Arbeiter zurück und baute eine neue gewerkschaftliche Bewegung auf. Eine weitere Stärkung brachte die Rückkehr der durch die kommunistische Infiltration geschwächten Linkssozialisten (April 1925). Schon 1926 erzielte die ESTP einen neuen Wahlerfolg und wurde mit 24 Mandaten erneut zur größten Fraktion des Parlaments, eine Stellung, die bis 1932 behauptet werden konnte. Der kommunistische Staatsstreichversuch bewirkte auf seiten der ESTP wieder eine Annäherung an die bürgerlichen Parteien. 1928 bildete sie eine Koalitionsregierung, die

u. a. den konservativen → Bund der Landwirte einschloß. Diese Rückkehr zur reformistischen Politik unter dem Einfluß der gemäßigten Führungsschicht *(Rei, Ast, Oinas)* verschaffte der ESTP ein breiteres Wählerreservoir; sie stieß aber auf innerparteiliche Opposition sowohl gewerkschaftlicher Kreise *(J. Mihkelson, L. Metslang)*, als auch bei den »austromarxistischen« doktrinären Sozialisten *Martna, Andreesen, A. Jõeäär.* Nach der Machtübernahme *K. Päts'* teilte sich die ESTP: eine linke Fraktion befürwortete eine Volksfronttaktik, eine rechte Fraktion unterstützte bedingt *Päts.* Am 5. 3. 1935 wurde die ESTP aufgelöst. 1945 fanden sich die Sozialisten in dem in Stockholm gebildeten »Exilverein der ESTP« zusammen.

Rei, Mälestusi tormiselt teelt, Stockholm 1961.

Estnische Sozialrevolutionäre Partei (ESP, Eesti Sotsialistide-revolutsionaaride Partei). Führung: *K. Freiberg, E. Joonas, H. Kruus, A. Loorits, G. Suits, J. Piiskar* u. a.

Presse: ›Töö lipp‹ (Die Fahne der Arbeit) 1917; ›Võitlus‹ (Kampf) 1918–19; ›Töörahva võitlus‹ (Arbeitskampf) 1919–1920. Revolutionäre Partei auf der Basis des 1906 angenommenen Programms der russischen Sozialrevolutionäre, die sich aus der illegalen sozialrevolutionären Bewegung der estnischen Jugend entwickelte und auf der 2. Tagung der sozialrevolutionären Organisation in Estland (30. 9. bis 3. 10. 1917 in Tartu) als autonome nationale Partei konstituierte. Vertreten im Landtag (12,9 % der Mandate) und in der konstituierenden Versammlung (5,8 %). Nach der Oktoberrevolution Spaltung in zwei Fraktionen: während eine Gruppe sich den Kommunisten anschloß, entschied sich die Mehrheit für die Gründung einer »unabhängigen estnischen Volksrepublik der Arbeiter und Bauern«. Auf der 5. Tagung im März 1920 wurde der Zusammenschluß der Partei mit einer linken sozialdemokratischen Splittergruppe zur → Estnischen Unabhängigen Sozialistischen Arbeiterpartei beschlossen.

H. Reimann, Sotsiaalrevolutsionääride liikumise algusest, i Punased aastad I, Tartu 1932.

Estnische Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei (EISTP, Eesti Iseseisev Sotsialistlik Tööliste Partei). Gegründet am 25. 4. 1920 als gemeinsame politische Organisation der Sozialrevolutionäre und der von den Sozialdemokraten abgespaltenen Linkssozialisten (→ Estnische Sozialistische Arbeiterpartei). In der 1. Staatsversammlung noch durch 11 Abg. von insgesamt 100 vertreten, wurde die Partei, die den revolutionären Kampf für die Errichtung des Sozialismus zum Ziel hatte, bald von den Kommunisten infiltriert und spaltete sich. Während die Mehrheit unter kommunistischer Führung *(A. Hansen, P. Keerdo, A. Mahlberg, R. Veiram)* unter der alten Benennung als kommunistische Parlamentsfraktion weiterarbeitete, bildete die frühere Führungsschicht *(E. Joonas, K. Freiberg, N. Andreesen, J. Piiskar* u. a.) die Estnische Unabhängige Arbeiterpartei (Eesti Iseseisev Tööliste Partei). Bei den Wahlen 1923 richteten beide Fraktionen ihre Angriffe hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie und brachten 10 Kommunisten (auf der Wahlliste der TÜV, → Kommunistische Partei Estlands) bzw. 5 Linkssozialisten ins Parlament. 1924 wurde die kommunistische Fraktion, die inzwischen die Benennung Estnisches Arbeitendes Volk (Eesti Töörahva Partei) angenommen hatte, wegen staatsumstürzlerischer Tätigkeit verboten, die Linkssozialisten vereinigten sich in der gemeinsamen → Estnischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

Estnische Völkische Fortschrittspartei (ERE., Eesti Rahvameelne Eduerakond). Partei während Estlands Zugehörigkeit zum russischen Zarenreich, Vorgänger der → Estnischen Volkspartei und 1906–1917 einzige legale politische Organisation des Landes. Vertreten in der 1. bis 3. Duma. Gegründet im November 1905 in nationalen Aktivistenkreisen um die Zeitung ›Postimees‹ in Tartu durch *J. Tõnisson, V. Reiman, P. Põld, H. Koppel* u. a. zielte die Partei auf eine Vertretung der estnischen Interessen in der russischen Duma. Die politischen Grundsätze der ERE. entsprachen denen der russischen Kadettenpartei, deren Fraktion ihre Vertreter in der Duma sich anschlossen. Ihr Wählerpotential hatte die Partei in der mehr begüterten Land- und Stadtbevölkerung in Südestland. Nach der Februarrevolution wurde beschlossen, die Partei, deren Tätigkeit nach 1914 zurückgegangen war, als Demokratische Partei (Demokraatlik Erakond) neu zu organisieren. Nach der Verselbständigung Estlands entstand daraus die → Estnische Volkspartei.

J. Tõnisson, Jaan Tõnisson töös ja võitluses, Koguteos tema 70. sünnipaeva puhul, Tartu 1938.

Estnische Volkspartei (Rhv, Eesti Rahvaerakond). Ursprünglich Partei der nationalen Aktivisten um *J. Tõnisson*; entwickelte sich mit der Zeit immer mehr zu einer städtischen Mittelschichtspartei.

Gründung am 1. 3. 1919 in Tartu.

Programm: Stärkung und Festigung des nationalen Ganzen und der allgemeinen nationalen Wohlstandsentwicklung, auch unter Anwendung staatssozialistischer Maßnahmen. Das umfassende Reformprogramm von 1919 beinhaltete unter anderem die Forderungen nach Agrarreform, progressivem Steuersystem, Sozialversicherung, obligatorischer und unentgeltlicher Grundschule, Normalarbeitstag, aber nahm Abstand von radikalen Veränderungen der Gesellschaftsordnung. Zu den maßgeblichen Vertretern der Rhv gehören neben dem stark dominierenden Parteiführer *Tõnisson, J. Jaakson, J. Poska* und *A. Kerem.*

Presse: ›Postimees‹ (Der Postbote, Tartu), eine der bedeutendsten Zeitungen Estlands, seit 1896 unter Schriftleitung von *Tõnisson.*

Geschichte: Die RHV entstand am Vorabend der Wahlen zur Konstituante durch Zusammenschluß der aus der → ESTNISCHEN VÖLKISCHEN FORTSCHRITTSPARTEI hervorgegangenen DEMOKRATISCHEN PARTEI des Landtags und der durch deren nordestnische Gesinnungsfreunde ebenfalls im Frühjahr 1917 gebildeten RADIKALDEMOKRATISCHEN LANDTAGSGRUPPE (Radikaaldemokraatlik Erakond, Führung: *A. Birk*). In den Wahlen im April 1919 erzielte die Partei 20,7 % der Stimmen und 25 Mandate, was sie zur einzigen bedeutenden bürgerlichen Fraktion in der staatlichen Anfangsphase werden ließ. Bis zur Endphase der Konstituante war sie an der Regierung beteiligt. Mit zunehmender Festigung des estnischen Staatswesens verlor die nationale Ideologie der RHV jedoch an Attraktivität; gleichzeitig ließ ihre, von staatssozialistischen Initiativen gekennzeichnete und auf weitgehend landwirtschaftliche Requisitionen abzielende Regierungspolitik wie auch die als eine Linksorientierung aufgefaßte Koalitionszusammenarbeit mit den Sozialisten und den Radikalen in ihrer von Mittelschicht und Bauern rekrutierten Wählerschaft mehr und mehr Unzufriedenheit erstehen. In den Wahlen zur 1. Staatsversammlung (November 1920) verlor sie fast die Hälfte ihrer Wähler und konnte nur noch 10, 1923 und 1926 jeweils 8 Mandate erringen. Bis Mitte der 20er Jahre bestanden ihre Anhänger überwiegend aus der Gefolgschaft des Parteiführers *Tõnisson* in Südestland. Die RHV behielt jedoch ihre parlamentarische Bedeutung, da sie wegen ihrer Mitteposition bei Regierungsbildungen nur schwer übergangen werden konnte. 1920–32 war sie an allen Regierungen beteiligt. Aufgrund ihrer auf eine nationale Sammlungspolitik abzielenden Bestrebungen stellte die RHV das natürliche Sammelbecken für die Parteien der Mitte dar. Am 29. 10. 1931 bildete sie zusammen mit der kleineren → CHRISTLICHEN VOLKSPARTEI die → VEREINIGTEN VOLKSPARTEIEN, die kurz darauf zum Kern der das ganze Mittelfeld umfassenden → NATIONALEN ZENTRUMSPARTEI wurden.

Jaan Tõnisson töös ja võitluses. Koguteos tema 70. sünnipäeva puhul, Tartu 1938; M. Raud, Kaks suurt. Jaan Tõnisson, Konstantin Päts ja nende ajastu, Toronto 1953.

Estnisches Arbeitendes Volk (Eesti Töörahva Partei) → Estnische Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei.

Kommunistische Partei Estlands (EKP, Eestimaa Kommunistlik Partei). Illegale kommunistische Kampforganisation, gebildet in Tallinn am 5. 11. 1920 durch *V. Kingissepp, J. Anvelt, H. Pöögelmann, O. Rästas, J. Rästas, R. Vakmann* u. a. Vertreten im Parlament durch Tarnorganisationen.

Programm: Grundsatzprogramm der Komintern mit einigen Ergänzungen (1920 bzw. 1929). Das Hauptziel der Partei war der »revolutionäre Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die Vernichtung des bürgerlichen estnischen Staates«. Bei den öffentlichen Wahlen vertraten die Kommunisten dagegen sog. Minimalprogramme reformistischer Prägung.

Organisation: Kommunistische Kampforganisation nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, von der aus die öffentliche Tätigkeit der »legalen« Parlamentsfraktionen und anderer Tarnorganisationen gelenkt wurde. Die Mitgliederzahl variierte zwischen 2000 (1923) und 150 (Juni 1940).

Parteiorgan: ›Kommunist‹ (bis Juni 1940 illegal herausgegeben).

Geschichte: Die EKP entstand als estnische territoriale Organisation der russischen KP, in Verfolgung des »nationalen Prinzips« der Komintern, wonach der revolutionäre Kampf in erster Linie durch autonome nationale Parteien geführt werden sollte. Erste Erfolge stellten die Einflußnahme auf die → ESTNISCHE UNABHÄNGIGE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI, 1922, und im Jahr darauf die Gründung einer kommunistischen Zentralorganisation der Gewerkschaften, der Einheitsfront des arbeitenden Volkes (TÜV, Töörahva ühine väerinne), dar. In den Wahlen zur 2. Staatsversammlung (Mai 1923) gelang es den im Wahlverbund der TÜV versammelten Kommunisten daraufhin 10 % der Mandate zu erringen. Parallel dazu vollzogen sich die Vorbereitungen für eine bewaffnete Machtübernahme. Das Scheitern des Staatsstreichversuchs (1. 12. 1924), der unter den Arbeitern keine Unterstützung fand, führte zum Zusammenbruch der kommunistischen Positionen. Die Parteiführung emigrierte in die Sowjetunion; in Estland konnte die Partei nur noch über die unter ihrem Einfluß stehenden Gruppierungen der äußersten Linken (3. und 4. Staatsversammlung: ESTNISCHE ARBEITERPARTEI (ETP, Eesti Tööliste Partei) 6 % der Mandate; 5. Staatsversammlung: PARTEI DER ARBEITER UND BESITZLOSEN (Pahempoolsed Töölised ja Kehvikud) 5 % politisch aktiv werden. Im Juli 1935 schlossen die Kommunisten ein Volksfrontabkommen mit den von der → ESTNISCHEN SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI 1934 abgespaltenen Linkssozialisten (Marxistische Gruppe), um auf diesem Wege ihren Einfluß innerhalb der Gewerkschaften wieder zu verstärken. 1937–38 wurde der Parteikader in der Sowjetunion ausgemerzt, das Schwergewicht der Parteitätigkeit verlagerte sich wieder nach Estland, wo durch die Gründung des Illegalen Büros eine neue zentrale Parteiorganisation entstanden war (Führung: *H. Allik, J. Lauristin, O. Lauristin, P. Keerdo*).

Nachdem die Rote Armee am 16. 6. 1940 in Estland einmarschiert war, wurde Präsident *K. Päts* am 21. 6. gezwungen, eine kommunistische »Volksregierung« unter Führung von *J. Vares* einzusetzen; formell legalisierte sich die EKP am 4. 7. 1940. Nach der Einverleibung Estlands in die Sowjetunion reintegrierte sich die EKP in die KP der UdSSR (8. 10. 1940).

Ülevaade Eestimaa kommunistliku partei ajaloost, Talli 1961–63.

Nationale Zentrumspartei (**RK,** Rahvuslik Keskerakond). Liberale Sammlungspartei, gebildet Anfang 1932 durch die Fusionierung der → VEREINIGTEN VOLKSPARTEIEN, → ESTNISCHER ARBEITSPARTEI und der parlamentarischen Fraktion der Wirtschaftskreise, um den stark vordrängenden Agrarinteressen (Bildung der → VEREINIGTEN AGRARPARTEIEN) mit einer gemeinsamen Front der bürgerlichen Mitte zu begegnen. Die RK umfaßte das ganze politische Feld zwischen Agrarparteien und Sozialisten mit Ausnahme der nationalen Gruppen. Führung: *J. Tõnisson.* Bei den Wahlen 1932 erzielte die Partei 23 Mandate, was sie zur zweitgrößten der inzwischen entstandenen Sammlungsparteien (→ Einleitung) werden ließ. Im Frühjahr 1933 kam es in der Partei zu Auseinandersetzungen in der Frage der Wirtschaftspolitik (Opposition gegen die von der Regierung *Tõnisson* vorgenommene Abwertung der Krone) und bezüglich der Maßnahmen zur Bekämpfung der antiparlamentarischen Bewegung (→ Einleitung), in deren Verlauf die RK 5 von ihren Abg. verlor. Nach der Ausschaltung der Parteien im Herbst 1934 bildete die RK den Kern der inoffiziellen Opposition, die in den liberalen Kreisen der Universitätsstadt Tartu ihren stärksten Halt hatte. 1945 entstand in Stockholm in der Tradition der RK eine liberal-demokratische Exilorganisation.

M. Raud, Kaks suurt. Jaan Tõnisson, Konstantin Päts ja nende ajastu, Toronto 1953.

Radikal-Sozialistische Partei (Radikaalsotsialistlik Erakond) → Estnische Arbeitspartei.

Sozialdemokratischer Verein Estlands (Eestimaa Sotsiaaldemokraatlik Ühendus) → Estnische Sozialistische Arbeiterpartei.

Vereinigte Agrarparteien (**Plm,** Ühinenud Põllumeestekogud ja Põllumeeste, asunikkude ja väikemaapidajate koondis, meist Ühinenud põllumehed); vollständige Benennung: Vereinigter Bund der Landwirte und Zusammenschluß der Bauern, Ansiedler und Kleinbauern. Agrare Sammlungspartei, gebildet 29. 2. 1932 durch Fusionierung des → BUNDES DER LANDWIRTE und der → ANSIEDLERPARTEI zum Zweck einer gemeinsamen Vertretung der Agrarinteressen in der durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen landwirtschaftlichen Notlage. In den Wahlen 1932 wurde die Partei mit 42 Mandaten zur weitaus stärksten Fraktion. Im Frühling 1932 kam es zu heftigen inneren Konfrontationen in der Abwertungsfrage. Als die PLM unter Einfluß des Ansiedlerflügels sich der Abwertungspolitik der → NATIONALEN ZENTRUMSPARTEI anschloß und mit dieser am 18. 5. 1933 eine Koalitionsregierung bildete, verließen 17 ehemalige Landwirte (u. a. *K. Päts*) die gemeinsame Parlamentsfraktion (→ BUND DER LANDWIRTE). Auf dem kurz darauf erfolgenden Parteitag am 24. 6. 1933, wo neben den Ansiedlern auch Repräsentanten eines Teils der lokalen Verbände der Landwirte anwesend waren, wurde trotzdem beschlossen, die PLM weiterzuführen. Neben den leitenden Politikern der Ansiedler umfaßte der neugewählte Vorstand auch einige bekannte ehemalige Landwirte (*I. Raamot, A. Leps, K. Tonkman* u. a.). Formell wurde die PLM am 5. 3. 1935 aufgelöst. Während des Präsidialregimes trat die PLM mehrmals mit Forderungen nach einer Normalisierung des politischen Lebens hervor *(R. Penno, J. Sikkar).* Sie war auch aktiv beteiligt an der Organisierung des politischen Widerstands während der sowjetischen und deutschen Okkupation (1940–44) und stellte den Regierungschef der kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im September 1944 gebildeten Koalitionsregierung *(O. Tief).* Die Partei wurde im Exil 1945 neu gebildet. Seit 1962 trägt sie die Benennung ESTNISCHE DEMOKRATISCHE UNION (Eesti Demokraatlik Unioon).

O. Viirsoo (Hg.), Eesti põllumeeste poliitika. Ülevaade Eesti põllumeeste liikumisest 1917–1955, Lund 1956.

Vereinigte Volksparteien (Ühendatud Rahvaerakonnad), gebildet am 29. 10. 1931 durch Zusammenschluß von → ESTNISCHER VOLKSPARTEI und → CHRISTLICHER VOLKSPARTEI. Ging schon im Januar 1932 in der die ganze politische Mitte umfassenden → NATIONALEN ZENTRUMSPARTEI auf.

FINNLAND

von

ULRICH H. E. WAGNER

Das Entstehen politischer Parteien ist in Finnland wesentlich vom Weg des Landes zur eigenen Staatlichkeit beeinflußt worden, der über die Zugehörigkeit zum Gesamtverband des schwedischen Königreiches und daran anschließend zum russischen Zarenreich 1917 in die Gründung der Republik mündete. Die Bereitschaft des Zaren *Alexander I.* bei der Annexion Finnlands (1809), die konstitutionellen Verhältnisse, wie sie sich nach den Verfassungsgesetzen König *Gustavs III.* von Schweden 1772 und 1789 für Finnland herausgebildet hatten, beizubehalten, führte zu dem in der europäischen Staatengeschichte einmaligen Kuriosum, daß der Selbstherrscher Rußlands sich in einem kleinen Nebenland einer Verfassung unterwarf. Als Großfürst von Finnland war der Zar de facto konstitutioneller Monarch. Staatsrechtlich ist diese Konstruktion nie festgeschrieben worden, woraus sich dann zu Ende des 19. Jh. unter *Alexander III.* die wachsenden Schwierigkeiten im finnisch-russischen Verhältnis ergaben.

Für die Geschichte der finnischen Parteien ist diese neue Konstellation deswegen so ausschlaggebend, weil es von diesem Zeitpunkt an unter der de facto-Autonomie möglich wurde, den finnischen Staat von innen heraus zu konzipieren und den langsamen Weg zu Integration, Kulturnation, Staatsbewußtsein und nationaler Identität einzuschlagen. Das autonome Großfürstentum besaß ein in sich geschlossenes Staatsgebiet, eine aus der nordischen Kulturtradition überkommene geistige und politische Struktur und damit die Ausgangsposition zur Entwicklung eines eigenen Nationalbewußtseins. Damit ist zugleich gesagt, daß letzteres unter der damaligen Bevölkerung Finnlands noch nicht bestand, aber sogleich mit seinen ersten Anfängen die Grundlage für die Parteienstruktur bis zum heutigen Tag gelegt hat. Bestimmend wirkte sich dabei die Zugehörigkeit des finnischen Sprachgebietes zur nordeurasischen Sprachfamilie aus, die auf europäischem Kulturgebiet nur wenige Vertreter hat. In Anknüpfung an die erste finnische Literaturtradition im 16. und 17. Jh. und an die Sonderstellung aufgrund der fremden Sprachzugehörigkeit im schwedischen Staatsverband bildete die Sprachenfrage sogleich nach Erlangung der Autonomie den Ansatzpunkt innenpolitischer Parteiungen und fortwährender Auseinandersetzungen. Dahinter verbarg sich jedoch wesentlich mehr, so daß sich in der 2. Hälfte des 19. Jh. im Gefolge der Sprachenparteien die politischen Ideenrichtungen langsam ausprägten. Zunächst stand jedoch die Sprachenfrage im Vordergrund, wie sie sich seit Anfang des 19. Jh. zwischen den »Fennomanen«, den Fürsprechern einer Renaissance der finnischen Sprache, und den »Svekomanen« abspielte, die der Überzeugung waren, daß die Wiederbelebung der Bauernsprache aus dem europäisch-geistigen Kulturbereich heraus in die Isolation und schließliche Assimilation im großen russischen Völkertopf führen müsse. So verquickte sich mit der

Sprachenfrage schon sehr bald die jeweilige Einstellung zum russischen Staat und damit zu dessen innenpolitischen Verhältnissen. Letztere wurde jedoch auch beeinflußt durch das Einströmen der Ideen des Liberalismus und der revolutionären Unruhen in Mitteleuropa nach Finnland. Forderungen nach Verfassungsmäßigkeit und konstitutioneller Abgrenzung der Staatsbürgerrechte gegenüber dem autokratischen Regime und autokratischer Willkür wurden unter dem Druck der Zensur in der politisierten Studentenschaft und schließlich bei den radikaleren Kräften der gesamten politischen Elite immer lauter. Beeinflußt durch den Verlauf des Krimkrieges regte sich eine nationale Opposition, die einem Ausscheiden Finnlands aus dem russischen Staatsverband und der Neutralisierung zwischen den Westmächten und Rußland das Wort redete. Für die spätere Entwicklung bedeutsam wurde die Tatsache, daß sich die nationalen Separatisten stärker zu den konservativen Fennomanen hingezogen fühlten, während die liberal-konstitutionellen Opponenten der schwedischen Führungselite näherstanden. Damit waren die ersten Parteienbildungen vorgezeichnet, wie sie bei der Einberufung des finnischen Landtages 1863, nach 54jähriger Pause, dann zutagetraten.

Der liberale Gleichheitsgedanke wirkte sich in Finnland einerseits in Form scharfer Kritik am Ständestaat aus, der dem liberalen Konstitutionalismus als inadäquat empfunden wurde, und führte andererseits zu der Forderung nach Aufhebung der Kluft zwischen den Gebildeten mit schwedischer Muttersprache und den aus der Bauernschaft entstammenden finnisch sprechenden Bildungswilligen, die sich in ihren Berufschancen zurückgesetzt sahen. Ein weiteres Element liberaler Politik war die Hinwendung zu wirtschaftlichen Fragen, zu Handel und Produktion, verbunden mit dem Verlangen nach Anpassung an die internationale Wirtschaftsordnung und dem daraus resultierenden raschen wirtschaftlichen und industriellen Aufschwung, der die Ständeordnung gleichfalls unterhöhlte. Agrarische Kapitalakkumulation in Händen des Adels strebte in die industrielle Produktion, und die aufkommende städtisch bestimmte Industriegesellschaft geriet in Widerspruch zur alten Ordnung von Adel, Geistlichkeit und Bauernschaft. In diesen Bahnen begannen sich 1850–1880 die politischen Gruppierungen zu formieren, zwar noch weit von der Form moderner politischer Parteien entfernt, aber doch schon als Träger der Ideen, die den Programmen der bürgerlichen Parteien im 20. Jh. zugrunde liegen sollten.

Wie schon angedeutet, brachte der Krimkrieg (1853–56) und in dessen Folge die Kriegsverwicklung Finnlands an der Seite Rußlands eine völlig neue Note in die Diskussion dieser kleinen Gruppen durch den Gedanken, aus dem Schutzstaat auszuscheiden. 1855 und 1858 tauchten in schriftlichen Dokumenten Begriffe wie »Neutralisierung Finnlands« und »neutrale Mittelstellung zwischen den Großmächten« oder »neutralisierter Sonderstatus« auf. An staatliche Selbständigkeit wagte dabei noch niemand zu denken, wohl aber an eine internationale Konvention zur Neutralisierung des finnischen Großfürstentums im russischen Staatsverband. Dieser Grundgedanke spielte als Element der späteren Parteigründungen immer, ausgesprochen oder nicht, eine gewisse Rolle. In der zweiten Hälfte des 20. Jh. bekam er eindeutige parteipolitische Virulenz.

Das Besondere in der innenpolitischen Entwicklung Finnlands liegt in dem Paradox, daß die Sprachenfrage und die nationale Frage parteipolitisch völlig unterschiedliche Wege einschlagen konnten. In den 70er und 80er Jahren war *L. Mechelin* die treibende Kraft der liberalen Gruppen, die sich zu immer geschlosseneren Vereinigungen organisierten, um sich der beginnenden Unterdrückung durch die Petersburger Administration auf konstitutioneller Basis entgegenzustellen. Er geriet damit in scharfen Gegensatz zu dem Führer der

Fennomanen *J. W. Snellman,* der sein Projekt der Nationalisierung des finnischen Staates durch ein einheitliches Staatsgefüge mit dem Vorrang der finnischen Sprache und der finnischen Kultur durch die mehrheitlich schwedisch sprechenden Liberalen gefährdet sah. Für *Mechelin* und die meisten seiner liberalen Parteigänger bedeutete die Refinnisierung dagegen eher ein Hemmnis auf dem Wege zu einem modernen Staat nach west- und mitteleuropäischem Vorbild, denn die sprachliche Isolierung konnte nach ihrer Meinung nur dem Konservativismus der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit zugute kommen und die Anpassung an die europäische Entwicklung vereiteln. – Die liberale Idee war jedoch nicht nur auf die Gruppe um *Mechelin* konzentriert. Innerhalb der Fennomanen war sie durch die Absplitterung der Jungfinnen manifest geworden (→ FINNISCHE PARTEI), was sich in der Gründung der Zeitung ›Päivälehti‹ 1889/90 durch *E. Erkko* dokumentierte. In dieser neuen Zeitung erhielt der »Freisinn« eine zentrale Stellung. Zahlreiche Schriftsteller und Künstler schlossen sich in den 80er Jahren dieser Gruppe an und vertraten die radikale Variante des europäischen Liberalismus.

Der Versuch der russischen Regierung unter *Nikolaus II.*, die konstitutionelle Autonomie des finnischen Staatswesens schrittweise abzubauen und die Sonderstellung Finnlands nach einer längeren Übergangsphase der Anpassung an die russischen Reichsverhältnisse völlig aufzuheben, führte zu einer bis dahin wenig hervorgetretenen Kampfstellung innerhalb der bürgerlichen Parteien. Die Auseinandersetzungen unter den Altfinnen, den Jungfinnen und der Schwedischen Partei orientierten sich jetzt an einer ganz neuen Frontlinie, nämlich der Frage, wie der russischen Politik zu begegnen sei, die nach einmütiger Auffassung das junge finnische Staatswesen gefährdete. Es kristallisierten sich zwei Richtungen heraus: die Linie der »Anpassung« und die des »passiven Widerstandes«. Die erstere hatte die Mehrheit im Senat und vor allem unter den konservativen Altfinnen, Anhänger aber auch in einer Minderheit der Jungfennomanen. Bei der zweiten Linie, vertreten hauptsächlich durch die Anhänger *Mechelins,* lagen die Schwergewichte genau umgekehrt. Als ein weiterer das sich entwickelnde Parteiensystem bestimmender Faktor betrat etwa gleichzeitig die auf dem Marxismus basierende sozialistische Strömung die politische Szene, der es bis zu den Revolutionstagen von 1905 gelang, nahezu 80% der politisch engagierten Bevölkerung hinter sich zu bringen, was sie jedoch aufgrund des noch bestehenden Ständeparlaments nicht in politische Wirksamkeit umzusetzen vermochte. Vor diesem Hintergrund wurde das neue Grundgesetz des Großfürstentums Finnland am 6. 11. 1906 verkündet, das dem finnischen Ständestaat, wie er aufgrund der Reglements von 1772 und 1789 bestanden hatte, ein Ende bereitete. Finnland erhielt eines der ersten europäischen Einkammer-Parlamente mit allgemeinem Wahlrecht für alle Bevölkerungsschichten, auch für Frauen, – damals eine europäische Novität. In ihren Grundzügen ist diese »Landtagsordnung« von 1906 auch in das Regierungssystem der Republik tradiert worden und bis heute bestehen geblieben. Unter dem Eindruck der neuen Gegebenheiten in einem modernen parlamentarischen Staat und dem Bedürfnis, sich dem Wähler als geschlossene Gruppierung ohne Rücksicht auf Ständeeinteilung gegenüberzustellen, sahen sich die bisherigen politischen Gruppierungen innerhalb der Stände und im Senat zu formellen Parteigründungen veranlaßt. Noch vor den ersten Wahlen zum Einkammer-Parlament 1907 kam es dabei zu erheblichen Verschiebungen. Die Bezeichnungen FINNISCHE PARTEI, JUNGFINNISCHE PARTEI und SCHWEDISCHE VOLKSPARTEI wurden zu offiziellen Parteinamen, hinter die sich eine Organisation stellte. Die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI verfügte über diesen Apparat bereits. Jene bäuerliche Bevölkerung, die sich nicht von den agrarrevolutionären Zielen der

Sozialdemokraten angesprochen fühlte, aber ihre Interessen auch nicht bei den städtischen Liberalen und den konservativen Altfinnen genügend gewahrt sah, betrat als neue Gruppe unter der Bezeichnung LANDVOLKBUND die politische Bühne. Im neuen Parlament war die Wählerschaft also mit fünf Parteien repräsentiert, eine Konstellation, die trotz aller Veränderungen und Absplitterungen bis zum heutigen Tage den Grundzug der finnischen Parteienlandschaft bildet. Das Entstehen des selbständigen finnischen Staates 1917 bis 1919 hat zwar die Namen der Parteien verändert und die Randzonen zwischen ihnen verschoben, jedoch an der Grundstruktur weniger geändert, als das in vielen anderen europäischen Staaten am Ende des 1. Weltkrieges der Fall war. – Die Sprachenfrage hat ihre Effizienz nach letzten Höhepunkten in den 20er und 30er Jahren weitgehend eingebüßt. Nach innen hat das Finnische einen enormen Sieg davongetragen: der finnischsprachige Teil der Bevölkerung erreicht nahezu 95 %. In der Frage kultureller Öffnung nach den großen europäischen Kulturzonen hat sich, aus heutiger Sicht, der schwedische Part durchgesetzt: nach seinen ursprünglichen Intentionen und entsprechend dem schwedischen Weg im 19. Jh. erfolgte in den letzten Jahrzehnten die rasche Hinwendung zum angelsächsischen Kulturkreis. – Die Staatsgewalt der Republik Finnland geht vom Reichstag (Eduskunta), der das Volk repräsentiert, aus. Er ist eine Kammer mit 200 Abg., die in allgemeiner, geheimer Verhältniswahl auf vier Jahre gewählt werden, und übt zusammen mit dem Präsidenten der Republik die Legislative aus. Die Exekutive obliegt dem Staatsrat (Kabinett), bestehend aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern sowie dem auf sechs Jahre in Wahlmänner-Wahlen ermittelten Präsidenten.

J. Nousiainen, The Finnish Political System, Cambridge, 1971; E. Jutikkala, Geschichte Finnlands, ²1976; R. Schweitzer, Autonomie und Autokratie. Die Stellung des Großfürstentums Finnland im russischen Reich in der 2. Hälfte des 19. Jh., 1978.

Christliche Union Finnlands (**SKL**, Suomen Kristillinen Liitto).

Für christlich-demokratische Elemente gab es in der finnischen Politik nicht den geistigen Nährboden eines politischen Katholizismus. Christliche Gewerkschaftsbewegungen haben sich nie konstituiert. Trotzdem entstand schon in den 80er und 90er Jahren des 19. Jh. am Rande der pietistischen Bewegungen, die das verarmte Kleinbauerntum und Teile der mittleren und unteren Schichten im Bürgertum der Kleinstädte erfaßten, eine politische Gruppierung, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wahrnehmen wollte, aber den harten marxistischen Kurs der jungen SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (SDP) vom Standpunkt eines christlichen Weltbildes ablehnte. So beteiligte sich an der ersten Wahl zum neuen Einkammer-Parlament 1907 eine CHRISTLICHE ARBEITERPARTEI (Kristillinen Työväen Puolue) und gewann zwei Mandate an der Seite der SDP. Mit Ausnahme der Wahlen von 1913 und 1917 war die Partei mit 1–2 Sitzen in allen Legislaturperioden bis 1919 vertreten. Die Flügelkämpfe zwischen Kommunisten und Sozialisten nach dem 1. Weltkrieg führten im linken Wählerfeld rasch zu einer Konfrontation und Polarisation, so daß für die kleine christliche Partei kein Raum mehr blieb. Ab 1922 war sie nicht mehr vertreten. Ihre Wähler wandten sich in der Folgezeit den linken Gruppierungen zu, die sich den Kampf gegen das staatliche System auf die Fahnen geschrieben hatten: in den 20er Jahren den Kommunisten, in den 40er und 50er Jahren den → VOLKSDEMOKRATEN. Aber die ideologische Unruhe in der kommunistischen Weltbewegung der ersten Nach-Stalinschen Etappe verursachte im Süden und im besonders pietistischen Österbotten ein Umdenken bei vielen bewußt christlichen Wählern der Arbeiterschaft, mit dem Erfolg, daß sich 1958 die SKL konstituierte. Zunächst war nicht an eine eigentliche Partei gedacht. Im Gegensatz zur Tradition vieler christlich-pietistischer Wähler wandte man sich nach rechts, denn durch die Entwicklung in der Sowjetunion war klar geworden, daß nicht mehr der sozialistische, sondern der bürgerliche Staat weniger »Staat« und mehr Religionsfreiheit verhieß.

1962 versuchte man es in Listenverbindungen mit den Konservativen, 1966 mit eigenen Kandidatenlisten. 1970 stellte sich der erste Erfolg ein: 1,1 % der Stimmen, 1 Mandat. Seither brachte jede Reichstagswahl mehr Wähler: 1972 2,5 % (4 Mandate), 1975 3,3 % (9) und 1979 4,8 % (9). Die Fraktion hat inzwischen eine Stärke erreicht,

die das Koalitionsspiel bei der Regierungsbildung erheblich stört. Für alle traditionellen Parteien in der Mitte und links ist die SKL nicht »regierungsfähig«, weil ihr das eigentlich »politische Element« abgesprochen wird. Linkssozialisten und besonders Kommunisten sehen i ihr die »äußerste Rechte«.

Das Programm betont christliche Grundwerte und eine christliche Weltanschauung eindeutig pietistischer Prägung, weswegen die Konservativen, die mehr der lutherischen Staatskirche nahestehen, auf Distanz bedacht sind. Die SKL wendet sich gegen materielle Interessengruppierungen in der Politik und gegen den materialistischen Egoismus der Verbände. Sie will eine konfliktfreie Wirtschaftsordnung in christlich-sozialem Geist.

1973 ging der Vorsitz von *O. Majlander* auf *R. Westerholm* über, der sich 1978 *U. Kekkonen* als Präsidentschaftskandidat entgegenstellte und mit überproportionaler Stimmenzahl in den Wahlmännerwahlen einen Achtungserfolg erzielte. Von 3000 Mitgliedern 1970 ist der Stamm der Partei 1979 auf 20 000 Mitglieder angewachsen. Im Westen und in Mittelfinnland wird die SKL immer mehr auch zum ernsthaften Konkurrenten für die → ZENTRUMSPARTEI.

Parteiorgan ist die Wochenzeitung ›Kristetyn Vastuu‹.

Finnische Partei (**SP,** Suomalainen Puolue). 1906 entstandene konservative Honoratiorenpartei.

Die Entstehung des parteipolitischen Konservativismus in Finnland muß im Zusammenhang gesehen werden: zum einen mit dem Abwandern der Jungfinnen aus dem ursprünglich gemeinsamen rigorosen Sprachenkampf gegen die Schweden (→ LIBERALE VOLKSPARTEI), zum anderen mit der unterschiedlichen Bewertung des schwedischen »Gegners« in der Landespolitik. – Bei der Einberufung des Landtages stand für die »Fennomanen« (→ Einleitung) die Sprachenfrage, d. h. die Erweiterung der Sprachrechte des finnischen Volkes, an erster Stelle, während die »Svekomanen«, ganz unter dem Einfluß der Liberalen Westeuropas, ihre politische Kraft mehr für die Verfassung und die wirtschaftliche Entwicklung einsetzten. Geistiges Zentrum der »Fennomanen« war die seit 1847 erscheinende Zeitung ›Suometar‹ (ab 1869 ›Uusi Suometar‹). Ab 1870 zeigten sich die ersten Ansätze zu einer Parteienstrukturierung: es kam zur Bildung eines Politiker-Klubs (»Valtiomies-Klubit«) in Helsinki, des Finnischen Klubs (»Suomalaiset Klubit«) in anderen städtischen Zentren, schließlich zum Entstehen von immer mehr Ortsvereinen fennomanischer Zielsetzungen. Seit 1880 trat eine »Gruppe des Jungen Finnland« (»Jungfinnen«, Nuoren Suomen Ryhmä) in Erscheinung, die gegenüber den »Altfinnen« eine klare Trennungslinie zog. Hauptgrund für diese Entwicklung war die sich schon unter *Alexander III.* anbahnende Russifizierungspolitik mit der Bedrohung der finnischen Konstitution durch panslawistische Bestrebungen. Für die »Jungfinnen« trat angesichts dieser Gefährdung die Sprachenfrage in den Hintergrund. Sie gründeten 1889 die Tageszeitung ›Päivälehti‹ in Helsinki. 1894 wurde dann von ihnen die JUNGFINNISCHE PARTEI (Nuorsuomalainen Puolue) ins Leben gerufen (→ LIBERALE VOLKSPARTEI). Die »Altfinnen« ihrerseits gründeten 1906 die SP, die Spaltung war damit vollzogen. Daß die »Altfinnen« sich erst so spät zu einer Partei konstituierten, zeigte ihre tiefe Verwurzelung im Ständesystem. Dies war auch der Grund für ihren ausgeprägten Zug zur monarchischen Staatsordnung. Dementsprechend neigte die SP zur Anpassungspolitik an die Petersburger Russifizierungspolitik und zur mehr passiven Unterwanderung der russischen Absichten. Ab 1894 hatten die »Altfinnen« die eindeutige Mehrheit im Senat. 1900 bildeten sie den berüchtigten »Anpassungs-Senat« (→ Einleitung) und verloren in den folgenden Jahren dadurch, aber auch durch die Revolutionsfolgen immer mehr an Einfluß.

1905 lösten die »Jungfinnen« sie ab, erst 1908 kam es wieder zu einer Regierungsbeteiligung. 1903 hatten die »Altfinnen« ihren unbestrittenen Führer *Yrjö-Koskinen* verloren und gerieten in der Folgezeit in eine tiefe Krise. Auch die anerkannten und für die finnische Politik später so maßgebenden Männer wie *J. R. Danielson-Kalmari, E. Nevanlinna, J. K. Paasikivi* und *L. Ingman* vermochten den Abstieg der Partei nicht aufzuhalten. Es folgte eine Wahlniederlage nach der anderen, die Zahl der Abg. sank von 59 (1907) auf 32 (1917). Die Gründe für diese Entwicklung lagen in der erzkonservativen Vergangenheit der Partei, einem Image, das die Wähler in den Städten angesichts der wachsenden sozialen Unruhe immer mehr zu den Sozialdemokraten abwandern ließ. Daran vermochte auch die eher sozialprogressive Programmatik nichts zu ändern, die darauf abzielte, die nationalgesonnenen Finnen durch alle sozialen Schichten in der Partei zu einen, um auf diesem Wege das Land zu einem modernen Staat mitteleuropäischer Prägung zu machen. Es rächte sich ferner die Vernachlässigung des Bauernstandes durch die fennomanischen Stadtpolitiker im Ständeparlament 1870–1905, während das Agrarproletariat sich ohnehin dem radikalen Flügel der Sozialisten zuwandte. Auch in der Bereinigung der spätfeudalen Agrarstruktur (Pachtbauerntum) hatten die Regierungen der »Altfinnen« offensichtlich Versäumnisse erkennen lassen, was den raschen Aufstieg der Bauernpartei (→ ZENTRUMSPARTEI) erklärt. Die SP blieb die Vertreterin des hohen Staatsapparates, der Staatskirche, der Armeeführung, der großen Mehrheit der Akademiker und der Bildungsschichten, nicht zuletzt auch der Großindustrie und des auslandsverflochtenen Handels. Diesem Image der Honoratiorenpartei begann die SP nach 1907/08 immer mehr zu folgen. Sie kapselte sich nach links ab und schlug einen radikal-antisozialistischen Kurs ein. Die

Sprachenfrage gewann wieder stärker an Bedeutung. Zwar kam es mit den Liberalen 1909 noch einmal zu einer gemeinsamen Regierung, aus der man aber bald ausschied. In der Folge starb der »Anpassungskurs« der »Altfinnen« zugunsten einer immer strenger antirussisch-nationalistischen Linie ab. Zu einer weiteren Regierungsbeteiligung ist es vor dem 1. Weltkrieg nicht mehr gekommen. Die SP war 1917 nicht in der Lage, einen einheitlichen Parteiwillen zu dokumentieren. Die Abgeordneten folgten fast ausschließlich persönlichen Entscheidungen. Die schließlich von *Paasikivi* nach dem Bürgerkrieg gebildete Regierung (Mai–November 1918) erwies sich zur Lösung der Probleme des neuen Staates nicht fähig und scheiterte nicht zuletzt an der Frage der künftigen Staatsform. Damit standen die Konservativen wieder vor der gleichen Auflösungskrise wie in der Revolution vom November 1905. Der Ausweg war die Gründung einer neuen modernen und von innen umstrukturierten Partei, der → NATIONALEN SAMMLUNGSPARTEI.

Finnische Volkspartei (Suomen Kansanpuolue) → Liberale Volkspartei.

Jungfinnische Partei (Nuorsuomalainen Puolue) → Liberale Volkspartei.

Kleinbauern- und Agrarparteien (auch → ZENTRUMSPARTEI).

Die Geschichte des LANDVOLKBUNDES (→ ZENTRUMSPARTEI) ist begleitet von zahlreichen Abspaltungen, die stets eine regionale, manchmal auch nur eine lokale Komponente gehabt haben. In allen Konkurrenzorganisationen zum LANDVOLKBUND spielten persönliche Rivalitäten, zumindest in der Entstehungsgeschichte, eine maßgebliche Rolle. Dementsprechend sind ideologische und programmatische Fragen, wie im ganzen politischen Feld dieser Parteien, immer in den Hintergrund getreten, nicht jedoch handfeste agrarische Berufsinteressen oder auch Standesinteressen.

Schon während der regional gekennzeichneten Entstehungsgeschichte des LANDVOLKBUNDES (Mittel-Österbotten) meldeten sich Eigeninitiativen an der damaligen Ostgrenze, in Zentral- bzw. Ladoga-Karelien, östlich von Wiborg, aber zu dessen Wahlkreis gehörend. Wegen der anders gearteten Sozialstruktur in dem 1721–1814 als russisches Gouvernement Wiborg verwalteten Mittel-Karelien traten die dortigen bäuerlichen Zusammenschlüsse häufig zu der süd- und westlich dominierten Parteiführung in Opposition. In der Zeit der Autonomie und unmittelbar nach Erlangung der Selbständigkeit, als die Mutterpartei den bestimmenden Einfluß auf die Geschicke des Landes noch nicht erreicht hatte, wirkten sich die partei-internen Krisen noch nicht als offene Kämpfe und als Spaltungsbewegungen aus. 1924 allerdings hatte die Unzufriedenheit der karelischen Bauern mit der »Großbauern«-Führung in Helsinki diese Grenze überschritten. Im Wahlkreis Wiborg-Ost wurde für die Reichstagswahlen ein BAUERNWAHLVERBAND (Talonpoikain Vaaliliitto) gegründet. In den Reichstagswahlen 1927 traten zwei Parteien, LANDWIRTEPARTEI (Maanviljelijäin Puolue) und BAUERNVOLKPARTEI (Talonpoikaiskansan Puolue), gegen den LANDVOLKBUND zum Kampf um Reichstagssitze und Einfluß an. Die Beschränkung auf die östlichen Wahlkreise blieb jedoch erfolglos, auch beim erneuten Anlauf 1929. Im gleichen Jahr trat schließlich eine dritte Partei zum Stimmenfang bäuerlicher Wähler gegen den LANDVOLKBUND an, die KLEINLANDWIRTEPARTEI FINNLANDS (SPP, Suomen Pienviljelijäin Puolue), die im Grunde mit Unterbrechungen und trotz Namensänderungen heute noch existent ist. 1929 hatte die SPP keinen Erfolg, erhielt jedoch bei den Nachfolgewahlen 1930 einen Sitz im Reichstag. In den Wahlen 1933 gewann die SPP drei Mandate auf Kosten des LANDVOLKBUNDES.

Das erfolgreiche Aufbegehren gegen die Vorherrschaft des LANDVOLKBUNDES in den östlichen und mittleren Wahlkreisen, die in der Regel mit den Provinzgrenzen zusammenfielen, verleitete die gescheiterte »Lapua-Bewegung« zu einer Neuformierung auf der bäuerlichen Seite, und zwar in den Wahlkreisen Vaasa und Oulu-Süd, im Kern Österbottens. 1933 gründeten rechtsgerichtete ehemalige Bauernparteiler, die sich in der »Lapua-Bewegung« engagiert hatten, gegen den LANDVOLKBUND die VOLKSPARTEI II (Kansanpuolue II). In den Wahlen 1933 errang diese Partei im Wahlkreis Vaasa-Nord zwei Sitze und schwächte den LANDVOLKBUND in Österbotten ebenso empfindlich wie die SPP in Karelien. Beide Parteien standen mit zusammen fünf Mandaten im Reichstag, während der LANDVOLKBUND auf 53 Sitze zurückfiel. Der rechts (VOLKSPARTEI II) und der mehr links (SPP) angesiedelte Aufstandsgeist ließen 1934–36 jedoch merklich nach. 1936 gewannen beide Parteien getrennt nur noch – durch Listenverbindung – je ein Mandat, in den Wahlen 1939 vereinigt als PARTEI DER KLEINLANDWIRTE UND DES LANDVOLKES (Pienviljelijäin ja Maalaiskansan Puolue) zwei Sitze. Entsprechend ihrem Niedergang erholte sich der LANDVOLKBUND und fand wieder zur früheren Fraktionsstärke (56) zurück.

Unter dem Eindruck der Bedrohung der nationalen Existenz in den Jahren 1939–44 gliederten sich die beiden Abg. ganz in die Fraktion des LANDVOLKBUNDES ein, so daß es vorübergehend de facto zu einer Vereinigung der Bauernparteien kam. Zu den ersten Nachkriegswahlen 1945 trat die SPP dann wieder selbständig an, blieb aber ohne Mandat. 1948 versuchten es Teile der VOLKSPARTEI II und der SPP wieder gemeinsam, aber ebenfalls erfolglos, unter dem Namen RADIKALE VOLKSPARTEI (Radikaalinen Kansanpuolue). SPP und »Radikale« lösten sich nach den Wahlen 1951 auf.

Ende der 50er Jahre führten im LANDVOLKBUND persönliche Auseinandersetzungen mit dem früheren Vorstands- und Kabinettsmitglied, *V. Vennamo*, Unzufriedenheit besonders unter den kare-

lischen Neusiedlern in den Provinzen Nord-Savolax (Kuopio), Nordkarelien (Joensuu) und Süd-Savolax (Mikkeli) sowie die Verunsicherung der Partei unter dem Eindruck der wachsenden Landflucht und der Krise der finnischen Landwirtschaft überhaupt zu spektakulären Parteiaustritten und Parteiausschlüssen. 1959 mündete diese Entwicklung in die Gründung der KLEINBAUERNPARTEI FINNLANDS (SPP, Suomen Pientalonpoikien Puolue) durch *Vennamo* in Anlehnung an die SPP von 1929. In der Wortwahl ›Kleinbauern‹ statt ›Kleinlandwirte‹ steckte hier bereits der Protest gegen die damalige Agrarpolitik der Regierung unter Führung des LANDVOLKBUNDES. Die Strukturkrise der europäischen Kleinlandwirtschaft herkömmlicher Wirtschaftsweise hatte auch die finnische Landwirtschaft erfaßt und besonders die Neusiedler aus den 1944 an die Sowjetunion abgetretenen mittel- und nord-karelischen Gebieten betroffen. Die kleineren Betriebe kamen in die Schere der Überproduktion und des Preisverfalls, den staatliche Subventionen nicht mehr auffangen konnten. Bezeichnenderweise trat die neue SPP zuerst in Ost- und Nord-Finnland bzw. Lappland auf. 1962 noch ohne Erfolg, schaffte man 1966 ein Mandat. *Vennamos* Auftreten im Reichstag und die Namensänderung in die unverfänglichere Bezeichnung PARTEI DER LANDBEVÖLKERUNG FINNLANDS (SMP, Suomen Maaseudun Puolue) unmittelbar nach den Wahlen 1966 brachten den Durchbruch. *Vennamos* geschickte Einordnung der Partei zwischen links und rechts, gegen eine zu liberale Wirtschaftspolitik auf Kosten der ärmeren Landbevölkerung und eine ideologisch motivierte Verstaatlichungspolitik, wie sie vom linken Flügel der Sozialdemokraten verkündet wurde, zog Protestwähler aus dem Reservoir der linken und bürgerlichen Parteien in den mittleren und kleineren Landstädten an. Die Kritik an der Außenpolitik, meist sehr demagogisch vorgetragen, war ebenfalls geeignet, Kritiker von rechts und links zu mobilisieren: in den Präsidentschaftswahlen 1968 stellten sich 11,3 % der Wähler hinter die junge SMP und in den Reichstagswahlen 1970 verschafften 10,5 % der Wähler ihr 18 Sitze. Ihr Erfolg ging hauptsächlich zu Lasten der → ZENTRUMSPARTEI.

Nach den wiederum recht erfolgreichen Reichstagswahlen 1972, die trotz des Rückganges des Wähleranteils von 10,5 auf 9,2 % der SMP wieder 18 Sitze im Parlament brachten, kam es schon im Frühjahr zu parteiinternen Auseinandersetzungen. Bei einem parteiinternen Verfahren wurden im Okt. 1972 von den 18 Abg. der Fraktion 12 aus der Partei und der Fraktion ausgeschlossen. Diese gründeten die VOLKSEINHEITSPARTEI FINNLANDS (SKYP, Suomen Kansan Yhtenäisyyden Puolue), zu der sich Anfang 1973 noch ein Abg. aus der SMP-Fraktion gesellte.

Hintergrund der Zerwürfnisse bildete die Frage der Stellungnahme zu dem Ausnahmegesetz, aufgrund dessen die 3. Amtsperiode von Staatspräsident *U. Kekkonen* (1968–74) ohne Wahlen um 4 Jahre (1974–78) verlängert werden sollte. Ein verfassungsdurchbrechendes Gesetz bedarf der qualifizierten Mehrheit von 5/6 der 200 Reichstagsabgeordneten. Da die Sperrminorität von 34 Stimmen u. a. durch besonders die präsidentenfeindliche SMP gegeben schien, versuchten die Mehrheitsfraktionen, die für das Gesetz eintraten, die SMP-Fraktion, die mehrheitlich gegen den Willen der Fraktionsführung zu stimmen gedachte, aufzubrechen. Dies gelang durch Änderung des Parteiunterstützungsgesetzes, wonach auch Fraktionsabspaltungen, wenn sie mehr als 50 % der Fraktion ausmachen, Zuwendungen aus Haushaltsmitteln erhalten. Die aus der SMP abgespaltene Fraktionshälfte hatte dadurch wirtschaftliche Selbständigkeit und die Möglichkeit zur Parteigründung erlangt. Den Vorsitz der SKYP übernahm *E. Haikala.* Trotz seines Ansehens in der Öffentlichkeit hatte die Partei in den Reichstagswahlen von 1975, ohne eigentliches programmatisches Konzept, enttäuschend geringen Widerhall in der Wählerschaft. 1,7 % der Stimmen sicherten nur einen Reichstagssitz, dessen Träger zudem im Frühjahr 1977 in die Fraktion der ZENTRUMSPARTEI zurückkehrte. 1979 wurden für die SKYP nur noch 9400 Stimmen = 0,3 % abgegeben. Mit dem Rücktrittsangebot *Haikalas* im Sommer 1979 zeichnete sich ihre Selbstauflösung ab.

Das Desaster von 1972/73 traf die SMP in den Wahlen 1975 schwer. Bei 3,6 % der Stimmen erhielt sie nur noch 2 Mandate. In den Wahlen 1979 kehrten die SKYP-Wähler jedoch wieder zur SMP zurück, für 4,6 % der Stimmen erhielt sie 8 Mandate. Da diese Stimmen sich hauptsächlich auf die Wahlkreise Nord-Savolax (Kuopio) und Süd-Savolax (Mikkeli) konzentrierten und dort von vielen ehemaligen karelischen Neusiedlern stammen, scheint die SMP für absehbare Zeit über einen festen Wählerstamm zu verfügen.

Ähnlich wie die → CHRISTLICHE UNION FINNLANDS gilt auch die SMP wegen des populistischen, teils poujadistischen Stils von *Vennamo,* aber besonders wegen ihrer Kritik an der außenpolitischen Linie nicht als koalitionsfähig. Beide Parteien mit zusammen 16 Sitzen im Reichstag werden als Störelement für die Regierungsbildung empfunden.

Kommunistische Partei Finnlands (**SKP,** Suomen Kommunistinen Puolue).

Gründung: 29. 8. 1918 in Moskau. In der Entstehungsgeschichte der SKP begegnet uns zugleich die erste große Spaltung der sozialistischen Bewegung außerhalb Rußlands im Gefolge der Oktoberrevolution. Die Verfahrensalternative Gewalt oder Überzeugung als Mittel zur Eroberung der politischen Macht hatte die Entwicklung der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI FINNLANDS (SDP) seit ihren Anfängen begleitet und die Meinungen innerhalb der Partei latent bis zum 1. Weltkrieg geteilt. Unter dem Einfluß der revolutionären Ereignisse in Rußland gewann der ra-

dikale Flügel an Gewicht. In der Proklamation der finnischen Unabhängigkeit von Rußland durch den verhaßten bürgerlichen Senat im November 1917 sah er keine echte Suche nach einem selbständigen Staat, sondern nur den konterrevolutionären Affront gegen die siegreiche russische Revolution, der es sich anzuschließen galt. Der Beschluß des Senats vom 12. 1. 1918, gegen die bewaffneten Roten Garden einzuschreiten, und die Erhebung der weißen Schutzkorps unter General *G. Frh. v. Mannerheim* zur Armee der Republik führten dazu, daß auf seiten der Linken die Anhänger der revolutionären Gewalt sich definitiv durchsetzen konnten. Auch *O. Kuusinen,* bis 1917 Vors. der SDP, gab seine Zurückhaltung gegenüber dem bewaffneten Aufstand auf und schloß sich der revolutionären Gruppe um *K. Manner, Y. Sirola, E. Gylling* und *O. Tokoi* an, die als Vollzugsorgan einen Volksrat unter Vorsitz *Manners* bildete. Der damit ausbrechende Bürgerkrieg endete mit der totalen Niederlage der Roten Garden im Mai 1918. Den Mitgliedern des Volksrates und mehreren anderen Mitgliedern gelang die Flucht nach Rußland, wo sie am 29. 8. 1918 die SKP gründeten.

Schon 1919 kehrte *Kuusinen* heimlich nach Helsinki zurück. Er suchte Kontakte zur alten Partei, in der jedoch die gemäßigte Mehrheit wieder Selbstvertrauen gewonnen und unter dem tatkräftigen Vors. *V. Tanner* die Führung übernommen hatte. *Kuusinen* setzte nach der Erkenntnis, daß die Mehrheit der Genossen nicht für den destruktiven Kampf gegen die Republik der Bourgeoisie zu gewinnen war, auf die Unterwanderung der Gewerkschaften und die Parteispaltung. Zu diesem Zweck gründete er im Mai 1920 die FINNISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI (SSTP, → LINKSSOZIALISTISCHE UND KOMMUNISTISCHE PARTEIEN).

Einen Monat später ging er nach Stockholm, wo er Ausbildungskurse für Funktionäre der SSTP organisierte. Auseinandersetzungen mit dem in Moskau verbliebenen ZK der SKP unter *Manner,* das im Gegensatz zu *Kuusinen* an extrem linken Positionen festhielt und die nahe Weltrevolution propagierte, konnten nach der Rückkehr *Kuusinens* auf dem IV. Parteitag der SKP 1921 beigelegt werden. Gleichzeitig wurde die Einrichtung eines »Finnischen Büros« (Suomen Byroo) beschlossen, das – direkt dem ZK unterstellt – von Finnland aus die Aktivitäten der legalen SSTP überwachen sollte. – *Kuusinen* wurde 3. Kominternsekretär (bis 1939). 1932–34 entwarf er die Volksfront-Konzepte, nach denen einige Jahre später die erste Volksfrontregierung in Frankreich zustande kam. Von ihm stammen wahrscheinlich auch der Begriff »Volksdemokratie« und dessen Definition und die Theorie der Etappen auf dem Wege zum Übergang in den Sozialismus. Aus all dem geht hervor, daß *Kuusinen* immer der Theoretiker des gewaltlosen Übergangs in den Sozialismus gewesen ist. Widerstrebend ließ er sich bei Ausbruch des finnisch-sowjetischen Winterkrieges von *Stalin* zum Ministerpräsidenten der in Terijoki ausgerufenen Gegenregierung bestimmen, gegen die der frühere SKP-Generalsekretär *A. Tuominen* von Stockholm aus zum bewaffneten Widerstand aufrief. Die politische Niederlage im Winterkrieg hat praktisch zu einer inneren Auflösung der SKP geführt. In den Kriegsjahren erlosch jede geschlossene Aktivität.

Die Legalisierung der Partei im Oktober 1944 im Zusammenhang mit dem Präliminarfrieden mit der Sowjetunion brachte für die SKP einen völligen Neubeginn. *Kuusinen* wie auch seiner Tochter *Hertta* war schon im Exil klar, daß eine nach Finnland zurückverpflanzte SKP nicht mit allzu großer parlamentarischer Breitenwirkung rechnen konnte. Der Winterkrieg hatte unheilbare Spuren hinterlassen. Nach genau überdachtem Plan wurde wenige Tage nach der Neu-Konstituierung am 29. 10. 1944 der → VOLKSDEMOKRATISCHE VERBAND FINNLANDS (SKDL) aus der Taufe gehoben, innerhalb dessen die SKP bis heute vor die Wähler tritt. Die Spekulationen, daß alle sozialistischen Kräfte links von der SDP und die Teile der SDP, die sich auf der linken Flanke demonstrativ von der »Kriegs-Partei« distanzieren wollten, eine solche Möglichkeit der Sammlung außerhalb der SKP aufgreifen würden, um eine gemeinsame Opposition gegen die bürgerlichen Parteien zu bilden, erwies sich als richtig. Bis einschließlich der Wahlen 1966 gewann der SKDL stets mindestens 20% der Wählerstimmen; das beste Wahlergebnis erzielte er 1958, wo er mit 23,2% der Stimmen 50 der 200 Mandate erhielt und stärkste Partei wurde. Gleichzeitig hatte die »Tarnorganisation« SKDL für das Debut der SKP jedoch einen schwerwiegenden und offensichtlich nicht kalkulierten Nachteil: die ehemaligen sozialdemokratischen Opponenten waren die eigentlichen Magneten unter den Reichstagsabgeordneten der SKDL-Fraktion, die die profiliertesten Minister stellten. Trotz der numerisch riesigen Überlegenheit der Kommunisten in der SKDL-Fraktion, meist mehr als 90%, war eine echte politische Offensive nicht möglich. Das ZK der SKP behielt zwar nach Volksfrontrezept die Kontrolle, hatte aber keine Voraussetzung für eine Initiative.

Für den Vertreter der sowjetischen Staatsmacht, den Vorsitzenden der Alliierten Kontroll-Kommission für Finnland, *A. A. Schdanow,* war diese Entwicklung enttäuschend, wahrscheinlich für die ganze Sowjetregierung. Es kam zu persönlichen Zusammenstößen mit *Hertta Kuusinen* und ihrem Mann *Y. Leino,* die der revolutionären Unfähigkeit geziehen wurden. Auch die Entsendung von *T. Lehén* als Umsturzspezialisten verbesserte die Situation im Sinne einer bewaffneten Machtübernahme 1947–48 nicht. Im Gegenteil, als Reaktion auf den sowjetischen Druck ließ Innenminister *Leino* den Staatspräsidenten vor möglichen Umsturzversuchen warnen und unternahm nichts, um die Entwaffnung der von ihm

aufgestellten und befehligten politischen »Staatsschutzpolizei« zu verhindern! Die profilierten SKDL-Minister in der Volksfrontregierung *M. Pekkalas* 1946–48 waren ehemalige bekannte Sozialdemokraten aus dem Lande, nicht aus der Emigration, so *R. Svento, E. Pekkala, J. Helo;* als Kommunisten spielten nur *H. Kuusinen* und *Leino* eine Rolle.

Nach dem Eklat von 1948, um den sich viele Legenden rankten, gingen von der SKP kaum mehr Impulse aus. Parteivors. von 1944–66 war *A. Aaltonen,* Parteisekretär *V. Pessi* (1944–69), beides alte Stalinisten. *Kuusinen* war 1957 ins ZK-Präsidium und ins ZK-Sekretariat der KPdSU aufgenommen worden, unter *Chruščev* verfaßte er das überarbeitete Parteiprogramm und Traktate zur sowjetischen Außenpolitik. Er starb 1964.

Weder aus dem Generalstreik von 1956 noch aus dem großen Wahlsieg des SKDL 1958 konnte die SKP politischen Gewinn ziehen. Auch die Zusammenarbeit mit den TPSL-Linkssozialisten (→ LINKSSOZIALISTISCHE UND KOMMUNISTISCHE PARTEIEN UND GRUPPIERUNGEN) in den Gewerkschaften brachte keine Vorteile; die Listenverbindung mit ihnen brachte 1966 sogar den Verlust von 6 Reichstagsmandaten.

Das Jahr 1964 bedeutete für die SKP eine eindeutige Zäsur. In der Partei machte sich lange zurückgestauter Unmut Platz, die seit 1956 bestehende Programm-Diskussion nahm immer schärfere Formen an. Die jungen Funktionäre, die erst nach dem Kriege zur Partei gestoßen waren, zweifelten an der Fähigkeit der Führung zur Anpassung und zu neuem politischen Elan. Der gestaute Unwille schlug sich nieder im »Oktober-Manifest« von 1965: der Apparat begehrte gegen die Führung auf. Der Veränderungswille betraf nicht nur die Personen, sondern das Grundsatzprogramm und die ganze Frage kommunistischer Strategie. Marxistisch-Leninistische Positionen wie die Diktatur des Proletariats wurden in Frage gestellt, der alleinige Führungsanspruch der Kommunisten beim Übergang in den Sozialismus in Zweifel gezogen. Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Genossen im SKDL hatten Rückwirkungen auf die Partei, anders als sie sich die Volksfrontinitiatoren der SKP 1944 vorgestellt hatten. Durch die enge Berührung mit der Arbeiterschaft in einem saturierten Wohlstands- und Sozialstaat war die Zweckmäßigkeit des gewaltsamen Weges in den Sozialismus kaum mehr der Diskussion wert. Von den jüngeren Funktionären wurden theoretische Aussagen des linkssozialistischen SKDL-Vors. *E. Alenius* über den »finnischen Weg zum Sozialismus« heimlich gut geheißen. Sah man 1957 den friedlichen Übergang nur als eine reale Möglichkeit an, gestand man den Bauern privaten Bodenbesitz zu und gab man gegenüber den Parteien der politischen Mitte die Klassenkampfposition auf, so reichte das 1965 längst nicht mehr als Anpassung an die Wirklichkeit. Der XIV. Parteitag 1966 brachte den Wechsel in der Führung: neuer Vors. wurde der Gewerkschafter *A. Saarinen.* Die Jahre 1967–69 bedeuteten ununterbrochene Machtkämpfe in der SKP, die die Regierungsbeteiligung des SKDL in den Regierungen *Paasio I* und *Koivisto I* 1966–70 erheblich behinderten. Die Auseinandersetzungen schlugen sich in der Wahlniederlage von 1970 nieder, als die Stimmen für den SKDL von 1966 21,2% (41 Mandate) auf 16,6% (36 Mandate) zurückfielen. Auf dem XV. Parteitag 1969 kam es zur offenen Spaltung der SKP, als die revisionsfreudige Mehrheit das ganze ZK und die übrige Parteiführung völlig auswechselte und von Stalinisten säuberte. An die Stelle von *Pessi* als Generalsekretär trat damals *A. Aalto,* ebenfalls ein erfahrener Gewerkschafter. Bekannt wurden durch ihre »revisionistischen« Äußerungen auch *E. Salomaa, O. Laine, J. Simpura* u. a., die sich schon durch offene Kritik an der sowjetischen Intervention in der ČSSR hervorgetan hatten. *Pessi* und *H. Kuusinen* zogen sich aus der aktiven Politik zurück. Die Altkommunisten, geführt von *T. Sinisalo, M. Kainulainen* und *E. Laine,* antworteten mit der Gründung einer KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI FINNLANDS (Suomen Kommunistinen Työväenpuolue). Unmittelbar nach der Spaltung griff die durch diese Vorgänge alarmierte sowjetische KPdSU massiv in die inneren Angelegenheiten der SKP ein. Unter großem Druck gelang es ihren Vertretern im Verlaufe des Herbstes 1969, zwischen den beiden unversöhnlichen Lagern einen Burgfrieden zu erzwingen. Durch Vertrag vom 3. 1. 1970 einigten sich die beiden Fraktionen auf die Einberufung eines Sonder-Parteitages und die Wiederherstellung gemeinsamer Vertretung in den obersten Parteigremien. Die Zusammensetzung des ZK, des Politbüros und des ZK-Sekretariats wurde nach einem bestimmten Schlüssel vereinbart, wonach die *Saarinen*-Gruppe eine schwache Mehrheit, die *Sinisalo*-Gruppe eine schwache Minderheit erhalten sollte. Der Beschluß wurde 1970 ausgeführt. Im faktischen Ergebnis hat sich aber seit dem Bruch nichts mehr geändert. Die »Stalinisten« oder »Taistoisten«, wie der orthodoxe linke Flügel (nach dem Vors. *Taisto Sinisalo*) in der Volkssprache genannt wurde, bauten rasch und zügig ihre Parteiorganisation aus und betrieben geflissentliche Abgrenzung zu den »Revisionisten« oder den »Mehrheitlern« (auch »Saarinen-Leuten«). Der Versuch der Sowjetregierung, durch Entsendung ihres Finnland-Spezialisten aus dem ZK-Sekretariat für Internationale Angelegenheiten, *A. S. Beljakov,* nach Helsinki als Botschafter der UdSSR, die sowjettreue Minderheit zu stützen, scheiterte. *Beljakows* »innenpolitische« Aktivitäten konnte die finnische Staatsführung nicht lange hinnehmen, zumal sich auch Mehrheitskommunisten öffentlich über die Souveränitätsverletzung zu beklagen begannen. Er wurde daraufhin diskret zurückberufen.

Die unter *A. Karjalainen* im Sommer 1970 erneut gebildete Volksfrontregierung mußte ihre 3 SKDL-Minister (1 Linkssozialist, 1 Mehrheits-

kommunist, 1 Taistoist) am 26. 3. 1971 entlassen, weil sich die innerkommunistischen Auseinandersetzungen durch die *Beljakow*-Affäre noch verschärft hatten und weder Sozialdemokraten noch die Zentrumspartei gewillt waren, den Kampf in die Regierung hineintragen zu lassen.

Seit Ende 1975 hat sich die Parteitrennung innerhalb der SKP so verfestigt, daß die Einheit der SKDL-Fraktion zur bloßen Farce geworden ist. Beide Flügel der SKP stellen vollkommen getrennte Parteiapparate dar, die ihre Meinungsunterschiede in der jeweiligen Presse austragen. An der 1975 gebildeten Koalitionsregierung *Miettunen* beteiligte sich die Minderheit der SKP nicht. Ihr Führer *Sinisalo* bekämpfte als 2. Vors. der SKP im Reichstag erbittert den 1. Vors. *Saarinen,* und den Parteisekretär *Aalto.* Es stört den Minderheitsflügel nicht, daß er in seiner gnadenlosen Kritik an der Regierung in die Nähe der äußersten Rechten rückt und mit dieser gemeinsam gegen die Regierung stimmt, auch wenn wichtige Sozialentscheidungen anstehen.

In der internationalen Entwicklung hat die KPdSU den geteilten Zustand der SKP stillschweigend akzeptiert und bei Treffen der KP-Führer in Moskau oder an einem anderen Ort in den sozialistischen Ländern jeweils 2 Vertreter der SKP zugelassen. In der inneren Auseinandersetzung und den unentwegten Positionskämpfen in Wahlen und auf gemeinsamen Schein-Parteitagen ging die theoretische Aussage in der Mitte der 70er Jahre völlig verloren. Dieses Gebiet wurde mehr und mehr dem SKDL überlassen. 1978 trat der junge SKDL-Abg. *I.-Chr. Björklund* mit einem Artikel über den Zustand des »konkreten Sozialismus« in der DDR und in der UdSSR hervor, der eine fundamentale Bürokratismus-Kritik an den wichtigsten Sowjetmodell-Systemen enthielt. Sowohl der SKDL-Vorsitzende *Alenius* als auch die SKP-Führer *Saarinen* und *Aalto* nahmen *Björklund* gegen die Verdammungskritik der *Sinisalo*-Partei in Schutz. Im Laufe des Jahres 1978 und übergreifend auf 1979 entspann sich eine Sozialismusdiskussion, die zahlreiche sowjetkritische Elemente enthielt und die von der SKP nicht mehr autoritär gesteuert werden kann, wozu auch offenkundig beim Mehrheitsflügel kaum Neigung besteht.

Moskau hat auf diesen Rechtstrend bereits durch eine einseitige Bevorzugung der *Sinisalo*-Partei reagiert. Es hat jedoch nicht den Anschein, daß sich die SKP-Mehrheit i ihrer Innenpolitik davon beeindrucken läßt.

Gegenüber 1966 (57 000) meldet die SKP heute 49 000 Mitglieder. Im März 1979 errang der SKDL etwas über 500 000 Stimmen, wovon nur ca. 100 000 auf die SKP entfallen dürften. Rund 400 000 Stimmen sind dem SKDL als Gesamtverband links von der SDP zu verdanken, vielen Arbeitern, Kleinbauern und kleinen Angestellten, die aufgrund ihres geringen Bildungsstandes und ihrer Einkommensklasse sich von der SDP nicht mehr wirkungsvoll vertreten fühlen und dem SKDL noch aus Tradition heraus die Stimme geben. Diese Wählerbasis verringert sich aber von Jahr zu Jahr.

J.-H. Hodgson, Communism in Finland, Princeton N. J. 1967; Ders., Die Linke in der finnischen Politik, in: H. Rühle, H.-J. Veen (Hg.), Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa, Bd. II, 1979; U. Wagner, Finnlands Kommunisten, 1971.

Konstitutionelle Volkspartei (**PKP,** Perustuslaillinen Kansanpuolue).

Gegründet 1973 als Abspaltung von der → SCHWEDISCHEN VOLKSPARTEI. Deren Abg. im Reichstag, *C. Ehrnrooth,* seit 1974 Vors. der PKP, war als scharfer Kritiker der offiziellen finnischen Außenpolitik und des Staatspräsidenten bekannt. In dieser Position stand er innerhalb seiner Fraktion weit rechts. Gefolgschaft fand *Ehrnrooth* jedoch mehr außerhalb seiner Fraktion bei dem rechten Flügel der Konservativen. Anlaß für den endgültigen Bruch mit der SCHWEDISCHEN VOLKSPARTEI bot das verfassungsaufhebende Gesetz zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten. Dies schien gegebener Anlaß zur Gründung einer verfassungswahrenden Partei. Außerhalb des Parlaments schlossen sich dieser Meinung zahlreiche Theoretiker in Politik und Wissenschaften an.

Von der Programmatik her gesehen ist die PKP keine »rechtsradikale« Partei, wie sie von den Linksparteien apostrophiert wird, sondern gehört als verfassungstreue Partei eigentlich zur konservativen Mitte. Unter den Bedingungen der finnischen Außen- und Innenpolitik in den 50er und 60er Jahren jedoch muß sie als äußerst rechts angesehen werden, da sie als einzige Partei die Politik des Staatspräsidenten nach außen und innen absolut verneint.

In den Reichstagswahlen von 1975 erhielt die PKP 1,6% der Stimmen und 1 Sitz, 1979 nur noch 1,2% und kein Mandat. Sie wird von ca. 4000 Mitgliedern getragen.

Landvolkbund (Maalaisliitto) → Zentrumspartei.

Liberale Partei (Liberaalinen Puolue) → Liberale Volkspartei.

Liberale Volkspartei (**LKP,** Liberaalinen Kansanpuolue).

Im politischen Zentrum angesiedelte liberale Reformpartei.

Gründung: 29. 12. 1965 in Helsinki durch *T. Aura, M. Juva, E. Kaitila.* Vorläufer der LKP waren die 1880 entstandene LIBERALE PARTEI, die NATIONALE FORTSCHRITTSPARTEI (1918–1951) und die FINNISCHE VOLKSPARTEI (1951–1965).

Programm: Die LKP vertritt einen sozial geprägten Liberalismus, der soziale Gleichheit und Gerechtigkeit unter Berücksichtigung individueller Gesichtspunkte anstrebt. Ihre gesellschaftspolitischen Konzeptionen beruhen auf den Schwerpunkten Toleranz und Pluralität. Im wirtschaftli-

chen Bereich tritt die Partei für eine Rahmenplanung ein, die Konsumfreiheit für den Verbraucher und Stimulierung für den Unternehmer sichert. Im administrativen Bereich sind Dezentralisierung und weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden traditionelles Ziel. Hauptziel in der Außenpolitik ist die Aufrechterhaltung der traditionellen nordischen Neutralitätspolitik unter spezifischer Berücksichtigung der geographischen Gegebenheiten und der bestehenden internationalen Verträge.

Organisation: Basisorganisation der LKP sind die Ortsgruppen, auf denen die Gemeindeorganisationen aufbauen. In jedem der 14 Wahlkreise besteht ein Kreisbüro, das die Parteiarbeit des Kreisgebietes leitet. Oberstes Parteiorgan ist der Parteitag, der alle 2 Jahre zusammentritt und das Präsidium, den Vors. und 2 Stellvertreter wählt sowie die Mitglieder des zwischen den Parteitagen das Beschlußrecht ausübenden Parteirates. – Die LKP verfügt über ca. 20 000 Mitglieder.

Presse: Parteiorgan ist die Wochenzeitung ›Polttopiste‹, ferner die Zeitung ›Karjalanmaa‹ (Joensuu).

Geschichte: Zu einem Zeitpunkt, als sich die liberale Gruppierung aus Schweden und »Jungfinnen« auf dem Höhepunkt ihres politischen Einflusses fühlte (→ Einleitung), schritt *L. Mechelin* als ihr geistiger Führer 1880 zur Gründung der ersten finnischen Partei im modernen Sinne und veröffentlichte ein liberales Programm für seine Liberale Partei (Liberaalinen Puolue). Diese hatte jedoch nur zwei Jahre Bestand: durch die sich abzeichnenden Veränderungen in Petersburg gewann der Sprachenkampf neue Dimensionen. Die »Jungfinnen« gingen zu ihrem ideologischen Verbündeten, den Schweden, besonders seit Ende der 80er Jahre auf Distanz. Bestehen blieb jedoch das Ziel gesellschaftlicher Modernisierung, die Bildungsfrage und das Ideal des republikanischen Staates als Richtschnur politischer Aktivität und Anlaß, den Gegensatz zu den konservativen »Altfinnen« beizubehalten. Publizistisches Sprachrohr dieser Richtung war die 1889 gegründete Zeitung ›Päivälehti‹, die 1904 in ›Helsingin Sanomat‹ umbenannt wurde. 1894 kam es dann zur endgültigen Trennung von der alten → Finnischen Partei. Dabei gaben die Besitzbürgerklassen unterhalb des Adels den Ton an, zusätzliches politisches Gewicht erhielten sie durch die nationale Unterstützung aus dem sonst wenig einflußreichen Bauernstand. *J. A. Lyly, J. Castrén, E. Erkko* und *K. J. Ståhlberg* arbeiteten ein liberales Programm aus, ohne die schwedische Fraktion unter *Mechelin*, und gründeten die Jungfinnische Partei (Nuorsuomalainen Puolue).

Hauptprogrammpunkte waren: Erlaß einer Verfassung, eines Grundgesetzes, Verfassungsmäßigkeit des öffentlichen Lebens und der Verwaltung, Unverletzlichkeit der Person, Stimmrecht für alle, amtliche Einführung der finnischen Sprache, Verbesserungen für die Bauern, Verbesserungen für den noch rechtlosen Arbeiterstand.

Aus dieser Position heraus führte die Partei den Kampf gegen die Russifizierungspolitik *Nikolaus' II.* 1899–1905, im Gegensatz zu den »Altfinnen«, die mit konservativer Anpassungspolitik den russischen Druck unterlaufen wollten und von dem zum Programm ausgerufenen passiven Widerstand der »Jungfinnen« und der Schweden nur eine gewaltmäßige Zunahme der Repression befürchteten. 1902 kam es zwischen Jungfinnischer Partei und → Finnischer Partei wegen der Verhaltensfrage gegen die zaristische Unterdrükkung zur harten Konfrontation. *O. Donner, K. Grotenfeldt, K. F. Ignatius, E. N. Setälä* und *P. E. Svinhufvud*, die maßgeblichen politischen Figuren des Selbständigkeitskampfes, gründeten vorübergehend eine Konstitutionelle Nationalfinnische Partei (Perustuslaillisten Suomenmielisten Puolue), die das kämpferische Element der »Jungfinnen« mit dem konservativen Nationalismus zu einer schlagkräftigen politischen Einheit verbinden sollte, um in der Not die große Mehrheit des Volkes hinter sich zu vereinigen. Die Revolution von 1905 und die vorausgegangenen Ereignisse haben diese Pläne überholt.

Die ersten Wahlen zum neuen Ein-Kammer-Parlament 1907 brachten der Jungfinnischen Partei 26 Sitze, in den letzten Vorkriegswahlen 1913 erreichte sie dann mit 29 Abg. den Höhepunkt ihrer parlamentarischen Existenz. Mit den Kriegsjahren begann angesichts der sich rasch verschlechternden Versorgungsverhältnisse und der Kriegsauswirkungen auf das finnische Bürgertum der Niedergang. Die ungeduldigen Massen konnten nicht länger mit liberalen gemäßigten Rezepten gewonnen werden. In den Wahlen 1916 errangen die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit, die Jungfinnen kamen nur noch auf 23 Sitze. Erst der Rücktritt der Sozialdemokraten im Sommer 1917 brachte dem sozialdemokratisch beherrschten Senat mit *Setälä* wieder eine liberale Führung. Am 27. 11. 1917 bildete nach der Niederlage der Sozialdemokraten in den Novemberwahlen der Jungfinne *P. E. Svinhufvud* den »Selbständigkeitssenat« unter Führung der Jungfinnen. Mit der Erklärung, daß sich die neue finnische Regierung gegenüber Petrograd und der russischen Revolutionsregierung nicht mehr gebunden fühle, die finnische Volksvertretung als der Souverän des finnischen Staates zu betrachten sei und der Senat die oberste Führung übernehme, wurde *Svinhufvud* gleichzeitig Staatsverweser anstelle des russischen Monarchen. In den gleichen Monaten aber zerfiel diese staatstragende Partei mit wachsender Geschwindigkeit. Die zu den Reichstagswahlen 1917 am linken Flügel der Liberalen mit auftretende → Volkspartei trug die Spaltung in eine linke und eine rechte Fraktion in die Jungfinnische Partei hinein. Als unter Führung von *Svinhufvud* und der Mehrheit der Altfinnen Finnland zu einer souveränen Monarchie ausgerufen werden sollte, brach die Partei im »Kampf um die Staatsform« endgültig in eine republikanische Mehrheit und eine monarchische

Minderheit auseinander. Am 8. 12. 1918 kam es zur Auflösung und dann zur Neugründung der NATIONALEN FORTSCHRITTSPARTEI (Kansallinen Edistyspuolue) durch die republikanische Mehrheit und die Linksliberalen aus der VOLKSPARTEI. Die monarchische Minderheit mit *Svinhufvud* u. a. traten zu den Altfinnen über, die sich jetzt → NATIONALE SAMMLUNGSPARTEI nannten.

In den ersten Reichstagswahlen nach dem Bürgerkrieg und der innenpolitischen Umwälzung errang die FORTSCHRITTSPARTEI noch einmal 26 Sitze. In den folgenden Wahlen sanken die Zahlen schnell ab: 1922: 15, 1924: 17, 1927: 10, 1929: 7, 1930: 11, 1933: 11, 1936: 7, 1939: 6, 1945: 9, 1948: 5.

In der Konfrontation zwischen rechts und links blieben die Konturen der Liberalen, wie überall, zu unscharf. In Zeiten eines stärkeren Linkstrends, wie in den 20er Jahren und zum Ende der 30er, wanderten die Wähler der FORTSCHRITTSPARTEI zum rechten Flügel der Sozialdemokraten ab, der dann gleichzeitig innerhalb des sozialistischen Lagers an Gewicht gewann und die Führungsrolle stärker übernahm. Zu Beginn der 30er Jahre brachten das nationale Aufwallen und die große Unruhe auf der Rechten noch einmal einen kleinen Pendelschlag zurück – eine vorübergehende Erscheinung.

Im Gegensatz zu dem raschen Verlust an Wählerstimmen stand die politische Wirksamkeit der Liberalen. Im ersten Konservativen Kabinett unter *Paasikivi* nach dem Bürgerkrieg besetzten die Jungfinnen von 16 Kabinettssitzen immer noch 5 und waren wesentlich Element dieser Regierung, trotz des inneren Zerfalls. Die NATIONALE FORTSCHRITTSPARTEI führte dann aber bis zum Juni 1922 die ersten 5 Regierungen der jungen Republik, entweder in relativer oder 2mal sogar absoluter Mehrheit der Regierungskoalitionen. Dies verdankten die Liberalen einmal der Tatsache, daß der aus ihren Reihen stammende 1. Präsident der Republik, *Ståhlberg*, aufgrund seiner großen Popularität von der verfassungsmäßigen Stärke seines Amtes voll Gebrauch machte und durch Koalitionen von Liberalen und Agrariern die Antipoden Konservative und Sozialisten aus den Regierungen weitgehend fernhielt, um die starken politischen Belastungen der Republik aus der Bürgerkriegszeit allmählich abzubauen. Zum anderen waren die Liberalen der FORTSCHRITTSPARTEI mit ihrem ausgeprägten Pragmatismus, der nur von dem der Agrarier übertroffen wurde, der kleinste politische Nenner, auf den sich breitgestreute Koalitionen aufbauen ließen.

1929 kam es zum letzten Mal zu einer starken Beteiligung an einer sog. Beamtenregierung. Von 1931–1946 war die NATIONALE FORTSCHRITTSPARTEI als kleine Minderheitspartei mit 1, höchstens 2 Kabinettsposten an allen Regierungen beteiligt, immer als Zünglein an der Waage oder als das in jede Koalition von links nach rechts passende Element, das mit der kleinen Fraktion gerade noch einer Koalition zu einer immer knappen Reichstagsmehrheit verhelfen konnte. Nach den Reichstagswahlen 1948 war jedoch die innere Kraft der NATIONALEN FORTSCHRITTSPARTEI erschöpft. Es mußte ein neues Wählerfeld gewonnen werden. Die NATIONALE FORTSCHRITTSPARTEI löste sich im März 1951 auf. Zuvor war es im Februar bereits zur Neugründung der FINNISCHEN VOLKSPARTEI (Suomen Kansanpuolue) gekommen, die bei den kurz darauf stattfindenden Reichstagswahlen 10 Sitze erhielt, obwohl eine Minderheit der alten Parteimitglieder (rechter Flügel) in den Reichstagswahlen 1951, 1954, 1958 und 1962 als ebenfalls 1951 neuerstandener VERBAND DER FREISINNIGEN (Vapaamielisten Liitto), mit der NATIONALEN SAMMLUNGSPARTEI Wahlbündnisse (= Listenverbindungen) einging. Die neue Partei machte den erfolgreichen Versuch, ins Wählerfeld der Agrarier bei den Kleingewerbetreibenden auf dem Lande und der Konservativen beim Kleingewerbe der Stadtbevölkerung einzudringen, und bemühte sich, linksliberale Elemente mit der sich bedroht fühlenden unteren Mittelschicht des Kleinhandels und des Handwerks zu verbinden.

Mit diesem erfolgreichen Kurswechsel erhielt die Partei die Stellung der FORTSCHRITTSPARTEI in den 30er und 40er Jahren zurück: gesuchter Koalitionspartner als Zünglein an der Waage in größeren Koalitionen. Der Stimmenanteil in den Reichstagswahlen 1951–1962 schwankte zwischen 5,7–6,3 %, die Mandatszahl zwischen 8 und 13. In den Reichstagswahlen 1962 erreichte die Partei zwar zum zweiten Male die Fraktionsstärke von 13 Sitzen, mußte aber hinnehmen, daß der VERBAND DER FREISINNIGEN zum ersten Male erfolgreich war und mit einem Sitz in den Reichstag einzog. Das Konkurrenzverhältnis begann sich rasch ungünstig auszuwirken. 1965 vor den Reichstagswahlen 66 gelang es, die beiden ehemaligen Parteiflügel am Verhandlungstisch wiederzuvereinigen; es wurde die LKP gegründet. Mit dem Theologen *M. Juva* (seit 1979 Erzbischof der Ev.-Luth. Staatskirche Finnlands) stand die neue Partei 1965–68 zunächst außerhalb der Regierungsverantwortung, die von den neuen Volksfrontregierungen *Paasio I* 1966–68 und *Koivisto I* 1968–70 getragen wurden. Unter dem Nachfolger *P. Tarjanne*, 1968–78, ergab sich ein grundsätzlicher Wandel in der Einstellung zur Regierungszusammenarbeit mit der vereinten Linken von den Sozialdemokraten bis zu den Kommunisten. Die Liberalen waren an dem Volksfrontkabinett *Karjalainen II* beteiligt sowie an fast jeder Regierung seit 1970, mit Ausnahme eines sozialdemokratischen Minderheitskabinetts und einer Beamtenregierung. Bis 1978 hatten sich die Liberalen in allen Wahlen mit rund 5 % behaupten können, wenn auch der Trend ab 1972 abwärts wies. Die Fraktionsstärken schwankten zwischen 7–9. Sehr hilfreich erwiesen sich trotz sinkender Stimmenzahlen die Listenverbindungen mit Agrariern und Schweden im Zeichen der demonstrativen Zusammenarbeit

der Mitte-Parteien. Mit den Präsidentenwahlen im Januar 1978 kündigte sich jedoch eine schwere Niederlage an (2,9%). Da auch die anderen Partner zu fürchten begannen, das Wahlbündnis könnte gegenseitig schaden, kam es für die Wahlen im März 1979 nur noch örtlich zu Listenverbindungen. Nun zeigte sich die wahre Schwäche der Liberalen, auch in ihrer personellen und programmatischen Krise; mit nur noch 3,7%, dem niedrigsten Ergebnis in ihrer Geschichte bei Reichstagswahlen, schrumpfte die Fraktion von 9 Sitzen (1975) auf 4 (1979) zusammen. Trotz Angebot der Partner mußte unter diesen Bedingungen die Partei eine weitere Regierungsbeteiligung ablehnen.

Linkssozialistische und kommunistische Parteien (→ auch KOMMUNISTISCHE PARTEI FINNLANDS, SKP).

Seit der Unabhängigkeit Finnlands hat es eine Reihe kleinerer linkssozialistischer und kommunistischer Gruppierungen unter häufig wechselnden Bezeichnungen gegeben. Den Anfang bildete die FINNISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI (SSTP, Suomen Sosialistinen Työväenpuolue). Sie war im Mai 1920 von *O. Kuusinen* als kommunistische Tarnorganisation gegründet worden, da nach den Ereignissen des Bürgerkrieges an eine Wiederzulassung der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI nicht mehr zu denken war, eine Unterwanderung oder Beeinflussung der unter der Führung *V. Tanners* neu erstarkten → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (SDP) sich als unmöglich erwies. Als Sammelbecken für linksradikale und kommunistische Kräfte konnte die SSTP in den Reichstagswahlen 1922 auf Anhieb 27 Mandate gewinnen und den Bestand der Tanner-Sozialdemokraten auf 153 Sitze herunterdrücken. Die Absplitterung der kommunistischen Gruppe von den Sozialdemokraten war damit gelungen, die versuchte Legalisierung auf Dauer jedoch nicht. 1923 wurden alle Führer der SSTP verhaftet und wegen Landes- und Hochverrates vor Gericht gestellt. Daraufhin beschloß das mit der Überwachung der Kommunistischen Partei in Finnland betraute »Finnische Büro« der SKP die Neuformierung der Partei. Für die Reichstagswahlen 1924 versuchte sie, mit dem gleichen kommunistischen Programm als PARTEI SOZIALISTISCHER ARBEITER UND KLEINLANDWIRTE (STPP, Sosialistinen Työväen- ja Pienviljelijäin Puolue) unter Auswechslung der inkriminierten Abgeordneten erneut anzutreten, und errang 18 Mandate. Für die Wahlen 1927 wurde unter dem Druck einer immer schärfer werdenden antisowjetischen Einstellung in der Innenpolitik nochmals der Name geändert und auf die Deklaration als Partei verzichtet. Es hieß nur noch WAHLVERBAND DER SOZIALISTISCHEN ARBEITER UND KLEINBAUERN (Sosialistinen Työväen ja Pienviljelijäin Vaaliliitto). Der Verband erhielt 20 Mandate, in den Wahlen 1929 23. Die letzte Wahlbeteiligung 1930 erfolgte unter dieser Bezeichnung nur noch in einem Wahlkreis, in 5 weiteren lediglich mit Listenverbindungen. Im gleichen Jahr wurde die Partei aufgrund der unter dem Druck von rechts erlassenen »Kommunistengesetze« aufgelöst. Bis 1945 traten die kommunistischen und linkssozialistischen Absplitterungen von der sozialdemokratischen Mutterpartei nicht mehr in Erscheinung. Die Beteiligung der SDP an allen Kriegskabinetten und ihre strikte Unterstützung der Verteidigungspolitik ließen jedoch bald wieder eine innerparteiliche pazifistisch-linkssozialistische Opposition entstehen.

Mit der Legalisierung der SKP durch den Präliminarfrieden vom 19. 9. 1944 trat diese linkssozialistische Oppositionsgruppe in der SDP wieder klar hervor. Sie schied aus der Partei aus und beteiligte sich zusammen mit der SKP und anderen sog. Massenorganisationen unter dem Parteinamen SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI (SYP, Sosialistinen Yhtenäisyydenpoluo) an der Gründung eines gemeinsamen kommunistisch-linkssozialistischen Wählerverbandes, des → VOLKSDEMOKRATISCHEN VERBAND FINNLANDS (SKDL). An diesem waren die Parteien und Organisationen als Kollektivmitglieder beteiligt. Nach 1954 trat die Einheitspartei organisatorisch nicht mehr in Erscheinung.

Die Rückkehr der alten sozialdemokratischen Führer, besonders *Tanners*, an die Parteispitze, der nach dem neuen SDP-Parteiprogramm von 1952 und nach dem Generalstreik vom März 1956 wachsende antikommunistische und Anti-Volksfront-Kurs der SDP, gepaart mit Richtungskämpfen im Gewerkschaftslager, führten zu einer neuen Spaltungskrise bei den Sozialdemokraten. Auf die Reichstagswahlen von 1958 wirkte sich diese Krise erstmals aus. Der frühere SDP-Vorsitzende *E. Skog* mit seiner SOZIALDEMOKRATISCHEN OPPOSITION (Sosialidemokraattinen Oppositio) trat getrennt von der SDP zur Wahl an und gewann 3 Mandate. Die Spaltung im linken Flügel der SDP aufgrund des stärkeren innerparteilichen Rechtskurses und einer schärferen Abgrenzung gegenüber den Kommunisten hatte zu einer erheblichen Stärkung des radikaleren sozialistisch-kommunistischen Feldes beigetragen. Die linkssozialistische Gruppe ging 1962 unter der Bezeichnung SOZIALDEMOKRATISCHER BUND (Sosialidemokraattinen Liitto) zu den Urnen und konnte beachtliche 4,4% der Stimmen, aber nur 2 Sitze erhalten. Mit dem Wechsel in der Parteiführung an *A. Simonen* fand auch ein Wechsel in der offiziellen Benennung der Partei statt: SOZIALDEMOKRATISCHER BUND DER ARBEITERSCHAFT UND DER KLEINLANDWIRTE (TPSL, Työväen ja Pienviljelijäin Sosialidemokraattinen Liitto).

Unter dieser Bezeichnung nahm die Partei nach den Wahlen 1966 (nur noch 2,6% der Stimmen, aber 7 Sitze durch Listenverbindungen mit dem SKDL und durch sozialdemokratische Übertritte im Gewerkschaftsbereich) zweimal, im gleichen Jahre und 1968, mit einem Kabinettssitz *(Simonen)* an den Volksfrontregierungen *Paasio I* 1966–68 und *Koivisto I* 1968–70 teil.

In dem Gründungsprogramm von 1959 bekannte sich der TPSL zu einer prinzipiellen Reformpolitik in Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse, der Kleinbauern und der schaffenden Intelligenz. Die Partei unterstrich ihr Modell der »ökonomischen Demokratie« mit der Verstaatlichung des Banken- und Versicherungswesens sowie insbes. der sich weitgehend in ausländischer Regie befindenden Industriebranchen. Die Mitgliederzahl betrug damals 12 000; der Einfluß der relativ kleinen Partei im Gewerkschaftszentralverband SAK (260 000 Mitgl.) und im Arbeitersportverband war aber zeitweise beherrschend. Dies führte dazu, daß die → SDP und der SKDL unter Führung der SKP nach dem allmählichen Kurswechsel der Sozialdemokraten in gemeinsame Verhandlungen über die Machtaufteilung in Gewerkschaften und Sportverbänden eintraten. Danach entfiel für den TPSL die politische Ausgangsbasis; er wurde durch das Zusammengehen von Sozialdemokraten und gemäßigten Mehrheitskommunisten überstimmt und in den Führungsgremien ausgeschaltet.

Die Wahlen 1970 brachten kein Mandat mehr. In Verhandlungen mit der SDP wurde den Mitgliedern die Möglichkeit des Rücktrittes in die ehemalige Mutterpartei eröffnet, wovon die meisten TPSL- und SAK-Funktionäre Gebrauch machten. Der ehemalige Vorsitzende *Simonen* zog sich aus dem politischen Leben zurück. Damit hätte unter normalen Umständen diese sozialdemokratische Parteispaltung ein Ende gehabt. Durch die Unterstützung des orthodoxen, radikalen kommunistischen Minderheitsflügels kam es aus den verbliebenen Resten der radikaleren und der SDP auch sonst abgeneigten TPSL-Mitglieder 1973 zur Neugründung der SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (STP, Sosialistinen Työväenpuolue) unter Führung von *P. Waltzer*. Inzwischen hat *B. Winqvist* den Vorsitz übernommen. Während die STP 1975 noch 9500 Stimmen auf sich vereinen konnte, waren es im März 1979 noch ganze 2900, viel weniger als der angebliche Mitgliederbestand von 4900.

Die Versuche der SKP-Minderheitsfraktion, durch Listenverbindungen den STP-Radikalsozialisten ein Mandat zu retten, sind gescheitert. Die Partei ist inzwischen so weit nach links gerückt, daß es in der Aussage keine eigene Note gegenüber den Minderheitskommunisten mehr gibt. Nach dem Parteiengesetz muß sich für die Reichstagswahlen von 1983 die STP neu konstituieren.

Nationale Fortschrittspartei (Kansallinen Edistyspuolue) → Liberale Volkspartei.

Nationale Sammlungspartei (**KOK,** Kansallinen Kokoomus). Konservative Rechtspartei.

Gründung: Dezember 1918 durch *K. R. Brotherus, K. Haataja, L. Ingman, E. Nevanlinna, J. K. Paasikivi, E. N. Setälä, H. Suolahti* und *A. Tulenheimo.*

Programm: Das Grundsatzprogramm von 1918 war noch weitgehend von den Erfahrungen des Bürgerkrieges geprägt. Es trat für einen Nationalstaat mit starker Regierungsgewalt ein. Das damals auch geforderte weitgehende Nationalisierungsprogramm wurde schon bald fallengelassen, die eindeutig konservative Linie begann sich schnell durchzusetzen. Erst 1957 kam es wieder zur Vorlage eines sog. Generalprogramms, Hauptpunkte: Gesamtstaatliche, national-vaterländische Weltanschauungspartei, gute Beziehungen zu allen Nachbarn, bewaffnete Neutralität, dynamischer Konservativismus, Soziale Marktwirtschaft, Eigentumsstreuung, Volkskapitalismus. Zu Beginn der 70er Jahre löste der Parteivors. *J. Rihtniemi* die Partei von dem alten Substrat ab und gestaltete sie in eine moderne gemäßigte Partei der Mitte oder rechts der Mitte um. Unter seiner Führung wurde die vorbehaltlose Übernahme der Paasikivi-Kekkonen-Linie in der Außenpolitik vollzogen, so daß die Partei heute keine außenpolitische Oppositionspartei mehr darstellt. Auch innenpolitisch hat sie sich den Vorstellungen des derzeitigen Staatspräsidenten *U. Kekkonen* weitgehend angenähert. Die 1970 erfolgte gründliche Revidierung des Parteiprogramms konzentrierte sich auf folgende Punkte: Stärkung der Unabhängigkeit Finnlands, Schutz der Freiheit des Individuums, auf soziale Sicherheit gegründete Fortentwicklung der demokratischen Staats- und Rechtsordnung.

Organisation: Die politische Parteiarbeit wird bei den finnischen Konservativen traditionell hauptsächlich von der Reichstagsfraktion bestimmt. Organe für die Partei- und Wahlpolitik sind der Parteitag, die Delegiertenschaft zwischen den Parteitagen (als ständiges Organ der Parteitagsdelegierten bis zu deren Neuwahl vor dem nächsten Parteitag) und der Parteivorstand. Regional gegliedert ist die Partei in die Wahlbezirke nach dem finnischen Wahlrecht, die den Provinzen entsprechen. Die Partei hat 600 Ortsvereine, zusammen mit den Untergruppierungen 1100 Einheiten.

Hilfsorganisationen: »Kokoomuksen Naisten Liitto« (Frauenverband, 1928), »Kansallisen Kokoomuksen Säätiö« (Stiftung, 1924), »Kokoomuksen Nuorten Liitto« (Jugendverband, 1928), »Kokoomuksen Opiskelijain Liitto«, später »Tuhatkunta« (Studentenschaft, 1964).

Soziale Zusammensetzung der Partei (1971): Bauern 14 %, Angestellte und Beamte 43 %, Arbeiter 22 %, führende Positionen 21 %.

Presse: Die Konservativen hatten seit der Mitte des 19. Jh. eine beherrschende Stellung in der Provinzpresse, 1961 beherrschte die Partei noch 13 Zeitungen, 1971 noch 7, nachdem einige unabhängig geworden, aber konservativ-liberal geblieben waren. Flächenbeherrschend sind die konservativen Blätter noch immer in den großen Städten an der Westküste und in Nordkarelien, außerdem gerade in Tampere. Parteiorgan ist die Wochenschrift ›Nykypäivä‹, wichtige Tageszei-

tungen sind: ›Aamulehti‹ (Tampere), ›Karjalainen‹ (Joensuu), ›Satakunnan Kansa‹ (Pori), ›Vaasa‹ (Vaasa), ›Länsi-Suomi‹ (Rauma) u. a.

Geschichte: Die Gründung der KOK im Dezember 1918 war der Versuch, das durch den Niedergang der → FINNISCHEN PARTEI (SP) in Auflösung geratene konservative Lager wieder zu sammeln und zu einer politisch wirksamen Kraft zu formieren. Während die republikanisch gesonnenen SP-Anhänger zu den Liberalen überwechselten, erhielt die neue Partei Zuzug von stärker monarchistisch eingestellten Jungfinnen und Agrariern. Trotz der Schwierigkeiten, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, gelang es der KOK, sowohl in den frühen 20er als auch in den 30er Jahren maßgeblichen Einfluß auf die finnische Innen- und Außenpolitik zu gewinnen. Bei allen Regierungsbeteiligungen (1918–21, 1924–26, 1928–36, 1940–45, 1953–54, 1958–59, 1961–62, 1964–66) gab es aber keine konservativen Kabinettsmehrheiten, in den Kriegsjahren war der Mi isterpräsident sogar der einzige Repräsentant seiner Partei im Kabinett. Die Koalitionen in den 20er Jahren wechselten bald vom liberalen Partner zum agrarischen, besonders in der Mitte der 30er Jahre. – Sehr hart wurde die Partei durch die Spaltung 1932 getroffen, als der rechts-konservative nationalistische Flügel sie verließ, um sich an der Gründung der → VATERLÄNDISCHEN VOLKSBEWEGUNG zu beteiligen. Die Zahl der Reichstagssitze ging daraufhin in den Wahlen 1933 für die KOK von 42 auf 18 zurück und stieg 1936 bzw. 1939 nur langsam wieder auf 20 bzw. 25. – Die erste Regierung *R. Ryti,* gebildet am Tage des sowjetischen Angriffs am 1. 12. 1939, vereinigte erstmals Sozialdemokraten und Konservative in einer Regierung. Erstere empfanden das Verhalten ihrer Emigrationsgenossen in der UdSSR als Verrat am Vaterland und ließen ihre Vorbehalte gegen die Konservativen fallen, die Konservativen erkannten in den Sozialdemokraten Kampfgenossen um die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und revidierten ihr Urteil über die »vaterlandslosen Genossen« für alle Zukunft. Eine weitere Veränderung in der Grundeinstellung der Konservativen ergab sich aus dem Erlebnis der Volksfrontregierungen *Paasio* I 1966–68 und *Koivisto* I 1968–70 und der ab 1965/66 offen zutage getretenen Parteispaltung der Kommunisten und des Volksdemokratenverbandes in der Streitfrage des gewaltlosen Übergangs zum Sozialismus und des Verzichtes auf die Diktatur des Proletariats. Unter dem Vors. *Rithniemi* (1965–71) erfolgte 1969 die Anerkennung der finnischen Mehrheitskommunisten und der linkssozialistischen Volksdemokraten als demokratische Verhandlungspartner.

In den Nachkriegsjahren mußte die KOK darunter leiden, daß ihr die Linke einen großen Teil der Kriegsschuld anlastete. Erst in den 70er Jahren, im Kontrast zum Linkstrend, erholte sie sich unter *H. Holkeri,* als bürgerliche Alternative deklariert und auf den außenpolitischen Kurs von Staatspräsident *Kekkonen* eingeschworen. 1978 machte sie *Kekkonen* zum eigenen Präsidentschaftskandidaten, nachdem die Zustimmung zum Ausnahmegesetz von 1974 für Verlängerung der Amtszeit von *Kekkonen* die Abspaltung der → KONSTITUTIONELLEN VOLKSPARTEI (PKP) bewirkt hatte, der Partei aber kaum schadete. Mit der Bevölkerungswanderung vom Norden und Osten nach Süden und in die Städte gewinnt die KOK aus den Reihen der ländlichen Bevölkerung ständig an Zulauf. Das Abtriften der Sozialdemokraten nach links im Zuge der neo-marxistischen Bewegung 1966–1974 veranlaßte viele Sozialdemokraten des rechten Flügels zur Abwanderung nach rechts. Außerdem bilden die neuen Mittelschichten des tertiären Wirtschaftssektors eine wachsende Stimmenquelle für die KOK als der für sie einzigen Alternative im finnischen Parteienfeld. Aus diesem Grunde und durch das offensichtliche Versagen der linken Konzepte in der Wirtschaftspolitik (Inflation, Arbeitslosigkeit) wurden die Konservativen die großen Gewinner der Reichstagswahlen von 1979: sie stiegen zur zweitgrößten Partei auf mit 21,6 % der Stimmen und 47 Reichstagssitzen. In der Wählerschaft wirkt sich zugunsten der KOK aus, daß die Linksparteien in den 70er Jahren die Konservativen aus der Regierungsverantwortung heraushielten und damit bewirkten, daß die Verantwortlichkeit für Fehlentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft allein bei den Linksparteien und beim Zentrum liegt.

Unter dem neuen Vors. *I. Suominen,* seit 1979, wird ein Kurs eingeschlagen, der völlig auf der Linie des amtierenden Staatspräsidenten *Kekkonen* liegt, andererseits in der Innenpolitik eine breite Alternative von der gemäßigten Linken bis zur rechten Mitte bietet.

Schwedische Volkspartei (**SFP**, Svenska Folkepartiet i Finland bzw. **RKP,** Ruotsalainen Kansanpuolue).

Während der ganzen 2. Hälfte des 19. Jh. war ein Teil der späteren SFP eine führende politische Kraft innerhalb der großen liberalen Bewegung. Eine der tragenden Ideen des rechten Flügels in dem breiten liberalen Spektrum war die Entscheidung zugunsten einer allgemeinen schwedischen Amts-, Bildungs-, Kultur- und Fach-Sprache. Nur in diesem Sinne glaubte man, ein modernes, europäisches, kulturell-hochentwickeltes, den neuen konstitutionellen Rechts- und Verfassungsstaaten entsprechendes Staatswesen aufbauen zu können. Unter dem Eindruck wachsenden nationalen Widerstandes gegen die panslawistischen Assimilationsbestrebungen Rußlands setzte auch eine Stärkung der finnischen Nationalsprache auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens ein; damit gaben im liberalen Lager immer mehr Anhänger den Gedanken an eine einheitliche schwedische Kultursprache auf. Schwedisch-sprachige Politiker und rechtsliberale Krei-

se des Kulturlebens fühlten sich von Jahr zu Jahr mehr in die Defensive gedrängt und begannen um den Bestand der schwedischen Sprache und des kulturellen und politischen Schwedischen Kulturerbes zu fürchten. Die ganze politische Richtung erhielt mehr und mehr konservative Züge. Die ursprünglich ideologische, reformerische, stürmisch-offensive Vitalität ging mehr und mehr verloren.

Mit der Gründung der SFP 1906 wurde die Konsequenz aus der Niederlage in der Sprachenfrage gezogen. Nicht mehr eine große, breite, liberale und offene Partei, die über dem nationalen Sprachenstreit stand, zeigte in die Zukunft, sondern eine sprachlich-national geprägte Minderheitenpartei, wenn sie sich auch in den Anfängen als solche noch nicht verstand. Durch die Gründung der SFP teilte sich das liberale Lager in zwei fast gleich große Hälften. Bei den ersten Landtagswahlen von 1907 erhielt die SFP 12,6 % der Stimmen und 24 Mandate, während auf die liberalen Jungfinnen 13,7 % und 26 Mandate entfielen. Der Anteil der für die SFP abgegebenen Stimmen entsprach dem damaligen schwedischsprechenden Bevölkerungsanteil bzw. lag nur wenig darüber. Solange die SFP nicht als reine Minderheitenpartei auftrat und, bei zunehmend konservativer Tendenz, auch die Stimmen vieler finnisch-sprachiger Stadtbürger aus den Kreisen der Bildung und der begüterten Geschäftswelt mit stärkerer internationaler Ausrichtung erhielt, konnte sie immer mehr als 10 % der Reichstagsmandate erhalten. In den Revolutions- und Bürgerkriegswirren sanken die Anteile dieser nunmehr »erzkapitalistischen« Partei – eine Beschimpfung, die sie sich von Nationalisten und Sozialisten gleichermaßen zuzog –, um aber im ersten Jahrzehnt der Selbständigkeit ihre alte Stärke wieder zu erreichen.

Der Kampf des Landes um seine Unabhängigkeit und der damit anwachsende finnische Nationalismus bewirkten bei der SFP große soziologische Verschiebungen. Die Partei begann sich von allen anderen immer mehr darin zu unterscheiden, daß sie primär Sammelbecken aller Schwedisch-sprachigen wurde, ungeachtet ihrer politischen Richtung und sozialen Stellung. In den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der 20er Jahre blieb der Einfluß der alten Oberschicht noch integrierende Kraft. Doch bald war die Partei den inneren Spannungen nicht mehr gewachsen.

Linkssozialisten unter der schwedischen Bevölkerung an der Südküste gründeten 1919 die Schwedische Linke (Svenska Vänstern/Ruotsalainen Vasemmisto), die sich dann auf Turku und die Åland-Inseln ausdehnte. In dem unruhigen Wahljahr 1930 gelang es ihr, für eine Legislaturperiode 1 Mandat zu erringen, das der SFP verlorenging. 1939 wiederholte sich dieser Erfolg noch einmal im Wahlkreis Vaasa-Nord, wo sich verängstigte schwedisch-sprachige Wähler durch Stimmen an die Linken dem finnisch-nationalistischen Druck in dieser Region entgegenstemmen wollten.

Aber nicht nur von links hatte die SFP Zerreißproben durchzustehen. Trotz des Sprachenkampfes, der bis vor Kriegsausbruch eher an Schärfe gewann, widerstrebte die Partei jeglichem Separatismus in Richtung Schweden und war »finnländisch« nationalbewußt. In einigen Randgebieten kamen jedoch spontan radikal-separatistische Bewegungen auf, von reichsschwedischen Nationalistenkreisen tatkräftig unterstützt. Besonders auf Åland konstituierte sich für die Wahlen 1919 ein separatistischer Wahlverband (Landskapet Ålands Valförbund) und forderte die »Rückgliederung« Ålands an Schweden. 1939, unter dem Eindruck der äußeren Bedrohung durch Sowjetrußland wiederholte sich dieser Vorgang.

1951 erlosch die Schwedische Linke; 1953 machte das neue Åland-Statut auf der Grundlage des Friedensvertrages von 1947 separatistische Bestrebungen illegal. In den Reichstagswahlen 1948 zeigte sich jedoch noch einmal, daß der historische Zusammenschluß der SFP mit der liberalen Bewegung endgültig verloren gegangen war. Eine Schwedische Freisinnige Partei (Svenska Frisinnade Partiet) bewarb sich unter der schwedischen Bevölkerung um Stimmen der liberalen Wähler, freilich vergebens.

Seit 1939 nahm der Wählerstamm der SFP langsam, aber stetig ab. In den Wahlen 1936 erhielt die Partei noch 21 Sitze, 1939: 18, 1945: 14, 1954: 13, 1966: 12, 1972: 10. Ursache für diesen Rückgang ist die kontinuierliche Verringerung des schwedisch-sprachigen Bevölkerungsteils. Die Kriegsjahre und die Einberufungen aus allen Landesteilen hatten zu zahllosen Mischehen und vielen finnisch-sprachigen Angehörigen in den früher rein schwedischen Küstengebieten geführt. In den Städten an der Küste, besonders in Helsinki und Turku, brachte die Binnenwanderung durch Verstädterung und Landflucht eine große Zahl von Neubürgern mit finnischer Muttersprache zur Ansiedlung in ehemals schwedischen Randgemeinden, während in den 70er Jahren eine Abwanderung der Schwedisch-sprachigen nach Schweden erfolgte. Diese Entwicklung bewirkte, daß der Anteil der Schwedisch-sprachigen an der Gesamtbevölkerung bis 1979 auf unter 6 % sank, davon mehr als 90 % bilingual. Ungeachtet dessen war die SFP in weit mehr als der Hälfte aller 61 finnischen Regierungen vertreten, wobei ihren Regierungsmitgliedern innerhalb der Koalitionskabinette zwischen den Vertretungen der großen, ideologisch mitunter konträren Parteien (z. B. den »grün-roten« Regierungen) eine ausgleichende Funktion in der Wirtschafts-, Finanz-, Justiz- und auch Sicherheitspolitik zukam. 1954 stellte die SFP mit *R. Törngren* den Ministerpräsidenten einer Koalition mit den Sozialdemokraten und Agrariern. An 5 Regierungen waren die Schweden mit 3 Kabinettssitzen maßgeblich beteiligt, zuletzt an der Minderheitsregierung *Miettunen III* 1976–77.

In den 70er Jahren geriet die Partei vorübergehend unter linksliberalen Einfluß und beteiligte sich an mehrheitlich stark links bis linkssozialistisch-kommunistisch ausgerichteten Kabinetten. Das war umso widersprüchlicher, als innerhalb der Fraktion ein Flügel bestand, der unter Führung *G. C. Ehrnroots* in vielen Fragen der Innenpolitik eine Position der äußersten Rechten bezog. Dieser Spannungsbreite war die Partei nicht lange gewachsen. Auf dem linken Flügel trat der junge Abg. *R. Friberg* zur SDP über und führte für kurze Zeit den schwedischen Verband innerhalb der SDP, auf der Rechten schied *Ehrnrooth* 1974 endgültig aus, um den Vorsitz der → KONSTITUTIONELLEN VOLKSPARTEI (PKP) zu übernehmen. Das Ausscheiden aus der Volksfrontregierung *Sorsa* II 1977–79 im Frühjahr 1978 war ein Symptom für den neuen Rechtskurs unter dem jungen Vors. *P. Stenbäck* (seit 1977), der der Partei wieder mehr traditionelle Basis verschaffen will und aus den ideologisch bestimmten Fahrwassern herauszusteuern trachtet.

Die Fraktionsstärke von 10 Mandaten 1975 und 1979 ist das Ergebnis noch einiger weniger geschlossenen, schwedisch-sprechenden Randgebiete, die nach dem finnischen, regional aufgebauten Verhältniswahlsystem, mit relativ geringen Stimmenzahlen zu Mandatsgewinnen führen können. Ein Mandat innerhalb der SFP-Fraktion gehört der åländischen Mehrheitspartei, der selbständigen Wählervereinigung ÅLÄNDISCHE SAMMLUNG (Åländsk Samling), die die åländischen Parteien durch einen Abg. aus ihren Reihen, der bei der SFP-Fraktion hospitiert, im Reichstag vertritt.

Parallel mit dem Rückgang der schwedischsprachigen Bevölkerung hatte sich die SFP immer stärker auf Fragen des Minderheitenschutzes konzentriert und war dadurch immer abhängiger von der rein schwedisch-sprachigen Wählerschaft geworden. Nachdem einer ihrer glänzendsten Vertreter, *J. M. Jansson,* mehrmaliges Kabinettsmitglied und zum Berater-Kreis des Staatspräsidenten gehörig, die Chefredaktion der größten und einflußreichen schwedischen Zeitung in Finnland, ›Hufvudstadsbladet‹, übernommen hat, scheint die Partei sich jedoch langsam von der reinen Minderheitsbasis lösen zu wollen. Die Zweisprachigkeit ist jetzt auf allen Ebenen akzeptiert; im Mai 1979 wurde bei den Vorstandswahlen eine reine Finnin zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Es bleibt abzuwarten, ob die Öffnung für Finnisch-sprechende der Partei eine neue Zukunft erschließt.

Sozialdemokratische Partei Finnlands (SDP, Suomen Sosialidemokraattinen Puolue).

Gründung: 1899 in Turku als ARBEITERPARTEI FINNLANDS (Suomen Työväenpuolue). 1903 Namensänderung in SDP.

Programm: Ihr erstes Programm beschloß die SDP auf ihrem Parteitag in Forssa 1903. Dieses »Forssaer Programm« folgte in seinen Grundzügen dem Erfurter Programm der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (SPD) und dem Programm der österreichischen Sozialdemokratie von 1901. Es legte das Schwergewicht auf die Gewinnung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Dabei schloß die Partei auch gewaltsame Mittel zur Erreichung ihrer Ziele nicht aus. Ungeachtet ihrer weiteren Entwicklung in Richtung auf eine parlamentarisch orientierte Partei, die revolutionäre Mittel mehr und mehr ausschloß, hielt die SDP nominell an dem radikalen Forssaer Programm bis nach dem 2. Weltkrieg fest. Erst dann wurde ein neues Programm beschlossen, das 1949 vorlag, aber als zu revisionistisch von den Parteitagsdelegierten zurückgewiesen wurde. Daraufhin wurde 1952 ein Kompromißprogramm erstellt, das bis heute Gültigkeit hat; wichtige Zusätze erfolgten auf dem Parteitag 1963. Es enthält ebenso das Bekenntnis zum Parlamentarismus, wie es gleichzeitig am Marxismus als geistiger Grundlage festhält. Zentraler Punkt ist die Wirtschaftspolitik, in der die SDP an den Zielen weitgehender Sozialisierung und Verstaatlichung zwar festhält, in der Praxis jedoch kaum Versuche zu deren Durchsetzung unternimmt, was allerdings auch durch verfassungsrechtliche Bestimmungen sehr erschwert wird. In letzter Zeit ist diese Frage ein Gegenstand heftiger Diskussionen zwischen dem neomarxistischen linken Flügel und den älteren, mehr rechts orientierten, Mitgliedern geworden. Einmütigkeit herrscht jedoch in der Forderung nach Mitbestimmung in allen Bereichen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens. In der Verteidigungspolitik bekennt sich die SDP zwar zu pazifistischen Grundsätzen, sieht jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit einer modernen Streitmacht. Sie tritt für die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa ein und unterstützt die außenpolitische Linie von Staatspräsident *U. Kekkonen,* die auf ein harmonisches Verhältnis zur UdSSR abzielt.

Organisation: Der Organisationsaufbau der SDP war schon früh entwickelt, so daß die Partei sich bereits Anfang des Jh. als weitgefächerte Massenorganisation präsentieren konnte. Er folgt dem auch bei den anderen finnischen Parteien anzutreffenden Schema: Ortsverein – Bezirksverband – alle 3 Jahre stattfindender Parteitag, der über die Zusammensetzung der Führungsgremien entscheidet. Zwischen den Parteitagen wacht der Parteirat über die Einhaltung von deren Beschlüssen. Die SDP verfügte 1975 über ca. 100 000 Mitglieder in ca. 1500 Ortsvereinen.

Presse: Parteiorgan ist die Tageszeitung ›Demari/Suomen Sosialidemokraatti‹. Ferner 10 weitere Organe, u. a. die Tageszeitungen ›Eteenpäin‹ (Kotka), ›Kansan Lehti‹ (Tampere) und die dreimal wöchentlich erscheinende ›Uusi Aika‹ (Pori).

Geschichte: Im Einzugsfeld der liberalen Gruppierungen, die sich einer zügigen Reformierung des Staatswesens angenommen hatten, entstanden 1883 auch die ersten sozialen Zusammenschlüsse. Ihr Ziel war es, der aufgrund der sozialen Rückständigkeit in Finnland um sich greifen-

den Verelendung zu begegnen. 1886 bewogen diese Zustände den Seidenfabrik-Besitzer *H. von Wright* zur Gründung von Arbeitervereinen. Dabei richtete sich sein Interesse noch mehr auf die Hebung der Bildungs- und kulturellen Bedürfnisse als auf Abbau der unmittelbaren materiellen Not, eine typisch liberale Haltung, die davon ausging, bei genügend politischer und geistiger Aufklärung könne der materielle Abstand mittels Eigeninitiative des Individuums behoben werden. Auf dem Gründungsparteitag 1899, auf dem sich die Arbeitervereine zu einer Partei zusammenschlossen, ließen sich jedoch schon die ersten radikaleren Initiativen erkennen. 1903 mußte sich *Wright* enttäuscht zurückziehen. Marxistische Agitatoren hatten die Jugend und die reine Industriearbeiterschaft fest in der Hand. Der Parteitag von 1903 wies die junge Partei als streng marxistische Kampfpartei aus, die in absoluter Opposition zu dem damaligen Staat stand. Der Schriftsteller und Sozialwissenschaftler *E. Diktonius* veröffentlichte seine ersten Traktate, mit denen er später auf die sozialdemokratischen jungen Führer und Theoretiker großen Einfluß gewann. Die Revolution in Rußland griff 1905 so schlagartig auf die finnische Situation über, daß man von ganz eigenständigen Aufständen in Finnland sprechen kann. In Tampere kam es zwischen russischen und finnischen Sozialisten zu den ersten Begegnungen, die zu Vereinbarungen über Gemeinschaftsaktionen führten und Übereinstimmungen in der Diskussion über den Weg beider Parteien brachten. Der Sieg der Konstitution, durch die Verfassungsänderung von 1906 (→ Einleitung) vernichtete die Hoffnungen der radikalsten Elemente unter der Sozialdemokratie auf eine rasche Revolution und die Abschaffung der überkommenen Ordnung. Wie die bürgerlichen Parteien sich nun innerhalb der kurzen Frist umstrukturieren mußten, waren auch die finnischen Sozialisten gezwungen, sich dem ungewohnten parlamentarischen Machtkampf anzupassen und von gewaltsamen Aktionen Abstand zu nehmen.

Bei den Reichstagswahlen 1907 erhielten die Sozialdemokraten auf Anhieb 80 der 200 Mandate. Schlagartig zeigte sich die wahre politische und soziale Situation im Lande, nachdem in der alten Ständevertretung nahezu die Hälfte der Bevölkerung im Staate von der Mitwirkung an der Gestaltung der politischen Verhältnisse ausgeschlossen gewesen war. Diese gewaltige Veränderung des politischen Lebens in Finnland kam einer maßvollen Revolution gleich.

In der Folgezeit, bis zum Kriegsausbruch, standen die Sozialdemokraten, die von Reichstagswahl zu Reichstagswahl die Zahl ihrer Mandate anhoben und 1913 bereits 90 Abg. stellten, dem Machtkampf zwischen dem bürgerlichen Senat des Großfürstentums mit der zaristischen Regierung in St. Petersburg teilnahmslos gegenüber. In geheimer Verbindung mit der russischen Partei und den Untergrundströmungen wartete man auf den Aufstand der großen Bruderpartei und glaubte nur an eine Erfüllung der nationalen Wünsche Finnlands in der großen Revolution der Arbeiterklasse Rußlands oder Europas. Das Abwarten schien sich 1916 auch insofern zu lohnen, als auf diesem Wege den Sozialisten die parlamentarische Mehrheit automatisch zuwuchs; denn die Unzufriedenheit hatte inzwischen längst das bürgerliche Lager selbst ergriffen. Die Niederlagen der zaristischen Armeen, viele heimliche Sympathien für die Mittelmächte und die einsetzende Knappheit an allen Gütern des täglichen Bedarfs schafften eine Situation, in der Sozialdemokraten zum erstenmal in der finnischen Geschichte mit 103 Mandaten die absolute Mehrheit gewannen. Vielen Parteimitgliedern erschien damit eine gewaltlose Machtübernahme zum erstenmal als eine reale Möglichkeit.

Nach der Märzrevolution 1917 gab die SDP zum erstenmal ihre Obstruktionshaltung auf. Am 26. 3. 1917 bildete der sozialdemokratische Gewerkschaftsvorsitzende *O. Tokoi* die erste finnische Koalitionsregierung auf der Basis 6 : 6 Senatoren zwischen nicht-sozialistischen und sozialistischen Parteien, praktisch ein Allparteienkabinett unter sozialdemokratischer Führung. Schon in den Sommermonaten zogen sich die Sozialdemokraten jedoch wieder aus der Regierung zurück. Ihre Verbindung zu den russischen Menschewiki, die den Beschluß der Regierung *A. Kerenskij*, den Krieg fortzusetzen, mittrugen, brachte die SDP gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen in der finnischen Öffentlichkeit in Bedrängnis. Die wachsende Zahl russischer Truppen im Lande wurde für die Innenpolitik ein Störfaktor, der dem Ansehen der Partei nur schaden konnte.

Eine bedeutende Rolle in der Führung der Partei fiel zu dieser Zeit *O. Kuusinen* zu. Mit anderen Jungakademikern und Studenten war er, unter dem Einfluß der Werke von *K. Marx* und *F. Engels* sowie der russischen und deutschen Theoretiker *(K. Kautsky, E. Bernstein, Lenin)*, 1905 zur SDP gestoßen. Schon vor seiner Mitgliedschaft im Partei-Komitee 1909 hatte *Kuusinen* starken Einfluß auf weite Teile der Partei gewonnen. Ab 1911 übernahm er den Parteivorsitz und versuchte in der Folgezeit erfolgreich, die auseinanderstrebenden Flügel der Partei zu integrieren. Es gab seit Bestehen der Partei Auseinandersetzungen über die richtige Taktik, über langfristige Strategien und über die endgültigen Zielsetzungen. Durch seinen Bildungsstand, seine theoretische Belesenheit und seine Zurückhaltung in den Auseinandersetzungen zwischen den streitenden Fraktionen gewann *Kuusinen* eine überlegene Position, auch als er sich 1917 aus den vorderen Reihen zurückziehen und radikaleren Kräften wie *K. Manner* Platz machen mußte. Nach der Selbständigkeitserklärung von 1917 und dem Versuch der Regierung, die bewaffneten Kräfte im Lande wieder unter Kontrolle zu bringen, wehrte sich *Kuusinen* noch im Januar 1918 gegen den

Druck zum bewaffneten Aufstand. Er glaubte, ohne bewaffneten Konflikt eine Koalitionsregierung bilden zu können, in der sich die Sozialdemokraten kraft Unterstützung der breiten Massen würden durchsetzen können. Als aber Mitte Januar 1918 die Mehrheit sich immer deutlicher für eine gewaltsame Lösung entschied und schließlich die Bildung der »Volksdelegiertenschaft« als Rote Gegenregierung den Senat zur Flucht aus der Hauptstadt trieb, schloß sich *Kuusinen* der Überzeugung der Revolutionäre unter Führung *Manners* an, die Volksregierung müsse durch die bewaffnete Macht abgesichert werden und die Gewalt im ganzen Lande übernehmen. Er übernahm in der Roten Regierung das Kommissariat für Volksaufklärung.

Die Niederlage im Bürgerkrieg gab den gemäßigten Kräften in der SDP, die den friedlichen Weg als den einzigen zu dauerndem Erfolg erkannt hatten, nachträglich recht. Der radikalere Flügel, und mit ihm auch *Kuusinen,* mußte die Flucht nach Rußland antreten, um sich der Verfolgung durch die Weiße Regierung zu entziehen. Dort wurde am 29. 8. 1918 die → KOMMUNISTISCHE PARTEI FINNLANDS (SKP) gegründet.

Die Parteigründung in Moskau koppelte den revolutionären Flügel der SDP vollständig von der im Mutterland verbliebenen Partei ab. Diese, von Parteiverbot und politischer Verfolgung bedroht, konnte unter keinen Umständen sich mit dem Emigrationsflügel solidarisieren. Der Bürgerkrieg und die Folgezeit hatten in fast allen Teilen der finnischen Bevölkerung, einschließlich der Arbeiterschaft, solche antirussischen Haßgefühle hervorgerufen, daß sich eine Verbrüderung mit dem jungen sowjetischen Staat verbot, wenn die Partei ins politische Leben zurückkehren und den alten Einfluß in der parlamentarischen Auseinandersetzung zurückgewinnen wollte. Dies aber war der Wunsch fast aller im Lande verbliebenen Parteifunktionäre, über die nach der allgemeinen Amnestie *V. Tanner* die Führung übernahm. *Tanner,* wie auch später *Tokoi,* galten den Emigranten in Moskau und Leningrad fortan als Verräter, gegen die sich aller Haß richtete. Die Feindschaft *Kuusinen–Tanner,* die schließlich auch eine intime persönliche geworden war, machte bis zu beider Tod 1964 finnische und finnisch-sowjetische Geschichte.

Als die SDP sich wieder konstituieren konnte und sich unter der mehrheitlich liberal geführten Regierung *L. Ingmans* kaum behindert an den Märzwahlen 1919 beteiligen durfte, erzielte sie einen unvorhergesehenen Erfolg: mit 80 Mandaten zog sie wieder als stärkste Fraktion in den ersten Reichstag der souveränen Republik Finnland ein. Gleichzeitig schieden sich die Wege zwischen den revolutionären und den parlamentarischen Fraktionen in der Parteispitze jedoch endgültig. *Kuusinen* weilte 1919 heimlich in Helsinki und bereitete im Untergrund die Gründung einer radikal-sozialistischen Gegenpartei vor (→ SKP).

Eine neue Etappe in der Geschichte der SDP wurde am 13. 12. 1926 eingeleitet. *Tanner* bildete ein sozialdemokratisches Minderheits-Kabinett aus allein 13 sozialdemokratischen Ministern, das über ein Jahr im Amt blieb. (Von den vorausgegangenen 14 Regierungen nach der März-Revolution erreichten nur 2 ein so hohes (!) Alter.) Daß die Sozialdemokraten die Regierung allein bilden mußten, machte deutlich, daß sie unter den Reichstagsparteien noch immer keinen Partner fanden, der sich mit ihnen die Verantwortung teilen wollte. Trotzdem war für *Tanner* dieser politische Sieg ein außerordentlicher Erfolg auf dem Wege zur vollgültigen Eingliederung der Partei in das neue demokratische System. Von daher bestimmte strenges Legalitätsdenken den Kurs der Partei und auch ihr Verhältnis zu Kommunisten und Linkssozialisten. Die SDP respektierte vollauf den Gerichtsbeschluß, aufgrund dessen die von *Kuusinen* gegründete FINNISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI verboten worden war, obwohl das die Einheit der Partei schwer belastete. Zugute kamen ihr jedoch Strömungen unter den Linkssozialisten und auch innerhalb der Kommunisten, die auf eine Annäherung an die Mutterpartei abzielten. Die SDP begann wieder für das ganze linke Lager zu sprechen. Die Wähler kehrten aus Mangel an echten Alternativen zu ihr zurück: 1933: 37,5 %, 1936: 38,5 %, 1939: nahezu 40 %. Mit 85 Mandaten hatte sie beinahe die Position aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg wieder zurückgewonnen.

Ein einschneidendes Ereignis wurde die Regierungsbildung am 12. 3. 1937 *(A. K. Cajander III),* als die Sozialdemokraten zum erstenmal mit Agrariern und Liberalen gemeinsam eine grün-rote Koalition bildeten. Für die Agrarier war es ein gewagter Schritt, mit einer Partei die politische Ehe einzugehen, die eine totale Sozialisierung der gewerblichen Wirtschaft in ihrem Programm forderte und noch immer eine Partei war, die – wenn auch mit Mitteln der parlamentarischen Demokratie – die Gesellschaft von Grund auf zu verändern trachtete. Das war das genaue Gegenteil dessen, was sich die Agrarier zur politischen Zielsetzung auserkoren hatten. Tatsächlich bedeutete jedoch dieser Regierungseintritt der Sozialdemokraten deren Abkehr von starrer ideologischer Bindung in Richtung auf eine pragmatische, von Verantwortung für das Staatsganze getragene Politik. Das Eis zwischen der ehemaligen Bürgerkriegspartei und der siegreichen parlamentarischen Republik westlichen Musters war damit gebrochen, die SDP zu einer der stärksten Parteien aufgerückt.

Bei Ausbruch des Winterkrieges stellte sie dies erneut unter Beweis. Der von *Kuusinen* unterzeichnete Aufruf der finnischen Kommunisten zum Aufstand gegen die imperialistische, monopolkapitalistische Republik, zur bewaffneten Erhebung und zur solidarischen Verbrüderung mit der Roten Armee fand kein Gehör. Die Regierung wurde umgebildet: *Tanner* übernahm das Außenministerium, Schweden und Konservative wur-

den in eine große Koalition zur Bewältigung der katastrophalen Entwicklung einbezogen. Sozialdemokraten standen erstmals mit den Konservativen in einer Regierung.

Eine linke Gruppierung um den langjährigen Parteisekretär *K. H. Wiik,* die sich dieser Entwicklung entgegenstellte unter Berufung auf den Frieden und den sozialistischen Internationalismus als für die SDP verpflichtende Ideen, wurde im September 1940 aus der Partei ausgeschlossen.

Die Sozialdemokraten haben in allen Kriegsregierungen dem Staat die Treue gehalten. In der Endphase 1943–44 und in den Übergangsregierungen für die äußerst schwierigen Waffenstillstands- und Vorfriedensverhandlungen erhöhten sie ihre Beteiligung im Kabinett sukzessive von 4 auf 6 Minister und waren bereit, die ganze Verantwortung für ihre Beteiligung an den Kriegsentscheidungen zu übernehmen. An der Regierung *Hackzell,* die am 19. 9. 1944 in Moskau den Präliminar-Frieden unterzeichnete, war die SDP mit 5 Ministern beteiligt und in der folgenden Übergangsregierung *Castrén,* 21. 9.–17. 11. 44, stützten 7 Sozialdemokraten den gegen die deutsche Armee in Nord-Finnland und Finnisch-Lappland geführten Krieg. Die Legalisierung der Kommunisten nach dem Frieden von Moskau führte zu einer schweren Krise innerhalb der SDP. Am 29. 10. 1944 erfolgte die Gründung des → Volksdemokratischen Verbandes Finnlands (SKDL), einem von der SKP inspirierten Zusammenschluß aller antifaschistischen Linksgruppen und Massenorganisationen (links von der SDP). Für die SDP bedeutete dies eine Polarisierung ihrer inneren Gegensätze, die auf dem XIX. Parteitag vom 25.–29. 11. 1944 offen zutage trat. Eine Minderheit unter Führung von *M. Pekkala* und *J. W. Keto* setzte sich für ein Zusammengehen mit dem SKDL ein, wurde jedoch von der Mehrheit der *Tanner*-Anhänger überstimmt. Daraufhin verließ im Laufe des Jahres 1945 die ganze linkssozialistische Opposition der Partei, um sich im SKDL die neue politische Heimat zu suchen. Diese Entwicklung spiegelte sich im Ergebnis der Parlamentswahlen von 1945 wider. Die SDP erhielt nur noch 25,1 % der Stimmen (50 Mandate) gegenüber 39,8 % (85 Mandate) 1939; der SKDL konnte auf Anhieb 23,5 % (49 Mandate) gewinnen. Um der Gefahr weiterer Positionsverluste zu begegnen, erklärte sich die SDP 1946 zur Beteiligung an einer von *M. Pekkala* geführten Volksfrontregierung mit dem SKDL und dem Landvolkbund bereit, die bis 1949 Bestand hatte. Auch danach blieb die SDP mit nur zeitweiligen Unterbrechungen Regierungspartei, während der SKDL und mit ihm die SKP längst die Vertrauensbasis zum Präsidenten verloren hatten und als nicht mehr regierungsfähig in die Opposition verbannt waren. Sozialdemokratische Minister in Vorkriegs- und Kriegsregierungen, die als Angehörige der Parteimitte oder der Parteilinken seit 1944 Regierungsverantwortung übernahmen, waren vor allem *U. Takki, Fagerholm, O. Hiltunen, J. Aura.* Aber auch *E. A. Wuori,* der spätere Botschafter in Moskau, *E. Skog, A. Simonen* und *R. Paasio* gehörten zu den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern, die sich Verdienste um die Kontinuität ihrer Partei erworben haben. Die alte Personalkonstellation aus den Jahren nach dem Bürgerkrieg, aus den 30ern und aus der Kriegszeit hatte sich völlig verschoben. Innerhalb der SKDL hatte die relativ klein gebliebene Gruppe oppositioneller Sozialdemokraten die Sozialistische Einheitspartei (SYP, Sosialistinen Yhtenäisyydenpuolue) gegründet, die 1955 aus dem SKDL ausschied und später im TPSL aufging (→ Linkssozialistische und Kommunistische Parteien). Große Bedeutung haben die alten Oppositionspolitiker aus der SDP nach *Pekkalas* Abgang nicht mehr erreicht.

Innerhalb der SDP machte sich in der Zeit der Volksfrontregierungen bereits eine wachsende Distanzierung zur äußersten Linken in SKDL und vor allem SKP bemerkbar. Weltpolitische Ereignisse, vor allem die Entwicklung in Osteuropa, waren mitentscheidend für das wachsende Mißtrauen gegenüber den finnischen Kommunisten in den Jahren der End-Stalin-Zeit. Die zunehmend antikommunistische Einstellung führte schließlich 1952 zur Verabschiedung des neuen Grundsatzprogrammes, das im wesentlichen einer stärkeren Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus diente und jeder Zusammenarbeit mit Gruppen, die einer gewaltsamen Veränderung der bestehenden Zustände das Wort redeten, eine grundsätzliche Abfuhr erteilte.

Den Hintergrund der neuen Li ie bildeten nicht allein die Kompetenzüberschreitungen der kommunistischen Minister für Inneres und Justiz (Verhöre und Verhaftungen, Bildung eines politischen Polizeiapparates, terror-ähnliche Einschüchterungen politischer Gegner etc.) während der Regierung *Pekkala,* sondern auch die verbliebene Verbitterung aus den Kriegsschuldigen-Prozessen 1945–46, in denen u. a. *Tanner* zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt worden war, später freilich amnestiert wurde. In den Wahlen 1948 erlitten die Kommunisten einen schweren Rückschlag (38 Mandate), aus dem die SDP mit 54 Mandaten jedoch keinen allzu großen Gewinn ziehen konnte. Am meisten vermochte der Landvolkbund aus den Erfahrungen der Volksfrontregierungen zu profitieren und zur stärksten Fraktion aufzusteigen. 1953–54 gab es die ersten rein bürgerlichen Regierungen nach dem Kriege. Der Streit darüber, wie dem zu begegnen sei und welche politische Linie dafür die Verantwortung trage, brach erst 1956 in der SDP voll auf, als der Generalstreik und der verlorene Wahlkampf um die Präsidentennachfolge (*Kekkonen* gegen *Fagerholm* 150:149 Wahlmännerstimmen) die Mehrheit innerhalb der Parteidelegiertenschaft dahin tendieren ließ, den alten starken Mann, *Tanner,* wieder an die Spitze der Partei wählen zu lassen. *Tanners* Sieg bedeutete jedoch wieder eine Parteispaltung, die abrupte Abkehr der Agrarier

von ihrem langjährigen Koalitionspartner, zu dem die politischen Beziehungen im Reichstag kurzerhand abgebrochen wurden, und vor allem eine Konsternierung der Sowjetführer, die in *Tanner* ihren politischen Feind aus der Zeit des Winterkrieges und des Kriegsbündnisses mit *Hitler* sahen. Im Mai 1957 trat die im Jahr zuvor gebildete SDP-Regierung unter *Fagerholm* zurück. Die Minderheitsregierung von *Sukselainen* nahm im Sommer des gleichen Jahres 5 Sozialdemokraten der innerparteilichen, linken Opposition in die Regierung auf und verstärkte damit die Krise in der SDP. *Skog,* langjähriger Verteidigungsminister der SDP, faßte die Opposition 1958 zusammen und bildete aus ihr zunächst den SOZIALDEMOKRATISCHEN BUND, aus dem nach der Reichstagswahl 1962 der SOZIALDEMOKRATISCHE BUND DER ARBEITERSCHAFT UND DER KLEINLANDWIRTE (TPSL) hervorging (→ LINKSSOZIALISTISCHE UND KOMMUNISTISCHE PARTEIEN). Die nunmehr 4. Parteispaltung der Sozialdemokraten seit 1903 schwächte die SDP zugunsten des SKDL, der mit 50 Mandaten zur größten Fraktion wurde und mit über 23 % der Stimmen seinen größten parlamentarischen Erfolg erzielte. Zusammen hatten die Linksparteien 1958 eine knappe Mehrheit von 101 Mandaten im Reichstag, waren jedoch verfeindeter als je und zu gemeinsamen Aktionen gänzlich unfähig.

In dieser Situation versuchte als ehrlicher Makler aus der Mitte seiner Fraktion und mit Hilfe des Ansehens, das er genoß, *Fagerholm* die Öffnung seiner Partei nach rechts im Sinne der Mehrheit unter *Tanner* und *V. Leskinen.* Die Koalition der *Tanner*-Sozialisten mit Agrariern, Konservativen, Liberalen und Schweden, dem ganzen bürgerlichen Spektrum gegen die radikale Linke aus den Linkssozialisten im SKDL, aus Kommunisten hinter dem SKDL und aus dem linken Oppositionsflügel der SDP führte in den Beziehungen der UdSSR ins Desaster. Während der Nervosität nach dem Berlin-Ultimatum *Chruščevs* verstärkte sich der Einfluß von Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär *Kuusinen* auf die sowjetische Führung. Moskau sistierte seine Handelsbeziehungen mit Helsinki, einige Wochen später trat die Regierung *Fagerholm III* zurück. Neben den Volksdemokraten aus innenpolitischen Gründen fanden sich fortan die Sozialdemokraten aus außenpolitischen Gründen im parlamentarischen Abseits. Dazu brachte nach dem Debakel um die Präsidentschaftswahlen 1962, als *Tanner* zusammen mit den bürgerlichen Parteien außer dem LANDVOLKBUND *Kekkonen* als Kandidaten den parteilosen *R. Honka* gegenüberstellte und die Sowjetführung wiederum zur massiven Intervention schritt, die Reichstagswahl 1962 einen absoluten Tiefpunkt. Die SDP war nur noch mit 38 Abg. vertreten und restlos abgeschlagen. Diese Entwicklung leitete in der Fraktion einen Umdenkungsprozeß ein, äußerlich dokumentiert durch *Tanners* Rücktritt auf dem Parteitag 1963. Unter seinem Nachfolger *Paasio* und Parteisekretär *Leskinen* erfolgte eine Öffnung nach links, deren Ergebnis eine Verbesserung der Beziehungen zur sowjetischen Regierung und die Bildung der Regierung *Paasio I* unter Einschluß des SKDL waren. Grundlage dafür bot der beachtliche Wahlsieg der Linken 1966, in dem die SDP wieder 55 Sitze und der TPSL aus der Listenverbindung mit dem SKDL sogar 7 Sitze errang. Die Linksparteien hatten erstmals seit 1916 im Reichstag wieder eine Mehrheit von 103 : 97 mit 51 % der Wählerstimmen. Die Regierung *Paasio I* und die darauffolgende *Koivisto I,* 1968–70, waren in der Stabilisierung des staatlichen Finanzwesens und der Fortschreibung einer, gegenüber Mitteleuropa und Schweden, immer noch zurückliegenden Sozialpolitik außerordentlich erfolgreich. Das Erstaunliche an der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik war die Tatsache, daß sogar die Regierungsbeteiligung von Altkommunisten eine moderne liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, wie sie einem westlichen Industriestaat gerecht wird, nicht hindern konnte.

Seit 1966 führen Sozialdemokraten entweder die Koalitionsregierungen oder sind maßgeblich an ihnen beteiligt, mit Ausnahme der Reichstagssession 1976–77.

Die Reichstagswahlen 1970, 72, 75 und 79 brachten der SDP allerdings die alte Stärke von 1966 nicht mehr. Die Linke ging geschwächt aus diesen Wahlen hervor, so daß sie in den Regierungen nur mit einer Minderheit von meist 9 : 8 vertreten war. Auch in der im Mai 1979 gebildeten Regierung *Koivisto II* stellt die Linke aus Sozialdemokraten (5) und Volksdemokraten (3) nur die Minderheit. Der Wahlausgang vom März 1979 war für die SDP enttäuschend und brachte das niedrigste Ergebnis seit 1966 (23,9 %).

In den frühen 70er Jahren gewannen in der politischen Diskussion auch in Finnland der Neo-Marxismus und die Neue Linke an Boden. Besonders innerhalb der SDP gab es eine deutliche Wanderung nach links. Mit *Paasio* und *Leskinen* verließen die letzten Sozialdemokraten der politischen Kriegs- und Nachkriegsgeneration das Feld. Allerdings sind die vordrängenden radikaleren, jungen Neomarxisten aus der Zeit 1970–77 bereits schon wieder in den Hintergrund getreten. In der 1978 wieder stark aufgekommenen Sozialismus-Diskussion zeigt sich eine tiefe Ernüchterung gegenüber den Begriffsinhalten all dessen, was unter (konkretem) Sozialismus zusammengefaßt wird. Die heutige Fraktion von 52 Abg. ist in mehr oder weniger 3 Gruppen gegliedert, wobei die Linke noch über eine eindeutige Mehrheit verfügt.

J. H. Hodgson, Die Linke in der finnischen Politik, in: H. Rühle, H.-J. Veen (Hg.), Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa, Bd. II, 1979.

Vaterländische Volksbewegung (**IKL,** Isänmaallinen Kansanliike).

Ende März 1932 aus der kurz zuvor verbotenen rechtsradikalen »Lapua-Bewegung« (deren

Kern in der österbottnischen Marktgemeinde Lapua lag) hervorgegangen. Radikalkonservativbäuerliche Elemente mit ständestaatlichen Vorstellungen bildeten das Element der Auflehnung gegen die junge Republik, deren starke Linksopposition in- und außerhalb des demokratischen Feldes der Zusammenarbeit mit dem Bolschewismus verdächtigt wurde. Der Kampf gegen den Verrat der Nation und der nationalen Traditionen sollte maßgeblichen Inhalt nationalstaatlicher Politik nach innen bilden. In der Verfolgung außenpolitischer Ziele standen »groß-finnische«, chauvinistische Territorialforderungen im Mittelpunkt, entsprechend eine Verbrüderungspolitik mit anderen rechtsradikalen und nach Osteuropa expansiven Bewegungen in anderen Teilen Europas, besonders in den Rand-Staaten.

Auf dem Gründungsparteitag am 10. 4. 1932 in Seinäjoki entwarf *H. Gummerus* ein relativ gemäßigtes Programm für eine außerhalb des Parlamentarismus angesiedelte, erzkonservative Partei. Auf einem folgenden II. Parteitag bereits am 5. 6. 1932 hatten sich außenpolitisch radikalere Kräfte aus Studenten- und Akademikerkreisen in der jungen Partei durchgesetzt. Die wegen ihrer chauvinistischen Territorialforderungen in Ost-Karelien und Ingermanland bekannt gewordene und einflußreiche »Akademische Karelien-Gesellschaft« (AKS, Akateeminen Karjala-Seura) setzte sich im IKL immer mehr durch. Einflüsse italienischer Faschisten und der NSDAP aus dem Deutschen Reich wurden unverkennbar.

Während der 30er Jahre erreichte die Partei unter Führung von *V. Kosola* eine Mitgliederzahl von über 80 000. Sie war in 3 Legislaturperioden des Reichstages vertreten: 1933 und 1936 je 14 Abg., 1939 8 Abg. Da man seitens der → Nationalen Sammlungspartei aufgrund der Erfolge der IKL eine Parteispaltung befürchtete, stimmte man 1933 einer Listenverbindung zu. 1941–43 war die IKL an der Regierung *Rangell* beteiligt. Die Okkupation Ost-Kareliens bis zum Onega-See durch die finnische Armee entsprach genau den außenpolitischen Expansionsvorstellungen der IKL.

Die politische Bestätigung der IKL in den 30er Jahren ging im wesentlichen nicht über eine scharfmacherische Propaganda hinaus, die im parlamentarischen Leben für Unruhe sorgte. 1938 sprach Innenminister *Kekkonen* gegenüber der IKL ein Parteiverbot aus, das aber in der Folge durch Gerichtsbeschluß aufgehoben wurde. Im Präliminarfrieden vom Sept. 1944 verpflichtete sich Finnland zum Verbot aller faschistischen Organisationen, darunter auch der IKL, gegenüber der sowjetischen Siegermacht.

Presse: Hauptorgan der IKL war ›Ajan Suunta‹. Es erschienen ferner die kleineren Lokalblätter ›Savon Suunta‹ und ›Lakeuden Suunta‹ mit großem örtlichen Einfluß.

Volksdemokratischer Verband Finnlands (**SKDL**, Suomen Kansan Demokraattinen Liitto). Zusammenschluß von Kommunisten und linkssozialistischen Organisationen.

Gründung: 29. 10. 1944 durch *K. H. Wiik* u. a.

Programm: Das erste Programm des SKDL stammt aus dem Jahr 1949, es wurde 1967 und 1969 durch neue Programme abgelöst. Darin bekennt sich der SKDL zum Aufbau des Sozialismus, wobei er dieses Ziel auch unter den Bedingungen der herrschenden kapitalistischen Gesellschaft für erreichbar hält. Konkret bedeutet dies den Verzicht auf revolutionäre Methoden und die Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung als Voraussetzung für die Durchsetzung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Reformen, die ihrerseits den graduellen Übergang zur sozialistischen Gesellschaft einleiten würden. – Im außenpolitischen Bereich wird die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern hervorgehoben, Außenhandelsbeziehungen mit den Ländern des COMECON wird der Vorzug vor denen mit der EG gegeben.

Organisation: Das wichtigste Organ des SKDL ist der alle 3 Jahre zusammentretende »Verbandstag«, der die wichtigsten Beschlüsse faßt und die Organe wählt. Zwei- bis viermal jährlich tritt in der Zwischenzeit der »Verbandsrat« zusammen, um die Beschlüsse durchzuführen. Die eigentliche Exekutive zwischen den Verbandstagen liegt aber beim »Verbandsvorstand« (1 Vors., 2–4 stellv. Vors., 15–20 eigentl. Mitglieder, 8 Kandidaten), der den Verbandsrat einberuft und die Verbandstage vorbereitet. Innerhalb des Verbandsvorstandes liegt die engere Führung der Geschäfte beim »Verbandsbüro«. Die ursprünglich als Fiktion gedachte Bezeichnung »Verband«, die die wahre Führung durch die SKP verschleiern sollte, wirkt sich heute eher umgekehrt aus und bewirkt ein Zurückdrängen des nur einen Kollektivmitgliedes SKP zugunsten der anderen Verbandsmitglieder. – Die 17 Bezirke des SKDL folgen wie bei den anderen finnischen Parteien auch der Einteilung in 17 Wahlbezirke für die Reichstagswahlen. Die Bezirke sind in Ortsvereine untergliedert, von denen es wiederum 260 im ganzen Lande gibt. Die Ortsvereine gründen sich auf 1750 Parteizellen.

Presse: Zentralorgan des SKDL ist seit 1956 mit dem der SKP gemeinsam: ›Kansan Uutiset‹, Helsinki, schwedische Ausgabe: ›Folk-Tidningen‹. Ferner 6 Regionalzeitungen: ›Hämeen Yhteistyö‹ (Tampere), ›Kansan Sana‹ (Kuopio), ›Kansan Tahto‹ (Oulu), ›Kansan Ääni‹ (Vaasa), ›Satakunnan Työ‹ (Pori), ›Ny Tid‹ (Helsinki).

Geschichte: Der Präliminarfrieden vom 14. 9. 1944 brachte für die → Kommunistische Partei Finnlands (SKP) die Legalisierung. Aus ihrem Selbstverständnis als Avantgarde an der Spitze der Arbeiterklasse heraus erhob sie sogleich im Bereich der sozialistischen Massenorganisationen und anderer marxistischer Parteien den Führungsanspruch. Dazu bedurfte es der Gründung eines weitgefaßten Sammelbeckens aller »demokratischen Organisationen«. Am 29. 10. 1944

wurde zu diesem Zweck, unter wesentlicher Beteiligung des 1940 aus der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (SDP) ausgeschlossenen *Wiik*, der SKDL ins Leben gerufen: ein Dachverband mit Einzel- und Kollektivmitgliedern. Wichtigstes Kollektivmitglied war die SKP, wichtigste Einzelmitglieder mehrere Sozialdemokraten des linken Flügels und der ehemaligen FINNISCHEN SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI.

Aus der SDP schieden der »Demokratische Frauenverband Finnlands« und die »Akademische Sozialisten-Gesellschaft« aus und bildeten bei der Gründung des SKDL die ersten sog. Massenorganisationen, denen dann weitere vom SKDL gegründete folgten, so der Jugendverband SDNL.

Die bekannteste Gruppe der SKDL-Sozialdemokraten bestand aus den »Kuutoset« (Die Sechs), sechs Linkssozialisten, die unter Führung *Wiiks* am Ende des Winterkrieges 1940 innerhalb der SDP eine Antikriegs-Oppositionsgruppe gebildet und sich gegen die SDP-Führung unter *V. Tanner* gestellt hatte. Nach dem Frieden von Moskau gründeten sie die »Finnland-Sowjetunion Gesellschaft« (Suomi-Neuvostoliitto-Seura), zusammen mit Kommunisten aus dem Untergrund (1940). Illegal gaben sie die Zeitung ›Vapaa Sana‹ heraus. – Alle dem SKDL beigetretenen Parteimitglieder wurden 1945 aus der SDP ausgeschlossen, nachdem sich die SDP-Führung unter den Nachfolgern *Tanners* eindeutig für eine Abgrenzung gegenüber den Kommunisten ausgesprochen hatte. 1946 gründeten die ehemaligen Sozialdemokraten innerhalb des SKDL die SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI (SYP, Sosialistinen Yhtenäisyydenpuolue), um gegen das gewaltige Übergewicht der SKP die Identität nicht zu verlieren. Der Versuch scheiterte. Die SYP schied 1955 aus dem SKDL aus und erlosch sehr bald nach dem Tode der letzten Altsozialisten.

Die SKDL-Geschichte ist bis zur SKP-Spaltung eng mit dem Namen *Hertta Kuusinen* verknüpft, die durch ihre Volkstümlichkeit dem Verband erst die große Publikumswirksamkeit verschaffte. 1956, das Jahr des Generalstreiks, des XX. Parteitags der KPdSU, des Ungarn-Aufstandes, war auch das Jahr der ersten Konfrontationen innerhalb der finnischen Kommunisten im eigentlichen Parteiapparat, die sich auf den SKDL rasch auswirkten. *H. Kuusinen* verlor 1957 das wichtige Amt des Generalsekretärs im SKDL an einen jüngeren Reformkommunisten. Der wachsende Konflikt innerhalb der SKP, der 1969 zur Parteispaltung führte, wirkte sich in der Folgezeit zugunsten der nicht-kommunistischen Mitgliedermehrheit im SKDL aus, die zu eigener Aktivität und zur Gruppenbildung gegen das kommunistische Übergewicht zusammenfanden. Dementsprechend wurde der SKDL für die Volksfront-Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten immer attraktiver.

Im März 1971 zerbrach mit der Regierung *Karjalainen* II der letzte Versuch einer Volksfrontregierung mit aktiver Beteiligung der Minderheitskommunisten. Da auch der SOZIALDEMOKRATISCHE BUND (→ LINKSSOZIALISTISCHE UND KOMMUNISTISCHE PARTEIEN) mit dem Ende der Regierung *Koivisto* I (1970) endgültig als Kraft am äußersten linken Flügel ausgeschieden war, gewann der SKDL im Verein mit dem SKP-Mehrheitsflügel zunehmend mehr das Gesicht einer verfassungskonformen, demokratisch-sozialistischen Partei ohne eigentlichen revolutionären Anstrich.

Seit Ende 1975 ist der SKDL mit nur einer zehnmonatigen Unterbrechung an allen finnischen Koalitionsregierungen beteiligt. Den Kabinetten gehörte regelmäßig der jeweilige nichtkommunistische SKDL-Vors. und zwei weitere SKDL-Exponenten des SKP-Mehrheitsflügels an. In Übereinstimmung mit den SDP-Mitgliedern des Kabinetts und mit den zentralen Arbeitnehmerverbänden wurde versucht, durch stabilisierend-mäßigende Einkommenspolitik die bedrohliche Beschäftigungslage in den wirtschaftlichen Krisenjahren 1976–78 aufzufangen. In diesem Sinne kann aus der Rückschau die Haltung des SKDL als Regierungspartei konstruktiv genannt werden, jedenfalls in der heutigen Praxis weit entfernt von den einstigen Zielsetzungen der frühen → SDP oder der SKP, deren einstige radikale Flügel eigentlich im SKDL unter Führung der SKP integriert sein sollten.

Das ursprünglich mit der Gründung des SKDL als Zusammenfassung der Kommunisten, der sozialdemokratischen Linken und aller fortschrittlichen Kräfte zu einer Volksfront mit revolutionären Zielen deklarierte Programm: nationale Unabhängigkeit, Frieden, Wahrung und Weiterung der demokratischen Rechte des Volkes sowie Verbesserung der ökonomischen und sozialen Sicherheit, ist im westlichen, parlamentarisch-demokratischen Verständnis dieser Begriffe und nicht in deren östlicher Semantik in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Im Gegensatz zu der Zeit von 1944–57, während der er trotz vordergründiger Aktivität ehemaliger linker Sozialdemokraten in folgerichtiger Anwendung des »Demokratischen Zentralismus« straff vom Politbüro der SKP geführt wurde, verdient der SKDL heute die Bezeichnung »Verband« mehr als je zuvor. Waren von den bis zu 50 Abg. des SKDL im Reichstag nach dem Ausscheiden alter namhafter Sozialdemokraten in den 50er Jahren kaum mehr als 3–4 Nicht-Kommunisten, oft nur 2, so stellte die »Fraktion der Linkssozialisten« 1979 in der zusammengeschmolzenen Fraktion von 35 Abg. immerhin bereits 8. – 1975 wurden 175 000 Mitglieder angegeben, davon 56 000 Einzelmitglieder. In den Reichstagswahlen 1958 hatte der SKDL mit 23,2% der Stimmen und 50 Abg. seinen Höhepunkt, während die Wahlen 1970 mit nur 16,6% (36 Abg.) das bislang schlechteste Ergebnis brachten. Seit 1975 (18,9%: 40 Abg.) weist der Trend wieder fallende Tendenz auf: 1979 gab es trotz der zahlenstarken neuen Wäh-

lerjahrgänge erstmalig einen absoluten Stimmenrückgang (17,9 %: 35 Sitze). – Um das Verhältnis von nicht-kommunistischen und kommunistischen Wählern des SKDL analysieren zu können, muß man davon ausgehen, daß die knapp 50 000 Mitgl. der SKP ca. 100 000–120 000 Stimmen auf sich ziehen. Von den ca. 520 000 SKDL-Stimmen würden dann annähernd 400 000 von Wählern kommen, die nicht in erster Linie eine kommunistische Partei im engeren Sinne stützen wollen, sondern eine linkssozialistische Richtung. Unter diesen Umständen wird das wachsende Selbstbewußtsein der Linkssozialisten innerhalb des SKDL verständlich, die eine angemessene Beteiligung im Auge haben.

J.-H. Hodgson, Communism in Finland, Princeton N. J. 1967; Ders., Die Linke in der finnischen Politik, in: H. Rühle, H.-J. Veen (Hg.), Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa, Bd. II, 1979; U. Wagner, Finnlands Kommunisten, 1971.

Volkspartei (Kansanpuolue).

Die im September 1917 konstituierte Volkspartei nahm eine Mittelstellung zwischen dem LANDVOLKBUND (→ ZENTRUMSPARTEI) und den damaligen Jungfinnen (Liberalen) ein. Sie bildete für die Wahlen im Oktober mit den anderen großen Parteien außerhalb der Sozialisten, der FINNISCHEN PARTEI und der JUNGFINNISCHEN PARTEI, ein Wahlbündnis gegen die Sozialdemokraten.

Die Volkspartei legte ein Reformprogramm gegen den Sozialismus vor und wollte eine Gegenfront gegen die »Verantwortungslosigkeit im sozialistischen Programm« bilden. Unterstützung bekam sie seitens der Bauern in den westlichen und den östlichen Wahlkreisen, aber auch durch Listenverbindungen mit Konservativen und Liberalen in den zentralen Provinzen. Sie gewann 5 Mandate und trug durch ihre Existenz wesentlich zum Wahlsieg der nicht-sozialistischen Parteien (53,6 %) bei, der entscheidend für den weiteren Verlauf der finnischen Geschichte geworden ist. 1918 griff die Volkspartei unter ihrem Vors. *E. Pullinen* noch einmal in die Geschicke des Landes ein, als 4 ihrer Abg. auf die Seite der Optanten für die republikanische Staatsform traten, zu einem Zeitpunkt, da unter der Reichsverweserschaft von Senatspräsident *P. E. Svinhufvud* Prinz *Friedrich Karl von Hessen* bereits zum König von Finnland berufen worden war.

Bei der großen Parteiumschichtung Ende 1918 ging die Volkspartei in den anderen neuen Mitteparteien auf und trat nicht mehr zu den Wahlen im März 1919 an.

Zentrumspartei (**KESK,** Keskustapuolue).

Ursprünglich sozial-agrarische Partei, die seit dem 2. Weltkrieg eine Position der Mitte anstrebt.

Gründung: November 1908 als LANDVOLKBUND durch Zusammenschluß des BUNDES DER LANDBEVÖLKERUNG mit dem JUNGFINNISCHEN BAUERNBUND. 1965 Namensänderung in Zentrumspartei.

Programm: Das Programm des LANDVOLKBUNDES war auf die Stützung der selbständigen Kleinbauern hin ausgerichtet und forderte die Befreiung der Kleinpächter und die Freigabe von staatlichem Boden für Neusiedler. Der Grundbesitz sollte von Steuern und öffentlichen Aufgaben entlastet werden. Mißtrauen gegenüber der Bürokratie führten zu der Forderung nach deren Einschränkung und Herabsetzung der Beamtengehälter. Auf kulturellem Gebiet setzte sich die Partei für die allgemeine Schulpflicht ein unter Ausrichtung des Lehrplans auf die Belange des täglichen – bäuerlichen – Lebens und Bevorzugung der Volksschule. Außenpolitisch wurden nach Gründung der Republik friedliche Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen Nachbarländern angestrebt. – Das Programm der Zentrumspartei von 1974 spiegelt deren Neuorientierung auf die politische Mitte hin wider. Privateigentum und Schutz des Individuums werden als zentrale Punkte betrachtet, Dezentralisation auf wirtschaftlicher und staatlicher Ebene sowie die Förderung der Kleinbetriebe werden angestrebt.

Organisation: Die Organisation der KESK folgt dem Strukturschema der meisten finnischen Parteien: Ortsvereine fungieren als unterste Ebene und bilden die Grundlage für die Bezirksverbände. Diese bestimmen über die Zusammensetzung des alle 2 Jahre tagenden Parteitages, der seinerseits die Wahl des Parteivorstandes vornimmt.

Presse: Zentralorgan: ›Suomenmaa‹ (Helsinki, Tageszeitung), ›Savon Sanomat‹ (Kuopio, seit 1908), ›Liitto‹ (Oulu, seit 1907) sowie eine große Anzahl weiterer Tageszeitungen auf regionaler und lokaler Ebene.

Geschichte: In der Parteienkonstellation, wie sie sich zu Anfang des 20. Jh. in Finnland herausgebildet hatte (→ Einleitung), fühlten sich die Bauern aus dem städtearmen Landesinnern, dem Osten und dem Norden, nicht mehr ausreichend repräsentiert. Besonders galt dies für die Provinz Österbotten. Die Entfernung zu den Hauptstädten Turku und später Helsinki sowie eine gewisse materielle Selbständigkeit durch die relativ ertragreiche Landwirtschaft bildeten den Boden für selbstbewußte Eigenständigkeit, die nach politischer Realisierung drängte. So war die Gründung einer Bauernpartei als Gegenbewegung gegen das städtische Bürgertum gerade in Österbotten kein Zufall. Am 19. 9. 1906 wurde in Ulu unter Führung von *O. Karhi* der BUND DER LANDBEVÖLKERUNG FINNLANDS (SML, Suomen maalaisväestön liitto) ins Leben gerufen, um an den Wahlen zum neuen Reichstag teilzunehmen; gleichzeitig entstand in Vaasa auf Initiative des Schriftstellers *S. Alkio* der JUNGFINNISCHE BAUERNBUND IN SÜD-ÖSTERBOTTEN (EPNM, Etelä Pohjanmaan nuorsuomalainen maalaisliitto). Beide verstanden sich als eine sozial-agrarische Antwort auf die von den Industriearbeitern getragene sozialdemokratische Herausforderung in dem Bewußtsein, daß der Stand der Mittel- und Kleinbauern noch immer die Bevölkerungsmehrheit umfaßte und deshalb eine eigenständige politische Interessenver-

tretung verdiente. Gegenüber den drei großen bürgerlichen Parteien nahm man von Anfang an eine differenzierte Haltung ein. Es verstand sich von selbst, daß die finnischen Bauern ihrer Nationalsprache verpflichtet waren und in diesem Punkte jede Politik zur Erhaltung der Vorherrschaft der schwedischen Stadtkultursprache ablehnten. Hierin stimmte man mit Fennomanen und Jungfennomanen überein, im Gegensatz zu den internationalistischen Sozialdemokraten, die jede Sprachauseinandersetzung ignorierten, und zu den Schweden (Svekomanen), die in jedem Falle die starke Stellung des Schwedischen als erster Staatssprache zu erhalten bestrebt waren.

Ganz anders lag die Interessenrichtung in der Frage der Beziehungen zu Rußland. Gemeinsam mit den konservativen Fennomanen sah man den richtigen Weg in elastischer Nachgiebigkeit gegenüber dem russisch-nationalen Druck der Petersburger Administration, deren Ziel die Beendigung des finnischen Sonderstatus war. Opportune Anpassung und vordergründige Kompromißbereitschaft bei zäher, hinhaltender Verteidigung der eigenen, tieferen Interessenlage entsprach ihrer historisch verwurzelten Mentalität mehr als intellektueller Advokatenstreit um diese oder jene Verfassungsauslegung. Insofern waren der Bauernvertretung für Koalitionen und Kompromisse nach vielen Seiten keine starren Grenzen gesetzt. So erklärt sich, daß die neue Partei auf der parteipolitischen Bühne rasch an Stärke und Zugkraft gewann, insbesondere nachdem sich SML und EPNM im November 1908 zum LANDVOLKBUND (Maalaisliitto) zusammengeschlossen hatten. 1907 waren beide Parteien mit 9 Mandaten noch klein und relativ unbedeutend, dann nahmen die Wählerzahlen rasch zu. 1916 gewann unter den bürgerlichen Parteien nur der LANDVOLKBUND noch Stimmen und einen Sitz (19 insgesamt) hinzu. Alle anderen mußten gegenüber den siegreichen Sozialdemokraten, die vom wirtschaftlichen und sozialen Niedergang im 3. Kriegsjahr profitierten, empfindliche Einbußen hinnehmen. Durch die Teilnahme am bürgerlich-sozialistischen »Koalitionssenat« vom 26. 3. 1917 konnte der LANDVOLKBUND seine Regierungsfähigkeit und seine staatserhaltende Loyalität manifestieren. Aus den folgenden Konflikten zwischen Sozialisten und Nicht- bzw. Anti-Sozialisten ging er in der Folgezeit jeweils als lachender Dritter, als ideologisch neutrale Instanz der Landbevölkerung hervor, obwohl er keinen Zweifel an seiner Frontstellung im Bürgerkrieg aufkommen ließ und obwohl sich die ›weißen‹ Truppen im wesentlichen aus Jungbauern rekrutierten. Die ideologische Auseinandersetzung der Bürgerfronten schien einem immer größeren Teil der Landbevölkerung zu intellektuell, zu wirklichkeitsfremd und zu lebensfeindlich. Daraus erklärt sich zum größten Teil, daß man aus den Wahlen von 1919, den ersten der Republik, fast doppelt so stark hervorging (1917: 26, 1919: 42 Mandate).

Aus der opfervollen Beteiligung am Bürgerkrieg heraus entwickelte die Partei ein wesentlich ausgeprägteres Staatsrechtsbewußtsein und eine wesentlich stärker nationalbetonte Ausrichtung, ohne die alte taktische Geschmeidigkeit in der Innen- und Außenpolitik aufzugeben. Der LANDVOLKBUND war stets extremen Betrachtungen und Bestrebungen abhold. Jede radikalere Gangart an den äußeren Parteiflügeln führte früher oder später zu Abspaltungen, deren es in der ganzen Parteigeschichte mindest ebenso viele und vielfältige gab wie bei den anderen finnischen Stammparteien (→ KLEINBAUERN- UND AGRARPARTEIEN). Eine Reihe aus dem bäuerlich-religiösen Leben überkommener Traditionen, wie das ursprünglich religiös motivierte Abstinenzlertum bis hin zu einer strengen, unduldsamen Prohibitionshaltung, mußten bald schon einer flexibleren Haltung auch in solchen Fragen weichen. Dieses Einpendeln in der Mitte des ansonsten stark ideologisch differenzierten und unversöhnlich konträren Vielparteiengefüges prädestinierte den LANDVOLKBUND zum ausgleichenden Koalitionspartner, der an den meisten Regierungen der Republik beteiligt war.

Die Ende der 20er Jahre entstehende rechtsradikale »Lapua-Bewegung« fand anfangs aufgrund der gemeinsamen Gegnerschaft gegen den Kommunismus viel Sympathien bei dem LANDVOLKBUND; einige seiner Mitglieder hatten führende Positionen in der »Lapua-Bewegung« inne. Deren fortschreitende Radikalisierung, die auch vor terroristischen Gewalttaten nicht zurückschreckte, führte jedoch Anfang der 30er Jahre zum Abbruch der Beziehungen und zu offener Gegnerschaft. – Krisenhaft für die Partei wirkte sich ihr Eintreten für *P. E. Svinhufvud,* den Kandidaten der Rechten, bei den Präsidentschaftswahlen 1931 aus. Der linke Flügel reagierte mit scharfer Kritik, es kam zu Absplitterungen, und bei den Wahlen von 1933 erlitt die Partei einen Verlust von 6 Mandaten (Rückgang von 59 auf 53). Die daraufhin einsetzende Neuorientierung bewirkte eine allmähliche Annäherung an die Sozialdemokraten (SDP), bedingt auch durch den gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus, und 1937 folgte erstmals die Bildung einer Koalitionsregierung mit der SDP. Die Richtigkeit dieser Zusammenarbeit, die bis 1944 Bestand hatte, bestätigten die Wahlen von 1939, die dem LANDVOLKBUND einen Zuwachs von 3 Mandaten brachten.

Nur zögernd schloß sich die Partei während des Krieges der von *J. K. Paasikivi* entwickelten außenpolitischen Neuorientierung in Richtung auf eine strikte Neutralität Finnlands an. Maßgeblichen Anteil daran, daß die Partei schließlich doch auf diesen, die finnische Außenpolitik bis heute bestimmenden Kurs einschwenkte, hatte *U. Kekkonen,* der 1939 als Innenminister in die Regierung eingetreten war. Nach Kriegsende beteiligte sich der LANDVOLKBUND zunächst an den Volksfrontregierungen unter *M. Pekkala,* wenngleich diese Zusammenarbeit von großem Mißtrauen,

besonders gegenüber den Kommunisten, getragen war. 1948 brachte der Partei mit 56 Mandaten den größten Wahlerfolg der Nachkriegszeit. Ungeachtet dessen bildete die SDP zunächst die Regierung, wurde jedoch 1950 von einer Minderheitsregierung *Kekkonen* abgelöst. Die während dieser Zeit andauernden Verhandlungen zwischen beiden Parteien führten 1951 zur Koalitionsbildung, die bis 1957 in Form von 7 Regierungen Bestand hatte.

Für den LANDVOLKBUND war diese Zeit nicht frei von inneren Schwierigkeiten. Verfallserscheinungen, die nicht nur als Spaltungskrisen gedeutet werden konnten, traten auf. Landflucht und Industrialisierung nagten am soziologischen Fundament, und es war bereits damals nur eine Frage der Zeit, wann die Wählerzahlen zurückgehen würden. Die Diskussionen um eine Anpassung an die Wählerbedürfnisse waren geeignet, radikalere Agrarkreise von Verrat sprechen zu lassen und den Spaltungstendenzen Vorschub zu leisten. Diese machten sich 1957–58 immer stärker bemerkbar und führten 1959 in Ost-Finnland zur Gründung der KLEINBAUERNPARTEI FINNLANDS (→ KLEINBAUERN- UND AGRARPARTEIEN) unter dem ehemaligen Vorstands- und Kabinettsmitglied *V. Vennamo.* 1962 zog die Partei erste Konsequenzen aus den Veränderungen der Wählerbasis. Es kam zur Bildung einer ZENTRUMSPARTEI FINNLANDS (Suomen Keskustapuolue), mit der der LANDVOLKBUND bei den Wahlen des gleichen Jahres in Listenverbindungen vor die Wähler trat. Er erreichte noch einmal knapp das prozentual höchste Wahlergebnis der Nachkriegszeit von 1954 und wurde mit 53 Mandaten stärkste Partei. Nach weiteren innerparteilichen Diskussionen darüber, daß die alte Bauernpartei sich der Verstädterung und der Landflucht in der Entwicklung anzupassen habe, beschloß man 1964 die Öffnung der Partei für die städtische Wählerschaft durch Deklaration zur großen, staatsumfassenden Partei der Mitte. Ab 1965 nannte sich die Partei offiziell: Zentrumspartei (Keskustapuolue) und trat 1966 erstmals unter dieser neuen Bezeichnung vor die Wähler. Sie mußte einen Verlust von 3 Mandaten hinnehmen. Ihre anschließende Beteiligung an sozialdemokratisch geführten linksgerichteten Regierungen irritierte den Großteil ihrer Wählerschaft und führte zu der schweren Niederlage bei den Wahlen von 1970, die einen Rückgang von 49 auf 36 Mandate brachte. Ungeachtet dieses Verlustes, den die Partei nie mehr ausgleichen konnte, ist sie ein bestimmender Machtfaktor der finnischen Innenpolitik geblieben. In den Volksfrontregierungen seit 1966 stellte die Zentrumspartei immer den zweiten Mann, gleichzeitig Außenminister, oder sorgte dafür, daß der Parteivorsitzende als stellvertretender Ministerpräsident maßgeblichen Einfluß auf die Innen- und besonders die Außenpolitik behielt. Eine Regierungskoalition der großen Parteien (SOZIALDEMOKRATEN, VOLKSDEMOKRATEN/KOMMUNISTEN und/oder KONSERVATIVE) gegen die ZENTRUMSPARTEI hat es nicht gegeben. Dennoch ist ihre Stellung nicht unproblematisch. Unter dem Zwang der Verhältnisse, nämlich der fortbestehenden Tatsache, daß die Partei aus Rücksicht auf die enorme Mitgliederzahl von ca. 300 000 bei den Tarifverhandlungen mit sozialdemokratisch und kommunistisch geführten Gewerkschaften auf die Einkommensinteressen der Bauernschaft Rücksicht nehmen muß und sich laufend im Interessengegensatz zum Konsumenten befindet, war es nicht möglich, in der Stadtwählerschaft den Anhang zu verstärken. In städtischen Bevölkerungskreisen kam die Partei nicht über einen Anteil von 4–6% bisher hinaus; dies sind meist Zuwanderer, die der Partei aus der Tradition und aus alter Anhänglichkeit für einige Zeit oder dieser Generation die Treue halten.

Aber trotz dieser Entwicklung und auch dem allmählichen Sinken des Ansehens in der Öffentlichkeit ist es nach dem unbefriedigenden Ausgang der Wahlen im Frühjahr 1979 (17,4% der Stimmen, 36 Mandate gegenüber 1975: 17,7% und 39 Sitze) der geschickten alten Taktik wieder gelungen, als nurmehr drittstärkste Partei im Reichstag im 2. Volksfrontkabinett von *M. Koivisto* mit 6 Sitzen stärkster Koalitionspartner zu sein. Der Parteivors. *J. Virolainen,* Parlamentarier seit 1945 und Parteivors. seit 1965, ist entgegen einer mehr als 20jährigen Praxis nicht mehr in der Regierung vertreten.

Die große Gefahr für den Bestand der Zentrumspartei geht aus den vorgenannten Gründen heute von der gemäßigt-konservativen NATIONALEN SAMMLUNGSPARTEI aus als der modernen liberal-konservativen Sammelpartei der Mitte, die auf Kosten der rechten SOZIALDEMOKRATEN, der LIBERALEN und der Zentrumspartei rasch an Boden gewinnt.

FRANKREICH

von

KLAUS BURKHARDT [BU], GOTTFRIED NIEDHART [NI]

Die Geschichte der politischen Parteien in Frankreich ist stark beeinflußt vom negativen Inhalt, der dem Parteibegriff zunächst anhaftete. In der Tradition der Revolution von 1789 galt das von einzelnen Parteien freilich in unterschiedlicher Form und Entschiedenheit vertretene Grundprinzip, daß der einzelne Abgeordnete zuerst Repräsentant der Wähler und der Nation zu sein habe und seine Stellung nicht auf eine Partei gründen dürfe. Ungeachtet der im Laufe der III. Republik zunehmenden Verankerung politischer Parteien im politischen Leben und Verfassungssystem blieben die politischen Parteien im allgemeinen Bewußtsein Zwischeninstanzen, die eher Sonderinteressen verfolgten und den Gemeinwillen zu verfälschen drohten. Parteien fungierten zunächst ausschließlich als regional begrenzte Wahlorganisationen, deren Tätigkeit nach erfolgter Wahl endete. Es fehlte ein durchgängiges organisatorisches Prinzip, so daß bis zum Beginn des 20. Jh. eher von politischen Strömungen zu sprechen ist als von Parteien im strengen Sinn des Wortes, die über nationale Mitgliedsorganisationen, Parteiapparate, Fraktionsdisziplin und dergleichen mehr verfügten. Parlamentarisierung und Parteienbildung gingen nicht Hand in Hand. Dominierend blieb die lokale Basis jedes Abgeordneten und die Überzeugung, daß Fraktionsdisziplin durch die Parteileitungen nicht erzwungen werden dürfe. Die Folge waren unsichere Mehrheiten und häufige Regierungswechsel. Auch nach der Gründung politischer Parteien blieben die Handlungsmöglichkeiten der Parteizentralen begrenzt. Allein die Linksparteien und die Radikalsozialisten entwickelten eine – im Vergleich zu anderen Ländern jedoch rudimentär bleibende – Parteiorganisation. Auch nach dem 1. Weltkrieg blieb in der französischen Innenpolitik der Einfluß führender Persönlichkeiten vorherrschend, die die Parteiorganisationen in den Hintergrund drängten und in der praktischen Politik parteipolitisch oft nicht eindeutig zuzuordnen waren. Dies galt besonders für die Mitte-Rechts-Parteien. Begriff und Organisationsform der Partei blieben den Konservativen fremd, so daß es nicht zu einer großen Rechtspartei gekommen ist.

Die herausragende Stellung der Persönlichkeiten resultierte auch aus dem Wahlrecht. Das Mehrheitswahlrecht mit Einzelkandidatur in den Arrondissements unterstrich die traditionell starke Stellung lokaler Honoratioren und die Unabhängigkeit der Gewählten von überregionalen Parteiorganisationen. Nur die Wahlen von 1885 waren Listenwahlen. 1919 wurde eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht eingeführt, 1928 erfolgte die Rückkehr zum alten Persönlichkeitswahlrecht. Die Abgeordnetenkammer hatte eine vierjährige Legislaturperiode. Wie auch später noch in der IV. Republik bestand eine starke Tendenz zum »régime d'assemblée«. Die Verfassungswirklichkeit war durch die Macht der Parlamentarier – nicht so sehr der Parteien – geprägt. Die 104 Kabinette der III. Republik

amtierten im Schnitt nur acht Monate. Gegengewichte und Elemente der Kontinuität bildeten die zweite Kammer des Parlaments, der Senat und die staatliche Bürokratie. Wichtig für die Parteienentwicklung war die seit 1910 bestehende Bestimmung, die die Einschreibung der Abgeordneten in Fraktionen vorsah. Die Parteien erhielten gleichzeitig das Recht auf proportionale Vertretung in den Parlamentsausschüssen und wurden als Organe des Verfassungslebens legalisiert. Der nächste Schritt erfolgte 1932, als die Fraktionsvorsitzenden das Recht erhielten, an der Tagesordnung des Parlaments mitzuwirken.

Die Entwicklung des französischen Parteiensystem ist nicht zu trennen 1. von längerfristigen Trends im Zuge der Festigung der parlamentarisch-republikanischen Regierungs- und Staatsform sowie der Industrialisierung des Landes und 2. von kurzfristigen Entscheidungen und Weichenstellungen in der französischen Innen- und Außenpolitik. Unter dem Zwang, die Republik verteidigen zu müssen, begannen die republikanischen politischen Strömungen aus der Frühphase der III. Republik, stärker programmatische und organisatorische Züge anzunehmen. Die Dreyfus-Affäre kann unter dem Blickwinkel der Parteiengeschichte als Katalysator für die Formierung innenpolitischer Gruppen mit Parteicharakter angesehen werden. Zugleich kam es zu Wahlbündnissen, die durchgehend für das zersplitterte französische Vielparteiensystem charakteristisch blieben. Das Mitte-Links-Bündnis des »Bloc« des Gauches errang in den Wahlen 1902 367 Sitze (220 für die übrigen Parteien) und steigerte sich 1906, als es im Wahlkampf vor allem um die 1905 vollzogene Trennung von Staat und Kirche ging, auf 420 Sitze. Diese 70 % der Mandate entsprachen allerdings nicht dem wirklichen Rückhalt in der wahlberechtigten Bevölkerung, denn extrem Konservative und ein Großteil der Katholiken boykottierten die Wahlen der Republik. Der Linksblock begann nach 1906 angesichts des Gegensatzes zwischen bürgerlich-konservativen Elementen der Radikalsozialisten und den Sozialisten zu bröckeln. Es gab Differenzen über das Wahlrecht. Das von den Sozialisten geforderte Verhältniswahlrecht hätte sich für die auf dem Land stark vertretenen Radikalsozialisten ungünstig ausgewirkt. Gleichwohl blieben die Rechtsparteien auf die Opposition beschränkt und die linken Mehrheiten bis 1914 bestimmend.

Das Parteiensystem wies am Vorabend des 1. Weltkriegs vier Hauptgruppen auf: politische Rechte, bürgerliche Mitte, Radikalsozialisten und Sozialisten. Nach der »Union Sacrée« des Krieges blieb diese Konstellation im wesentlichen erhalten. Hinzu kam die Kommunistische Partei. Das Parteiensystem blieb zersplittert. Keine einzelne Partei konnte eine Regierungsmehrheit erringen. Festzuhalten ist, daß auch die im Parlament vertretene politische Rechte, die vor allem im Nordwesten und Nordosten und in Gebieten mit einem Übergewicht praktizierender Katholiken vertreten war, jetzt voll auf dem Boden der Republik stand. Die definitive Konsolidierung der republikanischen Staatsform ging allerdings Hand in Hand mit der allgemeinen Krise des liberalen Systems, und einer Zunahme der monarchistischen und antiparlamentarischen Ligen (»Action Française«, »Jeunesses Patriotes« u. a.). Die Linke, die abgesehen von den Industriezentren ihr Schwergewicht vor allem im Süden hatte, verlor nach 1918 ihr Regierungsmonopol. Auf der Woge des Weltkriegsnationalismus gelangte ein Mitte-Rechts-Bündnis in die Regierungsverantwortung. Auf den »Bloc National« entfielen 1919 437 von 616 Mandaten, doch konnte sich 1924 wieder ein Linksbündnis, das »Cartel des Gauches«, durchsetzen, das 49,7 % der Stimmen und 319 von 574 Sitzen erhielt. Angesichts ungelöster Wirtschafts- und Finanzprobleme kam es schon 1926 zu einer neuen Mehrheitsbildung, der »Union Nationale« unter *Poincaré*, die die Parteien der Mitte (bis 1928 unter Einschluß der Radikalsozialisten)

umfaßte. Der erneute Sieg der Linken 1932 fiel zusammen mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise und dem durch den Stavisky-Betrugsskandal 1934 manifest werdenden Autoritätsverlust des parlamentarischen Systems und seiner politischen Parteien. Die rechtsgerichtete außerparlamentarische Protestbewegung führte zur Gegenbewegung der Volksfront aus Sozialisten, Radikalsozialisten und Kommunisten, die 1936 376 von 618 Sitzen erhielt und bis 1938 regierte. Das französische Parteiensystem erwies sich jedoch zur Überwindung der innenpolitischen Instabilität und außenpolitischen Handlungsunfähigkeit nicht in der Lage und wurde im 2. Weltkrieg durch die antiparlamentarische Vichy-Regierung ersetzt.

Die infolge der politischen und militärischen Niederlage diskreditierten wie gespaltenen Parteien der III. Republik faßten 1943 im »Comité Français de Libération Nationale«, der späteren provisorischen Regierung, wieder Tritt. Sie hatten in den beiden Konstituanten die Mehrheit, so daß ihr Einfluß auf die Begründer der IV. Republik nicht zu übersehen ist. Gemessen an der beherrschenden Stellung der souveränen Nationalversammlung, hätten die Parteien die maßgeblichen Faktoren der französischen Politik sein müssen. Daß sie es nicht waren, lag sowohl an der Unfähigkeit zu einer stabilen Mehrheitsbildung innerhalb eines ideologisch polarisierten Vielparteiensystems, als auch an der programmatischen Undeutlichkeit und ineffektiven Organisation der Parteien selbst. So stand die verfassungsrechtlich starke Position der Nationalversammlung im krassen Gegensatz zu der Art und Weise, wie sie von ihren Befugnissen Gebrauch machte. Die Folge davon war eine weitgehende politische Handlungsunfähigkeit und eine äußerst geringe Regierungsstabilität (23 Regierungen in 12 Jahren). Allein die Verwaltung arbeitete effizient und garantierte – wie schon in der III. Republik – eine gewisse politische Kontinuität.

Das neu eingeführte Verhältniswahlsystem entsprach den Wünschen fast aller Parteien, zumal sie sich über ihre jeweilige Stärke nicht im klaren waren. Seit neun Jahren hatten keine Wahlen mehr stattgefunden, und 1944 war den Frauen erstmals das Wahlrecht eingeräumt worden. Dennoch begünstigte das Wahlsystem die großen Parteien, da die Aufrechnung der Reststimmen nicht auf nationaler, sondern auf départementaler Ebene erfolgte. Die Wahlrechtsänderung von 1951 führte dann das Mehrheitsprinzip wieder ein, indem es die Möglichkeit von Listenverbindungen vorsah. Bei diesem System blieb zwar die Eigenständigkeit der Parteien gewahrt, aber die auf die verbündeten Listen entfallenden Stimmen wurden für die Verteilung der Mandate so behandelt, als wären sie einer einzigen Liste zugute gekommen. Erreichte die Listenverbindung die absolute Mehrheit, so wurden ihr alle zu vergebenden Sitze zugeschrieben und anteilmäßig nach der jeweiligen Stimmenzahl aufgeteilt. Wurde die absolute Mehrheit verfehlt, so wurden die Sitze unter allen kandidierenden Listen proportional zur entsprechenden Stimmenzahl verteilt. Die aus taktischen Gründen erfolgten Listenverbindungen konnten jedoch nicht in feste, dauerhafte Regierungskoalitionen umgesetzt werden; Wahlbündnisse erwiesen sich als ebenso ungeeignet, die Regierungsstabilität zu gewährleisten, wie die vom Verfassungsgeber erdachten Mittel.

Nachdem *de Gaulle* 1946 als Ministerpräsident zurückgetreten war, bildete sich eine von Sozialisten, Kommunisten und Republikanischer Volksbewegung getragene Koalitionsregierung, der aber kein gemeinsames Programm zugrunde lag. Diese als »Tripartisme« bezeichnete Parteienkonstellation ermöglichte zwar den Kommunisten die Teilnahme an der Regierung, schloß sie jedoch von Schlüsselministerien aus. Als die kommunistischen Minister im Mai 1947 aus der Regierung entlassen wurden, zerfiel das französische Parteiensystem in drei Lager, von denen keines mit einer dauerhaften parlamentarischen Mehrheit rechnen konnte: Die Kommunisten betrieben eine rein destruktive Oppositions-

politik; die Gaullisten kehrten zwar mit Gründung der SAMMLUNGSBEWEGUNG DES FRANZÖSISCHEN VOLKES (RPF) in die aktive Politik zurück, verleugneten jedoch nicht ihren Antiparlamentarismus; die »Dritte Kraft« schließlich umfaßte alle Parteien dazwischen. Ihr einziges gemeinsames Interesse bestand jedoch darin, Kommunisten wie Gaullisten von der Macht fernzuhalten; im übrigen war man in fast allen politischen Fragen uneins, was wechselnde parlamentarische Mehrheiten nach sich zog. Prekär wurde die Situation nach den Wahlen von 1951, als die Volksrepublikaner die Hälfte ihrer Wähler verloren und die Gaullisten zur stärksten Fraktion wurden. In der Folgezeit mußten sich die Regierungen außer auf die Sozialisten immer mehr auf die Parteien der Mitte stützen, die sich wiederum gegen den Parteibegriff und die damit verbundene Disziplin wehrten. Das Ergebnis war eindeutig: Wie in der III. Republik dominierten die Persönlichkeiten im politischen Leben.

Die Kolonialkriege in Indochina und Algerien gerieten immer mehr zur innenpolitischen Belastung. Hinzu kam der beständige Währungszerfall sowie die Unfähigkeit, die damit verbundenen sozialen Konflikte zu lösen. Auf diesem Hintergrund gelang den POUJADISTEN bei den Wahlen 1956 mit 51 Mandaten der Einbruch ins konservative Lager, der jedoch ohne Konsequenzen blieb, da sich das Kräfteverhältnis nicht durchgreifend gewandelt hatte. Allerdings war auch das Konzept der »Dritten Kraft« nicht mehr anwendbar, da auch die ohne Programm angetretene »Republikanische Front« – bestehend aus Sozialisten, Radikalen, Sozialrepublikanern und Linksliberalen – keine arbeitsfähige Mehrheit hinter sich bringen konnte.

Am Algerienkrieg scheiterten letztlich alle etablierten Parteien. Ihr Legitimitätsschwund und Immobilismus sowie der Zerfall des Parlamentarismus und somit der staatlichen Autorität bereiteten den Weg für *de Gaulle,* der sich mit seinen überparteilichen, nationalistischen Parolen und mit seiner Verurteilung des Parteienregimes als Retter präsentierte.

Mit der Annahme der auf *de Gaulle* zugeschnittenen Präsidialverfassung im September 1958 verringerte sich der Spielraum der Parteien. Zwar wurden sie erstmals in einer französischen Verfassung erwähnt (Art. 4), doch kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die V. Republik bewußt gegen die Parteien gegründet wurde und ihre Macht erheblich einschränkte: So liegt das politische Schwergewicht bei der Exekutive, wobei aber nur die Regierung und nicht der Staatspräsident auch parlamentarisch verantwortlich ist. Da andererseits aber der Präsident über Ernennung und Entlassung der Regierungsmitglieder verfügt und gleichzeitig den Vorsitz im Ministerrat hat, tritt die Unterordnung des Kabinetts unter den Präsidenten klar zutage. Macht, Einfluß und Souveränität des Parlaments wurden in dem Maße eingeschränkt, in dem die verfassungsmäßig garantierte Aufwertung der Exekutive das Gleichgewicht der Kräfte veränderte. Den Parteien bleibt somit nur noch eine eingeschränkte Mitwirkung bei der Gesetzgebung (Art. 34) sowie die Kontrollfunktion der Regierungspolitik als Interpret der öffentlichen Meinung. Mit der Direktwahl des Staatspräsidenten 1962 wurde darüber hinaus die Rückkehr zum klassischen Parlamentarismus verbaut. Der »republikanische Monarch« ist der Nationalversammlung gleichgestellt und erhält somit die Legitimation, seine Kompetenzen voll auszuschöpfen.

Das Verhältniswahlrecht wurde durch das absolute Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen abgelöst, da es am besten geeignet schien, die Zahl der Parteien zu verringern und klare Mehrheiten herbeizuführen. Zu einer ungleichen Repräsentation der Wählerstimmen kommt es jedoch durch die Wahlkreiseinteilung, bei der eine eindeutige Benachteiligung städtischer – in der Mehrheit links wählender – Bezirke zu verzeichnen ist; regelmäßige Wahlkreisrevisionen sind nicht vorgesehen – die letzte fand 1964 statt.

In den ersten Jahren der V. Republik gab es keine spektakulären Verschiebungen innerhalb des Parteienspektrums. Zu sehr paralysierten der Algerienkrieg und das Vorgehen *de Gaulles* die politischen Kräfte. Mit dem Frieden in Algerien und der Direktwahl des Präsidenten 1962 wurde indes eine neue Situation geschaffen, welche grundlegende Veränderungen zur Folge hatte. Die nun einsetzende Polarisierung trug zu einer organisatorischen Neuformierung der Parteien bei und ermöglichte, daß alle großen Parteien als bündnis- und koalitionsfähig angesehen wurden. Diese Änderungen entsprechen einem grundlegenden Wandel in der sozio-ökonomischen Struktur Frankreichs, an dem die Parteien jedoch kaum Anteil hatten. Vielmehr haben sie sich den veränderten Verhältnissen angepaßt und unbelastet von allzu großer politischer Verantwortung eine organisatorische sowie programmatische Neuorientierung vollzogen.

Am deutlichsten wird dies bei der Union der Linken. Bereits bei den Legislativwahlen 1962 gab es im zweiten Wahlgang Wahlabsprachen zwischen Sozialisten und Kommunisten. Die Präsidentschaftswahlen 1965 boten dann die Chance, die gesamte nicht-kommunistische Linke zusammenzufassen. In dem → BUND DER DEMOKRATISCHEN UND SOZIALISTISCHEN LINKEN (FGDS) einigten sich Sozialisten, Radikale und einige politische Klubs auf den Kandidaten *F. Mitterrand,* der wiederum die Unterstützung der Kommunisten gewinnen konnte. Die Wahl war nicht nur ein politischer Erfolg – *de Gaulle* mußte sich einem zweiten Wahlgang stellen –, sondern auch der Beginn einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen FGDS und Kommunisten. Beide schlossen im Hinblick auf die Legislativwahlen von 1967 ein Aktionsbündnis, das nach dem Wahlerfolg von fast 42% der Stimmen in ein politisches Minimalprogramm umgesetzt werden sollte. Diese Bemühungen wurden jedoch durch die Ereignisse des Mai 1968 zunichte gemacht; die Linke zerbrach mit den Niederlagen bei der Parlamentswahl 1968 und der Präsidentschaftswahl 1969. Durch die Neugründung der SOZIALISTISCHEN PARTEI (PS) 1969 und die Konzessionsbereitschaft der Kommunisten waren aber die Voraussetzungen für das 1972 unterzeichnete gemeinsame Regierungsprogramm geschaffen worden. Nachdem sich auch die → BEWEGUNG DER LINKSRADIKALEN (MRG) angeschlossen hatte, erreichte die Linksunion bei den Parlamentswahlen 1973 und bei der Präsidentschaftswahl 1974 beachtliche Erfolge. Die Aktualisierung des Programms führte jedoch 1977 zu Auseinandersetzungen mit den Kommunisten; die Folge davon war, daß 1978 die parlamentarische Mehrheit verfehlt wurde und die Linksunion durch den Austritt der MRG auseinanderbrach.

Seit 1958 besteht die gleiche »Majorité« in der Nationalversammlung, deren Hauptstütze die gaullistische Partei ist. Diese konnte in einer dauerhaften Koalition mit den UNABHÄNGIGEN REPUBLIKANERN bis 1968 regieren und somit nicht nur zu einer Interessenidentität zwischen Parlamentsmehrheit und Präsident beitragen, sondern auch die Stabilität des Regimes gewährleisten. 1968 erreichte sie sogar die absolute Mehrheit. Nach dem Rücktritt des Generals *de Gaulle* 1969 fanden sich die UNION DER DEMOKRATEN FÜR DIE REPUBLIK, das ZENTRUM DEMOKRATIE UND FORTSCHRITT und die UNABHÄNGIGEN REPUBLIKANER zu einer erweiterten »Majorité« zusammen, die auch aus den Parlamentswahlen 1973 als Sieger hervorging. Sie wurde 1974 nach dem Tode *Pompidous* zur Mitte hin erweitert, wobei die gaullistische Partei zugunsten der UNABHÄNGIGEN REPUBLIKANER und des ZENTRUMS geschwächt wurde. Sie mußte 1974 nicht nur den Verlust des Präsidentenamtes hinnehmen, sondern auch 1976 einen nicht-gaullistischen Premierminister akzeptieren. Der Rückgang ihres Einflusses in der Regierungskoalition setzte sich nach den Wahlen von 1978 fort.

[Bu/Ni]

M. Duverger (Hg.), Partis politiques et classes sociales en France, 1955; R. v. Albertini, Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich 1789–1940, in: HZ 193 (1961), S. 529ff.; R. Rémond, La droite en France de la première restauration à la Ve République 2 Bde., Paris 1968; Ph. M. Williams, French politicians and elections 1951–1969, London 1970; C. Lelou, Géographie des élections françaises depuis 1936, Paris 1971; M. Anderson, Conservative Politics in France, London 1974; I. Kempf, Das polit. System Frankreichs, 1975; G. Ziebura (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789, 1975; H. Ehrmann, Das polit. System Frankreichs, 1976; J. Charlot, Les partis politiques, Paris 1977; A. Grosser/F. Goguel, Politik in Frankreich, 1980.

Agrarpartei (Parti Agraire et Paysan Français).

Von *G. Fleurant* 1928 gegründete Partei, die bäuerliche Interessen vertreten wollte. Es handelte sich um eine Protestpartei ohne gesamtpolitisches Konzept, die von Kleinbauern getragen wurde. Anhang fand sie bevorzugt in den ärmeren Gebieten, vor allem im Zentralmassiv, wo sich der Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte besonders stark bemerkbar machte. Sie errang 1932 einen Sitz und 1936 8 Sitze.

Presseorgan war ›La Voix de la terre‹ (1928–1936). [NI]

P. Barral, Les agrariens français de Méline à Pisani, Paris 1968; G. Le Normand, Le Parti Agraire, Paris 1932.

Autonome Sozialistische Partei (**PSA,** Parti Socialiste Autonome).

Am 15.9.1958 in Issy-les-Moulineaux von einer Minderheit in der SFIO (→ SOZIALISTISCHE PARTEI) um *E. Depreux, A. Savary* und *R. Verdier* gegründet. Schon 1956/57 befand sich diese Gruppe in Opposition zur Politik der SFIO und der Regierung *G. Mollet* – vor allem in der Suez- und Algerienfrage; als sich die SFIO 1958 für die Annahme der gaullistischen Verfassung aussprach, kam es zum Bruch. Der neugegründeten PSA schlossen sich 1959 eine kleine Gruppe der Radikalen unter *P. Mendès-France* an, sowie zehn Parlamentsabg. der SFIO. Ein Jahr später ging die PSA in der → VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN PARTEI auf. [BU]

Bauernpartei (Parti Paysan).

1945 von *P. Antier* gegründete, in lokalen Sektionen und Landesverbänden organisierte Partei, die in ihrem Programm staatliche Subventionen zur Erhaltung landwirtschaftlicher Familienbetriebe forderte und die Bedeutung des bäuerlichen Elements für die nationale Kultur betonte. Die Partei hatte (wie die → AGRARPARTEI der Zwischenkriegszeit) ihren Schwerpunkt im Zentralmassiv. 1951 hatte sie rund 25 000 aktive Mitglieder. Da die Masse ihrer Wähler südlich der Loire saß, ergab sich eine gute Ausgangsbasis zur Zusammenarbeit mit dem → NATIONALEN ZENTRUM DER UNABHÄNGIGEN UND BAUERN, das vornehmlich im Norden verwurzelt war. Nach dem Wahlbündnis von 1951 spaltete sich die Partei. Eine Gruppe blieb weiter mit den Unabhängigen zusammen, eine eigenständig bleibende Gruppe bildete im Parlament die Fraktion »Groupe Paysan d'Union Sociale« (21 Abg. = 3,3 %) die sich 1956 der Fraktion der Unabhängigen anschloß. [NI]

J. Fauvet/H. Mendras, Les paysans et la politique, Paris 1958.

Bewegung der Linksradikalen (**MRG,** Mouvement des Radicaux de Gauche).

Linker Flügel der Radikalsozialisten, der sich 1972 unter *R. Fabre* und *M. Faure* von der → RADIKAL-SOZIALISTISCHEN PARTEI abspaltete und im Dezember 1973 zur Partei mit ca. 50 000 Mitgliedern konstituierte. Sie schloß sich dem Linksbündnis von Sozialisten und Kommunisten an, ohne ihre Eigenständigkeit und »ihre Verbundenheit mit der authentischen Tradition des Radikalsozialismus und mit dem Ideal eines menschlichen Sozialismus« je aufzugeben. An der Spitze der Partei steht ein vom Parteitag gewählter Präsident. Im Parteivorstand sind Parlamentarier, Stadträte der großen Städte (mit über 500 000 Einwohnern) und Repräsentanten der Fédérations aus den Départements vertreten. Der Parteivorstand wählt das 31 Mitglieder umfassende Nationale Büro, die Exekutive der Partei.

Presse: Monatsschrift ›Mouvement‹.

In Wahlabsprachen mit den Sozialisten wurden 1973 1,8 % der Stimmen und 13 Sitze errungen. In den Verhandlungen über ein gemeinsames Regierungsprogramm der Linken vor den Wahlen 1978 wandte sich die Partei gegen zu weit gehende staatliche Interventionen in der Wirtschaft und soziale Reformen und trug zum Scheitern des Linksbündnisses bei. Im März 1978 kam sie auf 2,3 % der Stimmen und 10 Sitze. [NI]

Bund der Demokratischen und Sozialistischen Linken (**FGDS,** Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste).

Zur Präsidentschaftswahl 1965 (→ Einleitung) von *F. Mitterrand* ins Leben gerufenes lockeres Wahlbündnis der nicht-kommunistischen Linken, der Sozialisten, die DEMOKRATISCHE UND SOZIALISTISCHE WIDERSTANDS-UNION, Radikalsozialisten sowie einige politische Clubs angehörten. Mit der KOMMUNISTISCHEN PARTEI FRANKREICHS wurden Wahlabsprachen vereinbart, die zur Legislativwahl 1967 (FGDS 19,3 % : 117 Sitze) erneuert wurden. Infolge der Mai-Ereignisse 1968 zerbrach der FGDS an inneren Auseinandersetzungen, nachdem er bei der Wahl 1968 mit 16,6 % nur 57 Sitze erreicht hatte. [BU]

F. L. Wilson, The French Democratic Left 1963–1969, Stanford 1971.

Bund der Sozialistischen Arbeiter (**FTS,** Fédération des Travailleurs Socialistes).

Reformistisch-sozialistische Partei; gegründet von *P. Brousse* und *J. Allemanne* am 25.9.1882 in St. Etienne als SOZIALISTISCHE REVOLUTIONÄRE

ARBEITERPARTEI (Parti Ouvrier Socialiste Révolutionnaire) mit dem Untertitel FTS, der sich ab 1883 als Parteiname durchsetzte.

Programm: Die FTS vertrat die Idee des evolutionären Sozialismus sowie eine Politik des Möglichen (possibilité) in Zusammenarbeit mit bürgerlichen Radikalen. Für die Possibilisten bestand die soziale Frage überwiegend aus Problemen der Gemeinden, weshalb das 1884 verabschiedete Kommunalprogramm im Mittelpunkt ihrer theoretischen und programmatischen Konzeptionen stand. Es sah die Eroberung von kommunalen Mandaten als Mittel des revolutionären Kampfes vor und forderte die Umwandlung großer Gesellschaften in öffentliche Dienstleistungsbetriebe.

Organisation: Die Partei war in Basisgruppen gegliedert (1884: 130, Mitgliederzahlen unbekannt), die auf ihrer Autonomie bestanden und unzureichend koordiniert waren; Nationalkongresse fanden selten statt, die Leitung der Partei lag beim Nationalrat in Paris.

Presse: Neben dem offiziellen Organ ›Le Prolétariat‹ verfügte die FTS über eine Tageszeitung ›Le Parti Ouvrier‹ und drei Wochenzeitungen in der Provinz: ›L'Emancipation‹ (in den Ardennen), ›L'Eclaireur d'Indre-et-Loire‹ (Tours) und ›L'Eclaireuer de la Vienne‹ (Châtellerault).

Geschichte: Die FTS entstand durch Spaltung der → FRANZÖSISCHEN ARBEITERPARTEI, als auf deren VI. Kongreß die Mehrheit das von *J. Guesde* eingebrachte, in Zusammenarbeit mit *K. Marx* und *F. Engels* ausgearbeitete Minimalprogramm ablehnte und somit den Weg für eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften freigab. Die Partei konnte sich jedoch nicht konsolidieren; die Zahl ihrer Basisgruppen sank bis 1887 auf 86, und als sie auf dem Höhepunkt der boulangistischen Krise 1888/89 in fast allen entscheidenden Fragen mit den gemäßigten Radikalen und Opportunisten zusammenarbeitete, verlor sie weitgehend an Glaubwürdigkeit. Bei den Wahlen 1889 konnte die FTS noch drei Mandate erringen; als jedoch 1890 zwei ihrer populärsten Deputierten – *C. Chabert* und *J. Joffrin* – starben, und sich kurz darauf der linke Flügel unter *Allemanne* abspaltete (→ REVOLUTIONÄRE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI), zerbröckelte sie fast ganz; 1893 konnte sie noch zwei Deputierte ins Parlament entsenden. Bis zur Bildung der → FRANZÖSISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI 1) lag die Entscheidungsbefugnis in den Händen weniger Pariser Stadträte. [BU]

Demokratische Allianz (Alliance Démocratique) → Republikanische Demokratische Allianz.

Demokratische und Sozialistische Widerstands-Union (UDSR, Union Démocratique et Socialiste de la Résistance).

Linksliberale Partei, im November 1946 in Paris von Widerstandsgruppen um *R. Capitant, F. Mitterrand* und *R. Pleven* gegründet. Die UDSR fühlte sich keiner Ideologie verpflichtet und vertrat ein gemäßigt sozialistisches Programm, das in weiten Teilen jedoch unverbindlich blieb. Von einer Organisation kann kaum gesprochen werden: Die UDSR kannte keine offizielle Mitgliedschaft, und die politische Arbeit ihrer wenigen Aktiven – hauptsächlich Parlamentsabgeordnete, Lokalpolitiker und Journalisten – wurde von einem Nationalrat koordiniert. Offizielles Organ war der ›Combat Républicai

Im Juni 1945 kam es zu einem losen Zusammenschluß fünf verschiedener Widerstandsgruppen, die sich nicht der Disziplin einer großen Partei unterwerfen wollten und sich deutlich von den Kommunisten abgrenzten. Die Gründung einer Partei erfolgte zur Parlamentswahl 1946, bei der die UDSR 29 Mandate gewann. Die angestrebte Koalition mit den Sozialisten kam aufgrund des »Tripartisme« (→ Einleitung) nicht zustande. Nachdem die Gaullisten um *Capitant* und *A. Malraux* die UDSR 1949 verlassen hatten, verlor sich ihr konservativer Charakter fast ganz und *Mitterrand* wurde als Repräsentant des prosozialistischen Flügels 1951 zum Präsidenten der UDSR gewählt. Das Konzept der »Dritten Kraft« (→ Einleitung) kam der Partei zugute, da sie »zu klein war, um gefürchtet zu werden, aber zu groß, um ignoriert zu werden« (P. M. Williams). In der Folgezeit nahm zwar die Zahl ihrer Abg. ab (1951: 9, 1956: 6, 1958: 2, 1962: 2), doch stellte sie mehrere Minister. Allein *Mitterrand* hatte in der IV. Republik elfmal ein Ministeramt inne. 1958, bei der Rückkehr *de Gaulles* zur Macht, verließ eine pro-gaullistische Gruppe unter Führung von *Pleven* die UDSR, die sich mehr und mehr zum politischen Instrument *Mitterrands* entwickelte. Sie spielte eine wichtige Rolle bei dem Versuch, die nicht-kommunistische Linke zu einigen und ging 1965 im → BUND DER DEMOKRATISCHEN UND SOZIALISTISCHEN LINKEN auf. [BU]

R. Cayrol, François Mitterrand; Fondation Nationale des Sciences Politiques Recherches; Nr. 5, Paris 1967.

Demokratische Volkspartei (PDP, Parti Démocrate Populaire).

Von *A. Champetier de Ribes* 1924 gegründete katholische Partei, für die auch *R. Schuman* im Parlament saß. Das Programm basierte auf der Enzyklika Rerum Novarum und auf »Le Sillon«, einer christlich-sozialreformerisch-demokratischen Bewegung, die 1898 von *M. Sangnier* gegründet worden war. Die Partei nahm eine Position der rechten Mitte ein und stellte trotz kleiner Fraktionsstärke (1924: 14 Sitze = 2,3 %, 1928: 19, 1932: 16, 1936: 13) einen beachtlichen Faktor in der französischen Innenpolitik dar. Um das Image der katholischen Rechtspartei zu verdekken, entwickelte man ein wenig präzises soziales und wirtschaftliches Reformprogramm. Ferner trat man für Dezentralisation und Verfassungsreformen ein, mit denen ständestaatliche Elemente in die Verfassung eingeführt werden sollten. In der Außenpolitik unterstützte die Partei eine Politik des Ausgleichs in Europa und der internatio-

nalen Entspannung. Man votierte für das Münchener Abkommen. Der rechte Parteiflügel kooperierte 1940 mit *Petain*. Die dadurch erfolgte Spaltung der Partei und die Aktivität in der Widerstandsbewegung während des 2. Weltkriegs bildeten die Ausgangsbasis für eine größere christliche Partei nach Kriegsende (→ Republikanische Volksbewegung). [Ni]

M. Prelot, Histoire et doctrine du PDP, in: Politique, Juli 1962, S. 307–340; J. Raymond-Laurent, Le PDP, Le Mans 1965; P. Guiral, Der franz. Katholizismus 1919–1939, in: Polit. Parteien in Deutschland und Frankreich 1918–1939 (Hg. O. Hauser), 1969, S. 75–90.

Demokratisches Zentrum (Centre Démocrate) → Zentrum der Sozialen Demokraten.

Französische Arbeiterpartei (**POF,** Parti Ouvrier Français).

Die im Oktober 1879 von *J. Guesde* und *P. Lafargue* in Marseille gegründete revolutionärsozialistische »Fédération du Parti des Travailleurs Socialistes de France« wurde nach der Abspaltung des → Bundes der Sozialistischen Arbeiter (FTS) 1882 in POF umbenannt.

Programm: Das in Zusammenarbeit mit *K. Marx* und *F. Engels* ausgearbeitete Programm sah die kollektive Aneignung der Produktionsmittel durch revolutionäre Aktionen des Proletariats vor. Klerikalismus, Kolonialismus und Militarismus wurden als Hindernisse auf dem Weg zur Emanzipation des Proletariats gesehen; legale parlamentarische Aktionen sowie Wahlkämpfe sollten der Agitation und der Rekrutierung von Mitgliedern dienen.

Organisation: Die autonomen lokalen Gruppen wurden in »Fédérations« zusammengefaßt, deren Leitung einem Regionalrat übertragen war. Auf der nationalen Ebene wurde die POF zwischen den Parteitagen von einem fünfköpfigen Nationalrat geleitet.

Presse: Neben dem offiziellen Organ ›L'Egalité‹ verfügte die Partei über zwei Regionalzeitungen: ›Le Forçat‹ (im Norden) und ›L'Exploité‹ (in Nantes).

Geschichte: Die Parteigründung 1879 war der erste Versuch nach der Niederlage der Kommune von 1871, die sozialistischen Kräfte in Frankreich zusammenzufassen. Die Bemühungen, eine ideologisch und organisatorisch einheitliche Partei aufzubauen, wurden jedoch schon 1882 zerstört, als die Mehrheit der Partei unter Führung von *P. Brousse* und *J. Allemanne* das von *J. Guesde* eingebrachte »Minimalprogramm« ablehnte (→ FTS) und statt dessen die Ausarbeitung eines eigenen Programms verlangte. Die Minderheit um *Guesde* und *Lafargue* verließ daraufhin den Parteitag, um sich in Roanne als POF zu konstituieren. In der Folgezeit wurde *Guesde* immer mehr zur Zentralfigur; nach dem Vorbild der deutschen Sozialdemokratie, und ideologisch an *Marx* ausgerichtet, schuf er die erste disziplinierte und ideologisch gefestigte Partei in Frankreich, so daß bis 1914 Marxismus in Frankreich mit »Guesdismus« gleichgesetzt wurde. In den Jahren bis 1894 arbeitete die Partei, die in den Gewerkschaften die Grundschule des Sozialismus sah, eng mit diesen zusammen, ohne jedoch ihre Absicht – die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Ziele der Partei – zu erreichen. Über die Generalstreikdebatte kam es 1894 zur Trennung, da die POF allein politische Aktionen akzeptierte und die politische Unabhängigkeit der Gewerkschaften ablehnte. Bis Mitte der 80er Jahre sah die Partei ihr Engagement bei Wahlen nur unter dem Aspekt der Agitation. Dies änderte sich unter dem Konkurrenzdruck des → FTS und unter der Einsicht, daß die angestrebte Revolution in absehbarer Zeit nicht durchzuführen sei. So arbeitete die POF konkrete kommunale und nationale Wahlprogramme aus, deren Erfolg sich nicht nur in vermehrten Parlamentsmandaten (1881: 1, 1885: 0, 1889: 4, 1893: 5, 1898: 15) niederschlug, sondern auch in Erfolgen bei den Kommunalwahlen 1892 und 1896. 1901 vereinigte sich die POF mit der → Revolutionären Sozialistischen Partei zur → Sozialistischen Partei Frankreichs. Als Lied der POF wurde 1895 erstmals »Die Internationale« gesungen. [Bu]

C. Willard, Le mouvement socialiste en France: les guesdistes, Paris 1965.

Französische Sektion der Arbeiter-Internationale (**SFIO,** Section Française de l'Internationale Ouvrière) → Sozialistische Partei.

Französische Sozialistische Partei 1) (**PSF,** Parti Socialiste Français).

Reformistisch-sozialistische Partei, die im März 1902 in Tours von dem → Bund der Sozialistischen Arbeiter, unabhängigen Sozialisten und dem rechten Flügel der → Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei gegründet wurde.

Programm: Im ökonomischen und politischen Bereich wurden Reformen angestrebt, wie: Einführung der Einkommenssteuer und des 8-Stunden-Tages, Trennung von Kirche und Staat, Auflösung der Ordensgesellschaften und der Militärgerichtshöfe, kostenlose Benutzung der Bildungseinrichtungen.

Organisation: Grundlage war die Autonomie der »Fédérations«, die Leitung der Partei lag beim »Comité interfédéral«, das auch die Abg. kontrollieren sollte. 1904 wurde der Nationalrat als höchste Parteiinstanz gebildet, dem Vertreter der Fraktion und des »Comité interfédéral« zu gleichen Teilen angehörten. Jährlich fand ein Parteitag statt.

Presse: Das offizielle Organ der PSF war ›La Petite République‹, ab April 1904 ›L'Humanité‹.

Geschichte: Schon bei der Gründung der PSF war der Einfluß der unabhängigen Sozialisten *J. Jaurès, A. Briand* und *A. Millerand* beträchtlich. Dank ihrer Persönlichkeiten wurde die PSF zu einer Partei der Wähler und der Gewählten; bei den Legislativwahlen von 1902 konnte man über 600 000 Stimmen für sich verbuchen und ent-

sandte 37 Abgeordnete ins Parlament. Die Fraktion unter Leitung von *Jaurès* unterstützte im »Bloc des Gauches« (→ Einleitung) die Regierung *E. Combes,* ohne jedoch Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dafür wurde 1903 *Jaurès* zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung gewählt. Kurze Zeit nach dem Wahlsieg 1902 begann die Auseinandersetzung zwischen dem »Comité interfédéral« und der Fraktion, welche die Parteiführung de facto übernommen hatte. Mehrere »Fédérations« verließen um ihrer Autonomie willen die Partei, so daß die Zahl der Mitglieder von 12 000 (Februar 1904) auf 8000 (März 1905) zurückging. Zusammen mit der → SOZIALISTISCHEN PARTEI FRANKREICHS bildete die PSF 1905 die FRANZÖSISCHE SEKTION DER ARBEITER-INTERNATIONALE (→ SOZIALISTISCHE PARTEI). [Bu]

D. Ligou, Histoire du socialisme en France 1871–1961, Paris 1962.

Französische Sozialistische Partei 2) (PSF, Parti Socialiste Français).

Rechter Flügel der SFIO (→ Sozialistische Partei), der sich im März 1920 unter der Führung von *F. Brunet, A. Levasseur* und *A. Rozier* in Paris als Partei konstituierte.

Die PSF wandte sich gegen die marxistisch-internationalistische Ausrichtung der SFIO und vertrat ihrerseits eine reformistisch-kollektivistische Haltung. Neben den laizistischen, demokratischen Programmaussagen wurde der Vaterlandsverteidigung ein besonderer Stellenwert beigemessen. – Die Partei bestand aus 48 autonomen Départementsgruppen, die von einem Zentralkomitee geleitet wurden (Mitgliederzahlen sind nicht bekannt). Daneben bestand die Jugendorganisation »Fédération des Jeunes Gardes Socialistes«.

Die der PSF angehörenden Sozialisten des rechten Flügels der SFIO traten mit der im Juli 1918 gegründeten Tageszeitung ›France libre‹ erstmals an die Öffentlichkeit. Sie befürworteten nicht nur die Politik der »Union Sacrée« (→ Einleitung) und die nationalen Verteidigungskredite, sondern sprachen sich auch gegen die Anhänger eines Kompromißfriedens innerhalb der SFIO aus. Als die Gruppe bei den Legislativwahlen 1919 auf eigenen Listen kandidierte und 4 Mandate gewann, wurde sie im Februar 1920 aus der SFIO ausgeschlossen. Die eigentliche Parteigründung erfolgte dann im März 1920, wobei der Parteiname in bewußter Anlehnung an die Vorgängerpartei gleichen Namens (→ PSF 1) gewählt wurde. 1924 kandidierte die Partei auf den Listen des »Cartel des Gauches« (→ Einleitung) und ihre 7 Abg. schlossen sich der Fraktion der → REPUBLIKANISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI an, mit der 1926 die organisatorische Vereinigung erfolgte. [Bu]

Französische Sozialpartei (PSF, Parti Social Français).

Nach Auflösung der Ligen 1936 von Oberstleutnant *C. de La Rocque* gegründete Rechtspartei, die aus dem 1935 rund 700 000 Mitglieder zählenden Frontkämpferverband der »Feuerkreuzler« (Croix de Feu) hervorging. Die kleine, ein Dutzend Abg. umfassende Fraktion im 1936 gewählten Parlament entsprach keineswegs der Massenbasis im Land, die sich nach Angaben der Partei auf 2–3 Mio. belaufen haben soll. *De La Rocque* lehnte eine Zusammenarbeit mit *Doriots* FRANZÖSISCHER VOLKSPARTEI ab und betätigte sich nach kurzer Unterstützung des Vichy-Regimes im Widerstand. [Ni]

P. Rudeaux, Les Croix de Feu et le PSF, Paris 1967.

Französische Volkspartei (PPF, Parti Populaire Français).

Von dem ehemaligen Kommunisten *J. Doriot,* der 1934 gegen die Parteiführung noch die Volksfront propagiert hatte und deswegen aus der KOMMUNISTISCHEN PARTEI ausgeschlossen worden war, als Reaktion auf die Bildung der Volksfrontregierung *L. Blums* 1936 gegründete faschistische Partei, die auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung 250 000 Mitglieder (insbes. ungelernte Arbeiter und Arbeitslose) umfaßt haben soll. Da die Partei erst nach den Wahlen von 1936 gegründet wurde, war sie lediglich durch den als Unabhängigen gewählten *Doriot* im Parlament vertreten. Wichtigste Gremien waren das Politbüro, dem einige frühere Kommunisten angehörten, und das Zentralkomitee. Im übrigen war die Partei nach dem Führerprinzip organisiert (Parteigruß mit erhobenem Arm: »En avant, Jacques Doriot!«). *Doriot* befürwortete eine enge Zusammenarbeit der Vichy-Regierung mit Deutschland und rief 1941 französische Freiwilligenlegionen ins Leben, die an der deutschen Ostfront eingesetzt wurden. [Ni]

P. Marion, Programme du PPF, Paris 1938; D. Wolf, Die Doriot-Bewegung, 1967.

Frontistische Partei (Parti Frontiste).

Von *G. Bergery,* einem ehemaligen Radikalsozialisten, 1936 gegründete Linkspartei, die sich gegen den Pragmatismus der Radikalsozialisten abgrenzen wollte und zusammen mit anderen linken Splitterparteien, darunter die → PARTEI DER JUNGEN REPUBLIK, 1936 eine Fraktion der Unabhängigen Linken (26 Sitze = 4,1 %) bildete. [Ni]

Gaullisten → Sammlungsbewegung des französischen Volkes, → Sammlungsbewegung für die Republik.

Kommunistische Partei Frankreichs (PCF, Parti Communiste Français).

Am 29. 12. 1920 in Tours durch Spaltung der FRANZÖSISCHEN SEKTION DER ARBEITER-INTERNATIONALE (SFIO, → SOZIALISTISCHE PARTEI) gegründet.

Programm: Bis in die Mitte der 50er Jahre unterschieden sich die programmatischen und theoretischen Aussagen der Partei nur unwesentlich von den entsprechenden Positionen der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION

(KPdSU); erst mit deren XX. Parteitag 1956 trat eine Änderung ein. Nach wie vor hält die PCF aber am Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus fest und verfolgt das Ziel der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kommunistische. Dabei wird die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse in einem engen Bündnis mit anderen politischen Kräften angestrebt. Die Partei, die den »Eurokommunisten« zugerechnet wurde, hat dies seit Ende der 60er Jahre auch programmatisch festgeschrieben: So lehnt sie nicht nur die Anwendung von Gewalt ab, sondern befürwortet den »demokratischen und friedlichen Weg zum Sozialismus«. Zugleich erklärt sie sich bereit, sich der demokratischen Mehrheitsentscheidung der Nation – auch im Falle ihrer Abwahl – zu unterwerfen. In ihrem »Manifest von Champigny« (1969) und in ihrem Regierungsprogramm von 1971 akzeptierte sie nicht nur die vorher heftigst bekämpfte Verfassung der V. Republik, sondern propagierte auch einen »Sozialismus in den Farben Frankreichs«. Dieser soll sich bewußt vom »realen Sozialismus« unterscheiden und den Traditionen Frankreichs Rechnung tragen. Voraussetzung dafür ist allerdings die funktionsfähige parlamentarische Demokratie. Die bürgerlichen Grundrechte und Freiheiten werden nicht formal, sondern als prinzipieller Wert betrachtet. In diesem Zusammenhang ist die Absage an eine verbindliche Staatsideologie und an das Konzept eines Einparteienstaates ebenso zu sehen, wie die 1976 initiierte und auf dem XXIII. Parteitag 1979 vollzogene Streichung des Begriffs der »Diktatur des Proletariats« aus den Statuten. Was die wirtschaftspolitischen Vorstellungen betrifft, so streben die französischen Kommunisten – ausgehend von der Theorie des staatsmonopolitischen Kapitalismus – weitere Verstaatlichungen an, sowie den Ausbau der französischen Wirtschaftsplanung, was mit Hilfe eines antimonopolistischen Bündnisses erreicht werden soll. Dabei begreift sich die PCF jedoch, unter Berufung auf ihre Rolle als »Avantgarde«, als diejenige Partei der Arbeiterklasse, der die Führung zukomme.

Organisation: Seit die Partei in der Mitte der 20er Jahre bolschewisiert wurde, hat sie an ihrem Organisationsprinzip festgehalten. Die Grundeinheit bildet die Betriebs- bzw. Ortszelle; etwa ein Drittel der ca. 24 000 Zellen sind Betriebszellen. Die nächste Organisationsstufe stellt die Sektion dar, die etwa 11 Zellen auf betrieblicher oder lokaler Grundlage zusammenfaßt. Alle Sektionen eines Départements bilden eine »Fédération«. Auf nationaler Ebene wird alle drei Jahre ein Parteitag einberufen, der den Generalsekretär und die 121 Mitglieder des Zentralkomitees (ZK) wählt. Das ZK wiederum wählt aus seinen Reihen das Politbüro (21 Mitglieder) sowie das Sekretariat (7). Mit ca. 600 000 Mitgliedern (1978) ist die PCF die größte französische Partei, die zudem über den höchsten Organisationsgrad verfügt. Daß sie als »Kaderpartei mit Massenbasis« bezeichnet werden kann, liegt nicht zuletzt am Prinzip des »demokratischen Zentralismus«, an dem die Partei unbeirrt festhält. Im außerparlamentarischen Bereich kontrollierte die PCF weitgehend die größte Gewerkschaft CGT, deren Generalsekretär Mitglied des Politbüros ist. Hinzu kommt eine Vielzahl eigener Organisationen, wie z. B. die kommunistische Jugendorganisation (ca. 90 000 Mitglieder), die »Union der französischen Frauen«, die »Bewegung für die Verteidigung der Familienbetriebe« in der Landwirtschaft sowie eine Reihe von kulturellen und sportlichen Freizeitorganisationen.

Presse: Neben verschiedenen Monatszeitschriften verfügt die PCF über drei Tageszeitungen in der Provinz – ›Liberté‹ (Nord-Pas de Calais), ›Echo de Centre‹ (Limoges), ›La Marseillaise‹ (Marseille) – sowie über das täglich erscheinende Zentralorgan ›L'Humanité‹.

Geschichte: Als die SFIO 1920 an der Frage des Beitritts zur III. Internationalen zerbrach (→ Sozialistische Partei), sprach sich – im Gegensatz zu anderen Abspaltungen – die überwiegende Mehrheit der Delegierten für die 21 Bedingungen *Lenins* aus. Ihnen folgten 120 000 Parteimitglieder (von 150 000), aber nur 13 von 68 sozialistischen Deputierten. Unter der Leitung von *L.-O. Frossard* und *M. Cachin* gelang es der PCF jedoch nicht, ihre Position im parlamentarischen System Frankreichs zu behaupten. Interne Konflikte sowie Auseinandersetzungen mit der Komintern in Fragen der Einheitsfronttaktik führten in den ersten Jahren zu zahllosen Ausschlüssen und Austritten aus der Partei; so sank die Mitgliederzahl bis 1924 auf die Hälfte (60 000). Dennoch erreichte die Partei bei den Legislativwahlen 1924 9,5 % der abgegebenen Stimmen und 26 Mandate, obgleich sie nicht im »Cartel des Gauches« (→ Einleitung) vertreten war. Die nächsten Jahre standen ganz im Zeichen der von der Komintern verfügten organisatorischen und ideologischen Bolschewisierung, die erst 1934 mit der Festigung der starken Stellung *M. Thorez'* abgeschlossen wurde. Unter seiner Führung wurde die PCF zu einer streng moskauhörigen Partei, die *Stalin* treu ergeben war. Der Preis, den sie dafür und für die ideologische Reinheit bezahlte, war hoch, ihre Mitgliederzahl verringerte sich enorm und ihre nationale Reputation sank, je nachdrücklicher sie die Kominternlinie vertrat. So sprach sich die Partei gegen den Versailler Vertrag aus, forderte die Selbstbestimmung Elsaß-Lothringens, verurteilte die Ruhr-Besetzung und den Rif-Krieg in Marokko, was wiederum zu Repressalien seitens der Regierung und der Polizei führte. Bei den Wahlen 1928 erreichte sie zwar 11,3 % der abgegebenen Stimmen, aufgrund der Wahlgesetzänderung (→ Einleitung) aber nur 14 Mandate. Ihre Isolation vergrößerte sich, als sie im selben Jahr die von der Komintern ausgegebene Taktik der »Klasse gegen Klasse« und die damit verbundene Sozialfaschismusthese übernahm. Den Tiefpunkt erreichte sie dann bei den Legislativwahlen 1932,

als sie mit 8,4% der Stimmen nur 12 Mandate errang und ihre Mitgliederzahl auf unter 28 000 sank.

Nach 1933 änderte sich die Situation für die PCF, da auch in Frankreich die Bekämpfung des Faschismus in den Vordergrund trat. Nach parteiinternen Auseinandersetzungen, die zum Ausschluß *J. Doriots* (→ Französische Volkspartei) führten, schlossen die Kommunisten noch 1934 mit der SFIO ein Abkommen über einheitliche Aktionen. Nach dem französisch-sowjetischen Beistandspakt von 1935 entdeckte die PCF dann ihre patriotische Pflicht und schrieb die Landesverteidigung auf ihre Fahne. Anläßlich einer Kundgebung der gesamten Linken am 14. 7. 1935 wurde die »Volksfront« geboren, eine Taktik, die auch auf dem VII. Kominternkongreß offiziell gebilligt wurde. Der Erfolg blieb nicht aus. Bei den Wahlen 1936 verdoppelte die Partei fast ihre Stimmenzahl, erreichte 15,3% und stellte 72 Abg. Gleichzeitig stieg die Zahl ihrer Mitglieder von ca. 40 000 (1934) auf 328 000 (1937). Obgleich die PCF es ablehnte, in die Regierungen der Volksfront einzutreten, unterstützte sie deren Politik und versuchte, sich als nationale Partei zu profilieren. Da die Kommunisten als Verteidiger der Republik auftraten, sich im Parlament loyal verhielten und die sozialpolitischen Reformen durchsetzen halfen, wurden sie zu einem bestimmenden Element im politischen System. Trotz wirtschafts- und außenpolitischer Differenzen zerbrach die Volksfront erst mit dem Münchener Abkommen, gegen dessen Ratifizierung die Fraktion der PCF geschlossen stimmte. Die größte Herausforderung war indes der Hitler-Stalin-Pakt, den die Partei – getreu der Komintern-Weisung – als Friedenspolitik rühmte. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Polen mußte sie sich dann zwischen dem patriotischen Interesse und dem proletarischen Internationalismus entscheiden; die Entscheidung fiel zugunsten des letzteren, und die Moskauer Formulierung, derzufolge die »kapitalistischen Mächte einen imperialistischen Krieg« gegeneinander führten, wurde übernommen. Gleichsam im Gegenzug wurde die PCF als »Partei und Instrument des Feindes« zum ersten – und einzigen – Mal i ihrer Geschichte verboten.

Auch nach der militärischen Niederlage Frankreichs setzte die Partei zunächst ihre Politik des »revolutionären Defätismus« im Dienste der sowjetischen Außenpolitik fort. Sie verlangte von den Besatzungstruppen das Recht auf Wiedererscheinen der ›Humanité‹ und griff *de Gaulle* und dessen Londoner Aktion heftigst an. Mit dem Angriff Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 vollzog sich dann abermals ein Wandel; von nun an gehörte die Partei zu den nationalen, antifaschistischen Kräften, was sie innerhalb der Résistance mit einem hohen Blutzoll unter Beweis stellte. Die Partei wurde in die provisorische Regierung in Algier mit einbezogen, was ihr die Rückkehr in die nationale Gemeinschaft wesentlich erleichterte. Bei der Befreiung Frankreichs war die PCF erstmals mit fast einer Million Mitgliedern stärkste Partei und stellte auch nach der Wahl 1945 mit 26% der Stimmen und 148 Mandaten die stärkste Fraktion.

Gestützt auf das Prestige, das sich die Kommunisten in der Résistance erworben hatten, arbeitete die PCF ab 1944 verstärkt für ihre nationale Anerkennung. Dabei half sie, die von *de Gaulle* geforderte Ordnung wiederherzustellen, indem sie die Auflösung der kommunistischen Milizen rechtfertigte und an die französischen Arbeiter appellierte, Lohnforderungen zurückzustellen und statt dessen die Produktion zu erhöhen. Der wegen Fahnenflucht verurteilte *Thorez* wurde begnadigt und trat als Staatsminister in das Kabinett *de Gaulle* ein. Die Schlüsselministerien, die der General den Kommunisten verweigerte, bekamen sie auch nicht in der Phase des »Tripartisme« (→ Einleitung) zugesprochen. Dennoch unternahm die Partei alle Anstrengungen, um ihren Beitrag zum Wiederaufbau des Landes zu leisten; revolutionäre Gedanken schienen in dieser Zeit ebenso vergessen zu sein wie die Grundsatzforderungen nach Freigabe aller Kolonien. Mit dem Beginn des »Kalten Krieges« wurde die PCF jedoch wieder von Moskau in die Pflicht genommen, nachdem sie im Mai 1947 aus der Regierung ausgeschlossen worden war. Bei der Kominformgründung wurde die Partei des Opportunismus bezichtigt und übte auch öffentliche Selbstkritik. Von nun an kennzeichneten eine Reihe politischer Streiks und Unruhen sowie eine rein destruktive Oppositionspolitik die generelle Linie bis 1956. Das Festhalten am Stalinismus und die eindeutig an sowjetischen Interessen orientierte Politik brachten den Kommunisten den Ruf ein, »nicht auf der Linken, sondern im Osten« zu stehen.

Gleichwohl bot ihnen die Regierung *G. Mollet* 1956 im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg die Möglichkeit zur Annäherung an das politische System. Die PCF stützte die von den Sozialisten geführte Regierung und verantwortete parlamentarisch die von *Mollet* geforderten politischen und militärischen Sondervollmachten zur Bekämpfung des algerischen Aufstandes. Dennoch mißlang die angestrebte Annäherung an die Sozialisten, da die Haltung der PCF zum XX. Parteitag der sowjetischen KP und zur Suez-Krise sowie ihre Befürwortung der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch die Sowjetarmee sie diskreditierten. Obgleich die Mitgliederzahl wegen der vertretenen Politik bis 1955 auf 389 000 zurückging, behauptete die Partei bei den Legislativwahlen einen hohen Stimmenanteil, wobei die Zahl der Mandate allerdings aufgrund des Mehrheitswahlrechts (→ Einleitung) erheblich differierte (1951: 26%, 95 Sitze; 1956: 25,8%, 146 Sitze). Erst der erbitterte Kampf gegen die Machtübernahme *de Gaulles* 1958 und das geänderte Wahlgesetz brachten einen Rückgang der Wählerstimmen; 1958 erreichte die Partei mit 18,9% nur 10 Mandate.

In den ersten Jahren der V. Republik zog die PCF zwar gegen die »persönliche Macht« *de Gaulles* zu Felde, konnte aber dessen Außen- und Entkolonialisierungspolitik keine Alternative gegenüberstellen. Hinzu kam, daß Moskau ab 1960 die desintegrierende Politik des Generals zu unterstützen begann und die französischen Kommunisten – wieder einmal – zwischen den Stühlen saßen. Mit der 1962 einsetzenden Polarisierung (→ Einleitung) ging auch das Bemühen der Partei einher, die SFIO in eine gemeinsame Oppositionsfront einzubeziehen. Dieses Werben sollte die Politik der Partei lange Zeit bestimmen. So empfahl sie 1962 ihren Wählern, im zweiten Wahlgang dem besser placierten SFIO-Kandidaten ihre Stimmen zu geben – sie selbst konnte sich auf 21,7% und 40 Mandate verbessern. Auf dem XVII. Parteitag 1964 zeichnete sich eine Neuorientierung ab; unter Führung des neuen Generalsekretärs *Waldeck Rochet* (1964–1972) wurde die ideologische Umorientierung eingeleitet. Die PCF befürwortete die friedliche Koexistenz, legte sich auf einen legalen Weg zur Macht fest und akzeptierte die Parteienpluralität in der Übergangsphase zum Sozialismus. Dem parteiinternen Widerstand war offensichtlich durch den Tod *Thorez'*, der über 30 Jahre lang als treuer Vasall *Stalins* autoritär die Partei beherrscht und ihr seinen Willen aufgezwungen hatte, die Grundlage genommen worden.

Den ersten sichtbaren Erfolg der kommunistisch-sozialistischen Zusammenarbeit brachte die Wahl des Staatspräsidenten 1965, wobei die PCF die Kandidatur *Mitterrands* vorbehaltlos unterstützte. Der → Bund der Demokratischen und Sozialistischen Linken allerdings wollte sich nicht auf ein von den Kommunisten gefordertes gemeinsames Programm festlegen lassen. So bot sich erst mit der im Dezember 1966 vertraglich untermauerten Aktionseinheit die Chance, ins politische Kräftespiel Frankreichs re-integriert zu werden. Die Partei akzeptierte die Rolle des Juniorpartners und einigte sich für die Wahl 1967 auf ein Wahlbündnis, das ihr 22,5% der Stimmen und 73 Mandate einbrachte. Eine »Minimalplattform gemeinsamer Aktionen«, im Februar 1968 verabschiedet, kam jedoch durch die unvorhersehbaren Ereignisse des Mai 1968 nicht zum Tragen.

Während der Mai-Krise gelang es der Partei mit Hilfe der CGT, die politischen Forderungen in soziale Forderungen umzulenken. Damit trug sie zwar zur Rettung und Stabilisierung des Systems der V. Republik bei, handelte sich aber gleichzeitig heftigste Kritik seitens der neu formierten extremen Linken ein. Im übrigen wurde ihr Verhalten auch von der kommunistischen Wählerschaft nicht honoriert. So ging der PCF-Stimmenanteil bei den 1968 angesetzten Neuwahlen auf 20% und die Zahl der Mandate auf 33 zurück. Die zweite Herausforderung dieses Jahres – der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR – kostete die Partei aufgrund ihrer ambivalenten Haltung dazu weiteren Kredit und führte zu parteiinternen Differenzen, an deren Ende der Ausschluß des Parteiideologen *R. Garaudy* (1970) stand, der sich mit seiner Kritik am osteuropäischen Sozialismus zu weit vorgewagt hatte. Dennoch proklamierte die Partei mit dem »Manifest von Champigny« eine Revolution auf der Basis friedlicher Überzeugung. Unter der Führung von *G. Marchais* erwies sich der Drang zur Macht offenbar als so stark, daß trotz ideologischer und politischer Differenzen mit den Sozialisten 1972 ein tragfähiger Kompromiß für das gemeinsame Regierungsprogramm beider Parteien zustande kam. Der Zuwachs an Wählerstimmen hielt sich bei den Legislativwahlen 1973 jedoch in Grenzen; die Partei konnte zwar 21% und 73 Mandate für sich verbuchen – der große Gewinner aber war die → Sozialistische Partei.

In der Folgezeit versäumten die Kommunisten keine Gelegenheit, ihr radikaldemokratisches Image unter Beweis zu stellen. Besonders in der Frage der Menschenrechte kam es zu teilweise harter Kritik an den osteuropäischen Staaten; die Veröffentlichung der »Erklärung der Freiheiten« (»Projet de Déclaration des Libertés«, 1975) ist in diesem Kontext zu sehen. Obgleich die Partei versuchte, sich auf der internationalen Ebene von Moskau zu emanzipieren, konnte sie die Bedenken ihrer innenpolitischen Partner und Gegner nicht zerstreuen. Ihre radikalen Kursänderungen (z. B. in der Einschätzung der EG und der französischen Atomstreitmacht) erfolgten auf allen Ebenen zu schnell und zu geschmeidig, als daß sie als Ausdruck eines tiefgreifenden Wandlungsprozesses hätten angesehen werden können. Als die Partei bei der Aktualisierung des gemeinsamen Programmes 1978 glaubte, auf eine Neuformulierung verzichten zu können, war dies nicht nur das – vorläufige – Ende der Linksunion, sondern auch einer der Gründe dafür, daß die PCF erstmals seit dem Kriege nicht als stärkste der linken Parteien aus den Legislativwahlen hervorging; sie erreichte 20,5% der Stimmen und 86 Sitze. Trotzdem ist der Wandel der PCF von einer pseudorevolutionären, moskauorientierten Oppositionspartei hin zu einer radikal-sozialistischen Alternativpartei nicht zu übersehen. [Bu]

A. Kriegel, Les communistes français, Paris 1968; R. Tiersky, Le mouvement communiste en France, Paris 1973; J. Fauvet, Histoire du PCF, 1920–1976, Paris 1977; M. Schuler, Die Kommunist. Partei Frankreichs. Ein Abriß ihrer Gesch. von der Gründung bis zur Libération, 1980; C. Willard, Gesch. der franz. Arbeiterbewegung, 1980.

Liberale Volksaktion (Action Libérale Populaire). Von *J. Piou* und *A. de Mun* 1902 gegründete katholische Partei. Das Programm hob neben der Verteidigung der staatsbürgerlichen Freiheiten auch die Notwendigkeit sozialpolitischer Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft hervor. Oligarchische Organisationsstruktur mit einem Präsidenten und einem Zentralkomitee an der Spitze. Im Unterschied zu anderen Parteien der Mitte und der Rechten verstand man sich nicht als

bloße Wahlorganisation, sondern auch als zwischen den Wahlen aktive Programmpartei. – Nachdem 1902 81 Sitze (13,7%) erzielt worden waren, sank der Anteil 1906 auf 64 Sitze. Damit begann der Niedergang. 1910: 34, 1914: 24 Sitze. Nachteilig für die Partei wirkte sich vor allem aus, daß sie trotz ihres katholischen Hintergrunds keine konfessionelle Partei sein wollte und dadurch in Gegensatz zum Episkopat geriet. Nach dem 1. Weltkrieg war sie noch an der Bildung des »Bloc National« (→ Einleitung) beteiligt, konnte aber nicht mehr Tritt fassen. [NI]

H. Rollet, Albert de Mun et le parti catholique, Paris 1947; ders., L'Action sociale des catholiques en France 1871–1914, 2 Bde., Paris 1948–58.

Nationale Föderation der Unabhängigen Republikaner (FNRI, Fédération Nationale des Républicains Indépendants) → Republikanische Partei.

Nationales Zentrum der Unabhänigen und Bauern (CNIP, Centre National des Indépendants et Paysans).

Sammlungsbewegung der gemäßigten und liberalen Rechten, eine der großen bürgerlichen Parteien der IV. Republik, die im Juli 1948 auf Initiative von *R. Duchet* gegründet wurde.

Programm: Die Partei hat kein präzises Programm entwickelt. Hauptelemente ihrer politischen Aussage sind Verteidigung der Unabhängigkeit des Individuums vor der Übermacht staatlicher Bürokratie und ein »gereifter Liberalismus«, der – mit deutlicher Spitze gegen den Kommunismus – den Staat lediglich dafür sorgen lassen will, die Bedingungen der Freiheit zu sichern, die das »wirtschaftliche Leben und den sozialen Fortschritt stimuliert«.

Organisation: Das Grundprinzip der Unabhängigkeit verbietet eine strikte Organisationsstruktur. Jährlich wird ein Parteikongreß veranstaltet. Auf nationaler Ebene gibt es ein Direktionskomitee mit 30 Mitgliedern, das beratende Funktion hat, und einen mit der Kandidatenaufstellung befaßten Verwaltungsausschuß. Die politische Leitung liegt in den Händen der Parlamentarier. Es fehlt eine aktive Mitgliedschaft als Parteibasis.

Presse: Halbmonatsschrift ›Journal des Indépendants‹.

Geschichte: In der IV. Republik lagen die Unabhängigen unter Führung von *A. Pinay* (1952 Ministerpräsident, 1955–56 Außenminister) bei durchschnittlich 14% der Stimmen und 17% der Mandate (1951: 99, 1956: 97 Sitze). 1951 absorbierten sie die → Republikanische Freiheitspartei und Teile der → Bauernpartei, 1954 die Republikanische Demokratische und Soziale Partei. Bei den Kandidaten dominierten die Landwirte. Es folgten Unternehmer, Kaufleute und Großkaufleute sowie freie Berufe. Das CNIP unterstützte *de Gaulles* Rückkehr zur Macht und erzielte im November 1958 den größten Wahlerfolg seiner Geschichte mit 22,9% der Stimmen und 118 Sitzen (von 473). Doch bald, über der Algerien- und auch der Innenpolitik *de Gaulles* gespalten, begann die Partei auseinanderzubrechen, als im November 1962 eine größere Abgeordnetengruppe unter *V. Giscard d'Estaing* die Fraktion verließ, um unter der Bezeichnung Unabhängige Republikaner mit den Gaullisten zu stimmen (→ Republikanische Partei). Kurz danach wurden bei den Wahlen fast alle Restsitze an die Gaullisten eingebüßt. Fusionsversuche mit dem Demokratischen Zentrum scheiterten ebenso wie Wiederannäherungsversuche an die Unabhängigen Republikaner. Ohne Fraktion in der Nationalversammlung blieb die Partei auf ihre Rolle im Senat und auf Lokal- und Département-Ebene beschränkt. 1974 unterstützte man die Wahl *Giscard d'Estaings* zum Staatspräsidenten, 1978 beteiligte man sich am Wahlbündnis der Regierungsmehrheit (→ Union für die Französische Demokratie). [NI]

R. Duchet, Pour le Salut public, Paris 1958.

Partei der Jungen Republik (Parti de la Jeune République). 1936 gegründete linke Splitterpartei (5 Sitze = 0,8%), die mit anderen Linksgruppen sich in einer Fraktion der Unabhängigen Linken zusammenschloß. [NI]

Poujadisten → Union zur Verteidigung der Kaufleute und Handwerker.

Radikale und Radikal-sozialistische Partei (Parti Radical et Radical-Socialiste).

Als älteste französische Partei 1903 gegründet. Dabei verbanden sich die 1881 entstandene Gruppe Radikale Linke (Gauche Radical), die in ihrem Programm von 1881 soziale Zielsetzungen verkündet hatte, und die 1892 um *G. Clemenceau* gebildete Republikanische Radikal-Sozialistische Gruppe (Groupe Républicain Radical-Socialiste). Der vollständige, zumeist aber nicht aufgeführte Parteiname lautete Republikanische Radikale und Radikalsozialistische Partei (Parti Républicain Radical et Radical-Socialiste).

Programm: Die Politik der Radikalen wies einige konstitutive Elemente auf, ohne je eine ideologische Festlegung anzustreben. Prägend für ihr Selbstverständnis war die Anknüpfung an Werte der Französischen Revolution, wie sie von ihnen verstanden wurde, so vorrangig die Verteidigung individueller Freiheitsrechte gegenüber staatlichen, militärischen oder kirchlichen Eingriffen. Parlamentarische Demokratie und republikanische Staatsform waren die Säulen ihrer Politik, was besonders im Programm von Nancy 1907 Niederschlag fand. Darin wurde die prinzipielle Offenheit und Dogmenfeindlichkeit unterstrichen und jeglicher Form des Klassenkampfes oder der Gewalt in der Politik eine Absage erteilt. 1932 postulierte *E. Herriot* für seine Partei Rationalismus und Pragmatismus als fundamentale Ausgangspunkte. »Da die Politik nicht aus unwandel-

baren Ideen und endgültigen Offenbarungen besteht, muß sie ihrem Wesen nach rationalistisch sein. Da sie sich das höchste Ziel der Gerechtigkeit gesetzt hat, gehorcht sie dem souveränen Verstand. Sie paßt sich den Gegebenheiten an und entwickelt sich in Raum und Zeit wie jede experimentelle Wissenschaft.« Der radikale Senator *H. Roy* ergänzte die politische Methode inhaltlich: »Den republikanischen Idealen treu, die uns heilig sind, haben wir versucht, durch die Freiheit, den Laizismus und den sozialen Fortschritt die Demokratie, das Ziel, dem die Republik zustrebt, zu verwirklichen.« Die Trennung von Staat und Kirche gehörte zu den unverzichtbaren Programmpunkten. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik war auf Erhaltung des mittleren und kleineren Privateigentums zugeschnitten. Progressive Einkommensteuer und Altersrente zählten zu den Programmpunkten. Damit war zugleich eine gewisse Frontstellung gegenüber der Großindustrie verbunden. 1907 wurde die Verstaatlichung von Betrieben mit Monopolstellung gefordert. Das für die spätere Parteilinie wichtige Programm von 1935 nahm diesen Punkt wieder auf: »Die Stunde wird kommen, da die Gesetzgebung die zwangsweise Verteilung der Gewinne und die gemeinschaftliche Leitung der Industrieunternehmen einführen wird. Diese friedliche Revolution wird das Verschmelzen der Klassen und die soziale Gerechtigkeit sicher verankern.« Letztlich jedoch neigte die Partei im Konflikt zwischen eher gefühlsmäßigem Sozialismus und Besitzindividualismus mehrheitlich stets letzterem zu. In der Außenpolitik wurden die obligatorische Schlichtung internationaler Konflikte und Rüstungsbegrenzung angestrebt, ohne aber jemals das patriotische Moment der nationalen Sicherheit hintanzustellen. – Nach dem 2. Weltkrieg unterblieben programmatische Neuansätze fast völlig. Man trat für eine flexible Lösung des Kolonialproblems ein. Gefordert wurde die »soziale Demokratie« bei Wahrung »individueller Rechte und öffentlicher Freiheiten«. Auch die traditionelle Forderung nach »Laizität des Staates« spielte nach wie vor eine zentrale Rolle.

Organisation: Die Radikalsozialisten zeichneten sich stets durch ihr loses organisatorisches Gefüge aus. Ausschlaggebend für die Parteiarbeit war nicht die Zentrale. Bestimmend waren die Parteikomitees auf lokaler Ebene, die im Département zu Fédérations zusammengefaßt waren. Die Aufgabe der Komitees bestand zunächst nur in der Organisation von Wahlen. Es gab keine größere Mitgliederwerbung und keine zentrale Mitgliederkartei (Mitgliederzahl vor 1914 ca. 80000, nach dem 1. Weltkrieg maximal 120000). Wahlkämpfe wurden weitgehend von einzelnen Kandidaten bestritten. Höchste Instanz der Partei war der jährliche Kongreß. Er wählte ein allerdings praktisch handlungsunfähiges Exekutivkomitee, dessen schwerfälliger Organismus zwischen 630 (1910) und 1800 (1936) Mitgliedern schwankte. Das Exekutivkomitee bestellte ein kleines, nur wenige Funktionäre umfassendes zentrales Parteibüro zur Führung der laufenden Geschäfte. Sowohl gegenüber den örtlichen Komitees wie gegenüber der Parlamentsfraktion hatte die Parteiführung wenig Handlungsmöglichkeiten. Die Abg. betrachteten die Partei als Wahlorganisation, die ihre politische Entscheidungsfreiheit nicht einschränken durfte. Es gab keinen Fraktionszwang. Die Fraktion zerfiel stets in mehrere Gruppierungen. Als Parteipräsident versuchte *E. Daladier* 1927 vergeblich, den Organisationsgrad der Partei zu verbessern und Fraktionsdisziplin einzuführen. Auch in der IV. Republik wurden organisatorische Verbesserungen angestrebt. Die Statuten der Partei wurden 1955 revidiert. Die auf Initiative von *P. Mendès-France* beschlossenen Änderungen betrafen eine stärkere Mitwirkung der aktiven Mitglieder an der Formulierung der Parteipolitik und eine organisatorische Straffung, die dem Exekutivkomitee größere Befugnisse geben sollte. Nach wie vor aber blieben die Parlamentarier der Partei sowohl gegenüber dem Exekutivkomitee, das die Partei zwischen den Parteitagen leitete, wie auch dem Exekutivausschuß, dem eigentlichen Führungsgremium der Partei, unter Zurückdrängung der Basis tonangebend. Die heutige Radikalsozialistische Partei wird von einem auf dem Jahreskongreß gewählten Vors. und einem Büro von 30 Mitgliedern geführt.

Presse: Die Radikalsozialisten verfügten und verfügen über keine eigene Presse. Von der Partei unabhängige Zeitungen, die von führenden Parteimitgliedern herausgegeben wurden bzw. werden, sind ›La Dépêche de Toulouse‹ *(M. Sarraut)*, ›La République‹ *(Daladier)*, ›L'Express‹ *(J.-J. Servan-Schreiber)*.

Geschichte: Die Partei ist aus dem Kampf für die Republik während der Dreyfus-Affäre hervorgegangen. Der Gründungskongreß verwarf ein Zusammengehen sowohl mit anderen Gruppen der Mitte (→ Republikanische Demokratische Allianz) wie mit den Sozialisten. Da die Partei verschiedene Strömungen vereinigte, bildete sie nur nach außen eine Einheit. Ihre Parlamentarier konnten teils der Regierung, teils der Opposition angehören. Sie hatte ihre Basis sowohl im republikanischen, nicht-klerikalen ländlichen und kleinstädtischen Mittelstand wie – wenn auch nicht so ausgeprägt – bei Unternehmern und Großkapital.

Die Radikalsozialisten bildeten als eine der wichtigsten Parteien ein Element der Kontinuität in der III. Republik. Als Partei der linken Mitte waren sie Verbindungsstück zwischen der politischen Linken und der rechten Mitte und wurden zum Regulator des politischen Lebens im bürgerlichen Frankreich. Auch nach ihrer Blütezeit vor dem 1. Weltkrieg stellten sie regelmäßig 20–25 % der Abg. der Kammer und kontrollierten praktisch den Senat.

1902 wurden die Radikalsozialisten stärkste Fraktion und bildeten unter *E. Combes* die Regierung. Sie verfolgten eine entschieden antiklerikale

Politik und begannen, auf ihrem rechten Flügel eine militante Frontstellung gegen die sozialistische Linke zu entwickeln. 1906 steigerten sie sich auf 251 Sitze (42%). *Clemenceau* wurde Ministerpräsident. Seine Führungsposition in der Partei aber war nach Stimmenverlusten, die mit den Kommunalwahlen 1908 einsetzten, umstritten, insbes. wegen seiner harten Linie gegenüber verschiedenen Streiks. Sein Nachfolger wurde *J. Caillaux*, 1911/12 auch Ministerpräsident. 1914 hatte die Partei 175 Sitze im Parlament.

Obwohl die Partei nie wieder ihre alte Stärke zurückgewann, hielt sie auch nach dem 1. Weltkrieg eine politische Schlüsselstellung. Sie blieb in erster Linie die Partei der »Kleinbauern, unabhängigen Gutsbesitzer, Bauern, Einzelhändler, Handwerker, Beamten, Angehörigen freier Berufe, all derer, die von ihrer Arbeit leben, deren Tätigkeit sich aber innerhalb eines individuellen Rahmens abspielt.« (P. Cot)

Die Radikalsozialisten hatten nur begrenzte Möglichkeiten der Eigenfinanzierung. Das Budget belief sich 1929 nur auf 272 000 Francs, 1936 auf 695 000 Francs. Die Wahlunkosten eines einzigen Abg. konnten dagegen 50 000 Francs betragen, so daß die Partei auf Spenden angewiesen war. Als finanzielle Hilfsorganisation ist besonders das »Republikanische Komitee für Handel, Industrie und Landwirtschaft« (Comité républicain de commerce, de l'industrie et de l'agriculture) zu nennen, eine 1898 gegründete Pressure Group kleinerer und mittlerer Unternehmen in Handel und Industrie, die zunächst die Radikalsozialisten unterstützte, nach dem 1. Weltkrieg aber stärker nach rechts tendierte (→ Republikanische Demokratische Allianz).

Nach der Wahlniederlage 1919 (25,8% der Stimmen, 86 Sitze) kam die jüngere Generation der Radikalsozialisten an die Parteispitze. *Herriot* und *Daladier* wechselten sich in der Parteiführung ab und hielten die Partei mangels straffer Organisation und klarer Programmatik durch das Gewicht ihrer Persönlichkeit zusammen. Die undogmatische politische Gesamtlinie bot aber zugleich so unterschiedlichen Politikern wie *C. Chautemps, A. Sarraut, P. Cot* oder *J. Zay* Wirkungsmöglichkeiten. Nach den Wahlen 1924 (139 Sitze, 35% der abgegebenen Stimmen) übernahmen die Radikalsozialisten mit *Herriot* als Ministerpräsident die Führung des Linkskartells (→ Einleitung), das aber infolge von Spannungen mit den Sozialisten über Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik 1926 scheiterte. Anstelle des Linksbündnisses setzten die Radikalsozialisten nun auf die politische Mitte, schieden aber 1928 nach dem Parteikongreß von Angers aus der Regierung aus. Im Parlament fiel die Abgeordnetenzahl auf 125. Auch in den dreißiger Jahren stellten sie wiederholt den Ministerpräsidenten *(Chautemps, Daladier, Sarraut)*. 1932 erhielten sie 18,7% der abgegebenen Stimmen und 160 Sitze. Die von den Sozialisten angebotene Zusammenarbeit lehnten sie ab. Erst 1936 kam das Volksfrontbündnis zustande, in das die Radikalsozialisten Sitze einbrachten. Nach Ausbruch des 2. Weltkriegs unterstützten sie anfänglich *Pétain*, distanzierten sich dann aber vom Vichy-Regime.

1945/46 traten sie in die von *de Gaulle* gebildete Regierung ein. In der Nachkriegszeit zehrten sie mehr von ihrer historischen Substanz als von Wählerzahl und politischer Stärke. Ihr Einfluß auf Regierungsbildungen war größer, als es die Wahlergebnisse vermuten lassen. 1946 errangen sie 43, 1951 und 1956 im Rahmen der → Sammlungsbewegung der republikanischen Linken 77 Sitze (12,3%). Sie stellten in allen Kabinetten der IV. Republik Minister und fast die Hälfte der Ministerpräsidenten (u. a. *H. Queuille, Mendès-France, E. Faure, F. Gaillard*). Mitte der 50er Jahre kam es wegen Differenzen in der Nordafrikapolitik zu Flügelbildungen. Als Ministerpräsident *Faure* 1955 eine verfassungsrechtlich umstrittene Parlamentsauflösung verfügte, wurde er vom Exekutivkomitee im Dezember 1955 aus der Partei ausgeschlossen, was der Parteitag im Oktober 1956 bestätigte. Bei den Wahlen im Januar 1956 erhielten die Radikalsozialisten 77 Sitze. *Faures* → Sammlungsbewegung der republikanischen Linken kam auf 10 Sitze. Hinzu kam, daß die traditionell undisziplinierte Partei die Versuche nicht verkraftete, die *Mendès-France* zu ihrer organisatorischen Straffung unternahm. Nach dem Parteitag 1956 verließen 14 Abg. unter Führung von *A. Morice* die Partei. 1959 wurde seinerseits *Mendès-France* aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er zur Opposition gegen *de Gaulles* Verfassungsentwurf aufgerufen hatte.

Mehrheitlich unterstützten die Radikalsozialisten die Rückkehr *de Gaulles*. In der V. Republik spielte die Partei unter dem Namen Radikale Partei (Parti Radical) nur noch eine untergeordnete Rolle. Die früheren Wähler wurden von den Gaullisten bzw. Sozialisten absorbiert. Nach Wahlbündnissen mit den Sozialisten (1968 13 Sitze) versuchte seit 1969 der neue Generalsekretär und spätere Parteivors. *Servan-Schreiber* der Partei ein neues Profil zu geben und einen bürgerlich-liberalen Kurs zu steuern, um nicht-gaullistische Wähler aus dem bürgerlichen Lager zu gewinnen. In seinem »Manifest« 1970 kündigte er »Wachstum plus Reformen« an – »eine Verbindung, die in weniger als einer Generation eine andere Welt schaffen kann«. Die Absage an das Linksbündnis führte 1972 zur Abspaltung des linken Flügels (→ Bewegung der Linksradikalen). *Servan-Schreiber* setzte seinen Kurs fort, indem er zusammen mit dem Demokratischen Zentrum (→ Zentrum der Sozialen Demokratie) die sogenannte Reformbewegung (Mouvement Réformateur) ins Leben rief, ein Wahlbündnis für die 1973 durchgeführten Wahlen. Das Reformprogramm, das im wesentlichen auf dem »Manifest« von 1970 basierte, sah vor: Abbau staatlicher Subventionen, stärkere Eigenständigkeit der Regionen, allgemeine Zurückdrängung staatlicher Bevormundung, größere soziale Gerechtigkeit, Schaf-

fung eines supranationalen Europa. Die Reformatoren erreichten 12,5 % der Stimmen und 31 Sitze (6,4 %). Sie beteiligten sich zusammen mit GAULLISTEN und UNABHÄNGIGEN REPUBLIKANERN an der Regierungsmehrheit und lösten ihre Fraktionsgemeinschaft auf. Im Oktober 1974 gab man sich den Rahmen RADIKALSOZIALISTISCHE UND REFORMATORISCHE PARTEI. Die Radikalsozialisten profitierten vom Gegensatz zwischen Gaullisten und Unabhängigen innerhalb der Regierungsmehrheit und schlossen kurz vor der Wahl 1978 mit der REPUBLIKANISCHEN PARTEI und dem ZENTRUM DER SOZIALEN DEMOKRATEN das Wahlbündnis der → UNION FÜR DIE FRANZÖSISCHE DEMOKRATIE. Diese gegen die Gaullisten gerichtete Verbindung stieß in der wie immer von Richtungskämpfen gespaltenen Partei auf die Kritik einer allerdings beträchtlichen Minderheit. Zu ihr gehörte auch der seit 1977 wieder der Partei angehörende *Faure*, der 1977 bei der Wahl zum Parteivorsitz *Servan-Schreiber* aber unterlag. Dieser verzichtete seinerseits 1979 auf eine weitere Kandidatur, sein Nachfolger wurde *D. Bariani*. [NI]

D. Bardonnet, Evolution des structures du parti radical, Paris 1960; F. de Tarr, The French Radical Party from Herriot to Mendès-France, London 1961; P. J. Larmour, The French Radical Party in the 1930s, Stanord 1964; C. Nicolet, Le Radicalisme, Paris ³1967; R. Bloch, Histoire du parti radical-socialiste, Paris 1969; M. Sorre, Der französ. Radikalismus zw. beiden Weltkriegen, in: Polit. Parteien in Dtl. und Frankreich 1918–1939 (Hg. O. Hauser), 1969, S. 105–115; J.-Th. Nordmann, Histoire des Radicaux 1820–1973, Paris 1974.

Radikalsozialisten → Radikale und Radikalsozialistische Partei.

Radikalsozialistische und Reformatorische Partei → Radikale und Radikal-sozialistische Partei.

Republikanische Demokratische Allianz (Alliance Républicaine Démocratique).

Von *A. Carnot* 1901 gegründete bürgerliche republikanische Partei der linken Mitte, die zumeist kurz als DEMOKRATISCHE ALLIANZ (Alliance Démocratique) bezeichnet wird. Ihre politischen Ziele waren antisozialistisch und laizistisch ausgerichtet. Man befürwortete Dezentralisation und verfolgte eine liberale Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Organisation: Es gab kaum Basisarbeit und lokale Organisationsformen. Die Partei war im wesentlichen eine Organisation zu Wahl- und Propagandazwecken in der Hand der Parlamentarier mit keinerlei Aktivitäten zwischen den Wahlen. Die Abg. waren keinem Fraktionszwang unterworfen und verteilten sich Ende der zwanziger Jahre auf vier Gruppen im Parlament. Der jährliche Parteitag (Assemblée générale) wählte ein 250 Mitglieder umfassendes Direktionskomitee, aus ihm die große Zahl von 40 Vizepräsidenten der Partei, sowie 35 Mitglieder, die als zentrale Exekutivkommission die Geschäfte der Partei zu führen hatten.

Geschichte: Die Blütezeit der Partei, die 1911 den Namen REPUBLIKANISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI (Parti Républicain Démocratique) annahm, lag vor dem 1. Weltkrieg. *R. Poincaré, E. Etienne* und *M. Rouvier* zählten zu ihren wichtigsten Politikern. 1901 hat *Poincaré* vergeblich versucht, eine klare Trennung der Mitte von der Linken und Rechten zu erreichen und mit den Radikalsozialisten »gegen die Reaktion und gegen die Revolution« eine Verbindung einzugehen. Der Anteil an den Sitzen im Parlament lag bis 1914 fast konstant bei knapp 16 % (1902: 95 Abg., 1906: 90, 1910: 93, 1914: 100). Mit Beendigung des Krieges hatte die Partei als Sammlungsbewegung für bürgerlich-liberale Kräfte mit engen Verbindungen zum Großkapital eine Bewegung nach rechts durchgemacht und verkörperte in der Zwischenkriegszeit die gemäßigte Rechte. Bedeutende Politiker wie *L. Barthou, P. E. Flandin* und *P. Reynaud* gehörten ihr an. Eine enge Verbindung bestand zum »Republikanischen Komitee für Handel, Industrie und Landwirtschaft« (→ RADIKALE UND RADIKAL-SOZIALISTISCHE PARTEI). Damit nahm man den Radikalsozialisten ein beträchtliches Wählerreservoir weg. 1919 war man als linker Flügel führend an der Bildung des »Bloc National« (→ Einleitung) beteiligt, und errang 96 Sitze (16 %). 1920 gab man sich unter *C. Jonnart* den Namen REPUBLIKANISCHE DEMOKRATISCHE UND SOZIALE PARTEI (PRDS, Parti Républicain Démocratique et Social). Bis zum zweiten Weltkrieg sank der Anteil an den Parlamentssitzen auf 7 %. Nach 1945 gehörte die Partei unter *Flandins* Führung zur → SAMMLUNGSBEWEGUNG DER REPUBLIKANISCHEN LINKEN. 1954 schloß sie sich dem → NATIONALEN ZENTRUM DER UNABHÄNGIGEN UND BAUERN an. [NI]

G. Lachapelle, L'Alliance Démocratique, Paris 1935.

Republikanische Demokratische und Soziale Partei (PRDS, Parti Républicain Démocratique et Social) → Republikanische Demokratische Allianz.

Republikanische Demokratische Union (URD, Union Républicaine Démocratique) → Republikanischer Bund.

Republikanische Freiheitspartei (PRL, Parti Républicain de la Liberté). Nach dem 2. Weltkrieg gegründete konservative Partei, deren Vorsitzender *M. Clemenceau* war und die nach ersten Erfolgen (1946: 38 Sitze = 7,3 %) scheiterte und 1951 im → NATIONALEN ZENTRUM DER UNABHÄNGIGEN UND BAUERN aufging [NI]

J. Laniel, Le PRL, in: Revue de Paris, Mai 1946.

Republikanische Partei (PR, Parti Républicain). Liberal-Konservative Partei der rechten Mitte, die am 3. 6. 1966 unter Führung von *V. Giscard d'Estaing* als NATIONALE FÖDERATION DER UNABHÄNGIGEN REPUBLIKANER (FNRI, Fédération Nationale des Républicains Indépendants, auch RI, UNABHÄNGIGE REPUBLIKANER (Républicains In-

dépendants) gegründet wurde und seit Mai 1977 PR heißt.

Programm: Es gibt kein kohärentes, offiziell niedergelegtes Parteiprogramm. Die politischen Aussagen unterscheiden sich nur unwesentlich von denen der Gaullisten, denen gegenüber die Partei eine liberale und reformerische Komponente ins Spiel bringt und eine weitere Öffnung zur politischen Mitte propagiert. Man gibt sich weniger nationalistisch als die Gaullisten und ist eher zu europäischer und atlantischer Kooperation bereit.

Organisation: Die Unabhängigen Republikaner waren zunächst eine reine Honoratiorenpartei, deren Aufgabe in der Wahlorganisation bestand. Man stützte sich auf eine Mitgliedschaft aus lokalen Notabeln und Parlamentariern. Eine nennenswerte Organisation fehlte. Es gab zunächst keine offiziell eingeschriebenen Mitglieder. Wichtiger Sammlungspunkt waren politische Klubs, die auch heute noch unter der Bezeichnung »Perspectives et Réalités« eine wichtige Rolle spielen. Der Sympathisantenzustrom seit 1974 machte eine bessere Organisation allerdings zwingend notwendig. Die Parteigeschäfte laufen seitdem bei dem vom Nationalkongreß gewählten Generalsekretär und dessen Büro zusammen. Die Partei zählt heute rund 83 000 Mitglieder.

Presse: Wochenschrift ›L'Economie‹, Halbmonatsschrift ›Arguments et Réponses‹, Monatsschrift ›L'Avant – Centre‹.

Geschichte: Bevor die Partei formell gegründet wurde, existierten die Unabhängigen Republikaner, die sich 1962 unter Führung von *V. Giscard d'Estaing* vom → Nationalen Zentrum der Unabhängigen und Bauern getrennt hatten, als eigenständige Gruppe im Parlament (Comité d'études et de liaison des républicains indépendants) und stimmten mit den Gaullisten. Ohne ihre Selbständigkeit je aufzugeben, gingen sie wiederholt Wahlbündnisse mit den Gaullisten ein, mit denen sie zugleich um dieselben Wählerschichten konkurrierten. Im Parlament waren sie 1962 mit 33 Sitzen (6,8%) vertreten (1967: 44, 1968: 61, 1973: 54 Sitze). 1978 erreichten sie im Wahlbündnis → Union für die Französische Demokratie 69 Sitze. Im Laufe ihrer Entwicklung konnte sich die Partei, deren Wähler schwerpunktmäßig aus der Landwirtschaft, den freien Berufen und der leitenden Angestelltenschicht kommen und die im Finanz- und Industriebürgertum verwurzelt ist, nicht nur stabilisieren, sondern nach dem Sieg *Giscard d'Estaings* bei der Staatspräsidentenwahl 1974 auch die Führung im Regierungsbündnis mit den Gaullisten übernehmen. [Ni]

J.-C. Colliard, Les Républicains Indépendants. Valéry Giscard d'Estaing, Paris 1971.

Republikanische Sozialistische Partei (PRS, Parti Républicain Socialiste). 1911 in Paris von *A. Briand* und *M. Charpentier* gegründete Mitte-Links-Partei ohne präzises Programm. Sie fühlte sich der republikanischen Staatsform verpflichtet und lehnte die marxistische Ideologie ab. Die Organisation war mehr als dürftig: es bestand zwar ein ständiges Parlamentsbüro, ansonsten aber war diese reine Honoratioren-Partei kaum strukturiert. Ihre Wähler verdankte sie der lokalen Verwurzelung ihrer führenden Persönlichkeiten.

Geschichte: Seit Gründung der SFIO (→ Sozialistische Partei) gab es Differenzen mit der Parlamentsgruppe um *Briand*, der jedoch die Gründung einer eigenen Partei ablehnte. Erst 1911 nannte sich die Gruppe Partei, da sie sich der neuen Fraktionsordnung im Parlament anpassen mußte (→ Einleitung). Die sozialistische Basis kündigte der PRS ihre Unterstützung auf, zumal PRS-Abgeordnete wie *J. Paul-Boncour, P. Painlevé, M. Viollette* und *A. de Monzie* in der Zeit von 1905–1914 in bürgerlichen Regierungen Ministerposten bekleideten. Auch nach dem 1. Weltkrieg war die PRS mehr eine parlamentarische Anlaufstelle für gewesene und zukünftige Minister als eine politische Partei. Zwischen den Radikalsozialisten und der SFIO manövrierend und dank der Persönlichkeit *Briands* und *Painlevés* erreichte die PRS bei den Wahlen 1919 mit 3,4% der Stimmen 17 Mandate. Im »Cartel des Gauches« (→ Einleitung), dessen dritte Stütze die Partei war, stellte sie 26 von 319 Abg. 1928 konnte sie mit 4,5% der Stimmen 30 Mandate erringen und 1932 in einer gemeinsamen Liste mit unabhängigen Sozialisten sogar 37. Zusammen mit der Fraktion der → Sozialistischen Partei Frankreichs – Union Jean Jaurès bildete sie 1934 die Sozialistische Republikanische Union (Union Socialiste Républicain), die 1936 auf den Listen der Volksfront kandidierte. »Was an dieser Parlamentspartei interessant ist, ist die Tatsache, daß sie (im Vergleich zu anderen Parteien) aus den Ministerämtern den allergrößten Nutzen zog« (A. Siegfried). [Bu]

A. Siegfried, Tableau des partis en France, Paris 1930; M. Soulie, Le Cartel des Gauches, Paris 1974.

Republikanische Volksbewegung (MRP, Mouvement Républicain Populaire). Am 3. 9. 1944 von *R. Schuman, G. Bidault, P.-H. Teitgen, A. Colin* u. a. gegründete katholische Partei.

Programm: In den 1950 angenommenen Statuten gaben sich die Volksrepublikaner ein liberales und soziales Programm. Danach wollte man »ein Werk politischer und sozialer Erziehung« leisten. »Ziel ist die Errichtung einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie, die die Achtung vor den Rechten der Person und den Freiheiten der Bürger garantiert und die Vorherrschaft der Arbeit über das Kapital und des Verdienstes über Vermögen und Geburt sichert.« Die christliche, aber nicht klerikale Partei wollte die traditionelle Verbindung von katholischer Kirche und politisch-sozial konservativen Kräften beenden und eine Symbiose von christlichen Wertvorstellungen, Demokratisierung und sozialer Reformpolitik herstellen. In der Außenpolitik suchte

man den Ausgleich mit dem Kriegsgegner Deutschland und propagierte die europäische Integration.

Organisation: Es handelte sich um eine für französische Verhältnisse gut organisierte Partei, die in Landesverbände gegliedert war. Oberstes Organ war der jährlich tagende Nationalkongreß. Zwischen den Parteitagen war es das Nationalkomitee, das durch den Exekutivausschuß, die Führungsspitze der Partei, einberufen werden konnte. Dem Exekutivausschuß gehörten an neben dem Parteivors. und dem Generalsekretär die amtierenden volksrepublikanischen Minister, 12 vom Nationalkomitee gewählte Parlamentarier, 18 nichtparlamentarische Vertreter der Landesverbände sowie 5 weitere vom Nationalkomitee gewählte Mitglieder. Der Exekutivausschuß entschied gegebenenfalls über einzuhaltende Fraktionsdisziplin.

Geschichte: Die Partei stellte nach dem 2. Weltkrieg den Versuch dar, die Kooperation von christlichen und sozialistischen Politikern in der Widerstandsbewegung fortzusetzen und die Zersplitterung der politischen Mitte zu überwinden. Die Diskreditierung der bürgerlichen Parteien am Ende der III. Republik (→ Einleitung), das im Widerstand angesammelte Prestige, ein attraktives sozialreformerisches Programm, die antikommunistische Grundeinstellung und nicht zuletzt die Einführung des Frauenwahlrechts machten die Volksrepublikaner zur stärksten Partei der unmittelbaren Nachkriegszeit. Sie hatte ihre Schwerpunkte im Norden, Osten und Südosten Frankreichs und war an fast allen Regierungen der IV. Republik beteiligt. Sie stellte die Ministerpräsidenten *G. Bidault* (1946, 1949–50), *R. Schuman* (1947–48) und *P. Pflimlin* (1958). Bis 1954 waren *Schuman* und *Bidault* abwechselnd fast durchgehend Außenminister. Die Volksrepublikaner konnten sich aber nicht als Partei der Mitte fest etablieren. Ihr Stimmenanteil ging ständig zurück: von 26,3% 1946 auf 8,2% 1962. Ihre Sitzanteile betrugen 1946: 160 (28,1% der Stimmen), 1951: 82 (12,5%), 1956: 71 (11,1%), 1958: 57 (11,6%), 1962: 36 (9,8%). Die Partei wurde zwischen der Linken und der wiedererstarkten Rechten aufgerieben. Zudem machte sie durch ihren Wahlerfolg bei konservativen Wählern eine deutliche Rechtsentwicklung durch und verlor dadurch die Wähler der linken Mitte. 1958 unterstützte man *de Gaulle* und die Gründung der V. Republik. Zugleich verlor man weiterhin Wähler an die Gaullisten. Der letzte Präsident der Partei, *L. Lecanuet*, war zugleich der Initiator einer Parteineugründung, des Demokratischen Zentrums (→ Zentrum der Sozialen Demokraten), in dem die meisten der verbliebenen Volksrepublikaner aufgingen. Die formelle Auflösung der Partei erfolgte am 13. 9. 1967. [Ni]

R. Harvard de la Montagne, Histoire de la démocratie chrétienne, Paris 1948; L. Biton, La démocratie chrétienne dans la politique française, Paris 1954; R. B. Capelle, The MRP and French Foreign Policy, New York 1963; R. E. M. Irving, Christian Democracy in France, London 1973.

Republikanischer Bund (Fédération Républicaine). 1903 gegründete Wahlorganisation einiger Gruppen der rechten Mitte. Die bedeutendste unter ihnen war die Progressive Republikanische Allianz (Alliance Républicaine Progressiste), eine unter Führung von *J. Méline* stehende republikanische Gruppe, die gegen die Wiederaufnahme des Dreyfus-Falles und gegen antiklerikale Maßnahmen der Regierung war.

Das Programm war formal gehalten und zielte auf »Vereinigung aller Republikaner, um die Prinzipien der Französischen Revolution zu verwirklichen, wie sie in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte niedergelegt wurden«.

Wie bei allen konservativen und rechten Parteien gab es nur einen lockeren Organisationsaufbau. Die Führung dieser in erster Linie als Wahlorganisation betrachteten Partei lag beim Zentralkomitee (12 Mitglieder) und Parteipräsidenten. Die Spitzenpolitiker der Partei bildeten eine von der Parteibasis und den Parteitagen weitgehend unkontrollierte Parteioligarchie. Parteiintern wurden nach dem 1. Weltkrieg die Organisationsdefizite als nachteilig empfunden, ohne freilich Konsequenzen zu ergreifen.

Geschichte: Die durch ihre Bindung an den Episkopat in Gebieten mit starkem klerikalem Einfluß (Westen, Osten, Süden des Zentralmassivs) vertretene Partei war vor dem 1. Weltkrieg stets in der Opposition. Sie zerfiel in mehrere parlamentarische Gruppen und zeigte sich auch vor Wahlen zersplittert. Sitzanteile: 1902: 115 Sitze, 1906: 66, 1910: 75, 1914: 54. Nach den Wahlen 1919 wurde die Partei mit 22,3% der Stimmen und 201 Sitzen (32,9%) stärkste Fraktion und bestimmende Kraft im »Bloc National« (→ Einleitung). Unter der Führung von *L. Marin* verfolgte man eine rechtskonservative und nationalistische Politik. 1924 erfolgte die Umbenennung in Republikanische Demokratische Union (URD, Union Républicaine Démocratique). Ihr Anteil im Parlament schwankte zwischen 17% (1924) und 14% (1936). [Ni]

Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei (PSOR, Parti Socialiste Ouvrier Révolutionnaire). Linker Flügel des → Bund der Sozialistischen Arbeiter, der sich am 21. 10. 1890 unter Führung von *J. Allemanne* als eigenständige Partei konstituierte. Die PSOR wollte die Rückkehr zum militanten Ursprung der Arbeiterbewegung mit Hilfe eines kommunalistischen und stark antimilitaristischen Programms betreiben. In ihrer Revolutionskonzeption spielten der Generalstreik sowie andere revolutionäre gewerkschaftliche Aktionen eine große Rolle. Aber nicht nur der revolutionäre Syndikalismus war für die PSOR bezeichnend, sondern auch der »Ouvrierismus«, was sich in einem starken Mißtrauen gegenüber Intellektuellen und Berufspolitikern zeigte. Obgleich fast jährlich Parteitage abgehalten wurden, war der organisatorische Zusammenhalt der (ca. 180) Ortsgruppen nicht allzu groß. Mit ca. 5000 Mit-

gliedern war die PSOR die stärkste Arbeiterpartei in Paris; bei den Legislativwahlen 1893 erreichte sie 5 Mandate, 1902 ging ihr rechter Flügel in der → Französischen Sozialistischen Partei 1), der linke in der → Sozialistischen Partei Frankreichs auf. [Bu]

D. Ligou, Histoire du socialisme en France 1871–1961, Paris 1962.

Revolutionäre Sozialistische Partei (PSR, Parti Socialiste Révolutionnaire). Von *E. Vaillant* am 1. 7. 1898 in Paris gegründete Partei, die aus dem blanquistischen »Comité Révolutionnaire Central« hervorging. In ihrem revolutionären, antiparlamentarischen, antiklerikalen Programm sprach sie sich für die Errichtung der Diktatur des Proletariats unter Anwendung von Gewalt aus. Die Partei war straff organisiert und fast ausschließlich auf Paris, die »Mutter der Revolution«, begrenzt. Ihre Mitgliederzahl soll – einschließlich der mit ihr sympathisierenden Ligen – 2000 nicht überschritten haben; sie ging 1901 in der Sozialistischen Partei Frankreichs auf. [Bu]

G. Lefranc, Le mouvement socialiste sous la IIIe République, Paris 1963.

Sammlungsbewegung der Republikanischen Linken (RGR, Rassemblement des Gauches Républicains).

Ursprünglich Dachorganisation für einige Parteien der linken Mitte (vor allem Radikalsozialisten und Demokratische und sozialistische Widerstandsunion), die in den Wahlen 1946 und 1951 auf 11,5% bzw. 11% der Stimmen kam. Seit 1956 Bezeichnung für den von *E. Faure* geführten rechten Flügel der Radikalsozialisten und selbständige Parteiorganisation, die sich aber auflöste, als sich *Faure* nach 1958 *de Gaulle* für politische Aufgaben zur Verfügung stellte. [Ni]

Sammlungsbewegung des französischen Volkes (RPF Rassemblement du Peuple Français).

Zurückgehend auf seinen Londoner Aufruf vom 18. 6. 1940 an die Franzosen zum Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung gründete General *Ch. de Gaulle* am 14. 4. 1947 eine Partei, deren Ziel es war, »über alle unsere Meinungsverschiedenheiten hinweg die Einheit unseres Volkes in der Anstrengung um die Erneuerung und die Reform des Staates herbei und zum Triumph zu führen«. Zentraler Programmpunkt war die Überwindung des bestehenden Regierungssystems und der Parteienzersplitterung. An die Stelle der wechselnden Mehrheiten sollte eine starke Präsidialgewalt treten. »Wenn es sich darum handelt, Reformmaßnahmen zu beschließen und vor allem durchzuführen, kann das Regime, das auf den Parteien gegründet ist, nur versagen. Es ist hohe Zeit, daß diese Spiele und diese Ohnmacht aufhören. Es ist hohe Zeit, daß der republikanische Staat vom Fuß bis zum Scheitel so wiederaufgebaut wird, wie es die Sammlungsbewegung des französischen Volkes wünscht.« Nur so schien es den Gaullisten möglich, das Ziel der Wiederherstellung der französischen Großmacht – als genereller Rahmenbedingung französischer Politik überhaupt – zu erreichen.

Die hierarchisch strukturierte Parteiorganisation war ganz auf den Parteipräsidenten abgestellt. *De Gaulle* versuchte mit den von ihm bestimmten Mitarbeitern, sowohl die lokalen Organisationen wie die Parlamentsfraktion einer zentralen Führung zu unterwerfen. Die kollegialen Organe der Partei, der Nationalrat und die Parteitage, hatten nur untergeordnete Funktionen, was zu innerparteilichen Konflikten führte.

Die neue Partei, deren Wähler überwiegend aus dem Mittelstand kamen, konnte erste Erfolge bei den Kommunalwahlen im Oktober 1947 erzielen und wurde nach den Parlamentswahlen vom Juli 1951 mit 4,1 Mio. Stimmen (21,7%) stärkste Fraktion mit 107 (von 625) Sitzen. Doch zerbrach die Partei nach diesem Wahlerfolg über der Frage, ob man im bestehenden politischen System mitarbeiten oder die Institutionen der IV. Republik weiterhin kompromißlos angreifen sollte. Ein Großteil der Abg. fand sich zur Mitarbeit bereit. Es kam zu Abspaltungen einzelner kooperationswilliger und systemkonformer Gruppen, wie der Sozialrepublikanischen Union (URAS, Union Républicaine d'Action Sociale), die bei den Wahlen 1956 4,2% der Stimmen und 22 Sitze erhielten und sich an den letzten Kabinetten der IV. Republik beteiligten. Angesichts dieser Entwicklung löste *de Gaulle* 1953 die RPF auf. [Ni]

R. Barrillon, Le RPF, in: Partis politiques et classes sociales (Hg. M. Duverger), Paris 1955; Ph. Manin, Le RPF et les problèmes européens, Paris 1966; Chr. Purtschet, Le RPF, Paris 1965.

Sammlungsbewegung für die Republik (RPR, Rassemblement pour la République).

Seit 1976 gültige Bezeichnung für die gaullistische Bewegung, die am 1. 10. 1958 als Wahlorganisation unter dem Namen Union für die Neue Republik (UNR, Union pour la Nouvelle République) zur Unterstützung von Präsident *de Gaulle* gegründet wurde, der im Zuge der Algerienkrise zur Macht zurückgekehrt war und nach dem raschen Zerfall einer früheren gaullistischen Partei (→ Sammlungsbewegung des französischen Volkes) jetzt hinter sich drei Gruppen zu der neuen Sammlungsbewegung vereinigen konnte: 1. das seit 1954 bestehende Nationale Zentrum der Sozialrepublikaner (Centre National des Républicains Sociaux) unter *J. Chaban-Delmas* und *R. Frey*, 2. die unter *J. Soustelle* für ein französisches Algerien kämpfende Union für die französische Erneuerung (Union pour le Renouveau Français) und 3. den hauptsächlich aus Résistance-Veteranen bestehenden Republikanischen Konvent (Convention Républicaine). Aus einer Krisensituation erwachsen, blieb die Bewegung auch in der Folgezeit flexibel allgemeinen Trends der französischen Politik angepaßt, was sich u. a. in mehrfachem Namenwechsel zeigte. Durch Fusion mit der kleinen linksgaullistischen Gruppe

Demokratische Union der Arbeit (UDT, Union Démocratique de Travail) kam es 1963 zur UNR-UDT. Ende 1967 erfolgte mit der Übernahme der Sammelbezeichnung der zu den März-Wahlen 1967 angetretenen Kandidaten der Regierungsmehrheit die Umbenennung in Union der Demokraten für die V. Republik (Union des Démocrates pour la V^e^ République).

Die Unruhen 1968 führten zunächst zu der Bezeichnung Union für die Verteidigung der Republik (Union pour la Défense de la République), danach zu Union der Demokraten für die Republik (UDR, Union des Démocrates pour la République).

Programm: Die Namen und Namenwechsel zeigen bereits, daß es sich mehr um eine Bewegung als um eine Partei mit klarer Programmaussage handelt. Parteiprogramme im strengen Sinn hat es nie gegeben, sie waren geradezu überflüssig. Auch das vom Parteitag im Dezember 1975 verabschiedete »Manifest« blieb unverbindlich und verschwommen. Die programmatisch-inhaltlichen Aussagen der Gaullisten gingen primär von Wertvorstellungen aus, die in die Leitidee der Nation eingebettet waren. Die »Grandeur« der Nation bildet den Bezugspunkt sowohl für eine unabhängige, das Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität entschieden betonende Außenpolitik als auch für die Herstellung eines innenpolitischen Konsenses. Infolgedessen blieb man in der Gesellschaftspolitik notwendigerweise ohne präzise Aussagen.

Organisation: Auch hinsichtlich der Organisationsstruktur handelte es sich zunächst weniger um eine Partei mit entsprechendem Apparat als um eine Bewegung, die fast ausschließlich durch ihre Bindung an die Führerpersönlichkeit zusammengehalten wurde. Die sich in den Anfangsjahren auf ungefähr 80 000 belaufende Mitgliedschaft der Partei hatte auch nicht die Aufgabe, die Politik der Parteiführung mitzubestimmen oder gar zu machen, sondern die organisierte Gefolgschaft für die Führung der Bewegung bereitzustellen. Gegenüber dem traditionellen Parteibegriff ablehnend eingestellt, wollte *de Gaulle* der Bewegung kein Eigenleben zugestehen und glaubte, auf eine gut ausgebildete, auch im lokalen Bereich verankerte Organisation verzichten zu können. Er wandte sich insbes. gegen die Bestellung eines Parteivors. Daran hielt auch sein Nachfolger *G. Pompidou* fest, der 1971 den Delegierten des V. Parteitags ins Gedächtnis rief, daß man keine Partei im herkömmlichen Sinne sei, sondern eine Bewegung, die in erster Linie den gaullistischen Staatspräsidenten zu unterstützen habe. Dieser bestimme im wesentlichen als ihr einziger »inspirateur« ihre politischen Zielvorstellungen und verfüge dabei als Helfer über den von ihm ernannten Premierminister als »animateur« und den Generalsekretär als »organisateur« der Bewegung. Gleichwohl sah *Pompidou* schon Mitte der 60er Jahre die Notwendigkeit einer besseren Parteiorganisation, da Partei- und Staatsinstitutionen in der Konzeption *de Gaulles* zu sehr miteinander verzahnt waren und Änderungen im Wählerverhalten oder ein personeller Wechsel in der Staatsführung die Gefahr des Zerfalls der Partei in sich bargen. Vor allem auf unterer lokaler Ebene fehlte ein handlungsfähiger Funktionärsapparat. Der Parteitag von Lille brachte im November 1967 eine Straffung der Parteiführung und auf allen Ebenen Mitarbeiterstäbe zur besseren Mobilisierung von Mitgliedern und Wählern der Partei. Die Gaullisten begannen, sich zu einer vergleichsweise gut organisierten Massenpartei zu entwikkeln. Seit 1974/75 kam es auch zu stärkerer Mitwirkung der Parteimitglieder an der Nominierung der Parteiführung. Dieser Trend verstärkte sich im Dezember 1976, als ein außerordentlicher Parteitag einschneidende organisatorische Veränderungen vornahm. Erstmals erhielt die Partei einen Parteipräsidenten als Vors., der vom Parteitag zu wählen ist. Der Präsident ernennt den Generalsekretär und wird von einem Beratergremium (Conseil Politique) und dem Exekutivausschuß unterstützt. Außerhalb der Parteitage ist das 237 gewählte Mitglieder umfassende Zentralkomitee oberstes Parteiorgan. Parallel zur Stärkung der Parteiorganisation wurde die Mitgliederwerbung gefördert. Die Mitgliederzahl erreichte 1976 die 300 000-Grenze und belief sich Ende 1977 auf 550 000. Nur die Kommunistische Partei weist höhere Mitgliederzahlen auf.

Presse: Tageszeitung ›La Lettre de la Nation‹, Wochenzeitung ›L'Enjeu‹.

Geschichte: Als Volkspartei gelang es den Gaullisten, in Frankreich einen neuen Parteityp durchzusetzen. Indem sie Wähler aus allen sozialen Schichten mobilisierte, kann die Partei auf eine außergewöhnliche Erfolgsbilanz zurückblikken. Sie sog nicht nur die Wähler der Mitte- und Rechtsparteien weitgehend auf, sondern konnte auch sozialistische und kommunistische Wähler – vor allem in den neuen aufstrebenden Industriezentren in Savoyen, in der Bretagne und im Südwesten – für sich gewinnen. Ungefähr ein Drittel ihrer Wähler hatte in der IV. Republik links gewählt und war jetzt zur volksparteilichen Sammlungsbewegung des Gaullismus übergegangen. Insgesamt aber war die Partei von Anfang an bei der Arbeiterschaft unterrepräsentiert, deren Anteil seit Anfang der siebziger Jahre zudem noch rückläufig ist. Der Schwerpunkt liegt bei den Angestellten, freien Berufen, mittelständischen Unternehmern und Landwirten.

Die Ausrichtung zur Volkspartei, die sich als über den Parteien herkömmlichen Zuschnitts stehende Staatspartei des gaullistischen Frankreich darstellte und »alle Klassen, alle Altersgruppen, alle Berufe und alle Regionen« vereinen wollte, bewirkte jedoch keine Auflockerung der verfestigten französischen Sozialstrukturen. Noch immer gilt, was *Chaban-Delmas* 1969 feststellte: »Wir sind ein Land der Kasten. Übersteigerte Einkommensunterschiede und unzureichende gesellschaftliche Mobilität halten zwischen den so-

zialen Gruppen anachronistische Mauern aufrecht. Wir leben in einer zementierten Gesellschaft.« Trotz sozialer Reformansätze (Mitbestimmung, Vermögensbeteiligung) ist der Gaullismus eine Partei des gesellschaftlichen Status quo. Seine Leistungen als Regierungspartei lagen bisher vor allem in der Bewältigung des Kolonialproblems, in der Politik der Entspannung zwischen den weltpolitischen Blöcken, in der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, in der Herstellung regierungsfähiger stabiler Mehrheiten (bei gleichzeitiger Entmachtung des Parlaments) und in der Modernisierung der französischen Wirtschaft.

Von Anfang an erzielten die Gaullisten eindrucksvolle Wahlerfolge. Wenige Wochen nach der Gründung wurden 40% der Mandate errungen. Im Wahlbündnis mit den Unabhängigen Republikanern (→ Republikanische Partei) erreichte man 1968 46,4% der Stimmen und 349 (74,3%) der Sitze. Dieser Stimmenanteil war allerdings eine Folge der Maiunruhen von 1968 und ging fünf Jahre später wieder auf ein Normalmaß zurück.

Obwohl es in erster Linie die Person *de Gaulles* war, die die Partei mangels eines Parteiprogramms integrierte, hielten sich Flügelbildungen nach seinem Rücktritt 1969 in Grenzen. Eine sich als orthodoxe Gaullisten verstehende Gruppe gründete als Reaktion auf liberale Tendenzen der Partei, die sich in Premiermin. *Chaban-Delmas* verkörperten, die »Action et Présence du Gaullisme«. Diese unter Führung von *M. Debré* stehende Gruppe vermochte die Entlassung von *Chaban-Delmas* durchzusetzen, schrumpfte nach den Wahlen 1973 aber fast um die Hälfte. Dennoch blieb ihr starker Einfluß auf den Kurs der Partei erhalten. Weniger bedeutend sind die Linksgaullisten, die sozialreformerische Pläne zu entwickeln versuchen, damit aber die Parteilinie nicht zu prägen vermögen. *Pompidou* gelang es als *de Gaulles* Nachfolger, die Partei hinter seiner Person und seinem Staatspräsidentenamt zu integrieren und darüberhinaus trotz der Bedenken der orthodoxen Gaullisten zur politischen Mitte hin zu öffnen.

Nach *Pompidous* Tod kam es zu einer für die Gaullisten ungewohnten Wende: das Amt des Staatspräsidenten ging mit *V. Giscard d'Estaing* an einen Nicht-Gaullisten über, der von einem Teil der Gaullisten unter *J. Chirac* gegen den gaullistischen Kandidaten *Chaban-Delmas* sogar unterstützt worden war. Damit war die immer wieder unterstrichene Funktion der Partei, eine Bewegung zur Unterstützung des Staatspräsidenten zu sein, hinfällig geworden. Hinzu kam, daß die Partei bei den Wahlen 1973 einen Stimmenrückgang auf 24% der abgegebenen Stimmen und 184 Sitze hinnehmen mußte und nun zusammen mit den Unabhängigen Republikanern über 36,7% der Stimmen und 261 Sitze verfügte. Die Folge waren Führerlosigkeit und innere Zerrissenheit, deren Überwindung das Werk *Chiracs* war. Dieser wurde zunächst Premierminister und übernahm 1974 für kurze Zeit auch den Posten des Generalsekretärs der Partei. *Chirac* wollte zumindest die dominierende Rolle seiner Partei innerhalb der Präsidialmehrheit sichern. Nach einzelnen von ihm angeregten organisatorischen Neuerungen vermochte er sich 1975 als anerkannter Führer der Partei zu etablieren. Dies war jedoch nur bei gleichzeitigen Zugeständnissen an den orthodoxen Flügel möglich, der – gegen die von *de Gaulle* selbst aufgestellten Prinzipien und gegen die Verfassung der V. Republik – den Einfluß der Partei auf die Politik des Staatspräsidenten verstärken wollte, gegen dessen Versuche der Kooperation mit der linken Mitte opponierte und *Chirac* 1976 zum Rücktritt zwang, ohne jedoch aus der Regierungsmehrheit im Parlament auszuscheiden. Der Rücktritt stärkte letztlich die integrative Kraft *Chiracs* als Parteiführer. Unter ihm wandelte sich der Präsidentialgaullismus zum Parteigaullismus.

Für den Wahlkampf 1978 vereinbarten die Gaullisten Wahlbündnisse innerhalb der Parteien der Regierungsmehrheit. Anders aber als Staatspräsident *Giscard d'Estaing* beharrten sie auf einer scharfen Abgrenzung gegenüber den Linksparteien und wandten sich gegen Versuche, die Polarisierung der französischen Wählerschaft zu überwinden. Sie mußten zwar geringe Stimmenverluste hinnehmen, blieben mit 26,1% und 148 Sitzen aber stärkste Partei. [Ni]

J. Charlot, L'U.N.R. Etude du pouvoir au sein d'un parti politique, Paris 1967; J. Charlot, Le phénomène Gaulliste, Paris 1970; P. Avril, UDR et Gaullistes, Paris 1971; A. Hartley, Gaullism. The Rise and Fall of a Political Movement, London 1971.

Sozialistische Partei (PS, Parti Socialiste).

Durch den Zusammenschluß der → Französischen Sozialistischen Partei 1) (PSF) und der → Sozialistischen Partei Frankreichs (PSDF) am 23.4. 1905 in Paris als Französische Sektion der Arbeiter-Internationale (SFIO, Section Français de l'Internationale Ouvrière) gegründet. Am 13.7. 1969 in Issy-les-Moulineaux Zusammenschluß mit der »Union des Clubs pour le Renouveau de la Gauche« zur »neuen« Sozialistischen Partei, PS.

Programm: Als politische und ökonomische Organisation des Proletariats sah sich die SFIO in der Rolle der Klassenpartei und befürwortete als solche Klassenkampf und Revolution; oberstes Ziel war die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft in eine »kollektivistische oder kommunistische«. Dies sollte durch die Eroberung der Macht und durch die Vergesellschaftung des Produktiv- und Finanzkapitals erreicht werden. Trotz der marxistisch-revolutionären Ideologie vertrat die Partei aber eine Anzahl reformistischer Forderungen: So entwickelte sie Landwirtschafts- und Kommunalprogramme, forderte eine weitreichende Sozialgesetzgebung (8-Stunden-Tag, bezahlten Urlaub, Lohngleichheit, Abschaffung der Kinderarbeit) und setzte sich für das Frauenwahlrecht sowie eine kostenlose Volksbildung

ein. Aus der Verknüpfung von revolutionärer Theorie und reformerischer Praxis ergab sich für die Sozialisten ein permanentes Dilemma, das erst 1972 mit dem neuen Programm der PS gelöst wurde. In diesem Programm wurden die Gedanken des demokratischen Sozialismus mit den sozioökonomischen Strukturen Frankreichs in Einklang gebracht und das politische Programm dem politischen Handeln angeglichen. Die Partei verzichtete bewußt auf das traditionell marxistische Vokabular, definierte aber klar ihre weitreichenden sozialen und wirtschaftlichen Reformen. Wenngleich das System der V. Republik akzeptiert wird, so sollen doch die Rechte des Parlaments erweitert und das Verhältniswahlsystem eingeführt werden. Die Partei spricht sich zwar für die Marktwirtschaft aus, doch sind Verstaatlichungen von Bodenschätzen, Banken, Monopolbetrieben oder marktbeherrschenden Unternehmen – allerdings bei voller Entschädigung – vorgesehen; landwirtschaftliche Großbetriebe sollen in Produktionsgenossenschaften umgewandelt werden. Die Selbstbestimmung der Arbeitnehmer gilt als langfristiges Ziel, die Wirtschaftsplanung soll ausgeweitet und demokratisiert werden. Auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik präsentiert die PS eine Reihe konkreter Alternativvorschläge, wie z. B. im Gesundheits- und Bildungswesen. In ihrem außenpolitischen Programm unterstützen die Sozialisten den weiteren Ausbau der europäischen Institutionen, wollen jedoch die Entscheidungsfreiheit Frankreichs nicht angetastet wissen; eine Wiedereingliederung in die militärische Organisation der NATO wird abgelehnt.

Organisation: Die Furcht vor allzu großer Bürokratie, die Ablehnung des »demokratischen Zentralismus« sowie das Festhalten an einer extensiven innerparteilichen Demokratie haben sowohl bei der SFIO als auch bei der PS nur schwache Organisationsstrukturen entstehen lassen. Lokale Gruppen, die in Sektionen zusammengefaßt werden konnten, bildeten die Basis der SFIO. Auf Départements-Ebene bestanden die relativ autonomen »Fédérations«. Die vierköpfige Direktion der Partei wurde vom jährlich tagenden Parteitag gewählt – ebenso der Nationalrat, der das höchste Gremium zwischen den Parteitagen war. Die Kontrolle der Fraktion und der Presse oblag der vom Parteitag gewählten ständigen Verwaltungskommission (CAP, 24 Mitglieder), der jedoch keine Parlamentarier angehören durften. Von dieser Organisationsstruktur unterscheidet sich die PS insofern, als der Parteitag ein Direktionskomitee (131 Mitglieder) wählt, aus dessen Mitte dann das Exekutivbüro (21 Mitglieder) und das Sekretariat (15 Mitglieder) gewählt werden. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die innerparteilichen Tendenzen im Direktionskomitee proportional vertreten sind. Ihre Stärke berechnet sich durch den Prozentsatz der Mandate, die sich beim Parteitag auf ihren Antrag der allgemeinen Richtlinienpolitik der Partei anschließen. Werden weniger als 5 % der abgegebenen Mandate erreicht, ist die entsprechende »Strömung« nicht im Direktionskomitee und im Exekutivbüro vertreten.

Die Jugend-, Studenten- und Frauenorganisationen der SFIO erlangten niemals eine besondere Bedeutung und lösten sich im Laufe der V. Republik fast vollständig auf. Die PS bemüht sich jedoch seit 1971 mit Erfolg um die sozialistische Studentenorganisation. Daneben hat die Partei einen gewissen Einfluß auf die Lehrergewerkschaft FEN und die zweitgrößte Arbeitergewerkschaft CFDT.

Presse: Kurz nach ihrer Gründung verfügte die SFIO neben der ›Humanité‹ über drei weitere Tageszeitungen sowie über etwa 60 Wochenzeitungen in ganz Frankreich. Nach der Spaltung 1920 wurde der ›Populaire‹ offizielles Organ, daneben bestanden weiterhin zahlreiche Regionalzeitungen. Diese Pressevielfalt verringerte sich jedoch nach 1946 rapide, so daß heute der PS nur noch zwei Tageszeitungen in Marseille und Lille, die Wochenzeitung ›L'Unité‹, die Monatszeitung ›Combat Socialiste‹ sowie die Monatszeitschrift ›La Nouvelle Revue Socialiste‹ zur Verfügung stehen.

Geschichte: Die Forderung nach Einheit der sozialistischen Bewegung, die auf dem Amsterdamer Kongreß der II. Internationale (1904) erhoben wurde, konnte in Frankreich ungeachtet ideologischer und programmatischer Differenzen zwischen → PSF und → PSDF eingelöst werden. Der Vereinigungsparteitag fand im April 1905 statt, und die neue Partei nannte sich in Anerkennung ihres Ursprunges SFIO. Während die politische Verantwortung den parlamentarischen Führern *J. Jaurès* und *J. Guesde* überlassen wurde, widmete sich der Generalsekretär der SFIO, *L. Dubreuil*, dem Ausbau der Partei; die Organisation konnte gefestigt und die Mitgliederzahl von 35 000 (1905) auf ca. 100 000 (1914) erhöht werden.

In der Zeit bis 1914 vereinigte die SFIO praktisch die ganze Linke; sie war eine Arbeiterpartei par excellence, der es zudem gelang, in das mittelständische Wählerreservoir einzubrechen: so vermochte sie die Zahl ihrer Abg. von 51 (1906) über 76 (1910) auf 103 (1914) zu steigern. Dennoch konnte die einheitliche Organisation nicht über die inhaltlichen Differenzen ihrer Mitglieder hinwegtäuschen. Immer wieder kam es in der Partei und in der Fraktion zu Richtungskämpfen, die indes nur in Ausnahmefällen zu Abspaltungen führten (→ Republikanische Sozialistische Partei). Am Vorabend des Krieges präsentierte sich die SFIO als große parlamentarische Partei, die ihren Willen bekundete, sich in die republikanische Demokratie Frankreichs einzuordnen, und die in *Jaurès* ihren überragenden politischen Führer hatte. Seine Konzeption eines sozialistischen Humanismus fand weit über die SFIO hinaus Anklang; hinzu kam sein bedingungsloses Eintreten für den Frieden, wobei er versuchte, den

republikanischen Patriotismus mit einem universalistischen Internationalismus zu vereinbaren. Mit seiner Ermordung am 31. 7. 1914 ging eine Periode in der Geschichte des Sozialismus zu Ende.

Schon kurz danach proklamierte die SFIO die Abkehr vom Pazifismus und die Verteidigung des Vaterlandes. Folgerichtig stimmte die Fraktion für die Kriegskredite, und auch die Partei unterstützte einheitlich den Eintritt von Sozialisten in das Kabinett der »Union Sacrée« (→ Einleitung). Mit der Dauer des Krieges meldete sich aber die Opposition wieder zu Wort und kritisierte auf dem Parteitag im Dezember 1915 erstmals die Parteiführung. Anfang 1916 bildete sich um *J. Longuet* und *A. Pressemane* innerhalb der Fraktion eine Oppositionsgruppe, die auch auf der Kienthaler Konferenz vertreten war. Diese Gruppe, die für einen Verständigungsfrieden eintrat, konnte ihre Position bis zum Parteitag 1917 soweit ausbauen, daß auf ihren Druck hin die sozialistischen Minister aus der Regierung zurückgerufen wurden. Ein Jahr später übernahm die Opposition die Mehrheit im Parteivorstand und *L.-O. Frossard* wurde neuer Generalsekretär. Obgleich der Sieg der Opposition kein Sieg der revolutionären Strömung war, wandte sich 1919 der »Bloc National« (→ Einleitung) gegen die Partei, die aufgrund des geänderten Wahlsystems bei den Legislativwahlen 1919 nur 68 Mandate gewann.

Ausbruch und Verlauf der russischen Revolution hinterließen bei den Sozialisten einen großen Eindruck. Unter Berufung auf die ideologischen Positionen der Partei wurden Zweifel an den parlamentarischen Aktionen der SFIO laut, und der Parteitag 1919 bekräftigte daher die »Prinzipien des Klassenkampfes und der bedingungslosen Opposition zu bürgerlichen Parteien und Regierungen« und sah in der »sozialen Revolution Rußlands« ein Vorbild. Ein Jahr später beschloß die Partei den Bruch mit der II. Internationale und verhandelte auf dem 2. Weltkongreß der Komintern über die Frage des Anschlusses. Auf dem Kongreß in Tours, 1920, kam es dann zur Abstimmung über die Annahme der 21 Bedingungen. Nach massiver Intervention *Lenins* und *Sinowjews* beschloß die überwältigende Mehrheit den Anschluß an die Komintern und besiegelte somit die Spaltung (→ Kommunistische Partei Frankreichs PCF). Mit nur 30 000 Mitgliedern und 55 Abg. begann die Minorität unter Führung von *L. Blum* mit dem Neuaufbau der SFIO, wobei es dem neuen Generalsekretär, *P. Faure*, gelang, die Parteiorganisation zu festigen; 1924 war die SFIO mit ca. 100 000 Mitgliedern in fast allen Départements wieder vertreten und stellte zudem im »Cartel des Gauches« (→ Einleitung) mit 104 Abg. die zweitstärkste Fraktion – ohne sich jedoch an der Regierung zu beteiligen. Bei den Parlamentswahlen 1928 hatte die Partei, sowohl was die Organisation als auch was die Wahlerfolge betraf (18 % der Stimmen, 99 Mandate), wieder ihre Stärke wie vor der Spaltung erreicht; 1932 konnte sie sogar – bei einer Mitgliederzahl von ca. 140 000 – ihre Position auf 131 Mandate ausbauen. Allerdings beschränkten sich die Aktivitäten der SFIO meist auf den Wahlkampf und auf das parlamentarische Leben. Das permanente Dilemma, das sich aus dem Festhalten an revolutionären Dogmen und der Notwendigkeit parlamentarischen Handelns ergab, konnte zwar lange von der Integrationsfigur *Blum* paralysiert werden, trat aber über die Koalitionsfrage nach den Wahlen 1932 voll zutage. Während sich die Parteilinke um *J. Zyromski* und *M. Pivert* durch die Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen nicht kompromittieren lassen wollte, sprachen sich unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise und des Zusammenbruchs der deutschen Sozialdemokratie *P. Renaudel* und *M. Déat* für eine Mitte-Links-Koalition aus, was zur Abspaltung der → Sozialistischen Partei Frankreichs - Union Jean Jaurès führte.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1934 stellten die SFIO erneut vor die Koalitionsfrage. Angesichts der faschistischen Gefahr und der offensichtlichen Bereitschaft der Parteibasis, mit den Kommunisten eine antifaschistische Aktionseinheit zu bilden, befürwortete der Nationalrat am 15. 7. 1934 den Aktionseinheitspakt mit der → PCF. Dieser Pakt, den beide Seiten im Juli 1934 unterzeichneten, wurde nach dem französisch-sowjetischen Beistandspakt vom Mai 1935 unter Hinzuziehung der Radikalsozialisten zur Volksfront (→ Einleitung) erweitert. Der Erfolg blieb nicht aus: Die Volksfront gewann 1936 die Mehrheit, und die SFIO stellte mit 146 Abg. die stärkste Fraktion.

Inmitten einer schweren sozialen Krise bildete *Blum* am 4. 6. 1936 die erste sozialistisch geführte Regierung, an der sich jedoch die Kommunisten nicht beteiligen wollten. Eine der ersten Handlungen des Kabinetts *Blum* bestand in der gesetzlichen Absicherung der im sog. »Matignon-Abkommen« erreichten Reformen, was sich niederschlug in den Gesetzen über die 40-Stunden-Woche, den bezahlten Urlaub, die Verbesserung der Sozialversicherung, der Nationalisierung der Eisenbahn sowie der Flugzeugindustrie und die Umwandlung der Bank von Frankreich in eine vom Staat kontrollierte Notenbank. Allein, die Schwierigkeiten bei der Kontrolle des Gold- und Devisenhandels und bei der Bekämpfung der Finanzkrise sowie die von *Blum* verfolgte Nicht-Interventionspolitik im spanischen Bürgerkrieg führten 1937 zur Bildung der 2. Volksfrontregierung unter dem Radikalsozialisten *C. Chautemps*, die wiederum von der 2. Regierung *Blum* (März bis April 1938) abgelöst wurde. An der darauf gebildeten Regierung *E. Daladier* war die SFIO nicht mehr beteiligt, und spätestens mit dem Münchener Abkommen brach die Volksfront auseinander.

Parteiintern kam es indes zu schweren Belastungsproben. Schon 1937 war es zu Auseinan-

dersetzungen über die Frage der Beteiligung an der Regierung *Chautemps* gekommen, und ein Jahr später führte die Diskussion über die Unterstützung der Regierung *Daladier* zum Ausschluß der Parteilinken um *Pivert*. Ein zweiter Konflikt war mit »München« vorprogrammiert: Die Mehrheit in der Partei schloß sich *Faure* und seiner Billigung der Appeasement-Politik an, während die Minderheit um *Blum* den Widerstand Frankreichs gegen *Hitlers* Pläne befürwortete; als Parteiführer um die organisatorische Einheit besorgt, lenkte *Blum* letztlich ein und gab somit den Weg frei zur offiziellen Akzeptierung der Politik *Daladiers*.

Nach Kriegsausbruch kämpfte wiederum bloß eine Minderheit der SFIO gegen die Kapitulation Frankreichs und für eine Weiterführung des Krieges. So wurde denn auch das Verfassungsgesetz vom 10. 7. 1940, welches das Vichy-Regime und Marschall *Pétain* legitimieren sollte, nur von 36 sozialistischen Abgeordneten abgelehnt; die Mehrheit – unter ihnen der langjährige Generalsekretär *Faure* – arrangierte sich mit *Pétain*.

Trotz Repressionen und zahlreichen Verhaftungen trat bereits im November 1940 die erste sozialistische Widerstandsorganisation in Aktion. Unter schwierigsten Bedingungen und größten Opfern gelang es dem neuen Generalsekretär, *D. Mayer*, die zerschlagene Organisation in der Illegalität wieder aufzubauen, und im Sommer 1943 war die SFIO mit ca. 60 000 Aktivisten und 7 illegalen Zeitungen in ganz Frankreich vertreten. Die von der Partei veröffentlichte Charta der Forderungen für die Zeit nach der Befreiung, die ein Programm für die Errichtung einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie darstellte, wurde als »Charta der Widerstandsbewegung« von Résistance-Gruppen aller Richtungen übernommen.

Nach der Befreiung wurden nicht nur die *Pétain*-Kollaborateure – unter ihnen allein 96 Mitglieder der alten Fraktion – aus der Partei ausgeschlossen, sondern auch die Prinzipien der SFIO neu zur Diskussion gestellt. Beeinflußt durch *Blums* Schrift »A l'échelle humaine« bekräftigte die SFIO auf dem XXXVII. Parteitag in Paris 1945 ihren demokratischen Charakter – das imperative Mandat auf Parteitagen wurde abgeschafft – und ihr Eintreten für soziale Reformen, vermied aber jede Abschwächung ihrer marxistischen Ideologie. Weiterhin verstand sie sich als Partei des »Klassenkampfes« und nicht als Partei der »Klassenaktion« – wie es *Blum* vorgeschlagen hatte; auch die Organisation wurde geändert: ein 25köpfiges Direktionskomitee ersetzte das CAP, und daneben bestand fortan ein ständiges Sekretariat.

In den ersten beiden Regierungen *de Gaulle* war die SFIO mit mehreren Ministern vertreten; bei den Wahlen 1945 erreichte sie mit 24,6 % 135 Mandate und nach dem Rücktritt des Generals bildete *F. Gouin* sogar die erste sozialistische Nachkriegsregierung innerhalb des »Tripartisme« (→ Einleitung). Gleichwohl ging die Anzahl der SFIO-Mandate bei den Wahlen 1946 auf 115 (Juni-Wahl) bzw. 91 (November-Wahl) zurück. Mit der Wahl *V. Auriols* zum Präsidenten der Republik (Jan. 1947) konnten die Sozialisten nochmals einen Erfolg für sich buchen, doch wurde der Partei in der Folgezeit die alleinige Verantwortung für die auftretenden Schwierigkeiten zugeschrieben, was sich in Mitglieder- und Wählerverlusten niederschlug.

Daneben brachen die innerparteilichen Kontroversen um die Frage der Regierungsbeteiligung wieder auf. *G. Mollet* und mit ihm der linke Flügel forderte den Austritt aus der Regierung und löste schließlich Mitte 1946 *Mayer* als Generalsekretär ab, ohne daß sich jedoch dadurch die Koalitionspolitik änderte.

Mit dem Ausschluß der → PCF aus der Regierung und dem Sturz des 3. Kabinetts *P. Ramadier* (Okt. 1947) ergab sich eine neue Machtkonstellation. Die Konzeption der »Dritten Kraft« (→ Einleitung) hatte zwar in der SFIO eine ihrer Hauptstützen, doch konnte die Partei ihr Programm nicht durchsetzen. Das Resultat war eine tiefe Unzufriedenheit nicht nur an der Parteibasis. Die Wahl 1951 bestätigte dies; zwar konnte die SFIO aufgrund des geänderten Wahlsystems (→ Einleitung) 95 Mandate erringen, doch ging ihr Stimmenanteil von 18,1 % auf 15,3 % zurück. Die Sozialisten gingen in die Opposition und erhielten erst 1954 durch die Regierung *P. Mendès-France* die Möglichkeit, an die Macht zurückzukehren. *Mollet* lehnte jedoch ab, da er die SFIO-Minister nicht dem Regierungschef, sondern der Partei verantwortlich wissen wollte. Die Wahl 1956 (15,8 %, 89 Mandate) brachte für die SFIO insofern einen Erfolg, als *Mollet* mit der Regierungsbildung beauftragt wurde. Allerdings sah sich seine Regierung Problemen gegenüber, die schon aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und der Alternativlosigkeit der SFIO nicht lösbar waren. Die drängenden wirtschaftlichen Fragen blieben ungelöst, und die Entscheidungen im Algerienkrieg und in der Suez-Krise diskreditierten die Partei noch mehr.

In der innenpolitischen Krise des Jahres 1958 sprachen sich zwar Fraktion und Direktionskomitee der Partei mit großer Mehrheit gegen eine Kandidatur *de Gaulles* aus, in der Nationalversammlung hingegen stimmte nur eine knappe Minderheit gegen die Investitur des Generals. Als auf dem Parteitag im September 1958 dann noch die Mehrheit für die Annahme der gaullistischen Verfassung votierte, war die Minderheit nicht mehr bereit, sich zu fügen und konstituierte sich als → Autonome Sozialistische Partei (PSA). Die SFIO zog mit dem Slogan »Le SFIO à l'avantgarde de la Ve République« in den Wahlkampf und erlebte – auch aufgrund des geänderten Wahlrechts (→ Einleitung) – mit 15,7 % und nur 40 Mandaten ihre größte Niederlage.

Obgleich sich die Partei in der innenpolitischen Auseinandersetzung der folgenden Jahre immer

deutlicher von *de Gaulle* distanzierte, unterstützte sie ihn in seiner Algerienpolitik. Die Wende kam 1962 mit dem Referendum zur Direktwahl des Präsidenten. Im »Cartel des Non« bezogen die Sozialisten eindeutig – wenngleich erfolglos – Stellung, und in der darauffolgenden Wahl konnten sie immerhin 65 Sitze für sich verbuchen.

Das nun einsetzende Bemühen der Partei, die nicht-kommunistische Linke zusammenzufassen, mußte aber solange ohne nennenswerten Erfolg bleiben, wie der verkrustete Parteiapparat fortbestand, die Sozialismuskonzeption dogmatisch und die Strategie wechselhaft blieb; darüber hinaus war die Bündnisfrage vollkommen ungeklärt. Zur Präsidentschaftswahl 1965 versuchte *G. Defferre* unter Einschluß der → Republikanischen Volksbewegung und unter Ausschluß der PCF ein Bündnis zustande zu bringen, was jedoch scheiterte. Als Alternativlösung bot sich *F. Mitterrand* an, der mit der Schaffung des → Bundes der Demokratischen und Sozialistischen Linken (FGDS) auch der SFIO zum Erfolg verhalf. Die Versuche, den FGDS zu einer schlagkräftigen Organisation auszubauen, wurden infolge der Mai-Unruhen 1968 zerstört. Die SFIO versuchte nochmals ein Mitte-Links-Bündnis zustande zu bringen, scheiterte damit aber ebenso wie mit ihrem Präsidentschaftskandidaten 1969 – ganze 5% entfielen auf *Defferre*. Dieses Ergebnis setzte den Schlußpunkt unter die negative Entwicklung. Die Unfähigkeit der Partei, ihre programmatischen Ansprüche mit der Realität in Einklang zu bringen, der Immobilismus großer Teile der Parteikader sowie das ambivalente Verhalten *de Gaulle* gegenüber ließen die SFIO nicht nur in der Wählergunst sinken; 1969 zählte die Partei kaum mehr als 35 000 Mitglieder.

Unter aktiver Beteiligung der linkssozialistischen »Union des Clubs pour le Renouveau de la Gauche« formierte sich im Juli 1969 die neue PS. *Mollet* trat zurück und *A. Savary*, der schon 1958 aus der SFIO ausgetreten war (→ PSA), wurde sein Nachfolger. Gegründet auf eine Strategie der Einheit der Linken, erhielt die PS weiteren Zulauf. Im Juni 1971 erfolgte die Vereinigung mit *Mitterrand* und der hinter ihm stehenden »Convention des Institutions Républicaines«, und Ende 1974 traten ca. 3 000 Mitglieder der → Vereinigten Sozialistischen Partei mit ihrem Vorsitzenden *M. Rocard* sowie eine Reihe weiterer sozialistischer Gruppen der Partei bei.

Zur überragenden Persönlichkeit wurde jedoch *Mitterrand*; er löste nicht nur *Savary* als Generalsekretär ab, sondern vermochte es auch, im Juni 1972 das erste gemeinsame Regierungsprogramm mit den Kommunisten zustande zu bringen. Der Erfolg der PS bei der Wahl 1973 (17,7%, 89 Mandate), bei der Präsidentschaftswahl 1974 (*Mitterrand* 49,3%) und bei der Wahl 1978 (22,6%, 103 Mandate) gaben dem neuen Konzept recht. Der PS ist es offensichtlich gelungen, das ehemalige Wählerreservoir der SFIO zurückzuerobern und in Wählerschichten einzubrechen, die den Sozialisten früher ablehnend gegenüberstanden. Dafür ist nun nicht nur das gemeinsame Regierungsprogramm verantwortlich zu machen – das 1978 nicht mehr erneuert wurde – sondern vor allem die programmatische, ideologische und verfassungsrechtliche Anpassung der PS an die ökonomischen und sozialen Gegebenheiten Frankreichs. Und nicht zuletzt kommt der Integrationsfigur *Mitterrand* ein Großteil des Erfolges zu, da er es verstanden hat, die unterschiedlichsten Strömungen in der Partei – vor allem den CERES-(Centre d'Etudes et de Recherches d'Education Socialiste-)Flügel unter *J.-P. Chevènement* auf eine einheitliche Vorgehensweise festzulegen. [Bu]

D. Ligou, Histoire du Socialisme en France, 1871–1961, Paris 1962; A. Philip, Les Socialistes, Paris 1967; R. Verdier, PS/PC; une lutte pour l'entente, Paris 1976.

Sozialistische Partei Frankreichs (PSDF, Parti Socialiste de France). Revolutionäre, sozialistische Partei, die am 3. 11. 1901 in Ivry durch den Zusammenschluß der → Französischen Arbeiterpartei (POF), der → Revolutionären Sozialistischen Partei (PSR) und dem linken Flügel der → Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOR) unter maßgeblicher Führung von *J. Guesde* und *E. Vaillant* gegründet wurde. Das Programm beruhte auf der Doktrin der radikalen Opposition gegen den bürgerlichen Staat. Die PSDF sprach sich gegen jede Koalition mit den bürgerlichen Parteien aus, lehnte eine Regierungsbeteiligung ab und fühlte sich einem aggressiven Internationalismus verbunden. Die Partei war straff zentralistisch gegliedert und wurde vom Zentralrat – bestehend aus Vertretern der »Fédérations« und drei Parlamentariern – geleitet. Mit ihren ca. 16 000 Mitgliedern war die PSDF eine Partei der Aktivisten. Das offizielle Organ war die Wochenzeitung ›Le Socialiste‹; daneben erschien in Grenoble die Tageszeitung ›Le Cri du Peuple‹.

Schon vor der organisatorischen Vereinigung hatten POF und PSR zusammengearbeitet, um ihren revolutionären Ideen größere Durchschlagskraft und Popularität zu verleihen. Bei den Legislativwahlen 1902 erhielten sie mit weniger als 400 000 Stimmen nur 14 Mandate. Sie lehnten zwar den »Bloc des Gauches« (→ Einleitung) ab, tolerierten ihn jedoch de facto wegen seiner antiklerikalen Politik. Obgleich die Zahl der »Fédérations« im Laufe der Zeit anstieg (1902: 38, 1904: 45, 1905: 46), mußte die Partei bei den Munizipalwahlen 1904 große Verluste hinnehmen. Als Juniorpartner der Französischen Sozialistischen Partei 1) bildete sie 1905 die SFIO (→ Sozialistische Partei). [Bu]

A. Zèvaès, Histoire du Socialisme et du communisme en France, Paris 1947.

Sozialistische Partei Frankreichs – Union Jean Jaurès (Parti Socialiste de France – Union Jean Jaurès). Am 3. 12. 1933 in Paris von *P. Renaudel* und *M. Déat* gegründete liberal-sozialistische

Partei, die sich auf das politische Erbe von *J. Jaurès* berief.

Unter dem Schlagwort des »Neosozialismus« und dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise sowie des Zusammenbruchs der deutschen Sozialdemokratie wollte die Partei eine neue sozialistische Ordnung mit einer demokratischen Mehrheit schaffen. Sie propagierte eine Allianz zwischen Arbeitern, Bauern und Mittelstand, da die marxistische Theorie des Klassenkampfes auf die Verhältnisse in Frankreich nicht anwendbar sei. – Der Organisationsaufbau entsprach dem der SFIO (→ Sozialistische Partei) mit dem Unterschied, daß der Parteitag ein Zentralkomitee mit 50 Mitgliedern wählte, das wiederum ein zehnköpfiges Exekutivbüro wählte. Der Partei stand die Tageszeitung der Gewerkschaft CGT, ›Peuple‹, nahe.

Der formelle Anlaß für den Bruch mit der SFIO war die Weigerung der Parlamentsgruppe um *P. Renaudel*, 1933 gegen das Budget der bürgerlichen Regierung *E. Daladier* zu stimmen. 46 Deputierte und ca. 20 000 Mitglieder schlossen sich daraufhin der neuen Partei an. Die Situation, die sich mit dem faschistischen Vorstoß vom 6. 2. 1934 ergab, durchkreuzte jedoch die Pläne der Parteiführung. Die Partei konnte sich nicht konsolidieren und verlor zunehmend ihre Anhänger. Am 3. 11. 1934 fusionierte ihre Parlamentsfraktion mit der der → Republikanischen Sozialistischen Partei und bildete mit ihr zusammen die Sozialistische Republikanische Union (Union Socialiste Républicain), die über 65 Mandate verfügte. Diese trat 1935 der Volksfront bei und kandidierte ein Jahr später auf deren Listen. [Bu]

Sozialistisch-Kommunistische Union (**US-C,** Union Socialiste-Communiste). Am 10. 12. 1922 von den Dissidenten der Kommunistischen Partei (PCF) *R. Verfeuil, P. Brizon* und *H. Sellier* in Dijon gegründet mit dem Ziel, die politische Einheit zwischen SFIO (→ Sozialistische Partei) und PCF wiederherzustellen. In ihrem marxistischen Programm galten Klassenkampf und Errichtung der Diktatur des Proletariats als unabdingbare Bestandteile. Sie war ähnlich organisiert wie die SFIO, ihr offizielles Organ war die Wochenzeitung ›L'Égalité‹. Die US-C konnte 1924 auf den Listen des »Cartel des Gauches« (→ Einleitung) 6 Abgeordnete ins Parlament entsenden, von denen sich 3 kurz nach der Wahl der SFIO anschlossen; im Laufe der darauffolgenden beiden Jahre vollzogen auch die meisten anderen Mitglieder die Rückkehr dorthin. [Bu]

J. Carrère/G. Bourgin, Manuel des partis politiques en France, Paris 1924.

Unabhängige Republikaner (**RI,** Républicains Indépendants) → Republikanische Partei.

Union der Demokraten für die Republik (**UDR,** Union des Démocrates pour la République) → Sammlungsbewegung für die Republik.

Union der Sozialistischen Linken (**UGS,** Union de la Gauche Socialiste). Am 8. 12. 1957 in Paris um *C. Bourdet* gegründete linkssozialistische Partei. Die UGS war ein Konglomerat verschiedener sozialistischer und linkskatholischer Splittergruppen, die nicht nur *de Gaulle* und die Verfassung der V. Republik bekämpften, sondern sich auch im bewußten Gegensatz zu den Sozialisten und den Kommunisten für einen demokratischen Sozialismus einsetzten. Mit der Autonomen Sozialistischen Partei und anderen Gruppen schloß sich die UGS im Sommer 1958 zu einem lockeren Wahlbündnis, der Union der Demokratischen Kräfte (UFD, Union des Forces Démocratiques) zusammen, die 1958 erfolglos kandidierte (0,9 %). 1960 ging die UGS in der → Vereinigten Sozialistischen Partei auf. [Bu]

Union für die französische Demokratie (**UDF,** Union pour la Démocratie Française).

Vor den Wahlen 1978 getroffenes Bündnis zwischen Radikalsozialisten, Republikanischer Partei, Zentrum der Sozialen Demokratie und Nationalem Zentrum der Unabhängigen und Bauern und einigen Splittergruppen. Als Sammlungsbewegung der liberalen Mitte verfolgt die UDF das Ziel, der Politik von Staatspräsident *Giscard d'Estaing* eine breitere parlamentarische Basis insbes. gegenüber den Gaullisten zu verschaffen. Bei den Wahlen 1978 kam die UDF auf 137 Sitze (23,2 %). [Ni]

Union für die Neue Republik (**UNR,** Union pour la Nouvelle République) → Sammlungsbewegung für die Republik.

Union zur Verteidigung der Kaufleute und Handwerker (**UDCA,** Union de Défense des Commerçants et Artisans). Von *P. Poujade* (Stadtrat in Saint-Céré, Département Lot, zunächst für die Volksrepublikaner, später für die Radikalsozialisten) am 29. 11. 1953 gegründete antiparlamentarische Bewegung, die Steuererleichterungen insbes. für Kaufleute und Handwerker durchsetzen und deren Benachteiligung gegenüber Großunternehmern und Warenhäusern beseitigen wollte. »Die Besteuerung ist ein Mißbrauch, die Kontrollen sind widerwärtig, die Ungerechtigkeit ist offensichtlich.« Man müsse gegen die Gesetze angehen, »die von einem verfaulten Parlament verabschiedet worden sind«. Die Poujadisten kannten innerparteiliche Demokratie nur auf der Ebene der Départements. An der Spitze waren sie autoritär verfaßt. Der Führungsapparat entzog sich jeder Kontrolle.

1955 hatte die Partei etwa 350 000 Mitglieder. Als Protestpartei profitierte sie vor allem von den Wechselwählern. *Poujade* rief im Juli 1953 im Département Lot und im Januar 1955 zum totalen Steuerstreik auf und erreichte im März 1955 Teilrevisionen der Steuergesetzgebung. 1956 erhielten die Poujadisten 2,5 Mio. Stimmen

(12,3 %) und 51 Sitze in der Nationalversammlung, zerfielen aber bald darauf. [NI]

S. Hoffmann, Le mouvement Poujade, Paris 1956.

Union zur Verteidigung der Republik (Union pour la Défense de la République) → Sammlungsbewegung für die Republik.

Vereinigte Sozialistische Partei (PSU, Parti Socialiste Unifié). Revolutionär-sozialistische Partei; gegründet am 3. 4. 1960 in Issy-les-Moulineaux durch Zusammenschluß der → Autonomen Sozialistischen Partei und der → Union der Sozialistischen Linken.

Programm: In der Partei war eine Vielzahl ideologischer und programmatischer Vorstellungen – von parlamentarisch-reformistischen bis zu revolutionär-marxistischen – vorhanden. Neben generell antikapitalistischen Ideen und einem starken Anti-Atlantismus standen – und stehen – Formen der direkten Demokratie sowie der Selbstbestimmung (»autogestion«) im Mittelpunkt der programmatischen Aussagen.

Organisation: Die PSU verfügt über keine disziplinierte Organisation; an der Basis ist sie in Ortsgruppen bzw. in Betriebszellen gegliedert. Auf nationaler Ebene sind der Parteitag und der Nationalrat die höchsten Organe. Der Parteitag wählt ein politisches Direktorium von 67 Mitgliedern, welches wiederum ein nationales Büro wählt. Die Partei lehnt den »demokratischen Zentralismus« ab und räumt der innerparteilichen Demokratie – bis hin zur Gruppenbildung – großen Raum ein. Die PSU hat ca. 15 000 Mitglieder.

Presse: Die Wochenzeitung ›Tribune Socialiste‹ ist das offizielle Organ.

Geschichte: In den ersten Jahren wurde die PSU durch die Opposition gegen *de Gaulle* und gegen den Algerienkrieg zusammengehalten. Innerhalb der Partei aber standen sich verschiedene rivalisierende Gruppen gegenüber (1963 allein 6), die sich weder in taktischen noch in bündnispolitischen Fragen einigen konnten. Nachdem lange Zeit die Wiedervereinigung mit der SFIO (→ Sozialistische Partei) diskutiert worden war, kam es 1965 zur ersten großen Abspaltung, als die Partei zwar *F. Mitterrand* in einem eigenständigen Wahlkampf unterstützte, sich aber dem → Bund der Demokratischen und Sozialistischen Linken nicht anschloß. Auf dem V. Parteitag 1967 wurde diese Entscheidung nochmals gerechtfertigt, und die Partei betonte unter ihrem neuen Generalsekretär *M. Rocard* ihren autonomen Weg zum Sozialismus. Die Mai-Ereignisse 1968 änderten die PSU fast völlig; als einzige Partei unterstützte sie vorbehaltlos die Studentenrevolte sowie die Streikbewegung der Arbeiter. Mit dem nun einsetzenden Zulauf vieler Aktivisten aus der Mai-Bewegung kam marxistisches, trotzkistisches und maoistisches Gedankengut in die Partei. Der Parlamentarismus wurde in Frage gestellt und eine aktive Kooperation mit antiparlamentarischen Gruppen befürwortet; die Kommunistische Partei wurde als »konservativ«, die Sozialistische Partei als »sozialdemokratisch« angeprangert. Die Folge davon war nicht nur die Ablehnung des gemeinsamen Regierungsprogramms 1972 (→ Einleitung), sondern auch der Austritt vieler »alter« Mitglieder. So schlossen sich 1974 ca. 3000 Mitglieder unter Führung von *Rocard* der Sozialistischen Partei an. Seither verlor die PSU immer mehr an Glaubwürdigkeit und ist heute in der Nähe der trotzkistischen Marxistisch-Revolutionären Allianz (Alliance marxiste révolutionnaire) angesiedelt.

Obwohl die Partei im Parlament niemals stark vertreten war (1962: 2 Abg., 1967: 4, 1968: 0, 1969: 1, 1973: 3, 1978: 0), fiel ihr innerhalb der nicht-kommunistischen Linken eine besondere Rolle zu, da ihre theoretischen Reflexionen weit über die eigene Organisation hinaus Wirkung zeigten und durch den Wechsel führender Politiker zu anderen Parteien noch verstärkt wurden. [BU]

M. Rocard, Le PSU, Paris 1969; F. Borella, Les partis politiques dans la France d'aujourd'hui, Paris 1973.

Zentrum Demokratie und Fortschritt (CDP, Centre Démocratie et Progrès) → Zentrum der Sozialen Demokraten.

Zentrum der Sozialen Demokraten (CDS, Centre des Démocrates Sociaux). Im Mai 1976 gegründeter Zusammenschluß aus Parteien der Mitte, die in der einen oder anderen Form Nachfolgeorganisationen der → Republikanischen Volksbewegung waren.

Programm: Bei der CDS handelt es sich nicht um eine Programmpartei. In der Tradition der Volksrepublikaner stehend, liegt der Schwerpunkt der Partei in stärker religiös geprägten Regionen Frankreichs. Der Anteil der bäuerlichen Wähler und der Frauen ist vergleichsweise hoch. In der Außenpolitik ist die Partei proeuropäisch, in der Wirtschaftspolitik marktwirtschaftlich orientiert und verteidigt die Interessen von Kleingewerbe und Kleinhandel. Insgesamt versucht man, sich ein reformerisches und liberales Image zu geben.

Organisation: Der Parteitag wählt den Parteipräsidenten und den Generalsekretär, die im nationalen Büro die Partei führen. Daneben gibt es ein allerdings wenig einflußreiches Direktionskomitee, in dem namentlich die Parteibasis vertreten ist und das das nationale Büro wählt. Die Partei hat etwa 30 000 Mitglieder.

Presse: Wochenschrift ›Démocratie moderne‹.

Geschichte: Die 1976 zusammengeschlossenen Parteien waren: 1. das von *J. Lecanuet* 1965 gegründete Demokratische Zentrum (Centre Démocrate), das 1967 12,8 % der Stimmen erhielt und mit einigen unabhängigen Abg. die Parlamentsfraktion Progrès et Démocratie Moderne

bildete, deren Präsident *J. Duhamel* wurde; 2. das nach der Spaltung dieser Gruppe von *Duhamel* 1969 gegründete ZENTRUM DEMOKRATIE UND FORTSCHRITT (Centre Démocratie et Progrès). Bei den Wahlen 1973 erhielt die Partei *Duhamels* 23 Sitze (4,7 %), die Partei *Lecanuets* im Wahlbündnis der Reformbewegung (→ RADIKALE UND RADIKAL-SOZIALISTISCHE PARTEI) 25 Sitze. Schon 1969 über der Frage der Staatspräsidentenwahl gespalten, wurden auch 1974 zunächst verschiedene Kandidaten unterstützt, vom DEMOKRATISCHEN ZENTRUM *Giscard d'Estaing*, vom ZENTRUM DEMOKRATIE UND FORTSCHRITT der gaullistische Kandidat. Im zweiten Wahlgang unterstützten dann beide Parteien *Giscard d'Estaing*. Die 1976 gegründete neue Partei, zu deren Vors. 1977 *Lecanuet* gewählt wurde, ging 1978 ein Wahlbündnis mit der REPUBLIKANISCHEN PARTEI und den RADIKALSOZIALISTEN ein (zusammen 23,6 % der Stimmen und 137 Sitze). [NI]

GRIECHENLAND

von

GUNNAR HERING

Der Aufstand der Griechen gegen die osmanische Herrschaft (1821–30) wurde durch England, Frankreich und Rußland mit der Verkündigung der Unabhängigkeit des Königreichs (Londoner Protokoll v. 22. 1./3. 2. 1830) beendet, die am 12./24. 4. 1830 auch die Pforte anerkannte. Das Territorium des neuen Staates umfaßte die Peloponnes, das südliche Festland vom Pagasetischen bis zum Ambrakischen Meerbusen sowie die Inseln Euböa, die Nördlichen Sporaden und die Kykladen mit einer durch den Krieg fast halbierten Bevölkerung von ca. 540 000 Menschen. 1864 erhielt Griechenland die seit 1815 unter britischem Protektorat stehenden Ionischen Inseln, 1881 Thessalien, durch die Balkankriege 1912/13 Epirus, Mazedonien bis zur heutigen Nordgrenze, einen Teil Westthraziens, Kreta und die Ägäisinseln außer Imbros und Tenedos. Nach der Niederlage im Kleinasienkrieg 1922 verblieb das thrazische Gebiet bis zum Ebros bei Griechenland, nach dem 2. Weltkrieg mußte Italien die Dodekanes abtreten. Während Griechenland im Jahre 1830 über eine Fläche von 47 516 km² und 538 847 Einwohner verfügte, stiegen diese Zahlen bis 1949 auf 131 944 km² und 7 482 748 Einwohner.

Während des Befreiungskrieges entstanden zunächst regionale, dann zentrale parlamentarische und Exekutivorgane; die demokratischen Verfassungen beruhten auf dem Prinzip der Volkssouveränität. Erste Meinungs- und Interessengruppen entstanden in den Konflikten zwischen Freischärlern und Politikern sowie zwischen den Regionen über Ämterordnung und Regierungssystem; die ersten Parteien bildeten sich nach einem längeren Prozeß politischer Differenzierung ab 1825 heraus, der durch zwei Bürgerkriege, die Auseinandersetzungen mit dem Regime des Regenten *I. Kapodistrias* (1828–31) und die Wirren nach seiner Ermordung beschleunigt wurde. In den Namen der ersten Parteien (→ ENGLISCHE, FRANZÖSISCHE, RUSSISCHE PARTEI) werden die unterschiedlichen Vorstellungen von der inneren Ordnung des Staates und seiner außenpolitischen Orientierung deutlich. Unter der absoluten Herrschaft König *Ottos von Wittelsbach,* dessen Befugnisse 1833–35 eine bayerische Regentschaft wahrnahm, bestand kein Parlament, so daß die Parteien nur indirekt als Meinungsgruppen auf Regierung und Verwaltung einwirken konnten, bis die Militärerhebung von 1843 den Weg zur konstitutionellen Monarchie freimachte. Die gemäßigte Vertragsverfassung von 1844 sah eine aus geheimen, gleichen und – de facto – allgemeinen Wahlen hervorgehende Volksvertretung und einen vom König zu berufenden Senat vor. Verstöße der Regierungen gegen Geist und Buchstaben der Verfassung ließen das Trennende zwischen den Parteien zurücktreten. Nach der Vertreibung *Ottos* 1862 verabschiedete die Nationalversammlung von 1862/64 eine neue Verfassung, die keinen Vertrag mit dem neuen König *Georg I.* aus der Dynastie Schleswig-Holstein/Sonderburg/Glücks-

burg (1863–1913) darstellte, sondern diesen als Träger eines Amtes, nicht der Souveränität, einsetzte. Die kontinuierliche Geltung der 1911 und 1949 revidierten Verfassung wurde 1925/26 durch die Diktatur des *T. Pángalos,* 1927–35 durch die republikanische Verfassung, 1936–44 durch *I. Metaxás*-Diktatur und Besetzung, schließlich 1967–74 durch die Herrschaft der Junta unterbrochen, und 1974 durch Volksentscheid gegen das Königtum 1974 beendet. Über die Auslegung der Verfassung von 1864, vor allem der Artikel, die das Verhältnis zwischen König, Regierung und Parlament regelten, ist es zu schweren Konflikten gekommen, die auch die Parteien tief geprägt haben. Das Verhalten *Georgs* gegenüber dem Parlament (Berufung von Minderheitskabinetten und häufige Parlamentsauflösung zu deren Stützung) und der Bonapartismus der TAL- bzw. VÚLGARIS-PARTEI 1862–75 diskreditierten beide dermaßen, daß nur die BERGPARTEI als Basis der neuen großen Parteien bestehen blieb und der König 1875 auch formell das »erklärte Vertrauen« des Parlaments (dediloméni) als Bedingung für die Berufung des Ministerpräsidenten anerkennen mußte. Die Kontroversen zwischen den Parteien betrafen nach 1875 vornehmlich die Alternativen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (→ NATIONALPARTEI, REFORMPARTEI (2), THEOTÓKIS-PARTEI). Der Militärputsch vom 14.–15./27.–28. 8. 1909 ebnete einer durchgreifenden Modernisierung von Staat und Militär durch die fortan dominierende LIBERALE PARTEI den Weg. *Georgs* Nachfolger *Konstantin I.* (1913–17, 1920–22) ließ es durch zwei aufeinanderfolgende Parlamentsauflösungen 1915 zur Machtprobe mit den Liberalen kommen, die zur tiefen Spaltung der Nation, zur Etablierung einer Gegenregierung in Thessaloniki 1916, zum Thronwechsel 1917 und 1922 und zur Proklamation der Republik 1924 sowie zu außenpolitischen Komplikationen geführt hat. *Konstantin,* den für seine Rückkehr 1920 verantwortlichen Politikern und den Kabinetten, die nach der Wahlniederlage der Liberalen den Kleinasienfeldzug 1920–22 weitergeführt haben, wurde die Schuld am Zusammenbruch des Heeres zugeschrieben: Das putschende Militär erzwang 1922 den Rücktritt *Konstantins* und das Todesurteil über fünf führende Politiker der gegen die LIBERALE PARTEI des *E. Venizélos* stehenden (»antivenizelistischen«) Parteien *(D. Gúnaris, N. Strátos, P. Protopapadákis, N. Theotókis, J. Baltatzís)* am 15./28. 11. 1922.

Kennzeichnend für die politische Entwicklung nach 1916 ist erstens der Streit um die Staatsform. Das Resultat der Volksbefragung von 1924 dürfte die Überzeugung der Bevölkerungsmehrheit wiedergegeben haben, fand aber wegen verschiedener Freiheitsbeschränkungen keine Anerkennung bei den Royalisten. Das Plebiszit von 1935 (97,8 % für das Königtum) war eine plumpe Fälschung, der Urnengang von 1946 fand in einem von Bürgerkrieg und Terror aufgewühlten Land statt. Erst 1974 hat eine faire Volksbefragung zu einem zweifelsfreien Ergebnis zugunsten der Republik geführt (69,18 %). Zweitens kam es zur Politisierung des in Cliquen und Gruppen gespaltenen Offizierskorps, das bald hinter den Kulissen, bald durch offene Drohungen bzw. Putsche seine Interessen zur Geltung brachte. 1922 entstand eine Art Doppelherrschaft von »Revolutionskomitees« der Militärs und Regierung. Ein Putschversuch unzufriedener Offiziere 1923 beschleunigte die Ausrufung der Republik 1924; zwei Putschversuche republikanischer Offiziere (1933, 1935) haben erst die Gefahr der Restauration des Königtums, die sie abwenden wollten, heraufbeschworen. In allen Meinungsgruppen und Parteien mehrten sich nach 1932 die Stimmen zugunsten einer Machtkonzentration bei der Exekutive, ja einer diktatorischen Lösung der anstehenden, durch die Weltwirtschaftskrise besonders belasteten Probleme. Die Unfähigkeit der Parteien, eine tragfähige parlamentarische Mehrheit zu bilden, hat es *Georg II.* nach seiner Rückkehr 1935 zweifellos erleichtert, *I. Metaxás* grünes Licht für die Errichtung der

Diktatur am 4. 8. 1936 zu geben. Die tiefe Kluft zwischen Royalisten und Republikanern, Venizelisten und Antivenizelisten wurde in dem erfolgreichen Abwehrkampf gegen die italienischen Angreifer 1940/41 überbrückt. Schon während der deutsch-italienisch-bulgarischen Besetzung im 2. Weltkrieg spitzte sich der Gegensatz zwischen der von Kommunisten geführten Widerstandsbewegung EAM/ELAS und den nichtkommunistischen Politikern bis zu blutigen Auseinandersetzungen zu. Im Dezember 1944 erlitten die Kommunisten eine Niederlage. 1946 begann die »3. Runde« des Bürgerkriegs, die 1949 mit dem Sieg der legalen Macht endete. Die Schrecken des Krieges (fast 15 000 gefallene Soldaten und Gendarmen, ca. 40 000 tote Aufständische, etwa 5000 Hingerichtete auf beiden Seiten), der Terror von links und rechts, die Erschütterung der Rechtsordnung durch polizeistaatliche Willkürakte und legale Freiheitsbeschränkungen, die Verselbständigung von Militär und Polizei und eine amtlich verordnete und geförderte, unerträglich primitive nationalistische Ideologie wirkten sich um so verheerender aus, als das liberale Zentrum in mehrere Parteien gespalten blieb und den großen Rechtsparteien (→ GRIECHISCHE SAMMLUNG, → NATIONALRADIKALE UNION) bis 1961 nichts entgegenzusetzen hatte. Nach den Erfahrungen mit den Deformationen der Demokratie und mit der Diktatur 1967–74 entstand zwischen den Parteien ein Fundamentalkonsens über Demokratie und bürgerliche Freiheiten. Gemäß der Gesetzesverordnung 54/1974 haben Parteigründer vor Aufnahme ihrer Tätigkeit beim Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs eine Erklärung zu hinterlegen, daß die Grundsätze der Partei der gewaltsamen Machtergreifung sowie dem Umsturz der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung entgegenstehen. Die Verfassung von 1975 bestimmt erstmals in Artikel 29 (1), daß Organisation und Tätigkeit der politischen Parteien »dem freien Funktionieren der demokratischen Staatsordnung zu dienen« habe; nach Artikel 73 (2) ist der Vorsitzende der Partei, die im Parlament die Mehrheit hat, zum Ministerpräsidenten zu berufen, der Vorsitzende der größten Oppositionspartei gehört ex officio dem Rat der Demokratie an (Artikel 29 (2)). – Ein Charakteristikum des griechischen Parteiensystems der Nachkriegszeit sind die Wahlkoalitionen, bei denen sich entweder größere Parteien mit kleineren zusammenfinden (z. B. → DEMOKRATISCHE UNION 1)), eine größere mit mehreren kleinen (z. B. → NATIONALE POLITISCHE UNION) oder aber mehrere Splitterparteien kooperieren (z. B. → UNION DER VOLKSPARTEIEN).

Mit den politischen Konflikten verbunden ist der rapide wirtschaftliche und soziale Wandel seit 1910. Zu den größten Problemen des Landes gehörte die Integration von über 1,2 Mill. Flüchtlingen aus Kleinasien, dem Pontusgebiet und Ostthrazien in der Zwischenkriegszeit (= 28 % der Bevölkerung nach dem Stand von 1919). Durch den Bevölkerungsaustausch mit der Türkei und Bulgarien änderte sich die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung in den 1912/13 erworbenen Gebieten und das Wählerverhalten in ganz Griechenland.

Seit 1844 besteht faktisch allgemeines Wahlrecht, das Frauenwahlrecht wurde 1953 wirksam. Unter König *Otto* und seit 1911 wurde mit Stimmzetteln, 1865–1911 mit Kugeln gewählt (Einwurf einer Kugel in die rechte [»Ja«] oder linke [»Nein«] Kammer der Urne). Da jeder Kandidat eine Urne mit eigenem Wahlhelfer hatte, der dem Wähler die Kugel überreichte, entstand ein dichtes Netz von Parteiaktivisten, allerdings bestand auch die Chance illegaler Beeinflussung des Wählers an der Urne; die spätere Kontrolle der Wahlergebnisse blieb bei der Kugelwahl ausgeschlossen. Der Wähler mußte an jeder Urne stimmen, konnte also auch alle Kandidaten wählen. Daher zogen viele Unabhängige, meist lokale Honoratioren, ins Parlament ein. Im Streit der Parteien um die Wahlsysteme ging es um

Größe und Abgrenzung des Wahlkreises, Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht, den Wahlschlüssel, die seit 1946 umstrittene Verteilung der Restmandate, die Zuweisung der Stimmen der Soldaten (zum Garnisons- oder Heimatwahlkreis), die Minderheitenvertretung und die Beeinflussung der Wähler durch den Staat. Parteiprogramme erschienen in Form von Wahlproklamationen, Regierungs- und Presseerklärungen, als eigene Broschüren überwiegend seit dem 1. Weltkrieg, bei einigen Parteien erst in jüngster Zeit. In ihrer Organisation sind nur die KOMMUNISTISCHE PARTEI, die VEREINIGTE DEMOKRATISCHE LINKE und die PANHELLENISCHE SOZIALISTISCHE BEWEGUNG Massenintegrationsparteien mit formalisierter hierarchischer Struktur. Ansonsten herrscht der Typus der Kaderpartei vor; zwischen der Parlamentsfraktion und den regionalen bzw. lokalen Aktivistengruppen bestehen meist nichtformalisierte Beziehungen. Häufig substituierten Behörden, Militär und Vereine die fehlende Organisation. In der 2. Hälfte des 19. Jh. wurden die Parteien überwiegend nach ihrem Führer benannt. Die griechischen Termini »dimokratía«, »dimokratikós« meinen sowohl »Demokratie«, »demokratisch« wie »Republik«, »republikanisch« und sind situationsgemäß zu übersetzen.

Die griechische Presse ist in der Regel parteiorientiert. Im Unterschied zu anderen Balkanstaaten hatten Bauernparteien geringe Wahlchancen, weil Großgrundbesitz nur in Thessalien, Attika und Böotien längere Zeit bestand, das Dorf von der Umwelt weit weniger abgeschlossen war als z. B. in Bulgarien, und die Bodenreformen des 20. Jh. die Lage der Bauern entscheidend veränderten. Religion und Kirche sind seit 1850 kein zentrales Thema parteipolitischer Kontroversen mehr.

G. Dafnís, Ta elliniká politiká kómmata 1821–1961, Athen 1961; H. Korisis, Die politischen Parteien Griechenlands, 1966; D. Petrakákos, Kinovuleftikí istoría tis Elládos, 3 Bde. Athen 1935–46; Mitróon jerusiastón etón 1929–1935. Ke ruleftón apó (...) 1935 méchri (...) 1974, Athen 1977.

Allgemeine Radikale Volksunion (Jenikí Laikí Rizospastikí Énosis).

Wahlbündnis von 1936 zwischen der NATIONALRADIKALEN PARTEI, der NATIONALEN VOLKSPARTEI und unabhängigen Antivenizelisten (19,89% der Stimmen, 60 von 300 Mandaten).

Allianz (Simmachía).

Für die Wahlen 1977 gebildete Wahlkoalition der demokratischen Linken (→ VEREINIGTE DEMOKRATISCHE LINKE, → KOMMUNISTISCHE PARTEI DES INLANDS, → PARTEI DER SOZIALISTISCHEN INITIATIVE, → SOZIALISTISCHER MARSCH, CHRISTLICHE DEMOKRATIE (Christianikí Dimokratía)) mit gemeinsamem Reformprogramm, dessen Kernstück – neben allgemeinen Maßnahmen zum Schutze der Demokratie – sozialpolitische Reformen und auf dem wirtschaftlichen Sektor ein verstärkter Dirigismus waren.

In der Außenpolitik forderte sie: Austritt aus der NATO, Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie und Unterstützung der griechischen Zyprioten. Die Allianz erhielt nur 2,72% der Stimmen (2 Mandate), weil sie sich nicht gegen die KOMMUNISTISCHE PARTEI GRIECHENLANDS durchsetzen konnte.

Bauernpartei (Agrotikón Kómma).

Die in der Zwischenkriegszeit bestehende Partei trat für die Interessen der Kleinbauern und Landlosen ein. Traditionell pazifistisch, polemisierte sie gegen die Expansionspolitik der Liberalen. Ihre Wähler waren in Thessalien, Messenien, Iráklion, Sérres und Préveza zu suchen. Ihr bestes Wahlergebnis erzielte sie 1932 mit 6,17% der Stimmen und 11 von 250 Sitzen. 1933 spaltete sie sich in einen rechten Flügel unter *A. Milonás* (1933: 1,25% und 5 von 248 Sitzen, 1936: 0,97% und 4 von 300 Sitzen) und eine linke Gruppe unter *I. Sofianópulos*, die für eine Volksfront mit den Kommunisten unter der Voraussetzung eintrat, daß diese die Integrität des Territoriums und den bäuerlichen Kleinbesitz respektierten und sich legal verhielten.

S. Patatzís, Ioánnis Sofianópulos, Athen 1961; N. Mouzelis, Greek and Bulgarian Peasants. In: Comparative Studies in Society and History. XVIII 1976, 85–105.

Bauernpartei Griechenlands (Agrotikón Kómma Elládos).

Die am 14. 9. 1945 von Aktivisten der → BAUERNPARTEI der Vorkriegszeit unter *A. Milonás* gegründete Partei erhielt in den Wahlen von 1946

0,67 % der Stimmen und ein Mandat. 1950 beteiligte sie sich unter der Bezeichnung NATIONALE FORTSCHRITTLICHE BAUERNPARTEI (Agrotikón Ethnikón Proodeftikón Kómma) innerhalb der Wahlkoalition → LAGER DER BAUERN UND ARBEITENDEN an den Wahlen (2,62 % der Stimmen und 3 von 250 Mandaten). 1951 erhielt sie 1,23 % der Stimmen und 1 Sitz, 1958 erhielt sie in der Wahlkoalition → FORTSCHRITTLICHE DEMOKRATISCHE BAUERNUNION 5 Abg. zugesprochen. Danach war die Partei nicht mehr im Parlament vertreten.

Bauern- und Arbeiterpartei (Agrotergatión Kómma) → Republikanische Union.

Bergpartei (Kómma ton Orinón).

Mehrheitsfraktion in der Nationalversammlung von 1862/64. Sie sah, im Gegensatz zur → TALPARTEI, als Aufgabe der Konstituante die Wiederherstellung der unter König *Otto* verletzten Ordnung, die neuen Erfahrungen anzupassen sei. Sie trat für das parlamentarische Regierungssystem und die Balance zwischen den Gewalten ein. Deswegen schlug die Parteiführung vor, das Oberhaus beizubehalten, drang damit aber in der eigenen Fraktion nicht durch. Nur eine kleine Minderheit riet zur Beschränkung des Wahlrechts. In den Wirren des Interregnums führten die Konflikte mit *D. Vúlgaris,* der dominierenden und nach Kontrolle der Exekutive strebenden Persönlichkeit der Provisorischen Regierung, und damit mit der TALPARTEI im Februar und im Juni 1863 zu blutigen Straßenkämpfen zwischen den Anhängern der beiden Parteien in Gendarmerie und Militär. Die meisten Abgeordneten der Ionischen Inseln, die nach der Vereinigung ihrer Heimat mit Griechenland in die Nationalversammlung eintraten (20. 7. 1864), schlossen sich der Bergpartei an.

Episimos Efimerís tis Sineléfseos. 6 Bde. Athen 1863 f.; Istoría tu Ellinikú Éthnus. XIII Athen 1977.

Bewegung der Nationalen Erneuerung (Kí Ethnikís Anadimiurjías).

Als Zypern 1960 unabhängig geworden war, kehrte der EOKA-Führer *J. Grívas* (→ Zypern, Einleitung) nach Griechenland zurück und bot sich als »Retter der Nation« und Initiator einer grundlegenden Erneuerung an. Der Chef der LIBERALEN PARTEI, *S. Venizélos,* stellte ihm 13 Abg. seiner Fraktion zur Verfügung, drei weitere schlossen sich *Grívas* an. Die Erneuerungsbewegung fand jedoch keine Resonanz und kandidierte bei den Wahlen 1961 nicht.

Chítes-Partei (Kómma Chitón), auch NATIONALE BAUERNPARTEI DER CHÍTES (Ethnikón Agrotikón Kómma Chitón).

Partei der Anhänger der Organisation »Chi« des Obersten *J. Grívas,* die am Ende des 2. Weltkrieges als royalistische Widerstandsorganisation gegründet worden war und sich nach der Befreiung Griechenlands als rechtsextremistische Bewegung durch schwere terroristische Exzesse hervortat. Bei den Wahlen 1946 und 1950 ohne Erfolg, erschienen ihre Vertreter 1951 auf Listen der VOLKSPARTEI (2). Die Partei löste sich auf, *Grívas* organisierte auf Zypern die Guerilla-Organisation EOKA (→ Zypern).

Demokratische Partei (Dimokratikón Kómma).

Nach dem mißglückten Putsch republikanischer Offiziere am 1. 3. 1935 und dem Rückzug von *E. Venizélos* aus der Politik bildete *J. Papandréu* mit einer Gruppe Liberaler die Demokratische Partei, deren Programm am 15. 5. 1935 in der Zeitung ›Akrópolis‹ publiziert wurde; am 16. 5. 1935 folgte in der ›Ichó tis Elládos‹ (Echo Griechenlands) eine Ergänzung. Der Rechtsstaat sollte wiederhergestellt, der Lebensstandard der breiten Massen angehoben werden; die Partei trat für soziale Gleichheit, aber auch für die individuelle Freiheit ein (»... unser Glaube ist metakapitalistisch und metakommunistisch.«). *Papandréu* trat scharf gegen die Rechtsbeugungen 1935 und die Restauration des Königtums auf. 1936 erhielt eine Wahlkoalition aus dieser Partei, der BAUERN- UND ARBEITERPARTEI und der PARTEI DER PROGRESSIVEN LIBERALEN 4,21 % der Stimmen und 7 von 300 Mandaten.

J. Papandréu, Kimena 1913–1942, I, Athen 1963.

Demokratische Partei des Arbeitenden Volkes (**DKEL,** Dimokratikón Kómma Ergazoménu Laú).

Die Partei entstand am 1. 9. 1953 aus der Vereinigung der am 10. 7. 1953 durch Austritt einiger Abg. des linken Flügels der → NATIONALEN PROGRESSIVEN ZENTRUMSUNION unter Führung von *J. Kartális* entstandenen DEMOKRATISCHEN PARTEI (Dimokratikón Kómma) mit der → SOZIALISTISCHEN PARTEI/UNION DER VOLKSDEMOKRATIE und vertrat ein sozialistisches Reformprogramm. Sie wurde von *A. Svólos, Kartális, S. Alamanís,* nach dem Tode von *Svólos* und *Kartális* von *Alamanís* allein geleitet. Die Partei unterstützte den Beitritt zur NATO, lehnte aber den Vertrag zwischen Griechenland und den USA (→ GRIECHISCHE SAMMLUNG) wegen vieler als nachteilig beurteilter Klauseln ab und forderte volle Gleichberechtigung Griechenlands im Bündnis sowie die Respektierung der griechischen Interessen in der Zypern-Frage. In der Wahlkoalition → DEMOKRATISCHE UNION 1) erhielt die Partei 1956 20 Mandate. An der Frage der Zusammenarbeit mit der VEREINIGTEN DEMOKRATISCHEN LINKEN zerfiel die Partei, die 1958 in der Wahlkoalition → FORTSCHRITTLICHE DEMOKRATISCHE BAUERNUNION nurmehr 1 Mandat errang und 1961 der → ZENTRUMSUNION beitrat.

Demokratische Radikale Partei (Dimokratikón Rizospastikón Kómma).

Linksrepublikanische Splitterpartei unter *M. Kírkos,* die am 1. 8. 1951 der → VEREINIGTEN

Demokratischen Linken beitrat, diese jedoch am 11. 12. wieder verließ. *Kírkos* beteiligte sich an der Ausarbeitung der Verfassung, enthielt sich aber wegen Verfahrensfragen der Stimme. Am 13. 8. 1952 schloß sich die Partei der → Nationalen Progressiven Zentrumsunion an.

Demokratische Union (1) (**DE,** Dimokratikí Énosis).

Wahlkoalition des Jahres 1956 aus → Liberaldemokratischer Union, → Liberaler Partei, → Demokratischer Partei des Arbeitenden Volkes, → Vereinigter Demokratischer Linken, → Nationaler Progressiver Zentrumsunion, Partei der Bauern und Arbeitenden und → Volkspartei (1). Ziel des Bündnisses im Falle eines Wahlsieges war die Durchführung von Neuwahlen nach dem Verhältniswahlsystem. Die Koalition erhielt 48,15 % der Stimmen und 132 von 300 Mandaten.

Demokratische Union (2) (Dimokratikí Énosis) → Sozialistische Partei/Union der Volksdemokratie.

Demokratisches Lager (Dimokratikí Parátaxis).

1950 gebildete Wahlkoalition der Union Demokratischer Linker, der Sozialistischen Partei/Union der Volksdemokratie und der Partei der Linksliberalen. Das Demokratische Lager forderte Maßnahmen zur inneren Befriedung nach dem Bürgerkrieg (Aufhebung der Notstandsgesetze, Schutz der Menschenrechte, freie Betätigung der Gewerkschaften, Wiedereinstellung der aus politischen Gründen entlassenen Beamten, Rechtsstaatlichkeit), trat für wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der breiten Massen und die effektive Verwendung der Marshallplan-Gelder ein. Die Koalition erhielt 9,7 % der Stimmen und 18 von 250 Mandaten. Nach den Wahlen zerfiel die Koalition. 5 Abg. unter Führung von *K. Basiákos,* die von der kommunistischen Auslandspropaganda unterstützt wurden, bildeten am 5. 7. 1951 die Demokratische Sammlung (Dimokratikós Sinajermós), die am 1. 8. 1951 in die → Vereinigte Demokratische Linke eintrat. Wahlzeitung: ›Dimokratikós Típos‹ (Demokratische Presse).

Dilijánnis-Partei (Dilijannikón Kómma, Kómma tu Dilijánni).

Kleine Fraktion um den Abgeordneten von Gortinía, *Th. Dilijánnis;* der Fraktionskern (9 Abg.) hatte sich 1877 von der Zaímis-Partei abgespalten; 1883 fielen der Partei wieder 9 Sitze zu. In der Allparteienregierung unter *K. Kanáris* (1877/78) war der Parteichef Kultusminister, 1878/79 beteiligte er sich an den Koalitionskabinetten von *A. Kumundúros.* Nach dessen Tod fusionierte die Kumundúros-Partei mit der Dilijánnis-Partei zur → Nationalpartei.

Dritte Partei (Tríton Kómma).

1891 bildete eine heterogene Gruppe von 8 unabhängigen bzw. aus der Fraktion der Dilijánnis-Partei 1889/90 ausgeschiedenen Abg. (unter anderen *D. Rállis, K. Konstantópulos, S. Sotirópulos* sowie der Republikaner *J. Filáretos*) unter Vermittlung des Großbankiers *A. Singrós* die Dritte Partei. Ihren z. T. erheblich divergierenden Auffassungen war die Kritik an der Politik von *C. Trikúpis* (→ Trikúpis-Partei) und vor allem an der starken Stellung des Ministerpräsidenten gemeinsam. Die Fraktion drohte zu zerfallen, als König *Georg I.* am 18./30. 2. 1892 *K. Konstantópulos* den Auftrag zur Regierungsbildung gab und *Rállis* sich übergangen fühlte. In dem 1892 gewählten Parlament verfügte die Partei über 18 von 190 Mandaten. Vom 3./15. 5. bis 30. 10./11. 12. 1893 regierte das Minderheitskabinett *Sotirópulos,* das den Staatsbankrott umgehen konnte (→ Reformpartei).

J. Filáretos, Simiósis apó tu 75 -u ipsómatos, Athen 1928.

Englische Partei (Anglikón Kómma).

Gründung: In der Endphase und nach Abschluß der Nationalversammlung von Damalás bei Trizín (1827) sammelte sich um den schon vorher entstandenen Führungskern *(A. Mavrokordátos, A. Zaímis, S. Trikúpis, A. Lóndos)* die Partei.

Programm: Liberale Verfassung nach britischem Vorbild; die Exekutive sollte durch Garantie der Freiheiten, durch lokale Selbstverwaltung, Unabhängigkeit der Justiz und Geschworenengerichte, schließlich durch eine Volksvertretung und ein als Gegengewicht gegen Parlament und Exekutive einzurichtendes Oberhaus beschränkt werden, die Minister hätten die Regierungsgeschäfte verantwortlich zu führen. Man plädierte für die Autokephalie der orthodoxen Kirche, damit russische und türkische Einflüsse auf das Ökumenische Patriarchat in Konstantinopel eingedämmt würden. In der Außenpolitik war die Partei bereit, diplomatische und materielle Unterstützung von jeder Seite anzunehmen. Langfristig könne Griechenland jedoch nur an der Seite Englands als der stärksten Mittelmeermacht sein irredentistisches Programm beim fortschreitenden Zusammenbruch des Osmanischen Reiches realisieren.

Organisation: Ohne feste Organisation bestand ein Netz informeller Verbindungen unter den Aktivisten.

Presse: Nahestehend die Zeitung ›Athi‹ (Athene, ab 1832).

Geschichte: In der Englischen Partei vereinigten sich die »Westler« d. h. die durch Bildung oder Beruf (z. B. Fernhandel) mit der Kultur West- und Mitteleuropas verbundenen Griechen, aber auch Befürworter einer Beschränkung der Exekutive durch eine liberale Verfassung und einer gemäßigten Politik des Ausgleichs zwischen konkurrierenden Interessen. In ihrem Mißtrauen gegen die Übermacht der Exekutive sahen sie sich

bestätigt, als der Regent *I. Kapodístrias* die Trizíner Verfassung durch die Nationalversammlung in Árgos 1829 suspendieren ließ und damit eine Krise der Herrschaftslegitimation verursachte. Der Konflikt führte in den Bürgerkrieg, der nach der Ermordung des Regenten 1831 das ganze Land in Mitleidenschaft zog. Der von der Russischen Partei beherrschten 5. Nationalversammlung stellten die Konstitutionalisten 1832 in Árgos die »Fortsetzung der 4. Nationalversammlung« und der von jener verabschiedeten Fürstlichen Verfassung die Verbindung der Erbmonarchie mit den liberalen Prinzipien von Trizín entgegen. 1841 gelang es nicht, den Dauerkonflikt zunächst mit der Regentschaft, dann mit König *Otto* beizulegen, weil *Otto* die Bedingungen des Regierungschefs und Führers der Englischen Partei, *Mavrokordátos,* nicht zu erfüllen bereit war (Auflösung des Hofrats, verantwortliche Regierung unter einem Ministerpräsidenten, Verabschiedung der Ausländer im Heer, Selbstverwaltung, Unabhängigkeit der Justiz, Geschworenengerichte). In der Konstituante von 1843/44 konnte die Partei zwischen extremen Positionen vermitteln, die Verfassung entsprach weitgehend den von ihr seit je verfochtenen Maximen. Nach einer kurzen Regierungszeit (Kabinett *Mavrokordátos,* 1841) bildeten die Englische und die Französische Partei im Krimkrieg eine Koalitionsregierung (16./28. 5. 1854), um das Land vor einem Konflikt mit den Westmächten infolge der unrealistischen Expansionsversuche an der Seite Rußlands zu retten. England, das die innerpolitischen Zustände in Griechenland immer gereizter kritisierte, führte 1850 einen schweren Konflikt mit Athen herbei (Don Pacifico-Affaire, britische Flottenblockade), regierte die Ionischen Inseln mit harter Hand und enttäuschte damit die Englische Partei. Wie die Russische und die Französische Partei zerfiel auch die Englische im Lauf der 50er Jahre, weil sich die alten Kontroversen zwischen den Parteien erledigten und die Regierungspraxis *Ottos* zur Vereinfachung der Fronten zwischen Anhängern und Gegnern von Hof und Regierung führte.

J. A. Petropulos, Politics and Statecraft in the Kingdom of Greece 1833–1843, Princeton 1968.

Fortschrittliche Demokratische Bauernunion (**PADE,** Proodeftikí Dimokratikí Énosis). Für die Wahlen von 1958 gebildetes Bündnis der → Fortschrittspartei (3), der → Nationalen Progressiven Zentrumsunion, der Partei der Bauern und Arbeitenden (→ Sammlung der Bauern und Arbeitenden) und der → Demokratischen Partei des Arbeitenden Volkes. Sie erhielt 10,62 % der Stimmen und 10 von 300 Mandaten.

Fortschrittspartei (1) (Proodeftikón Kómma). Konservative Reformpartei unter Führung des Großgrundbesitzers *K. Karapános,* die u. a. für umfassende auf Dezentralisierung abzielende Verwaltungsreformen, Kodifizierung des Rechts, eingeschränktes passives Wahlrecht und Förderung der Wirtschaft durch Schutzzölle, Agrarkredite und eine bessere Finanzverwaltung eintrat. Der Neutralisierung der Krone sowie der Machtkonzentration in den Händen des Ministerpräsidenten müsse entgegengewirkt werden. – 1895 verfügte die Partei über 5, 1899 über ca. 3–6 Abgeordnete im Parlament.

K. Karapános, I katástasis tis chóras ke ta pros therapían aftis anangéa métra, Athen 1898.

Fortschrittspartei (2) (Proodeftikón Kómma), kleine liberale Partei unter Führung von *N. Dimitrakópulos,* der als Justizminister im 1. Kabinett *E. Venizélos* die große Justizreform konzipierte und an der Verfassungsrevision von 1911 maßgeblich mitwirkte. 1912 kam es zum Bruch mit der → Liberalen Partei, weil *Venizélos* die Abg. des unter osmanischer Oberhoheit stehenden Kreta zum Parlament nicht zulassen wollte, um keinen vorzeitigen Krieg mit der Türkei zu riskieren. 1910 hatte die Fraktion 8–10 (von 362), 1912: 12 (von 181) und 1915: 7 (von 316) Abgeordnete.

Fortschrittspartei (3) (**KP,** Kómma Proodeftikón). Nachfolgepartei der → Neuen Partei.

Gründung: Nachdem *S. Markezínis* 1954 mit engen Mitarbeitern die → Griechische Sammlung verlassen hatte, gründete er mit 22 Abg. am 3. 2. 1955 die KP.

Programm: Der wirtschaftliche Aufschwung galt als Bedingung einer stabilen Demokratie, daher wurden Modernisierung von Wirtschaft und Staat, Stützung der Privatinitiative in der Wirtschaft, Liberalisierung des Handels angestrebt. Außenpolitisch trat sie für das NATO-Bündnis und enge Kooperation mit Westeuropa, aber auch für bessere Beziehungen zu den kommunistischen Staaten ein.

Organisation: s. Einleitung.

Presse: Der Partei stand die Zeitung ›Estía‹ (Herd) nahe.

Geschichte: Nach der Parteigründung bildeten die progressiven Abg. die stärkste Oppositionsfraktion im Parlament, die sich von der Griechischen Sammlung entschieden distanzierte, weil diese als Reformpartei versagt habe. Die KP forderte zügige Elektrifizierung, Ausbau der Verkehrswege, Senkung der direkten Steuern, ein Wohnungsbauprogramm und ein technisches Bildungswesen. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität würde das Einkommen wachsen lassen. *Markezínis'* Drängen auf eine bilaterale Lösung der Zypernfrage zwischen Griechenland und der Türkei brachte die Progressiven in Gegensatz zu den anderen Parteien und zu Erzbischof *Makários.* 1956 erhielt die Partei 2,22 % der Stimmen aber kein Mandat, 1958 errang sie im Wahlbündnis der → Fortschrittlichen Demokratischen Bauernunion 2, 1961 in der Wahlkoalition mit der → Zentrumsunion 16 Mandate. Die KP kritisierte die Wahlbeeinflussung scharf, beteiligte sich aber nicht am »unversöhnlichen Kampf« der

→ ZENTRUMSUNION. 1963 fiel sie auf 2 Mandate (3,73 % der Stimmen) zurück und sicherte sich 1964 in der Wahlkoalition mit der → NATIONALRADIKALEN UNION 7 Mandate. Hochburgen der Parteien waren die Wahlkreise Rhodopen (1963: 20,53 % der Stimmen) und andere nordgriechische sowie peloponnesische Wahlkreise, die Kykladen, Piräus I, Fókis, Dodekanes. Vor den Wahlen 1967 löste sich die Partei auf.

Fortschrittsunion (Proodeftikí Énosis), rechtsliberale Splittergruppe um *K. Zavitziános,* die trotz ihrer Sympathien für das Königtum für die Verfassungskontinuität eintrat. (1928: 1,32 % der Stimmen, 5 von 250 Mandaten).

Französische Partei (Gallikón Kómma).

Gründung: Die Französische Partei entstand 1825–27 auf dem Festland und hatte ihre Basis unter den rumeliotischen Freischaren, als deren Führer sich *I. Koléttis* bis 1824 durchgesetzt hatte.

Programm: Schon die ersten Aktivistenkerne der Partei legten sich bis 1826, also früher als die anderen Parteien, auf die Anlehnung an Frankreich und die Berufung des Sohnes von *Louis Philippe,* dem Herzog von Nemour, *Philippe Charles Louis Raphaël d'Orléans,* auf den griechischen Thron fest. Frankreich sei im Unterschied zu England an Südosteuropa und dem östlichen Mittelmeerraum desinteressiert und werde daher den griechischen Aspirationen, vor allem dem irredentistischen Programm, nicht entgegentreten. Die Französische Partei trat für eine Verfassung ein, die vor allem den Einfluß der Ausländer im Gefolge König *Ottos* und der ins befreite Gebiet eingewanderten Griechen (Heterochthonen) unterbinden sollte. Im Unterschied zur ENGLISCHEN PARTEI plädierte die FRANZÖSISCHE für die Leitung der Regierungsgeschäfte durch den König, die Einrichtung des Senats wurde in der Nationalversammlung von 1843/44 ebenso abgelehnt wie die von der ENGLISCHEN PARTEI gewünschten Zwischengewalten zwischen Regierung und Volk.

Organisation: → Einleitung. Bis zum Abschluß des Unabhängigkeitskrieges hatte die Partei einen festen Rückhalt an den Freischaren des Festlandes.

Presse: Der Französischen Partei standen die Zeitungen ›Elpís‹ (Hoffnung, 1836/37, 1843/44), ›Sotír‹ (Retter, 1834, 1835–37, 1838) nahe.

Geschichte: Die Anhänger der Partei kamen vor allem aus dem Milieu der rumeliotischen Freischaren; auf der Peloponnes traten Angehörige der grundbesitzenden Oberschicht als lokale Parteiführer in Erscheinung. Die Freischärler, die die Möglichkeiten des Staates ebenso wie ihre eigenen überschätzten, fühlten sich übergangen. Der Aufstieg eingewanderter Griechen im Staatsdienst, die Leitung der Staatsgeschäfte durch meist katholische Ausländer, die Auflösung und Verelendung der beschäftigungslos gewordenen Freischaren (1833), schließlich die Bildung kleiner Heeresabteilungen nach europäischem Vorbild verbitterten die alten Kämpfer ebenso wie die eingesessenen Archonten der Peloponnes. Der Partei schlossen sich außerdem alle die Konstitutionalisten an, die aus Mißtrauen gegen die britische Politik, wegen lokaler bzw. persönlicher Konflikte oder aus Reserve gegenüber dem konsequenten Westlertum die ENGLISCHE PARTEI ablehnten. Durch massive Wahlbeeinflussung und Rechtsbeugung, durch den Ausschluß oppositioneller Abgeordneter bei der Mandatsprüfung im Parlament, durch Exzesse der Ämterpatronage und die rigorose Unterwerfung des Staats unter das Gebot parteipolitischer Opportunität wurden Verfassungsordnung und Rechtssystem durch das Kabinett des von König *Otto* begünstigten Parteiführers *Koléttis* (1844–47) zerstört. So hat die Französische Partei maßgeblich zur Vereinfachung der Optionen zwischen Anhängern und Gegnern dieses Regierungskurses beigetragen.

J. A. Petropulos, Politics and Statecraft in the Kingdom of Greece 1833–1843, Princeton 1968.

Front der Nationalen Wiedererstehung (**MEA,** Métopon Ethnikís Anadimiurjías).

Wahlkoalition der → NATIONALEN UNIONSPARTEI mit den Splittergruppen FORTSCHRITTLICHE VOLKSPARTEI (Laikón Proodeftikón Kómma) und ALLGRIECHISCHE NATIONALPARTEI (Panellínion Ethnikón Kómma) von 1950, die 5,27 % der Stimmen und 7 Mandate (von 250) erhielt.

Fünfte Partei (Pémpton Kómma) → Reformpartei.

Griechische Sammlung (Ellinikós Sinajermós).

Gründung: Am 6.8.1951 bildeten die → VOLKSUNIONSPARTEI (LEK), die meisten Abgeordneten der → VOLKSPARTEI (2) und die → NEUE PARTEI die Griechische Sammlung unter dem aus dem aktiven Militärdienst ausgeschiedenen Marschall *A. Papágos.* 1952 traten der Partei *E. Tsuderós* (→ NATIONALE PROGRESSIVE ZENTRUMSUNION) sowie 35 frühere Minister und Politiker des liberalen Lagers bei.

Programm: Die Sammlung wollte das Land vor dem Kommunismus schützen, Neuordnung und Wiederaufbau jedoch durch das »Vergessen« der Vergangenheit erleichtern. Wirtschaft und Währung sollten durch eine Politik der Sparsamkeit stabilisiert, Staatsinterventionen in der Wirtschaft so weit wie möglich vermieden, Industrialisierung gefördert werden. In der Außenpolitik plädierte die Partei für enge Anlehnung an den Westen, vor allem die USA; Spannungen zu den Verbündeten entstanden, als die Sammlung den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Zyprioten eröffnete.

Organisation: Organisatorischer Kern der Partei war die Parlamentsfraktion, von *Papágos* und den Chefs der Gründungsgruppen *(P. Kanellópulos, S. Stefanópulos, S. Markezínis)* geführt. In

den Wahlkreisen repräsentierten die Abgeordneten und locker miteinander verbundene Aktivistengruppen die Sammlung.

Presse: ›Kathimerini‹ (Tagblatt).

Geschichte: Nach vergeblichen Versuchen König *Pauls*, ein politisches Engagement des populären Marschalls *Papágos* und die Gründung einer starken Rechtspartei, von der er eine Einengung seines politischen Handlungsspielraums befürchtete, zu verhindern, ging die Sammlung aus den Wahlen 1951 mit 36,53 % der Stimmen und 114 von 258 Mandaten als stärkste Partei hervor, kam aber erst an die Regierung, als sie nach den Neuwahlen 1952 49,22 % der Stimmen und – dank dem Mehrheitswahlsystem – 247 von 300 Sitzen erhalten hatte. Die angekündigte Politik der inneren Befriedung blieb aus, statt dessen begann die bis 1967 währende Phase der künstlichen Polarisierung zwischen »Nationalgesinnten« und der Linken. Die »nationale Gesinnung« wurde im Staatsdienst entscheidende Voraussetzung für Einstellung und Aufstieg. Der Staat wurde mehr und mehr mit der Partei identifiziert, Gesichtspunkte der politischen Opportunität erhielten Priorität vor den Grundsätzen des Rechtsstaats. Der Zweifel an der »nationalen Zuverlässigkeit« Andersdenkender, die ständige, offene oder versteckte Verdächtigung der liberalen Parteien sowie der schwachen demokratischen Linken haben der Demokratie schwer geschadet. *Markezínis* setzte gegen erheblichen Widerstand die Verschmelzung der Nationalbank mit der Bank von Athen zur Erleichterung der Investitionen in der Industrie durch und legte durch die Änderung der Währungsparität das Fundament des wirtschaftlichen Aufschwungs. Schon 1953 nahmen das Bruttosozialprodukt um 13,1 %, die Industrieproduktion um 12,6 % zu; infolge der Sparsamkeit der Regierung wirkte sich dies jedoch noch viele Jahre weder auf die Gehälter, noch auf weite Bereiche staatlicher Zuständigkeit (Schulen, Sozialfürsorge, Renten, Gesundheitswesen) aus. In der Außenpolitik trat die Sammlung für das Selbstbestimmungsrecht der Zyprioten ein. Der Verteidigungs- und Freundschaftspakt mit Jugoslawien und der Türkei (28. 2. 1953) wurde durch die Verschlechterung des türkisch-griechischen Verhältnisses wegen der Zypernfrage bald wertlos. Am 12. 10. 1953 schlossen Athen und Washington einen Vertrag über die Stationierung von US-Truppen in Griechenland. Die Verteidigungspolitik der Sammlung basierte auf der Ansicht, daß Griechenland des Schutzes der Verbündeten mehr bedürfe als diese der griechischen Hilfe, Athen also den Wünschen seiner Alliierten nachzugeben habe. Interessentengruppen und konservative Kräfte in der Partei, die den Kurs der Wirtschaftspolitik mißbilligten, trugen zur wachsenden Entfremdung zwischen *Papágos* und *Markezínis* bei (Rücktritt des Koordinationsministers am 2. 4. 1954, offener Konflikt über seine Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, Austritt von *Markezínis* und seinen Anhängern aus der Sammlung, Gründung der → FORTSCHRITTSPARTEI). Nach dem Tode von *Papágos* am 4. 10. 1955 wartete König *Paul* die Wahl eines neuen Parteichefs durch die Fraktion nicht ab, sondern veranlaßte das Kabinett zum Rücktritt, um den Minister für öffentliche Bauten, *K. Karamanlís*, mit der Regierungsneubildung zu beauftragen und ihm für den Fall des Mißerfolges die Parlamentsauflösung zuzusagen. Trotz der Empörung in der Partei beschloß die Fraktion, das aus Abgeordneten der Sammlung, aber nicht aus deren führenden Vertretern gebildete Kabinett zu unterstützen. Am 4. 1. 1956 löste sich die Sammlung auf, *Karamanlís* gründete die → NATIONALRADIKALE UNION.

S. Linardátos, Apó ton emfílio sti Junta. 3 Bde. Athen 1977f.

Kommunistische Partei Griechenlands (KKE, Kommunistikó Kómma Elládas), von 1924 bis zur Auflösung der Komintern mit dem Zusatz »Griechische Sektion der Komintern« (Ellinikó tmíma tis Diethnús), 1968 ff. inoffiziell: KKE des Auslands (tu exoterikú), Fortsetzung der → SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI GRIECHENLANDS (SEKE).

Programm: Der außerordentliche Parteitag 1924 akzeptierte die »21 Bedingungen« der Komintern. Bis zur Intervention der Komintern 1931 kam es immer wieder zum Richtungsstreit. Seither lehnt sich das Programm an das der KPdSU an, ein »griechischer Weg zum Sozialismus« wird verworfen. Die KKE plädiert für den Austritt Griechenlands aus der NATO. In der Frage der Integrität des Landes akzeptierte sie in der Frühphase widerstrebend die von der Bulgarischen KP in der Komintern durchgesetzte Zusicherung des Rechtes der Bevölkerung von Mazedonien und Thrazien auf Selbständigkeit. Daran hielt 1931 ff. die aus der UdSSR gekommene Führungsgruppe gegen innerparteilichen Widerstand fest und verkündete erst 1935 die Parole von der Gleichberechtigung aller Minoritäten innerhalb des Staatsverbands. Im Bürgerkrieg kam das 5. Plenum (Januar 1949) auf die Unabhängigkeit dieser Gebiete zurück, doch widerrief das 6. Plenum (Oktober 1949) den Beschluß.

Organisation: Im Zuge der Bolschewisierung nach dem außerordentlichen Parteitag 1924 wurde die Organisation auf Zellen ab drei Mitglieder mit einem Sekretär aufgebaut und erstmals ein Exekutivkomitee gewählt. Die »Fraktionsbildung« wurde untersagt. Seit dem III. Parteitag 1927 ist ein Politbüro des ZK vorgesehen. Ab 1931 hatten die Parteitage meist nachträglich die vom ZK-Plenum gefaßten Beschlüsse gutzuheißen. 1935 erhielt *N. Zachariádis* den Titel »Parteiführer«. Seit dem VIII. Parteitag 1961 bestand eine vom Parteitag gewählte Zentrale Kontrollkommission, das ZK bestand aus einer Auslands- und einer illegalen Inlandsabteilung. 1965 ff. baute die seit 1947 verbotene Partei schrittweise eigene Gruppen auf, die in der → VEREINIGTEN DEMOKRATISCHEN LINKEN aktiv werden sollten. Die Partei bildete immer wieder außerparteiliche Hilfsor-

ganisationen, darunter eine Gewerkschaft (Enotikí GSEE 1929–1936), die Arbeiterhilfe (bis 1930), die Soziale Solidarität (1933 ff.), Jugendorganisationen: Föderation der Sozialistischen Arbeiterjugendverbände (Omospondía Sosialistikón Ergatikón Neoleón, OSEN) (1920), Anexártiti Kommunistikí Neoléa, später Kommunistikí Énosi, Gründung der Föderation Kommunistischer Jugendverbände Griechenlands (Omospondía Kommunistikón Neoleón Elládos, OKNE). Der bis 1929 aktiven Studentenorganisation Fititikí Sintrofiá folgte die Aristerá Parátaxi, seit 1974 besteht die Kommunistikí Neoléa Elládos (KNE).

Presse: → Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands; Tageszeitung ›Rizospástis‹ (Der Radikale), Zeitschrift ›Kommunistikí Epitheórisi‹ (Kommunistische Rundschau, KOMEP), ferner: ›Ftocholojá tu Kámbu‹ (Dorfarmut), ›Agrotikí Enosi‹ (Bauernunion, 1928–31), ›Protopóri‹ (Avantgardisten, 1930, ab 1931:) ›Néi Protopóri‹ (Neue Avantgardisten).

Geschichte: Für die Anfangszeit → SEKE. 1926 kam es zu einem Richtungsstreit zwischen den trockistischen »Liquidaristen« *(P. Puliópulos)*, welche die Partei säubern und neu aufbauen wollten, der stalinistischen Mehrheitsgruppe um *A. Chaitás* und *K. Eftichiádis*, die für eine »linke Republik« als Übergangslösung eintrat, und den Zentristen, die sich gegen die Maßregelung der Flügel wandten. In den Wahlen von 1926 erhielt die Partei 4,38% der Stimmen und 10 von 279 Mandaten. Nach dem Ausschluß der Zentristen durch die manipulierte Mehrheit eines »erweiterten« ZK 1928 übernahmen auf dem IV. Parteitag (10.–15. 12. 1928) Gewerkschaftsfunktionäre die Führung und stellten die ökonomischen Probleme in den Vordergrund. Die Konflikte nach 1929 stehen wiederum in einem gebrochenen Zusammenhang mit Lagebeurteilungen der Komintern und Entwicklungen in der KPdSU. Die Gruppe *Chaitás/Eftichiádis* wies der Organisation Priorität zu, weil die Massen nach dem von Komintern und KPdSU verkündeten Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus inaktiv blieben: die Revolution werde eine bürgerlich-demokratische sein. Dagegen wandte sich eine Gruppe um *K. Théos, J. Siántos* und *D. Pielótis*, die für die breite Einheit der Werktätigen plädierte, damit spontane Unzufriedenheitsbekundungen zum politischen Generalstreik weitergeführt würden. Zwar hatte der IV. Parteitag 1928 die Kominternthese vom Sozialfaschismus übernommen, doch ließen sich die Positionen beider Flügel (bürgerlich-demokratische Revolution – breite Einheit der Werktätigen) mit dem Purismus der neuen Moskauer Linie nicht vereinbaren. Im November 1931 intervenierte die Komintern und veranlaßte die »Wahl« einer neuen, in der UdSSR ausgebildeten Funktionärsgruppe um *Zachariádis* und *J. Ioannídis* in das ZK. Dank dem Organisationstalent der neuen Führung gewann die Partei Anhänger (Wahlergebnisse in % der Stimmen/Mandaten: 1932: 4,97/10 von 250; 1933: 4,64/0; 1935: 9,59/0; 1936: 5,76/15 von 300. Stimmenanteile 1936 in den Hochburgen Kaválla 23,54, Lárisa 17,63, Lésbos 14,2, Dráma 14,13, Serres 11,59%. 1934 kündigte sich eine Wende der Politik an (5. 10. 1934 Übereinkunft über gemeinsame Aktionen gegen die »militärfaschistische Diktatur« mit linken Splitterparteien und den Gewerkschaften), doch beschloß erst das 4. Plenum 1935 die Kooperation mit allen demokratischen Parteien gegen die Restauration des Königtums (Volksfronttaktik). Unter der Metaxás-Diktatur wurde die KKE zerschlagen. Neben den Resten des sog. »Alten ZK« und unabhängigen Gruppen trat 1940 eine von der Polizei gesteuerte »Neue Parteileitung« in Erscheinung. Nach dem Angriff Italiens auf Griechenland rief Parteichef *Zachariádis* aus dem Gefängnis zur Verteidigung des Landes »ohne Reserve« auf, wandte sich aber gegen die Weiterführung des Krieges nach der Vertreibung der Italiener vom griechischen Territorium. Das »Alte ZK« bezeichnete dagegen die Westmächte wegen der Stützung der Diktatur als die Hauptfeinde. Nach der Besetzung Griechenlands erhob die KKE zunächst soziale Forderungen, trat aber seit Januar 1942 bei der Organisation des Widerstands auf Volksfrontbasis hervor (27. 9. 1941 Gründung der »Nationalen Befreiungsfront EAM«, 10. 4. 1942 Bildung der »Nationalen Befreiungsarmee ELAS«), verwendete jedoch viele Energien auf die Bekämpfung anderer Widerstandsgruppen. Widerstrebend ging der kommunistische Widerstand auf die britischen Vorstellungen über die Kooperation mit den Alliierten ein. Das 10. ZK-Plenum (Januar 1944) beschloß die Bildung des »Politischen Komitees der Nationalen Befreiung (PEEA)« als provisorisches ziviles Repräsentationsorgan im befreiten Gebiet und die Errichtung der Volksdemokratie nach Kriegsende. Doch trat die Partei am 15. 8. 1944 in die Exilregierung *Papandréu* ein und unterstellte die Partisanenverbände britischem Oberbefehl (Abkommen von Caserta 16. 9. 1944). Die Zurückhaltung der Partei dürfte sich aus der Überschätzung der britischen Macht, der ernüchternden Wirkung der sowjetischen Politik und dem Dogma der Parteiführung von der Priorität der Mobilisierung des Stadtproletariats erklären. In der Frage der Demobilisierung von Partisanen und Militär kam es zu heftigen Kontroversen mit der Regierung, und am 3. 12. 1944 begann eine neue, teilweise grausam geführte Bürgerkriegsrunde. Bis heute ist die Verantwortung der KKE-Führung für diese Ereignisse nicht restlos geklärt. Auf die Niederlage (12. 2. 1945 Friede von Várkiza, Auflösung des ELAS) folgte eine Welle des Terrors von Rechts- und Linksextremisten. Die unter internationaler Aufsicht durchgeführten Wahlen von 1946 boykottierte die Partei. Das ZK-Plenum vom 12. 2. 1946 beschloß den bewaffneten Aufstand (»3.′Runde« des Bürgerkriegs), ohne ihn jedoch effektiv vorzubereiten bzw. nach Aus-

bruch sofort zielstrebig zu unterstützen. Vielmehr arbeitete die Partei im Rahmen der Legalität weiter. Erst nach dem Bekenntnis des 3. Plenums (12.–15. 9. 1947) zum Aufstand wurde sie im Oktober 1947 verboten. Am 24. 12. 1947 konstituierte sie eine Provisorische Regierung, die aber auch von den kommunistischen Staaten nicht anerkannt wurde. Die von England, ab 1947 von den USA unterstützten legalen Truppen rieben das »Demokratische Heer Griechenland« (DSE) auf.

Die Orientierung der nun unterdrückten Partei schwankte zwischen Volksfronttaktik und schroffer Distanzierung vom Zentrum. In der → Vereinigten Demokratischen Linken (EDA) fanden die Kommunisten eine legale Möglichkeit politischer Aktivität, doch diskreditierte die KKE mit dem Aufbau eines illegalen Apparats deren Bemühung um innenpolitische Normalisierung. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU protestierten ca. 15 000 emigrierte Kriegsveteranen in Taškent gegen die diktatorische Führung des *Zachariádis*. Auf Grund des Berichtes einer internationalen Kommission kommunistischer Parteien 1956 schloß das 7. Plenum 1957 den Parteiführer aus der Partei aus. 1965 ff. baute die KKE eigene Gruppen auf, die innerhalb der EDA arbeiten sollten. Unter Einfluß der realitätsfernen, im Dogmatismus befangenen Führung im Ausland erkannte die Partei in der Krise 1965–67 (→ Zentrumsunion) die Chancen des liberalen Kurses des Zentrums nicht. Mit der zögernden Selbstkritik des 11. Plenums (Juni 1967) begannen die Auseinandersetzungen über den Parteikurs seit 1940 sowie über die Methoden der Parteiführung und der ZK-Minderheit im Ausland, die zur Spaltung der KKE führte (→ Kommunistische Partei des Inlands). Die KKE des Auslands blieb auf sowjetischem Kurs. Die Befreiung Griechenlands von der Diktatur 1974 bezeichnete sie als Schachzug der USA, der NATO und ihrer Agenten zur Verhinderung des demokratischen Wandels. Die sowjetische Intervention in der ČSSR wurde gutgeheißen.

To KKE apó to 1918 os to 193 1, Athen 1947; D. G. Kousoulas, Revolution and Defeat. The Story of the Communist Greek Party, London 1965; J. D. Katsúlis, Istoria tu Kommunistikú Kómmatos Elládas, 7 Bde., Athen 1976 f.; A. Elefántis, I epangelía tis adínatis epanástasis, Athen 1976.

Kommunistische Partei des Inlands (KKE es., Kommunistikó Kómma Elládos – esoterikú).

Gründung: Die Führung der KKE im Ausland (→ Kommunistische Partei Griechenlands) versuchte, in Kontakt mit der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union (KPdSU), die Kritiker ihres Kurses mundtot zu machen: sie berief das 12. ZK-Plenum (3.–14. 2. 1968 in Bukarest) ohne Beteiligung der im Inland lebenden ZK-Mehrheit ein und erreichte den Ausschluß von *D. Partsalídis, P. Dimitríú* und *Z. Zográfos* aus dem Politbüro. Die Gemaßregelten, die am 17. 2. auch aus der Partei ausgeschlossen wurden, bildeten am 20. 2. in Bukarest das »Vereinigungs-ZK« (EKE). Das KP-Inlandsbüro distanzierte sich von dem statutenwidrigen Verfahren, aber auch von der EKE und versuchte vergeblich, die Einheit der Partei wiederherzustellen. Im April 1969 tagte erstmals im griechischen Untergrund ein außerordentliches ZK-Plenum der neuen Parteiorganisation.

Programm: Im Juni 1976 verabschiedete der I. Parteitag (in Fortsetzung der KP-Parteitage als »I. (IX.)« bezeichnet) das neue Programm. Die Lage der Arbeiter habe sich zwar verbessert, aber die Symptome einer Krise zeichneten sich deutlich ab. International habe der Zwang zur friedlichen Koexistenz eine neue Perspektive für die progressiven Kräfte eröffnet, große Teile der Bourgeoisie einschließlich der Konservativen stünden heute auf dem Boden der Demokratie. Unter diesen Voraussetzungen sei ein friedlicher Übergang zum Sozialismus möglich. Vordringliche revolutionäre Aufgabe sei die Sicherung der parlamentarischen Demokratie im Zusammenwirken mit allen demokratischen Kräften und die schrittweise Befreiung von der Abhängigkeit von imperialistischen Mächten. Die Grundrechte würden ausgeweitet, Gewerkschaften blieben selbständig. Eine sozialistische Staatsideologie lehnt die Partei ab. Ausländische Unternehmen und einheimische Monopole sollen nationalisiert und der Arbeiterselbstverwaltung unterstellt werden.

Organisation: Die KKE es. bekennt sich zum demokratischen Zentralismus. Mehrere Basisorganisationen (KOV) bilden eine Bezirks-, mehrere Bezirke eine Departementsorganisation. Die Departementskonferenz wählt den Bezirks- bzw. Departementsausschuß; die Organisationen einer Stadt entsenden Delegierte in die Stadtkonferenz, die den Stadtausschuß wählt. Der alle drei Jahre einzuberufende Parteitag wählt das ZK und die zentrale Kontrollkommission. Das ZK bildet Hilfsorganisationen und bestellt Exekutivbüro und Sekretär. Als Konsultativorgan fungiert der Nationalrat. – Aus der im Dezember 1967 gegründeten Panhellenistischen Antidiktatorischen Studentenorganisation Rígas Feréos, die sich 1974 mit der 1972 entstandenen kommunistischen Studentenorganisation (KOS) vereinigte, ist die »Griechische Kommunistische Jugend ›Rígas Feréos‹« (Ellinikí Kommunistikí Neoléa »Rígas Feréos«) entstanden.

Presse: ›Machitís‹ ab 1968; umbenannt in: ›Rizospastis Machitís‹ (Der Radikale Kämpfer); Tageszeitung ›Avjí‹ (Morgenrot, bis 1967 Tageszeitung der Vereinigten Demokratischen Linken); Zeitschrift ›Kommunistikí theoría ke politikí‹ (Kommunistische Theorie und Politik).

Geschichte: Die KKE es. stand im Gegensatz zum realitätsfernen Dogmatismus der Parteiführung im Exil, zum Mangel an innerparteilicher Demokratie und zu den Zuständen in den kommunistischen Ländern. Die Absetzung von *Zachariadis*, der Streit um die Taktik, der Offiziersputsch vom 21. 4. 1967 waren Höhepunkte einer lange schwelenden Krise. Die KKE es. wies jeden Führungsanspruch Moskaus zurück und verur-

teilte sowohl die Intervention in der ČSSR wie die Verfolgung von Dissidenten in der UdSSR. Innenpolitisch sah sie eine Mitverantwortung der KKE-Führung an den Ereignissen von 1967. Nach dem Sturz der Diktatur betrachtete sie den Schutz der parlamentarischen Demokratie und Reformen als eine revolutionäre Aufgabe. Daher lehnt die KKE es. eine bewußte Polarisierung der politischen Kräfte ab. An den Wahlen von 1974 nahm sie in der Koalition → Vereinigte Linke teil, von deren 8 Mandaten sie 2 erhielt. 1977 – im Wahlbündnis → Allianz – waren es 1 von 300 Mandaten.

L. Kírkos, Tó ávrio tis Elládas, Athen ²1976; J diáspasi tou KKE, hsg. P. Dimitríu, 2 Bde, Athen 1978.

Konservative Partei (Sintiritikón Kómma). → Reformpartei (2).

Kumundúros-Partei (Kómma tu Kumundúru). Gründung: Die aus der → Bergpartei hervorgegangene Partei trat erstmals in den Wahlen vom 16./28. 5. 1865 unter Führung von *A. Kumundúros* in Erscheinung. Zum harten Kern der neuen Fraktion, deren Stärke durch den Übertritt Unabhängiger schwankte, dürften 60–70 Abg. gehört haben.

Programm: Die Partei entwickelte die Konzeption der Bergpartei weiter: Sie trat für Rechtsstaat und parlamentarisches Regierungssystem (Berufung des Regierungschefs aus der Kammermehrheit), den Schutz der Freiheitsrechte und der Traditionen sowie für eine gemäßigte Politik der guten Ordnung, für Sparsamkeit und Dezentralisierung ein und registrierte den Machtzuwachs der Exekutive mit Unbehagen. Sie plädierte für Bodenreform und vorsichtige Modernisierung des Landes. Außenpolitisch optierte die Partei in realistischer Einschätzung der Möglichkeiten für eine zurückhaltende Politik gegenüber der Türkei.

Organisation: → Einleitung.

Presse: Zeitungen ›Ethnikón Pnévma‹ (Nationaler Geist), ›Proía‹ (Der Morgen, ab 11. 3. 1879).

Geschichte: Die Partei konnte sich nach der Auflösung der Konstituante trotz wechselnden Wahlerfolgen (Abg. des Fraktionskerns jeweils ohne spätere Übertritte: 1865: 60–70 von 170; 1868: 34–36 von 184; 1869: ca. 48 von 186; 1872–74: zwischen 50 und 65; 1875: 80 von 190; 1879: ca. 90 von 207; 1882: ca. 83 von 254), als führende Verfassungspartei gegen die Praktiken des Königs (→ Einleitung) auf die Dauer ebenso behaupten wie gegen die Staatsstreichtaktik der Vúlgaris-Partei. Zwischen 1865 und 1882 bildete *Kumundúros* zehnmal die Regierung und war an verschiedenen Koalitionsregierungen beteiligt. Zu den großen innenpolitischen Leistungen der 4. Regierung *Kumundúros* (8./20. 12. 1870 bis 27. 10./8. 11. 1871) gehörte die Verteilung von 265 000 ha Domänenland an Bauern und Landlose. Hingegen scheiterte das Straßenbau-Programm seines 1. Kabinetts am Parlament. Es wurde 1867 durch die Gründung der Straßenbaukasse wieder aufgenommen; eine Reihe anderer Projekte (Verwaltungs- und Steuerreform, Förderung der Schiffahrt) führte *S. Trikúpis* später weiter, in der Außenpolitik versuchte *Kumundúros*, die Berücksichtigung der griechischen Ansprüche bei einer Teilung des Osmanischen Reiches vorzubereiten (Abschluß der Militärkonventionen mit Serbien und Rüstungen in der Kreta-Krise 1867). In der Orientkrise 1875–78 bot sich *Kumundúros* wegen des Widerstrebens *Georgs I.*, unzureichender Rüstungen sowie aus innen- und außenpolitischen Gründen erst in der Schlußphase eine Chance zur Intervention. 1881 akzeptierte er einen Kompromiß bei der Abtretung osmanischer Gebiete in Thessalien. Ein Unterschlagungsskandal des Kämmerers von Theben überschattete die letzten Regierungsjahre von *Kumundúros*. – Hochburgen der Partei waren die ländlichen Wahlkreise der Ägäis, der Ionischen Inseln sowie der Peloponnes. 1871 verließen einige Politiker die Fraktion und bildeten die → Trikúpis-Partei. Nach *Kumundúros'* Tod (1883) übernahm *T. Dilijánnis* die Führung der Partei (→ Nationalpartei).

Istoría tu Ellinikú Éthnus, XIII 1977.

Lager der Bauern und Arbeitenden (**PAE,** Parátaxis Agrotón ke Ergozoménon). Wahlkoalition des Jahres 1950 aus der → Sammlung der Bauern und Arbeitenden und der Nationalen Fortschrittlichen Bauernpartei. (2,62% der Stimmen, 3 Mandate).

Liberaldemokratische Union (**FDE,** Fileleftéra Dimokratiki Énosis).

S. Venizélos, der sich aus der Führung der → Liberalen Partei zurückgezogen hatte, gründete mit 8 Liberalen und 3 Anhängern der Nationalen Progressiven Zentrumsunion, die sich am 30. 3. 1955 von ihrer Fraktion getrennt hatten, am 11. 4. 1955 die FDE, in der sich die liberalen Zentrumsparteien vereinigen sollten, um eine erfolgversprechende Alternative zu der mächtigen → Griechischen Sammlung zu bilden. Die gemeinsamen Maximen (Demokratie nach westlichem Vorbild, Garantie der bürgerlichen Freiheiten, Abschaffung der Gesinnungsbescheinigungen, der Verbannungsstrafe, der Sondergerichte; Liberalisierung der Pressegesetze, Freiheit für die Gewerkschaften, Wiedereinstellung aus politischen Gründen entlassener Beamter) sollten die Grundlage des Programms bilden. 24 Abg. schlossen sich der FDE an, die damit vorübergehend die stärkste Oppositionsfraktion stellte. In der Wahlkoalition → Demokratische Union erhielt die Partei 1956 43 von 300 Mandaten. Im März 1957 vereinigte sich die FDE wieder mit der Liberalen Partei unter der gemeinschaftlichen Führung von *J. Papandréu* und *S. Venizélos*.

G. Dafnís, Sofoklis E. Venizélos, Athen 1970.

Liberaldemokratisches Zentrum (**FIDIK,** Filelefthéron Dimokratikón Kéntron).

Am 9. 12. 1965 von *S. Stefanópulos* gegründete Partei, der sich abtrünnige Abg. der ZENTRUMSUNION (»Apostaten«) anschlossen. Gestützt auf den König, die NATIONALRADIKALE UNION und die FORTSCHRITTSPARTEI (3) bildete *Stefanópulos* in der großen inneren Krise 1965–67 eine Regierung, die auf immer schärferen Protest der Öffentlichkeit gegen die Aushöhlung der Verfassungsordnung durch König *Konstantin II.* und die Apostaten stieß (→ ZENTRUMSUNION).

Liberale Flüchtlingspartei (Fileléftheron Prosfijikón Kómma).

Splittergruppe der Mehrheitsliberalen um *T. Sofúlis,* die 1926 1,44% der Stimmen (überwiegend von kleinasiatischen Flüchtlingen) und 4 von 279 Mandaten erhielt.

Liberale Partei (**KF,** Kómma Filelefthéron).

Gründung: Nachdem der kretische Politiker *E. Venizélos* zwischen den Führern des Militärputsches von 1909 und den politischen Kräften vermittelt hatte, entstanden überall Zirkel und Vereinigungen zu seiner Unterstützung. Außer den 15–20 Venizelisten stellten sich die 165 der 362 Abg. des 1. Verfassungsändernden Parlaments größtenteils hinter ihn. Am 5. 9. 1910 kündigte *Venizélos* die Bildung einer Partei mit gleichgesinnten Abg. an.

Programm: In der Programmrede vom 5./18. 9. 1910 kündigte *Venizélos* ein umfangreiches Reformprogramm zur Modernisierung des Staates, zur freieren Entfaltung der Wirtschaft und zum besseren Schutz des Bürgers an, das Grundlage der Politik der Liberalen blieb (Rechts-, Justiz- und Verwaltungsreform, Einführung praktischer berufsorientierter Schulen, Steuerreform, Aufbau moderner Streitkräfte, Errichtung eines Obersten Verwaltungsgerichts, Verbesserung der Lage der Arbeiter und Bauern unter anderem durch bessere Arbeitsschutz- und Sozialgesetzgebung, Förderung der Wirtschaft, Neufassung des Eigentumsschutzartikels zur Enteignung von Großgrundbesitz). In diesem Sinne sollte die Verfassung ohne Änderung der Staatsform revidiert werden. Dem König wies er eine führende Rolle beim Aufbauwerk zu unter der Bedingung, daß über einen Dissens zwischen König und Kabinett in Neuwahlen entschieden würde.

Organisation: Nach der Herausbildung der Parlamentsfraktion als Kern der Partei (1910), der mit den lokalen Aktivistengruppen in Verbindung stand, entstanden Clubs der KF im Lande, vor allem in den Städten. Ab 1916 fand die Partei organisatorischen Rückhalt in den ihr nahestehenden Teilen des Militärs. 1920 überließ *Venizélos* einem vierköpfigen Komitee unter General *P. Danglís* die Parteiführung, nach seiner Rückkehr 1923 und 1928–35 übernahm er diese wieder selbst, in der Zwischenzeit und 1935–49 leiteten *T. Sofúlis,* nach dessen Tod *S. Venizélos,* zeitweise zusammen mit *J. Papandréu* die Partei.

Presse: ›Patrís‹ (Vaterland), ›Eléftheron Víma‹ (Freie Tribüne), ›Víma‹ (Tribüne).

Geschichte: Die KF brachte neues Blut in die Politik; nur 117 der 362 Abg. hatten dem 1. Parlament von 1910 angehört. Im 2. Verfassungsändernden Parlament realisierte die große liberale Mehrheit der 307 von 364 Abg. die meisten der von *Venizélos* angekündigten Verfassungsänderungen sowie unter anderem die Aufhebung der Beschränkungen des passiven Wahlrechts, die Einstellung der Beamten auf Lebenszeit, Gesetze über Frauen- und Kinderarbeit, Sonntagsruhe und Gesundheitsschutz und 1920 über die Einführung des 8-Stunden-Tages in einigen Branchen und andere sozialpolitische Maßnahmen. Wichtig für die Parteien war die Einführung der Mandatsprüfung durch die Gerichte statt durch das Parlament.

Mit dem Gesetz gegen Streiks in den Verkehrsbetrieben machten die Liberalen die Grenzen von Aktionen einzelner Gruppen deutlich. Die Wirtschaftsentwicklung wurde unter anderem durch ein neues Gesetz über Aktiengesellschaften, Landwirtschaftskammern, Straßenbauten usw. gefördert. In Anknüpfung an die Politik von *Theotókis* (→ THEOTÓKIS-PARTEI) modernisierte *Venizélos* die Streitkräfte. Im Widerspruch zu den Forderungen der Putschisten von 1909 berief er den Thronfolger *Konstantin* 1911 zum Generalinspekteur des Heeres und reaktivierte dessen Stabsoffiziere. Auf dem Höhepunkt seiner Popularität (Wahlen 1912: 146 von 181 Mandaten) führte *Venizélos* Griechenland in die Balkankriege 1912/13, in denen es sein Territorium um 79,36% und seine Bevölkerung um 61,7% vergrößerte. 1915 kam es über der Frage des Eintritts Griechenlands in den 1. Weltkrieg zu einer schweren Verfassungskrise und zu einer durch Fanatismus und Exzesse der Gewalt vertieften Spaltung der Nation. Das liberale Kabinett akzeptierte den ersten Einspruch König *Konstantins* gegen eine Kriegsbeteiligung an der Seite der Entente um den Preis von Neuwahlen am 31. 5./1. 6. 1915 und trat zurück. Da aber kurz nach der Wählerentscheidung (185 von 316 Mandaten für die Liberalen) der König die Regierungspolitik wiederum ablehnte und das Kabinett zum Rücktritt zwang, warfen ihm die Liberalen Verfassungsbruch vor und boykottierten die Neuwahlen. Als Verfassung und Rechtsstaat immer mehr ausgehöhlt und der Schaden des Neutralitätskurses für die langfristigen griechischen Interessen offenkundig wurde, putschten 1916 ententefreundliche Offiziere in Thessaloniki. *Venizélos* und führende Liberale errichteten dort eine Gegenregierung, deren Truppen nunmehr am Krieg teilnahmen. An der Institution des Königtums rüttelten die Liberalen nicht, wandten sich jedoch gegen die Rückkehr *Konstantins,* den die Entente 1917 zwang, das Land zu verlassen, so daß die Regierung nach Athen übersiedeln und das erste der 1915 gewählten Parlamente wieder einberufen konnte (»Lazarus-Parlament«). Die Antivenizélisten hatten nun unter illiberalen Maßnahmen (Säuberungen von Heer, Beamtenschaft, Justiz

und Kirche, Deportationen, Racheakte fanatischer Venizelisten) zu leiden. 1916–20 verkündete die liberale Regierung eine Reihe grundlegender Reformen (Bodenreform, Einkommens-, Erbschafts-, Schenkungssteuer, Besteuerung der Kriegsgewinne, Volkssprache in der Volksschule). Die Kriegsdiktatur und die starke Anspannung aller Kräfte seit 1912 hatten trotz der Begeisterung über die Besetzung Smyrnas durch griechische Truppen Unzufriedenheit erzeugt (Wahlniederlage der Liberalen am 1./14. 11. 1920: 118 von 369 Mandaten). Nach dem Militärputsch von 1922 (→ Einleitung) beherrschten bis 1932 die Liberalen die Szene (Wahlergebnisse in % der Stimmen/Mandaten: 1926: 31,63 / 102 von 279; 1928: 46,94 / 178 von 250; 1932: 33,42 / 98 von 250), doch spalteten sich 1924 die → Partei der Konservativen Demokraten und die → Partei der Progressiven Liberalen, 1935 die → Demokratische Partei ab. In der Frage der Staatsform steuerte die Partei einen mittleren Kurs (Volksentscheid statt Parlamentsbeschluß). 1928–32 nutzte *Venizélos* noch einmal die Chance, den Staat zu modernisieren (Schulbauten, Schulreform, Gründung der Agrarbank, Industrieförderung, Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes, Arbeitsschutzgesetze, Vorbereitung der Sozialversicherung) und das Erreichte zu sichern (Staatsschutzgesetz gegen Kommunisten). Provokationen der Opposition sowie Rücksicht auf den Offizierskläungel gefährdeten jedoch den inneren Ausgleich. Der Verschleiß der Regierung und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führten die → Volkspartei (2) an die Macht. Leichtfertige, von *Venizélos* gebilligte Putschversuche republikanischer Offiziere 1933 und 1935 zur Abwendung angeblicher Gefahren für die Republik trugen zu deren Untergang bei (→ Einleitung). – In der Außenpolitik schloß *Venizélos* Freundschaftsverträge mit Italien und der Türkei, und bereinigte das Verhältnis zu Jugoslawien. Nach der Rückkehr König *Georgs II.* (1935) ließ sich das Patt der großen Parteien (Mandatsverhältnis antivenizélistischer/venizélistischer Parteien 143:141) auch nicht durch eine begrenzte Absprache der KF mit den Kommunisten (Übereinkunft *T. Sofúlis–S. Sklávenas*) überwinden, so daß *I. Metaxás* einer Koalition der Liberalen mit der Nationalen Volkspartei durch die Errichtung der Diktatur zuvorkam. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges konnten sich die in mehrere Parteien zerspaltenen Liberalen nur mühsam behaupten (→ Partei der Nationalliberalen, → Partei der Venizelistischen Liberalen). 1950 bildet *J. Melás* aus Protest gegen die Wiederaufnahme der Nationalliberalen die erfolglose Partei der Unabhängigen Liberalen (Kómma Anexartíon Fileleftheron). 1951 fusionierten die aus der → Nationalen Progressiven Zentrumsunion (EPEK) ausgetretenen Abg. der Progressiven Demokratischen Partei unter Führung von *E. Tsuderós* mit der KF. Am 21. 4. 1953 verschmolz die Partei mit der Partei Jeórjios Papandréu (*Papandréu* und *S. Venizélos* gleichberechtigte Parteiführer), doch zog sich *Venizélos* am 7.4. 1954 zurück und bildete am 11. 5. 1955 die → Liberaldemokratische Union, die sich im März 1957 mit der KF wieder vereinigte. 1958 spaltete sich die Partei in 3 Organisationen: die Liberaldemokratische Partei (Fileléftheron Dimokratikón Kómma, *J. Papandréu*), die Neue Politische Bewegung (Néa Politikí Kasnisis, *Athanasiádis-Nóvas*) und die KF *(Venizélos)*. Dem von Zypern zurückgekehrten *Grivas*, dem *Venizélos* 15 Abg. zur Verfügung stellte (→ Bewegung der Nationalen Erneuerung), gelang die Belebung der Partei nicht. 1961 fusionierten dann die Liberaldemokratische Partei und die Neue Politische Bewegung mit der Partei der Bauern und Arbeitenden zum Demokratischen Zentrum / Liberale Bauernunion (Dimokratikón Kéntron / Agrotikí Fileleftéra Énosis) und im selben Jahr mit der KF und anderen Parteien der linken und rechten Mitte zur → Zentrumsunion. Die sich schon in der Zwischenkriegszeit abzeichnende – damals durch die Autorität von *Venizélos* gezügelte – Auflösung der Liberalen hat ihre Ursache in unterschiedlichen Prioritäten und taktischen Differenzen. So optierten die Liberalen unter *Venizélos* eher für schärfere Maßnahmen gegen die Linken (Austritt aus der Koalition mit der EPEK am 17. 8. 1950).

Erst 1954/55 versuchte *Venizélos*, das Zentrum schärfer gegen rechts zu profilieren (Absage an Gesinnungszeugnisse, Verbannungen, Sondergerichte, Freiheitsbeschränkungen). Einmütig befürwortete die Partei die Anlehnung an den Westen. – Wahlergebnisse in % der Stimmen/Mandaten: 1946: 14,39 / 48 von 354; 1950: 17,24 / 56 von 250; 1951: 19,04 / 57 von 258; 1952: im Bündnis mit EPEK und SKELD 30; 1956: im Bündnis Demokratische Union 26 Mandate; 1958: 20,67 / 36 von 300. Ab 1920 lagen die Hochburgen der KF in den nordgriechischen Wahlkreisen (dort 1922 ff. Ansiedlung traditionell liberal orientierter kleinasiatischer Flüchtlinge).

Istoria tu Ellinikú Éthnus, Bde. XIV, XV, Athen 1977, 1979; S. Linardátos, Apó ton emfílio sti chúnta, 3 Bde., Athen 1977–1978.

Mavromichális-Partei (Mavromichalikón Kómma, Kómma tu Mavromicháli).

Fortsetzung der → Nationalpartei, deren Führung nach dem Tode von *Th. Dilijánnis K. Mavromichális* übernahm. Die Partei, die 1905 am Koalitionskabinett *Rállis* (→ Neugriechische Partei) beteiligt war, kam nach dem Militärputsch von 1909 an die Regierung, nachdem *Mavromichális* widerstrebend die von der Militärliga diktierten Bedingungen (durchgreifende Reformen, Beibehaltung des Parlaments, Säuberung der Streitkräfte und Reaktivierung gemaßregelter Offiziere, Amnestie für die Putschisten, Berufung ausländischer Militärberater, Entfernung der Prinzen aus dem Heer, Auflösung des Generalkommandos des Thronfolgers, Rüstungen) akzeptiert hatte. Indessen hatte sich die Partei über-

lebt und konnte, auch wegen der Schwäche ihres Führers, keine Alternative zur LIBERALEN PARTEI entwickeln. 1910 schloß sie sich dem Protest der »alten« Parteien gegen die Auflösung des 1. Verfassungsändernden Parlaments an.

Ektonagoréfseon Kiriakúli P. Mavromichali [...], Athen 1909.

Nationale Politische Union (Ethnikí Politikí Énosis).

Wahlkoalition für die Wahlen von 1946 aus folgenden Parteien: DEMOKRATISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI, → PARTEI DER VENIZELISTISCHEN LIBERALEN, → NATIONALE UNIONSPARTEI. Die Koalition erhielt 19,28 % der Stimmen und 68 von 354 Mandaten.

Nationale Progressive Zentrumsunion (EPEK, Ethnikí Proodeftikí Énosis Kéntrou). Linksliberale Partei.

Gründung: Am 14. 1. 1950 durch Vereinigung der PARTEI DER PROGRESSIVEN ZENTRUMSLIBERALEN und der PROGRESSIVEN DEMOKRATISCHEN PARTEI.

Programm: Hauptziel war die innere Befriedung des Landes nach dem Bürgerkrieg. Verurteilte Kommunisten sollten nicht mehr hingerichtet, die Verbannungspraxis erheblich gemildert werden. Daneben vertrat die Partei klassische Prinzipien der Liberalen (Rechtsstaatlichkeit, Dezentralisierung, Förderung der Volksbildung) und sozialpolitische Forderungen (Erleichterungen für die Mittel- und Unterschichten).

Organisation: Obwohl sich die Gründungsparteien zu einer einheitlichen Partei zusammengeschlossen hatten, entstand keine homogene Basisorganisation. Die Einheit wurde dank der charismatischen Persönlichkeit von *N. Plastíras* gewahrt. Am 13. 7. 1951 verließ *E. Tsuderós* mit 6 Anhängern die Partei, weil er bei der Aufstellung der Kandidatenlisten seine Auffassung vom Weiterbestehen beider Parteien in der EPEK nicht durchsetzen konnte.

Presse: ›Proodeftikós Fileléftheros‹ (Der Progressive Liberale), ›Proodeftikí Allají‹ (Progressiver Wandel).

Geschichte: Die Partei drückte den Wunsch der Mehrheit des Volkes aus, nach den Schrecken von Bürgerkrieg und Terror das Land auf der Basis der Rechtsstaatlichkeit und garantierter Freiheitsrechte zu befrieden und die Kriegsschäden zu beseitigen. Vorläufer waren die am 29. 9. 1946 von *Tsuderós* gegr. PROGRESSIVE DEMOKRATISCHE PARTEI (Proodeftikón Dimokratikón Kómma) und die am 15. 12. 1949 von *Plastiras* gegr. PARTEI DER PROGRESSIVEN ZENTRUMSLIBERALEN (Kómma Proodeftikón Filelefthéron Kentrú). Ziel der Progressiven Demokraten, denen sich die führenden Anhänger des 1946 verstorbenen *J. Kafantáris* sowie einige Sozialisten und Agrarier anschlossen, war eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs. Darin trafen sie sich mit den Progressiven Zentrumsliberalen, die sich von den Mehrheitsliberalen mit dem Vorwurf getrennt hatten, daß deren Zusammengehen mit der VOLKSPARTEI (2) unter Verzicht auf liberale Prinzipien zur Fortsetzung des Bürgerkrieges beigetragen habe. Die Übereinstimmung führte zum Zusammenschluß beider Parteien als EPEK. Am 5. 3. 1950 erhielt die EPEK 16,44 % der Stimmen und 45 von 250 Mandaten. Alle liberalen Parteien verfügten mit 136 Sitzen über die absolute Mehrheit im Parlament und schlossen trotz der Abneigung des Hofes gegen *Plastíras* ein Regierungsbündnis, in das außer allgemeinen liberalen Prinzipien die zentralen Programmpunkte der EPEK zur inneren Befriedung in abgeschwächter Form aufgenommen wurden. *Plastíras* erweiterte 1951 das sozialpolitische Programm zugunsten der Mittel- und Unterschichten. – 1951 erhielt die EPEK 23,49 % der Stimmen (74 von 258 Mandaten). Zusammen mit den Liberalen bildete die EPEK eine Regierung unter *Plastíras,* die den innenpolitischen Kurs lockerte (Auflösung der außerordentlichen Militärgerichte und der Lager, Umwandlung der Todesstrafe, Gesinnungsbescheinigungen nur für den Eintritt in den öffentlichen Dienst). Eine neue Verfassung wurde verabschiedet; ab 1953 galt das Frauenwahlrecht. Die Regierung förderte Landwirtschaft (auch Verteilung von Grundbesitz der Kirche), Leichtindustrie und Elektrifizierung, gab aber unter Druck der USA weitere Industrialisierungsprojekte und große Teile des sozialpolitischen Programms aus Gründen der Sparsamkeit auf. Außenpolitisch führte *Plastíras* Griechenland ins NATO-Bündnis. Im Sommer 1952 traten Abg. des rechten Flügels aus der Partei aus, die → DEMOKRATISCHE RADIKALE PARTEI schloß sich der EPEK an. Die Regierung, durch schwere Krankheit von *Plastíras* zunehmend handlungsunfähig, konnte sich weder in der moralischen Krise nach der Hinrichtung des Kommunisten *N. Belojánnis* noch gegenüber den Angriffen der GRIECHISCHEN SAMMLUNG behaupten. Nach der Wahlniederlage 1952 (die Koalition aus EPEK, Liberalen und Sozialisten erhielt 34,22 % der Stimmen und 51 von 300 Mandaten), kam es zu Richtungskämpfen, in denen sich *S. Papapolítis* nach *Plastíras'* Tod zunächst als Mitglied des Leitungskomitees neben *E. Baklatzís* und *K. Réntis,* nach dem Austritt von *J. Kartális* und seinen Anhängern am 10. 7. 1953 (→ DEMOKRATISCHE PARTEI DES ARBEITENDEN VOLKES) als Parteiführer durchsetzen konnte; *Réntis* verließ 1953 ebenfalls die Partei (Gründung der erfolglosen RADIKALEN PARTEI – Rizospastikón Kómma). 1956 erhielt die EPEK in der Wahlkoalition der → DEMOKRATISCHEN UNION 15 Mandate, 1958 einen Sitz in der Wahlkoalition der → FORTSCHRITTLICHEN DEMOKRATISCHEN BAUERNUNION. 1961 trat sie der → ZENTRUMSUNION bei.

Ta pepragména tis kiverníseos Plastíra-Venzélou, 27. 10. 1951 bis 10. 10. 1952, Athen 1952.

Nationale Unionspartei (Ethnikón Enotikón Kómma).

Die am 15. 12. 1935 gegründete Partei versuchte unter Führung von *P. Kanellópulos,* die nach dem erfolglosen republikanischen Putsch vom

März 1935 und durch die Gegenmaßnahmen der Sieger drohende Gefahr einer Spaltung der Nation abzuwenden, hatte aber in den Wahlen vom 26. 1. 1936, in denen sie nur in drei Wahlkreisen kandidierte, trotz beachtlichem Echo ihrer Propaganda (Wochenzeitschrift ›Ellinikí foní‹, Griechische Stimme, 1936) keinen Erfolg (0,77 % der Stimmen). Nach der Errichtung der Diktatur verbreitete die Partei illegale Periodika und Schriften. Während der Okkupation gingen aus der Jugendorganisation der Partei die Führer der Widerstandsorganisation »Patriotische Vereinigung der kämpfenden Jugend« (PEAN, Patriotikí Énosis Agonizoménis Neoléas) hervor. Nach seiner Flucht aus Griechenland trat *Kanellópulos* am 2. 5. 1942 in die Exilregierung in Kairo ein. In Anbetracht der kommunistischen Politik glitt die Partei weiter nach rechts. 1946 errang sie in der liberalen Wahlkoalition Nationale Politische Union 7 Mandate und beteiligte sich 1949 an einer Koalitionsregierung mit der Volkspartei (2) und der Liberalen Partei. An den Wahlen von 1950 nahm sie im Rahmen der → Front der Nationalen Wiedererstehung teil (5,27 % der Stimmen, 7 Mandate) und vereinigte sich am 6. 1. 1951 mit abtrünnigen Abg. der Volkspartei zur → Volksunionspartei.

P. Kanellópulos: 1935–1945. Énas apolojismós. Athen 1945.

Nationales Bündnis (Ethnikós Sinaspismós), venizelistische Wahlkoalition der Liberalen, der Progressiven Liberalen, der Konservativen Liberalen, der Bauern- sowie der Bauern- und Arbeiterpartei von 1933, für die 46,32 % der Stimmen und 110 von 248 Mandaten erzielt wurden.

Nationales Lager (**EP,** Ethnikí Parátaxis).

Vor den Wahlen von 1977 von dem führenden Mitglied der → Nationalradikalen Union und der → Neuen Demokratie *S. Theotókis* und dem Zentrumsapostaten *S. Stefanópulos,* gebildete Partei, die Junta-Anhänger und Royalisten vereinigen wollte. Sie trat dafür ein, alle Verbrechen des Militärregimes zu amnestieren. Sie erhielt 6,82 % der Stimmen und 5 von 300 Mandaten. Die inneren Gegensätze zwischen dem harten Kern der Junta-Anhänger und dem Rest der Rechtsextremisten und Royalisten, die innerparteiliche Opposition der Jugendorganisation ENEP sowie der Mangel an organisatorischen Fähigkeiten der Führung riefen eine Dauerkrise in der Partei hervor. Die Partei wurde von der Junta-Zeitung ›Eléftheros Kósmos‹ (Freie Welt) unterstützt.

Nationalpartei (Ethnikón Kómma), Fortsetzung der → Kumundúros-Partei und der → Dilliánnis-Partei.

Programm: Die Partei lehnte es schroff ab, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel zu forcieren und die Staatseinnahmen nach den zur Realisierung des Wirtschaftsprogramms erforderlichen Ausgaben festzusetzen, vielmehr sollten die ohne Steuererhöhungen und zusätzliche Anleihen erzielten Einnahmen den Rahmen der Ausgaben bilden. Schädliche soziale Folgen des Wandels sollten gemildert werden. Die Partei trat energisch dafür ein, Verfassung und Gesetze strikt zu achten, und wehrte sich gegen die Machtkonzentration beim Regierungschef und gegen die Einschränkung der parlamentarischen Kontrolle. Das Prinzip des »erklärten Vertrauens« (→ Reformpartei [1]) vertrat die Partei in abgemilderter Form (Vertrauensfrage auch nach der Regierungsbildung möglich). Verwaltungsbezirke und Wahlkreise sollten auf der Basis kleiner gewachsener, überschaubarer Einheiten abgegrenzt werden.

Organisation: → Einleitung.

Presse: ›Proía‹ (Der Morgen, 11. 3. 1879 ff.).

Geschichte: Da die Dilijánnis-Partei gewissenhafte Einhaltung von Verfassung und Gesetzen forderte, hat sie zusammen mit der Reformpartei (1) zur Festigung des 1875 durchgesetzten parlamentarischen Regierungssystems beigetragen. Dabei bediente sie sich gelegentlich umstrittener Praktiken (Obstruktion im Parlament). Die Partei stemmte sich ebenso gegen die Entwicklung der Infrastruktur, die Steuererhöhungen und wachsende Auslandsverschuldung zur Folge hatte, wie gegen den Aufbau eines zentralistischen, nach Rationalitätskriterien geordneten Staates auf Kosten der lokalen Selbstverwaltung. Sie mobilisierte die Opfer des rapiden wirtschaftlichen Wandels und verschreckte mit sozialrevolutionären Parolen die politischen Gegner. Die von *S. Trikúpis* eingeführten Vorschriften über die Qualifikation der Beamten hob *Th. Dilijánnis* 1885 teilweise wieder auf. 1890 stellte er den kleinen Wahlkreis wieder her; 1891 ließ er die politische Tätigkeit von Offizieren wieder zu. Als Regierungschef (zwischen 1885 und 1905 5 Kabinette von ca. 1–2 Jahren Dauer) suchte *Dilijánnis* die Ausgaben zu drosseln und die Steuern zu senken, mußte aber eingegangene Verpflichtungen respektieren, so daß übertriebene Wahlversprechungen (1884/85: »Nieder mit den Steuern!«) nicht eingelöst werden konnten. Das Programm einer Agrarreform scheiterte 1896 am Widerstand der Grundbesitzer. 1890 traf er erste Maßnahmen zugunsten der von einer Dauerkrise betroffenen Rosinenproduzenten und regte Kredithilfe für die kleinen Landwirte an. Als die Regierung im Konflikt mit Finanzkreisen 1892 vom König zum Rücktritt aufgefordert wurde, verwies sie auf das Vertrauen der Kammer und zwang *Georg,* sie ohne Rücktritt am 18. 2. 1892 zu entlassen. Die schwankenden Wahlergebnisse spiegeln Erfolge und Mißerfolge der Nationalpartei wider: 1885: 170 von 245 Mandaten; 1887 25–30 von 150; 1890: 94–100 von 150; 1892: 15–20 von 207; 1895: ca. 150 von 201; 1899: 35–37 von 234; 1902: 102–110 von 234; 1905: 140–144 von 235. In der Außenpolitik lavierten die Regierungen der Partei zwischen Zurückhaltung und folgenlosen Machtdemonstrationen: 1885 bluffte

Dilijánnis nach der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien mit der Drohung, die Türkei zwecks Wiederherstellung des Gleichgewichts anzugreifen, und provozierte durch die Politik des »Kriegfriedens« Ultimaten der Großmächte. Seine Führungsschwäche in der Kreta-Krise 1896/97 führte 1897 in den unglücklichen Krieg des isolierten Landes mit der Türkei. 1905 wurde *Dilijánnis* nach der polizeilichen Schließung der meisten Kartenspielclubs von einem Spieler ermordet. 83 der 142 Abgeordneten hielten zu dem neuen Parteichef *Mavromichális* (→ MAVROMICHÁLIS-PARTEI), 19 bildeten eine ephemere Fraktion unter *A. Rómas*, 2 schlossen sich der → NEUGRIECHISCHEN PARTEI an.

Istoría tu Theodóru P. Dilijánni, Athen o. J.; G. Chatzijannákoglu, O politikós vios tu Th. P. Dilijánni, Athen 1902; T. Evangelídis, Ta metá ton Othona (1862–98), Athen 1898.

Nationalpartei Griechenlands (Ethnikón Kómma Elládos).

Hervorgegangen aus der Partisanenorganisation »Nationale Demokratische Griechische Vereinigung« (EDES) unter Führung von *N. Zérvas*, teilte die Partei deren Dilemma: in der Abwehr der kommunistischen Machtentfaltung rückte sie immer weiter nach rechts. Die größte Zahl von Anhängern hatte die Partei in Nordwestgriechenland, dem ehemaligen Einflußgebiet der EDES; 1946 erhielt sie 5,96% der Stimmen und 20 Mandate, 1950 nur 3,65% und 7 Mandate. Danach trat sie nicht mehr in Erscheinung.

Nationalradikale Partei (Ethnikón Rizospastikón Kómma).

Gründung: Durch *J. Kondílis* nach dessen Trennung vom republikanischen Lager (→ NATIONALREPUBLIKANISCHE PARTEI) gegründet. Trat bei den Wahlen vom 26. 9. 1932 erstmals in Erscheinung.

Programm: Die Partei trat für Neuordnung des durch Parteienzwist erschütterten Staates nach Vorbild des italienischen Faschismus ein (Wiederbelebung der nationalen Gesinnung, Disziplinierung des »Kapitals« und Kooperation mit der »Arbeit«, Modernisierung der Streitkräfte). Die Bauern als Stützen von Staat und Militär sollten besonders gefördert werden. Langfristig plädierte die Partei für die Restauration des Königtums.

Organisation: → Einleitung. Rückhalt fand die Partei vor allem in den ihr nahestehenden Offizierskreisen.

Geschichte: *Kondílis*, der sich nach 1929 immer stärker dem italienischen Faschismus annäherte und auch über gute Verbindung zu dessen Regierungskreisen und zum jugoslawischen Hof verfügte, arbeitete zunächst mit der VOLKSPARTEI (2) zusammen, in deren Kabinetten er trotz unbedeutender Wahlerfolge (1932: 4,06% der Stimmen/7 Mandate, 1933: 4,99/11) die Schlüsselposition des Heeresministers einnahm, sich aber gegen die geschlossene Front der venizelistischen Offiziere nur schwer durchsetzen konnte. Erst die mißglückten Putsche republikanischer Offiziere (1933, 1935) gaben ihm die Möglichkeit, die Zusammensetzung des Offizierskorps entscheidend zu verändern und ab 1935 die VOLKSPARTEI (2) schweren Pressionen zur Restauration des Königtums auszusetzen. Nach der Absetzung von *P. Tsaldáris* durch royalistische Offiziere bildete *Kondílis* am 10. 10. 1935 eine auf seine Partei und antivenizelistische Offiziere gestützte Regierung, die dank dem Boykott der Parlamentssitzung durch die VOLKSPARTEI (2) die Abschaffung der Republik proklamierte und den Parteichef zum Vizekönig erhob. Auf verfassungswidrige Akte gegen die Republikaner folgten die von den Liberalen boykottierten Wahlen, in denen die Nationalradikalen 33 von 300 Mandaten erhielten, und das gefälschte Plebiszit über das Königtum vom 3. 11. 1935 (97,8% Ja-Stimmen). Doch vermied der zurückgekehrte *Georg II.*, *Kondílis* und seine Partei zur Regierungsbildung heranzuziehen. 1936 erhielt die Partei im Wahlbündnis der → ALLGEMEINEN RADIKALEN VOLKSUNION 12 von 300 Mandaten.

S. Merkúris, Jeórjios Kondílis. 1879–1936, Athen 1954.

Nationalradikale Union (**ERE,** Ethnikí Rizospastikí Énosis).

Gründung: Nach dem Tode des Ministerpräsidenten und Führers der → GRIECHISCHEN SAMMLUNG, *A. Papágos*, ernannte König *Paul* den Minister für öffentliche Arbeiten, *K. Karamanlís*, zum Regierungschef und präjudizierte damit die Nachfolge im Parteivorsitz. Um widerstrebende Kräfte der SAMMLUNG abzuschütteln, bildete *Karamanlís* am 4. 1. 1956 die ERE; 1956 vereinigte sich mit ihr die Splittergruppe PARTEI DER PRINZIPIEN DES I. METAXÁS (Kómma Archón Ioánnu Metaxá).

Programm: Grundlage ist *Karamanlís'* programmatische Rede in Thessaloniki vom 23. 1. 1956, der weitere Erklärungen folgten. Danach distanzierte sich die neue politische Bewegung von den alten Parteien. Innenpolitische Programmpunkte waren Sicherheit vor dem Kommunismus, Währungsstabilität sowie durch Austeritätspolitik gewährleistete Investitionen in der Infrastruktur und der Industrie im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung, außenpolitische Westorientierung und NATO-Mitgliedschaft sowie gute Beziehungen zur Türkei. Die ERE strebte die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG an.

Organisation: Nur auf dem Papier bestand eine komplette Organisation, da die als höchstes Organ fungierende Generalversammlung, welche die Grundlinien der Politik beschließen sollte, nie einberufen worden ist. Die von ihr zu wählenden Führungsorgane haben weder existiert noch sind sie statutengemäß zustandegekommen. Vors. der Partei sollte der Fraktionschef sein. *Karamanlís'* Stellung beruhte freilich auf dem Auftrag zur Kabinettsbildung und der Parteigründung, sein Nachfolger *P. Kanellópulos* wurde von ihm designiert. Die Wahlkreisorganisation nach dem

Schema der Parteizentrale ist nicht überall entstanden. De facto wurde die Partei im Lande durch die ständigen Büros der Abgeordneten getragen.

Presse: Der ERE standen die Athener Zeitungen ›Kathimeriní‹ (Tagblatt), ›Akrópolis‹ (Akropolis), ›Iméra‹ (Der Tag), ›Ethnikós Kírix‹ (Nationalherold), ›Embrós‹ (Vorwärts), ›Apojevmatiní‹ (Der Nachmittag), ›Mesemvri ´‹ (Mittagsblatt), ›Vradiní‹ (Abendblatt) nahe.

Geschichte: In den acht Jahren ihrer Regierungszeit (1955–63) erzielte die ERE unter *Karamanlís* große Erfolge bei der Realisierung ihres Wirtschaftsprogramms, allerdings um den Preis rigoroser Sparsamkeit. 1958 legte die Regierung den ersten 5-Jahres-Plan vor. Die Fundamente der Industrialisierung wurden geschaffen, eine moderne Infrastruktur entstand, die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate des Volkseinkommens betrug 1953 bis 1961 6,2 %; gleichzeitig traten jedoch auch die sozialen Folgen der Wirtschaftsentwicklung hervor (Landflucht, soziale Differenzierung, steigende Ansprüche, wachsende Unzufriedenheit mit dem anachronistischen Staatsapparat). 1956 setzte sich die ECE gegen die breite oppositionelle Wahlkoalition Demokratische Union durch (47,38 % der Stimmen, 165 von 300 Mandaten). Am 27. 2. und 1. 3. 1958 entzogen insgesamt 15 ERE-Abg., darunter *Kanellópulos,* der Regierung das Vertrauen, weil *Karamanlís,* um der liberalen Opposition entgegenzukommen, ein neues Wahlsystem einführen wollte. In den Neuwahlen erhielt die ERE jedoch 41,17 % der Stimmen und 171 von 300 Sitzen. 1961 erzielte sie dank massiver Wahlmanipulationen 50,81 % der Stimmen und 176 von 300 Mandaten, worauf die → Zentrumsunion mit dem »unversöhnlichen Kampf« antwortete. Bald verdrossen, bald gereizt reagierte die Öffentlichkeit auf die Arroganz der Macht, auf die Diskriminierung Andersdenkender, auf Cliquenpatronage und Mißwirtschaft. Enthüllungen über die jüngste Geschichte Griechenlands lassen erkennen, daß viele einst der ERE zur Last gelegten Vorgänge auf das Konto der sich verselbständigenden Machtapparaturen (Polizei, Militär, Geheimdienste) gehen. Bei den Wahlen 1961 und bei der Untersuchung des Mordes an dem EDA-Abgeordneten *G. Lambrákis* in Thessaloniki, in den hohe Polizeioffiziere verwickelt waren (1963), zeigte sich, wie der »Nebenstaat« (parakrátos) die öffentliche Sicherheit bedrohte. Nach dem Rücktritt von *Karamanlís* wegen Meinungsverschiedenheiten mit König *Paul* unterlag die ERE 1963 in korrekten Wahlen der Zentrumsunion (39,37 % der Stimmen, 132 von 300 Mandaten). *Karamanlís* übergab daraufhin die Parteiführung am 9. 12. 1963 an *Kanellópulos.* Da dieser nicht die unangefochtene Führungsposition wie *Karamanlís* hatte, wurden erstmals demokratische Beschlußverfahren in der Fraktion eingeführt, Flügel und Gruppen erhielten jetzt größeres Gewicht. 1964 ging der Stimmenanteil der ERE weiter zurück (35,26 %, 101 von 300 Sitzen). Hochburgen der ERE waren die peloponnesischen Wahlkreise, Attika, Kykladen, Böotien, Euböa, zentral- und nordgriechische Wahlkreise, Zákynthos, Korfu, Sámos und Thessaloniki. In der großen Krise 1965–67 (→ Zentrumsunion), stützte die ERE-Fraktion die Regierungen der abtrünnigen Zentrumspolitiker. Nach Verständigung mit *Papandréu* und König *Konstantin* wurde der Weg zu Neuwahlen unter dem Kabinett *Kanellópulos* frei, doch kam ihnen der Militärputsch des 21. 4. 1967 zuvor. Der Diktatur hat die ERE mutigen Widerstand geleistet und damit entscheidend zur Herstellung des Vertrauens unter den Parteien auf der Basis eines Fundamentalkonsenses über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie beigetragen (Juli 1969: Übereinkommen von ERE und Zentrumsunion über den gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Demokratie ohne den Austritt aus dem westlichen Bündnissystem). Nach dem Ende der Diktatur wurde die ERE von der → Neuen Demokratie abgelöst.

E vasiké ideolojiké ke programmatiké thesis tis ERE, Athen 1966; S. Linardátos, Apó ton emfílio sti chúnta, 3 Bde., Athen 1977–1978.

Nationalrepublikanische Partei (Ethnikón Dimokratikón Kómma).

Republikanische Splittergruppe um Generalmajor *J. Kondílis,* der aus der Republikanischen Union aus Protest gegen vermeintliche kommunistische Umtriebe im Heer, in Wirklichkeit gegen den Reformkurs der Partei und im Zusammenhang mit der Cliquenbildung im Militär mit ca. 20 Abg. ausgetreten war. Am 21./22. 8. 1926 stürzte er mit Unterstützung ergebener Truppen den Diktator *Pángalos.* Unter dem Druck der demokratischen Parteien mußte *Kondílis* am 7. 11. 1926 freie Wahlen ohne eigene Beteiligung durchführen. 1928 erhielt die Partei 2,71 % der Stimmen und 9 von 250 Mandaten. Wegen geringer Wirkungschancen trennte sich *Kondílis* vom republikanischen Lager und gründete die → Nationalradikale Partei.

S. Merkúris, Jeórjios Kondilis. 1879–1936, Athen 1954.

Neue Demokratie (**ND,** Néa Dimokratía).

Gründung: 4. 10. 1974 durch *K. Karamanlís.*

Programm: In programmatischen Erklärungen wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die nach dem Sturz der Junta neu begründete Demokratie durch die Garantie der Freiheiten, Stärkung der Exekutive und Entfaltung der Wirtschaft zu stabilisieren. Die marktwirtschaftlich orientierte Politik soll möglichst mit marktkonformen Mitteln die Privatinitiative fördern, die Industrialisierung vorantreiben und ausländische Kapitalinvestitionen in großem Umfang ermöglichen, aber auch kleine und mittlere Betriebe stützen. Die ND plädierte mit Nachdruck für den Beitritt zur EG; Griechenland gehöre historisch, kulturell und politisch zum Westen, der als Vorbild für die Modernisierung des Landes gilt.

Organisation: Die Arbeiten der 1977 gebildeten Statutenkommission sind noch nicht abgeschlossen, die regionalen und lokalen Parteibüros sind meist auf Initiative der Abg. und lokaler Aktivisten entstanden. Die Statuten sehen folgende zentrale Parteiorgane vor, die jeweils drei Jahre amtieren sollen: als höchstes Gremium den Parteitag, der den Parteiführer und das Leitungs- sowie das Finanzkomitee wählt, Parteiorgane bildet und über Programm, Statuten, Budget und politische Grundsätze beschließt; den Parteiführer mit umfangreichen politischen und Kontrollkompetenzen; das Leitungskomitee (15 Mitglieder, 15 Stellvertreter, 3köpfiges Sekretariat, Aufgaben: Vorbereitung der Parteitagsbeschlüsse, Aufbau der Regionalorganisationen, Vorlage des Tätigkeitsberichtes). Die Regionalorganisation soll die Wahlkreis- (Departements-), die Eparchie- und die Lokalorganisation sowie Büros in Gemeinden, Demen und Stadtbezirken umfassen, die jeweils durch die Zentrale konstituiert werden. Der Wahlkreisparteitag hat auf Wahlkreisebene ähnliche Kompetenzen wie der Landesparteitag. Die eingeschriebenen Parteimitglieder wählen den lokalen Leitungsausschuß. Die Zentrale kann auch Branchenorganisationen bilden. Die Kandidaten für die Parlamentswahlen stellt der Parteiführer anhand von Vorschlägen der Wahlkreisorganisationen auf.

Presse: Der ND stehen die Tageszeitungen ›Kathimerini‹ (Tagblatt), ›Akrópolis‹, ›Vradini‹ (Abendblatt) nahe.

Geschichte: Als der Bankrott der Diktatur in der Zypernkrise 1974 zur Entmachtung der Junta und zur Berufung von *Karamanlís* an die Spitze einer nationalen Notstandsregierung der großen Koalition geführt hatte, sicherten das Ansehen des Ministerpräsidenten als einer nationalen Integrationsfigur, aber auch die Furcht vor einem neuen Militärputsch im Falle eines Wahlsiegs des ZENTRUMS oder der Linken der ND in den Wahlen vom 17. 11. 1974 einen triumphalen Wahlsieg (54,37 % der Stimmen, 219 von 300 Mandaten), der sich bei den Neuwahlen von 1977 infolge des unvermeidlichen Popularitätsschwunds wegen der innenpolitischen Auseinandersetzungen und der hohen Teuerungsrate nicht wiederholte (41,85 %, 173 von 300 Mandaten). Die ND tritt als neue Partei hervor, die Distanz zur innenpolitischen Situation der Jahre zwischen Bürgerkrieg und Militärputsch gewinnen will. Die Regierung der ND führte die Wahlen und die Volksbefragung über die Monarchie zweifelsfrei korrekt durch, entmachtete die Juntaanhänger im Staatsapparat, hob die Ausnahmegesetze der Bürgerkriegszeit auf (Freilassung aller politischen Gefangenen, Wiederzulassung der Kommunistischen Parteien und ihrer Presse), lockerte die enge Bindung an die USA zugunsten der europäischen Option (rasche Integration in die EG, Revision des Militärpaktes mit den USA) und gab dem Land eine neue Verfassung, in der sie die Kompetenzen der Exekutive und des Staatspräsidenten erheblich erweiterte. In der Zypernpolitik setzt die Partei Hoffnungen auf zweiseitige Verhandlungen mit Ankara und die europäische Diplomatie. Zu den Modernisierungsversuchen gehört auch die Einführung der Volkssprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Der Neuorientierung der Partei entsprechen tiefgreifende Veränderungen in der Fraktion: 126 der 1974 gewählten 219 Abg. (= 57,5 %) traten erstmals ins Parlament ein. Weit überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielte die ND in den peloponnesischen Wahlkreisen, in Attika, Böotien, Euböa Fthiótis, Fokis sowie zentral- und nordgriechischen Wahlbereichen und auf den Kykladen.

Neue Partei (Néon Kómma). Jungkonservative Partei.

Gründung am 26. 2. 1947 durch Austritt von 17 Abg. um *S. Markezínis* aus der VOLKSPARTEI (2).

Die Partei trat für eine Politik des »Vergessens« (líthi) des Bürgerkriegs ein (Aufhebung der Notstandsgesetze); durch zügige Entfaltung der Wirtschaft auf der Basis der Privatinitiative sollten die Kriegs- und Bürgerkriegsfolgen beseitigt, die Rückständigkeit des Landes überwunden und die Stabilität der inneren Ordnung gewährleistet werden; sie plädierte für das Mehrheitswahlsystem.

Die Neue Partei hatte einen im Vergleich zu Wählerstimmen und Mandatszahl überproportionalen Einfluß auf die Innenpolitik, weil sie vor der Bildung der NATIONALRADIKALEN UNION als einzige Partei der Rechten energisch die Modernisierung des Landes forderte und mit unkonventionellen Initiativen hervortrat. In den Wahlen von 1950 erhielt sie 2,5 % der Stimmen und 1 Mandat von 250. Am 6.8. 1951 trat die Partei in die → GRIECHISCHE SAMMLUNG ein. *Markezínis* und seine Anhänger verließen die SAMMLUNG 1954 und bildeten die → FORTSCHRITTSPARTEI (3).

Neugriechische Partei (Neoelli ikón Kómma) auch: RÁLLIS-PARTEI (Rállikón Kómma, Kómma tu Dimitríu Ránli).

Von der Persönlichkeit des *D. Rállis* geprägte Partei mit der Hochburg Attika, deren kleine Parlamentsfraktion, die 1892–94 vorübergehend zur DRITTEN PARTEI gehörte, in kritischen Situationen die Regierung stellte. Der Parteichef, der kurz vorher noch der Regierung *Th. Dilijánnis* mit einer Revolution wegen ihrer unentschiedenen Haltung in der Kreta-Krise gedroht hatte, bildete 1897 eine Koalitionsregierung mit *J. Theotókis* und beendete den verlorenen Krieg mit der Türkei. Das 1903 mit der NATIONALPARTEI gebildete zweite Koalitionskabinett setzte die Einschränkung der umstrittenen Kompetenzen des Thronfolgers *Konstantin* durch, während die dritte Regierung derselben Koalition, 1905, die schweren Folgen der permanenten Rosinenabsatzkrise zu steuern versuchte. Bei den Wahlen von 1906 wurde sie zweitstärkste Oppositionspartei. Die vierte

Regierung *Rállis* (1909) konnte nach dem Rücktritt von *Theotókis* den neuen Streit um Kreta entschärfen; doch führten die Kontakte zu den Verschwörern der Militärliga zu keinem Ergebnis. *Rállis* polemisierte scharf gegen die riskante Balkanbundpolitik 1912/13, unterstützte *E. Venizélos* aber 1915. Nach seinem Tod traten die meisten Abg. zur VOLKSPARTEI (2) über.

Panhellenische Sozialistische Bewegung (PA. SO.K., Panellínio Sosialistikó Kínima).

Gründung: 11.10.1974 durch *A. Papandréu* in Athen.

Programm: Als Wurzel allen Übels betrachtet die PA.SO.K. die »Abhängigkeit« Griechenlands; ein großer Teil des Programms enthält daher Maßnahmen zu ihrer Überwindung: Beseitigung der Kontrolle des Auslands, insbes. der multinationalen Monopole über die Wirtschaft, Überwachung ausländischer Firmen und Banken, Aufhebung der Vergünstigungen für ausländische Kapitalinvestitionen, Stärkung der Streitkräfte und Aufbau einer Rüstungsindustrie, kein Beitritt zur EG; darüber hinaus demagogische Forderungen, wie Einschränkung des Arbeitsrechts und Verbot des Grunderwerbs für Ausländer, Verbot ausländischer Schulen; in der Außenpolitik will die Partei einen Neutralitätskurs steuern (Austritt aus der NATO) und für ein europäisches System kollektiver Sicherheit eintreten. Die Zukunft des Landes liege im Aufbau der Wirtschaft aus eigener Kraft. Schrittweise sollen Banken, Versicherungen, Großunternehmen und Schlüsselindustrien vergesellschaftet und unter Beteiligung der Beschäftigten verwaltet werden; Handwerks-, Klein- und Mittelbetriebe seien hingegen zu fördern, bäuerliche Genossenschaften zu errichten. Die Planwirtschaft soll von einem Regierungsorgan mit Koordinations- und Beschlußkompetenz und einer Hierarchie technischer Büros und beratender Organe der »Volksbasis« gestaltet werden. Innenpolitisch plädiert die Partei u. a. für die Beschränkung der Rechte des Präsidenten, Trennung von Kirche und Staat, Verhältniswahlrecht, Stärkung der Kontrollmöglichkeiten des Parlaments, Schutz von Demokratie, Verfassung und Bürgerrechten einschließlich des Rechts auf Arbeit, Einführung von Plebisziten, Dezentralisierung des Staates. In der Sozialpolitik tritt die PA.SO.K. für die 40-Stunden- und 5-Tage-Woche, eine Steuerreform zu Lasten höherer Einkommen, für Mindestlöhne, Kündigungsschutz, Gesundheitsvorsorge und umfassenden Arbeitsschutz ein. Das Schulwesen soll modernisiert werden.

Organisation: Die Statuten sehen als kleinste Gruppen Organisationskerne vor, die Lokalorganisationen (TO) bilden, deren monatlich tagende Vollversammlung für ein Jahr einen Koordinationsausschuß wählt. Daneben bestehen auch Berufsorganisationen (KO). Beide entsenden Delegierte zur Departementsversammlung, die einen Leitungsausschuß wählt, dem auch die Abg. angehören. Die Departementssekretäre bilden den Regionalausschuß. Der Parteitag (Delegierte der TO und KO, ZK, Disziplinarausschuß, Fraktion, Vorsitzender) wählt das ZK aus 60 bis 80 Mitgliedern, den Parteivors. und den Disziplinarausschuß; das ZK bestellt das Exekutivbüro (Parteivors., 8 ZK-Mitglieder, davon 2 Abg.) und die fünfköpfige Finanzkontrollkommission; auf Vorschlag der Departementsversammlung stellt es die Kandidaten für die Parlamentswahlen auf. Minderheitsmeinungen sind erlaubt, die Organisation von Meinungsgruppen dagegen verboten.

Presse: Tageszeitung ›Exórmisis‹ (Sturm).

Geschichte: In der PA.SO.K fanden alle die zusammen, die den Westmächten die Verantwortung für den Offizierspustch von 1967 zuschrieben, gleichzeitig auf einen tiefgreifenden Wandel im Inneren hoffen, Ideologie und Herrschaftspraktiken der Kommunisten jedoch ablehnen. Die charismatische Persönlichkeit des Parteiführers *Papandréu* und eine stark emotionale, z. T. demagogische Propaganda, haben beträchtlich dazu beigetragen, den Anhang der Partei zu vergrößern und die Mitglieder zu fanatisieren. Beim Aufbau einer über die ganze Provinz verzweigten Lokalorganisation hat die Partei selbst die KP übertroffen, doch führt *Papandréu,* dessen Stellung unangefochten ist, in ungewöhnlich autoritärem Stil (Ausschluß mißliebiger Mitglieder und ganzer Lokalorganisationen) die Partei. Seine Vorschläge und Stellungnahmen zu aktuellen Problemen sind oft widersprüchlich, so vor allem im Konflikt mit der Türkei über den Festlandssockel der griechischen Inseln vor der kleinasiatischen Küste. Hauptangriffspunkt ist die als »Abhängigkeit« charakterisierte internationale Verflechtung Griechenlands (Mitgliedschaft in NATO und EG). Die Polemik gegen den geistigen Einfluß des Auslands, wird nicht substantiiert. In den Wahlen von 1974 erhielt die Partei 13,58% der Stimmen und 13 von 300 Mandaten. 1977 gelang es ihr, einen großen Teil der Wähler der ZENTRUMSUNION zu sich herüberzuziehen: mit 25,33% der Stimmen und 92 von 300 Mandaten zog sie als größte Oppositionspartei ins Parlament ein.

Katefthintíries grammés kivernitikís politikís tu Panelli íu Sosialistikú Kinímatos, Athen 1977.

Partei der Ekletiker (Kómma tón Eklektikón). Fraktion in der Nationalversammlung von 1862/64, die sich in den von blutigen Unruhen begleiteten Konflikten zwischen der BERGPARTEI und der TALPARTEI aus gemäßigten Politikern bildete, die zum Teil einer der beiden Parteien angehört hatten und zwischen ihnen zwecks Bildung stabiler Regierungen vermitteln wollten. Ihr führender Kopf, *D. Kiriakú,* versuchte vergeblich, durch Bildung eines Koalitionskabinetts der beiden großen Parteien am 27. 3./8. 4. 1863 den Bürgerkrieg zu verhindern.

Partei dér Freisinnigen (Kómma Eleftherofrónon).

Gründung: Im November 1921 durch *I. Metaxás* in Verbindung mit *S. Stavrópulos, D. A. Lóndos* u. a.

Programm: *Metaxás* wollte mit der Partei eine antivenizelistische Alternative zu den stark kompromittierten royalistischen Parteien bilden, die kein gemeinsames Regierungsprogramm entwickeln konnten. Der Freisinn appellierte mit wirtschafts- und sozialpolitischen Versprechungen (Ende der Einmischung »des Kapitals« in die Politik, staatliche Hilfe für Landwirtschaft, Handwerk und Genossenschaften, Ausbau der Verkehrswege, progressive direkte Steuern) an Bauern, kleinbürgerliche Wähler und Arbeiter; die Industrie sollte nur gefördert werden, wenn sie der Autarkie diene und einheimische Rohstoffe verarbeite. Die Ressentiments der Autochthonen gegen die griechischen Flüchtlinge aus Kleinasien mobilisierten die Partei mit der Forderung, ihnen das Wahlrecht zu entziehen; entsprechend trat *Metaxás* in den Debatten über die republikanische Verfassung von 1927 für eine restriktive Fassung des Artikels über die Enteignungen zur Flüchtlingsansiedlung ein. Nach dem Militärputsch von 1935 drang die Partei auf die Restauration des Königtums.

Organisation: → Einleitung.

Presse: ›Chrónos‹ (Die Zeit), ›Efimerís ton Ellínon‹ (Zeitung der Griechen).

Geschichte: Während des Kleinasien-Feldzugs distanzierte sich *Metaxás* von der Politik und Kriegführung der royalistischen Kabinette und machte, da er die bevorstehende Niederlage voraussah, auf die realistische Möglichkeit der Verteidigung Thraziens aufmerksam. Nach dem Putsch von 1922 (→ Einleitung) wandte sich die Partei gegen die Freiheitsbeschränkungen, jedoch nicht gegen die Bestrafung der für die Katastrophe in Kleinasien verantwortlichen Politiker, denen jedoch die Berufung gegen ihre Verurteilung vor der Nationalversammlung zu gestatten sei.

1923 versuchte *Metaxás* vergeblich, sich an der »Gegenrevolution« unzufriedener Offiziere gegen das Militärregime zu beteiligen. 1924 ging er auf Sondierungen der Regierung *A. Papanastasíu* (→ Republikanische Union) ein, die Republik anzuerkennen. Unter dieser Voraussetzung wurde die Partei wieder aktiv und erhielt 1926 15,76% der Stimmen und 51 von 279 Mandaten. 1925/26 stand *Metaxás* in ständiger Verbindung mit dem Diktator *T. Pángalos*. Nach dessen Sturz beteiligte sich seine Partei am Allparteienkabinett, anschließend an der Koalitionsregierung *A. Zaímis*. 1927 verließen 30 Abg. die Partei aus Protest gegen *Metaxás'* vorbehaltlose Anerkennung der Republik, seine autoritäre Führung und mangelnde Solidarität mit der Volkspartei (2); 1928 wanderten die meisten Wähler dorthin sowie zu den Liberalen ab (Wahlergebnisse 1928: 5,3% der Stimmen, 1 Mandat, 1932: 1,59/3, 1933: 2,26/6). Erst nach zwei mißglückten Putschversuchen republikanischer Offiziere 1933 und 1935 bot sich *Metaxás* die Chance, mit scharfen Attacken gegen die Volkspartei (2) für die Rückkehr König *Georgs II.* einzutreten, doch machte ihm *J. Kondílis* die Führung der royalistischen Extremisten streitig (→ Nationalradikale Partei). Nach der Restauration berief der König *Metaxás* zunächst als Heeresminister zur Disziplinierung des unruhigen Offizierskorps, am 13. 4. 1936 – angesichts der Unfähigkeit der großen Parteien zur Bildung einer lebensfähigen Koalition – auch als Ministerpräsidenten. Planmäßig bereitete *Metaxás* jetzt die Diktatur vor, die er am 4. 8. 1936 errichtete.

G. Dafnís, I J Ellás metaxí dio polémon 1923–1940, 2 Bde. Athen 1955; I. Metaxás, To prosopikó imerológio. 4 Bde. 1951–64, ErgBd. (Epímetro, Schólia, Dokuménta) 1974.

Partei der Japaner (Kómma ton Iapónon, Iápones).

Parlamentsfraktion, die sich 1906 unter Führung des ehemaligen Politikers der Reformpartei (1), *S. Dragúmis*, aus früheren Abg. der Nationalpartei sowie den Unabhängigen *A. Alexandris* und *D. Gúnaris* bildete und wegen ihrer schonungslosen Angriffe auf die Regierung, ihres kämpferischen Ethos und ihrer Integrität unter dem Eindruck des russisch-japanischen Krieges als »Partei der Japaner« bezeichnet wurde. Dieser Name setzte sich sofort durch. Ihre parlamentarischen Aktionen führten 1908 zum Rücktritt des Finanzministers *A. Simópulos* im Zusammenhang mit der gravierenden Frage des Aufkaufs der Rosinenüberschüsse. Nach dem Eintritt von *Gúnaris* in das Kabinett *J. Theotókis* am 21. 6./4. 7. 1908 zerfiel die Fraktion. Ihre Angehörigen traten später in anderen Parteien hervor.

Partei der Konservativen Demokraten (Kómma ton Sintiritikón Dimokratikón).

Gründung: Nach dem Tode von *P. Danglís* und der Abreise von *E. Venizélos* 1924 schlossen sich 30–40 Abg. der Liberalen Partei am 6. 2. 1924 zur neuen Partei unter *A. Michalakópulos* zusammen.

Programm: Angesichts der Zersetzung des Offizierskorps in politische Cliquen und der sozialen Unruhe trat die Partei energisch für den Schutz der politischen sowie der Sozial- und Wirtschaftsordnung ein, wandte sich im Interesse der innenpolitischen Stabilität gegen Änderungen der Staatsform und plädierte für ein Oberhaus mit berufsständischer Vertretung als Ausgleichsfaktor zwischen den Gewalten. Die Enteignung von Grund und Boden zur Ansiedlung kleinasiatischer Flüchtlinge und sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Unterschichten hielt sie für notwendig. Scharf wandte sie sich gegen Streiks und auch gegen das Koalitionsrecht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Zu den zentralen Programmpunkten gehörten ferner: Drosselung der Staatsausgaben, Belebung der Wirtschaft, Bereitstellung günstiger Agrarkredite, Freihandel.

Organisation: in erster Li ie Parlamentsfraktion, die sich auf lokale Aktivisten stützte.

Geschichte: Die Partei versuchte, das Werk der Liberalen vor innenpolitischen Erschütterungen zu schützen und auszubauen. Daher wandte sie sich 1923/24 gegen die Entthronung *Georgs II.* und 1935 gegen die gewaltsame Restauration des Königtums. Um eines endgültigen Ausgleichs mit der antivenizelistischen Opposition willen wäre *Michalakópulos* 1927 bereit gewesen, einen Volksentscheid über die Staatsform zu akzeptieren. Nach der Rückkehr *Georgs II.* 1935 setzte er sich für eine Beilegung des Verfassungsstreits ein. In der Außenpolitik gab die Partei der Friedenssicherung durch zweiseitige Verträge den Vorzug vor dem als unrealistisch bewerteten Balkanpakt. Zwischen 1926 und 1933 mehrfach Außenminister, hatte *Michalakópulos* am Abschluß des Freundschaftsvertrages mit Italien 1928, an der Bereinigung des griechisch-jugoslawischen Verhältnisses und an der Aussöhnung mit der Türkei (Freundschaftsvertrag 1930) maßgeblichen Anteil. Die katastrophalen Wahlniederlagen – 1928 5 von 250 Mandaten, 1932 und 1933 lediglich 2 – geben keine angemessene Vorstellung von dem großen Einfluß der Partei innerhalb des liberalen Lagers. Vor den Wahlen 1936 löste sie sich auf.

A. Michalakópulos, Lóji kinovuleftiki, 3 Bde., Athen 1962–67; G. Gatópulos, Andréas Michalakópulos (1875–1938), Athen 1947.

Partei der Linksliberalen (Kómma Aristerón Filelefthéron). Linker Flügel der Liberalen unter Führung von *N. Grigoriádis.* 1950 erzielte die Partei in der Wahlkoalition → Demokratisches Lager Erfolge und trat am 1. 8. 1951 in die → Vereinigte Demokratische Linke ein, verließ sie aber am 11. 12. wieder. Die Linksliberalen entschieden sich für die Mitarbeit an der neuenVerfassung. 1952 rückten sie von ihrer linken Position ab und plädierten für den Beitritt Griechenlands zur NATO. Die Partei trat dann nicht mehr in Erscheinung.

Partei der Nationalgesinnten (1) (Kómma ton Ethnikofrónon).

Nach dem Rücktritt von *E. Venizélos* wegen Meinungsverschiedenheiten mit *Konstantin I.* über den Eintritt Griechenlands in den 1. Weltkrieg beauftragte der König den unabhängigen *D. Gúnaris* mit der Bildung eines Kabinetts (25. 2./10. 3. bis 3./16. 8. 1915) und gab ihm dadurch die Chance, sich an die Spitze der antivenizelistischen Opposition zu stellen. Viele Abg. der Theotókis- und fast alle der Rállis-Partei schlossen sich ihm an. 1915 erlitt die neu gebildete Partei zwar eine Niederlage (89 von 316 Mandaten), gewann in Nordgriechenland jedoch dank der großen Zahl türkischer und jüdischer Wähler fast alle Mandate. Die neuerliche Auflösung des Parlaments 1915 hielt die Partei für verfassungskonform, weil der Wähler angeblich über eine neue Frage zu entscheiden hatten (Einhaltung der Bündnispflichten gegenüber Serbien). In den – von den Liberalen boykottierten – folgenden Wahlen erhielten die Nationalgesinnten 230 von 332 Sitzen, doch zog sie der König nicht mehr zur Regierungsbildung heran. Bemühungen um die Vereinigung der antivenizelistischen Parteien mißlangen. 1917 wurde *Gúnaris* mit anderen antivenizelistischen Politikern durch die Entente nach Korsika deportiert und kehrte erst 1919 nach Griechenland zurück. Die Abg. der Partei erschienen nicht im Lazarus-Parlament (→ Liberale Partei). 1920 wurde die Partei in Volkspartei (2) umbenannt.

Partei der Nationalgesinnten (2) (Kómma Ethnikofrónon).

→ Union der Nationalgesinnten.

Partei der Nationalliberalen (Kómma Ethnikón Filelefthéron).

Am 18. 3. 1945 trat *S. Gonatás* aus der Liberalen Partei aus, weil er deren republikanische Position mißbilligte und für die Neutralität der Parteien in der Volksabstimmung über die Monarchie eintrat, um ein Zusammengehen aller antikommunistischen Gruppierungen nicht zu gefährden. 1946 erhielt die Partei in der Wahlkoalition Vereinigtes Lager der Nationalgesinnten 34 von 354 Mandaten. Nach einer vorübergehenden Fusion mit der Nationalpartei (29. 1. bis 2. 5. 1949) vereinigte sie sich wieder mit der Liberalen Partei (19. 1. 1950), in der sich sogleich Widerstand gegen die rechten Positionen von *Gonatás* regte.

S. Gonatás, Apomnimonévmata, Athen 1958.

Partei der Progressiven Liberalen (Kómma Proodeftikón Fileleftéron).

Gründung: 21. 3. 1924 auf Initiative von *J. Kafantáris.*

Programm: Die Partei umfaßte den linken Flügel der Liberalen, der parlamentarisches Regierungssystem und Verfassungsordnung gegen die Pressionen der Offizierscliquen (→ Einleitung) verteidigte, für innenpolitische Stabilisierung und für eine dynamische Wirtschaftspolitik eintrat. In den Verfassungsdebatten 1926f. plädierte sie für ein Oberhaus zur Verbesserung der legislativen Arbeit.

Organisation: Als Formation innerhalb der Liberalen Partei waren die Progressiven Liberalen in erster Linie eine Parlamentsfraktion, die sich auf eine große Zahl liberaler Clubs und lokale Aktivisten stützte.

Geschichte: *Kafantáris,* den die republikanische Linke als Justizminister im Kabinett *E. Venizélos* und anschließend als Regierungschef (6. 2. bis 8. 3. 1924) wegen der strikten Beachtung rechtsstaatlicher und demokratischer Grundsätze heftig kritisiert hatte, trat wegen der Kontakte von *Venizélos* zu oppositionellen Offizierscliquen zurück, verließ die Liberale Partei und gründete mit etwa 60 Abg. der nach dem Tode von *P. Danglís* und dem Weggang von *Venizélos* aus Griechenland führerlosen Liberalen die Partei der Progressiven Liberalen. Die historische Sitzung

der Konstituante vom 25. 3. 1924 boykottierte er, weil durch die Resolution über die Abschaffung der Monarchie dem Plebiszit vorgegriffen würde. Nach der Diktatur des *T. Pángalos* brachte Parteichef *Kafantáris* als Finanzminister in der Allparteienregierung 1926/27 die zerrütteten Staatsfinanzen in Ordnung. In der Finanzpolitik (Gründung der Bank von Griechenland, Kriegsschuldenregulierung) kam es zu schweren Konflikten mit *Venizélos*. 1936 scheiterte eine Koalition der Volkspartei (2) und der Liberalen, die zur Entmachtung von *Metaxás* vor der Errichtung der Diktatur geführt hätte (→ Partei der Freisinnigen) an der Forderung der Progressiven nach Wiedereinstellung aller aus politischen Gründen entlassenen Offiziere. Ihr bestes Wahlergebnis erzielte die Partei 1926 in einem Wahlbündnis mit der Partei der Konservativen Demokraten, das 31,63% der Stimmen und 102 von 279 Mandaten erhielt; in den folgenden Wahlen lag ihre Mandatszahl zwischen 3 und 15.

Partei der Sozialistischen Initiative (**KSP,** Kómma Sosialistikís Protovúlías).

Nach der Befreiung von der Diktatur hofften die »Neuen Kräfte«, die → Zentrumsunion erneuern zu können. Da sie sich aber nicht ihren Wünschen gemäß durchsetzen konnten, schieden sie aus und vereinigten sich mit anderen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Kräften, die sich im Lande in Initiativkomitees zusammenschlossen und am 28.–30. 5. 1977 in Athen die KSP gründeten.

Die Partei trat für eine realistische Strategie auf dem Weg zum undogmatischen Sozialismus, für das Mehrparteiensystem, die Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte einschl. des Rechts auf Arbeit und Bildung, sowie die Autonomie der Gewerkschaften ein. Sie wollte zusammen mit anderen Parteien Reformen durchsetzen. Die Produktionsmittel sollen mit Ausnahme der Klein- und Mittelbetriebe vergesellschaftet, jedoch durch die Partizipation der Beschäftigten an der Unternehmensleitung vor bürokratischer Gängelei bewahrt werden. In der Außenpolitik plädierte die KSP dafür, die US-Stützpunkte in Griechenland aufzulösen, die NATO durch eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu ersetzen und der EG beizutreten. An den Wahlen 1977 nahm die KSP in der Wahlkoalition → Allianz teil.

Partei der Venizelistischen Liberalen (Kómma Venizelikón Filelefthéron).

Im Februar 1946 durch den aus der → Liberalen Partei ausgetretenen *S. Venizélos* gebildete Partei, die 1946 in der Wahlkoalition Nationale Politische Union 31 von 354 Mandaten erhielt. Im November 1947 vereinigte sich die Partei wieder mit der Liberalen Partei.

Partei des Delijeórjis (Kómma tu Delijeórji).

Gründung: Die Partei ist eine Fortsetzung des 1862/64 in der Nationalversammlung bestehenden »Nationalkomitees«.

Programm: Die Partei stand zunächst auf dem Boden des »Nationalkomitees«, doch näherte sich *E. Delijeórjis* ungeachtet früheren Einspruchs den umstrittenen Praktiken *Georgs I.* im Verkehr mit dem Parlament. Er vertrat die Auffassung, das Recht des Königs auf freie Wahl von Regierungschef und Ministern bedürfe keiner Ergänzung oder Stütze durch eine Vertrauensabstimmung im Parlament. Innenpolitisch trat die Partei für Straffung der Verwaltung ein und lehnte die Dezentralisierung ab, weil sie den lokalen Honoratioren Einfluß eröffne. In der Außenpolitik warnte die Partei vor den konkurrierenden Ansprüchen der Balkanslawen auf den künftigen Expansionsraum Griechenlands und empfahl, diesen Gefahren durch friedliche Beziehungen zur Türkei entgegenzuwirken.

Organisation: → Einleitung.

Presse: ›Efimerís ton Sizitíseon‹ (Debattenzeitung).

Geschichte: 1862 versammelten sich die radikalen nationalistischen Gegner des gestürzten König *Otto* aus der jüngeren Generation unter der Bezeichnung Nationalkomitee (Ethnikón Komitáton). Durch Panikmache und die ständige Mahnung vor wirklichen oder vermeintlichen, jedenfalls weit überschätzten Umtrieben von »Verrätern« und »Feinden der Nation« trugen sie viel zur allgemeinen Nervosität und zur kopflosen Verschärfung der Konflikte bei. Zu ihren Wortführern gehörte *Delijeórjis,* nach dem die Gruppe bald benannt wurde. In der durch Instabilität der Regierungen und häufige Neuwahlen, durch Versuche König *Georgs I.*, das Parlament auszumanövrieren und durch die Staatsstreichtaktik des *D. Vúlgaris* gekennzeichnete Periode von 1865–1875 stellte die Partei mehrmals kurzlebige Regierungen und war an Koalitionskabinetten beteiligt. Die Partei verfügte 1865 über 10–35 Mandate, nur 1873 über die Mehrheit von 85. Um sein Minderheitskabinett zu stützen, schöpfte *Delijeórjis* 1872/73 alle Möglichkeiten aus: er suspendierte die Parlamentssitzungen, ließ das Ende der Sitzungsperiode verkünden und erwirkte beim König das Dekret der Kammerauflösung. Nach den Neuwahlen 1873 ließ er die Sitzungsperiode wiederum unterbrechen, dann beenden. Erst im Februar 1874 trat er zurück. Außerdem mißbrauchte er 1872 das Mandatsprüfungsverfahren der Kammer, um Gegnern Sitze zu entziehen. Damit hat die Fraktion zur Verschärfung der inneren Krise beigetragen. Die Regierungen der Partei versuchten, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, die Finanzen zu sanieren und die Infrastruktur zu verbessern, und erreichten 1873 die Ablösung der umstrittenen Rechte der Gesellschaft Roux-Serpieri durch eine griechische Firma. In der Außenpolitik plädierten sie aus Slavophobie für eine wenig populäre Annäherung an die Türkei. In der Orientkrise 1875–78 erwies sich diese Politik als unrealistisch. In der Kreta-

Krise 1866 trat *Delijeórjis* für die Abtrennung des Kreta-Problems von der Orientalischen Frage ein. Die Partei hatte sich schon vor dem Tod des Parteiführers überlebt. Eine kleine Gruppe führte sein Bruder, *Leonídas D.*, an die Seite der Konservativen.

Partei Jeórjios Papandréu (Kómma Jeorjíu Papandréu), liberale Nachfolgepartei der 1946 von *J. Papandréu* gegründeten sozialliberalen Demokratischen Sozialistischen Partei (Dimokratikón Sosialistikón Kómma), die bei den Wahlen des gleichen Jahres in der Wahlkoalition → Nationale Politische Union 27 Mandate erhalten hatte. *Papandréu* hielt an der Selbständigkeit seiner Partei fest, um sich von den Mehrheitsliberalen wie von der Volkspartei (2) zu distanzieren und die Polarisierung der politischen Kräfte zu verhindern. In den Koalitionsregierungen 1950/51 bremste *Papandréu* die Politik der inneren Befriedung, soweit sie die Behandlung von Kommunisten betraf. Im Zusammenhang mit der Offiziersverschwörung IDEA 1951 plädierte er für die faktische Auflösung konspirativer Zirkel, nicht für die Strafverfolgung einer großen Zahl von Mitläufern. 1952 kooperierte *Papandréu* mit der Griechischen Sammlung, von der er sich trennte, als Einzelheiten über die Folterungen von Luftwaffenoffizieren bekannt wurden und die Regierung die Währungsreform durchführte. Am 21. 4. 1953 trat er auf Einladung von *S. Venizélos* in die Führung der Liberalen Partei ein.

Politisches Unabhängiges Lager (**PAP,** Politikí Anexártitos Parátaxis).

Wahlkoalition, in der sich 1950 die Partei der Griechischen Wiedergeburt (Kómma Ellinikís Anajenníseos) – eine von *K. Kotziás* und *K. Maniadákis,* zwei engen Mitarbeitern des Diktators *I. Metaxás,* gegründete faschistische Organisation – und die Partei der Nationalgesinnten (→ Union der Nationalgesinnten) 1950 zusammenfanden. Das PAP erhielt 8,15 % der Stimmen und 16 Mandate.

Rállis-Partei (Rallikón Kómma tu Dimitríu Ránlli).

→ Neugriechische Partei.

Reformpartei (1) (Neoteristikón Kómma).

Gründung: Die Partei bildete sich um die aus der Kumundúros-Partei 1871 ausscheidenden Politiker *Ch. Trikúpis* und *K. Lomvárdos* und wurde zunächst Fünfte Partei (Pémpton Kómma, neben den Parteien von *A. Kumundúros, D. Vúlgaris, E. Delijeórjis* und *T. Zaímis*) bzw. Trikupis-Partei (Kómma tu Trikúpi bzw. Trikupikón Kómma) genannt.

Programm: Die Partei trat für die strenge Form des parlamentarischen Regierungssystems (Berufung des Führers der parlamentarischen Mehrheit in die Regierung, nicht bloß nachträgliche Vertrauensfrage) mit zwei großen Parteien und insoweit für Beschränkung der Rechte des Königs ein, ferner für eine Verwaltungsreform und die Modernisierung des Landes vor allem durch Investitionen ausländischen bzw. auslandsgriechischen Kapitals sowie für ein Rüstungsprogramm zur Durchsetzung der griechischen territorialen Ansprüche. Bei der Neufassung des Programms nach *Trikúpis'* Tod erhob sich gegen weitere Beschneidung der Rechte des Königs Widerspruch.

Organisation: → Einleitung.

Presse: ›Óra‹ (Die Stunde, 1875–1888), ›Alíthia‹ (Die Wahrheit).

Geschichte: In der tiefen Krise, die durch die Taktik König *Georgs I.* (→ Einleitung) und den Staatsstreich des *Vúlgaris* → Vúlgaris-Partei) hervorgerufen worden war, wies *Trikúpis* durch die fundamentale Kritik an den Zuständen in dem berühmt gewordenen Zeitungsartikel »Wer ist schuld?« (Tis ptéi? In: ›I Kerí‹, 29. 6. 1874) den Ausweg zum parlamentarischen Regierungssystem nach britischem Vorbild. Der König trat die Flucht nach vorn an und berief *Trikúpis* zum Ministerpräsidenten (27. 4./9. 5. 1875). In der erstmals vom Regierungschef aufgesetzten Thronrede zur Eröffnung der Sitzungsperiode des Parlaments (11./23. 8. 1875) mußte *Georg I.* zusichern, daß er künftig als »unabdingbare Voraussetzung der durch Mich in die Regierung des Landes zu Berufenden das ihnen erklärte (dediloménin) Vertrauen der Mehrheit« der Abg. fordern werde. *Trikúpis* verlor die von ihm 1875 einwandfrei durchgeführten Wahlen (ca. 25 Mandate von 190). Nach zwei kurzlebigen Kabinetten (1878, 1880) bildete er erstmals am 26. 2./10. 3. 1882 aufgrund eines Wahlsiegs (ca. 125 von 245 Mandaten) eine stabile Regierung. Um die Mittel zur Realisierung des ambitiösen Programms (Straßen- und Eisenbahnbau, Rüstungen) und den rapide wachsenden Schuldendienst zu finanzieren, erhöhte *Trikúpis* die Konsumsteuern und eröffnete damit die Phase steigender indirekter Steuern. Die Auseinandersetzungen um den Steuerdruck gehörten bis Mitte der 90er Jahre zu den zentralen Themen der Parteikonflikte. Führungsstil und politischer Kurs von *Trikúpis* führten 1883 zu einer vorübergehenden Krise in der Partei (Rücktritt des Finanzministers *P. Kalligás,* Austritt des Justizministers *D. Rállis,* → Rállis-Partei). Mit der Änderung des Wahlsystems 1886 (Departement als Wahlkreis, nurmehr 150 Mandate) sollte der enge Konnex zwischen lokalen Interessen und unteren Parteiaktivisten einerseits, den Abg. andererseits unterbrochen werden. Schon 1882–1885 begann *Trikúpis,* u. a. durch die Berufung französischer Militärinstrukteure (Vosseur-Mission) und eine bessere Ausbildung die Streitkräfte zu modernisieren; spätere Kabinette führten die Rüstung weiter (Flottenprogramm). Eine bleibende Leistung der Reformpartei-Regierungen war der Eisenbahnbau und die Erweiterung des Straßennetzes. Diese Entwicklung löste schwere Konflikte mit der Nationalpartei aus; die Wählerentscheidung

scheint bald von den Vorteilen, bald von den Folgen des forcierten Wandels geprägt zu sein (Mandatsgewinne: 1885: 40 von 245, 1887: 90 von 150, 1890: 15 von 150, 1892: 160 von 207, 1895: 15–20 von 207, 1899: 110 von 235). Die Kabinette der Reformpartei zwischen 1886 und 1895 versuchten, die früheren Reformen, die die NATIONALPARTEI unter *Th. Dilijánnis* aufgehoben hatte, wieder einzuführen und zu ergänzen (u. a. Verwaltungsreform, Aufhebung der Binnenzölle 1890, staatliche Steuereinhebung statt -pacht, 1894 Staats- statt Gemeindepolizei), doch führte die Belastung des defizitären Haushaltes und der Zuwachs der enormen Auslandsverschuldung durch die Rosinenkrise 1890 ff., die von *Dilijánnis* verursachten Mobilmachungskosten (→ NATIONALPARTEI) und die Rüstungsausgaben zum Staatsbankrott 1893. In der Außenpolitik wandte sich die Partei gegen riskante Aktionen. Griechenland sollte beim Zusammenbruch der türkischen Herrschaft in Europa die Volkszugehörigen in einem Nationalstaat zusammenfassen. Mit ihrer Konzeption geriet die Partei in Konflikt mit der ökumenischen Orientierung des Patriarchats von Konstantinopel. Im Prinzip betrieb *Trikúpis* eine Politik der freien Hand; in Anbetracht der Interessenkonstellation der Großmächte erschien ihm eher ein Zusammengehen mit England ratsam. Nach *Trikúpis'* Tod übernahm *J. Theotókis* die Parteiführung (→ THEOTÓKIS-PARTEI).

Perí Charilàu Trikúpi Análekta dimosievmáton. 16 Bde., Athen 1908–12; D. Purnáras, Charílaos Trikúpis. I zoí ke to érgon tu, 2 Bde., Athen 1950, ²1960; K. Petrópulos, Charilaos Trikúpis, Athen 1966.

Reformpartei (2) (Metarrithmistikón Kómma).

1916 von *N. Strátos* und *K. Likurézos* zunächst als Fraktion gegründete konservative Partei, die sich anfangs auch KONSERVATIVE PARTEI (Sintiritikón Kómma) nannte. Die Partei trat entschieden für das parlamentarische Regierungssystem, während des Kleinasienkrieges sogar für die volle parlamentarische Kontrolle ein. Die Administration sollte zentralistisch aufgebaut und durch die lokale Selbstverwaltung beschränkt sein. 1917 ff. nahm die Fraktion an den Sitzungen des Lazarus-Parlaments (→ LIBERALE PARTEI) teil. 1920 trat sie in die → VEREINIGTE OPPOSITION ein. 1921/22 distanzierte sie sich von der Innen- und Außenpolitik des Kabinetts *D. Gúnaris* (→ VOLKSPARTEI (2)) und plädierte dafür, die Arbeiten der Konstituante zu beenden, so daß der König seine Rechte wahrnehmen könne. Auf eine nur wenige Tage amtierende Regierung *Strátos* im Mai 1922 folgte das Koalitionskabinett des *P. Protopapadákis* mit *Strátos* als Innenminister. Von den 65 Abg. der Fraktion traten 1920/22 40 zur VOLKSPARTEI (2) über.

Praktiká tis 3 en Athínes Sintaktitís ton Ellínon Sinelévseos, 5 Bde., Athen 1921 f.

Reformpartei (3) (Metarrithmistikón Kómma).

In Nordgriechenland aktive sozialreformerische Splitterpartei, die für die Förderung gruppenspezifischer Interessen der Erwerbstätigen sowie eine allgemeine Staats- und Parlamentsreform im Sinne berufsständischer Organisation eintrat. 1936 erhielt sie 1,4 % der Stimmen und 4 von 300 Mandaten.

S. Gotzamánis, Kinoniké táxis ke politiká Kómmata, Thessaloniki 1922.

Reformpartei (4) (Metarrithmistikón Kómma, Dimokratikón Metarrithmistikón Kómma).

1942 gegründete Partei der gemäßigten Rechten unter dem Altliberalen *A. Alexandrís*, die 1946 in der Wahlkoalition des VEREINIGTEN LAGERS DER NATIONALGESINNTEN 5 Mandate erhielt und sich 1950 auflöste.

Republikanische Union (Dimokratikí Énosis), ab 1929: BAUERN- UND ARBEITERPARTEI (Agrotergatikón Kómma).

Gründung: Im April 1922 wurde die VOLKSPARTEI (1) zur Republikanischen Union als Plattform aller sozialreformerischen Republikaner erweitert.

Programm: → VOLKSPARTEI (1). Als Antwort auf die Konflikte zwischen Liberalen und Antivenizelisten (→ Einleitung, → LIBERALE PARTEI) rückte die Forderung nach der Republik ins Zentrum des Programms. In den Debatten über die neue Verfassung plädierte die Partei für die Vertretung von Berufsorganisationen und gesellschaftlichen Gruppen im Oberhaus. Die Union bestand auf dem Verhältniswahlsystem. Langfristig sollten Volksbefragungen eingeführt werden.

Organisation: → Einleitung. Da sich der Partei auch Unabhängige, republikanische Liberale, Sozialisten und Agrarier angeschlossen hatten, wurde sie als Föderation (»Union«) unter Führung von *A. Papanastasíu* organisiert. Auf lokaler Ebene bestanden republikanische Clubs. Als erste Partei hielt sie 1924 einen ordentlichen Parteitag in Thessaloniki ab, der ein 18köpfiges Leitungskomitee wählte.

Presse: Tageszeitung ›Dimokratía‹ (Demokratie).

Geschichte: Nach dem Militärputsch von 1922 drängte die Partei zur Proklamation der Republik und gab die enge Zusammenarbeit mit den Liberalen auf, als diese die Frage der Monarchie aus den Wahlen von 1923 heraushalten wollten. Das Kabinett *Papanastasíu* (12. 3. bis 19. 7. 1924) setzte durch, daß die Nationalversammlung die Republik von sich aus proklamierte (25. 3. 1924) und diese Entscheidung durch ein Plebiszit (13. 4.) nur noch bestätigen ließ. Zum Schutze der Republik brachte es ein illiberales Gesetz durch, suchte aber auch den Ausgleich mit den Antivenizelisten auf dem Boden der Republik (→ PARTEI DER FREISINNIGEN). Andere Programmpunkte vertrat die Partei nicht mehr so entschlossen wie früher (1925: Abrücken vom Frauenwahlrecht aus Rücksicht auf die Volksmeinung, wahr-

scheinlich aus Furcht vor einem Stimmengewinn der Royalisten; Abschaffung der Todesstrafe »zur rechten Zeit«). Im übrigen verlor die Partei, als sie ihr Sozialprogramm verwirklichen wollte, sofort den breiten Rückhalt im Parlament und Öffentlichkeit: während die Union 1923 zusammen mit den Republikanischen Liberalen 120 von 397 Mandaten erhalten hatte, entfielen auf sie in den folgenden Wahlen nur noch zwischen 8 und 20 Mandate bei 4–6 % der Stimmen. Der zweiten Regierung *Papanastasíu* (26. 5. bis 3. 6. 1932) gab die liberale Parlamentsmehrheit keine Chance. Schroffe Reaktionen provozierte die Union, als sie in den Debatten über die neue Konstitution (1927) vorschlug, die Bestimmung der Weimarer Verfassung, »Eigentum verpflichtet«, zu übernehmen. 1930 plädierte sie für die Einführung der Zivilehe. In den 30er Jahren distanzierte sich die Partei immer deutlicher von den politisierenden Offiziercliquen und ihren Staatsstreichplänen. In der Außenpolitik trat sie für die Balkanföderation als Vorstufe der europäischen Vereinigung ein; *Papanastasíu* gehörte zu den Initiatoren der Föderationsbewegung.

A. Papanastasíu, Melétes-Lóji-Árthra, Athen 1957.

Russische Partei (Rossikón Kómma); auch NAPÄER-PARTEI (Kómma Napéon).

Gründung: 1826 bildete sich eine Aktivistengruppe um *A. Metaxás,* der sich 1826/27 peloponnesische Freischarführer *(T. Kolokotrónis)* sowie Angehörige der Mittel- und Unterschichten anschlossen. Russische Dienststellen scheinen die ersten Propagandisten der Partei ermutigt zu haben. Die Partei entwickelte sich unter dem Regenten *I. Kapodístrias* weiter, der sich faktisch auf sie stützte. Die inoffizielle Bezeichnung Napäer-Partei dürfte auf einen Spottnamen für den Bruder des Regenten *Avgostínos K.,* zurückgehen.

Programm: Die Russische Partei zog aus den Wirren während des Unabhängigkeitskriegs und des Interregnums zwischen der Ermordung von *Kapodístrias* und der Ankunft König *Ottos* die Lehre, daß nur eine starke Exekutive Unabhängigkeit und innere Ordnung gewährleisten könnten und trat dadurch in einen scharfen Gegensatz zu den Konstitutionalisten, besonders zur → ENGLISCHEN PARTEI. Religion und Kirche galten der Partei als Kern der erhaltenswerten Tradition. Aus Jurisdiktionsbereich und Verwaltung des Ökumenischen Patriarchats sollte die Kirche nur unter strikter Beachtung der Vorschriften des kanonischen Rechtes über die Autokephalie ausscheiden; die Einheit der Orthodoxie im Glauben, in Überlieferung, Dogmen und Recht sei zu wahren, die Freiheit der Kirche vor Eingriffen des Staates zu sichern. Ab 1839 schwenkte die Partei auf die Linie der Konstitutionalisten ein, weil nur die Beschränkung der Staatsgewalt durch eine Verfassung Aussicht auf Schutz des Glaubens und der Kirche zu bieten schien. Die Partei legte sich schon in ihrer Entstehungsphase auf langfristige außenpolitische Orientierung auf Rußland fest.

Organisation: → Einleitung. Unter *Kapodístrias* konnte sich die Partei auf die Staatsverwaltung stützen. In der Kirchenorganisation fand sie nur an konservativen Würdenträgern Halt; doch traten die Mönche und offenbar der größte Teil der Gemeindepriester als Agitatoren der Partei hervor.

Presse: ›Chrónos‹ (Die Zeit, 1833; Fortsetzung:) ›Ään‹ (Das Zeitalter, 1838–54).

Geschichte: Die konservativen Honoratioren und Grundbesitzer der Peloponnes und des Festlands waren in der Russischen Partei unterrepräsentiert; hingegen schlossen sich ihr immer mehr Parteigänger aus den Mittel- und Unterschichten an: peloponnesische Freischärler, die am Handel mit Rußland verdienenden Spetsióten und Landlose. Gerade die kleinen Leute wünschten Ruhe, Sicherheit und eine starke Exekutive. 1827 setzte die Russische Partei in der Nationalversammlung von Damalás bei Trizín die Wahl des ehemaligen russischen Außenministers Graf *I. Kapodístrias* zum Regenten durch und stützte ihn auch nach der Suspension der Verfassung. Nach der Ermordung des Regenten erhielt sie in den nicht korrekt durchgeführten Wahlen zur Nationalversammlung 1831 die Mehrheit der Mandate und stützte *Kapodístrias'* Bruder *Avgostínos* als neuen Regierungschef (1831) und Regenten (1832). Mit den Stimmen ihrer Fraktion wurde 1832 die »Fürstliche Verfassung« verabschiedet, die von den liberalen Konstitutionen der Aufstandszeit und der Verfassung von 1827 erheblich abwich (indirekte Wahlen, Wahlzensus, Oberhaus, Gesetzesinitiative nur beim Fürsten). In scharfen Gegensatz zur Regierung geriet die Russische Partei, als 1833 eine rechtswidrig zusammengesetzte Synode unkanonisch die Autokephalie und die Regentschaft eine Klosterreform beschlossen. Eine Beschwerde des berühmten ehemaligen Freischarkommandeurs und führenden Napäers *Kolokotrónis* in Petersburg führte 1834 zu einem durch Rechtsbeugungen berüchtigten Hochverratsprozeß. Er gehörte zu den Ursachen der Aufstände desselben Jahres in Máni und Messenien, in denen Aktivisten der Partei, vor allem Mönche, ebenso wie in der Ätolisch-Akarnaischen Revolte von 1836 hervortraten. Außerdem brachte die Weigerung König *Ottos,* zur Orthodoxie zu konvertieren, die Napäer auf. Dieses Problem stellte sich noch schärfer, als die Ehe des Herrschers kinderlos blieb und die Nachfolge einer seiner Brüder sich abzeichnete. Da die Napäer erkannten, daß Kompromisse mit dem Hof nichts halfen, forderten nun auch sie, König und Exekutive durch eine Verfassung zu beschränken; eine kleine Gruppe von Extremisten organisierte 1839 die umstürzlerische Philorthodoxe Gesellschaft. In der Konstituante von 1843/44 bestand Konsens mit allen Parteien über die Aufnahme von Minimalforderungen der Partei in die Verfassung (Orthodoxie als herrschende Religion, Schutz der Kirche vor Eingriffen von außen, Einheit mit Konstantinopel in Dogma, Überlieferung und Recht, Bekenntnis

des Thronfolgers zur orthodoxen Kirche). Bei der Beratung über das Synodengesetz 1845 und die Diözeseneinteilung von 1846 kam es zu neuem Streit, doch nahm die einvernehmliche Regelung der Autokephaliefrage mit Konstantinopel 1850–52 den Napäern viel Wind aus den Segeln. Wie die Englische und die Französische Partei zerfiel auch die Russische, weil sich die politischen Kontroversen unter ihnen erledigten und die Regierungspraxis *Ottos* zur Vereinfachung der Fronten zwischen Anhängern und Gegnern von Hof und Regierung führte.

F. Lenormant, Le comte André Metaxa et le parti Napiste en Gréce, Paris 1861; B. Jelavich, The Philorthodox Conspiracy of 1839. In: Balkan Studies. VII Thessaloniki 1966, 89–102; J. A. Petropoulos, Politics and Statecraft in the Kingdom of Greece 1833–1843, Princeton, N. J. 1968; Ch. A. Frazee, The Orthodox Church and Independent Greece 1821–1952, Cambridge U. P. 1969.

Sammlung der Bauern und Arbeitenden (SAE, Sinajermós Agrotikón ke Ergazoménon). Die SAE vertrat die Interessen der Klein- und Mittelbauern, suchte Anhänger aber auch unter den Arbeitern und in den unteren Mittelschichten. Unter ihrem Vors. *A. Baltatzís* beteiligte sie sich an Wahlen erstmals 1950 in der Wahlkoalition → Lager der Bauern und Arbeitenden (PAE), die 3,62% der Stimmen und 3 von 250 Sitzen errangen. 1951 stellte die SAE in 8 mazedonischen und thrakischen Wahlkreisen Kandidaten auf und erhielt bei 1,23% der Stimmen ein Mandat (von 258), 1952 0,66% der Stimmen (kein Mandat). Ab 1956 führte die reorganisierte Partei den Namen Partei der Bauern und Arbeitenden (Kómma Agrotón ke Ergazoménon). Im gleichen Jahr errang sie im Wahlbündnis → Demokratische Union 7, 1958 innerhalb der → Fortschrittlichen Demokratischen Bauernunion 6 von 300 Mandaten. 1961 schlossen sich ihre führenden Politiker der → Zentrumsunion an.

Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands (SEKE, Sosialistikón Ergatikón Kómma Elládos).

Gründung: Sozialistische Zirkel veranstalteten 1915 in Athen die Erste, 1918 in Thessaloniki und Athen die Zweite Sozialistische Konferenz, die ein Organisationskomitee zur Vorbereitung der Parteigründung wählte. Dieses hielt zusammen mit Vertretern sozialistischer Organisationen, Clubs, Jugendvereine, Zeitungen und mit Gewerkschaften vom 4.–10./17.–23. 11. 1918 in Piräus den Gründungskongreß ab.

Programm: Man einigte sich auf ein Programm, das auf dem Erfurter Programm der SPD beruhte und forderte, die Geheimdiplomatie abzuschaffen, Zollunion, ein internationales Parlament und eine Balkanföderation zu errichten, die Bürgerrechte einschließlich des Streikrechts und der Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Frauenwahlrecht, Trennung von Staat und Kirche; das Privateigentum an Produktionsmitteln und der Großgrundbesitz solle aufgehoben, die Klassengesellschaft beseitigt, das Königtum abgeschafft und die Volksdemokratie begründet werden (Verhältniswahl, Richterwahl, Volksbefragungen, Dezentralisierung, Nationalgarde statt des Heeres, Erziehungsanstalten statt Gefängnisse). Der 2. Parteitag (18. 4./1. 5. 1920) bekannte sich zur Diktatur des Proletariats, bestritt die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus und beschloß den Beitritt zur 3. Internationale; den Kleinasienkrieg verurteilte die Partei.

Organisation: Höchstes Organ war der Parteitag, der das ZK, die Zentrale Kontrollkommission und bis 1924 einen Nationalrat (aus Vertretern des ZK, der Kontrollkommission, der Jugendorganisation sowie der Stadtorganisationen) wählte. Ab 1920 bildeten 15 und mehr Mitglieder eine Basisorganisation (tmíma).

Presse: Zeitschrift ›Ergatikós Agón‹ (Arbeiterkampf, 1918ff.), Tageszeitung ›Rizospástis‹ (Der Radikale, ab 1919), Zeitschrift ›Kommunistikí Epitheórisi‹ (Kommunistische Rundschau, KOMEP, 1921 ff.).

Geschichte: Schon in der ersten Phase ihrer Existenz geriet die Partei in Konflikte mit dem Staat, weil sie Streiks unterstützte und den Kleinasienfeldzug sowie die Entsendung von Truppen gegen die Bolschewiki in die Ukraine 1919 ablehnte. Bereits der 2. Parteitag beschloß den Beitritt zur Komintern, doch wollte sich die Führungsgruppe durch deren Beschlüsse nicht binden lassen. 1922 hielt die Partei eine lange Periode legaler Existenz für notwendig. Einen linken Kurs setzten 1923 die aus Kleinasien zurückgekehrten Soldaten gegen die Gründungsmitglieder durch, die 1924 zum Teil aus der Partei ausgeschlossen wurden. Damit begann die Partei, sich selbst zu isolieren. Der außerordentliche Parteitag 1924 leitete die Bolschewisierung der in → Kommunistische Partei Griechenlands umbenannten Partei ein.

To KKE apóto 1918 os to 1931, Athen 1947; D. G. Kousoulas, Revolution and Defeat. The Story of the Communist Greek Party, London 1965; A. Benarójas, I próti stadiodromía tu elli ikú proletariátu, Athen 1975; J. D. Katsúlis, Istoria tu Kommunistikú Kómmatos Elládas, 7 Bde., Athen 1976f.; A. Elefántis, I epangelía tis adínatis epanástasis, Athen 1976.

Sozialistische Partei/Union der Volksdemokratie (SKELD, Sosialistikón Kómma/Énosis Laïkís Dimokratías).

Gründung: Sozialistische Splittergruppen und unabhängige Sozialisten bildeten im Januar 1946 die SKELD als Sammelpartei der nichtkommunistischen Linken. Den Vorsitz übernahm *A. Svólos,* das Sekretariat leitete *I. Tsirimókos.*

Die Partei trat für die innere Befriedung des Landes, die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten, den Ausgleich mit den Kommunisten und soziale Reformen ein. 1946 beteiligte sie sich am Wahlboykott der Linksparteien und polemisierte in den folgenden Jahren gegen die Freiheitsbeschränkungen und die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit. 1950 Mitglied der Wahlkoalition → Demokratisches Lager, die 18 Man-

date errang. 1951 erhielt die SKELD für 0,23 % der Stimmen kein Mandat. 1952 ging sie mit der Liberalen Partei und der Nationalen Progressiven Zentrumsunion ein Wahlbündnis ein. Am 1. 9. 1953 vereinigte sich die SKELD mit der Demokratischen Partei zur → Demokratischen Partei des arbeitenden Volkes. *Tsirimókos* und seine Anhänger lehnten diese Fusion ab und blieben zunächst unabhängig. 1958 wurden er und 6 seiner Anhänger auf den Listen der → Vereinigten Demokratischen Linken ins Parlament gewählt. Daraufhin gründete er die Demokratische Union (2) (Dimokratikí Énosis), die 1961 in die → Zentrumsunion eintrat.

Sozialistischer Marsch (Sosialistikí Poría).

Sozialistische Splitterpartei, deren Aktivisten zumeist ehemalige Mitglieder der → Panhellenischen Sozialistischen Bewegung waren. Sie wollte die politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeitenden unterstützen, aber gleichzeitig für die Einheit der sozialen und politischen Kräfte eintreten. Nahziele der Partei waren der Schutz der Demokratie und Strukturveränderungen zur Überwindung der Abhängigkeit des Landes. Sie plädierte für die Fusion der Linksparteien. 1977 beteiligte sie sich an den Wahlen im Rahmen der Wahlkoalition → Allianz.

Soziologische Gesellschaft (Kinoniolojikí Etería).

Die 1908 von *A. Papanastasíu* und engen Mitarbeitern begründete, vom europäischen demokratischen Sozialismus beeinflußte Gesellschaft wollte soziologische, ökonomische und philosophische Studien fördern, zur politischen Bildung des Volkes beitragen und zur Durchsetzung ihres politischen Programms (Chancengleichheit, schrittweise Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Dezentralisierung der Verwaltung, Justiz- und Rechtsreform, Beamtenausbildung, Steuererleichterungen für Erwerbstätige, 10-Stunden-Tag, Bodenreform in Thessalien, Sozialgesetzgebung) Basisorganisationen vor allem unter den Beschäftigten bilden. Mit dem programmatischen Zeitungsartikel »Was muß geschehen?« (29. 8. 1909) unterstützten die »Soziologen« die Militärliga (→ Einleitung). In den ersten Wahlen von 1910 fielen ihnen 5 Mandate zu. – Presse: Zeitschrift ›Epitheórisis ton kinonikón ke nomikón epistimón‹ (Rundschau der Sozial- und Rechtswissenschaften, 1908/09, ab Oktober 1916:) ›Epitheórisis ton kinonikón ke politikón epistimón‹ (Rundschau der Sozial- und Politikwissenschaften). – 1910 bildete die Gesellschaft die Volkspartei (1).

Talpartei (Kómma ton pedinón). Fraktion in der Nationalversammlung von 1862/64.

In der Talpartei fanden sich die radikalen Gegner des vertriebenen Königs *Otto* zusammen, die im Unterschied zur Bergpartei die Revolution von 1862 als Umbruch und Neubeginn beurteilten. Sie unterstützte den Anspruch ihres Führers *D. Vúlgaris*, die Legitimität der Provisorischen Regierung beruhe auf dem Willen des Volkes und des Militärs und nicht auf einem Beschluß der Nationalversammlung. Sie forderte eine starke Exekutive und lehnte die Beibehaltung des Oberhauses ebenso ab wie Zwischengewalten. Eine Minderheit plädierte für die Einschränkung des Wahlrechts. Auseinandersetzungen mit der Bergpartei führten im Februar und Juni 1863 zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Parteien in Gendarmerie und Militär, zumal die radikalen Offiziere und Unteroffiziere sich überwiegend auf die Talpartei stützten. Mit dem neuen König *Georg* geriet *Vúlgaris* bald in Konflikt wegen des politischen Einflusses der Privatsekretäre und Berater am Hofe sowie wegen der Kompetenzen des Königs bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung. Nach Auflösung der Nationalversammlung ging aus der Talpartei die → Vúlgaris-Partei hervor.

Episimos Efimerís tis Sineléfseos. 6 Bde., Athen 1863 f.; Istoría tu Ellinikú Éthnus. XIII Athen 1977.

Theotókis-Partei (Theotokikón Kómma), Fortsetzung der Reformpartei (1), deren Führung nach dem Tode von *Ch. Trikúpis* an *J. Theotókis* als Parteiführer überging. – Programm: → Reformpartei. – Organisation: → Einleitung.

Geschichte: Nach dem verlorenen Krieg gegen die Türkei von 1897 und der Errichtung der Internationalen Finanzkontrolle übernahm die Partei ein schweres Erbe, zumal der Staatsbankrott von 1893 mit der Politik der Reformpartei (1) in Verbindung gebracht wurde. Justiz und Verwaltung ließen skandalöse Mängel erkennen. Zwischen 1899 und 1909 stellte die Partei vier Kabinette, das längste vom 8./21. 12. 1905 bis 4./17. 7. 1909. *Theotókis* gelang es, die Reformpolitik im Sinne seines Vorgängers weiterzuführen (1900 unter anderem Einschränkung der Schuldhaft; kleinere Departements; 1906 Wiedereinführung des großen Wahlkreises und Bemühung um die Sanierung der Staatsfinanzen; 1907 Ansiedlung von Flüchtlingen aus Rumänien und Ostrumelien). Vor allem legte er das Fundament der Modernisierung der Streitkräfte (Flotten- und Verteidigungsfond; Reform von Ausbildung, Bewaffnung, Dienst- und Beförderungsreglement, vermehrte Rüstungskäufe). Die Disziplin des Offizierskorps gegenüber der politischen Führung wurde durchgesetzt, doch gab die Regierung 1900 im Konflikt mit Generalstab und Hof in der Frage des Militärschematismus nach und akzeptierte die Beschneidung der administrativen Kompetenzen des Heeresministers. Der permanenten Rosinenüberproduktionskrise konnte durch Ausfuhrdrosselung (Naturalzoll) und Gründung der Rosinenbank nicht gesteuert werden. Nach dem Militärputsch von 1909 nahm die Partei nur widerstrebend an der Arbeit des unter dem Druck der Militärliga stehenden Parlaments teil, sie protestierte gegen die Auflösung der er-

sten Verfassungsändernden Nationalversammlung (→ LIBERALE PARTEI) und boykottierte die Neuwahlen. Außenpolitisch suchten die Kabinette dieser Partei vergeblich Möglichkeiten der Annäherung an die Westmächte und die Mittelmeerliga. In die griechisch-bulgarischen Volkstumskämpfe in Mazedonien griff *Theotókis* diplomatisch und durch die Unterstützung der griechischen Guerillas mit Waffen und Geld 1904ff. ein. Langfristig sah *Theotókis*, der die Balkanslawen als die Hauptrivalen um das osmanische Erbe betrachtete, eher Vorteile in einer Annäherung an Deutschland. Wahlergebnisse: 1899: 131 von 234 Mandaten; 1902: ca. 90–100 von 234; 1905: 60–78 von 235; 1906: 111 von 177; 1910: 94 von 262; 1912: 10 von 181.

Istoría tu ellinikú éthnus. XIV, Athen 1977.

Trikúpis-Partei (Kómma tu Trikúpi bzw. Trikupikón Kómma).
→ Reformpartei (1).

Union Demokratischer Linker (Énosis Dimokratikón Aristerón). Partei der nichtkommunistischen Linken unter Vorsitz von *I. Sofianópulos*, die einerseits die Zusammenarbeit mit der KP ablehnte, andererseits entschieden die Rückkehr des Königs, die Ausschreitungen der Rechtsextremisten, die Beschränkungen der Freiheit und die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit verurteilte. 1946 nahm sie am Wahlboykott der Linksparteien, 1950 an der Wahlkoalition → DEMOKRATISCHES LAGER teil. In der Außenpolitik plädierte sie für einen Ausgleich mit dem an Stärke bald zunehmenden Ostblock. Nach dem Tode von *Sofianópulos* (1951) schloß sich die Partei am 3. 8. 1951 der → VEREINIGTEN DEMOKRATISCHEN LINKEN an.

Offizielles Organ: ›Dimokratikós Típos‹ (Demokratische Presse, 1950ff.).

Union der Nationalgesinnten (Énosis Ethnikofrónon).

1946 gebildete Wahlkoalition zwischen der von *T. Turkovasílis*, einem ehemaligen engen Mitarbeiter des Diktators *I. Metaxás*, im gleichen Jahr gegründeten rechtsgerichteten PARTEI DER NATIONALGESINNTEN (2) (Kómma Ethnikofrónon) und der VOLKSBAUERNPARTEI (Laïkón Agrotikón Kómma), die in 5 Wahlkreisen kandidierte und 2,94 % der Stimmen sowie 9 Mandate erhielt.

Union der Volksparteien (**ELK**, Énosis Laikú Kómmatos).

1958 gebildete Parteienverbindung aus der → VOLKSPARTEI (2), der SOZIALEN VOLKSPARTEI (Laïkón Kinonikón Kómma), der PARTEI DER NATIONALGESINNTEN (2) (Kómma Ethnikofrónon) und der DEMOKRATISCHEN REFORMPARTEI (Dimokratikón Metarrithmistikón Kómma). Ihr traten die Rebellen der → NATIONALRADIKALEN UNION bei, die 1958 den Rücktritt der Regierung verursacht hatten. Sie erhielt für 2,94 % der Stimmen 4 Mandate.

Union des Demokratischen Zentrums (**EDIK**, Énosis Dimokratikú Kéntru) → Zentrumsunion.

Vereinigte Demokratische Linke (**EDA**, Eniéa Dimokratikí Aristerá). Linke Sammelpartei, bis 1974 mit prägendem kommunistischen Einfluß.

Gründung: Am 1. 8. 1951 vereinbarten *I. Pasalídis*, Führer der SOZIALISTISCHEN PARTEI GRIECHENLANDS (Sosialistikón Kómma), einer linkssozialistischen Lokalpartei in Thessaloniki, *D. Mariólis* (DEMOKRATISCHE SAMMLUNG), *M. Kírkos* (DEMOKRATISCHE RADIKALE PARTEI) und *S. Chatzíbeis* von der PARTEI DER LINKSLIBERALEN die Parteigründung, der sich am 3. 8. die UNION DEMOKRATISCHER LINKER anschloß.

Programm: Der 1. Parteitag 1959 verabschiedete ein 1962 ergänztes »Programm des nationalen demokratischen Wandels«, das auch die Zustimmung der verbotenen KOMMUNISTISCHEN PARTEI (KKE) fand. Es umfaßte außer den Forderungen aller linken Parteien und des Zentrums (innere Befriedung, Rechtsstaatlichkeit, Aufhebung der Freiheitsbeschränkungen, Freilassung der politischen Häftlinge) die Wiederzulassung des KKE, die Einführung des Verhältniswahlsystems sowie gemäßigte Wirtschafts- und Sozialreformen zur Überwindung der allgemeinen, durch die Verelendung der Mittel- und Unterschichten, durch Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne, durch den Bankrott der kleinen Unternehmer gekennzeichneten Krise. Außenpolitisch unterstützte die EDA bis 1967 unter ständiger Verwendung nationalistischer Begriffe und Symbole die jeweiligen sowjetischen Ansichten. Die Parteikonferenz vom Dezember 1959 paßte das Programm der programmatischen Proklamation des 7. ZK-Plenums der KKE an. Die Abhängigkeit des Landes habe seine wirtschaftliche Rückständigkeit verursacht; die EDA kämpfe für den nationalen und demokratischen Wandel. Dieses Ziel sei durch die Einheit aller Demokraten und Patrioten zu erreichen. Die NATO-Gegnerschaft hielt wegen der den USA und der NATO zugeschriebenen Mitverantwortung für die Diktatur 1967–74 und wegen der Unwirksamkeit des Bündnisses in der Zypernkrise 1974 weiterhin an, die Entwicklungsmöglichkeiten Griechenlands in der EG beurteilte man jedoch positiv.

Organisation: Zunächst war die EDA eine Koalition der Gründungsparteien und verschiedener linker Gruppen unter Einfluß der Kommunisten. Wegen der Benachteiligung der Parteienkoalitionen durch das Wahlgesetz organisierte sich die EDA auf ihrem I. Kongreß 1958 als einheitliche Partei. 1958 löste die KKE ihre illegalen Zellen auf und forderte alle Mitglieder zum Eintritt in die EDA auf. Grundeinheit war die Zelle; Lokalorganisationen bestanden in Wohngebieten, Betrieben und Berufszweigen; Städte über 100 000 Einwohner hatten eine eigene Organisation. Höchstes Organ war der alle drei Jahre einzuberufende Parteitag. Dieser wählte die Kontrollkommission und den Leitungsausschuß, der

mindestens alle sechs Monate zusammentrat und außer dem Parteivors. das Exekutivkomitee wählte. Auf Vorschlag des Exekutivkomitees berief der Parteivors. zwischen den Parteitagen Allgriechische Parteikonferenzen ein. Die Parteiführung wurde durch ein Konsultativorgan, den Nationalrat, beraten. Leitungsausschuß und Exekutivkomitee hatten das Recht, Funktionäre ein- und abzusetzen.

Presse: ›Dimokratiki‹ (Demokratie), ›Frourí tis irínis‹ (Friedenswächter, Zeitschrift der Jugendorganisation) beide am 19. 9. 1952 unterdrückt); Tageszeitung ›Avjí‹ (Morgenrot, 1952–1967; ab 1974 nicht mehr offizielles Organ der EDA); ›Dimokratikí Allají‹ (Demokratischer Wandel); Zeitschrift ›Elliniki Aristerá‹ (Griechische Linke, 1963 ff.).

Geschichte: Die innere Geschichte der Partei war bis 1974 durch den Führungsanspruch der Kommunisten belastet. 1953 erhielt die EDA 10,57 % der Stimmen und 10 von 258 Mandaten. Infolge der Propaganda der KKE wurden vor allem verbannte Kommunisten gewählt, die nach dem Urteil des Wahlgerichts am 8. 12. 1951 ihre Sitze jedoch nicht einnehmen durften. Wegen der kommunistischen Bevormundung traten die Radikaldemokraten *(Kírkos)* und die Linksliberalen am 11. 12. 1951 aus. 1951/52 votierte die EDA gegen die Verfassung und gegen den Beitritt zur NATO. 1952 ff. scheiterten an den Bedingungen der Kommunisten auch die Sondierungen bei den liberalen Parteien über eine begrenzte inoffizielle Kooperation. In den Wahlen 1952 erhielt die EDA infolge des Mehrheitswahlsystems bei 9,55 % kein Mandat. Erst 1956 wurde sie in die große Wahlkoalition → Demokratische Union aufgenommen und erhielt 18 Mandate. Dank der Zersplitterung des Zentrums und der wachsenden Unzufriedenheit der Wähler zog die EDA 1958 als stärkste Oppositionsfraktion ins Parlament ein (24,43 % der Stimmen, 79 Mandate). 1961 erhielt sie in der Wahlkoalition der Alldemokratischen Bauernfront Griechenlands (Pandimokratikón Agrotikón Métopon Elládos) mit der von ihr im gleichen Jahr gegründeten Nationalen Bauernpartei (Ethnikón Agrotikón Kómma) 14,63 % der Stimmen und 24 von 300 Sitzen. 1963 verhinderte die KKE mit unrealistischen Bedingungen eine Kooperation mit der Zentrumsunion. Zwar blieb ihr Stimmenanteil konstant (14,34 % / 28 Mandate), doch gingen die Stimmen in den Hochburgen Athen und Piräus zurück; 1964 verzichtete die EDA auf eigene Kandidaten in 24 Wahlkreisen zugunsten der Zentrumsunion, die aber ohnehin die absolute Mehrheit errungen hätte; in den restlichen erhielt sie 11,8 % der Stimmen und 22 Mandate.

Bis zum Wahlsieg der Zentrumsunion 1963 waren Aktivisten und Sympathisanten der EDA der Unterdrückung durch den Staat ausgesetzt. 1963 fiel der mit der EDA zusammenarbeitende Abgeordnete *G. Lambrákis* in Thessaloniki dem Mordanschlag einer rechtsextremen Organisation zum Opfer, die mit der Polizei in Verbindung stand. Dieser Außendruck erhöhte die Kohäsion der Führungsgruppen und behinderte die innerparteiliche Entwicklung. Die Hochburgen der EDA waren die Ionischen Inseln, Thessalien, Nordgriechenland, sowie Lésvos, Piräus, Athen, Sámos, Chaniá. Die Partei entwickelte einen Apparat rastlos tätiger Aktivisten und verfügte über Politiker von großem Ansehen *(I. Pasalídis, I. Iliú)*. In den Leitungsgremien waren Angehörige der Ober- und Mittelschichten überrepräsentiert, Frauen kaum vertreten. Die Vorstöße der Partei im Parlament betrafen 1958–1961 vorwiegend Agrar- und Arbeiterfragen, rechtswidrige Akte von Staatsorganen und die Wirtschaftspolitik. Die EDA initiierte oder unterstützte Streiks, Demonstrationen, Marathon-Friedensmärsche (1964 ff.). Die Putschisten des 21. 4. 1967 deportierten fast alle namhaften Parteifunktionäre und verfolgten die EDA-Sympathisanten, obwohl kein belastendes Material gefunden wurde. Parteimitglieder betätigten sich in den Widerstandsorganisationen, insbesondere der »Patriotischen Front« (PAM, Patriotikó Métopo). Das Parteibüro in der Emigration unterstützte die KKE-Dissidenten, die die → Kommunistische Partei des Inlands gründeten. Nach dem Sturz der Diktatur verlor die EDA durch das Ausscheiden der Kommunisten einen großen Teil ihres Apparats. An den Wahlen von 1974 beteiligte sie sich in der Parteienkoalition → Vereinigte Linke. Die EDA ist heute eine Splitterpartei; sie hat an den Wahlen 1977 in der Wahlkoalition Allianz teilgenommen und 1 Mandat errungen.

I politikí tis EDA – Epísima Kímena, Athen 1956; To A'Panelladikó Sinédrio tis EDA, Athen 1959.

Vereinigte Linke (EA, Enoméni Aristerá). 1974 gebildete Wahlkoalition der Vereinigten Demokratischen Linken, der Kommunistischen Partei Griechenlands, der Kommunistischen Partei des Inlands und einiger Unabhängiger. Sie erhielten 9,47 % der Stimmen und 8 von 300 Mandaten.

Vereinigte Opposition (Inoméni Antipolítevsis).

Wahlkoalition der Volkspartei (2), der Nationalradikalen Partei, der Partei der Freisinnigen, der Bauernpartei und der Reformpartei (2) von 1933, die 46,19 % der Stimmen und 136 von 248 Mandaten erhielt.

Vereinigtes Konstitutionelles Lager (Eniéa Si tagmatikí Parátaxis).

Zusammenschluß der durch die Hinrichtung der führenden antivenizelistischen Politiker 1922 (→ Einleitung) zerrütteten royalistischen Parteien 1923.

Vereinigtes Lager der Nationalgesinnten (Inoméni Parátaxis Ethnikofrónon).

Wahlkoalition der Rechtsparteien und Royalisten von 1946. Sie wurde gebildet von der →

Volkspartei (2), der → Partei der Nationalliberalen, der Allgriechischen Nationalpartei 2) (Panellínion Ethnikón Kómma), der → Reformpartei (4), der Patriotischen Union (Patriotikí Énosis), der Partei der Royalisten (Kómma Vasilofrónon), der Erneuerungspartei (Kómma Anasinkrotíseos), der Sozialradikalen Union (Kinonikí Rizospastikí Énosis), der Politischen Gruppe Vorwärts (Politikí Omás Embrós), sowie einigen Unabhängigen. Sie erhielt 55,12% der Stimmen und 206 von 354 Mandaten.

Volkspartei (1) (Laïkón Kómma).

Aus der → Soziologischen Gesellschaft Mitte 1910 hervorgegangene Partei, die sich als Partei der Arbeitenden (einschl. der Kleinbauern und -kaufleute, Angestellten, Wissenschaftler und Künstler) verstand und den Mißständen des Wirtschaftssystems (Ausbeutung, Anarchie der Produktion ohne Vollbeschäftigung, niedriger Lebensstandard) ein Programm sozialer Gerechtigkeit (Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und großen Unternehmen, Chancengleichheit, Begabtenförderung, Arbeitsschutz- und Sozialgesetzgebung, Rechts- und Steuerreform, Bodenreform in Thessalien und anderes mehr), und demokratischer Modernisierung (Frauenwahlrecht, Petitionsrecht, Selbstverwaltung, Förderung von Genossenschaften, Abschaffung der Todesstrafe) entgegensetzte. 1915 ff. unterstützte die Partei *E. Venizélos* und forderte die Proklamierung der Republik. 1922 wurde sie daher in → Republikanische Union umbenannt.

Volkspartei (2) (Laïkón Kómma). Seit 1920 Fortsetzung der → Partei der Nationalgesinnten.

Programm: Die Partei trat für die Volkssouveränität ein und stellte sich damit den Eingriffen der Entente (Landesverweisung König *Konstantins I.* 1917) und dem diktatorischen Kurs der → Liberalen Partei entgegen. Sie hielt die Demokratie mit einem König als Staatsoberhaupt für stabiler, war aber bereit, sich dem Ergebnis eines korrekten Plebiszits zu unterwerfen. 1932 erkannte Parteichef *P. Tsaldáris* die Republik in Briefen an den Staatspräsidenten an, doch setzten sich 1935 die Royalisten wieder durch. *D. Gúnaris* erhob in der Frühzeit der Volkspartei radikale Forderungen (Frauenwahlrechtsvorlage 1922, Verhältniswahl, Enteignung des Großgrundbesitzes), von denen die Partei teilweise abrückte. In der Zwischenkriegszeit wollte die Partei durch Austeritätspolitik und die Förderung der Landwirtschaft die breiten kleinbäuerlichen und -bürgerlichen Schichten von Steuerdruck und Teuerung entlasten. In den Verfassungsdebatten 1926/27 empfahl sie die Ausstattung der Bauern mit Boden und das Frauenwahlrecht zur konservativen Stabilisierung der Gesellschaft. Anstelle eines Oberhauses plädierte sie für einen Wirtschaftsrat nach deutschem Vorbild. Nach 1944 war die Volkspartei das Sammelbecken der Royalisten, Konservativen und der antikommunistischen Extremisten, nach dem Ende des Bürgerkrieges rückte die Partei nach links (Vorbehalte gegen den Beitritt zur NATO, 1956 Lösung vom Westen, Annäherung an Bulgarien und Rumänien).

Organisation: → Einleitung. Nach der Hinrichtung von *Gúnaris* 1922 übernahm zunächst ein fünfköpfiges Komitee, dann *P. Tsaldáris*, nach dessen Tod 1935 wieder ein fünfköpfiger Ausschuß und 1946 *K. Tsaldáris* die Parteiführung, 1958 teilte er sie vorübergehend mit dem aus der → Nationalradikalen Union ausgetretenen *P. Kanellópulos*.

Presse: Antivenizelistische Positionen vertraten in der Zwischenkriegszeit die Tageszeitungen ›Kathimeriní‹ (Tagblatt), ›Athinaikí‹ (Athener [Zeitung]), ›Politía‹ (Staat), ›Néa Iméra‹ (Neuer Tag), ›Efimerís tis Elládos‹ (Zeitung Griechenlands), ›Proiní‹ (Morgenblatt), ›Protévusa‹ (Hauptstadt), ›Chroniká‹ (Chroniken), ›Esperiní‹ (Abendblatt, nach dem 2. Weltkrieg standen ihr die ›Kerí‹ (Zeiten) und bis zur Bildung der Griechischen Sammlung die rechten Blätter (›Kathimeriní [Tagblatt], ›Akrópolis‹ [Akropolis]) nahe.

Geschichte: Nach der Rückkehr von *Gúnaris* (→ Partei der Nationalgesinnten) wandte sich die Partei scharf gegen den diktatorischen Kurs des *E. Venizélos* und den Kleinasienkrieg. Im Januar 1920 bildete sie zusammen mit der Reformpartei (2) die Vereinigte Opposition, die die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, Einhaltung der Verfassung und ein Ende der Ämterpatronage forderte. In den historischen Wahlen des 1./14.9.1920 siegte die Vereinigte Opposition über die Liberalen (57,2% der Stimmen, 251 von 369 Mandaten, davon 75 für die Volkspartei) und führte trotz der Warnungen der Westmächte die Volksbefragung über die Rückkehr des Königs durch, die für *Konstantin* positiv ausging. Den Kabinetten *Gúnaris* (1921 f.) und den von der Volkspartei gestützten Regierungen gelang es nicht, in Kleinasien Frieden zu schließen bzw. gegen die Türkei die Hilfe des Westens im alten Umfang zu erhalten. Das weit über seine Kräfte beanspruchte Heer brach zusammen. Die Niederlage verursachte 1922 einen Offiziersputsch, ein Militärtribunal verurteilte fünf Politiker, unter ihnen *Gúnaris*, zum Tode (→ Einleitung). Die Partei erkannte das Plebiszit über die Republik wegen Freiheitsbeschränkungen nicht an und boykottierte die Wahlen von 1923. Aus der nach dem Sturz des Diktators *Pángalos* gebildeten Allparteienregierung schied die Volkspartei, die 1926 20,27% der Stimmen und 60 von 279 Mandaten erhalten hatte, wegen finanzpolitischer Fragen aus. Es wurde immer deutlicher, daß sie auf dem Boden der Republik stand. Schwer überbrückbar blieb dagegen die Kluft zu den Liberalen in der Frage der entlassenen Offiziere. 1928 erhielt die Volkspartei 23,9% der Stimmen und 19 von 250 Mandaten, holte 1932 die Liberalen ein (33,8% / 95 von 250 Mandaten), regier-

te mit ihrer Duldung (4. 11. 1932 bis 13. 1. 1933), siegte 1933 (38,07 % / 118 von 248 Sitzen), konnte aber erst nach dem Zusammenbruch eines Putsches republikanischer Offiziere die Regierung bilden (2. Kabinett *P. Tsaldáris* 10. 3. 1933 bis 10. 10. 1935). Erfolge verzeichnete die Volkspartei gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und in der Sozialpolitik, doch sahen sich die Liberalen durch die schleppende und von der Regierung behinderte Aufklärung des Attentats auf *Venizélos* von 1933, durch die geplanten Veränderungen im Offizierskorps und die Wende der Außenpolitik (Abschluß des Balkanpaktes 1934) provoziert. Auf den Offiziersputsch von 1935 antwortete das Kabinett mit illegalen Maßnahmen und kündigte eine Verfassungsrevision an; der kranke Parteichef gestand widerstrebend ein Plebiszit über die Monarchie zu, wurde aber, da er einen Staatsstreich ablehnte, am 10. 10. 1935 durch das Militär gestürzt (→ Nationalradikale Partei). Der Boykott der Parlamentssitzung durch die Fraktion gab den Royalisten die Chance, das Ende der Republik zu proklamieren. Die entschiedenen Royalisten um *J. Theotókis* verließen die Partei, um als Nationale Volkspartei (Ethnikón Laïkón Kómma) für eine energische Führung der Antivenizelisten, aber auch für korrekte parlamentarische Prozeduren bei Regierungsbildung und Gesetzgebung nach Restauration der Monarchie einzutreten. Nach der Rückkehr *Georgs II.* trat die Volkspartei stets für eine parlamentarische Regierung ein. Als rechte Sammelpartei erhielt sie in den ersten Nachkriegsjahren 1946 156 von 354 Mandaten, verdankte aber ihren großen Einfluß der Spaltung der Liberalen. Die Partei verschärfte den bürgerkriegsbedingten antikommunistischen Kurs. Nach vergeblichen Versuchen um stärkere Unterstützung durch England trug die Regierung zur Vorbereitung des Engagements der USA (Truman-Doktrin) bei. Die Volkspartei zerfiel durch Austritte (→ Neue Partei, → Nationale Unionspartei, → Griechische Sammlung) und den anhaltenden Wählerschwund, zu dem die Unzufriedenheit mit der Polarisierung zwischen der extremen Linken und der Rechten sowie die Skandale der Volkspartei-Regierungen erheblich beitrugen (Wahlergebnisse in % der Wählerstimmen / Mandate: 1950: 18,8 / 62 von 250; 1951: 6,66/2 von 258; 1952: 1,05/0, 1956 im Wahlbündnis → Demokratische Union 3 Mandate, 1958 in der Wahlkoalition → Union der Volksparteien 2 Mandate von jeweils 300). Später trat die Partei nicht mehr in Erscheinung.

J. Vúros, Panajis Tsaldáris, 1867–1936, Athen 1955; S. Linardátos, Apó ton emfílio sti chúnta, 3 Bde., Athen 1977–1978.

Volksunionspartei (**LEK,** Laïkón Enotikón Kómma).

Am 16. 11. 1950 traten unter Führung von *S. Stefanópulos* 27 Abg. aus der Volkspartei (2) aus, die sich am 22. 1. 1951 mit der Fraktion der → Nationalen Unionspartei zur Volksunionspartei zusammenschlossen. Diese 34 Abg. bildeten die parlamentarische Basis der → Griechischen Sammlung.

Vúlgaris-Partei (Kómma tu Vúlgari), Fortsetzung der → Talpartei.

Die Partei versuchte in der Phase innerer Instabilität zwischen 1865 und 1875, bald gegen König *Georg I.*, bald mit ihm, gestützt auf Parlamentsmehrheiten, aber auch mit Wahlbeeinflussung und Mißbrauch des Mandatsprüfungsverfahrens in der Kammer ihren Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Im Parlament hatte die Partei 1865–1875 zwischen 17 und 94 Mandate; in dieser Zeit bildete *D. Vúlgaris* mehrere kurzlebige Kabinette. Manipulationen im parlamentarischen Verfahren 1874/75 mobilisierten die Öffentlichkeit in einem ungewöhnlichen Maße, so daß der König schließlich durch die Berufung *Ch. Trikúpis* (→ Reformpartei (1)) der jahrelangen politischen und Verfassungskrise ein Ende setzen mußte. Die Partei war dermaßen diskreditiert, daß sie keine Wahlchancen mehr hatte. Künftig traten als große Parteien die beiden Nachfolgeparteien → Reformpartei (1) und → Kumundúros-Partei bzw. die → Nationalpartei hervor.

Istoría tu elli ikú éthnus, XIII Athen 1977.

Zaímis-Partei (Zaímikón Kómma, Kómma tu Zaími).

Splitterpartei, die als rechte liberale Gruppe seit 1865 in Erscheinung trat und sich durch bemerkenswerte Integrität auszeichnete. (Kabinette *T. Zaímis* 25. 1. / 6. 2. 1869 bis 7. / 19. 7. 1870, 28. 10. / 9. 11. 1871 bis 20. 12. 1871 / 1. 1. 1872; außerdem Beteiligung an Koalitionsregierungen 1865, 1877, 1880). Die Partei war im Parlament nur durch 20–25 von ca. 190 Abg. vertreten; lediglich in dem 1869 gewählten Parlament unterstützten anfangs ca. 100 von 186 Abg. die Regierung *Zaímis*. *Zaímis* wandte viel Energie an die innere Entwicklung des Landes (erste Eisenbahnlinie Athen-Piräus) und die Rüstung. In der Schlußphase der Kreta-Krise (1866–69) entschloß sich *Zaímis* zu dem unpopulären Schritt, das Protokoll der Mächte vom Dezember 1868 anzunehmen. 1870 trat die Regierung angesichts der weltweiten Diskreditierung Griechenlands wegen der Ermordung britischer Reisender durch eine Räuberbande zurück. Nach dem Tod des *Zaímis* 1880 zerfiel die Partei. –

Zaímis' Sohn *Aléxandros* scharte zwischen 1897 und 1912 in der Parlamentsfraktion eine Anzahl konservativer Abg. um sich und bildete nach dem verlorenen Krieg mit der Türkei ein Minderheitskabinett (1897–1899), das den unpopulären Frieden im Parlament durchbringen konnte. Ein nochmaliger Auftrag des Königs zur Bildung einer Minderheitsregierung 1901 entfachte im Parlament einen Sturm der Entrüstung. *A. Zaímis'* Partei verlor bald darauf die Unterstützung des Königs und löste sich auf.

Zentrumsunion (**EK,** Énosis Kéntru), ab 1974: ZENTRUMSUNION-NEUE KRÄFTE (EK-ND, Énosis Kéntru-Nées Dinámis), ab 5. 2. 1976: UNION DES DEMOKRATISCHEN ZENTRUMS (EDIK, Énosis Dimokratikú Kéntru).

Gründung: Bis zum 19. 9. 1961 fusionierten nacheinander folgende Parteien zur Zentrumsunion: das → DEMOKRATISCHE ZENTRUM / LIBERALE BAUERNUNION, die DEMOKRATISCHE UNION 2), die LIBERALDEMOKRATISCHE PARTEI, die → LIBERALE PARTEI, die → NATIONALE PROGRESSIVE ZENTRUMSUNION, die PROGRESSIVE ARBEITER- UND TECHNIKERPARTEI (Proodeftikón Ergatotechnikón Kómma), die SOZIALE VOLKSPARTEI (Laïkón Kinonikón Kómma), die PARTEI DER NATIONALGESINNTEN und die NEUE POLITISCHE BEWEGUNG (Néa Politikí Kínisis).

Programm: Die Parteien der liberalen Mitte und des linken Zentrums wollten eine Alternative zur → NATIONALRADIKALEN UNION (ERE) bilden. Gefordert wurden freie Wahlen und die Wiederherstellung der demokratischen Rechtsstaatlichkeit. Den innenpolitischen Repressionen (Verbannung unerwünschter Personen, Gesinnungsbescheinigungen, Mißbrauch der Behörden für die Parteiinteressen der ERE) sollte ein Ende gesetzt werden. Die EK wollte die Verwaltung reformieren (Dezentralisierung, Ausbildung der Beamten) und das Schulwesen modernisieren, in der Wirtschaftspolitik durch eine Lockerung der Austeritätspolitik den Konsumenten entgegenkommen und gleichzeitig der Wirtschaftsentwicklung neue Impulse geben. Die EK stand zum NATO-Bündnis und zum Anschluß an die EG, plädierte aber für die nachdrückliche Wahrung der griechischen Interessen in der Außenpolitik. 1974 setzten die »Neuen Kräfte« zwar die offizielle Bezeichnung der EK als einer sozialdemokratischen Partei und die Änderung des Programmes (schrittweise Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und Wirtschaftsrahmenplan), nicht aber eine Neuorientierung in der praktischen Politik durch (Kompromißname: UNION DES DEMOKRATISCHEN ZENTRUMS).

Organisation: Am 27. 9. 1962 verabschiedete die EK-Fraktion die Parteistatuten. Danach ist der Parteitag das höchste Organ; er wählt den Parteivors., den zehnköpfigen Exekutivausschuß (seit 1974 ZK und Kontrollkommission), der die Beschlüsse der Fraktion vorzubereiten hat, und den zehnköpfigen Organisationsausschuß als Konsultativorgan für die Belange der Parteiorganisation, seit 1974 besteht ein Politbüro. Zum ersten Parteichef wurde *J. Papandréu* durch Konsens der Gründungsparteien ernannt. Das Statut blieb zum größten Teil auf dem Papier. Anstelle des Parteikongresses waren Parteichef und Fraktion die tatsächlich höchsten Parteiorgane, die Gründergruppen behielten großes Gewicht. Während der Diktatur bildeten sich im Ausland unter den Gastarbeitern und Studenten ein Generalsekretariat und ein Exekutivausschuß der EK, dem *A. Papandréu* nach seiner Freilassung vorsaß. 1974 erreichten die linksliberalen bzw. sozialdemokratischen »Neuen Kräfte«, die sich der Partei anschlossen, daß die demokratischen Prozeduren der Willensbildung in den Statuten abgesichert wurden.

Presse: Der EK standen unter anderem die Tageszeitungen ›Vima‹ (Tribüne), ›Ta Néa‹ (Nachrichten), ›Eleftherία‹ (Freiheit, 1967 eingestellt), ›Éthnos‹ (Nation; nach Verfolgungen durch die Junta eingestellt), ›Athinaikí (Athener [Zeitung]), ›Makedonía‹, sowie bis 1965 die Wochenzeitschrift ›Máchi‹ (Kampf) der Gruppe um Í. Tsirimókos nahe.

Geschichte: Wegen der staatlichen Beeinflussung der Wahlen von 1961 (EK: 39,37% der Stimmen, 132 von 300 Mandaten) eröffnete die Partei den sog. »unversöhnlichen Kampf« gegen die Regierung (Obstruktion im Parlament, Demonstrationen, Propaganda, Vermeidung von Kontakten zum König) und forderte König *Paul* zur Entlassung des Kabinetts auf; *S. Venizélos* empfahl eine gemäßigtere Taktik und wurde vorübergehend aus der Partei ausgeschlossen. Nach dem Rücktritt von *K. Karamanlis* (→ NATIONALRADIKALE UNION) ging die EK aus den korrekt durchgeführten Wahlen von 1963 mit 42,04% der Stimmen und 138 von 300 Mandaten als Sieger hervor, doch reichten die Sitze nicht zur Bildung eines Kabinetts, weil die EK eine Koalition mit der ERE ebenso entschieden ablehnte wie die parlamentarische Unterstützung durch die EDA. In den Neuwahlen von 1964 erzielte die EK 52,72% der Stimmen und 171 von 300 Sitzen. In der Politik *Papandréus* hatten die innenpolitische Liberalisierung, der wirtschaftliche Aufschwung, die Zypernfrage sowie die Reform des Bildungswesens (Einführung des unentgeltlichen Besuchs aller staatlichen Lehranstalten einschließlich der Universitäten) Priorität; mit der Verwaltungsreform wurde begonnen. Die Binnenstruktur der EK zwang zum ständigen Ausbalancieren des prekären Gleichgewichts in der Partei (Dissens bei der Wahl des Parlamentspräsidenten 1964, eigenmächtiger Ausschluß führender Parteimitglieder durch *Papandréu*) und zu häufigem Ämterwechsel. Der zähe Widerstand von Polizei und Militär gegen den liberalen Kurs und die politische Kontrolle der Streitkräfte verursachten eine latente Krise. Als 1965 eine später dramatisierte Verschwörung einiger Offiziere mittlerer Ränge zum Schutz der Demokratie (ASPIDA) aufgedeckt wurde und der Ministerpräsident gleichzeitig frühere Wahlbeeinflussungen durch das Militär untersuchen lassen wollte, kam es zum offenen Verfassungskonflikt mit *Konstantin II.* über das Mitspracherecht des Königs. Nach dem erzwungenen Rücktritt *Papandréus* im Juli 1965 versuchte *Konstantin,* Kabinette aus Abg. zu bilden, die die EK verlassen hatten. Mit Unterstützung der NATIONALRADIKALEN UNION und der FORTSCHRITTSPARTEI (3) fand das dritte dieser Kabinette unter *S. Stefanópulos* eine heterogene parlamentarische Mehrheit. Die EK beharrte auf der Forderung nach Neuwahlen, denen der König erst nach der

Verständigung *Papandréus* mit ERE-Chef *Kanellópulos* (1966) zögernd zustimmte. Zur Diktatur (1967–74) stand die EK in schroffer Gegnerschaft, das Begräbnis von *J. Papandréu* (November 1968) wurde zur ersten Massendemonstration gegen das Regime. Im Juli 1969 vereinbarten EK und ERE den Kampf gegen die Diktatur ohne Lösung Griechenlands aus dem westlichen Bündnis. Nach der Befreiung 1974 zerschlugen sich die Hoffnungen linksliberaler und sozialdemokratischer »Neuer Kräfte« aus dem Widerstand gegen die Junta, ihre Vorstellungen in der Partei durchzusetzen; nach ihrem Austritt gründeten einige von ihnen 1977 die → Partei der Sozialistischen Initiative, 1979 die Partei des Demokratischen Sozialismus (Kodiso, Kómma Dimokratikú Sosialismú) unter *J. Pesmazóglu.*

In den Wahlen von 1974, die den Charakter eines Plebiszits für den Befreier *Karamanlís* hatten (→ Neue Demokratie), erreichte die EK nur 20,42 % der Stimmen und 60 von 300 Mandaten; als stärkste Partei behauptete sie sich nur in den drei kretischen Wahlkreisen Chaniá, Lasíthion, Iráklion. Die Wahlen von 1977 waren für die nun EDIK benannte Partei eine Katastrophe (11,95 % der Stimmen, 15 von 300 Sitzen), ihre Wähler gingen teils zur → Neuen Demokratie, teils zur Panhellenischen Sozialistischen Bewegung über. Die Folge war ein rasch fortschreitender Zerfall der Partei (Rücktritt des Vors. *J. Mávros,* schwere innerparteiliche Konflikte, Austritt von *I. Pesmazóglu* 1978, Übertritt anderer Politiker zur Neuen Demokratie).

S. Linardátos, Apó ton emfílio sti chúnta. 3 Bde. Athen 1977–78.

GROSSBRITANNIEN

von

PETER WENDE

Geschichte und Eigenart des englischen Parteienwesens sind im wesentlichen durch die verfassungsrechtliche Funktion und politische Bedeutung des englischen Parlaments geprägt. Als Vertretungskörperschaft des englischen Reiches fungierte dieses Parlament im Spätmittelalter und besonders im 16. Jh. als Vermittlungsinstanz zwischen königlicher Zentralgewalt und politischer Nation. Dieser anfänglichen Kooperation folgte im 17. Jh. eine Phase der Konfrontation von Parlament und Krone, die zu einem Machtkampf um den Besitz der staatlichen Souveränität führte. Parallel zu dem daraus resultierenden wachsenden politischen Einfluß des Parlaments begann die Entwicklung von politischen Parteien, die schließlich in das moderne englische Parteiensystem als Grundfaktor des parlamentarischen Regierungssystems mündete, wobei sich bestimmte Traditionslinien von den modernen Parteien bis hin in jene Frühzeit des englischen Parteienwesens zurückverfolgen lassen.

Dabei ist die Geschichte der englischen Parteien besonders mit der Geschichte des Unterhauses, der zweiten Kammer dieser Körperschaft, verknüpft. Bereits im 14. Jh. hatte sich diese Versammlung der Vertreter der Grafschaften und Gemeinden von der erblichen Pairskammer, dem House of Lords, getrennt und seit 1407 wurde dann diesen »Commons« das alleinige Recht zur Bewilligung und Erhebung von Steuern garantiert – eine wesentliche Voraussetzung ihres späteren politischen Aufstiegs. Hier bildeten sich im Laufe der Zeit Parteien aus, die dann auch im Oberhaus ihre Anhänger fanden. Als in der zweiten Hälfte des 19. Jh. deutlich wurde, daß unabhängig von Wahlausgängen nun stets die Konservativen über eine Mehrheit im Oberhaus verfügen konnten, wurde dessen Mitwirkung an der Gesetzgebung 1911 drastisch beschnitten. Zudem können seit 1958 die ansonsten erblichen Peerswürden auch auf Lebenszeit (life-peers) und auch an Frauen vergeben werden.

Die enge Verknüpfung von englischer Parteiengeschichte und parlamentarischer Tradition läßt keine eindeutigen Daten für die Anfänge des Parteiensystems bzw. die Entstehung der älteren englischen Parteien zu, und wenn auch mit einigem Recht von modernen Parteien erst im 19. Jh. gesprochen werden kann, so lassen sich deren Ursprünge doch bis ins 17. Jh. zurückverfolgen. 1641, am Vorabend der englischen Revolution, standen sich in der Debatte um das politische Programm der puritanischen Opposition (The Grand Remonstrance) erstmals zwei große politische Gruppierungen im Parlament gegenüber: die Royalisten und Verteidiger der anglikanischen Staatskirche auf der einen, die puritanischen Gegner der Bischofskirche, die gleichzeitig einen Ausbau der Rechte des Parlaments und eine Reduzierung der Macht des Königs anstrebten, auf der anderen Seite. Später ließen sich dann bei den siegreichen Puritanern zwei, entsprechend ihren kirchenpolitischen Zielsetzungen, differierende Gruppen unterscheiden: die »Presbyterianer« und die »Indepen-

dents« des Langen Parlaments. Als nach der Restauration der Monarchie dann der Kampf zwischen Krone und Parlament erneut aufflammte, standen sich auf dessen Höhepunkt während der Auseinandersetzungen um den Ausschluß des katholischen Thronfolgers und späteren Königs *Jakob II.* von der Thronfolge (Exclusion Crisis 1679–81) erstmals → WHIGS und → TORIES als diejenigen politischen Gruppierungen gegenüber, von denen aus sich bis hin zu den modernen englischen Parteien bestimmte Entwicklungslinien aufzeigen lassen. Vor allem die Epoche nach dem erfolgreichen Abschluß der Glorreichen Revolution von 1688/89 stand bis zum Eintritt der Thronfolge des Hauses Hannover ganz im Zeichen erbitterter politischer Parteienkämpfe. Nach dem eindeutigen Triumph der WHIGS 1715 verebbten die politischen Grundsatzkonflikte, und damit verloren im Laufe des 18. Jh. politische Parteipositionen für die Machtverteilung im Parlament zunehmend an Bedeutung. Wenn auch die Parteibezeichnungen WHIG und TORY nicht außer Gebrauch kamen, so stritten sich dort nun Adelscliquen mit ihrem jeweiligen Anhang (»Connexions«) um die politische Führung. Erst mit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und dann besonders seit dem Ausbruch der Französischen Revolution markierten mit der wieder zunehmenden Bedeutung politisch-ideologischer Positionen WHIGS und TORIES erneut politische Parteistandpunkte im Parlament, die schließlich hinführten zu dem Dualismus von KONSERVATIVEN und LIBERALEN, mit dem die moderne englische Parteiengeschichte ihren Anfang nimmt.

Selbstverständlich existierten die englischen Parteien des 17., und 18. und frühen 19. Jh. zunächst nur als lose Verbindungen, die lediglich einen Teil der Unterhausmitglieder erfaßten und der grundsätzlichen Freiheit der Abgeordneten kaum irgendwelche Schranken auferlegten. Diese anfängliche Beschränkung des Parteiensystems auf das Parlament hat ihre Ursachen in den Besonderheiten jenes englischen Wahlrechts, das vom späten Mittelalter bis ins 19. Jh. hinein unverändert bestand. Demzufolge waren in den 40 englischen Grafschaften (Counties), die z. B. im 18. Jh. 80 der damals insgesamt 588 Abgeordneten für England, Schottland und Wales wählten, seit 1429 durchweg die sog. »forty-shillings freeholders« wahlberechtigt, d. h. diejenigen, welche aus freiem Grundbesitz mindestens 40 sh. Jahreseinkünfte nach Abzug aller Steuern bezogen. Daneben existierten für diejenigen Gemeinden, die das vom König verbriefte Recht besaßen, Abgeordnete in das Unterhaus zu entsenden (boroughs), vielfältige, z. T. stark differierende Bestimmungen, welche die Berechtigung zur Stimmabgabe in der Regel an die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Korporation, an die Zahlung bestimmter Steuern oder an den Besitz gewisser Grundstücke banden. Wenn damit zwar in einigen wenigen Gemeinden ein recht ausgedehntes Wahlrecht bestand, so war es doch im allgemeinen auf einen mehr oder weniger überschaubaren Personenkreis beschränkt, und in Extremfällen – den sog. »rotten boroughs« – konnten weniger als 20 Stimmen über die Wahl eines oder zweier Abgeordneter entscheiden. Der Umstand, daß somit schließlich Anfang des 19. Jh. nur ein geringer Teil der Bevölkerung wahlberechtigt war (ca. 2%), sowie die Praxis der Wahlen (offene Stimmabgabe, Wahlen entfielen, wo keine konkurrierenden Kandidaten sich bewarben, usw.) führten unter den besonderen Gegebenheiten der englischen Sozialstruktur dazu, daß die Wahlen in der Realität weitgehend dem Einfluß aristokratischer Führungsgruppen unterworfen waren. Bis 1830 verlor niemals eine Regierung eine Wahl. Dies änderte sich erst allmählich im Zuge der fortschreitenden Ausdehnung des Wahlrechts, die etappenweise durch die Wahlrechtsreformen des 19. und 20. Jh. realisiert wurde. Zunächst wurde in der leidenschaftlich umkämpften Wahlrechtsreform des Jahres 1832 das Wahlrecht in den boroughs nun einheitlich allen

Hausbesitzern zuerkannt, deren Häuser mindestens 10 £ Einnahmen im Jahr abwarfen, und in den Grafschaften jetzt auch vermögenden Pächtern verliehen. Zugleich fand eine regionale Umverteilung der Parlamentssitze statt, wobei nun u. a. die »rotten boroughs« endlich ihr Wahlrecht zu Gunsten der neuen industriellen Zentren in Nord- und Mittelengland verloren. Wenn damit auch zunächst nur eine Verdoppelung der Wählerschaft erreicht wurde, so war doch eine Grundsatzentscheidung gefällt, die den Weg zu weiteren Reformen wies. Das nächste Wahlrechtsgesetz (1867) verlieh allen Hausbesitzern in den boroughs (darunter nun zahlreiche Arbeiter) sowie vermögenden Wohnungsinhabern und einer größeren Zahl von Pächtern auf dem Lande das Wahlrecht, so daß nun insgesamt 2,48 Mill. (ca. 8 %) wahlberechtigt waren. 1872 folgte das für die Wahlpraxis so entscheidende Gesetz über die geheime Stimmabgabe (Ballot Act); 1884 fand dann die Vereinheitlichung des Stimmrechts in Stadt und Land statt, und ein Jahr später verabschiedete das Parlament eine grundlegende Reform der Wahlkreiseinteilung, derzufolge die überlieferte Trennung von Grafschaften und boroughs aufgehoben und generell einheitliche Wahlkreise eingeführt wurden, die nun jeweils nur noch einen Abgeordneten stellten. Die Zahl der Wahlberechtigten stieg nun auf 5 Mill. (ca. 15 % bzw. 60 % aller erwachsenen Männer). 1918 wurde schließlich das allgemeine Männerwahlrecht verwirklicht, den Frauen jedoch nur ein eingeschränktes Wahlrecht gewährt (für Frauen über 30 unter bestimmten Voraussetzungen), das 10 Jahre später dann durch das Stimmrecht für alle Frauen ersetzt wurde. 1948 verwirklichte man endlich das allgemeine, gleiche Wahlrecht, indem die letzten Mehrstimmen-Wahlrechte (z. B. für Universitätsangehörige) abgeschafft wurden; 1969 senkte man schließlich das Wahlalter auf 18 Jahre. Parallel zu diesem Demokratisierungsprozeß erwuchs für die Parlamentsparteien die Notwendigkeit, engere Verbindungen zu der sich ausweitenden Wählerschaft durch die Errichtung außerparlamentarischer Organisationen zu suchen und herzustellen, um diese zur Teilnahme am politischen Prozeß zu gewinnen. So entstand das moderne politische Parteiensystem Englands, das jedoch in vielfacher Hinsicht durch seine Entstehungsgeschichte geprägt ist:

1. Da die Parteien sich aus Gruppierungen innerhalb des Parlaments entwickelten, lag und liegt das politische Gewicht innerhalb der Parteien stets bei der Parlamentsfraktion bzw. deren Führungsspitze. Dies gilt letztlich auch für die zunächst unter anderen Voraussetzungen entstandene ARBEITERPARTEI.

2. Auf Grund des von alters her gültigen relativen Mehrheitswahlrechts, bei dem heute jeder Wähler nur eine Stimme hat und der Kandidat siegt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, bleiben bei der Auswertung des Wahlergebnisses die in den einzelnen Wahlkreisen (z. Zt. 635 für England, Schottland, Wales und Nordirland) für die unterlegenen Kandidaten abgegebenen Stimmen unberücksichtigt, so daß die Zahl der Parlamentssitze einer Partei und die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen in ihren Proportionen durchaus divergieren können (1951 z. B. erhielten die KONSERVATIVEN bei einem Stimmenanteil von 48 % 321 Sitze, während auf die ARBEITERPARTEI für 48,7 % nur 295 Sitze entfielen). So sind es meist nur geringfügige Verschiebungen im Wählerspektrum, die vor dem generellen Hintergrund einer ausgeprägten Kontinuität der Parteipräferenzen (ca. 80 % der englischen Wähler sind sog. Stammwähler einer Partei), oftmals gewichtige Änderungen der Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus bewirken. Daraus folgt zugleich, daß politische Splittergruppen bisher in England nahezu chancenlos waren.

3. Es hat in England stets mehr als nur zwei Parteien gegeben, aber unter dem Eindruck der parlamentarischen Konfrontation von Regierung und Opposition ist die politische

Realität dennoch meist weitgehend von dem Dualismus eines Zwei-Parteien-Verhältnisses bestimmt worden. So wurden und werden politische Differenzen in der Regel innerhalb der großen Parteien ausgetragen bzw. durch Parteiwechsel einzelner oder ganzer Gruppen, statt zu Parteigründungen zu führen. Lediglich die Entstehung der ARBEITERPARTEI unter den besonderen Umständen des ausgehenden 19. Jh. liefert hier die große Ausnahme.

4. Infolge der uneingeschränkten Souveränität des englischen Parlaments war die Politik der einzelnen Parteien von jeher mehr durch pragmatische Flexibilität als programmatische Prinzipientreue gekennzeichnet, denn stets ging es um politische Alternativen im Rahmen des bestehenden Systems, nie um grundsätzliche Opposition zum Staat und dessen Verfassung. Die davon abweichende Politik der entschiedenen irischen Nationalisten bestätigt nur diesen Grundzug, denn Ziel dieser Partei war es, den Staat zu verlassen.

J. Jennings, Party Politics, Bd. II, The Growth of Parties, Cambridge 1961; J. Bulmer-Thomas, The Growth of the British Party System, London ²1967; R. T. McKenzie, British Political Parties. The Distribution of Power within the Conservative and Labour Parties, London ²1967 (Dt., Politische Parteien in England, Köln 1961); H. Setzer, Wahlsystem und Parteientwicklung in England. Wege zur Demokratisierung der Institutionen 1832 bis 1948, Frankfurt 1973; F. W. S. Craig, Minor Parties at British Parliamentary Elections 1885–1974, London 1975.

Arbeiterpartei (Labour Party).

Aus der Verbindung von Gewerkschaftsbewegung und englischem Sozialismus hervorgegangene parlamentarische Interessenvertretung der Arbeiterschaft, die sich nach dem Ersten Weltkrieg relativ rasch anstelle der LIBERALEN als die zweite große englische Partei neben den KONSERVATIVEN etablierte.

Gründung: Am 27. 2. 1900 wurde auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Konferenz des englischen Gewerkschaftskongresses (TUC, Trade Union Congress) in der Farrington Hall, London, das Labour Representation Committee (LRC) begründet. Nach den Wahlen des Jahres 1906 nahm das LRC den Namen Labour Party an.

Programm: Nachdem zunächst eine Fixierung bestimmter politischer Zielsetzungen bewußt unterlassen worden war, erfolgte mit dem neuen Parteistatut von 1918 eine inhaltliche Ausrichtung der Politik der Partei. In Artikel 3, Absatz 4 der Satzung wurde als politisches Ziel formuliert, »den manuell oder geistig Schaffenden die vollen Früchte ihres Fleißes und deren möglichst gerechte Verteilung zu sichern, auf der Grundlage gemeinsamen Besitzes der Produktionsmittel und des bestmöglichen Systems der gemeinnützigen Verwaltung aller Industrie- und Wirtschaftszweige«. Die Parteikonferenz im Juni 1918 erläuterte und definierte dann diese Zielsetzung auf der Grundlage des von dem Fabier *S. Webb* verfaßten Manifestes »Labour und die neue soziale Ordnung« (Labour and the New Social Order) in 26 programmatischen Resolutionen. Getragen wurde dieses Programm von vier prinzipiellen Forderungen nach: 1. nationalem Minimum, d. h. unter anderem staatliche Garantie von Vollbeschäftigung bei garantierten Minimallöhnen und 48-Stundenwoche; 2. demokratischer Kontrolle der Industrie mit Verstaatlichung bestimmter Wirtschaftszweige in einer gemischten, staatlich gelenkten Wirtschaftsordnung; 3. Revolutionierung der nationalen Finanzen, d. h. Besteuerung von Grund und Boden, großen Vermögen und Einkünften, Erbschaftssteuer; 4. Verwendung des Überschusses für das Gemeinwohl, d. h. besonders für die allgemeine öffentliche Erziehung.

Die Labour Party verstand sich somit als sozialistische Partei, die ihre Ziele nicht auf revolutionärem Weg gegen den Staat, sondern auf demokratischem Wege durch den Staat realisieren wollte. Dieses, dem Sozialismus der Fabier verpflichtete Programm veränderten auch spätere Manifeste (Labour and the Nation 1928–29, For Socialism and Peace 1934–35, Labour's Immediate Programme 1937–39) nicht wesentlich. 1950 allerdings wurde die sozialistische Zielsetzung deutlich zurückgenommen, dem Konzept des Klassenkampfes eine entschiedene Absage erteilt, das Nationalisierungsprogramm reduziert, ökonomischer Privatinitiative ein Platz im Wirtschaftssystem ausdrücklich zuerkannt (Labour and the New Society) – die erfolgreiche Einfügung der Partei in das traditionsbestimmte britische Parteien- und Regierungssystem gewährleistete den Primat des politischen Pragmatismus gegenüber ideologischer Orthodoxie.

Organisation: Die Labour Party entstand als Föderation bereits bestehender Organisationen. Dementsprechend stand an der Spitze des 1900 gebildeten LRC ein 12köpfiger Ausschuß, in dem 7 Sitze den Gewerkschaften und 5 den sozialistischen Vereinigungen (2 ILP, 2 SDF, 1 Fabier) zustanden. 1918, als die Partei durch die Mög-

lichkeit der individuellen Mitgliedschaft zur echten Mitgliederpartei wurde, änderte man Zusammensetzung und Wahlverfahren dieses nun als National Executive Committee (NEC) bezeichneten Parteivorstandes (5 Vertreter der Ortsvereine, 4 Frauen, 1 Finanzsekretär und 13 Vertreter der Gewerkschaften und sozialistischen Verbände, die nun nicht mehr getrennt berücksichtigt wurden; über die Kandidatenlisten der einzelnen Gruppen stimmte der Parteitag ab). 1937 erhöhte sich die Zahl der Sitze für die Ortsvereine der Partei auf 7. Heute besteht das NEC aus 29 Mitgliedern: dem Parteiführer und seinen Stellvertretern, dem Schatzmeister, 12 Gewerkschaftsvertretern, 1 Mitglied der sozialistischen Verbände und Genossenschaften, 7 Repräsentanten der Ortsvereine, 5 Frauen und 1 Jungsozialisten. Dem Parteivorstand untersteht das Zentralbüro der Labour Party. Außerdem besitzt er 5 Ausschüsse für: Organisation, internationale Fragen, Commonwealth, Politik und Meinungsforschung, Finanzen und Allgemeines.

Neben dem NEC richtete man 1922, als der Gewerkschaftskongreß (TUC) durch die Errichtung eines allgemeinen Rats für politische Koordination (General Council) stärker eigene politische Zielsetzungen formulierte, den Gemeinsamen Nationalen Rat (National Joint Council) ein, bestehend aus der jeweils gleichen Zahl von Vertretern der Fraktion der Labour Party, des NEC und des General Council. 1931 änderte sich diese Relation: nun standen 7 Gewerkschaftlern 3 Vertreter der Partei und 3 der Fraktion gegenüber. 1934 nahm dieses Gremium den Namen NCL, (»National Council of Labour«) an. Als 1941 die Genossenschaftspartei (Cooperative Party) offiziell der Organisation der Labour Party beitrat, änderte sich die Zusammensetzung erneut in: 7 Gewerkschaftsvertreter, 7 Genossenschaftler und 7 Mitglieder der Labour Party (4 aus der Fraktion, 3 aus dem NEC). Die politische Bedeutung, die dieses Gremium besonders in den 30er Jahren besaß, hat es inzwischen weitgehend eingebüßt.

Die oberste Instanz der Partei ist der alljährlich stattfindende Parteitag, auf dem die großen Gewerkschaften mit Hilfe des Systems der Blockabstimmung die Mehrheit besitzen (jede Gewerkschaft und sonstige Organisation gibt die gesamten Stimmen, auf die sie ein Anrecht hat, als Einheit ab – die sechs größten Gewerkschaften verfügen über mehr als 50% der Stimmen. 1956 z.B. besaßen die Gewerkschaften insgesamt 5 630 000 Stimmen gegenüber 990 000 der Wahlkreisorganisationen und 61 000 der sozialistischen Vereinigungen).

Trotz der formalen Führungsposition der Parteiversammlung lag bis vor kurzem de facto das politische Schwergewicht innerhalb des komplexen Parteigebildes, vor allem wenn Labour die Regierung stellte, bei der Parlamentsfraktion der Partei und dem von ihr gewählten Führer (bis 1922 als Sprecher bezeichnet), der sich zwar in Zeiten der Opposition jährlich der Wahl stellen mußte, jedoch gewöhnlich wiedergewählt wurde, solange er Mitglied des Parlaments war.

Presse: ›Labour Leader‹ (1893–1922), ›New Leader‹ (1922–49). Der Partei nahestehende Organe waren bzw. sind ›Daily Herald‹ und ›Daily Mirror‹.

Geschichte: Die Wahlrechtsreform von 1867 hatte einem beträchtlichen Teil der städtischen Arbeiterschaft das Wahlrecht verliehen. Ein Jahr später begründeten die englischen Gewerkschaften den TUC als ihren Dachverband, dessen Parlamentskomitee als Kontaktstelle zu Regierung und Abgeordneten zwecks Realisierung politischer Zielsetzungen fungieren sollte. Daneben versuchte die 1869 ins Leben gerufene Labour Representation League ohne großen Erfolg bis 1881 die Wahl von Arbeitervertretern ins Unterhaus zu organisieren. Die wenigen Arbeiter, die im 19. Jh. ins Parlament gewählt wurden, überwiegend Bergarbeiter, stimmten in der Regel mit den Liberalen (Lib-Labs). Auch ein zweiter, nach der Wahlrechtsreform von 1884 unternommener Versuch, durch die 1886 begründete Labour Electoral Association des TUC die Wahl von Arbeitervertretern zu fördern, schlug fehl; die Organisation geriet in das Kielwasser der Liberalen und verschwand nach den Wahlen von 1892. Ähnlich erfolglos verliefen die ersten sozialistischen Parteiexperimente. Die 1881 begründete radikal-liberale Demokratische Föderation (Democratic Federation) bekannte sich unter der Führung *H. M. Hyndmans* 1883 zum Sozialismus marxistischer Prägung und änderte im August 1884 ihren Namen in Sozialdemokratische Föderation (SDF, Social Democratic Federation). Fehlte der SDF die Massenbasis (Ende der 80er Jahre besaß die Partei noch keine 1000 Mitglieder), so verzichtete die ebenfalls 1884 entstandene Fabier Gesellschaft (Fabian Society) von vornherein darauf, da sie als Organisation einer intellektuellen Elite *(S. Webb, S. Olivier, G. B. Shaw)* sich auf wegweisende Beraterfunktionen bei der Realisierung des von ihnen favorisierten Sozialismus durch Verstaatlichungen beschränken wollte.

Die am 14. 1. 1893 in Bradford gegründete Unabhängige Arbeiterpartei (ILP, Independent Labour Party) hatte im Gegensatz zur radikalen SDF mit ihrem gemäßigten sozialistischen Programm von vornherein das Ziel, die Gewerkschaften endlich für die Unterstützung einer unabhängigen Arbeiterpartei zu gewinnen. Ihre Vorläufer waren die 1888 durch den Sekretär der schottischen Bergarbeitergewerkschaft, *J. Hardie*, in Glasgow ins Leben gerufene Schottische (Parlamentarische) Arbeiter-Partei (Scottish [Parliamentary] Labour Party) sowie zunächst lokale politische Arbeiterorganisationen wie die Bradford Labour Union (1891) und die National Independent Labour Party (London District) von *J. Burgess*, der zusammen mit *Hardie* die Gründung der ILP initiierte. Doch auch der ILP versagten die traditionell liberal orientierten großen Gewerkschaften ihre Unterstützung, bei den

Wahlen 1895 konnte die Partei z. B. keinen einzigen ihrer 28 Kandidaten durchbringen. Erst infolge der nach der Wirtschaftskrise der 80er Jahre wachsenden sozialen Spannungen, die einerseits zur Gründung der radikaleren ›neuen Gewerkschaften‹ der ungelernten Arbeiter und andererseits zur organisatorischen Gegenoffensive der Unternehmer führten, gelangten die Gewerkschaften allmählich zu der Überzeugung, daß ohne die politische Macht die Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele in Frage gestellt war. Mit 546 000 gegen 434 000 Stimmen beschloß der TUC 1899 die Einberufung eines Sonderkongresses, der gemeinsam mit den genossenschaftlichen und sozialistischen Organisationen Maßnahmen für die Wahl künftiger Arbeitervertreter ins Unterhaus beraten sollte. Dieser Kongreß, der die Gründung des Labour Representation Committee (LRC) aus Vertretern der Gewerkschaften, der ILP, der SDF und der Fabian Society beschloß, war zugleich der Gründungsparteitag der Labour Party. Das Ehrenamt des Parteisekretärs erhielt der Kandidat der ILP, *R. MacDonald*.

Bei den »Khaki«-Wahlen 1900 errang die neue Partei lediglich zwei Sitze, wobei der eine Abg. bald zu den Liberalen überwechselte. Doch als das letztinstanzliche Urteil des Oberhauses im Taff Vale Prozeß 1901 das Streikrecht ernsthaft bedrohte (Gewerkschaften waren forthin für Streikschäden schadensersatzpflichtig) reagierten die Gewerkschaften durch verstärkte Unterstützung des LRC. Die Zahl der Mitglieder stieg von 376 000 (1901) auf 861 000 (1903). 1906 gelang der erste Wahlerfolg: von 50 Kandidaten wurden 29 gewählt. Dazu hatte wesentlich ein geheimes Wahlabkommen zwischen *MacDonald* und *Hardie* auf der einen und dem liberalen Whip *H. Gladstone* auf der anderen Seite beigetragen – fast alle Labour-Abg. waren ohne liberalen Gegenkandidaten gewählt worden. Der regionale Schwerpunkt des Erfolges war Lancashire; sämtliche Abg. entstammten der Arbeiterklasse. Die Partei nannte sich nun Labour Party, die Fraktion wählte als ihren ersten Vors. *Hardie*. Da man zunächst einen häufigen Wechsel in diesem Amt anstrebte, folgte ihm 1908 *A. Henderson*, ein von den Liberalen übergewechselter Gewerkschaftsfunktionär, 1910 *G. Barnes* und 1911 *R. MacDonald*. Nach anfänglichen Erfolgen (Revision des Taff-Vale Urteils durch den Trades Disputes Act der liberalen Regierung) geriet die Partei durch das Urteil im Osborne-Prozeß (1908, Verbot der Finanzierung politischer Parteien durch Gewerkschaftsbeiträge, 1913 revidiert durch Trade Union Act – Gewerkschaftsmitglieder mußten eine ausdrückliche Erklärung abgeben, wenn sie keine Zahlungen für den separaten politischen Fonds der Gewerkschaft leisten wollten) erneut in Schwierigkeiten. Dennoch errang die Partei in den Wahlen des Jahres 1910 40 bzw. 42 Sitze durch die abermalige Unterstützung der Liberalen. Danach wuchs jedoch der Widerstand gegen die enge Allianz mit den Liberalen und es mehrten sich die Stimmen für eine entschiedene sozialistische Politik.

Die SDF war aus diesem Anlaß bereits 1901 aus dem LRC ausgeschieden, hatte 1908 die Bezeichnung Sozialdemokratische Partei (Social Democratic Party) angenommen und gründete 1911 gemeinsam mit dem linken Flügel der ILP die Britische Sozialistische Partei (BSP, British Socialist Party) mit dem SDF-Veteranen *Hyndman* als Vorsitzenden. Doch der erhoffte Zustrom unzufriedener Labour-Mitglieder blieb aus.

Im Januar 1916 schloß sich die BSP der Arbeiterpartei an, 1920 ging sie in der → Kommunistischen Partei auf. Der Kriegsausbruch führte zur Spaltung der Labour Party. Während eine Minderheit mit *MacDonald* an der Spitze eine pazifistische Linie vertrat, unterstützte die Mehrheit den Krieg. *Henderson* löste den daraufhin zurückgetretenen *MacDonald* ab, der seinerseits mit einigen liberalen Dissidenten 1914 die »Union of Democratic Control« gründete, eine Vereinigung, die für demokratische Kontrolle der Außenpolitik, Abrüstung und internationale Friedensorganisation eintrat. *Henderson* dagegen trat im Mai 1915 dem Koalitionskabinett *Asquith* und ein Jahr später dann *Lloyd Georges* Kriegskabinett bei, wobei weitere fünf Labour-Abg. Regierungsämter bekleideten. Diese Entscheidung für die Mitverantwortung der Kriegspolitik war in der Fraktion noch auf starken Widerstand gestoßen, auf dem Parteitag im Januar 1917 fand sie jedoch die entschiedene Billigung der gewerkschaftlich organisierten Basis der Partei (1,85 Mill. Stimmen gegen 307 000). Zugleich hob ein Parteitagsbeschluß die föderative Struktur des Parteivorstandes auf, die bislang den sozialistischen Vereinigungen eine feste Zahl von Vertretern gesichert hatte – forthin gingen alle Mitglieder des NEC aus der Wahl durch den von den Gewerkschaftsmajoritäten dominierten Parteitag hervor. Doch bereits im selben Jahr wandelte sich die politische Ausrichtung der Partei. Allgemeine Kriegsmüdigkeit, Besorgnis über mögliche negative Folgen des sozialen und innenpolitischen Burgfriedens für die Gewerkschaften, Mißtrauen gegen die Außenpolitik der Regierung, besonders aber der Eindruck der russischen Revolution führten dazu, daß die Partei Demokratisierung, Abrüstung, Einrichtung eines Völkerbundes als ihre Hauptkriegsziele formulierte, die Politik des amerikanischen Präsidenten *W. Wilson* nachdrücklich unterstützte und sich für die Teilnahme an dem geplanten internationalen Friedenskongreß der sozialistischen Parteien in Stockholm aussprach. Letzteres führte zu *Hendersons* Ausscheiden aus dem Kriegskabinett, doch noch blieb Labour in der Koalition. *Henderson* widmete sich nun als Parteisekretär der Reform der Parteiorganisation. Auf den Parteitagen im Februar und Juni 1918 wurden eine neue Verfassung und ein gemäßigt sozialistisches Programm verabschiedet. Neben die jetzt enger geknüpfte Föderation von Gewerkschaften und so-

zialistischen Vereinigungen trat nun eine eigene Wahlkreissektion für individuelle Parteimitgliedschaft, die in einem Jahr die Zahl der Ortsvereine von 85 auf 292 vergrößerte. Während die Liberalen gespalten waren, präsentierte sich Labour als eine geschlossene Partei, in der auf Grund der zunehmenden Politisierung der großen Gewerkschaften kaum Differenzen bestanden – lediglich auf dem rechten Flügel hatten Dissidenten 1916 die NATIONALE LIGA BRITISCHER ARBEITER (British Workers National League) begründet, die später als → NATIONALDEMOKRATISCHE UND ARBEITERPARTEI die Koalition unterstützte. So war es nur konsequent, wenn ein außerordentlicher Parteitag am 14. 11. 1918 den Austritt aus der Koalition beschloß. Bei den Wahlen im Dezember 1918 präsentierte die Partei 361 Kandidaten, und wenn nur 60 gewählt wurden, so hatte Labour doch insgesamt 2,5 Mill. Stimmen (= 20,8 %) auf sich vereinigen können und bildete gegenüber der Koalition die stärkste Oppositionspartei. Ihre Verfassungstreue bewies die Partei durch ihre Abgrenzung gegen die → KOMMUNISTISCHE PARTEI (CPGB). Die prinzipiellen Gegensätze waren unüberbrückbar: Klassenkampf, Diktatur des Proletariats, rigide Parteidisziplin paßten nicht in das Konzept der Labour Party, die auf ihrem Parteitag im Juni 1921 mit 4,1 Mill. Stimmen gegen 224 000 den Antrag der CPGB auf Angliederung ablehnte. Die Wiederholung des Antrages in den folgenden Jahren scheiterte stets an deutlichen Mehrheiten, und als daraufhin die Kommunisten begannen, lokale Parteiorganisationen zu unterwandern, schloß der Parteivorstand 1927 23 Ortsvereine aus der Partei aus. Als 1923 erneut Wahlen stattfanden, konnte Labour seinen Anteil auf 191 Sitze steigern, wobei diesmal auch in London sowie Mittel- und Ostengland Stimmengewinne zu verzeichnen waren. Da die Konservativen ihre absolute Mehrheit eingebüßt hatten, wurde *MacDonald* als Vors. und Führer der nächststärksten Partei zum Premier berufen. Nach britischer Tradition stellte auch der erste Labour-Regierungschef sein Kabinett ohne formelle Absprache mit den Parteigremien frei zusammen: neben Labourpolitikern traten dem Kabinett ehemalige Liberale wie *Lord Haldane* (Lordkanzler), *C. P. Trevelyan* und *J. Wedgewood* bei. Als Minderheitsregierung von den Stimmen der Liberalen abhängig, mußte sie von vornherein auf jegliche programmatische Sozialisierungspolitik verzichten und präsentierte sich so mit ersten inneren Reformen (staatliche Wohnungsförderung durch Housing Bill), mit einem liberal-freihändlerischen Budget und durch die konstruktive Außenpolitik *MacDonalds* (Londoner Konferenz) als regierungsfähige Alternative. Die offizielle Anerkennung der Sowjetunion führte dann allerdings zu einer Krise, die in der Niederlage der Regierung gipfelte. Bei der Neuwahl verlor die Partei 40 Sitze.

In den folgenden Jahren stellte zunächst die verstärkte Militanz der großen Gewerkschaften, die über direkte Streikaktionen die Durchsetzung politischer Ziele anstrebten, die Politik der Partei in Frage. Doch das Scheitern des Generalstreiks im Mai 1926 führte zu einer Korrektur dieses Kurses. Ein Jahr später folgten verschärfte innerparteiliche Auseinandersetzungen mit der Gruppe der ILP, die auf eine mehr sozialistisch ausgerichtete Politik drängte *(J. A. Hobson:* »Socialism in Our Time«). Trotz dieser Spannungen und obwohl 1927 ein neues Gewerkschaftsgesetz der konservativen Regierung die Partei finanziell schwächte (Mitglieder mußten forthin ausdrücklich ihre Bereitschaft erklären, daß ein Teil ihrer Beiträge zu politischen Zwecken verwandt werden konnte) ging Labour aus den Wahlen 1929 mit 287 Abgeordneten erstmals als stärkste Partei hervor. Nicht zuletzt profitierte die Partei dabei von ihrer 1927 geschlossenen Allianz mit der starken Konsumbewegung, die 1918 mit einer eigenen Parteiorganisation, der GENOSSENSCHAFTSPARTEI (Cooperative Party), hervorgetreten war. Das zweite Kabinett *MacDonald* war ähnlich wie die erste Labour-Regierung zusammengesetzt, *Henderson* allerdings bekleidete diesmal das Außenministerium. Diese zweite Minderheitsregierung scheiterte 1931 trotz beachtlicher außenpolitischer Erfolge (Londoner Abrüstungskonferenz 1930, Normalisierung der Beziehungen zu den UdSSR, Vorbereitung des Dominion-Status für Indien) aufgrund ihrer angesichts der wachsenden Wirtschaftskrise unzureichenden traditionellen Wirtschaftspolitik. Verschärfter Widerstand seitens der Gewerkschaften mit TUC-Führer *W. Citrine* und *E. Bevin,* dem Vorsitzenden der Transportarbeitergewerkschaft an der Spitze, gegen Lohnsenkungen und Festhalten am Goldstandard führte zur Spaltung im Kabinett und zum anschließenden Rücktritt *MacDonalds,* der am nächsten Tag (24. 8. 1931) vom König den Auftrag zur Bildung einer nationalen Koalitionsregierung annahm. Gegen diesen Schritt mobilisierte der General Council des TUC den Widerstand der Partei. *MacDonald* und die in seinem Koalitionskabinett verbliebenen Kollegen *(Ph. Snowden, J. H. Thomas, J. Sankey)* schloß das NEC am 28. 9. aus der Partei aus. Zuvor war bereits *Henderson* auf einer gemeinsamen Sitzung der Fraktion und des General Council des TUC zum Parteiführer gewählt worden. Mit diesem Verfahren wurde der jetzt spürbar zunehmende politische Einfluß der Gewerkschaften deutlich. Nach der eklatanten Wahlniederlage 1931 (52 Sitze, erstmals seit 1910 hatte auch die Zahl der Wählerstimmen deutlich abgenommen auf 6,65 Mill. von 8,39 Mill. 1929) wuchs dieser Einfluß noch im Verhältnis zu dem schwachen parlamentarischen Flügel, der seit 1932 von *G. Lansbury* geführt wurde. Die politische Führung der Partei lag jetzt eindeutig bei dem 1921 gebildeten National Joint Council (seit 1934 National Council of Labour), dessen nun veränderte Zusammensetzung den Vertretern des General Council der Gewerkschaften gegenüber NEC und

Fraktion eine Mehrheit sicherte. Andererseits hatte nicht nur *O. Mosley* bereits 1930 mit vier weiteren Labour-Abg. die Partei verlassen und im Februar 1931 seine NEUE PARTEI (New Party) begründet, die bald zur faschistischen Organisation (British Union of Fascists, gegr. Oktober 1932, ab 1936 British Union of Fascists and National Socialists) wurde; darüberhinaus schied 1932 die ILP aus der Labour Party aus, um forthin eine Kümmerexistenz zu führen. Ihr Platz wurde in der Labour Party bald von der »Socialist League« eingenommen, die aus der Verbindung ehemaliger Mitglieder der ILP und der »Society for Socialist Inquiry and Propaganda« hervorging. *S. Cripps* wurde 1933 Vorsitzender dieser neuen Linksgruppierung. 1935 trat der Pazifist *Lansbury* von der Parteiführung zurück, nachdem auf dem Parteitag deutlich geworden war, daß angesichts der veränderten internationalen Szene die Mehrheit der Partei durchaus für eine Außenpolitik der Sanktionen und eine verstärkte Aufrüstung eintrat. *C. Attlee* wurde sein Nachfolger und bei den Wahlen im Oktober des gleichen Jahres errang die Partei wiederum 8,3 Mill. Stimmen, war aber mit 154 Sitzen den 387 konservativen Abg. (10,5 Mill. Stimmen) immer noch deutlich unterlegen.

Die neue Fraktion bestätigte nach zwei Kampfabstimmungen *Attlees* Führungsposition gegen die Kandidaturen von *H. Morrison* und *A. Greenwood*.

Nicht zuletzt unter dem starken Eindruck des spanischen Bürgerkrieges gewann der linke Flügel der Partei an Gewicht. Der Versuch der »Socialist League«, gemeinsam mit den Kommunisten und der ILP eine Einheitsfront (United Front) zu errichten, scheiterte am Widerstand des National Council, und als *Cripps* 1939 noch einmal für eine Volksfront agitierte, schloß die Partei ihn und seine Gefolgsleute *(A. Bevan)* vorübergehend aus.

Nachdem die Partei bereits 1938 gegen das Münchener Abkommen opponiert hatte, unterstützte sie 1939 den Kriegseintritt Großbritanniens und trug 1940 entscheidend zu der Ablösung *N. Chamberlains* durch *W. Churchill* bei, dessen Koalitionsregierung die Partei mit ausdrücklicher Billigung des NEC, des General Council des TUC und der gerade tagenden Parteikonferenz beitrat.

Durch diese erfolgreiche Mitarbeit verschob sich innerhalb der Partei das politische Gewicht wieder zugunsten der parlamentarischen Führungsspitze. Nach Kriegsende beendete *Churchill* entgegen den Wünschen der Labour Party abrupt die Koalition und setzte als Wahltermin den Juli 1945 fest. In dem von *Morrison* entworfenen Wahlprogramm »Let Us Face the Future« standen Vollbeschäftigung und Steigerung der Produktivität im Mittelpunkt, die Verstaatlichung bestimmter Industrien wurde als Mittel zu diesem Zweck und nicht als eigenständiges politisches Ziel proklamiert. Als dann das Wahlergebnis vorlag, hatte Labour zum ersten Mal einen höheren Stimmenanteil als die Konservativen errungen: knapp 12 Mill. Stimmen (48,0%) und mit 393 Sitzen eine absolute Mehrheit von 146. Daneben hatten die ILP 3, die Kommunisten 2 und die im Juli 1942 von dem Exliberalen *R. Acland* begründete, links von Labour stehende COMMONWEALTH PARTEI einen Sitz erhalten. Der beträchtliche Stimmenzuwachs kam aus den Reihen der Armee und auch aus dem Bereich der mittelständischen Angestellten in den großen Industriezentren des Landes. Der unerwartet hohe Wahlsieg hatte auch die Zusammensetzung der Parlamentspartei verändert: nur noch 121 Vertreter der Gewerkschaften standen doppelt soviel Abg. der Wahlkreisorganisationen gegenüber, meist Vertreter mittelständischer Berufsgruppen. Mit *Attlee* als Premier, *Bevin* als Außenminister und *Morrison* als Koordinator der Verstaatlichungspolitik ging die Labour-Regierung daran – nun erstmals mit einer sicheren absoluten Mehrheit ausgestattet – ihr Programm zu verwirklichen. In den fünf Jahren ihres Amtes wurden die Bank von England, der Bergbau, der Energiebereich, das inländische Transportwesen sowie Telefon- und Rundfunkgesellschaften verstaatlicht und 1949 ein entsprechendes Gesetz für die Stahl- und Eisenindustrie verabschiedet, das jedoch erst nach den nächsten Wahlen in Kraft gesetzt werden sollte. Zugleich baute Labour den englischen Wohlfahrtsstaat auf durch Einführung eines umfassenden Rentenversicherungssystems (National Insurance), eines kostenfreien nationalen Gesundheitswesens (Gesundheitsminister *Bevan*), ergänzt durch die verstärkten Bemühungen staatlicher Wohnungsbaupolitik. Im Gegensatz zur Innen- war die Außenpolitik der Regierung oftmals Gegenstand heftiger innerparteilicher Kontroversen. Lediglich die zügige Umwandlung des Empire in das Commonwealth (1947 Independence of India Bill) war unumstritten, *Bevins* enge Zusammenarbeit mit den USA, sein aktiver Beitrag zum Aufbau der NATO sowie die gegen die russische Bedrohung gerichteten verstärkten Rüstungsbestrebungen hingegen stießen bei dem linken Flügel der Partei, der eine unabhängige sozialistische Außenpolitik befürwortete, auf wiederholte heftige Kritik, besonders im Mai 1947 in der Flugschrift »Keep Left« der Abg. *R. Crossman, M. Foot, J. Mikardo.* Einen Monat zuvor hatten bereits 72 Labour-Abg. die Regierung gezwungen, gegen ihren Willen den Militärdienst von 18 auf 12 Monate zu reduzieren. Der Parteitag desselben Jahres stand jedoch eindeutig hinter der Regierung; die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, verkörpert in der Kooperation *Attlees* und *Bevins*, lieferte somit die entscheidende Basis für eine Politik, welche die Gewerkschaften sogar durch zurückhaltende Lohnforderungen unterstützten. So konnte die Partei trotz allem relativ geschlossen sich 1950 der Wahl stellen. Trotz eines deutlichen Vorsprungs an Wählerstimmen (13,26 Mill. = 46,1% gegen 12,49 Mill. = 43,4% der Kon-

servativen) sank die absolute Mehrheit bei 315 Abgeordneten auf 5 Sitze, die geltende Wahlkreiseinteilung benachteiligte die Partei spürbar, außerdem war der Anteil der bürgerlichen Stimmen zurückgegangen. Da nur eine starke Regierung die wachsenden innen- und außenpolitischen Aufgaben lösen konnte (Nahostkrise, inflationäre Wirtschaftssituation infolge des Koreakrieges), entschied sich *Attlee* für Neuwahlen, die im Oktober 1951 den Konservativen eine Mehrheit von 20 Sitzen einbrachten.

In der Folgezeit war die Politik der Partei durch verstärkte Flügelkämpfe belastet, die schon während des letzten Regierungsjahres sich neben der knappen Mehrheit als Hemmschuh für eine erfolgreiche Fortsetzung der vergangenen Legislaturperiode erwiesen hatten. Während *Bevin* im Februar 1951 sich aus der Politik zurückzog – er starb im gleichen Jahr –, hatte die von *Bevan* geführte Linke in den Ortsvereinen an Boden gewonnen, wie bei den Wahlen zum NEC 1951 deutlich wurde. Der Konflikt brach offen aus, als im März 1952 bei der Diskussion der Rüstungspolitik 57 Abgeordnete gegen die eigene Fraktion stimmten. Durch Verschärfung der Fraktionsdisziplin (Standing Orders) wurde die Auseinandersetzung in die außerparlamentarischen Gremien der Partei verlagert. Hier eroberten 1952 die »Bevanites« 6 der 7 den Wahlkreisorganisationen zustehenden Sitze im Parteivorstand. Als es 1955 zu einem erneuten Zusammenstoß im Parlament über die verteidigungspolitische Konzeption der Parteiführung kam, entging *Bevan* nur knapp dem offiziellen Parteiausschluß. Die im gleichen Jahr stattfindenden Wahlen ergaben eine deutliche Niederlage für die Labour Party (277 Sitze und 46,4 %). Kurz darauf trat *Attlee* von der Parteiführung zurück, sein Nachfolger wurde besonders aufgrund seines Rückhalts bei den Gewerkschaften *H. Gaitskell*, der zuletzt in der Labour-Regierung das Amt des Finanzministers bekleidet hatte, mit 157 Stimmen gegen 70 für *Bevan* und 40 für *Morrison*. Als danach *Gaitskell* und *Bevan* gemeinsam die Suez-Politik der konservativen Regierung attackierten, wurden diese Differenzen zunächst beigelegt. Trotz relativer Geschlossenheit, verbesserter Parteiorganisation, eines zielstrebig geführten Wahlkampfs verlor Labour die Wahlen 1959 abermals mit deutlichem Abstand. Der wachsende Wohlstand schien Labour als klassenorientierte Partei zum Opfer der eigenen Politik werden zu lassen. *Gaitskell* schlug deshalb sogar vor, den Abschnitt 4 der Parteisatzung mit seiner Forderung nach Vergesellschaftung entsprechend zu verändern, erreichte auf dem Parteitag 1960 aber lediglich eine vage Modifizierung. Schwerwiegender war die Niederlage der Parteiführung auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik, wo die Mehrheit des Parteitages die Forderung nach Abrüstung gegen das Nuklearwaffenkonzept *Gaitskells* mit knapper Mehrheit durchsetzte; die Gewerkschaften hatten diesmal überwiegend mit der Linken gestimmt. Erstmals war es zum offenen Konflikt zwischen Parlamentspartei und Parteitag gekommen. In zäher Kleinarbeit an der Parteibasis gelang es jedoch der Parteiführung, auf dem nächsten Parteitag 1961 ihren Standpunkt durchzusetzen, so daß die Frage nach der faktischen Abhängigkeit der Fraktion von Parteitagsbeschlüssen nicht mehr gestellt war.

Nach *Gaitskells* Tod (Januar 1963) wurde *H. Wilson*, ehemaliger »Bevanite« und nun Anwalt einer vermittelnden Politik gegen den bisherigen stellvertretenden Vors. und Vertreter des rechten Flügels, *G. Brown*, zum Parteiführer gewählt. Ihm gelang mit einem angesichts der wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten des Landes wirkungsvollen Reformprogramm endlich der Wahlsieg, der zwei Jahre später noch ausgebaut werden konnte (1964 318; 1966 363 Sitze). 1970–74 wieder in der Opposition, errang die Partei im Februar 1974 einen knappen Wahlsieg, der ihr als relativ stärkster Partei eine Minderheitsregierung erlaubte. Im Oktober 1974 erreichte dann Labour bei den Neuwahlen 319 Mandate; doch Niederlagen in Nachwahlen ließen die Regierung abermals in eine Minderheitsposition geraten, in der sie auf Duldung bzw. Unterstützung der kleineren Parteien (Liberale, Schottische und Walisische Nationale) angewiesen war. Die Labour-Regierungen der 60er und 70er Jahre standen vor allem im Zeichen der wirtschaftlichen Krisensituation und der dadurch verursachten Zahlungsbilanzdefizite. Ihre Versuche, durch staatlich kontrollierte Lohn- und Preisentwicklung ökonomische Stabilität zu erreichen, führten wiederholt zu Spannungen mit den Gewerkschaften, die sich zwar im sog. »Social Contract« 1973–77 zur Kooperation bereitfanden, danach aber durch teilweise hohe Nachforderungen die Erfolge der rigiden Tarifpolitik wieder in Frage stellten. Als weitere Belastung für die Partei erwies sich vor allem der Beitritt Englands zur EG, der von dem immer stärker werdenden linken Flügel der Partei (Tribune Group) als jede unabhängige Politik gefährdende Bindung Englands kritisiert wird. Nach *Wilsons* Rücktritt 1976 führte *J. Callaghan* die Partei, die bei den Wahlen am 3. 5. 1979 mit nur 268 Sitzen deutlich den Konservativen unterlag. Nicht zuletzt aufgrund dieser Wahlniederlage gelang es auf dem Parteitag im Herbst des gleichen Jahres dem nun von *A. W. Benn* geführten linken Flügel, die Position der Parteibasis gegenüber der Fraktion bedeutsam aufzuwerten. Die Abg. haben sich künftig einer Wahl durch die Wahlkreisorganisationen der Partei zu stellen, und für das Wahlprogramm ist jetzt der Parteivorstand zuständig. Auf dem Parteitag des folgenden Jahres zog *Callaghan* mit seinem Rücktritt die Konsequenz aus dieser Entwicklung. Sein Nachfolger wurde im November 1980 der der Linken angehörige *Foot*. Dabei fungierte zwar noch einmal die Fraktion als Wahlkörperschaft, für die Zukunft ist jedoch laut Parteitagsbeschluß ein veränderter Modus für die Wahl des Partei-

führers vorgesehen. Schließlich führte der zunehmende Linkskurs der Partei zum Austritt der früheren Labour-Minister *R. Jenkins, S. Williams, D. Owen* und *W. Rogers,* die am 26. 3. 1981 die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (Social Democratic Party – SDP) gründeten.

G. D. H. Cole, A History of the Labour Party from 1914, London 1948; H. Pelling, A Short History of the Labour Party, London 1961; C. F. Brand, The British Labour Party, A Short History, Stanford 1964; H. Pelling, The Origins of the Labour Party, Oxford ²1966.

Irische Parlamentarische Partei (Irish Parliamentary Party) → Irland und Ulster.

Kommunistische Partei von Großbritannien (CPGB, Communist Party of Great Britain).

Die CPGB entstand am 31. 7./1. 8. 1920 in London als Zusammenschluß linker Gruppierungen, darunter der 1911 gegründeten BRITISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI (BSP, British Socialist Party) und der SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (SLP, Socialist Labour Party). Obgleich ihnen ursprünglich gemeinsam war, daß sie parlamentarisches Vorgehen für zu langsam und ineffektiv erachteten, beschloß die übergroße Mehrheit der 152 Delegierten doch, nicht zuletzt unter dem Eindruck einer entsprechenden Aufforderung *Lenins,* parlamentarische Aktionen als »Agitations- und Propagandamittel« zu akzeptieren. Umstrittener war der schließlich ebenfalls angenommene Antrag auf Angliederung an die → ARBEITERPARTEI, der von letzterer jedoch abgewiesen wurde. – Die CPGB trat der III. Internationale bei und kam deren Forderungen betreffend Organisationsform (demokratischer Zentralismus) und Bolschewisierung in der Folgezeit widerspruchslos nach. Ihren Abschluß fand diese Phase auf dem XI. Partei tag im November 1929 mit der Wahl *H. Pollitts* zum Parteisekretär.– Bis weit in die Nachkriegszeit hinein blieb die CPGB unbeirrbar auf dem von Moskau vorgezeichneten Kurs und begann erst unter dem seit 1952 (– 1972) amtierenden Sekretär *J. Gollan* mit vorsichtigen Bemühungen um ein eigenes Profil (Kritik am sowjetischen Einmarsch in die ČSSR und an den Dissidentenprozessen), ohne jedoch auf eine ausgesprochen eurokommunistische Linie umzuschwenken. Aufgrund ihres außerordentlich schlechten Abschneidens bei den Parlamentswahlen (1922, 1924 und 1935: je 1 Mandat, 1945: 2) hat sich die CPGB in letzter Zeit stärker auf eine Festigung ihrer Position in den Gewerkschaften verlegt.

Presseorgan der CPGB ist seit 1929 die Zeitung ›Daily Worker‹.

J. Klugmann, History of the Communist Party of Great Britain, 2 Bde., London 1968; H. Pelling, The British Communist Party, London² 1975.

Konservative Partei (Conservative Party) seit 1912, dem Zeitpunkt des offiziellen Zusammenschlusses mit den liberalen Unionisten, auch KONSERVATIVE UND UNIONISTISCHE PARTEI (Conservative and Unionist Party) genannt – eine Bezeichnung, die heute noch besonders in Schottland und Nord-Irland populär ist. Sie gilt als Nachfolgerin der → TORIES gemeinhin als älteste Partei der Welt. Von jeher eine der beiden stärksten Parteien Englands, hat sie als Partei mit der größten Regierungspraxis während der letzten anderthalb Jahrhunderte zugleich die Ausrichtung der englischen Politik maßgeblich bestimmt.

Anfänge (Gründung): 1830 wurden in der Zeitschrift ›Quarterly Review‹ die Gegner der Parlamentsreform, die → TORIES, erstmals als Konservative Partei bezeichnet. Diese Bezeichnung setzte sich relativ rasch während der nächsten Jahre durch, daneben aber blieb bis heute der Begriff Tory erhalten, z. T. als Synonym, mitunter aber auch als Kennzeichnung der ultrakonservativen, vornehmlich adligen Gruppierung innerhalb der Partei. Da auch mit dem »Tamworth« Manifest *Peels* und ersten Assoziationen in den Wahlkreisen Anfänge eines Programms sowie einer Organisation sich 1834/35 deutlich abzeichneten, wird der Ursprung der modernen britischen Konservativen Partei im allgemeinen auf diese Jahre fixiert.

Programm: Die Konservative Partei hat nie ein offizielles Parteiprogramm formuliert. Dennoch lassen sich bestimmte programmatische Äußerungen sowie prinzipielle Grundli ien der Politik der Partei deutlich machen. Dabei war in jedem Falle der leitende Grundsatz der Politik der Konservativen die Erhaltung der gesellschaftlichen und politischen Grundlagen des Status quo, was keinesfalls Reformen um dieser Erhaltung willen ausschloß. Nachdem sich im späten 17. und 18. Jh. die Prinzipien der Tory-Politik auf die Bewahrung der überkommenen englischen Verfassung und der dominierenden Position der anglikanischen Staatskirche beschränkt hatten, erfolgte unter dem Eindruck der Französischen Revolution die für den gesamten abendländischen Konservativismus wegweisende theoretische Begründung konservativer Politik durch die Schriften und Reden *E. Burkes* (Reflections on the Revolution in France, 1791), in denen er der abstrakten Staatskonstruktion des revolutionären Rationalismus die durch Tradition legitimierte, auf organisch gegliederter Gesellschaft fußende, historisch gewachsene freiheitliche englische Verfassung entgegenstellte. In der Tory-Politik zu Beginn des 19. Jh. beschränkte man sich allerdings zunächst vorwiegend auf weitgehende Ablehnung jeglicher Reformbestrebungen im sozialen und politischen Bereich, bis dann 1834 mit *R. Peels* »Tamworth Manifesto« die Anpassung an veränderte Verhältnisse als fortan leitendes Prinzip englischer konservativer Politik verkündet wurde. Er akzeptierte dabei nicht nur die Resultate der ersten großen Wahlrechtsreform von 1832, sondern verkündete darüber hinaus die Bereitschaft zu pragmatischen Reformen, um dadurch die Stabilität der politischen und gesellschaftlichen Ordnung zu erhalten. 1872 formulierte dann *B. Disraeli* in zwei großen programmati-

schen Reden in Manchester und London als die kardinalen Aufgaben und Zielsetzungen konservativer Politik: 1. die Verteidigung der überlieferten Verfassung gegen »unenglische« republikanische Tendenzen; 2. die Bewahrung und Festigung des Kolonialreichs; 3. die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse durch eine Politik der sozialen Reform. Zugleich sollte dieses Programm die Konservativen im Gegensatz zu den seit dreißig Jahren fast ununterbrochen herrschenden Liberalen als die eigentlich zur Regierung Englands berufene, Klassengegensätze übergreifende nationale Partei präsentieren. Damit waren für die nächsten Jahrzehnte die programmatischen Grundlagen gegeben. Ihr großes Maß an realitätsbezogener pragmatischer Flexibilität bewies die Konservative Partei dann nach 1945, als sie die Anpassung an die Gegebenheiten der Nachkriegszeit vollzog (z. B. die Wahlmanifeste: »The Right Road for Britain«, 1949; »Putting Britain Right Again«, 1965). Damit akzeptierte sie den britischen Sozialstaat, wie er nach 1945 von der Labour-Regierung ausgebildet wurde sowie ein bestimmtes Maß an Verstaatlichung der Industrie bei gleichzeitigem Engagement für die Wahrung privater Wirtschaftsinitiative und die Erhaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien, um so zu demonstrieren, daß gesellschaftlicher Wandel durch die Bewahrung bestimmter konservativer Grundwerte aus Kontinuität erwachsen kann.

Organisation: Die Anfänge der konservativen Parteiorganisation waren die notwendige Folge der durch die Reform von 1832 veränderten Wahlsituation. Sog. Wählereintragungsvereine (Registration Societies) wurden in vielen Wahlkreisen gegründet mit dem Ziel, eine möglichst vollständige Erfassung der konservativen Anhänger durch die neuen Wählerverzeichnisse zu erhalten. Zugleich nahm der 1831 gegründete »Carlton Club« der TORIES in diesem Zusammenhang erste Koordinationsfunktionen wahr und sorgte gegebenenfalls für die Vermittlung geeigneter Kandidaten. Nach der Spaltung der Partei im Jahre 1846 organisierte zunächst ein Londoner Anwaltsbüro die Wahlangelegenheiten, indem es in Absprache mit dem Fraktionsgeschäftsführer, dem »Whip«, Kandidaten vermittelte und Wahlkämpfe durch seine Agenten in den einzelnen Wahlkreisen unterstützte. Seit 1863 erwuchs aus dieser Tätigkeit eine »Conservative Registration Association«, der erste Versuch eines Zusammenschlusses der lokalen Wählereintragungsvereine – und als nach der Wahlniederlage der Konservativen 1868 der Parteiführer *Disraeli* den Anwalt *J.E. Gorst* mit der Neuorganisation des Parteiapparates betraute, wurde 1870 das »Central Conservative Office« eingerichtet. Als persönliches Instrument des Parteiführers hatte es forthin für die Koordination der Parteiarbeit außerhalb des Parlaments und für die Aufstellung von Kandidatenverzeichnissen zu sorgen.

Bereits vorher war im November 1867 durch die Initiative engagierter jüngerer Konservativer aus der Gefolgschaft *Disraelis* die »National Union of Conservative and Constitutional Associations« gegründet worden. Das Ziel dieser Organisation war es vor allem, der Partei den Zugang zu den neuen Wählern aus dem unteren Mittelstand und der Arbeiterklasse zu öffnen, die im Zuge der zweiten Wahlrechtsreform von 1867 in den Besitz des Wahlrechts gelangt waren. Dieser neue politische Dachverband zahlreicher lokaler Organisationen war von Anfang an die »Dienstmagd der Partei«, sollte als Informations- und Propagandazentrale der Parteispitze dienen und so die notwendige Verbindung zwischen Parteispitze und Basis gewährleisten.

Bis heute hat sich, abgesehen von geringfügigen Änderungen, die organisatorische Struktur der Partei mit ihren Hauptelementen: Parteiführer – Parlamentsfraktion – Zentralbüro und Nationale Union erhalten. Dabei liegt das politische Schwergewicht eindeutig bei dem Parteiführer. Infolge der historischen Entwicklung des englischen Parteienwesens wurde stets der vom Monarchen ernannte konservative Premier zugleich von der Parteiversammlung, bestehend aus sämtlichen konservativen Parlamentariern beider Häuser (sowie seit 1937 auch noch den Wahlkreiskandidaten und Mitgliedern des Exekutivkomitees der Nationalen Union), widerspruchslos durch Akklamation auch als Parteiführer bestätigt. Bei einem Führungswechsel während einer Oppositionsphase wurde dies durch entsprechende Sondierungen und Absprachen vorbereitet. Seit 1965 jedoch geht der Parteiführer aus einer förmlichen Wahl durch die Unterhausabgeordneten der Partei hervor. Dieser Parteiführer ernennt dann den »Whip« und kontrolliert durch ihn die Fraktion; das 1922 gebildete sog. »1922er Komitee« der Hinterbänkler hat gegenüber der Parteispitze niemals eine eigenständige Position erlangt. Außerdem besetzt der Parteiführer das 1911 geschaffene Amt des Vors. der Parteiorganisation (Chairman of the Party Organization) mit einem Politiker seiner Wahl, der damit zugleich Leiter des Zentralbüros ist. Dieses Zentralbüro überwacht bzw. unterstützt als das Kernstück der außerparlamentarischen Parteiorganisation die Wahlkreisvereine. Dabei nimmt diese Zentrale in der Praxis zugleich die Geschäfte der Nationalen Union wahr. Diese Union – die einzige Massenorganisation der Partei – ist der Dachverband von mehr als 500 lokalen Vereinigungen in England und Wales (Schottland und Nordirland besitzen eigene Organisationen). Sie wurde 1886 in zehn, später, Mitte des 20. Jh., in zwölf Regionalverbände untergliedert. Der Jahreskongreß der Nationalen Union ist die zentrale, große Kundgebung zur Selbstdarstellung der Partei. Während ein Exekutivausschuß von ca. 150 Mitgliedern – bestehend aus Vertretern der regionalen Organisationen, dem Parteiführer und weiteren Spitzenfunktionären – die laufenden Geschäfte der Union führt, liegt ihre eigentliche Leitung beim Zentralrat (Central Council), dem neben den Mitglie-

dern des Exekutivausschusses noch die führenden Parteibeamten des Zentralbüros sowie sämtliche konservativen Parlamentarier und Wahlkreiskandidaten angehören.

Presse: Eine ausgesprochene Parteipresse existiert nicht. Die Linie der Konservativen Partei vertreten ›Daily Telegraph‹, ›Daily Mail‹ und bis zu einem gewissen Grad auch der ›Daily Express‹.

Geschichte: Nach den Wahlniederlagen der Jahre 1830 und 1832 unternahmen die Tories unter der Führung *Peels* erste Anstrengungen, sich unter den veränderten Bedingungen einer bereits weitgehend industrialisierten Gesellschaft als wählbare und regierungsfähige konservative Partei zu präsentieren. Im außerparlamentarischen Bereich wurden die Grundlagen einer Parteiorganisation gelegt (»Carlton Club«, »Registration Societies«), im »Tamworth Manifesto« *Peels* der für die Konservativen typische Mittelweg zwischen radikaler Reform und Erhaltung des Bestehenden erstmals programmatisch formuliert. Nachdem *Peel* bereits 1834 für kurze Zeit einem konservativen Minderheitskabinett vorgestanden hatte, konnte er nach dem deutlichen Wahlsieg der Partei 1841 ein zweites Kabinett bilden. In den fünf Jahren dieser Regierung zog dabei ein konservatives Kabinett durch Reformen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik die politischen Konsequenzen aus dem Übergang Englands vom Agrarstaat zum modernen Industriestaat (Bindung der Währung an den Goldstandard, Wiedereinführung der Einkommensteuer bei gleichzeitigem Abbau der Importzölle, erste Einschränkungen der Frauen- und Kinderarbeit). Indem *Peel* so seine Partei für den Mittelstand öffnete und damit langfristig erste Voraussetzungen für die Ausweitung ihrer Wählerbasis schuf, war die unmittelbare Folge seiner Reformpolitik allerdings die Spaltung der Konservativen. Als 1846 *Peel* mit der Abschaffung der Kornzölle dem Druck der von Radikalliberalen organisierten industriellen Pressure Group der »Anti-Corn-Law-League« nachgab und den Übergang Englands zum Freihandel vollzog, fand er dabei zwar die Unterstützung der Liberalen, die Mehrzahl der agrarische Interessen vertretenden konservativen Abg. verweigerte ihm jedoch die Gefolgschaft. Darüber hinaus stieß *Peels* nüchterne Reformpolitik bei der innerparteilichen Gruppierung des »Young England« auf Widerstand, welche die romantisch-nostalgische Vision eines neuen Feudalismus paternalistischer Prägung den Realitäten ihrer Zeit entgegensetzten (*G. Smythe, Lord Manners, Disraeli*). Die Folgen dieser Gegensätze waren der Sturz der Regierung 1846 und die Aufspaltung der Partei in die Anhänger *Peels* (»Peelites«) und die Protektionisten unter der Führung *E. Stanleys (Earl of Derby), W. Bentincks* und *Disraelis*. Damit waren die klaren Parteifronten für das nächste Jahrzehnt verwischt, bis die Gruppe der Peelites, zu denen die fähigsten Minister *Peels*, u. a. der junge *W. Gladstone* zählten, sich allmählich auflöste durch Ausscheiden aus dem Parlament, Rückkehr zu der alten Partei oder förmliche Übertritte zu den WHIGS. Die Konservative Partei war dadurch entscheidend geschwächt und für die nächsten 30 Jahre in die Opposition gedrängt, wenn man von drei kurzen konservativen Minderheitskabinetten (1852, 1858/59, 1866–68) absieht. Jene Zeitspanne nutzte *Disraeli* zur programmatischen Neuausrichtung wie zum organisatorischen Neuaufbau der Partei. Zunächst gelang es ihm, die ehemaligen Protektionisten zum Prinzip des Freihandels zu bekehren, alsdann übertrumpfte er während des kurzen Regierungsintermezzos der Konservativen 1866–68 die LIBERALEN durch die zweite Wahlrechtsreform von 1867, die mit einer drastischen Reduzierung der Besitzqualifikation den städtischen Arbeitern und Handwerkern das Stimmrecht einbrachte, und schließlich formulierte er wegweisend das Programm der Partei, dessen soziale wie auch national-imperialistische Grundzüge neue Wählerschichten erschließen sollten. Schließlich veranlaßte die Wahlniederlage des Jahres 1868 *Disraeli* zum Ausbau der außerparlamentarischen Parteiorganisation (»National Union«, »Central Office«), womit der Verdoppelung der bisherigen Wählerschaft Rechnung getragen wurde. Auf der Basis dieser Reformen errangen die Konservativen 1874 einen deutlichen Wahlsieg, der ihnen eine Mehrheit von 48 Sitzen im Unterhaus einbrachte. Im Mittelpunkt der Regierungstätigkeit des zweiten Kabinetts *Disraeli* standen in der Innenpolitik eine umfangreiche und wegweisende Sozialgesetzgebung (Anerkennung der Gewerkschaften; Anfänge des Arbeiterschutzes, der staatlichen Gesundheitsfürsorge und Wohnungspolitik usw.) und auf dem Gebiet der Außenpolitik der Ausbau und die Sicherung der englischen Herrschaft in Indien (Königin *Viktoria* als Kaiserin von Indien, Erwerb der Suezkanal-Aktien, Zurückdrängung des russischen Einflusses auf dem Balkan). Dennoch verlor die Partei die Wahlen des Jahres 1880. Ein Jahr später starb *Disraeli*. In die Nachfolge als Parteiführer teilten sich zunächst *Lord R. Cecil, Marquess of Salisbury* im Oberhaus und *S. Northcote*, der die Unterhausfraktion anführte. Als Alternative bot sich *R. Churchill* an, indem er durch Betonung der engen Verbindung von Partei und Arbeiterschaft (»Tory Democracy«) bewußt an *Disraeli* anzuknüpfen suchte. Dabei bediente er sich sowohl der 1883 begründeten »Primrose League«, einer Vereinigung von Mitgliedern der gehobenen Gesellschaftsschichten, die sich die Pflege britischer Traditionen und des imperialen Reichsgedankens zur Aufgabe gemacht hatten, als auch der »Nationalen Union«, wobei er als Vorsitzender des Zentralrats der »Union« dieses Organ zur eigentlichen Machtzentrale der Partei auszubauen versuchte. Mit seinem Eintritt in das Kabinett und schließlich mit seinem Rücktritt 1886 endeten jedoch alle Versuche zur Demokratisierung der Partei, da diese letztlich nur Funktion seines persönlichen Machtstrebens gewesen

waren. Die außerparlamentarische Parteiorganisation aber wurde unter der wirkungsvollen Leitung »Captain« *R. Middletons* wieder zum schlagkräftigen Wahlkampfinstrument der Parteiführung. Damit war die Führungsposition *Salisburys* endgültig gefestigt und es folgten nahezu zwei Jahrzehnte konservativer Herrschaft, die lediglich durch das liberale Intermezzo der Jahre 1892–95 unterbrochen wurde, wobei auf *Salisbury* 1902 nach dem Rücktritt sein Neffe *A. J. Balfour* folgte (1885: 1. Kabinett *Salisbury*; 1886–1892: 2. Kabinett *Salisbury*; 1895–1902: 3. Kabinett *Salisbury;* 1902–1906: Kabinett *Balfour*). Die starke Position der Partei gründete sich in dieser Zeit vor allem auf die enge politische Allianz mit den LIBERALEN UNIONIST'EN (Liberal Unionists), die sich 1886 aus Anlaß der Home-Rule-Politik *Gladstones* unter der Führung *J. Chamberlains* von den Liberalen abgespalten hatten (ursprünglich 93 Abg., hatten sie bei den Wahlen der nächsten Jahre folgende Ergebnisse erzielt: 1886 – 77; 1892 – 46; 1895 – 71; 1900 – 68; 1906 – 25; Januar 1910 – 32). Obwohl die LIBERALEN UNIONISTEN eine eigene Parteiorganisation aufbauten, bestand von vornherein eine enge Bindung an die Konservativen. Seit 1895 hatte *Chamberlain* das Amt des Kolonialministers inne, die beiden Fraktionen hatten einen gemeinsamen »Whip«, und in zunehmendem Maße kam die Bezeichnung UNIONISTISCHE PARTEI (Unionist Party) für diese Koalition in Gebrauch, bis dann schließlich 1912 auch organisatorisch eine förmliche Fusion unter dem offiziellen Namen KONSERVATIVE UND UNIONISTISCHE PARTEI (Conservative and Unionist Party) erfolgte. Die »National Union« wurde zur »National Unionist Association of Conservative and Liberal-Unionist Organizations« bzw. seit 1924 zur »National Union of Conservative and Unionist Associations«. Grundlage dieses Bündnisses war zunächst der gemeinsame Widerstand gegen die politische Selbständigkeit Irlands gewesen, da man darin den Anfang der Auflösung des Empire erblickte. Doch zugleich wurde unter dem dynamischen Einfluß *Chamberlains* die Partei zur treibenden Kraft des englischen Imperialismus, auf dessen Höhepunkt die unter dem Eindruck des Burenkrieges abgehaltenen »Khaki-Wahlen« des Jahres 1900 ihr einen der eindrucksvollsten Wahlsiege bescherten (402 von insgesamt 670 Sitzen). Wie der zielstrebige Imperialismus *Chamberlains* zunächst die Partei stärkte, so schwächte er sie jedoch in den folgenden Jahren, da sein konsequentes imperiales Konzept die Forderung nach Schutzzöllen bei gleichzeitiger Präferenz für die Mitgliedstaaten des Empire implizierte (Tarif-Reform; Imperial Preference). Damit war die von *Disraeli* in einem langwierigen Prozeß mühsam zum Freihandel bekehrte Partei erneut starken Belastungen ausgesetzt (der junge *W. Churchill* wechselte aus diesem Grunde zu den Liberalen) und verlor 1906 mit deutlichem Abstand die Wahlen gegen eine liberale Partei, welche die Bewahrung des Freihandels zum Wahlkampfthema erhoben hatte. In der Opposition betrieb die Konservative Partei zunächst auf Grund ihrer unanfechtbaren Position im Oberhaus erfolgreiche Obstruktion gegen die liberale Reformpolitik. Als sie aber 1910 in zwei kurz aufeinanderfolgenden Wahlen, wobei die zweite im Dezember aus Anlaß der das Oberhaus entmachtenden Verfassungsreform veranstaltet wurde, nicht eine regierungsfähige Mehrheit erreichen konnte (jeweils 272 Mandate), trat *Balfour* unter dem Einfluß wachsender Kritik aus den eigenen Reihen zurück. Da *Chamberlain* sich bereits 1906 von der aktiven Politik aus Gesundheitsgründen hatte zurückziehen müssen, war die Nachfolge offen. Um sie bewarben sich zunächst *J. Chamberlains* Sohn *Austen* als Repräsentant der unionistischen Zollreformpolitik und *W. Long,* ein Tory-Squire alter Schule und Freihändler. Um eine offene Kampfabstimmung, die wahrscheinlich weitere Spannungen in der Partei bewirkt hätte, auf alle Fälle zu vermeiden, einigte man sich auf den Kompromißkandidaten *A. Bonar Law,* der am 13. 11. 1911 von der Versammlung der unionistischen Parlamentarier im »Carlton-Club« ohne Gegenstimmen gewählt wurde. Der in Kanada geborene Geschäftsmann schottisch-presbyterianischer Herkunft beendete damit die jahrzehntelange Vormachtstellung der Familie *Cecil.* Zugleich trug diese Ablösung des aristokratischen Elements in der Parteispitze dem Umstand Rechnung, daß sich die Struktur der konservativen Wählerschaft seit den 80er Jahren des 19. Jh. merklich verändert hatte. Zu den traditionellen Wählern aus den ländlichen Stimmbezirken in England, in denen die Partei seit eh und je über die Mehrheit verfügte, traten nicht nur Teile der Arbeiterschaft (besonders in West-Lancashire, wo die große Zahl der irischen Einwanderer die antiirisch eingestellten englischen Arbeiter konservativ wählen ließ), sondern in zunehmendem Maße auch Wähler aus der Mittelschicht, die, verstört durch die Reformpolitik der LIBERALEN, sich den Unionisten zuwandten. Diese Entwicklung war das Ergebnis der erfolgreichen Anpassung der Partei an den gesellschaftlichen Wandel Englands im 19. Jh. und fand ihren entsprechenden Niederschlag in der sozialen Zusammensetzung der KONSERVATIVEN PARTEI im Unterhaus. Stellten die Grundbesitzer in den Legislaturperioden der Jahre 1832–67 noch mehr als 50 % der Abgeordneten, so war diese Zahl in der Zeit von 1885 bis 1910 auf 21 % gesunken, und zwar vor allem zu Gunsten der Interessenvertreter aus dem Bereich der Industrie, des Handels und der Banken, die ihren Anteil von 23 % auf 53 % steigerten.

Nach Kriegsausbruch 1914 stützte *Law* zunächst die liberale Regierung, doch als diese vor allem durch unzureichende Munitionsproduktion sowie die militärischen Fehlschläge im Nahen Osten (Dardanellen) zunehmend in Schwierigkeiten geriet, wurde, vor allem auf Betreiben *D. Lloyd Georges* und *Laws* im Mai 1915 eine

Koalitionsregierung auf Allparteienbasis gebildet. Eineinhalb Jahre später verband sich *Law* wieder mit *Lloyd George,* als im Dezember 1916 die Koalitionsregierung *H.H. Asquith* durch das neue Kriegskabinett *Lloyd Georges* abgelöst wurde. Die Konservativen stellten in diesem verkleinerten Gremium mit *Law, A. Milner* und Lord *Curzon* bereits drei der fünf Mitglieder. Während die LIBERALEN sich aus diesem Anlaß spalteten, profitierten die Konservativen aus diesem Bündnis, denn als 1918 die sog. Coupon-Wahlen gemeinsam von der Koalition bestritten wurden, waren sie der große Sieger; von den 473 Sitzen der Koalition besetzten sie 339, hinzukamen weitere 47 Konservative, die es abgelehnt hatten, als Koalitionskandidaten aufzutreten, ohne daß sie damit zur Opposition zu zählen waren. In dem Koalitionskabinett *Lloyd Georges* bekleideten dann auch die wichtigsten Ämter u. a. *Curzon, A. Chamberlain, Balfour, Milner, Long* und *Law.* Doch auf die Dauer erwies sich die enge Zusammenarbeit mit *Lloyd George* als eine Belastung für die Partei. Die Gegensätze brachen auf, als 1922 während einer Regierungskrise *Chamberlain,* der im Jahr zuvor den aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen *Law* in der Parteiführung abgelöst hatte, sich für eine erneute Fortsetzung der Koalition einsetzte. Auf einer Sitzung der konservativen Unterhausmitglieder entschied die Mehrheit der Abg., die für die Existenz der Partei fürchtete, gegen *Chamberlain.* Daß die Fraktion sich gegen die Parteispitze durchsetzte, war vor allem dem dezidierten Votum *Laws* zu verdanken, der damit noch einmal in die aktive Politik zurückkehrte, *Chamberlain* als Parteiführer ablöste und nach dem darauf folgenden Rücktritt *Lloyd Georges* eine rein konservative Regierung bildete, welche die Wahlen des Jahres 1922 klar für sich entscheiden konnte. 344 Sitze gaben der Partei eine absolute Mehrheit gegenüber 142 LABOUR, 117 LIBERALEN, wobei sich Anhänger *Lloyd Georges* und *Asquiths* gegenüberstanden, und 9 weiteren Abgeordneten, in deutlichem Mißverhältnis allerdings zu den jeweiligen Stimmanteilen, wonach auf die Konservativen 5,5 Millionen, auf LABOUR 4,2 Millionen und auf die LIBERALEN gut 4 Millionen entfielen. Mit diesem Wahlsieg begann eine weitere, bis 1945 dauernde Periode konservativer Vorherrschaft, in der, abgesehen von zwei kurzen Zwischenspielen einer Labour-Minderheitsregierung (1924; 1929–31) die Konservativen entweder allein oder als dominierendes Element einer Koalition England regierten.

Kurz nach Regierungsantritt mußte *Law* 1923 endgültig zurücktreten; er starb noch im selben Jahr. König *Georg V.* berief nicht, wie viele erwarteten, *Lord Curzon* zum Nachfolger, sondern *St. Baldwin,* zuvor Handels- bzw. Finanzminister, der sich besonders durch seinen Widerstand gegen die Fortsetzung der Koalition hervorgetan hatte. *Baldwin* führte die Partei bis 1937. Als geschicktem politischen Taktiker gelang es ihm, nach den Belastungen der Koalitionszeit die Partei wieder zu einigen und zu festigen. Jetzt kehrte *W. Churchill* zu den Konservativen zurück, 1924 wurde er Finanzminister. Außerdem verlor die zu Beginn des 19. Jh. so wichtige Alternative Schutzzoll oder Freihandel, welche die Partei starken Spannungen ausgesetzt hatte, zunehmend an Bedeutung. Zwar erlitt die Partei 1923 eine Wahlniederlage, als *Baldwin* die Einführung von Zöllen noch einmal zum Wahlkampfthema erhob, doch als unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1932 dann unter veränderten Voraussetzungen – England war längst nicht mehr die führende Weltwirtschaftsmacht – endlich der Schutzzoll Gesetz wurde, war dies kein politischer Zündstoff mehr. Während *Baldwin* sich in jenen Jahren als der ideale Parteiführer präsentierte, war es besonders *N. Chamberlain,* der Halbbruder *A. Chamberlains,* der als Gesundheitsminister (1924–29) und dann als Finanzminister (1931–1937) die entscheidenden Akzente der konservativen Innenpolitik setzte, wobei besonders der Ausbau des Rentensystems und der Sozialfürsorge für die Lokalverwaltung von Bedeutung waren. Während der Weltwirtschaftskrise gelang es den Konservativen ebensowenig wie den übrigen Parteien, die in den Jahren 1931–35 die Nationalen Kabinette bildeten, wirksame Maßnahmen gegen ökonomische Depressionen und Arbeitslosigkeit zu entwickeln: die Abkehr vom Goldstandard und die Einführung des 10 %igen Schutzzolls erwiesen sich lediglich als Palliative; die 1933 einsetzende wirtschaftliche Erholung war kein Verdienst der Regierung. Zu innerparteilichen Spannungen gab jedoch nicht die Wirtschafts-, sondern die Empire- und Außenpolitik Anlaß. Als in den 30er Jahren die Regierung *Baldwin* endgültig den politischen Rückzug Englands aus Indien einleitete, stieß dies auf den erbitterten Widerstand *Churchills,* der über Jahre hinaus eine förmliche Kampagne gegen die Indienpolitik seiner Partei führte. Desgleichen stand *Churchill* an der Spitze jener konservativen Politiker, die am eifrigsten die Außenpolitik einer konservativen Regierung kritisierten, die sich weigerte, energisch aufzurüsten und stattdessen auf ihre Vertrags- und Friedenspolitik setzte (Locarno, Völkerbund). Das gleiche galt für die Appeasement-Politik *N. Chamberlains,* der 1937 *Baldwin* als Premier und Parteiführer abgelöst hatte; als im Unterhaus über das Münchener Abkommen abgestimmt wurde, enthielten sich ca. 30 Konservative ostentativ der Stimme *(Churchill, D. Cooper).* Durch Englands Eintritt in den Krieg wurde jedoch die Einheit der Partei wiederhergestellt. In *Chamberlains* Kriegskabinett übernahm *Churchill* das Amt des Marineministers, das er bereits vor 25 Jahren bekleidet hatte, und *A. Eden,* der zuvor aus Anlaß der Italienpolitik zurückgetreten war, wurde Staatssekretär für die Dominions. Da sich die ARBEITERPARTEI jedoch weigerte, unter *Chamberlain* einem Allparteien-Kabinett beizutreten, löste in den für England so kritischen Mai-

Wochen des Jahres 1940 (deutsche Invasion in Norwegen) im wesentlichen auf Grund der Kritik aus den Reihen der eigenen Partei *Churchill Chamberlain* als Premier ab und bildete sein Kriegskabinett unter Beteiligung der ARBEITERPARTEI.

Churchill gewann den Krieg, aber die Konservative Partei verlor nach 1945 die Wahlen (210 Sitze gegenüber 393 der siegreichen → ARBEITERPARTEI). *Churchills* Interesse galt den nationalen Belangen des kriegführenden England und den internationalen Fragen, Parteipolitik lag ihm fern. Daher blieben die Bemühungen der Partei um die Erstellung von Konzepten für das Nachkriegsengland in Anfängen stecken; der Education-Act (1944; *R.A. Butler),* die gesetzliche Grundlage für das heutige englische Schulwesen, war die einzige innenpolitische Reform von Bedeutung. Die folgenden Jahre der Opposition wurden daraufhin zu einer energischen Regeneration der Partei genutzt. Träger dieser Bemühungen war eine neue Generation konservativer Politiker, zu denen besonders *R.A. Butler, D. Maxwell-Fyfe, H. Macmillan, I. Macleod, E. Powell* und *R. Maudling* zählten. Sie bedienten sich dabei solch parteiinterner Gremien wie des »Conservative Political Center«, des »Post-War Problems Committee« (Maxwell-Fyfe Committee), des »Research Department« der Partei. Reorganisation des in Verfall geratenen Parteiapparats sowie die programmatische Fixierung konservativer politischer Grundsätze in einer veränderten Welt waren die Hauptzielsetzungen. Und wie vor mehr als einhundert Jahren *Peel* und *Disraeli* die Anpassung der Partei an die Resultate der industriellen Revolution vollzogen hatten, so erfolgte nun unter ausdrücklicher Berufung auf diese Tradition die Bekehrung der Partei zu den Maximen des sozialen Wohlfahrtsstaates, der Vollbeschäftigung, der staatlichen Wirtschaftspolitik als den Resultaten einer neuen sozialen Revolution. Wieder einmal bewies die Konservative Partei ihre politische Flexibilität. Die verstärkte Parteiarbeit fand in der Zahl der Parteimitglieder ihren Niederschlag, die 1950 die 2 ½ Millionengrenze überschritt. Die Wahlen des Jahres 1950 verlor die Partei nur noch knapp mit 29 Sitzen gegenüber 315 für LABOUR, die des folgenden Jahres gewann sie bereits mit einer absoluten Mehrheit von 17 Sitzen (321 Konservative gegenüber 295 LABOUR, 6 LIBERALEN, 3 irischen Unabhängigen). Damit war eine erneute, bis 1964 dauernde Phase konservativer Vorherrschaft eingeleitet, obwohl die großen wegweisenden politischen Erfolge ausblieben. *Churchills* zweites Kabinett (1951–55) machte die Verstaatlichung im Bereich der Schwerindustrie und des Transportwesens rückgängig; sein Nachfolger *Eden* mußte 1957 infolge des außenpolitischen Debakels der Suez-Krise zurücktreten; unter *Macmillan* (1957–63) profitierte die Partei dann vor allem von dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, der dem Lande eine nie dagewesene Prosperität bescherte. Nach anfänglichen Schwierigkeiten (Kenia, Zypern) erfolgte dann auch unter der Regierung *Macmillans* die rasche und reibungslose Auflösung des größten Teils des verbliebenen Kolonialreiches. Mit dem Verlust des Empire wurde für die alte imperiale Partei zugleich der mühsame Prozeß der Revision weltpolitischer Grundvorstellungen eingeleitet, der schließlich in die allmähliche Hinwendung zur Europäischen Gemeinschaft mündete. Zugleich wuchs in zunehmendem Maße die Bereitschaft, an die Stelle selbständiger Großmachtpolitik die außenpolitische Koordination und Kooperation mit den USA und den europäischen Partnerstaaten treten zu lassen. 1963 trat *Macmillan* aus Gesundheitsgründen zurück, sein Nachfolger wurde *A. Douglas-Home,* der im folgenden Jahr die Wahlen verlor und 1965 die Parteiführung an *E. Heath* übergab. Nicht zuletzt auf Grund der Kritik an der letztlich undurchsichtigen Art und Weise, wie der Wechsel von *Macmillan* zu *Douglas-Home* nach altem Brauch der Partei durch informelle Sondierungen und Empfehlungen der Parteispitze stattgefunden hatte, wurde von nun an der neue Parteiführer in einem förmlichen Verfahren durch die Unterhausfraktion gewählt. *Heath* und seine Partei gewannen die Wahlen 1970. Das herausragende Ereignis seiner Regierung war der 1971 endlich vollzogene Eintritt Englands in die EG. Demgegenüber stand der Mißerfolg der konservativen Wirtschaftspolitik, die durch ihre wechselnde Zinspolitik des »Stop and Go« wachsende Inflation, Arbeitslosigkeit und Außenhandelsdefizit bei sinkender Wachstumsrate nicht aufhalten konnte. Zunehmende Spannungen mit den Gewerkschaften waren die Folge, und als die Regierung *Heath* einen Konflikt mit den Bergarbeitern zum Anlaß für eine Grundsatzentscheidung über ihre Einkommenspolitik nahm und 1974 Neuwahlen ausschrieb, verloren die Konservativen ihre Mehrheit. Ein Jahr später trat *Heath* von der Parteiführung zurück, die frühere Erziehungsministerin *M. Thatcher* wurde an seiner Stelle gewählt. Mit dieser Wahl setzte sich der rechte Flügel der Partei durch, der den Vorstellungen der linkskonservativen Gruppen, wie der in den 50er Jahren entstandenen »Bow-Group« und der in den 60er Jahren gegründeten PSET (Pressure for Social and Economic Toryism«, seit 1975 »Tory Reform Group«) die Prinzipien eines orthodoxen Konservatismus entgegensetzte, um damit die attraktive Alternative zur Regierung der ARBEITERPARTEI anzubieten. Im Mai 1979 errang die Partei daraufhin einen überzeugenden Wahlsieg, zog mit 339 Abgeordneten (276 im Jahre 1974) in das Unterhaus ein und bildete unter der Führung von *M. Thatcher* eine neue konservative Regierung.

R.B. McDowell, British Conservatism. 1832–1914, 1959; R.A. Butler (Hg.), The Conservatives. A History from their Origins to 1965, London 1967; R. Blake, The Conservative Party from Peel to Churchill, London 1970; Th. F. Lindsay, The Conservative Party 1918–1970, London 1974; R. Stewart, The Foundation of the Conservative Party 1830–1867, London u. New York 1978.

Labour Partei (Labour Party) → Arbeiterpartei.

Liberale Partei (Liberal Party). Als Nachfolger der alten → WHIGS im 19. und frühen 20. Jh. neben den KONSERVATIVEN die zweite große englische Parlamentspartei.

Anfänge (Gründung): Zwischen 1852 und 1859 kam für jene Parteiengruppierung, die 1832 die Parlamentsreform getragen hatte und zu der nach 1846 Teile der → KONSERVATIVEN (»Peelites«) stießen, die Bezeichnung »Liberal Party« auf, wodurch gleichzeitig deutlich gemacht werden sollte, daß diese Partei den Rahmen der alten WHIGS sprengte.

Programm: Ein offizielles Programm besaß die Liberale Partei lediglich von 1891 bis 1896 mit dem sog. »Newcastle Programm«. Dabei handelte es sich weniger um eine Grundsatzerklärung als vielmehr um die Auflistung einer Vielzahl von politischen Zielsetzungen, wie sie von den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei aus Anlaß der Parlamentswahlen 1892 formuliert worden waren (Home Rule für Irland, allgemeine freie Erziehung, kürzere Legislaturperioden des Parlaments, Gemeindeverwaltungsreform, Einschränkung des Alkoholausschanks, Reform des Oberhauses und vieles andere mehr). Nach der eklatanten Wahlniederlage des Jahres 1895 wurde dieses Programm stillschweigend wieder aufgegeben. Blieb ein offizielles Parteiprogramm damit Episode, so war dennoch die Politik der Liberalen Partei stets von der Bindung an gewisse politische Grundprinzipien bestimmt. Dabei steht im Zentrum das Individuum, dessen freie Entfaltung es zu etablieren und zu garantieren gilt. Somit wird nicht die Erhaltung des Status quo, sondern dessen Veränderung in Richtung auf fortschreitende individuelle Emanzipation zum Grundtenor liberaler Politik, die sich damit der Reform im Sinne eines Fortschritts verschreibt, der nur aus der ungehemmten Tätigkeit freier Individuen erwächst. Entsprechend der jeweiligen historischen Situation wurden dabei die konkreten Akzente in einem liberalen Programm gesetzt, wie es im 17. Jh. von *J. Locke* (2nd Treatise on Civil Government), im 18. Jh. von *A. Smith* und zu Beginn des 19. Jh. von den Utilitaristen *(J. Bentham, James Mill* und *John Stuart Mill)* seine jeweilige theoretische Fundierung erfuhr. So waren Sicherung der politischen und religiösen Freiheit des Engländers durch Ausbau der Macht des Parlaments Hauptzielsetzung der Politik der WHIGS im 17. und frühen 18. Jh., im 19. Jh. standen Katholikenemanzipation, Parlamentsreform, Freihandel und Freisetzung der Kolonien, zu Beginn des 20. Jh. die Sozialreform im Zentrum der Politik der Liberalen Partei, wobei das im 19. Jh. proklamierte Ideal des »retrenchment« (d. h. hier Zurückdrängen und Minimalisierung staatlicher Interventionen im Bereich des öffentlichen Lebens) nun zunehmend zu Gunsten einer Politik staatlicher Eingriffe im Interesse der Egalisierung der Freiheitschancen aufgegeben wurde.

Organisation: Bereits vor 1832 hatten die den WHIGS nahestehenden Radikalen speziell in den großen Londoner Stimmbezirken moderne Techniken der Wahlkampfführung und Wählerorganisation entwickelt *(F. Place),* und auch nach der Wahlreform waren es vor allem Mitglieder des radikalen Flügels, die die Notwendigkeit außerparlamentarischer Organisation erkannten. 1834 entstanden gleichzeitig der »Westminster Reform Club« sowie die von *Lord Durham* und *J. Parkes* begründete »Reform Association«. Die gemeinsame Opposition der verschiedenen Gruppen gegen *Peels* erstes Kabinett führte dann 1836 zur Gründung des »Reform Club«, in dem man die Bemühungen um die Errichtung lokaler Wählereintragungsvereine und die Kontakte zu diesen Organisationen bzw. zu den lokalen Parteimagnaten in den einzelnen Wahlkreisen koordinierte. Mit der Durchführung der organisatorischen Aufgaben betraute man schon bald das Mitglied eines Anwaltsbüros als »Principal« oder »National Agent« der Partei. Im Laufe der Zeit nahmen diese Funktionen dann die 1860 begründete »Liberal Registration Association« (LRA) wahr, die 1877 dann in »Liberal Central Association« (LCA) umbenannt wurde. Obwohl nominell eine Organisation der Parteimitglieder, wurde die LCA bereits Ende des 19. Jh. de facto zum Büro des liberalen Whip, der bis 1950 zugleich deren Vorsitzender war.

Der eigentliche Anstoß zur Ausbildung einer modernen Massenorganisation ging infolge der zweiten Wahlrechtsreform von 1867 von der Parteibasis aus. Das Muster einer solchen lokalen Organisation lieferte Birmingham, wo es gelungen war, auf dem Prinzip der Repräsentation und Delegation sowie Kooptation (Caucus) die Wahlen entsprechend effektiv zu organisieren. Doch zugleich waren diese und ähnliche Organisationen mehr als Registrations- und Wahlassoziationen, sie führten vielmehr dazu, daß sie als echte Parteiorganisationen unter ehrgeizigen Führern, wie *J. Chamberlain* in Birmingham, das politische Mitspracherecht der Parteibasis gegenüber der Parteiführung anmeldeten. Aus diesem Bestreben wurde 1877 durch die Birminghamer Liberalen die »National Liberal Federation« (NLF) als Dachorganisation liberaler Ortsvereine begründet, die in Konkurrenz zur LCA aber nur Sprachrohr des radikalen Flügels der Partei war. 1886 wurde sie nach London verlegt und geriet schließlich durch die organisatorische Verbindung mit der LCA mehr und mehr unter die Kontrolle des Whip als dem eigentlichen Exekutivorgan der liberalen Parlamentspartei – 1887 kooperierten NLF und LCA bereits intensiv bei der gemeinsamen Gründung des »Liberal Publications Department« (LPD), das die Öffentlichkeitsarbeit der Partei organisierte (›Liberal Magazin‹, ›Liberal Year Books‹). Trotz der zunehmenden Organisierung der Parteibasis blieb aber die Parteispitze das Machtzentrum der Liberalen. Parteiführer war

automatisch der Premier bzw. in Zeiten der Opposition der Expremier. Beim Wechsel der Parteiführung wurde erst in den 70er Jahren des 19. Jh. eine Art inoffizielle Wahl eingeführt, die vom Whip formlos organisiert, unterlegene Kandidaten zurücktreten ließ, so daß der Sieger dann auf einer Parteiversammlung per Akklamation zum Parteiführer erhoben werden konnte. Auch die zahlreichen Ansätze zum organisatorischen Neuaufbau der Partei nach den schweren Wahlniederlagen seit 1924 änderten zunächst nicht die überkommene Organisationsstruktur einer Partei, in der die Unterhausfraktion das innerparteiliche Entscheidungszentrum darstellte. Seit 1976 geht jedoch der liberale Parteiführer aus einem Wahlakt hervor, an dem nicht nur die Parlamentarier beider Häuser, sondern auch die Vertreter der lokalen Parteiorganisationen durch Briefwahl beteiligt sind.

Presse: ›News Chronicle‹, ›Guardian‹ (früher ›Manchester Guardian‹).

Geschichte: Nach der Wahlrechtsreform des Jahres 1832 stellten die WHIGS – abgesehen von *Peels* konservativem Minderheitskabinett vom Dezember 1834 bis April 1835 – die Regierungen bis 1841, wobei die Kabinette *Lord Greys* (bis 1834) und *Lord Melbournes (W. Lamb)* den ungebrochenen Führungsanspruch der alten aristokratischen Machtelite verkörperten. Im Parlament stützten sie sich auf eine lose Majorität, gebildet aus denjenigen Gruppen, die die Reform Bill von 1832 (→ Einleitung) getragen und in den anschließenden Wahlen eine deutliche Mehrheit errungen hatten. Diese Mehrheit bestand im einzelnen aus: 1. den alten Whig-Aristokraten wie *Earl (Charles) Grey, Lord J. Russell, Lord Holland (H. R. Fox)*; 2. den ehemaligen sog. »Canning-nite-Tories« bzw. »Liberal Tories« (z. B. *Lord Melbourne, Lord Palmerston)* – d. h. den Anhängern *G. Cannings,* dessen Tory-Kabinett 1827 nur mit Unterstützung eines Teils der Whigs hatte gebildet werden können, da seine politischen Zielsetzungen (Katholikenemanzipation, Unterstützung der liberalen Bewegungen in Europa) vielen Tories suspekt gewesen waren; und 3. den Radikalen, einer Gruppe vorwiegend jüngerer Aristokraten und Intellektueller *(Lord Durham [J. G. Lambton]; E. G. Wakefield, W. Molesworth, Ch. Buller),* die als Anwälte der nicht im Parlament vertretenen Schichten auftraten. Darüber hinaus unterstützten die irischen Nationalisten zeitweilig die Kabinette, nachdem sie 1835 im sog. Lichfield House Compact ein nahezu förmliches Bündnis mit den WHIGS und Radikalen eingegangen waren. Innerhalb dieser noch recht heterogenen und wenig festgefügten Verbindung bildeten in den dreißiger Jahren des 19. Jh. die Radikalen den politisch aktiven Kern; mit ihren Projekten und ihrer Agitation lieferten sie die entscheidenden Impulse zur Reformpolitik dieses Jahrzehnts (1833: Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien, erste Fabrikgesetze; 1834: Verbesserung des Armenrechts; 1835: Vereinheitlichung der staatlichen Gemeindeverwaltung [Municipal Corporation Act]).

Nach der Spaltung der → KONSERVATIVEN PARTEI 1846 konnte sich die erste Regierung *Lord J. Russels* (1846–1852) im wesentlichen auf drei parlamentarische Gruppierungen stützen: 1. die WHIGS, 2. die Radikalen, an deren Spitze jetzt vor allem *R. Cobden* und *J. Bright* standen, die Organisatoren der außerparlamentarischen Bewegung der Freihändler (»Anti-Corn-Law-League«) und 3. auf die sog. »Peelites« (konservative Freihändler und Anhänger *Peels,* z. T. später auch »Liberal Conservatives« genannt). Aus diesen drei Komponenten wuchs im Laufe der 50er Jahre des 19. Jh. – eine Zeitspanne, in der das englische Parteiensystem wieder einmal in Bewegung geraten war und die Grenzlinien zwischen den Parteien verwischten – allmählich die Liberale Partei zusammen.

Bereits diese Entstehungsgeschichte verweist auf den letztlich heterogenen Charakter dieser Partei, der es – im Vergleich zu den beiden anderen großen englischen Parteien – sowohl im parlamentarischen Bereich als auch unter der Anhänger- und Wählerschaft einer konstanten und weitgehend homogenen Grundstruktur ermangelt; ein Mangel, den der Nonkonformismus nur zum Teil zeitweilig ausgleichen konnte. Von daher verstehen sich auch die Besonderheiten der englischen Liberalen: ihre Anfälligkeit für innere Spannungen und Gegensätze, ihre Wandlungsfähigkeit und schließlich die herausragende Bedeutung des Parteiführers. In den Anfangsjahren war *Lord Palmerston (H. J. Temple)* diese Integrationsfigur, und zwar nicht als Parteiführer im modernen Sinn, sondern auf Grund seiner dominierenden Position in den liberalen Kabinetten dieser Zeit (1846–51 Außenminister im Kabinett *Russell;* 1852–55 Innenminister im Kabinett *Aberdeen;* 1855–58 und 1859–65 Premierminister). Unter der Führung des eher konservativen Whig-Aristokraten fand die spektakuläre Reformpolitik der 30er Jahre keine Fortsetzung; jetzt stand die Außenpolitik im Vordergrund, jene eigentümliche Mischung aus britischem Nationalismus und liberalem Internationalismus, die *Palmerstons* Politik bei den Wählern soviel Popularität verschaffte, daß er die Wahlen des Jahres 1857 dann auf seine Person abstellen und mit deutlicher Mehrheit gewinnen konnte.

Mit *Palmerstons* Tod kurz nach dem liberalen Wahlsieg des Jahres 1865 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Liberalen Partei. Die Phase der Formierung war 1859 mit dem endgültigen Übertritt *W. E. Gladstones* und seiner Anhänger abgeschlossen, und nach der zweiten Wahlrechtsreform (1867), die nahezu eine Verdoppelung der Wählerschaft implizierte, erfolgte unter *Gladstone* der Aufstieg der Liberalen zur modernen Massenpartei, wobei stärker als je zuvor die Persönlichkeit des Parteiführers die Politik der Partei während der nächsten drei Jahrzehnte prägte.

Gladstone (1809–1898) hatte seine politische Karriere 1832 als Tory begonnen, um sich dann *Peel* anzuschließen. Nach der Spaltung der Konservativen stand er lange als prominentester ›Peelite‹ zwischen den Fronten, bis er 1859 durch seinen Eintritt als Finanzmi ister in das Kabinett *Palmerston* seinen endgültigen Übertritt zu den Liberalen vollzog. Mit seiner liberalen Finanzpolitik trug *Gladstone,* oft im Gegensatz zu *Palmerston,* wesentlich zu den Wahlerfolgen der Liberalen bei den mittelständischen Wählern bei. Nach dem Tode *Palmerstons* – des entschiedenen Gegners einer Demokratisierung des Wahlrechts – präsentierte *Gladstone* bereits im März 1866 dem Parlament eine Vorlage zur Änderung des Wahlrechts, die der seit 1864 in der Öffentlichkeit verstärkt geführten Wahlrechtskampagne Rechnung trug. Der äußerst gemäßigte Entwurf, der ca. 400 000 Hausbesitzern, Pächtern und Inhabern von Bankguthaben das Wahlrecht versprach, stieß jedoch auf den Widerstand mancher Radikaler, denen er nicht weit genug ging, als auch der Whig-Aristokraten, denen er zu weit ging. Daraufhin setzte 1867 eine konservative Minderheitsregierung unter *Disraelis* Führung einen weitergehenden Entwurf durch. Ende des gleichen Jahres löste *Gladstone Russell* als Parteiführer ab, und 1868 gewannen die Liberalen die Wahlen mit einer Majorität von 112 Sitzen. 1868–1874, 1880–1885, 1886 und 1892–1895 stellten sie die Regierung und bis 1894 stets mit *Gladstone* als Premier.

»Friede und Reformen« – in diesen Schlagworten lassen sich die Zielsetzungen des *Gladstoneschen* Liberalismus zusammenfassen. Besonders während seines ersten Kabinetts setzten die Liberalen eine Fülle wichtiger Maßnahmen durch: 1870 – Education Act zur Vorbereitung der allgemeinen Schulpflicht, Prüfungswesen für den Staatsdienst; 1871 – Öffnung der Universitäten Oxford und Cambridge für Nichtanglikaner, gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften; 1872 – Gesetz über die geheime Wahl. Hinzu kamen Heeres- und Justizreform sowie die staatliche Regulierung des Alkoholausschanks. Die herausragende gesetzgeberische Maßnahme des zweiten Kabinetts *Gladstone* waren die Wahlrechtsreformen 1884/85 (→ Einleitung). Die Außenpolitik der Regierungen *Gladstones* war grundsätzlich antiimperialistisch, wobei der Pazifismus mit einem starken moralischen Engagement für die unterdrückten Nationen verbunden war. Konsequent erfolgten in diesem Zusammenhang die ersten Schritte zum Aufbau einer indischen Selbstverwaltung. Trotz der antiexpansionistischen Grundtendenzen liberaler Außenpolitik gelang es *Gladstone* nicht, England aus den Verwicklungen um die Aufteilung Afrikas herauszuhalten; 1882 sah er sich sogar gezwungen, die Invasion Ägyptens zu beschließen.

Im Laufe der Ära *Gladstone* wurde die Liberale Partei zunehmend zu der Partei des Industriebürgertums. Während die Zahl der Abg. aus der Schicht der Grundbesitzer deutlich abnahm, waren die Sektoren Industrie, Handel, Banken und Gewerbe überdurchschnittlich durch Liberale vertreten. Die lokalen Parteiorganisationen waren fest in der Hand von Angehörigen der unteren Mittelschicht, denen die Parteiarbeit in den liberalen Assoziationen nicht selten den Weg zum gesellschaftlichen Aufstieg über die Politik ermöglichte. Dennoch war die Liberale Partei keine Klassenpartei, keine reine Interessenvertretung einer bestimmten Schicht; gerade auch die jetzt mit dem Wahlrecht ausgestattete Arbeiterschaft stellte einen Großteil der liberalen Wähler, wobei in erheblichem Maß der religiöse Nonkonformismus den stärksten Integrationsfaktor für die Liberalen in der zweiten Hälfte des 19. Jh. darstellte.

Um die neuen Wählerschichten zu gewinnen, erfolgte seit 1867 in verstärktem Maße der Ausbau der außerparlamentarischen Parteibasis. Doch nur zum Teil verdankte die Partei ihre Wahlerfolge der neuen Organisation. Wesentlicher war wiederum die Rolle des Parteiführers *Gladstone,* des herausragenden Volksredners seiner Zeit. Beispielhaft hierfür war seine großangelegte Kampagne gegen die Außenpolitik *Disraelis,* die schließlich in einer Reihe öffentlicher Massenveranstaltungen in seinem Wahlkreis Midlothian 1879/80 gipfelte. Von seinen Gegnern als zügelloser Demagoge verurteilt, hatte *Gladstone* damit neue Maßstäbe für den modernen Wahlkampf in einer zunehmend demokratisierten Gesellschaft gesetzt. Nicht zuletzt war es seine überwältigende Rhetorik, die als politischer Faktor sui generis die radikale Wählerschaft aus Mittelstand und Arbeiterschaft für die Liberalen mobilisierte, wobei zugleich die Wahlkämpfe von lokalen zu nationalen Angelegenheiten wurden. Andererseits implizierte *Gladstones* Politik Spannungen und Belastungen für seine Partei. Jede Reform – dies war das generelle Dilemma der liberalen Politik – schuf der Partei nicht nur Anhänger, sondern auch Gegner, Kritiker in den eigenen Reihen. Die Radikalen sahen sich besonders 1880 getäuscht, als bei der Regierungsbildung als einziger lediglich *J. Chamberlain* einen zweitrangigen Kabinettsposten erhielt, der Flügel der liberalen Imperialisten kritisierte die pazifistische Außenpolitik, die Nonkonformisten fürchteten die staatliche Schulaufsicht. Die Spannungen kulminierten in den innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Irland-Politik des Premiers. Von 1868 bis 1894 war es das oberste Ziel der Politik *Gladstones* gewesen, den Iren Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen und schließlich auch durch »Home-Rule« politische Selbstverwaltung zu gewähren. Damit entfremdete er jedoch die Repräsentanten der agrarischen wie auch der imperialen Interessen seiner Partei. So stimmten im Juni 1886 93 Liberale gegen eine entsprechende Gesetzesvorlage der eigenen Regierung, darunter nicht nur Whigs, sondern auch der Führer der Radikalen, *Chamberlain.* Letzterer war zuvor nicht nur als Initiator des Ausbaus der modernen Parteior-

ganisation hervorgetreten, er war zudem Anwalt der Demokratisierung der Partei durch Aufwertung der Basis gegenüber der Parteiführung gewesen und hatte darüber hinaus ein weitgehendes Programm sozialer Reformen entwickelt. Die eklatante Wahlniederlage des Jahres 1886 war die Folge dieser Spaltung der Liberalen Partei. Die Zahl der Anhänger *Gladstones* belief sich nur noch auf 191, insgesamt 78 Sitze errangen die liberalen Gegner der Home-Rule-Politik, die sich in den folgenden Jahren unter *Lord Hartingtons* und *Chamberlains* Führung als LIBERALE UNIONISTEN (Liberal Unionists) immer enger an die → KONSERVATIVEN anschlossen, bis sie sich 1912 offiziell organisatorisch mit diesen vereinigten. Die von *Chamberlain* ins Leben gerufene Dachorganisation der Partei, die »National Liberal Federation«, stand jedoch 1886 zur Partei *Gladstones;* sie expandierte sogar in der Folgezeit, da sie nicht mehr als Instrument des *Chamberlainschen* Radikalismus erschien. Doch weder dies noch die letzte Regierung *Gladstones* konnten darüber hinwegtäuschen, daß sich die Partei in einer Krise befand. Erst nach erbitterten innerparteilichen Auseinandersetzungen nach *Gladstones* Rücktritt 1894 wurde *Lord Rosebery (A. Ph. Primrose)* zum Premier ernannt. Nach der deutlichen Wahlniederlage 1895 trat er jedoch im Oktober des folgenden Jahres von der Parteiführung zurück, ihm folgte der Schotte *H. Campbell-Banner-man.* Bald darauf erreichte während des Burenkrieges der innerparteiliche Streit um den Imperialismus seinen Höhepunkt und drohte, die Liberalen erneut zu spalten. Auf der einen Seite waren die Theoretiker des Imperialismus Liberale gewesen *(Ch. Dilke, R. Seeley, Chamberlain),* auf der anderen Seite lieferte der Pazifismus *Gladstones* das Leitprinzip liberaler Außenpolitik. Bereits *Gladstones* letztes Kabinett war gespalten in Anti-Imperialisten (neben *Gladstone* besonders *W. Harcourt* und *J. Morley,* die sog. »Little-Englanders«) und liberale Imperialisten *(Rosebery, H. H. Asquith, E. Grey),* die 1902 sogar die »Liberale Liga« (Liberal League) zur Förderung der Einheit des Empire gründeten. Dazwischen stand eine gemäßigte Gruppe um *Campbell-Bannerman,* der dann allerdings durch seine Kritik an den Methoden der englischen Kriegführung in Süd-Afrika sich auf die Seite der Anti-Imperialisten stellte. Damit verloren die Liberalen Imperialisten an Boden, und mit dem Ende des Burenkrieges entspannte sich die innerparteiliche Situation.

Ein neuer politischer Aufschwung erfolgte, als die KONSERVATIVEN durch ihre Schulpolitik und die in der Partei immer stärker hervortretenden protektionistischen Tendenzen *(Chamberlain)* den Liberalen die Möglichkeit gaben, noch einmal ihre traditionellen Wählergruppen (Nonkonformisten und Freihändler) zu mobilisieren. 1906 errangen sie ihren größten Wahlsieg mit 399 Mandaten. Angesichts des wachsenden Gewichts der Wählerstimmen der Arbeiter sowie vor allem auf Grund der verschärften ökonomischen und sozialen Krisensituation und des Umstands, daß eine neue Arbeiterpartei im Unterhaus vertreten war, nahm die liberale Regierung nun eine umfassende Sozialreform in Angriff. An die Stelle der alten »laissez-faire«-Politik des klassischen Liberalismus trat die massive staatliche Intervention zugunsten der gleichen Freiheitschancen für alle. Besonders der Waliser *Lloyd George* sowie der von den Konservativen übergewechselte *W. Churchill* waren die treibenden Kräfte dieser Reformpolitik. Gesetze zur Unfall- (1906), Kranken- und Arbeitslosen-(1911) sowie zur Altersversicherung (1908) markierten den ersten Schritt auf dem Weg zum Sozialstaat. Dazu kamen Arbeitszeitregelungen, Mindestlöhne, rechtliche Absicherung der Position der Gewerkschaften, die nun nicht mehr für Streikschäden haftbar gemacht werden konnten (1907). Gleichzeitig sorgte die Heeresreform *R. Haldanes* angesichts der drohenden europäischen Krise für eine schlagkräftige Armee, und in Indien trieben die sog. Morley-Minto-Reformen den Aufbau der Selbstverwaltung voran. Der Finanzierung dieser Sozialpolitik diente ein neues Steuersystem mit progressiver Einkommensteuer, Erbschaftssteuer und zusätzlicher Besteuerung hoher Einkommen. Allerdings ließen sich diese mit dem Budget für 1909 gekoppelten Maßnahmen nur gegen den erbitterten Widerstand des mehrheitlich konservativen Oberhauses durch eine Verfassungsänderung durchsetzen, die 1911 das Veto des Oberhauses abschaffte. 1910 siegten die Liberalen in zwei Wahlen, deren letzte aus Anlaß dieser Verfassungsreform veranstaltet wurde, ohne jedoch weiterhin allein über die absolute Mehrheit verfügen zu können.

Der Erste Weltkrieg leitete den Abstieg der Liberalen Partei ein. Zwar votierten Kabinett und Fraktion 1914 überraschend geschlossen für den Kriegseintritt Englands, doch schon bald wurde deutlich, daß eine effektive Kriegführung mit allgemeiner Wehrpflicht und staatlicher Lenkung der Wirtschaft, getragen von einem zunehmend chauvinistischen Nationalismus, zu den politischen Grundprinzipien der Liberalen in eklatantem Widerspruch stand. Die Parteiorganisation zerfiel zusehends, und wachsende Kritik an der Kriegführung, besonders der unzureichenden Munitionsproduktion, zwang *Asquith,* seine Regierung zu einer Koalitionsregierung umzubilden. Eine größere Effektivität war damit jedoch nicht erreicht, und als sich *Asquiths* Kritiker *(Lloyd George* sowie besonders die Pressemagnaten *M. Aitken* und *Lord Northcliffe*) mit dem Führer der konservativen Partei *Bonar Law* verbanden, mußte *Asquith* zugunsten *Lloyd Georges* zurücktreten, der nun an der Spitze eines fünfköpfigen Kriegskabinetts stand. Das Ergebnis war eine erneute Spaltung der Partei, die durch die sog. Coupon-Wahlen des Jahres 1918 – als die Liberale Partei unter *Asquith* gegen die Anhänger der Koalition antrat – noch verfestigt wurde; nur 26 unabhängige Liberale kehrten ins Parlament zu-

rück, gegenüber 134 Koalitionsliberalen unter *Lloyd George,* die allerdings im Vergleich zu den insgesamt 382 konservativen Abgeordneten auch nur eine Minorität darstellten. Der Triumph *Lloyd Georges* war zugleich des Debakel der Liberalen Partei, die forthin in der englischen Politik keine gewichtige Rolle mehr spielte. Neben dem Dilemma der Kriegssituation sowie der Rivalität zwischen *Lloyd George* und *Asquith* hatte vor allem dazu beigetragen, daß es der Partei auf lange Sicht nicht gelungen war, angesichts der wachsenden sozialen Spannungen die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Hierin scheiterte sie trotz der Sozialpolitik des Neuen Liberalismus *Lloyd Georges,* weil die vom bürgerlichen Mittelstand beherrschte Parteiorganisation den möglichen Zustrom aus der Schicht der Arbeiter blockierte, – das zeitweilige Wahlbündnis mit der jungen ARBEITERPARTEI, das *H. Gladstone* als Chief Whip in den Jahren vor 1914 eingegangen war, stärkte lediglich diese. Außerdem verfiel zunehmend der Einfluß der nonkonformistischen Kirche, die bislang Wähler aus Arbeiterkreisen für die Liberalen mobilisiert hatte. Als nach 1918 die Versuche *Lloyd Georges,* seine Regierung auf die Basis einer aus der Fusion von KONSERVATIVEN und eigenem Anhang zu bildenden nationalen Partei zu stellen, nicht nur am Widerstand der KONSERVATIVEN, sondern auch der Koalitionsliberalen, die sich forthin NATIONALLIBERALE (National Liberals) nannten, scheiterte, trat er 1922 nach dem Bruch der Koalition zurück. Die folgenden Jahre waren für die Liberale Partei gekennzeichnet durch den Wechsel von Vereinigungsversuchen und erneute Spaltungen. So schlossen sich beide Flügel noch einmal 1923 zur Verteidigung des Freihandels zusammen und brachten es auf 158 Sitze, doch schon bei den Wahlen des nächsten Jahres fiel diese Zahl trotz 3 Millionen Wählerstimmen auf 40. Fortwährende Differenzen zwischen *Asquith* (jetzt *Lord Oxford*) und *Lloyd George* führten sogar vorübergehend zu einem förmlichen Parteiausschluß des letzteren (1926–27). 1927 gelang *H. Samuel,* dem Vorsitzenden der Parteiorganisation, ein erneuter Zusammenschluß. Bei den Wahlen 1929 präsentierte die Partei noch einmal 513 Kandidaten, von denen jedoch nur 59 ins Unterhaus gewählt wurden. Bei den Wahlen 1931 war die Partei erneut gespalten in: 35 NATIONALLIBERALE unter der Führung *J. Simons* – schon bald permanente Bundesgenossen der KONSERVATIVEN –, 32 Mitglieder des gemäßigten Flügels mit *Samuel,* die nur für kurze Zeit der nationalen Koalition beitraten, und *Lloyd George* bildete schließlich mit 3 Familienangehörigen eine eigene Gruppe. Im Gegensatz zur politischen Ohnmacht stand die intellektuelle Vitalität der Partei. Vor allem von *Lloyd George* initiiert, erschienen in kurzen Abständen die berühmten Farbbücher der englischen Liberalen: 1924 »Coal and Power«, 1925 »The Land and the Nation«, 1926 »Towns and the Land« und, vor allem bedeutsam geworden durch die Mitwirkung des Nationalökonomen *M. Keynes,* der Bericht eines eigens bestellten Parteikomitees über »Britains Industrial Future« (1928) sowie 1929 die Schrift »We can conquer unemployment«, die der hilflosen Regierung die indirekte Kontrolle der Wirtschaft durch gezielte Kredit- und Budgetpolitik empfahl, um so durch allgemeine Expansion der Staatsausgaben die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

1935 war die selbständige liberale Fraktion auf 17 Sitze zusammengeschmolzen, 1940 beteiligten sich die Liberalen an der Koalitionsregierung *Churchill.* Auch nach dem Krieg konnte die Liberale Partei (unter den Vors. *C. Davies* 1945–56, *J. Grimond* 1956–67, *J. Thorpe* 1967–76, *D. Steele* 1976–) trotz aller Anstrengungen – 1946 z. B. Reorganisation des Parteiapparates – nicht über den Rang einer Splitterpartei hinausgelangen. 1950 wurden von 400 Kandidaten nur noch 9 gewählt, wobei allerdings der Gesamtstimmenanteil der Liberalen fast 10 % betrug, 1974 konnte dieser Anteil sogar auf 18,3 % gesteigert werden (13 Mandate, davon 5 in Schottland und Wales), wobei durch die Patt-Situation zwischen den großen Parteien den Liberalen eine politische Schlüsselrolle zufiel, die sie jedoch – gemäß der Tradition der englischen Parteipolitik der letzten Jahrzehnte – nicht durch feste Koalitionsbindungen in politische Macht umsetzten. Bei den Wahlen 1979 gelangten 11 Liberale in das Unterhaus.

R. B. McCallum, The Liberal Party from Earl Grey to Asquith, London 1963; T. Wilson, The Downfall of the Liberal Party, London 1966; R. Douglas, The History of the Liberal Party 1895–1970, London 1971; Ch. Cook, A Short History of the Liberal Party, London 1976.

Liberale Unionisten (Liberal Unionists).
→ Konservative Partei, → Liberale Partei.

Nationaldemokratische und Arbeiter-Partei (**NDP,** National Democratic and Labour Party).

Die Partei wurde im April 1915 von Dissidenten des rechten Flügels der → ARBEITERPARTEI unter der Bezeichnung SOZIALISTISCHES NATIONALES VERTEIDIGUNGSKOMITEE (Socialist National Defence Committee) gegründet mit der Zielsetzung, die Koalitionsregierung und die Kriegsanstrengungen Großbritanniens wirksam zu unterstützen. Die pazifistische Richtung innerhalb der ARBEITERPARTEI wurde entsprechend bekämpft. Seit März 1916 nannte die Partei sich NATIONALE LIGA BRITISCHER ARBEITER (British Workers' National League) bzw. von März 1917 – Mai 1918 und wieder ab 1921 nur LIGA DER BRITISCHEN ARBEITER (British Workers' League). In der Zwischenzeit trat sie als NDP auf und konnte unter dieser Bezeichnung bei den Wahlen 1918 18 Mandate erringen. Sie löste sich Mitte der 20er Jahre auf. Presseorgan war ›British Citizen and Empire Worker‹ (1916–1921) bzw. ›Empire Citizen‹ (1921–1927).

Nationale Partei (National Party).
Im August/September 1917 erfolgter Zusammenschluß rechtskonservativer Parlamentarier unter Führung *H. P. Crofts*. Die Partei erhielt 1918 2 Mandate, im April 1921 löste sie sich wieder auf. Presseorgan: ›National Opinion‹ (1918–1923).
Croft, Lord, My Life of Strings, 1948.

Nationalliberale (National Liberals).
→ Liberale Partei.

Schottische Nationalpartei (**SNP,** Scottish National Party).
Im April 1928 wurde durch die Vertreter verschiedener schottischer nationaler Vereinigungen die NATIONALE PARTEI SCHOTTLANDS (National Party of Scotland) begründet, die 1934 nach dem Zusammenschluß mit der 1932 entstandenen SCHOTTISCHEN PARTEI (Scottish Party) in SNP umbenannt wurde. Ihre Hauptforderung, die ökonomische Rückständigkeit Schottlands durch Selbstverwaltung bzw. politische Unabhängigkeit zu beheben, trafen seit dem Ende der 60er Jahre auf stärkere Resonanz. Nachdem 1945, 1967 und 1970 jeweils ein Kandidat der Partei in das Unterhaus gewählt worden war, stieg die Zahl der Abgeordneten bei den Wahlen im Oktober 1974 auf insgesamt 11, fiel im Mai 1979 jedoch wieder auf 2. – Presse: ›Scots Independent‹ (seit 1926).
H. J. Hanham, Scottish Nationalism, 1969; J. G. Kellas, The Scottish Political System, 1973.

Tories. In den Jahren des Streites um die Nachfolge des katholischen *Jakob II.* 1679–1681 wurden diejenigen Parlamentarier, die für die uneingeschränkte monarchische Erbfolge und gegen jede Form des politischen Widerstandsrechts eintraten, von ihren Gegnern, den WHIGS, erstmals als Tories (d. i. ursprünglich irische papistische Wegelagerer) bezeichnet. Nach der Revolution von 1688/89 verstand man darunter all jene, die als Gegner der Vertragslehre auch weiterhin die Erhaltung der verfassungsmäßigen Vorrangstellung der Krone und die Suprematie der anglikanischen Staatskirche zum Ziel ihrer Politik erklärten. Mit starkem Rückhalt besonders bei den Vertretern des Landadels, der sog. Gentry (»landed interest«) und der Geistlichkeit opponierten die Tories dann in den Jahren 1690–1710 vor allem gegen die kriegerische Außenpolitik der WHIGS, wandten sich gegen die Einrichtung stehender Heere und verfolgten die neue Finanzpolitik der Staatsverschuldung mit wachsendem Mißtrauen. Ihr Ziel erreichten sie vorübergehend durch den Sturz der WHIG-Regierung 1710, worauf sie unter dem Ministerium *H. Bolingbroke* den Frieden von Utrecht durchsetzten. In den folgenden Auseinandersetzungen um die Nachfolge des Hauses Hannover verloren sie jedoch auf Grund innerer Zwiste und besonders durch das Eintreten eines Teils der Partei unter *Bolingbroke* für die Erbfolge der Stuarts (sog. »Jakobiten«) entscheidend an Einfluß und sahen sich für lange Zeit in die Opposition gedrängt. Erst mit dem Wahlsieg des jüngeren *W. Pitt,* der sich selbst allerdings noch als WHIGS bezeichnete, bei dem erstmals eine artikulierte öffentliche Meinung den Ausschlag gab, begann eine fast 50 Jahre währende Periode der Tory-Herrschaft, gestärkt vor allem durch den unter dem Eindruck der Französischen Revolution erfolgten Wechsel des mehr konservativ geprägten Flügels der WHIGS (u. a. *E. Burke*) zur Partei *Pitts.* Erst kurz vor der ersten Wahlrechtsreform verloren die Tories ihre Mehrheit. Nach 1832 ging dann aus ihnen die moderne → KONSERVATIVE PARTEI hervor.

Unionistische Partei (Unionist Party).
→ Konservative Partei.

Unionistische Partei (Unionist Party) in Nordirland. → Beitrag Irland und Ulster.

Walisische Nationalpartei (**PC,** Plaid Cymru).
J. S. Lewis gründete im August 1925 die PC als Sammelbecken und Sprachrohr walisischer Autonomiebestrebungen mit starker Akzentuierung der gälischen kulturellen Tradition. 1966 errang die Partei in einer Nachwahl erstmals einen Unterhaussitz, in der Legislaturperiode 1974–79 war sie mit 3, seit Mai 1979 ist sie mit 2 Abg. im Unterhaus vertreten. Presse: ›Welsh Nationalist‹ (1932–49), ›Welsh Nation‹ (seit 1949).
R. Coupland, Welsh and Scottish Nationalism, 1954; J. E. Jones, Tros Gymru, 1970.

Whigs. Während der Auseinandersetzungen um die Thronfolge des katholischen *Jakob* (1679–81) aufkommende Bezeichnung (ursprünglich von »whiggamores«, – schottisch-gaelisch »Viehdiebe«, später während des Bürgerkrieges wurden radikale schottische Puritaner so benannt) derjenigen parlamentarischen Gruppierung, die unter der Führung des *Earl of Shaftesbury (A. A. Cooper)* für die protestantische Thronfolge eintrat. Zugleich verstanden sich die Whigs, die im sog. »Green Ribbon Club« bereits in ersten Ansätzen eine außerparlamentarische Anhängerschaft zu organisieren suchten, als die Verfechter der alten konstitutionellen Freiheiten, der Vertragslehre *(J. Locke),* die dem Parlament eine dominierende Position im Rahmen der Verfassung sicherte, sowie der Toleranz für sämtliche protestantische Glaubensrichtungen, so daß sie forthin zugleich als Fürsprecher der politisch weitgehend entrechteten Dissenters auftraten. Dementsprechend waren sie nach 1688 die Verfechter der neuen Verfassung (Bill of Rights) und der protestantischen Thronfolge. Unter der Regierung Königin *Annas* bildete die aristokratische Whig-Gruppierung (sog. »Junto«) im Bunde mit den kommerziellen Interessen der City (»monied interest«) die eigentliche Kriegspartei, die für eine entschiedene, aggressive Außenpolitik gegenüber

Frankreich z. Zt. des spanischen Erbfolgekriegs eintrat. Nach ihrem Sturz 1710 nutzten sie 1714 die aus Anlaß der Thronfolge des Hauses Hannover entstandene Situation zur erneuten Machtübernahme. Unter geschickter Ausnutzung aristokratischer Klientelverhältnisse gelang es ihnen, für die nächsten 50 Jahre ihre Machtposition im Staat auszubauen *(R. Walpole)*, zugleich aber zerfiel die Partei nun in einzelne Adelscliquen, die forthin um die politische Führung stritten.

Unter diesen gewann unter *Georg III.* die Gruppe um *Ch. Rockingham*, die sog. »Rockingham-Whigs« herausragende Bedeutung, wobei sie unter dem Einfluß *E. Burkes* die Reduzierung der königlichen Macht offen als Ziel ihrer oppositionellen Politik proklamierten. In der Ära der Französischen Revolution vertraten dann die Whigs unter *Ch. J. Fox* in der Opposition konsequent eine Politik der Reform gegen die Regierung des jüngeren *W. Pitt*, in deren Lager der mehr konservativ ausgerichtete Flügel der Whigs unter *Burke* übergewechselt war. Nachdem vor allem der radikale Flügel der Whigs in Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Vereinigungen über Jahrzehnte hinaus beharrlich für eine durchgreifende Reform des parlamentarischen Wahlrechts eingetreten war, wurde dieses Ziel schließlich unter der Regierung des Whigs-Magnaten *Lord Grey* 1832 erreicht. In der Folgezeit ging dann unter den veränderten politischen Bedingungen des 19. Jh. aus den Whigs allmählich die → Liberale Partei hervor.

IRLAND UND ULSTER

von

REINHARD R. DOERRIES

Die politische Entwicklung Irlands ist vor allem von zwei eng miteinander in Verbindung stehenden Faktoren beeinflußt worden. Englands jahrhundertelange Herrschaft hat die Geschichte der »Smaragdinsel« grundlegend geprägt, und alle politischen Strömungen und Gruppierungen waren gezwungen, sich mit dem Verhältnis zu London und der englischen Krone auseinanderzusetzen. In gleichem Maße haben der Kampf des irischen Volkes um seine Unabhängigkeit und die konstruktiven wie auch destruktiven Begleiterscheinungen der mit dieser ständigen Konfrontation verknüpften inneren und äußeren Auseinandersetzungen das politische Leben bestimmt. Der bis in die Gegenwart andauernde bürgerkriegsähnliche Zustand in Nordirland und die schwierige politische und ökonomische Position der Republik haben zweifellos ihren Ursprung auch in dem zermürbenden Ringen um die nationale Freiheit, das erst in dem blutigen Osteraufstand von 1916 und dem Vertrag mit England von 1921 zumindest für die 26 südlichen Grafschaften zu einer Art Abschluß kam.

Der Beginn der irischen Parteiengeschichte ist ebenso in jeder Weise eng an die Entwicklung der Beziehungen zu England gebunden. Die Vorläuferorganisationen der im 19. Jh. entstandenen sog. → IRISCHEN PARLAMENTARISCHEN PARTEI hatten als vordringliches Ziel die Auflösung der Union mit England (Act of Union von 1800). Nationalistische Agitation in der einen oder der anderen Form war zwangsläufig Bestandteil des politischen Handelns der in das englische parlamentarische System eingegliederten irischen Abgeordneten wie auch der späteren Parteiengruppierungen bis zur Gründung des Irischen Freistaates. Politische Repression und ein, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, unsagbares wirtschaftliches Elend großer Teile der Bevölkerung schufen den Hintergrund, vor dem sich die Parteien und eine Anzahl von mehr oder weniger radikalen Organisationen entfalteten.

Zweifellos hat das über Generationen andauernde politische Treibhausklima mit dazu beigetragen, daß Iren im eigenen Lande und dort, wo die Flucht vor Armut und Unfreiheit sie hinführte (vor allem in den englischen Industriestädten und den USA, aber auch in Kanada und Australien), eine besondere Neigung zeigten, sich in oft geheimen Gesellschaften zusammenzuschließen. In den USA waren sie zahlenmäßig so stark und politisch so erfolgreich, daß sie beachtliche organisatorische Hilfe und finanzielle Mittel für den Kampf gegen England in die Alte Welt zurückfließen lassen konnten und auf die revolutionäre Bewegung in Irland einen nicht geringen Einfluß auszuüben vermochten (z. B. durch den Clan-na-Gael). Durch erzwungene Auswanderung bzw. Deportation von irischen Revolutionären sorgte England dafür, daß die Reihen dieser geheimen Gesellschaften in aller Welt immer wieder aufgefüllt wurden.

Obwohl es keineswegs zutrifft, daß allein die katholische Bevölkerung die Trennung von

England erstrebt hat, und obgleich immer wieder auch protestantische Persönlichkeiten den Kampf gegen England unterstützt haben, ist die konfessionelle Spaltung bis heute einer der determinierenden Faktoren in der irischen Geschichte geblieben. Trotz zahlreicher Beispiele von protestantischem Nationalismus und katholischer Opposition gegen die revolutionäre Bewegung ist eine Verbindung von Katholizismus und Republikanismus in Irland nicht zu leugnen. Die katholische Kirche ist seit jeher eine Art Volkskirche in Irland gewesen, die Kirche der weithin ländlichen Bevölkerung. Seit Generationen dagegen ist die protestantische Kirche für die Masse des irischen Volkes die Kirche der Fremden, der Engländer und ihrer Verbündeten in Irland, der Unionisten und Oranier. Keine Analyse der beiden politischen Systeme im heutigen Irland kann die ungemein wichtige Rolle der Kirchen außer acht lassen. Während in der Republik 95 % der Bevölkerung der katholischen Konfession angehören, weist die Volkszählung von 1971 in Nordirland rund 65 % der Bevölkerung als Protestanten (die große Mehrheit Mitglieder der Presbyterian Church und der Episcopal Church of Ireland) und nur rund 35 % als Katholiken aus. Zugehörigkeit zur einen oder anderen Konfession ist gleichzeitig politisches Etikett, auch wenn die Kirchen ein politisches Interesse nicht in allen Fällen eindeutig kundtun.

Die erste provisorische Verfassung des Irischen Freistaates (den es offiziell seit Unterzeichnung des englisch-irischen Vertrages von 1921 gab) wurde im Januar 1919 von 27 der 1918 in das englische Parlament gewählten Abg. (34 befanden sich noch in englischer Haft, 8 waren anderweitig abwesend) der → SINN FÉIN Partei im ersten Dáil Éireann (Unterhaus des neuen irischen Parlaments) einstimmig angenommen. Gleichzeitig wurden ein auf der »Proklamation der Republik Irland« von 1916 basierendes »Demokratisches Programm« und eine »Unabhängigkeitserklärung« gebilligt. Da sich die Hoffnungen des ersten Dáil auf den Einfluß des amerikanischen Präsidenten *Wilson* bei den Versailler Verhandlungen zugunsten der irischen Unabhängigkeit nicht erfüllten und englische Truppen in Irland stationiert blieben, konnte die erste Regierung nicht mehr als eine Art Untergrundorganisation sein, und die Kontinuität der militärischen Konfrontation mit England war damit vorprogrammiert. Die Unterdrückung der irischen Freiheitsbewegung durch englische Besatzungsorgane einerseits und die Existenz der Irischen Freiwilligen (Irish Volunteers) andererseits führten das Land an den Rand des Krieges. Um die explosive Situation unter Kontrolle zu bekommen, entsandte England immer neue paramilitärische Einheiten (wie die »Black and Tans«). Die Reaktion der Irischen Republikanischen Armee (IRA) ließ nicht lange auf sich warten, und Irland erlebte einen Krieg, dessen Ausgang für England den Verlust eines Territoriums, für die Iren einen weiteren Schritt auf dem Wege zur erstrebten nationalen Unabhängigkeit bedeutete. Die Verhandlungen zwischen der Regierung *D. Lloyd George* und *E. de Valeras* Republikanern im Sommer 1921 führten zu einem Vertrag, der zwar auf seiten zahlreicher radikaler Iren keine Zustimmung fand, aber die Existenz des Freistaates absicherte, indem er die irische Souveränität innerhalb des britischen Commonwealth anerkannte. Billigung oder Verurteilung dieses Vertrages wurden zu Grundpositionen der sich nun formierenden zwei großen irischen Parteien. Nach einem Bürgerkrieg über den Vertrag brach die alte von → SINN FÉIN dominierte Nationalbewegung auseinander. Die Befürworter des Vertrages gründeten die → VEREINIGUNG DER GAELEN. Die → SINN FÉIN-Rumpfpartei verkündete ihren Widerstand gegen den Vertrag, vor allem gegen die Vorschrift eines Loyalitätseides der irischen Abg. gegenüber der englischen Krone und gegen die vorgesehenen finanziellen Verpflichtungen Irlands gegenüber dem Vereinigten Königreich, und rief zum Boykott gegen das Parlament auf. Erst 1927 verließ der *de Valera-*

Flügel die SINN FÉIN-Rumpfpartei und ging als → SOLDATEN DES SCHICKSALS (FF) in das Parlament des jungen Freistaates. Seit dem Zusammenschluß der → VEREINIGUNG DER GAELEN nach den Wahlen von 1933 mit anderen Gruppierungen wie der → NATIONALEN ZENTRUMSPARTEI, zum → STAMM DER GAELEN (FG) haben FF und FG das Zweiparteiensystem in Irland bestimmt. Mit dem Rückgang der Bedeutung der kleineren Parteien, der Aufrechterhaltung der irischen Neutralität im Zweiten Weltkrieg und der allgemein unterstützten endgültigen Lossagung von England durch die Ausrufung der Republik haben die ideologischen und politischen Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien zunehmend an Bedeutung verloren. Das Verhältnis der Republik zu Nordirland und die mit einer unterentwickelten Industrie verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind die wichtigsten Themen der irischen Politik geblieben.

Die nordirische Eigenentwicklung, welche durch die früher einsetzende Industrialisierung, die starke protestantische Basis und die damit verbundenen Sonderbeziehungen zu England auch eine historische Grundlage hat, wurde erneut gefördert durch das Irland-Gesetz (Government of Ireland Act) von 1920, das die Trennung der sechs nordöstlichen Grafschaften der Provinz Ulster von dem übrigen Irland vorsah. Die Ablehnung des Irland-Gesetzes durch die Republikaner im Süden und die Schaffung des Irischen Freistaates stärkten die Bindung Nordirlands an England und vertieften die Kluft zwischen den beiden Teilen des Landes.

Der sog. External Relations Act von 1936 und eine neue Verfassung 1937 (Bunreacht na hÉireann), in der jetzt von Éire bzw. Ireland anstatt von Irish Free State die Rede war, waren weitere Schritte auf dem Wege zur endgültigen Trennung der 26 südirischen Grafschaften von England.

Die Gründung der Republik erfolgte erst durch eine der merkwürdigsten Koalitionen in der irischen Parteiengeschichte (→ STAMM DER GAELEN, → KINDER DES LANDES, → REPUBLIKANISCHE FAMILIE und Splittergruppen der → ARBEITERPARTEI), welche die letzten Bindungen Irlands an England durch die Proklamation der Republik (Republic of Ireland Bill von 1948) am Ostersonntag, dem 18. 4. 1949, löste.

Während der Anschluß an die NATO, d. h. ein Militärbündnis mit England, für die Republik völlig ausgeschlossen war, solange die Teilung Irlands von England mitgetragen wurde, erweckte die Mitgliedschaft Irlands in der Europäischen Gemeinschaft (1973) Hoffnungen auf Besserung der wirtschaftlichen Lage des Landes.

Das Nationale Parlament (Oireachtas) Irlands besteht aus einem Unterhaus (House of Representatives, Dáil Éireann) und einem Oberhaus (Senate, Seanad Éireann). Die Machtbefugnisse dieser Organe sind in der Verfassung (Constitution, Bunreacht na hÉireann) festgelegt. An der Spitze der Regierung steht der für 7 Jahre vom Volk gewählte Präsident, der den vom Unterhaus gewählten Premierminister (Prime Minister, Taoiseach) ernennt und auf Anweisung des Premierministers das Parlament auflöst. (Von der Möglichkeit, letzteres zu verweigern und damit den Rücktritt des Premierministers zu veranlassen, hat noch kein Präsident Gebrauch gemacht.) Der Premierminister beruft das Kabinett ein und trägt die eigentliche Regierungsverantwortung. Zur Zeit hat das Unterhaus 148 Abgeordnete (Teachtaí Dála, T. D. 's), die von 42 Wahlkreisen (3–5 Abgeordnete pro Wahlkreis je nach Anzahl der Bevölkerung) gewählt werden. Das Unterhaus ist die gesetzgebende Kammer, deren Vorlagen vom Oberhaus mit Abänderungsanträgen versehen, bis zu 90 Tage aufgehalten, aber nicht verhindert werden können. Das Oberhaus hat 60 Mitglieder (11 durch den Premierminister ernannt, 6 als Vertreter der Universitäten und 43 von berufsständi-

schen Gruppen gewählt). Das Parlament wird für jeweils 5 Jahre gewählt, aber der Premierminister kann es früher auflösen. Seit 1922 gilt ein Verhältniswahlrecht, welches dem Wähler erlaubt, für die 3–5 Abgeordneten seines Wahlkreises zu stimmen und gleichzeitig die von ihm gewünschte Rangordnung der Kandidaten festzulegen.

Die sechs abgetrennten Grafschaften Nordirlands wurden von 1921 bis zur direkten Intervention Englands im Jahre 1972 von einem Parlament verwaltet, das in Stormont zusammentrat. Die Verfassung Nordirlands ist das britische Irland-Gesetz von 1920. Das nordirische Oberhaus (Senate) hatte 26 Mitglieder, 24 vom Unterhaus (House of Commons) gewählte sowie die Bürgermeister von Belfast und Londonderry. Die Amtszeit der Senatoren betrug 8 Jahre. Da sie vom Unterhaus gewählt wurden, machten sie von ihrem Recht, auf die Gesetzesvorlagen von dort mit Abänderungsanträgen zu reagieren, kaum Gebrauch. Das Unterhaus bestand aus 52 Abgeordneten mit einer Amtszeit von 5 Jahren, von denen 48 in Wahlkreisen gewählt wurden und 4 (bis 1969) die Universitäten vertraten. Regiert wurde das Land von einem Kabinett (Cabinet bzw. Executive Committee), das dem Premierminister unterstand. Neben dieser autonomen Regierung amtierte als Vertreter des englischen Monarchen ein Gouverneur, der das Parlament auflösen konnte. Bis 1978 saßen 12 nordirische Abg. im englischen Unterhaus, die meisten von ihnen standen der KONSERVATIVEN PARTEI nahe. Im November 1978 brachte die englische Regierung eine Vorlage ein, welche die Anzahl der nordirischen Abg. auf 17 erhöhen möchte. Alle essentiellen Regierungsfunktionen wie Finanz, Außenpolitik und Verteidigung blieben der englischen Regierung vorbehalten. Die Sorge um die innere Sicherheit und Stabilität, d. h. die Aufrechterhaltung polizeilicher und paramilitärischer Kräfte als Gegengewicht gegen die IRA, blieb dagegen insgesamt der Regierung in Stormont überlassen. Ein Nationalbewußtsein, wie es zweifellos in der Republik Irland existiert, konnte sich kaum in einem Land entwickeln, das zwischen den Konfessionen zerrissen ist, dessen politische Loyalitäten zwischen einem unabhängigen Ulster, der Zugehörigkeit zu England und dem Ziel eines vereinigten Irland schwanken. Unabhängig von wirtschaftlichem und sozialem Status ist das Land in Orange und Grün geteilt, die Farben der Protestanten und Katholiken. Die Zugehörigkeit zur einen oder anderen Farbe bestimmt das private und öffentliche Leben der meisten Nordiren. Nicht zu Unrecht ist Nordirland als Fragment anderer gesellschaftlicher Systeme bezeichnet worden. Als solches ist es gleichermaßen verbunden mit den Traditionen des katholischen Südirland und des protestantischen England. Seine aus englischen Kompromißüberlegungen entstandenen Grenzen erkannte die Republik Irland nur formal an.

Parteipolitisch gesehen ist das Bild Nordirlands nicht weniger ein Fragment. Die Politik bewegt sich fast ausschließlich um die Frage nach dem Verhältnis zu England. Die Regierung ist seit der Teilung Irlands von den Unionisten gestellt worden. Unionismus bedeutet Billigung und Stärkung der Bindung an England; Nationalismus in Nordirland bedeutet den Wunsch nach Wiedervereinigung des Landes. Daß die konfessionelle Teilung in etwa den politischen Fronten der Unionisten und Nationalisten entsprach, ist tragische Besonderheit der Geschichte Ulsters. Kompromißbereitschaft hat in dieser Gesellschaft der unvereinbaren Gegensätze und allzu deutlichen Trennungslinien stets nur minimale Aussichten gehabt.

J. D. O'Donnel, How Ireland is Governed, Dublin 1965; B. Farrell, The Founding of Dáil Éireann: Parliament and Nation Building, Dublin u. London 1971; B. Chubb, The Government and Politics of Ireland, Stanford (Cal.) u. London 1970; M. Manning, Irish Political Parties, Dublin u. London 1972; R. Lagoni, Die politischen Parteien im Verfassungssystem der Republik Irland, 1973; J. L. McCracken, Representative Government in Ireland, London 1958; F. S. L. Lyons, Ireland Since the Famine, London ²1975; R. Rose, Northern Ireland, Wash., D. C. u. London 1976; E. Rumpf u. A. C. Hepburn, Nationalism and Socialism in Twentieth-Century Ireland, Liverpool 1977; P. Alter, Nationale Organisationen in Irland 1801–1921 in: Th. Schieder, O. Daun (Hg.), Nationale Bewegung und soziale Organisation I, 1978; R. Hermle, Der Konflikt in Nordirland, 1979.

Allianz Partei (Alliance Party).

Gegründet im April 1970 von Dissidenten verschiedener politischer Gruppen, vor allem der → UNIONISTISCHEN PARTEI und der LIBERALEN PARTEI NORDIRLANDS (Northern Ireland Liberal Party), einer kleinen Parteigruppe, der in der von konfessionellen Auseinandersetzungen gezeichneten politischen Landschaft Nordirlands nur eine unbedeutende Rolle zufällt.

Wichtigster Programmpunkt vor dem Hintergrund der Unruhen im Lande war das Bekenntnis zur Partnerschaft von Katholiken und Protestanten im öffentlichen Leben in Nordirland. Im übrigen versuchte die Partei zwischen extremen Standpunkten zu vermitteln. Bei den Wahlen 1973 (Assembly Election) und 1975 (Convention Election) erreichte sie jeweils 8 Sitze mit einem Stimmenanteil von rund 9%.

Arbeiterpartei (Labour Party). Politische Vertretung der irischen Arbeiterschaft mit anfänglich radikalen, später gemäßigteren Positionen.

Gründung: Die Partei wurde auf der Jahrestagung der irischen Gewerkschaften (Irish Trade Union Congress) 1912 in Clonmel von diesen und den Splittergruppen der ehemaligen → IRISCHEN SOZIALISTISCHEN REPUBLIKANISCHEN PARTEI gegründet. Sie hieß zunächst »Irish Trades Union Congress and Labour Party«. Den Antrag auf Gründung der Partei hatte *J. Connolly* gestellt, der von *W. O'Brien, J. Larkin* und *Th. Johnson* unterstützt wurde.

Programm: Am Anfang der Partei stand die umkämpfte Entscheidung, die politischen und die gewerkschaftlichen Interessen der irischen Arbeiter in einer Organisation zusammenzufassen. Die Unabhängigkeitserklärung von 1916 wurde auch für die Arbeiterpartei die Basis für die Forderung nach einer wiedervereinigten irischen Republik. Zum Parteiprogramm gehörten die Verstaatlichung der Banken und bestimmter Schlüsselindustrien, eine Politik der sozialen Reform und eine progressive Bildungspolitik. In den 1920er Jahren vertrat die Partei auch ein Programm der Bodenreform, das die Aufteilung größerer Besitzungen zum Ziel hatte. In den Beziehungen zu England spielte vor allem die Frage der Zusammenarbeit mit der englischen Gewerkschaftsbewegung eine wichtige Rolle. Den Verfassungseid der Dáil-Abg. gegenüber der englischen Krone lehnte die Partei ab.

Organisation: Schwierige organisatorische Probleme ergaben sich nicht nur aus den oft sehr verschiedenartigen Interessen der in der Partei vereinigten Politiker und Gewerkschaftler, sondern auch aus der Weigerung so verschiedener dynamischer Arbeiterführer, wie z. B. *Larkin* und *Connolly*, ihre individuellen Vorstellungen dem Wohl der Organisation unterzuordnen. Zersplitterung und Uneinigkeit führten wiederholt zu Reorganisationsversuchen. Da die Basis der Partei durch die lokalen Gewerkschaftsorganisationen gebildet wurde, ist es nicht erstaunlich, daß die Arbeiterpartei außerhalb der industrialisierten Gebiete nur schwer Fuß fassen konnte. Die Teilung Irlands und die damit verbundene Trennung der beiden Industriezentren Dublin und Belfast haben die Situation der irischen Arbeiterpartei zusätzlich erschwert.

Presseorgane waren ›Voice of Labour‹ und ›Watchword of Labour‹.

Geschichte: Zu den Vorgängerorganisationen der Arbeiterpartei zählten der Irish Trade Union Congress (eine 1894 gegründete Dachvereinigung verschiedener Gewerkschaften, die bis 1930 Bestandteil der Arbeiterpartei blieb), die → SOZIALISTISCHE PARTEI IRLANDS und die → UNABHÄNGIGE ARBEITERPARTEI. Obwohl sich die Gewerkschaftsführer darüber einig waren, daß sie eine politische Organisation bzw. eine Partei benötigten, um ihre Interessen auch parlamentarisch wirksam vertreten zu können, war die Parteigründung doch in vieler Hinsicht ein Kompromiß zwischen divergierenden Positionen. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges erlitt die eben erst parteipolitisch organisierte Arbeiterbewegung einen schwerwiegenden Verlust durch *Larkins* Abreise in die USA, wo er finanzielle Mittel für seine Irish Transport und General Workers Union (ITGWU) aufzutreiben hoffte. *Connolly* übernahm von *Larkin* die Führung sowohl der ITGWU wie auch der Irischen Bürgerarmee (Irish Citizen Army), die zum Schutz der streikenden Arbeiter gegen Ausschreitungen der Polizei gegründet worden war. Beim Osteraufstand von 1916 spielte *Connolly* eine führende Rolle und war Mitglied der revolutionären Provisorischen Regierung. Seine Hinrichtung durch die Engländer und die Abwesenheit von *Larkin* (in den USA inhaftiert) erschwerten die Entwicklung der Arbeiterbewegung. In den folgenden Jahren kam die Partei unter die Kontrolle von *O'Brien* und *Johnson*, die von *D. Campbell, Th. Farren, Th. Foran, Th. MacPartlin* und *C. O'Shannon* Unterstützung erhielten. 1917 drohte erneute Spaltung durch die Wiedergründung der → SOZIALISTISCHEN PARTEI IRLANDS, die sich als Nachfolgepartei der früheren Organisation gleichen Namens sah und zu ihren Mitgliedern eine Gruppe führender Männer aus der Arbeiterpartei wie z. B. *Foran* und *O'Shannon* zählte. Uneinigkeit in der Arbeiterbewegung und der nach dem Osteraufstand von 1916 wachsende Nationalismus gaben der Arbeiterpartei im Wahlkampf von 1918 eine ungünstige Ausgangsposition gegen → SINN FÉIN. Vor diesem Hintergrund beschloß die Parteiführung, bei den Wahlen im November 1918 nicht gegen SINN FÉIN anzutreten, um in der Frage der irischen Unabhängigkeit bzw. Selbstbestimmung nationale Einigkeit zu demonstrieren. Erst 1922 stellte sie sich den Wählern und gewann, trotz anhaltender innerer Zerstrittenheit, 17 Mandate. Die durch die Nichtteilnahme an den Wahlen von 1918 eingeleitete politische Abstinenz wurde im Bürgerkrieg erneut bestätigt, und nur ein kleiner Flügel der ehemaligen Irischen Bürgerarmee ging zur Irischen Republikanischen

Armee (IRA, → Sinn Féin) über. *Larkins* Rückkehr aus den USA 1923 und der sich anschließende innerparteiliche Machtkampf zwischen ihm und *O'Brien* verschärften weiter die Gefahr der Spaltung. *Larkin* gelang es nicht, die Kontrolle über die ITGWU wiederzugewinnen, aus Opposition gründete er 1924 seine eigene Workers Union of Ireland.

Im Wahlkampf von 1923 griff er, ohne selber zu kandidieren, im ›Irish Worker‹ offen die Arbeiterpartei an. Als Resultat erlitt diese beachtliche Verluste bei den Wahlen (14 Mandate bei 11,1% Stimmen). Nun versuchte die Partei, auf dem Wege der Reorganisation eine neue Basis zu finden. Die Zusammenfassung der lokalen Arbeitervereine in regionale Arbeiterparteien sollte der Partei neue Volksnähe und einen Ausweg aus dem anhaltenden innerparteilichen Konflikt zwischen Gewerkschaften und politischen Gruppen bringen. In das Wahljahr 1927 ging die Partei mit einem Programm der sozialen Reformen, das sich vor allem gegen die Arbeitslosigkeit richtete, während auf Nationalisierung von Industrie und Boden nicht mehr bestanden wurde. Bei den Juni-Wahlen gewann die Partei mit 12,5% Stimmen 22 Mandate. Die durch den Eintritt der → Soldaten des Schicksals (FF) in den Dáil nötig gewordene Wahl im September 1927 zeigte, daß der Arbeiterpartei wie bisher eine eigentliche Massenbasis fehlte. *Larkin* hatte öffentlich gegen sie Stellung bezogen und für seine 1923 gegründete, dem Kommunismus nahestehende, »Irish Workers League« (erfolglos) kandidiert. Die Arbeiterpartei mußte sich mit 13 Sitzen (9% der Stimmen), begnügen und verlor sogar die Mandate ihrer Parteiführer *O'Brien* und *Johnson*. Danach fiel die Parteileitung an *Th. O'Connell*, der aber bei den nächsten Wahlen sein Mandat ebenfalls einbüßte. 1932 und 1933 ging die Partei auf 7 bzw. 8 Mandate zurück. Im Frühjahr 1930 wurde die Trennung von Gewerkschaften und politischer Partei endgültig vollzogen, und nur die alle 32 Grafschaften Nord- und Südirlands einschließende Parteiorganisation erinnerte noch an die Anfänge. 1937 konnte sich die Partei auf 13 Sitze (10,2% der Stimmen) verbessern, genug, um *de Valeras* regierende FF zu stützen; aber schon 1938 fiel sie wieder auf 9 Mandate (10,0% der Stimmen) zurück. 1943 gelang der Arbeiterpartei zwar das relativ eindrucksvolle Wahlresultat von 17 Mandaten (15,7%), aber der Zwist zwischen *Larkin* (der 1937/38 als unabhängiger Abg. im Dáil saß) und *O'Brien* erreichte einen neuen Höhepunkt, als die Partei sich 1943/44 aufspaltete. Im Herbst 1943 beantragten Mitglieder der IGTWU den Parteiausschluß von *Larkin* und seinem Sohn *J. Larkin jr.* Als sie damit nicht durchkamen, spaltete sich die IGTWU-Gruppe von der Arbeiterpartei ab, wobei sie als Grund deren zu starke Annäherung an die Kommunisten geltend machte, und gründete eine neue Nationale Arbeiterpartei (National Labour Party). Die Wahlresultate von 1944 waren entsprechend: 8 Mandate (11,4% der Stimmen) für die Arbeiterpartei und 4 Mandate für die Nationale Arbeiterpartei. Die Wahlen vom 4. 2. 1948 (19 bzw. 14 und 5 Sitze) brachten beide Arbeiterparteien im Rahmen der → Stamm der Gaelen (FG)-Koalitionsregierung, an die Macht.

Durch die gemeinsame Regierungsarbeit fand ein Abbau der Differenzen statt, und 1950 vereinigten sich die beiden Parteien erneut in der Arbeiterpartei (die zersplitterten Gewerkschaften fanden erst 1959 im Irish Congress of Trade Unions wieder zusammen). Von 1954 (18 Mandate bei 11,8% der Stimmen) bis 1957 (12 Mandate, 9,3%) nahm die Arbeiterpartei an der zweiten Koalitionsregierung mit der FG (50 Mandate) teil. Von 1957 bis 1973 konnte die Regierung von den → Soldaten des Schicksals (FF) allein gestellt werden, und die Arbeiterpartei unter Führung von *B. Corish* sah sich in ihre alte Rolle als dritte Partei zurückgedrängt (1961: 16 Mandate, 1965: 21, 1968: 18). Erst als Mitglied der Nationalen Koalition (National Coalition Government) von FG und Arbeiterpartei, die mit einem 14 Punkte-Reformprogramm die Wahlen von 1973 bestritt, kam sie wieder an die Regierung (FG 54 Sitze, Arbeiterpartei 19 Sitze). Da es aber der Koalition, mit *Corish* als Deputy Prime Minister, nicht gelang, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, wandten sich die Wähler ab und gaben der FF am 16. 6. 1977 die absolute Mehrheit (Arbeiterpartei: 17 Mandate bei 11,6% der Stimmen). Bei den Wahlen am 11. 6. 1981 gewann die Partei 15 Mandate und bildete kurz darauf mit der FG (65 Sitze) erneut eine Koalitionsregierung, deren Handlungsfähigkeit wegen der äußerst knappen Mehrheit (FF 78 Sitze) und der dadurch verstärkten Abhängigkeit von den Unabhängigen allgemein nicht sehr hoch eingeschätzt wurde.

A. Mitchell, Labour in Irish Politics, 1890–1930, Dublin 1974; A. Orridge, The Irish Labour Party, in: W. E. Paterson u. A. H. Thomas (Hg.), Social Democratic Parties in Western Europe, London 1977.

Bauernpartei (Farmers' Party). Gegründet 1922 als politischer Arm der Famers' Union (auch Farmers' Association), einer bäuerlich berufsständisch orientierten Organisation. In der Farmers' Union waren wirtschaftlich besser gestellte Bauern zusammengefaßt, die zwar regional sehr verschiedene landwirtschaftliche Interessen vertraten, aber generell an einem Arrangement mit London interessiert sein mußten, da England der Hauptabnehmer ihrer landwirtschaftlichen Produktion war. Im Gegensatz zu den Republikanern stand die Bauernpartei aus diesem Grunde auf Seiten der Befürworter des anglo-irischen Vertrages und guter Handelsbeziehungen zu England. Die von *D. J. Gorey* und *M. F. O'Hanlon* angeführte Partei errang bei den Wahlen am 16. 6. 1922 7 Mandate (bei ca. 10% der Stimmen). Bei den Wahlen am 27. 8. 1923 waren es schon 15 Sitze (bei 11%). Damit hatte sie aber auch den Höhepunkt ihrer Entwicklung erreicht. Die fol-

genden Jahre brachten eine größere Annäherung an die → Vereinigung der Gaelen und die zunehmende innere Auseinandersetzung über einen möglichen Anschluß. Als Resultat dieses Streits traten *Gorey* und *O'Hanlon* 1927 noch vor den Wahlen aus der Partei aus. So geschwächt, gewann diese am 9. 6. und am 15. 9. 1927 nur noch 11 bzw. 6 Mandate (8,8% bzw. 6,4% der Stimmen). Als die → Soldaten des Schicksals im gleichen Jahre erstmals ihre Sitze im Dáil einnahmen, ging die Bauernpartei praktisch in das Lager der → Vereinigung der Gaelen über. Bei den Wahlen vom 9. 3. 1932 zogen einige der Abg., einschließlich des neuen Parteiführers *M. R. Heffernan*, die Konsequenzen und kandidierten für die → Vereinigung der Gaelen. Damit hatten die landwirtschaftlichen Interessen im Irischen Freistaat zunächst die eigene politische Vertretung verloren. Splittergruppen der ehemaligen Bauernpartei fanden eine zeitweilige Heimat in der 1932 entstandenen → Nationalen Zentrumspartei, die aber schon ein Jahr später in der neuen großen Sammelpartei → Stamm der Gaelen aufging. Bis zum Jahre 1938, als es zur Gründung der → Kinder des Landes kam, fehlte den in Irland zahlenmäßig starken bäuerlichen Schichten eine eigene Parteiorganisation.

Demokratische Unionistische Partei (**DUP**, Democratic Unionist Party).

Radikale protestantische Partei unter Führung des presbyterianischen Pfarrers *Ian R. K. Paisley*. Seit 1971 als DUP bekannt, geht die Organisation zurück auf eine Reihe ähnlich orientierter protestantischer Gruppierungen, wie zum Beispiel das in den 1960er Jahren von *Paisley* geleitete Ulster Constitution Defense Committee. *Paisley* und seine Anhänger vertreten einen fanatischen Antikatholizismus und bekämpfen jede noch so entfernte Möglichkeit einer irischen Wiedervereinigung. Auf innenpolitischer Ebene haben die protestantischen Extremisten ihr Interesse an der Lage der protestantischen unteren Schichten der Bevölkerung zu erkennen gegeben. Bei den Wahlen von 1973 (Assembly Election) erreichte *Paisleys* DUP mit rund 11% der Stimmen 8 Sitze und 1975 (Convention Election) gelang es ihr, bei rund 15% der Stimmen 12 Kandidaten durchzubringen.

J. F. Harbinson, The Ulster Unionist Party, 1882–1973, Belfast 1973; R. Rose, Northern Ireland, New York u. London 1976.

Freies Irland (Saor Eire). Im Mai 1931 in Dublin gegründete radikal-republikanische Splittergruppe. Neben der Errichtung der Republik auf der Grundlage der Proklamation von 1916 verfolgten die Mitglieder eine teilweise sozialistisch orientierte Reformpolitik, die von Arbeitern und arbeitenden Bauern getragen werden sollte. Zu den führenden Männern der Gruppe gehörten u. a. *S. MacBride, S. Hayes, M. Fitzpatrick* u. *P. O'Donnell*. Eine Nationale Exekutive bestand aus Vertretern der Irischen Republikanischen Armee (IRA, → Sinn Féin), der von Gräfin *C. Markievicz* geführten Frauenorganisation »Cumann na mBan« und anderer radikalrepublikanischer Gruppen. Schon am 20. 10. 1931 erklärte die Regierung die Organisation, zusammen mit der IRA und einer Handvoll anderer republikanischer Gruppen, für illegal. Der größte Teil der irischen Republikaner hatte ohnehin in den → Soldaten des Schicksals eine politische Heimat gefunden, bzw. die meisten IRA-Mitglieder waren nicht bereit, ihre republikanische Gesellschaft in eine am Sozialismus oder Kommunismus orientierte politische Organisation umformen zu lassen. Nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen sich einige Mitglieder einer neuen radikal-republikanischen Partei, → Republikanische Familie an.

T. P. Coogan, The I. R. A., London ²1971.

Home Rule Bewegung, Home Rule Partei (Home Rule Party) → Irische Parlamentarische Partei.

Irische Parlamentarische Partei (Irish Parliamentary Party, verschiedentlich auch als Parliamentary Party, Home Rule Party, Irish Party oder Nationalist Party bezeichnet). Nationalistische Partei, die Home Rule (Autonomie) auf legalem Wege zu erreichen suchte.

Gründung: Meist wird das Treffen von Unterhausabgeordneten in Dublin am 3. 3. 1874 als Gründungsdatum angesehen. *I. Butt* war der erste Vors. der Partei. Tatsächlich entwickelte sich eine nationalistische parlamentarische Partei seit dem frühen 19. Jh.

Programm: Nationalistisches Programm von Reformmaßnahmen mit dem Ziel der Home Rule, das zwar auf den neu erwachten irischen Nationalismus reagierte, aber eindeutig im Gegensatz zu revolutionärer Agitation stand.

Organisation: Eine eigene Organisation schufen sich die irischen Vertreter in Westminster durch die Gründung der Irischen Nationalen Liga (Irish National League) am 17. 10. 1882. Sie wurde auf der geographischen Grundlage der 32 Grafschaften aufgebaut, mit einem Exekutivkomitee (Executive Council), das sich aus 32 Grafschaftsvertretern und 16 Mitgliedern des Parlaments zusammensetzte. Die einzelnen Grafschaften waren auf Gemeindebasis (parishes bzw. wards) organisiert. Nach *Ch. S. Parnells* Diskreditierung gründeten die Führer der Parlamentarischen Partei am 10. 3. 1891 eine neue Organisation, die Irische Nationale Föderation (Irish National Federation). Ihre Struktur war ähnlich wie die der Nationalen Liga, nur behielt die Partei durch die veränderte Zusammensetzung der Führungsgremien eine nahezu vollständige Kontrolle über die Organisation. Als es nicht gelang, die nach *Parnells* Abgang erkennbare innere Zerstrittenheit der Partei beizulegen, organisierte *W. O'Brien* 1898 die Vereinigte Irische Liga (United Irish League), die von einem National Directory

geleitet wurde. Dieses Gremium berief einen jährlichen Parteitag ein, der die letzte Entscheidung in allen Fragen der Partei und der Liga hatte.

Geschichte: Nach dem gescheiterten Fenier-Aufstand von 1867 war die Parlamentarische Partei die einzige politische Organisation, die bei einem größeren Teil der irischen Bevölkerung Sympathien besaß und sich infolgedessen zu einer Art Volksbewegung entwickeln konnte. Im englischen Parlament versuchten ihre Vertreter, mit legalen Mitteln und gegen die Bestrebungen der nordirischen Protestanten (→ UNIONISTISCHE PARTEI) die Autonomie für Irland zu erreichen. Obgleich in der Literatur zuweilen von der IRISCHEN PARTEI (Irish Party) und der UNABHÄNGIGEN IRISCHEN PARTEI (Independent Irish Party) in der Mitte des 19. Jh. die Rede ist, hat es nur eine irische Partei vor 1870 im englischen Unterhaus gegeben. 1869 schlug der Protestant *Butt* die Gründung einer irischen Partei vor. Eine Home Government Association, die schon eine Art Autonomie forderte, gab es seit Herbst 1870. Sie wurde 1873 durch die Irish Home Rule League ersetzt, zu deren Zielen bereits die Unterstützung von Home Rule-Parlamentariern gehörte. Spätestens seit der Gründungsversammlung der Partei im März 1874 besaßen die Iren eine eigene nationale Partei im englischen Unterhaus. Eine politische Macht wurde die Partei aber erst unter der Führung von *Butts* Nachfolger *Parnell,* dessen kluge Bündnispolitik die zeitweilige Unterstützung von revolutionären oder quasi-revolutionären Organisationen wie *M. Davitts* »Irish National Land League« und der »Irish Republican Brotherhood (IRB)« zur Folge hatte. Während die Mehrheit der Abg. der Parlamentarischen Partei den Englischen Liberalen nahestand, entwickelte sich gleichwohl eine radikalere Gruppe, die den Kampf gegen die englische Herrschaft vor allem mit den Mitteln der Obstruktion im Parlament bestritt. Zu diesem Flügel gehörten *Parnell* und *J. G. Biggar,* die von den in der Irischen Nationalen Landliga organisierten Bauern unterstützt wurden. Die Beziehungen zwischen Home Rule-Politikern und Agrarinteressen in Irland gingen so weit, daß die Landreformen sogar die Erfolglosigkeit der Autonomiebestrebungen überdecken konnten. So blieb die Partei lange Zeit die einzige bedeutende Organisation, welche die nationalen Interessen Irlands auf legale Weise vertrat. Gerade diese Monopolstellung aber führte offenbar dazu, daß die Kluft zwischen den Nationalisten in der Partei und der wachsenden Zahl revolutionärer Gruppen tiefer wurde. Die von England gegen die zunehmende Aktivität radikaler Nationalisten in Irland eingeführten Coercion Acts steigerten den Unmut im Volk. Der Sieg der KONSERVATIVEN 1886 bei der ersten Abstimmung über eine Home-Rule-Vorlage demonstrierte die Schwäche der parlamentarischen Position. Nachdem *Parnell* durch seine Verwicklung in einen Scheidungsprozeß politisch ausgeschaltet war, kam es zu teilweise schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen, die erst 1900 mit der Wahl *J. Redmonds* zum Parteivors. ein Ende fanden. *Redmond* war ein loyaler Anhänger *Parnells* und von daher bestens zum Anführer der Home Rule-Bewegung geeignet. Die politische Konstellation in Irland aber hatte sich in dem Vierteljahrhundert seit Gründung der Partei geändert. Die Parteipolitiker waren älter geworden und die radikaleren kulturellen Nationalisten (z. B. die 1884 von *M. Cusack* gegründete Gaelic Athletic Association und die 1893 von *D. Hyde* gegründete Gaelic League) hatten an Boden gewonnen. Zwar gelang es *Redmonds* Partei, die liberale *Asquith*-Regierung 1912 zu einer erneuten Home Rule-Vorlage zu bringen; aber im Norden ließen die Unionisten (→ UNIONISTISCHE PARTEI) keinen Zweifel an ihrer Bereitschaft, die Bindung an England notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen, während der republikanischen Bewegung im Süden dynamische neue Führer erwachsen waren, die eine begrenzte Autonomie keinesfalls mehr als Lösung der irischen Frage zu sehen vermochten. Die Gründung der Irischen Freiwilligen (Irish Volunteers, → SINN FÉIN) 1913 und der offene Widerstand von *J. Larkins* Gewerkschaftlern gegen die Arbeitgeber Dublins im Winter 1913/14 waren die äußeren Kennzeichen einer grundlegenden politischen Veränderung in Irland. Als die Gesetzesvorlage 1914 vom englischen Parlament gebilligt wurde (und sogleich für die Dauer des Krieges außer Kraft gesetzt wurde), war dies nur mehr ein schwacher Erfolg für die in zunehmendem Maße anachronistisch anmutende Partei. Der von *Redmond* verurteilte Osteraufstand bedeutete das Ende der Home Rule-Bewegung. → SINN FÉIN und die aus ihr hervorgehenden Parteien sollten von nun an das politische Geschehen in Irland bestimmen.

F. S. L. Lyons, The Irish Parliamentary Party, 1890–1910, London 1951; Ders., Charles Stewart Parnell, London 1977; P. Alter, Die irische Nationalbewegung zwischen Parlament und Revolution, 1971.

Irische Sozialistische Republikanische Partei (ISRP, Irish Socialist Republican Party). Gegründet in Dublin als erste irische Sammlungsbewegung der Arbeiterschaft am 19. 5. 1896 von *J. Connolly, Th. J. Lyng,* u. a. *Connolly,* der führende Kopf der Gruppe, sprach von einer Vereinigung der sozialistischen und der nationalistischen Richtungen in der revolutionären Bewegung. Ein Manifest der Partei verkündete als Hauptziel die Gründung einer Irischen Sozialistischen Republik. Zu den weiteren Programmpunkten gehörten Nationalisierung von Eisenbahnen und Kanälen, Abschaffung von privaten Bankinstituten, gestaffelte Einkommensteuer, Einführung der 48-Stunden-Woche, Festsetzung eines Mindestlohns, kostenlose Erziehung und allgemeines Wahlrecht. Organisationsmäßig war die Partei weithin eine Schaffung von *Connolly* und einer kleinen Gruppe von finanziell schwachen Aktivisten. Ankündigungen und Beiträge der ISRP erschienen in

den Zeitungen ›Labour Leader‹ und ›Shan van Vocht‹. 1898 begann *Connolly* sein Wochenblatt ›Workers' Republic‹. Bedingt durch das Nichtvorhandensein einer politischen Sammelbewegung für die irische Arbeiterschaft bestimmte eine Vielzahl von Debattierklubs, Demonstrationen und literarisch beeinflußten Vereinen das Bild der revolutionären Bewegung in den 1890er Jahren. Auch *Connollys* Vorschlag, eine irische republikanische Partei zu gründen, um mit ihr im englischen Parlament aufzutreten, stieß auf Widerspruch. Ohne Wahlerfolge und ohne landesweite Organisation hatte die junge Partei kaum Wachstumschancen. Während des Burenkrieges engagierte sich die ISRP für die Buren und befürwortete die Entsendung einer Freiwilligenbrigade zu ihrer Unterstützung. Als *Connolly* 1903 in die USA ging, bedeutete dies praktisch das Ende der ohnehin kaum lebensfähigen ISRP. Einige Splittergruppen gründeten kurz darauf in Dublin die → Sozialistische Partei Irlands, eine von mehreren Organisationen, die später in der → Arbeiterpartei aufgingen.

C. Desmond Greaves, The Life and Times of James Connolly, Berlin (Ost) 1976 (London 1961).

Kinder der Republik → Republikanische Familie.

Kinder des Landes (Clann na Talmhan, Children of the Land oder Family of the Land). Partei der landwirtschaftlichen Interessen, deren historische Wurzeln teilweise in der 1932 auseinandergefallenen → Bauernpartei zu suchen sind. Sie wurde am 15. 8. 1938 von Vertretern einer Reihe von Grafschaften in Athenry, Galway, gegründet. Führer der Partei war *M. T. Donnellan.* Im Gegensatz zu den durch den → Stamm der Gaelen (FG) wahrgenommenen Interessen der größeren Bauern, verstand sich *Donnellans* Partei eindeutig als Vertretung der kleineren Landwirte und der entsprechenden westirischen Grafschaften. Diese Art berufsorientierter Politik und die regionale Basis verhinderten die Entwicklung zu nationaler Bedeutung. Aufforstung, Steuererleichterungen für landwirtschaftlich genutzten Boden und Drainageprojekte gehörten zu den Anliegen der Kinder des Landes. Bei den Wahlen am 22. 6. 1943 gewann die Partei 14, 1944: 11 Mandate mit 10,6% bzw. 9,7% der Stimmen. Im gleichen Jahr übernahm *J. Blowick* die Parteiführung. Bei den Wahlen vom 4. 2. 1948 erreichte die Partei nur noch 5 Mandate (5,3% der Stimmen), die aber ausreichten, um an *J. A. Costellos* Koalitionsregierung (inter-party government) teilzunehmen. *Blowick* übernahm das Landministerium (Lands). 1951 und 1954 fiel die Partei auf 6 bzw. 5 Mandate (bei 2,9% bzw. 3% der Stimmen) zurück, stützte aber noch einmal die Bemühungen der FG, mit einer Koalition zu regieren. Bei den Wahlen von 1957 bekam die Partei nur 3 Sitze (2,4%), und nach den Wahlen von 1961 war sie nur noch durch *Donnellan* und *Blowick* im Dáil vertreten. Mit dem Tode von *Donnellan* 1964 hörte die Partei auf zu existieren.

Kommunistische Partei Irlands (**CPI,** Communist Party of Ireland). Im November 1921 von früheren Mitgliedern der → Sozialistischen Partei Irlands, unter Leitung von *R. Connolly* (Sohn des Arbeiterführers *J. Connolly*) von *W. Carpenter, S. McLoughlin, L. O'Flaherty* und *G. Pollock* gegründet. Presseorgan war die von *O'Flaherty* und *Connolly* veröffentlichte ›Workers' Republic‹; gegenwärtig gibt die CPI das Wochenblatt ›Unity‹ und die Monatsschrift ›Irish Socialist‹ heraus. In der Debatte um den anglo-irischen Vertrag (→ Einleitung) stellte sich die CPI auf die Seite der Republikaner. 1923 ging sie in *J. Larkins* Liga der Irischen Arbeiter (Irish Workers League) auf. Nach einer Reihe von kurzlebigen sozialistischen Organisationen wie der Partei der Arbeiter Irlands (Workers' Party of Ireland, gegründet 1926 von *R. Connolly, N. Connolly, P. T. Daly* u. a.) und den Revolutionären Arbeitergruppen (Revolutionary Workers' Groups) in Dublin und Belfast wurde die CPI im Juni 1933 auf Betreiben von *Larkin* und *S. Murray* neu gegründet. Während des Zweiten Weltkrieges spaltete sie sich in die Kommunistische Partei von Nordirland (CPNI, Communist Party of Northern Ireland) und die Irische Arbeiterpartei (Irish Workers' Party) im Süden. Mit der Umwandlung des Irischen Freistaates in die Republik Irland bildete sich 1948 im Süden die Liga der Irischen Arbeiter (Irish Workers' League). Am 15. 3. 1970 vereinigten sich die kommunistischen Parteien der beiden Teile Irlands auf einer Tagung in Belfast erneut zur CPI. Seit 1975 ist die CPI eine legale Partei in der Republik. Die Mitgliederzahl ist von jeher sehr niedrig gewesen, und nur bei den Wahlen von 1927 gewann ein (unabhängiger) Kommunist ein Mandat. Bei der überwiegend katholischen Bevölkerung Irlands hat die Partei keine nennenswerte Anhängerschaft gefunden.

A. Mitchell, Labour in Irish Politics, 1890–1930, Dublin 1974; R. Sim, Ireland, in: R. F. Staar, Hg., Yearbook on International Communist Affairs 1977, Stanford (Cal.) 1977.

Nationale Liga (National League). Gegründet im September 1926 von Captain *W. A. Redmond* (Sohn von *J. Redmond*), einem Mann mit engen Verbindungen zu den versprengten Resten der alten → Irischen Parlamentarischen Partei. Dementsprechend trat die Partei für ein Arrangement sowohl mit England wie auch mit Nordirland ein. Neben den älteren Home Rule-Anhängern fand *Redmond* neues Gefolge unter den Veteranen des Ersten Weltkrieges und bei den Mitgliedern der Ancient Order of Hibernians (AOH), einer um die Mitte des 19. Jh. (nach irischen Vorläuferorganisationen) erneut in den USA aufgekommenen und von dort wieder nach Irland zurückgekehrten logenartigen Geheimgesellschaft, die in Ulster die katholischen Interessen gegenüber dem protestantischen Oranier-Orden

(→ UNIONISTISCHE PARTEI) vertrat. Bei den Wahlen am 9. 6. 1927 gewann die Nationale Liga 8 Sitze im Dáil (7,3 % der Stimmen). Als die → SOLDATEN DES SCHICKSALS infolge eines neuen Wahlgesetzes (Electoral Amendment Bill) kurz darauf im Dáil ihre Sitze einnahmen, kam es zu Verhandlungen mit dem Ziel einer kaum glaubwürdigen und opportunistischen Koalitionsregierung aus SOLDATEN DES SCHICKSALS, ARBEITERPARTEI und Nationaler Liga, in welcher *Redmond* das Außenministerium übernehmen sollte. Bei der Abstimmung am 16. 8. 1927 über den von *Th. Johnson* für die ARBEITERPARTEI gestellten Mißtrauensantrag, welcher die geplante Koalition an die Macht bringen sollte, konnte *Redmond* aber nur 6 seiner 8 Mandate auf Seiten der → SOLDATEN DES SCHICKSALS einbringen. Damit hatte die Nationale Liga die Gelegenheit verpaßt, als Koalitionspartei eine Rolle zu spielen, und gleichzeitig an Prestige eingebüßt. Bei den Wahlen am 15. 9. 1927 trat sie zum zweiten und letzten Mal vor die Wähler, nur *Redmond* und *J. Coburn* gewannen Sitze im Dáil. 1931 wurde die Partei offiziell aufgelöst und die beiden letzten Abg. traten anderen Parteien bei.

A. Mitchell, Labour in Irish Politics, 1890–1930, Dublin 1974.

Nationale Progressive Demokratische Partei (National Progressive Democratic Party). Gegründet 1958 von den ehemaligen prominenten Mitgliedern der → REPUBLIKANISCHEN FAMILIE *N. Browne* und *J. McQuillan*. Die Partei ist über das schwierige Gründungsstadium eigentlich nie hinausgekommen. Bei den Wahlen von 1961 gewannen nur *Browne* und *McQuillan* Mandate. Mit dem Übertritt der beiden in die ARBEITERPARTEI fand die Partei 1963 bereits ihr Ende.

Nationale Zentrumspartei (National Centre Party, auch Centre Party). Die Partei ging im Herbst 1932 aus der NATIONALEN LIGA DER BAUERN UND DER GEMEINDESTEUERZAHLER (National Farmer's and Ratepayers' League) hervor. *F. MacDermot* und *J. Dillon*, beide als Unabhängige in den Dáil gewählt, waren die Organisatoren der neuen Partei, die für eine Anzahl von Landbesitzern und Abg. der ehemaligen → BAUERNPARTEI für kurze Zeit zur politischen Heimat wurde. Die Partei existierte nur ein Jahr und war daher nicht in der Lage, sich politisch zu entwickeln. Auf ihrem Programm standen die wirtschaftliche Verbesserung (steuerliche Vergünstigungen) der Lage der besitzenden Bauern, die Bereinigung englisch-irischer Differenzen, vor allem die Aufhebung des Handelskrieges, der zu erhöhten englischen Tarifen für landwirtschaftliche Importe aus Irland geführt hatte, und eine Annäherung an Nordirland. Die Unzufriedenheit der Bauern, die unter den Folgen der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen England und Irland gelitten hatten, war eigentlicher Ursprung der Partei. 1932 war sie noch nicht in der Lage, am Wahlkampf teilzunehmen, aber bei den von *E. de Valera* überraschend am 24. 1. 1933 herbeigeführten Wahlen gewann sie mit einem Stimmenanteil von rund 9 % schon 11 Sitze im Dáil. Damit war eine günstige Basis für den Anschluß an die sich zunehmend sammelnde Oppositionsbewegung gegen *de Valeras* → SOLDATEN DES SCHICKSALS gegeben. Am 8. 9. 1933 ging die Partei in der durch den Zusammenschluß mit der → VEREINIGUNG DER GAELEN und der → NATIONALGARDE neu geschaffenen Parteiorganisation → STAMM DER GAELEN auf, wo *MacDermot* und *Dillon* wichtige Führungspositionen übernahmen.

Nationalgarde (National Guard). Konservative, später faschistische Organisation.

Die Gründung erfolgte am 20. 7. 1933 in Dublin durch Umbenennung der Army Comrades Association (ACA), ursprünglich eine Gruppierung ehemaliger Soldaten der Nationalarmee (National Army). Die ACA war am 9. 2. 1932 in Dublin als politisch und konfessionell unabhängige Unterstützungsgesellschaft ins Leben gerufen worden. Am 11. 8. 1932 hatte *T. F. O'Higgins* (als Nachfolger von Oberst *A. Brennan*), gleichzeitig führendes Mitglied und Abgeordneter der → VEREINIGUNG DER GAELEN, die Leitung der Organisation übernommen, und kurz darauf hatte die ACA die Aufstellung einer Art paramilitärischer Freiwilligentruppe verkündet. Daneben hatte die ACA durch öffentliche Äußerungen von *O'Higgins* eindeutig einen anti-IRA (→ SINN FÉIN) und antikommunistischen Standpunkt bezogen. Mit der Verschärfung der Gegensätze zwischen ACA und IRA wie auch Teilen der → SOLDATEN DES SCHICKSALS (FF) war die ACA dazu übergegangen, ihre Männer als Saalwachen bei Veranstaltungen der → VEREINIGUNG DER GAELEN auftreten zu lassen. Gegen Jahresende war die Mitgliedschaft der ACA derartig angewachsen, daß sie im politischen Leben Irlands nicht mehr als quantité négligeable gelten konnte. Bei der Wahlkampagne im Januar 1933 waren die Beziehungen der ACA zur → VEREINIGUNG DER GAELEN und zu der neu gegründeten → NATIONALEN ZENTRUMSPARTEI eindeutig erkennbar. Im Frühjahr 1933 hatte die ACA das blaue Hemd (daher die Bezeichnung Blueshirt Movement) und die schwarze Baskenmütze als Uniform eingeführt. Auf einer Sondertagung der Vereinigung am 20. 7. 1933 in Dublin trat *O'Higgins* zurück, und der ehemalige Polizeichef (unter der *Cosgrave*-Regierung) General *E. O'Duffy* wurde durch einstimmigen Beschluß der Versammelten sein Nachfolger. Mit dem Führungswechsel gab sich die Organisation den neuen Namen National Guard und eine neue Satzung. Ziele waren unter anderem die Wiedervereinigung Irlands, der Kampf gegen den Kommunismus, die Organisation von Freiwilligendiensten, eine nationalistisch inspirierte Jugendbewegung, die Gründung von beruflichen Vereinigungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Verhinderung von Streiks und Ausschließungen, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und die Unterstützung der landwirtschaftlichen Interes-

sen. Nicht ganz zu Unrecht sah die Regierung in der schnell anwachsenden Nationalgarde eine faschistische Bedrohung der Demokratie im Irischen Freistaat. *O'Duffys* öffentliche Auftritte und Verlautbarungen konnten diesen Verdacht nur bestätigen. Die Regierung verbot einen für den 13. 8. 1933 geplanten großen Aufmarsch der Nationalgardeeinheiten zu dem berühmten Glasnevin Friedhof, und am 21. 8. 1933 wurde die Organisation für illegal erklärt. Die Verfolgungsmaßnahmen der *de Valera*-Regierung bestärkten die Oppositionsgruppen jedoch in ihren Bemühungen um eine vereinte schlagkräftige Front gegen die FF. Sofort nach dem Verbot eröffnete *O'Duffy* Verhandlungen mit der VEREINIGUNG DER GAELEN und der NATIONALEN ZENTRUMSPARTEI mit dem Ziel einer neuen Parteigründung. Diese fand am 8. 9. 1933 statt und vereinigte die VEREINIGUNG DER GAELEN, die NATIONALE ZENTRUMSPARTEI und die Nationalgarde in der neuen Organisation → STAMM DER GAELEN; die Funktion der Nationalgarde übernahm dabei die aus deren Mitgliedern neugebildete VEREINIGUNG JUNGES IRLAND (Young Ireland Association). In der Presse fand die ACA positive Resonanz in ›The United Irishman‹, einer der VEREINIGUNG DER GAELEN nahestehenden Zeitung. Seit dem 5. 8. 1933 veröffentlichte die Nationalgarde ihr eigenes Organ ›The Blueshirt‹.

M. Manning, The Blueshirts, Dublin, London 1970.

Nationalistische Partei (Nationalist Party)

Nahezu bedeutungslose politische Gruppierung Nordirlands ohne festes Programm oder Organisation und bis 1966 ohne Parteitag. Von Experten als nordirische Nachfolgeorganisation der → IRISCHEN PARLAMENTARISCHEN PARTEI bezeichnet, vertritt diese zusammengewürfelte Gruppe einen gemäßigten Nationalismus. Aus der konfessionellen Situation in Ulster ergab es sich, daß Katholiken die Mehrheit der Nationalisten stellten, die wiederum als Mehrheit eine Wiedervereinigung Irlands befürworteten. Bis 1934 wurde die Partei von *P. Devlin* geführt, dessen 1928 gegründete, aber nur kurze Zeit existierende NATIONALE LIGA DES NORDENS (National League of the North) enge organisatorische Verbindungen zur → NATIONALEN LIGA *W. A. Redmonds* unterhielt. Weil die Nationalisten bei der Herausbildung der nordirischen Bürgerrechtsbewegung Ende der 1960er Jahre keine wichtige Rolle übernommen hatten, verlor die Gruppe an Einfluß unter den katholischen Wählern. Bei den Wahlen von 1969 verloren die Nationalisten 3 ihrer 9 Sitze in Stormont.

E. Rumpf u. A. C. Hepburn, Nationalism and Socialism in Twentieth-Century Ireland, Liverpool 1977; R. Rose, Governing Without Consensus, London 1971.

Nordirische Arbeiterpartei (**NILP,** Northern Ireland Labour Party). Politische Organisation nordirischer Arbeiter, die aus konfessionellen Gründen keine besondere Bedeutung gewinnen konnte. Schon im 19. Jh. gab es eine BELFASTER ARBEITERPARTEI. Der größte Teil der organisierten Arbeiterschaft schloß sich 1912 der → ARBEITERPARTEI an, und erst 1923 kam es zur Bildung der NILP. Von Anfang an mußte die Partei politische Heimat für Protestanten und Katholiken werden, eine schwierige Aufgabe in diesem Land permanenter konfessioneller Auseinandersetzung. In der politischen Landschaft Nordirlands hat die Partei als überkonfessionelle Organisation eine Art Ausnahmerolle gespielt. Ihre besten Wahlresultate erreichte sie 1958 und 1962 mit jeweils 4 Abg. 1965 und 1969 gewann die NILP jeweils 2 Mandate, 1973 (Assembly Election) und 1975 (Convention Election) bekam sie nur jeweils 1 Mandat.

J. F. Harbinson, A History of the Northern Ireland Labour Party, 1891–1949, Magister-Arbeit, Queen's University, Belfast 1966. J. A. V. Graham, The Consensus-Forming Strategy of the Northern Ireland Labour Party, 1949–1968, Magister-Arbeit, Queen's University, Belfast 1972.

Protestantische Nationalistische Partei (Protestant Nationalist Party). Unionistische Splittergruppe der 1890er Jahre in Ulster, die den Versuch unternahm, Protestanten und Katholiken in ihren Reihen zu vereinen. Bei den Wahlen von 1892 und 1895 errang sie 9 bzw. 12 der 103 irischen Sitze in Westminster. Die meisten der weithin kleinbäuerlichen Wähler der Partei fanden den Weg in die → UNIONISTISCHE PARTEI.

J. F. Harbinson, The Ulster Unionist Party, 1882–1973, Belfast 1973.

Republikanische Arbeiterpartei (Republican Labour Party). 1962 gegründet in Belfast von *G. Fitt* und *H. Diamond* als Arbeiterpartei, die auch für die Rechte der katholischen Bevölkerung eintreten wollte. Die Partei gewann zwar einige Sitze im nordirischen Parlament in Stormont, aber ehe sie sich entwickeln konnte, organisierte *Fitt* die → SOZIALDEMOKRATISCHE UND ARBEITERPARTEI, welche die eigentliche politische Partei der Katholiken Nordirlands wurde. Damit verlor die Republikanische Arbeiterpartei, die auch mit der → NORDIRISCHEN ARBEITERPARTEI konkurrierte, ihre eigentliche Existenzberechtigung.

Republikanische Einheit (Aontacht Éireann, Republican Unity). Gegründet 1971 von *K. Boland,* nachdem er seinen Kabinettsposten aufgegeben hatte. Wie er kam die Mehrheit der Mitglieder von den → SOLDATEN DES SCHICKSALS. Die Wiedervereinigung der beiden Teile Irlands war Hauptziel der Partei, die bis 1973 über 1 Mandat verfügte.

Republikanische Familie (auch Kinder der Republik, Clann na Poblachta). Radikal-republikanische Splitterpartei. Gegründet in Dublin im Juli 1946 unter Führung von *S. MacBride* (Sohn des Ostermärtyrers *J. MacBride* und Mitglied der Irischen Republikanischen Armee), von einer Gruppe radikaler Republikaner (u. a. *J. Killeen, Th. MacCurtain, L. Rice, M. Fitzpatrick*), die mit der Politik der → SOLDATEN DES SCHICKSALS (FF)

unzufrieden waren, weil diese ihrer Ansicht nach die Republik nicht herbeiführen wollten oder konnten. Hauptziel der Republikanischen Familie war die Wiedervereinigung mit Nordirland in einer vereinigten irischen Republik, wobei sie soweit ging, daß sie die Teilnahme von Nordiren im Dáil befürwortete. Daneben wurde – vor allem unter dem Einfluß des stark zum Sozialismus tendierenden *N. Browne,* der 1947 zur Partei gestoßen war – ein Programm sozialer Reformen entwickelt. Bei den Wahlen vom 4. 2. 1948 gewann die vornehmlich junge Wähler ansprechende Partei 10 Sitze (bei einem Stimmenanteil von rund 13 %), die es ihr erlaubten, als Juniorpartner an der Koalitionsregierung des → Stammes der Gaelen (FG) teilzunehmen. Der Sozialreformer *Browne* wurde Gesundheitsmi ister und *MacBride* übernahm das Außenministerium. Damit war die radikal-republikanische Splittergruppe Bestandteil der um die FG gesammelten konservativen Opposition gegen die traditionell republikanische FF geworden. Es war diese von der ursprünglich bürgerlich konservativen FG geleitete Koalition unter *J. Costello,* welche im Dezember 1948 (bzw. Ostern 1949) durch die Ausrufung der Republik das Ausscheiden Irlands aus dem Commonwealth herbeiführte und dadurch aber auch die Teilung Irlands wesentlich zementierte. Während *MacBrides* Teilnahme am Kabinett der Koalition mit der Ausrufung der Republik in Verbindung zu bringen ist, war es das Eintreten *Brownes* für ein Programm der Reformen auf dem Gesundheitssektor, das zur Zersplitterung der jungen Republikanischen Familie und damit zur zusätzlichen Schwächung der Koalition führte. Die Kontroverse um ein Fürsorgeprogramm, das sogenannte »mother and child scheme« und das offene Zerwürfnis zwischen *MacBride* und *Browne* führten zum Rücktritt des letzteren am 11. 4. 1951. Bei den Wahlen im Mai 1951 fiel die Partei auf 2 Mandate (4,1 % der Stimmen) zurück; ein Schlag, von dem sie sich nicht wieder erholen konnte. Bei den Wahlen im Mai 1954 errang sie noch einmal 3 Mandate und sagte der zweiten Koalitionsregierung der FG ihre Unterstützung zu (ohne allerdings Kabinettsposten zu übernehmen). Als sich die ohnehin schwache Koalition aufraffte, gegen eine erneute Gewaltkampagne der Irischen Republikanischen Armee (→ Sinn Féin) einzuschreiten, rebellierte der radikale Republikaner *MacBride* und gab durch seinen Antrag auf ein Mißtrauensvotum den Anlaß zum Sturz der *Costello*-Regierung. Von 1957 bis 1965 mußte sich die Partei, die sich nach den Wahlen von 1965 offiziell auflöste, mit jeweils 1 Mandat begnügen.

J. B. Bell, The Secret Army, London ²1972; T. P. Coogan, The I.R.A., London ²1971.

Sinn Féin (Ourselves, deutsche Übersetzung etwa: Wir Selbst) Republikanische Partei bzw. Bewegung.

Gründung: Am 28. 11. 1905 in Dublin auf einer Tagung des Nationalrates (National Council). Die Rede des Gründers *A. Griffith,* eines Mitgliedes der »Irischen Republikanischen Bruderschaft (IRB, Irish Republican Brotherhood)«, auf dieser Tagung wurde später als eine Art Programm unter dem Titel »Sinn Féin Policy« veröffentlicht. Der Name Sinn Féin stammt von *M. Butler,* einem engagierten Mitglied der Gaelischen Liga (Gaelic League).

Programm: Das Programm ist aus *Griffiths* Beiträgen in dem von ihm 1889–1905 herausgegebenen ›The United Irishman‹ und aus seiner Veröffentlichung im Jahre 1904 »The Resurrection of Hungary: A Parallel of Ireland« ersichtlich. Unter dem Einfluß der Politik des Ungarn *F. Deak* und der Schriften *F. Lists* hatte *Griffith* die Idee einer Art Doppelmonarchie entwickelt, in der es zwei voneinander unabhängige Parlamente in England und Irland geben sollte, die nur durch die englische Krone verbunden wären. Irisches Parlament sollte der sog. Rat der Dreihundert (Council of Three Hundred) sein, zusammengesetzt aus Vertretern der irischen Grafschaften und den bisherigen irischen Abg. im englischen Parlament. Kultureller Nationalismus und ökonomischer Protektionismus, beides schon Ziele der von *Griffith* 1900 gegründeten kulturellen → Vereinigung der Gaelen, bildeten den Kern der Sinn Féin Politik. In den ersten Jahren wurde ein 15-Punkte-Programm ausgearbeitet, das als Ziele unter anderem Protektion für irische Industrie und Handel, Nichtanerkennung des englischen Parlaments und nationale Kontrolle über eine Reihe von Sozialleistungen nannte.

Organisation: Sinn Féin wurde eine Art Sammelbewegung für die Dungannon Clubs, den Nationalrat und eine Anzahl anderer nationalistischer Gruppen.

Presseorgan der Partei war bis 1905 ›The United Irishman‹, von 1906 bis 1914 ›Sinn Féin‹ und 1914/15 ›Scissors and Paste‹. Seit Januar 1923 druckte die Partei ›Éire: The Irish Nation‹ und seit Sommer 1923 auch wieder ›Sinn Féin‹ (beides Wochenblätter). Ende 1924 gingen beide in einer Wochenzeitung ›Sinn Féin‹ auf, die im Juni 1925 durch die Wochenzeitung ›An Phoblacht‹ ersetzt wurde. Letztere wurde 1926 das Organ der IRA.

Geschichte: Die Ursprünge von Sinn Féin liegen in verschiedenen nationalistischen Gruppierungen. Die von *D. Hyde* 1893 gegründete Gaelische Liga war vom eigenen Selbstverständnis her eine unpolitische Organisation zur Förderung der irischen Sprache, Kunst und Musik; dennoch hat der von der Liga ausgehende nationalistische Impetus einen bedeutenden Einfluß auf politische Aktivisten ausgeübt. *Griffiths* → Vereinigung der Gaelen vertrat ebenfalls einen kulturellen und ökonomischen Nationalismus. Der sog. Nationalrat in Dublin (unter anderem *M. Gonne, W. B. Yeats* und *E. Martyn*) versuchte 1902, den Protest des irischen Volkes aus Anlaß des Besuches des englischen Königs zu organisieren. Obwohl *Griffith* selber eher eine Politik des gewaltlosen

Widerstandes vertrat, stand Sinn Féin in engem Kontakt zur IRB, einer 1858 gegründeten revolutionären Geheimgesellschaft mit starker iro-amerikanischer Unterstützung (Fenian Brotherhood, Clan-na-Gael). Auch die Dungannon Clubs standen zum Teil unter dem Einfluß der IRB. 1908 bewarb sich Sinn Féin erstmals erfolglos um ein Mandat. Irland stand zu dieser Zeit dermaßen unter dem wachsenden Einfluß der realistischen Aussicht auf eine Home Rule-Entscheidung, daß Sinn Féin mit seiner Boykott-Politik im Volk nur schwer Fuß fassen konnte. Obwohl die Partei keine greifbaren Erfolge aufweisen konnte, galt sie den Engländern, in krassem Gegensatz zu *J. Redmonds* Home Rule Bewegung (→ Irische Parlamentarische Partei), als gefährliche separatistische Organisation. Der Osteraufstand von 1916 wurde als Sinn Féin-Rebellion betrachtet, obwohl *Griffith* dem Höchsten Rat (Supreme Council) der IRB seine Mitarbeit versagt hatte und obwohl die Revolution eindeutig nicht Bestandteil des Sinn Féin-Programms gewesen war. Die Vorstellung von vermeintlichen Gemeinsamkeiten zwischen Sinn Féin und der republikanischen Bewegung rührt vor allem daher, daß zahlreiche Sinn Féiner, wenngleich als IRB-Mitglieder, in den Reihen der Aufständischen standen.

Mit Recht wird von einer zweiten Sinn Féin Partei nach 1916 gesprochen. Die brutale Reaktion Englands auf den Osteraufstand trieb zahlreiche Iren zu den Separatisten, und mit dem unaufhaltsamen Verfall der Irischen Parlamentarischen Partei wurde Sinn Féin schnell zu einer Art Massenbewegung. Das Ziel der Befreiung von der verhaßten Herrschaft Englands blieb der vereinende Faktor, der die zusammengewürfelte Partei allen internen Querelen zum Trotz in den nächsten fünf Jahren zusammenhielt. Auf dem 10. Sinn Féin-Parteitag (Ard Fheis) am 25. 10. 1917 wurde ein Kompromiß zwischen der alten konstitutionellen Partei von *Griffith* und dem revolutionär-republikanischen Flügel (IRB) gefunden. Der Name Sinn Féin wurde beibehalten. Erklärtes Hauptziel war die Schaffung der Republik Irland, deren Regierung frei gewählt werden sollte. Die neue Sinn Féin-Verfassung übernahm die meisten sozialen, kulturellen und ökonomischen Programmpunkte aus dem alten *Griffith*-Programm von 1905. *E. de Valera* übernahm die Führung der zweiten Sinn Féin-Partei. Unter den Mitgliedern des Führungsgremiums und der Parteiexekutive fanden sich so bekannte Namen wie *Griffith, A. Stack, W. Th. Cosgrave, E. MacNeill, C. Brugha, C. Markievicz, D. Lynch, S. T. O'Kelly* und *M. Collins*. Die Verbindung zum militärischen Flügel der republikanischen Bewegung wurde dadurch erhalten, daß eine Anzahl von Sinn Féin-Führern *(de Valera, Brugha, Collins, Lynch)* gleichzeitig leitende Positionen bei den von der IRB stark beeinflußten Irischen Freiwilligen (Irish Volunteers) einnahmen. Den Wahlkampf im Herbst 1918 bestritt die Partei mit einer klaren Kampfansage gegen die Regierung in London und dem Versprechen der Einberufung eines irischen Parlaments. Obwohl mehr als die Hälfte der Kandidaten den Wahlkampf in absentia aus englischer Haft bestreiten mußten, gewann Sinn Féin am 14. 12. 1918 73 von 105 irischen Parlamentssitzen und besiegelte damit den Untergang der → Irischen Parlamentarischen Partei. Sinn Féins Rolle als Einheitsfront gegen die englische Vorherrschaft war vom Wähler bestätigt worden. Im Januar 1919 trat das erste Irische Parlament (Dáil Eireann) in Abwesenheit der nicht-republikanischen Abgeordneten zusammen, um eine provisorische Verfassung und eine Unabhängigkeitserklärung anzunehmen. Pro-tempore-Präsident der Republik wurde *Brugha,* der das Amt bis zur Entlassung von *de Valera* aus dem Gefängnis verwalten sollte. Im Februar 1919 entwich *de Valera* mit Hilfe der IRB aus der Haft und übernahm das Amt des Präsidenten im April. Alle Programme der sog. republikanischen Regierung aber waren zwecklos, solange englische Behörden und Militärs das Land beherrschten. Die blutigen Zusammenstöße zwischen den Irischen Freiwilligen, für die mittlerweile die Bezeichnung Irische Republikanische Armee (IRA, Irish Republican Army) gebräuchlich geworden war, und der englischen Besatzungsmacht und ihren ausführenden Organen nahmen zu und am 10. 9. 1919 erklärte London das republikanische Parlament für illegal. Damit hatte England Sinn Féin und der irischen Republik unzweideutig den Krieg erklärt; zwei Jahre lang standen Zehntausende von englischen Truppen einer Armee von nichtuniformierten guerilla-ähnlichen irischen Kampfgruppen gegenüber. Wohl nicht zuletzt, um den Einfluß von Sinn Féin zu prüfen, entschied sich die englische Regierung in diesem Zustand der generellen Auflösung jeglicher staatlichen Ordnung für Lokalwahlen. Der Test bestätigte die schlimmsten englischen Befürchtungen; Sinn Féin gewann die Wahlen am 15. 1. 1920 in fast allen Städten einschließlich Ulster. Die Antwort der *Lloyd George*-Regierung war das Irland-Gesetz (Government of Ireland Act) von 1920, eine Art Home Rule mit getrennten Parlamenten im Süden und in den sechs Grafschaften des Nordens. Während die Unionisten des Nordens die Teilung akzeptierten, lehnte Sinn Féin als Vertretung des republikanischen Irlands jede Erörterung ab. Die dem Irland-Gesetz entsprechenden Wahlen im Mai 1921 wurden von Sinn Féin in allen 26 Grafschaften des Südens gewonnen. Im Juni 1921 kam es zu Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und *de Valera* als Vertreter der vom englischen Standpunkt illegalen Sinn Féin-Regierung. Resultat war der am 6. 12. 1921 unterzeichnete anglo-irische Vertrag, welcher nach 120 Jahren die formale Einheit Englands und Irlands beendete. Die Ratifizierung des Dokuments in Irland mit 64 gegen 57 Stimmen bedeutete gleichzeitig das Ende der zweiten Sinn Féin-Partei. Die Sinn Féin-Befürworter des Vertrages (ohne *de Valera,* der im Januar 1922 von seinem Amt zurücktrat)

bildeten nun eine provisorische Regierung und setzten Neuwahlen für den 16. 6. 1922 an. Im National Coalition Panel (eine Art gemeinsamer Wahlliste) fanden sich beide Flügel von Sinn Féin noch einmal zusammen. Die »Treaty Party« gewann 58 Mandate, die republikanischen Gegner des Vertrages (auch »Republican Party« genannt) errangen 36. Entsprechend ihrer Ablehnung des Vertrages blieben die republikanischen Sinn Féiner unter Führung von *de Valera* dem Dáil fern und überließen damit das erste Freistaatparlament den Vertragsbefürwortern. Als die Freistaatregierung daran ging, die republikanischen Truppen bzw. die IRA aufzulösen, kam es im Sommer 1922 zum Bürgerkrieg, der das Land bis zum Mai 1923 weiter zermürbte und einer großen Anzahl von Sinn Féin-Führern auf beiden Seiten das Leben kostete. Im Frühjahr 1923 schlossen sich die Vertragsbefürworter neu in der → Vereinigung der Gaelen zusammen, während sich der republikanische Flügel gleichfalls reorganisierte und als dritte Sinn Féin-Partei gelten kann.

Bei den Wahlen am 27. 8. 1923 stellte diese Partei, obwohl viele Mitglieder noch inhaftiert waren, 85 Kandidaten auf und gewann mit 25,4 % der Stimmen 44 Mandate (gegenüber 63 Mandaten der Vereinigung der Gaelen), die sie aber getreu ihrer Boykott-Politik nicht einnahm. Somit bildete sie zwar im Irischen Freistaat eine gefährliche außerparlamentarische Opposition, förderte aber durch ihre kontinuierliche Verweigerung der Teilname an der Regierung ihre eigene Auflösung. Auf dem Parteitag im März 1926 kam es zur Kampfabstimmung über *de Valeras* Antrag, die Partei möge eine Teilnahme am Irischen Parlament für den Fall in Erwägung ziehen, daß der Loyalitätseid gegenüber der englischen Krone abgeschafft würde. Als der Antrag mit 223 gegen 218 Stimmen abgelehnt wurde, trat *de Valera* von seinem Amt als Präsident der Partei zurück und gründete schon zwei Monate später mit zahlreichen Anhängern aus der dritten Sinn Féin-Partei die → Soldaten des Schicksals. Die übrig gebliebenen Vertragsgegner boykottierten weiter das Parlament und können als vierte Sinn Féin-Partei bezeichnet werden. Bei den Wahlen im Juni 1927 gewannen sie noch 5 Mandate, die bei den Wahlen im September des gleichen Jahres wieder verloren gingen. Als politische Partei war Sinn Féin jetzt nur noch eine Splittergruppe. Der Name Sinn Féin bleibt verbunden mit der Entstehungsgeschichte der zwei großen, bis heute die politische Entwicklung der Republik bestimmenden Parteien, dem → Stamm der Gaelen und den → Soldaten des Schicksals. Gleichwohl existiert Sinn Féin als eine Art politischer Arm der IRA weiter und beeinflußt das politische Geschehen in beiden Teilen Irlands. Die Unruhen in Nordirland führten 1969 zur Spaltung der IRA in sog. Officials und Provisionals und damit auch zur erneuten Spaltung (Gardner Place und Kevin Street, genannt nach den entsprechenden Adressen in Dublin) der Sinn Féin-Bewegung.

P. Pyne, The Third Sinn Féin Party: 1923–1926, Economie and Social Review, I, Dublin 1969/70. T. P. Coogan, The I.R.A., London ²1971; J. B. Bell, The Secret Army, London ²1972; C. C. O'Brien, States of Ireland, New York ²1973; L. O'Broin, Revolutionary Underground. The Story of the Irish Republican Brotherhood, 1858–1924, Dublin 1976.

Soldaten des Schicksals (**FF,** Fianna Fáil). Ursprünglich republikanische Partei, die lange Verbindungen zu radikalen republikanischen Gruppen wie der Irischen Republikanischen Armee (IRA, → Sinn Féin) aufrecht erhielt.

Gründung: Durch *E. de Valera* am 16. 5. 1926 als Folge der Spaltung der dritten → Sinn Féin-Partei in der Frage des Verfassungseides, d. h. konkret der Frage der Wahl zwischen der weiteren Boykottierung des Dáil im Irischen Freistaat und der Teilnahme an der aktiven Politik, also der Einnahme der gewonnenen Dáil-Sitze.

Programm: Am Anfang der Partei standen die von → Sinn Féin übernommenen Ziele: Ablehnung des Verfassungseides, Gründung der Republik Irland, wirtschaftlicher Protektionismus mit dem Ziel ökonomischer Unabhängigkeit von England, kultureller Nationalismus mit Betonung der gaelischen Sprache und Aufbau von Industrien in den weniger entwickelten ländlichen Teilen Irlands. 1977 veröffentlichte die Partei unter Führung von *J. Lynch* aus Anlaß der Wahlen ein Manifest, den sog. »Action Plan for National Reconstruction«. Hauptbestandteile: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Steigerung der Produktivität und Rückgang der Kosten- und Preisentwicklung, Steuerermäßigungen, Ankurbelung von Schlüsselindustrien und eine Kampagne zur Einschränkung der Importe bei gleichzeitiger Erhöhung der Exporte sollten das Programm ermöglichen. Eine Intensivierung und Rationalisierung der für Irland besonders wichtigen landwirtschaftlichen Produktion, der verstärkte Schutz der Fischerei und eine Verbesserung der Altersversorgung sowie des Gesundheitssystems waren ebenfalls vorgesehen. Hauptziel der Außenpolitik blieb die friedliche Wiedervereinigung der beiden Teile des Landes. Irlands Rolle in der EG sollte weiter ausgebaut werden.

Organisation: Ein großer Teil der → Sinn Féin-Lokalvereine wurde übernommen und bildete die Basis der neuen Parteistruktur. Diese Lokalvereine (Cumainn) wurden zusammengefaßt in einem Regionalkomitee. An der Spitze der Partei steht die Nationale Exekutive (National Executive), aus der ein jährlicher Parteitag (Ard Fheis), der die generelle Richtung der Parteipolitik beeinflussen kann, einen Teil der Mitglieder der Nationalen Exekutive wählt.

Presseorgan der FF ist die ›Irish Press‹ (mit dem Abendblatt ›Evening Press‹ und dem Wochenendblatt ›Sunday Press‹), 1931 von *de Valera* gegründet.

Geschichte: Obgleich die Partei buchstäblich im Abseits des parlamentarischen Geschehens beginnen müßte, wurde der von ihr vertretene republikanische Standpunkt von der Mehrheit der

katholischen irischen Bevölkerung geteilt. Der Geist von 1916, getragen nicht nur von der zahlenmäßig weniger starken → Sinn Féin-Bewegung, deren Tradition von *de Valera* weiter mitvertreten wurde, sondern auch als Wunsch nach Befreiung von der englischen Herrschaft in die politische Meinungsbildung eines großen Teiles des irischen Volkes eingegangen, hat sicherlich den Aufstieg der FF mitbewirkt. Die wichtigste Grundsatzentscheidung der Partei fiel in den Wochen nach dem Wahlkampf vom Juni 1927, in welchem sie 44 Mandate (26,1% der Stimmen) errang. Als die → Vereinigung der Gaelen-Regierung unter *W. Th. Cosgrave* die »außerparlamentarischen« Abg. mit einem neuen Wahlgesetz (Electoral Amendment Bill) vor die Wahl stellte, entweder ihre Mandate im Dáil wahrzunehmen oder bei Verweigerung die gewonnenen Sitze zu verlieren, gingen die FF-Abgeordneten in das Parlament und erklärten den jahrelang bekämpften Loyalitätseid zur bedeutungslosen Formalität. Bei den von *Cosgrave* daraufhin bereits für den 15. 9. 1927 angesetzten Neuwahlen gewann die FF 57 Mandate (35,2% der Stimmen) und zog als starke Opposition in den Dáil ein. Hatten die bis dahin regierenden Vertragsbefürworter den Wiederaufbau Irlands nach dem Bürgerkrieg mit oft unpopulären Maßnahmen in Angriff nehmen müssen, so war der FF Zeit geblieben, ihre Organisation zu konsolidieren. Am 16. 2. 1932 präsentierte sie den Wählern 104 Kandidaten und erlangte mit 72 Sitzen (44,5% der Stimmen) eine Mehrheit im Dáil, die es *de Valera* gestattete, mit Unterstützung der → Arbeiterpartei die Regierung zu bilden. Die Männer, die im Bürgerkrieg gegen die Gründung des Freistaates gekämpft hatten, stellten nun dessen Regierung. Die Freilassung von zahllosen politischen Gefangenen und die offizielle Tolerierung der IRA sind vor dem Hintergrund der Vorgeschichte der FF zu verstehen. Um seine Partei noch mehr zu konsolidieren, setzte *de Valera* unerwartet Neuwahlen für den 24. 1. 1933 an, eine erfolgreiche Taktik, da die FF ihre Mandatszahl von 72 auf eine absolute Mehrheit von 77 erhöhen konnte. Im Mai 1933 folgte als entscheidender Schritt auf dem Wege zur Republik die Abschaffung des verhaßten Loyalitätseides; weitere Maßnahmen zur Vorbereitung der Herauslösung des Freistaates aus dem Commonwealth waren die gezielte Entwertung und schließlich Auflösung des Generalgouverneuramts und die Aufhebung des Appellationsrechts (an das englische Privy Council). Die neue Verfassung von Irland aus dem Jahre 1937 war die letzte Stufe vor der Errichtung der Republik (→ Einleitung). In dem Referendum vom 1. 7. 1937 und den Wahlen am gleichen Tage wurde die neue Verfassung angenommen und *de Valera* konnte 69 Mandate (bei 45,2% der Stimmen) für seine Partei verbuchen. Im Frühjahr 1938 gelang es seiner Regierung, den sogenannten Wirtschaftskrieg mit England durch Verhandlungen zu beenden, ein Ereignis, welches, wie der Ausgang der Wahlen vom 17. 6. 1938 zeigen sollte, von weiten Kreisen der irischen Bevölkerung mit Erleichterung begrüßt wurde. 77 Abgeordnete der FF zogen in den Dáil ein. Im Zweiten Weltkrieg verfocht die FF-Regierung eine Politik der strikten Neutralität. Man wahrte zwar die diplomatischen Beziehungen zu den Feinden Englands, aber man hinderte auch die IRA daran, die Verwirrungen des Krieges für neue Gewaltkampagnen gegen Nordirland zu nutzen. Bei den Wahlen am 1. 7. 1943 mußte die FF erhebliche Einbußen hinnehmen (67 Mandate, 41,9% der Stimmen), aber die Opposition war dermaßen zerstritten, daß *de Valera* mit Hilfe einiger unabhängiger Abgeordneter erneut die Regierung bilden konnte. Als die Zersplitterung unter den Gegnern im Dáil, besonders bei der → Arbeiterpartei, weiter fortschritt, ergriff *de Valera* die Gelegenheit zur Konsolidierung der eigenen Partei und setzte Neuwahlen für den 9. 6. 1944 an. Er hatte das politische Klima richtig eingeschätzt, die FF gewann wieder 76 Sitze (48,9% der Stimmen), mehr als die doppelte Anzahl der zweitgrößten Partei → Stamm der Gaelen (FG). Offenbar war aber die Zersplitterung der Opposition nicht nur ein Indikator organisatorischen Verfalls, sondern gleichzeitig ein Hinweis auf die zunehmende Unfähigkeit der alten politischen Gruppierungen, auch die Interessen einer inzwischen herangewachsenen neuen Generation zu berücksichtigen. Kennzeichnend dafür war die Gründung einer neuen radikalrepublikanischen Partei, der → Republikanischen Familie unter Führung von *S. MacBride*. Die Wahlen am 4. 2. 1948 brachten der FF den Verlust von 8 Mandaten (68 Sitze bei 41,8% der Stimmen). Die daraufhin gebildete Koalition von Bürgerlich-Konservativen und Linken (→ Stamm der Gaelen) proklamierte Ostern 1949 die Republik (→ Einleitung) und erfüllte damit die letzte Forderung einer Politik, die über Jahre ganz zielbewußt von *de Valeras* FF verfolgt worden war. Die Wahlen von 1951 brachten die FF zwar wieder an die Macht, aber mit nur einem zusätzlichen Mandat. Auffallend in diesem Zeitraum ist vor allem, daß das Führungsgremium der Partei kaum Veränderungen erfuhr. Nach einem Rückgang auf 64 Sitze (43,5% der Stimmen) bei den Wahlen von 1954 erholte sich die FF bei den Wahlen 1957 auf die erstaunliche Gesamtzahl von 78 Mandaten (49,4% der Stimmen) und bildete die letzte FF-Regierung, die von dem alten Kämpfer *de Valera* geleitet wurde. Zwei Jahre später trat er zurück und übergab die Führung an *S. Lemass*. Obwohl die IRA mit der Unterstützung von führenden Politikern rechnen konnte, raffte sich die FF-Regierung auf, gegen die seit Mitte der 50er Jahre erneut aktivierte Untergrundorganisation vorzugehen und eine Reihe von führenden IRA-Leuten zu inhaftieren. Bei den Wahlen von 1961, als die Terrorkampagne der IRA gegen Nordirland abgeklungen war, verlor die FF zwar 8 (70 Mandate, 43,8% der Stimmen) Sitze, konnte aber angesichts der eindeuti-

gen Schwäche der FG und der Unfähigkeit der Oppositionsparteien, eine Koalition zu bilden, erneut die Regierung stellen. Bei den Wahlen von 1965 (FF 72 Sitze, FG 47 Sitze) und 1969 (FF 75 Sitze, FG 50 Sitze) war die Situation ähnlich.

Die Leistungen der Partei liegen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Obwohl die soziale Entwicklung in Irland im Vergleich zu anderen westlichen industrialisierten Ländern durch Arbeitslosigkeit und Armut immer noch schwer belastet ist, ermöglichte ein Maß von industrieller Modernisierung doch die Öffnung Irlands für ausländisches Kapital (trotz aller damit verbundenen Nachteile) und leitete durch größere Annäherung an das kontinentaleuropäische System eine Aufwärtsentwicklung ein. Als *Lemass* 1966 zurücktrat, wurde *J. Lynch* (Jahrgang 1917), ein typischer Vertreter der jüngeren Generation, sein Nachfolger. Gleichwohl gelang es auch der neuen Führung nicht, die wirtschaftlichen Probleme des Landes überzeugend in den Griff zu bekommen, und bei den Wahlen von 1973 stand die Partei einer Nationalen Koalition (National Coalition) von FG und ARBEITERPARTEI gegenüber, die mit einem 14-Punkte-Programm von Sozial- und Reformmaßnahmen vor die Wähler trat. Eine schon länger schwelende innere Krise der FF, nicht zuletzt herbeigeführt durch die Entlassung einiger Kabinettsmitglieder wegen versuchten Waffenschmuggels, war nicht ohne Einfluß auf das Wahlergebnis. Die Nationale Koalition konnte 73 Mandate auf sich vereinigen und verdrängte damit die FF (69 Sitze) aus der Regierung. Sehr bald freilich sollte sich herausstellen, daß auch das Reformprogramm der FG bzw. der Nationalen Koalition der hohen Arbeitslosigkeit und einer galoppierenden Inflation nicht Herr werden konnte. Die Wähler gaben der Koalition 1977 eindeutig eine Abfuhr, und die FF konnte seit 1938 zum ersten Mal wieder die absolute Mehrheit der Mandate (84, bei 50,7% der Stimmen) auf sich vereinigen. Im Dezember 1979 übernahm *Ch. Haughey,* dem Sympathien für die IRA (→ SINN FÉIN) nachgesagt werden, die Führung der Partei und wurde Premierminister.

Vor dem Hintergrund schwerwiegender ökonomischer Probleme (steigende Inflation und hohe Arbeitslosigkeit) gewann die Partei bei den Wahlen am 11. 6. 1981 nur 78 Mandate, während eine Koalition von FG (→ STAMM DER GAELEN) und → ARBEITERPARTEI 80 Sitze erhielt.

The Story of Fianna Fail – First Phase, Dublin 1960; J. D. O'Donnell, How Ireland is Governed, Dublin 1965; B. Farrell, The Founding of Dáil Éireann: Parliament and Nation Building, Dublin u. London 1971; B. Chubb, The Government and Politics of Ireland, Stanford (Cal.) u. London 1970; M. Manning, Irish Political Parties, Dublin u. London 1972; R. Lagoni, Die politischen Parteien im Verfassungssystem der Republik Irland, 1973; J. L. McCracken, Representative Government in Ireland, London 1958.

Sozialdemokratische und Arbeiterpartei (SDLP, Social Democratic and Labour Party). Einzige Partei Nordirlands, welche sich bemüht, die katholische Minderheit zu vertreten.

Nach wiederholten Einigungsversuchen der stark zersplitterten Opposition im nordirischen Parlament gegründet im August 1970 in Belfast von einer politisch heterogenen Gruppe, die durch ihr Interesse an sozialer Reform und an den Bürgerrechten zusammengehalten wurde. Zu den Gründern zählten *G. Fitt* von der → REPUBLIKANISCHEN ARBEITERPARTEI, *A. Currie* von der → NATIONALISTISCHEN PARTEI und der Unabhängige *J. Hume. Fitt* wurde erster Vors. der Partei, die sich sechs Ziele setzte: 1. Organisation einer sozialistischen Partei in Nordirland; 2. Förderung der vom Parteitag beschlossenen Politik; 3. Kooperation mit den irischen Gewerkschaften; 4. Förderung der Wiedervereinigung Irlands mit Zustimmung der Mehrheit der nordirischen Bevölkerung; 5. Kooperation mit anderen Arbeiterparteien; 6. Abschaffung jeder Benachteiligung aus Gründen der Religion, der Politik, der sozialen Klasse oder des Geschlechts, sowie Nationalisierung von Grundindustrien und, soweit notwendig, staatliche Beschäftigungsprogramme. Durch den Anspruch auf Vertretung der katholischen Bevölkerung Nordirlands sind dem Wachstum der Partei eindeutige Grenzen gesetzt. Bei den Wahlen von 1973 (Assembly Election) und 1975 (Convention Election) gewann sie 22% der Stimmen (19 Mandate) und 24% der Stimmen (17 Mandate).

R. Rose, Northern Ireland, New York und London 1976; I. McAllister, The Northern Ireland Social Democratic and Labour Party, London und Basingstoke 1977.

Sozialistische Partei Irlands (SPI, Socialist Party of Ireland, Cumannacht na hEireann). 1908 in Dublin gegründete sozialistische Splittergruppe, in der auch Mitglieder der → IRISCHEN SOZIALISTISCHEN REPUBLIKANISCHEN PARTEI für kurze Zeit eine politische Heimat fanden, nachdem *J. Connolly* in die USA gegangen war. 1910 veröffentlichte die Partei ein Manifest, das die Teilnahme am parlamentarischen System als Mittel auf dem Wege zur Nationalisierung aller Reichtümer (all resources) des Landes befürwortete. 1912 ging die Partei in der von *Connolly* mitgegründeten → ARBEITERPARTEI auf. Im März 1917 kam es erneut zur Gründung einer SOZIALISTISCHEN PARTEI IRLANDS, die aber keinen nennenswerten Einfluß auf die politische Entwicklung ausübte und Anfang der 20er Jahre unter die Kontrolle der kommunistischen Gruppe um *R. Connolly* (→ KOMMUNISTISCHE PARTEI IRLANDS) geriet.

L. A. Mitchell, Labour in Irish Politics, 1890–1930, Dublin 1974.

Stamm der Gaelen (FG, Fine Gael). Bürgerlich konservative Partei mit später wiederholt auftretenden liberalen Tendenzen.

Gründung: Am 8.9. 1933 durch den Zusammenschluß von → VEREINIGUNG DER GAELEN, → NATIONALER ZENTRUMSPARTEI und → NATIONALGARDE. Der anfänglich ebenso verwendete Name PARTEI DES VEREINIGTEN IRLAND (United Ireland Party bzw. United Ireland Party – Fine Gael) setzte sich nicht durch.

Programm: Als Sammelbecken recht verschiedener politischer Richtungen ist es der Partei seit ihrer Gründung nicht leicht gefallen, ein klares Programm zu präsentieren. Proklamierte Hauptziele am Anfang waren die Wiedervereinigung mit Nordirland und für das vereinigte Irland ein Status als Dominion im britischen Commonwealth. Gefordert wurde auch die Beendigung des 1932 begonnenen sogenannten Handelskrieges mit England. Auf innenpolitischer Ebene vertrat die Partei eine unnachgiebige Position gegenüber der Irischen Republikanischen Armee (IRA, → Sinn Féin), deren zeitweilige Linkstendenzen sie mit besonderer Sorge beobachtete. Gegen Kommunismus und jede Art von Diktatur nahm sie ebenso eindeutig Stellung. Korporative statt proportionaler, geographisch orientierter parlamentarischer Repräsentation, d. h. die Abschaffung des Verhältniswahlrechts, war eine der frühen programmatischen Ideen, vertreten besonders von General *E. O'Duffy*, dem ersten Präsidenten der FG. Ein erkennbares Interesse an sozialpolitischen Maßnahmen ermöglichte später zeitweilige Koalitionen mit der → Arbeiterpartei.

Organisation: Nach anfänglichen Problemen wurde in zunehmendem Maße auf die Organisation der Vorgängerpartei → Vereinigung der Gaelen zurückgegriffen. Die Übernahme der Nationalgarde in Form einer Jugendorganisation, die sich »Vereinigung Junges Irland« (Young Ireland Association) nannte, und die sich daraus ergebenden engen Kontakte zur Blauhemden-Bewegung (→ Nationalgarde) führten dazu, daß die Partei in den ersten Jahren ihrer Entwicklung häufig mit dem kontinentaleuropäischen Faschismus in Verbindung gebracht wurde. Die geographische Organisation der Partei beruht auf lokalen Vereinen (Cumainn), die über das ganze Land verstreut sind. Auf einem jährlichen Parteitag (Ard Fheis) kommen die Abgeordneten und die Parteiführer zusammen. Zu den Hauptfunktionen der lokalen Vereine gehören die Aufstellung von Kandidaten und das Bestreiten von lokalen und nationalen Wahlkämpfen.

Presse: Zu den der FG nahestehenden Presseorganen gehörten in den letzten Jahren besonders die große Tageszeitung ›Irish Independent‹ mit ihrer Abendzeitung ›Evening Herald‹ und der regionale ›Cork Examiner‹ mit seiner Abendzeitung ›Cork Evening Echo‹.

Geschichte: Bei der Gründung übernahm General *O'Duffy* die Präsidentschaft der Partei. *W. Th. Cosgrave*, der die → Vereinigung der Gaelen seit 1922 angeführt hatte, begnügte sich mit der Position eines von 6 Vizepräsidenten; die anderen waren *F. MacDermot* und *J. Dillon* von der → Nationalen Zentrumspartei, *P. Nugent*, der Historiker *J. Hogan* und *M. Tierney*. Nicht nur zum Vorteil der Partei wurde ihr Image in der Öffentlichkeit zunächst von *O'Duffy* beeinflußt, der sich als rednerisches Talent und Anführer der → Nationalgarde, bzw. der faschistischen Blauhemden, bereits einen Namen gemacht hatte. Seine Agitation bestärkte *E. de Valeras* regierende → Soldaten des Schicksals (FF) in der Auffassung, daß zumindest Teile der FG das demokratische Regierungssystem Irlands bedrohten. Auf das Verbot der »Vereinigung Junges Irland« am 8. 12. 1933 reagierte die Parteiführung mit der Gründung einer Nachfolgeorganisation, der »Liga der Jugend« (League of Youth), womit die Kopplung der FG an die faschistische Blauhemden-Bewegung zunächst weiter bestand. *O'Duffy*, der seine Sympathien für *Hitler* und *Mussolini* auch öffentlich zum Ausdruck brachte, trat jedoch am 21. 9. 1934 von der Parteiführung zurück, nicht zuletzt deshalb, weil ihm der erhoffte Sieg über die FF nicht gelungen war. Zudem war es dem Exekutivkomitee der FG auf die Dauer unmöglich gewesen, zwischen den häufig verfassungswidrigen öffentlichen Äußerungen ihres Präsidenten und dem sich durchaus in verfassungskonformen Bahnen bewegenden Programm der Partei einen Kompromiß zu finden. 1935 gründete *O'Duffy* zusammen mit *P. Belton* und einigen ehemaligen Blauhemden die Nationale Korporative Partei, deren Ziele die Schaffung eines korporativen Staates und der Kampf gegen den Kommunismus waren. Die Resonanz in der Öffentlichkeit war gering, und *O'Duffy* machte erst wieder Schlagzeilen, als er an der Spitze einer irischen Brigade zur Unterstützung *Francos* 1936/37 nach Spanien ging. Der Führungswechsel in der Partei fand statt vor dem Hintergrund zunehmender sozialer Unruhe und sich ständig verschlimmernder Gewalttätigkeit im Lande. Der Rücktritt *O'Duffys*, der Parteiaustritt von *MacDermot* 1935 und der Zerfall der Blauhemden-Bewegung versetzten weite Kreise der FG in Verwirrung und Unsicherheit. Im Oktober 1936 wurde die Liga der Jugend von der Partei ausgeschlossen und damit, wenngleich mit einiger Verspätung, dem Faschismus gegenüber eine klare Position bezogen. Die Wahlen von 1937 und 1938 sicherten zwar die Weiterexistenz der FG als wichtigste Oppositionspartei, aber ein negativer Entwicklungstrend war unverkennbar (48 bzw. 45 Mandate bei einem Stimmenanteil von 34,8 bzw. 33,3 % gegenüber 69 bzw. 77 Sitzen der FF). Geführt wurde die FG seit 1935 von *Cosgrave*, dem es während des Zweiten Weltkrieges nicht gelang, zwischen der von *de Valera* proklamierten und strikt eingehaltenen Neutralität und der noch gültigen Pro-Commonwealth-Politik der FG einen überzeugenden Standpunkt zu beziehen. Andererseits konnte *Cosgrave* die Partei, welche er in einer Periode der gefährlichen Entzweiung übernommen hatte, durch seine Besonnenheit erneut zusammenschweißen. Nachfolger von *Cosgrave* wurde 1944 General *R. Mulcahy*, ein Veteran der Irischen Freiwilligen (Irish Volunteers) aus der Zeit des Osteraufstandes und ehemaliger Chief of Staff der Irischen Republikanischen Armee (→ Sinn Féin). *Mulcahy* war aber nicht in der Lage, die Partei zu neuen Wahlerfolgen zu führen. Nicht nur behinderten die Kriegs-

ereignisse die Entfaltung zu einer großen und wirksamen Oppositionspartei, sondern auch das Entstehen einer neuen Partei, der → KINDER DES LANDES, und zeitweilige Erfolge der ARBEITERPARTEI trugen zur Schwächung der FG bei. Erst am 4. 2. 1948 bei den nationalen Wahlen, die *de Valera* ausgerufen hatte, um das weitere Anwachsen einer anderen neuen Partei, der → REPUBLIKANISCHEN FAMILIE, zu verhindern, bot sich Gelegenheit für die FG, einen neuen Anlauf zu nehmen. Bei einem Stimmenanteil von 19,8 % gewann die Partei 31 Mandate. Da die bis dahin regierenden → SOLDATEN DES SCHICKSALS 8 Mandate und damit die absolute Mehrheit verloren hatten, konnte die FG mit Hilfe der kleineren Parteien die erste irische Koalitionsregierung (inter-party government) bilden.

Da *Mulcahys* politische und militärische Vergangenheit einer derartigen Kompromißlösung im Wege gestanden hätte, übernahm *J. A. Costello* die schwierige Aufgabe, aus der überraschenden Koalition von FG, den KINDERN DES LANDES, den beiden Splittergruppen der ARBEITERPARTEI und der REPUBLIKANISCHEN FAMILIE eine Regierung zu bilden, die, entgegen der ursprünglichen Zielsetzung der FG, die Umwandlung des Irischen Freistaates in die Republik Irland durchführte (→ Einleitung). Opposition gegen die am Ostermontag 1949 zelebrierte Ausrufung der Republik war kaum denkbar, schon gar nicht von *de Valeras* FF. In mancher Hinsicht überraschend war die Weigerung der von der FG angeführten Koalition, der NATO beizutreten, aber die NATO-Mitgliedschaft hätte Irland in ein Militärbündnis mit England geführt. Weniger spektakulär, aber doch von Bedeutung, waren mehrere sozialpolitische Reformen, die von der Koalition in die Wege geleitet und mit staatlichen Mitteln unterstützt wurden (wie Nutzung von unbewirtschaftetem Land, Förderung von Wohnungsbau, Bekämpfung von Tuberkulose). Über Reformversuche auf dem Gesundheitssektor kam es zu einer offen ausgetragenen Kontroverse zwischen höchsten Vertretern der katholischen Kirche und dem Gesundheitsminister *N. Browne* aus der → REPUBLIKANISCHEN FAMILIE. Dies und gleichzeitige innerparteiliche Differenzen in der REPUBLIKANISCHEN FAMILIE veranlaßten *Costello*, für Mai 1951 Neuwahlen anzusetzen. Die FG gewann 9 zusätzliche Mandate (insgesamt 40 bei 25,7 % der Stimmen), aber die FF, mit Unterstützung der Unabhängigen, sah sich jetzt in der Lage, eine Minderheitsregierung zu bilden und damit die FG in die Opposition zu verdrängen. Bei den Wahlen im Mai 1954 dagegen gewann die FG weitere 10 Mandate, und erfolgreiche Verhandlungen mit der ARBEITERPARTEI ermöglichten zum zweiten Mal die Bildung einer Koalitionsregierung (inter-party government). Kurz nach Amtsantritt der ohnehin nicht überzeugenden Koalition begann eine Kampagne der Gewalttätigkeit seitens der IRA, und *Costello* meinte sich nicht anders als mit harten Gegenmaßnahmen helfen zu können. Das prominente IRA-Mitglied *S. MacBride*, der eine Mitarbeit in der Koalition schon vorher abgelehnt hatte, schlug zurück mit dem Antrag auf ein Mißtrauensvotum. Die Regierung stürzte, und in den Wahlen vom März 1957 verlor die FG 10 Mandate (40 bei 27,2 % der Stimmen). Erneut in der Opposition, spielte sie nun auf viele Jahre die Rolle einer farblosen zweiten Partei, und es gelang ihr lange nicht, ihre Beziehungen zur ARBEITERPARTEI, dem möglichen Koalitionspartner, schnell und wesentlich zu verbessern. Teilweise als Reaktion auf diese merkbare innerparteiliche Stagnation entwickelte eine progressive Gruppe unter der Führung von *D. Costello* (Sohn *J. A. Costellos*) ein Programm der sozialen Reform, das sich »Die Gerechte Gesellschaft« (The Just Society) nannte. Da es von der Parteiführung aber erst kurz vor den Wahlen vom April 1965 angenommen wurde, konnte es auf die Wähler keinen nennenswerten Einfluß mehr ausüben. 1968 versuchte der linke Parteiflügel sogar, eine Umbenennung in Fine Gael – The Social Democratic Party durchzusetzen. Nach den Wahlen vom 28. 2. 1973, bei denen die FG 54 Sitze im Dáil errang, gelang es ihr, mit der ARBEITERPARTEI (19 Sitze) eine Koalition (National Coalition) zu bilden. Trotz aller Bemühungen dieser Regierung entwickelte sich die irische Wirtschaft aber nur zögernd, und die hohe Arbeitslosigkeit blieb ein Hauptproblem. Als Folge der weitverbreiteten Unzufriedenheit verlor die FG die Wahlen am 16. 6. 1977 (43 Mandate). In den Jahren nach *Mulcahys* Rücktritt (1959) wurde die Partei von *J. Dillon* (bis 1965), *L. Cosgrave* (Sohn *W. Th. Cosgraves*) und seit dem 1. 7. 1977 von *G. FitzGerald*, einem Vertreter des progressiven Flügels, geführt.

Bei den Wahlen am 11. 6. 1981 gewann die Partei 65 Mandate und konnte, da die FF nur 78 Sitze bekam, mit der → ARBEITERPARTEI (15 Sitze) eine Koalitionsregierung bilden. Mit dieser knappen Mehrheit und abhängig von der Gunst der 6 Unabhängigen stand *FitzGeralds* Regierung vor schwierigen ökonomischen Problemen (steigende Inflation und hohe Arbeitslosigkeit) und zunehmender politischer Unruhe auf Grund der sich verschlimmernden Situation in Nordirland (2 der gewählten Abgeordneten gehörten zu den im Hungerstreik stehenden H-Block-Insassen im nordirischen Maze-Gefängnis).

J. D. O'Donnell, How Ireland is Governed, Dublin 1965; B. Farrell, The Founding of Dáil Éireann: Parliament and Nation Building, Dublin u. London 1971; B. Chubb, The Government and Politics of Ireland, Stanford (Cal.) u. London 1970; M. Manning, Irish Political Parties, Dublin u. London 1972; R. Lagoni, Die politischen Parteien im Verfassungssystem der Republik Irland, 1973; J. L. McCracken, Representative Government in Ireland, London 1958; B. Farrell, The Founding of Dáil Éireann: Parliament and Nation Building, Dublin u. London 1971.

Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party). Als BELFASTER ARBEITERPARTEI (Belfast Labour Party) 1892 in Belfast gegründet, wurde sie 1893 der englischen UNABHÄNGIGEN ARBEITERPARTEI angegliedert. Nach ihrer Auflösung um

1897 fand sie für kurze Zeit eine Art Fortsetzung in der BELFASTER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT (Belfast Socialist Society). 1908 wurde von *J. Larkin* in Dublin erneut eine Unabhängige Arbeiterpartei ins Leben gerufen. Teile dieser Splittergruppen gingen 1912 in der → ARBEITERPARTEI auf.

Unionistische Partei (Unionist Party). Wichtigste Partei Nordirlands, die in vieler Hinsicht den Charakter einer Bewegung hat und deren Hauptziel die Stärkung der Union mit England geblieben ist.

Gründung: Nach vorhergegangener Organisation einer ganzen Reihe von unionistischen Vereinigungen fand am 17. 6. 1892 in Belfast eine große Kundgebung von Unionisten statt, die oft als eine Art Anfang der Parteigeschichte angesehen wird.

Programm: Von Anbeginn stellte die Aufrechterhaltung der Union mit England den eigentlichen Daseinszweck der Partei dar. Begleitet wurde diese Politik stets von einer scharf antikatholischen bzw. gegen den Freistaat und die Republik Irland gerichteten Orientierung.

Organisation: Seit ihren Anfängen konnte die Partei auf zwei verschiedene Organisationssysteme zurückgreifen. Einmal stand ihr die eigene Parteistruktur mit den Unionistischen Vereinen (Unionist Clubs) zur Verfügung, zum anderen konnte sie sich auf das Netzwerk der Logen des Oranier-Ordens (Orange Order) stützen. Die über die Pfarrer laufenden engsten Verbindungen zur protestantischen Kirche können fast als drittes Organisationssystem zählen. Die lokalen Unionistischen Vereine, später auch Vereinigungen (Associations) genannt, bestanden bis zur Übernahme der Regierung durch England im Jahre 1972. Die Vereinigungen wurden im Unionistischen Rat von Ulster (UUC, Ulster Unionist Council) zusammengefaßt, dessen Verwaltung in den Händen eines Ständigen Komitees (Standing Committee) lag, das jedoch zu groß und daher ineffizient wurde. So fiel die eigentliche Leitung des UUC immer mehr in die Hände von anderen Komitees. Seit 1946 liegt die Verwaltung faktisch bei einem Exekutivkomitee, das sich aus den Parteiführern und 36 gewählten Vertretern aus dem Ständigen Komitee zusammensetzt. Neben den engen Verbindungen der Unionistischen Partei zum Oranier-Orden sind der 1911 gegründete »Rat der Unionistischen Frauen von Ulster« (Ulster Women's Unionist Council) und der 1924 organisierte »Rat der Jungen Unionisten von Ulster« (Ulster Young Unionist Council) erwähnenswert.

Geschichte: Entstanden in den 1880er Jahren, nicht zuletzt unter dem Einfluß der erwarteten Home Rule-Gesetzesvorlage, setzte sich die unionistische Bewegung zunächst aus einer Reihe von Vereinigungen wie der Loyal Irish Union (gegründet 1885), der nordirischen Konservativen, der Ulster Liberal Society der unionistischen Liberalen und vor allem dem mächtigen Oranier-Orden zusammen. Bei letzterem handelte es sich um eine seit Ende des 18. Jh. bestehende protestantisch-irische Geheimgesellschaft, deren Organisation auf logenartigen Lokalvereinen basiert. Im Süden Irlands gab es die im Mai 1885 gegründete unionistische IRISCHE LOYALE UND PATRIOTISCHE UNION (Irish Loyal and Patriotic Union), 1891 in IRISCHE UNIONISTISCHE ALLIANZ (Irish Unionist Alliance) umbenannt. Im Januar 1886 wurde die Northwest Loyal Registration and Electoral Association ins Leben gerufen, deren Hauptzweck die Registrierung der Unionisten in Ulster war. *Gladstones* Niederlage mit seiner Home Rule-Vorlage im Juni 1886 in Westminster förderte die Spaltung der irischen Bevölkerung in Home Rule-Befürworter und Unionsanhänger, aber erst 1904 kam es zur Gründung des Unionistischen Rats von Ulster, der die Existenz einer eigenen nordirischen Unionistischen Partei bestätigte. Die allmähliche Erfassung nahezu aller Protestanten führte zwangsläufig zu einer alle sozialen Schichten umfassenden Parteibasis. Dennoch gründeten Unionisten 1918 unter Führung von *E. Carson* die UNIONISTISCHE ARBEITERVEREINIGUNG VON ULSTER (UULA, Ulster Unionist Labour Association), um protestantische Arbeiter Nordirlands für die unionistische Politik zu gewinnen und somit der Tätigkeit sozialistischer und republikanischer Gruppen unter der Arbeiterschaft entgegenzuwirken. Gemeinsam war und ist den verschiedenen Gruppen vor allem der unerbittliche Antagonismus gegenüber der katholischen Kirche, der eine Teilung Irlands geradezu herbeizwang. Nach dem Tode von Oberst *E. J. Saunderson,* der im Anfangsstadium der Partei eine wichtige Rolle spielte, ging die Führung der Bewegung 1906 an *W. H. Long* und 1910 an *Carson* und *J. Craig (Lord Craigavon)* über. Es war *Carson,* der am 28. 9. 1912 den Ulster-Eid (solemn league and covenant, meist als Ulster Covenant bezeichnet) verkündete. Im Namen Gottes schworen Protestanten, daß sie die Union mit England verteidigen und ein eventuelles Home Rule-Gesetz nicht akzeptieren würden. Hunderttausende von Nordiren unterzeichneten das Dokument, zahlreiche mit ihrem Blut. Im gleichen Jahr stellten die Unionisten eine Art Privatarmee, die Ulster Freiwilligentruppe (Ulster Volunteer Force oder Ulster Volunteers) auf, fast 100000 Mann, die den Ulster-Eid geleistet hatten. Die ersten Kriegsjahre brachten eine generelle Beruhigung der Lage in Nordirland, wobei die Unterstützung Englands durch *J. Redmonds* → IRISCHE PARLAMENTARISCHE PARTEI wohl der wichtigste Faktor war. Nach Kriegsende und auf Grund der englischen Entscheidung, das Land in zwei durch die englische Krone verbundene Teilstaaten aufzuteilen, errangen die Unionisten im Norden 1920 die Regierungsmacht, die sie bis 1972 behielten. Im Gegensatz zu den Katholiken im Süden hatten die Unionisten das Government of Ireland-Gesetz (→ Einleitung) als zweitbeste Lösung nach der Einheit mit England akzeptiert. Die erste Regierung wur-

de 1921 mit *Craig* als Premierminister an der Spitze gebildet (von den 52 Sitzen im nordirischen Parlament hatten die Unionisten 40 gewonnen). Da die → Nationalistische Partei und → Sinn Féin ihre je 6 Sitze nicht einnahmen, waren die Unionisten unter sich. Bis 1972 regierte die Unionistische Partei in Ulster als Mehrheitspartei und gestützt von den Protestanten, die trotz ökonomischer und sogar religiöser Differenzen in dem Wunsch nach Einheit mit England bzw. in der Furcht vor einer Vereinigung mit dem Freistaat bzw. der Republik Irland zusammenstanden.

Der revolutionäre Aktivismus der Irischen Republikanischen Armee (→ Sinn Féin) im Süden hatte sein Pendant in der aggressiven Haltung der Oranier-Unionisten gegenüber der katholischen Minderheit im Norden. – Eine kleine Gruppe von Unionisten unternahm in den 30er Jahren, unter Führung von *W. J. Stewart,* den Versuch, wirtschaftliche Fragen zum Hauptthema der politischen Auseinandersetzung zu machen. Als sie in der Partei keine Resonanz fanden, trennten sie sich von ihr, um sich als Progressive Unionisten (Progressive Unionists) zusammenzuschließen, blieben bei den Wahlen von 1938 jedoch ohne Mandat. Erst in den 60er Jahren, während der Regierungszeit des unionistischen Premierministers (1963–1969) *T. M. O'Neill,* erwuchs dem unionistischen Regierungsmonopol eine Art Opposition, nicht von ungefähr in Form einer Bürgerrechtsbewegung, die von Protestanten und Katholiken gemeinsam getragen wurde. *O'Neill* hatte mit der Tradition gebrochen, als er am 14. 1. 1965 mit *de Valeras* Nachfolger *S. Lemass* (→ Soldaten des Schicksals) in Stormont zusammentraf. Im Januar 1964 organisierten *P.* und *C. McCluskey* die Kampagne für Soziale Gerechtigkeit (Campaign for Social Justice), die vor allem propagandistisch für die Rechte der Katholiken einzutreten versuchte. Mit Hilfe der englischen National Conference of Civil Liberties wurde 1967 die Nordirische Bürgerrechtsvereinigung (Northern Ireland Civil Rights Association) gegründet. Demonstrierende Bürgerrechtler trafen auf Ordnungsorgane der Regierung und protestantische Extremisten, denen vor allem die Überbrückung konfessioneller Unterschiede in der Bürgerrechtsbewegung suspekt war. *O'Neill* hatte einen schweren Stand und versuchte, die Unionisten durch Neuwahlen zu konsolidieren. Statt dessen gelang es einigen Bürgerrechtlern, ihre Position durch Wahlerfolge zu stärken (z. B. *J. Hume* und *I. L. Cooper,* spätere Mitbegründer der Sozialdemokratischen und Arbeiter-Partei, und *B. Devlin*). Gleichzeitig verschärfte sich die Konfrontation zwischen Unionistischen Extremisten und Bürgerrechtlern. Im April 1969 gab *O'Neill* auf, und sein Nachfolger wurde *J. D. Chichester-Clark.* Als auch die *Chichester-Clark*-Regierung der öffentlichen Unruhen nicht Herr wurde, mußten englische Truppen im Sommer 1969 wiederholt eingreifen. Die englische Präsenz konnte aber weder die durch IRA-Maßnahmen verschlimmerte Situation in den Griff bekommen noch die Position *Chichester-Clarks* stärken. Im März 1971 nahm der Premierminister seinen Rücktritt, und die Unionisten wählten *A. B. D. Faulkner* zum Nachfolger. Schon im August 1971 war die Regierung gezwungen, eine Art Notstandsgesetz (Special Powers Act) durchzubringen, das unter anderem die Verhaftung von IRA-Verdächtigen erheblich erleichterte. Am sog. »Blutigen Sonntag«, dem 30. 1. 1972, starben 13 Iren auf den Straßen Derrys im Kugelhagel englischer Truppen. Im Februar organisierte sich die Vorhut (Vanguard → Unionistische Progressive Vorhutspartei) unter *W. Craig,* eine Organisation, die enge Kontakte zu paramilitärischen protestantischen Verbänden unterhielt. Vom 21.–24. 3. 1972 fanden in London Gespräche zwischen *Faulkner* und der englischen Regierungsspitze über Vorschläge der englischen Regierung statt, welche dazu führen sollten, die gefährliche Situation in Nordirland zu entschärfen. Als die Unionisten sich weigerten, weitgehende Interventionen der Engländer in nordirische innere Angelegenheiten zu akzeptieren, sah sich die Regierung *Heath* genötigt, das Parlament in Stormont für aufgelöst zu erklären und die Regierung in Ulster zu übernehmen.

P. Buckland, Irish Unionism: One. The Anglo-Irish and the New Ireland, 1885–1922, Dublin u. New York 1972; T. Gray, The Orange Order, London 1972; P. Buckland, Irish Unionism: Two. Ulster Unionism and the Origins of Northern Ireland, 1886–1922, Dublin u. New York 1973; J. F. Harbinson, The Ulster Unionist Party, 1882–1973, Belfast 1973; C. Fitzgibbon, Red Hand, New York ²1973; P. Gibbon, The Origins of Ulster Unionism, Manchester 1975; R. Rose, Northern Ireland, London u. New York 1976.

Unionistische Partei Nordirlands (**UPNI,** Unionist Party of Northern Ireland).

Gegründet im Mai 1974 von dem bekannten Unionisten *A. B. D. Faulkner.* Ebenso wie die → Unionistische Progressive Vorhutspartei verließ auch diese Gruppe die alte → Unionistische Partei als Folge der seit 1969 immer schärfer werdenden innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Natur der Beziehungen zu England und über die Behandlung der Katholiken und ihre mögliche Teilnahme an der Regierung in Nordirland. Die protestantische UPNI war von Anfang an für engste Anlehnung an England und gab zu erkennen, daß sie bereit sei, dafür auch ein Maß nordirischer Unabhängigkeit zu opfern. Bei den Wahlen für die Verfassunggebende Versammlung (Convention Election) im Mai 1975 gewann sie nur 5 Mandate (7,7 % der Stimmen).

R. Rose, Northern Ireland, New York u. London 1976.

Unionistische Progressive Vorhutspartei (**VUPP,** Vanguard Unionist Progressive Party; auch Vanguard Unionist Party, VUP, genannt).

Gegründet im März 1973 von unzufriedenen Mitgliedern der → Unionistischen Partei. Angeführt wurde die Gruppe von *W. Craig,* der bereits im Februar 1972 kurz nach dem »Bloody Sunday« die Vanguard (Vorhut) ins Leben gerufen

hatte, um die Weiterexistenz des Parlaments in Stormont und die nordirische Eigenverantwortung für die innere Ordnung abzusichern. *Craig* trat sogar für die Unabhängigkeit Nordirlands von England ein und stand damit im Widerspruch zu einem der wichtigsten Grundverständnisse der → UNIONISTISCHEN PARTEI. Die VUPP hielt Kontakte zu protestantischen paramilitärischen Gruppen aufrecht und schloß die Anwendung von Waffengewalt zur Erhaltung der Rechte Nordirlands nicht aus. Bei dem Wahlkampf für die Verfassunggebende Versammlung (Convention Election) im Mai 1975 beteiligte sich die Partei an der »Loyalistischen Koalition« bzw. dem »Rat der Vereinigten Ulster Unionisten« (UUUC, United Ulster Unionist Council) und gewann 14 der insgesamt 47 »loyalistischen« Sitze.

R. Rose, Northern Ireland, New York u. London 1976.

Vereinigung der Gaelen (Cumann na nGaedheal).

Befürworter des anglo-irischen Vertrages von 1921. Generell bürgerlich-konservative Partei, die zeitweilig sowohl gegen die radikalen Republikaner wie auch gegen vermeintlichen oder tatsächlichen Linksradikalismus Stellung bezog. Der Parteiname stammt von einer früheren SINN FÉIN-Gruppe, die sich 1900 um *A. Griffith* und *W. Rooney* zusammengefunden hatte, um vor allem kulturell und industriell einen irischen Nationalgeist zu fördern.

Gründung: Begründet im April 1923 in Dublin durch *W. Th. Cosgrave* und eine Gruppe von Politikern, die sich im Bürgerkrieg für die Annahme des anglo-irischen Vertrages eingesetzt hatten. Obwohl ein großer Teil des frühen Gefolges von dem gemäßigten Flügel der → SINN FÉIN-Bewegung gekommen war, bemühte sich die Partei von Anfang an um eine breitere Basis.

Programm: Im wesentlichen beruhte das Programm auf drei Hauptzielen: dem Wiederaufbau Irlands und der Wiederherstellung gesellschaftlicher Ordnung, der Wiedervereinigung mit dem abgetrennten Nordirland und einem Arrangement mit England. Das einzig wirklich Gemeinsame für die in der Partei zusammengekommenen verschiedenen Interessen war eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber dem anglo-irischen Vertrag und seinen Bedingungen.

Organisation: Die Partei wurde von einem Nationalkomitee (Ard Comhairle, General Council) geleitet. Ein alljährlicher Parteitag (Ard Fheis) diente der Abstimmung über das vom Nationalkomitee jeweils beschlossene Programm. Das eigentliche Rückgrat der Partei war ein Netz von lokalen Vereinen (Cumainn), die den Regionalkomitees (District Committees) unterstanden. Die Verwaltung der Geschäfte der Parteiorganisation lag in den Händen des Ständigen Komitees (Standing Committee), dem meist auch die Kabinettsmitglieder der Vereinigung der Gaelen-Regierung angehörten. Hauptzweck der Organisation war die (in Irland stets ziemlich kurzfristige) Vorbereitung und die Durchführung des Wahlkampfes.

Presseorgan der Partei war seit 1927 die Wochenzeitung ›Freeman‹, die später als ›Star‹ erschien und seit Mai 1932 den Namen ›The United Irishman‹ trug.

Geschichte: Die Partei war der Versuch der sogenannten Provisorischen Regierung, nach dem Tode von *Griffith* und *M. Collins* jetzt unter der Führung von *Cosgrave*, aus der Spaltung der alten SINN FÉIN-Bewegung in Befürworter und Gegner des anglo-irischen Vertrages von 1921 und dem für die ersteren günstig ausgegangenen Bürgerkrieg die Konsequenz zu ziehen. Bei der Wahl am 27. 8. 1923 gewann die Partei mit 43,2% der Stimmen 63 Sitze bzw. 41% der Mandate im Dáil. Da → SINN FÉIN die 44 gewonnenen Mandate nicht einnahm, konnte *Cosgrave* eine Minderheitsregierung bilden, die in den ersten Jahren Erfolge aufweisen konnte. Zahlreiche Iren, die zwar den Vertrag mit England und daher die Politik der Vereinigung der Gaelen unterstützt hatten, sahen gleichwohl den Irischen Freistaat nur als Übergangsstadium zu einem von England gänzlich gelösten republikanischen Irland. Die teilweise rigorosen Maßnahmen der Regierung gegen die Irische Republikanische Armee, d. h. indirekt gegen den radikalen Flügel der alten → SINN FÉIN-Bewegung, schufen deswegen auch neues Mißtrauen. Die Unfähigkeit der Regierung, die wirtschaftliche Misere wirksam und dauerhaft in den Griff zu bekommen, war nicht nur Folge der andauernden inneren Gegensätze, sondern sicher auch begründet in einer konservativen Wirtschaftspolitik, die sich an tatsächliche Sozialreformen zunächst nur zögernd heranwagte. Die Anlässe der jeweiligen Krisen der Regierungspartei waren oft symptomatisch für die deprimierende Zerrissenheit des irischen Volkes. Eine Meuterei der sog. Alten Irischen Republikanischen Armee (Old IRA) im Jahre 1924 riß innerparteiliche Wunden wieder auf. Aus Protest gegen das Durchgreifen der Regierung trat eine Gruppe von Abgeordneten unter Führung des Wirtschaftsministers *J. McGrath* aus der Partei aus und gründete die NATIONALE PARTEI (National Party), die jedoch bei den Nachwahlen von 1925 keine Mandate erringen konnte und danach aufhörte zu existieren. Eine Grenzkommission bestätigte am 3. 12. 1925 die bestehenden Grenzen, was für zahlreiche Iren die endgültige Abtrennung Nordirlands und damit die Zustimmung der Regierungspartei zur Teilung Irlands bedeutete. Daß es der Regierungsvertretung bei den Verhandlungen gelungen war, die aus Absatz 5 des anglo-irischen Vertrages abgeleiteten finanziellen Verpflichtungen Irlands gegenüber England aufzuheben, wurde in der durch die Grenzfrage emotionsgeladenen Atmosphäre kaum zur Kenntnis genommen. *Cosgraves* Partei hatte daraufhin eine schwere innere Krise zu bestehen. Aus Enttäuschung über die Grenzfestlegung verließ eine Gruppe unter Führung von *W. Magennis* die Partei und gründe-

te 1926 die VOLKSPARTEI (Clann Éireann, Peoples Party, auch: KINDER IRLANDS, Children of Ireland). Die Wiedervereinigung mit Nordirland und die Abschaffung des Loyalitätseides der Dáil-Abgeordneten gehörten zu den Zielen dieser Partei, die jedoch bei den Wahlen im Juni 1927 erfolglos blieb. Wenn diese Splittergruppe auch keine wirkliche Bedrohung für die Regierungspartei darstellen konnte, zeigten diese Vorgänge doch die vorprogrammierte Schwäche einer Partei, deren erste Ziele lediglich Wiederaufbau und die Errichtung eines funktionierenden Staates waren. Als die Regierungspartei im Sommer 1927 in den Wahlkampf ging, hatte sich die Parteienkonstellation geändert. Nicht nur hatte es eine Reihe von Gründungen kleinerer Parteien gegeben, sondern seit 1926 war den Vertragsbefürwortern auch in den → SOLDATEN DES SCHICKSALS (FF) ein mächtiger Gegner erwachsen. Mit einem Stimmenanteil von rund 27% gewann die Vereinigung der Gaelen am 9. 6. 1927 46 Mandate. Da aber die → FF ihre 44 Sitze noch nicht einnahm, konnte *Cosgrave* mit Unterstützung der Unabhängigen erneut die Regierung bilden. Um der Absonderlichkeit, daß die zweitstärkste Partei außerhalb des Parlaments verblieb, ein Ende zu bereiten, brachte die neue Regierung ein Wahlgesetz (Electoral Amendment Bill) durch, das gewählte Abg. zwang, den (besonders den Republikanern widerstrebenden) Verfassungseid zu leisten und ihre Sitze einzunehmen. Andernfalls sollten die Mandate wieder zur Wahl stehen. Nach der somit quasi erzwungenen Regierungsteilnahme der FF-Abgeordneten, setzte *Cosgrave* Neuwahlen an. Am 15. 9. 1927 fanden im Irischen Freisaat die ersten Wahlen statt, bei denen die Wähler Gewißheit haben konnten, daß die von ihnen abgegebenen Stimmen auch die Mehrheitsverhältnisse im Dáil bestimmen würden. Erstmals zog daraufhin eine kräftige Opposition ins Parlament (57 Mandate mit 35,2% der Stimmen für die FF gegenüber 62 Sitzen bei 38,8% für die Regierungspartei), und es war das letzte Mal, daß die den anglo-irischen Vertrag befürwortenden bürgerlichen Konservativen die Regierung allein (mit Unterstützung der Unabhängigen und der BAUERNPARTEI) stellen konnten. Bei den Wahlen von 1932 erlitt die Vereinigung der Gaelen geringe Verluste (57 Sitze bei 35,2% der Stimmen); der gleichzeitige große Stimmengewinn der FF (72 Sitze bei 44,5% der Stimmen) besiegelte jedoch das Schicksal der Partei.

Auch als *de Valeras* → SOLDATEN DES SCHICKSALS im Januar 1933 überraschend Neuwahlen anberaumten, gelang es der inzwischen zunehmend zersplitterten Vereinigung der Gaelen nicht mehr, sich zu sammeln. Die Neugründung des → STAMMES DER GAELEN am 8. 9. 1933 aus der Vereinigung der Gaelen, der jungen → NATIONALEN ZENTRUMS PARTEI und der rechts orientierten → NATIONALGARDE zog den Schlußstrich unter ihre Geschichte.

J. D. O'Donnell, How Ireland is Governed, Dublin 1965; B. Farrell, The Founding of Dáil Éireann: Parliament and Nation Building, Dublin u. London 1971; B. Chubb, The Government and Politics of Ireland, Stanford (Cal.) u. London 1970; M. Manning, Irish Political Parties, Dublin u. London 1972; R. Lagoni, Die politischen Parteien im Verfassungssystem der Republik Irland, 1973; J. L. McCracken, Representative Government in Ireland, London 1958; B. Farrell, The Founding of Dáil Éireann: Parliament and Nation Building, Dublin u. London 1971.

ISLAND

von

ODD DIDRIKSEN

Über die Stellung des sog. Nebenlandes Island entstand mit dem Ende der absoluten Monarchie im dänischen Reich ein langwieriger Streit, den die dänische Regierung zuletzt durch ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz zu beenden suchte. Dieses sog. Stellungsgesetz (»stöðulögin«), das am 2. 1. 1871 bestätigt wurde, erklärte Island zum »untrennbaren Teil des dänischen Reiches mit besonderen Landesrechten«. Die Verfassung vom 5. 1. 1874, die der König aus eigener Machtvollkommenheit erließ, bezog sich auf die im »Stellungsgesetz« angesprochene Sonderstellung des Landes, wonach die gesetzgebende Gewalt von Althing (Parlament) und König ausgeübt wurde. Die Exekutive lag beim König, der sie durch den Minister für Island ausüben ließ. Die höchste inländische Gewalt wurde in Verantwortung des Ministers durch den vom König ernannten Landesverweser (»landshöfðingi«) ausgeübt. Das Althing erhielt das volle Bewilligungsrecht. Es trat jedes zweite Jahr zusammen, außer wenn es aufgelöst wurde, was bei Verfassungsänderung obligatorisch war – dann wurden Neuwahlen ausgeschrieben und im folgenden Jahr ein außerordentliches Althing einberufen.

Die Verfassung war das Ergebnis eines 25 Jahre langen Kampfes einer nationalliberalen Bewegung um eine unabhängige, inländische Regierung, die einem mit gesetzgebender Gewalt und Bewilligungsrecht ausgestatteten Althing verantwortlich war.

Dies Ziel wurde nicht erreicht, es fehlte immer noch die inländische Landesregierung. Minister für Island wurde der jeweils amtierende Justizminister Dänemarks, der nur dem dänischen Reichstag gegenüber verantwortlich und in Island durch den Landesverweser vertreten war. Die Verfassung wurde trotzdem zunächst relativ gut aufgenommen. Die Wende trat im Jahre 1884 unter starkem Einfluß der gleichzeitigen politischen Ereignisse in Norwegen und Dänemark ein, die radikalisierend auf die nationalliberale Bewegung wirkten. Außerhalb des Althings erfolgten zwei Versuche, die Wähler durch Parteienbildung für eine Verfassungsrevision im Hinblick auf Schaffung einer selbständigen Landesregierung als auch eines parlamentarischen Systems zu aktivieren. Nur einer dieser politischen Vereine hielt sich einige Jahre: die in der nordisländischen Provinz Suður-Þingeyjarsýsla wirkende ISLÄNDISCHE NATIONALE FRONT (Þjóðlið Íslendinga).Die Verfassungsrevision, die auf dem Althing von 1885 und 1886 angenommen, deren Bestätigung aber vom König verweigert wurde, sah einen inländischen Staatsrat vor, der aus einem Statthalter (»landstjóri«) als Vertreter des Königs und den von ihm ernannten, dem Althing gegenüber konstitutionell verantwortlichen Ministern bestehen sollte. Dies wurde in Grundzügen das Verfassungspolitische Revisionsprogramm der Volksbewegung bis 1895. Eine neue Phase des Verfassungskampfes begann in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, als *V. Guðmundsson*

sein Reformprogramm (»Valtýska«) aufstellte, das den Anstoß zu ersten Parteigründungen gab. *Guðmundsson* hatte sich über die Durchsetzungsmöglichkeiten isländischer Forderungen in Kopenhagen Klarheit verschafft und festgestellt, daß man dort bereit war, einen Isländer als Minister für Island zuzugestehen. Dieser Minister sollte dem Althing gegenüber verantwortlich sein und an dessen Sitzungen teilnehmen; sein Wohnsitz sollte allerdings in Kopenhagen sein, wo die isländischen Angelegenheiten immer noch im Staatsrat zu behandeln waren.

Auch nachdem 1904 die »Homerule« (»heimastjórn«) durch die Ernennung eines inländischen, parlamentarisch verantwortlichen Ministers verwirklicht worden war, blieben Verfassungsfragen, insbes. die Beziehungen zu Dänemark, Ausgangspunkt der Parteienbildungen. Der Versuch, durch Verhandlungen zwischen Parlamentariern beider Länder die Unionsfrage zu lösen und damit das unbeliebte »Stellungsgesetz« zu beseitigen, scheiterte, als der im interparlamentarischen Ausschuß ausgehandelte »Entwurf zum Gesetz über die staatsrechtliche Verbindung« der Länder, üblicherweise »der Entwurf« (uppkastið) genannt, 1908 von isländischer Seite abgewiesen wurde. Durch Ausklammerung der Unionsfrage gelang es jedoch, 1915 eine Verfassungsänderung durchzuführen, aufgrund derer u. a. seit 1917 3 (statt bisher 1) dem Althing verantwortliche Minister für die isländischen Angelegenheiten eingesetzt wurden. Das sog. Unionsgesetz (»sambandslögin«) vom 1. 12. 1918 brachte Island endlich die volle Souveränität. Es legte eine nach 25 Jahren kündbare Personalunion zwischen Island und Dänemark fest. Damit war die Voraussetzung geschaffen für die Entwicklung eines neuen Parteiensystems, das das alte System der Verfassungskampfparteien, die fast ausschließlich als Fraktionen organisiert waren, ablöste. Die ersten Interessenparteien hatten sich schon 1916 etabliert. Diese Entwicklung wurde im Laufe der 20er Jahre vollendet. Verknüpft damit waren die ersten Ansätze zum Aufbau moderner Mitgliederorganisationen, die jedoch erst in den 30er Jahren zu wirksamer Durchführung gelangten.

Das durch Zensus beschränkte Wahlrecht ergab 1874 einen Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung von 8,8%, wovon ca. 20% ihr Recht wahrnahmen. 1903 wurde das Wahlrecht durch Senkung des Zensus erweitert, der Anteil der Wahlberechtigten betrug 1908 14%. Die Verfassungsänderung von 1915 führte praktisch das allgemeine Wahlrecht für Männer und – zunächst altersbegrenzt – für Frauen ein.

Das Wahlverfahren war 1874–1942 direkt und in Ein- und Zweimannwahlkreisen, 1877–1903 nach dem absoluten, seitdem nach dem einfachen Mehrheitssystem. 1920 wurde für Reykjavik das Verhältniswahlrecht eingeführt, als die Stadt ein Mehrmannwahlkreis wurde. Die Legislaturperiode war bis 1920 6 Jahre, seitdem ist sie 4 Jahre. Geheime Wahlen wurden 1908 eingeführt.

Gleichzeitig wurde statt nur eines Wahlortes in jedem Wahlkreis in jeder Gemeinde ein Wahllokal errichtet. Die Beteiligung an den Wahlen stieg dabei beträchtlich (von 53,4% 1903 auf 75,7% 1908). Das Althing besteht aus Oberer und Unterer Abteilung. In der Oberen Abteilung saßen bis 1915 6 vom König bestimmte Abg. zusammen mit 6, seit 1903 mit 8 vom Plenum des Althing gewählten weiteren Mitgliedern. Die Untere Abteilung bildeten 24, seit 1903 26 vom Volk gewählte Abg. Seit 1915 wurden alle Althingsmitglieder vom Volk gewählt. Seit 1921 tritt das Althing jährlich zusammen. Die starke Verstädterung hat drei größere Wahlreformen hervorgerufen. 1934 wurde die Mitgliederzahl des Althings auf 49 festgelegt, zwecks proportionalen Ausgleichs.

1942 wurde die Abgeordnetenzahl auf 52 erhöht, Reykjavik erhielt 8 Sitze und Siglufjör-

ður wurde ein eigener Einmannwahlkreis; gleichzeitig wurde die Verhältniswahl in den Zweimannwahlkreisen eingeführt. Die letzte und größte Wahlreform fand 1959 statt: Island – seit Juni 1944 von Dänemark völlig unabhängige Republik – wurde in 8 Mehrmannwahlkreise eingeteilt, in denen nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird. Reykjavik hat seitdem 12, die übrigen Wahlkreise haben 5–6 Sitze. Dazu kommen 11 Sitze durch Ausgleichsregelung; insgesamt sind es 60 Sitze. Die Obere Abteilung bildet ein Drittel der Abg., zwei Drittel die Untere Abteilung. Die Wahlkreisordnung ist seit den 30er Jahren eine Streitfrage der Parteien, die oft heftige Auseinandersetzungen hervorgerufen hat. Sie hat auch der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die nach der Einführung der Republik am 17. 6. 1944 vorgesehen war, im Wege gestanden. Das in den 30er Jahren entwickelte Vierparteiensystem hat sich trotz zeitweiligen Vorhandenseins einer fünften Partei behaupten können; das Stärkeverhältnis der Parteien ist relativ stabil geblieben. Seit 1917 ist es nur wenigen Parteien gelungen, eine parlamentarische Mehrheit zu gewinnen. Meist werden Koalitionskabinette gebildet, bisweilen waren es kurzlebige Minderheitskabinette, die die Toleranz oder Unterstützung anderer Parteien erhielten, um bestimmte Probleme zu lösen. Nur 1942 glückte es den Parteien nicht, ein Kabinett zu bilden; dies führte zu einer zweijährigen außerparlamentarischen Regierung. Kabinettswechsel waren häufig, und es hat seit 1917 24 Kabinette gegeben.

Die Parteiorganisationen gleichen sich in ihrem Aufbau. Die Ortsvereine sind die Grundeinheiten jeder Partei. Sie wählen Delegierte für Wahlkreisräte, für lokale Vertreterräte und für den Parteitag, der das oberste Organ der Partei ist. Der Parteitag tritt jedes 2.–4. Jahr zusammen, hat formal die höchste Gewalt in allen Parteiangelegenheiten und wählt den Parteivorsitzenden. Zwischen den Parteitagen ist der Vorstand oberstes Organ. Er wird bei den Parteien unterschiedlich gewählt und tritt jährlich oder jedes zweite Jahr zusammen. Er hat bei allen Parteien unter anderem die Aufgabe, das Programm der Partei den Parteitagsbeschlüssen gemäß zu formulieren und die Haltung der Partei zur amtierenden Regierung festzulegen. Alle Parteien haben für die laufenden Geschäfte ein Exekutivorgan, meist geschäftsführender Vorstand genannt und vom Vorstand gewählt. Es beruft den Generalsekretär und die anderen Parteifunktionäre. Die Kandidatenaufstellung wird vor den Parlamentswahlen meist von den lokalen Parteigremien vorgenommen. Bei den letzten Wahlen sind in einigen Fällen Probewahlen für die Aufstellungen entscheidend gewesen.

Die Zeitungen sind fast ausschließlich Parteiorgane.

B. Þórðarson, Alþingi og frelsisbaráttan, Reykjavik 1951; O. Didriksen, Upphaf kröfunnar um þingræði á Íslandi; Krafan um þingræði í Miðlun og Benedikzku, Saga 1961 und 1968 (deutsche Zusammenfassungen); »Launungarbréf« Valtýs Guðmundssonar, Saga 1969; A. K. Jónsson, Stjórnarráð Íslands, Reykjavik 1969; S. Lindal, Íslenzkir stjórnmálaflokkar, Samvinnan 1970; E. Laxnes, Íslandssaga, Reykjavik 1974–77; H. Þorleifsson, Frá einveldi til lýðveldis, Reykjavik 1977; G. Karlsson, Frá endurskoðun til valtýsku, Reykjavik 1972; Frelsisbarátta Suður-Þingeyinga, Reykjavik 1977 (englische Zusammenfassungen).

Demokratische Partei (Þjóðræðisflokkur) → Fortschrittspartei 1).

Fortschrittspartei 1) (Framfaraflokkur, Framsóknarflokkur). Verfassungskampfpartei, die durch Unterstützung der »Valtýska« (→ Einleitung) auf dem Althing von 1897 als Fraktion entstand. Die Gründung dürfte auf den 26. 8. 1897 zu datieren sein, als 16 Abgeordnete einen Appell an die Nation zur Unterstützung dieser Verfassungsreform richteten. Außer einem Zentralvorstand, zu dem auch der Nichtparlamentarier *B. Jónsson,* Redakteur der Wochenzeitung ›Ísafold‹ gehörte, war die Partei nicht organisiert. Die führenden Parlamentarier waren neben *V. Guðmundsson,* Dozent an der Kopenhagener Universität, die Juristen *S. Thoroddsen,* Redakteur der Wochenzeitung Þjóðviljinn, *G. Guðmundsson,* Kreisrichter, sowie *J. Jensson* und *K. Jónsson,* beide Oberrichter. Die Fraktion nannte

sich zunächst VERFASSUNGSREFORMPARTEI (Stjórnarbótarflokkur), nahm aber 1900 den Namen Fortschrittspartei an. Außer der Verfassungsfrage umfaßte das Programm u. a. die Errichtung einer neuen Bank und eine Lösung der Telekommunikationsfrage des Landes; in beiden Fällen sollte fremdes Kapital eingesetzt werden.

Die Partei verfehlte auf dem Althing 1899 ihr konstitutionelles Ziel nur knapp, erreichte es dann jedoch nach den Wahlen 1900 ebenso knapp auf dem Althing von 1901. Nach der von der → »HOMERULE«-PARTEI ausgehandelten Alternativkonzeption verlor sie in den Wahlen zum außerordentlichen Althing 1902 die Mehrheit. Sie stimmte der »Homerule«-Alternative als einer verbesserten Ausgabe ihrer Verfassungsreform zu und suchte mit einer unwesentlichen Namensänderung (Framsóknarflokkur) und einem Appell an die Nation vom 18. 8. 1902, sich als eine neue Partei mit einem ausführlichen Programm zu präsentieren, in dem unter anderem der wirtschaftliche Aufbau des Landes, Kapitalzufuhr durch eine neue Bank und der Aufbau eines Fernverbindungsnetzes durch Funk gefordert wurde. Nach den Neuwahlen kam die Partei auf dem Althing von 1903 wieder in die Minderheit.

Der Parteiname wurde am 29. 8. 1905 erneut in DEMOKRATISCHE PARTEI (Þjóðræðisflokkur) geändert. Der Führer der 11 Mann starken Fraktion war *Thoroddsen.* Zum Hauptprogrammpunkt wurde eine »Volksherrschaft« (þjóðræði) erhoben, die im Rahmen einer konstitutionellen Regierungsform die beste Gewähr dafür leiste, daß sich keine »ungerechte, noch unredliche, noch unvolkstümliche« Regierung auf die Dauer im Lande behaupten könne. Die Neubildung der Partei erfolgte nach einer großen Bauerndemonstration in Reykjavik gegen die Telegraph/Telephon-Politik der Regierung und zielte darauf ab, die gesamte Opposition, insbes. die → LANDWEHRPARTEI, in der Fortschrittspartei zu sammeln. Bei der Ausarbeitung eines radikalen Unionsprogramms kam es zwischen diesen Parteien auch zu einer engen Zusammenarbeit. Als sich *Thoroddsen,* einer der drei Repräsentanten der Partei in der isländischen Verhandlungsdelegation, als einziges Delegationsmitglied gegen den »Entwurf« (→ Einleitung) wandte, spaltete sich 1908 die Partei. Die Mehrheit gründete mit der → LANDWEHRPARTEI und anderen Gegnern des »Entwurfs« die → SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1).

Fortschrittspartei 2) (Framsóknarflokkur) Landwirtschaftliche Interessenpartei auf genossenschaftlicher Grundlage mit einem radikaleren städtischen Flügel.

Gründung: 16. 12. 1916 in Reykjavik durch 8 Althingsabgeordnete.

Programm: Unter den vielen Punkten des vorläufigen Programms von 1916 waren: Kampf für volle Souveränität des Landes, Kultivierung und Urbarmachung in der Landwirtschaft, Förderung der Volksbildung und der Genossenschaften. 1919 wurde das Programm ohne wesentliche Änderungen endgültig beschlossen. In der Fassung von 1931 wurden die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung und die Position der Partei als eine freisinnige Reformpartei auf nationaler Grundlage besonders hervorgehoben.

Organisation: Die Partei war lange nur als Fraktion organisiert. Zwar wurde 1919 schon eine große Tagung abgehalten, die als der 1. Parteitag bezeichnet wird, und es wurden in den 20er Jahren mehrere Parteivereine gebildet, aber es fand kein weiterer organisatorischer Aufbau der Partei statt. Erst in der ersten Hälfte der 30er Jahre wurde eine Parteiorganisation aufgebaut, die der der anderen Parteien entspricht (→ Einleitung); allerdings wird der Vors. nicht vom Parteitag, sondern vom Vorstand gewählt.

Presse: ›Tíminn‹ (Die Zeit, ab 1917).

Geschichte: Vorläufer der Partei waren die BAUERNPARTEI (Bændaflokkur) und die UNABHÄNGIGEN BAUERN (Óháðir Bændur). Die Gründung der ersteren als Fraktion fand auf dem Althing von 1913 durch 11 Abg. statt. Die letzteren vertraten eine Bauernbewegung, die bei den Wahlen von 1916 2 Sitze erhielt. Beim Zusammentreten des Althings schlossen sich diese 2 Abg. mit 5 Abg. der BAUERNPARTEI und noch einem Abgeordneten zu einer gemeinsamen Fraktion unter dem neuen Namen zusammen. Die Parteigründung wurde von führenden Männern der Bauernorganisation, der Genossenschaftsbewegung und der freisinnigen Jugendbewegung unterstützt. Einer der Hauptinitiatoren und wichtigster Führer der Partei (erst 1922 Abg.) war der Schuldirektor *J. Jónsson.* Er gehörte zum radikaleren Flügel, der die Herausgabe des Parteiorgans ›Tíminn‹ in Reykjavik in den Händen hatte; er war auch bei der Gründung der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI aktiv und befürwortete eine enge Zusammenarbeit dieser Parteien gegen die aus der Verfassungskampfzeit stammenden Parteien.

Nach Teilnahme an zwei Koalitionsregierungen unter Leitung der → »HOMERULE«-PARTEI (1917–20) und der SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1) (1922–24) konnte die Fortschrittspartei durch Zusammenarbeit mit der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI 1927 ihr erstes Kabinett unter *T. Þórhallsson* bilden. Sie war dann bis 1942 stets in der Regierung vertreten. Viele wichtige Neuerungen wurden durchgeführt oder angeregt, so besonders auf dem kulturellen (neue Schulen, Kulturrat, Kulturfonds, Nationaltheater) und dem landwirtschaftlichen Gebiet (Kreditfonds, Landwirtschaftsbank), aber auch in Schiffahrt (Staatsreederei) und Fischereien (Heringsmonopol, erste staatliche Heringsfabrik). Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise machten es den Sozialdemokraten unmöglich, die Regierung weiter zu tolerieren. Die Wahlen von 1931 wurden dennoch nicht so sehr von der Krise und der Arbeitslosigkeit, sondern von der von SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2) und Sozialdemokraten gestellten Forderung einer Wahlkreisreform geprägt. Die Fortschrittspartei

gewann mit 35,9% der Stimmen ihren größten Wahlsieg und die Parlamentsmehrheit (23 Mandate), was die Überfälligkeit der Wahlkreisreform besonders verdeutlichte. Die Reformfrage spaltete die Partei. Die Mehrheit leitete Verhandlungen mit der SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2) ein; eine Koalition der beiden Parteien kam 1932 mit dem Fortschrittsparteiler *Á. Ásgeirsson* als Ministerpräsident zustande; sie führte 1933–34 die Wahlreform (→ Einleitung) durch. Unterdessen vertiefte sich die Spaltung der Partei. Die »Stadtradikalen« (*Jónsson* u. a.), die die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten erneuern wollten, gewannen die Oberhand, worauf die konservativeren Parteimitglieder am 14. 12. 1933 eine neue BAUERNPARTEI (Bændaflokkur) bildeten. Sie organisierte sich unter dem Vors. *Þórhallsson* (1933–35, gefolgt von *Þ. Briem* 1935–42) und gewann bei den Wahlen 1934 3 Sitze. Sie ging 1937 ein Wahlbündnis mit der SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2) (»Breite Front gegen den Sozialismus«) ein und erzielte 2 Mandate. 1942 war ihre Anhängerschaft größtenteils in der SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI aufgegangen oder zur Fortschrittspartei zurückgekehrt. Diese erlitt nach der Abspaltung 1934 einen starken Rückgang und erhielt für 21,9% der Stimmen 15 Mandate. Mit der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI bildete sie die sog. Regierung der arbeitenden Klassen (Ministerpräsident *H. Jónasson*), die einen planmäßigen Aufbau der Wirtschaft zu verwirklichen suchte, der aber durch die Wirtschaftskrise erschwert wurde. Bei den wegen Auseinandersetzungen mit dem sozialdemokratischen Partner vorgezogenen Wahlen 1937 erzielte die Partei mit 24,9% der Stimmen 19 Sitze. Nachdem die Koalition 1938 aufgelöst worden war, regierte *Jónasson,* von den Sozialdemokraten toleriert, bis er im April 1939 durch eine große Koalition mit ihnen und der → SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2) die sog. Nationalregierung bildete. Die Wirtschaftskrise, die Kriegsgefahr und die Selbständigkeitsfrage waren die Hauptprobleme dieser Regierung. Im Sommer 1941 wurde ein Verteidigungsabkommen mit den USA eingegangen. Wegen der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen wählte das Althing im Juni 1941 einen Regenten (ríkisstjóri); die Regierung übernahm die Ausübung der Außenpolitik des Landes. Über der Bewältigung der Inflation kam es im Kabinett zu Spannungen, die dazu führten, daß die → SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI die Koalition verließ. Nach der Wahlkreisreform 1942 (→ Einleitung) erhielt die Partei bei den Wahlen desselben Jahres 26,6% der Stimmen und 15 Sitze; dieser Rückgang setzte sich bei den ersten Nachkriegswahlen 1946 mit 23,1% und 13 Sitzen fort. 1947–56 war die Partei fast ununterbrochen in der Regierung vertreten, überwiegend in Koalition mit der → SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2). Im Frühjahr 1956 wurde diese Zusammenarbeit aufgegeben, nachdem die Gegner dieser Koalition in der Fortschrittspartei (*Jónasson,* Vors. 1944–62, u. a.) aktiver geworden waren. Die Partei stimmte dem Vorschlag der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI über Abzug der amerikanischen Soldaten zu. Die Wahlallianz (»Schreckallianz«) mit dieser Partei erbrachte ihr zwar 17 Sitze, aber mit einem Stimmenanteil von nur 15,6%. *Jónasson* bildete in Koalition mit der VOLKSALLIANZ und der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI eine sog. Linksregierung, die laut Koalitionsabkommen einen wirtschaftlichen Aufbau in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, eine Erweiterung des Fischereiterritoriums und den Abzug der amerikanischen Truppen erstrebte. Die Spannungen im Kabinett wegen der zwei letzten Ziele (→ VOLKSALLIANZ) wurden zwar überwunden, aber kurz nach der Krise im Dezember 1958 trat das Kabinett zurück, weil es ihm nicht gelungen war, Einigkeit über Maßnahmen gegen die neue Inflationswelle zu erreichen. In der Opposition (1958–71) gewann die Partei bald ihre frühere Stärke wieder; 1963 erhielt sie 28,2% der Stimmen (19 Sitze), 1971 25,3% (17 Sitze). Nach den Wahlen von 1971 bildete ihr Vors. *Ó. Jóhannesson* (seit 1968, als er *E. Jónsson* [1962–68] ablöste) eine neue »Linksregierung«. Sie erweiterte das Fischereiterritorium auf 50 Seemeilen und bereitete den Abzug der amerikanischen Truppen vor (→ VOLKSALLIANZ), bestrebte sich, einen planmäßigen wirtschaftlichen Aufbau durchzuführen und die Inflation zu bewältigen. Als die parlamentarische Basis des Kabinetts, zuerst durch Abspaltung in der → UNION DER LIBERALEN UND LINKEN geschwächt, dann durch deren Abfall dahinschwand, löste *Jóhannesson* im Mai 1974 das Althing auf. Das Kabinett trat zurück, nachdem es ihm nicht gelungen war, bei den Wahlen eine Majorität zu gewinnen. Danach bildete die Partei eine Koalition mit der SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI. Bei den Wahlen 1978 erlitt sie einen starken Rückgang: 16,9% der Stimmen und 12 Mandate. Nach langwierigen Verhandlungen übernahm *Jóhannesson* schließlich die Bildung einer neuen »Linksregierung« in Koalition mit der VOLKSALLIANZ und der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI.

Þ. M. Jónsson, Stofnsaga Framsóknarflokksins, Reykjavik 1960; Þ. Þórarinsson, Sókn og sigrar, Reykjavik 1966.

»Homerule«partei (Heimastjórnarflokkur). Verfassungskampfpartei, die durch Opposition gegen die »Valtýska« (→ Einleitung) entstand. Die auf dem Althing 1897 und 1899 so entstandene Partei (ein Gründungsdatum läßt sich nicht angeben) sammelte ziemlich heterogene Gruppen: frühere Anhänger sowohl als Gegner des verfassungspolitischen Revisionsprogramms, Anhänger des Landesverwesers (→ Einleitung) und auch einige führende Leute der Genossenschaften. Ihre Kritik an der »Valtýska« richtete sich vor allem gegen deren Zustimmung zur fortdauernden Behandlung isländischer Angelegenheiten im dänischen Staatsrat und gegen die angebliche Verlagerung ausübender Gewalt von Island nach Kopenhagen. Erst auf dem Althing 1901 kam ein gemeinsames Programm zustande:

Die Ziele waren »Homerule« (heimastjórn) durch einen in Reykjavik ansässigen Island-Minister, von einem in Kopenhagen hospitierenden Minister assistiert, Stärkung des Bankwesens ohne wesentliches Fremdkapital und eine Telegraphen- und Telephonanlage möglichst unabhängig von Ausländern. Außer als Fraktion war die Partei kaum organisiert, nur in Reykjavik gab es einen Parteiverein, »Fram« (Vorwärts). Die Partei geriet nach den Wahlen 1900 in eine knappe Minorität; auf dem Althing 1901 wurde daraufhin die »Valtýska« angenommen. Verhandlungen des von der »HOMERULE«-PARTEI nach Kopenhagen entsandten *H. Hafstein* mit dem regierenden Minister für Island, *Alberti*, führten aber zu einer positiven Reaktion der dänischen Regierung im Hinblick auf eine »Homerule«-Alternative zu der auf dem Althing von 1901 angenommenen Verfassungsreform. Die Partei gewann daraufhin die parlamentarische Mehrheit. Die Alternative wurde angenommen und auf dem Althing von 1903 endgültig beschlossen. Damit erhielt Island einerseits 1904 mit *Hafstein* seinen ersten inländischen Minister, andererseits wurde nun von isländischer Seite bestätigt, daß die isländischen Angelegenheiten im dänischen Staatsrat zu behandeln seien (»Staatsratsbestimmung«). Bis 1907 war die Wochenzeitung ›Þjóðolfur‹ (Red. *H. Þorsteinsson*) das Hauptorgan der Partei. Eine Fraktion der Partei gab seit 1906 die Wochenzeitung ›Lögrétta‹ (Red. *Þ. Gíslason*) heraus, die größere Rücksicht auf die Opposition nehmen wollte und 1907, als der ›Þjóðólfur‹ begann, radikalere Verfassungsforderungen zu unterstützen, Hauptorgan wurde. Die Partei verlor in den Wahlen 1908, in denen der von ihr unterstützte »Entwurf« (→ Einleitung) abgewiesen wurde, die Mehrheit. *Hafstein* trat 1909 nach einem Mißtrauensvotum zurück. Die Partei unterstützte den Mi ister *K. Jónsson* 1911–12 (→ SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1)). In den Wahlen 1911 gewann sie wieder die Mehrheit. 1912 bildete ein Teil der Partei zusammen mit einem Teil der SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1) die UNIONSPARTEI (Sambandsflokkur), um eine Lösung der Unionsfrage zu suchen. *Hafstein* wurde aufs neue Minister, scheiterte jedoch an der Unionsfrage und trat 1914 zurück. Die Unionspartei wurde aufgelöst und die »HOMERULE«-PARTEI mit 13 Abg. reorganisiert. Sie unterstützte den Minister (1915–17) *E. Arnórsson* (→ SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1)). Bei den Wahlen von 1916 wurde sie mit 15 Abg. die stärkste Parlamentspartei, und *J. Magnússon* bildete das erste Kabinett des Landes (1917–20) aus einer Koalition mit der FORTSCHRITTSPARTEI 2) und einer Fraktion der SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1), der es gelang, die Unionsfrage zu lösen (→ Einleitung). Im Laufe der Entwicklung von Interessenparteien (→ Einleitung) verschwand die Partei allmählich, verschiedene Bündnisse führten schließlich zur Gründung der → SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2). 1921 wurden nur noch 4–5 Abg. zur »HOMERULE«-PARTEI gerechnet; danach hörte ihre Aktivität auf.

Þ. Gíslason, Þættir úr stjórnmálasögu Íslands árin 1896–1918, Reykjavik 1936; K. Albertsson, Hannes Hafstein I–III, Reykjavik 1961–64.

Kommunistische Partei Islands (**KFI,** Kommúnistaflokkur Íslands). Gründung: 29. 11./3. 12. 1930 in Reykjavik.

Das Programm der KFI unterschied sich nicht wesentlich von dem anderer der Komintern angeschlossenen Parteien: Vereinigung der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Marxismus zum Kampf für die Machtübernahme der Partei und Abschaffung des kapitalistischen Systems durch den Sieg des Sozialismus. Die Diktatur des Proletariats wird aber nicht erwähnt, und die isländische Arbeiterrevolution setzt eine nicht näher definierte »Massengefolgschaft« der Partei voraus. Als Sektion der Komintern baute die Organisation der Partei auf Zellen als den kleinsten Grundeinheiten auf. Der weitere Aufbau der Organisation ähnelte dem der anderen Parteien (→ Einleitung), nur war er zentralistischer. Wichtigstes Presseorgan war bis 1936 die Wochenzeitung ›Verklýðsblaðið‹, nachher ›Þjóðviljinn‹. Vors. (bis 1935 formell Sekretär) war *B. Bjarnason*.

Die KFI war durch Abspaltung aus der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI hervorgegangen. Flügelkämpfe und gegensätzliche Einstellungen insbes. zur 3. Internationale (Komintern) führten 1922 u. a. zur Spaltung des sozialdemokratischen Parteivereins in Reykjavik und zur Bildung eines »Vereins junger Kommunisten«. 1926 trat eine entscheidende Wende in den Beziehungen zwischen den z. T. selbständig auftretenden Flügeln der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI ein: Der linke Flügel gründete einen »Sozialistischen Verein Sparta«, dessen Aufnahme in die Partei von dem rechten Flügel verhindert wurde, und die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI beschloß, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beizutreten. Erst auf der Tagung des Gewerkschaftsbundes (ASI) im November 1930 erfolgte der volle Bruch der Linken mit der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (identisch mit ASI). 17 Delegierte verließen die Tagung und gründeten, unter Teilnahme von 8 Vereinen, die KFI. Die Partei erhielt weder 1931 mit 3 % noch 1933 mit 7,5 % der Stimmen einen Parlamentssitz, aber 1937 gewann sie mit einem Stimmenanteil von 8,5 % 3 Sitze. Ihre verhältnismäßig größte Anhängerschaft hatte sie in Nord-Island, wo der linke Sozialdemokrat *E. Olgeirsson* schon vor 1930 sehr aktiv war, auf den Vestmannaeyjar, wo sie in Arbeitskämpfen stark engagiert war, sowie in Reykjavik, nachdem die Wirtschaftskrise sich immer stärker auf den Arbeitsmarkt auswirkte. Nach dem Wahlsieg verstärkte die Partei ihre Volksfrontbestrebungen gegenüber der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI. Sie führten nach dem Scheitern der Verhandlungen über einen Zusammenschluß der Parteien zur Gründung der → SOZIALISTISCHEN PARTEI.

Landwehrpartei (Landvarnarflokkur). Politische Bewegung, die in den Jahren 1902–12 – als

Partei 1907 organisiert – die radikalste Richtung des Selbständigkeitskampfes vertrat und vor allem jüngere Akademiker sammelte. Sie forderte die »freie und unabhängige« Stellung Islands in der Union mit Dänemark. Die Bewegung manifestierte sich zunächst auf einer Protesttagung am 11. 8. 1902 in Reykjavik gegen die »Staatsratsbestimmung« (→ »HOMERULE«PARTEI), die als ein Aufgeben der Landesrechte bezeichnet wurde. Der Oberrichter *J. Jensson* und der Dichter *E. Benediktsson* waren zunächst die führenden Männer. Neujahr 1903 kamen die Zeitschriften ›Landvörn‹ (Landwehr, bis Mai) und ›Ingólfur‹ heraus. Die letztere wurde bald als Wochenzeitung das Hauptorgan der Bewegung, erst mit *Bjarni Jónsson,* dann *B. Sveinsson* als Redakteur. *Jensson* kandidierte bei den Wahlen 1902 und 1903 ohne Erfolg. Der Einfluß der Bewegung wurde ständig größer. 1907 wurde in Reykjavik die Debattierungsgesellschaft »Landvörn« mit einem 5köpfigen Vorstand (Vors.: der Dichter *Þ. Erlingsson*) gegründet. Auch ein Parteivorstand unter Leitung des Arztes *G. Hannesson* wurde eingesetzt. Im selben Jahr wurde in der Unionsfrage eine nahe Zusammenarbeit mit der DEMOKRATISCHEN PARTEI (→ FORTSCHRITTSPARTEI 1) zustandegebracht. Gegen den »Entwurf« (→ Einleitung) vereinten sich die Parteien in einem Wahlbündnis unter dem Namen der → SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1), die Landwehrpartei erhielt dadurch 3 Abg. Sie unterstützten in der gemeinsamen Fraktion den Minister *Björn Jónsson,* wurden aber 1911 Hauptakteure des Mißtrauens gegen ihn. Erst nach der darauffolgenden Spaltung der → SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1) 1912 hörte die eigene Wirksamkeit der Landwehrpartei auf, und ihre Anhänger schlossen sich endgültig der SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1) an.

S. Lindal, Upphaf Landvarnar, Reykjavik 1958; B. Benediktsson frá Hofteigi, Þorsteinn Erlingsson, Reykjavik 1958.

Liberale Linke
→ Union der Liberalen und Linken.

Nationale Widerstandspartei (Þjóðvarnarflokkur Íslands). Sozialdemokratische Partei, die den Abzug der amerikanischen Truppen zum Hauptziel hatte. Der Anlaß zur Parteibildung, die am 15. 3. 1953 in Reykjavik stattfand, war der mit den USA eingegangene Verteidigungsvertrag vom 11. 12. 1951, den die SOZIALISTISCHE PARTEI als einzige Partei abgelehnt hatte. Das Programm forderte die volle wirtschaftliche und politische Selbständigkeit des Landes auf demokratischer Grundlage. Die Stationierung fremder Truppen im Lande zu Friedenszeiten wurde als eine Gefährdung und Entehrung der Nation bezeichnet. Wirtschaftlich wurde eine »freie sozialdemokratische Politik« mit gemischtem Wirtschaftssystem befürwortet. Die Organisation der Partei entsprach im wesentlichen der der anderen Parteien (→ Einleitung). Presseorgan war die Wochenzeitung ›Frjáls þjóð‹ (Freies Volk).

Die Partei erhielt bei den Wahlen 1953 6% der Stimmen und 2 Sitze, erreichte aber weder 1956 noch 1959 einen Sitz. Vor den Wahlen von 1963 schloß sie sich der → VOLKSALLIANZ an, wodurch einer ihrer früheren Abg., *G. Guðmundsson,* gewählt wurde. Die eigenständige Parteiaktivität hörte bald ganz auf.

Selbständigkeitspartei 1) (Sjálfstæðisflokkur). Verfassungskampfpartei, die Gegner des »Entwurfs« (→ Einleitung) sammelte und Islands volle Gleichstellung in der Union mit Dänemark forderte. Gründung: Spätjahr 1908 als Wahlbündnis, 14. 2. 1909 als Partei durch *Björn Jónsson, Bjarni Jónsson, S. Thoroddsen, B. Sveinsson* u. a. Das Programm beschränkte sich zunächst auf den Kampf gegen den »Entwurf«, der als gleichbedeutend mit der vollständigen Einverleibung Islands ins dänische Königreich bezeichnet wurde. Die Partei war nur als Fraktion organisiert.

Geschichte: 1906–07 arbeiteten Anhänger der DEMOKRATISCHEN PARTEI (→ FORTSCHRITTSPARTEI 1) und der → LANDWEHRPARTEI mit Unterstützung aus der → »HOMERULE«PARTEI *(H. Þorsteinsson)* ein radikales Unionsprogramm aus, das die Gleichstellung innerhalb der Union forderte. 1908 schlossen sie sich zu einem gemeinsamen Kampfbündnis gegen die »HOMERULE«PARTEI und deren Minister *H. Hafstein* zusammen, die den »Entwurf« annehmen wollten. Bei den Wahlen gewann das Bündnis eine große Mehrheit, 24 Mandate gegen die 10 der »HOMERULE«PARTEI. 1909, beim Zusammentreten des Althings, konstituierte sich das Bündnis unter Führung *Björn Jónssons* als Fraktion; er löste *Hafstein* als Minister ab. 1911 spaltete sich die Fraktion wegen verschiedener Regierungsmaßnahmen des Ministers und dessen Haltung in der Beziehung zu Dänemark. Ein Teil der Fraktion (→ LANDWEHRPARTEI) stürzte ihn mit Hilfe der »HOMERULE«PARTEI durch Mißtrauensvotum. In der darauffolgenden unklaren parlamentarischen Situation wurde *K. Jónsson* zum neuen Minister ernannt; er wurde gleichzeitig aus der Selbständigkeitspartei ausgeschlossen, da deren Mehrzahl für *Thoroddsens* Kandidatur eintrat. Nachdem die UNIONSPARTEI (→ »HOMERULE«PARTEI) gescheitert war, wurde die Selbständigkeitspartei rekonstruiert. Nach den Wahlen von 1914 stellte sie mit Unterstützung aus der BAUERNPARTEI (→ FORTSCHRITTSPARTEI 2)) den Kreisrichter *S. Eggerz* als Minister. Er trat aber schon im nächsten Jahr zurück, als es ihm nicht gelang, im dänischen Staatsrat eine Willensäußerung des Althings betr. Auslassung der »Staatsratsbestimmung« (→ »HOMERULE«PARTEI) in der vom Althing angenommenen Verfassungsänderung durchzusetzen. Als sein Nachfolger, *E. Arnórsson,* im selben Jahr die Bestätigung der Verfassungsänderung durch Abschwächung der Willensäußerung erreichte, spaltete sich die Partei nochmals. Die Mehrheit, die sog. Selbständigkeitspartei »in der Quere« (þversum), opponierte gegen den Minister, der aber von der Min-

derheit, der Selbständigkeitspartei »in der Länge« (langsum), und der »HOMERULE«PARTEI unterstützt wurde. Bei den Wahlen 1916 spaltete sich die Partei in mehrere Gruppen. 1918 wurden 11 Abg. zu den »Querleuten« (þversummenn) und 4 zu den »Längsleuten« (langsummenn) gerechnet. Im ersten Kabinett des Landes 1917–20 stellten die »Querleute« einen Minister. Nach den Wahlen 1919 schlossen sich die »Längsleute« Neugruppierungen an, die die Vorläufer der KONSERVATIVEN PARTEI und der neuen → SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2) wurden. Mit Unterstützung der → FORTSCHRITTSPARTEI 2) stellten die »Querleute« 1922–24 den Ministerpräsidenten *S. Eggerz*. Bei den fortwährenden Umgruppierungen, die schließlich zu einer konservativen Sammlung führten, löste sich die Partei langsam auf. 1926 gab es nur noch 2 Abg., die sich zu ihr zählten: *B. Sveinsson,* der sich zuletzt der FORTSCHRITTSPARTEI 2) anschloß, und *J. Möller,* der die LIBERALE PARTEI (→ SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2)) gründete.

Þ. Gíslason, Þættir úr stjórnmálasögu Íslands árin 1896–1918, Reykjavik 1936; M. Jóhannessen, Klofningur Sjálfstæðisflokksins gamla 1915, Reykjavik 1971.

Selbständigkeitspartei 2) (Sjálfstæðisflokkur). Konservativ-liberalistische Partei, die rechte Kräfte der alten Verfassungskampfparteien gegen die linken Interessenparteien sammelte und vor allem die Arbeitgeber vertritt, aber auch viele Anhänger unter Arbeitnehmern und Bauern findet.

Gründung: 25. 5. 1929 in Reykjavik durch Abg. der KONSERVATIVEN und der LIBERALEN PARTEI.

Programm: Vorbereitung völliger Übernahme aller Angelegenheiten und Schätze des Landes gleich beim Abschluß der 25jährigen Vertragsperiode des Unionsgesetzes von 1918 (→ Einleitung). Dabei wollte sich die Partei für eine freisinnige und nationale Reformpolitik auf der Grundlage persönlicher und gewerblicher Freiheit aller Klassen einsetzen. Die Zielsetzung ist auf Parteitagen folgendermaßen beschrieben worden: Bewahrung und Sicherung der Selbständigkeit und Freiheit des Landes; Schutz der Sprache, der Literatur und des Kulturerbes; Stärkung der Demokratie und des Parlamentarismus; Ausnutzung der Ressourcen des Landes durch moderne Technologie; soziale Sicherheit für alle Isländer. Außenpolitisch legt die Partei größten Wert auf die NATO-Mitgliedschaft und den Verteidigungsvertrag mit den USA, der die Grundlage für die Stationierung amerikanischer Truppen im Lande darstellt.

Organisation: Bei der Gründung wurde ein Zentralvorstand mit einem geschäftsführenden Rat errichtet, aber erst Mitte der 30er Jahre war eine feste Organisation errichtet, die der der anderen Parteien entspricht (→ Einleitung). Hauptorgan ist ›Morgunblaðið‹ (Morgenblatt).

Geschichte: Die Gründung von linken Interessenparteien (→ FORTSCHRITTSPARTEI 2), → SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI) führte nach Beendigung der Auseinandersetzungen um das Verhältnis mit Dänemark (→ Einleitung) allmählich zu Neugruppierungen konservativer Kräfte, die vorher vor allem zur »HOMERULE«PARTEI oder zur → SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1) gehört hatten. Die erste Sammlung dieser Kräfte war die BÜRGERPARTEI (Borgaraflokkur), die vor den Wahlen von 1923 als Wahlbündnis auftrat, um eine parlamentarische Mehrheit der linken Interessenparteien zu verhindern. Sie erzielte 53% der Stimmen und erhielt 25 Mandate. Danach brach das Bündnis auseinander. 5 Abg. zählten sich fortwährend zur alten SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI, während 20 Abg. die KONSERVATIVE PARTEI (Íhaldsflokkur) gründeten, deren Hauptziel es war, durch Spar- und Steuermaßnahmen die Finanzen des Landes zu bessern und damit die öffentlichen Belastungen der Wirtschaft zu verringern. Es gelang der Partei mit Unterstützung aus der → SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1), ein Majoritätskabinett unter *J. Magnússon* (nach seinem Tod 1926: *J. Þorláksson*) zu bilden; es verlor 1927 die Mehrheit (→ FORTSCHRITTSPARTEI 2)). 1926 bildeten Abgeordnete der SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 1), die keine Fusion mit der KONSERVATIVEN PARTEI wünschten, die LIBERALE PARTEI (Frjálslyndi flokkurinn). Zu den Programmpunkten gehörten volle Selbständigkeit des Landes, freier Handel und verschiedene Aufbauprojekte auf der Grundlage privater Initiative. Die Partei wandte sich gegen den Interessenkampf der Klassenparteien und betonte statt dessen das Wohl des ganzen Volkes. Bei den Wahlen von 1927 fiel der Parteiführer *J. Möller* durch, nur *S. Eggerz* wurde zum Abg. gewählt. 1929 gelang es endlich, die konservative Sammlung unter dem Vors. (bis 1934) *Þorláksson* und dem neuen, zugkräftigeren Parteinamen zu vollenden.

Bei den Wahlen 1930/31 erhielt die neue Partei 15 Mandate. Seit dieser Zeit ist sie die größte Partei des Landes. Anhänger fand sie in allen Gesellschaftsschichten, auch unter Bauern und Arbeitnehmern, aber vor allem unter Arbeitgebern außerhalb der Genossenschaftsbewegung. Die Hochburg der Partei ist immer Reykjavik gewesen, wo sie seit 1930 bis 1978 die Mehrheit im Stadtrat hatte. Nur einmal hat die Partei eine fühlbare Abspaltung erlebt: 1953 waren einige Anhänger gegen die Zusammenarbeit mit der FORTSCHRITTSPARTEI 2); sie bildeten eine REPUBLIKANISCHE PARTEI, die bei den Wahlen zwar keinen Sitz erreichte, aber mit einem Stimmenanteil von 3,3% die Selbständigkeitspartei auf einen Tiefpunkt von 37,1% der Stimmen rutschen ließ. 1932–34 nahm die Partei zum ersten Mal – in einer Koalition mit der → FORTSCHRITTSPARTEI 2) – an der Regierung teil. In der »Nationalregierung« *H. Jónassons* (1939–42) (→ FORTSCHRITTSPARTEI 2)) stellte sie den Finanzminister *Möller* und den Arbeitsminister *Ó. Thors* (Vors. 1934–61). Dieser bildete 1942 mit Unterstützung der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI und der → SOZIALISTISCHEN PÁRTEI ein Minderheitskabinett, das die Wahlkreisreform dieses Jahres (→ Einleitung)

durchführte. Die parlamentarische Krise, die 1942 zur Ernennung eines außerparlamentarischen Kabinetts (→ Einleitung) geführt hatte, wurde schließlich im Spätjahr 1944 von *Thors* durch die Bildung einer Koalition mit der Sozialistischen und der Sozialdemokratischen Partei überwunden. 5 Abgeordnete seiner Partei wollten die Zusammenarbeit mit den linken Parteien nicht mitmachen und opponierten zusammen mit der Fortschrittspartei 2) gegen diese sog. Reformregierung (»nýsköpunarstjórn«). Sie bezeichnete eine Wende in der Entwicklung der Partei, die nun der Sozialpolitik eine größere Aufmerksamkeit widmete als vorher, sich z. T. für öffentliche Wirtschaftsunternehmen einsetzte, die Besteuerung von Kriegsgewinnen und eine Preiskontrolle akzeptierte. Die Regierung suchte eine planmäßige Umgestaltung der Wirtschaft durchzuführen. Sie setzte den größten Teil der während des Krieges stark akkumulierten Devisen für den Kauf und den Bau von Produktionsmitteln ein. $^2/_3$ dieser Mittel wurden zum Schiffbau, das Übrige besonders zum Ausbau der Fischverarbeitungsindustrie und zum Einkauf von Landwirtschaftsgeräten benutzt. Bei den Wahlen 1946 erhöhten sämtliche Koalitionsparteien ihren Stimmenanteil. Trotzdem wurde die Koalition nur wenige Monate später wegen des Keflavik-Vertrages (→ Sozialistische Partei) aufgekündigt. In dem Koalitionskabinett *S. J. Stefánsson* (1947–49, → Sozialdemokratische Partei) stellte die Partei den Außenminister *B. Benediktsson* (Vors. 1961–70), der auch in den drei nächsten Kabinetten als Außenminister (bis 1953) und Justizminister fungierte und die Außenpolitik des Landes während des Kalten Krieges (Beitritt zur NATO 1949, Verteidigungsvertrag mit den USA 1951) entscheidend prägte. Bis 1956 war die Partei stets an der Regierung beteiligt. 1949–50 leitete *Thors* ein Minderheitskabinett, bis es endlich gelang, zwischen der Selbständigkeitspartei und der → Fortschrittspartei 2) eine Koalition zu bilden, die 1953 mit dem 4. Kabinett *Thors* erneuert wurde. Nach den Wahlen von 1956 befand sich die Partei mit 19 Mandaten (42,4% der Stimmen) allein in der Opposition gegen die »Linksregierung« *H. Jónassons* (1956–58 → Fortschrittspartei 2). 1958–59 unterstützte sie die Minderheitsregierung der → Sozialdemokratischen Partei. Nach den Wahlen von 1959 bildete sie mit dieser Partei die sog. Wiederaufbauregierung (»viðreisnarstjórn«), die zuerst unter *Thors* (bis 1963), dann mit *Benediktsson* (bis zu seinem Tod 1970) und zuletzt mit *J. Hafstein* (Vors. 1970–73) drei Legislaturperioden (12 Jahre) hindurch das Land regierte. Die Regierung strebte laut Koalitionsabkommen den Wiederaufbau der Wirtschaft und die Bewältigung der Inflation an und suchte in ihrer Politik privatwirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte zu vereinen, indem sie u. a. der Exportproduktion durch Abwertungen der Krone und durch Aufhebung der seit Anfang des Krieges geltenden Indexregulierung der Löhne günstige Bedingungen ohne Subventionen schuf. Die inflationären Folgen dieser Politik sollten durch erhöhte Sozialleistungen und Abschaffung der Einkommensteuer für die niedrigsten Einkommen gemildert werden. Die parlamentarische Mehrheit wurde bei den Wahlen von 1963 auf 32:28 reduziert; bei den Wahlen 1967 blieb das Zahlenverhältnis unverändert. 1967–69 brachten der weltweite Preisrückgang für Fischprodukte und die Ausrottung des Heringsbestandes wirtschaftliche Schwierigkeiten, die vorübergehend eine bedeutende Arbeitslosigkeit zur Folge hatten. Der Fischereivertrag mit Großbritannien (1961) sowie der Vertrag mit Swiss Aluminium (1966) über die Errichtung eines Aluminiumwerkes wurden von der Opposition besonders heftig kritisiert. Bei den Wahlen von 1971 erhielt die Partei ihren bisher niedrigsten Stimmenanteil (36,2%) und 22 Mandate, und mit der noch größeren Niederlage der → Sozialdemokratischen Partei verlor das Kabinett seine Mehrheit und mußte zurücktreten. 1974 gewann sie dann mit 42,7% der Stimmen und 25 Mandaten ihren bisher größten Wahlsieg, und *G. Hallgrímsson* (seit 1973 Vors.) bildete mit der Fortschrittspartei 2) ein starkes Kabinett, das unter anderem am 15. 7. 1975 die Erweiterung der Fischereigrenze auf 200 Seemeilen durchführte, aber an seinem Vorhaben, die Inflation zu bewältigen, scheiterte. Die Wahlen von 1978 brachten der Partei den Tiefpunkt von 32,7% der Stimmen und 20 Mandate.

B. Benediktsson, Þættir úr fjörutíu ára stjórnmálasögu, Reykjavik 1970.

Sozialdemokratische Partei (Alþýðuflokkur). Gemäßigt sozialistische Partei.

Gründung: 12. 3. 1916 in Reykjavik durch *Ó. Friðriksson, J. Baldvinsson, O. N. Þorláksson, J. Jónsson.*

Programm: Aufschub der Unionsfrage mit Dänemark und Konzentration auf Reformen wie Aufhebung von Importzöllen, progressive Direktsteuer, Wertzuwachssteuer, staatliche Teilnahme an Gewerben wie Großreedereien für Fischfang und Transport; Förderung des Genossenschaftswesens; Beseitigung der Armut durch systematische Ausnutzung der Ressourcen in öffentlicher Regie.

Das Programm ist mehrmals revidiert worden. 1963 wird eine Wohlfahrtsgesellschaft als Ziel verkündet. 1976 wird die Politik der Partei als ein Kampf »für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, gegen Diktatur, Unterdrückung, Kapitalismus und Kommunismus« bezeichnet mit dem Ziel, eine Gesellschaft zu verwirklichen, in der »Gleichberechtigung aller zu den Produktionsgütern« herrsche. Ein gemischtes Wirtschaftssystem mit Mitbestimmungsrecht wird befürwortet.

Organisation: Der organisatorische Aufbau entspricht dem der anderen Parteien (→ Einleitung). Die Kandidatenaufstellungen der Wahl-

kreisräte müssen vom Parteivorstand bestätigt werden.

Presse: Hauptorgan ist seit 1919 ›Alþýðublaðið‹.

Geschichte: Die Gründung fiel mit der Gründung des Gewerkschaftsbundes Islands (ASÍ, Alþýðusamband Íslands) zusammen. Sie wurde von einem im Spätjahr 1915 durch 5 Gewerkschaften in Reykjavik eingesetzten Ausschuß vorbereitet. Die Partei war mit dem Gewerkschaftsbund identisch und sollte als dessen politischer Arm in Parlament und Kommunalvertretung wirken. Außer dem Schiffsführer *Þorláksson*, der zum ersten Vors. des ASÍ und der Partei gewählt wurde, dem Redakteur *Friðriksson* und dem Buchdrucker *Baldvinsson* war auch der Lehrer *Jónsson* Hauptinitiator bei der Gründung; letzterer wurde aber selbst nicht Mitglied dieser Partei, sondern der → Fortschrittspartei 2). Schon auf dem ersten Parteitag im Herbst 1916 wurde *Baldvinsson* zum Vors. gewählt; bis zu seinem Tode im Jahre 1938 war er dann Parteivors. und Präsident des ASÍ.

Durch Zusammenarbeit mit dem radikaleren Flügel der Selbständigkeitspartei 1) erhielt die Partei schon im Gründungsjahr ihren ersten Abg. 1921 wurde *Baldvinsson* in Reykjavik zum Althingsabgeordneten gewählt. Seitdem ist die Partei immer im Althing vertreten gewesen. *Baldvinsson* leitete die langjährige Zusammenarbeit mit der → Fortschrittspartei 2) ein. 1923 und 1927 hatten die zwei Parteien eine indirekte Wahlzusammenarbeit (keine Gegenkandidaten). Die Sozialdemokraten erreichten dadurch 16,2 % bzw. 19,1 % der Stimmen und erhielten 1 bzw. 5 Mandate. 1927–31 tolerierten sie die Regierung der → Fortschrittspartei 2). Von 1922 an führten unterschiedliche Einstellungen zum internationalen Sozialismus zu Spannungen innerhalb der Partei. 1926 schloß sie sich schließlich der Sozialistischen Arbeiter-Internationale an, aber erst 1930 erfolgte die erste der insgesamt drei Spaltungen der Partei, als nämlich die Anhänger der Komintern ausschieden und die → Kommunistische Partei Islands bildeten. Zur selben Zeit setzte der Kampf gegen die Verfilzung der Sozialdemokratischen Partei mit der ASÍ ein, der 1940 zur Auflösung dieser Symbiose führte. Bei den Wahlen von 1931 erhielt die Partei 16,1 % der Stimmen und 4 Mandate. Nach der Wahlreform von 1934 gewann sie ihren bis 1978 größten Wahlsieg mit 21,7 % der Stimmen und 10 Mandaten und trat in die sog. Regierung der arbeitenden Klassen unter Leitung der → Fortschrittspartei 2) ein, in der sie den Arbeitsminister *H. Guðmundsson* stellte. Bei den Bestrebungen des Kabinetts, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu bewältigen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, hatte eine wirtschaftliche Plankommission unter dem Sozialdemokraten *Heðinn Valdimarsson* eine wichtige Aufgabe. In diesem Zusammenhang entstanden Spannungen in der Koalition, insbes. in Fischereifragen. Als die Sozialdemokraten Konkursverfahren gegen die größte Trawlerreederei des Landes und eine umfassende Nationalisierung der Trawlerflotte forderten, ließ der Ministerpräsident das Althing auflösen. Bei den Wahlen verloren dann die Sozialdemokraten, die einen Stimmenanteil von 19 % erhielten, 2 Mandate. Die Koalition behielt jedoch die Majorität und wurde erst im März 1938 aufgelöst, nachdem in einem Lohnkonflikt zwischen Seeleuten und Trawlerreedern von der Fortschrittspartei 2) und der Selbständigkeitspartei 2) die Zwangsschlichtung beschlossen worden war. Der Bruch war aber nicht endgültig, denn die Sozialdemokraten tolerierten die Minoritätsregierung der → Fortschrittspartei. Zu dieser Zeit fand die zweite Spaltung der Partei statt. Der linke Flügel unter Leitung des stellvertretenden Vors. *Heðinn Valdimarsson* bildete zusammen mit der Kommunistischen Partei die → Sozialistische Partei. In der »Nationalregierung« (→ Fortschrittspartei 2)) stellten die Sozialdemokraten mit ihrem Vors. (1938–52) *Stefánsson* den Sozialminister. Zwangsschlichtung und Streikverbot veranlaßten im Januar 1942 seinen Rücktritt. Auf der anderen Seite veranlaßte die von den Sozialdemokraten heraufbeschworene Wahlreformfrage (→ Einleitung) kurz darauf den Rücktritt des Kabinetts und die Bildung eines Minderheitskabinetts der → Selbständigkeitspartei 2). In den beiden Wahlen dieses Jahres zeigten sich die Folgen der neuen Parteispaltung, zuerst durch einen Verlust von 2 Mandaten (15,4 % der Stimmen, 6 Sitze), dann (nach der Wahlreform) durch einen weiteren Abstieg des Stimmenanteils auf 14,2 %, die aber 7 Mandate ergaben. In der sog. Reformregierung (1944–47, → Selbständigkeitspartei 2)) hatte die Partei 2 Sitze. Als diese Koalition im Februar wegen des Keflavik-Vertrages aufgelöst wurde (→ Sozialistische Partei), bildete *Stefánsson* mit der Fortschrittspartei 2) und der Selbständigkeitspartei 2) ein neues Koalitionskabinett (1947–49), das unter den heftigsten Auseinandersetzungen den Beitritt zur NATO durchführte.

1956 erlebte die Partei ihre dritte Spaltung, als der linke Flügel unter Führung des stellvertretenden Vors. *Hannibal Valdimarsson* (Vors. 1952–54) mit der Sozialistischen Partei die → Volksallianz bildete. In der sog. Linksregierung 1956–58 (→ Fortschrittspartei 2)) stellten die Sozialdemokraten den Außenminister und den Kultusminister (*G. Þ. Gíslason*, der *E. Jónsson* [1956–68] als Vors. [1968–74] ablöste). Der Antrag auf Abzug der amerikanischen Truppen beruhte auf einem Vorschlag der Sozialdemokraten, der von allen Parteien außer der Selbständigkeitspartei 2) angenommen worden war. Nachdem das Kabinett an Maßnahmen gegen die Inflation gescheitert war, bildeten die Sozialdemokraten im Dezember 1958 – unterstützt von der Selbständigkeitspartei – eine Minoritätsregierung unter *E. Jónsson*, die die Wahlreform von 1959 durchführte (→ Einleitung), nach der sie mit

15,2 % der Stimmen 9 Mandate erzielten. Danach folgte ihre längste Regierungsteilnahme, in der sog. Wiederaufbauregierung (→ SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2)).

Bei den Wahlen von 1971 verlor das Kabinett die Mehrheit, die Sozialdemokratische Partei erhielt nur 10,5 % der Stimmen und 6 Mandate. Dieser Rückgang setzte sich 1974 fort (9,1 % der Stimmen, 5 Mandate). Dagegen gewann die Partei 1978 mit 22 % der Stimmen und 14 Sitzen ihren größten Wahlsieg. In der neuen »Linksregierung« (→ FORTSCHRITTSPARTEI 2), → VOLKSALLIANZ), an deren Bildung die Partei nur zögernd teilnahm, stellt sie den Außenminister (*B. Gröndal*, Vors. seit 1974), den Fischereiminister und den Sozialmi ister.

Alþýðuflokkurinn 50 ára, Reykjavik 1966.

Sozialistische Partei (Sósíalistaflokkur). Volle Bezeichnung: Einheitspartei des Volkes – Sozialistische Partei (Sameiningarflokkur alþýðu-Sósíalistaflokkur). Linkssozialistische, marxistische Partei, die ihre Anhängerschaft vor allem in den Gewerkschaften und unter Intellektuellen fand.

Gründung: 27. 10. 1938 in Reykjavik durch Delegierte des V. Parteitags der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI und linke Delegierte des 15. Parteitags der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI.

Programm: Abschaffung des kapitalistischen Systems und Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft mit »vollkommener Demokratie in politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten«. Die Partei wird als »sozialistische, demokratische Partei« definiert, »die ihre Standpunkte auf Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus, und der späteren, sowohl in Island als auch im Ausland gemachten Erfahrungen baut«.

Organisation: Der organisatorische Aufbau der Partei entsprach dem der anderen Parteien (→ Einleitung). Hauptorgan: ›þjóðviljinn‹ (Der Volkswille).

Geschichte: Die neue Partei hatte ursprünglich 4 Althingsabg., unter anderen den früheren stellvertretenden Vors. der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI *Heðinn Valdimarsson* und *E. Olgeirsson*. Sie schloß sich nicht der Komintern an, zeigte aber großes Verständnis für die Außenpolitik der Sowjetunion, was während des finnisch-russischen Krieges zur Folge hatte, daß ihr erster Vors. *Heðinn Valdimarsson*, Ende 1939 die Partei verließ. Am 27. 4. 1941 wurde der »þjóðviljinn« von den britischen Militärbehörden verboten, die Redakteure, der Parteivors. (1939–68) *E. Olgeirsson* und *S. Sigurhjartarson*, wurden in England interniert. Schon im Juli ließ man sie wieder frei, und die Parteizeitung, die inzwischen von ›Nýtt dagblað‹ (Neue Zeitung) ersetzt worden war, konnte im Mai 1942 wieder erscheinen.

Während der sog. Nationalregierung (→ FORTSCHRITTSPARTEI 2)) bildeten die 3 Abg. der Sozialistischen Partei die Opposition. Ihre Anhängerschaft wuchs rasch, insb. in Reykjavik. 1942 hatte die Partei ihren großen Durchbruch als führende Partei der Arbeiterbewegung: nach der Wahlreform (→ Einleitung) erzielte sie mit 18,5 % der Stimmen 10 Mandate. Obwohl von vielen als zu revolutionär für eine Regierungsteilnahme angesehen, wurde die Partei während der parlamentarischen Krise 1942–44 (→ Einleitung) in die Parteiverhandlungen einbezogen und an der sog. Reformregierung (1944–47) unter *Ó. Thors* (→ SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2) beteiligt. In den Wahlen von 1946 erhöhte sie ihren Stimmenanteil auf 19,5 %. Mit dem im Herbst 1946 eingegangenen Keflavik-Vertrag, der zwar die USA verpflichtete, ihre Truppen abzuziehen, ihnen aber in Verbindung mit der Durchführung ihrer Verpflichtungen in Deutschland die Benutzung des Keflaviker Flugplatzes gestattete, erklärte die Sozialistische Partei, daß die Koalitionsvoraussetzungen weggefallen seien. Die Reformregierung wurde von dem Kabinett *S. J. Stefánsson* (→ SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI) abgelöst. In den folgenden Jahren wurde die Partei wegen ihrer außenpolitischen Haltung, die als sowjetfreundlich betrachtet wurde, von den Regierungsparteien möglichst isoliert, ihre Anhänger wurden als Kommunisten bezeichnet, auch weil die Partei Beobachter zu kommunistischen Parteitagen in Europa entsandte. Ihr Stimmenanteil ging 1953 auf 16,1 % zurück (7 Sitze). Vor den Wahlen 1956 bildete sie mit linken Sozialdemokraten ein enges Wahlbündnis, die → VOLKSALLIANZ, die sich 1968 formal als Partei etablierte, wobei die Sozialistische Partei aufgelöst wurde. Eine kleine Minderheit wollte die neue Parteibildung nicht mitmachen und setzte die Wirksamkeit des Parteivereins in Reykjavik – erfolglos – fort.

B. Bjarnason, Sósíalistaflokkurinn, Reykjavik 1952.

Union der Liberalen und Linken (Samtök frjálslyndra og vinstri manna), auch Liberale Linke. Sozialdemokratische Linkspartei, die einen neuen Ansatz zur linken Sammlung vertrat. Gründung: 14.–16. 11. 1969 in Reykjavik durch *Hannibal Valdimarsson, Björn Jónsson* u. a. ....

Programm: Umgestaltung des »stagnierenden« Parteisystems, um »alle Sozialdemokraten und Genossenschaftler in einer starken und wachsenden politischen Partei zu sammeln« und eine »reformbereite Regierung« zu bilden. Dabei wurde die skandinavische Sozialdemokratie als richtungsbestimmend angegeben. Außenpolitisch sollte Island außerhalb der Militärallianzen stehen. Der Abzug der amerikanischen Truppen wurde ausdrücklich gefordert, ebenso eine Volksabstimmung über die NATO-Mitgliedschaft.

Organisation: Der Aufbau der Partei entsprach dem der anderen (→ Einleitung).

Geschichte: Diskrepanzen in der → VOLKSALLIANZ, die von Kritik *Hannibal Valdimarssons* und seiner Anhänger (»Hannibalisten«) an den Kandidatenaufstellungen herrührten, führten im Spätjahr 1968 zum Bruch. Nach Bildung mehrerer Parteivereine der neuen Linken wurde im

Spätjahr 1969 eine Landesversammlung einberufen, die die Liberale Linke gründete und *Hannibal Valdimarsson* zum Vors. wählte. In den Wahlen 1971 gewann die Partei 8,9 % der Stimmen (5 Mandate). Dieser Wahlsieg und der Rückgang der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI brachten die »Wiederaufbauregierung« (→ SELBSTÄNDIGKEITSPARTEI 2) zu Fall. Die Partei nahm an der darauffolgenden »Linksregierung« (→ FORTSCHRITTSPARTEI 2, → VOLKSALLIANZ) teil, in der sie den Sozialminister und den Kultusminister stellte. Im Dezember 1972 schied einer ihrer Abgeordneten im Protest gegen die Regierungspolitik aus der Fraktion aus und verweigerte kurz darauf dem Kabinett seine Unterstützung. Durch die Parteiabspaltung verlor die Regierung ihre Mehrheit in der Unteren Abteilung. Im Frühjahr 1974 schied *B. Jónsson* aus der Regierung aus und wechselte zur SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI über. Die Fraktion entzog der Regierung ihre Unterstützung, aber Kultusminister *M. T. Ólafsson* blieb im Amt. *Valdimarsson* zog sich aus der Politik zurück. Bei den Parlamentswahlen dieses Jahres wechselten Gruppen sowohl der FORTSCHRITTSPARTEI 2) als auch der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI zur Liberalen Linken über, dennoch erlitt sie einen erheblichen Rückschlag (4,6 % der Stimmen und 2 Mandate). Auf dem Parteitag 1974 wurde die Partei mit *Ólafsson* als Vors. zwar reorganisiert, der 1976 anstehende Parteitag fand jedoch nicht mehr statt, und bei den Wahlen 1978 erhielt die Partei mit 3,3 % der Stimmen keinen Sitz.

Verfassungsreformpartei (Stjórnarbótarflokkur).
→ Fortschrittspartei 1).

Volksallianz (Alþýðubandalag). Linkssozialistische, demokratisch-nationale Partei, die vor allem unter Lohnempfängern und Intellektuellen ihre Anhänger findet.

Gründung: 4. 4. 1956 in Reykjavik zunächst als Wahlbündnis der → SOZIALISTISCHEN PARTEI und linker Sozialdemokraten, ab 1.–3. 11. 1968 als organisierte Partei.

Programm: Kampf der Werktätigen für bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse, kulturellen Ausbau, nationale Selbständigkeit und Zusammenarbeit aller liberalen Kräfte in enger Beziehung zu den Gewerkschaften und anderen Interessenorganisationen der Werktätigen. Nach den Parteistatuten von 1968 ist die Volksallianz eine auf Demokratie und Parlamentarismus bauende Partei »für alle isländischen Linken, die die Selbständigkeit der Nation beschützen und stärken, die Interessen der Werktätigen wahren und allseitige Fortschritte in dem Lande auf sozialistischer und kooperativer Grundlage sichern wollen«. Die Zielsetzung ist, eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. »Diktatur und Unterdrückung, wo auch immer auf der Welt«, wird verurteilt. Außenpolitisch wird der Austritt aus der NATO und die Kündigung des Verteidigungsvertrages mit den USA gefordert, nach dem amerikanische Soldaten im Lande stationiert sind.

Organisation: Als Wahlbündnis war die Volksallianz nur lose organisiert, zuerst ganz auf die Wahlen 1956 hin ausgerichtet. Seit dem konstituierenden Parteitag im November 1968 hat sie einen dem der anderen Parteien ähnlichen organisatorischen Aufbau (→ Einleitung). Der Zentralvorstand wird jährlich vom Parteitag oder vom Parteirat gewählt. Dieser wiederum wird von den Wahlkreisräten gewählt und tritt in jedem parteitagslosen Jahr zusammen. Hauptorgan: ›þjóðviljinn‹ (Der Volkswille).

Geschichte: Die Initiative zu dem vor den Wahlen 1956 zustandegekommenen Wahlbündnis ging vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes aus, dessen Präsident *Hannibal Valdimarsson* war, einer der führenden Sozialdemokraten. Die Basis des Bündnisses war die Sozialistische Debattiergesellschaft, die vorher der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI gefolgt war, und die → SOZIALISTISCHE PARTEI. Vors. war (bis 1968) *Hannibal Valdimarsson*. Bei den Wahlen erzielte die Volksallianz mit 19,2 % der Stimmen und 8 Sitzen eine Schlüsselposition im Althing und erreichte damit die Teilnahme an einer Koalitionsregierung mit der → FORTSCHRITTSPARTEI 2) und der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI. Sie bildeten unter dem Fortschrittsparteiler *H. Jónasson* eine sog. Linksregierung. Im Kabinett entstanden früh Spannungen, zuerst über den Verteidigungsvertrag mit den USA, dann über die Erweiterung des Fischereiterritoriums. Laut Koalitionsabkommen sollte eine Revision des Verteidigungsvertrages von 1951 stattfinden, damit die amerikanischen Truppen abgezogen und die Beaufsichtigung und die Erhaltung der Verteidigungsanlagen von Isländern übernommen würden. Nach isländisch-amerikanischen Verhandlungen wurde im Dezember 1956 vereinbart, daß der Abzug der Soldaten wegen der unsicheren internationalen Lage aufgeschoben sei. Die Minister der Volksallianz protestierten, blieben aber in ihren Ämtern. Die Kabinettskrise wegen der Fischereigrenze wurde in letzter Stunde überwunden, und die Grenze wurde am 30. 6. 1958 auf 12 Seemeilen erweitert. Schon im Dezember desselben Jahres trat die Regierung zurück, weil es ihr nicht gelungen war, mit dem Gewerkschaftsbund ein Abkommen über Maßnahmen gegen die Inflation zu erreichen.

Nach der Wahlreform von 1959 (→ Einleitung) gewann die Volksallianz mit 16 % der Stimmen 10 Mandate. Vor den Wahlen von 1963 schloß sich die → NATIONALE WIDERSTANDSPARTEI der Volksallianz an; sie gewann jedoch keinen relativen Stimmenzuwachs (9 Mandate). Bei den Wahlen von 1967 gelang es nicht, eine Einigung über die Kandidatenaufstellung in Reykjavik zu erreichen, wo dann zwei Listen im Namen der Volksallianz aufgestellt wurden. Bei der Parteikonstituierung im März 1968 verließen einige führende Leute (*H. Valdimarsson, B. Jónsson*)

die Allianz und gründeten die → UNION DER LIBERALEN UND LINKEN.

An der »Linksregierung« *Ó. Jóhannessons* 1971–74 nahm die Volksallianz mit der FORTSCHRITTSPARTEI 2) und der LIBERALEN LINKEN teil. Als in dem Fischereikonflikt mit Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland im November 1973 ein vorläufiges Abkommen mit den Briten eingegangen wurde, geschah dies unter Protest der Volksallianz, deren Minister jedoch nicht zurücktraten. In der Außenpolitik einigte sich die Koalition auf einen »selbständigeren« Kurs, als er bis dahin gehalten worden war, und auf eine Revision, eventuell Kündigung des Verteidigungsvertrages, damit die amerikanischen Soldaten im Laufe der Wahlperiode abzögen. In der NATO-Frage einigten sich die Koalitionspartner auf die Kompromißformel, daß die bisherige Regelung »unter den herrschenden Umständen« fortdauern solle. Die isländisch-amerikanischen Verhandlungen über die Vertragsrevision brachten keine Übereinstimmung. Nachdem der Revisionstermin abgelaufen war, stellte die Regierung am 21. 3. 1974 im Althing den Antrag, daß der Abzug der Truppen etappenweise stattfinden und um Jahresmitte 1976 abgeschlossen werden solle. Die Behandlung des Antrags und weitere Schritte fanden aber nicht statt; die Regierung mußte zurücktreten, da die LIBERALE LINKE die Koalition verlassen hatte.

In den Wahlen 1978 erreichte die Partei mit 22,9 % der Stimmen 14 Mandate und bildete mit der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI und der → FORTSCHRITTSPARTEI 2) eine neue »Linksregierung«. Der Vors. der Partei (seit 1977 *L. Jósepsson* als Nachfolger *R. Arnalds*, 1968–77) spielte bei den Koalitionsverhandlungen eine entscheidende Rolle. Die Volksallianz verzichtete in dem Koalitionsabkommen auf ihre außenpolitischen Forderungen, um auf die Lösung der wirtschaftlichen Probleme im Interesse der Lohnempfänger (Erhaltung der Reallöhne) Einfluß zu üben.

ITALIEN

von

JENS PETERSEN

Italien, »klassisches Land der Parteilosigkeit« (R. Michels) erfuhr aufgrund seiner späten staatlichen Einigung und eines tiefverwurzelten Partikularismus erst relativ spät eine Parteienentwicklung im modernen Sinn. Die Reformwünsche der »Moderati« nach 1815 blieben eng begrenzt durch die Scheu vor jedem Bruch mit der bestehenden staatlichen und religiösen Ordnung. Die national- und sozialrevolutionären Gruppen der »Carbonari« und der von *G. Mazzini* gegründeten »Giovane Italia« und »Giovane Europa« zielten aus der Illegalität heraus auf Propaganda und militärische Insurrektion. In der von *Carlo Alberto* im März 1848 erlassenen Verfassung Piemont-Sardiniens fanden die liberalen Bestrebungen nach Reform, politischer Repräsentation und Öffnung nach Europa einen Kristallisationspunkt. Erste parteipolitische Gruppierungen bildeten sich nach 1849 im Turiner subalpinen Parlament. Entscheidend war die nationale Frage. Die liberalkonservative »Historische Rechte« *(C. Benso di Cavour, U. Rattazzi)* erstrebte die Einigung Italiens unter monarchischer Führung auf diplomatisch-politischem Wege unter Ausnützung der internationalen Konstellation. Alternativ propagierte die linke Aktionspartei um *Mazzini* und *G. Garibaldi* eine breite sozialrevolutionär-republikanische Volksbewegung zur Gewinnung der nationalen Einheit. Der faktische Ablauf der Einigung 1859–61 ergab sich aus einem Zusammenspiel beider Gruppen, wobei jedoch die monarchische Lösung der »Destra storica« führend blieb. Die Jahre nach 1861 sahen eine partielle Konvergenz zwischen liberalem und demokratischem Lager. Aus der Aktionspartei wurde die »Sinistra storica«, aus der republikanischen Alternative zum liberalen System wurde die vernunftmonarchisch-fortschrittliche Alternative innerhalb dieses Systems. »Destra« wie »Sinistra« waren beide lockere, um einflußreiche Politiker und Großwähler gruppierte, klientelar gebundene Personengruppen. In den Einmannwahlkreisen gab es jeweils nur wenige hundert, dem Kandidaten meist persönlich bekannte, durch ein scharfes Zensuswahlrecht ausgesuchte Wähler. Wahlberechtigt waren ca. 2 % der Bevölkerung. Als 1876 die »Linke« zur Macht gelangte, bedeutete dies die Ablösung einer stärker durch die Tradition der Einigungskriege geprägten, landbesitzenden, aus dem Norden stammenden und teilweise adligen Elite durch eine stärker städtisch-süditalienisch geformte, akademische und juristische Führungsschicht. Die Wahlrechtsreform von 1882 mit ihrer Verdreifachung der Wahlberechtigten konnte die weite Distanz zwischen pays légal und pays réel zwar verringern, brachte aber keine Lösung der Partizipationskrise. Die Antisystemoppositionen der Republikaner und Sozialisten auf der einen, der Katholiken und Ancien régime-Gruppen auf der anderen Seite behinderten jede raschere Demokratisierung und zwangen »Destra« wie »Sinistra« zu einer pragmatischen und teilweise opportunistischen Politik der Allianzen und Kompromisse, die

vom »connubio« *Cavours* über den Transformismus *Depretis'* bis zum liberal-katholischen Bündnis *Giolittis* (Gentiloni-Pakt 1913) reichten. So entstand weder eine staatsloyale konservative Partei – hier fehlten als soziales Substrat die vom Katholizismus beherrschten bäuerlichen Schichten – noch eine organisatorisch und ideell profilierte liberale Partei. Das Fehlen einer organisierten politischen Alternative und der Mangel an großen programmatischen Gegensätzen blieb so das Charakteristikum des italienischen Parteiensystems. Auch *G. Giolitti* beabsichtigte mit der Ausweitung des Wahlrechts 1912 von 8,3 % auf 23,3 % nicht den Übergang zum modernen Parteienstaat, sondern hielt fest an dem honoratiorenparteilichen Konzept, dessen Bestand dank der sozioökonomischen Verspätung Süditaliens noch für lange gesichert schien. Die durch den Ersten Weltkrieg ausgelöste Mobilisierungs- und Partizipationskrise führte mit der Entstehung moderner Massenbewegungen und -parteien das politische System in eine durch Wechsellähmung gekennzeichnete ausweglose Krise. Das 1919 unter dem Druck der Sozialisten und Popolari gewährte allgemeine Verhältniswahlrecht besiegelte das Schicksal der liberalen Gruppierungen, die bei den Wahlen 1919 in Nord- und Mittelitalien auf unter 25 % abfielen und schon 1921 das Bündnis mit dem aufsteigenden Faschismus suchten. Damals zeichnete sich erstmals eine historisch und subkulturell bedingte wahlgeographische Einteilung Italiens ab, die in den Grundzügen bis heute erhalten blieb: 1. der industrielle Nordwesten (Piemont, Ligurien, Westlombardei) mit hohen katholischen und sozialistischen Stimmanteilen, 2. die sog. »weiße« Zone des Nordostens (Ostlombardei, Trient, Venetien, Julisch-Venetien, Friaul) mit starkem katholischen Einfluß, 3. die früher kirchenstaatlichen Gebiete der sog. »roten Zone« (Emilia-Romagna, Toskana, Umbrien, Marken) mit verbreitetem Antiklerikalismus und bis zu 70 % (Bologna) sozialistischen Stimmanteilen, 4. Süd- und Inselitalien. Entwicklungsgeschichtlich ergab sich so ein zweigeteiltes Parlament: im Süden Fortdauer der Herrschaft von lokal- und klientelorientierten Honoratiorengruppen, in der Mitte und im Norden Übergang zu modernen Massenparteien.

Der Faschismus war antiparlamentarisch orientiert und zog als »Bewegung« und »Antipartei« einen großen Teil seiner Dynamik aus der Kritik an dem bestehenden Parteiensystem. In der Übergangsphase vor und nach 1922 aus taktischen Gründen auf Bündnisse mit den Liberalen und den Katholiken angewiesen, schuf er nach 1925 das totalitäre Herrschaftssystem, das Ende 1926 folgerichtig zum Verbot aller konkurrierenden Parteien führte. Mit der Identifizierung von Regime und Nation zielte der Faschismus auf eine völlige Mobilisierung und Politisierung der Bevölkerung. Hatte die Wahlbeteiligung vor 1914 nie über 65 % gelegen und selbst in den Kampfwahlen 1924 nur 63,8 % betragen, so erreichte der Faschismus »totalitäre« Zahlen von 89,9 % (1929) und 96,5 % (1934). Wie stark damit das Wählerverhalten beeinflußt wurde, zeigte die Nachkriegszeit, in der seit den Wahlen 1946 (89,1 %) die Wahlbeteiligung immer über 90 % gelegen hat. Die Neubildung der Parteien 1943/44 knüpfte z.T. an vorfaschistische Traditionen und bei der Linken an Exil- und illegale Untergrundorganisationen an. Gegen den Widerstand von Monarchie, Staatsapparat, Vatikan und Westalliierten etablierten sich die im Geist des Antifaschismus im Nationalen Befreiungskomitee (Comitato di Liberazione Nazionale, CLN) zusammengeschlossenen Parteien (PCI, PSI, PdA, DC, PLI) als Träger der gesellschaftlichen Neuordnung und des nationalen Befreiungskampfes (Resistenza). Das Referendum vom 2.6. 1946 entschied mit 54,3 % über die Einführung der Republik, zeigte aber gleichzeitig den fortdauernden Dualismus Italiens. Im Norden und im Zentrum stimmten fast zwei Drittel für die Republik, im Süden zwei Drittel für die Monarchie. Als einzige Träger der Volks-

souveränität wurden die Parteien so zum beherrschenden Medium politischer Willensbildung und fanden erstmals auch eine juristische Anerkennung in der Verfassung von 1948 (Art. 49).

Von allen Ländern Westeuropas hat Italien nach 1945 den raschesten sozioökonomischen Strukturwandel erlebt. Arbeiteten nach Kriegsende noch fast die Hälfte der Beschäftigten in der Landwirtschaft, so sind es heute nur noch 14,5 %. Gleichzeitig stieg der Anteil der Industriearbeiter von 22,9 % auf 33,0 %, der Angestellten von 9,8 % auf 17,1 %. Lebten nach Kriegsende noch fast die Hälfte der Italiener in Orten unter 10 000 Einwohnern, so sind es heute nur noch ein Viertel. Eine nach vielen Millionen zählende Wanderbewegung ging vom Land in die Stadt, von Süden nach Norden und von Italien ins Ausland. Eine in weiten Teilen des Landes, vor allem im Süden noch ganz agrarisch bestimmte, katholisch-traditionale Gesellschaft hat sich so im Verlauf von einer Generation durch Säkularisierung, Urbanisierung und Industrialisierung tiefgreifend verändert. Dieser sozioökonomischen Dynamik steht eine überraschend hohe Stabilität des Wählerverhaltens gegenüber. Die großen subkulturell gebundenen wahlgeographischen Landschaften haben sich gegen Veränderungen als resistent erwiesen.

Das nach 1943 neu entstehende Parteiensystem war der institutionelle Ausdruck für die großen sozialen, regionalen und ideologischen Brüche und Spannungen innerhalb der italienischen Gesellschaft. Bei den 1946 nach einem modifizierten Verhältniswahlrecht (Möglichkeit von Präferenzstimmen) stattfindenden Wahlen kandidierten 51 Parteien, 15 erlangten eine parlamentarische Vertretung, aber nur 7 erreichten mehr als 4 %. Neben ethnisch oder geographisch bedingten Regionalparteien entstand in der Folge ein 7–8 Komponenten umfassendes, durch keine Sperrklausel gehindertes Vielparteiensystem. Das Spektrum reichte von den KOMMUNISTEN (PCI) über SOZIALISTEN (PSI), SOZIALDEMOKRATEN (PSDI), REPUBLIKANER (PRI), CHRISTDEMOKRATEN (DC), LIBERALE (PLI) und MONARCHISTEN bis zu den NEOFASCHISTEN (MSI). Ein hoher Partizipationsgrad gehört seit 1945 zur Realität Italiens. Man rechnet, daß von den gegenwärtig 41,2 Mio Wahlberechtigten 5–5,5 Mio (= 12–13 %) parteipolitisch organisiert sind, d. h., jeder achte Italiener gehört einer Partei an.

Die starke lokale und regionale Verwurzelung, Kennzeichen für das liberale Honoratiorensystem und zum Teil auch für den Faschismus, ist bis heute Merkmal der Parteienlandschaft geblieben. Die Hausmachtpositionen der Spitzenpolitiker in DC, PSI oder PSDI sind eine der Ursachen für die Gruppenbildung (correnti) innerhalb der Parteien. Dieser Fraktionalismus verstärkt mit seinem Zwang zum innerparteilichen Kompromiß den Immobilismus. Bei den 7 auf nationaler Ebene vertretenen Parteien lassen sich gegenwärtig 24 Fraktionen unterscheiden, 8 davon allein in der DC.

Die Wahlergebnisse seit 1946 deuteten bis vor kurzem auf eine sich verstärkende Tendenz zum Zweiparteiensystem. PCI und DC erreichten 1946: 54,1 %; 1963: 63,6 %; 1972: 67,9 % und 1976: 73,1 %. Mit den Wahlen 1979 (DC + PCI: 68,7 %) scheint diese Tendenz abgeblockt. Die DC, die als relative Mehrheitspartei seit 1945 ohne Unterbrechung den Ministerpräsidenten stellt, war bis auf die Jahre 1948–53 immer auf Koalitionen angewiesen.

Das in den 50er Jahren praktizierte zentristische Bündnis hatte sich nach einem Jahrzehnt erschöpft und bildete nach dem immer weitergehenden Rückgang der laizistischen Mittelparteien PSDI, PRI und PLI (1963: 14,5 %; 1972: 11,9 %; 1976: 7,8 %; 1979: 8,8 %) auch rechnerisch keine Mehrheit mehr. Die Mitte-Links-Koalition, Basis der Regierungen der

60er Jahre, besitzt auch heute noch eine prekäre Mehrheit, trifft aber nach den für die Sozialisten negativen Erfahrungen bei diesen z. T. auf Ablehnung. Die rechnerisch bis 1976 mögliche große Mitte-Rechts-Koalition war aufgrund der antifaschistischen Traditionen unrealisierbar. Die linke Alternative, 1948 als Programm verwirklicht und vernichtend geschlagen, war 1976 erstmals nahe an die 50 % Grenze herangekommen, ist aber 1979 wieder auf 42,4 % zurückgefallen. Sie findet innerhalb der nichtkommunistischen Linken wachsende Unterstützung, wurde aber von der PCI als zu risikoreich abgelehnt.

Das politische System Italiens hat zunehmend schwache, kurzlebige und durch Immobilität und Ineffizienz gekennzeichnete Regierungen hervorgebracht. Skeptiker sprechen von einer »Republik ohne Regierung« (Allum). Von 34 Kabinetten seit Dezember 1945 (durchschnittliche Lebensdauer: 11 Monate) waren 13 DC-Minderheitsregierungen. Weder eine Milderung des Nord-Südgefälles, noch ein Ausgleich der krassen Einkommensunterschiede und damit die Schaffung eines breiten mittleren Eigentums ist gelungen. In den Bereichen öffentlicher Verkehr, sozialer Wohnungsbau, Schul- und Bildungswesen, Sozialfürsorge, Krankenversorgung, öffentliche Sicherheit usw. bestehen große und wachsende Reformdefizite. Die 1973 einsetzende akute Wirtschaftskrise hat die Spannungen und Widersprüche massiv verschärft. Die traditionelle Distanz des Italieners gegenüber dem als fremd oder gar feindlich empfundenen Staat nährt seither ein Protestpotential, das in außerparlamentarischen Kollektivbewegungen und wachsenden Stimmanteilen der PCI seinen Ausdruck findet. Säkularisierungs-, Partizipations- und Distributionskrise stellen sich für Italien nicht im zeitlichen Nach- sondern Nebeneinander. Hatte schon der von den laizistischen Parteien (PCI, PSI, PRI, PSDI, PLI) getragene Volksentscheid zugunsten der Ehescheidung 1974 (59,3 %) ein Nachlassen der Integrationskraft des Katholizismus signalisiert, so kam das Referendum vom 11. 6. 1978 über die Abschaffung der staatlichen Parteienfinanzierung einem Mißtrauensvotum breiter Teile der Wählerschaft gegenüber dem bestehenden Parteiensystem gleich. Das von den Parteien des »Verfassungsbogens« empfohlene Ja fand die Zustimmung von nur 52,7 %. In Süditalien überwogen, und zum Teil deutlich, die Neinstimmen. Fast 40 % der Wähler folgten damit nicht den Direktiven ihrer Parteien. Nach Jahrzehnten relativer Stabilität erscheint so das Wählerverhalten seit 1975 dynamisiert. Skeptiker sehen, analog zur Weimarer und zur französischen Vierten Republik, eine Tendenz zum zentrifugalen »polarisierten Pluralismus« (G. Sartori), mit einer unter Regierungszwang stehenden dominierenden Partei der Mitte und Terrainverlust an den Rändern dank der wachsenden Antisystemoppositionen auf der Linken und der Rechten. Andere Beobachter sprechen von einem »unvollendeten Zweiparteiensystem« (G. Galli), dessen Funktionsschwächen aus dem fehlenden Eliten- und Machtwechsel herzuleiten sei, der Ineffizienz, Immobilität und Korruption gefördert habe. Ob die Regierungsbeteiligung der PCI die Sanierung oder den Untergang des parlamentarisch-demokratischen Systems in Italien bedeuten würde, darüber könnte nur ein risikoreiches Experiment entscheiden.

G. Galli, Il bipartismo imperfetto. Comunisti e democristiani in Italia, Bologna 1966; G. Galli, G. Poggi, F. Alberoni, A. Manoukian (Hg.), Ricerche sulla partecipazione politica in Italia, Bologna, 4 Bde. 1967–68; K. von Beyme, Das politische System Italiens, 1970; P. A. Allum, Italy-Republic Without Government? New York 1973; C. Vallauri (Hg.), La ricostituzione dei partiti democratici 1943–1948, Rom, 3 Bde., 1978.

Aktionspartei (**PdA,** Partito d'Azione), eine 1942 aus der antifaschistischen Bewegung → Gerechtigkeit und Freiheit, der Florentiner liberalsozialen Gruppe um *G. Calogero* und dem Mailänder Kreis um *F. Parri* hervorgegangene illegale Partei, die sich unter Bezug auf *G. Mazzini* ab Januar 1943 PdA nannte und damit die Priorität des Kampfes gegen den Faschismus und für die Befreiung Italiens proklamierte. In der PdA vereinigten sich bedeutende Teile der linksliberalen, demokratischen und sozialdemokratischen Intelligenz Italiens, neben den genannten u. a. *U. La Malfa, R. Lombardi, T. Codignola, E. Rossi, A. Spinelli, L. Valiani, A. Omodeo.* Ein erstes Programm wurde im Januar 1943 in der illegalen Parteizeitung ›L'Italia Libera‹ veröffentlicht. Es forderte die Schaffung der Republik, die Trennung von Staat und Kirche, die gesellschaftliche Fundamentaldemokratisierung u. a. durch Erziehungs- und Verwaltungsreform, durch Dezentralisierung und Schaffung lokaler Autonomien, die Vergesellschaftung der Machtkomplexe in Großindustrie und -finanz, sowie die Überwindung des nationalstaatlichen Souveränitätsprinzips durch die Einigung Europas. Nach dem 25. 7. 1943 schloß sich die PdA dem CLN (→ Einleitung) an und propagierte nach dem 9. 9. den bewaffneten Kampf gegen die deutschen Truppen in Italien. Dank diesem aktivistischen Impuls konnte die PdA mit den Gerechtigkeitund Freiheit-Brigaden 1944/45 das nach den Kommunisten zweitstärkste Kontingent der Resistenza-Streitkräfte aufbauen. Ohne gewerkschaftliche Präsenz in der Arbeiterklasse besaß die PdA jedoch, da sie keine Rücksicht auf die noch konservativ oder philofaschistisch orientierten Mittelschichten nahm, kaum gesellschaftlichen Rückhalt. Die PdA opponierte am entschiedensten gegen jede Zusammenarbeit mit der Regierung *P. Badoglio* und propagierte eine tiefgreifende personelle, institutionelle und ideelle Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Beteiligt am 1. und 2. Kabinett *I. Bonomi* (Juni 1944–Juni 1945) übernahm die PdA in der Person *F. Parris,* dem Führer des militärischen Widerstandes in Norditalien, vom Juni 1945 ab die Führung eines Allparteienkabinetts, in dem sie außerdem durch *La Malfa, Lombardi* und *E. Lussu* vertreten war. Das von der Regierung eingeleitete Reformprogramm, von Sozialisten und Kommunisten nur halbherzig unterstützt, traf jedoch auf den Widerstand der Besatzungsmächte, des Staatsapparats und der gemäßigten Parteien. So mußte die Regierung *Parri* im November 1945 zurücktreten. Die in der PdA bestehenden Gegensätze zwischen liberaldemokratischem *(La Malfa)* und sozialistischem Flügel führten auf dem ersten und einzigen Parteitag im Februar 1946 zur Abspaltung der liberaldemokratischen Gruppe, die sich unter *La Malfa* und *Parri* als kurzlebige → Republikanisch-demokratische Bewegung (Movimento Democratico Repubblicano) konstituierte. Die Restpartei erzielte bei den Wahlen zur Konstituante (2. 6. 1946) nur 1,5 % der Stimmen. Damit war die PdA gescheitert. Ein Teil der Restpartei schloß sich der Italienischen Republikanischen Partei an, der größere Teil vereinigte sich im Oktober 1947 mit den Sozialisten. Die Geschichte der PdA bleibt ein denkwürdiges Beispiel für das Spannungsverhältnis zwischen Idee und Wirklichkeit. Die Führer der PdA, »Generäle ohne Armee« (N. Bobbio), vertraten ein aufgeklärt jakobinisches Konzept von nicht mit den, sondern für die Massen durchgeführten Strukturreformen.

L. Valiani, Il Partito d'Azione, in: L. Valiani, G. Bianchi, E. Ragionieri, Azionisti, cattolici e comunisti nella Resistenza, Mailand 1971, S. 11–148; C. L. Ragghianti, Disegno della liberazione italiana, Pisa 1954, Florenz ³1975.

Christliche Demokratie (**DC,** Democrazia Cristiana).

Gründung: Angesichts der sich verschärfenden politisch-militärischen Krise des faschistischen Regimes trafen sich vom Sommer 1942 ab illegal frühere führende Mitglieder der → Italienischen Volkspartei (PPI), u. a. *A. De Gasperi, G. Gronchi, S. Jacini, A. Grandi, M. Scelba* in Rom, und Angehörige der einzigen katholischen aktiv-antifaschistischen Gruppe der Neoguelfen um *F. Malvestiti* in Mailand, um über die künftige politische Orientierung der Katholiken zu beraten. Zu gemeinsamen Treffen beider Gruppen kam es im August 1942 in Borgo Valsugana (Prov. Trento) und im Oktober 1942 in Mailand. Hier wurde der auf die Modernismusbewegung *R. Murris* zurückgehende Name »Democrazia Cristiana« beschlossen.

Programm: Die 1943/44 illegal verbreiteten »Ideen zum Wiederaufbau« von *De Gasperi* und das »Programm von Mailand« vom 25. 7. 1943 spiegelten mit der Ablehnung des Klassenkampfes und den Forderungen nach klassenübergreifender Solidarität und Subsidiarität die Postulate der katholischen Gesellschaftslehre. Verlangt wurde in Wiederaufnahme der Ziele der PPI: Stärkung des bäuerlichen und gewerblichen Kleineigentums, Landreform mit Aufteilung der Latifundien, Besitzausgleich über progressive Besteuerung, Kontrolle und Einschränkung der großen industriellen und finanziellen Machtballungen, Kapital- und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer im industriellen Bereich, Staatsinterventionen zur Sicherung eines gleichmäßigen wirtschaftlichen Wiederaufbaus (Südfrage), Föderalisierung und Dezentralisierung, Wiederherstellung eines demokratisch-parlamentarischen Verfassungssystems und der Gewaltenteilung unter Wahrung einiger vom Faschismus eingeführter korporativer Elemente (ständisch gegliederte zweite Kammer).

Organisation: Beim Aufbau ihrer Organisation konnte sich die DC auf die Hilfe der Kirche und der katholischen Laienorganisationen, vor allem der »Azione Cattolica« (1943: 2,5 Mio Mitglieder) stützen. Die Mehrzahl der (heute über 12 000) DC-Sektionen sind durch Initiativen aus diesem Raum entstanden. Die DC ist territorial

organisiert, die unterste Einheit bildet die Sektion oder der Ortsverein. Betriebs- und Berufsgruppen haben daneben keine größere Bedeutung erlangt. Über den Provinzial- und Regionalverbänden als Zwischenstufen bildet der alle zwei Jahre tagende Nationalkongreß (heute ca. 1500 Mitglieder, bestehend aus den Parlamentsfraktionen, Vertretern der Regionalverbände und der flankierenden gesellschaftlichen Organisationen) das oberste Entscheidungsgremium der DC. Er wählt aus seiner Mitte den ca. 250 Mitglieder (darunter 80 Parlamentarier) umfassenden Nationalrat, der etwa vierteljährlich zu halbwöchigen Sitzungsperioden zusammentritt. Dieser wählt aus seiner Mitte die 40–50 Personen umfassende Parteileitung (direzione centrale). Die Exekutive liegt in der Hand des politischen Sekretärs, der (seit 1976, vorher Wahl durch den Nationalrat) vom Parteikongreß mit absoluter Mehrheit gewählt wird und auf allen Ebenen der Partei große Kontroll- und Interventionsrechte besitzt. Der Parteisekretär ernennt, nach Absprache mit der Parteileitung, die Vizesekretäre und die sonstigen Mitglieder des Sekretariats. DC-typisch ist die auf allen Ebenen realisierte Verschränkung von Partei- und Staatsämtern. So ist der Ministerpräsident qua Amt Mitglied aller Parteikörperschaften auf nationaler Ebene. Ähnliches gilt für DC-Bürgermeister, -Provinzial- und Regionalratspräsidenten usw. Ein im letzten Statut von 1979 erheblich verschärftes System von Inkompatibilitäten soll eine zu große Machtballung in einzelnen Händen verhindern. Trotzdem sind diese Bestimmungen ein deutlicher Ausdruck für die durch die lange Vorherrschaft der DC befestigte Identifizierung zwischen Partei und Staat, die von den Gegnern als »System« oder »Regime« attackiert wird. DC-typisch ist auch die Einbeziehung von »gesellschaftlichen, an den Werten und Idealen der DC orientierten Verbänden«, deren Vertreter auf allen Ebenen mit beratender Stimme an den Parteigremien beteiligt sind.

Presse: ›Il Popolo‹ (Tageszeitung), ›La Discussione‹ (Wochenzeitung).

Geschichte: Mit dem Sturz des Faschismus stellte sich die Frage der Staat–Kirchenbeziehungen in Italien völlig neu. Die gläubigen Katholiken bilden innerhalb der italienischen Gesellschaft eine nicht einmal große, aber glänzend organisierte Minderheit (nach Schätzungen heute ca. 20 %). Die Gegenwart des Papstes jedoch, schon von Machiavelli als wichtigstes Hindernis auf dem Weg zum Nationalstaat bezeichnet, sichert dem Katholizismus eine weit höhere kulturelle, soziale und politische Präsenz als sonst in Europa. Mit dem oben skizzierten Staats- und Gesellschaftsprogramm befanden sich die Gründer der DC, unter denen der aus dem Trentino stammende *De Gasperi* als letzter Generalsekretär der PPI eine Führungsrolle gewann, links vom Vatikan und der kirchlichen Hierarchie. Hier dachte man eher an einen autoritär-klerikalen Staatsneubau nach dem Muster *Salazar*-Portugals. Es ist das Verdienst *De Gasperis* und seiner Freunde, den Vatikan für die Unterstützung einer westlich-parlamentarischen Verfassungspartei gewonnen zu haben. Pläne für die Gründung einer konservativ-katholischen Partei wurden so hinfällig, ebenso wie der Vatikan der linkskatholischen Partei der Christlichen Linken (Partito della Sinistra Cristiana) jede Unterstützung versagte. Ihre vorwiegend aus dem gewerkschaftlichen Raum kommenden Anhänger vereinigten sich 1946 mit der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI). Wichtige Impulse erhielt der Katholizismus aus der Erfahrung der Resistenza (aktive Beteiligung vor allem des niederen Klerus, Bildung katholischer Partisanenbrigaden). Die antifaschistische Solidarität und der Wille zu einer die ideologischen Fronten überwindenden Zusammenarbeit bildeten den Hintergrund für die Mitwirkung der DC im CLN (→ Einleitung). Das weite, auch vom Faschismus kaum angetastete Netz kultureller, sozialer und religiöser Institutionen der katholischen Kirche, das in den befreiten Teilen Italiens für den Aufbau einer eigenen Parteiorganisation eingesetzt werden konnte, gab der DC große Vorteile gegenüber den Mitbewerbern. Für die Nachwuchs- und Elitenrekrutierung wurde von besonderer Bedeutung die Katholische Universität Mailand, wie auch der katholische Studentenverband FUCI und die Akademikervereinigung »Movimento dei laureati cattolici«. Fast die gesamte spätere DC-Elite, soweit nicht dem Gewerkschaftsflügel zugehörig, ist durch diese Pflanzschulen hindurchgegangen, deren Rekrutierungsfeld jedoch kaum mehr als 20 % der italienischen Gesellschaft umfaßt. Schon 1945/46 zeigte sich, daß die DC weit stärker sein würde als ihre Vorgängerin, die PPI. Es entsprach den neuen Kräfteverhältnissen, daß im Dezember 1945 erstmals seit Bildung des italienischen Einheitsstaates mit *De Gasperi* ein katholischer Politiker die Regierungsbildung übernahm. Von diesem Augenblick ab sind die Geschichte der DC und die Italiens eng und kaum trennbar miteinander verbunden (→ Einleitung). Die Kommunalwahlen Anfang 1946 zeigten, daß die DC über die früheren Hochburgen der Popolari (Piemont, Lombardei, Trentino, Veneto) hinaus breite, früher liberal oder national votierende, durch die Zusammenarbeit mit dem Faschismus diskreditierte Wählerschichten an sich ziehen konnte und vor allem in Süditalien das Erbe der liberalkonservativen, lokal verankerten Klientelwahlsysteme zu übernehmen verstand. In den Wahlen vom 2. 6. 1946 erzielte die DC mit 35,2 % der Stimmen fast die Stärke der vereinigten Linken (PSI + PCI: 39,7 %). Die 35–40 % Stimmen, die die DC seither in allen Nachkriegswahlen erreichte, bildeten die Basis für eine bis heute behauptete hegemoniale Stellung im politischen System. Die DC rekrutiert ihre Wähler aus drei sich z. T. überschneidenden Einzugsbereichen. Sie ist zugleich Bauern-, Katholiken- und Bürgerpartei. 20–25 % der Wähler, die fest in die katholische Subkultur

eingebunden sind, optieren für die DC aus weltanschaulich-religiösen Motiven. Sie reichen vom katholischen Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern bis zum Industriellen und Großagrarier. Auf dieser Wählerbasis beruht der im Selbstverständnis der DC an zentraler Stelle stehende Anspruch, eine Volkspartei zu sein (*De Gasperi* 1945: »eine Partei der Mitte, die nach links tendiert«). Weitere 10–15 % stammen aus den bäuerlichen und städtischen Mittelschichten, die in einer Stärkung der DC die beste Garantie gegen tiefergreifende gesellschaftliche Reformen und sozialen Umsturz sehen. Nach linken Interpreten wird die DC so zur »ersten konservativen Massenpartei« (G. Galli) in der Geschichte Italiens. Die konservative Ausrichtung der Mehrheit der DC-Wählerschaft wurde schon 1946 deutlich, als bei der Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform ca. 80 % der DC-Wähler für die Beibehaltung der Monarchie stimmten. Dieser starke konservative Wähleranhang, der, wie die Wahlen von 1953 und 1963 zeigten, bei einer stärker innovatorischen Politik jederzeit nach rechts abwandern konnte, hat die Politik *De Gasperis* erheblich beeinflußt. Mit der Ausschaltung der Resistenza-Präfekten, dem Verzicht auf eine Entfaschisierung des Beamtenapparats und der Wahrung der Kontinuität in Bürokratie, Justiz, Bildungssystem und Polizei trug seine Politik seit 1946 stärker restaurative als reformerische Züge. Das zeigte sich vor allem im ökonomischen Bereich. Die neoliberale Wirtschaftspolitik unter *E. Corbino* und *L. Einaudi* (beide PLI), die der DC die Unterstützung der »vierten Partei« (so *De Gasperi*), d. h. des industriell-finanziellen Establishments sicherte, verzichtete auf Währungsreform, Erfassung der Kriegsgewinne und Vermögensumverteilung zugunsten einer raschen Produktionssteigerung. Im Zeichen des Kalten Krieges und unter dem Druck des Vatikans und der USA drängte *De Gasperi* im Mai 1947 KOMMUNISTEN und SOZIALISTEN aus der Regierung. Zur Basis der DC-Herrschaft im folgenden Jahrzehnt wurden sog. »zentristische« Koalitionen mit den kleineren Mittelparteien – ITALIENISCHE SOZIALISTISCHE DEMOKRATEN (PSDI), ITALIENISCHE REPUBLIKANISCHE PARTEI (PRI), ITALIENISCHE LIBERALE PARTEI (PLI) –, die ihre stärkste Motivation in einem ideologisch überhöhten Antikommunismus fanden, der vor allem auch von der katholischen Kirche getragen wurde; alle katholischen Mitglieder der KOMMUNISTISCHEN PARTEI wurden exkommuniziert und den Gläubigen jede Mitarbeit in den Linksparteien verboten. Das Moment stärkster Polarisierung bildeten die Aprilwahlen 1948, bei denen die DC, unterstützt von der kapillaren Werbung der katholischen Bürgerkomitees unter *L. Gedda,* 48,5 % der Stimmen und die absolute Mehrheit im Parlament errang. Der Wahlsieg verschärfte das für eine katholische Partei in Italien besonders akute Problem des Verhältnisses von Staat und Kirche und politischer Praxis und christlicher Ethik. *De Gasperi* hat, in den Traditionen des mitteleuropäischen Katholizismus stehend, die Autonomie des Politischen zu wahren gesucht. Die Rechts- und Machtstellungen der katholischen Kirche (nach dem in die Verfassung aufgenommenen Laterankonkordat ist der Katholizismus Staatsreligion, die kirchliche Rechtsprechung hat bindende Wirkungen auch für den staatlichen Raum) haben die DC, bis hin zu direkten Eingriffen des Vatikans in die politischen Entscheidungen, jedoch vielfach konditioniert. Innerhalb der DC bildete sich seit 1947 eine linkskatholisch-integralistische Opposition um den späteren Priester *G. Dossetti,* die in Kritik des *De Gasperischen* Pragmatismus eine christlich inspirierte gesellschaftspolitische Neuorientierung unter Aufnahme planwirtschaftlicher Elemente und flankierender sozialpolitischer Maßnahmen forderte. Der in dieser Gruppe sichtbare Antikapitalismus und Antiliberalismus (der sich außenpolitisch mit neutralistischen Positionen verband) bildet bis heute eine der Konstanten der inneren DC-Dialektik. Dies erklärt auch, warum es niemals zu einer völligen Identifizierung des Großkapitals mit der DC gekommen ist. Dieses hat die Repräsentation seiner politischen Interessen neben dem rechten Flügel der DC immer auch in der PLI und der PRI gesucht. Die Wahlniederlage der DC und der mit ihr verbündeten laizistischen Mittelparteien 1953 (DC: 40,1 %) und das Anwachsen der rechten und linken Antisystemoppositionen zeigte, wie prekär – trotz Westintegration (Beitritt zur NATO, Teilnahme an der Einigung Europas), langfristigem wirtschaftlichen Wachstum und sozialer Stabilität – die Stellung des parlamentarischen Systems in Italien blieb. Das innerparteiliche Erbe des 1953 zurückgetretenen *De Gasperi* übernahm der aus der »Cronache Sociali«-Gruppe *Dossettis* stammende *A. Fanfani,* der als Parteisekretär (1954–59) die DC durch eine Reorganisation und Potenzierung des Apparats zu einer modernen, von der katholischen Kirche unabhängigen Massenpartei umzuformen suchte. Nach 1953 bildete sich so eine Organisationsstruktur heraus, die mit Abwandlungen bis heute Bestand gehabt hat. Dazu gehört vor allem die Entstehung von Fraktionen (correnti, wörtlich: Strömungen). Das im Parteistatut von 1948 enthaltene Fraktionsverbot hatte sich angesichts der in der DC vorhandenen Interessenvielfalt als undurchsetzbar erwiesen. Unter *Fanfani* wurde die Aufgliederung der DC in ein knappes Dutzend Unterparteien (siehe unten) stillschweigend anerkannt. Gleichzeitig konsolidierte die DC – dank der Gründung des Ministeriums für staatliche Beteiligungen, dem Aufbau einer staatseigenen Erdölindustrie (ENI) und den Investitionshilfen für Süditalien (Cassa per il Mezzogiorno) – ihre Machtpositionen im sozioökonomischen Raum (siehe unten). Nach Ansicht vieler Beobachter traten damals die in der DC lebendigen religiös-ideellen Motivationen zurück zugunsten eines kaum verhüllten Machtpragmatismus. Das Abklingen des Kalten Krieges und die

vom 2. Vatikanischen Konzil verkörperte Wende des Weltkatholizismus machten nach dem gescheiterten Experiment einer Mitte-Rechts-Regierung unter *Tambroni* 1960 die »Öffnung nach links« möglich. Das Regierungsbündnis DC–Sozialisten (PSI) realisiert in den drei Kabinetten *A. Moro* 1963–1968, besaß angesichts der außen- und binnenwirtschaftlichen Konjunktur einen breiten Spielraum für eine energische Reformpolitik, der jedoch, mit Ausnahme der Verstaatlichung des Energiesektors, ungenutzt blieb. Seit der Jugend- und Studentenrevolte 1968 und dem Erstarken der mit der Verschärfung der Klassenspannungen zur Aktionseinheit zusammenfindenden Gewerkschaften seit dem sog. »heißen Herbst« 1969 sehen sich die DC-Regierungen in einer zunehmend schwierigen Lage, die mit dem Einsetzen der akuten Wirtschaftskrise 1973 bedrohliche Formen annahm. *Fanfani,* der 1973 erneut das Parteisekretariat übernahm, führte die DC mit dem Scheidungsreferendum 1974 in eine erste schwere Niederlage, der 1975 bei den Kommunal- und Regionalwahlen (DC: 35,3 %) eine zweite folgte. Seit den Parlamentswahlen 1976, bei denen die KOMMUNISTEN (34,4 %) die DC (38,7 %) fast eingeholt hatten, war die Bildung einer handlungsfähigen Exekutive – auch wenn die DC-Minderheitsregierungen *G. Andreotti* sich auf das »Nicht-Mißtrauen« (1976/77) und die parlamentarische Unterstützung (1977/78) der KOMMUNISTEN stützen konnten, zusätzlich erschwert.

Die wichtigste Ursache für diese an Dauerlähmung reichende Immobilität der Exekutive liegt in der Organisationsstruktur der DC. Die Partei besteht heute aus 7–8 Unterparteien, die – gestützt auf die Hausmachtpositionen ihrer jeweiligen Führer – über jeweils eigene Finanzierungsquellen, Organisationen und Presseorgane verfügen. Zu unterscheiden sind: »Iniziativa popolare«, nach dem Ort der Gründung, dem Dorotheenkloster in Rom, auch »dorotei« genannt, um *G. Rumor* und *F. Piccoli* (ca. 30 %), »Nuove Cronache« (nach einer Zeitschrift) um *Fanfani* und *A. Forlani* (ca. 17 %), »Impegno democratico« um *Andreotti* und *E. Colombo* (ca. 15 %), »morotei«, nach der Ermordung von *Moro* unter Führung von *B. Zaccagnini* (ca. 12 %), die beiden Linksgruppen »Base« um *C. De Mita* und »Forze Nuove« um *C. Donat Cattin* (je ca. 10 %). Diese Gruppenbildung ist zwar ein Moment innerparteilicher Demokratie, erschwert aber durch den Zwang zu Proporz und Kompromiß die Willensbildung der Partei und ihre Aktionsfähigkeit nach außen. Zahlreiche Nachkriegsregierungen sind nicht durch den zwischen-, sondern den innerparteilichen Koalitionszerfall beendet worden. Regierungsneubildungen gehen lange DC-interne Proporzverhandlungen über die Besetzung der Minister- und Staatssekretärsposten voraus. Ideologische Kontroversen sind häufig nur ein Vorhang, hinter dem machtpolitische Konflikte ausgetragen werden. Wenig aussagekräftig ist daher jede Rechts-Links-Klassifizierung. Der »linke« *Fanfani* der 50er Jahre wurde später zum Verfechter einer autoritären Präsidialdemokratie, der »rechte« *Andreotti,* der 1972/73 einer Mitte-Rechts-Regierung präsidiert hatte, wurde nach 1976 der Exponent einer Zusammenarbeit mit den KOMMUNISTEN. Die Ursachen für die Erfolgsstabilität der DC sind vor allem im weiten katholischen Hinterland zu suchen. Die DC kann sich auf ein kapillares Netz sozialer, religiöser, alters-, geschlechts- und berufsbezogener Organisationen des Katholizismus stützen, so auf die Katholische Aktion (2,8 Mio Mitglieder, darunter 1,8 Mio Jugendliche), auf den Arbeiterbildungs- und Freizeitverband ACLI (ca. 800 000 Mitglieder in 6000 Zirkeln), auf den Studentenverband FUCI, die Lehrer- und Frauenvereine AIMC und CIF. Der streng antikommunistische Bauernverband Coldiretti (1976: 1,2 Mio Mitglieder), in den 50er Jahren die vielleicht wichtigste DC-flankierende Organisation, hat durch den Bedeutungsverlust der Landwirtschaft stark an Einfluß eingebüßt. Die in der Zeit *De Gasperis* engen Beziehungen zwischen DC und dem Unternehmerverband »Confindustria« haben sich seit Mitte der 50er Jahre gelockert. Die Confindustria hat die »Öffnung nach links«, die Wirtschaftsplanung und die Ausweitung des Staatsinterventionismus bekämpft und ihre Einflußnahme auf Rechts-Correnti innerhalb der DC verlagert. Eine breite Kontaktzone zum Arbeitnehmerbereich ergibt sich über die katholische Gewerkschaft CISL (Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori, 2,8 Mio Mitglieder). Nach einer Phase wachsender Distanzierung, in der die CISL das »Ende des Kollateralismus« verkündete und die Unvereinbarkeit von DC- und CISL-Ämtern beschloß, kam es seit 1976 zu einer langsamen Wiederannäherung.

Neben diesen Möglichkeiten mittelbarer Einflußnahme hat die DC seit den 50er Jahren auch ihre direkten innergesellschaftlichen Machtpositionen ausgebaut. Die großen staatseigenen Teile der italienischen Wirtschaft ebenso wie die Instrumente staatlicher Interventionspolitik wurden zu Aktionsräumen der DC-Personalpolitik. Die DC stellte 1979 die übergroße Mehrheit in den Vorständen und Aufsichtsräten der Staatsunternehmen. Das gleiche galt für die 60 000 Körperschaften öffentlichen Rechts in Verwaltung, Sozialfürsorge, Krankenversorgung, Kredit- und Versicherungswesen, Erziehung, Forschung, Lehre usw. 70 von 80 Sparkassenpräsidenten und 90 % der leitenden Manager in den Staatsbetrieben gehörten 1976 der DC an. Kritiker sprechen von einer Refeudalisierung der italienischen Gesellschaft, in der eine vielfach ineffizient und parasitär gewordene Staatsbourgeoisie Pfründenzonen verwaltet. Diese »Okkupation der Machtzentren« (R. Orfei) bildet den unsichtbaren Teil des »Eisbergs DC«. Selbst wohlwollende Beobachter sprechen von einer »Staatspartei mit Regime-Elementen«. Der Anspruch der DC, eine klas-

senübergreifende Volkspartei zu sein, beruht vor allem auf der heterogenen Zusammensetzung ihrer Mitglieder- und Wählerschaft. Zieht man dabei den hohen und weiter wachsenden Anteil der Nichtberufstätigen ab, so erscheinen unter den Mitgliedern Bauern und der alte und neue Mittelstand über- und die Arbeiterschaft unterrepräsentiert, während in den Führungsgremien die Akademiker dominieren. Der Anteil der Frauen liegt traditionell hoch (ca. 35 %), nimmt jedoch in den Führungsgremien von unten nach oben rasch ab. Die regionale Verteilung der DC-Mitglieder zeigt ein starkes Übergewicht des Südens. In der Rangfolge der größten Provinzialverbände rangieren – mit Ausnahme Mailands – nur süditalienische Namen: Neapel, Bari, Palermo, Catania. Der Aktivitätsgrad der Parteibasis ist niedrig. Selbst die auf 100 000 geschätzten Aktivisten werden kaum mehr als zweimal im Jahr für die DC tätig. Viele DC-Sektionen operieren nur vor den Wahlen. Nach dem selbstkritischen Urteil von *Zaccagnini* fehlt in der DC »die Kontinuität des politischen Lebens und der politischen Debatte«. Auch die seit 1975 laufenden Versuche zu einer Revitalisierung der Partei haben nur bescheidene Resultate erbracht. Die Parteipresse führt ein auf die katholische Subkultur beschränktes Schattendasein. Das häufig schon seit Jahrzehnten an der Macht befindliche örtliche Partei-Establishment – die »signori delle tessere« (Herren der Parteibücher) – war und ist an nominell hohen Mitgliederzahlen, nicht aber an innerparteilicher Aktivität interessiert. In den Listen werden so, vor allem im Süden, Hunderttausende von »toten Seelen« (inexistente, gestorbene, emigrierte Personen) mitgeschleppt. Die DC-Mitgliedsdaten sind so mit Vorbehalt zu nehmen. Unter *Zaccagnini* sanken die offiziellen Zahlen von 1,8 Mio (1976) auf 1,3 Mio (1977). Die Lethargie der Basis erklärt, wieso es aktiven Minderheiten wie den integralistischen Gruppen von »Comunione e Liberazione« 1976/77 vielfach gelang, durch gezielten Parteieintritt zahlreiche Sektionen für sich zu erobern, soweit sie nicht durch Geschäftsordnungstricks und Verschleppungstaktiken gehindert wurden. Das neue, Anfang 1979 verabschiedete Parteistatut, in dem allein ein Viertel der 129 Artikel dem Eintritt und den Einspruchsmöglichkeiten gegen Ausschluß gewidmet sind, spiegelt die Mißstände aufs deutlichste.

Die Wählerverteilung der DC erstreckt sich relativ gleichmäßig über alle sozialen Klassen, wobei sie den geringsten Rückhalt innerhalb der Bourgeoisie besitzt. Die Partei ist überproportional präsent auf dem Land und in den Kleinstädten. In der regionalen Verteilung liegt der Süden vorn. 1976 erreichte die DC im Norden 39,0 %, in Mittelitalien 34,2 % und im Süden 41,3 %. Der Anteil weiblicher DC-Wähler ist überproportional groß (63 %). Hier ist, wie das Scheidungsreferendum 1974 gezeigt hat, ein Wandel im Gange.

Der typische DC-Wähler ist ärmer, weniger gut informiert, weniger gebildet und weniger erfaßt von Industrialisierung und Urbanisierung als der Durchschnittsitaliener.

Das innen- wie außenpolitische Ansehen der DC war 1975/76 auf einen Tiefpunkt gesunken. Die KOMMUNISTEN – und nicht nur diese – machten die DC für »dreißig Jahre Mißwirtschaft« in Italien verantwortlich, und auch katholische Beobachter attestierten ihr, sie sei »durch den langen Machtbesitz verbraucht«. Die Wahlen 1976 zeigten dann, daß die DC erhebliche, von ihren Kritikern unterschätzte politische, organisatorische und ideelle Reserven besaß. Der von vielen erhoffte oder befürchtete Zusammenbruch trat nicht ein (38,7 %, 263 Abg.) und auch bei den Wahlen 1979 (38,3 %, 262 Abg.) hat die Partei sich behauptet. Mit den Niederlagen von 1974 und 1975 und dem Wechsel im Parteisekretariat von *Fanfani* zu *Zaccagnini* setzte in der DC ein in seinen Auswirkungen nicht voll überschaubarer Prozeß der Selbstkritik und Erneuerung ein. Die DC-Führungseliten wurden zum Teil erneuert und verjüngt. In das 1976 gewählte Parlament zog eine zu 40 % erneuerte DC-Mannschaft ein.

Seit Einführung der staatlichen Parteienfinanzierung (1974) hat sich die DC von den korrumpierenden, verdeckten Unterstützungszahlungen in- und ausländischer Wirtschafts- und Finanzkreise z. T. befreien können. Die Regenerierungsbemühungen gehen in zwei Richtungen. Linkskatholische Gruppen wie die »Lega democratica« oder rechtskatholische wie die integralistische »Comunione e Liberazione« zielen auf eine Erneuerung der DC aus dem Katholizismus heraus und suchen jenseits von Kapitalismus und Kommunismus nach einem neuen Partei- und Gesellschaftskonzept. Liberalkonservative, technokratische Gruppen innerhalb der DC *(U. Agnelli, M. De Carolis)* sehen die einzige Überlebenschance der Partei in ihrer Umwandlung in eine moderne »laizisierte« Massenpartei der fortgeschrittenen Industriegesellschaft.

G. Andreotti, De Gasperi, 1965; R. Orfei, L'occupazione del potere. I democristiani '45–'75, Mailand 1976; P. Scoppola, La proposta politica di De Gasperi, Bologna 1977; G. Galli, Storia della DC, Rom, Bari 1978; M. Di Lalla, Storia della DC, 3 Bde., Turin 1979 ff.

Democrazia Cristiana (DC)
→ Christliche Demokratie.

Gerechtigkeit und Freiheit (**GL**, Giustizia e Libertà). – Bedeutendste nichtkommunistische Oppositionsgruppe gegen den italienischen Faschismus in den dreißiger Jahren. – Die GL wurde 1929 in Paris durch *C. Rosselli, A. Cianca, A. Tarchiani, E. Lussu, G. Salvemini* u. a. gegründet. Ziel war einmal, die europäische und die Weltöffentlichkeit durch präzise Informationen und Analysen gegen das totalitäre Regime in Italien zu mobilisieren. Folgenreicher war der Versuch, über die Gründung illegaler, vor allem Intellektuelle und Akademiker erfassende Oppositionsgruppen in Italien selbst (u. a. *E. Rossi, R. Bauer, F. Fancello*) eine direkte geistige und prak-

tische Auseinandersetzung mit dem Faschismus zu führen. Die GL entstand aus der kritischen Neubesinnung der liberalen und sozialistischen Bewegung in Italien, wie sie seit 1922 von den Zeitschriften ›La Rivoluzione Liberale‹ *P. Gobettis,* ›Non Mollare‹ *Salveminis* und ›Il Quarto Stato‹ *P. Nennis* und *Rossellis* geführt worden war. Kritisch gegenüber dem Versagen der überlieferten Parteien, aber ablehnend auch gegenüber einem rigiden Klassenschema und einer Identifizierung von Faschismus und Kapitalismus suchte GL so eine revolutionär gedachte Synthese zwischen einer freiheitlich-liberalen und einer sozialistischen Zukunftsgestaltung. Das 1932 im ersten Heft der Zeitschrift ›Quaderni di GL‹ veröffentlichte Programm forderte die Umgestaltung der italienischen Gesellschaft durch grundlegende Strukturreformen (Enteignung des Großgrundbesitzes, Schaffung eines breiten mittelbäuerlichen und genossenschaftlichen Eigentums, Vergesellschaftung unter anderem der Schwer- und der Elektrizitätsindustrie und des Bankwesens), Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Dezentralisierung und Föderalisierung, Trennung zwischen Staat und Kirche und Annullierung der Lateranverträge, Einigung Europas. Die GL beteiligte sich 1931–34 an der die demokratischen und sozialistischen Exilparteien umfassenden »Concentrazione antifascista«, als deren inneritalienischer Zweig sie zeitweilig fungierte, und proklamierte 1936 als erster, ausgehend von der These des unheilbaren Gegensatzes zwischen demokratischen und totalitären Staaten, die Intervention im Spanischen Bürgerkrieg, an dem sie sich mit einer eigenen Gruppe beteiligte. Die Verhaftung der aktivsten illegalen Zentren in Turin und Mailand und die Ermordung *Rossellis* 1937 durch französische Faschisten beraubte die Bewegung ihrer aktivsten Elemente. Aus den Restgruppen ging 1942/43 die → AKTIONSPARTEI hervor.

A. Garosci, La vita di Carlo Rosselli, 2 Bde., Florenz 1945, ²1973; N. Tranfaglia, Carlo Rosselli dall'interventismo a Giustizia e Libertà, Bari 1968; E. Modena-Burkhardt, Giustizia e Libertà, Zürich 1974.

Italienische Kommunistische Partei (PCI, Partito Comunista Italiano).

Gründung: 21. 1. 1921 in Livorno durch *A. Bordiga, P. Togliatti, A. Gramsci, U. Terracini* u. a.

Programm: Die Ziele der PCI entsprachen den Richtlinien der Kommunistischen Internationale: Organisation des Proletariats in einer klassenbewußten Partei, Niederwerfung der bürgerlichen Klassenherrschaft und Schaffung der italienischen Sowjetrepublik als Diktatur des Proletariats, Sozialisierung der Produktionsmittel, Kampf für die Durchsetzung der Weltrevolution. Nach 1935 und verstärkt nach 1945 löste sich die PCI schrittweise von dieser dogmatischen, am Modell Sowjetrußlands orientierten, Programmatik. Seit dem VIII. Parteitag 1956 zielt die PCI nicht mehr auf Zerschlagung des bürgerlichen Staates, sondern auf seine Umgestaltung durch systemüberwindende politische, wirtschaftliche und soziale Strukturreformen auf demokratischer Basis. Fernziel der PCI bleibt dabei »ein sozialistischer Staat . . ., der gegründet ist auf allen religiösen, staatsbürgerlichen und politischen Freiheiten, auf dem System der politisch-parlamentarischen Demokratie, der Pluralität der Parteien, des Regierungswechsels nach Mehrheitsprinzip« (*E. Berlinguer,* 26. 1. 1978). Die seit 1973 als »historischer Kompromiß« proklamierte Politik der nationalen Einheit zwischen CHRISTLICHEN DEMOKRATEN (DC), SOZIALISTEN (PSI) und PCI nannten die »Thesen zum XV. Parteitag« (1979) »den Kern einer langfristigen Zielperspektive, um in Italien eine neue und fortschrittliche Demokratie aufzubauen und um zum Sozialismus in der Demokratie zu kommen«.

Organisation: Die Mitgliedschaft der PCI ist, unter weitgehender Aufgabe des früheren Betriebszellensystems, in Straßen-, Ortsteil- oder Dorfzellen organisiert. Eine Anzahl dieser Zellen sind zusammengefaßt in Sektionen, diese unterstehen den Provinzföderationen, diese wiederum den Regionalverbänden. Die Parteileitung besteht aus dem Vorstand (direzione, 36 Mitglieder), dem Zentralkomitee (181 Mitglieder) und der Kontrollkommission (57 Mitglieder). Die Exekutive und das eigentliche politische Zentrum der PCI ist das Sekretariat (9 Mitglieder).

Nach dem Parteistatut (Art. 2) steht der Beitritt – »unabhängig von Rasse, religiösem Glauben und philosophischen Überzeugungen« – jedem frei, der das politische Programm der PCI bejaht. Die parteiinterne Willensbildung erfolgt auch heute statutengemäß nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Fraktionsbildung und offene Mehrheitsentscheidungen sind untersagt. Oppositionelle werden, wie 1969 die Gruppe um die Zeitschrift ›Manifesto‹, ausgeschlossen.

Presse: Die PCI verfügt über eine gut ausgebaute Parteipresse. Zentralorgan: ›L'Unità‹, drittgrößte Tageszeitung Italiens mit einer Auflage von 250 000 (Sonntag: 800 000); Wochenzeitung ›Rinascita‹ (Aufl. 90 000); zahlreiche Zeitschriften, darunter ›Critica Marxista‹, ›Politica ed Economia‹, ›Donne e Politica‹, ›Democrazia e Diritto‹, ›Studi storici‹. Neben dieser nationalen Presse verfügen zahlreiche Regional- und Provinzföderationen über eigene Zeitschriften.

Geschichte: Auf dem XVII. Kongreß der → ITALIENISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI (PSI) vom 15.–21. 1. 1921 in Livorno spaltete sich der linke Flügel unter Führung von *Bordiga* ab und konstituierte sich am 21. 1. als KOMMUNISTISCHE PARTEI ITALIENS (PCdI, Partito Comunista d'Italia, dies der offizielle Name bis 1943). Die Neugründung wurde getragen von der auf dem Experiment der Fabrikräte fußenden Turiner Gruppe um die Zeitschrift ›Ordine Nuovo‹ *(Gramsci, Togliatti, A. Tasca, Terracini)* und der Neapolitaner Gruppe um die Zeitschrift ›Il Soviet‹ *(Bordiga).* Beide waren schon 1919 für die Neugründung eingetre-

ten und hatten im Oktober 1920 die »Kommunistische Fraktion« gebildet. Entgegen den Erwartungen *Lenins*, der die Spaltung begünstigt hatte, gelang es nicht, die Mehrheit der SOZIALISTEN zu gewinnen. Den 58 000 Stimmen der Kommunisten standen 100 000 der Maximalisten und 15 000 der Reformisten gegenüber. Dagegen schloß sich der Sozialistische Jugendverband mit seinen mehr als 50 000 Mitgliedern der neuen Partei an. Anfang 1921 sah sich die Arbeiterbewegung Italiens durch den Aufstieg des Faschismus mit seinen neuartigen Formen außerstaatlicher Gewaltanwendung in die Defensive gedrängt. Der bürgerkriegsähnliche Klassenkonflikt wie die Ohnmacht der vergeblich auf den Schutz der staatlichen Legalität vertrauenden SOZIALISTEN bestärkten die radikale Gesellschaftsanalyse der PCdI und ihre Forderung nach einer revolutionären Strategie. Bei den Wahlen im Mai 1921 erreichte die PCdI 299 000 Stimmen und 15 Abg. und lag damit weit hinter den SOZIALISTEN (ca. 20 %). Auch in der Gewerkschaftsbewegung kam sie über eine minoritäre Position (ca. 30 %) nicht hinaus. Die scharfe Frontstellung gegen die als Hauptgegner betrachteten SOZIALISTEN erklärt, warum die PCdI die Durchsetzung des Faschismus als eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie betrachtete und keine realistische Bündnis- und Abwehrstrategie entwickelte. Auf dem 2. Kongreß in Rom im März 1922 zählte die Partei 42 000 Mitglieder, davon 25 % in Piemont, 15 % in der Lombardei, 18 % in der Emilia-Romagna und 15 % in der Toskana. Seit der Machtübernahme des Faschismus im Oktober 1922 in die halbe Illegalität gedrängt und durch Verhaftungen und Verurteilungen zahlreicher Kader beraubt, gelang es der PCdI trotzdem, den organisatorischen Zusammenhalt zu wahren (September 1923: 9600 Mitglieder). Bei den letzten halbfreien Wahlen im April 1924 erreichte die Partei, die sich kurz vorher mit dem unter Führung von *G. M. Serrati* stehenden linken Flügel der SOZIALISTEN vereinigt hatte, 268 000 Stimmen und 19 Mandate. Unter dem Einfluß der Komintern wurde 1924/25 der bis dahin vorherrschende intransigente, als »linkssektiererisch« verurteilte Flügel um *Bordiga* entmachtet und durch eine zentristische Führung um *Gramsci, Togliatti* und *Terracini* ersetzt. Dieser gelang in den Monaten der Matteotti-Krise eine organisatorische Rekonsolidierung der Partei (1925: 25 000 Mitglieder). Wenn auch der proklamierte Massenwiderstand gegen den Faschismus (Generalstreik, Gegenparlament) ergebnislos blieb, so wurde die PCdI durch ihre Distanznahme zu allen anderen antifaschistischen Oppositionsgruppen nicht in deren Niederlage hineingezogen. Mit dem Übergang des Faschismus zur offenen Einparteidiktatur kehrte die PCdI in den Zustand der halben Illegalität zurück. Innere wie äußere Zwänge bewirkten jetzt den Übergang zur zentralisierten und hierarchisierten Kaderpartei. Nach der Ausschaltung der Parteilinken erhielt die neue Führung um *Gramsci* und *Togliatti* auf dem III. Parteitag der PCdI in Lyon (Januar 1926) 90 % der Stimmen. In den »Thesen von Lyon« gab sich die PCdI ei auf einer weitgespannten historisch-soziologischen Analyse der italienischen Gesellschaft aufbauendes Aktionsprogramm, das erstmals der Agrar- und Südfrage und dem Problem der Klassenbündnisse große Aufmerksamkeit schenkte, aber trotz differenzierter Argumentation zu dem Schluß kam, ein Sturz des Faschismus sei nur im Bündnis von Arbeitern und Bauern über eine Taktik der massenmobilisierenden Einheitsfront von unten mit Hilfe der sozialistischen Revolution möglich. Zunehmend illegalisiert, wurde die PCdI im November 1926 mit dem Erlaß der Ausnahmegesetze verboten. Teile ihrer Führung, unter anderen *Gramsci, Terracini* und *M. Scoccimarro* wurden inhaftiert. Anders als die bürgerlichen und sozialistischen Oppositionsgruppen hatte sich die PCdI auf die Arbeit in der Illegalität vorbereitet und konnte auf die materielle und ideelle Hilfe der kommunistischen Weltbewegung zählen. In Italien selbst entstanden wechselnde Inlandszentren und eine illegale Gewerkschaftsbewegung, in Frankreich eine Auslandszentrale. Auch wenn durch zahlreiche Verhaftungen zeitweilig die Mehrheit der militanten Kommunisten im Gefängnis oder in der Verbannung saß, gelang es so, als organisierte Alternative zum faschistischen Regime in Italien präsent zu bleiben. Dank des Vorrangs der Parteiarbeit in Italien selbst behielt die Partei relativ enge Bindungen zur Basis. Als Exilpartei finanziell und organisatorisch an die Komintern gebunden, folgte die PCdI nach 1926 den brüsken Kurswechseln dieser Organisation. So verlor die Partei mit der Stalinisierung durch Ausschlüsse 1929/30 sowohl rechte (*Tasca, I. Silone* u. a.) als auch linke, gegen die Sozialfaschismusthese opponierende Flügelgruppen *(A. Leonetti, P. Tresso, P. Ravazzoli, Bordiga)*. Damals glaubte man das faschistische Regime in einer tödlichen Krise und setzte alle verfügbaren materiellen und personellen Reserven ein. Das führte zur Verhaftung und Ausschaltung fast aller nach Italien entsandten Parteikader. 1933/34 kam die illegale Arbeit praktisch zum Erliegen. Erst das Aktionsbündnis mit den Sozialisten (1934) und die Volksfrontpolitik verschafften der PCdI neue Aktionsmöglichkeiten (Mitarbeit in den faschistischen Gewerkschaften, Kampagne um die »Brüder im Schwarzhemd«, Infiltrierung der faschistischen Jugendarbeit). Viele der späteren PCI-Führungskader gingen aus linksfaschistischen Jugend- und Studentengruppen hervor. Seit 1935 zielte die Partei auf eine Politik der breiten Bündnisse zur Schaffung der progressiven Demokratie. Eine erste Chance für die Realisierung einer solchen antifaschistischen Sammlungspolitik bot der Spanische Bürgerkrieg, in dem zahlreiche PCdI-Mitglieder an z. T. führender Stelle *(L. Longo, Togliatti)* mitkämpften. Die stalinistische Repressionspolitik ab 1936 überstand die PCdI-Führung, dank der Anpas-

sungsfähigkeit *Togliattis,* ohne massive Säuberungen oder Deportationen.

Der mit dem Hitler-Stalin-Pakt einsetzende Frontenwechsel wurde auch von der PCdI mitvollzogen und führte nach der Niederlage Frankreichs 1940 zu einem fast völligen Stillstand der Parteiarbeit. Erst mit dem Angriff Deutschlands auf die UdSSR wurde der »imperialistische Krieg« auch für die PCdI zu einem »Befreiungskampf gegen den Faschismus«. In Wiederaufnahme der Volksfrontstrategie kam es im Oktober 1941 zu einem Aktionsbündnis zwischen SOZIALISTEN, PCdI und → GERECHTIGKEIT UND FREIHEIT (GL). Den nach Italien entsandten Emissären gelang es, die Präsenz der PCdI vor allem auf Betriebsebene zu reorganisieren, wie sich bei den großen Streiks im norditalienischen Industriedreieck im März 1943 erstmals zeigte. Gemäß dem Programm einer breiten antifaschistischen Einheitsfront bildete die PCdI nach dem Sturz *B. Mussolinis,* gestärkt durch die Rückkehr von Tausenden von Aktivisten aus den Gefängnissen und der Verbannung, mit den übrigen antifaschistischen Parteien örtliche und regionale Befreiungskomitees und proklamierte als vorrangig die Befreiung vom »Nazifaschismus«. Diesem Ziel war nach Ansicht des Ende März 1944 nach Italien zurückgekehrten *Togliatti* auch die heftig umstrittene Verfassungsfrage unterzuordnen. Mit dieser sog. »Wende von Salerno« (Sitz der damaligen Regierung) trat die Partei, die sich jetzt PCI nannte, im April 1944 in das 2. Kabinett *P. Badoglio* ein. Mit der seit 1934 entwickelten Strategie der Klassen- und Aktionsbündnisse und der bedingten Anerkennung westlich parlamentarischer Verfassungsformen änderte sich auch das Konzept der Partei. Mit der von *Togliatti* proklamierten »Partei neuen Typs« wandelte sich die PCI von einer elitären Kader- in eine breit in alle gesellschaftlichen Räume ausgreifende Massenpartei, die mit 1,8 Mio Mitgliedern (Dezember 1945) zur größten Nachkriegspartei Italiens wurde. Mit der Devise »für jeden Kirchsprengel eine Parteisektion« versuchte die PCI eine der katholischen Kirche gleichkommende Basispräsenz zu organisieren. *Togliatti,* der in seinen Faschismusanalysen die Konsequenzen aus der Niederlage der italienischen Arbeiterbewegung nach 1920 gezogen hatte, sah den Übergang zum Sozialismus jetzt als einen graduellen Prozeß des Seins- und Bewußtseinswandels und als Ergebnis systemüberwindender Reformen. In die gleiche Richtung waren die Überlegungen *Gramscis* (gest. 1937) gegangen, der in seinen nach 1945 veröffentlichten Gefängnisaufzeichnungen einen eigenen, westlichen Weg zum Sozialismus vorgezeichnet hatte.

In richtiger Einschätzung der weltpolitischen Lage, die mit der Anwesenheit alliierter Truppen in Italien jede gewaltsame Machtergreifung illusorisch machte, willigte die PCI-Führung in den Abbau der militärischen und politischen Machtpositionen der von den Kommunisten vielfach dominierten Resistenzabewegung (von ca. 250 000 Aktiven waren im Mai 1945 ca. 60 % Kommunisten). Die von der Parteibasis mehrheitlich als taktisches Zwischenspiel verstandene Wendung verlieh der PCI-Politik den Charakter der Zweideutigkeit. Diese »doppiezza« als Spannung zwischen reformistischer Verfassungs- und revolutionärer Klassenkampfpartei dauerte an. In den Verfassungsberatungen (Vorsitz *Terracini,* PCI) arbeitete die PCI konstruktiv mit an der Erneuerung und Fortentwicklung des parlamentarisch-demokratischen Systems. In ihrem Werben um den Katholizismus fand sie sich sogar bereit, der Übernahme der Lateranverträge in die Verfassung (Art. 7) zuzustimmen. In den ersten allgemeinen Wahlen am 2. 6. 1946 erwies sich die PCI entgegen den Erwartungen nur als drittstärkste Partei (19,0 %) hinter DC und PSI. Der Beginn des Kalten Krieges und die Spaltung der SOZIALISTEN bot im Mai 1947 die Möglichkeit, PCI und PSI aus der Regierung zu verdrängen. Zwischen *De Gasperi* und *Togliatti* kam es zu der stillschweigenden Übereinkunft, den Verzicht auf eine Illegalisierung der PCI mit einer im Rahmen der Legalität bleibenden Oppositionspolitik zu honorieren. Der Versuch allerdings, über ein Linksbündnis den Wählerwillen gegen diese Entwicklung zu mobilisieren, scheiterte in den Aprilwahlen 1948 (PCI + PSI: 31,0 %).

Gleichzeitig überflügelte die PCI die SOZIALISTEN und erlangte eine in den folgenden Jahren immer weiter ausgebaute hegemoniale Stellung auf der Linken. Darauf angewiesen, weder eine offene Konfrontation mit dem bestehenden Herrschaftssystem in Italien noch mit dem von Moskau abhängigen Weltkommunismus zu wagen, hat sich die Politik der PCI nicht so gradlinig entwickelt wie bisweilen behauptet. Bis in die 50er Jahre folgte sie der jeweiligen Marschroute Moskaus, ja übernahm in der Kritik des jugoslawischen Titoismus sogar eine Führungsrolle. Mit der Entstalinisierung gewann die PCI nach innen wie nach außen größere Bewegungsfreiheit. Mit der Kritik am Personenkult und an den bürokratischen Entartungserscheinungen in der UdSSR begann der Mythos der Sowjetunion zu verblassen. Schrittweise verzichtete die PCI auf den Modellcharakter des sowjetischen Staats- und Gesellschaftsaufbaus und versuchte, mit dem Konzept des Polyzentrismus und der »Einheit in der Vielfalt« innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, den »eigenen Weg zum Sozialismus« auch theoretisch abzusichern. Der chinesisch-russische ideologische Konflikt gab *Togliatti* 1964 kurz vor seinem Tod Gelegenheit, in seinem sog. Jalta-Memorandum die Automomie-Positionen der PCI zu bekräftigen. Unabhängigkeit, Gleichberechtigung, Nichteinmischung, Berücksichtigung der jeweils nationalen Traditionen, unlösbarer Zusammenhang zwischen Demokratie, Freiheit und Sozialismus – dies wurden Kernpunkte des PCI-Selbstverständnisses. Die Distanzierung zur Sowjetunion hat sich ohne große Brüche vollzo-

gen und fand ihren bisher offensten Ausdruck in der stets aufrechterhaltenen Kritik der PCI an der gewaltsamen Unterdrückung des tschechoslowakischen Reformexperiments 1968. Auch die östlichen Dissidentenbewegungen fanden vorsichtige Unterstützung bei der PCI. Mit dieser Position »kritischer Solidarität« ist jedoch weder die historisch-gesellschaftliche Höherwertigkeit des realen Sozialismus, noch die grundsätzliche Imperialismus- und Kapitalismuskritik aufgehoben. Der italienische Sozialismus der Zukunft soll pluralistisch und demokratisch sein und weder den bürokratisch-diktatorialen Einparteisystemen des Ostens, noch den neokapitalistischen Reformversuchen westlicher Sozialdemokratien ähneln. Das 1973 gescheiterte chilenische Experiment hat in der PCI die Überzeugung verstärkt, einen erfolgreichen Weg zur Macht könne es unter den gegebenen Umständen nur als »historischen Kompromiß« (*E. Berlinguer* Oktober 1973) zwischen PCI, SOZIALISTEN und CHRISTDEMOKRATEN geben. Der PCI kommt dabei zugute, daß sie mit dem Verzicht auf antiklerikale und atheistische Propaganda und der Anbahnung eines marxistisch-christlichen Dialogs seit 1945 einen Modus vivendi mit Vatikan, katholischer Kirche und DC gesucht hat. So gab es von der Ende 1945 mit der PCI vereinigten Bewegung der kommunistischen Katholiken (»Movimento dei cattolici comunisti«) bis hin zu den 1976 auf der PCI-Liste gewählten Unabhängigen eine beträchtliche Anzahl von Katholiken, die zum Kommunismus übergegangen sind. Mit der Akzeptierung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (ab 1964), der Bejahung der politischen Integration Westeuropas (als unabhängige dritte Kraft zwischen USA und UdSSR), der Mitarbeit in den europäischen Gremien (ab 1969) und der bedingten Anerkennung der NATO-Zugehörigkeit Italiens (ab Juni 1976) hat die PCI außenpolitisch eine deutliche Wende vollzogen. Diese Umarmungsstrategie hat die Attraktivität der PCI für den italienischen Wähler erheblich erhöht. Während die Partei bis Anfang der siebziger Jahre nur langsam wuchs (1953: 22,6 %; 1963:25,3 %; 1972: 27,2 %) stieg ihr Anteil seit 1975 ruckartig an und erreichte bei den Wahlen 1976 34,4 % (227 Abg.). Im August 1976 ermöglichte die Stimmenthaltung der PCI die Bildung der Regierung *G. Andreotti,* im Juli 1977 erhielten die Kommunisten durch Abschluß eines Programmabkommens erstmals ein Mitspracherecht bei der Regierungstätigkeit. Im März 1978 erweiterten sie ihren Einfluß durch den Abschluß eines 2. Programmabkommens. Die Hinhaltetaktik der DC und der wachsende Widerstand der Parteibasis zwang die PCI Anfang 1979 zum Austritt aus der Regierungsmehrheit. Bei den vorgezogenen Neuwahlen 1979 erlitt sie erstmals empfindliche Verluste (30,4 %, 201 Abg.) und proklamierte jetzt die Alternative von direkter Regierungsverantwortung oder konstruktiver Opposition. Die evolutionäre Strategie (*Togliatti:* der Aufbau des Sozialismus ist ein Vorgang, »der mit Spatenstichen und nicht mit Baggern vorangeht«) hat die PCI bislang nur in den Vorhof der direkten Machtbeteiligung geführt. Sie steht unter der heftigen Kritik der Gruppen der Neuen Linken, die ihr »Sozialdemokratismus« und systemstabilisierende Funktionen vorwerfen. Bislang ist es diesen Gruppen jedoch nicht gelungen, sich zu einer handlungsfähigen Linksalternative zu formieren. In wechselnden Koalitionen kamen STÄNDIGER KAMPF (Lotta continua), ARBEITERMACHT (Potere operaio), ARBEITERVORHUT (Avanguardia operaia), MANIFEST (Manifesto) und DEMOKRATISCHE PARTEI DER PROLETARISCHEN EINHEIT (Partito democratico di unità proletaria) 1972 auf 0,7 %, 1976 auf 1,5 %, 1979 auf 2,2 % und stellen somit keine reale Gefahr für die PCI dar. Die PCI verfügte 1979 über 201 Abg. (von 630), 109 Senatoren (von 315) und stellte 1978 318 Regionalräte (von 1025). Fast alle Großstädte nördlich von Neapel wurden 1979 von Kommunisten regiert oder mitregiert. Die PCI stellte den Parlamentspräsidenten und die Vors. von 7 Parlamentsausschüssen, die verfassungsrechtlich an der Gesetzgebung beteiligt sind. Dies sind die mit Abstand größten Machtpositionen einer kommunistischen Partei außerhalb der östlichen Welt.

Mitglieder- und Wahlentwicklung der PCI sind nicht parallel verlaufen. Organisatorisch stand die Partei 1954 mit 2,15 Mio Mitgliedern auf einem seither nicht mehr erreichten Höhepunkt. Zwischen 1954 und 1968 verlor sie ca. 30 % ihrer Mitglieder, um sodann im Verlauf der Studenten- und Jugendrevolte 1968 und dem »heißen Herbst« der Arbeitskämpfe 1969 wieder auf 1,8 Mio anzusteigen. Hier zeigte sich einmal mehr die große Fähigkeit der Partei, auf neue Massenbewegungen und ideelle wie strukturelle Wandlungen zu reagieren und sich in »alle Falten der italienischen Gesellschaft einzuschmiegen« (Togliatti). Trotz einer seit 1968 verstärkten Anziehungskraft der Partei auf die Jugend ist die PCI mit 58 % der mehr als Vierzigjährigen auch heute noch eine relativ überalterte Partei, in deren Führungsgremien allerdings die jüngeren Jahrgänge dominieren. Zugespitzt läßt sich sagen, die PCI sei eine Partei der Alten, die von der Jugend geführt wird. Ein ähnlicher Wandel hat sich auch in der Zusammensetzung des Zentralkomitees und des Parteivorstands vollzogen. Während bis zum Tod *Togliattis* (1964) die Gründer- und Kampfgeneration der Jahre bis 1943 tonangebend blieb, haben mit dem neuen Generalsekretär *E. Berlinguer* (geb. 1922, seit 1972) die Vierzig- und Fünfzigjährigen die Macht übernommen. Die Sozialstruktur der PCI hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Zwar ist sie noch immer zu zwei Dritteln eine Arbeiterpartei, in der jedoch die Mittelschichten rasch an Bedeutung zunehmen. In einer Periode massiven Wachstums der Industriearbeiterschaft nach 1945 ist absolut und relativ der Anteil der PCI zurückgegangen. War 1951 noch jeder fünfte Industriearbeiter

Mitglied der PCI, so 1979 nur noch jeder zwölfte, trotz aller Anstrengungen der Partei, ihren proletarischen Charakter nicht noch weiter abschwächen zu lassen. Das Vordringen der Mittelschichten wird besonders deutlich in der sozialen Zusammensetzung der PCI-Führungsgremien. Von den mittleren Kadern gehörten 1975 ca. 65 % zur Gruppe der Angestellten und Intellektuellen. Fast völlig mittelständisch geprägt sind die obersten Parteigremien; der Anteil der Arbeiter im Parteivorstand ging von 1946 39 % auf gegenwärtig 5,7 % zurück.

Sehr viel weniger weiß man über die Zusammensetzung der PCI-Wählerschaft. Verfolgt von der Furcht vor einer neuen Radikalisierung der Mittelschichten nach rechts, hat die PCI nach 1945 wo immer möglich den Konsens dieser Zwischenschichten gesucht, so im Schutz des Handwerks, des Distributionssystems und im Werben um kleine und mittlere Unternehmer. In Übernahme und Ausbau der alten subkulturellen Zone der Sozialisten ist es der PCI gelungen, im sog. »roten Gürtel« (Emilia-Romagna, Toskana, Umbrien), d. h. gemischten und zum Teil agrarisch geprägten Gebieten eine Partei der sozialen Integration zu werden, die auf lokaler, provinzialer und regionaler Ebene das gesamte gesellschaftliche Leben von der Kommunalpolitik über die Arbeit (Gewerkschaften, Genossenschaften) bis zur Freizeit (Kultur, Theater, Sport) beherrscht. Hier und nicht in den hochindustrialisierten Zonen Nordwestitaliens liegt das Schwergewicht der PCI. Die regionale Verteilung der PCI-Stimmen hat sich jedoch seit 1945 stark angeglichen. In der Eroberung des Südens, wo die PCI seit 1946 ihre Wählerzahl verdreifachen konnte (1976: 31,4 %), steckt, auch wenn Urbanisierung, Industrialisierung und Säkularisierung in die gleiche Richtung wiesen, die vielleicht größte organisatorische Leistung der PCI nach 1945.

In der entscheidenden Umbruchphase bis 1947 gelang es den Kommunisten, das Erbe der sozialistischen Arbeiterbewegung im gewerk- wie genossenschaftlichen Bereich anzutreten. So steht seitdem die größte Gewerkschaft CGIL (4,3 Mio) unter kommunistischer Führung. Mit der seit 1969 hergestellten Aktionseinheit übte die CGIL bestimmenden Einfluß auch auf die sozialdemokratischen und katholischen Gewerkschaften UIL und CISL aus. Der Einfluß der Kommunisten auf Literatur, Wissenschaft und Kunst ist so groß, daß man in etlichen Bereichen von einer kulturellen Hegemonie des marxistisch-kommunistischen Denkens sprechen kann. Seit jüngster Zeit gibt es innerhalb der PCI eine früher unbekannte Diskussionsfreiheit und verdeckte Flügelbildungen der Rechten *(G. Amendola)*, der Mitte *(Berlinguer)* und der Linken *(P. Ingrao, Longo)*. Trotzdem hat die Parteiräson bislang jeden offenen Austrag von Konflikten verhindert. Dank des hierarchisch-oligarchischen Charakters der PCI-Führung kommen die Ansichten der Parteibasis nur sehr vermittelt zum Tragen. Alle Umfragen zeigen, daß die Masse der Parteimitglieder links von der offiziellen Parteilinie steht und zum Teil noch das Konzept der revolutionären Klassenkampfpartei befürwortet.

P. Spriano, Storia del Partito comunista italiano, Turin, 5 Bde., 1967–1975; S. Tarrow, Peasant Communism in Southern Italy, New Haven 1967; D. L. M. Blackmer, Unity in Diversity. Italian Communism and the Communist World, Cambridge, Mass., 1968; D. L. M. Blackmer, S. Tarrow (Hg.), Communism in Italy and France, Princeton 1975; G. Amendola, Der Antifaschismus in Italien. Ein Interview, 1977; Ders., Storia del Partito comunista italiano 1921–1943, Rom 1978.

Italienische Liberale Partei (PLI, Partito Liberale Italiano).

Das liberale Bürgertum, staatsgründende und hegemoniale Kraft im Risorgimento-Italien, hat sich nicht in einer eigenen Partei organisiert (→ Einleitung). Erst in Antwort auf den Aufstieg der sozialistischen und katholischen Massenparteien entstand im Oktober 1922 die PLI, die aber nur eine Minderheit der damaligen Liberalen erfaßte und, da philofaschistisch, gegenüber dem siegreichen Faschismus kein eigenes Profil gewinnen konnte. Erst in der von *G. Amendola, G. Ferrero* und *G. De Ruggiero* 1924 gegründeten Nationalen Union (Unione Nazionale), die zum Kern der antifaschistischen Aventin-Opposition wurde, fand der Liberalismus eine zukunftsweisende Organisationsform und ein antitotalitäres Programm. Mit dem Verbot der Nationalen Union (1926) erlosch jede organisierte Aktivität. Eine illegale antifaschistische Bewegung der Liberalen hat es nicht gegeben. Einflußreich blieben indes Formen des Nichteinverständnisses und der legalen Opposition im kulturellen Raum, wie sie *B. Croce* mit seiner Zeitschrift ›La Critica‹ repräsentierte. Die Neugründung der PLI erfolgte 1943/44 schrittweise im befreiten Süditalien, wo sich liberale Honoratiorengruppen örtlich und regional, anfangs unter unterschiedlichen Namen, zusammenschlossen und in die jeweiligen nationalen Befreiungskomitees eintraten. Die neue PLI wies Namen von großem Prestige auf, neben *Croce* unter anderen *L. Einaudi, C. Antoni, A. Casati, M. Brosio, N. Carandini.* Organ der PLI wurde die von *M. Pannunzio* herausgegebene Zeitung ›Risorgimento liberale‹. In dem Sechsparteienkomitee der Nationalen Befreiung und den von ihm getragenen Regierungen bildete die PLI 1944/45 mit ihren Forderungen nach Wahrung der staatlichen Kontinuität und Legalität den rechten Flügel. In der PLI koexistierten von Anfang an konservative Besitzinteressen (Großagrarier des Südens, Finanz- und Industrieinteressen des Nordens) mit einem progressiven bildungsbürgerlichen Reformwillen. Die Juniwahlen 1946 (6,8 %) zeigten den Einzugsbereich des politisch organisierten Liberalismus drastisch reduziert. Als rechter Flügel der zentristischen Regierungskoalitionen nach 1947 hatte die PLI, die mit *Einaudi, E. Corbino* und *G. Martino* zeitweilig die Wirtschafts- und Außenressorts besetzte, bedeutsamen Anteil am Wiederaufbau, der Öffnung nach Europa und der bündnispolitischen Eingliede-

rung in den Westen. Mit der Übernahme der Parteiführung durch *O. Malagodi* (1954–1975), unter dem sich ein enges Vertrauensverhältnis zwischen PLI und dem Industriellenverband »Confindustria« entwickelte, verstärkte sich der Rechtskurs der Partei. Das führte 1955 zur Abspaltung des linken Flügels, der sich als → Radikale Partei konstituierte. Die PLI bekämpfte die Öffnung nach links und vermochte bei den Wahlen 1963 mit 7,0% das bürgerliche Protestpotential gegen die Linkswendung der Christdemokraten zu kumulieren. Ihre Opposition gegen die Ausweitung des Sozial- und Versorgungsstaates, gegen Wirtschaftsplanung und Verstaatlichungstendenzen führte nicht zu einem ausformulierten neoliberalen Programm. Seit 1960 mit kurzen Unterbrechungen (1972/73, 1976–78) in der Opposition, erlebte die PLI einen langsamen Niedergang, der sich bei den Wahlen 1976 (1,3%; 5 Abg.) katastrophenartig beschleunigt hat. Die Wahlen 1979 brachten dann mit 1,9% (9 Abg.) eine Konsolidierung. Die unter Führung *V. Zanone* stehende Partei besitzt heute ihren Rückhalt im norditalienisch-städtischen Bereich. In Piemont erreichte sie 1979 mit 4,6% ihr bestes Ergebnis. Ohne die früheren Zuwendungen aus Industrie- und Finanzkreisen ist die PLI i ihrer Finanzierung zu 80% auf Staatszuschüsse angewiesen. 1977 zählte die Partei 40 000 Mitglieder in 200 Sektionen und stand damit am Rand der völligen Bedeutungslosigkeit.

Italienische Republikanische Partei (PRI, Partito Repubblicano Italiano).

Gründung am 21. 4. 1895 durch *G. Gaudenzi, G. Bovio, N. Colajanni.* Das auf dem 2. Parteitag in Florenz verabschiedete, von *G. Mazzini* und *C. Cattaneo* beeinflußte radikaldemokratische Programm forderte das allgemeine Wahlrecht, Einführung des Referendums, Wählbarkeit der Beamten, Geschworenengerichte, Volkswehr und weitgehende Föderalisierung. Die soziale Frage sollte, in Ablehnung der Klassenkampftheorien, in der genossenschaftlichen Selbstorganisation (Arbeit und Kapital in einer Hand) der Arbeiter gesucht werden. Antiklerikal und antimonarchisch geprägte Regionen (Emilia Romagna, Marken, Latium, Ligurien) bildeten den Rückhalt der PRI. Bis Dezember 1978 verfügte die Partei über die Tageszeitung ›La Voce Republicana‹ als Presseorgan.

Geschichte: In der Repressionsphase nach 1895 zeitweilig verboten, erreichte die Partei bei den Wahlen 1900 6,1% der Stimmen und 28 Abg. und bildete im Parlament mit den Radikalen und den Sozialisten die »Äußerste Linke«. 1914/15 setzte sie sich für den Kriegseintritt Italiens ein. Nach 1920 geriet die PRI durch den Aufstieg des Faschismus in die Krise. Ende 1926 verboten und 1927 im französischen Exil neu konstituiert, blieb die Partei, von einer kurzfristigen Teilnahme an der »Concentrazione antifascista«, in einer autonomen und deshalb isolierten Stellung. Seit dem August 1943 in den traditionellen Kerngebieten Mittelitaliens durch *G. Conti* und *R. Pacciardi* rekonstituiert, beteiligte sich die PRI mit eigenen Mazzini- und Cattaneo-Brigaden an der Resistenza, trat aber, aus Protest gegen jede Zusammenarbeit mit der Monarchie, nicht den Nationalen Befreiungskomitees bei. Bei den Wahlen 1946 erreichte die PRI mit 1 Mio. Stimmen (4,4%) und 23 Abg. einen unerwarteten Erfolg. Die republikanisch-subkulturelle Verwurzelung hatte sich über die faschistischen Jahrzehnte hinweg in Mittelitalien (12%) und besonders in der Emilia-Romagna (21%) lebendig erhalten. Der Beitritt des nichtsozialistischen Flügels der früheren → Aktionspartei gab der PRI 1947 einen Zuwachs an Modernität und intellektueller Präsenz. Gleichzeitig ermöglichte der Sieg der Republik im Referendum vom 2. 6. 1946 den Übergang von der systemoppositionellen zur systemintegrierten Partei. Im Juli 1946 beteiligte sich die PRI erstmals an der Regierung und gab mit *C. Sforza* (Außenminister 1947–51), *C. Facchinetti* und *U. La Malfa* einen wichtigen ideellen und personellen Beitrag in der Wiederaufbauphase bis 1953. Den zentristischen Regierungen 1953–62 gewährte die PRI zumeist Unterstützung von außen. Mit der von der PRI schon seit 1956 geforderten »Öffnung nach links« begann 1962 eine neue Phase aktiver Regierungsbeteiligung. Insgesamt gehörte die PRI nach 1946 13 von 34 Kabinetten an. Durch den Wählerrückgang in ihren Kernzonen bis 1958 auf 1,4% zurückgefallen, hat die PRI in einem langsamen Wiederaufstieg 1979 3,0% (16 Mandate) erreicht. Überdurchschnittlich vertreten ist sie in Piemont (4,2%) und der Emilia Romagna (4,2%), in den Orten bis zu 5000 Einwohnern gewann sie 1976: 1,9%, in den Großstädten 4,3% der Stimmen. In einem starken Wandel der Wähler- und Mitgliederstruktur ist die PRI so von einer kleinbürgerlich-proletarischen, regional verankerten und vielfach sektiererischen Partei zu einer städtischen, landesweit präsenten Partei des progressiven Bürgertums und der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz geworden. Unter den kleinen laizistischen Mittelparteien war die PRI als Partei der modernen industriellen Demokratie mit stark pragmatisch-technokratischen Zügen die einzige, die sich dank ihrer Vitalität erfolgreich der Tendenz zum Zweiparteiensystem hat widersetzen können. Mit ihrem Kampf gegen klerikale und integralistische Tendenzen bildet sie ein kritisches Korrektiv zur Christlichen Demokratie. Neben Politikern wie *G. Spadolini* und *B. Visentini* war die dominierende Figur der PRI der frühere Generalsekretär (1965–73) und spätere Präsident der Partei *La Malfa* (1903–1979), der als glänzender Wirtschaftsfachmann schon seit Mitte der 60er Jahre in hellsichtigem Pessimismus (»die Kassandra Italiens«) die strukturellen und politischen Ursachen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftskrise analysiert hat. *La Malfa* sah Italien am Rande des Bürgerkrieges und forderte seit

1977 den Einschluß der PCI in eine nationale Notstandsregierung, um Finanzen und Wirtschaft zu sanieren und die Zugehörigkeit Italiens zu Westeuropa zu retten. Die PRI hat seit 1965 ihre Mitgliedschaft auf 110 000 (1979) fast verdoppelt. Generalsekretär war 1976–79 *O. Biasini*, seitdem *Spadolini*.

U. La Malfa, Intervista sul non-governo, Bari 1977.

Italienische Sozialbewegung (MSI, Movimento Sociale Italiano). Neofaschistische Partei nach 1945.

Gründung: 26. 12. 1946 durch *G. Almirante, G. Pini, P. Romualdi, A. Michelini.*

Programm: Die MSI griff auf die klassensolidarischen, antikapitalistischen und antimarxistischen Zielsetzungen der Republik von Salò (→ Nationale Faschistische Partei, PNF) zurück. Gefordert wurde unter anderem die Wiederherstellung »der natürlichen und historischen Grenzen« Italiens (Revision des Pariser Friedensvertrages), Rückgewinn der Machtstellung im Mittelmeerraum, Schutz der italienischen Emigranten im Ausland, Stärkung der machtstaatlichen Voraussetzungen im Innern durch Zurückdrängung der Parteiendemokratie, Stärkung der Exekutive, Bekämpfung aller dezentralisierenden und föderalistischen Tendenzen, Kampf gegen Liberalismus, Sozialismus und Kommunismus, Verbot der Kommunistischen Partei. Als positive Alternative propagierte die MSI die »organisierte, zentralisierte und autoritäre Demokratie«. Kern der im einzelnen vielfach wandelbaren Programmatik bildete ein rabiater Nationalismus (»wir proklamieren feierlich ... den unverletzlichen Vorrang, den die moralischen und materiellen Interessen Italiens ... vor denen jedes anderen Landes besitzen«, V. Parteitag Mailand 1956) und ein zum Teil religiös, zum Teil politisch motivierter irrationaler Antikommunismus. Vor allem letzterer konnte nach dem Zerfall der großen antifaschistischen Regierungskoalition 1947 und dem Beginn des Kalten Krieges die Partei vor der italienischen Öffentlichkeit schnell legitimieren.

Organisation: Die MSI hatte 1976 die Unterstützung von 2,1 Mio. Wählern und zählte 420 000 Mitglieder, 106 Provinzialverbände, über 4000 Ortsgruppen, ca. 200 Provinz- und Regionaldeputierte, ca. 2500 Stadtverordnete und 32 Bürgermeister, dazu 24 Abg. und Senatoren in Kammer und Senat. Auch wenn das Parteistatut die Bestellung aller Führungsgremien durch Wahl vorsieht, so enthält die Praxis starke Elemente des Führer- und Delegationsprinzips nach faschistischer Art.

Presse: ›Il Secolo d'Italia‹.

Geschichte: Ihren ersten Massenanhang fand die ideell an die Bürgerkriegsfronten der Jahre 1943–45 gebundene MSI in den früheren Anhängern der kurzlebigen → Jedermannsfront. Bei den Wahlen 1948 erreichte sie 2,0%, bei den Wahlen 1953 5,8% und 29 Mandate. Den stärksten Rückhalt fand die MSI im Süden, wo die Partei vor allem im städtischen Bereich rasch lokale, klientelar abgestützte Machtpositionen aufbauen konnte und durch Wahlabsprachen mit Monarchisten und Liberalen in zahlreiche Kommunalvertretungen einzog. Mit dem 1950 gegründeten Gewerkschaftsverband CISNAL (»Confederazione Italiana dei Sindacati Nationali dei Lavoratori«, 1968: 1,4 Mio.) und weiteren flankierenden Organisationen, darunter dem »Frontkämpferverband« UNCRSI (Unione Nazionale Combattenti Repubblica Sociale Italiana) und dem Studentenverband FUAN näherte sich die MSI potentiell der Struktur einer Massenpartei. Allein die MSI-nahen Schüler-, Jugend- und Studentengruppen zählten zeitweilig über 100 000 Mitglieder. Hatte die MSI unter ihrem ersten Generalsekretär *Almirante*, nach 1943 Kabinettschef im Propagandami isterium der Republik von Salò und Führer des intransigenten Flügels, hart am Rand der Legalität operiert (Art. XII der Schlußbestimmungen der Verfassung verbietet die Neugründung der faschistischen Partei), so ging die Partei unter den Nachfolgern *A. De Marsanich* (1950–54) und *Michelini* (1954–69) auf einen systemnahen, parlamentarisch-legalistisch abgesicherten Kurs. Dabei konnte an dem direkten Nachfolgecharakter zum Faschismus angesichts ihres Programms und der Zusammensetzung ihrer weitgehend aus der Republik von Salò stammenden Führungsgruppe und deren offenen Solidaritätserklärungen (»keine Wiederherstellung, aber auch keine Verleugnung des Faschismus«) kaum Zweifel bestehen. *Michelini* verfolgte das Ziel, die zentristischen Regierungen von außen her zu beeinflussen und langfristig die Partei durch die Bildung einer großen Rechten (Liberale, Monarchisten, MSI) regierungsfähig zu machen. Dieser flankierende Kurs führte lokal und regional zu taktischen Allianzen mit den Mittelparteien und auf nationaler Ebene zu mehrfacher stimmentscheidender Unterstützung, so bei den Regierungen *Pella* (1953/54) und *Zoli* (1957/58) wie auch bei den Präsidentschaftswahlen 1955, 1962 und 1971. Dieser Legalitätskurs kostete andererseits die Unterstützung der radikalfaschistischen Gruppen, die sich nach 1951 verselbständigten und zum Teil in heftige Polemiken mit der MSI gerieten. Diese legalistisch-parlamentarische und subversiv-radikalfaschistische Doppelstellung hat die Entwicklung der MSI bis heute bestimmt. Mit der Bildung der auf die MSI-Stimmen angewiesenen Minderheitsregierung *Tambroni* 1960 fast als regierungsfähig akzeptiert, versetzte die »Öffnung nach links« ab 1962 die MSI in eine immer stärker akzentuierte systemoppositionelle Stellung, die *Almirante* ab 1969 erneut den Parteivorsitz einbrachte. Die Jugend- und Studentenrevolte 1968 und das Wiederaufflammen der Arbeitskämpfe ab 1969 führte zu einer Revitalisierung der radikalfaschistischen, vielfach an nationalsozialistisches Gedankengut anknüpfenden Gruppen und zu einer Eskalierung terroristischer Gewaltanwendung.

Hatte die MSI in den 60er Jahren bei ca. 5 % stagniert, so erreichte sie bei den Regionalwahlen 1971 (Sizilien: 17,5 %) und den Parlamentswahlen 1972 (Süden: 13,7 %) beträchtliche Erfolge und einen nationalen Durchschnitt von 8,7 %. Zu diesem Ergebnis hatte der Zusammenschluß mit den monarchischen Restgruppen unter dem neuen Namen Italienische Sozialbewegung – Nationale Rechte (MSI-DN Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale) beigetragen. Die das Land seit 1969 erschütternde Welle der Gewalt, für die vielfach rechtsextremistische, mit der MSI durch manche organisatorischen, personellen und finanziellen Fäden verbundene Splittergruppen (Ordine Nuovo, Fronte Nazionale, Avanguardia Nazionale) verantwortlich waren, hat die konservative Glaubwürdigkeit der MSI als law-and-order-Partei erneut diskreditiert. Ende 1976 sezessionierte der gemäßigte, ex-monarchistische Flügel (17 Abg., 9 Senatoren) und gründete die Nationale Demokratie (Democrazia Nazionale), die jedoch bei der ersten Wahlprobe 1979 mit 0,6 % völlig erfolglos blieb. Auch die MSI hat von dem Linkstrend der letzten Jahre und der durch den Vormarsch der Kommunisten hervorgerufenen sozialpsychologischen Polarisierung nicht profitieren können, wie die stetige Abnahme seit 1972 zeigt. Bei den letzten Wahlen 1979 ist die Partei mit 5,3 % (30 Abg.) wieder auf den Stand der 60er Jahre zurückgefallen. Die MSI-Wählerschaft rekrutiert sich überwiegend aus dem urbanen Bereich Mittel- und Süditaliens. Der Mißerfolg der Industrialisierungsstrategie der Mitte-Links-Regierungen sowie die durch die Wirtschaftskrise verstärkte Arbeitslosigkeit hat vor allem in den Großstädten ein wachsendes Protestpotential geschaffen. MSI-Wähler sind am Rande oder außerhalb des Produktionsprozesses lebende kleinbürgerliche und subproletarische Schichten sowie scharf antikommunistische Teilgruppen des Großbürgertums.

Zahlreiche Prozesse gegen Mitglieder MSI-naher neosquadristischer Gruppen haben die Partei in die Defensive gedrängt. Gerichtlich ist ihr attestiert worden, sie sei eine Partei, »die die antidemokratischen Ziele des Faschismus verfolgt und die ihn verherrlicht, die Gewalt als politisches Mittel gebraucht und die von der Verfassung garantierten Freiheiten unterdrückt«.

G. Galli, La crisi italiana e la destra internazionale, Mailand 1974; P. Rosenbaum, Neofaschismus in Italien, 1975; P. G. Murgia, Ritorneremo! Storia e cronaca del fascismo dopo la Resistenza, Mailand 1976.

Italienische Sozialistische Demokratische Partei (PSDI, Partito Socialista Democratico Italiano).

Am 11. 1. 1947 in Rom (Palazzo Barberini) durch *G. Saragat, G. Faravelli, P. Treves, R. Tremelloni, U. G. Mondolfo, M. Matteotti* als Sezession von der → Italienischen Sozialistischen Partei (PSI) gegründet. Der neuen Partei, die bis 1952 den Namen Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter (Partito Socialista dei Lavoratori Italiani) trug, traten in den folgenden Monaten 50 der (insgesamt 115) sozialistischen Abg. bei. Der Zuzug an der Basis war mit 200 000 (von 860 000) geringer. Die Spaltung wurde getragen von dem autonomistischen Flügel, der angesichts des beginnenden Kalten Krieges das im Oktober 1946 erneuerte Aktionsbündnis zwischen PSI und Kommunisten kritisierte und längerfristig eine Fusion beider Parteien unter kommunistischer Hegemonie fürchtete. Mit dem Programm eines demokratisch-antitotalitären, westlich orientierten Sozialismus nahm die PSDI die Traditionen des reformistischen Sozialismus von *F. Turati* und *G. Matteotti* wieder auf. Die PSDI war anfangs neutralistisch und föderalistisch orientiert und befürwortete eine weitgehende Einigung Europas. In den 50er Jahren verstärkten sich, auch dank enger Bindungen zu den USA-Gewerkschaften, ihre philoamerikanischen und antikommunistischen Züge. Die Hoffnungen, aus der PSDI nach dem Vorbild anderer westeuropäischer sozialdemokratischer Parteien das Zentrum der Reform- und Modernisierungstendenzen innerhalb der italienischen Gesellschaft zu machen, erfüllten sich nicht. Nach ersten Wahlerfolgen 1948 (7,1 %) stagnierte die Partei in der Folgezeit bei ca. 5 % (1958: 4,6 %; 1963: 6,1 %; 1972: 5,2 %). Mit der Annäherung der PSI an das westliche Bündnis- und Wertesystem und ihrem Eintritt in die Regierung 1962/63 fielen die Gründe für die Spaltung 1947 fort. Die durch den Egoismus der Parteiapparate lange behinderte, erst 1966 realisierte Wiedervereinigung zwischen PSI und PSDI zur Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU, Partito Socialista Unitario), die an der Basis nur teilweise mitvollzogen wurde, überstand die schwere Wahlniederlage 1968 (PSI und PSDI 1963: 20,0 %; PSU 1968: 14,5 %) nur um ein Jahr. 1969 verselbständigte sich die PSDI erneut. Die Partei war der häufigste Regierungspartner der Christdemokraten und nach 1947 an 16 von 32 DC-Kabinetten beteiligt, weitere 9 hat sie von außen unterstützt. Wegen ihrer geringen Stärke hat sie aber keinen wesentlichen Einfluß auf die Gesamtpolitik gewinnen können. Ihre Einbeziehung in das Patronagesystem der DC hat ihr einen gewissen Rückhalt in den Mittelschichten gesichert, ihr aber auch den Ruf der Korruptionsanfälligkeit eingetragen. Der frühere PSDI-Parteisekretär und Verteidigungsminister *M. Tanassi* gehörte zu den Hauptangeklagten im Lockheed-Prozeß 1978/79 und wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Die PSDI erhebt noch immer den Anspruch, eine Arbeiterpartei zu sein. Sie verfügt in der – zusammen mit den Republikanern – aufgebauten Gewerkschaft UIL (ca. 840 000 Mitglieder) über eine begrenzte Arbeitnehmerbasis. Nach Schätzungen kamen 1972 50 % ihrer Wählerstimmen aus diesem Raum. Weitere 30 % stammten aus dem alten Mittelstand. Der norditalienisch-städtische Wählerrückhalt (1948: 10 %) ist der Partei jedoch weitgehend verlorengegangen, statt dessen ist sie in

den ländlich-kleinstädtischen Zonen des Südens, d. h. im unterentwickeltsten Bereich der italienischen Gesellschaft, überrepräsentiert. Die PSDI zählte 1977 190 000 Mitglieder in 4200 Sektionen. Der geringe Selbstfinanzierungsgrad von 24 % (PCI: 66,6 %; PSI: 65,4 %) zeigt den geringen Aktivitätsgrad der Basis. Die Partei sucht seit ihrer Wahlniederlage 1976 (3,4 %; 15 Abg.) unter ihrem neuen Sekretär *P. Longo* durch eine doppelte Abgrenzungspolitik gegenüber DC und PCI ein neues Profil, sieht aber das Einzugsfeld des demokratischen Sozialismus weitgehend durch PCI und PSI okkupiert. Der Wahlerfolg 1979 (3,8 %; 20 Abg.) zeigt immerhin, daß die Konsolidierung der Partei gelungen ist.

G. Averardi, I socialisti democratici. Da Palazzo Barberini alla scissione del 4 luglio 1969, Mailand 1977.

Italienische Sozialistische Partei (PSI, Partito Socialista Italiano).

Gründung: 14./15. 8. 1892 in Genua durch *F. Turati* und *A. Kuliscioff* unter der Bezeichnung Partei der italienischen Arbeiter (Partito dei lavoratori italiani, ab 1895: PSI)

Programm: Das in Genua verabschiedete Programm stand stark unter dem Einfluß des Erfurter Programms der deutschen SPD. Vor dem Hintergrund des Klassenkampfes akzeptierte die PSI die Mitarbeit in den Institutionen des bürgerlichen Staates mit dem Fernziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Übergangs zum Sozialismus. (Für die späteren Programmänderungen 1919, 1934, 1956, 1976 vgl. unten).

Organisation: Die PSI bestand anfangs aus einem Bund föderierter lokaler Arbeitervereine und Berufsverbände. 1895 ging sie zum Prinzip der individuellen Mitgliedschaft und zu einem territorial gegliederten, vom gewerk- und genossenschaftlichen Raum losgelösten Organisationsprinzip über. Mit einem vierstufigen Aufbau (Sektion, Ortsverein, Provinzialverband, Vorstand und Parlamentsfraktion) wurde die PSI zum Vorbild einer modernen Massenpartei in Italien. Die Parteiorganisation der PSI ist heute weit schwächer als die der Kommunisten. Die Mitgliederzahlen liegen, mit starken jährlichen Schwankungen, um die Halbmillionengrenze (1961: 465 000; 1972: 575 000; 1980: 510 000). Die Fluktuation ist hoch und liegt in manchen Jahren über 20 %, Zeichen für eine diskontinuierliche Arbeit an der Basis. Der Versuch, neben der Territorialgliederung einen Betriebszellenapparat (Nuclei Aziendali Socialisti, NAS) aufzubauen, ist ohne größere Bedeutung geblieben. Dem Zentralkomitee gehörten (1978) 227, dem Vorstand 25 Mitglieder an. Die die Aktionsfähigkeit der Partei zeitweilig stark behindernde Correnti-Bildung, Vorstufe zu den jeweiligen Spaltungen, scheint an Bedeutung abzunehmen.

Presse: ›Avanti!‹, Tageszeitung, 1896 bis heute; ›Critica Sociale‹, Zeitschrift, 1892 bis heute; ›Mondoperaio‹, Zeitschrift, 1948 bis heute.

Geschichte: Die Partei entstand aus der Vereinigung zweier regionaler Traditionen, der von *A. Costa* 1881 gegründeten bakunistisch-anarchistisch inspirierten Revolutionären Sozialistischen Partei (Partito socialista rivoluzionario) mit dem Rückhalt in der Emilia-Romagna und der ökonomisch-genossenschaftlich orientierten lombardischen Arbeiterbewegung, vertreten durch die Arbeiterpartei (Partito operaio, seit 1882). Die im Zeichen des von *A. Labriola* in Italien verbreiteten marxistischen Denkens stehende Hinwendung zu Legalität und zur politischen Aktion ermöglichte 1892 den Zusammenschluß und die Ablösung von radikaldemokratischen, republikanischen und anarchistischen Bestrebungen.

In der Repressionszeit nach 1894 in ihrer Arbeit stark behindert und zeitweilig verboten, erlebte die PSI in der ökonomischen Aufstiegsphase der sog. *Giolitti*-Ära nach 1900, parallel zu dem mit der Legalisierung des Streikrechts einsetzenden Aufschwung der Gewerkschaften ein rasches Wachstum, das durch eine gradualistische Taktik und Bündnisse mit linksbürgerlichen Kräften gekennzeichnet war. Die PSI-Stimmen stiegen von 1895: 76 359 (= 6,1 %) auf 1913: 1 146 948 (= 22,9 %). Der Dualismus Italiens spiegelte sich in der geographisch ungleichen Verteilung: hohe Anteile im industrialisierten Nordwesten, dominierende Positionen in der »roten Zone« (Emilia-Romagna 1913: 45 %), schwache Präsenz im gesamten Süden. Von den 44 000 Mitgliedern 1907 gehörten 43,3 % dem städtischen, 15,0 % dem ländlichen Proletariat an, 14,9 % waren Handwerker. Mit der Niederlage der Parteilinken (1908: Ausscheiden der revolutionären Syndikalisten) schien es zu einer langfristigen Modernisierungsallianz zwischen liberaldemokratischem Bürgertum und reformistischem Sozialismus zu kommen. Erst die Rückwirkungen des Libyenkrieges 1911/12 und der Ausschluß der revisionistischen Gruppe um *I. Bonomi* und *L. Bissolati* (Gründung der ohne Massenanhang bleibenden Italienischen Sozialistischen Reformistischen Partei – Partito Socialista Riformista Italiano) führte zum Sieg des von *B. Mussolini* geführten klassenintransigenten revolutionären Flügels. In den Traditionen der II. Internationale stand die Haltung absoluter Neutralität (»nicht mitmachen, nicht sabotieren«), die die PSI bei Kriegsausbruch 1914 einnahm. Diese für Westeuropa einzigartige Ablehnung des nationalen Konsenses zugunsten der Klassensolidarität hat den folgenden, für den westlichen Sozialismus so untypischen Weg der PSI bestimmt. Die innenpolitische Radikalisierung der Kriegsjahre wie der Mythos der siegreichen Oktoberrevolution verstärkten die Hoffnungen auf die gewaltsame Niederwerfung der bürgerlichen Klassenherrschaft und die Diktatur des Proletariats (Programm des Parteitags in Bologna 1919). Bei den Wahlen 1919 errang die zur Massenpartei aufgestiegene PSI (1919: 87 000; 1920: 216 000 Mitglieder)

34,3 % der Stimmen. Gleichzeitig schloß sie sich der III. Internationale an.

Der revolutionäre Attentismus wurde der PSI angesichts des Aufstiegs des Faschismus, zum Verhängnis. Erbittert über den handlungsunfähigen Maximalismus (nach dem 1919 beschlossenen Maximalprogramm), spaltete sich 1921 der linke Flügel als KOMMUNISTISCHE PARTEI ITALIENS ab (→ ITALIENISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI). 1922 folgte der rechte Flügel um *Turati, C. Treves* und *G. Matteotti*, der die VEREINIGTE SOZIALISTISCHE PARTEI (PSU, Partito Socialista Unitario) gründete und sich, zu spät, zur Mitarbeit bei der Verteidigung des bürgerlichen Rechtsstaates bereit erklärte. Diese Dreigliederung in eine kommunistische, sozialistische und sozialdemokratische Tradition, mit der Suche nach einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, ist seither ein Charakteristikum der italienischen Linken geblieben. PSI und PSU erreichten bei den letzten halbfreien Wahlen 1924 noch 4,9 % bzw. 5,9 %. Mit den übrigen Parteien wurden beide 1926 verboten.

Der schwierige organisatorische und ideelle Neuanfang im französischen Exil führte PSI und PSU ab 1927 zur Zusammenarbeit in der antifaschistischen Sammelbewegung »Concentrazione antifascista« und 1930 zur Wiedervereinigung. Die Volksfrontwende des Weltkommunismus nach 1934 ermöglichte das Aktionsbündnis zwischen PSI und PCI, das – mit Unterbrechung 1939–41 – zwei Jahrzehnte von 1934–56 dauerte. Der Sturz des Faschismus gab den Sozialisten die Möglichkeit zur Rekonstituierung der Partei auf italienischem Boden. Aus verschiedenen illegalen Neuansätzen, u. a. der Anfang 1943 von *L. Basso* und *L. Luzzatto* geschaffenen BEWEGUNG DER PROLETARISCHEN EINHEIT (MUP, Movimento di Unità Proletaria) entstand am 22. 8. 1943 in Rom die ITALIENISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI DER PROLETARISCHEN EINHEIT (PSIUP, Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria). Zum Generalsekretär wurde *P. Nenni* gewählt. Die Parteiführung vereinte sehr unterschiedliche Erfahrungen aus Emigration (*Nenni, G. Saragat*), Illegalität, Gefängnis und Verbannung (*S. Pertini, R. Morandi*) und jugendlicher Kriegsgeneration (*E. Curiel, E. Colorni*). Die PSIUP erneuerte die Aktionseinheit mit der PCI, beteiligte sich an dem Nationalen Befreiungskomitee CLN (→ Einleitung) und organisierte eigene Widerstandsbrigaden. Mit der Betonung der Resistenza als doppeltem Kampf um nationale und soziale Befreiung wie auch mit der jakobi schen Forderung nach einer durch die CLN legitimierten Notstandsregierung als Vorstufe zu einer sozialistischen Arbeiterrepublik stand die PSIUP zum Teil links von der PCI. Im Kampf um Republik und Konstituante errangen die Sozialisten bedeutende Erfolge. Beteiligt an den Regierungen *I. Bonomi, F. Parri* und *A. De Gasperi* 1944–47 erwies sich die PSIUP bei den Wahlen 1946 mit 20,7 % der Stimmen als zweitstärkste Partei. Im Nordwesten lag sie bei 30 % (PCI: 22 %) und repräsentierte so die Mehrheit der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterbewegung. Die Forderung nach Einheit der Arbeiterklasse, die 1945/46 die Mehrheit der PSIUP für eine Vereinigung mit den KOMMUNISTEN eintreten ließ sowie der letzteren organisatorische Überlegenheit brachten die Sozialisten ins Hintertreffen. Der Ausbruch des Kalten Krieges wurde ihnen zum Verhängnis. Gemäß ihren neutralistischen und pazifistischen Traditionen und getragen von der antifaschistischen Solidarität, wendete sich die PSIUP gegen die Alternative von totalitärem und demokratischem System und die Logik der Blockbildung. Ablehnend gegenüber dem Weg der westlichen Sozialdemokratien und auf der Suche nach dem dritten Weg geriet die Partei in das Spannungsfeld des Ost-West-Konflikts und zerbrach. Im Januar 1947 spaltete sich der prowestliche Flügel unter *Saragat* ab und konstituierte die → ITALIENISCHE SOZIALISTISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI. Organisatorisch geschwächt und desorientiert, geriet die zum alten Namen PSI zurückkehrende Partei bis in die 50er Jahre hinein ganz unter kommunistischen Einfluß. Die Wahlniederlage der Volksfront 1948 war wesentlich eine Niederlage der Sozialisten (40 Abg. statt 1946: 115). Die Mitgliederzahl fiel von 860 000 (1946) und 822 000 (1947) auf 430 000 (1949). Der politische Führungsanspruch innerhalb der Arbeiterbewegung ging so eindeutig auf die PCI über. Dank der zähen, an Leninschen Prinzipien orientierten Organisationsarbeit *R. Morandis* erlebte die PSI eine schrittweise Stabilisierung (1952: 700 000 Mitglieder) und erste Wahlerfolge (1953: 12,7 %). Die Herauslösung aus dem Aktions- und Solidaritätsbündnis mit der PCI beschleunigte sich 1956 mit der Entstalinisierung. Gleichzeitig eröffnete die PSI eine Phase des Dialogs mit dem Katholizismus und der CHRISTLICHEN DEMOKRATIE (DC). Die lange Wachstums- und Stabilitätsperiode stärkte die reformistischen, systempositiven Tendenzen innerhalb der Partei und führte mit der Anerkennung der westeuropäischen Integration und des atlantischen Bündnissystems 1962/63 zum Eintritt in die sog. Mitte-Links-Regierungen. Hinter dieser 1964 mit der Absplitterung des linken Flügels (SOZIALISTISCHE PARTEI DER PROLETARISCHEN EINHEIT, Partito Socialista di Unità Proletaria, geführt von *Basso* und *T. Vecchietti*, 1974 mit der PCI vereinigt) bezahlten Umkehrung der Allianzen stand die Hoffnung auf eine konsequente Reformpolitik und die Entstehung einer nach Europa offenen, demokratischen und sozialistischen Reformpartei, fähig, die Mehrheit der Arbeiterbewegung zurückzugewinnen. Die Wahl *Saragats* zum Staatspräsidenten 1964 und der Zusammenschluß von PSI und PSDI zur VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN PARTEI (PSU, Partito Socialista Unitario) 1966 schienen erste Schritte auf diesem Weg. Zu schwach, um nach ersten erfolgreichen Ansätzen (Schulreform, Verstaatlichung des Energiesektors) weitere Punkte ihres Reformprogramms gegen den Immobilismus der DC durchzusetzen, brach die

neue Partei nach der schweren Wahlniederlage 1968 (PSI + PSDI 1963: 20,0%; PSU 1968: 14,5%) schon 1969 wieder auseinander. Auch wenn die Periode der Mitte-Links-Regierungen erst 1976 auslief, befand sich die PSI seit 1969 erneut auf Linkskurs. Die Wirtschafts- und Gesellschaftskrise Italiens mit ihrer Intensivierung der Arbeitskämpfe verstärkte erneut die kapitalismuskritischen, klassenkämpferischen Züge. Im Gegenzug zum »Historischen Kompromiß« der PCI propagiert die Partei seit Anfang 1976 die »sozialistische Alternative«. Das auf dem XLI. Parteitag in Turin April 1978 beschlossene Programm zielt auf eine Allianz der Linksparteien unter Einschluß progressiver Gruppen aus dem katholischen Lager. Gleichzeitig versucht die PSI mit der Forderung, die PCI müsse die Nabelschnur zum Kommunismus Moskauer Prägung durchschneiden und die innerparteiliche Demokratisierung zulassen, die autonomistische Entwicklung dieser Partei voranzutreiben. Mit dieser Doppelstrategie gegen DC und PCI bezeichnet sich die PSI als einzige Partei, »die auf Grund ihrer Geschichte, ihrer Traditionen und ihrer gesellschaftlichen Verwurzelung fähig ist, den Fortschritt der Demokratie zum Sozialismus ohne das Risiko des Integralismus oder der Hegemonie einer Partei zu garantieren«. Das Schwergewicht der PSI-Mitgliedschaft hat sich seit den 50er Jahren nach Süden verlagert. Stammten 1961 nur rund 40% der Mitglieder aus Süd- und Inselitalien, so näherte sich ihr Anteil 1970 der 60% Grenze. Parallel zu dieser, von der Partei mit Besorgnis betrachteten Meridionalisierung vollzog sich ein Rückgang der Arbeiterklasse. Betrug deren Anteil 1945 62,0%, so lag er 1980 bei 30,0%. Stark im Vordringen sind die Mittelschichten und die Nichtberufstätigen. Diese Veränderungen gehen weit über den Strukturwandel der italienischen Bevölkerung hinaus und haben den Charakter der PSI als einer Arbeiterpartei stark abgeschwächt. Der Meridionalisierung der Mitgliederstruktur entsprach eine, wenn auch nicht so ausgeprägte Südverlagerung der Wählerverteilung. Wahlsoziologische Untersuchungen zeigen, daß das PSI-Votum häufig von einem Wechselwähler stammt, der sich zum Beispiel auf der Wanderung von der katholischen zur kommunistischen Subkultur befindet. Der Sozialismus besitzt eine zu geringe soziale Präsenz, um diese Meinungswähler mentalitäts- und milieumäßig einbinden zu können. Nach Schätzungen wählten 1968 nur noch 12% der Arbeiterklasse PSI, d.h. kaum mehr als der nationale Durchschnitt, während 13,7% der Angestellten und Beamten PSI-Wähler waren. Die Schwäche der PSI erklärt sich zum Teil aus der mangelnden soziokulturellen Verankerung und dem weitgehenden Fehlen flankierender Massenorganisationen im gesellschaftlichen Raum. In der PCI-beherrschten, größten Gewerkschaft CGIL stellen die Sozialisten eine Minderheit von ca. 25%, in der UIL ca. 50%. Auch im genossenschaftlichen und kulturellen Raum sehen sich die Sozialisten zumeist in der Rolle eines Juniorpartners der PCI.

Bis in die 70er Jahre gab in der Parteispitze noch die Vorkriegs- und Resistenzageneration den Ton an. Politiker wie *Nenni* (1891–1980) *Lombardi* (geb. 1901) und *De Martino* (geb. 1907) prägten die Parteiführung. Erst mit der Niederlage 1976 kam es mit der Wahl von *B. Craxi* (geb. 1934) zum Generalsekretär und von *C. Signorile* (geb. 1937) zu seinem Stellvertreter zu einem Generationswechsel, der die Vierzigjährigen an die Macht brachte. Die neue, am Vorbild der französischen Sozialisten orientierte und technokratisch geprägte Parteiführung hat mit dem Gewinn einer breiten Mehrheit auf dem Turiner Parteitag im April 1978, dem allerdings geringen Stimmenzuwachs bei den Wahlen im Juni 1979 (9,8%; 62 Abg. gegenüber 1976: 9,6%; 57 Abg.) und der Wahl des Sozialisten *S. Pertini* zum Staatspräsidenten erste Erfolge aufzuweisen.

G. Arfé, Storia del socialismo italiano (1892–1926), Turin 1965; G. Manacorda (Hg.), Il socialismo nella storiad'Italia, Bari 1966; L. Valiani, Questioni di storia del socialismo, Turin 1975; Trent' anni di politica socialista (1946–1976), Rom 1977.

Italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP, Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria) → Italienische Sozialistische Partei.

Italienische Volkspartei (PPI, Partito Popolare Italiano). Erster Versuch einer katholischen Sammlungspartei nach 1918.

Gründung am 18. 1. 1919 in Rom durch *C. Santucci, S. Cavazzoni, A. Grandi, E. Martire, U. Merlin* und *L. Sturzo*.

Programm: Das auf dem I. Parteitag in Bologna im Juni 1919 beschlossene Programm sah vor: Verfassungsreform (Verhältniswahlrecht, Frauenstimmrecht, Volkswahl des Senats), Verwaltungsdezentralisierung und Aufbau lokaler und regionaler Autonomien, Agrarreform (Aufsiedlung des Großgrundbesitzes), Steuerreform (progressive Einkommensteuer), Schulreform, Förderung der kleinbäuerlichen und mittelständischen Interessen, Ausbau der Sozialgesetzgebung, Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, Unterstützung des Völkerbundes, internationale Aussöhnung. Der akonfessionelle Charakter der Partei wurde betont. Über das Staat-Kirchen-Verhältnis hieß es: »Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche bei der vollen Entfaltung ihres geistigen Lehramts. Freiheit und Achtung des christlichen Gewissens, das als Grundlage ... des Lebens der Nation betrachtet wird.«

Organisation: Auf dem Parteitag in Bologna zählte die PPI 850 Ortsgruppen mit 56 000 Mitgliedern. Bis zum II. Parteitag in Neapel im April 1920 erhöhten sich diese Zahlen auf 3173 Ortsgruppen mit 255 000 Mitgliedern. Die PPI wurde damit neben den SOZIALISTEN zur zweiten modernen Massenpartei Italiens. Die Partei war zentralistisch organisiert. Der vom Parteitag gewählte Nationalrat (35 Mitglieder) wählte seinerseits die

7 Mitglieder der Parteidirektion, darunter den mit weiten Vollmachten ausgestatteten Generalsekretär (1919–1923: *Sturzo*).

Presse: ›Il Popolo‹ (Tageszeitung).

Geschichte: Mit der schrittweisen Auflockerung und endlichen Aufhebung (1919) des »Non expedit«, mit dem der Vatikan die Teilnahme der Katholiken am politischen Leben des italienischen Einheitsstaates verhindert hatte, wurde der Weg frei für die Bildung einer eigenen katholischen Partei, wie sie der sizilianische Priester und Sozialtheoretiker *Sturzo* schon seit 1904 gefordert hatte. Der Gründungsaufruf »An alle freien und starken Menschen« vom 18. 1. 1919 erging im Einverständnis mit dem Vatikan. Bei den Wahlen im November 1919 erreichte die PPI auf Anhieb 100, 1927 107 Abgeordnete und ca. 20 % der Wählerstimmen. Den stärksten Rückhalt besaß die Partei im Nordosten (Trentino, Venetien), den schwächsten in Süd- und Inselitalien. In ihrem Kern eine klein- und mittelbäuerliche Partei mit überproportional hohen Stimmanteilen in ländlichen Gebieten sprach die PPI mit ihrem religiösen, klassenübergreifenden Appell Gruppen an, die vom Adel und vom Klerus bis zur »weißen« Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung *(G. Miglioli)* reichten. Die PPI stützte sich auf das breite Netz kultureller, sozialer und religiöser Einrichtungen der katholischen Kirche und der ihr nahestehenden Verbände. Allein der katholische gewerkschaftliche Dachverband »Confederazione Italiana del Lavoro« zählte 1921: 1,25 Mio Mitglieder.

Diese breite soziale Basis erhöhte die Wahlchancen der PPI, behinderte jedoch die Formulierung und Realisierung eines klaren politischen Programms. Konservativ-besitzbürgerliche, klerikale und integralistische Interessen opponierten von Anfang an gegen die demokratisch-reformerischen, bis zu einem populistischen Antikapitalismus reichenden Tendenzen. Trotz heftiger Polemik gegen die überständigen liberalkonservativen Führungseliten beteiligte sich die PPI 1919–22 an den Regierungen *Nitti, Giolitti, Bonomi* und *Facta* und ließ sich, gegen den Willen *Sturzos,* Ende Oktober 1922 auch für eine Teilnahme am 1. Kabinett *B. Mussolini* gewinnen. Erst auf dem IV. Parteitag in Turin im April 1923 setzte sich der unabhängige Kurs *Sturzos* gegenüber dem konservativ-philofaschistischen Flügel um *Cavazzoni, Grosoli* und *Martire* durch. Hier wie wenig später in der Wahlrechtsfrage (sog. legge Acerbo) kam es trotz eines Verzichts auf das Verhältniswahlrecht zu Abspaltungen nach rechts. Im Juli 1923 legte *Sturzo,* nach einer heftigen faschistischen Pressekampagne gegen seine Person, auf Intervention des Vatikans den Parteivorsitz nieder. Auf Anraten Kardinal *Gasparris* ging er im Oktober 1924 ins Exil. Aus diesen Vorgängen wurde deutlich, daß der Vatikan sich seit Anfang 1923 mehr und mehr von der PPI zu distanzieren begann und, trotz Fortdauer der faschistischen Übergriffe und Gewalttaten auch gegen katholische Einrichtungen vor allem im genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Raum, eine direkte Verständigung mit dem entstehenden neuen Regime suchte. Das hatte sichtbare Rückwirkungen auch auf die Wählerschaft. In den letzten halbfreien Wahlen vom April 1924 fiel der Stimmenanteil der jetzt unter der Führung von *A. de Gasperi* stehenden PPI auf 9 % (39 Abg.). Die Verteidigung des Rechtsstaates und der Verfassungsgarantien gegenüber dem Totalitätsanspruch der herrschenden Partei führte die PPI jetzt auf einen eindeutig antifaschistischen Kurs. Das zeigte sich auch in der Matteotti-Krise, in der sich die PPI der Aventin-Opposition anschloß. Die Anklagen *G. Donatis* in der Parteizeitung ›Il Popolo‹ und die Beiträge von *I. Giordani* und *F. L. Ferrari* gehörten mit zum Wirksamsten, was dieser moralische Protest hervorgebracht hat. Der Versuch, diese moralische Solidarität der demokratischen Parteien in ein politisch handlungsfähiges Bündnis zwischen PPI und Sozialisten umzusetzen, scheiterte am Einspruch des Vatikans. So wurde die PPI, wie auch alle anderen Parteien des Aventin, vom Januar 1925 ab immer stärker illegalisiert und im November 1926 aufgelöst. Die meisten ihrer Repräsentanten zogen sich ins Privatleben zurück, nur wenige wie *Donati* und *Ferrari* verließen Italien. Dies erklärt auch, warum die PPI nicht, wie alle anderen Parteien der Aventin-Opposition, als Exilpartei neugegründet wurde. Das Konzept einer strikt legalen Opposition, wie es die PPI verfolgt hatte, verbot auch die Gründung eines illegalen Parteiapparats in Italien. Wie lebendig indes die Ideale und Zielsetzungen geblieben waren, zeigte sich 1942/43, als man bei der Neugründung der → »Democrazia Cristiana« weitgehend auf das Erbe der Popolari zurückgreifen konnte.

L. G. De Rosa, Il partito popolare italiano, Bari 1966, ³1972; E. Aga Rossi, Dal Partito Popolare alla Democrazia Cristiana, Bologna 1969; F. Malgeri (Hg.), Gli Atti dei Congressi del Partito Popolare Italiano, Brescia 1969; G. De Rosa, Sturzo, Torino 1977.

Italienischer Nationalistenverband (**ANI,** Associazione Nazionalista Italiana).

Gründung: 5. 12. 1910 in Florenz durch *E. Corradini, S. Sighele, F. Coppola, R. Forges Davazati, L. Federzoni, M. Maraviglia.* Initiatoren dieser sich als pressure group verstehenden und nur zögernd zur Partei umgeformten Bewegung waren Publizisten, die den literarisch-ästhetischen Nationalismus, wie ihn die Zeitschriften ›Regno‹, ›Leonardo‹ und ›Hermes‹ mit ihren Forderungen auf eine geistige, antiegalitäre und antisozialistische Wiedergeburt des Bürgertums vertreten hatten, in die Praxis umsetzen wollten. Die anfangs noch heterogene, auch liberale und linksirredentistische Kräfte umfassende Bewegung klärte ihre Ziele auf den folgenden Kongressen in Rom 1912 (Ausschluß der Freimaurer) und Mailand 1914 (Ausschluß freihändlerisch orientierter Rechtsliberaler, Forderung nach Hochschutzzöllen). Das vor allem von *Corradini* und *A. Rocco*

geprägte Programm verlangte die Unterordnung des Individuums unter den ethisch verklärten Machtstaat, den Kampf gegen jede universalistische und materialistische Auffassung von Staat und Gesellschaft (Liberalismus, Marxismus), die Potenzierung der Nation zur kolonialen und imperialen Expansion. Durch den Primat der Außenpolitik hoffte man die innenpolitischen Probleme (Südfrage, Emigration) zu lösen und den Klassenkonflikt, der als Kampf der proletarischen mit den plutokratischen Nationen nach außen verlagert werden sollte, zu entschärfen. Der wichtigste Theoretiker, *Rocco,* forderte, die gesellschaftlichen Interessengruppen, so die Gewerkschaften, als Bausteine einer künftigen autoritärkorporativen Neuordnung mit parastaatlichen Funktionen zu verstehen. Die katholische Kirche wurde im Sinne eines Instrumentum regni als wirksames Moment sozialer Pazifizierung gewürdigt. Der ANI war eine zahlenmäßig begrenzte elitäre Gruppierung mit wenigen tausend Mitgliedern, die jedoch über eine von bank- und rüstungsindustriellen Kreisen finanzierte Presse (›Idea nazionale‹ 1911 ff., ›La Politica‹ 1919 ff.) verfügte und als streng monarchistische Partei Rückhalt in Diplomatie, Justiz, Verwaltung und Heer besaß. Er erreichte bei keiner der Parlamentswahlen 1913, 1919 und 1921 mehr als ein Dutzend Abgeordnete, spielte jedoch 1911/12 beim Libyenkrieg wie 1914/15 beim Kriegseintritt Italiens eine bedeutende Rolle bei der Umorientierung der öffentlichen Meinung. Der ANI, quasi Inbegriff für »das Sichbewußtwerden der präventiven bürgerlichen Gegenrevolution« (F. Gaeta), begleitete den Aufstieg des Faschismus (→ Nationale Faschistische Partei) anfangs mit kritischer, ab 1921 mit offener Sympathie. Mit der Gründung der Kampfgruppen der »Sempre pronti« (»Die Immerbereiten«, in blauen Hemden) versuchte der ANI, weitgehend erfolglos, mit dem Faschismus auf dem Feld der Massenwerbung und der Gewalttätigkeit zu konkurrieren. Im März 1923 ging der ANI, der in der Schlußphase 1922/23 vor allem in Süditalien zu einer Massenpartei mit mehr als 100 000 Mitgliedern angewachsen war, im Faschismus auf. Ideologisch jedoch war dies ein Sieg der Nationalisten, da der Faschismus weitgehend ihr Programm übernahm und Ex-Nationalisten wie *Federzoni* und *Rocco* führend an dem institutionellen Neubau des totalitären Staates mitwirkten.

L. Salvatorelli, Nazionalfascismo, Turin 1923, ²1977; W. Alff, Die Associazione Nazionalista Italiana von 1910, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 13, 1965, S. 32–63; F. Gaeta, Nazionalismo italiano, Neapel 1965, Bari ²1981; A. J. De Grand, The Italian Nationalist Association and the Rise of Italian Fascism, Lincoln, Nebraska, 1978.

Jedermannsfront (Uq., Fronte dell'Uomo qualunque).

Mittelständische Protestpartei 1945–48. Gründung im August 1945 durch den politisch bis dahin unprofilierten Schauspieler *G. Giannini.* Dieser hatte mit seiner seit Dezember 1944 erscheinenden Wochenzeitschrift ›L'uomo qualunque‹, in der er als Anwalt des ehrlichen, ausgebeuteten »kleinen Mannes« gegen Marxismus, Antifaschismus, Parteienherrschaft und die Diktaturgelüste der Berufspolitiker polemisierte, einen phänomenalen Erfolg (Auflage Herbst 1945: 800 000). Die mit der gleichen diffusen Protesthaltung gegründete Partei war mit ihren Forderungen (gute Verwaltung statt schlechter Politik, Ende der Entfaschisierung, Neutralismus) eine typische »Ohne-mich«-Bewegung der Nachkriegszeit, die in den ex- und philofaschistischen Mittelschichten vor allem Süditaliens Rückhalt fand. Die Uq erreichte bei den Wahlen am 2. 6. 1946 auf nationaler Ebene 5,3 %, im Süden 9,7 % und 30 Abg. Noch erfolgreicher war sie als »Damm gegen die marxistische Woge« bei den Teilkommunalwahlen im November 1946, wo sie in zahlreichen Großstädten Süditaliens (Rom, Neapel, Messina, Palermo u. a.) stärkste Partei wurde und einen Durchschnitt von fast 25 % erreichte. Als parlamentarischer Rückhalt der Christdemokraten (DC) spielte die Uq 1947 bei der Verdrängung der Linken eine nicht unwichtige Rolle, zerbrach aber an dem Versuch, offensiv gegen die DC aufzutreten. Schon bei den Wahlen 1948 (5 Abg.) nicht mehr als eigenständige Partei angetreten, verschwand sie wenig später ganz. Die Uq gilt als Vorläufer der → Italienischen Sozialbewegung.

S. Setta, L'Uomo qualunque 1944–1948, Bari 1975.

Kommunistische Partei Italiens (**PCdI,** Partito Comunista d'Italia) → Italienische Kommunistische Partei.

Nationale Faschistische Partei (**PNF,** Partito Nazionale Fascista). Totalitäre Staatspartei Italiens 1922–45.

Gründung: 23. 3. 1919 in Mailand unter dem Namen Italienische Kampfbünde (Fasci italiani di combattimento) durch *B. Mussolini, F. Vecchi, G. Marinelli, M. Bianchi* u. a. Die von nationalen Sozialisten, revolutionären Syndikalisten und Futuristen getragene Bewegung verstand sich als Anti- und Ersatzpartei, die im Zeichen des Frontkämpfertums militanten, imperialistisch getönten Nationalismus mit lautstarkem politisch-sozialen Erneuerungswillen verband.

Programm: Gemäß der These *Mussolinis,* nicht Worte, sondern Wille und Taten seien notwendig, trug das am 6. 6. 1919 im ›Popolo d'Italia‹ veröffentlichte Programm stark taktische Züge. Gefordert wurden unter anderem die Einberufung einer Konstituante, progressive Erbschafts- und Vermögenssteuern, Konfiszierung kirchlichen Besitzes, Mindestlöhne und Achtstundentag, Arbeitermitbestimmung, Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, Volksmiliz.

Organisation: Eine durchgebildete Organisation erfolgte 1921 mit der Umwandlung der »Kampfbünde« in eine Partei. Mit Direktorium (11 Mitglieder), Zentralkomitee (30), National-

rat (ca. 120) und einem nach Provinzen gegliederten Aufbau gab sich die PNF ein an dem Vorbild der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJET-UNION orientiertes Organisationsschema. Die administrative Leitung lag in den Händen eines Generalsekretärs. Am 15. 12. 1922 erfolgte die Gründung des Regierungs- und Parteispitzen vereinigenden Faschistischen Großrats als oberstes Parteigremium. Das neue Parteistatut vom Oktober 1926 legte die politische Hierarchie von oben nach unten fest: der weitgehend von *Mussolini* abhängige Großrat bestimmte das Parteidirektorium (9 Mitgl.) und den Generalsekretär. Der Nationalrat, das Gremium der vom Generalsekretär ernannten Provinzsekretäre, hatte kaum mehr als dekorative Bedeutung.

Presse: ›Il Popolo d'Italia‹ (Tageszeitung), ›Gerarchia‹ (Zeitschrift).

Geschichte: Die PNF propagierte den Einsatz von Gewalt als Mittel des politischen Kampfes, blieb aber bei den Wahlen vom November 1919 fast erfolglos. Die Bewegung, deren Rückhalt in sozial destabilisierten Mittelschichten der norditalienischen Städte lag, zählte auf ihrem II. Kongreß in Mailand im Mai 1920 ca. 100 Ortsgruppen mit knapp 10 000 Mitgliedern. Erst nach Aufgabe der antiklerikalen, republikanischen und radikaldemokratischen Tendenzen gelang es dem Faschismus vom Herbst 1920 ab, auf das flache Land überzugreifen. Unterstützt von Grundbesitzern, Bauern und Pächtern gingen die faschistischen Stoßtrupps (squadre) dazu über, das sozialistische (und zum Teil das katholische) Genossenschaftswesen und die sozialistischen Parteieinrichtungen zu zerstören. Hier bildete sich mit dem radikalen Provinzfaschismus eine zweite, paramilitärisch geprägte Komponente der Bewegung. Die Parallelität der Interessen zwischen lokalen Honoratiorengruppen und Provinzfaschismus sowie dessen vielfach auf Formen direkter »Besteuerung« beruhende finanzielle Unabhängigkeit begünstigte die Herausbildung lokaler Herrschaftsbereiche einzelner Unterführer, der sog. Ras. Als Auffangstellung für die ihrer Organisation beraubten Massen entstanden seit 1921 rasch wachsende faschistische Gewerkschaften. Gleichzeitig ging der Faschismus dazu über, die bisher kaum organisierten Mittelschichten (Freiberufliche, Angestellte, Handwerker) gewerkschaftlich zusammenzufassen. So etablierte sich die Bewegung vom Herbst 1920 ab innerhalb weniger Monate als stärkste politische Gruppierung Italiens. Die Mitgliederzahl stieg von 21 000 (31. 12. 1920) auf 80 000 (31. 3. 1921), 187 000 (31. 5. 1921) und 322 000 (31. 5. 1922). Bei den Wahlen im Mai 1921 erhielten die Faschisten als Teilnehmer der liberalkonservativen »Nationalen Blöcke« 35 Abgeordnete. Um die stürmisch gewachsene Bewegung zu disziplinieren und den Konsequenzen einer zum Selbstzweck werdenden Politik der Gewalt zu entgehen, suchte *Mussolini* im Sommer 1921 einen regierungsseitig unterstützten Waffenstillstand mit den SOZIALISTEN, der auf den massiven Widerstand des Provinzfaschismus stieß und zum zeitweiligen Rücktritt *Mussolinis* führte. Die auf dem III. Kongreß im November 1921 in Rom erfolgte Aussöhnung bildete einen Kompromiß, bei dem *Mussolini* auf den Pazifizierungspakt verzichtete und seine Gegner in die Umwandlung der Bewegung zur Partei, die PNF, einwilligten. *Mussolini* hoffte so, den bisher »lockeren Verbund personenorientierter Machtgruppen« (W. Schieder) besser beherrschen zu können. Das neue Parteistatut verbot die bis dahin noch übliche Zugehörigkeit zu anderen Parteien und legte die Identität zwischen politischer und militärischer Organisation fest. Nach einer parteiseitigen Aufstellung rekrutierten sich damals die Mitglieder zu 40 % aus Industrie- und Landarbeitern, 15 % waren Angestellte, 13 % Schüler und Studenten, 12 % Bauern und Pächter, 9 % Kaufleute und Handwerker, 7 % Freiberufliche. Angestellte, Freiberufliche und Studenten waren am stärksten überrepräsentiert. Das Durchschnittsalter lag erheblich unter dreißig, der weibliche Anteil war sehr gering. In dem durch die Krise des politischen Systems verursachten und vom Faschismus verschärften Machtvakuum vermochte sich dieser als einzige politische Alternative zum zerbrechenden liberalen System zu etablieren. Mit der Machtübernahme in den noch nicht beherrschten Gebieten Norditaliens und der Mobilisierung von ca. 30 000 »squadristi« um Rom bahnte sich *Mussolini* Ende Oktober 1922 mit einer taktisch meisterhaften Mischung von Überredung, Gewalt, Erpressung und Täuschung den Weg zur Macht (Marsch auf Rom 27./28. 10. 1922). Am 30. 10. ernannte König *Viktor Emanuel III. Mussolini* in äußerlich legalen Formen zum Ministerpräsidenten eines Koalitionskabinetts, das neben 4 Faschisten insgesamt 10 Nationalisten, Liberale, Demokraten und Popolari umfaßte. Auch wenn *Mussolini* anfangs nicht den totalitären Einparteistaat anstrebte und seine Politik bei den bürgerlichen Koalitionspartnern bis 1924 die Hoffnung auf eine Normalisierung wachhielt, so gab es wenig Zweifel, daß die intransigenten Kräfte im Faschismus und *Mussolini* selbst den festen Willen besaßen, mit allen Mitteln – notfalls auch Gewalt und Terror – an der Macht zu bleiben. Ein auf ein Jahr befristetes Ermächtigungsgesetz (3. 12. 1922) gab der Regierung weitgehende Verordnungsvollmachten. Mit der Gründung des Faschistischen Großrats als oberstem Parteigremium (15. 12. 1922) und der Institutionalisierung der faschistischen Kampfgruppen in einer parastaatlichen Parteiarmee (MVSN, Milizia Volontaria di Sicurezza Nazionale) begann die später als »Regime« bezeichnete Verschmelzung von Staat und Partei. Die auf die kapillare Erfassung der italienischen Gesellschaft abzielende Strategie kam 1922/23 auch in der Gründung von zahlreichen, die PNF flankierenden Organisationen (unter anderem für Jugend, Studenten, Berufsgruppen, Kultur, Sport, Freizeit) zum Ausdruck. Diese Konzeption einer

in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens präsenten Partei, die Millionen von Mitgliedern und Sympathisanten organisieren und mobilisieren konnte, stellte ein Novum für Italien dar. Die Verschmelzung der PNF mit dem → ITALIENISCHEN NATIONALISTENVERBAND (März 1923) und der Zulauf von Opportunisten verdoppelte 1923 nochmals die Mitgliederzahl (780 000 Dez. 1923). In Wirklichkeit war der Wandel der Binnenstruktur der PNF noch größer, da durch Säuberungen zahlreiche radikale und kleinbürgerliche Elemente des Frühfaschismus ausschieden. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Revisionisten und Intransigenten wuchs *Mussolini* immer stärker in die Rolle einer kaum angreifbaren Schiedsrichterinstanz hinein. Mit der Matteottikrise 1924 gewann der Radikalfaschismus noch einmal seine Funktion als Pressionsinstrument gegenüber den traditionellen Machteliten in Wirtschaft, Verwaltung und Justiz zurück. Unter seinem Druck entschloß sich *Mussolini* ab Januar 1925 zum Aufbau der Einparteidiktatur. Der zum Vertreter des Provinzfaschismus avancierte *R. Farinacci* beabsichtigte als Generalsekretär der PNF 1925/26, durch Disziplinierung, hierarchische Zentralisierung und Elitenauslese die PNF zum Träger einer dem Staat übergeordneten Parteidiktatur zu machen. Er scheiterte aber an *Mussolini*, der es vorzog, seine diktatoriale Machtstellung durch eine Reihe von Fundamentalkompromissen mit den etablierten gesellschaftlichen Führungsgruppen abzusichern. Der Sturz *Farinaccis* im April 1926 war die Wende in der Entwicklung der PNF von der »Diktaturpartei zur diktierten Partei« (H. Heller). Das neue Parteistatut vom Oktober 1926 ersetzte, gemäß dem Motto »Glauben, gehorchen, kämpfen«, die Reste innerparteilicher Mitbestimmung und lokaler plebiszitärer Führerauslese durch strikte Ernennung von oben. Der letzte (IV.) Parteikongreß fand 1925 statt. Mit dem pseudoreligiöse Formen annehmenden Duce-Kult (»Der Duce hat immer recht«) wurden die letzten Möglichkeiten legaler innerparteilicher Kritik erstickt. Unter dem Nachfolger *Farinaccis, A. Turati* (1926–1930) wurde die PNF schrittweise den Staatsorganen untergeordnet und der vor allem auf Provinzebene über Jahre hin ausgetragene Machtkampf zwischen »federale« und Präfekt zugunsten des letzteren entschieden. Ein von den konservativen Faschisten als »Ende der Revolution« gefeiertes Gesetz vom Dezember 1928 verwandelte den Großrat in ein über der Partei stehendes Staatsorgan. Die »Niederlage der Partei« (A. Lyttelton) spiegelt sich auch in dem Strukturwandel der Mitgliederschaft wider. Durch Säuberungen wurden nach 1926 viele radikale, aktivistische Elemente herausgedrängt. Dagegen stieg der Anteil der Freiberuflichen, der Angestellten und Beamten. Für Staatsbedienstete wurde die Mitgliedschaft in der PNF in den dreißiger Jahren fast unvermeidlich. Damit ging der Partei die frühere Dynamik und Initiative verloren. So sah sie sich auf die Bereiche der Jugend- und Volkserziehung, der vormilitärischen Ausbildung und der Freizeitbetreuung abgedrängt. Die Hoffnung des Faschismus, über die Partei die künftige politische Elite als neue Tugendaristokratie (Statut 1929: »die treuesten, ehrlichsten, tapfersten und klügsten Italiener«) heranzuziehen, blieb unerfüllt. Im Gegenteil breiteten sich Opportunismus, Strebertum und politische Korruption systembedingt aus. Unter den Generalsekretären *A. Starace* (1931–39), *E. Muti* (1939–40), *A. Serena* (1940–41) und *A. Vidussoni* (1941–43) wurde die PNF ein durch eine Millionenmitgliederschaft von Mitläufern (1933: 1,4 Mio; 1937: 2,2 Mio; 1940: 3,6 Mio; 1943: 4,8 Mio) belastetes, entpolitisiertes und bürokratisiertes Gebilde, dessen Aktivitäten sich auf Propaganda, Massenaufmärsche und andere Formen leerer Betriebsamkeit beschränkte. Die Neufassungen des Parteistatuts von 1929, 1932 und 1938 verstärkten noch die Instrumentalisierung der PNF zugunsten der persönlichen Diktatur *Mussolinis*. Dessen zahlreiche Versuche, die Partei in ihren Kadern zu verjüngen und sie durch neue Aufgaben, so im Abessinienkonflikt und im Spanischen Bürgerkrieg, zu revitalisieren, scheiterten. Die PNF blieb so eine politisch weitgehend funktionslose »Massenorganisation angepaßter Staatsdiener und parasitärer Parteifunktionäre« (W. Schieder). Die Kriegsjahre enthüllten den Fassadencharakter der Partei, die am 25. 7. 1943 bei dem durch ein Mißtrauensvotum im Faschistischen Großrat verursachten Sturz *Mussolinis* fast widerstandslos zusammenbrach und von der Regierung *P. Badoglio* drei Tage später mit allen Untergliederungen aufgelöst wurde. *Mussolini* wurde inhaftiert, am 12. 9. 1943 jedoch durch ein deutsches Einsatzkommando befreit. Am 15. 9. 1943 gründete er daraufhin die Partei neu unter dem Namen REPUBLIKANISCHE FASCHISTISCHE PARTEI (PFR, Partito Fascista Repubblicano). Die Partei zählte im Augenblick ihres ersten (und einzigen) Kongresses in Verona am 14. 10. 1943 ca. 250 000 Mitglieder. Das in Verona verkündete Aktionsprogramm knüpfte mit Forderungen nach einer Konstituante, Verstaatlichung der Rüstungsindustrien, Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung in den Betrieben und Landreform an die Vorstellungen des frühen Faschismus an. Angesichts der Abhängigkeit der Italienischen Sozialen Republik von der deutschen Besatzungsmacht erlangten diese Forderungen indes kaum noch praktische Bedeutung.

D. L. Germino, The Italian Fascist Party in Power. A Study in Totalitarian Rule, Minneapolis 1959; A. Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919–1929, London 1973; W. Schieder (Hg.), Faschismus als soziale Bewegung, 1976.

Nationale Monarchistische Partei (**PNM**, Partito Nazionale Monarchico).

Gründung im Juli 1946 durch *A. Covelli* in Reaktion auf die Einführung der Republik durch Volksentscheid vom 2. 6. 1946 (54,3 %). Die PNM ersetzte die im Juni 1944 von *R. Lucifero* gegründete ITALIENISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI

(Partito Democratico Italiano), die sich im Juni 1946 als einzige Partei offen für die Monarchie ausgesprochen hatte, sich aber nach der Niederlage mehrheitlich den Liberalen anschloß. Die PNM bestritt die Gültigkeit der Volksabstimmung und forderte die Wiedereinführung der Savoyer-Monarchie als dem Symbol nationaler Einheit und staatlicher Kontinuität. Bei den Wahlen 1948 erreichte die PNM 2,8 %, 1953 6,9 %. Ihren Hauptrückhalt besaß die Partei in den städtischen Mittelschichten Süditaliens, vor allem in Latium, Kampanien und Sizilien. 1954 spaltete sich von der PNM unter Führung des neopolitaner Reeders *A. Lauro* die MONARCHISTISCHE VOLKSPARTEI (Partito Monarchico Popolare) ab, die zeitweilig in Kampanien eine bedeutende Rolle spielte. Aus der Wiedervereinigung beider stark persönlichkeitsgebundenen und klientelaren Parteien entstand 1960 die ITALIENISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI DER MONARCHISTISCHEN EINHEIT (PDIUM, Partito Democratico Italiano di Unità Monarchica), die jedoch keine Wahlerfolge mehr erzielte (1963: 1,8 %; 1968: 1,4 %). Die Reste der PDIUM vereinigten sich 1972 mit der → ITALIENISCHEN SOZIALBEWEGUNG zur ITALIENISCHEN SOZIALBEWEGUNG – NATIONALE RECHTE.

Radikale Partei (PR, Partito Radicale). Kleine, aber einflußreiche Bürgerrechtspartei. Gründung im Dezember 1955 als linke Sezession der → ITALIENISCHEN LIBERALEN PARTEI. In der um die Wochenzeitung ›Il Mondo‹ gruppierten Partei vereinigten sich mit *M. Pannunzio, A. Benedetti, G. Calogero, E. Rossi, L. Valiani* u. a. bekannte Namen der politischen Kultur Italiens. Keine Partei im traditionellen Sinne, besteht die PR laut Statut von 1964 aus dezentralisierten Freundeskreisen und Interessengruppen. In den letzten Jahren ist die PR unter Führung des charismatisch begabten *M. Panella* zum politischen Sammelpunkt zahlreicher Bürgerrechts- und Minderheitsbewegungen geworden, unter anderem der Pazifisten, der Wehrdienstverweigerer, der Ökologen, der Feministen und der Homosexuellen. Mit ihrem intransigenten Laizismus und Antiklerikalismus kämpft sie vor allem gegen das »Regime« der CHRISTDEMOKRATEN. Die Gesetze über Scheidung (1970) und Abtreibung (1978) verdanken ihre Entstehung wesentlich den Anstößen der Radikalen. Das von der PR initiierte Referendum über die Aufhebung der Parteienfinanzierung (1978) wurde nur mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die PR kandidierte erstmals bei den Parlamentswahlen (1,1 % der Stimmen, 4 Mandate) und erreichte 1979 durch die Mobilisierung von Jugend- und Protestwählern überraschende 3,4 % (18 Abg.). Ihren stärksten Zulauf hat sie in den Großstädten (Rom 7,1 %). Mit 4000 Mitgliedern und 130 Freundeskreisen verfügt sie über eine nur rudimentäre Organisation, besitzt aber dank ihrer zahlreichen gesellschaftlichen Verzweigungen einen beträchtlichen Rückhalt.

G. Aghina, C. Jaccarino, Storia del Partito Radicale, Mailand 1977.

Sozialistische Partei der Italienischen Arbeiter (Partito Socialista dei Lavoratori Italiani).
→ Italienische Sozialistische Demokratische Partei.

Südtiroler Volkspartei (SVP).
Gründung: 8. 5. 1945 durch *E. Amon, J. Menz-Popp, H. Gamper, K. Tinzl, F. Führer* u. a. mit dem Ziel der Sicherung des Selbstbestimmungsrechts der Südtiroler (Volksabstimmung über die Rückkehr zu Österreich). Das gegenwärtige Grundsatzprogramm nennt als Aufgabe der SVP – »Sammelpartei der deutschen und ladinischen Südtiroler aller sozialer Schichten« – »die Sicherung und Förderung der deutschen und ladinischen Volksgruppe sowie deren Festigung als Mehrheit in ihrer angestammten Heimat«. Die SVP akzeptiert das Pariser Abkommen von 1946 als »Grundlage für die natürliche Entwicklung der Tiroler Minderheit im italienischen Staat«, erklärt jedoch gleichzeitig, das »in der UNO-Charta verankerte Recht auf Selbstbestimmung bleibt unverzichtbar«. Die Loyalitätshaltung gegenüber Italien hat 1972 die Schaffung der »Autonomen Provinz Bozen-Südtirol« ermöglicht, die eine erweiterte Autonomie und wesentliche Minderheitsrechte sichert. Die in Ortsgruppen und Bezirke gegliederte SVP kennt als beschlußfassende Organe die jährlich tagende Landesversammlung, den Parteiausschuß, die Parteileitung und das Präsidium. Die Leitung der SVP liegt in der Hand des von der Landesversammlung auf 3 Jahre gewählten Obmanns (seit 1957 *S. Magnago*). Die SVP zählt ca. 65 000 Mitglieder und verfügt über eine Frauen- und Jugendbewegung. Von 1946 bis 1979 hat sie ihre Stimmen von 124 000 (0,47 %) auf 206 000 (0,61 %) steigern können. Im Südtiroler Landtag verfügt die SVP mit 21 von 34 Sitzen über die absolute Mehrheit, in Rom ist sie durch 4 Abg. und 3 Senatoren vertreten. Nach Überwindung der nationalen Konfrontation hat sich die stark agrarisch-katholisch-konservativ geprägte SVP der CHRISTLICHEN DEMOKRATIE angenähert, die sie im Parlament unterstützt. Sie wehrt sich aber gegen jeden Kompromiß mit den KOMMUNISTEN.

JUGOSLAWIEN

von

HOLM SUNDHAUSSEN

Die erst 1918 im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen vereinigten südslawischen Völker haben vor diesem Zeitpunkt unterschiedlichen staats- und völkerrechtlichen Gebilden angehört. Nur die Königreiche Serbien und Montenegro besaßen zu Beginn des 1. Weltkrieges volle politische Souveränität, während Kroatien-Slawonien im Rahmen der Habsburger Monarchie einen Sonderstatus einnahm. Um die Parteiengeschichte in den übrigen jugoslawischen Territorien nicht völlig zu zerreißen, wurde für die Zeit vor 1918 von der konsequenten staatlichen Zuordnung zugunsten regionaler und ethnischer Gesichtspunkte abgewichen. Daraus ergab sich die nachstehende Aufgliederung des Stoffes:

I. Jugoslawische Völker vor 1918

(Zur Parteiengeschichte in den souveränen bzw. teilsouveränen Staaten → Serbien, → Montenegro, → Kroatien-Slawonien.)

1. Bosnien-Herzegowina
2. Dalmatien
3. Slowenen
4. Serben in der Wojwodina

II. Jugoslawien ab 1918

I. Jugoslawische Völker vor 1918

1. Bosnien-Herzegowina

Das auf dem Berliner Kongreß 1878 der österreichisch-ungarischen Verwaltung übergebene, aber völkerrechtlich nach wie vor zum Osmanischen Reich gehörige Bosnien-Herzegowina (BuH) wurde 1908 von der Doppelmonarchie annektiert. Die Pforte erkannte die Änderung der Souveränitätsrechte in einer Konvention vom 26. 2. 1909 de iure an. Ein Jahr später, am 17. 2. 1910, erhielt das Land durch kaiserliches Dekret ein Landesstatut, das den Wirkungskreis des bosnisch-herzegowinischen Landtags regelte, ferner eine Wahlordnung, eine Geschäftsordnung für den Landtag, ein Vereins- und Versammlungsgesetz sowie

ein Gesetz über die Bezirksräte. In staatsrechtlicher Hinsicht gehörte BuH weder zum österreichischen noch zum ungarischen Staatsgebiet, sondern erhielt einen Sonderstatus ohne eigene Souveränitätsrechte. Für seine Verwaltung waren einerseits die Organe Österreich-Ungarns (der Herrscher, der gemeinsame österreichisch-ungarische Ministerrat unter der Federführung des gemeinsamen Finanzministers sowie das österreichische und ungarische Parlament) und andererseits die bosnisch-herzegowinischen Organe (der Landtag und die Landesregierung mit den untergeordneten Behörden) zuständig. Letztere waren in jeder Hinsicht den österreichisch-ungarischen Organen untergeordnet, so daß die Bedeutung des vom Monarchen einzuberufenden und aufzulösenden Provinziallandtags (Sabor) auf ein Minimum eingeschränkt wurde. Die Landesregierung war nicht dem Landtag, sondern dem gemeinsamen Finanzminister der Doppelmonarchie verantwortlich. Auch die Legislativgewalt des Sabor war durch die Zustimmungspflicht der österreichisch-ungarischen Organe so stark eingeengt, daß von einem parlamentarischen System keine Rede sein konnte.

Der bosnisch-herzegowinische Landtag setzte sich aus 92 Mitgliedern zusammen, von denen 72 auf fünf Jahre gewählt und 20 ex officio als Virilisten bestellt wurden. Wahlberechtigt waren alle männlichen Untertanen über 24 Jahre sowie alle im Lande tätigen Beamten. Ausnahmsweise durften auch muslimische Großgrundbesitzerfrauen wählen, sofern sie jährlich mindestens 140 Kronen Grundsteuer entrichteten. Die Wähler wurden nach ihren Besitzverhältnissen in drei Kurien (1. Großgrundbesitzer, Intellektuelle und Beamte, 2. Städter und 3. Bauern) sowie nach Konfessionen unterteilt. Die serbisch-orthodoxe Bevölkerung, die nach der Zählung von 1910 817 000 Personen (= 43,5 % der Einwohner) stellte, war im Landtag mit 31 gewählten Abgeordneten, die muslimische Bevölkerung (606 000 Personen = 31,9 %) mit 24 Abgeordneten, die katholische Bevölkerung (395 000 Personen = 20,8 %) mit 16 Abgeordneten und die Juden mit einem Wahlrepräsentanten vertreten. Die Wahlen zur ersten und zweiten Kurie erfolgten schriftlich und geheim, die zur dritten Kurie mündlich und öffentlich.

Politische Parteien bildeten sich in BuH erst im 20. Jh., und zwar (mit Ausnahme der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI) ausschließlich auf konfessioneller Basis. Anfängliche Kristallisationspunkte waren die konfessionell-kulturellen Vereinigungen und deren Presseorgane.

Im Dezember 1906 wurde in Brod die MUSLIMISCHE NATIONALORGANISATION (MNO, Muslimanska Narodna Organizacija) mit dem Sprachrohr ›Musavat‹ (Mostar bzw. Sarajewo 1906–1911) unter Führung von *A. Firdus* gegründet. Sie kämpfte für die kulturell-konfessionelle Autonomie der muslimischen Bevölkerung (die in eingeschränkter Form vom Monarchen am 15. 4. 1909 sanktioniert wurde) und für den Schutz der muslimischen Feudalherren. Die MNO protestierte gegen die Annexion BuHs, fand sich jedoch nach Anerkennung des fait accompli durch die Türkei und Serbien mit der Lage ab und war zu einer Zusammenarbeit mit der Landesregierung bereit. Ab Mai 1909 verstand sie sich als politische Partei. Ihr Vorsitzender *Firdus* wurde zum Präsidenten des 1. Landtags ernannt, starb jedoch schon kurze Zeit später.

Als Vertretung der orthodoxen Bevölkerung wurde im Oktober 1907 die SERBISCHE NATIONALE ORGANISATION (SNO, Srpska Narodna Organizacija) gegründet, die ihrerseits für die konfessionelle Autonomie und (als Fernziel) für den Anschluß BuHs an Serbien kämpfte. Die SNO, die zunächst eng mit der MNO zusammenarbeitete, spaltete sich in der Agrarfrage und im Hinblick auf das Verhältnis zu Österreich-Ungarn in vier Gruppen auf: den konservativen Flügel um die Zeitung ›Srpska riječ‹ (Sarajevo 1905–1914) unter

Führung von *M. Srškić,* die »jüngere«, radikalere Gruppe der städtischen Intelligenz, geführt von *A. Šola* u. a. um die Zeitung ›Narod‹ (Mostar bzw. Sarajevo 1907–1914), die Bauernbewegung des *P. Kočić,* die sich als AGRAR- UND BAUERNPARTEI (Agrarnoseljačka Stranka) um die Zeitung ›Otadžbina‹ (Banja Luka 1907–1908 und Sarajevo 1913–1914) formierte und in die austrophile Richtung des *D. Dimović* um die Zeitung ›Istina‹ (Sarajevo 1913–1915).

Als kulturelle und wirtschaftliche Organisation der katholischen Bevölkerung entstand im Januar 1908 die KROATISCHE NATIONALE GEMEINSCHAFT (HNZ, Hrvatska Narodna Zajednica), die sich im Herbst desselben Jahres als politische Partei unter der Führung von *N. Mandić, I. Pilar* u. a. formierte und für den Zusammenschluß aller »kroatischen« Länder, einschließlich BuHs, kämpfte. Die HNZ begrüßte denn auch als einzige politische Gruppierung im Lande den Annexionsakt von 1908. Der bosnisch-herzegowinische Erzbischof *J. Stadler,* der seinen Führungsanspruch unter den Kroaten durch die Gründung der HNZ bedroht sah, rief 1910 eine eigene Partei, die KROATISCHE KATHOLISCHE GENOSSENSCHAFT (HKU, Hrvatska Katolička Udruga) ins Leben, die sich am Programm der Christlich-Sozialen in Österreich orientierte und mit ihrem Organ ›Hrvatski dnevnik‹ für eine trialistische Umgestaltung der Doppelmonarchie nach dem Anschluß BuHs an Kroatien eintrat. Größeren Einfluß konnte die *Stadler*-Partei nicht gewinnen. 1912 vereinigte sich die HKU mit der HNZ.

Auch in der Organisation der muslimischen Bevölkerung war es zu einer Spaltung gekommen. Im August 1908 wurde die MUSLIMISCHE FORTSCHRITTSPARTEI (Muslimanska Napredna Stranka) gegründet, die sich Anfang 1910 in SELBSTÄNDIGE MUSLIMISCHE PARTEI (Muslimanska Samostalna Stranka) umbenannte. Gleichzeitig wurde ihr bisheriges Presseorgan ›Muslimanski svijet‹ in ›Muslimanska sloga‹ umbenannt. Sie bekämpfte unter Führung von *E. Kulović, A. Mešić* u. a. das konservative Programm der MNO und deren Zusammenarbeit mit der SNO, blieb aber zunächst verhältnismäßig einflußlos. Nachdem sich die MNO wegen Divergenzen in der Agrarfrage von der SNO getrennt hatte und eine Koalition mit der HNZ eingegangen war, kam es am 14. 8. 1911 zur Fusion der beiden muslimischen Parteien in der VEREINIGTEN MUSLIMISCHEN ORGANISATION (UMO, Ujedinjena Muslimanska Organizacija) mit dem einheitlichen Presseorgan ›Zeman‹. Die UMO, von der sich eine kleinere Gruppe unter *D. Miralem* um die Zeitung ›Novi Musavat‹ abspaltete, setzte sich für die Autonomie BuHs innerhalb der Doppelmonarchie und eine Agrarreform auf der Grundlage des fakultativen Freikaufs ein.

Im Juni 1909 schließlich war die einzige überkonfessionelle Partei des Landes, die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI BOSNIENS UND DER HERZEGOWINA (Socijaldemokratska Stranka Bosne i Hercegovine) unter Führung von *S. Jakšić* u. a., gegründet worden. Als Parteiorgan fungierte der ›Glas slobode‹ (Sarajevo 1909–1914 und ab 1917). Die Partei vertrat im wesentlichen die Positionen des »Austromarxismus«, konnte jedoch keinen größeren politischen Einfluß gewinnen.

Als im Mai 1910 Landtagswahlen abgehalten wurden, kam es nur in beschränktem Umfang zu einem eigentlichen Wahlkampf, da jede Konfession eine verfassungsmäßig festgesetzte Anzahl von Mandaten zur Verfügung hatte. Die 24 muslimischen Sitze gewann die MNO, während sich bei den Kroaten die HNZ gegenüber der *Stadler*-Partei durchsetzte. Nach Eröffnung des Sabor arbeitete die MNO zunächst mit der SNO weiter zusammen. Erst im August 1910 konnte die HNZ die MNO von ihrer langjährigen Zusammenarbeit mit den Serben abbringen. Mit dem Beginn des 1. Weltkrieges mußte der Landtag seine Tätigkeit

einstellen. Die Serben sahen sich infolge des Attentats von Sarajevo und der vorangegangenen Umtriebe der kämpferischen, mit Verschwörerkreisen in Serbien in Kontakt stehenden Jugendorganisation »Mlada Bosna« (Junges Bosnien) drastischen Verfolgungen ausgesetzt. Die von österreichischer Seite aufgestellten »Schutzkorps« aus Teilen der kroatischen und muslimischen Bevölkerung führten vorübergehend zu heftigen interkonfessionellen Spannungen, die erst bei Kriegsende wieder einer zunehmenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit wichen. Im Verlauf des Jahres 1918 beteiligten sich bosnisch-herzegowinische Politiker aller drei Glaubensbekenntnisse an den Vorbereitungen zur Konstituierung eines Staates der Slowenen, Kroaten und Serben und an der Tätigkeit des Anfang Oktober 1918 gegründeten Nationalrates (Narodno vijeće) in Zagreb, der die Vereinigung des neuen Staates mit Serbien und Montenegro vorbereitete.

V. Skarić, O. Nuri-Hadžić, N. Stojanović, BiH pod austrougarskom upravom, Belgrad 1938; L. Djaković, Formiranje »HKU«, in: Godišnjak Društva istoričara BiH, 1966; M. Gross, Hrvatska politika u BiH od 1878 do 1914, in: Hist.zborn. 1966–67; H. Cemerlić, A. Firdus – Borba muslimana za vjerskoprosvjetnu autonomiju, in: Jugoslovenski narodi pred prvi svetski rat, Belgrad 1967; H. Kapidžić, BiH pod austrougarskom upravom, Sarajevo 1968.

2. Dalmatien

Dalmatien, das vom Wiener Kongreß (1815) bis zum Ende des Ersten Weltkriegs ohne Unterbrechung zu Österreich gehörte, umfaßte rd. 13 000 qkm mit 416 000 Einwohnern (1857), die zum größten Teil der kroatischen, zu 18 % der serbischen und zu etwa 4 % der italienischen Nationalität angehörten. 1861 erhielt das Königreich Dalmatien erstmals in seiner Geschichte einen eigenen Provinziallandtag (Sabor), der fünf seiner Mitglieder in den Wiener Reichsrat entsandte. Im ungarisch-kroatischen Ausgleich von 1868 wurde die Zugehörigkeit Dalmatiens zu Kroatien (»Dreieiniges Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien«) von ungarischer Seite zwar anerkannt, doch blieb Dalmatien auch weiterhin ein österreichisches Kronland.

Dem dalmatinischen Landtag gehörten 43 Mitglieder an, von denen 41 auf Grund eines Kurienwahlsystems gewählt wurden. Nach Einführung der Direktwahlen zum Wiener Zentralparlament (1873) entfielen auf Dalmatien neun (ab 1896: elf) Abg. Anläßlich der Wahlrechtsreform von 1907 wurden die dalmatinischen Wahlkreise so eingeteilt, daß neun der Reichsratsmandate an die kroatische und zwei an die serbische Bevölkerung fielen. Im Reichsrat konnten die dalmatinischen Abg. jedoch keinen nennenswerten Einfluß ausüben.

Die Parteiengeschichte Dalmatiens weist auf Grund der geographischen Nähe und der Bevölkerungszusammensetzung zahlreiche Parallelen zur Parteiengeschichte Kroatiens auf. Nach dem Zusammenbruch des Bachschen Neoabsolutismus bildete sich auch hier in den 60er Jahren eine NATIONALPARTEI (Narodna Stranka) mit dem Presseorgan ›Il Nazionale‹ (ab 1862) bzw. ›Narodni list‹. In der Partei wirkten sowohl Vertreter des kroatischen wie serbischen Bürgertums und Teile des niederen Klerus mit. Die liberal-orientierte Partei, die für eine föderalistische Gestaltung der Monarchie und die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien kämpfte, wurde von *M. Pavlinović* und *M. Klaić* geführt. Sie stand im Gegensatz zu den (hauptsächlich von der italienischen Stadtbevölkerung) unterstützten AUTONOMISTEN

(Autonomistička Stranka) mit ihrem Organ ›La Voce Dalmatica‹, die 1861 unter Führung von *A. Bajamonti* u. a. mit 27 Mandaten die Mehrheit im dalmatinischen Landtag sowie die fünf Deputierten zum Wiener Reichsrat stellten. Aber bereits 1870/71 konnte die NATIONALPARTEI die Majorität im Landtag erobern. Entgegen dem Parteibeschluß stimmten ihre Reichsratsabgeordneten 1873 für die Einführung von Direktwahlen zum Wiener Parlament und gründeten die NATIONALE BAUERNPARTEI (Narodno-Srednjačka Stranka), die allerdings in der Folgezeit ohne Bedeutung blieb.

Anläßlich der Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn kam es zwischen dem kroatischen und serbischen Flügel der NATIONALPARTEI zu heftigen Auseinandersetzungen und schließlich zur Spaltung. 1879 wurde die SERBISCHE NATIONALPARTEI (Srpska Narodna Stranka) gegründet, die eng mit den italienischen Autonomisten zusammenarbeitete und sich einer Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien-Slawonien widersetzte. Die NATIONALPARTEI, die 1889 in KROATISCHE NATIONALPARTEI (Narodna Hrvatska Stranka) umbenannt wurde, konnte auch in den folgenden Jahren ihre Mehrheit im dalmatinischen Landtag behaupten (1882: 28 Mandate). Im Reichsrat, wo sie 1879 mit acht Deputierten gegenüber einem Autonomisten vertreten waren, unterstützten sie gleich den → Slowenen, Tschechen und Polen die Regierung *E. v. Taaffe* (1879–1893). Ihre zunehmend opportunistische Politik gegenüber Wien begünstigte die Verbreitung der aus Kroatien herüberwirkenden Staatsrechtsbewegung (→ Kroatien-Slawonien: RECHTSPARTEI), die sich in verschiedenen Gruppen unter Führung von *I. Prodan, A. Trumbić* und *F. Supilo* seit den 80er Jahren zu formieren begann. Ihre Anhänger sprachen sich für die Vereinigung aller kroatischen Länder sowie eine konsequent antidualistische Politik aus. Von der 1894 gegründeten RECHTSPARTEI (Stranka Prava) spaltete sich jedoch schon vier Jahre später die REINE RECHTSPARTEI (Čista Stranka Prava) unter *Prodan* ab, die eng mit der gleichnamigen Partei in Kroatien-Slawonien zusammenarbeitete. Die RECHTSPARTEI schloß sich dagegen Ende der 90er Jahre immer enger an die NATIONALPARTEI an, mit der sie im April 1905 unter Führung von *P. Čingrija* zur KROATISCHEN PARTEI (Hrvatska Stranka) fusionierte. Diese verfolgte eine gemäßigt konservative Linie und forderte die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien als Vorstufe für einen späteren Zusammenschluß aller kroatischen Länder zu einer autonomen Einheit. Nachhaltig setzte sie sich für eine Förderung der von Wien vernachlässigten dalmatinischen Wirtschaft ein. Im Unterschied zur antiserbischen Ideologie der REINEN RECHTSPARTEI betrachtete sie Kroaten und Serben als einheitliche Nation.

Die Tendenz zu einer Verständigung zwischen kroatischen, serbischen und italienischen Politikern hatte sich bereits 1903 im dalmatinischen Landtag abgezeichnet und führte zwei Jahre später zu den Resolutionen von Fiume und Zadar (→ Kroatien-Slawonien: Einleitung). Entschiedenster Vertreter des »neuen Kurses« einer gegen Wien gerichteten Zusammenarbeit von Kroaten, Serben, Ungarn und Italienern war die 1904 gegründete DEMOKRATISCHE PARTEI (Demokratska Stranka) unter Führung von *J. Smodlaka,* die sich 1906 mit der FORTSCHRITTSPARTEI in Kroatien-Slawonien zur KROATISCHEN VOLKS- UND FORTSCHRITTSPARTEI (Hrvatska Pučka Napredna Stranka) (→ Kroatien-Slawonien: FORTSCHRITTSPARTEI) verbündete. Während jedoch die antiösterreichische Politik des »neuen Kurses« anläßlich der Reichsratswahlen von 1907 scheiterte, wurde die kroatisch-serbische Zusammenarbeit bis zum Ersten Weltkrieg fortgesetzt. Im Gegensatz zur KROATISCHEN PARTEI, die in erster Linie die Interessen der Großgrundbesitzer und wohlhabenden Bürger vertrat, setzte sich die KROATISCHE VOLKS- UND FORTSCHRITTSPARTEI für die Belange der abhängigen Bauern ein. Erst 1910 kam es zu einer allmählichen Verständigung zwischen beiden Gruppierungen. Die

dritte bedeutendere Partei in Dalmatien, die REINE RECHTSPARTEI, schloß sich 1908 mit unabhängigen Rechtsgruppen zur RECHTSPARTEI (Stranka Prava) zusammen, die sich 1911 mit den gleichgesinnten Parteien in Kroatien-Slawonien, Bosnien-Herzegowina und Istrien zum kroatischen Staatsrechtsblock (Svepravaška organizacija) verbündete. Im Verlauf und gegen Ende des Ersten Weltkriegs schlossen sich die dalmatinischen Politiker den Bestrebungen zu einer südslawischen Vereinigung in den angrenzenden Teilen der Doppelmonarchie an.

G. Novak: Prošlost Dalmacije, Bd. 2, Zagreb 1944; St. Antoljak: Dalmatinsko pitanje kroz vekove, Zagreb 1944; J. Grabovac: Dalmatinski pravaši prema oportunizmu »modernog pravaštva« i raskolu u banovinskoj stranci prava, Split 1965; R. Petrović: Nacionalno pitanje u Dalmaciji u 19 stoljeću, Narodna stranka i nacionalno pitanje 1860–1880, Sarajevo 1968; J. Šidak /u. a./: Povijest hrvatskog naroda g. 1860–1914, Zagreb 1968.

3. Slowenen

Vor 1918 waren die ca. 1,2 Millionen Slowenen administrativ auf die Länder Krain, Steiermark, Kärnten, Görz und Gradisca sowie Istrien und Triest (mit Umgebung) aufgesplittert. Den weitaus stärksten Bevölkerungsanteil (fast 95 %) stellten sie in Krain. Auch in Görz und Gradisca bildeten sie mit 62 % die absolute Mehrheit der Bevölkerung. In der Steiermark und in Triest betrug ihr Anteil 30 %, in Kärnten 21 % und in Istrien 14 % der Bevölkerung (zuzüglich 44 % Kroaten). Im südlichen Kärnten und in der Untersteiermark (mit Ausnahme der Städte) waren die Slowenen in der überwältigenden Mehrheit. Im Unterschied zu den »historischen Nationen« konnten sie aber weder auf ein tradiertes Staatsrecht noch auf eine eigene aristokratische Führungsschicht zurückgreifen. Die Großgrundbesitzer und das gehobene Bürgertum in den Städten bekannten sich zur deutschen (und teils zur italienischen) Nation oder befanden sich – sofern sie slowenischer Herkunft waren – im Stadium der Entnationalisierung. An der Spitze der politischen Emanzipationsbestrebungen stand daher in der Mitte des 19. Jh. die akademische Jugend, die zumeist in Wien oder Graz studiert hatte. In den von ihr gegründeten slowenischen Vereinen wurden 1848 die ersten politischen Programme formuliert: Vereinigung der slowenisch-besiedelten Länder zu einer administrativen Einheit, »Ermöglichung einer näheren Verbindung mit unseren ... Brüdern in Croatien, Slavonien und Dalmatien«, Gleichberechtigung der slowenischen Sprache in Schule, Gericht und Amtierung sowie Boykott des Frankfurter Parlaments durch Österreich. Das in Wien formulierte Programm fand jedoch in den slowenischen Gebieten nur ein schwaches Echo. Von politischen Parteien mit fester Organisationsform konnte zu diesem Zeitpunkt ohnehin noch keine Rede sein. Bestenfalls ließe sich in Abgrenzung zu den Deutschen und Italienern von einer »slowenischen Partei« sprechen, deren Akteure sich um einzelne Führungspersönlichkeiten *(J. Bleiweis* u. a.), um Presseorgane und kleinere Vereine gruppierten. Mit dem Sieg der Gegenrevolution wurden auch diese schwachen Ansätze eines organisierten politischen Lebens zunichte gemacht.

Nach dem Sturz des Bachschen Neoabsolutismus konnte das politische Leben bei den Slowenen mit Beginn der 60er Jahre dann allmählich reaktiviert werden. Das Kurienwahlrecht setzte jedoch diesen Bestrebungen noch enge Grenzen, da den Slowenen infolge ihrer agrarischen Gesellschaftsstruktur und ihrer geringen Wirtschaftskraft die privilegierten Kurien weitgehend verschlossen blieben. 1861 zum Beispiel entfiel im Herzogtum Krain in

der Großgrundbesitzer-Kurie ein Abgeordneter auf zehn Wähler, während in den Städten 300 und auf dem Lande 2200 Wähler für die Erringung eines Mandats erforderlich waren. Bis 1873 wurden außerdem die Abg. des Zentralparlaments in Wien nicht direkt, sondern von den jeweiligen Landtagen gewählt. Erst über die verschiedenen Etappen der Wahlrechtserweiterung, bis zur Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1907, wurden die Slowenen stärker in das konstitutionelle Leben miteinbezogen.

Bei den ersten Wahlen, 1861, jedoch konnten sie in keinem der Landtage ihres Siedlungsgebiets die einfache Mehrheit erringen. Selbst in Krain blieben sie mit 13 von 36 Sitzen in der Minderheit. In den übrigen Landtagen gewannen sie insgesamt noch zehn Mandate (davon sieben in Görz) hinzu. Kristallisationspunkte der nationalen und politischen Bewußtseinsbildung in den 60er Jahren waren die in zahlreichen Städten und Marktflecken gegründeten Lesevereine (čitalnice) sowie verschiedene Presseorgane und die (auf Grund der liberaleren Gesetzgebung nach dem Ausgleich von 1867) ins Leben gerufenen politischen und katholischen Vereine. Die Erfolge dieser Mobilisierungsbemühungen zeigten sich bei den Wahlen von 1867, als die Slowenen die Zahl ihrer Mandate in den verschiedenen Landtagen auf insgesamt 42 erhöhen und erstmals die Mehrheit der Sitze im Krainer Landtag (25 von 36) erobern konnten.

Die politische Differenzierung unter den slowenischen Politikern war bis dahin verhältnismäßig konturenarm. Zwar zeichneten sich in der Konkordats- und Grundschulfrage bereits tiefere Meinungsunterschiede zwischen einer liberalen und einer stärker klerikalkonservativen Strömung ab, doch traten die Vertreter beider Richtungen in den zahlreichen Ende der 60er Jahre abgehaltenen öffentlichen Versammlungen (tabori) noch gemeinsam mit der Forderung nach Vereinigung der slowenischen Gebiete (Zedinjenje Slovenije) auf. Erst als der konservative Flügel in der nationalen Frage mit der legitimistischen Formel bloßer Landesautonomie eine kompromißbereitere Taktik einschlug, verstärkte sich die Kritik der liberalen »Jungslowenen« und ihrer 1868 in Marburg/Maribor herausgegebenen Zeitung ›Slovenski Narod‹ (Slowenisches Volk, ab 1872 in Laibach/Ljubljana). Die Auseinandersetzungen zwischen den konservativen »Altslowenen« um *Bleiweis* und ihren liberalen Gegenspielern (*I. Tavčar* u. a.) verstärkten sich im Zusammenhang mit den zunehmenden katholischen Aktivitäten anläßlich des Vatikanischen Konzils Anfang der 70er Jahre und mußten vom slowenischen Lager bei den ersten Direktwahlen zum Reichsrat 1873 mit dem Verlust mehrerer Mandate bezahlt werden. Dieser Mißerfolg stärkte die Bereitschaft zur erneuten Zusammenarbeit unter den Slowenen. Im Wiener Reichsrat traten ihre Abgeordneten geschlossen dem konservativen Hohenwart-Klub bei, der die Regierung *E. v. Taaffe* zusammen mit Tschechen und Polen in der Koalition des »Eisernen Ringes« fast 15 Jahre (1879–1893) unterstützte. Die »deutsch-slawische Gleichgewichtspolitik« *Taaffes* beseitigte zwar, als Gegenleistung für die slowenische Unterstützung im Parlament, die drückendsten Ungerechtigkeiten in der administrativen Praxis, änderte aber nichts am politischen Status der Slowenen.

Ende der 80er Jahre kam es (zunächst in Krain) zu einer erneuten politischen Differenzierung im slowenischen Lager. Unter Führung des Görzer Theologieprofessors und späteren Bischofs von Krk *A. Mahnič* formierte sich eine streng klerikale Gruppe, die den Idealen der Glaubensgemeinschaft den Vorrang vor der nationalen Gemeinschaft einräumte. 1892 wurde die konservative KATHOLISCHE NATIONALPARTEI (Katoliška Narodna Stranka) gegründet, die in den kommenden Jahren – vor allem auf dem Lande – rasch an Einfluß gewann. Als publizistische Sprachrohre dienten ihr der bereits 1873 gegründete ›Slovenec‹ (Slowene)

sowie der seit 1888 erscheinende ›Domoljub‹ (Patriot). 1905 wurde sie in SLOWENISCHE VOLKSPARTEI (SLS, Slovenska Ljudska Stranka) umbenannt. Ihre Politik wurde in zunehmendem Maße von den organisatorisch begabten *J. Krek* und *I. Šušteršič* bestimmt. Die SLS setzte sich für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Vereinigung der slowenischen Gebiete ein und betätigte sich intensiv auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet (Gründung von Sparkassen, Konsumgenossenschaften, Landwirtschaftsschulen etc.). Unter den deutschen Parteien arbeitete sie besonders eng mit den Christlichsozialen zusammen.

Als Antwort auf die Gründung der KATHOLISCHEN NATIONALPARTEI wurde 1894 in Laibach unter Führung von *Tavčar* und *I. Hribar* die KRAINISCHE NATIONALPARTEI (Narodna Stranka za Krajnsku) gegründet, die sich später (1905) als NATIONALFORTSCHRITTLICHE PARTEI (Narodno-Napredna Stranka) titulierte. Sie kämpfte für die konfessionslose Grundschule und (ab 1906) für die strikte Trennung von Kirche und Staat. Auch sie forderte die Vereinigung der slowenischen Länder und die Durchführung sozialer Reformen, konnte sich jedoch infolge ihrer unzureichenden Organisation nicht gegenüber der SLS durchsetzen. Ihr Anhang blieb auf die städtische Intelligenz, auf Kaufleute und Handwerker beschränkt.

Mit einer gewissen Verzögerung gegenüber den Ereignissen in Krain griff die politische Differenzierung auch auf die übrigen slowenischen Gebiete über. 1899 wurde in Görz die SLOWENISCHE VOLKSPARTEI (Slovenska Ljudska Stranka) von *A. Gregorčič* gegründet, die sich der oben erwähnten KATHOLISCHEN NATIONALPARTEI anschloß. Die entsprechende Schwesterpartei für die Untersteiermark wurde 1907 unter der Bezeichnung SLOWENISCHER BAUERNBUND FÜR DIE STEIERMARK (Slovenska Kmečka Zveza za Štajersko) von *A. Korošec* ins Leben gerufen.

Vom liberalen Lager wurde 1900 die NATIONALFORTSCHRITTLICHE PARTEI (Narodno-Napredna Stranka) in Görz von *H. Tuma* und *A. Gabrščeк* und 1906 die NATIONALPARTEI FÜR DIE STEIERMARK (Narodna Stranka za Štajersko) von *V. Kukovec* begründet. Die formale Vereinigung der liberalen Parteien unter Führung von *Tavčar* erfolgte erst im Juni 1918 unter der Bezeichnung JUGOSLAWISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI (JDS, Jugoslovanska Demokratska Stranka). Nur in Kärnten und Triest wurde die Politik der Zusammenarbeit aller slowenischen Politiker in den Gesellschaften ›Mir‹ (Frieden) resp. ›Edinost‹ (Einheit) weiter fortgesetzt.

Auch im Reichsrat nahm die Differenzierung unter den slowenischen Abgeordneten zunächst nicht so scharfe Formen an wie im Kernland Krain. Allerdings blieb nur etwas über die Hälfte der slowenischen Abgeordneten während der Regierung *Windischgrätz* im Hohenwart-Klub. Nachdem die Regierung 1895 in erster Linie darüber gestürzt war, daß sie die Errichtung slowenischer Untermittelschulklassen in der doppelsprachigen Stadt Cilli/Celje in der Untersteiermark zugesagt hatte, schlossen sich alle slowenischen Reichsratsabgeordneten unter Vorsitz von *Šušteršič* zum »Slawischen Christlichnationalen Verband« zusammen, dem auch Kroaten und Ruthenen angehörten, und unterstützten gemeinsam mit Polen, Tschechen, der österreichischen KATHOLISCHEN VOLKSPARTEI und den deutschen KONSERVATIVEN das neue Kabinett *K. v. Badeni*. Die von den slowenischen Klerikalen angestrebte Vereinigung mit den österreichischen CHRISTLICHSOZIALEN zerschlug sich jedoch wegen unüberbrückbarer Unterschiede in der nationalen Frage, wie sie anläßlich der durch die Sprachenverordnung ausgelösten *Badeni*-Krise 1897 zum Ausbruch kamen.

In der slowenischen Politik kam es daraufhin zu einer Abkehr von den traditionellen

Bündnissen in Österreich. Fortan dominierte bei der führenden KATHOLISCHEN NATIONALPARTEI bzw. bei der SLS die Zusammenarbeit mit den kroatischen Rechtsparteien auf der Grundlage des historischen kroatischen Staatsrechts. Aus den ersten Wahlen nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht für den Reichsrat 1907 ging die SLS als stärkste slowenische Partei (17 von 23 Mandaten) hervor, während die NATIONALFORTSCHRITTLICHE PARTEI lediglich vier und die Slowenen in Triest und Kärnten jeweils nur ein Mandat erringen konnten. Bei den Reichsratswahlen 1911 baute die SLS ihren Vorsprung weiter aus (19 von 23 Sitzen), wohingegen sich die NATIONALFORTSCHRITTLICHE PARTEI gleich den Triester Slowenen mit je zwei und die Kärntner Slowenen mit einem Sitz begnügen mußten. Die 1896 von *E. Kristan* auf der Grundlage des Hainfelder Programms der österreichischen Sozialisten gegründete JUGOSLAWISCHE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (JSDS, Jugoslovanska Socijalno-Demokratska Stranka) konnte auf ihren eigenen Listen kein Mandat erringen.

Die überragende Stellung der SLS, die mit absoluter Mehrheit auch den Krainer Landtag beherrschte, blieb vor und während des 1. Weltkrieges unangefochten. Ihr Obmann, *Šušteršič,* der 1912 zum Landeshauptmann von Krain ernannt wurde, propagierte die Vereinigung aller österreichisch-ungarischen Südslawen mit dem Ziel einer trialistischen Umgestaltung der Doppelmonarchie. Die Parole nationaler Einheit von Slowenen und Kroaten führte Ende 1912 zu einem engen Bündnis mit den vereinigten kroatischen Rechtsparteien (→ Kroatien: STARČEVIĆ-RECHTSPARTEI) und damit zur Stärkung des südslawischen Lagers innerhalb der k. u. k. Monarchie. Während des 1. Weltkrieges zeichnete sich jedoch die Existenz zweier Grundrichtungen in der SLS ab: die gesellschaftlich konservative Strömung um *Šušteršič,* die »grundsätzlich und konsequent eine Identifizierung des slowenischen nationalen Interesses mit den Interessen der katholischen Dynastie der Habsburger und ihres Staates« suchte, sowie die stärker volksnahe und vorrangig auf die Erfüllung nationalpolitischer Forderungen ausgerichtete Strömung um *Krek* und *Korošec.* (Zur weiteren Geschichte → Jugoslawien: SLOWENISCHE VOLKSPARTEI.)

D. Lončar, Dr. Janez Bleiweis in njegova doba. Postanek in razvoj narodnopolitičnega programa Slovencev do razcepljenja v konservativno in liberalno stranko, in: Zborn. Matice slovenske 11 (1909); Ders., Politično življenje Slovencev. Od 4. januarja 1797 do 6. januarja 1919 leta, Ljubljana ²1921; R. Malli, Die politischen Richtungen bei den Slowenen der Untersteiermark von der Dezemberverfassung bis zum Ersten Weltkrieg, in: Die Donaumonarchie und die südslawische Frage von 1848 bis 1918, Wien 1978; V. Melik, Die slowenische Politik am Anfang des Dualismus (1867–1870), in: Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867, Bratislava 1971; Ders.: Volitve na Slovenskem 1861–1918, Ljubljana 1965; J. Pleterski, Der Trialismus bei den Slowenen und die Jugoslawische Einigung, in: Die Auflösung des Habsburgerreiches, 1970; Ders., Die Badenikrise und die Slowenen, in: Die Donaumonarchie und die südslawische Frage von 1848 bis 1918, Wien 1978; M. Zečević, SLS i jugoslovensko ujedinjenje 1917–1921, Belgrad 1973.

4. Serben in der Wojwodina

Die heutige Wojwodina – Batschka, Banat und Syrmien – mit rund 21 000 km² gehörte bis zum Ende des 1. Weltkriegs zur ungarischen Reichshälfte der k. u. k. Monarchie. In administrativer Hinsicht zerfiel die Wojwodina, die unter diesem Namen, aber in kleinerem Umfang als heute, erstmals 1849–1860 zusammengefaßt worden war, auf mehrere ungarische Komitate. An den knapp 1,4 Millionen Einwohnern (1921) stellten die Südslawen (in erster Linie Serben) mit etwa 35 % den relativ stärksten Teil, gefolgt von Ungarn und Deutschen mit 27 bzw. 24 %.

Politische Interessenvertretung der serbischen Minderheit in Ungarn war die am 28. 1. 1869 in Nagybecskerek (Veliki Bečkerek, heute Zrenjanin) durch *S. Miletić* gegründete SERBISCHE LIBERALE VOLKSPARTEI (SNSS, Srpska Narodna Slobodoumna Stranka); in loser Form bestand die Partei eigentlich seit 1861. – Presse: ›Zastava‹ (Fahne; 1866–1914, ab 1900 Tageszeitung).

Die Politik des Wiener Hofes nach der Bezwingung Ungarns im Sommer 1849 enttäuschte die Serben. Der nach der Verkündung des Oktoberdiploms (1860) allmählich um *Miletić* entstandene Kreis näherte sich deshalb den Ungarn und erhoffte von diesen die Erlangung einer Autonomie für die Wojwodina. 1865 wurden die Advokaten *Miletić* und *E. Manojlović* in den ungarischen Landtag gewählt. Sie stimmten im März 1867 gegen den österreichisch-ungarischen Ausgleich, weil dieser das Habsburgerreich in eine österreichische und eine ungarische Hälfte geteilt und auf die Wünsche der Serben keine Rücksicht genommen hatte. Nach der Verabschiedung des Nationalitätengesetzes durch das ungarische Parlament (1868) wandte sich *Miletić* endgültig gegen die Regierungspolitik und gründete die SNSS. Das Nationalitätengesetz bestimmte die nichtmagyarischen Völker als Bestandteil der ungarischen Nation und verwarf im Interesse der Integrität Ungarns alle Autonomiebestrebungen der Nationalitäten. Die SNSS bekämpfte die Politik der Magyarisierung und forderte die politische Gleichberechtigung für die Serben wie auch für alle anderen Nationalitäten in Ungarn. Bis 1881 wurden bei den Wahlen jeweils 3–5 Abg. der Partei in den Landtag gewählt, doch die Maßnahmen der Regierung (*Miletić* wurde 1882 zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt) bewirkten, daß der rechte Flügel der Partei die Oberhand gewann. Aus der Legislative hinausgedrängt, begannen Fraktionskämpfe innerhalb der SNSS, die 1885 in drei Gruppen zerfiel. Der rechte Flügel gründete eine neue Partei unter dem Namen SERBISCHE VOLKSPARTEI (Srpska Narodna Stranka); sie trat für einen Ausgleich mit Ungarn ein, doch hatte sie nur geringen Einfluß, weil sie nur eine kleine Schicht vertrat. Im Zentrum versammelten sich die Anhänger *Miletićs* unter der Leitung von *M. Polit-Desančić*. Der linke Flügel vertrat in erster Linie die Interessen der ärmeren Volksschichten, der Bauern und Handwerker, und wurde von *J. Tomić* geführt. 1887 kam es zum Bruch. Das Zentrum behielt den alten Namen und das ursprüngliche Parteiprogramm und wirkte bis 1918, aber ohne größeren Erfolg. Ihr Sprachrohr wurde die 1885 gegründete Zeitung ›Branik‹ (Verteidiger). Der linke Flügel nahm auch soziale Forderungen in sein Programm auf, vertrat einen radikaleren Standpunkt und gewann immer mehr an Einfluß. 1891 nahm er den Namen SERBISCHE RADIKALE VOLKSPARTEI (Srpska Narodna Radikalna Stranka) an. Es kam auch zu einer Zusammenarbeit mit den Parteien anderer Nationalitäten. Bei den Wahlen im Jahre 1906 gewann die Partei 3 Mandate. 1918 ging sie in der → RADIKALEN VOLKSPARTEI Jugoslawiens auf. B. Grolshammer

N. Petrović, Svetozar Miletić, 1826–1901, Beograd 1958. – Ders., Svetozar Miletić i narodna stranka, Sremski Karlovci 1968.

II. Jugoslawien ab 1918

Das am 1. 12. 1918 proklamierte Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Königreich SHS, 1929 in Königreich Jugoslawien umbenannt) entstand durch die Vereinigung der in ihrer staatsrechtlichen Stellung sehr unterschiedlichen südslawischen Teile der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie auf der einen und den Königreichen → Serbien und → Montenegro auf der anderen Seite. Im neuen Staat mit knapp 12 Millionen Einwohnern lebten etwa 15 Nationen und Nationalitäten zusammen, die sich in vier Glaubensbekenntnisse (Orthodoxie fast 49 %, Katholizismus 37 %, Islam 11 % und Protestantismus knapp 2 %) gliederten. Das sozio-ökonomische und kulturelle Niveau war allgemein niedrig, wenngleich es in den verschiedenen Landesteilen gemäß dem West-Ost-Gefälle große Unterschiede aufwies. 80 % der Bevölkerung lebten auf dem Lande, 51 % waren Analphabeten. Eine einheitliche Schriftsprache existierte nicht. Die Agrar-, Rechts-, Steuer- und Währungssysteme waren ebenso unterschiedlich wie die politische, wirtschaftliche und kulturelle Vergangenheit der einzelnen Nationen oder der soziale Aufbau und die Mentalität ihrer politischen Führungsschichten, die im ehem. Königreich Kroatien-Slawonien zum Teil aus der alten Feudalschicht und dem Bürgertum, in Serbien dagegen aus dem Bauern- und Kaufmannsstand hervorgegangen waren.

Integrationsprobleme aller Art kennzeichneten die Geschichte Jugoslawiens von Anfang an und prägten auch das parteipolitische Erscheinungsbild. Zu den alten Parteien, die bereits vor 1918 in den einzelnen Landesteilen bestanden hatten, traten neue Gruppierungen, die ihre Entstehung der staatlichen Vereinigung und den dadurch ausgelösten Konflikten verdankten. Die Masse der ca. 40 Parteien (darunter eine Reihe kurzlebiger Interessenvertretungen – wie die Invaliden- oder Mieterpartei und verschiedene nationale Splitterpacteien –) war national und/oder regional geprägt. Musterbeispiele dafür waren die serbische → Radikale Volkspartei, die → Kroatische Bauernpartei, die → Slowenische Volkspartei oder die → Jugoslawische Muslimische Organisation. Kompliziert wurde die Situation noch dadurch, daß sich infolge der starken ethnischen Verklammerung (in Kroatien, Dalmatien, Bosnien und der Wojwodina) nationale und regionale Kriterien überkreuzten. Die Interessenlage der Serben in Kroatien (als einer nationalen Minderheit) unterschied sich deutlich von derjenigen des Großteils der Serben in den östlichen und südöstlichen Teilen des Staates (wo sie die absolute Mehrheit repräsentierten) und hat auch parteigeschichtlich mit der Gründung der → Selbständigen Demokratischen Partei ihren Niederschlag gefunden. Auch bei der muslimischen Bevölkerung war eine ähnliche parteipolitische Aufsplitterung nach Regionen (die → Jugoslawische Muslimische Organisation für Bosnien-Herzegowina auf der einen und der → Dżemijet für Kosowo-Metohija und Mazedonien auf der anderen Seite) zu beobachten.

Fast alle Parteien waren aufgrund ihrer national-regionalen Einengung so stark gebunden, daß sie nicht als Gesamtstaatsparteien betrachtet werden konnten oder wollten. Eine Ausnahme bildete die → Demokratische Partei, die als einzige unter den »bürgerlichen« Parteien den Versuch unternahm, den staatlichen Zusammenschluß mit der Gründung einer »jugoslawischen« Partei zu beantworten. Sie war auch die einzige Partei, die bei den Wahlen zur Konstituante von 1920 in allen Teilen des Staates kandidierte. (Nur drei weitere Parteien kandidierten in mehr – die übrigen in weniger – als der Hälfte aller Wahlkreise.) Die ungelösten Integrationsprobleme des multinationalen Staates wirkten über eine Verschärfung des »Oppositions«- oder »Sezessions«-Nationalismus permanent auf das Parteien-

spektrum zurück und begünstigten die Entstehung mehr oder minder extremer Splittergruppierungen. Daß auch die kleinen Parteien im Zwischenkriegsjugoslawien eine bedeutende Rolle spielten, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß keine der Parteien auch nur annähernd stark genug war, um sich ohne Unterstützung anderer Gruppierungen an der Regierung zu halten. Bei den Wahlen von 1920 war die DEMOKRATISCHE PARTEI mit 22 % der Mandate stärkste Partei im Lande. Nur die RADIKALE VOLKSPARTEI erreichte bei späteren Wahlen einen höheren Anteil, bis zu 37 % der Mandate, wenn man von den autoritär gebildeten Regimeparteien in den 30er Jahren absieht. Die Instabilität und Heterogenität der parteipolitischen Landschaft schlug sich in einem raschen Regierungswechsel mit über 20 Kabinetten im ersten Jahrzehnt nach der Staatsgründung nieder.

Im Vergleich zu den nationalen Unterscheidungskriterien traten die ideologischen Unterschiede als prägende Kraft des Parteienspektrums deutlich zurück. Selbst in den Parteiprogrammen spielten sie – von allgemeinen Kennzeichnungen wie »christlich«, »liberal«, »bäuerlich-demokratisch« etc. abgesehen – keine entscheidende Rolle (was die überragende Bedeutung einzelner Führerpersönlichkeiten noch begünstigte). In der praktischen Politik entfielen sie als Unterscheidungsmerkmal fast vollständig. Lediglich die allgemeine Dichotomie von »bürgerlichen« und »sozialistischen« Parteien blieb bestehen, doch haben letztere infolge permanenter Flügelkämpfe keinen nachhaltigen Einfluß auf das politische Geschehen im Zwischenkriegsjugoslawien ausgeübt, zumal die KOMMUNISTISCHE PARTEI ([KPJ] → BUND DER KOMMUNISTEN JUGOSLAWIENS [SKJ]), die aus den Wahlen von 1920 als drittstärkste Partei hervorgegangen war, bereits Dezember 1920 verboten wurde.

Auch Kriterien der sozialen Schichtung konnten die nationalen und regionalen Barrieren nur in Ausnahmefällen überwinden. Eine in allen Teilen des Staatsgebietes unterstützte Bauernpartei kam nicht zustande, obwohl die Masse der Klein- und Mittelbauern durchaus vergleichbare Interessen verfolgte und die Agrarfrage (Überbevölkerung auf dem Lande, Zersplitterung des Bodenbesitzes, unzureichende Kapitalausstattung der Höfe und zunehmende Verschuldung der Landwirte) zu den brennendsten wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Zwischenkriegszeit zählte. Aber schon bei der Durchführung der Agrarreform traten die nationalen Aspekte in den Vordergrund. Ähnlich war es bei den anderen sozialen Schichten. Die Besetzung des Beamtenapparates, die Währungsumstellung, die stark verzögerte Steuerangleichung oder die staatliche Investitionspolitik wurden in erster Linie unter national-regionalen Gesichtspunkten betrachtet. Dies trug maßgeblich zur bereits erwähnten parteipolitischen Diversifikation der Serben – im ehem. Königreich Serbien (»Altserbien«) auf der einen und in den ehem. österreichisch-ungarischen Gebieten auf der anderen Seite – bei. Die Serben »von drüben« (»iz preka«), d. h. außerhalb der Grenzen des ehem. Serbien, – oft als »prečani« oder genauer als »Srbi-prečani« bezeichnet – standen hinsichtlich ihrer sozio-ökonomischen Interessen und ihrer politischen Mentalität den Kroaten durchaus nahe. »Man muß sich darüber im klaren sein«, erklärte der parteipolitische Führer der Serben in Kroatien *Pribićević*, »daß zwischen den Kroaten und den Prečani zwar Nuancen in sozialer Hinsicht, aber keine Unterschiede in der Frage ihrer Heimat und deren Stellung in der Staatsgemeinschaft bestehen.« Die herrschende »altserbische« Klasse bzw. die mit ihr verflochtenen oberen Mittelschichten (etwa 5–10 % der Gesellschaft) benutzten ihre Stellung in der Staatsverwaltung zur Bereicherung und zur Erlangung materieller Vorteile. Die Korruption galt dieser typisch »balkanischen« Bourgeoisie als institutionalisiertes System und löste scharfe Konkurrenzkämpfe mit den oberen und mittleren Schichten der anderen Nationen bzw. der an das Königreich Serbien »ange-

schlossenen« Regionen aus. Die zur Angleichung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus innerhalb des Landes notwendige Umverteilung der Mittel durch den Staat erregte die öffentliche Diskussion um so mehr, als die niedrige wirtschaftliche Wachstumsrate auch in den höher entwickelten Gebieten den vor dem 1. Weltkrieg eingeleiteten »Modernisierungsprozeß« verlangsamte und damit zugleich die Integrationsbereitschaft minimierte. Unter diesen Voraussetzungen kam der Ausgestaltung des Staatsaufbaus von Anfang an ausschlaggebende Bedeutung zu. In der Verfassungsfrage fanden die nationalen Konflikte bzw. die national stigmatisierten sozio-ökonomischen Probleme ihren Kulminationspunkt. 1918 standen sich drei Vereinigungsmodelle gegenüber: 1. Anschluß der österreichisch-ungarischen Gebiete an Serbien zu einem Großserbien, 2. vollkommene wechselseitige Integration auf der Basis eines »jugoslawischen« Zentralismus (eventuell mit lokaler Selbstverwaltung) und 3. Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts jeder einzelnen Nation im Rahmen einer multinationalen Föderation oder Konföderation. Noch bevor ein Konsens erzielt werden konnte, wurde – unter Umgehung maßgeblicher Politiker in den nördlichen Landesteilen – die Staatsgründung unter der ideologischen Fiktion einer »dreinamigen Nation« vollzogen. Das am 3. 9. 1920 verabschiedete Wahlgesetz sah allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen für alle Männer über 21 Jahre vor. Die Mandate wurden nach dem d'Hondtschen System in 56 Wahlkreisen vergeben. Auf je 30 000 (ab 1922: 40 000) Einwohner entfiel ein Sitz, so daß für das Einkammerparlament, die Skupština, insgesamt 419 (resp. 312–15) Abgeordnete zu wählen waren. In den ehemals österreichisch-ungarischen Gebieten wurde durch die Abschaffung des Wahlzensus ein Großteil der Bevölkerung erstmals an der Stimmabgabe beteiligt (was zu einer wesentlichen Kräfteverschiebung unter den alten Parteien und zum Aufstieg der KROATISCHEN BAUERNPARTEI führte).

Die ungeachtet des Parlamentsboykotts der kroatischen Mandatsträger nur mit den Stimmen der großserbisch und »jugoslawisch«-zentralistisch orientierten Parteien am St. Veitstag (28. 6.) 1921 verabschiedete Verfassung begünstigte durch ihren Zentralismus automatisch die serbische Majorität im Gesamtstaat und stand damit im Zentrum aller politischen Kämpfe im Zwischenkriegsjugoslawien.

Mit dem Attentat auf den kroatischen Bauernführer *Radić* in der Skupština von 1928 erreichten die Integrationskonflikte vorläufig ihren parlamentarischen Endpunkt. Mit Proklamierung der Monarchodiktatur am 6. 1. 1929, einem kurz darauf erlassenen Parteienverbot und dem Aufoktroyieren einer neuen Verfassung am 3. 9. 1931 versuchte König *Alexander Karadjordjević* im Alleingang und mit obrigkeitsstaatlichen Mitteln, die Integration herbeizuzwingen. Die ihm anfangs auch von verschiedenen kroatischen Parteiführern entgegengebrachten Sympathien schlugen in erbitterte Gegnerschaft um, als erkennbar wurde, daß *Alexander* die großserbische Politik früherer Regierungen lediglich in modifizierter Form fortführen wollte. Durch Einführung eines Senats wurde 1931 ein Zweikammersystem geschaffen. Die Skupština wurde nach der neuen Verfassung in allgemeinen und gleichen, aber öffentlichen Wahlen gewählt. Das Wahlgesetz wurde radikal geändert mit dem Ziel, die Opposition gegen das autoritäre System so weit als möglich zu unterbinden. Zur Kandidatur wurden nur überregionale Listen zugelassen, für deren Aufstellung insgesamt ca. 95 000 Unterschriften aus allen 368 Wahlkreisen des Landes (jeweils 260 aus einem Wahlkreis) erforderlich waren. Diese Voraussetzung konnte praktisch von keiner der alten Parteien – es sei denn in Form von Wahlbündnissen – erfüllt werden. Die Liste mit der relativen Stimmenmehrheit erhielt automatisch zwei Drittel (nach dem Wahlgesetz vom 24. 3. 1933 drei Fünftel) der insgesamt 305 (1931), 370 (1935) und 373 (1938) Sitze und

wurde bei der Aufteilung des Rests abermals in die Verteilung mit einbezogen. Berücksichtigt wurden nur solche Gruppen, die die 50 000-Stimmenklausel überspringen konnten. »Vereine« auf konfessioneller oder ethnischer Grundlage – und das waren nach Auffassung des Königs de facto alle alten Parteien – blieben weiterhin verboten. An ihre Stelle sollten die neugegründeten »jugoslawischen« Regimeparteien, die → JUGOSLAWISCHE NATIONALPARTEI bzw. die spätere → JUGOSLAWISCHE RADIKALE UNION, treten. Das Experiment scheiterte jedoch nach einer Periode äußerlicher Ruhe in jeder Beziehung; König *Alexander* selbst wurde im Oktober 1934 ermordet. Die nach seinem Tode allmählich eingeleitete Lockerung des autoritären Regimes zwang Prinzregent *Paul Karadjordjević* nach längerem Zögern, den Forderungen der kroatischen Opposition wenigstens teilweise durch Gewährung einer Autonomie im Rahmen der neugebildeten Kroatischen Banschaft (Banovina Hrvatska, einer Gebietskörperschaft mit annähernd gleichem territorialen Umfang wie die heutige Teilrepublik Kroatien) nachzugeben. Die im August 1939 erfolgte »Verständigung« (sporazum) kam jedoch gut zwei Jahrzehnte zu spät, als daß sie den Staats- und Parteienverdruß der Wähler hätte auffangen bzw. eine innenpolitische Konsolidierung des Staates vor dem anderthalb Jahre später erfolgten deutschen Angriff auf Jugoslawien noch hätte bewerkstelligen können. Die vorgesehene Wahl einer neuen Konstituante wurde angesichts der gespannten internationalen Lage verschoben, was nicht nur bei den Kroaten, sondern auch bei den übergangenen serbischen Oppositionsparteien die Unzufriedenheit steigerte. Symptomatisch für die zunehmende Radikalisierung der politischen Stimmung im Lande war nicht nur der Zuwachs der illegalen KPJ Ende der 30er Jahre, sondern auch die Formierung außerparlamentarischer Parteiensubstitute (»Bewegungen«) wie der christlich-nationalistischen »Zbor«-Bewegung des Serben *D. Ljotić* oder der terroristischen »Ustaša-Befreiungsbewegung« des Kroaten *A. Pavelić* (→ auch KROATISCHE RECHTSPARTEI). Den »Bewegungen« war neben einem militanten Antikommunismus und Antisemitismus der Kampf gegen die politischen Parteien und den »Liberalismus«, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus oder Faschismus und ein extremer serbischer bzw. kroatischer Ausschließlichkeitsanspruch gemeinsam. Ihre erhoffte Chance kam, als der jugoslawische Staat im April 1941 innerhalb weniger Tage militärisch zusammenbrach und die erste Periode der jugoslawischen Parteiengeschichte zu Ende ging.

Der organisatorische Aufbau der »bürgerlichen« Parteien in Zwischenkriegsjugoslawien wies nur geringe Unterschiede auf (vgl. dazu stellvertretend die Organisation der JUGOSLAWISCHEN MUSLIMISCHEN ORGANISATION). Neben der jeweiligen Führungspersönlichkeit spielte der in den Statuten festgelegte Parteiaufbau mit dem Parteikongreß als oberstem Beschluß- und dem Hauptausschuß als leitendem Exekutivorgan zumeist nur eine untergeordnete Rolle, während die Parlamentsfraktionen im allgemeinen ihre Position gegenüber dem Hauptausschuß verstärken konnten.

Ein besonderes Merkmal der jugoslawischen Parteiengeschichte in der Zwischenkriegszeit sind die häufig auftretenden Wahlbündnisse bzw. gemeinsame Wahllisten zweier oder mehrerer Parteien auf der einen und die infolge mangelnder innerparteilicher Disziplin häufig erfolgte Aufstellung konkurrierender Wahllisten ein und derselben Partei auf der anderen Seite. Dies hat dazu geführt, daß in der Literatur die Wahlergebnisse oft unterschiedlich ausgewiesen werden. Im folgenden werden die Gewinne gemischter Listen – soweit dies möglich ist oder nicht ausdrücklich anders angegeben wird – aufgelöst und der jeweiligen Partei zugeordnet.

Mit dem 2. Weltkrieg begann ein neuer Abschnitt in der jugoslawischen Parteiengeschich-

te. Die Befreiung des Landes von den Besatzungsmächten war im wesentlichen das Verdienst der von der KPJ geführten »Volksbefreiungsbewegung«. Die Position der Kommunisten war dadurch bei Kriegsende so gefestigt, daß sie die Neugestaltung des Staates bestimmen und mit Hilfe der Volksfront (→ SOZIALISTISCHER BUND DER WERKTÄTIGEN JUGOSLAWIENS) die Einführung des Einparteiensystems ohne nennenswerte Widerstände durchsetzen konnten. Vier in Opposition zu den Kommunisten stehende Parteien, die DEMOKRATISCHE PARTEI, die SOZIALISTISCHE PARTEI, die RADIKALE VOLKSPARTEI und ein Teil des BAUERNBUNDES versuchten zwar anläßlich der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 11. 11. 1945 eigene Listen aufzustellen, wurden jedoch derart behindert, daß sie schließlich zum Wahlboykott aufriefen. Für diese listenlose Opposition wurden sog. Witwenurnen aufgestellt, auf die ca. 10 % der abgegebenen Stimmen entfielen. Eine Reetablierung der alten Parteien war aber nicht mehr möglich, da aufgrund der Gesetze über die Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit von 1945/46 eine organisierte politische Tätigkeit außerhalb der Volksfront ohne Genehmigung des Innenministers nicht mehr erfolgen durfte. Seither ist die Parteiengeschichte Jugoslawiens die Geschichte der KPJ bzw. des SKJ, der sich trotz flexibler Integrationsstrategie mit den aus der Zwischenkriegszeit bekannten Problemen z. T. in den eigenen Reihen auseinandersetzen muß und in mancher Hinsicht noch immer ähnlichen Integrationskonflikten gegenübersteht wie die Parteien im alten Jugoslawien.

Das Wahlsystem erfuhr in der Verfassung von 1974 mit der Einführung des einzigartigen »Delegiertensystems« eine grundlegende Veränderung. Zwischen die Wähler und die Delegierten (Abgeordneten) wurde die Institution der Delegationen geschoben. Die Bürger wählen die Delegierten nicht direkt, sondern bestimmen aus ihrer unmittelbaren Umgebung – am Arbeitsplatz, in der lokalen Ortsgemeinschaft und gegebenenfalls in den gesellschaftspolitischen Organisationen – eine Delegation als ständige Arbeitskörperschaft, und die Delegation wählt dann aus ihrer Mitte die Delegierten für die übergeordneten Körperschaften. Neben der Wahl von Delegationen für die rund 63 000 »Grundorganisationen der vereinten Arbeit« (GOVA) sind ferner auch für die Basiseinheiten der territorialen Selbstverwaltung im jeweiligen Wohnbereich der Wähler Delegationen und Delegierte der gesellschaftspolitischen Organisationen (Bund der Kommunisten, Gewerkschaften etc.) zu wählen. Bei den Wahlen von Anfang 1978 wurden auf diese Weise rund 1 Million Delegierte gewählt, die sich dann zu mehr als 100 000 Delegationen formierten. Als Organisatoren der Registrierungs-, Nominierungs- und Wahlveranstaltungen treten die Gewerkschaften bzw. der → SOZIALISTISCHE BUND DER WERKTÄTIGEN JUGOSLAWIENS auf.

Die Zusammensetzung des Bundesparlaments und der Republiksparlamente ist seit 1945 wiederholt verändert worden. Nach der Verfassung von 1974 setzt sich die »Versammlung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens« (d. h. das Bundesparlament) aus dem Bundesrat sowie dem Rat der Republiken und Provinzen zusammen. Für beide Räte gilt das Delegiertensystem. Der Bundesrat besteht aus Delegierten der Selbstverwaltungsorganisationen und -gemeinschaften sowie der gesellschaftspolitischen Organisationen in den Republiken und autonomen Provinzen. Die Delegierten in den Rat der Republiken und Provinzen – in das eigentliche Föderativorgan – werden dagegen von den Versammlungen der einzelnen Gebietskörperschaften gewählt und abberufen.

K. Basler, Das Parteienleben im Kgr. der Serben, Kroaten und Slowenen, Diss. Leipzig 1926 (Masch.); G. in der Maur, Die Jugoslawen einst und jetzt, Bd. 3, 1938; M. Reuter, Die pol. Parteien J.s von ihren Anfängen bis zur St. Veits-Verfassung v. 28. 6. 1921, Diss. München 1952 (Masch.); Istorija gradjanskih stranaka u Jugoslaviji, 2 Bde., Belgrad 1952; J. Marjanović, Pregled političkih stranaka u Kraljevi i SHS (Iz istorije Jugoslavije 1918–1945), Belgrad 1958; F. Čulinović, Jugoslavija izmedju dva rata, 2 Bde., Zagreb 1961; B. Gligorijević, Parlament i političke stranke u Jugoslaviji 1919–1929, Belgrad 1979; Z. Matijević, Hrvatska gradjanska politika izmedju dva rata u svijetlu jugoslavenske povijesne literature (Čas. za suvr. pov. 12), 1980.

Bäuerlich-Demokratische Koalition (SDK, Seljačko-Demokratska Koalicija). Entstand im November 1927 durch Absprache zwischen der → Kroatischen Bauernpartei (HSS) und der → Selbständigen Demokratischen Partei (SDS) und repräsentierte die überwiegende Mehrheit der kroatischen und serbischen Wähler im ehemaligen Königreich Kroatien. Die beiden Koalitionspartner behielten zwar ihre selbständige Parteiorganisation bei, legten jedoch die Fraktionen mit dem Ziel einer gemeinsamen Bekämpfung der hegemonistisch-zentralistischen Politik der Belgrader Regierung zusammen. Die SDK forderte eine grundlegende Reform der Staatsverwaltung, die Beseitigung der Korruption und die Einführung der Autonomie auf kommunaler Ebene. Nach dem Attentat auf *Radić* in der Skupština (20. 6. 1928) sprach sich die SDK in einer Resolution vom 1. 8. 1928 erstmals für die Revision der Verfassung von 1921 aus, ohne jedoch bereits ihre Vorstellungen hinsichtlich des künftigen Staatsaufbaus zu präzisieren. Die SDS war erst nach längerem Zögern und internen Auseinandersetzungen bereit, die föderalistische Konzeption der HSS zu übernehmen. In den Zagreber »Punktationen« (→ Kroatische Bauernpartei) vom November 1932 legte sich die SDK schließlich auf einen föderalistischen Staatsaufbau fest. Im Kampf gegen die autoritären Regierungen seit 1929 suchte sie eine Verständigung mit den serbischen Oppositionsparteien (→ Vereinigte Opposition und → Block der nationalen Verständigung) und nahm mit diesen gemeinsam an den Wahlen von 1935 bzw. 1938 teil. 1939 – nach der »Verständigung« *Cvetković-Maček* und der Errichtung einer autonomen Banschaft Kroatien – trat die SDK erstmals in die Regierung ein.

Lj. Boban, Maček i politika HSS 1928–1941, 2 Bde., Zagreb 1974; Ders., Sv. Pribićević u opoziciji (1928–1936), Zagreb 1973; T. Stojkov, Opozicija u vreme šestojanuarske diktature 1929–1935, Belgrad 1969.

Bauernbund (Zemljoradnički Savez, Savez Zemljoradnika, Srpska Zemljoradnička Stranka).

1919/20 gründeten Mitglieder der Dachorganisation der serbischen bäuerlichen Genossenschaften um *M. Avramović* den Bauernbund, der sich mit Gruppen Gleichgesinnter in Bosnien und Dalmatien zusammenschloß, um für die Interessen der Bauern einzutreten. Jugoslawien sollte ein parlamentarischer Bauernstaat sein, dessen Provinzen eine beschränkte Autonomie (eigene Parlamente, Regierungsausschüsse) unter der Kontrolle der Zentralregierung zu gewähren sei. Der Bauernbund plädierte für die Errichtung einer zweiten Kammer aus abwählbaren Vertretern der Berufsverbände. Der auf zwei Jahre zu wählende Ministerpräsident würde die der Skupština verantwortlichen Regierungen bilden, die Rechte des Königs wären einzuschränken. Daher stimmte die Mehrheit der Abgeordneten der Partei in der Konstituante gegen die Verfassung. In der praktischen Politik forderte die Partei Maßnahmen zugunsten der Bauern (Bereitstellung zinsgünstiger Kredite). Nach dem Ausscheiden *Avramovićs* aus der aktiven Politik 1922/23 übernahm *J. Jovanović-Pižon*, der zu Zugeständnissen an die Krone bereit war, die Parteiführung. 1927 schloß sich die Gruppe für kulturelle und soziale Aktion unter *D. Jovanović* dem Bauernbund an. Nach 1929 stand die Führung des Bauernbundes in Opposition zur Diktatur, einige führende Politiker *(V. Djordjević)* unterstützten hingegen das Regime. Das Übereinkommen der Oppositionsparteien von 1937 (→ Block der Nationalen Verständigung) sowie der »Sporazum« von 1939 (→ Einleitung) wurden vom Bauernbund begrüßt; sein Vertreter *B. Čubrilović* trat in das Kabinett *Cvetković-Maček* (1939–41) und in die Regierung *Simović* (1941/42) ein. Die Parteilinke unter *D. Jovanović* trat 1940 aus dem Bauernbund aus und gründete die Volksbauernpartei (Narodna Seljačka Stranka). Hochburgen des Bauernbundes waren Nordserbien, Bosnien und die Herzegowina; einzelne Abg. wurden in Dalmatien und der Wojwodina gewählt. 1920 erhielt er für 9,4 % der Wählerstimmen 39 von 419 Mandaten, erreichte aber in den folgenden Wahlen keine Erfolge in dieser Höhe mehr: 1923: 7,05 % der Stimmen, 10 von 312 Mandaten; 1925: 4,8 % der Stimmen, 4 von 315 Mandaten; 1927: 5,85 % der Stimmen, 9 von 315 Mandaten.

G. Hering

M. Avramović, 30 godina zadružnog rada, Belgrad 1924.

Block der Nationalen Verständigung (Blok Narodnog Sporazuma). Zusammenschluß der in Opposition zum autoritären Regime des Ministerpräsidenten *Stojadinović* stehenden serbischen und kroatischen Parteien (→ Radikale Volkspartei, → Demokratische Partei , → Bauernbund, → Kroatische Bauernpartei, → Selbständige Demokratische Partei) am 8. 10. 1937 in Belgrad mit folgenden Zielen: Aufhebung der oktroyierten Verfassung von 1931 und Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse, Einsetzung einer von den Blockparteien getragenen Konzentrationsregierung mit der Aufgabe, 1. eine provisorische Verfassung zu verkünden, 2. ein demokratisches Wahlgesetz zu erlassen und 3. allgemeine und geheime Wahlen für eine neue Konstituante auszuschreiben. Die künftige Verfassung sollte nur dann gültig sein, wenn sie von der jeweiligen Mehrheit der serbischen, kroatischen und slowenischen Abg. angenommen werden würde. Zur Blockbildung war es gekommen, nachdem sich die Verhandlungen des Führers der Kroatischen Bauernpartei, *V. Maček*, mit der Regierung und dem Prinzregenten über eine serbisch-kroatische Verständigung zerschlagen hatten und die serbischen Oppositionsparteien zu der Auffassung gelangt waren, daß ohne Zusammenarbeit mit der kroatischen Opposition das autoritäre Regime nicht beseitigt werden könne.

Bei den Wahlen am 11. 12. 1938 erzielte der Block (der auch unter der Bezeichnung der früheren → Vereinigten Opposition auftrat) knapp 1,4 Mill. Stimmen (= 44,9 %), bekam aber aufgrund des Wahlgesetzes (→ Einleitung) nur 67 Sitze, während die Regierungsliste 1,6 Mill. Stimmen (= 54,1 %) und 306 Sitze erhielt. Nach dem Sturz *Stojadinovićs* und der Aufnahme neuer und schließlich erfolgreicher Verhandlungen zwischen *Maček* und der Regierung *Cvetković* fiel der Block allmählich auseinander.

T. Stojkov, O stvaranju Bloka narodnog sporazuma (Istorija XX veka. 6) 1964; B. Gligorijević, Politička previranja u Demokratskoj stranci na pitanju taktika prema HB (Istorija XX veka.), 1966.

Bund der Kommunisten Jugoslawiens (SKJ, Savez Komunista Jugoslavije). Leitende, politische und ideologische Kraft im heutigen Jugoslawien; Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ), die sich nach einer langen Periode der Illegalität 1941 an die Spitze des Volksbefreiungskampfes stellte, 1948 den Führungsanspruch Moskaus im Weltkommunismus abschüttelte und Anfang der 50er Jahre mit dem Modell der Arbeiterselbstverwaltung einen eigenen Weg zum Sozialismus einschlug.

Gründung: 20.–23. 4. 1919 in Belgrad unter der Bezeichnung Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten) (Socijalistička Radnička Partija Jugoslavije (Komunisti), SRPJ (K)), 1920 in Kommunistische Partei Jugoslawiens (Komunistička Partija Jugoslavije, KPJ) und 1952 in SKJ umbenannt.

Programm: Ausgehend von der Überzeugung, daß das kapitalistische System seine Endphase erreicht habe, sprach sich die KPJ in ihrem 1. Programm von 1920 für die revolutionäre Beseitigung der kapitalistischen Ordnung zugunsten einer Sowjetrepublik Jugoslawien und einer kommunistischen Balkanföderation aus. Als Mitglied der III. Internationale (Komintern) übernahm die KPJ deren programmatische Vorstellungen und akzeptierte (nach heftigen Fraktionskämpfen) das bolschewistische Modell ohne wesentliche Abstriche. Hinsichtlich der jugoslawischen Problematik sprach sich die KPJ zunächst für den Grundsatz der »nationalen Einheit«, d. h. einen integralen Jugoslawismus (unter den Bedingungen eines künftigen sozialistischen Systems) aus. Erst auf der III. Landeskonferenz der KPJ (Januar 1924) in Belgrad wurde unter dem Druck der Komintern die Existenz mehrerer Nationen in Jugoslawien (einschließlich des Sezessionsrechts) anerkannt. Der IV. Kongreß (November 1928) in Dresden sprach sich für die Zerschlagung Jugoslawiens und die Bildung einzelner Nationalstaaten im Rahmen einer Balkanföderation aus. Diese Linie wurde jedoch auf einem ZK-Plenum in Split (Juni 1935) zugunsten einer Lösung der nationalen Frage im Rahmen Jugoslawiens abgeändert. Der Grundsatz der Gleichberechtigung aller jugoslawischen Völker (einschließlich der Mazedonier, Montenegriner und jugoslawischen Albaner) wurde auf der V. Landeskonferenz der KPJ 1940 in Zagreb ausdrücklich bekräftigt. In politischen Fragen allgemeinen und internationalen Charakters folgte die KPJ bis 1948 in ihren programmatischen Verlautbarungen (nicht jedoch immer in der Praxis) den Anweisungen der Komintern bzw. des Kominform. Erst nach dem Bruch mit *Stalin* betonte sie das Recht auf einen eigenen Weg zum Sozialismus und erarbeitete ein neues Programm: Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsbeziehungen durch Vervollkommnung der unmittelbaren sozialistischen Demokratie in Form der Selbstverwaltung in allen Bereichen und auf allen Ebenen unter Wahrung völliger Gleichberechtigung aller Völker und Nationalitäten Jugoslawiens; Abbau des Bürokratismus und Etatismus; Stärkung der Rolle der Arbeiterklasse und der Produzentenassoziationen bei allen politischen Entscheidungen unter Beibehaltung der Führungsrolle der KPJ bzw. des SKJ; Stabilisierung der materiellen Grundlagen des Sozialismus durch ständige Steigerung der Produktion, harmonische Entwicklung aller Wirtschaftszweige und Abbau der Entwicklungsunterschiede im Lande; permanenter politischer und ideologischer Kampf gegen alles, was die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsbeziehungen und den Ausbau des Selbstverwaltungssystems hemmt oder verzögert.

Organisation: In der Zwischenkriegszeit hat die KPJ wiederholt ihr Statut und ihre Organisationsform verändert. Von der Annahme eines Vorläufigen Statuts (1919) bis zum Erlaß eines neuen Statuts auf dem III. Parteikongreß 1926 wurde das Statut zweimal (1920 und 1923) modifiziert. Auf dem IV. Kongreß 1928 wurde zusätzlich eine Resolution über praktische Fragen der Organisation verabschiedet. Erst auf dem V. Kongreß der KPJ 1948 erhielt die Partei wieder ein neues Statut, das auf dem IX. Kongreß (1969) durch eine Neufassung ersetzt wurde, die auf den Kongressen von 1974 und 1978 Veränderungen unterzogen wurde. Entsprechend dem Stand und der Terminologie von 1978 ist der SKJ nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus und (ebenso wie der Staat) nach föderativen Gesichtspunkten aufgebaut. Von der Basis bis zur Spitze der sechs Republiken und der zwei autonomen Provinzen (Wojwodina und Kosowo) ist die Gliederung vertikal, auf Bundesebene dagegen horizontal-föderativ. Eine Ausnahme bildet lediglich das oberste Beschlußorgan des SKJ, der Parteikongreß, dessen Teilnehmer zum größten Teil direkt von der Parteibasis gewählt werden. Die Führung der Bundespartei liegt in der Hand des zentralen Apparates, dessen Spitze *Tito* als Präsident des ZK und der Partei bis zu seinem Tod im Mai 1980 einnahm. Die Mitglieder des 165köpfigen ZK werden von den Republikparteien und der Armee (15 Delegierte) nominiert. Das ZK-Präsidium, das mit *Tito* 24 Mitglieder zählte, ist gleichfalls paritätisch (je 3 aus den Republiken, je 2 aus den autonomen Provinzen und 1 Vertreter

der Armee) zusammengesetzt. Das Amt des »Vorsitzenden des Präsidiums des ZK« ist (nach dem Ableben *Titos,* der es permanent innehatte) auf ein Jahr befristet. Das Präsidium trifft seine Entscheidungen mit einfacher Stimmenmehrheit und ist beschlußfähig, wenn mindestens 2/3 seiner Mitglieder anwesend sind. Die wichtigsten Mitglieder der kollektiven Parteiführung gehören – infolge der nur auf oberster Ebene praktizierten personellen Verschmelzung von Partei- und Staatsapparat zugleich dem neun- bzw. (ohne *Tito*) achtköpfigen Staatspräsidium der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien an. Als Verbindungsglieder zwischen Parteispitze und den Parteiorganisationen auf Republiks- bzw. Provinzebene fungieren 9 aus dem ZK gewählte Exekutivsekretäre, die jedoch keinen Sitz im ZK-Präsidium haben.

Presse: Die Partei und das ZK bedienten sich im Verlauf der Geschichte einer Vielzahl von teils legalen, teils illegalen Presse-Organen, darunter ›Istina‹ (Zagreb 1919–1920), ›Radničke novine‹ (Belgrad 1919–1920), ›Naši dani‹ (Belgrad 1924), ›Borba‹ (Belgrad 1923–1924), ›Komunist‹ (1925), ›Srp i čekić‹ (Zagreb 1926/27), ›Proleter‹ (1929–41, mit Unterbrechungen und wechselndem Erscheinungsort), sowie ›Borba‹ (ab Okt. 1941), ›Komunist‹ (Belgrad ab 1946) sowie ›Socijalizam‹ (Belgrad ab 1958).

Geschichte: Nach Beendigung des 1. Weltkrieges und der Proklamierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen betrieben die linken Flügel der sozialistischen Parteien aus den verschiedenen Landesteilen sowie die Mitglieder der im April 1918 in Moskau aus Kriegsgefangenen gebildeten »Jugoslawischen Kommunistischen Gruppe« die Gründung einer vereinigten sozialistischen Partei marxistisch-leninistischen Typs. Nach heftigen internen Flügelkämpfen kam es vom 20.–23. 4. 1919 in Belgrad zu einem Vereinigungskongreß, auf dem die serbische, die bosnische und die dalmatinische Sozialdemokratische Partei geschlossen, aus Kroatien-Slawonien, der Wojwodina und den übrigen Gebieten dagegen nur Repräsentanten der linken Fraktionen vertreten waren. Anstelle eines Programms für die SRPJ (K) verabschiedeten die Delegierten in der »Grundlage der Vereinigung« eine Zusammenfassung ihres mühsam erzielten Kompromisses: Annahme des allgemeinen Teils aus dem Programm der → Serbischen Sozialdemokratischen Partei (s. Serbien) (und damit de facto der Grundsätze des Erfurter Programms der deutschen SPD), Beitritt der SRPJ (K) zur III. Internationale (Komintern), Verurteilung des »Sozialpatriotismus« und »Ministerialismus« sowie Nichtanerkennung der provisorischen Regierung des Königreichs. In den Zentralen Parteirat wurden *F. Filipović, Ž. Topalović, S. Marković* u. a. gewählt. Generalsekretär der SRPJ (K) wurde *F. Filipović.*

Die innerparteilichen Kämpfe zwischen dem revolutionären und dem sozialdemokratischen Flügel dauerten jedoch weiter an. Der II. Parteikongreß vom 20.–24. 6. 1920 in Vukovar stand im Zeichen erbitterter ideologischer Auseinandersetzungen über Programm und Statut der Partei. Der von *Filipović* vorgelegte Programmentwurf sah für Jugoslawien die Errichtung einer Räterepublik und die Bildung einer Volksarmee vor. Ferner wurde beantragt, die SRPJ (K) in KPJ umzubenennen. Demgegenüber wurden alle Vorschläge des gemäßigten Flügels niedergestimmt. Kurz darauf kam es in der Auseinandersetzung über die Beschlüsse des II. Weltkongresses der Komintern und insbesondere über die »21 Bedingungen« zur endgültigen Spaltung: Die Anhänger des sozialdemokratischen Flügels traten im November 1920 mit einem »Manifest« der innerparteilichen Opposition an die Öffentlichkeit und wurden daraufhin aus der KPJ ausgeschlossen. Im März 1921 gründeten sie die → Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens. In der Umbruchstimmung nach dem 1. Weltkrieg und im Sog der Oktoberrevolution sowie der Errichtung von Räterepubliken in Ungarn und Bayern konnte die SRPJ (K) bzw. die KPJ in enger organisatorischer Verknüpfung mit dem gleichzeitig gebildeten Zentralen Arbeitergewerkschaftsrat und dem Bund der kommunistischen Jugend Jugoslawiens (SKOJ) schnell an Einfluß in der Bevölkerung gewinnen. Aus den Wahlen von 1920 ging sie mit 59 Mandaten und 14 % aller Sitze als drittstärkste Partei des Landes hervor, nachdem sie bereits in den vorangegangenen Kommunalwahlen eine Reihe von Städten (darunter Belgrad, Zagreb, Osijek, Skopje, Niš etc.) hatte erobern können.

Aber bereits im Dezember 1920 kam es infolge wiederholter Streiks zu einem Machtkampf zwischen den Kommunisten und der Regierung, den das Kabinett *Vesnić* am 29. 12. 1920 mit einer Bann-Verordnung (Obznana) gegen die KPJ beantwortete. Die Partei mußte ihre Tätigkeit einstellen und ihre Büros schließen. Nach mehreren Attentaten und Attentatsversuchen linksextremer Kreise auf bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (darunter auf den Prinzregenten *Alexander Karadjordjević* und Innenminister *M. Draškoviċ*) wurde am 26. 7. 1921 ein »Gesetz über den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« erlassen, aufgrund dessen auch die Immunität der kommunistischen Abgeordneten aufgehoben und eine großangelegte Verhaftungswelle eingeleitet wurde.

Obwohl die KPJ zunächst einen starken Aufschwung hatte verzeichnen können, zeigte sie in der Illegalität außerordentliche Schwächen. Die Unterordnung unter die Direktiven der Komintern führte zu einer realitätsfernen Einschätzung der Lage im eigenen Lande, die durch den Dogmatismus der KPJ-Führung verstärkt wurde. Besonders nachteilig wirkte sich aus, daß der von der KPJ vertretene »Jugoslawismus« der nationalen Problematik im Lande in keiner Weise gerecht wurde und die Forderung nach Kollektivierung des Bodens die Wünsche der Agrarbevölkerung

völlig außer acht ließ. Der im Januar 1923 unternommene Versuch, die Tätigkeit der Kommunisten durch die Gründung der UNABHÄNGIGEN ARBEITERPARTEI JUGOSLAWIENS (Nezavisna Radnička Partija Jugoslavije, NRPJ) wenigstens teilweise wieder zu legalisieren, erwies sich denn auch als völliger Fehlschlag. Die NRPJ konnte bei den Wahlen von 1923 kein einziges Mandat erringen und wurde im Juli des folgenden Jahres verboten. Die Mitgliederzahl der KPJ, die Ende 1920 noch über 80 000 betragen hatte, war zu diesem Zeitpunkt auf unter 700 abgesunken.

Erneut brachen heftige Fraktionskämpfe aus, die sich in einem raschen Wechsel auf dem Posten des Generalsekretärs *(M. Todorović, T. Kaclerović, S. Marković* und *M. Gorkić)* niederschlugen. Das ZK versuchte seit April 1930 von Wien aus, die Politik der Partei zu lenken, verlor jedoch immer mehr Einfluß in der Heimat. Erst die im Dezember 1936 erfolgte Bildung eines von *J. Broz (Tito)* geleiteten Organisationssekretariats vermochte die Abwärtsentwicklung der Partei allmählich aufzuhalten, nicht jedoch der »Volksfront«-Taktik zum Durchbruch zu verhelfen. Von großer Bedeutung für die künftige Tätigkeit der KPJ waren die veränderte Einstellung zur nationalen Frage (Anerkennung der Einzelnationalismen) und die Konstituierung von Gliederparteien auf nationaler Basis, der KP Sloweniens und der KP Kroatiens im April bzw. August 1937 (Die Gründung der übrigen Parteien erfolgte erst während bzw. nach dem 2. Weltkrieg).

Auf der anderen Seite aber mußte die Partei infolge der stalinistischen »Säuberungen« schwere Verluste (darunter auch den ihres Generalsekretärs *Gorkić*) hinnehmen. Nachdem dieser Anfang Juli 1937 nach Moskau gerufen worden war, übernahm *Tito* interimistisch die Führung der Partei. Als auch er Mitte Oktober 1937 aufgefordert wurde, nach Moskau zu kommen, leistete er dem später (wahrscheinlich auf Initiative *G. Dimitrovs*) zurückgenommenen Befehl keine Folge. Formell ist *Tito* vermutlich nicht vor Anfang 1939 zum Generalsekretär ernannt worden. Auf der V. Landeskonferenz der KPJ vom 19.–23. 10. 1940 in Zagreb wurde er in seiner Funktion von der Partei bestätigt. Gleichzeitig wurde ein föderalistischer Plan zur Umgestaltung Jugoslawiens angenommen und die Bereitschaft der Partei zur Verteidigung des Landes im Falle eines Angriffs von außen betont. In das Politbüro wurden *E. Kardelj, A. Ranković, M. Djilas, R. Končar, F. Leskošek* und *I. Milutinović* gewählt. Die Partei zählte zu diesem Zeitpunkt annähernd 6.500, der Kommunistische Jugendbund bereits 17.000 Mitglieder.

Nach Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion rief das ZK der KPJ am 27. 6. 1941 die Völker Jugoslawiens zum bewaffneten Widerstand auf und bildete den Hauptstab der Volksbefreiungs- und Partisaneneinheiten als oberstes militärisches Führungsgremium. Bemühungen, eine Zusammenarbeit zwischen der von der KPJ geleiteten »Volksbefreiungsbewegung« (NOP) und der serbisch-monarchistischen Widerstandsbewegung des *D. Mihailović* herbeizuführen, scheiterten im Herbst 1941 und schlugen unter Mißachtung der von der Komintern angeordneten Taktik der »Nationalen Front« in einen regelrechten Bürgerkrieg um. Dank ihrer auf nationalen Ausgleich bedachten Politik konnte die »Volksbefreiungsbewegung« ihre Position rasch festigen. Bereits Ende 1942 ging *Tito* nach beträchtlichen Erfolgen im Kampf gegen die Besatzungsmächte und deren Kollaborateure der Verwirklichung seines politischen Programms nach und rief eine Sitzung des »Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens« (AVNOJ) für den 26.–27. 11. 1942 nach Bihać ein. Die Absicht, bereits zu diesem Zeitpunkt eine provisorische Regierung zu wählen, wurde jedoch nach dem Protest *Stalins* zunächst fallengelassen. Am 29. 11. 1943 trat der AVNOJ abermals zu einer Sitzung im bosnischen Städtchen Jajce zusammen. Es wurde – diesmal über *Stalins* Kopf hinweg – beschlossen, eine provisorische Regierung mit *Tito* an der Spitze zu bilden. Dem Exilkabinett in London wurde alle Regierungsgewalt abgesprochen, dem König die Rückkehr nach Jugoslawien untersagt und der Ausbau des Landes auf föderativer Grundlage beschlossen. *Stalin,* der die Beschlüsse von Jajce als »Dolchstoß in den Rücken der Sowjetunion« interpretierte, lenkte erst ein, nachdem die westliche Presse verständnisvoll reagiert hatte und auf der Teheraner Konferenz (28. 11.–1. 12. 1943) die materielle Unterstützung *Titos* durch die »Großen Drei« beschlossen worden war. Obwohl die Autorität *Stalins* in der KPJ noch unangefochten war, »hatte die jugoslawische Revolution die Voraussetzungen und Maßstäbe der sowjetischen Außenpolitik hinter sich gelassen« (Djilas). Bei Kriegsende war die Position der KPJ – ungeachtet der auf englischen Druck erfolgten Vereinbarung mit der jugoslawischen Exilregierung in London (*Tito-Šubašić*-Abkommen vom 1. 11. 1944) und der kurzfristigen Wiederbelebung einiger Vorkriegsparteien – dank der äußerst erfolgreichen militärischen Taktik gegen die Besatzungsmächte und die inneren Gegner so gefestigt, daß sie Regierung, Parlament und Armee völlig unter Kontrolle hatte. Die Mitgliederschaft stieg bis Kriegsende auf über 140 000 an.

Vom 5.–7. 8. 1945 fand in Belgrad der Gründungskongreß der Volksfront (→ SOZIALISTISCHER BUND DER WERKTÄTIGEN JUGOSLAWIENS) statt, die de facto ein erweitertes Forum der KPJ darstellte. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 11. 11. 1945 erhielt sie ca. 90% der Stimmen, während die oppositionellen Parteien infolge des kommunistischen Drucks zum Wahlboykott aufriefen. Der Weg zum Einparteien-Staat war damit festgelegt. Am 29. 11. 1945 wurde die Föderative Volksrepublik Jugoslawien (FNRJ) proklamiert und das Gesetzgebungswerk des AVNOJ bestätigt. Der bereits eingeleitete

Umbau des Landes in eine »Volksdemokratie« nach sowjetischem Muster wurde unter Führung der KPJ rasch und kompromißlos fortgeführt. Dennoch kam es im Frühjahr 1948 wegen sowjetischer Einmischungen in die jugoslawische Innenpolitik und vorangegangener »Eigenmächtigkeiten« *Titos* in der Balkanpolitik zum Bruch mit *Stalin* und zum Ausschluß der KPJ aus dem Kominform am 28. 6. 1948. Ungeachtet dessen stellte sich die Partei auf ihrem V. Kongreß (dem ersten seit 1928) vom 21.–28. 7. 1948 nahezu geschlossen hinter *Tito*.

Der sowjetisch-jugoslawische Bruch führte innerhalb der KPJ zu einer programmatischen Umorientierung: Es wurde nicht nur der ideologische und politische Führungsanspruch Moskaus kritisiert, sondern auch das sowjetische System selbst mit seinem bürokratischen Etatismus, dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und der Deformation der gesellschaftlichen Beziehungen in Frage gestellt. Mit dem »Grundgesetz« über die Arbeiterselbstverwaltung vom 26. 6. 1950 (ausgebaut in der Verfassungsreform von 1953 und den späteren Verfassungen bis 1974) entwickelte die KPJ, die sich auf dem VI. Parteikongreß von 1952 in SKJ umbenannte, ihr eigenes Sozialismusmodell auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums und versuchte, es mit dem Anspruch auf Gleichberechtigung aller sozialistischen und kommunistischen Parteien und einer blockfreien Außenpolitik gegen den Moskauer Zentrismus abzusichern.

Das Verhältnis zwischen KPdSU und KPJ bzw. SKJ entspannte sich zwar im Zuge der Entstalinisierung (Besuch *Chruščevs* vom 26. 6.–2. 7. 1955 in Belgrad), war aber auch in der Folgezeit (vor allem anläßlich der sowjetischen Interventionen in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968) von kritischen Spannungen nicht frei.

Auf dem VII. Parteikongreß des SKJ vom 22.–26. 5. 1958 in Ljubljana wurde die Ablehnung jeder Einmischung von außen und der Ausbau des Selbstverwaltungssystems und damit das Recht auf einen eigenen Weg zum Sozialismus in einem neuen Parteiprogramm verankert. Die Trennung von Partei und Staat und der Abbau des Parteiapparats zugunsten einer unmittelbaren sozialistischen Demokratie wurden zwar als notwendig anerkannt, ihre praktische Umsetzung aber nur sehr zögernd in Angriff genommen. Der Dezentralisierungsprozeß unterlag vielmehr mit Rücksicht auf die unter dem Stichwort des »Nationalismus« oder »Liberalismus« auftretenden innerparteilichen Gruppenbildungen und sonstigen Abweichungen (angefangen von *Djilas* über *Ranković* bis zu den kroatischen »Nationalisten« *Dabčević-Kučar* und *Tripalo* oder den serbischen »Liberalen« *Nikezić* und *Perović*) erheblichen Schwankungen.

Auf dem IX. Kongreß des SKJ vom 11.–15. 3. 1969 wurde mit der Annahme eines neuen Statuts die »klassische« Form der Parteiführung durch ein ZK aufgegeben und statt dessen ein kompaktes Präsidium mit 50 Mitgliedern und ein kleines Exekutivbüro geschaffen. Zugleich wurde die Position der Republiksparteien gegenüber der Bundespartei gestärkt und damit eine Art Föderalisierung des SKJ eingeleitet, was de facto einen Erfolg für die »national-liberale Koalition« (bestehend aus den damaligen kroatischen, slowenischen und mazedonischen Parteiführern) bedeutete. Im Verlauf des X. Kongresses vom 27.–30. 5. 1974 erhielt jedoch die seit 1971 (dem Auftreten der nationalen »Häresie« in Kroatien und der dadurch ausgelösten massiven Intervention *Titos*) erkennbar gewordene Tendenz einer teilweisen Rückkehr zu zentralistischen Führungsmethoden im Bereich des Partei- und Staatsapparates (unter Beibehaltung des dezentralistischen Selbstverwaltungssystems) neuen Auftrieb. Der »Klassencharakter« des SKJ wurde wieder nachdrücklich betont. Hatte die Partei nach dem IX. Kongreß die gesellschaftliche Entwicklung nur noch »anleiten« wollen, so stellte sie nun den Führungsanspruch »in allen Bereichen und auf allen Ebenen« deutlich heraus. Die Partei erhielt wieder einen zentralen (allerdings nach dem Republikenproporz zusammengesetzten) »traditionellen« Führungsapparat (ZK), dessen wichtigste Funktionäre, darunter auffallend viele Vertreter der Armee, in Personalunion der staatlichen Führungsspitze angehören. Die weitgehende Vereinigung von Staats- und Parteispitze und das Aufrücken der Generalität in die höchsten politischen Führungsämter dürfte im Hinblick auf die »Zeit nach *Tito*« erfolgt sein. In diesem Licht ist auch die auf dem XI. Kongreß vom 20.–23. 6. 1978 in Belgrad erfolgte Verkleinerung des ZK von 48 auf 24 Mitglieder zu sehen. Im übrigen stand der Kongreß im Zeichen des von *Kardelj* theoretisch entwickelten »Selbstverwaltungs-Pluralismus«.

I. Avakumović, History of the Communist Party of Jugoslavia, Aberdeen 1964; P. Morača, Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, Belgrad 1966; Deset kongresa: Od prvog do desetog kongresa SKJ 1919–1974, Belgrad 1974; P. Morača u. a., Istorija SKJ. Kratak pregled, Belgrad 1976; O. Haberl, Parteiorganisation und nationale Frage in Jugoslawien, 1976.

Bund des Slowenischen Bauernvolkes (Zveza Slovenskega Kmečkega Ljudstva).

→ Selbständige Bauernpartei.

Demokratische Gemeinschaft (**DZ,** Demokratska Zajednica).

→ Demokratische Partei.

→ Jugoslawische Muslimische Organisation.

Demokratische Partei (**DS,** Demokratska Stranka).

Durch Fusion entstandenes Sammelbecken heterogener politischer Gruppierungen, überwiegend serbischen Charakters, mit dem Ziel, dem Königreich SHS eine überregionale, gesamt-»jugoslawische« Parteibasis zu geben.

Gründung: 15./16. 2. 1919 in Sarajevo als Staatsbildende Partei der Serbischen, Kroatischen und Slowenischen Demokraten (Državnotvorna Stranka Demokrata Srba, Hrvata i Slove-

naca) unter Führung von *S. Pribićević;* 11. und 15. 4. 1919 Fusion der Demokratischen Fraktion im Belgrader Parlament mit den Fraktionen der Unabhängigen Radikalen *(L. Davidović),* der Progressiven *(V. Marinković)* und der Liberalen zur DEMOKRATISCHEN GEMEINSCHAFT (DZ, Demokratska Zajednica) bzw. (ab Januar 1920) (Jugoslawische) Demokratische Partei.

Programm: Vereinigung der Serben, Kroaten und Slowenen zu einer unteilbaren »jugoslawischen« Nation unter folgerichtiger Negierung der Einzelnationalismen und kompromißloser Ablehnung der ethnisch, historisch oder konfessionell-kulturell begründeten Autonomiebestrebungen ; Liquidierung der bisherigen »regionalen« Parteien, Absicherung der »jugoslawischen« Einheit durch zentralistische Gestaltung des Staatsaufbaus mit breiter lokaler Selbstverwaltung nach geographisch-ökonomischen (keinesfalls nationalen) Kriterien. Auf dem Kongreß der DS am 30./31. 10. 1921 wurde ein gemeinsames Programm angenommen, in dem außer dem nationalen Unitarismus (integralem »Jugoslawismus«) und staatlichem Zentralismus eine konstitutionelle Monarchie als Staatsform, die Ministerverantwortlichkeit, die Einführung eines modernen Wahlrechts u. a. verankert wurden. Im sozialen Bereich forderte die Partei die Abschaffung der Feudalbeziehungen auf dem Lande durch eine radikale Agrarreform, die Durchsetzung des achtstündigen Arbeitstages und die Einführung einer Arbeitersozialversicherung.

Organisation: Die fusionierten Parteien waren zunächst nur auf Fraktionsebene durch einen gemeinsamen Hauptausschuß und ein Präsidium lose verbunden. In den Statuten der Partei (von Anfang 1920 und Januar/Oktober 1921) wurden die Kompetenzen des Hauptausschusses als des führenden Parteiorgans nach dem Parteikongreß allmählich ausgeweitet. Die Organisationsform der DS blieb jedoch weiterhin rudimentär. Wichtigste Presseorgane waren ›Demokratija‹, Belgrad 1919–24 und 1945–47 sowie ›Odjek‹, Belgrad 1923–29.

Geschichte: Nach Proklamierung des Königreichs SHS betrieben Mitglieder der provisorischen Regierung in Belgrad, darunter die Minister *Pribićević, A. Kramer, Davidović* u. a., die Gründung einer »jugoslawischen« Partei, die sich aus den wichtigsten Vorkriegsparteien rekrutieren sollte. Am 16. 12. 1919 wurde als Vorstufe in Sarajevo die »Staatsbildende Partei der serbischen, kroatischen und slowenischen Demokraten« ins Leben gerufen, die sich im Kern aus den Anhängern der von *Pribićević* geführten ehem. KROATISCH-SERBISCHEN KOALITION (→ Kroatien) unter Einschluß dalmatinischer und slowenischer Politiker zusammensetzte und damit die »jugoslawisch« gesinnten Politiker in den südslawischen Teilen der ehem. Habsburger Monarchie repräsentierte. Die als zweiter Schritt geplante Fusion mit der → RADIKALEN VOLKSPARTEI im ehem. Königreich Serbien kam jedoch nicht zustande, da die Radikalen sich weigerten, ihre serbische Tradition zugunsten einer »jugoslawischen« Orientierung aufzugeben. Statt dessen konnten kleinere serbische Oppositionsparteien sowie Abgeordnete aus Mazedonien und Montenegro für den Zusammenschluß auf Fraktionsebene zur Demokratischen Gemeinschaft gewonnen werden. Führer der neuen Partei wurde *Davidović,* der vom August 1919 bis zum Februar 1920 als Ministerpräsident einer Koalitionsregierung aus DS und Sozialisten vorstand, sich jedoch gegenüber der konservativen Opposition von seiten der Radikalen nicht durchzusetzen vermochte. Erst die Zunahme der antizentralistischen und republikanischen Kräfte im kroatischen Lager, die um sich greifenden sozialen Unruhen und die angespannte außenpolitische Lage des Landes bildeten die Voraussetzungen für die in den anschließenden Koalitionsregierungen unter *M. Vesnić* und *N. Pašić* bis zum Dezember 1922 praktizierte Zusammenarbeit zwischen den großserbisch orientierten Radikalen und den »jugoslawischen« Demokraten unter der Parole nationaler und staatlicher Konsolidierung nach innen und außen. Im Kampf um die Stärkung der zentralen Staatsgewalt und die Absicherung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung brachten die von der DS gestellten Innenminister *Pribićević* und *M. Drašković* äußerst repressive Maßnahmen gegen ihre politischen Gegner, die Antizentralisten und Kommunisten, zur Anwendung, ohne die im Lande wachsende Opposition gegen ihre autoritäre Politik zum Schweigen bringen zu können. Allerdings konnte die DS bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 28. 11. 1920 einen beträchtlichen Erfolg verzeichnen: Mit 92 Mandaten (= 22 % der Sitze) ging sie noch vor den Radikalen als stärkste Fraktion hervor. Mit der Verabschiedung der zentralistischen Verfassung des Königreichs SHS von 1921 war das primäre Ziel der Demokraten und Radikalen erreicht, so daß in der nachfolgenden Zeit die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der DS sowie der Machtkampf zwischen Demokraten und Radikalen um die Gunst der serbischen Wähler voll zum Ausbruch kamen. Während der von *Davidović* geführte Flügel der DS unter Beibehaltung der »jugoslawisch«-unitaristischen Ideologie die Unterstützung der kroatischen Oppositionspolitiker suchte und unter der Formel »breiter Selbstverwaltung« für eine gemäßigte, den Kroaten entgegenkommende Auslegung der Verfassung eintrat, plädierte der *Pribićević*-Flügel für eine kompromißlos-zentralistische »Politik der harten Hand«. Da die innerparteilichen Gegensätze nicht überbrückt werden konnten, spaltete sich die Gruppe *Pribićević* im Frühjahr 1924 ab und gründete die Partei der → SELBSTÄNDIGEN DEMOKRATEN. An der Spitze eines Oppositionsblocks gelang es *Davidović,* eine erste Verständigung mit der → KROATISCHEN (REPUBLIKANISCHEN) BAUERNPARTEI herbeizuführen und diese zur Aufgabe ihres Parlamentboykotts zu bewegen. Die von *Davidović* in Koa-

lition mit der → JUGOSLAWISCHEN MUSLIMISCHEN ORGANISATION und der → SLOWENISCHEN VOLKSPARTEI sowie mit Unterstützung der kroatischen Abg. geführte Regierung (Juli-November 1924) scheiterte trotz ihrer parlamentarischen Mehrheit an den unter dem Vorwurf der Staatszersetzung und des Separatismus geführten Intrigen der zentralistischen-konservativen Kräfte und dem antiparlamentarischen Vorgehen König *Alexanders*.

Bei den Wählern hatte die DS seit 1920 einen starken Vertrauensschwund hinnehmen müssen. Bei den Parlamentswahlen am 18. 3. 1923 hatte sie noch 51 Mandate (= 16 % der Sitze), bei den Wahlen am 2. 2. 1925 (nach der Parteispaltung) nur noch 37 Mandate (= 12 %) erringen können. Ihre Lage besserte sich erst, als die Radikalen in der 2. Hälfte der 20er Jahre in eine tiefe Krise gerieten (Wahlen 1927 61 Mandate = 20 % der Sitze). Von einer einheitlichen Politik der DS konnte jedoch in dieser Zeit keine Rede sein. Einem »linken« von *Davidović* geführten Flügel, der nach wie vor für eine den kroatischen Wünschen entgegenkommende Verfassungsrevision, die Verteidigung des Parlamentarismus und eine enge Zusammenarbeit mit der regional-konfessionell orientierten JUGOSLAWISCHEN MUSLIMISCHEN ORGANISATION eintrat, stand abermals ein zentralistischer, vom Hof manipulierter »rechter« Flügel unter *V. Marinković* gegenüber. Um einen offenen Konflikt zu vermeiden, akzeptierte *Davidović* die unter Umgehung des Parlaments erfolgte Bildung des Kabinetts *Vukićević-Marinković*. Erst nach dem Attentat auf *Radić* im Parlament (20. 6. 1928) und die dadurch ausgelöste offene Staats- und Parlamentskrise trat der *Davidović*-Flügel wieder nachdrücklicher für die parlamentarischen Grundsätze ein, was den Austritt *Marinkovićs* aus der DS (Anfang 1929) zur Folge hatte. Nach der Proklamierung der Königsdiktatur am 6. 1. 1929 gehörte *Davidović* mit zu den Führern der für die Restituierung des Parlamentarismus und eine grundlegende Staatsreform kämpfenden illegalen Opposition. Die aufgrund der oktroyierten Verfassung am 8. 11. 1931 durchgeführten Wahlen wurden von der DS boykottiert. Bei den nachfolgenden Wahlen von 1935 und 1938 beteiligte sie sich dagegen an der Landesliste der → VEREINIGTEN OPPOSITION. Auch trug sie zum Zustandekommen des → BLOCKS DER NATIONALEN VERSTÄNDIGUNG von 1937 bei. Die von den Kommunisten vorgeschlagene Bildung einer Volksfront wurde jedoch von den Block-Parteien abgelehnt, so daß es innerhalb der DS abermals zu Spannungen und zum Parteiausschluß der »demokratischen Linken« unter *I. Ribar* kam (1938). Nach 1942 beteiligte sich die DS an mehreren jugoslawischen Exilregierungen. Die Führung der Partei hatte nach dem Tode *Davidovićs* (1940) *M. Grol* übernommen, der in der 1. Regierung *Titos* am 7. 3. 1945 den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten bekleidete, jedoch schon kurz darauf aus Protest gegen die Politik der KPJ (→ BUND DER KOMMUNISTEN JUGOSLAWIENS) zurücktrat. Bei den Wahlen am 11. 11. 1945 stand die DS in Opposition zur Volksfront und wurde bei der Aufstellung eigener Kandidatenlisten derart behindert, daß sie zum Wahlboykott aufrief. Am politischen Leben konnte sie danach nicht mehr teilnehmen.

T. Stojkov, Opozicija u vreme šestojanuarske diktature, Belgrad 1969; B. Gligorijević, DS i politički odnosi u. Kraljevini SHS, Belgrad 1970; N. Jovanović, Politički sukobi u Jugoslaviji 1925–1928, Belgrad 1974.

Džemijet. Partei der türkischen und albanisch-muslimischen Minderheit in Kosowo-Metohija und Teilen Mazedoniens. Die im August 1919 unter der Bezeichnung Islam muhafazaji hukuk džemijet (Gesellschaft zum Schutz der Rechte der muslimischen Bevölkerung) gegründete Partei wurde faktisch von *Nedžib Draga* bzw. (nach dessen Tod) von seinem Bruder *Ferad Draga* geführt. Das Parteiprogramm war demjenigen der → DEMOKRATISCHEN PARTEI nachgebildet.

Presse: ›Hak‹, ›Hak Joli‹ und ›Mudžaede‹.

Bei den Wahlen von 1920 errang der Džemijet acht, 1923 14 Mandate. In der Führung der Partei überwogen die Großgrundbesitzer, deren Interessen durch die Agrarreform gefährdet waren. 1921 traten die acht Abg. des Džemijet in die Koalitionsregierung von Radikalen und Demokraten ein und stimmten für die Verabschiedung der zentralistischen St.-Veits-Verfassung. Die Regierung zeigte sich durch großzügige Entschädigungen für den enteigneten Großgrundbesitz und durch Zugeständnisse in der Durchführung der Agrarreform und Kolonisation erkenntlich. Im politischen Leben der folgenden Jahre spielte die Partei als »Zünglein an der Waage« oft eine bedeutende Rolle und wurde sowohl von den Radikalen als auch von ihren späteren Gegnern, den Demokraten, umworben. 1924 unterstützte die Partei zunächst die homogene Regierung der Radikalen, schloß sich jedoch dann den Oppositionsparteien an und trug zum Sturz der Regierung *Pašić-Pribićević* im Sommer 1924 bei. Als Vergeltung für diesen »Verrat« gelang es *Pašić*, die Partei bei den Wahlen von 1925 durch rücksichtslose Gewaltanwendung fast vollständig zu vernichten und ihre Rückkehr ins Parlament zu verhindern.

Jugoslawische Muslimische Organisation (**JMO**, Jugoslavenska Muslimanska Organizacija).

Regional-konfessionelle Partei, die zwischen den beiden Weltkriegen 90 % der muslimischen Wähler in Bosnien und der Herzegowina repräsentierte.

Gründung: 14.–17. 2. 1919 in Sarajevo durch *I. Maglajlić, S. Korkut, H. Karamehmedović* u. a.

Programm: Festigung der nationalen und staatlichen Einheit der Serben, Kroaten und Slowenen im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie unter der serbischen Dynastie *Karadjordjević*; vollkommene Gleichberechtigung aller »Stämme« und Staatsbürger und Ablehnung der Einzel-

nationalismen sowie aller Bestrebungen, die muslimische Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina den divergierenden nationalen Interessen der Serben oder Kroaten unterzuordnen. Neben den auch in anderen Parteiprogrammen verankerten Prinzipien einer modernen Demokratie setzte sich die JMO nachdrücklich für die Bewahrung der administrativ-territorialen Geschlossenheit Bosniens und der Herzegowina sowie für die konfessionell-kulturelle Autonomie der dortigen muslimischen Bevölkerung ein. Im sozioökonomischen Bereich forderte die Partei neben der Wiedergutmachung des von der muslimischen Bevölkerung während und nach dem 1. Weltkrieg erlittenen Schadens die Entschuldung des bäuerlichen Kleinbesitzes, die Aufhebung des Kmetenverhältnisses sowie die Erhaltung und Schaffung von Großgrundbesitz. Hinsichtlich des staatlichen Aufbaus enthielt das Gründungsprogramm von 1919 keine präzise Aussage. Erst auf der Jahreskonferenz der JMO am 20. 10. 1920 sprach sich die Partei für die Autonomie der einzelnen Landesteile, aber gegen die nationale (»Stammes«-)Autonomie und den Föderalismus aus.

Organisation: Oberstes Organ der Partei war die Landeskonferenz, die über die Zusammensetzung des Zentralen und des Geschäftsführenden Ausschusses, die inhaltliche Gestaltung von Programm und Statut, die Kandidatennominierung bei den Wahlen und die praktisch-politische Linie der Partei zu entscheiden hatte. Zentraler und Geschäftsführender Ausschuß waren zusammen mit der Parlamentsfraktion für die Ausführung der Parteitagsbeschlüsse zuständig, wobei die Fraktion nach dem Statut von 1919 dem 32-gliedrigen Zentralausschuß verantwortlich war. Im Statut vom Oktober 1921 wurde diese Bestimmung aufgehoben und die Stellung der Fraktion gestärkt. Präsident der Partei war der aus Tuzla stammende Mufti *I. Maglajlić*, der 1922 von *M. Spaho* und nach dessen Tod am 29. 6. 1939 von *D. Kulenović* abgelöst wurde. Die Mitgliedschaft der JMO war auf die muslimische Bevölkerung in Bosnien und der Herzegowina beschränkt. Im Oktober 1920 zählte die Partei 80 000 Mitglieder in 59 gut organisierten Ortsausschüssen. Offizielles Parteiorgan: ›Pravda‹, Sarajevo 1919–41 (mit Unterbrechungen).

Geschichte: Infolge der konfessionell-nationalistischen Intoleranz in den gemischt-besiedelten Gebieten und der Identifizierung der muslimischen Bevölkerung mit der früheren osmanischen Besatzungsmacht erschien nach dem 1. Weltkrieg eine geschlossene parteipolitische Vertretung der muslimischen Minderheit als ein Gebot der Selbstbehauptung. In Bosnien und der Herzegowina bildeten sich verschiedene politische Gruppierungen heraus, unter denen die »Muslimische Organisation« in Sarajevo und der »Aktionsausschuß« in Tuzla von besonderer Bedeutung waren. In einer gemeinsamen Sitzung vom 13.–17. 2. 1919 konstituierten sich diese zur »jugoslawisch« orientierten JMO. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 28. 11. 1920 konnte die JMO mit 98 % der muslimischen Wählerstimmen ihres Aktionsbereichs 24 Parlamentsmandate (= 6 % der Sitze) für sich erringen. Sie versuchte, ihre Zielsetzungen mit wechselnden Bündnissen zu realisieren. Im März 1921 trat sie mit zwei Ministern der von *N. Pašić* geführten Koalitionsregierung von Radikalen und Demokraten bei und stimmte am 28. 6. 1921 für die Verabschiedung der zentralistischen Verfassung. Da die Regierung ihre Versprechen (vor allem bei der Steuerpolitik) nicht einhielt, wechselte die JMO im Frühjahr 1922 nach heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen (in deren Verlauf der Parteivorsitz von *Maglajlić* auf *Spaho* überging) ins Lager der Opposition über und setzte sich mit der Forderung nach breiter Autonomie für die Revision der von ihr mitverabschiedeten Verfassung ein. Dem Oppositionsblock, bestehend aus der → Demokratischen Partei, der → Slowenischen Volkspartei und der JMO gelang es nach Verständigung mit der → Kroatischen (Republikanischen) Bauernpartei im Juli 1924, kurzfristig selbst die Macht zu übernehmen. Bei den Wahlen 1925 mußte die JMO trotz Stimmenzuwachses gegenüber dem Ergebnis von 1923 (18 Mandate) zugunsten der mit allen Mitteln des Wahlterrors und der Manipulation kämpfenden Radikalen einen Rückgang um 3 (auf 15) Mandate hinnehmen. Wieder in der Opposition gegen das Belgrader Regime, suchte die JMO auch weiterhin die Zusammenarbeit mit den dezentralistisch orientierten Kräften, vor allem mit der Demokratischen Partei, mit der sie sich auf einer gemeinsamen Fraktionssitzung am 5. 10. 1926 zur Demokratischen Gemeinschaft (Demokratska Zajednica, DZ) eng verbündete. Zusammen mit dieser wechselte sie am 17. 4. 1927 aus der Opposition in das Kabinett des Radikalen *V. Vukićević* über. Bei den Wahlen am 11. 9. 1927 konnte die JMO (teils auf ihren eigenen, teils auf den Wahllisten der DZ) insgesamt wieder 18 Mandate erringen, während die Radikalen auf 14 Sitze aus Bosnien und der Herzegowina (1925: 20 Mandate) zurückfielen. In der 1928 durch das Attentat auf *Radić* ausgelösten Staatskrise entschied sich die JMO zur Fortsetzung ihrer Regierungsbeteiligung unter dem neuen Ministerpräsidenten *Korošec* von der → Slowenischen Volkspartei, da sie die von serbischen Politikern erwogene »Amputation« nördlicher Landesteile und eine befürchtete Aufspaltung Bosniens unter allen Umständen verhindern wollte. Nach Proklamierung der Königsdiktatur am 6. 1. 1929 wurde die JMO (gleich allen anderen Parteien) als konfessionell-regionale Vereinigung verboten. In den im Januar 1933 veröffentlichten »Punktationen« von Sarajevo sprach sich *Spaho* für eine Neugestaltung des Staatsaufbaus gemäß den historischen Landesteilen aus. Bei den Wahlen von 1935 beteiligte sich die JMO an der von *Maček* geführten Landesliste der → Vereinigten

Opposition, trat jedoch danach in die von Ministerpräsident *Stojadinović* gebildete Regierung ein und schloß sich der neu formierten Regime-Partei (→ Jugoslawische Radikale Union) an. Von da an beteiligten sich die Funktionäre der JMO an allen jugoslawischen Regierungen bis zur Kapitulation des Landes im April 1941.

Insgesamt ist es der JMO gelungen, die muslimische Wählerschaft Bosniens und der Herzegowina unabhängig von der sozialen Schichtung und trotz einer Vielzahl konkurrierender, zumeist kurzlebiger muslimischer Splitterparteien nahezu geschlossen hinter sich zu vereinen und den Zusammenhalt Bosniens und der Herzegowina durch wechselnde Koalitionen zu sichern. Die schwierige Lage der muslimischen Bevölkerung in Zwischenkriegsjugoslawien hat entscheidend die parteipolitische Integration gefördert. Die JMO war denn auch keineswegs nur eine Partei der ehemaligen muslimischen Feudalherren, sondern wurde auch von den Angehörigen der Intelligenz und der »čaršija« (dem muslimischen kleinen und mittleren Bürgertum) geprägt.

A. Balagija, Les muselmans yougoslaves (Étude sociologique), Alger 1940; A. Purivatra, Jugoslavenska muslimanska organizacija, Sarajewo 1974.

Jugoslawische Nationalpartei (**JNS,** Jugoslovenska Nacionalna Stranka).

Die Partei wurde im Dezember 1931 auf Initiative des Hofes als Jugoslawische Radikale Bauerndemokratie (Jugoslovenska Radikalno-Seljačka Demokratija, JRSD) von der Regierung *P. Živković* und der Einheitsfraktion des autoritär »gewählten« Parlaments ins Leben gerufen. Sie übernahm die im kgl. Manifest vom 6. 1. 1929 (Proklamierung der Königsdiktatur) und in der oktroyierten Verfassung von 1931 verankerten Grundsätze des staatlichen Zentralismus und »jugoslawischen« Unitarismus als Leitgedanken in ihr vorläufiges Programm. Ihre aktiven Mitglieder stammten aus den Reihen der seit 1929 verbotenen Parteien (insbesondere der → Radikalen Volkspartei). Durch die Gründung der JRSD sollte ein Wiederaufleben der alten Parteien verhindert und dem diktatorischen Regime eine scheindemokratische »Legitimation« verliehen werden. Obwohl die Bemühungen um Auf- und Ausbau der Partei von den autoritären Regierungen *V. Marinković* (ehem. Demokrat) und *M. Srškić* (ehem. Radikaler) fortgesetzt wurden, konnte sich die Regimepartei in der Öffentlichkeit nur mit massiver Unterstützung der Regierung durchsetzen. Programm und Statut der von *N. Uzunović* geführten JRSD wurden auf ihrem 1. Kongreß am 21. 7. 1933 verabschiedet. Gleichzeitig wurde die JRSD in JNS umbenannt.

Die Neuformierung der Partei war notwendig geworden, nachdem innerhalb der bisherigen Einheitspartei zwei neue Flügelgruppen (die von *S. Hodjera* geführte Jugoslawische Volkspartei [Jugoslovenska Narodna Stranka – »borbaši« –], und die von *V. Janjić* geleitete Radikalsoziale Partei [Radikalno-Socijalna Stranka]), entstanden waren, die zur JRSD-Führung in Opposition standen (in der Öffentlichkeit jedoch bedeutungslos blieben).

Als ein Regentschaftsrat nach der Ermordung König *Alexanders* im Oktober 1934 die Lenkung der Staatsgeschäfte übernahm, konnte die bis dahin scheinbar allmächtige JNS nicht mehr auf die Unterstützung des Hofes rechnen, da dieser das diktatorische Experiment *Alexanders* mit Skepsis betrachtete. Formal beteiligte sich die JNS bei den Wahlen von 1935 nicht, doch stimmte die Mehrheit ihrer früheren Mitläufer unter dem Druck der Regierung für die Liste des Ministerpräsidenten *B. Jevtić*. Neuer Vorsitzender der Partei wurde Exministerpräsident *Živković*. 1938, zur Zeit des Kabinetts *Stojadinović*, der seinerseits eine Regierungspartei gegründet hatte (→ Jugoslawische Radikale Union), kam es in der JNS zur Spaltung: Der von *Živković* geführte Flügel kandidierte bei den Wahlen auf der Liste des Oppositionsführers *Maček*, während der andere (vornehmlich aus serbisch-nationalistischen Kreisen Kroatiens stammende) Flügel die Liste *Stojadinović* unterstützte. Politischen Einfluß übte die Partei seit 1935 nicht mehr aus.

M. Bodrožić, Obrazovanje Jugoslovenske radikalno-seljačke demokratije, (Istorijski glasnik, 2–3) 1964; T. Stojkov, Opozicija u vreme šestojanuarske diktature 1929–1935; Belgrad 1969.

Jugoslawische Radikale Bauerndemokratie (**JRSD,** Jugoslovenska Radikalno-Seljačka Demokratija) → Jugoslawische Nationalpartei.

Jugoslawische Radikale Union (**JRZ,** Jugoslovenska Radikalna Zajednica) Regimepartei.

Die auf Betreiben von Ministerpräsident *M. Stojadinović* ins Leben gerufene JRZ entstand am 20. 8. 1935 aus dem Zusammenschluß der → Radikalen Volkspartei, der → Slowenischen Volkspartei und der → Jugoslawischen Muslimischen Organisation. Der Vollzugsausschuß setzte sich neben *Stojadinović* aus dem Altradikalen *A. Stanojević* und den Führern der beiden anderen Parteien *Korošec* und *Spaho* zusammen; den Vorsitz übernahm der Ministerpräsident. Damit wurden erstmals seit Einführung der Königsdiktatur im Jahre 1929 auch bisher oppositionelle Kreise an der Regierung beteiligt und eine neue Etappe im Parteienleben Jugoslawiens eingeleitet.

Das Programm der neuen Regierungspartei stellte einen Kompromiß aus den ideologischen Grundlagen der Diktatur (nationaler Unitarismus und staatlicher Zentralismus) auf der einen und den Prinzipien einer »breiten« Selbstverwaltung auf der anderen Seite dar. In der politischen Praxis blieben jedoch die während der Diktatur erlassenen Gesetze, insbesondere die oktroyierte Verfassung von 1931, unverändert in Kraft. *Stojadinović* steuerte einen zunehmend autoritären Kurs und suchte außenpolitische Anlehnung an Italien und Deutschland, wodurch die Stellung seines Landes zwar nach außen gefestigt, der dringend

benötigte Ausgleich im Innern aber nicht erzielt wurde. Bei den Wahlen am 11. 12. 1938 errang die Regierungsliste trotz massiven Einsatzes des gesamten Verwaltungsapparates mit 1,6 Millionen Stimmen gegenüber der von *Maček* angeführten Opposition mit 1,3 Millionen nur einen verhältnismäßig knappen Sieg. Kurz darauf ließ Prinzregent *Paul Karadjordjević Stojadinović* fallen und beauftragte dessen Nachfolger *D. Cvetković*, eine Verständigung mit den Kroaten herbeizuführen. Die JRZ spaltete sich daraufhin in einen *Cvetković*- und einen *Stojadinović*-Flügel. Im Sommer 1939 begann die Regierung, die Partei von den »verständigungs«-feindlichen Anhängern *Stojadinovićs* zu säubern. Dieser selbst wurde am 9. 6. 1939 aus der Parteiführung ausgeschlossen und wenig später konfiniert. Nach dem »sporazum« *Cvetković-Maček* (→ Einleitung) vom 26. 8. 1939 löste sich die JRZ (aus der bereits Anfang 1936 ein Teil der Altradikalen um *Stanojević* wieder ausgeschieden war) allmählich auf.

F. Čulinović, Jugoslavija izmedju dva rata, Bd. 2, Zagreb 1961; D. Biber, O padu Stojadinovićeve vlade (Istorija XX veka, 8), 1966.

Jugoslawische Republikanische Partei (Jugoslovenska Republikanska Stranka).

Die von *Lj. Stojanović, J. M. Prodanović* und einer Gruppe ehem. »Unabhängiger Radikaler« (→ Serbien) gegründete Republikanische Demokratische Partei (Republikanska Demokratska Stranka) trat am 21. 1. 1920 in Belgrad erstmals mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Darin wurde unter anderem eine republikanische Staatsform, ein dezentralistischer Staatsaufbau sowie ein breites Spektrum demokratischer und sozialer Maßnahmen gefordert. Parteiführer wurde *Stojanović*. Als Parteiorgan fungierte die in Belgrad erscheinende Wochenzeitung ›Republika‹ (1920–26), die 1945 als Organ der Partei wiederbelebt wurde.

Auf dem Kongreß am 27. 2. 1921 wurde die Partei in Jugoslawische Republikanische Partei umbenannt. Drei Jahre später wurde das Programm durch die Forderung nach einer föderalistischen Umgestaltung des Staates ergänzt. Im parlamentarischen Leben spielten die Republikaner jedoch eine völlig untergeordnete Rolle. Bei den Wahlen von 1920 erhielten sie 1,1% der Stimmen und drei von 419 Mandaten. Bei allen nachfolgenden Wahlen gingen sie leer aus. Trotz dieser Mißerfolge konnte sich die Partei dank der Autorität ihrer Führer in der Öffentlichkeit immer wieder Gehör verschaffen. Insbesondere *Prodanović* entwickelte sich in der Zwischenkriegszeit zu einem der schärfsten Kritiker der parlamentarischen Mißwirtschaft, der zentralistischen Verfassung und der Rolle des Herrscherhauses in seinem Lande. Im Frühjahr 1945 wurde er als einziger Vertreter der neu belebten Jugoslawischen Republikanischen Partei in die nach dem Tito-Šubašic-Abkommen am 8. 3. 1945 formierte Regierung als Minister für Serbien aufgenommen. Seine Partei beteiligte sich im Rahmen der Volksfront auch an den Wahlen vom 11. 11. 1945. Obwohl *Prodanović* an der Wahlkampfführung der KPJ (→ Bund der Kommunisten Jugoslawiens) Kritik übte, wurde er im Dezember 1945 in das Präsidium der Verfassunggebenden Versammlung gewählt. In der 1. Regierung der FNRJ avancierte er zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und übte diese Funktion bis zu seinem Tod 1948 aus. Seine Partei trat in dieser Zeit jedoch nicht mehr selbständig in Erscheinung.

Spomenica Jaše M. Prodanovića, Belgrad 1958.

Jugoslawische Sozialdemokratische Partei (für Slowenien) (Bis 1918 → Slowenen). (**JSDS,** Jugoslovanska Socialno-Demokratska Stranka). Gegen Ende des 1. Weltkriegs brachen innerhalb der stark austro-marxistisch beeinflußten Partei heftige Kontroversen zwischen dem rechten und linken Flügel aus. Während die reformistische Fraktion die Anwendung revolutionärer Kampfmethoden ablehnte und einen ihrer Wortführer, *A. Kristan,* als Forst- und Bergbauminister in die Regierung des Demokraten *Davidović* entsandte, sprach sich der linke Flügel gegen jede Form der Regierungsbeteiligung aus. Im März 1920 gründete die Linke ihre eigene Partei, die Sozialistische Partei der Werktätigen Jugoslawiens (Kommunisten) (Delavska Socijalistična Stranka (komunistov)), die sich im April 1920 der Sozialistischen Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten) (→ Bund der Kommunisten) anschloß und bei den Novemberwahlen zur Verfassunggebenden Versammlung 5 Mandate in Slowenien errang. Die Mutterpartei erhielt trotz eines wesentlich höheren Stimmenanteils nur 7 Mandate (davon jedoch eines zu Unrecht). Ende 1921 ging die JSDS in der → Sozialistischen Partei Jugoslawiens auf.

M. Mikuž, Razvoj slovenskih strank (1918 do zač. 1929) v stari Jugoslaviji, (Zgodovinski časopis, 9) 1955.

Jugoslawische Volkspartei (Jugoslovenska Narodna Stranka – »borbaši«) → Jugoslawische Nationalpartei.

Kommunistische Partei Jugoslawiens (**KPJ,** Komunistička Partija Jugoslavije) → Bund der Kommunisten Jugoslawiens.

Kroatische Bauernpartei (**HSS,** Hrvatska Seljačka Stranka). Bis 1918 → Kroatien.

Stärkste kroatische Partei der Zwischenkriegszeit, die sich im Kampf um die nationalen Rechte der Kroaten von einer Standespartei der Klein- und Mittelbauern zur führenden Oppositionskraft des Landes gegen die großserbische Hegemonie und den staatlichen Zentralismus entwickelte.

Gründung: Dezember 1904 durch *Stjepan* und *Antun Radić* unter der Bezeichnung Kroatische Volks- und Bauernpartei (HPSS), 1920 in Kroati-

SCHE REPUBLIKANISCHE BAUERNPARTEI (HRSS, Hrvatska Republikanska Seljačka Stranka), 1925 in HSS umbenannt.

Programm: Realisierung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Kroaten (bei gleichzeitiger Nicht-Anerkennung des Staatsgründungsaktes vom 1. 12. 1918) in Form einer kroatischen »Bauernrepublik« mit parlamentarisch-plebiszitärer Beteiligung des Volkes an allen Staatsgeschäften, der konsequenten Einführung der Selbstverwaltung, dem Ausbau der agrarischen Gesellschafts- und Sozialordnung, einer neutralen Außenpolitik und einer Konföderation mit den anderen südslawischen Staaten; starke Betonung pazifistischer und sozialutopischer Momente (revidiertes Parteiprogramm und Verfassungsentwurf von 1921).

Im weiteren Verlauf erwiesen sich die politischen und sozialen Zielvorstellungen der HSS – mit Ausnahme des Kampfes um Anerkennung der ethnisch, historisch und kulturell begründeten kroatischen Nation – als ebenso wenig konsistent wie die ihr zugrundeliegenden Wertvorstellungen. Nachdem die Partei dem Republikanismus abgeschworen und vorübergehend die zentralistische Verfassung von 1921 anerkannt hatte, legte sie sich Ende der 20er Jahre auf die Forderung nach einer Verfassungsrevision und nach Bildung autonomer Einheiten auf föderalistischer Grundlage fest. Der gesellschafts- und sozialpolitische Programmteil rückte dagegen immer mehr in den Hintergrund.

Organisation: Ungeachtet der im Statut vorgesehenen Gliederungsstruktur mit dem Parteitag als oberstem Beschluß- und dem Hauptausschuß als leitendem Exekutivorgan lag die politische Entscheidungsbefugnis fast ausschließlich bei der charismatischen Führungspersönlichkeit des Parteivorsitzenden *S. Radić*. Da der Hauptausschuß, der Ende der 20er Jahre über 600 Mitglieder zählte, zu schwerfällig war, wurde die Entscheidungsbefugnis, bei Abwesenheit von *Radić* und nach dessen Tod (1928) in zunehmenden Maße, auf die Parlamentsfraktion übertragen. Auf unterer Ebene verfügte die Partei über ein gut ausgebautes Organisationsnetz und verschiedene Hilfsorganisationen, darunter die ab 1935 aufgestellten paramilitärischen Bauern- und Bürgerschutzformationen.

Presse: ›Dom‹ bzw. ›Slobodni Dom‹ und ›Seljački Dom‹, Zagreb 1919–41 sowie ›Hrvatski dnevnik‹ Zagreb 1936–41.

Geschichte: Gegen Ende des 1. Weltkrieges sagte sich die HPSS von ihrem bisherigen »austroslawischen« Konzept los und propagierte den Zusammenschluß der südslawischen Teile der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie zu einer unabhängigen (Bauern-)Republik, bei Abbruch aller staatsrechtlichen Beziehungen zu Ungarn und Österreich. In dem Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben in Zagreb, der über die staatliche Zukunft der abgefallenen Gebiete entscheiden mußte, vertrat die HPSS die Auffassung, daß ein Zusammenschluß des provisorischen Staatsgebildes mit dem Königreich Serbien nur auf völlig gleichberechtigter Basis im Rahmen einer Föderation oder Konföderation erfolgen solle. Die Proklamation des Königreichs SHS am 1. 12. 1918 wurde von der HPSS daher als völkerrechtlich ungültig und als »Usurpation« der kroatischen Souveränitätsrechte durch das serbische Herrscherhaus *Karadjordjević* bzw. als serbische »Okkupation« betrachtet. Dem Konzept des nationalen Unitarismus und staatlichen Zentralismus der → DEMOKRATISCHEN PARTEI und dem großserbischen Hegemoniestreben der → RADIKALEN VOLKSPARTEI setzte die HPSS ihre kroatische Nationalideologie und das Recht auf Selbstbestimmung entgegen. Die wachsende Popularität von *Radić* spiegelte sich in den großen Stimmengewinnen der Partei und der Erringung von 50 Mandaten (= 12% der Sitze) bei den Novemberwahlen von 1920 wider. Im darauf folgenden Monat wurde die HPSS in Kroatische Republikanische Bauernpartei (HRSS) umbenannt. Ihre ins Belgrader Parlament gewählten Vertreter entschlossen sich zum Parlamentsboykott und gründeten eine »kroatische Volksvertretung«, die am 26. 6. 1921 einen eigenen Verfassungsentwurf veröffentlichte, der zum revidierten Parteiprogramm der HRSS erklärt wurde.

In den folgenden Jahren wechselte *Radić* wiederholt die Taktik: Zusammen mit der → KROATISCHEN GEMEINSCHAFT und der → KROATISCHEN RECHTSPARTEI gründete er den oppositionellen → KROATISCHEN BLOCK. Nach dem Erfolg der HRSS bei den Märzwahlen 1923 (70 Mandate, darunter 2 Dissidenten-Mandate, bzw. 22% der Sitze und damit zweitstärkste Partei im Lande) kam es mit der → SLOWENISCHEN VOLKSPARTEI und der → JUGOSLAWISCHEN MUSLIMISCHEN ORGANISATION zur Konstituierung eines Föderalistischen Blocks. Zwischen diesem und der RADIKALEN VOLKSPARTEI wurde am 13. 4. 1923 eine Vereinbarung (Markov protokol) unterzeichnet, in der sich die HRSS zur Fortführung der parlamentarischen Abstinenz verpflichtete (und damit den Fortbestand der homogenen Regierung *N. Pašić* ermöglichte), während die Radikalen die in der Verfassung von 1921 vorgesehene administrative Neugliederung des Landes nach zentralistischen Gesichtspunkten (»Parzellierung Kroatiens«) auszusetzen versprachen. Nach Bildung der Regierung des Demokraten *Davidović* im Juli 1924 wurden die Bemühungen um eine innerstaatliche Verständigung intensiviert. Trotz großer Zugeständnisse der HRSS (u. a. wurde der Parlamentsboykott aufgegeben) scheiterte eine Vereinbarung am Widerstand König *Alexanders,* und *Davidović* trat zurück. Die neue Regierung *Pašić-Pribićević* leitete wegen des Beitritts der HRSS zur Grünen Internationale (im Sommer 1924) eine Verhaftungswelle gegen *Radić* und seine engsten Mitarbeiter ein. Dessen ungeachtet konnte die Partei bei den Wahlen am 8. 2. 1925 mit 595 000 Stimmen einen weiteren Zuwachs (jedoch verbunden

mit dem Verlust zweier Mandate) verzeichnen. Der noch immer inhaftierte *Radić* änderte nun seine Taktik grundlegend. Am 27. 3. 1925 erkannte die HRSS, die sich gleichzeitig in Kroatische Bauernpartei (HSS) umbenannte, die Monarchie sowie die zentralistische Verfassung grundsätzlich an und bildete im gleichen Jahr eine Koalitionsregierung mit den Radikalen, in die auch *Radić* als Kultusminister eintrat. Die grundsätzlichen konzeptionellen und politischen Divergenzen zwischen beiden Parteien konnten jedoch durch das Regierungsbündnis nicht ausgeräumt werden, da eine erfolgversprechende Integrationspolitik nicht einmal versucht wurde. Im April 1926 schied *Radić* aus der Regierung wieder aus, gefolgt von seinen Parteikollegen Anfang 1927.

Die Enttäuschung der kroatischen Wähler über die wenig erfolgreiche Politik der HSS schlug sich im Wahlergebnis vom September 1927 nieder. Die Partei, die diesmal unter der Bezeichnung NATIONALE BAUERNPARTEI (Narodna Seljačka Stranka) im ganzen Staatsgebiet kandidierte, verlor annähernd 180 000 Stimmen und 6 Sitze (jetzt 61 Mandate = 19,3 %). *Radić* hatte zunächst versucht, durch die Bildung eines Demokratischen Blocks (aus HSS, der SELBSTÄNDIGEN DEMOKRATISCHEN PARTEI (SDS), der DEMOKRATISCHEN PARTEI und dem serbischen BAUERNBUND) eine breite Oppositionsbasis gegen die Radikalen zu schaffen. Nachdem dies mißlungen war, verständigte er sich mit seinem langjährigen Gegner *Pribićević* über die Bildung einer oppositionellen Koalition von HSS und SDS (→ BÄUERLICH-DEMOKRATISCHE KOALITION). Alle Versuche, die beiden Parteien wieder zu entzweien, sind in der Folgezeit gescheitert. Die Wähler der historisch-kroatischen Landesteile – Kroaten und Serben – blieben parteipolitisch bis 1941 verbunden. Die von HSS und SDS gemeinsam betriebene Obstruktionspolitik und die von ihnen geforderte Verfassungsrevision zugunsten der kroatischen Forderungen (mit einer Autonomie als Minimalziel) verschärfte die innenpolitische Atmosphäre. Am 20. 6. 1928 verübte das Mitglied der RADIKALEN VOLKSPARTEI *P. Račić* im Parlament ein Attentat, an dessen Folgen *Radić* am 8. August verstarb. Die dadurch vertiefte Staats- und Parlamentskrise führte zum Staatsstreich des Königs am 6. 1. 1929 und zu einem allgemeinen Parteienverbot, das von der HSS unter ihrem neuen Führer *V. Maček* ohne nachhaltigen Widerstand hingenommen wurde. Erst am 7. 1. 1932 veröffentlichte die HSS zusammen mit der SDS eine Resolution (»Zagreber Punktationen«), in der die volle Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse und die Umgestaltung des Staates auf föderativer Grundlage bei gleichzeitiger Verurteilung der großserbischen Hegemonie gefordert wurden. Bei den Parlamentswahlen am 5. 5. 1935 führte *Maček* die Landesliste der → VEREINIGTEN OPPOSITION gegen die Liste des Regierungschefs *Jevtić* an. Trotz des Wahlterrors der Regierung und zahlreicher Wahlmanipulationen erhielten die Gegner des autoritären Regimes 37,4 % der Stimmen (1,1 Millionen, davon 600 000 für die HSS), aber nur 18 % der Mandate und lehnten eine Mitarbeit im Parlament ab. Auch bei den folgenden Wahlen im Dezember 1938 schlossen sich die alten Parteien, soweit sie nicht in der von *Stojadinović* gebildeten → JUGOSLAWISCHEN RADIKALEN UNION aufgegangen waren, zu einem von *Maček* geführten → BLOCK DER NATIONALEN VERSTÄNDIGUNG zusammen, der trotz abermaliger Wahlbehinderungen 44,9 % der Stimmen (1,4 Millionen, davon 800 000 für die HSS), jedoch nur 67 von 373 Mandaten errang. Mit dem »sporazum« vom 26. 8. 1939 (→ Einleitung) konnte die HSS zwar wieder an politischem Einfluß gewinnen, doch erfüllten sich die damit verbundenen Erwartungen nicht. Abgesehen von den Vorbehalten auf serbischer Seite wurde die »Verständigung« auch in Kroatien als Provisorium empfunden. Durch Verordnung der neuen Regierung *Cvetković-Maček* vom 30. 3. 1940 wurde zwar die finanzielle Autonomie der kroatischen Banschaft geregelt, die großen fiskalischen Probleme damit aber keineswegs gelöst. Zusätzliche Schwierigkeiten für die innenpolitische Stellung *Mačeks* nach dem »sporazum« ergaben sich aus der raschen politischen Polarisierung nach rechts und links innerhalb der stark heterogenen HSS. Als die *Cvetković-Maček*-Regierung zwei Tage nach dem Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt (25. 3. 1941) durch einen Putsch des Generals *D. Simović* gestürzt wurde, lehnte *Maček* eine von den Deutschen angebotene Zusammenarbeit (mit dem Ziel einer Herauslösung Kroatiens aus dem jugoslawischen Staatsverband) ab und trat am 4. April in die Regierung *Simović* mit der vergeblichen Hoffnung ein, *Hitler* durch Zugeständnisse von einem Angriff gegen Jugoslawien abbringen zu können. Vier Tage nach dem deutschen Einmarsch und gleichzeitig mit der Proklamierung eines »Unabhängigen Staats Kroatien«, am 10. 4. 1941, unterzeichnete *Maček* einen Aufruf, in dem er die kroatische Bevölkerung zur Loyalität gegenüber dem neuen Ustaša-Regime aufrief. Ein verhältnismäßig kleiner Teil der HSS-Mitglieder trat daraufhin zur Ustaša-Bewegung über, während der größere Teil (gleich *Maček* selbst) in Passivität verharrte oder sich der von den Kommunisten geführten Widerstandsbewegung anschloß. Im Rahmen der »Volksfront« (→ SOZIALISTISCHER BUND DER WERKTÄTIGEN JUGOSLAWIENS) spielte die Partei nach 1945 keine eigenständige Rolle mehr.

J. Horvat, Politička povijest Hrvatske 1918–29, Zagreb 1938; P. Preradović, Die Kroaten und ihre Bauernbewegung, Wien – Leipzig 1940; B. Krizman, Stjepan Radić. Zivot-misao delo (Korespondencija St. Radića 1 u 2), Zagreb 1972, 1973; Lj. Boban, Maček i politika HSS 1928–1941, 2 Bde., Zagreb 1974.

Kroatische Föderalistische Bauernpartei (**HFSS**, Hrvatska Federalistička Seljačka Stranka) → Kroatische Gemeinschaft.

Kroatische Gemeinschaft (**HZ,** Hrvatska Zajednica).

Gegründet im Sommer 1919 durch Fusion der STARČEVIĆ-RECHTSPARTEI (*A. Pavelić* – nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Führer der späteren Ustaša-Bewegung –, *M. Drinković* u. a., → Kroatien) mit der von *I. Lorković* geführten DEMOKRATISCHEN FORTSCHRITTSPARTEI (Napredna Demokratska Stranka). – Presse: ›Hrvat‹, Zagreb 1919–29. –

Obwohl sich die Starčević-Partei Ende 1918 für einen zentralistischen Gesamtstaat unter der Dynastie *Karadjordjević* ausgesprochen und lediglich eine breite Selbstverwaltung für die einzelnen Landesteile gefordert hatte, geriet sie schon bald in Gegensatz zur kompromißlosen Unifizierungspolitik *Pribićevićs* (→ DEMOKRATISCHE PARTEI). Nach kurzer Regierungsbeteiligung 1920 legte sie sich aufgrund ihrer negativen Erfahrungen auf einen föderalistischen Staatsaufbau fest. Da sie jedoch bei den Wahlen von 1920 nur vier Mandate (knapp 1 % der Sitze) hatte erringen können (ihre Anhängerschaft beschränkte sich im wesentlichen auf das Kleinbürgertum und Teile der Intelligenz in Zagreb und Osijek), sah sie keine Chance, ihren Verfassungsentwurf im Parlament durchzusetzen und schloß sich 1921 dem → KROATISCHEN BLOCK (1) an. Sie übernahm 1924 das republikanische Programm *Radićs* und hielt auch dann daran fest, als sich dieser im darauffolgenden Jahr zur Anerkennung der Dynastie und der zentralistischen Verfassung entschloß. Am 10. 1. 1926 wurde die HZ in KROATISCHE FÖDERALISTISCHE BAUERNPARTEI (Hrvatska federalistička seljačka stranka, HFSS) umbenannt. Unter ihrem Führer *A. Trumbić* verbündete sie sich mit der → KROATISCHEN RECHTSPARTEI zum neugegründeten, scharf oppositionellen → KROATISCHEN BLOCK (2). Als die KROATISCHE BAUERNPARTEI (HSS) nach der Ermordung von *Radić* ihre Mitarbeit im Parlament aufkündigte, schlossen sich ihr die Föderalisten an. Nach Proklamierung der Königsdiktatur am 6. 1. 1929 löste sich die Partei auf und *Trumbić* trat der HSS bei.

H. Matković, Hrvatska zajednica (Istorija XX veka, 5), 1963.

Kroatische Landarbeiterpartei (**HTS,** Hrvatska Težačka Stranka).

Die Partei wurde 1919 in Travnik (Bosnien) als Vertretung der dortigen kroatischen Landarbeiter und Bauern gegründet. In ihrem Programm akzeptierte sie den Grundsatz der nationalen Einheit von Serben, Kroaten und Slowenen, sprach sich jedoch gegen einen zentralistischen Staatsaufbau aus. Sie verlangte Autonomie für die historischen Landesteile und vertrat die Auffassung, daß die »Stammesunterschiede« mit der Zeit von selbst eingeebnet würden. Hinsichtlich der Agrarreform plädierte sie für das Prinzip, das Land demjenigen zuzuteilen, der es bearbeitet. Bei den Wahlen von 1920 erreichte die HTS sieben Mandate (= 12 % der Stimmen in Bosnien-Herzegowina bzw. 1,7 % aller Parlamentssitze). 1922 schloß sie sich dem → KROATISCHEN BLOCK (1) an und verlor damit als selbständige Partei jeden politischen Einfluß.

Parteiorgan war die ›Hrvatska sloga‹.

Kroatische Rechtspartei (**HSP,** Hrvatska Stranka Prava).

Die aus der kroatischen Staatsrechtsbewegung vor dem 1. Weltkrieg hervorgegangene Partei hatte zwar im Oktober 1918 angesichts der Konstituierung des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben ihre Auflösung beschlossen, nahm jedoch kurz darauf ihre Tätigkeit wieder auf, da sie die Vereinigung des neuen Staates mit dem Königreich Serbien für ungültig erklärte.

Die unter Führung von *V. Prebeg* und *A. Pavelić* erneuerte Partei, deren Mitglieder in Erinnerung an den 1911 verstorbenen Parteiführer *J. Frank* auch »frankovci« (»Frankianer«) genannt wurden, forderte in ihrem Programm vom März 1919 eine selbständige großkroatische Republik, die außer Kroatien-Slawonien-Dalmatien auch Istrien und Bosnien-Herzegowina einschließen sollte. Bei den Wahlen von 1920 konnte die HSP mit den Stimmen nationalistisch orientierter Intellektueller und ehem. k. u. k. Offiziere zwei Mandate (= 0,5 % aller Parlamentssitze) gewinnen. 1921 verbündete sie sich mit der von *Radić* geführten KROATISCHEN (REPUBLIKANISCHEN) BAUERNPARTEI (HRSS) u. a. Gruppen zum → KROATISCHEN BLOCK (1). Nachdem *Prebeg* jedoch die kroatische Frage als »internationales« Problem klassifiziert und eine Verständigung mit den serbischen Parteien abgelehnt hatte, wurde die HSP auf Antrag *Radićs* aus dem Block ausgeschlossen. In den folgenden Jahren steuerten die »Frankianer« einen zunehmend staatsfeindlich-rechtsradikalen Kurs und bekämpften die Verständigungsversuche der HRSS mit der RADIKALEN VOLKSPARTEI. Bei den Wahlen von 1923 und 1925 gingen sie leer aus. Erst 1927 wurde *Pavelić* als einer der Führer des neugegründeten → KROATISCHEN BLOCKS (2) zusammen mit *A. Trumbić* ins Belgrader Parlament gewählt. Nach Proklamierung der Königsdiktatur ging er ins Exil, wo er die terroristische Ustaša-Organisation aufbaute, die nach der militärischen Zerschlagung Jugoslawiens 1941 die Führung im »Unabhängigen Staat Kroatien« übernahm.

Kroatische Republikanische Bauernpartei (**HRSS,** Hrvatska Republikanska Seljačka Stranka) → Kroatische Bauernpartei.

Kroatische Volkspartei (**HPS,** Hrvatska Pučka Stranka).

Partei des religiösen Kleinbürgertums und des Klerus.

Die HPS plädierte für eine Gestaltung des öffentlichen Lebens entsprechend den christlichen Grundsätzen und betonte die nationale Eigenständigkeit der Kroaten. Obwohl sie den staatlichen Zentralismus ablehnte, verurteilte sie den

parlamentarischen Boykott der → KROATISCHEN (REPUBLIKANISCHEN) BAUERNPARTEI und arbeitete im Belgrader Parlament mit. Nach Verabschiedung der zentralistischen St. Veits-Verfassung von 1921 setzte sie sich für deren Revision und die Einführung der Autonomie in den Gemeinden, Kreisen und historischen Landesteilen ein. Nachdem sie zuerst in Dalmatien und der Herzegowina stärkeren Rückhalt gefunden hatte, wurde sie auch dort bald von der KROATISCHEN BAUERNPARTEI verdrängt. Bei den Wahlen von 1920 und 1923 erhielt sie zusammen mit der SLOWENISCHEN VOLKSPARTEI 27 resp. 21 Mandate, die jedoch 1923 ausschließlich an die Kandidaten der SLOWENISCHEN VOLKSPARTEI gingen, während 1920 noch 13 Sitze (= 3%) an die HPS gefallen waren. 1925 erhielt sie kein und 1927 ein Mandat. Führende politische Persönlichkeit der Partei war *D. Buntić*.

Kroatischer Block (**HB,** Hrvatski Blok).

Zusammenschluß kroatischer Parteien im Kampf gegen die zentralistisch-unitaristische Politik der Belgrader Regierungen.

1. Der im August 1921 mit der Schaffung eines Zentralausschusses unter Vorsitz von *S. Radić* gegründete Block setzte sich aus der → KROATISCHEN (REPUBLIKANISCHEN) BAUERNPARTEI, der → KROATISCHEN GEMEINSCHAFT, der → KROATISCHEN RECHTSPARTEI und der KROATISCHEN LANDARBEITERPARTEI zusammen. Er boykottierte das Belgrader Parlament und bestritt dessen legislative Kompetenz für Kroatien. Kontakte mit Vertretern der → RADIKALEN VOLKSPARTEI *(S. Protić)* und der → DEMOKRATISCHEN PARTEI *(Lj. Davidović)* sollten die Voraussetzung für eine Revision der zentralistischen Verfassung von 1921 ermöglichen. Die RECHTSPARTEI, die sich den Verständigungsversuchen *Radićs* widersetzte, wurde 1922 aus dem Block ausgeschlossen. Die Gespräche mit den Belgrader Politikern führten jedoch zu keinem Ergebnis, so daß der ohnehin heterogene Block bald auseinanderfiel.

2. In Opposition zur Anerkennung der zentralistischen Verfassung durch die KROATISCHE BAUERNPARTEI und deren Regierungskoalition mit den Radikalen wurde der HB als Zusammenschluß der → KROATISCHEN RECHTSPARTEI, des KROATISCH-REPUBLIKANISCHEN BAUERNBUNDES (Hrvatski Republikanski Seljački Savez) und der kroatischen Föderalisten (→ KROATISCHE GEMEINSCHAFT) vor den Wahlen 1927 wiederbelebt, konnte aber nur zwei Mandate erringen. Nach der Ermordung *S. Radićs* im Jahre 1928 kam es auf der Basis des erneuerten Parlamentsboykotts zur Versöhnung mit der KROATISCHEN BAUERNPARTEI und zu abermaliger Auflösung des HB.

J. Horvat, Politička povijest Hrvatske 1918–1929, Zagreb 1938.

Montenegrische (Föderalistische) Partei (Crnogorska [Federalistička] Stranka). In den 20er Jahren entstandene parteipolitische Vereinigung montenegrinischer Politiker, die teils für die Loslösung Montenegros vom Königreich SHS *(S. Drljević)*, teils für die Restaurierung des Königreichs Montenegro und der Dynastie *Petrović* und teils für ein Bundesland Montenegro im Rahmen eines föderalistischen Königreichs SHS kämpften. Bei den Wahlen von 1923 erhielt die Partei zwei, 1925 drei und 1927 ein Mandat. Als Parteiorgan fungierte von 1924–27 die in Podgorica erscheinende Wochenzeitung ›Crnogorac‹.

N. Djonović, Zahtevi Crne Gore, Beograd 1936.

Nationalsozialistische Partei (**NSS,** Narodno-Socijalistična Stranka).

Slowenischer Ableger der tschechischen national-sozialistischen Bewegung, die bereits vor dem 1. Weltkrieg über Triest nach Slowenien ausgestrahlt hatte. Die am 7. 12. 1919 begründete NSS propagierte den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Ablösung der Lohnverhältnisse durch Eigentumsbeteiligung. Den sozialistischen Internationalismus lehnte sie scharf ab. Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung von 1920 erhielt sie zwei Mandate. Die NSS kämpfte gegen die zentralistische Verfassung von 1921 und forderte deren Revision. Bei den Wahlen von 1923 und 1925 ging sie leer aus und löste sich anschließend auf.

M. Mikuž, Razvoj slovenskih strank (1918 do zač. 1929) v stari Jugoslaviji (Zgodovinski časopis, 9), 1955. Ders., Oris zgodovine Slovencev v stari Jugoslaviji 1917–1941, Ljubljana 1965.

Partei der Bunjevacen und Šokacen (Bunjevačko-Šokačka Stranka).

Die Bunjevci und Šokci, eine kroatische Minderheit in der Bačka, waren nach dem Sieg der serbisch-zentralistischen über die kroatisch-föderalistische Konzeption im Königreich SHS einer scharfen Serbisierungspolitik ausgesetzt und gründeten zur Abwehr ihre eigene Partei, die bei den Wahlen von 1923 drei Mandate (= 1% der Sitze) gewann. 1925 und 1927 erreichte sie die Rückkehr ins Parlament nicht. Bei den Wahlen von 1920 hatten die Bunjevci zusammen mit der → KROATISCHEN VOLKSPARTEI kandidiert und in der Wojwodina vier Mandate erobert.

Partei der Deutschen des Königreichs SHS (**PdD,** Stranka Nijemaca Kraljevine Srba, Hrvata i Slovenaca). Gegründet am 17. 12. 1922 in Hatzfeld (nahe der jugoslawisch-rumänischen Grenze) durch *L. Kremlin, S. Kraft, H. Moser* u. a. Die Partei setzte sich vor allem für die kulturellen und wirtschaftlichen Belange der deutschen Minderheit ein. Sie knüpfte an die Tradition der 1905 begründeten UNGARLÄNDISCHEN DEUTSCHEN VOLKSPARTEI an und wurde hauptsächlich von Landsleuten in der Wojwodina unterstützt, wo nach der Volkszählung von 1921 über 328 000 Deutsche lebten. In der Regel arbeitete die PdD mit dem jeweiligen Regierungsblock zusammen, geriet jedoch mehrmals mit dem großserbisch-zentralistischen Flügel der RADIKALEN VOLKSPARTEI in scharfe

Konflikte. Bei den Wahlen von 1923 erzielte sie acht Mandate (= 17% der Stimmen in der Wojwodina), 1925 fünf und 1927 sechs Mandate. Erst nach wiederholten Interventionen der deutschen Parlamentsabgeordneten wurden 1927 in der Wojwodina Kommunalwahlen abgehalten, wodurch die deutsche Bevölkerung einen stärkeren Anteil an der Lokalverwaltung erhielt.

Gleich allen anderen Parteien wurde die PdD nach dem Staatsstreich des Königs Anfang 1929 verboten. Ihre Abgeordneten kandidierten daraufhin auf den Listen der Regierung und schlossen sich Anfang 1936 der → JUGOSLAWISCHEN RADIKALEN UNION (JRZ) unter Ministerpräsident *Stojadinović* an. Die weitgehenden Versprechungen, die der deutschen Minderheit anläßlich des Beitritts ihrer Abgeordneten zur JRZ gemacht worden waren, wurden seitens der Regierung nur in kleinerem Umfang erfüllt. Eine Erneuerung der PdD erfolgte jedoch nicht. Die deutsche Regierung hielt sich mit Rücksicht auf ihre guten Beziehungen zu Ministerpräsident *Stojadinović* von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens zurück. Erst nach *Stojadinovićs* Sturz und unmittelbar vor Beginn des 2. Weltkrieges konnte daher die nationalsozialistische Orientierung bei der deutschen Minderheit in der Wojwodina stärker an Boden gewinnen.

F. Wertheimer, Von deutschen Parteien und deutschen Parteiführern im Ausland, 1927; M. Annabring, Volksgeschichte der Donauschwaben in Jugoslawien, 1955; D. Biber, Nacizem in Nemci v Jugoslaviji 1933–1941, Ljubljana 1966.

Radikale Partei (Radikalna Stranka).
→ Radikale Volkspartei.

Radikale Volkspartei (Narodna Radikalna Stranka) auch: RADIKALE PARTEI (Radikalna Stranka). Bis 1918 → Serbien.

Programm: Im Parteiprogramm von 1920 wurde das Selbstverwaltungsprinzip – Kernstück der Parteiprogrammatik vor dem 1. Weltkrieg, aber niemals voll realisiert – erstmals auch formell eingeschränkt; die Einheit des neuen Staates dürfe nicht gefährdet werden. Der von den Kroaten und Slowenen erhobenen Forderung nach einer Föderation stellte die Partei als Anwalt des unitarischen Staatsaufbaus die Parole »Ein Staat, ein Territorium, eine Krone, ein Parlament, eine Regierung« entgegen. Besonderes Gewicht erhielt jetzt die Agrarreform (Aufhebung der Feudallasten in Bosnien und der Herzegowina, Enteignung von Großgrundbesitz, Verteilung von Staatsland, Ausstattung der Kriegsveteranen).

Organisation: Nach dem 1. Weltkrieg versuchten die Radikalen, ihre hierarchische Parteiorganisation auch außerhalb Serbiens und Mazedoniens zu etablieren. Die Hauptlast der lokalen Parteiarbeit trug der Kreisausschuß (sreski odbor), den größten Einfluß hatten die Ausschüsse der Regierungsbezirke (okružni odbor), die Vertreter in den Hauptausschuß (glavni odbor) entsandten und mit der Parteiführung die Kandidatenlisten aufstellten. Während der Sitzungsperioden der Skupština oblagen die politischen Entscheidungen der Fraktion.

Presse: Parteizeitung ›Samouprava‹ (Selbstverwaltung), 1918–29, 1936–40.

Geschichte: Im Ersten Weltkrieg traten die Radikalen für die Vereinigung von Serben, Kroaten und Slowenen in einem Staat ein und setzten in der Konstituante 1920–22 (17,7% der Stimmen, 91 von 419 Mandaten) einen Staatsaufbau mit starkem Zentrum und einer Provinzialverwaltung ohne Rücksicht auf die historischen Länder und nationalen Identitäten (unitaristische Konzeption) durch; de facto wurden die Serben durch Verfassung und Ämterordnung begünstigt und hatten im Heer und in der Verwaltung ein zum Teil erdrückendes Übergewicht. Die Folge waren ständige Konflikte zunächst mit den politischen Kräften, die zwar für eine unitaristische Staatskonzeption, nicht aber für großserbische Ambitionen eintraten (→ DEMOKRATISCHE PARTEI; → SELBSTÄNDIGE DEMOKRATISCHE PARTEI), sowie mit den Kroaten (Höhepunkt: Erschießung kroatischer Politiker durch den Radikalen *P. Račić* in der Skupština 1928). Aus Protest gegen den harten zentralistischen Kurs verließ *Pašićs* enger Mitarbeiter *S. Protić* die Partei und gründete am 28. 1. 1923 in Novi Sad die UNABHÄNGIGE RADIKALE PARTEI (Nezavisna Radikalna Stranka), deren potentielle Sympathisanten in der Wojwodina nach Zusagen bezüglich einer Agrar- und Verwaltungsreform der Radikalen Volkspartei treu blieben; trotz lokalen Anhangs in Kruševac und im Moravagebiet erhielt die Splittergruppe kein Mandat. Die äußerste Rechte der Partei bildete 1921 die → SERBISCHE PARTEI. 1918–29 dominierten die Radikalen im jugoslawischen Parlament, ohne die absolute Mehrheit zu erreichen (Stimmenanteile und Zahl der Mandate: 1923: 25,82%/108 von 312; 1925: 28,8%/123 (+18 = 141) von 315; 1927: 31,92%/112 von 315) und waren bis zur Errichtung der Diktatur an den meisten Koalitionsregierungen beteiligt. Dank der vorübergehenden Boykottierung der Skupština durch die KROATISCHE REPUBLIKANISCHE BAUERNPARTEI (HRSS) konnten sich die von den Radikalen geführten Regierungen gegen die Restopposition leicht durchsetzen; 1924/25 ging das Kabinett *Pašić* dann gegen die HRSS mit harten Repressionsmaßnahmen vor. Nach deren Abrücken von der republikanischen Position suchten die Radikalen jedoch den Ausgleich mit ihr (Bildung einer Koalition am 18. 7. 1925), ohne freilich eine überzeugende Alternative zur permanenten Staatskrise zu entwickeln. Anhänger fand die Radikale Volkspartei wegen ihres unitaristischen und zentralistischen Kurses nur unter Serben (vornehmlich in Serbien, Mazedonien, der Wojwodina, Bosnien und der Herzegowina sowie in Syrmien). Der Dissens innerhalb der Partei wurde immer größer: 1920 wurden 6, 1923: 17, 1925: 24 und 1927: 41 Kandidatenlisten der Radikalen neben den offiziellen Parteilisten aufgestellt. Eine

jungradikale Gruppe von elf Abgeordneten um *Lj. Jovanović* und *V. Vukićević*, die gegen *Pašićs* eigenmächtige Führung und gegen Korruptionserscheinungen auftrat, wurde am 26./27. 4. 1926 vorübergehend aus der Partei ausgeschlossen, nach dem Tode *Pašićs* (10. 12. 1926), der als Folge der Gruppenbildung an der Parteispitze eine Vergrößerung des Handlungsspielraums des Königs (vor allem bei der Bestellung des Ministerpräsidenten) voraussah, im Februar 1927 wieder aufgenommen; zwischen ihnen und den Anhängern des *Pašić*-Kurses im Parteiapparat, vor allem im Hauptausschuß *(M. Trifković)*, stand das für eine gemäßigte Innenpolitik und den Ausgleich mit den Kroaten plädierende Zentrum um *N. Uzunović* und *Vukićević*, die sich in der Fraktion durchsetzten und im Lande dort Anhänger fanden, wo die serbische Bevölkerung die Mehrheit bildete; die serbischen Radikalen in Kroatien/Slawonien hingegen befürchteten Nachteile im Falle eines Kompromisses in der Verfassungsfrage. Außenpolitisch verfolgten die Radikalen jetzt eine auf die Sicherung Jugoslawiens vor allem gegenüber Italien und gegen eine Restauration der Habsburger in Ungarn gerichtete Politik. Unter der Königsdiktatur und dem Regime des *P. Živković* blieb die informell weiterbestehende Parteiführung trotz der Beteiligung einiger radikaler Aktivisten an der → Jugoslawischen Nationalpartei in der Opposition und reihte sich in die breite Front gegen die oktroyierte Verfassung von 1931 ein. 1935 schloß sich die Partei vorübergehend der von ihrem ehemaligen Mitglied *M. Stojadinović* ins Leben gerufenen → Jugoslawischen Radikalen Union an. An der Regierung des Generals *D. Simović* beteiligte sich die Partei ebenso wie an den Exilregierungen während des Zweiten Weltkriegs. Im August 1945 wurden Radikale in den Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) aufgenommen, in der Konstituante war die Partei nicht mehr vertreten.

Unter den Parteiaktivisten verschob sich die Berufszugehörigkeit im 20. Jahrhundert erheblich. Während 1911 noch 28,4 % der Abgeordneten Bauern, 25,9 % Kaufleute und 8,6 % Beamte waren, ging deren Anteil bis 1927 auf 9,8 % bzw. 11,6 und 4,5 % zurück, hingegen waren Juristen und Ärzte 1911 mit 9,8 %, 1927 aber mit 20,5 %, Industrieunternehmer und Bankiers 1911 mit 2,5 %, 1927 jedoch mit 6,2 %, die Berufspolitiker 1911 mit 9,8 %, 1927 dagegen mit 28,6 % der Abgeordneten in der Fraktion vertreten.

G. Hering

D. Šijački, Gradja za pedestetogodišnju istoriju Narodne radikalne stranke i političku istoriju Srbije, 4 Bde., Belgrad 1924–1927; G. G. Govorchin, The Emergency of the Radical Party in Serbian Politics (ASEER XV 1956, 511–526); W. H. Critchley, Political Restrictions on Leadership Response to Political Instability: Yugoslavia, 1921–1929 (Ph. D. Diss. Columbia University, 1974), Ann Arbor 1975.

Radikalsoziale Partei (Radikalno-Socijalna Stranka) → Jugoslawische Nationalpartei.

Selbständige Bauernpartei (**SKS**, Samostojna Kmetska Stranka).

Gegründet am 1. 6. 1919 durch *I. Pucelj* als Partei des gehobenen slowenischen Bauernstandes und als antiklerikale Konkurrenz zur → Slowenischen Volkspartei. Sie erkannte den Gesamtstaat und die Monarchie an, forderte jedoch eine Autonomie für Slowenien und die übrigen historischen Landesteile. Bei den Wahlen von 1920 errang sie acht Mandate (= 2 % aller Parlamentssitze bzw. 21 % der slowenischen Mandate). Ihre Abgeordneten stimmten 1921 für die zentralistische St.-Veits-Verfassung, und *Pucelj* selbst übernahm im selben Jahr (und nochmals 1926/27) das Agrarministerium in der Belgrader Regierung. Nachdem seine opportunistische Politik auf zunehmende Ablehnung gestoßen war, vereinigte sich die SKS im Juni 1925 mit der ein Jahr zuvor gegründeten (autonomistischen) Slowenischen Republikanischen Partei der Bauern und Arbeiter (Slovenska Republikanska Stranka Kmetov i Delavcev) zum Bund des Slowenischen Bauernvolkes (Zveza Slovenskega Kmečkega Ljudstva), der sich am 2. 5. 1926 in Slowenische Bauernpartei (SKS, Slovenska Kmetska Stranka) umbenannte. Die Partei arbeitete eng mit der → Kroatischen Bauernpartei zusammen und schloß sich 1927 der → Bäuerlich-Demokratischen Koalition unter Führung *Radićs* an. Ihren Wahlerfolg von 1920 konnte die SKS in den nachfolgenden Jahren nicht wiederholen. 1923, 1925 und 1927 erhielt sie jeweils nur noch ein Mandat, da sie den Großteil ihrer Wähler an die → Slowenische Volkspartei hatte abgeben müssen.

M. Mikuž, Razvoj slovenskih strank (1918 do zač. 1929) v stari Jugoslaviji (Zgodovinski časopis, 9), 1955; Ders., Oris zgodovine Slovencev v stari Jugoslaviji 1917–1941, Ljubljana 1965.

Selbständige Demokratische Partei (**SDS**, Samostalna Demokratska Stranka). Führende politische Vertretung der serbischen Wähler in den historisch-kroatischen Landesteilen des Königreichs SHS.

Gründung: Frühjahr/Sommer 1924 durch eine von *S. Pribićević* geführte Gruppe von Dissidenten der → Demokratischen Partei. Der Terminus SDS wurde von *Pribićević* erstmals auf einer öffentlichen Kundgebung in Belgrad am 8. 6. 1924 gebraucht.

Programm: Überwindung der politischen Spannungen zwischen Serben und Kroaten durch einen integralen »Jugoslawismus« bzw. nationalen »jugoslawischen« Unitarismus bei gleichzeitiger Negierung der Einzelnationalismen und Stärkung des zentralistisch strukturierten Einheitsstaates auf der Grundlage und in voller Anwendung der St.-Veits-Verfassung von 1921. Die SDS hielt damit an einer engen Auslegung des Parteiprogramms der Demokraten von 1921 fest und lehnte im Unterschied zur Mutterpartei jegliche Konzessionen gegenüber den kroatischen Autonomiewünschen als »staatszersetzend« ab, ohne allerdings die großserbische Zielsetzung der mit

ihr bis Mitte 1925 verbündeten → RADIKALEN VOLKSPARTEI zu übernehmen. Im anschließenden Kampf gegen die Korruption und die permanenten Verletzungen der parlamentarischen Grundregeln durch die regierenden Radikalen schwenkte die SDS 1928 von ihrem bisherigen Programm ab und sprach sich erstmals für eine mögliche Revision der zentralistischen Verfassung aus. In einer gemeinsam mit der → KROATISCHEN BAUERNPARTEI unterzeichneten Resolution vom 1. 8. 1928 wurde auch das unitaristische Grundkonzept aufgegeben und die Existenz historisch gewachsener nationaler Individualitäten im Rahmen des Gesamtstaates anerkannt. In der Phase der Königsdiktatur und des allgemeinen Parteienverbotes (ab 1929) setzte sich die SDS schließlich für die föderalistische Umgestaltung des Staates und die Abschaffung der Monarchie ein.

Organisation: Oberstes Organ des SDS war der Parteikongreß, der bis zur Proklamierung der Königsdiktatur 1929 nur einmal, am 6./7. 12. 1925, zusammentrat. In der Zwischenzeit wurden die Geschäfte der Partei von dem aus 87 Mitgliedern bestehenden Hauptausschuß mit Sitz in Belgrad geleitet. An seiner Spitze stand als Präsident *Pribićević*. In der praktischen Politik kam der Parlamentsfraktion ausschlaggebendes Gewicht zu. Sie wurde ebenfalls von *Pribićević* geführt. Unter den prominenten und einflußreichen Politikern der SDS sind – außer *Pribićević* – *H. Krizman, S. Budisavljević, V. Vilder* und *E. Lukinić* zu nennen.

Wichtigstes Presseorgan war die in Zagreb erscheinende Zeitung ›Riječ‹ 1924–29 und 1936–40 und die serbische Ausgabe ›Reč‹, Belgrad 1924–25 und 1927–28.

Geschichte: Am 25./26. 3. 1924 traten 14 Abgeordnete unter Führung *Pribićevićs* aus der Fraktion der → DEMOKRATISCHEN PARTEI im Belgrader Parlament aus und konstituierten nach vorheriger Koalitionsabsprache mit dem Führer der RADIKALEN VOLKSPARTEI, *N. Pašić*, die Fraktion der Demokraten. Zur Spaltung war es gekommen, nachdem der Führer des Mehrheitsflügels, *Lj. Davidović*, engere Kontakte zur kroatischen Opposition aufgenommen und damit nach Ansicht der Dissidenten die zentralistisch-unitaristische Linie des Parteiprogramms verlassen hatte. Die am 27. 3. gebildete 1. Koalitionsregierung *Pašić-Pribićević*, die Regierung des »Nationalen Blocks«, sah ihre Hauptaufgabe in der »Bewahrung nationaler und staatlicher Einheit« und der gewaltsamen Zurückdrängung kroatischer Autonomiewünsche. Ihre parlamentarische Basis war freilich von Anfang an gefährdet, da es *Davidović* gelungen war, die → KROATISCHE BAUERNPARTEI zur allmählichen Aufgabe des parlamentarischen Boykotts zu bewegen und damit das Stimmenverhältnis im Parlament zuungunsten der Regierung zu verändern. Am 27. 7. 1924 mußte diese dem Oppositionsblock unter Führung *Davidovićs* weichen. Der Versuch des neuen Regierungschefs, eine Versöhnung mit der kroatischen Opposition und deren Regierungsbeteiligung herbeizuführen, wurde von den Selbständigen Demokraten und den Radikalen mit dem Vorwurf der Staatszersetzung und des Separatismus quittiert und führte mit Unterstützung des Hofes im November 1924 zum Rücktritt *Davidovićs*. Die am 6. 11. erneuerte Koalitionsregierung *Pašić-Pribićević* löste das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus. Das Wahlergebnis vom 8. 2. 1925 brachte eine zweifache Enttäuschung: Die SDS errang nur 7% der Sitze (22 von insgesamt 315 Mandaten) und mußte sich, statt wie erhofft in ganz Jugoslawien Fuß fassen zu können, mit dem serbischen Wählerpotential in den kroatischen Landesteilen begnügen. *Pribićević* war damit im wesentlichen auf seine Anhängerschaft aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg zurückgeworfen worden. Hinzu kam, daß die Regierung im neuen Parlament nur über eine äußerst knappe Mehrheit verfügte. *Pašić* entschloß sich daher zur »Verständigung« mit dem Führer der → KROATISCHEN BAUERNPARTEI *S. Radić*, woraufhin die SDS im Juli 1925 in die Opposition überwechseln mußte. Ihr »jugoslawisches« Konzept war damit endgültig gescheitert, wenn es auch vorerst nicht aufgegeben wurde. Zu spät erkannte *Pribićević*, daß der integrale »Jugoslawismus« weder bei den kroatischen noch bei den serbischen Wählern und Parteien oder bei König *Alexander* einen Rückhalt fand. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen das großserbische Hegemoniestreben führte in der Folgezeit die SDS und die → KROATISCHE BAUERNPARTEI zusammen und schlug sich im November 1927 in der Gründung der → BÄUERLICH-DEMOKRATISCHEN KOALITION (SDK) nieder. Die Opposition gegen das Belgrader Regime hatte bei der SDS, die ihren parlamentarischen Besitzstand bei den Wahlen am 11. 9. 1927 hatte wahren können, eine deutliche Transformation der politischen Programmatik zur Folge, die sich unter anderem in der Anerkennung der historisch-nationalen und staatsrechtlichen Individualität der Kroaten manifestierte. Nach Einführung der Diktatur wurde der Führer der SDS interniert und erst auf Intervention des tschechischen Staatspräsidenten *Masaryk* Mitte 1931 ins Exil nach Prag entlassen. In seinen Schriften sprach sich *Pribićević* für den Föderalismus und (ab Mitte 1932) für die republikanische Staatsverfassung aus. Immer wieder forderte er aus dem Exil seine Partei bzw. die SDK zu einer Verschärfung des politischen Kampfes im Lande auf. Nach seinem Tod, am 15. 9. 1936 in Paris, übernahm zunächst sein Bruder *A. Pribićević*, dann *S. Budisavljević* die Führung der SDS, die jedoch außerhalb der SDK bzw. der 1945 gegründeten Volksfront (→ SOZIALISTISCHER BUND DER WERKTÄTIGEN JUGOSLAWIENS) nicht mehr als selbständige Kraft in Erscheinung trat.

H. Matković, Pojava i etape razvoja SDS (1924–1929), (Časopis za suvremenu povijest, 3) 1971; Ders., Sv. Pribićević i SDS do šestojanuarske diktature, Zagreb 1972; L. Boban, Sv. Pribićević u opoziciji (1928–1936), Zagreb 1973.

Serbische Partei (Srpska Stranka).

Von der → RADIKALEN VOLKSPARTEI trennten sich 1921 Abgeordnete des rechten Flügels, um mit Nachdruck für die dominierende Stellung der Serben im jugoslawischen Staat einzutreten. Die Serbische Partei erhielt nur in den Wahlen von 1923 mit 0,7 % der Wählerstimmen ein Mandat und trat dann nicht mehr hervor. G. Hering

Slowenische Bauernpartei (**SKS,** Slovenska Kmetska Stranka) → Selbständige Bauernpartei.

Slowenische Volkspartei (**SLS,** Slovenska Ljudska Stranka).

Bis 1918 → Slowenen. Trägerin der christlichsozialen Bewegung in Slowenien und stärkste slowenische Partei im Zwischenkriegsjugoslawien.

Gründung: 1892 in Ljubljana durch Mitglieder des katholischen Klerus und der Laienbewegung unter der Bezeichnung KATHOLISCHE NATIONALPARTEI (Katoliška-Narodna Stranka). 1905 in SLS umbenannt.

Programm: Erhaltung und Festigung der nationalen Individualität der Slowenen unter starker Betonung des konfessionellen Moments; Vereinigung aller von Slowenen besiedelten Gebiete zu einer administrativen Einheit im Rahmen eines südslawischen Gesamtstaats. In ihrem Verfassungsentwurf von 1921 sprach sich die SLS für eine breite Autonomie der einzelnen Landesteile (Slowenien, Kroatien-Slawonien, Bosnien-Herzegowina mit Dalmatien, Serbien, Montenegro und die Wojwodina) mit eigenen Landesparlamenten und -regierungen aus. Infolge ständig wechselnder politischer Konstellationen und des Taktierens der SLS-Führung in den 20er und 30er Jahren war diese Zielsetzung jedoch wiederholten Abänderungen ausgesetzt.

Das gesellschaftspolitische Programm der SLS war in ihren Grundzügen dem Programm der → CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI in Österreich nachgebildet.

Organisation: Höchstes Parteiorgan war die Vertrauensmännerversammlung, die über Zusammensetzung und Politik der Parteiführung entschied. Die Partei stützte sich in der Praxis auf ein breites Netz wirtschaftlicher Organisationen (Genossenschaften, Sparkassen u. a.), politischer Hilfsorganisationen (Bauernbund, Arbeiterbund etc.) sowie kultureller und konfessioneller Institutionen.

Parteiorgan: ›Slovenec‹, Ljubljana 1919–45 (mit Unterbrechungen).

Geschichte: Während des 1. Weltkriegs formierten sich innerhalb der SLS zwei Lager: Der vom Parteiführer *I. Šušteršič* repräsentierte Flügel setzte sich für eine Lösung der »südslawischen Frage« im Rahmen der Habsburger Monarchie und unter Bewahrung von deren Integrität ein, während der jüngere Kreis um *J. Krek* und *A. Korošec* das nationale Selbstbestimmungsrecht der Slowenen und deren Vereinigung mit den anderen südslawischen Völkern der k. u. k. Monarchie (Kroaten und Serben) über den Fortbestand der Doppelmonarchie stellte. Ende 1917 kam es zum endgültigen Bruch: *Šušteršič* gründete die (erfolglose) SLOWENISCHE BAUERNPARTEI (Slovenska Kmetska Stranka), während die Führung der SLS vom Vorsitzenden des »Südslawischen Klubs« im Wiener Parlament, *Korošec,* übernommen wurde. Auf dessen Initiative hin erfolgte am 16. 8. 1918 die Bildung eines Volksrates (Narodni svet) in Ljubljana als eine Art provisorischer Regierung Sloweniens; am 6. 10. 1918 wurde der Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben (Narodno vijeće) in Zagreb gegründet, der *Korošec* kurz darauf zu seinem Präsidenten wählte und die Lostrennung der südslawischen Landesteile von Österreich-Ungarn sowie die Formierung eines Staates der Slowenen, Kroaten und Serben proklamierte. Vom 6.–9. 11. 1918 verhandelte *Korošec* in Genf mit dem serbischen Regierungschef *N. Pašić* und dem Vorsitzenden des 1915 im Exil gegründeten »Jugoslawischen Ausschusses«, *A. Trumbić,* über die Bildung eines gemeinsamen Staates der Südslawen. Die von allen drei Politikern unterzeichnete Genfer Deklaration vom 9. 11. 1918, in der die strittigen Fragen des Staatsaufbaus und der Regierungsform der künftigen Verfassunggebenden Versammlung vorbehalten wurden, bedeutete de facto einen Erfolg für *Trumbić* und *Korošec,* wurde jedoch von der serbischen Regierung nicht anerkannt. Diese nahm, noch bevor *Korošec* nach Zagreb und Ljubljana zurückkehren konnte, direkte Kontakte zum Nationalrat in Zagreb auf, wo die SLS mittlerweile von der kroatisch-serbischen Koalition unter Führung des Serben *S. Pribićević* in eine Außenseiterrolle gedrängt worden war. Die SLS, die zu dieser Zeit noch für eine republikanische Staatsform und den Föderalismus eintrat, konnte die von *Pribićević* und der serbischen Regierung betriebene Proklamation des Königreichs SHS am 1. 12. 1918 und die Festlegung auf die monarchische Staatsform unter der serbischen Dynastie *Karadjordjević* nicht verhindern.

Unter dem Eindruck territorialer Forderungen des Auslands entschied sich die SLS aber im Unterschied zur → KROATISCHEN (REPUBLIKANISCHEN) BAUERNPARTEI für die Mitarbeit im neuen Staat und beteiligte sich 1920 an der Regierung des serbischen Radikalen *S. Protić.* Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung im November desselben Jahres errang sie 14 Mandate (= 37 % der auf Slowenien entfallenden 38 Sitze). Divergenzen mit der RADIKALEN VOLKSPARTEI und die wachsende Unzufriedenheit in Slowenien über den Verlust von Kärnten, der Julischen Mark und Triest führten zum Austritt der SLS aus der Regierung und zur Vorlage eines eigenen Verfassungsentwurfs, der mit der Forderung nach breiter Autonomie für die einzelnen Landesteile einen Kompromiß zwischen Föderalismus und Zentralismus anstrebte. Da der Entwurf keine Chance hatte, im Parlament angenommen zu werden, blieb die SLS der Abstimmung über die

zentralistische Verfassung am 28. 6. 1921 fern. In Opposition zur Belgrader Regierungspolitik konnte sie bei den Wahlen von 1923 ihren Stimmenanteil in Slowenien mehr als verdoppeln und errang 21 der 26 slowenischen Mandate (bzw. knapp 7% aller Parlamentssitze). Ihre dominierende Position im Nordwesten des Landes behauptete sie auch bei den nachfolgenden Wahlen (1925 und 1927 mit je 20 Mandaten). Im Frühjahr 1924 schloß sich die SLS mit der → Demokratischen Partei (DS) und der → Jugoslawischen Muslimischen Organisation (JMO) zu einem Oppositionsblock zusammen, der nach Absprache mit der Kroatischen Bauernpartei am 27. Juli 1924 eine kurzlebige Regierung unter der Ministerpräsidentenschaft des Demokraten *Lj. Davidović* installierte. Nach weiteren zweieinhalb Jahren in der Opposition trat die SLS in das 6. Kabinett des Radikalen *N. Uzunović* (1. 2.–16. 4. 1927) ein und schloß mit dessen Nachfolger, dem Radikalen *V. Vukićević*, am 9. 7. 1927 einen sog. Freundschaftspakt, in dem die Regierung versprach, die Verwaltungsdistrikte von Ljubljana und Maribor zu einem einheitlichen »Distrikt Slowenien« zusammenzufassen. Damit war eine der Hauptforderungen der SLS erfüllt. Als Gegenleistung nahm die Partei von ihrem Autonomieprogramm für alle Landesteile Abstand und trat nach den Septemberwahlen 1927 in das Kabinett *Vukićević* ein.

Am 28. 7. 1928, nach dem Attentat auf den kroatischen Bauernführer *Radić*, löste *Korošec* (und damit erstmals ein Nicht-Serbe) *Vukićević* als Ministerpräsident ab und bildete eine aus Altradikalen, Demokraten, SLS und JMO getragene Regierung, die jedoch die vertiefte Kluft zwischen den kroatischen und serbischen Politikern nicht überbrücken konnte. Am 30. 12. 1928 trat *Korošec* zurück und gab damit den Weg für die Königsdiktatur frei. Als Verkehrsminister unterstützte er die autoritäre Regierung des Generals *P. Živković* und ging erst im September 1930 zur Opposition über, da er in der geplanten Gründung der → Jugoslawischen Nationalpartei eine schwere Bedrohung für die verbotene SLS erblickte. Im Anschluß an die Zagreber »Punktationen« (→ Kroatische Bauernpartei) veröffentlichte die SLS am 31. 12. 1932 ihre »Punktationen« von Ljubljana, in denen die Vereinigung aller von Slowenen besiedelten Gebiete in- und außerhalb Jugoslawiens (d. h. die Erfüllung des slowenischen Irredentismus), die Anerkennung der nationalen Individualität der Slowenen und die Transformierung Jugoslawiens in einen Staat von gleichberechtigten, ethnisch abgegrenzten Territorien (Föderalismus) gefordert wurden. *Korošec* wurde daraufhin Anfang 1933 zusammen mit anderen Oppositionspolitikern verhaftet und kehrte erst nach der Ermordung König *Alexanders* im Oktober des folgenden Jahres in das politische Leben zurück. Ministerpräsident *Stojadinović* berief ihn im Juni 1935 als Innenmi ister in sein Kabinett, während die SLS ebenso wie die JMO und das Gros der Radikalen Volkspartei in der von *Stojadinović* begründeten → Jugoslawischen Radikalen Union aufging.

Nach deren Zerfall Ende 1939 trat die SLS wieder selbständig hervor und unterstützte unter Wiederaufnahme ihres Autonomie-Programms den zwischen Ministerpräsident *Cvetković* und dem kroatischen Bauernführer *Maček* ausgehandelten Kompromiß über die Errichtung einer Banschaft Kroatien. *Korošec* selbst trat 1940 als Minister für Volksbildung abermals in die Regierung ein.

V. Bučar, Politička istorija Slovenačke, Belgrad 1939; M. Mikuž, Oris zgodovine Slovencev v stari Jugoslaviji 1917–1941, Ljubljana 1965; M. Zečević, SLS i jugoslovensko ujedinjenje, Belgrad 1973.

Sozialdemokratische Partei Jugoslawiens (SDSJ, Socijaldemokratska Stranka Jugoslavije). Die gemäßigten Sozialisten aus Kroatien, dem Banat, der Bačka, Bosnien und der Herzegowina vereinigten sich am 2./3. 4. 1920 in Zagreb zur SDSJ unter Führung von *V. Korać*, der vom Dezember 1918 bis zum Februar 1920 als Sozialminister in der Regierung des Kgr. SHS tätig war. Bei den Wahlen von 1920 erhielt die Partei drei Mandate. Infolge ihrer Mitarbeit in der Regierung stand sie nicht nur in scharfem Gegensatz zur Sozialistischen Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten) (→ Bund der Kommunisten), sondern auch zu der daraus abgespaltenen → Sozialistischen Arbeiterpartei Jugoslawiens (SRPJ). Erst nach heftigen Auseinandersetzungen über die Zusammenarbeit mit den »bürgerlichen« Parteien und die Regierungsbeteiligung (»ministerijalizam«) kam es Ende 1921 mit der SRPJ und der → Jugoslawischen Sozialdemokratischen Partei zu einer Vereinigung (→ Sozialistische Partei Jugoslawiens).

Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens (SRPJ, Socijalistička Radnička Partija Jugoslavije).

Die Partei entstand durch die Abspaltung einer Gruppe gemäßigter (vor allem aus Serbien, Bosnien und dem Banat stammender) Mitglieder aus der 1919 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten) (→ Bund der Kommunisten). Sie repräsentierte die zwischen dem linken und rechten Flügel der sozialistischen Bewegung stehenden Vertreter des Zentrums (»centrumaši«), die sich einerseits gegen die Radikalisierung des bolschewistisch beeinflußten linken Flügels und die Annahme der »21 Bedingungen« der Komintern wehrten und andererseits die Zusammenarbeit des rechten (sozialreformistischen) Flügels mit den »bürgerlichen« Parteien, den sog. »ministerijalizam«, scharf ablehnten. Die SRPJ wurde formal am 27. 3. 1921 in Belgrad unter dem Vorsitz von *D. Lapčević* begründet und ging Ende des Jahres in der → Sozialistischen Partei Jugoslawiens auf. Presseorgan der SRPJ war der ›Socijalist‹, Belgrad 1920/21.

T. Milenković, Socijalistička partija Jugolavije, Belgrad 1974.

Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten) (**SRPJ (K)**, Socijalistička Radnička Partija Jugoslavije (Komunisti)) → Bund der Kommunisten Jugoslawiens.

Sozialistische Partei Jugoslawiens (**SPJ**, Socijalistička Partija Jugoslavije).

Am 1./2. 8. 1921 schlossen sich die → Jugoslawische Sozialdemokratische Partei, die → Sozialdemokratische Partei Jugoslawiens und die → Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens in Belgrad in lockerer Form zur Sozialistischen Gemeinschaft Jugoslawiens (SZJ, Socijalistička Zajednica Jugoslavije) zusammen, die sich auf einer Sitzung am 18. 12. 1921 ebenfalls in Belgrad formal zur SPJ konstituierte. Sie entstand aus dem Zusammenschluß der sozialreformistischen Mitte-Links-Strömungen innerhalb der jugoslawischen Arbeiterbewegung, deren Vertreter sich in ihrem gemeinsamen Programm nach heftigen internen Auseinandersetzungen auf eine modernisierte Kompilation des Erfurter Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einigten. Hinsichtlich der Gestaltung des jugoslawischen Staates vertrat die Partei die Grundsätze des nationalen Unitarismus und staatlichen Zentralismus (mit »vollkommener« lokaler und regionaler Selbstverwaltung). Die SPJ stand in scharfem Gegensatz zu den Kommunisten und unterhielt sowohl Beziehungen zur Zweiten Internationale als auch zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Sozialistischen Parteien in Wien. An ihrer Spitze stand der vom Parteikongreß gewählte Hauptausschuß (später Exekutivausschuß) mit 15 Mitgliedern und fünf Stellvertretern. Zum Vorsitzenden wurde *D. Lapčević*, zum politischen Sekretär *V. Korać* gewählt. Ferner gehörten dem Hauptausschuß *Ž. Topalović, E. Kristan, V. Bukšeg* u. a. an. Parteiorgan: ›Radničke novine‹ bzw. ›Socijalističke radničke novine‹ Belgrad 1921–41 (mit Unterbrechungen).

Der SPJ gelang es in der Folgezeit nicht, die Wählerschaft der im Dezember 1920 verbotenen KPJ (→ Bund der Kommunisten) für sich zu gewinnen. Bei den Wahlen von 1923 erhielt sie nur 46 000 Stimmen bzw. zwei Mandate (weniger als 1 % der Sitze), 1925 waren es noch 22 000 Stimmen (kein Mandat) und 1927 24 000 (1 Mandat). Trotz ihrer parlamentarischen Schwäche konnte sie jedoch über die Gewerkschaften, die Arbeiterkammern und Arbeitsämter einen gewissen Einfluß auf die Arbeiterbewegung ausüben.

Nach Einführung der Königsdiktatur wurde die Partei am 24. 1. 1929 formal verboten.

T. Milenković, SPJ, Belgrad 1974.

Sozialistischer Bund der Werktätigen Jugoslawiens (**SSRNJ**, Socijalistički Savez Radnog Naroda Jugoslavije). Vom → Bund der Kommunisten geführter Dachverband aller organisierten sozialistischen Kräfte im jugoslawischen Selbstverwaltungssystem.

Der SSRNJ konstituierte sich unter der Bezeichnung Volksfront (NF, Narodni front) auf deren I. Kongreß vom 5.–7. 8. 1945 in Belgrad. Über Wesen und Zweck des NF hieß es in Art. 1 der Statuten: »Die Volksfront Jugoslawiens ist eine allgemeine nationale, antifaschistische, demokratische Bewegung der Völker Jugoslawiens ... (Sie) ist ... die politische Grundkraft für die Bewahrung und Festigung der Errungenschaften des Volksbefreiungskrieges und für den Aufbau des neuen demokratischen Jugoslawien.« Mitglieder konnten außer natürlichen Personen auch politische Parteien und Gruppen sowie Massenorganisationen (Gewerkschaften und ähnliche) werden. Auf Drängen der nicht-kommunistischen Parteien wurde in Art. 14 festgehalten, daß »Gruppen und Parteien, welche als individuelle politische Organisationen Mitglieder der Volksfront und in derselben selbständig vertreten sind, auch in Zukunft ihre Individualität sowohl in der Front als auch in allen Organisationen und Institutionen, die aus der Front hervorgehen ..., beibehalten.« Trotz dieser Klausel entwickelte sich die Front schon bald nach ihrer Gründung zu einem einheitlichen, von der KPJ geführten Block.

Bei den Wahlen zum Bundes- und zum Nationalitätenrat des Parlaments am 11. 11. 1945 erzielte die Volksfront 90,5 % resp. 88,4 % der abgegebenen Stimmen. Das anschließend gewählte Präsidium der Verfassunggebenden Versammlung setzte sich neben 26 Kommunisten aus einem Sozialdemokraten, je einem Vertreter der Jugoslawischen Republikanischen Partei, des Bauernbundes und der Volksbauernpartei (→ Bauernbund) sowie drei Mitgliedern der Selbständigen Demokraten zusammen.

Innerhalb der Volksfront versuchte lediglich die im Bundesrat mit 6 Abg. vertretene Volksbauernpartei bis zum Frühjahr 1947 (im Sinne des Art. 14 der Statuten) ein eigenständiges Profil zu bewahren. Ihr Generalsekretär *Jovanović* wurde daraufhin aus der Front und seiner Partei ausgeschlossen und zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Auf dem IV. Kongreß des NF im Februar 1953 erfolgte die Umbenennung in SSRNJ. Da dieser lediglich einen »Transmissionsriemen« zwischen den Kommunisten und der Gesellschaft darstellt, stimmt seine Geschichte weitgehend mit der des → Bundes der Kommunisten überein. Bei Wahlen zum Bundesrat und zu den Versammlungen auf unterer Ebene kommt dem SSRNJ formal insofern eine besondere Bedeutung zu, als er die Nominierung der Kandidaten vornimmt. Presseorgan ist seit 1954 ›Borba‹, Belgrad.

A. Petković, Der Sozialistische Bund der Werktätigen Jugoslawiens, Belgrad 1965.

Unabhängige Arbeiterpartei Jugoslawiens (**NRPJ**, Nezavisna Radnička Partija Jugoslavije) → Bund der Kommunisten Jugoslawiens.

Unabhängige Radikale Partei (Nezavisna Radikalna Stranka) → Radikale Volkspartei.

Vereinigte Opposition (**UO,** Udružena Opozicija).

Vor den Wahlen am 5. Mai 1935 boten die → DEMOKRATISCHE PARTEI (DS) und der → BAUERNBUND der → BÄUERLICH-DEMOKRATISCHEN KOALITION ein Wahlbündnis und *Maček* die Führung der gemeinsam aufzustellenden Kandidatenliste an. Von den übrigen Oppositionsparteien schloß sich lediglich die → JUGOSLAWISCHE MUSLIMISCHE ORGANISATION (JMO) dem Bündnis an, während sich die → SLOWENISCHE VOLKSPARTEI und die → RADIKALE VOLKSPARTEI (wie im Jahre 1931) für einen Wahlboykott entschieden. Die Wahlkoalition – inoffiziell als UO bezeichnet – verfügte über kein gemeinsames Programm, sondern verfolgte allein das Ziel, die autoritär gebildete Regierung *Jevtić* und dessen Wahlliste gemeinsam und auf möglichst breiter Front zu bekämpfen. Trotz starker Behinderungen durch die Regierung und öffentlicher Stimmabgabe erreichte die UO mit 1,1 Mill. Stimmen (gegenüber 1,7 Mill. Stimmen für die Regierung) einen großen Erfolg. Die Bestimmungen des oktroyierten Wahlgesetzes von 1933 sicherten jedoch der Regierung 301 Sitze, während auf die UO nur 67 Mandate entfielen. Zwei weitere kleine Listen wurden nicht berücksichtigt, da sie die 50 000-Stimmen-Klausel nicht überspringen konnten. Die Opposition nahm aus Protest gegen die manipulierten Wahlen ihre Mandate nicht wahr, so daß nur ein Rumpfparlament tagte. Nach den Wahlen fiel das taktische Bündnis der UO wieder auseinander (der Terminus selbst wurde in der Folgezeit auch für die Zusammenarbeit zwischen der DS, dem BAUERNBUND und der RADIKALEN VOLKSPARTEI verwandt), lebte jedoch in erweiterter Zusammensetzung und mit einem festen Programm im Oktober 1937 als → BLOCK DER NATIONALEN VERSTÄNDIGUNG wieder auf.

T. Stojkov, Opozicija u vreme šestojanuarske diktature 1929–1935, Belgrad 1969.

Volksbauernpartei (Narodna Seljačka Stranka) → Bauernbund.

Volksfront (Narodni front) → Sozialistischer Bund der Werktätigen Jugoslawiens.

KROATIEN-SLAWONIEN

von

HOLM SUNDHAUSSEN

Das Königreich Kroatien hatte sich nach dem Aussterben der einheimischen Dynastie 1102 der ungarischen Stephanskrone und 1527 gemeinsam mit dem Kgr. Ungarn den Habsburgern in Personalunion verbunden. Nach kroatischer Auffassung war damit nichts von der Eigenstaatlichkeit des Landes und den Hoheitsrechten der kroatischen »Adelsnation« preisgegeben worden. Oberstes Gesetzgebungsorgan war die Ständeversammlung (Sabor), die vom König bzw. vom »loco regis«, dem kroatischen Banus, einberufen und aufgelöst wurde. Der Banus wurde vom König ernannt und war dem Sabor verantwortlich.

Aus der engen staatsrechtlichen Verbindung Kroatiens mit Ungarn im Verlauf des 18. Jh. (Pragmatische Sanktion, 1723; Abgabe wesentlicher Zuständigkeiten des kroatischen Sabor an die ungarische Ständeversammlung, 1790) ergaben sich zwar große Einschränkungen der kroatischen Hoheitsrechte, doch galten die in Preßburg angenommenen Beschlüsse erst nach Sanktionierung durch den Agramer Landtag. Für Verhandlungen über die staatsrechtlichen Beziehungen beider Länder wurden die Regnicolarausschüsse gebildet, die an die »Instruktionen« der jeweiligen Ständeversammlung gebunden waren und die Einzelheiten der (faktischen) Realunion aushandelten. Obwohl sich in Preßburg von Anfang an schwerwiegende Differenzen zwischen den kroatischen und ungarischen Ständevertretern ergaben, blieben die staatsrechtlichen Beziehungen bis 1848 unverändert und führten in Kroatien selbst zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der → NATIONALPARTEI auf der einen und der → KROATISCH-UNGARISCHEN PARTEI auf der anderen Seite. Unter Berufung auf das historische Staatsrecht Kroatiens hob der Landtag schließlich 1848 in Agram die Realunion mit Ungarn auf und wandelte sie wieder in eine Personalunion um. König *Franz Joseph* bestätigte den kroatischen Beschluß durch das Patent vom 7. April 1850, ordnete jedoch Kroatien zugleich dem zentralistischen System der Habsburger Monarchie unter. Nach dem Zusammenbruch des Neoabsolutismus rückte in den 60er Jahren die Problematik der staatsrechtlichen Beziehungen Kroatiens zu Ungarn und Österreich abermals in den Mittelpunkt des politischen Kampfes. Der 1861 wieder einberufene Sabor unterstrich die kroatische Eigenstaatlichkeit und weigerte sich nach dem Erlaß des zentralistischen Februarpatents, die im »Handschreiben« *Franz Josephs* vom 20. Oktober 1860 (Oktoberdiplom) angeforderten 9 Delegierten in den Verstärkten Wiener Reichsrat zu entsenden. Die durch den Neoabsolutismus und das Februarpatent geschürten antiösterreichischen Ressentiments verhinderten trotz der Bemühungen der SELBSTÄNDIGEN NATIONALPARTEI eine direkte staatsrechtliche Vereinbarung zwischen Wien und Agram und ebneten damit unter Umgehung Kroatiens den Weg zum österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867. Oberste Regierungsgewalt in Kroatien war ab März 1861 der kgl. Statthaltereirat mit dem Banus an

der Spitze. Daneben bestand von 1861 bis Anfang 1869 eine eigene kroatische Hofkanzlei in Wien.

Mit dem ungarisch-kroatischen Ausgleich von 1868 änderte sich die staatsrechtliche Position Kroatiens abermals grundlegend. Der von der Regierung manipulierte Landtag erkannte darin den österreichisch-ungarischen Ausgleich des Vorjahres sowie die Realunion Kroatiens mit Ungarn an. Der Banus wurde auf Vorschlag des ungarischen Ministerpräsidenten (!) vom König ernannt, war jedoch nach wie vor dem kroatischen Landtag verantwortlich. In der Praxis hatte dieser Zusatz freilich nur geringe Bedeutung, da der Banus de facto die Einberufung des Parlaments jederzeit aufschieben bzw. den bereits einberufenen Landtag auflösen konnte; ein Verfahren, von dem zwischen 1868 und 1918 wiederholt Gebrauch gemacht worden ist. Der kroatische Sabor entsandte 29 Delegierte in das ungarische Unterhaus, das insgesamt 453 Abgeordnete zählte; weitere 25 Delegierte vertraten das Gebiet der Kroatischen Militärgrenze (nach deren Anschluß an Zivilkroatien 1881 wurde die Gesamtzahl der kroatischen Vertreter auf 40 beschränkt). Im Unterschied zur Zeit bis 1848 vertraten die kroatischen Deputierten ihr Land nicht kollektiv, sondern individuell und waren dadurch immer überstimmbar. In die 60 Mitglieder umfassende ungarische »Delegation« für die Beratung der die Gesamtmonarchie betreffenden Angelegenheiten durften nur 5 Kroaten entsandt werden; Kroatien war damit in allen diesbezüglichen Fragen völlig der ungarischen Suprematie ausgeliefert. Auch in finanzieller Hinsicht wurde das Land durch die Bestimmungen des Ausgleichs schwer benachteiligt, so daß die Forderung nach finanzieller Selbständigkeit Kroatiens Eingang in die Programme aller kroatischen Oppositionsparteien fand. Mit der staatsrechtlichen Problematik und der Parteiengeschichte eng verknüpft war die administrativ-territoriale Zersplitterung der von Kroaten besiedelten bzw. von ihnen nach historischem Recht beanspruchten Länder. Dalmatiens historische und ethnische Zugehörigkeit zu Kroatien-Slawonien wurde zwar nie ernsthaft bestritten und auch im Ausgleich von 1868 formal bestätigt, doch kam die von allen kroatischen Parteien geforderte Vereinigung nicht zustande – so daß Dalmatien bis 1918 österreichisches Kronland war. Die Stadt Fiume/Rijeka erhielt einen Sonderstatus und wurde nach 1868 mit Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung ihres Hafens der ungarischen Verwaltung unterstellt. In den kroatisch-slawonischen Grenzlandschaften gegenüber dem osmanisch beherrschten Bosnien hatten sich seit dem 16. Jh. besondere Formen der Landesverteidigung herausgebildet. Christliche Flüchtlinge, darunter zahlreiche Serben, die vor der osmanischen Herrschaft auf habsburgisches Territorium geflohen waren, wurden längs der Grenze als Wehrbauern mit einem besonderen Rechtsstatus angesiedelt. Nach dem Frieden von Karlowitz 1699 wurde dieses System der »Militärgrenze« (Vojna krajina) weiter ausgebaut und das Gebiet 1786 dem Generalkommando in Agram unterstellt. Erst nachdem Bosnien-Herzegowina mit seiner gemischten (serbischen, kroatischen und muslimischen) Bevölkerung 1878 von Österreich-Ungarn okkupiert worden war, wurde die kroatisch-slawonische Militärgrenze 1881 aufgelassen und an Zivil-(bzw. Banal-) Kroatien und -Slawonien angeschlossen. Da auch das der Wiener Verwaltung unterstehende Istrien zu einem wesentlichen Teil von Kroaten besiedelt war, wurde dieses Gebiet, ebenso wie das von Österreich-Ungarn gemeinsam verwaltete Bosnien-Herzegowina, wiederholt in die kroatischen Vereinigungsbestrebungen miteinbezogen. Aber lediglich die Königreiche Kroatien und Slawonien waren seit Mitte des 18. Jh. miteinander vereinigt, wobei die drei slawonischen Gespanschaften (Komitate) ihre Vertreter zur ungarischen Ständeversammlung bis 1848 direkt – ohne Einschaltung des kroatisch-slawonischen Sabor – entsandten.

Zivilkroatien und -slawonien hatten einen Umfang von annähernd 29 000 km² mit 852 000 Einwohnern (1857), davon 15 % Serben. Die 1881 angeschlossene Militärgrenze erstreckte sich über 19 000 km² mit 448 000 Einwohnern, darunter 41 % Serben. Nur 8 % der Bevölkerung lebten Mitte des 19. Jh. in Städten, unter denen Agram/Zagreb mit 17 000 Einwohnern den ersten Platz einnahm. Der Anteil der Handwerker und »Unternehmer« mit Hilfskräften belief sich auf etwas über 2 % der Bevölkerung. Neben dem ökonomisch schwachen Bürgertum und der Intelligenz spielte daher im politischen Leben über 1848 (Abschaffung des Feudalsystems) hinaus vor allem der Adel als Repräsentant der »politischen Nation« eine entscheidende Rolle

Der Übergang von der »Adelsnation« zur modernen Nation vollzog sich in Kroatien erst verhältnismäßig spät – einsetzend mit dem 2. Drittel des 19. Jh.s – und füllt zu großen Teilen den hier behandelten Zeitraum in der kroatischen Parteiengeschichte aus. Die ersten politischen Parteien in Kroatien traten (in rudimentärer Form) nicht vor 1841 auf. Sie waren eine Folge der politischen Auseinandersetzungen über die »illyrische Bewegung« (ilirski pokret), in der sich unter Führung des ökonomisch bedrohten mittleren Adels, der aufstrebenden Intelligenz und des Bürgertums ein kroatisches Nationalbewußtsein in Abwehr gegen die verstärkten Madjarisierungsbestrebungen seit Mitte der 30-er Jahre zu formieren begann. Die Bewegung war von Anfang an von der Idee der sprachlichen und ethnischen Verwandtschaft der Südslawen geprägt. Die Benutzung des illyrischen Namens diente vor allem dazu, die provinzielle Empfindlichkeit durch die Wahl eines übergeordneten Integrationsbegriffs zu neutralisieren. Obwohl die »illyrische Bewegung« südslawisch orientiert war, blieb sie ihrem Kern nach kroatisch und leitete im Kampf um die kulturelle und ökonomische Emanzipation der Kroaten den modernen Nationsbildungsprozeß ein.

In der Geschichte des kroatischen »Oppositions-« oder »Sezessions«-Nationalismus spielte der staatsrechtliche Argumentationsrahmen zur Unterstützung der kroatischen Forderungen eine gravierende Rolle. Die von den Anhängern der »historisch-staatsrechtlichen Schule« vielfach vorgenommene Identifizierung der tradierten »politischen« mit der modernen »kroatischen« Nation führte zur Negierung eines serbischen Ethnikums auf kroatisch-slawonischem Boden und darüber hinaus in den nach historischem »Recht« von Kroaten beanspruchten Territorien. Die dadurch heraufbeschworenen Spannungen boten den herrschenden Kreisen der Monarchie einen willkommenen Ansatzpunkt zur Entzweiung des kroatischen und serbischen Bürgertums und zur Vertiefung ihrer wirtschaftlichen Konkurrenz. Während der 20jährigen Herrschaft des ungarischen Grafen *Khuen-Héderváry* als Banus (1883–1903) erlebte die Politik des »divide et impera« ihren Höhepunkt. Erst die kroatische und serbische Studentengeneration um die Jahrhundertwende führte unter dem Einfluß des »kritischen Realismus« aus der Schule *T. G. Masaryks* einen grundlegenden Wandel im Parteienleben Kroatiens herbei. In dem Maße, wie das historische Staatsrecht durch naturrechtliche Argumente verdrängt wurde, ebnete sich auch der Weg zu einer in Budapest und Wien gleichermaßen gefürchteten kroato-serbischen Zusammenarbeit. Die schwere finanzielle Lage Kroatiens und die ungarische Ablehnung einer grundlegenden Revision des Finanzausgleichs stärkten ab 1903 die Bereitschaft zur Zusammenarbeit unter den Oppositionsparteien in Kroatien-Slawonien und Dalmatien. Hinzu kam, daß das dualistische System infolge der Bestrebungen der ungarischen Opposition in eine akute Krise geraten war und Platz für neue politische Kombinationen schaffte. In Dalmatien nahm die Idee einer kroato-serbischen Zusammenarbeit zuerst festere Formen an, wobei sich die Erbitterung gegen Wien und den dahinter vermuteten deutschen »Drang nach Südosten«

richtete. Diese Politik des »neuen Kurses« wirkte stark nach Kroatien-Slawonien herüber. Auf einem Treffen kroatischer Politiker vom 2.–3. 10. 1905 in Fiume wurde eine Resolution angenommen, in der die kroato-serbische Zusammenarbeit mit der ungarischen Opposition gegen Wien (statt der bisherigen kroatischen Opposition gegen Budapest) zur Grundlage der künftigen Politik erklärt wurde. Die serbischen Politiker aus Dalmatien und Kroatien-Slawonien schlossen sich mit der Verlautbarung von Zara/Zadar am 17. 10. 1905 der Fiumaner Resolution an. Ergebnis dieser Bestrebungen war die Bildung der → KROATISCH-SERBISCHEN KOALITION, die teils in der Opposition, teils an der Regierung das politische Geschehen in Kroatien bis Ende 1918 maßgeblich mitbestimmte. Die entscheidenden Impulse zur Konstituierung des späteren jugoslawischen Staates gingen jedoch während des 1. Weltkriegs weniger von den Parteien in Kroatien-Slawonien als vielmehr von den südslawischen Exilpolitikern der Monarchie – vor allem vom »südslawischen Komitee« (Jugoslavenski odbor) in London aus. Die Parteiengeschichte Kroatien-Slawoniens bis 1918 zerfällt deutlich in zwei Perioden. Die erste umfaßt den Zeitraum von der Entstehung politischer Parteien Anfang der 40er Jahre bis zur Revolution 1848/49. Die zweite setzt mit dem Zusammenbruch des österreichischen Neoabsolutismus ein und endet mit dem 1. Weltkrieg. Im Vormärz gab es nur zwei Honoratiorenparteien (die NATIONALPARTEI und die KROATISCH-UNGARISCHE PARTEI), die in modifizierter Form in den 60er Jahren als NATIONAL-(LIBERALE) PARTEI und KONSTITUTIONELL-LIBERALE PARTEI (→ UNIONISTEN) wiederauferstanden. Sie unterschieden sich vor allem hinsichtlich ihrer staatsrechtlichen Bestrebungen: stärkere Akzentuierung der kroatischen Eigenstaatlichkeit auf der einen und engere Anlehnung an Ungarn auf der anderen Seite. Als dritte langfristige Strömung formierte sich in der 2. Hälfte des 19. Jh. die radikale Rechtsbewegung (→ RECHTSPARTEI), die wesentlich kompromißloser auf dem Grundsatz der bloßen Personalunion mit Österreich und Ungarn beharrte. Erst mit der einsetzenden Krise des Dualismus und der zunehmenden sozialen Differenzierung in der Gesellschaft entfaltete sich gegen Ende des 19. Jh. ein breiteres Parteienspektrum. Charakteristisch für nahezu alle Parteien bis 1918 sind der niedrige Organisationsgrad und die oft nur vage formulierten Programme. Eine durchgebildete und disziplinierte Organisation besaßen die meisten Parteien nicht, was eine genaue zeitliche Fixierung ihrer Gründung oder Auflösung oft unmöglich macht.

Im Mai 1848 wurde in Kroatien das erste Wahlgesetz erlassen und die Ständeversammlung in ein partiell-repräsentatives Parlament umgewandelt. Neben eine nicht festgelegte Zahl von Virilisten, die von Standes oder Amts wegen dem Landtag angehörten, traten 192 Abgeordnete aus allen Teilen Kroatien-Slawoniens einschließlich der Militärgrenze. Das aktive Wahlrecht war infolge verschiedener Auflagen, darunter eines Steuerzensus, auf etwa 2–3 % der Bevölkerung beschränkt. In der Folgezeit wurden die Zusammensetzung des Landtages, die Bestimmungen über das aktive Wahlrecht und die Einteilung der Wahlkreise wiederholt – und ausnahmslos zugunsten der jeweiligen Regierung – verändert. So wurde beispielsweise durch das oktroyierte Wahlgesetz vom 20. 10. 1867 die Zahl der Virilisten im Sabor erhöht und die der gewählten Mitglieder auf 66 (ohne die Vertreter der Militärgrenze) vermindert. Gleichzeitig wurde der Steuerzensus deutlich heraufgesetzt. Auf diese Weise konnten die Mehrheitsverhältnisse im Landtag im Interesse der Regierungspolitik und der bevorstehenden Verabschiedung des ungarisch-kroatischen Ausgleichs manipuliert werden. Ende September 1888 wurde zwar die Zahl der Virilisten auf maximal die Hälfte der gewählten Landtagsmitglieder begrenzt, doch blieb das aktive Wahlrecht weiterhin nur etwa 2 % der Bevölkerung (knapp 50 000 Bürgern) vorbehalten. Erst durch die Wahlgesetz-

reform vom 28. 5. 1910 wurde es auf etwa 9 % der Bevölkerung (rund 200 000 Personen) ausgeweitet. Dem Landtag gehörten zu dieser Zeit neben 88 gewählten Mitgliedern 14 Virilisten an.

M. Polić, Parlamentarna povijest Kraljevine Hrvatske, Slavonije i Dalmacije, 2 Bde., Zagreb 1900–1910; R. W. Seton-Watson, Die südslawische Frage im Habsburger Reich, 1913; J. Horvat, Politička povijest Hrvatske, Zagreb 1936; V. Bogdanov, Historija političkih stranaka u Hrvatskoj od prvih stranačkih grupiranja do 1918, Zagreb 1958; Lj. Kuntić, O nekim osnovama za politiku hrvatskih gradjanskih stranaka u XIX vijeku, in: Radovi Fil.fak., Odsjek za povijest 2 (1959); J. Šidak [u. a.]: Povijest hrvatskog naroda g. 1860–1914, Zagreb 1968; B. T. O'Connell, Croatian Politics and Political Parties, 1905–1910, Ann Arbor/Mich. 1969 (Univ. Microfilms).

Christlich-Soziale Partei (Kršćansko-Socijalna Stranka).
→ Reine Rechtspartei.

Fortschrittspartei (Napredna Stranka). Parteipolitische Vereinigung der von der Prager Realistenschule beeinflußten »Jungkroaten«.

Die Partei wurde im Dezember 1904 von Mitgliedern der bis dahin in der KROATISCHEN RECHTSPARTEI engagierten Progressiven Jugend (Napredna omladina) gegründet. Ihre führenden Mitglieder, *I. Lorković* u. a., waren von den Lehren *T. G. Masaryks* stark beeinflußt. Sprachrohr der »Jungkroaten« war die seit Frühjahr 1904 in Zagreb erscheinende Zeitung ›Pokret‹, die für die kroatisch-serbische Zusammenarbeit, die Verwirklichung demokratisch-liberaler Zielsetzungen (darunter für das allgemeine Wahlrecht) und die finanzielle Unabhängigkeit Kroatiens von Ungarn warb. Die Partei unterstützte nachhaltig die Politik des »neuen Kurses« in Dalmatien und Kroatien (→ Einleitung) und schloß sich 1905 der → KROATISCH-SERBISCHEN KOALITION (HSK) an. Im Frühsommer 1906 – nach der Aufnahme von Mitgliedern der demokratischen Intelligenz in Dalmatien – wurde sie in KROATISCHE VOLKS- UND FORTSCHRITTSPARTEI (Hrvatska Pučka Napredna Stranka) umbenannt. In ihrem Programm griff sie das Gedankengut der Fiumaner Resolution von 1905 (→ Einleitung) auf und verfocht neben antiklerikalen und antiösterreichischen Tendenzen das Recht eines jeden Volkes, über seine Zukunft und sein Schicksal frei und unabhängig zu entscheiden.

Im Oktober 1910 gab sie jedoch einen Teil ihrer liberalen, antiösterreichischen und mittlerweile auch antiungarischen Zielsetzungen auf und fusionierte mit der RECHTSPARTEI zur KROATISCHEN SELBSTÄNDIGEN PARTEI (Hrvatska Samostalna Stranka), um sich bzw. die HSK durch Zugeständnisse gegenüber Wien und Budapest als regierungsfähig zu »qualifizieren«. *Lorković* wurde der wichtigste Repräsentant des kroatischen Flügels der HSK. Bei den für die Koalition siegreichen Wahlen von 1913 erreichte die Fortschrittspartei 29 Mandate (= 33 % der Sitze). *Lorković* unterstützte bis zum Sommer 1918 die regierende HSK, wandte sich jedoch von ihr ab, als sie ihre abwartend-opportunistische Politik gegenüber Österreich-Ungarn fortsetzte. Stattdessen sprach er sich für die »nationale Konzentration« aller Südslawen der Monarchie aus und arbeitete eng mit der → STARČEVIĆ-RECHTSPARTEI zusammen. Nach der Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen am 1. 12. 1918 distanzierte sich *Lorković* vom serbischen Teil der ehemaligen Koalition und der großserbisch-zentralistischen Politik in Belgrad. Die von ihm neu begründete FORTSCHRITTLICHE DEMOKRATISCHE PARTEI (Napredna Demokratska Stranka) vereinigte sich im Sommer 1919 mit der STARČEVIĆ-RECHTSPARTEI zur KROATISCHEN GEMEINSCHAFT (→ Jugoslawien).

V. Bogdanov, Hrvatski narodni pokret 1903/4, Zagreb 1961; M. Gross, Vladavina Hrvatsko-srpske koalicije 1906/7, Belgrad 1960; B. Krizman, Stranke u Hrvatskom saboru za vrijeme I svijetskog rata, – in: Zgodovinski časopis, XIX–XX (1965–66).

Illyrische Partei (Ilirska Stranka) → Nationalpartei.

Konstitutionell-Liberale Partei (Ustavno-Liberalna Stranka) → Unionisten.

Kroatische Rechtspartei (**HSP,** Hrvatska Stranka Prava) 1) 1903–1910 → Rechtspartei 2) 1913–1918 → Reine Rechtspartei.

Kroatische Selbständige Partei (Hrvatska Samostalna Stranka) → Fortschrittspartei, → Rechtspartei.

Kroatische Volks- und Bauernpartei (**HPSS,** Hrvatska Pučka Seljačka Stranka). Vertretung der politisch unterprivilegierten Masse des kroatischen Volkes mit dem Ziel der Errichtung eines vereinigten Staates und breiter Demokratisierung des politischen Lebens auf der Basis nationaler Einheit von Kroaten, Slowenen und Serben.

Im Dezember 1904 begannen *S.* und *A. Radić* in Zagreb mit dem Aufbau der neuen Partei, die mit ihrem populistischen, von den russischen Narodniki beeinflußten Zielsetzungen für die Emanzipation des »Volkes« vom Objekt der »Herrenparteien« zum Subjekt der Nation kämpfte. In einem Programmentwurf vom 22. 12. sprach sich die HPSS für die nationale Einheit von Kroaten, Slowenen und Serben, die Zusammenarbeit aller

Slawen der Monarchie und die Anlehnung an Rußland aus. Sie forderte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts sowie soziale und kulturelle Reformen zugunsten der Bauern. Die in der Fiumaner Resolution von 1905 (→ Einleitung) geforderte Zusammenarbeit mit Ungarn gegen Österreich wurde von der HPSS abgelehnt. Stattdessen setzte sie sich für die Vereinigung der kroatischen und slowenischen Länder und den Ausbau der kroatischen Staatlichkeit auf gesetzlichem Wege und im Rahmen der Habsburger Monarchie (bzw. Österreichs) als »zweiter slawischer Großmacht« und damit für die Aufhebung des ungarisch-kroatischen Ausgleichs ein.

Presse: Bis Ende 1905 ›Hrvatski narod‹, dann ›Hrvatske novine‹ sowie ab Ende 1906 der in Zagreb erscheinende ›Dom‹.

Ihren größten Wahlerfolg erzielte die HPSS 1910 nach der Erweiterung des Wahlrechts mit 9 Sitzen. Zunächst arbeitete die HPSS wiederholt mit der → Kroatisch-Serbischen Koalition (HSK) zusammen. Im Unterschied zu dieser begrüßte sie jedoch die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn. Ab 1913 verbündete sie sich mit der Kroatischen Rechtspartei (HSP, → Reine Rechtspartei) auf der Grundlage eines trialistischen Programms unter starker Betonung der »organischen Beziehungen Kroatiens zu Österreich«. Während des 1. Weltkrieges repräsentierten beide Parteien gemeinsam mit der → Starčević-Rechtspartei die »Staatsrechtliche Opposition« (Državno-pravna oporba) gegenüber der HSK. Als die Starčević-Rechtspartei im Sommer 1917 aus den Reihen der Opposition ausscherte, hielt die HPSS ihr Bündnis mit der Kroatischen Rechtspartei im Rahmen des Kroatischen Demokratischen Blocks (Hrvatski Demokratski Blok, gelegentlich auch als »heilige Allianz«, sveta alijansa, bezeichnet) aufrecht. Erst im Frühjahr 1918 trennte sie sich von der HSP und schloß sich allmählich der südslawischen »Konzentrationsbewegung« an. Ihre überragende politische Bedeutung erlangte die HPSS aber erst in der Folgezeit (→ Jugoslawien: Kroatische Bauernpartei).

B. Krizman, Osnivanje HPSS (1904–1905), – in: Radovi Instituta za hrvatsku povijest, 2 (1972); Ders., Plan Stjepana Radića o preuredjenju Habsburške monarhije, – in: Istorija XX veka, 12 (1972); Ders., Stjepan Radić: Život-misao-delo, – in: Korespondencija Stjepana Radića, Bd. 1, Zagreb 1972; A. Moritsch, Die Bauernparteien bei den Kroaten, Serben und Slowenen, in: Europäische Bauernparteien im 20. Jh., 1977.

Kroatische Volks- und Fortschrittspartei (Hrvatska Pučka Napredna Stranka) → Fortschrittspartei.

Kroatisch-Serbische Koalition (HSK, Hrvatsko-Srpska Koalicija). Bündnis südslawisch-orientierter Parteien des Königreichs Kroatien-Slawonien vor und während des 1. Weltkrieges. Die HSK, die mit dem Wahlaufruf am 11. 12. 1905 erstmals an die Öffentlichkeit trat, war das Ergebnis der in den Resolutionen von Fiume und Zara (→ Einleitung) beschlossenen Zusammenarbeit von Kroaten und Serben. Sie umfaßte neben einer Anzahl partei-unabhängiger Politiker die Kroatische Rechtspartei (»Domovinaši« und »Obzoraši«, → Rechtspartei), die → Fortschrittspartei, die → Serbische Selbständige Partei, die (ansonsten bedeutungslose) Serbische Radikale Partei (Srpska Radikalna Stranka, bis 1907) und die → Sozialdemokratische Partei Kroatiens und Slawoniens (bis April 1906). Führende Persönlichkeit der Koalition war zunächst der Dalmatiner *F. Supilo*, der seit 1903 die Politik des »Neuen Kurses«, d. h. die Zusammenarbeit von Kroaten, Serben, Italienern und Ungarn gegen den deutschen »Drang« nach Südosten und damit gegen Wien sowie die Ausnutzung der Dualismus-Krise zur Stärkung der eigenen Positionen propagierte. Als Fernziel schwebte *Supilo* die Errichtung eines selbständigen südslawischen Staates vor. Die HSK strebte zunächst über eine Zusammenarbeit mit der ungarischen Opposition die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien-Slawonien, die Demokratisierung des Wahlrechts, die Presse- und Versammlungsfreiheit und die finanzielle Unabhängigkeit Kroatiens an.

Nachdem die ungarische Opposition in Budapest an die Macht gelangt war, konnten im Mai 1906 in Kroatien nach 30 Jahren erstmals wieder amtlich unbehinderte Wahlen durchgeführt werden, bei denen die HSK einen sicheren Sieg errang und der Herrschaft der → National(liberalen) Partei ein Ende bereitete. Durch einen formellen Pakt mit dem Banus *Pejačević* etablierte sich die HSK im Sommer 1906 als Regierungspartei. Die in Wien mit Sorge beobachtete kroato-serbische Verständigungspolitik mit *Kossuths* Unabhängigkeitspartei währte jedoch nur wenige Monate. Als Banus *Pejačević* Ende Juni 1907 aus Protest gegen die verfassungswidrige Sprachengesetzgebung *Kossuths* zurücktrat, stürzte auch die HSK-Regierung, ohne ein einziges ihrer Ziele erreicht zu haben.

Nachdem die Koalition bei den Wahlen von 1908 abermals die Mehrheit (⁴/₅ der Sitze) errungen hatte, verschob der neue Banus *P. Rauch* die Einberufung des Landtages und steuerte im Zeichen der Annexionskrise einen offen absolutistischen Kurs. Seine im Verein mit Außenminister *Aehrenthal* sowie mit Unterstützung der »Frankianer« (→ Reine Rechtspartei) unternommenen Versuche, die kroato-serbische Zusammenarbeit in der HSK zu sprengen, (Agramer »Hochverratsprozeß«, »Friedjungprozeß«) scheiterten jedoch und schadeten dem internationalen Prestige der k. u. k. Monarchie, so daß *Aehrenthal* schließlich einen Kompromiß mit der HSK anstrebte und auf die Ablösung *Rauchs* hinwirkte. *Supilo* hatte bereits zuvor die Koalition verlassen, um sie durch seinen antidualistischen Kurs nicht weiter zu belasten. Die Führung der HSK ging daraufhin an *I. Lorković* und *S. Pribićević* über.

Aber auch unter dem neuen Banus *Tomašić* kam es nur zu einer vorübergehenden Beruhigung

der politischen Lage in Kroatien. Nachdem die HSK bei den Wahlen von 1910 unter Verlust eines Drittels ihrer Mandate noch immer über die relative Mehrheit der Sitze verfügte, wurde die Einberufung des Landtags abermals verschoben. Dennoch gelang es *Tomašić* auch in den Wahlen von 1911 nicht, eine Landtagsmehrheit für seine Person zu gewinnen. Unter seinem Nachfolger *S. Cuvaj* kam es 1912 zu einer Verständigung zwischen der HSK und der → Starčević-Rechtspartei, in der unter anderem die finanzielle Selbständigkeit Kroatiens, die Ausschreibung neuer Wahlen und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts gefordert wurde. Der ungarische Ministerpräsident *Khuen-Héderváry* hob daraufhin die Verfassung auf und ernannte *Cuvaj* im April 1912 zum Kommissar.

Erst *Khuens* Nachfolger *Tisza* strebte durch eine Verständigung mit der HSK die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Kroatien an. Die HSK war ihrerseits unter Verzicht auf die Forderung nach einer Revision des Ausgleichs zum Kompromiß bereit. Bei den Dezemberwahlen 1913 erreichte sie mit 48 Sitzen die absolute Stimmenmehrheit und wurde wieder Regierungspartei. Während des 1. Weltkriegs verfolgte die HSK, vor allem ihr serbischer Flügel unter *Pribićević*, gegenüber der Monarchie eine rein opportunistische Politik zur Sicherung der bestehenden Rechte und schloß sich erst kurz vor dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns im Herbst 1918 den Bestrebungen zur Schaffung eines unabhängigen südslawischen Staates an.

M. Gross, Vladavina HSK 1906/07, Belgrad 1960; B. T. O'Connell, Croatian politics and political parties, 1905–1910, Ann Arbor/Mich. 1969 (Univ. Microfilms); R. Lovrenčić, Geneza politike »Novog kursa«, Zagreb 1972.

Kroatisch-Ungarische Partei (**HVS,** Horvatsko-Vugerska Stranka). Politischer Zusammenschluß der madjarophilen kroatischen Aristokratie im Vormärz zum Zweck der Erhaltung der adligen Privilegien und der Herstellung möglichst enger Bindungen Kroatiens an Ungarn, von daher auch »Madjaronen« genannt. Honoratiorenpartei.

Die HVS entstand in lockerer Form Anfang 1841 und wurde vom Grafen *A. Drašković*, den Baronen *L.* und *D. Rauch*, *D. Josipović*, u. a. geführt. Sie bekämpfte die nationale »Wiedergeburts«-Bewegung der Kroaten in ihrer spezifisch südslawischen (»illyrischen«) Ausprägung in kultureller und politischer Hinsicht, forderte die Einführung des Ungarischen als Amts- und Unterrichtssprache und strebte über die Aufhebung der kroatischen Munizipalrechte und die Aushöhlung des Landtags die Integration Kroatiens und Slawoniens in einen einheitlichen ungarischen Staat an. In erbitterter Auseinandersetzung mit der kurz darauf gegründeten (Illyrischen) → Nationalpartei suchte die HVS enge Anlehnung an den liberalen nationalbewußten Adel in Ungarn, hatte jedoch den kulturpolitischen Aktivitäten der Nationalpartei außer ihrem unpopulären Madjarisierungsprogramm nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Zwar gelang es ihr 1845, die Gespanschaft Agram/Zagreb zu erobern, doch konnte sie nicht verhindern, daß die kroatischen Wahldeputierten zum ungarischen Reichstag in Preßburg von der »illyrischen« Mehrheit im Landtag bestimmt wurden. Die Lage der HVS verschlechterte sich noch, nachdem der ungarische Magnat *Apponyi* als Führer der Konservativen Ende 1844 in Wien zum Vizekanzler ernannt wurde und alles daransetzte, die Macht der ungarischen Liberalen und ihrer konservativen kroatischen Verbündeten zu brechen. Die Nationalpartei wurde nun amtlich unterstützt, während die HVS in der Opposition immer mehr an Einfluß verlor, da nicht nur die Beamtenschaft, sondern auch Teile des Bauernadels von ihr abrückten. 1848 mußte sie ihre Tätigkeit einstellen. Ein großer Teil ihrer Anhänger fand sich in den 60er Jahren in den Reihen der → Unionisten wieder zusammen.

V. Bogdanov, Društvene i političke borbe u Hrvatskoj 1848/49, Zagreb 1949; Ders., Historija političkih stranaka u Hrvatskoj od prvih stranačkih grupiranja do 1918, Zagreb 1958; J. Šidak, Prilozi historiji stranačkih odnosa u Hrvatskoj uoči 1848, – i Historijski zbornik, 13 (1960).

National(liberale) Partei (Narodna (Liberalna) Stranka). Honoratiorenpartei, die die Lösung der kroatischen Frage zunächst auf der Grundlage eines föderalistischen Programms anstrebte, sich jedoch später bedingungslos in den Dienst der dualistischen Politik stellte.

Die Anhänger der früheren → Nationalpartei sammelten sich nach der Aufhebung des *Bachschen* Neoabsolutismus um die ab 1. 10. 1860 in Zagreb herausgegebene Tageszeitung ›Pozor‹. Im wiedereinberufenen Landtag von 1861 repräsentierten sie mit Bischof *Strossmayer*, *F. Rački*, *I. Mažuranić*, *M. Mrazović* u. a. die Mehrheit der Abgeordneten. Gleich den → Unionisten lehnten sie die Entsendung kroatischer Vertreter in den erweiterten Reichsrat zu Wien nach dem Erlaß des Februarpatents von 1861 ab und strebten stattdessen Verhandlungen über eine Verbindung mit Ungarn unter der Vorbedingung an, daß die kroatische Unabhängigkeit sowie die territoriale Einheit des »Dreieinigen Königreichs Kroatien-Slawonien-Dalmatien« von Ungarn zuvor anerkannt und die Autonomie Kroatiens in allen inneren Angelegenheiten garantiert würde.

In den folgenden zwei Jahren kam es unter den Nationalliberalen zur Spaltung. Während die Mehrheit, die »Pozoraši«, Verhandlungen über die Gestaltung staatsrechtlicher Beziehungen zwischen Kroatien und Österreich ohne vorherige Verständigung mit Ungarn ablehnten und in scharfer Opposition zum *Schmerlingschen* Zentralismus (und zum Februarpatent) stand, vertrat die von *Mažuranić* geführte Gruppe, die sich 1863 zur → Selbständigen Nationalpartei zusammenschloß, eine gegenüber Wien verhandlungswillige Position. Die Mutterpartei schloß

sich daraufhin mit den UNIONISTEN zu einer Koalition gegen die regierende Partei des Kanzlers *Mažuranić* zusammen und erhielt bei den Wahlen im Sommer 1865 $^2/_3$ der Mandate, so daß *Mažuranić* zurücktrat. Nach der wenige Tage später erfolgten Ablösung *Schmerlings* als leitender Mi ister in Wien hörte die Zusammenarbeit der Nationalliberalen mit den UNIONISTEN allmählich auf. Ende 1866 entschied sich der Landtag mit der Mehrheit der wiedervereinigten Nationalliberalen – gegen die UNIONISTEN und die → RECHTSPARTEI – für die Aufnahme von Ausgleichsverhandlungen mit Österreich, um einer dualistischen Vereinbarung zwischen Wien und Budapest zuvorzukommen. Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 war jedoch nach der Ablösung des föderalistisch orientierten Staatsministers *Belcredi* durch *Beust* und der österreichischen Niederlage im Krieg mit Preußen nicht mehr abzuwenden.

Nach diesem Scheitern ihrer politischen Zielsetzungen nahmen die Nationalliberalen (*Mrazović* und *Strossmayer*) Kontakte zum Fürstentum Serbien auf und verabredeten im Herbst 1866 ein gemeinsames Geheim-Programm, das über die Einnahme Bosniens und der Herzegowina durch Serbien auf die Errichtung eines unabhängigen südslawischen Staates (als Fernziel) ausgerichtet war. Im parlamentarischen Kampf mußte die Partei jedoch infolge eines oktroyierten neuen Wahlgesetzes Ende 1867 eine verheerende Niederlage hinnehmen und konnte nur 14 von insgesamt 66 Wahlmandaten erringen, während gleichzeitig die Zahl der Virilisten im Landtag erhöht wurde. Die nationalliberalen Abgeordneten traten daraufhin unter Protest aus dem »Polizei-Sabor« aus, der nun allein von den UNIONISTEN beherrscht wurde und den Abschluß des ungarisch-kroatischen Ausgleichs ermöglichte.

Als 1870 der serbische Regentschaftsrat unter österreichisch-ungarischen Einfluß geriet, wurde auch das Aktionsprogramm von 1866 hinfällig, so daß die Nationalliberale Partei ihre Anstrengungen von nun an auf eine Vereinigung der Südslawen innerhalb der Monarchie ausrichtete. Trotz Verfolgung und schärfster Zensur gelang es ihr, die Opposition gegen den Ausgleich zu organisieren und den unionistischen Banus *L. Rauch* Anfang 1871 zu stürzen. Bei den kurz darauf durchgeführten Wahlen errang sie mit 51 von 65 Wahlmandaten einen überwältigenden Sieg, doch machten der Sturz *Hohenwarts* am 30. 10. 1871 und der mißglückte Aufstandsversuch *E. Kvaterniks* in der Lika (→ RECHTSPARTEI) alle Hoffnungen der kroatischen Opposition auf eine Föderalisierung der Gesamtmonarchie wieder zunichte und setzten sie neuem Druck aus. Der Landtag wurde im Januar 1872 aufgelöst. Bei den Neuwahlen siegte abermals die Nationalpartei (mit 47 gegenüber 28 Sitzen der regierenden UNIONISTEN), woraufhin die Zahl der Virilmitglieder erhöht und damit der Regierung eine sichere Mehrheit verschafft wurde. Durch die Verfolgungen und den Druck von oben geschwächt, stimmte die Nationalpartei schließlich dem Verhandlungsangebot des neuen ungarischen Ministerpräsidenten *M. Lónyay* über eine Revision des Ausgleichs ohne Vorbedingungen zu und führte die von *Lónyay* geforderte Fusion mit den gemäßigten UNIONISTEN durch. Die von beiden Flügeln paritätisch zusammengesetzte kroatische Verhandlungsdelegation konnte jedoch ihre Wünsche gegenüber Ungarn nicht durchsetzen und fand sich schließlich mit geringfügigen Modifizierungen des Ausgleichs von 1868 ab. Der kroatische Landtag nahm die »Revision« am 5. 9. 1873 an. Durch die Fusion mit den UNIONISTEN hatten sich Zusammensetzung und Politik der jetzt regierenden Nationalpartei einschneidend verändert. *Strossmayer* und *Rački* zogen sich aus den Revisionsverhandlungen mit Ungarn enttäuscht zurück, während eine kleine Gruppe unter Führung von *Makanec* den Kampf gegen den Ausgleich fortsetzte. 1880 kam es aus Protest gegen die zunehmende Madjarisierung in Kroatien zur Abspaltung der → UNABHÄNGIGEN NATIONALPARTEI, der sich auch die Gruppe *Makanec* anschloß.

Als im Dezember 1883 der ungarische Graf *Khuen-Héderváry* zum kroatischen Banus ernannt wurde, drohte er der Nationalpartei mit der Einführung des Königlichen Kommissariats, falls sie ihm nicht die Mehrheit im Landtag verschaffte. Die Partei ging auf seine Forderung ein und stellte sich damit in den Dienst des bis 1903 (quasi-absolutistisch) regierenden Banus und seiner ungarischen Politik. Bei allen Wahlen dieses Zeitraums erlangte sie mit Unterstützung des Regierungsapparats die absolute Mehrheit im Sabor. Erst 1906, mit Beginn der → KROATISCH-SERBISCHEN KOALITIONS-Regierung und dem vorangegangenen Zusammenbruch des *Khuen*-Regimes, löste sich die in der Öffentlichkeit verhaßte Partei auf. Ein Teil ihrer aktiven Mitglieder versuchte als parteilose Fraktion (Izvanstranački klub) im Landtag, auch weiterhin die ökonomischen Interessen des unionistisch orientierten kroatisch-slawonischen Adels zu vertreten. Bei den Wahlen von 1911 erhielten sie 21, Ende 1913 12 Mandate (= 14 % der Sitze).

V. Ciliga, Narodna stranka i južnoslovensko pitanje (1866–70), in: Hist. zborn. 17 (1964); Ders.: Slom politike Narodne stranke (1865–1880), Zagreb 1970; V. Krestić, Über einige politisch-historische Bedingungen der Entstehung des kroatisch-ungarischen Ausgleichs 1868, in: Der österreichisch-ungarische Ausgleich 1867, Bratislava 1971.

Nationalpartei (Narodna Stranka). Südslawisch-orientierte, für die Einheit und Unabhängigkeit der kroatischen Länder kämpfende Honoratiorenpartei des liberalen (zumeist mittleren) Adels, der Intelligenz und des Bürgertums während des Vormärz und der Revolution von 1848/49.

Als Gegengewicht zur → KROATISCH-UNGARISCHEN PARTEI bildete sich 1841 in Agram/Zagreb die ILLYRISCHE PARTEI (Ilirska Stranka), die unter der Führung von *L. Gaj, I. Kukuljević, I. Mažuranić* und anderen Anhängern der »illyrischen Be-

wegung« (→ Einleitung) für den Zusammenschluß aller kroatischen Länder zu einer selbständigen politisch-territorialen Einheit im Rahmen der Habsburger Monarchie, die Bewahrung der kroatischen Munizipalrechte gegenüber ungarischen Ansprüchen, die kulturelle Gemeinschaft aller Südslawen in- und außerhalb der Monarchie, eine einheitliche »illyrische« (kroato-serbische) Schriftsprache und deren Zulassung als Amtssprache kämpfte.

Presse: ›(Ilirske) Narodne novi Agram 1835 ff.

Im Kampf gegen die → Kroatisch-Ungarische Partei und deren Versuche zur Aushöhlung der kroatischen Eigenstaatlichkeit gelang es den »Illyriern« bereits 1841–42, den Einfluß der »Madjaronen« zurückzudrängen und die Mehrheit im Sabor zu erringen. Nachdem die Illyrische Partei beim Wiener Hof als »hochverräterisch« und »russophil« schwer belastet worden war, wurde der Gebrauch des illyrischen Namens (der zugleich den Kristallisationspunkt der kulturellen und nationalen Ideologie der Kroaten im Vormärz bildete) am 11. 1. 1843 verboten und eine strenge Pressezensur eingeführt.

Die Illyrische Partei wurde daraufhin in Nationalpartei umbenannt. Diese konnte schon bald wieder mit dem Wohlwollen des Hofes in ihrem Kampf gegen die madjarischen Bestrebungen rechnen: Wien und Agram fanden sich in einer Art negativer Interessenkonvergenz gegen den revolutionären großmadjarischen Nationalismus zusammen.

Im Frühjahr 1848 stellte sich die Nationalpartei an die Spitze der bürgerlichen Bewegung in Kroatien und erreichte, daß mit der am 18. Mai 1848 erlassenen Wahlordnung zum Landtag die Ansätze für ein bürgerliches Repräsentativparlament geschaffen wurden, wenngleich das Wahlrecht auf ca. 3 % der Bevölkerung beschränkt blieb und die Stände auch weiterhin durch die »Virilisten« im Sabor vertreten waren. Der zum 5. Juni vom Banus *J. Jelačić* einberufene Landtag hob das Feudalsystem auf und wandelte die Realunion des Königreichs Kroatien-Slawonien-Dalmatien mit Ungarn in eine Personalunion innerhalb der föderativ auszugestaltenden Habsburger Monarchie um. Das Gesetzgebungswerk der von der Nationalpartei getragenen Landtagsmehrheit fügte sich damit in die revolutionären Erneuerungsbestrebungen der Zeit ein, kollidierte aber hinsichtlich des nationalen Anspruchs mit dem Hegemoniestreben der ungarischen Liberalen und Revolutionäre, was einen schließlich bewaffneten Konflikt unausweichlich machte und der kroatischen Bewegung von 1848/49 unter Führung des Grafen *Jelačić* und eines erstarkenden konservativen Flügels innerhalb der Nationalpartei einen »konterrevolutionären« Charakter verlieh.

Mit dem Sieg der Restauration und der Einführung des Neoabsolutismus 1849 fand auch die Tätigkeit der Nationalpartei ihr Ende. Erst in den 60er Jahren vereinigte sich ein Großteil ihrer Anhänger wieder unter dem Banner der → National(liberalen) Partei.

Gy. Miskolczy, A horvát kérdés története és irományai a rendi állam korában, 2 Bde., Budapest 1927/28; V. Bogdanov, Društvene i političke borbe u Hrvatskoj 1848/49, Zagreb 1949; J. Šidak, Prilozi historiji stranačkih odnosa u Hrvatskoj uoči 1848, – i Historijski zbornik, 13 (1960).

Rechtspartei (1) (SP, Stranka Prava). Die Anfänge der SP gehen auf *A. Starčević* und *E. Kvaternik* zurück, die nach dem Zusammenbruch des *Bachschen* Neoabsolutismus unter Berufung auf das historisch-kroatische Staatsrecht und unter Negierung der ethnischen Individualität von Serben und Slowenen einen souveränen großkroatischen Staat vom Herzogtum Krain bis zum Fürstentum Serbien anstrebten und eine vertragliche Neuregelung der Beziehungen zu Ungarn (in Form einer bloßen Personalunion) sowie die Hoheit des kroatischen Landtags in Fragen der inneren Verwaltung, der Finanzen, der Außenhandelsbeziehungen und der allgemeinen Wohlfahrt forderten. Die aus historisch-traditionellen Argumenten der kroatischen Adelsnation und Grundsätzen des *Rousseauschen* »contrat social« (Volkssouveränität) kombinierte »Vertragstheorie«, der alle anderen politischen und sozialen Fragen untergeordnet wurden und die als nationale Integrationsideologie fungierte, bildete den Mittelpunkt der in der 2. Hälfte des 19. und Anfang des 20. Jh. außerordentlich wirksamen kroatozentrischen »Rechtsideologie«. Das Ideal eines unabhängigen großkroatischen Staates »wurde zum absoluten Maßstab für die Bewertung aller Erscheinungen in Vergangenheit und Gegenwart« (M. Gross).

Die Staatsrechtsbewegung wurde in der 60er Jahren des 19. Jh. nahezu allein von *Starčević* und *Kvaternik* getragen, die sich im Landtag gegenüber der erdrückenden Mehrheit der Nationalpartei und der Unionisten jedoch nicht durchzusetzen vermochten. Kompromißlos bekämpften sie die Selbständige Nationalpartei und ihr austroslawisches Programm sowie die Anerkennung einer serbischen Nation in Kroatien. Erst ab 1867 versuchten sie mit der Herausgabe verschiedener Publikationsorgane, der humoristisch-satirischen Zeitschrift ›Zvekan‹ (1867) sowie der Zeitschriften ›Hervat‹ und ›Hervatska‹ (ab Ende 1868 bzw. ab Sommer 1869), stärker auf die Öffentlichkeit einzuwirken. Ihre Bewegung fand vor allem in studentischen Kreisen Widerhall. Nach dem mißglückten Aufstandsversuch *Kvaterniks* in der Lika (Oktober 1871) wurden die Führer der Rechtsbewegung verhaftet.

Erst im September 1878 nahm *Starčević* mit der Herausgabe der Zeitschrift ›Sloboda‹ den politischen Kampf wieder auf und begründete die SP, die bei den Wahlen von 1881 bereits 15 Landtagsmandate eroberte. In scharfer Opposition zum Regime des Bans *Khuen-Héderváry* konnte die strikt antidualistische Partei Mitte der 80er Jahre auf die Unterstützung fast aller Teile

der vom ungarisch-kroatischen Ausgleich enttäuschten Bevölkerung rechnen.

Das harte Vorgehen der *Khuen*-Administration sowie die fortschreitende soziale Differenzierung innerhalb der kroatischen Gesellschaft brachten der SP jedoch bei den Wahlen von 1887 eine schwere Niederlage. Politische Frustration der Mitglieder, persönliche Konkurrenzkämpfe und Enttäuschung über die ausbleibende Unterstützung Rußlands leiteten Anfang der 90er Jahre einen tiefen Diffusionsprozeß in der Rechtsbewegung ein. Dominierende Figur dieser Entwicklung wurde *J. Frank*, der in Umkehrung von *Starčevićs* antiösterreichischer Grundkonzeption sein politisches Kalkül unter dem Eindruck der einsetzenden Krise des Dualismus auf die Unterstützung des Wiener Hofes bei der Lösung der kroatischen Frage richtete. Nach stürmischen internen Auseinandersetzungen verständigte sich die SP 1894 mit der → Unabhängigen Nationalpartei auf ein gemeinsames Programm, in dem die Vereinigung Kroatiens, Dalmatiens, Rijekas, des Zwischenmurgebiets, Istriens, Bosniens und der Herzegowina (sowie eventuell der slowenischen Länder) zu einem selbständigen Staatskörper im Rahmen der Monarchie (das würde eine trialistische Umgestaltung Österreich-Ungarns bedeuten) gefordert wurde.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der SP, vor allem zwischen *Frank* und seinem Rivalen *I. Folnegović*, führten Ende 1895 zur Abspaltung der → Reinen Rechtspartei unter *Franks* Führung. Die Mutterpartei, deren Mitglieder nach dem im Dezember 1895 in ›Hrvatska domovina‹ umbenannten Parteiorgan auch »Domovinaši« genannt wurden, vereinigte sich 1902 in lockerer Form mit der südslawisch-orientierten Unabhängigen Nationalpartei zur Kroatischen Opposition, die sich im Januar 1903 zur Kroatischen Rechtspartei (Hrvatska Stranka Prava) konstituierte. Sie übernahm das Programm von 1894 und forderte neben einer Reform des bestehenden Wahlrechts die vollständige finanzielle Unabhängigkeit Kroatiens von Ungarn. Mit der ursprünglichen *Starčević*-Ideologie hatte diese südslawische Strömung in der Rechtsbewegung vergleichbar ebenso wenig zu tun wie die bedingungslos proösterreichisch ausgerichtete Konzeption *Franks*.

1905 trat die Kroatische Rechtspartei der → Kroatisch-serbischen Koalition (HSK) bei und vereinigte sich fünf Jahre später mit der Kroatischen Volks- und Fortschrittspartei (→ Fortschrittspartei) zur Kroatischen Selbständigen Partei (Hrvatska Samostalna Stranka), die den gemäßigten Kurs der Rechtspartei fortführte und als Mitglied der HSK bei den letzten Vorkriegswahlen 1913 29 Mandate (= 33 % der Sitze) erhielt.

A. Cesarec, Kriza Stranke prava i naši »Komunari« 1871, Zagreb 1951; M. Gross, Die nationale Idee der kroatischen Rechtspartei und ihr Zusammenbruch (1861–1895), in: Österr. Osthefte, 6 (1964), 5; Dies., Povijest pravaške ideologije, Zagreb 1973.

Rechtspartei 2) (Stranka prava, 1911–1913) → Reine Rechtspartei.

Reine Rechtspartei, »Frankianer« (Čista Stranka Prava, »frankovci«). Ende Oktober 1895 spalteten *J. Frank* sowie *Ante* und *Mile Starčević* die Reine Rechtspartei von der allgemeinen → Rechtspartei (»Domovinaši«) ab. Die »Frankianer« erkannten nicht nur den Rahmen der Monarchie offiziell an, sondern suchten das Wohlwollen des Wiener Hofes durch vorbehaltlose Unterstützung der Dynastie zu gewinnen, um auf diesem Wege die Errichtung eines großkroatischen Staates im Rahmen der Monarchie zu erreichen. Sie waren überzeugt, daß die Kroaten ihre Vereinigung und Befreiung von ungarischer Vorherrschaft nur durch die Unterstützung der Krone erreichen könnten. Da die antidualistischen Kräfte in Wien Mitte der 90er Jahre noch nicht stark genug waren, beschränkte sich die Reine Rechtspartei mit ihrem Presseorgan ›Hrvatsko pravo‹ zunächst auf eine gemäßigte Opposition gegen das *Khuen*-Regime und heftige antiserbische Kampagnen. Bei den Wahlen von 1897 und 1901 erreichte sie lediglich zwei Mandate (= 2,3 % der Sitze).

Im ersten Jahrzehnt des 20. Jh. suchten die »Frankianer« Anlehnung an den großösterreichischen Kreis um Erzherzog *Franz Ferdinand* und unternahmen – in Erwartung einer militärischen Konfrontation zwischen der Monarchie und Serbien – alles, um die Position der Serben in Kroatien zu schwächen und deren Zusammenarbeit mit den südslawisch-orientierten kroatischen Parteien (→ Kroatisch-serbische Koalition) zu sprengen. Diese Entwicklung der Partei zum bloßen Werkzeug der großösterreichischen Kreise und des Banus *P. Rauch* führte 1908 zur Abspaltung der → Starčević-Rechtspartei.

Nach dem Sturz des absolutistischen *Rauch*-Regimes Anfang Februar 1910 war die Position der »Frankianer« außerordentlich geschwächt. Durch Fusion mit einer seit 1904 bestehenden Klerikalen-Gruppe um die Zeitung ›Hrvatstvo‹ zur Christlich-sozialen Partei (Kršćansko-Socijalna Stranka) versuchten sie, ihren Einfluß wieder zu festigen.

1911, nach dem Tod von *Frank*, kam es zwischen den Christlich-Sozialen und der Starčević-Rechtspartei sowie den Vertretern der Rechtsbewegung aus Dalmatien, Istrien und Bosnien-Herzegowina auf der Basis eines trialistischen Programms zu einer breiten Rechtsorganisation (Svepravaška organizacija) und zum Zusammenschluß der »Franko-Klerikalen« mit den »Starčevićanern« zur neuen Rechtspartei (2) (Stranka Prava). Da der Einfluß *Franks* aber nach wie vor bei den »Franko-Klerikalen« lebendig war, wurden diese 1913 aus der Rechtsorganisation ausgeschlossen und formierten sich unter Führung von *A. Horvat* und *I. Frank* zur Kroatischen Rechtspartei (HŠP, Hrvatska Stranka Prava). Diese erkämpfte bei den Wahlen von 1913 neun von 88

Mandaten. Während des 1. Weltkriegs arbeitete die HSP mit der → KROATISCHEN VOLKS- UND BAUERNPARTEI und der STARČEVIĆ-RECHTSPARTEI zusammen, geriet jedoch bei Kriegsende wegen ihrer unbeweglichen Haltung in völlige Isolation. Der Zusammenbruch der Monarchie machte ihr politisches Programm gegenstandslos. Gemeinsam mit den übrigen Parteien stimmte sie am 29. 10. 1918 für den Abbruch der staatsrechtlichen Beziehungen Kroatiens zu Ungarn und Österreich. (Zur weiteren Geschichte → Jugoslawien: KROATISCHE RECHTSPARTEI).

M. Gross, Geneza Frankove stranke, in: Historijski zbornik, 17 (1964); Dies., Povijest pravaške ideologije, Zagreb 1973; B. Krizman, Stranke u Hrvatskom saboru za vrijeme I svijetskog rata, in: Zgodovinski časopis, XIX–XX (1965–66).

Selbständige Nationalpartei (Samostalno-Narodna Stranka). Die Ende 1863 durch den kroatischen Kanzler *I. Mažuranić* gegründete und von Erzbischof *J. Haulik, I. Vončina, I. Kukuljević* u. a. getragene Partei entstand durch Abspaltung des »zentralistisch« orientierten Flügels der → NATIONAL(LIBERALEN) PARTEI, der aus Furcht vor einem österreichisch-ungarischen Ausgleich eine unmittelbare Verständigung mit Wien anstrebte. *Mažuranić* erkannte das Bestehen gemeinsamer staatsrechtlicher Angelegenheiten zwischen Kroatien und Österreich an und wollte diese in Form einer zwischenstaatlichen Konvention festlegen, bevor die Ungarn ihre dualistischen Pläne würden durchsetzen können. Als Gegenleistung für die Entsendung kroatischer Vertreter in den Reichsrat erwartete er die Vereinigung aller kroatischen Länder sowie die Zusicherung einer breiten Autonomie für das Dreieinige Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien.

Die Selbständige Nationalpartei, die unter *Mažuranić* als kroatischem Kanzler faktisch die Regierungspartei darstellte und ihre Politik durch den ›Domobran‹ und die ›Agramer Zeitung‹ publizistisch verbreitete, versuchte, ihre Position mit Hilfe repressiver Maßnahmen und einer Umgestaltung des kroatischen Landtages zu festigen, konnte jedoch bei den Wahlen im Sommer 1865 nur 1/3 der Mandate erringen. *Mažuranić* legte daraufhin sein Amt als Kanzler am 10. 7. 1865 nieder.

Die kurz darauf erfolgte Ernennung *Belcredis* zum österreichischen Staatsminister zwang die Partei zum Kurswechsel. Durch Umschwenken auf die föderalistische Linie hoffte sie, die kroatischen Belange durchsetzen zu können.

Die sich nach der militärischen Niederlage Österreichs gegen Preußen abzeichnende dualistische Gefahr führte im November 1866 die Selbständige Nationalpartei und Nationalliberale wieder zusammen, um gemeinsam eine direkte Verständigung mit der Krone anzustreben. Das Angebot kam jedoch viel zu spät, da der österreichisch-ungarische Ausgleich in seinen Grundzügen bereits ausgehandelt war. Die Selbständige Nationalpartei löste sich daraufhin auf, und ihre Anhänger schlossen sich wieder der Mutterpartei an.

J. Šidak u. a., Povijest hrvatskog naroda g. 1860–1914, Zagreb 1968; V. Krestić, Hrvatsko-ugarska nagodba 1868. god., Belgrad 1969; V. Ciliga, O političkim koncepcijama i djelatnosti Samostalne narodne stranke 1863–1865, in: Čas. za suvremenu povijest, 7 (1975), 2.

Serbische Selbständige Partei (**SSS,** Srpska Samostalna Stranka). Die Partei entstand Anfang der 80er Jahre nach dem Anschluß der Militärgrenze an Zivilkroatien und dem damit verbundenen Zuwachs des serbischen Bevölkerungselements im Königreich Kroatien-Slawonien. Ihr Organ war der seit Oktober 1884 in Zagreb unter der Redaktion von *P. Jovanović* herausgegebene ›Srbobran‹, der für Gleichstellung von Serben und Kroaten, volle Autonomie in Fragen der serbischen Konfessionsschulen, Ausbau der finanziellen Eigenständigkeit Kroatiens und Reinkorporation Dalmatiens stritt.

Die SSS spielte lange Zeit keine nennenswerte Rolle (lediglich 1892 errang sie ein oppositionelles Mandat), da sich der Großteil des serbischen Bürgertums zur Zusammenarbeit mit den ungarischen Kreisen und dem Banus *Khuen-Héderváry* entschied.

Abgesehen von dem mangelnden Interesse der SSS für die Allgemeinpolitischen Fragen und ihr fast ausschließliches Engagement für die konfessionell-kulturelle Autonomie der Serben, wurde die Zusammenarbeit mit der kroatischen Opposition auch durch die nationalen Vorbehalte auf beiden Seiten wesentlich erschwert. Nachdem der ›Srbobran‹ im Spätsommer 1902 aufgrund eines antikroatischen Artikels sein Erscheinen einstellen mußte, übernahm Ende 1902 *S. Pribićević* die Redaktion des ›Novi Srbobran‹ und leitete einen grundlegenden Wandel in der Politik der Partei mit dem Ziel einer intensiveren serbisch-kroatischen Zusammenarbeit und die Erweiterung der kroatischen Autonomie (unter gleichzeitiger Berücksichtigung der serbischen Forderungen) ein. Ende 1905 trat die SSS der → KROATISCH-SERBISCHEN KOALITION bei.

J. Šidak u. a., Povijest hrvatskog naroda g. 1860–1914, Zagreb 1968.

Sozialdemokratische Partei Kroatiens und Slawoniens (Socijalno-Demokratska Stranka Hrvatske i Slavonije). Gründung im September 1894 durch *I. Ancel* u. a. in Zagreb.

Der Programmentwurf von 1895 lehnte sich an das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie und an das Hainfelder Programm der österreichischen Sozialisten an. Darüber hinaus wurden die Zulassung der in Kroatien noch verbotenen Gewerkschaften, die Ausdehnung der kroatischen Autonomie, die kulturelle Vereinigung der Südslawen, die religiöse Toleranz, der Kampf gegen jede Form nationaler Unterdrükkung etc. gefordert. Im Unterschied zum Erfurter Programm vertrat die Partei einen reformistischen Kurs. Parteiorgan war die ab 1892 in Za-

greb erscheinende ›Sloboda‹. Im Frühjahr 1897 wurde der gesamte Hauptausschuß der Partei verhaftet, so daß sie sich erst zur Jahrhundertwende unter der neuen Führung von *V. Korać* und *V. Bukšeg* wieder festigen konnte. Bis zum April 1906 beteiligte sie sich an der KROATISCH-SERBISCHEN KOALITION, die sie auch später wiederholt unterstützte. Im parlamentarischen Leben spielte die Partei infolge des Zensuswahlrechts keine Rolle (lediglich 1908 ein Mandat). Bei Beginn des 1. Weltkrieges verfügte sie dennoch über ein entwickeltes Organisationsnetz und eine eigene Tageszeitung (›Slobodna riječ‹). (Weiteres → Jugoslawien: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI JUGOSLAWIENS.)

V. Korać, Povijest radničkog pokreta u Hrvatskoj i Slavoniji, 3 Bde., Zagreb 1929–33; M. Gross, Neke karakteristike socijalne demokracije u Hrvatskoj i Slavoniji, in: Hist. zborn. 5 (1952); D. J. Fulton: Croatian Social Democracy and the National Question, 1903–1914, Ann Arbor/Mich. 1975 (Univ. Microfilms).

Starčević-Rechtspartei (**SSP,** Starčevićeva Stranka Prava, »Milinovci«).

Die Partei entstand 1908, als der Neffe von *Ante Starčević, Mile Starčević,* zusammen mit *David Starčević, A. Pavelić* u. a. aus Protest gegen die bedingungslose Zusammenarbeit *J. Franks* mit den herrschenden Kreisen in Wien und Budapest die → REINE RECHTSPARTEI (»Frankianer«) verließ. Ziel der SSP war es, den programmatischen Kern der Lehren *A. Starčevićs* (→ RECHTSPARTEI) den neuen Verhältnissen anzupassen, ohne sich auf eine feste Taktik festzulegen. Gleich den »Frankianern« schlossen die »Milinovci« eine Lösung der kroatischen Frage im Rahmen der Monarchie nicht aus, hielten sich aber darüber hinaus auch für eine Lösung außerhalb Österreich-Ungarns bereit. Zu diesem Zweck strebten sie eine Zusammenarbeit der Oppositions- und insbesondere der verschiedenen Rechtsparteien an. Ihr Presseorgan war der ›Starčevićanac‹. 1911 schlossen sich SSP, CHRISTLICH-SOZIALE RECHTSPARTEI (→ REINE RECHTSPARTEI) sowie Vertreter der Staatsrechtsbewegung aus Dalmatien, Istrien und Bosnien-Herzegowina zu einem STAATSRECHTS-BLOCK (Svepravaška Organizacija) zusammen, der aus den Wahlen von 1911 mit 27 Mandaten als zweitstärkste Gruppierung hervorging. Die anschließende Fusion der SSP mit der CHRISTLICH-SOZIALEN RECHTSPARTEI zur → RECHTSPARTEI brach 1913 wegen der nach wie vor bestehenden Unterschiede in der Taktik zwischen den »Frankianern« und den »Milinovci« wieder auseinander. In den Wahlen vom Dezember desselben Jahres erhielt die SSP 11 von insgesamt 88 Mandaten.

Während des 1. Weltkrieges standen die »Milinovci« in Opposition zur → KROATISCH-SERBISCHEN KOALITION und arbeiteten längere Zeit eng mit der KROATISCHEN RECHTSPARTEI (→ REINE RECHTSPARTEI) sowie der → KROATISCHEN VOLKS- UND BAUERNPARTEI auf der Basis antidualistischer Positionen zusammen. Im Unterschied zu ihren Verbündeten stand sie jedoch auch einer trialistischen Lösung skeptisch gegenüber und forderte bereits im Sommer 1915 die Umwandlung der Monarchie in einen Staatenbund. *A. Pavelić,* der nach dem Tod von *Starčević* (1917) die Führung der Partei übernahm, setzte sich in zunehmendem Maße für die »nationale Konzentration« aller Südslawen Österreich-Ungarns ein. Die SSP stellte sich damit an die Spitze jener politischen Kreise, die für die Konstituierung einer unabhängigen südslawischen Föderation – nach dem Vorbild der Schweiz oder der USA – kämpften. (Weiteres → Jugoslawien: KROATISCHE GEMEINSCHAFT).

B. Krizman, Stranke u Hrvatskom saboru za vrijeme I svjetskog rata, i: Zgodovinski časopis, XIX–XX (1965–66); M. Gross, Povijest pravaške ideologije, Zagreb 1973.

Unabhängige Nationalpartei (Neodvisna Narodna Stranka, »Obzoraši«). Die Partei wurde am 3. 9. 1880 durch *M. Mrazović, F. Rački* und 21 weitere Dissidenten der → NATIONAL(LIBERALEN) PARTEI in Agram/Zagreb mit Unterstützung des südslawisch-orientierten Bischofs von Djakovo, *J. Strossmayer,* gebildet. Parteiorgan wurde der in Zagreb erscheinende ›Obzor‹. Anlaß für die Spaltung der Nationalliberalen war deren nachgiebige Haltung gegenüber den Madjarisierungsbestrebungen. Die »Obzoraši« griffen auf das Programm der Mutterpartei vor der »Revision« des ungarisch-kroatischen Ausgleichs von 1873 zurück. Sie forderten die unverzügliche Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien-Slawonien und den Ausbau der kroatischen Autonomie insbes. auf finanziellem Sektor.

Während der Herrschaft des Banus *Khuen-Héderváry* (1883–1903) blieben die Unabhängigen in der Opposition und waren trotz ihrer relativ gemäßigten Linie dem Druck des Regimes ausgesetzt. Bei den Wahlen von 1884 konnten sie nur 13 von 110 Mandaten gewinnen. 1887 fusionierten sie vorübergehend mit der → ZENTRUMSPARTEI, traten jedoch nach deren Mißerfolg und Auflösung 1888 wieder als eigene Partei auf. 1894 verständigten sie sich mit der → RECHTSPARTEI auf ein gemeinsames Programm der VEREINIGTEN KROATISCHEN OPPOSITION (Sjedinjena Hrvatska Opozicija) mit dem Ziel eines Zusammenschlusses aller südslawischen Länder der Monarchie zu einem mit Ungarn gleichberechtigten Königreich Kroatien. 1896 schlossen beide Parteien ein Wahlbündnis ab, das ihnen 1897 mit 26 Mandaten (= 1/3 der gewählten Sitze) einen beachtlichen Erfolg brachte. Auf der Grundlage des Programms von 1894 schlossen sich die »Obzoraši«, die RECHTSPARTEI und ein Großteil der Progressiven Jugend (Napredna omladina) im Januar 1903 zur oppositionellen KROATISCHEN RECHTSPARTEI zusammen (→ RECHTSPARTEI).

V. Bogdanov, Historija političkih stranaka u Hrvatskoj, Zagreb 1958; J. Šidak u. a., Povijest hrvatskog naroda g. 1860–1914, Zagreb 1968.

Unionisten (Unionisti). Sammelbezeichnung der für einen bedingungslosen Anschluß Kroatiens an Ungarn kämpfenden Politiker in der

2. Hälfte des 19. und den ersten anderthalb Jahrzehnten des 20. Jh.

Der nach dem Zusammenbruch des *Bach*schen Neoabsolutismus 1861 einberufene kroatische Landtag sprach sich nahezu einstimmig für eine Realunion Kroatiens mit Ungarn aus. Während jedoch die Mehrheit (→ NATIONAL(LIBERALE) PARTEI) die Aufnahme staatsrechtlicher Verhandlungen mit Ungarn an die vorherige Anerkennung der kroatischen Unabhängigkeit knüpfte, plädierten die Unionisten unter Führung von Graf *J. Janković*, Baron *L. Rauch* u. a. Vertretern der ehemaligen → KROATISCH-UNGARISCHEN PARTEI für einen Verhandlungsbeginn ohne Vorbedingungen. Einigkeit bestand jedoch in der Ablehnung des *Schmerling*schen Zentralismus, so daß es 1863 zu einem engen Bündnis zwischen der KONSTITUTIONELL-LIBERALEN PARTEI (Ustavno-Liberalna Stranka) der Unionisten und der NATIONAL(LIBERALEN) PARTEI gegen die von *Mažuranić* geführte Gruppe (→ SELBSTÄNDIGE NATIONALPARTEI) kam, das erst nach dem Sturz *Schmerlings* wieder auseinanderbrach. Die Vorstellungen über die Modalitäten eines Ausgleichs mit Ungarn blieben weiterhin kontrovers, so daß die kroatische Politik in eine Sackgasse geriet.

Am 27. 6. 1867 wurde *L. Rauch* von der Krone zum Statthalter der Banalwürde ernannt mit dem Auftrag, einen ungarisch-kroatischen Ausgleich herbeizuführen. Mit Hilfe von Verfolgungen und einer oktroyierten neuen Wahlordnung (→ Einleitung) gelang es den Unionisten bei den Wahlen Ende 1868, mit 52 gegenüber 14 Mandaten der Opposition eine überwältigende Mehrheit im Landtag zu erringen. Da die Opposition aus Protest gegen die Wahlmanipulation den Sitzungen fernblieb, waren bei der Eröffnung des Landtags allein die Unionisten vertreten, die nun den ungarisch-kroatischen Ausgleich herbeiführten, der am 8. 11. 1868 sanktioniert wurde. Er sah für Kroatien-Slawonien-Dalmatien (außer der künftigen Vereinigung dieser Länder) eine begrenzte innere Autonomie vor, lieferte jedoch die Kroaten in allen gemeinsamen Angelegenheiten der ungarischen Suprematie aus.

Zwar konnte *Rauch* Anfang 1871 als Banus gestürzt werden, doch mußte die aus den Wahlen von 1871 siegreich hervorgegangene NATIONAL(LIBERALE) PARTEI auf ungarischen Druck hin den Großteil der Unionisten in ihre Reihen aufnehmen. Nach der Fusion setzte → die NATIONAL(LIBERALE) PARTEI faktisch die Politik der bisherigen gemäßigten Unionisten fort.

J. Šidak u. a., Povijest hrvatskog naroda g. 1860–1914., Zagreb 1968; V. Krestić, Hrvatsko-ugarska nagodba 1868.god., Belgrad 1969.

Zentrumspartei (Središnja Stranka, Centrum). 1885 im kroatischen Landtag unter Führung des Grafen *I. Drašković* gebildete Partei, die sich angesichts der permanenten Madjarisierungsbestrebungen für die strikte Einhaltung des ungarisch-kroatischen Ausgleichs einsetzte. Presse: ›Agramer Tageblatt‹ (ab 1886). In dem Bestreben, eine breite Opposition gegen das Regime *Khuen-Héderváry* herzustellen, verständigte sich das Centrum mit der → UNABHÄNGIGEN NATIONALPARTEI. Ohne Erfolg bei den Wahlen von 1887 löste sich die Partei ein Jahr später auf.

LETTLAND

von

VILIS SKULTANS

Ansätze zu politischer Aktivität – im modernen Sinn des Wortes – sind in Lettland mit dem Wiedererwachen des schlummernden Nationalbewußtseins um die Mitte des 19. Jh. verknüpft. Politische Parteien waren – wie überall in Rußland – nicht zugelassen, doch wurden konkrete gesellschaftliche Ziele in Wort und Schrift verkündet. Die Träger der nationalen Bewegung, die sogenannten Jungletten (Jaunlatviēsi), forderten an erster Stelle die Abschaffung der in Est-, Liv- und Kurland historisch entstandenen Gesellschaftsordnung. Diese hatte zwar einen durchaus positiven Aspekt: Autonomie innerhalb des russischen Zarenreichs, bedeutete andererseits aber die Beibehaltung von veralteten, durch Pflichten nicht mehr entsprechend aufgewogenen Privilegien und die Vorrangstellung des meist deutschen Adels. In den Städten hatten die von Deutschsprachigen beherrschten Gilden und Zünfte nicht nur ökonomische Vorrechte, sondern auch besondere Befugnisse in der Stadtverwaltung.

Wer sich als Lette bekannte – das Gros der Landbevölkerung und ein Teil der Städter – war praktisch aus der Verwaltung ausgeschlossen. In ihren Bestrebungen nach größerer sozialer Gerechtigkeit und faktischer Gleichstellung mit den Deutschsprachigen, d. h. Deutschbalten, befürworteten die Jungletten die Einführung verhältnismäßig progressiver Reformen, die vorerst nur das eigentliche Rußland betrafen. Ihre Bestrebungen hatten neben einer wirtschaftlichen und sozialen Komponente auch eine nationale. Dies führte zu Reibungen zwischen den Letten und Deutschbalten, die noch bis zum Ersten Weltkrieg und darüber hinaus andauerten.

Ende des 19. Jh. machten sich neue Impulse bemerkbar. Im Gegensatz zum Junglettentum kam die sogenannte Neue Strömung (Jaunā stravā) auf, die die nationale Bewegung spaltete. Die wirtschaftliche Umwandlung führte zu Veränderungen im Sozialgefüge. Illegale sozialdemokratische Literatur wurde massenhaft aus Deutschland eingeführt. Die Jaunā stravā entstand in Zusammenhang mit der schnellen sozialen Differenzierung des Volkes. Die große → SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI LETTLANDS (LSDSP) wurde 1904 gegründet. Seit 1903 propagierte eine Gruppe von lettischen Intellektuellen in Zürich unter der Leitung *M. Valters* die völlige Loslösung von Rußland: eine damals noch ganz ungewöhnliche Parole.

Gleich nach Ausbruch der russischen Revolution im Januar 1905 schlugen die lettischen Sozialdemokraten los. Bei den Randvölkern des russischen Imperiums war die Revolution von 1905 stärker und ausgeprägter als im Inneren, und gerade in Lettland waren Enthusiasmus und revolutionärer Eifer größer als bei vielen anderen Völkern Rußlands.

Nach dem Oktobermanifest, das die Versammlungsfreiheit gewährte, fanden in Lettland große Vertretungskongresse statt, erste politische Tagungen großen Stils. Die Niederwer-

fung der Revolution erfolgte in Lettland mit großer Härte. Strafexpeditionen behandelten Lettland als Feindesland. 2556 lettische Revolutionäre wurden gehängt oder erschossen und weitere 4500, etwa die Hälfte davon Mitglieder der LSDSP, nach Sibirien deportiert. Andere lettische Gruppierungen haben in der Revolution von 1905 und später keine größere Rolle gespielt.

Die lettischen Vertreter nahmen aktiv an der Arbeit der russischen Reichsduma teil. Der I. Duma gehörten sechs lettische Abgeordnete an, darunter der spätere Staatspräsident Lettlands *J. Čakste,* der Mitgründer des → LETTISCHEN BAUERNBUNDES, *A. Bremers,* und einer der prominentesten Vertreter Lettgallens (Ostprovinz Lettlands), der katholische Priester *F. Trasuns.* Auch in der II. Reichsduma waren sechs Letten vertreten, darunter der Sozialdemokrat *J. Ozols.*

In der III. Reichsduma sank die Zahl der lettischen Abgeordneten auf zwei, einer davon der Sozialdemokrat *A. Priedkalns.* In der IV. und letzten Duma saßen ebenfalls zwei gewählte lettische Vertreter: *J. Goldmanis* und der spätere erste Kriegsminister Lettlands, *J. Zālītis.* Beide waren die Initiatoren der nationalen lettischen Einheiten im 1. Weltkrieg, die eine bedeutende Rolle in der Verteidigung des Territoriums Lettlands gespielt haben.

Ein großer Teil der Schützen schlug sich unter dem Einfluß der Revolution und der lettischen Sozialdemokratie 1917 und in den Jahren darauf auf die Seite *Lenins.* Nach der Februarrevolution entstanden lokale Selbstverwaltungsgremien und der Provisorische Nationalrat und der Demokratische Block als für die Gründung des lettischen Freistaates ausschlaggebende Organisationen. Das Vorparlament, der Nationalrat, wurde am 17. 11. 1917 in Valka von Delegierten der politischen Parteien und Organisationen konstituiert. Sein größter Beitrag lag wohl auf außenpolitischem Sektor. Der Bauernbündler *Z. Meierovics* erwirkte in London die de-facto-Anerkennung Lettlands durch Großbritannien noch vor der Unabhängigkeitserklärung – mündlich wurde ihm dies am 23. 10. 1918, schriftlich am 11. 11. 1918 mitgeteilt. Der Demokratische Block (Demokratiskais Bloks), ein mehr oder minder loser Zusammenschluß politischer Parteien, die für ein unabhängiges und demokratisches Lettland eintraten, entstand in Riga nach der am 3. 9. 1917 erfolgten Besetzung durch deutsche Truppen. Von der Besatzungsmacht nicht anerkannt, war der Block eine halb illegale Organisation. Seine Bedeutung lag darin, daß er den Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und dem BAUERNBUND schuf. Nationalrat und Demokratischer Block vereinigten sich am 17. 11. 1918 zum Volksrat (Tautas padome). In ihm waren die politischen Parteien vertreten, die schon den beiden anderen Gremien angehört hatten. Der Volksrat wählte eine provisorische Regierung, an deren Spitze der Leiter des BAUERNBUNDES, *K. Ulmanis,* stand. Ein anderes Mitglied des Bauernbundes, Rechtsanwalt *J. Čakste,* wurde zum Präsidenten des Volksrats gewählt.

Die größten Parteien in der am 17./18. 4. 1920 gewählten Konstituante waren die Sozialdemokraten und der BAUERNBUNF, die auch die politische Szene während der ganzen parlamentarischen Zeit beherrschten. Später zeigten beide Parteien eine rückläufige Tendenz. Der BAUERNBUND war jedoch an fast allen Regierungen beteiligt.

Schon 1922 kam es zu einem Zusammenschluß der Mitte, genannt das → DEMOKRATISCHE ZENTRUM (DC), in dem sich nationalliberale und intellektuelle Kräfte verbanden. Ohne das DC konnte im Parlament weder der rechte noch der linke Flügel eine Regierung bilden. Die Regierungen wechselten sehr oft – zwischen 1918 und 1934 wurden 18 Kabinette gebildet. Grund dafür war eine Vielzahl von kleinen Parteien und Gruppen, die von dem sehr liberalen Grundgesetz nicht behindert wurden. Eine große Rolle haben im Parlament

(Saeima) die nationalen Minderheiten gespielt. In der letzten, 1931 gewählten Saeima waren 17 der hundert Abgeordneten Vertreter der Deutschbalten, Russen, Juden und Polen. Oft waren die Regierungen von den Stimmen dieser Abgeordneten abhängig. In der Saeima von 1931 waren 27 Parteien und Gruppen vertreten. Die Schwäche des Parlaments wirkte sich ungünstig auf die Stabilität des Staates aus. Um die Staatskrise zu meistern, ergriff der BAUERNBUND im Herbst 1933 die Initiative. Die Partei reichte in der Saeima einen Vorschlag zur Verfassungsreform ein, in dem die Stärkung der Position des Staatspräsidenten verlangt wurde. Im Frühjahr 1934 wurde es klar, daß die Reformvorschläge gescheitert waren. Der Leiter des Bauernbundes, *K. Ulmanis,* einer der Staatsgründer und damaliger Ministerpräsident, entschloß sich daraufhin zum Staatsstreich. In der Nacht vom 15. auf den 16. 5. 1934 proklamierte er den Ausnahmezustand und begann autoritär zu regieren, worauf sich kaum Widerstand regte. Alle Parteien, auch der BAUERNBUND, wurden aufgelöst und ihre Reorganisation verboten. Unter dem dennoch ziemlich toleranten Regime *Ulmanis* hatten die Mitglieder der ehemaligen Parteien die Möglichkeit, sich als Gesinnungsgenossen zu sammeln. Mit dem Einmarsch der Roten Armee am 17. 6. 1940 war auch dies vorbei. Mitglieder der ehemaligen Parteien waren die ersten Opfer der Verfolgungen unter sowjetischer und deutscher Besetzung.

Im Jahre 1943, während der rein deutschen Besetzung, gründeten die Vertreter aller größeren Parteien, an der Spitze Sozialdemokraten und BAUERNBUND, einen illegalen Zentralrat Lettlands (Latvijas Centrālā Padome), der die Wiederherstellung der Unabhängigkeit auf der Grundlage der Verfassung von 1922 forderte. 1940 annektierten die Sowjets Lettland und bezeichnen es seitdem als Bestandteil der UdSSR.

Im Exil haben die größeren Parteien versucht, die Arbeit fortzusetzen und ihre Ziele und Ideale lebendig zu halten.

J. von Rimscha, Die Staatswerdung Lettlands und das baltische Deutschtum, Riga, 1939; J. v. Hehn, Lettland zwischen Demokratie und Diktatur, 1957; A. Šilde, Latvijas vēsture, 1914–1940, Stockholm, 1976; Edgars Dunsdorfs, Kārļa Ulmaņa dzive, Stockholm 1978.

Demokratisches Zentrum (DC, Demokratiskais Centrs). 1922 kurz vor den Wahlen zur 1. Saeima von mehreren kleineren Parteien und Gruppierungen gegründet. Das DC verstand sich als über den Klassengegensätzen stehender Vertreter der Interessen der mittleren Schichten. In der 1. Saeima war die Partei mehr linksorientiert, danach tendierte sie mehr nach rechts. Abgeordnetenzahl im 100köpfigen Parlament: je fünf in der 1. und 2. Saeima, drei in der 3. und sechs in der 4. Der erste Staatspräsident *J. Čakste* stand der Partei nahe, der zweite, *G. Zemgals,* war Gründungsmitglied des DC. Unter den Abgeordneten befanden sich *P. Juraševskis* (1928 Ministerpräsident) und *J. Breikšs.*

Die größte lettische Tageszeitung ›Jaunākās Ziņas‹ (Neueste Nachrichten) kann als Sprachrohr des DC angesehen werden, obwohl sie sich als unabhängig bezeichnete.

Im Exil haben sich Mitglieder des DC, vor allem *Breikšs,* für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Lettlands eingesetzt. Der Name wurde später in LIBERALE PARTEI (Liberāļu Partija) abgeändert.

A. Šilde Latvijas Vēsture, 1914–1940, Stockholm, 1976.

Deutschbaltische Parteien

Die älteste und bedeutendste politische Vertretung der Deutschbalten in Lettland war die DEUTSCH-BALTISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI. Am 10. (23.) 4. 1917 von *R. Schlachat* unter der Bezeichnung DEMOKRATISCHE PARTEI RUSSISCHER BÜRGER DEUTSCHER NATIONALITÄT gegründet, war es ihr erklärtes Ziel, sich unter Berufung auf die Errungenschaften der russischen Februarrevolution für die Rechte der deutschen Minderheit einzusetzen. Besonderes Gewicht legte man auf den freien Gebrauch der deutschen Sprache. Schon einige Monate nach der Gründung kam es zur Spaltung in eine gemäßigte und eine radikaldemokratische Richtung. Die Spannungen setzten sich nach der Proklamation der Unabhängigkeit Lettlands fort,

und ein Teil der Mitglieder trat in die DEUTSCH-BALTISCHE FORTSCHRITTLICHE PARTEI über. In der Restpartei herrschte Uneinigkeit über die Frage des Beitritts zum Volksrat (→ Einleitung), zu dem sich erst am 8. 12. 1918 die als Nachfolgeorganisation gegründete DEUTSCH-BALTISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI entschloß. – Nach langen Auseinandersetzungen setzten sich die Gemäßigten gegen die Radikalen durch, und ihr Führer, der 1919 zum Parteipräsidenten gewählte *P. Schiemann,* vertrat zusammen mit *K. Keller* die Partei im Volksrat. Unter dem prägenden Einfluß *Schiemanns* setzte sich die Partei unter Ablehnung des Klassenkampfgedankens in der Folgezeit für die parlamentarische Demokratie ein. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet wurden sowohl die Förderung privater Initiative als auch die staatliche Fürsorge unter Einbezug von Sozialisierungsmaßnahmen vertreten.

Zweitstärkste Partei der Deutschbalten war die linksdemokratische DEUTSCH-BALTISCHE FORTSCHRITTLICHE PARTEI. Diese war unter der Führung von *E. von Rosenberg* nach dem Zusammenbruch der deutschen Besatzungsmacht im Herbst 1918 entstanden und bekannte sich zum lettischen Staat und zur Teilnahme am Volksrat. Ihre Hauptziele waren die Pflege der deutschbaltischen Kultur und Sprache im Rahmen der Gleichberechtigung aller Nationalitäten, der Ausgleich der Klassengegensätze durch die Aufhebung aller Standesvorrechte und eine auf ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht gestützte republikanische Staatsform. – Eine versuchte Fusion mit der DEMOKRATISCHEN PARTEI scheiterte 1921 nach schon weit gediehener Vorarbeit an persönlichen und politischen Differenzen zwischen den beiden Parteiführern. In der Folgezeit gingen Bedeutung und Einfluß der FORTSCHRITTLICHEN PARTEI zurück, so daß sie bald die einzige deutschbaltische Partei ohne Vertretung in der Saeima war. – Am 25. 1. 1920 wurde die gemäßigt rechtsliberale DEUTSCH-BALTISCHE REFORMPARTEI gegründet. Ihr Führer war *E. Magnus,* der die Partei auch im Volksrat vertrat. – Als konservative, in erster Linie die Interessen der Landwirtschaft vertretende Partei entstand am 19. 1. 1920 die DEUTSCH-BALTISCHE VOLKSPARTEI. – Als fünfte Partei konstituierte sich schließlich am 16. 2. 1920 die LIBAUER EINIGUNGSPARTEI, deren politische Linie in etwa der der Reformpartei entsprach.

Die fünf Parteien schlossen sich im »Ausschuß der deutsch-baltischen Parteien« zusammen, der mit einer Kandidatenliste vor die Wähler trat und daraufhin bald in den Augen der Öffentlichkeit als das einzige politische Organ der Deutschbalten galt. In der Saeima waren die Deutschen stets mit 6 Abgeordneten vertreten. F. WENDE

M. Garleff, Deutschbaltische Politik zwischen den Weltkriegen, 1976.

Kommunistische Partei Lettlands (LKP, Latvijas Komūnistiskā Partija).

Gründung: Nach der offiziellen sowjetischen Sicht entstand die LKP wie die → SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI LETTLANDS (LSDSP), aus der sie hervorgegangen ist, am 20. 6. 1904. Diese These ist kaum haltbar, da bis 1914 die LSDSP vom rechten Flügel, den Menschewisten, beherrscht wurde. Erst seit der unmittelbaren Mitwirkung *Lenins* ab 1914 kann man von einem entscheidenden Einfluß des linken Flügels, den Bolschewisten, sprechen. Formell wurde die LKP auf dem 6. Kongreß der Lettischen Sozialdemokratie (LSD) (1.–6. März 1919) gegründet, als nach russischem Muster der Name der Partei in LKP abgeändert wurde (→ LSDSP).

Programm: Seit der Inkorporation Lettlands in die UdSSR und seit der danach folgenden Einverleibung der LKP in die KPdSU ist das Programm der LKP völlig identisch mit dem der sowjetischen Partei.

Geschichte: Scharfe Gegensätze zwischen Menschewisten und Bolschewisten hatte es in der LSD seit 1914 gegeben. 1918 wurden die Menschewisten aus der Partei ausgeschlossen. Sie setzten ihre Tätigkeit unter dem ursprünglichen Namen der Partei (→ LSDSP) fort. Die entscheidende Streitfrage 1918 war der zukünftige Weg Lettlands. Der Leiter der LKP, *P. Stučka,* war gegen ein unabhängiges, wenn auch bolschewistisches Lettland. Nur zögernd gab er dem aus taktischen Gründen erfolgten Drängen *Lenins* nach Ausrufung einer unabhängigen Sowjetrepublik nach (17. 12. 1918). *Lenin* schien dieser Schachzug geeignet, um die Entsendung eines Expeditionskorps, in dem auch die lettischen »Roten Schützen« zahlreich vertreten waren, gegen das neu entstandene unabhängige Lettland politisch und ideologisch zu untermauern. – Nach der Niederlage der bolschewistischen Truppen 1919 und 1920 wurde die LKP in Lettland verboten. Unter dem Namen von Tarnorganisationen stellte sie jedoch ihre Kandidaten bei Gemeinde- und Parlamentswahlen auf. So waren in den 1928 und 1931 gewählten Saeimas 6 bzw. 7 Kommunisten vertreten. Legal existierte die LKP in der Sowjetunion weiter, wo sie auch in der Kommunistischen Internationale als Sektion Lettland vertreten war. Das Auslandsbüro der LKP in Moskau leitete praktisch die ganze Parteiarbeit in Lettland. *Stalins* Terror in den dreißiger Jahren fielen die meisten lettischen Kommunisten zum Opfer, von denen manche hohe Ämter in der sowjetischen Hierarchie innehatten, so *J. Rudzutaks,* das ehem. Mitglied des Politbüro, Mitstreiter *Lenins* und Mitglied des ZK während der Revolution, *J. Bērziņš-Vinter,* ehem. Volkskommissar der inneren Angelegenheiten Sowjetlettlands, *J. Lencmanis* und viele andere mehr. 1937 wurde die Sektion Lettland bei der Kommunistischen Internationale aufgelöst und praktisch auch das ZK der LKP. Von der Partei getragene Verlage, Zeitungen, Schulen usw. wurden geschlossen. Paradoxerweise überlebten die Kaderkommunisten, die in Lettland als Agenten einer ausländischen Macht Gefängnisstrafen verbüß-

ten. – Als am 17. 6. 1940 sowjetische Truppen Lettland besetzten, wurde die LKP sofort legalisiert und am 8. 10. 1940 offiziell der KPdSU(B) eingegliedert. Seitdem kann sie nicht mehr als politische Partei im westlichen Sinne angesehen werden. Als territoriale Organisation der KPdSU besitzt sie in Lettland eine Monopolstellung. – Die Zahl der Mitglieder wurde Ende 1938 mit 200 angegeben, im Januar 1941 dann mit 2800. Fünf Jahre später, nach dem Ende des Krieges, hatte diese Zahl sich vervierfacht, da viele aus Rußland eingewanderte Mitglieder der KPdSU automatisch der LKP zugerechnet wurden. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß das rein lettische Element in der Minderheit war. Bis 1971 stieg die Mitgliederzahl rasch auf etwa 128 000. Der Anteil der Letten ist nicht bekannt, man schätzt ihn jedoch auf höchstens 40 Prozent. Die Mehrheit der Mitglieder sind Großrussen, Bjelorussen, Ukrainer und vereinzelte Angehörige anderer Nationalitäten, die nach Lettland eingewandert sind. Um diese Tatsache zu verdecken, haben die Letten eine Mehrheit im Zentralkomitee. Der 1. Sekretär des ZK, also das nominelle Haupt der Partei, ist seit 1966 der Rußlandlette *A. Voss*. Da zahlreiche Russen und Rußlandletten Funktionen im Parteiapparat wahrnehmen, ist die LKP vergleichsweise weniger »national« als die Parteien Litauens und Estlands. Die LKP und die an ihrer Spitze stehenden Funktionäre sind der Garant des sowjetischen Systems und das entsprechende Instrument Moskaus für die völlige Integration des Landes.

J. Šteimanis, Latvijas komūnistiskās partijas taktika cīņā par padomju varas atjaunošanu 1920–1940, Riga 1965; Očerki istorii Komunističeskoi Partii Latvii, Bd. II, Hg. v. V. K. Miške u. a., Riga 1966; Istoria Latvujskoi SSR, Hg. v. A. A. Drisul u. a., Riga 1971; Ustav Komunističeskoi Partii Sowetskowo Sojusa, Moskau 1971; Sotsialističeskie revolutsija 1940. g. v Litve, Latvii i Estonii, Hg. v. I. I. Mints u. a., Moskau 1978; The Baltic States in Peace and War 1917–1945, Hg. V. S. Vardys and R. J. Misiunas, The Pensylvania State University, 1978; J. von Hehn, Die KP Sowjetlettlands, »Osteuropa« Heft 9, 1978, S. 709–713.

Lettgallische Parteien

Die 1918 errungene nationale und staatliche Unabhängigkeit ermöglichte auch die Wiedervereinigung beider Teile Lettlands, des westlichen, überwiegend lutherischen, mit dem östlichen, katholischen Lettgallen. Seit der zweiten Hälfte des 16. Jh. hat die Geschichte Lettgallens einen anderen Verlauf genommen als die des westlichen Lettlands. Als Folge davon waren die Einwohner Lettgallens in den Saeimas weitgehend durch eigene Parteien vertreten. Dabei kam es während der vierzehnjährigen parlamentarischen Periode öfters zu Neugründungen, Zusammenschlüssen, Abspaltungen und Namensänderungen.

Älteste lettgallische Partei war die PARTEI DER WERKTÄTIGEN LETTGALLENS (LDĻP, Latgales Darba Ļaužu Partija). Sie wurde 1916 in Petrograd von *F. Kemps* gegründet. Die Partei trat für ein autonomes Lettgallen in einem föderativen Rußland und gegen eine Wiedervereinigung mit dem westlichen Lettland ein. In der Konstituante und der 1. Saeima war sie nur mit je einem Mandat vertreten und löste sich kurz darauf auf.

1920 wurde die PARTEI DER CHRISTLICHEN BAUERN UND KATHOLIKEN (KZuKP, Kristīgo Zemnieku un KatoJu Partija) gegründet. Diese eher rechtsstehende Partei war die größte in Lettgallen. Sie hatte 7 Abg. in der 1. Saeima, 5 in der 2., 6 in der 3. und 8 in der 4. In Koalitionen mit den Rechts- und Zentrumsparteien hat die KZuKP mehrmals Regierungsämter innegehabt. Ehrenvorsitzender auf Lebenszeit war der langjährige Vizepräsident der Saeima, Bischof *J. Rancans*. Presseorgan war ›Latgolas Vords‹ (Stimme Lettgallens).

Die von *V. Rubulis* geführte BAUERNPARTEI LETTGALLENS (LZP, Latgales Zemnieku Partija) entsandte in die 1. und 2. Saeima 1 bzw. 2 Vertreter. 1926 vereinigte sie sich mit der PARTEI DER DEMOKRATEN LETTGALLENS (LDP, Latgales Demokratu Partija) unter dem Namen BUND DER DEMOKRATISCHEN BAUERN LETTGALLENS (LDZA, Latgales Demokratisko Zemnieku Apvienība), der in die 3 Saeima 3 Abg. entsandte. 1931 verbündete sich diese Partei mit dem PROGRESSIVEN VOLKSBUND LETTGALLENS (LPTA, Latgales Progresīvā Tautas Apvienība) zum PROGRESSIVEN BAUERNBUND LETTGALLENS (Latgales Zemnieku Progresīvā Apvienība), der in der 4. Saeima 5 Deputierte hatte.

Lettischer Bauernbund (**LZS,** Latviešu Zemnieku Savienība). Als größte bürgerliche Partei auch die einflußreichste des unabhängigen Lettland. Gründung: 12. 5. 1917 in Valka (Walk).

Programm: Lettland ist eine autonome staatliche Einheit innerhalb der föderativen Republik der Völker Rußlands. Sein Territorium – Südlivland, Kurland und Letgallen – soll möglichst bald von der Fremdherrschaft befreit und auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts eine Konstituante gewählt werden. Weiter wurde gefordert: Nationalisierung des Großgrundbesitzes und dessen Aufteilung unter die Landlosen; ein einheitliches lettisches Schulsystem mit besonderer Berücksichtigung der Berufsschulen; Trennung von Kirche und Staat. Im sozialen Bereich: Achtstundentag für Industriearbeiter, staatliche und kommunale Versicherung für das Alter und bei Arbeitsunfähigkeit. Die Verwaltung in den Landgemeinden und Kreisen sollte demokratisch aufgebaut werden. Unter Weglassung der für die Übergangszeit formulierten Punkte wurde dieses Programm vom 1. Parteikongreß im unabhängigen Lettland bestätigt.

Organisation: Dem Vorstand der Partei stand ein 18köpfiger Zentralrat zur Seite. Das höchste Organ war der Kongreß, zu dem je 50 Mitglieder einen Delegierten entsandten. In der Zeit der Unabhängigkeit wurden insgesamt 33 Parteibezirke gebildet. Der Zentralrat wurde später nicht mehr vom Kongreß gewählt, sondern bestand aus den Bezirksvorsitzenden.

Presse: ›Brīvā Zeme‹ (Das Freie Land, Tageszeitung, Riga).

Geschichte: Als Vorgänger und Wegbereiter

des LZS kann die »Rigaer Landwirtschaftliche Zentralgesellschaft« (»Rīgas lauksaimniecības centrālbiedrība«) gelten. 1906 gegründet, war sie die erste Organisation dieser Art im russischen Zarenreich. 1914 waren schon 106 landwirtschaftliche Gesellschaften angeschlossen. Den ersten rein politischen Schritt unternahm der Verband im Anfangsstadium der russischen Februarrevolution. Am 25. und 26. 3. 1917 berief er in Valmiera (Wolmar) eine Landesversammlung ein, die eine neue Verwaltungskörperschaft, den »Landrat von Livland« (Vidzemes zemes padome), wählte (mit Livland [Vidzeme] ist hier das lettische Gebiet im Süden des russischen Gouvernements Livland gemeint). Am 17. und 18. 4. wurde auf einer Tagung in Valka, an der neben Vertretern des Verbandes auch Mitarbeiter der landwirtschaftlichen Verbrauchergenossenschaft »Konsums« und der Zeitung ›Līdums‹ (Rodung) teilnahmen, beschlossen, eine politische Partei zu gründen. An der Gründungsversammlung des LZS am 12. 5. 1917 nahmen 216 Delegierte teil, von denen die meisten aus Südlivland kamen, da Kurland von deutschen Truppen besetzt war und in Lettgallen die politische Organisationsarbeit noch in den Anfängen stand. Zum Vors. des Zentralvorstandes wurde *K. Ulmanis,* zu seinen Stellvertretern *A. Klīve* und *A. Bremers* gewählt. Die Mitgliederzahl wuchs rasch und erreichte schon im Juli 1917 die für Lettland ansehnliche Zahl von 30 000. Somit entwickelte sich der LZS zur stärksten bürgerlichen Partei in dem nicht von Deutschen besetzten Teil des Landes. Der erste Ministerpräsident der provisorischen Regierung war *K. Ulmanis.* Die Sozialdemokraten beteiligten sich an der Regierung nicht, sie hielten sich aus parteipolitischen Erwägungen und aus Rücksicht auf die Bolschewisten zurück. Der LZS trug also die Verantwortung für die Regierungsarbeit und die Geschicke des neuen Staates weitgehend allein. Das Kabinett wurde zwar einige Male umgebildet, doch blieb *Ulmanis* bis Juni 1921 Ministerpräsident, also während der ganzen Periode der Freiheitskämpfe. Auch in der Folgezeit, bis zum Ende der parlamentarischen Periode 1934, stellte der LZS den Ministerpräsidenten oder war mit Ausnahme von nur zwei Kabinetten – 1924 und 1926–1928 – an den Regierungskoalitionen maßgebend beteiligt. Der Präsident des Volksrats und der Konstituante war *J. Čakste.* Vor seiner Wahl zum ersten Staatspräsidenten 1922 wurde er in der Saeima auf die Kandidatenliste des → Demokratischen Zentrums gesetzt, ohne formell Mitglied dieser neugegründeten Partei zu sein. Die Absicht des LZS, bei der Neuwahl *Ulmanis* als Kandidaten aufzustellen, mußte fallengelassen werden, da vor allem die Sozialdemokraten dagegen waren. Der dritte Staatspräsident (1930–1936), *A. Kviesis,* war Mitglied des LZS. Nach dem Staatsstreich vom 15./16. 5. 1934 (→ Einleitung) wurde der LZS, wie auch alle anderen Parteien, aufgelöst.

Mitglieder des LZS waren in allen Sparten des öffentlichen Lebens vertreten. Es seien hier nur erwähnt: der Oberbefehlshaber aus dem Freiheitskrieg und langjährige Kriegsminister General *J. Balodis,* der zweimalige Ministerpräsident und mehrmalige Außenminister *Z. Meierovics* und *H. Celmiņš,* zweimaliger Ministerpräsident, Bürgermeister von Riga und Gesandter in Berlin. Dem Bauernbund nahe stand die Schutzwehr (Aizsargi). Im März 1919 hauptsächlich zur Bandenbekämpfung gegründet, wurde sie nach den Freiheitskriegen zur Reserve der regulären Armee umgeformt, wobei die Mitgliedschaft freiwillig war. Das Parteiprogramm des LZS unterschied sich nicht wesentlich von der Zielsetzung anderer Parteien, und der Parteivors. *Ulmanis* war ursprünglich bestrebt, mit allen demokratischen Parteien auf breiter Basis zusammenzuarbeiten. Im Laufe der Zeit tendierte der LZS jedoch dazu, die Interessen der Altbauern zu vertreten, deren vor der Agrarreform erworbene Ländereien größer waren als die Höfe der Neubauern. Der LZS spielte während der gesamten parlamentarischen Periode eine große Rolle im politischen Leben Lettlands, doch sank die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen von Wahl zu Wahl. In der 1. Saeima (1922) war er mit 17, in der letzten (1931) nur mit 14 unter den 100 Abg. vertreten.

O. Freivalds, Latviešu politiskās partijas 60 gados, Stockholm 1961; A. Klive, Brivā Latvija, New York 1969; J. v. Hehn, Die polit. Bedeutung des Bauerntums in der Republik Lettland 1918–1940, in: H. Gollwitzer (Hg.), Europäische Bauernpartei im 20. Jh., 1977; J. v. Hehn (Hg.), Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten, 1977.

Lettischer Nationalbund (**LNA,** Latviešu Nacionālā Apvienība). Eine Eigentümlichkeit im politischen Spektrum Lettlands war es, daß es keine ausgesprochen konservative Partei von Bedeutung, analog den damaligen westeuropäischen Organisationen dieser Couleur, gab. Am nächsten in diese Richtung kam noch der von *A. Bergs* geführte LNA. Diese 1922 gegründete Partei betrachtete sich nicht als Vertreterin der Interessen einer Klasse oder Gruppe, sondern war bestrebt, dem Allgemeinwohl – wie sie es verstand – zu dienen. Doch manche unpopuläre Forderungen in ihrem Programm (Modifizierung des allgemeinen Wahlrechts, stärkere Förderung der Berufsschulen auf Kosten der Allgemeinbildung, Verringerung der Abgeordnetenzahl der Saeima von 100 auf 50) sowie ihre negative Einstellung im Zusammenhang mit der Übereignung der deutschbaltischen Rigaer Domkirche, 1930, führten dazu, daß die Partei ständig an Wählerstimmen einbüßte. In der 1. Saeima hatte sie 4, in der 4. keinen Abg. mehr. Presseorgan war die Tageszeitung ›Latvis‹.

Partei der Neubauern und Kleingrundbesitzer (**JuSP,** Jaunsaimnieku un Sīkgruntnieku Partija).

Gründung: 29./30. 11. 1924. Wie der Name zeigt, verstand sich die JuSP in erster Linie als Vertretung der Neubauern, also der durch die Agrarreform entstandenen Gruppe von Landwir-

ten, deren Höfe nicht größer als 30 Hektar sein durften. Auch Fischer und ländliche Handwerker wurden von ihr angesprochen. Die Partei entstand im Gegensatz zum → Lettischen Bauernbund (LZS), der nach Ansicht der Gründer der neuen Partei seine Aufmerksamkeit zu sehr den Interessen der Altbauern widmete. Sie konkurrierte auch erfolgreich mit dem 1922 von *O. Nonācs,* einem Mitbegründer des LZS, ins Leben gerufenen Verband der Neubauern Lettlands (LJS, Latvijas Jaunzemnieku Savienība). In der 2. Saeima (1925) war die JuSP mit 3, in der dritten mit 4 und in der vierten mit 7 Abgeordneten vertreten. Der langjährige Parteivorsitzende *A. Bļodnieks,* ein aktiver Teilnehmer der Revolution von 1905, war von 1933 bis 1934 Mi sterpräsident.

O. Freivalds, Latviešu politiskās partijas 60 gados, Stockholm 1961; H. Gollwitzer (Hg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jh., 1977.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands (LSDSP, Latvijas Sociāldemokratiskā Strādnieku Partija).

Gründung: 20. 6. 1904 durch Zusammenschluß mehrerer sozialistischer Gruppen. Führende Gründungsmitglieder waren u. a. *J. Ozols, J. Jansons, P. Stučka, F. Vesmanis.*

Programm: In seinem grundlegenden Teil dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie angeglichen, auf dem II. Parteikongreß vom 24.–26. 6. 1905 angenommen. Der Übergang zum Sozialismus wurde als unvermeidlich bezeichnet. Das Programm wies die Diktatur des Proletariats von Anfang an zurück und bezog klare Front gegen den bolschewistischen Teil der russischen Sozialdemokraten (RSDRP, → Rußland). Die LSDSP ging bezüglich des Selbstbestimmungsrechts weiter als die RSDRP. Sie forderte dieses Recht für alle Völker Rußlands, denen dadurch eine Trennung vom Reich oder die völlige Autonomie ermöglicht werden sollte. Ferner verlangten die Sozialdemokraten die Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das Streikrecht sowie das Vereins- und Versammlungsrecht einschränkten oder unterdrückten. In der Zeit der Unabhängigkeit Lettlands wurde 1930 ein neues Programm angenommen, dessen Vorbild das Programm der österreichischen Sozialdemokraten von 1926 war. Um ihre Ziele zu erreichen, sollte die Partei die Macht im Staate im Rahmen des republikanisch-demokratischen Grundgesetzes erkämpfen. Das Endziel der Partei war der Sozialismus. Es sollten nur diejenigen Unternehmen enteignet werden, die der Ausbeutung des Volkes dienten, nicht aber die kleinen landwirtschaftlichen und handwerklichen Betriebe. Es wurde die Bereitschaft bekundet, die demokratische Staatsform mit allen Mitteln zu verteidigen. Im Exil wurde 1970 das neue Programm der LSDSP angenommen, das, frei von Klassenkampfparolen, die Erneuerung der Unabhängigkeit Lettlands und die Abschaffung der jetzigen Zustände fordert.

Organisation: Höchstes Organ der LSDSP war der Parteikongreß. Zwischen 1904 und 1917 wurden aus konspirativen Gründen die Delegierten nicht von den lokalen Parteiorganisationen, sondern von dort gebildeten Komitees zu den Kongressen geschickt. Eine führende Rolle zwischen den Kongressen spielte das Zentralkomitee. Von 1918 bis 1934 delegierten die 19 Gebietskomitees die Vertreter zu Parteikongressen und stellten auch die Kandidaten für die Parlamentswahlen auf. Ab 1934 mußte die Partei illegal weiterarbeiten. Seit 1945 wirkt sie im Exil.

Presse: Hauptorgan war die Tageszeitung ›Sociāldemokrats‹ (Riga). Die LSDSP verfügte außerdem über zwei weitere Tageszeitungen und sechs Wochenblätter.

Geschichte: Die Partei wurde 1904 von der russischen RSDRP auf nationaler Basis gegründet, obwohl Lettland russische Provinz war. Bereits im letzten Jahrzehnt des 19. Jh. existierten mehrere sozialistische Gruppen, deren Ideologe der später auch international bekannte Dichter *J. Rainis* war. Die sozialistischen Presseprodukte wurden heimlich vom Ausland (Zürich, London, Boston) nach Lettland gebracht. Zur Zeit der Gründung hatte die Partei ca. 2500 Mitglieder. Die Revolution von 1905 wurde größtenteils von der LSDSP geleitet. Die Koordination und Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Gruppen, in erster Linie mit dem jüdischen Bund, wurde durch das sogen. Föderative Komitee durchgeführt. Die lokale russische RSDRP war schon damals in zwei verschiedene Organisationen gespalten und hatte auf die Ereignisse der Revolution in Lettland nur geringen Einfluß. Im November und Dezember 1905 wurde die tatsächliche Macht in Lettland vom Föderativen Komitee ausgeübt. In den Revolutionstagen stieg die Mitgliederzahl der Partei bereits auf 6000 an.

Nach der Revolution, in der Zeit der Reaktion, suchte die LSDSP Anschluß an die übrigen sozialdemokratischen Parteien und wurde 1906 als autonomer Bestandteil in die RSDRP aufgenommen. Sie hieß jetzt Lettische Sozialdemokratie (LSD, Latviešu Socialdemokratija). Die LSD wurde, obwohl sie weiterhin illegal war, in der II. und III. russischen Reichsduma durch *J. Ozols* bzw. durch *A. Priedkalns* vertreten. Seit dem Zusammenschluß mit der RSDRP griffen die russischen Streitigkeiten auch auf die LSD über. Die Partei stand unter der Führung der Menschewisten, bis 1912 *Lenin* die bolschewistische Fraktion in der LSD zu organisieren begann. Auf dem IV. Kongreß der LSD in Brüssel (26. 1.–2. 2. 1914) war *Lenin* als Vertreter der russischen Bolschewisten selbst erschienen. Durch seine Hilfe und mit einer Stimme Mehrheit fand in der lettischen Sozialdemokratie eine große Umwälzung statt. In das ZK wurden nur die Anhänger *Lenins* gewählt, und in ihre Hände fiel auch der ganze Parteiapparat und die Presse. Die Menschewisten – der rechte Flügel – wollten trotzdem keine eigene Organisation gründen, obwohl die russischen Bolschewisten

und Menschewisten schon seit 1911 ihre separaten Parteien hatten. Die Einheit blieb bis zur Oktoberrevolution 1917 bestehen. Dann erst, Ende Mai 1918, kam es zur Spaltung (→ KOMMUNISTISCHE PARTEI LETTLANDS).

Im damals von deutschen Truppen okkupierten Lettland beschloß die menschewistische Gruppe am 17. 6. 1918 unter dem alten Namen LSDSP die alten demokratischen Grundsätze zu erneuern. In das ZK der Partei wurden unter anderen *P. Kalniņš* und sein Sohn, *B. Kalniņš*, sowie *F. Menders* gewählt. Die Partei beteiligte sich am 18. 11. 1918 an der Proklamierung der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands. Die Einstellung gegenüber dem neuen lettischen Staatswesen führte 1921 zur Abspaltung einer rechtssozialistischen Gruppe unter Führung von *V. Salnais*. Während die LSDSP an der Gründung einer sozialistischen Republik als Fernziel festhielt, unterstützten die Rechtssozialisten vorbehaltlos den bestehenden Staat. Ihre Bedeutung sank jedoch kontinuierlich: in der 1. Saeima 1922 noch mit 7 Abg. vertreten, sank deren Zahl 1925 auf 4, 1928 auf 2, 1931 blieben sie ohne Mandat. Die LSDSP blieb dagegen stets die größte Partei des Landes. Sie erhielt bei der Wahl der Konstituante 38,7 % der Stimmen, in der 1. Saeima 1922: 30,5 %; 1925: 31,4 %; 1928: 24,3 % und 1931: 19,1 %. Die Mitgliederzahl erreichte 1932: 12 500. Unter aktiver Mitarbeit der Sozialdemokratie wurden die demokratische Verfassung von 1922 und weitgehende soziale Gesetze sowie eine radikale Agrarreform durchgeführt. Die LSDSP war zweimal an der Regierung beteiligt und stellte als stärkste Partei immer den Parlamentspräsidenten (*F. Vesmanis*, 1922–25, *P. Kalniņš*, 1925–1934). Eine aktive Mitarbeit an der Regierung kam das erste Mal 1923 zustande durch die Beteiligung an der Großen Koalition unter der Führung des parteilosen Politikers *J. Paŭuks*. Im Dezember 1926 erfolgte dann die Bildung einer linken Koalition mit dem ehemaligen Menschewisten *M. Skujenieks* an der Spitze und vier Sozialdemokraten im Kabinett. Besonders ist dabei die Tätigkeit des Außenministers *F. Cielens* hervorzuheben, der sich für die Zusammenarbeit aller baltischer Staaten einsetzte. Der Sturz dieser linken Regierung, 1928, löste in der LSDSP lebhafte Diskussionen über den Nutzen einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien aus. Der XIII. Kongreß im Jahre 1928 entschied, daß eine Zusammenarbeit mit den rechts von den Sozialdemokraten stehenden Parteien nur dann in Frage komme, wenn eine Regierungsmehrheit für die LSDSP sichergestellt sei. Der XVII. Kongreß 1932 bestätigte nochmals diesen Beschluß. Bei den damaligen Kräfteverhältnissen im Parlament gab es jedoch keine Möglichkeit für die Sozialdemokraten, dieses Ziel zu erreichen, so daß sie sich mit dieser Entscheidung praktisch selbst von der Regierung ausschlossen.

Während der ganzen parlamentarischen Zeit Lettlands befand sich die LSDSP in ständigen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, die die Parteiführung als »Sozialfaschisten« diffamierten. – 1934 wurde die LSDSP wie alle anderen Parteien von dem autoritären Regime *Ulmanis* verboten. Nach dem 2. Weltkrieg setzte sie ihre Arbeit im Exil mit dem Zentrum in Stockholm fort. Seit 1953 ist die Partei wieder Mitglied der Sozialistischen Internationale.

B. Kalniņš, Latvijas sociāldemokratijas 50 gadi, Stockholm 1956; A. Ezergailis, The 1917 Revolution in Latvia, New York 1974; G. von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten, 1970; A. Šilde, Latvijas vēsture, 1914–1940, Stockholm 1976.

LITAUEN

von

KAJETONAS JULIUS ČEGINSKAS

Das moderne litauische Vielparteiensystem entstand im Verlauf des 40jährigen Kampfes gegen das zaristische Verbot der litauischen Druckschrift (1864–1904), noch bevor das Land seine politische Selbständigkeit erworben hatte. Als Instrument des politischen Volkswillens im Kampf um die nationale Identität trug es viel zur Wiedererrichtung des eigenen Staatswesens 1918 bei. Der Kampf für die lateinischen Buchstaben als Sinnbild des katholischen Glaubens mobilisierte und aktivierte die Massen des befreiten Bauerntums, nährte die Führungsansprüche der Geistlichkeit, reduzierte die bisherige Rolle des privilegierten Adels, eröffnete der Intelligenz eigene Wirkungsmöglichkeiten und gab damit der patriotischen Bewegung eine neue nationale Richtung. Der alte litauische Staat, gegründet im 13. Jh., war seit der Union von Lublin 1569 ein Teil des vereinigten Königreiches Polen-Litauen, das mit der dritten Teilung 1795 zugrunde ging. Der Aufstand von 1863/64 war der letzte gemeinsame Versuch der Polen und Litauer, sich von Rußland zu befreien. Das vom polonisierten Adel geprägte politische Bewußtsein des mit Polen vereinten historischen Litauen wurde danach allmählich durch eine neue nationale Gesinnung ersetzt, die von der bäuerlichen Bevölkerung im litauischen Sprachraum des ethnographischen Litauen geprägt war. In diesem Prozeß des nationalen Erwachens und der damit verbundenen politischen Umorientierung (Unabhängigkeit anstelle der Union) tat sich besonders eine neue soziale Schicht von Gebildeten hervor, die dem Landvolk entstammte und die Anhängerschaft der in Ostpreußen gedruckten illegalen patriotischen Zeitschriften ›Aušra‹ (1883–86) und ›Varpas‹ (1889–1906) bildete (daher die Bezeichnung: »Aušininkai« und »Varpininkai«). Ihre kritische Haltung in religiösen Dingen veranlaßte den einflußreichen Klerus, eigene Presseorgane als Mittel der gesellschaftlichen Meinungsbildung zu gründen. Diese nationale Publizistik unterschiedlicher weltanschaulicher Herkunft steht am Anfang des litauischen Parteienwesens. Die politischen Parteien entstanden alle ursprünglich in der Illegalität, im Kampf gegen die bestehende politische Ordnung, als Strömungen der Publizistik. Öffentlich traten sie erstmals während der Unruhen 1905 hervor. Im Vorstand des Großen Landtages 1905 in Vilnius fanden sich die Vertreter der Christdemokraten, Demokraten und Sozialdemokraten zusammen, um gemeinsam die politische Landesautonomie auf der Grundlage der administrativen Vereinigung aller ethnographischen Gebiete Litauens und die Anerkennung der litauischen Sprache im öffentlichen Leben zu fordern. Die einsetzende zaristische Reaktion trieb die Parteien wieder in den Untergrund zurück. Die interne Differenzierung, gekennzeichnet durch Spaltungstendenzen der Mitte (→ DEMOKRATISCHE PARTEI LITAUENS), ging weiter. Während des 1. Weltkrieges wurden alle litauischen Gebiete infolge der deutschen Besetzung vereinigt. In einer Denkschrift an den Oberbefehlshaber Ost konnten

litauische Vertreter im Sommer 1916 mit Recht darauf hinweisen: »Es sind auf nationaler Grundlage mehrere Richtungen entstanden: Christliche Demokraten, Demokraten, Nationalisten, Radikale, Sozialdemokraten. Der Gedanke Litauens als politischer Einheit ist befestigt worden«. Der von der deutschen Militärverwaltung zugelassene Litauische Staatsrat (Lietuvos taryba) unter Vorsitz von *A. Smetona* war die erste Volksvertretung und zugleich die provisorische Regierung. Der Staatsrat wurde durch die Konferenz der Kreisvertreter in Vilnius am 22. 9. 1917 gewählt und bestand anfangs aus 20 Vertretern aller politischen Richtungen. Am 11. 12. 1917 beschloß er die »Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates«, der ein »ewiges, festes Bundesverhältnis« mit dem deutschen Reich eingehen sollte. Noch unter der deutschen Besetzung wiederholte der Staatsrat am 16. 2. 1918 die Unabhängigkeitserklärung, in der die Klausel vom Bundesverhältnis mit dem deutschen Reich durch eine andere Bestimmung ersetzt wurde, derzufolge »die Grundlage des Staates und seine Beziehungen zu den anderen Staaten durch eine möglichst bald einzuberufende Konstituierende Versammlung« endgültig festzulegen sei. Die Bestätigung der Wiedererrichtung Litauens durch Kaiser *Wilhelm II.* erfolgte am 23. 3. 1918 jedoch unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Erklärung von 1917. Erst am 2. 11. 1918 nahm der Staatsrat die erste provisorische Verfassung an, und am 11. 11. bestätigte sie die provisorische Regierung von *A. Voldemaras.* Die Freiheitskämpfe gegen die Rote Armee, Bermondt-Gruppen und Polen verzögerten die Wahlen zur verfassunggebenden Volksversammlung (Steigiamasis seimas), die erst am 14./15. 4. 1920 stattfanden. Es wurden durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Abstimmung 112 Abgeordnete gewählt, davon 59 Anhänger des christlich-demokratischen Blocks. Die Konstituante beendete ihre Arbeit am 6. 10. 1922. Sie verabschiedete das Gesetz der Landreform, erließ die Verfassung vom 1. 8. 1922, gründete die Universität Kaunas und führte eine eigene Landeswährung (Litas) ein. Gemäß der Verfassung von 1922 stand die Gesetzgebung dem Parlament (lit. Seimas) zu, das aus einer Kammer bestand und für drei Jahre nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Verhältniswahlrecht gewählt wurde. Es entfiel auf je 25 000 Einwohner ein Abgeordneter. Die Regierung wurde vom Staatspräsidenten und Ministerkabinett gebildet. Den Präsidenten wählte der Seimas in geheimem Wahlgang mit absoluter Stimmenmehrheit, höchstens für zwei Seimas-Perioden nacheinander. Er hatte das Recht, den Seimas aufzulösen und sein Veto gegen dessen Beschlüsse einzulegen. Die parlamentarische Periode währte nur kurze Zeit. Am 17. 12. 1926 wurde die Koalitionsregierung des Linksblocks durch einen Staatsstreich der Offiziere gestürzt und der Staatspräsident *K. Grinius* zum Rücktritt gezwungen. Die parlamentarische Minderheit wählte *A. Smetona* zum Staatspräsidenten, der am 12. 4. 1927 den Seimas auflöste, ohne konstitutionell vorgeschriebene Neuwahlen anzukündigen. So begann die autoritäre Periode der Präsidialherrschaft, die die vorherige Parteienherrschaft ersetzte und nur von den Tautininkai (→ BUND DER LITAUISCHEN NATIONALISTEN) unterstützt wurde. Die am 15. 5. 1928 von Staatspräsident *A. Smetona* oktroyierte Verfassung erweiterte seine Machtbefugnisse. Der Staatspräsident sollte nicht mehr vom Seimas, sondern von besonderen Volksabgeordneten für sieben Jahre gewählt werden. 1936 wurde ein neues Wahlgesetz erlassen, das einen Abgeordneten für je 50 000 Einwohner, formell auch »allgemeine, gleiche, direkte und geheime Abstimmung« vorsah, jedoch die Aufstellung der Kandidatenlisten von der Genehmigung der Regierung abhängig machte. Die Wahlen zum 4. Seimas fanden am 9./10. 6. 1936 statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 68,3 % wurden von den 49 Abgeordneten allein 46 Anhänger der regierenden Tautininkai-Partei gewählt. Dieser Seimas führte am 11. 2. 1938 eine neue

Verfassung ein, die die Macht des Staatspräsidenten noch mehr ausbaute. Mit Ausnahme der Tautininkai wurden alle übrigen Parteien von der Leitung der Staatsangelegenheiten entfernt und 1935 gesetzlich aufgelöst. Sie wirkten jedoch weiter im Lande als Faktoren der politischen Meinungsbildung und Opposition. 1939/40 nahmen die Vertreter der CHRISTDEMOKRATEN und des VOLKSBUNDES an den Koalitionsregierungen von *J. Černius* und *A. Merkys* teil. Die kommunistische Machtübernahme infolge der sowjetischen Besetzung 1940 zerstörte den unabhängigen litauischen Staat, dessen Wiedererrichtung gemeinsames politisches Ziel aller offiziell aufgelösten Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, wurde. Im Untergrund tätige Parteien und neuentstandene Kampforganisationen gründeten 1943 das Oberste Befreiungskomitee Litauens (Vyriausias Lietuvos Išlaisvinimo Komitetas, VLIK), das sich 1945 in Westdeutschland rekonstituierte und seit 1955 in den USA wirksam ist. In ihm sind alle 15 politischen Exilparteien und Kampforganisationen vertreten.

P. Klimas (Hg.), Der Werdegang des litauischen Staates, 1919; J. Audėnas (Hg.), 20 Years Struggle for Freedom of Lithuania, New York 1963; V. S. Vardys (Hg.), Lithuania under the Soviets, New York 1965; H. Hellmann, Grundzüge d. Gesch. Litauens, 1966; G. v. Rauch, Gesch. d. balt. Staaten, ²1977; T. Remeikis, Lithuanian Political Parties and the Agrarian Sector of Society (In: H. Gollwitzer (Hg.), Europ. Bauernparteien im 20. Jh., 1977); Klasės ir politinės partijos Lietuvoje 1919–1926 m., Vilnius 1978.

Arbeitsföderation Litauens (**LDF,** Lietuvos Darbo Federacija, kurz: Federantai), katholische Arbeiterpartei.

Gründung: 27/28. 9. 1919 in Kaunas auf der Tagung der Vertreter der christlichen Arbeitervereine.

Programm: Durch Vereinigung der bis dahin einzeln wirkenden kulturellen und professionellen Arbeitervereine eine politische Vertretung der christlichen Arbeiterschaft in der Volksversammlung zu erzielen und für die materielle und geistige Wohlfahrt der Arbeiter, für die soziale Sicherheit sowie für den sozialen Frieden des Landes zu sorgen.

Organisation: Die LDF teilte sich in Ortsgruppen (etwa 400 im J. 1926), die dem Obersten Sekretariat unterstanden, das auf der Jahrestagung von den Ortsgruppenvertretern gewählt wurde. Ihr führendes Presseorgan war die Wochenzeitschrift ›Darbininkas‹ 1919–40. Die LDF unterhielt enge Beziehungen zu den Gewerkschaften der Eisenbahner, Metall- u. Holzindustriearbeiter, den Klein- und Neubauern und betrieb eine eigene Konsumgenossenschaft »Kova«.

Geschichte: Ihren Ursprung verdankte die Partei hauptsächlich den drei Arbeitervereinen: Verein St. Joseph (gegr. 1907), Verein der Dienstmädchen St. Zita (1905) und Verein der christlichen Arbeiter (1909). Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Volksversammlung 1920 stellte die Partei ihre Kandidaten gemeinsam mit den Christdemokraten auf. Später stellte sie eine eigene Kandidatenliste auf und bildete in der Volksversammlung eine eigene Fraktion, die dem christlich-demokratischen Block angehörte. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Volksversammlung 1920 erhielt sie 10 % Stimmen und 15 (13 %) Mandate; im 1. Seimas 12 % bzw. 11 (14 %); im 2. Seimas 15 % bzw. 12 (18 %); im 3. Seimas 8 % bzw. 5 (6 %). Die Wahlniederlage der LDF durch Stimmenverluste an die Sozialdemokraten 1926 kostete den ganzen christdemokratischen Block die absolute Mehrheit im Seimas und trug wesentlich zum Zusammenbruch des parlamentarischen Systems bei. Die Abg. der LDF gehörten der parlamentarischen Mehrheit an, ohne Regierungsposten zu bekleiden, unterstützten jedoch im Seimas alle Regierungsmaßnahmen, die auf eine Verbesserung der Sozialgesetzgebung hinzielten. Das Referat des Landreformgesetzes wurde ihrem Führer *K. Ambrozaitis* anvertraut. Nach dem Staatsstreich 1926 beteiligte sich die LDF an der Minderheitsregierung bis 1928 *(A. Milčius).* Wegen ihrer antikommunistischen Haltung wurde sie weiterhin vom Tautininkai-Regime geduldet und vom Parteiverbot nicht betroffen. Die Jahrestagung am 15. 4. 1934 änderte die Satzungen und verwandelte die LDF in den BUND DER CHRISTLICHEN ARBEITER LITAUENS (LKDS, Lietuvos Krikščionių Darbininkų Sąjunga). Dabei kam es auch zum Führungswechsel (führende Persönlichkeiten bis 1934: *Ambrozaitis, P. Raulinaitis* u. a.; danach: *P. Dielininkaitis, J. Katilius,* u. a.). Die Tagungen von 1936, 1938 und 1940 forderten die Regierung und die Öffentlichkeit auf, die Lage der Arbeiter zu verbessern, indem man verschiedene gesetzgeberische und sozialpolitische Maßnahmen empfahl, ohne ihre Verwirklichung durchsetzen zu können. 1942 rekonstituierte sich die LDF im Untergrund, 1943 nahm sie an der Gründung des VLIK (→ Einleitung) teil.

P. V. Raulinaitis, LDF įsikūrimas ir veikla (»Tėvynės sargas«, 1955: 2); Lietuvos darbo federacija (Liet. enciklop., Bd. 16 So. Boston 1958); J. Girnius, Pranas Dovydaitis, Chicago 1975.

Bauernbund Litauens (ŪS, Lietuvos Ūkininkų Sąjunga), christlich-demokratische Bauernpartei.

Gründung: 28./29. 12. 1919 in Kaunas durch christliche Politiker und Genossenschaftler unter Führung von *A. Stulginskis.*

Programm: Die Partei vertrat die christlich-demokratische Ideologie, stellte in den Vordergrund die Landreformfrage (Enteignung des Großgrundbesitzes gegen Entschädigung, Austeilung der Parzellen an Landarme, Begrenzung der landwirtschaftlichen Betriebe bis auf 70 ha, Auseinanderlegung der Dörfer in Einzelhöfe), warb für die Freiheit der Landwirtschaft, des Handels, des Gewerbes und der Finanzpolitik.

Organisation: 1926 hatte die Partei 423 Zweigstellen, kontrollierte ca. 300 Kooperativen und Genossenschaften. Die Führung bestand hauptsächlich aus bekannten Christdemokraten: *E. Draugelis, K. Jokantas, P. Karvelis, D. Trimakas* u. a.

Presseorgan war die Wochenzeitschrift ›Ūkininkas‹ (1918–40).

Geschichte: Die Anfänge des ŪS sind auf die landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung nach 1906 zurückzuführen. Der ŪS ging in die Wahlen zur verfassunggebenden Volksversammlung zusammen mit den christlichen Demokraten und erwarb 20 (18 %) Mandate. Sein erster Vors., *A. Stulginskis,* wurde Staatspräsident 1920–26. Bei den Wahlen zum 1. Seimas 1922 erhielt der ŪS 12 % der Stimmen und 12 (15 %) Mandate, im 2. Seimas 1924: 14 % Stimmen und 14 (18 %) Mandate, im 3. Seimas 1926: 11 % Stimmen und 11 (13 %) Mandate. Neben der parlamentarischen Wirksamkeit zeigte die Partei reges Interesse an der Entwicklung der wirtschaftlichen Organisationen, besonders des Genossenschaftswesens, hatte eigene Betriebe zur Bearbeitung der landwirtschaftlichen Produkte, beteiligte sich an der Volksbank, half durch Kredite den Neubauern. Nach dem Staatsstreich 1926 entsandte sie in die Koalitionsregierung von *A. Voldemaras* ihren Vertreter *P. Karvelis.* Nach dessen Rücktritt am 3. 5. 1927 befand sie sich in der Opposition. 1935 wurde der ŪS von der Tautininkai-Regierung aufgelöst. Er setzt seine Tätigkeit im Exil fort. Mitglied des Obersten Befreiungskomitees (VLIK), wo den Vertretern des ŪS, *A. Trimakas* (1957–64) und *K. Valiūnas* (1966–79), der Vorsitz zufiel.

The Lithuanian Peasant Union (The Baltic Review, New York 1957, No. 10); Ūkininkų sąjunga (Lietuvių enciklop., Bd. 32, So. Boston 1965).

Bauernpartei (ŪP, Ūkininkų Partija), liberale Honoratiorenpartei; bis 1925 als EINTRACHT (Santara, vollst.: Demokratinė Tautos Laisvės Santara). Gründung: März 1917 in Rußland durch eine Gruppe von Intellektuellen (*J. Baltrušaitis, M. Yčas, P. Leonas, R. Skipitis, P. Šalčius, S. Šilingas* u. a.).

Programm: die Gruppe bezweckte eine Vereinigung aller liberalen politischen Kräfte im Geiste demokratischer Toleranz, um in einer ideologisch polarisierten Gesellschaft zwischen sich befehdenden Rechten und Linken einen Mittelweg zu finden. In Anlehnung an die russischen konstitutionellen Demokraten betonte man besonders die bürgerlichen Grundrechte und Freiheiten. Die programmatische Grundlage bestand aus vier Hauptforderungen: 1. Wiedererrichtung des freien litauischen Staates, 2. Einführung des demokratischen Systems, 3. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, 4. politische Freiheitsgarantien und weltanschauliche Toleranz. Nach der Umorganisation und Umbenennung in ŪP, 1925, wurde entsprechend der Hinwendung zu den Interessen der Bauernschaft als fünfte Hauptforderung die Hebung und Stärkung der Landwirtschaft und des Bauernstandes aufgenommen.

Organisation: Unter Leitung des Zentralkomitees (Vors. *Leonas*) etablierte sich die Gruppe als eine Partei von Honoratioren. Erst Dezember 1925 wollte man eine Massenpartei werden. 50 Ortsgruppenvertreter nahmen am 1. Parteitag am 19. 2. 1926 teil und wählten ein Zentralkomitee mit *Skipitis* als Vors. – Presseorgane: ›Santara‹, ›Ūkininko balsas‹.

Geschichte: Die Gruppe entwickelte sich aus dem gemäßigten Flügel der → DEMOKRATISCHEN PARTEI unter geistiger Führung von *Leonas* und versammelte um sich liberalgesinnte Intellektuelle. Sie nahm aktiv teil am Aufbau des neuerrichteten Staates, war im Staatsrat vertreten *(J. Aleksa, Šilingas),* in der provisorischen Regierung 1919 *(Leonas)* und beteiligte sich maßgebend an der Ausarbeitung des Grundgesetzes von 1922, stellte jedoch keine eigene Wahlliste auf. Erst im Wahlbündnis mit dem → VOLKSBUND DER LANDLEUTE erhielt sie 1926 zwei Seimasabg. *(Aleksa, Skipitis).* Nach dem Staatsstreich 1926 bemühte sich die ŪP um die Rückkehr zur Legalität und Demokratie und beteiligte sich mit zwei Kabinettsmitgliedern an der Koalitionsregierung 1926–27. Als diese Hoffnungen sich nicht erfüllten, rief sie ihre Vertreter aus der Regierung zurück. Da der Landwirtschaftsminister *Aleksa* nicht gehorchte, wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Seit 1945 wirksam im Exil als Mitglied des VLIK (→ Einleitung), dessen Vors. sie 1964–66 stellte *(V. Sidzikauskas).*

The Lithuanian Farmers Party (»The Baltic Review«, Jg. 1957, H. 10); R. Skipitis, Nepr. Lietuva statant, Chicago 1961; Ders., Nepr. Lietuva, Chicago 1967.

Bund der Christlichen Arbeiter Litauens (**LKDS,** Lietuvos Krikščionių Darbininkų Sąjunga) → Arbeitsföderation Litauens.

Bund der Landleute Litauens (**LVS,** Lietuvos Valstiečių Sąjunga), eng an die → DEMOKRATISCHE PARTEI LITAUENS (LDP) angeschlossene Bauern- u. Landarbeiterpartei.

Gründung: 5./6. 12. 1905 auf dem Wilnaer Landtag durch *J. Gabrys, E. Galvanauskas, P. Ruseckas* u. a. Ziel der Partei war die Erringung

der Selbstverwaltung für Litauen. 1906 wurde ausdrücklich das Programm der LDP adoptiert. Ein eigenes Programm wurde auf der Tagung der Ortsgruppenvertreter am 26./27. 4. 1919 in Kaunas verabschiedet. Als Massenpartei der Bauern und Landarbeiter wollte der LVS die Interessen der ganzen Landbevölkerung vertreten, befürwortete Eigentum, forderte Landreform, genossenschaftliche Grundlage der Staatswirtschaft, Sozialisierung der Großindustrie, der Forstwirtschaft und Bodenschätze sowie gesetzlich festgelegte Löhne und Sozialversicherung. Als eine notwendige Bedingung zur Durchsetzung eigener Forderungen wurde die Errichtung der unabhängigen Republik auf demokratischer Grundlage befürwortet. Als Massenorganisation, getragen von den sich illegal bildenden Ortsgruppen der Aktivisten, wirkte der Bund für die Verbreitung der Ideen der DEMOKRATISCHEN PARTEI, unterstützte finanziell die letztere und erstattete ihrem Zentralkomitee die Rechenschaftsberichte. An der Spitze stand ein eigenes Zentralkomitee. Die Partei spielte eine große Rolle in der revolutionären Bewegung 1905/7 und stellte die meisten Abg. im Wilnaer Landtag 1905. Erneuert Ende 1918 und legal registriert 8. 11. 1919. Vertreten im Staatsrat 1917–20. Der LVS bildete einen gemeinsamen Wahlblock mit den VOLKSSOZIALISTEN (→ VOLKSBUND DER LANDLEUTE LITAUENS) und erhielt bei den Wahlen zur verfassunggebenden Volksversammlung 1920: 17 % der Stimmen und 20 (18 %) der Mandate, im 1. Seimas 1922: 17 % Stimmen bzw. 14 (18 %) Mandate. Am 4./6. 12. 1922 fusionierte er mit den VOLKSSOZIALISTEN zum → VOLKSBUND DER LANDLEUTE. Manche Führer der LVS, die sehr aktiv an der Gründung der Republik beteiligt waren, wie *Gabrys, L. Gira, Galvanauskas,* blieben parteilos oder gingen zu den anderen Parteien über.

J. Gabrys, Lietuvos valstiečių sąjunga (»N. Romuva«, Jg. 1937, H. 12); S. Kairys, Tau, Lietuva, So. Boston 1964.

Bund der Landwirte (**LŽS,** Ekonominė ir Politinė Lietuvos Žemdirbių Sąjunga). Gründung am 15. 4. 1919 in Kaunas. Konservative Partei der wohlhabenden Landwirte, eng an die → NATIONALE FORTSCHRITTSPARTEI angeschlossen.

Vertreten durch *S. Banaitis* im Staatsrat 1917–20, durch *A. Žilinskas* in der Provisorischen Regierung 1919. Kein Mandat im Parlament. Presse: 1919–23 Wochenzeitung ›Žemdirbių balsas‹. Ging 1924 im → BUND DER LITAUISCHEN NATIONALISTEN auf.

Bund der Litauischen Nationalisten (**LTS,** Lietuvių Tautininkų Sąjunga, auch: Tauti inkai), Regierungspartei Litauens 1926–1940.

Gründung: 17./19. 8. 1924 in Šiauliai durch Vereinigung der verschiedenen Nationalistengruppen, hauptsächlich der → NATIONALEN FORTSCHRITTSPARTEI und des → BUNDES DER LANDWIRTE.

Programm: Aus starker Abneigung gegen alle politischen Parteien und die Allmacht des Parlaments, in dem er keine Vertreter hatte, entwickelte der LTS eine Ideologie der nationalen Einheit, stellte das Gemeinwohl des ganzen Volkes und Staates über die Interessen der einzelnen Klassen und Volksschichten, forderte die Begrenzung der gesetzgeberischen Gewalt zugunsten einer stärkeren Regierungsgewalt, eine entsprechende Gesetzänderung der Parlamentswahlen, neue Gestaltung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Bewahrung und Förderung der nationalen Belange der Litauer und eine positive Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche. Die autoritäre Staatsauffassung des LTS entwickelte sich in Verbindung mit dem Aufkommen der Präsidialherrschaft von *A. Smetona* und verkörperte sich in dem Grundgesetz von 1938.

Organisation: Der LTS unterhielt Zweigstellen, deren jede in direktem Kontakt mit dem Zentralvorstand (Centro valdyba) stand. Das höchste Organ war die Generalversammlung. Nach der Satzungsänderung 1933 nahmen die autoritären Züge in der Organisationsstruktur zu. Zwar wurden alle leitenden Organe weiterhin von den Mitgliedern gewählt, doch die Leiter der untergeordneten Instanzen wurden von der oberen ernannt. Die Ernennung des Vorsitzenden und des Generalsekretärs des LTS wurde der Autorität des Staatspräsidenten *Smetona* vorbehalten, der von der Partei satzungsgemäß zum »Volksführer« (Tautos vadas) ernannt wurde. Die Vorsitzenden des LTS: *V. Krėvė-Mickevičius, A. Merkys, J. Lapenas, V. Mironas, D. Cesevičius.*

Presse: ›Lietuvos aidas‹, ›Mūsų kraštas‹, ›Vairas‹, ›Jaunoji karta‹ u. a.

Geschichte: Der vereinigte LTS beteiligte sich an den Parlamentswahlen 1926 im Wahlbündnis mit dem → VOLKSBUND DER LANDLEUTE und erhielt 4 % der Stimmen sowie 3 Seimas-Abg. Nach dem Staatsstreich, den er unterstützte, bildete der LTS am 17. 12. 1926 zusammen mit den CHRISTLICHEN DEMOKRATEN und der BAUERNPARTEI eine von *A. Voldemaras* geführte Minderheitsregierung, ihr Führer *Smetona* wurde zum Staatspräsidenten berufen. Nach dem Ausscheiden der CHRISTLICHEN DEMOKRATEN aus der Koalition befestigte die Partei ihre Stellung in der Regierung. Am 12. 4. 1927 löste Staatspräsident *Smetona* auf verfassungswidrige Weise das Parlament auf und oktroyierte am 15. 5. 1928 eine neue Verfassung, die seine Befugnisse stark erweiterte. Die Partei entwickelte sich zu einer Massenbewegung, die ihre Führungsansprüche auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens anmeldete und immer mehr autoritäre Züge annahm. Es gelang ihr mühelos, die Opposition der Parteien in den Schranken zu halten, desto mehr kamen ihre inneren Gegensätze zutage, besonders nach 1929, als *Smetona* den Ministerpräsidenten *Voldemaras* durch seinen Schwager *J. Tūbelis* ersetzte. *Voldemaras*-Anhänger gruppierten sich zunächst in eine geheime Kampforganisation »Eiserner Wolf« (Geležinis vilkas), nach der Verselbständigung 1934 nann-

ten sie sich Litauische Nationalistenpartei (LNP, Lietuvių Nacionalistų Partija) und betätigten sich im Untergrund. *Tūbelis* behielt das Ministerpräsidentenamt bis 1938 und stabilisierte die innenpolitische Lage im Sinne der autoritären Präsidialherrschaft *Smetonas* mit Hilfe der wachsenden Parteiorganisation. 1938 gab es etwa 13 000 registrierte LTS-Mitglieder und rund 50 000 der Jugendorganisation »Junges Litauen« (Jaunoji Lietuva). Aufgrund eines besonderen Wahlgesetzes sicherte sich der LTS im 4. Seimas 1936 die totale Vorherrschaft (46 Sitze von 49). Den Weg zum autoritären Einparteienstaat verstärkte noch die Verfassung von 1938, die die Machtstellung des Staatspräsidenten *Smetona* und der ihn stützenden Parteiorganisation ausbaute. Angesichts der wachsenden außen- u. innenpolitischen Schwierigkeiten mußte der LTS jedoch seine Alleinherrschaft aufgeben und die Regierungsverantwortung 1939/40 mit den anderen Parteien teilen. Nach dem Einmarsch der Roten Armee wurde der LTS im Juni 1940 aufgelöst.

V. Rastenis, Tautininkai (In: Liet. encikl., Bd. 30, So. Boston 1964); L. Sabaliūnas, Lithuania in Crisis, Bloomington/London 1972.

Christlich-demokratische Partei Litauens (**LKDP**, Lietuvių Krikščionių Demokratų Partija), die größte und einflußreichste Partei Litauens in der parlamentarischen Periode 1920–27.

Gründung: 1905, legale Registrierung im November 1919.

Programm: Der erste Programmentwurf wurde 1904 von drei Theologie-Professoren der Petersburger katholischen Akademie *(J. Maciulevičius-Maironis, A. Dambrauskas-Jakštas, P. Būčys)* ausgearbeitetet. Darin spiegelten sich das Gedankengut der Enzykliken *Leos XIII.* sowie die konkreten Landesverhältnisse. In ihrer allgemeinen Zielsetzung als nationale, christliche und demokratische Partei grenzte sich die LKDP von den Sozialdemokraten und Demokraten durch ihre positive Bindung an die christliche Religion ab, sie lehnte den bewaffneten Kampf und Separatismusbestrebungen ab, trat für die politische Autonomie Litauens ein und hoffte auf eine Zusammenarbeit mit den russischen konstitutionellen Demokraten. Man forderte besonders die Einführung der litauischen Sprache in Schule und öffentlichem Leben, Einstellung der Russifizierung und Polonisierung, Verteilung des staatlichen Bodens an Landlose, staatliche Hilfeleistungen an Kleinbauern, soziale Alters- u. Krankenversicherung für die Land- u. Industriearbeiter, keine Beeinträchtigung der Kirchenrechte durch Staatsbeamte. 1917 entstanden zwei verschiedene Programmentwürfe des linken und des rechten Flügels mit auseinandergehenden Meinungen hinsichtlich der Landreform. Um die Einheit der Partei zu bewahren, wurden die beiden Programme als Maximal- u. Minimalforderungen zeitweilig beibehalten. Nach Vermittlung des Erzbischofs *J. Matulevičius-Matulaitis* einigte man sich in der Frage der Landreform auf 80 ha als Höchstmaß des Eigenbesitzes.

Organisation: Bis 1917 gab es keine einheitliche Organisation der LKDP, eher eine von der katholischen Geistlichkeit geführte Volksbewegung, die verschiedene religiöse und soziale Vereine sowie Presseorgane umfaßte. 1917 gab es zwei unabhängige christdemokratische Parteiorganisationen: eine im deutschbesetzten Litauen, die andere von Kriegsflüchtlingen in Rußland gegründet. Beide vereinigten sich auf dem 1. Parteitag am 30. 11. 1918 in Vilnius, unter Vorsitz von *A. Stulginskis*, Führer des gemäßigten Flügels. Der jährliche Parteitag war das höchste Parteiorgan, das alle Fragen beschloß und das Zentralkomitee samt Aufsichtsrat zur Kontrolle des ZK wählte. Das ZK stand in engem Kontakt mit der Fraktion der Parlamentsabgeordneten. Die kleinste Parteieinheit, der das Recht zustand, Vertreter auf den Parteitag zu entsenden, war die Ortsgruppe (mindestens 10 Mitglieder).

Presse: ›Tėvynės sargas‹, ›Šalti Laisvė‹, ›Rytas‹ u. a.

Geschichte: Die christlich-demokratische Strömung in Litauen entstand aus den ideologischen Gegensätzen innerhalb der nationalen Volksbewegung als Gegengewicht zum kämpferischen Atheismus der Sozialisten und der religiösen Indifferenz der Demokraten. Sie erstrebte eine Zusammenarbeit mit allen Parteien in der Verteidigung der gemeinsamen nationalen Interessen; als organisierte Gruppe nahm sie aktiven Anteil an den Beschlüssen des Wilnaer Landtages 1905 und war vertreten im Staatsrat 1917–20. Bei den Parlamentswahlen bildete die LKDP zusammen mit → Bauernbund und → Arbeitsföderation den christlich-demokratischen Block, der bis zum Ende des Parlamentarismus 1927 bestand. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Volksversammlung 1920 erhielt der Block 46% Stimmen und 59 (52%) Mandate. Obwohl im Besitz der absoluten Mehrheit, überließ der Block die Initiative der Regierungsbildung den Volkssozialisten und war in der Koalitionsregierung von *K. Grinius* zuerst nur mit zwei Ministern vertreten. Immerhin stellte die LKDP den Staatspräsidenten *Stulginskis* und behielt den Vorsitz der überaus wichtigen Landreformkommission *(M. Krupavičius)*. Noch vor dem Abschluß der Arbeiten der verfassunggebenden Volksversammlung zerbrach die Koalition mit den Volkssozialisten. Der Block unterstützte die neue Regierung unter Leitung des Parteilosen *E. Galvanauskas* und setzte mit eigenen Stimmen die Verfassung 1922 durch. Gegen den Willen der linken Parteien wurde das Amt des Staatspräsidenten beibehalten und der Grund für eine kirchenfreundliche Politik gelegt. Die Partei war maßgeblich am Aufbau der demokratischen Institutionen der unabhängigen Republik, an der Vorbereitung und Verwirklichung der Landreform und der Einführung der festen litauischen Währung (Litas) beteiligt. Bei den Wahlen zum 1. Seimas 1922 erhielt der Block keine absolute

Mehrheit, sondern nur 41 % Stimmen und 38 (48 %) Mandate. Im 2. Seimas errang der Block wieder die absolute Mehrheit, 43 % Stimmen und 40 (51 %) Mandate. Wieder wurde der Parteilose *Galvanauskas* mit der Bildung einer Koalitionsregierung beauftragt, in der die LKDP durch vier Minister vertreten war. 1924–26 stellte die Partei eigene Ministerpräsidenten *(A. Tumenas, V. Petrulis, L. Bistras).* Eine Niederlage erlitt der Block bei den Wahlen zum 3. Seimas 1926. Mit 32 % Stimmen und 30 (35 %) Mandaten blieb er weiterhin die stärkste Fraktion im Seimas, wurde aber von der Koalition der linken Parteien in die Opposition verdrängt. Es ist eine heftig umstrittene Frage, ob die LKDP in den Staatsstreich von 1926 verwickelt war. Fest steht, daß *A. Smetona* zum Staatspräsidenten gewählt und eine Minderheitsregierung mit ihren Stimmen gebildet wurde. Seit Frühjahr 1927 stand die Partei in Opposition zur Tautininkai-Regierung. Das Parteienverbot 1935 zwang zur Auflösung der Partei, die aber ihre Stellung als politische und meinungsbildende Kraft bewahrte. Angesichts der verschärften außenpolitischen Lage 1939/40 schickte die Partei ihre Vertreter in die Koalitionsregierungen von *J. Černius* und *A. Merkys.* Während der sowjetischen Besatzung beteiligten sich die Christdemokraten am Widerstand, nahmen aktiv teil am Volksaufstand und der Bildung der Provisorischen Regierung Juni–Juli 1941 und beteiligten sich an der Gründung des Obersten Befreiungskomitees (VLIK) 1943 (Vorsitz *Krupavičius, J. Matulionis, K. Bobelis*). Seit 1945 setzt die Partei ihre Tätigkeit im Ausland fort, ist Mitglied der CDU-CE, gibt ihre Zeitschrift ›Tėvynės sargas‹ heraus.

Christian Democrats (Enclopedia Lituanica, Bd. 1, Boston, Mass. 1970); A. J. Kasulaitis, Lithuanian Christian Democracy, Chicago 1976.

Demokratische Partei Litauens (**LDP,** Lietuvos Demokratų Partija). Liberale Sammlungspartei der nationalen Einheit, die während des Kampfes gegen das Druckverbot (→ Einleitung) aus den Anhängern der von *V. Kudirka* gegründeten illegalen Zeitschrift ›Varpas‹ (1889–1906) entstand und sich später in mehrere Parteien aufspaltete.

Gründung: 17. 10. 1902 in Dabikinė, Kr. Šiauliai, auf der geheimen Jahrestagung der ›Varpas‹-Anhänger (»Varpininkai«) unter Vorsitz von *P. Višinskis,* der mit *K. Grinius, J. Bortkevičius, J. Šaulys* und *J. Vileišis* beauftragt wurde, ein Programm zu entwerfen.

Programm: Der Ende 1902 veröffentlichte Entwurf enthielt die Forderung nach voller Autonomie Litauens in seinen ethnographischen Grenzen als Nahziel, dem die politische Unabhängigkeit folgen sollte. Erst auf dem 4. Parteitag 1905 wurde dieses Programm unter Berücksichtigung der Veränderungen der Verhältnisse im russischen Teil Litauens (Aufhebung des Druckverbotes, Erlangung der Vereins- u. Pressefreiheiten, Zulassung des Litauischen als Schulsprache) angenommen. Neben den Bürgerrechten wurde besonders die Landreform und die soziale Gesetzgebung verlangt. Das revidierte Programm von 1914 stellte als nächstes Ziel ein unabhängiges demokratisches Litauen und radikale sozialpolitische Maßnahmen, u. a. gerechte Verteilung des Eigentums.

Organisation: Die LDP verfügte über ein illegales Netz persönlicher Beziehungen und kleiner lokaler Geheimgruppen, die von ›Varpas‹-Anhängern aufgebaut wurden und einem Komitee als höchstem Leitungsorgan unterstanden. Letzteres wurde von der Jahresversammlung der Partei gewählt. Seit 1905 oblag dem Vorstand der LDP auch die Aufsicht des selbständig wirkenden → Bundes der Landleute. Die wichtigsten Aufgaben der Parteiorganisation waren: politische Agitation, finanzielle Unterstützung der politischen Gefangenen, Herausgabe einer Presse (›Varpas‹, ›Ūkininkas‹, ›Naujienos‹, ›Lietuvos žinios‹, ›Naujoji Lietuva‹). Während der Wahlen zur russischen Reichsduma stellte die LDP ihre eigenen Kandidaten auf.

Geschichte: Von Anfang an verlangte die LDP nationale Einheit und vertrat die politischen und kulturellen Interessen der gesamten Gesellschaft im Sinne des erwachten nationalen Bewußtseins. Bald nach der Gründung der LDP wuchs die innere Spannung zwischen den Gemäßigten und Radikalen, hauptsächlich in Fragen der Zielsetzung und Taktik. Die LDP wird mit Recht als Nährboden der Parteien angesehen: aus ihren Reihen kamen der spätere Nationalistenführer und Staatspräsident *A. Smetona,* der noch dem Vorstand des Wilnaer Landtags 1905 als Vertreter der LDP angehörte; der spätere Führer der liberalen Bauernpartei *P. Leonas; L. Gira,* der später über die Christdemokraten zu den Kommunisten wechselte; der Gründer der Kommunistischen Partei Litauens, *V. Mickevičius-Kapsukas.* Während des 1. Weltkrieges gelangte ein Teil des Parteivorstandes nach Rußland (→ Nationale Fortschrittspartei). Im deutschbesetzten Litauen wurde die LDP von *Šaulys* und *Vileišis* im Staatsrat vertreten, nach dessen Auflösung 1920 hörte auch die Tätigkeit der LDP auf. Ihre Erbschaft traten hauptsächlich der → Volksbund der Landleute Litauens und der → Bund der litauischen Nationalisten an.

K. Grinius, Atsiminimai ir mintys, 2 Bd., Tübingen, Chicago 1947–1962; S. Kairys, Lietuva budo, N. Y. 1957; J. Audėnas, Lietuvos demokratų partija (Lietuvių encikl., Bd. 16, So. Boston 1958).

Eintracht (Santara, vollst.: Demokratinė Tautos Laisvės Santara) → Bauernpartei.

Kommunistische Partei Litauens (**LKP,** Lietuvos Komunistų Partija), integraler Bestandteil der KPdSU, 1921–40 selbständiges Mitglied der Komintern.

Gründung: 1./3. 10. 1918 in Vilnius auf dem 1. Parteitag der KP Litauens und Weißrußlands.

Programm: kein eigenes Programm, sondern das der KP Rußlands.

Organisation: Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Litauen und Sowjetrußland 1920 wurde die vereinigte KP Litauens und Weißrußlands aufgelöst. 1921 sanktionierte der 3. Kongreß der Komintern die LKP als selbständige Sektion. Der III. Parteitag der LKP 24./29. 10. 1921 in Königsberg/Pr. nahm eigene Satzungen an, nach denen die Gliederung der Parteiorganisation nach Bezirken und Unterbezirken vorgenommen wurde. Die neuen Satzungen 1938 hoben diese Parteistruktur auf. Die Zelle (kuopelė) als kleinste Einheit blieb bestehen. Das höchste Organ wurde der Parteitag und das von ihm gewählte ZK, dem diese Rolle zwischen den Parteitagen zufiel. Nach dem IV. Parteitag 17./31. 7. 1924 in Moskau wurde bis 1941 kein Parteitag der LKP mehr einberufen.

Presse: ›Tiesa‹ (seit 1917). ›Komunistas‹ (in lit. und russischer Sprache) u. a.

Geschichte: Die organisierte litauische kommunistische Bewegung entstand in Rußland nach der Oktoberrevolution durch Vereinigung der revolutionären Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, die sich um die KP Rußlands scharten und vom Zentralbüro der Litauischen Sektionen *(V. Mickevičius-Kapsukas, Z. Aleksa-Angarietis, J. Dumša)* geleitet wurden. Ganz der Ideologie des proletarischen Internationalismus ergeben, waren sie entschiedene Gegner der litauischen Unabhängigkeit und erstrebten eifrig die Bolschewisierung des Landes und seinen Anschluß an das revolutionäre Rußland. Dieses Ziel wurde auch nach der Verselbständigung der Partei konsequent verfolgt. Das Plenum des ZK der LKP beschloß am 11./14. 9. 1923, daß Litauen nach dem Sieg der proletarischen Revolution eine selbständige Räterepublik bilden und sich an die Union der Räterepubliken anschließen werde. Die LKP war gesetzlich in Litauen verboten und betätigte sich illegal bis 1940. Die von ihr unterstützten Listen der sog. Arbeitergruppen (kuopininkai) erhielten bei den Seimas-Wahlen 1922: 6% Stimmen und 5 (6,4%) Mandate, 1923: 3,8% Stimmen, 1926: 2,2% Stimmen, kein Mandat. Die 1935 angekündigte »Volksfronttaktik« fand keine Aufnahme bei den nationalen Parteien. Die LKP blieb politisch bedeutungslos bis zum Einmarsch der sowjetischen Armee 1940. Legalisiert 25. 6. 1940. Formell vereinigt mit der KPdSU am 8. 10. 1940.

J. Daulius (= Yla, S.), Komunizmas Lietuvoje, Kaunas 1937, V. Kapsukas, Raštai, Bd. 7, Vilnius 1964; Lietuvos komunistų partijos istorijos apybraiža, 2 Bde., Vilnius 1971–78.

Litauische Nationalistenpartei (LNP, Lietuvių Nacionalistų Partija) → Bund der litauischen Nationalisten.

Nationale Fortschrittspartei (Pažanga, Lietuvių Tautos Pažangos Partija).

Gründung: Ende 1916 in Rußland durch Kriegsflüchtlinge *J. Kubilius, L. Noreika, J. Tumas, M. Yčas* u. a. Intellektuelle, die, von hohem nationalen Pathos getragen, alle gemäßigten Elemente der Rechten und Linken in einer nationalen Strömung vereinigen wollten.

Programm: Die Fortschrittler vertraten die nationale Ideologie der patriotischen Bewegung der »Aušra«- und »Varpas«-Anhänger (→ Demokratische Partei). Aus Abneigung gegen sektiererischen Parteigeist und Radikalismus, den sie auf internationalistische Einflüsse zurückführten, strebten sie an, alle positiven Kräfte des Volkes auf gemeinsame Ziele hin auszurichten. Dabei ziemlich pragmatisch eingestellt, verkündigten sie 1917 ein Grundsatzprogramm, in dem man Menschenrechte, Gleichberechtigung und nationale Selbstbestimmung an die erste Stelle setzte. Daneben betonte man besonders das Recht auf die litauische Sprache im öffentlichen Leben. Man bekannte sich zum Christentum als moralischer Grundlage der Gesellschaft, ohne die öffentlichen Angelegenheiten den Interessen der katholischen Kirche unterzuordnen, und forderte die Verbesserung der Lage der Landlosen und Kleinbauern sowie staatliche Schutzmaßnahmen für die Arbeiter, sowie allgemeine, obligatorische und gebührenfreie Bildung. Das Programm verwarf jeden revolutionären Eingriff in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß.

Organisation: Anfangs lose Gesinnungsbewegung. Nach der legalen Registrierung 8. 11. 1919 wurde ein einheitliches Organisationssystem geschaffen. Die kleinste Einheit bestand aus 10 Mitgliedern. Von ihnen gewählte Bezirksausschüsse unterstanden direkt dem Zentralausschuß, der für ein Jahr auf dem Parteitag gewählt wurde.

Presse: ›Tauta‹, ›Lietuvos balsas‹.

Geschichte: Die Partei entstand aus dem rechten Flügel der → Demokraten, der sich um die von *A. Smetona* und *J. Tumas-Vaižgantas* herausgegebenen Zeitschriften ›Viltis‹ (1907–1913) und ›Vairas‹ (1914–15) gebildet hatte. Ihr schloß sich der angesehene Vorkämpfer der patriotischen Bewegung *J. Basanavičius* an. Die Pažanga bewährte sich als fähige Kaderpartei und spielte eine führende Rolle bei der Gründung der unabhängigen Republik. Sie war stark vertreten im Staatsrat (mit 8 von 20 Mitgliedern), stellte den ersten Staatspräsidenten *(Smetona)* und den ersten Regierungschef *(A. Voldemaras)* und hatte mehrere Minister in den provisorischen Regierungen. Sie erfreute sich der Sympathien und Unterstützung kirchlicher Kreise (Prälat *Maciulevičius-Maironis,* Erzbischof *P. Karevičius*) sowie linksgerichteter Demokraten (*J. Aleksa, J. Šaulys* u. a.). Als Elitepartei, deren Einfluß im staatlichen und öffentlichen Leben weit über die Anhängerzahl hinausging, blieb die Pažanga ohne Verankerung in den Massen, sie vermochte keine Vertreter zur verfassunggebenden Volksversammlung sowie zum 1. und 2. Seimas zu entsenden. Bei den Wahlen entfielen auf sie nur 1,7% bzw. 2,9% und 2% der Stimmen. Dadurch in die außerparlamentarische Opposition verdrängt, kritisierte sie erbar-

mungslos die Schwächen und Fehler des jungen und unerfahrenen Parlamentarismus und fusionierte 1924 mit dem → Bund der Landwirte zum → Bund der litauischen Nationalisten.

Tautos pažangos partijos programa, Kaunas 1919; Vaižgantas, Raštai, Bd. 16, Kaunas 1929.

Sozialdemokratische Partei Litauens (LSDP, Lietuvos Socialdemokratų Partija).

Gründung: 1. 5. 1896 in Vilnius durch Beschluß des 1. Parteitages, der geheim von den Vertretern der sozialistischen Arbeitergruppen (*A. Moravskis, A. Domaševičius, P. Suknelevičius, F. Dzierzynski* u. a.) sowie des linken Varpininkai-Flügels *(K. Grinius, S. Matulaitis, J. Bagdonas* (→ Demokratische Partei) abgehalten wurde.

Programm: Die Partei stellte sich zur Aufgabe, den Klassenkampf des litauischen Proletariats zu organisieren und zu beschleunigen. Als Minimalforderung wurde die Errichtung einer selbständigen demokratischen Republik auf föderalistischer Grundlage erhoben. Das Aktionsprogramm von 1921 visierte, wohl unter Einfluß der russischen Revolution, die Errichtung der proletarischen Diktatur und des Rätesystems als Fernziel an. Das zweite Programm von 1931 berücksichtigte die inzwischen stattgefundenen Veränderungen der unabhängigen Republik, vertiefte die Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft, hielt an der Parole des Klassenkampfes fest, setzte sich mit dem autoritären Tautininkai-Regime auseinander und beurteilte sehr nüchtern die Möglichkeit der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse in einem industriell schwach entwickelten Agrarstaat. Ein eigenes Agrarprogramm wurde ausgearbeitet, um die Landlosen, Klein- und Neubauern für den Sozialismus zu gewinnen. Erst im Exil nach dem 2. Weltkrieg verzichtete die LSDP auf klassenkämpferische Ideologie.

Organisation: Der Parteitag ist das höchste Organ, das über Programm, Taktik, Richtlinien, Lagebeurteilung und Beziehungen zu den anderen Parteien beschließt und das ZK wählt. Zwischen den Parteitagen hat das ZK das Recht, die Parteikonferenz für rasche Entscheidungen laufender Fragen einzuberufen. Ihre Beschlüsse bedürfen jedoch der Sanktion durch den Parteitag. Seit 1944 liegen die Vollmachten des ZK bei der Auslandsvertretung, die unter der Leitung des Parteivors. steht (z. Zt. *J. Skoruhskas*).

Presse: ›Darbininkų balsas‹, ›Darbo balsas‹, ›Socialdemokratas‹, ›Darbo visuomenė‹ u. a.

Geschichte: Die organisierte sozialistische Arbeiterbewegung in Litauen entstand in den 1880er Jahren und setzte sich aus kleinen konspirativen Gruppen zusammen, die anfangs unter dem Einfluß der polnischen PPS und des jüdischen Bundes standen. Die Partei hatte für ihre Selbständigkeit zu kämpfen, besonders gegen polnische und russische Führungsansprüche. Die Parteikonferenz von 1903 stellte fest, daß die Arbeiter nicht nur als Arbeiter ausgebeutet, sondern auch als Litauer ihrer nationalen und menschlichen Rechte beraubt werden. Deshalb begriff die LSDP den proletarischen Arbeiterkampf als allgemeine Volksbefreiung und nationalen Kampf für die »Freiheit der Litauer, die uns eine demokratische Republik Litauens einbringen wird«. Die LSDP befürwortete den bewaffneten Kampf gegen den Zarismus, besonders 1905–1907. Ihre Vertreter (*S. Kairys* u. a.) beeinflußten wesentlich die Beschlüsse des Wilnaer Landtages 1905. In der II. Duma war sie durch 5 Abgeordnete, in der III. Duma nur durch einen vertreten. Nach den Unruhen von 1905 setzte die Partei ihre Agitation im Untergrund fort. 1906 gelang es, eine Vereinigung mit den polnischen Sozialisten Litauens herbeizuführen. Dagegen unterblieb die schon vereinbarte Vereinigung mit der russischen RSDRP 1907. Innerhalb der Partei befehdeten sich heftig zwei Flügel: die sog. Autonomisten *(Z. Aleksa-Angarietis, P. Eidukevičius, V. Požėla)* und Föderalisten (*Kairys, A. Janulaitis,* bis 1906 auch *V. Mickevičius-Kapsukas*), d. h. Gegner und Anhänger einer Trennung von Rußland, wobei letztere siegten. Während des 1. Weltkrieges im deutschbesetzten Litauen arbeitete die LSDP mit den anderen nationalen Parteien zusammen. Ihre Vertreter *(Kairys, M. Biržiška)* gehörten dem Staatsrat an, der die Unabhängigkeit Litauens 1918 ausrief. In der provisorischen Regierung 1919 war sie durch 3 Minister vertreten. Amtlich eingetragen am 2. 10. 1919, betätigte sich die Partei legal bis 1936. Ihre Mitgliederzahl war stabil (etwa 3000 1907 u. 1926). Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Volksversammlung 1920 erhielt die LSDP 13 % Stimmen und 13 (12 %) Mandate, im 1. Seimas: 10 % bzw. 11 (14 %), im 2. Seimas: 11 % bzw. 8 (10 %), im 3. Seimas: 17 % bzw. 15 (18 %). Wegen ihres stark ausgeprägten Antiklerikalismus stand die LSDP in gespanntem Verhältnis zu der dominierenden Christlich-demokratischen Partei. Eine bedeutende Rolle spielte die LSDP in der kommunalen Selbstverwaltung, in den Gewerkschaften und im Genossenschaftswesen. Mit 2 Ministern beteiligte sie sich an der linken Koalitionsregierung von *M. Sleževičius* 1926. Nach dem Staatsstreich versuchten manche Parteiaktivisten (*J. Plečkaitis, J. Paplauskas, P. Mikulskis* u. a.) vergeblich, die Macht den Tautininkai durch Gewalt zu entreißen. Die Partei wurde am 6. 5. 1929 durch administrative Verordnung aufgelöst, am 3. 12. desselben Jahres jedoch vom Gericht wieder zugelassen, Februar 1936 offiziell aufgelöst, nach 1940 aktiv in der Untergrundbewegung. 1943 war die LSDP Gründungsmitglied des Obersten Befreiungskomitees (VLIK), dessen Vorsitz *Kairys* übernahm.

S. Kairys, Lietuva budo, New York 1957; Ders. (unter Pseud. S. A. Viktoras), LSDP for Lithuania's Freedom, London 1959; Ders., Tau, Lietuva, Boston, Mass. 1964; K. Bielinis, Dienojant, New York 1958; Ders., Penktieji metai, New York 1959; Ders., Gana to jungo, New York 1971; Lietuvos socialdemokratų partijos Užsienio delegatūros veiklos gairės, London 1968.

Tautininkai → Bund der litauischen Nationalisten.

Volksbund der Landleute Litauens (**LVLS,** Lietuvos Valstiečių Liaudininkų Sąjunga, kurz: Liaudininkai), linksliberale Bauernpartei, die sich aus der → DEMOKRATISCHEN PARTEI entwickelte.

Gründung 3./5. 12. 1922 in Kaunas durch die Vereinigung der VOLKSSOZIALISTEN mit dem → BUND DER LANDLEUTE unter Leitung von *F. Bortkevičienė, K. Grinius, J. Kriščiūnas, V. Lašas, M. Sleževičius, J. Staugaitis, Z. Toliušis, J. Vileišis, B. Žygelis.*

Programm: Die Liaudininkai bekannten sich zu den Grundsätzen des demokratischen Nationalstaates und der sozialen Gerechtigkeit. Ausgesprochen antiklerikal, forderten sie Trennung von Kirche und Staat auch als Mittel zur Gewährleistung der Glaubensfreiheit. Man forderte die Enteignung der Großwirtschaften über 50 ha, die Landreform zur Stärkung des bäuerlichen Mittelbesitzes sowie den Ausbau des Genossenschaftswesens.

Organisation: Die Partei gliederte sich in Ortsgruppen, Kreisausschüsse, Zentralkomitee, Zentralrat und Vollversammlung der Ortsgruppenvertreter. Diese wählte das Zentralkomitee, dessen Mitglieder zusammen mit den Vorsitzenden der Kreisausschüsse den Zentralrat bildeten. Die Ortsgruppen zeigten hohen Selbständigkeitsgrad, betrieben eigene Kooperative, Volksbanken, Kreditgenossenschaften.

Presse: ›Lietuvos ūkininkas‹, ›Lietuvos ži ›Sėja‹, ›Varpas‹ u. a.

Geschichte: Der linke Flügel der → DEMOKRATEN gründete 1917 in Rußland die VOLKSSOZIALISTISCHE PARTEI (LSLDP, Lietuvos Socialistų Liaudininkų Demokratų Partija), die bald darauf in zwei Richtungen zerfiel. Die revolutionären Volkssozialisten schlossen sich zum großen Teil den Kommunisten an und spielten keine besondere Rolle im politischen Leben Litauens. Die gemäßigte Richtung verwarf nicht nur die Revolution als Mittel zum Aufbau des Sozialismus, sondern hielt an der Idee einer demokratischen und unabhängigen Republik fest und arbeitete eng mit dem → BUND DER LANDLEUTE zusammen. Die demokratischen Volkssozialisten begannen ihre Tätigkeit in Litauen Ende 1918. Ihr Führer *Sleževičius* organisierte an der Spitze der 2. und 4. Provisorischen Regierung 1918–1919 die wirksame Verteidigung der Republik und baute den Staatsapparat auf. Seine fruchtbare Politik der Zusammenarbeit mit den CHRISTDEMOKRATEN setzte *Grinius* an der Spitze der Koalitionsregierung 1920–1922 fort, bevor sie kurz vor Verabschiedung des Grundgesetzes aufgrund der unüberbrückbaren ideologischen Gegensätze, besonders in der Kirchen- und Schulpolitik, zerbrach. Bei allen Parlamentswahlen bewährte sich der volkssozialistische Block als zweitstärkste Partei: 1920: 23 % der Stimmen und 29 (26 %) Mandate; 1922: 18 % bzw. 19 (24 %); 1923: 18 % bzw. 16 (21 %); 1926: 22 % bzw. 22 (26 %). Nach den letzten Wahlen gelang es der Partei, eine parlamentarische Mehrheit der Linkskoalition zu bilden, mit deren Hilfe sie aus ihren Reihen den Staatspräsidenten *Grinius* und den Ministerpräsidenten *Sleževičius* stellte. Der Kunstgriff, die stärkste Partei, die CHRISTDEMOKRATEN, in die Opposition zu drängen, war von kurzer Dauer und führte zum Staatsstreich vom 17. 12. 1926. Die LVLS überlebte das Parteienverbot 1936. In der gemeinsamen Opposition zum TAUTININKAI-Regime versöhnte sie sich mit den CHRISTDEMOKRATEN und schickte ihre Vertreter in die Koalitionsregierung 1939/40. Die Partei war stark in der Provisorischen Regierung vom 23. 6. bis 5. 8. 1941 unter Ministerpräsident *K. Škirpa* vertreten. 1943 Mitbegründer des VLIK (→ Einleitung), seit 1944 im Exil wirksam.

A. Rūkas, (Hg.), Mykolas Sleževičius, Chicago 1954; The Lithuanian Peasant Populist Union (»The Baltic Review«, Jg. 1957, H. 10); J. Audenas, Valstiečiai liaudininkai (In: Liet. encikl., Bd. 33, So. Boston 1965).

Volkssozialisten (**LSLDP,** Lietuvos Socialistų Liaudininkų Demokratų Partija) → Volksbund der Landleute Litauens.

LUXEMBURG

von

GILBERT TRAUSCH

Das moderne Luxemburg ist eine Gründung des Wiener Kongresses (1815). Als Großherzogtum wurde es dem König der Niederlande, *Wilhelm I.*, als Kompensation zugesprochen (Personalunion). Ein eigentliches politisches Leben bestand nicht in dem unterentwickelten Agrarland. Ohne Luxemburgs Selbständigkeit zu respektieren, behandelte *Wilhelm* das Großherzogtum einfach als 18. Provinz seines Königreiches. Die belgische Revolution (1830), der sich auch die Luxemburger anschlossen, führte zur Teilung des Landes (1839). Der französisch sprechende Teil kam an Belgien, der »letzeburgesch« (mosel-fränkischer Dialekt) sprechende Teil bildete das unabhängige Großherzogtum Luxemburg.

Unter *Wilhelm II.* (1840–1849) führte die Trennung der Verwaltung zwischen den Niederlanden und Luxemburg zur allmählichen Bildung eines modernen Staatsgefüges. Eine vom König-Großherzog gewährte Ständeverfassung (1841) gestand den von wenigen Wahlmännern gewählten Landständen sehr beschränkte Rechte zu.

Das Jahr 1848 brachte eine liberale Verfassung im modernen Sinne, in Anlehnung an die Verfassung Belgiens von 1831: Trennung der Gewalten, Tätigkeit des Staatsoberhauptes auf die Exekutive beschränkt, herabgesetzter Wahlzensus (10 Franken), Einführung der bürgerlichen Freiheiten. Die Folge war eine Belebung des politischen Lebens. Im Gegensatz zu einer liberal-konservativen Tendenz bildeten sich eine fortschrittlich-liberale und eine (teilweise) fortschrittlich-katholische Richtung heraus.

Unter *Wilhelm III.* (1849–1890) kam es unter dem Einfluß der reaktionären Welle in den Nachbarländern (Deutscher Bund, Napoleon III.), zu einer konservativen Reaktion: Auflösung der Kammer, Bildung einer neuen Regierung (1853) und schließlich das rechtswidrige Aufzwingen einer reaktionären Verfassungsänderung (1856): die Kammer wurde durch Landstände ersetzt, die bürgerlichen Freiheiten und das Wahlrecht eingeschränkt.

1868 erfolgte eine weitgehende Verfassungsänderung im liberalen Sinne: Verantwortung der Exekutive vor der Kammer, erneut Einführung der bürgerlichen Freiheiten und erweitertes Zensuswahlrecht. Die Macht des Fürsten war jedoch stärker ausgeprägt als in der Verfassung von 1848 (er nahm an der gesetzgebenden Gewalt teil und besaß ein Vetorecht), was Anfang des 20. Jahrhunderts zu Spannungen mit der Volksvertretung führte. Ab 1870 begann in Luxemburg die sogenannte »Industrielle Revolution« (1868: 93 000 t Roheisen, 1913: 2 500 000 t); im Süden des Landes entstanden mächtige Hüttenwerke. Die Folgen waren große gesellschaftliche Veränderungen. Die Luxemburger Arbeiterklasse war weitgehend durch den hohen Anteil der Fremdarbeiter in der Schwerindustrie geprägt (1911: 64 % Ausländer, meistens Italiener und Deutsche), wodurch das Aufkommen gewerkschaftlicher sowie sozialistischer Bewegungen behindert wurde. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges

waren kaum tausend Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Bevölkerungsverschiebungen stärkten den politischen Einfluß des Erzbeckens und der Hauptstadt mit Umgebung (25 von 52 Mandaten im Jahre 1911) auf Kosten der Agrargebiete.

Trotz verschiedener Ansätze kam es vor Beginn des 20. Jh. nicht zur Bildung von eigentlichen Parteien. Im Parlament bildeten sich Gruppen um einige hervorragende Persönlichkeiten. Gegen Ende des 19. Jh. schälten sich klar zwei Gruppen heraus: eine liberal-progressistische (antiklerikale) um *Norbert* und *Léon Metz* (deshalb auch »Metze-Partei« genannt) und um *Alexis* und *Robert Brasseur;* eine katholisch-konservative (klerikale) Gruppe um *E. Prüm.* Zwischen diesen beiden Gruppen gab es sogenannte Unabhängige.

Hauptmerkmale sind zu jener Zeit: 1) Die politischen Kämpfe waren hauptsächlich ideologischer Natur: die Beziehungen zwischen Kirche und Staat, der Einfluß der Kirche auf die Schule (Streit um die Schulgesetze von 1898 und 1912), die Auslegung der Verfassung von 1868 bezüglich der Rechte der Krone (1890 Ende der Personalunion mit Holland, Thronbesteigung der Dynastie Nassau-Weilburg). 2) Das politische Leben und die politischen Gruppierungen waren stark vom Geschehen in den Nachbarländern geprägt. Der heftige »Kulturkampf« in Luxemburg zu Beginn des 20. Jh. fand im Schatten der Ereignisse in Frankreich statt (Dreyfus-Prozeß, Trennung von Kirche und Staat); Sozialisten wie Katholiken orientierten sich stark an den analogen politischen Strömungen in Deutschland, Belgien und Frankreich.

Aus der Mischung ausländischer Einflüsse mit bodenständigen Eigenarten entstand Anfang des 20. Jh. ein Parteienwesen, das sich zwar am Beispiel des Auslandes ausrichtete, aber typisch luxemburgisch geprägt war.

Hierzu trug auch die progressive Herabsetzung des Wahlzensus auf ein Minimum bei (Gesetze von 1901 und 1913). Das 1919 eingeführte allgemeine Wahlrecht (auch für Frauen) und das Mehrheitssystem nach Parteilisten (in vier getrennten Wahlbezirken), führten zu einer mehr als fünfzigjährigen Vorherrschaft der katholischen Partei (→ CHRISTLICH-SOZIALE VOLKSPARTEI).

Im wesentlichen blieb das politische Leben bis heute auf die drei zwischen 1902 und 1914 gegründeten Parteien beschränkt (1902/03 die LUXEMBURGER SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI, 1904 die DEMOKRATISCHE PARTEI, 1914 die CHRISTLICH-SOZIALE VOLKSPARTEI), mit Ausnahme der 1921 gegründeten LUXEMBURGER KOMMUNISTISCHEN PARTEI. Unabhängige Kandidaturen, wie sie bis 1919 häufig waren, gingen immer mehr zurück und verschwanden nach 1945 vollständig. 1955–65 deutete eine gleichzeitige Schwächung der liberalen und der kommunistischen Parteien auf ein Zweiparteiensystem hin, es gelang den beiden Parteien aber, sich zu erholen. Da seit den Wahlen von 1925 keine Partei mehr die absolute Mehrheit im Parlament erreichte, gab es nur Koalitionsregierungen: von 1926 bis 1945 und von 1947 bis 1974 regierte die → CHRISTLICH-SOZIALE VOLKSPARTEI 26 Jahre in Koalition mit den Liberalen und 18 Jahre mit den Sozialisten. Von 1925 bis 1926 und 1974 bis 1979 bestand eine liberal-sozialistische Koalition, von 1945 bis 1947 eine Regierung der nationalen Einheit. Seit 1979 wiederum eine Koalition der Christlich-Sozialen mit den Liberalen. Mit den Nachbarstaaten verglichen, ist die große Stabilität des Luxemburger Parteiensystems auffallend. Seit mehr als fünfzig Jahren dreht sich das politische Leben um vier Parteien – besser gesagt um drei, da die LKP im parlamentarischen Spiel abseits steht. Bemerkenswert ist, daß keine Neugründung und auch keine Parteiabspaltung sich auf die Dauer halten konnte.

In außenpolitischer Hinsicht besteht seit 1920 ein weitgehender Konsens der drei

»nationalen Parteien«: bis 1940 Wahrung der Neutralität im Rahmen des Völkerbundes, seit 1944 Sicherung durch Bündnisse mit den Westmächten (Brüsseler Pakt 1948, NATO 1949).

P. Weber, Geschichte des Luxemburger Landes, Luxemburg 1948; N. Schaeffer, Les forces politiques au Grand-Duché de Luxembourg 1919–1960 (unveröff. Diss.), Paris 1961; G. Trausch, Le Luxembourg à l'époque contemporaine du partage de 1839 à nos jours, Luxembourg 1975.

Arbeiterpartei Luxemburgs (APL) → Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei.

Christlich-Soziale Volkspartei (CSV/PSC, Chrestlech-Sozial Vollekspartei/Parti Chrétien Social).

Gründung: 16. 1. 1914 in Luxemburg-Stadt von Vertretern der katholischen Presse (›Luxemburger Wort‹, ›Luxemburger Volk‹), des Volksvereins und der katholischen Abg. in der Kammer unter der Bezeichnung PARTEI DER RECHTEN (PdR). 1. Präsident *Ph. Bech* († Juni 1914, ersetzt durch *M. Huss*), 1. Generalsekretär *P. Dupong*. Die Partei ist auch für Nichtkatholiken offen.

Programm: Wichtigste Punkte im Gründungsprogramm waren »Förderung der allgemeinen Volkswahl im Einklang mit den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes«, Verteidigung der Freiheit der Kirche und der Gemeindeautonomie, Einführung des kollektiven Arbeitsvertrages und eines obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens. Die Interessen der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen sollte eine wählbare Ständevertretung (z. B. Berufskammer) wahren. Erhaltung der Privatinitiative auf wirtschaftlichem Gebiet. Gegenwärtig verfolgt die CSV als ausgesprochene Volkspartei eine Politik des sozialen Ausgleichs durch breitgestreute Vermögensbildung und steuerliche Entlastung der unteren Einkommensgruppen. Sie war maßgeblich an der Einführung der Mitbestimmung beteiligt (1973).

Organisation: Die Besetzung des Parteivorstandes spiegelt die drei Hauptelemente der katholischen Kräfte wider; er umfaßt Vertreter 1) der Kammerfraktion, 2) der den Katholiken nahestehenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Landesorganisationen und 3) der der Partei nahestehenden katholischen Presse. Parteiaufbau und Ortsgruppen waren nach den vier offiziellen Wahlkreisen in Bezirke zusammengefaßt mit alljährlichem Bezirkskongreß; jedes Jahr nationaler Parteitag; 1919 Gründung eines ständigen Parteisekretariates.

Presse: ›Luxemburger Wort‹, Tageszeitung, seit 1848.

Geschichte: Bereits ein Jahr nach ihrer Gründung, 1915, konnte die PdR bei den Kammerwahlen einen großen Erfolg erzielen (25 von 52 Mandaten). Der Versuch einer homogenen Rechtsregierung scheiterte jedoch; daraufhin beteiligte sich die PdR an mehreren Koalitionsregierungen (ab 1916), deren Führung sie ab 1917 übernahm. Nach dem Rückzug der deutschen Besatzungstruppen kam es zwischen November 1918 und Januar 1919 zu schweren innerpolitischen Unruhen, bei denen die Linksparteien erfolglos versuchten, die Dynastie zu stürzen und die Republik einzuführen, wobei ein Anschluß an Frankreich oder Belgien nicht ausgeschlossen wurde. Die PdR war unentwegter Verteidiger von Dynastie und nationaler Unabhängigkeit, zwischen denen sie einen Zusammenhang sah. Ihre feste Haltung und die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes (einschließlich des Frauenstimmrechts) verhalfen der PdR 1919 zur absoluten Majorität: 50 % der Stimmen und 27 von 48 Mandaten im Parlament. Weitere Gründe für diesen Erfolg waren die hohe Religiösität im damaligen Luxemburg, die Stärke und Dynamik katholischer Organisationen (Volksverein, Jugendorganisationen, Frauenverbände) sowie der der Partei nahestehenden Berufsverbände (Verband landwirtschaftlicher Lokalvereine) und des 1921 gegründeten »Letzeburger chreschtleche Gewerkschaftsbond« (LCGB) und schließlich der Aufschwung der katholischen Presse. Das Zusammenspiel all dieser Faktoren erklärt den langjährigen Erfolg der Partei: von 1919 bis 1974 (mit nur einer 18monatigen Unterbrechung 1925–26) und wieder ab 1979 stellte die PdR regelmäßig den Regierungspräsidenten (Staatsminister) und bildete die Regierung, ab 1926 allerdings nur noch in Koalitionen, in denen sie das stärkste Element darstellte. Die Partei konnte nun an die Verwirklichung ihres Programms gehen. Wichtigste Maßnahmen waren die Einführung der Berufskammern (1924), die Einführung der Kollektivverträge und eines Nationalen Arbeitsrates zur Schlichtung von Arbeitskonflikten (1936), allerdings unter dem Druck der Straße (gemeinsame Protestaktion der sozialistischen und christlichen Gewerkschaften). Unter dem Einfluß zweier Geistlicher, *J. Origer* (Fraktionsführer der PdR) und *J. B. Esch* verteidigte die PdR ein Programm der berufsständischen Ordnung. Eine von Antikommunismus und autoritärem Staatsdenken beeinflußte PdR setzte im Parlament zusammen mit den Liberalen ein Ordnungsgesetz zum Verbot kommunistischer und anderer revolutionärer Parteien und Verbände durch. Ein zu diesem Ge-

setz von Staatsminister *J. Bech* zugestandenes Volksreferendum sprach sich knapp dagegen aus (1937). *Bech* wurde an der Regierungsspitze durch *P. Dupong* ersetzt, verblieb aber im Außenministerium. Zum erstenmal bildete die PdR daraufhin eine Regierungskoalition mit der Arbeiterpartei (→ Luxemburger Sozialistische Arbeiter Partei). Es war diese Regierung, die am 10. 5. 1940 ins Exil ging und nach der Befreiung (10. 9. 1944) zurückkehrte.

Während der ersten Jahre ihrer offiziellen Existenz (1914–40) blieben der PdR Tendenzstreitigkeiten und Abspaltungen nicht erspart. Dem konservativen Flügel (Agrarier im Norden und Osten, den Liberalen wirtschaftlich nahestehende Elemente im Zentrum) stand die christlich-soziale Richtung im Süden gegenüber, die Einflüsse des deutschen Volksvereins als auch der katholischen Jugendbewegung in Frankreich *(M. Sangnier)* in sich vereinte. In den Anfangsjahren, besonders in den oppositionellen Kriegsjahren, war letztere tonangebend. Mit der Regierungsverantwortung, den revolutionären Umtrieben in Luxemburg (1918–19) und dem großen Streik von 1921 kam es zu einer Vorherrschaft konservativer Kräfte in der Koalitionsregierung *Bech* (PdR und Liberale, 1926–37), bis bei dem Regierungswechsel von 1937 die christlich-soziale Richtung weiter an Einfluß gewann. Die Gründung von nationalen Splitterparteien durch *P. Prüm* (1919) und *L. Müller* (1937) konnte ohne dauernden Schaden überwunden werden. Zwar ging die absolute Mehrheit verloren, aber die Wahlresultate pendelten sich bei 41–42 % ein; mit Abstand blieb die PdR die stärkste Partei, ohne die keine dauernde Regierungsbildung möglich war.

Im Dezember 1944 änderte die PdR ihren Namen in Christlich-Soziale Volkspartei um. Die Namensänderung deutet auf eine stärkere Ausrichtung in christlich-sozial-demokratischer Richtung, im Sinne der Bestrebungen vor dem Krieg und unter dem Einfluß der Schriften des französischen Philosophen *J. Maritain* zur christlichen Demokratie. Nach ausgezeichneten Wahlresultaten in der Nachkriegszeit (1945: 44,7 %; 1954: 45,2 %) erfolgte ein erster Einbruch bei den Wahlen von 1959 (38,8 %), wobei die Verluste zum Teil auf einen Konflikt mit der großen landwirtschaftlichen Einheitsgewerkschaft »Centrale paysanne« zurückgingen. Von diesem Rückschlag hat sich die CSV nicht erholt (1964: 35,6 %; 1968: 37,5 %). Ein zweiter ereignete sich 1974 (29,9 %). Die Ursachen dieser Entwicklung lagen in den Abnützungserscheinungen nach mehr als fünfzigjähriger Machtausübung, vor allem aber in einer der CSV wenig günstigen Gesellschaftsentwicklung: Landflucht (Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe von 11 445 [1950] auf 4857 [1977]); besonders starke Entwicklung der Dienstleistungen (Luxemburg als internationaler Finanzplatz), schneller Rückgang der religiösen Praxis in den letzten 20 Jahren (1957: 54 % regelmäßige Kirchgänger; 1977: 30 %). Bei den Wahlen von 1979 kam die CSV allerdings fast wieder an ihr Resultat von 1959 heran (34,4 %). Intern stehen sich nach wie vor der konservativ-radikale Flügel (frühere Agrarier) und der dem LCGB nahestehende, mehr progressive Flügel gegenüber, dazwischen vermittelnd und die Partei zusammenhaltend die Leute der Mitte *(P. Werner, J. Santer)*.

P. Grégoire, Das Luxemburger Wort für Wahrheit und Recht, Luxemburg 1936; E. Schaus, Ursprung und Leistung einer Partei. Rechtspartei und Christlich-Soziale Volkspartei 1914–1974, Luxemburg 1974.

Demokratische Partei (**DP/PD,** Demokratesch Partei/Parti Démocratique).

Gründung: Im Zuge der politischen Neubelebung Anfang des 20. Jh. und angesichts des aufstrebenden politischen Katholizismus stellte ein Aufruf (9. 1. 1904) den »Zusammenschluß aller liberalen Elemente« als eine »Lebensfrage« dar. Zugleich wurde eine Liberale Liga gegründet. Diese Gründung stand im Zusammenhang mit einem Generationswechsel: eine Gruppe Jungliberaler *(M. Pescatore, L. Lacroix, B. Weber)* unter dem Impuls von *R. Brasseur* übernahm die Führung von den Altliberalen *(A. Brasseur* und *L. Metz)*.

Programm: Das Hauptziel geht aus dem Aufruf von 1904 hervor: »Der Liberalismus ist heute nur in einer einzigen Richtung Kampfpartei: in seiner Richtung gegen die klerikalen Bedrücker.« Auf dieser Basis suchten die Jungliberalen ein Bündnis mit dem aufkommenden Sozialismus. Die Liga erklärte sich im Prinzip für das allgemeine Stimmrecht, trat für die Einführung einer modernen Sozialgesetzgebung (Alters- und Invaliditätsversicherung) und für eine Steuer- und Justizreform ein und wandte sich gegen klerikale Bevormundung im Primärschulwesen (Gesetz von 1898) sowie gegen das freie Niederlassungsrecht der Klöster.

Organisation: Der Name Liga deutet eher auf eine lose Verbindung als auf eine straffe Organisation hin. Hauptzweck war, bei den Wahlen eine gewisse Einheit zu erzielen –, sonst trat die Organisation wenig in Erscheinung. In ihrem politischen Kampf konnten die Liberalen sich auf die 1910 gegründeten Volksbildungsvereine stützen.

Presse: ›Luxemburger Zeitung‹, 1868–1941; ›Letzeburger Journal‹, seit 1948.

Geschichte: Der Gründung der Liberalen Liga folgte eine Annäherung an die sozialistische Partei. Bei den Kammerwahlen im Südbezirk (1908) schlossen Liberale und Sozialisten in der Stichwahl ein Bündnis, aus dem auf Landesebene der Block der Linken hervorging. Die beiden Linksparteien einigten sich auf ein antiklerikales Programm und drängten die Katholiken in die Opposition. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Linksblock auf der einen, der Krone im Verein mit der Rechten auf der anderen Seite (Schulgesetz von 1912, Beamtenernennungen

1914–15), wobei nach beiderseitigem Prestigeverlust die Krone schließlich nachgeben mußte.

Das Bündnis mit den Sozialisten hielt den durch den Krieg hervorgerufenen sozialen Spannungen jedoch nicht stand und brach 1916–17 auseinander. Aus Abneigung gegen die Großherzogin nahmen die Liberalen in den Nachkriegsjahren eine pro-belgische Haltung (Personalunion) ein. Beim Referendum (1919) entschied sich aber die Mehrheit der Luxemburger für die Unabhängigkeit. Dies und die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes (1919) brachten den Liberalen eine empfindliche Schlappe bei (23,9 %). Die große Honoratiorenpartei, die seit einer Generation das parlamentarische Leben beherrscht hatte, war dem Zusammenbruch nahe. Die Liberale Liga war auch organisatorisch den neuen Anforderungen nicht gewachsen. Innere Streitigkeiten, die mit einem Generationswechsel zusammenhingen, zerbrachen die Einheit der Partei. Neben den Altliberalen *(R. Brasseur)* trat eine neuliberale, Radikal-Sozialistische Partei (*G. Diderich,* Bürgermeister der Stadt Luxemburg, *M. Cohen*) auf. Der Eintritt der Radikal-Sozialisten in eine Koalitionsregierung mit der Partei der Rechten (1926) gab dem Liberalismus neuen politischen Halt. In den dreißiger Jahren gelang es *A. Nickels,* alle Tendenzen in der Radikal-Liberalen Partei zusammenzufassen (1934). Eine neue allgemeine Programmfassung stellte die Partei »auf den Boden des Privateigentums«, der »demokratischen und parlamentarischen Einrichtungen« und zielte auf die »Abwehr jeder auf Diktaturen eines Einzelnen, einer Partei oder einer Klasse hinzielenden Bestrebungen«. Kurz nach dem Eintritt der Sozialisten in die Koalitionsregierung (1937) ersetzten die Liberalen ihr verstorbenes Regierungsmitglied nicht mehr, so daß kein Liberaler in der Exilregierung (1940–44) vertreten war.

Nach der Befreiung (10. September 1944) organisierten sich die politischen Kräfte auf neuer Basis. Neben den eingebürgerten Parteien (Christlich-Soziale, Sozialisten und Kommunisten) entstand ein in seiner Zielrichtung überparteiliches Sammelbecken, die »Patriotische und demokratische Sammlung« (Groupement patriotique et démocratique), deren treibende Kräfte aus der Widerstandsbewegung gegen das Deutschland Hitlers hervorgegangen waren. Am traditionellen Liberalismus waren nur noch wenige interessiert.

G. Diderich tat einen klugen Schachzug, als er die wenigen liberalen Elemente um sich sammelte und in die Sammlung überführte. Nach und nach entstand hieraus eine erneuerte Liberale Partei. Zuerst ließ man nach dem Abflauen der vaterländischen Begeisterung das Wort »patriotique« fallen (1952), später ersetzte man das Wort »groupement« durch »parti«. Fortan traten die liberalen Kräfte unter dem Namen Demokratische Partei auf (1955). Neue Männer ohne Bindungen an den doktrinären Liberalismus der Vorkriegszeit *(F. Schaus, E. Hamilius, L. Koenig)* prägten die neue Richtung. Ein weiterer Generationswechsel fand in den sechziger Jahren statt mit *G. Thorn, C. Flesch* und *M. Mart.* Die DP spricht naturgemäß besonders die gehobene Bürgerschicht und die Mittelklassen an, in denen allerdings die Wahlfluktuation besonders spürbar wird. So erklären sich die wechselnden Wahlresultate: 1945: 18 % = 9 Mandate; 1954: 12,3 % = 6 Mandate; 1959: 20,3 % = 11 Mandate; 1964: 12,2 % = 6 Mandate; 1968: 18 % = 11 Mandate. Die Wahlen von 1974 brachten insofern eine Überraschung, als entgegen den Erwartungen die DP nach einer Regierungsbeteiligung keine Stimmen verlor, sondern hinzugewann (23,2 % = 14 Mandate). So kam es zu einer Liberal-Sozialistischen Koalitionsregierung unter Führung von *Thorn.* Zum erstenmal seit 1917 stand damit wieder ein liberaler Politiker an der Regierungsspitze. Bei den Wahlen von 1979 konnte die DP noch überraschender ihre 1974 eroberte Stellung behaupten (21,9 = 15 Mandate), mußte aber ihre Regierungsführung an die CSV abtreten. Ihre besten Resultate erreichte die DP in der Hauptstadt. Seit 1921 ist mit Ausnahme der Jahre 1964–69 immer ein Liberaler Bürgermeister der Stadt Luxemburg (seit 1981 *C. Polfer*). Nach den Schwierigkeiten der zwanziger und dreißiger Jahre scheint die Liberale Partei (wie die DP des öfteren genannt wird) sich wieder fest in das politische Leben eingependelt zu haben und kann Alternativlösungen bei der Bildung von Regierungskoalitionen anbieten.

Jahrbuch der Luxemburger Radikal-Liberalen Partei. Ein Jahrhundert liberaler Politik, Luxemburg 1939.

Liberale Liga → Demokratische Partei.

Liberale Partei (Parti Libéral) → Demokratische Partei.

Luxemburger Kommunistische Partei (LKP/PCL, Letzeburger Kommunistesch Partei/Parti Communiste Luxembourgeois). Gründung: 2. Januar 1921 auf dem Kongreß der Sozial-Demokratischen Partei (→ Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei) in Differdingen als linke Abspaltung. Der bedingungslose Anschluß an die Kommunistische Internationale wurde trotz eines Appells von *C. Zetkin,* die eigens von Tours nach Differdingen gekommen war, mit 67 gegen 21 Stimmen verworfen. Auf dem Kongreß der sozialistischen Jugend (13. Februar 1921) waren dagegen die Anhänger Moskaus siegreich, und die Jugendorganisation ging ins kommunistische Lager über.

Presse: ›Der Kampf‹ (1920–22); ›Arbeiterstimme‹ bzw. ›Volksstimme‹ (1930–40); ›Zeitung vum Letzeburger Vollek‹ (seit 1946). – Schon unmittelbar nach ihrer Gründung hatte die LKP mit beträchtlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein großer Abwehrstreik der Arbeiter der Eisenindustrie gegen massive Entlassungen (März 1921) brach ohne sichtbaren Erfolg zusammen. Interne Spannungen erschütterten die Partei, i

deren Verlauf der trotzkistische Flügel mit Mühe ausgeschaltet wurde. Wichtige Persönlichkeiten der orthodoxen Führung waren *B. Zenon* und *J. Bukovac*.

Die große Wirtschaftskrise von 1929 gab der LKP Aufwind. Innerhalb der sozialistischen Gewerkschaft bildete sich eine Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition. Bei den Kammerwahlen (1934) im industriellen Südbezirk errang die Partei ihren ersten Wahlerfolg: 7,3 % der Stimmen und den ersten Sitz im Parlament. Die Reaktion ließ nicht auf sich warten. Die Kammermehrheit aus Rechtspartei und Liberalen beschloß gegen die Stimmen der Sozialisten den Ausschluß des kommunistischen Abgeordneten. 1937 wurde ein Gesetz zum Schutz der sozialen Ordnung, das ein Verbot der LKP und aller revolutionär-verfassungsfeindlichen Verbände vorsah, in der Kammer angenommen, durch ein Volksreferendum jedoch mit knapper Mehrheit (50,7 %) verworfen.

Nach dem 2. Weltkrieg wirkte sich der Beitrag der Sowjetunion zum Siege über den Faschismus für die LKP positiv aus. (11,1 % der Stimmen = 5 Mandate bei den ersten Nachkriegswahlen 1945). Die LKP war in der Regierung der Nationalen Einheit (1945–47) vertreten, und es gelang ihr, eine kommunistisch inspirierte Gewerkschaft (»Freie Letzeburger Arbechter«, FLA) ins Leben zu rufen (1945), die beachtliche Anfangserfolge erzielte, 1966 aber vom LAV (→ LSAP) absorbiert wurde. Zu Beginn des »kalten Krieges« erfolgte die Rückkehr in eine kompromißlose Opposition, gleichzeitig Rückgang der Wählerstimmen (Tiefpunkt: 7,2 % der Stimmen = 3 Mandate). Einem neuen Aufwärtstrend (1968: 13,1 %), folgte ein erneuter Rückgang (1974: 8,7 %; 1979: 4,9 %).

Hochburg der LKP ist traditionell der industrielle Südbezirk. Die Partei hält an der engen Bindung zur UdSSR fest und steht infolgedessen den eurokommunistischen Bestrebungen ablehnend gegenüber.

40 Jahre Kommunistische Partei Luxemburgs, Luxemburg 1960; 1921–1981 Beiträge zur Geschichte der Kommunistischen Partei Luxemburgs, Luxemburg 1981.

Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP/POSL, Letzeburger Sozialistesch Arbechter Partei/Parti Ouvrier Socialiste Luxembourgeois) Gründung: am 2. Januar 1902 wurde ein sozial-demokratischer Debattierclub gegründet, aus dem im folgenden Jahr die SOZIAL-DEMOKRATISCHE PARTEI (SDP) hervorging. Es war dies die erste formelle Parteigründung in Luxemburg.

Bei der Gründung traten zwei Gruppen hervor: eine bürgerlich-intellektuelle Gruppe, angeführt vom Arzt *M. Welter*, mit dem Industriellen *C. M. Spoo* und mehreren Advokaten *(X. Brasseur, L. Metzler)* und eine Arbeitergruppe, bei der es sich bezeichnenderweise um Handwerker und nicht um Arbeiter der Großindustrie handelte: *J. Schaack, J. Thilmany, G. Droessart*. Die treibende Kraft der Partei bis zum 1. Weltkrieg war *Dr. Welter*.

Programm (1902): Allgemeines Wahlrecht (ab 21 Jahren), Rechtsprechung und Unterricht kostenlos, Reform der Steuer- und Sozialgesetzgebung im demokratischen Sinne, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Revision der Verfassung (»dieselbe mit den veränderten ökonomischen und politischen Verhältnissen in Einklang bringen«). Der 1. Parteikongreß fand 1903 in Luxemburg statt, der 2. 1904 in Esch. Dort Ausarbeitung eines allgemeinen Programms mit dem Fernziel einer »Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine sozialistische«, ohne aber darauf zu verzichten, »schon unter der Herrschaft des kapitalistischen Produktionssystems die Lage der arbeitenden Klassen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu heben und zu verbessern«. Bei späteren Gelegenheiten (1907) wurde noch das antimonarchische Prinzip betont.

Organisation: 7köpfige Parteileitung, vom alljährlichen Parteikongreß gewählt; Bildung von Ortsgruppen, die Delegierte zum Kongreß schicken.

Presse: Seit 1927 das in Gewerkschaftsbesitz übergegangene ›Escher Tageblatt‹. Vorausgegangen war eine Reihe kurzlebiger Periodika, u. a. ›Escher Courier‹, ›Escher Journal‹, ›Die Soziale Republik‹, ›Arbeiterzeitung‹.

Geschichte: Vorbild für die Luxemburger Sozialisten war in erster Linie die deutsche Sozialdemokratie, doch standen sie auch den Ideen von *J. Jaurès* und den belgischen Genossenschaften sehr nahe. Die SDP hatte von Anfang an mit erheblichen internen Schwierigkeiten zu kämpfen. Ein nach belgischem Vorbild großangelegtes Genossenschaftsunternehmen (»Maison du peuple«, Druckerei, Bücherei) mußte nach wenigen Jahren aufgelöst werden. Schon 1904 kam es zu einer ersten Spaltung: eine Linksgruppe um *Schaack, Thilmany* und *Droessart* bildete die SOZIAL-DEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI (SDAP: Zeitungsorgan ›Der arme Teufel‹, 1903–29), die sich jedoch nicht richtig durchsetzen konnte und 1912 den Weg zurück in die SDP fand. Trotz des in Luxemburg bis 1919 herrschenden Zensuswahlrechtes erzielte die SDP relativ gute Ergebnisse: 5 Abg. im Jahre 1902, 7 im Jahre 1905 (von 51). Sowohl die Spaltung von 1904 als auch die guten Wahlresultate sprechen für den Anklang, den die SDP über die Arbeiterklasse hinaus bei der Mittelklasse fand. Ein revolutionärer Sprachgebrauch konnte nicht über die reformistische Richtung der Partei hinwegtäuschen. Dieser von *Welter* inspirierte Kurs führte zu einem Wahlbündnis mit den Liberalen (1908, → DEMOKRATISCHE PARTEI), um dem aufstrebenden politischen Katholizismus (→ CHRISTLICH-SOZIALE VOLKSPARTEI) den Weg zur Macht zu verlegen. Das auf dem Boden des gemeinsamen Antiklerikalismus aufgebaute Bündnis erlag jedoch den durch den Ersten Weltkrieg hervorgerufenen sozialen Spannungen (1916–17). Bei den Unruhen im Winter 1918–19

(erfolgloser Versuch, die Republik einzuführen, Gefahr der Annexion durch Belgien) nahm die SDP eine unklare Haltung ein. Ihr Abschneiden bei den ersten Wahlen nach dem allgemeinen Stimmrecht war eher bescheiden: 17,5 % der Stimmen und 7 Mandate (von 48). Die Partei wurde durch die Abspaltung einer linken Gruppierung, die die → LKP/PCL bildete und durch die Unterstützung eines großen, erfolglosen Streiks in der Eisenindustrie (März 1921) geschwächt. Interne Schwierigkeiten und langsame Entwicklung waren die Folge: die erste ins Parlament gewählte Frau, eine Sozialistin, verursachte eine vorübergehende Spaltung zur liberalen Seite hin. Bei den allgemeinen Wahlen von 1925 erhielt die Partei 19 % der Stimmen. Eine langjährige, innere Aufbauarbeit und beharrliche Opposition im Parlament kennzeichneten die zwanziger und dreißiger Jahre. 1924 änderte die SDP ihren Namen in ARBEITERPARTEI LUXEMBURGS (APL). In ihrem Kampf konnte sich die Partei auf die 1916 gegründeten Gewerkschaften stützen (ab 1920 zusammengefaßt im Berg- und Metallindustrie-Verband).

In den dreißiger Jahren (Wirtschaftskrise) kam die Partei zum Erfolg. Treibende Kräfte waren die beiden Gewerkschaftler *P. Krier* und *N. Biever* sowie der Advokat *R. Blum*. Die Partei wehrte erfolgreich autoritäre Strömungen ab und trug entscheidend zur Ablehnung des Ordnungsgesetzes (→ CSV) bei. Ein gleichzeitiger Wahlerfolg ließ die Partei 1937 eine Regierungskoalition unter Führung der PARTEI DER RECHTEN (→ CSV) eingehen. Nach der Befreiung (September 1944) nahm die Partei den Namen Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei an. Alle Energien wurden zunächst der Stärkung der sozialistischen Gewerkschaft (»Letzeburger Arbechter Verband«, LAV) gewidmet, dem durch die kommunistisch inspirierte FLA (→ LKP) die Überholung von links drohte. Aus dem Exil in Großbritannien (enge Kontakte zur Labour-Partei) brachten die sozialistischen Minister ein umfangreiches Programm sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Demokratie mit dem Ideal einer parlamentarischen Demokratie mit nach Luxemburg, das zum größten Teil verwirklicht werden konnte. Bei den ersten allgemeinen Wahlen nach dem Krieg (Oktober 1945) schnitt die Partei überraschend schlecht ab (26,0 % der Stimmen). Widerwillig trat sie in die Regierung der Nationalen Union ein (1945), aus der sie 1947 zusammen mit der LKP in die Opposition überwechselte. Die Teilwahlen von 1948 (Süd- und Ostbezirk) waren erfolgreich. 1951 trat die LSAP in eine Regierungskoalition mit der CSV ein, in der sie bis zum Jahre 1959 verblieb. Der Weg zu einer großen Volkspartei (im Labour Sinne oder in Richtung Godesberger Programm der SPD) war offen. Lange Regierungsbeteiligungen (1937–47 und 1951–59) verstärkten den Sinn für allgemeine Probleme über die Arbeiterklasse hinaus. In der Parteiführung *(A. Krier)* herrschte ein ausgesprochener Antikommunismus vor. Die Spannungen innerhalb der Partei zwischen dem bürgerlich-intellektuellen und dem Gewerkschaftsflügel nahmen zu. 1959 setzte letzterer die Rückkehr in die Opposition durch.

Bei den Wahlen von 1964 errang die LSAP einen großen Sieg (35,9 %, 21 Mandate). Die Folge davon war eine erneute Regierungsbeteiligung, welche jedoch infolge interner Schwierigkeiten kurz vor dem Ende der Legislatur zerbrach.

Die vorzeitig herbeigeführten Wahlen (1968) erbrachten eine Niederlage und führten die Partei in die von den Gewerkschaften gewünschte Opposition. Die Spannungen innerhalb der Partei brachen offen aus und führten (1970–71) zur Spaltung: ein Teil des gemäßigten Flügels *(H. Cravatte)* bildete die neue SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (SDP, PSD). Langjährige persönliche Differenzen, das Gewicht des LAV sowie entgegengesetzte Ansichten zur Zusammenarbeit mit der LKP auf kommunalpolitischer Ebene erklären den Bruch. Die LSAP erholte sich relativ schnell von dem schweren Schlag. Bei den Wahlen von 1974 errang sie 27 % der Stimmen und 17 Mandate (zum Vergleich 1968: 31 % = 18 Mandate), die SDP/PSD erhielt 1974 10,1 % und 5 Mandate. Bei den Wahlen von 1979 verloren überraschenderweise beide sozialistischen Parteien (LSAP: 22,5 % = 14 Mandate; SDP/PSD: 6,4 % = 2 Mandate).

A. Krier, 75 Joer Letzeburger Sozialismus, Luxemburg 1977; J. Wehenkel-Frisch, Der arme Teufel. Monographie d'un journal socialiste luxembourgeois 1903–1929, Luxemburg 1978; B. Fayot, Sozialismus in Luxemburg von den Anfängen bis 1940, Luxemburg 1979.

Partei der Rechten (**PdR,** Parti de la Droite) → Christlich-Soziale Volkspartei.

Radikal-Liberale Partei (**RLP,** Parti Radical-Libéral) → Demokratische Partei.

Radikal-Sozialistische Partei (**RSP,** Parti Radical-Socialiste) → Demokratische Partei.

MALTA

von

HENRY FRENDO*

Malta – mit gegenwärtig etwa 330 000 Einwohnern (und dabei 1045 auf 1 km²) einer der am dichtest besiedelten Staaten der Welt – blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Ihre strategisch günstige Lage zwischen Sizilien und Nordafrika und ihre natürlichen Häfen machten die Insel zu einem begehrten Herrschaftsobjekt: nacheinander unterstand sie den Arabern, den Normannen, dem Johanniterorden, bevor sie sich im Jahre 1800 unter den Schutz der britischen Krone begab. Der Pariser Frieden von 1814 bestätigte diese Regelung, Malta wurde britische Kronkolonie und diente fortan den Engländern als Militär- und Marinestützpunkt für die Sicherung der Verbindungswege des Empire. Seit 1964 ist Malta unabhängig, es verblieb jedoch im Staatenverband des Commonwealth.

Eine erste Form parlamentarischer Repräsentation erhielt Malta im Zuge der Verfassungsreform von 1849, aufgrund derer dem britischen Gouverneur ein Legislative Council beigeordnet wurde, von dessen 18 Mitgliedern 8 durch die Bevölkerung gewählt wurden. Die Verfassung von 1887 legte eine Abgeordnetenzahl von 20 fest, von denen 14 durch Wahl ermittelt und nur noch 6 vom Gouverneur ernannt wurden. Die Abgeordnetenversammlung erhielt zwar das Budgetrecht zugesprochen, jedoch verblieb die Regierungsgewalt nach wie vor ausschließlich beim Gouverneur. Den Abgeordneten blieb somit nur das Mittel der Budgetverweigerung, wenn sie der Politik des Gouverneurs nicht zustimmten, was letzteren wiederum zwang, das Budgetrecht per Verordnung aufzuheben. Die daraus resultierende permanente verfassungspolitische Krise führte 1903 zur Suspendierung der Verfassung. Erst 1921 erhielt Malta dann die Selbstverwaltung in inneren Angelegenheiten durch den Erlaß einer neuen Verfassung seitens der britischen Regierung. Neben den Generalgouverneur trat jetzt ein dem Parlament verantwortliches Kabinett. Die Bereiche Außenpolitik und Verteidigung blieben dem Gouverneur unterstellt, der darüber hinaus durch Rechtsverordnungen auch in die Innenpolitik eingreifen konnte. Das Parlament setzte sich aus zwei Kammern zusammen, Senat und Gesetzgebender Versammlung (Legislative Assembly). Für die Wahl der 7 Senatoren galt ein an Besitz und Bildungsstand gebundenes Wahlrecht, für die Wahl der 32 Abgeordneten der zweiten Kammer waren Besitz oder Bildung Voraussetzung. Damit blieb das aktive Wahlrecht auf etwa die Hälfte der Bevölkerung begrenzt. 1930–32 und erneut 1933 wurde auch diese Verfassung seitens der britischen Regierung suspendiert, nachdem massive Kampagnen der katholischen Kirche gegen den Kurs der → VERFASSUNGSPARTEI zu schweren politischen Unruhen geführt hatten. Nach zumeist ergebnislosen oder kurzlebigen Versuchen, zu einem neuen verfassungsrechtlichen

* Übersetzung aus dem Englischen von Frank Wende

Rahmen zu gelangen, fand Malta erst wieder mit der Verfassung von 1947 auf Dauer zum parlamentarischen Regierungssystem zurück. Sie war in Verhandlungen eines maltesischen Nationalkongresses mit dem Beauftragten der britischen Regierung erstellt worden. Der Senat wurde abgeschafft, das verbleibende Einkammerparlament auf 40 Mitglieder erweitert. Wahlrechtsbeschränkungen gab es für Männer bereits seit 1945 nicht mehr, 1947 erhielten auch die Frauen Wahlrecht.

Als Malta 1958 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um seinen künftigen unabhängigen Status in eine schwere politische Krise geriet, in deren Verlauf keine der beiden großen Parteien zur Übernahme der Regierungsverantwortung bereit war, wurde die Insel noch einmal für 4 Jahre unter erneuter Suspendierung der Verfassung vom Gouverneur verwaltet. 1964 erhielt Malta die Unabhängigkeit, ohne daß die Bindung an England schon völlig gelöst wurde. Das Amt des Generalgouverneurs, der mit der vollziehenden Gewalt betraut war, blieb noch bestehen. Es wurde erst durch die am 13. 12. 1974 verabschiedete Verfassung abgeschafft, aufgrund deren Malta zur Republik erklärt wurde. Die Funktionen des Generalgouverneurs gingen auf den Präsidenten über.

Bis etwa 1870 gab es auf Malta zwar politische Gruppierungen unterschiedlicher Art, jedoch kann man bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht von der Existenz politischer Parteien sprechen. Dies änderte sich, als nach Eröffnung des Suez-Kanals (1869) und im Gefolge der italienischen Einigungsbewegung der Mittelmeerraum für die Großmächte an Bedeutung gewann und Maltas strategischer Wert damit noch gesteigert wurde. Innenpolitisch bewirkte dieser Vorgang ein stärkeres Erwachen des politischen Selbstbewußtseins der Malteser. Die Erkenntnis, daß stärkere Geschlossenheit vonnöten war, um die eigenen Interessen gegenüber der Kolonialmacht ins Spiel zu bringen, begünstigte den Zusammenschluß zu politischen Parteien: Parteiprogramme wurden entworfen, es entstand eine Parteipresse und der Wahlkampf – bislang von den Kandidaten zumeist auf eigene Faust geführt – erfolgte nun im Namen der Parteien. Innerparteiliche Strukturen – eine erkennbare Führungsgruppe, unterstützt von einer breiten Parteibasis – begannen sich herauszubilden.

Von Anfang an war das maltesische Parteiensystem von der Polarität zweier Gruppen geprägt. Zunächst traten sie als Reform-Partei (Riformisti) und Anti-Reform Partei (Antiriformisti) vor die Wähler, wobei die Reformisten paradoxerweise an der Oberherrschaft Englands festhalten wollten, die Antireformisten dagegen die traditionelle Bindung Maltas an den italo-mediterranen Kulturraum fortzusetzen wünschten. In dieser Scheidelinie zwischen Reformismus und Antireformismus kam zugleich ein Klassengegensatz zum Ausdruck: die Reformisten rekrutierten sich hauptsächlich aus dem Proletariat, das Malta als britische Festung erhalten wissen wollte mit all den Vorteilen, die dies für die wirtschaftliche Situation der Insel mit sich brachte. In der britischen Herrschaft erblickten die Arbeiter eine Garantie für den Fortbestand ihrer überwiegend im Hafen gelegenen Arbeitsplätze. Als Antireformisten trat vor allem das Bürgertum auf, das Malta als unabhängige Nation sehen wollte, möglicherweise mit politischer Bindung an Italien. Die Trennung zwischen beiden Lagern vertiefte der sprachliche Gegensatz: nur mit Geringschätzung begegnete das italienisch sprechende Bürgertum dem arabischen Dialekt, der die Umgangssprache der Unterschicht darstellte. Zwischen diesen beiden Lagern gab es – dies ein weiteres Symptom für das maltesische Parteiensystem – so gut wie keine dritte Kraft, die Wähler von beiden Seiten anzusprechen vermochte. Diese Kriterien haben bis heute nahezu unverändert ihre Gültigkeit behalten, ebenso wie die für die politische Szene Maltas charakteristische Fixierung der Parteien auf ihre Führerpersönlichkeiten, deren persönliche Rivalitäten häufig noch die

ideologischen Differenzen überlagern. Die Antireformisten haben ihre Fortsetzung in der → NATIONALEN PARTEI gefunden, die Reformisten in der → VERFASSUNGSPARTEI und in der → ARBEITERPARTEI. In der letzten Zeit hat sich jedoch eine Verschiebung des politischen Standorts insofern ergeben, als die NATIONALE PARTEI nunmehr verstärkt für eine Anlehnung an England eintritt, während die ARBEITERPARTEI einen neutralistischen Kurs steuert.

A. V. Laferla, British Malta, 2 Bde., Aquilina, La Valetta 1938–1947; J. Harrison Smith, Britain in Malta, La Valetta 1953; J. J. Cremona, An Outline of the Constitutional Development of Malta under British Rule, Malta 1963; D. Austin, Malta and the End of Empire, London 1971; H. Frendo, Party Politics in a Fortress Colony. The Maltese Experience, Midsea, La Valetta 1979; U. Probst, Das Regierungssystem der Republik Malta, 1980.

Arbeiterpartei (**LP,** Labour Party).

Gründung: 15. 10. 1920 in La Valetta.

Programm: In dem 1976 verfaßten »Wahlmanifest« gibt die LP eine detaillierte Beschreibung ihrer innenpolitischen Zielsetzungen. Danach steht im Vordergrund die »Schaffung eines freiheitlich-demokratischen sozialistischen Gesellschaftssystems«. Durch die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und Systemveränderung mittels Reformen sollen die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung verbessert werden. Auf wirtschaftlichem Gebiet erstrebt man eine Verbindung von Privat- und Staatswirtschaft (»mixed economy«) und einen allgemeinen Aufschwung durch die Schaffung vorteilhafter Investitionsbedingungen.

Organisation: Beschlußfassendes Organ ist der jährlich zusammentretende Parteitag (»General Conference«), der sich aus etwa 700 zumeist aus den Ortsgruppen entsandten Delegierten zusammensetzt. Er wählt die Mandatsbewerber für das Repräsentantenhaus, den Parteiführer und dessen Stellvertreter und verabschiedet das Wahlprogramm. – Alle 1–2 Monate tritt das 32köpfige Parteipräsidium (»National Executive Committee«) zusammen, dessen Angehörige überwiegend ebenfalls vom Parteitag gewählt werden. Ihm obliegen die Geschäftsführung der Partei und die Realisierung der vom Parteitag beschlossenen politischen Ziele. Wöchentlich einmal tritt das Politbüro (»National Bureau«) zusammen, das weitgehend vom Parteiführer dominiert wird und im Gegensatz zu der ihm offiziell zugeschriebenen Abhängigkeit von Parteipräsidium und Parteitag de facto den Kurs der Partei bestimmt. – Die Parteibasis ist in insgesamt 46 Ortsgruppen (»Local Committees«) organisiert. Verbindungsglied zum Präsidium stellen 13 Distriktgruppen (»District Committees«) dar.

Presse: Wichtigstes Presseorgan ist die Zeitung ›Il-Helsien‹; ferner unterstützt die Gewerkschaftspresse, besonders die Zeitung ›L'Orizzont‹ (seit 1962) die LP.

Geschichte: Die LP hat ihren Ursprung in der Camera del Lavoro, einer Vereinigung von Philanthropen, der Arbeiterklasse entstammenden Intellektuellen und Amateurpolitikern, die sich unter dem Einfluß der englischen Gewerkschaftsbewegung und der katholischen Soziallehre (Enzyklika »Rerum Novarum«, 1891) zusammengefunden hatten. Soziale Reformen wie verfassungsmäßig garantierte Freiheiten waren die Hauptziele der Partei. Sie war pro-britisch, setzte sich für die Ausbreitung der englischen und maltesischen Sprache ein sowie für den Ausbau des Sozialwesens nach britischem Vorbild und die Nutzung der aus der Verbindung mit England sich ergebenden technologischen und materiellen Chancen. Trotz zunehmender antiklerikaler und marxistischer Einflüsse, die 1929/30 zu einem ersten schweren Konflikt mit der katholischen Kirche führten, blieb die gemäßigte Haltung ihrer Führer *W. Savona, W. Dundon* und *P. Boffa* bestimmend für den Kurs der Partei. Ihren größten Rückhalt fand sie unter den Hafenarbeitern von La Valetta. Während die LP vor dem 2. Weltkrieg eine vergleichsweise bescheidene Rolle spielte, gelang ihr der Durchbruch bei den Wahlen von 1947; sie errang 24 der 40 Mandate und konnte mit *Boffa* als Premierminister die Regierung bilden. Das Schwergewicht der Regierungstätigkeit lag auf dem Ausbau der sozialen Leistungen und einem umfassenden Wiederaufbauprogramm zur Überwindung der Kriegsfolgen. 1949 spaltete sich die LP: *D. Mintoff,* im Kabinett Minister für öffentliche Arbeiten, verdrängte *Boffa,* dem er zu große Nachgiebigkeit gegenüber England vorwarf, von der Parteiführung; *Boffa* gründete daraufhin die MALTESISCHE ARBEITERPARTEI (Malta Workers Party). Bei den Wahlen 1950 erzielten beide Gruppen je 11 Mandate, *Boffa* bildete mit der → NATIONALEN PARTEI (PN) eine Koalition, die bis 1955 bestand. 1955 schlossen sich beide Parteien unter der Führung *Mintoffs* wieder zusammen; aus den Wahlen des gleichen Jahres ging die LP mit 23 Sitzen als klarer Sieger hervor. In der Regierung setzten sich *Mintoff* und seine Partei verstärkt für die Integration Maltas mit Großbritannien ein, da die Insel – zu klein für eine eigenständige Position – von einer engeren Bindung an das Mutterland nur profitieren könne. Bei der katholischen Kirche und mehr noch bei der Nationalpartei stieß dieser Integrationskurs auf heftigsten Widerstand. Bei einem Referendum über

diese Frage im Jahre 1956 überwog die Zahl der Stimmenthaltungen die der Ja-Stimmen; gleichzeitig scheiterten *Mintoffs* Verhandlungen mit England an seinen sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen. Sein Rücktritt 1958 führte zu einer Regierungskrise, in deren Verlauf der Gouverneur wieder – bis 1962 – die Verwaltung Maltas übernahm. Während dieser 4 Jahre vollzog die LP eine drastische Kursänderung: Sie gab ihre pro-britische Haltung auf, näherte sich stattdessen den Ländern der Dritten Welt an und propagierte eine Politik der Neutralität und des »demokratischen Sozialismus«. Der knappe Wahlsieg der LP 1971 (28 von 55 Sitzen gegenüber 27 der PN) bedeutete für Malta einen abrupten Wechsel in der Regierungspolitik. Außenpolitisch vollzog *Mintoff* jetzt die Abkehr von Großbritannien und der NATO, nahm Kontakte zu China und Libyen auf und suchte Malta zu einer Schaltstelle im europäisch-arabischen Dialog werden zu lassen. Innenpolitisch setzte die LP ihr sozialpolitisches Engagement fort und widmete sich besonders dem Wohnungsbau und der Altersversorgung. Gleichzeitig verschlechterte sich jedoch das innenpolitische Klima erheblich; Banken, Rundfunk und Fernsehen wurden der strikten Kontrolle der Regierung unterstellt, ein wachsender Hang der Regierungspartei zur Gewaltanwendung gegenüber politischen Gegnern und oppositionellen Kreisen der Intelligenz sowie Repressalien gegenüber der Universität im November 1977 haben zu verstärkter Abwanderung von Akademikern aus Malta geführt. 1978 wurde die zentrale Gewerkschaft (General Workers Union) der LP eingegliedert.

Anon, Il-Qawmien tal-Haddiem Malti, Bd. 1; 1920–1955, Marsa, Malta 1971; H. Frendo, Birth Pangs of a Nation, La Valetta 1972; M. M. Metwally, Structure and Performance of the Maltese Economy, La Valetta 1977.

Nationale Partei (**PN/NP**, Partito Nazionale/Nationalist Party).

Gründung: Ein festes Datum existiert nicht. Die Partei entstand um 1880 als Organisation der Antireformisten (→ Einleitung) unter der Führung von *F. Mizzi*.

Programm: Die PN trat für Selbstverwaltung ein sowie für ein erweitertes, vom Bildungsstand abhängiges Wahlrecht. Gefordert wurden ferner Chancengleichheit, besonders im Schulwesen, wo dem Italienischen und dem Englischen gleiches Gewicht zukommen sollte, sowie soziale Reformen als Resultat größerer politischer Freiheit. Nach Einführung der Selbstverwaltung, 1921, bildete deren Ausweitung einen Hauptprogrammpunkt der Partei, dazu gesellten sich die Forderungen nach gerechterer Steuerbelastung, verbesserten Sozialleistungen für die Arbeiter, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und nach offizieller Anerkennung des katholischen Glaubens als Staatsreligion. – Nachdem Malta unabhängig geworden war, setzte sich die Partei für energische Förderung von Tourismus, Industrie und Landwirtschaft ein als den wirtschaftlichen Grundlagen für den Wandlungsprozeß von einer britischen Inselfestung in einen Nationalstaat. Seit 1971 in der Opposition, tritt die PN für soziale Marktwirtschaft und Arbeitermitbestimmung auf allen Ebenen ein als den geeignetsten Mitteln für innenpolitischen Fortschritt und Stabilität. Ihre Grundforderungen sind die Heranbildung einer freien und demokratischen Gesellschaft und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit nach europäisch-christlichem Vorbild.

Organisation: Oberstes Parteiorgan ist der Kongreß, der vor den Parlamentswahlen zusammentritt. Er wählt die Mitglieder der Führungsgremien, verabschiedet das Parteiprogramm und bestätigt die Wahlkreiskandidaten. Einmal jährlich tagt der Parteivorstand (»General Council«), dem u. a. die Ausarbeitung des Wahlprogramms, Änderungen der Parteiorganisation und die Annahme des Rechenschaftsberichtes des Präsidiums (»National Executive«) obliegen. Letzteres hat ca. 40 Mitglieder und befaßt sich mit der Kontrolle der Parteiverwaltung und der Parteifinanzen. Sein Vollzugsorgan ist der Verwaltungsausschuß (»Administration Council«). Die Verbindung zu der in 50 Ortsgruppen (»Sectional Committees«) gegliederten Parteibasis stellen 13 Distriktsausschüsse (»District Committees«) dar.

Presse: ›Malta‹, Tageszeitung, 1883 ff.; ›In-Nazzjon Taghna‹ (Unser Land), Tageszeitung, 1970 ff.; ›Il-Mument‹ (Heute), Wochenzeitung; ›The Democrat‹, Wochenzeitung.

Geschichte: Der maltesische Nationalismus, als dessen organisierte Form die PN entstand, hat seine Wurzeln in den Assimilationsbestrebungen der Engländer bei fehlender Bereitschaft, politische Repräsentation der Malteser zuzulassen; Mißtrauen und Furcht gegenüber der anders gearteten und andersgläubigen Rasse waren die Folge. Dazu kam der Einfluß des italienischen Risorgimento: er wurde zum Vorbild für den erwachenden maltesischen Nationalismus, der in *F. Mizzi* eine hervorragende Führerpersönlichkeit fand, die maßgeblich den Zusammenschluß zur PN bewirkte. Den ersten großen Erfolg der neuen Partei stellte die Einführung der Verfassung von 1887 dar. In der Folgezeit konnte sich die PN bei den Wahlen gegen die Reformisten (→ Einleitung) unter *S. Savona* regelmäßig durchsetzen. Ihr Einfluß auf das politische Entscheidungsfeld blieb jedoch aufgrund der dominierenden Stellung der Kolonialverwaltung sehr begrenzt und verringerte sich noch beträchtlich nach der Suspendierung der Verfassung im Jahre 1903. Die PN antwortete darauf mit gewaltfreiem Widerstand, gab die Mitarbeit an der Legislative jedoch nicht grundsätzlich auf.

In den ersten beiden Wahlen unter der Selbstverwaltung, 1921 und 1924, konnten die Nationalisten die Mehrheit der Sitze in gesetzgebender Versammlung und Senat gewinnen. Sie hatten sich in zwei Parteien gespalten: die Maltesische Politische Union (Unione Politica Maltese) unter

Führung *I. Panzavecchias* und *E. Mizzis* NATIONAL-DEMOKRATISCHE PARTEI (Partito Democratico Nazionalista). Am 28. 1. 1926 vereinigten sich beide Parteien unter der alten Bezeichnung Nationale Partei. Nachdem diese 1927 die Macht an die pro-britische → VERFASSUNGSPARTEI hatte abgeben müssen, erzielte sie 5 Jahre darauf, 1932, unter der Führung *U. Mifsuds* zwar einen überwältigenden Wahlerfolg (21 der 32 Sitze), der jedoch durch die kurz darauf erfolgte erneute Aufhebung der Verfassung (→ Einleitung) bedeutungslos blieb. Aufgrund ihrer traditionellen Bindung an Italien gerieten Teile der NP in den folgenden Jahren mehr und mehr in den Sog des italienischen Faschismus und nach dem Kriegsausbruch, 1940, wurden viele ihrer Anhänger interniert, *Mizzi* und andere Mitglieder der Parteiführung 1942 nach Uganda deportiert. Nach seiner Rückkehr widmete sich *Mizzi* energisch dem Wiederaufbau der Partei (Wahlen 1947: 7 Mandate); 1950–1955 bildete die PN mit dem *Boffa*-Flügel der gespaltenen → ARBEITERPARTEI die Regierung mit *Mizzi* und nach dessen Tod *G. B. Olivier* als Ministerpräsident. Im Verein mit der katholischen Kirche widersetzte sich die PN erfolgreich den Plänen der → ARBEITERPARTEI zu einer Integration Maltas mit Großbritannien. 1961 spaltete sich von der PN die DEMOKRATISCHE NATIONALPARTEI (Democratic Nationalist Party) unter Führung *H. Ganados* ab, die jedoch ohne größere Bedeutung blieb und lediglich 1962 4 Sitze gewann. Die gleichen Wahlen brachten der PN ihren größten Erfolg mit 25 Sitzen. Sie übernahm wieder die Regierung und beendete damit das Zwischenspiel der Verwaltung durch den Gouverneur (→ Einleitung). Mit der Proklamierung von Maltas Unabhängigkeit am 21. 9. 1964 erreichte die PN das Hauptziel ihrer Geschichte, dessen Sicherung und Ausbau die Maßnahmen ihrer weiteren Regierungstätigkeit galten. Seit 1971 in der Opposition vertritt die PN einen prowestlichen Kurs und hat dadurch auch ihre Position gegenüber England einer Änderung unterworfen; sie tritt jetzt stärker für Anlehnung an das ehemalige Kolonialreich ein, als es die ehemals proenglische ARBEITERPARTEI tut. Die Parteiführung liegt seit 1977 bei *E. F. Adami*. Die PN unterhält gute Beziehungen zu den deutschen und italienischen Christdemokraten, bemüht sich aber auch um Kontakte zu europäischen liberalen und Mitte-Parteien.

Anon, L-Istorja tal- Partit Nazzjonalista, La Valetta, 1972; H. Ganado, Rajt Malta Tinbidel, 4 Bde., La Valetta 1974–77; H. Frendo, Il-P. N. fl-Istorja, in: Il-Mument, 1. 8.–16. 10. 1977.

Verfassungspartei (CP, Constitutional Party).

Gründung: 1920 als Zusammenschluß von *G. Stricklands* Anglo-Maltese Party mit der Constitutional Party *A. Bartolo's*. Die neue Partei übernahm den Namen der letzteren, die Führung fiel jedoch an *Strickland,* von dessen Erfahrungen aus seiner langjährigen Tätigkeit in der Kolonialverwaltung, wie auch von dessen Finanzen sie weitgehend abhängig war. Die CP trat für die Angliederung Maltas an England ein, sie widersetzte sich den Bestrebungen der → NATIONALEN PARTEI zu einer engeren Bindung an Italien und war bestrebt, die traditionelle Rolle des Italienischen im öffentlichen Leben einzuschränken. – Wichtigste Presseorgane waren die ›Times of Malta‹ (Tages- und Wochenzeitung) und ›Il-Berga‹, die erste Tageszeitung in maltesischer Sprache – beide in *Stricklands* Besitz. Die CP ging bald nach ihrer Gründung ein festes Bündnis mit der → ARBEITERPARTEI ein, mit Hilfe dessen sie 1927 die Regierung übernahm. Sie vertrat ein anglophil bestimmtes Programm, das Elemente der Sozialgesetzgebung aus dem Manifest der ARBEITERPARTEI miteinbezog. Während ihrer Amtszeit, die bis zur Suspendierung der Verfassung im Jahre 1930 dauerte, stellte die CP ihr soziales Engagement durch die Initiierung einer Reihe von öffentlichen Aufgaben unter Beweis, auf der anderen Seite führten ihre heftigen Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche, deren Einfluß sie zu beschneiden suchte, und mit dem von der NATIONALEN PARTEI beherrschten Senat Malta in eine innenpolitische Krise. Die Anglisierungspolitik stieß auf den heftigsten Widerstand bei den Nationalen, besonders bei *Mizzis* NATIONAL-DEMOKRATISCHER PARTEI. Bei den Wahlen 1932 erhielt die CP daraufhin nur noch 10 Sitze (1927: 15). *Strickland* behielt jedoch auch nach Aufhebung der maltesischen Selbstverwaltung (→ Einleitung) dank seiner Vertrauensstellung bei der Kolonialverwaltung seinen politischen Einfluß. Nach *Stricklands* Tod, 1940, wechselten große Teile der CP zu der ARBEITERPARTEI über. Versuche, die CP nach dem Krieg wieder zu reorganisieren, blieben ohne großen Erfolg. 1950 und 1951 konnte sie noch jeweils 4 Sitze erringen. 1953 spaltete sich unter der Führung von *Stricklands* Tochter *Mabel* die FORTSCHRITTLICHE VERFASSUNGSPARTEI (Progressive Constitutional Party) von der CP ab, sie brachte es jedoch lediglich 1962 auf einen Sitz, während die alte CP erfolglos blieb.

E. P. Vassallo, Strickland, La Valetta 1932.

MONTENEGRO

von

HOLM SUNDHAUSSEN

Das im August 1910 zum Königreich proklamierte Montenegro (Crna Gora) hatte sich bereits seit dem 17. Jh. unter dem theokratischen Regime des jeweiligen (Fürst-)Bischofs (vladika) von Cetinje sukzessiv von der osmanischen Oberherrschaft befreit. Fürst *Danilo I. Petrović-Njegoš* (1851–60) legte 1852 die Bischofswürde ab und säkularisierte die Regentschaft über die montenegrinischen Stämme. 1859 wurde die Unabhängigkeit des Landes von den Großmächten faktisch anerkannt. Die völkerrechtliche Sanktionierung erfolgte dagegen erst auf dem Berliner Kongreß 1878. Unter *Danilos* Nachfolger, Fürst (bzw. ab 1910 König) *Nikola I. Petrović-Njegoš* (1860–1918), erhielt das Land im Oktober 1905 ein erstes (oktroyiertes) Wahlgesetz für eine Verfassunggebende Versammlung. Bei allgemeinem Wahlrecht wurden am 14. 11. 1905 in öffentlicher Stimmabgabe 61 Abgeordnete für die Konstituante bestimmt. Auf ihrer ersten Sitzung im Dezember nahm die Versammlung die vom Fürsten vorgelegte Verfassung einstimmig an, der zufolge Montenegro zwar eine konstitutionelle, aber keine parlamentarische Monarchie erhielt. Die Regierung war dem Fürsten verantwortlich, dem – mit Ausnahme der Steuergesetzgebung – auch in der Folgezeit nahezu uneingeschränkte Herrschaftsrechte belassen wurden. Die Volksversammlung (Narodna skupština) setzte sich nach dem neuen Wahlgesetz vom 24. 6. 1906 neben den in allgemeiner und gleicher Wahl bestimmten 62 Abgeordneten aus 12 ex officio ernannten Mitgliedern (Virilisten) zusammen.

Politische Parteien existierten zu dieser Zeit in Montenegro nicht. Erst unter der Regierung von *M. Radulović* formierten sich Ende 1906 in der Skupština zwei politische Lager. Die Anhänger der (formal nie gegründeten) VOLKSPARTEI (Narodna Stranka) schlossen sich zu einer eigenen Fraktion (narodni klub, »klubaši«) zusammen und setzten sich unter dem Einfluß der im Ausland – vor allem in Belgrad – herangebildeten studentischen Jugend (»omladina«) für eine weitere Demokratisierung des Landes, den Ausbau der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, die Befreiung der Südslawen von fremder Herrschaft und eine enge Zusammenarbeit mit Serbien ein. Das Programm der VOLKSPARTEI wurde (als einziges politisches Programm in Montenegro vor dem 1. Weltkrieg) Anfang 1907 gedruckt. Auf der Gegenseite sammelten sich die Anhänger der ebenfalls formal nicht konstituierten WAHREN VOLKSPARTEI (Prava Narodna Stranka) in der Fraktion der »pravaši«, die in erster Linie von den Vertrauten des Hofes getragen wurde. Unter der Ministerpräsidentschaft von *A. Radović* (Januar bis April 1907) stellten die »klubaši« faktisch die Regierungspartei dar. Da sie sich dem Wunsch des Fürsten nach einer Koalition mit den »pravaši« widersetzten, wurde der Virilist *L. Tomjanović* an die Spitze der Regierung berufen, der den politischen Kurs der konservativen »pravaši« übernahm. Infolge der »Bombenaffäre« von Cetinje

wurden die »klubaši« Ende 1907 und in der nachfolgenden Zeit verschärften Verfolgungen ausgesetzt, die zugleich das Verhältnis zwischen Montenegro und Serbien bis an den Rand des offenen Konflikts belasteten. Bei den Wahlen am 18. 10. 1907 wurde kein Anhänger der »klubaši« in die Skupština gewählt. Die Opposition bildeten neun »neutrale« Abgeordnete, die sich gleich den »klubaši« als Vertreter der progressiven radikalen Richtung im Lande verstanden. Da die »klubaši« trotz der Verhaftungen mit Hilfe der »omladina« an Ansehen im Lande gewannen, entschloß sich König *Nikola* nach dem Prestigegewinn und der erfolgreichen Zusammenarbeit mit Serbien in den Balkankriegen zu einer Änderung seiner Taktik. Die Regierung der »pravaši« wurde durch eine Koalition der »klubaši« mit den »Neutralen« ersetzt, die eine Realunion zwischen Montenegro und Serbien anstrebten, aber durch den Ausbruch des 1. Weltkrieges an der Realisierung ihrer Pläne vorerst gehindert wurden. Ihr »Führer« *Radović,* der im Mai 1916 in der Emigration zum zweiten Mal das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, stand in enger Verbindung mit der serbischen Regierung. Der von *Radović* vorgelegte Plan über Verhandlungen zur Herstellung einer Personalunion mit Serbien wurde zwar von *Nikola* prinzipiell angenommen, doch wollte der König die Gespräche selber führen. *Radović* trat daraufhin im März 1917 zurück und gründete das vom serbischen Außenministerium subventionierte montenegrinische Komitee für die nationale Vereinigung.

Bei Kriegsende bildeten sich in Montenegro abermals zwei politische Lager, die Weißen (»bjelaši«) und die Grünen (»zelenaši«), so benannt nach der Farbe der Wahllisten für die Große Volksversammlung (Velika narodna skupština) in Podgorica (heute: Titograd). Während die »bjelaši« die sofortige Vereinigung Montenegros mit Serbien unter der Dynastie *Karadjordjević* anstrebten, drängten die »zelenaši« auf einen von Serbien unabhängigen Eintritt Montenegros unter der Dynastie *Petrović-Njegoš* in das künftige südslawische Königreich. Nach dem Wahlsieg der »bjelaši« proklamierte die Große Volksversammlung am 26. 11. 1918 die Absetzung der einheimischen Dynastie und die Vereinigung mit Serbien. Ein Exekutivausschuß mit fünf Mitgliedern unter Vorsitz von *M. Daković* fungierte als provisorische Regierung und war für die Durchführung der Beschlüsse verantwortlich. Mit der Proklamierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) am 1. 12. 1918 in Belgrad endete die Geschichte des Königreichs Montenegro.

J. Djonović, Ustavne i političke borbe u Crnoj Gori 1905–1910, Belgrad 1939; J. Jovanović, Stvaranje crnogorske države i razvoj crnogorske nacionalnosti, Cetinje 1948; D.-D. Vujović, Ujedinjenje Crne Gore i Srbije, Titograd 1962; N. P. Skerović, Crna Gora na osvitku 20 vijeka, Belgrad 1964.

NIEDERLANDE

von

HORST LADEMACHER und PIETER VAN SLOOTEN

Die Verfassung (»grondwet«) der Niederlande datiert in ihrer ersten, für die nördlichen Niederlande bestimmten Form vom 29. 3. 1814, als sie von einer von den Provinzialgouverneuren des Landes bestellten Notabelnversammlung mit 448 gegen 26 vornehmlich katholische Stimmen angenommen und dem Souveränen Fürsten, dem späteren König *Wilhelm I.*, angeboten wurde. Sie war das Werk eines von dem Fürsten beauftragten Vierzehner-Ausschusses von Notabeln unter *G. K. van Hogendorp.* Mit der Proklamation des Königreichs der Vereinigten Niederlande (Belgien und die Niederlande) auf dem Wiener Kongreß am 16. 3. 1815 wurden entsprechend der neuen Situation einige Veränderungen vorgenommen. Die Verfassung war die einer erblichen konstitutionellen Monarchie, in der die an der zentralistischen Burgunder-Politik orientierte unitarische Tendenz durch Elemente aus der föderalistischen Struktur der ehemaligen Republik abgeschwächt wurde. Die Exekutive lag in der Hand des Monarchen, dem der Staatsrat (Raad van State) beratend zur Seite stand. Der König ernannte und entließ die Minister, bestimmte selbständig die Richtlinien der Außenpolitik. In der ursprünglichen Form von 1814 war für die Generalstände (Staten-Generaal = Parlament) ein Einkammer-System vorgesehen. Bei den Verhandlungen über die Verfassungsänderung von 1815 sprachen sich die Verfassungsberater auf Drängen der Belgier (Adlige und Liberale) für die Einführung einer Ersten Kammer aus. Entsprechend erhielten die Generalstände der Verfassung von 1814 die Bezeichnung Zweite Kammer. Die Erste Kammer bestand aus 40 bis 60 Mitgliedern, die vom König aufgrund von Besitz, Geburt oder wegen besonderer Verdienste am Staat auf Lebenszeit ernannt wurden. Die Abgeordneten der Zweiten Kammer setzten sich aus Vertretern der einzelnen Provinzialstände zusammen. Der repräsentative Charakter dieses Gremiums hing demnach von der Zusammensetzung der Provinzialstände ab, die nach einem indirekten, ständisch gegliederten (Adel, Städte und Landstände) Wahlsystem gewählt wurden. Als echte Volksvertretung war die Zweite Kammer daher kaum anzusprechen, jedoch waren ihre Vertreter, anders als in den alten Generalständen, nicht mehr auftrags- und weisungsgebundene Abgeordnete ihrer Körperschaften. Die Rechte der Zweiten Kammer waren begrenzt. Sie wirkte bei der Gesetzgebung mit, ratifizierte den Staatshaushalt und hatte das Recht der Gesetzesinitiative. Der Umfang dieser Befugnisse war gering, da eine Gesetzgebung nur in wenigen Fällen vorgeschrieben war. Darüber hinaus legte die Verfassung die Haushaltsbewilligung auf 10 Jahre fest (jährliche Bewilligung nur bei außerordentlichen und unvorhergesehenen Ausgaben). Da auch die Ministerverantwortlichkeit fehlte, war dem Monarchen die Möglichkeit persönlicher Herrschaftsausübung gegeben.

Nach der Abspaltung Belgiens trat 1840 eine erste Verfassungsänderung ein, in der die

strafrechtliche Verantwortlichkeit der Minister sowie eine Verkürzung der Haushaltsbewilligung auf zwei Jahre festgesetzt wurde. Erst die Verfassungsänderungen von 1848 bedeuteten einen echten Fortschritt auf dem Wege zur parlamentarischen Monarchie. Die Zweite Kammer wurde direkt gewählt, die Erste Kammer ging aus den Provinzialständen hervor, die Minister wurden politisch voll verantwortlich.

Der Monarch blieb »unverletzlich« und behielt auch das Recht, die Kammern aufzulösen. Die Haushaltsbewilligung fand jährlich statt, der Gesetzgebungsbereich wurde erweitert. Die Einführung des direkten Zensuswahlrechts hatte allerdings zur Folge, daß die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber der Zeit vor 1848 absank. Voll wirksam wurde die politische Ministerverantwortlichkeit erst ab 1866/68.

1887 wurde das Wahlrecht dahingehend geändert, daß jetzt die männliche Bevölkerung ab 23 Jahren, abhängig von persönlicher Eignung und Status, wahlberechtigt war. Das bedeutete eine Zunahme des Elektorats von 6,4 % auf 13,9 % der Bevölkerung. Die Zahl der Mitglieder der nunmehr alle 4 Jahre zu wählenden Zweiten Kammer wurde auf 100, die der Ersten Kammer, die das Enquête-Recht erhielt, auf 50 festgesetzt.

Erst 1917 wurden das allgemeine Wahlrecht für Männer und das passive für Frauen eingeführt, das aktive Frauenwahlrecht 1919 gesetzlich geregelt und 1922 in die Verfassung aufgenommen. Das frühere Distrikts- und Mehrheitssystem fand sich ab 1917 für die Zusammensetzung der Zweiten Kammer, der Provinzialstände und der Gemeinderäte durch das Verhältniswahlsystem abgelöst. 1922 übernahm man für die Wahl der Ersten Kammer aus den Provinzialständen das Proporzsystem, wobei die Hälfte der Abgeordneten alle drei Jahre für jeweils sechs Jahre gewählt wurde. Der Kompetenzbereich der Zweiten Kammer erweiterte sich um die Mitwirkung in der Außenpolitik. Die Verfassungsänderung von 1938 brachte das Amt des Ministers ohne Geschäftsbereich und verfügte die Unvereinbarkeit von Ministeramt und Mitgliedschaft in den beiden Kammern. 1956 schließlich erhöhte sich die Zahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer auf 150, die der Ersten auf 75. Die Wahlen erfolgen gegenwärtig nach Listen der einzelnen Parteien. Das Wahlalter ist auf 18 Jahre heruntergesetzt.

Politische Parteien wurden in den Niederlanden erst weit in der 2. Hälfte des 19. Jh. gegründet. Bis dahin traten allerdings 4 klar voneinander zu unterscheidende politische Richtungen auf: Liberale, Konservative, Katholiken und Anti-Revolutionäre. Bestimmend für die Entwicklung des niederländischen Parlamentarismus waren in jener Zeit die Liberalen unter *J. P. Thorbecke,* denen es um geistige und politische Freiheit ging. Das Zensuswahlrecht von 1848/50 stärkte ihre Position, die zunächst von den an der Trennung von Staat und Kirche (liberale Lösung) interessierten Katholiken gestützt wurde. Vorerst standen mithin Liberale und Katholiken den Konservativen und Anti-Revolutionären gegenüber. Die Konservativen fügten sich in ihrer anti-liberalen Konzeption genau ins Bild anderer europäischer Geistesverwandter. Sie wechselten sich mehrmals mit den Liberalen in der Regierungsführung ab, verschwanden aber in den 90er Jahren unter dieser Bezeichnung von der politischen Szene.

In den 60er Jahren lösten sich die Katholiken nicht zuletzt auch unter dem Einfluß der Enzyklika »Quanta cura« und des »Syllabus errorum« allmählich von den Liberalen. Die Entfremdung begann mit dem Streit um die Bekenntnisschule und führte zum Bruch, als 1871 die Liberalen die Aufhebung der niederländischen Gesandtschaft beim Vatikan durchsetzten. Mit dem Schulstreit setzte auch eine katholisch-protestantische Annäherung ein, als sich zugleich die Anti-Revolutionären von den Konservativen trennten. Den

Katholiken gelang jedoch erst spät eine eigene Parteigründung (→ Römisch-Katholische Staatspartei, RKSP). Verglichen mit den Protestanten boten sie ein Bild der Geschlossenheit. Die Liberalen sahen sich im letzten Drittel des 19. Jh. einer Einheitsfront der Protestanten und Katholiken gegenüber. Sie fanden sich 1885 in der → Liberalen Union zusammen. – Die Sozialisten organisierten sich nach ersten Versuchen zur Zeit der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA, I. Internationale) 1882 im → Sozialdemokratischen Bund (SDB). Ihre Problematik war die des europäischen Sozialismus jener Periode; die Verbindung von Theorie und Praxis, das heißt verkürzt: die Entscheidung für oder gegen den parlamentarischen Weg. Die als Abspaltung von dem SDB hervorgehende → Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) ging vom parlamentarischen Prinzip aus. Im Zuge eines nachgerade verspäteten Revisionismusstreits spaltete sich 1909 die Sozialdemokratische Partei (SDP) von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ab. Die SDAP war damit die erste sozialistische Partei Europas, die sich aus ideologischen Gründen spaltete. Abgesehen davon, daß die Kommunisten nie, die Sozialdemokraten erst 1939 für regierungsfähig erachtet wurden, war die sozialistische und später auch die kommunistische Bewegung von starken Sonderungstendenzen geprägt, die unterschiedlichen Einflüssen unterlagen.

Insgesamt bietet die niederländische Parteienlandschaft bis 1940 ein Bild höchster Zersplitterung. So haben 1933 etwa 54 Parteien und Gruppen an den Wahlen zur Zweiten Kammer teilgenommen; immerhin 14 haben parlamentarische Mandate erringen können; 1918 nach der ersten Verhältniswahl waren 17 Parteien im Parlament vertreten, 1937 ging die Zahl auf 10 zurück. Bei den 33er Wahlen reichte die Zahl der Stimmen von mehr als 1 Million für die stärkste Partei bis hinunter zu 90 für die kleinste Gruppierung. Von der inhaltlichen Konzeption her bestimmte eine überaus starke Konfessionalisierung und Ideologisierung das Bild der Parteien und das Wahlverhalten der Niederländer. Typisch war für diesen Zeitraum auch der Zerfall der liberalen Richtungen und – für die Periode bis 1918 – das Aufkommen der Sozialisten, die ebenso wie die Katholiken, die Anti-Revolutionäre Partei und einige Splitterparteien nach 1918 von der Einführung des allgemeinen Wahlrechts profitierten, während etwa die Christlich-Historische Union verlor. Aufs Ganze gesehen blieben allerdings zwischen den beiden Weltkriegen die drei größten konfessionellen Parteien relativ stark vertreten, ohne daß es zu klaren Mehrheits-Kabinettsbildungen gekommen wäre – und dies im Unterschied zum Zeitraum vor 1918, als sich Konfessionelle und Liberale gegenüberstanden. Die konfessionelle Koalition blieb zwar in diesen 20 Jahren erhalten, war aber vor allem in katholischen Kreisen umstritten.

Im Zusammenhang mit der Zersplitterung der Parteienlandschaft ist auf die sog. Versäulung (verzuiling) als eine typische Eigenart der politischen Szene in den Niederlanden hinzuweisen. Die Literatur definiert »Säulen« als »freiwillige Organisationen auf lebensanschaulicher Grundlage zwecks Beherzigung weltlicher Angelegenheiten«; sie sieht darin eine Aufteilung der niederländischen Gesellschaft »in lebensanschaulich differenzierte Gruppen, die nach innen gekehrt leben und von da aus das Allgemeinwohl durch Gruppenvertreter auf allen Gebieten beherzigen« (Geismann). Die Versäulung erfaßt das gesamte niederländische Zusammenleben in seinen sozialen Lebensäußerungen. Sie meint Schule auf jeder Ausbildungsstufe (einschließlich Universität), sie erfaßt Presse und andere Kommunikationsmittel, Geselligkeits- und Sportvereine, Kreditinstitute, Krankenhäuser, Fach- und Standesorganisationen und nicht zuletzt auch die politischen Parteien. Ganz allgemein ist von drei Säulen zu sprechen, von einer protestantisch-christlichen, einer katholischen sowie von einer konfessionell neutralen, zum Teil sozialistisch bestimmten, die alle ihren eigenen Lebens-

und Kulturbereich aufbauten. Der Ursprung dieser Versäulung ist in der Losung des ARP-Politikers *Kuyper* zu suchen, der die »Souveränität des eigenen Kreises« postulierte und damit auf Vielfältigkeit unantastbarer Lebensprinzipien zielte – eine Vielfältigkeit, die der Staat zu sichern und zu schützen hatte. Abgesehen davon, daß innerhalb der Säulen wiederum eigene kleine Lebensbereiche entstanden, die jedoch die Säule als Ganzes nicht unterliefen, behinderte diese Erscheinung insgesamt die zwischenparteiliche Fluktuation und führte bei den Parteien selbst zu einer verhärteten Stabilität, insofern sie die politische Äußerungsform dieser so gegeneinander abgesetzten segmentierten Gesellschaft waren. Die Versäulung nahm in den 40er und 50er Jahren an Umfang zu, obwohl gleich zu Beginn der Nachkriegszeit im Zuge allgemeinen Gedankenaustausches über Parteierneuerung gerade die Undurchlässigkeit der Säulen zur Diskussion stand. Die Aufhebung der SDAP und die Gründung der → PARTEI DER ARBEIT als Partei des Durchbruchs (doorbraak) und des personalistischen Sozialismus ist unter diesem Aspekt zu sehen. Hier sollte sich der überkonfessionelle Volkspartei-Gedanke durchsetzen. Der Durchbruch ist trotz eines deutlichen Säkularisierungsprozesses nur in begrenztem Maße gelungen. Die → KATHOLISCHE VOLKSPARTEI, die im Dezember 1945 als Nachfolgerin der RKSP gegründet wurde, mochte sich dann ihrerseits selbst als Programmpartei aufstellen, wurde jedoch durch bischöfliche Intervention zur Ordnung gerufen, sobald die katholische Einheit gefährdet erschien. Die Protestanten haben ohne Schwierigkeiten alte Konzeptionen und Strukturen in die Zeit nach 1945 hineintragen können. Die Liberalen standen als überkonfessionelle Programmpartei der PARTEI DER ARBEIT sicher am nächsten. Alle Parteien kannten in den 50er Jahren innerparteiliche Probleme bzw. Abspaltungen, doch erst in den 60er Jahren äußerte sich in verstärktem Maße ein Erneuerungsstreben, das in Parteigründungen und damit in einer Lockerung des versäulten Gefüges resultierte. Die → DEMOKRATEN '66 und die → POLITISCHE PARTEI RADIKALE, die als zunächst erfolgreiches Instrument eines neuen Durchbruchversuchs bezeichnet werden dürfen, schlugen als progressive Gruppen die Brücke zur PARTEI DER ARBEIT. Auf der anderen Seite hat der in der 2. Hälfte der 60er Jahre einsetzende Stimmen- und Mandatsverlust zu einer Annäherung zwischen den drei konfessionellen Parteien geführt, die schließlich 1975 in die Gründung des → CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN APPELLS einmündete – eine Föderation der vorerst noch selbständig weiterbestehenden Parteien, die 1980 in eine konfessionelle Einheitspartei umgewandelt wurde. Die Vielzahl und Neuartigkeit politischer Probleme verbunden mit der Verschärfung sozialer Gegensätze in wirtschaftlichen Krisenzeiten hat eine Lockerung des ehemaligen versäulten Parteigefüges herbeigeführt, mag es sich nun in Abspaltungen oder in Zusammenschlüssen äußern.

In ihrem organisatorischen Aufbau weisen die Parteien eine Reihe gemeinsamer Grundzüge auf. Die unterste Ebene bildeten und bilden die Wählervereinigungen (-gemeinschaften) oder lokalen Vereine (mit Untergliederungen), die anfänglich vor allem bei Konfessionellen und Liberalen große Autonomie besaßen. Eine gewisse Zentralisierung setzte in den 20er Jahren ein. Die Wählervereinigungen und Lokalvereine waren überwiegend in Wahlbezirksgruppen für die Wahlen zu den General- und Provinzialständen zusammengefaßt. Bei der Aufstellung der Kandidatenlisten sind in einem häufig sehr komplizierten Verfahren alle Parteiebenen und -instanzen beteiligt, jedoch hat der Parteivorstand großen Einfluß auf die Zusammenstellung der Kandidatenliste, indem er selbständig Kandidaten hinzufügen und die endgültige Reihenfolge bestimmen kann. Die Mitgliederstärke beläuft sich auf jeweils etwa 10 % der Wähler der Partei. Typisch für den politischen Entscheidungsbereich ist die relativ starke Stellung der Parlamentsfraktion,

wobei allerdings hinzuzufügen ist, daß vor allem bei den großen Parteien der Anteil der Zentralvorstandsmitglieder oder der Mitglieder der geschäftsführenden Vorstände an den jeweiligen Fraktionen hoch ist. Bei den Katholiken werden auch nicht parteigebundene katholische Organisationen des politischen, sozialen und kulturellen Lebens als Berater zu den Parteisitzungen herangezogen. Konfessionelle, Sozialdemokraten und Liberale unterhalten häufig wissenschaftliche Büros.

J. J. de Jong, Politieke organisatie in Westeuropa na 1800, 's-Gravenhage 1951; G. Geismann, Politische Struktur und Regierungssystem in den Niederlanden, 1964; E. H. Kossmann, De Lage Landen 1780–1940. Anderhalve eeuw Nederland en Belgie, Amsterdam/Brüssel 1976; I. Lipschits, Politieke stromingen in Nederland, Deventer 1978; H. Daalder, De kleine politieke partijen – een voorlopige poging tot inventarisatie. In: Acta Politica, I (1965–1966), S. 172–196; A. A. de Jonge, Geschiedschrijving over de nederlandse politieke partijen. In: BMGN, 91–1, S. 94–105; I. Lipschits, Geschiedschrijving over de nederlandse politieke partijen. Reactie en aanvulling. In: BMGN 91, 3 (1976); I. Lipschits, De politieke partij en de selectie van candidaten. In: Sociologische Gids, X, 5 (1963), S. 273–81.

Allgemeiner Verband römisch-katholischer Wählergemeinschaften (Algemeene Bond van Roomsch-Katholieke Kiesvereenigingen).
→ Römisch-Katholische Staatspartei.

Anti-Revolutionäre Partei (**ARP,** Anti-Revolutionaire Partij). Gründung am 3. 4. 1879 in Utrecht von den Abgesandten (»Deputaten«) der anti-revolutionären Wählergemeinschaften.

Programm: Das von dem Pfarrer *A. Kuyper* 1878 veröffentlichte Programm der AR-Bewegung wurde das Grundsatzprogramm der Partei. Der protestantische Charakter der Partei und der Nation wurden stark betont: der Staat galt als Diener Gottes und hatte sich daher aller Maßnahmen zu enthalten, die die Verbreitung des Evangeliums im Volk behinderten; über das Prinzip der Volkssouveränität stellte es die Anerkennung der göttlichen Souveränität, dies bedeutete jedoch nicht eine Ablehnung des Volkseinflusses auf die Staatsgeschäfte. Daher wurde auch für Erweiterung des Wahlrechts durch Senkung des Zensus und das »huismanskiesrecht« (Wahlrecht für Familienvorstände) plädiert. Die Prinzipien des alten Programms blieben auch in den Programmen von 1934 und 1961 erhalten unter besonderer Betonung der Enthaltsamkeit des Staates gegenüber nichtstaatlichen Gemeinschaften. Zu den zentralen Forderungen der Partei zählen eine sozialstaatlich gebundene marktorientierte Wirtschaftspolitik, breite Vermögensbildung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Organisation: Wählervereinigungen (ab 1851) schlossen sich als unterste Organisationsstufe unter Wahrung ihrer Autonomie in einem Zentralkomitee zusammen, dessen Aufgabe es war, eine einheitliche protestantische Politik fördern zu helfen. Erst 1916/17 verschwand die Autonomie der Wählergemeinschaften aus den Statuten. Die höchste Entscheidungsgewalt lag bei der Deputatenversammlung, die aus dem Zentralkomitee sowie stimmberechtigten Delegierten der Wählervereinigungen bestand und den Parteivorsitzenden wählte. 1917 wurden Wahlbezirkszentralen für die Wahlen zu den General- und Provinzialständen gebildet. Die Delegierten dieser Zentralen bildeten zusammen mit dem Zentralkomitee den Zentralkonvent, der zwischen den Deputatenversammlungen zur Behandlung von Dringlichkeitsfragen und von Problemen allgemeinen Interesses zusammentrat. 1971 gab sich die Partei neue Statuten, in denen die Begriffe Zentralkomitee und Zentralkonvent in Parteivorstand und Parteirat geändert wurden.

Presse: Die ARP gibt das Wochenblatt ›Nederlandse Gedachten‹ und die Monatsschrift ›Antirevolutionaire Staatkunde‹ heraus.

Geschichte: Die Anti-Revolutionäre können als eine niederländische Besonderheit bezeichnet werden. Sie wandten sich gegen die Gottlosigkeit der Französischen Revolution (daher der Name) und gegen die liberalen Prinzipien mit ihrem – wie befürchtet wurde – Streben nach Volkssouveränität. Grundlage ihres politischen Handelns war die Heilige Schrift als göttliche Offenbarung. Gemeinsames Band war die christliche Staatslehre *G. van Prinsterers.* Anfänglich wurden für diese Strömung die Begriffe »antirevolutionär« und »christlich-historisch« nebeneinander gebraucht. Erst nach der Gründung politischer Parteien erhielten beide Begriffe unterschiedliche Inhalte. Unter *van Prinsterer* blieben die Anti-Revolutionären eine kleine Gruppe, erst sein Nachfolger *Kuyper* faßte die einzelnen Wählergemeinschaften 1879 zur ARP und damit zur ersten politischen Partei in den Niederlanden überhaupt zusammen; der Kampf mit den Liberalen um die Konfessionsschule förderte die Bildung einer gut organisierten protestantisch-christlichen Partei. *Kuyper* popularisierte die Gedanken *van Prinsterers* vor allem in dem anti-revolutionären Blatt ›De Standaard‹. Er vertrat vor allem die Interessen

der sog. »kleine luyden«, der Handwerker, Kleinhändler, Fischer, Schiffer, Bauern und unteren Beamten. Diese Schicht gehörte konfessionell gesehen zum einen zur Christlich-Reformierten Kirche (Christelijk Gereformeerde Kerk), die sich 1834 von der Niederländisch Reformierten Kirche (Nederlands Hervormde Kerk) abgetrennt hatte (»Afscheiding«), zum anderen zu den »Doleanten«, die sich 1886 ebenfalls von der Niederländisch Reformierten Kirche aus glaubensinhaltlichen und organisatorischen Gründen trennten und 1892 zusammen mit der »Afscheiding« die Reformierten Kirchen der Niederlande (Gereformeerde Kerken in Nederland) bildeten. Die Kirchenspaltung entsprach in etwa auch der sozialen Trennung. Während Adel und Großbourgeoisie in der Niederländisch Reformierten Kirche verblieben, zählten die Kleinbürger zu den »Afgescheidenen« und »Doleanten«, was sich auf die Parteigeschichte auswirkte. So bildete sich schon 1881 der CHRISTLICH-HISTORISCHE WÄHLERVERBAND ST. MARNIX (Christelijk-Historische Kiezersbond St. Marnix), dessen Mitglieder der ARP als einer Partei der Niederländisch Reformierten Kirche mißtrauten. Erst 1887 kehrte er in die ARP zurück und wurde 1892 aufgehoben. Eine weitere Abspaltung vollzog sich 1888 unter *A. W. Bronsveld,* dessen Anhänger sich gegen die Tendenz zur Zusammenarbeit mit den Katholiken wandten. Auch diese Gruppe, die sich NATIONALE PARTEI (Nationaale Partij) nannte, verschwand bald wieder. Eine schließlich in die → CHRISTLICH-HISTORISCHE UNION (CHU) einmündende Abspaltung entwickelte sich 1894 aus dem Streit zwischen dem Fraktionschef *A. F. de Savornin Lohman* und dem Parteiführer *Kuyper.* Die Auseinandersetzung mochte auch persönliche Hintergründe haben, letztlich widerspiegelte sie aber die sozialen Gegensätze innerhalb der ARP. *Lohman* befürwortete der Partei gegenüber eine autonome Fraktionspolitik, widersetzte sich der *Kuyperschen* Antithese wonach die Gesellschaft sich in Gläubige und Ungläubige teilte, und weigerte sich, an der Erweiterung des Wahlrechts mitzuarbeiten, das der liberale Minister *Tak van Poortvliet* 1892 vorgelegt hatte. 1893 gehörten zu den 20 Fraktionsmitgliedern der ARP 11 Adlige, die schließlich mit *Lohman* die Partei verließen. *Kuyper* sprach sich zwar für Erweiterung des Wahlrechts aus, in der Zeit der Koalition der ARP mit den Katholiken unter seiner Führung (1901–1905) widersetzte sich die Partei jedoch dem Wunsch einiger Parteimitglieder, diese Erweiterung in das ARP-Dringlichkeitsprogramm aufzunehmen. Die Gruppe trat unter Führung von *A. P. Staalman* 1905 aus der Partei aus und gründete die CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE PARTEI (CDP, Christen Democratische Partij), die gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem war und sich für die Zusammenarbeit mit neutralen Parteien aussprach. Aus Unzufriedenheit über die Sozialpolitik der ARP sowie über die Zusammenarbeit dieser Partei mit den Katholiken wurde 1912 die CHRISTLICH-SOZIALE PARTEI (CSP, Christelijk Sociale Partij) gegründet, die zusammen mit der CDP in der → CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION aufging. Die ARP nahm 1888–91, 1901–1905, 1908–1913 an der Regierung zusammen mit den Katholiken teil. Unter Ministerpräsident *Kuyper* kamen die Antistreik-Gesetze von 1903 zustande (→ SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI). Zwischen 1918 und 1940 – diese Periode wird in der Literatur als die »konfessionelle« Zeit angesehen – nahm die ARP an jeder Regierung mit CHU und RÖMISCH-KATHOLISCHER STAATSPARTEI (RSKP) (zuweilen auch mit den Liberalen) teil. Es war die Zeit, in der die Antithese voll verwirklicht wurde. In den einzelnen Wahlen errang die ARP zwischen 13 und 17 Mandate. Mit CHU und RKSP zusammen war immer eine Mehrheit in der Kammer gesichert. Als Parteiführer rückte ab 1922 *H. Colijn* in den Vordergrund, der zwischen 1933–39 in 5 Kabinetten Ministerpräsident war. *Colijn* drückte der Partei einen konservativen Stempel auf. Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und staatlicher Autorität gehörte zu den Regierungsgrundlagen in dieser Periode der schweren Wirtschaftskrisen. Er bekämpfte diese Krisen mit den Mitteln des klassischen Wirtschaftsliberalismus – Senkung von Löhnen, Preisen und der Arbeitslosenunterstützung, Festhalten am Goldstandard des Gulden – und erzielte 1937 einen deutlichen Wahlsieg. Auch Nichtprotestanten stimmten für die Partei, was vermutlich auf die Persönlichkeit *Colijns* zurückzuführen war.

1940–45 war die Partei verboten. Viele Parteimitglieder arbeiteten mit den Kommunisten zusammen im Widerstand. In den ersten Nachkriegswahlen zur Zweiten Kammer 1946 und 1948 errang die ARP 12,9 % bzw. 13,2 % der Stimmen, das entsprach jeweils 13 Mandaten. Da sie der Indonesien-Politik der damaligen Regierungsparteien nicht folgen wollte, blieb sie zunächst in der Opposition. Nach der Abtrennung des ehemaligen Kolonialreiches und Bildung des Staates Indonesien 1949 trat sie wieder als Regierungspartei auf, und zwar ununterbrochen von 1952 bis heute, zunächst zusammen mit den Konfessionellen und der PARTEI DER ARBEIT (PvdA), ab 1958 mit den Konfessionellen und Liberalen. Eine Ausnahme machten das Kabinett *Cals* und das Kabinett *den Uyl* von 1973–77, das durch ARP und KATHOLISCHE VOLKSPARTEI (KVP) gestützt wurde.

Die ARP hat in den 50er Jahren versucht, zusammen mit der CHU zu einer gemeinsamen protestantisch-christlichen Partei zu kommen. Dieses Vorhaben scheiterte am Widerstand der CHU, die über eine lose Zusammenarbeit nicht hinausgehen wollte. Die Partei mußte nach 1945 noch zwei Abspaltungen hinnehmen. 1948 bildete sich der REFORMIERT POLITISCHE VERBAND (GPV, Gereformeerd Politiek Verbond). Dies hatte theologische Ursachen und resultierte aus einer Spaltung in der Reformierten Kirche bereits 1944.

1970 schließlich verließ eine Gruppe von Radikalen die Partei und bildete die EVANGELISCHE SOLIDARITÄTSPARTEI (ESP, Evangelische Solidariteitspartij), die sich einer Zusammenarbeit mit KVP und CHU widersetzte. Sie sah hierin eine Vorentscheidung zugunsten einer permanenten Zusammenarbeit mit den anderen Konfessionellen, was ein Zusammengehen mit der PvdA unmöglich machen würde. Die ESP wurde 1975 wieder aufgelöst, als sich herausstellte, daß die ARP-Radikalen mehr der → POLITISCHEN PARTEI RADIKALE zuneigten. Die ARP entschied sich 1975 zur Zusammenarbeit mit KVP und CHU im CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN APPELL (CDA), wobei jedoch die Gründung des CDA infolge der Zurückhaltung des oppositionellen linken Flügels der ARP schleppend verlief. So trat sie bei den Wahlen von 1977 auch nicht mehr als selbständige Partei auf.

J. A. de Wilde/C. Smeenk, Het volk ten baat. Geschiedenis van de Anti-Revolutionaire Partij, 1949; J. J. de Jong, Politieke organisatie in Westeuropa na 1 800, 5 Gravenhage 1951; De confessionelen, ont staan en ontwikkeling van hun politieke partijen, Utrecht 1968; D. Th. Kuiper, Van Volkspetitionnement tot Evangelische Volkspartij. Een schets van de hoofdlijnen van de ontwikkeling van de ARP van 1848 tot 1973. In: Een kleine eeuw kleine luyden. Grepen uit de geschiedenis van de ARP, 's-Gravenhage 1975; G. Puchinger, Ontstaan en ontwikkeling van de ARP, ebd.; I. Lipschits, De protestants-christelijke stroming tot 1940, Deventer 1977.

Bauernpartei (**BP,** Boerenpartij). Gründung 1958 durch *H. Koekoek*. Das Programm geht von der göttlichen Souveränität aus und verwirft von daher die Souveränität des Menschen oder des Volkes. Letzterem wird jedoch ein gewisser Einfluß zugestanden. Es wendet sich gegen Interessenverbände und plädiert für die Wiederherstellung des Marktprinzips in der Wirtschaft. Im sozialen Bereich wird ein umfassender Versorgungsstaat abgelehnt, da dieser die persönliche Verantwortlichkeit unterlaufe. Das Privateigentum als die Grundlage der persönlichen Freiheit müsse geschützt werden, Thron und Altar gelte es zu verteidigen.

Die Bildung der BP erfolgte vor dem Hintergrund schneller struktureller Veränderungen in der Landwirtschaft. Hier vollzog sich ein sehr rascher Konzentrationsprozeß bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität. Viele kleine Bauern wurden Opfer dieser Entwicklung und vom allgemeinen Anstieg des Lebensstandards ausgeschlossen, da infolge der hohen Überproduktion nur niedrige Preise erzielt wurden. Der Staat wollte diesen Umstrukturierungsprozeß nicht behindern, sondern nur die allzu harten Konsequenzen abschwächen. Die BP entstand als Ausdruck des Unbehagens und der Unsicherheit unter den Kleinbauern; sie wandte sich gegen die staatlichen Maßnahmen zur Reorganisation der Landwirtschaft, soweit diese die Bildung von landwirtschaftlichen Großbetrieben förderten und auf eine Auf- und Ablösung der kleinbäuerlichen Betriebe hinausliefen. Der Widerstand richtete sich vor allem gegen die »landbouwschap«, eine öffentlich-rechtliche Wirtschaftsorganisation mit Verordnungsbefugnis für den gesamten Agrarsektor und die damit verbundenen Pflichtbeiträge. Die Weigerung, diese Beträge zu zahlen, hatte in einigen Fällen den Zwangsverkauf des Hofes zur Folge, wogegen *Koekoek* den Protest organisierte.

Diese Entwicklung führte 1963 zum Erfolg der BP bei den Parlamentswahlen (3 Mandate). Der Gewinn war nicht nur den Bauernwählern zu verdanken, sondern auch der Unterstützung konservativer Niederländer, die in der BP einen ihnen von der politischen Einstellung her genehmen Partner mit Zukunftsaussichten sahen. 1966 errang die BP bedeutende Erfolge bei den Wahlen zu Provinzialständen und Gemeinderäten (6,7 % und 9 %), bei den Parlamentswahlen von 1967 erhielt sie mit 4,7 % der Stimmen 7 Mandate.

1968 erfolgte ein Bruch in der Fraktion. 4 Mitglieder, unter ihnen der 2. Vorsitzende *Harmsen,* bildeten aus Protest gegen die autoritäre Verhaltensweise von *Koekoek* eine eigene Fraktion, die später »Binding rechts« genannt wurde. Seitdem spielt die Partei parlamentarisch nur noch eine periphere Rolle. 1971 errang sie nur 1 Mandat, »Binding rechts« ging leer aus. Die BP erhöhte ihren Anteil 1972 zwar noch einmal auf 3 Mandate, fiel aber 1977 wieder auf 1 Sitz zurück.

A. T. J. Nooij, De Boerenpartij. Desorientatie en radikalisme onder de boeren, Meppel 1969.

Christlich-Demokratische Union (**CDU,** Christelijk-Democratische Unie).

1926 entstandener Zusammenschluß von drei kleinen protestantisch-christlichen Parteien: der CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN PARTEI und der CHRISTLICH-SOZIALEN PARTEI, die sich von der → ANTI-REVOLUTIONÄREN PARTEI abgespalten hatten, und der 1919 entstandenen CHRISTLICHEN VOLKSPARTEI (CVP, Christelijke Volkspartij). Ihre Rekrutierungsbasis fand die neue Partei in jenem Bevölkerungsteil, der dem Sozialismus und Antimilitarismus der → SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI positiv gegenüberstand, in dieser Partei insgesamt jedoch keine politische Heimstatt mehr zu finden glaubte. – 1933 errang die CDU 1, 1937 2 Sitze in der Kammer. – Nach Gründung der PARTEI DER ARBEIT löste sich die Partei auf, lediglich der linke Flügel arbeitete noch als CHRISTLICHE VOLKSUNION (Christelijke Volksunie) weiter, ging aber schließlich in der → PAZIFISTISCH-SOZIALISTISCHEN PARTEI auf.

Christlich Demokratischer Appell (**CDA,** Christen Democratisch Appel). Im Juni 1973 getroffene und 1975 statuarisch festgelegte Übereinkunft über den zunächst noch föderativen Zusammenschluß der drei konfessionellen Parteien → ANTI-REVOLUTIONÄRE PARTEI (ARP), → CHRISTLICH-HISTORISCHE UNION (CHU) und → KATHOLISCHE VOLKSPARTEI (KVP) mit dem Ziel, zur Bildung einer einzigen überkonfessionellen Partei zu gelangen. Dieser Schritt erfolgte am 11./12. 10. 1980. – Erste Etappe auf diesem Weg war 1967 aufgrund einer Initiative der CHU die Einsetzung

eines Arbeitsausschusses aus Mitgliedern der 3 Parteien, der die Möglichkeiten zur Bildung einer christlichen Partei untersuchen sollte. Dieser Ausschuß, die sog. »Gruppe der 18«, beschäftigte sich 2 Jahre mit der Frage nach den Inhalten christlicher Politik in der Gegenwart. Die von dem Ausschuß erarbeiteten Berichte bildeten die Grundlage für die 1969 vorgelegte Absichtserklärung der einzelnen Parteivorstände, den Zusammenschluß durchzuführen. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte vor allem auf den überdurchschnittlich starken Rückgang von KVP und CHU bei den Parlamentswahlen zurückzuführen sein. Beide Parteien verloren zwischen 1963 und 1972 beinahe 50 % der Mandate. Lediglich die ARP blieb in dieser Periode recht stabil. Die parlamentarische Mehrheit der Konfessionellen war damit zerbröckelt; der Zusammenschluß wurde zur Existenzfrage, wobei sich die Mitglieder der einzelnen Parteien über diese Form der Kooperation mit Aussicht auf Fusion durchaus nicht einig waren. Die Diskussion über den Zusammenschluß führte daher auch zu Abspaltungen bei ARP und KVP. Die Teilnahme der KVP und ARP am Kabinett *den Uyl* (PvdA) verzögerte noch einmal den Fusionsprozeß, da die CHU in der Opposition blieb. Bis 1980 stellte der CDA eine Dachorganisation dar, deren Mitgliedschaft sich aus den Mitgliedern von ARP, CHU und KVP zusammensetzte, die daneben aber auch über direkte Mitglieder verfügte. Jede dieser 4 Gruppen war auf dem CDA-Jahreskongreß mit einem Delegiertenkontingent vertreten. In den zentralen CDA-Organen erfolgte die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß, damit stellten sie den wichtigsten Integrationsfaktor innerhalb der Parteistruktur dar, die ansonsten noch durch weitgehende Autonomie der einzelnen Gruppen geprägt war. Ein gemeinsames Auftreten der 3 CDA-Parteien bei Koalitionsverhandlungen erfolgte erstmals nach den Parlamentswahlen 1977, bei denen die Föderation 49 Mandate errang und damit 1 Sitz mehr als die 3 Parteien 1972 zusammen erhalten hatten. Im Parlament erfolgte daraufhin die Bildung einer gemeinsamen Fraktion. Seit Anfang 1978 bildet der CDA eine Regierungskoalition mit der → VOLKSPARTEI FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE, nachdem die nach den Wahlen von 1977 einsetzenden langwierigen Koalitionsverhandlungen mit der PARTEI DER ARBEIT gescheitert waren. Die programmatischen Aussagen des CDA sind aufgrund der nach wie vor bestehenden Differenzen der einzelnen Gründerparteien untereinander besonders im wirtschaftlichen und sozialen Bereich wenig aussagekräftig. Übereinstimmung besteht nur in der Betonung der christlichen Grundlagen, was besonders im familienpolitischen Bereich und in der Ablehnung der Schwangerschaftsunterbrechung zum Ausdruck kommt.

Christlich-Historische Union (**CHU**, Christelijk-Historische Unie). Gründung 9. 7. 1908 als Fusion aus CHRISTLICH-HISTORISCHER PARTEI und Friesischem Bund unter *A. F. de Savornin Lohmann* und *J. Schokking*.

Programm: Die Heilige Schrift dient als Richtschnur der staatlichen Autorität. Die Niederlande sind als christlicher Staat protestantischer Observanz zu führen. Die Volkssouveränität wurde verworfen (dem Volk wird nur eine Mitarbeit an der Lenkung der Staatsgeschäfte zugestanden), ebenso wie in der frühen Zeit die *Kuypersche* Antithese (→ ANTI-REVOLUTIONÄRE PARTEI), was auf Ablehnung der Zusammenarbeit mit Katholiken hinauslief.

Organisation: Die CHU wurde bei ihrer Gründung als Föderation örtlicher Wählergemeinschaften strukturiert. Die politische Führung lag ursprünglich bei der Kammer-Fraktion. Erst am 21. 9. 1917 wurden Statuten angenommen, nach denen die Allgemeine Versammlung, der Hauptvorstand und der geschäftsführende Ausschuß als Führungsorgane auftraten. Die Allgemeine Versammlung bestand aus Delegierten der lokalen Vereine, den Mitgliedern des Hauptvorstandes sowie aus der Parlamentsfraktion. Der geschäftsführende Ausschuß ging aus dem Hauptvorstand hervor (zunächst 6, dann 9 Mitglieder). Die Aufstellung der Listen zu den Parlamentswahlen erfolgte auf Vorschlag der lokalen Wahlvereine. Nach dem 2. Weltkrieg haben sich die Statuten kaum geändert. Eingeführt wurde lediglich ein Unions-Rat, der als beratendes Organ und zugleich als entlastendes Gremium für die Allgemeine Versammlung anzusehen ist. Wissenschaftliches Büro der Partei ist die Stiftung A. F. de Savornin Lohman, die die ›Christelijk-Historische Tijdschrift‹ (zweimonatlich) herausgibt.

Geschichte: 1898 bildeten die Anhänger *Savornin Lohmans* in der → ANTI-REVOLUTIONÄREN PARTEI (ARP) eine eigene Partei, die »Freie ARP«. Partei und Fraktion blieben streng getrennt, bezeichnend war auch die autonome Position der örtlichen Wählergemeinschaften gegenüber der Parteizentrale. Der Anhang *Lohmans* kam geistesgeschichtlich aus dem »Reveil«, einer auf religiöse Wiederbelebung in der Reformierten Kirche abzielenden Strömung, deren wesentlichstes Ziel neben anderen die enge Verbindung von Politik und Religion war. Er wurzelte sozial gesehen vor allem im Großbürgertum. 1897/98 waren inzwischen ein CHRISTLICH-HISTORISCHER WÄHLERVERBAND (Christelijk Historische Kiezersbond), der im Osten des Landes seine Anhänger hatte, und in Friesland der BUND DER WÄHLERGEMEINSCHAFTEN AUF CHRISTLICH-HISTORISCHER GRUNDLAGE (Bond van Kiesverenigingen op Christelijk-Historische Grondslag in de Provincie Friesland) gebildet worden. Die Anhänger des Wählerverbandes gehörten zur Niederländisch Reformierten Kirche, kehrten sich gegen die ARP, die überwiegend aus Anhängern der Christlich Reformierten bestand, und waren stark antikatholisch eingestellt. Der Verband war der 1888 abgespaltenen NATIONALEN PARTEI (→ ARP) vergleichbar. Im Hinblick auf

die Einstellung zum Katholizismus gab es eine intransigente und eine gemäßigte Richtung. Erst 1903, nach dem Ausscheiden der Intransigenten, fusionierten die Lohmanianer mit dem CHRISTLICH HISTORISCHEN WÄHLERVERBAND zur CHRISTLICH-HISTORISCHEN PARTEI (Christelijk Historische Partij). Der Friesische Bund war aus einem Kreis reformierter (»hervormde«) Pfarrer hervorgegangen. Er stand unter dem Einfluß von *Ph. J. Hoedemaker,* der sich gegen die »Doleanten« und gegen die *Kuypersche* Antithese (→ ARP) wandte. Er verfocht eine protestantisch-reformierte (»hervormde«) Nation, in der der Staat der Autorität der Staatskirche unterworfen sein sollte. 1907 setzten Fusionsgespräche zwischen der CHRISTLICH-HISTORISCHEN PARTEI und dem Friesischen Bund ein, die 1908 zu einer Fusion, zur CHU, führten. *De Savornin Lohman* wurde 1. Vors. mit *J. Schokking* als Stellvertreter. Das Grundsatzprogramm stellte fest, daß es der Partei nicht um die Gewinnung der Mehrheit der Wähler, sondern um die Autorität christlicher Grundsätze ging. Dieser Ausgangspunkt hat die CHU bis in die 60er Jahre hinein geprägt.

In der Zwischenkriegszeit hat die CHU an allen Regierungen des Landes teilgenommen. Sie war von den drei konfessionellen Parteien die kleinste. Ihr Stimmanteil lag bei den einzelnen Wahlen zwischen 6,56 % und 7,46 % mit einem Höhepunkt 1922 von 10,88 %. In dieser Zeit errang sie zwischen 7 und 11 Mandate in der Zweiten Kammer. Der Parteiführer *de Geer* führte von 1926–29 und 1939–40 die Regierungskoalition mit RÖMISCH-KATHOLISCHER STAATSPARTEI (RKSP) und ARP. Das 1. Kabinett *de Geer* entstand nach dem Sturz des 1. Kabinetts *Colijn,* als die Zweite Kammer keine Mittel für die niederländische Gesandtschaft beim Vatikan zur Verfügung stellen wollte. Die CHU zeichnete hier mitverantwortlich. *De Geer* löste auch das 5. Kabinett *Colijn* ab, das von der RKSP wegen Meinungsverschiedenheiten über den Kampf gegen die Wirtschaftskrise zu Fall gebracht wurde.

Die CHU kehrte nach dem 2. Weltkrieg zurück, wobei die alten Prinzipien (nicht Majorität, sondern Autorität des Wortes Gottes) erhalten blieben. Die Wiederaufnahme der Parteiarbeit verlief allerdings nicht ohne Schwierigkeiten. Eine Reihe von CHU-Mitgliedern, vor allem ein Kreis junger Intellektueller, hatte sich während des Krieges zum religiösen Sozialismus hin entwickelt. Diese qualitativ starke Gruppe verließ die Partei und arbeitete an der Bildung der → PARTEI DER ARBEIT mit. Nach dem Ausscheiden dieses progressiven Flügels ging die CHU einen eher konservativen Weg. Die Wählerschaft blieb ihr zunächst treu, bei den ersten Nachkriegswahlen 1946 erhielt sie ebensoviele Mandate (8) wie 1937.

Der Anfang der 50er Jahre unternommene Versuch der ARP, eine protestantische Gesamtpartei zu bilden, wurde von der CHU abgelehnt, die nur für lockere Zusammenarbeit plädierte. Die Partei war in den 50er und 60er Jahren, ausgenommen 1966/67, in allen Kabinetten vertreten. Im Gegensatz zur Entwicklung in anderen Parteien verliefen die 60er Jahre bei der CHU relativ ruhig. Konflikte zwischen der konservativen Zentrums-Gesprächsrunde und der Jugendorganisation der Partei (CHJO) wurden zwar heftig ausgetragen, führten aber nicht zu Abspaltungen. Nach den Wahlen von 1967 ergriff der CHU-Vorsitzende *Tilanus* die Initiative zu ersten Gesprächen über ein Zusammengehen von KVP, ARP und CHU zum späteren → CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN APPELL (CDA). Zunächst blieb ein Erfolg aus. Die Partei blieb bis zu den Wahlen von 1967 einigermaßen stabil (zwischen 8 und 9 % der Stimmen). 1963 erhielt sie noch 13 Mandate. Sie verlor 1967 1 Mandat, fiel 1971 auf 10 Mandate und 1972 sogar auf 7 Mandate zurück, was einem Stimmenanteil von 4,8 % entsprach. Im Gegensatz zu den konfessionellen Schwesterparteien KVP und ARP ging sie unter dem progressiven Kabinett *den Uyl* in die Opposition, was kurzzeitig die Bildung des CDA behinderte. Durch den vorzeitigen Sturz des Kabinetts entfiel jedoch ein Teil der Probleme. An den Wahlen von 1977 nahm die CHU schon im Rahmen des CDA teil.

H. K. J. Beernink, Geschiedenis en beginsel van de Christelijk-Historische Unie, Den Haag 1953; G. Geismann, Politische Struktur und Regierungssystem in den Niederlanden, 1964; De confessionelen; ontstaan en ontwikkeling van hunpolitieke partijen, Utrecht 1968; I. Lipschits, De protestants-christelijke stroming tot 1940, Deventer 1977.

Demokraten '66, (**D'66,** Demokraten '66). Gründung 15. 11. 1966 durch eine Gruppe von 44 Personen, unter denen als Initiatoren *P. R. Baehr, H. F. M. O. van Mierlo* und *J. P. A. Gruijters* auftraten.

Programm: Die Partei strebt nach Klarheit und Transparenz in der niederländischen Politik durch eine eingreifende Reform des Staatsrechts (Abschaffung der Ersten Kammer, Wahl der Zweiten Kammer auf Basis eines Distriktwahlsystems, direkte Wahl des Ministerpräsidenten, Wahl anstelle der Ernennung von Bürgermeistern). Kernpunkt: Neuordnung des bestehenden Parteiensystems durch Förderung des Selbstauflösungsprozesses der bestehenden Parteien, um allmählich zu einem Zweiparteiensystem zu gelangen. Dogmatismus wird zurückgewiesen, politischer Pragmatismus befürwortet.

Geschichte: Entstehung und rascher Erfolg von D'66 sind zu begreifen als Folge eines allgemeinen Unbehagens über die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie, besonders was das Zustandekommen von Koalitionsregierungen betraf, auf das der Wähler praktisch ohne Einwirkungsmöglichkeiten blieb. Ehemalige Mitglieder und Wähler der VOLKSPARTEI FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE (VVD) und der PARTEI DER ARBEIT (PvdA) stellten die Mehrheit des Gremiums, gleichwohl darf D'66 nicht als Abspaltung aus VVD und/oder PvdA angesehen werden. Unter den ehemaligen VVD-Leuten finden sich Mitglieder der linksliberalen Opposition innerhalb der VVD, des Li-

beraldemokratischen Zentrums. Ihrem Streben nach Pragmatismus entsprach es, daß die D'66 ideologische Strömungen wie Sozialismus, Liberalismus und Konfessionalismus zurückwies. Tatsächlich setzten sich aber von Beginn an liberale Einflüsse im Parteidenken durch. Das zeigte sich zum einen in der überaus starken Betonung der geistigen Freiheit und der Garantie der Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen in seiner Eigenart, andererseits in der Auffassung über die Rolle des Staates in der Wirtschaft: Schaffung der Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung mit privater Unternehmerinitiative.

Bei den Wahlen von 1967 errang die Partei auf einen Schlag 7 Sitze, hauptsächlich durch junge und intellektuelle Wähler. Bis 1970 sprach sich die D'66 für eine selbständige politische Position aus. Das änderte sich im Herbst 1970, als die Partei für eine Zusammenarbeit mit PvdA und Politischer Partei Radikale (PPR) plädierte. Die Konsequenz war, daß die Partei 1971 und 1972 mit PvdA und PPR eine sog. Regierungsübereinkunft abschloß und der Wählerschaft ein alternatives Kabinett präsentierte. Damit gab D'66 ihre selbständige Position auf und setzte sich vollständig für den Ausbau der progressiven Zusammenarbeit ein. Entgegen den Erwartungen errang die Partei bei den Parlamentswahlen von 1971 nur 11 Sitze, ein Jahr später folgte ein Rückgang auf 6 Sitze. Innerhalb der Partei erwuchs heftige Opposition gegen die Zusammenarbeit mit PvdA und PPR in der Regierungskoalition *den Uyl* (1973–77). Die staatsrechtlichen Reformen, die die D'66 anstrebte, waren zwar in die Regierungsübereinkunft aufgenommen worden, das Parlament verwarf sie jedoch. Bei den Wahlen zu den Gemeinderäten und den Provinzialständen verschwand die Partei fast vollständig, so daß man vorübergehend an ihre Auflösung dachte. 1976 trat *J. Terlouw* an die Stelle des Parteivorsitzenden *van Mierlo,* der die Partei zur Zusammenarbeit mit der PvdA geführt hatte. Bei den Wahlen von 1977 schloß die Partei keine Regierungsübereinkunft und errang 8 Mandate. Ein Wiedererstarken der D'66 zeichnet sich damit ab. Ihre Position als progressive liberale Partei und als Alternative zur eher konservativ geprägten VVD brachte ihr 1981 17 Mandate ein.

J. Th. J. van de Berg/H. A. A. Molleman, Crisis in de Nederlandse Politiek, Alphen aan den Rijn 1974; I. Lipschits, Politieke stromingen in Nederland, Deventer 1978.

Demokratische Sozialisten '70 (**DS'70,** Democratisch-Socialisten '70).

Die DS'70 entstanden am 4. 4. 1970 als Reaktion des rechten Flügels der → Partei der Arbeit (PvdA) auf die Tätigkeit der Neuen Linken, deren Erneuerungsstreben als Polarisierungspolitik empfunden wurde. Im neunköpfigen Vorstand saßen 7 ehemalige PvdA-Mitglieder. Im Mai wurde auch die Gruppe Demokratischer Appell (→ PvdA) aufgehoben, deren Mitglieder größtenteils zu DS'70 übergingen. Die DS'70 wenden sich gegen »blinden Wirtschaftstrieb« wie gegen »Staatsallmacht« und treten für eine Wirtschaftsordnung ein, bei der für die allgemeine Lenkung der Produktion und eine gerechte Einkommensverteilung die Gesamtheit verantwortlich ist. Außenpolitisch setzen sie sich für die NATO ein und wünschen eine größere Distanz der Regierung zu rechts- wie zu linksdiktatorischen Ländern. Bei den Parlamentswahlen von 1971 holten DS'70 mit 5,3 % der Stimmen 8 Mandate. Sie nahmen am Kabinett des ARP-Mi isterpräsidenten *Biesheuvel* teil, verursachten jedoch eine Kabinettskrisis, da sie das von der Kabinettsmehrheit eingesetzte Instrumentarium zur Bekämpfung der Inflation nicht billigten. Bei den Neuwahlen 1972 verlor die Partei 2 Mandate, ein Trend, der sich bei den Wahlen zu Provinzialständen und Gemeinderäten fortsetzte. Nach Auseinandersetzungen über den Führungsstil des Vors. *W. Drees jr.* verließen 1975 4 Fraktionsmitglieder die Partei, die 1977 nur noch 1 Mandat mit 0,7 % der Stimmen erhielt.

S. W. Couwenberg, Modern Socialisme. Achtergrond ontwikkeling, perspectief, Alphen aan den Rijn 1972.

Freisinnig-Demokratischer Bund (**VDB,** Vrijzinnig-Democratische Bond) → Liberale Union.

Katholische Volkspartei (**KVP,** Katholieke Volkspartij) Gründung am 22. 12. 1945 als Nachfolgeorganisation der → Römisch-Katholischen Staatspartei (RKSP).

Programm: Grundlage politischen Handelns sind die sittlichen Normen, wie sie in der Offenbarung und in der von Gott geschaffenen Weltordnung enthalten sind; es wird eine auf diesen Normen basierende fortschrittliche Politik vor allem auf sozialökonomischem Gebiet angestrebt (Vermögensbildung der Arbeitnehmer, innerbetriebliche Mitbestimmung). Die Partei will nicht unbedingt alle Katholiken erfassen, wie es die Römisch-Katholische Staatspartei (RKSP) noch getan hatte; nicht die Zahl der Stimmen, sondern die Verwirklichung des Programms stehen im Vordergrund. Akzentuierung des Subsidiaritätsprinzips. Die Aktionsprogramme von 1956 und 1963 fordern die Partei auf, nach einer christlichen Weltordnung zu streben.

Organisation: Die unterste Ebene der KVP bilden Lokalvereine (Abteilungen, Sektionen), die ihrerseits entsprechend ihrer Mitgliederzahl Vertreter in die Wahlbezirks-Abteilungen entsenden. Die Parteiführung liegt beim Parteirat, dem Delegierte der Wahlbezirks-Abteilungen, der Parteivorstand sowie 10 Mitglieder des Jugendrats angehören. Der Parteirat tritt mindestens einmal jährlich zusammen und zieht zu den Beratungen die Parlamentsfraktion sowie Vertreter des katholischen wissenschaftlichen und kulturellen Lebens hinzu. Der Parteivorstand besteht aus 18 Mitgliedern der Wahlbezirks-Abteilungen, dem Parteivors., 2 Vizevors., 9 vom Parteirat gewählten Delegierten und dem Vorsitzenden des

Jugendrates. Die Listen zu den Parlamentswahlen werden in einem höchst komplizierten System aufgestellt, wobei die soziale Heterogenität der Partei voll berücksichtigt wird. Der Parteivorstand bestellt den geschäftsführenden Ausschuß. Der Fraktionsvors. und mit ihm die Fraktion üben großen Einfluß auf die Parteipolitik aus.

Presse: Monatsblatt ›KVP‹ sowie die wissenschaftliche Zeitschrift ›Politiek Perspectief‹.

Geschichte: Der Parteirat der RKSP faßte am 22. 12. 1945 den Beschluß, der Nachfolgeorganisation einen anderen Namen zu geben, um so den progressiven Charakter der Partei, die auch für Nichtkatholiken offenstand, hervorzuheben. Nur wenige Nichtkatholiken haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Wie schon vor 1940 hat sich der niederländische Episkopat auch nach 1945 für absolute Unterstützung der Partei durch alle Katholiken ausgesprochen. Das änderte sich erst in den 60er Jahren. Von Beginn an unterlag die KVP Abspaltungstendenzen. Schon 1946 trat innerhalb der Partei eine Gruppe unter dem ehemaligen Kolonialminister *Welter* auf, die sich im Hinblick auf die Entkolonisierungspolitik gegen eine Zusammenarbeit mit der → Partei der Arbeit (PvdA) richtete. Die Gruppe lehnte eine Preisgabe von Niederländisch-Indien ab. 1948 nahm *Welter* mit einer eigenen Liste an den Parlamentswahlen teil, eroberte 1 Mandat und gründete die Katholisch-Nationale Partei (KNP, Katholieke Nationale Partij). Die Kritik richtete sich nicht mehr allein gegen die Indonesienpolitik der KVP, sondern er warf ihr auch vor, als Klassenpartei katholischer Arbeiter die Interessen der Bauern und des Mittelstandes zu vernachlässigen. Diese Kritik bewirkte, daß sich innerhalb der KVP eine mehr konservative Gruppe bildete *(F. J. Duynstee, M. P. L. Steenberghe)*. Das Aufkommen dieses Flügels, die *Welter*-Kritik sowie der Widerstand der katholischen Arbeiterbewegung dagegen bedrohten eine Zeit lang die Einheit der Partei.

1954 erschien der Hirtenbrief des niederländischen Episkopats »Der Katholik im öffentlichen Leben der Zeit«. Er enthielt das Verbot der Mitgliedschaft von Katholiken in sozialistischen Partei-, Gewerkschafts- oder Kulturorganisationen (Presse, Rundfunk). Die Bischöfe geboten katholische Einheit. Unter dem Einfluß dieses Aufrufs kehrte die KNP 1955 zur KVP zurück.

In den 60er Jahren, vor allem nach dem 2. Vatikanischen Konzil, vollzogen sich innerhalb der katholischen Kirche wichtige Neuerungen. Die katholische »Säule« (→ Einleitung), wieder als geschlossenes Ganzes präsentiert und gefordert, brach auf, was nicht zuletzt auf die Tätigkeit einer kleinen intellektuellen Elite von Theologen zurückzuführen ist. Im Verlauf dieses Öffnungsprozesses kam es auch zu einer neuerlichen Diskussion über die Grundlagen einer katholischen Partei. 1966 erschien der Bericht einer von der KVP 1964 eingesetzten Strukturkommission über Grundlagen und Charakter der KVP. Danach sollte die Partei als katholische Grundsatzpartei zwar erhalten bleiben, zugleich jedoch als Programmpartei ihre kurz- oder längerfristigen Ziele mit Angabe des dazu notwendigen Instrumentariums angeben. Eine Entkonfessionalisierung wurde abgewiesen. Der Bericht sprach sich auch nicht für eine christliche Einheitspartei aus. Er wurde als offizielles Parteidokument innerhalb der Partei zur Diskussion gestellt. Daran beteiligte sich jedoch auch die PvdA, die den Hinweis der Strukturkommission, Bildung und Wahrung eines katholischen Parteiverbandes seien keine Frage des Grundsatzes, sondern der Zweckmäßigkeit, aufgriff und als ein Plädoyer für die freie politische Wahl der Katholiken interpretierte. Die Auseinandersetzungen über den Bericht führten innerhalb der KVP zur Bildung von vier Gruppierungen: die erste vertrat die Aufrechterhaltung einer katholischen Partei, die zweite strebte eine christdemokratische Partei an, die dritte wollte die Partei in eine breite, nicht konfessionell gebundene Volkspartei umgewandelt sehen mit Christentum und Humanismus als gleichwertigen Quellen der politischen Inspiration, und die vierte, die Gruppe der KVP-Radikalen, sprach sich für die Bildung einer radikalen Partei auf der Grundlage des Evangeliums aus, die eine Zusammenarbeit mit der PvdA anstreben sollte. Sie lehnte die bis dahin beinahe automatisch verlaufende Zusammenarbeit mit Anti-Revolutionärer Partei (ARP) und Christlich-Historischer Union (CHU) ab. Februar 1968 trat ein Teil der radikalen Gruppe aus der KVP aus und bildete die → Politische Partei Radikale (PPR). Aber innerhalb der Partei war auch nach dem Ausscheiden der PPR die Frage einer Zusammenarbeit mit der PvdA nicht gelöst. Dafür, sowie für einen Pakt mit den Demokraten '66, setzte sich in den 70er Jahren noch eine Minderheit unter *D. de Zeeuw* ein, notfalls auf dem Wege einer Koalition mit den protestantischen Parteien. *De Zeeuw* blieb in der Minderheit und verließ zusammen mit anderen die KVP. Auf dem rechten Flügel spaltete sich 1972 die Römisch-Katholische Partei der Niederlande (RKPN, Roomsch Katholieke Partij Nederland) ab, eine traditionalistische Partei, die sich gegen die Liberalisierung der Abortus-Gesetzgebung wandte. Sie errang 1972 ein Mandat, blieb aber 1977 erfolglos. Die KVP hat ab 1945 ununterbrochen an der Regierungsbildung teilgenommen. Hauptkoalitionspartner war bis 1958 die PvdA, die danach in ihrer Rolle vornehmlich von der Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) abgelöst wurde. Die KVP hatte eine beherrschende Position bei der Regierungsbildung, da sie neben der PvdA die stärkste Partei blieb. Ihr bestes Ergebnis hatte sie 1963: 31,9 % der Stimmen und 50 Mandate. Bis 1972 erfolgte aber ein starker Rückgang auf 27 Sitze. Die Selbstverständlichkeit katholischer Stimmabgabe für die KVP nahm stark ab, die zahlreichen Abspaltungen haben die Partei geschwächt. Die Bildung des → Christlich Demokratischen Appells (CDA) hat

diesen Schrumpfungsprozeß zunächst einmal überdeckt.

H. Daalder, Parties and Politics in the Netherlands. In: Political Studies, III, I (1955); Repertorium van de Sociale Wetenschappen. Politiek, Amsterdam/Brüssel 1958, S. 271 ff.; De confessionelen, onstaan en ontwikkeling van hun politieke partijen, Utrecht 1968; I. Lipschits, Politieke stromingen in Nederland, Deventer 1978.

Kommunistische Partei der Niederlande (CPN, Communistische Partij Nederland)

Gründung: 14. 3. 1909 in Amsterdam durch *D. Wijnkoop, J. C. Ceton, W. van Ravesteyn* u. a. als SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (SDP, Sociaal-Democratische Partij), 1918 Namensänderung in CPH (Communistische Partij Holland), 1935 in CPN.

Programm: Anfangs enge Anlehnung an die Programme der → SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI (SDAP) von 1895 und 1912, jedoch ohne die reformistischen Tendenzen des letzteren und in Abgrenzung zur SDAP Festhalten am Gedanken des Klassenkampfes. – Das niemals endgültig bestätigte Grundsatzprogramm von 1952 strebt über eine nationale Einheitsfront auf parlamentarischem Wege einen Volksstaat als Ausgangspunkt für den Aufbau des Sozialismus an. Dabei können mehrere Parteien nebeneinander bestehen und die Monarchie beibehalten werden. – Seit 1978 wird an einem neuen Programm gearbeitet. – Der organisatorische Aufbau gleicht dem bei kommunistischen Parteien üblichen.

Presse: ›De Tribune‹ (1909–1937; Wochen-, seit 1918 Tageszeitung), ›Volksdagblad‹ (1937–1940), ›De Waarheid‹ (Tageszeitung, 1945 bis heute). Theoretisches Organ: ›Politiek en Cultuur‹.

Geschichte: Der linke Flügel der SDAP, der den revisionistischen Kurs der Partei bekämpfte, sammelte sich um die Zeitschrift ›De Tribune‹. Die Weigerung, das Wochenblatt aufzuheben, führte auf dem Deventer Kongreß 1909 zum Parteiausschluß der Gruppe, die daraufhin die SDP gründete. Die etwa 400 Mitglieder stammten zumeist aus den großen Städten. Diese Zahl blieb bis 1914 nahezu konstant. Die Wahlen von 1909 wurden für die SDP zum Fiasko: in den Wahlbezirken Amsterdam, Rotterdam und Leiden – nur hier hatte sie Kandidaten aufgestellt – stimmten insgesamt nur 542 Wähler für die Partei, das entsprach 1,5 % in jedem Bezirk. Die Hoffnung der SDP, das Industrieproletariat der großen Städte für sich gewinnen zu können, erfüllte sich nicht, nicht zuletzt aufgrund des geringen proletarischen Charakters der Partei: 56 % zählten zu den kleinen Selbständigen, Angestellten und Lehrern; Intellektuelle leiteten die Partei und schrieben in der ›Tribune‹, zu deren ständigen Mitarbeitern *A. Pannekoek* gehörte, der bis zum Weltkrieg im Bremer Bildungsausschuß der deutschen SPD als Lehrkraft tätig war. Daneben entwickelte die SDP eine äußerst rege Propaganda-Arbeit in Form von Broschüren und kleinen Zeitungen. 1910 wurde sie dank der Bemühungen *H. Gorters* zur II. Internationale zugelassen. Im 1. Weltkrieg nahm die SDP Stellung gegen die Parteien des Burgfriedens, ohne sich allerdings der internationalen oppositionellen Bewegung von Zimmerwald und Kienthal anzuschließen. Sie setzte sich an die Spitze einiger revolutionär-sozialistischer Organisationen und suchte Zusammenarbeit mit den Anarcho-Syndikalisten. Im August 1914 kam es zu einem Zusammenschluß mit der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft »Nationales Arbeits-Sekretariat« (»Nationaal Arbeids-Secretariaat«, NAS) und kleineren Gruppen in der »Arbeitsgemeinschaft von Arbeitervereinigungen« (Samenwerkende Arbeidersverenigingen, SAV). Von hier aus wurde der Kampf für Demobilisierung und gegen Militarismus geführt. Der SAV schloß sich 1916 auch der BUND DER CHRISTLICHEN SOZIALISTEN (BCS, Bond van Christen Socialisten) an, und im gleichen Jahr erfolgte noch die Fusion der SDP mit dem unter Leitung von *H. Roland-Holst* u. a. stehenden REVOLUTIONÄR SOZIALISTISCHEN VERBAND (RSV, Revolutionair Socialistisch Verbond).

Bei den Parlamentswahlen von 1917 (vor der Verfassungsänderung zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts) buchte die SDP ca. 17 000 Stimmen, 1918 konnte sie 2 Mandate erringen. Im gleichen Jahr faßte sie auf ihrem IX. Kongreß in Leiden (16./17. 11.) den Beschluß, ihren Namen in CPN zu ändern. 1919 schloß sie sich der Komintern an und fügte in den 20er Jahren entsprechend dem Sprachgebrauch der Komintern-Weltkongresse ihrem Namen die Bezeichnung »Sektion der Dritten Internationale« an. Die Jahre 1918–1930 kennzeichnen scharfe interne Spannungen und Abspaltungsprozesse, die sich im wesentlichen unter dem Einfluß der Komintern-Zentrale vollzogen. 1921 trat die linke Parteiopposition, unter ihnen *A. Pannekoek* und *H. Gorter*, aus und gründete die KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (KAP, Kommunistische Arbeiders Partij), die, zahlenmäßig und politisch höchst unbedeutend, sich der bolschewistischen Parteikonzeption widersetzte und einen konsequenten Anti-Parlamentarismus vertrat. Eine andere oppositionelle Strömung entwickelte sich, als der Parteivorstand die ausschließliche Ausrichtung auf das NAS aufgab und eine auf Mitarbeit auch im stärker sozialdemokratisch ausgerichteten »Niederländischen Gewerkschaftsverband« (NVV, Nederlands Verbond van Vakverenigingen) gerichtete Politik einschlug, die auf Fusion beider Gewerkschaftszentralen zielen und den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale bewerkstelligen sollte. Erst der Kongreß von 1921 akzeptierte diesen Kurs und trieb damit die syndikalistischen NAS-Anhänger in die Opposition. Etwa gleichzeitig wandte sich eine Gruppe junger Intellektueller (*J. Romein, J. de Kadt, A. J. Koejemans* u. a.), die meistens aus dem »Bund Revolutionär-Sozialistischer Studenten« kamen, gegen die autoritären Führungsprinzipien des Dreigespanns *Wijnkoop, van Ravesteyn* und *Ceton.*

Nach dem Parteikongreß von 1924 traten *Roland-Holst, de Kadt* und einige Hundert Parteimitglieder aus und bildeten den BUND KOMMUNISTISCHER KAMPF- UND PROPAGANDAKLUBS (BKSP, Bond van Kommunistische Strijd- en Propaganda Clubs). 1926 kam es zur Parteispaltung. *Wijnkoop, van Ravesteyn* und *Ceton* legten die Führung nieder, gingen in die Opposition und wurden 1926 durch die neue Parteiführung unter *L. de Visser* ausgestoßen. Das Trio gründete eine eigene Partei, die KOMMUNISTISCHE PARTEI HOLLAND-ZENTRALKOMITEE (CPH-CC), die in ihrer Gewerkschaftspolitik völlig dem NVV folgte, während die offizielle Partei unter *de Visser* den Syndikalisten großen Spielraum gab. *De Visser* wurde von der Komintern anerkannt. Allerdings kam die den Syndikalismus vertretende Gruppe *Sneevliet*, die sich für *Trockij* einsetzte, rasch mit der Komintern in Konflikt, verließ 1927 auch die CPN und bildete 1929 die REVOLUTIONÄR SOZIALISTISCHE PARTEI (RSP, Revolutionair Socialistische Partij). – Dem neuen Gewerkschaftskurs der Komintern, der auf Bildung einer »Roten Gewerkschafts-Opposition« (RVO) abzielte, folgte die auf Geheiß der Komintern im Juni 1930 wiedervereinigte Partei nur zögernd. Unter der Leitung von *P. de Groot* entwickelte sich eine »Rote Gewerkschafts-Opposition«, in der NVV-Oppositionelle, NAS-Leute und andere Verbände saßen. Nach dem VII. Weltkongreß 1935 folgte auch die CPN der Volksfront-Politik im Kampf gegen den Faschismus und Nationalismus. Die Partei suchte Annäherung an die SDAP und hob die RVO's auf. Sowohl was Wähler- wie Mitgliederzahl betraf, blieb die CPN jedoch klein: ihr bestes Ergebnis erzielte sie bei den Parlamentswahlen von 1933 mit 4 Sitzen (3,18% der Stimmen). Die Zahl der Parteimitglieder stieg von etwa 1100 Mitgliedern 1930 auf 1940 ungefähr 11 000.

Nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes folgte die CPN zwar wiederum der offiziellen Komintern-Linie mit der Wendung gegen den britischen und französischen Imperialismus und gegen die Sozialdemokratie, begann jedoch schon 1940 den Widerstand gegen die deutschen Besatzer zu organisieren. Im Februar 1941 war sie es, die den politischen Massenstreik gegen die Judenrazzien anführte. Im Juni 1945 erging ein Kooperations-Angebot der CPN an die SDAP (Juni 1945), es schlug jedoch ebenso fehl wie der Versuch, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu bilden.

Bei den ersten Nachkriegswahlen 1946 errang die Partei 10 Mandate bei 10,6% der Stimmen. Dieser Erfolg läßt sich auf die kommunistische Rolle im Widerstand und das in jener Zeit noch spürbare Prestige der Sowjetunion zurückführen. In der Frage der indonesischen Unabhängigkeit organisierte die Partei einen allgemeinen Streik gegen die Entsendung von Truppen nach Niederländisch-Indien. Der Beginn des Kalten Krieges isolierte die Partei. 1951 wurde Beamten die Parteimitgliedschaft verboten. Die Isolierung begünstigte die Stalinisierung und kritiklose Verherrlichung der Sowjetunion. Die Entstalinisierung 1956 führte innerhalb der Partei zu einem Konflikt über die allzu starke Position *P. de Groots* in der Partei und die Rolle des Gewerkschaftlichen Einheitsverbandes EVC. Die Opposition gegen *de Groot* um *H. Gortzak, G. Wagenaar* u. a., nach dem Namen ihres Blattes ›Brug‹-Gruppe genannt, bildete 1960 die SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI (Socialistische Werkers Partij), die sich jedoch 1965 bereits wieder auflöste. Der interne Streit wirkte sich nachteilig bei den Parlamentswahlen aus. 1959 fiel die CPN auf 3 Mandate zurück gegenüber 7 bei den Wahlen von 1956.

In den 60er Jahren löste sich die Partei allmählich von der Sowjetunion. Sie bezog keine deutliche Stellung im chinesisch-sowjetischen Konflikt, verurteilte jedoch den Einmarsch in die ČSSR. In dieser Periode unterstützte die CPN die studentischen Aktionen und fand bei den Arbeitern der Strohkarton-Industrie im Norden des Landes eine starke Basis. 1972 errang sie daraufhin 7 Mandate gegenüber 4 1963, fiel jedoch 1977 schon wieder auf nur 2 (1,7% der Stimmen) zurück. Ein Versuch *de Groots*, daraufhin einen Kurs scharfer Abgrenzung gegenüber Sozialdemokratie und Eurokommunismus einzuleiten, wurde auf dem Kongreß 1978 zurückgewiesen. 1981 gewann die Partei 1 Mandat hinzu.

W. Gortzak, Kluiven op een buitenbeen. Kanttekeningen bij enige naoorlogse ontwikkelingen van het Nederlandse communisme, Amsterdam 1967; G. Harmsen, Voorspel, ontstaan en verloop van het schisma in het Nederlandse communisme. In: Mededelingen-blad, orgaan van de Sociaal Historische Studiekring, XXIX (Aug. 1966); A. A. de Jonge, Het communisme in Nederland. De geschiedenis van een politieke partij, Den Haag 1972; G. Harmsen/B. Reinalda, Voor de bevrijding van de arbeid. Nijmegen 1975; I. Lipschits, Politieke stromingen in Nederland, Deventer 1978.

Liberale Union (Liberale Unie). Gründung 1885 als Zusammenschluß örtlicher liberaler Wählergemeinschaften. Mit dem Tode *Thorbekkes* (→ Einleitung) fiel die beherrschende Führerfigur der liberalen Bewegung aus, deren ganze Vielfältigkeit der Gegensätze jetzt zutage trat. Das Aufkommen der konfessionellen Parteien und vor allem der protestantisch-katholischen Annäherung erforderte einen engen Zusammenschluß, aber nur eine Minderheit der Wählergemeinschaften (63) schloß sich auf Initiative der Ortsgemeinschaft »Burgerpligt« aus Amsterdam 1885 zur Liberalen Union zusammen. Ein Programm blieb wegen der gegensätzlichen Ansichten zunächst noch aus. Außer dem Anti-Konfessionalismus gab es keine Gemeinsamkeit.

Über die Frage der Wahlrechtserweiterung sowie der progressiven Einkommensteuer kam es 1902, ausgehend vom Bruch in der »Burgerpligt«, zu einer ersten Abspaltung: der Gründung des RADIKALEN BUNDES (Radicale Bond). Zu Streitigkeiten kam es auch bei der Behandlung des von dem liberalen Innenminister *J. P. R. Tak van Poortvliet* eingebrachten Entwurfs zur Wahl-

rechtserweiterung. Viele Wählergemeinschaften traten aus der Union aus. Sie firmierten nun als Frei-Liberale und gaben sich 1906 als FREILIBERALER BUND (Bond van Vrij-Liberalen) eine eigene Organisation. Zu dieser Organisation zählten auch die Gegner des 1896 entworfenen Reform- und Dringlichkeitsprogramms (Beschränkung übermäßig langer Arbeitszeit, Arbeitsvertrag, Sozialversicherung, Rechtsposition der Frau). Im Zusammenhang mit der Wahlrechtserweiterung versuchte der Unions-Vorstand 1901 die Forderung nach allgemeinem Wahlrecht ins Dringlichkeitsprogramm aufzunehmen. Das wurde von der Union abgelehnt, woraufhin der gesamte Vorstand zurücktrat. Neun Mitglieder des elfköpfigen Vorstandes nahmen bald darauf zusammen mit der Wählergemeinschaft Middelburg Kontakt mit dem RADIKALEN BUND auf. Noch im gleichen Jahr kam es zur Bildung des FREISINNIG-DEMOKRATISCHEN BUNDES (Vrijzinnig Democratische Bond), der bis zum Ausbruch des Weltkrieges selbständig als Exponent des niederländischen Linksliberalismus neben der liberalen Hauptströmung bestand. Die Freisinnigen spalteten sich allerdings 1917 über der Frage der Kriegsschuld-Finanzierung, nachdem es 4 Jahre zuvor schon einmal zu sehr heftigen internen Auseinandersetzungen über die Frage der Altersrente gekommen war. *M. W. Treub,* der an der Wiege der Partei gestanden hatte, trat aus der Partei aus und gründete den WIRTSCHAFTSBUND (Economische Bond).

Bei den Parlamentwahlen 1918 traten 4 liberale Gruppierungen auf: die Union, die FREISINNIGEN, der WIRTSCHAFTSBUND sowie der FREILIBERALE BUND, die 6, 5, 3 und 4 Mandate errangen. Eine gewisse Vereinheitlichung trat ein, als sich 1921 Union, FREILIBERALE und WIRTSCHAFTSBUND zum FREIHEITSBUND (De Vrijheidsbond) zusammenschlossen, zu dem auch noch kleinere Interessenparteien traten. Dieser FREIHEITSBUND änderte 1928 seinen Namen in LIBERALE STAATSPARTEI-FREIHEITSBUND (Liberale Staatspartij-de Vrijheidsbond). Die Liberalen nahmen vor allem nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts an Stärke ständig ab, wobei sie von Konfessionellen und auch den Sozialdemokraten zunehmend bedrängt wurden. Die Freisinnigen unter Führung *J. P. Ouds* blieben allerdings einigermaßen stabil.

Der Anteil der ehemaligen Mehrheitspartei des 19. Jh. schrumpfte bei den Wahlen von 1937 auf 7 Mandate zusammen. Nach dem 2. Weltkrieg fand der politische Liberalismus seine Fortsetzung in der → VOLKSPARTEI FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE.

K. E. van der Mandele, Het liberalisme in Nederland 1933; P. J. Oud, Honderd Jaren, 1840–1940. Een eeuw van staatkundige vormgeving (²1954).

Nationalsozialistische Bewegung (NSB, Nationaal-Socialistische Beweging) Gründung: 14. 12. 1931 durch *A. A. Mussert* und *C. van Geelkerken* in Utrecht.

Programm: Von *Mussert* konzipiert, zum größten Teil eine Kopie der *Gottfried Feder*-Broschüre »Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken«. Im wesentlichen: starke Exekutive, korporative Ordnung der Gesellschaft, Einführung der Arbeitsdienstpflicht, Streikverbot, Beschränkung der Pressefreiheit. Rassenlehre und Antisemitismus waren noch nicht aufgenommen. Juden konnten im Prinzip Mitglied der Partei werden.

Geschichte: Im ersten Jahr trat die Partei noch kaum an die Öffentlichkeit; erst als Ende 1932 die »Wehrabteilung« (WA), die paramilitärische Formation der NSB, gebildet und das Wochenblatt ›Volk en Vaderland‹ gegründet war, machte die Partei schon mehr von sich reden. Anfang 1933 zählte die Bewegung etwa 1000 Mitglieder, ein Jahr später schon 22 000 und 1936 55 000 Mitglieder, die vor allem dem Mittelstand entstammten.

Die NSB nahm 1935 zum erstenmal an Wahlen teil, und zwar zu den Provinzialständen, wo sie vor allem in den Provinzen Limburg und Drente überraschend gut abschnitt. Ausschlaggebend für den Erfolg waren die Wirtschaftskrise mit ihrer ungewöhnlich hohen Arbeitslosenzahl und die Machtlosigkeit der parlamentarischen Demokratie gegenüber den Krisenerscheinungen. Da sich die NSB zudem einigermaßen gemäßigt präsentierte, keinen Rassenhaß predigte und keinen extrem pro-deutschen Standpunkt einnahm, gewann sie an Anziehungskraft. Ab Ende 1935 trat jedoch ein Rückgang ein: Die Mitgliederzahlen sanken auf 44 000 und bei den Wahlen zur Zweiten Kammer errang die Partei nur 4 Mandate. Der Widerstand vor allem der linken Parteien, der Gewerkschaften und der reformierten und katholischen Kirche sowie die bald einsetzende Radikalisierung der NSB verursachten diesen Rückgang. Die Radikalisierung führte zu einer Übernahme des Antisemitismus und zu einer unumwundenen Unterstützung der aggressiven Außenpolitik Italiens und des Deutschen Reiches. Eine wichtige Rolle in diesem Prozeß spielte *Rost van Tonningen,* der der NSB 1936 beitrat und der mit deutscher Unterstützung die führende Position *Musserts* in der NSB zu unterlaufen versuchte. Die Wahlen zu den Provinzialständen von 1939 zeigten einen weiteren Rückgang der Partei (3,9 %). Im 2. Weltkrieg stand die Bewegung völlig auf deutscher Seite. Sie wurde 1941 die einzige legale Partei der Niederlande. 1942 erhielt *Mussert* den Titel »Führer des niederländischen Volkes«. Bei Kriegsende fiel die NSB auseinander, sie wurde im Mai 1945 verboten. Die meisten ihrer Mitglieder wurden wegen Landesverrats vor Gericht gestellt.

G. A. Kooij, Het echec van een »volkse« beweging. Nazificatie en denazificatie in Nederland 1931–1945, Assen 1964; L. M. H. Joosten, Katholieken en fascisme in Nederland, 1920–1940. Hilversum/Antwerpen 1964; A. A. de Jonge, Het nationaal-socialisme in Nederland. Voorgeschiedenis, ontstaan en ontwikkeling, Den Haag 1968; L. de Jong, Het Koninkrijk der Nederlanden in de tweede wereldoorlog, I. Voorspel, Den Haag 1969.

Partei der Arbeit (PvdA, Partij van de Arbeid).

Gründung: 9. 2. 1946 in Amsterdam, hervorgegangen aus einem Zusammenschluß des weitaus größten Teils der alten → Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), der → Christlich-Demokratischen Union (CDU), einzelnen Mitgliedern aus der → Christlich-Historischen Union (CHU), und der aus dem Widerstand kommenden katholischen Christophorus-Gruppe.

Programm: Das Grundsatzprogramm von 1947 hat volksparteilichen Charakter und fordert Sozialisierung der wirtschaftlichen Schlüsselsektoren sowie Wirtschaftsplanung; noch stärker als bei der SDAP von 1937 wird die Öffnung gegenüber den Mittelgruppen angestrebt, der Sozialismus als Angelegenheit des ganzen Volkes bezeichnet; Chancengleichheit und Anerkennung des konfessionell gebundenen Unterrichts sowie der eigenen Lebensgemeinschaft unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen stellen weitere Hauptpunkte dar. Im Grundsatzprogramm von 1959 gibt es keine spezifische Verurteilung des Kapitalismus mehr, sondern nur noch Bemühungen zur Einschränkung kapitalistischer Verfügungsmacht, die Sozialisierung wird nicht als prinzipielle, sondern als Zweckmäßigkeitsfrage bezeichnet. Darunter werden auch Mischformen von Privat- und Staatskapital verstanden, wie überhaupt Mischformen nicht mehr Übergangs-, sondern grundsätzlich anerkannte Formen sind.

Organisation: Oberstes Organ ist der Parteikongreß, der alle zwei Jahre zusammentritt. Er setzt sich aus Delegierten der Lokalvereine, den untersten Parteiorganen sowie dem Parteivorstand zusammen, der seinerseits vom Kongreß für zwei Jahre gewählt wird. Aus dem Parteivorstand geht der Geschäftsführende Ausschuß hervor. Neben diesen Instanzen findet sich für die Vorbereitung von Beschlüssen in technischen, finanziellen und organisatorischen Fragen ein Parteirat, der sich aus Delegierten der Wahlbezirks-Abteilungen (Zusammenfassung von Lokalverbänden) und dem Parteivorstand zusammensetzt. Der Parteirat berät die Parlamentsfraktion und den Parteivorstand bei wichtigen politischen Entscheidungen. Die Aufstellung der Kandidatenlisten für die Parlamentswahlen geht zunächst vom Parteirat aus und läuft über die Lokalvereine und Wahlbezirks-Abteilungen zum Parteivorstand, der seinerseits zusätzlich Kandidaten benennen kann. Fraktion und Minister haben großen Einfluß auf die Parteipolitik. Wissenschaftliches Büro der PvdA ist die Stiftung »Wiardi Beckman«.

Presse: ›Het Vrije Volk‹ (Tageszeitung, bis 1967, seitdem unabhängig), Monatsschrift ›Partijkrant‹ und wissenschaftliche Zeitschrift ›Socialisme & Democratie‹.

Geschichte: Der eigentliche Anstoß zur Gründung einer Partei auf breiterer Grundlage ging von der unmittelbar nach dem Kriege gebildeten »Niederländischen Volksbewegung« (NVB, Nederlandse Volksbeweging) aus, die sich als Exponent eines politischen Erneuerungswillens darstellte, der während des Krieges entstanden war. An der Spitze standen *W. Schermerhorn* und *W. Banning*. Die NVB organisierte im Herbst 1945 Gesprächsrunden, aus denen im Februar 1946 die PvdA entstand. Die neue Konzeption eines personalistischen Sozialismus setzte sich durch. Nur ein kleiner Teil der Katholiken, die zur NVB gehörten, schlossen sich der Partei an. Bis 1960 verfocht die Partei den Durchbruch-Gedanken, indem sie an die Stelle der Antithese Gläubige-Ungläubige *Kuyperscher* Provenienz (→ Anti-Revolutionäre Partei) den Gegensatz progressiv-konservativ setzte. Dieser Durchbruchgedanke galt nicht nur dem Parteileben, sondern der »Versäulung« (→ Einleitung) der niederländischen Gesellschaft insgesamt und stieß bei den konfessionellen Gruppen auf heftigen Widerstand, während die Liberalen ihn als ihr geistiges Eigentum seit 100 Jahren bezeichneten. In der PvdA selbst nahm der Durchbruch-Elan gegen Ende der 50er Jahre stark ab. Politisch gesehen hatte er wenig Erfolg. 1956, im Jahr des großen Wahlerfolges der PvdA – sie wurde die stärkste Partei –, stimmten immer noch 52,9 % der Wähler für die konfessionellen Parteien. Die starke Bindung des Durchbruch-Gedankens an den Sozialismus (wenn auch nicht marxistischer Prägung), die rationalistische Denkweise sowie die Auswirkungen des Kalten Krieges haben vermutlich (so S. W. Couwenberg) eine Überwindung der historisch tief verwurzelten Tradition verhindert. Es ist der Partei nicht gelungen, die Klassenschranken zu durchbrechen. Ein erster Rückschlag erfolgte schon 1947, als ein Teil der Freisinnigen unter *P. J. Oud* die Partei verließ und sich an der Gründung der → Volkspartei für Freiheit und Demokratie beteiligte. Eben diese Partei fing die Mittelgruppen auf. Selbst im Wahljahr 1956 bestand die PvdA-Wählerschaft zu beinahe drei Vierteln aus Arbeitern. Daß der Mittelstand nicht gewonnen werden konnte, wird aus dessen Mißvergnügen über die einsetzende Einkommensnivellierung sowie aus seiner individualistischen Grundeinstellung erklärt.

Innerhalb der Partei kam es bald zu Auseinandersetzungen über die Inhalte des modernen Sozialismus. Trotz aller Durchbruch-Ideologie blieben eine Römisch-Katholische und eine Protestantisch-Christliche Arbeitsgemeinschaft als selbständige Einheiten erhalten, wozu später noch eine Humanistische trat. Die Marxisten der Partei bildeten am 17. 3. 1946 ihrerseits das »Sozialdemokratische Zentrum« (SDC, Sociaal-Democratisch Centrum), zu dessen Initiatoren *L. de Jong, J. Romein, A. Romein-Verschoor, B. W. Schaper* und *S. de Wolff* gehörten. Das SDC versuchte, die Arbeiter innerhalb der Partei zu radikalisieren. Ausgehend vom Klassenkampfgedanken, klassifizierte es die bestehende Gesellschaftsordnung als eine kapitalistische mit allen Klassengegensätzen, Krisenerscheinungen und wachsenden Einkommensunterschieden, forderte Sozialisierung der Produktionsmittel und eine

zentrale Planwirtschaft. Als das SDC im August 1947 auch außerhalb der Partei aktiv wurde und damit die Gefahr der Parteibildung innerhalb der PvdA entstand, wurde es auf Druck der Parteiführung aufgelöst. Am 12. 2. 1955 wurde unter Führung von u. a. *F. Kief, N. E. Donkersloot, B. van Tijn* und *S. de Wolff* ein neues Zentrum gebildet (Zeitschrift: ‹Socialistisch Perspectief›). Es löste sich am 16. 1. 1960 selbst auf, nachdem der Parteivorstand sich scharf gegen die Gruppe ausgesprochen hatte. Mitte der 60er Jahre entwickelte sich innerhalb der PvdA eine linke Strömung, die »Neue Linke« (Nieuw Links), die sich jedoch keine organisatorische Form gab. Die »Neue Linke« strebte nach Umverteilung von Macht, Ausbildung und Einkommen mit Schwerpunkten bei der Demokratisierung der Betriebe und des Unterrichtswesens. Sie griff auf Programmpunkte der alten SDAP zurück und verlangte Umwandlung der PvdA in eine Aktionspartei, die mit außerparlamentarischen Bewegungen zusammenarbeiten sollte. Auf dem Parteikongreß der PvdA im November 1967 wurden in den 21köpfigen Parteivorstand 7 Mitglieder der »Neuen Linken« gewählt, auf deren Initiative hin auf dem Parteikongreß von 1969 eine Resolution angenommen wurde, die sich gegen vorherige Koalitionsabsprachen mit der KATHOLISCHEN VOLKSPARTEI (KVP) wandte.

Die Aktivitäten der »Neuen Linken« führten 1968 zur Bildung einer Gruppe der »Neuen Rechten«, die sich später DEMOKRATISCHER APPELL (Democratisch Appel) nannte. Als schließlich die PvdA vor den Gemeinderatswahlen von 1970 in einigen Gemeinden gemeinsame Listen mit der POLITISCHEN PARTEI RADIKALE (PPR) und der PAZIFISTISCH SOZIALISTISCHEN PARTEI (PSP) aufstellte (»Progressief Akkord«, sog. PAD-Listen), spaltete sich in Eindhoven eine Gruppe ab und gründete eine neue Partei, die → DEMOKRATISCHEN SOZIALISTEN'70 (DS'70). Andere Orte schlossen sich an, so daß DS'70 im April 1970 schon als nationale Partei auftrat.

Die PvdA hat im Zeitraum zwischen 1946 und 1977 ihren prozentualen Stimmenanteil bei den Wahlen zur Zweiten Kammer leicht verbessern können. Die ersten Nachkriegswahlen 1946 brachten ihr 28,3 % und 29 Mandate. Einen Höhepunkt erreichte sie 1956 mit 32,7 % und 34 bzw. 50 Mandaten (nach Erweiterung der Parlamentssitze von 100 auf 150) als sie stärkste Partei wurde. In den 60er Jahren hatte die PvdA fallende Tendenz mit Tiefpunkt bei den Wahlen von 1967, als sie gegenüber 1956 fast 10 % verlor und nur 37 Mandate errang. Die Wahlen von 1977 brachten einen deutlichen Wahlsieg (33,8 % und 53 Mandate) und die PvdA überrundete damit auch die im CDA zusammengeschlossenen ARP, CHU, und KVP. Bei den Wahlen von 1981 fiel sie auf 44 Mandate zurück.

Die Partei war von 1946 bis 1958 durchgehend im Kabinett vertreten und stellte in 4 Kabinetten mit *W. Drees* den Ministerpräsident. In die Zeit der Kabinette *Drees* fallen die Einführung der Allgemeinen Altersversicherung, der Beitritt der Niederlande zur NATO sowie die Polizeiaktionen in Niederländisch-Indien (Indonesien) und zugleich die Unabhängigkeit dieser ehemaligen Kolonie. Vor allem die frühere Indonesien-Politik, für die die Partei mitverantwortlich war, führte zu scharfer Kritik des SDC an der PvdA. Die 60er Jahre waren die Zeit der konfessionellen Kabinette bzw. der konfessionell-liberalen Koalition (ausgenommen das kurzlebige Kabinett *Cals* mit der PvdA als Koalitionspartner). Erst 1973 stellte die PvdA mit *J. den Uyl* wieder den Ministerpräsident in einer Koalition mit PPR, D'66, KVP und ARP. Obwohl die PvdA 1977 die stärkste Partei wurde, kam keine Erneuerung der Koalition zustande. Das Kabinett *den Uyl* wurde von einer CDA-VVD-Koalition abgelöst.

S. H. M. Ruitenbeek, Het ontstaan van de Partij van de Arbeid, Amsterdam 1955; S. W. Couwenberg, Modern socialisme. Achtergrond, ontwikkeling, perspectief, Alphen aan den Rijn 1972.

Pazifistisch-Sozialistische Partei (**PSP,** Pacifistisch-Socialistische Partij).

Gründung: 26./27. 1. 1957 in Amsterdam.

Programm: Pazifistischer Sozialismus, der Gewalt als Mittel zur Lösung von nationalen und internationalen Problemen ablehnt; Abrüstung, Atomstopp und Austritt der Niederlande aus der NATO wird gefordert, sowie Überführung der Produktionsmittel, von Grund und Boden, der Banken, Versicherungen und des Transportsektors in die Hände der Gemeinschaft, ebenso die Einführung einer Planwirtschaft, die von der Bedürfnisbefriedigung anstelle des Profitprinzips ausgeht. Ein weiteres Ziel ist die umfassende Mitbestimmung der Arbeiter in den Unternehmen. Seit 1965 auch Forderung nach der Republik.

Geschichte: Die PSP ist aus einer Gruppe parteiloser Anti-Militaristen und Sozialisten hervorgegangen, dem sog. Radikaldemokratischen Ausschuß politisch »Obdachloser« (Radicaal-democratisch daklozen-beraad). Ziel dieses Ausschusses war es, den Pazifismus, verbunden mit einer radikalsozialistischen Politik, im Parlament zu Gehör zu bringen. Die Mitglieder des Ausschusses kamen großenteils aus Friedensbewegungen wie »Kirche und Friede«, der »Dritte Weg« und »Allgemeine Niederländische Friedensaktion«.

Parteipolitisch gesehen, stammten die Gründer der PSP vornehmlich aus der → PARTEI DER ARBEIT (PvdA), der CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION und der SOZIALISTISCHEN UNION (Socialistische Unie), einer Gruppe von Linkssozialisten. Viele waren enttäuscht von der PvdA, da diese den Kolonialkrieg in Indonesien gegen Ende der 40er Jahre unterstützt hatte. Als sich das ursprüngliche Ziel, innerhalb der etablierten Parteien eine pazifistische pressure-group auftreten zu lassen, nicht verwirklichen ließ, beschloß man 1957 die Bildung einer neuen politischen Partei. In der Gründungsphase lag der Akzent vollständig auf dem Abrüstungsproblem, sozialpolitische Fragen er-

schienen zweitrangig. Die PSP suchte ihre Identität in deutlicher Distanz zu der nach ihrer Ansicht verbürgerlichten PvdA und in ihrer eigenen radikalen Forderung nach Sozialismus. In dieser Hinsicht bildete sie die linkssozialistische Alternative zur PvdA. Das Zusammengehen von Pazifismus und Radikalsozialismus in einer Partei führte zu regelmäßig wiederkehrenden Konflikten. Die linkssozialistische Gruppe in der Partei errang zu Beginn der 70er Jahre größeren Einfluß und organisierte sich in einem selbständigen Flügel, »Proletarisch Links« genannt, der die PSP zu einer sozialistischen Avantgarde-Gruppe umbilden wollte. Dies führte 1973 zu einem Bruch in der PSP: »Proletarisch links« verließ die Partei.

1974 folgte der Austritt einer weiteren Gruppe unter der Führung des ehemaligen Vorsitzenden *Burggraaf*, die eine enge Zusammenarbeit mit anderen progressiven Parteien wie PvdA, Politische Partei Radikale und Demokraten'66 anstrebte. In der Zweiten Kammer ist die PSP mit zwischen 2 und 4 Mandaten immer eine kleine Fraktion geblieben (1981 3 Mandate). Ihre Stärke liegt nicht so sehr im Parlament als in ihren Verbindungen mit außerparlamentarischen Aktionsgruppen, vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Friedensaktionen.

L. van der Land, Het ontstaan van de Pacifistisch Socialistische Partij, Amsterdam 1962; S. W. Couwenberg, Modern Socialisme. Achtergrond. ontwikkeling, perspectief, Alphen aan de Rijn 1972.

Politische Partei Radikale (**PPR,** Politieke Partij Radicalen).

Gründung: 27. 4. 1968 durch eine Gruppe radikaler Mitglieder der Katholischen Volkspartei (KVP) unter Führung von *P. C. W. M. Bogaers, J. M. Aarden, J. G. A. Jansen* u. a. Die PPR erblickt im Evangelium die Richtschnur einer progressiven radikalen Politik. Im Vordergrund steht die Sorge um die schwächsten Bevölkerungsgruppen. Kapitalismus und Staatssozialismus werden abgelehnt, verlangt wird Demokratisierung der Wirtschaft, Intensivierung der Entwicklungshilfe, Abschaffung der Ersten Kammer. Grund der Abspaltung von der KVP war die Mißbilligung der konservativ ausgerichteten Zusammenarbeit mit der → Volkspartei für Freiheit und Demokratie. Auseinandersetzungen über die Zusammensetzung des Parteivorstandes und über die politische Haltung der Partei bei den nächsten Wahlen zur Zweiten Kammer führten zum Austritt eines Teils der radikalen Gruppe.

Bis 1970 konzentrierte sich die PPR vor allem auf die von der KVP enttäuschten Wähler. Als jedoch 1970 einige Radikale aus der Anti-Revolutionären Partei hinzutraten, verlor die PPR ihren etwas einseitig katholischen Charakter und fand zugleich viel Anhang unter Studenten und Jugendlichen. Den Wahlkampf 1971 und 1972 führte die PPR auf der Basis einer zuvor mit der Partei der Arbeit und den Demokraten '66 getroffenen Koalitions- und Regierungsübereinkunft. 1972 errang sie 7 Mandate und erhielt 2 Ministersitze im Kabinett *den Uyl*. In dieser Legislaturperiode erwuchs der Partei aus den eigenen Reihen scharfe Kritik an der Regierungspolitik. Die PPR beschloß auf ihrem Kongreß von 1974, sich für die Abschaffung des Kernwaffenauftrags des niederländischen Heeres, die Entfernung aller Kernwaffen von niederländischem Boden und den Austritt aus der NATO einzusetzen.

1975 verließ eine kleine Gruppe um *P. van Gorkum* aus Protest gegen die PPR-Unterstützung der Regierungspolitik die Partei und schloß sich der Pazifistisch-Sozialistischen Partei an. Vor den Wahlen zur Zweiten Kammer 1977 schloß die PPR zwar wieder eine Koalitions- und Regierungsübereinkunft mit der PvdA, dieser Pakt zerbrach jedoch, als sich die PPR gegen eine Beteiligung des Christlich Demokratischen Appells bei der künftigen Regierungsbildung aussprach. Die PPR erhielt nur noch 3 Mandate.

J. Th. J. van den Berg/H. A. A. Molleman, Crisis in de Nederlandse politiek, Alphen aan den Rijn 1974.

Reformiert Politische Partei (**SGP,** Staatkundig Gereformeerde Partij) Gründung: 24. 4. 1918 durch Pastor *G. H. Kersten* in Middelburg.

Programm: Die Regierung hat nach den Grundsätzen der Bibel zu erfolgen unter unverkürzter Anwendung von Art. 36 des niederländischen Glaubensbekenntnisses. Kirche und Staat sind eine Einheit, der Staat ist der Kirche untertan. Aufgabe des Staates ist es, »falschen« Gottesdienst, u. a. den Katholizismus, zu bekämpfen. Politische Zusammenarbeit mit Katholiken wird scharf abgelehnt. Armenfürsorge muß der Staat kirchlichen und privaten Institutionen überlassen. Sozialgesetze werden zurückgewiesen. Frauenwahlrecht steht nicht in Übereinstimmung mit dem Auftrag der Frau in der Gesellschaft.

Organisation: → Einleitung.

Geschichte: Die SGP wurde 1918 auf einer Deputaten-Versammlung Reformierter (Gereformeerd) Gemeinden, an der auch die Vertreter von 8 örtlichen Wählergemeinschaften teilnahmen, gegründet. Ihre stärkste Verbreitung hat sie im Südwesten und Westen des Landes. Die Partei hat einen stark pietistischen Einschlag, der sich aus der engen Beziehung zwischen ihr und den Reformierten Gemeinden erklärt. Diese Reformierten Gemeinden, eine Glaubensgemeinschaft aus dem Jahre 1907, spielten bei der Bildung der Partei eine große Rolle, jedoch kann die SGP nicht als politischer Arm der Gemeinden angesehen werden. Die SGP wollte von Beginn an nicht auf diese Glaubensgemeinschaft begrenzt bleiben, und in der Praxis zeigte sich auch, daß ihre Anhängerschaft aus unterschiedlichen, jeweils kleineren Glaubensgemeinschaften kam.

Die Ursache der Parteigründung lag in einem auf Drängen des Führers der Anti-Revolutionären Partei (ARP) *A. Kuyper* gefaßten Beschluß der Synode der Reformierten Kirchen von 1905 (Utrecht), aus Artikel 36 des niederländischen Glaubensbekenntnisses einen Passus zu streichen,

in dem der Staat aufgefordert wurde, Abgötterei und falschen Gottesdienst aus dem niederländischen Zusammenleben zu verbannen und das Reich des Antichristen auszurotten. Dieser Beschluß wurde von den Pietisten als Duldung der katholischen Kirche durch den Staat gedeutet und war für sie Anlaß, eine eigene Partei zu gründen. Die antikatholische Haltung zeigte sich politisch 1925, als *Kersten* das 1. Kabinett *Colijn* durch die Forderung, die Ausgaben der niederländischen Gesandtschaft beim Vatikan zu streichen, zu Fall brachte. Sein Antrag wurde mit Hilfe der Christlich-Historischen Union angenommen. Auch die an sich geistesverwandte ARP war der Kritik der SGP wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Katholiken ausgesetzt. In den 20er Jahren erzielte die SGP Stimmengewinne, während der ARP-Anhang abnahm. Von 1920 bis zur Gegenwart war die SGP ununterbrochen mit 1–3 Abgeordneten in der Zweiten Kammer vertreten. Bei der Neugründung der Partei nach dem Krieg ergaben sich Probleme um den ersten Gründer und politischen Führer *Kersten,* der wegen seiner deutschfreundlichen Haltung als Mitglied der Zweiten Kammer nicht mehr tragbar war. Seine Nachfolger waren *P. Zandt* (1946–1961), *C. van Dis* (1961–1971) und seit 1971 *H. G. Abma.*

P. Jongeling, SGP en GPV. In: Partij en politiek. Een overzicht van enkele stromingen en het kader waarin zij opereren, Groningen 1975. S. 31–36; I. Lipschits, De protestants-christelijke stroming tot 1940, Deventer 1977; Ders., Politieke stromingen in Nederland, Deventer 1978.

Reformiert Politischer Verband (**GPV,** Gereformeerd Politiek Verbond).

Der GPV wurde im März 1948 als Organisation einer 1944 aus der Reformierten Kirche ausgetretenen Gruppierung, die die Synodalbeschlüsse über die Taufe nicht akzeptierte, konzipiert. Als »Losgelöste« (»Vrijgemaakten«) formierten sie sich unter der Führung der Hochschullehrer *Schilder* und *Greydanus.* Als die Anti-Revolutionäre Partei, der sie zunächst noch angehörten, ihre Auseinandersetzung mit der Reformierten Kirche zur innerkirchlichen Angelegenheit erklärte und eine Stellungnahme verweigerte, erfolgte 1948 der Beschluß zur Bildung des GPV. – Nationales und universales Ziel der Partei, das auch in die Verfassung Eingang finden soll, ist es, Gott zu ehren. Bibel und niederländisches Glaubensbekenntnis in der Interpretation der »Vrijgemaakten« sind die Grundlagen. Konstitutionelle Monarchie und größtmögliche wirtschaftliche Freiheit sind die wichtigsten politischen Grundsätze. – Zwischen 1963 und 1977 erhielt der GPV 1 bzw. 2 Mandate (maximal 1,8% der Stimmen). Das ehemalige Fraktionsmitglied *P. Jongeling* hat wesentlich das Bild der Partei geprägt.

P. Jongeling, SGP en GPV. In: Partij en politiek, Groningen 1975, S. 31–36.

Römisch-Katholische Staatspartei (**RKSP,** Roomsch-Katholieke Staatspartij). Gründung 1926 aufgrund einer Veränderung der Organisationsstruktur in dem »Allgemeinen Verband Römisch-Katholischer Wählergemeinschaften in den Niederlanden«.

Programm: Das von dem Priester *H. J. A. M. Schaepman* konzipierte Programm datiert aus der Zeit der Vorläufer-Organisationen der Partei. Es sah den katholischen Volksteil in seiner Eigenheit innerhalb der niederländischen Gesellschaft und ließ sich bei der Stellungnahme zu den politischen und sozialen Fragen der Zeit von den päpstlichen Enzykliken leiten. In manchen Punkten bestand weitgehende Ähnlichkeit mit dem Programm der → Anti-Revolutionären Partei (ARP). Die Fassung von 1936 und das darauf beruhende Aktionsprogramm von 1937 haben diesen Kern beibehalten. Sozialökonomisch setzte man sich für Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein und für Aufsichtspflicht des Staates zur Garantie eines harmonischen Verhältnisses zwischen Wirtschaftsinteressen und Allgemeinwohl.

Organisation: Die Statuten von 1926 behielten die ursprünglichen Wählervereinigungen sowie Wahlbezirksgruppen für die Wahlen zu General- und Provinzialständen, jedoch unter zentraler Aufsicht, bei. An die Stelle der früheren Allgemeinen Bundesversammlung trat der Parteirat, der aus stimmberechtigten Delegierten der Wahlbezirksgruppen sowie aus einer Anzahl beratender Mitglieder (Parteivorstand, Fraktion, wissenschaftlich-kulturelle Organisation) bestand. Im Parteivorstand saßen die Vorsitzenden der einzelnen Wahlbezirksgruppen sowie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, die der Parteirat für 5 Jahre bestellte. Der Parteirat bestellte auch den Parteivors. aus der Mitte des Parteivorstandes. Die Statutenänderung von 1934 brachte eine noch stärkere Zentralisierung. Lokalvereine traten an die Stelle der Wählervereinigungen. Die Mitglieder des Parteivorstandes erhielten Stimmrecht im Parteirat. An die Stelle der 1926 eingerichteten Studiengemeinschaften (St. Michaelclubs) traten Ortszentren, die das katholisch-politische Bewußtsein der Parteimitglieder fördern sollten. Die Zentren standen unter Aufsicht der Wahlbezirksgruppen und des Parteivorstandes. Auch die Aufstellung der Wahllisten wurde weiter zentralisiert.

Geschichte: Die Partei hat eine lange Vorgeschichte. Zunächst entstanden in den 50er Jahren des 19. Jh. eine Reihe örtlicher katholischer Wählergemeinschaften, deren Versuche, zu einem Verband auf Landesebene zu kommen, mißlangen. Lediglich in Brabant kam es 1870 zu einem provinzialen Zusammenschluß. Dem Versuch *Schaepmans,* die einzelnen örtlichen Gremien zu einer nationalen Organisation zusammenzuschließen, war mehr Erfolg beschieden. Dieser Versuch setzte ein, als der Bruch mit den bis dahin politisch befreundeten Liberalen vollzogen war und sich im Kampf um die Konfessionsschule ein Zusammengehen mit den Protestanten anbot (→

Einleitung). Ursprünglich zielte *Schaepman* selbst auf Bildung einer interkonfessionellen Partei. Dies ließ sich nicht erreichen, da allein schon das Vorhaben, zu einer bloßen Koalition mit den Protestanten zu gelangen, innerhalb der katholischen Fraktion zu einer Spaltung führte. Der Fraktionsteil unter *B. M. Bahlmann* widersetzte sich dem Plan und wandte sich auch gegen eine Erweiterung des Wahlrechts. *Schaepman,* der den anderen Flügel führte, gelang es 1896 schließlich, die Fraktion auf ein gemeinsames Programm zu verpflichten, das 1897 von allen katholischen Wählergemeinschaften angenommen wurde. Ein Jahr nach seinem Tode kam 1904 unter *J. J. W. van den Biesen,* Mitglied der Ersten Kammer, der Zusammenschluß fast aller Wählergemeinschaften zum ALLGEMEINEN VERBAND RÖMISCH-KATHOLISCHER WÄHLERGEMEINSCHAFTEN (Algemeene Bond van Roomsch-Katholieke Kiesvereenigingen) zustande. Der Verband darf als erster politischer Zusammenschluß der Katholiken auf Landesebene angesehen werden, wenngleich nicht alle Wählergemeinschaften sich der noch lose strukturierten Organisation anschlossen. Bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges nahm der Verband an drei Regierungskoalitionen mit der → ARP teil. Nach Kriegsende kam es zu ersten Spaltungen, die auf die soziale Heterogenität des Verbandes zurückzuführen waren, der Adel, Bürger und Arbeiter in gleichem Maße umfaßte. Die Leitung lag in Händen des katholischen Adels und des Großbürgertums aus den nördlichen Regionen, während sich die Wählerschaft vornehmlich aus den südlichen Regionen Nordbrabant und Limburg rekrutierte, wo sich die Industrialisierung stark ausbreitete und die soziale Frage auch für die katholischen Wähler eine große Rolle spielte. Vor diesem Hintergrund ist der bald einsetzende Abspaltungsprozeß zu sehen.

Der konservative Arbeitgeber-Flügel bildete in Opposition zur wirtschaftlichen Krisenpolitik des Verbandes 1922 die NEUE KATHOLISCHE PARTEI (NKP, Nieuwe-Katholieke Partij). Sie nahm an den Parlamentswahlen von 1922 teil, erlitt eine schwere Niederlage (0,46 % der Stimmen) und verschwand sogleich wieder von der politischen Szene. In Reaktion auf die Arbeitgeber-Gründung trat 1922 die RÖMISCH-KATHOLISCHE VOLKSPARTEI (Roomsch-Katholieke Volkspartij) auf, die 1925 und 1933 je 1 Mandat errang. Nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts wurde seit 1923 von dem in der Organisation wirksamen Bund St. Michael unter *J. A. Veraart* eine Durchorganisierung der Partei betrieben. *Veraart* verlangte darüber hinaus eine Lösung des engen Bandes zu den Protestanten und Zusammenarbeit mit der SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI (SDAP). Die organisatorischen Wünsche von *Veraart* wurden honoriert. 1926 erhielt der Verband den Namen Römisch-Katholische Staatspartei. Die Koalitionswünsche *Veraarts* stießen jedoch auf Ablehnung. *Veraart* trat daraufhin 1929 mit einigen anderen aus der Partei aus und gründete mit seinen Anhängern gegen den ausdrücklichen Willen des Episkopats den KATHOLISCH-DEMOKRATISCHEN BUND (KDB, Katholiek Democratische Bond), der bei den Wahlen 1933 allerdings nur 0,5 % der Stimmen erhielt. Im gleichen Jahr noch fusionierte der Bund mit der RÖMISCH-KATHOLISCHEN VOLKSPARTEI zur KATHOLISCH-DEMOKRATISCHEN PARTEI (Katholieke Democratische Partij). Der geringe politische Erfolg sowie die Mahnungen des Episkopats brachten die Mitglieder dieser Partei 1939 zur RKSP zurück.

Die RKSP war bis 1939 die weitaus größte Partei. Die Zahl der Mandate bei den einzelnen Wahlen schwankte um 30. Bis auf das 5. Kabinett von *H. Colijn* (→ ARP) war sie in allen Kabinetten vertreten. *R. de Beerenbrouck* führte die Regierung von 1918–25 und 1929–33. Trotz ihres zahlenmäßigen Übergewichts ist es der Partei jedoch erst in den 30er Jahren gelungen, sich mehr von dem politischen Übergewicht der Protestanten zu lösen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf den wachsenden Zweifel in RKSP-Kreisen an Sinn und Nutzen einer Koalition mit ARP und CHRISTLICH-HISTORISCHER UNION (CHU) unter völligem Ausschluß der SDAP, nachdem das wichtige Ziel der Katholiken, finanzielle Gleichstellung der Konfessionsschulen mit den öffentlichen Lehranstalten, erreicht war (1917). Darüber hinaus stieß die Sparpolitik *Colijns* zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise auf den Widerstand der katholischen Wähler, vor allem der Arbeiter. Die Zusammenarbeit mit der SDAP kam erst 1939 zustande, als das 5. Kabinett *Colijn* von der RKSP gestürzt wurde und sie im Kabinett *de Geer* eine Koalition mit der SDAP bildete. Die Partei wurde 1941 verboten. In der Diskussion um die Restauration der alten Parteien während des Krieges sprachen sich die Bischöfe und Leiter der alten RKSP für die Fortsetzung der katholischen Partei und gegen den Durchbruch-Gedanken (→ Einleitung, → PvdA) aus. Im Juni 1945 erfolgte entsprechend die Bildung des RKSP-Zentrums für Politische Bildung, das die Vorbereitungen zur neuen Parteigründung in die Hand nehmen sollte. Im Dezember 1945 beschloß der Parteirat, die Partei unter dem Namen → KATHOLISCHE VOKSPARTEI fortzuführen.

J. H. J. M. Witlox, De Katholieke Staatspartij in haar oorsprong en ontwikkeling geschetst, 2 Bde., 's-Hertogenbosch 1919–1927; L. J. Rogier/N. de Rooy, In vrijheid herboren. Katholiek Nederland, Den Haag 1953; De confessionelen, ontstaan en ontwikkeling van hun politieke partijen, Utrecht 1968.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP, Sociaal-Democratische Arbeiderspartij). Gründung 28. 8. 1894 in Zwolle von einer parlamentarisch orientierten Gruppe des SOZIALDEMOKRATISCHEN BUNDES.

Programm: Das Grundsatzprogramm der Partei von 1895 war stark am Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie orientiert. Es griff die kapitalistische Produktionsweise mit ihren Konsequenzen der Kapitalkonzentration und Verelendung der Arbeiter an und bejahte den

Klassenkampf. Jede politische oder ökonomische Bewegung der Arbeiter war so zu unterstützen, daß dadurch das Klassenbewußtsein und die Position gegenüber der besitzenden Klasse verstärkt wurde. Das Leidener Programm von 1912 ließ die Verelendungstheorie fallen und stellte den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft nicht mehr als unausweichlichen Prozeß dar. Gegenüber früher wurde die Möglichkeit vertreten, auch unter dem Kapitalismus das Los der Arbeiter bessern zu können. 1920 legte die Partei zwei Berichte vor: zur Sozialisierung sowie zur Mitbestimmung und Wirtschaftsorganisation. Im Sozialisierungsrapport sprach sie sich für Übernahme des Energie- und Transportsektors sowie der Bau-, Lebensmittel- und Bekleidungsindustrie gegen Entschädigung aus. Gleichzeitig wurde die Mitbestimmung der Betriebsangehörigen sozialisierter Betriebe geregelt. Mitbestimmung und Wirtschaftsorganisation zählten ab 1924 zu den offiziellen Parteiforderungen, ohne daß allerdings Aussicht auf kurzfristige Verwirklichung bestand. Im Haager Programm von 1937 standen die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus, gemeinschaftlicher Besitz der Schlüsselindustrien, gemeinsame Verwaltung des Wirtschaftslebens, Sicherung der politischen und geistigen Freiheit voran. Der Klassenkampfgedanke wurde aufgegeben, die Verbindung von Demokratie und Sozialismus hervorgehoben, Diktatur wurde als unvereinbar mit dem Sozialismus abgelehnt.

Organisation: → Einleitung.

Presse: ›Het Volk‹, Tageszeitung.

Geschichte: Die antiparlamentarische Haltung des → Sozialdemokratischen Bundes (SDB) veranlaßte 12 Mitglieder des Bundes (die sog. »12 Apostel«) zur Gründung der SDAP, die sich zwar selbst revolutionär geben wollte, die Beteiligung an den Wahlen und damit die Arbeit im Parlament aber nicht ausschloß. Die Unterzeichner waren 3 Intellektuelle *(F. v. d. Goes, H. v. Kol, P. J. Troelstra),* 2 Volksschullehrer *(A. H. Gerhard, H. J. van der Vegt),* 1 Kleinhändler *(L. Cohen)* und 6 Arbeiter *(J. Fortuyn, W. Helsdingen, H. Polak, J. Schaper, H. Spiekman, W. H. Vliegen).*

In den großen Städten war die Partei zunächst nur schwach vertreten. Die Arbeit der SDAP-Fraktion in der Zweiten Kammer hat das Wachstum der Partei gefördert. Die ersten Wahlen nach dem Wahlrecht von 1897 (Erweiterung des Elektorats) brachten 2 SDAP-Abg. in das Parlament, das sich zu jener Zeit mit der Sozialgesetzgebung befaßte. Wenngleich die einzelnen Maßnahmen (Lehrpflicht, Unfallversicherung, Wohnungsbaugesetz) aus sozialistischer Sicht unbefriedigend waren, hat die Mitarbeit der Fraktion als Verfechter der Arbeiterinteressen das Interesse an parlamentarischer Arbeit unter den Arbeiterwählern verstärkt. Die Parlamentswahlen von 1905/9 brachten der Partei 7 Mandate. Bis 1913 blieb die Zahl der Parlamentsmandate konstant. Wichtig für die Entwicklung der Partei war, daß die anfängliche Schwäche in den großen Städten allmählich überwunden wurde. So stieg 1909 in Amsterdam die Zahl der Stimmen von 12,5 % (1901) auf 21,2 %. Für den gleichen Zeitraum verzeichnete Den Haag einen Anstieg von 5,1 auf 10,6 %.

Einer der ersten Höhepunkte der parlamentarischen Tätigkeit der Partei war die Periode 1910–1914. In der Auseinandersetzung mit dem Kabinett *Heemskerk* um die Sozialgesetzgebung vertrat die SDAP die Auffassung, daß ohne das allgemeine Wahlrecht keine auf die Bedürfnisse der Arbeiter zugeschnittene Sozialgesetzgebung zustande kommen könne. Große parlamentarische und außerparlamentarische Aktionen für das allgemeine Wahlrecht waren die Folge dieser Erkenntnis. Die Wahlrechtsdemonstrationen weckten das Interesse der Arbeiter für politische Fragen, und zwischen 1911 und 1914 verdreifachte sich die Mitgliederzahl der Partei auf über 25 000. In den Parlamentswahlen 1913 stieg die Zahl der Mandate von 7 auf 15, was einem Stimmenzuwachs von 74,8 % gegenüber 1909 entsprach.

Der Ausgangspunkt der Partei, parlamentarische Arbeit mit Anspruch auf revolutionäre Politik zu verbinden, führte bis 1914 zu scharfen parteiinternen Auseinandersetzungen. Nachdem die Anarchisten durch den Spruch der II. Internationale auf dem Londoner Kongreß von 1896 praktisch außerhalb der sozialistischen Bewegung gestellt waren, wurde im 1. Jahrzehnt des 20. Jh. der Revisionismus-Streit ausgetragen, ohne daß sich in der SDAP ein ausgesprochen revisionistischer Flügel präsentiert hätte. Die Auseinandersetzung wurde vielmehr zwischen dem Parteizentrum um *Troelstra* und den auf dem linken Flügel um die theoretische Zeitschrift ›De Nieuwe Tijd‹ gruppierten Intellektuellen (*Henriette Roland-Holst, H. Gorter* u. a.) geführt. Abgesehen von dem allgemeinen Streit um das Theorie-Praxis-Verhältnis, in dem *Troelstra* einer Konzentration auf die Mitarbeit in den Vertretungsorganen das Wort redete, richtete sich die Kritik vor allem auf die Agrarpolitik der Partei, die sich 1897 nicht für Sozialisierung von Grund und Boden, sondern für Landverteilung an Landarbeiter und für Verbesserung der Pachtbedingungen ausgesprochen hatte. Die Kluft zwischen Parteivorstand und linkem Flügel erweiterte sich, als *D. Wijnkoop, W. van Ravesteyn* und *J. Ceton* das Wochenblatt ›De Tribune‹ gründeten, in dem scharfe Angriffe gegen Personen und Politik der SDAP geführt wurden. Die Versöhnung auf dem Utrechter Kongreß von 1908 war nur ein Schein, denn schon ein Jahr später auf dem Kongreß von Deventer, kam es endgültig zum Bruch. Die »Tribune-Gruppe« wurde ausgeschlossen und gründete noch im gleichen Jahr die Sozialdemokratische Partei.

Die Streikfrage ist ein weiterer Punkt parteiinterner Auseinandersetzung gewesen. In den großen Eisenbahnarbeiterstreiks von 1903 stellte

sich die Partei auf die Seite der streikenden Arbeiter und kämpfte im Parlament gegen die Annahme der von *A. Kuyper* eingebrachten Anti-Streikgesetze (»worgwetten«). Nach deren Annahme bliesen die im Nationalen Streikausschuß sitzenden Parteivertreter zusammen mit den anarchosyndikalistischen Mitgliedern den Streik jedoch plötzlich ab. Vor allem die Politik *Troelstras* wurde in der Partei allgemein wegen dieser schwankenden Haltung stark kritisiert. Die Partei hat danach allerdings den politischen Streik nicht ganz von der Hand gewiesen und zahlreiche wirtschaftliche Streiks bis 1914 unterstützt.

Ein weiterer interner Streitpunkt war die Frage nach einer etwaigen Regierungsbeteiligung der Partei. Mit diesem Problem wurde sie nach dem Wahlerfolg von 1913 konfrontiert. Der freisinnige »Kabinettsformateur« *Bos* bot der SDAP drei Sitze im neunköpfigen Kabinett an, ein Angebot, das auf dem außerordentlichen Kongreß von Zwolle mit 375 gegen 320 Stimmen abgelehnt wurde, nachdem sich zuvor die Mehrheit der Parteikonferenz dafür ausgesprochen hatte.

Im 1. Weltkrieg unterstützte die SDAP die Neutralitätspolitik der Regierung *C. van der Linden* und stimmte den Mobilisierungskrediten zu, in der Hoffnung, diese Haltung durch Einführung des allgemeinen Wahlrechts honoriert zu bekommen. Nachdem dies 1917 erfolgt war, stieg die Zahl der Parlamentsmandate sprunghaft an. Bei den Wahlen 1918 errang die SDAP bei verdoppelter Stimmenzahl 22 Mandate. Die Wahlen zu den Gemeinderäten 1919 zeigten einen noch größeren Erfolg: die Zahl der Stadtverordneten wuchs von 420 (1917) auf 1217 mit 83 Stadträten. Diesem Wachstum entsprach auch ein Anstieg der Mitgliederzahl bis Juni 1919 auf beinahe 50 000. Danach setzte jedoch ein Rückgang ein: die Mitgliederzahl sank bis März 1921 wieder auf 36 000, und bei den Parlamentswahlen von 1922 büßte die Partei zwei Mandate ein. Der insbesondere durch *Troelstra* genährte Glaube an eine kurzfristige Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wurde enttäuscht. Ökonomische Schwierigkeiten traten hinzu und darüber hinaus geriet die Partei auch politisch in die Isolierung, da es den konfessionellen Parteien gelang, in streng antithetischer Politik zusammenzubleiben.

Obwohl die SDAP 1925 bei den Parlamentswahlen ihren Verlust von 1922 wieder wettmachen konnte und bei den Wahlen von 1933 zweitstärkste Partei wurde, hat sie die konfessionelle Barriere nicht durchbrechen können: die katholischen und protestantischen Arbeiter blieben ihr weiterhin fern. Die Konfrontation mit den bürgerlichen Parteien war zuweilen härter als vor dem 1. Weltkrieg. In der 2. Hälfte der 20er Jahre befaßte sich die Partei angesichts der Unruhen in Indonesien und der darauf folgenden Repression mit der Kolonialfrage und sprach sich für die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung aus. Im Zuge dieser Probleme kam es auch zu Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel der Partei, dessen Mitglieder sich seit 1924/25 für ein Zusammengehen mit den Kommunisten aussprachen. Der Parteivorstand verbot den SDAP-Mitgliedern, sich internationalen Organisationen anzuschließen, die – wie er meinte – kommunistisch gesteuert waren. Dazu zählte auch die von *W. Münzenberg* gelenkte Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung. Der sich hier schon anbahnende Bruch erfolgte auf dem Haarlemer Kongreß von 1932, als der linke Flügel austrat und die Unabhängige Sozialistische Partei (OSP, Onafhankelijke Socialistische Partij) gründete. Angesichts einer gewissen Stagnation in der Parteientwicklung wurde es immer deutlicher, daß die Entscheidung für den parlamentarisch-demokratischen Weg auch eine breitere Basis notwendig machte. So ist die Übernahme des Plans der Arbeit des belgischen Sozialisten *H. de Man* 1935 (→ Belgien, Belgische Arbeiterpartei) als ein Schritt zur Basiserweiterung zu sehen und dies äußerte sich auch im Grundsatzprogramm von 1937, mit dem ein Schritt auf dem Wege von der Arbeiter- zur Volkspartei getan wurde.

Im gleichen Jahr strich die Partei angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung auch ihre Forderung nach Abrüstung aus dem Programm. 1931 durchbrach sie die Isolierung, als sie die ihr angebotenen 2 Sitze im Kabinett *de Geer* übernahm. Die SDAP wurde im 2. Weltkrieg von der deutschen Besatzungsbehörde aufgelöst und 1946 nach Gründung der → Partei der Arbeit offiziell aufgehoben.

D. J. Wansink, Het socialisme op de tweesprong. De geboorte van des SDAP, Haarlem 1939; S. de Wolff, En toch . . .! Driekwart eeuw Socialisme in vogelvlucht, Amsterdam 1951; G. Harmsen, Historisch overzicht van socialisme en arbeidersbeweging in Nederland. Deel I: Van de begintijd tot het uitbreken van de eerste wereldoorlog. Nijmegen o. J.; H. van Hulst/A. Pleysier/A. Scheffer, Geschiedenis van de SDAP van 1880–1940. Het Roode Vaandel volgen wij, s'Gravenhage 1969; C. F. Cohen, Om de vernieuwing van het socialisme. De politieke orientatie van de Nederlandse sociaal-democratie 1919–1930, Leiden 1974.

Sozialdemokratische Partei (**SDP,** Sociaal-Democratische Partij) → Kommunistische Partei der Niederlande.

Sozialdemokratischer Bund (**SDB,** Sociaal-Democratische Bond). Gründung 12. 2. 1882 in Amsterdam.

Der SDB ist die erste sozialistische Partei der Niederlande. Er ging hervor aus örtlichen Sozialdemokratischen Vereinigungen, die sich innerhalb oder neben dem 1871 gegründeten, gewerkschaftlich orientierten und von den Liberalen unterstützten Allgemeinen Niederländischen Arbeiterverband (ANWV, Algemeen Nederlandsch Werkliedenverbond) bildeten und über die gewerkschaftliche Arbeit hinaus auf politische Betätigung drängten. Der Bund, der das Gothaer Programm der deutschen SAP übernahm, blieb zunächst auf die Provinz Holland begrenzt, breitete sich jedoch ab 1883 über die Grenzen der Provinz aus (Twente, Friesland).

Der Bund stand von Beginn an in der allgemeinen Wahlrechtsbewegung, die sich 1883 eine organisatorische Form im »Verband für allgemeines Wahlrecht« (Bond voor Algemeen Kies- en Stemrecht) gab. Der Kampf für das Wahlrecht war die einzige Konstante der SDB-Politik. Gegenüber Fragen wie der Bildung von Arbeitergenossenschaften und der Position der Gewerkschaften nahm er eine schwankende Haltung ein. Erst nach dem Brüsseler Beschluß der II. Internationale (1891) ergriff er die Initiative zur Bildung des »Nationalen Arbeits-Sekretariats« (NAS, Nationaal Arbeids-Sekretariaat) am 9. 7. 1893. Schwierigkeiten gab es, als das Verhältnis von Reform und Revolution, von Theorie und Praxis, eine Rolle zu spielen begann. Eine zentrale Figur in diesem Streit war *F. Domela Nieuwenhuis,* ein ehemaliger protestantischer Pfarrer und einer der Hauptagitatoren des Bundes. In dieser Auseinandersetzung entwickelte der SDB starke Tendenzen zur Selbstisolierung. So brach er 1891 mit der FRIESISCHEN VOLKSPARTEI (Friesche Volkspartij), auf deren Programm immerhin Kampf um den 8-Stunden-Tag, allgemeines Wahlrecht und Nationalisierung von Grund und Boden standen. Auf dem Weihnachtskongreß 1891 wurde eine Resolution angenommen, in der man den Umsturz der Gesellschaftsordnung mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln propagierte. Zu diesem Zeitpunkt zählte der Bund noch 94 lokale Organisationen mit 3230 Mitgliedern. Ein Jahr später wurde mit 47 gegen 40 Stimmen bei 14 Enthaltungen die parlamentarische Mitarbeit und damit die Teilnahme an Parlamentswahlen verworfen. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen entwickelte sich innerhalb des SDB eine Opposition aus Intellektuellen und einigen Arbeitern, die Mitarbeit im Parlament für vereinbar mit revolutionärer Zielsetzung hielt. Diese Opposition trat aus dem SDB aus und gründete 1894 die → SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI (SDAP). Um die allgemeine auf parlamentarische Mitarbeit zielende Entwicklung aufzufangen, beschloß der SDB – der sich inzwischen Sozialisten-Bund nannte – auf dem Weihnachtskongreß von 1897, zwar an dem Verbot der Wahlbeteiligung für die lokalen Organisationen und die Gesamtorganisationen festzuhalten, den einzelnen Mitgliedern jedoch die Entscheidung freizustellen. *Domela* trat daraufhin aus dem Bund aus und ging zu den Anarchisten über. Am 24. 6. 1899 kam es zur Fusion mit der SDAP.

W. van Ravesteyn, De wording van het communisme in Nederland 1907–1925, Amsterdam 1948; G. Harmsen, Historisch overzicht van socialisme en arbeidersbeweging in Nederland. Deel I: Van de begintijd tot het uitbreken van de eerste wereldoorlog, Nijmegen o. J.

Volkspartei für Freiheit und Demokratie (**VVD,** Volkspartij voor Vrijheid en Democratie). Gründung: 24. 1. 1948 als Fusion der FREIHEITSPARTEI und der im Aufbau befindlichen »Demokratischen Volkspartei« um *P. J. Oud*.

Programm: Liberales Grundsatzprogramm von 1948. Freiheit, Verantwortung und soziale Gerechtigkeit als Grundlage der auf dem Christentum beruhenden niederländischen Gesellschaft. Bei aller Anerkennung der Volkssouveränität tritt man für Unabhängigkeit der Volksvertreter und der Minister von der politischen Partei ein. Wirtschafts- und Sozialpolitik soll bei weitgehender Zurückhaltung des Staates im Sinne eines Ordo-Liberalismus geführt werden. Schwerpunkte sind die Beschränkung der Lohn- und Einkommensteuer und der Verzicht auf einen Ausbau des Sozialstaats.

Organisation: Auf der untersten Organisationsebene finden sich die Abteilungen (Lokalvereine), die innerhalb eines Wahlkreises zu sog. »Kammerzentralen« zusammengefaßt werden. Führungsorgane der Partei sind die Allgemeine Versammlung, der Hauptvorstand und der geschäftsführende Ausschuß. Die oberste Entscheidungsgewalt liegt bei der Allgemeinen Versammlung, die sich aus Delegierten der Abteilungen zusammensetzt.

Presse: Offizielles Parteiorgan ist die Zeitschrift ›Vrijheid en Demokratie‹.

Geschichte: Nach 1945 wurde durch einige jüngere, aus dem Widerstand kommende Liberale, die liberale FREIHEITSPARTEI (PvV, Partij van de Vrijheid) gebildet, der *D. U. Stikker* vorsaß und die 1946 bei den ersten Nachkriegswahlen 6,4% der Stimmen auf sich vereinigte und 6 Mandate erhielt. Zu dieser Partei stieß 1947 der ehemalige Freisinnige *P. J. Oud* (→ LIBERALE UNION) mit seinen Anhängern, die sich zunächst im Sinne des Durchbruch-Gedankens der PARTEI DER ARBEIT (PvdA) angeschlossen hatten, bald jedoch die Unmöglichkeit selbständiger Betätigung in dieser Partei erkannten. *Oud* bildete nach seinem Austritt im Oktober 1947 einen »Ausschuß zur Vorbereitung einer Demokratischen Volkspartei«, der jedoch niemals in eine Partei mündete, da es schon Anfang 1948 zur Fusion mit der Stikker-Partei kam.

Die neue Partei erreichte bei den Wahlen von 1948 7,9% der Stimmen und 8 Mandate und nahm am Kabinett *Schaik-Drees* teil. Die VVD-Fraktion löste gleich zu Anfang einen Konflikt aus, als *Oud* im Parlament die Vermutung aussprach, das Kabinett wolle zur Übertragung Neuguineas an Indonesien übergehen, ohne das Parlament zu befragen. Daraufhin trat *Stikker* als Außenminister zurück, nahm jedoch im nächsten Kabinett *Drees* wieder den Ministerposten ein, jedoch nicht als Vertreter der VVD.

Bis 1959 saß die VVD in der Opposition. In jenem Jahr schloß *Oud* eine Zusammenarbeit mit der PvdA ausdrücklich aus. Die Partei, die sich vor allem auf Unternehmer, Mittelstand, freisinnige Bauern und Bürger stützt, geriet seit den 60er Jahren durch ihren permanenten Ruf nach Steuersenkungen und Verminderung der Staatsausgaben allmählich in den Ruch des Konservatismus (»Liberales'Manifest« vom September 1972). Innerhalb der VVD kam es zu Zwistigkeiten: die

Jungliberalen und das Liberaldemokratische Zentrum fürchteten um den »authentischen Liberalismus«. Einige Liberale gingen zu den DEMOKRATEN '66 über, es ist jedoch nie zu einer echten Abspaltung gekommen, wenngleich die Politik des Parteivorsitzenden *Wiegel* kritisiert wurde. Von 1971 bis 1972 stieg die Zahl der Mandate von 16 auf 22, 1977 auf 28 (18% der Stimmen). Verbunden war dies mit einem erheblichen Anstieg der Mitgliederzahlen von 1970 etwa 35 000 auf 1974 rund 70 000. Nach den Wahlen 1977 hat die VVD zusammen mit dem → CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN APPELL (CDA) die Regierungsverantwortung übernommen, nachdem die PvdA-CDA Verhandlungen gescheitert waren. 1981 verlor die VVD 2 Mandate.

Repertorium van de Sociale Wetenschappen. Politiek. Amsterdam/Brussel 1958; H. J. L. Vonhoff, De zindelijke burgerheren. Een halve eeuw liberalisme (1965).

NORDIRLAND

→ Irland und Ulster.

NORWEGEN

von

HANS-DIETRICH LOOCK

Die Verfassung vom 17. Mai 1814 bestimmt die Regierungsform als »beschränkte, erbliche Monarchie«. Die gesetzgebende Gewalt wird vom Volk durch das Storting (Parlament) ausgeübt. Die Exekutive liegt beim König und dem von ihm ernannten Staatsrat (Regierung). Der König und die Mitglieder des Staatsrates sind auf die Verfassung vereidigt. Der König verfügt über ein suspensives Veto (seit 1905 nicht mehr angewandt). Er kann das Storting nicht auflösen. Jeder Staatsrat kann bei Verletzung der Amtspflichten vor dem Reichsgericht angeklagt werden. Das Reichsgericht setzt sich aus den Mitgliedern des ständigen Obersten Gerichts und den Mitgliedern des aus dem Storting gewählten Lagting zusammen. Es ist seit 1926 nicht mehr zusammengetreten.

Die Verfassung, die dem Storting eine für diese Zeit ungewöhnlich starke Stellung gab und die Ministerverantwortlichkeit in Form des Reichsgerichtsverfahrens enthielt, wurde nicht von einer Volksbewegung geschaffen, sondern von der dänisch geprägten Beamtenschaft. Die in der Verfassung erklärte staatliche Selbständigkeit sollte die im Kieler Frieden (14. 1. 1814) vereinbarte Abtretung Norwegens von der dänischen an die schwedische Krone verhindern. Unter dem Druck der Großmächte mußte das erste Storting jedoch einer Union mit Schweden zustimmen. Die Verfassung blieb, abgesehen von ausgehandelten Anpassungen an die Union, unverändert. Die Entstehung der Verfassung und der Union führten dahin, daß die Beamtenschaft anfangs das politische Leben im Storting, in der Regierung und der Verwaltung bestimmte und daß die innenpolitischen Streitfragen bis zur Auflösung der Union 1905 zugleich unionspolitische Streitfragen waren.

Seit den 30er Jahren des 19. Jh. gab es eine »Bauernopposition« im Storting, die von städtischen Advokaten unterstützt wurde. Die Beamtenschaft vermochte jedoch aufgrund ihrer politisch und wirtschaftlich liberalen Haltung die Krisen zu überwinden. Seit Ende der 60er Jahre wurde die Opposition im Storting deutlicher. Das Hineinwachsen der Bauern in die moderne Wirtschaft und die Differenzierungen in der sich vergrößernden Beamtenschaft blieben nicht ohne Folgen für die Mehrheitsverhältnisse. Der politische Ausgangspunkt für die Entstehung der Parteien wurde das Staatsratsgesetz von 1872, das die Regierung zwingen sollte, an den Sitzungen des Storting teilzunehmen. Das Veto des Königs und der folgende Streit über die Frage, ob bei verfassungsändernden Gesetzen dem König ein Veto zustehe, führten am 9. 6. 1880 zum Beschluß des Storting, der die Regierung aufforderte, das Gesetz trotz des königlichen Vetos zu veröffentlichen. Da die Regierung sich weigerte, drohte die Opposition mit der Anklage vor dem Reichsgericht. Für die Verwirklichung bzw. Abwehr der Drohung bedurfte es sicherer Mehrheiten im Storting. Bei den Wahlen von 1882 wurden bereits Agitationskampagnen für und wider den »Beschluß vom 9. Juni« geführt. Im Verlauf weniger Jahre entstanden dabei in Anlehnung an die Fraktionen des Storting relativ moderne Mitgliederparteien.

Die Anklage gegen die Regierung vor dem Reichsgericht 1884 war erfolgreich. Da die Verfassung keine konservativen Sicherungen enthielt, eine soziale Elite mit einem traditionell akzeptierten Monopol auf die Ausübung politischer Macht fehlte – es gab keinen Adel – und die bis dahin herrschende Beamtenschaft traditionell liberal war, wurde die Verfassungskrise rasch im parlamentarischen Sinne gelöst.

Das Wahlrecht war 1814 Beamten, Bauern und selbständigen Bürgern in den Städten vorbehalten. Ausschlaggebend dabei war nicht das Einkommen, sondern der rechtliche Status. Die so als Wähler Qualifizierten erhielten das Wahlrecht jedoch erst, wenn sie vor einem Gericht einen Eid auf die Verfassung abgelegt und sich danach bei den Kommunalbehörden in die Wählerlisten hatten eintragen lassen. Für 1814 ist ein prozentualer Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung von 6,7 % errechnet worden.

Das Wahlverfahren war indirekt in Mehrmannwahlkreisen und führte in den einzelnen Regionen zur Herausbildung von Wahlmännerkorps als informeller sozialer Institution. Bis zur Entstehung der Parteien gehörten ihnen die örtlichen Honoratioren an, zu denen immer auch die Beamten gezählt wurden. Oppositionelle Bewegungen außerhalb des Wahlmännerkorps hatten keine politische Chancen. Die Entstehung der Parteien aus dem Storting hatte hier eine ihrer Ursachen.

Die erste Wahlrechtsänderung im Jahre 1884 führte einen Zensus auf steuerpflichtiges Einkommen ein. Da der Zensus auf dem Lande relativ niedrig lag und da die ersten Industrien auf dem Lande lagen, konnten Arbeiter bereits das Wahlrecht erhalten. Die Einschreibung in die Wählerlisten wurde jedoch nur in geringem Umfang wahrgenommen. Der Anteil der Stimmberechtigten stieg lediglich von 7,6 % im Jahre 1882 auf 9,4 % im Jahre 1885. Für die örtlichen Parteivereine wurde die Werbung der Wahlfähigen zur Einschreibung in die Wählerlisten ein wesentliches Betätigungsfeld, das zur Festigung der Organisation beitrug. Die örtlichen Parteiorganisationen nahmen die Aufstellung der Kandidatenlisten in die Hand. Die soziale Institution des Wahlmännerkorps verschwand in den Parteien. Bis 1897 war der Anteil der Wahlberechtigten auf 11,1 % gestiegen, 1898 wurde das allgemeine Wahlrecht für Männer eingeführt. Gleichzeitig entfiel die Pflicht zur Eidesleistung und Einschreibung in die Wählerlisten. Frauen erhielten 1907 ein durch Zensus beschränktes und 1913 das allgemeine Wahlrecht.

Das indirekte Wahlverfahren war bereits 1906 durch die direkte Wahl nach dem absoluten Mehrheitssystem, gegebenenfalls mit Nachwahlen nach dem romanischen Verfahren, abgelöst worden. Seit 1921 gilt das Verhältniswahlrecht in Mehrmannwahlkreisen. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 150 festgelegt und 1973 auf 155 erhöht.

Das zunächst entstehende Zweiparteiensystem war durch innerparteiliche Spannungen, zeitweilige Abspaltungen kleiner Parteien und Parteienwechsel von Abgeordneten bestimmt. Es gelang noch nicht, die Kandidaten-Nomination in den Wahlkreisen von der Parteizentrale zu lenken. Die lange herrschende Annahme, daß die beiden großen Parteien sich sozial stark unterschieden, ist durch die jüngere Forschung modifiziert worden. Anfänglich spielte der Unterschied von Stadt und Land eine gewisse Rolle. Bei der Nomination der Kandidaten fielen zudem die »unpolitischen« Streitfragen ins Gewicht: die Frage des Alkoholverbots, die Frage des Verhältnisses der evangelikalen Bewegungen zur Staatskirche wie die Frage des Gewichts der orthodoxen Gruppen in der lutherischen Staatskirche und die Frage der Gleichstellung der Sprachen (riksmål und nynorsk). Die soziale Zusammensetzung der Abgeordneten blieb bis zum Ersten Weltkrieg nahezu stabil und wies in den beiden großen Parteien keine Unterschiede auf.

Das Zweiparteiensystem, das bereits durch das Wachsen der NORWEGISCHEN ARBEITERPARTEI (DNA) gestört worden war, löste sich 1918 durch die parteipolitische Verselbständigung der bäuerlichen Interessen endgültig auf. Keine der Parteien erreichte die absolute Mehrheit. Es wurde üblich, zur kurzfristigen Lösung konkreter Aufgaben Minderheitskabinette zu bilden, die jeweils von einer zweiten oder dritten Partei toleriert wurden. Zwischen 1918 und 1935 wechselten 12 Kabinette.

Eine neue Phase begann 1935, als die DNA – seit 1927 relativ stärkste Partei – tolerabel wurde. Während der Okkupation des Landes durch deutsche Truppen 1940–45 gab es sowohl in der Exilregierung wie in der Widerstandsorganisation Bestrebungen zur parteipolitischen Sammlung und politischen »Erneuerung«. Die Rekonstruktion der Parteien 1945 brachte der DNA die absolute Mehrheit. Sie konnte sich bis 1965 ununterbrochen als Regierungspartei behaupten. Die bürgerlichen Parteien taten sich in der Opposition schwer, zumal sich die politischen Gegensätze verminderten. Die moderne Wirtschafts- und Vollbeschäftigungspolitik wurde von der DNA eingeleitet und wird im grundsätzlichen Bereich von den bürgerlichen Parteien nicht angefochten. Lediglich das Maß der staatlichen Regulierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist im Einzelfall jeweils strittig. Allerdings bereitet die programmatische Koalition zwischen den ihrer Herkunft nach disparaten bürgerlichen Parteien (1977: die RECHTE, die klassische Partei der Konservativen, das aus der bäuerlichen Interessenpartei der 20er Jahre hervorgegangene ZENTRUM und die erst seit 1945 ins Gewicht fallende CHRISTLICHE VOLKSPARTEI, die spezifische Interessen kirchlicher Vereinigungen repräsentiert) in den Nuancen Schwierigkeiten. Der seit 1965 mehrfach vollzogene Regierungswechsel zeigt keine Tendenz zum Wechsel der politischen und wirtschaftlichen Prinzipien.

Die traditionsreiche liberale Partei ist, wie anderwärts, nahezu verschwunden. Splitterparteien, die während der EG-Debatte entstanden und nach der Volksabstimmung über die EG (1972) das Parteienspektrum zu verändern schienen, haben sich nicht behaupten können. Die Sprachenfrage, das Alkoholproblem und der Streit um die Ordnung der Staatskirche sind bis heute Gegenstand der Programmaussagen nahezu aller Parteien.

Der organisatorische Aufbau der Parteien wies von Anfang an nur geringfügige Unterschiede auf. Grundorganisation jeder Partei war und ist der Ortsverein, in größeren Städten und größeren ländlichen Kommunalverbänden gibt es lokale Untergliederungen. Die Ortsvereine wählen ihre Vorsitzenden und die Delegierten für die Provinzialversammlung, die ihrerseits den Provinzialvorstand wählt. Das oberste Organ ist die Landesversammlung, deren Mitglieder von den Provinzialversammlungen gewählt werden. Die Landesversammlung tritt – bei den Parteien unterschiedlich – jedes zweite oder vierte Jahr zusammen. Sie beschließt die Grundsatz- und Wahlprogramme sowie die Organisationsstatuten, wählt den Parteivorstand, in dem jeder Provinzialverband vertreten sein muß, und den Parteivorsitzenden. Zwischen den Parteitagen ist der Vorstand oberstes Parteiorgan. Er tritt ein- oder zweimal im Jahr zusammen. Die Landesversammlung wählt ferner den Exekutivausschuß, der die laufenden Geschäfte führt. Dem Exekutivausschuß steht ein Stab hauptamtlicher Mitarbeiter unter Leitung des Generalsekretärs zur Seite. Zu den Aufgaben des Ausschusses gehört auch die Koordination der Arbeit von Partei und Fraktion.

Innerhalb der Parteien haben die Orts- und Provinzialverbände eine relativ starke Stellung. Die Nomination der Kandidaten für die Stortingwahlen wird in besonderen Nominationsversammlungen der Provinzialverbände entschieden, die von Delegierten der Ortsverbände beschickt werden. Bei der Nomination werden die Interessenverbände (wirt-

schaftliche Interessenvereinigungen, kirchliche Gruppen, Abstinenzlervereine) entsprechend berücksichtigt und so politisch integriert.

Die Tagespresse Norwegens hat – von wenigen Ausnahmen abgesehen – parteipolitischen Charakter. Der Grad der Abhängigkeit von den Parteiorganen variiert.

A. Kaartvedt, R. Danielsen, T. Greve, Det Norske Storting gjennom 150 år, 4 Bde., Oslo 1964; H. Valen, D. Katz, Political Parties in Norway, Oslo, London 1964; S. Rokkan, Geography, Religion and Social Class: Cross-cutting Cleavages in Norwegian Politics (Party Systems and Voter Alignments, hg. S. M. Lipset, S. Rokkan), New York 1967; T. Bergh, H. Ø., Pharo (Hg.), Vekstog velstand, Oslo 1977.

Arbeiterdemokraten (Arbeiterdemokratene) → Radikale Volkspartei.

Bauernpartei (**B,** Bondepartiet) → Zentrumspartei.

Christliche Volkspartei (**KrF,** Kristelig Folkeparti). Evangelikale Partei, die sich gegen die Entchristlichung des Kulturlebens und der Moralauffassungen wendet.

Gründung: 6. 9. 1933 in Bergen als Provinzialpartei für Hordaland durch *I. Bjørø, N. Lavik, J. Midtun.* 1938 unter Beteiligung von *R. Indrebø* (1946 Bischof) und *K. Marthinussen* (1949 Bischof) als Landespartei konstituiert.

Programm: Die allgemeine Formel »Schutz des Christentums in Kirche, Schule und Kulturleben« wird konkret in den Forderungen, den christlichen Einfluß auf die Schulen zu erhalten (insbes. obligatorischer Religionsunterricht), die Besetzung kirchlicher Ämter mit liberalen Theologen zu verhindern, die Anti-Alkohol-Gesetzgebung restriktiv zu gestalten und die Sozialfürsorge im Sinne der Caritas zu verbessern. Die Programme von 1945 und 1957 betonen im allgemeinen Teil die Verwurzelung der Demokratie im Christentum, im ökonomischen Teil das Zurückstehen der Sonderinteressen zugunsten der »ganzen Volksfamilie«. Der Organisationsgrad differiert in den Provinzen erheblich, doch gleicht die Organisationsform der der anderen Parteien (→ Einleitung).

Presse: Vor 1945 besaß die Partei keine eigene Zeitung, wurde aber von Organen christlicher Vereinigungen unterstützt. Seit 1945 erscheint das Wochenblatt ›Folkets Framtid‹ (Zukunft des Volkes); zwischen 1950 und 1954 erschien außerdem ›Dagsavisen‹ (Tageblatt).

Geschichte: Bereits 1908 war während des Streits um die Berufung liberaler Theologen auf Lehrstühle der Universität und um die Gründung einer privaten »Gemeinde-Fakultät« (menighetsfakultet) orthodoxer Prägung eine »Kirchenpartei« (Kirkepartiet) entstanden. Sie trat freilich nicht als Partei im eigentlichen Sinne auf, sondern verpflichtete Kandidaten der großen Parteien auf das Programm einer vom Staat unabhängigen Volkskirche. Politischen Einfluß gewann sie nicht. Seit 1919 wurde der Gedanke einer Parteigründung in kirchlichen Vereinigungen erneut erörtert. Die Ernennung eines Bischofs theologisch liberaler Prägung und die von anderen Parteien erhobene Forderung nach Freiwilligkeit des Religionsunterrichts an den Schulen gaben dem Gedanken weiteren Auftrieb. Unmittelbarer Anlaß der Gründung war jedoch die Weigerung des Provinzialverbandes der → Linken in Hordaland, dem Bibelschuldirektor und Bezirksvorsitzenden der Gesellschaft für Innere Mission, *N. Lavik,* einen sicheren Platz auf ihrer Wahlliste einzuräumen. Die neue Partei errang 1933 in Hordaland 18 % der Stimmen, 1936 21 % und 1 resp. 2 Mandate. Die beiden Abg. hospitierten bei der Fraktion der → Linken. Im Wahlkreis Bergen scheiterte die eigene Liste 1936. In anderen Wahlkreisen wurden vor 1945 keine Kandidaten aufgestellt. Das Jahr 1945 brachte einen Neubeginn. Einerseits hatte der Kirchenkampf während der deutschen Besetzung die Staatskirche und die freikirchlichen Bewegungen zusammengeführt und das Bewußtsein der nationalen und politischen Bedeutung des Christentums erneuert. Andererseits traten Persönlichkeiten, die der Oxfordbewegung nahestanden, hinzu, unter ihnen der Schriftsteller *R. Fangen* († 1946), der während der Besetzung in deutscher Haft saß, und der Jurist *E. Wikborg* (Vors. 1951–55). Die Idee von *Fangen,* eine christliche Volksbewegung zu schaffen, stieß allerdings ebenso auf den Widerstand des Parteivorsitzenden *Lavik* wie die von den parteilosen Führern des Kirchenkampfes, Bischof *Berggrav* und *O. Hallesby,* geforderte Vereinigung der Parteien der Mitte mit der KrF als Zentrum. Der Wille zur Wahrung der christlichen Prinzipien und die Tendenz, politische Polarisierungen innerhalb der Partei zu vermeiden, waren hierbei maßgebend. Bei den Wahlen 1945 hatte die Partei nur in 11 Wahlkreisen Kandidatenlisten aufstellen können und erhielt 7,9 % der Stimmen (8 Mandate). Erst 1957 faßte sie in allen Wahlkreisen Fuß. 1953 erreichte sie 10,2 % der Stimmen und 14 Mandate. Die Abg., in der Mehrzahl Lehrer, sind durchweg Funktionsträger in christlichen Vereinigungen wie dem Kirchlichen Landesverband, der Gesellschaft für Innere Mission, der Lutherischen Missionsgesellschaft, der Sonntags- und Bibelschulvereine und der Mitbestimmungsorgane in der Staatskirche. Auch unter dem Vors. *E. Hareide* (1955–67) blieben die politischen und wirtschaftlichen Fragen gegenüber den christlichen Grundfragen untergeordnet.

1965–71 beteiligte sich die Partei an der Koalitionsregierung des Staatsministers *P. Borten* (→ Zentrumspartei). Während der EG-Debatte 1971–72 sprach sie sich gegen den Beitritt aus. Sie bildete 1972, nach der Volksabstimmung über den Beitritt zur EG und nach dem Rücktritt der Regierung *Bratteli* (→ Norwegische Arbeiterpartei), mit ihrem 1967 gewählten Vors. *L. Korvald* als Staatsminister ein Minderheitskabinett mit der → Zentrumspartei und der → Linken. Es handelte sich um ein Übergangskabinett der EG-Gegner für den Rest der bis 1973 laufenden Legislaturperiode. Vor den Wahlen 1977 wurde mit der Rechten und der Zentrumspartei eine Erklärung zur künftigen politischen Zusammenarbeit formuliert und für den Fall des gemeinsamen Wahlsiegs die Bildung einer Regierungskoalition angekündigt. Die Wahlkoalition verfehlte mit 75 Mandaten die Mehrheit nur knapp. Die KrF erhielt 12,1 % der Stimmen und 22 Mandate.

Kristelig Folkeparti 1933–1958, Oslo 1958; A. R. Lomeland, Kristelig folkeparti blir til, Oslo 1971.

Freisinnige Linke (**FrV,** Det Frisinnede Venstre) → Linke.

Gemäßigte Linke (**MV,** Moderate Venstre) → Linke.

Kommunistische Partei Norwegens (**NKP,** Norges Kommunistiske Parti).

Gründung: 4. 11. 1923 in Oslo durch die Führer des internationalistischen Flügels der → Norwegischen Arbeiterpartei (DNA) *S. Støstad, P. Furubotn, O. Scheflo* und *F. Monsen.*

Programm: Neben dem Grundsatzprogramm der Komintern veröffentlichte die Partei unterschiedliche »Aktionsprogramme«. Seit 1956 wird der »friedliche Weg zum Sozialismus« propagiert.

Organisation: Die Gliederung entspricht der in den kommunistischen Parteien üblichen. Faktisch sind nur in wenigen Wahlkreisen zureichende Lokalorganisationen gebildet worden. Presse: 1923: ›Norges Kommunistblad‹, 1945 ›Friheten‹.

Geschichte: Die Gründung wurde durch den endgültigen Bruch der → DNA mit der Kommunistischen Internationale veranlaßt. Von den 29 Abg. der DNA im Storting schlossen sich 13 der kommunistischen Fraktion an. Bei der ersten Wahl 1924 erhielt die Partei 6,1 % der Stimmen und 6 Mandate. Bei den folgenden Wahlen ging der Stimmenanteil kontinuierlich zurück. 1930 verlor sie das letzte Mandat; 1936 kam sie auf 0,3 % der Stimmen. Die Partei focht von Anfang an heftige Flügelkämpfe aus. Der 1928 von der Komintern geforderte Kampf gegen die »sozialfaschistische« Sozialdemokratie führte *O. Scheflo* und andere Gründungsmitglieder in die DNA zurück. Die 1935 eingeleitete Volksfrontpolitik veranlaßte die Partei 1936, den Zusammenschluß mit der DNA anzubieten. Die Verhandlungen scheiterten, weil über die Haltung zur Komintern keine Einigung zu erzielen war.

Während der Okkupation hatten die Kommunisten durch ihre Tätigkeit in der Widerstandsbewegung ein gewisses Ansehen gewonnen. Bei den Wahlen 1945 erhielt die Partei 11,9 % der Stimmen und 11 Mandate. Verhandlungen mit der DNA über einen Zusammenschluß waren vor den Wahlen gescheitert. Heftige Machtkämpfe zwischen *P. Furubotn* und *E. Løvlien* (Vors. 1946–65) schwächten die Partei. Auf dem Parteitag 1950 wurden *Furubotn* und ca. 250 seiner Anhänger ausgeschlossen. Bei den Wahlen verlor die Partei kontinuierlich an Stimmen (1957: 3,4 %, 1 Mandat; 1961: 2,9 %, ohne Mandat; 1969: 1,0 %). *R. T. Larsen,* Vors. seit 1965, versuchte die Partei aus der Isolierung zu führen. 1968 verurteilte sie die Invasion der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei. In der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzung folgte sie dem rumänischen Kurs. 1973 beteiligte sie sich an den Wahlbündnissen des Sozialistischen Wählerverbands (→ Sozialistische Linkspartei). Die Beteiligung an der Gründung der → Sozialistischen Linkspartei wurde abgelehnt. 1977 blieb sie mit einem Stimmanteil von 0,4 % ohne Mandat. Vors. ist seit 1975 *M. G. Knudsen.*

J. Lippe (Hg.), Norges Kommunistiske Partis historie, Oslo 1963.

Linke (**V,** Venstre). Liberale Partei, in der sich antibürokratische Bauern und radikal-liberale Juristen gegen das herrschende Beamtenregime zusammenschlossen.

Gründung: 28. 1. 1884 in Kristiania (Oslo) durch *J. Sverdrup, S. Jaabaek, O. A. Qvam, W. Konow.* Offizieller Name seit 1921 »Linke Vereinigung Norwegens« (Norges Venstrelag).

Programm: Neben den allgemeinen liberalen Forderungen nach Parlamentarisierung, allgemeinem Wahlrecht, allgemeiner Wehrpflicht, Geschworenengerichten wurde während der Unionskrise die nationale Selbständigkeit in der Außenpolitik verlangt.

Seit 1891 traten sozialpolitische Forderungen (direkte Steuern mit Progression, Normalarbeitstag, Arbeiterschutz, Sozialversicherung) in den Vordergrund. Daneben trat nach 1905 die Forderung nach staatlicher Kontrolle ausländischen Kapitals, aber auch einheimischer Aktiengesellschaften. Ferner forderte die Partei die Vereinheitlichung und Erweiterung des Schulwesens, die Bildung kirchlicher Gemeinderäte, die Zulassung von Dissidenten zu öffentlichen Ämtern und die Einschränkung des Alkoholkonsums. Seit 1921 verband sich die Abwehr des Sozialismus mit der Fortführung sozialer Reformen. Nach 1945 suchte die Partei programmatisch einen Mittelweg zwischen staatlicher Kontrolle und Privatinitiative in der Wirtschaft.

Organisation: Der Aufnahme neuer Programmforderungen mußten bis 1921 mindestens $^2/_3$ der Ortsvereinigungen zustimmen. Entsprechend trat in den Wahljahren der Landesparteitag gewöhnlich zweimal zusammen. 1921 wurden

der Zentrale stärkere Befugnisse gegeben. Die Parteipresse in den Provinzen und das Hauptorgan ›Dagbladet‹ sind in unterschiedlichem Maße unabhängig von der Parteizentrale.

Geschichte: Während des Vetostreits und insbesondere nach dem Stortingsbeschluß vom 9. 6. 1880 (→Einleitung) entstanden sog. »9. Juni-Vereinigungen«, die in einigen Fällen aus älteren oppositionellen »Vereinigungen der Bauernfreunde« hervorgingen und sich an der Wahlagitation für oppositionelle Kandidaten beteiligten. Örtlich gab es auch Gruppen mit der Bezeichnung »Venstrelag« (Bund der Linken). Nach den Wahlen von 1882 konstituierte sich im Storting das erste Mal formell eine oppositionelle Fraktion mit dem »Zweck, in Fortsetzung der vom letzten Storting geführten Politik, die verfassungsgemäße Stellung des Storting zu behaupten und für eine freie, volkstümliche und glückbringende Entwicklung zu wirken.« Der Fraktion schlossen sich 82 Abg. an, die 62,8 % der Urwähler repräsentierten und 72,8 % der Mandate innehatten. Als Vorsitzende wurden *J. Sverdrup* und *J. Steen* gewählt. Im Frühjahr 1883 beschloß die Fraktion, daß ein Zusammenschluß der lokalen »Venstre«-Vereinigungen erwünscht sei, und stellte ihren Mitgliedern anheim, in ihren Wahlkreisen für dieses Ziel zu wirken. Ergebnis dieses Beschlusses war die Gründungsversammlung der Partei am 28. 1. 1884. Im Storting setzte die Fraktion 1883 die Anklage der Regierung vor dem Reichsgericht durch (→ Einleitung). Am 27. 2. 1884 wurde der Staatsminister *Selmer* (→ Rechte) zum Verlust seines Amtes verurteilt. Nachdem die Bildung von Kompromißregierungen gescheitert war, sah sich *König Oscar II.* gezwungen, *J. Sverdrup* am 26. 6. 1884 mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Die erste Regierungsbildung nach parlamentarischen Regeln war damit vollzogen. Der Fraktion – wie auch der Partei – fehlte freilich noch die politische Geschlossenheit. Insbesondere der christentums-kritische »Kulturradikalismus« der Akademiker stieß bei den bäuerlichen Gruppen während des Kulturkampfes um die Bewilligung der Dichtergage für *A. Kielland* und um das Gesetz über die Wahl der Gemeindekirchenräte auf Widerstand. Die Regierung folgte einer gemäßigten Linie, die auch von der → Rechten unterstützt wurde. Am Ende der 2. Legislaturperiode, im Februar 1888, löste sich die Fraktion auf. Vermittlungsversuche von *O. Blehr* und *J. Løvland* scheiterten. Die radikale Gruppe konstituierte sich unter der Leitung von *J. Steen* als Reine Linke. Ihr gelang es auch, den Parteitag zu bestimmen. Die Gemässigte Linke (Moderate Venstre) mit *J. Sverdrup* stützte sich auf niederkirchliche und auf orthodoxe Gruppen der Staatskirche. Bei den Wahlen des Jahres 1888 trat sie mit eigenen Listen an. Die Reine Linke zog mit 39 Abg., die 41,8 % der Urwähler repräsentierten, aber nur 34,3 % der Sitze erreichten, in das Storting ein, während die Gemässigten 24 Abg. stellten, die 19,5 % der Stimmen repräsentierten und einen Anteil von 21 % an den Sitzen hatten. *J. Sverdrup* konnte nur bei wenigen Gesetzesvorlagen, so beim Gesetz über die Verbesserung des Volksschulwesens, die beiden Gruppen vereinen. Seit 1891 stellten sich die Gemässigten auf gemeinsamen Listen mit der → Rechten zur Wahl. 1903 gaben sie ihre organisatorische Selbständigkeit auf und gingen zur Rechten über.

Mit ihren sozialpolitischen Forderungen vermochte die Linke auch die Arbeiter zu gewinnen. Die ersten Arbeitervereinigungen standen mit ihr in enger Verbindung. An den Parteitagen von 1891 und 1893 nahmen *C. Jeppesen* bzw. *Chr. H. Knudsen* (→ Norwegische Arbeiterpartei) teil. Sprecher des sozialreformerischen Flügels war *J. Castberg*. In der praktischen Politik und in der Wahlagitation trat aber die Unionsfrage (→ Einleitung) immer mehr in den Vordergrund. Während der Unionskrise gewann die Partei wieder die absolute Mehrheit im Storting (bestes Ergebnis 1897: 79 Mandate, die 52,7 % der Urwähler repräsentierten und 69,3 % der Sitze hielten). Bereits von 1891–93 hatte *J. Steen* die Regierung bilden können und wieder von 1898–1902. Die Verbindung nationaler mit sozialreformerischen Parolen gab der Partei und der Fraktion freilich einen uneinheitlichen Charakter. Der angesehene Reeder *Chr. Michelsen* rief 1903 zu einer Sammlung der nationalen Kräfte auf. Sein Ziel war es, in einer gemeinsamen Anstrengung aller Kräfte die Auflösung der Union herbeizuführen, die Rechte mit der Linken zu vereinen und den sozial-radikalen Flügel aus der Partei hinauszudrängen. Nach den Wahlen des Jahres 1903 ergab sich im Storting eine Mehrheit für die Sammlungspartei (Samlingspartiet), der freilich eine organisationsmäßige Grundlage fehlte. Sie setzte sich aus Abg. aller Fraktionen zusammen. *Michelsen* trat in das Sammlungsministerium *Hagerup* (→ Rechte) ein. Nach der Auflösung der Union wurde *Michelsen* erster Regierungschef des selbständig gewordenen Staats. Außenminister wurde *J. Løvland*. Der Führer des radikalen Flügels der Partei, der Reeder *G. Knudsen*, hatte für die Einführung der Republik plädiert, *Michelsen* und die »Regierungspartei« für die Monarchie. Eine Volksabstimmung ergab eine Mehrheit von knapp 75 % für die Monarchie. Auf dem Parteitag von 1906 dominierte jedoch der radikale Flügel um *G. Knudsen*. Das Wahlprogramm hatte einen stark reformerischen Charakter (Sozialversicherung für das ganze Volk, Bildung neuer Bauernstellen aus staatseigenem Land, Konzessionsgesetzgebung zur Einschränkung des Einflusses ausländischen Kapitals und anonymer Kapitalgesellschaften, insbesondere bei der Errichtung von Wasserkraftwerken; Entwicklung des Volks- und Berufsschulwesens).

Nach den Wahlen, die zum ersten Mal dem absoluten Mehrheitssystem in Einmannwahlkreisen folgten, konstituierte sich eine linke Fraktion mit 73 Mitgliedern, die 46,4 % der Stimmen repräsentierten und 53,3 % der Sitze einnahmen.

Doch zeigte sich, daß nur ca. 30 Abg. dem radikalen Programm des Parteitags, die übrigen dem vage gehaltenen »Regierungsprogramm« *Michelsens* folgten. Die Konsolidierung der Partei begann 1907 mit der erneuten Auflösung und der Konstituierung einer neuen Fraktion unter der Führung von *G. Knudsen* im Jahre 1908, der sich anfänglich 48 Mitglieder anschlossen. Die Scheidelinie bildete die Haltung zur Konzessionsgesetzgebung. Der Parteitag im Januar 1908 bestätigte die neue Fraktion und das Programm von 1906. Die liberale Gruppe der alten Fraktion hatte sich mit 23 Abg. unter der Führung von *A. Berge* und *W. Konow* als »Unabhängige Linke« konstituiert. Das letzte »Sammlungskabinett« mit *J. Løvland* als Staatsminister wurde 1908 von der konsolidierten Fraktion mit den Stimmen der NORWEGISCHEN ARBEITERPARTEI gestürzt. Dem Minderheitskabinett *G. Knudsen* gelang es gleichwohl mit Hilfe einiger Stimmen aus den Reihen der Unabhängigen, das erste der Konzessionsgesetze ohne die von der RECHTEN gewünschte Einschränkung auf das ausländische Kapital durchzubringen. Der Rest der Unabhängigen gründete danach mit der Unterstützung von *Chr. Michelsen, F. Nansen* und *E. Sars* die Partei der FREISINNIGEN LINKEN (Det Frisinnede Venstre), die im Listenverbund mit der → RECHTEN auftrat und seit 1924 eigene Listen aufzustellen begann.

Michelsen war – ebenso wie sein Gegenspieler *J. Castberg* (→ RADIKALE VOLKSPARTEI) – mit seinem Gedanken gescheitert, Parteien auf die angenommenen großen sozialen und ökonomischen Interessen zu gründen. Er hatte die parteiorganisatorische Arbeit vernachlässigt, vor allem aber übersehen, daß die ökonomischen und sozialen Interessen nur ein Moment der politischen Formierungsprozesse waren. Die konsolidierte Partei entschied sich seit 1909 endgültig für die Berücksichtigung der populären »unpolitischen« Forderungen, wie die Einschränkung des Alkoholkonsums, die Förderung der »Volkssprache« (nynorsk) in Verwaltung und Schule und die Unterstützung der niederkirchlichen Bewegungen. Der Kulturradikalismus der 80er Jahre wurde zurückgedrängt. Neben den »unpolitischen« Fragen war freilich die Konzessionsgesetzgebung, die antiindustrielle Bewegungen auf dem Lande ansprach, von Bedeutung. Seit 1912 gewann die Partei wieder die absolute Mehrheit, wobei das Wahlsystem sich begünstigend auswirkte (1912: 70 Mandate, 40 % der Stimmen, 56,9 % der Sitze; 1915: 74 Mandate, 33,1 % der Stimmen, 60,2 % der Sitze). Die Regierung *G. Knudsen* (1912–1920) erfüllte den wesentlichen Teil der liberalen Forderungen von 1906. Die solide Mehrheit ermöglichte der Regierung während des 1. Weltkrieges die Lösung der außenhandels- und wirtschaftspolitischen Fragen. Die inflationäre Entwicklung konnte jedoch nicht gestoppt werden.

Bei den Wahlen des Jahres 1918 verlor die Partei Stimmen und Mandate. 1921, bei der ersten Wahl nach dem Verhältniswahlrecht, setzte sich diese Entwicklung fort (20,1 % der Stimmen). Das Programm von 1921 schrieb die sozialreformerischen Traditionen in gemäßigter Form fort (Kontrolle privater Monopole, Verhinderung von Preisabsprachen, Kontrolle der Börse) und widmete dem Schutz der Landwirtschaft erhebliche Aufmerksamkeit. Doch vermochte die Partei die Interessenvielfalt nicht mehr zu integrieren. In den folgenden Jahren ging sie allmählich auf 16 % der Stimmen zurück (1936), konnte aber zeitweilig eine Schlüsselstellung bewahren. (Kabinette: *O. Blehr* 1921–23, *J. L. Mowinckel* 1924–26 und 1928–31.) Seit 1936 stützte die Partei das Minderheitskabinett *Nygaardsvold* (→ DNA). Zu Beginn der deutschen Besetzung trat *J. L. Mowinckel* als Minister ohne Geschäftsbereich in das Kabinett *Nygaardsvold* ein und ging mit diesem ins Exil. Im Lande selbst wurde der einstige Justizminister und nunmehrige Chef des Obersten Gerichts, *P. Berg,* zum führenden Kopf der Widerstandsorganisation.

Die FREISINNIGE LINKE hatte Ende der 20er Jahre rechtsradikale Züge angenommen. 1945 kandidierte sie nicht mehr.

Nach der Befreiung 1945 scheiterte der Versuch *P. Bergs,* ein Allparteienkabinett zu bilden, nach wenigen Wochen. Die Wahlen des Jahres 1945 brachten der Partei 13,8 % der Stimmen. Die Vors. *J. St. Worm-Müller* (1945–52) und besonders *B. Røiseland* (1952–64) versuchten die bürgerlichen Parteien unter Ausschluß der RECHTEN auf einem »dritten Standpunkt« zu einen, stießen dabei aber innerhalb der Partei auf den Widerstand einer Gruppe, die die »reine« sozialradikale Tradition repräsentierte. 1965–71 beteiligte sich die Partei an dem bürgerlichen Koalitionskabinett von *P. Borten* (→ ZENTRUMSPARTEI). In der Wählergunst verlor die Partei kontinuierlich an Stimmen. Während der EG-Debatte 1972 spaltete sich eine für den Beitritt votierende Gruppe ab und gründete die NEUE VOLKSPARTEI (DNF, Det Nye Folkeparti). Der Rest der Linken beteiligte sich nach dem Rücktritt der Regierung *Bratteli* (→ DNA) an dem kurzlebigen Minderheitskabinett unter *L. Korvald* (→ CHRISTLICHE VOLKSPARTEI). Bei den Wahlen 1973 erhielt die Mutterpartei 3,5 %, die Tochterpartei 3,4 % der Stimmen. 1977 gewann die DNF jedoch kein Mandat mehr. Die Linke erhielt bei einem Stimmanteil von 3,2 % 2 Mandate. Vors. der Linken ist seit 1976 *H. H. Rossbach,* der DNF seit 1978 *I. Helle.*

J. S. Worm-Müller, A. Bergsgård, B. A. Nissen, Venstre i Norge, Oslo 1933.

Nationale Sammlung (**NS,** Nasjonal Samling). Nationalsozialistische Partei. Am 8. 5. 1933 als Zusammenschluß kleiner radikaler Gruppierungen konstituiert. Von den Gründern war nur *V. Quisling* als Verteidigungsminister im Kabinett der BAUERNPARTEI der Öffentlichkeit bekannt. Bei den Wahlen 1933 und 1936 erhielt die Partei 2,2

resp. 1,8 % der Stimmen, jedoch kein Mandat. Nach den Wahlen von 1936 brach die Partei auseinander. Von den ca. 2500 Mitgliedern trat ein Teil aus; der verbleibende Teil ließ die Mitgliedschaft in den folgenden Jahren einschlafen. Bei den Kommunalwahlen 1937 kandidierte die Partei nur in wenigen Wahlkreisen und erhielt insgesamt 1422 Stimmen (0,06 %). *V. Quisling*, der 1939 Verbindungen zur deutschen Kriegsmarine und zum Außenpolitischen Amt der NSDAP fand und im Dezember 1939 von *Hitler* empfangen wurde, rief sich am 9. 4. 1940, nach der Besetzung Oslos durch deutsche Truppen, zum Regierungschef aus. Der deutsche Gesandte *Bräuer*, der am 16. 4. 1940 abberufen wurde, und der am selben Tag ernannte Reichskommissar *J. Terboven* versuchten *Quisling* aus der Politik auszuschalten. *Terboven* unternahm es zugleich, die faktisch nicht existierende Partei mit Hilfe von Personen, die 1936 aus der Partei ausgeschieden waren, zu reorganisieren. *Quisling* wurde zum Studienaufenthalt nach Deutschland geschickt. Nach dem Scheitern des Versuchs, in Verhandlungen mit den demokratischen Parteien eine »legale Machtergreifung« zu inszenieren, ernannte *Terboven* Minister, deren größerer Teil Mitglied der NS war. Gleichzeitig wurden alle anderen Parteien verboten und *Quisling* als Führer der einzigen Partei wieder eingesetzt. 1942 wurde *Quisling* zum Ministerpräsidenten bestellt. Die Regierungsgewalt blieb jedoch beim Reichskommissar. Während der Besetzung traten knapp 50 000 Personen der Partei bei. Nach der Befreiung 1945 wurden im Rahmen der Nachkriegsprozesse gegen nahezu alle Mitglieder Strafverfahren angestrengt. Es wurde auf Verlust der bürgerlichen Rechte, auf Geldbußen, Freiheitsstrafen und Todesstrafen erkannt. Die Todesstrafe wurde in 25 Fällen vollstreckt; gegen *Quisling* und zwei seiner engsten Mitarbeiter sowie gegen Polizisten, die sich an Ermordungen und Exekutionen im Zusammenhang mit Maßnahmen der deutschen Sicherheitspolizei beteiligt hatten.

H.-D. Loock, Quisling, Rosenberg und Terboven, 1970; H.-O. Brevig, Fra parti til sekt, Oslo 1972.

Neue Volkspartei (**DNF,** Det Nye Folkeparti) → Linke.

Norwegische Arbeiterpartei (**DNA,** Det Norske Arbeiderparti). Sozialdemokratische Partei, in der sich liberale und sozialistische Arbeitervereine gegenüber den bürgerlichen Parteien verselbständigten.

Gründung: 21./22. 8. 1887 in Arendal unter dem Namen Vereinigte Norwegische Arbeiterpartei (Det forenede norske Arbeiderparti) durch *A. Andersen, A. Hansen, C. Jeppesen, Chr. H. Knudsen* u. a.; Namensänderung auf dem V. Parteitag 1891 in Drammen.

Programm: 1887 wurde ein kurzes liberales 4-Punkte-Programm formuliert (allgemeines Wahlrecht, Einführung eines Normalarbeitstages, Abschaffung indirekter Steuern und Einführung der Progression bei direkten Steuern, Streikrecht). Das 1891 angenommene Programm war von den Entwürfen für das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokraten beeinflußt. Zwischen 1911 und 1933 fanden heftige Programmstreitigkeiten statt (s. u.) 1933 wurde ein sozialdemokratisches Reformprogramm verabschiedet, das auf die »gerechtere Verteilung der produzierten Güter« abzielte.

Das Programm der Partei von 1949 ging davon aus, daß in Norwegen eine »sozialistische Gesellschaft« errichtet werden solle. Dies würde durch eine Politik staatlicher Lenkungsmaßnahmen in der Wirtschaft erreicht, die auf »größtmögliche Produktion und gerechte Verteilung« abziele. Staatliche, genossenschaftliche und private Wirtschaft müßten einander ergänzen. Zugleich wurde festgelegt, daß die Partei »nicht länger als Repräsentant einer einzelnen Klasse oder Gruppe im Volk« zu gelten habe. Auf dem Wege der gerechten Verteilung der Einkünfte und der gesellschaftlichen Güter würden die Klassengegensätze verschwinden.

Organisation: Der Parteiaufbau entspricht dem der älteren Parteien (→ Einleitung). Der Organisationsgrad ist höher. Die Gewerkschaften sind der Partei kollektiv angeschlossen.

Presse: Das publizistische Hauptorgan erschien zuerst 1884 unter den Namen ›Vort Arbeide‹ (Unsere Arbeit), 1885 als Gewerkschaftsblatt unter dem Namen ›Social-Demokraten‹. 1894 wurde das Blatt von der Parteizentrale übernommen und erschien täglich, seit 1924 unter dem Namen ›Arbeiderbladet‹.

Geschichte: Die Initiative zur Gründung ging von einem liberal-radikalen Arbeiterverein in Arendal aus. Teilnehmer waren Delegierte unabhängig voneinander entstandener liberaler und sozialdemokratischer Arbeitervereine vor allem aus Bergen und Kristiania. Der Verein in Kristiania übernahm bald die Führung. Innere Auseinandersetzungen betrafen anfänglich die Zusammenarbeit mit der → Linken bei den Wahlen. Umstritten war auch ein Landwirtschaftsprogramm (1902), das Landaufkäufe von seiten des Staates und der Kommunen verlangte und die Ausgabe des Bodens an Landarbeiter als kollektives oder persönliches Eigentum vorsah.

Die Partei blieb lange klein (1891: 2441 Mitglieder in 17 Ortsvereinen). Die Vors. wechselten im Turnus. Zu nennen sind: *Chr. H. Knudsen, C. Jeppesen, Chr. Hornsrud* und *O. Nissen.* Mit der Übernahme des Erfurter Programms 1891 wurde auch über die selbständige parlamentarische Mitarbeit positiv entschieden. 1903 erhielt die Partei 10,3 % der Stimmen und 4 Mandate (aus zwei Wahlkreisen in Nord-Norwegen). In den folgenden Jahren entwickelte sich die Partei rasch; 1909: 20,4 %, 11 Mandate; 1912: 26,5 %, 23 Mandate; 1915: 32,1 %, 19 Mandate. Gegen die pragmatische Reformpolitik der Fraktion und der Parteiführung bildete sich eine syndikalistische

Opposition unter der Führung von *M. Tranmael*. Die oppositionelle »Trondheim-Resolution von 1911« forderte Streik, Boykott und Sabotage als maßgebliche Kampfmittel der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsorganisation sollte in syndikalistischem Sinne geändert werden. Der Opposition, die sich ursprünglich aus Arbeitern, Landarbeitern und Fischern Nordnorwegens rekrutierte, schlossen sich rasch die Akademiker aus dem Studenten- und dem Jugendverband der Partei, *K. Grepp, J. Friis, E. Bull* und *E. Stang*, an – letzterer Sohn des konservativen Politikers. *E. Stang* (→ RECHTE). Die Akademiker forderten 1911 die »direkte Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung durch Vorschlags- und Ablehnungsrecht gegenüber den Beschlüssen der repräsentativen Versammlungen«. Auf dem Parteitag 29. 3.–1. 4. 1918 kam es zu einer entscheidenden Änderung der Politik. Von seiten des Vorstands waren zwei sog. »Äußerungen zur Taktik« dem Parteitag vorgelegt worden. Die Vorstandsmehrheit verteidigte die repräsentative Demokratie, verurteilte den Generalstreik, jede revolutionäre Massenaktion und den Militärstreik (Wehrdienstverweigerung); außerdem wurde »jede Gewaltdiktatur, sei es von seiten der Oberklasse oder der Arbeiterklasse«, abgelehnt. Die Vorstandsminderheit forderte das Bekenntnis zur »revolutionären Klassenpartei«, erklärte, daß die Ausbeutung auch dann nicht zu dulden sei, »wenn sie sich auf eine Mehrheit in der Volksrepräsentation stützt«. Zwar müsse die Partei dahin wirken, »durch Wahlen die politische Macht zu erobern«, aber sie müsse sich das Recht vorbehalten, »revolutionäre Massenaktionen im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse anzuwenden«. Die Errichtung von Arbeiter- und Soldatenräten wurde begrüßt. Die Vorlage der Vorstandsminderheit erhielt 149 Stimmen, die der Mehrheit 90 Stimmen. Bei der Neuwahl des Vorstands wurden ausschließlich Angehörige des radikalen Flügels gewählt: *K. Grepp* (1. Vors.), *E. Stang* (2. Vors.), *M. Tranmael* (Sekr.), *O. Scheflo*. Die Radikalisierung setzte sich auf dem außerordentlichen Parteitag, Pfingsten 1919, fort. Jede etwaige Beteiligung an Regierungen wurde ausgeschlossen. Die Partei behielt sich vor, Wahlen zu boykottieren und ihre Abgeordneten aus dem Storting zurückzuziehen. Dem Sozialisierungsausschuß der Partei wurde die Ausarbeitung »einer neuen Gesellschaftsverfassung, gegründet auf Arbeiter-, Bauern- und Fischerräte«, aufgetragen. Betriebsräte, die »die Arbeit zur Demokratisierung und Sozialisierung des Betriebslebens aufnehmen«, sollten sofort gebildet werden. Der Parteitag beschloß ferner den Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale mit einer Vorbehaltsformel, die den Gewerkschaften eine relativ unabhängige Stellung gegenüber der Partei beließ.

Im November 1919 konstituierte sich eine sozialdemokratische Oppositionsgruppe mit eigenem Vorstand (*S. Iversen, M. Puntervold, M. Nilssen, O. Oksvik* u. a.), die sich die Aufgabe stellte, »innerhalb der DNA für die Errichtung des Sozialismus auf der Grundlage des Volkswillens zu wirken«. Seit Januar 1920 gab die Gruppe ein eigenes Presseorgan – ›Arbeiderpolitikken‹ – heraus. Eine Delegiertenversammlung dieser Gruppe gründete am 15./16. 1. 1921 die SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI NORWEGENS (Norges Sosialdemokratisk Arbeiderparti).

Auf dem XXIV. Parteitag im Mai 1920 stellten sich die Delegierten mit großer Mehrheit auf den Standpunkt des in Moskau formulierten Parteiprogramms: Abschaffung des Parlamentarismus, Diktatur des Proletariats und Errichtung des Rätesystems. Zu den Befürwortern des Programms gehörten neben *Chr. H. Knudsen* auch die jüngeren Politiker, wie *T. Lie, O. Torp* und *E. Gerhardsen*. Die folgenden Jahre waren mit heftigen Diskussionen über die im Sommer 1920 auf dem Weltkongreß der Komintern beschlossenen »Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale« (sog. Moskau-Thesen) angefüllt. Innerhalb der DNA gab es im Vorstand erhebliche Bedenken gegen die Zentralisierung der politischen Entscheidungen beim Exekutivkomitee der Komintern. Schwierigkeiten bereitete außerdem die Forderung, die Partei von Zeit zu Zeit auf dem Wege über den Austausch der Mitgliedsbücher von reformistischen Elementen zu säubern. Dies betraf vor allem die Gewerkschaftsmitglieder, die der Partei kollektiv angeschlossen waren und keine Mitgliedsbücher besaßen. Die Partei wollte die Zusammenarbeit mit den eher reformistischen Gewerkschaften nicht aufgeben. In Verhandlungen, die 1920 *K. Grepp* und *M. Tranmael* mit *Zinov'ev* während des Parteitags der deutschen USPD in Halle führten, wurde ebenso nach Kompromißformeln gesucht wie auf den Parteitagen der Jahre 1921, 1922 und 1923 (an den letzten beiden nahm *Radek* resp. *Bucharin* teil). Im Verlauf der Auseinandersetzungen bildeten sich zwei Flügel, die »Tranmaeliten«, die sich gegen die Bolschewisierung der Partei wandten, und die »Internationalisten« um *O. Scheflo*. 1923 setzte sich der *Tranmael*-Flügel mit dem »Kristiania-Vorschlag« durch, der ein »reines« Rätesystem und die Unabhängigkeit der Gewerkschaften forderte. Der internationalistische Vorsitzende *E. Stang*, der 1922 dem verstorbenen *K. Grepp* gefolgt war, wurde abgewählt und durch den *Tranmael*-Anhänger *O. Torp* ersetzt. Auf dem außerordentlichen Parteitag im November 1923 sah sich die Partei einem Ultimatum des Exekutivausschusses der Komintern gegenüber, das mit 169 zu 103 Stimmen abgelehnt wurde. Unmittelbar nach dem Parteitag gründete die Minderheit die → KOMMUNISTISCHE PARTEI.

Bei den Wahlen 1921 verlor die Partei fast 10 % der Stimmen, gewann aber aufgrund des Wechsels zum Verhältniswahlrecht 11 Mandate mehr (21,3 %, 29 Mandate). Die SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI NORWEGENS erhielt 9,2 % und 8 Mandate. 1924 brachte einen erneuten

Stimmenverlust (18,4 %, 24 Mandate; Soz. Dem.: 8,8 %, 8 Mandate).

Mit der Abwehr der Bolschewisierung hatte die Partei das klassenkämpferische Räteprogramm nicht aufgegeben. Auch der antimilitaristische Aktionismus wurde nicht eingeschränkt. Die öffentliche Unterstützung eines vom Jugendverband aufgerufenen »Militärstreiks« brachte *O. Torp, M. Tranmael* und *E. Gerhardsen* Gefängnisstrafen. Der erhebliche Rückgang der Mitgliederzahlen in der Partei wie in den Gewerkschaften und die Erfolglosigkeit großer Streikbewegungen führten in den nächsten Jahren zu einer Wiederannäherung zwischen NORWEGENS SOZIALDEMOKRATISCHER ARBEITERPARTEI und der Mutterpartei. 1927 waren beide Parteien auf einem gemeinsamen Parteitag wieder zusammengeschlossen. Das Kompromißprogramm forderte sowohl die Fortsetzung des Klassenkampfes wie die Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit. Gleichzeitig wurde zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen »faschistische« Umsturzversuche aufgerufen. Bei den Wahlen 1927 wurde die Partei zur relativ stärksten Fraktion im Storting (36,8 %, 59 Mandate). Der Auftrag zur Regierungsbildung ging an die Arbeiterpartei. Das Kabinett *Hornsrud* wurde jedoch drei Wochen nach Regierungsantritt gestürzt, weil es die Staatsgarantie für eine von der Zentralbank geplante Finanzoperation abgelehnt hatte.

In den folgenden Jahren löste sich die Partei allmählich von ihrem revolutionären Kurs. Das »Arbeitsprogramm für die norwegische Arbeiterpartei« von 1933 zielte auf eine künftige Übernahme der Regierung. Praktikable Vorschläge, die der Wirtschaftskrise Rechnung trugen, waren Kennzeichen des Programms. Eine Politik des Deficit-Spending wurde angedeutet. Im gleichen Jahr erreichte die Partei 40,1 % der Stimmen und 69 Mandate. Kontakte mit der BAUERNPARTEI (→ ZENTRUMSPARTEI) führten 1935 zum sog. Krisenvergleich, bei dem die BAUERNPARTEI sich mit einem Nachtragshaushalt, der durch Kreditaufnahme finanziert wurde, einverstanden erklärte und die DNA Zusagen zur Unterstützung der Landwirtschaft gab. Am 20. 3. 1935 bildete die DNA, toleriert von der BAUERNPARTEI, ein Kabinett. Staatsminister wurde der bisherige Fraktionsführer *J. Nygaardsvold,* Außenminister der Historiker *H. Koht,* Justizminister *T. Lie,* Verteidigungsminister *O. Torp.* Während des Abflauens der Weltwirtschaftskrise stützte die Regierung die wirtschaftliche Stabilisierung Norwegens. Bei den Wahlen 1936 gewann die Partei 42,5 % der Stimmen und 70 Mandate. *Nygaardsvold* bildete sein zweites Kabinett, das jetzt vornehmlich von der → LINKEN toleriert wurde.

Beim deutschen Überfall am 9. 4. 1940 wählte die Regierung den Widerstand. Das Kabinett wurde zu einem Allparteien-Kabinett erweitert. Als die norwegischen Truppen die Feindseligkeiten im eigenen Land einstellen mußten, ging die Regierung mit dem Königshaus nach London ins Exil.

Nach der Befreiung wurde ein Allparteien-Kabinett als Übergangsregierung gebildet, dem *E. Gerhardsen,* Vors. der Partei von 1945–65, seit dem 25. 6. 1945 als Staatsminister vorstand. Bei den Wahlen im September 1945 erhielt die Partei 41,0 % der Stimmen und mit 76 Mandaten die absolute Mehrheit im Storting. *E. Gerhardsen* bildete ein Kabinett der Arbeiterpartei. Das Außenministerium, das *T. Lie* seit November 1940 in der Exil-Regierung innehatte, wurde nach dessen Ernennung zum Generalsekretär der UN von *H. Lange* übernommen. Für die auf industrielle Expansion abzielende Wirtschaftspolitik wurde der Finanz-, seit 1947 Handelsminister *E. Brofoss* maßgebend. Mit einer vierwöchigen Unterbrechung im Jahre 1963 (→ SOZIALISTISCHE LINKSPARTEI) blieb die Partei bis 1965 Regierungspartei. 1951–55 war *O. Torp* Regierungschef. Ihren bislang größten Wahlsieg errang sie 1957 (48,3 %, 78 Mandate). Die absolute Mehrheit im Storting verfehlte sie 1961 (46,8 %, 74 Mandate).

Den Anschluß an den Marshall-Plan vollzog die Regierung nach anfänglichem Zögern. Die Frage des Beitritts zur NATO wurde zunächst alternativ zu einem skandinavischen Verteidigungsbündnis diskutiert. Im Februar 1949 gab der Parteitag seine Zustimmung zum NATO-Beitritt. Bei der ersten EG-Debatte 1961 empfahl der Parteivorstand, die Verhandlungsergebnisse abzuwarten. Bei der Erteilung der Verhandlungsvollmacht im Storting dissentierten 11 der 74 Abg. der Regierungspartei. Doch erhielt die Regierung mit Hilfe der → RECHTEN und einzelner Abg. anderer Parteien die erforderliche Mehrheit.

Die Wahlniederlage 1965 (43,2 %, 68 Mandate) führte die Partei in die Opposition. Die Wahlen von 1969 brachten einen Stimmenzuwachs (46,5 % und 74 Mandate), jedoch nicht die absolute Mehrheit. Das Scheitern der bürgerlichen Koalitionsregierung mit dem Staatsminister *P. Borten* (→ ZENTRUMSPARTEI) brachte die Partei 1971 als Minderheitskabinett wieder an die Regierung. Staatsminister wurde *T. Bratteli,* der seit 1965 den Parteivorsitz innehatte. Während der zweiten EG-Debatte unterstützten der Parteivorstand und die Mehrheit der Partei den Beitritt. Das negative Votum der Volksabstimmung über den Eintritt in die EG am 24. und 25. 9. 1972 veranlaßte die Regierung *Bratteli* zum Rücktritt. Nach dem abermaligen Scheitern einer bürgerlichen Koalition unter Staatsminister *L. Korvald* (→ CHRISTLICHE VOLKSPARTEI) bildete *T. Bratteli* 1973 ein neues Minderheitskabinett. Bei den Wahlen 1973 erlitt die Partei eine empfindliche Niederlage (35,3 %, 62 Mandate); doch konnte *T. Bratteli,* 1976 abgelöst von *O. Nordli,* abermals ein Minderheitskabinett bilden. Die Regierung stützte sich auf wechselnde Mehrheiten. 1977 gewann die Partei 42,4 % der Stimmen und verfehlte mit 76 Mandaten knapp die absolute Mehrheit. *O. Nordli* bildete erneut ein Minderheitskabinett. Vors. ist seit 1975 *R. Steen.*

H. Koht (Hg.), Det Norske Arbeiderpartis historie 1887–1937,

Oslo 1937f.; K. Fostervoll, Norges Sosialdemokratiske Arbeiderparti 1921–1927, Oslo 1969; E. Lorenz, Arbeiderbevegelsens Historie 1789–1973, Oslo 1974.

Norwegische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (NSA, Norges Socialdemokratiske Arbeiderparti) → Norwegische Arbeiterpartei.

Radikale Volkspartei (RF, Det Radikale Folkeparti/Arbeiderdemokratene). Radikalliberale Partei mit sozialem Reformprogramm (Sozialversicherung, Normalarbeitstag, Verbesserung des Volksschulwesens, rechtliche Gleichstellung Unehelicher). Sie entstand zwischen 1894 und 1906 – ein Gründungsdatum läßt sich nicht angeben – in der Übergangsphase der Sammlungspolitik von *Chr. Michelsen* (→ Linke) und *G. F. Hagerup* (→ Rechte). Der Vors. *J. Castberg,* der dem radikalen Flügel der → Linken entstammte, wollte der gemäßigten Sammlung eine radikale Sammlungspartei entgegenstellen. Da sich die → Linke jedoch 1906 konsolidierte und die → Norwegische Arbeiterpartei die Werbung *Castbergs* abwies, wurde die neue Partei ein schwieriger Partner der Linken, obwohl sie nie mehr als 5 % der Stimmen und 6 Mandate erhielt. *Castbergs* Ansehen beim radikalen Flügel der linken Fraktion führte zu Zugeständnissen an den kleinen Partner. In den Kabinetten von *G. Knudsen* (→ Linke) war *Castberg* 1908–10 Justizminister und 1913–14 Sozial- und Handelsminister. Die Erwartung, daß die linke Fraktion sich erneut spalten und der radikale Flügel *Castberg* folgen würde, erfüllte sich nicht. Damit blieb auch die Hoffnung auf eine liberalsozialdemokratische Sammlung unerfüllt.

Die Partei war aus dem 1880 gegründeten Landesverband der liberalen Arbeitervereine (De Forenede Norske Arbeidersamfund) hervorgegangen, dessen Repräsentanten ursprünglich auf den Listen der Linken kandidierten. 1894 stellte der Arbeiterverein in Hedmark eine eigene Liste auf und gewann 1 Mandat. 1906 konnte der Verein je 2 Mandate in Hedmark und Opland gewinnen (knapp 5 % der Stimmen bezogen auf das ganze Land). 1912 und 1915 erhielt der Verband, der seit 1911 den Namen Arbeiterdemokraten (Arbeiderdemokratene) trug, 4,5 % resp. 4,2 % der Stimmen und jeweils 6 Mandate, wiederum nur in Hedmark und Opland. Seitdem ging die Partei kontinuierlich zurück. 1921 änderte sie den Namen in RF, blieb aber weiterhin unbedeutend. Den Wahlkreis Hedmark hatte sie schon 1918 verloren. In Opland erhielt sie bis 1927 noch 2 Mandate. Die Landesdelegiertenkonferenz trat 1927 das letzte Mal zusammen, ohne jedoch einen Auflösungsbeschluß zu fassen. 1933 kandidierte die Radikale Volkspartei Opland noch mit Erfolg (0,5 % der Stimmen, 1 Mandat). 1936 verlor sie das Mandat trotz Listenverbund mit der Linken. Nach 1945 existierte noch ein Traditionsverband in Opland im Listenverbund mit der Linken. 1957 verschwand der Parteiname.

T. Aasland, Fra arbeiderorganisasjon til mellomparti, Oslo 1961.

Rechte (H, Høyre). Konservative Partei, in der sich die herrschende Beamtengruppe zum Schutz des Regierungssystems, vor allem aber zur Abwehr radikal-liberaler Reformen zusammenschloß.

Gründung: 25. 8. 1884 in Kristiania (Oslo) durch *E. Stang, H. Vogt* und *H. O. Christensen* als Dachorgan unter der Bezeichnung »Zentrale Leitung der konservativen Vereinigungen« (De Conservative Foreningers Centralstyre). Der frühzeitig geläufige Parteiname »Høire« wurde auf dem Parteitag 1913 offiziell angenommen (seit 1956 in der Schreibweise: »Høyre«).

Programm: Die Programmaussagen blieben bis weit ins 20. Jh. sehr vage. Ursprünglich wurde die Forderung nach parteipolitischer Unabhängigkeit der staatlichen Organe stark betont. Schutz der Staatskirche, Sparsamkeit bei Staatsausgaben, effektives Verteidigungswesen sind durchgängig Themen des Programms. Charakteristisch ist die Kernformel des Programms von 1909: »Die Konservative Partei sucht das Einverständnis mit allen Anhängern einer liberalen Fortschrittspolitik. Sie will die unverfälschte Selbstregierung des Volkes wahren und das Recht auf Eigentum, die private Initiative und die persönliche Freiheit schützen.« Nach 1945 wurde die Beschränkung staatlicher Wirtschaftstätigkeit, die Anwendung indirekter Mittel zur Regulierung der Privatwirtschaft, die Konzentration der staatlichen Finanzen auf die »primären Staatsaufgaben« (Ausbau des Verkehrswesens, der Schule und der sozialen Sicherung des Einzelnen) und die Erleichterung des Erwerbs von Eigentum oder Miteigentum für alle gefordert.

Organisation: Entsprechend dem Grundsatz der »persönlichen Freiheit« ist die Organisation, bei aller formalen Übereinstimmung mit der Organisation anderer Parteien (→ Einleitung), relativ schwach ausgebaut. Der Parteivorstand und die Fraktion sind im Rahmen der grundsätzlich allgemein gehaltenen Programmrichtlinien in den Sachentscheidungen unabhängig. Die Fraktion im Storting erhielt erst 1910 eine feste Leitung und erst 1954 eine elastisch gehaltene Geschäftsordnung.

Presse: Hauptorgan ist ›Aftenposten‹; ferner ›Morgenbladet‹.

Geschichte: Während des Vetostreits, der 1884 zur Anklage der Regierung *Selmer* vor dem Reichsgericht führte (→ Einleitung), entstanden seit 1879 »November-Vereinigungen« (bezeichnet nach dem Monat, in dem die erste dieser Vereinigungen gegründet wurde). Seit 1882 traten andere Vereinigungen (»Verfassungsvereinigungen«, »17.-Mai-Vereinigungen«, »Konstitutionelle Vereinigungen«) daneben. Bis Ende 1883 gab es 103 solcher Vereinigungen, die in vier Fällen bereits zu Provinzialvereinigungen zusammengefaßt waren. Sie unterstützten die Regierung *Selmer* und das Prinzip der parlamentarischen Unabhängigkeit der Regierungen. Der Schwerpunkt der Gründungen lag in den Städten. Bei den

Wahlen von 1882 wurden die konservativen Kandidaten und Vereinigungen von der orthodoxen Lutherstiftung durch Broschüren u. ä. Propagandamaterial unterstützt. Die Aktion war von dem Kirchenminister *N. Hertzberg* angeregt worden. Die Gründung des Dachverbandes stand im Zeichen heftiger Auseinandersetzungen, bei denen sich *E. Stang* und die Gemäßigten gegen die besonders in den Novembervereinigungen erhobene Forderung nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Regierung oder nach Einrichtung eines Zweikammersystems durchsetzten. Die Anerkennung des parlamentarischen Systems war bei der Gründung weitgehend erreicht. Der Gründungsparteitag erklärte, daß die Fraktion die Regierung *Sverdrup* (→ Linke) sachlich unterstützen würde, soweit sie eine »allmähliche und besonnene Entwicklung auf dem Boden der Verfassung« einleite. Die konservativen Abg. repräsentierten nach den Wahlen von 1882 37,2 % der Stimmen der Urwähler. Die 31 Abg. hatten 27,2 % der Sitze inne. Die Unterstützung der kirchlichen Kräfte, insbesondere der Orthodoxie in der Staatskirche führte zu einem ersten Einbruch in die Fraktion der Linken. Bei der Ablehnung des Antrags auf Gewährung einer Dichtergage für den religiös freisinnigen *A. Kielland* 1885/87 wurde die Partei von der gemäßigten Gruppe der → Linken unterstützt. Nach den Wahlen des Jahres 1888, die der Partei 38,7 % der Urwählerstimmen und mit 51 Mandaten 44,7 % der Sitze brachten, konnte die Partei 1889 mit Unterstützung der 24 Abgeordneten der Gemässigten Linken mit *E. Stang* als Staatsminister die Regierung bilden. In der Unionsfrage scheiterte *Stangs* Versuch, den norwegischen Einfluß auf die außenpolitischen Angelegenheiten unter Aufrechterhaltung der Union zu stärken.

Während der Unionskrise (→ Einleitung) wurde die Kontur der Partei in verschiedener Hinsicht undeutlich. Der rechte Flügel suchte an der Union festzuhalten, der gemäßigte Flügel suchte den Verhandlungsweg zur Lösung der Union. Die Partei, die ursprünglich als Beamtenpartei ins Leben getreten war, erhielt in den Städten eine breitere soziale Basis. Zeitweilig gelang es der Partei, Handwerker, Gesellen und Arbeiter zu konservativen Arbeitervereinigungen zusammenzuschließen. Der Zuzug aus den Reihen der Gemässigten Linken um *J. Sverdrup* führte zur Ausdehnung auf die Landdistrikte. Entscheidend war, daß die Partei nach ihrem Wahlsieg von 1903 (44,9 % der Urwähler, 63 Mandate, 53,9 % der Sitze) den Sammlungsappell von *Chr. Michelsen* (→ Linke) aufnahm. *Michelsen* trat 1903 in das konservative Kabinett von *F. Hagerup* ein. Die Partei unterließ auf Veranlassung von *F. Stang* (Sohn des Parteigründers) die nötige organisatorische Modernisierung, um die Pläne für die Sammlungspartei nicht zu stören, und unterstützte nach der Auflösung der Union bei den Wahlen von 1906 das »Regierungsprogramm« *Michelsens*. Daß trotz des statistischen Wahlsiegs der Linken die Sammlungspartei im Storting die Oberhand behielt (→ Linke), schien auf die Möglichkeit einer Isolierung des radikalen Flügels der Linken hinzudeuten. Die Rechte war bereit, sich unter Aufgabe ihres Namens dem Konzept *Michelsens* anzuschließen. Doch dürften nicht zuletzt die Passivität der Parteiführung in organisatorischen Fragen und die Beschränkung auf das parlamentarische Taktieren dahin geführt haben, daß diese Möglichkeit ungenutzt blieb. Der Wahlsieg von 1909, der der Partei – einschließlich der Freisinnigen Linken (→ Linke) – 41,4 % der Stimmen und mit 64 Mandaten 52,0 % der Sitze brachte, führte zwar zur Regierungsbildung mit dem freisinnigen *W. Konow* als Staatsminister, doch versagte sich ein Teil der freisinnigen Abgeordneten der Änderung des während der Regierung *G. Knudsen* verabschiedeten Konzessionsgesetzes. Die Form der Revanche – *W. Konow* wurde 1912 wegen einer Rede, in der er die Anhänger des »nynorsk« unterstützte, zum Rücktritt gezwungen – führte rasch dahin, daß Abg. der Freisinnigen zur konsolidierten Linken zurückkehrten. Zwar konnte das Mi isterium durch *J. Bratlie* für kurze Zeit rekonstruiert werden. Bei den Wahlen 1912 erlitt die Partei einen erheblichen Stimmenverlust. Der Vorsitzende des Abstinenzlerverbandes, *S. Aarrestad,* wandte sich wieder der Linken zu. Auch der angesehene Sammlungspolitiker *J. Løvland* (→ Linke) kehrte zur Partei seiner Herkunft zurück. Die Rechte erhielt zusammen mit dem Rest der Freisinnigen nur noch 33,2 % der Stimmen und mit 24 Mandaten 19,5 % der Sitze.

In den folgenden Jahren wurde die Parteiorganisation modernisiert und das Pressewesen verbessert. Gleichwohl konnte die Partei bei den Wahlen stets nur ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen.

1920–21 bildete *O. Halvorsen* das erste der Minderheitskabinette, wie sie in den 20er Jahren die Regel waren. Bei den Wahlen 1921 und 1924 blieb die Rechte die relativ stärkste Partei (33,3 % und 32,5 %). 1923–24 und 1926–28 konnte die Partei abermals Minderheitskabinette bilden (Staatsminister: *A. Berge* bzw. *I. Lykke*). Während der heftigen Auseinandersetzungen mit der Norwegischen Arbeiterpartei (DNA) wurde, nicht zuletzt unter dem Einfluß des langjährigen Parteivorsitzenden *C. J. Hambro* (1928–34 und 1945–54), jede Verbindung mit rechtsradikalen Gruppierungen vermieden. Die Trennung des Wahlbündnisses mit der Freisinnigen Linken hatte hierin eine ihrer Ursachen. Zu Beginn des deutschen Angriffs auf Norwegen im April 1940 trat *S. Nielsen* als Minister ohne Geschäftsbereich in das Kabinett *Nygaardsvold* (→ DNA) ein.

Die Partei, die in der Zwischenkriegszeit von 33,3 % auf 21,3 % der Stimmen gesunken war, konnte bei den Wahlen 1945 noch 17,0 % der Stimmen und 25 Mandate erreichen. Seit dem Wechsel im Parteivorsitz von *C. J. Hambro* zu *A. Kjøs* 1954 suchte die Partei sich programmatisch

als Alternative zur »sozialistischen« DNA zu profilieren und taktisch so zu operieren, daß »kein Platz für ein Zentrum« zwischen beiden Parteien blieb. *A. Kjøs* und *J. Lyng*, der 1963 vier Wochen Chef eines bürgerlichen Koalitionskabinetts war (→ SOZIALISTISCHE LINKSPARTEI), entwickelten das neue Programm des »Eigentums für alle«. 1965–71 beteiligte sich die Partei an dem Koalitionskabinett *P. Borten* (→ ZENTRUMSPARTEI). Außenpolitisch unterstützte sie die Regierung *Gerhardsen* (→ DNA) bei der Entscheidung für den Beitritt zur NATO. In der EG-Frage sprach sie sich für den Beitritt aus. Bei den Wahlen konnte die Partei ihren Stimmenanteil – abgesehen von einem Einbruch 1973 nach der EG-Debatte – allmählich steigern. Vor den Wahlen 1977 wurde mit der → CHRISTLICHEN VOLKSPARTEI und der → ZENTRUMSPARTEI eine Erklärung zur künftigen politischen Zusammenarbeit formuliert und für den Fall des gemeinsamen Wahlsiegs die Bildung einer Regierungskoalition abgekündigt. Die Wahlkoalition verfehlte mit 75 Mandaten nur knapp die absolute Mehrheit. Die Rechte erhielt 24,7 % der Stimmen und 41 Mandate. Ihre Position als stärkste der bürgerlichen Parteien wurde ausgebaut. Vors. ist seit 1974 *E. Norvik*.

O. Gjerløw, Norges politiske historie, Høires innsats fra 1814 til idag, Oslo 1934/36; A. Kaartved, Kampen mot parlamentarisme, Oslo 1956.

Sozialistische Linkspartei (**SV,** Sosialistisk Venstreparti). Partei der »Neuen Linken«, in der sich Angehörige des Jugend- und Studentenverbandes der NORWEGISCHEN ARBEITERPARTEI (DNA) und andere Opponenten gegen die Außenpolitik der Mutterpartei sammelten. Den äußeren Anstoß gaben Parteiausschlußverfahren von 1959 und 1961. Gründung: 15./16.4. 1961 durch *K. Løfsnes, F. Gustavsen, B. Furre* unter dem Namen SOZIALISTISCHE VOLKSPARTEI (SF, Sosialistisk Folkeparti). Die Partei forderte ein »sozialistisches Norwegen«, »nationales Selbstbestimmungsrecht«, wandte sich zugleich gegen die Diktatur des Proletariats und den Demokratischen Zentralismus sowjetischer Prägung. Die konkreten Forderungen betrafen den Austritt aus der NATO, die Abrüstung, später den Protest gegen den Beitritt zur EG.

Die Partei gewann 1961 2,4 % der Stimmen und 2 Mandate. Das vierwöchige Zwischenspiel der Regierung *J. Lyng* (→ RECHTE) wurde durch das Abstimmungsverhalten der beiden Abgeordneten hervorgerufen und beendet. 1965 erhielt die Partei 6 % der Stimmen und 2 Mandate, 1969 blieb sie bei 3,5 % der Stimmen ohne Mandat. 1973 übernahm die Partei die Initiative bei der Bildung eines SOZIALISTISCHEN WÄHLERVERBANDES (Sosialistisk Valgallianse), an dem sich andere kleine linke Gruppen und Kandidaten, aber auch die KOMMUNISTISCHE PARTEI beteiligten. Der Verband gewann 11,2 % der Stimmen und 16 Mandate. Das Minderheitskabinett *Bratteli* (→ DNA) wurde vom Wählerverband jedoch nicht abhängig, da es sich von Fall zu Fall auf bürgerliche Parteien stützen konnte. 1975 bildete der Verband eine Partei unter dem Namen Sozialistische Linkspartei. Die KOMMUNISTISCHE PARTEI schied aus. Bei den Wahlen 1977 erhielt die SV 4,1 % der Stimmen und 2 Mandate. Seit 1976 ist *B. Furre* Vorsitzender.

Ø. Stenersen, Venstrekreftene i norsk politikk 1945–65 (Vekst og velstand, hg. T. Bergh, H. Ø. Pharo), Oslo 1977.

Sozialistische Volkspartei (**SF,** Sosialistisk Folkeparti) → Sozialistische Linkspartei.

Zentrumspartei (**S,** Senterpartiet). Ursprünglich landwirtschaftliche Interessenpartei großbäuerlicher Prägung.

Gründung: 19.6. 1920 in Kristiansand durch Beschluß der Delegiertenversammlung des 1896 gegründeten Bauernverbandes (Norsk Landmandsforbundet, seit 1922 Norsk Bondelag) unter dem Namen BAUERNPARTEI (B, Bondepartiet). Die Namensänderung wurde auf dem Parteitag 1959 beschlossen.

Programm: Anfangs standen die Interessentenforderungen – Schutzzoll für landwirtschaftliche Produkte, Stützung der Getreideproduktion durch Steuermaßregeln – im Mittelpunkt. Sie waren mit patriotischen, antikapitalistischen und antisozialistischen Parolen verbunden. Kern des Programms nach 1945 wurde die »konsequente Dezentralisierung aller Gesellschaftsfunktionen« und der »Ausgleich« des wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Gefälles zwischen Stadt und Land.

Organisation: In den 20er Jahren lehnte sich die Partei regional an die Organisation des Bauernverbandes an. Auch in der Zentrale waren beide durch das gemeinsame Generalsekretariat verbunden. 1931 wurde die organisatorische Trennung vorgenommen. Die personelle Verbindung blieb auf lokaler, regionaler und zentraler Ebene erhalten.

Presse: Wochenzeitung: ›Nationen‹.

Geschichte: Die Diskussion über die Gründung einer Partei begann im Bauernverband bereits 1902. Repräsentanten des Verbandes kandidierten vor der Gründung auf den Listen der → RECHTEN (vor allem in Østland) und der → LINKEN (vor allem in Vestland). Aber auch über den Kreis der Verbandsrepräsentanten hinaus setzten sich Abg. beider Parteien für die landwirtschaftlichen Interessen ein. 1918 kandidierte der Verband in einigen Wahlkreisen auf eigenen Listen und gewann 3 Mandate. Im Storting von 1918 gab es außerdem 28 Repräsentanten des Verbandes, die auf anderen Listen kandidiert hatten. Die informelle »Bauernfraktion« des Storting zählte knapp 60 Mitglieder. Bei den ersten Wahlen nach der Gründung der Partei (1921) wurden 13,1 % der Stimmen und 17 Mandate erreicht. Die Fraktion konnte weiterhin mit Unterstützung aus den Reihen der RECHTEN wie der LINKEN rechnen, blieb freilich inhomogen. Der Parteivorsitzende *J.*

Mellbye kam von der Rechten, sein Vertreter, *K. Høgset,* von der Linken. Die Integration gelang jedoch nur von Fall zu Fall. Bis 1930 gewann die Partei stetig Stimmen (15,9 %, 25 Mandate). 1931 bildete sie ein Minderheitskabinett mit *P. Kolstad* als Staatsminister; nach dessen Tod folgte 1932 *J. Hundseid.* Verteidigungsminister wurde *V. Quisling* (→ NATIONALE SAMMLUNG). Innerhalb der Regierung kam es rasch zu heftigen Auseinandersetzungen über die Deflationspolitik, den mit nationalem Pathos geführten Streit mit Dänemark über die norwegischen Interessen in Ostgrönland und die von *Quisling* geforderte rechtsradikale Wendung. Die Regierung wurde 1933 bei der Etat-Debatte gestürzt. Bei den Wahlen 1933 verlor die Partei Stimmen und Mandate (13,9 %, 23 Mandate). 1935 schloß sie den sog. Krisen-Vergleich mit der NORWEGISCHEN ARBEITERPARTEI (DNA) und tolerierte das Kabinett *Nygaardsvold* (→ DNA). Die fortgesetzten inneren Streitigkeiten führten zum Rückgang der politischen Bedeutung. Der 1938 gewählte Vorsitzende *N. Traedal* konnte die innere Situation stabilisieren, aber die Partei nicht aus dem Schattendasein herausführen. Im Juni 1940 trat *A. Fjelstad* in das Kabinett *Nygaardsvold* ein und ging mit diesem ins Exil. Während der deutschen Besetzung schloß sich *J. Hundseid* der → NATIONALEN SAMMLUNG an. Bei den Wahlen von 1945 erreichte die Partei nur 8,1 % der Stimmen und 10 Mandate. Nach dem Tode *Traedals* 1948 übernahm *E. Frogner* den Vorsitz. Das Entwicklungsprogramm für die Landdistrikte trat an die Stelle der klassischen bäuerlichen Interessenpolitik. In den folgenden Jahren stieg der Stimmenanteil langsam an (1965: 9,9 %, 18 Mandate). Der 1955 zum Vors. gewählte *P. Borten* wurde 1965–71 Chef einer bürgerlichen Koalitionsregierung, die freilich angesichts der Divergenzen zwischen den Koalitionspartnern nur über eine geringe Manövrierfähigkeit verfügte und zu Beginn der zweiten EG-Debatte auseinanderbrach. Innerhalb der Partei sprach sich eine Mehrheit gegen den Beitritt zur EG aus. Nach dem Rücktritt der Regierung *Bratteli* (→ DNA) beteiligte sich das Zentrum an dem kurzlebigen Minderheitskabinett unter Staatsminister *L. Korvald* (→ CHRISTLICHE VOLKSPARTEI). Vor den Wahlen 1977 wurde mit der → RECHTEN und der → CHRISTLICHEN VOLKSPARTEI eine Erklärung zur künftigen politischen Zusammenarbeit formuliert und für den Fall des gemeinsamen Wahlsiegs die Bildung einer Regierungskoalition angekündigt. Die Wahlkoalition verfehlte mit 75 Mandaten die Mehrheit knapp. Die Zentrumspartei erhielt 8,6 % der Stimmen und 12 Mandate. Vors. seit 1977 ist *G. Stålsett.*

B. V. Gabrielsen, Menn op politikk, Senterpartiet 1920–1970, Oslo 1970.

ÖSTERREICH

von

MARGARETA MOMMSEN-REINDL

Der Abschnitt Österreich enthält für die Zeit der Habsburger Monarchie nur die Parteien deutscher Nationalität, auf die Gruppierungen der anderen Völker wird innerhalb der jeweiligen Nachfolgestaaten hingewiesen.

Die Parteienlandschaft des heutigen Österreich wird herkömmlicherweise als »Zweieinhalbparteiensystem« oder »hinkendes« Zweiparteiensystem charakterisiert. Neben den beiden großen Massenparteien, der SOZIALISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS und der ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI, verkörpert die FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS das »hinkende« Element. Bedingt ist diese Erscheinung unter anderem durch das Wählerverhalten der österreichischen Bevölkerung, das sich durch sehr hohe Wahlbeteiligung und durch weitgehend konstante Loyalität der Wähler gegenüber ihren angestammten politischen Lagern auszeichnet. Ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis dieser Eigenarten der heutigen österreichischen Parteienkonstellation und der Stellung der Parteien im politischen System liegt in den zum Teil bis in die Habsburger Monarchie zurückreichenden Traditionen der drei politischen Lager.

Die Herausbildung politischer Parteien in Österreich hing eng mit der Einführung des konstitutionellen Systems in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts zusammen. Seit dem »Februar-Patent« von 1861 bestand als Organ der Gesetzgebung neben dem Kaiser der Reichsrat, der sich in Abgeordnetenhaus (343 Mitglieder) und Herrenhaus gliederte. Das Abgeordnetenhaus, die eigentliche Volksvertretung, wurde von den Landtagen der Kronländer nach deren Landesordnungen bzw. Landtagswahlordnungen bestellt. Damit kam ein kompliziertes Kurienwahlsystem in Anwendung. Es wählten für sich der Großgrundbesitz (Jahressteuer von mindestens 200 Gulden), die Mitglieder der Handelskammern, die Bewohner der Städte und Märkte sowie die der Landgemeinden, ferner die »Virilisten«, d. h. Inhaber von Einzelstimmen wie Bischöfe und Universitätsrektoren. Nach dem »Ausgleich« mit Ungarn von 1867 reduzierte sich aufgrund der »Dezemberverfassung« die Zahl der Abgeordneten im Reichsrat auf 203, die weiterhin von den Landtagen entsandt wurden. Als jedoch der böhmische Landtag die Entsendung von Abgeordneten nach Wien verweigerte, aus Protest gegen die Nichtberücksichtigung seiner nationalen Forderungen, wurde 1868 ein Notwahlrecht für die verweigernden Länder und 1873 die direkte Wahl zum Reichsrat – also nicht mehr über die Landtage – eingeführt, nur die Landgemeinden wählten noch durch Wahlmänner, allerdings in eigenen Wahlkreisen. Die Abgeordnetenzahl wurde wieder auf 353 erhöht. Das Kurienwahlrecht mit seiner extremen Bevorzugung von Großgrundbesitz, Handel und Gewerbe blieb jedoch bestehen, so entfiel 1 Abgeordneter auf 24 Wahlberech-

tigte in der Kurie der Handels- und Gewerbekammern, auf etwa 51 in der Kurie der Großgrundbesitzer, auf etwa 1600 in der Städtekurie und auf rund 8100 in der der Landgemeinden.

Solcherlei Wahlrechtsbestimmungen, die multinationale Aufsplitterung des Reiches und die begrenzte Reichweite der parlamentarischen Rechte, boten keine günstigen Voraussetzungen für die Herausbildung moderner politischer Parteien. Die Abgeordneten fanden sich im Reichsrat getrennt nach Nationalitäten in Klubs zusammen, lediglich unter den Deutschen setzte eine differenziertere Parteienbildung ein. Schon in den 60er Jahren standen sich hier eine politische Linke und Rechte gegenüber. Die Linke verstand sich als → VERFASSUNGSPARTEI und trat grundsätzlich für die Verfassungsreformen der Jahre 1861–67 ein; die Rechte begriff sich als Anwalt der historischen Rechte der einzelnen Kronländer. War der ideologische Gegensatz der beiden Blöcke deutlich erkennbar, so blieb ihre organisatorische Basis rudimentär. Die frühe politische Polarisierung war nicht das Ergebnis parlamentarischer Regeln, sondern resultierte aus einer »Legitimitätskrise«, war es doch gerade der Wert des Parlamentarismus als politischer Vertretungsform, an dem sich die Geister schieden.

Die Wahlreformen von 1882 und 1896 brachten die Herabsetzung des Zensus von 10 auf 5 bzw. 4 Gulden und die Einführung einer fünften Kurie, die über 72 zusätzliche Abgeordnete verfügte und in der jeder männliche Bürger ab 24 Jahren das Wahlrecht besaß. Sie kamen hauptsächlich dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft, im nationalen Bereich den nichtdeutschen Völkerschaften des Reiches zugute. Die durch die Wahlreform geförderte weitere Ausgestaltung der Parteien vertiefte die bereits angelegte doppelte Spaltung: Die soziale Spaltung, die sich aus den sozial homogenen Kurien und den Wahlkreisen ergab, und die nationale Aufsplitterung aufgrund des Parteienwachstums in den einzelnen Nationalitäten. Im Gegenzug zu diesen politischen Zentrifugalkräften entstanden »außerparlamentarische Parteien« (Duverger), zunächst *G. v. Schönerers* »Alldeutscher Bund«, später der von katholischen Sozialreformern gebildete »Christlich-Soziale Verein« und als Sprachrohr der wachsenden Industriearbeiterschaft die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ÖSTERREICHS.

Die Wahlreform von 1907 brachte das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Einerwahlkreisen mit absolutem Mehrheitsentscheid. Dem neuen Parlament gehörten 516 Volksvertreter an. Den einzelnen Kronländern wurde eine bestimmte Zahl von Mandaten zugesprochen, wobei die Verteilung nicht korrekt der Bevölkerungszahl entsprach, steuerkräftigen Ländern kam eine höhere Mandatszahl zu (Deutsche etwa 45 %, Tschechen etwa 21 %, Polen etwa 16 %, andere Nationalitäten etwa 18 %). Ein Vergleich der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses von 1887, 1897 und 1907 zeigt deutlich eine grundlegende Verschiebung in der Parteienstruktur. Die älteren »intraparlamentarischen« Parteien, die zunächst als parlamentarische Zweckkoalitionen zustande gekommen waren, wurden von den sich ausbreitenden modernen Massenparteien teils abgelöst, teils absorbiert. So fanden die früheren Konservativen bei den CHRISTLICHSOZIALEN ihre neue Heimstatt, die Liberalen schlossen sich dem DEUTSCHEN NATIONALVERBAND an, die Sozialdemokraten wurden zweitstärkste Partei.

Die in dieser Parteienstruktur sich spiegelnde neue politische Kultur blieb jedoch von den Muttermalen der alten Gesellschaft gezeichnet. Zum einen fand die Zuspitzung der nationalen und der sozialen Frage in der zunehmenden Ideologisierung der Parteien ihre Entsprechung, zum anderen verstärkte das Selbstverständnis aller Parteien, gegenüber der kaiserlichen Regierung die Opposition zu verkörpern, den Trend zur politischen Fragmentierung und Sektionalisierung. Die zunehmende Ideologisierung der Parteien erfolgte somit einer-

seits als Reaktion auf die Vorherrschaft der Exekutive und damit auch als geistige Kompensation für fehlende politische Aktionsmöglichkeiten, andererseits war sie Resultat der wachsenden Rivalitäten der gesellschaftlichen Gruppierungen untereinander. Zur Verschärfung der klassenmäßigen und ideologischen Auffächerung der Gesellschaft trug das Anwachsen der Subkulturen der Parteien bei. So orientierten sich Gewerkschaften und Bauernverbände klar an dem ideologischen Banner der politischen Parteien.

Das Phänomen der Herausbildung kohärenter ideologischer und organisatorischer gesellschaftlicher Blöcke ist von Historikern mit dem militärischen Vokabel »Lager« umschrieben worden; der Begriff umreißt in gleicher Weise die Militanz der politischen Parteien und ihrer sozialen Vorfelder wie deren gegenseitige Intransigenz. Es war vorhersehbar, daß auch ein von kaiserlichen Prärogativen und der Vorherrschaft der Ministerialbürokratie entlasteter Parlamentarismus ein zu enges Raster sein würde, um die Konfliktregelung zwischen solchen Heereslagern der Gesellschaft, in denen die politischen Parteien ja nur als Kerntruppen figurierten, zu regulieren.

In der revolutionären Situation des durch die militärische Niederlage diskreditierten Alten Österreich fanden sich die politischen Exponenten der drei Lager berufen, die Republik Österreich (»Deutschösterreich«) als neuen Staat zu konstituieren. Den Akt der Staatsgründung hat der sozialdemokratische Theoretiker *Otto Bauer* mit folgenden Worten beschrieben: »Der deutschösterreichische Staat war im Grunde aus einem Contrat social, einem staatsbegründenden Vertrage der durch die politischen Parteien vertretenen Klassen des deutsch-österreichischen Volkes hervorgegangen.« Die Initiative der »politischen Avantgarden« zur gemeinsamen Staatsgründung zeugte gewiß von einer vorübergehend hohen Konsensfähigkeit der »Klassengegner«. Im selben Geiste des durch die Krise des Epochenumbruchs diktierten Willens zur Gemeinsamkeit entstand auch die erste Große Koalition zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten (1918–19), die von *Bauer* als Ergebnis des »Gleichgewichts der Klassenkräfte« gesehen wurde.

Die Verfassungsbestimmungen schienen dem Aufblühen des Parlamentarismus ebenso günstig wie die Kräfteverteilung der Parteien aufgrund der Wahlen von 1919. (SOZIALDEMOKRATEN 41 %, CHRISTLICHSOZIALE 36 %, Lager der »Nationalen« 18 % der Stimmen).

Die Konstanz der Votenverteilung, die sich von den letzten Wahlen in der Monarchie 1911 bis tief in die Zweite Republik verfolgen läßt, bestätigt das eingangs gebrauchte Bild von dem »2½« bzw. »hinkenden« Parteiensystem. Eine Parteientypologie, die sich an Zahl und Stärke der konkurrierenden Parteien orientiert und von daher auf die Lebensfähigkeit und Stabilität eines politischen Systems schließt, läßt sich mit dem österreichischen Fall jedoch eher ad absurdum führen. Die verhängnisvolle Entwicklung der Ersten Republik hat gezeigt, daß es vielmehr darauf ankommt, dem Faktor der Interaktion zwischen den Parteien und damit ihrer Kooperationsfähigkeit resp. der gegenseitigen demokratischen Toleranz Rechnung zu tragen. Unter diesem Aspekt erweist sich, daß im Falle Österreich von einer zweipoligen Parteienstruktur mit extrem hoher Polarität und daher mit einem stark zentrifugalen Trend auszugehen ist.

Die politische Kultur einer »versäulten Gesellschaft«, wie sie schon für die letzten Jahrzehnte der Monarchie charakteristisch war, nahm in den Krisenjahren der Ersten Republik in der Tat mehr und mehr die Gestalt eines bipolaren Antagonismus an, der die Parteien schließlich bis an den Rand des Bürgerkrieges trieb. Ungeschult im Parlamentarismus und geprägt von einer militanten »Lager-Mentalität«, verspielten die Signatare des Contrat social von 1918 alle Chancen einer inneren Stabilisierung der Republik. Die

zunehmende Zuspitzung der innenpolitischen Krisensituation ging einher mit der wachsenden Ideologisierung und politischen Mobilisierung der »Lager«. Markierungspunkt auf dem Weg in die Katastrophe war die buchstäbliche Militarisierung der Politik in Gestalt der teils christlich-sozialen, teils nationalen »Heimwehren« auf der Rechten, des »republikanischen Schutzbundes« auf der Linken. Es herrschte weithin die Meinung, daß die Partei, die die Majorität gewinnt, den Staat nach ihrer Weltanschauung verändern könne. Der Coup von 1934 hat schließlich den Beweis für die Richtigkeit dieser These erbracht. Die Begrabung des Parlamentarismus und die blutige Niederschlagung der Sozialdemokratie im Februar 1934 gingen der Errichtung eines autoritären Ständestaats voraus.

Der politische »Ausnahmezustand« der sogenannten »System-Zeit« (1934–1938) und die siebenjährige Einbeziehung Österreichs in den Herrschaftsbereich des Nationalsozialismus haben indessen nicht alle demokratischen Kräfte und Traditionen in Österreich zu zerstören vermocht. Nicht zuletzt die bitteren Erfahrungen der nationalsozialistischen Unterdrückung haben unter den Bürgerkriegsgegnern von einst tiefgreifende Lernprozesse darüber in Gang gebracht, daß für eine lebensfähige Demokratie gegenseitige Respektierung und Kompromißbereitschaft wichtiger sind als »Lagermentalität« und »self-fulfilling prophecies« säkularer Religionen. Noch in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus und in der Widerstandsbewegung fanden Führungspersönlichkeiten aus den gemäßigten Flügeln der christlich-sozialen und der sozialdemokratischen Partei zusammen, um gemeinsam Wiedererstehen und Gestaltung der Republik Österreich vorzubereiten, was sich dann auch ganz im Zeichen eines epochalen Burgfriedens zwischen den beiden großen Parteien, den Bürgerkriegsgegnern von gestern, vollzog. Die ersten Parlamentswahlen im November 1945 klärten die Kräfteverhältnisse in dem Sinne, daß die Österreichische Volkspartei (ÖVP, die Nachfolgepartei der Christlichsozialen) auf der einen Seite, die Sozialistische Partei Österreichs und die Kommunisten auf der anderen, je 50 % der Stimmen für sich verbuchen konnten. Das frühere »national-liberale Lager« war von den Alliierten Militärbehörden 1945 noch nicht zum parlamentarischen Wettkampf zugelassen. Aufgrund des Wahlausgangs hätte der ÖVP die Möglichkeit zur Bildung einer Alleinregierung grundsätzlich offengestanden. Man hielt es jedoch für das Gebot der Stunde, die Zusammenarbeit mit den Sozialisten fortzusetzen. Nicht nur war es für eine Koalitionsregierung mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit leichter, die nationalen Interessen gegenüber den vier Besatzungsmächten zu vertreten; vor allem aber ging es darum, die innere »Restauration« Österreichs in gemeinsamer politischer Verantwortung zu betreiben. Noch im Wahlkampf war die ÖVP dafür eingetreten, die Voraussetzungen für eine »Demokratie der Gleichberechtigung« zu schaffen. Von der Meisterung dieser Aufgabe hing die Legitimität des österreichischen politischen Systems ab.

Im Unterschied zu der als Waffenstillstand im Klassenkampf (»Gleichgewicht der Klassenkräfte«) aufgefaßten großen Koalition zu Beginn der Ersten Republik, die bald an ihren Belastungen zerschellte, stellten sich die großen Parteien in der Zweiten Republik darauf ein, auf nicht absehbare Zeit den »Klassenkampf auf dem Regierungstisch« auszutragen. Beide Parteien bemühten sich um ein neues Selbstverständnis und um neue Formen der Kooperation und des Aushandelns politischer Konflikte.

Die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien sollte sich in der Tat als die maßgebliche politische Konstante der ersten beiden Jahrzehnte der Zweiten Republik erweisen. Jeweils nach den Nationalratswahlen (1949, 1953, 1956, 1959 und 1962) wurde ihre Fortsetzung in einem Koalitionspakt bekräftigt. Die 1918 bemühte Theorie vom Gleichgewicht der

Klassenkräfte wurde von einer neuen »Theorie des Gleichgewichts« abgelöst, die der quasi fatalistischen Fortschreibung der Koalition diente. Die empirische Basis dieser Theorie fand sich in den Wahlergebnissen, die jeweils annähernd gleiche Stimmzahl für die Koalitionsparteien erbrachte, wobei sie sich in der Führungsrolle allerdings jeweils abwechselten.

Neben der Wahlgeometrie und ihrer koalitionsgefälligen Interpretation gab es jedoch noch andere Faktoren, die von entscheidend konstitutiver Bedeutung für die langjährige Zusammenarbeit waren. In erster Linie war es der in beiden Lagern lebendige Wunsch, alles zu verhindern, was wieder zu dem parteipolitischen Antagonismus der Ersten Republik hätte führen können. Charakteristisch für diesen politisch-psychologisch bestimmten Voluntarismus war die selbstverständliche Fortsetzung der Zusammenarbeit auch nach dem Staatsvertrag von 1955, der das Ende der vierfachen Besatzung und damit eine grundsätzlich höhere innenpolitische Bewegungsfreiheit mit sich brachte. In den Anfängen der Zweiten Republik wurden die Anstrengungen zur politischen Gemeinsamkeit gewiß auch durch die schwere Aufgabe gestählt, sich gegenüber den »vier Elefanten im österreichischen Ruderboot« zu behaupten.

Daneben scheint die Langlebigkeit der Koalition aber zumindest gleichermaßen von einem weiteren internen, systemimmanenten Faktor maßgeblich beeinflußt worden zu sein. Es handelt sich um das System des Interessenausgleichs und der Konfliktlösung, wie es sich im Zeichen der Doppelherrschaft herausgebildet hat und zunehmend zu einer Determinante des politischen Prozesses geworden ist. Die langjährige Zusammenarbeit hat die Regierungspartner in der Kunst des politischen Markthandelns erfinderisch gemacht; es entstand die im österreichischen Jargon als »Packeln«, in politikwissenschaftlicher Diktion als »Konkordanzstrategie« charakterisierte politische Praxis. Die spezifische Struktur der Entscheidungsprozesse und die damit zusammenhängenden institutionell-organisatorischen Plattformen nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch zwischen deren vorgelagerten Subkulturen, haben in den zwanzig Jahren der Großen Koalition ein beträchtliches systemgestaltendes Eigengewicht erlangt.

Ende der 50er Jahre machten sich aber auch erste Abnutzungserscheinungen in dem Gehäuse der Zusammenarbeit bemerkbar; der psychologische Faktor des Strebens nach Gemeinsamkeit trat zurück, ein Wechsel der Politikergeneration erfolgte, die Krisenfrequenzen erhöhten sich und das früher geübte Krisenmanagement funktionierte nicht mehr recht. Als das Ergebnis der Nationalratswahlen von 1966 eine Mehrheit für die ÖVP ergab, bildete diese allein die Regierung. Sie schickte sich dazu allerdings erst an, nachdem sich die wie üblich eingeleiteten Regierungsverhandlungen in einer Sackgasse verlaufen hatten; der Schritt zur Alleinregierung erfolgte also nicht aus einer grundlegenden Ablehnung der althergebrachten politischen Praxis heraus, sondern mehr gezwungenermaßen. Die Augenblickslösung von 1966 hatte jedoch Bestand; der Typ der Einparteiregierung beherrscht seitdem das österreichische politische System, seit 1970 allerdings unter der Flagge der SPÖ.

Daß sich ein nahtloser Übergang von dem System der Großen Koalition zu dem angelsächsischen Herrschaftsmodell vollziehen konnte, hat wohl zwei maßgebliche Ursachen: einmal haben gerade die gemeinsamen Anstrengungen beider großen Parteien zur Überwindung des Mangels an gegenseitigem Vertrauen geführt, der in der Ersten Republik die staatliche Selbstzerstörung bewirkt hatte. In der Zweiten Republik haben die Parteien hingegen ihre staatslegitimierende Rolle unter Beweis gestellt; zugleich war damit die Möglichkeit alternierender Einparteiregierungen vorbereitet worden. Die Ablösung der Ära der Großen Koalition durch diejenige der Alleinregierungen hat die innere Stabilität

Österreichs keineswegs ins Wanken gebracht. Ein weiterer wichtiger Grund für die problemlose »Anglisierung« Österreichs ist auch darin zu sehen, daß, ungeachtet des Einspielens bestimmter Mechanismen der Einparteienregierung, viele Strukturen der alten Proporzdemokratie und damit des typisch österreichischen Kompromisses zwischen den politischen Lagern erhalten geblieben sind. Jüngere Entwicklungen lassen ein Ansteigen der Wechselwählerschaft und einen Trend zu einer noch stärker bipolar ausgerichteten Kräftekonstellation zwischen den beiden großen Parteien erkennen. Es wäre jedoch voreilig, daraus abzuleiten, daß sich Österreich auf dem Wege zu einem klassischen Zweiparteiensystem befindet. Einmal wäre eine solche Trendaussage nicht mit den Auswirkungen des österreichischen Wahlrechts zu vereinbaren, das gerade in der Reformierung von 1970/71 einem idealtypischen Verhältniswahlrecht weitgehend angeglichen worden ist. Zum anderen ist die neuere Parteiengeschichte stark von dem Typus der Koalitionsregierung geprägt, eine positive Erfahrung, die der Vermutung entgegensteht, daß sich Österreich mit einer etwa noch wachsenden Parteienkonzentration auf ein Zweiparteiensystem und jeweils nur Einparteienregierungen hin zubewegt.

Ch. A. Gulick, Austria from Habsburg to Hitler, 2 Bde., Berkeley und Los Angeles 1948; M. Weiß, Die Ausbreitung des allgemeinen und gleichen parlamentarischen Wahlrechts in der westlichen Reichshälfte der Habsburgermonarchie, Diss. Heidelberg 1965; K. Berchtold, Österreichische Parteiprogramme 1868–1968, 1967; A. Pelinka/M. Welan, Demokratie und Verfassung in Österreich, Wien 1971; K. Steiner, Politics in Austria, Boston 1972; H. Fischer (Hg.), Das politische System Österreichs, Wien 1974; E. Weinzierl/K. Skalnik, Das neue Österreich, 1975; H. Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, Wien 1971; A. Pelinka, A. Kadan (Hg.), Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien, St. Pölten 1979.

Christlichsoziale Partei (CP).

Gründung: Seit den Reichsratswahlen von 1891 gab sich eine parlamentarische Gruppe die Bezeichnung »Christlichsoziale«; als Gründungsdatum der CP kann der 17. 5. 1895 angesehen werden, an dem sich die Wiener Christlichsozialen versammelten, um eine gemeinsame programmatische Resolution zu verabschieden.

Programm: Als das erste eigentliche Parteiprogramm der CP gilt das auf dem Reichsparteitag von 1907 beschlossene Wahlmanifest. Diesem Dokument gingen indessen das von *F. M. Schindler* für die Reichsratswahlen von 1891 ausgearbeitete Programm sowie das auf dem christlichen Arbeitertag 1896 in Wien approbierte christlichsoziale »Arbeiter-Programm« und die »verfassungsrechtlich-staatspolitische« Resolution des Eggenburger Parteitags von 1905 voraus.

In der »Reichsfrage« opponierte die CP gegen den Dualismus und überhaupt gegen den so »schädlichen« Einfluß der »judäomagyarischen Clique« auf die österreichische Reichshälfte. Eine Lösung der Reichsfrage bot sich in der von *A. Popovici* propagierten Idee der »Vereinigten Staaten von Großösterreich« unter habsburgischer Schirmherrschaft an. In der nationalen Frage der zisleithanischen Reichshälfte aber wollte die CP »allezeit für den Schutz des ideellen und materiellen Besitzstandes des deutschen Volkes eintreten«.

Die Vorschläge der CP für die Lösung der sozialen Frage waren stark von der katholischen Sozialreformbewegung im Sinne der von *K. von Vogelsang* vorgeschlagenen Neuerungen beeinflußt. Maßgebliche politische und moralische Stärkung erhielten die sozialreformerischen Bestrebungen durch die päpstliche Enzyklika »Rerum novarum« (1891).

Ungeachtet der persönlichen Sanktionierung durch *Papst Leo XIII.* war das Programm der Christlichsozialen nicht frei von der Propagierung ungerechter politischer Feindbilder. So kam in Fragen der Wirtschaftspolitik und des Parteienwettbewerbs eine stark antisemitische Einstellung der Partei zum Ausdruck.

Die Programme der CP von 1918 und 1919 legten ein Bekenntnis zur republikanischen Staatsform und zu einem starken Länderföderalismus ab. War mit dem Verzicht auf die monarchische Staatsform eine radikale Änderung in den Leitvorstellungen der Christlichsozialen vollzogen, so blieb der Antisemitismus eine Konstante im Programmgefüge der Partei.

Dem Linzer Parteiprogramm der Sozialdemokraten von 1926 stellte die CP im selben Jahr ein eigenes »Linzer Programm« gegenüber. Den im Programm der Sozialdemokratie benutzten Konzepten von »Klassenkampf« und »Klassendiktatur« setzten die Christlichsozialen ständestaatliche Vorstellungen von zunächst noch vager Natur entgegen. Unter dem Einfluß der neuromantischen Staatslehre *O. Spanns*, vor allem aber

durch die sanktionierende Kraft der päpstlichen Enzyklika »Quadragesimo anno« (1931) gewann der ständestaatliche Gedanke für Österreichs Christlichsoziale immer mehr an Bedeutung.

Mit der »Selbstausschaltung des Parlaments« 1934 und der Gründung der → VATERLÄNDISCHEN FRONT, die als einzige politische Bewegung an die Stelle der demokratischen Parteien treten sollte, ging der christlichsoziale Bundeskanzler *E. Dollfuß* daran, seinem Modell des christlichen Ständestaates zum Durchbruch zu verhelfen. In der bekannten »Trabrennplatzrede« vom 12. 9. 1933, »dem Empfängnistag des neuen Österreich«, kündigte *Dollfuß* das Ende der »Zeit des kapitalistischen Systems, der kapitalistisch-liberalistischen Wirtschaftsordnung« und das Ende der Zeit »marxistischer, materialistischer Volksverführung« an. Eine Erneuerung sah *Dollfuß* im »sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage unter starker autoritärer Führung«.

Mit der Verfassung von 1934 triumphierte der militante Katholizismus vollends; das Dokument war verfaßt im Geiste eines antidemokratischen, reaktionär-romantischen Weltbilds, das dem Wunsch entsprach, »nicht nur 15 Jahre, sondern 150 Jahre geistigen und politischen Irrwahns« wieder gutzumachen. Die Verfassung war in sich stark widersprüchlich; so stand das autoritäre Prinzip im Gegensatz zu den Grundsätzen der angestrebten ständisch-korporativen Struktur, zu den Prinzipien des Föderalismus, der Subsidiarität und den pluralistischen Grundsätzen der katholischen Soziallehre.

Organisation: Typus einer indirekt organisierten Partei.

Presse: Als Richtungsorgan der Partei fungierte die 1894 gegründete ›Reichspost‹.

Geschichte: Die Bewegung der Christlichsozialen fußte in verschiedenen, z. T. gegensätzlichen politischen und geistigen Strömungen. Erst im Laufe der 80er Jahre und vollends in den 90er Jahren des 19. Jh. verschmolzen die christlich-reformerischen und die klerikal-konservativen Basiselemente zu einer eigenständigen politischen Größe und zu einer modernen Massenpartei. Ein gewisses Nebeneinander und teilweise auch Gegeneinander der sozialreformerischen und der konservativen Gruppen und Richtungen kennzeichnete die christlichsoziale Partei jedoch bis in das 20. Jh. hinein.

In der Blütezeit des Liberalismus befand sich die aus Klerikalen und Föderalisten getragene »Rechtspartei« in der Opposition, um dort für die »geschichtliche Eigenberechtigung der einzelnen Königreiche« einzutreten. Die Träger dieser Politik waren vor allem Adelskreise in Böhmen und die Katholisch-Konservativen in den Alpenländern. Zu den führenden Figuren der »Rechtspartei« zählten Graf *Hohenwart*, der in seinem parlamentarischen Club resp. seiner »Partei« mehrere Nationalitäten versammelte (daher auch die Bezeichnung »Hohenwart-Partei«), weiter Graf *L. Thun*, der Herausgeber des Richtungsorgans ›Das Vaterland‹, schließlich der reformerisch eingestellte »rote Prinz« *A. Liechtenstein*. Maßgeblicher Redakteur der Zeitung ›Das Vaterland‹ war Freiherr *von Vogelsang*, dessen Ideen nachhaltigen Einfluß auf die christlichsoziale Reformbewegung erlangten. Ausgehend von der Ethik des Evangeliums verurteilte *Vogelsang* die liberalkapitalistische Ordnung, die eine unnatürliche Ausweitung der nationalen Ökonomie zur Weltwirtschaft impliziere und mittels der Einrichtung des Parlaments den Kapitalisten erlaube, die Bevölkerung zu tyrannisieren sowie Demagogen auf den Plan rufe, um die Arbeiter irrezuleiten. Zur Beseitigung dieser Mißstände forderte er vor allem die Ersetzung des Parlaments durch eine berufsgenossenschaftliche, ständische Vertretungskörperschaft, die Garantie des Anspruchs der Arbeiter auf Gewinnbeteiligung und eine neue Grundentlastung für die Bauern. Zur Eindämmung der Tendenzen zur Weltwirtschaft sollten Schutzzölle geschaffen werden.

Aus dem Kreis, den *Vogelsang* aus den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten um sich versammelte, rekrutierten sich die nachmaligen bedeutendsten Führer der CP. Viele von ihnen gingen auch durch die Schule der sogenannten »Enten-Abende« (im Gasthaus »Zur Goldenen Ente«), wo neben *Vogelsang* der Prälat *F. M. Schindler*, *K. Lueger*, *A. Geßmann*, Prinz *Liechtenstein*, *L. Kunschak* u. a. das geistige Rüstzeug der Christlichsozialen erarbeiteten.

Konnte *Vogelsang* mit Recht der »Mentor« und »Altvater« der christlichsozialen Erneuerungsbewegung genannt werden, so fand die CP ihren Organisator und Agitator par excellence in der Person *Luegers*. Zunächst noch Wiener Gemeinderatsabgeordneter der Liberalen und in Verbindung zu den Verfassern des Linzer Programms (→ DEUTSCHNATIONALE GRUPPEN...) stehend, gelangte er 1885 in den Reichsrat, wo er Mitglied der »demokratischen«, »antiliberalen« Gruppe wurde. Im Reichsrat ergaben sich für *Lueger* auch Beziehungen zu den Führern der katholisch-konservativen Gruppen; andererseits erlangten seine Kontakte zu *Vogelsang* und dessen Anhängern konkrete Gestalt. Im Rahmen des kurzlebigen, losen politischen Kampfbündnisses »Vereinigte Christen«, dem auch Demokraten, gewerbliche Reformer, Katholisch-Konservative und Deutschnationale angehörten, profilierte sich *Lueger* immer mehr als der eigentliche politische Führer. Zu einem wichtigen Vorläufer und organisatorischen Kern der CP wurde der am 7. 3. 1887 in Wien von *L. Psenner* und *A. Latschka* gegründete »Christlichsoziale Verein«. Er hatte sich vornehmlich die Lösung der dringlichen »sozialen Frage« zum Ziel gesetzt. In den letzten zehn Jahren des 19. Jh. fanden die allenthalben in Gang gekommenen christlichsozialen Reformansätze starken Widerhall bei den großen Massen bedrängter Kleinbürger und Bauern. Es entwickelte sich eine wahrhaft christlichsoziale Volks-

bewegung, die in der sich vermehrenden Zahl christlichsozialer Abg. zum Reichsrat (1897: 30 Mandate) ebenso zu Buche schlug wie in der weiteren Ausformung der christlichsozialen Partei und dem Anwachsen der christlichsozialen Arbeitervereine. Der Siegeszug der Christlichsozialen durch Gemeinderatsstuben, Landtage und das Abgeordnetenhaus war auch nicht von den Kräften zu stoppen, die dieser Partei der »Umsturzmänner« und »antisemitischen Radaubrüder« den politischen Erfolg mißgönnten. Der Widerstand des österreichischen Episkopats, das die Partei zweimal beim Papst verklagte, scheiterte ebenso wie Kaiser *Franz Josephs* zweimalige Weigerung, den zum Wiener Bürgermeister gewählten *Lueger* auch in seinem Amt zu bestätigen. Die wachsende Stimmenmehrheit für den Führer der CP machte das kaiserliche Plazet unumgänglich. *Luegers* Partei des »kleinen Mannes« war damit »hoffähig« geworden.

Die Behauptung und Anerkennung der CP ging indessen mit einer Einbuße an demokratischem und sozialreformerischem Elan einher. Was die Partei an politischem Erneuerungspotential verlor, gewann sie numerisch an Anhängern hinzu. So schloß sich ihr 1898 die KATHOLISCHE VOLKSPARTEI an, die ihren Einzugsbereich vor allem in Tirol und in Vorarlberg hatte. Die KATHOLISCHE VOLKSPARTEI war ihrerseits durch Abspaltung von den Katholisch-Konservativen entstanden, wobei die Badeni-Krise als Geburtshelferin fungiert hatte. War es doch das Schicksal der »*Hohenwart*-Partei« und der für sie charakteristischen politischen Wahlverwandtschaft deutscher und nicht-deutscher Gruppen, daß sie seit den Streitigkeiten über die *Badenischen* Sprachenregelungen dem inneren Zerfall preisgegeben war. Als die Christlichsozialen dann bei den Reichsratswahlen von 1907 – den ersten Wahlen im Zeichen des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts – mit 96 Abg. als stärkste Fraktion in den Reichsrat zogen, war auch für alle anderen Katholisch-Konservativen der Augenblick zur vorbehaltlosen Vereinigung mit der *Lueger*-Partei gekommen.

Die innere Umstrukturierung der CP durch den Hinzugewinn neuer, vornehmlich konservativ eingestellter Bevölkerungsschichten und die Anpassung des Selbstverständnisses an die neue Rolle einer staatserhaltenden Kraft hatten auf das weitere Wachstum der Partei offenkundig keine belebende Wirkung. Der Druck der politischen Konkurrenz der Sozialdemokraten, die Auswirkungen von *Luegers* Tod (1910), Korruptionsfälle und innerparteiliche Konflikte ließen die Partei in eine erste, große Krise geraten. Die Niederlage der CP bei den Reichsratswahlen von 1911 war von daher nicht weiter verwunderlich. Auch in den letzten Jahren der Monarchie war für die Sache der CP kein besonderer Aufwärtstrend erkennbar.

1918 vorübergehend schwankend zwischen den Loyalitäten gegenüber Reich und Dynastie einerseits, der alttradierten reformerischen Mission der christlichsozialen Bewegung andererseits, kam Anfang November eine Option zugunsten der republikanischen Staatsform zustande, wobei sich die Parteiführer der Länder gegen die monarchische Nostalgie der Wiener Christlichsozialen durchzusetzen verstanden. Daß es gelang, die Einheit der Partei über diese so kontrovers beurteilte Frage hinweg zu erhalten, war das maßgebliche Verdienst der überzeugenden innerparteilichen Kompromißpolitik *I. Seipels*.

Noch weittragender waren die Kompromisse, welche die CP mit den SOZIALDEMOKRATEN schloß, als sie mit diesen gemeinsam daran ging, die Republik einzurichten. Der Abschluß einer großen Regierungskoalition war weitgehend von der innenpolitischen Machtkonstellation des Augenblicks diktiert, die im Zeichen des Erfolges der SOZIALDEMOKRATEN bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung stand (72 Mandate gegenüber 69 für die CP). Der Entschluß zur Bildung einer »Arbeitsgemeinschaft« mit den Sozialdemokraten wurde von der CP allerdings nur halbherzig gefaßt; als kleinere politische Zwistigkeiten im Juni 1920 die Koalition heimsuchten, wurde die Gelegenheit zur Aufkündigung der unliebsamen Partnerschaft schleunigst genutzt. Damit war der erste Schritt zu dem späteren folgenschweren parteipolitischen Antagonismus gemacht. Gleichwohl gelang es den beiden Parteien, noch im Oktober 1920 den wichtigen Verfassungskompromiß abzuschließen. Im wesentlichen spiegelte das darin niedergelegte Demokratiegebot und der radikale Parlamentarismus die verfassungspolitischen Vorstellungen der SOZIALDEMOKRATEN wider, während die CP für die Verankerung der föderalistischen Struktur des Staates gesorgt hatte, womit sie nicht zuletzt ihre Mehrheiten in den Bundesländern zur Nutzung zu bringen hoffte.

Bei den Wahlen zum Nationalrat im Oktober 1920 erreichte die CP die relative Mehrheit (85 Mandate für 41,8 % der Stimmen). Das Fachleutekabinett unter dem Christlichsozialen *M. Mayr* stürzte bald darüber, daß entgegen dem Regierungskurs in einigen Bundesländern Christlichsoziale ganz offen für den Anschluß an Deutschland votierten. Erst *Seipel*, dem energischen Politiker im Priesterrock, gelang es, die eigene Partei wie den künftigen Koalitionspartner, die → GROSSDEUTSCHE VOLKSPARTEI zugunsten der Sanierungsaktion Österreichs durch den Völkerbund von weiteren Anschlußabstimmungen abzuhalten. Im Mai 1922 avancierte *Seipel* zum Regierungschef einer nunmehr auch förmlich sanktionierten Koalition mit den Großdeutschen. Damit begann die zehn Jahre währende Ära der sogenannten »Bürgerblock-Regierungen«, die nur im Herbst 1930 eine vorübergehende Unterbrechung erfahren sollte.

Die zweite Regierungsperiode *Seipels* (1926–1929) stand im Zeichen einer wachsenden Krise der parlamentarischen Demokratie und einer sich verschärfenden Mobilisierung der innen-

politischen Fronten. Anlässe wie der »Zwischenfall von Schattendorf«, bei dem im Januar 1927 Mitglieder des sozialdemokratischen Schutzbundes und Anhänger der rechten Frontkämpfervereinigung tätlich aufeinander trafen, und der Brand des Justizpalastes, der im Juli 1927 als Akt des Protestes gegen eine einseitige bürgerliche Geschworenenjustiz gelegt wurde, waren Symptome für den wachsenden innenpolitischen Dissens. Im Aufwind der Konfrontationen gedieh die Bewegung der Heimwehren und stieg die Aggressivität ihres irrationalen politischen Feldzugs.

Bei den Nationalratswahlen im April 1927 versuchte die CP, über eine »antimarxistische« Einheitsfront-Liste gemeinsam mit den GROSSDEUTSCHEN eine starke bürgerliche Bresche in die sozialdemokratische Opposition zu schlagen. Um so enttäuschender mußten die Christlichsozialen das Wahlergebnis empfinden, das ihnen mit 73 Sitzen einen Verlust von neun Mandaten eintrug. Es war naheliegend, nun die militant antimarxistischen Heimwehren zum politischen Bundesgenossen zu küren. Deren politische Romantik traf sich mit *Seipels* mehr und mehr öffentlich bezeugter Antipathie gegen die »undemokratische Parteiherrschaft«, den »gottlosen Sozialismus« und mit seiner Bevorzugung der »wahren«, auf Pietät und Autorität aufgebauten Demokratie.

Unter politischer Rückendeckung der Heimwehren gelang es der CP, mit den SOZIALDEMOKRATEN zu einem Kompromiß in der Verfassungsfrage zu gelangen, der im wesentlichen auf einer Schwächung der bisherigen starken Position des Parlaments beruhte. Eine wirkliche politische Befriedung war jedoch mit dem Verfassungskompromiß nicht erreicht. Als sich *Seipel* 1929 aus der politischen Verantwortung zurückzog, nicht ohne zuvor den Aufstieg der »unwiderstehlichen Volksbewegung« der Heimwehren begünstigt zu haben, kam es zur Bildung von mehr oder weniger kurzlebigen Kabinetten *(Streeruwitz, Schober, Vaugoin, Ender* und *Buresch),* deren schmale parlamentarische Basis und geringe Regierungsautorität den durch zunehmenden Druck der Heimwehren noch weiter erschütterten Mi imalkonsens zwischen den beiden großen politischen Lagern und die zunehmende Komplexität der Krise des politischen Systems verdeutlichten.

Die Geschichte der CP von *Seipels* Abgang bis in die Ära *Dollfuß/Schuschnigg* hinein war maßgeblich durch ihr wechselvolles Verhältnis zu den Heimwehren charakterisiert. Unter *Schober* kam es zu einer ersten Kraftprobe zwischen Regierung und Heimwehren, die mit der Ausweisung des organisatorischen Leiters der Bewegung, Major *W. Pabst,* den Heimwehren eine empfindliche Schlappe eintrug. Freilich waren auch weite Kreise der Christlichsozialen über diese politisch-polizeiliche Maßnahme wenig erbaut, und am meisten mußten diejenigen von ihnen betroffen sein, die noch im Mai 1930 den Korneuburger Eid auf die faschistischen Grundsätze der Heimwehr geleistet hatten. Die krisenhafte Situation eskalierte, als der Christlichsoziale *K. Vaugoin Schober* aus der Kanzlerschaft verdrängte und zwei radikale Heimwehrführer, darunter den gerade zum Bundesführer der österreichischen Heimwehr ernannten Fürst *Starhemberg,* in sein Kabinett aufnahm. Die Vorbereitung der für November 1930 angesetzten Nationalratswahlen machte die innere Heterogenität und Führungslosigkeit der Heimwehrgruppen deutlich. Während die *Starhemberg*-Gruppe unter dem Namen → HEIMATBLOCK selbständig kandidierte, verband sich die Gruppe um Major *E. Frey* mit der CP. Trotz dieser Wahlhilfe büßte diese 7 Mandate ein (66 Mandate für 35,7 % der Stimmen), die Sozialdemokraten erhielten die meisten Stimmen (72 Mandate für 41,1 % der Stimmen).

Als der auf Initiative des Bundespräsidenten *Miklas* Mitte 1931 angestellte Versuch *Seipels,* die Sozialdemokraten zu einer Konzentrationsregierung zu gewinnen, fehlschlug, bildete der Christlichsoziale Politiker *Buresch* eine Koalition mit den GROSSDEUTSCHEN und dem LANDBUND. Vornehmlich über das Scheitern des Zollunionsprojekts mit Deutschland verlor diese »Regierung der schwachen Hand« jedoch bald ihren Halt. Das zweite, aus Christlichsozialen und Landbündlern zusammengesetzte Kabinett *Buresch* verfügte über keine Mehrheit im Parlament mehr. Als die Wahlen zu mehreren Landtagen im April 1932 der CP alarmierende Verluste eintrugen, war die Regierung bestrebt, Neuwahlen zum Nationalrat tunlichst zu verzögern. Der Bundespräsident versuchte, wenigstens eine Zusammenfassung aller bürgerlichen Parteien zu erreichen. Als auch dieser Versuch mißlang, wurde der bisherige Landwirtschaftsminister *Dollfuß* mit der Bildung einer neuen Regierung betraut.

Mangels anderer Koalitionsmöglichkeiten gründete *Dollfuß* seine Regierung auf eine Zusammenarbeit mit dem LANDBUND und dem HEIMATBLOCK; in das Kabinett wurden auch Heimwehrführer aufgenommen. Dies sicherte *Dollfuß* die parlamentarische Mehrheit von einer Stimme, die er, etwa für die Abstimmung über die Lausanner Anleihe, bitter benötigte. Indessen fügte es sich bald so, daß die Zustimmung des Parlaments überhaupt nicht mehr in Anspruch genommen zu werden brauchte, da sich der Nationalrat »selbst ausschaltete«. So jedenfalls wurde das Debakel umschrieben, das aus dem Zusammenwirken prekärer Mehrheitsverhältnisse und eines übertriebenen Geschäftsordnungsdenkens die drei Parlamentspräsidenten zur Niederlegung ihres Amtes bewog. Die plötzliche Handlungsunfähigkeit des ohnehin wenig geschätzten Parlaments verschaffte der Regierung Gelegenheit, sich mit Hilfe eines kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1916 zu legitimieren. Die Gründung der → VATERLÄNDISCHEN FRONT im Februar 1933, die Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes, und schließlich das kompromißlose Vorgehen gegen die Sozialdemokratie markierten den auch von *Mussolini* mit Nachdruck gewiesenen

Weg in den autoritären Staat, in das neue, christliche Österreich.

Die Abwertung der parlamentarischen Demokratie und der sie konstituierenden politischen Parteien blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Organisation der CP. Auch sie wurde von dem umfassenden politischen Verband der VATERLÄNDISCHEN FRONT aufgesogen. Führende Positionen blieben ihr hier freilich gewahrt. 1936 gelang es *K. Schuschnigg,* der dem im Juli 1934 von Nationalsozialisten ermordeten *Dollfuß* im Kanzleramt gefolgt war, die nunmehr »Heimatschutz« genannten Heimwehren aufzulösen und selbst die Führung der VATERLÄNDISCHEN FRONT zu übernehmen. Bei diesem Coup gegen die faschistischen Heimwehren wurde *Schuschnigg* durch die von *Kunschak* geführte christliche Arbeiterschaft unterstützt. Während der Zeit des Aufgehens der CP in der VATERLÄNDISCHEN FRONT verkörperte im übrigen die christliche Arbeiterschaft maßgeblich die innere christlichsoziale Opposition und damit auch die demokratische Tradition der Partei.

A. Diamant, Die österreichischen Katholiken und die Erste Republik, Wien 1960; K. von Klemperer, Ignaz Seipel, Princeton 1972; H. Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, ²1977.

Deutsche Agrarpartei → Deutschnationale Parteien, Gruppen und Parteiverbände.

Deutsche Arbeiterpartei → Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Deutsche Bauernpartei → Landbund.

Deutsche Fortschrittspartei → Verfassungspartei.

Deutsche Gemeinbürgschaft → Verfassungspartei.

Deutsche Nationalpartei → Deutschnationale Parteien, Gruppen und Parteiverbände, → Verfassungspartei.

Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) → Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Deutsche Volkspartei gegr. im Oktober 1895 in Prag durch *E. Bareuther,* in den Alpenländern durch *O. Steinwender;* als reichsrätliche Partei am 7. 6. 1896 in Wien konstituiert. → Deutschnationale Parteien, Gruppen und Parteiverbände.

Deutscher Nationalverband → Deutschnationale Parteien, Gruppen und Parteiverbände, → Verfassungspartei.

Deutschnationale Parteien, Gruppen und Parteiverbände.

Programm: Für alle Parteien, Gruppen oder verbandlichen Organisationen des deutschnationalen Lagers bildete das »Linzer Programm« von 1882 den maßgebenden geistigen Orientierungsrahmen, wenn auch, wie bei der historischen Analyse der verschiedenen Gruppen zu zeigen sein wird, Differenzierungen oder auch substantielle Ergänzungen stattfanden. Das Linzer Programm wurde von einem »Kollektiv« namhafter politischer Führungspersönlichkeiten erarbeitet. Neben *G. von Schönerer* waren es der Historiker *H. Friedjung, E. Pernerstorfer, O. Steinwender, V. Adler* und *A. Langgaßner.*

Das Linzer Programm umfaßte deutschnationale, sozialistische, demokratische und antiklerikale Ideen. Während bei den deutschnationalen Vorstellungen vorwiegend *Schönerer* und *Friedjung* Pate standen, kann *V. Adler* als der geistige Vater des umfassenden sozialpolitischen Forderungskatalogs veranschlagt werden. Von Interesse ist, daß das Linzer Programm zwar als ein »nationales, aber auch als ein streng österreichisches« bezeichnet werden konnte, d. h., daß die später von den Alldeutschen gewünschte Loslösung vom österreichischen Staat zu jenem Zeitpunkt noch nicht gefordert worden ist. Weiter fehlt in dem Programm der bald für sämtliche deutschnationale Programmsätze so charakteristische »Judenpunkt«. 1885 fügte *Schönerer* dem Linzer Programm jedoch die Forderung nach Beseitigung des jüdischen Einflusses in allen Gebieten des öffentlichen Lebens hinzu, und schon 1883 wurde *Schönerers* Rassenantisemitismus in den von ihm herausgegebenen ›Unverfälschten Deutschen Worten‹ offenkundig. Dies war nicht zuletzt der Grund dafür, daß die Mitarbeiter an dem Linzer Programm *Schönerer* bald die Gefolgschaft versagten.

Organisation: Die früheren deutschnationalen Parteien und Gruppen gingen in ihren verbandlichen Formen nur recht wenig über gelegentliche »Vertrauensmännerversammlungen« hinaus, ihre parlamentarische Repräsentanz schien von umgekehrt proportionaler Bedeutung zu den propagandistischen Ansprüchen und Erfolgen der Massenbeeinflussung. *Schönerer* selbst war wohl wenig an dem Aufbau einer modernen Massenorganisation gelegen. Die politische Mobilisierung der Deutschnationalen konzentrierte sich auf Medien mehr kulturpolitischen Charakters, etwa auf den »Deutschen Schulverein« oder auf Presseorgane in der Art der ›Unverfälschten Deutschen Worte‹; Domänen der politischen Beeinflussungen waren schließlich die Hochschulen und in begrenztem Umfang die protestantische Kirchenorganisation.

Presse: Organe der *Schönerer*-Richtung (Alldeutsche) waren zunächst die ›Deutschen Worte‹, später die ›Unverfälschten Deutschen Worte‹, Wien. Das Organ der *Wolf*-Gruppe (FREIALLDEUTSCHE, DEUTSCHRADIKALE PARTEI) war die ›Ostdeutsche Rundschau‹, Wien. Die publizistischen Sprachrohre der DEUTSCHEN VOLKSPARTEI waren etwa die ›Freien Stimmen‹, Klagenfurt, die ›Deutsche Volkszeitung‹, Reichenberg, und vorübergehend die ›Deutsche Zeitung‹, Wien.

Geschichte: Während die liberale → VERFASSUNGSPARTEI in den 70er Jahren des 19. Jh. sich noch auf dem Höhepunkt ihres politischen Einflusses wähnen mochte, traten doch schon deutlich die Symptome ihres späteren inneren Auszehrungsprozesses hervor. Die in ihrem eigenen Schoße sich bildenden deutschnationalen Gruppen zeigten schon in den 70er Jahren eine immer stärkere Virulenz. Der deutsche Sieg über Frankreich 1870/71, die sich vor allem im böhmischen Raum zuspitzenden Nationalitätenkämpfe und die daraus erwachsende Sorge der Deutschen in Österreich um die Wahrung ihres »nationalen Besitzstandes« in Schule und Verwaltung dienten in der Tat als ein kräftiger Nährboden für die zunehmende Radikalisierung der Deutschnationalen. Anfang der 80er Jahre formte sich eine »völkische« Ideologie bzw. nach und nach ein extremer Rassenantisemitismus, der das politische Denken dieser Gruppen zu beherrschen begann. Protagonist dieser Richtung war die schillernde Persönlichkeit *G. von Schönerers,* der vor allem als Demagoge und Agitator einen beträchtlichen Einfluß auf den Zeitgeist der sich unterdrückt fühlenden Deutschen in der Habsburger Monarchie erlangen sollte. So weitreichend seine propagandistischen Mobilisierungskampagnen auch eingeschätzt werden müssen, so unbedeutend war die verbandliche Organisation, die als erste das »Linzer Programm« förmlich trug, nämlich der am 2. 6. 1882 von *Schönerer* gegründete DEUTSCHNATIONALE VEREIN. Im Abgeordnetenhaus wurde der Verband und das von ihm unterstützte »Linzer Programm« nur von 2 Abg. vertreten.

Die in den 80er Jahren zunehmende Verschärfung des Nationalitätenkonflikts in Böhmen bewirkte, daß die → VERFASSUNGSPARTEI sich zunächst in zwei Richtungen aufspaltete, und zwar in die von *Plener* geführten staatstreuen Liberalen und in die Deutschnationalen unter *Schönerer* und *Steinwender.* Aufgrund der Wahlen von 1885, die erstmals auf dem Boden der Wahlreform von 1881 (→ Einleitung) durchgeführt wurden und einen stattlichen Mandatsgewinn der deutschen Repräsentanten auswiesen, erhielt das Revirement im liberalen Lager seinen deutlichen Ausdruck in der Bildung zweier deutscher parlamentarischer Klubs, deren Namen »Deutschösterreichischer Klub« (Altliberale) und »Deutscher Klub« *(Steinwender)* die Konfrontation zwischen den staatstreuen Liberalen und den die österreichische Staatsidee verneinenden Deutschnationalen symbolisierten.

Der von der *Schönerer*-Gruppe betriebene radikale Antisemitismus erwies sich aber mit der Richtung des »Deutschen Klubs«, der bald nach dem Bündnis zwischen Österreich und dem Deutschen Reich wieder staatserhaltend gesinnt war, nicht vereinbar. *Schönerer* zog es daher vor, seinen extremistischen Kurs erneut mit einem eigenständigen Verband auszustatten und gründete am 8. 10. 1885 den VERBAND DER DEUTSCHNATIONALEN. Ein unmittelbar registrierbarer politischer Erfolg blieb den Schönerianern jedoch versagt. Lediglich 1901 erlangte die Gruppe 21 Sitze im Abgeordnetenhaus. Die plötzliche parlamentarische Aufwertung der Alldeutschen war das Entgelt für die heftigen antislawischen Kampagnen und die parlamentarische Obstruktionspolitik gegen die *Badenischen* Sprachenverordnungen. Die Saat der von *Schönerer* auch in den Badenitagen lancierten »Los-von-Rom-Bewegung« ging in der katholischen Bevölkerung und insbesondere unter den Bauern auf dem Lande allerdings nicht auf.

Schönerers Karriere und diejenige der von ihm ins Leben gerufenen radikalen politischen Gruppen sollten letztlich an ihrem eigenen Extremismus, an mangelnder organisatorischer Kraft und nicht zuletzt an Widersprüchlichkeiten ihrer Politik, etwa in der Frage der Wahlreform, in der die ursprünglich radikaldemokratischen Zielsetzungen später negiert wurden, scheitern.

Demgegenüber zeichnete sich die Gruppe des staatstreuen Deutschnationalismus um *O. Steinwender* und *E. Strohal,* die beide ebenfalls der liberalen Partei entstammten, durch eine konsequentere, »realpolitische« Haltung und folglich durch eine reichere Anhängerzahl aus. Am 18. 2. 1887 konstituierte sich eine Minderheit des bereits erwähnten, von den Liberalen abgesonderten »Deutschen Klubs« unter der Führung *Steinwenders* zur DEUTSCHNATIONALEN VEREINIGUNG, aus der 1891 die DEUTSCHE NATIONALPARTEI, am 7. 6. 1896 schließlich die DEUTSCHE VOLKSPARTEI hervorging. Letztere Parteischöpfung war aus dem Bestreben entstanden, die nationalen Elemente in allen deutschen Parteien zusammenzufassen. Die politische Atmosphäre des Kampfes um Cilli (Doppelsprachigkeit an dem Gymnasium der Stadt) und die Vorbereitungen zu den Reichsratswahlen von 1897 hatten den latenten Einigungsbestrebungen Vorschub geleistet. Lediglich die Alldeutschen *Schönerers* blieben weiterhin auf organisatorischer und politischer Distanz.

Das Programm der DEUTSCHEN VOLKSPARTEI weist bei vergleichsweise gemäßigter Diktion eine starke innere Verwandtschaft mit dem »Linzer Programm« von 1882 auf. Im wesentlichen aber war es die »regierungsfromme«, auf positive Konfliktlösungsstrategien sich stützende Politik, welche die DEUTSCHE VOLKSPARTEI von den Bilderstürmern der radikalen Deutschnationalen unterschied.

Eine weitere deutschnationale Gruppe, deren politischer Kurs demjenigen der Volkspartei ähnelte, war die DEUTSCHRADIKALE PARTEI, 1901 unter der Bezeichnung FREIALLDEUTSCHE von *K. H. Wolf,* einem Dissidenten der Alldeutschen *Schönerers,* gegründet. Ihre »individuelle Note war es, daß sie die Staatstreue Steinwenderscher Art mit der extremen Phraseologie Schönerers kombinierten« (A. Fuchs).

Ein eigenständiges Produkt aus der Alldeutschen Bewegung stellte die 1905 aus vormaligen Alldeutschen und Altliberalen (→ VERFASSUNGS-

PARTEI) gebildete DEUTSCHE AGRARPARTEI dar, deren Einzugsbereich vorwiegend in Böhmen und Kärnten lag. Als ihr oberstes Ziel bezeichnete die neue Partei die Vertretung der besonderen landwirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder. Das Programm der Agrarpartei ähnelte demjenigen der Deutschradikalen. Ebenfalls im nationalen Lager fußte die 1904 in Trautenau konstituierte DEUTSCHE ARBEITERPARTEI, aus der sich später Österreichs → NATIONALSOZIALISTEN (NSDAP/DNSAP) rekrutieren sollten. Die Gruppen des deutschnationalen Lagers gingen im Rahmen des am 26. 2. 1910 entstandenen DEUTSCHEN NATIONALVERBANDES eine lockere Symbiose ein. Gegenüber der tatsächlichen Verschmelzung von Altliberalen (→ VERFASSUNGSPARTEI) und DEUTSCHER VOLKSPARTEI bestanden die sich außerdem im DEUTSCHEN NATIONALVERBAND versammelnden Parteien und Gruppen auf ihrer Selbständigkeit innerhalb der Dachorganisation. Die Errichtung des DEUTSCHEN NATIONALVERBANDES war als das Ergebnis eines der wiederholten Versuche anzusehen, die auseinanderstrebenden Kräfte des deutschnationalen Lagers zu sammeln. Zu der endlich geglückten Bildung eines größeren verbandlichen Unternehmens trugen die für die Deutschnationalen so wenig erfolgreichen Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Mai 1907, bei denen erstmals das gleiche und allgemeine Wahlrecht praktiziert worden war, nicht unwesentlich bei.

Die Reichsratswahlen von 1911 bezeugten dem DEUTSCHEN NATIONALVERBAND eine wachsende Anhängerschaft. Die in ihm zusammengeschlossenen Gruppierungen erhielten insgesamt 99 Mandate. Als nunmehr stärkste politische Kraft im Abgeordnetenhaus bildete er bis tief in den Ersten Weltkrieg hinein die Hauptstütze der Regierung.

G. Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich, 8 Bde, Wien und Leipzig 1902–1914; A. Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918, Wien 1949; P. Molisch, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich, 1926; A. G. Whiteside, The Socialism of Fools, Berkeley–LosAngeles–London 1975.

Deutschnationale Vereinigung → Deutschnationale Parteien, Gruppen und Parteiverbände.

Deutschnationaler Verein → Deutschnationale Parteien, Gruppen und Parteiverbände.

Deutschradikale Partei → Deutschnationale Parteien, Gruppen und Parteiverbände.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ).

Gründung: 17. 10. 1955 in Wien durch Vertreter des VERBANDS DER UNABHÄNGIGEN (VdU) und der FREIHEITSPARTEI (FP), bzw. auf dem I. Parteitag am 7. 4. 1956.

Programm: Das heute geltende Programm der FPÖ ist in dem »Ischler Parteiprogramm« von 1968 niedergelegt. Das Bekenntnis zum Liberalismus und der nationale Gedanke sind die für das dritte Lager üblichen Hauptkomponenten des Programms. Im Vergleich zu früheren programmatischen Aussagen fallen als neue Momente die Beschwörung der europäischen Einigung und die Propagierung von Raumplanung und Umweltschutz auf. Wesentliche inhaltliche Ergänzungen erfuhr das Ischler-Programm durch das »Manifest« von 1973. Der nationale Gedanke kommt in dem »Manifest« in Gestalt einer positiven Bewertung von ethnischen Gemeinschaften und in der Forderung nach Bewahrung der geistigen und kulturellen Eigenart der Völker zum Ausdruck. Das Kapitel »Individuum und Gemeinschaft – ein Stufenbau« verankert den herkömmlichen Glauben an ein »organisches Gesellschaftsbild«, das die Freiheitsansprüche des Individuums mit der Vorstellung von einer Art »Persönlichkeit« des Volkes als ganzem verknüpft. Der Nationalstaatsgedanke wird jedoch ausdrücklich als historisch überholt abgelehnt. Im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich bleibt die FPÖ konservativ-liberalen Vorstellungen verhaftet. In der differenzierten Interpretation des Freiheitsbegriffes kommen antiegalitäre Auffassungen zum Vorschein, insofern nur bestimmte Gruppen und Individuen die Funktion des »Motors« für die »gesamtgesellschaftliche Aufwärtsentwicklung« übernehmen könnten; der Freiheitswille sei also nur in Korrelation zur individuellen Leistungsbereitschaft zu sehen. Das Moment der Ungleichheit als Folge der persönlichen Freiheit und Verantwortung wird von der FPÖ daher als ein wesentlicher Faktor der freien Gesellschaft veranschlagt. 1974 wurden anläßlich des Gedenkens an den 25. Gründungstag des VdU die bis 1848 zurückreichenden liberalen Traditionen der heutigen FPÖ herausgestellt. Ausdrücklich wurden die Vorläufer in der Ersten Republik, die → GROSSDEUTSCHE VOLKSPARTEI und der → LANDBUND, erwähnt. In das neue Selbstverständnis der FPÖ fließen also in gleicher Weise Elemente eines aufgefrischten Traditionsbewußtseins wie der Wunsch nach einem fortschrittsbewußten liberalen Image nach dem Muster der Freiburger Thesen der deutschen F.D.P. (1971) ein.

Organisation: Die FPÖ ist vornehmlich als eine Wählerpartei zu charakterisieren. Ihre Organisationsdichte liegt etwa bei 10 %. Im Unterschied zu den starken politischen und organisatorischen Verflechtungen von ÖVP und SPÖ mit den großen Interessenverbänden ist die FPÖ mit keinem derselben verbunden.

Das Organisationsstatut (Satzung) der FPÖ ist im Vergleich zu den Organisationsmodellen der beiden Großparteien von extremer Kürze. Das Verfahren der Kandidatennominierung findet beispielsweise keine Erwähnung. Der organisatorische Aufbau gliedert sich in Ortsgruppen, Bezirksparteileitung, Landesparteileitung. Die Landesparteitage wählen die Delegierten für den Bundesparteitag, der unter anderem über die Zusammensetzung der Bundesparteileitung entscheidet und den Parteivors. (Bundesparteiobmann) wählt.

Insgesamt wird man den organisatorischen Charakter der FPÖ als lose bezeichnen können; in

der Sprache von Duvergers Parteientypologie ist sie durch schwache Artikulationsfunktionen charakterisiert. Die berufliche Aufgliederung ihrer Mitglieder läßt sie in gewissem Sinne als »Honoratiorenpartei« erscheinen. In keinem Fall handelt es sich um eine moderne Massenintegrationspartei.

Die organisatorische Schwäche der FPÖ erhält einen gewissen Ausgleich durch relativ einflußreiche Organisationen im Vorfeld der Partei, etwa in Gestalt der Burschenschaften, insbesondere im »Ring Freiheitlicher Studenten« (RFS) an Österreichs Universitäten.

Presse: Das offizielle Parteiorgan ist die wöchentlich erscheinende ›Neue Front‹.

Geschichte: Das traditionsstolze heutige Selbstverständnis der FPÖ legt es nahe, die Perspektiven möglicher historischer Kontinuitäten recht weit abzustecken. Sie verweisen einmal auf die in den 60er Jahren des 19. Jh. aufblühende liberale → VERFASSUNGSPARTEI, zum andern auf die bunte Vielfalt → DEUTSCHNATIONALER PARTEIEN UND GRUPPEN, die spätestens seit den 80er Jahren in den politischen Wettbewerb zu ihrer eigenen liberalen Mutterpartei traten.

Von einer linearen Aszendenz zwischen der heutigen FPÖ und ihren etwaigen Vorläuferorganisationen in der Monarchie wird man indessen kaum sprechen können.

Die Krise innerhalb des VdU, die im Februar 1954 zur Gründung der FREIHEITSPARTEI geführt hatte, ließ im freiheitlich-nationalen Lager den Wunsch nach Gründung einer neuen Partei immer dringlicher werden. Nachdem im Herbst 1955 VdU und FREIHEITSPARTEI für die Landtagswahlen in Oberösterreich bereits die FREIHEITLICHE WAHLGEMEINSCHAFT (FW) gebildet hatten, erfolgte dann im April 1956 der Zusammenschluß beider Parteien zur FPÖ unter dem Vorsitz von *A. Reinthaller*.

Bei den Nationalratswahlen 1956, die vor dem Hintergrund der von den Koalitionsparteien erfolgreich abgeschlossenen Staatsvertragsverhandlungen gesehen werden müssen, schnitt die erst dürftig organisierte und stramm national ausgerichtete Partei schlecht ab. Die FPÖ konnte mit 6,5 % der Stimmen nur 6 Mandate gewinnen. Erst die Nationalratswahlen von 1959 zeigten mit einem Zugewinn von 2 Mandaten auf insgesamt 8 Sitze (7,7 % der Stimmen) einen gewissen Aufwärtstrend. Der FPÖ kam nunmehr die bei den beiden großen Parteien einsetzende Koalitionsmüdigkeit zugute. Insbesondere Anfang der 60er Jahre, als die Krisenfrequenz in der Großen Koalition mit dem Fall *Olah* und der Habsburgkrise Höhepunkte erreichte, trat die FPÖ erstmals als dritte Kraft ernsthaft ins politische Kalkül. In der gleichen Periode machten sich innerhalb der FPÖ mehr und mehr liberale Tendenzen auf Kosten der deutsch-nationalen Vorstellungen geltend, so beispielsweise anläßlich des Salzburger Parteitages 1963 in dem dort verfaßten »Salzburger Bekenntnis«.

Während die FPÖ bei den Nationalratswahlen 1966 und 1970 mit 5,4 % bzw. 5,5 % der Stimmen nur je 6 Mandate erhielt, gelang es ihr 1971 und 1975 aufgrund des geänderten Wahlrechts mit der gleichen Stimmenzahl jeweils 10 Sitze im Parlament zu erobern.

Seit den 60er Jahren ist der innenpolitische Kurs der FPÖ auf die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung im Rahmen einer »Kleinen Koalition« ausgerichtet. Dabei erfolgte bislang keine Festlegung, welcher Couleur die partnerschaftliche Präferenz gegeben würde; es wurde im Gegenteil die Offenheit der Koalitionsbereitschaft nach ÖVP wie nach SPÖ hin betont. Erst nachdem im Oktober 1978 der Grazer Bürgermeister *A. Götz* an die Stelle des seit 1958 amtierenden Parteivors. *F. Peter* getreten war, schlug die FPÖ einen einseitig auf eine Koalition mit der ÖVP ausgerichteten Kurs ein. Als dies jedoch bei den Wahlen vom Mai 1979 kaum zusätzliche Gewinne brachte (6 % der Stimmen, 11 Mandate), trat *Götz* im Dezember 1979 von seinem Amt zurück, sein Nachfolger wurde *N. Steger*.

Seit 1964 hat die FPÖ Kontakte zur deutschen FDP gesucht und gestärkt. Die Aufnahme und der Ausbau dieser Beziehungen hing auch mit dem Bestreben der FPÖ zusammen, die politische Isolation zu überwinden. Insbesondere dienten die »Anlehnungsversuche«, etwa im Hinblick auf das programmatische Vorbild der Freiburger Thesen, auch dazu, die Bewältigung der eigenen, so kontroversen und komplizierten liberalnationalen Vergangenheit zu signalisieren.

Erika Weinzierl/Kurt Skalnik, Das neue Österreich, Graz–Wien–Köln 1975.

Großdeutsche Volkspartei. Größte deutschnationale Partei der Zwischenkriegszeit.

Gründung: 5./7. 9. 1920 in Salzburg durch Zusammenschluß von 17 nationalen Gruppierungen.

Programm: Das auf dem Gründungsparteitag beschlossene »Salzburger Programm« bildete bis 1934 die programmatische Grundlage der Partei. Darin bekannte sie sich zu einer ständisch gegliederten »Volksgemeinschaft«, in scharfer Abgrenzung von jeglicher »individualistischen Politik«, gleichgültig ob von Unternehmer- (Liberalismus) oder Arbeiterseite (Sozialdemokratie) ausgehend. Diese »Pflichtengemeinschaft« bestimmte auch den Rahmen der ansonsten angestrebten »nationalen Demokratie und freistaatlichen Verfassung«, in der für die »Herrschaft des Judentums« kein Platz mehr sein sollte: den Juden gegenüber nahm die Partei eine ausdrücklich als »Rassenantisemitismus« bezeichnete »Gegnerschaft« ein. – Wichtigstes außenpolitisches Ziel war der Anschluß an das Deutsche Reich.

Organisation: Als lose Zusammenfassung von einer Vielzahl weitgehend selbständiger Gruppierungen verfügte die Großdeutsche Volkspartei über keine straffe Organisation.

Presse: ›Deutsch-österreichische Tageszei-

tung‹, 1925–30; ›Wiener Neueste Nachrichten‹, 1923–27; ›Deutsche Zeit‹ (theoretisches Organ).

Geschichte: Als die Monarchie 1928 auf die Grenzen Deutschösterreichs zusammenschmolz, war das Lager der → Deutschnationalen Parteien und Gruppen nach wie vor ideologisch und organisatorisch zersplittert. Die zum Zwecke der Gründung der Republik Deutschösterreich zusammentretende provisorische Nationalversammlung gliederte sich indessen noch nach der Mandatsverteilung, wie sie anläßlich der letzten Reichstagswahlen von 1911 gegeben war; die dabei erreichte Sitzverteilung – 102 Deutschnationale, 72 Christlichsoziale und 42 Sozialdemokraten – ergab nunmehr eine starke Überrepräsentierung der Deutschnationalen. Aber schon die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung bewirkten den erwarteten Erdrutsch der Deutschnationalen, die jetzt nur noch 27 Vertreter gegenüber 72 Sozialdemokraten und 69 Christlichsozialen aufzubieten hatten.

Die Schlappe bei den Wahlen und die Sorge vor den weiteren Auswirkungen des neuen Verhältniswahlrechts ermunterte die einzelnen Gruppen des dritten Lagers zur Bildung eines gemeinsamen Verbandes. Im September 1920 fanden sich 17 Partei- und Ländergruppen zusammen, um die Großdeutsche Volkspartei zu gründen. Von ihrer Geburtsstunde an litt sie an mangelnder innerer Geschlossenheit.

Während die Parteiführung, zu deren wichtigsten Repräsentanten *F. Dinghofer* und *H. Kandl* sowie die Abg. *H. Schürff, L. Waber, J. Ursin* und *S. Straffner* zählten, im Parlament und später in der Regierungsverantwortung sich quasi »eigenverantwortlich« verhielt, lebte sich die breite Anhängerschaft weitgehend in Subkulturen wie dem »Deutschen Schulverein«, dem »Deutschen Turnerbund«, in Studentenverbindungen und Alpenvereinsgruppen aus.

Bei den Wahlen zum Nationalrat vom 17. 10. 1920 konnten die Großdeutschen ihren Mandatsstand von 20 Sitzen halten.

Die Frage einer Koalition zwischen der Großdeutschen Volkspartei und den Christlichsozialen, die dringend einer regierungsfähigen Mehrheit zur Bewältigung der akuten wirtschaftlichen und finanziellen Probleme bedurften, stellte sich bald. Im Mai 1922 wurde ein Koalitionsvertrag zwischen den beiden Parteien erzielt; so formierte sich der »Bürgerblock«, der 10 Jahre Bestand haben sollte. Man kam überein, die Widersprüche der zwei Parteiprogramme aus dem Arbeitsübereinkommen kompromißlos auszuklammern. Dies konzedierte den Großdeutschen einen relativ breiten Spielraum zur weiteren Propagierung des Anschlusses.

Ein ernsthaftes Existenzproblem stellte die Regierungsbeteiligung den Großdeutschen insofern, als die von Kanzler *Seipel* eingeleitete Sanierung den rigorosen Abbau von Beamtenstellen verlangte. Da die Großdeutschen ihre Anhänger vornehmlich aus Staatsbeamten rekrutierten, mußte die Mitverantwortung für so drastische Maßnahmen in höchstem Maße substanzgefährdend wirken. In der Tat präsentierten die Nationalratswahlen von 1923 den Großdeutschen die Rechnung: der Mandatsstand war von 20 auf 10 gesunken.

Die Nationalratswahlen von 1927 standen im Zeichen einer »antimarxistischen« Einheitsfront von Christlichsozialen und Großdeutschen. Im Rahmen der Einheitsliste erhielten die Großdeutschen 12 Mandate.

Nach dem Justizpalastbrand schritt die allgemeine Radikalisierung voran.

Der im Frühjahr 1929 erfolgte Rücktritt *Seipels* löste eine längere Regierungskrise aus, die schließlich durch das weitgehend überparteiliche Kabinett des Wiener Polizeipräsidenten *Schober* beendet wurde. Da *Schober* von den Großdeutschen als Repräsentant ihrer eigenen Couleur betrachtet werden konnte, versuchten sie ihn zu stützen, zunächst freilich erfolglos. Für die Wahlen im November 1930 gelang es ihnen jedoch, unter der Führung *Schobers* und gemeinsam mit dem Landbund eine nationale Wahlgemeinschaft, den sogenannten »Schoberblock« resp. einen »Nationalen Wirtschaftsblock und Landbund«, zu errichten. Der Schoberblock erhielt das Maximum an Stimmen (11,6 %), das von nationaler Seite je in Österreich errungen werden konnte. Mit 19 Abg. im Nationalrat verfügte er über gute Voraussetzungen für eine Regierungsbeteiligung, die unter dem Christlichsozialen Kanzler *Ender* auch zustande kam.

Die Neuauflage des »Bürgerblocks« war allerdings nur von kurzer Lebensdauer. Die hereinbrechende Weltwirtschaftskrise, das Scheitern des deutsch-österreichischen Zollunion-Projekts und der Zusammenbruch der Creditanstalt hatten genügend Sprengkraft, um die Koalition auseinanderbrechen zu lassen. Im Zangengriff der Christlichsozialen einerseits, die sich immer offener gegen den deutschen Weg in der Außenpolitik wandten, der Nationalsozialisten andererseits, die von rechts auf die Anhängerschaft der Großdeutschen einen massiven politischen Druck und zugleich eine erhöhte Anziehungskraft ausübten, wurde den Großdeutschen der politische Atem abgeschnitten. Eine innere Krise und die Aufspaltung der Parteiführung blieben nicht aus. Während die Anhänger einer weiteren Aufrechterhaltung des zehnjährigen »Bürgerblocks« mit den Christlichsozialen die Linie der Großdeutschen von derjenigen der Nationalsozialisten abzugrenzen hofften, optierte der Parteiflügel unter *Foppa* und *Langoth* für ein engeres Zusammengehen mit der NSDAP. Mit dem Tode *Schobers* im Sommer 1932 verlor das ganze »nationale« Lager in Österreich eine Führungspersönlichkeit, die als Integrationsfigur für einen selbständigen nationalen Kurs in Frage gekommen wäre.

Die Ergebnisse der im Frühjahr und Sommer 1932 abgehaltenen Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg setzten indessen

bereits deutliche Zeichen dafür, daß die Nationalen ihre Chancen zugunsten der Nationalsozialisten vertan hatten.

Auf die Dauer konnten sie, gleich dem LANDBUND, den Zug ihrer Anhänger in das Lager des Nationalsozialismus nicht aufhalten.

Am 15. 5. 1933 kam es zwischen der Führung der Großdeutschen Volkspartei *(Foppa)* und der Österreichischen NSDAP zu einem förmlichen Abkommen, das eine Kampfgemeinschaft beider Parteien unter Wahrung der Selbständigkeit der Freiheitlichen beinhaltete. Das baldige Parteiverbot der NSDAP und der mit der neuen Verfassung von 1934 endgültig vollzogene Eintritt in die Epoche der »Systemzeit« führten zur Selbstauflösung der Großdeutschen Volkspartei.

J. Ackerl, Die Großdeutsche Volkspartei 1920–1934, Diss. Wien 1967; R. Hubert, Johannes Schober und seine Bedeutung für die österreichische Politik 1929 und 1930, Diss. Wien 1974.

Heimatblock.

Von Anhängern der Heimwehrbewegung um *E. R. Starhemberg* zwecks Teilnahme an den Wahlen 1930 gebildete Gruppierung. Das Programm des Heimatblocks verwarf in Analogie zu dem »Korneuburger Eid« der Heimwehren (11. 5. 1930) den westlich demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat und forderte die Errichtung eines Ständestaates. Der Heimatblock erhielt 8 Mandate bei 6,2 % der Stimmen. 1932 trat er in die Regierung *Dollfuß* ein, die er jedoch nur halbherzig unterstützte. Mit der Ausschaltung der Parteien 1934 und der Gründung der → VATERLÄNDISCHEN FRONT verlor auch der Heimatblock seine Bedeutung.

Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), gegründet als KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHÖSTERREICHS (KPDÖ) am 3. 11. 1918 in Wien, seit 1920 KPÖ. Zu den Gründern zählten die Linksradikalen um *F. Koritschoner,* die Kommunisten *K. Steinhardt, Paul* und *Elfriede Friedländer* u. a.

Programm: Im ersten Programm der österreichischen Kommunisten vom 9. 9. 1918 war die Errichtung einer Rätediktatur nach russischem Vorbild die zentrale Forderung. Weitere Postulate betrafen die Vergesellschaftung der Banken, Enteignung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung des Verkehrswesens und »geeigneter privater großkapitalistischer Unternehmen«. Auf dem ersten Parteitag nach dem Kriege im April 1947 gab sich die KPÖ neue, von der Idee einer »engen Kampfgemeinschaft der fortschrittlichen Volkskräfte, der Arbeiterklasse und weiter Schichten der Bauernschaft, des Mittelstands und der Intelligenz« geprägte Leitsätze.

Auf dem XVI. Parteitag im Mai 1954 verschrieb sich die KPÖ in einer »Programmatischen Grundsatzerklärung« dem Kampf für die »Erringung und Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs«. Der von der Sowjetunion mittlerweile ventilierte Gedanke einer Neutralität Österreichs als Gegenzug zur Beendigung der vierfachen Besatzung und zum Abschluß des Staatsvertrages hat in diesem Programm eine entsprechende Berücksichtigung gefunden. Im März 1957 verabschiedete der XVII. Parteitag der KPÖ die noch heute gültigen programmatischen Leitsätze über den »Weg Österreichs zum Sozialismus«. Im Sinne der auf dem XX. Parteitag der KPdSU festgelegten neuen Richtlinien plädierten Österreichs Kommunisten nunmehr für die »Möglichkeiten des friedlichen Weges zum Sozialismus«.

Organisation: Gemäß dem ersten Organisationsstatut stützte sich der Aufbau der Partei auf Betriebsgruppen und Bezirksgruppen. Noch nicht organisierte Kommunisten wurden auf die Tätigkeit in den Arbeiterräten ausgerichtet. Auf dem V. Parteitag 1922 wurde ein neues Organisationsstatut verabschiedet, das stark zentralistische Züge trug. Der Abbau der innerparteilichen Demokratie nach dem Vorbild der KPdSU war heftig umstritten. Eine organisatorische Konsolidierung wurde auf dem VII. Parteitag 1924 eingeleitet, auf dem erstmals auch ein Politbüro gebildet worden ist. Seit der Wiedererrichtung der KPÖ 1945 entspricht ihr organisatorischer Aufbau demjenigen der sowjetischen Mutterpartei, d. h. sie ist eine nach dem Organisationsprinzip des Demokratischen Zentralismus ausgerichtete streng hierarchische Kaderpartei.

Presse: Zentralorgan der KPÖ war bei ihrer Gründung die Zeitung ›Der Weckruf‹. Sie erschien ab Januar 1919 unter dem Titel ›Die soziale Revolution‹, ab September 1919 täglich als ›Die rote Fahne‹. Theoretisches Organ war in der Ersten Republik die Zeitschrift ›Der Kommunist‹.

Geschichte: Anfang 1918 kam es innerhalb der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHÖSTERREICHS zur Abspaltung einer linksradikalen Gruppe, die im Gegensatz zur Mehrheit der Partei für die Ausdehnung des Streiks im Januar 1918 eintrat. Zu dieser Gruppe von Linksradikalen um *Koritschoner,* dessen Zielvorstellungen von der russischen Oktoberrevolution stark beeinflußt waren, gesellten sich gleichgesinnte, aus Rußland heimgekehrte Kriegsgefangene. Sie waren die tragenden Kräfte der im November 1918 gegründeten KPDÖ. Die Errichtung einer Rätemacht nach russischem Vorbild, verbunden mit einem radikalen Antiparlamentarismus, war das oberste Ziel der Partei. Von dieser Grundeinstellung her war es nur konsequent, daß sich die Kommunisten nicht an den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung beteiligten.

Die radikale Haltung der österreichischen Kommunisten erhielt starken Auftrieb von der ungarischen Räterepublik. Unter der Ägide des ungarischen Revolutionärs *E. Bettelheim* wurden Putschversuche in Österreich inszeniert. Indessen hemmten die relative innere Stabilisierung Deutschösterreichs nach der Genfer Sanierungsaktion und das Auffangen der revolutionären Kräfte im Lager der Sozialdemokratie bald die Entfaltungskraft der KPÖ. Als die Aussicht auf eine Revolutionierung Österreichs durch Arbei-

terräte deutlich schwand, sahen sich die Kommunisten veranlaßt, ihre Strategie zu ändern. Nicht zuletzt aufgrund einer Anweisung *Lenins* entschloß man sich zur Aufgabe des dogmatischen Antiparlamentarismus. An den Nationalratswahlen von 1920 nahmen die Kommunisten teil und erhielten den für sie enttäuschenden Anteil von 26 652 Stimmen (= ca. 1 %). Bis zu ihrem Verbot im Jahre 1933 blieb die KPÖ eine kleine radikale Sekte, deren Stimmenanteil bei den Wahlen zum Nationalrat in der Ersten Republik nie über 0,6 % hinausgelangte. In den 20er Jahren wurde sie von ständigen Fraktions- und Führungsstreitigkeiten, die weitgehend parallel zu den Richtungskämpfen in der KPdSU verliefen, zerrüttet. Die Wirtschaftskrise und die zunehmende innenpolitische Radikalisierung, die maßgeblich im Zeichen des Aufstiegs der faschistischen Heimwehren stand, verstärkte die Protesthaltung der Linken.

Die KPÖ erhielt Zuwanderung aus den Reihen des Schutzbundes und der sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und konnte bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen von 1932 deutliche Fortschritte erzielen. Ihr Bestreben, nach den Februarereignissen 1934 mit den ebenfalls in die Illegalität gedrängten Sozialdemokraten zu einer »kämpferischen Einheitsfront« zu gelangen, führte jedoch nur zu einer recht kurzfristigen Aktionsgemeinschaft. Sobald die Revolutionären Sozialisten (→ Sozialistische Partei Österreichs) ihren illegalen Parteiapparat in Gang gebracht hatten, sagten sie sich von den als zu dogmatisch und moskautreu beurteilten Kommunisten rasch wieder los. Unterdessen gelang es den Kommunisten allerdings, kleinere Einbrüche in die »überparteilichen« Organisationen, wie Schutzbund und Gewerkschaften, zu erzielen, ein Zugewinn, der zum Zeitpunkt der Wiedergeburt Österreichs 1945 in der plötzlich stattlich gewachsenen Zahl von KP-Anhängern in Erscheinung trat.

In der Konstellation von 1945 darf freilich nicht die Schützenhilfe übersehen werden, die der KPÖ seitens der sowjetischen Befreiungs- und Besatzungsmacht zuteil wurde. So erhielten die Kommunisten in *Renners* Provisorischer Regierung neben den beiden anderen zugelassenen Parteien, der ÖVP und der SPÖ, zu einem Drittel Anteil an der Regierungsgewalt. Die Ergebnisse der Nationalratswahlen von 1945 mußten die Erwartungen der Kommunisten stark enttäuschen. Sie erhielten nur 5,42 % der abgegebenen Stimmen und damit 4 Mandate im Nationalrat, worin zweifellos ein großer Erfolg im Vergleich zu den Wahlergebnissen in der Ersten Republik zu sehen war, andererseits ein starkes Unterschreiten der eigenen, auf 25–30 % gerichteten Prognostik.

Die Vorkämpferin der »Volksdemokratie«, als die die KPÖ sich in ihren Leitsätzen 1947 definierte, verlor rasch an politischem Einfluß. Schon 1947 ging sie ihres Ministerressorts verlustig. Bei den Nationalratswahlen von 1949, bei denen die KPÖ gemeinsam mit der linkssozialistischen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), die sich von der SPÖ abgespalten hatte, kandidierte, mußte sie einen leichten Stimmenrückgang auf 5,08 % hinnehmen. Zu einer schweren Niederlage für die Partei führte der Entschluß, sich in völliger Verkennung der Stimmung unter der Bevölkerung und besonders unter den Arbeitern, im September 1950 an die Spitze eines umfassenden Streiks zu stellen, der durch den Widerstand gegen ein Lohn- und Preisabkommen und die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ausgelöst worden war, aber bald ohne jedes Ergebnis in sich zusammenbrach.

Bei den 1956 nach Abschluß des Staatsvertrages und dem Abzug der Besatzungstruppen stattfindenden Nationalratswahlen ging der Anteil der für KPÖ und SAP abgegebenen Stimmen auf 4,42 % und 3 Mandate zurück; die Stimmenverluste waren bezeichnenderweise in den früher sowjetisch besetzten Gebieten zu registrieren. Die SAP löste sich daraufhin auf. Die mit dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete »Entstalinisierung« veranlaßte auch die KPÖ zur Umorientierung: von ihren Bemühungen um Österreichs eigenen Weg zum Sozialismus zeugten die 1958 verfaßten neuen programmatischen Leitsätze. Bei den Nationalratswahlen von 1959 erhielt die KPÖ kein Mandat. Gewiß hat die innere und äußere Konsolidierung der Zweiten Republik einerseits, die Nachwirkungen der mit dem ungarischen Freiheitskampf um sich greifenden antikommunistischen Stimmung andererseits, maßgeblich zu der politischen Talfahrt der Kommunisten beigetragen. Aus dem Bewußtsein heraus, aus eigener Kraft keine parlamentarische Vertretung erreichen zu können, gab die KPÖ bei den Wahlen von 1966 schließlich eine Wahlempfehlung für die Sozialistische Partei Österreichs ab.

Mitte der 60er Jahre gerieten die parteiinternen Prozesse der KPÖ in Bewegung. Es kam zur Abspaltung einer »Pekinger Fraktion«. In den Diskussionen auf dem XIX. Parteitag von 1965 wurde erstmals der Begriff der »Diktatur des Proletariats« in Frage gestellt. *F. Marek* trat als Protagonist einer demokratischen Erneuerung des real existierenden Sozialismus hervor. Der »Prager Frühling« bestärkte solche Tendenzen in der KPÖ, die die militärische Intervention in Prag scharf kritisierte. Doch schon im März 1971 erfolgte die Zurücknahme der Kritik und die neue Selbstvereidigung auf Moskauer Kurs. Die moskauhörige Linie ist für die KPÖ weiterhin charakteristisch geblieben. Dies zeigte zuletzt die Distanzierung, die in den Diskussionen des XXIII. Parteitages im Dezember 1977 gegenüber dem Eurokommunismus vorgenommen wurde.

Steiner, Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918–1933, 1968; E. Fischer, Das Ende einer Illusion, 1973; H. Gärtner, »Eine sowjetorientierte KP – Die Kommunistische Partei Österreichs – Ein Vergleich«, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 7. Jg. (1978), Heft 1, S. 43 ff.

Landbund.

Am 26. 6. 1920 entstand als Nachfolgeorganisation der DEUTSCHEN AGRARPARTEI (→ DEUTSCHNATIONALE PARTEIEN, GRUPPEN UND VERBÄNDE) die DEUTSCHE BAUERNPARTEI. In ihr fanden sich überwiegend freisinnige und evangelische Teile der Bauernschaft, besonders aus Kärnten, Oberösterreich und der Steiermark zusammen, in bewußtem Gegensatz zu dem Reichsbauernbund, der Agrarorganisation der → CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI (CP). Bei den Wahlen 1920 erhielt die DEUTSCHE BAUERNPARTEI 6 Mandate. Am 6. 12. 1922 gelang ihr der Zusammenschluß mit verschiedenen Bauernbünden großdeutscher Richtung zum Landbund. Unter dieser Bezeichnung kandidierte die Partei erstmals 1923 für den Nationalrat. Die politischen Leitsätze, die der Landbund hierzu aufstellte, waren deutlich gegen Parlament, Parteienstaat und Judentum gerichtet. Zu den politischen Idealvorstellungen des Landbundes zählten dagegen eine berufsständische Vertretung der Bauern, die Aufrechterhaltung der »bürgerlichen Gesellschaftsordnung« und der »Zusammenschluß aller deutschen Stämme von Mitteleuropa zu einem einheitlichen Volksstaat«. Der Landbund erhielt 5 Sitze und unterstützte in den folgenden Jahren die Regierungskoalition (CP und Großdeutsche Volkspartei), der er nach den Wahlen von 1927 (9 Sitze) gegen Zugeständnisse auf agrarpolitischem Gebiet beitrat. Bis 1933 stellte er mit *K. Hartleb*, *V. Schlumy* und *E. K. Winkler* stets den Vizekanzler.

Trotz seiner antiparlamentarischen Grundeinstellung hielt der Landbund an demokratischen Prinzipien fest und geriet darüber in scharfen Gegensatz zu den Heimwehren und deren autoritär-faschistischem Selbstverständnis. Gegenüber der VATERLÄNDISCHEN FRONT von *Dollfuß* suchte der Landbund unter Führung *Winklers* sich vergeblich durch die Gründung einer eigenen »Nationalständischen Front« zu behaupten (1933). In der Folgezeit schloß sich der größte Teil von Anhänger- und Führerschaft des Landbundes den Nationalsozialisten an.

A. Feldmann, Landbund für Österreich. Diss., Wien 1967.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

Gegründet im August 1926 in Passau. Unmittelbare Vorläufer: DEUTSCHE NATIONALSOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI (DNSAP), gegründet im Mai 1918 in Wien durch Umbenennung der DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI, die ihrerseits am 15. 11. 1903 in Aussig gebildet worden war.

Programm: Das Programm, das die DEUTSCHE ARBEITERPARTEI am 15. 8. 1904 in Trautenau vorlegte, deckte sich in vielen Punkten mit dem Linzer Programm von 1882 (→ DEUTSCHNATIONALE PARTEIEN, GRUPPEN UND PARTEIVERBÄNDE). Darüber hinaus enthielt es pseudosozialistische und nationalistische Losungen. Unter Einfluß *W. Riehls*, eines der führenden Propagandisten der Partei, wurde im September 1913 ein neues Parteiprogramm mit betont aggressiv nationalistischem und antimarxistischem Tenor verabschiedet. Das Programm forderte auf zum Kampf gegen Klerikalismus und Judentum, Kapitalismus und Marxismus. Die Parteikonferenz, die im August 1918 den Namen der DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI in DEUTSCHE NATIONALSOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI (DNSAP) umwandelte, beschloß auch ein neues Programm, das maßgeblich von *R. Jung* beeinflußt war. Die herausstechendste neue Forderung lautete auf »Zusammenfassung des gesamten deutschen Siedlungsgebietes in Europa zum demokratischen, sozialen Deutschen Reiche«.

Der 1926 erfolgte »Anschluß« der Österreichischen Nationalsozialisten an die NSDAP bedingte die Verbindlichkeit des Programms der deutschen NSDAP auch für die österreichische Schwesterpartei. Das Programm der NSDAP stammte vom 24. 2. 1920; es wurde 1926 für »unabänderlich« erklärt.

Organisation: Ursprung und Zusammensetzung der DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI ließen die erste nationalsozialistische Partei durchaus einer Arbeiterpartei verwandt erscheinen. Ihre Organisationsstruktur war demokratisch. Das Führerprinzip war der DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI fremd; die Delegierten zu den Parteikonferenzen wurden demokratisch gewählt. Parteibeschlüsse kamen aufgrund des Majoritätsprinzips zustande. Für die Außenbeziehungen der österreichischen Nationalsozialisten waren die in den 20er Jahren regelmäßig stattfindenden »zwischenstaatlichen« Treffen und Konferenzen mit der DNSAP im Sudetenland, dem Parteiableger DEUTSCHER NATIONALSOZIALISTISCHER VEREIN FÜR POLEN (Bielitz) und der Münchner NSDAP, von Bedeutung.

Eine Angleichung der inneren Parteistrukturen der österreichischen NSDAP an das deutsche Vorbild wurde auf dem Passauer Treffen 1926, auf dem es zur Anerkennung einer österreichischen NSDAP kam, von *Hitler* mit Nachdruck gefordert.

Schon wegen der Uneinigkeit zwischen den verschiedenen nationalsozialistischen Gruppen in Österreich war es freilich nicht ohne weiteres möglich, hier eine einheitliche Organisationsdisziplin zu schaffen. Hinzu kam, daß in einigen Flügeln der österreichischen NSDAP, so in der *Schulz*-Gruppe, durchaus noch »unbelehrbare Demokraten« agierten, die sich der geforderten Einführung von blindem Gehorsam und Führerprinzip widersetzten und auf diesem Wege auch eine Eingliederung der Gruppe in den österreichischen Parteiverband verhinderten. Angesichts des sektiererischen Charakters und des gelegentlich gegen Münchner Anweisungen eigenständigen Verhaltens österreichischer Nationalsozialisten hat schließlich selbst der Reichsorganisationsleiter *G. Strasser* für Österreich die Lösung eines »Führerrates« anstelle des Führerprinzips ins Auge gefaßt.

Presse: Presseorgane der DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI waren unter anderem die ›Deutsche Arbei-

terstimme‹, Gablonz, und die ›Deutsche Arbeiter-Zeitung‹, Aussig. Die österreichische NSDAP gab in den Jahren 1936–1938 den ›Österreichischen Beobachter‹ heraus.

Geschichte: Zum Schutz der Interessen der deutschen Arbeiter kam es in den deutschen Teilen Nordböhmens seit den 1880er Jahren zur Bildung von nationalen Arbeitervereinigungen. Sie gaben die Plattform für die Gründung der DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI ab. Bei den Reichsratswahlen von 1911 erhielt sie 26 000 Stimmen und 3 Abg., die sich dem DEUTSCHEN NATIONALVERBAND anschlossen. Als sich die Partei nach dem Ersten Weltkrieg in eine sudetendeutsche und eine österreichische Organisation aufspaltete, übernahm der Rechtsanwalt *W. Riehl,* der seine agitatorischen und organisatorischen Sporen bereits in Nordböhmen verdient hatte, die Führung der österreichischen Partei.

Im Jahre 1923 erhielt die österreichische DNSAP einen beachtlichen Zulauf an Mitgliedern, deren Bestand im Sommer 1923 bei 34 000 Mitgliedern lag. Dieser Aufschwung der Partei stand in Zusammenhang mit der labilen Wirtschaftssituation Österreichs und den sich daraus ableitenden Sparmaßnahmen der Regierung. Doch noch im selben Jahr sollte die Partei von neuen Führungskämpfen geschwächt und schließlich dreigeteilt werden. Der Streit war im wesentlichen über die Frage der Beteiligung an den Wahlen zum Nationalrat entbrannt. Entgegen *Hitlers* Empfehlung zur Wahlenthaltung plädierte *Riehl* für ein Wahlbündnis mit den GROSSDEUTSCHEN, *K. Schulz,* der im August 1924 zum Parteivors. gewählt worden war, für die Aufstellung einer eigenen Liste. Daraufhin wurde *Riehl* aus der Partei ausgeschlossen; noch im August 1924 gründete er den DEUTSCHSOZIALEN VEREIN, der jedoch kaum Bedeutung erlangte. Die DNSAP wählte *Schulz* zum Vors. Im Frühjahr erfolgte eine neue Spaltung: eine innerparteiliche Opposition, besonders aus Kreisen der SA unter Führung von *R. Suchenwirth* und *L. Eder,* gründete den NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERVEREIN (HITLERBEWEGUNG). Unter *Hitlers* Vorsitz fanden sich die HITLERBEWEGUNG und ein Teil der *Schulz*-Gruppe im August 1926 in Passau zusammen; sie bezeichneten sich fortan als NSDAP. *Hitler* postulierte die vorbehaltlose Gefolgschaft und den »Anschluß« der österreichischen NSDAP an die Münchner Bewegung, als deren Bestandteil sie fortan fungierte. Die restliche *Schulz*-Gruppe unter Führung von *Schulz* selbst entzog sich dagegen *Hitlers* Forderungen und wahrte ihre Eigenständigkeit. Bis zu Beginn der 30er Jahre blieb die österreichische NSDAP eine numerisch wie politisch gesehen unbedeutende, radikale Splitterpartei.

Von den wachsenden Erfolgen der NSDAP in Deutschland profitierte die österreichische NSDAPi bei den Gemeinde- und Landtagswahlen von 1931–1933 zeichnete sich ein deutlicher Aufwärtstrend ab. Das Wählerreservoir für die Erfolge bildeten vor allem die Gruppierungen des »deutschnationalen« Lagers – die GROSSDEUTSCHE VOLKSPARTEI, der LANDBUND und der »nationale« Flügel in der Heimwehr.

Nur wenige Monate nach der »Selbstausschaltung des Parlaments« wurde die österreichische NSDAP verboten. Sabotage und Terrorakte waren die Antwort der in die Illegalität gedrängten Nationalisten, deren Führung nunmehr durch den »Generalinspekteur« *Th. Habicht* von München aus wahrgenommen wurde. Auch in der Illegalität blieb die Partei in sich gespalten; Teile der Partei, insbes. *Riehl* und seine Anhänger, die sich mit der *Schulz*-Gruppe vereinigt hatten, lehnten die Terrorakte ab und waren um Verständigung mit der *Dollfuß*-Regierung bemüht. Symptomatisch für die Tendenzen der einzelnen Gruppen zum politischen Alleingang und zur Selbstorganisation war der Putsch der Wiener SS am 25. 7. 1934, bei dem Bundeskanzler *Dollfuß* ermordet wurde.

Als politische Aktion war der Putsch, dem sich weder die SA noch, wie erhofft, Teile des Bundesheeres anschlossen, ein Mißerfolg.

Das Scheitern des Putsches hat insbesondere die Uneinigkeit unter den österreichischen Nationalsozialisten sowie Kommunikationsmängel zwischen der österreichischen und der deutschen NSDAP bloßgelegt. Um außenpolitische Schwierigkeiten zu vermeiden, veranlaßte *Hitler* die Auflösung der Landesleitung Österreich der NSDAP, die für den Aufstand verantwortlich gemacht werden konnte. Anfang 1935 war die österreichische NSDAP jedoch wieder unter Münchner Kontrolle. Terroristische Akte blieben an der Tagesordnung; zu Angriffszielen gehörten die katholische Kirche und die Mitte der 30er Jahre anwachsenden monarchistischen Vereinigungen. Erheblichen Auftrieb erhielt die NSDAP durch das im Juli 1936 zwischen der österreichischen Regierung und dem Deutschen Reich abgeschlossene Abkommen. Aufgrund der geheimen Bestimmungen des Abkommens sah sich die österreichische Regierung veranlaßt, drei »betont nationale« Politiker in das Kabinett aufzunehmen. Sie dienten als das Trojanische Pferd für das endgültige Einschlagen eines »deutschen Weges« in der österreichischen Politik. Im Februar 1938 kam die Ernennung des Nationalsozialisten *Seyß-Inquart* zum Innenminister hinzu – ein unmittelbarer Oktroi *Hitlers* und ein deutliches Zeichen der zunehmenden Schwäche des *Schuschnigg*-Kabinetts. Im März 1938 eskalierte die »Hakenkreuz-Psychose« großer Teile der Bevölkerung zu zahlreichen NS-freundlichen Bekundungen. Mangels außenpolitischer Deckung mehr und mehr in die Enge getrieben, sah *Schuschnigg* in einer Volksabstimmung die letzte Möglichkeit, Österreichs Unabhängigkeit zu bewahren. *Hitler* erblickte darin eine Herausforderung, auf die er mit dem Einmarsch antwortete. Österreichs Annexion an das Deutsche Reich wurde von einem in der Nacht zum 17. 3. 1938 gebildeten »Übergangska-

binett« vollzogen, das sich vornehmlich aus »gemäßigten« Nationalsozialisten und »betont Nationalen« zusammensetzte. Der Anschluß brachte den österreichischen Nationalsozialisten zwar die Legalität, jedoch keineswegs den politischen Einfluß in Österreich, den auszuüben sie erhofft hatten.

Die Reaktion darauf war ein sich während der Kriegsjahre noch verstärkender Trend zur Neubesinnung nicht nur unter vielen »betont-Nationalen«, sondern selbst unter zahlreichen Nationalsozialisten auf die Vorzüge einer Wiedergewinnung der nationalen Eigenständigkeit Österreichs.

A. Gladding Whiteside, Austrian National Socialism before 1918, Den Haag 1962; F. L. Carsten, Faschismus in Österreich, 1977; A. Wandruszka, Österreichs politische Struktur, in: Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich, 1977.

Österreichische Volkspartei (ÖVP). Gründung: 17. 4. 1945 in Wien durch *F. Hurdes, L. Figl, L. Weinberger, H. Pernter* u. a. als Nachfolgeorganisation der → CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI.

Programm: Bei der Wiedererstehung Österreichs 1945 war der ÖVP daran gelegen, sich programmatisch von ihrer Ahnherrin, der CHRISTLICHSOZIALEN PARTEI, entschieden abzugrenzen. In »15 Leitsätzen« legte die ÖVP Zeugnis ab von ihrem Wunsch zum demokratischen Konsensus, »zur ehrlichen Zusammenarbeit mit allen Österreich bejahenden Parteien«. Im Brennpunkt der 1947 veröffentlichten »Grundsätze und Ziele der ÖVP« fand sich die Konzeption des Solidarismus als Leitstern für eine »Demokratie der Gesinnung«. Auch in den programmatischen Grundsätzen aus den Jahren 1952, 1958 und 1965 (»Klagenfurter Manifest«) zählte der Solidarismus zu den zentralen Leitvorstellungen der Partei, gefolgt von dem Bekenntnis zum Föderalismus, zur Idee der österreichischen Nation und zur katholischen Soziallehre.

Das jüngste und damit aktuelle Programm der ÖVP ist auf dem Salzburger Parteitag 1972 verabschiedet worden. Der Wunsch der ÖVP, sich ein neues programmatisches Kleid anzulegen, wurde mit dem allgemeinen Bedürfnis nach einem neuen geistigen Selbstverständnis motiviert. Im wesentlichen ging es um die Frage nach einer Neubestimmung der »Lebensqualität« durch Bewältigung der Modernität. Gestützt auf diesen Grundanspruch des Salzburger Programms sollten neue Initiativen in Fragen der Demokratie, der Bildungspolitik, zur Stellung der Frau in der Gesellschaft und zum Problem der Verbesserung der Lebensqualität in urbanen Zentren entwickelt werden.

Organisation: Die ÖVP ist eine Partei mit hohem Organisationsgrad (1974: 42,6 %). Der Grund für die im internationalen Vergleich christlichdemokratischer Parteien extrem hoch anmutende Organisationsdichte ist vor allem in der starken Lagertradition zu suchen. Die Mitgliedschaft in der ÖVP wird in der Regel mittelbar über eine der Grundorganisationen der Partei erreicht.

Der Aufbau der ÖVP ist durch eine bündische Struktur und durch föderalistische Komponenten gekennzeichnet. Die Partei ruht auf fünf Pfeilern: dem »Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund« (ÖAAB), dem »Österreichischen Bauernbund« (ÖBB), dem »Österreichischen Wirtschaftsbund« (ÖWB), der »Österreichischen Frauenbewegung« und der »Österreichischen Jugendbewegung«. In der Existenz der drei Bünde spiegeln sich die korporativen Traditionen des christlich-sozialen Lagers deutlich wider.

Die innerparteiliche Ordnung läßt eine unter den Bünden drittelparitätisch geteilte Machtstruktur erkennen, wobei der ÖWB mit der vergleichsweise geringsten Mitgliedermobilisierung offenkundig überrepräsentiert ist. Der Grundsatz der Drittelparität der Bünde erfährt auch bei der Verteilung von Regierungsämtern und bei der Zusammensetzung der ÖVP-Fraktion im Nationalrat weitgehende Berücksichtigung. Auf der Ebene der Landtage wird die Drittelparität der Bünde am reinsten praktiziert. Aus der föderalistischen Gliederung der Partei ergibt sich ein hoher Grad an Länderautonomie innerhalb der Bünde.

Unterste Organisationsstufe sind die Ortsgruppen in den Städten, die Sektionen. Sie werden in Bezirksorganisationen zusammengefaßt, die ihrerseits wiederum die 9 Landesorganisationen bilden. Aus den Delegierten der Landesorganisation, der Bünde, der Frauen- und Jugendbewegung setzt sich der Bundesparteitag zusammen, das oberste Organ der ÖVP, dem die Wahl der höchsten Parteifunktionäre sowie die Beschlußfassung über Programm und Statuten zukommt. Die ständige Parteiführung liegt bei der Bundesparteileitung, deren ausführendes Organ der Bundesparteivorstand ist.

Presse: In den Anfängen der Zweiten Republik war das Presseorgan der ÖVP das ›Kleine Volksblatt‹, ab 1962 ›Volksblatt‹. Zur Zeit verfügt die ÖVP über keine zentrale Tageszeitung. Als ideologisches Diskussionsorgan dienen die seit 1945 erscheinenden ›Österreichischen Monatshefte‹.

Geschichte: Die Sammlung der ehemals Christlichsozialen war noch während der Kriegsjahre von mehreren Untergrundzentren aus betrieben worden. Wichtige Mittlerfunktionen, auch ins sozialistische Lager hinein, wurden dabei von jüngeren Politikern übernommen; ihnen war »Komplizenschaft« am autoritären Ständestaat nur begrenzt zur Last zu legen. *Weinberger, Hurdes* und *Figl* wurden so zu den eigentlichen Baumeistern der ÖVP. Zumal in den Konzentrationslagern und in den Reihen des Widerstands hatte sich bei vielen Christlichsozialen die Einsicht breit gemacht, daß die neue Partei für alle gesellschaftlichen Schichten offen sein und keine konfessionelle Bindungen eingehen solle, eine Konzeption, die die demokratische Öffnung der Partei gegenüber den Sozialisten, dem Bürgerkriegsgegner

von gestern ermöglichte (→ Einleitung). Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit hat das System der Großen Koalition, das von 1945–1966 andauerte, maßgeblich konstituiert. Von 1945 bis tief in die 50er Jahre hinein war es für die Spitzenpolitiker der ÖVP eine Selbstverständlichkeit, immer wieder das Koalitionsbündnis mit der SOZIALISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (SPÖ) zu erneuern. Diese Periode stand auch ganz im Zeichen der Führung der sogenannten »45er Generation«, d.h. jener Männer, die im Geiste eines pragmatischen Politikverständnisses mit den Sozialisten gemeinsam für die Unabhängigkeit und den Wiederaufbau Österreichs kämpften.

Stabile Kanzlerschaften, die stets mit einem ÖVP-Politiker besetzt waren, zeichneten die ersten 15 Jahre der Zusammenarbeit aus. Der »Ära Figl« (1945–1953) folgte die »Ära Raab« (1953–1961). Dem Wechsel 1953 gingen Belastungen in der Entwicklung der ÖVP voraus. So war bei den ersten Volkswahlen des Bundespräsidenten 1951 der ÖVP-Kandidat gescheitert und bei den Nationalratswahlen von 1953 hatte sich der 1945 noch gewaltige Vorsprung gegenüber den Sozialisten auf ein einziges Mandat reduziert (1945: ÖVP 85 Mandate, SPÖ 76; 1953: ÖVP 74, SPÖ 73). Ein innerparteiliches Revirement sollte die ÖVP aus dem Tief der Wählersympathien wieder herausholen. Als der »starke Mann« der Volkspartei trat *J. Raab* ins Rampenlicht der Politik. In der Tat gelang es ihm, für die ÖVP politischen Erfolg zu mobilisieren, insbes. durch den Abschluß des Staatsvertrages von 1955, und in der Wirtschaftspolitik durch den sog. »Raab-Kamitz-Kurs«. Bei den Nationalratswahlen von 1956 spiegelte sich diese Erfolgssträhne der ÖVP in einem Zugewinn von acht auf insgesamt 82 Mandate (46 % der Stimmen) deutlich wider, wobei der ÖVP auch eine beträchtliche Stimmenzahl von Dissidenten der FREIHEITLICHEN PARTEI zugute kam.

Als gegen Ende der 50er Jahre die Große Koalition in eine Phase des totalen Gleichgewichts eintrat, blockierten die Regierungsmechanismen. Unmut über die Unzulänglichkeiten des Regierungssystems machte sich zumal unter jüngeren ÖVP-Politikern breit. Als »Reformer« traten sie für eine Öffnung des starren Koalitionssystems und für eine Verbesserung der eigenen Parteiorganisation ein; schließlich begehrten sie, die alte Garde der »45er Generation« in ihren hohen Ämtern in Staat und Partei zu beerben. Bei der inneren und äußeren »Modernisierung« der ÖVP traten vor allem *J. Klaus* und *H. Withalm* hervor. Die Nachfolge *Raabs* an der Parteispitze und als Bundeskanzler ging 1960 an den konzilianten Steirer *A. Gorbach*. Doch schon auf dem Klagenfurter Parteitag 1963 wurde *Gorbach* als Parteiobmann durch *Klaus* ersetzt; nur wenige Monate später rückte *Klaus* auch zum neuen Bundeskanzler auf. Als es im März 1966 wegen akuter Entscheidungsschwierigkeiten in der ohnehin dahinsiechenden Großen Koalition zu Neuwahlen kam, erreichte die ÖVP mit 85 Mandaten die absolute Mehrheit. Zweifellos hat die damalige Krise der → SPÖ der ÖVP den Weg zur Majorität geebnet. Der Mythos der Großen Koalition hemmte zwar den sofortigen Start einer ÖVP-Alleinregierung; auch war die Volkspartei auf diesen Eventualfall nicht recht vorbereitet; als das Kabinett *Klaus II* als erste Alleinregierung seit 1945 schließlich doch zustande kam, trug es das Stigma innerparteilicher Einseitigkeit, da es nur den Flügel der *Klaus*-Getreuen berücksichtigte. Damit offenbarte sich der neue Kanzler auch als ein »Gefangener der bündischen Doktrin der Volkspartei« (L. Reichhold).

Klaus verstand sich als Anwalt eines neuen politischen Stils, einer »Politik der Sachlichkeit«. In ihrem Dienste wurde die »Aktion 20« ins Leben gesetzt, welche unter Heranziehung einiger namhafter österreichischer Wissenschaftler nichts Geringeres als eine systematische Verwissenschaftlichung der Politik anstrebte.

Als bei Landtags- und Gemeinderatswahlen 1967 die ÖVP deutlich abfiel, entschloß sich *Klaus* zu einer radikalen Umbildung seiner Regierungsmannschaft. Das Konzept der »Länderregierung« wurde zu Gunsten eines einheitlichen Teams fallengelassen. Die Betrauung des rührigen ÖVP-Generalsekretärs *Withalm* mit dem Posten eines Vizekanzlers machte deutlich, daß *Klaus* damit auch *Withalms* politische Linie einer akzentuierten Schwerpunktpolitik mit Priorität auf dem Wirtschafts- und Finanzsektor zu übernehmen gedachte. Der in dem Zusammenhang verabschiedete sog. »Koren-Plan« überraschte die österreichische Bevölkerung im Februar 1968 mit einer wenig attraktiven aber realitätsbezogenen Politik. Der neue Kurs zeitigte zwar bald die gewünschten wirtschaftspolitischen Erfolge, ließ aber die Kurve der Wählersympathien für die ÖVP noch weiter absinken. Das schlechte Abschneiden der Volkspartei bei Landtags- und Gemeinderatswahlen 1969 kündigte die Katastrophe der Nationalratswahlen von 1970 voraus. Nun büßte die ÖVP nicht nur ihre absolute, sondern auch ihre relative Mehrheit ein (78 Mandate bei 44,8 % der Stimmen).

Seit jenem Datum ist die ÖVP in die Rolle der Opposition verwiesen. Der Parteivorsitzende *J. Taus* zeigte sich bestrebt, unter Beanspruchung wissenschaftlicher Politikberatung und rationaler Problemlösungsstrategien, insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik, brauchbare Konzepte zur Lösung der Fragen unserer modernen Gesellschaft zu finden. Das Ergebnis der Nationalratswahlen von 1975 (80 Mandate bei 43 % der Stimmen) und mehr noch der Urnengang im Mai 1979 (76 Mandate bei 41,8 % der Stimmen) mußten die Erfolgserwartungen der ÖVP enttäuschen. Das schlechte Abschneiden im Frühjahr 1979 nahm *Taus* zum Anlaß, zugunsten des parlamentarischen Fraktionsvorsitzenden *A. Mock*, den Parteivorsitz abzutreten. Auf dem Bundesparteitag im Juli 1979 bemühte sich die

neue Führung, die Partei einem umfassenden i neren Reformprozeß zu unterziehen.

A. Brusatti/K. Gutkas/E. Weinzierl, Österreich 1945–1970, 1970; L. Reichhold, Geschichte der ÖVP, 1975.

Revolutionäre Sozialisten (RS) → Sozialistische Partei Österreichs.

Sozialdemokratische Partei Österreichs → Sozialistische Partei Österreichs.

Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ).

Gegründet am 14. 4. 1945 in Wien aus Vertretern der »alten« Sozialdemokraten und einer Aktivistenauslese der REVOLUTIONÄREN SOZIALISTEN. Die SPÖ ist die Nachfolgerin der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (1918/19 SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHÖSTERREICHS), die auf dem Neudörfler Parteitag im April 1874 unter dem Namen SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI IN ÖSTERREICH ins Leben trat.

Programm: Die programmatische Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie vollzog sich in enger Anlehnung an die reichsdeutsche Bruderpartei. Allerdings zeichneten sich die frühen österreichischen Programmerklärungen, so das Manifest des Wiener Arbeitertags 1869, nicht durch ideologische Klarheit aus und vermischten sozialistische mit radikal-demokratischen Forderungen, wobei eine spezifische Widersprüchlichkeit in der Nationalitätenfrage zum Vorschein kam. Das auf dem illegalen Kongreß in Neudörfl 1874 beschlossene Programm spiegelte hingegen den von der I. Internationale beeinflußten theoretischen Reifungsprozeß wider. Es bekannte sich zur internationalen Solidarität des Proletariats, forderte als Fernziel die Beseitigung des Eigentums an den Produktionsmitteln, als Nahziel eine entschiedene Sozialreform und politische und soziale Gleichberechtigung der Arbeiterschaft. Die Hainfelder »Prinzipienerklärung« von 1888/89, auf die *V. Adler* die zerstrittenen Parteiflügel einigte, vermied ausdrücklich ein umfassendes theoretisches Programm; vielmehr stellte sie die gemeinsamen Gesichtspunkte, insbesondere die seit 1887 relevant gewordene Wahlrechtsfrage, in den Vordergrund. Erst 1901 gab sich die deutsche Sozialdemokratie in Österreich ein förmliches Programm. In der Terminologie marxistisch gehalten, zielte es auf die Legitimierung der von der Partei betriebenen praktischen Reformarbeit ab. Die schwelenden nationalen Konflikte in der seit 1897 föderalisierten sozialdemokratischen Gesamtpartei zu neutralisieren und den bürgerlichen Nationalismen ein positives Nationalitätenprogramm entgegenzusetzen, war das Ziel des Brünner Programms von 1899, das von vornherein als Integrationsprogramm konzipiert war; es klammerte die strittigen Schul- und Amtssprachenfragen aus. Erst das Nationalitätenprogramm der Linken vom Januar 1918 räumte den Nationalitäten das Recht auf nationale Selbstbestimmung ein, ohne damit eine gesamtstaatliche Verfassung ganz auszuschließen.

Der Zerfall des Habsburgerreichs im Herbst 1918 konfrontierte die deutsche Sozialdemokratie Zisleithaniens mit neuen programmatischen Herausforderungen. Das Aktionsprogramm des Sozialdemokratischen Abgeordnetenverbandes stellte im Februar 1919 das Ziel der Sicherung der republikanischen Verfassung und den Anschluß der deutschösterreichischen Republik an das Deutsche Reich in den Vordergrund. Erst angesichts der Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze und der wachsenden Isolierung der Sozialdemokratie versuchte sie, durch stärkere programmatische Profilierung eine strategische Öffnung zu erzwingen. Grundlegend hierfür waren einerseits das Agrarprogramm von 1925, andererseits das viel zitierte Linzer Programm von 1926. Beide Programme tragen maßgeblich die Handschrift *O. Bauers*, des herausragenden sozialdemokratischen Theoretikers und Parteiführers. Das Agrarprogramm versuchte den schwerwiegenden Fehler zu korrigieren, der in der vor allem durch den Einfluß *K. Kautskys* und des Zentrismus theoretisch fixierten Vernachlässigung der agrarischen Wähler lag. Das Linzer Programm war bestrebt, die Defensivposition, in der sich die Partei spätestens seit den Genfer Verträgen 1922 befand, in eine Offensivstrategie umzumünzen, die in der Errichtung einer sozialistischen Republik gipfeln sollte. Das Programm griff auf die Analyse von *F. Engels* zurück, wonach es der Sozialdemokratie gelingen könne, innerhalb absehbarer Zeit die Mehrheit der Bevölkerung für sich zu gewinnen, wodurch die Bourgeoisie gezwungen sein würde, zur offenen Konterrevolution überzugehen. Das Linzer Programm schränkte die Zielvorstellung einer »Diktatur des Proletariats« auf den letzteren Fall ein, in dem die Arbeiterklasse gehalten wäre, »den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen«. Das Linzer Programm brachte daher keine Abwendung vom Prinzip des »demokratischen Sozialismus«; die entsprechenden Passagen des Programms hoben die »rein defensive Rolle der Gewalt« hervor, was die politische Rechte nicht daran hinderte, unter Hinweis auf das Linzer Programm das Gespenst einer gewaltsamen sozialistischen Erhebung zu beschwören. Tatsächlich legte das Programm die Partei auf eine ausschließlich defensive Legalitätstaktik fest, die, im Gegensatz zu *Engels'* Analyse, der Bourgeoisie die Inititative des Handelns weitgehend überließ. Als die Sozialisten nach den spontan einsetzenden Februarkämpfen 1934 in die Illegalität gedrängt wurden, distanzierte der linke Parteiflügel sich von der bisherigen reformistischen Politik der Partei. Die von den REVOLUTIONÄREN SOZIALISTEN beschlossene Prinzipienerklärung proklamierte den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus. Im Sinne des Beschlusses der Sozialistischen Arbeiterinternationale vom August 1933 erblickten die REVOLUTIONÄREN SOZIALISTEN als einzige Alternative zur »austrofaschistischen Diktatur« die Durchführung einer

»revolutionären Volkserhebung« und die Errichtung der »revolutionären Diktatur der Arbeiterklasse«. Die programmatischen Differenzen zur Prager Parteiführung sowie zu den illegalen Gewerkschaften verloren jedoch mit dem Fortgang der Verfolgungen durch das autoritäre Regime an Gewicht, zumal auch *Bauer* radikale sozialistische Zielsetzungen in den Vordergrund stellte.

Das Aktionsprogramm der SPÖ von 1947 enthielt vornehmlich Leitsätze zum Wiederaufbau Österreichs, während das Bekenntnis zum Marxismus auf zurückhaltende, gelegentlich ambivalente Formeln beschränkt blieb. In bewußter Reduktion der revolutionären Zielsetzungen der Prinzipienerklärung von 1934 und selbst der defensiven Diktatur-Konzeption von 1926 wurde herausgestellt, »daß die SPÖ jede Art von Diktatur ablehnt«. Mit dem »Neuen Parteiprogramm« von 1958 wurde das Linzer Programm von 1926 definitiv abgelöst. In drei Punkten enthielt es erhebliche Abweichungen von dessen Grundaussagen; der seinerzeit im Bekenntnis zur Demokratie enthaltene Führungsanspruch der Arbeiterklasse wurde zugunsten eines klaren Eintretens für das Mehrparteiensystem überwunden; der frühere Antiklerikalismus der Partei wich dem Eingeständnis, daß »Sozialismus und Christentum« durchaus miteinander vereinbar seien; schließlich waren die Sozialisierungsvorstellungen von 1926 auf vage Kompromißformeln zugunsten einer »gerechteren Eigentumsordnung« zusammengeschrumpft. »Unternehmerinitiative, Wettbewerb und Preismechanismus« sollten in einem »besser funktionierenden Wirtschaftssystem« nicht fehlen. Die Idee der Sozialpartnerschaft wurde als neuer Gedanke in das Programm aufgenommen.

Das jüngste Parteiprogramm der SPÖ datiert vom 20. 5. 1978. Die Leitformeln des neuen Programms heißen »soziale Demokratie« und »demokratischer Sozialismus«. Der Wohlfahrtsstaat soll zugunsten dieser beiden Zielvorstellungen, die ihrerseits als ein ständiger Prozeß zu begreifen sind, überwunden werden. Alle wesentlichen Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung werden unter dem Gesichtspunkt der »sozialen Demokratie« ausgeleuchtet und mit Lösungsvorschlägen versehen. Neben der weiteren Entwicklung der politischen Demokratie und der Rechtsordnung steht der Kampf für eine »menschengerechte Wirtschaft« und eine »humane Umwelt«. Neue Partizipationsformen und Maßnahmen zur Demokratisierung von Institutionen, einschließlich der eigenen Partei, werden in Aussicht genommen.

Schließlich empfiehlt sich die SPÖ als »offene Partei« gegenüber »Katholizismus« wie »Liberalismus« und unterstreicht damit das bereits 1958 deutlich erkennbare Selbstverständnis von einer modernen Volkspartei.

Organisation: Die SPÖ ist eine Partei mit starker Organisations- und Funktionärsdichte. Seit 1955 beträgt die Mitgliedschaft etwa 700 000, was einem Drittel der SPÖ-Wähler entspricht. Etwa 1/10 der Parteimitglieder sind gewählte Vertrauenspersonen und insofern als engagierte Parteiaktivisten tätig. Die Partei ist in neun Landesorganisationen aufgegliedert; die Länder sind im Parteivorstand vertreten. Mit 38 % des Mitgliederanteils stellt Wien die Hochburg der Partei dar. In den letzten Jahren ist jedoch ein deutlicher Trend zur Ausweitung der Mitgliederbasis der SPÖ in den westlichen Bundesländern erkennbar. Der innere Parteiaufbau trägt stark zentralistische Züge. Kleinste Organisationseinheit sind die Ortsorganisationen (Sektionen). Nächsthöhere Instanz ist die jeweilige Bezirksorganisation, deren Beschlüsse für die Ortsorganisationen verbindlich sind. Oberstes Parteigremium auf Landesebene ist die Landesorganisation, deren Entscheidungen wiederum für die Bezirksorganisationen verbindlich sind. Für die einheitliche Gestaltung der Politik der SPÖ ist die Bundesorganisation verantwortlich. Permanentes Leitungsgremium ist der aus 54 Mitgliedern bestehende Bundesparteivorstand, dessen Entscheidungen durch das Bundesparteipräsidium vorbereitet werden. Letzteres besteht aus dem Parteivorsitzenden und dessen Stellvertretern, doch können die Vorsitzenden der Landesparteien und andere leitende Parteifunktionäre hinzugezogen werden. Oberstes Organ der Partei ist der mindestens alle 2 Jahre zusammentretende Parteitag, der über die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter sowie die Zusammensetzung des Bundesparteivorstandes entscheidet und dessen Beschlüsse sowohl für den letzteren wie auch für alle anderen sozialistischen Organisationen und Fraktionen verbindlich sind. Die Parteiführung zeichnet sich durch hohe Kontinuität und oligarchische Tendenzen aus. Mit Hilfe von Statutenänderungen wurde seit 1968 versucht, eine größere Elastizität bei der Kandidatennominierung und den innerparteilichen Aufstiegsmöglichkeiten zu erreichen. Die Regellaufbahn durch »Ersitzen« kraft Anciennitätsprinzip wurde durch das technokratische Karrieremodell ergänzt. Im politischen Umfeld der Partei agiert eine große Zahl von Interessenvertretungen, Kultur-, Sport- und Freizeitvereinen. Über die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter kommuniziert die SPÖ mit dem mächtigen »Österreichischen Gewerkschaftsbund« und den Arbeiterkammern, wo die Sozialisten jeweils Schlüsselpositionen innehaben.

Presse: ›Volksstimme‹ (1869 ff.); ›Arbeiterzeitung‹ (ab 1889) und das vierzehntägig publizierte theoretische Organ ›Die Zukunft‹ (ab 1946, 1907–1938 unter dem Titel ›Der Kampf‹).

Geschichte: Erste organisatorische und programmatische Manifestationen der Arbeiterbewegung waren in den Anfängen des österreichischen Konstitutionalismus möglich geworden. Allenthalben kam es zur Gründung von Arbeiterbildungsvereinen und politischen Zirkeln, ja selbst zur Herausgabe einer eigenen Arbeiterzeitung, der seit 1869 erscheinenden ›Volksstimme‹.

Der am 8. 12 1867 in Wien gegründete Arbeiterbildungsverein war der Kristallisationskern für die in der zisleithanischen Reichshälfte entstehende Sozialdemokratische Partei, die nach mehreren Ansätzen 1874 in Neudörfl als SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI IN ÖSTERREICH konstituiert wurde. Die anfänglich wirksamen Einflüsse des »Selbsthilfegedankens« *H. Schulze-Delitzschs* wurden schon vor 1871 vom Lassalleanismus zurückgedrängt. Doch traf die ausgeprägt großdeutsche Orientierung der von *H. Oberwinder* und *H. Hartung* geführten lassalleanischen Fraktion auf den Widerstand der vor allem von *A.* und *J. Scheu* repräsentierten internationalen Richtung, die vom Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation beeinflußt war. Die massiven behördlichen Eingriffe bewirkten jedoch einen raschen Niedergang der Neudörfler Partei und schwächten die marxistische Richtung gegenüber den vordringenden radikalen Strömungen, die in Anlehnung an Ideen von *J. Most* unter der Führung *J. Peukerts* eine unklare »Propaganda der Tat« verfochten. Die Einschleusung von Polizeispitzeln und die behördliche Inszenierung von terroristischen Aktionen führte zur inneren Zersetzung der Partei und zur politischen Isolierung der »Gemäßigten«, deren Führer, darunter *Kautsky* und *E. Kaler-Reinthal,* nur noch in der Brünner Organisation Rückhalt hatten, während die »Radikalen« in Prag, Wien und Wiener-Neustadt dominierten. War für die »Radikalen« die Anwendung von Gewalt unverzichtbar und lehnten sie eine einheitlich gelenkte Organisation ab, so vertraten die »Gemäßigten« das Programm der legalen Machteroberung durch die Beteiligung an Wahlen und den Aufbau einer proletarischen Massenpartei. Die scharfen personellen Auseinandersetzungen verdeckten den Tatbestand, daß nicht prinzipielle Gegensätze, sondern nur die hoffnungslos verfahrene innenpolitische Situation, die das gemäßigte Programm als illusorisch erscheinen ließ, die eigentliche Ursache der innerparteilichen Konflikte darstellten.

Erst durch den Eingriff *Adlers,* der sich 1886 vorbehaltlos in den Dienst der Arbeiterbewegung stellte, konnten die inneren Gegensätze beigelegt und die Konsolidierung der zersplitterten Bewegung erreicht werden. *Adler* hatte ursprünglich zusammen mit *E. Pernerstorfer* und *H. Friedjung* der deutschnationalen Bewegung angehört und war an der Abfassung des Linzer Programms von 1882 (→ DEUTSCHNATIONALE PARTEIEN UND GRUPPEN) beteiligt gewesen. Unter dem Eindruck der sozialen Mißstände in den Sudetenländern vollzog er den Übertritt zur Sozialdemokratie. Das von ihm herausgegebene Wochenblatt ›Die Gleichheit‹ verknüpfte den Kampf gegen den habsburgischen Polizeistaat geschickt mit der Forderung einer Ausdehnung des Wahlrechts und sozialer Reformen und nützte den durch das 1887 eingeführte Fünfguldenwahlrecht erweiterten legalen Spielraum. Während die Einigung der tschechoslowakischen Partei bereits 1887 gelang, wurde die Konsolidierung der Gesamtpartei unter der Bezeichnung SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI ÖSTERREICHS erst zur Jahreswende 1888/89 auf dem Einigungsparteitag von Hainfeld möglich. Die von *Adler* vorgelegte »Prinzipienerklärung« nahm von dem Versuch, ein umfassendes Programm zu schaffen, bewußt Abstand und rückte die gemeinsamen Interessen in der Wahlrechtsfrage und der Sozialreform in den Vordergrund. Unter der Führung des »Hofrats der Revolution«, wie sich *Adler* ironisch bezeichnete, nahm die Partei trotz der rückständigen innenpolitischen Verhältnisse einen raschen Aufschwung. Das wichtigste Nahziel war die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts. Die Taaffesche Wahlreform von 1896 blieb jedoch weit hinter den hochgespannten Erwartungen der Arbeiterschaft zurück, und es dauerte ein weiteres Jahrzehnt, bis die Sozialdemokratie unter der Androhung des Massenstreiks die Krone zur Gewährung des leicht modifizierten allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bewog. Die Reichsratswahlen von 1907 brachten der Partei 87 Mandate ein; sie stellte die stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus. Auch bei den Wahlen von 1911 war sie erfolgreich und konnte die Christlichsozialen in Wien und Niederösterreich zurückdrängen. Das allgemeine Wahlrecht brachte jedoch nicht die ersehnte Funktionsfähigkeit des durch nationale Obstruktion lahmgelegten Reichsrats. Die mangelnde positive Tätigkeitsmöglichkeit der Partei und die auf sie übergreifenden Nationalitätenkämpfe verstärkten die innerparteilichen Spannungen zwischen den seit der Föderalisierung der Partei von 1897 organisatorisch autonomen nationalen Gliedparteien. Die trotz des formellen Internationalismus der Gesamtpartei unvermeidliche Verwicklung der Parlamentsfraktion in die Nationalitätenfrage, insbesondere nach der Badenikrise, konnte durch das 1899 verabschiedete Brünner Nationalitätenprogramm nicht kompensiert werden. In der Phase des Wahlrechtskampfes war es *Adler* gelungen, die nationalen Konflikte, trotz anhaltender Gegensätze innerhalb der Gewerkschaften, zurückzudrängen. Nach 1907 war ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Standpunkten der tschechoslowakischen und der deutschen Partei nicht mehr möglich; 1911 kam es zur nach außen notdürftig verhüllten Abspaltung der Tschechen und zur weitgehenden Annäherung der nationalen Gliedparteien an die national-bürgerlichen Gruppierungen.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges machte den Zerfall der »Kleinen österreichischen Internationale« unwiderruflich. Da der Reichsrat nicht zusammentrat, blieb der Gesamtpartei eine parlamentarische Stellungnahme zur Kriegsfrage erspart, aber es war kein Zweifel, daß gerade die deutsche Partei, wie die kriegsbegeisterten Leitartikel von *F. Austerlitz* in der ›Arbeiterzeitung‹ offenkundig machten, sich der chauvinistischen Stimmung nicht zu entziehen vermochte. Die Einführung des Notverordnungsrechtes und die Ein-

frierung des parlamentarischen Lebens wirkten jedoch bald auch auf den deutschnationalen Flügel der Parteiführung – *Austerlitz, Adler, Pernerstorfer, R. Danneberg* – ernüchternd. *Friedrich Adler* setzte mit der Ermordung des österreichischen Ministerpräsidenten Graf *Stürgkh* am 21. 10. 1916 ein blutiges Mahnmal gegen den Krieg und die Unterdrückung der Arbeiterklasse. Sein terroristischer Alleingang forcierte die wachsende Opposition breiter Gruppen der Sozialdemokratie gegen die Fortführung des militärisch aussichtslosen Krieges. Nach seiner Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft übernahm *Bauer* 1917 die Führung der »Linken«. *Victor Adler* vermied deren innerparteiliche Diskriminierung und erreichte dadurch, daß es – trotz erheblicher taktischer Differenzen, unter anderem in der Nationalitätenfrage – zu keinem Zeitpunkt zur Bedrohung der organisatorischen Einheit der Partei kam, wie er auch eine sachliche Kooperation mit den nichtdeutschen sozialdemokratischen Gruppen sicherzustellen vermochte.

Gemäß der Tradition des Austromarxismus, theoretischen Radikalismus mit gemäßigtem politischen Handeln zum Lösungspatent der politischen Krise zu verknüpfen, verstanden es die österreichischen Sozialdemokraten, innerlich geschlossen auch den schwierigen Weg vom Kaiserreich in die Republik hinein zu meistern und darüber hinaus maßgeblich zur Bildung der Republik beizutragen. Während sich *K. Renner* vor allem als Vater der neuen radikal-parlamentarischen Verfassung verdient zu machen wußte, verstand es *Bauer,* die zentrifugalen revolutionären Kräfte, etwa in den Arbeiterräten, in den sozialdemokratischen Parteiverband einzugliedern und damit einer Bolschewisierung Österreichs vorzubeugen. Die große Koalition mit den CHRISTLICHSOZIALEN, die im Zeichen des Erfolges der Sozialdemokraten bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung unter Kanzler *Renner* zustande kam, bot fürs erste einen günstigen Rahmen für sozialdemokratische Reformpolitik. *Bauer* gab mit Hilfe der Idee vom »Gleichgewicht der Klassenkräfte« die austromarxistische Untermauerung der revolutionstheoretisch gesehen politischen Mesalliance. Als das Gleichgewicht der Klassenkräfte aber spätestens bei den Nationalratswahlen vom 17. 10. 1920 zugunsten der Christlichsozialen ins Wanken geraten war, entschieden sich die Sozialdemokraten, in die Opposition zu gehen, denn, so lautete *Bauers* Erklärung, die natürliche Stellung der Sozialdemokraten in einem bürgerlichen Staat sei die Opposition. Obschon die Mitgliederreihen wuchsen und die Sozialdemokraten 1930 sogar zur stärksten Partei im Parlament avancierten (72 Mandate für 41,1 % der Stimmen), blieben sie bis zu ihrem Verbot im Jahre 1934 dieser Grundauffassung treu.

Der in der zweiten Hälfte der 20er Jahre wachsende politische Antagonismus zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Lager fand seinen Ausdruck auch in manifesten Erscheinungen des Strebens nach »Wehrhaftigkeit« bei den Sozialdemokraten, sei es in Gestalt des paramilitärischen »Schutzbundes«, sei es in dem Gewand der radikalen Sprache des Linzer Programms von 1926. Als die durch den Freispruch der Attentäter auf eine sozialdemokratische Manifestation und den Protestruf der ›Arbeiterzeitung‹ mobilisierte Masse am 15. 7. 1927 den Justizpalast in Brand legte und darauf die Polizei mit Gewehrsalven antwortete, war eine Verständigung der politischen Parteien untereinander fortan erheblich erschwert. Mit dem Erstarken der »Heimwehren« und ihrer Annäherung an die CHRISTLICHSOZIALEN wurde für die sich bedrängt fühlenden Sozialdemokraten der politische Spielraum immer geringer. 1929 gelang ihnen noch ein gewisser Abwehrerfolg, indem sie die von den CHRISTLICHSOZIALEN und »Heimwehren« intendierte Beschneidung demokratischer und parlamentarischer Verfassungspostulate in eine insgesamt gemäßigte Verfassungsnovelle umzupolen verstanden. Das Desaster der heraufziehenden Wirtschaftskrise veranlaßte den christlichsozialen Führer *Seipel,* die Sozialdemokraten im Sommer 1931 zum Eintritt in eine Koalitionsregierung aufzufordern. Das Angebot stieß jedoch auf einstimmige Ablehnung, wobei das bereits tief sitzende Mißtrauen gegen die Christlichsozialen mit dem Unwillen zusammentraf, für unpopuläre Wirtschaftsmaßnahmen die Verantwortung mittragen zu sollen.

Die »Ausschaltung des Parlaments« im März 1933, das gleichzeitige Verbot des »Republikanischen Schutzbundes«, die Untersagung von Versammlungen und Demonstrationen, schließlich das Verbot der ›Arbeiterzeitung‹ bewahrheiteten die Prognosen des Linzer Programms von den Anschlägen der Bourgeoisie gegen die Demokratie, denen die Sozialdemokraten »wehrhaft« entgegenzutreten hätten. Die sozialdemokratische Parteiführung hoffte indessen bis zuletzt auf ein Einlenken der *Dollfuß*-Regierung und hielt sich mit dem Aufruf zum Generalstreik und der Mobilisierung des »Schutzbundes« zurück. Als die Spannung aufgrund der Militanz der Heimwehren und des in der Illegalität sich radikalisierenden »Schutzbundes« am 12. 2. 1934 in eine offene Konfrontation eskalierte, blieb der Kampf auf sozialdemokratischer Seite weitgehend desorganisiert und führerlos; nach drei blutigen Kampftagen war die Niederlage für die Sozialdemokraten unabwendbar.

Während *Bauer* und der Führer des Schutzbundes, *J. Deutsch,* in die Tschechoslowakei gingen und dort das »Auslandsbüro der österreichischen Sozialisten« (ALÖS) gründeten, wurden die meisten Angehörigen des alten Parteivorstandes verhaftet. Doch schon bald formierten sich aktive Widerstandsgruppen im Untergrund. Exponenten vor allem der ehemaligen mittleren und unteren Führerschicht errichteten eine illegale Parteiorganisation und tauften sie auf den für das Selbstverständnis der Gruppen bezeichnenden

Namen Revolutionäre Sozialisten Österreichs (RS). Die Protagonisten dieser neuen Richtung in der Partei verfielen zunächst der Illusion »der kurzen Perspektive«, d. h., der Siegesvorstellung von einem »Roten Mai«, dann einem »Roten Oktober« 1934. Zu den Enttäuschungen der »kurzen Perspektive« gesellten sich Spannungen mit den Spitzen der »alten«, legalen Partei, die ihren Führungsanspruch noch nicht aufgegeben hatten. Nur vorübergehend gelang es *Bauer*, hier einen Ausgleich unter dem gemeinsamen Nenner Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs herzustellen. Verhaftungen und Kritik aus den eigenen Reihen führten schließlich dazu, daß die Führung im Lande einer neuen Politikergeneration unter dem ZK-Obmann *J. Buttinger*, alias *G. Richter*, zufiel. Entgegen der grundsätzlichen »marxistischen Siegeszuversicht« *Bauers* und *O. Leichters*, neigten die »neuen Menschen« in der Partei zu einer pessimistischen »langen Perspektive«. Nach dem deutsch-österreichischen Abkommen von 1936 waren die »Neuen« auch davon überzeugt, daß Österreich bald dem deutschen Druck erliegen werde. Als *Schuschnigg* kurz vor dem deutschen Einmarsch die Unterstützung der österreichischen Arbeiterschaft suchte und die Bedingungen der Illegalität quasi außer Kraft setzte, bekannten sich sowohl die sozialistischen Gewerkschaftsführer wie die politische Führung der Revolutionären Sozialisten zur Loyalität dem österreichischen Staat gegenüber.

Im Zuge der nationalsozialistischen Besetzung Österreichs wurde die Organisation der Revolutionären Sozialisten zerschlagen und vernichtet. Viele Aktivisten landeten in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Die wenigen emigrierten Führer gründeten gemeinsam mit *Bauer* in Paris ein Auslandsbüro, dessen Existenz aber nur von kurzer Dauer war.

Im April 1945 ging die Vereinigung der »alten« Sozialdemokraten und der Revolutionären Sozialisten zur Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) weitgehend reibungslos vonstatten. Der herausragendste Vertreter der »Alten«, *K. Renner*, übernahm die Leitung der Provisorischen Regierung von Sozialisten, Kommunisten und Vertretern der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Dank seiner großen Verdienste um die Wiederaufrichtung Österreichs wurde *Renner* von allen Parteien zum Bundespräsidenten bestellt.

Die Prädominanz der Praktiker in der SPÖ erleichterte von Anfang an das Zusammengehen mit der ÖVP, dem Bürgerkriegsgegner von gestern. Die alte *Bauersche* These von der naturgegebenen Oppositionsrolle einer sozialistischen Partei in einem bürgerlichen Staat war schon deswegen zu verwerfen, weil die spezifische Konstellation von 1945 eine Kooperation mit der ÖVP in mehrfacher Hinsicht gebot: Einmal ermöglichte eine solche Burgfriedenspolitik die Aufrechterhaltung der Einheit Österreichs und bot ein Maximum an Durchschlagskraft gegenüber den vier Besatzungsmächten; sodann trug das Bündnis erheblich dazu bei, die politischen Umarmungsversuche seitens der von den sowjetischen Besatzern favorisierten Kommunisten abzuwehren; schließlich bot sich angesichts der entgegenkommenden Haltung der ÖVP die Zusammenarbeit mit ihr auch als eine attraktive Zweckehe zur Verwirklichung alter sozialistischer Forderungen an, etwa im Hinblick auf die Sozialisierung von Schlüsselindustrien. So stellte der neue Obmann der SPÖ, *A. Schärf*, die *Bauersche* Formel von der naturgegebenen Oppositionsrolle der Sozialisten ausdrücklich in Abrede; er hielt dagegen, daß nur der in der Regierung selbst ausgeübte Einfluß die demokratische Entwicklung des Landes gewährleisten könne. Freilich blieb auf seiten der ehemaligen Revolutionären Sozialisten der Protest gegen die neue »Koalitionsphilosophie« nicht aus. Ungeachtet solcher Versuche, das klassenkämpferische Bewußtsein der Partei wachzuhalten, blieb die SPÖ noch zwei Jahrzehnte auf dem Kurs der Zusammenarbeit mit der ÖVP.

Die konsequente Partizipation der Sozialisten an den Regierungsgeschäften förderte das Hineinwachsen der Partei in den Staat und seine Ämter, darunter auch in das hohe Amt des Bundespräsidenten. Als nach dem Ableben *Renners* 1951 die Bestellung eines neuen Bundespräsidenten notwendig wurde, der erstmals durch Volkswahl zu ermitteln war, siegte der sozialistische Kandidat *Th. Körner*. Bei den Nationalratswahlen von 1953 konnte die SPÖ die höchsten Stimmengewinne erzielen und blieb mit 73 Mandaten knapp unter der ÖVP (74). Drei Jahre später, nach Abschluß des Staatsvertrages, wandte sich die Gunst der Wähler allerdings wieder der ÖVP zu. (SPÖ: 74 Mandate, ÖVP: 82 Mandate). Doch schon bei der Bundespräsidentenwahl 1957 konnte der fällige Ausgleichserfolg erreicht werden. Erneut behauptete sich der sozialistische Kandidat, der bisherige Parteiobmann *A. Schärf*. Dieser Pendelschlag des politischen Gleichgewichts verstärkte jene Tendenzen in der SPÖ, die in der Großen Koalition nicht etwas Vorübergehendes sahen, sondern sie vielmehr als eine »neue Arbeitsmethode in der parlamentarischen Demokratie« begrüßten, die »ein Höchstmaß politischer Aufklärung« voraussetzte. Als die SPÖ bei den Nationalratswahlen von 1959 ihre Verluste von 1956 wieder wettmachen konnte (78 Mandate, ÖVP: 79), sahen sich die Anhänger der Gleichgewichtstheorie in ihren koalitionsbejahenden Auffassungen erneut bestätigt.

Parallel zu der krisenhaften Entwicklung der Großen Koalition Anfang der 60er Jahre traten innerhalb der SPÖ Anzeichen für eine parteiinterne Krise auf. Ähnlich der Entwicklung in der ÖVP machten sich mehr und mehr Widerstände gegen das System der Großen Koalition bemerkbar. Unter den Kritikern profilierte sich vor allem der ehemalige Gewerkschaftsbundführer *F. Olah*, der eine höchst eigenwillige Koalitionspolitik ver-

folgte. Ihm war es bei den im Anschluß an die Nationalratswahlen von 1962 mit der ÖVP geführten Regierungsverhandlungen gelungen, ein Maximum an sozialistischen Forderungen durchzusetzen. Nicht zuletzt dieser Erfolg verursachte Spannungen mit dem Parteiobmann *B. Pittermann*. Die SPÖ schlitterte in eine »Führungskrise«. Bei den Auseinandersetzungen um die Habsburgfrage, die den Ersatz der Großen Koalition durch eine Kleine Koalition von SPÖ und FPÖ in den Bereich des Möglichen treten ließ, wurde *Olahs* Hang zum politischen Alleingang erneut deutlich. Die Entwicklungen der Habsburgkrise in Richtung einer politischen Allianz mit der FPÖ ging jedoch nicht ohne schwere innerparteiliche Auseinandersetzungen ab. Der Parteiausschluß *Olahs* im Herbst 1964 machte der Parteikrise indessen nur ein vorläufiges und vordergründiges Ende. *Olah* bildete eine eigene Demokratisch-Fortschrittliche Partei (DFP) und zog mit ihr im März 1966 in den Wahlkampf. Die immer noch schwelende Krise der SPÖ, die Wahlempfehlung der Kommunisten für die SPÖ, und *Olahs* Ernte von 148 000 Stimmen kumulierten zu einer entscheidenden Niederlage der SPÖ (74 Mandate), während die ÖVP mit 85 Mandaten die absolute Mehrheit davontrug. Als die Koalitionsverhandlungen die Minimalwünsche der SPÖ nicht zu erfüllen schienen, entschloß sich die Parteivertretung, in die Opposition zu gehen.

Um die innere Zerrissenheit der SPÖ zu überwinden, wurde ein Wechsel in der Führung angestrebt. Auf dem Parteitag von 1967 löste *B. Kreisky*, der langjährige Außenminister in der Großen Koalition und niederösterreichische Landesparteiobmann, *B. Pittermann* in der Führung des Parteivorsitzes ab. *Kreisky* zeigte sich bemüht, der Partei stärker sozialdemokratische Konturen nach schwedischem Vorbild zu geben. Auch nahm er die Gespräche mit den österreichischen Katholiken neu auf und setzte sich für eine stärkere fachliche Durchbildung der Parteiarbeit ein. Aus den Nationalratswahlen vom März 1970 ging die SPÖ mit 81 Mandaten siegreich hervor; vor allem gelang es ihr, tiefe Einbrüche in traditionelle Wählerschichten zu erzielen. Nur der Wahlarithmetik war es zuzuschreiben, daß *Kreisky* nicht sofort über die absolute Mehrheit im Parlament verfügte. Doch schon 1971 brachte ein neuer Wahltest der SPÖ mit 93 Mandaten eine solide Regierungsmehrheit. Auch der Vorschlag, 1974 den parteilosen Karrierediplomaten *Kirchschläger* als Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl aufzustellen, ging für *Kreisky* positiv auf. Der Ausgang der Nationalratswahlen von 1975 (93 Mandate bei 50,4 % der Stimmen) und mehr noch das Ergebnis der Nationalratswahlen vom Mai 1979 (96 Mandate bei 51,2 % der Stimmen) bestätigten das erfolgssichere Image der SPÖ als einer »linken Volkspartei« und markierten darüber hinaus ein weiteres Mal die konsensstiftende Ausstrahlungskraft ihres populären Führers *Kreisky*.

A. Schärf, Österreichs Erneuerung 1945–1955, Wien 1955; H. Steiner, Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867–1889, Wien 1964; K. L. Shell, Jenseits der Klassen? Österreichs Sozialdemokratie seit 1934, 1969; H. Hauptmann/R. Kropf, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Wien 1974; F. Kreissler, Die Entwicklung der SPÖ in ihren Programmen und in ihrer Politik: Vom Austromarxismus zum Austrosozialismus (1945–1973), in: Geschichte und Gesellschaft, Festschrift für Karl R. Stadler, Wien 1974; H. Benedikt, Geschichte der Republik Österreich, ²1977; P. Kulemann, Am Beispiel des Austromarxismus, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, 1979.

Vaterländische Front (VF). Gegründet von Kanzler *E. Dollfuß* am 20. 5. 1933. In der christlich-sozial orientierten ›Reichspost‹ erfolgte nur drei Tage später der Aufruf an »alle Parteiformationen, alle Verbände und Vereine, die dem Vaterland dienen und es verteidigen wollen«, der Vaterländischen Front beizutreten. Die VF war als eine »Bewegung – keine Addition von zwei oder drei Parteien« – gedacht, mit deren Hilfe die Zusammenfassung aller Berufsstände erreicht werden sollte. Die Selbstauflösung der Christlichsozialen Partei resp. ihre Absorbierung durch die VF war nur die konsequente Folge dieses Vorgangs.

Die Gründung der in eine »Zivil-« und eine »Wehrfront« gegliederten VF als Sammelbewegung gegen die Parteien war maßgeblich auf den politisch-ideologischen Druck *Mussolinis* hin erfolgt. Die Entwicklungsfähigkeit der VF zu einer wirklichen Volksbewegung blieb aber ebenso Fiktion wie die damit gekoppelte Hoffnung auf ihre Überparteilichkeit. Die Sektionalisierung der VF wurde 1937 mit der Einführung eines »Volkspolitischen Referats« unter der Leitung des Nationalisten *A. Seyß-Inquart* in Angriff genommen. Zugleich ging aus dieser Formation die Landesleitung der NSDAP im Untergrund hervor. Das Hervortreten der Nationalsozialisten am 12. 2. 1938 gab umgekehrt Anlaß zu einer Teillegalisierung der Sozialdemokratie. Die Aufgabe der Vaterländischen Front, die politischen Parteien durch die Kraft der »Bewegung« zu überwinden, war damit gescheitert. – Nach dem Anschluß Österreichs wurde die VF aufgelöst.

Irmgard Bärnthaler, Geschichte und Organisation der Vaterländischen Front, phil. Diss., Wien 1964; Heinrich Bußhoff, Das Dollfuß-Regime in Österreich, 1968; Ludwig Jedlicka, Vom alten zum neuen Österreich, Fallstudien zur österreichischen Zeitgeschichte 1900–1975, St. Pölten/Wien 1977.

Verband der Deutschnationalen → Deutschnationale Parteien, Gruppen und Parteiverbände.

Verband der Unabhängigen (VdU, auch: Wählervereinigung der Unabhängigen-WdU).

Erste Nachfolgeorganisation des vormals deutschnationalfreiheitlichen Lagers in der Zweiten Republik.

Gründung: 26. 3. 1949 durch *H. Kraus* und *V. Reimann* in Salzburg.

Programm: Im ersten Programm vom 22. 7. 1949 plädierte der VdU für die Wiederherstellung Österreichs als eines »freien und unabhängigen demokratischen Rechtsstaats«. Remi-

niszenzen an die großdeutsche Vergangenheit sprachen aus dem »Bekenntnis zum deutschen Volkstum«, freilich »bei voller Wahrung unserer staatlichen Selbständigkeit.« Das von vielen Leerformeln durchsetzte Programm nannte als die »drei Grundforderungen des VdU: Recht, Sauberkeit, Leistung«.

Organisation: Als vom Typ her mehr eine Honoratiorenpartei verfügte der VdU über keine feste Organisation.

Geschichte: Den Anschluß-Anhängern im national-freiheitlichen Lager erschien der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich zunächst grundsätzlich als Einlösung aller völkischen Ideale, die seit *Schönerers* DEUTSCHNATIONALEM VEREIN die Gemüter der großdeutschen Österreicher bewegt hatten. Indessen gestaltete sich die Erfüllung der alten Träume für viele Großdeutsche eher zur desillusionierenden Erfahrung. Österreichs »Kolonialisierung« mit »preußischen« Gauleitern und Beamten und eine Politik der Auslöschung des Namens »Österreich« wie der altösterreichischen Traditionen führte bei Österreichs Deutschnationalen allenthalben zur inneren Loyalitätsverweigerung. Ungeachtet dessen war die parteimäßige Rekonstituierung des dritten Lagers in der Zweiten Republik zunächst in Frage gestellt, denn die Vorherrschaft der Alliierten im Jahre 1945 bei der Wiedererrichtung Österreichs duldete nicht die Existenz einer Partei von zumeist »ehemaligen« Nationalsozialisten. Erst 1949 wurde die Ausnahmegesetzgebung zugunsten der »minderbelasteten« seinerzeitigen Nationalsozialisten aufgehoben und damit die Gründung des VdU möglich. Das Wahlergebnis 1949 machte deutlich, daß das dritte Lager trotz Zerfall, Diskreditierung und Desillusionierung nach wie vor als ein wichtiger Faktor in Österreichs politischer Kultur zu mobilisieren war. Der VdU, der bei den Wahlen als WÄHLERVEREINIGUNG DER UNABHÄNGIGEN (WdU) firmierte, erntete 11,67 % der abgegebenen Stimmen bzw. 16 Mandate im Nationalrat. Anläßlich der Bundespräsidentenwahl von 1951 sollte der VdU resp. das »Komitee der überparteilichen Einigung« im ersten Wahlgang erneut den beachtlichen Prozentsatz von 15,4 % der abgegebenen Stimmen zugunsten des parteiungebundenen Kandidaten, *B. Breitner,* für sich verbuchen. Ähnliche Erfolge konnte das dritte Lager künftig nicht mehr erzielen, was wohl hauptsächlich auf die wachsende integrative Kraft der beiden Regierungsparteien zurückzuführen war, die von dem Abbau der Ausnahmegesetzgebung und dem damit frei werdenden Wählerpotential profitierten.

Bei den Nationalratswahlen 1953 fielen auf den VdU (WdU) nur noch 10,9 % der Stimmen und 14 Mandate. Vorübergehend tat sich die Chance einer Regierungsbeteiligung auf, da die ÖVP daran interessiert war, ihre bei den Wahlen und aufgrund innerer Spannungen relativ geschwächte Position mit einer dritten Kraft auszugleichen. Dem widersetzte sich jedoch das Staatsoberhaupt, Bundespräsident *Körner,* mit allem Nachdruck; mangels »staatsbejahender« Einstellung sprach er dem VdU die Koalitionsfähigkeit rundweg ab.

Nach dem schwachen Abschneiden bei den Nationalratswahlen wurde der VdU von inneren Spannungen erschüttert. Es kam zu Aufspaltungen und Revirements, wie so oft in der Geschichte des dritten Lagers. Zwei Gruppen kristallisierten sich heraus, die betont antiklerikal und völkisch ausgerichtete FREIHEITLICHE SAMMLUNG ÖSTERREICHS (FSÖ, unter Führung von *F. Stüber*) und eine NATIONALE LIGA, die sich »nationalkommunistisch« verstand und den demokratischen Parteienstaat schlechthin ablehnte. Verluste bei den Landtagswahlen im Jahre 1954 und zunehmende Spannungen zwischen den stark national orientierten Landesverbänden und der unabhängig freiheitlich ausgerichteten Bundesparteileitung verschärften die innere Legitimationskrise der Partei. Unter der Führung *A. Reinthallers,* der im Anschlußkabinett *Seyß-Inquart* den Posten eines Landwirtschaftsministers bekleidet hatte, formierte sich Anfang 1955 die FREIHEITSPARTEI (FP). Nach einem monatelangen Tauziehen zwischen den verschiedenen Gruppen der Deutschnationalen und Freiheitlichen führten Verhandlungen des VdU mit der FP am 7. 4. 1956 zur Konstituierung der → FREIHEITLICHEN PARTEI ÖSTERREICHS.

Vereinigte Deutsche Linke → Verfassungspartei.

Verfassungspartei.

Die Verfassungspartei wurde am 18. 5. 1861 in Wien gegründet. Anläßlich der ersten Wahlen zum Reichsrat konstituierte sie sich aus den drei Gruppen der Linken; den »Großösterreichern«, den »Unionisten« und den »Autonomisten«.

Programm: Die ersten Parteiprogramme der Linken trugen die Gestalt von »Klubprogrammen« der einzelnen parlamentarischen Gruppen. So forderten die »Unionisten«, die zunächst stärkste Gruppe unter den Linken, in ihrem »Klubprogramm« von 1861 das Festhalten an der neuen Verfassung, die Abwehr jeglichen Landtagsseparatismus und föderalistischer Bestrebungen. Als Garantie für die Einhaltung der Verfassung wurde die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes verlangt. Die »Großösterreicher« forderten in ihrem Klubprogramm darüber hinaus noch eine Reihe demokratischer Freiheiten, so die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, gleiche Ämterfähigkeit, Gleichstellung aller Nationalitäten und Religionsbekenntnisse, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit etc. Getreu diesen Grundsätzen trat die liberale Verfassungspartei in der politischen Lage von 1867 für die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung ein.

Auf dem Parteitag 1870 wurde ein Programm angenommen, das die Solidarität der Deutschen in Österreich und das Festhalten an der Verfas-

sung wie am österreichisch-ungarischen Ausgleich betonte; es verwarf den Föderalismus und das böhmische Staatsrecht; schließlich trat es für direkte Wahlen zum Abgeordnetenhaus und für die Beseitigung des Kurienwahlrechts ein. Die Aufhebung des Konkordats, die Einführung der Zivilehe und die Herabsetzung des Militärbudgets waren Forderungen, die deutlich den wachsenden Einfluß der »Jungen« in der Partei erkennen ließen. Auf dem Parteitag von 1873 wurde nahezu ausschließlich von den »Jungen« ein neues Programm formuliert und verabschiedet. Da es den deutschnationalen Gedanken gegenüber der deutschösterreichischen Staatsidee in den Vordergrund hob, wurde es von den Altliberalen abgelehnt. Über diese Meinungsverschiedenheiten kam es zur inneren Aufspaltung der Partei und zur Bildung mehrerer parlamentarischer Klubs.

Im April 1897 legte sich die aus der Verfassungspartei hervorgegangene DEUTSCHE FORTSCHRITTSPARTEI auf ein von *G. Marchet* verfaßtes Programm fest, das neben dem Bekenntnis zur Verteidigung des nationalen Besitzstandes der Deutschen und der Verfassungsgrundsätze das Versprechen enthielt, für die Behebung des wirtschaftlichen Notstandes, zumal der bedrängten Bauern und Gewerbetreibenden, zu kämpfen.

Organisation: Die Parteibildung in den Anfängen des Parlamentarismus vollzog sich im Abgeordnetenhaus selbst; es gab hier eine Vielzahl von landsmannschaftlichen Vereinigungen, Parteischattierungen und eine ständige Bewegung der Auflösung, Neubildung und Umgruppierung zwischen diesen. Die Klubdisziplin wurde so locker gehalten, daß es keine Seltenheit war, wenn Mitglieder desselben Klubs gegeneinander stimmten. Die Parteitage der Liberalen trugen den Charakter von Privatversammlungen. Immer wieder angestellte Bemühungen, die Wahlen für die Verfassungspartei reichseinheitlich zu organisieren, schlugen fehl. Die Organisationsstruktur der liberalen Verfassungspartei entsprach insgesamt dem im 19. Jh. vorherrschenden Prototyp einer lose verfaßten »Honoratiorenpartei«. Wegen ihres hohen Anteils an Akademikern wurde sie nicht zu Unrecht als »Professorenpartei« bezeichnet.

Die bedeutendsten Presseorgane der liberalen Richtung in Österreich waren die ›Neue Freie Presse‹, Wien (seit 1864) und das ›Neue Wiener Tagblatt‹. Als Parteiorgan fungierte zwischenzeitlich die ›Deutsche Zeitung‹.

Geschichte: Der häufige Namenswechsel der Partei – VERFASSUNGSPARTEI, VEREINIGTE LINKE, VEREINIGTE DEUTSCHE LINKE, DEUTSCHE FORTSCHRITTSPARTEI – ist im Zusammenhang mit ihrem Entwicklungsprozeß zu sehen, für dessen Kurs die Begrenztheit des Konstitutionalismus ebenso maßgebend war wie der politische Generationswechsel und die zumal aus den Nationalitätenkämpfen des Reiches erwachsenen ideologischen Gärungen. Den inneren und äußeren Wandel der liberalen Verfassungspartei von ihrer Entstehung in den 60er Jahren bis in das 20. Jh. hinein hat der österreichische Verfassungsrechtler Gumplowicz mit kritischer Ironie so beschrieben: »Es ist das diejenige Partei, die zur Zeit, als sie Schmerlings Rechte war, sich die Linke nannte (in den 60er Jahren) und die dann, als sie der selbstgeschaffenen 1867er Verfassung untreu wurde, indem sie dieselbe durch die Aprilverfassung 1873 umgestaltete, sich die »verfassungstreue« nannte (in den 70er Jahren), die sodann, als sie in eine Anzahl einander bekämpfender Fractionen zerfiel und sich gründlich veruneinigte, sich die »vereinigte Linke« nannte (in den 80er Jahren), und als sie schließlich als eine rückschrittliche Capitalistengarde entlarvt wurde, sich als deutsch-fortschrittliche bezeichnete (seit den 90er Jahren).«

Der lange Weg des allmählichen Niedergangs der Partei vollzog sich vor dem Hintergrund der für das auslaufende 19. Jh. so charakteristischen Krise des Liberalismus, der in Österreich gleich drei politische Feindgruppen hatte: die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten und die radikalen Deutschnationalen, alle drei dem eigenen radikalen Flügel der liberalen Partei entstammend.

Anläßlich der Konstituierung des ersten Reichsrats im Jahre 1861 verfügte die Verfassungspartei über eine Mehrheit von 130 Stimmen gegen 70, welches Verhältnis aufgrund der fließenden Parteibewegungen natürlich keine konstante Größe war. Bis auf weiteres blieb die Verfassungspartei jedoch die stärkste Kraft im Reichsrat. Als mit der Dezemberverfassung von 1867 die Ära der konstitutionellen Monarchie ihren Einzug hielt, trat die liberale Partei in die Regierung ein. Schließlich war der verfassungsrechtliche Fortschritt das Ergebnis der eigenen Politik. Das Selbstverständnis der liberalen Regierungspartei war indessen nicht ohne Ambivalenz. Als Verkörperung des deutschen Beamtentums mußte sie den Interessen eines bürokratischen Zentralismus verpflichtet sein, als Regierungspartei war sie genötigt, die liberal-konstitutionellen Dogmen nicht nur zu propagieren, sondern auch zu realisieren. Aus dieser Spannung erwuchsen der Partei starke innerparteiliche Loyalitätsprobleme; ihre Reihen lockerten sich. Weitere zersetzende Wirkungen auf die Fraktion der deutschen Mehrheit hatte der zu Konzessionen gegenüber den Slawen insgesamt tendierende Regierungskurs.

Zum Zeitpunkt der slawisierenden Politik des Kabinetts *Hohenwart* befanden sich die Liberalen wieder in Opposition. Die 1871 erfolgte Errichtung des Deutschen Kaiserreiches gab der föderalistischen Politik der Regierung einen weiteren Auftrieb, wogegen die in ihrem nationalen Besitzstand sich bedroht fühlenden Deutschösterreicher sich zur Wehr setzten. Aufgrund dieser Spannungen entstanden neue Fraktionsgebilde auf der Linken. Den Altliberalen traten die »Fortschrittlichen« gegenüber. Der 1873 von den »Jungen« gegründete »Fortschrittsklub« setzte sich in seinem Programm für ein entschiedeneres

Auftreten in nationalen Fragen ein; zugleich wurde die bisherige nationalpolitische Einstellung der Linken als opportunistisch verworfen.

Mit der Loslösung des »Fortschrittsklubs« von der alten Verfassungspartei ging die Sonderstellung des VERFASSUNGSTREUEN GROSSGRUNDBESITZES (»Linkes Zentrum des Großgrundbesitzes«) einher, der zwar nicht für eine stärkere Betonung des nationalen Elementes eintrat, umgekehrt aber auch nicht eine kräftig liberale Entwicklung forcieren wollte, um die eigenen Privilegien nicht zu gefährden.

Zwischen rechtem und linkem Flügel der Verfassungspartei nahmen die Altliberalen (»Klub der Linken«) ihren Platz ein, die zunehmend zwischen der Option für Liberalismus oder Nationalismus schwankten. In Wien unterstützte die Gruppe der »Demokraten« die junge deutsche Bewegung bei der Verdrängung der Altliberalen in der Partei. In prinzipiellen Fragen gingen die drei genannten Gruppen jedoch noch übereinstimmend vor.

Mittels der Wahlreform von 1882 (→ Einleitung) sollten die klerikal-föderalistischen Mandate vermehrt werden. Es war nur konsequent, daß die verschiedenen Fraktionen der deutschen Linken versuchten, durch Einigung eine Gegenbastion aufzubauen. Auftrieb fanden diese Sammlungsbestrebungen auch in dem 1879 erfolgten Abschluß des Bündnisses zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, welches die deutschfortschrittlichen und die deutschnationalen Gruppen der Linken gemeinsam für das neue Wehrgesetz einzutreten veranlaßte. Durch Vereinigung des Deutschösterreichischen mit dem Deutschen Klub kam es am 6. 11. 1888 zu einer neuen Parteibildung, der VEREINIGTEN DEUTSCHEN LINKEN, die in die Fußstapfen der alten Verfassungspartei trat. Nach den Reichsratswahlen von 1891 verschmolzen die Mitglieder des VERFASSUNGSTREUEN GROSSGRUNDBESITZES mit der VEREINIGTEN DEUTSCHEN LINKEN. Vorläufig blieb die VEREINIGTE DEUTSCHE LINKE die stärkste Partei des Hauses.

Die »Erbengemeinschaft« der Liberalen war in vieler Hinsicht etwas grundlegend Neues. Sie war keine die Nationalitäten umspannende Reichspartei mehr. Die Sorge um den nationalen Besitz hatte zum Aufgeben des staatlichen Einheitsgedankens geführt. Der Nationalismus hatte sich starke Einbrüche in die eigenen Reihen verschafft und immer wieder zu neuen radikalen deutschnationalen Abspaltungen geführt.

Zuletzt waren es die Deutschradikalen unter *Steinwender* und *Bareuther*, die sich nach den Wahlen von 1891 zu einer gesonderten Vereinigung, der DEUTSCHEN NATIONALPARTEI (→ DEUTSCHNATIONALE PARTEIEN UND VERBÄNDE), zusammentaten. Damit wollten sie stärker als bisher ihre Eigenständigkeit gegenüber der VEREINIGTEN DEUTSCHEN LINKEN zum Ausdruck bringen.

Der Nationalitätenkampf sollte in dem Kampf um Cilli, der die Errichtung slowenischer Klassen an dem deutschen Gymnasium der Stadt zum Gegenstand hatte, eine neue Zuspitzung finden. Als die Koalitionsregierung des Fürsten *Windischgrätz*, an der die Liberalen partizipierten, über diese Frage stürzte, stellte der führende liberale Politiker *von Plener* sein Mandat zur Verfügung. Andere Altliberale folgten seinem Beispiel. Der Klub der VEREINIGTEN DEUTSCHEN LINKEN brach auseinander. Schon im Juni 1896 traten in Prag deutschböhmische Abgeordnete aus der gerade verblichenen VEREINIGTEN DEUTSCHEN LINKEN zusammen, um die Bildung einer neuen Partei, der DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI, anzugehen. Am 18. 10. 1896 wurde sie in Prag förmlich konstituiert; sie sollte als parlamentarische Organisation nach den Reichsratswahlen fungieren. Die neue Partei legte ein Bekenntnis zur Verteidigung des Deutschtums, aber auch zur Wahrung der Verfassung und zur Einheit des Staates ab.

In der politischen Atmosphäre des Kampfes um Cilli und in Vorbereitung der Reichsratswahlen von 1897 fand es auch der VERFASSUNGSTREUE GROSSGRUNDBESITZ zeitgemäß, sich wieder als eigener Parteiverband, losgelöst von den übrigen deutschen Gruppen, zu organisieren. Am 27. 3. 1897 vollzog er seinen Austritt aus der VEREINIGTEN DEUTSCHEN LINKEN.

Die DEUTSCHE FORTSCHRITTSPARTEI verzögerte ihre Konstituierung nach den Reichsratswahlen von 1897 und bemühte sich, als völlig neuer Verband zu erscheinen. In ihm schlossen sich die Wiener Altliberalen mit den ansonsten hauptsächlich deutschen Vertretern aus Böhmen und Mähren zusammen. Der Klub der DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI zählte nach den Wahlen 33 Abg., die Vereinigung der VERFASSUNGSTREUEN GROSSGRUNDBESITZER 30 Repräsentanten. Geht man von der Summe der Mitglieder beider Klubs aus, so zählten die Liberalen immer noch zu den stärksten Kräften des Hauses. Der Klub der DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI übernahm weitgehend das Programm der VEREINIGTEN DEUTSCHEN LINKEN, aber auch deren Mangel an politischer Durchschlagskraft, die eigenen Grundsätze gegenüber den allenthalben anwachsenden radikalen Strömungen zu behaupten.

Die von Ministerpräsident *Badeni* am 4. 4. 1897 erlassenen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren stürzten die zisleithanische Hälfte der Monarchie in eine schwere Krise. Der Nationalitätenkampf trat damit in seine entscheidende Phase. Die deutschen Parteien fühlten sich durch die Sprachenverordnungen in ihren nationalpolitischen Interessen verletzt und diskriminiert. Im Widerstand gegen *Badeni*, der schließlich aufgrund der fortgesetzten Obstruktion im Parlament und des auch auf die Straße getragenen Kampfes demissionieren mußte, kam es zu einer vorübergehenden Einigung der linken Parteien. So wurde im Dezember 1897 zwischen den deutschen Parteien eine DEUTSCHE GEMEINBÜRGSCHAFT gegründet. Lediglich die radikale Gruppe der Alldeutschen *Schönerers* schloß sich der auf eine

begrenzte parlamentarische Zusammenarbeit ausgerichteten Gemeinbürgschaft nicht an.

Das Ergebnis der Wahlen zum Reichsrat 1901 mündete in die Zersplitterung der einst großen Parteien. Schon am Schluß der XVI. Reichsratssession hatten 16 nationale Fraktionen die Mandate unter sich geteilt. Die DEUTSCHE FORTSCHRITTSPARTEI kehrte mit einem Verlust von 16 Mandaten ins Haus zurück.

Die Alldeutschen *Schönerers* ernteten hingegen die stattliche Zahl von 21 Sitzen. Durch Abspaltung sollte diese Gruppe aber bald ihre neue Stärke verlieren. In dem Prozeß der ideologischen und klassenmäßigen Auffächerung der Deutschnationalen gelang 1905 auch eine Verbindung von bäuerlichen Vertretern der Alldeutschen mit Mitgliedern der DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI; es kam zur Gründung der DEUTSCHEN AGRARPARTEI (→ DEUTSCHNATIONALE PARTEIEN UND VERBÄNDE).

Die 1907 abgehaltenen ersten Wahlen im Zeichen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts führten zu erheblichen Stimmenverlusten unter den deutschnationalen Gruppen wie unter den Resten der Altliberalen. Mit der endgültigen Beseitigung des Privilegienwahlrechts war der VERFASSUNGSTREUE GROSSGRUNDBESITZ als parlamentarische Größe inexistent geworden. Als Reaktion auf die großen Stimmengewinne für die Christlichsozialen und Sozialdemokraten machten sich unter den Geschlagenen Bestrebungen breit, zu einem deutschfreiheitlichen Gesamtverband zu gelangen. Mit der am 26. 2. 1910 erfolgten Gründung eines DEUTSCHEN NATIONALVERBANDS war schließlich eine Plattform gefunden, auf der sich Altliberale und Deutschnationale zusammenfinden konnten. Die wichtigste Säule des Nationalverbandes bildete die DEUTSCHE VOLKSPARTEI (→ DEUTSCHNATIONALE PARTEIEN UND VERBÄNDE), mit der die DEUTSCHE FORTSCHRITTSPARTEI verschmolz. Die Erben der liberalen Verfassungspartei verkörperten in dem Verband als einzige eine nichtantisemitische Richtung. Insgesamt gesehen bedeutete das Aufgehen der Liberalen in der DEUTSCHEN VOLKSPARTEI bzw. im DEUTSCHEN NATIONALVERBAND das endgültige Schwinden der einst die politische Kultur Österreichs so nachhaltig beeinflussenden eigenständigen Kraft des Liberalismus.

G. Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich 1967–1918, 8 Bde., Wien und Leipzig 1902–1914; R. Charmatz, Österreichs innere Geschichte von 1848–1895, 2 Bde., 1918; A. Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich, 1867–1918, Wien 1949; K. Eder, Der Liberalismus in Altösterreich, 1955; D. Harrington-Müller, Der Fortschrittsclub im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats 1873–1910, Wien/Köln/Graz 1972.

Verfassungstreuer Großgrundbesitz → Verfassungspartei.

Wählervereinigung der Unabhängigen (WdU) → Verband der Unabhängigen.

POLEN

von

ARMIN THEODOR DROSS

Polen gab sich am 3. 5. 1791 die erste geschriebene Verfassung in Europa (einige Monate vor der französischen Verfassung), die wiederum auf bereits vorhandene, in ihren Anfängen bis ins 15. Jh. zurückreichende Elemente parlamentarischer Herrschaftsformen zurückgreift. Sie setzte die Gewaltenteilung fest und gewährte den Bürgern, wenn auch mit beträchtlichen Einschränkungen, politische Rechte, während der Adel nach wie vor der herrschende und politisch entscheidende Stand blieb. Die Bauern blieben weiterhin unfrei, – persönliche Freiheit genossen nur die Neusiedler. Die Realisierung der Verfassung erwies sich als unmöglich und wurde durch die zweite und dritte Teilung Polens (1793 und 1795) gegenstandslos.

Die Verfassung des nach dem Frieden von Tilsit gebildeten Herzogtums Warschau wurde von *Napoleon* (Juli 1807) diktiert. Nach dieser Verfassung kamen dem Monarchen und der Regierung große Machtbefugnisse zu, – das Parlament (der »Sejm«) besaß nur geringe Einflußmöglichkeiten. Das Königreich Polen (Kongreßpolen 1815–1916) wurde von den europäischen Mächten auf dem Wiener Kongreß als mit Rußland durch Personalunion verbundener Staat sanktioniert, der nur das Kerngebiet des polnischen Siedlungsraumes ohne das bei Preußen verbleibende Großherzogtum Posen und den »Erwerb« Österreichs von 1772 umfaßte. Seine Verfassung basierte auf der Konstitution von 1791. Diese Verfassung, in ihren Grundzügen wesentlich liberaler als die des Herzogtums Warschau, schützte Sicherheit und Besitz der Bürger, verlangte dem Monarchen den Eid auf die Verfassung ab, band königliche Dekrete an die Gegenzeichnung durch den zuständigen Minister.

Nach dem niedergeschlagenen Aufstand gegen Rußland von 1830/31 wurde eine rigorose Russifizierungspolitik eingeleitet, die erst in der Folge des russisch-japanischen Krieges (1904) und der Revolution von 1905 abgemildert wurde. In der Ersten Duma, der russischen Volksvertretung (Sommer 1906), waren die Polen mit 38, in der Zweiten Duma (1907) mit 46 Abg. vertreten, während sie aufgrund der neuen Wahlbestimmungen in die Dritte Duma (Herbst 1907) nur noch 19 Vertreter entsenden konnten.

Im preußischen Teilgebiet konnten die Polen trotz des für sie nachteiligen Dreiklassenwahlrechts bei den Wahlen zum Reichstag von den 28 Wahlkreisen der Provinzen Posen und Westpreußen 18 für sich gewinnen. In Oberschlesien wurden seit 1903 polnische Abg. in den Reichstag gewählt.

Im österreichischen Teilgebiet war unter den Voraussetzungen einer weitgehenden Selbstverwaltung Galiziens (seit 1867) das Polentum in unvergleichlich günstigerer Lage als in den Herrschaftsgebieten Rußlands und Preußens. Die polnischen Abg. im Wiener

Reichsrat konnten als Partei der Regierung beträchtlichen politischen Einfluß ausüben, Polen hatten in der österreichischen Regierung Ministerposten inne und stellten zweimal den Ministerpräsidenten. Trotz der Existenz der 1892 gegründeten GALIZISCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI, und der 1895 entstandenen → POLNISCHEN VOLKSPARTEI blieb die politische Führung der Polen in Galizien in der Hand des konservativen Adels und der Beamtenschaft, die im Polenklub des Reichsrates ihre dominierende Stellung behaupteten. Bei einem Nationalitätenverhältnis von 45 % Polen zu 43 % Ukrainern konnten die polnischen Parteien infolge einer für sie günstigen Wahlkreiseinteilung bei den Reichsratswahlen 1907 von den 115 galizischen Sitzen 82 für sich verbuchen. Der Einfluß der Konservativen war dabei zwar wesentlich zurückgegangen, doch konnten sie aufgrund ihrer parlamentarischen Erfahrung im Wiener Reichsrat nach der 1918 erfolgten Wiedererrichtung des polnischen Staates im Sejm und Senat eine bedeutende Rolle spielen.

Der im November 1916 vom deutschen Kaiser und vom Kaiser von Österreich proklamierte polnische Staat in der Form einer konstitutionellen Erbmonarchie blieb ohne das Fundament einer Verfassung. Nach der Neugründung des polnischen Staates (11. 11. 1918) und dem Abschluß des Kampfes um die Grenzen verabschiedete der aus den Wahlen von 1919/20 hervorgegangene »Verfassunggebende Sejm« am 17. 3. 1921 eine Verfassung, die auf den Grundgedanken der parlamentarischen Demokratie beruhte und das Parlament zur alleinigen Autorität im Staate machte. Praktisch bestimmte der Sejm nach dieser Verfassung die Zusammensetzung der Regierung, die ihm voll verantwortlich war und von ihm durch Mißtrauensvotum gestürzt werden konnte.

Piłsudskis Staatsstreich vom 12. 5. 1926, begründet durch das Versagen des Parlamentarismus, verschaffte der politischen Zentralfigur jener Zeit die Stellung eines Diktators ohne den äußerlichen Rahmen einer Diktatur. Die Verfassung von 1921 wurde am 2. 8. 1926 abgeändert zugunsten einer autoritären Herrschaftsform unter Beibehaltung bestimmter parlamentarischer Elemente. Die Macht des Sejm wurde zugunsten der Regierung eingeschränkt, der Staatspräsident konnte das Parlament auflösen. In Weiterführung dieser Entwicklung wurde in der Verfassung vom 23. 4. 1935 die Parlamentsherrschaft beseitigt und der »vor Gott und der Geschichte« verantwortliche, von einer Elektorenversammlung gewählte Staatspräsident zur entscheidenden Autorität im Staat. Dem Sejm wurde die Regierungsbildung entzogen, jedoch das Prinzip der parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung beibehalten. Um die Kontinuität des Staates im Exil aufrechtzuerhalten, stützte die polnische Regierung im Exil (1939–1945) ihre Legitimität auf die Verfassung von 1935, obwohl sie sich überwiegend aus *Piłsudski*-Gegnern zusammensetzte. Ihr zunächst beträchtlicher politischer Einfluß auf die Entwicklung in Polen nahm in dem Maße ab, wie andere, kommunistisch orientierte politische Kräfte wirksam wurden, die Polen mit Unterstützung der Sowjetunion auf den Weg der Volksdemokratie führten. Mit der völkerrechtlichen Anerkennung des neuen Regimes entzogen auch die Westmächte der Exilregierung als der Repräsentanz der polnischen Nation den Boden legitimen Handelns (1945). Das Exilparlament bestand aus 19 Vertretern von Parteien, die zu *Piłsudski* in Opposition gestanden hatten. Dieses nicht gewählte Rumpfparlament besaß wenig Kontakt mit der Heimat. Das Manifest von Lublin (22. 7. 1944) präjudizierte die volksdemokratische Ordnung in Polen und führte zu der Verfassung vom 22. 7. 1952, die das Prinzip der Aufhebung der Gewaltenteilung im gesamten Staatsleben durchführte und in ihrer Fassung vom 21. 2. 1976 die Volksrepublik Polen als sozialistischen Staat bezeichnet, in dem der Kommunistischen Partei die »führende Rolle« zugewiesen wird. Die gesetzgebende Gewalt

wird vom Sejm und dem Staatsrat ausgeübt. Oberstes Exekutivorgan ist der Ministerrat, wobei alle Grundentscheidungen in den Führungsgremien der Partei getroffen werden.

Das Wahlrecht blieb nach den Verfassungen von 1791 und 1807 auf die im Vergleich mit den Feudalstaaten in Westeuropa weit umfangreichere Adelsschicht begrenzt. Die Verfassung von 1815 regelte das Wahlrecht ausschließlich nach dem Vermögenszensus und dem Bildungsstand. Im Herzogtum Warschau waren etwa 100 000 Bürger wahlberechtigt (in dem weit bevölkerungsreicheren Frankreich vergleichsweise nur 80 000.) Die Befugnisse des Parlaments waren beschränkt. Es besaß keine Gesetzesinitiative und konnte seine Meinung lediglich über Gesetzesvorschläge im Bereich des Zivil- und Strafrechts sowie in Verwaltungsangelegenheiten äußern.

In der parlamentarischen Demokratie (1921–1926) stand das Wahlrecht nach der Verfassung vom März 1921 allen Staatsbürgern zu. Die Wahlen waren allgemein, geheim, direkt, gleich und proportional. Als Nationalversammlung wählten beide Kammern gemeinsam den Staatspräsidenten, der seine Amtshandlungen zwar nicht vor dem Parlament zu verantworten hatte, aber doch vom Staatsgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden konnte, wenn das Parlament das mit einer Dreifünftel-Mehrheit beschloß.

Wesentlich geändert wurde der Wahlvorgang durch die autoritäre Aprilverfassung von 1935. Danach wurde das Recht zur Kandidatenaufstellung Wahlkreisversammlungen zugesprochen, die sich aus Vertretern der staatlichen Verwaltung, der Selbstverwaltungskörperschaften, der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften zusammensetzten. Oppositionelle Gruppen waren daran gehindert, ihre Kandidaten auf den Kandidatenlisten zu plazieren.

Die Wahlen zum »Verfassunggebenden Sejm« am 19. 1. 1947 wurden auf der Grundlage des vom »Nationalen Landesrat« am 21./22. 9. 1946 beschlossenen Wahlgesetzes abgehalten, das sich an der Verfassung von 1921 orientierte: aus allgemeinen, gleichen, freien, geheimen und direkten Wahlen sollten 444 Abg. hervorgehen, von denen 372 in 52 Wahlkreisen und 77 über eine Staatsliste zu wählen waren.

Wahlen zum Senat fanden nicht mehr statt, da zuvor in einem Referendum (30. 6. 1946) die zweite Kammer aufgehoben worden war.

Im Zusammenhang mit der Annahme der revidierten Verfassung beschloß das polnische Parlament am 17. 1. 1976 eine neue Wahlordnung. Die Legislaturperiode beträgt 4 Jahre, die Zahl der Abgeordneten ist auf 460 begrenzt. Die Wahlordnung sieht vor, daß ein Drittel mehr Kandidaten aufgestellt werden, als Sitze zur Verfügung stehen. Die Wahlen entscheiden nicht über die politische Machtverteilung zwischen mehreren im sozialistischen System vorhandenen Parteien, – ihre Bedeutung beschränkt sich auf die Bekundung der öffentlichen Solidarität der Bevölkerung mit der von der kommunistischen Vereinigten Arbeiterpartei gelenkten Politik. Die Entscheidung über die Mandatsverteilung fällt der »Front der Nationalen Einheit« zu, die für das Parlament und die regionalen Vertretungsorgane (Volksräte) die Kandidatenlisten als Einheitslisten nach einem bestimmten Schlüssel aufstellt. Dabei übt die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR, Polska Zjednoczona Partia Rabotnicza) im Sinne der von ihr beanspruchten »führenden Rolle« den maßgeblichen Einfluß aus.

Zu den Eigenheiten des polnischen Parlamentswesen gehören katholische Abgeordnetenclubs, gelegentliche Stimmenthaltungen und Neinstimmen.

Erste Ansätze zu einer Parteienbildung im modernen Sinn lassen sich in Polen erst nach den mißlungenen Aufständen von 1830/31 im Königreich, seit 1846 im österreichischen

Teilgebiet, seit 1848 im Großherzogtum Posen und von 1863 wiederum in den nunmehrigen »westlichen Gouvernements« Rußlands feststellen: es kam in den drei Teilgebieten zur Gründung zahlreicher polnischer Gruppierungen mit einem breiten politischen Spektrum. Allen gemeinsam war, daß sie sich auf die Prinzipien der Mai-Verfassung von 1791 beriefen und von einem starken Patriotismus getragen wurden. Oberstes gemeinsames Ziel war die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates von jedoch unterschiedlich ausgeprägter Struktur. Als für die späteren Parteigründungen relevant sind als politische Zusammenschlüsse für diese Zeit zu nennen: die polnischen Abgeordnetenclubs im Wiener Parlament und im preußischen Landtag, die »Polnische Demokratische Gesellschaft«, die sich die Errichtung eines republikanisch-parlamentarischen Staates zum Ziel gesetzt hatte, die »Polnische Liga« (vorwiegend im preußischen Teilgebiet aktiv), die sich mit ihren 37 000 Mitgliedern auf ökonomische und Volksbildungsziele konzentrierte, die Jugendorganisation der »Philomaten«, die eine Anhebung des intellektuellen Niveaus anstrebte, die »Vereinigung des Polnischen Volkes« mit einem betont republikanischen Programm, das »Junge Polen«, das die konspirative Arbeit in allen drei Teilgebieten übernommen hatte und mit Schwerpunkt Bildungsziele verfolgte und der »Verband der Plebejer«, der ein radikales gesellschaftlich-politisches Programm verfolgte.

Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang die politische Aktivität der polnischen sogenannten »Großen Emigration« im Westen mit ihrem Schwerpunkt in Paris. Ihr aristokratischer Flügel betrieb eine gemäßigte, im sozialen Bereich konservative Politik, die auf den europäischen Liberalismus und die nationalen Bestrebungen setzte und beträchtliche Auswirkungen im russischen Teilgebiet Polens hatte, – während sich der demokratische Flügel im Polnischen Nationalkomitee eine Organisation schuf, die auf eine allgemeine europäische revolutionäre Bewegung hoffte. Auch diese Richtung fand im dreigeteilten Polen zahlreiche Anhänger.

Die sozialistische Bewegung, in Polen mit besonderer Sympathie aufgenommen, weil sich *Marx* und *Engels* nachdrücklich für eine positive Regelung der »polnischen Frage« einsetzten, stellte in der 1882 entstandenen Organisation »Proletariat« ihre Forderung nach einer sozialen Revolution in den Vordergrund. In neuentstandenen sozialistischen Gruppen, die 1892 die → Polnische Sozialistische Partei gründeten, gewann das nationale Element wiederum an Bedeutung.

Eine weitere Gruppe von Sozialisten bildete (seit 1894) die → Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens, die den Nationalstaat als störendes Element auf dem Wege zum Sozialismus ablehnte. Die gegensätzlichen Auffassungen dieser beiden sozialistischen Parteien wirken sich bis in die Gegenwart hinein aus.

Als eine den Bestrebungen der Sozialisten entgegenwirkende Bewegung des Bürgertums entstand 1894 die Nationale Liga (Liga Narodowa), die auf die Einheit der dreigeteilten Nation setzte, die im allpolnischen Volkstum ruhenden Kräfte mobilisierte und nationale Demonstrationen organisierte, sich aber auch um die wirtschaftliche Festigung, insbesondere im preußischen Teilgebiet Polens kümmerte.

Eine starke politische Bewegung des Bauerntums entwickelte sich in der 1895 im österreichischen Teilgebiet gegründeten → Polnischen Volkspartei, die als legale politische Gruppierung Abgeordnete in den Landtag brachte und im Wiener Reichsrat vertreten war.

Die konservativen Kräfte fanden im russischen Teilgebiet ihren parteipolitischen Rahmen in der 1904 gegründeten Partei für Realpolitik und übten auch im österreichischen Galizien beträchtlichen Einfluß aus.

Im Zuge dieser Gesamtentwicklung hatten sich zwei politische Grundorientierungen herausgebildet mit stark voneinander abweichender Programmatik, vertreten durch die SOZIALISTISCHE PARTEI und die aus der NATIONALEN LIGA hervorgegangene NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI. Sie bestimmten weitgehend die polnische Parteienlandschaft der Zwischenkriegszeit.

Vor der Wiedererrichtung des polnischen Staates (1918) und in den ersten Jahren nach der Staatsgründung standen die beiden politischen Hauptgruppierungen auch in ihrer außenpolitischen Orientierung in einem diametralen Gegensatz zueinander. Zu den vielfältigen im Parlament vertretenen polnischen Parteien kamen noch die Vertreter der nationalen Minderheitengruppen.

Insgesamt umfaßte das Parteienspektrum etwa 20 Gruppierungen, was klare Mehrheitsbildungen erschwerte und zu einer Unstabilität des politischen Lebens mit häufigem Regierungswechsel führte.

In der Zeit der autoritären Herrschaft nach dem Mai-Umsturz von 1926 kam es auf Betreiben *Piłsudskis* zur Bildung einer heterogen zusammengesetzten Regierungspartei (→ PARTEILOSER BLOCK DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER REGIERUNG [BBWR]), daneben zum LAGER DES GROSSEN POLEN und zu einem Oppositionsblock aus den Parteien der Mitte und der Linken, der ZENTRUMSLINKEN. Die während des Zweiten Weltkriegs in der Emigration und in der Heimat wieder- oder neugegründeten Parteien blieben in der nunmehrigen Volksdemokratie in ihrer ursprünglichen Form nur kurze Zeit bestehen und wurden bereits in den ersten beiden Nachkriegsjahren politisch ausgeschaltet oder neutralisiert. Zur regierenden Partei wurde die POLNISCHE VEREINIGTE ARBEITERPARTEI. Politisch einflußlos sind die beiden anderen Parteien, die DEMOKRATISCHE PARTEI und die VOLKSPARTEI.

A. Bełcikowska, Stronnictwa i związki polityczne w Polsce, Warschau 1925; H. Grynwaser, Demokracja szlachecka 1795–1918, in Bd. I der Schriften, Breslau 195 1; H. Roos, Polen zwischen den Weltkriegen, in W. Markert (Hg.) Osteuropa-Handbuch Polen, 1959; G. Rhode, Kleine Geschichte Polens, 1965; Marks i Engels o Polsce (Materialsammlung), Warschau 1969; W. Feldmann, Geschichte der politischen Ideen in Polen seit den Teilungen (1795–1914), Neudruck 1964; H. Roos, Geschichte der polnischen Nation 1918–1978, 1979; St. Kienewicz, Historia Polski 1795–1918, Warschau 1968; J. Topolski (Hg. u. Ma.), Dzieje Polski, Warschau 1975; P. Böhning, Die nationalpolnische Bewegung in Westpreußen 1815–1871, 1973.

Arbeitspartei (**SP,** Stronnictwo Pracy).

Gründung: Am 10. 10. 1936 wurde von Politikern unterschiedlicher Parteiprovenienz die »Front von Morges« gebildet, benannt nach dem Wohnsitz des emigrierten oppositionellen nationaldemokratischen Politikers *Paderewski.* Aus ihrer Initiative entstand 1937 nach der Vereinigung der CHRISTLICHEN DEMOKRATIE und der NATIONALEN ARBEITERPARTEI die SP unter der Führung *K. Popiels.*

Programm: Innenpolitisch: Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie, Bekämpfung des *Piłsudski*-Regimes; außenpolitisch: betonte Anlehnung an Frankreich, insgesamt ein ausgesprochen restauratives Programm.

Organisation: Im Zusammengehen mit den anderen drei größeren Oppositionsparteien NATIONALPARTEI (SN), POLNISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI (PPS) und POLNISCHE VOLKSPARTEI (SL) Organisationszentren ohne lokale und regionale Gliederung mit Schwerpunkt im ehemaligen preußischen Teilgebiet.

Parteipresse: Einsatz der Presse der anderen Oppositionsparteien für die spezifischen Ziele der SP und ›Illustrowany Kurier Polski‹ (Polnischer Illustrierter Kurier).

Geschichte: Enge Zusammenarbeit mit der → POLNISCHEN VOLKSPARTEI. In den beiden Jahren bis zum Kriegsbeginn 1939 gewann die Partei nur geringen Einfluß, bekleidete aber in den Polnischen Regierungen im Exil (Paris–London) als ehemalige Oppositionspartei gegen das *Piłsudski*-Regime verschiedene Ministerposten und war auch im Exilparlament vertreten. Im okkupierten Polen bildete die SP gemeinsam mit der PPS, der SN und der SL seit 1940 eine einheitliche politische Repräsentation im Untergrund und trat 1944 dem von der Exilregierung gesteuerten »Rat der Nationalen Einheit« bei. An den Moskauer Gesprächen zur Bildung der »Regierung der Nationalen Einheit« war die SP beteiligt und auch in den beiden ersten Nachkriegsregierungen Polens vertreten. Der Neuaufbau der Partei, die zunehmend eine oppositionelle Haltung einnahm, sta-

gnierte. Das Verbot des für den 19. 7. 1946 angekündigten Parteitags der SP durch die Regierung führte dazu, daß die Parteiführung die gesamte Parteitätigkeit einstellte. Die Wahl eines der neuen politischen Staatsführung genehmen Parteivors. im September 1946 ermöglichte der SP noch ein kurzfristiges Schattendasein, das in den Folgejahren gänzlich verblaßte.

H. Roos, Polen zwischen den Weltkriegen, in: W. Markert (Hg.) Osteuropa-Handbuch Polen, 1959; E. Duraczyński, Stosunki w kierownictwie podziemia londyńskiego 1939–1943, Warschau 1966.

Bauernpartei (Stronnictwo Chłopskie).

Gründung: Januar 1926 durch Abg. des linken Flügels der bäuerlichen POLNISCHEN VOLKSPARTEI »PIAST« (→ POLNISCHE VOLKSPARTEI) unter der Führung von *J. Dąbski*.

Programm: Einsatz für eine radikale Bodenreform und für sozialrevolutionäre Ziele.

Der Partei nahestehende Presse: ›Wyzwolenie, Piast‹ (Befreiung, Piast).

Geschichte: Zunächst Unterstützung *Piłsudskis*, weil die Parteiführung den Maiumsturz von 1926 als sozialrevolutionäre Revolution ansah. Die Entwicklung zur oppositionellen Partei setzte im Herbst 1927 ein. Bei den Parlamentswahlen im März 1928 trat die Partei als Teil der demokratisch-parlamentarischen linken Opposition gegen den → NICHTPARTEIGEBUNDENEN BLOCK auf und erzielte 26 von 444 Sitzen. Initiativ wurde die Partei bei der Bildung der oppositionellen → ZENTRUMSLINKEN; von den Maßnahmen zu deren Zerschlagung (Sommer 1930) wurde sie hart getroffen. Nach dem Zusammenschluß aller Bauernparteien zur VOLKSPARTEI (→ POLNISCHE VOLKSPARTEI) im März 1931 übte die ehemalige Bauernpartei innerhalb dieser Vereinigung nur noch geringen Einfluß aus, da ihr führender Kopf, *J. Dąbski*, im Juni 1931 starb.

A. Czubiński, Centrolew, Kształtowanie się i rozwój demokratyczney, Opozycji antysanacyjnej w Polsce w latach 1926–1930, Posen 1963.

Christliche Demokratie (**ChD,** Chrześcijańska Demokracja).

Gründung: 1919 als Zusammenschluß regionaler christlicher Parteien wie der KATHOLISCHEN VOLKSPARTEI (Stronnictwo Katolicko-Ludowe) in Galizien und entsprechender Gruppierungen in den anderen ehemaligen Teilgebieten Polens.

Programm: Auf der Grundlage der katholischen Soziallehre wurde die Aktivität der Partei innerhalb der christlichen Gewerkschaften besonders betont und die parlamentarische Demokratie als die den Zielen der Partei adäquate politische Staatsform herausgestellt.

Organisation: Straffe Gliederung nach Orts- und Kreisgruppen im Industrierevier Oberschlesien, wo die Partei am stärksten vertreten war, und punktuelle Stützpunkte in den übrigen Landesteilen.

Parteipresse: Hauptorgan ›Polonia‹ (1924–1939) in Kattowitz, ›Mały Dziennik‹ (1935–1939, Kleines Tageblatt) in Posen.

Geschichte: 1920 unterstützte die Partei während des polnisch-bolschewistischen Kriegs die Mitte-links-Regierung von *Witos*. Die Parlamentswahlen am 5. und 12. 11. 1922 bestritt die Partei im Rahmen des Wahlblocks der »Christlichen Nationalen Einheit«, der 28,8 % der Stimmen und 169 Mandate erzielte und bildete im Sejm, zusammen mit der NATIONALEN ARBEITERPARTEI (NPR) und dem »PIAST« (→ POLNISCHE VOLKSPARTEI) mit 132 Abg. den Block der Mitte. Im Dezember 1926 schloß sich die Partei dem von *R. Dmowski* gegründeten LAGER DES GROSSEN POLEN an (→ NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI). Mehr Einfluß gewann die ChD innerhalb der 1929 gebildeten → ZENTRUMSLINKEN, hatte aber auch die Regierungsmaßnahmen gegen diesen oppositionellen Block und seine führenden Politiker zu ertragen. Durch die 1936 erfolgte Fusionierung mit der → NATIONALEN ARBEITERPARTEI zur → ARBEITERPARTEI gab die Christliche Demokratie ihre Existenz als selbständige Partei auf.

A. Bełcikowska, Stronnictwa i związki polityczne w Polsce, Warschau 1925; Pierswsze lata dyktatury Piłsudskiego 1926–1930, Warschau 1956; A. Ajnenkiel, Od rzadów ludowych do przewrotu majowego. Zarys dziejów politycznych Polski 1918–1926, Warschau 1968.

Christlich-Nationale Partei (**SChN,** Stronnictwo Chrześcijańsko-Narodowe), neben den Christdemokraten die bedeutendste christliche Partei unter zahlreichen kleineren regionalen christlichen Gruppierungen und Klubs wie zum Beispiel der KATHOLISCHEN VOLKSPARTEI in Galizien, die bei den Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm (Januar 1919) 8,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Anzumerken ist, daß die meisten polnischen Parteien sich eindeutig zur katholischen Kirche und ihrer nationalen Rolle bekannten, es also aus kirchenpolitischen Erwägungen keiner akzentuiert christlichen Partei bedurfte.

In den programmatischen Veröffentlichungen der zwischen 1920 und 1921 gegründeten SChN wurde die für Polen so charakteristische enge Verbindung zwischen polnischem Patriotismus und christlich-religiösem Denken und Empfinden stark hervorgehoben.

Politische Aktivitäten auf Landesebene entwickelte die Partei zum ersten Mal bei den Parlamentswahlen 1922 und bildete zusammen mit dem nationaldemokratischen NATIONALEN VOLKSVERBAND (ZL-N, → NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI) eine 126 Abg. umfassende Fraktion der Rechten, trat aber 1923 der Vereinbarung über eine Zusammenarbeit zwischen ZL-N, der → CHRISTLICHEN DEMOKRATIE und der → POLNISCHEN VOLKSPARTEI »PIAST« nicht bei, unterstützte jedoch zeitweise die Regierungen der parlamentarischen Demokratie. Der Maiumsturz 1926 brachte auch die SChN in eine schwere organisatorische und parlamentarische Krise, von der sie sich nicht mehr erholte. Sie löste sich im Spätherbst 1927 auf.

G. Rhode, Kleine Geschichte Polens, 1965; A. Czubiński, Polska w okresie dwudziestolecia miedzy-wojennego, in: J. Topolski (Hg.), Dzieje Polski, Warschau 1975.

Demokratische Partei (SD, Stronnictwo Demokratyczne), neben der regierenden → Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) eine der beiden nichtkommunistischen Parteien der Volksrepublik Polen.

Gründung: 12. 6. 1938 durch Zusammenschluß mehrerer oppositioneller regionaler und lokaler Demokratischer Klubs, unter Führung von *M. Michałowicz* und *M. Kwaśniewski*.

Programm: In der »Programmatischen Erklärung« vom 16. 4. 1939 trat der I. Parteitag für eine Verteidigung der parlamentarischen Demokratie, die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie, die Einführung der Planwirtschaft und den Schutz des Handwerks ein. Nach 1945 schwenkte die Partei in ihren Programmthesen, insbesondere auf ihrem X. Parteitag 1973, auf die Linie der PZPR ein unter Beibehaltung ihres Engagements für die Dienstleistungsberufe.

Organisation: Im allgemeinen Berufs- und Betriebsgruppen auf Gemeinde- und Wojewodschaftsebene. Ein vom Parteitag für vier Jahre gewähltes 80köpfiges Zentralkomitee mit seinem Präsidium und Sekretariat leitet die Parteiarbeit. Mitgliederstand (1978) 96 500, davon drei Fünftel aus Intelligenz- und Angestelltenberufen.

Presse: ›Kurier Polski‹ (seit 1957, Polnischer Kurier), ›Tygodnik Demokratyczny‹ (seit 1953, Demokratisches Wochenblatt).

Geschichte: In den 15 Monaten von der Parteigründung bis zum Kriegsbeginn suchte die SD die Zusammenarbeit mit den oppositionellen Linksparteien, kam aber nicht zur politischen Wirkung. In den parteiinternen Auseinandersetzungen in der Okkupationszeit, bei denen es vorwiegend um die Zusammenarbeit mit der polnischen Exilregierung in London oder die Kooperation mit den polnischen Kommunisten in der Sowjetunion und im besetzten Polen ging, setzten sich gegen Kriegsende die Befürworter der sowjetfreundlichen Richtung durch. Die ideologisch geführten Diskussionen um die Rolle der Intelligenz und des Handwerks unter den Bedingungen des neuen politischen Systems führten 1948 zur Anerkennung der führenden Rolle der Kommunisten. Das Ergebnis war ein Mitgliederschwund in den Jahren 1950–54. Ein Umschwung trat 1956 im Zusammenhang mit dem »Polnischen Oktober« ein (→ PZPR). Die Arbeit der Partei konzentriert sich auf die Dienstleistungsberufe, deren Einfluß auf das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung zugenommen hat, auf die Entfaltung der Marktproduktion der Kleinbetriebe, auf Bildungs- und Freizeitfragen. In den Parlamentswahlen, an denen die Partei im Rahmen der »Front der Nationalen Einheit« zusammen mit der PZPR, der Vereinigten Volkspartei und den Massenorganisationen teilnimmt, hat sich der Anteil der SD-Abgeordneten in den acht Legislaturperioden von 1952 bis 1980 von 25 auf 37 von insges. 460 Abg. erhöht.

Deutsche Arbeitspartei Polens (DAP)
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Deutsche Christliche Volkspartei
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Deutsche Katholische Volkspartei (DKV)
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Deutsche Partei
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens (DSAP)
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Deutsche Vereinigung
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Deutsche Volksgemeinschaft
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Deutsche Volkspartei
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Deutscher Volksverband in Polen (DVV)
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Gemeinschaft (Hramada oder Hromada), weißruthenische, bäuerlich bestimmte politische Organisation.

Gründung: 1902 als Organisation zur Wahrung der weißruthenischen politischen und kulturellen Eigenständigkeit; Wiedergründung im Februar 1925.

Programm: Nationale Selbstbestimmung bei gleichzeitiger Verfolgung sozialrevolutionärer Ziele.

Presse: Illegal erscheinende Nachrichtenblätter, nach 1918 die Wochenzeitung ›Hramada‹ (Gemeinschaft). – Seit 1956 erscheint für die kleine weißruthenische Minderheit in der Volksrepublik Polen die Wochenzeitung ›Niva‹ (Feld und Flur).

Geschichte: An dem 1918 gestarteten und mißlungenen Versuch, eine polnisch-weißruthenische Union im Sinne der jagellonischen Idee zu bilden, war die Organisation nicht beteiligt. Nach der Teilung Weißrutheniens durch den Frieden von Riga (März 1921) in die zu Sowjetrußland gehörende spätere Bjelorussische SSR und die Polen

zugeschlagenen Westteile dieses ethnographisch fast einheitlichen Siedlungsraumes, repräsentierte die Hramada seit 1925 die politischen Interessen der weißruthenischen Minderheit in Polen. Die Parlamentswahlen Anfang November 1922 brachten dem → MINDERHEITENBLOCK (Juden, Ukrainern, Deutschen und Weißruthenen) insgesamt 89 Mandate, davon 11 für die Weißruthenen. Die nach dem Maiumsturz von 1926 forcierte polnische Integrationspolitik blieb in den weißruthenischen Gebieten ohne wesentliche Resonanz. Die Hramada entwickelte sich immer stärker zu einer nationalistischen Bauernpartei mit antipolnischem sozialrevolutionärem Akzent. Die Reaktion der Regierung blieb nicht aus: im Januar 1927 wurden führende Mitglieder der Partei verhaftet und die Partei selbst am 27. 3. 1927 für illegal erklärt. Die Interessen der weißruthenischen Minderheit wurden fortan von ihrem Nationalkomitee und dem weißruthenischen Arbeiterklub wahrgenommen, die bei den Parlamentswahlen 1928 zusammen mit den Ukrainern 49 Sitze erzielten. Anfang 1938 wurde das Weißruthenische Nationalkomitee aufgelöst.

W. Balcerek, Powstanie państw narodowych w Europie Środkowo-Wschodniej, Warschau 1974; A. Krysiński, Liczba i rozmieszczenie Białorusinów w Polsce, in: Sprawy narodowościowe 2. 1928, 3/4.

Jungdeutsche Partei
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Katholische Union der Westgebiete (**KUZZ,** Katolicka Unia Ziem Zachodnich).

Gegründet 1927 als Zusammenschluß konservativ-katholischer Elemente zur Verstärkung des Regierungslagers, da nicht alle die Regierung unterstützenden politischen, zum Teil divergierenden Strömungen sich in den → PARTEILOSEN BLOCK DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER REGIERUNG eingliedern ließen.

Die KUZZ wirkte vorwiegend in Großpolen und Pomerellen. Bei den Parlamentswahlen am 4. und 11. 3. 1928 erzielte sie kein Mandat und verfiel 1929 der Selbstauflösung.

Katholische Volkspartei
→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Klub der Konstitutionsarbeit (**KPK,** Klub Pracy Konstytucyjnej).

Im Sommer 1919 gegründet als Zusammenschluß konservativer Politiker aus Ostgalizien, wo wegen der Aktionen gegen die ukrainischen Unabhängigkeitskämpfer keine Wahlen stattfinden konnten. Durch Dekret wurden die ehemals in den Wiener Reichsrat gewählten polnischen Abg. aus den ostgalizischen Wahlkreisen in den Verfassunggebenden Sejm aufgenommen. Die Konservativen dieser Gruppe bildeten zusammen mit anderen Abg. der gleichen Richtung den 18 Politiker umfassenden KPK. Der Klub sah seine Aufgabe darin, den Staatschef *Piłsudski* im Parlament zu unterstützen. Im Sejm von 1922 war dieser Abgeordnetenklub nicht mehr vertreten.

Kommunistische Arbeiterpartei Polens (**KPRP,** Komunistyczna Partia Robotnicza Polski).
→ Kommunistische Partei Polens.

Kommunistische Partei Polens (**KPP,** Komunistyczna Partia Polski).

Gründung: 16. 12. 1918 unter der Bezeichnung KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI POLENS (KPRP, Komunistyczna Partia Robotnicza Polski) als Zusammenschluß der → SOZIALDEMOKRATIE DES KÖNIGREICHES POLEN UND LITAUENS (SDKPiL) und der → POLNISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI »LINKE« (PPS-Lewica), die beide bereits in dem am 5. 8. 1914 gegründeten Interparteilichen Arbeiterrat eine enge Zusammenarbeit eingegangen waren, unter Einbeziehung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes (→ Rußland). Zu den führenden Persönlichkeiten zählten *A. Warszawski* (SDKPiL) und *M. Koszutska* (PPS-Lewica).

Programm: In dem auf dem Gründungsparteitag beschlossenen Manifest entwarf die Partei die Vision einer internationalen sozialistischen Revolution, die durch die Krise des Kapitalismus zwangsläufig herbeigeführt würde. Die einzige an der Revolution interessierte politische Kraft in Polen sei das Proletariat, das im Zusammenwirken mit der russischen und der deutschen Revolution die Herrschaft der besitzenden Klassen stürzen und die Macht übernehmen werde. Dieser übergeordneten Idee der Revolution gegenüber wurde die Lösung anderer Probleme als Funktion des revolutionären Umsturzes gesehen: die Revolution werde die materielle Lage der Arbeiterklasse, die nationale Frage, die Frage der Grenzen und andere Probleme lösen. Demgemäß trat die Bildung des eigenen Nationalstaates zurück zugunsten eines proletarischen Internationalismus, in Anlehnung an die Vorstellungen von *R. Luxemburg*. Der II. Parteitag (Oktober 1923) konkretisierte das Programmanifest von 1918, forderte eine entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer und bekannte sich zu dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bis hin zur Sezession, was sich auch auf die in Polen ansässigen nationalen Minderheiten bezog.

Organisation: Anfänglich auf das ehemalige russische Teilgebiet Polens beschränkt, seit 1920 ausgedehnt auf die nordwestlichen Verwaltungsbezirke, Anschluß der ursprünglich autonomen Kommunistischen Parteien Oberschlesiens, der Westlichen Ukraine und des Westlichen Weißruthenien. Gliederung in Betriebsgruppen, Bezirks- und Gebietskomitees mit entsprechenden Sekretariaten bis hin zum Zentralkomitee und dem entsprechenden Sekretariat, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus geordnet.

Presse: ›Nowy Przegląd‹ (1922–1937, Neue Rundschau), ›Czerwony Sztandar‹ (1919–1938,

Rote Fahne), ›Gromada‹ (1918–1938, Dorfgemeinde).

Geschichte: Aus den internationalistischen Grundlagen der Partei ergab sich eine prinzipielle Ablehnung des neuen bürgerlichen polnischen Staates, insbes. hinsichtlich seiner ethnographischen West- und Ostgrenzen. Folgerichtig verurteilte die Partei die Kriegshandlungen Polens im polnisch-sowjetischen Krieg (Sommer 1920) und forderte Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland. Zuvor hatte sie, in Erwartung einer kurz bevorstehenden sozialistischen Revolution, die Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm (26. 1. 1919) boykottiert, war in die Illegalität verbannt worden und propagierte seit dem Frühjahr 1919 die Gründung einer Polnischen Räte-Republik. Dieses Ziel verfolgte sie durch ihr Engagement in den bis Juli 1919 bestehenden Arbeiterräten der industriellen Ballungsräume und durch Organisation von Streiks der Industrie- und Landarbeiter. An den Parlamentswahlen am 5. und 12. 11. 1922 nahm die Partei durch die eigens zu diesem Zweck gegründete legale Organisation teil, den Verband des Proletariats in Stadt und Land (Związek Proletariatu Miast i Wsi), der jedoch nur 2 Sitze erreichte. Nach *Piłsudskis* Staatsstreich, 1926, kam es zu einer langjährigen Führungskrise in der KPP (bis 1929), weil die Partei *Piłsudski* anfänglich unterstützt hatte, bevor sie in Opposition zum neuen Regime gegangen war.

Bei den Parlamentswahlen 1928 (4. und 11. 3.) stellte sich die KPP in den zum Zweck der Wahl gebildeten legalen »Einheitsblock der Arbeiter und Bauern« den Wählern und erzielte 7 von 444 Sitzen. Die aus der Parteikrise 1929 hervorgegangene neue Führung ging davon aus, daß die kritische Wirtschaftssituation einen revolutionären Umsturz zur Folge haben werde. Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in Deutschland (1933) hatte zur Folge, daß sich die KPP auf einen antifaschistischen Kurs festlegte, ihre agitatorische Tätigkeit, insbes. innerhalb der Gewerkschaften, auf eine Verschärfung des Klassenkampfes hin orientierte, die Bildung einer Volksfront unterstützte und aktiv für das republikanische Spanien eintrat. Sie gewann dadurch an Einfluß, wurde aber 1938 auf Betreiben *Stalins* durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale unter dem Verdacht, trotzkistisch unterwandert zu sein, zur Selbstauflösung gezwungen. Ihre führenden Köpfe wie der Theoretiker *A. Lampe,* langjähriger Generalsekretär des ZK der KPP, wurden nach Moskau zitiert und mußten die Politik ihrer Partei verantworten. Die in Polen verbliebenen KPP-Politiker wurden zum großen Teil verhaftet, nur wenige überlebten die Zeit der deutschen Okkupation. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU (14. bis 25. 2. 1956) mit dem posthumen Sturz *Stalins* wurde die KPP rehabilitiert und ihre Auflösung als ungerechtfertigt bezeichnet. Der Einfluß der Kommunisten im Polen der Zwischenkriegszeit war gering wegen des ungebrochenen, jedem Internationalismus abgeneigten Patriotismus und wegen der traditionellen volkskirchlichen Katholizität der polnischen Nation.

H. Roos, Polen zwischen den Weltkriegen, in: W. Markert (Hg.), Osteuropa-Handbuch Polen, 1959; Historia polskiego ruchu robotniczego 1864–1964, Warschau 1967; J. Maciszewski, Ruch robotniczy, in: Polska, Zarys Encyklopediczny, Warschau 1974.

Lager der Nationalen Einigung (**OZN,** Obóz Zjednoczenia Narodowego) → Parteiloser Block der Zusammenarbeit mit der Regierung.

Lager des Großen Polen (**OWP,** Obóz Wielkiej Polski)
→ Nationaldemokratische Partei.

Minderheitenblock.
Die Bevölkerung Polens in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (1918–1939) bestand zu mehr als 30% aus Angehörigen nationaler Minderheiten: 10,1% Ukrainer, 9,1% Weißruthenen, 9,8% Juden, 2,3% Deutsche, 0,8% andere Nationalitäten. Die Verfassung vom 17. 3. 1921 und der Minderheitenschutzvertrag vom 28. 6. 1919 sicherte allen nationalen Minderheitengruppen das Recht zu, sich politisch, kulturell und wirtschaftlich zu organisieren. Das schloß auch die Möglichkeit ein, bei Parlamentswahlen für die gemeinsame Liste eines Minderheitenblocks zu stimmen zur Vermeidung von Stimmenverlusten und um eine gewisse Solidarität der nationalen Minderheiten zu bekunden. Von dieser Möglichkeit machten die politischen Führungen der nichtpolnischen Volksgruppen geschlossen nur einmal (1922) Gebrauch und erzielten dabei 89 von 444 Mandaten. An dem für die Wahlen 1928 gebildeten Minderheitenblock beteiligten sich die Nationalitätengruppen nicht mehr mit der gleichen Geschlossenheit, so gingen die deutschen Sozialisten mit den polnischen Sozialisten ein Wahlbündnis ein (→ Politische Zusammenschlüsse der Deutschen). Die im Minderheitenblock verbliebenen Gruppierungen konnten 61 Mandate auf sich vereinigen.

Nationaldemokratische Partei (**ND,** Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe) entwickelt aus der 1887 in der Schweiz entstandenen »Polnischen Liga« (Liga Polska) mit dem Hauptziel, Einheit und Unabhängigkeit wiederzugewinnen.

Gründung: 1897 in Kongreßpolen, 1909 im preußischen Teilgebiet, 1905 in Galizien. Zu den führenden Politikern gehörten *Z. Chrzanowski, M. Seyda, W. Korfanty* und *St. Głąbinski.*

Programm: Enthalten in den Schriften von *R. Dmowski* als Programm eines modernen egoistischen Nationalismus. Als gefährlichster Feind der polnischen Unabhängigkeit galt Preußen/Deutschland, die Allianz Paris–Petersburg war die große Hoffnung. Außenpolitisch stand diese »piastische« Konzeption einer Anlehnung an Rußland mit gleichzeitiger Distanz gegenüber

Deutschland in zeitweise diametralem Gegensatz zur »jagellonischen« Idee, vertreten von *Piłsudski* und seinen Anhängern in der POLNISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI (PPS) und in anderen Parteigruppierungen, die in Rußland den Hauptgegner Polens sahen und eine Konföderation der nichtrussischen Völker im östlichen Mitteleuropa unter der Führung Polens anstrebten. Innenpolitisch ging es um eine Stärkung des Mittelstandes und des Kleinbürgertums sowie der Mittelbauern und um die gänzliche Unterordnung der fremden Nationalitäten unter die polnische Mehrheit. In der ND wurden rein nationalistische, zu Beginn der dreißiger Jahre nationalradikale Ziele verfochten bis hin zum Einsatz für einen hierarchisch geführten Staat mit teilweise faschistischen und antisemitischen Zügen.

Organisation: In Ortsvereinen, Kreisverbänden und als Landesorganisationen.

Presse: ›Przegląd Wszechpolski‹ (1895–1905, Gesamtpolnische Rundschau), ›Przegląd Narodowy‹ (1908–1915, Nationale Rundschau), ›Kurier Poznański‹ (1872–1939, Posener Kurier), ›Gazeta Warszawska‹ (Warschauer Zeitung).

Geschichte: Vor dem Hintergrund des gesamteuropäischen Nationalismus des 19. und 20. Jh. war die ND unter ihrem Parteiführer *Dmowski* eine typisch polnische Ausprägung dieser politischen Richtung. Ihr Wirken konzentrierte sich in den ersten Jahren ihres Bestehens auf die Organisation nationaler Manifestationen und auf Kultur- und Bildungsarbeit in Vereinen und Verbänden. Ihr Einfluß wuchs in allen drei Teilgebieten innerhalb der kleinbürgerlichen Schicht, des Bauerntums und eines Teils der Arbeiterschaft und bewirkte eine Stärkung des Nationalbewußtseins. Im Unterschied zu den Sozialisten bekannte sie sich nachdrücklich zur katholischen Kirche und ihrer nationalen Rolle. Im Revolutionsjahr 1905 entstanden die mit der ND eng verbundenen Organisationen der »Nationalen Eisenbahnerzirkel« und des »Nationalen Arbeiterbundes«, von *Dmowski* als »unsere Hauptstreitmacht gegen die Revolution« bezeichnet, und es kam in den Jahren 1906/07 zu blutigen Zusammenstößen mit Kampfgruppen von → PPS und → SOZIALDEMOKRATIE DES KÖNIGREICHS POLEN UND LITAUENS, die die Revolution unterstützten. Die loyale Haltung dem Zarentum gegenüber sollte als Argument benutzt werden, um für Kongreßpolen die Autonomie im Rahmen des russischen Imperiums zu erreichen. Der Versuch schlug fehl, die ND konnte aber in der Ersten, Zweiten und Dritten Duma (1906 und 1907) eine wirkungsvolle parlamentarische Plattform gewinnen, die sie um so nachdrücklicher für sich zu nutzen vermochte, weil die PPS die Wahlen boykottierte und nicht in der polnischen Fraktion vertreten war, an deren Spitze (seit 1907) *Dmowski* stand. Auch im polnischen Abgeordnetenklub des Wiener Parlaments hatte der Führer der galizischen ND den Vorsitz, und in den polnischen Fraktionen im preußischen Landtag und im Reichstag nahm der Einfluß der ND zu. Die überparteiliche »Nationale Konzentration«, im Dezember 1906 als Plattform für die Wahlen zur Duma gegründet, wurde von der ND gesteuert. Ein schwerer Rückschlag für den von der ND verfochtenen Gedanken der Anlehnung an Rußland war der von der Duma (Dezember 1907) gefaßte Beschluß, weitere Gebietsteile Kongreßpolens Rußland direkt einzugliedern, also den Umfang des künftig autonomen Polen zu verkleinern. *Dmowski* legte daraufhin (1909) sein Dumamandat nieder. Er hielt zwar an seinem Grundkonzept fest, vertrat aber fortan, um die Mißerfolge seiner prorussischen Politik zu überspielen, einen um so stärker antideutschen Kurs. Da auch zu Beginn des Ersten Weltkrieges die prorussische Orientierung keine nachhaltige Unterstützung durch Petersburg fand, setzte die ND (seit 1917) auf den Sieg der westlichen Alliierten und konzentrierte ihre Aktivität auf das am 15. 8. 1917 in der Schweiz gegründete, später in Paris ansässige »Polnische Nationalkomitee«, an dessen Spitze *Dmowski* stand und das als offizielle polnische Vertretung von Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA anerkannt wurde. Die Rechnung der ND-Führung, das Nationalkomitee werde nach Kriegsende, gestützt auf die in Frankreich gebildete polnische Armee, die Macht in Polen übernehmen, ging nicht auf (→ PPS). Es kam aber, aus staats- und außenpolitischen Notwendigkeiten, zu einer Beteiligung nationaldemokratischer Politiker *(Paderewski)* an den ersten Regierungen des wiedererrichteten polnischen Staates. Bei den Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm (1919/20) erzielte die ND, mit den anderen Parteien der Rechten in dem am 5. 2. 1919 geschaffenen NATIONALEN VOLKSVERBAND (ZL-N, Związek Ludowo-Narodowy) zusammengeschlossen, einen Stimmenanteil von 34 % und stellte den Sejm-Marschall (Parlamentspräsidenten). Auf seinem ersten Kongreß (11./12. 5. 1919) befürwortete der ZL-N die Schaffung einer starken Regierung, die Förderung von Privatinitiative und Industrialisierung, Mäßigung in der Agrarreform. Im polnisch-sowjetischen Krieg (1920) wirkte der ZL-N in einer Allparteienregierung mit.

Bei den am 5. und 12. 11. 1922 abgehaltenen Wahlen zum ersten gesetzgebenden Sejm gewann der ZL-N zusammen mit der CHRISTLICH-NATIONALEN PARTEI 126 der 444 Mandate und konnte 1923 vorwaltenden Einfluß innerhalb der Regierung gewinnen unter der Ministerpräsidentenschaft des Bauernführers *Witos,* dessen Partei SL-PIAST (→ POLNISCHE VOLKSPARTEI) mit der Rechten koalierte. Der Sieg der ND und ihr Zugang zur exekutiven Staatsmacht wurde durch den Rücktritt *Piłsudskis* besiegelt. In den Folgejahren (1924–1926) war der ZL-N bis zum Staatsstreich *Piłsudskis* (→ PPS) maßgeblich an der Regierung beteiligt. In Opposition gegen das Regime *Piłsudski* gründete *Dmowski* Ende 1926 das LAGER DES GROSSEN POLEN (OWP, Obóz Wielkiej Polski) als Zusammenschluß der Rechtsparteien, al-

so ZL-N, → Christliche Demokratie und SL-Piast, das aber bei den Sejmwahlen im März 1926 nur 37 Sitze gewinnen konnte, während die Linke sich beträchtlich verstärkt hatte (141 Mandate) und der auf Geheiß von *Piłsudski* gegründete farblose → Parteilose Block der Zusammenarbeit mit der Regierung (BBWR) es auf 122 Sitze brachte. Die Parlamentswahlen vom 17. und 23. 11. 1930, die bei weitgehender Behinderung der → Zentrumslinken stattfanden, und dem BBWR die absolute Mehrheit von 247 Mandaten verschafften, ließen die Nationaldemokratie, die sich seit dem 7. 10. 1928 nicht mehr als Nationaler Volksverband (ZL-N), sondern als Nationalpartei (SN, Stronnictwo Narodowe) bezeichnete, als zweiter Gewinner mit 62 anstatt der bis dahin 37 Sitzen ins Parlament einziehen. Von den Maßnahmen der Regierung gegen die Zentrumslinke im Herbst 1930 war das SN nicht betroffen, da sich das Regierungslager um eine Verständigung mit der Nationaldemokratie bemühte, was jedoch nicht gelang und 1932 sogar zur Zerschlagung des Lagers des Grossen Polen führte. Die daraufhin verschärfte Radikalisierung der SN hatte am 17. 3. 1934 die Gründung des National-Radikalen Lagers (ONR, Obóz Narodowo-Radykalny) zur Folge, einer Abspaltung von der SN. Da diese Gruppe für das Attentat auf den Innenminister *B. Pieracki* (15. 6. 1934) verantwortlich gemacht wurde, erfolgte ihre Auflösung und die Einlieferung ihrer Führer in ein Konzentrationslager, was ihr Weiterbestehen in der Illegalität jedoch nicht verhinderte und ihr politisches Wirken nicht unterband. In dem aufgrund der neuen Verfassung (April 1935) am 8. 9. 1935 bei einer Wahlbeteiligung von 46,5 Prozent gewählten Parlament war die SN nicht vertreten, übrigens auch keine sonstige Oppositionspartei, obwohl die Parteien nicht aufgelöst worden waren. Die ND widersetzte sich im Februar 1936 der Bildung einer breiten Opposition und boykottierte die Sejmwahlen am 6. 11. 1938. Wie die anderen Oppositionsparteien (Volkspartei, Arbeitspartei, Sozialistische Partei) erklärte auch die ND im März und April 1939, angesichts der deutsch-polnischen Krise, dem Staatspräsidenten *I. Mościcki* gegenüber ihre Loyalität. In dem kurzen Zeitraum bis zum Kriegsbeginn (1. 9. 1939) konnte die Partei politische Aktivitäten größeren Stils nicht mehr entwickeln, war aber, gemeinsam mit den ehemaligen Oppositionsparteien, in den Regierungen Polens im Exil (1939–45) und im Exilparlament vertreten und wirkte maßgeblich in der politischen Repräsentation im Untergrund, dem »Politischen Verständigungskomitee«, seit Januar 1944 dem »Rat der Nationalen Einheit«, mit. Zu den Gesprächen zur Bildung der Nachkriegsregierung (17.–21. 6. 1944) wurde die SN nicht hinzugezogen und war auch nicht in der am 28. 6. 1945 gebildeten »Polnischen Regierung der Nationalen Einheit« vertreten.

J. Marczewski, Narodowa Demokracja w Pozańskiem 1900–1914, Warschau 1967; M. Orzechowski, Narodowa Demokracja na Górnym Śląsku (do 1918), Breslau 1965; M. Pietrzak, Rządy parlamentarne w Polsce w latach 1919–1926, Warschau 1969; J. Terej, Rzeczywistość i polityka, Warschau 1971.

Nationale Arbeiterpartei (**NPR,** Narodowa Partia Robotnicza).

Gründung: Mai 1920 als Zusammenschluß des Nationalen Verbandes der Arbeiter (NZR, Narodowy Związek Robotników) im ehemaligen russischen Teilgebiet mit der Nationalen Partei der Arbeiter (NSR, Narodowe Stronnictwo Robotników), die im preußischen Teilgebiet entstanden war, dort mit den Nationaldemokraten zusammengearbeitet und bei den Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm (26. 1. 1919) 17 von 42 Mandaten der Wahlkreise Großpolens (Gebiet der ehemaligen preußischen Provinz Posen) erzielt hatte.

Programm: Der nationalen Solidarität der von der Nationaldemokratie maßgeblich beeinflußten polnischen nationalen Front setzte die fusionierte Partei ihre Auffassung vom Klassencharakter des Staates entgegen und trat für die Nahziele der Arbeitszeitverkürzung und der sozialen Sicherung der Arbeiter ein.

Organisation: In Ortsvereinen, Betriebsgruppen und Kreisverbänden, vorwiegend in den polnischen Westwojedwodschaften Pomerellen, Großpolen, einem Teil Oberschlesiens und im Bezirk Lodz.

Geschichte: Aus den Wahlen zu beiden Kammern des Parlaments (5. und 12. 11. 1922) ging die Partei mit einem Stimmenanteil von 5,6% und 18 von 444 bzw. 5,3% und 3 von 111 Mandaten hervor und bildete zusammen mit den → Christlichen Demokraten und dem »Piast« (→ Polnische Volkspartei) einen Block der Mitte mit insgesamt 132 Sitzen. 1922–1928 änderten sich oft die Relationen der politischen Kräfte, weil Abgeordnete ihre Parteizugehörigkeit wechselten und innere Auseinandersetzungen neue Fraktionen entstehen ließen. So stimmte ein Teil des Blocks der Mitte (NPR und Piast), zusammen mit der Linken und den Vertretern der nationalen Minderheiten bei der Wahl des ersten Staatspräsidenten am 9. 12. 1922 für den Kandidaten der Polnischen Volkspartei »Befreiung«, *G. Narutowicz,* der wenige Tage nach seinem Amtsantritt von einem Anhänger der Nationaldemokratie ermordet wurde. Der Einfluß der Partei innerhalb der Arbeiterschaft wurde durch ihre engen Beziehungen zu den Gewerkschaften verstärkt. Ein Bruch mit den beiden anderen Fraktionsparteien, Piast und Christlichen Demokraten erfolgte, als die NPR 1923 ihre Mitarbeit in einem Bündnis der rechten Mitte verweigerte. Beim Staatsstreich (Mai 1926) bewahrte die Partei wohlwollende Neutralität in der Meinung, die Aktionen *Piłsudskis* richteten sich in erster Linie gegen die politische Rechte. Bei der Etablierung des neuen Regimes nahm die Partei zunächst eine kritische Position ein, führte später aber, bei den Parlamentswahlen am 11. 3. 1928, den Wahlkampf als

Oppositionspartei und erzielte 14 von den 130 Mandaten der demokratisch-parlamentarischen Linken. Am 14. 9. 1929 erfolgte der Zusammenschluß der Mitte-Links-Parteien zur sogenannten → ZENTRUMSLINKEN, der auch die NPR beitrat. Von den gegen diese oppositionellen Parteiengruppierungen ergriffenen Maßnahmen wurde sie hart getroffen. In den unter massivem Druck des Regierungslagers durchgeführten Wahlen am 17. und 23. 11. 1930 sanken die Parteien der ZENTRUMSLINKEN und mit ihnen die NPR zu Splittergruppen ab. Die NPR ging schließlich nach ihrer Vereinigung mit der → CHRISTLICHEN DEMOKRATIE in der am 10. 10. 1936 von einigen älteren Politikern gegründeten → ARBEITSPARTEI auf.

A. Czubiński, Znaczenie odbudowy niepodległego państwa dla narodu polskiego, in: J. Topolski, Dzieje Polski, Warschau 1975; M. Bobrzyński, Wskrzeszenie państwa polskiego, Krakau 1920–25.

Nationaler Volksverband (**ZL-N,** Związek Ludowo-Narodowy)
→ Nationaldemokratische Partei.

Nationalpartei (**SN,** Stronnictwo Narodowe)
→ Nationaldemokratische Partei.

Parteiloser Block der Zusammenarbeit mit der Regierung (**BBWR,** Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem).

Gründung: Anfang 1927 durch *W. Sławek* im Auftrag *Piłsudskis* als Regierungslager. (Insgemein wurden das Regime *Piłsudksis* und die tragenden Parteien mit dem oft ironisch-abschätzig benutzten Sammelbegriff »Sanacja« bezeichnet, weil *Piłsudski* nach dem Maiumsturz 1926 verkündet hatte, er werde Polen einer Gesundung (Sanacja) entgegenführen).

Programm: Beschränkung der parlamentarischen Gewalt auch hinsichtlich des Haushaltsrechtes, Stützung des sozial-konservativen Kurses der Regierung, Absicherung der neuen politischen Ordnung durch eine auf die Person *Piłsudskis* zugeschnittene Verfassung (→ Einleitung).

Presse: ›Gazeta Polska‹ (1929–1939, Polnische Zeitung); ›Polska Zbrojna‹ (1921–1939, Wehrhaftes Polen); ›Kurjer Poranny‹ (Morgenkurier).

Geschichte: Die Hauptaufgabe des aus Politikern aller Richtungen heterogen zusammengesetzten, von der Autorität *Piłsudskis* zusammengehaltenen »Blocks« war es, bei der Errichtung einer aus der wirtschaftlichen Notlage begründeten »Schutzdiktatur« als parlamentarisches Instrument zu dienen. Die Parlamentswahlen am 4. und 11. 3. 1928, die vor allem den Einfluß der NATIONALDEMOKRATIE zurückdrängen sollten, erbrachten dem BBWR mit 144 Sitzen im Sejm und mit 46 Sitzen im Senat die relative Mehrheit. In der in den beiden nächsten Jahren erbittert geführten Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Opposition bewährte sich zwar der BBWR als Instrument der Staatsführung, konnte aber den Sturz der Regierung durch ein Mißtrauensvotum des Sejm nicht verhindern. Nach der unter ausdrücklicher Billigung durch den BBWR erfolgten gewaltsamen Ausschaltung der Opposition (→ ZENTRUMSLINKE, → POLNISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI) erzielte der »Block« bei den Wahlen am 17. und 23. 11. 1930 die absolute Mehrheit von 249 der insges. 444 Sitze im Sejm und von 75 der 111 Sitze im Senat. Die Entmachtung des Parlaments wurde augenfällig dadurch demonstriert, daß die von der BBWR-Mehrheit gewählten Präsidenten beider Kammern vor der Annahme ihrer Wahl die Zustimmung des Staatspräsidenten einholten. Dieselbe Mehrheit stimmte am 23. 3. 1933 auch dem »Ermächtigungsgesetz« zu, nach dem der Staatspräsident Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen konnte. Nach dem Scheitern der Versuche des BBWR, eine Verständigung mit den Nationaldemokraten herbeizuführen und die junge Intelligenz für sich zu gewinnen, konzentrierte sich die Arbeit des Regierungslagers auf die Ausarbeitung der auf Machtsicherung hin angelegten Verfassung (→ Einleitung) und ihre Popularisierung. Diese Verfassung trat am 23. 4. 1935 in Kraft und war als konstitutionelle Absicherung der Staatsstruktur nach den Vorstellungen *Piłsudskis* gedacht, öffnete aber nach seinem kurz darauf erfolgten Tod (12. 5. 1935) den Weg zu einem totalitären Regierungssystem. Ohne die integrative Kraft und Funktion *Piłsudskis* machten sich deutliche Zerfallserscheinungen innerhalb des BBWR bemerkbar. Er erzielte zwar bei den Wahlen am 8. und 15. 9. 1935 mit 153 von 208 Mandaten die erdrückende Mehrheit, was jedoch angesichts einer Wahlbeteiligung von nur 46,5 Prozent einer Niederlage gleichkam. Am 30. 10. 1935 wurde dann auch der BBWR aufgelöst. An seine Stelle trat das am 1. 3. 1936 konstituierte LAGER DER NATIONALEN EINIGUNG (OZN, Obóz Zjednoczenia Narodowego), das aber angesichts der zunehmenden oppositionellen Strömungen und wegen seiner eigenen inneren Schwäche politisch nicht mehr zur Geltung kam.

St. Mackiewicz, Historja Polski od 11 listopada 1914 do 17 września 1939, London 1941.

»Piast« → Polnische Volkspartei.

Politische Zusammenschlüsse der Deutschen in Polen.

Die in den ehemals zum Deutschen Reich gehörenden, durch die drei Teilungen Polens 1772, 1793 und 1795 zu Preußen geschlagenen und durch die Bestimmungen des Vertrages von Versailles der wiedererrichteten Republik Polen einverleibten Gebieten bestehenden deutschen Parteien, die der Parteiengliederung des Deutschen Reiches vor 1918 entsprachen, wurden den Bedürfnissen einer nationalen Minderheit nicht gerecht und gingen in Posen-Pomerellen im »Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte«, in Oberschlesien im »Deutschen Volksbund für Polnisch-Schlesien« und in Mittelpolen im »Deutschen Verein für Lodz und Umge-

bung« auf. Letzterer schuf sich in der Deutschen Volkspartei eine politische Organisation, die Anfang Dezember 1918 vor den Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm gegründet wurde und dabei 2 Mandate errang. Aufgrund innerer Zerwürfnisse löste sie sich kurz darauf wieder auf. – Am 21. 12. 1921 wurde in Oberschlesien die Katholische Volkspartei gegründet, die sich als Nachfolgerin der früheren preußischen Zentrumsorganisation in diesem Gebiet verstand. Den Vorsitz übernahm *E. Pant*. 1927 änderte sie ihren Namen in Deutsche Katholische Volkspartei (DKV), 1934 in Deutsche Christliche Volkspartei, um ihre Aufgabe der konfessionellen Bindung zu dokumentieren. Zu dieser Zeit geriet die Partei mehr und mehr unter nationalsozialistischen Einfluß, was *Pant* zur Trennung veranlaßte. – Die DKV arbeitete eng mit der im August 1922 gebildeten und vor allem in Ostoberschlesien tätigen Deutschen Partei zusammen; beide Parteien traten bei den Sejm-Wahlen als Deutsche Volksgemeinschaft innerhalb des → Minderheitenblocks gemeinsam vor die Wähler.

In Mittelpolen wurde am 1. 6. 1924 als eine das gesamte nichtsozialistische Deutschtum umfassende Organisation der Deutsche Volksverband in Polen (DVV) gegründet. Bis 1930 verfügte er über 3 Abg. im Sejm und 1 im Senat, 1930–35 nur noch über ein Senatsmitglied. Wie die Deutsche Christliche Volkspartei und die Deutsche Partei vollzog auch der DVV nach 1933 eine Hinwendung zum Nationalsozialismus. Dessen Hauptvertreter war die 1931 gegründete Jungdeutsche Partei, die aus dem 1921 in Bielitz entstandenen Deutschen Nationalsozialistischen Verein für Polen hervorgegangen war, und die nicht zuletzt aufgrund ihres, dem Vorbild NSDAP nachempfundenen, militanten Auftretens und getragen von den nationalsozialistischen Erfolgen im Reich zunehmend an Einfluß gewann. – Als konservative Gegenbewegung wurde im Sommer 1934 in Bromberg die Deutsche Vereinigung unter Führung von *H. Kohnert* gegründet, die auf Posen/Pomerellen beschränkt blieb. Ihre Trennungslinie zur Jungdeutschen Partei und zum Nationalsozialismus verlor in den folgenden Jahren jedoch zunehmend an Schärfe.

Die von der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung (Januar 1934) begünstigte Neugründung von Organisationen der deutschen Minderheit bzw. die Aktivierung bestehender regionaler Organisationen führte zur Bildung eines Dachverbandes, dem »Rat der Deutschen in Polen« (16. 10. 1934), in dem sich alle nichtsozialistischen Organisationen zusammenschlossen, die ein weiteres Ausbreiten der Jungdeutschen Partei verhindern wollten. Beide Lager beteiligten sich an den Wahlen 1935 nicht, da die im gleichen Jahr erlassene neue Wahlordnung kaum Aussichten für die deutsche Minderheit bot, eigene Kandidaten durchzubringen. Statt dessen empfahlen sie die Stimmabgabe für den Regierungsblock.

Von sozialistischer Seite war am 19. 1. 1922 in Lodz die Deutsche Arbeitspartei Polens (DAP) gegründet worden unter Führung von *E. Zerbe* und *A. Kronig*. Sie fand rasch Anhang, auch unter den deutschen Mitgliedern der früheren → Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens, deren Vertreter *O. Seidler* in den Vorstand der DAP eintrat. Innerhalb des → Minderheitenblocks konnte die DAP 1922 4 Abg. in den Sejm entsenden. Neben der DAP waren in Oberschlesien die Deutsch-Katholische Arbeiterpartei und in Westpolen die Deutsche Sozialdemokratische Partei entstanden. Bemühungen zu einem Zusammenschluß der deutsch-sozialistischen Organisationen führten schließlich zur Bildung der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens (DSAP) auf dem Vereinigungsparteitag in Lodz am 5./6. 10. 1929. Kernpunkt ihres Programms war die Forderung nach kultureller Autonomie für alle nationalen Minderheiten in Polen. Presseorgan war die in Lodz erscheinende ›Volkszeitung‹. Es bestanden sowohl eine enge Zusammenarbeit mit der → Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) als auch mit der deutschen SPD. Das machte die Partei bei den deutschen bürgerlichen Organisationen suspekt, so daß sich die DSAP bei den Wahlen 1928 nicht mehr an dem Minderheitenblock beteiligte, sondern mit der PPS ein Wahlbündnis einging, das ihr 2 Abg. auf deren Kandidatenliste sicherte. An den Wahlen 1930 nahm sie als Mitglied der → Zentrumslinken teil, hatte die gegen diese seitens der Regierung eingeleiteten Repressionen mit zu ertragen und konnte kein Mandat erringen. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen 1939 wurden ihre führenden Männer von den nazistischen Machthabern verhaftet oder emigrierten. Nach dem Ende der deutschen Herrschaft wurde ihr Einsatz gegen den Nationalsozialismus nicht honoriert: sie kamen in Lager oder wurden zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert.

T. Bierschenk, Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934–1939, 1954; O. Heike, Das Deutschtum in Polen 1918–1939, 1955; R. Breyer, Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937, 1955; J. Krasuski, Stosunki polsko-niemieckie 1926–1932, Posen 1954; O. Heike, Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835–1945, 1969.

Polnische Arbeiterpartei (PPR, Polska Partia Robotnicza).

Gründung: 5. 1. 1942 als kommunistische Partei unter Zustimmung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale mit der Auflage, die ehemalige Kommunistische Partei Polens (KPP) nicht wieder aufzubauen. Die Gründung erfolgte seitens einer »Initiativgruppe«, die unter Führung des am 28. 12. 1941 aus Moskau nach Polen gekommenen *P. Finder* sowie *M. Nowotkos* stand.

Programm: In verschiedenen programmatischen Erklärungen der Parteiführung, angefangen von dem Aufruf »An die Arbeiter, Bauern und die Intelligenz. An alle polnische Patrioten« (10. 1. 1942), und in der Schrift »Worum wir kämpfen?« (1. 3. 1943), wird die PPR als »revolu-

tionäre marxistische Partei« bezeichnet, werden umfangreiche Sozialreformen und die volle Gleichberechtigung der nichtpolnischen Nationalitäten angekündigt, wird zur sofortigen Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die deutsche Besatzungsmacht aufgerufen und gegenüber der Polnischen Regierung im Exil und ihren Vertretungen in Polen eine ablehnende Position bezogen. Zu den ständig wiederholten Programmpunkten gehörte auch die Forderung nach einer territorialen Ausdehnung Polens in westlicher Richtung (während die Polnische Regierung im Exil zwar auch einen nach Westen vorgeschobenen, strategisch günstigeren Grenzverlauf wünschte, aber 1944 erklären ließ, Polen lege keinen Wert auf den Besitz der Städte Stettin und Breslau).

Organisation: Gegliedert in fünf Hauptbezirke mit zahlreichen konspirativen Untergruppen, mit einem Zentralkomitee und dem Sekretariat an der Spitze. Ausbau der Organisation 1944/45 nach dem Grundmuster kommunistischer Parteien (→ Polnische Vereinigte Arbeiterpartei).

Presse: ›Trybuna Wolności‹ (1942–1948, Tribüne der Freiheit), ›Głos Ludu‹ (1944–1948, Stimme des Volkes) und zahlreiche Regionalzeitungen der einzelnen Hauptbezirkskomitees.

Geschichte: Entsprechend ihrer marxistisch-leninistischen Grundposition verfolgte die Partei die Linie einer Kooperation mit der KPdSU bei anfänglicher Betonung des eigenen polnischen Weges zum Sozialismus. Daraus erwuchsen folgerichtig immer schärfere Spannungen gegenüber den anderen, auf die Politik der Londoner Exilregierung orientierten, konspirativen Parteien. Das drückte sich auch aus in der mangelnden Zusammenarbeit der im Frühjahr 1942 von der PPR gegründeten Kampforganisation »Gwardia Ludowa« und der alten, von den Westalliierten anerkannten militärischen Résistance, der »Armja Krajowa«. Diese unvereinbaren politischen Positionen führten bei der Befreiung Polens von der deutschen Herrschaft durch die Sowjetarmee dazu, daß sich die inzwischen zur »Armja Ludowa« umbenannte Kampforganisation der PPR durchsetzen konnte, trotz ihrer im Vergleich zur »Armja Krajowa« geringen Stärke. 1943 gründete die PPR eine eigene Jugendorganisation, die vorwiegend in der Propagandaarbeit eingesetzt wurde. In dem um die Jahreswende 1943/44 gegründeten »Landesnationalrat« (Krajowa Rada Narodowa) schuf sich die PPR unter dem Vorsitz eines Mitglieds ihres ZK *(B. Bierut)* ein Organ, das durch straffe Führung und durch Unterstellung der Militärs unter die Politiker aktionsfähiger war als das Lager der Exilregierung. Der Landesnationalrat beschloß, auf Initiative der PPR, die Bildung von Nationalräten auf den drei Ebenen der Verwaltungsgliederung (Wojewodschaft, Kreis, Gemeinde), die nach ihrem gleichzeitig beschlossenen Status Organe der Exekutive und der Legislative sein sollten, also bereits wesentliche Strukturen der volksdemokratischen Ordnung für die Nachkriegszeit vorzeichneten. In den Auseinandersetzungen um die Bildung der Provisorischen Regierung (1. 1. 1945) und später der Regierung der Nationalen Einheit (28. 6. 1945) setzte sich die PPR-Führung durch (→ Polnische Volkspartei) und schaltete, unter maßgeblicher Unterstützung durch die Sowjetunion, die anderen Untergrundparteien, die Exilregierung und die »Armja Krajowa« aus, die Verfolgungen ausgesetzt war und erst durch den »Polnischen Oktober« 1956 (→ Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) rehabilitiert wurde. Zugleich aber brachen Gegensätze innerhalb der PPR-Führung auf zwischen den auf Moskau hin orientierten Politikern (Hauptexponent *Bierut*) und der Gruppe des seit November 1943 im Amt befindlichen Generalsekretärs der Partei, *W. Gomułka,* der für die Aufnahme von Verbindungen zum Lager der Exilregierung eingetreten war und für den der Kampf um die äußere Freiheit vor dem Kampf um die Macht im Innern stand. Für das Referendum über die Abschaffung der zweiten Kammer des Parlaments, des Senates, die Billigung der Agrarreform und der Nationalisierung der Schwerindustrie sowie das Einverständnis mit der Oder-Neiße-Grenze (28. 6. 1946) und für die Wahl zum Verfassunggebenden Sejm (30. 11. 1946) brachte die PPR einen Demokratischen Block aller Parteien zustande, mit Ausnahme der → Polnischen Volkspartei, der das umstrittene Ergebnis von 80,1% der abgegebenen Stimmen erzielte. Die erwähnten Gegensätze in der PPR-Führung hatten zur Folge, daß der Generalsekretär des ZK der Partei, *Gomułka,* sein Amt als stellvertretender Ministerpräsident und als Minister für die »wiedergewonnenen Gebiete« (ehemalige Ostgebiete des Deutschen Reiches) verlor und auch von seiner Position als Parteiführer zurücktreten mußte. *Gomułka* hätte den eigenen polnischen Weg zum Sozialismus allzu nachdrücklich vertreten und wurde der »Rechtsabweichung« beschuldigt. Damit hatte die prosowjetische Richtung die Partei so fest in der Hand, daß die Fusion mit der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) erfolgen konnte, die am 15. 12. 1948 vollzogen wurde. Die neue aus der Verschmelzung von PPR und PPS hervorgegangene → Polnische Vereinigte Arbeiterpartei schloß im November 1949 die ehemaligen führenden PPR-Politiker aus dem ZK aus und sprach ihnen die Fähigkeit ab, jemals wieder ein Parteiamt zu bekleiden.

H. Roos, Polen in der Besatzungszeit, in: W. Markert (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch Polen, 1959; A. Czubiński, Polacy i sprawa polska w okresie II wojny światowej, in: J. Topolski, Dzieje Polski, Warschau 1975.

Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und des Teschener Schlesiens (PPSD, Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska Cieszyńskiego); aus der seit 1892 im österreichischen Teilgebiet Polens bestehenden Galizischen Sozialdemokratischen Partei entwickelt, die, als Regionalpartei gegründet, durch ihre Umbenen-

nung ihren gesamtpolnischen Charakter hervorheben wollte.

Gründung: Juni 1897 durch *I. Daszyński*, Trennung von der österreichischen Sozialdemokratie, deren Bestandteil sie gewesen war.

Programm: Weitgehend dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie angeglichen, zu der anfänglich enge Verbindungen bestanden. Programmatische Erklärungen der PPSD bis zum Ende des Ersten Weltkrieges besagten, daß die Partei eine parlamentarische Demokratie anstrebte und einen polnischen Staat auf der territorialen Grundlage des russischen und des österreichischen Teilgebiets errichten wollte. Eine Abtrennung des preußischen Teilgebiets vom Deutschen Reich wurde nicht als möglich erachtet.

Organisation: Locker gegliedert in Orts- und Kreisverbände, zunächst in Galizien und im Teschener Schlesien, später auch, punktuell, in Kongreßpolen (seit 1915).

Presse: Der PPSD nahestehend ›Nowa Reforma‹ (seit 1881, Neue Reform), und ›Wiek Nowy‹ (seit 1898, Neues Zeitalter).

Geschichte: Seit ihrer Gründung stand die Partei in enger Verbindung mit der 1893 auch im preußischen Teilgebiet bestehenden → Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), mit der sie gemeinsam auf den Kongressen der II. Internationale auftrat, während sie Kontakte zur russischen Sozialdemokratie ablehnte. Bereits 1897 war sie bei den Wahlen zum Wiener Parlament erfolgreich und erzielte drei Mandate. Unter dem Eindruck der russischen Revolution (1905) entwickelten sich in der PPSD starke radikal-demokratische Strömungen, die ihren Ausdruck im Kampf der Partei um eine Demokratisierung des Wahlrechts und in ihrem Einsatz bei Streikaktionen der Industrie- und Landarbeiter fanden. Gemeinsam mit der → PPS unterstützte sie (1910) die bei stillschweigender Duldung der österreichischen Behörden in Galizien entstehenden polnischen paramilitärischen Organisationen unter der Führung von *Piłsudski* und (dem späteren Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung im Zweiten Weltkrieg) *Sikorski*. Am 10. 10. 1912 entstand unter ihrer Mitwirkung die »Provisorische Kommission der Konföderierten Unabhängigkeitsparteien« (→ Polnische Volkspartei), die der Kern einer zukünftigen Nationalregierung sein sollte, aber wegen mangelnder Unterstützung durch die europäischen Großmächte ohne größere politische Bedeutung blieb. Dagegen gewannen zwei PPSD-Politiker, *Daszyński* und *Diamand*, in der II. Internationale Ansehen und Autorität. Im Ersten Weltkrieg unterstützte die PPSD die politisch-militärischen Aktivitäten *Piłsudskis* und bildete im Oktober 1918 zusammen mit den Abgeordneten der anderen im österreichischen Parlament vertretenen polnischen Parteien die Polnische Liquidationskommission, in der *Daszyński* besonders aktiv war, und angesichts der wegen des Autoritätsverfalls der Mittelmächte drohenden Anarchie am 7. 11. 1918 in Lublin die »Vorläufige Volksregierung der Republik Polen«. Diese Regierung unterstellte sich *Piłsudski* nach dessen Rückkehr nach Warschau (10. 11. 1918). Im ersten von *Piłsudski* berufenen Kabinett stellte die PPSD den Ministerpräsidenten (*J. Moraczewski*), dessen Regierung jedoch bereits Mitte Januar 1919 abgelöst wurde. Bei den Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm (1919/20), in denen die PPSD zusammen mit der → PPS und der Polnischen Volkspartei-Linke die liberale Linke repräsentierte, erzielte dieser Zusammenschluß sozialistischer Parteien 32 von 432 Mandaten. Im April 1919 nach den Wahlen zum Verfassunggebenden Sejm im ehemaligen russischen und österreichischen Teilgebiet Polens (in den ehemaligen preußischen Ostprovinzen konnten diese Wahlen erst 1920 abgehalten werden) fand in Krakau ein gemeinsamer Parteitag der drei polnischen sozialistischen Parteien statt (PPS, PPSD und PPS des preußischen Teilgebietes), der zu einer formellen Vereinigung führte. Die Vereinigte PPS umfaßte das ganze Land, besaß einen leistungsfähigen Organisationsapparat und großen Einfluß innerhalb der Bevölkerung, den sie durch die zum Teil von ihr gegründeten Gewerkschaften und die Genossenschaftsbewegung noch verstärkte.

K. Grzybowski, Galicja 1848–1914, Breslau 1959; L. Trzeciakowski, Ziemie Polskie pod panowaniem państw zaborczych (1815–1918) in: J. Topolski, Dzieje Polski, Warschau 1975.

Polnische Sozialistische Partei (**PPS** – Polska Partia Socjalistyczna).

Gründung: Nach der Dezimierung der 1882 entstandenen ersten größeren sozialistischen Organisation in Kongreßpolen unter dem Namen »Proletariat«, die sich in erster Linie als Teil der internationalistischen sozialrevolutionären Arbeiterbewegung verstanden hatte, erfolgte in den Tagen vom 17.–23. 10. 1892 in Paris der Zusammenschluß mehrerer polnischer sozialistischer Gruppen aus Warschau, Wilna und der Schweiz zur Polnischen Sozialistischen Partei, die das nationale Moment stärker betonte. Zu ihren Gründern gehörten u. a. der spätere Präsident der Republik, *St. Wojciechowski*, und der Mitbegründer der II. Internationale, *St. Mendelson*.

Programm: Die im Mai 1893 veröffentlichte »Programmskizze der Polnischen Sozialistischen Partei« entsprach weitgehend dem Erfurter Programm der SPD in ihrer Forderung nach einer »stufenweisen Sozialisierung von Grund und Boden, von Produktions- und Verkehrsmitteln, nach dem Acht-Stunden-Tag und der Festsetzung von Mindestlöhnen«. Als Voraussetzung für die Durchsetzung der neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung war die im Kampf gegen die drei Teilungsmächte anzustrebende »unabhängige demokratische Republik« Polen als zunächst wichtigster Programmpunkt genannt. Dementsprechend sollte die Aktivität der Partei in allen drei Teilgebieten aufgenommen werden. Wesentlich ergänzt wurde die Forderung nach

einer »unabhängigen demokratischen Republik« durch die programmatische Erklärung auf dem XVI. Parteitag (23.–27. 4. 1919), in der die »Verwirklichung einer unabhängigen, geeinten, sozialistischen Republik« postuliert wurde.

Organisation: Die PPS konnte sich bis 1918 nur illegal organisieren. Nach der Wiedererrichtung des polnischen Staatswesens (November 1918) verfügte sie über eine auf Orts-, Kreis- und Wojewodschaftsebene gegliederte leistungsfähige Organisation.

Presse: ›Robotnik‹ (seit 1894, Der Arbeiter, Hauptorgan der PPS, 1948 mit dem kommunistischen Zentralorgan ›Głos Ludu‹ – Stimme des Volkes – zur ›Trybuna Ludu‹ – Tribüne des Volkes – vereinigt, dem Organ des ZK der → Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei – PZPR), ›Kurier Codzienny‹ (seit 1905, Tageskurier), ›Naprzód‹ (seit 1919, Vorwärts), ›Gazeta Rabotnicza‹ (seit 1920, Arbeiterzeitung).

Geschichte: Von ihrer Gründung an richtete die PPS ihre Hauptagitation gegen die Teilungsmacht Rußland, gab sich in ihrer Propaganda als Partei der nationalen Befreiung und gewann beträchtlichen Einfluß vor allem in Arbeiterkreisen und unter der radikalen Intelligenz. Ihre Führung rekrutierte sich in dieser Zeit und auch später noch zum großen Teil aus der depossedierten Adelsschicht *(J. Piłsudski, W. Jodko)*. Die 1880 in Berlin entstandene »Gesellschaft Polnischer Sozialisten« wandelte sich 1893 um in die PPS des preußischen Teilgebiets. Gute Beziehungen bestanden auch zu den Sozialisten im polnischen Teilgebiet Österreichs, die sich 1897 als → Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und des Teschener Schlesiens etablierte. Die anfänglich engen Bindungen an die deutsche Sozialdemokratie lockerten sich, weil die SPD in ihrer Mehrheit das Recht der Polen auf staatliche Unabhängigkeit nicht anerkannte. In ideologischer Konkurrenz zur PPS entstand 1894 die → Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL), die eng mit den russischen Revolutionären zusammenarbeitete. Innerhalb der PPS-Führung gewann der spätere Staatschef und das Schicksal Polens maßgeblich beeinflussende *J. Piłsudski* zunehmend an Einfluß und wurde schließlich zum anerkannten Führer der zu einer Massenbewegung anwachsenden Partei. Zu einer konzeptionellen Rivalität kam es um die Jahrhundertwende mit der aus der Nationalen Liga erwachsenen Nationaldemokratie, die im österreichischen Teilgebiet 1903 als legale → Nationaldemokratische Partei (ND) auftrat und sich für einen Ausgleich mit Rußland einsetzte bei politisch offensiver Position gegenüber Deutschland, während die PPS Rußland als Hauptfeind ansah und mit ihren Kampfgruppen zahlreiche Aktionen gegen die Vertreter der russischen Teilungsmacht unternahm.

Letzteres, insbesondere die von ihr organisierten Massendemonstrationen gegen die Teilnahme polnischer Soldaten am russisch-japanischen Krieg 1904, zog Repressalien nach sich, brachte der Partei aber auch großen Zulauf. An der Revolution gegen das Zarenregime von 1905 war die PPS nicht unmittelbar beteiligt, da sie eine Kooperation mit den russischen Revolutionären ablehnte, aber die Gelegenheit zu forcierten Kampfaktionen gegen die russische Polizei und das Militär nutzte. Darüber kam es zu blutigen Auseinandersetzungen mit der ND und der auf Zusammenarbeit mit der russischen Revolution bauenden SDKPiL und auch innerhalb der PPS, was 1906 zu einer Spaltung der Partei in eine »Linke« (→ PPS-Linke) und eine »Revolutionäre Fraktion« führte. Eng mit ihr verbunden war der im Juni 1908 entstandene »Verband für den aktiven Kampf«, seit 1912 unter der Führung *Piłsudskis*, dessen Einfluß in dem 1910 gegründeten »Schützenverband« und in der »Organisation der Polnischen Armee« so stark war, daß er zu Beginn des Ersten Weltkrieges mit den ersten Kompanien der Schützenverbände symbolisch den Kampf gegen Rußland aufnehmen konnte. *Piłsudski* ging dabei von dem Gedanken aus, daß nur unter aktiver Beteiligung polnischer Truppen ein wiedererrichteter polnischer Staat eine in der nationalen Tradition begründete dauerhafte Grundlage gewinnen könne. Seine – zutreffende – politische Prognose besagte, daß die drei Teilungsmächte – Rußland, Preußen-Deutschland und Österreich-Ungarn –, in zwei feindlichen Lagern gegenüberstehend, ihre militärischen Kräfte weitgehend abnutzen würden. Es gelte also zunächst, die Mittelmächte im Kampf gegen Rußland zu unterstützen, auf der Peripetie des Krieges aber eine Schwenkung vorzunehmen und den westlichen Kriegsgegnern Deutschlands und Österreichs aktive Hilfe zuteil werden zu lassen. Damit sollte im Kampf gegen alle drei Teilungsmächte das politisch-moralische Fundament des neuen polnischen Staates abgesichert sein. Die PPS unterstützte politisch die militärischen Aktionen *Piłsudskis*, trotz aller Einwände gegen dessen autokratische Führungsmethoden. In der Phase der Staatsgründung (1918/19) verschärfte sich die Gegnerschaft der PPS zu dem nationaldemokratisch bestimmten Pariser Nationalkomitee und dem am 5. 2. 1919 gebildeten Nationalen Volksverband (→ Nationaldemokratische Partei), demgegenüber sich die PPS, auf ihrem XVI. Parteitag (23.–27. 4. 1919) mit ihren Zweigorganisationen in Galizien und in Preußisch-Polen vereinigt (→ Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und des Teschener Schlesiens), für die »Verwirklichung einer unabhängigen, geeinten sozialistischen Republik« einsetzte. *Piłsudski* hatte sich bereits in dieser Phase der PPS weitgehend entfremdet, wenn auch persönliche Verbindungen zur Partei noch bis zu seinem Staatsstreich (Mai 1926) und darüber hinaus fortwirkten. Die Legitimität seines Amtes als »Staatschef« leitete er nicht von den Parteien ab, sondern von dem aufgrund der Zwei-Kaiser-Proklamation (November 1916) am 12. 9. 1917 gebildeten Regentschaftsrat). In der Wahl zur Kon-

stituante (26. 1. 1919) erzielte die PPS unter der Führung von *I. Daszyński* einen Stimmenanteil von 13 %, hielt ihren Anteil auch bei den Wahlen zur ersten gesetzgebenden Nationalversammlung (5. und 12. 11. 1922) und stellte in der Zeit der parlamentarischen Demokratie (1918–1926) mit *J. Moraczewski* (1918/19) und *A. Sliwiński* (1922) zwei Ministerpräsidenten von Koalitionsregierungen. Ihr innenpolitischer Einfluß wurde deutlich in dem durch die allgemeine Inflationsnot ausgelösten Generalstreik November 1923, insbes. aber in dem am 14. 5. 1926 von ihr proklamierten Generalstreik, der den Transport von regierungstreuen Truppen nach Warschau verhinderte und so dem Staatsstreich *Piłsudskis* zum Erfolg verhalf. Die Annäherung *Piłsudskis* an die konservative Rechte führte jedoch zu dem Entschluß der PPS-Führung, in Opposition gegen diese Politik ihres ehemaligen Führers zu gehen, der sich in dem → Parteilosen Block der Zusammenarbeit mit der Regierung eine parlamentarische Basis zu schaffen versuchte. Bei der Formierung einer gegen diesen offensichtlichen Trend zu einem »persönlichen Regime« gerichteten Opposition, schloß sich die PPS mit anderen Parteien der Mitte und der Linken am 14. 9. 1929 zur → Zentrumslinken zusammen.

Als Führerin der Zentrumslinken stellte die Partei das Programm einer Liquidierung des bestehenden Systems zugunsten der parlamentarischen Demokratie auf. Von den Maßnahmen zur Zerschlagung der Zentrumslinken wurde die PPS besonders hart betroffen. Führende PPS-Politiker wurden verhaftet und sahen sich später zur politischen Emigration gezwungen. Bei den unter Druck stattgefundenen Wahlen (17. und 23. 11. 1930) sanken die Parteien der Zentrumslinken zu Splittergruppen ab: die PPS erzielte nur noch einen Stimmenanteil von 5,5 %. Sie blieb bis zum Kriegsbeginn 1939 zusammen mit der Volkspartei (SL), der Polnischen Volkspartei (PSL), der Arbeitspartei (SP) und der Nationalpartei (SN) in der Opposition, boykottierte die beiden Sejmwahlen im Juli 1935 und im November 1937 angesichts der »Diktatur der Bürokratie« nach *Piłsudskis* Tod (12. 5. 1935) und war damit im Parlament nicht mehr vertreten. Ihre aktive Opposition artikulierte sich 1936/37 in umfassenden Streikbewegungen, bei gleichzeitiger Ablehnung einer sowjetischerseits initiierten Volksfrontpolitik. Die formelle Verständigung mit der Staatsführung im Frühjahr 1939 (→ Polnische Volkspartei) ließ unter der außenpolitischen Bedrohung keine umfassende innenpolitische Tätigkeit mehr zu. – Während des Zweiten Weltkrieges war die PPS sowohl in den Exilregierungen in Paris, seit 1940 in London, und zusammen mit Vertretern der Vorkriegsopposition im Exilparlament wie auch in den polnischen Regierungsorganen vertreten, die seit 1943 in der Sowjetunion und in den von der Sowjetarmee eroberten Landesteilen gebildet worden waren. In der zivilen Untergrundbewegung im von Deutschland besetzten Polen war die PPS, mit den anderen ehemaligen Oppositionsparteien im »Politischen Verständigungskomitee« zusammengeschlossen, neben der militärischen Résistance propagandistisch tätig und geriet (seit 1943) in politische Auseinandersetzungen mit der im Januar 1942 neugegründeten kommunistischen → Polnischen Arbeiterpartei (PPR). Das Gros der PPS richtete sich in dieser Zeit nach den Direktiven der Londoner Polnischen Exilregierung. Der mit den Kommunisten kooperierende Flügel der PPS, der sich innerhalb der aus dem Untergrund auftauchenden PPS-Gruppe durchsetzen konnte, war vertreten im »Verband Polnischer Patrioten«, gebildet vor dem 1. 3. 1943 in Kuybyszew (UdSSR), in dem daraus entwickelten »Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung«, konstituiert am 21. 7. in Chełm, in der Provisorischen Polnischen Regierung (1. 1. 1945) und in der auch von den westlichen Demokratien anerkannten »Regierung der Nationalen Einheit« (28. 6. 1945). Der Eintritt in den »Demokratischen Block«, bestehend aus der Polnischen Arbeiterpartei, der Volkspartei und der Demokratischen Partei, bedeutete praktisch das Ende der PPS als eigenständige Partei. Die Verschmelzung der Partei mit der PPR zur → Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 15. 12. 1948 setzte den Schlußpunkt dieser Entwicklung. Ehemalige PPS-Politiker haben danach innerhalb der nunmehr regierenden kommunistischen Partei noch eine gewisse Zeit eine Rolle gespielt wie der Außenminister *A. Rapacki* und bis Dezember 1970 der langjährige Ministerpräsident *J. Cyrankiewicz*.

J. Buszko, Narodziny ruchu socjalistycznego na ziemiach polskich, Krakau 1967; H. Jabłoński, Polityka Polskiej Partii Socjalistycznej w czasie wojny 1914–1918. Warschau 1958; W. Feldmann, Dzieje polskiej myśli politycznej 1864–1914, Warschau 1914; H. Wereszycki, Sojusz trzech cesarzy, Warschau 1957; A. Ajnenkiel, Spór o model parlamentaryzmu do roku 1926, Warschau 1972; Z. Zaremba, Sześćdziesiąt lat walki i pracy P.P.S., London o. J.; H. Roos, Geschichte der polnischen Nation 1918–1978, 1979; A. Krzyżanowski, Rząd Marszałka Piłsudskiego, Krakau 1928.

Polnische Sozialistische Partei – »Linke« (PPS-»Lewica«, Polska Partia Socjalistyczna »Lewica«) (1) 1906–1918), entstanden aus der Spaltung der PPS in die »Revolutionäre Fraktion« *(Piłsudski)* und die »Linke« *(Lewinson)*.

Gründung: Da beide Fraktionen für sich in Anspruch nahmen, die kontinuierliche Fortsetzung der PPS zu sein, läßt sich als Gründungsdatum der »Linken« nur der am 26. 11. 1906 erfolgte Bruch zwischen beiden Gruppen ansetzen, dessen Hauptursache in den unterschiedlichen Konsequenzen lag, die von den beiden Richtungen aus der mißlungenen Revolution von 1905 gezogen wurden.

Programm: Weitgespannte Autonomie für Polen im Rahmen eines demokratischen und republikanischen russischen Staates, der durch das Zusammenwirken mit dem sozialistischen Proletariat aller Völker Rußlands errichtet werden sollte. Verankerung der Demokratie durch das

allgemeine und gleiche Wahlrecht, die unmittelbare Volksgesetzgebung, durch Presse-, Meinungs- und Streikfreiheit sowie die allgemeine unentgeltliche Schulpflicht, Einführung des achtstündigen Arbeitstages, Verbot der Kinder- und der Nachtarbeit, Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner.

Organisation: Fabrik-, Fach- und Militärzirkel in Orts- und Stadtkomitees zusammengefaßt, nächsthöhere Organisationsstufen die Bezirkskomitees und das Zentrale Arbeitskomitee mit verschiedenen Fachabteilungen. Presse: Parteiorgan ›Robotnik‹ (Der Arbeiter) in den Ausgaben der »Revolutionären Fraktion« und der »Linken«.

Geschichte: Der Streit, der zur Spaltung geführt hatte – die »Revolutionäre Fraktion« vertrat die Meinung, ein Zusammengehen mit den russischen Sozialisten sei zwecklos, der Aufbau einer eigenen Kampforganisation zur Erringung der Unabhängigkeit Polens dagegen notwendig, während die »Linke« sich internationalistisch gab –, wurde auch nach der Trennung fortgesetzt. Der erste Kongreß der Linken (Ende Dezember 1907/Januar 1908) lehnte den politischen Terror als Mittel des revolutionären Kampfes ab und betonte die Notwendigkeit einer Einigung der sozialistischen Bewegung in Kongreßpolen, also einen Zusammenschluß mit dem Allgemeinen Jüdischen Arbeiter-Bund (→ Rußland) und der → Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens (SDKPiL). Diese Tendenzen verstärkten sich, führten zu einem gemeinsamen Aufruf am Beginn des Ersten Weltkrieges (»Krieg dem Kriege«), zu einer Entscheidung der Warschauer Landeskonferenz (Dezember 1917) für eine revolutionäre Umwälzung, zu einer Solidaritätserklärung für die Oktoberrevolution in Rußland und am 16. 12. 1918 zu dem Beschluß der Vereinigung mit der SDKPiL zur Kommunistischen Arbeiterpartei Polens (→ Kommunistische Partei Polens).

Dziesiąty Zjazd PPS. Program, taktyka, organizacja, Krakau 1980; R. Luksemburg, Wybór pism, Warschau 1959; F. Tych, PPS-Lewica w latach wojny 1914–1918, Warschau 1960; A. Żarnowska, Geneza rozłamu w PPS, 1904–1906, Warschau 1965.

Polnische Sozialistische Partei »Linke« (**PPS-»Lewica«**, Polska Partia Socjalistyczna »Lewica«) (2) (1926–1931), Abspaltung linker Kräfte der PPS nach dem Staatsstreich vom Mai 1926, gegründet am 13. 6. 1926 in Krakau. In ihren Programmthesen vom 8. 8. 1926 bezeichnete sie sich als »Partei des städtischen und ländlichen Proletariats«, setzte sich – als Fernziel – für die Herrschaft von Arbeitern und Bauern ein, forderte die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten der landlosen Bauern und die Einführung der 46-Stundenwoche. Der politische Einfluß der Partei war gering. Durch Verfügung des Innenministers *Sławoj-Składkowski* wurde sie am 14. 11. 1931 aufgelöst.

Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (**PZPR**, Polska Zjednoczona Partia Robotnicza).

Gründung: 15. 12. 1948 als Vereinigung von → Polnischer Sozialistischer Partei und → Polnischer Arbeiterpartei zur regierenden Einheitspartei, der gegenüber die anderen Parteien (→ Vereinigte Volkspartei, → Demokratische Partei) die Rolle von Hilfsorganisationen spielen.

Programm: Die programmatischen Grundlagen der Partei sind seit ihrer Gründung einmal prinzipiell abgewandelt (Oktober 1956) und mehrmals modifiziert worden unter Beibehaltung der ideologischen Grundstruktur aller regierenden kommunistischen Parteien. Gegenüber der Sowjetunion stellt Polen als Volksdemokratie, verglichen mit dem »Staat der Sowjetgesellschaft«, eine neue Form der Volksmacht dar mit einigen Besonderheiten, die sich aus der Eigenart der historischen Lage und aus der Entwicklungsstufe ergeben. Durch die Diktatur des Proletariats ist eine grundsätzliche Übereinstimmung mit dem sozialistischen Staat der Sowjetgesellschaft gegeben, der nach neuerer Interpretation sich in der fortgeschrittenen Entwicklung des kommunistischen Volksstaates befindet und die historische Phase der Diktatur des Proletariats bereits hinter sich gelassen hat. Die programmatischen Erklärungen auf dem Gründungsparteitag (1948) und in den folgenden Jahren lassen eindeutig die Tendenz erkennen, das Vorbild der Sowjetunion auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens für die polnischen Verhältnisse verbindlich zu machen. Besonders nachdrücklich wurden der dominierende Charakter der Partei herausgestellt und die Stalinschen Grundsätze des Staatsrechts zur Leitlinie der neuen Entwicklungsperiode erhoben. Für die Partei galt die Weisung, eine »stalinistische Linie in der Kaderpolitik« zu verfolgen und sich von den Traditionen des demokratischen Sozialismus zu distanzieren. Der verschärfte Klassenkampf und die Überwindung der Klassenfeinde galt als Voraussetzung für Fortschritte in der Wirtschaft, für den Auf- und Ausbau der Grundstoff- und Schwerindustrie und für die Kollektivierung der Landwirtschaft. In der Kulturpolitik wurde der Sozialistische Realismus zur verpflichtenden Norm erhoben. Weitgehende Änderungen waren im ideologischen und im Aktionsprogramm *Gomułkas* vom Oktober 1956 enthalten, das von der Parteispitze und vom Zentralkomitee gebilligt wurde. Wirtschaftlich ging es dabei um eine elastischere Handhabung des »Plans«, um eine Berücksichtigung der Realitäten und um die Anwendung des Freiwilligkeitsprinzips bei der Kollektivierung der Landwirtschaft. Parteipolitisch sollte das Vorbild der KPdSU nicht mehr allein maßgebend sein, vor allem wurden der »Persönlichkeitskult« abgelehnt und Vergehen gegen die Rechtsstaatlichkeit gegeißelt. Eine innerparteiliche Demokratisierung sollte realisiert werden. Das Parlament sollte seine verfassungsmäßige Aufgaben als oberstes Organ der Staatsgewalt voll erfüllen, und eine neue Wahlordnung sollte es möglich machen, zu wählen und nicht nur abzustimmen. Neue programmatische

Schwerpunkte wurden anläßlich des Führungswechsels von *Gomułka* zu *Gierek* gesetzt (1970/71). Die Hauptakzente liegen seitdem im ökonomischen Bereich (Investitionen, Produktivität, Betriebsorganisation) bei formeller Berücksichtigung des ideologischen Sektors.

Organisation: Die vom VII. Parteitag im Dezember 1978 bestätigte Fassung des Parteistatuts enthält, neben der Fixierung der Pflichten und Rechte der Parteimitglieder und des demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip, Bestimmungen über die Organisationsstruktur der Partei (Betriebs-, Dorf- und Gebietsorganisationen, die den Gemeinde-, Stadt-, und Bereichskomitees unterstehen, Gemeinde-, Stadt- und Bereichsorganisationen, die von den Wojewodschaftskomitees ihre Weisungen erhalten, Wojewodschaftsorganisationen, die dem Zentralkomitee unmittelbar untergeordnet sind, wobei jede Organisation ihre eigene Führung wählt), – über die Führungsspitze (Parteitag, alle fünf Jahre einberufen, vom Parteitag gewähltes ZK, das alle vier Monate tagt, vom ZK gewähltes Politisches Büro und Sekretariat), – über die Wojewodschafts-, Gemeinde-, Stadt- und Bezirksorganisationen und ihre Aufgaben und Befugnisse, – über die Grundorganisationen, – über die Abgeordnetenklubs der Partei und die Parteikollektive in den Nationalräten und in den Führungsgremien der gesellschaftlichen Organisationen, – über das Verhältnis der Partei zu den Jugendorganisationen und über das Vermögen und die Fonds der Partei. Nach einer Mitteilung der Parteiführung vom 30. 5. 1979 betrug die Zahl der Parteimitglieder einschließlich der Kandidaten damals fast 3 Millionen = knapp 10 % der Bevölkerung.

Presse: ›Trybuna Ludu‹ (Tribüne des Volkes, seit 1948, hervorgegangen aus der Fusion der Zentralorgane der PPR, ›Głos Ludu‹ – Stimme des Volkes – und der PPS, ›Robotnik‹ – Der Arbeiter –), ›Nowe Drogi‹ (Neue Wege, theoretische Monatsschrift), ›Polityka‹ (Wochenzeitung von liberalem Charakter), zahlreiche Regionalzeitungen als Organe der Wojewodschaftskomitees.

Geschichte: Nach der auf dem Vereinigungsparteitag erfolgten Gründung der Einheitspartei erfolgte unter der Führung *B. Bieruts* die vollständige Ausrichtung der PZPR auf die KPdSU, was mit einer rigorosen Disziplinierung der Gesamtpartei unter Einschaltung der Kader, der Parteiaktivs und mit einer umfassenden Schulungsarbeit Hand in Hand ging. Das Eigenleben der Grundorganisationen wurde dadurch weitgehend unterbunden. Die von der PZPR maßgeblich beeinflußten Massenorganisationen wie die Gewerkschaften, der im Juli 1948 gegründete zentralistische »Verband der Polnischen Jugend«, der »Verband der bäuerlichen Selbsthilfe«, die »Frauenliga« und der »Verband polnischer Lehrer« wurden straff durchorganisiert und leitenden Parteimitgliedern unterstellt. Unter der Führung einer dergestalt umgeformten Partei wurde die Realisierung des Programms im Bereich der Verwaltung, des Bildungswesens, der Industrie und der Landwirtschaft begonnen, wobei besonders im Aufbau der Industrie Erfolge erzielt werden konnten, während die Kollektivierung der Landwirtschaft nur langsam Fortschritte machte. Auf der Grundlage der am 22. 7. 1952 beschlossenen Verfassung und des Wahlgesetzes vom 1. 8. 1952 (→ Einleitung) fanden am 26. 10. 1952 Parlamentswahlen statt, für die nur die Einheitsliste der »Front der Nationalen Einheit« mit den Kandidaten der PZPR, der beiden anderen Parteien und der Massenorganisationen aufgestellt worden war. Nach der vor der Wahl ausgehandelten Verteilung erhielt die PZPR 273, die → Vereinigte Volkspartei 90, die → Demokratische Partei 25 Sitze von insgesamt 425, während 37 Sitze an parteilose Abg. gingen. Die Dominanz der Partei wurde bei der Regierungsbildung nach dieser Wahl nachdrücklich demonstriert, indem der Generalsekretär der Partei auch die Führung der Regierung übernahm. Im Zuge dieser Gesamtentwicklung verfolgte die Partei eine scharfe kirchenpolitische Linie gegenüber dem Vatikan und dem Episkopat bei gleichzeitiger Schonung der Religion und der Kirche als solcher. Auf Initiative der PZPR entstand in der Polnischen Akademie der Wissenschaften eine zentrale Wissenschaftsorganisation, die der Partei breite Einflußmöglichkeiten verschaffte. Die bisher am tiefsten greifende Zäsur in der Geschichte der Partei war der »Polnische Oktober« 1956, ausgelöst durch den Verlauf und das Ergebnis des XX. Parteitages der KPdSU mit der nachfolgenden, energisch betriebenen »Entstalinisierung« in fast allen sozialistischen Ländern, insbes. in Polen. Nach dem Tod des Hauptvertreters des »harten« Kurses, *Bierut* (12. 3. 1956), dem Aufstand der Arbeiter der Cegielski-Werke in Posen, mit dessen Untersuchung der Sekretär der Parteiorganisation des oberschlesischen Industriereviers, *E. Gierek*, beauftragt wurde, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen in der Parteiführung und zu einem Autoritätsverlust der Partei innerhalb der Mitgliedschaft und der Bevölkerung, die durch die Wahl des inzwischen rehabilitierten und in das Zentralkomitee aufgenommenen *W. Gomułka* zum Ersten Sekretär gestoppt werden konnten. In seiner programmatischen Rede vom 20. 10. 1956, die zur Richtschnur für die Beschlüsse des Zentralkomitees und die Politik der Parteispitze wurde, unterzog *Gomułka* die bisherige Führung einer scharfen Kritik, setzte neue Maßstäbe für die Arbeit der Partei und der Staatsverwaltung. Zahlreiche Repräsentanten des alten Kurses verloren ihre Positionen, darunter auch der als Exponent der Sowjetisierung Polens geltende Verteidigungsminister, Marschall *Rokossovskij*, der nach Moskau abberufen wurde. Trotz mancher von ihr zugelassenen Liberalisierungserscheinungen war die neue Führung darauf bedacht, die politischen Grundstrukturen zu wahren. So fanden die Parlamentswahlen im Ja-

nuar 1957 zwar unter der verheißungsvollen Parole »Freiheit, Souveränität, Sozialismus«, jedoch nach dem Muster der Wahlen von 1952 statt und sicherten der PZPR die absolute Mehrheit mit 238 von 459 Sitzen bei einer beträchtlichen Steigerung des Anteils der beiden anderen Parteien und der Parteilosen. Eine wesentliche Entspannung der Beziehungen der Partei zur katholischen Kirche trat durch die 1956 erfolgte Freilassung des seit dem Spätsommer 1953 interniert gewesenen Primas von Polen, Kardinal *Wyszyński*, und durch Vereinbarungen des Episkopats mit Partei und Staat ein (Wiederaufnahme des freiwilligen Religionsunterrichts und der Gefangenenseelsorge, Einstellung der Prozesse gegen Geistliche, Einrichtung einer Kommission zur Regelung von strittigen Fragen zwischen Staat und Kirche). In den Folgejahren wurde durch von der Partei geforderte Restriktionen der innere liberale Spielraum eingeengt. Da sich die Parteispitze unter *Gomułka* den Erfordernissen der sich in Polen immer stärker entfaltenden modernen Industriegesellschaft nicht gewachsen erwies, kam es im Dezember 1970 zu dramatischen, durch Preissteigerungen ausgelösten Arbeiterunruhen in den Küstenstädten und in anderen Industriezentren. Daraufhin erfolgte ein Wechsel in der Parteiführung: *Gomułka* wurde durch den im Industriemanagement ausgebildeten und auslandserfahrenen *Gierek* abgelöst. Dieser Vorgang löste eine neue Liberalisierungswelle aus. Der VI. Parteitag im Dezember 1971 faßte eine Reihe von ökonomisch bedeutsamen Entschlüssen, um die Industrialisierung des Landes zu beschleunigen. Die Partei beschloß 1973 eine Reform des Bildungswesens, die kirchenpolitische Diskussion kam erneut in Gang (1977), intensiviert durch die Wahl des Erzbischofs und Metropoliten von Krakau, Kardinal *Karol Wojtyła*, zum 264. Papst (Oktober 1978) und seinen Besuch in Polen (Juni 1979). Die Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln sind unter anderem darauf zurückzuführen, daß *Gierek* und seine Equipe sich ein zu umfangreiches Investitionsprogramm vorgenommen haben. Auf dem VII. Parteitag (Dezember 1975) wies *Gierek* auf die Notwendigkeit hin, die ideologische Arbeit der PZPR zu intensivieren, da es immer noch »aktive Klassengegner« im Lande gebe, deren »Angriffe sich vor allem auf den real existierenden Sozialismus, auf die Grundlagen unserer Staatlichkeit, unserer Demokratie und der führenden Rolle der Partei konzentrieren«. In diesem Zusammenhang gewann die konstitutionelle Festschreibung der Rolle der Partei im Staat besondere Bedeutung. Die Verfassungsänderung war dann auch ein zentrales Thema des Parteitages. Der vom Parteitag gebilligte Entwurf wurde unter Berücksichtigung von Änderungswünschen aus der Bevölkerung und des Episkopats in modifizierter Form vom Sejm im Februar 1976 angenommen (→ Einleitung). Bei den Parlamentswahlen im März 1980 fielen auf die PZPR 261 von 460 Sitzen. Der Versuch der Partei, Ende April 1976 die bestehenden fünf Jugendorganisationen zu einem Zentralverband zusammenzuschließen, konnte nur zu einem Teil realisiert werden. Die bereits zuvor bestehende Föderation der Sozialistischen Polnischen Jugendverbände besteht fort und umfaßt statt der bis dahin fünf nur noch drei Mitgliedsverbände. Die am 24. 6. 1976 ausgebrochenen Arbeiterunruhen in einigen Industriezentren, ausgelöst durch drastische Preiserhöhungen, konnten damals noch durch rasche Annullierung dieser Maßnahme behoben werden. Als jedoch die durch das zu umfangreiche Investitionsprogramm bedingten Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln anhielten und erneute Preisanhebungen vorgenommen wurden, kam es im Sommer 1980 zu einer von den Werften an der Ostseeküste ausgehenden Streikwelle, die in der Forderung nach Zulassung freier Gewerkschaften gipfelte. Angesichts der geschlossenen Haltung der Arbeiter und der katastrophalen Wirtschaftslage sah sich die Parteiführung zum Nachgeben gezwungen. Alle Forderungen der Arbeiter einschließlich des Streikrechts und der Zulassung freier Gewerkschaften wurden erfüllt. An der Parteispitze trat ein Wechsel ein; an die Stelle *Giereks*, der auch aus dem Politbüro ausschied, trat der bisherige Sekretär des ZK, *St. Kania*.

K. Secomski (Hg.), 26 lat gospodarki Polski Ludowej, Warschau 1969; VII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei – Materialien, Berlin (Ost) 1976; G. W. Strobel, Polen zwischen dem VII. Parteitag und den Arbeiterunruhen 1976, 1977; A. Th. Deiss, Polen, Freie Gewerkschaften im Kommunismus? 1980.

Polnische Volkspartei (**PSL**, Polskie Stronnictwo Ludowe), Bauernpartei, die sich für eine gerechte Landverteilung einsetzte.

Gründung: 1895 in Rzeszów, im österreichischen Teilgebiet Polens, durch K. *Lewakowski*, *J. Stapiński* und *J. Bojko* unter dem ursprünglichen Namen VOLKSPARTEI (SL, Stronnictwo Ludowe) mit dem Anspruch, in allen drei Teilgebieten Polens als eine politische Spitzengruppierung zu wirken. 1903 Namensänderung in PSL.

Programm: Erweiterung der Autonomie, Reform des Wahlrechts, Änderung des Steuerrechts. Das Programm von 1903 besagt in seiner Präambel: »Die Polnische Volkspartei will die nationale, politische, ökonomische und zivilisatorische Lage des Volkes verbessern und wird nicht ruhen, ehe aus unserem Land nicht weit und breit politische Unfreiheit und jegliche soziale Ungerechtigkeit verschwunden sind.« Das Programm postulierte ferner eine Umgestaltung der Habsburger Monarchie in einen trialistischen Staat Österreich, Ungarn, Galizien mit dem Teschener Schlesien, Wirtschaftsreformen mit Schwerpunkt einer Unterstützung der Parzellierungsaktionen. Angekündigt wurden parlamentarische Aktionen (im Wiener Parlament) zugunsten der polnischen Bevölkerung im russischen und im preußischen Teilgebiet Polens. In späteren programmatischen Äu-

ßerungen, insbesondere 1931 und 1937, wurde der agrarrevolutionäre Ansatz wieder aufgenommen.

Organisation: Entsprechend der Verwaltungsgliederung in den drei Teilungsgebieten in Gemeinde- und Kreisverbänden (bis 1918), danach Ausbau der Organisation auf Kreis- und Wojewodschaftsebene.

Presse: ›Przyjaciel Ludu‹ (Volksfreund, 1895 bis 1913 Organ der PSL), ›Piast‹ (Piast, seit 1913 Organ des rechten Parteiflügels), ›Wyzwolenie‹ (Befreiung, Organ des linken Flügels), ›Zielony Sztandar‹ (Grüne Fahne, 1931–1939 Organ des Stronnictwo Ludowe-SL, nach 1949 Zentralorgan der → Vereinigten Volkspartei).

Geschichte: Vorausgegangen waren von der katholischen Kirche initiierte Bildungsbemühungen und Genossenschaftsgründungen. Die wegen ihrer agrar-sozialen Forderungen vom Klerus bekämpfte politische Bewegung des polnischen Bauerntums setzte der Vorherrschaft des Adels und der Beamtenschaft ihre Forderung nach gerechter Landverteilung entgegen. Eine Entsprechung fand diese politische Richtung im Polnischen Volksverband (PZL, Polski Związek Ludowy) im russischen Teilgebiet. Gegründet 1904, veröffentlichte dieser Verband 1905 sein Programm, das zwar die Unterschiede zwischen den Interessen des Großgrundbesitzes und des Bauerntums deutlich hervorhob, aber keine radikalen Veränderungen forderte und die Bemühungen um ein unabhängiges Polen in den Mittelpunkt stellte. Im Zusammenhang mit der mißlungenen Revolution in Rußland 1905 wurde dieser Verband durch die Behörden aufgelöst. Für die Führung der PSL im österreichischen Teilgebiet stellte sich hinfort nicht so sehr die Frage nach einer prinzipiellen Änderung der politischen Ordnung als vielmehr nach einer Demokratisierung des öffentlichen Lebens, wobei sie sich in erster Linie auf eine Demokratisierung des Wahlrechts konzentrierte, was ihr 1906 gelang. Nach den Wahlen von 1907 zogen zwei führende Funktionäre der PSL als Mitglieder des überwiegend von konservativen Kräften bestimmten Polnischen Abgeordnetenklubs in das Wiener Parlament ein.

In Erwartung des von vielen Polen erhofften Krieges kam es 1912 in Krakau zu einem Zusammenschluß der »Unabhängigkeitsparteien«, dem auch die PSL beitrat. Diese als »links« geltende »Provisorische Kommission der konföderierten Unabhängigkeitsparteien« wurde durch die Spaltung der PSL entscheidend geschwächt. 1913 schlossen sich die gemäßigteren, stärker national orientierten Kräfte der Partei um den Bauernsohn *W. Witos* zur PSL-Piast zusammen, während die PSL-»Linke« (PSL-»Lewica«) die radikale Richtung repräsentierte. Als Abg. im galizischen Landtag bzw. im österreichischen Parlament (1908–1918) vertrat *Witos* einen mittelbäuerlichen Kurs. Die PSL-»Linke« unterstützte eine kleinbäuerliche Strömung mit der Tendenz einer zwangsweisen Bodenreform. Eine dritte Strömung, die PSL-»Befreiung« (PSL-»Wyzwolenie«), so nach ihrem führenden Organ ›Wyzwolenie‹ genannt, beschränkte sich regional auf Kongreßpolen und forderte gleichfalls eine radikale Landaufteilung. Bei den heterogenen Zielen der beiden Hauptrichtungen-»Piast« einerseits und »Linke« bzw. »Befreiung« andererseits – erbrachte die vorübergehende Verschmelzung zu einer Gesamtpartei (1919) kein einheitliches Programm. (In der parlamentarischen Demokratie von 1921–1926 ähnelten auch die anderen politischen Parteien in Polen mit wenigen Ausnahmen wegen mangelnder ideologischer und organisatorischer Festigkeit dem historischen Typus der Adelskonföderationen bis 1795). Nach dem erneuten Zerfall der Partei in ihre beiden Flügel wurde die zunächst gemäßigte Richtung des »Piast« zur Repräsentanz der politischen Bauernbewegung schlechthin. Sie stellte mit *Witos*, ihrem führenden Kopf (Sejmabgeordneter 1918–1932), in der ersten Hälfte der 20er Jahre dreimal den Regierungschef (1921, 1923, 1926) erzielte bei den Wahlen zum Gesetzgebenden Sejm im November 1921 einen Stimmenanteil von 13,2 Prozent, und wirkte als potentes Element der Opposition gegen die 1926 errichtete autoritäre Herrschaft *Piłsudskis*. Eine linke Abspaltung (→ Bauernpartei) überstand die PSL-»Piast« ungeschwächt. Zusammen mit Parteien der Mitte und der Linken bildete sie die oppositionelle → Zentrumslinke. Im März 1931 erfolgte eine Vereinigung aller Bauernparteien, des »Piast«, der »Befreiung« und der Bauernpartei, zu einer großen Volkspartei (SL, Stronnictwo Ludowe), mitbedingt durch die Weltwirtschaftskrise, die sich in Polen besonders hart auf die Bauern, vor allem die zahlreichen Landarmen und Landlosen, auswirkte. Unbestrittener Führer der neuen Vereinigung war *Witos*. Der zu Anfang seiner politischen Laufbahn liberale Bauernführer, der die freiwillige und organische Umwandlung des Großgrundbesitzes in mittelbäuerliche Betriebe angestrebt hatte, trat nun, gestützt auf die gesamte Partei, gegen den als überlebt bezeichneten Kapitalismus auf und forderte eine entschädigungslose Aufteilung des landwirtschaftlichen Großbesitzes. Im neugewählten Sejm (November 1931) verfügte seine Partei zwar nur noch über 11,0% der Sitze, repräsentierte aber die sozialen Interessen der gesamten Bauernschaft.

Schwere Folgen für die Volkspartei hatte der Prozeß gegen die Brester Gefangenen (→ Zentrumslinke), der zur politischen Emigration von *Witos* und anderen Oppositionspolitikern führte. Unter dem wachsenden Druck autokratischer Regierungsformen verstärkten sich in den letzten Jahren der Ära *Piłsudski* und nach dessen Tod (1935) bei zunehmenden Spannungen im Sozial- und Besitzgefüge die agrarrevolutionären Tendenzen der SL. Innerhalb der Opposition gegen das Regierungslager besaß die SL das stärkste soziale Gewicht und forderte eine breitenwirksa-

me Lösung der Agrarfrage und die Bildung einer Bauernregierung unter *Witos*. Auf ihrem außerordentlichen Kongreß (17.1. 1937) wählte sie eine neue Führung mit dem Posener Genossenschaftssekretär *St. Mikołajczyk* an der Spitze. Ausdruck ihrer sozialrevolutionären Haltung war ein zehntägiger Bauernstreik im August 1937, der von der Regierung blutig niedergeschlagen wurde, – legalisiert durch das »Ermächtigungsgesetz« vom März 1933, nach dem der Präsident Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen konnte. Trotz aller Behinderungen ihrer Aktivitäten durch die Regierung konnte die SL zusammen mit den Sozialisten, der NATIONALPARTEI und der ARBEITSPARTEI ein seit 1937 ausgeprägtes, bis 1945 stabiles System der Oppositionsparteien zustande bringen, das die Neuwahlen zum Parlament im November 1938 boykottierte.

Angesichts der außenpolitischen Gefährdung und im Interesse der Landesverteidigung kam es im März und April 1939 zu einer innenpolitischen Verständigung: die Oppositionsparteien gaben Loyalitätserklärungen ab, die Brester Emigranten, darunter auch *Witos*, durften nach Polen zurückkehren und wieder politisch tätig sein. Da die SL und die drei anderen Oppositionsparteien die »Septemberkatastrophe« von 1939 nicht zu verantworten hatten, wurden sie zu Wahrern der polnischen Staatsidee im Zweiten Weltkrieg, sowohl in der politischen Untergrundorganisation im okkupierten Polen als auch in der politischen Führung Polens im Exil, in der die SL mit ihrem 1937 gewählten Vors. *Mikołajczyk* den amtierenden Präsidenten des Parlaments stellte. Von der konspirativen SL in Polen spaltete sich 1943 die Volkspartei »WILLE DES VOLKES« (SL-»Wola Ludu«) ab, eine linke Gruppierung, die den Einfluß der Londoner Exilregierung zugunsten einer prosowjetischen Orientierung auszuschalten suchte. – *Mikołajczyk*, von Juli 1943 bis November 1944 Ministerpräsident der Exilregierung, wurde Ende Juni 1945, zusammen mit einigen wenigen anderen Exilpolitikern, in die Warschauer Regierung der Nationalen Einheit als stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Landwirtschaft und Agrarreform aufgenommen. Die von ihm vertretene Volkspartei, das aus dem Untergrund aufgetauchte SL, beschloß im September 1945 unter dem Vorsitz von *Witos*, der kurz darauf verstarb, sich wiederum in Polnische Volkspartei (PSL) umzubenennen und wagte als einzige Oppositionspartei bei den Wahlen zum »Verfassungsgebenden Sejm« (19.1. 1947) die Auseinandersetzung mit den im »Demokratischen Block« zusammengeschlossenen Regierungsparteien. Die für eine Zusammenarbeit mit dem »Demokratischen Block« eintretenden Kräfte innerhalb der PSL hatten sich bereits im Juni 1946, anläßlich der Diskussion um das Referendum (→ POLNISCHE ARBEITERPARTEI), das sie unterstützten, abgespalten und die PSL »NEUE BEFREIUNG (PSL-»Nowe Wyzwolenie«) gegründet. – Die PSL erzielte 1947 10,3 % der gültigen Stimmen. In der neugebildeten Regierung waren *Mikołajczyk* und seine Parteianhänger nicht mehr vertreten. Um der drohenden Verhaftung zu entgehen, ging Mikołajczyk außer Landes (Oktober 1947). Die neue Führung gab im November 1947 jede Opposition gegen die Regierung auf. Die Ende November 1949 erfolgte Fusion von Resten der PSL und einiger prokommunistischer Splittergruppen zur → VEREINIGTEN VOLKSPARTEI hatte mit der politischen Bauernbewegung von *Witos* nichts mehr gemein.

K. Grzybowski, Galicja 1848–1914. Historia ustroju politycznego, Breslau 1959; St. Kowalczyk/J. Kowal/W. Stankiewicz/M. Stański, Zarys historii polskiego ruchu ludowego 1864–1918, Warschau 1963; J. Molenda, PSL w Królewstwie Polskim 1915–1918, Warschau 1965; A. Czubiński, Centrolew. Kształtowanie się i rozwój demokratycznej opozycji antysanacyjnej w Polsce w latach 1926–1930, Posen 1963; M. Pietrzak, Rządy parlamentarne w Polsce w latach 1919–1926, Warschau 1969; L. Trzeciakowski, Ziemie polskie pod panowaniem państw zaborczych (1815–1918) in: J. Topolski (Hg.), Dzieje Polski, Warschau 1975.

Polnische Volkspartei »Befreiung« (**PSL »Wyzwolenie«**, Polskie Stronnictwo Ludowe »Wyzwolenie«) → Polnische Volkspartei.

Polnische Volkspartei »Piast« (**PSL »Piast«**, Polskie Stronnictwo Ludowe »Piast«) → Polnische Volkspartei.

Polnische Volkspartei »Linke« (**PSL »Lewica«**, Polskie Stronnictwo Ludowe »Lewica«)→ Polnische Volkspartei.

Sozialdemokratie des Königreichs Polen (**SDKP**, Socjal-Demokracja Królewstwa Polskiego), seit 1900 auch SOZIALDEMOKRATIE DES KÖNIGREICHS POLEN UND LITAEENS (**SDKPiL**, Socjal-Demokracja Królewstwa Polskiego i Litwy), geführt von den Vertretern der sozialistischen Emigration, *R. Luxemburg* und *J. Marchlewski* und nach 1899 *F. Dzierzyński*.

Gründung: 10./11.3. 1894 in Warschau; im August 1900 Vereinigung mit der LITAUISCHEN SOZIALDEMOKRATIE zur SDKPiL.

Programm: Die auf dem Gründungskongreß diskutierten programmatischen Grundsätze – Sturz des kapitalistischen Systems, Erringung der politischen Macht durch das Proletariat, Aufbau des Sozialismus, Arbeiterschutzgesetzgebung – wurden von der Warschauer Landeskonferenz (28.–30.11. 1905) unter entscheidender Mitwirkung von *R. Luxemburg* zu einem festen Programm zusammengefaßt: Abschaffung des privaten Eigentums am Boden und an allen Produktions- und Verkehrsmitteln und Übernahme der Staatsgewalt durch die Arbeiterklasse, Einführung des Rätesystems. In der nationalen Frage: Landesautonomie für Polen innerhalb einer demokratischen Republik im gesamten russischen Reich unter Verzicht auf einen polnischen Nationalstaat.

Organisation: Parteigruppen in Betrieben und Werkstätten sowie für verschiedene Berufe, zusammengefaßt in Orts- bzw. Stadtteilorganisatio-

nen, denen auch alle anderen Parteimitglieder außerhalb der genannten Gruppen angehörten. Leitung durch das Ortskomitee, auf der höheren Organisationsstufe durch das Bezirkskomitee, an der Parteispitze – zwischen den Parteitagen – die Hauptverwaltung.

Presse: ›Czerwony Sztandar‹ (1902–1918, Rote Fahne), ›Przegląd Robotniczy‹ (1900–1905, Arbeiterrundschau), ›Sprawa Robotnicza‹ (1893–1895, Arbeiterfragen).

Geschichte: Als Grundbedingung für die Realisierung des Programms nannte ein Beschluß des Gründungskongresses (10./11. 3. 1894) die internationale proletarische Solidarität und insbes. die Unterstützung »eines so starken Bundesgenossen wie des russischen Proletariats«. »Das Programm einer Wiedererrichtung des polnischen Staates ist heute eine Utopie und würde das polnische Proletariat vom übrigen russischen Proletariat trennen, dem einzigen und natürlichen Bundesgenossen im Kampf gegen die Regierung«. Nach der Vereinbarung mit einer Gruppe polnischer Sozialdemokraten aus Litauen (1900) faßt der IV. Parteikongreß (Juli 1903) den Beschluß, sich mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands zu vereinigen, was jedoch an der Weigerung *Lenins* scheiterte, aus dem Programm der russischen Partei das Recht der Völker auf Selbstbestimmung zu streichen. Der VI. Parteikongreß (Dezember 1908) präzisierte die Autonomieforderung für Kongreßpolen und bestätigte den Verzicht auf staatliche Unabhängigkeit für Polen. In der Revolution von 1905 und in den Folgejahren wurden zahlreiche politische Streiks, oft in Aktionsgemeinschaft mit der → Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) von der SDKPiL initiiert und durchgeführt. Gleichzeitig kam es zu zum Teil blutigen Auseinandersetzungen mit Anhängern der sog. Unabhängigkeitsparteien. Innere Auseinandersetzungen führten vorübergehend (1911–1916) zu einer Spaltung der Partei. Auch während des Krieges hielt die SDKPiL an ihrem internationalistischen Konzept fest bei strikter Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes für Polen und begab sich dadurch der Möglichkeit, in großen Teilen der Arbeiterschaft Einfluß zu gewinnen, die zumeist national dachte und die von der SDKPiL (Januar 1918) geforderte Einverleibung Polens in das revolutionäre Rußland heftig ablehnte. Auf der Landeskonferenz in Warschau am 16. 12. 1918 kam es zu dem Beschluß, sich mit der → PPS-Linke zur → Kommunistischen Arbeiterpartei Polens zu vereinigen (→ Kommunistische Partei Polens).

P. Nettl, Rosa Luxemburg, 1967; A. Puchnik, Studia z dziejów polskiego ruchu robotniczego, Warschau 1958; Ruch robotniczy i ludowy w Polsce w latach 1914–1923, Warschau 1960; B. Radlak, SDKPiL w latach 1914–1917, Warschau 1967; G. W. Strobel, Quellen zur Geschichte des Kommunismus in Polen 1878–1918, 1968; Ders., Die Partei R. Luxemburgs, Lenin und die SPD, 1974.

Ukrainische Nationaldemokratische Organisation (UNDO, Ukraińska Narodowo-Demokratyczna Organizacja).

Gründung: 11. 7. 1925 (als Wiedergründung eines bereits zuvor bestehenden politischen Verbandes).

Programm: Kulturelle und später auch territoriale Autonomie im Rahmen des polnischen Staates unter voller Anwendung des Minderheitenschutzvertrages vom 28. 6. 1919, dessen Unterzeichnung Polen seitens der alliierten Mächte zur Auflage gemacht worden war als Voraussetzung für die Anerkennung der Westgrenzen.

Presse: ›Dilo‹ (Arbeit), und ›Novyj Čas‹ (Neue Zeit).

Geschichte: Die unter der Führung von Politikern der österreichischen Schule stehende bürgerlich-rational orientierte Partei erfaßte in erster Linie die überwiegend bäuerliche ukrainische Bevölkerung und lehnte sozialrevolutionäre Tendenzen der radikalen Nationalisten ab. Da diese die Parlamentswahlen im November 1922 boykottierten, kamen die 25 auf die ukrainische Gruppe des → Minderheitenblocks entfallenden Sitze den politischen Gruppierungen zugute, aus denen 1925 die UNDO entstand. (Die ukrainischen Abgeordneten bildeten im Sejm einen Klub, ebenso wie die Vertreter der anderen nationalen Gruppen und der polnischen Parteien, etwa vergleichbar mit den Fraktionen oder Fraktionsgemeinschaften in westlichen Parlamenten.) Auch als sich die bereits 1920 gegründete illegale »Ukrainische Militärorganisation« (UVO, Ukraińska Vojskowa Organizacja), mit der im Oktober 1926 entstandenen, weitgehend kommunistisch orientierten »Ukrainischen Arbeiter- und Bauernvereinigung« (Sel-Rob – Związek Chłopów i Robotników) und mit anderen irredentistischen ukrainischen Gruppen wie der prosowjetischen »Arbeitspartei« zur Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN, Organizacja Ukraińskich Narodowców) zusammenschloß (1929), blieb die UNDO die stärkste bürgerliche und antisowjetische ukrainische Partei, konnte aber die Unterwanderung durch Agitatoren der OUN nicht verhindern, die im Sommer 1930 mit Terroraktionen gegen Beamte, staatliche Institutionen und polnische Großgrundbesitzer vorging. So wurde die UNDO auch von den sogenannten »Befriedungsaktionen« betroffen, die *Piłsudski* im Herbst 1930 gegen die ukrainische Bevölkerung auslöste, gleichzeitig mit seinem Vorgehen gegen die Zentrumslinke. Im Ergebnis der Novemberwahlen von 1930 drückte sich das in einem rapiden Schwund der ukrainischen Parlamentssitze aus, die von 32 (1928) auf 7 zurückgingen. 1935 schloß die UNDO einen Burgfrieden mit der Regierung, da sie sich durch die Nichtangriffspakte Polens mit Deutschland und der Sowjetunion außenpolitisch isoliert sah, während die OUN, die 1931 den Chef des → Parteilosen Blocks und 1934 den Innenminister hatte ermorden lassen, in ihrer unversöhnlichen Haltung verharrte. Zu einer Verschärfung der Situation kam es infolge der von der Regierung forciert betriebenen Polonisierungsbemühungen. Die

UNDO beschloß im Mai 1938, die Forderung nach Territorialautonomie für die ukrainischen Gebiete Polens zu stellen und reichte im Dezember ein »Verfassungsgesetz für das Land Galizien-Wolhynien« ein, das aber im Parlament nicht behandelt wurde. Angesichts der außenpolitischen Entwicklung im Frühjahr 1939 bestand keine Aussicht auf die Errichtung eines selbständigen ukrainischen Staates. Bei Kriegsbeginn erklärte die UNDO-Führung der Regierung gegenüber ihre Loyalität.

J. Paprocki (Hg.), Polen und das Minderheitenproblem, Warschau 1935; W. J. Zaleski, Międzynarodowa ochrona mniejszości, Warschau 1937; A. Czubiński, Polska w okresie dwudziestolecia między-wojennego, in: J. Topolski (Hg.), Dzieje Polski, Warschau 1975.

Vereinigte Volkspartei (**ZSL,** Zjednoczone Stronnictwo Ludowe).

Gründung: 27. 11. 1949 durch Fusion der nach der politischen Ausschaltung von *Mikołajczyk* stark zusammengeschmolzenen → Polnischen Volkspartei und einiger kleinerer Gruppen wie der Volkspartei »Wille des Volkes« und der sog. »Lubliner« Volkspartei.

Programm: In der programmatischen Erklärung von 1949 und in den Aktionsprogrammen sind folgende Ziele formuliert: die Partei der Bauernbewegung betreibt, im Bündnis mit der »führenden politischen Kraft« der Volksrepublik Polen, der → Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR), den Aufbau einer modernen Landwirtschaft in Polen und setzt sich für eine Beschleunigung des sozialen Fortschritts und die Anhebung des kulturellen und des Bildungsniveaus auf dem Lande ein. Sie wirkt insbes. darauf hin, das politische Bewußtsein der Bauern zu entwickeln und ist in erster Linie unter den Einzelbauern tätig. In den Beschlüssen der Parteitage werden diese allgemein gefaßten Ziele konkretisiert, vor allem in Richtung auf eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Produktivität der bäuerlichen Individualwirtschaften.

Organisation: Orts- und Gemeindezirkel, die von Wojewodschaftskomitees geleitet werden. – Mitgliederstand (1978): 430 000.

Presse: ›Zielony Standar‹ (Grüne Fahne, Zentralorgan), ›Dziennik Ludowy‹ (Volkszeitung), ›Wieś Współczesna‹ (Das moderne Dorf, theoretische Monatsschrift), ›Wieści‹ (Nachrichten), ›Tygodnik Kulturalny‹ (Wochenzeitung für Kulturfragen).

Geschichte: Der 1949 gestartete Versuch, im Zusammenhang mit den strukturellen Veränderungen in Staat und Gesellschaft nach sowjetischem Muster eine Kollektivierung der Landwirtschaft durchzusetzen – unter aktiver Mitwirkung der ZSL – mußte 1956 als gescheitert erkannt aufgegeben werden. Die polnische Landwirtschaftspolitik zielt seitdem darauf hin, aus den zum großen Teil unwirtschaftlichen Kleinbetrieben rentable Betriebsgrößen zu entwickeln. In den von der ZSL und dem Politbüro der PZPR erlassenen »Richtlinien über die Aufgaben bei der Entwicklung der Landwirtschaft 1971–1975« wird auf die »notwendige Dynamisierung der landwirtschaftlichen Produktion und die Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung« hingewiesen. Das vom VI. Partei-Kongreß (April 1973) verabschiedete Aktionsprogramm hebt besonders die Rolle der Bauernfrauen bei der Ausbildung neuer Lebensformen auf dem Land, bei der Jugenderziehung und der Festigung der Familie, in der politischen und gesellschaftlichen Arbeit hervor.

Entsprechend der volksdemokratischen Grundstruktur gehört die ZSL, zusammen mit der regierenden → PZPR, der Demokratischen Partei und den Massenorganisationen, der »Front der Nationalen Einheit« (→ Einleitung) an. Bei den Parlamentswahlen vom März 1980 erreichte die ZSL 113 Mandate. Sie stellte mit ihrem Generalsekretär in den letzten Legislaturperioden den Sejm-Marschall (Parlamentspräsidenten).

Polska- Zarys Encyklopedyczny, Warschau 1974; N. Kołomejczyk/B. Syzdek, Polska w latach 1944–1949, Warschau 1968; W. Kurkiewicz, 25 lat Polski Ludowej; G. Rhode, Polen als Volksdemokratie in: W. Markert (Hg.), Osteuropa – Handbuch Polen, 1959.

Volkspartei (**SL,** Stronnictwo Ludowe). 1895–1903 und 1931–1945 Name der → Polnischen Volkspartei.

Zentrumslinke (Centrolewica).

Am 14. 9. 1929 gebildetes Bündnis der sechs in Opposition zur Regierung stehenden Parteien, Polnische Sozialistische Partei, Polnische Volkspartei »Piast«, Polnische Volkspartei »Befreiung«, Bauernpartei, Nationale Arbeiterpartei und Christliche Demokratie, mit dem Ziel eines gemeinsamen Vorgehens zur Verteidigung des demokratisch-parlamentarischen Systems gegen das autoritäre Herrschaftssystem *Piłsudskis.* – Im Parlament verfügte die Zentrumslinke über zwei Fünftel der Mandate. – Um diese Opposition zu zerschlagen, wurden Anfang September 1930 zahlreiche ihrer Politiker, darunter auch der Führer der PSL-»Piast«, *Witos,* unter dem Vorwand, einen Staatsstreich vorbereitet zu haben, verhaftet, auf die Festung Brest-Litowsk verbracht und dort so lange festgehalten, bis die Parlamentswahlen vom November 1930 stattgefunden hatten. Die Stimmenzahl für die Zentrumslinke fiel dadurch auf 17% (76 Mandate). – Gegen die Brester Gefangenen wurde ein Prozeß eröffnet, der im Oktober 1933 mit der Verurteilung von neun der Angeklagten endete und zur Emigration von *Witos* und anderen Oppositionspolitikern führte.

PORTUGAL

von

ANDRÉ THOMASHAUSEN*

Die Entstehung der politischen Parteien in Portugal und ihre bis in die Gegenwart untergeordnete Rolle in der portugiesischen Innenpolitik steht in engem Zusammenhang mit der imperialen und von Europa abgewandten Außenpolitik des Landes. Portugal entstand im 13. Jh. als erster Nationalstaat Europas im Kampf gegen das Maurenreich im Süden (reconquista) und gegen den übermächtigen Nachbarn Spanien. Um als Nationalstaat überleben zu können, gründete Portugal seine Existenz auf einen außerhalb des eigenen Territoriums liegenden, wirtschaftlichen und politischen Machtbereich, auf das durch die Entdeckungen erschlossene, überseeische Imperium. Seine Existenz war fortan von den überseeischen Gliedern abhängig. Die dominierende Rolle des Handels verhinderte bis Mitte des 20. Jh. das Aufkommen jener sozialen Strukturen, die im übrigen Europa zum Entstehen des Bürgertums und zu den bürgerlich-nationalen Revolutionen des 19. Jh. führten. Zwangsläufig beherrschten die Fragen der außenpolitischen und militärischen Sicherung des Imperiums die Innenpolitik. Erst als Königtum und Armee das nationale Desaster der Unabhängigkeitserklärung Brasiliens (1822) und den nachfolgenden wirtschaftlichen Niedergang (1., 2. und 3. Staatsbankrott: 1829, 1842 und 1892) nicht zu verhindern vermochten, bildeten sich Interessengruppen, die als Vorstufen zu politischen Parteien in der häufig durch Diktaturen unterbrochenen konstitutionellen Monarchie die jeweils meistversprechenden Fraktionen im Königshaus und in der Armee unterstützten.

1822 wurde eine erste, liberale Verfassung nach dem Vorbild der spanischen Cadiz-Verfassung von 1812 von einer 1820 indirekt gewählten Konstituante verabschiedet, die jedoch bereits 1823 suspendiert wurde. Ihre Verfechter sollten fortan als Gruppe der »Zwanziger« (Vintistas) die radikal-demokratische Opposition bilden, aus der die eher jakobinische »Gruppe der Demokraten« und später die nach dem September-Aufstand 1836 benannten »Setembristen« (Setembristas) hervorgehen sollten. 1826 wurde die »Carta Constitucional« oktroyiert, eine von den Lehren *B. Constant's* geprägte Verfassung, in der die Erbmonarchie als »vierte Gewalt« zwischen den beiden Kammern des Parlaments und zwischen der Exekutive und der Judikative vermitteln sollte. Die Verfassung war von 1826–1828, von 1834–1836 und von 1842–1910 in Kraft, unterbrochen von der Diktatur des Usurpators Don *Miguel* und dem miguelinischen Thronfolgekrieg (1828–1834), von der Herrschaft der »Setembristen«, die 1836 vorübergehend die 1822er Verfassung wieder

* Der Verfasser dankt Herrn Professor Phillip C. Schmitter (Chicago) für die freundliche Überlassung eines Artikels über die Geschichte der portugiesischen Parteien im 19. Jh. und von Materialien des US State Department über die Situation der Parteien 1975/76.

in Kraft setzten und von einer aus der Setembristenherrschaft 1838 hervorgegangenen, neuen (paktierten) Verfassung, die bis 1842 in Kraft blieb.

Die Anhänger der »Carta Constitiucional« von 1826 bildeten unter dem Grafen *Palmela* die konservative Gruppe der »Cartisten«, aus der nach 1842 die → ERNEUERUNGSPARTEI (Partido Regenerador) hervorging, eine erste politische Partei im eigentlichen Sinne. Aus den »Setembristen« unter General *J. C. Saldanha* bildete sich ebenfalls 1842 die linke → FORTSCHRITTSPARTEI (Partido do Progresso). Die Gruppe des »liberalen Positivismus«, die aufklärerische → PARTEI DER ORDNUNG (Partido Ordeiro) unterstützte vor allem die vermittelnde 1838er Verfassung; die meisten ihrer Führer, Künstler und Schriftsteller, verharrten nach 1842 abseits der Politik als Kritiker im »Klub der vom Leben Besiegten« (Os da vida vencidos).

Ab 1851 stabilisierte sich durch regelmäßigen Machtwechsel zwischen ERNEUERUNGS- und FORTSCHRITTSPARTEI ein Rotativsystem (»rotativismo«) nach englischem Vorbild, das erst um die Jahrhundertwende nach mehrfachen Spaltungen der beiden Parteien und durch die zunehmende Agitation der Republikaner zerfiel.

Nach dem Sturz der Monarchie, 1910, wurde die »Carta Constitucional« durch die Verfassung der I. Republik abgelöst. Das quasi-parlamentarische Regierungssystem (indirekt gewählter Präsident, 2-Kammern-Parlament, Kabinettregierung mit Einzelministerverantwortung, ab 1921 Auflösungsrecht des Präsidenten) litt unter einem instabilen und zersplitterten Parteiensystem; im Parlament waren niemals weniger als 6 Parteien vertreten. Von 1911 bis zum Sturz der I. Republik, 1926, wurden 8 Parlamente und 8 Präsidenten gewählt, 45 Regierungen lösten einander im Amt ab, 21 Staatsstreichversuche wurden unternommen. Trotz vieler Spaltungen, nahm die → PORTUGIESISCHE REPUBLIKANISCHE PARTEI (PRP) während der I. Republik eine entscheidende Schlüsselrolle ein gegenüber einer zerstrittenen und schwachen monarchistischen und katholischen Opposition (→ MONARCHISTISCHE VOLKSPARTEI, PPM; → PORTUGIESISCHES KATHOLISCHES ZENTRUM), die zusammen nie über mehr als 14 der insgesamt zwischen 150 und 160 Sitze im Unterhaus verfügten. Die übrigen mit der PRP konkurrierenden Parteien waren insofern weniger als Opposition im eigentlichen Sinne anzusehen, als es sich um immer neue Abspaltungen von Dissidenten der PRP handelte, die sich oftmals wieder in die PRP reintegrierten oder nach kurzer Zeit in neue Gruppen zerfielen. Aus dem Rahmen fielen lediglich die Präsidentschaftswahl und die Parlamentswahl 1918; sie bestätigten den durch einen Staatsstreich an die Macht gekommenen Major *S. Pais* und wurden von den »republikanischen« Parteien boykottiert. Das Ende der I. Republik war durch die Auflösung der staatlichen Ordnung, durch den Zusammenbruch der Volkswirtschaft und durch einen drohenden Verlust der Kolonien an verschiedene Gläubigernationen gekennzeichnet. 1926 übernahm das Militär durch einen Putsch die Macht. 1928 berief die Militärdiktatur den jungen Wirtschaftsprofessor *A. O. Salazar* zum Finanzminister mit unbeschränkten Vollmachten.

Salazar (→ PORTUGIESISCHES KATHOLISCHES ZENTRUM, → NATIONALE VOLKSAKTION) leitete durch gründliche Verwaltungs- und Finanzreformen eine dauerhafte Stabilisierung der Innenpolitik ein. 1933 fand Portugal mit der Verfassung des »Estado Novo« ein neues korporativ-nationalistisches Regierungssystem. Der Einparteienstaat *Salazars* erzielte volkswirtschaftlich und zivilisatorisch erstaunliche Leistungen, wie ein Vergleich der einschlägigen Statistiken um 1926 mit denen um 1970 unschwer erkennen läßt. Die Kontinuität in der Geschichte der politischen Parteien in Portugal brach bis zum Sturz des »Estado Novo« 1974 jedoch vollständig ab. Mit Ausnahme der → PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTI-

SCHEN PARTEI (PCP) und der → MONARCHISTISCHEN VOLKSPARTEI (PPM) kann gegenwärtig keine Partei an Traditionen aus der Zeit der I. Republik anknüpfen.

Der »Estado Novo«, dem die neuere portugiesische Geschichtsschreibung wegen seines Demokratiedefizits die Bezeichnung als »II. Republik« verweigert, wurde am 25.4. 1974 durch den Militärputsch der »Bewegung der Streitkräfte« (MFA, Movimento das Forças Armadas) gestürzt. Es folgte die kurzzeitige sozialistisch-anarchistische »Revolution der Nelken« die durch die Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit innerhalb eines Jahres die imperiale außenpolitische Verstrickung Portugals beendete.

Am 25.4. 1976 verabschiedete eine erstmalig aus freien, allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangene Konstituante die neue Verfassung der »II. Republik«. Danach ist Portugal »ein demokratischer Staat auf der Grundlage der Volksherrschaft, der Achtung und Gewährleistung der Grundrechte und Grundfreiheiten, des Meinungspluralismus sowie des Pluralismus der demokratischen, politischen Ordnung, dessen Ziel es ist, den Übergang zum Sozialismus durch die Schaffung jener Voraussetzungen zu gewährleisten, die eine demokratische Ausübung der Macht durch die Werktätigen ermöglichen« (Art. 2). Die Verfassung enthält einen extensiven politischen und sozialen Grundrechtsteil und eine sozialistische Wirtschaftsordnung. Das quasi-parlamentarische Regierungssystem (eine dem Parlament und dem direkt gewählten Präsidenten gleichermaßen verantwortliche Regierung, Auflösungsrecht des Präsidenten nach 3-maligem parlamentarischen Regierungssturz) beruht jedoch auf einem extrakonstituanten »Pakt« zwischen den politischen Parteien und dem MFA, durch den der revolutionär zusammengesetzte Revolutionsrat verfassungsrechtlich als oberstes Kontroll- und Verfassungsgerichtsbarkeitsorgan perpetuiert wurde. Infolge der so verankerten militärisch-revolutionären Vormundschaft über die Parteiendemokratie kommt dem gegenwärtigen, traditionsarmen Parteiensystem nur eine begrenzt autonome Stellung zu. Über die zukünftige Rollenverteilung der militärischen und der bürgerlich zivilen Gewalten in der post-imperialen portugiesischen Demokratie werden vor allem die Entwicklung nach dem Ablauf der I. Legislaturperiode Ende 1980 und die sodann von der Verfassung zwingend vorgeschriebene Verfassungsrevision entscheiden.

Das Recht der politischen Parteien gleicht weitgehend dem Parteiengesetz der Bundesrepublik Deutschland. Verboten sind Parteien und Organisationen, die »die Ideologie des Faschismus« vertreten; deren auch nur mittelbare Unterstützung ist strafbar. Die im Parlament vertretenen Parteien erhalten eine jährliche Staatsfinanzierung.

Das Wahlrecht sieht eine wahlkreisgebundene Verhältniswahl nach d'Hondt vor. Die 18 Verwaltungsbezirke in Kontinental-Portugal sind zugleich die Wahlkreise, zu denen 6 weitere Wahlkreise für die Inselgebiete (Azoren und Madeira), für Macau und für die Auslandsportugiesen hinzukommen. Die hohe Zahl der auf jeden Wahlkreis entfallenden Mandate begünstigt die Zersplitterung des Parteiensystems. Eine Sperrklausel ist in der Verfassung untersagt.

Bis zum Ende der I. Republik waren die politischen Parteien vorwiegend Rekrutierungsorganisationen für Personalkader von politischen Führerpersönlichkeiten, die über das Land verteilt eine Interessenklientel bedienten, wofür in Portugal der Begriff des »Kazikentums« geprägt wurde. Die Kaziken sammelten die Wählerstimmen um sich, die sie der jeweils meistbietenden Partei anboten, was durch die Übertragbarkeit der Stimmabgabe ermöglicht wurde. Die Grundlage des Parteiengefüges waren daher weniger die ideologischen Programmaussagen als die sich jeweils ergebende Interessensolidarität. Der Stimmenverteilungskampf schlug sich in häufigen Wahlrechtsänderungen zugunsten der gerade

herrschenden Gruppe nieder – in den 90 Jahren konstitutioneller Monarchie wurden allein 15 vollständig neue Wahlgesetze verabschiedet –, fand aber auch seinen Ausdruck in der bis zum Ende der I. Republik konstant geringen Zahl der Wahlberechtigten, die durch Zensus- und Literatenwahlrecht niemals mehr als 10 % der Gesamtbevölkerung ausmachten und in der I. Republik auf 6,8 % absank. Unter *Salazar* wurde das Literatenwahlrecht beibehalten, die Zahl der registrierten Wahlberechtigten stieg jedoch nicht im gleichen Maße, wie die Zahl der Analphabeten abnahm. Während die Analphabetismusquote von 75,1 % 1911 auf 30 % 1968 (jeweils der erwachsenen Bevölkerung) zurückging, stieg der Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung auf lediglich 24,3 %. Dabei lag die Wahlbeteiligung im Durchschnitt von 1861 bis 1973 mit unwesentlichen Abweichungen bei 60 %. Erst das Wahlrecht der II. Republik (1975 und 1976) ermöglichte einen Anteil von 65 % eingetragenen Wahlberechtigten und eine Wahlbeteiligung von 91,96 % (1975). Die Wahlbeteiligung bei Parlamentswahlen betrug auch 1979 noch 82,88 %; Ende 1980 waren es 83,94 %. Eine gefestigte Parteienstruktur konnte sich dennoch infolge der in der Zeit des »Estado Novo« abgebrochenen Traditionen der parlamentarischen Parteidemokratie noch nicht herausbilden. Dies erklärt die Unsicherheit und die organisatorischen Schwierigkeiten der großen Parteien und ihren geringen Einfluß auf die überwiegend parteiunabhängige und vielfältige Presse.

Seit dem Sturz des »Estado Novo« (25. 4. 1974) wechselten in der »II. Republik« bis zum Jahresende 1980 bereits 13 Regierungen im Amt, davon 7 seit Inkrafttreten der neuen Verfassung (25. 4. 1976). Die verschiedenen Wahlen seit 1975, aber auch schon die relativ aussagekräftigen Parlamentswahlen 1969, zeigen eine auffällige Nord-Süd-Disharmonie der Stimmanteile der einzelnen Parteien. Während die Kommunisten im Süden durchschnittlich 40 % der Stimmen erreichen und im Norden durchschnittlich auf 6 % abfallen, bei um die 12 % in der Mittelregion, liegen Demokratisch-Soziales Zentrum (CDS) und die Sozialdemokrtaten (PSD) im Süden unter 10 %, um in der Landesmitte auf 20 % und im Norden auf über 30 % der Stimmen anzusteigen. Bei der Sozialistischen Partei (PS), die als einzige eine landesweit ausgewogene Repräsentativität erreicht und 1976–1979 die Regierung stellte, spiegelt sich der politische Nord-Süd-Gegensatz in der Mitgliederfraktionierung wider: Im vorwiegend konservativen Norden vereinigt die PS vor allem die Stimmen der linken Minderheiten, während sie in den kommunistischen Hochburgen des Südens vor allem die Stimmen der antikommunistischen Opposition erhielt. Begünstigt wurde dies durch den Umstand, daß die → Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) im Norden erheblichen Behinderungen bei der Parteiarbeit ausgesetzt ist, während im Süden noch 1975 die Kandidaten von CDS und PSD sich akuter Lebensgefahr aussetzten. Die regionale Disharmonie der politischen Gewichtungen verläuft auffallend parallel zu der sozialstrukturell unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Verwaltungsbezirke, wobei auffällt, daß die Wahlkreise mit dem höchsten Stimmenanteil der PCP auch den im Landesdurchschnitt geringsten Zivilisationsgrad aufweisen.

Wegen der strukturellen Ungleichgewichtungen wird eine dauerhafte Stabilisierung des Parteiensystems nur durch langfristige wirtschaftsstrukturelle Maßnahmen erreicht werden können. Das bislang zu keinen dauerhaften Mehrheiten fähige und immer neuen Spaltungen ausgesetzte Parteiensystem wird dafür nur schwerlich eine tragfähige Grundlage bieten, weshalb die weitere Entwicklung zu einer Verstärkung des Präsidentialismus, wenn nicht zu schwerwiegenden Einschränkungen der Demokratie überhaupt führen kann. Die 1979 erfolglos versuchte Gründung einer »Präsidentenpartei«, des aus Dissidenten der PS und

PSD sich zusammensetzenden DEMOKRATISCH-REFORMERISCHEN BLOCKS (Bloco Democrático e Refomador) unter Führung des ehemaligen Außenministers *J. M. de Medeiros Fereira* und des ehemaligen Agrarministers *A. Barreto* (beide 1976–78), der später in der Interessengemeinschaft der UNABHÄNGIGEN SOZIALDEMOKRATISCHEN VEREINIGUNG (ASDI, Associação Social-Democrata Indepente) aufging, sowie die Bildung von Präsidialregierungen (1979) mit parteilosen Premierministern und die ständig abnehmende Bedeutung der legislativen Tätigkeit des Parlaments infolge der sowohl originären als auch übertragenen Gesetzgebungskompetenzen der Regierung, waren deutliche Anzeichen für die andauernde Schwäche der parlamentarisch-parteistaatlichen Legitimität. In der Parlamentswahl vom 2. 12. 1979, nach einer vorausgegangenen, vorzeitigen Parlamentsauflösung, konnte die → DEMOKRATISCHE ALLIANZ (Aliança Democrática), ein Wahlbündnis des → DEMOKRATISCH-SOZIALEN ZENTRUMS (CDS) mit der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (PSD), der → MONARCHISTISCHEN VOLKSPARTEI und Unabhängigen, die absolute Mehrheit der Parlamentssitze (128 von 250) erringen und seither die Regierung stellen. Nach dem Ablauf der I. Legislaturperiode, in der Parlamentswahl vom 5. 10. 1980, verbesserte die DEMOKRATISCHE ALLIANZ ihren Wahlerfolg auf 134 von weiterhin 250 Mandaten. In der Präsidentschaftswahl vom 7. 12. 1980 verlor jedoch der Kandidat der DEMOKRATISCHEN ALLIANZ, General *Sá Carneiro,* gegen den seit 1976 amtierenden Präsidenten General *Ramalho Eanes,* der mit 56,43 % als Kandidat der → SOZIALISTISCHEN PARTEI und der → PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI wiedergewählt wurde, womit auch für die II. Legislaturperiode eine konfliktträchtige Ausgangslage entstand.

H. V. Livermore, A New History of Portugal, Cambridge 1969; J. Serrão (Hg.), Diçionário de História de Portugal (4 Bde.), Lissabon 1960–1970; H. Kay, Die Zeit steht still in Portugal, 1971; A. H. de Oliveira Marques, História de Portugal (2 Bde.), Lissabon ⁴1974 und ²1976; V. M. Godinho, Estrutura da Antiga Sociedade Portuguesa, Lissabon ²1975; A. de Figueiredo, Fifty Years of Dictatorship, London 1975; J. Gaspar u. N. Vitorino, As Eleições de 25 de Abril, Lissabon 1976; C. Ferrão, História da la República, Lissabon 1976; M. de Lucena, A Evolução do Sistema Corporativo Português, 2. Bd., Lissabon 1976; ders., O Estado da Revoluçao, Lissabon 1978; B. Pimlott, Socialisme in Portugal: Was it a Revolution? (Government and Opposition, Vol. 12, 1976), London 1977; ders., Parties and Voters in the Portuguese Revolution (Parlamentary Affairs 1/77), London 1977; R. Harvey, Portugal: Birth of a Democracy, London 1978; Gabinete de Investigaçoes Sociais (Hg.), O Século XIX em Portugal, Lissabon 1980; A. Thomashausen, Verfassung und Verfassungswirklichkeit im neuen Portugal, 1981; ders., Der Freiheitsbegriff, die Grundrechte und der Grundrechtsschutz in der neuen Portugiesischen Verfassung vom 2. April 1976 (Europäische Grundrechte-Zeitschrift, 8. Jg. 1981, Heft 1/2), Straßburg 1981.

Bewegung der Sozialistischen Linken (MES, Movimento de Esquerda Socialista), gegründet Mai 1974 von 3 Kandidaten der DEMOKRATISCHEN WÄHLERVEREINIGUNG (CDE, → PORTUGIESISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI), *V. Wengrovius, J. Mestre* u. *J. Galvão Teles.*

Programm: Unorthodoxer, »lateinischer« Marxismus, der »als eigenes Werk der Arbeiter« aufzubauen ist und zu einem strikt »egalitären Sozialismus« führen soll. Bekennt sich zur Diktatur des Proletariats, »die sich jedoch niemals gegen die Arbeiterklasse richten darf«.

Organisation: Basisgruppen, regionale Sekretariate, Parteitag und politischer Ausschuß, demokratischer Zentralismus, Kritik und Selbstkritik. Enge Kontakte zur MIR (Chile), Tupamaros (Argentinien) und KB-Kommunistischer Bund (Bundesrepublik Deutschland). Etwa 600 Mitglieder. Parteiorgan: ›Esquerda Socialista‹.

Geschichte: Als Partei eines anti-revisionistischen und revolutionären, aber nur bedingt gewaltsamen »dritten Weges« vertrat die MES vor allem 1974/75 die Idee eines in Portugal am Beispiel der »Dritten Welt« auszurichtenden »originären« Sozialismus (Terceiro Mundismo), in den – als Alternative zur europäischen Integration – die Erfahrungen der Befreiungsbewegung der afrikanischen Kolonien, aber auch der argentinischen Tupamaros und der kubanischen Revolution einfließen sollten. Prominentester Befürworter des »Terceiro Mundismo« war Major *M. Antunes,* der 1974/75 die Entkolonisierungsverhandlungen führte und seit 1976 Vors. des mit der Verfassungsgerichtsbarkeit betrauten Verfassungsausschusses (Comissão Constitucional) ist, der sich aber bereits nach dem 1. Parteitag der MES (21. 12. 1974) von der MES trennte und sich der SOZIALISTISCHEN INTERVENTIONSGRUPPE (GIS, → LINKSUNION FÜR DIE SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE) zuwandte. Die von der MES theoretisch ausgearbeitete und mit zum Teil erheblichem Einfluß auf die Militärs der Bewegung der Streitkräfte (→ Einlei-

tung) propagierte »Authentizität der Massenbewegung« und ihre Doktrin des Populismus (populismo) bildete im August 1975 die Grundlage einer kurzzeitigen Aktionseinheit der extremen Linken mit der »revisionistischen« Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP, → Front der Revolutionären Einheit).

Kurz vor dem 2. Parteitag der MES (15./16. 2. 1976) trennte sich ein kleiner Flügel von der Partei, der noch bis 1977 als »Ex-MES« von sich reden machte. 1977 näherte sich die MES stärker an die PCP an, während ein nicht unwesentlicher Teil der Mitglieder sich teils der → Linksunion für die Sozialistische Demokratie, teils der → Sozialistischen Partei anschloß. Bei den Wahlen 1975 erzielte die MES 1,02 %, 1976 nur 0,57 %; in beiden Fällen blieb sie ohne Mandat. 1979 und 1980 stellte die MES keine Kandidaten auf.

Kommunistischer Bund (Hg.), Die politischen Parteien in Portugal (Arbeiterkampf-Sondernummer), 1976; Movimento de Esquerda Socialista (Hg.), 25 de Abril 1974 25 de Nov. 1975 – 19 Meses de Luta (Cadernos do MES 4), Lissabon 1976.

Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats (**MRPP,** Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado)

→ Kommunistische Partei der Arbeiter Portugals.

Cartisten (Cartistas) → Konservative Partei.

Demokratische Allianz (**AD,** Aliança Democrática), im Oktober 1979 gebildeter Zusammenschluß der → Sozialdemokratischen Partei, des → Demokratisch-Sozialen Zentrums, des Demokratisch-Reformerischen Blocks (→ Einleitung), der → Monarchistischen Volkspartei und einiger parteiunabhängiger Persönlichkeiten. Als liberalkonservatives Wahlbündnis stellte die AD für die Zwischenparlamentswahlen am 2. 12. 1979 in allen Wahlkreisen mit der Ausnahme der Inseln Azoren und Madeira einheitliche Kandidatenlisten auf. Die AD konnte mit 42,52 % 121 Parlamentssitze erringen und erhielt damit, zusammen mit weiteren 7 Mandaten der Sozialdemokratischen Partei für die Azoren und Madeira, die absolute Mehrheit der 250 Parlamentssitze. Nach dem Ablauf der I. Legislaturperiode, in der Parlamentsneuwahl vom 5. 10. 1980, erzielte die AD 126 Mandate, zuzüglich 8 Mandate der PSD für die Azoren und Madeira, bei unverändert 250 Parlamentssitzen. Der Präsidentschaftskandidat der AD konnte in der Präsidentschaftswahl 1980 jedoch nicht die erforderliche Mehrheit erringen (→ Einleitung).

Die AD stellt seit dem 3. 1. 1980 die Regierung, hat aber mit erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den sie tragenden Parteien zu kämpfen. Im Parlament bilden die in der AD zusammengeschlossenen Parteien jeweils getrennte Fraktionen, die jedoch für die 1981 anstehende Verfassungsrevision einen gemeinsamen Entwurf vorlegten.

Demokratische Gruppe (Grupo Democrata).

Entstand 1826 aus der Gruppe der Vintistas, der Anhänger der ersten Verfassung von 1822 (→ Einleitung).

Die Gruppe der Demokraten verstand sich als revolutionär-jakobinische Partei und war vor allem antiklerikal eingestellt. Führer waren *M. da Silva Passos* (genannt *Passos Manuel*), Viscomte *Sá da Bandeira* und *J. C. Saldanha.*

Von der Demokratischen Gruppe wurde der sog. Setembristen-Aufstand ausgelöst, der mit einem Wahlsieg der Partei in Oporto 1836 begann. Die Wahlsieger stürmten mit Unterstützung der Nationalgarde Lissabon und erklärten die 1822er Verfassung für wieder inkraftgesetzt. De facto übten *Passos, Sá da Bandeira* und ein gewisser Pater *de Castro* als Triumvirat eine unerbittliche Diktatur aus.

In den Wahlen 1840 verlor die Demokratische Gruppe, bald darauf wechselte einer ihrer populärsten »starken« Männer, *B. da Costa Cabral,* zur → Konservativen Partei. Die Demokratische Gruppe, oder Partei der Setembristen, wie sie seit 1836 auch genannt wurde, zerfiel und ging zum Teil in der → Fortschrittspartei und zum Teil in der → Erneuerungspartei auf.

H. V. Livermoore, New History of Portugal, Cambridge 1969; M. Caetano, Constituições Portuguesas, Lissabon ³1971; A. H. de Oliveira Marques, História de Portugal (Bd. 2), Lissabon ²1976.

Demokratische Partei (Partido Democrático → Portugiesische Republikanische Partei (PRP).

Demokratische Volkspartei (**PPD,** Partido Popular Democrático) → Sozialdemokratische Partei.

Demokratische Volksunion (**UDP,** União Democrática Popular), gegründet im Dezember 1974 als Wahlbündnis von drei maoistischen Splitterparteien.

Programm: Albanischer »Maoismus«, i. e. Antirevisionismus und Antiimperialismus. Im Unterschied zur → Kommunistischen Partei der Arbeiter Portugals (PCTP) und zur → Kommunistischen Partei Portugals/M-L (PCP/M-L) betrachtet die UDP die Sowjetunion zwar als »sozialimperialistisch« (nicht »sozialfaschistisch« wie die PCTP und die PCP/M-L), sieht aber nicht in ihr, sondern in den USA den Hauptfeind der Arbeiterklasse. Die UDP tritt für eine Volksrepublik und die Diktatur des Proletariats ein, was unter Zuhilfenahme der »Wissenschaft von der Revolution« gelingen soll.

Organisation: Demokratischer Zentralismus, Zellen, Parteitag, ZK. Etwa 4000 Mitglieder. Parteiorgan: ›A Voz do Povo‹.

Geschichte: Die Partei konnte als einzige Partei der »extremen Linken« 1975, 1976, 1979 und 1980 jeweils 1 Mandat erringen. 1975 wurde *A. Duarte* mit 0,79 % der Stimmen Abgeordneter der Konstituante, deren Arbeiten die UDP mit allen Mitteln bekämpfte. Auf dem Höhepunkt der revolutionären Auseinandersetzungen in Por-

tugal, am 24. 8. 1975, gelang der UDP der einmalige Zusammenschluß der »revolutionären« mit der »revisionistischen« Linken in der → FRONT DER REVOLUTIONÄREN EINHEIT.

Bei den Parlamentswahlen 1976 konnte die UDP ihre Stimmenzahl auf 1,68 % mehr als verdoppeln. *A. Barreiros* zog in das neue Parlament ein, wo er vor allem die »sozial-imperialistische« PORTUGIESISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (PCP) bekämpfte. Für die Präsidentenwahl im Juni 1976 gelang der UDP, als führender Partei der → DYNAMISIERUNGSGRUPPEN DER VOLKSEINHEIT (GDUP), die erstaunliche Mobilisierung eines Wählerpotentials von 16,46 % für den linksextremen Kandidaten Major *O. S. de Carvalho*. Nach dem Zerfall der GDUP galten die Bemühungen der UDP vor allem der Infiltration der von der PCP kontrollierten Einheitsgewerkschaftsorganisation Intersindical.

Der UDP schlossen sich neben einigen kleineren Gruppen im Sommer 1975 endgültig die PARTEI DER VOLKSEINHEIT (PUP, Partido de Unidade Popular), die aus einer Spaltung der → PCP/M-L) hervorgegangen war, und 1976 die (1972 gegründete) WAHLFRONT DER KOMMUNISTEN-MARXISTEN/LENINISTEN (FEC-M/L, Frente Eleitoral Comunista-Marxista/Leninista) an. Vor der Parlamentswahl vom 2. 12. 1979 erlitt die UDP erhebliche Mitgliedereinbußen durch Flügelkämpfe. Sie konnte dennoch ihr Wahlergebnis auf 2,18 % (1 Mandat) verbessern. 1980 erzielte die UDP 1,38 % und wiederum 1 Mandat.

Gruppe Internationaler Marxisten, Deutsche Sektion der IV. Internationale (Hg.), Wohin treibt Portugal? (Rote Hefte 12), 1975; Kommunistischer Bund (Hg.), Die politischen Parteien in Portugal (Arbeiterkampf – Sondernummer), 1976; Serafim Ferreira (Hg.), Otelo a força da Unidade Popular, Lissabon 1976; Voz do Povo (Hg.), O Que é UDP, Lissabon 1976; De Onde Vêm e Quando se Formaram os 14 Partidos Concorrentes à Assembleia da República (Expresso v. 23. 4. 1976, S. 15).

Demokratisch-Soziales Zentrum (**CDS**, Partido do Centro Democrático Social), gegründet am 24. 7. 1974 von *D. Freitas do Amaral, A. Amaro da Costa* und *B. Horta*.

Programm: »Christliche Demokratie« in starker Anlehnung an die CDU (Bundesrepublik Deutschland) und Idee des »Personalismus« nach *E. Mounier*.

Organisation: (Stand 1979). Ca. 30000 Mitglieder in Ortsverbänden, die in Bezirksverbänden zusammengefaßt sind, deren Koordination regionalen Distriktsföderationen obliegt. Bei den Bezirksverbänden können wohnsitzunabhängige Berufs- und Arbeitskreise gebildet werden. Die Bezirksverbandsversammlungen wählen die Parteitagsdelegierten. Der Parteitag wählt einen politischen Ausschuß mit Vorstandsfunktionen, einen Kontrollausschuß und ein Parteitagspräsidium, die zusammen mit verschiedenen anderen Ausschüssen, dem Parteipräsidenten und seinen Stellvertretern, dem Generalsekretär der Partei und den Vorsitzenden der Bezirksverbände und der Distriktsföderationen sowie den Abgeordneten und Regierungsmitgliedern der Partei den Parteirat als beschlußfassendes Organ bilden. Der Parteipräsident, seine drei Stellvertreter und der Generalsekretär werden vom Parteirat ernannt.

Presse: Offizielles Parteiorgan ist die Monatszeitung ›Democracia‹; inoffizielle Parteizeitungen unter wirtschaftlicher Kontrolle sind: die Tageszeitung ›O Comercio do Porto‹ und ›O Primeiro de Janeiro‹ sowie die Wochenzeitung ›O País‹ (seit 1979).

Geschichte: Die CDS-Gründung wurde von der »Bewegung der Streitkräfte« (→ Einleitung) unterstützt, nachdem *Freitas do Amaral* als ehemaliger wissenschaftlicher Assistent von Prof. *Caetano* (→ NATIONALE VOLKSAKTION) von dem konservativen Präsidenten General *A. de Spinola* (nach dem Umsturz vom 25. 4. 1974) zum Mitglied des damals gebildeten, legislativen Staatsrates ernannt worden war und dennoch im Staatsrat gegen den »Machtergreifungsplan« *Spinolas* (vorgezogene Präsidentenwahl) stimmte. Als »zivilisierte« Rechte grenzte die CDS sich von den kleineren, konservativen Parteien wie der CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN PARTEI (PDC, Partido da Democracia Christã) unter dem Feldadjutanten *Spinolas, J. de Sanches Osório,* und von der nationalistischen Rechten, der UNABHÄNGIGEN BEWEGUNG ZUM NATIONALEN WIEDERAUFBAU (MIRN, Movimento Independente para a Reconstrução Nacional) unter General *K. de Arriaga* ab. Ihr Wohlverhalten gegenüber den revolutionären Militärs schützte sie jedoch nicht vor zahlreichen gewalttätigen Ausschreitungen der kommunistischen Linken, für die die CDS den Neo-Kapitalismus und das etablierte Bürgertum schlechthin verkörperte. Den Höhepunkt bildete der I. Parteitag am 25. 1. 1975 in Oporto, der gesprengt wurde, wobei die Parteiführung von Fallschirmjägern nur mit Mühe vor dem Lynchen bewahrt werden konnte.

Bei den Wahlen zur Konstituante erzielte die CDS mit 7,61 % nur 16 von 250 Mandaten. Während der Ausarbeitung der Verfassung versuchte die CDS etwas hilflos, sich an den sich jeweils um die → SOZIALISTISCHE PARTEI (PS) bildenden Konsens »anzuhängen«. So stimmte sie für das in Art. 2 der Verfassung formulierte Staatsziel der »klassenlosen Gesellschaft« mit der Begründung, die von ihr für jeden einzelnen Bürger geforderte Chance zur Eigentumsbildung würde den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufheben, weshalb auch sie der Idee der »klassenlosen Gesellschaft« zustimmen könnte. Bei der Schlußabstimmung über den gesamten Verfassungstext am 2. 4. 1976 verweigerte sie jedoch als einzige Partei ihre Zustimmung. In den Parlamentswahlen 1976 konnte die CDS ihren Stimmenanteil wesentlich erhöhen; sie erreichte mit 15,97 % 42 von 262 Mandaten. 1976/1977 war die Parteipolitik vor allem von dem Bemühen um Beteiligung an der Regierungsgewalt gekennzeichnet, wobei die von *A. Amaro da Costa* geprägte Taktik des Abdrängens der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (PSD) zu einer sehr weitgehen-

den Unterstützung von oftmals weit links eingeordneten Vorlagen des Minderheitskabinetts der → PS führte. Die erhoffte Spaltung der PSD in einen linken Flügel, der von der PS aufgenommen worden wäre, und einen rechten Flügel, um den sich die CDS bemühte, blieb jedoch aus. Stattdessen richtete sich eine zunehmende Unzufriedenheit der Parteibasis gegen die von *Amaro da Costa* geprägte taktische Parteipolitik. Die konservativ-bürgerliche Mehrheit der Parteimitglieder war bereits auf dem II. Parteitag (23./25. 7. 1976) spürbar geworden und kam 1976 in den überraschenden Erfolgen der Zentrumsjugend (JC, Juventude Centrista) zum Ausdruck, die in fast allen Schul- und Fakultätsgremien des Landes, insbesondere aber in den traditionellen Hochburgen der PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (PCP) starke Mehrheiten bilden konnte, z. T. mit Unterstützung der PSD-Jugendverbände. Im März 1977 machte sich General *C. Galvão de Melo* zum Sprecher der unzufriedenen Parteibasis, indem er die CDS-Führung schonungslos kritisierte. Als die CDS im Dezember 1977 mit der PS eine Koalitionsregierung bildete, setzte eine Serie von Massenaustritten ein. Um einen Kurswechsel in der Agrarpolitik zu erzwingen, zog die CDS am 25. 7. 1978 ihre Minister zurück. Der Präsident der Republik, General *R. Eanes*, nahm den Rücktritt der CDS Minister jedoch zum Anlaß, die Regierung zu entlassen und eine Präsidialregierung unter dem parteilosen *A. Nobre da Costa* zu ernennen. Als Mann des Industrieverbandes entsprach *N. da Costa* durchaus den Vorstellungen der CDS-Parteibasis. Dennoch brachte die CDS seine Regierung am 14. 9. 1978 durch einen Mißtrauensantrag zu Fall, für den mit ihr die PS und die PCP stimmten. Als wenig später die MIRN (s. o.), als PARTEI DER PORTUGIESISCHEN RECHTEN (PDP, Partido da Direita Portuguesa), zusammen mit anderen Splittergruppen der extremen und der nationalistischen Rechten und sog. »Studiengesellschaften« nicht nur die Parteibasis der CDS, sondern auch Parteipolitiker der mittleren Ränge abzuwerben begann, war der Verlauf des III. Parteitages am 18./20. 10. 1978 vorbestimmt. *F. Lucas Pires*, ein junger Privatdozent für Verfassungsrecht, der als »Chefideologe« der Partei großes Ansehen genoß, wurde stellvertretender Parteipräsident. *Amaro da Costa* blieb zwar im Parteipräsidium, wurde aber durch die Beschränkung auf die »Pflege der auswärtigen Kontakte« entmachtet. *Lucas Pires* kündigte eine Wende der Zentrumspolitik an, indem er unverblümt für die Entmilitarisierung der portugiesischen Politik, für die Privatisierung der Wirtschaft und für die »überfällige Beerdigung des verwesenden Verfassungs-Kadavers« eintrat. Als Koordinator des Wahlbündnisses der → DEMOKRATISCHEN ALLIANZ gelang es *Lucas Pires*, der CDS 1980 zur Regierungsbeteiligung zu verhelfen.

E. Mounier, Le Personalisme, Paris 1950; F. Lucas Pires, Uma Constituição para Portugal, Coimbra 1975; B. Pimlott, Parties and Voters in the Portuguese Revolution: The Elections of 1975 and 1976, (Parlamentary Affairs 1) London 1977; R. Harvey, Portugal: Birth of a Democracy, London 1978.

Dynamisierungsgruppen der Volkseinheit (**GDUP**, Grupos Dinamizadores de Unidade Popular), Wahlbündnis der populistischen Linken, gegründet nach den Parlamentswahlen im April 1976 zur Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur von *Saraíva de Carvalho*.

Programm: Revolutionäre Volksmacht-Strategie mit rätedemokratischen Zielen.

Organisation: Gemeinsamer Koordinierungsausschuß der → DEMOKRATISCHEN VOLKSUNION, → BEWEGUNG DER SOZIALISTISCHEN LINKEN, REVOLUTIONÄREN PARTEI DES PROLETARIATS / REVOLUTIONÄREN BRIGADEN (→ FRONT DER REVOLUTIONÄREN EINHEIT), bis Sept. 1976 auch der SOZIALISTISCHEN VOLKSFRONT (→ SOZIALISTISCHE PARTEI). Ausschußvors. war *L. Moita*, der aus der marxistischen Kirchenbewegung kam.

Geschichte: Nach dem Scheitern der sozialistisch-revolutionären Fraktion in der »Bewegung der Streitkräfte« (MFA → Einleitung), die von *Carvalho* angeführt wurde, sollte die Präsidentschaftswahl 1976 eine letzte Gelegenheit zur Verhinderung einer bürgerlichen Restauration bieten. Mit Hilfe der charismatischen Figur *Carvalhos* erzielte die sonst völlig zersplitterte populistische Linke bei der Präsidentschaftswahl 16,46 %, in einem Wahlkreis (Setubal) sogar 41,83 %, was zu den schwersten Niederlagen der orthodoxen → PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (PCP) führte, deren Kandidat *O. Pato* nur 7,59 % erzielte.

Nach der Präsidentschaftswahl und ohne den wegen Gefangenenmißhandlung während seiner Amtszeit als Revolutionsratsmitglied (1975) unter Hausarrest gestellten *Carvalho* zerfiel die GDUP und löste sich 1977 auf, um 1980 als VEREINIGTE VOLKSMACHT (FUP, Força de Unidade Popúlar) nochmals in Erscheinung zu treten.

S. Ferreira (Hg.), Otelo a força da Unidade Popular, Lissabon 1976.

Erneuerungspartei (Partido Regenerador), gegründet 1850 von Minister *Fontes Pereira de Melo*. Als erste organisierte politische Partei in der Konstitutionellen Monarchie verfolgte die Erneuerungspartei unbedingte Loyalität zum Thron und zur Carta Constitucional von 1826, deren sämtliche Änderungen (1852, 1885 und 1896) von ihr getragen wurden. Sie bekannte sich zu einem »geordneten Liberalismus«, der die Entfaltung der Privatinitiative durch staatliche Investitionsanreize, umfangreiche öffentliche Aufträge und Subventionen lenken sollte; eine Prosperitätspolitik, die zu erheblicher Staatsverschuldung führte und von der Opposition (→ FORTSCHRITTSPARTEI) nach dem Parteigründer als Fontismo kritisiert wurde. Ihre größte Bedeutung erreichte die Partei 1851–1856 durch die von ihr eingeleitete Politik der nationalen Erneuerung und 1862–1889 durch das maßgeblich von ihr getra-

gene System der Machtrotation, in der die Partei sich mit der FORTSCHRITTSPARTEI in den Regierungen abwechselte. Bis zum Sturz der Monarchie stellte die Partei während 27 Jahren und 6 Monaten die Regierung. Bei ihrer Gründung war es gelungen, den größten Teil der → PARTEI DER ORDNUNG und eine wichtige Fraktion der FORTSCHRITTSPARTEI unter dem ehrgeizigen General *Saldanha* mit dem Zentrumsflügel der früheren → KONSERVATIVEN PARTEI zu vereinen. Die Partei zerfiel 1901 nach dem Austritt eines republikanischen Flügels unter *João Franco,* der die LIBERALE ERNEUERUNGSPARTEI (Partido Regenerador-Liberal) gründete und der späteren Zersplitterung des monarchistischen Flügels.

J. Serrão (Hg.), Dicionário de História de Portugal (4. Bd.), Lissabon 1960–1970; M. Caetano, Constituições Portuguesas, Lissabon ³1971.

Fortschrittspartei (Partido do Progresso). Entstanden 1840 aus der → DEMOKRATISCHEN GRUPPE als Opposition zur Diktatur *Costa Cabrals* (→ KONSERVATIVE PARTEI). Ging ab 1849 zunächst in der Erneuerungsbewegung von *Fontes Pereira de Melo* (→ ERNEUERUNGSPARTEI) auf, bildete aber von Anbeginn die eigenständige »Fraktion der Fortschrittlichen Erneuerer« (Regeneradores Progressistas) aus der 1851 die HISTORISCHE FORTSCHRITTSPARTEI (Partido dos Progressistas Históricos) hervorging, deren Mitglieder kurz auch Históricos genannt wurden, weil sie verstärkt an die Tradition der fortschrittlichen Verfassung von 1822 anzuknüpfen vorgaben. 1861 spaltete sich die Partei in einen reformistischen Flügel unter Viscomte *Sá da Bandeira*, dem Bischof von Viseu *A. Martins* und *A. Braamcamp*, die 1862 die REFORMISTISCHE PARTEI (Partido Reformista) mit dem Ziel einer Reform der 1826er Carta Constitucional gründeten und in einen »traditionellen« Flügel, der seit 1861 unter *J. Luciano de Castro* die HISTORISCHE PARTEI (Partido Histórico) bildete. Durch die Spaltung wurde die Kontinuität der Fortschrittsbewegung jedoch nicht gebrochen. 1876 vereinigten sich die HISTORISCHE und die REFORMISTISCHE PARTEI im Vertrag von Granja wieder zu einer NEUEN FORTSCHRITTSPARTEI (Novo Partido Progressista). Zusammen mit der → ERNEUERUNGSPARTEI trug die Fortschrittspartei seit 1851 das Zweiparteien-Rotativsystem (→ Einleitung), wobei sie insgesamt 19 Jahre und 9 Monate (1851–1910) die Regierung stellte, davon 3 Jahre (1865-68) in einer großen Koalition mit der ERNEUERUNGSPARTEI (»Fusão«).

Im Verlauf ihrer Geschichte entwickelte sich die Fortschrittspartei, die ursprünglich an die revolutionären Traditionen von 1822 anknüpfte, immer mehr zu einer staatstragenden und der Monarchie treu ergebenen Partei des großstädtischen Literatentums. Ihre früheren Forderungen nach direkter Wahl der Abgeordneten, Dezentralisierung und Demokratisierung und ihre Rolle als Sammelbecken der liberalen Opposition (patuleia) wurden unter Duque *de Loulé* ab 1851 zugunsten der Idee eines halbherzigen Staatssozialismus (*O. Martins*) aufgegeben. Ende der 60er Jahre, nach der »Fusão«, unterschied sich die Partei kaum mehr von der ERNEUERUNGSPARTEI und stand ihr in der Zahl der Korruptionsskandale und bei der Förderung des Kazikentums (→ Einleitung) in nichts nach. Ab 1870 verlor sie immer mehr Mitglieder an die → PORTUGIESISCHE REPUBLIKANISCHE PARTEI und an die → PORTUGIESISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI. 1905 spaltete sich die FORTSCHRITTLICHE DISSIDENZ (Dissidência Progressista) unter *J. de Alpoim* ab und trug bei den beiden Wahlgängen 1906 und in den Wahlen 1908 und 1910 zur weiteren Zersplitterung der Parteien bei.

J. Serrão (Hg.), Dicionário de História de Portugal (4. Bd.), Lissabon 1960–1970; M. Caetano, Constituições Portuguesas, Lissabon ³1971; A. H. de Oliveira Marques, História de Portugal (Bd. 2), Lissabon ²1976.

Front der Revolutionären Einheit (**FUR,** Frente de Unidade Revolucionária).

Im August 1975 entstandenes kurzlebiges Bündnis der extremen Linken mit der → PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (PCP) mit dem Ziel der Auflösung der Verfassungsgebenden Konstituante und der Errichtung einer Räterepublik. Es umfaßte neben der PCP und deren Satellitenpartei PORTUGIESISCHE DEMOKRATISCHE BEWEGUNG/DEMOKRATISCHE WÄHLERVEREINIGUNG, die → BEWEGUNG DER SOZIALISTISCHEN LINKEN, die an dem Zustandekommen wesentlich beteiligt gewesen war, die → DEMOKRATISCHE VOLKSUNION, die SOZIALISTISCHE VOLKSFRONT (→ SOZIALISTISCHE PARTEI), die → INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE LIGA, die REVOLUTIONÄRE PARTEI DER ARBEITER (PRT, Partido Revolucionário dos Trabalhadores) und zwei Stadtguerilla- bzw. Terroristengruppen. Im September 1975 gab die PCP jedoch bereits ihre Mitarbeit in der FUR wieder auf, zugunsten einer versuchten Annäherung an die SOZIALISTISCHE PARTEI.

Internationale Kommunistische Liga (**LCI,** Liga Comunista Internacionalista), gegründet Dez. 1973 von studentischen Zellen, die sich 1970 von der → PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI losgesagt hatten und im Juli 1973 zunächst die »Sozialistischen Basisausschüsse« (Comissões de Base Socialista) gründeten.

Die LCI vertritt innerhalb der extremen Linken die trotzkistische Linie, sie tritt für den gewerkschaftlichen Kampf und für die Errichtung der rätedemokratischen Doppelherrschaft ein. 500 Mitglieder. Parteiorgan: ›Acção Comunista‹. Mitglied der IV. Internationale.

Die LCI litt intern vor allem an ihrer zwiespältigen Haltung zur PCP, deren »reformistische« Strategie sie zwar ablehnte, die sie aber in häufigen Aktionseinheiten unterstützte. Auf dem III. Parteitag am 13. 1. 1976 siegte die »gemäßigte« Linie. Der IV. Parteitag (27. 2. 1977) bestätigte die Politik der Aktionseinheit mit der PCP. Bei den Parlamentswahlen 1974 und 1976 erhielt die

LCI nur 0,19 bzw. 0,30 % der Stimmen und blieb ohne Mandat; an der Wahl 1979 beteiligte sie sich nicht. Zur Wahl 1980 kandidierten die Aktivisten der LCI im trotzkistischen Wahlbündnis der ARBEITERPARTEI DER SOZIALISTISCHEN EINHEIT/ SOZIALISTISCHE PARTEI DER ARBEITER (POUS/PST, Partido Operário de Unidade Socialista/Partido Socialista dos Trabalhadores), die 1,38 % der Stimmen, aber kein Mandat erhielt.

Dinis de Abreu (Hg.), Eleições em Abril, Diário da Campanha, Lissabon 1975; Gruppe Internationaler Marxisten, Deutsche Sektion der IV. Internationale (Hg.), Wohin treibt Portugal? (Rote Hefte 12), 1975.

Kommunistische Partei der Arbeiter Portugals (PCTP, Partido Comunista dos Trabalhadores de Portugal), gegründet am 18.9. 1970 als BEWEGUNG ZUM WIEDERAUFBAU DER PARTEI DES PROLETARIATS (MRPP, Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado) im Verlauf von Studentenunruhen in Lissabon. Namenswechsel am 27. 12. 1976.

Programm: Als (durch Peking nicht anerkannte) maoistische Partei sieht die PCTP seit ihrer Gründung in der KPdSU (Sowjetunion) und deren nationalen Parteien wie der PCP in Portugal den »sozialfaschistischen« Hauptfeind der Arbeiterklasse. Dadurch unterscheidet sie sich vor allem von den Maoisten der albanischen Linie, der → DEMOKRATISCHEN VOLKSUNION. Anders als die von Peking anerkannten Maoisten, die → KOMMUNISTISCHE PARTEI PORTUGALS (MARXISTEN-LENINISTEN) lehnt die PCTP jedoch Bündnisse mit der Rechten im Kampf gegen den »Moskauer Sozialfaschismus« ab. Die PCTP tritt für eine revolutionäre Theorie und für eine revolutionäre Praxis ein, sie fordert den legalen und illegalen (gewaltsamen) Kampf gegen den Sozialfaschismus und für den Kommunismus, der in zwei revolutionären Etappen zu erreichen sei. Die PCTP bekennt sich außer zu *Marx, Lenin* und *Mao* vor allem auch zu *Stalin.*

Organisation: Betriebs- und Ortszellen, Parteitag und Sonderausschüsse des ZK, das Lenin-Komitee genannt wird, sowie Exekutivausschuß des ZK und Generalsekretär des ZK. Studentenorganisation: Föderation der Marxistisch-Leninistischen Studenten (FEM-L, Federação dos Estudantes Marxistas-Leninistas) und (bis 1975) Soldatenverband: Anti-Kolonialer Volkswiderstand (RPAC, Resistência Popular Anti-Colonial). Insgesamt über 4000 Mitglieder. Einzige maoistische Tageszeitung ›Luta Popular‹ und theoretische Monatshefte ›O Tempo e o Mundo‹.

Geschichte: Bis zum Sturz des Estado Novo (→ Einleitung) gelang der PCTP (MRPP) die Paralysierung des Lehrbetriebs an den Hochschulen über lange Zeiträume (bis zu 1 Jahr). Zur Ausweitung des Militärputsches am 25.4. 1974 organisierte sie die ersten Massendemonstrationen, vor allem gegen die NATO-Mitgliedschaft Portugals. Während der »Revolution der Nelken« wurde der Widerstand gegen die Machthegemonie der → PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI maßgeblich von der PCTP (MRPP) getragen. In einer engen Aktionseinheit mit der → SOZIALISTISCHEN PARTEI (PS) erreichte die PCTP (MRPP) damals ihre größte Bedeutung und erheblichen Einfluß auf der Ebene der parallel zur Gewerkschaftsstruktur errichteten Arbeiterausschüsse (comissões de trabalhadores), von denen mit Unterstützung der PS die Arbeiterselbstverwaltungs-Idee (über 800 Betriebe) ausging. 1975 wurde die Partei von der »Bewegung der Streitkräfte« (→ Einleitung) stärker als irgendeine andere Gruppe verfolgt und vorübergehend verboten.

Die PCTP (MRPP) beteiligte sich 1976 an den Parlamentswahlen in 22 Wahlkreisen und erzielte 0,66 % = 36 200 Stimmen (kein Mandat). Auf ihrem III. Parteitag (25.–27. 12. 1976) erfolgte die Namensänderung, ohne daß die Parteilinie hiervon beeinflußt worden wäre. 1979 erhielt die PCTP 0,89 % der Stimmen, 1980 nurmehr 0,59 % und in beiden Wahlen kein Mandat.

F. Maspero (Hg.), M.R.P.P., Le Portugal de près, Paris 1976.

Kommunistische Partei Portugals (Marxisten-Leninisten), (PCP (M-L), Partido Comunista de Portugal (Marxista-Leninista), gegründet 19.–21. 8. 1970 in Paris als von Peking anerkannte maoistische Partei.

Die PCP (M-L) geht zurück auf ein 1964 gegründetes »Portugiesisches Marxistisch-Leninistisches Komitee«, in dem sich die Dissidenten des V. Parteitages (1957) der → PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI zusammengeschlossen hatten. Anläßlich der 2. Konferenz des »Komitees« (9.–10. 11. 1968) spaltete sich ein albanischer Flügel unter *F. Martins* ab, aus dem 1974 schließlich die → DEMOKRATISCHE VOLKSUNION hervorgehen sollte. Im gleichen Jahr bildeten sich zwei Flügel: während die dominierende »Tendenz Vilar«, benannt nach dem zuletztgewählten Generalsekretär *E. Vilar,* die Zusammenarbeit mit allen Gegnern des »sowjetischen Sozialimperialismus« und des von ihm verkörperten »Sozialfaschismus« durchsetzte, gründete eine zum albanischen Maoismus tendierende Gruppe im Dezember 1974 die PARTEI DER VOLKSEINHEIT (→ Demokratische Volksunion). Bei den Wahlen 1975 und 1976 blieb die PCP (M-L) mit ca. 0,3 % der Stimmen ohne Mandat, 1979 verzichtete sie auf eine Kandidatur. Nach der Auflösung der Partei Anfang 1980 gründete eine Restfraktion die ARBEITERPARTEI (PT, Partido Trabalhista), die in der Wahl 1980 0,65 % erzielte.

Konservative Partei (Partido Conservador), gegründet im Exil während der restaurativen Diktatur des Usurpators *D. Miguel* (1828–1834) durch den Grafen *Palmela,* der für eine aufgeklärte Monarchie nach preußischem Vorbild eintrat. Nach ihm wurden seine Anhänger Palmistas genannt. Die Partei bekannte sich vor allem zur Verfassung von 1826, zur Carta Constitucional (→ Einleitung) und war deshalb auch als Partei der Cartistas bekannt.

Palmela bildete die erste Regierung der 15jährigen Königin *D. Maria da Gloria* (verheiratet mit Prinz *Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha*), die *Dom Pedro I.* nachfolgte, als dieser 3 Monate nach seinem Sieg über *Dom Miguel* verstarb. 1835 wurde *Palmela* durch General *J. Carlos Saldanha* und seine DEMOKRATISCHE PARTEI (→ PORTUGIESISCHE REPUBLIKANISCHE PARTEI) abgelöst. Die Konservative Partei bekämpfte sodann 1838–1840 die Setembristenherrschaft (→ DEMOKRATISCHE GRUPPE) und erreichte mit Unterstützung der Diktatur des von der DEMOKRATISCHEN PARTEI übergetretenen Finanzministers *de Costa Cabral* (1840–42) ihr vornehmestes Ziel: *Cabral* setzte 1842 die Carta Constitucional wieder in Kraft. Die Konservative Partei spaltete sich sodann in eine Gruppe der Cabralisten und in die neue → ERNEUERUNGSPARTEI.

M. Caetano, Constituições Portuguesas, Lissabon ³1971; A. H. de Oliveira Martins, História de Portugal (Bd. 2), Lissabon ²1976.

Linksunion für die Sozialistische Demokratie (UEDS, União das Esquerda para a Democracia Socialista). Die UEDS wurde am 5.2. 1978 als Zusammenschluß verschiedener sozialistischer Splitterparteien vom ehemaligen Führer des linken Flügels der → SOZIALISTISCHEN PARTEI (PS), dem früheren Agrarmi ister *Lopes Cardoso* gegründet.

Die UEDS versteht sich als einzige Alternative sowohl zur PS als auch zur PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (PCP); ihre Positionen entsprechen weitgehend denen des vom Führer der spanischen KP, *S. Carillo,* geprägten Eurokommunismus, der in Portugal weder in der PS noch in der PCP eine Heimat findet.

Die UEDS ist der gegenwärtig letzte Versuch einer wirksamen Institutionalisierung der »diffusen«, eurokommunistischen Linken. Sie fußt auf der von Dissidenten der → BEWEGUNG DER SOZIALISTISCHEN LINKEN (MES) gegründeten SOZIALISTISCHEN INTERVENTIONSGRUPPE (GIS, Grupo de Intervenção Socialista), die mit regelmäßigen wissenschaftlichen Kolloquien recht erhebliche Bedeutung erlangt hatte.

Weniger auf der politischen Entscheidungsebene als an der »Basis« wirkte die ARBEITERBRÜDERSCHAFT (FO, Fraternidade Operária), die von *Lopes Cardoso* nach seinem Bruch mit der PS im Anschluß an deren II. Parteitag im Nov. 1976 gegründet wurde und mit der GIS die zweite »Säule« der UEDS bildet. In der FO vereinigten sich ein wesentlicher Teil des linken Flügels und des Gewerkschaftsflügels der PS *(K. Barreto).* Formal blieb die FO vorübergehend in der PS integriert und sah ihre Aufgabe darin, den »neokapitalistischen« und »sozialdemokratischen« Kurs der Parteispitze zu korrigieren, insbesondere die Abkehr der PS von der 1975 initiierten und 1976 von *Lopes Cardoso* fortgeführten Agrarreform aufzuhalten und den Plänen der Partei zur Errichtung einer zweiten Dachgewerkschaft, neben der Intersindical, entgegenzutreten. Im Parlament verfügte die FO seit Nov. 1976 über 5 ehemalige Abg. der PS.

Die UEDS wird maßgeblich von der früheren FO getragen. Die GIS spaltete sich im Feb. 1978, ein kleinerer Teil trat der PS bei, der maßgebliche Flügel integrierte sich in der UEDS, die 1979 nur 0,72 % der Stimmen und kein Mandat erzielte. 1980 schloß sich die UEDS der REPUBLIKANISCHEN UND SOZIALISTISCHEN FRONT (FRS, Frente Republicana e Socialista, → SOZIALISTISCHE PARTEI) an.

Intervenção Socialista, A. Transição para o Socialismo na Area Mediterrània, Lisboa Maio 1976; »Klare Antwort« (Der Spiegel, Ausg. v. 31. 10. 1977).

Monarchistische Volkspartei (PPM, Partido Popular Monárquico), gegründet am 23. 5. 1974 als Zusammenschluß verschiedener monarchistischer Vereinigungen, die zum Teil bis in die I. Republik (→ Einleitung) zurückreichen. Präsident der PPM ist *J. Vaz Serra de Moura* (bis 1978: *R. Preto*).

Programm: Soziale Wahlmonarchie, Verstärkung der genossenschaftlichen Entwicklung vor allem im Agrarsektor, Regionalisierung, Umweltschutz und Vermögensverteilung zur Stärkung vor allem des »mundo rural«, der »Landwelt«.

Geschichte: In der PPM vereinigen sich die seit der Unabhängigkeit Brasiliens (1822) konkurrierenden zwei Linien des portugiesischen Königshauses Bragança: Nach dem Tode Königs D. *João IV.* (1826) rivalisierten seine beiden Söhne D. *Pedro* und D. *Miguel* um den Thron. D. *Pedro,* der sich zunächst zum Kaiser des gerade unabhängigen Brasiliens hatte proklamieren lassen, siegte 1834 im miguelinischen Thronfolge- und Bürgerkrieg. Sein Bruder *Miguel* wurde des Landes verwiesen. Bis zur Aufhebung der entsprechenden Banngesetze, 1950, lebten dessen Nachfahren, die »miguelistas« (oder auch »legitimistas« wegen des angeblichen Verlustes der portugiesischen Staatsangehörigkeit des Königs D. *Pedro* als »Kaiser« von Brasilien) in Österreich. Da der letzte Nachfahre der Linie D. *Pedros,* der 1910 gestürzte D. *Manuel II.,* 1932 kinderlos verstarb, wurde D. *Duarte Nuno,* Nachfahre des 1934 verbannten D. *Miguel* Thronanwärter. D. *Duarte Nuno* starb am 24. 12. 1976, Thronanwärter ist seither der 1945 in Portugal geborene D. *Duarte João,* Herzog von Bragança, für dessen Wahl als Monarch sich die PPM einsetzt.

Nach dem Sturz der Monarchie 1910 kämpften die liberale Causa Monárquica (CM) und die konservative Acção Realista Portuguesa (ARP) für die Restaurierung der Monarchie unter D. *Manuel II.,* während der Lusitanische Integralismus (→ PORTUGIESISCHES KATHOLISCHES ZENTRUM) und die LEGITIMISTISCHE PARTEI (PL, Partido Legitimista) sich ohne die (bescheidenen) parlamentarischen Erfolge der CM für die miguelistische Linie einsetzten. *Salazar* (→ NATIONALE VOLKSAKTION) legalisierte 1950 das inzwischen in der CM geeinte Haus Bragança, das seither die oppositionelle MONARCHISTISCHE VOLKSBEWEGUNG (MMP, Movi-

mento Monárquico Popular) unterstützte. In den sechziger Jahren tauchten neben ihr noch die Monarchistische Volksliga (LPM, Liga Popular Monárquica) und die Portugiesische Erneuerung (RP, Renovação Portuguesa) auf, die in den Wahlen 1969 zusammen mit der MMP die Monarchistische Wahlfront (CEM, Comissão Eleitoral Monárquica) bildeten und sich 1971 zur Monarchistischen Konvergenz (CM, Convergência Monárquica) zusammenschlossen. Aus der CM ging sodann die PPM hervor.

In den Wahlen zur Konstituante 1975 konnte die PPM 0,57 % (32 526 Stimmen), in den Parlamentswahlen 1976 0,52 % (28 320 Stimmen) vereinigen. Obwohl sie kein Mandat erhielt, war sie in den beiden Präsidialregierungen seit 1978 mit einem Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium vertreten. Mit der Beteiligung an dem Wahlbündnis der → Demokratischen Allianz gelangte die PPM in die am 3. 1. 1980 gebildete Mitte-Rechts-Regierung.

H. Barrilaro Ruas u. M. de Noronha da Costa (Hg.), dossier da CEM, Lissabon 1973; Partido Popular Monárquico (Hg.) A. Desmistificação da Monarquica, Lissabon 1975; G. Ribeiro Teles, Reforma Agraria, O Homem e a Terra, Lissabon 1976; Duarte Nuno: morte do »rei sem trono« (O Jornal v. 31. 12. 1976; S. 25) Lissabon 1976.

Nationale Volksaktion (**ANP,** Acção Nacional Popular), gegründet am 8. 7. 1930 als Nationale Union (UN, União Nacional), umbenannt anläßlich des 5. Parteitages im Jan. 1970; am 25. 4. 1974 aufgelöst und seither verboten.

Programm: Einheitspartei des von *Salazar* (→ Portugiesisches Katholisches Zentrum) geprägten Estado Novo (→ Einleitung). Konzipiert als »Anti-Partei« sollte sie durch Vereinigung aller Portugiesen im Gedanken der Nation den Wiederaufbau des Landes ermöglichen. Die UN knüpfte an die Tradition der Lusitanischen Integralistischen Bewegung an (→ Portugiesisches Katholisches Zentrum), deren Vorbilder vor allem *Ch. Maurras* und *Salazar* selbst waren.

Geschichte: Die UN bzw. ANP war kaum jemals mehr als eine reine Zweckorganisation ohne eigene Bedeutung. Ihr auf Lebenszeit gewählter Führer *Salazar* hatte gerade im Hinblick auf das nationalsozialistische Beispiel es abgelehnt, die Partei als totalitäre Massenbewegung zu konzipieren. Die UN (ANP) sollte die Durchführung der Parlaments- und der (bis 1958 direkten) Präsidialwahlen solange ermöglichen, bis die parteienstaatlich-parlamentarische von der aufzubauenden korporativen Legitimität aufgezehrt werden würde, was freilich nie geschah. Bis 1945 hatte die UN das ausschließliche Vorschlagsrecht für die Kandidaten zu den Wahlen der Nationalversammlung. In der Folgezeit wurden in gewisser Weise systemwidrig auch Kandidatenaufstellungen oppositioneller Vereinigungen zugelassen. Unabhängig davon wurden von der UN aber auch häufig Nichtmitglieder und gemäßigte Oppositionelle als erfolgreiche Kandidaten aufgestellt. Zwischen den Wahlgängen führte die UN (ANP) ein Schattendasein ohne eigene Bedeutung für die staatliche Willensbildung oder die programmatischen Entwicklungen des Estado Novo. Sie hatte daher auch kaum Einfluß auf die Repressionspolitik vermittels der gefürchteten Staatssicherheitspolizei PIDE, auf die staatlichen Jugendorganisationen der Mocidade Portuguesa oder auf die 1936 gegründeten paramilitärischen Verbände der Legião Portuguesa.

Erst nach der Amtsunfähigkeit *Salazars,* infolge eines Unfalls 1968, erhielt die UN (ANP) durch dessen Nachfolger *M. Caetano,* der sich verstärkt auf die parlamentarische Herrschaftslegitimation stützen wollte, eine neue Bedeutung. 1969 fanden liberalisierte Wahlen statt; für die 150 Parlamentssitze (relatives Mehrheitswahlrecht) kandidierten neben der UN (ANP) 344 oppositionelle Kandidaten der kommunistischen Wählerfront CDE (→ Portugiesische Kommunistische Partei) und der sozialistischen CEUD (→ Sozialistische Partei), die landesweit immerhin 13,17 % der Stimmen (in Lissabon 35 %) erhielten. Nach der Wahl wurde die UN in die ANP umgebildet, dies vor allem, um *Caetano* die Übernahme des durch den kranken *Salazar* blockierten Parteivorsitzes zu ermöglichen. 1973 wurden die Wahlen von der Opposition wieder, wie die meisten früheren Wahlen, boykottiert; das Schicksal der ANP war damit besiegelt. Als der Estado Novo am 25. 4. 1974 gestürzt wurde, war die ANP praktisch inexistent.

H. Kay, Die Zeit steht still in Portugal, 1971; M. Caetano, Evolution sans Révolution, Paris 1972; E. Nolte, Die faschistischen Bewegungen, ⁴1973; J. Campinos, A Ditatura Militar 1926/1933, Lissabon 1975; M. de Lucena, A Evolução do Sistema Corporativo Português (2. Bd.), Lissabon 1976; J. N. Pinto, Portugal, Os Anos do Fim (2. Bd.), Lissabon 1976 u. 1977.

Nationalistische Partei (Partido Nacionalista), gegründet 1904 von Jesuiten und katholischen Ultras zur Bekämpfung der zunehmend einflußreichen → Portugiesischen Republikanischen Partei und deren Säkularisierungspolitik. War von 1906–1910 mit wenigen Abgeordneten im Unterhaus vertreten.

Partei der Ordnung (Partido Ordeiro). Gegründet 1838 von den »Freunden D. Pedros« (amigos de D. Pedro). Als aufklärerische Bürgerpartei bekämpfte sie vor allem die absolutistischen Vorstellungen des Bruders und Rivalen des Königs D. *Pedro I.,* D. *Miguel,* der 1828–34 eine restaurative Schreckensherrschaft errichtet hatte. (→ Monarchistische Volkspartei, PPM). Die Partei der Ordnung unterstützte die »Setembristen« nach deren Aufstand 1836 (→ Demokratische Gruppe) und war als gemäßigt-aufklärerische und intellektuelle Partei an der Ausarbeitung der 1838er Verfassung maßgeblich beteiligt. Nach der Diktatur des Finanzministers *A. B. de Costa Cabral* (1840–42) und der Wiederinkraftsetzung der Carta Constitucional von 1826 (→ Einleitung), zog sich ein Teil ihrer Führer im Literatenverein »Klub der vom Leben Besiegten« (Os da Vida

Vencidos) zurück, ein anderer Teil schloß sich der → Erneuerungspartei an.

M. Caetano, Constituições Portuguesas, Lissabon ³1971; A. H. de Oliveira Martins, História de Portugal (Bd. 2), Lissabon ²1976.

Portugiesische Demokratische Bewegung/Demokratische Wählervereinigung (MDP/CDE, Movimento Democrático Portugues/Comissão Democrática Eleitoral) → Portugiesische Kommunistische Partei.

Portugiesische Kommunistische Partei (PCP, Partido Comunista Português), gegründet am 6. 3. 1921.

Programm: Die PCP versteht sich als Teil des revolutionären Weltprozesses, der von der KPdSU und der sowjetischen Arbeiterklasse angeführt wird. Ihre Politik richtet sich nach den »objektiven Gesetzmäßigkeiten« des Marxismus-Leninismus und hat die Verwirklichung des »wissenschaftlichen Sozialismus« zum Ziel. Im Einklang mit der neueren sowjetischen Doktrin *(B. Ponomarev)* hält die PCP seit der Revolution vom 25. 4. 1974 (→ Einleitung) einen schrittweisen und gewaltlosen Vollzug der sozialistischen Revolution durch Eroberung des Staatsapparates und Verstaatlichungsmaßnahmen als Mittel zur Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln für möglich. Da im Zuge dieser Revolution die Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus bereits überwunden worden sei und die Macht des Monopolkapitals durch die Nationalisierungs- und Agrarreformpolitik gebrochen worden sei, gelte es vor allem, eine »kapitalistische Rückeroberung« Portugals zu verhindern. Hierzu sei der vereinte Kampf aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte für die Erhaltung der »Freiheiten im weitesten Sinne« (amplas liberdades), gegen jede Erscheinungsform des Faschismus, für eine Stabilisierung der Volkswirtschaft und Verbesserung der Lebensqualität durch weitere Staatseingriffe und für eine »Konsolidierung der nationalen Unabhängigkeit« durch Beitritt Portugals zu der EG und Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber der NATO bei gleichzeitiger Intensivierung der Beziehungen zu den Ländern der sozialistischen Staatsgemeinschaft und den ehemaligen portugiesischen Kolonien erforderlich. Eine »eurokommunistische« Strategie komme schon deshalb nicht in Betracht, weil die geschichtliche Situation, in der diese Strategie überhaupt von Bedeutung sein könne – der staatsmonopolistische Kapitalismus – in Portugal bereits überwunden worden sei.

Organisation: (Stand 1977) 115 000 Parteimitglieder, 7000 Grundorganisationen und 3000 Betriebszellen. 507 hauptamtliche Parteifunktionäre und 427 Parteibüros. Oberster Organisationsgrundsatz ist der »Demokratische Zentralismus«. Der Parteitag (1976: 1200 Delegierte) wählt das Zentralkomitee (ZK) mit 54 ständigen und 36 stellvertretenden Mitgliedern. Das ZK wählt den Generalsekretär und das Sekretariat und kann ein 10köpfiges Politbüro einsetzen. Generalsekretär ist seit 1961 *A. B. Cunhal.*

Presse: Offizielles Parteiorgan ist die Wochenzeitung ›Avante!‹, inoffizielle Parteizeitung die Tageszeitung ›O Diário‹. Unterstützung erhält die PCP vor allem durch die belgische KP und durch die SED (DDR), die 1975 in Portugal mit der Zweigniederlassung HESKA-Portuguesa den größten portugiesischen Druckereibetrieb mit eigener Vertriebsorganisation aufbaute.

Geschichte: Bereits 1919 gründete ein leninistischer Flügel der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsorganisation CGT (Confederação Geral do Trabalho) die Federação Maximalista Portuguesa – »maximalista« ist die sinngetreue Übersetzung für »bolschewistisch« –, aus der 1921 die PCP hervorging. Innerhalb der CGT vertrat sie die Linie der »roten« Gewerkschaftsbewegung, die 1923 unterlag, als in der CGT 104 von 115 Einzelgewerkschaften für den Beitritt zur Berliner »Internationalen des Anarchismus« stimmten. Die »roten« Gewerkschaften traten 1925 – dem französischen Vorbild der CGTU folgend – aus der CGT aus und bildeten die »Comissão Inter-Sindical«, später kurz »Intersindical«, die als einzige nicht-staatliche Arbeitnehmerorganisation den Estado Novo (→ Einleitung) überdauerte und 1975 ein Einheitsgewerkschaftsmonopol durch die Gewerkschaftsgesetzgebung zugestanden erhielt (Prinzip der »Unicidade«).

Auf dem I. Parteitag (11. 11. 1923) wurde *C. Rates* als Befürworter einer »gemäßigten« Politik von 70 der 118 Delegierten (ca. ¼ aller Parteimitglieder) zum Generalsekretär gewählt. Mit dem Tode *Lenins* (Jan. 1924) verlor *Rates* die Unterstützung der Komintern. Die »Reorganisatoren« der Partei, *B. Gonçalvez* und *J. de Sousa,* betrieben eine konsequente Stalinisierungspolitik, die auf dem II. Parteitag (29. 5. 1926) zum Ausschluß von *Rates* und seiner Anhänger führte. *Gonçalvez* wurde auf einer geheimen Parteikonferenz der inzwischen verbotenen Partei am 21. 4. 1929 als neuer Generalsekretär bestätigt. Zur gleichen Zeit wurde der 17jährige *A. B. Cunhal* Mitglied der Partei und baute in kürzester Zeit im Untergrund die »Föderation der Kommunistischen Jugendverbände« (FJC, Federaçao das Juventudes Comunistas) auf.

1935 wurde *Gonçalvez* zusammen mit den wichtigsten ZK-Mitgliedern verhaftet. *Cunhal* übernahm im Febr. 1936 als jüngstes ZK-Mitglied faktisch die Führung der Partei. Nach dem Tod von *Gonçalvez* (1942) in der Gefangenschaft blieb der Posten des Generalsekretärs bis 1961 vakant, um *Cunhal* nicht stärker als notwendig zu kompromittieren. *Cunhal* erstellte den Bericht des ZK an den III. Parteitag (1943), der die Bildung einer »2. Front« beschloß, einer Einheitsbewegung, die in Anwendung der *Dimitroffschen* Taktik des »trojanischen Pferdes« das Regierungssystem *Salazars* (→ Nationale Volksaktion) auf allen Ebenen schwächen sollte. Im Jan.

1944 wurde die BEWEGUNG DER NATIONALEN ANTIFASCHISTISCHEN EINHEIT (MUNAF, Movimento de Unidade Nacional Antifascista) gegründet, aus der 1945 die BEWEGUNG DER DEMOKRATISCHEN EINHEIT (MUD, Movimento de União Democratica) als Wahlorganisation hervorging. Der durch die Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands geschwächte »Estado Novo« ließ die MUD neben der NATIONALEN UNION (→ NATIONALE VOLKSAKTION) für die Parlamentswahl am 18. 11. 1945 zu. Die PCP setzte kurz vor der Wahl einen Wahlboykott durch, verkannte dabei aber, daß die von den USA gegen Portugal zur Erzwingung der Demokratisierung verhängten Wirtschaftssanktionen dem System neuen, nationalen Rückhalt gegeben hatten, der sich trotz des Wahlboykotts in 60% Stimmabgaben für die NATIONALE UNION niederschlug.

Die Niederlage der MUD führte zu einem Kurswechsel der PCP. *Cunhal* legte dem IV. Parteitag (1946) einen Bericht des ZK vor, in dem die Strategie des »nationalen bewaffneten Aufstandes« zur Bildung einer provisorischen Allparteienregierung mit anschließender Wahl einer verfassunggebenden Versammlung festgelegt wurde und die schließlich 1974 zum Erfolg führen sollte.

1949 wurde *Cunhal* verhaftet und am 10. 5. 1950 zu 14 Jahren Haft verurteilt. Bis zu seiner Flucht am 3. 1. 1960 ging der Einfluß der PCP ständig zurück. In den Wahlen zur Nationalversammlung 1953 und 1957 erlitt die MUD, für die die Taktik des Wahlboykotts aufgegeben worden war, vernichtende Niederlagen. Der V. Parteitag (1957) stand bereits im Schatten des chinesisch-sowjetischen Konflikts. 1958 wurde anläßlich der (letzten) direkten Präsidentschaftswahl ein erhebliches oppositionelles Wählerpotential von 23,5% nicht von dem Kandidaten der PCP bzw. MUD, *A. Vicento,* sondern von dem unabhängigen General *H. Delgado* mobilisiert, der für den Fall seiner Wahl zum Präsidenten versprochen hatte, den damals schon seit 28 Jahren regierenden Ministerpräsidenten *Salazar* zu entlassen. In Verkennung der Popularität *Delgados* griff die PCP ihn wegen seiner Erfolge als Sonderbotschafter in den USA als »General Coca-Cola« an und verlor damit fast vollständig ihren Einfluß in der Opposition, die sich nach 1958 um *Delgado* und die in Algier gegründete PATRIOTISCHE FRONT ZUR NATIONALEN BEFREIUNG (FPLN, Frente Patriótica de Libertação Nacional) scharte.

Erst die Rückkehr *Cunhals* zur Parteiarbeit, 1960, ermöglichte die langsame Wiedergewinnung des verlorengegangenen Einflusses. Das ZK wählte *Cunhal* im März 1961 zum Generalsekretär. 1965 war die Partei wieder soweit gestärkt, daß sie mit großem Erfolg einen VI. Parteitag durchführen konnte, auf dem *Cunhal* ein neues Parteiprogramm vorlegte, das bis zum VII. Parteitag (20. 10. 1974) beibehalten wurde. In 8 Punkten forderte die PCP die Bekämpfung der Monopole, die Agrarreform durch Verteilung des Landes an diejenigen, die es bearbeiten, die Verbesserung der Lebensbedingungen, die Demokratisierung des Bildungssystems, eine Befreiung Portugals vom (Wirtschafts-)Imperialismus, die Beendigung der (1961 begonnenen) Kolonialkriege durch sofortige Unabhängigkeit der Kolonien und eine Außenpolitik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern, die den Austritt Portugals aus der NATO vorsah. Das wegen der zunehmenden Unpopularität der Kolonialkriege durchaus mehrheitsfähige Programm sollte in den Parlamentswahlen 1969, nach der Ablösung von Ministerpräsident *Salazar* durch *M. Caetano* jedoch scheitern. Schuld daran war die Zersplitterung des oppositionellen Wählerpotentials durch die 1969 neben der Wahlfront der PCP, der DEMOKRATISCHEN WÄHLERVEREINIGUNG (CDE, Comissão Democrática Eleitoral) von unabhängigen Sozialisten und Linkskatholiken aufgestellte Liste der WÄHLERVEREINIGUNG DER DEMOKRATISCHEN EINHEIT (CEUD, Comissão Eleitoral da União Democrática). CDE und CEUD stellten insgesamt 344 Kandidaten für nur 150 Parlamentssitze auf, von denen wegen des relativen Mehrheitswahlrechts keiner gewählt wurde. Die Chance der erstmals unter demokratischen Bedingungen durchgeführten Wahlen war von der PCP insofern verspielt worden, als sie die noch wenige Monate vor der Wahl im »II. Republikanischen Kongreß von Aveiro« erzielte Übereinkunft aller oppositionellen Gruppen durch mangelnde Flexibilität bei den Verhandlungen über die Wahltaktik der CDE dem eigenen Dogmatismus geopfert hatte. Damit setzte sie konsequent die Parteilinie fort, die 1968 den Einmarsch sowjetischer Truppen in der ČSSR uneingeschränkt befürwortet hatte.

Nach 1969 konzentrierte sich die PCP auf den vor allem in der Gewerkschaft der Bankangestellten erfolgreichen Wiederaufbau der Intersindical-Gewerkschaftsorganisation, auf die verstärkte Agitation durch terroristische Sabotage vermittels der neu aufgebauten Revolutionären Bewaffneten Aktion (ARA, Acção Revolucionária Armada) und auf den Aufbau einer Parteiorganisation in den unteren Offiziersrängen, die Ende 1973 zur Bildung des »Bewegung der Streitkräfte« (→ Einleitung) führten.

Für den Fall des bevorstehenden, gewaltsamen Regierungssturzes gelang der PCP im Sept. 1973 der Abschluß eines Volksfrontabkommens mit der → SOZIALISTISCHEN PARTEI (PS) die aus der CEUD hervorgegangen war und ohne deren anfängliche Mithilfe die Machtergreifung der PCP 1974 kaum möglich gewesen wäre.

Den Sieg der »Bewegung der Streitkräfte« am 25. 4. 1974 unterstützte die PCP maßgeblich. Nach dem Umsturz vom 25. 4. 1974 wurde die CDE als »2. Front« unter der Führung von *F. Pereira de Moura* und *J. Tengarrinha* aufrechterhalten und erhielt den vorangestellten Namenszusatz PORTUGIESISCHE DEMOKRATISCHE BEWEGUNG (MDP/CDE, Movimento Democrática Português/Comissão Democrática Eleitoral). Ende 1974 zeichnete sich jedoch ab, daß die MDP/CDE als Volks-

frontorganisation bedeutungslos bleiben würde.

Dementsprechend war der VII. (außerordentliche) Parteitag am 20. 12. 1974 ganz auf die Erweiterung der ideologischen Basis abgestellt; er verabschiedete ein den Zielen der antimonopolistischen Demokratie entsprechendes neues Programm, das auf der nationalen Einheit zwischen dem Volk und der »Bewegung der Streitkräfte« als »revolutionärem Motor« beruhen sollte. Der Begriff der »Diktatur des Proletariats« wurde »wegen seiner negativen Assoziationen« fallengelassen. Die PCP bekannte sich zum NATO-Bündnis und zur »demokratischen Legalität«. Die offenbar vordringliche Aufgabe einer den Zielen der sowjetischen Außenpolitik entsprechenden Beeinflussung des Entkolonisierungsprozesses zwang die PCP in der Praxis zu einer geradezu selbstmörderischen Machtpolitik, an der auch das anfängliche Bündnis mit der → PS zerbrach und die den aktiven Widerstand der katholischen Kirche provozierte. Nach einem von der PCP geschickt provozierten und sofort aufgefangenen Putschversuch des konservativen Generals *A. de Spinola* am 11. 3. 1975 ließ die PCP, die zwischenzeitlich den gesamten Staatsapparat kontrollierte, über 3000 Politiker, darunter auch führende Mitglieder der PS verhaften. Folterungen, Bespitzelungen, Denunziationen und gewaltsame Besetzungen nahmen kurzzeitig ein in Portugal zuvor nie gekanntes Ausmaß an, wofür der Volksmund den Begriff des »Terror Gonçalvista« (nach dem Premierminister Oberst *V. Gonçalvez*) prägte. Die Politik der PCP 1975 löste im Sommer eine beachtliche antikommunistische Welle aus, in deren Verlauf im Norden 115 Parteibüros der PCP und der MDP/CDE niedergebrannt wurden und die schließlich zur Entmachtung und Auflösung der »Bewegung der Streitkräfte« und damit zum Verlust der Vormachtstellung der PCP führte. Nach weiteren Rückschlägen 1976 mußte sich die PCP auf ihrem VIII. Parteitag (11.–14. 11. 1976) auf eine neue Rolle als legale Opposition in der parlamentarischen Demokratie einstellen. Der Parteitag, der als triumphale Siegesfeier inszeniert wurde, billigte den 438 Druckseiten starken Bericht des ZK, den *Cunhal* ausgearbeitet hatte, und verabschiedete ein umfangreiches Thesenpapier mit detaillierten Reformprogrammen zu nahezu allen Fragen der portugiesischen Politik. Der Parteitag beschloß ferner, den Aufbau von Parteiorganisationen im Norden des Landes unter den Klein- und Mittelbauern vorrangig zu fördern. Trotz der Kompromißbereitschaft, die in den »Thesen« zum Ausdruck kam, gelang der PCP in den folgenden zwei Jahren nicht die Wiederherstellung des angestrebten Volksfrontbündnisses mit der PS. Im Frühjahr 1979 war die PCP in der Opposition isoliert. Der von der PCP kontrollierte Dachgewerkschaftsverband »Intersindical« hatte nahezu die Hälfte seiner Mitglieder an die von der PS gegründete UGT verloren. Im Gebiet der Agrarreform, im Alentejo, war der Einfluß der PCP ebenfalls spürbar zurückgegangen. Dennoch konnte die PCP auch 1979 mit Gelassenheit die weitere Entwicklung abwarten. In mehreren kommunalen Nachwahlen hatte sie ihre Stimmanteile bei Wahlbeteiligungen unter 40 % zum Teil verdoppeln können. Der Verlust an Glaubwürdigkeit der übrigen großen Parteien, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die zunehmende soziale Not, vor allem aber die allgemeine Perzeption der PCP als die stärkste politische Kraft ließen *Cunhal* seit Ende 1978 auf vorgezogene Parlamentswahlen drängen. Als Vorbereitung auf die Neuwahlen veranstaltete die PCP am 31. 5./3. 6. 1979 ihren IX. Parteitag, bei dem die unerwartete Stalin-Kritik durch das ZK-Mitglied *B. Teixeira* und die Erweiterung des ZK durch jüngere und pragmatische Parteigenossen auf 133 Mitglieder auffielen. Überraschung löste die intensive Wahlhilfe durch den Generalsekretär der italienischen Kommunisten, *E. Berlinguer*, aus. Der anschließende Wahlerfolg der PCP, der vor allem zu Lasten der PS ging und erhebliche Stimmengewinne im Norden des Landes verbuchte, vermochte aber an dem Scheitern der angestrebten Bündnispolitik auch 1980 nichts zu ändern. Die PCP erhielt am 2. 12. 1979 für ihre Wahlfront VEREINIGTE VOLKSAKTION (APU, Accão Povo Unido) 18,8 % der Stimmen und 47 Mandate, nachdem sie 1976 auf nur 14,39 % und 40 Mandate gekommen war. 1980 erzielte die PCP mit dem gleichen Wahlbündnis nurmehr 16,75 % der Stimmen und 41 Mandate.

M. Soares, Portugal – Rechtsdiktatur zwischen Europa und Kolonialismus, 1973; Klassenkämpfe in Portugal heute, hg. Institut für Marxistische Studien und Forschung (IMSF), 1975; L. Révész, Moskau am Atlantik, Bern 1975; C. Oliveira, O. Primeiro Congresso do PCP, Lissabon 1975; R. Lindner, Strategie und Taktik der portugiesischen Kommunisten nach dem Putsch, (Osteuropa-Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, 26. Jg.) 1976; Relatório da Comissão de Averiguação de Violências sobre Presos sujeitos às Autoridades Militares, hg. Prêsidencia da República, Lissabon 1976; Relatório do 25 de Novembro, Texto Integral (2. Bd.), hg. Ed. Abril (M. Simões), Lissabon 1976; F. Ferreira, Álvaro Cunhal, Subsídios para uma biografia, Lissabon 1976; F. Gouveia, Memórias de um inspector da PIDE, Lissabon 1979; Ramiro da Costa, Elementos para a História do Movimento operário em Portugal (2 Bde.), Lissabon 1979; C. da Fonseca, História do Movimento Operário e das Ideias Socialistas em Portugal (4 Bde.), Lissabon 1980/81.

Portugiesische Republikanische Partei (PRP, Partido Republicano Português), auch DEMOKRATISCHE PARTEI (Partido Democrático) genannt. Gegründet 3. 4. 1876 als Sammelbewegung der Opposition zur katholischen Monarchie.

Programm: Die Partei orientierte sich vor allem an den Ideen der Pariser Kommune von 1871 und an den Idealen des portugiesischen Freimaurertums. Der radikale Flügel (*B. Teles* und *A. Costa*) war revolutionär-jakobinisch und trat für eine Diktatur zur Ausrottung der Monarchie und der Kirchenherrschaft ein, die gemäßigtere Linie war rationalistisch-positivistisch und kämpfte für die schrittweise Laizisierung des gesamten öffentlichen Lebens.

Geschichte: Die Ursprünge der PRP gehen auf das »Republikanische Triumvirat« zurück, das am 17. 5. 1848 von drei Großmeistern der Frei-

maurer, *A. de Oliveira Marreca, A. R. Sampaio* und *J. Estevão de Magalhães* gegründet wurde. Geistiger Führer der frühen Republikaner war *H. Nogueira,* ein Schüler von *Fourier* und *L. Blanc.* Auf ihn geht die bis heute wirksame Idee eines gesamtiberischen Föderalismus zurück. Ab 1858 erschienen in Lissabon die ersten republikanischen Zeitungen. Am 3. 4. 1876 wurde das »Direktorium der Portugiesischen Republikanischen Demokratischen Partei« in Lissabon konstituiert, weitere republikanische Gruppen bildeten sich in allen größeren Städten. Für Oporto wurde 1878 zum ersten Mal ein Republikaner ins Parlament gewählt. 1886 bestanden allein in Lissabon 30 republikanische Klubs, von denen ein reges geistiges und künstlerisches Leben ausging, wozu auch Privatschulen für Kinder republikanischer Familien gehörten. Im Senat waren die Republikaner damals durch *L. Coelho* vertreten, im Abgeordnetenhaus durch *C. Pedroso* und *E. Garcia,* die zusammen mit *B. Teles, T. Braga* und *S. Bruno* die wichtigsten Führer der Partei waren. Ihren entscheidenden Auftrieb erhielten die Republikaner anläßlich der Dreihundert-Jahresfeier des großen Dichters *Camões* (1890), als eine Welle nationaler Empfindungen das Land erfaßte. Die Republikaner verknüpften die Idee der Volkssouveränität mit der Idee der nationalen Identität, der sie eine schwache und verächtliche Monarchie gegenüberstellten. Am 11. 1. 1890 richtete Großbritannien ein Ultimatum an die portugiesische Regierung, in dem Portugal zur Übergabe der späteren rhodesischen Territorien aufgefordert wurde. Den Sturz der von der → ERNEUERUNGSPARTEI gestellten Regierung *Hintze Ribeiro* im Sept. 1890 wegen der Annahme des britischen Ultimatums, nahmen die Republikaner zum Anlaß, unter Führung von *J. Chagas, B. Teles* und *Sá Cardoso* am 31. 1. 1891 in Oporto einen nationalistischen Aufstand auszulösen, der jedoch rasch niedergeschlagen werden konnte. Die nachfolgende Illegalisierung der Republikaner führte letztlich zu ihrer Radikalisierung und Reorganisierung, nunmehr als Portugiesische Republikanische Partei. Nach 1891 konzentrierte sich die PRP auf die Verstärkung ihrer Positionen innerhalb der seit 1804 einflußreichen Freimaurergesellschaft, dem »Großen Lusitanischen Orient« (Grande Oriente Lusitano). Die wichtigsten Politiker des 19. Jh., wie u. a. Duque *de Loulé, J. C. Saldanha* und *A. Braamcamp* (→ FORTSCHRITTSPARTEI) waren Freimaurer gewesen und hatten den eher gesellschaftlichen Charakter des »Großen Orient« geprägt. Den Republikanern gelang die verstärkte Politisierung der Freimaurer durch massiven Beitritt. Sie bewirkten die Gründung der »Carbonária« nach italienischem Vorbild als »Armee« der Freimaurer. Vor dem maßgeblich von der »Carbonária« getragenen Sturz der Monarchie (1910) zählte der Geheimbund über 35 000 Mitglieder.

Die Verfolgung von Republikanern und Freimaurern unter der diktatorischen Regierung *J. Franco* hatte letztlich 1908 die Ermordung von König *D. Carlos* zur Folge. Unter dem ihm nachfolgenden König *D. Manuel II.* konnte die PRP 1908 bei den Wahlen zur Stadtversammlung von Lissabon alle Sitze und in den Parlamentswahlen 1910 die wichtigsten Wahlkreise gewinnen. Es folgten ein unblutiger Aufstand in der Hauptstadt und die anschließende Flucht der Königsfamilie. Am 5. 10. 1910 proklamierte die siegreiche PRP die I. Republik. Chef der ersten »provisorischen« Regierung wurde der Literaturprofessor *J. T. Braga.*

In der PRP, die die Wahlen zur Konstituante 1911 ohne nennenswerte Konkurrenten bestreiten konnte (mit 229 von 234 Sitzen) bildeten sich wenige Monate nach der Machtübernahme drei rivalisierende Flügel, die revolutionären »Afonsistas« unter Justizminister *A. Costa,* die auch »Demokraten« (democráticos) genannt wurden und die die Zeitung ›O Mundo‹ herausgaben, die reformerischen »Evolutionisten« um *J. de Almeida,* auch »Almeidistas« genannt, mit der Zeitung ›A República‹ und schließlich die Pragmatiker unter dem Herausgeber der Zeitung ›A Luta‹, *M. de Brito Camacho,* die »Unionisten«. Im August 1911 setzten Evolutionisten und Unionisten als »bloco« die Wahl des gemäßigten *M. de Arriaga* gegen den »Afonsista« *B. Machado* als ersten Präsidenten der Republik durch. Der »bloco« zerfiel jedoch bereits 1912 und die beiden Fraktionen trennten sich von der PRP als PORTUGIESISCHE EVOLUTIONISTISCHE PARTEI (Partido Evolucionista Português) und als REPUBLIKANISCHE UNION (União Republicana).

Trotz der Fraktionierungen der Partei und ihrer wichtigsten Basis, der Freimaurerbewegung, konnte sich die PRP bis 1915 – meist gegen den Willen des gemäßigten Präsidenten *Arriaga* – an der Macht halten. Die Frage des Kriegsbeitritts an der Seite Englands führte die PRP und die Evolutionisten im »Heiligen Bund« (União Sagrada) zusammen; man erhoffte sich vom Kriegsbeitritt eine Stärkung der internationalen Anerkennung der jungen Republik und eine Absicherung des vom Deutschen Reich und von England gleichermaßen bedrohten Kolonialreiches. Auf den vom Präsidenten *Arriaga* durch einen Regierungswechsel unterstützten Widerstand der Unionisten und Monarchisten reagierte der »Heilige Bund« mit einem blutigen Aufstand (14. 5. 1915), der für die PRP den 1911 gescheiterten *B. Machado* als neuen Präsidenten an die Macht brachte. *Machado* und die »Alfonsistas« (PRP) wurden jedoch bereits am 5. 12. 1917 angesichts der immer katastrophaleren wirtschaftlichen Folgen des unpopulären Kriegsbeitritts von den Unionisten unter Führung von *S. Pais* gestürzt. *Pais* wurde im Amt als Präsident der Republik durch die einzige Direktwahl während der I. Republik bestätigt; die von ihm einberufenen Parlamentswahlen (1918) wurden von den republikanischen Parteien boykottiert und brachten seinen Anhängern den »Sidonisten«, zu denen auch die kurzlebige NATIO-

NAL-REPUBLIKANISCHE PARTEI (Partido Nacional Republicano) gehörte, die absolute Mehrheit.

Die Popularität von *S. Pais,* den man im Volksmund »Vater der Armen« getauft hatte, hing mit einer religiösen Erneuerungsbewegung zusammen, die durch die Marienerscheinungen in Fátima (13. 5. 1917) ausgelöst worden war. Die radikalen Freimaurer und die PRP spendeten unverhohlenen Beifall, als *Pais* am 14. 12. 1918 einem Attentat zum Opfer fiel. Der Versuch der Monarchisten, durch Aufstände im Norden dem abgesetzten König *D. Manuel II.* zur Nachfolge von *Pais* zu verhelfen, scheiterte, die PRP konnte im Juni 1919 die Parlamentswahlen gewinnen und machte nunmehr *A. J. de Almeida,* der sich von seiner EVOLUTIONISTISCHEN PARTEI losgesagt hatte, zum Präsidenten der Republik. Die verbliebenen Evolutionisten gründeten zusammen mit den Unionisten im Oktober 1919 die konservative LIBERALE REPUBLIKANISCHE PARTEI (Partido Liberal Republicano), deren Führer, *A. Machado dos Santos, C. da Maia, A. Granjo* u. a. m. am 19. 10. 1921 von der »Carbonária« ermordet wurden, nachdem ihre Partei in den Wahlen 1921 mit 76 Unterhaussitzen einen überraschenden Sieg über die PRP (54 Sitze) erringen konnte und die PRP aus der Regierung zu verdrängen drohte.

Die Neuwahlen 1922 machten die PRP mit 74 Unterhaussitzen erneut zur relativ stärksten Fraktion im Parlament, das 1923 den Kandidaten der PRP, den Schriftsteller *M. T. Gomes* zum neuen Präsidenten der Republik wählte. Es folgte eine Zeit erneuter Flügelkämpfe innerhalb der PRP, die schließlich zur Auflösung der Partei und zum völligen Zerfall der staatlichen Organe führte. Bereits 1920 hatte sich ein gemäßigter Flügel unter *A. de Castro* und *A. E. de Sá Cardoso* von der PRP getrennt und die REKONSTITUANTE PARTEI (Partido Reconstituinte) gegründet, die in den Wahlen 1921 bereits 12 und in den Wahlen 1922 17 Unterhaussitze erringen konnte und die nach ihrem Zusammenschluß mit den Liberalen im Februar 1923 zu einer neuen Rechtspartei, der NATIONALISTISCHEN PARTEI (Partido Nacionalista), die Zahl ihrer Unterhaussitze auf 36 erhöhen konnte (1925). Bis zur letzten Parlamentswahl 1925 bildeten die Abgeordneten der letztlich von der PRP abgespaltenen NATIONALISTISCHEN PARTEI wiederum zwei Flügel, die REPUBLIKANISCHE AKTION (Acção Republicana) unter *A. de Castro* und die LIBERALE UNION (União Liberal) unter *C. Leal.*

Links von der PRP bildeten 1922 Anhänger von *J. Martins* und die »Outubristas« (Teilnehmer und Sympathisanten der Mordnacht vom 19. 10. 1921) die RADIKALE PARTEI (Partido Radical) und 1924 der sozialistische Flügel um *J. D. dos Santos* die PARTEI DER DEMOKRATISCHEN LINKEN (Partido da Esquerda Democrática), auch die »Canhotos« genannt. Die PRP konnte sich zwar in den Parlamentswahlen im November 1925 mit 80 Unterhaussitzen wieder als relativ stärkste Fraktion behaupten, war aber selbst und als Fraktion im Parlament nicht mehr handlungsfähig.

Nach dem Militärputsch vom 28. 5. 1926, aus dem der Einparteienstaat *Salazar's* hervorgehen sollte, lebten die alten und in der I. Republik niemals verwirklichten republikanischen Ideale von gesellschaftlichem Fortschritt, gleichem Wahlrecht, rationaler Herrschaft und sozialer Solidarität in einer Lissaboner Privatschule, dem Colégio Moderno, weiter. Im Colégio Moderno, das von einem ehemaligen Priester, dem Vater von *M. Soares* (→ SOZIALISTISCHE PARTEI) geleitet wurde, fanden bekannte Führer der »Opposition« wie *A. Cunhal* (→ PORTUGIESISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI) eine Zuflucht und bildeten den größten Teil der für das neue Parteiensystem in der II. Republik, seit 1974, maßgeblichen, jungen Politiker aus. Die PRP als Partei überlebte die I. Republik jedoch nicht.

A. J. Vieira, História do Partido Republicano Português, Lissabon 1909; M. Borges Grainha, História da Franco-Maçonaria em Portugal (1733–1912), Lissabon 1913 (Nachdruck 1976); J. Serrão (Hg.), Dicionário de História de Portugal (4. Bd.), Lissabon 1960–1970; A. H. de Oliveira Marques, Alfonso Costa, Lissabon ²1975; ders., A. Maçonaria Portuguesa e o Estado Novo, Lissabon 1975; ders., História de Portugal (Bd. II) Lissabon ²1976; C. Ferrão, História da la República, Lissabon 1976; História da República, hg. Editorial Seculo, Lissabon 1976.

Portugiesische Sozialistische Partei (PSP, Partido Socialista Português) gegründet: 10. 1. 1875 von *A. de Quental, J. Fontana, E. Maia* u. a., auf Initiative von drei spanischen Delegierten der I. Internationalen.

Die PSP war eindeutig der idealistisch-proudhon'schen Richtung zuzurechnen. In Ablehnung des revolutionären Marxismus konzentrierte sie sich auf parlamentarische Strategien und sympathisierte mit föderativen und genossenschaftlichen Ordnungsmodellen. Ihr Gewerkschaftsflügel war stark von *Bakunin* und den Anarcho-Syndikalisten beeinflußt.

Die parlamentarische Strategie der PSP scheiterte am Literatenwahlrecht und an der geringen Zahl von Industriearbeitern (1911: ca. 100 000), die zu über 95% Analphabeten waren. Selten konnte die PSP mehr als einige hundert Stimmen erringen. Bei den Wahlen erreichte die PSP nur 1911, 1912, 1915 und 1925 je 2 Mandate. Die Partei war von ständigen Flügelkämpfen zerrissen und verlor ab 1909 zunehmend ihren Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung, deren erster Dachverband, die União Operária Nacional (1914) bereits 1919 vollständig von der radikal-individualistischen Linie des iberischen Anarchismus beherrscht wurde und in der Gewerkschaftsorganisation CGT aufging (→ PORTUGIESISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI). Einfluß hatte die PSP gegen Ende der I. Republik schließlich nurmehr innerhalb der am 15. 10. 1921 gegründeten literarischen Gesellschaft Seara Nova, die eine theoretische Zeitschrift gleichen Namens herausgab, in der führende Sozialisten wie *J. Cortezão, A. Ribeiro, R. Brandão* und *R. Proença* auch noch nach der Auflösung der PSP, die 1933 vom Parteitag beschlossen wurde, publizierten.

C. Oliveira, O Operariado e a Republica Democrática, Lissa-

bon 1974; ders., O Primeiro Congresso do Partido Comunista Português, Lissabon 1975; C. Ferrão, História de la República, Lissabon 1976; A. H. de Oliveira Marques, História de Portugal (Bd. 2), Lissabon ²1976.

Portugiesisches Katholisches Zentrum (Centro Católico Português), gegründet 1917 vom portugiesischen Episkopat mit dem Ziel der Verbreitung der katholischen Soziallehre und der päpstlichen Enzyklika »Rerum Novarum« (1891) und der Bekämpfung der atheistischen → PORTUGIESISCHEN REPUBLIKANISCHEN PARTEI (PRP).

Die Entstehung des Katholischen Zentrums geht auf das 1901 gegründete und 1912 nach einer staatlich verfügten Schließung wiedereröffnete Christlich-Demokratische Akademische Zentrum (CADC, Centro Académico de Democracia Christã) zurück, aus dem sich die wichtigsten Führer des späteren »Estado Novo« (→ Einleitung) rekrutierten. Führer des CADC und später des Katholischen Zentrums waren der junge Wirtschaftsjurist *A. O. de Salazar* und Pater *M. G. Cerejeira*. *Salazar* wurde 1921 für das Katholische Zentrum ins Abgeordnetenhaus gewählt, kehrte aber bereits nach einem einzigen Sitzungstag wieder auf den 1918 (mit 29 Jahren) erhaltenen Lehrstuhl »Wirtschafts- und Finanzwissenschaften« zurück, aus »Furcht vor dem Verwesungsgeruch der Parlamente«. Das Katholische Zentrum war weniger im Parlament als bei der Formierung des antirepublikanischen, monarchistischen und katholischen Widerstands von Bedeutung. In enger Zusammenarbeit mit der »Lusitanischen Integralistischen Bewegung« (Integralismo Lusitano), der portugiesischen Spielart der französischen »Action Française«, und der UNION WIRTSCHAFTLICHER INTERESSEN (União dos Interesses Económicos), die 1925 im Parlament 4 Sitze erhielt, schuf das Katholische Zentrum die Grundlagen für die spätere korporative Revolution (→ NATIONALE VOLKSAKTION). 1932 wurde es aufgelöst.

A. Salazar, Centre Catholique Portugais, Lissabon 1922; Ch. Rudel, Salazar, Paris 1969; H. Kay, Die Zeit steht still in Portugal, 1971; J. Campinos, A Ditadura Militar 1926/1933, Lissabon 1975; C. Ferrão, História da la Republica, Lissabon 1976; F. Nogueira, Salazar (Vol. I), Lissabon 1977.

Sozialdemokratische Partei (**PSD**, Partido Social-Democrata), am 6. 5. 1974 als DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI (PPD, Partido Popular Democrático) von *F. Sá Carneiro, Pinto Balsemão* und *J. M. Mota* gegründet. Die Namensänderung erfolgte am 3. 10. 1976.

Programm: Die PSD vertritt einen liberalen »Reformsozialismus«, der sich vor allem am Vorbild der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands orientiert. Das »Godesberger Programm« der SPD wurde zu großen Teilen wörtlich übernommen. Die PSD bekennt sich zu einer sozialpartnerschaftlichen Wirtschafts- und Sozialordnung und fordert u. a. eine Mitbestimmung nach deutschem Vorbild. Als Voraussetzung für eine demokratische Zukunft Portugals fordert die PSD eine mittelständische Politik und die Überwindung der wirtschaftlichen Krise durch Förderung der Privatinitiative. Aus ihrem bürgerlich-liberalen Demokratieverständnis leitet sich das Eintreten für eine vollständige Unterordnung der militärischen unter die politische Gewalt her. In der Praxis hat die pragmatische Politik, insbes. seit 1978, der PSD zum Ansehen einer leistungsfähigen technokratisch-konservativen Partei verholfen.

Organisation (Stand 1979): ca. 80 000 Mitglieder in Orts- und berufsständischen Verbänden, Bezirks- und Distriktsverbände, deren Vollversammlungen zusammen mit den Basisverbänden nach einem Verteilungsschlüssel den Parteitag wählen. Der Parteitag wählt einen Parteipräsidenten, den beschlußfassenden Parteirat (Conselho Nacional) mit 21 Mitgliedern, den 12köpfigen Politischen Ausschuß als Vorstand und eine 9köpfige Schlichtungskommission. Im Juli 1976 gründete die PSD die Stiftung Oliveira Martins zur Unterstützung der Parteiarbeit. Die PSD hat mehrfach vergeblich versucht, neben der → SOZIALISTISCHEN PARTEI (PS) in die Sozialistische (II.) Internationale aufgenommen zu werden. Im europäischen Parlament (Europarat) haben sich die PSD-Abgeordneten der Fraktion der Liberalen Parteien angeschlossen.

Presse: Offizielles Parteiorgan ist die Wochenzeitung ›Povo Livre‹; inoffiziell: Wochenzeitung ›Expresso‹ (seit Jan. 1973).

Geschichte: Die PSD geht zurück auf eine zur Zeit des Ministerpräsidenten *Caetano* (→ NATIONALE VOLKSAKTION) und auch heute noch einflußreiche wissenschaftliche Studiengesellschaft, die SEDES (Associação para o Desenvolvimento Económico e Social), die sich am Vorbild der englischen »Fabian-Society« orientiert. Die Begründer der SEDES und später der PSD, *Sá Carneiro, Balsemão* und *Mota*, kandidierten 1969 als Unabhängige auf der Liste der → NATIONALEN VOLKSAKTION, legten ihr Mandat jedoch 1973 nieder, als ihre Bemühungen um systemimmanente Liberalisierung scheiterten.

1974/75 war die PSD an den ersten vier provisorischen Regierungen beteiligt, dann wieder an der 6. provisorischen Regierung bis Juni 1976. Bei den Wahlen zur Konstituante 1975 war die PSD erheblichen Behinderungen ausgesetzt, ihre Veranstaltungen wurden regelmäßig von Gegendemonstranten der → PORTUGIESISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (PCP), gesprengt, wobei es mehrfach Tote und Verletzte gab. Dennoch wurde die PSD mit 26,39% zweitstärkste Fraktion (80 von 250 Sitzen). In der Konstituante war sie mit renommierten Fachkräften vertreten, wie den Verfassungsjuristen *A. B. de Melo, J. Miranda, M. R. de Sousa* und *C. M. Pinto*, Ministerpräsident 1978/1979. Letzterer trennte sich jedoch unmittelbar nach dem II. Parteitag der PSD (4./5. 10. 1975) von der Partei und bildete mit weiteren 23 Abgeordneten der PSD eine unabhängige Fraktion, darunter auch *E. Guerreiro*, 1975 Parteipräsident während einer längeren Krankheit *Sá*

Carneiros. Aus der Dissidentengruppe sollte später die SOZIALDEMOKRATISCHE BEWEGUNG (MSD, Movimento Social-Democrata) hervorgehen, die jedoch ohne Bedeutung blieb. Bei den für den endgültigen Verfassungstext entscheidenden Paktverhandlungen mit dem Revolutionsrat im Frühjahr 1976 (→ Einleitung) kam der PSD eine entscheidende Bedeutung bei der Zurückdrängung des politischen Herrschaftsanspruchs der Militärs zu. Für die portugiesischen Inselgebiete Azoren und Madeira, extrem antikommunistische Hochburgen der PSD, setzte die Partei in der Verfassung ein fast föderatives Autonomiestatut durch. Das geltende System der Verfassungsgerichtsbarkeit geht auf *de Melo* und *J. Miranda* zurück.

Bei den Parlamentswahlen 1976 mußte die PSD Stimmen an das → DEMOKRATISCH-SOZIALE ZENTRUM (CDS) abgeben, sie erhielt 73 von 262 Sitzen mit 24,35% der Stimmen. 1976/77 wechselte sich die PSD mit dem CDS bei der Unterstützung der Minderheitsregierung der → PS mehrfach ab. Seit der Bildung der Koalitionsregierung PS/CDS 1978, vertrat die PSD mit häufigen taktischen Schwankungen eine radikale Opposition, die sich seit 1979 auch gegen den Präsidenten der Republik und vor allem gegen die »sozialistische« Verfassung richtete, deren Totalrevision sie nach vorgezogenen Neuwahlen forderte, wobei sie vorschlug, das Revisionsverbot der Verfassung durch ein Referendum zu umgehen. Als einzige Partei legte die PSD Anfang 1979 eine vollständig ausgearbeitete »Alternativverfassung« vor, die *Sá Carneiro* verfaßt hatte. Der Konfrontationskurs der PSD seit 1978 beruhte auf der Annahme einer steigenden parteipolitischen Bipolarisierung, die sich zugunsten der PSD u. a. in der Gewerkschaftsbewegung innerhalb der neu gegründeten UGT (→ PS) und in den Erfolgen der Parteijugend in Schulen und Hochschulen auswirkte. Bei mehreren Nachwahlen Ende 1978 büßten die PS und das CDS z. T. über die Hälfte ihrer Stimmenanteile ein, während die → PCP und die PSD ihre Anteile verdoppeln konnten. Da der Präsident der Republik durch die Verfassung gezwungen ist, Neuwahlen auszuschreiben, wenn das Parlament den 3. Regierungssturz bewirkt hat und 1979 bereits 2 Regierungen vom Parlament gestürzt worden waren, war die Versuchung für *Sá Carneiro,* einen dritten Regierungssturz herbeizuführen, groß. Dieser Taktik widersetzten sich 36 Abg. der PSD, die bereits am 2. 6. 1978 ein Thesenpapier über die »Unaufhaltsamen Entscheidungen« (Opções Inadiáveis) vorgelegt hatten, in dem der Parteivorstand und *Sá Carneiro* kritisiert wurden und die Partei davor gewarnt wurde, sich an die Spitze des rechtsgerichteten Stimmungswandels zu stellen, der das Land nach einigen Jahren ununterbrochener Herrschaftskrisen erfaßt hatte. Zur Disziplinierung der 36 »Unaufhaltsamen« (Inadiáveis, wie sie genannt wurden) hatte *Sá Carneiro* schon am 13. 4. 1978 alle Parteiämter niedergelegt, um sich am 3. 7. 1978 von einem (VI.) außerordentlichen Parteitag mit 629 von 800 Delegiertenstimmen erneut zum Präsidenten wählen zu lassen. Nachdem der Parteivorstand am 22. 3. 1979 entschied, das Haushaltsgesetz der Regierung *M. Pinto* im Parlament abzulehnen, obwohl sich der Parteirat am 12. 3. 1979 noch für eine Zustimmung entschieden hatte, widersetzten sich die 36 »Unaufhaltsamen« dem Fraktionszwang und traten am 5. 4. 1979 aus der Partei aus, nachdem der Parteirat die Entscheidung des Vorstandes nachträglich bestätigt hatte. Während ein Teil der »Unaufhaltsamen« sich anläßlich der Parlamentswahl vom 2. 12. 1979 der SOZIALISTISCHEN PARTEI anschloß, fand die Mehrzahl über den DEMOKRATISCH-REFORMATORISCHEN BLOCK und über die UNABHÄNGIGE SOZIALDEMOKRATISCHE VEREINIGUNG (→ Einleitung) in dem Wahlbündnis der → DEMOKRATISCHEN ALLIANZ letztlich zur PSD zurück. Als tragende Kraft der DEMOKRATISCHEN ALLIANZ stellte nach deren Wahlsieg die PSD am 3. 1. 1980 mit *Sá Carneiro* den Regierungschef. *Sá Carneiro* verunglückte am 5. 12. 1980 tödlich. Im Amt des Ministerpräsidenten folgte ihm *P. Balsemão* nach.

E. Rui Vilar u. A. S. Gomes, Sedes: dossier 70/72, Lissabon 1973; Dinis de Abreu (Hg.), Eleições em Abril, Diário da Campanha, Lissabon 1975; F. Sá Carneiro, Por uma Social-Democracia Portuguesa, Lissabon 1975; ders. Poder Civil, Autoridade Democrática e Social-Democracia, Lissabon 1975; ders. Uma Constituição para os Anos 80, Lissabon 1979; N. Blume, Sedes: an Example of Opposition in a Conservative Authoritarian State, (Government and Opposition, 12) London 1977.

Sozialistische Partei (**PS,** Partido Socialista), gegründet am 19. 4. 1973 in Bad Münstereifel (Bundesrepublik Deutschland).

Programm: Die PS versteht sich als Vertreterin des »demokratischen Sozialismus« der Sozialistischen Internationale, deren einziges portugiesisches Mitglied sie ist. Dabei lehnt die PS eine Sozialdemokratie nach deutschem Vorbild als »Betrug an der arbeitenden Bevölkerung« ausdrücklich ab und sucht ihre Vorbilder in der SOZIALISTISCHEN PARTEI Frankreichs und in der Politik des »Dritten Weges« wie sie in der ČSSR und in Chile versucht worden sei. Der Marxismus wird als immer wieder neu zu überdenkende Leitlinie für eigenes Handeln verstanden; der Kapitalismus, als eine Kraft der Unterdrückung und der Gewalt, soll endgültig überwunden und nicht nur reformiert werden. Unter Beachtung uneingeschränkter politischer und sozialer Freiheits- und Menschenrechte will die PS eine »neue Lebensauffassung« erreichen. Die Fremdbestimmung und Entfremdung der Menschen soll durch politische und wirtschaftliche Selbstverwaltung, durch Kollektivierung und egalitäre Solidarität überwunden werden. Auf außenpolitischem Gebiet erfordere der »Sozialismus in Freiheit« die Auflösung der europäischen Militärbündnisse, eine weltweite Entspannungspolitik und eine internationale Umverteilung des Reichtums. In der politischen Praxis versuchte die PS ihrem theoretischen Anspruch durch die Errichtung einer »Ge-

mischten Wirtschaftsordnung« gerecht zu werden. Die Privatwirtschaft soll in »konkurrierender Koexistenz« neben den staatswirtschaftlichen und genossenschaftlichen Bereichen fortbestehen; für erstere soll das Marktprinzip, für die letzteren die staatliche Wirtschaftsplanung gelten. 1978 war jedoch der wirtschaftliche Zusammenbruch des staatswirtschaftlichen Bereichs und dessen Reprivatisierung nicht mehr aufzuhalten. Die als weitergehende Alternative zur »neokapitalistischen« Mitbestimmung geforderte »Kontrolle der Arbeitnehmer über die Betriebsleitungen« (controlo operário), aus der schrittweise die Arbeiterselbstverwaltung entstehen sollte, führte in der Praxis lediglich zur Einräumung eng begrenzter Informationsrechte der sog. Arbeiterausschüsse, deren Bildung zudem auf Großbetriebe begrenzt und für den öffentlichen Dienst ausgeschlossen wurde, weshalb der entsprechende Gesetzentwurf der PS im September 1977 vom Verfassungsgericht (Verfassungsausschuß) für verfassungswidrig erklärt wurde. Eine »entschärfte« Neuregelung konnte erst 2 Jahre später in Kraft treten. Angesichts der praktischen Schwierigkeiten, auf die das Programm der PS gestoßen war, wurde 1978 die Formel des »Sozialismus in Freiheit« ersetzt durch den Begriff der »Fortgeschrittenen Demokratie« (Democracia Avançada), die es zunächst zu verwirklichen gelte.

Organisation: (Stand 1977): Etwa 80 000 Mitglieder in Orts- und Betriebszellen (núcleos) mit 5–50 Mitgliedern, Orts- und Betriebssektionen als Verbände mit mehr als 50 Mitgliedern. Zusammenschluß der Zellen und Sektionen in koordinierende Regionalföderationen, deren Vollversammlungen die Delegierten des Parteitages wählen. Der Parteitag als höchstes Parteiorgan wählt den Generalsekretär und die 151 Mitglieder des Parteirates (Comissão nacional), dieser wählt einen 40köpfigen Parteivorstand, aus dessen Mitte 8–14 Mitglieder den geschäftsführenden Parteivorstand bilden. Die Betriebszellen und -Sektionen haben ein eigenes, dem Parteivorstand beigeordnetes Spitzengremium, den Arbeitsrat (Conselho do Trabalho).

Presse: Offizielles Parteiorgan ist die Mitgliederzeitung ›Portugal Socialista‹; inoffizielles Parteiorgan war bis zum Sommer 1975 die ›República‹, dann ›A Luta‹, beides von *R. Rego* hg. Tageszeitungen. Die Parteiarbeit wird von der Stiftung António Sergio unterstützt, die mit der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenarbeitet.

Geschichte: Die komplizierte und in den Details häufig geänderte Parteiorganisation reflektiert die Hauptschwierigkeit der Partei. Nach ihrer späten Gründung im Ausland bildete sich die Parteibasis aufgrund zufälliger, meist loser Zusammenschlüsse, denen ein traditionsmäßig gewachsenes Gefüge fehlte. Nach dem Umsturz vom 25. 4. 1974 verfügte die PS lediglich über vereinzelte Freundes- und Gesprächskreise, die aus der Portugiesischen Sozialistischen Aktion (ASP, Acção Socialista Portuguesa), einem 1964 in Genf gegründeten Zusammenschluß junger Sozialisten und Linkskatholiken, zumeist ehemaliger Schüler des Colégio Moderno (→ Portugiesische Republikanische Partei) hervorgegangen waren und die 1969 als Wählervereinigung der Demokratischen Einheit (CEUD, Comissão Eleitoral da União Democrática) für die Nationalversammlung kandidiert hatten. Die Führung der sozialistischen Opposition, die sich seit der Präsidentschaftskandidatur *H. Delgados* 1958 von der → Portugiesischen Kommunistischen Partei getrennt hatte, war mit Gründung der ASP von *M. Soares* und *F. S. Zenha* übernommen worden, die als Strafverteidiger in politischen Prozessen bekannt geworden waren. *Soares* hatte während seiner Emigration in Paris die Kontakte zur Sozialistischen Internationale geknüpft und durch eine enge Freundschaft zu *W. Brandt* sich der Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung versichert, als deren »Kind« die PS in Portugal gilt, obwohl sie in vielerlei Hinsicht an die Traditionen der »Seara Nova« (→ Portugiesische Sozialistische Partei) anknüpft.

Die 1973 in Paris zwischen der PS und der PCP vor allem hinsichtlich der Entkolonisierungspolitik erzielte Volksfrontübereinkunft gab der PS 1974 den notwendigen Spielraum zum Aufbau der Partei. Dabei war sie bemüht, sich vor allem nach rechts abzugrenzen und die PCP mit radikalen Forderungen nach Verstaatlichung der Produktionsmittel und Enteignung von Grund und Boden zu überflügeln. Um freie Hand beim Aufbau der Partei zu behalten, tolerierte *Soares* zunächst die Entkolonisierungspolitik der PCP und sah sich gezwungen, den von der PCP geförderten Sturz des ersten provisorischen Präsidenten, *A. de Spinola*, im September 1974 zu unterstützen, wodurch letztlich die Durchführung von Volksabstimmungen in den Kolonien von der PCP verhindert wurde. Der Handlungsspielraum der PS wurde durch die offensive Politik der PCP jedoch zunehmend eingeschränkt. An der Frage der Einheitsgewerkschaftsgesetzgebung, die im Januar 1975 die PS von jedem Einfluß auf die Arbeitnehmerorganisationen ausschließen sollte, zerbrach das Zweckbündnis mit der PCP. Binnen weniger Monate vermochte *Soares* das gesamte Land mit seinem Kampfruf »Sozialismus ja, Diktatur nein« zu mobilisieren. Ihre neue Rolle als »Bollwerk« gegen den »Stalinismus«, die in klarem Widerspruch zu dem extrem nach links orientierten Parteiprogramm stand, das noch im Dezember 1974 unter dem Druck eines von der PCP infiltrierten linken Flügels unter *M. Serra* auf dem I. Parteitag verabschiedet worden war, verhalf der PS zu ihrem überraschenden Wahlsieg am 25. 4. 1975. Mit 37,87 % der Stimmen wurde sie die stärkste Fraktion in der Konstituante (115 von 250 Sitzen). Mit der ständig aufrechterhaltenen Mobilisierung des Nordens setzte die PS ihre Politik zur Verhinderung einer »Volksdemokratie« nach osteuropäischem Vorbild fort, wobei

der Kampf um die von der kommunistischen Drucker- und Setzergewerkschaft besetzte Parteizeitung ›República‹ nur einer der vielen Höhepunkte der Auseinandersetzung um einen freiheitlichen, am Wählerwillen orientierten Aufbau des Sozialismus war. Im Herbst 1975 setzte sich die der PS nahestehende Fraktion der Militärs unter General *R. Eanes* gegen die von der PCP dominierte »Bewegung der Streitkräfte« (→ Einleitung) durch und ermöglichte die Bildung der 6. provisorischen Regierung, in der die PS den entscheidenden Einfluß erhielt.

Die Schlüsselrolle der PS in der Konstituante, ohne deren Abgeordnete eine Mehrheitsbildung zwar rechnerisch aber in der Praxis nicht möglich war, führte dazu, daß die neue Verfassung, die am 25. 4. 1976 in Kraft trat, im wesentlichen als das Werk der PS anzusehen ist, mit dem sie die programmatische Normierung eines in der ČSSR und in Chile gescheiterten »dritten Weges« versuchte. In den Parlamentswahlen 1976 verlor die PS dementsprechend einen Teil ihres antikommunistischen Stimmenpotentials an das → Demokratisch-Soziale Zentrum (CDS); sie erreichte als immer noch stärkste Fraktion, 34,88% der Stimmen bzw. 107 von 262 Sitzen. 1976 bildete die PS eine Minderheitsregierung, die letztlich an den internen Flügelkämpfen scheiterten, die Ausdruck der Heterogenität der PS-Wähler im Norden und Süden des Landes waren (→ Einleitung). Bereits nach dem I. Parteitag (Dezember 1974) hatte sich ein linker Flügel unter *Serra* abgespalten und die Sozialistische Volksfront (FSP, Frente Socialista Popular) gebildet, die 1975 1,16% Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, 1976 aber auf 0,77% zurückfiel. Auf dem II. Parteitag (30./31. 10. 1976) bildete sich unter der Bezeichnung Arbeiterbrüderschaft eine starke linke Opposition gegen den »reformistischen Sozialdemokratismus«, die von Agrarminister *A. L. Cardoso,* angeführt wurde und aus der die → Linksunion für die Sozialistische Demokratie hervorging. Im Dezember 1977 hatte die PS die Möglichkeiten des Regierens mit wechselnden Mehrheiten im Parlament erschöpft

Nach anfänglichen Erfolgen bei der Wiederherstellung der von der Revolution erschütterten Rechts- und Wirtschaftsordnung scheiterte die PS an der Konkretisierung der von der Verfassung vorgesehenen, großen Reformen, wie der Arbeiterselbstverwaltung (controlo operário), dem Sozialeigentum und der Agrarreform. Von zahlreichen Korruptionsskandalen geschwächt, wurde die Regierung am 8. 12. 1977 vom Parlament gestürzt. Eine Koalitionsregierung, die die PS mit dem → CDS bildete, sollte 1978 die katastrophalen Finanzprobleme Portugals lösen, scheiterte jedoch bereits im Juli an der Agrarreformfrage. Auf die nachfolgend vom Präsidenten der Republik ernannten parteilosen Regierungen (→ CDS) reagierte die PS mit vehementer aber bei den Wählern unpopulärer Opposition. Der III. Parteitag (2.–4. 3. 1979) stand im Schatten massiver Parteiaustritte von außerordentlich populären Mitbegründern der Partei, wie dem Parlamentspräsidenten und Vors. der in der PS stark vertretenen portugiesischen Freimaurerbewegung (→ Portugiesische Republikanische Partei), *V. da Gama Fernandes,* den Ministern *A. Barreto* und *J. M. de Medeiros Fereira.* Die ursprünglich geplante Überarbeitung des antireformistischen Parteiprogramms von 1974 kam nicht zustande, auch der Versuch einer Konsensbildung für die 1980 bevorstehende Verfassungsrevision scheiterte. Die eher technokratisch-realistische Ausrichtung der von *A. Guterres* im Auftrag des Parteivorstandes vorgelegten Thesen »10 Jahre für die Änderung Portugals« stieß zwar auf heftigen Widerstand, stärkte aber letztlich die von *Guterres* vertretene sozialdemokratische Linie, deren größter Erfolg der 1978 begonnene Aufbau eines an der PS orientierten Dachgewerkschaftsverbandes, der UGT (»União Geral dos Trabalhadores«) war. Im März 1979 hatten bereits über 40% der in der kommunistischen Einheitsgewerkschaft »Intersindical« integrierten Einzelgewerkschaften mit großer Mehrheit den Beitritt zur UGT beschlossen. Die entscheidende Schlüsselposition der PS konnte damit auf eine neue, wenn auch im Parteienspektrum schmale Grundlage gestellt werden. Bei der Parlamentswahl vom 2. 12. 1979, die die PS mit allen Mitteln zu verhindern versucht hatte, insbes. durch die gemeinsam mit der PCP erzwungene Beibehaltung des Verhältniswahlrechts in großen Wahlkreisen (→ Einleitung), mußte die Partei erhebliche Einbußen hinnehmen: mit nurmehr 27,33% und 74 Mandaten verlor sie ihre Schlüsselstellung im Parlament. Der pragmatische Flügel um *Guterres* zögerte nicht, die Schuld den »ideologischen Bremsern« in der Partei anzulasten, deren prominentester Vertreter, *M. Alegre,* zusammen mit anderen Politikern aus der »Algiergruppe« (Oppositionelle, die in den 60er Jahren von Algier aus operiert hatten) aus dem geschäftsführenden Vorstand ausgeschlossen wurde. Nicht in der Hinwendung zu der seit 1980 gestärkten PCP, sondern in einem verstärkten Wettbewerb um die Stimmen der noch jungen kleinbürgerlichen Schichten sieht die PS eine Chance, die Polarisierung zwischen PCP und → Demokratischer (»Rechts-«) Allianz aufzuhalten. Um die weitere Fraktionierung und Zersplitterung der Partei aufzuhalten (→ Linksunion für die Sozialistische Demokratie) kandidierte die PS 1980 in einem neuen Wahlbündnis, das an ihre republikanischen Traditionen erinnern sollte (→ Portugiesische Sozialistische Partei), in der Republikanischen und Sozialistischen Front (FRS, Frente Republicana e Socialista), ohne weitere Stimmeneinbußen aufhalten zu können; sie erzielte nurmehr 26,65% und 71 Mandate.

II. Congresso Republicano de Aveiro, Teses e Documentos (2. Bd.), hg. Seara Novo, Lissabon 1969; M. Soares, Portugal-Rechtsdiktatur zwischen Europa und Kolonialismus, 1973; F. Merz u. V. C. Rego, Testfall Portugal, Zürich 1976; A. Mateus, Das Bündnis von Kommunisten und Sozialisten in Portugal, (Marxistische Blätter 4), 1977.

RUMÄNIEN

von

JOCHEN SCHMIDT

Als agrarische Randprovinzen des Osmanischen Reiches mit einer adeligen Großgrundbesitzerklasse und leibeigener Bauernschaft, aber fehlender städtischer Mittelklasse, d. h. als »Entwicklungsland des 19. Jhs.«, verdankten die Donaufürstentümer Moldau (Moldova) und Walachei (Ţara Romaneasca) ihre staatsrechtliche Vereinigung zu dem Territorium »Rumänien« (1859/61) nicht einer Volksbewegung von unten. Die moderne Staatsbildung entsprang vielmehr – kaum anders als die Gewinnung der Unabhängigkeit vom Sultan (1877/81) – einem fast zufälligen Zusammenspiel zweier Faktoren: zum einen den Bemühungen der europäischen Mächte um Beseitigung des russischen Protektorates an der unteren Donau – verankert u. a. in der Konvention von Akkermann (1826) sowie den sog. Organischen Reglements (1831) über die Wahl der Hospodare (= Exekutive) und der Diwane (= zeitweise beschränkte Mitwirkung an der Legislative), zum anderen der von einer schmalen Schicht alter »Bojaren-Intelligenz« getragenen rumänischen Nationalbewegung mit dem Ziel, das türkische Vasallenjoch abzuschütteln.

Durch ihren Bildungsgang (Auslandsstudium in West- und Mitteleuropa) war diese »Bojaren-Intelligenz« dem traditionellen Sozialgefüge entfremdet worden und hatte die Ideen des westlichen Liberalismus kennengelernt. Sie sah in der kollektiven Garantie der Großmächte für die Autonomie der Donaufürstentümer (verankert im Friedensvertrag von Paris, 1856 und der Pariser Konvention, 1858) mit der Verpflichtung zur Bauernbefreiung die Chance zu einer demokratischen Nationsbildung. Die institutionellen Voraussetzungen für eine politische Modernisierung, wie Trennung von Staat und Kirche, Zentralparlament (1862), Behördenapparat und Militär galt es freilich erst zu schaffen. Der in der Folgezeit von oben eingeleitete Verwestlichungsprozeß ließ die überkommenen Sozialstrukturen weitgehend unangetastet.

Groß- und Kleinbojaren schieden sich in den sog. Diwanen ad hoc (1857) – durch die Ausführungsbestimmungen zu Art. 24 Pariser Frieden aus ständischen zu Repräsentativversammlungen umgestaltet – in Gegner und Befürworter der Union der Fürstentümer. Aus diesem Gegensatz gingen als zwei lockere Vereinigungen von Grundbesitzerfamilien die → KONSERVATIVE PARTEI und die → NATIONALLIBERALE PARTEI hervor.

Nach dem Sturz des Hospodaren *Cuza* (1859–66) behauptete sich der neue Regent *Karl (Carol) von Hohenzollern-Sigmaringen* (1866–1914) in einer Neuauflage antimonarchischer Fronde (1870/71). Zwischen ihm und den politischen Eliten kam es nun zu einem informellen Arrangement über die Verteilung der effektiven Macht. Es basierte auf der Furcht vor dem Verlust der Autonomie, bzw. der Souveränität durch Militärinterventionen der Nachbarmächte Rußland und Österreich-Ungarn bei inneren Unruhen. Die bäuerlichen

Schichten schloß es von der politischen Partizipation aus. Beide »Parteien« trennte weniger eine Rivalität um das Programm als eine solche um die unkontrollierte Verfügung über das Staatsbudget zur zusätzlichen Einkommenssicherung.

Die nach dem belgischen Vorbild von 1831 gearbeitete Verfassung vom 13.7. 1866 (Vorläufer: *Cuzas* »Statut«, 1864; dieses orientiert am piemontesischen »Statuto Albertino« von 1848) enthielt einen vorbildlichen Katalog bürgerlicher Freiheiten. Sie betonte, daß »alle Gewalten von der Nation stammen« (Art. 31) und formulierte die klassische Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Der Fürst (seit 1881 König) wurde auf die Verfassung vereidigt. Er behielt mit dem Recht der Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments (Deputiertenkammer und Senat), der Berufung und Entlassung der Minister eine relativ starke Stellung, obwohl das Parlament ein Kontrollrecht über das Budget ausübte, die Regierung vor den Kassationsgerichtshof ziehen konnte und bei der Verabschiedung von Gesetzen nur an das absolute Veto der Krone gebunden blieb. – Zu bedeutenden Verfassungskonflikten kam es im 19. Jh. nicht, weil alle beteiligten Kräfte, der Monarch und die beiden Parteien, an einer geräuschlosen Manipulation der Verfassung interessiert waren. Zwar vergab der König die Regierungsverantwortung seit den 90er Jahren in einem relativ ausgewogenen Wechsel. Aber nur rein formal verfügte Rumänien über ein Zweiparteiensystem nach britischem Muster. Denn der neuernannte Ministerpräsident nahm als erste Amtshandlung eine Auswechslung aller Beamten bis auf die Bezirks- und Kommunalebene mit seiner Klientel vor und schrieb erst danach die Wahlen aus. Ihre Fälschung ließ die Opposition stets bis auf einen kleinen Rest aus dem Parlament verschwinden. Rumänien besaß bis 1914 ein fast scheinkonstitutionelles System, das an Rußland zwischen 1905 und 1917 erinnerte.

Für die Deputiertenkammer (1866: 148, 1911: 189 Sitze) bestand ursprünglich ein Vier-, seit 1884 ein an einen Zensus und die Elementarbildung gebundenes Dreiklassenwahlrecht, das ganz auf die Interessen des Großgrundbesitzes zugeschnitten war. In das erste Kollegium wählte, wer über ein hohes Einkommen (1200 Lei) aus Grundbesitz verfügte; Kollegium zwei blieb der städtischen Bevölkerung mit einer Steuerleistung von mindestens 20 Lei vorbehalten einschließlich Freiberufler, Reserveoffiziere und Staatspensionäre. Das erste und das zweite Kollegium wurden direkt bestimmt; Kollegium drei, in dem die Bauernschaft vertreten war, nur auf indirektem Wege (ausgenommen Dorflehrer, -klerus, Pächter). Dabei kam auf 50 Urwähler ein Wahlmann. Das Wahlrecht für die Kollegien eins und zwei konnten im Jahre 1905 nur 1,5 % bzw. 3,5 % der Gesamtbevölkerung ausüben. Für die beiden Kollegien des Senats (seit 1884 119 Sitze), zu dem ex officio der Thronerbe, hohe kirchliche Würdenträger, führende Militärs und Verwaltungsbeamte zählten, fiel der Zensus, verstärkt auch durch die hohe Altersgrenze von 40 Jahren für die Ausübung des aktiven Wahlrechtes, noch rigider aus. Hier wählten im gleichen Jahr nur 0,9 bzw. 1,2 % der Einwohner.

Versuche nach Sprengung des Zweiparteiensystems liefen sich im 19. Jh. an dem Stadt-Land-Gegensatz tot (1930 knapp über 80 % Landbevölkerung und Analphabetenrate von 43 %). Vorformen von Parteienbildungen außerhalb des Spektrums der etablierten Eliten trug bis 1917 ausschließlich die Intelligenz. Deren ephemere Ansätze zum Aufbau einer bäuerlichen Interessenkörperschaft blockte entweder die Landgendarmerie ab (um Aufständen vorzubeugen), oder sie führten zur freiwilligen Reintegration der Führungspersonen in eine der beiden erwähnten »historischen Parteien«. Im Jahre 1917 wurde zusammen mit einer radikalen Landumverteilung das allgemeine Wahlrecht – für Frauen auf die kommu-

nale Ebene beschränkt – eingeführt. Von nun an war – potentiell – die Voraussetzung für eine Verbreiterung des Rekrutierungsfeldes der Parteien nach unten durch eine politische Mobilisation der Bauernschaft gegeben. Die in der Stadt ansässigen (produzierenden) Mittelschichten rekrutierten sich – abgesehen von der Bürokratie – bis weit ins 20. Jh. aus ethnisch fremdstämmiger Bevölkerung, vor allem aus Juden. Diese wurden trotz der Revision des diskriminierenden Art. 7 der Verfassung im Jahre 1879 weiterhin überwiegend als staatenlos behandelt (bis 1919).

Seit den Balkankriegen (1912/13; Erwerb der Süddobrudscha) und endgültig mit dem Eintritt Rumäniens in den 1. Weltkrieg 1916 nahmen die Parteien dem König die letztinstanzliche Entscheidung in Fragen der Außenpolitik aus der Hand. Der Sturz der Großgrundbesitzerklasse, verbunden mit dem Aufbrechen des marktmarginalen, innovationsunfähigen Familienpachtsystems schien dem Großrumänien der Zwischenkriegszeit den Weg zum Parlamentarismus zu öffnen.

Unter dem Nachfolger *Carols I.*, König *Ferdinand* (1914–27), bahnte sich ein Übergewicht der Parteien über die Krone an. Die Nationalliberalen veranlaßten die Abdankung seines Sohnes, des Kronprinzen *Carol* (1926). Durch die Einsetzung eines Regentschaftsrates für den unmündigen Prinzen *Mihai* hofften sie, die parlamentarische Regierungsbildung erzwingen zu können. Dem kam der aus dem Exil zurückgekehrte Kronprinz zuvor. Als König *Carol II.* (1930–40) entschied er den Verfassungskonflikt im restaurativen Sinne.

In der Konstituante Großrumäniens (1922–23) wiesen die Nationalliberalen alle Verfassungsentwürfe der Opposition zurück. Die Verfassung vom 28. 3. 1923 bedeutete nur eine Ausdehnung der alten Urkunde auf die neuen Gebiete und nahm mit ihrer zentralistischen Tendenz keine Rücksicht auf die gewachsenen Strukturen der Selbstverwaltung in den neu angegliederten Provinzen. Der Notstandsparagraph (Art. 128) war extensiv auslegbar. Das Koalitionsrecht der Arbeiter unterlag weiterhin Einschränkungen (Lega Trancu-Iaşi von 1920). Das Wahlgesetz vom 26. 3. 1926 (nach dem italienischen Vorbild von 1923) sollte regierungsfähige Mehrheiten sichern. Der Partei mit dem höchsten Stimmenanteil, mindestens jedoch 40% der abgegebenen Stimmen, gewährte es die absolute Mehrheit der Abgeordnetenmandate und einen variierenden Anteil Sitze aus der Umrechnung der Reststimmen. Die Zahl der Deputierten erhöhte sich 1919 auf 568, 1920–22 verringerte sie sich auf 369, 1926 stieg sie auf 387, 1939; 258, 1919 gab es 236 und 1923 168 Senatoren (danach 113, 1939: 88).

Alle Parteien Großrumäniens verfügten anfangs nur über regionalen Rückhalt. Ihnen stellte sich das Problem einer landesweiten Verankerung in der Bevölkerung. Sie lösten diese Aufgabe weniger durch eine verstärkte Mitgliederwerbung an der Basis als durch die Bildung von kurzfristigen Wahlbündnissen, Wahlblöcken und Parteizusammenschlüssen, d. h. durch öffentlichkeitsferne Vereinigungen bestehender Parteispitzengremien. Dies führte in der Regel zur Verwischung klarer Programmaussagen und häufigen Fraktionierungen in den neuen Organisationen. Der fast sprichwörtliche Parteienwechsel von Spitzenpolitikern des Alten Königreichs setzte sich in der Vielparteienlandschaft der Zwischenzeit fort (Paradigma: *C. Argeotoianu*). – Das Parteiensystem Großrumäniens war chronisch instabil. Weltwirtschaftskrise und Eingriffe der Könige brachten es zum Zerbrechen. Sie bewirkten den »Selbstmord der Parteien«, d. h. sie störten die Umstrukturierung personengebundener Koterien zu schichtenspezifischen Organisationspotentialen mit klaren Interessenprofilen: Anfang der 30er Jahre verdreifachte sich die Zahl von Parteien, Wahllisten und als »Parteien« auftretende Verbände (1931: 37; 1932: 61; 1933: 102).

Mit dem Erwerb Bessarabiens (1918, von der Sowjetunion nie anerkannt), der Bukowina (Vertrag von St. Germain, 1919), Siebenbürgens (einschließlich eines vorgelagerten Gebietsstreifens; Vertrag von Trianon, 1920) und des Ostbanates (Vertrag von Paris, 1920) hatte das Land den großrumänischen nationalen Einheitsstaat erreicht. Doch belastete es sich bei einem Anteil von (1930) nur 71,9 % Rumänen mit dem Problem der ethnischen Minderheiten. Sie siedelten vor allem in den neuen Provinzen. Zu den gutorganisierten zählten die Ungarn (7,9 % → UNGARISCHE MINDERHEITSPARTEIEN), Deutschen (4,2 % → DEUTSCHE MINDERHEITSPARTEIEN) und Juden (4,0 % → JÜDISCHE PARTEI RUMÄNIENS). Großrumänien kam seinen Verpflichtungen aus dem internationalen Minderheitenschutzvertrag (Paris, 9. 12. 1919; nicht in die Verfassung von 1923 aufgenommen) mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz vom 24. 2. 1924 nur unvollkommen nach. Seine »Assimilierungspolitik« führte auch unter den Ukrainern (3,2 %), Russen (2,3 %) und Bulgaren (2,0 %) zu Abwehrreaktionen. Als »verspätete« (bzw. abgeblockte) Nationalbewegungen taten sie sich, ähnlich den ethnischen Kleingruppen (darunter Gagauzen mit 1,4 und Griechen mit 0,1 %), schwer mit Öffentlichkeits- und politischer Willensbildung.

Als 1937 keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse mehr zustande kamen, oktroyierte der König die Verfassung vom 27. 2. 1938. Sie verbot die bestehenden Parteien (30./31. 3. 1938), behielt aber – nominell – das Zweikammersystem bei. Aus dem berufsständischen Wahlsystem ging die per Dekret geschaffene → FRONT DER NATIONALEN WIEDERGEBURT hervor. Der korporatistische Staat der sog. Königsdiktatur (1938–40), Reaktion auf das Zusammenspiel zwischen rumänischem und deutschem Faschismus (→ EISERNE GARDE) kann als konservativer Versuch angesehen werden, Souveränität in ungünstiger internationaler Mächtekonstellation zu sichern. Sie brach zusammen, als die Armee nach dem Verlust Bessarabiens und der Nordbukowina (Sowjetunion; rückgängig gemacht 1941–44), Nordsiebenbürgens mit Széklerzipfel (Ungarn) sowie der Süddobrudscha (Bulgarien) *Carols* Abdankung erzwang (6. 9. 1940). Marschall *Antonescu* (1940–44) drängte dessen Nachfolger, König *Mihai* (1940–47), in die Rolle eines Statisten. Als »Staatsführer« (conducator als statului roman) stattete er sich mit diktatorischen Vollmachten aus.

Im Zeichen der Niederlage Rumäniens im 2. Weltkrieg – an der Seite der Achsenmächte – und im Einverständnis mit den Führern eines Vierparteienblockes aus NATIONALLIBERALER PARTEI, NATIONALER BAUERNPARTEI, SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEI und RUMÄNISCHER KOMMUNISTISCHER PARTEI unternahm der König einen Staatsstreich und verhaftete *Antonescu* (23. 8. 1944). Abgesichert durch die nach dem Einzug der Roten Armee eingerichtete sowjetische Militäradministration, betrieben die Kommunisten eine »schleichende Machtübernahme« (1944–47). – Die Regierungsverantwortung ging zunächst an die Armee (Kabinette *Sănătescu*, Kabinett *Rădescu*). Die Verfassung von 1923 wurde wiederhergestellt (8. 9. 1944). Nach Verlegung der königstreuen Truppenteile an die Front gegen Deutschland veranlaßte der sowjetische Hochkommissar beim König die Berufung einer Regierung der »Nationaldemokratischen Front«, de facto unter Führung der Kommunisten. Sie erreichte durch die Rückgewinnung Nordsiebenbürgens (Friedensvertrag von Paris, 1947) und die Bodenreform vom 23. 3. 1945 eine bescheidene Legitimation. Vergeblich versuchte der König, sie nach der Anerkennung durch die Sowjetunion zu entlassen (21. 8.). Die Westalliierten akzeptierten sie nach der Aufnahme je eines Ministers aus der NATIONALEN BAUERNPARTEI und der NATIONALLIBERALEN PARTEI (Februar 1946). Die Kommunisten beseitigten den Senat und führten das Frauenwahlrecht ein (15. 7.). – Dank massiver Einschüchterung der Bevölkerung ging der Regierungsblock als Sieger aus den

Wahlen vom 19. 11. hervor. Die Schauprozesse gegen antikommunistische Parteiführer bedeuteten das Ende des Mehrparteiensystems. Mit der erzwungenen Abdankung des Königs (30. 12. 1947) fiel der letzte Pfeiler des alten Regimes. Am gleichen Tag erklärte das Parlament (die »Volksversammlung«) das Land zur »Volksrepublik Rumänien« und setzte die Verfassung von 1923 außer Kraft.

Die von der »Großen Nationalversammlung« (414 Sitze) unter Kontrolle der RUMÄNISCHEN ARBEITERPARTEI verabschiedete Verfassung vom 13. 4. 1948 schränkte das Prinzip der Volkssouveränität ein (Art. 2). De facto bezog sie sich bloß auf das Proletariat. Die umfangreichen Funktionen, die der Großen Nationalversammlung und dem von ihr gewählten Präsidium zugeteilt wurden (Art. 39, 44), stellten das Prinzip der Gewaltenvereinigung heraus.

Die Angleichung der politischen und ökonomischen Verhältnisse an das sowjetische Vorbild in den nächsten Jahren (Verstaatlichungen im industriellen Sektor, Einrichtung der Volksräte, Umorganisation von Justiz und Verwaltung, Senkung des Wahlrechts auf 18 Jahre) zog eine Angleichung auch in der staatsrechtlichen Sphäre nach sich. Die Verfassung vom 24. 9. 1952 sprach in Art. 1 vom »Staat der Werktätigen«. Art. 2 bezeichnete das »Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft« als die Grundlage der Volksmacht. Art. 86 schrieb die führende Rolle der RUMÄNISCHEN ARBEITERPARTEI fest. Das Gesetzgebungsmonopol des Parlaments wurde durchbrochen. Die materielle Legislative verlagerte sich auf das Präsidium der Nationalversammlung und in noch stärkerem Umfang auf den Ministerrat als oberstes Organ der Staatsverwaltung (Art. 42). Durch die Verfassungsreform von 1961 wurde das Parlamentspräsidium in einen Staatsrat unter Vorsitz des ersten Parteisekretärs umgewandelt. Der Staatsrat sollte den Ministerrat kontrollieren, dieser seinerseits der Aufsicht durch die Große Nationalversammlung unterliegen.

Die Tendenzen zu verstärkter nationaler Unabhängigkeit fanden ihren Niederschlag in der Verfassung vom 21. 8. 1965. Sie erklärte das Land zur »Sozialistischen Republik Rumänien« und wollte die auswärtigen Beziehungen auf den Grundsätzen der Achtung der Souveränität und des gegenseitigen Vorteils sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten geregelt wissen. Wie ihre Vorgängerinnen ging sie von dem Prinzip der ungeteilten Staatsgewalt, dabei jedoch von der Differenzierung zwischen politischer Macht (Partei) und Staatsmacht (Nationalversammlung), sowie den Prinzipien des »demokratischen Zentralismus« und der kollektiven Führung aus. Der letztere Grundsatz wurde durch die Einrichtung des Amtes des Präsidenten der Republik (Staatspräsident) 1974 durchbrochen. Dieser repräsentiert die Staatsgewalt nach innen und außen. Die Kommunisten haben ein wesentliches Organisationsmerkmal nichttotalitärer Massenparteien, d. h. den Instanzenzug vom Spitzengremium bis hinunter zur Lokalebene, am vollständigsten ausgebildet. Seine mangelhafte Funktionsfähigkeit in der Phase des demokratischen Experiments der 20er Jahre hatte eine angemessene politische Repräsentation der Unterschichten verhindert. Die Bedeutung der Massenpartizipation an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen als zentralem Legitimationsfaktor für das kommunistische Regime hat die PCR-Führung zwar erkannt, aber noch nicht wirksam realisiert. – Eine Bürgerrechtsbewegung ist erstmals 1977 in Erscheinung getreten.

E. Schmidt, Die verfassungsrechtliche und politische Struktur des rumänischen Staates i ihrer historischen Entwicklung 1932; M. Ivan, Evoluţia partidelor noastre politice, 1919 – 1932, Sibiu (1933); M. Dogan, Analiza statistică a »democraţiei parlamentare« din România, Bukarest 1946; H. L. Roberts, Rumania: Political Problems of an Agrarian State, New Haven 1951; G. G. Marinescu, Die Entwicklung des parlamentarischen Wahlsystems in Rumänien, Jur. Diss. München 1954; D. Chirot, Social Change in a Peripheral Society: The Creation of a Balkan Colony, New York 1976; Al. Gh. Savu, Sistemul partidelor politice din România, 1919–1940, Bukarest 1976; M. Iosa, T. Lungu, Viaţa politică în România, 1899–1910, Bukarest 1977; K.-D. Grothusen (Hg), Südosteuropa – Handbuch Bd. 2:

Rumänien, 1977, K. Jowitt (Hg), Social Change in Romania, 1860–1940: A Debate on Development in a European Nation, Berkeley 1978; M. Muşat, I. Ardeleanu, La vie politique en Roumanie, 1918–1921, Bukarest 1978; Z. R. Dittrich, A. P. van Goudoever, Onafhankelijkheid als wensdroom: De buitenlandse politiek van Romenië, Den Haag 1980; J. Schmidt, Dakoromanismus vor 1918: Parteienbildung aus der Nationalbewegung (im Druck).

Agrarpartei (Partidul Agrar).

Von *C. Argetoianu* am 8. 6. 1932 gegr. Splitterpartei von Großgrundbesitzerinteressen. Sie nannte sich bis 1936 AGRARUNION (Uniunea Agrară). Der Parteitag vom 8.–10. 6. 1935 erarbeitete ein Grundsatzprogramm. Um eine Gesundung der Bauernschaft zu erreichen, sollte die Ertragskraft je Bodeneinheit verbessert und die Landwirtschaft verstärkt auf Export umgestellt werden. Dementsprechend proklamierte man (für eine fernere Zukunft) den freien Handel. Die Verfassung sollte kontinuierlich verbessert werden. Daraus ergab sich die Forderung nach Volksabstimmung über Verfassungsfragen und nach Herabsetzung der Abgeordnetenzahl. Eine Zusammenkunft vom 9. 10. 1936 brachte das Programm auf die Formel vom »Agrarstaat« als dem Gegenmodell zum »Bauernstaat« der → NATIONALEN BAUERNPARTEI. In der Legislaturperiode 1933ff war die Partei mit 5 Abg. (2,46% der abgegebenen Stimmen) im Parlament vertreten. 1937 erreichte sie 1,70% (0 Mandate).

Agrarunion (Uniunea Agrară) → Agrarpartei.

Alles-für-das-Vaterland-Partei (**TPŢ**, Partidul Totul pentru Ţara) → Eiserne Garde.

Arbeiterpartei (Partidul Muncitor).

Vorläuferorganisation der BAUERNPARTEI in der Moldau. Dem Spektrum des Populismus zuzurechnen. Die Intellektuellenzirkel an der Universität Iaşi (Literatenkreis um *C. Stere*) sorgten seit 1906 für die Bildung einer gesellschaftskritischen Gruppe unter der studierenden Jugend.

Da sich seit Beginn des Jahrhunderts in der → NATIONALLIBERALEN PARTEI unter Führung *Sp. C. Harets* das »linke« Spektrum verstärkte, zeitigten die zunächst erfolglosen Bemühungen dieses Intellektuellengrüppchens um eine reformerische Agrarpolitik – besonders nach dem Bauernaufstand von 1907 – doch eine Wirkung: aus der »Schule« *Harets* ging der erste engagierte Dorflehrer in der Walachei, *I. Mihalache*, hervor (→ BAUERNPARTEI). Er gründete 1912 in Topoloveni eine Genossenschaft. Bei der Bildung der Konstituante in Iaşi war die alte Intellektuellengarde in der NATIONALLIBERALEN PARTEI nicht einverstanden mit den Modalitäten der ins Auge gefaßten Agrarreform. Daher schloß sie sich zur sog. PARTEI DER ARBEIT (Partidul Muncii) zusammen (10 Abg.). Eine Massenbasis fehlte dieser Gruppe, die sich 1918 zur Arbeiterpartei formierte. Als im Winter 1918/19 in der Walachei die → BAUERNPARTEI entstand, schloß sich die Intellektuellengruppe aus Iaşi deren Kadern mehrheitlich an (Universitätsprofessoren *P. Bujor, N. Costăchescu, C. I. Parhon*). Im Frühjahr 1919 war sie als BAUERN- UND ARBEITERPARTEI (Partidul Ţărănesc şi Muncitoresc) unter Führung des Althistorikers *V. Parvan* selbständig. Ein Teil der Arbeiterpartei ging zur → VOLKSPARTEI. Eine Minderheit verhandelte im Sommer 1919 mit der sozialistischen Bewegung des Altreiches (→ SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI). Der Rechtsanwalt und Grundbesitzer *Macovei* und *N. Lupu* traten ihr kurzfristig bei, verließen sie jedoch wegen wahltaktischer Differenzen gleich wieder.

R. O. Ließ, Rumänische Bauernparteien in: H. Gollwitzer (Hg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jh., 1977; St. Neagoe, Triumful raţiunii împotriva violenţei: Viaţa universitară ieşană interbelică, Iaşi 1977.

Arbeiter- und Bauernblock (Blocul Muncitoresc şi Ţărănesc) → Rumänische Kommunistische Partei.

Autonomiepartei → Deutsche Minderheitsparteien.

Averescaner → Volkspartei.

Bauernpartei (Partidul Ţărănesc), auch Zaranisten.

Dem arevolutionären Populismus (Agrarsozialismus) Ostmittel- und Südosteuropas der Zwischenkriegszeit zuzuordnender Verband, der sich als Alternative zu Industriekapitalismus und Bolschewismus definierte.

Gründung: Auf dem Kongreß des »Bundes der Volksbanken« in Bukarest am 18. 12. 1918 durch den Dorflehrer *I. Mihalache, I. Răducanu* und den Rechtsanwalt *M. Ionescu-Berbecaru*, vorbereitet durch den Volksschullehrerverband, Genossenschaftsbewegung und den Kontakten zwischen Dorfintelligenz und Bauernrekruten während des Weltkrieges.

Programm: Radikale Enteignung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung der Großindustrie, kommunale und regionale Selbstverwaltung, parlamentarischer Weg zum Agrarsozialismus.

Presse: ›Ţara Roua‹, (Zeitung ab 1919); ›Cuvintul liber‹, (Zeitschrift), u. a.

Geschichte: Die Formulierung der populistischen Doktrin erfolgte in der Kapitalismusdebatte des Sozialphilosophen *Stere* mit der SOZIALDEMOKRATIE (*C. Dobrogeanu-Gherea, C. Racovski*) 1907–1910. Aus der Vorlage des russischen Populismus wurde bei *Stere* durch die Fundierung im Neukantianismus und die Verwendung polit-

ökonomischer Kategorien von *Marx* eine originelle rumänische Variante des Agrarsozialismus, die dem Anliegen der Intelligenz nach nationaler Emanzipation unter Einbeziehung der Unterschichten eine zugkräftige sozialkritische Folie verlieh. *Stere* ließ es offen, ob die auf »Volksproduktion« (= Beschäftigung aller Arbeitskräfte ohne Rücksicht auf Rentabilität) in Land und Stadt beruhende Gesellschaftsordnung der Zukunft kapitalistische Züge annehmen würde oder nicht. Ihm genügte die Unterwerfung des großindustriellen Sektors unter den diversifizierten agrarisch-kleingewerblichen (Genossenschaften, Konsumvereine). Der soziale Innovationsprozeß sollte politisch die sog. ländliche Demokratie zur Voraussetzung haben. Bei dem extremen Klassengegensatz zwischen Großgrundbesitzern und passiver, landhungriger Bauernschaft (→ Einleitung) ging *Stere* von der Vorstellung aus, die politische Initiative für das allgemeine Wahlrecht und für die Enteignung des Großgrundbesitzes könne nur von der sozialkritischen Intelligenz, unterstützt durch die reformfreundlichen Teile eines »Bürgertums«, eingeleitet werden. Anstelle des Ausgleiches zwischen Selbstbestimmungsrecht der Rumänen und Kulturautonomie der Minderheiten in einer übernationalen Föderativrepublik auf dem Balkan bei den Marxisten trat bei *Stere* der Gedanke des Einheitsstaates der Rumänen stärker in den Vordergrund.

Die organisatorische Verselbständigung des Populismus bahnte sich bei der Verfassungsrevision von 1917 (→ Einleitung) an. In Iaşi begründeten die Universitätsprofessoren *P. Bujor, C. I. Parhon, N. Costachescu* die Bauern- und Arbeiterpartei (→ Arbeiterpartei). Sie schloß sich im Februar 1919 mit *Mihalaches* Partei in der Walachei zusammen. Die so entstandene Bauernpartei, auch Zaranisten genannt, bildeten ein Wahlkartell mit der → Rumänischen Nationalpartei und deren übrigen Partnern des sog. Parlamentarischen Blockes. Die Bauernpartei gewann 1919 61 Sitze. – In der folgenden Koalitionsregierung stellten die Zaranisten zwei Minister (*Mihalache, Lupu*). Ihr Hauptinteresse richtete sich auf die Ausstattung des Bauern mit der Kleinparzelle. Es galt, das Verfassungsgebot von 1917, das königliche Dekret vom Dezember 1918 (für das Altreich) und die bereits verabschiedeten Gesetze für Bessarabien und Siebenbürgen miteinander in Einklang zu bringen. Da eine Umverteilung großer Flächen Boden gravierende Folgeprobleme nach sich zog, sollte Mißbräuchen der Lokalverwaltung vorgebeugt werden. Hierzu zählte auch eine genaue Eingrenzung der Kompetenzen der Landgendarmerie. – In der Opposition erreichte die Partei bei den Wahlen von 1920 nur 37 Mandate. 1920 traten *Lupus* »Unabhängige« (→ Bauernpartei – Lupu) der Zaranistenpartei bei; ihnen folgten Linke aus Bessarabien. Seit dem ersten Parteitag der Zaranisten im gleichen Jahr bestimmte *Stere* das ideologische Profil der neuen Gesamtpartei. Sein Verfassungsentwurf von 1922 zielte auf eine verstärkte Sicherung der Bürgerrechte. Die Nationalliberalen wiesen ihn 1923 zurück.

Die Verhandlungen über einen Zusammenschluß mit der → Rumänischen Nationalpartei scheiterten anfangs an der innerparteilichen Opposition *Lupus* (1923). Die Zaranisten formulierten unter *Stere* und *V. Madgearu*, ihrem zweiten Theoretiker, ein 10-Punkte-Programm, als sich 1924 die Möglichkeit abzeichnete, daß *Manius* Nationalpartei mit *Iorgas* Nationaldemokratischer Partei und *Averescus* Volkspartei eine gemeinsame Gruppierung eingehen würden. *Maniu* versuchte, die Zaranisten von ihrem Klassenkampfprinzip abzubringen: er ließ ein bereits geschlossenes Abkommen scheitern. Als Vorwand hierfür diente der »Fall *Stere*« (d. h. dessen »Kollaboration« mit den Mittelmächten in der Zeit des 1. Weltkrieges). 1925 bildeten beide Parteien den »Block der Opposition« gegen die Nationalliberalen, ihren Hauptgegner. Er konnte bei den Kommunalwahlen von 1926 Stimmengewinne verbuchen. Die entgangene Chance einer Regierungsbildung nach der Entlassung *Brătianus* im gleichen Jahr veranlaßte *Mihalache* und *Maniu*, sich auf eine gemeinsame Liste für die bevorstehenden Wahlen zu einigen. Beide Parteiführer kamen überein, den Einfluß der »radikalen« Ideologen (*Stere, Lupu*) zu beschneiden und sie nur pro forma in die Führungsgremien einer gemeinsamen Partei zu übernehmen. Damit war der Weg frei für die Bildung der → Nationalen Bauernpartei (1926).

M. Rozorea, Curentul poporanist în gîndirea social-economică din România, Diss. Bukarest 1970; Z. Ornea, Poporanismul, Bukarest 1972; I. Ciurea, Problema agrar – ţărănească în gîndirea social-politică din România la începutul sec. XX, 1900–1914: Doctrine, idei, figuri, Diss. Cluj 1972; I. Scurtu, Din viaţa politică a României: Întemeierea şi activitatea Partitului Ţărănesc, 1918–1926, Bukarest 1975; R. O. Ließ, Rumänische Bauernparteien, in: H. Gollwitzer (Hg.) Europäische Bauernparteien im 20. Jh., 1977.

Bauernpartei – Lupu (Partidul Ţărănist – Lupu) auch Lupisten.

Linksgerichtete Absplitterung aus der → Bauernpartei mit dem Presseorgan ›Aurora‹, die vom 19. 2. 1927 bis März 1934 als eigene Partei auftrat. Der Arzt *N. Lupu* war ein Mitarbeiter *C. Steres* aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg im Literatenkreis um die Zeitschrift ›Viaţa romanească‹ in Jassy gewesen. Er hatte an Versuchen zur Begründung einer Bauernpartei unmittelbar vor dem Bauernaufstand von 1907 mitgewirkt. 1917 gehörte *Lupu* zu den Begründern der → Arbeiterpartei. Bei den Wahlen von 1919 erhielt die von ihm geführte Gruppe der sog. Unabhängigen (Independenţi) – mit Rückhalt in der Moldau, Bukowina und Bessarabien – 10,62 % (34 Sitze), 1920 10,88 % (8 Sitze). Durch ihr Zusammengehen mit den linksorientierten Bauernparteien des Altreiches (→ Bauernpartei) und Bessarabiens hat die Partei im Kabinett des sog. Parlamentarischen Blockes (→ Rumänische Nationalpartei) 1919–20 eine wichtige Rolle gespielt. Sie ist 1921 in der → Bauernpartei aufgegangen. – Auf deren

Fusion mit der → RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI zur → NATIONALEN BAUERNPARTEI (PNŢ, 1926) antwortete *Lupu* mit Neugründung seiner Bauernpartei (1927: 22 Sitze, 1928 2,48% der abgegebenen Stimmen = 5 Mandate, 1931 3,44% (7), 1932 5,72 (12) und 1933 5,11% (11). Durch seine Rückkehr in die PNŢ versuchte *Lupu* den Auflösungstendenzen ihres linken Flügels entgegenzuwirken, erreichte jedoch dieses Ziel nicht.

I. Scurtu, Întemeierea şi activitatea Partidului Ţărănesc Dr. N. Lupu, 1927–1934 (Revista de Istorie 29) 1976.

Bauern- und Arbeiterpartei (Partidul Ţărănesc şi Muncitoresc) → Arbeiterpartei.

Bund der National-Sozialen Demokratie (Federaţia Democraţiei Naţional-Sociale).

Bezeichnung für eine am 27. 3. 1920 entstandene Wahllistenverbindung aus BAUERNPARTEI, NATIONALDEMOKRATISCHER PARTEI und BAUERNPARTEI-LUPU unter Führung von *N. Iorga*. Bei den Wahlen vom Juni 1920 erhielt sie 6,95% (= 20 Sitze). In der Folgezeit versuchte die BAUERNPARTEI – vergeblich – den Bund für die Gewinnung eines landesweiten Parteiapparates zu nutzen (d. h. Schaffung von Bauernparteien in Siebenbürgen und Bessarabien). Als *C. Stere* bei Teilwahlen in Bessarabien ein Mandat (Distrikt Soroca) erhielt, das die Kammer bestätigte (27. 2. 1921), verließ *Iorga* mit seiner Partei den Bund. Dieser löste sich anschließend auf.

Gh. Buzatu, Un capitol de istorie politică: Constituirea, guvernarea şi dispariţia »Blocului parlamentar«, 1919–1920 (Anuarul, Iaşi 13) 1976.

Christlich-Nationale Partei (Partidul Creştin-Naţional) auch: »Cuzisten«.

Die antisemitische Gruppierung entstand am 14. 7. 1935 auf Veranlassung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP aus dem Zusammenschluß der 1923 entstandenen CHRISTLICH-NATIONALEN VERTEIDIGUNGSLIGA (Liga Apărării National Creştine) *A. C. Cuzas* (1926: 10 Sitze, 1927, 1928: 0, 1931: 8, 1932: 11, 1933: 9) und der → NATIONALEN AGRARPARTEI *O. Gogas*. Bei den Wahlen von 1937 erlangte die Partei 39 Sitze (9,15%). König *Carol II* ernannte *Goga* (ursprünglich → RUMÄNISCHE NATIONALPARTEI) am 27. 12. 1937 zum Ministerpräsidenten. Dieser gedachte seine Regierungsbasis durch Neuwahlen zu verbreitern. Er nahm über das Außenpolitische Amt Verbindung zur → EISERNEN GARDE auf. Die sogen. Königsdiktatur *Carols II.* (Februar 1938) verhinderte die Koalition der beiden Rechtsparteien. – Presseorgane der Partei waren ›Tara noastra‹ (seit 1922) und ›Porunca vremii‹ (1931 ff.).

E. Turczynski, The Background of Romanian Facism, in: P. F. Sugar (Hg.), Native Fascism in the Successor States, 1918–1945, Santa Barbara 1971.

Christlich-Nationale Verteidigungsliga (LANC, Liga Apărării National-Creştine) → Christlich-Nationale Partei, → Eiserne Garde.

»Cuzisten« → Christlich-Nationale Partei.

Demokratische Bauernpartei (Partidul Ţărănesc Democrat).

Wegen ihres führenden Kopfes *C. Stere* und zur Begriffsbestimmung des politischen Klimas während des Viertelparteiensystems in der Krise (1930 ff.) wichtige Gruppierung. Am Ende seines Lebens wagte der 1930 aus dem Exekutivkomitee der → NATIONALEN BAUERNPARTEI ausgebootete Vater des Populismus *Stere* in Nordostbessarabien (Bezirk Soroca), einem Gebiet, in dem ihm nach dem 1. Weltkrieg am meisten Sympathie entgegengeschlagen war, noch einmal den parteipolitischen Neubeginn. Im Wahlbündnis mit der »Liga gegen den Wucher« errang die Demokratische Bauernpartei 1932 1,39% der abgegebenen Stimmen, aber kein Mandat. Der Distrikt Soroca ging an die antisemitische CHRISTLICH-NATIONALE VERTEIDIGUNGSLIGA (→ CHRISTLICH-NATIONALE PARTEI, → EISERNE GARDE). Abgeordnetensitze errang die Partei seit 1933 nur durch ihren Zusammenschluß mit der → RADIKALEN BAUERNPARTEI.

M. Kitch, Constantin Stere and Rumanian Populism (The Slavonic an East European Review 53) 1975; J. Schmidt, Stere, Constantin, in: Biographisches Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, 1972 ff.

Demokratische Partei der Einheit (Partidul Democrat al Unirii).

Hervorgegangen aus Parteien der dakorumänischen Nationalbewegung in der Bukowina, so u. a. der 1892 gegr. RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI DER BUKOWINA (Partidul Naţional Român din Bucovina, Vors.: *I. Wolczynski, I. Flondor*, vom Großgrundbesitz getragen) und der 1900 gegr. DEMOKRATISCHEN PARTEI (Partidul Democrat, Vors.: *A. Onciul*, dem »Belvedere-Kreis« des Thronfolgers verbunden, Rückhalt in der Bauernschaft). Die Partei konstituierte sich als Folge der durch die Weltkriegswirren bedingten Umorientierung der Rumänen von Wien nach Bukarest und der Auflösung des Habsburgerstaates im Herbst 1918. – Das auf dem ersten Parteitag unter der Leitung von *I. Nistor* am 15. 9. 1919 verabschiedete Programm sah die Festigung des großrumänischen Einheitsstaates, eine kleinbauernfreundliche Agrarreform, das allgemeine Wahlrecht, Achtstundentag, Sozialversicherung, administrative Dezentralisation, Vereinheitlichung der Rechtsprechung, konfessionelle Freiheit und Minderheitenschutz vor. Bei den Wahlen vom Herbst 1919 im Kartell mit der → RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI erhielt sie 6,82% (20 von 26 Sitzen).

Das Parteiprogramm vom April 1920 betonte, daß die verwaltungsmäßige Eingliederung der Bukowina in das Altreich erst noch zu vollziehen sei; der Zeitpunkt zu einer Fusion mit anderen Parteien des Alten Königreiches sei noch nicht gekommen. Hinter diesen Aussagen standen innerparteiliche Spannungen. Die Tendenz *Flondors*, sich der → KONSERVATIVEN PARTEI anzuschließen, wurde von Teilen der Partei abgelehnt.

Bei den Wahlen von 1922 erhielt sie 5,70 % (16 Sitze). Ihr Führer *Nistor* hat, anders als die RUMÄNISCHE NATIONALPARTEI Siebenbürgens, den Kampf um die regionale Eigenständigkeit der neuen Provinzen mit der → NATIONALLIBERALEN PARTEI nicht aufgenommen, sondern sich ihr angeschlossen.

E. Prokopowitsch, Das Ende der österreichischen Herrschaft in der Bukowina, 1959; Ders., Die rumänische Nationalbewegung in der Bukowina und der Dako-Romanismus, 1965; K. Hitchins, Die Rumänen, in: A. Wandruszka (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 3, Wien 1980.

Deutsche Minderheitsparteien.

Die Deutschen im Südosten, deren Zahl zu Beginn des 20. Jh. ungefähr 2 Millionen (1910) betrug, gehörten bis 1918 zur ungarischen Reichshälfte der Donaumonarchie, – ausgenommen kleine Gruppen in Österreich (Gottschee, Krain, Galizien, Bukowina, Bosnien), Rußland (Bessarabien) und Rumänien (Dobrudscha). Durch den Vertrag v. Trianon v. 4. 6. 1920 wurde die Zahl der deutschen Bevölkerung Ungarns auf 551 211, d. i. 6,9 % der Gesamtbevölkerung verringert. Der größte Teil der Südostdeutschen, ca. 750 000 Personen (1930), d. i. 4,2 % der Gesamtbevölkerung, kam an Rumänien; darunter u. a. 237 881 Siebenbürger »Sachsen« und 281 067 »Schwaben« im östlichen Banat. Westliches Banat, Batschka u. a. wurden mit insgesamt ca. 520 000 Einwohnern (1921), d. i. 4,3 % der Gesamtbevölkerung dem am 1. 12. 1918 proklamierten »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« zugesprochen (→ Jugoslawien).

Politisierung, insbesondere politische Organisationsbildung der Südostdeutschen wurden in hohem Maße durch das Vorbild liberal-deutschnationaler Parteien und »Schutzvereine« Österreichs geprägt; auch reichsdeutsche Einflüsse waren schon in der Anfangsphase vor der Jahrhundertwende gegeben. Politisierung als kollektive Identitätsbildung entfaltete sich zwischen den Alternativen von Assimilierung an das Staatsvolk – zwischen 1880 und 1910 etwa 450 000 »Deutschungarn« erfassend – und »ungarndeutsch« d. h. deutschnationalem Zusammengehörigkeitsbewußtsein, das erst nach der Jahrhundertwende Breitenwirkung erzielte.

Zu den Charakteristika dieser südostdeutschen Politisierungsvorgänge sind u. a. Verschiedenheit der Voraussetzungen und – dementsprechend – Ungleichzeitigkeit des Beginns zu zählen. So hatten die Siebenbürger Sachsen bereits um 1875 das Stadium von Eliten-, Partei- und Öffentlichkeitsbildung, von ideologisch-weltanschaulicher Konturierung und Teilhabe an gesamtstaatlicher Willensbildung im Zentralparlament erreicht; dagegen hatte zu dieser Zeit der Politisierungsprozeß die breiten Schichten der schwäbischen Bevölkerung Inner- und Südungarns, Syrmiens, des Sathmargebietes, Bessarabiens und der Dobrudscha noch nicht erfaßt oder sie – wie die Sachsen in der nordungarischen Zips, ferner deutschen Mittelstand, deutsche Akademiker, Handwerker und Arbeiter in den größeren Städten Ungarns und Kroatiens – von vornherein auf Assimilation programmiert, also die eigentlich minderheitenpolitische Perspektive ausgeblendet.

Charakteristisch auch, daß deutschnationale Identitäts- und Organisationsbildung ihrerseits dort, wo sie überhaupt zustandekamen, eingeengt waren: ihre emanzipatorische Dimension wurde dadurch verkürzt, daß sich das Erhalten der bloßen Existenz der Minderheit als eine Aufgabe erwies, die andere, »natürliche« Ziele der Politisierung wie ideologisch-weltanschauliche und interessenpolitische Ausdifferenzierung der Minderheit mediatisierte. Daraus resultierte eine besondere südostdeutsche Variante von Parteien als schutzvereinsähnlicher minderheitenpolitischer Allzweck- und Einheitsorganisationen. Dieses organisationsgeschichtliche Element südostdeutscher Politik wiederum gewann im Verlaufe des 20. Jh. Bedeutung als strukturelle Voraussetzung einer wachsenden Bereitschaft, sich der »völkisch-nationalsozialistischen« ›Bewegung‹ anzuschließen, die Erneuerung im Zeichen eines Primats des Volkes, Revolution der Gemeinschaft gegen die Klasse verhieß.

Den Auftakt der südostdeutschen Parteiengeschichte stellte die »SÄCHSISCHE VOLKSPARTEI« in Siebenbürgen dar *(F. Gebbel, K. Wolff)*. Sie wurde am 22. 10. 1876 gegr., als die Beseitigung der überkommenen Selbstverwaltungsrechte der »sächsischen Nation« 1868/76 infolge staatlich-zentralistischer Eingriffe drohte.

Im Rahmen der protestantisch-konservativen Grundhaltung des sächsischen »Kirchenvolkes« bestimmten die Berufung auf das ungarische Nationalitätengesetz von 1868, auf das »Nationalprogramm« vom 5. 6. 1872, das Wahlprogramm vom 8. 6. 1881 und das »Sächsische Volksprogramm« vom 17. 6. 1890 den Kurs der ›Partei‹.

Presseorgan war das ›Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt‹ (Hermannstadt 1874–1944/Nagyszeben/Sibiu). Als organisatorische Spitze fungierte der »Zentralausschuß«, der mit der Kirchenführung zusammenarbeitete. Ihm waren im ganzen sächsischen Siedlungsgebiet »Kreis-« und »Ortsausschüsse« zugeordnet, ohne daß aber eine streng zentralistisch geleitete Partei mit Massenanhang entstanden wäre.

Seit 1890 schlossen sich die Reichstagsabgeordneten – maximal 13 (1910) – jeweils der Regierungsfraktion an (außer 1898 bis 1903). Erst dadurch gelangten die Sachsen gegenüber Rumänien und Slawen zu einer vergleichsweise privilegierten Stellung. Die Anpassung an ›Budapest‹ erleichterte zwar die sächsischen Bemühungen um wirtschaftliche Reorganisation und um Verringerung des Drucks, der von der rumänischen Mehrheit Siebenbürgens ausging. Sie rief aber scharfen Widerspruch u. a. des Hermannstädter »Bürgerabends« *(R. Brandsch)* hervor, denn sie isolierte die Sachsen von den anderen deutschungarischen Gruppen, die gemeinsam mit Rumänen und Slawen dualistisches System und magyarische Oligarchie beseitigen wollten.

Die altungarischen Zentren südostdeutscher Minderheitenpolitik gehörten seit dem 1. Weltkrieg zu Rumänien. Hier wurde die organisatorische Tradition der SÄCHSISCHEN VOLKSPARTEI durch den in der evangelischen Kirche verankerten »Deutsch-sächsischen Volksrat für Siebenbürgen« weitergeführt. Sein »Vollzugsausschuß« stellte die Spitze einer die gesamte sächsische Bevölkerung umfassenden Organisation von »Kreis-« und »Ortsausschüssen« und »Nachbarschaften« dar.

Als Organisation der Deutschen in Gesamtrumänien entstand der am 6. 9. 1919 gegründete VERBAND DER DEUTSCHEN IN GROSSRUMÄNIEN (Vors. bis 1931: *R. Brandsch*, bis 1935: *K. Muth*, bis zur Auflösung 1939: *Fr. Fabritius*). In seiner »Hauptversammlung« waren die »Volksräte« der fünf »Gaue« Siebenbürgen, Bessarabien, Bukowina, Altrumänien mit Dobrudscha, Banat bzw. ihre »Volksgemeinschaften« anteilig vertreten.

Die Auseinandersetzung darüber, ob die Schwaben für den Verbleib bei Ungarn bzw. Autonomie oder Anschluß an Rumänien optieren sollten, trugen im Banat die Nachfolgerin der UNGARLÄNDISCH-DEUTSCHEN VOLKSPARTEI (→ Ungarn), die DEUTSCH(-SCHWÄBISCHE) VOLKSPARTEI (*H. Beller*) und die (SCHWÄBISCHE) AUTONOMIEPARTEI (*Muth*) aus. Letztere löste sich im Frühjahr 1921 auf; in der am 13. 3. 1921 als Gauorganisation des Banats konstituierten »Deutsch-Schwäbischen Volksgemeinschaft« (bis 1936: *Muth*, bis 1940: *J. Riesz*) übernahmen ihre Anhänger letzterer die Führung. Die Vertretung der Deutschen im rumänischen Zentralparlament war Aufgabe der PARTEI DER DEUTSCHEN IN GROSSRUMÄNIEN – auch: DEUTSCHE PARLAMENTSPARTEI, seit 1929: DEUTSCHE PARTEI (Partidul German) (Vors. bis 1922: *Brandsch*, dann *H. O. Roth*). Sie war ein locker gefügter parlamentarischer Klub (Wahl 1922: 9, 1926: 10, 1927: 7, 1928: 9, 1931/32/33 je 10 Mandate), der allenfalls in Verbindung mit »Volksräten« und »-gemeinschaften« eine Partei im eigentlichen Sinne darstellte (1920–1933: 7–10 Mandate). Dank ihrer Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regierungspartei, z. B. durch den Wahlpakt mit der VOLKSPARTEI (23. 4. 1926) und der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI (1931) erreichte sie Mandatsgarantien sowie kulturpolitische und administrative Konzessionen. Ihr eigentliches Ziel, ein umfassendes Minderheitenstatut auf der Grundlage der »Karlsburger Beschlüsse« v. 1. 12. 1918 und des Minderheitenschutzvertrages v. 9. 12. 1919, konnte sie nicht durchsetzen.

Diese insgesamt unbefriedigende Lage führte zusammen mit der internen Krise Rumäniens und dem außerordentlichen Prestigegewinn NS-Deutschlands ähnlich wie in Ungarn und Jugoslawien in der Mitte der 30er Jahre zu Richtungskämpfen in der Minderheit selbst. Die bisherigen Führungsgruppen konnten auch durch die 1933 neugegründete PARTEI DER DEUTSCHEN EINHEITSFRONT (*Muth*), die (PARTEI DER) JUNGSCHWABEN (*Beller*) und die EINHEITSBEWEGUNG (*Roth*) nicht verhindern, daß die »Erneuerer« den VERBAND DER DEUTSCHEN IN GROSSRUMÄNIEN 1935 übernahmen und nach dem Führerprinzip zur VOLKSGEMEINSCHAFT DER DEUTSCHEN IN RUMÄNIEN (*Fabritius*) umwandelten.

Entschiedener nationalsozialistische »Erneuerer«-Gruppen gründeten 1935 aus Protest gegen die sich abzeichnende Verständigung sowohl mit der alten Führung wie mit dem rumänischen Staat die DEUTSCHE VOLKSPARTEI (IN RUMÄNIEN, DVR) (*A. Bonfert, H. Bellert, F. Minnich*). Diese wurde aber durch Berlin, das auf sein Verhältnis zu Bukarest noch Rücksicht nehmen mußte, im November 1938 zur Eingliederung in die VOLKSGEMEINSCHAFT veranlaßt. Letztere wurde von der Regierung *O. Goga* am 6. 2. 1938 als alleinige Vertretung der Rumäniendeutschen anerkannt. Nach dem Staatsstreich König *Carols II.* trat sie unter der Bezeichnung DEUTSCHE VOLKSGRUPPE IN RUMÄNIEN in die FRONT DER NATIONALEN WIEDERGEBURT ein; sie erhielt in der ständischen Volksvertretung vom 1. 6. 1939 12 Sitze.

Trotz zahlreicher Zeichen von Reserviertheit in der rumäniendeutschen Bevölkerung selbst kam es zu weiterer Radikalisierung: am 9. 11. 1940 wurde in Mediasch (Mediaş) die NSDAP DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE IN RUMÄNIEN gegründet. Sie war im wesentlichen von den Weisungen der »Volksdeutschen Mittelstelle« in Berlin bzw. der SS-Führung abhängig. Mit Hilfe dieser Einheitspartei, die »Gliederungen« ähnlich wie die NSDAP erhielt, bestimmte »Volksgruppenführer« *A. Schmidt* (ab September 1940) die weitere Entwicklung. Deren Rahmenbedingungen wurden unter anderem durch das deutsch-rumänische Protokoll vom 30. 8. 1940 und das rumänische Volksgruppengesetz vom 20. 11. 1940 wesentlich günstiger gestaltet, unter anderem durch die Anerkennung der Volksgruppe als juristische Person öffentlichen Rechts.

Rumäniens Kapitulation (23. 8. 1944, → Einleitung) leitete eine bis heute andauernde Entwicklungsphase ein, während der es keine Möglichkeit rumäniendeutscher Parteibildung mehr geben sollte. Nach Deportationsaktionen und Entrechtungsmaßnahmen vielfacher Art, die aber nicht zur vollständigen Zwangsaussiedlung ausgeweitet wurden, kündigte unter anderem die Zulassung eines »Deutschen antifaschistischen Komitees der Rumänischen Volksrepublik« im Februar 1949 die zunehmende Bereitschaft Rumäniens zur Rehabilitierung der Deutschen an. Als eine der sog. »mitwohnenden Nationalitäten« (naţionalităţi conlocuitoare), die nach amtlicher Zählung 1966 etwa 2 % der Gesamtbevölkerung umfaßte, erhielten sie nicht nur Repräsentanzchancen auf allen Ebenen der → RUMÄNISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI, sondern am 15. 11. 1968 wurde ihnen ein »Rat der Werktätigen deutscher Nationalität in der Sozialistischen Republik Rumänien« zugestanden, – ein Machtmittel der PCR, zugleich aber Vertretungsorgan einer Minderheit ohne Partei.

Presse: ›Banater Deutsche Zeitung‹ 1919–38 (bis 1925 als ›Schwäbische Volkspresse‹. Gemäßigte Richtung *K. Muths*); ›Banater Tagblatt‹ (1919/20 zunächst als ›Deutsche Wacht‹, deutsch-»völkische« Richtung *J. Rösers*); ›Selbsthilfe‹ 1922/27–32 (»Selbsthilfebewegung« *F. Fabritius*); ›Der Stürmer‹ (ab 1932, deutschnational-nationalsozialistisch); ›Deutsche Politische Hefte aus Groß-Rumänien‹ 1921–27 *(R. Brandsch);* ›Siebenbürgisch-Deutsches Tageblatt‹ 1874–1944; ›Kronstädter Zeitung‹ 1836–1944; ›Deutsche Tageszeitung‹ 1934–1939. G. SCHÖDL

G. C. Paikert, The Danube Swabians, The Hague 1967; G. Castellan, The Germans of Rumania (Journal of Contemporary History 6) 1971; W. Miege, Das Dritte Reich und die deutsche Volksgruppe in Rumänien 1933–38, 1972; E. Wagner (Hg.), Quellen zur Geschichte der Siebenbürger Sachsen, 1175–1975; I. Senz, Die nationale Bewegung der ungarländischen Deutschen vor dem 1. Weltkrieg: Eine Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Alldeutschtum und ungarischer Innenpolitik, 1977; G. Schödl, Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890–1914, 1978.

Eiserne Garde (Garda de Fier).

Sie rekrutierte ihre Mitglieder aus der Intelligenz, der Bauern- und Arbeiterschaft. Der militanten Rechtsbewegung (»Agrarfaschismus«) gelang als erster Partei der vorkommunistischen Ära eine Massenmobilisierung in Stadt und Land.

Gründung: Am 24. 6. 1927 fanden sich unter der Führung *C. Z. Codreanus, I. Moţă, I. Gîrneaţă, C. Georgescu* und *R. Mironovici* zur »Legion des Erzengels Michael« (Legiunea Arheangelui Mihail) zusammen. Aus ihr ging im April 1930 der Männergeheimbund der Eisernen Garde hervor.

Programm: Die Eiserne Garde bekannte sich nur zu den »vier Pflugrillen«: dem Glauben an Gott, die eigene Sendung, die gegenseitige Liebe und das Lied und hielt sich von rationalen Aussagen, wie sie bei allen übrigen Parteien üblich waren, fern. Von den westeuropäischen Faschismen unterschied sie sich durch Nähe zur orthodoxen Kirche und den Kult des Primitiven bzw. des Todes.

Organisation: Autoritäre, bedingungslose Unterwerfung der Mitglieder unter den Willen des »Kapitän« (capitanul). Die kleinste organisatorische Einheit bildete das »Nest« (Cuib), eine Gruppe von 3–13 Personen. Im Kampf mit dem Gegner konnte es zum »Todeskommando« werden. Die Jugend wurde in der »Frăţia de cruce« (FdC, gegr. 1924) erfaßt. Als Eliteformation fungierte die 1937 gegr. »Moţa-Marin-Staffel«. Geplant war die Einrichtung verschiedener Kaderschulen.

Presse: ›Pămînt stramoşesc‹ (1927), ›Buna Vestire‹ (Zentralorgan), ›Invierea‹, ›Biruinţa‹, ›Garda‹, ›Legionarii‹ (alle 1933).

Geschichte: Der in Rumänien als integraler Bestandteil des Nationalismus traditionell starke Antisemitismus formierte sich nach dem 1. Weltkrieg organisatorisch. Fast gleichzeitig mit der vollzogenen Judenemanzipation (1919) trat *A. C. Cuza* aus der 1910 zusammen mit *Iorga* gegr. → NATIONAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI aus. 1919 rief er die CHRISTLICH-NATIONALISTISCH-DEMOKRATISCHE PARTEI (Partidul Naţionalist Democrat Creştin), 1923 die »CHRISTLICH-NATIONALE VERTEIDIGUNGSLIGA« (LANC, Liga Apărării Naţional Creştine) ins Leben.

Zu den Vorläufern des Faschismus zählten die Studentenverbindungen »Acţiunea românească« (1922) und »Fascia națională română« (1922/23), die bereits 1925 auf *Codreanus* Linie einschwenkten. Dieser gründete in der LANC die Studentenvereinigung »Asociaţia Studenţilor Creştini«. 1924 erschoß er den Polizeipräfekten von Iaşi aus Rache für polizeiliche Mißhandlung und wurde in dem anschließenden Prozeß freigesprochen. 1926 trat er aus *Cuzas* LANC aus. Ihm schwebte eine straffere Organisation vor, *Cuza* verurteilte den Terror seines Schülers.

Codreanus »Legion des Erzengels Michael« gewann zunächst Zulauf aus der materiell schlecht gestellten Generation von Dorf- (Klerus, Lehrer) und eben verstädterter Intelligenz aus der Unterschicht. Später wurde sie vom König und führenden Politikern wie *Vaida-Voevod* gedeckt. Finanzielle Mittel flossen ihr von einigen Großgrundbesitzern, Militärs und Industriellen zu.

Zu politischer Macht stieg der Faschismus durch die Weltwirtschaftskrise auf (1926: 0,4% der abgegebenen Stimmen; 1928: 1,1%; 1932: 2,4% = 5 Sitze). 1934 stieß *Codreanu* seinen Konkurrenten *M. Stelescu* aus der Bewegung aus. Dieser arbeitete – wie der vom Kommunismus desillusionierte Schriftsteller *P. Istrati* – mit der rechtsgerichteten Zeitschrift ›Cruciada românismului‹ (gegr. 1934) auf die Zerstörung des faschistischen Mythos unter der Jugend hin. 1936 ließ *Codreanu Stelescu* ermorden. Ungeachtet eines offiziellen Verbotes, 1932, bestand die Eiserne Garde unter verschiedenen Tarnbezeichnungen weiter. Sie nannte sich zunächst »Gruppe C. Z. Codreanu«, die ihrerseits nach dem Mord an Ministerpräsident *Duca* verboten wurde. 1935 trat sie als ALLES-FÜR-DAS-VATERLAND-PARTEI (TPŢ, Partidul Totul pentru Ţară) an die Öffentlichkeit. Unter dieser Bezeichnung ging sie auch in die Wahlen 1937, bei denen sie, begünstigt durch die Wahlabsprache mit der → NATIONALEN BAUERNPARTEI und den Jungliberalen *Gh. Bratianus* (→ NATIONALLIBERALE PARTEI), 15,6% der abgegebenen Stimmen (66 Sitze) gewann. Damit war sie die drittstärkste Parlamentsfraktion. Mit der kleinen → CHRISTLICH-NATIONALEN PARTEI kam nur eine »halbe« Verständigung zustande, da *Codreanu* als Alternative für sein Bündnis mit *Maniu* eine Anlehnung an *Vaida-Voevods* → RUMÄNISCHE FRONT plante. Unmittelbar nach dem Staatsstreich König *Carols II.* am 10. 2. 1938 löste *Codreanu* seine Organisation selbst auf (23. 2.).

Die erste Phase der Königsdiktatur war durch einen energischen Kampf gegen die Eiserne Garde gekennzeichnet (bis Frühjahr 1940). Premier *A. Călinescu* ließ die Führer der Garde verhaften

(*Codreanu* im März, andere am 18. 4. 1938). Der ehemalige Ministerpräsident *Iorga* strengte eine Beleidigungsklage gegen *Codreanu* an. Dieser wurde zunächst zu 6 Monaten Gefängnis, am 27. 5. wegen Hochverrats zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und am 30. 11. »auf der Flucht« ermordet. Eine für 6. 1. 1939 geplante Erhebung der Garde entdeckte die Regierung rechtzeitig (4. 1.). Als Rache dafür erschossen die Gardisten *Călinescu* (21. 9. 1939). Die Regierung antwortete mit Gegenterror. Sie verhaftete etwa 100 Legionäre (einschließlich der Mörder *Călinescus*) und bestrafte sie mit dem Tode. *H. Sima, Codreanus* Nachfolger, sowie einige Unterführer flohen nach Deutschland.

Die außenpolitische Annäherung Rumäniens an NS-Deutschland veranlaßte den König zur schrittweisen Versöhnung mit der Garde. Am 15. 4. und 21. 6. 1940 verkündete er Amnestien für politische Verbrechen. Die noch inhaftierten Legionäre kamen frei, die im Exil lebenden durften zurückkehren. *Sima* wurde am 28. 6. zwecks innenpolitischer Stabilisierung anläßlich der sowjetischen Annexion Bessarabiens zum Unterstaatssekretär im Kultusministerium des Kabinettes *Tătărescu* ernannt. In der Regierung *Gigurtu* (4. 7.) waren drei Mi isterien mit Gardisten besetzt (*Sima* Kultusminister). Sie traten am 8. 7. zurück. Unmittelbar nach dem sog. 2. Wiener Schiedsspruch (Abtretung Nordsiebenbürgens an Ungarn, 30. 8.) unternahmen die Faschisten einen mißglückten Putsch (3. 9.).

Wie der König gedachte Marschall *Antonescu* (→ Einleitung) die Garde in seine Diktatur zu integrieren. Bei der Proklamierung des »Nationallegionären Staates« (14. 9. 1940–15. 2. 1941) und der anschließenden Regierungsbildung ging das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten an *Sima*, das Außenministerium an *M. Sturdza*. Doch die Garde erstrebte die volle Machtübernahme, d. h. die faschistische Umgestaltung der Gesellschaft. – Vorbereitet durch »Expropriierungen« (unter anderem an Juden) und gestützt auf ihren eigenen paramilitärischen Apparat (die Ausrüstung dafür stammte zum Teil von deutschen Dienststellen in Rumänien), rächte sie sich an ihren Verfolgern aus der Zeit der Königsdiktatur und davor (26./27. 11.) Daraufhin löste *Antonescu* den Legionär *A. Ghyca* von seinem Posten als Polizeichef Bukarests ab. Die von ihm befehligte »legionäre Polizei« erklärte er als überflüssig. Demonstrationen der Garde in Bukarest und den Provinzstädten beantwortete er mit der Entlassung des (ihr nahestehenden) Innenministers General *Petrovicescu* (20. 1. 1941). Nun entfesselte die Garde einen landesweiten Aufstand (20.–23. 1.). Ihn konnte *Antonescu* mit der Armee niederschlagen, weil *Hitler* auf seine Seite trat. Ein beachtliches Kontingent Legionäre kam in die Arbeitslager Berkenbrück und Rostock, später in die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau.

Nach dem Sturz *Antonescus* (→ Einleitung) bildete *Sima* in Wien eine faschistische »National-(Exil)-Regierung« (24. 8. 1944). Dem erst am 10. 12. 1944 vollständigen Kabinett gelang nur noch die Aufstellung zweier Regimenter (aus rumänischen Kriegsgefangenen). Der geplante Partisanenkampf auf rumänischem Territorium scheiterte.

K. G. Hentzen, Verfassung des rumänischen national-legionären Staates (6. Sept. 1940–20. Jan. 1941), Jur. Diss. Leipzig 1942; A. Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu, 1954; F. Weber, »Romania« (H. Rogger, (Hg.), The European Right: A Historical Profile) Berkeley 1965; Ders., Die Männer des Erzengels, in: W. Laqueur (Hg.) Internationaler Faschismus, 1920–1945 o. J.; N. M. Nagy-Talavera, The Green Shirts and the Others: A History of Fascism in Hungary and Rumania, Stanford 1970; K. Zach, Die Legionäre Bewegung im rumänischen Parteienstaat, unter der Königsdiktatur und mit General Antonescu an der Macht: Beiträge zur Analyse des militanten rumänischen Nationalismus und Konservativismus zwischen den beiden Weltkriegen, [Ms] 1970.

Front der Nationalen Wiedergeburt (**FNR,** Frontul Renaşterii Naţionale).

Die korporatistische Staatspartei der sog. Königsdiktatur *Carols II.* entstand nach dem Staatsstreich vom 10./11. 2. 1938 (→ Einleitung).

Das Parteienverbot vom 15. 12. 1938 sicherte ihr ein Monopol als politischer, berufsständisch organisierter Repräsentativkörperschaft. Die FNR verschmolz durch den de-facto-Vorsitz des Königs die Führungsgruppen der alten Parteien. In ihr Spitzengremium wurden Vertreter der Minderheiten aufgenommen. Sie verfügte über eine eigene Jugendorganisation, die »Landeswacht« (Straja Ţării, gegr. 1937). Das Programm der FNR ging von der in den 30er Jahren gängigen Vorstellung der Klassenharmonie aus. Hauptzweck der Organisation war, eine institutionelle Verankerung des persönlichen Regimes des Monarchen in der Öffentlichkeit zu erreichen. Solange der König sich auf die Armee stützen konnte, verlief der Abwehrkampf gegen die → Eiserne Garde erfolgreich. Er scheiterte, als der ökonomischen Penetration Nazideutschlands die territoriale Amputation folgte (→ Einleitung). Aus der FNR ging am 22. 6. 1940 die totalitäre Partei der Nation (Partidul Natinnii) hervor. Sie wurde am 11. 9. 1940 aufgelöst.

Al. Gh. Savu, Dictatura regală, 1938–1940, Bukarest 1970; A. C. Janos, The One-Party State and Social Mobilization: East Europe between the Wars, in: S. P. Huntington (Hg.), Authoritarian Politics in Modern Society, New York 1970.

»Iorgisten« → Nationaldemokratische Partei.

»Junimisten« → Konservative Partei.

Jüdische Partei Rumäniens (Partidul Evreiesc din România).

Minderheitenpartei der Juden, gegründet im Mai 1931 mit *Th. Fischer* als Vors. Sie bildete den parlamentarischen Fortsatz der 1909 im Altreich von *W. Fildermann* gegr. »Union der einheimischen Juden« (Uniunea Evreilor Pământeni, seit 1923: Uniunea Evreilor din România).

Presse vór und nach 1918: Zeitschrift ›Infrăţirea‹ (Verbrüderung), ›Curierul izraelit‹, ›Liber-

tatea‹. 1920 und 1922 zogen je 1, 1927 11 und 1928 4 Abg. ins Parlament ein. Sie lehnten sich überwiegend an die NATIONALLIBERALE PARTEI an.

1931 erreichte die Partei 4, 1932 5 Sitze, 1933 und 1937 blieb sie ohne Mandat.

Schon im alten Königreich gab es unter dieser sozial am breitesten aufgefächerten Minderheitengruppe Rumäniens einen Gegensatz zwischen »Altgläubigen« und »Assimilationswilligen«. Das weltanschauliche Spektrum differenzierte sich noch stärker aus durch den Zuzug von Juden aus der Bukowina, Bessarabien und Siebenbürgen. In der Bukowina bestanden in der k. u. k. Zeit zwei jüdische nationale Parteien, die JÜDISCHE NATIONALPARTEI und die JÜDISCHE VOLKSPARTEI. Diese Minderheit wurde damals von *B. Straucher* und *M. Ebner* angeführt. In Bessarabien wurde noch 1918 eine jüdische Partei auf orthodoxer Grundlage geschaffen (Agudas Isroel). Auf marxistischer Grundlage stand der Verband »Poale Zion« mit Anhängerschaft in der Bukowina und früheren Verbindungen zum BUND (→ Rußland).

H. Schuster, Die Judenfrage in Rumänien, 1939; A. Chouraqui, L'Alliance Israélite Universelle et la rénaissance juive contemporaine, 1860–1960, Paris 1965.

Konservativ-Demokratische Partei (Partidul Conservator-Democrat), auch »Takisen«.

Nach seinem Austritt aus der → KONSERVATIVEN PARTEI entschloß sich *T. Ionescu* eine eigene Partei zu gründen (1908). Sie hatte bei dem Interesse des Königs nach einem Fortbestand des Zweiparteiensystems keine Chancen zu einer Regierungsbildung. Bei den Wahlen von 1911 erreichte sie 20, 1912 84 Sitze. Im Kabinett *Maiorescu* vom Herbst 1912 bis Ende 1913 war *Ionescu* Innenminister. Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges gründete er die NATIONALE AKTION (Acţiunea Naţională). Sie trat für die Vereinigung Siebenbürgens mit dem Altreich ein, d. h. verlangte den Kriegseintritt an der Seite der Entente. Durch den Zuzug der Ententefreunde aus der → KONSERVATIVEN PARTEI entstand die KONSERVATIV-NATIONALISTISCHE PARTEI (Partidul Conservator-Naţionalist). Sie war im Kabinett *Brătianu* 1916/17 der → Nationalliberalen Partei durch *Ionescu* vertreten. Am 3. 10. 1918 gründete er in Paris den »Nationalrat der Rumänischen Einheit« (Consiliul Naţional al Unităţii Românesti). Seine Partei nannte sich seit dem Parteitag vom Oktober 1919 PARTEI DER DEMOKRATIE UND EINHEIT (Partidul Democrat-Unionist). Unter dieser Bezeichnung war sie im Kabinett *Averescu* 1920–21 (→ VOLKSPARTEI) vertreten. Anfang 1922 war *Ionescu* Ministerpräsident (anschließende Wahlen: 8 Sitze). Nach seinem Tode traten seine Anhänger (*S. Popescu*, Tageszeitung ›Universul‹ 1884–1953 mit Unterbrechungen; *C. Xeni*) zur → RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI (November 1922), später z. T. zur VOLKSPARTEI über. *N. Titulescu* blieb parteilos.

C. Xeni, Take Ionescu, 1858–1922, Bukarest ³1933. I. M. Oprea, Nicolae Titulescu, Bukarest 1966.

Konservative Partei (Partidul Conservator).

Parlamentarische Interessenvertretung des zahlenmäßig kleinen Kreises von Großbojarenfamilien der Moldau und Walachei. Sie traten für die Beibehaltung der Leibeigenschaft ein, lehnten lange die Verfassung ab und waren auf die Sicherung ihrer Adelsprivilegien aus, weil eine Agrarreform ihnen die billige bäuerliche Arbeitskraft für die agrarischen Massenexporte entzogen hätte. Ein festes Datum der Parteigründung kann nicht genannt werden.

Organisation: Sie beschränkte sich auf Klubs i Bukarest und Iaşi.

Presse: ›Conservatorul‹, ›Epoca‹, ›Timpul‹.

Geschichte: Bereits bei der Eröffnung des Zentralparlaments in Bukarest (6. 2. 1862) stand mit *B. Catargiu* ein Vertreter der konservativen Großgrundbesitzerinteressen an der Spitze der Regierung. Sie widersetzte sich den sozialen Reformbemühungen des Hospodaren *Cuza* hartnäckig, wurde aber durch die Ermordung *Catargius* bald geschwächt. Die Großbojaren tolerierten zwar noch die von *Cuza* durchgeführte Säkularisation des Klosterbesitzes (1863). Doch gegen die Durchführung der Agrarreform und gegen die Ausdehnung des Wahlrechtes schlossen sie sich mit den Nationalliberalen zusammen (→ Einleitung).

Der Regent mußte abdanken (23. 2. 1866). Ein starkes Kabinett unter *L. Catargiu* mit Beteiligung der national-liberalen *I. C. Brătianu* (Finanzen) und *C. A. Rosetti* (Erziehung) legte der Konstituante die neue am 13. 7. 1866 angenommene Verfassung vor (→ Einleitung).

Unter dem Eindruck der antidynastischen Fronde (März 1871, → Einleitung) erklärte sich *Carol* zur Abdankung bereit. *Catargiu* hielt ihn davon zurück und bildete eine Regierung unter Einschluß einiger Nationalliberaler. Ihm gelang der Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn (1875). Von beidem erhofften sich die Konservativen einen dauerhaften Absatz ihrer Agrarüberschüsse. Eine landwirtschaftliche Kreditbank sollte den Großgrundbesitz stützen. Das Defizit im Staatshaushalt suchte das Kabinett durch die Einführung des staatlichen Tabakmonopols und eine Finanzreform zu schließen. Die Aufnahme von fähigen Männern wie *A. Lahovari* und *T. Maiorescu* hielt die seit Frühjahr 1875 erkennbaren Auflösungstendenzen der Regierung nicht auf, sie wurde Mai 1876 entlassen. Bei den Parlamentsneuwahlen (Juni) erhielten die Konservativen nur einen ganz geringen Anteil der Sitze.

In den Jahren der Opposition (bis 1888) kam es zu einer innerparteilichen Fraktionierung. Nationalliberale Dissidenten schlossen sich den russophilen Altkonservativen an. Die Jungkonservativen des 1864 gegr. Literatenkreises »Junimea« in Jassy um *Maiorescu* – daher die Bezeichnung als »Junimisten« – holten den Vorsprung an Bildung bei den Nationalliberalen der vorangegangenen

Generation durch Auslandsstudien in Österreich und Deutschland auf. Sie kritisierten die überstürzte Verwestlichung des kulturellen Lebens als »Form ohne Inhalt« (formă fără fond) und verwiesen auf die geringen Erfolge liberaler Modernisierungspolitik, bejahten jedoch den Konstitutionalismus.

Die deutschlandfreundliche Haltung der Junimisten bewog den König, ihnen nach dem Ende der Ära *Brătianu* im März 1888 die Regierungsgeschäfte anzuvertrauen (Ministerpräsident *T. Rosetti*). Im Frühsommer und Herbst des gleichen Jahres kam es zu den ersten bäuerlichen Hungerrevolten. Die Regierung versuchte der Landnot durch ein Gesetz über den Verkauf von Staatsdomänenland in kleinen Parzellen zu begegnen. Die Parlamentswahlen vom Herbst 1888 stärkten die Altkonservativen. Die Junimisten konnten sich aber nur bis März 1889 mit Duldung der Liberalen an der Macht halten. *Carol* mußte nun doch die Altkonservativen unter CATARGIU mit der Kabinettsbildung beauftragen. Unter wechselnder Führung (*G. Manu* und *I. E. Florescu*) blieben sie bis zum Frühjahr 1895 im Amt. Sie führten die Regierungspolitik der Nationalliberalen in wichtigen Punkten weiter. Dazu gehörten die Annahme des Goldstandards (1890), Gesetz über die Zustimmung des Staates bei der Vergabe von Konzessionen für den Abbau des Öls an das Auslandskapital und verschiedene Handelsverträge, die den Zollkrieg mit Österreich-Ungarn beendeten. 1891 wurde die Unabsetzbarkeit der Richter gesetzlich verankert. 1893 folgte ein Gesetz über das Volksschulwesen *(T. Ionescu)*, das alte Pläne aus der Zeit *Cuzas* aufgriff.

1899 wurde die Partei durch ihren Vors. *G. G. Cantacuzino* vom König mit der Regierungsbildung beauftragt. Das Kabinett stürzte über dem drohenden Staatsbankrott und dem Betrug des französischen Unternehmers Hallier beim Bau der Hafenanlagen von Contanţa (1901). Im Winter 1905/06 kamen die Konservativen unter *Cantacuzino* für kurze Zeit wieder an die Regierung. Sie demissionierten auf dem Höhepunkt des großen Bauernaufstandes (25. 3. 1907). Die Bereicherungspraktiken der Nationalliberalen verhalfen ihnen trotz der innerparteilich wenig günstigen Situation zur Rückkehr in die Regierung (1911). Sie gewannen 140 Sitze im Abgeordnetenhaus. Bezeichnend für den geringen institutionellen Zusammenhalt war der Austritt *T. Ionescus* und die Gründung seiner → KONSERVATIV-DEMOKRATISCHEN PARTEI. Auch in der außenpolitischen Konfliktlage des 1. Balkankrieges gelang es dem König nicht, Altkonservative und Junimisten zu versöhnen. Mitten in der Krise mußte er eine neue Regierung unter *Maiorescu* unter Einschluß der KONSERVATIV-DEMOKRATISCHEN PARTEI berufen (Herbst 1912). Bei den Wahlen im Februar 1914 erhielten die Konservativen nur 18 Sitze. Über den Eintritt Rumäniens in den 1. Weltkrieg spaltete sich die Partei. Der Vors. *Al. Marghiloman* († 1925), *Maiorescu* († 1917), *Carp* († 1919) *I. Nenifescu, L. Costache* und *V. Arion* blieben Anhänger der Mittelmächte. Der ententefreundliche Flügel um *I. Lahovari* (sog. Opposition) verselbständigte sich. Er gründete den BUND DER EINHEIT (Federaţia unionistă; Vors.: *N. Filipescu* († 1916) unter Einschluß der → KONSERVATIV-DEMOKRATISCHEN PARTEI und aus Siebenbürgen geflüchteter Rumänen (1. 10. 1915). Die Gruppe nannte sich KONSERVATIV-NATIONALISTISCHE PARTEI (Partidul Conservator-Naţionalist). Als Gegenschlag entstand unter *Carp* und *Marghiloman* die »Liga zur Ergänzung Rumäniens« (durch Bessarabien, November 1915).

Ein letztes Mal konnten die Konservativen unter *Marghiloman* als Ausführungsorgan der deutschen Militäradministration während der Besetzung der Walachei und Dobrudscha im 1. Weltkrieg ein Kabinett bilden (19. 3.–6. 11. 1918). Es sanktionierte den Anschluß Bessarabiens und leitete die Verhandlungen mit den Mittelmächten, die zum Diktatfrieden von Bukarest (7. 5. 1918) führten. Innerhalb der Konservativen Partei gab es zu dieser Zeit den Flügel um *Marghiloman*, der sich an Österreich-Ungarn anlehnte. Nach Deutschland waren u. a. *P. P. Carp* und *V. Arion* orientiert.

Auf seine Entlassung durch den König nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte reagierte *Marghiloman* mit dem Versuch, die Herrschaft des Großgrundbesitzes durch die Gründung einer KONSERVATIV-FORTSCHRITTLICHEN PARTEI (Partidul Conservator-Progresist) mit einem den veränderten Verhältnissen formal angepaßten Programm (Agrarreform, Wahlrecht) zu erhalten.

Sie erlangte bei den Wahlen von 1919 lediglich 16 Abgeordnetensitze (3,89 %), 1920 nur noch 4 (2,82 %). Ihre Reste gingen 1925 zur → VOLKSPARTEI über, 1926 tauchte eine neue Konservative Partei um *G. N. Filipescu* auf, zu ihr stieß die rechtsgerichtete »Vlad-Ţepeş-Liga«. Die Partei erreichte bei den Wahlen von 1932 0,62 % der abgegebenen Stimmen. 1933 schloß sie ein Wahlbündnis mit der VOLKSPARTEI.

T. P. Lungu, Viaţa politică în România la sfîrşitul secolului al XIX-lea, 1888–1900, Bukarest 1967; A. Iordache, Viaţa politică în România 1910–1914, Bukarest 1972; P. Cîncea, Viaţa politică din România în primul deceniu al independenţei de stat, Bukarest 1974; P. E. Michelson, Conflict and Development in Romanian Politics, 1861–1871, Ph. D. Diss. Indiana Univ. Bloomington 1975; G. J. Bobango, The Emergence of the Romanian National State, New York 1979.

Konservativ-Fortschrittliche Partei (Partidul Conservator-Progresist) → Konservative Partei.

Konservativ-Nationalistische Partei (Partidul Conservator-Naţionalist) → Konservativ-Demokratische Partei.

Landarbeiterfront (Frontul Plugarilor).

Der Rechtsanwalt *P. Groza* aus Deva-Hunedoara/Siebenbürgen, im Kabinett *Averescu* von 1920/21 (→ VOLKSPARTEI) und 1926 kurzfristig Minister ohne Ressort, gründete am 8. 1. 1933

die einzige bäuerliche Vereinigung Rumäniens, die eine scharfe antifaschistische Linie bezog und mit »proletarischen« und marxistischen Splittergruppen Wahlbündnisse schloß. Zwar gelang es ihr bis zum Verbot der Parteien (→ Einleitung) nicht, im Parlament Mandate zu gewinnen (1933: 0,27 %), doch hat sie sich im Zeichen der schweren Agrarkrise zu Beginn der 30er Jahre eines gewissen Anhangs der »Dorfarmut« Siebenbürgens erfreut. Sie schloß mit dem BUND UNGARISCHER WERKTÄTIGER am 3. 11. 1935 eine damals kaum beachtete »antifaschistische Volksfront«. Ihre eigentliche Bedeutung erlangte sie nach dem 2. Weltkrieg als Koalitionspartnerin der damals noch zahlenschwachen RUMÄNISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (PCR). *Groza* war Ministerpräsident 1945–52 und anschließend bis 1958 Staatspräsident der Volksrepublik Rumänien. Seine Partei löste sich am 7. 2. 1953 als Bestandteil der PCR auf.

B. Vago, Popular Front in the Balkans: Failure in Hungary and Rumania (Journal of Contemporary History 5) 1970.

Legion des Erzengels Michael (Legiunea Arheangelui Mihail) → Eiserne Garde.

»Lupisten« → Bauernpartei-Lupu.

Nationaldemokratische Partei (Partidul Naţional-Democrat).

Der größte Historiker Rumäniens, *N. Iorga,* schuf sich mit der am 23./24. 4. 1910, zusammen mit *A. C. Cuza,* einem Ordinarius für Volkswirtschaft in Iaşi, gegründeten NATIONALISTISCH-DEMOKRATISCHEN PARTEI (Partidul Naţionalist-Democrat) ein politisches Sprachrohr, um eine breitere Öffentlichkeit unter der Intelligenz zu erreichen, als ihm dies mit seiner 1909 gegr. Volkshochschule in Valenii de Munte/Walachei, verschiedenen Studentenorganisationen und dem stellvertretenden Vorsitz in der »Liga pentru unitatea culturală a tututor românilor« (sog. »Kulturliga«) möglich gewesen war.

Programm: Nationale Einheit der Rumänen, Schutz des kleineren und mittleren Bauerntums, allgemeines Wahlrecht, Minderheitenschutz. Zeitung: ›Neamul romanescu‹, seit 1907. Die Partei stellte bei den Wahlkämpfen von 1911, 1912 und 1914 in einigen Bezirken Kandidaten auf. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges ging sie ein Kampfbündnis mit der Konservativen und der KONSERVATIV-DEMOKRATISCHEN PARTEI ein, die sog. »Actiunea naţională«. Zwischen dem Eintritt Rumäniens in den Krieg (1916) und bis November 1918 ließ *Iorga* alle Parteiaktivitäten ruhen. Zusammen mit einigen politischen Splittergruppen bildete die Partei im Dezember 1918 eine Wahlplattform unter dem Namen »Union der nationalen Demokratie«. Damals verließ *Cuza* die Partei. 1919 (27 Sitze, 1920: 3, 1922: 3) bildete die Partei mit der BAUERNPARTEI und anderen einen Wahlblock (→ BUND DER NATIONAL-SOZIALEN DEMOKRATIE). 1923 verhandelte *Iorga* mit der → RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI (PNR) über einen Zusammenschluß. 1924 fand er sich mit *C. Argetoianu* zur NATIONALISTISCHEN VOLKSPARTEI (Partidul Naţionalist al Poporului) zusammen. Sie ging 1925 in der PNR auf. Als diese und die → BAUERNPARTEI fusionierten, verließ *Iorga* die PNR (1926) und gründete die NATIONALPARTEI, seit 1928 Nationaldemokratische Partei.

Am 18. 4. 1931 vom König mit der Kabinettsbildung beauftragt, schloß *Iorga* mit den Altliberalen um *I. C. Duca* (→ NATIONALLIBERALE PARTEI) ein Wahlbündnis, die »Nationale Unuon«. Diese vereinigte bei den anschließenden Wahlen 289 Sitze (47,49 %) auf sich. Davon erhielt *Iorgas* Partei 207. Der König entließ die sog. Technikerregierung *Iorga-Argetoianu* am 31. 5. 1932. Bei den folgenden Wahlen erhielt *Iorga* 2,28 % (5 Sitze). An den Wahlen von 1937 nahm seine Partei im Bündnis mit den Altliberalen teil. Er stellte sich entschieden gegen die → EISERNE GARDE und wurde von den Extremisten aus Rache ermordet.

I. Căpreanu, Partidul Naţionalist-Democrat din România pînă la primul război mondial (Analele stiintifice ale Universităţii Iasi. Istorie 16) 1970; W. O. Oldson, The Historical and Nationalistic Thought of Nicolae Iorga, New York 1973.

Nationale Agrarpartei (Partidul Naţional Agrar).

Bei den Wahlen von 1932 zog dieser urspr. Ableger der RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI unter Führung des angesehenen Schriftstellers *O. Goga* (aus Siebenbürgen) 3,64 % auf sich und erhielt 8 Sitze im Parlament, 1933 4,09 % = 9 Mandate. Unter direkter Einflußnahme des Außenpolitischen Amtes der NSDAP (seit 1934) – es wollte mit dieser Gruppierung eine »Volksbewegung« schaffen – fand sich *Goga* zu einer Zusammenarbeit mit dem notorischen Vertreter des Antisemitismus, *A. C. Cuza* (→ NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI) bereit und überführte seinen Anhang in die → CHRISTLICH-NATIONALE PARTEI.

Nationale Bauernpartei (**PNŢ,** Partitul Naţional-Ţărănesc).

Als Erbe der → BAUERNPARTEI die stärkste Kraft der parlamentarischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit und nach der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI der wichtigste organisatorische Widersacher der kommunistischen Machtübernahme nach 1944.

Gründung: *I. Mihalache* und *I. Maniu* erreichten den Zusammenschluß der → BAUERNPARTEI und der → RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI aus wahltaktischen Gründen auf einem Parteitag im Oktober 1926 in Bukarest.

Programm: Konsequente Durchführung der Agrarreform, Parlamentarismus, Aufhebung von Pressezensur und Belagerungszustand, »Bauernstaat«.

Presse: ›Dreptatea‹ (1926 ff.), → BAUERNPARTEI, → RUMÄNISCHE NATIONALPARTEI.

Geschichte: Der Führer der NATIONALPARTEI,

Maniu, hatte noch 1923 die Vereinigung mit der BAUERNPARTEI abgelehnt. Ideologisch und realpolitisch mußte die Fusion der beiden Parteien den Populismus der Zaranisten domestizieren und ins Pragmatische abwandeln; entsprechende Tendenzen waren schon vor 1926 festzustellen. In dem Übergangskabinett *Stirbey* (1927) war die PNŢ mit drei Ministern vertreten. Die NATIONALLIBERALE PARTEI hintertrieb bei den anschließenden Wahlen (PNŢ 54 Sitze = 22,09 %) die Kandidaturen der ehemaligen BAUERNPARTEI im Altreich und Bessarabien, um dem Maniu-Flügel aus der → RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI ein Übergewicht zu verschaffen. Als Folge des innerparteilichen Rechtsruckes verließ der Vater des Populismus, *Stere,* die Partei (April 1930 → DEMOKRATISCHE BAUERNPARTEI). Andere, wie *Lupu,* waren ihm vorangegangen (→ BAUERNPARTEI) oder folgten ihm (*G. Iunian,* → RADIKALE BAUERNPARTEI). Andererseits dynamisierte die Fusion den Machtwillen der Anhänger sowohl *Manius* als auch *Mihalaches. Maniu* ging auf das Angebot der Regierung *Brătianu* 1927/28, der PNŢ bei den nächsten Wahlen einen Proporz von 45 % der Abgeordnetenmandate zu verschaffen, nicht ein. Auf dem ersten Parteitag in Alba Iulia (Mai 1928) bekräftigte die PNŢ ihre Entschlossenheit zum Kampf um die Regierungsverantwortung. Ein »Marsch auf Bukarest«, wie radikalere Elemente ihn forderten, unterblieb. Gegen Ende des Jahres war das Regime nicht mehr in der Lage, sich gegen die geballte oppositionelle Kraft des Landvolkes zu behaupten. *Maniu* wurde am 10. 11. 1928 zum Premier ernannt. Bei den Wahlen vom 11. 12. 1928 – den freiesten in der Zwischenkriegszeit – gewann die PNŢ im Wahlblock 348 Abgeordnetensitze (77, 76 % der abgegebenen Stimmen). Der rumänische Populismus erreichte sein Ziel eines dritten, konstitutionell-demokratischen Weges zwischen bolschewistisch-industrieller und sozialrevolutionär-agrarischer Entwicklungsdiktatur nicht. In der Regierungsverantwortung war die Partei gezwungen, ihr Programm auf den Kopf zu stellen. Zwar schuf sie die währungspolitischen Voraussetzungen (außenwirtschaftliche Absicherung des Leu) für das Einströmen von Auslandskapital für Agrarkooperativen. Sie brachte auch ein Gesetz zur Stärkung der regionalen Selbstverwaltung durch (beides 1929). Aber die Weltwirtschaftskrise und der Ausgang des Verfassungskonfliktes mit dem König (→ Einleitung) machten diese Erfolge zunichte. Die Regierung *Maniu* demissionierte lediglich wegen der »unsittlichen Lebensführung« *Carols II.* (Oktober 1930). Bei den Wahlen im Juni 1931 fiel die Partei auf 30 Sitze (14,99 %) zurück. Die Kabinette *Maniu* und *Vaida-Voevod* (Juni 1932–November 1933) mit der Parlamentsmehrheit vom Juli 1932 (274 Abg., 40,90 %) führten Pressezensur und Belagerungszustand wieder ein. Sie brachen Arbeiterstreiks durch den Einsatz der Armee. Der rapide Preisverfall für landwirtschaftliche Massengüter auf dem Weltmarkt öffnete die »Schere« zwischen bäuerlichem Einkommen und Ausgaben für Industriefertigwaren. Trotz Schuldenmoratorien verlor die Partei das Vertrauen des Bauerntums. Auch die Intelligenz wandte sich von der PNŢ ab. Die Wahlen vom Dezember 1933 brachten nur 29 Sitze (13,92 %). Der Konflikt zwischen *Vaida-Voevod* und *Maniu* um den Parteivorsitz (1930–1932) bereitete eine innerparteiliche Fraktionierung vor. Der Flügel um *Vaida-Voevod* sympathisierte mit rechtsradikalen Bewegungen (→ EISERNE GARDE), er wurde 1935 aus der Partei ausgeschlossen und formierte sich zur RUMÄNISCHEN FRONT (Frontul Românesc). Unter dem Parteivorsitzenden *Mihalache* (November 1933–September 1937) versuchte die linksintellektuelle Gruppe von Soziologen und Agrarwissenschaftlern um die Zeitschrift ›Viaţa românească‹ eine Aktualisierung des radikalen Populismus Sterescher Prägung. Der »Studienkreis der PNŢ« bereitete das »Programm von Cîmpulung« (1935) mit seiner Doktrin vom »Bauernstaat« vor (soziale Solidarität, »ländliche Demokratie«, Staatsdirigismus zur Reglementierung der industriellen und agrarischen Produktion). Die Gruppe fand bescheidenen Rückhalt in der Studentenschaft (FSD, Frontul Studenţesc Democrat). Einer Volksfront (→ LANDARBEITERFRONT) mit der RUMÄNISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI gegen die EISERNE GARDE stand die PNŢ ablehnend gegenüber.

Der König trieb die innerparteilichen Spannungen auf den Höhepunkt, als er *Mihalache* durch ein unseriöses Angebot zur Regierungsbildung (Einbeziehung *Vaida-Voevods* und Ausschluß des 1934 mit seiner → BAUERNPARTEI zurückgekehrten *Lupus*) kompromittierte (11. 12. 1937). *Mihalache* mußte den Parteivorsitz an *Maniu* abgeben. Dieser schloß mit der → EISERNEN GARDE, der Fraktion der Jungliberalen um *Brătianu* und um *Argetoianu* (→ AGRARPARTEI) einen »Nichtangriffspakt« ab. Bei der gespannten Innenpolitischen Lage wurde *Maniu* von einem Teil der traditionellen PNŢ-Wählerschaft so verstanden, als empfehle er den Faschismus als Sachwalter des Populismus. Bei den Wahlen vom Dezember 1937 erhielt die PNŢ nur 86 Mandate (20,4 % der abgegebenen Stimmen).

Mihalache und *Maniu* (und mit ihnen die überwältigende Mehrheit der PNŢ bejahten den Krieg gegen die Sowjetunion. Während des 2. Weltkrieges arbeitete nur eine kleine linke Gruppe Intellektueller *(Ralea, Ghelmegeanu)* mit den Kommunisten zusammen. Nach dem Frontwechsel Rumäniens (→ Einleitung) beging die PNŢ den gravierenden Irrtum, für die Verhandlungen mit den Kommunisten nur eine zweite Führungsgarnitur »ins Feuer« zu schicken, um – in der lang gehegten Illusion auf die Unterstützung der Westmächte bei der Wiederherstellung konstitutionell-demokratischer Verhältnisse (nach der *Antonescu*-Diktatur) – bruchlos an die Tradition vor 1938 anknüpfen zu können. Die PNŢ wurde schon im Oktober 1944 aus der »Nationaldemo-

kratischen Front« (→ Einleitung) ausgeschlossen. Generalsekretär *N. Penescu* war im zweiten Kabinett *Sănătescu* Innenminister (→ Rumänische Kommunistische Partei). Durch die Interventionen der Westalliierten wurde *E. Haţieganu* 1946 in die Regierung *Groza* aufgenommen (→ Einleitung). Den Kommunisten gelang es, den linken Flügel der PNŢ unter *A. Alexandrescu* für eine gemeinsame Wahlliste zu gewinnen. Er erhielt bei den Wahlen von 1946 21 Mandate, während die eigentliche Partei unter *Maniu* auf 33 schrumpfte. Sie wurde durch Parlamentsbeschluß vom 29. 7. 1947 verboten, *Maniu* und *Mihalache* in den anschließenden Schauprozessen (November) zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt.

Procesul conducătorilor fostului Partid Naţional-Ţărănesc, (Bukarest) 1947; P. Şeicaru, Istoria partidelor Naţional, Ţărănist, ş Naţional Ţărănist 2 Bde., Madrid 1963; Z. Ornea, Ţărănismul, Bukarest 1969; A. Petric, Viaţa politică în timpul primei guvernări naţional – ţărăniste, 1928–1931, Diss. Bukarest 1969.

Nationalistisch-Demokratische Partei (Partidul Naţionalist–Democrat) → Nationaldemokratische Partei.

Nationalistische Volkspartei (Partidul Naţionalist al Poporului) → Nationaldemokratische Partei.

Nationalkorporatistische Liga (Liga Naţional-Corporatistă) → Volkspartei.

Nationalliberale Partei (**PNL,** Partidul Naţional–Liberal).
Für die Partei mit der größten politischen Erfahrung vor 1944 lassen sich zwar Ideologie und Vertreter, aber weder das exakte Gründungsdatum noch Organisationsstruktur (abgesehen von sog. Klubs) angeben. Ihre Repräsentanten, die Führer der dakorumänischen Nationalbewegung im Altreich, stammten aus der Kleinbojarenschicht (→ Einleitung). Zu den führenden Köpfen der sog. Generation von 1848 (von ihren Gegnern als »Bonjouristen« bezeichnet) zählten in der Walachei *N. Bălcescu* († 1852), die Brüder *I. C.* und *D. Brătianu, C. A. Rosetti,* die Brüder *Golescu, Ch. Tell, Gh. Magheru* (radikaler Flügel), *I. Ghica, I. Eliade-Rădulescu, V. Boerescu* und in der Moldau (der gemäßigte) *M. Kogălniceanu* u. a. Die Programme von 1911 und 1921 sprachen von Modernisierung (Industrialisierung, Sozialgesetzgebung).

Presse: Die in Bukarest erscheinenden Zeitungen ›Românul‹, 1857–1916 mit Unterbrechungen, ›Voinţa naţională‹, ›Democraţia‹, ›L'Indépendance roumaine‹ 1878 ff., ›Viitorul‹ gegr. 1907, ›Înfrăţirea‹ (Cluj nach 1918).

Geschichte: Nach der Beseitigung des russischen Protektorates über die Donaufürstentümer (→ Einleitung) setzten sich die nationalliberalen »Unionisten« bei der Doppelwahl des Obersten *Cuza* zum Hospodaren in der Moldau und Walachei nur knapp gegen die reformfeindlichen und russophilen Großbojaren durch (1859). 1865/66 organisierten die Nationalliberalen um *I. C. Brătianu* (d. Ältere) und *Rosetti* gemeinsam mit den Konservativen eine Verschwörung gegen *Cuza* (→ Konservative Partei). Er hatte beide Gruppen durch einen Staatsstreich nach dem Vorbild *Napoleons III.* von der Macht ausgeschlossen, um mit seinem Premier *Kogălniceanu* die Leibeigenschaft aufzuheben und die Bauern mit der Kleinparzelle auszustatten (Gesetz vom 19./26. 8. 1864). *BrăFtianu* gelang es, in *Karl von Hohenzollern-Sigmaringen* einen Vertreter aus einer europäischen Dynastie als Regenten zu finden. Er nahm entscheidenden Einfluß auf die Ausarbeitung der sehr liberalen Verfassung von 1866 (→ Einleitung).

Der neue Hospodar regierte anfangs mit *Brătianu* und seinem Kreis. Zu einer Krise im Verhältnis zwischen der Krone und den Nationalliberalen kam es u. a. im Zusammenhang mit betrügerischen Projekten des Eisenbahnbaues (Strousberg-Affäre) und der militärischen Niederlage Frankreichs gegenüber Preußen-Deutschland. Unter *Brătianus* Führung scheiterte eine Verschwörung mit dem Ziel, *Carol* aus dem Lande zu vertreiben (sog. »Revolution von Ploeşti, August 1870).

Die antidynastische Fronde weitete sich dennoch weiter aus und erreichte ihren Höhepunkt im Frühjahr 1871 (→ Einleitung). Bei den Wahlen von 1869 erhielt die PNL nur 10 Sitze, im Mai 1871 lediglich 6 Sitze.

Die PNL kam im Zusammenhang mit den Auswirkungen der großen orientalischen Krise von 1875–77/78 auf Rumänien wieder an die Regierung. Sie leitete die Verhandlungen mit Rußland über den Abschluß einer Militärkonvention (1877), proklamierte unmittelbar nach dem Ausbruch des russisch-türkischen Krieges die Unabhängigkeit Rumäniens vom Osmanischen Reich (21. 5. 1877), sorgte für die Bewilligung von Kriegskrediten zur Mobilmachung und trug nach dem Ende der Feindseligkeiten vor der Öffentlichkeit die Verantwortung für die Rückgabe der drei südbessarabischen Kreise an Rußland, auch wenn dieser Territorialverlust durch den Erwerb der Dobrudscha kompensiert wurde (Berliner Vertrag 1878).

In der Folgezeit war die PNL außenpolitisch mit dem für Rumänien traditionell problematischen Verlangen nach Judenemanzipation konfrontiert (Art. 44 Berliner Vertrag), dem sie sich, soweit wie möglich, zu widersetzen suchte. 1883 brachte sie den Anschluß des Landes an den Dreibund zustande. Innenpolitisch festigten die zwölf Regierungsjahre bis 1888 (sog. »Vizirat« des alten *Brătianu*) die Machtposition der Nationalliberalen ganz entscheidend. Durch Gründung der National-(Noten-)Bank 1880 und den mehrheitlichen Erwerb ihrer Aktien erhielt die Familie *Brătianu* wichtige ökonomische Schlüsselpositionen. Daraus leitete sich ihr immenser politischer Einfluß bis weit ins 20. Jh. ab. 1884 wurde das Wahlrecht revidiert (→ Einleitung). Das Ziel,

dem jungen »Bürgertum«, d. h. den verstädterten Machteliten, auf Kosten der Großgrundbesitzer ein größeres politisches Gewicht zu verschaffen, wurde nur beschränkt erreicht. Innenminister *C. A. Rosetti* hatte 1882 das 1866 gemeinsam mit der KONSERVATIVEN PARTEI geschaffene »Gesetz über die Arbeitsverträge in der Landwirtschaft« novelliert. Der 1872 von den Konservativen eingefügte Art. 21 über die Erzwingung des bäuerlichen Arbeitssolles durch die Landgendarmerie wurde aufgehoben. Da für *Rosetti* der Kreis um *Brătianu* den Ideen von 1848 untreu geworden war, verließ er die Partei. Sein demokratisches Vermächtnis übernahm eine Gruppe um *Gh. Phanu*. Der Zollkrieg mit Österreich-Ungarn (1886–91) führte zur Abkehr von der bisherigen Freihandelspolitik für importierte industrielle Fertigwaren, die von den Großagrariern getragen worden war. Hinter der Einführung des Schutzzolles (1886) stand das Programm des Ökonomen *P. S. Aurelian* einer staatlich geförderten Industrieansiedlung. Diese anfangs wenig erfolgreichen Bemühungen gipfelten 1904/06 in der Einführung des Hochschutzzolles.

Die Jahre der Opposition 1888–95 bildeten wegen der Intrigen um den Parteivorsitz nach *Brătianus* Tode (1891), aus denen *D. A. Sturdza* 1892 als Sieger hervorging, zugleich eine Periode der Fraktionierungen. In den Regierungsjahren 1895–99 setzten die Nationalliberalen die von der → KONSERVATIVEN PARTEI begonnene Reform der Volksschule fort und schlossen sie unter ihrem Unterrichtsminister *Sp. C. Haret* mit einem Statut für die beiden Universitäten nach der Jahrhundertwende erfolgreich ab. Während der 90er Jahre machte sich in der Partei ein Mangel an politischen Nachwuchstalenten bemerkbar. Dem Sohn des alten *Brătianu, I. I. C. (Ionel) Brătianu* (der Jüngere), gelang es durch seinen Mittelsmann, den populistischen Sozialphilosophen *Stere*, die sozialkritische, von der »Enrichissez-vous-Politik« seines Vaters und dem Scheitern der → SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUMÄNIENS gleichermaßen enttäuschte jüngere Intelligenz (geb. um 1870) zum Übertritt in die Nationalliberale Partei zu bewegen (1899/1900). Für den Fall einer Regierungsbildung unter seiner Führung hatte er sich ihnen gegenüber zur Gewährung des allgemeinen Wahlrechtes und einer bauernfreundlichen Agrarpolitik verstanden. Möglicherweise hatte er aber die innerparteilichen Widerstände besonders der sog. »Oculta«-Gruppe um *E. Costinescu* und *E. Carada*, auf deren Förderung er angewiesen blieb, unterschätzt. Zwar unternahm das Kabinett *Sturdza* 1901–1904 energische Schritte zur Schaffung eines in Rumänien fehlenden widerstandsfähigen Kleinbauerntums (Volksbankenbewegung unter *I. C. Duca*) und zum Schutze des niedergehenden Handwerks (Legea Petre Missir, 1902). Nach dem Großen Bauernaufstand von 1907 zeigte sich, daß die Agrar- gegenüber der Industrialisierungspolitik nur eine sekundäre Rolle spielte. Das Kabinett *Sturdza-Brătianu* 1907–11 zog sich von der Genossenschaftsbewegung zurück. Es versuchte durch die Reformgesetzgebung von 1907/08, lediglich die Auswüchse des Familienpachtsystems (→ Einleitung) zu beseitigen, verstärkte aber den Ausbau der Landgendarmerie. Die Enttäuschung der sozial engagierten Intelligenz um *Stere* über die Halbherzigkeiten der liberalen Agrarpolitik darf als ein wesentliches Motiv für die organisatorische Verselbständigung des Populismus (→ BAUERNPARTEI) nach dem 1. Weltkrieg angesehen werden. Bei den Wahlen von 1911 erhielten die Nationalliberalen nur 23 Sitze.

1909 übernahm *I. I. C. Brătianu* den Parteivorsitz. Ihm ist die tastende Neuorientierung der Außenpolitik Rumäniens (vom Dreibund zur Entente) wegen der zunehmenden nationalen Unterdrückung der Rumänen Siebenbürgens (Memorandumsprozeß 1892–94, Apponyische Schulgesetze 1907 → Ungarn, → RUMÄNISCHE NATIONALPARTEI) zuzuschreiben. Das Kabinett *Brătianu* 1914–18 (141 Sitze) nutzte den im 2. Balkankrieg (1913) gewonnenen diplomatischen Bewegungsspielraum Rumäniens gegenüber dem Dreibund, um den König bei Ausbruch des 1. Weltkrieges auf eine abwartende Neutralität festzulegen. Später wagte er den militärischen Einfall in Siebenbürgen. Er scheiterte (Herbst 1916). Zur Erhaltung der Kampfeswilligkeit des rumänischen Bauernsoldaten berief *Brătianu* im Mai/Juni 1917 in der Hauptstadt der Moldau, Iaşi, eine Konstituante ein, um das allgemeine Wahlrecht und eine im Vergleich zu den anderen ostmitteleuropäischen Ländern radikale Landumverteilung sanktionieren zu lassen (→ Einleitung). Die Waffenstillstandsverhandlungen Rumäniens mit den Mittelmächten nach dem Zusammenbruch des zaristischen Rußlands veranlaßte das Kabinett *Brătianu* zum Rücktritt (8. 2. 1918). Nach dem Abzug der deutschen Truppen aus der Walachei und der Annullierung des Friedens von Bukarest (7. 5. 1918) bildete er eine Regierung (12. 12. 1918), in die Vertreter des siebenbürgischen »Consiliul Dirigent« (→ RUMÄNISCHE NATIONALPARTEI) und des bessarabischen »Sfatul Ţării« (→ MOLDAUISCHE NATIONALPARTEI) aufgenommen wurden. Die Differenzen zwischen Rumänien und seinen Alliierten auf der Pariser Friedenskonferenz über die Grenzziehung in Siebenbürgen entschied das Kabinett *Brătianu* zu seinen Gunsten, indem es den Feldzug gegen die Räterepublik *Béla Kuns* in → Ungarn unternahm. Es trat zurück, um sich nicht auf ein Statut zugunsten der Minderheiten in den neuerworbenen Provinzen festlegen zu müssen (23. 9. 1919).

Als Vertreterin des städtischen »Großbürgertums« wandelte sich die PNL in der Zwischenkriegszeit zu einer Partei konservativen Profils. Im Herbst 1919 gewann sie lediglich 103 Mandate, 1920 sogar nur 7 Sitze. Der König berief am 19. 1. 1922 wieder eine Regierung *I. I. C. Brătianu*. Bei den folgenden Wahlen von Konstituante und regulärem Parlament errangen die National-

liberalen eine erdrückende Mehrheit von 227 Abg. Die PNL blieb mit einer kurzen Unterbrechung (1926: 16 Sitze = 7,34 %; 1927: 318 = 61,69 %) bis 1928 an der Macht. *Brătianu* sorgte für die Krönung König *Ferdinands* in Alba Iulia (Oktober 1922) und die Verabschiedung einer Verfassung für Großrumänien (→ Einleitung).

Das dringendste Problem der Wirtschaftspolitik bestand in einer möglichst raschen Integration der neuen Provinzen in die Volkswirtschaft des Altreiches. Die PNL leitete die Umorientierung des Handels und Transportsystems und eine Vereinheitlichung des Steuersystems ein. Die Nationalisierungsgesetze von 1924 dehnten den wirtschaftlichen und politischen Einfluß des Alten Königreiches Rumänien (Regat) auf die Industrie der neuen Provinzen aus, in denen jetzt auch die Bukarester Großbanken – meist unter der Kontrolle der Nationalliberalen – Fuß fassen konnten. Durch eine rigorose Kürzungspolitik versuchte die Regierung die Kriegsfolgen für die rumänische Wirtschaft zu beseitigen. Der harte deflationäre Kurs, der den Leu wieder aufwerten und auf den Goldstandard der Vorkriegszeit bringen sollte, lähmte jedoch die Produktion und führte zu chronischer Kreditknappheit und Zinsverteuerung, beides Hemmschuhe für die dringend notwendigen Investitionen. Aus Furcht vor ausländischer Einmischung entschied sich Finanzminister *V. Brătianu* erst 1927, zur Stabilisierung der zerrütteten Währung um eine Auslandsanleihe nachzusuchen. Die einseitige Industrieförderung ging zu Lasten des Agrarsektors. Der Tod der Brüder *Brătianu,* (1927 bzw. 1931), die große Wahlniederlage von 1928 (13 Sitze; 6,55 %) führten zu wachsenden innerparteilichen Spannungen und schließlich zur Fraktionierung in Alt- und Jungliberale um *Duca* bzw. *C. Brătianu* (»Georgisten«, 1930). König *Carol II.* vertiefte den Gegensatz, indem er beide Gruppen gegeneinander ausspielte (→ Einleitung).

Im Mai 1931 spaltete sich unter *I. Th. Florescu* eine Gruppe ab, die sich Liberal-Demokratische Partei (Partidul Liberal-Democrat) nannte.

Bei den Wahlen vom Juni 1931 erhielten *Ducas* Altliberale im Kartell mit *Iorgas* Nationaldemokratischer Partei 70 Mandate, die Brătianu-Gruppe 12 Sitze (5,93 %). Die Wahlen vom Juli 1932 gingen verloren (*Duca:* 28 Abg., 13,62 %; *Brătianu:* 14 Abg., 6,53 %). Im November 1933 ernannte der König *Duca* zum Ministerpräsidenten. Die anschließenden Wahlen vom Dezember brachten der Regierungspartei 300 (50,99 %) und den Brătianu-Liberalen 10 Sitze (5,11 %). *Ducas* Versuch, die radikale Rechte durch ein Verbot der Eisernen Garde auszuschalten, scheiterte. Er wurde von den Gardisten ermordet. Angesichts des wachsenden Terrors regierte sein Nachfolger, der Jungliberale *G. Tătărescu* (1934–37), in den nächsten Jahren durch Verordnungen unter weitgehender Ausschaltung des Parlaments. Mit einem Staatsschutzgesetz (April 1934), das die Handhabe zum Verbot mißliebiger Parteien schuf, versuchte die Regierung der extremistischen Bewegungen von rechts und links Herr zu werden. Das Abklingen der Weltwirtschaftskrise und die Aufrüstungspolitik *Tătărescus* begünstigten eine forcierte Industrialisierung mit dem Akzent auf der Schwerindustrie, gekennzeichnet durch Konzernbildung. Bei den Wahlen im Dezember 1937 erlangte der Regierungsblock aus *Tătărescu*-Liberalen, den Gruppen um *Vaida-Voevod* (→ Rumänische Front) und *Iorga* (→ Nationaldemokratische Partei) sowie der deutschen und ukrainischen Minderheit trotz der üblichen Methoden der Wahlbeeinflussung nur 35,92 % (152 Sitze). Für die entscheidende 40 %-Grenze (→ Einleitung) reichten auch die 16 Mandate (3,89 %) der Jungliberalen um *Gh. Brătianu* nicht aus.

1938 fusionierten Alt- und Jungliberale vorübergehend wieder. Im Februar des gleichen Jahres spaltete sich ein Zirkel ab. Er nannte sich Nationalliberale Partei – Gruppe »H« (Vorsitzende *P. M. Bejan* und *P. Ghiaţa*).

Eine ephemere Rolle war der Partei unter *C. (Dinu) Brătianu* nach dem Ende des 2. Weltkrieges bis zur Etablierung der Volksdemokratie (→ Einleitung) beschieden. Anfang Juli 1945 fand ein Parteitag statt. In den beiden ersten Regierungen *Groza* (→ Rumänische Kommunistische Partei) war *Tătărescu* Außenminister (bis Ende 1947). 1946 entsandte die PNL auf den ihr sowie der → Nationalen Bauernpartei zugestandenen Beobachterposten im Kabinett *Groza* den ehemaligen Finanzminister *M. Romniceanu.* Bei den Wahlen vom November errangen die Tătărescu-Liberalen 73 Sitze im Abgeordnetenhaus. Die Schauprozesse gegen *C. Brătianu* und andere vom Herbst 1947 und das anschließende Verbot der Partei besiegelten ihren Untergang als Organisation.

S. D. Spector, Rumania at the Paris Peace Conference: A study of the Diplomacy of Ioan I. C. Brătianu, New York 1962; Fr. Kellog, Rumanian Nationalism and European Diplomacy, 1866–1878, Ph. D. Diss. Indiana Bleomington/Ind. 1969; Ph. G. Eidelberg, The Agrarian Policy of the Rumanian National Liberal Party, 1900–1916 (Rumanian Studies 1) 1970; J. C. Campbell, French Influence and the Rise of Rumanian Nationalism, New York 1971; G. Haupt, L'influence de la Commune de Paris 1871 en Roumanie (International Review of Social History 17) 1972; C. Nuţu, România în anii neutralităţii, 1914–1916, Bukarest 1972; E. Bâldescu, Spiru Haret, Bukarest 1972; E. und G. Sonea, Viata economică şi politică a României, 1933–1938, Bukarest 1978; M. Rusenescu, I. Saizu, Viaţa politică în România, 1922–1928, Bukarest 1979.

Nationalpartei (Partidul Naţional) → Rumänische Nationalpartei, → Nationaldemokratische Partei.

»Nationalzaranisten« → Nationale Bauernpartei.

Partei der Arbeit (Partidul Muncii) → Arbeiterpartei.

Partei der Demokratie und Einheit (Partidul Democrat Unionist) → Konservativ-Demokratische Partei.

Partei der Nation (Partidul Naţiunii) → Front der Nationalen Wiedergeburt.

Partei der Sozialistischen Einheit Rumäniens (**PSU,** Partidul Socialist Unitar din România) → Sozialdemokratische Partei.

Radikale Bauernpartei (Partidul Radical – Ţărănesc).

Splittergruppe aus der → Nationalen Bauernpartei. Der (demokratische) Dissident *G. Iunian* schritt als Protest auf die Verkehrung der programmatischen Zielsetzungen der Nationalzaranisten durch ihre Regierungsvertreter zur Begründung einer eigenen Partei (Ende 1932). Sein populistischer Verband fand nur in einem kleinen Gebiet der Walachei Rückhalt bei der Wählerschaft. *Iunian* versuchte sogleich einen Zusammenschluß mit der → Bauernpartei Lupu und der → Demokratischen Bauernpartei *Steres*. Die Einigung mit *Lupu* kam nicht zustande, dafür jene mit der Gruppe um *Stere*. Im Wahlkartell mit seinem Lokalverband erreichte die Radikale Bauernpartei 1933 2,78 % (= 6 Sitze), bei den Wahlen von 1937 2,25 % (9 Mandate). – Presse: ›Curentul‹ (1928 ff.).

Rumänische Arbeiterpartei (**PMR,** Partidul Muncitoresc Român) → Rumänische Kommunistische Partei.

Rumänische Front (Frontul Românesc).

Nationalistisch-rechtsradikale Splittergruppe der → Nationalen Bauernpartei in der Auflösungsphase. Der Grundbesitzer *A. Vaida-Voevod* aus Siebenbürgen gründete am 12. 5. 1935 seine eigene Partei. In ihrem Programm wurde die Bauernschaft als Kern des Staatswesens definiert. Die Rumänische Front widersetzte sich dem Klassenkampf und trat für elitäre Prinzipien auf der Grundlage systematischer Auslese des Nachwuchses sowie für eine Stärkung von Kirche und Moral ein. Der nationale Staat hatte nach ihren Vorstellungen als autoritäres System zu funktionieren. Die Organisation unterhielt Beziehungen zum faschistischen Deutschland. 1937 schloß sie ein Wahlbündnis mit der → Nationalliberalen Partei. Der → Eisernen Garde galt sie als potentieller Partner.

Rumänische Kommunistische Partei, (**PCR,** Partidul Comunist Român).

Kommunistische Partei des stalinistisch-bürokratischen Typus mit weitgehend realisierter Selbständigkeit gegenüber der sowjetischen KPdSU.

Gründung: Die Beitrittserklärung der sog. Maximalisten zur III. Internationale vollzog sich auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Rumäniens vom 8.–12. 5. 1921 in Bukarest (→ Sozialdemokratische Partei).

Programm: Die PCR übernahm das Grundsatzprogramm der Komintern. Die Erste Landeskonferenz (1945) betonte die Notwendigkeit zum Aufbau einer eigenen Schwerindustrie. Das seit dem XI. Parteitag (1974) gültige, anspruchsvolle Programm projektiert den Eintritt der Gesellschaft in die kommunistische Endphase für die Zeit nach 1990. Bis 1985 soll das »sozialistische Entwicklungsland Rumänien« bei der Erzeugung von Stahl, Elektroenergie, Maschinen, chemischen Produkten und Lebensmitteln die Industrieländer eingeholt haben. Das Volkseinkommen soll bis dahin auf 2,400–2,500 Dollar (1969: 5–600) steigen, die Qualität der Industrieprodukte »Weltniveau« erreicht haben.

Organisation: In der Zwischenkriegszeit führte die PCR eine Schattenexistenz. Ihr nach 1921 (rd. 5000 Anhänger) rasch absinkender Mitgliederbestand (1924–1944 rd. 1000 Mitglieder) reichte nur zur Bildung einiger illegaler Zellen aus. Die entscheidende Führungskompetenz lag bis 1944 bei der Komintern bzw. dem 1920 in Moskau gegr. »rumänischen Büro« der KPdSU. – Als Folge der sowjetischen Besetzung entwickelte sich die PCR zu einer Großorganisation. Ein wichtiges Ziel bildet die lückenlose Verklammerung von Partei- und Staatsfunktion. Dem künstlichen Wachstum des Mitgliederbestandes von März 1945 rd. 35 000 auf 1948 ca. 1 060 000 Anhänger entsprach ein Defizit an Gesinnungstreue unter den Mitgliedern. Zwischen 1948 und 1950 stieß sie rd. 300 000 Mitglieder aus. Erst 1953 wurde mit der Kaderschulung begonnen. Die Zahl der Mitglieder wuchs von 1955 595 393 auf 2 842 062 1978. Die Partei hatte 1955 ungefähr 11 000 Funktionäre und 29 400 sog. Basisorganisationen (1977: ca. 59 000). Die PCR erreichte 1975 einen Organisationsgrad von 17,3 % der erwachsenen und 23,7 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Der Anteil von Arbeitern (1945: 54 %, 1950: 37 %, 1978: 52,61 %) und Bauern (1955: 41 %, 1978: 24,24 %) schwankte. Nach 1965 warb die Partei verstärkt Intelligenz an. Später bemühte sie sich um eine angemessene Vertretung der Frauen. Unterste Ebene der PCR bilden »Basisorganisationen« oder »Zellen« (3–300 Mitglieder), nächst höhere Einheit die Vertretungen in 2706 Gemeinden und 235 Städten. Über ihnen stehen die Organisationen in jedem der 39 Bezirke und der Hauptstadt Bukarest. Sie überwachen die nachgeordneten Organe. Nach den Parteistatuten liegt die höchste Kompetenz der PCR bei dem alle 5 Jahre einzuberufenden Kongreß (Parteitag). Seine Delegierten werden von den Bezirksorganisationen gewählt. Tatsächlich liegt die Macht bei dem Generalsekretär *N. Ceauşescu*. Er erreichte eine selbst im Ostblock einzigartige, mit extremem Personenkult verbundene Position. Die Spitzenfunktionäre aus Partei und Staat hat der Generalsekretär im »Ständigen Büro (bis 1974: »Ständiges Präsidium«) des politischen Exekutivkomitees des Zentralkomitees« versammelt (zuerst 5, seit 1977 9 Mitglieder. Neben ihm bildet das Sekretariat (11 Mitglieder) das höchste Führungsorgan in der

Partei. Das »Ständige Kollegium« überwacht die Parteidisziplin. Das »Zentralkomitee« (1974: 205 Vollmitglieder) hat nur ausführende Kompetenzen.

Der PCR angeschlossen sind die Gewerkschaften (4,1 Mio. Mitglieder), der Frauenverband, die kommunistische Nachwuchsorganisation »Uniunea Tineretului Comunist« (UTC, 1970: rd. 2,3 Mio. Mitglieder), die »Pioniere« (70% der Jugend zwischen 9 und 14 Jahren, 1965: 1,3 Mio. Mitglieder) und die neuerdings geschaffene Organisation der »Falken« für Vorschulkinder u. a.

Presse: ›Scînteia‹ (seit 1931 alle Bukarest), ›Lupta de clasă‹ (heute: ›Era socialistă‹), ›Scînteia tineretului‹, ›Munca de partid‹, ›Elöre‹ (seit 1947), Neuer Weg (seit 1949).

Geschichte: Im Herbst 1920 verhandelte eine Delegation der SOZIALISTISCHEN PARTEI RUMÄNIENS aus *A. Dobrogeanu-Gherea, C. Popovici, G. Cristescu, D. Fabian, E. Rozvan* und *J. Flueraş* u. a. mit der Komintern über die Modalitäten eines Beitrittes zur III. Internationale. Dabei ließ sie den Ausschluß des »rechten« Sozialdemokraten *Flueraş* aus der Delegation zu und legte sich auf die Bildung eines der Komintern genehmen Exekutivkomitees fest. Daraufhin verließen die »rechten« sozialdemokratischen Gruppen »Siebenbürgen, Banat, Bukowina« den Generalrat und weigerten sich, den Parteitag von 1921 zu beschicken. Auf dem II. Parteitag (Oktober 1922) in Ploeşti nahm die Minderheitsfraktion den Namen Rumänische Kommunistische Partei (PCR) an, gab sich ein Statut, wählte ein Exekutivkomitee und bildete eine Agrarkommission. Am 28.7. 1924 wurde die PCR verboten. Das Bessarabienproblem, in dem die PCR für eine Abtretung des Gebiets an die Sowjetunion eintrat, verfemte sie in den Augen der Öffentlichkeit zur fünften Kolonne der Sowjetunion. Innerparteiliche Verwirrung entstand aus den von der Komintern oktroyierten Losungen in der Agrar- und nationalen Frage (Auflösung des rumänischen Einheitsstaates als Produkt des »Imperialismus«). Der geheime III. Parteitag (Wien, September 1924) wählte das Generalsekretariat wegen »Rechts-« *(Cristescu, B. Ştefanov)* und »Linksabweichung« *(A. Gherea, M. Pauker)* ab. An seine Stelle trat der ungarische Arbeiter *E. Köblös* (Deckname: *Al. Bădulescu*). Wegen der gescheiterten Unterwanderung der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften beschloß der Kongreß die Gründung von parteieigenen »Einheitsgewerkschaften« (aufgelöst 1933). 1925 schuf sich die Partei auf Anweisung der Komintern in Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der BAUERNPARTEI eine legale Wahlorganisation, den ARBEITER- UND BAUERNBLOCK (Blocul Muncitoresçsi Tărănesc, 1926, 1927 und 1932 ohne Mandat, 1931 5 sofort annullierte Sitze). Die »Bolschewisierung« (Kaderprinzip, Untergrundarbeit) zeitigte wenig Erfolg. Einen schmalen Anhängerstamm gewann die PCR unter den nationalen Minderheiten Siebenbürgens → UNGARISCHE MINDERHEITSPARTEIEN. *Köblös* bekundete 1927 die Treue der PCR zu *Stalin*. Dennoch warf ihm die Komintern auf dem IV. Parteitag (Charkov, September 1928) durch *M. Pauker* Verfehlungen in der nationalen Frage vor; sie schloß den jetzt als rechtslastig eingestuften Flügel aus der PCR aus *(Köblös, A. Berger, K. Müller)*, ermahnte den nun »linken« um *A. Gherea* und *Ştefanov* und setzte *V. Holostenko (Barbu)* aus der ukrainischen KP als Generalsekretär ein. In der Folgezeit existierten zwei rivalisierende Exekutivkomitees nebeneinander, das eine um *Barbu*, das andere in der sog. »Luximin«-Gruppe. Zu ihr zählten *M. Pauker, A. Gherea, Ştefanov* und *V. Luca. Cristescu* verließ die PCR mit Teilen des ARBEITER- UND BAUERNBLOCKES (→ SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI). Auf dem V. Parteitag (Moskau, Dezember 1931) machte die Komintern *A. Ştefánski* von der polnischen KP zum Generalsekretär (bis 1933). Im Februar 1933 gelang den Kommunisten die abgesehen von den Streiks 1929 einzige spektakuläre Massenaktion vor 1944. Der Eisenbahnarbeiter *G. Gheorghiu-Dej* (Mitglied seit 1929) organisierte den Widerstand der streikenden Arbeiter in den Eisenbahnreparaturwerkstätten der Bukarester Vorstadt Griviţa. Von 1933–44 war er inhaftiert. Unter Anleitung durch die aus der Sowjetunion zurückgekehrte *A. Pauker* versuchte die PCR zusammen mit *D. Kroşnev* seit 1935 erfolglos eine antifaschistische Front gegen das Vordringen der → EISERNEN GARDE aufzubauen (Plattform von Ţebea-Hunedoara, Dezember 1935; V. Plenum des ZK, Prag Juli 1936). Da sich die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI versagte, fand die PCR nur bei einem kleinen Kreis linker Intelligenz aus der → NATIONALEN BAUERNPARTEI Rückhalt. In der Krise der Demokratie fehlte der Partei außer einem Massenanhang der Sachverstand der Intelligenz. Die emigrierte erste Funktionärsgeneration fiel den Schauprozessen in der Sowjetunion 1936–38 zum Opfer. Hierzu zählten die erste Präsidentin der »Autonomen Moldauischen Sowjetrepublik«, gegr. 1924, *E. Arbore-Ralli, A. Gherea, A. Nicolau, D. Fabian*, u. a. Während der Antonescu-Diktatur kam unter dem Nachfolger *Ştefanovs*, dem Generalsekretär *S. Foriş* (1940–1.4. 1944; hingerichtet 1946, heute rehabilitiert), die Propagandatätigkeit praktisch zum Erliegen. Die aus der Sowjetunion eingeschleusten *E. Bodnăras, C. Pirvulescu* und *J. Ranghet* lösten *Foriş* ab und verwalteten sein Amt gemeinsam bis zur Befreiung *Dejs* aus dem Gefängnis (23. 8. 1944).

Nach dem Staatsstreich von 1944 (→ Einleitung) setzten die ehemaligen Emigranten des »rumänischen Büros der KPdSU«, *A. Pauker* und *Luca*, auf eine sofortige Machtübernahme nach den Weisungen der sowjetischen Besatzungsmacht. *L. Pătrăşcanu*, der einzige Intellektuelle von Rang, hielt den extrem gewaltsamen Charakter der sowjetischen Besetzung bei der traditionellen Russenfurcht in der Öffentlichkeit hinderlich für die Anwerbung einer soliden Massenbasis durch die PCR, ohne die er sich den Weg zur

Macht nicht vorstellen konnte. Er fand jedoch nicht einmal Gehör bei der Gruppe der anderen »Einheimischen« um *Dej*. *Stalins* Vertrauen besaßen zudem allein die Emigranten. Die Einheimischen wurden von ihm nur als unentbehrliche Verbindungsleute zur Bevölkerung geduldet.

In kurzer Zeit errangen die Kommunisten während der Herbstmonate 1944 drei wesentliche Erfolge: Das Aktionsbündnis mit der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI sicherte ihnen einen Teil von deren Zulauf aus Arbeiterkreisen, während die von *Pauker* initiierte Mitgliederwerbung zum Zustrom vieler Gardisten und anderer ehemaliger Rechtsradikaler führte. Ferner gewannen sie über die → LANDARBEITERFRONT *Grozas* indirekt eine Verankerung in der ärmeren Landbevölkerung und erreichte mit Tarnorganisationen wie der »Union der Patrioten« (gegr. 1943) bürgerliche Intellektuelle.

Im ersten Militärkabinett *Sănătescu* (→ Einleitung) verwaltete *Pătrăşcanu* das der PCR als Mitglied des Vierparteienblocks (→ Einleitung) zustehende Mi isterium ohne Geschäftsbereich und darüber hinaus das Ressort für Justiz. Im Oktober 1944 spalteten die Kommunisten den Vierparteienblock. Die unter ihrer Regie stehende »Nationaldemokratische Front« (FND, Frontul National-Democrat) später »Demokratischer Block« genannt, schloß die → NATIONALE BAUERNPARTEI und die → NATIONALLIBERALE PARTEI aus. Ihr gehörten neben der PCR als führender Kraft die → SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI, die → LANDARBEITERFRONT, die Einheitsgewerkschaften und die »Union der Patrioten«, eine kommunistische Tarnorganisation, an. Ihr Programm (Annullierung des 2. Wiener Schiedsspruchs von 1940, Agrarreform, Säuberung der Verwaltung von Kriegsverbrechern und Faschisten, Demokratisierung der Armee) fand auch bei Nichtkommunisten Anklang. Im zweiten Kabinett *Sănătescu* (→ Einleitung) wurde *Groza* Vizepremier, *Dej* Verkehrsminister. Es zerbrach am Widerstand der PCR gegen die Besetzung des Innenministeriums durch die → NATIONALE BAUERNPARTEI. In der Regierung *Rădescu* (→ Einleitung) übernahm der Premier selbst das Innenressort, mußte aber den Kommunisten *T. Georgescu* als Unterstaatssekretär dulden. Gedeckt durch »Demokratischen Block« und Rote Armee zwang die PCR der Regierung *Rădescu* seit Januar 1945 die offene Konfrontation auf, die zum Rücktritt *Rădescus* (28. 2.) und der Berufung eines Kabinettes *Groza* mit *Georgescu* als Innen-, *Pătrăşcanu* als Justiz- und *Dej* als Wirtschaftsminister (6. 3.) führte. Nach außen blieb die Fassade einer Koalition durch die Einbeziehung von Dissidenten aus der → NATIONALEN BAUERNPARTEI und den Tătărescu-Flügel der → NATIONALLIBERALEN PARTEI erhalten.

Die Regierung bestand im August 1945 eine Kraftprobe mit dem König (→ Einleitung). Die 1. Landeskonferenz (16.–22. 10. 1945) wählte *Dej* zum Generalsekretär. Die manipulierten Wahlen von 1946 brachten der Einheitsliste des »Blockes der demokratischen Parteien« (Kommunisten, Sozialdemokraten, Tătărescu-Liberale, Alexandrescu-Fraktion der Nationalen Bauernpartei, Landarbeiterfront, künstliche »Nationale Volkspartei«, Einheitsgewerkschaften u. a. Interessenverbände) mit 71,8 % der abgegebenen Stimmen 377 Mandate. Der Ausschluß der Tătărescu-Gruppe aus der Regierung (Herbst 1947) und die »Vereinigung« mit dem unterwanderten Teil der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI auf dem I. Parteitag der RUMÄNISCHEN ARBEITERPARTEI (PMR, Partidul Muncitoresc Român) vom 21.–23. 3. 1948 (= VI. Parteitag der PCR) sicherten den Kommunisten die Alleinherrschaft. Von den 18 Mitgliedern des neugewählten Politbüros waren 13 Kommunisten. Die Sozialdemokraten wurden 1952 ausgestoßen.

Die Kommunisten versuchten die tatsächlichen Machtverhältnisse zu verschleiern, indem sie den »Block der Demokratischen Parteien« zu einer »Front der Volksdemokratie« umbildeten (27. 2. 1948), die offiziell bis 1968 bestand. Sie trat zuerst bei den Wahlen zur »Großen«, d. h. verfassunggebenden Nationalversammlung vom 28. 3. 1948 (→ Einleitung) in Erscheinung (PMR 200 Abg., LANDARBEITERFRONT 125, NATIONALE VOLKSPARTEI 45, UNGARISCHER VOLKSBUND 35). Die Scheinopposition bestand aus 7 Liberalen und 2 Mandaten einer »Demokratischen Bauernpartei«. Im Mai 1948 gab sich die PMR ein Statut. Es betonte ihre ideologische Ergebenheit gegenüber der KPdSU. Der titoistischer Sympathien verdächtige *Pătrăşcanu* war schon am 24. 2. entlassen worden. Die seit 18. 6. vollzogenen Verstaatlichungen von Industrie-, Transport-, Bank-, Versicherungs- und Bergwerksunternehmen (bis 1950 90 % der Produktion) waren mit erheblichen volkswirtschaftlichen Verlusten verbunden. Dem Mangel an geschultem technischem Personal vermochte die Partei nur unzureichend abzuhelfen (Weiterqualifikation von Arbeitern, Umerziehung der alten Spezialisten). Die Planwirtschaft setzte ein mit der Bildung der staatlichen Planungskommission, nominell unter *Constantinescu* (18. 7) und zwei hastig erstellten Einjahresplänen für 1949 und 1950 unter sowjetischer Anleitung. Der Schwerpunkt lag auf Investitionen in der Maschinenbauindustrie und bei der Elektrifizierung. Gleichzeitig wurde mit der Bildung von landwirtschaftlichen Staatsgenossenschaften begonnen.

Die Mißerfolge auf dem industriellen und agrarischen Sektor (Versorgungskrise 1950) eskalierten den innerparteilichen Konflikt zwischen »Moskauern« und »Einheimischen«. Die Säuberung der Partei von unfähigen Kadern (»Opportunisten«, »Karrieristen«) zwischen November 1948 und Mai 1950 stärkte die Position der nun von *Stalin* akzeptierten rumänischen Gruppe um *Dej*. Bei den Wahlen zu den Parteigremien vom 13. 5. 1951 erhielt sie das Übergewicht. *Dejs* Führungsstellung war schon unumstritten, bevor er die Ämter des Ministerratsvorsitzenden und

des Generalsekretärs in Personalunion vereinigte (2. 6. 1952). *Pauker* und *Luca* wurden, wie zuvor *Pătrăşcanu,* aus der Partei ausgestoßen (1952), letzterer hingerichtet (1954).

Auch nach dem Tode *Stalins* behielt die PMR seinen Führungsstil bei, übernahm jedoch als erste KP im Ostblock den »Neuen Kurs« der Sowjetunion (August 1953), der sich bis 1955 in einer Senkung der hohen industriellen Investitionsrate des Ersten Fünfjahresplanes und einer bescheidenen Konsumgüterproduktion niederschlug. Die Kollektivierung in der Landwirtschaft war schon 1951 gedrosselt worden. Auf dem II. (VII.) Parteitag (23.–28. 12. 1955) wurde *Ceauşescu* als Vollmitglied in das Politbüro aufgenommen. Der Entstalinisierung widersetzte sich die PMR mit dem Scheinargument, der Kampf gegen den Stalinismus sei in ihren Reihen durch die Ausbootung der Moskauer Fraktion schon 1952 abgeschlossen worden. Liberalisierungsforderungen unter der Intelligenz nahm sie durch frühzeitige bescheidene Zugeständnisse (Entlassung prominenter 1946–50 verhafteter Schriftsteller und Professoren) die Brisanz. Arbeiter- und Studentenunruhen Ende Oktober 1956 unter dem Eindruck des Volksaufstandes in Budapest konnte sie gerade noch auffangen. Sie überbrückte die Versorgungskrise durch Nahrungsmittelimporte aus der Sowjetunion leidlich, sorgte für bessere Studienbedingungen und kümmerte sich intensiv um die Loyalität der Armee. Erst danach entfernte sie die Gruppe um *Constantinescu* und *Chişinevschi* in der von *Ceauşescu* angeführten sog. »antirevisionistischen Kampagne« aus ihren Ämtern (1957).

In keinem Land des Ostblocks war der sowjetische Einfluß auf die Wirtschaft nach 1945 so stark wie in Rumänien. Die zwischen Juni 1945 und August 1952 gegründeten 16 gemischten sowjetisch-rumänischen Gesellschaften (SOVROMS) stellten die entscheidenden Wirtschaftszweige unter sowjetische Kontrolle. Erst durch den Ankauf der sowjetischen SOVROM-Anteile (1954–56) erhielt die PCR erstmals die Verfügungsgewalt über die Wirtschaft des eigenen Landes.

Mit dem Zweiten Fünfjahresplan baute Rumänien seit 1955 weiter an seiner schwerindustriellen Basis und konzentrierte sich außerdem auf eine chemische Industrie. Die PMR erreichte zwischen 1958 und 1960 bei der extensiven Industrialisierung bessere Ergebnisse als zuvor. Ein gewisser Anhang unter der geisteswissenschaftlichen Intelligenz blieb ihr trotz der partiellen Rücknahme der Reformmaßnahmen von 1956 erhalten. Sie gewann darüberhinaus die Unterstützung der neuen Schicht technokratischer Intelligenz, deren sozialer Aufstieg/Status entscheidend vom Erfolg der Industrialisierung abhing. Der von der Sowjetunion aus internationalen diplomatischen Erwägungen im Ost-West-Verhältnis unternommene Abzug der Roten Armee von rumänischem Territorium (1958) galt in den Augen breiter Bevölkerungsschichten als Erfolg der PMR.

Der III. (VIII.) Parteitag (20.–26. 6. 1960) lief im Zeichen der Konsolidierung stalinistischer Herrschaftstechnik ab. *Dej* trug die Perspektiven des neuen Sechsjahresplanes mit dem Akzent auf der Schwerindustrie vor. Offiziell fanden sie *Chruščevs* Billigung. Im Anschluß an die Verfassungsreform von 1961 (→ Einleitung) übernahm *Dej* den Staatsratsvorsitz, *I. G. Maurer* die Führung im Ministerrat. Zu diesem Zeitpunkt stieg das Selbstvertrauen der PMR-Führung durch den erfolgreichen Abschluß der Kollektivierung in der Landwirtschaft (1962) weiter an. Beim sowjetisch-chinesischen Konflikt über den Führungsanspruch Moskaus in der kommunistischen Weltbewegung wagte die PMR eine »neutrale« Vermittlung zwischen Moskau und Peking. Wenig später befreite sie sich selbst von der sowjetischen Bevormundung, indem sie die »Achtung der nationalen Unabhängigkeit, der vollen Gleichberechtigung des gegenseitigen kameradschaftlichen Beistandes und des gegenseitigen Vorteils« (Moskauer Deklaration der 81 KPen von 1960) für ihr Verhältnis zur KPdSU reklamierte. Mit der sog. »Unabhängigkeitserklärung« (»Erklärung über die Haltung der Rumänischen Arbeiterpartei in bezug auf die Probleme des Weltkommunismus und der Bewegung der Arbeiterklasse«) vom 26. 4. 1964 betonte die PMR das Recht jeder kommunistischen Partei auf einen eigenständigen Weg zum Sozialismus. Sie bekannte sich zur »brüderlichen« Zusammenarbeit« mit allen sozialistischen Länder-Abkommen und forderte die generelle Freiheit zum Westhandel. Innenpolitisch war dieser Kurs auf die »Aussöhnung der Nation mit ihren Führern« gestützt (Freilassung der politischen Gefangenen, kulturpolitische Liberalisierung 1962–65). An ihrer Ablehnung des sowjetischen Hegemonialanspruches und dem Eintreten für einen Polyzentrismus im kommunistischen Lager hat die PMR seither konsequent durch ihre guten Beziehungen zu den Bruderparteien Chinas und Westeuropas (Italien, Spanien) u. a. festgehalten. Auf dem Ostberliner Gipfel der kommunistischen Parteien Europas (29.–30. 6. 1976) bekräftigte *Ceauşescu* die Notwendigkeit zu einem freien Gedankenaustausch und zum Verzicht auf Gewaltandrohung im Verkehr der Bruderparteien untereinander. Seiner Forderung nach Abschaffung der Militärblöcke in Europa (NATO und Warschauer Pakt) stimmten die KPen Italiens, Großbritanniens und Jugoslawiens zu.

Nach dem Tode *Dejs* (19. 3. 1965) bestätigte der IV. (IX.) Parteitag vom 19.–24. 7. 1965 *Ceauşescu* im Amt des Generalsekretärs. Dieser bekannte sich zunächst zum Prinzip der sog. »kollektiven Führung«. Die PMR gab sich als Rumänische Kommunistische Partei (PCR) ein neues Statut. Darin fehlte jeder Hinweis auf die ideologische Suprematie der KPdSU. Anstelle des Politbüros wurde die Errichtung eines ZK-Exekutiv-

komitees mit der Dej-Gefolgschaft als Präsidium beschlossen, in das *Ceauşescu* seine eigenen Anhänger *P. Niculescu-Mizil, P. Lupu, G. Rădulescu, I. Verdeţ* kooptieren ließ. Die 2. Landeskonferenz der PCR (6.–12. 12. 1967) verabschiedete bescheidene Wirtschaftsreformen. Auf ihr ließ *Ceauşescu* sich anstelle des nach *Dejs* Tode zum Staatsratsvorsitzenden aufgerückten *Stoica* in dieses Amt wählen. 1968 verloren mit Sicherheitschef *Drăghici, Apostol* und *Bîrlădeanu* alte Dej-Anhänger ihre Posten. *Pătrăşcanu* wurde rehabilitiert. Das Aprilplenum des ZK markierte das Ende der Ära *Dej*, aber auch das Auslaufen des kulturpolitischen Tauwetters.

Die Ära *Ceauşescu* brachte eine Abkehr von der stalinistischen Herrschaftssicherung durch Terror (vgl. die Kritik an *Dej* auf dem Aprilplenum des ZK 1968). *Ceauşescu* erreichte zwar die gleiche Machtfülle wie sein Vorgänger, handhabt sie aber durch eine andere Technik. Er betont Legalität, Gleichheit und Effizienz, ohne de facto das Wirksamwerden dieser Prinzipien sicherstellen zu können. Seinen Aufstieg verdankt *Ceauşescu* der kollektiven Furcht bei Partei und Bevölkerung vor einer sowjetischen Invasion wie in der ČSSR 1968, wiederholten überraschenden personalpolitischen Manipulationen in Spitzengremien der Partei (Rotationsprinzip), verbunden mit institutionellen Neuerungen in Partei und Staat, sowie auf die Massen berechneten Mobilisationstechniken wie der »sozialistischen Demokratie«. Das im Vergleich zu anderen Herrschaftssystemen Osteuropas anachronistische Ceauşescu-Regime steht vor dem Zielkonflikt zwischen Bewältigung der intensiven Industrialisierung unter Leitung einer technokratischen Bürokratie und den wachsenden Wünschen der Bevölkerung nach Hebung des Lebensstandards. Trotz der Wiederannäherung an die UdSSR in den letzten Jahren bewahrte die PCR ihre Autonomie. Die seit Mitte der 60er Jahre eingeleitete diplomatische Offensive in die Länder der Dritten Welt (Lateinamerika, Afrika, Asien) begann wirtschaftspolitisch Früchte zu tragen. Rumänien konnte sich durch bilaterale Kooperationsabkommen zur Ausbeutung von Bodenschätzen neue Rohstoffquellen sichern und Absatz für seine industrielle Produktion finden.

Zur Sicherung der Führungsrolle der Ceauşescu-Gruppe schloß die PCR alle gesellschaftlichen Organisationen zur »Front der Sozialistischen Einheit« (9. 11. 1968) zusammen. Ihr gehören auch die Minderheiten und seit 1974 die Kirchen an. Der X. Parteitag (6.–12. 8. 1969) bedeutete eine personalpolitische Radikalkur an der Spitze durch die Auswechslung nahezu der Hälfte der 165 ZK-Vollmitglieder. Die neuen Spitzenfunktionäre waren jünger und gehörten nahezu allen Bereichen von Staat und Gesellschaft an. *Ceauşescu* forderte von der Parteiführung ein verstärktes Engagement um die »Basisarbeit«. Gleichzeitig sollte nach chinesischem Vorbild jeder Spitzenfunktionär ein bestimmtes Amt nur zeitweilig bekleiden um zu verhindern, daß einzelne Funktionäre eine Hausmacht bilden konnten. Im Anschluß an die Chinareise *Ceauşescus* im Sommer 1971 verabschiedete das EK des ZK dessen 17 Thesen zur »Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit und der kulturellen und erzieherischen Tätigkeit« (6. 7. 1971), die die sog. »Minikulturrevolution« auslösten. Bei der Kaderauswahl sollte fortan verstärkt das »ideologisch-soziale Kriterium« gelten. Zur stärkeren Ausrichtung der Intelligenz auf die Parteilinie wurde kurz darauf das »Staatskomitee für sozialistische Kultur und Kunst« unter der Leitung von *Popescu* ins Leben gerufen (Juli 1971). Auf dem ZK-Plenum vom April 1972 kam es zu einer »kleinen Säuberung«, *Ceauşescu* warf einem Teil der Funktionäre vor, sie vernachlässigten ihre wissenschaftliche und berufliche Fortbildung. Eine steile Karriere machte der vom stellvertretenden zum Vollmitglied des ZK avancierte *S. Andrei* (bis 1974). Er wurde Verbindungsmann der PCR zu den anderen Bruderparteien. Im Oktober 1972 folgte ein zweites großes Revirement nach dem Rotationsprinzip. *T. Ştefanescu* wurde Erster Sekretär der UTC (1977 durch *Ceauşescus* Sohn *Nicu* ersetzt). Die staatlichen Leitungsorgane gaben einen Teil ihrer Kompetenzen an drei 1973 ins Leben gerufene Institutionen ab. (»Oberster Rat für ökonomische und soziale Entwicklung«, »Rat für Fragen der ökonomischen und sozialen Organisation«, »Oberster Rechnungshof«). Dazu kamen später der »Nationale Rat für Wissenschaft und Technologie« und andere.

Die 3. Landeskonferenz der PCR (19.–22. 7. 1972) brachte, abgesehen von der Erweiterung des ZK um 20 Vollmitglieder (auf 185), die Aufnahme von *Ceauşescus* Gattin *Elena* in dieses Gremium. Die Fronde des Ministerpräsidenten *Maurer* und einiger anderer Funktionäre gegen die Fortsetzung der rigiden Zwangsindustrialisierung (Fünfjahresplan 1971–75) schaltete *Ceauşescu* aus. Auf dem Märzplenum des ZK von 1974 wurde *Maurer* von seinem Amt entbunden. Es ging an *Mănescu* (bis 1979). Wenig später wurde für *Ceauşescu* das Amt eines »Präsidenten der Republik« geschaffen (28. 3. 1974, Wiederwahl 9. 3. 1980). Gleichzeitig vollzog sich der Aufstieg *G. Opreas* zum stellvertretenden Ministerpräsidenten (seit 1974).

Der XI. Parteitag (24.–27. 11. 1974) beriet den neuen Fünfjahresplan (1976–81). Das ZK wurde um weitere 20 Mitglieder auf 205 erweitert. Es unterlag sehr starken personellen Umbesetzungen. Im Anschluß an den Parteitag fand die personelle Besetzung des »Ständigen Büros des EK und des ZKs« als Nachfolgeorgan des bisherigen Präsidiums aus den höchsten Spitzen von Partei und Staat *(Ceauşescu, Mănescu, Oprea, Paţăn, Andrei)* statt. 1977 kamen noch *Burtică, Elena Ceauşescu, Rădulescu, Verdet* (Ministerpräsident seit 29. 3. 1979) hinzu.

Seit Beginn der 70er Jahre drängte der Generalsekretär auf verstärkte »Konsultationen« zwi-

schen Partei und arbeitender Bevölkerung. Den Eindruck eines lediglich formalen Charakters der »Diskussionen« versuchte er durch ihre Institutionalisierung zu widerlegen (»Nationalrat der Werktätigen«, »Nationalrat der Landwirtschaft«, gegr. 1977). Ähnliches galt für die Bemühungen, der Entpolitisierung der Legislative (Große Nationalversammlung) entgegenzuwirken. Ein »Gesetzgebender Rat« soll die Gesetzesinitiative zwischen Ministerrat und Nationalversammlung koordinieren. Analog zu westlichen Parlamenten wurden verschiedene Ausschüsse eingerichtet (seit 1971). Der wichtigste von ihnen, die »Juristisch-konstitutionelle Kommission«, soll Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit den Normen der Verfassung prüfen (Wiederbelebung der Verwaltungsgerichtsbarkeit). 1975 experimentierte die PCR zum ersten Mal mit Mehrkandidatenwahlen. Dabei handelte es sich auch im Vergleich zu Polen und der DDR um einen höchst bescheidenen Ansatz. Für die 349 Sitze der Großen Nationalversammlung kandidierten 488 Personen. Die Bevölkerung nahm die Chance, zwischen 2 Persönlichkeiten entscheiden zu können, überwiegend nicht wahr. Der PCR fällt es schwer, die Bevölkerung, deren Unzufriedenheit sich in passiver Arbeitsverweigerung und Streiks (Sommer 1977) Luft machte, zu überzeugen, daß sie tatsächlich eine verstärkte Aktivität wünscht. Der seit Herbst 1975 angelaufenen Kampagne zur Indoktrination der gesamten Bevölkerung folgte die Ankündigung von Wirtschaftsreformen (ZK-Plenum v. 23. 3. 1978), Arbeitszeitverkürzung u. ä. (4. Landeskonferenz, 7.–9. 12. 1977).

Zur Untermauerung ihrer Zielsetzung nach Aufnahme in das Lager der blockfreien Staaten (»Gruppe der 77«; Gaststatus auf der Konferenz von Sri Lanka, 16.–19. 8. 1976) hat die Parteiführung Rumänien als »sozialistisches Entwicklungsland« definiert. Diese »Ceauşescu-Doktrin« führt ein neues Element in die Ideologie ein. Der Terminus »Rückständigkeit« vermittelt den alten dogmatischen Marxismus sowjetischer Prägung mit dem in der Ära *Dej* rehabilitierten »bürgerlichen« Nationalismus.

G. Ionescu, Communism in Rumania, 1944–1962, London/Toronto 1964; G. Ţuţui – C. Paraschiv, Sindicatele din România în anii revoluţiei populare, Bukarest 1970; Institutul de Studii Istorice şi Social-Politice de pe lîngă C. C. al P.C.R. (Hg.), Partidul Comunist Român în viaţa social-po-litică a României, 1921–1944, Bukarest 1971; K. Jowitt, Revolutionary Breakthroughs and National Development: The Case of Romania, 1944–1965, Berkeley/Los Angeles 1971; Ghermani, Nationalistischer »Internationalismus« am Beispiel Rumäniens. (Canadian Review of Studies in Nationalism 2) 1975; E. E. Rafael, »Entwicklungsland« Rumänien: Zur Geschichte der »Umdefinierung« eines sozialistischen Staates, 1977; M. E. Fischer, Participatory Reforms and Political Development in Romania (J. F. Triska – P. M. Cocks (Hg.), Political Development in Eastern Europe) New York 1977; Dies.: The Romanian Communist Party and its Central Commitee: Patterns of Growth and Change (Southeastern Europe 6) 1979; D. Ghermani, Die nationale Souveränitätspolitik der SR Rumänien, 2 Bde. 1981 f.

Rumänische Nationalpartei (**PNR,** Partidul Naţional Român) auch Nationalpartei (Partidul National). Offizielle Bezeichnung: **Rumänische Nationalpartei Siebenbürgens, des Banats und Ungarns** (Partidul Naţional Român din Ardeal, Banat şi Ungaria/Román Nemzetiségi Párt).

Die PNR stellte organisationsgeschichtlich das Endergebnis der von der Intelligenz aus griechisch-uniertem und orthodoxem Klerus, Beamten (vor allem Lehrern), Freiberuflern (wie Rechtsanwälte) sowie vereinzelt Großgrundbesitzern getragenen dakorumänischen Nationalbewegung mit einem präpolitisch motivierten Anhang unter der landarmen Bauernschaft dar.

Gründung: Auf einer Delegiertenversammlung vom 12.–14. 5. 1881 in Sibiu (Hermannstadt) unter der Leitung des orthodoxen erzbischöflichen Vikars *N. Popea.*

Programm: Bis zum 1. Weltkrieg lief das Bemühen der rumänischen Nationalbewegung auf die öffentlich-rechtliche Anerkennung als ethnische Gemeinschaft hinaus. Das 9-Punkte-Programm von 1881 verlangte eine Revision des Nationalitätengesetzes von 1868, die uneingeschränkte Selbstverwaltung der rumänischen Kirchen und Schulen, den Gebrauch der rumänischen Sprache in Schule, Verwaltung und vor Gericht. Zu diesem typischen Minderheitenprogramm traten die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht (1895), Agrarreform (1905), nationaler politischer Autonomie (1910) und Arbeitsschutzgesetzgebung (1918). – Danach: Abbau der Prärogativen der Krone, Aufrechterhaltung der Autonomie Siebenbürgens, Schutz der neuen Minderheiten.

Organisation: 1848 rief der orthodoxe Bischof *A. Şaguna* vorübergehend einen »ständigen Ausschuß« ins Leben. Eine echte Parteileitung gab es seit 1881. – Hinter der PNR stand lokal – zum Teil vorbereitet durch die Selbstverwaltung der orthodoxen Kirche – ein reiches, von der Intelligenz organisiertes Vereinswesen zur Verbreitung der rumänischen Sprache (u. a. die »Asociaţiunea transilvană pentru literatura şi cultura poporului român«, ASTRA, gegr. 1861 mit *Şaguna* als Vors. sowie die 1872 entstehende Genossenschaftsbewegung). – Nach 1918 behielt die PNR zunächst noch ihr Organisationsmonopol unter den siebenbürgischen Rumänen. Deren Interessenartikulation nach Klassen bahnte sich durch die Fusion der PNR mit den kleinbäuerlichen Parteien des Altreiches und Bessarabiens (→ NATIONALE BAUERNPARTEI) sowie der nachfolgenden Abspaltung der besitzenden Schichten (→ RUMÄNISCHE FRONT) an. Der Autorität der Kirche auf dem Dorf verdankte die Partei ihre 1918, 1928 und 1935 als → NATIONALE BAUERNPARTEI bewiesene Fähigkeit zur momentanen Massenmobilisation.

Presse: unter anderem ›Gazeta Transilvaniei‹ (1838–1944; Braşov, später Sibiu), ›Telegraful român‹ (1853 – nach 1944; Sibiu, Organ der orthodoxen Metropolie), ›Tribuna‹ (1884–1903 Sibiu; 1904–12 Arad), ›România; Patria‹ (beide 1919 – vor 1944 – Cluj).

Geschichte: Die Vorbereitungen für eine rumä-

nische Nationalpartei in ganz Ungarn begannen im Februar 1880, nachdem es in den 60er Jahren schon im »engeren Ungarn« zu Zusammenschlüssen auf Komitatsebene gekommen war. *N. Popea* und *I. Hodoşiu* riefen im Namen eines »Zentralen Wahlausschusses« der Siebenbürger Rumänen zu entsprechenden lokalen Gremien auf. Dem folgte ein Aktionsprogramm (Sibiu, 17.–20. 10. 1880). Die Wählerklubs bestimmten je Wahlbezirk 2 Delegierte. Der Gründungsparteitag berief einen 11köpfigen Wahlausschuß, übertrug das Amt des Vors. an *Popea,* machte *P. Cosma* zu seinem Stellvertreter, *A. Trombiţaş* zum Sekretär und verabschiedete das Programm. 1881 errang die PNR 2 Mandate. Eine damals gegr. RUMÄNISCHE VERFASSUNGSPARTEI (Partida Constituţionalâ Română) scheiterte. Der 2. Parteitag (1884) wählte *Bariţiu* zum Vors. Die im gleichen Jahr gegr. GEMÄSSIGTE RUMÄNISCHE NATIONALPARTEI (Partidul Moderat Român) fand nur vorübergehend Anhang. Der 3. Parteitag (1887) stimmte geschlossen für Wahlboykott. Nur *L. Mocsáry*, der frühere Vors. der UNABHÄNGIGKEITSPARTEI (→ Ungarn, STAATSRECHTLICHE OPPOSITION), ließ sich im Mai 1888 als Kandidat der PNR aufstellen (1 Sitz).

Die neue Parteispitze (1887–90) mit *Raţiu* als Vors. (wie 1892–1902; 1890–92: *Babeş*) ging daran, die Öffentlichkeit über die Gravamina der Rumänen aufzuklären. Kaiser *Franz-Joseph* jedoch wies das sog. Memorandum (eine Petition) als König von Ungarn wegen verfassungsrechtlicher Bedenken zurück (März 1892): die Delegation war in Wien – und nicht in Budapest – erschienen, weil sie Repressalien befürchtete. Der anschließende Hochverratsprozeß gegen die Abordnung in Cluj, das Verbot der PNR (Juni 1894), die Auflösung ihres Exekutivkomitees (Januar 1895) sowie *Brotes* Streitschrift »Die rumänische Frage in Ungarn« (Berlin 1895) sicherten der PNR ein breites Echo im Ausland, darunter Westeuropa. Die Verständigungsbereitschaft der »Memorandisten« *Brote, Albini* und *A. Popovici* setzte sich nicht durch. Verbindungen zu den Serben – im Banat schon 1869 – durch *S. Miletić* und durch *G. Augustini* zu den Slowaken führten zum »Kongreß der Nationalitäten« (Budapest, 10. 8. 1895). Er stärkte den Widerstandswillen einer jungen, ambitionierten Führungsgeneration (aus der Intelligenz). 1896 errang die inzwischen wieder zugelassene PNR 1 Sitz. 1901 legte sich das Exekutivkomitee auf Wahlabstinenz fest. Der Parteitag von 1905 (Sibiu, 23. 1.) beschloß die Wiederaufnahme des parlamentarischen Kampfes (1905: 8, 1906: 14 Mandate). Die engen Kontakte der neuen Parteiführung unter *A. Lazăr, I. Maniu* und *V. Goldiş* zum sog. Belvedere-Kreis des Thronfolgers, Erzherzog *Franz Ferdinand* und dessen »antidualistische« Reichsreformpläne führten zur Ausarbeitung eines Föderalisierungsprogrammes für den Gesamtstaat (Popovici: »Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich«, Leipzig 1906). Die PNR bildete nun zusammen mit den serbischen und slowakischen Abg. die Parlamentsfraktion der »Nationalitätenpartei« unter der Leitung von *T. Mihaili.* – Seit der Wahlniederlage von 1910 (5 Sitze) bahnte sich ein innerparteilicher Konflikt an. Die von *Maniu, Vaida-Voevod* und *Mihaili* geführte Mehrheit trat für den Verbleib Siebenbürgens in der Monarchie ein. Die Minderheit der sog. Stählernen (oţeliţi) um *Lucaciu,* den Schriftsteller *Goga* (→ NATIONALE AGRARPARTEI) und den Journalisten *I. Rusu-Sirianu* mit der Zeitung ›Tribuna‹ forderte schon 1912 den Anschluß an das Königreich. Damals erreichte der aus Bukarest als Vermittler entsandte *Stere* eine Versöhnung zwischen beiden Flügeln: die PNR konnte, angeführt von *Pop de Băşeşti,* nach außen geschlossen gegen das Projekt einer magyarischen griechisch-unierten Diözese in Siebenbürgen auftreten (Massenkundgebung in Alba Iulia/Gyulafehérvár/Karlsburg, 11. 6.). 1914 blieb eine ähnliche Mission erfolglos: die Minderheit verließ das Exekutivkomitee aus Protest gegen Verständigungsversuche (1913f) der Parteispitze (darunter *I. Mihu*) mit der Regierung *I. Tisza* (→ Ungarn, NATIONALE ARBEITSPARTEI).

Die PNR leitete 1918 die Angliederung Siebenbürgens und der überwiegend rumänischsprachigen Gebiete des »engeren Ungarn« an Altrumänien. Ende September nahm sie Verbindung zur »Rumänischen Sektion« in der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI UNGARNS auf (→ SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI). Beide einigten sich am 12. 10., im Budapester Parlament Anspruch auf unbedingtes Selbstbestimmungsrecht der Rumänen zu erheben. Am 30. 10. bildeten PNR und die Sektion einen 12köpfigen, paritätisch beschickten »Zentralen Rumänischen Nationalrat« (Consiliul Naţional Român Central Sitz: Arad). Nach vergeblichen Verhandlungen mit der Regierung *Károlyi* informierte er die Regierung in Budapest, daß er die Herrschaft über 23 Komitate übernommen habe. Lokale und regionale »Räte« schickten 1228 durch offene Wahl bestätigte Delegierte (davon 1078 PNR, 150 Sozialdemokraten) in die »Große Nationalversammlung« (Marele Adunare Naţională), eine Art Konstituante der Rumänen des »weiteren Ungarn«. Sie trat am 30. 11. in Alba Iulia zusammen. Am 1. 12. 1918 ließ sie die Bedingungen für einen Zusammenschluß mit dem Alten Königreich durch eine Massenversammlung bestätigen (sog. Deklaration von Alba Iulia/Karlsburger Beschlüsse). Sie betrafen: allgemeines Wahlrecht, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Kleinparzelle, Arbeitsschutzgesetzgebung, nationale und religiöse Freiheit für alle ethnischen Gruppen bei Gebrauch der Muttersprache in Erziehung, Verwaltung und Rechtswesen. – Der Nationalkongreß bestellte ein Regionalparlament (150 Abg.; davon 120 PNR, 30 Sozialdemokraten), welches am 2. 12. eine Provisorische Regierung (Consiliu Dirigent) unter *Maniu* damit beauftragte, die Autonomie Siebenbürgens und der angrenzenden Territorien bis zu

einer Konstituante für den großrumänischen Gesamtstaat sicherzustellen. Das Kabinett *Brătianu* (→ NATIONALLIBERALE PARTEI) anerkannte die Union (mit Dekret vom 11. 12.). Daraufhin trat o. a. Exekutive ihm die Ressorts Äußeres und Krieg ab (14. 12.). – Die Arbeit der Provisorischen Regierung (aufgelöst: April 1920, → VOLKSPARTEI) ließ die Verwässerung der Programmerklärung erkennen. Das Agrargesetz von 1919 enteignete nur einen Besitz über 288 ha. Das undemokratische Wahlrecht – wurde in einem Wahlkreis nur ein Kandidat aufgestellt, galt dieser automatisch als gewählt – begünstigte die PNR zum Nachteil der Minderheiten und schloß die Frauen überhaupt aus.

In das erste (aufgrund des allgemeinen Wahlrechtes zustande gekommene) Parlament Großrumäniens (→ Einleitung) entsandte die PNR 199 von 205 Abg. (Herbst 1919). Mit der → BAUERNPARTEI (des Altreiches), der BESSARABISCHEN BAUERNPARTEI, der → BAUERNPARTEI-LUPU, der → DEMOKRATISCHEN PARTEI DER EINHEIT und Iorgas → NATIONALDEMOKRATISCHER PARTEI war sie eine Listenverbindung eingegangen. Durch diesen sog. »Parlamentarischen Block« über eine solide Sitzmehrheit im Abgeordnetenhaus verfügend, schritt sie mit *Vaida-Voevod* als Ministerpräsident zur Regierungsbildung, mit dem Ziel, den scheinkonstitutionellen Zuständen Vorkriegsrumäniens ein Ende zu bereiten. Dieser Versuch zur Demokratisierung erstickte aus vielerlei Gründen. Der Weg zur Sozialreform konnte angesichts der zahlreichen unbewältigten Probleme des neuen Staatswesens nicht lange durchgehalten werden. Zwar ratifizierte die Regierung des »Parlamentarischen Blockes« das Minderheitenschutzstatut der Pariser Friedenskonferenz (9. 12. 1919). Doch stürzte sie über der Landbesitzumverteilung (→ Einleitung). Auf Druck der → BAUERNPARTEI modifizierten wohldurchdachte Agrargesetze u. a. das Dekret vom Dezember 1918. Gegen den Willen der Krone wagte das Kabinett, das Parlament hierüber beschließen zu lassen. Daraufhin entließ es der König (Frühjahr 1920).

Bei den anschließenden Wahlen des gleichen Jahres errang die PNR als NATIONALPARTEI und Mitinitiatorin des → BUNDES DER NATIONAL-SOZIALEN DEMOKRATIE 34, 1922 25 Mandate (7,70%). Der Krönung König *Ferdinands* in Alba Iulia (15. 10. 1922) blieb sie fern. Ebenso boykottierte sie die Abstimmung über die Verfassung von 1923. In beiden Fällen wollte sie durch ihre Verweigerungshaltung zum Ausdruck bringen, daß der neue Staat die »Karlsburger Beschlüsse« verletze. – Die PNR nahm über die NATIONALISTISCHE VOLKSPARTEI vorübergehend Anhänger aus *Iorgas* → NATIONALDEMOKRATISCHER PARTEI und Reste von *T. Ionescus* ehemaliger → KONSERVATIV-DEMOKRATISCHER PARTEI auf.

Die Fusionsverhandlungen zwischen PNR und → BAUERNPARTEI nach 1920 stießen sich an programmatischen Gegensätzen und den Intrigen der Hofkamarilla, die den demokratischen Radikalismus beider Parteien fürchtete. Die gemeinsame Gegnerschaft zu den NATIONALLIBERALEN führte bei den programmatischen Zugeständnissen der Zaranisten unter *Mihalache* zur Bildung der → NATIONALEN BAUERNPARTEI (1926).

M. Constantinescu, Şt. Pascu, Desăvîrşirea unificării statului naţional român: Unirea Transilvaniei cu vechea Românie, Bukarest 1968; L. Révész, Nationalitätenfrage und Wahlrecht in Ungarn, 1848–1918 (Ungarn-Jahrbuch 3) 1971; A. Toth, Parteien und Reichstagswahlen in Ungarn, 1848–1892, 1973; K. Hitchins (Hg.), The Nationality Problem in Austria-Hungary: The Reports of Alexander Vaida to Archduke, Franz-Ferdinand's Chancellery, Leiden 1974; V. Netea, Lupta românilor din Transivania pentru liberatea naţională, 1848–1881, Bukarest 1974; L. Jordáky, A Román Nemzeti Párt megalakulása, Budapest 1974; K. Hitchins, Rumanian Socialists and the Nationality Problem in Hungary, 1903–1918 (Slavic Review 35), 1976; F. Gottas, Ungarn im Zeitalter des Hochliberalismus. Studien zur Tisza-Ära, 1875–1890, Wien 1976.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rumäniens (PSDMR, Partidul Social-Democrat al Muncitorilor din România).

→ Sozialdemokratische Partei.

Sozialdemokratische Partei (PSD, Partidul Social-Democrat).

Von der sozialkritischen Intelligenz der ethnischen Minderheiten, rumänischen sowie einigen Funktionären aus dem niedergehenden Handwerk getragener Verband, der seine Zielgruppe (unqualifiziertes Proletariat der ersten Generation vom Lande) propagandistisch und organisatorisch nur punktuell erreichte. Gründung: *C. Dobrogeanu-Gherea, I. Nădejde* und *V. G. Morţun* riefen auf einer Delegiertenversammlung vom 12.–15. 4. 1893 in Bukarest die SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI RUMÄNIENS (PSDMR, Partidul Social-Democrat al Muncitorilor din România) aus.

Programm: Als Vorbild diente 1893 und 1910 das Erfurter Programm der deutschen SPD, ergänzt durch ein reformistisches Agrarprogramm (Schutz des Kleinbauerntums), das dem der → FRANZÖSISCHEN ARBEITERPARTEI entsprach, jedoch insofern eigenständig war, als es die Überwindung des russischen Populismus und westeuropäischen Anarchismus beinhaltete. Abgesehen von der sich mit der Wahlplattform von 1914 (entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes) abzeichnenden zeitweiligen Radikalisierung lag der Schwerpunkt des Forderungskatalogs vor und nach dem 1. Weltkrieg auf der »Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution« (Republik, allgemeines Wahlrecht, Koalitionsfreiheit). Die Sozialdemokratie Großrumäniens unterschied sich von der des Alten Königreiches durch ihre Haltung in der nationalen Frage (Balkanföderation anstelle Einheitsstaat der Rumänen).

Organisation: die PSDMR entstand als Dachverband von Debattierklubs studentischer Intelligenz in Bukarest und einigen Provinzstädten. Vereinzelte Arbeiterbildungsvereine taten sich lange Zeit schwer mit der Mitgliederwerbung. Die Tä-

tigkeit des Exekutivkomitees war ganz auf die Wahlen ausgerichtet. Arbeitervereine erreichten nach 1905 eine enge Verbindung zu den Gewerkschaften, die in der Zwischenkriegszeit und nach 1944 organisatorisch voll wirksam wurde. Dennoch bedrohten Mitgliederschwäche bzw. -fluktuation und Fraktionierungen zwischen den Führungsgruppen (überwiegend aus der Intelligenz) die Stabilität des inneren Gefüges der Partei während nahezu ihrer gesamten Existenz.

Presse: Die Sozialdemokratie verfügte wegen der Überrepräsentation an Intelligenz von Anbeginn über eine hervorragende Presse. Dazu gehörten Tages- und Wochenzeitungen: ›Lumea nouă‹, 1894–1900 und um 1933, ›România muncitoare‹, 1902, 1905–1914 z. T. als Wochenzeitung, danach unter dem Titel ›Lupta‹, ›Socialismul‹, ›Proletarul‹ ›Elöre‹, ›Vorwärts‹, Zeitschriften (Gîndul vremii, Şantier, Munca; alle nach 1918).

Geschichte: Die »Alte« sozialdemokratische Bewegung mit ihrer starken populistischen Unterströmung (1 Abgeordnetensitz zwischen 1888 und 1900) löste sich nach dem Übergang der Parteiintelligenz zur → NATIONALLIBERALEN PARTEI selbst auf (sog. »Verrat der Hochherzigen« 1899/1900). Nach 1905 entstand unter dem in der II. Internationale als Führer der Balkansozialisten anerkannten *C. Racovski* die »Neue Bewegung« mit der Gründung der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI RUMÄNIENS (PSDR, Partidul Social-Democrat din România) im Januar 1910. Für eine effiziente Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft fehlte es an Erfahrung. Im September 1915 schloß sich die PSDR der pazifistischen Zimmerwalder Bewegung an. Der Kriegseintritt Rumäniens 1916 beschleunigte den Linkstrend. Große Sympathie löste die russische Februarrevolution aus. *Racovski* agitierte im Sommer 1917 unter rumänischen Bauernsoldaten auf russischem Territorium (Zeitung ›Lupta‹, Odessa). Doch der damals bereits militärisch organisierten Nationalbewegung der Rumänen Bessarabiens waren seine Kontingente, die zum Sturz der Grundbesitzerklasse aufriefen, unterlegen.

Die ideologische Ausrichtung der sozialdemokratischen Gruppen unter den Rumänen Ungarns und der Bukowina differierte bereits 1914 von der der PSDR im Altreich nicht nur in der nationalen Frage. Die Gegensätze verschärften sich durch die russische Oktoberrevolution von 1917 und die Räterepublik in Ungarn (1919). »Quer« zu beiden »sozialistischen« Revolutionen lag die 1918 z. T. mit Unterstützung sozialdemokratischer Gruppen vollzogene großrumänische Einheit. Alle drei Ereignisse zusammen führten zu einem komplizierten Umgruppierungsprozeß (mit erheblichen organisatorischen Reibungsverlusten). Im Altreich entstand in der ersten Jahreshälfte 1919 eine SOZIALISTISCHE PARTEI RUMÄNIENS (Partidul Socialist din România). In ihr waren die Akteure der alten PSDR (bis auf den zu den Bolschewiki übergetretenen *Racovski*) versammelt. Dementsprechend stark waren bei diesen sog. Maximalisten die Sympathien für den Roten Oktober. Zu der Gruppe zählten *A. Dobrogeanu-Gherea, B. Ştefanov, E. Arbore-Ralli.* – In Ungarn bewirkte die 1905 gegr. Rumänische Sektion Siebenbürgens und des Banats in der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI UNGARNS (Presse u. a. ›Adevărul‹ als SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI SIEBENBÜRGENS UND DES BANATS (Partidul Social-Democrat din Ardeal si Banat) mit Sitz in Sibiu zusammen mit der → RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI 1918 die Ausgliederung Siebenbürgens und des Banates aus dem Staatsverband Ungarns. Die Sozialdemokraten Siebenbürgens trugen die Arbeit der dortigen Provisorischen Regierung (Consiliu Dirigent → RUMÄNISCHE NATIONALPARTEI) mit. Sie verließen sie am 2. 8. 1919. – Im Frühjahr 1919 fand in Bukarest eine Konferenz aller Regionalgruppen aus Siebenbürgen, dem Banat, der Bukowina und dem Königreich statt. Ein vorläufiges Programm wurde durch *I. Moscovici, Gh. Cristescu* und *C. Popovici* erarbeitet, das die Gegensätze zwischen den »Maximalisten« aus dem Altreich und den »Reformisten« aus den neuen Landesteilen *(I. Jumanca, I. Flueraş, Grigorovici)* zu überbrücken suchte. Strittig war die Haltung zur III. Internationale. Das wurde auch auf dem Parteitag der SOZIALISTISCHEN PARTEI RUMÄNIENS im Herbst 1919 deutlich. Vor den Wahlen gab es Verhandlungen mit *Averescu,* dem Sieger über die Räterepublik in Ungarn. Die SOZIALISTISCHE PARTEI erlangte im Wahlbündnis mit den Parteien des »PARLAMENTARISCHEN BLOCKES« 3,47% (7 Mandate) und 1920 4,82% (20 Mandate). Der Mißerfolg des von der Regierung mühelos niedergeworfenen Generalstreikes im Oktober 1920 und die Pressionen der III. Internationale spalteten die Arbeiterbewegung endgültig. Die »Maximalisten« erlangten auf einer Sitzung von Generalrat der SOZIALISTISCHEN PARTEI und Gewerkschaften Anfang 1921 einen Abstimmungssieg über das »Zentrum« (um *L. Ghelerter,* Anschluß an die III. Internationale mit Vorbehalten). Daraufhin traten »rechte« Vertreter aus. Die »Maximalisten« beschlossen auf dem Parteitag vom 8.–12. 5. 1921 in Bukarest den Anschluß an die Komintern (→ RUMÄNISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI). Die sozialistischen Gruppen Siebenbürgens und des Banates sowie die sozialdemokratischen des Altreiches und der Bukowina schlossen sich auf einer Zusammenkunft vom 19.–24. 6. 1921 in Ploeşti zu einer lockeren »Föderation« zusammen. Bei den Wahlen von 1922 erlangte die SOZIALISTISCHE PARTEI des Altreiches nur noch 1,80% (= 2 Mandate). Durch ihren Beitritt zum Dachverband auf der Konferenz in Bukarest vom 27.–28. 8. 1922 nahm dieser den Namen BUND DER SOZIALISTISCHEN PARTEIEN RUMÄNIENS (FPSR, Federaţia Partidelor Socialiste din România) an. Die 1926 in Bukarest gegr. SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (PSD, Partidul Social-Democrat) unter der Führung von *C.-T. Petrescu* (Altreich) und *Ş. Voinea* (Siebenbürgen) errang bei den nachfolgenden Wahlen 1,55% (keinen Sitz). Auf dem 2. Kongreß der FPSR, dem

sog. Vereinigungsparteitag (7.–9. 5. 1927 in Bukarest) einigten beide sich auf eine antikommunistische Plattform. Die neue Partei erlangte bei den Wahlen vom Juli 1,85 % (kein Mandat). Im Juli 1928 fusionierte die »Zentrumsopposition« um *Ghelerter* mit dem nicht mehr unter der Kontrolle der → Rumänischen Kommunistischen Partei (PCR) befindlichen Teil des Arbeiter- und Bauernblockes um *Cristescu* zu der unbedeutenden Partei der Sozialistischen Einheit Rumäniens (Partidul Socialist Unitar din România). Sie vereinigte sich 1937 wieder mit der Mutterpartei. Die Sozialdemokratie schloß im Februar 1928 ein Wahlkartell mit der → Nationalen Bauernpartei und erreichte bei den anschließenden Wahlen im November 9 Mandate, 1931 im Alleingang 6 Sitze (3,25 % der abgegebenen Stimmen) und 1932 7 Sitze (3,3 %). Der XV. (Mai 1933) und XVI. Parteitag (April 1936) bemühten sich vergeblich um eine Sammlung der Linkskräfte gegen den Rechtsradikalismus. Die Bildung einer antifaschistischen Volksfront gemeinsam mit der PCR lehnte die PSD bis auf eine Splittergruppe ab. Bei den Wahlen von 1933 (1,26 %) und 1937 (0,94 %) ging sie ohne Mandat aus. Der rechte Flügel arbeitete mit der autoritären Regierung *Tătărescu* der → Nationalliberalen Partei zusammen (*Flueraş, I. Mirescu*), *Grigorovici* auch mit der sog. Königsdiktatur (→ Front der Nationalen Wiedergeburt).

Kurz vor dem Staatsstreich König *Mihais* schloß die PSD im April 1944 ein Aktionsbündnis mit den Kommunisten ab. Sie war im ersten Kabinett des Vierparteienblockes (→ Einleitung) durch *Petrescu*, in den beiden folgenden durch ihn, *Ş. Voitec* und *L. Rădăceanu* vertreten. Dazu kam in der ersten Regierung der »Nationaldemokratischen Front« (→ PCR) *T. Ionescu*. Im Winter 1944/45 setzte ein sprunghaftes Wachstum des Mitgliederbestandes ein (rd. 500 000 Mitglieder bis Juli 1947). Vorbereitet durch die Anwerbung von Spitzengenossen durch die PCR – darunter *Voitec, Rădăceanu* und *T. Iordăchescu* – akzeptierte der außerordentliche (XVII.) Parteitag vom 10. 3. 1946 die Verbindung mit der Einheitswahlliste der Kommunisten. Als Protest gegen die Umklammerungstaktik der PCR gründete Parteiführer *Petrescu* die Unabhängige Sozial-Demokratische Partei (Partidul Social-Democrat Independent). Bei den Wahlen vom November gingen die Unabhängigen leer aus, die PSD gewann 81 Parlamentssitze. In die neue Regierung *Groza* entsandte sie anstelle des verhafteten *Petrescu* als vierten Minister *I. Pas*. Der letzte VIII. Parteitag (4.–8. 10. 1947), an dem auch führende Kommunisten teilnahmen, bereitete die erzwungene, auf dem ersten gemeinsamen, dem sog. Vereinigungsparteitag von 1948 vollzogene Absorbierung durch die PCR vor, die nun als Rumänische Arbeiterpartei auftrat. In sie brachte die PSD ca. 560 000 Mitglieder ein.

C.-T. Petrescu, Socialismul în România, 1835–6 septembrie 1940, Bukarest (1945); K. Hitchins, The Russian Revolution and the Rumanian Socialist Movement, 1917–1918 (Slavic Review 27) 1968; I. Cicală, Mişcarea muncitorească şi socialistă din Transilvania, 1901–1921, Bukarest 1976; M. Kitch, Constantin Dobrogeanu – Gherea and Rumanian Marxism (Slavonic and East European Review 55), 1977; N. Jurca, Mişcarea socialistă şi social-democrată din România, 1934–1944: Poziţia sa faţă de fascism şi război, Bukarest 1978; J. Schmidt, Student und Revolution in Rumänien vor 1914, Phil. Diss. Tübingen 1981 (in Vorbereitung).

Sozialistische Partei Rumäniens (Partidul Socialist din România) → Sozialdemokratische Partei.

»Takisten« → Konservativ-Demokratische Partei.

Ukrainische Bauernpartei (in der Bukowina; Ukrainska Hliborobska Partia, Partidul Ţărănesc Ucrainean).

Zusammen mit der Ukrainischen Partei Rumäniens (Partidul Ucrainean din România) mit Hauptrekrutierungsfeld in Bessarabien stützte sich diese 1931 (mit *C. Cracalia* als Vors.) gegr. Bauernorganisation auf die ukrainische Nationalitätengruppe in der Bukowina (1928: 2 Sitze im Wahlblock mit der Nationaldemokratischen Partei). Das Selbstbestimmungsrecht dieses Ethnikums in der Bukowina war 1918 nicht zum Zuge gekommen. Am 3. 11. 1918 beschloß die bukowinische Delegation der Westukrainischen Nationalrada den Anschluß der von Ukrainern bewohnten Landstriche an die Westukrainische Volksrepublik. Durch den Mitte des gleichen Monats erfolgten Einmarsch rumänischer Truppen wurden diese Beschlüsse hinfällig. Die Partei kämpfte für verfassungsmäßig garantierte Rechte der ukrainischen Volksgruppe, bekannte sich zur Staatsordnung und beanspruchte praktisch die Vertretung aller Klassen und Stände dieser in Rumänien lebenden Minderheitengruppe.

Unabhängige (Independenţi) → Bauernpartei-Lupu.

Ungarische Minderheitsparteien.

In allen 1918/20 an Altrumänien gefallenen Gebieten der sog. Länder der ungarischen Krone der Habsburgermonarchie (Siebenbürgen, ein Teil des Banates; die sämtlich geteilten Komitate Arad, Bihor, Satu Mare, Salaj, Maramureş) lebten 1930 rd. 1 900 000 Ungarn (Selbstschätzung; rumänische Zählung: 1 387 719 = 7,9 % an der Gesamtbevölkerung). Der lokale ungarische Land-(Komitats-)Adel (»Gentry«) stellte zusammen mit dem Groß- und Bildungsbürgertum, das sich im 19. Jh. der magyarischen Kultur geöffnet hatte (darunter Juden, Armenier, Deutsche) und anderen Schichten in Städten wie Cluj (Kolozsvár/Klausenburg), Oradea (Nagyvárad/Großwardein), Timişoara (Temesvár/Temeschwar), Arad u. a. bis 1918 die Bevölkerungsmehrheit. Geschlossen siedelten zudem die (katholischen) Székler Südostsiebenbürgens (einem agrarischen Rückzugsgebiet). – Anders auf dem Dorf, beson-

ders in den Bergregionen: hier überwogen Rumänen, die jedoch bei Anbruch des Industriezeitalters in die Täler und Flachgebiete sowie in die vom Industrialisierungsprozeß bereits erfaßten westlichen Randzonen des »weiteren Ungarn« strömten, um dort Arbeit zu finden. Agrarische Mentalität, Ghettosiedlung und das politische Klima Ungarns führten zur Abkapselung und Dauerkonfliktbereitschaft gegenüber der magyarischen Umwelt in der Stadt. Im Bemühen, ihren sozialen Aufstieg zu befestigen, trachtete die rumänische Intelligenz danach, die Ungarn aus ihren angestammten Führungspositionen zu verdrängen. Die Abtretung Siebenbürgens und des Banats an Rumänien im Frieden von Trianon verschlechterte die Situation der ungarischen Bevölkerung noch. Vom Minderheitenschutzvertrag von 1919 blieben sie ausgeschlossen. Angst der Rumänen vor einem Wiedererstarken Ungarns und vor der kulturellen Überlegenheit der Ungarn blockierten jeden ernsthaften Verständigungsversuch während der gesamten Zwischenkriegszeit; Kontakte bezweckten in erster Linie, sie von den Juden, als dem zweiten inneren »Feind«, isoliert zu halten, bzw. trugen wahltaktischen Charakter. Die Eliten Großrumäniens (d. i. vor allem des Altreiches) diskriminierten die ungarische Minderheit systematisch durch radikale Landenteignung, Vertreibung aus dem Hochschul-, Schul- und Vereinswesen (»Rumänisierung«) sowie vielfältige Entrechtungen und Behinderungen anderer Art. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, daß das politisch aktive Spektrum der Ungarn die »Annexion« nur schwer verwinden konnte und sich deren Revision zur Aufgabe machte. – Am 9. 1. 1921 wurde die Sektion Cluj des UNGARNBUNDES (Magyar Szövetség) ins Leben gerufen. Der Bund bekannte sich in einem am 23. 1. 1921 veröffentlichten Flugblatt zur nationalen Autonomie und rief zur Organisation auf. Die Anhänger der politischen Aktivität gründeten am 5. 6. 1921 in Bánffyhunyad die UNGARISCHE VOLKSPARTEI (Magyar Néppárt), deren Vors. der dortige Rechtsanwalt *L. Albrecht* und dessen Sekretär, der Architekt *K. Kós,* wurden. Nach Verhandlungen mit dem konservativen Flügel des UNGARNBUNDES wurde dieser schließlich am 6. 7. 1921 in Cluj auf Landesebene gegründet mit der »überparteilichen, universalen Vertretung des Magyarentums« als Aufgabe, aber bereits am 30. 10. 1921 wieder verboten. Nach der Ausschreibung der Wahlen für März 1922 wurde als Gegengewicht zur demokratischen VOLKSPARTEI am 12. 2. 1922 in Cluj die UNGARISCHE NATIONALPARTEI (Magyar Nemzeti Párt) gegründet (Vors. der unitarische Bischof *J. Ferenc*). Es drohte bereits die Spaltung der Ungarn in zwei Parteien, als die Regierung die Tätigkeit des UNGARNBUNDES während des Wahlkampfes genehmigte. Die administrativen Schikanen der Behörden hinderten jedoch die Ungarn an der Ausübung ihres aktiven und passiven Wahlrechts, so daß am 6./7. März sowie bei Nachwahlen nur 3 ungarische Abg. ins rumänische Parlament gewählt wurden. (Aufgrund ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung hätten die Magyaren 34 Abg. erhalten müssen). Nach den Wahlen teilte die Regierung dem Vorstand des UNGARNBUNDES mit, daß eine zusammenfassende Organisation des Magyarentums zwar nicht als Verein, doch als Vereinigung politischer Parteien genehmigt würde. Daraufhin wurde am 5. 8. 1922 in Cluj die UNGARISCHE NATIONALPARTEI auf Landesebene neu gegründet. Die Gründungsversammlung wählte *E. Grandpierre* zum Vors. und beschloß die Vereinigung mit der UNGARISCHEN VOLKSPARTEI zur UNGARISCHEN LANDESPARTEI (Országos Magyar Párt), die nach langwierigen Verhandlungen zwischen beiden Parteien am 28. 12. 1922 in Cluj vollzogen wurde.

Die auch UNGARNPARTEI (Magyar Párt, Partidul Maghiar) genannte neue Partei setzte sich für die Anerkennung der ungarischen Minderheit als öffentlich-rechtliches Subjekt im Sinne der Karlsburger Beschlüsse (→ RUMÄNISCHE NATIONALPARTEI) und des Friedensvertrages ein. Im einzelnen waren ihre Ziele Glaubens- und Gewissensfreiheit; Freiheit der Person, Vereinigungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit; Schutz des Privateigentums (Wiederaufnahme der Agrarreformgesetzgebung mit voller Entschädigung bei Enteignung, Freiheit des Handels und Gewerbes, progressives Steuersystem); Rechtsstaat (richterliche Unabhängigkeit, Gesetzgebung nur durch das Parlament); Dezentralisierung der Verwaltung einschließlich Wiederherstellung der lokalen Selbstverwaltung; Garantien gegen Wahlbetrug. – Über den Parteiensektionen in Gemeinden, Städten, Bezirken und Distrikten standen Landeskongreß und -vorstand. Ersterer trat alle 2 Jahre zusammen. Er wählte Vorstand (7 Mitglieder) und Exekutivkomitee (50 Mitglieder). Dieses Gremium bestimmte den Generalsekretär, den Präsidialrat (8 Mitglieder), der u. a. über die Wahlkandidaturen entschied. – Presse: Tageszeitung ›Keleti Ujságe‹ (1917–40, Parteiorgan ab 1927; Cluj), Zeitschrift ›Magyar Kisebbség‹ (1922–42; Lugoj u. a.).

Die Gründungsversammlung der UNGARNPARTEI stimmte dem Programmentwurf zu und wählte *S. Jósika,* den früheren Vors. des UNGARNBUNDES, zum Vors. Unter den 6 Parlamentariern konnten jedoch nur zwei soweit Rumänisch, daß sie an den Debatten teilnehmen konnten; *Gy. Bernády* knüpfte Kontakte zur regierenden NATIONALLIBERALEN PARTEI, *J. Sándor* suchte die Zusammenarbeit mit der oppositionellen RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI (PNR). Er wies am 17. 3. 1923 den Verfassungsentwurf Großrumäniens zurück, weil er nicht genügend Garantien für den Schutz der Minderheiten enthalte. Im Juli 1923 starb *Jósika; I. Ugron* übernahm vorläufig als stellvertretender Vors. die Führung der Partei. Am 23. 10. 1923 schlossen in Bukarest die UNGARNPARTEI und die → VOLKSPARTEI ein Wahlbündnis, den sog. Pakt von Ciucea/Csucsa. *Al. Averes-*

cu versprach sich davon Einbrüche in die siebenbürgischen Wähler *Manius* (PNR). Auf Drängen von *Bernády* kündigte *Ugron* das Wahlbündnis am 1. 2. 1926. Die UNGARNPARTEI beteiligte sich an den Kommunalwahlen im Februar auf gemeinsamer Liste mit der NATIONALLIBERALEN PARTEI und erzielte beachtliche Erfolge. Nach Ernennung *Averescus* zum Regierungschef legte *Ugron* den Parteivorsitz nieder. Provisorisch übernahm ihn *Gy. Bethlen*. *E. Gyárfás* erreichte am 21. 4. in Bukarest die Wiederherstellung des Paktes von Ciucea. Bei den Wahlen vom 25. 5. 1926 stellte die Partei (auf den Listen der VOLKSPARTEI) 15 Abg. und 12 Senatoren (ihr bestes Wahlergebnis). Unter dem Druck der Opposition konnte *Averescu* die Ziele der Ungarn nicht einlösen. Der I. Parteitag am 10. 11. 1926 in Gheorgheni bestätigte *Bethlen*. Ein Antrag einer »Reformgruppe« unter der Führung des Publizisten *M. Krenner* auf mehr innerparteiliche Demokratie scheiterte an der konservativen Mehrheit des Exekutivkomitees. Im Juni 1927 vereinbarten *Bethlen* und Vertreter der deutschen Minderheit die Bildung eines Minderheitenblocks (1927: 15 Mandate = 6,3 %, davon 8 Ungarn; drittgrößte Partei). Daraufhin gründeten die alten Führer der UNGARISCHEN VOLKSPARTEI sowie die Anhänger o. a. »Reformgruppe« im Distrikt Bihor/Komitat Bihar die UNGARISCHE VOLKSPARTEI neu (Vors. *Kecskeméthy*). Sie beschuldigte die UNGARNPARTEI, einen Keil zwischen das ungarische und das rumänische Volk zu treiben. Daher kündigte sie die Zusammenarbeit mit der → NATIONALEN BAUERNPARTEI an. Große Erwartungen knüpften sich an die Regierung *Maniu* (→ NATIONALE BAUERNPARTEI). Die UNGARNPARTEI trat bei den Parlamentswahlen vom 12. 12. 1928 zum ersten Mal selbständig auf (6,1 % der abgegebenen Stimmen = 16 Mandate: zweitgrößte Partei). – Eine von *P. Bárdos*, Gutsbesitzer im Bezirk Cluj, gegr. UNGARISCHE BAUERNPARTEI (Magyar Paraszpárt, Partidul Ţáránesc Maghiar) erreichte 5 Sitze (1932: 3).

Zwischen Juni 1931 und Dezember 1937 erzielte die UNGARNPARTEI mit 4,75; 4,75; 4,01; und 4,43 % 10, 14, 9 bzw. 19 Mandate. Das Parteienverbot der sog. Königsdiktatur (→ Einleitung) ließ sie in der → FRONT DER NATIONALEN WIEDERGEBURT aufgehen (17. 1. 1939). Nun anerkannte die Regierung die ungarische Minderheit als ethnisches Subjekt. Darauf entstand unter Baron *M. Bánffy* die UNGARISCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (Magyar Népközösség, gegr. 11. 2. 1939). Bei den korporativen Wahlen vom 1./2. 6. 1939 entsandte sie 11 Abg. in die Kammer.

Nach dem Einzug der Roten Armee (September/Oktober 1944) nahm eine linksgerichtete Gruppierung, 1933 aus der UNGARNPARTEI abgespalten, 1934 konstituiert als BUND UNGARISCHER WERKTÄTIGER (MADOSZ, Magyar Dolgozók Szövetsége) einen Aufschwung (Sekretär bis 1940: *L. Bányai* – Lehrer und RKP-Mitglied). Allein der MADOSZ schien die Möglichkeit zu erfolgreichem Abwehrkampf gegen neue nationale Unterdrückung bzw. Repressalien, nachdem Rumänien in den sowjetischen Machtbereich gefallen war, zu bieten. Anzeichen hierfür gab es frühzeitig; zuerst bei der Rückkehr der rumänischen Verwaltung, später auch von kommunistischer Seite.

Der MADOSZ schloß sich der NATIONAL-DEMOKRATISCHEN FRONT (→ Einleitung) an (6. 10. 1944). Noch im Oktober löste ihn der UNGARISCHE VOLKSBUND (MNSZ, Magyar Népi Szövetség; Vors. *Gy. Kurkó*) ab. Dieser nahm im Block der Demokratischen Parteien (→ RUMÄNISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI, PCR) an den Wahlen vom 19. 11. 1946 teil (28 Sitze). Bei den Wahlen zur Großen Nationalversammlung 1948 (→ Einleitung) an der »Front der Volksdemokratie« (→ PCR) beteiligt, erzielte er 35 Mandate.

Zwar sicherte der bis zum Abschluß des Friedensvertrages dominierende innenpolitische Einfluß der Sowjetunion der ungarischen Minderheit noch gewisse Rechte. Doch die Versöhnungsbereitschaft der Regierung *P. Groza* war lediglich taktisch gemeint, d. h. in dem Maße, wie sich die Herrschaft der PCR konsolidierte, vereinnahmte sie den alten Nationalismus; hatte sie sich doch 1945 ff. gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit nur durch den Wiedererwerb Nordsiebenbürgens legitimieren können. Als Vorspiel dafür diente die schrittweise Rücknahme ungarischer Minderheitsrechte: 1953 löste sich der MNSZ zwangsweise selbst auf (1956 ff. Beseitigung der ungarischen Universität in Cluj und Aufhebung der »Autonomen Region Tîrgu Mureş«). Seither verfügt die Minderheit über keinerlei Organisation mehr zum Schutz ihrer Interessen. A. TOTH

C. A. Macartney, Hungary and her Successors: The Treaty of Trianon and its Consequences, London 1937; I. Mikó, Huszonkét év, Az erdélyi magyarság politikai története 1918. december 1-től 1940. augusztus 30-ig, Budapest 1941; A. Simion, Dictatul de la Viena, Cluj 1972; Gh. Bodea, Lupta curentelor opoziţioniste în sînul Partidului Maghiar din România pentru întărirea unităţii fraţeşti a oamenilor muncii, 1918–1928 (Acta Musei Napocensis 10), 1973; E. Illyés, Erdély változása, Mítosz és valóság, 1976; K. Verdery, Ethnic Stratification in the European Periphery: The Historical Sociology of a Transylvanian Village, Ph. D. Diss. Stanford Univ. Berkeley 1977; A. C. Janos, The Rise of Modern Hungary: The Politics of Backwardness, 1825–1944 (im Druck).

Ungarnpartei (Magyar Pàrt, Partidul Maghiar) → Ungarische Minderheitsparteien.

Volkspartei (Partidul Poporului), auch »Averescaner«.

Mit ihren Rekrutierungsfeldern aus der Armee, Kirche und Bauernschaft stellte diese »klerikale Partei« (traditioneller Weltanschauung) das organisatorische Bindeglied zwischen dem Populismus und dem Agrarfaschismus dar.

Programm: Die Volkspartei wollte die »Partei der verfassungstreuen Demokratie« sein und sich »in erster Linie« auf die Bauernschaft stützen. Den Klassenkampf lehnte sie ab. Ihr Leitspruch war: »Arbeit, Ehre, Gesetzlichkeit«. Politisch sollte die volle nationale Einigung unter einer monarchisch-konstitutionellen Führung erreicht werden. Sozial sollte ein Gleichgewicht zwischen

arm und reich hergestellt werden. Wirtschaftlich sollte das Privateigentum als Grundlage der Gesellschaft gegen alle Umsturzversuche verteidigt werden.

Presse: ›Îndieptarea‹ (Bukarest 1918ff.)

Geschichte: Zu einer Politikergruppe aus der → KONSERVATIVEN PARTEI um den Priester *P. P. Negulescu, C. Argetoianu, I. Gradişteanu, E. Goga und V. Atanasiu*, die sich im Sommer 1917 in Odessa zusammengefunden hatte, stieß im März 1918, als das Ende seiner Ministerpräsidentenschaft feststand, der Marschall *A. Averescu*. Er gründete am 1.4. 1918 in Jassy die VOLKSLIGA (Liga Poporului), die sich als gegenrevolutionäre Sammlungsbewegung verstand. Zu der Gruppierung stießen im Herbst 1918 die Grundbesitzer und Generäle *C. Văleanu, G. Cantacuzino-Granicerul* (später → EISERNE GARDE), *Cocorăşcu, G. Crăciuneanu* u. a. Es folgte eine weitere Gruppe konservativer Politiker wie *M. Cantacuzino* und *A. Popovici-Taşca*. Aus Siebenbürgen, dem Banat und der Bukowina schlossen sich u. a. *Al. Mocioni, O. Tăslăoanu, I. Flondor* an. Aus Bessarabien *V. von Herţa*, um den sich Großgrundbesitzer gesammelt hatten sowie eine Gruppe der »UNABHÄNGIGEN« um *S. Niţă*. Dazu kam aus dem Altreich der wichtigste Vertreter des organisierten Antisemitismus, *A. C. Cuza*. Bei den im Sommer 1918 von der Regierung *Marghiloman* abgehaltenen Wahlen war *Averescu* in sechs Wahlkreisen erfolgreich. Für die Wahlen vom Herbst 1919 als »vereinte Opposition« kündigte die Liga ein Wahlbündnis mit *T. Ionescus* Gruppierung sowie angeblich mit der bereits in der → BAUERNPARTEI aufgegangenen PARTEI DER ARBEIT (Partidul Muncii) an. Die Verhandlungen zwischen der Liga und der → RUMÄNISCHEN NATIONALPARTEI über eine Fusion beider Parteien scheiterten nur am Widerspruch *Manius*. Am 2.10. 1919 fand der erste Parteitag der Liga in Bukarest statt. Er beschloß den Boykott der anstehenden Wahlen, bei denen die Liga nur 1,20% (= 7 Sitze) erhielt. Bei Teilwahlen am 7. und am 8.2. 1920 erzielte AVERESCU überraschende Erfolge und wurde am 13.3. 1920 vom König zum Ministerpräsidenten ernannt. Sein Kabinett, in dem auch *Ionescus* Partei vertreten war, verabschiedete u. a. die Agrarreformgesetzgebung und Steuergesetze. Es unterdrückte den im Oktober angelaufenen Generalstreik (→ SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI). Außerdem löste es mit Dekret vom 2.–3.4. 1920 den »Consiliul Dirigent« (→ RUMÄNISCHE NATIONALPARTEI) auf sowie die Sonderministerien für die Bukowina und Bessarabien. Zuvor hatte ein Kongreß in Bukarest die Umwandlung der VOLKSLIGA in die Volkspartei beschlossen, 16.–17.4. 1920). Der Volkspartei gelang es, sich organisatorisch auf die neuen Provinzen auszudehnen. Bei den nachfolgenden Wahlen unter Belagerungszustand und Pressezensur gewann die Volkspartei 44,64% der abgegebenen Stimmen (= 224 Sitze). Davon entfielen auf das Altreich 126. Bei den Wahlen von 1922 errang die Partei nur 6,5% (= 12 Sitze). Wichtige Parteikongresse fanden 1922 in Sibiu/Nagyszeben/Hermannstadt und 1923 in Chisinau/Kisinev statt. Um der → NATIONALLIBERALEN PARTEI seinen Massenanhang zu verdeutlichen, rief *Averescu* im Juni 1924 zu einer Massenversammlung auf, der etwa 30000 Anhänger folgten. 1923 verließ *Argetoianu* die Partei und tat sich mit *Iorga* zur NATIONALISTISCHEN VOLKSPARTEI zusammen. Nach der Ernennung zum Ministerpräsidenten im Frühjahr 1926 setzte *Averescu* rücksichtslos den Militärapparat ein, um den Wahlausgang in seinem Sinn zu entscheiden (52,09% = 292 Sitze). Unter den vom Kabinett *Brătianu* 1927 ausgeschriebenen Wahlen erzielte die Volkspartei mit 1,93% kein Abgeordnetenmandat, bei den Wahlen von 1928 auch nur 2,48% (5 Sitze). Seither begann sich die Führungsgruppe der Partei aufzulösen. 1931 erlangte sie 4,82% (10 Sitze), 1932 2,16% (4 Sitze) und 1937 0,83%.

Verfügte die Partei unmittelbar nach der im Altreich »von oben« vollzogenen Landbesitzumverteilung über einen Anhang aus der antibolschewistisch eingestellten Kleinparzellenbauernschaft, so blieben ihr gegen Ende des Mehrparteiensystems in den späten 30er Jahren nur die Führerfiguren aus den alten Machteliten erhalten. Das Bauerntum wurde ihr von den eigentlichen rechtsradikalen Parteien abspenstig gemacht, deren ideologischen Nährboden die Volkspartei erst hatte vorbereiten helfen, indem sie 1920–21 als Regierungspartei die von dem vorangegangenen zaranistischen Kabinett (BAUERNPARTEI) eingeleiteten Demokratisierungstendenzen in der staatlichen Sphäre rückgängig machte. 1928 spaltete sich die Gruppe von *M. Manoilescu* ab; sie verselbständigte sich als NATIONALKORPORATISTISCHE LIGA (Liga Naţional-Corporatistă 1933ff.). *C. Garoflid* verließ die Partei und gründete die Agrarliga (Liga Agrară). *O. Goga* wurde 1932 Führer der → NATIONALEN AGRARPARTEI.

M. St. Cioroiu, O viaţă de prestigiu: Alexandru Averescu mareşal al României, Bukarest 1938; M. Rusenescu, I. Saizu, Viaţa politică în România, 1922–1928, Bukarest 1979.

»Zaranisten« → Bauernpartei, → Nationale Bauernpartei.

RUSSLAND/UdSSR

von

ALEXANDER FISCHER

In der Geschichte des Russischen Reiches spielten politische Parteien bis in das 20. Jh. hinein keine öffentliche Rolle. Sie existierten jedoch spätestens seit dem Ende des 19. Jh. im russischen Untergrund oder im westeuropäischen Exil als Ausdruck einer in der Regel revolutionären Opposition gegen die Selbstherrschaft der Dynastie *Romanov*. In dem autokratisch regierten Zarenreich trat erst im Zuge der Revolution von 1905 ein Wandel ein, der dem Land zwar kein parlamentarisches System im westlichen Sinne bescherte, aber doch erstmalig die Möglichkeit verschaffte, die unterschiedlichen, zum Teil sogar kontroversen Vorstellungen von der Zukunft der osteuropäischen Großmacht öffentlich vorzutragen und zu diskutieren.

Als erster zaghafter Schritt im Sinne einer Reform des absolutistisch-autokratischen Systems ist die Ankündigung des Zaren vom 18. 2.[3. 3.] 1905 anzusehen, eine Versammlung von gewählten Vertrauensleuten des Volkes in beratender Funktion zur Gesetzgebung heranziehen zu wollen. Diese »Gewährung eines Zemskij Sobor« (Hoetzsch) wurde allerdings durch ein Manifest gleichen Datums, das den Willen zur Erhaltung der Selbstherrschaft verkündete, unwirksam gemacht, jedoch betrachtete es *Nikolaj II.* offenbar als ein beträchtliches Zugeständnis, als am 6. [19.] 8. 1905 ein entsprechender Entwurf des Innenministers *A. G. Bulygin* bekanntgemacht wurde. Die Mitglieder der sogenannten Bulyginschen Duma sollten ständeweise (Adlige, Bürger, Bauern) in indirekter Wahl gewählt werden und lediglich das Recht erhalten, dem Staatsrat Gesetzesvorschläge zu unterbreiten. Wesentlich blieb, daß dem Parlament, das im Januar 1906 zusammentreten sollte, nur eine beratende Funktion zugestanden wurde.

Es bedurfte erst der zunehmenden Verschärfung der innenpolitischen Situation im Herbst 1905, um den Zaren zu weiteren Zugeständnissen zu veranlassen. Auf Drängen des Grafen *S. Ju. Vitte,* des Vors. des Ministerkomitees, erging das Manifest des Zaren vom 17. [30.] 10. 1905 (»Oktober-Manifest«). Es verhieß noch keine Verfassung, sondern nur eine Volksvertretung, die Staatsduma (Gosudarstvennaja duma). *Nikolaj II.* bekundete darin seinen Willen, »der Bevölkerung unerschütterliche Grundlagen der bürgerlichen Freiheit nach den Grundsätzen wirklicher Unantastbarkeit der Person, der Freiheit, des Gewissens, des Wortes, der Versammlungen und der Vereine zu geben«, und versprach, alle Bevölkerungsschichten an der Wahl zur Staatsduma zu beteiligen. Außerdem wurde der Regierung als »unerschütterliche Regel« aufgegeben, kein Gesetz ohne Genehmigung der Staatsduma zu erlassen und den Deputierten »die Möglichkeit wirklicher Teilnahme an der Aufsicht über die Gesetzmäßigkeit der Akte« der staatlichen Behörden zu sichern.

Diese »Magna Charta Rußlands« (Hoetzsch) ist insofern zum Ausgangspunkt für die

Entstehung eines russischen Parteiensystems geworden, als sich nunmehr aus den verschiedenen politischen Strömungen geschlossene Parteien herauszukristallisieren begannen bzw. bisher nur im Untergrund existierende Parteien eine legale Tätigkeit beginnen konnten. Jedoch stand die Staatsduma von Anfang an unter keinem besonders günstigen Stern, da die neue Verfassung nicht durch den Beschluß einer Volksvertretung zustande kam, sondern in Form der »Staatsgrundgesetze« am 23. 4. [6. 5.] 1906, d. h. unmittelbar vor Zusammentritt der Duma, vom Zaren auf dem Verwaltungswege oktroyiert wurde und daher umstritten blieb. Außerdem war das Wahlgesetz vom 11. [24.] 12. 1905 in seinen Konsequenzen eher dazu geeignet, die nach wie vor bestehenden Vorbehalte *Nikolajs II.* gegenüber jeder Art von Einschränkung der Selbstherrschaft zu verstärken. Es dehnte nämlich das Wahlrecht auf alle Wohnungsmieter in den Städten aus, so daß nun neben den Bauern und Immobilienbesitzern auch die Intelligencija und vor allem die Arbeiterschaft wahlberechtigt wurden. Die im Februar und März 1906 abgehaltenen Wahlen zur I. Duma sind zwar von den großen Parteien der Linken, den Sozialrevolutionären und den Sozialdemokraten, aus prinzipiellen Gründen boykottiert worden, führten aber dennoch zu einem Übergewicht liberaler und sozialistischer Strömungen. Von den 478 Sitzen erhielten die »Kadetten« 179, die »Trudoviki« 97, die »Autonomisten« 63, die Sozialdemokraten 18 und die »Oktobristen« 16; 105 Abgeordnete bezeichneten sich als parteilos (Angaben hier und im Folgenden nach Avrech/Grunt). Angesichts des Mißtrauens des Zaren und der Ignoranz seines Ministerpräsidenten *I. L. Goremykin* konnte die neue Institution nicht zum Forum eines echten Dialogs zwischen Staat und Gesellschaft werden.

Die I. Duma wurde am 27. 4. [10. 5.] 1906 eröffnet. In Ermangelung gesetzgeberischer Vorhaben der Regierung entwarfen die Deputierten in Form einer einstimmig verabschiedeten Adresse an den Zaren ein eigenes Programm. Darin wurden als Voraussetzung für eine geordnete Gesetzgebungsarbeit die Abschaffung der zweiten Kammer, des Staatsrates, eine der Duma verantwortliche Regierung, die Aufhebung aller Ausnahmegesetze sowie die Übertragung der Steuer- und Abgabenpolitik an das Parlament gefordert. Das konkrete Gesetzgebungsprogramm umfaßte eine gesetzliche Fixierung der Grundrechte, die Abschaffung der Todesstrafe, die Sozialgesetzgebung, die Enteignung des Großgrundbesitzes und eine gründliche Reform der lokalen Selbstverwaltung; darüber hinaus wurde eine Amnestie für alle religiös und politisch Verfolgten als erstes sichtbares Zeichen gegenseitigen Einverständnisses zwischen Zar und Volk befürwortet. Die Regierung verwarf diese Vorschläge nach langem Zögern unter Berufung auf eine »vernünftige Verbindung von Freiheit und Ordnung«. Als die Duma daraufhin begann, im Sinne ihres Programms die entsprechenden Gesetzentwürfe, insbes. zur Agrarfrage, zu diskutieren, und schließlich sogar die Bevölkerung aufforderte, eine Agrarreform abzuwarten, die unter Mitwirkung der Duma zustandekomme, wurde die für fünf Jahre gewählte Volksvertretung durch Erlaß des Zaren vom 8. [21.] 7. 1906 für aufgelöst erklärt.

Die Wahlkampagne zur II. Duma im Januar und Februar 1907 ergab im Vergleich zu ihrer Vorgängerin eine noch radikalere Zusammensetzung (»Duma des Volkszorns«), nicht zuletzt infolge der Beteiligung von Sozialrevolutionären und Sozialdemokraten. Von den 518 Deputierten, die an der Arbeit der II. Duma teilnahmen, waren u. a. 104 »Trudoviki«, 98 »Kadetten«, 65 Sozialdemokraten, 54 Rechte und »Oktobristen«, 37 Sozialrevolutionäre und 16 Volkssozialisten; dazu kamen noch 76 Deputierte verschiedener Nationalitäten und 50, die sich als parteilos bezeichneten. Dem neuen Parlament konnte daher kaum ein anderes Schicksal beschieden sein als dem vorhergehenden, zumal da nach Anwendung

brutaler Repression durch die Regierung eine Stabilisierung der inneren Machtverhältnisse im Sinne der Autokratie unverkennbar war. Um die Duma nicht wieder sich selbst zu überlassen, hielt der inzwischen zum Ministerpräsidenten ernannte *P. A. Stolypin* am 6. [19.] 3. 1907 eine programmatische Rede, in der er nicht nur zahlreiche, nach Art. 87 der Staatsgrundgesetze erlassene Verordnungen bekanntgab, sondern auch Gesetzentwürfe unter anderem zu den Grundrechten, zur Verbesserung des Gerichtswesens, zum Ausbau der Selbstverwaltungsorgane, zur Verwaltungsreform und zur Lösung der Agrarfrage vorlegte. Die Duma enthielt sich jedoch jeder Stellungnahme dazu und brachte auf diese Weise ihr Mißtrauen gegen das Programm einer Regierung zum Ausdruck, die im Kampf gegen die Revolution inzwischen zu Mitteln gegriffen hatte, die den Grundsätzen des Oktobermanifestes und der Verfassung von 1906 widersprachen. Der Affront wurde von der Regierung am 3. [16.] 6. 1907 mit dem Auflösungsbeschluß und einem neuen Wahlgesetz beantwortet.

Dieses Wahlgesetz, das auf eine Neuverteilung der Anzahl der Wahlmänner auf die einzelnen Kurien hinauslief und im übrigen einen eindeutigen Verfassungsbruch darstellte, war die Voraussetzung für ein Parlament, mit dem die Regierung zusammenarbeiten konnte. Nach den Wahlen im Herbst 1907 verfügten in der III. Duma (1. [14.] 11. 1907–9. [22.] 6. 1912) die Rechten und die »Oktobristen« über eine solide Mehrheit, an der auch zahlreiche Umgruppierungen auf dem rechten Flügel nichts ändern konnten. In der ersten Sitzung wurden unter anderem 154 »Oktobristen« (einschließlich der ihnen nahestehenden Deputierten), 97 gemäßigte Rechte und Nationalisten sowie 50 äußerste Rechte gezählt, dazu 54 »Kadetten«, 28 »Progressisten«, 19 Sozialdemokraten, 14 »Trudoviki« und 26 Angehörige nationaler Minderheiten. Kennzeichnend für die knapp fünfjährige Legislaturperiode war, daß *Stolypin* die gemäßigten Kreise der Duma für sein liberales Regierungsprogramm gewann. Trotz gelegentlich recht stürmischer Debatten über innenpolitische und auch, auf dem Umweg über das Budgetrecht, über außenpolitische Probleme nahm das Parlament jedoch »eher den Charakter einer beratenden als einer eigentlichen Legislativversammlung« (Oberländer) an.

Die Wahlen zur IV. Duma im September und Oktober 1912 brachten kaum Veränderungen in den Mehrheitsverhältnissen. Von den 442 Deputierten waren 65 Rechte, 120 gemäßigte Rechte und Nationalisten, 98 »Oktobristen«, 48 »Progressisten«, 59 »Kadetten«, 21 Angehörige nationaler Minderheiten, 10 »Trudoviki« und 14 Sozialdemokraten; 7 Deputierte bezeichneten sich als parteilos. Im Verlauf der Legislaturperiode (15. [28.] 11. 1912–25. 2. [10. 3.] bzw. 6. [19.] 10. 1917) sicherte das Parlament bei Beginn des Ersten Weltkrieges mit der Verabschiedung der Kriegskredite am 26. 7. [9. 8.] 1914 der Regierung zwar seine Unterstützung zu, versäumte es jedoch bei dieser Gelegenheit, von ihr dafür auch gewisse Reformgarantien zu verlangen. Es ergriff erst nach dem – angesichts der verheerenden Niederlagen der russischen Armeen einsetzenden – innenpolitischen Stimmungsumschwung die Initiative, um die brennendsten wirtschaftlichen und politischen Probleme zu meistern. Am 22. 8. [4. 9.] 1915 konstituierte sich mit dem »Progressiven Block« (Progressivnyj blok) eine Koalition aus 6 Fraktionen (»Progressisten«, »Kadetten«, Links-Oktobristen, Zemstwo-Oktobristen, Gruppe des Zentrums, Progressive Nationalisten), die etwa zwei Drittel aller Abgeordneten der Duma umfaßte. Zu den Hauptforderungen dieses politischen Zweckbündnisses gehörten erstens die »Schaffung einer vereinigten Regierung aus Personen, die das Vertrauen des Landes genießen und die in Übereinstimmung mit den gesetzgebenden Körperschaften in kürzester Frist ein konkretes Programm durchführen«,

sowie zweitens eine »entschiedene Änderung der bisher geübten Regierungspraxis, die durch das Mißtrauen gegenüber jeder eigenen Tätigkeit der Gesellschaft gekennzeichnet ist«. Nachdem diese Initiative jedoch infolge der Uneinsichtigkeit des Zaren wie seines Ministerpräsidenten *Goremykin* scheiterte, beschränkte sich die Duma darauf, den Niedergang des Zarenregimes mit heftiger Kritik zu begleiten.

Mit dem Untergang des Zarenregimes in der Februarrevolution von 1917 war auch das Schicksal der Staatsduma besiegelt, obwohl das Parlament in diesem letzten Akt der Geschichte des Zarenreiches durchaus eine eigene Rolle zu spielen versuchte. Als Zar *Nikolaj II.* die Tätigkeit der Duma mit Wirkung vom 26. 2. [11. 3.] 1917 für unterbrochen erklärte, weil er sie für einen Hauptunruheherd im Lande hielt, stimmte die Mehrheit der Deputierten zwar für eine Befolgung der kaiserlichen Anordnung, jedoch blieben die meisten Abgeordneten am Tagungsort in Petrograd. In einer inoffiziellen Sitzung in der Nacht zum 27. 2. [12. 3.] 1917 ermächtigten sie ihren Ältestenrat zur Bildung eines Provisorischen Komitees der Staatsduma (Vremennyj komitet Gosudarstvennoj dumy). Mit Ausnahme der äußersten Rechten gehörten ihm insgesamt dreizehn Vertreter aller größeren Parteien an. Eine aus dem Nationalisten *V. V. Šul'gin* und dem Oktobristen *A. I. Gučkov* bestehende Delegation des Exekutivkomitees veranlaßte am 2. [15.] 3. 1917 in Pskov den Zaren, zugunsten seines Bruders, des Großfürsten *Michail Aleksandrovič*, abzudanken. Nachdem auch dieser am Tage darauf seinen Verzicht auf den Thron erklärt hatte, wurde aus dem Russischen Reich ohne formellen Rechtsakt eine Republik. Die obersten Machtbefugnisse gingen ohne förmlichen Auftrag auf eine Provisorische Regierung (Vremennoe pravitel'stvo) über, die am 2. [15.] 3. 1917 vom Duma-Komitee ernannt worden war. Unter Führung des Ministerpräsidenten Fürst *G. E. L'vov* setzte sie sich zunächst aus ehemaligen Angehörigen des »Progressiven Blocks« und einem Vertreter der Linken, dem Trudovik *A. F. Kerenskij*, zusammen. Sie verkündete die Grundrechte und versprach, in aller Kürze eine Konstituierende Versammlung auf Grund allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahlen einzuberufen, konnte jedoch angesichts der Parallelexistenz eines »Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten« und den damit verbundenen Problemen der sogenannten Doppelherrschaft sowie infolge unterschiedlicher Auffassungen der sie tragenden Parteien keine durchgreifenden Maßnahmen veranlassen. Staatsrechtlich war die Provisorische Regierung bis zur Oktoberrevolution das oberste Organ der Staatsgewalt in Rußland, während die Duma bzw. ihr Provisorisches Komitee mit Wirkung vom 7. [20.] 10. 1917 durch den Provisorischen Rat der Russischen Republik (Vremennyj sovet Rossijskoj respubliki), dem sog. Vorparlament, abgelöst wurde. Die immer wieder verschobenen Wahlen zur Allrussischen Verfassunggebenden Versammlung (Vserossijskoe Učreditel'noe sobranie), die trotz des bereits erfolgten bolschewistischen Staatsstreichs schließlich am 12. [25.] 11. 1917 abgehalten werden sollten, konnten offenbar nicht in allen Wahlkreisen durchgeführt werden, so daß nur 715 Deputierte (von 800) gewählt wurden. Der sich mancherorts bis Anfang 1918 hinziehende Wahlgang erbrachte (nach Znamenskij) eine absolute Mehrheit der rechten Sozialrevolutionäre (370 Sitze); auf die Bolschewiki entfielen 175 Abgeordnete, außerdem unter anderem auf die linken Sozialrevolutionäre 40, auf die »Kadetten« 17, auf die Menschewiki 16, auf die Volkssozialisten 2 und auf nationale Gruppen 86.

Die überwältigende antibolschewistische Mehrheit veranlaßte *Lenin*, für ein schnelles Ende des Parlamentarismus in Rußland zu sorgen. Entgegen zunächst umlaufenden Gerüchten, daß die Konstituante niemals zusammentreten werde, konnte sich die überwiegende

Anzahl der Deputierten (u. a. 259 rechte Sozialrevolutionäre, 136 Bolschewiki, 40 linke Sozialrevolutionäre, 13 ukrainische Sozialrevolutionäre, 5 Menschewiki) zwar am 5. [18.] 1. 1918 in dem von schwerbewaffneten Truppen umgebenen Taurischen Palais versammeln und den Sozialrevolutionär *V. M. Černov* zu ihrem Präsidenten wählen. Als sich ihre Mehrheit jedoch weigerte, der bolschewistischen Forderung nach vorbehaltloser Anerkennung der Sowjetmacht zuzustimmen, und dafür in feierlicher Weise die demokratische föderative Republik ausrief, wurde das gewählte Parlament des Russischen Reiches am nächsten Tag, dem 6. [19.] 1. 1918, von den Bolschewiki mit Waffengewalt an der Weiterarbeit gehindert. Diese »vollständige und offene Liquidation der Idee der Demokratie zugunsten des Gedankens der Diktatur« (Lenin) ist durch ein Dekret des Allrussischen Exekutivkomitees der Sowjets untermauert worden, das in der Nacht vom 6. [19.] auf den 7. [20.] 1. 1918 beschlossen wurde und die Auflösung der Konstituierenden Versammlung verfügte. Der Gewaltakt setzte nicht nur der Vielfalt der russischen Parteienlandschaft, sondern auch der parlamentarischen Demokratie in Rußland ein Ende, noch ehe diese Staatsform ihre Institutionen hatte ausbilden können. Das demokratische Experiment, das in der Allrussischen Verfassunggebenden Versammlung seinen dauerhaften Halt finden sollte, wurde durch eine bis heute andauernde bolschewistische Einparteienherrschaft abgelöst.

A. Palme, Die Russische Verfassung, 1910; O. Hoetzsch, Rußland, 1913; A. Levin, The Second Duma, New Haven 1940; F. I. Kalinyčev (Hg.), Gosudarstvennaja duma v Rossii v dokumentach i materialach, Moskau 1957; P. B. Volobuev/G. N. Golikov, Vremennoe pravitel'stvo, in: Sovelskaja Istoričeskaja Enciklopedija Sov. Ist. Enc. [künftigzitiert: I], Bd. 3, Moskau 1963, Sp. 766–772; A. Ja. Avrech/A. Ja. Grunt, Gosudarstvennaja duma, ebd., Bd. 4, Sp. 610–620; L. Schultz, Das Verfassungsrecht Rußlands, in: G. Katkov u. a. (Hg.), Russlands Aufbruch ins 20. Jahrhundert, 1970, S. 37–62; E. Oberländer, Die Rolle der politischen Parteien, ebd., S. 63–85; P. Scheibert (Hg.), Die russischen politischen Parteien von 1905 bis 1917, 1972; V. Leontovitsch, Geschichte des Liberalismus in Rußland, ²1974; O. N. Znamenskij, Vserossijskoe Učreditel'noe sobranie, Leningrad 1976.

Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland (Všeobščij Evrejskij Rabočij Sojuz v Litve, Pol'še i Rossii; auch Kurzform »Bund«). Politische Gesamtorganisation, d. h. revolutionäre Partei, Gewerkschaftsbewegung und Kulturorganisation, der jüdischen Handwerker, Arbeiter und Intellektuellen in Litauen, Russisch-Polen und Weißrußland.

Gründung: Der »Bund« entstand auf einem Geheimtreffen jüdischer sozialdemokratischer Gruppen in Vilna vom 25.–27. 9. [7.–9. 10.] 1897. Zu den 13 Gründungsmitgliedern gehörten u. a. *I. M. Kaplinskij* und *A. I. Kremer*.

Programm: Der »Bund« erstrebte durch eine Revolution im Zarenreich die Befreiung des jüdischen Proletariats vom Doppeljoch der ökonomischen und politischen Unterdrückung sowie der ihm auferlegten rassischen Diskriminierung. In Auseinandersetzung mit der zionistischen Bewegung betonte er in besonderem Maße das nationale Moment und hoffte, eine siegreiche Revolution werde den Juden Gleichberechtigung und kulturelle Autonomie bringen sowie gleichzeitig das Ende des Antisemitismus bedeuten. Die Zukunft des jüdischen Proletariats wurde in einem föderativ geordneten demokratischen und sozialistischen Rußland gesehen.

Organisation: Im Gegensatz zur russischen Sozialdemokratie war der »Bund« von Beginn seiner Existenz an eine Massenpartei mit einem ausgedehnten Netz von Einzelorganisationen. Als höchstes Organ fungierte der Parteikongreß. Nach der Gründungsversammlung fanden weitere Kongresse 1898 (II.) und 1899 (III.) in Kovno, 1901 (IV.) in Białystok, 1903 (V.) und 1905 (VI.) in Zürich, 1906 (VII.) in Lemkeny und 1917 (VIII.) in Petrograd statt. An der Spitze der Partei stand das auf den Parteitagen gewählte Zentralkomitee. Parteikonferenzen, die zwischen den Parteitagen stattfanden, besaßen nur begrenzte Vollmachten. Das im Dezember 1898 gegründete Auslandskomitee diente als Verbindungsorgan des »Bund« gegenüber der internationalen sozialistischen Bewegung. Ende 1917 hatte der »Bund« ca. 40 000 Mitglieder in rund 400 Organisationen, von denen 20 % außerhalb des früheren Ansiedlungsgebietes lagen.

Presse: unter anderen die Zeitungen ›Di Arbayter Shtime‹ (Vilna u. a., 1897–1905), ›Der Jidisher Arbayter‹ (Pressburg u. a., 1896–1904), ›Der Minsker Arbayter‹ (Minsk, 1900–1905) und ›Poslednija izvestija‹ (London u. a., 1902–1905).

Geschichte: Der »Bund«, der neben polnischen sozialistischen Zirkeln zu den ersten Arbeiteror-

ganisationen im Zarenreich gehörte, spielte im öffentlichen Leben des russischen Judentums rasch eine wichtige Rolle. Der stark vom Handwerkertum geprägten jüdischen Arbeiterbewegung verlieh er einen ausgeprägt politischen Charakter. Insbes. unter dem Eindruck der Pogrome zu Beginn des 20. Jh., die eine Intensivierung der politischen Wachsamkeit unter dem russischen Judentum als Ganzes bewirkten, wurde der »Bund« zu einem Hauptförderer, teilweise sogar zum Hauptorganisator der Selbstverteidigungsbewegung. Als autonome Körperschaft Mitglied der → Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (RSDRP) seit deren Gründung im Jahre 1898 geriet der »Bund« um 1900 mit seiner Forderung nach föderativer Gliederung der Sozialdemokratie in heftigen Gegensatz zu dem von der »Iskra«-Gruppe vertretenen Zentralismus. Seine 5 Delegierten verließen den II. Parteitag der RSDRP im August 1903, als sich die Mehrheit der Kongreßteilnehmer dafür aussprach, die jüdische Partei der zentralen Kontrolle, d. h. faktisch der Kontrolle durch die »Iskra«, zu unterwerfen; sie verhalfen dadurch *Lenin* und seinen Anhängern auf dem Kongreß zu einer zeitweiligen Mehrheit.

Seinen größten Einfluß erreichte der »Bund« während der Revolution von 1905. Nach ihrem Scheitern lichteten sich seine Reihen durch Emigration, Repression und Resignation stark. Mit der Einschränkung der politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten konzentrierte sich die Tätigkeit der Partei auf die Organisation von literarischen und musikalischen Gesellschaften, von Abendkursen und dramatischen Zirkeln.

Nach der endgültigen Spaltung der russischen Sozialdemokratie im Jahre 1912 blieb der »Bund« innerhalb der Menschewiki. Er gehörte bei Kriegsausbruch 1914 zu jenem sozialistischen Flügel, der alle Kriegführenden verdammte, und billigte die Manifeste der Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916). Auf der allgemeinen politischen Szene waren die Führer des »Bundes«, *M. I. Gol'dman (Liber)* und *R. R. Abramovič (Rejn)*, Sprecher des rechten und linken Flügels der Menschewiki. Auf der Allrussischen (12.) Konferenz des »Bund« in Moskau im April 1920 kam es zur Spaltung. Die u. a. von *A. Weinstein* geführte Mehrheit favorisierte eine Angliederung der Partei an die Kommunisten und beschloß im März 1921 den Eintritt in die Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki). Eine Minorität, darunter *Abramovič* und *G. Aronson*, sagte sich vom »Bund« los und gründete einen kurzlebigen »Sozialdemokratischen Bund«. Die Aktivisten beider Fraktionen wurden in der Regel Opfer kommunistischer Verfolgung.

S. V. Šeprov, Bund, in: I., Bd. 2., Moskau 1962, Sp. 812–813; H. J. Tobias, The Jewish Bund in Russia, Stanford, Calif. 1972.

Allrussischer Nationalverband (Vserossijskij Nacional'nyj Sojuz) → Rechtsparteien.

Bolschewiki → Kommunistische Partei der Sowjetunion.

Bund → Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund

Fortschrittspartei (»Progressisten«, Progressivnaja Partija, »Progressisty«)

Nationalliberale Partei großbürgerlichen Zuschnitts, die eine Position zwischen »Oktobristen« und »Kadetten« einnahm.

Gründung: Kern der Partei war die parlamentarische Fraktion der »Progressisten« in der III. Duma, die wiederum die Überreste einer Reihe von kleineren, bürgerlich-liberalen Parteien (u. a. → Partei der Friedlichen Erneuerung, → Partei der Demokratischen Reformen) umfaßte. Die Parteigründung geht auf Komitees »progressiver« Wähler in der Wahlkampagne zur IV. Duma zurück, die auf einem Parteitag (11.–13. [24.–26.] 11. 1912) ein Zentralkomitee der Partei der »Progressisten« bildeten. Zu den Parteigründern gehörten die Textilfabrikanten *A. I. Konovalov*, *V. P.* und *P. P. Rjabušinskij*, *S. N. Tret'jakov* sowie die Zemstvo-Führer *I. N. Efremov* (Vors. des Büros der Duma-Fraktion), Fürst *G. E. L'vov*, *N. N. L'vov*, Fürst *S. N. Trubeckoj*, *D. N. Šipov* und *M. M. Kovalevskij*.

Presse: Zeitungen ›Russkaja molva‹ und ›Utro Rossii‹.

Programm: Ihre Hauptaufgabe erblickten die »Progressisten«, in der Schaffung der Voraussetzungen für eine einheitliche Partei des russischen Bürgertums. Gleichermaßen unzufrieden mit der angeblichen Vorherrschaft der Gutsbesitzer bei den »Oktobristen« wie mit den Forderungen der »Kadetten« nach dem allgemeinen Wahlrecht und der Zwangsenteignung von Privatländereien, forderten sie eine Verfassung auf der Grundlage eines eingeschränkten Wahlrechts, die Verantwortlichkeit der Minister vor den gesetzgebenden Institutionen, die Aufhebung des Wahlgesetzes vom 3. (16.).6. 1907, die Erweiterung der Rechte der Duma, eine Reform des Staatsrates, die Abschaffung der Standesgrenzen und -privilegien, die Unabhängigkeit der städtischen Zemstvo-Verwaltung von der staatlichen Administration und die Ausweitung ihrer Kompetenzen sowie die Gründung kleinerer Zemstvo-Organisationen.

Als Vertreter des national gesinnten Bürgertums hielten die »Progressisten« auf außenpolitischem Gebiet »den Flirt mit dem Westen« für schädlich, weil er der Unabhängigkeit Rußlands abträglich sei. Sie forderten – auch unter neoslawistischen Vorzeichen – eine russische »Großmacht«, die in der Lage sein sollte, der einheimischen Industrie neue Märkte zu sichern, in erster Linie im Nahen und Mittleren Osten.

Geschichte: Nachdem schon die Fraktion der »Progressisten« in der III. Duma von ursprünglich 28 auf 37 Abg. im Jahre 1912 angewachsen war, zählte die Partei in der 1. Sitzungsperiode der IV. Duma 48 Abg. die nicht wenig zur Belebung des liberalen Elements im russischen Parlament beitrugen. Schon im Dezember 1912 billigte die Duma eine von den »Progressisten« formulierte Aufforderung, die den Ministerpräsidenten *V. N.*

Kokovcov und seine Regierung dazu ermunterte, »fest und offen« den Weg der Verwirklichung des Oktobermanifestes zu gehen. Ein Versuch der »Progressisten«, mit Hilfe eines Blocks aller bürgerlich-liberalen Fraktionen und der Drohung einer Ablehnung des Budgets die Regierung zur Einleitung von Reformen zu zwingen, scheiterte an der schwankenden Haltung von »Oktobristen« und »Kadetten«. Kontaktaufnahmen mit den Sozialdemokraten im Zuge einer Linksorientierung am Vorabend des 1. Weltkrieges blieben ohne praktisches Ergebnis. Nach Ausbruch des Krieges forderte die Partei dazu auf, sich um den Zaren zusammenzuschließen, den inneren Streit zu beenden und »die parteilichen Rechnungen« zu vergessen. Auf ihre Initiative ging die Gründung der Kriegsindustriekomitees mit den ihnen zugeordneten »Arbeitergruppen« zurück; darüber hinaus befürwortete sie die Gründung von Gewerkschaften sowie die Einrichtung von Schiedskammern und Arbeitsämtern. Ihre Fraktionsführer *Efremov* und *Konovalov* waren die Initiatoren der Vereinbarung über die Bildung des »Progressiven Blocks« im August 1915, den die Partei jedoch im Herbst 1916 nach der Zurückweisung ihrer Forderung nach der Ministerverantwortlichkeit durch die anderen Fraktionen wieder verließ. Führende Vertreter der Partei wie *Rjabušinskij* und *Konovalov* waren im Winter 1916/17 an geheimen Besprechungen oppositioneller Politiker über die Ablösung der Zarenherrschaft beteiligt.

Nach der Februarrevolution von 1917 waren die »Progressisten« durch *Konovalov, V. A. Rževskij* und *A. A. Bublikov* im Provisorischen Komitee der Staatsduma sowie durch *Konovalov* als Minister für Handel und Industrie auch im 1. und 2. Kabinett der Provisorischen Regierung vertreten. Die Partei selbst zerfiel jedoch: Ein Teil mit *Konovalov* an der Spitze schloß sich den »Kadetten« an, ein anderer gründete eine neue Radikal-demokratische Partei (Radikal'no-Demokratičeskaja Partija). Nach dem Verbot der Parteien durch die bolschewistische Regierung schlossen sich eine Reihe führender »Progressisten« im Bürgerkrieg den »Weißen« an, andere verließen ihre Heimat und gründeten in der Emigration den »Handels- und Industrieverband« (Torgovo-promyšlennyj sojuz).

E. D. Čermenskij, »Progressisty«, in: Sov. Ist. Enc., Bd. 11, Moskau 1968, Sp. 591–592.

Gemäßigt-progressive Partei (Umerenno-Progressivnaja partija).

Diese noch vor Erlaß des Oktobermanifestes im Jahre 1905 von einer Gruppe Moskauer Textilfabrikanten um *P. P. Rjabušinskij* gegründete liberale Partei markierte die äußerste linke Position des russischen Großbürgertums. Im Unterschied zu den meisten anderen bürgerlichen Parteien konnte sie von Anfang an die Kluft zu anderen sozialen Gruppen überwinden und nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in der gemäßigten Intelligencija Anhänger gewinnen. In ihrem insgesamt liberalen Programm nahmen zwar die Interessen der Volkswirtschaft im allgemeinen und die der Industrie im besonderen einen wichtigen Platz ein (Sicherung »der friedlichen und ungehinderten Entwicklung der Produktivkräfte« sowie der Konkurrenzfähigkeit der russischen Industrie auf dem Weltmarkt), jedoch waren sie in eine gesamtgesellschaftliche Konzeption eingeordnet. Diese reichte vom allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht und der Ministerverantwortlichkeit vor der Duma über Forderungen zur Selbstverwaltung, Gerichtsverfassung, Bildung und Arbeitsgesetzgebung bis zur Agrarfrage und der »Enteignung von Kreis-, Kabinetts-, Kloster- und Privatgrundbesitz auf Staatskosten«. Der wichtigste Unterschied zu dem in weiten Teilen identischen Programm der →»Kadetten« betraf die Autonomiefrage (entschiedene Ablehnung des Föderalismus, Verteidigung der Einheit und Unteilbarkeit Rußlands). Für den Wahlkampf zur I. Duma schloß sich die Partei mit anderen bürgerlichen Gruppierungen zusammen, bildete im März 1906 mit der Partei der Demokratischen Reformen den Verband der Volkswohlfahrt (Sojuz Narodnogo Blagodenstvija) und ging schließlich Ende 1907 in der →Partei der Friedlichen Erneuerung auf.

E. Birth, Die Oktobristen (1905–1913), 1974.

Gruppe der Arbeit (Trudovaja Gruppa, »Trudoviki«) Die sog. Trudoviki waren keine »feste Parteiung« (Scheibert), sondern ein Zusammenschluß radikaler Abg. auf der Linken des russischen Parteienspektrums.

Gründung: Sie erfolgte nach Eröffnung der I. Duma Ende April (bzw. im Mai) 1906 – begünstigt durch den Boykottbeschluß der beiden großen Linksparteien – als ad hoc-Organisation vor allem der radikalen Bauerndeputierten, darüber hinaus aber auch von einzelnen, mit der Boykottpolitik ihrer Parteien unzufriedenen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären sowie von Anarchisten und Radikalen der I. Duma unter der Führung von *A. F. Alad'in, S. V. Anikin, S. I. Bondarev, I. V. Žilkin* u. a.

Presse: Zeitungen ›Krest'janskij deputat‹, ›Izvestija krest'janskich deputatov‹, ›Trudovaja Rossija‹ und ›Trudovoj narod‹.

Programm: Der am 28. 4. [11. 5.] 1906 angenommene »Entwurf eines Programms der parlamentarischen Gruppe der Arbeit« forderte die Volksherrschaft, das allgemeine Wahlrecht, demokratische Freiheiten, die Verwirklichung des Rechtes auf Bildung, die Trennung von Staat und Kirche sowie die Übergabe des gesamten Grund und Bodens, auch der Gutsbesitzer, an die Bauern bei gleichzeitiger Nationalisierung. Der am 23. 5. [5. 6.] 1906 in der Duma eingebrachte »Entwurf der Leitsätze für ein Gesetz über Grund und Boden« (»Entwurf der 104«) verlangte darüber hinaus für die Arbeiter den 8-Stunden-Tag, Mindestlohn, Einführung der Mitwirkung an der Ver-

waltung der Industriebetriebe, Streikrecht, Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, Gesundheitsschutz; Alters- und Invaliditätsversicherung. Auf außenpolitischem Gebiet trat die Partei für friedliche Lösung internationaler Konflikte und allgemeine Abrüstung ein; sie wandte sich gegen »Eroberungen und Aneignungen auf Kosten anderer Staaten«.

Der V. Parteikongreß im April 1917, der die programmatische Forderung nach Volksherrschaft durch die Forderung nach der Republik ersetzte, stellte die Trudoviki als »einen Teil der großen internationalen sozialistischen Familie« dar, die für eine Ordnung kämpft, »in der die Staatsmacht, das Land und die Mittel von Produktion, Verkehr und Verteilung in die Hände des ganzen arbeitenden Volkes übergehen sollen«. Der Kongreß faßte Beschlüsse zur Reorganisierung der Armee und des Militärwesens (u. a. volle Demokratisierung der Armee, Schutz der Persönlichkeit des Soldaten vor Willkür der Militärbehörden), zur Agrarfrage, zum Nationalitätenproblem und zur Frage des Krieges (Unterstützung aller Maßnahmen der Regierung zur Erreichung eines Friedens ohne Kontributionen, der auf dem Recht aller Völker auf Selbstbestimmung gegründet ist; Mobilisierung aller Kräfte zum Widerstand gegen »die Eroberungsabsichten des deutschen Imperialismus«).

Geschichte: Die Trudoviki, deren Formierung erst nach den Wahlen zur I. Duma begann, wurden geprägt von den radikalen Bauernabgeordneten, die vielfach mit detailliert gefaßten Instruktionen für eine sofortige und totale Umgestaltung der agrarischen Verhältnisse in die Duma entsandt worden waren und demzufolge die Erörterung der Agrarfrage im Parlament als ihre eigentliche Aufgabe betrachteten. In der I. Duma standen sie jedoch trotz ihrer relativ großen Zahl (zwischen 96 und 107 Abg.) anfangs im Schatten der »KADETTEN«. Als energische Verfechter einer Agrarumwälzung brachten sie eine Reihe von Gesetzesentwürfen ein, die auf eine Aktivierung der bäuerlichen Massen abzielten (Taktik »der Organisierung der Kräfte des Volkes«), z. B. einen »Gesetzentwurf der 35« über die unverzügliche Einführung örtlicher Bodenkomitees. Versuche einer verstärkten Aktivität unter der Bauernschaft mit dem Ziel der Bildung örtlicher Organisationen blieben ohne nennenswerten Erfolg. Im Verlaufe der I. Duma ist eine zunehmende Radikalisierung der Partei, die sich in der Abwendung von den »KADETTEN« und der Annäherung an die Sozialdemokraten ausdrückte, unverkennbar. Diese Tendenz fand ihren Ausdruck in Programm und Tätigkeit des nach Auflösung der I. Duma gebildeten »Komitees der Gruppe der Schaffenden« (Komitet Trudovoj gruppy), das zusammen mit der sozialdemokratischen Fraktion ein »Exekutivkomitee der linken Gruppen« (Ispolnitel'nyj komitet levych grupp) zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes bildete. Veranlaßt durch repressive Maßnahmen des Zarenregimes gegen revolutionäre Gruppierungen löste der I. Parteitag der Trudoviki (3.–7. [16.–20.] 10. 1906) das Komitee wieder auf. Zur Gründung einer politischen Bauernpartei konnte er sich aber nicht entschließen. Die Partei, die eine Einteilung der Bevölkerung in Klassen mit bestimmten sozialökonomischen Interessen ablehnte, hielt es vielmehr für ihre Aufgabe, die nicht parteigebundenen Arbeiter, Bauern und Vertreter der Intelligencija auf der Grundlage eines allgemein-demokratischen Programms zu vereinigen. Vom 15.–17. 2. [28. 2.–2. 3.] 1907 fand der II. Parteitag statt, der eine Vereinbarung über die Bildung einer gemeinsamen Dumafraktion mit dem ALLRUSSISCHEN BAUERNVERBAND (Vserossijskij Krest'janskij Sojuz) beschloß. In der II. Duma umfaßte die Gruppe 104 Abg. mit *M. E. Berezin, A. A. Bulat, A. L. Karavaev* u. a. an der Spitze. Ihr Agrarprojekt, das gemeinsam mit dem ALLRUSSISCHEN BAUERNVERBAND erarbeitet worden war, wiederholte im wesentlichen die Leitsätze von 1906 mit geringfügigen Änderungen in der Frage der finanziellen Besteuerung von Grund und Boden. Nach der Zerschlagung der II. Duma am 3. [16.] 6. 1907 stellte sie ihre Tätigkeit nahezu ein.

In die III. Duma gelangten 14 Abg. der Trudoviki (Vors. *L. M. Bramson*). Sie behielten ihre radikale Position in der Agrarfrage bei und wandten sich gegen die Agrargesetzgebung des Ministerpräsidenten *Stolypin*. In der IV. Duma bestand die Fraktion aus 10 Abg. (Vors. *A. F. Kerenskij*); sie unterstützte im August 1915 den »Progressiven Block« (→ Einleitung).

Nach der Februarrevolution lebte die politische Aktivität der Trudoviki auf, die sich seit dem V. Parteitag (7.–11. [20.–24.] 4. 1917 als »sozialistische Partei« bezeichneten. Sie gaben dabei zu erkennen, daß sie zu einem gemeinsamen Handeln »mit allen sozialistischen Parteien« bereit waren, insbes. in der Agrar- und in der Nationalitätenfrage. Der VI. Parteitag (17.–21.6. [30. 6.–4. 7.] 1917) faßte den Beschluß, die Trudoviki mit der VOLKSSOZIALISTISCHEN PARTEI zu verschmelzen. Die Vereinigung fand auf dem 1. Allrussischen Parteitag der neuen VOLKSSOZIALISTISCHEN PARTEI DER ARBEIT (Trudovaja Narodnaja Socialističeskaja Partija) statt (17.–23. 6. [30. 6.–6. 7.] 1917). Die Neugründung sah sich als Wortführerin der Interessen der Bauernschaft und unterstützte die Provisorische Regierung. Sie konnte sich jedoch gegen die Sozialrevolutionäre nicht durchsetzen und war in der Verfassunggebenden Versammlung vom 5. [18.] 1. 1918 nur noch mit 3 Abg. (einschließlich 1 estnischen Trudoviks) vertreten.

D. A. Kolesničenko, Vozniknovenie i dejatel'nost' »Trudovoj gruppy«, in: Istorija SSSR 1967, H. 4, S. 76–89; ders., Agrarnye proekty Trudovoj gruppy v I Gosudarstvennoj dume, in: IZ, Bd. 82, Moskau 1968; ders; Trudoviki, in: Sov. Ist. Enc., Bd. 14, Moskau 1973, Sp. 476–478.

»Kadetten« → Konstitutionell-demokratische Partei.

Kommunistische Partei der Sowjetunion

(**KPdSU**, Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza, KPSS).

Prototyp der marxistisch-leninistischen Kaderpartei (»bewußte und organisierte Vorhut der Arbeiterklasse«), als einzige Partei in Gestalt einer »Staatspartei auf Massenbasis« (Reddaway) alleinige Trägerin der politischen Macht in der UdSSR.

Gründung: Die von *Lenin* schon in den »Aprilthesen« angeregte Namensänderung des von ihm geführten bolschewistischen Flügels der russischen Sozialdemokratie, der SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS (BOLSCHEWIKI) (Rossijskaja Socialdemokratičeskaja Rabočaja Partija [bol'ševiki]) in KOMMUNISTISCHE PARTEI RUSSLANDS (BOLSCHEWIKI) (RKP[b], Rossijskaja Kommunističeskaja Partija [bol'ševiki]) wurde auf dem (nach bolschewistischer Zählweise) VII. Parteikongreß im März 1918 in Petrograd vorgenommen. Die auf dem XIV. Parteitag im Dezember 1925 in KOMMUNISTISCHE PARTEI DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI) (Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza [bol'ševiki]; Wegfall des Zusatzes »Bolschewiki« seit dem XIX. Parteitag im Oktober 1952) umbenannte Partei geht in ihren Ursprüngen auf die bolschewistische Fraktion in der russischen Sozialdemokratie zurück, die sich seit dem II. Parteitag von 1903 unter Führung *Lenins* von der →SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI RUSSLANDS (RSDRP) abspaltete.

Programm: Die nach mehreren vergeblichen Anläufen schließlich auf dem VIII. Parteitag gebildete Kommission, der, neben *Lenin, L. D. Trockij, N. I. Bucharin, G. Ja. Sokol'nikov, V. M. Smirnov, G. E. Zinov'ev* und *I. V. Stalin* angehörten, arbeitete einen Programmentwurf aus, der am 22. 3. 1919 von den Delegierten des VIII. Parteitages einstimmig gebilligt wurde. Darin wurde festgestellt, daß durch die Oktoberrevolution in Rußland die Diktatur des Proletariats verwirklicht worden sei und es nun darauf ankomme, »die Grundlagen der kommunistischen Gesellschaft zu schaffen«. Im Vertrauen darauf, daß »das Zeitalter der proletarischen kommunistischen Weltrevolution« begonnen habe, wurde »jener bürgerlichen Entstellung des Sozialismus«, die »in den Oberschichten der offiziellen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien den Sieg errungen« habe, ein erbarmungsloser Kampf angesagt. Als Führerin im Befreiungskampf des Proletariats wurde allein »die neue III. Kommunistische Internationale« anerkannt, zu deren Abteilungen sich die RKP (b) zählte.

Nachdem sich die im Parteiprogramm 1919 enthaltenen Hoffnungen auf eine weltrevolutionäre Entwicklung als trügerisch erwiesen hatten, blieben formale Konsequenzen zunächst aus. Faktisch bedeutete jedoch *Stalins* These vom »Aufbau des Sozialismus in einem Lande« ebenso eine wesentliche Veränderung des gültigen Parteiprogramms wie seine planwirtschaftliche »Revolution von oben« im ökonomischen und sozialen Bereich. Angesichts der zunehmenden programmatischen Bedeutung der wesentlich von *Stalin* bestimmten Generallinie der Partei geriet das Parteiprogramm von 1919 in Vergessenheit. Der auf dem XVI. Parteitag von 1930 gefaßte Beschluß, das Parteiprogramm unter Berücksichtigung der mit dem »sozialistischen Aufbau« verbundenen Veränderungen umzuarbeiten, wurde nicht verwirklicht. Erst nach Durchsetzung seiner Alleinherrschaft zeigte *Stalin* Interesse an einer Neufassung, so daß auf dem XVIII. Parteitag im März 1939 eine besondere Kommission gebildet wurde, die jedoch offenbar infolge der Kriegsereignisse die ihr zugewiesene Aufgabe nicht erfüllen konnte. Eine weitere, auf dem XIX. Parteitag im Oktober 1952 gebildete Programmkommission scheint infolge des Todes von *Stalin* nicht mehr zusammengetreten zu sein. Erst ein entsprechender Beschluß des XX. Parteitages vom Februar 1956 führte zur Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms, das auf der Plenartagung des ZK vom 19. 6. 1961 einstimmig gebilligt und vom XXII. Parteitag im Oktober 1961 ebenso einstimmig angenommen wurde.

Dieses bis heute gültige Programm besteht aus je einem Hauptteil zur Außen- (»Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus – der Entwicklungsweg der Menschheit«) und Innenpolitik (»Die Aufgaben der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft«). Im Gegensatz zum Programm von 1919 zeichnet es sich durch eine straffe Gliederung, präzise Zahlen, detaillierte Maßregeln und genaue Terminangaben aus.

Im außenpolitischen Teil des Programms wird auf der Grundlage der Imperialismustheorien *Lenins* und *Bucharins* ein Weltbild festgeschrieben, das vom angeblichen Grundwiderspruch unseres Jh., dem Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus, geprägt ist. Unter Verwendung einer Definition von »Kapitalismus«, der eine längst überholte Phase der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowohl der europäischen Länder als auch der USA zugrundeliegt, wird ein »immer akuter werdender Konflikt zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen« konstatiert, der die Menschheit gebieterisch vor die Aufgabe stelle, »die verfaulte kapitalistische Hülle zu zerreißen, die mächtigen Produktivkräfte, die der Mensch geschaffen hat, von ihren Fesseln zu befreien und zum Wohl der ganzen Gesellschaft zu nutzen«. Als Alternative biete sich der Sozialismus an, dessen Entwicklung in der Sowjetunion als vorbildlich hervorgehoben wird.

Es gilt als selbstverständlich, daß die UdSSR die Aufgaben des kommunistischen Aufbaus nicht allein, sondern »in der brüderlichen Familie der sozialistischen Länder« löst. Das »sozialistische Weltsystem« wird als »eine soziale, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft freier, souveräner Völker« beschrieben, »die den Weg des Sozialismus und Kommunismus gehen, geeint durch ihre gemeinsamen Interessen und Ziele und durch die festen Bande der internationalen sozia-

listischen Solidarität«. Als charakteristische Merkmale der Beziehungen zwischen den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft gelten volle Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität sowie gegenseitige brüderliche Hilfe und Zusammenarbeit. Die verstärkte Koordination der wirtschaftlichen Perspektivpläne der sozialistischen Länder und die beschleunigte Entwicklung einer gemeinsamen »sozialistischen Weltwirtschaft« sowie eine forcierte Annäherung der Nationalkulturen werden als Nahziel, die Bildung einer »kommunistischen Weltwirtschaft« auf der Grundlage eines einheitlichen Planes als Fernziel genannt.

In dem Bemühen um eine straffe Organisation der kommunistischen Weltbewegung gilt der Reformkommunismus, insbesondere in seiner jugoslawischen Gestalt (»vollste Verkörperung« der »Ideologie des Revisionismus«), als ideologische Hauptgefahr. Als nicht minder gefährlich wird – offenbar an die Adresse der chinesischen und albanischen Kommunisten sowie an die Vertreter einer stalinistischen Restauration im eigenen Lande gerichtet – die Gefahr des »Dogmatismus« und des »Sektierertums« beschworen. Der Kampf gegen jegliche Abweichung vom Leninismus in der Moskauer Auslegung wird nachdrücklich als »die notwendige Voraussetzung für die weitere Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung, für die Festigung des sozialistischen Lagers« bezeichnet.

Während die KPdSU in den Entwicklungsländern auf das »Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft«, dem »Kern einer umfassenden nationalen Front«, als der grundlegenden Voraussetzung »für den erfolgreichen Kampf um tiefgreifende demokratische Umgestaltung und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt« setzt, stellt sich die Bündnisfrage, d. h. die Frage nach einer klassenbedingten Bündnispolitik zwecks revolutionärer Machtergreifung und nachfolgender gesellschaftlicher Transformationen, in den westlichen Industriestaaten anders. Dort soll der schon vom XX. Parteitag beschrittene Weg einer modifizierten Volksfronttaktik weitergegangen werden, bei der sich die neue Form der Volksfront als eine offene Koalition darstellt, der – stets mit der Kommunistischen Partei als führender Kraft – nicht nur die gemäßigten Sozialisten, sondern auch, unter der Einheitsparole des Kampfes für den Frieden, bürgerliche Kreise, Intellektuelle und Angehörige der verschiedenen Religionsgemeinschaften beitreten sollen. Eines der größten Hindernisse bei der Verwirklichung dieser Volksfronttaktik wird in »der rechten Sozialdemokratie« gesehen, die als »wichtigste ideologische und politische Stütze der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung« gilt und der ein unerbittlicher Kampf angesagt wird.

Als »das Hauptziel ihrer außenpolitischen Tätigkeit« sieht es die KPdSU an, »friedliche Verhältnisse für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in der UdSSR und für die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems zu sichern«. Das zu diesem Zweck vertretene Prinzip der »friedlichen Koexistenz« (»eine spezifische Form des Klassenkampfes«), das freilich ebensowenig für die Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander wie auf ideologischem Gebiet gelten soll und dessen befristete Dauer bis zu einem Übergewicht des kommunistischen Weltsystems unbestritten ist, wird wie folgt beschrieben: »Verzicht auf Kriege als Mittel zur Entscheidung von Streitfragen zwischen den Staaten, Entscheidung dieser Fragen durch Verhandlungen; Gleichberechtigung, Verständigung und Vertrauen unter den Staaten, Berücksichtigung der Interessen des anderen; Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, jedem Volk muß das Recht zugestanden werden, alle Fragen seines Landes selbständig zu entscheiden; strikte Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Länder; Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit auf der Grundlage der vollständigen Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils.«

Der zweite, innenpolitische Teil des Programms umfaßt die konkreten Aufgaben der KPdSU, die zur Verwirklichung des ideologischen Leitbildes einer kommunistischen und damit klassenlosen Gesellschaft dienen sollen. Unter »Kommunismus« wird dabei »eine klassenlose Gesellschaftsordnung« verstanden, »in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden, in der mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Wissenschaft und Technik auch die Produktivkräfte wachsen und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen werden und wo das Prinzip herrschen wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.« Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft soll sich in mehreren Etappen vollziehen, wobei bis zum Jahre 1980 die kommunistische Gesellschaftsordnung »im wesentlichen« aufgebaut sein, während ihre Vollendung »in der nachfolgenden Periode« angegangen werden soll.

Auf wirtschaftlichem Gebiet steht ein Zwanzigjahrplan im Mittelpunkt des Programms, der den Weg zu jener Überflußgesellschaft bahnen soll, die es angeblich nicht nur ermöglichen wird, die USA auf industriellem und landwirtschaftlichem Gebiet zu überholen und damit zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt aufzusteigen, sondern auch der Sowjetbevölkerung den höchsten Lebensstandard der Welt zu sichern.

Im Bereich des Staatsaufbaus wird zwar einerseits das Ende der inneren Unterdrückungsfunktion der »Diktatur des Proletariats« konstatiert, andererseits jedoch die Weiterexistenz der staatlichen Gewalt mit einer Reihe von Funktionen im Bereich der Innen- und Außenpolitik begründet (u. a. Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, Kontrolle des Umfangs von Arbeit und Konsum, Erhöhung des Wohlstandes,

Sicherung der sozialistischen Rechtsordnung und des sozialistischen Eigentums, zuverlässige Garantie der Verteidigung und damit der Sicherheit des Landes). Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die Verwirklichung des Programms davon abhängig gemacht wird, daß zum einen keine internationalen Komplikationen eintreten und zum zweiten die Widersprüche zwischen Kommunismus und Kapitalismus in der internationalen Arena zugunsten des Kommunismus gelöst werden. Es herrscht kein Zweifel darüber, daß die Lösung dieser Widersprüche mit klassenkämpferischen Mitteln erfolgen soll. Das Parteiprogramm der KPdSU, das auch in dieser Hinsicht als eine Anleitung zum Handeln verstanden sein will, demonstriert damit eindrucksvoll die Interdependenz zwischen der sowjetischen Innen- und Außenpolitik.

Organisation: Die KPdSU, die sich aus einem konspirativen Zusammenschluß von Berufsrevolutionären (mit rund 240 000 Mitgliedern im August 1917) zur staatstragenden Massenpartei (mit rund 15 Millionen Mitgliedern und rund 635 000 Kandidaten im Februar 1976) entwickelt hat, ist nach leninistischen Prinzipien organisiert und streng zentralistisch ausgerichtet. Ihren Kern bildet der nach dem Prinzip des sog. demokratischen Zentralismus aufgebaute hauptamtliche Parteiapparat mit rund 250 000 Funktionären. Formell höchstes Organ ist der Parteikongreß, der das Zentralkomitee (ZK; nach dem Stand vom 31. 3. 1981: 319 Mitglieder und 139 Kandidaten) als das, entsprechend dem Statut, zwischen den Parteitagen amtierende Leitungsgremium wählt. Das ZK bestimmt die Mitglieder der beiden höchsten Entscheidungsgremien des sowjetischen Herrschaftsapparates, des Politbüros (nach dem Stand vom 31. 3. 1981: 14 Vollmitglieder, 8 Kandidaten), das die Richtlinien der Politik bestimmt und als De-facto-Regierung der Sowjetunion gelten kann, und des Sekretariats (nach dem Stand vom 31. 3. 1981: ein Generalsekretär und 9 Sekretäre), das die vom Politbüro getroffenen Entscheidungen vorbereitet und durchführt.

Mit Ausnahme der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bestehen in allen Unionsrepubliken eigene kommunistische Parteien, die jedoch nur Abteilungen der Gesamtpartei darstellen, da die KPdSU nicht föderativ aufgebaut ist. Die Verwaltungsgliederung der Partei entspricht dem staatlichen Schema. Die untersten parteiorganisatorischen Einheiten sind die Zellen, die u. a. in Industriebetrieben, in Kolchosen und Sowchosen, in den Einheiten der bewaffneten Organe, in den Hochschulen sowie in zentralen und lokalen staatlichen Institutionen existieren. Neue Mitglieder erhalten zunächst den Status von Kandidaten und können nur auf Antrag von Vollmitgliedern in die Partei aufgenommen werden. Der KPdSU ist eine Jugendorganisation, der »Allunionistische Leninsche Kommunistische Jugendverband« (Komsomol), direkt angegliedert. Die Partei beherrscht als »leitender Kern« außerdem nach Art. 126 der Verfassung der UdSSR alle gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen.

Presse: Periodika der bolschewistischen Fraktion bzw. Partei waren bzw. sind u. a. die Zeitungen ›Vpered‹ (Genf, 1904–1905), ›Proletarij‹, (Genf, 1905), ›Social-demokrat‹ (Paris u. a., 1908–1917), ›Pravda‹ (St. Petersburg, seit 1918 Moskau, 1912 ff.) sowie die Zeitschriften ›Bol'ševik‹ (Moskau, 1924–Nov. 1952, fortgesetzt unter dem Titel: ›Kommunist‹, 1953 ff.), ›Partijnoe stroitel'stvo‹ (Moskau, 1930–1946), ›Partijnaja žizn'‹ (Moskau, 1946 ff.) und ›Voprosy istorii KPSS‹ (Moskau, 1957 ff.).

Geschichte: Nachdem in den Jahren 1907 bis 1912 alle Versuche, den menschewistischen und den bolschewistischen Flügel der → Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (RSDRP) wiederzuvereinigen, ohne Erfolg geblieben waren, kam es im Januar 1912 zum endgültigen Bruch, als eine von *Lenin* initiierte Konferenz in Prag die Menschewiki und die sog. Liquidatoren aus der Partei ausschloß. Die 14 Konferenzteilnehmer – eine »Versammlung von Rebellen« (Schapiro) ohne den geringsten Anspruch, die RSDRP zu repräsentieren – wählten ein neues, bolschewistisches ZK. Es behauptete, im Namen der gesamten RSDRP zu handeln. Zur Leitung der Parteiarbeit in Rußland wurde das Russische Büro des ZK der RSDRP (b) geschaffen. Im Jahre 1913 griff die Spaltung auch auf die sozialdemokratische Duma-Fraktion über. Die Bolschewiki waren als entschlossene Kriegsgegner wie die meisten russischen Sozialisten während des Krieges harten Repressalien und Verfolgungen ausgesetzt. Zahlreiche Verhaftungen führten zu einer erheblichen Schwächung der bolschewistischen Organisationsstruktur, jedoch konnte das Russische Büro des ZK in Petrograd von *A. M. Šljapnikov* am Leben erhalten werden.

Erst der Ausbruch der Februarrevolution von 1917 ermöglichte es den Bolschewiki, ihre darniederliegende Parteiorganisation in Rußland wieder aufzubauen. Die dabei zunächst insbes. von *Stalin* vertretene Auffassung, daß in Rußland eine lange Periode bürgerlich-demokratischer Regierung bevorstehe und die Diktatur des Proletariats in ferner Zukunft liege, wurde von *Lenin*, der mit deutscher Hilfe im April 1917 nach Petrograd zurückkehrte, nicht geteilt. Unter seiner Führung zeigten sich die Bolschewiki zunehmend entschlossen, die Provisorische Regierung zu beseitigen und auf ein Bündnis mit den Menschewiki oder anderen sozialistischen Parteien und Gruppen zu verzichten. Ihr Ziel war der Übergang der Macht an das Proletariat, d. h. faktisch an die bolschewistische Partei, die für sich in Anspruch nahm, die Avantgarde der russischen Arbeiterklasse zu sein. Die damit zum Ausdruck kommende Zustimmung *Lenins* zur Theorie von der »Revolution in Permanenz«, die *Trockij* in Zusammenarbeit mit *A. Parvus-Helphand* im Jahre 1905 entwickelt hatte, war unter seinen Anhän-

gern nicht unumstritten. *G. E. Zinov'ev* und *L. B. Kamenev* z. B. standen diesbezüglich in Opposition zu *Lenin* und widersetzten sich dem Beschluß zum bewaffneten Aufstand gegen die Provisorische Regierung, der am 10. [23.] 10. 1917 gefaßt wurde.

Für den Erfolg des bolschewistischen Putsches vom 25. 10. [7. 11.] 1917 waren mehrere Faktoren verantwortlich: Zum einen hatte sich *Trockij*, lange Zeit ein erbitterter Gegner *Lenins*, im August 1917 bereitgefunden, sich mit seiner kleinen Gruppe von Anhängern den Bolschewiki anzuschließen. Seine Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des Aufstandes, insbesondere als Vors. des Revolutionären Militärkomitees des Sowjets in Petrograd, des »improvisierten Generalstabs der Revolution« (Schapiro), war von erheblicher Bedeutung. Zum anderen wirkte sich die Rückhaltlosigkeit aus, mit der die Bolschewiki ihre Politik verkündeten: Sie versprachen sofortigen Frieden, Brot für die hungernden Stadtbewohner, Land für die Bauern und die Einberufung der Konstituante. In dem vom Krieg heimgesuchten Land, in dem jede stabile Ordnung zusammengebrochen war, gewannen sie einen erheblichen Teil ihrer Stärke gerade aus der Kühnheit, mit der sie Versprechungen machten. Das war nicht allein auf politischen Zynismus zurückzuführen, sondern hing wesentlich mit ihrer Überzeugung zusammen, daß dem Beispiel einer bolschewistischen Revolution in Rußland Revolutionen in anderen europäischen Ländern folgen würden.

Nach ihrem Sieg sahen sich die Bolschewiki vor erhebliche Probleme gestellt. *Lenins* Ablehnung einer Koalition mit den Sozialisten und die rasch einsetzenden Unterdrückungsmaßnahmen lösten um die Jahreswende 1917/18 eine erste kurzfristige Krise in der Partei aus. Sein Entschluß vom Januar 1918, die Konstituierende Versammlung, in der sich die Bolschewiki in einer hoffnungslosen Minderheit befanden, aufzulösen, ließ das angestrebte Ziel der Etablierung des bolschewistischen Machtmonopols eindrucksvoll deutlich werden. Zwar zeichneten sich die Konturen des Bolschewismus mit der Diktatur des Proletariats unter der Führung der RKP (b) in der Praxis bereits seit langem ab, jedoch existierte die für eine solche Diktatur erforderliche disziplinierte und willfährige Partei in den Anfangsjahren der bolschewistischen Herrschaft in Rußland noch nicht. Unter diesen Umständen blieben Fraktionskämpfe nicht aus. Zu Zeiten *Lenins* entzündeten sie sich zunächst am Abschluß des Friedensvertrages von Brest-Litovsk. Eine linke Opposition unter *N. I. Bucharin*, die an der Idee eines revolutionären Krieges gegen Deutschland festhielt, wurde jedoch auf dem VII. Parteitag im März 1918 überstimmt. Auf dem VIII. Parteitag im März 1919 wurde mit der Wiederbelebung des kurz vor der Oktoberrevolution geschaffenen, aber niemals zusammengetretenen Politischen Büros (Političeskoe bjuro; Politbüro) des ZK (Mitglieder: *V. I. Lenin, L. B. Kamenev, L. D. Trockij, I. V. Stalin* und *N. N. Krestinskij* sowie *G. E. Zinov'ev* und *N. I. Bucharin* als Kandidaten) eine wichtige Schwerpunktverlagerung vorgenommen, die eine bisher nur mangelhaft koordinierte Parteiführung in ein zuverlässiges hierarchisch aufgebautes Machtinstrument verwandeln half. Die Wiederbelebung des Politbüros führte zu einer Wiederbelebung des Mitarbeiterstabs des Sekretariats, dessen Leitung nach dem Tode *Ja. M. Sverdlovs* im März 1919 *Krestinskij* übernahm. Daneben wurde ein aus fünf Personen bestehendes Organisationsbüro (Organizacionnoe bjuro; Orgbüro) unter Leitung von *Stalin* gebildet. Es war ebenso wie das Politbüro dem ZK verantwortlich und sollte Beschlüsse über den organisatorischen Aufbau der Partei fassen. Als Exekutivorgan der drei Gremien ZK, Politbüro und Orgbüro fungierte theoretisch das Sekretariat, jedoch überschritt es seine Befugnisse in der Folgezeit häufig. Das war zumindest teilweise auf die zunehmende Kontrolle zurückzuführen, die es über die lokalen Parteiorganisationen des Landes ausübte, die ihrerseits die Sowjets als tatsächliche Machtzentren zu ersetzen begannen.

Gegen diese Entwicklung zu einem bürokratischen Zentralismus bildeten sich innerhalb der Partei zwei Oppositionsgruppen. Die »Demokratischen Zentralisten« wollten den lokalen Parteikomitees ein relativ hohes Maß an Autonomie gegenüber der Parteiführung erhalten und auch die Sowjets nicht zu bloßen Werkzeugen in der Hand des Parteiapparates absinken lassen. Von größerer Bedeutung war die Dissidentengruppe der »Arbeiteropposition«, in der sich unter der Führung *A. M. Šljapnikovs* tatsächlich die proletarischen Elemente der Partei sammelten. Sie setzte sich für die Autonomie der kommunistisch beherrschten Gewerkschaftskomitees ein, denen sie die Kontrolle über die Industrie sichern wollte. *Trockij* und die drei Parteisekretäre (seit dem IX. Parteitag von 1920 *Krestinskij, E. A. Preobraženskij* und *L. P. Serebrjakov*) bestanden dagegen angesichts der dringenden Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach Beendigung des Bürgerkrieges darauf, in der Industrie auf Kosten der gewerkschaftlichen Autonomie eine fast militärische Disziplin herzustellen. Die Kontroverse spitzte sich auf dem X. Parteitag im März 1921 zu, als die drei Gruppen unterschiedliche »Plattformen« vertraten. Unter geschickter Ausnutzung des für die gesamte Partei bedrohlichen Aufstandes in Kronstadt gelang es *Lenin* jedoch, sein Konzept einer zentralistischen und straff disziplinierten Parteiorganisation durchzusetzen. Eine von ihm eingebrachte Resolution »Über die Parteieinheit«, die jede Fraktionsbildung für untragbar erklärte und in dem Antrag gipfelte, alle Gruppen mit eigener »Plattform« bei Strafe des sofortigen Ausschlusses aus der Partei aufzulösen, wurde angenommen und in der Folge rücksichtslos durchgesetzt. Als *Lenin*, dessen Führungsposition innerhalb der Partei unumstrit-

ten war, in den letzten Monaten seiner aktiven Parteiarbeit gegen den zentralistischen Führungsstil sowie gegen die Bürokratisierung des Partei- und Staatsapparates anzugehen versuchte, vermochten die von ihm vorgeschlagenen Veränderungen der Parteiorganisation keine Abhilfe mehr zu schaffen: Die starke Erweiterung des ZK ermöglichte nicht die erhoffte bessere Kontrolle des Politbüros; die Aufnahme von Arbeitern und Bauern in die 1920 gegründete »Zentrale Kontrollkommission« machte der Korruption und dem Bürokratismus kein Ende.

In den nach dem Tode *Lenins* am 21. 1. 1924 einsetzenden Nachfolgekämpfen besaß *Stalin* eine hervorragende Ausgangsposition. Ihm war es schon 1921 gelungen, mit *V. M. Molotov* einen Vertrauten in die Schlüsselposition des Parteisekretariats einzuschleusen. Als einziger Funktionär zudem in allen vier Spitzengremien der Partei vertreten, hatte er sich für das Amt des Generalsekretärs angeboten, das auf dem XI. Parteitag im März/April 1922 zur besseren Koordinierung der Parteiangelegenheiten geschaffen worden war. Seinen kraft dieses Amtes gewonnenen Vorsprung baute er sogleich aus, indem er das ZK mit seinen Anhängern erweiterte. *Trockij* sowie später auch *Zinov'ev* und *Kamenev* wurden im Kernpunkt der Auseinandersetzung, der Haltung zur Stalinschen Forderung nach der Errichtung des »Sozialismus in einem Lande«, in eine linke Opposition manövriert. Während *Stalin* die angeblich leninistische Theorie verkündete, daß »der Sieg des Sozialismus sogar in einem vom kapitalistischen Standpunkt relativ unterentwickelten Lande möglich« sei und demzufolge der Entwicklung Sowjetrußlands zu einem »Bollwerk des Sozialismus« vor einer Ausdehnung der Revolution auf andere Länder den Vorrang gab, übten seine Gegenspieler Kritik an der noch unter *Lenin* eingeleiteten »Neuen Ökonomischen Politik« (Novaja Ekonomičeskaja Politika, NEP) – *Trockij* aus prinzipiellen Gründen, *Zinov'ev* und *Kamenev* »aus oppositionellem Opportunismus« (Stökl) –, setzten sich für die Interessen der Industriearbeiter ein und forderten in der Wirtschaftspolitik den Primat der Schwerindustrie sowie ein weniger nachgiebiges Verhalten gegenüber den »kleinbürgerlichen« Elementen der Bauern. *Stalin* spielte seine Gegner geschickt gegeneinander aus: Kaum war die »linke Opposition« auf dem XIV. Parteitag vom Dezember 1925 ausgeschaltet, eignete er sich deren Programm in vollem Umfang an und machte dadurch jene, die ihn bisher unterstützt hatten und auch weiterhin ein maßvolles Anstreben der sozialistischen Ziele im Sinne der NEP für richtig hielten, zu einer »rechten Opposition«. Mit der Entfernung *Bucharins*, des Führers dieser Oppositionsgruppe, aus dem Politbüro im November 1929 stand fest, daß *Stalin* aus den innerparteilichen Auseinandersetzungen als Sieger hervorgegangen war.

Obwohl *Stalin* seit dieser Zeit, durch einen allein auf ihn zugeschnittenen Personenkult immer hemmungsloser verherrlicht, als unangefochtener Führer galt und personelle Veränderungen bei den Wahlen zum Politbüro auf dem XVI. Parteitag im Juni/Juli 1930 einen weiteren Ausbau seiner Spitzenposition in der Partei erbrachten, ließen die brutale Kollektivierung der Landwirtschaft sowie die daraus resultierende große Hungersnot von 1932/33 mit Millionen von Opfern offenbar auf sämtlichen Parteiebenen Zweifel an seinen Führungsqualitäten aufkommen. Die oppositionelle Gruppe um *S. I. Syrcov* und *V. V. Lomanidze*, dazu weitere oppositionelle Zellen um *A. P. Smirnov*, *V. N. Tolmačev* und *M. N. Rjutin*, die im Dezember 1930 bzw. im Oktober 1932 und im Januar 1933 aufgedeckt wurden, wandten sich hauptsächlich gegen die möglichen Folgen der bauernfeindlichen Politik, aber auch gegen *Stalin* persönlich. Dessen Ansehen schien auf dem XVII. Parteitag von 1934 im Schwinden begriffen: Er wurde auf dem Kongreß nur noch als »Sekretär des ZK« und nicht mehr als »Generalsekretär« bezeichnet; zudem erreichte *S. M. Kirov*, der ebenfalls zum Sekretär ernannt wurde, einen Machtzuwachs, der ihn auf eine Ebene mit *Stalin* zu stellen schien.

Es hat den Anschein, als sei darin die Erklärung für die folgende Säuberungskampagne in Partei und Staat zu suchen, die mit ihren gigantischen Ausmaßen zu einer »Bartholomäusnacht für die Kader« (Lewytzkyj) wurde. Die Ermordung *Kirovs* am 1. 12. 1934 in Leningrad gab das Signal für eine wohlvorbereitete Kampagne zur Ausschaltung aller potentieller Rivalen *Stalins*. Am 16. 1. 1935 wurden *Zinov'ev* und *Kamenev* wegen »politischer Verantwortung« für den Mord an *Kirov* zu Gefängnisstrafen verurteilt. Kurz darauf, am 25. 1., starb das 7. ZK-Mitglied *V. V. Kuibyšev* unter ungeklärten Umständen.

Die berüchtigten Schauprozesse begannen im August 1936. Zunächst wurden im »Prozeß der 16« u. a. *Zinov'ev*, *Kamenev*, *I. P. Bakaev* und *I. N. Smirnov* der Vorbereitung einer Verschwörung zum Sturze der Regierung und zur Beseitigung *Stalins* sowie anderer Mitglieder des Politbüros angeklagt. Nachdem durch raffinierte Untersuchungsmethoden sowie durch physischen und psychischen Druck die gewünschten Geständnisse erpreßt worden waren, wurden die Angeklagten zum Tode verurteilt und hingerichtet. Widerstände, die auf einer Sitzung des ZK im September 1936 gegen das Vorgehen gegen die angebliche Opposition zutage traten, veranlaßten *Stalin* zu noch schärferen Maßnahmen. Unter *N. I. Ežov* als neuem Chef der Sicherheitsorgane erreichte die Säuberungswelle (»Ežovščina«) ihren Höhepunkt. Im »Prozeß der 17« (23.–30. 1. 1937) bekannten sich weitere führende Kommunisten für schuldig, in Zusammenarbeit mit auswärtigen Geheimdiensten ein antisowjetisches Zentrum gebildet zu haben. Schließlich wurde vom 2. bis 13. 3. 1938 der »Prozeß der 21« gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« abgewickelt. Zu den Angeklagten gehör-

ten *A. I. Rykov*, ehemaliger Vors. des Rates der Volkskommissare; *Krestinskij*, stellvertretender Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten sowie der Parteitheoretiker *Bucharin* und der ehemalige Sicherheitschef *Jagoda*. Die meisten von ihnen wurden erschossen. Andere führende Funktionäre verschwanden ohne öffentlichen Prozeß. Von den auf dem XVII. Parteitag von 1934 gewählten 139 Mitgliedern und Kandidaten des ZK wurden 98 während der Säuberungswelle verhaftet und nahezu ausnahmslos liquidiert. Die Zahl der Parteimitglieder, die in Arbeitslagern starben oder auf andere Weise ums Leben kamen, wird auf eine Million geschätzt. Erst auf dem XVIII. Parteitag im März 1939 erklärte *Stalin* die Säuberungen für beendet.

Mit dem Beginn des »Großen Vaterländischen Krieges« am 22. 6. 1941 erhielt *Stalins* Programm des »Aufbaus des Sozialismus in einem Lande« zunehmend nationale Vorzeichen, so daß das bolschewistische Regime nicht mehr weit davon entfernt war, »in einen russischen Nationalbolschewismus umzuschlagen« (v. Rauch). Gleichzeitig nahm die Bedeutung des Parteiapparates, auch der Führungsgremien, entschieden ab. Das Politbüro wurde faktisch vom Staatlichen Verteidigungskomitee (Gosudarstvennyj komitet oborony), einer Art Kriegskabinett, ersetzt, dem fast nur Politbüro-Mitglieder angehörten. Die meisten lokalen Parteiorganisationen blieben zwar aktiv, jedoch gewannen die Hierarchien der Sicherheitskräfte und der Wirtschaftsministerien an Einfluß. Das ZK scheint zwischen 1941 und 1952 zweimal getagt zu haben und blieb demnach elf Jahre lang nahezu untätig.

Als Kennzeichen der ersten Nachkriegsjahre gilt die Rivalität zwischen *G. M. Malenkov* und *A. A. Ždanov*, die mit dem ungeklärten Tod des letzteren im August 1948 endete. *Ždanov* war in der schwierigen Situation des »Kalten Krieges« zum führenden Sprecher der Partei geworden. *Malenkov* hingegen saß als Sekretär des ZK im Machtzentrum der Partei und sorgte dafür, daß das ihm unterstellte Orgbüro nach 1948 in zunehmendem Maße das Politbüro ersetzte. Von *Ždanovs* Tod konnte er ebenso wie von der nachfolgenden »Leningrader Affäre« von 1949/50, bei der Anhänger *Ždanovs*, darunter der ZK-Sekretär *A. A. Kuznecov*, verhaftet und erschossen wurden, nur profitieren.

Nach *Ždanovs* Tod blieben nur *Malenkov* und *L. P. Berija* als mögliche Nachfolger *Stalins* übrig. Als nach dreizehnjähriger Pause im Oktober 1952 der XIX. Parteitag zusammentrat, wurde rasch deutlich, daß *Stalin* eher *Malenkov* zuneigte. Jedenfalls trat dieser als Hauptredner auf. Wichtigste organisatorische Neuerung war die Verschmelzung von Politbüro und Orgbüro zu einem neuen Gremium, dem Präsidium des ZK, das aus 24 Mitgliedern und 11 Kandidaten bestand. Die Aufdeckung einer angeblichen Verschwörung jüdischer Ärzte, die für *Ždanovs* Tod verantwortlich sein sollten, ließ zu Beginn des Jahres 1953 den Eindruck entstehen, als stehe eine neue, betont antisemitische Säuberungswelle bevor.

Nach *Stalins* plötzlichem Tod am 5. 3. 1953, der die gespannte Atmosphäre entschärfte, wurde das Präsidium auf den Umfang des ehemaligen Politbüros reduziert. Mitglieder waren *Malenkov*, *Berija*, *Molotov*, *K. E. Vorošilov*, *N. S. Chruščev*, *N. A. Bulganin*, *L. M. Kaganovič*, *A. I. Mikojan*, *M. Z. Saburov* und *M. G. Pervuchin*. Als am 14. 3. 1953 *Chruščev* *Malenkovs* Posten als Sekretär des ZK übernahm, deuteten sich bereits Rivalitätskämpfe in der bolschewistischen Führung an, die sich im Verlaufe der nächsten vier Monate durch *Berijas* Versuch eines entschlossenen Zugriffs auf die Macht dramatisch steigerten. Nach dem Scheitern seines Plans, mit Hilfe der Sicherheitsorgane und der Parteiführer einiger nichtrussischer Sowjetrepubliken eine neue Alleinherrschaft über Partei und Staat zu etablieren, spitzte sich der Machtkampf auf eine Auseinandersetzung zwischen *Malenkov*, der hauptsächlich auf den Staatsapparat vertraute, und *Chruščev* zu, der die Partei hinter sich hatte. Im Februar 1955 gelang es *Chruščev*, seinen Gegenspieler vom Posten des Vors. des Ministerrates zu verdrängen und als Nachfolger seinen Vertrauten *Bulganin* zu ernennen.

Eine einschneidende Bedeutung für die innere und äußere Entwicklung der UdSSR nach dem Tode *Stalins* hat der XX. Parteikongreß vom Februar 1956 in Moskau gewonnen. Sein wichtigstes Ergebnis war die totale Zertrümmerung des Stalinkultes. In seinem Mittelpunkt stand eine Rede *Chruščevs* am 24. und 25. 2., die offiziell bisher nicht veröffentlicht worden ist, deren im Westen verbreiteter Text aber als authentisch gelten kann. In dieser »Generalabrechnung mit Stalin« (v. Rauch), die dessen Unfähigkeit und Begrenztheit von seinem Verhalten beim Tode *Lenins* bis hin zum Konflikt mit *Tito* nachzuweisen versuchte, verfehlte es *Chruščev* nicht, *Malenkov*, *Molotov* und *Kaganovič* als die hauptsächlichsten Helfer *Stalins* bei der Verfolgung von Parteimitgliedern herauszustellen.

Chruščevs geschickte Personalpolitik, die er auf dem XX. Parteitag mit dem Aufrücken seiner Anhänger ins ZK, ins Sekretariat und in die Reihen der Präsidiumskandidaten vorgenommen hatte, zahlte sich schon im Juli 1957 aus, als seine Gegner im Parteipräsidium eine Mehrheit gegen ihn bildeten, da sie verschiedene Aspekte seiner Politik, insbesondere die Entstalinisierung, nicht billigten. Es gelang ihm, einem formalen Beschluß des Präsidiums zuvorzukommen und mit einer eilig einberufenen ZK-Sitzung eine Mehrheit zu gewinnen, die es ihm erlaubte, seine vier wichtigsten Rivalen *Malenkov*, *Molotov*, *Kaganovič* und den ZK-Sekretär *D. T. Šepilov* als »parteifeindliche Gruppe« aus dem ZK auszuschließen und darüber hinaus *Pervuchin* und *Saburov* zu degradieren. Auf diese Weise wurde der Primat der Partei über den Staatsapparat, der durch die radi-

kalen Wirtschaftsmaßnahmen vom Frühjahr 1957 bereits teilweise verwirklicht worden war, endgültig gesichert.

In der Folgezeit bildete sich ein Parteiregime heraus, das mehr materielle Güter als Freiheiten versprach, jedoch für die Anforderungen einer modernen Wirtschaftskonzeption zu autoritär war, um die Bedürfnisse der Konsumenten wirklich befriedigen zu können. Seit dem XXI. (außerordentlichen) Parteitag im Januar/Februar 1959 konnte vom Chruščevismus im Sinne einer ausgebauten und koordinierten ideologischen und politischen Konzeption gesprochen werden, die in dem vom XXII. Parteitag im Oktober 1961 angenommenen neuen Parteiprogramm ihren Ausdruck fand. Schon im Jahre 1958 hatte *Chruščev* *Bulganin* als angeblichen Anhänger einer »parteifeindlichen Gruppe« aus der Partei ausschließen lassen und dessen Position als Vors. des Ministerrates selbst übernommen. Als letzter, angeblich parteifeindlicher Verschwörer mußte *Vorošilov* im Jahre 1960 sein Amt als Staatsoberhaupt aufgeben.

Nach *Chruščevs* Sturz im Oktober 1964, für den innen- wie außenpolitische Gründe (Persönlichkeitskult, Vetternwirtschaft, Mißerfolge auf wirtschaftlichem Gebiet; Gefährdung der Einheit des kommunistischen Lagers) ausschlaggebend waren, wurden bis Ende 1965 alle seine organisatorischen Neuerungen rückgängig gemacht und praktisch die Situation von vor 1956 wiederhergestellt. Erster Sekretär (nach 1966 Generalsekretär) der Partei wurde nun *L. I. Brežnev*. Der XXIII. Parteikongreß entsprach in seinem nüchternen und geschäftsmäßig-bürokratischen Stil einer wesentlichen Eigenschaft der herrschenden »Trojka« *Brežnev-Kosygin-Suslov*. Die Partei geriet zunehmend in einen Grundkonflikt zwischen ihrem ideologisch-organisatorischen Totalitätsanspruch und den Entwicklungsnotwendigkeiten einer modernen Industriegesellschaft. Dieser Problematik entsprach die neue Generallinie, die auf wirtschaftlichem Gebiet den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft stärker Rechnung zu tragen, gleichzeitig aber auf kulturellem Gebiet die Zügel straffer anzuziehen versuchte. Damit kam man den fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften in begrenztem Maße entgegen, entsprach aber im politischen und im kulturellen Bereich den reaktionären Forderungen der »Apparatschiki«. Durch die Restaurierung des Politbüros und des Amtes eines Generalsekretärs wurde eine Straffung der unbeschränkten Parteiautokratie mit Hilfe von Institutionen herbeigeführt, die vor allem für die *Stalin*-Ära typisch gewesen sind. Das Gewicht des Sekretariats vergrößerte sich im Verhältnis zum Politbüro. Von einem wesentlichen Übergewicht *Brežnevs* gegen *Kosygin* konnte jedoch vorerst nicht gesprochen werden.

Erst zu Beginn der 70er Jahre vermochte sich *Brežnev* gegen erheblichen Widerstand mit seiner Auffassung von der »beschränkten Kollegialität« stärker durchzusetzen. Mit der Erweiterung des »Führungskollektivs« auf dem XXIV. Parteitag im März/April 1971 von 11 auf 15 Mitglieder konnte er seinen Einfluß wesentlich vergrößern. Der Kongreß, von Beobachtern als »Parteitag der Reaktion« (Wagenlehner) charakterisiert, brachte keine Rückkehr zur Reformpolitik des XX. Parteitages von 1956. Die orthodoxe Linie, die vor allem seit dem Entschluß zur militärischen Intervention in der ČSSR im August 1968 beschritten wurde, ist in verstärktem Maße fortgesetzt worden. Die Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten und der von ihnen gewählten Führungsgremien ließ erkennen, daß es sich bei der KPdSU in zunehmendem Maße um »eine Interessenvertretung der herrschenden Hochbürokratie« (Meissner) handelt, die in ihren höheren Rängen überaltert ist und von Experimenten nichts wissen will.

L. Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 1962; B. Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, 1962; R. V. Daniels, Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrussland, 1962; Istorija Kommunističeskoj Partii Sovetskogo Sojuza, Bd. 1–6, Moskau 1964 ff. (dt. Übers.: Moskau/Berlin(Ost) o. J.); V. S. Zajcev/I. L. Man'kovskaja/A. F. Judenkov, Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza (KPSS), in: Sov. Ist. Enc., Bd. 7, Moskau 1965, Sp. 650–721 (dt. Übers.: Kommunistische Partei der Sowjetunion: Historischer Abriss. Statistisches Material. Historiographie. Bibliographie, Berlin (Ost) 1967); B. Lewytzkyj, Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, 1967; T. H. Rigby, Communist Party Membership in the U. S. S. R 1917–1967, Princeton, N. J., 1968; L. B. Schapiro/P. Reddaway, Bolschewiki/KPSS, in: C. D. Kernig (Hrsg.), Die Kommunistischen Parteien der Welt, Freiburg/Basel/Wien 1969, Sp. 526–556.

Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) (RKP[b], Rossijskaja Kommunističeskaja Partija [bol'ševiki]) → Kommunistische Partei der Sowjetunion.

Konstitutionell-demokratische Partei (auch: Partei der Volksfreiheit, »Kadetten«; Konstitucionno-demokratičeskaja partija, Partija narodnoj svobody).

»Entschieden liberale Fortschrittspartei« (Hoetzsch), deren Anhängern das liberale Grundideal einer möglichst demokratischen Verfassung gemeinsam war.

Gründung: Die Partei ging aus den liberalen und radikal-demokratischen Kreisen der Zemstvovertreter, der Gutsbesitzer und vor allem der Intelligencija, insbes. dem Verband der Zemstvo-Konstitutionalisten (Sojuz Zemcev-Konstitucionalistov, Nov. 1903–Okt. 1905), dem Verband der Befreiung (Sojuz Osvoboždenija, Jan. 1904–Okt. 1905) und dem Verband der Verbände (Sojuz sojuzov, Mai 1905–1906) hervor. Ihr I. außerordentlicher Parteitag (Programmdebatte) fand vom 12.–18.[25.–31.]10. 1905 in Moskau statt. Die Partei konstituierte sich offiziell auf dem II. Parteitag in St. Petersburg (5.–11. [18.–24.] 1. 1906). Zu den führenden Persönlichkeiten der »Kadetten« gehörten u. a. *P. N. Miljukov, V. A. Maklakov, A. I. Šingarev, P. B. Struve, I. V. Gessen (Hessen), V. D. Nabokov,* die Fürsten *Pavel*

D. und *Petr D. Dolgorukij,* Fürst *D. I. Šachovskoj* und *I. I. Petrunkevič.*

Programm: Nach *Miljukov* verstanden sich die »Kadetten« als sozialreformerische Partei, die sich von der radikalen Linken dadurch unterschied, daß sie die vollständige Vergesellschaftung der Produktionsmittel als jenseits praktischer Politik stehend ablehnte. Das auf dem I. Parteitag verabschiedete Programm, das die Frage der künftigen Staatsform noch offenließ, forderte u. a. die bürgerlichen Grundrechte, die Festlegung des Staatsaufbaus des Russischen Reiches durch ein Grundgesetz, die Wahl einer Volksvertretung, die Ausdehnung der örtlichen Selbstverwaltung auf das ganze Russische Reich sowie die Möglichkeit zur Errichtung örtlicher Autonomie und regionaler Repräsentativorganisationen. Polen sollte eine autonome Verfassung erhalten, die Verfassung Finnlands voll und ganz wiederhergestellt werden. Auf dem Gebiet des Gerichtswesens wurde die Aufhebung aller Abweichungen von den Prinzipien der Gerichtsgesetze von 1864 gefordert, außerdem die Abschaffung der Todesstrafe, eine Revision des Strafgesetzbuches und die Inangriffnahme des Projekts eines Bürgerlichen Gesetzbuches. Eine Revision der Finanz- und Wirtschaftspolitik wurde angestrebt (u. a. Streichung unproduktiver Staatsausgaben, Ausweitung der direkten Steuern, allmähliche Abschaffung der indirekten Steuern auf Bedarfsgüter). Mittelpunkt einer neuen Agrargesetzgebung war die Forderung nach Vergrößerung der Landnutzungsfläche für diejenigen Bevölkerungsteile, die das Land in persönlicher Arbeit bebauten, auf Kosten des Staates und bei Entschädigung der gegenwärtigen Besitzer. Weitgehende Forderungen enthielt das Programm auch auf den Gebieten der Arbeitsgesetzgebung (u. a. Streikrecht, Einführung des 8-Stunden-Tages) und der Volksbildung (u. a. Einführung des allgemeinen, kostenlosen und obligatorischen Unterrichts in der Elementarschule). Die Herausbildung eines außenpolitischen Programms erfolgte erst am Vorabend und im Verlauf der Bosnischen Krise von 1908/09 durch *P. N. Miljukov,* der Europa und den Nahen Osten als die Schwerpunkte der russischen Außenpolitik bezeichnete. Es wurde unter diesen Umständen für notwendig gehalten, die Beziehungen zu Großbritannien weiter zu verbessern, das alte Bündnis mit Frankreich wieder aufzufrischen und eine Koalition der slawischen Balkanstaaten unter Einbeziehung der Türkei gegen Österreich-Ungarn aufzubauen.

Organisation: Die »Kadetten« zeichneten sich dank einer vorzüglichen Organisation zunächst durch große Geschlossenheit aus. Schon nach dem I. Parteitag (1905) entstanden Gouvernements- sowie Städtekomitees und -gruppen. Organisatorisches Zentrum der Partei, die 1906 70–100 000 Mitglieder zählte, war das erstmals auf dem I. Parteitag gewählte ZK. Weitere Parteitage fanden 1906 in St. Petersburg (III., 21.–25. 4./4.–8. 5.) und in Helsingfors (IV., 23.–28. 9./6.–11. 10.) sowie 1907 in Helsingfors (V., 23.–25. 10./5.–7. 11.) statt. Bis 1916 sind keine weiteren Parteikongresse einberufen worden. Die vom ZK nach der Gründung der Partei bis Anfang 1907 unternommenen Versuche einer Legalisierung stießen angeblich »wegen der Unklarheit der Ziele der Partei« auf staatlichen Widerstand. Die Aktivität der »Kadetten« blieb jedoch davon unberührt.

Presse: Tageszeitung ›Reč‹ (St. Petersburg; Febr. 1906–1917), wöchentlich in St. Petersburg erscheinend: ›Vestnik partii narodnoj svobody‹ (bis Februar 1908 und erneut 1917).

Geschichte: Als den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit betrachtete die Partei die Volksvertretung, die Staatsduma. Aus den Wahlen zur I. Duma als stärkste Fraktion hervorgegangen (179 von 478 Abg.), sah sie ihre vornehmliche Aufgabe darin, »die Duma zu bewahren«, d. h. keinen Anlaß für ihre Auflösung zu geben. Mit diesem Ziel versuchte die Partei, auf der Grundlage eines Blocks mit den »Trudoviki«, die zur Mäßigung und zur Absage an Konflikte mit der Regierung aufgefordert wurden, eine dauerhafte Mehrheit der liberalen Kräfte in der Duma zu erreichen und den Zaren zur Bildung eines »Kabinetts des allgemeinen Vertrauens« zu veranlassen. Es gelang jedoch nicht, die »Trudoviki« für die Unterstützung eines Agrargesetzentwurfs über die »Zwangsenteignung« durch »gerechte Bewertung« von Teilen des Gutsbesitzerlandes zugunsten der Bauernschaft (»Entwurf der 42«) zu gewinnen. Nach Auflösung der I. Duma begaben sich die Deputierten der »Kadetten« auf finnischen Boden und unterzeichneten dort das »Wiborger Manifest« (Vyborgskoe vozzvanie), das die Bevölkerung vergeblich zum passiven Widerstand gegen die Regierung aufforderte (»Gebt bis zur Berufung der Volksvertretung der Krone keine Kopeke und der Armee keine Soldaten!«).

In der II. Duma, in der sich die Vertretung der »Kadetten« fast um die Hälfte (98 Abg. von 518) verringerte, stellte die Partei die Losung von der »Schonung der Duma« in den Vordergrund, verzichtete auf die programmatische Forderung nach der Verantwortlichkeit des Kabinetts und schränkte ihren Agrargesetzentwurf ein (u. a. Verzicht auf den staatlichen Bodenfonds). Nach der Auflösung der II. Duma im Juni 1907 machte die Partei eine Krise durch. 1909 wurden in der Provinz nur noch 22 Gouvernements- und 19 Gebiets-Parteigruppen mit einer nur unbedeutenden Anzahl von Mitgliedern gezählt. Nach einem Eingeständnis *Miljukovs* hörte die Partei auf, als organisatorische Einheit zu existieren. Unter solchen Voraussetzungen verzichtete der V. Parteitag auf die selbständige Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen und beschloß, den Weg der »seriösen Kritik« und der Verbesserung der Regierungsentwürfe einzuschlagen. Die »linken« Kadetten wurden aus dem ZK entfernt. Der Parteitag beschloß, in der II. Duma eine Koalition mit den »Oktobri-

STEN« einzugehen und den Linksparteien entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

In der III. Duma, in die nur noch 54 Abg. der »Kadetten« einzogen, spielte die Partei die Rolle der »verantwortungsbewußten Opposition«. Den Vorschlag rechtsgerichteter Kreise, das Großbürgertum für die Partei zu gewinnen, lehnte sie ab. In der Erkenntnis, daß selbst eine gemäßigte Verfassung nicht ohne eine neue Massenbewegung zu erreichen sei, rief *Miljukov* zu einem Vorgehen »parallel« zu den Massen auf.

In der IV. Duma (59 Abg.) schlugen die »Kadetten« einen eher »linken« Ton an. Sie forderten das allgemeine Wahlrecht und ein »Kabinett des Vertrauens«, brachten Gesetzentwürfe über die bürgerlichen Freiheiten ein und tadelten die Politik des Innenministers. 1913 sah sich die Parteiführung zu der Erklärung veranlaßt, daß der Ausweg nicht in der Duma, sondern »in der Annäherung an die Massen« liege.

Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges erklärte die Partei ihre Übereinstimmung mit der Regierung und schob allen Streit bis nach Beendigung des Krieges auf. Sie gehörte dem »Progressiven Block« (→ Einleitung) an. Die Aufrufe des linken Flügels der Partei, Konflikten mit der Regierung nicht auszuweichen und »näher bei der Demokratie zu bleiben«, wurden vom VI. Parteitag (18.–23. 2.[2.–7. 3.]1916) abgelehnt. Das Scheitern des »Progressiven Blocks« veranlaßte die Parteiführung schließlich Ende 1916/Anfang 1917 in dem Bemühen, einen Ausweg aus der Krise zu suchen, zur Teilnahme am Vorgehen gegen den Zaren.

Die Februarrevolution veränderte die Lage der »Kadetten« wesentlich: Die Partei wurde nunmehr eine der Hauptstützen der Provisorischen Regierung und forderte das russische Volk dazu auf, »alle Unterschiede der Parteien, Klassen, Stände und Nationalitäten« zu vergessen und alle Kräfte »zur Verteidigung der neuen Ordnung« einzusetzen. Bei der Regierungsbildung am 2.[15.]3. 1917 übernahmen führende Vertreter der »Kadetten« Ministerämter.

Der VII. Parteitag in Petrograd (25.–28.3. [7.–10. 4.]1917) forderte für Rußland »eine demokratische und parlamentarische Republik«. Gleichzeitig wurde unterstrichen, daß die vordringlichen Aufgaben der Partei in der Unterstützung der Provisorischen Regierung, im Ringen um eine Verfassunggebende Versammlung und in der Auseinandersetzung »mit jeder Art von Maximalismus und Bolschewismus« bestünden. Zu diesem Zweck sollte mit den anderen demokratischen Parteien zusammengearbeitet werden. Der VIII. Parteitag in Petrograd (9.–12. [22.–25.] 5. 1917) sicherte der neuen Provisorischen Regierung wiederum die volle Unterstützung der »Kadetten« zu. Außerdem wurden »Grundprinzipien einer Agrarreform« verabschiedet und ein neues ZK (65 Mitglieder) gewählt. Am 2.[15.]7. 1917 verließen die Minister der Partei im Zusammenhang mit der Entscheidung der Kabinettsmehrheit zugunsten der ukrainischen Autonomieforderungen vorübergehend die Regierung.

Der IX. Parteitag in Moskau und Petrograd (23.–28.7.[5.–10.8.]1917) betonte die Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Regierung. Im Zusammenhang mit dem *Kornilov*-Putsch verließen die »Kadetten« erneut die Regierung, bildeten jedoch nach Verhandlungen mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären am 25.9.[8.10.]1917 eine neue Koalitionsregierung, in der sie mit 4 Ministern vertreten waren. Diese setzten die Verlegung der Provisorischen Regierung nach Moskau durch, wo vom 14.–16. [27.–29.] 10. 1917 auch der X. Parteitag der »Kadetten« stattfand.

Nach dem bolschewistischen Staatsstreich wurden die »Kadetten« wie andere Parteien durch ein Dekret des Rates der Volkskommissare zu Volksfeinden erklärt und einige ihrer führenden Mitglieder verhaftet und vor Gericht gestellt oder ermordet. Ein großer Teil der Gruppe der »Kadetten« sah sich daher zur Emigration gezwungen. Auf einer im Mai 1921 in Paris abgehaltenen Versammlung der Mitglieder des ZK kam es zur Spaltung. *Miljukov* setzte sich an die Spitze einer sogenannten demokratischen Gruppe (Ablehnung einer Politik der »Einmischung von außen« und Ausgabe der Parole »Sowjets – ohne Bolschewiki«), aus der sich 1924 die REPUBLIKANISCH-DEMOKRATISCHE VEREINIGUNG (Republikansko-Demokratičeskoe Ob-edinenie) herausbildete (mit der Zeitung ›Poslednye novosti‹ als Presseorgan). Der andere Teil der »Kadetten« mit *Gessen* und *Kaminka* an der Spitze vertrat die alten Positionen und gruppierte sich um die Zeitung ›Rul'‹. Mit der Spaltung hörte die Konstitutionell-demokratische Partei auf, als politische Organisation zu existieren.

A. Ja. Avrech/N. F. Slavin, Konstitucionno-demokratičeskaja partija, in: Sov. Ist. Enc., Bd. 7, Moskau 1965, Sp. 829–836.

Menschewiki → Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands.

Monarchistische Partei (Monarchičeskaja Partija) → Rechtsparteien.

»Oktobristen« → Verband des 17. Oktober.

Partei der Demokratischen Reformen (Partija Demokratičeskich Reform).

Zwischen »OKTOBRISTEN« und »KADETTEN« angesiedelte liberale Partei, die im Januar 1906 von ehemaligen »KADETTEN« gegründet wurde, denen das Programm dieser Partei zu links war. Sie suchte schon bald Anschluß an die → GEMÄSSIGT-PROGRESSIVE PARTEI und bildete mit dieser im März 1906 den VERBAND DER VOLKSWOHLFAHRT (Sojuz narodnogo blagodenstvija). An der Spitze der Partei standen *M. M. Kovalevskij, M. M. Stasjulevič, I. I. Ivanjukov, V. D. Kuz'min-Karavaev* und *K. K. Arsen'ev*. Presseorgane waren die Zei-

tung ›Strana‹ und die Zeitschrift ›Vestnik Evropy‹. Das am 18.[31.]1. 1906 veröffentlichte Programm verurteilte scharf die Taktik des sozialen Umsturzes »der äußersten linken Parteien« und propagierte einen evolutionären Weg »der friedlichen Erneuerung Rußlands« auf der Grundlage einer erblichen konstitutionellen Monarchie. Die Einberufung einer Konstituante wurde in der Annahme abgelehnt, daß deren Rolle von der Duma voll erfüllt werden könne. In der nationalen Frage ging die Partei von der Unteilbarkeit Rußlands aus, erkannte aber Polen und Finnland einen autonomen Status zu. In der Agrarfrage trat sie für die Erhaltung des Eigentums an Grund und Boden ohne Beschränkung sowie für das Recht auf Freikauf ein. Für die Festlegung eines Mindestanteils an bäuerlichem Grundbesitz sollten die Normen von 1861 gelten. Die mitgliederarme Partei entsandte in die I. Duma 4 Abg., in die II. nur noch 1. Ende 1907 schloß sie sich mit der → PARTEI DER FRIEDLICHEN ERNEUERUNG zur Fraktion der »PROGRESSISTEN« zusammen.

N.F.Slavin, Partija demokratičeskich reform, in: Sov.Ist.Enc., Bd. 10, Moskau 1967, Sp. 892.

Partei der Friedlichen Erneuerung (Partija mirnogo obnovlenija).

Bürgerlich-liberale Partei, die eine Position zwischen »OKTOBRISTEN« und »KADETTEN« einnahm und sich von ersteren durch ihre Kritik am Terror der Regierung, von letzteren durch ihre offene Mißbilligung revolutionärer Aktivitäten unterschied. Sie geht auf eine im Juli 1906 von Vertretern des linken Flügels der »OKTOBRISTEN« (zunächst *P. A. Gejden* und *M. A. Stachovič*, später auch *D. N. Šipov)* und Vertretern des rechten Flügels der »KADETTEN« *(N. N. L'vov, S. N. Trubeckoj)* auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Tätigkeit in der Duma vorgenommene Bildung einer Fraktion »der friedlichen Erneuerung« zurück, die sich am 11.[24.]8. 1906 als Partei konstituierte. In der I. Duma war sie mit 29 Abg. vertreten. Diese nahmen nach der Auflösung des Parlaments an der Versammlung von Duma-Abg. im finnischen Wiborg teil (→ KONSTITUTIONELL-DEMOKRATISCHE PARTEI), weigerten sich jedoch, das »Wiborger Manifest« zu unterzeichnen. Das Programm sah, ähnlich dem der »OKTOBRISTEN«, die Durchführung demokratischer Reformen, die gesetzliche Regelung der »Arbeiterfrage«, die Erhaltung des Gutsbesitzes, die Umsiedlung landloser Bauern in die Randgebiete des Reiches und die Erweiterung zu kleiner Landanteile auf Kosten des Staates vor, aber auch den Erwerb von Anteilen an Grund und Boden der Gutsbesitzer durch die Bauern. Trotz Absprachen mit »OKTOBRISTEN« und »KADETTEN« bei den Wahlen zur II. und III. Duma blieb die Partei eine Randerscheinung, die keine ernsthafte politische Rolle zu spielen vermochte. In der III. Duma schloß sie sich mit der → PARTEI DER DEMOKRATISCHEN REFORMEN zur Fraktion der »PROGRESSISTEN« zusammen. Im Jahre 1912 ging die Partei in der → FORTSCHRITTSPARTEI auf. Offiziöse Organe waren die Zeitung ›Slovo‹ *(M. M. Fedorov)* und die Zeitschrift ›Moskovskij eženedel'nik‹ *(E. N. Trubeckoj).*

K. F. Šacillo, Partija mirnogo obnovlenija, in: Sov. Ist. Enc., Bd. 10, Moskau 1967, Sp. 893.

Partei der Gemäßigten Rechten (Partija umerenno-pravych) → Rechtsparteien.

Partei der Linken Sozialrevolutionäre (PLSR, Partija Levych Socialistov-Revoljucionerov.)

Die Ursprünge dieser Partei liegen in einer linkssozialistischen Strömung, die sich während des 1. Weltkrieges unter der Führung von *B. D. Kamkov, M. A. Natanson* und *M. A. Spiridonova* innerhalb der → PARTEI DER SOZIALREVOLUTIONÄRE (PSR) bildete und der »Zimmerwalder Linken« anschloß. Nach der Februarrevolution sammelten sich ihre Anhänger um die Zeitung ›Zemlja i Volja‹ (Moskau, März 1917–Mai 1918), traten auf dem III. Parteikongreß der PSR im Mai/Juni 1917 mit eigenen politischen Zielsetzungen auf und verselbständigten sich im Laufe des Herbstes 1917 zusehends. Gemeinsam mit den Bolschewiki gehörten diese linken Sozialrevolutionäre dem Revolutionären Militärkomitee an und waren am Oktoberumsturz beteiligt. Im Gegensatz zu den rechten Sozialrevolutionären verließen sie den II. Allrussischen Sowjetkongreß nicht, stimmten den dort gefaßten Beschlüssen zu und wurden in das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee gewählt. Von der PSR daraufhin im November aus der Partei ausgeschlossen, formierte sich auf einem I. Parteikongreß am 2.(15.)12. 1917 organisatorisch die PLSR, die im April 1918 fast 63 000 Mitglieder besaß und über ein Zentralorgan, die Zeitung ›Znamja Truda‹ (Petrograd, 5.[18.]9. 1917–7. 7. 1918), verfügte. Die Partei trat auf der Grundlage der Sozialisierung für die sofortige Übergabe der Gutsbesitzerländereien an die Bauern ein, sprach sich auch für die Unterstützung der Sowjets, jedoch gegen eine Koalition mit bürgerlichen Parteien aus. Ende November bzw. Anfang Dezember 1917 traten die linken Sozialrevolutionäre in die von *Lenin* geführte Regierung, den Rat der Volkskommissare, ein. Während die Partei in der Konstituierenden Versammlung (40 Mandate) und auf dem III. Allrussischen Sowjetkongreß noch die Bolschewiki unterstützte, geriet sie im Zusammenhang mit den Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland in offenen Gegensatz zu diesen. Sie sprach sich gegen den Friedensschluß von Brest-Litovsk aus, stimmte gegen dessen Ratifizierung und berief ihre Parteimitglieder aus der Regierung ab. Gegen diese Maßnahme regte sich auf dem II. Parteitag (17.–25. 4. 1918) Widerspruch (u. a. von *Spiridonova, Kolegaev, Natanson* und *Trutovskij),* jedoch erlangten die Verfechter eines sofortigen Bruchs mit den Bolschewiki (u. a. *Kamkov, Štejnberg* und *D. A. Čerepanov)* die Oberhand. Im Juni 1918 billigten

das ZK und der III. Parteitag (28. 6.–1. 7. 1918) einen Kurs, der auf die Provozierung eines Krieges mit Deutschland und auf den bewaffneten Aufstand gegen das bolschewistische Regime hinauslief. In der Folge verübten linke Sozialrevolutionäre am 6. 7. 1918 ein Attentat auf den deutschen Botschafter Graf *Mirbach-Harff*, das den Auftakt zu bewaffneten Auseinandersetzungen bildete. Nach deren blutiger Niederschlagung spalteten sich von der Partei die »Narodniki-Kommunisten« (im November 1918 aufgelöst) ab, ferner die »revolutionären Kommunisten«, deren Mitglieder sich im Jahre 1920 den Bolschewiki anschlossen. Obwohl auch eine Reihe führender Politiker der PLSR, darunter *Kolegaev, G. D. Zaks, G. Ustinov* und *B. F. Malkin*, in die Reihen der bolschewistischen Partei eintrat, blieb die Mehrheit bis Anfang der 20er Jahre gegen diese politisch aktiv.

»Levye Esery«, in: Sov. Ist. Enc., Bd. 8, Moskau 1965, Sp. 517–519.

Partei der Nationalisten (Nacionalisty) → Rechtsparteien.

Partei der Rechten (Partija Pravych) → Rechtsparteien.

Partei der Rechtsordnung (Partija Pravovogo porjadka)

Am 15.[28.]10. 1905 in St. Petersburg u. a. von den späteren »Oktobristen« *A. V. Bobriščev-Puškin*, Graf *V. A. Tizengauzen (Tiesenhausen)* und *E. P. Kovalevskij* gegründete, aus der Stadtduma von St. Petersburg hervorgegangene und nach ihrer Selbstcharakterisierung »konstitutionelle Partei«. Das Programm erwähnte zwar einleitend die vier Grundfreiheiten des Oktobermanifestes (Freiheit der Presse, des Glaubens, der Rede sowie der Versammlung und Verbände), forderte aber dann eine »starke Staatsgewalt« und die Erhaltung der »Einheit und Unteilbarkeit Rußlands«. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach war die Partei vorwiegend eine Organisation von Staatsbeamten und Offizieren. Doch gehörten zu ihren Mitgliedern neben der »alten Bürokratie« auch Vertreter des Großbürgertums, konservative Arbeiter und Bauern sowie kleine Beamte, darunter Angehörige der Geheimpolizei. Die Partei geriet schon bald in den Sog des → Verbandes des 17. Oktober und hatte ständige Existenzsorgen. Für die Wahlen zur I. Duma schloß sich die Partei gemeinsam mit einer Reihe anderer gemäßigt-konservativer Parteien einem vom Verband des 17. Oktober initiierten und geführten Wahlkartell an. Für die II. Duma, in die die Partei nur noch einen Abg. entsenden konnte, wurde die Wahlabsprache nicht erneuert, weil sich die Partei unter dem Eindruck der revolutionären Stimmung der I. Duma dem reaktionären Lager bereits so weit angenähert hatte, daß ein erneutes Zusammengehen ausgeschlossen war. Zwar hatte das Zentralkomitee der Partei im Verlauf des Jahres 1907 die Bereitschaft zur Koalition mit anderen Parteien bekundet, jedoch erwies sich das Trennende, vor allem der Nationalismus und Antisemitismus der Partei, als stärker. Kurz vor dem Wahltermin zur III. Duma gab das ZK bekannt, daß die Zentrale ihre Tätigkeit einstelle und den einzelnen Ortsvereinen volle Handlungsfreiheit gewähre.

E. Birth, Die Oktobristen (1905–1913), 1974.

Partei der Sozialrevolutionäre (**PSR**, Partija Socialistov-Revoljucionerov).

An die revolutionären Traditionen der Narodniki (dt. Volksfreunde) anknüpfende radikale Linkspartei, die das Bauerntum »für die in Rußland gegebene Schicht und das Werkzeug zur Durchsetzung des Sozialismus« (Hoetzsch) hielt und somit für das Zarenreich »zwischen bürgerlichem Kapitalismus und proletarischem Sozialismus einen dritten, nichtkapitalistischen Entwicklungsweg« (Hildermeier) offerierte.

Gründung: Die PSR entstand im Winter 1901/02 aus dem Zusammenschluß von drei Regionalorganisationen der neopopulistischen Bewegung, dem »Nordbund der Sozialrevolutionäre« um *A. A. Argunov*, dem »Südbund«, einem Zusammenschluß sozialrevolutionärer Gruppen Südrußlands, die sich schon »Sozialrevolutionäre Partei« nannten, um *A. O. Sycjanko* und *I. A. D'jakov*, und der »Arbeiterpartei für die politische Befreiung Rußlands« um *E. K. Breško-Breškovskaja, L. M. Kljačko-Rodionova* und *G. A. Geršuni*. Auch sozialrevolutionäre Organisationen aus dem westeuropäischen Exil waren an dem Gründungsvorgang beteiligt, insbes. die »Agrarsozialistische Liga«, ein Zusammenschluß von Altnarodniki (u. a. *N. V. Čajkovskij, E. E. Lazarev, Ch. O. Žitlovskij, I. A. Rubanovič, D. A. Chilkov*) und jungen Sozialrevolutionären (u. a. *V. M. Černov, M. R. Goc* und *S. N. Sletov*).

Programm: Ziele und politische Taktik der regionalen Gruppen, die in der PSR aufgingen, waren so unterschiedlich, daß in den ersten Jahren ihrer Existenz nicht von einem allgemeingültigen Programm der Partei gesprochen werden kann. Erst auf dem I. Parteitag Ende Dezember 1905/Anfang Januar 1906 wurde ein von *V. M. Černov* ausgearbeitetes Grundsatzprogramm angenommen. Darin verstand sich die PSR, die bis 1914 Mitglied der II. Internationale war, ausdrücklich »als Abteilung der Armee des internationalen Sozialismus«. Die letztlich eine Expropriation des kapitalistischen Eigentums und eine Reorganisation der Produktion und der gesamten gesellschaftlichen Ordnung nach sozialistischen Prinzipien anstrebende Partei forderte in ihrem Minimalprogramm auf politischem Gebiet Einberufung einer Konstituante zur Schaffung einer demokratischen Republik »mit einer weitgehenden Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden in Stadt und Land«, Selbstbestimmungsrecht für die Nationalitäten; allgemeines, freies, gleiches und geheimes Wahlrecht; Gewährung der »unantastbaren persönlichen und bürgerlichen

Rechte«; obligatorische Schulbildung auf Staatskosten; die Trennung von Kirche und Staat sowie Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Volksmiliz.

Der wirtschaftliche Minimalkatalog enthielt vor allem das gesamte sozialrevolutionäre Arbeiterprogramm. Die Partei forderte u. a. die Erhebung progressiver Steuern und die Abschaffung »aller Steuern, welche die Arbeitermassen belasten«; die Schaffung einer Arbeiterschutzgesetzgebung sowie einer Sozial- und Arbeitslosenversicherung; die Einführung des Achtstundentages; die Festlegung von Minimallöhnen und die Mitwirkung der Gewerkschaften »an der Festsetzung der inneren Arbeitsbedingungen in den Betrieben«.

Vordringlich erschien der PSR die Lösung des Agrarproblems. Auf diesem Gebiet, dem Kern des Programms, hielt sie »im Interesse des Sozialismus und des Kampfes gegen bourgeoise Eigentumsprinzipien« an den traditionellen, in der Umteilungsgemeinde, der »obščina«, verkörperten Lebensformen des russischen Bauern fest und befürwortete die Sozialisierung des Grund und Bodens mit einem »Recht auf Land«, das der »Gesamtheit der Bürger in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung« zustehen sollte. Entschädigungszahlungen für enteignetes Land waren nicht vorgesehen.

Organisation: Die PSR blieb im Verlaufe ihrer Existenz trotz anderslautender Proklamationen und theoretischer Entwürfe ein loser Verband von lokalen Komitees, so daß es berechtigt erscheint, ihr eine Mittelstellung zwischen Partei und politischer bzw. sozialer Bewegung zuzuweisen. Nach dem Organisationsschema des Parteistatuts bildeten territorial definierte städtische und ländliche Zellen, die »Rajongruppen« bzw. die bäuerlichen »Brüderschaften« (bratstva), die Grundeinheiten. Die nächst höheren Einheiten waren in den Städten die »Stadtgruppen« und auf dem Lande die »Kreisgruppen« (uezdnye gruppy). Städtische und ländliche Organisationen gemeinsam konstituierten die »Bezirksorganisationen« bzw. sogleich die »Gouvernementsorganisationen«, welche ihrerseits zu »Regionalorganisationen« (oblastnye organizacii) verbunden wurden. Die Tätigkeit all dieser Verbände sollte ausschließlich bei den jeweiligen Komitees, d. h. den Rajon-, Stadt-, Gouvernements- und den Oblastkomitees, den höchsten Gremien unterhalb des ZK, konzentriert sein.

Höchste Instanz der Partei war der Parteikongreß. Für Fragen von besonders weitreichender Bedeutung existierte ein Parteirat. Zwischen den Parteitagen wurde die PSR von einem Zentralkomitee geführt.

Zur Zeit der Revolution von 1905 umfaßte die PSR 42–45 000 organisierte Anhänger; im Mai 1917 zählte sie ca. 100 000 Mitglieder.

Presse: Periodika der PSR waren u. a. die Zeitungen ›Revoljucionnaja Rossija‹ (u. a. Genf, 1900/01 – Dezember 1905; Prag, 1920–1931), »Znamja Truda« (Paris, 1907–1914), ›Delo Naroda‹ (Petrograd, 1917–1918) und ›Volja Naroda‹ (Petrograd, 1917) sowie die Zeitschriften ›Vestnik Russkoj Revoljucii‹ (Genf – Paris, Juli 1901–März 1905), ›Socialist-Revoljucioner‹ (Paris, Mai 1910–März 1912 bzw. Oktober 1927–April 1932) und ›Partijnye Izvestija‹ (Petrograd, 1917–1918).

Geschichte: Als die Partei im Winter 1901/02 gegründet wurde, existierte sie »zunächst nur in den Köpfen einiger weniger Aktivisten und durch deren persönliche Beziehungen« (Hildermeier). Erst in den folgenden Jahren gelang es, die vorhandenen sozialrevolutionären Gruppen enger aneinander zu binden, das Netz lokaler Stützpunkte zu verdichten und dadurch dem formalen Gründungsbeschluß allmählich ein materielles Fundament zu geben. Getragen von der Vorstellung, daß die zur Befreiung Rußlands berufene Arbeiterklasse aus Bauern und Industriearbeitern gebildet werde, war die PSR zunächst um die Gewinnung aller »arbeitenden Massen« in Stadt und Land bemüht. In der Regel waren die Sozialrevolutionäre jedoch in den Städten den Sozialdemokraten fast überall an Einfluß unterlegen und auch in den industriellen Zentren nur schwach vertreten, nur in den agrarischen Gebieten verfügten sie über ein revolutionäres Monopol.

Die Kernzone sozialrevolutionären Einflusses, die von Char'kov bis Samara reichte, deckt sich mit dem Zentralen Schwarzerdegebiet, einem chronischen Krisengebiet Rußlands, in dem die Tradition der revolutionären Bauernaufstände noch lebendig war. Kaum Widerhall fand sie hingegen in Gebieten, in denen der Einfluß der europäischen Agrarverfassung im Vorherrschen bäuerlichen Kleinbesitzes noch sichtbar (Polen, Litauen) oder die kapitalistische Umformung der Landwirtschaft auf Grund der Nähe von Industriegebieten fortgeschritten war (Südukraine). Damit erwies sich die PSR als die Partei der am wenigsten kapitalistisch bestimmten Landwirtschaft: Je rückständiger und je weniger »europäisch« die Agrarverfassung, um so größer war die Resonanz der Sozialrevolutionäre, der »Altmodischen« (Hoetzsch).

Im Zuge des allgemeinen revolutionären Aufschwungs nach der Jahrhundertwende gelang es der PSR, ihre Tätigkeit auf ganz Rußland auszudehnen und vor allem in der Zentralregion Fuß zu fassen. Zentrum ihrer Aktivität wurde Nižnij-Novgorod. In den Jahren 1905/06 erreichte der sozialrevolutionäre Einfluß seinen Höhepunkt. In Moskau, Minsk, Vladimir, Odessa, Nižnij-Novgorod, Kiev, Belostok und Kronstadt konnte die PSR die revolutionären Ereignisse entscheidend beeinflussen oder unter ihre Führung bringen.

Zur Durchführung des taktischen Hauptkampfmittels der PSR, des individuellen Terrors, wurde im April 1902 eine spezielle »Kampforganisation« (mit *E. F. Azef*, ab 1908 mit *B. V. Savinkov* an der Spitze) geschaffen, die in den Jahren 1902 bis 1911 nach eigenen Angaben 222 Atten-

tate ausführte und weitere 35 plante. Den Terrorakten der PSR fielen u. a. der Erziehungsminister *N. P. Bogolepov* (1901), die Innenminister *D. S. Sipjagin* (1902) und *V. K. Pleve* (1904) sowie Großfürst *Sergej Aleksandrovič* (1905) zum Opfer. Noch im Laufe der ersten russischen Revolution begannen jedoch in der Partei Diskussionen um die Angemessenheit des Terrors. Im November 1905 beschloß das ZK den Terror auszusetzen und die Kampforganisation aufzulösen. Jedoch wurde auf dem I. Parteitag im Januar 1906 eine Resolution verabschiedet, die zur Fortsetzung der terroristischen Aktionen bis zur »vollen Erreichung tatsächlicher Freiheiten« aufrief. Nach der Entlarvung *Azefs* als Polizeispitzel im Dezember 1908 war der Terror als Kampfmittel so diskreditiert, daß die Diskussion um ihn im folgenden Jahr neu aufflammte, zumal da sich die Hoffnung auf einen elementaren Bauernaufstand, der durch diese Terrorakte provoziert werden sollte, als vergeblich erwies. Hauptkontrahenten waren die Vertreter der PSR beim Büro der Zweiten Sozialistischen Internationale, *I. A. Rabinovič (»Bereslavcev«)* und *B. G. Bilit (»Borisov«)*, als Gegner des Terrors sowie *Černov (»Gardenin«)*, stellvertretend für die Mehrheit des ZK und des Zentralorgans, als Befürworter. Die Debatte brachte kaum neue Argumente, zeigte aber deutlich den Immobilismus der Parteispitze und den allmählichen Zerfall der PSR, der nunmehr auch auf den einstigen Garanten ihres Zusammenhalts übergriff.

Spaltungstendenzen waren schon unmittelbar nach dem I. Parteitag im Jahre 1906 aufgetreten: Auf dem linken Flügel spaltete sich der Bund der Maximalistischen Sozialrevolutionäre (Sojuz Socialistov-Revoljucionerov Maksimalistov) ab, dem die PSR zu wenig revolutionär war und der »den unmittelbaren sozialen Umsturz« mit Hilfe von Attentaten, Erpressungen und Raubüberfällen in Angriff nehmen wollte, jedoch nur kurze Zeit Bestand hatte; auf dem rechten Flügel lehnten die nachmaligen Volkssozialisten nicht nur das Parteiprogramm, sondern auch und vor allem den Parteitagsbeschluß ab, die Wahlen zur I. Duma zu boykottieren.

Der Boykottbeschluß, der die PSR nahezu den gesamten in der Revolution von 1905 gewonnenen Einfluß kostete, entsprang einer für die maximalistisch eingestellte revolutionäre Intelligencija typischen Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen revolutionärer Bewegung und zaristischer Staatsgewalt. Als die PSR bei der Wahl zur II. Duma ihren Boykottbeschluß aufgab, errang sie 37 der 518 Sitze.

In den Jahren vor dem 1. Weltkrieg machte die Partei eine schwere Krise durch. In dieser Zeit organisatorischer Agonie verfügte die PSR nur noch in Moskau, St. Petersburg, Odessa, Char'kov, Kiev, Baku, Poltava, Archangel'sk, Voronež, Mogilev sowie in einigen kleinen Städten über Stützpunkte, die in aller Regel zudem nur die Form lockerer Zirkel mit propagandistischen Zielen besaßen. Der Kriegsbeginn von 1914 führte zu einer Fraktionierung zwischen patriotisch denkenden »Vaterlandsverteidigern« und internationalistisch-pazifistischen Anhängern der Zimmerwalder Bewegung, d. h. zu einer faktischen Spaltung in einen rechten evolutionären und in einen linken revolutionären Flügel. Mit der Februarrevolution wuchs zwar der Einfluß der PSR, jedoch blieben ihre Schwächen (fortdauernde innerparteiliche Auseinandersetzungen, Unterschätzung der Bedeutung der Organisation als Instrument revolutionärer Politik, mangelnde Verankerung in den Massen) offenkundig. In der Mehrheit der Sowjets spielte sie im Sommer 1917 zusammen mit den Menschewiki zunächst die dominierende Rolle, war aber auf Dauer nicht in der Lage, eine realisierbare politische Alternative zu den Bolschewiki zu bilden.

Im April 1917 einigte man sich darauf, alle Maßnahmen der Provisorischen Regierung, die auf die praktische Verwirklichung demokratischer Reformen und auf die Liquidierung des Krieges ausgerichtet waren, zu unterstützen. Der auf dieser Konferenz ebenfalls gefaßte Beschluß, sich nicht an einer Regierungskoalition zu beteiligen, wurde bei der ersten Umbildung der Provisorischen Regierung im Mai 1917 umgestoßen. Eine zunehmend hervortretende linkssozialistische Strömung, die immer mehr in Gegensatz zur Parteiführung geriet, wurde im November 1917 ausgeschlossen und formierte sich daraufhin als → Partei der Linken Sozialrevolutionäre (PLSR).

Bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung errang die PSR mit 370 von 715 Sitzen die absolute Mehrheit, die jedoch beim Zusammentritt der Konstituante im Januar 1918 infolge der militärischen Gewaltmaßnahmen des bolschewistischen Regimes sowie des mangelnden Rückhalts der Partei in den Massen politisch nicht wirksam werden konnte. Daraufhin entschlossen sich die rechten Sozialrevolutionäre zum Widerstand. Auf einer Parteikonferenz im Januar 1918 in Moskau wurde kein Zweifel an der politischen Zielsetzung gelassen, die bolschewistische Diktatur zu stürzen.

Der zu diesem Zweck im Juli 1918 unter der Führung *Savinkovs* ausgerufene bewaffnete Aufstand löste zwar eine ernste innenpolitische Krise aus, wurde aber nach teilweise erbitterten Kämpfen von regierungstreuen Truppen niedergeschlagen. Dem dabei ausgeübten »gnadenlosen Terror« (v. Rauch) der Bolschewiki fielen Hunderte von Personen zum Opfer, darunter eine große Anzahl von Sozialrevolutionären. Diese griffen daraufhin wieder auf ihr altes Kampfmittel aus der Zarenzeit, den individuellen Terror, zurück (u. a. Attentat auf *Lenin* am 30. 8. 1918).

Der Widerstand der Sozialrevolutionäre gegen die bolschewistische Herrschaft wurde auch während des Bürgerkrieges weitergeführt, z. T. in Zusammenarbeit mit den »Weißen« und den ausländischen Interventionstruppen, z. T. in Bauernaufständen sowie durch Beteiligung am Kronstädter

Aufstand, dessen blutige Niederschlagung jedoch das Ende der antibolschewistischen Opposition einleitete. Nachdem die Führung der PSR unter *Černov* schon 1921 nach Paris emigriert war, setzte im Februar 1922 unter den im Lande verbliebenen Sozialrevolutionären eine Verhaftungswelle ein, die im Sommer 1922 zum ersten großen politischen Prozeß des Sowjetstaates mit 14 Todesurteilen führte.

O. H. Radkey, The Agrarian Foes of Bolshevism, New York/London 1958; V. V. Garmiza, Esery, in Sov. Inst. Enc., Bd. 16, Moskou, Sp. 595–599; M. Hildermeier, Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands, 1978.

Partei der Volksfreiheit (Parija Narodnoj Svobody) → Konstitutionell-demokratische Partei.

»Progressisten« → Fortschrittspartei.

Rechtsparteien

Zusammenfassende Bezeichnung für alle politischen Parteien und Verbände, die nach dem Erlaß des Oktobermanifestes »eine künstliche und gewaltsame Restauration« (Miljukov) anstrebten, d. h. für die Wiederherstellung der Autokratie eintraten.

Gründung: Schon im Frühjahr 1905, nach dem Erlaß des kaiserlichen Reskripts vom 18. 2. [3. 3.] 1905, das den Innenminister *Bulygin* beauftragte, einen Entwurf über die Heranziehung von Volksvertretern zur Ausarbeitung und Beratung von Gesetzen zu entwerfen, entstanden in Moskau der Verband Russischer Männer (Sojuz Russkich Ljudej) und die Monarchistische Partei (Monarchičeskaja Partija) unter der Führung von *V. A. Gringmut* und *I. I. Vostorgov*. Es folgte die Gründung einer Vielzahl konservativ- (bzw. reaktionär-) monarchistischer, meist nur kurzlebiger Verbände im ganzen Land. Von diesen erlangte größere Bedeutung nur der Ende Oktober 1905 in St. Petersburg u. a. von *A. I. Dubrovin, A. A. Majkov* und *V. M. Puriškevič* ins Leben gerufene Verband des Russischen Volkes (Sojuz Russkogo Naroda).

Nach seinem organisatorischen Zerfall entstanden während der III. Duma auf der Rechten eine Reihe neuer Gruppierungen, darunter zu Beginn des Jahres 1908 der Verband des Erzengels Michael (Sojuz Michaila Archangela, Russkij narodnyj sojuz imeni Michaila Archangela) mit *Puriškevič* an der Spitze und aus den Reihen der Deputierten der Gouvernements Kiev, Wolhynien und Podolien die Partei der Nationalisten (Nacionalisty).

Programm: Die Rechtsparteien lehnten das Oktobermanifest, dessen Erlaß sie auf jüdische Einflüsse am Hof des Zaren zurückführten, ab und traten für die Wiederherstellung der Autokratie ein. Als konsequenteste Verteidigerin der Selbstherrschaft erwies sich die Monarchistische Partei, die jede Einschränkung der monarchistischen Gewalt verwarf. Der Verband des Russischen Volkes forderte immerhin die Einrichtung einer Staatsduma als beratendes Organ des Zaren. Der Verband Russischer Männer setzte dem liberalen Verlangen nach einer konstitutionellen Monarchie die Forderung nach Rückkehr zur Autokratie der vorpetrinischen Zeit entgegen: In Anknüpfung an romantische Vorstellungen der Slawophilen an das Moskauer Zartum des 17. Jh. sollte an die Stelle einer mit gesetzgeberischen Rechten ausgestatteten Staatsduma ein Zemskij Sobor zur Beratung des Zaren treten.

Als wichtige Stütze der alten Ordnung wurde von den rechtsstehenden Parteien und Verbänden die orthodoxe Kirche angesehen, die ihre bevorrechtigte Stellung gegenüber den anderen Konfessionen behalten sollte.

Sehr entschieden wurde von der Rechten der Anspruch des russischen Volkes (d. h. von Großrussen, Kleinrussen und Weißrussen) auf den ersten Platz im Staate vertreten. Man begründete dies mit der führenden politischen und kulturellen Rolle des Russentums in der Geschichte des Zarenreiches. In Verbindung mit dieser These wurde gegen polnische und finnische Selbständigkeitbestrebungen das Prinzip der Einheit und Unteilbarkeit des Russischen Reiches als unantastbarer Grundsatz proklamiert.

Eine besondere Note erhielt das nationale Programm der rechtsstehenden Parteien und Verbände durch deren unerbittlichen Antisemitismus. Einen gemäßigteren Standpunkt nahm in dieser Hinsicht nur die Monarchistische Partei ein. Hingegen erklärten der Verband des Russischen Volkes und der Verband Russischer Männer die Juden zu Feinden des russischen Volkes und überhaupt der gesamten Menschheit. Deshalb sollten die Juden in Rußland wie Ausländer behandelt werden und nur begrenzte Rechte erhalten. Am radikalsten wurde der Antisemitismus vom Verband des Russischen Volkes verfochten, dessen Kampfverbände, die berüchtigten »Schwarzen Hundertschaften«, maßgeblich an den Judenpogromen der Zeit zwischen 1905 und 1914 beteiligt waren.

Der Lage der Bauernschaft wurde Aufmerksamkeit entgegengebracht, die Behebung der bäuerlichen Landnot durch Enteignung des Großgrundbesitzes jedoch abgelehnt. Man schlug vielmehr vor, die Agrarfrage durch Umsiedlung, Flurbereinigung, Bodenverbesserung etc. zu lösen. Eine »Arbeiterfrage« existierte für einen Teil der Rechtsparteien als Randproblem. Die Monarchistische Partei erwähnte in ihren programmatischen Darlegungen die Lage der Arbeiterschaft nur ganz beiläufig, während der Verband des Russischen Volkes wegen der schweren Lage der Arbeiter in vielen Betrieben eine gesetzliche Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern forderte. Erhebliche Meinungsverschiedenheiten ergaben sich zwischen der gemäßigten und der äußersten Rechten in außenpolitischen Fragen. Bei ersteren richtete sich das Interesse, gepaart mit einem stark antideutschen Akzent, vor allem auf die Probleme der Balkanvölker und der Donaumonarchie, wäh-

rend letztere vom Standpunkt eines streng konservativ-dynastischen Prinzips aus sowie entsprechend ihrer Auffassung vom russischen Staatsinteresse die »deutsche Orientierung« vertraten.

Geschichte: Zunächst hatte es den Anschein, als ob die Rechtsparteien gar nicht in der Lage wären, sich neben Liberalen und Sozialisten einen Platz in der Staatsduma zu erobern. Bei den Wahlen zur I. Duma gewann keiner ihrer Vertreter einen Sitz. Zwar befanden sich unter den parteilosen Deputierten einige, zumeist Bauern, die als gemäßigt rechts angesehen werden konnten, jedoch gelang es nicht, diese zu einer Fraktion zusammenzuschließen. Nachdem schon bei den Zemstvo-Wahlen Ende 1906 ein Rechtsruck beobachtet werden konnte, brachten die Wahlen zur II. Duma im Januar und Februar 1907 der äußersten Rechten 10 Sitze. Außerdem dürften von den parteilosen Abg. der II. Duma etwa 20 als rechts von den »Oktobristen« stehend angesehen werden können. Damit stellte die Ultrarechte jedoch nur eine kleine Gruppe von Abg., die auf die Geschicke der Duma keinen nennenswerten Einfluß ausüben konnte.

Eine bedeutendere Position, nämlich ein bzw. mehr als ein Drittel aller Sitze, errang die Rechte auf Grund einer verfassungswidrigen Änderung des Wahlrechts erst in der III. und in der IV. Duma (147 bzw. 185 Abg.). Schwerpunkte dieses Wahlerfolgs waren die westlichen Gouvernements Kiev, Wolhynien und Minsk, in denen die russische Bevölkerung infolge der Auseinandersetzung mit den Polen für nationalistische Zielsetzungen offenbar besonders empfänglich war. Da die Fraktionen der Rechten und der Mitte weder in der III. noch in der IV. Duma allein über die Hälfte der Abgeordnetensitze verfügten, stellte sich auch für die Rechtsparteien das Problem der Zusammenarbeit mit Gruppen der parlamentarischen Mitte, um eine Mehrheit in der Duma zu erreichen. In der III. Duma kam es darüber zum Bruch: Es bildete sich eine Partei der Rechten (Partija Pravych, ca. 50 Abg.) unter der Führung von *Vjazigin* und eine Partei der Gemässigten Rechten (Partija Umerenno-Pravych, ca. 70 Abg.) unter der Führung von *P. N. Balašov*. Im Oktober 1909 verschmolz die Fraktion der Nationalisten mit der gemäßigten Rechten zu einer gemeinsamen Fraktion der »russischen Nationalisten« (zusammen mehr als 90 Abg.) ; Ende Januar 1910 wurde auch der Zusammenschluß der beiden Parteiverbände zum Allrussischen Nationalverband (Vserossijskij Nacional'nyj Sojuz) vollzogen.

Hatte schon die Bildung einer Fraktion der gemäßigten Rechten (am 19.4.[2.5.] 1909) erkennen lassen, daß ein erheblicher Teil der rechtsstehenden Deputierten den »Oktobristen«, dem politischen Nachbarn zur Linken, entgegenzukommen bereit war, so ist die in der 4. Sitzungsperiode der III. Duma im Jahre 1911 vorgenommene Abspaltung einer Gruppe der Unabhängigen Nationalisten (Gruppa Nezavisimych Nacionalistov; 16 Abg. mit *P. N. Krupenskij* und *A. N. Lichačev* an der Spitze) von der gemäßigten Rechten als eine zusätzliche Bewegung zur Mitte hin zu werten. In der IV. Duma erschien diese Gruppe, nunmehr unter der Bezeichnung Gruppe des Zentrums (Gruppa Centra), in etwa doppelter Stärke (33 bis 37 Abg.).

Für die politische Entwicklung Rußlands ist es von großer Bedeutung gewesen, daß sich ein Teil der Abg. der gemäßigten Rechten in der politischen Praxis mit Oktobermanifest, Verfassung und Staatsduma abfand. Die Anerkennung der neuen Ordnung ging so weit, daß die Fraktion im Frühjahr 1908 das Budgetrecht der Duma gegenüber der Regierung verteidigte. Die Tendenz zur Mäßigung innerhalb eines Teils der politischen Rechten führte im 1. Weltkrieg dazu, daß sich zwei ihrer Gruppen, die Progressiven Nationalisten (Progressivnye nacionalisty; ca. 30 Abg., die sich unter der Führung von Graf *V. A. Bobrinskij, V. V. Šul'gin* und *A. I. Savenko* in der IV. Duma von der Fraktion der gemäßigten Rechten getrennt hatten) und die Gruppe des Zentrums dem »Progressiven Block« (→ Einleitung) anschlossen. Von der äußersten Rechten und der Mehrheit der gemäßigten Rechten ist dieser Schritt scharf verurteilt worden. Ein Zusammenschluß der Gegner des »Progressiven Blocks« auf der rechten Seite des politischen Spektrums im Zarenreich kam über das Stadium der Planung nicht hinaus.

Angesichts der politischen Entwicklung auf dem rechten Flügel der russischen Parteienlandschaft, die von 1905 bis 1915 zunächst eine Auflockerung und schließlich eine Spaltung in zwei gegensätzliche Lager erbrachte, erscheint es zumindest problematisch, die politische Rechte des Zarenreichs pauschal als reaktionär abzustempeln. Unübersehbar ist hingegen, daß die Position der Rechtsparteien im Grunde schwach blieb. Ihr Rückhalt unter den Wählern war gering. Die politische und moralische Schwäche der Rechten wurde allgemein offenkundig, als sie – nach der Februarrevolution verboten – das Feld kampflos räumte.

H. Jablonowski, Die russischen Rechtsparteien 1905–1917, i Rußland-Studien, 1957, S. 43–55.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei **Rußlands** (**RSDRP,** Rossijskaja Social-Demokratičeskaja Rabočaja Partija).

Gründung: Die Proklamation einer RSDRP erfolgte auf einem von Kiever Sozialdemokraten organisierten Geheimtreffen, das vom 1.–3.[13.–15.] 3. 1898 in der weißrussischen Gouvernementshauptstadt Minsk stattfand. Von den 9 Parteigründern gehörten *A. I. Kremer, A. Mutnik* und *D. Kac* dem jüdischen Bund an, *B. L. Ejdel'man* und *N. A. Vigdorčik* vertraten die illegale Kiever ›Rabočaja gazeta‹, *A. A. Vannovskij, S. I. Radčenko, P. L. Tučapskij* und *K. A. Petrusevič* die Kampfbünde aus Moskau, St. Petersburg, Kiev und Ekaterinoslav.

Programm: Das auf dem II. Parteikongreß von

1903 verabschiedete Programm nannte als nächstliegende Aufgabe den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft, die als Garant der alten, z. T. noch vorkapitalistischen Ordnung dem wirtschaftlichen Fortschritt im Wege stehe. Das Zarenregime sollte durch eine demokratische Republik ersetzt werden, deren Verfassung u. a. gewährleisten sollte: die Selbstherrschaft des Volkes, d. h. »die Zusammenfassung der gesamten obersten Staatsgewalt in den Händen einer gesetzgebenden Versammlung, die aus Vertretern des Volkes zusammengesetzt ist und eine Kammer bildet«; das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe; eine weitgehend örtliche Selbstverwaltung; die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung; die uneingeschränkte Gewissens-, Rede-, Presse-, Versammlungs-, Streik- und Vereinigungsfreiheit; Freizügigkeit und Gewerbefreiheit; die Abschaffung der Stände und volle Gleichberechtigung aller Bürger; das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, die zum Staatsverband gehören; die Ersetzung des stehenden Heeres durch eine allgemeine Bewaffnung des Volkes; die Trennung von Kirche und Staat sowie die unentgeltliche und obligatorische Allgemein- und Berufsbildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum Alter von 16 Jahren.

Als Grundvoraussetzung der Demokratisierung des Staatshaushaltes hielt die RSDRP die Abschaffung aller indirekten Steuern sowie die Einführung der progressiven Einkommens- und Erbschaftssteuer für erforderlich. Im sozialen Bereich forderte die Partei u. a. Achtstundentag für alle Lohnarbeiter; absolutes Verbot von Überstunden; eine Einschränkung der Nachtarbeit; generelles Arbeitsverbot für Kinder; eine Begrenzung der Arbeitszeit für Jugendliche und staatliche Alters- und Invaliditätsversicherung. Auf agrarischem Gebiet trat die RSDRP u. a. vor allem für die Abschaffung und Rückerstattung der Einlösegelder und der Grundzinsen sowie für die Beseitigung aller Verpflichtungen ein, »die gegenwärtig auf der Bauernschaft als besteuertem Stande lasten«. Außerdem forderte sie die Aufhebung aller Gesetze, die den Bauern in der Verfügung über sein Land beschränkten, die Beschlagnahme des Kloster- und Kirchenbesitzes sowie die Bildung von Bauernkomitees.

Organisation: Für die im Untergrund tätigen sozialdemokratischen Diskussionszirkel und -gruppen, die sich nach der Parteigründung als »Komitees« zu bezeichnen begannen, ist das in Minsk verabschiedete Parteistatut faktisch ohne Bedeutung geblieben. Zur Geltung kam erst das auf dem II. Parteitag von 1903 angenommene zweite Parteistatut: Als oberstes Parteiorgan wurde der Parteikongreß bestätigt. Außerdem existierten das ZK als geschäftsführendes Organ mit weitreichenden Kompetenzen; dazu die Redaktion des Zentralorgans, dem die ideologische Leitung der Partei obliegen sollte, und der über diesen beiden Organen stehende Parteirat, dem die Aufgabe der Koordinierung ihrer Tätigkeit sowie die Vertretung der Partei gegenüber anderen Parteien zukam.

In der Reihe der in rascher Folge geänderten Statuten zeichneten sich das Statut von 1905 durch einschneidende Reformen der Spitzenorgane (Abschaffung des Parteirates, Eingliederung der Redaktion des Zentralorgans in das ZK) und das von 1907 durch seine Dauerhaftigkeit von 10 Jahren aus. Letzteres war freilich ohne große Bedeutung, da sich das organisatorische Dasein der RSDRP in dieser Zeit »außerhalb der satzungsmäßigen Legalität« (Brunner) abspielte.

Parteitage wurden nach dem Gründungskongreß (1.–3.[13.–15.] 3. 1898) bis zur endgültigen Abspaltung der bolschewistischen Fraktion noch in Brüssel bzw. in London (II.; 17.[30.] 7.–10.[23.] 8. 1903), erneut in London (III.; 12.–27. 4. [25. 4.–10. 5.] 1905; rein bolschewistisch), in Stockholm (IV.; 10.–25. 4. [23. 4.–8. 5.] 1906; »Vereinigungs«-Parteitag) und wiederum in London (V.; 30. 4–19. 5. [13. 5.–1. 6.] 1907) abgehalten.

Presse: Periodika der RSDRP waren u. a. die Zeitungen ›Iskra‹ (Leipzig u. a., 1900–1905), ›Social-demokrat‹ (Genf, 1904–1905 bzw. St. Petersburg, 1906), ›Golos socialdemokrata‹ (Genf u. a., 1908–1911), ›Rabočaja gazeta‹ (Petrograd, 1917), ›Vpered‹ (Moskau, 1917–1918) und ›Den'‹ (Petrograd, 1917–1918) sowie die Zeitschriften ›Naša zarja‹ (St. Petersburg, 1910–1914) und ›Socialističeskij vestnik‹ (Berlin u. a., 1921–1963).

Geschichte: Die marxistisch orientierte sozialdemokratische Bewegung begann in den 80er Jahren in Rußland Fuß zu fassen. Bezeichnenderweise entstand jedoch eine erste russische Organisation im Ausland, als die Emigranten *G. V. Plechanov, P. B. Aksel'rod, L. G. Dejč* und *V. I. Zasulič* im September 1883 in Genf die Gruppe Befreiung der Arbeit (Gruppa »Osvoboždenie Truda«) gründeten. In Rußland bildete sich die erste – selbstverständlich illegale – sozialdemokratische Organisation mit der Partei der Russischen Sozialdemokraten (Partija Russkich Social-demokratov) des Bulgaren *D. Blagoev* im Winter 1883/84 in St. Petersburg; ihr folgten Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre weitere Gruppen und Zirkel im Wolgagebiet, in der Ukraine sowie in Weißrußland, in Polen und in Litauen. Im Zuge der forcierten Industrialisierung in den 90er Jahren nahm die Anzahl der sozialdemokratischen Agitationszirkel vor allem in den Großstädten so zu, daß die Gründung einer Partei im März 1898 als logischer Schritt erscheint. Als der am besten organisierten und erfolgreichsten Bewegung fiel in der Gründungsphase dem jüdischen »Bund« eine zentrale Rolle zu. Im Sommer 1898 wurde die Mehrzahl der an der Minsker Parteigründung Beteiligten Opfer einer großen Verhaftungsaktion, die die soeben begonnene ›gesamtrussische« Zusammenarbeit ins Mark traf. Nach diesem Mißerfolg verlagerte

sich der Schwerpunkt der Aktivität der RSDRP wieder ins Ausland. Von dort forderte insbes. der junge *V. I. Ul'janov,* der sich von Anfang 1902 an *Lenin* zu nennen begann, den Parteiaufbau in Form einer revolutionären Kaderpartei. Zusammen mit *L. Martov* (eigentlich *Ju. O. Cederbaum),* dem späteren Führer der Menschewiki, und der Emigrantengruppe um *Plechanov* gab er seit Dezember 1900 die Zeitung ›Iskra‹ heraus, die nach seiner Meinung nicht nur der ideologische Mittelpunkt der Partei sein, sondern durch ihr Agentennetz auch ihr Organisationszentrum werden sollte.

Lenins politische Vorstellungen, 1899 erstmals skizziert und 1902 in seiner Schrift »Was tun?« umfassend dargelegt, beruhten auf der Vorstellung, daß die Arbeiterklasse in ihrem spontanen wirtschaftlichen Kampf ein Bewußtsein ihrer revolutionären Bestimmung nicht zu entwickeln vermöge, demzufolge einer Führung durch die Partei, der »Avantgarde des Proletariats«, bedürfe. Außerdem ließ er an seiner Überzeugung keinen Zweifel, daß ein wirksamer Kampf gegen die Zarenherrschaft nur von Berufsrevolutionären geführt werden könne. Die daraus abgeleitete Ansicht, daß die beste Organisationsform dieser revolutionären Auseinandersetzung angesichts der russischen Verhältnisse in der Kombination der »ideologischen Führung« durch die ›Iskra‹ mit der »praktischen Führung« durch die von dieser angeleiteten Untergrundkomitees in Rußland bestehe, setzte die Sozialdemokratie erheblichen Belastungen aus. Nach heftigen Kontroversen mit Verfechtern des sog. Ökonomismus, d. h. der insbes. von *E. D. Kuskova* vertretenen Auffassung, im zaristischen Rußland sei von der Arbeiterschaft der wirtschaftliche Kampf dem – im übrigen von der Bourgeoisie zu führenden – Ringen um die politische Freiheit vorzuziehen, führte vor allem der Parteitag von 1903 zu einem folgenschweren, letztlich irreparablen Bruch in der russischen Sozialdemokratie. Nachdem *Lenin* zunächst in der wichtigen Streitfrage der Parteimitgliedschaft gegen die elastische Formulierung *Martovs,* die eine »Mitarbeit« in einer Parteiorganisation nicht zur Bedingung machte, unterlegen war, änderten sich die Mehrheitsverhältnisse nach dem Auszug der BUND-Delegierten wesentlich. *Lenin* konnte nunmehr die Mehrheit (russ. bol'šinstvo) der Stimmen auf sich vereinigen und erreichte damit sowohl die Annahme seiner Kandidatenliste für das ZK als auch den Ausschluß von *Aksel'rod, Potresov* und *Zasulič* aus der Redaktion der ›Iskra‹. Daraufhin verlieh er seinen unterlegenen Gegnern der Minderheit (russ. men'šinstvo), die pejorativ gemeinte Bezeichnung »Menschewiki«. Dieser Ausdruck wurde innerhalb eines Jahres zur allgemein üblichen Bezeichnung der von *Martov* und *Aksel'rod* geführten Fraktion, während sich für die Anhänger *Lenins* die Bezeichnung »Bolschewiki« einbürgerte.

Nach der Aufspaltung kam es im Jahre 1904 erstmals zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen zwischen den beiden Fraktionen. Während die Menschewiki die bürgerlichen Gruppierungen in ihrem Kampf gegen den absolutistischen Staat unterstützen und beim Proletariat für sozialistische Ziele werben wollten, hatte *Lenin* die Vorstellung von der Bourgeoisie als einer potentiell progressiven Klasse längst aufgegeben. Die Bolschewiki forderten daher das Proletariat auf, sich für die Entscheidungsschlacht gegen die Autokratie in Form eines bewaffneten Aufstands zu rüsten. Nach dem Ausbruch der Revolution von 1905 war ihr Hauptanliegen daher dessen Vorbereitung und Durchführung. Zudem erklärte *Lenin* die Bauernschaft zur revolutionären Klasse und trat für die Bildung einer »revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft« ein, die eine demokratische Ordnung einführen und die Wahl einer konstituierenden Versammlung überwachen sollte.

Die Strategie der Menschewiki während der ersten russischen Revolution war vielschichtiger, weniger konsequent und weniger einheitlich. Auf einer im April/Mai 1905 in Genf veranstalteten Parteikonferenz lehnten sie die Beteiligung an einer provisorischen Regierung, wie sie *Lenins* Konzeption nahelegte, ab. Gegen die Idee eines bewaffneten Aufstandes brachten sie keine grundsätzlichen Bedenken vor, bestanden aber darauf, daß eine solche Aktion agitatorisch und organisatorisch entsprechend vorbereitet werden müsse. Bis zum Generalstreik im Oktober 1905 befürworteten sie die von *Martov* formulierte Strategie, der zufolge auf die Schaffung eines Netzes von Organen der revolutionären Selbstverwaltung in ganz Rußland in der Hoffnung hingearbeitet werden sollte, diese könnten schließlich genügend Kraft für einen bewaffneten Aufstand in Form einer Massenerhebung gegen das zaristische Regime entwickeln.

Der Versuch *Lenins,* seine Anhänger auf einen bewaffneten Aufstand vorzubereiten, erfolgte im April (bzw. Mai) 1905 auf dem Londoner Treffen der Bolschewiki, dessen Bezeichnung als »III. Parteitag der RSDRP« von den Menschewiki stets bestritten worden ist. Die dort gefaßten Beschlüsse im Sinne der Durchführung einer bewaffneten Erhebung blieben jedoch ein Wunschtraum des bolschewistischen »Kampfzentrums«, das unter der Leitung von *L. B. Krasin* gegründet wurde. Kein einziges bolschewistisches Parteikomitee war vor Erlaß des Oktobermanifestes organisatorisch in der Lage, einen Umsturz auszulösen.

Letztlich spielte die RSDRP in der Revolution von 1905 nur eine zweitrangige Rolle. Allein *L. D. Trockij* (eigentlich *Bronštejn),* der die Vorstellung von einer permanenten Revolution in Rußland entwickelt hatte und damit innerhalb des sozialdemokratischen Spektrums im Zarenreich den linken Flügel besetzte, trat während der revolutionären Oktoberereignisse in St. Petersburg als führender Kopf des dortigen Arbeiterdeputiertenrates hervor. Das Scheitern aller Pläne für einen bewaffneten Aufstand bewirkte, daß

sich innerhalb der Sozialdemokratie das Interesse wieder organisatorischen Fragen, vor allem der Annäherung der beiden Parteihälften, zuwandte. Insbes. nach der blutigen Niederschlagung eines Alleingangs der Moskauer Parteiorganisation, einer gemeinhin als »Moskauer Dezember-Aufstand« bezeichneten bewaffneten Aktion, die jedoch über den Charakter eines defensiven Guerilla-Kampfes nicht hinauskam, meldeten sich die Vertreter eines gemäßigten Kurses zu Wort. Sie lehnten die Forderung nach dem bewaffneten Aufstand als eine »unglaubliche Leichtfertigkeit« (Plechanov) ab und forderten dazu auf, die Bauernschaft in die revolutionäre Bewegung einzubeziehen, den Boykott der Duma aufzugeben und eine verstärkte Agitation zur Bildung von Gewerkschaften zu betreiben.

Nur die Menschewiki zeigten sich jedoch bereit, die Entwicklung zum »Dezember-Aufstand« als »historischen Irrtum« anzusehen und den Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit nach der Staatsduma zu verlagern. Dagegen war *Lenin* nicht willens, den Aufstand von der Tagesordnung abzusetzen, weil nach seiner Meinung nur eine bewaffnete Erhebung imstande sein werde, der zaristischen Selbstherrschaft wirklich die Macht zu entreißen. Während *Lenin* auf die ausserparlamentarische Aktion setzte, hofften seine menschewistischen Rivalen auf eine parlamentarische Entwicklung Rußlands im westeuropäischen Sinne, wobei die Position der deutschen Sozialdemokratie als vorerst unerreichbares, aber erstrebenswertes Vorbild diente. Trotz Anberaumung eines »Vereinigungs«-Parteitages im April 1906 in Stockholm wurde der Gegensatz nie ganz überbrückt.

Die Differenzen wurden im Verhalten gegenüber der Staatsduma besonders deutlich. *Lenin* wollte keine »konstitutionellen Illusionen« fördern und hielt daher die Teilnahme an den Wahlen zur I. Duma für einen Fehler. Dagegen konnten die Menschewiki einschließlich der kaukasischen Abg. eine achtzehnköpfige Fraktion bilden, ohne im Parlament eine große Rolle zu spielen. Bei den Wahlen zur II. Duma (65 Abg., davon 36 Menschewiki, 18 Bolschewiki, die übrigen 11 stimmten im allgemeinen mit den Menschewiki) gab *Lenin* seinen Boykott auf und betrachtete die Duma nunmehr als wertvolles Agitationsforum. Trotz unterschiedlicher Orientierung der beiden Flügel gelang es der Fraktion, insbes. durch ihre Tätigkeit außerhalb der Duma, bis zu einem gewissen Grade »die Fundamente für eine Arbeiterpartei auf breiter Basis zu legen« (Schapiro). Diese organisatorische Grundlage wurde durch die Verhaftungs- und Prozeßwelle nach Auflösung der Duma im Juni 1907 nahezu vollständig zerstört. Viele Parteimitglieder, darunter ein Großteil der Parteiführung, emigrierten ins westliche Ausland. In der Duma spielte die Sozialdemokratie weiterhin nur eine untergeordnete Rolle (in der III. Duma 19 von 442 Abg., in der IV. 14 von 442, darunter 7 Menschewiki und 6 Bolschewiki).

Nach 1908 spitzte sich der Streit zwischen den Fraktionen weiter zu, als *Lenin* seine innerparteilichen Gegner des Liquidatorentums beschuldigte, d. h. ihnen vorwarf, für die Auflösung des illegalen Parteiapparates und überhaupt der ganzen Partei einzutreten. Dennoch wurden weitere Einigungsversuche unternommen, bis *Lenin* im Januar 1912 seine Anhänger zu einem Treffen nach Prag einlud und mit dem dort gefaßten Beschluß, die »Menschewiki-Liquidatoren« aus der Partei auszuschließen, die Spaltung entscheidend vertiefte. Im Oktober 1913 führten die 6 bolschewistischen Abg. auch die Spaltung der sozialdemokratischen Dumafraktion herbei, d. h. der letzten Organisation, die die Einheit der Partei symbolisierte.

Die schließlich im wesentlichen von zwei rivalisierenden organisatorischen Mittelpunkten, dem bolschewistischen ZK und einem eher menschewistisch orientierten, auf einer Parteikonferenz in Wien 1912 entstandenen Organisationskomitee, repräsentierte RSDRP wurde auf einer zum 3. [16.] bis 5. [18.] 7. 1914 nach Brüssel einberufenen Konferenz zum Gegenstand von Einigungsbemühungen des Internationalen Sozialistischen Büros der II. Internationale, denen der Ausbruch des 1. Weltkrieges jedoch ein unvorhergesehenes Ende bereitete.

Für die russischen Sozialdemokraten war der Kriegsausbruch von 1914 sowie die Tatsache, daß einige sozialistische Parteien kriegführender Länder ihre Regierungen unterstützten, ein schwerer Schock. Die Dumafraktion verweigerte dem Kriegshaushalt die Zustimmung. Im übrigen wurden die meisten Sozialdemokraten zu »Internationalisten«, d. h. sie verurteilten den Krieg als imperialistisches Abenteuer und drangen darauf, ihn durch die geschlossene Aktion einer wiederbelebten Sozialistischen (so die Menschewiki-Internationalisten unter *Martov* und *Aksel'rod*) bzw. einer neuen, Dritten Internationale (so die Bolschewiki-Internationalisten unter *Lenin*) zu beenden. Einige, darunter *Plechanov, Potresov* und *G. A. Aleksinskij*, vertraten den Standpunkt, daß die Vaterlandsverteidigung unter bestimmten Umständen gerechtfertigt sei; nur wenige setzten sich dafür ein, die Kriegspolitik ihrer Regierung vorbehaltlos zu unterstützen.

Das Argument der »revolutionären Vaterlandsverteidigung« bestimmte nach der Februarrevolution von 1917 die politische Grundhaltung des rechten Flügels der menschewistischen Sozialdemokraten unter *Potresov* wie des »Zentrums« unter der Führung von *F. I. Dan, N. S. Čcheidze* und *I. G. Cereteli*, während die Gruppe der Menschewiki-Internationalisten eine pazifistische Haltung einnahm. In der Annahme, Rußland erlebe eine bürgerliche Revolution, gaben die gemäßigten Sozialdemokraten die Idee einer Machtergreifung durch ihre Partei auf.

Seit der Regierungskrise im Mai 1917 in der Provisorischen Regierung vertreten, konnten sie sich der Verantwortung für Fehlschläge der Re-

gierung nicht mehr entziehen. Die Verfechter der revolutionären Vaterlandsverteidigung gerieten auch ins Kreuzfeuer ihrer rechten und linken Gegner innerhalb der Partei. Die Rechten unter *Potresov* forderten mehr Einsatz für den Krieg; die populären linken Internationalisten unter *Martov* hingegen riefen zu verstärkten Friedensbemühungen auf, auch auf die Gefahr eines Bruches mit den westlichen Alliierten hin.

Den bolschewistischen Oktoberumsturz verurteilten die Menschewiki zunächst geschlossen mit dem Hinweis, es sei eine Minderheitsdiktatur errichtet worden, die mit terroristischen Mitteln aufrechterhalten werde. Eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten *Martovs* und seiner internationalistischen Gruppe rückte Mitte November 1917 Verhandlungen mit *Lenin* wegen einer Koalitionsregierung aller Sozialisten in den Bereich des Möglichen, woran sich *Lenin* jedoch nicht interessiert zeigte. Trotz dieses Mißerfolgs blieb die Gruppe der Internationalisten um *Martov* für die Politik der Partei maßgebend.

Die nach wie vor beträchtliche Anhängerschaft der gemäßigten Sozialdemokraten war ab dem Sommer 1918 zunehmenden Zwangsmaßnahmen ausgesetzt. Trotz eines nunmehr allenfalls halblegalen Status unterstützten die Menschewiki weiterhin *Lenin* und sahen es als ihre Pflicht an, die bolschewistische Revolution in richtige, d. h. in menschlichere und zugleich realistischere Bahnen zu lenken. Der Ausbruch des Bürgerkrieges und die ausländische Militärintervention bestärkten sie in der Überzeugung, daß Rußland keine andere Wahl als Bolschewismus oder Konterrevolution habe.

Nachdem sich die Bolschewiki an der Macht halten konnten, kam *Martov* zu dem Schluß, daß mit diesem Tatbestand ein historisch notwendiges Stadium auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus erreicht worden sei. Nur eine Minderheit, vertreten vor allem durch den nach 1917 im Ausland gebliebenen *Aksel'rod*, verharrte in einer kritischen Haltung gegenüber dem Oktoberumsturz.

Mit der Festigung des bolschewistischen Regimes nahmen die Schwierigkeiten für eine politische Betätigung der gemäßigten Sozialdemokratie in unerträglichem Maße zu. 1921 wurde die Partei von einer Verhaftungswelle überrollt und schließlich aufgelöst. Einige führende Mitglieder, darunter *Martov*, *Dan* und *B. I. Nikolaevskij*, durften das Land verlassen; andere (u. a. *I. M. Majskij*, *G. V. Čičerin* und *A. Ja. Vyšinskij*) traten der bolschewistischen Partei bei und machten im Sowjetstaat Karriere. Bevorzugte Ziele der Emigranten waren zunächst Berlin und Prag. Nach Hitlers Machtübernahme verlagerte sich der Schwerpunkt der menschewistischen Emigration nach Paris, später, nach Ausbruch des 2. Weltkrieges, nach den USA.

J. Martow, Geschichte der russischen Sozialdemokratie, 1926; D. Geyer, Lenin in der russischen Sozialdemokratie, 1962; J. L. H. Keep, The Rise of Social Democracy in Russia, Oxford 1963; A. I. Sereda/P. B. Volobuev, Men'ševizm, in: Sov. Ist. Enc., Bd. 9, Moskau 1966, Sp. 356–363; A. Fischer, Russische Sozialdemokratie und bewaffneter Aufstand im Jahre 1905, 1967; J. Getzler, Martov, London/New York/Melbourne 1967; A. Bourgina, Russian Social Democracy. The Menshevik Movement, Stanford, Calif. 1968; A. Ascher, Pavel Axelrod and the Development of Menshevism, Cambridge, Mass. 1972. L. H. Haimson (Ed.), The Mensheviks from the Revolution of 1917 to the Second World War, Chicago/London 1974.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) (Rossijskaja Social-Demokratičeskaja Rabočaja Partija [bol'ševiki]) → Kommunistische Partei der Sowjetunion

»Trudoviki« → Gruppe der Arbeit.

Verband des Russischen Volkes (Sojuz Russkogo Naroda) → Rechtsparteien.

Verband des 17. Oktober (»Oktobristen«; Sojuz 17 Oktjabrja).

Gemäßigt liberale Gruppierung, »die sich auf der Grenze zwischen Liberalismus und Konservatismus bewegte« (Jablonowski).

Gründung: 10. [23.] bzw. 14. [27.] 11. 1905 (Gründungsaufrufe in Moskau bzw. St. Petersburg), u. a. durch Graf *P. A. Gejden (Heyden)*, *A. I. Gučkov*, *M. V. Rodzjanko*, *M. A. Stachovič*, *N. A. Chomjakov*, und *D. N. Šipov*, mit dem Ziel, kleine Gruppen und Parteien, denen die Verwirklichung der im Oktobermanifest formulierten Prinzipien (→ Einleitung) gemeinsam war, zu vereinigen, ohne ihre Selbständigkeit anzutasten.

Programm: Die Oktobristen, die insbes. Repräsentanten der Industrie, des Handels sowie konservative und gemäßigt liberale Gutsbesitzer anzogen, waren Anhänger der Monarchie, in der sie die Verkörperung einer großen historischen Tradition Rußlands und demzufolge einen wesentlichen Integrationsfaktor für Staat und Gesellschaft der russischen Gegenwart erblickten. Sie befürworteten einerseits notwendige, aber vorsichtige Reformen, wollten andererseits jedoch bereits bestehende und bewährte Einrichtungen und Traditionen möglichst unverändert erhalten. Als Reformkonservative oder grundsätzlich regierungstreue Rechtsliberale wollten sie bei deutlicher Absage an eine Konstituante, aber auf der Basis des Oktobermanifestes mit dem Aufbau einer privatwirtschaftlichen Ordnung das Russische Reich an die modernen Staaten des Westens heranführen. Die Verheißung liberaler Grundrechte durch das Oktobermanifest bedeutete für sie den Übergang Rußlands zum Rechtsstaat, für dessen Ausbau sie insbes. um die Jahreswende 1905/06 sowie gegen Ende der III. und zu Beginn der IV. Duma eintraten. Die Reformvorstellungen der Oktobristen konzentrierten sich auf die Gebiete der Volksbildung (u. a. Förderung des Elementarschulwesens und der Erwachsenenbildung, Erhöhung des Bildungsetats), des Agrarwesens (vollständige rechtliche Gleichstellung der Bauern mit den übrigen Bürgern als Vorausset-

zung für Produktionssteigerung und Hebung des bäuerlichen Wohlstandes, aber Ablehnung der bäuerlichen Hauptforderung nach mehr Land), der Selbstverwaltung (Forderung nach Ausbau der Selbstverwaltungsorganisation und Ausdehnung auf bisher nicht in das System einbezogene Reichsteile) und der Militärorganisation (Wiederherstellung der russischen Militärmacht, Reorganisation der Land- und Seestreitkräfte). Der Arbeiterschaft stellten die Oktobristen in ihrem Gründungsprogramm Sozialversicherung und Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen und Kinder in Aussicht. Das Koalitions- und Streikrecht wurde von ihnen zunächst grundsätzlich befürwortet, jedoch verfestigte sich nach der I. Duma in ihren Reihen die ablehnende Haltung gegenüber dem politischen Streik. Während die Reichseinheit stark betont wurde, erfuhren die Autonomieforderungen der Nationalitäten eine deutliche Zurückweisung.

Organisation: Für den Verband ist von Anfang an eine lockere Auffassung von der Parteimitgliedschaft typisch gewesen. Mitglieder konnten alle Parteien und Personen werden, die sich den Leitsätzen des Gründungsaufrufs anschlossen und anerkannten, »daß die staatliche Umgestaltung Rußlands auf dem Wege der Entwicklung und Festigung der Prinzipien der konstitutionellen Monarchie mit einer auf dem allgemeinen Wahlrecht basierenden Volksvertretung vor sich gehen muß« (Satzungsentwurf). Kennzeichnend für die Oktobristen war ferner eine starke Zentralgewalt (ZK, Büro der Dumafraktion) und eine mäßig entwickelte Organisation in der Provinz. Die Mitgliederzahl dürfte 1906 bei ca. 10 000 gelegen haben. Ein bemerkenswerter Aufschwung erfaßte die Parteiorganisation in den beiden Hauptstädten und in der Provinz in der dritten Wahlkampagne, der jedoch während der III. Duma ein Rückgang, ja geradezu ein Absterben der Provinzorganisation folgte. Nur die Parteigruppen in den beiden Hauptstädten waren von dem Niedergang nicht betroffen.

Presse: Zeitungen ›Slovo‹ (1905–1906), ›Golos Moskvy‹ (1906–1915).

Geschichte: Im Gegensatz zu den anfangs konspirativen Organisationen anderer politischer Gruppierungen entstand der Verband erst, nachdem das Oktobermanifest des Zaren vom 17. 10. 1905 die Gründung politischer Parteien erlaubt hatte. Der Partei, deren Repräsentanten ihre politischen Interessen und Initiativen zum großen Teil erst in den Jahren 1904 und 1905 in der Bewegung der Zemstvo- und Städte-Vertreter entfaltet hatten, gehörten vorwiegend Angehörige des Dienstadels aus Behörden, Wissenschaft und Kunst sowie aus der Selbstverwaltung von Städten und Zemstvos an.

Das Wahlergebnis zur I. Duma erbrachte für die Oktobristen mit 16 Sitzen ein enttäuschendes Ergebnis. In der Fraktion überwog das progressive Element bei weitem. Ihren Führern, Graf *Gejden* und *M. A. Stachovič*, gelang es, eine Gruppe von rechten »Kadetten« unter *N. N. L'vov* und eine Reihe von parteilosen Abg. für eine parlamentarische Zusammenarbeit im Zeichen eines gemäßigten Konstitutionalismus zu gewinnen. Diese Gruppe von 29 Abg., die zeitweilig von bis zu 30 weiteren unterstützt wurde, bildete unter der Losung der »friedlichen Erneuerung« eine eigene Fraktion, ab 11. [24.]8. 1906 sogar eine eigene → Partei der Friedlichen Erneuerung. Die vom konservativen Flügel dominierte Führung der Oktobristen versuchte mehrfach, mit der neuen Partei ein Bündnis zu schließen. Nachdem sich jedoch der Verband am 24. 8. [6. 9.]1906 öffentlich auf die Seite des Ministerpräsidenten *Stolypin* stellte, war die Spaltung zwischen Rechts- und Links-Oktobristen nicht mehr aufzuhalten. Spektakulärer Ausdruck dieses Bruchs war der Übertritt von *D. N. Šipov* zur Partei der Friedlichen Erneuerung, der damit *Gejden* und *Stachovič* folgte. Mit dem Verlust dreier prominenter Mitglieder des Zemstvo-Adels vergrößerte sich das Gewicht der konservativen Adelskreise in der Partei. Außerdem schränkte ein erheblicher Teil des Großbürgertums nach der Wahlniederlage seine politischen Ambitionen im Rahmen der Oktobristen ein bzw. gab sie ganz auf, um zu der bewährten Methode der Verbandspolitik zurückzukehren.

Zwar hatte die Partei durch ihre Rechtsbewegung im Sommer 1906 größere Attraktivität für konservative Kreise in den besitzenden Schichten gewonnen, die Hereinnahme der kleineren bürgerlichen Parteien hatte zudem drüber hinaus zu einer Konzentration der Kräfte geführt. Das bessere Abschneiden der Oktobristen bei den Wahlen zur II. Duma (44 statt 16 Mandate) muß jedoch vor allem den Eingriffen und Manipulationen der staatlichen Gewalt zugeschrieben werden. Im Parlament forderten sie zusammen mit der äußersten Rechten die Verurteilung des revolutionären Terrors, außerdem solidarisierten sie sich völlig mit der Agrarpolitik des Ministerpräsidenten *Stolypin* und griffen den linken Flügel der Duma an.

In der Wahlkampagne zur III. Duma besaßen die Oktobristen dank des geänderten Wahlgesetzes vom 3. [16.] 6. 1907 von allen Parteien die breiteste Basis in den durch das neue Wahlrecht privilegierten Schichten; dementsprechend wurden sie mit 154 errungenen Mandaten zur bei weitem stärksten Fraktion. Neben dem dominierenden Gutsbesitzeradel fanden vor allem die gemäßigt-reformerischen und die konservativen Unternehmerkreise die Vertretung ihrer Interessen nunmehr bei den Oktobristen (15 Mandatsträger waren Vertreter der Großunternehmerinteressen, 10 weitere Abg. mittelständische Händler und Gewerbetreibende). Der Verband galt als »die Partei der großen Bourgeoisie«, war jedoch vor allem eine »Partei der großen Gutsbesitzer« (Avrech). Er hatte entscheidenden Anteil an der Verabschiedung einer Reihe von Reformvorlagen auf den Gebieten der Bildungs-, Selbstverwal-

tungs- und Agrarpolitik. Große Verdienste erwarb er sich um den Ausgleich des Staatshaushaltes. Teilerfolge konnte er auf dem Gebiet der Heeresreorganisation erzielen. Insgesamt trugen die Oktobristen erheblich zur Stabilisierung der inneren Verhältnisse im Zarenreich nach dem 3. [16.] 6. 1907 bei.

Im Verlauf der III. Duma erwuchs dem Verband in den Nationalisten (→ RECHTSPARTEIEN) ein Konkurrent, der nicht nur seine bisherige Rolle als Hauptstütze der Regierungspolitik übernahm, sondern ihm auch erhebliche Teile seines Wählerpotentials entzog. Auch Wahlkartelle, die in der vierten Wahlkampagne mit den Nationalisten vor allem in der Provinz abgeschlossen wurden, konnten eine Niederlage bei den Wahlen zur IV. Duma nicht verhindern: Neben 119 Nationalisten zogen nur 99 Oktobristen in die IV. Duma ein.

Im November 1913 zerfiel die Fraktion der Oktobristen in drei Gruppen: die LINKS-OKTOBRISTEN (offiziell: Parlamentsfraktion des Oktoberverbandes; zunächst 14, später 22 Abg. unter der Führung von *S. I. Šidlovskij, N. A. Chomjakov* und *I. V. Godnev*), die RECHTS-OKTOBRISTEN (etwa 15 Abg. mit *G. V. Skoropadskij* und *N. P. Šubinskoj* an der Spitze) und die Mittelgruppe der ZEMSTVO-OKTOBRISTEN (etwa 65 Abg., unter ihnen Duma-Präsident *M. V. Rodzjanko*). Linke und Zemstvo-Oktobristen gehörten während des 1. Weltkrieges gemeinsam dem »Progressiven Block« (→ Einleitung) an.

Als Ende Februar (bzw. im März) 1917 die Duma die Exekutivgewalt übernahm, wurden von den Oktobristen *S. I. Šidlovskij* (Links-O.) sowie *I. I. Dmitrjukov* und *M. V. Rodzjanko* (beide Zemstvo-O.) in das Provisorische Komitee der Staatsduma gewählt. Im 1. Kabinett der Provisorischen Regierung war der Verband mit zwei Ministern vertreten. Mit dem Rücktritt des Kriegsministers *A. I. Gučkov* am 2. [15.] 5. 1917 endete der Einfluß der Oktobristen auf die russische Politik.

F. D. Čermenskij, Oktjabristy, in: Sov. Ist. Enc., Bd. 10, Moskau 1967, Sp. 494–497; E. Birth, Die Oktobristen (1905–1913), 1974.

Verband Russischer Männer (Sojuz Russkich Ljudej) → Rechtsparteien.

Volkssozialistische Partei (Narodno-Socialističeskaja Partija)

Unterschiedliche Auffassungen über Programm und Taktik veranlaßten im Frühjahr 1906 die literarische Gruppe »Russkoe bogatstvo«, sich von den Sozialrevolutionären zu trennen und seit September 1906 als selbständige Partei der »Volkssozialisten« aufzutreten.

Offizielles Organ war die Zeitschrift ›Narodno-socialističeskoe obozrenie‹ (St. Petersburg; 1906–1907). Im Programm wurde die Forderung erhoben, »daß die gesamte Staatsmacht dem Volk gehören müsse«, ohne jedoch die Konstituante oder die demokratische Republik ausdrücklich zu erwähnen. In der Agrarfrage trat die Partei für die Enteignung des adligen Grundbesitzes ein, lehnte jedoch das Prinzip des Freikaufs nicht ab. Ihre Forderung nach Verstaatlichung des Großgrundbesitzes jeder Art berührte nicht den Grund und Boden, der vom Eigentümer selbst bearbeitet wurde.

Eine erste Parteikonferenz fand vom 16.–20. 4. [29. 4.–3. 5.] 1907 statt. In der II. Duma waren die Volkssozialisten mit 16 Abg. vertreten und verfolgten die gleiche Linie wie »TRUDOVIKI« und Sozialrevolutionäre; als Führer der Fraktion fungierten *A. D. Dem'janov* und *V. V. Volk-Karačaevskij*. Die Partei, die keine Massenbasis besaß, hörte nach der Auflösung der II. Duma am 3. [16.] 6. 1907 faktisch auf zu existieren.

Nach der Februarrevolution von 1917 lebte die Partei wieder auf. Die fehlende Massenbasis führte im März 1917 zunächst zu einer Annäherung an die Sozialrevolutionäre. Schließlich faßte der 1. Allrussische Parteitag der Volkssozialisten im Juni 1917 den Beschluß, mit den »TRUDOVIKI« zusammenzugehen. Die Vereinigung beider Parteien erfolgte auf dem 1. Allrussischen Parteitag der VOLKSSOZIALISTISCHEN PARTEI DER ARBEIT (Trudovaja Narodnaja Socialističeskaja Partija), der vom 17.–23. 6. [30. 6.–6. 7.] 1917 stattfand. Offizielles Organ war die Zeitung ›Narodnoe slovo‹. In ihrem Programm verstand sich die neue Partei als Interessenvertreterin der Bauernschaft und trat für die parlamentarische Republik ein; sie unterstützte die Provisorische Regierung.

D. A. Kolesničenko, Narodnye socialisty, in: Sov. Ist. Enc., Bd. 9, Moskau 1966, Sp. 971–972.

SCHWEDEN

von

MARTIN GRASS [GR] UND NILS RUNEBY [RU]

Mit der Reichstagsreform von 1866, die den Vier-Stände-Reichstag durch ein Zwei-Kammer-System ersetzte, wurden die konstitutionellen Voraussetzungen für die Herausbildung eines modernen Parteiensystems geschaffen. Die harten Zensusbestimmungen (für Stimmrecht und Wählbarkeit) ergaben eine relativ geringe Repräsentation der Gesamtbevölkerung (1870 ca. 5 % wahlberechtigt). In der Ersten Kammer, die indirekt durch die Provinziallandtage und Stadtverordnetenversammlungen gewählt und in neun Jahren drittelweise erneuert wurde, hatten Großgrundbesitzer, Industrielle, Beamte und Militärs das Übergewicht. In der Zweiten Kammer, die in direkter Wahl nach dem Mehrheitsprinzip in Einmannwahlkreisen gewählt wurde, waren die unteren Schichten der ländlichen Bevölkerung, der untere Mittelstand und die Arbeiterklasse ebenfalls zugunsten der besitzenden Landwirte und des relativ vermögenden städtischen Mittelstandes unterrepräsentiert. Im Reichstag dominierte bis zur Jahrhundertwende die → LANDWIRTEPARTEI. Nach ihrem Vorbild bildeten sich, ausgehend von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen innerhalb der Reichstagskammern lose Gruppen, schließlich Parteien, wobei man auch an Gruppenbildungen im Vier-Stände-Reichstag anknüpfte. Die Entwicklung verlief in etwa folgendermaßen: Bildung von Reichstagsgruppen, dann Konstituierung von Wahlkreisorganisationen für diese Gruppen und die Abgeordneten, eine feste Verbindung zwischen beiden Institutionen und Gründung von Reichsorganisationen, schließlich einheitliche landesweite Parteien. Außerhalb des Reichstags und unmittelbar auf landesweiter Basis formierten sich die Arbeiterklasse → SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI (SAP) und, wenn auch weit später, die Bauern (→ ZENTRUMSPARTEI). Die Parteienbildung steht im Zusammenhang mit dem Prozeß der Gesellschaftsumwandlung und einer allgemeinen Mobilisierung durch die sog. Volksbewegungen (Temperenz-, Frömmigkeits- und Arbeiterbewegung) außerhalb des Reichstags (→ VOLKSPARTEI, → SAP).

Der wirtschaftliche Aufschwung in den 1890er Jahren führte zu einer Ausweitung der Gruppe der Wahlberechtigten, aber auch zu einer verstärkten Agitation für das allgemeine Wahlrecht. Dies wurde für die Liberalen und Sozialdemokraten, die beiden »Linksparteien«, zu einer politischen Hauptforderung. Außerparlamentarische Aktivitäten (Wahlrechtsvereine, eine Petitionsbewegung, die sog. Volksreichstage 1893 und 1896, Wahlrechtsstreik 1902), die Koppelung mit der Lösung der Wehrpflichtsfrage (Slogan: »Ein Mann, eine Stimme, ein Gewehr«) und der parlamentarische Vormarsch der »Linken« führten schließlich 1907–09 zu einer Wahlrechtsreform, die zum ersten Mal in der Wahl von 1911 zum Tragen kam. Für die Zweite Kammer und die die Erste Kammer wählenden Wahlkorporationen (Provinziallandtage und Stadtverordnetenversammlungen) wurde die Verhältniswahl eingeführt; alle Männer erhielten das aktive Wahlrecht, sofern sie ihre Steuern entrichtet und Wehrdienst geleistet hatten. Die Erste Kammer wurde auf sechs Jahre

gewählt und jährlich sechstelerneuert; das nach Einkommen graduierte Stimmrecht wurde auf höchstens 40 Stimmen beschränkt; Stimmrecht für Unternehmen wurde beibehalten, der Wählbarkeitszensus vermindert. Wurde auch insgesamt die Zahl der Wahlberechtigten durch diese Reform erhöht (für die Zweite Kammer auf 19 % der Gesamtbevölkerung verdoppelt), so war nach wie vor die Exklusivität der Ersten Kammer gegeben (z. B. verfügte 1/7 der Bevölkerung über 80 % der die Zusammensetzung bestimmenden Stimmen).

Für die »Linken« war die Reform nur eine Etappe auf dem Weg zum »demokratischen Durchbruch«. Die Anerkennung des parlamentarischen Prinzips nach den Wahlen im Herbst 1917 und die Bildung der liberal-sozialdemokratischen Koalition schufen die Voraussetzungen für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen 1919–21, bis auf eine Armen- und Konkursbeschränkung (bis 1945 gültig) ohne Zensusbestimmungen für die Zweite Kammer. Dagegen blieb ein Wählbarkeitszensus für die Erste Kammer (bis 1933). Die Wahlperiode der Ersten Kammer wurde auf acht Jahre (mit jährlicher Achtelerneuerung), die der Zweiten Kammer von drei auf vier Jahre erhöht. Durch diese Reform stieg die Wahlberechtigung auf 54 % der Bevölkerung. Durch die neuen Bestimmungen ergab sich vor allem eine neue Zusammensetzung der Ersten Kammer, die jetzt der der Zweiten Kammer entsprach. Durch ein neues Wahlgesetz, 1921, wurde versucht, die proportionale Sitzverteilung zu verbessern, u. a. »Überschuß«-Stimmen durch die vorgeschlagene Bildung von Wahlkartellen in den Wahlkreisen aufzufangen. Zu einer Wahlzusammenarbeit kam es zunächst zwischen Liberalen und Sozialdemokraten, Sozialdemokraten und Linkssozialisten/Kommunisten und nach 1928 zwischen den drei bürgerlichen Parteien. Diese lokale Zusammenarbeit führte jedoch nicht zu einer entsprechenden parlamentarischen Zusammenarbeit im Reichstag. Die Periode 1920–36 ist durch wechselnde (insgesamt 13) Minderheitsregierungen geprägt.

Diese Phase wurde abgelöst durch stabile Mehrheitsverhältnisse aufgrund der zunehmenden Stärke der → SAP und ihrer ständigen Regierungsverantwortung 1932 bis 1976, ihrer Koalitionen mit dem BAUERNBUND 1936–39 und 1951–57, der Regierung der nationalen Sammlung während des 2. Weltkriegs sowie verschiedener Formen von Zusammenarbeit in den Jahren einer schwächeren parlamentarischen Stellung der Sozialdemokraten, z. B. einer Tolerierungspolitik seitens der Kommunisten (→ LINKSPARTEI KOMMUNISTEN) gegenüber den drei bürgerlichen Parteien 1958–60, 1970–76. Seit dem Ende der 50er Jahre bildete sich schließlich eine Art von Zwei-Block-System heraus, einem »sozialistischen« stand ein an Stärke zunehmender und endlich gleichstarker »bürgerlicher« Block gegenüber.

Neben einer Reform der Verhältniswahl 1951, durch die eine gerechtere Proportionalität erreicht und u. a. auch Kartellbestimmungen abgeschafft wurden, wurde in dieser Periode nach langjährigen Vorarbeiten 1968 eine wichtige Verfassungsreform angenommen: die Einführung eines Ein-Kammer-Systems. 310 Abgeordnete wurden nach der bisherigen Verrechnung auf Wahlkreisebene gewählt und 40 Mandate im proportionalen Ausgleich auf Reichsebene verrechnet. Eine Vier-Prozent-Klausel wurde eingeführt, die bei Erreichen von 12 % in einem Wahlkreis hinfällig wurde. Die Wahlperiode wurde dreijährig. Die gerade Zahl der Reichstagssitze erwies sich 1973 als unglücklich, als sich eine Pattsituation zwischen den beiden Blöcken ergab und zahlreiche Beschlüsse durch Losentscheid gefaßt werden mußten. Der neue Reichstag seit 1976 umfaßt nur 349 Sitze.

Zu Beginn der 20er Jahre war das Fünf-Parteien-System innerhalb der Rechts-links-Skala ausgebildet (Konservative, Bauern, Liberale, Sozialdemokraten, Kommunisten). Es wurde in den 20er und 30er Jahren zwar durch Spaltungen (→ VOLKSPARTEI, → GEMÄSSIGTE

SAMMLUNGSPARTEI, → LINKSPARTEI KOMMUNISTEN) und nochmals in der zweiten Hälfte der 60er Jahre durch neue, allerdings nicht im Reichstag vertretene Parteigruppierungen sowohl rechts (CHRISTLICH DEMOKRATISCHE SAMMLUNG, KDS, Kristen Demokratisk Samling) als auch links (LINKSPARTEI KOMMUNISTEN) auf der Parteienskala etwas in Bewegung gebracht, blieb aber insgesamt stabil. Zur Stabilität trugen neben der Ausbildung des Zwei-Block-Systems allgemein auch bei: der stetige wirtschaftliche Aufschwung, der Ausbau der Wohlfahrt und die oben erwähnte parlamentarische Situation auf der einen Seite sowie eine relativ feste Interessenorientierung der Parteien, ein hoher Organisationsgrad (heute ca. 80 % der Bevölkerung Mitglieder von Organisationen; 1,6 Mill. Parteimitglieder bei 6 Mill. Wahlberechtigten) und eine ausgeprägte Konsensorientierung auf der anderen Seite.

Dennoch hat es seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts (1909 bzw. 1921) entsprechend den gesellschaftlichen Veränderungen markante Verschiebungen im Parteiengefüge gegeben. Ausgehend von den Wahlen zur Zweiten Kammer bis 1968 ist der deutliche Abstieg der Liberalen (→ VOLKSPARTEI) und der Konservativen (→ GEMÄSSIGTE SAMMLUNGSPARTEI) ebenso signifikant wie der stetige Aufstieg der → SAP und der → ZENTRUMSPARTEI. Der Abstieg der Liberalen setzte sich in den Wahlen zum Ein-Kammer-Reichstag seit 1970 ebenso fort, von einem leichten Aufwärts bei den Wahlen von 1976 abgesehen, wie der weitere starke Aufschwung der ZENTRUMSPARTEI, die zur stärksten bürgerlichen Partei wurde. Dagegen zeigte sich bei den Konservativen ein leichter Aufschwung, ein Abwärtstrend bei den Sozialdemokraten. – Die regionale Verteilung der Stimmen zwischen 1932 und 1973 zeigt, daß die Liberalen, von ihren »Kernlandschaften« im mittleren und westlichen Südschweden sowie in Nordschweden abgesehen, auf die Großstädte zurückgedrängt wurden. Dieselbe Entwicklung ist bei den Konservativen festzustellen, die aber ihre agrarisch geprägten »Kernbereiche« in Südschweden in etwa halten konnten. Die Liberalen weisen nicht unmittelbar »Kerngruppen«wähler, aber ein gewisses Übergewicht in den Mittelschichten (mittlere Angestellte, Geschäftsleute, Beamte) auf. Bei den Konservativen dominieren die Groß- und Kleinunternehmer, auch im landwirtschaftlichen Sektor, und die mittleren und höheren Beamten. Bei den Sozialdemokraten korrespondiert die allgemeine starke Zunahme in jener Periode mit einer entsprechenden regionalen Ausweitung, wobei die starke Stellung in den Städten und Industriegebieten gehalten bzw. verbessert oder, wie z. B. in Nordschweden auf Kosten der Kommunisten, ausgedehnt und der Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Bereichen vermindert wurde. Die SAP weist dementsprechend das Bild einer Volkspartei auf, auch wenn sie nach wie vor die Partei der Arbeitnehmer ist. Dieselbe regionale Ausweitung gilt für die ZENTRUMSPARTEI, die sich von ihren agrarischen »Kernlandschaften« Südschweden und Gotland über Mittel- und Nordschweden (ausgenommen der nördlichsten Provinz) vor allem in die Städte ausbreitete. Entsprechend weitete sie ihren Stimmenanteil unter den Arbeitern aus, die die »Kerngruppe«, die Landwirte, in der Wählerschaft – jedoch nicht unter den Parteimitgliedern – überrundeten. Die angedeuteten Veränderungen zusammengenommen ergaben eine Annäherung der beiden Blöcke in den 70er Jahren und schließlich in den Wahlen 1976 ein Übergewicht des »bürgerlichen Blocks«.

Nach 44jähriger sozialdemokratischer Regierung kam es zum Machtwechsel: eine Drei-Parteien-Koalition, mit dem Vorsitzenden der ZENTRUMSPARTEI, der größten bürgerlichen Partei, als Ministerpräsidenten. Diese zerbrach 1978, hauptsächlich an der Frage der Kernenergie. Eine Kompromißlösung, zu der die sozialdemokratische Tolerierungspolitik wesentlich beitrug, ergab für das letzte Drittel der Wahlperiode eine liberale Minderheiten-

regierung. Die Regierungsverantwortung verblieb im bürgerlichen Lager auch nach den Wahlen von 1979 (Übergewicht gegenüber dem »sozialistischen Block« von ca. 8000 Stimmen = 0,24 % = 1 Mandat). Nach schwierigen Verhandlungen bildete erneut der Vorsitzende der ZENTRUMSPARTEI, der große Verlierer der Wahlen, die Regierung, der Preis der erfolgreichen Konservativen für eine neuerliche bürgerliche Drei-Parteien-Koalition. [GR]

L. Franke, Schweden, in: Die Wahl der Parlamente, hg. D. Sternberger, B. Vogel, Bd. I:2, 1969; B. Nedelmann, Zur Parteienentwicklung in Schweden (1866–1907), Soziol. Diss., Mannheim 1970; S. Berglund, U. Lindström, The Scandinavian Party System(s). A Comparative Study, Lund 1978.

Allgemeiner Wählerverband (**AVF,** Allmänna Valmansförbundet) 1904–1938 Bezeichnung der → Gemäßigten Sammlungspartei.

Bauernbund (**Bf,** Bondeförbundet) 1913–1943 Bezeichnung der → Zentrumspartei.

Freisinnige Volkspartei (Frisinnade Folkpartiet) → Volkspartei.

Freisinniger Landesverein (Frisinnade Landsföreningen) → Volkspartei.

Gemäßigte Sammlungspartei (**M,** Moderata Samlingspartiet). Ursprünglich ALLGEMEINER WÄHLERVERBAND (AVF, Allmänna Valmansförbundet), 1938–69 unter der Bezeichnung RECHTE (H, Högern).

Gründung: Der AVF entstand 1904 durch die Bildung einer Reichsorganisation für die beiden konservativen Parteien in den beiden Kammern des Reichstags. Die Initiative ging von dem Gutsbesitzer und Abg. in der Ersten Kammer *G. F. Östberg* aus, unterstützt von einflußreichen konservativen Politikern vor allem in der Ersten Kammer *(C. Lundeberg, H. Tamm)*.

Programm: Das Programm des AVF 1904 enthält nur einige kurze Punkte, die direkt an die aktuelle politische Situation gebunden sind. Man betonte vor allem die Ablehnung sozialistischer Bestrebungen und befürwortete die Freiheit der Arbeit und das Recht des einzelnen auf Arbeit (gegen die Gewerkschaften), ein »gerechtes« Steuersystem mit Garantien für den einzelnen (gegen Steuerprogressivität) und eine Lösung der Wahlrechtsfrage, die eine »angemessene« Repräsentation aller Gesellschaftsklassen gewährleisten sollte.

Das erste richtige Parteiprogramm wurde 1919 nach der Lösung der Wahlrechtsfrage angenommen. Mit geringfügigen Veränderungen (1924 und 1934) bestand dieses Programm bis 1946. Man bezeichnete sich hier als »nationale Volkspartei«, zugleich »staatserhaltend« und »reformfreundlich«. Das Recht des einzelnen auf Privateigentum wurde als grundlegende Voraussetzung einer gesunden Entwicklung der Gesellschaft betrachtet. Die Notwendigkeit einer starken Wehrmacht, einer freien Marktwirtschaft und eines starken Unternehmertums ohne staatliche Einmischung und Sozialisierung wurde hervorgehoben. »Klassentyrannei« sollte entschieden bekämpft werden. Die Erhaltung der Bauernklasse wurde als notwendig betrachtet, die Landwirtschaft sollte gefördert und geschützt werden. Garantien gegen gesellschaftsgefährdende Streiks sowie für »gerechte« Steuern mit Rücksicht auf eine zumutbare Belastung der Wirtschaft wurden gefordert. Weitere Punkte des Programms waren erweiterte Volksbildung, aber ohne freiheitsfeindliche Gleichheitsbestrebungen; Schutz von Haus und Familie; Erziehung des Volkes zu Selbstverantwortung und Sittlichkeit; Erhaltung der Kirche und des Religionsunterrichts in den Schulen.

Gewisse Grundprinzipien dieses Programmes sind auch in der neueren Programmatik erkennbar. Nach dem 2. Weltkrieg veröffentlichte die Rechte für die Nachkriegsperiode ein sog. Handlungsprogramm unter dem Titel »Freiheit und Fortschritt«. Hier wird auch die Opposition gegen die Sozialdemokratie, deren Majoritätsposition zu Zentralismus und Staatsdirigismus führe, besonders betont. Dementgegen erstrebt man eine Entwicklung von Wohlstand und Sicherheit »mit der Erhaltung der Freiheit des einzelnen« und »Verteilung der Verantwortung auf eine wachsende Anzahl von selbständigen Bürgern«. Ökonomischer, sozialer und kultureller Ausgleich zwischen Stadt und Land mit besonderer Berücksichtigung der ländlichen Bevölkerung sowie der mittelständischen Gruppen sollen bevorzugt gefördert werden.

Diese Punkte tauchen auch in dem langfristigeren Parteiprogramm von 1956 wieder auf. Die Bedeutung von Tradition, Nation, Religion und Familie sowie weitgehende Freiheit für das Wirtschaftsleben und Opposition gegen »staatliche Bevormundung« und Planwirtschaft sind Schwerpunkte der Partei. Man spricht sich gegen eine Hochsteuerpolitik und für die Begrenzung der Staatsausgaben aus. Das Schlagwort »Besitzerdemokratie« (ägardemokrati), beinhaltet

freien Unternehmungsgeist und weitgestreutes Eigentumsrecht. Außenpolitisch wird die Zusammengehörigkeit mit den westlichen Demokratien betont. Das neue Programm 1969 (mit Veränderungen und Zusätzen 1972 und 1973) – im Zusammenhang mit der Namensänderung der Partei angenommen – ist bei gleicher Grundtendenz im Vergleich zu dem früheren umfangreicher und detaillierter. Der sozialpolitische Sektor wird stärker berücksichtigt, Schutz der Rechtssicherheit durch Stärkung der inneren Ordnung, Ausbau der Polizei sowie Dezentralisierung werden angestrebt. In der Außenpolitik empfiehlt die Partei die volle Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und eine Koordinierung Schwedens mit Europa in der Wirtschaftspolitik.

Organisation: Unter dem Eindruck der Organisation der sozialdemokratischen Partei und der Gründung der liberalen Reichsorganisation wurde die konservative Wahlorganisation AVF 1904 gegründet. Die verschiedenen konservativen Gruppen bekamen nun eine gemeinsame Führung und ein gemeinsames Programm. Der AVF hatte nach den Satzungen ein Leitungsgremium von 72 und einen exekutiven Ausschuß von 5 Mitgliedern. Lokale Parteigruppen in allen Teilen des Landes bestanden erst in den 20er Jahren.

Erst seit 1950 verfügt die Partei über eine modernere Organisation. Die Lokalvereine sind zu Kreisverbänden zusammengeschlossen, die die Repräsentanten für die Reichsversammlung wählen (200 Mitglieder). Die Reichsversammlung wählt den Parteivors. und seine zwei Stellvertreter, zehn Mitglieder des Leitungsgremiums (zu dem auch der Vors. und Stellvertreter der Jugend- und Frauenorganisationen gehören) und 20 Mitglieder des sog. Parteirates, einer ratgebenden Versammlung, die zwischen den Reichsversammlungen einberufen wird. An dem Parteirat nehmen weiter das Leitungsgremium, der geschäftsführende Ausschuß der Reichstagsfraktion, die Vorsitzenden der Kreisverbände und des konservativen Presseklubs teil. Der Parteivors. und seine Stellvertreter gehören sowohl dem Leitungsgremium als dem Parteirat an. Eine von dem Leitungsgremium bestimmte Anzahl von sog. Zentralen Ausschüssen für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Landwirte wirken als beratende Institution für die zentrale Parteiführung.

Presse: ›Vårt Land‹ (Stockholm, bis 1908); ›Nya Dagligt Allehanda‹ (Stockholm, bis 1944); ›Stockholms Dagblad‹ (bis 1931); ›Svenska Dagbladet‹ (Stockholm, 1884 – heute).

Geschichte: Die Gründung des AVF 1904 bedeutete auf der einen Seite eine Weiterführung der Politik konservativer Gruppierungen im Reichstag in den 80er und 90er Jahren und außerparlamentarischer Organisationen, die unter anderem für eine stärkere Wehrmacht und eine harte Linie gegenüber Norwegen in der Unionsfrage eintraten, auf der anderen Seite einen Ausgleich zwischen protektionistischen und Freihändlergruppen und eine Zusammenarbeit mit der → LANDWIRTEPARTEI, um die Spaltung zwischen Stadt und Land aufzuheben.

Der AVF umschloß als Wählerverband folgende konservative Gruppierungen im Reichstag: In der Ersten Kammer die NATIONALE PARTEI (Nationella Partiet), die 1912 durch Zusammenschluß von GEMÄSSIGTER PARTEI (Moderata Partiet, gegr. 1905 als Organisation der freihändlerischen Minorität) und VEREINIGTER RECHTSPARTEI (Förenade Högerpartiet, gegr. 1910 als Nachfolgeorganisation der protektionistischen Majoritätspartei) entstanden war (Führung: *E. Trygger*). In der Zweiten Kammer die NATIONALE FORTSCHRITTSPARTEI (Nationella Framstegspartiet), die mit dem Rest der → LANDWIRTEPARTEI 1912 die LANDWIRTE- UND BÜRGERPARTEI (Lantmanna- och Borgarepartiet) gebildet hatte (Führung: *A. Lindman*). Die Einheit des AVF wurde dadurch betont, daß der Parteiführer in der Zweiten Kammer zugleich dessen Vors. war.

Der AVF ist als eine »defensive« Organisation (für die Erhaltung der bestehenden Ordnung, gegen die Entwicklung zum Parlamentarismus, gegen die Sozialdemokratie) charakterisiert worden. Von Bedeutung für die Weiterentwicklung der Partei wurde aber, daß die kompromißwilligen Gruppen an Einfluß gewannen. Der bedeutende Parteiführer *Lindman* spielte als Repräsentant einer neuen Unternehmerkategorie unter den Konservativen eine große Rolle für die Modernisierung der Partei und die Überwindung einer bloß negativen Position. Sowohl die Unionsfrage 1905 als auch die entscheidende erste Etappe in der Wahlrechtsfrage wurden von Regierungen unter konservativer Führung durchgeführt *(Lundeberg* bzw. *Lindman)*. Die neue konservative Linie war auch in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg erfolgreich. Die Durchführung des Verhältniswahlrechts, das wenigstens dem Wunsch nach konservativen Garantien entsprach, die Niederlage der Arbeiter im Generalstreik 1909, die Politik in der Verteidigungsfrage (Modernisierung und Aufrüstung der Flotte und der Wehrmacht), der Sturz der liberalen Regierung und der sog. Bauernmarsch 1914 sind hier zu erwähnen.

Nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts verlor die konservative Partei ihre lange verteidigte Majoritätsposition in der indirekt gewählten Ersten Kammer (Verlust von 48 Mandaten, so daß noch 38 von 150 blieben). Bei den Wahlen 1921 bekam die Partei 25,8 % der Stimmen und erhielt in beiden Kammern 103 Mandate von 380. Unter den oft wechselnden Minoritätsregierungen in der labilen parlamentarischen Situation der 20er Jahre sind zwei konservative Kabinette zu erwähnen. Die kurze Regierung *E. Trygger* (1923–24) konnte sich in der Verteidigungsfrage gegen die Abrüstungspolitik der Sozialdemokraten nicht durchsetzen. Die Sozialpolitik, Arbeitsmarkt-, Sozialisierungs- und Verteidigungsfragen führten zu einer deutlichen Polarisierung in der schwedischen Politik. Die Situation spitzte sich vor allem bei den Wahlen zur Zweiten Kammer

1928 zu, die ein großer Erfolg für die Konservativen wurden (29,4 % = 122 Mandate). Diese Zahlen hat die Partei nie wieder erreicht, obwohl sie bis zu den 40er Jahren die zweitgrößte Partei im Reichstag war. Versuche zu einer bürgerlichen Koalitionsregierung 1928 blieben erfolglos, und *Lindman* mußte eine Minoritätsregierung bilden (1928–30). Uneinigkeit in Zollfragen und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führten zur Demission des Kabinetts.

Das Übereinkommen zwischen Sozialdemokratie und BAUERNBUND über ein aktives Krisenprogramm und die folgende Majoritätsstellung der Sozialdemokraten führten zu einem Rückgang der Konservativen, die in diesen Jahren auch mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Der Einfluß der europäischen faschistischen Strömungen wirkte sich besonders in der Jugendorganisation der Partei, dem 1915 gegr. »Nationalen Jugendbund« (SNU, Sveriges Nationella Ungdomsförbund) aus, der sich zu einer selbständigen Organisation mit antiparlamentarischen und faschistischen Tendenzen entwickelte. 1934 kam es zum Bruch und der SNU etablierte sich erfolglos als eigene politische Partei. Die parlamentarisch-demokratische Haltung der Majorität der Partei sowie des alten Vors. *Lindman* konnte sich zwar behaupten, doch die Partei wurde geschwächt. Unter dem Vors. *G. Bagge* (1935–44) und *F. Domö* (1944–50) ging sie ständig zurück, eine Entwicklung, die auch durch die Umwandlung des AVF in die REICHSORGANISATION DER RECHTEN (Högerns riksorganisation), 1938, und den damit verbundenen einheitlichen Aufbau nicht aufgehalten werden konnte. Der Tiefstand wurde 1949 bei den Wahlen zur Zweiten Kammer erreicht, als die Partei 12,3 % und 47 Mandate bekam. Die Partei war damit die kleinste unter den Oppositionsparteien und hatte in zwanzig Jahren fast $^2/_3$ der Mandate verloren.

Unter dem neuen Vors. *J. Hjalmarson* (1950–61) wurden Taktik und Programmatik der Partei modernisiert. Man versuchte, mittelständische Gruppen zu erreichen. Bei den Wahlen 1958 erhielt die Partei 20,4 % und 61 Mandate im Reichstag. Eine gewisse Stagnation und erneute innere Schwierigkeiten mit einem ziemlich schnellen Wechsel der Vors. (*G. Heckscher* 1961–65, *Y. Holmberg* 1965–70, *G. Bohman* seit 1970) trafen die Partei in den 60er Jahren. Ein neues Parteiprogramm und die Umbenennung der Partei in GEMÄSSIGTE SAMMLUNGSPARTEI zeugen von dem Reorganisationsstreben. Ein von der Partei erstrebtes gemeinsames Auftreten der Oppositionsparteien blieb lange ohne Ergebnis wegen der zeitweise engen Zusammenarbeit zwischen den Liberalen (→ VOLKSPARTEI) und der → ZENTRUMSPARTEI, die beide eine gewisse Distanz zu den Konservativen betonten. Die politische Situation der 70er Jahre mit zwei gleich großen Blöcken im Reichstag intensivierte aber die Kontakte. Bei den für die Opposition erfolgreichen Wahlen 1976 kam es zum ersten Mal zu einer gemeinsamen Front der bürgerlichen Parteien, und an der Koalitionsregierung *Fälldin* (1976–78) nahmen auch Mitglieder der konservativen Partei teil. Die Partei erhielt bei diesen Wahlen 15,5 % der Stimmen und 55 Mandate von 349. Bei den Wahlen von 1979 erzielte die M. ihr bestes Ergebnis und wurde mit 20,4 % und 73 Mandaten stärkste bürgerliche Partei. Um eine erneute bürgerliche Drei-Parteien-Koalition zu ermöglichen, mußte sie zwar auf die Führung der Regierung verzichten, übt aber einen wesentlich stärkeren Einfluß aus als 1976. Die sozioökonomische Zusammensetzung der Parteiwähler zeigt eine Majorität von Unternehmern und Industrieführern, höheren Beamten, Angestellten, größeren Landwirten und geographisch eine Überrepräsentation für Südschweden und die Großstadtgebiete. [RU]

G. Lindskog, Med Högern för Sveriges framtid, Stockholm 1954; I. Andersson, Arvid Lindman och hans tid, Stockholm 1956; R. Torstendahl, Mellan nykonservatism och liberalism, Uppsala 1969.

Kommunistische Partei Schwedens (**SKP,** Sveriges Kommunistiska Parti) → Linkspartei Kommunisten.

Kommunistische Partei Schwedens. Sektion der Kommunistischen Internationale (**SKP,** Sveriges Kommunistiska Parti. Sektion av Kommunistiska Internationalen) → Linkspartei Kommunisten.

Landpartei – Bauernbund (Landsbygdspartiet – Bondeförbundet) 1943–1957 Bezeichnung der → Zentrumspartei.

Landwirtepartei (**L,** Lantmannapartiet). Gemäßigt-liberale, später konservative Agrarpartei in der Zweiten Kammer des Reichstags 1867–1912. Durch die Annahme und Publikation eines Parteiprogramms am 10. 3. 1867 kann die Gründungsarbeit als abgeschlossen betrachtet werden. Zu den Gründern gehören die Gutsbesitzer *A. Posse* und *E. Key* und die Landwirte *C. Ifvarsson* und *P. Nilsson.*

Programm: Das Parteiprogramm 1867 enthielt nur wenige und ziemlich allgemein formulierte Forderungen. Die Partei sprach sich für Sparsamkeit vor allem auf den Gebieten Verwaltung und Verteidigung und für ökonomische Gerechtigkeit den Bauern gegenüber aus. Obwohl in der Partei umstritten, akzeptierte das Programm die allgemeine Wehrpflicht. Man strebte weiter eine Reform der veralteten Steuergesetzgebung (Ausgleich zwischen Stadt und Land) und eine Ablösung der alten, die Bauern belastenden Abgaben an. In der zentralen Frage der Schutzzölle enthielt das Programm eine Kompromißformulierung. Die Partei zeigte wenig Interesse für außenpolitische Fragen. Die durch die Parteispaltung 1888 entstandenen zwei Fraktionen formulierten im Anschluß an die Wahlen 1890 und 1893 ihre eigenen Wahlprogramme, die sich eng an das

ursprüngliche Programm anschlossen. Die Freihandelsfraktion, die ALTE LANDWIRTEPARTEI (Gamla Lantmannapartiet), akzeptierte nur in Ausnahmefällen Schutzzölle und forderte vorsichtig erweitertes Wahlrecht, Religionsfreiheit und Beibehaltung der Presse- und Versammlungsfreiheit. Gesellschaftsauflösende Tendenzen sollten entschieden bekämpft und die Reformtätigkeit nur behutsam durchgeführt werden. Eine gerechte Besteuerung, Antibürokratismus und Rationalisierung der Wehrmacht blieben ständig für beide Fraktionen wichtig. Die protektionistische Fraktion, die NEUE LANDWIRTEPARTEI (Nya Lantmannapartiet), unterschied sich in den Fragen, die nicht mit den Schutzzöllen zusammenhingen, nur wenig von der ALTEN LANDWIRTEPARTEI, nur wurden die gesellschaftserhaltenden Momente und die notwendigen Garantien gegen zu schnelle Veränderungen noch stärker hervorgehoben.

Nach der Wiedervereinigung der beiden Fraktionen 1895 bis zur Auflösung der Partei im Reichstag 1912 veränderten sich zwar in den Wahlprogrammen (1896, 1899, 1905, 1908, 1911) die tagespolitischen Forderungen, nicht aber die grundlegenden Richtli ien. Durch den Anschluß 1904 an die konservative Dachorganisation AVF (→ GEMÄSSIGTE SAMMLUNGSPARTEI) akzeptierte die L. dessen Programm.

Organisation: Die Partei hatte keine Organisation außerhalb des Reichstags. Wahlpropaganda, Wahlversammlungen und Nominierung von Kandidaten wurden auf Initiative von lokalen Gruppen, einflußreichen Persönlichkeiten, einzelnen Abgeordneten oder Gruppen von Abgeordneten organisiert. Eine direkte Parteipresse existierte nicht, obwohl die Partei in der Anfangsphase gute Beziehungen zu liberalen, später zu konservativen Zeitungen hatte. Versuche, eine engere Verbindung zwischen Wählern und Reichstagsfraktion herbeizuführen, können in den 80er Jahren bei der protektionistischen Gruppe um *J. Rundbäck* beobachtet werden. Zentral ausgearbeitete Wahlprogramme existierten ab 1890.

Die Partei wurde von einem Zentralrat von neun (später zwölf) Mitgliedern geführt, der Listen für Ausschußwahlen zusammenstellte und der durch regelmäßige Sitzungen die Parteistandpunkte zu klären und Vorschläge vorzubereiten versuchte. Eine formale Mitgliedschaft oder Satzungen gab es nicht. Mitgliederbeiträge wurden mit der Zeit eingeführt. Die Parteidisziplin war schwach. Die Organisation der gespaltenen L. 1888–1895 war ungefähr die gleiche. Die L. wurde 1904 an die konservative Reichsorganisation AVF angeschlossen und ging 1912 in der neuen konservativen Partei auf (→ GEMÄSSIGTE SAMMLUNGSPARTEI).

Geschichte: Die Entstehung der L. ist eine direkte Folge der Reichstagsreform von 1866 (→ Einleitung). Als Zusammenschluß der Bauernrepräsentanten in der Zweiten Kammer des neugebildeten Reichstags verfügte die L. bereits 1868 über eine Majorität. Dabei konnte sie auf Gruppenbildungen innerhalb des alten Bauernstandes (vor allem eine protektionistische Gruppe um den späteren Vorsitzenden *C. Ifvarsson*) aufbauen, gleichzeitig bestanden jedoch auch sozial bedingte Gegensätze unter den Mitgliedern; eine markante Trennungslinie verlief besonders zwischen Bauern und Gutsbesitzern.

Die L. trat in den 70er Jahren als eine Oppositionspartei unter dem Schlagwort »Herren und Bauern« auf. Man versuchte vor allem, das veraltete Steuersystem zu reformieren, das unauflöslich mit der ebenso alten Verteidigungsorganisation, deren Lasten größtenteils die Bauern zu tragen hatten, gekoppelt war. Mehrere Kompromißversuche sollten in den 70er und 80er Jahren langfristig eine neue Organisation durchsetzen. Diese Reformpolitik, die ohne die L. nicht durchführbar war, verlief außerordentlich langsam. Erst 1885 wurde eine umstrittene, partielle Lösung, in den 90er Jahren ein endgültiges Übereinkommen zustande gebracht. Die Ursachen dieser Schwierigkeiten sind in der historischen Literatur unterschiedlich beurteilt worden. U. a. hat man auf eine allgemeine Reformfeindlichkeit und Verzögerungstaktik hingewiesen, die durch die Heterogenität und Sparsamkeitspolitik der L. begünstigt wurden.

Die Reformbestrebungen wurden in den 80er Jahren durch die Zollfrage kompliziert, die infolge der zunehmenden Schwierigkeiten für die landwirtschaftliche Produktion und der sinkenden Getreidepreise in den Vordergrund rückte. Die L. war in dieser Frage sehr gespalten. Besonders eine protektionistische Gruppe um *J. Rundbäck* versuchte aktiv Propaganda zu betreiben, unterstützt von einflußreichen konservativen Zeitungen. In diesem Zusammenhang wirkten sich nicht nur der Gegensatz von Stadt und Land, sondern auch die regional unterschiedliche landwirtschaftliche Struktur aus. Die Reichstagsmitglieder von Nordschweden z. B. waren größtenteils Freihändler, die Repräsentanten für die getreideproduzierenden Gebiete in Ost- und Mittelschweden Protektionisten.

Als 1888 die Protektionisten die Mehrheit im Reichstag bekamen, führten die anschließenden Auseinandersetzungen in der Zollfrage zu einer Neuorganisation des Parteiensystems in den beiden Kammern. In der Ersten Kammer konstituierten sich eine protektionistische Majoritäts- und eine freihändlerische Minoritätspartei, in der Zweiten Kammer fiel die L. auseinander. Der alte Vors. *Ifvarsson* († 1889) versuchte vergebens zu vermitteln. Obgleich ursprünglich Protektionist, blieb er bei der Spaltung bei dem liberaleren, freihändlerischen Flügel, die ALTE L. genannt (nach *Ifvarssons* Tod von *S. Nilsson* und *O. Jonsson* geführt). Die protektionistische NEUE L. wurde die zahlenmäßig stärkste Partei. Sie bestand – unter der Führung der Bauernpolitiker *A. P. Danielsson* und *L. O. Larsson* und des Gutsbesitzers *E. G. Boström* – zu $^2/_3$ aus Repräsentanten des

Landes und zu 1/3 der Stadt; letztere spielten in beiden Fraktionen eine bedeutende Rolle. *Boström* wurde von 1891–1900 und 1902–1905 Ministerpräsident; während dieser Zeit wurde eine Reihe protektionistischer Reformen durchgeführt.

In den 90er Jahren bekam die Wahlrechtsfrage zunehmende Bedeutung. Als Reaktion auf die Bestrebungen der Sozialdemokraten, im Verein mit den Liberalen ein erweitertes Wahlrecht durchzusetzen, sowie unter dem Einfluß konservativer, agrarprotektionistischer Organisationen versuchte man, die beiden Landwirteparteien wieder zu vereinigen. Dieser, besonders von dem Führer der ALTEN L., *Jonsson,* betriebene Versuch gelang 1895; in der umstrittenen Zollfrage kam es zu einem Kompromiß. Die L. stellte jetzt 127 von 230 Abg. in der Zweiten Kammer. Die ausgesprochen konservative Richtung, die die L. jetzt einschlug, stieß jedoch auf die Opposition einer Reihe von Abg. aus industrialisierten oder von der neuen Forstwirtschaft betroffenen Wahlkreisen. Eine Gruppe von diesen (ca. 20) verließ die L. und schloß sich einer in der Kammer neugegründeten liberalen Fraktion an (→ VOLKSPARTEI). Die L. behaupteten aber immer noch ihre Position (1896: 129, 1899: 115 Mandate von 230).

Die Wahlrechtsfrage wurde zu einer neuen Belastung für die Partei. Die Protektionisten der NEUEN L. befürchteten, daß eine Wahlrechtsreform die Freihändler begünstigen und die Repräsentanten der Bauern bedrohen würde. Die ALTE L. hatte eine etwas positivere Einstellung, und man war zu einem vorsichtigen Kompromiß bereit. *Boström* versuchte in dieser Situation, taktische Lösungen zu finden. Bei den Wahlen 1905 bekamen – bei einer Beteiligung von 50 % – die »Linken« Majorität in der Zweiten Kammer (die Liberalen 106, die Sozialdemokraten 13 Mandate von 230). Dieses Ergebnis führte zu einer neuen Spaltung der L.: eine Gruppe von L.-Abgeordneten gründete zusammen mit einigen Stadtrepräsentanten eine neue Partei, die NATIONALE FORTSCHRITTSPARTEI (Nationella Framstegspartiet), Vors. *H. Andersson,* die eine gemäßigte Sammlung als Alternative zu den Liberalen anstrebte. Die L. (nun unter der Führung von *C. Persson*) und die neue Partei waren in der Kammer ungefähr gleich groß. Beide Fraktionen waren aber an die 1904 gegründete konservative Reichsorganisation ALLGEMEINER WÄHLERVERBAND angeschlossen. Erst 1912 gründeten die beiden Parteien in der Kammer eine gemeinsame konservative Partei (→ GEMÄSSIGTE SAMMLUNGSPARTEI).

Die L. ist in ihrer ursprünglichen Programmatik (Sparsamkeit, Antibürokratismus, bäuerliche Interessenpolitik) mit außerparlamentarischen Bauernbewegungen in anderen Ländern (z. B. Dänemark und Norwegen) vergleichbar. Eine Sonderstellung kommt ihr zu aufgrund ihrer Schlüsselposition als Reichstagspartei und ihres entscheidenden Einflusses auf die langsame Veränderung der schwedischen politischen und ökonomischen Struktur. Nach Abschluß dieser Veränderungen im Sinne der L. hatte diese ihre politische Rolle als selbständige Partei ausgespielt und ging 1912 in der späteren → GEMÄSSIGTEN SAMMLUNGSPARTEI auf. [RU]

E. Thermaenius, Lantmannapartiet, Uppsala 1928; S. Carlsson, Lantmannapolitiken och industrialismen, Stockholm 1953; P. Hultqvist, Klasspolitik och statsintresse (Scandia 25) Lund 1959.

Liberale Partei Schwedens (Sveriges Liberala Parti) → Volkspartei.

Liberale Sammlungspartei (Liberala Samlingspartiet) → Volkspartei.

Linkspartei Kommunisten (**VPK,** Vänsterpartiet Kommunisterna). Arbeiterpartei, die sich in ihrer von Spaltungen geprägten Geschichte von einer Kominternsektion und moskautreuen kommunistischen, stalinistischen Partei zu einer Partei von reform- oder eurokommunistischem Zuschnitt entwickelte.

Gründung: Der Entwicklung einer kommunistischen Partei ging die Konstituierung der von der → SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI (SAP) abgespaltenen SOZIALDEMOKRATISCHEN LINKSPARTEI SCHWEDENS (SSV, Sveriges socialdemokratiska vänsterparti), am 12.–16. Mai 1917 voraus. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u. a. *Z. Höglund, F. Ström, C. Lindhagen, I. Vennerström, K. Kilbom.*

Programm: Das keineswegs revolutionäre Programm der SSV von 1917 ging im wesentlichen von den Programmen der SAP von 1897 bzw. 1911 aus, erweitert durch eine Imperalismuskritik. Hervorgehoben wurden besonders der schrittweise Übergang zum Sozialismus, die Bedeutung von außerparlamentarischen Aktionen neben der parlamentarischen Tätigkeit, Antimilitarismus, Antibürokratismus und allgemeine Demokratisierung.

1921 konstituierte man sich programmatisch als revolutionäre kommunistische Partei. Direkte Massenaktionen zur Eroberung der Macht sowie die revolutionäre Abschaffung der Klassengesellschaft, die Diktatur des Proletariats und die »wirkliche Demokratie des Rätesystems« wurden gefordert, Gewalt als unausweichlich betrachtet.

Auch das kurze Grundsatzprogramm von 1944 rief zur Machteroberung durch die Arbeiterklasse und die Aufhebung des kapitalistischen Systems auf. Es müßten alle Ausgebeuteten – neben Arbeitern auch Bauern, Angestellte und Intellektuelle – zum Kampf, auch international, gegen die »Diktatur des Finanzkapitals« gesammelt werden. Aus taktischen Gründen wurden der Begriff Diktatur des Proletariats und die Hoffnung auf eine friedliche Eroberung der Macht nicht ins Programm aufgenommen.

»Schwedens Weg zum Sozialismus« (so der Titel des Programms von 1953) auf friedlicher parlamentarischer Basis wurde in den folgenden Programmen, wenn auch nicht unumstritten und

geradlinig, weiterverfolgt und im Programm von 1967 eindeutig akzentuiert. Man stellt eine »sozialistische Alternative« zur »korporativen«, den Kapitalismus nur »verwaltenden« sozialdemokratischen Politik auf und nimmt sich besonders der Arbeitnehmer und Unterprivilegierten an. Grundsätzlich werden jetzt der Parlamentarismus, Mehrheitsbeschlüsse, freie Meinungsbildung, Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und die politische Arbeit »für unmittelbare und naheliegende Forderungen« anerkannt. Gleichzeitig sollen jedoch die Eigentumsverhältnisse und die Machtstellung der »Großfinanz« umgestaltet, die Klassengesellschaft abgeschafft und durch eine »sozialistische Demokratie« ersetzt werden.

Organisation: Der formelle Aufbau der Partei von Ortsverbänden, Parteikreisen, Parteidistrikten hin zur Parteiführung und die Stellung des Parteikongresses sowie des Parteivorstandes (bis 1944 Zentralkomitee genannt) mit seinem Geschäftsführenden Ausschuß (früher Arbeitsausschuß, dann bis 1944 Politbüro) ähneln dem der → SAP. Allerdings ist die starke Zentralisierung (Schlagwort: »demokratischer Zentralismus«) 1967 charakteristisch, bis zu den (bis 1944 »Zellen« genannten) kleinsten Parteieinheiten in Betrieben und Wohngebieten. Nach 1967 erfolgten eine Demokratisierung und Dezentralisierung mit Hervorhebung der Bedeutung des Parteikongresses. Neben dem Parteikongreß können für bestimmte Fragen (z. B. Wahlprogramme) Reichskonferenzen einberufen werden.

Presse: ›Politiken‹ (Stockholm, 1916–40, Zentralorgan der SKP bis 1929, dann in Händen von SP); ›Ny Dag‹ (Stockholm, seit 1930, Zentralorgan, heute Wochenzeitung); ›Norrskensflamman‹ (Luleå, seit 1906, heute einzige Tageszeitung und Organ der moskautreuen Opposition).

Geschichte: Noch vor der Oktoberrevolution spaltete sich die Linkspartei SSV von der SAP ab. Ihre Uneinheitlichkeit wurde durch eine weitgehende innerparteiliche Demokratisierung überdeckt in der Hoffnung, alle radikalen sozialistischen und oppositionellen Kräfte links von der SAP sammeln zu können. International schloß sich die SSV der Zimmerwalder Bewegung und 1919 der Kommunistischen Internationale an, mit deren wechselnder politischer Linie sie untrennbar verbunden blieb. Im März 1921 kam es zur ersten Parteispaltung, als die bekannten »21 Bedingungen« der Komintern mehrheitlich angenommen wurden. Die Minderheit (um *Vennerström*) bildete eine linkssozialistische Splitterpartei, die sich 1923 wieder der SAP anschloß. Die SSV nahm eine neue Parteibezeichnung an: Kommunistische Partei Schwedens. Sektion der Kommunistischen Internationale (SKP, Sveriges Kommunistiska Parti. Sektion av Kommunistiska Internationalen). Gleichzeitig mußten Programm und Organisation den Komintern-Bedingungen angepaßt werden. Wie die übrigen kommunistischen Parteien auch wurde die SKP in den 20er Jahren von der verschärften Zentralisierungs- und Bolschewisierungspolitik stärkstens betroffen. 1924 erfolgte die zweite Spaltung. Ausgeschlossen wurde die Gruppe um den Parteivorsitzenden *Höglund* und den Parteisekretär *Ström*, die sich u. a. gegen die Praktizierung des »demokratischen Zentralismus« gewandt hatten. Die Ausgeschlossenen bildeten eine linkssozialistische Partei, die 1926 zur SAP zurückkehrte. Der neuen SKP-Exekutive mit *Kilbom* und ihrem Vorsitzenden *N. Flyg* gelang ein politischer Aufschwung, begünstigt durch hohe Arbeitslosigkeit und die sozialdemokratische Defensive. In den Wahlen von 1928 konnte die SKP ihren Stimmenanteil verdoppeln und erhielt 6,4 % und 8 Mandate. Dann erfolgte 1929 durch die dritte Spaltung ein entscheidender Rückschlag. Aufgrund des Beschlusses von 1928, die Komintern als einheitliche kommunistische Weltpartei zu formieren, verließ die Mehrheit, darunter *Kilbom* und *Flyg*, die Partei. Die neue Partei, die zunächst denselben Parteinamen (ohne Zusatz Kominternsektion) behielt, lebte politisch in erster Linie von den negativen Auswirkungen der Kominternparolen »Klasse gegen Klasse« und »Kampf gegen den Sozialfaschismus« (d. h. die Sozialdemokratie), die die eigentliche SKP jetzt unter der Führung von *H. Sillén* und *S. Linderot* vertrat. Sie bemühte sich in dieser Phase u. a. um Zusammenarbeit bzw. radikalisierende Einwirkung auf die SAP und den Gewerkschaftsbund. Eine steigende Mitgliederzahl und das Wahlergebnis von 1932 (5,3 % und 6 Mandate gegenüber 3,0 % und 2 Mandate für die alte SKP) schienen diese Taktik zu bestätigen.

Durch die »Volksfront«-Parole der Komintern, die die SKP sofort übernahm, wurde dann aber der Spielraum der neuen SKP, die 1934 den Namen Sozialistische Partei (SP, Socialistiska Partiet) angenommen hatte, erheblich eingeschränkt; noch mehr allerdings durch die Konsolidierung der SAP im Zuge der Krisenbewältigung. Gleichzeitig konnte auch die SKP durch eine realistischere Politik an Boden gewinnen (Wahlen 1936: SKP 3,3 % und 5 Mandate, SP 4,4 % und 6 Mandate). 1937 kam es innerhalb der SP zu einer Spaltung: *Kilbom* und seine Anhänger gingen zurück zur SAP, andere zur SKP; unter *Flyg* entwickelte sich die Partei schließlich in nationalsozialistischer Richtung. 1939–1945 trafen Internierung, sicherheitspolizeiliche Überwachung, Beschlagnahme von Zeitungen und ähnliche Maßnahmen die Partei und ihre Mitglieder schwer. Die Hoffnungen der SKP auf eine gemeinsame Arbeiterregierung und eine sozialistische Revolution während der Übergangsphase 1944–1948 machten der Kalte Krieg und die Ereignisse im Ostblock 1948, 1956, 1962 und 1968 zunichte und brachten darüber hinaus die Partei zurück in ein Sektendasein. Ihre Wahlergebnisse fielen von 10,3 % und 15 Mandaten 1944 auf 3,0 % und 3 Mandate 1968. Die negativen Auswirkungen der – tatsächlichen und unterstellten – Abhängigkeit von Mos-

kau konnten auch die »Schwedisierung« und der Kurs des Parteivorsitzenden *Hagberg* (1951–64) mit der Parole »Zusammenarbeit ohne Übereinkunft« mit der SAP nicht ausgleichen. Außerdem blieb der »Schwedische Weg« zum Sozialismus innerparteilich umstritten. Der sowjetisch-chinesische Konflikt verschärfte diese Auseinandersetzungen zu Beginn der 60er Jahre, die auf dem XX. Parteikongreß von 1964 kulminierten, auf dem *C. H. Hermansson* zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde. *Hermansson* vertrat eine Politik markierter Distanz zu Moskau (z. B. Kritik an der Invasion in die Tschechoslowakei), vorbehaltlose Anerkennung der demokratischen Praxis, auch innerhalb der Partei, schrittweise sozialistische Gesellschaftsumwandlung über zunehmenden staatlichen, aber demokratisch kontrollierten Einfluß und eine radikalere Politik der SAP gegenüber.

Ein neues Programm, neue Statuten und die neue Parteibezeichnung LINKSPARTEI KOMMUNISTEN auf dem Kongreß von 1967 dokumentierten die Neuorientierung, deren Vorbild die »sozialistischen Volksparteien« in Dänemark und Norwegen waren. Die eine Folge war die Abspaltung der Leninisten, die 1967 den KOMMUNISTISCHEN BUND MARXISTEN-LENINISTEN (KFML, Kommunistiska Förbundet Marxist-Leninisterna) bildeten; seit 1973 führen sie den alten Parteinamen SKP. Die andere Folge war Modernisierung, Imageaufbesserung und ein neuer Aufschwung, die einerseits mit der Person *Hermansson* verknüpft sind und andererseits von den Konjunkturkrisen sowie dem Aufbruch der »neuen Linken« profitierten. VPK erschien als radikale Alternative zur SAP und wurde auch für andere Gruppen, u. a. Intellektuelle, attraktiv; sie bekam eine nicht unwichtige parlamentarische Stellung (Wahlergebnisse 1970: 4,8 % und 17 Mandate, 1973: 5,3 % und 19 Mandate, 1976: 4,8 % und 17 Mandate). Unter dem neuen Parteivorsitzenden, *L. Werner* (seit 1975), der den lang andauernden, von *Hermansson* nicht gelösten Konflikt mit dem orthodoxen moskautreuen Flügel bereinigen wollte, erfolgte der Parteiaustritt dieser vor allem in Nordschweden verankerten Gruppe, die 1977 die ARBEITERPARTEI KOMMUNISTEN (APK, Arbetarpartiet Kommunisterna), eine unbedeutende Splitterpartei, bildete. Die Konsolidierung der Partei und ihre Profilierung u. a. auch durch ein Nein zur Kernenergie, waren erfolgreich: von Erfolgen auf kommunaler Ebene abgesehen, gehörte die VPK mit zu den Gewinnern der Reichstagswahlen 1979 (5,6 %, 20 Abg.), wobei man auch die 2 Mandate der APK zurückgewann. [GR]

Å. Sparring, Från Höglund till Hermansson. Om revisionismen i Sveriges kommunistiska parti, Stockholm 1967; D. Tarschys, The Unique Role of the Swedish CP (in: Problems of Communism, 23, 1974); P.-O. Zennström, Klass kampen 1917–1939. En kommunistik krönika, Lund 1977.

Rechte (**H,** Högern, Högerns Riksorganisation) → Gemäßigte Sammlungspartei.

Reichsbund der Landwirte (Jordbrukarnas Riksförbund). Großbäuerliche Partei, rechts von dem BAUERNBUND (→ ZENTRUMSPARTEI) angesiedelt. Am 6. 2. 1915 nach dem konservative und verteidigungsfreundliche Tendenzen ausdrückenden »Bauernmarsch« nach Stockholm von u. a. *U. Nyberg* und *J. E. Frykholm* gegründet. Gegen Großindustrie und Großkapital, aber auch gegen Sozialisierung polemisierend, trat der REICHSBUND, ähnlich wie der BAUERNBUND, für einen selbständigen Bauernstand und den Schutz des Privatbesitzes ein. Der Landbevölkerung wurde eine zentrale Rolle bei der Erhaltung der nationalen Kultur zugewiesen. Klassengegensätze sollten durch Zusammenarbeit überwunden werden. Der REICHSBUND erhielt bei den Wahlen 1917 3 Mandate (von 230), 1920 konnte er das Ergebnis auf 10 Mandate verbessern. 1921 fusionierte er mit dem BAUERNBUND. [RU]

Reichsorganisation der Rechten (Högerns Riksorganisation). 1938–1969 Bezeichnung der → Gemäßigten Sammlungspartei.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP, Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti). Sozialdemokratische Partei, die sich von einer Partei des ökonomischen und sozialen Protests und einer Klassenpartei zur staatstragenden Regierungs- und Volkspartei (jedoch mit stärkster Verankerung bei Arbeitnehmern) entwickelte.

Gründung: Konstituierender Kongreß in Stockholm am 19.–22. 4. 1889. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u. a. der Schneidermeister *A. Palm,* Redakteur *A. Danielsson,* Bürovorsteher *F. Sterky,* Redakteur *H. Branting,* Typograph *P. Eriksson,* Faßbinder *J. M. Engström.*

Programm: Ein eigentliches Parteiprogramm, basierend auf dem Erfurter Programm der deutschen SPD, wurde erst auf dem vierten Kongreß 1897 verabschiedet. Wichtige Programmrevisionen fanden 1911, 1920, 1944, 1960 und 1975 statt. 1897: Das Grundsatzprogramm vermittelt eine allgemeine marxistische Gesellschaftsanalyse und daraus folgernd die Forderung nach einer sozialen Revolution. Abweichend vom Erfurter Programm wird von der nur relativen Verarmung aufgrund der »entgegenwirkenden Bewegung« des gewerkschaftlichen Kampfes, von der »allmählichen« Vergesellschaftung der Produktionsmittel gesprochen. – Im politischen Programm werden an erster Stelle das allgemeine Wahlrecht und an letzter die Grundfreiheiten angeführt. Gefordert wird eine soziale Reformpolitik in Form von Kranken-, Unfall-, Altersversorgung, 8-Stundentag, Verbot von Kinder- und Nachtarbeit. Außerdem wünscht man staatliche Kredite für die Landwirtschaft und Schutz der Kleinbauern. Abweichend vom Erfurter Programm werden progressive Besteuerung, Abschaffung der indirekten Steuern und staatliche bzw. kommunale »Produzenten«-Tätigkeit gefordert. Weitere

Punkte sind Rechtsschutz, Abschaffung der Staatskirche, staatliche Volksschule, Volksbewaffnung. Wie in den folgenden Programmen jeweils auch – wird die internationale Solidarität der Arbeiterklasse hervorgehoben. 1911: In den allgemeinen Grundsätzen werden anknüpfend an den Mittelschichtenbegriff von 1897 neben die Arbeiterklasse andere ausgebeutete Schichten gestellt, vor allem die Kleinbauern.

1920: Gewisse Radikalisierung des Grundsatzprogrammes durch eine terminologisch klarere Formulierung des marxistischen Entwicklungsschemas (soziale Revolution, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nachfolgende bedarfsorientierte Planwirtschaft). Dementsprechend verlangt das politische Programm Enteignungsrecht, eine für die Planwirtschaft notwendige Vergesellschaftung der Naturreichtümer, Industrieunternehmen, Kreditanstalten, Transport- und Kommunikationsmittel, Ausbau der staatlichen Kontrolle im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Ferner wird die Abschaffung der Monarchie sowie eine »internationale Ordnungsmacht und Abrüstung« gefordert.

1944: Das Grundsatzprogramm ist trotz einer marxistischen Kapitalismuskritik und dem allgemeinen Ziel einer »sozialistischen« Gesellschaftsumwandlung in erster Linie von einem funktionssozialistischen Ansatz bestimmt. D. h. es sollen gewisse Funktionen der ökonomischen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und damit der politischen Macht zugunsten der Arbeitnehmer und der »Mehrheit« eingeschränkt werden, um damit einerseits die Ungleichheit zu beseitigen und andererseits die als mangelhaft empfundene Effektivität und Produktivität der freien kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu überwinden. Dementsprechend werden im politischen Programm besonders Mitbestimmung und Planwirtschaft, die als Koordination sowohl privater als auch kollektiver Produktionsformen verstanden werden, mit dem Ziel vermehrter Effektivität, Vollbeschäftigung, angemessenen Lebensstandards und wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen, hervorgehoben. Ferner wird die Wahrung von Frieden und Unabhängigkeit gefordert und auf eine »positive Verteidigungspolitik«, nordische Zusammenarbeit und Mitarbeit an einer internationalen Rechtsordnung hingewiesen.

1960: Das Grundsatzprogramm ist jetzt ganz eindeutig von funktionssozialistischen und wohlfahrtsstaatlichen Prämissen geprägt. Über eine Mischform von Plan- und Privatwirtschaft, verstärkte staatliche Kontrolle und Mitbestimmung sollen der weitere Ausbau der Demokratie im sozialen und besonders ökonomischen Bereich gesichert und vermehrte soziale und ökonomische »Geborgenheit« sowie »Chancengleichheit« gewährleistet werden. Ein neuer Aspekt ist die Erweiterung der allgemeinen Ziele auf die internationale Gemeinschaft, auf der einen Seite durch eine Stellungnahme zugunsten der Entwicklungsländer und Befreiungsbewegungen sowie auf der anderen Seite durch eine Kritik an den sog. sozialistischen Diktaturregimen. – Neu im politischen Programm ist die besondere Berücksichtigung schwacher und gefährdeter Gruppen, u. a. durch die geforderte breitgefächerte Sozialversicherung. Unter der allgemeinen Forderung: »Klassengrenzen abschaffen« wird u. a. die Gleichstellung von Mann und Frau betont. Eine Effektivierung der Wirtschaft bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung soll durch staatliche Lokalisierungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie entsprechende Steuer-, Finanz- und Kreditpolitik erreicht werden. Daneben werden die »demokratische Kontrolle der ökonomischen Machtkonzentration«, Unternehmensbesteuerung, u. a. als Mittel einer Politik der gleichmäßigeren Verteilung, und die »Demokratisierung des Arbeitslebens« gefordert. Neue Punkte gelten der Energieversorgung (u. a. Ausbau der Atomkraft) und dem Umweltschutz. Außenpolitisch wird u. a. die internationale Abrüstung hervorgehoben.

1975: Die grundlegenden Ausgangspunkte und allgemeinen Forderungen von 1960 werden beibehalten und erweitert. Man versteht das Programm als »auf dem Boden des demokratischen Sozialismus« stehend. Grundsätzlich soll der »Wirkungskreis der Demokratie« ausgeweitet und vor allem im ökonomischen Bereich durchgesetzt werden. Einflußnahme aller auf Produktion, Produktionsapparat und Arbeitsbedingungen innerhalb der Planwirtschaft, die als »offenes, variationsreiches System« verstanden wird, gesetzlich verankerte Mitbestimmung (über die Gewerkschaftsorganisationen) auf allen Ebenen und die Mitkontrolle über verfügbare Gewinne, die Stärkung der Verbraucherorganisationen und, wenn nötig, staatliches Eingreifen zugunsten der Konsumenten werden als Ziele angegeben; hingewiesen wird auch auf die wichtige Rolle der sog. Volksbewegungen. – Neu im politischen Programm ist die Einbeziehung der Einwanderer in die zu betreuenden Gruppen. Außenpolitisch werden u. a. Unterstützung von Befreiungsbewegungen (1960 nur im Grundsatzprogramm) und eine aktive Beteiligung an der Lösung der »globalen Umwelt- und Ressourcenprobleme« gefordert. Ebenfalls neu ist der Hinweis auf die – auszubauende – europäische Zusammenarbeit.

Organisation: Charakteristisch ist die enge Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung durch den sog. Kollektivanschluß, d. h. die Möglichkeit der lokalen Gewerkschaftsorganisationen, sich durch Mehrheitsbeschluß den örtlichen Parteiverbänden kollektiv anzuschließen. Dadurch ist eine starke Verflechtung besonders auf der lokalen Ebene, eine gewerkschaftliche Vertretung in den führenden Parteiorganen und ein bedeutender Anteil von Gewerkschaftern in der Reichstagsfraktion gegeben; hinzu kommt die gewerkschaftliche, finanzielle Unterstützung des Wahlkampfes und der Parteipresse sowie die Zusammenarbeit in den verschiedensten gemeinsamen Kommissionen. 1895 waren ca. 95 % der

Parteimitglieder über den Kollektivanschluß der SAP angeschlossen; 1975 und heute sind es 70–75 %. Auch zu den anderen sog. Volksbewegungen, wie der Abstinenz-, Frömmigkeits-, Genossenschafts-, Volksbildungs- oder der Mieterbewegung bestehen bzw. bestanden enge Kontakte auf der Basis gemeinsamer demokratischer und sozialer Reformbestrebungen. Der Aufbau der Partei erfolgte über lokale gewerkschaftliche und sozialistische Vereine, die sich 1889 zu einer gemeinsamen landesweiten Organisation zusammenschlossen. Erst auf dem dritten Kongreß 1894 wurde eine zentrale Leitung, ein neunköpfiger Parteivorstand, gewählt und ein Parteisekretär bestellt. Die Wahl des ersten Parteivorsitzenden erfolgte erst 1907 mit *H. Branting*. Höchstes Organ der Partei war und ist der Parteikongreß, der alle drei bzw. vier Jahre zusammentrat bzw. -tritt. Der Parteivorstand und sein Geschäftsführender Ausschuß, bestehend aus den Stockholmer Vertretern, mit dem Parteisekretär sollten hauptsächlich zwischen den Kongressen die Geschäfte führen, die Kongreßbeschlüsse ausführen und die Einhaltung der Statuten überwachen sowie Kontakt mit ausländischen Organisationen halten. Dem Kongreß war der Vorstand rechenschaftspflichtig, ohne daß seine Mitglieder dort zunächst Stimmrecht hatten. 1894 wurden die lokalen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sowie andere Parteimitglieder in Ortsverbände (»Arbeiterkommunen«) zusammengefaßt. Dieser organisatorische Aufbau von der lokalen über die regionale Ebene (Arbeiterkommunen, Parteikreise, Parteidistrikte, jeweils mit Kongressen und Vorständen) hin zur zentralen Ebene (vom Parteikongreß bestellter Vorstand mit Geschäftsausschuß und Parteisekretariat) existiert nach wie vor – ein Zeichen für eine kontinuierlich stabile Organisationsentwicklung. Die Wandlung zur Massenpartei und der zunehmende Grad der Zentralisierung haben allerdings zu einer dominierenden Stellung der Parteizentrale, mit dem Parteivorsitzenden an der Spitze, und zur bedeutenden Rolle der Reichstagsfraktion (als solche 1911 konstituiert) geführt. Organisatorisch außerhalb, aber eng mit der Partei verbunden, steht der Jugendverband (Sveriges socialdemokratiska ungdomsförbund).

Presse: ›Social-Demokraten‹ (Stockholm, 1885–1958, Zentralorgan), ›Arbetet‹ (Malmö, seit 1887), ›Aftonbladet‹ (Stockholm, seit 1956 i gewerkschaftlichem Besitz, Abendzeitung), ›Tiden‹ (Stockholm, seit 1908, theoretische Monatszeitschrift).

Geschichte: Die Weiträumigkeit des Landes, der Mangel an Industriezentren, eine geringe Urbanisierung und vor allem die langsame und späte Industrialisierung bedingten eine – etwa im Vergleich mit Dänemark – relativ späte Formierung einer organisierten Arbeiterbewegung. Eine systematische Agitation und die Bildung von sozialistischen Arbeiterorganisationen setzten erst in den 1880er Jahren ein. Die Pioniergestalt ist der Schneidermeister *Palm*, der die entscheidenden Impulse aus dem deutsch-dänischen Grenzgebiet bzw. aus Dänemark mit nach Schweden brachte und in Malmö 1882 das erste sozialistische Programm erstellte (im wesentlichen eine Übersetzung des Gothaer Programmes). Ökonomische Veränderungen in den 1870er Jahren, vor allem der Durchbruch der Fabrikindustrie, schufen den konkreten Ausgangspunkt für einen organisatorischen Aufschwung. 1889 erfolgte der Entschluß zur Gründung einer politischen Partei, womit man der erwarteten Bildung einer liberalen Arbeiterpartei zuvorkommen wollte.

Auf dem Gründungskongreß traten bereits zwei für die sog. Durchbruchsperiode (bis 1914/18) charakteristische Züge in Erscheinung: der Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen, der mit den politischen Zielsetzungen konkurrierte, und eine programmatische, ideologische Unsicherheit. Die gewerkschaftliche Basis blieb bis heute erhalten, während es 1898 mit der Bildung der Zentralorganisation der Gewerkschaften (Landesorganisationen, LO) zu einer organisatorischen Aufspaltung zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung kam. Die ideologische Position erschließt sich aus den drei prinzipiellen Resolutionen des Gründungskongresses zur politischen Taktik: das allgemeine Wahlrecht, die wichtigste Forderung bis nach dem 1. Weltkrieg, wurde einerseits als Mittel bezeichnet, um »auf gesetzlichem Weg« über eine parlamentarische Mehrheit die Gesellschaft umgestalten zu können; andererseits als »der einzige Weg zu einer friedlichen Lösung der großen sozialen Fragen«. Gegenüber den anderen Parteien setzte sich die SAP als »revolutionäre« Arbeiterpartei einerseits grundsätzlich ab, gestand aber andererseits einem »unterentwickelten« Land wie Schweden eine Zusammenarbeit zu, wenn auch nur »bis auf weiteres für bestimmte, naheliegende Ziele«. Was einen gewaltsamen Gesellschaftsumsturz betraf, so distanzierte man sich einerseits von Mitteln, die »dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes« widersprächen, hielt eine Revolution auch nicht für machbar; andererseits erklärte man, bei Ausbruch einer »gewaltsamen Revolution als Selbsthilfe der Verzweiflung« bereit zu sein und die notwendigen Erfolge »für das Volk« zu erkämpfen. Innerhalb dieses kompromißhaften programmatischen Rahmens, der die Zweigleisigkeit innerhalb der 1889 gegründeten II. Internationale widerspiegelt, war sowohl die Möglichkeit einer Radikalisierung, ausgehend vom revolutionären Ziel, als auch die Entwicklung einer »Volkspartei«linie, unter Betonung der Mittel, gegeben. Ersteres ist während der 1890er Jahre, der Durchbruchsperiode des industriellen Aufschwungs, durchaus festzustellen. Vor dem Hintergrund eines verschärften Klassenkampfes (z. B. ca. 1000 Streiks und 50 Aussperrungen 1890–1900, sog. Åkarpsgesetz 1899 gegen Streikpropaganda und zum Schutz von Streikbrechern) und unter dem Ein-

fluß der internationalen Debatte und Marx-Rezeption formierte sich die SAP als marxistische, revolutionäre Partei, postulierte Klassenkampf und soziale Revolution (Kongreß 1891, Programm 1897), akzeptierte u. a. den politischen Streik (Kongresse 1891 und 1894), den sie 1902 auch praktizierte. Daneben entwickelte sich aber die andere Linie weiter. Dies geschah (wie innerhalb der II. Internationale) in scharfer Auseinandersetzung mit den Anarchisten (Führer *H. Bergegren),* deren Taktik auf dem zweiten Kongreß 1891 grundsätzlich zurückgewiesen wurde; 1908 erfolgte schließlich der Parteiausschluß. Die ›Volkspartei‹linie wurde am zielbewußtesten von *H. Branting* verfolgt, der – ursprünglich aus der liberalen Bewegung kommend – bis zu seinem Tod 1925 der führende Mann innerhalb der SAP war. Gegen ihn standen auf den ersten Kongressen zeitweise *Palm, Danielsson* und *Sterky,* doch setzte sich die *Brantingsche* Linie schließlich durch. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht war hierfür der wichtigste Ansatzpunkt; die SAP wurde eine »Wahlrechtspartei« (Tingsten). Die aktive Mitarbeit in den bürgerlichen Wahlrechtsvereinen, die Zusammenarbeit mit den Liberalen und die Teilnahme an den Wahlen erzwangen Rücksichtnahme und führten die SAP auf den parlamentarischen Weg und zu einer reformistischen Praxis. Der Kampf gegen den Anarchismus unterstrich dies nur. In dieselbe Richtung wirkte sich die Niederlage im Generalstreik 1909 aus. Bestätigt wurde diese Tendenz weiter dadurch, daß die revolutionären Ansätze im ersten Parteiprogramm von 1897 nicht konkretisiert wurden vielmehr das die Tagespolitik prägende politische Programm, das durchaus liberale Reformforderungen enthielt, die taktische Linie bestimmte. – Die gewerkschaftliche Basis, der Mitgliederzuwachs (1889: 3194 Mitgl., 1905: 67 325, 1920: 143 090 – 1976: ca. 1,1 Mill.) sowie die Wandlung zu einer Massenpartei förderte, in einer Art Wechselwirkung, die Entwicklung der »Volkspartei«linie. Die erweiterte Mitgliederstruktur beeinflußte Ideologie und Taktik der SAP, d. h. die Eindämmung der revolutionären Ansätze zugunsten einer politischen und sozialen Reformpolitik. Dies wiederum ermöglichte verstärkten Parteianschluß von anderen Schichten, u. a. aus den Reihen der Liberalen (z. B. Übertritt *C. Lindhagens,* 1908, oder *E. Palmstiernas,* 1910, der *Brantings* Politik nicht unwesentlich beeinflußte). – Bis 1914 wurde die SAP zur stärksten Fraktion in der Zweiten Kammer (1902: 3,4 % = 4 Mandate; Sept. 1914: 36,4 % = 87 Mandate, bei insgesamt 230 Sitzen). Diese Entwicklung schien einerseits die Richtigkeit der bisher vertretenen taktischen Linie zu bestätigen. Andererseits wurden neue Wählergruppen interessant; ein besonders im agrarisch geprägten Schweden natürliches Interesse galt dabei den bäuerlichen Schichten. Das erste Parteiprogramm hatte mit der Einführung des Mittelschichtenbegriffs mit dem kurzen Hinweis auf den Schutz der Kleinbauern bereits den Weg gewiesen, der dann auf dem Kongreß von 1905 und vor allem durch die Programmrevision von 1911 weitergegangen wurde.

Einen besonderen Einschnitt in der sog. Durchbruchsperiode der SAP bildete der 1. Weltkrieg. Im Zeichen der nationalen Bedrohung verstärkten sich die Zusammenarbeits- und »Volkspartei«tendenzen, dokumentiert u. a. durch den Burgfrieden und die Zustimmung zur bewaffneten Neutralität (im Gegensatz zur Abrüstungsforderung im Parteiprogramm). Die Wahlerfolge machten die Frage einer Regierungsbeteiligung (Ministersozialismus) aktuell, die bislang aus prinzipiellen Gründen abgelehnt worden war. Aufgrund des Wahlergebnisses vom Herbst 1917 konnte man sich der Verantwortung nicht mehr entziehen; die Sozialdemokratie bildete zum ersten Mal eine Regierung, zusammen mit den Liberalen. Damit ergab sich die Möglichkeit, endlich das allgemeine Wahlrecht (1919) durchzusetzen. Die Hauptaufgabe der Koalition war damit erfüllt; die Gegensätze besonders in wirtschaftlichen Fragen führten zum Bruch. Am 20. März 1920 bildete *Branting* die erste rein sozialdemokratische Regierung, eine Minderheitsregierung, mit der die Periode des sog. Minderheitsparlamentarismus (1920–33) eingeleitet wurde.

Innerparteilich charakterisierte die Kriegsperiode eine verschärfte Programm- und Taktikdiskussion, die schließlich – wie bei anderen Bruderparteien auch – zur Parteispaltung führte. Eine wachsende Parteiopposition rekrutierte sich hauptsächlich aus den Reihen des 1903 neugegründeten Jungverbandes, und zwar aus der Gruppe um die Zeitung ›Stormklockan‹ (Stockholm, gegründet 1908), mit *Z. Höglund* als führender Gestalt. Sie stellte sich u. a. unter Berufung auf das Parteiprogramm von 1897 gegen die reformistische Taktik insgesamt, vertrat Antimilitarismus und Massenaktionen zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit und kritisierte vor allem die Parteibürokratie und die Dominanz der Parteiführung. Durch den Anschluß an die Zimmerwalder Bewegung 1915 markierte man auch international eine abweichende Linie, während sich die SAP-Führung, im Verein mit den skandinavischen und holländischen Bruderparteien, mit ihrer Friedensaktivität um die Wiederherstellung der II. Internationale bemühte. Der definitive Bruch erfolgte auf dem Kongreß im Februar 1917 (→ LINKSPARTEI KOMMUNISTEN). Die SAP konnte den reformistischen Weg der demokratischen »Volkspartei« jetzt ungestört fortsetzen.

Mit Erreichen des wichtigsten politischen Ziels, des allgemeinen Wahlrechts, und den parlamentarischen Erfolgen trat für die SAP 1920 folgerichtig die Frage der sozialistischen Gesellschaftsumwandlung »auf legalem Wege« in den Mittelpunkt. Die Diskussion über die Mitbestimmung 1919–1920, u. a. auf dem Parteikongreß 1920, und die Forderung nach Vergesellschaftung im revidierten Parteiprogramm von 1920 wiesen die Richtung. Zumindest den politischen

Willen zeigte die Einsetzung von zwei staatlichen Kommissionen durch die Regierung *Branting*, die zur »Sozialisierung« und »industriellen Demokratie« Stellung nehmen sollten. Beide blieben wie vorauszusehen ergebnislos. Die SAP war während ihrer Regierungszeit 1920 (sieben Monate), 1921–23 und 1924–26 aufgrund ihrer parlamentarischen Unterlegenheit in der Defensive.

Mit der Wahl 1932 wurde ein wichtiger Umschwung eingeleitet. Die SAP gewann unter dem neuen Parteivorsitzenden *P. A. Hansson* (von 1928–46) 14 neue Mandate in der Zweiten Kammer (41,7 %, 104 von 230 Sitzen); in den folgenden Wahlen von 1936 überholte man dann den bürgerlichen Block (45,9 % und 112 Mandate gegenüber 44,8 % und 107 Mandate der Bürgerlichen). Damit wurde eine 44 jährige Regierungsperiode der SAP eingeleitet, die nur durch die sog. Urlaubsregierung Juni-September 1936 unterbrochen und durch die Koalitionen 1936–39, 1939–45 und 1951–57 erweitert wurde. Zu den Wahlerfolgen hatte die sozialdemokratische Krisenpolitik, für die besonders der damalige Finanzminister und führende Theoretiker der Partei *E. Wigforss* verantwortlich war, entscheidend beigetragen. Durch staatliches, geplantes und gezieltes Eingreifen sollte nicht nur eine Rettung aus der momentanen Konjunkturkrise erfolgen, sondern zugleich grundsätzlich neuen Krisen vorgebeugt werden, und zwar durch eine Effektivierung der kapitalistischen Ökonomie und durch den Einsatz der wirksamsten – privaten und kollektiven – Produktionsformen. Anders als noch im Programm von 1920 trat jetzt die Sozialisierungsforderung als nur eine dieser Formen in den Hintergrund. Das soziale Ziel der planwirtschaftlichen Politik war eine Umverteilung von Besitz und Macht durch Beschneidung gewisser Funktionen des Eigentumsrechts an den Produktionsmitteln (nicht des Eigentumsrechts an sich) im Interesse des Gemeinwohls und eine gleichmäßigere, gerechtere materielle Verteilung, sekundiert u. a. durch verstärkte sozialpolitische Maßnahmen (»Volksheimpolitik«). Die Durchführung der Krisenpolitik wurde durch das Krisenabkommen mit dem BAUERNBUND 1933 (–35) und die gemeinsame Koalition 1936–39 parlamentarisch abgesichert. In dieser Periode wurde durch eine Reihe von wichtigen sozialpolitischen Reformen (Sozialminister *G. Möller)* der Grund für die richtungweisende Wohlfahrtspolitik gelegt.

In der Kriegsperiode 1939–45 wurde aus außenpolitischen Gründen eine Sammlungsregierung mit sozialdemokratischem Schwerpunkt unter *Hansson* gebildet. Die Kriegsadministration, nicht sozialdemokratischer Umgestaltungswille führten zu einer Verstärkung der staatlichen Kontrolle und des planmäßigen Eingreifens. Die SAP befand sich im Dilemma zwischen dem nationalen Gebot der Zusammenarbeit und der Notwendigkeit parteipolitischer Profilierung. In der ersten Phase des Krieges dominierte unter dem deutschen Druck die Politik der nationalen Einigkeit (Symbol der »Landesvater« *Hansson).* Nach der Kriegswende 1942/43 verstärkten sich die profilierenden Tendenzen, u. a. durch eine Wiederaufnahme der sozialpolitischen Aktivität und durch die beginnende Nachkriegsplanung. Der Wahlerfolg 1944 brachte dann die parlamentarische Voraussetzung für eine rein sozialdemokratische Regierung nach Kriegsende. Die SAP erreichte 46,7 % und 115 Mandate gegenüber 42,9 % und 100 Mandate für die drei bürgerlichen Parteien.

Die Regierungsstellung der SAP in der Nachkriegsperiode (bis 1976) war keineswegs durch stabile sozialdemokratische Mehrheiten gekennzeichnet, wenn man die Wahl von 1968 ausnimmt. Die Regierungsposition konnte jedoch, abgesehen von der Tatsache, jeweils die weitaus stärkste Partei zu sein, erstens bis 1970 durch die Mehrheit in beiden Reichtagskammern zusammen, zweitens durch eine Tolerierungspolitik seitens der Kommunisten, die einen Regierungswechsel nicht verantworten wollten, und drittens durch die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager und die Koalition der SAP mit dem BAUERNBUND 1951–57 erhalten bleiben. Damit waren Voraussetzungen für eine Kompromiß- und Zusammenarbeitspolitik bis zu einem gewissen Grad gegeben.

Innerhalb der sozialdemokratischen Regierungsperiode lassen sich zwei Phasen unterscheiden, denen in etwa die Parteivorsitz- und Ministerpräsidentenperioden von *T. Erlander* (1946–69) und *O. Palme* (1969–76) entsprechen. Das Nachkriegsprogramm von SAP und Gewerkschaft (»Die 27 Punkte«) und das revidierte Parteiprogramm, beide auf dem Kongreß 1944 verabschiedet, summierten die Ziele und Erfahrungen der Krisen- und Wohlfahrtspolitik der 30er Jahre und zugleich das Erlebnis der »staatssozialistischen« Maßnahmen und gelenkten Kriegsökonomie. Produktionspolitisch wurde hier das bereits skizzierte funktionssozialistische System formuliert, das die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung nicht aufheben, sondern durch Kontrolle und Lenkung des »starken Staates« effektivieren und auf diese Weise über eine Einschränkung von gewissen Funktionen der Kapitaleigentümer »sozialistisch« umwandeln wollte. Die Schaffung einer »gemischten Ökonomie« durch staatlich regelnde Maßnahmen und die Expansion der öffentlichen Konsumtion und des öffentlichen Sektors waren das eine Ergebnis sozialdemokratischer Regierungspolitik. Das andere war der Ausbau des Wohlfahrtsstaates durch die großen Sozialreformen, die vor allem in der zweiten Hälfte der 40 Jahre durchgeführt bzw. eingeleitet wurden (u. a. Volkspension, allgemeine Krankenversicherung). Äußerst umkämpft war die allgemeine Zusatzpension, die 1955–59 die innen- und parteipolitischen Auseinandersetzungen bestimmte, zur Auflösung der »rot-grünen« Koalition, zur vorgezogenen Wahl von 1958 und zu einem Wahlsieg und neuer Offensiv-

kraft der SAP führte. Mit dem Allgemeinen Pensionsfonds wurde gleichzeitig ein Arbeitnehmerfonds gebildet, der politisch und ökonomisch zu einem wichtigen Instrument wurde. Im Zusammenhang mit der Reformpolitik wurden auch steuerpolitische Veränderungen durchgesetzt, die sehr umstritten waren und in der Folgezeit nicht nur verteilungspolitisch günstig wirkten, sondern u. a. durch die zunehmenden indirekten Steuern auch traditionell sozialdemokratische Zielgruppen trafen. Die Forderung nach »mehr Demokratie im Wirtschaftsleben« (Nachkriegsprogramm 1944), die im neuen Parteiprogramm von 1960 als ein zentraler Punkt der Politik der »Geborgenheit« und »Chancengleichheit« erneut hervorgehoben wurde, trat in dieser Phase hinter jenen Reformmaßnahmen, der Vollbeschäftigungspolitik und vor allem der vermehrten Effektivität im Wirtschaftsleben und der ökonomischen Expansion zurück.

Die zweite Phase setzte Ende der 60 er Jahre ein und ist durch Konjunkturkrisen, Unruhe auf dem Arbeitsmarkt, die Entdeckung einer »unfertigen Wohlfahrt«, aktualisierte bzw. neue ökonomische und politische Probleme (z. B. Vietnam-Krieg, Nord-Süd-Konflikt, Energiekrise, Lebensqualität) und den Druck der »neuen Linken« gekennzeichnet. Neben einer auffällig internationalen Orientierung, die u. a. zu einem Engagement für den antiimperialistischen Kampf und die Probleme der Entwicklungsländer führte (ein bekanntes Beispiel ist *Palmes* Auftreten im Vietnam-Konflikt) trat in jener Situation und im Gefolge der an wirtschaftlicher Produktivität und Expansion ausgerichteten Politik die Forderung nach »ökonomischer Demokratie« in den Vordergrund (z. B. auf den SAP-Kongressen 1967, 1968, 1969, 1975). Sie wird nach Erreichen der politischen und sozialen Demokratie als der sog. dritte Schritt bezeichnet, als Zeichen einer (nicht ganz korrekten) Folgerichtigkeit sozialdemokratischer Politik und zugleich als eine neue Offensive, u. a. gegenüber Vorwürfen eines reformistischen »Verrats« von links.

Dieser »dritte Schritt«, dessen Ziele auch im neuen Parteiprogramm von 1975 verankert wurden, führte in den 70 er Jahren zu gesetzlichen Rahmenvorschriften, wie dem Repräsentationsrecht von Arbeitnehmern in der Unternehmensleitung (1973), dem Anstellungsschutz (1974) und der Mitbestimmung auf allen Betriebsebenen (1976). Waren dies noch traditionelle Anliegen der Arbeiterbewegung, so wurden mit dem Plan zur Einrichtung von Arbeitnehmerfonds (1975) durchaus Veränderungen in der Machtrelation zwischen Arbeitnehmer und Kapitalbesitzer angestrebt. Jeweils 20 % der Profite aller größeren Privatunternehmen sollen in Arbeitnehmeranteile in gewerkschaftlich verwalteten Fonds umgewandelt und zur Unterstützung der solidarischen Lohnpolitik, verbesserter Arbeitsplatzdemokratie und als Gegengewicht zur privaten Kapitalkonzentration eingesetzt werden können. Auf diese Weise sollen weitere Funktionen von Besitz und Macht eingeschränkt werden. Die »Furcht« vor diesen Fonds und die Frage der Kernenergie, deren friedliche Nutzung die Arbeiterbewegung befürwortet, hat den rückläufigen Trend der Sozialdemokraten in den Wahlen von 1970 und 1973 (45,5 % bzw. 43,4 %, 163 bzw. 156 Mandate von 350) 1976 weiter akzentuiert (42,7 %, 152 Mandate von 349) und nach 44 Jahren zum Regierungswechsel geführt.

Die ungewohnte Rolle in der Opposition wurde nicht offensiv genutzt. Durch Tolerierung ermöglichte die SAP beispielsweise die Bildung der liberalen Minderheitenregierung 1978. Im Wahlkampf 1979 operierte man mit der »Volksheim«-Parole aus den 30er Jahren, nachdem die beiden heiklen Probleme Kernenergie (durch Zustimmung zu einer Volksabstimmung) und Arbeitnehmerfonds (Entscheidung und konkreter Vorschlag durch den Parteikongreß 1981) ausgeklammert worden waren. Diese defensive Taktik erbrachte zwar einen geringfügigen Aufschwung (43,5 %, 154 Mandate), aber keine Rückkehr an die Macht. [Gr]

Från till Palme. Den svenska socialdemokratins program 1882–1960. Kommentarer och dokument, Stockholm 1972; H. Tingsten, The Swedish Social Democrats. Their Ideological Development, Totowa N. J. 1973; K. Kuhn, Die Sozialdemokratie Schwedens (in: Sozialdemokratische Parteien in Europa, hg. W. E. Paterson, K. Th. Schmitz), 1979.

Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens (**SSV,** Sveriges Socialdemokratiska Vänsterparti) → Linkspartei Kommunisten.

Sozialistische Partei (**SP,** Socialistiska Partiet) → Linkspartei Kommunisten.

Volkspartei (**Fp,** Folkpartiet) Liberale Partei, 1900 als Liberale Sammlungspartei (Liberala Samlingspartiet) im Reichstag und 1902 als Freisinniger Landesverein (Frisinnade Landsföreningen) als Reichsorganisation gegründet. Als Vorläufer ist die 1895 im Reichstag gegründete Volkspartei zu erwähnen. Die Sammlungspartei wurde vor allem durch die Tätigkeit des Studienrats und Abgeordneten *S. von Friesen* ermöglicht; die Initiative zum Landesverein ging von den Redakteuren *G. Österberg* und *A. Edling* und dem Rechtsanwalt *E. Gullers* aus. 1923–1934 existierten zwei liberale Parteien, die Freisinnige Volkspartei (Frisinnade Folkpartiet) und die Liberale Partei Schwedens (Sveriges Liberala Parti), die 1934 unter dem Namen Volkspartei zusammengeschlossen wurden.

Programm: Grundlegend ist das Programm der ersten Volkspartei von 1895, das sich u. a. für Wahlrechtsreform, Kürzung der Militärausgaben, Arbeiterschutzgesetzgebung und Kontrolle über die Außenpolitik aussprach, und in der Unionsfrage pronorwegisch war. Das Programm der Liberalen Sammlungspartei umfaßte nur drei von diesen Punkten: die Unionsfrage, die soziale Frage und eine liberale Kompromißformulierung in

der Wahlrechtsfrage, die der Hauptpunkt für die Partei wurde. Erst 1907 einigte man sich auf ein gemeinsames Wahlprogramm. Nur zögernd wurde das Verhältniswahlrecht akzeptiert. Im Grundsatzprogramm des FREISINNIGEN LANDESVEREINS vom selben Jahr wurden die Schwerpunkte der Partei festgelegt, die bis zur Parteispaltung 1923 endgültig waren. Man forderte Parlamentarismus mit dem Schwerpunkt in der zweiten Kammer, Kürzung der Militärausgaben, Demokratisierung der Wehrmacht und eine restriktive Alkoholpolitik mit der Möglichkeit für regionales oder lokales Totalverbot von Alkohol. Ab 1911 mußten die Reichstagskandidaten sich auf diese Punkte (die sog. »Beschwörungspunkte«) verpflichten. Weitere wichtige Punkte waren soziale Reformpolitik und eine Bildungspolitik mit der Volksschule als Grundschule. 1919 sprach man sich gegen Sozialisierung aus, um sich gegenüber der Sozialdemokratie zu profilieren.

Die Programme der beiden liberalen Parteien nach der Spaltung, 1923, wiesen große Ähnlichkeit miteinander sowie mit älteren liberalen Forderungen auf. Negative Haltung in der Verteidigungsfrage kennzeichnete die FREISINNIGE VOLKSPARTEI, die Abrüstung und Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht erstrebte. Freihandel, privates Besitzrecht und freies Unternehmertum wurden besonders von der LIBERALEN PARTEI betont. Ein gewisses Maß von staatlicher Kontrolle und staatliche Unterstützung der Landwirtschaft wurden von beiden gefordert. Das Programm der VOLKSPARTEI von 1934 enthält eine deutliche Kritik des sozialdemokratischen Krisenprogramms unter Hervorhebung der freien Marktwirtschaft. Die Sozialpolitik müsse auf einer »gesunden ökonomischen Basis« aufbauen, die Tendenz, »unnötigerweise die Unterstützung des Staates zu suchen«, entschieden bekämpft werden. Gleichzeitig wurden Kontrolle über Banken, Truste und Monopole und staatliche Unterstützung der Landwirtschaft gefordert. Eine restriktive Alkoholpolitik und Sparsamkeit in der Verteidigungsfrage waren weiterhin wichtige Punkte.

Größeres Verständnis für staatliche Intervention und Planwirtschaft zeigte der Nationalökonom und Parteivorsitzende *B. Ohlin*. Er vertrat eine mit *Keynes* verwandte Auffassung, bezeichnete seinen Standpunkt als »Sozialliberalismus« und proklamierte ihn in der hauptsächlich von ihm verfaßten Programmschrift ›Die Gesellschaft der Nachkriegszeit‹ und in dem Grundsatzprogramm der Partei 1944. Darin wurden Zusammenwirken zwischen Staat, Industrie und Handel sowie ein Eingreifen des Staates um Konjunkturschwankungen auszugleichen und ökonomische Depressionen zu mildern empfohlen. Aktive Sozialpolitik (Unterstützung der Familie, Sozialversicherungen) wurden gefordert, gleichzeitig aber privates Unternehmertum und weitgehend freie Marktwirtschaft als grundlegend für die Wohlfahrt des Landes betrachtet.

Dieser Versuch eines Ausgleichs zwischen freier Ökonomie und staatlichem Interventionismus wird auch in dem ausführlichen Programm 1962 sowie in dem sog. »Programm der Mitte« 1966 (mit der → ZENTRUMSPARTEI) deutlich. Der Staat soll nur in Ausnahmefällen und aus sozialen Gründen als Unternehmer auftreten und freie Konkurrenz mit der Privatwirtschaft unter gleichen Bedingungen gewährleistet werden.

Der Sozialliberalismus wird in dem Programm 1972 als die zentrale Vorstellung der Partei hervorgehoben; die Akzente liegen aber etwas anders als 1962. Es wird Kritik an der Industriegesellschaft geübt. Aktive soziale Steuerung, langfristige staatliche ökonomische Planung, Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik zusammen mit einer Vitalisierung der Demokratie (kommunale Selbstverwaltung, Bürgerinitiative, Mitbestimmung, Dezentralisierung) werden gefordert. Der Fortschritt soll ein Mittel zu sozialem und ökonomischem Ausgleich sein, eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen, kooperativen und privaten Unternehmen wird empfohlen.

Organisation: der FREISINNIGE LANDESVEREIN wurde als Wahl- und Hilfsorganisation für die LIBERALE SAMMLUNGSPARTEI in der Zweiten Kammer 1902 gegründet. Der Verein war ursprünglich eine Organisation von einzelnen Mitgliedern, die einen Mitgliederbeitrag bezahlten; 1905 schlossen sich liberale Ortsvereine an; 1906 wurde eine Organisation mit regionalen Komitees aufgebaut, die 1907 in Wahlkreisverbände umgewandelt wurden. Der Verein (1913: die Landesversammlung nach Vorschlag von den Wahlkreisen) wählte einen Vertrauensrat, der das Führungsgremium ernannte. Der Verein hatte 1914 über 50 000 Mitglieder, ging dann aber schnell zurück. Bei der Parteispaltung 1923 wurde der Verein Reichsorganisation für die FREISINNIGE VOLKSPARTEI. Die LIBERALE PARTEI mußte ihre eigene Reichsorganisation aufbauen, was nur zum Teil gelang.

Der Landesverein wurde bei der Neugründung der VOLKSPARTEI 1934 aufgelöst, die Organisationsstruktur aber beibehalten und später nur in Details verändert. Die Grundorganisation der Partei besteht aus den Lokal- und Wahlkreisvereinen. Die zentralen Organe sind die Landesversammlung, der Vertrauensrat, das Leitungsgremium, und die sog. ständigen Delegationen, die in verschiedenen politischen Fragen eine ratgebende Funktion ausüben. Die Wahlkreisvereine wählen Mitglieder des Vertrauensrates und der Landesversammlung, die den Vorsitzenden und das Leitungsgremium wählt. Im Vertrauensrat sitzen auch von der Landesversammlung gewählte Mitglieder und die Mitglieder der Reichstagsfraktion. Die Jugend- und Frauenorganisationen sowie der liberale Presseverein sind in allen Gremien vertreten. Der Presseverein (Sveriges Vänsterpressförening; seit 1905) und eine Studienorganisation (Studieförbundet Vuxenskolan; seit 1967, mit der → ZENTRUMSPARTEI) sind der Partei angeschlossen, die traditionell enge Verbindung zu

den Temperenz- und Erweckungsbewegungen hat.

Presse: Mehrere von den ältesten und größten schwedischen Zeitungen sind »liberal«, aber die Parteigebundenheit sehr unterschiedlich: ›Aftonbladet‹ (Stockholm, 1830–1956; dann sozialdemokratisch); ›Göteborgs Handels och Sjöfartstidning‹ (1832–1973); ›Göteborgsposten‹ (seit 1858); ›Dagens Nyheter‹ (Stockholm, seit 1864); ›Stockholms-Tidningen‹ (1889–1956; dann sozialdemokratisch); ›Uppsala Nya Tidning‹ (seit 1890); ›Expressen‹ (Stockholm; seit 1944).

Geschichte: Die LIBERALE SAMMLUNGSPARTEI und der FREISINNIGE LANDESVEREIN sind aus der Tradition liberaler Gruppen im Reichstag und aus der außerparlamentarischen Wahlrechtsbewegung der 90er Jahre hervorgegangen. Direkter Vorläufer zu der SAMMLUNGSPARTEI war die 1895 in der Zweiten Kammer gegründete VOLKSPARTEI, die als Alternative zu der wiedervereinigten → LANDWIRTEPARTEI organisiert wurde und die sowohl aus Landwirten als auch aus Repräsentanten der städtischen Intelligenz bestand. Zu den führenden Kräften der Partei gehörte der Publizist *D. Bergström,* der auch Gründer des ALLGEMEINEN WAHLRECHTSVERBANDES SCHWEDENS (Allmänna svenska rösträttsförbundet) war. Bei der Gründung der LIBERALEN SAMMLUNGSPARTEI (Vors. *S. von Friesen)* einigte man sich auf ein gemäßigtes Programm in der Wahlrechtsfrage, die früheren Mitglieder der VOLKSPARTEI bildeten in der neuen Partei den radikaleren Flügel. Auch der FREISINNIGE LANDESVEREIN (Vors. *E. Beckman)* vertrat in den ersten Jahren eine radikalere Position als die Reichstagspartei. Die LIBERALE SAMMLUNGSPARTEI wurde 1905 die größte Partei im Reichstag. Der führende liberale Politiker und Theoretiker *K. Staaff* bildete eine Regierung, die von den Sozialdemokraten unterstützt wurde (1905–1906), aber an der Wahlrechtsfrage, die sich auch zu einem konstitutionellen Konflikt entwickelte, scheiterte. Nach den Reformen 1907–1909 (Einführung des von den Liberalen ursprünglich bekämpften Verhältniswahlrechts) verfügte die SAMMLUNGSPARTEI immer noch über die meisten Mandate (101 von 230) und *Staaff* wurde wieder Ministerpräsident (1911–1914). Seine zweite Regierungsperiode war von Auseinandersetzungen um die Verteidigungsfrage bestimmt, die zu seinem Rücktritt führten. Die Polarisierung im parlamentarischen Leben ließ die Partei kräftig zurückgehen; nach *Staaffs* Tod, 1915, geriet sie in eine Krise.

Nach dem 1. Weltkrieg setzte die SAMMLUNGSPARTEI die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten durch Bildung einer Koalitionsregierung unter dem neuen liberalen Parteivorsitzenden *N. Edén* als Ministerpräsident (1917–1920) fort. Es gelang der Regierung das allgemeine und gleiche Wahlrecht sowie sozialpolitische Reformen durchzuführen, aber dann zerbrach die Koalition. Innere Konflikte prägten nun die LIBERALE SAMMLUNGSPARTEI, die 1922 nur über 41 Mandate (von 230) verfügte. Auf der einen Seite rekrutierte sich die Partei aus städtischen Reformkreisen, den sog. »Stadtradikalen«, die von den kulturradikalen Strömungen des 19. Jh. beeinflußt waren, auf der anderen Seite aus mittelständischen Gruppen und Bauern, die vor allem aus den einflußreichen religiösen Erweckungs- und Temperenzbewegungen kamen. Der Gegensatz zwischen diesen Gruppen spitzte sich in der Alkoholfrage zu. Hier verlangte die Temperenzgruppe (Führung: *C. G. Ekman)* Totalverbot und erhielt 1922 die Majorität im Landesverein. Die Minorität (hauptsächlich »Stadtradikale«) verließ die Partei. Der Sieger, *C. G. Ekman,* wurde Vorsitzender des FREISINNIGEN LANDESVEREINS und der 1924 in der Zweiten Kammer gegründeten FREISINNIGEN VOLKSPARTEI. Die Minorität (Vors. *E. Löfgren)* bildeten die LIBERALE PARTEI SCHWEDENS.

Die beiden liberalen Parteien konnten nie die Stärke der SAMMLUNGSPARTEI erreichen, und die LIBERALE PARTEI blieb eine Splittergruppe. Durch seinen Einfluß im Reichstag und durch die Stellung der Freisinnigen als Schlüsselpartei in der labilen parlamentarischen Situation der 20er Jahre gelang es jedoch *Ekman,* der zum Inbegriff des Minoritätsparlamentarismus wurde, eine große Rolle zu spielen. Er war zweimal Ministerpräsident, 1926–1928 in Koalition mit den Liberalen *(E. Löfgren* als Außenminister) und 1930–1932 mit einer Freisinnigen Regierung, die nur über ca. 14 % der Stimmen in der Zweiten Kammer verfügte. Die öffentliche Kritik gegen *Ekmans* politische Taktik, seine Demission infolge eines politischen Skandals 1932 (neuer Ministerpräsident und Parteivorsitzender: *F. Hamrin*) und die Weltwirtschaftskrise waren für die liberalen Parteien sehr abträglich. 1933 hatte die FREISINNIGE PARTEI 20 und die LIBERALE PARTEI 4 Mandate in der 2. Kammer. Der Sturz *Ekmans* und das Krisenprogramm der → SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI und des BAUERNBUNDES beschleunigte die Wiedervereinigung der Parteien, die unter der Führung des Landwirts *O. Jeppsson* 1934 erfolgte. (Neuer Parteivorsitzender: *G. Andersson*). Im ersten Jahrzehnt nach der Neugründung erhielt die Fp bei den Wahlen ca. 12 % der Stimmen. Die Stellung der Partei als ausgleichender Faktor in der Politik wurde in diesen Jahren oft betont, aber der Neuanfang war nicht leicht, und die strukturellen Unterschiede waren immer noch spürbar. Versuche zu einer ideologischen Neuorientierung (»Sozialliberalismus«) erfolgten seitens *B. Ohlin,* der *Andersson* als Parteivorsitzender folgte (1944–1967). Die Konsolidierungs- und Neuorientierungspolitik führte nach dem 2. Weltkrieg zu einem spektakulären Erfolg. Bei den Wahlen 1948 konnte die Partei ihren Stimmenanteil fast verdoppeln (22,8 %: 57 Mandate von 230). Der Höhepunkt wurde 1952 mit 24,4 % der Stimmen (58 Mandate) erreicht. Die Fp war in diesen Jahren die größte Oppositionspartei und die Alternative zu den Sozialdemokraten. Sie konnte aber ihre Stellung nicht halten, und erlitt

in der großen sozialpolitischen Frage der allgemeinen Zusatzpension 1958 eine entscheidende Niederlage. Der Aufstieg der → ZENTRUMSPARTEI und die zeitweise sehr enge Zusammenarbeit mit dieser wirkten sich für die Liberalen negativ aus. Bei den Wahlen 1973 erhielten sie nur 9,4 % der Stimmen (34 Mandate). 1976 konnte die Partei ihre Stellung etwas verbessern (11,1 %, 39 Mandate). Dies trug zu der Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung unter Teilnahme der Fp bei. Parteivorsitzender ist seit 1978 *O. Ullsten,* der nach dem Zusammenbruch der Koalition im Herbst 1978 Ministerpräsident in einer liberalen Minoritätsregierung wurde. Nach dem Auseinanderfallen der bürgerlichen Koalition 1978 konnte die Fp eine Minderheitsregierung unter *O. Ullsten* bilden. Dies wurde in den Wahlen von 1979 nicht honoriert: die Fp erhielt nur 10,6 % der Stimmen und 38 Mandate und konnte den Posten des Ministerpräsidenten in der neuen bürgerlichen Drei-Parteienregierung nicht halten.

Die liberale Partei hat unter den schwedischen Parteien die größten Schwankungen zu verzeichnen. Ihre »Uneinheitlichkeit« ist oft diskutiert worden. Ihr Profil erhielt sie ursprünglich durch ihre traditionell enge Verbindung zu Temperenz- und Erweckungsbewegungen und der Landbevölkerung. In der Nachkriegszeit hat sie sich aber zu einer überwiegend städtischen Partei entwickelt.

[Ru]

H. K. Rönblom, Frisinnade Landsföreningen, Stockholm 1929; O. Wennås, Ohlin, Folkpartiet och socialliberalismen, Lund 1970; K. Zetterberg, Liberalism i kris, Stockholm 1975.

Zentrumspartei (C, Centerpartiet). Ursprünglich Bauernpartei, von dem Landwirt *C. Berglund* zwischen 1910 und 1916 in der Provinz Västergötland ins Leben gerufen (ein genaues Gründungsdatum gibt es nicht). Die Partei trug in den Jahren 1913–1943 den Namen BAUERNBUND (Bf, Bondeförbundet), 1943–1957 LANDPARTEI-BAUERNBUND (Landsbygdspartiet Bondeförbundet) und bekam 1958 den Namen Zentrumspartei.

Programm: Die ersten Programme des BAUERNBUNDES (1916, 1919) sind sehr knapp und allgemein formuliert. Man versteht sich als eine Organisation zur Förderung der sozialen, politischen und ökonomischen Interessen der Landbevölkerung. Durch die Entwicklung einer Großindustrie, durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die drohende Entvölkerung der ländlichen Gebiete sei eine Partei für die Bauern notwendig geworden, da die bestehenden Parteien der Landbevölkerung keinen ausreichenden Rückhalt böten. Gefordert wurden Schutz gegen Trust- und Monopoltendenzen, Krediterleichterungen mit kommunaler Garantie für die Landwirtschaft (gegen die Großbanken), Reform der Grundsteuer, Sparsamkeit in der staatlichen Verwaltung und Kontrolle über die Beamten, soziale Reformen für Kleinbauern und Landarbeiter, erweiterte Bildungsmöglichkeiten für die Landbevölkerung und Erhaltung der Religion und des Religionsunterrichts in den Schulen.

Das erste ausführlichere Programm stammt aus dem Jahre 1933. Hauptaufgabe ist danach der Kampf für Recht und Gleichberechtigung der Landbevölkerung. Religion und Familie werden als Grundlage der schwedischen »Volkserziehung« betrachtet. Die Erhaltung des schwedischen »Volksstammes« (»Volksmaterials«) sei eine nationale »Lebensfrage«. Zu diesem Zweck müsse die Einwanderung »minderwertiger, ausländischer Rassenelemente« verhindert und das Volk durch aktive Gesundheits- und Alkoholpolitik gegen »Degeneration« geschützt werden. Der Bauernstand habe die historische Aufgabe, die Erneuerung des Volkes zu sichern und das Land gegen Auflösungstendenzen und Gewaltlehren zu schützen. Auseinandersetzungen zwischen den Klassen soll durch die Errichtung einer »vaterländischen Volksgemeinschaft« begegnet werden. Im Anschluß an alte Traditionen sprach sich die Partei für Sparsamkeit im öffentlichen Bereich und gegen Zentralbürokratie aus. Das schwedische Wirtschaftsleben müsse gegen »ausländisches Gutdünken« geschützt werden, »die Ausbeutung durch das Großkapital, die Monopolisierung des Bankwesens«, die Trusts und Monopole sowie »die schädlichen Auswüchse des Gewerkschaftswesens« werden bekämpft. Eigene Kreditanstalten und ökonomische Interessenvereine der Landbevölkerung sollten gefördert und »Planmäßigkeit« und »Zweckmäßigkeit« des Erwerbslebens angestrebt werden. 1946 verschwanden »völkische« und rassistische Punkte aus der Programmatik. Es wurde eine tiefgreifende Veränderung der Zielsetzung der Partei angekündigt, die mit dem Programm von 1959 fortgesetzt und durch die Änderung des Parteinamens betont wurde. Schon 1946 wurde die einseitige Förderung des Bauernstandes aufgelockert, und 1959 wandte man sich auch anderen Gesellschaftsgruppen zu. 1946 wurde ein Gleichgewicht zwischen urbanisierten und ländlichen Gebieten angestrebt und eine differenzierte Wirtschaftsstruktur für die letztgenannten gefordert. 1959 setzte man sich ausführlich mit den Folgen der technischen und industriellen Entwicklung auseinander. Die antimonopolistische und antizentralistische Politik sollte den »Konzentrationstendenzen« der modernen Gesellschaft entgegenwirken. Erhaltung des Kleinbauerntums, des Handwerks und der Kleinindustrie wird ebenso betont wie die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen, um soziale Sicherheit und ein differenziertes Wirtschaftsleben ohne Sozialisierung zu gewährleisten. In der Außenpolitik ist die strikte Allianzfreiheit Schwedens grundlegend.

In dem ausführlichen Parteiprogramm von 1970 werden diese Punkte weiter ausgebaut, und die Partei stellt sich als eine bürgerliche Zentrumspartei dar. Hauptpunkte bleiben die Dezentralisierung, Regionalpolitik, Vollbeschäftigung, Chancengleichheit für Lebensstandard und Einkommen, Erhaltung der Landwirtschaft. Die Sozialpolitik wird als ein Instrument für erweitertes

soziales und ökonomisches Gleichgewicht verstanden, das Recht des einzelnen auf Ausbildung, Arbeit und Wohnung hervorgehoben. Staatliche, private und kooperative Unternehmen sollen im Wirtschaftsleben eng zusammenarbeiten. Fragen des Umweltschutzes spielen für die Partei eine bedeutende Rolle. Vor allem durch ihre ablehnende Haltung in der Kernkraftfrage hat sich die Partei stark profiliert.

Organisation: Der BAUERNBUND war nach den Sozialdemokraten die zweite Partei Schwedens, die außerhalb des Reichstags gegründet wurde. Ab 1910 wurden lokale Ortsvereine in Westschweden organisiert; 1913 entstand der erste Wahlkreisverein, und bei der ersten Reichsversammlung 1916 wurden ein Leitungsgremium und ein Parteisekretär gewählt. Beim Zusammenschluß mit dem → REICHSBUND DER LANDWIRTE, 1921, wurden hauptsächlich die Organisation und die Satzungen des BAUERNBUNDES übernommen. Laut Satzung der vereinigten Partei (letzte Veränderung 1970) sind die Ortsvereine zu Wahlkreisverbänden zusammengeschlossen. Diese wählen Repräsentanten zur Reichsversammlung, die den Parteivorsitzenden, seinen Stellvertreter und den Parteivorstand wählt. Die letztgenannten bilden zusammen mit Repräsentanten der Kreisverbände und der Reichstagsfraktion den Vertrauensrat der Partei. Im Vertrauensrat, Parteivorstand und in der Reichsversammlung sind der Jugendbund (Centerns Ungdomsförbund), die Frauenorganisation (Svenska Landsbygdens Kvinnoförbund, seit 1933) und der Presseclub vertreten. Stimmberechtigt in der Reichsversammlung sind auch die Mitglieder des Parteivorstandes, des Vertrauensrates und der Reichstagsfraktion. Eine Zahl beratender Ausschüsse beschäftigt sich mit zentralen Parteifragen. Zwischen der Partei und der offiziell unpolitischen Interessenorganisation Landreichsbund (Landsbygdens Riksförbund) bestehen enge Kontakte. Eine Bildungsorganisation (Studieförbundet Vuxenskolan) wird seit 1967 zusammen mit der → VOLKSPARTEI betrieben.

Presse: Die Presse der Partei ist schwach. Hauptorgan ist die 1919 für den Reichsbund gekaufte Zeitung ›Skånska Dagbladet‹ (Malmö).

Geschichte: Die Entstehung von Bauernparteien in den Jahren vor und nach dem 1. Weltkrieg hängt sowohl mit der Auflösung der alten → LANDWIRTEPARTEI und deren Anschluß an die konservative Partei (→ GEMÄSSIGTE SAMMLUNGSPARTEI) als auch mit der Einführung des allgemeinen und des Verhältnis-Wahlrechts zusammen. Die Bauern hatten nunmehr keine »eigene« Organisation, die ihre Interessen dem verstärkten Einfluß der städtischen Wähler gegenüber vertreten konnte, und zugleich schien das Verhältniswahlrecht eine Möglichkeit zu bieten, diese Interessenvertretung politisch erfolgreich zu sichern. In der Aufbauphase gab es mehrere Parteiorganisationen. Neben dem BAUERNBUND, der durch die Agitation des Landwirtes *C. Berglund* in seiner Zeitung ›Land‹ ins Leben gerufen wurde, ist der SCHWEDISCHE BAUERNBUND (Svenska Bondeförbundet; Gründer u. a. der Publizist *E. Dürango)* zu erwähnen, der 1913 als eine Abspaltung vom BAUERNBUND gegründet wurde und sich zusammen mit einer südschwedischen Schwesterorganisation dem → REICHSBUND DER LANDWIRTE anschloß. Bei den Wahlen 1917 erhielt der BAUERNBUND 9 Mandate (von 230); gegenüber dem REICHSBUND blieb er die größere Partei, der sich der REICHSBUND 1921 anschloß. (Vorsitzender: der Landwirt und Bauernbund-Politiker *J. Johansson* bis 1928; 1928–1934 *O. Olsson*, urspr. REICHSBUND.)

Die Partei verfügte in den 20 er Jahren über ca. 11 % der Stimmen und zwischen 20 und 30 Mandate in der Zweiten Kammer (von 230). An den wechselnden Minderheitsregierungen nahm sie nicht teil. Sie verfolgte eine ausgesprochene bäuerliche Interessenpolitik und fand ihre Wähler fast ausschließlich unter der ländlichen Bevölkerung. Zu ihren Eigenarten in dieser Periode gehörte das Auftreten antidemokratischer und antiparlamentarischer Tendenzen, die schon vor dem Zusammenschluß vor allem im REICHSBUND begegneten. Die Interessenpolitik verband sich mit einer nationalromantischen Hervorhebung des Bauernstandes, die rassistische Züge annehmen konnte, und einer Frontstellung gegen Industrialisierung und Urbanisierung, die mit antikapitalistischen Anschauungen verbunden war. Der BAUERNBUND vertrat hier eine politische Linie, die man gleichzeitig im Jugendbund der konservativen Partei findet (→ GEMÄSSIGTE SAMMLUNGSPARTEI). Vor diesem Hintergrund erscheint der Standort der Partei Anfang der 30 er Jahre um so bemerkenswerter. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise kam es zu einem Kompromiß mit der → SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI (SAP) Der BAUERNBUND akzeptierte das sozialdemokratische Krisenprogramm, die SAP bewilligte Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft. Der »Gesinnungswandel« des BAUERNBUNDES war mit einem Generations- und Führungswechsel in der Partei verbunden (neuer Vors.: *A. Pehrsson-Bramstorp*, 1934–1949). Die Partei erhielt nun eine Schlüsselposition, und bei einer Regierungskrise 1936 bildete sie eine kurze Übergangsregierung. Die SAP war auch nach den Wahlen von 1936 (14,4 % = 36 Mandate für den BAUERNBUND) daran interessiert, die Zusammenarbeit weiterzuführen und aufgrund eines direkten Koalitionsabkommens traten drei Mitglieder des BAUERNBUNDES (u. a. *Bramstorp)* in eine Majoritätsregierung ein. Die Basis des Übereinkommens waren wieder Zugeständnisse in der Sozialpolitik und Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft.

Nach dem 2. Weltkrieg ging der BAUERNBUND zur bürgerlichen Opposition über. Gleichzeitig setzt eine neue Phase in der Geschichte der Partei ein. Äußerlich wurde dies durch Änderungen des Parteinamens, neue Parteiprogramme und eine neue Parteiführung markiert. (Vors. *G. Hedlund*, 1949–1971). Man versuchte, die Basis der Partei

zu erweitern und gezielt Wähler der bürgerlichen Mitte zu erreichen. Die Interessen der Bauern und der ländlichen Bevölkerung waren jedoch weiterhin für die Partei von zentraler Bedeutung. Die Umwandlung der Partei in eine Zentrumspartei muß im Zusammenhang mit der zunehmenden Urbanisierung Schwedens gesehen werden. 1951 – 57 kam es erneut zu einer Zusammenarbeit und Regierungskoalition mit der SAP, wofür sich *Hedlund* besonders einsetzte (er wurde Innenminister). Die Gründe für die Koalition waren mit denen der 30er Jahre vergleichbar. Die konsequente Neutralitätspolitik der Partei auch während des Kalten Krieges erleichterte die Zusammenarbeit. Die Koalitionsjahre waren für den BAUERNBUND weniger erfolgreich. Die Partei ging zurück und mußte 1956 eine schwere Niederlage hinnehmen (9,4 %, 19 Mandate von 230). Dieser Rückgang beschleunigte die Umgestaltung der Partei, verstärkte aber auch den Widerstand gegen die Koalition. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die allgemeine Zusatzpension und der darauf folgenden Krise trat die Partei aus der Regierung aus, weigerte sich aber, einer geplanten bürgerlichen Regierung beizutreten oder die Oppositionsparteien im Reichstag zu unterstützen.

Die Partei, die nun Zentrumspartei hieß, hatte in den 60er Jahren mit ihrem neuen Profil (vgl. Partei-Programm) großen Erfolg. Die politische Linie hatte nun vieles gemeinsam mit der liberalen Partei (→ VOLKSPARTEI), mit der 1966 schließlich auch eine formelle Vereinbarung über gemeinsame Richtlinien zustande kam (»Zusammenarbeit der Mitte«). In dieser Partnerschaft konnte sich die C am besten behaupten, und wurde 1970 die größte der Oppositionsparteien (19,9 %, 71 Mandate von 350). Diese Position baute der neue Parteivorsitzende *T. Fälldin* (seit 1971) weiter aus. Der Zuwachs erfolgte vor allem auf Kosten der Liberalen, aber die Partei konnte sich auch als eine echte Alternative zur Sozialdemokratie darstellen. 1976 bekam man 24,1 % (86 Mandate von 349) und *Fälldin* wurde Ministerpräsident in einer bürgerlichen Koalitionsregierung, die jedoch im Herbst 1978 hauptsächlich wegen der negativen Haltung der Partei in der Kernkraftfrage zerbrach. Mit dem Beschluß, dieses Problem in einer Volksabstimmung im Frühjahr 1980 zu klären, verlor die Partei ein wesentliches Wahlkampfthema. Die Wahlen 1979 brachten mit 18,2 % und 64 Mandaten große Verluste, aber die parteitaktischen Verhandlungen im »bürgerlichen Block« brachten *Fälldin* erneut in das Amt des Ministerpräsidenten [RU]

G. Jonnergård, Hg., Bröder låtom oss enas!, Halmstad 1950; R. Torstendahl, Mellan nykonservatism och liberalism, Uppsala 1969; G. Jonasson, Schwedische Bauernparteien (Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, hg. von H. Gollwitzer) 1977.

SCHWEIZ

von

ERICH GRUNER*

Das schweizerische Regierungssystem ist durch seinen nichtparlamentarischen, direktdemokratischen und föderalistischen Charakter bestimmt. Seit der Schaffung des Bundesstaates im Jahre 1848 hat es sich wenig verändert. Es liegt im Wesen dieses Regierungssystems begründet, daß die Regierung nicht vom Vertrauen des Parlamentes abhängig ist. Der aus sieben Mitgliedern bestehende Bundesrat ist gleichzeitig Regierungsorgan und Spitze der Verwaltung. Der einzelne Bundesrat ist einerseits Vorsteher eines Departementes und somit Chef der dazugehörenden Verwaltungszweige. Andererseits ist er Mitglied der kollektiv regierenden bundesrätlichen Kollegialbehörde. Die Bundesräte werden von der Legislative jeweils nach der Gesamterneuerung des Nationalrates auf vier (bis 1931 auf drei) Jahre gewählt. In der Zwischenzeit können weder einzelne Mitglieder noch das ganze Kollegium zum Rücktritt gezwungen werden.

Die Bundesversammlung ist 1848 nach dem Vorbild des amerikanischen Zweikammersystems geschaffen worden. Sie besteht aus dem National- und dem Ständerat. Die 200 Mitglieder des ersteren repräsentieren die Gesamtbevölkerung. Von 1848 bis 1962 kam ein Mitglied auf 20 000–24 000 Seelen, so daß der Rat von 111 auf 196 anstieg. Dem Ständerat gehören heute noch 44 Mitglieder an. Dazu werden zwei Vertreter des 1978 geschaffenen Kantons Jura kommen. Die Bundesversammlung ist eingeklemmt zwischen einem Bundesrat, dem sie höchstens Schwierigkeiten bereiten, den sie aber nicht stürzen kann, und einem Souverän, der die Politik der gewählten Behörden mit dem Stimmzettel in Frage stellen oder in Trab versetzen kann (fakultatives Gesetzes-, obligatorisches Verfassungsreferendum, Verfassungsinitiativrecht). Ein weiterer Grund für die Schwäche der Legislative liegt darin, daß sie bis auf den heutigen Tag ein Nichtberufsparlament geblieben ist.

Die direkte oder reine Demokratie hat sich in zwei Etappen ausgebildet (1874, Referendum; 1890, Verfassungsinitiativrecht). Diese institutionelle Eigenart bildet den Boden, auf dem sich das sonst im Regierungssystem nicht vorgesehene Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition vollziehen kann. Unter gruppenpolitischem Aspekt betrachtet, erscheinen beide Volksrechte als Mittel, mit dem sich bereits bestehende und ad hoc gebildete oppositionelle Gruppen zu Worte melden können. Das Quorum der Unterschriftenzahlen ist besonders in den Kantonen so niedrig (1000–5000), daß auch kleine Gruppen von diesen Rechten Gebrauch machen können. Im Bund ist es infolge der Einführung des Frauenstimmrechts (1971) von 30 000 auf 50 000 (Referendum) und von 50 000 auf 100 000 (Verfassungsinitiative) erhöht worden. Diese Volksrechte gestatten es politischen Gruppierungen, die Volksmassen leicht und schnell in Marsch zu setzen, ohne daß es hierzu eines großen Parteiapparates oder eines straff gegliederten Anhangs bedarf. In diesem Sinne sind fast alle

* Da nach Fertigstellung des Beitrages von Prof. Gruner die formale Konzeption des Lexikons geändert wurde, hat der Herausgeber die Artikel einer Überarbeitung unterzogen, um sie dem allgemeinen Schema anzupassen. Sämtliche daraus resultierenden, vor allem stilistischen Veränderungen gehen zu Lasten des Herausgebers.

schweizerischen Parteien, von ihrem Gründungsanlaß aus betrachtet, »Kinder der Volksrechte« oder »plebiszitäre Parteien«. Es ist bezeichnend, daß gerade links- oder rechtsextreme Splittergruppen auf diese Weise den ersten Einstieg in die Politik gefunden haben.

Erreichen politische Gruppen oder Parteien bei solchen Aktionen wiederholt eine bestimmte Stärke, können sie dank ihrem plebiszitären Potential eine Zulassung zu den exekutiven Behörden von Gemeinden, Kantonen und Bund erzwingen. Das Kollegialsystem erleichtert ein solches »revirement« der Kräfte, da es bei dieser Operation weder besonderer rechtlicher Handhabe noch Koalitionsverträge bedarf. Allerdings muß ein Neuling die herrschenden Spielregeln anerkennen. Umgekehrt müssen die bereits in einer Regierung sitzenden Parteien seine Anliegen als legitim anerkennen. Freilich sieht sich keine Partei infolge ihrer Zugehörigkeit zu einer Regierung daran gehindert, unter Zuhilfenahme der Volksrechte in die Opposition zu gehen und selbst Vorlagen anzugreifen, die von einem ihrer Partei zugehörenden Regierungsmitglied ausgearbeitet worden sind. Der Stärke und Stabilität des Bundesrates steht folglich als Gegengewicht die direkte Demokratie gegenüber. Sie ersetzt das fehlende parlamentarische Mißtrauensvotum.

Der schweizerische Bundesstaat wurde 1847/48 geboren, nachdem der Pulverdampf des Bürgerkrieges kaum verraucht war. Die Nachwirkungen der europäischen Revolutionen und die bald einsetzende internationale Reaktion erforderten eine starke und stabile Regierung. Die bisherige Schwäche des locker gefügten Staatenbündels (Bundesvertrag von 1815 mit ineffizientem Vorortsystem und beschlußunfähiger Tagsatzung) machte eine möglichst wirkungsvolle und breit im Volk verankerte Willensbildung unerläßlich. Die Schweiz war deshalb der erste demokratische Staat, der 1848 das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht einführte. Angesichts der ungewissen innen- und außenpolitischen Zukunft war es freilich verständlich, daß die siegreich aus dem Bürgerkrieg hervorgehenden freisinnigen Parteiengruppen das noch wenig gefestigte junge Staatswesen machtmäßig vor Rückschlägen sichern wollten. Sie schränkten deshalb den effektiven Gebrauch des Wahlrechts durch manipulative Maßnahmen ein, um politisch unerwünschte Wähler von der Teilnahme abzuhalten.

Diese Tendenz äußerte sich noch ausgeprägter bei der Einführung des Mehrheitswahlsystems mit Pluralwahlkreisen von mittlerer Größe (ein bis fünf, später bis neun Sitze). In keinem anderen Wahlsystem kann man nämlich die gezielte Abgrenzung der Wahlkreise (gerrymandering) so effektvoll dazu benützen, um einer Hegemonialpartei zu einer wenn auch nur knappen Wählermehrheit und damit zum Gewinn sämtlicher Mandate des Wahlkreises zu verhelfen. So gelang es der siegreichen freisinnigen Hegemonialgruppe auch tatsächlich, die ihr nicht genehmen Minderheiten in die Ecke zu drängen und in allen drei Räten bis 1919 stets die Mehrheit der Sitze zu erobern. An dieser Hegemonialherrschaft ist aber nicht nur die lange Dauer erstaunlich, sondern vor allem die Tatsache, daß sich die benachteiligten Minderheiten, auf lange Sicht gesehen, trotzdem in den Staat integrierten. Freilich trug hierzu auch bei, daß diese sich der Volksrechte bedienen und durch ihr plebiszitäres Potential Anteil an der Regierung verschaffen konnten (Eintritt des ersten Katholisch-Konservativen in den Bundesrat im Jahre 1891).

Ebenso wichtig war aber die entlastende Wirkung der politischen Kultur des Föderalismus. Der Bundesrat von 1848 gestattete es den Kantonen, ein ausgeprägtes Eigenleben zu führen. Das gab den konservativen Minderheiten, die von der freisinnigen Siegerpartei aus dem Bundesleben verdrängt worden waren, die Möglichkeit, in ihren katholischen »Stammlanden« eine Gegenmacht aufzubauen (Innerschweiz, Freiburg, Wallis). Das ist mit ein

Grund, daß sich auch die Parteien der freisinnigen Hegemonialgruppe veranlaßt sahen, ihren Schwerpunkt in den Kantonen zu suchen. Die Parteien haben an diesem Zustand bis heute festgehalten. Die schweizerischen Parteien haben es nur nach langen Anstrengungen fertig gebracht, sich national zu organisieren (Sozialdemokraten 1888, Freisinnige 1894, Katholisch-Konservative 1912). Aber diese nationalen Vereinigungen stellen nicht mehr als lockere Dachorganisationen dar. In wichtigen politischen Entscheidungen, vor allem bei Volksabstimmungen, haben sich die kantonalen Parteien bis heute stets das Recht vorbehalten, eine den gesamtschweizerischen Parteien entgegengesetzte Parteiparole auszugeben.

Nun sind aber viele von diesen kantonalen Einheiten ihrerseits sprachlich und konfessionell bunt gemischt und weisen regional und ökonomisch bedingte vielfältige Lebensformen auf. Von 20 deutschsprachigen Kantonen und Halbkantonen sind z. B. 8 reformiert, 7 katholisch und 5 konfessionell gemischt. Von den 5 mehrheitlich französischsprachigen Kantonen sind 3 reformiert und 2 katholisch sprachlich gemischt. Aus diesen Überschneidungen und Überlappungen folgt, daß sich – im Gegensatz zu anderen, ähnlich fragmentierten europäischen Staaten – in der Schweiz weder sprachliche noch konfessionelle noch sozioökonomische Trennungslinien zu alles beherrschenden Dominanten der Landespolitik verfestigen konnten. In den meisten Kantonen sahen sich die Parteien in Anbetracht solcher Uneinheitlichkeit gezwungen, sich miteinander zu arrangieren (s. u.). An dieser Stelle soll nur darauf hingewiesen werden, wie diese Überschneidungen und Überlappungen auf die Funktionen der Parteien im politischen System zurückgewirkt haben. Infolge der unterschiedlichen Kräftekonstellationen in den Kantonen setzen sich die Landesparteien aus sehr verschiedenartigen Kantonalsektionen zusammen. Im einen Kanton nehmen sie z. B. eine Minderheits- und damit Oppositionsstellung ein. Die Landesparteien müssen auf diese Variationsbreite Rücksicht nehmen. Aus diesem Grunde sind sie geradezu prädestiniert dazu, allfällige übergreifende Konflikte zu schlichten. So werden sie naturgemäß auch zu Anwälten von Minderheitsanliegen. Man kann die Landesparteien deshalb als Clearingstellen betrachten, in deren Schoß politische, konfessionelle, kulturelle und sprachliche Minderheiten ihre Anliegen wirkungsvoll verteidigen können.

Überschneidungen und Überlappungen zwangen die Parteien von 1848 an zu einem bestimmten Verhalten bei der Aufstellung der Listen bei den Nationalratswahlen. Dazu kommt, daß sich die freisinnige Hegemonialgruppe von 1848 allmählich in verschiedene Flügel aufspaltete, in einen rechten, liberal-konservativen (LIDUS), in einen linken, sog. demokratischen (Demokraten) und in einen mittleren, freisinnigen oder radikalen (FDP). Diese Differenzierung führte zusammen mit der stark segmentierten politischen Kultur bereits im Mehrheitswahlsystem bei der Listengestaltung in den Pluralwahlkreisen zu folgenden konventionell fixierten Usancen: Der Wähler macht häufig von der Möglichkeit Gebrauch, Kandidaten verschiedener Parteien auf die Liste zu nehmen, also zu panaschieren. Wenn die Parteien ihrerseits, mehr oder weniger miteinander übereinstimmend, Kandidaten verschiedener Färbung auf ihre Listen nehmen, läuft das für die bevorzugten Kandidaten auf eine Mehrfachunterstützung, also auf eine Kumulation hinaus. Die gegenseitigen Konzessionen führen zu einem System des »freiwilligen Proporzes«. Als 1919 das Proportionalsystem durchdrang, übernahm es auch diese Usancen.

Von dieser Praxis wurden einzig die Sozialdemokraten ausgeschlossen. Denn ihr Internationalismus und ihre reservierte Haltung gegenüber der bestehenden Staatsform engte ihre Bündnisfähigkeit stark ein und trieb sie in die Isolation. Während der sozialen Hochspannung am Ende des 1. Weltkrieges versuchten sie sich im November 1918 erfolglos aus ihrer

politischen Außenseiterstellung durch einen revolutionsähnlichen Landesgeneralstreik zu befreien. Soweit diese Vertrauenskrise durch das sie benachteiligende Mehrheitswahlsystem bedingt war, wurde sie durch den Übergang zum Proportionalwahlsystem gelindert (1919). Bei den ersten Proporzwahlen von 1919 erhielt die Sozialdemokratie endlich einen ihrer Wählerstärke entsprechenden Fraktionsanteil von 22 % im Nationalrat. Die freisinnige Partei verlor ihre Hegemonialstellung im Nationalrat, weil sie durch die Gründung von bäuerlich-gewerblichen Parteien (SVP) einen Teil ihres Anhangs verlor. Da Bauern und Sozialdemokraten über ein ansehnliches Referendums- und Wählerpotential verfügten, stiegen sie mit der Zeit zu Regierungsparteien auf. Der Freisinn (FDP) trat 1919 einen weiteren Sitz an die Katholisch-Konservativen (CVP), 1929 einen solchen an die Bauern- und -gewerbler (SVP) und 1943 einen an die Sozialdemokraten (SPS) ab, nachdem diese durch Programmrevision die herrschenden Spielregeln anerkannt hatten. Diese als freiwilliger Regierungsproporz bekannte Erscheinung wurde später auf die 1959 erreichte Parteistärke der vier Bundesratsparteien abgestimmt (zwei FDP, zwei CVP, zwei SPS, ein SVP).

Freilich schränkt die Wahlkreisgröße auch im Proporz die Erfolgsaussichten der Parteien ein. Da das Proporz-Wahlgesetz die Wahlkreise an die Kantonsgrenzen bindet, ergibt sich daraus eine größenbedingte Sperrklausel. Sie beträgt z. B. bei drei Sitzen 25 % und bei zwölf Sitzen 8 % der Wählerstimmen. Der Proporz gibt zwar den Zutritt zur Wahlarena maximal frei. So haben sich bei den Nationalratswahlen von 1979 gegen 1850 Kandidaten auf 164 Listen präsentiert (13 Landesparteien und 17 kantonale Kleinparteien). Reale Wahlchancen haben aber auch im Proporz nur größere Parteien. Die Zahl der fünf unter dem Mehrheitswahlsystem konstant im Nationalrat vertretenen Parteien erhöhte sich deshalb trotz der potentiell zersplitternden Wirkung des Proporzes seit 1919 nur auf sieben bis acht. Im Gegensatz zu Wahlsystemen, die den Parteien bei der Kandidatenaufstellung eine faktische oder Quasi-Monopolstellung ermöglichen, beschränkt sich ihr Einfluß in der Schweiz auf ein Minimum. Dementsprechend ist auch eine straffe Organisation mit einer zentral gesteuerten Parteimaschine entbehrlich.

Da fast alle Landesparteien in den letzten Jahren ihre Statuten mit ähnlicher Zielrichtung grundlegend überholt haben, soll noch kurz über die entsprechenden Reformen berichtet werden. Wie der historische Überblick zeigt, sind die bisherigen Reorganisationsbestrebungen jeweilen dann an die Hand genommen worden, wenn sich das Ungenügen der bestehenden Organisationsstruktur lähmend auf die parteipolitische Arbeit ausgewirkt hat. Der entscheidende Anstoß ging dieses Mal von den gesteigerten Ansprüchen aus, welche die Regierungsplanung an die Bundesratsparteien stellt. Dabei diente der Kurs, den die CVP einschlug, den anderen Parteien als Vorbild. Die Revision der Statuten sollte insbesondere vier Zielen dienen. Die mangelnde organisatorische Homogenität des Parteienvolkes (Föderalismus) wurde durch Übergang zum reinen Mitgliederprinzip verstärkt (klare Definition der Mitgliedschaft, zentrale Mitgliederkartei). Die Parteiorganisation wurde damit von dem bisher geltenden staatenbündlerischen Aufbauprinzip auf die Stufe des bundesstaatlichen gehoben und auf diese Weise dem Zentralisierungsprozeß des Bundesstaates angepaßt. Die Willensbildung wurde an der Parteibasis belebt und durch den Einbau repräsentativer Elemente so demokratisch als möglich gestaltet (vermehrte Kontinuität durch die feste Wahl der Delegierten auf vier Jahre). Die Führungsorgane wurden mittels klarer Gewaltenteilung der demokratischen Kontrolle besser zugänglich gemacht (Kontroll-Schiedsrichter- und Rekursinstanzen). Dem Honoratiorenprinzip, das seine Stütze im zäh festgehaltenen parlamentarischen Milizprinzip besitzt, traten als Gegengewichte Generalsekretariate gegen-

über. Sie sollen im Sinne des modernen Managements als Stabsstellen funktionieren. Dieses Ziel könnte wohl erst erreicht werden, wenn die Parteisekretariate auf ähnliche Weise staatlich subventioniert würden wie die Fraktionssekretariate. Die Ansätze zur Parteienfinanzierung sind aber infolge der Rezession im Sande verlaufen.

F. Lachenal, Le parti politique, sa fonction de droit public, Diss. Basel 1944; L. Neidhart, Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums, Diss. Berlin, Bern 1970; C. A. Conrad, Die politischen Parteien im Verfassungssystem der Schweiz, 1970; P. Paul, Zur staatsrechtlichen Stellung und Funktion der politischen Parteien in der Schweiz, Diss. Basel 1974; D. Sidjanski et al., Les Suisses et la politique. Enquête sur les attitudes d'électeurs suisses, Bern 1975; E. Gruner, Die Parteien in der Schweiz, Bern, ²1977; G. Schmid, Politische Parteien, Verfassung und Gesetz. Basler Studien zur Rechtswissenschaft, B, Bd. 8, Basel 1981.

Äußerste Linke → Demokratische Partei.

Altkommunisten → Partei der Arbeit.

Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) → Schweizerische Volkspartei.

Bauernheimatbewegung (Jungbauern). Die Bauernheimatbewegung entstand als selbständige politische Organisation am 9. 11. 1935 in Bern durch Abspaltung von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB, → Schweizerische Volkspartei) aufgrund persönlicher wie sachlicher Konflikte. *H. Müller*, seit 1927 der Parteijugendsekretär der BGB, baute seine Jungbauernbewegung einseitig auf ein Führer/Gefolgschaftsverhältnis auf und erregte damit den Argwohn der sich ebenfalls autoritär gebärdenden Parteigründer. Ausschlaggebend für den Bruch dürfte aber gewesen sein, daß *Müller* in der großen Wirtschaftskrise der 30er Jahre einen staatssozialistischen Linkskurs steuerte (Richtlinienbewegung) und Anschluß an die Demokratische Fraktion (→ Demokratische Partei) suchte. Daß aus diesem politisch fruchtbaren Bündnis keine dauerhafte neue Parteiorganisation entstand, liegt daran, daß die Bauernheimatbewegung an ihren eigenen inneren Widersprüchen scheiterte. Einerseits schöpfte sie ihre Stoßkraft aus einer antiindustriellen Bauernideologie, andererseits trat sie, Arm in Arm mit der politischen Linken, für die damals von den bürgerlichen Parteien noch bekämpfte Politik des »deficit-spending« zum Zwecke der Konjunkturbelebung ein. Nachdem sich aber diese allmählich auch in der Schweiz durchgesetzt hatte und der Graben »Arbeiter–Bauer« überbrückt worden war, ließ sich *Müller* vom nationalsozialistischen Bild des »neuen Europa« faszinieren, zu dem er dank seiner Führer-Gefolgschafts-Ideologie ohnehin eine gewisse Affinität besaß. Nachdem *Hitler* den Zenit seiner Macht überschritten hatte, verlor die ins Sektiererische abgleitende Partei, die sich bloß auf einen bäuerlichen Anhang stützte, bei einem stark rückläufigen Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ihre Rekrutierungsbasis. Das immer noch hoch gehaltene »Führerprinzip« erschwerte oder verhinderte die Schlichtung innerer Konflikte. Die Partei war damit dem Untergang geweiht; seit 1947 war sie weder im Nationalrat vertreten (1935: 4, 1939/40: 3 Mandate) noch in ihrer früheren Hochburg, dem Großrat des Kantons Bern (1938: 22 Sitze, 1942: 17, 1946: 4).

Presseorgan war der ›Schweizer Jungbauer‹.

R. Riesen, Die Schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern), Bern 1972.

Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP). Ursprünglich Honoratiorenpartei, seit 1970 um breite Wählerschichten und Wechsel zur Volkspartei bemüht.

Gründung: 22. 4. 1912 als Schweizerische Konservative Volkspartei in Luzern durch Delegierte der konservativen und christlich sozialen Parteien aller Kantone, ausgenommen Waadt und Neuenburg. Programm: Die katholisch-konservative Programmatik basiert auf einer jahrhunderte alten Überlieferung (Christliches Naturrecht, Thomistische Staats- und Gesellschaftslehre). Ideologische Neuorientierungen spielen sich im Rahmen einer hierarchisch gegliederten Elite ab, die von relativ konstanten Grundvoraussetzungen ausgeht. So konnte die Konservative Volkspartei 1912 das Programm der Konservativen Union von 1881 fast wörtlich übernehmen. Neben Forderungen nach Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie dem Bekenntnis zu einem gemäßigten Föderalismus wurde unter dem Einfluß des linken Flügels die soziale Komponente besonders hervorgehoben: unter dem Signum der »christlichen Sozialreform« wurden Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Koalitionsrecht der Arbeiter und »Förderung des christlichen Gewerkschaftswesens« aber auch »Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeitgeber« angestrebt. Im Bestreben, der gerade in katholischen Gegenden der Schweiz überdimensioniert starken Vertretung der Klein- und Mittelbetriebe gerecht zu werden, neigte die schweizerische konservative Doktrin bis in die allerjüngste Vergangenheit (Wirtschaftsprogramm 1967) dabei zu einer Verherrlichung mittelständischer Existenzen. In ihren Grundsatzprogrammen von 1970 und 1978 hielt die CVP an der christlichen Weltanschauung

als Grundlage ebenso fest wie an den Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität als den Pfeilern der christlichen Soziallehre. Neu war dagegen das Bekenntnis zu einer »Politik der dynamischen Mitte« im »Zusammenwirken verändernder und beharrender Kräfte«, das der Partei neue Wählerschichten zuführen sollte, ohne die konservativ orientierten Stammwähler zu brüskieren.

Organisation: Die lange Erfahrung, welche die Partei mit den vielfältigen Erscheinungsformen der katholischen Subkultur gesammelt hat, verleiht ihr die nötige Flexibilität, um den sozial wenig homogenen Anhang organisch ins Parteigebäude einzugliedern. Mit Hilfe eines korporativistischen Kompositionsprinzips gewährt sie den verschiedenartigen sozialen und kirchlichen Sonderformen freie Entwicklung. Gleichzeitig vermag sie sie aber dank der Einheit der Doktrin und der Geschlossenheit der Kirche zusammenzuhalten. So bildeten sich im konservativen Lager schon sehr früh Parteiflügel aus, die mit entsprechenden ständisch orientierten Vertretungskörperschaften in enger Verbindung standen. Unter diesen gesellschaftlichen Annex-Organisationen blieb die gewerblich-mittelständische eine reine Kaderorganisation. Der »christlichnationale Gewerkschaftsbund« (gegründet 1907) und der »Schweizerische katholische Bauernbund« (gegründet 1942, ausgelöst durch die Offensive der → Bauernheimatbewegung ab 1935) sammelten dagegen mit der Zeit einen Massenanhang um sich, der heute die Zahl von je 100 000 übersteigt. Auf entsprechende Weise konnte 1934 auch die politische Jugendorganisation, der »Bund der schweizerischen Jungkonservativen«, organisch in das vielkammerige Gebäude der Partei eingebaut werden. Unter allen schweizerischen Parteien ist die konservative die einzige, die eine solche, bewußt der Nachwuchsförderung dienende Jugendorganisation nicht durch eine Abfall- oder Spaltbewegung verloren hat. Als Dachverband umschließt die CVP heute 25 CVP-Kantonalparteien, 3 unabhängige christliche Kantonalparteien sowie 3 eigenständige Regionalsektionen. Die heutige Organisationsstruktur geht auf die Statutenrevision von 1970 zurück, mit deren Hilfe innerparteiliche Demokratisierung, verbesserte Repräsentativität, erhöhte Durchschaubarkeit sowie größere Leistungsfähigkeit der Parteiorgane angestrebt wird. Wichtigste Organe sind die aus den Delegierten der Kantonalparteien bestehende Delegiertenversammlung und, von dieser gewählt, Parteivorstand und Parteipräsidium.

Presse: Größte der CVP nahestehende Tageszeitung ist das ›Vaterland‹. Als parteiinterne Kaderzeitung gibt das Generalsekretariat der CVP das ›Inside‹ heraus (Aufl. ca. 3000).

Geschichte: Mit der Gründung der (Schweizerischen) Konservativen Volkspartei kamen die jahrzehntelangen Bemühungen des christlichen Konservativismus in der Schweiz zu einer landesweiten Organisation zu gelangen (→ Konservativ-christlichsoziale Parteifamilie), endlich zu ihrem Abschluß. Treibende Kraft war dabei die katholisch-konservative Fraktion in der Bundesversammlung; ein Antrag, die Partei »Katholische Volkspartei« zu nennen, wurde jedoch abgelehnt, um auch Anhängern des reformierten Konservativismus den Beitritt zu ermöglichen. Ungeachtet dessen hielten zahlreiche Kantonalparteien an der Bezeichnung katholisch fest, und bis heute ist die Partei eine nahezu ausschließlich von Katholiken getragene Organisation. Seit ihrer Gründung wandelte sich die konservative Partei in dem Maße aus einer verfolgten Oppositionspartei in eine Regierungspartei, als sie für die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) zur unentbehrlichen Stütze im Kampfe gegen die klassenkämpferische Sozialdemokratie wurde. Nach der Einführung der Proporzwahl (1919) erhielt sie einen zweiten Sitz im Bundesrat und stieg zeitweise zur zahlenmäßig stärksten Fraktion der Bundesversammlung auf (ca. 63 von 244 Sitzen in beiden Räten). Damit erhielt sie eine Art Scharnierfunktion in der eidgenössischen Politik. So nahm z. B. der Tessiner *G. Motta* eine Führungsposition ein, die über das zahlenmäßige Gewicht der Fraktion hinausging. Als Vorsteher des Politischen Departments übte er in der Zwischenkriegszeit einen maßgebenden Einfluß auf die schweizerische Außenpolitik aus. Er gab seiner Vorliebe für das faschistische Italien und seiner Abneigung gegen die Sowjet-Union in den Völkerbundsverhandlungen recht eigenwillig Ausdruck. In der Bundesversammlung drückte sich die Schlüsselstellung der Konservativen etwa darin aus, daß ihr Fraktionschef *H. Walther* aus Luzern, ehemaliger Deutscher und Konvertit, während seiner präsidialen Wirksamkeit (1919–1940) die Rolle eines Königsmachers bei Bundesratswahlen spielte. Man sprach scherzhaft vom »Walthern einer klugen Vorsehung«.

Unter der Aegide *Walthers* betrachtete die Konservative Volkspartei den Kampf gegen die Sozialisten, an deren nationaler Zuverlässigkeit sie noch bis über den 2. Weltkrieg hinaus zweifelte, als staatspolitische Hauptaufgabe. In den 50er Jahren wandte sie sich dagegen brüsk von dieser Haltung ab, Resultat einer Verschiebung in der sozialen Basis der Partei nach links und des wachsenden Einflusses des christlichsozialen Flügels und der Gewerkschaften. Nach außen hin dokumentierte diesen Vorgang die 1957 vollzogene Namensänderung in Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz (KCVPS). Der zunehmende Linksdruck ließ die KCVPS zur Wegbereiterin des sogenannten Regierungsproporzes werden, d. h. der Grundregel, wonach der Bundesrat sich aus je zwei Freisinnigen (FDP), zwei Konservativen (CVP), zwei Sozialdemokraten (SPS) und einem Vertreter der Bauern (SVP) zusammensetzen soll (erstmals 1959). Diese taktische Wendung richtete sich bewußt gegen die historisch bedingte bisherige Übervertretung des Freisinns im Bundesrat und gegen das freisinnige Hegemonialdenken.

Da sie ihre politische Laufbahn als Minderheits- und Oppositionspartei begonnen hatten, verhalfen die Konservativen nun demjenigen Prinzip zum Durchbruch, dem sie ihren eigenen Aufstieg im Bunde verdankten, nämlich dem Grundsatz, die Landesregierung aus Vertretern von »Minderheitsparteien« zusammenzusetzen. Stellt doch keine der vier Parteien mehr als ungefähr ein Viertel der Nationalratswähler.

Diesem Schritt folgte 1967 ein konservativer Vorstoß von Nationalrat *L. Schürmann* zur Profilierung der Regierungspolitik. Um einem allfällig mit dem Regierungsproporz verbundenen Immobilismus zuvorzukommen, soll die Regierungspolitik durch ein Wechselspiel zwischen gouvernementaler und oppositioneller Haltung aufgelockert werden. Dabei sollen die Regierungsparteien keinen förmlichen Koalitionsvertrag aushandeln, da ein solcher dem schweizerischen Regierungssystem fremd wäre. Vielmehr sollen sie durch Profilierung ihrer Legislaturziele den politischen Verhandlungsraum klarer abgrenzen, sich auf eine Prioritätsordnung sowie gangbare Kompromisse einigen und für diese bei ihren Anhängern wirkungsvollen Rückhalt erlangen können. Um einem solchen Ziele zu genügen, strebte die CVP größere Anpassungsfähigkeit an. Als Reaktion auf das Zweite Vatikanische Konzil mit seinem pluralistisch-demokratischen Geist und aus dem Bestreben heraus, sich nicht einseitig an eine bestimmte Konfession anzulehnen, kam es 1971 nach deutschem Vorbild zur erneuten Umbenennung der Partei in CVP, obschon kaum mehr Chancen eines Zuzugs aus dem reformierten Lager bestehen. Gleichzeitig sollte aber auch die Organisation gestrafft werden, damit der Parteianhang auf bestimmte Punkte der Regierungsrichtlinien verpflichtet werden kann. Als wichtigstes Gegenstück zur Programmreform von 1971 muß deshalb die Demokratisierung der Willensbildung in der Partei erwähnt werden. Von ihr erhofft man, daß die Anliegen parteiinterner oppositioneller Kreise frühzeitig genug bis zur Spitze hinauf getragen werden. Entgegen dem verbalen Bekenntnis zur Dynamik überwiegt aber de facto auch heute noch das konservative Element. So wird der innerparteiliche Ausgleich zu einer kaum mehr zu bewältigenden Optimierungsaufgabe. In dieser Beziehung fühlt sich vor allem der linke Flügel vernachlässigt, besonders da sich die Führerschaft in Industriegebieten zunehmend aus Spitzenpersönlichkeiten des Unternehmertums rekrutiert.

Jahrbücher der Konservativen (-christlichsozialen) Volkspartei der Schweiz seit 1922; bis 1931 alle drei, bis 1975 alle vier, dann alle Jahre; A. Rosenberg, Die Konservativ-Christlichsoziale Partei der Schweiz, Bern 1965; O. Gehrig, Das Christlichsoziale in der Politik, Diss. Zürich 1969; U. Altermatt, Der lange Weg der Schweizer Katholiken zur nationalen Volksorganisation, Diss. Bern 1970; U. Altermatt (Hg.), Die CVP zwischen Programm und Wirklichkeit, 1979.

Demokratische Partei. Innerhalb des demokratischen Zweiges der → FREISINNIGEN GROSSFAMILIE erfolgte 1894 eine Spaltung. Die Zürcher Demokraten, nach Zahl und Bedeutung die stärkste Gruppe, schlossen sich der neu gegründeten → FREISINNIG-DEMOKRATISCHEN PARTEI (FDP) an und vollzogen damit einen Schritt zur Mitte hin. Eine Minorität empfand dies als Preisgabe des traditionellen Parteiideals. Daraufhin schlossen sich die dieser Minderheit angehörenden Nationalräte mit den wenigen im Rat vertretenen Sozialdemokraten 1896 zur Fraktion der ÄUSSERSTEN LINKEN zusammen. Später bürgert sich anstelle der Bezeichnung ÄUSSERSTE LINKE die Benennung SOZIALPOLITISCHE GRUPPE ein. Die 1905 gegründete schweizerische Parteiorganisation nannte sich jedoch in der Regel demokratisch. Ihre Anhängerschaft beschränkte sich aber auf wenige meist ostschweizerische Kantone (Basel-Land, Glarus, Graubünden, St. Gallen, Thurgau; zeitweise Schaffhausen, Zürich).

Geistiges Haupt der ÄUSSERSTEN LINKEN war *Th. Curti,* der als Chefredakteur der ›Züricher Post‹ bis zum Jahre 1902 maßgeblichen Einfluß auf die schweizerische Politik ausübte. Sein Ziel war es, die Arbeiterschaft auf nationaler wie auch auf überkonfessioneller Basis in den Staat zu integrieren. Er arbeitete deshalb auch eng mit dem linken, sozialpolitisch ausgerichteten Flügel der Katholisch-Konservativen (→ KONSERVATIV-CHRISTLICHSOZIALE PARTEIFAMILIE) zusammen. Sein auf eine kurze Formel gebrachtes Programm lautete »Gewissenfreiheit und Sozialreform«. Dahinter verbarg sich die Hoffnung auf eine klassenversöhnende Wirkung der extrem ausgebauten Demokratie, wodurch ein Vordringen des marxistisch-internationalistischen Sozialismus verhindert werden sollte. Die soziale Frage müsse auf evolutionärem Weg durch staatlichen Interventionismus gelöst werden. Mit ihrer Hoffnung, den Staat aufnahmebereit für den Sozialismus machen zu können, sah sich die nationale Linksbewegung der ÄUSSERSTEN LINKEN jedoch bald isoliert. Der als Verbündeter gedachte Freisinn teilte den in dieser Ideologie enthaltenen weitgespannten Demokratiebegriff nicht, so daß die Demokraten, auf sich allein gestellt, in den meisten Kantonen sich nicht gegenüber der marxistisch orientierten SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (SPS) behaupten konnten. In der Bundesversammlung verfügte die Demokratische Partei jedoch weiterhin über eine eigene Fraktion von 8–10 Abg. Sie verdankte dies der Tatsache, daß sie verschiedenartigen heimatlos gewordenen bürgerlichen Linkspolitikern – dissidenten jungen Freisinnigen, national gesinnten Sozialdemokraten u. a. – als Zufluchtstätte willkommen war. Nach 1918 erhielt sie darüber hinaus wirkungsvollen Zuzug durch den Beitritt der Graubündner Demokraten, die sich in diesem Kanton, in dem die Sozialdemokratie nur schwach vertreten war, in der Opposition gegen den dort als kapitalistisch verschrieenen Freisinn zu profilieren verstanden hatten.

Im Jahre 1931 sah sich die SOZIALPOLITISCHE GRUPPE dennoch auf zwei Mitglieder beschränkt,

da ihr Anhang in den meisten Kantonen von den Sozialdemokraten aufgesogen worden war. Die Zwerggruppe wäre aufgerieben worden, wenn sie nicht eine lebensrettende Blutauffrischung aus neuen demokratischen Splittergruppen und vor allem aus einer gewichtigen bäuerlichen Gruppe erhalten hätte, die sich damals unter dem Namen → BAUERNHEIMATBEWEGUNG oder JUNGBAUERN von der BAUERN-GEWERBE- UND BÜRGERPARTEI abspaltete.

Der Zusammenschluß von Sozialpolitikern und Jungbauern zur FREIEN UND DEMOKRATISCHEN FRAKTION 1935 beruhte auf dem gemeinsamen Anliegen, ökonomisch kleinbäuerliche Interessen zu vertreten und ideologisch staatssozialistische Lösungen zu suchen. Auf dem damaligen Tiefpunkt der Konjunktur wurde diese kleine Gruppe fast zwangsläufig zum Bundesgenossen ähnlich orientierter Linksformationen und vermochte deshalb die festgefahrenen Klassenkampfpositionen etwas aufzulockern. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden lancierten sie ein Volksbegehren zur aktiven Krisenbekämpfung. Es fand über 400 000 Unterzeichner und wurde in der Volksabstimmung so knapp abgelehnt, daß der Bundesrat bald darauf von seiner bisherigen Deflationspolitik Abschied nahm. Aus dieser Kampfgemeinschaft wuchs im Jahre 1936 die sogenannte »Richtlinienbewegung« heraus. Sie bildete eine Brücke zwischen der »äußersten bürgerlichen Linken«, den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten. Sie suchte also ein Gelände zugänglich zu machen, auf dem sich die im Klassenkampf entfremdeten Parteien wieder treffen konnten. Das politische Hauptziel bestand darin, eine tragfähige Mehrheit zu gewinnen, die sich an den »Richtlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie« orientieren konnte. Neben der Arbeitsbeschaffung ging es auch darum, eine deflationsfreie Finanzpolitk zu betreiben und dem Abbau der Volksrechte Einhalt zu gebieten. Bundesrat und Bundesversammlung hatten nämlich seit 1933 Bundesbeschlüsse unter dem Vorwand zeitlicher Dringlichkeit dem fakultativen Referendum entzogen, obschon die rechtlichen Voraussetzungen hierzu nicht gegeben waren. Die drei Postulate der »Richtlinienbewegung« wurden tatsächlich 1938/39 verwirklicht. Damit leistete die kleine Fraktion den Beweis, daß sie eine Funktion als politisches Scharnier zwischen der sozialistischen Linken und den bürgerlichen Parteien erfüllen konnte. Krisenhaft für die FREIE UND DEMOKRATISCHE FRAKTION wirkte sich jedoch die seit 1939 immer deutlicher werdende Anlehnung der JUNGBAUERN an nationalsozialistisches Gedankengut aus. Diese Entwicklung nötigte die alten demokratischen Fraktionspartner, sich 1941 von ihren Bundesgenossen zu trennen. Gleichzeitig gelang es ihnen jedoch, die Traditionen der alten Demokraten im Kanton Zürich und anderswo zu reaktivieren und die demokratischen Kantonalparteien erneut in der im November 1941 gegründeten DEMOKRATISCHEN PARTEI DER SCHWEIZ (DPS) zu sammeln. Die Chancen für eine kleine linksorientierte Mittelstandspartei, sich zwischen Freisinn und Sozialdemokraten, die sich ebenfalls zur Mitte hin entwickelten, zu behaupten, waren jedoch von Anfang an nicht groß. Zwar verfügte die demokratische Fraktion anfangs wieder über sechs Nationalräte und zwei Ständeräte und konnte sich 1951 erweitert durch den Zuzug von Vertretern der → EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI zur Demokratischen und Evangelischen Fraktion vergrößern. In der Folgezeit vermochte sie jedoch ihre Eigenständigkeit zwischen den Blöcken FDP und SPS immer weniger glaubwürdig zu behaupten. 1971 wurde die schon länger diskutierte Auflösung schließlich vollzogen. Die Zürcher Demokraten schlossen sich dem dortigen FREISINN, die Glarner und Graubündner der → SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI an. Die Vertreter der EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI schlossen sich mit den Liberalen zu einer neuen Fraktion zusammen (→ LIBERALDEMOKRATISCHE UNION).

G. Guggenbühl, Der Landbote 1836–1936, Winterthur 1936; B. Mani, Aus der Geschichte der Demokratischen Partei Graubündens, Verlag Dem. Partei, heute SVP Chur 1969; B. Wehrli und E. Meyrat, Strukturanalyse der freisinnigen und der demokratischen Partei Winterthur, Verlag Freis. Partei Winterthur 1971.

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP). Gegründet im März 1917 als Zürcher Kantonalpartei, 1919 Konstituierung als Bundespartei.

Basis für das Parteiprogramm ist das Evangelium. In ihrem Gründungsprogramm bekennt sich die EVP zu einer Politik, die »im Widerstreit der Meinungen das gemäß evangelischem Verständnis Richtige zu tun« sucht, wobei die Heilige Schrift und das Beispiel *Zwinglis* als Richtschnur zu dienen haben. Bei der Auslegung des Evangeliums folgt die Partei der Interpretation ihres geistigen Führers *H. Bächtold,* wonach die EVP im »Geist entschlossener Bruderliebe« sich »außerhalb des Gegensatzes zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie« zu stellen habe. In der Praxis bedeutete dies die Verwurzelung in einem orthodoxen Bibelverständnis. Die Gründer der EVP standen der sog. positiven Richtung der evangelischen Landeskirchen und auch den Freikirchen nahe. Ihr bevorzugtes Rekrutierungsfeld waren und sind die mit diesen Kreisen verbundenen Vereine vorwiegend philantropisch-sozialen Charakters, des »Blauen Kreuzes«, d. h. der christlichen Abstinenzlerbewegung und des »Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeiter und Angestellter«, also der reformierten Gewerkschaftsbewegung. Äußeren Anlaß und gleichzeitig Fundament für die Parteigründung bildete die Einführung des Proportionalwahlsystems im Kanton Zürich 1917. Nachdem die ersten Wahlen zufriedenstellende Ergebnisse gebracht hatten – die EVP verfügte 1920 über 8 Mandate im Zürcher Kantonsrat – erfolgte in der Zwischenkriegszeit auch in anderen Kantonen die Gründung von Schwesterparteien (Aargau, Basel-Stadt, Basel-Land, Bern, Schaffhausen,

Thurgau). Wichtigstes Aktionsfeld der EVP blieb jedoch der Kanton Zürich, wo sie – ausgenommen 1939–1943 – regelmäßig ein bzw. seit 1959 zwei Nationalratsmandate erringen konnte. In den anderen Gebieten vermochte sie nie über den Rahmen einer zahlenmäßig beschränkten Kleinpartei hinauszuwachsen.

Über ein vollamtliches Parteisekretariat verfügt die EVP seit 1946. – Als Zünglein an der Waage kommt der EVP-Organisation in den Kantonen oftmals ein über ihre zahlenmäßige Bedeutung hinausreichendes politisches Gewicht zu; dank ihrer geistigen Unabhängigkeit vermögen ihre Vertreter die Meinungsbildung in den kantonalen Parlamenten wirksam zu beeinflussen. – Im Nationalrat ging die EVP 1951 eine Fraktionsgemeinschaft mit der DEMOKRATISCHEN PARTEI DER SCHWEIZ (→ DEMOKRATISCHE PARTEI) ein. Nach deren Auflösung 1971 schlossen sich ihre Vertreter der Fraktion der → LIBERALDEMOKRATISCHEN UNION an, 1979 dem Landesring.

In jüngster Zeit ist es zu gewissen Spannungen zwischen einem freikirchlich-eng bibelgläubigen, betont antikatholischen und einem mehr staatskirchlichen Flügel gekommen sowie zwischen gewerkschaftlichen und mittelständischen Elementen, ohne daß diese den inneren Zusammenhalt der Partei ernsthaft gefährden könnten.

E. Vischer (Hg.), Hermann Bächtold, Gesammelte Schriften Aarau 1939; 50 Jahre Evangelische Volkspartei des Kantones Zürich, Zürich 1967.

Freie und Demokratische Fraktion → Demokratische Partei.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP). Partei der liberalen Mitte, mit Tendenz zur Volkspartei. Gründung: 25. 2. 1894 in Olten durch 343 Abgesandte liberaler, radikaler und demokratischer Gruppierungen aus 18 Kantonen (→ FREISINNIGE GROSSFAMILIE).

Programm: Die FDP hat es vermieden, ihren Standort allzu häufig programmatisch grundlegend neu zu umreißen. Nur dreimal, 1904, 1929 und 1959 erfolgten Überarbeitungen des 1894 angenommenen Gründungsprogrammes. Darin bekannte sich die Partei »zur Pflege und Förderung des eidgenössischen Staatsgedankens und zur demokratisch-fortschrittlichen Entwicklung der Institutionen des Bundes« sowie zur Notwendigkeit sozialer Reformen. Ihrem traditionellen Grundmuster ist die FDP weitgehend treu geblieben. Wie vor 150 Jahren setzt sie sich auch heute noch für die persönliche Freiheit und die Selbstentfaltung der schöpferischen Kräfte ein, will jedoch Freiheit und Gleichheit in ein etwas besseres Gleichgewicht bringen, indem die Wettbewerbsfreiheit vor Machtkonzentrationen – auch vor Mißbrauch privater Macht – geschützt wird. In der Praxis wendet sich die FDP freilich keineswegs gegen die Konzentration im Bereich der Unternehmungen. In jüngster Zeit bemüht sich die Partei auch stärker darum, das »Auseinanderklaffen der sozialen Schichten« zu überbrücken. Sie tritt für »soziale Sicherheit und materielle Unabhängigkeit« für jeden ein.

Organisation: Mit der Gründung der Landespartei 1894 sah sich der Freisinn genötigt, von seinem bisherigen Organisationsprinzip des lokker und bloß ad hoc formierten Milizanhangs Abschied zu nehmen. Die Statutenrevision von 1907 empfahl den Kantonalparteien, die Basis in Gestalt von Mitgliederparteien mit Quartier-, Gemeinde- und Bezirksorganisationen besser auszuformen. Dieses Organisationsprinzip, das aus städtischen Verhältnissen stammt, hat sich freilich bis heute noch nicht überall durchgesetzt. Gleichzeitig wurde auch die Willensbildung in der Gesamtpartei durch den Einbau repräsentativer Organe (Delegiertenversammlung) und die Schaffung von Führungsgremien (z. Zt. 15köpfige Geschäftsleitung, Delegiertenrat mit 50 Mitgliedern, beide gewählt durch die Delegiertenversammlung) rationalisiert. Das bei der Gründung eingeführte Vorortsystem (ein Kanton tritt für eine Periode von 4–6 Jahren als »Vorort« an die Spitze der Zentralleitung) wurde 1929 durch das Präsidialsystem mit lokal gemischter Zusammensetzung der Parteispitze ersetzt. Seit 1914 besitzt die FDP ein ständiges Parteisekretariat, bei dem die eigentliche Kontinuität der Parteiarbeit liegt.

Presse: Die FDP verfügt über zahlreiche ihr nahestehende Organe: ›Neue Zürcher Zeitung‹, ›Der Bund‹, ›St. Galler Tagblatt‹ u. a.

Geschichte: Äußerlich bildete das Vierteljahrhundert von 1894 bis zur Zäsur von 1919 den Höhepunkt in der Geschichte der FDP. Diese darf sich rühmen, bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges politisch wirklich die Unterstützung breitester Volkskreise genossen zu haben. Rein zahlenmäßig gesehen, ruhte freilich diese Mehrheitsstellung nicht überall auf einer soliden Basis. Ohne das sie bevorzugende Wahlsystem wäre sie besonders in konfessionell oder sozial nicht einheitlichen Kantonen nicht zu halten gewesen. So verfügte die freisinnig-demokratische Koalition zwischen 1860 und 1894 bei einem Wähleranteil von 50–52 % stets über einen Fraktionsanteil im Nationalrat von 55–65 %. Die FDP rechtfertigte diese unnatürliche Situation mit den höheren Interessen der Nation. So baute die vom Parteiideologen, dem Berner Staatsrechtler *C. Hilty,* vertretene Parteidoktrin geradezu auf dem Axiom auf, das Ziel der Freisinnigen Partei sei es, die konfessionellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Gegensätze durch die nationale Idee zu überwinden. Die Hervorhebung des national überhöhten liberalen Staatsgedankens bildete gleichzeitig das einigende Band für die durch Herkunft und Zusammensetzung so heterogene Partei, mit dessen Hilfe die FDP krisenhafte Entwicklungen zu überstehen vermochte. Dazu gehörte insbesondere die Abgrenzung nach links; 1892 hatte sich der ursprünglich unter freisinniger Führung stehende Grütliverein zur Sozialdemokratie bekannt; um ein weiteres Abbröckeln der Partei nach links hin

zu vermeiden, was man besonders seitens der Zürcher Demokraten befürchtete, beschloß der Parteitag von 1898 das Verbot der Zugehörigkeit zu anderen politischen Parteien; die Mehrheit der Zürcher Demokraten unter Führung von Bundesrat *L. Forrer* hielt daraufhin an der FDP fest.

Im 1. Weltkrieg trat freilich zutage, daß die innere Kraft des Freisinns zur Integration der auseinanderstrebenden Interessen nicht mehr genügte. In der spannungsgeladenen Innenpolitik kumulierten die inneren Gegensätze derart, daß das in Friedenszeiten bewährte Ausgleichsmittel nicht mehr ausreichte. Die freisinnige Strategie wurde gleichzeitig auf drei Frontlien auf die Zerreißprobe gestellt (Gegensatz zwischen alter und »jungfreisinniger«, sozialpolitisch orientierter Generation; Graben zwischen deutscher und französischer Schweiz und Austritt der Romands aus der FDP-Fraktion; wirtschaftlich-soziale Interessenspannung, vor allem Kluft zwischen Arbeitgebern und Privat- und Staatsangestellten, zwischen bäuerlichen Produzenten und städtischen Konsumenten, zwischen Großunternehmern und mittelständisch kleingewerblichen Erwerbszweigen). Die Front zerbröckelte sowohl am rechten wie am linken Flügel (Gründung von bäuerlich-gewerblichen Parteien → Schweizerische Volkspartei; Übertritt von Angestellten und Konsumenten zur Sozialdemokratie). Die Abfallbewegung spiegelte sich 1919 mit einer vom Freisinn nicht erwarteten Deutlichkeit im Resultat der ersten nach dem Proporzwahlsystem durchgeführten Nationalratswahlen wider. Er fiel von 115 Mandaten (60,9 %), maximale freisinnige Fraktionsstärke in dem nach Majorz gewählten Nationalrat (1911), auf 60 (31,8 %) zurück. Der maximale Wähleranteil (1914: 56,1 %) fiel 1919 auf 28,8 %.

Daß die FDP in den 20er und 30er Jahren nicht derselben vollständigen Desorganisation anheimfiel wie viele ihrer europäischen Schwesterparteien, verdankte sie zur Hauptsache der föderalistischen Struktur der Schweiz, d. h. der verhältnismäßig großen Selbständigkeit, welche die kantonalen Parteien im Rahmen der Landespartei genießen. So konnte z. B. die FDP ihren Charakter als sozial umfassende Volkspartei überall dort wahren und sich damit weiterhin die Anhängerschaft von Arbeitern und Bauern sichern, wo die Politik unter dem Vorzeichen weltanschaulich-religiöser Frontstellung steht (katholische und paritätische Kantone). Da die Anhängerschaft jedoch zur Hauptsache in einer sozialökonomisch breit angesiedelten Mitte liegt, können deren Bedürfnisse mit den Erfordernissen der Strategie einer Regierungspartei nur unter Schwierigkeiten in Übereinstimmung gebracht werden. Gegensätze zwischen den Flügeln werden durch unablässiges Aushandeln überbrückt, indem man bald den einen, bald den andern entgegenkommt. Am deutlichsten tritt dies in der wechselnden Vorrangstellung staatssozialistisch-interventionistischer oder antietatistischer Zielsetzungen in Erscheinung. So half die FDP wichtige sozial- und wirtschaftspolitische Postulate durchzusetzen, z. B. die Alters- und Hinterlassenenversicherung (1947) und den Agrarprotektionismus (1952). Heute tritt sie für eine maßvolle Planung in der Verkehrs-, Energie-, Boden- und Bildungspolitik ein.

Mehr Schwierigkeiten bereitete es, Großunternehmer- und gewerblich-mittelständische Interessen in Übereinklang zu bringen. Das gilt sowohl für die Krisenzeit der 30er Jahre, als der gewerbliche Flügel eine korporative Wirtschaftsordnung anstrebte (1933), wie für die Zeit des überhitzten Wachstums nach dem 2. Weltkrieg, als die FDP gegen die Gewerbeinteressen mehrheitlich für Dämpfungsmaßnahmen eintrat.

In staatspolitischen Fragen bereitete die parteiinterne Interessenvielfalt dem Freisinn die größten Schwierigkeiten. Nachdem er seine Mehrheitsstellung nach 1919 in den beiden Kammern und nach 1943 auch im Bundesrat verloren hatte, stützte er sich im Parlament zunächst auf Koalitionen mit Katholisch-Konservativen und Bauern. Die Konzession von Bundesratssitzen an die Sozialdemokratie zögerte er so lange hinaus, bis sie ihm von seinen Koalitionspartnern aufgenötigt wurde. Mit der Aufnahme von zwei Sozialdemokraten in den Bundesrat (1959) wurde die Sitzverteilung im Bundesrat proportionalisiert, d. h. der Fraktionsstärke der vier Bundesratsparteien angepaßt. Die FDP mußte dadurch einen Bundesratssitz aufgeben und verfügt seitdem nur noch über 2 statt 3 Sitze. Trotz ihrer Minderheitsposition hat sich die FDP nur schwer von ihrer Rolle als schweizerischer Staatspartei getrennt. Doch beansprucht sie nun mehr für sich die gleiche Legitimation zur Rolle der Oppositionspartei, wie sie die anderen Bundesratsparteien aus historischen Gründen ausüben. Sie macht die Unterstützung der Landesregierung von dem Kriterium abhängig, daß die eidgenössische Politik ein bestimmtes »Maß an liberalem Gehalt« nicht vermissen lasse. Interne Opponenten machen der Partei deshalb zum Vorwurf, »der Freisinn sei ohne Gemeinsinn« im Ruhe- und Ordnungsdenken erstarrt. Ihre anhaltende Wählerwirksamkeit bewies die Partei jedoch erneut bei den Wahlen 1979, wo sie ihre Mandatszahl um 4 auf 51 steigern konnte.

L. H. Zimmermann, Sozialpolitische Ideen im schweizerischen Freisinn 1914–1945, Diss. Zürich 1948; E. Steinmann, Geschichte des schweizerischen Freisinns, Bd. 1, 1830–1918, Bern 1955; R. Meier, Der schweizerische Freisinn, Bewahrung einer geschichtlichen Doktrin in der Gegenwart?, Diss. Bern 1978.

Freisinnige Großfamilie. Die Stabilität des schweizerischen Freisinns beruht vor allem auf der geschickten ideologischen und organisatorischen Kombination von Weltanschauungs- und Honoratiorenelementen. Denn je allgemeiner eine Ideologie ist, und je mehr sie sich mit herrschenden Werten und allgemein gültigen Staatsmaximen deckt, desto leichter läßt sie sich in einem so traditionsgesättigten Land wie der

Schweiz an veränderte Verhältnisse anpassen. Eine solche Partei sieht sich selten genötigt, ihren Standort im Handlungsspielraum programmatisch neu zu umreißen. Unter diesen Umständen ist auch das Risiko gering, daß der geistige Pluralismus, der daraus folgt, eine sozial umfassende Volkspartei mit notwendigerweise beschränkter Homogenität allzu starken Spannungen aussetzt. Strategisch neigt eine solche Partei dazu, das überlieferte Wertsystem zu tabuisieren und für heikle politische Fragen Ausgleichslösungen zu suchen. Das bewährte Honoratiorenprinzip bietet den Vorteil, umstrittene Entscheidungen bei der Standortbestimmung durch persönliche Kontakte mit ausgewählten Bezugsgruppen gezielt zu lösen, ohne daß die Parteibasis gleichzeitig in eine stürmische Diskussion über die Auslegung der Doktrin verwickelt werden muß. Freilich erlebte die freisinnige Großfamilie in der Jugendzeit der schweizerischen Demokratie auch bewegte Perioden, bis sie ihre wichtigsten Ziele erreicht hatte, die Festigung und Zentralisierung des Bundesstaates.

Der Begriff Freisinn wird im folgenden verwendet als Sammelname für liberale Gruppierungen verschiedenster Färbung im 19. Jh. Drei Richtungen, die sich mehr und mehr verselbständigen, lassen sich unterscheiden: die Liberalen (aus denen später die LIBERALDEMOKRATISCHE PARTEI wird), die Radikalen (später in der → FREISINNIG-DEMOKRATISCHEN PARTEI vereinigt), und die Demokraten (später → DEMOKRATISCHE PARTEI). Man kann die Rolle dieser drei Gruppen am besten verstehen, wenn man sie mit den staatsrechtlichen Veränderungen in Beziehung setzt, die sich in drei historischen Schüben vollzogen haben: mit der Umwandlung aristokratischer Kantonalstaaten in repräsentative Demokratien (1830/31); mit der Schaffung des Bundesstaates von 1848 und mit seinem zentralistisch-demokratischen Ausbau in der heute noch bestehenden Verfassung von 1874. Es handelt sich um die Verwirklichung verschiedener Demokratie-Ideale, des freiheitlich-individualistischen, des egalitär-radikalen und desjenigen der voll ausgebauten direkten Demokratie.

Aus dieser Stufenfolge ergibt sich einer der Wesenszüge des Freisinns, daß er nämlich das neu Erreichte gleichzeitig verteidigen und doch zur nächsten Etappe weitereilen muß. Die Angehörigen der freisinnigen Großfamilie zeichnen sich mithin durch ihre Doppelrolle als stabilisierende und dynamische Parteien aus. Nach der Durchführung der genannten Programmpunkte neigen die Freisinnigen freilich dazu, sich mit ihrem Werke gleichzusetzen und sich als Staatspartei mit »ihrem« Staat zu identifizieren. Der schweizerische Freisinn verdankt seine in Europa einzigartige Stellung tatsächlich der von ihm gelösten großen Aufgabe, aus einem lockeren Bündel selbständiger Kantonalstaaten die schweizerische Nation geformt zu haben.

Der liberale Zweig des Freisinns hatte seine geistigen Wurzeln in der Staats- und Gesellschaftslehre des Waadtländers und Wahlfranzosen *B. Constant*. Seine Lehre ist durch zahlreiche originelle Denker wie *A. Vinet, Ch. Secrétan* und *Ph. Bridel* weiterentwickelt worden. Ihnen gemeinsam ist eine Reduzierung des demokratischen Prinzips auf ein elitär bestimmtes Modell und von daher die Gegnerschaft gegenüber egalitärem Radikalismus und radikalem Mehrheitsdenken. Der bürgerliche Liberalismus strebte somit zwar die Einrichtung einer Volksvertretung an, verstand diese jedoch ausschließlich als Instrument für die Überführung der politischen Macht in die Hände einer schmalen durch Besitz oder Bildung sich auszeichnenden Oberschicht, der demzufolge allein das Wahlrecht zukommen darf.

Demgegenüber traten die schweizerischen Radikalen als Vertreter eines prononcierten Egalitarismus und Antiklerikalismus auf. Ihre Absicht war die Schaffung eines zentralistischen nationalen Staates als Voraussetzung für eine neue soziale Ordnung, ein Ziel, dem sich die Aristokratie und die Kirche widersetzten. Den Hauptangriffspunkt bildete dabei die Bundesverfassung von 1815, die die Grundlage des alten Systems darstellte. Im Unterschied zu den Liberalen sahen die Radikalen jedoch keine Verpflichtung, die gegen eine Revision der Verfassung in dieser enthaltenen rechtlichen Bestimmungen einzuhalten (Einstimmigkeit aller Stände oder Kantone an der Tagsatzung). Vielmehr stellten sie das Volk als obersten Gesetzgeber über jede Verfassung und leiteten daraus das Recht des Volkes auf Revolution ab, sofern nationale Einigung und Aufhebung der alten Ordnung dies erforderten. Die gleichzeitige Forderung der Radikalen nach Unabhängigkeit der Schweiz vom reaktionären Ausland war die Resonanz auf die Tatsache, daß der Rechtszustand, gegen den sie sich wandten, den Schweizern 1815 von den Großmächten aufgezwungen worden war. Auf die kürzeste Formel gebracht, heißt die geistige Grundlage des schweizerischen Radikalismus: Volksrecht auf Revolution im Dienste der nationalen Einigung (Druey).

Verglichen mit dem Radikalismus, brachte der Demokratismus der 60er Jahre grundsätzlich nichts vollkommen Neues. Er formulierte aber das Gemeinschaftsideal der Demokratie noch schärfer und näherte sich damit dem Ideal der sozialen Demokratie, die unablässig den jeweils neuen sozialen Verhältnissen angepaßt werden und fortentwickelt werden muß, um auf diesem Wege allmählich zu einer Überwindung der Klassengegensätze zu gelangen. Das geistige Zentrum der demokratischen Bewegung war Zürich und die Ostschweiz. In Zürich schlossen sich die Demokraten 1867 gegen das autoritäre Regime *A. Eschers*, eines Protagonisten des Manchesterliberalismus, in der DEMOKRATISCHEN PARTEI zusammen; 2 Jahre darauf vermochten sie bereits 8 der 13 Züricher Nationalräte zu stellen. Wenn man auch nicht von einer geschlossenen demokrati-

schen Doktrin sprechen kann, so doch von führenden demokratischen Theoretikern (*S. Bleuler,* der Fourierist *K. Bürkli,* der Philosoph *F. A. Lange,* 1866–72 in Winterthur und Zürich als Redaktor und Professor wirkend). Nicht alle Anhänger demokratischer Ideale nannten sich Demokraten. So blieb der führende Berner Staatsinterventionist *J. Stämpfli* gleich wie seine Parteifreunde dem Namen radikal treu. Im Waadtland (Vaud) bürgerte sich dagegen der Begriff »démocrates« ein, obschon ihre Vertreter den interventionistischen Zentralismus ablehnten. Ihr hervorragendster Führer war Bundesrat *L. Ruchonnet.* Als publizistisches Sprachrohr diente den Demokraten der in Winterthur erscheinende ›Landbote‹.

Bei aller Verschiedenheit, welche diese drei Ströme aufwiesen, verband sie in der Regel doch in entscheidenden Fragen das gemeinsame Bekenntnis zum nationalen Bundesstaat wieder zu einer Aktionseinheit. Das war 1848 und 1874 bei der Erneuerung der Bundesverfassung der Fall, dagegen nicht 1872 (vgl. → KONSERVATIV CHRISTLICHSOZIALE PARTEIFAMILIE). Die Glieder der freisinnigen Großfamilie haben zu diesem Zwecke einzigartige Organisationsgrundlagen entwickelt. Diese hängen mit dem frühzeitigen Ausbau der Demokratie zusammen. Auch in der Schweiz traten die freisinnigen Parteien zwar wie andernorts zunächst als Stabs- oder Kadergruppen auf (Honoratioren, Vertrauensmänner). Doch besaßen sie gleichzeitig die Möglichkeit, die Massen nach dem Vorbild der Milizarmee äußerst schnell zu Tausenden zu mobilisieren. Die Kader, vorerst in Studenten-, Bildungs- literarischen, beruflichen, politischen, gemeinnützigen und geselligen Vereinen (Sänger, Schützen, Turner) organisiert, bildeten ein weit verzweigtes Kapillarnetz von kleinen Sektionen mit allereinfachster Organisation (Delegiertenversammlung und Vorstand). Bei Bedarf konnten sie innerhalb kürzester Zeit zur großen nationalen Parteiarmee des »schweizerischen (freisinnigen) Volksvereins« aufgeboten werden. Unter dieser Bezeichnung hatten sich erstmals am 27. 7. 1847 Radikale aus den Kantonen Waadt, Wallis, Baselland, Aargau und Bern zusammengeschlossen, um für die Bildung eines Bundesstaates zu wirken. Mit dem gleichen Ziel einer Revision der Bundesverfassung gründeten Delegierte aus 16 Kantonen unter Führung Berns im April 1873 in Olten erneut einen Schweizerischen Volksverein, der zum Vorläufer der → FREISINNIGEN DEMOKRATISCHEN PARTEI wurde. In diesen Massenaufgeboten verwischten sich die doktrinären Unterschiede zwischen liberal, radikal und demokratisch so sehr, daß sich Rechtsgruppen wie die »Zofingia«-Studenten und Linksgruppen wie der Arbeiter-»Grütliverein« (→ SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI) in ein- und dieselbe Reihe einordneten – ein Zeichen dafür, daß die Massenbasis tatsächlich sozial umfassend und die freisinnige Parteifamilie eine Art Volkspartei geworden war.

Doch verhinderte diese Situation keineswegs, daß die Politik des jungen Bundesstaates in seinen ersten Jahrzehnten effektiv von einer Besitz- und Bildungselite gemacht wurde. Sie sammelte sich rund um den Zürcher Eisenbahn- und Bankmagnaten *A. Escher.* Man kann sie auch als liberale Kontrollgruppe bezeichnen, der angehörte, wer über die nötigen wirtschaftlichen Verbindungen verfügte. Und weil ihr umgekehrt die wichtigsten Schlüsselgestalten der Wirtschaft nahestanden (z. B. die Präsidenten des Schweizerischen Handels- und Industrievereins), übte sie ihrerseits politische Macht aus. Da sie nicht über eine besondere Organisation des Parteifußvolkes verfügte, verlor sie allmählich den größeren Teil ihrer Wähler an die radikalen und demokratischen Parteien. Diese beiden Gruppen schlossen sich 1878 zur radikal-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung zusammen, da ihre fortschrittliche Sozial- und Kulturpolitik von Konservativen und Rechtsliberalen hart bedrängt wurde, seit mit Hilfe des Referendums die Bundespolitik blokkiert werden konnte. Sobald die Radikaldemokraten zusätzlich auch von der sozialdemokratischen Linken angegriffen wurden, schien endlich der Zeitpunkt gekommen, da sich die über keine Massenbasis verfügende liberale Elite in den meisten deutschschweizerischen Kantonen mit den mitgliederstarken Vereinen der Radikalen und Demokraten 1894 zur → FREISINNIG-DEMOKRATISCHEN PARTEI verband. Das Entscheidende an dieser Gründung lag in der allmählichen Schwergewichtsverschiebung. Die radikaldemokratische Fraktion saugte den deutsch-schweizerischen Teil des liberalen Flügels auf, also fast die ganze kapitalistische Rechte der alten freisinnigen Familie. Sie übernahm auf diese Weise auch ihre Eigenarten als Kontrollgruppe, ohne dabei freilich ihren Charakter als Volkspartei preiszugeben. Jetzt wurde der Freisinn zur prädominierenden Partei, die gleichzeitig in den beiden Kammern und im Bundesrat über eine sichere Mehrheit verfügte. Sie übernahm damit auch andere Erbstücke der liberalen Kontrollgruppe, so deren führende Presseorgane (z. B. ›Neue Zürcher Zeitung‹). Ein Teil der alten Liberalen gründete 1893 eine liberaldemokratische Fraktion (→ LIBERALDEMOKRATISCHE UNION), eine kleine Gruppe von Ostschweizer Demokraten 1896 die Fraktion der ÄUSSERSTEN LINKEN (→ DEMOKRATISCHE PARTEI).

E. Gagliardi, Alfred Escher, Frauenfeld 1919; H. Rutishauser, Liberalismus und Sozialpolitik in der Schweiz, Diss. (Zürich), Lachen 1935; P. Gilg, Die Entstehung der demokratischen Bewegung und die soziale Frage. Diss. (Bern), Affoltern a. A. 1951.

Fronten. Die Fronten sind ein Sammelbegriff für mehr oder weniger parteiähnliche Bewegungen, die in Anlehnung an die Vorbilder von Nationalsozialismus und Faschismus in den 30er Jahren entstanden. Es versteckt sich darunter ein bunter Wirrwarr von Bewegungen, Bünden, Sammlungen. Nachdem sie und ihre Mitläufer ihren politischen Kredit 1935 eingebüßt hatten, erhofften verschiedene ehemalige Frontenführer

von *Hitlers* »neuem Europa« eine Renaissance und bekannten sich nun auch in der Namengebung offen zum Nationalsozialismus (z. B. NATIONALSOZIALISTISCHE EIDGENÖSSISCHE ARBEITERPARTEI). Da sie aber ihre Zukunft ganz mit der Eingliederung der Schweiz ins Dritte Reich verknüpften, fielen sie aus dem Rahmen schweizerischer Parteien heraus und wurden als auslandshörige Parteien 1940/41 meist verboten.

Die Bezeichnung »Front« erinnert an die nationalistische Ideologie und an das Fronterlebnis des 1. Weltkrieges. Die Frontisten verherrlichten das brutale, kämpferische und autoritäre Element in der Politik. Trotz ihrer Sympathie zum Nationalsozialismus sind sie in der Regel nicht einfach als dessen Ableger zu bezeichnen, sondern vielmehr als schweizerische Spielart nationaler Erneuerung zu verstehen. Ihre Erfolge waren sowohl räumlich und zeitlich beschränkt auf die Jahre 1933 und 1935 und in der deutschen Schweiz auf die Kantone Zürich, Schaffhausen, Aargau und Bern. Die Wähleranteile, welche die Frontisten bei kantonalen Wahlen erreichten, schwankten zwischen 6 und 12%; das gesamtschweizerische Wählerpotential belief sich 1933/35 auf etwa 15–20 000 Wähler (2%). Wie der in der Schweiz übliche Name »Frontenfrühling« sagt, handelte es sich dabei nur um eine kurze Blüte, die starb, bevor sie Früchte bringen konnte. Wichtigste Gruppe war die 1930 in Zürich durch *H. Vonwyl* und *E. Biedermann* gegründete NATIONALE FRONT, die 1935 einen Nationalratssitz erobern konnte (Presseorgan: ›Der Eiserne Besen‹, Zürich 1931–33). Auf ideologischem Gebiet beschränkten sich die Fronten auf ein reines Plagiat nationalsozialistischer Weltanschauung. Die Nachahmung zeigte sich nicht nur im Wortschatz, sondern auch in den Kampfmethoden: Auftreten in Uniformen, Fackelzüge, Saalschlachten, bewußte Störung der öffentlichen Ordnung usw. Auch wenn sich viele Frontisten vom totalitären Prinzip distanzierten, lehnten sie die parlamentarische Demokratie zugunsten eines Führerstaates ab. In dieser Ablehnung schweizerisch-demokratischer Tradition beriefen sie sich auf nationalistische, rechtsextreme Volksbünde der 20er Jahre. Sie spielten in der Schweiz eine ähnliche Rolle wie die konservativen Steigbügelhalter, welche *Hitler* in den Sattel geholfen haben. Ihre organisatorischen Anfänge gehen auf die Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund (1920) zurück. Sie lehnten diesen als Ausdruck des dekadenten westlichen Parlamentarismus ab. Dagegen waren sie erfüllt von nationalistischer Deutschlandbegeisterung und Bewunderung für dessen autoritäre Staatsform.

Der zahlenmäßige Bestand der parteimäßig organisierten Fronten ist nicht genau rekonstruierbar. Auf ihrem Machthöhepunkt scheint die NATIONALE FRONT gegen 10 000 Mitglieder besessen zu haben. Das Durchschnittsalter lag relativ tief, in Schaffhausen z. B. bei 34 Jahren. Soziologische Analysen von Mitgliedern, Wählern und Unterzeichnern von Initiativen ergeben kein einheitliches Bild. Im allgemeinen dominierten Unselbständige, vor allem untere Angestellte und Arbeiter, meist aus krisengeschädigten Erwerbszweigen; ferner Gewerbetreibende und ideologisch anfällige Studenten und Akademiker. Frontistische Wählerkontingente in roten, früher kommunistisch stimmenden Hochburgen in Zürich deuten auf vorübergehende Mitläuferschaft von Arbeitslosen hin.

Lehnte sich der Frontismus, der auf die deutsche Schweiz beschränkt blieb, an den Nationalsozialismus an, so standen entsprechende Bewegungen in der französischen und italienischen Schweiz unter dem Einfluß der »Action française« und des Faschismus. In der Romandie lag der Schwerpunkt in Genf bei der 1932 gegründeten UNION NATIONALE; 1935 erwarb sie einen Sitz im Nationalrat. Eine Fusion mit der NATIONALEN FRONT blieb ohne politische Konsequenz, da diese der westschweizerischen föderalistischen Einstellung zu wenig Rechnung trug. Rechtsextreme Kreise strebten hier eher die Rückkehr zum vorrevolutionären Staatenbund mit der Tagsatzung an. Im Tessin und in einzelnen Kantonen der französischen Schweiz bildete sich 1934 ein PARTI FASCISTE SUISSE.

B. Glaus, Die Nationale Front, Diss. Basel, Zürich-Einsiedeln 1969; W. Wolf, Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegungen in der deutschen Schweiz, 1930–1945, Zürich, 1969; K. D. Zöberlein, Die Anfänge des deutschschweizerischen Frontismus, 1970; R. Joseph, L. Union nationale 1932–1935. Un fascisme en Suisse romande, Diss. Lausanne, Neuchâtel 1975.

Jungbauernbewegung → Bauernheimatbewegung.

Katholisch-Konservative Fraktion → Konservativ-christlichsoziale Parteifamilie.

Katholische Volkspartei → Konservativ-christlichsoziale Parteifamilie.

Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) → Partei der Arbeit.

Konservativ-christlichsoziale Partei → Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz.

Konservativ-christlichsoziale Parteifamilie Der etwas vage Begriff der konservativen Parteifamilie wird als Sammelname für eine anfänglich überkonfessionelle Bewegung verwendet. Die fest fixierte Bezeichnung konservativ bürgerte sich für die Angehörigen der (katholischen) KONSERVATIVEN VOLKSPARTEI erst zu einem Zeitpunkt ein (1912), da sich die letzten selbständigen → REFORMIERT-KONSERVATIVEN PARTEIEN gerade auflösten. Daß in der Parteigeschichte außerdem auch Ausdrücke wie katholisch und christlichsozial offiziell in der Titelgebung auftauchten, vor allem bei kantonalen Parteien, weist auf die Gruppen-Rivalitäten hin, welche die Parteifamilie jahrzehnte-

lang lähmten, bevor diese die zentrifugalen Tendenzen bändigen konnte. Die starke Stellung, welche die CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI als wichtigster Abkömmlung der konservativ-christlichsozialen Parteifamilie heute besitzt, ergibt sich ähnlich wie beim FREISINN aus den günstigen Möglichkeiten, weltanschauliche, personelle und sozialstrukturelle Elemente geschickt zu kombinieren. Nur sind ihr diese Vorteile nicht wie beim FREISINN als Angebinde glücklicher Geburtsumstände mühelos zugefallen. Vielmehr sind sie das Ergebnis einer aufreibenden und konfliktreichen Entwicklung. Es vergingen mehr als sechzig Jahre, bis sich die Konservativen katholischen Glaubens als schweizerische Partei konstituieren konnten. Diese Verspätung mag erstaunen, gilt doch die katholische Kirche als Inbegriff von Einheit und Geschlossenheit.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Konservativen zu kämpfen hatten, hängen eng mit der Vorgeschichte des Bundesstaates von 1848 zusammen. Sieben katholische Kantone, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis, schlossen 1845 zur Abwehr der radikalen Angriffe auf die katholische Kirche und die kantonale Souveränität den sog. »Sonderbund«. Die militärische Niederlage, die ihm die Tagsatzungsarmee unter dem liberalkonservativen General *W. Dufour* 1847 bereitete, verwies die wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig schwache und nun noch zusätzlich politisch gedemütigte katholische Schweiz auf Jahrzehnte hinaus in einen Gettozustand. Das während der Regenerationszeit (1830–48) entstandene blühende Vereinsleben der Konservativen beider Konfessionen zur Verteidigung der kirchlichen und kulturellen Interessen wurde durch die Niederlage des Sonderbundes erheblich zurückgeworfen. Es litten hierunter auch die Katholiken aus konfessionell gemischten Kantonen (Aargau, Graubünden, St. Gallen, Thurgau) und aus konfessionspolitisch zerstrittenen Ständen (z. B. Solothurn und Tessin), obschon sie mit dem Sonderbund keine direkten Beziehungen gepflegt hatten. Diese Rückzugsposition wandelte sich nur langsam und in einer von Kanton zu Kanton verschiedenartigen Weise. Zunächst gelang es den Katholiken, ihre Positionen in den Sonderbundskantonen Zug um Zug zurückzuerobern. Sie bauten diese nun zu wahren katholisch-konservativen Festungen aus. Dieser Rückzug auf wenige, aber um so sicherere Stellungen förderte in diesem Lager einen ausgesprochenen Partikularismus und führte zur Abkapselung gegen die Außenwelt. Er erschwerte den Ausbruch ins eidgenössische Feld und hemmte den Prozeß der nationalen Bewußtseinsbildung, während der freisinnige Gegner diesen schon 1848 vollzog.

Der beschwerliche Entwicklungsweg, auf dem sich die politische Sammlung der konservativen Katholiken vollzog, spielte sich in drei Etappen ab. So ging es nach der Bundesgründung 1848 zunächst darum, die Anhänger aus der Resignation zu lösen und die früher blühende organisatorische Infrastruktur wieder aufzubauen. Nachdem das Kader des Sonderbundes ins Ausland geflohen oder von der politischen Bühne abgetreten war, mußte eine neue katholisch-konservative Elite gleichsam aus dem Nichts geschaffen werden. Sie rekrutierte sich zum Großteil aus dem »Schweizerischen Studentenverein«, einer Organisation, die 1841 als Antwort auf die radikalen Verletzungen des Bundesvertrages gegründet worden war. Sie trat dem neuen Bundesstaat ohne die Vorurteile der älteren Generation entgegen, sagte dem Klerikalismus Valet und beschränkte sich auf den Kampf gegen die zentralistischen Auswüchse des Radikalismus. Dieses Anliegen teilte sie mit den reformierten Konservativen. In der Innenschweiz entstammte die neue Elite meist alten Honoratiorenfamilien mit vielhundertjähriger Herrschaftstradition. Einzig in Freiburg, im Wallis und in einigen konfessionell gemischten (paritätischen) Kantonen huldigte die neue Elite engen konfessionalistischen Gesichtspunkten mit antireformiertem Vorzeichen. Eine zentrale Rolle in der politischen Sammlung der schweizerischen Katholiken fiel dabei dem 1857 gegründeten »Piusverein« zu. Da parteiähnliche Organisationen, die in einzelnen katholischen Kantonen vorübergehend entstanden, jeweils wieder zerfielen, nachdem sie eine bestimmte Aufgabe gelöst hatten, sorgte allein der Piusverein für eine gewisse Kontinuität im politischen Vereinsleben der Katholiken. Auch wenn er sich unpolitisch gab, ließ sich in einem von Kirchenkämpfen beherrschten Zeitalter eine kirchliche Bewegung nicht fein säuberlich von der politischen trennen. Besonders in Kantonen, in denen es den Katholiken faktisch verwehrt wurde, förmliche politische Parteien zu gründen, wurde der Piusverein notwendigerweise zum politischen Forum. Seiner Verbreitung in ländlichen Gegenden entsprach sein bäuerlich-mittelständischer Charakter.

Die Periode, in der auf diese Weise das Joch radikaler Minderheitenherrschaft in den Sonderbundskantonen abgeschüttelt wurde, dauerte bis 1872. Dabei führten die Konservativen beider Konfessionen den Kampf öfters gemeinsam. Die Katholischen-Konservativen erhöhten ihren Wähleranteil bei den Nationalratswahlen zwischen 1848 und 1872 von 11,6 % auf 25,6 % und denjenigen ihrer Vertreter im Nationalrat von 4,8 % auf 19,3 %. Im 44köpfigen Ständerat steigerten sie die Zahl ihrer Sitze von 6 auf 16. Zeitweise existierte eine überkonfessionelle konservative Parlamentsgruppe. Ihre Führer waren der Luzerner *Ph. A. von Segesser* und der Berner *E. Blösch*. Mangels organisatorischer Grundlagen bildete die Presse das wichtigste Kampf- und Sammlungsmittel. Auf katholischer Seite ragte in der Innerschweiz die ›Schwyzer Zeitung‹, in Freiburg das von *J. Schorderet* gegründete ›Katholische Korrespondenzbüro‹ hervor. Die Reformierten verfügten nur bis zu Beginn der 60er Jahre über wirkungsvolle Organe (›Eidgenössische Zei-

tung‹, ›Basler Zeitung‹, ›Oberländer-Anzeiger‹).

In der zweiten Periode, die von 1872 bis zur Jahrhundertwende dauerte, stellte der Kulturkampf die Konservativen beider Konfessionen vor neue Proben. Im Gegensatz zur »fable convenue« nahmen sie aber vorerst keineswegs eine provokative Haltung ein. Einzelne Führer äußerten sogar zunächst die Absicht, die 1871 eingeleitete Bundesverfassungsrevision zu unterstützen. Ermöglicht wurde ihnen dies dadurch, daß die Revisionsfreunde mit ihrer Parole »Ein Recht – eine Armee« den Nachdruck weniger auf den Kulturkampf als auf den Zentralismus legten. Damit schafften sie sich aber eine neuartige Gegnerschaft, da ihr Werk föderalistische Abwehrinstinkte in der ganzen französischen Schweiz weckte. Infolge dieser weitverzweigten Opposition wurde die Bundesverfassungsrevision 1872 verworfen. Der zweite Verfassungsentwurf von 1874 trug dann kulturkämpferische Züge und endete mit einer Niederlage der jetzt vorwiegend konfessionell bestimmten konservativen Opposition.

Die nun einsetzende zentralistische und gegen die konfessionellen Schulen gerichtete Politik der herrschenden Freisinnigen wurde zwar erfolgreich mit der Waffe des Referendums bekämpft. Zwischen 1874 und 1900 erlitten die Freisinnigen bei etwa 50 % ihrer Abstimmungsvorlagen eine Niederlage. Doch da es für die Anwendung dieser Taktik nur eines Minimums an parteimäßiger Organisation bedurfte, beschränkten sich die Konservativen auf den Ausbau ihrer Presse (›Vaterland‹ in Luzern, ›Liberté‹ in Freiburg, ›Ostschweiz‹ in St. Gallen, alle katholisch; reformierte ›Allgemeine Schweizer Zeitung‹ in Basel). Die → Reformierten Konservativen riefen als erste eine gesamtschweizerische Organisation ins Leben. Die Schaffung einer gesamtschweizerischen katholisch-konservativen Partei scheiterte dreimal an innerkatholischen Rivalitäten. Junge Katholiken aus paritätischen oder Diasporagegenden sahen sich mit der sozialen Frage konfrontiert und bildeten sozialpolitisch orientierte Diskussionszirkel. Die Führer dieses sozialen Katholizismus waren zwei international anerkannte Sozialpolitiker, die Erfahrungen in Basel und Graubünden sammelten, aber ihre Laufbahn an der 1891 gegründeten katholischen Universität Freiburg beschlossen: der ursprünglich aus Luzern stammende, aber in Basel wirkende Theologe *J. Beck* und der Literat *K. Decurtins*. Dieser besaß wesentlichen Anteil an der Gestaltung der Enzyklika »Rerum novarum« *Leos XIII*. Daneben bildete sich eine als »Junge Schule« bezeichnete neue politische Elitegruppe heraus. Sie strebte die Regierungsfähigkeit im Bundesstaate an und nahm darum Abstand von der oft obstruktionsartigen Politik der Föderalisten und Klerikalen. Sie prägte den Typus des kommenden katholisch-konservativen Honoratiorenpolitikers, der im 20. Jh. zunehmend bewußt Einfluß auf die gesamteidgenössische Politik nahm. Die »Junge Schule« stand damit im Gegensatz zum Gros der streng föderalistischen überkonfessionellen Innerschweizer. Jede dieser Gruppen war stark genug, die Gründung einer gesamtschweizerischen Partei mit einer Sperrminorität zu verhindern. So wurde 1874 die von Freiburgern vorgeschlagene Association conservatrice suisse von den Innerschweizern und 1881 die vom Luzerner *J. Zemp* gegründete Konservative Union von den konfessionalistischen Freiburgern torpediert. Die am 12. 8. 1894 in Luzern gegründete Katholische Volkspartei stieß auf den Widerstand jener Gruppe, welche die bundesstaatliche Politik unterstützte, besonders seit *J. Zemp*, einer ihrer Führer, 1891 als erster Vertreter der »katholisch-konservativen« Fraktion in den Bundesrat gewählt worden war. Diese umfaßte damals 35 (23,8 %) von 147 National- und 18 von 44 Ständeratssitzen bei einem Nationalrats-Wähleranteil von 25,6 %. Der so lange vergeblich erstrebte Zusammenschluß kam schließlich – in der dritten Periode – nicht auf der Basis der miteinander rivalisierenden politischen Gruppen, sondern auf der kirchlicher Organisationen zustande. Diese allein bildeten nämlich den gemeinsamen Boden, auf dem die parteiinternen Divergenzen überwunden werden konnten. Denn das Zusammentreffen der politisch so verschiedenartig orientierten katholischen Brüder erwies sich nur dort als möglich, wo die Reibungsflächen am geringsten waren, d. h. auf religiös-kirchlichem Gebiet. Der Weg zur gesamtschweizerischen Partei in der dritten Etappe setzte also voraus, daß zunächst eine gesamtkirchliche Organisation der schweizerischen Katholiken vorhanden war. Sie erfolgte mit der Gründung des »Schweizerischen Katholischen Volksvereins« im Jahre 1905, der sich freilich als kirchliche Spitzenorganisation erst durchsetzte, nachdem sich die bisher ebenfalls getrennt marschierenden kirchlichen Vereine unter seinem Dach vereinigt hatten. Er war das Reservoir, das der Partei das von ihr benötigte Fußvolk zuführte, welches das uneinige politische Kader bisher nicht zu einigen verstanden hatte. In vielen Fällen bildeten die Untergruppen des katholischen Volksvereins geradezu lokale oder kantonale Sektionen der Partei. Gleichzeitig war der »Katholische Volksverein« auch Dachorganisation der Piusvereine und der katholischen Arbeitervereine, die sich als weiterer Typ der katholischen Subgesellschaft im letzten Viertel des 19. Jh. gebildet hatten. Von dieser Seite ging einer der Hauptimpulse zur Gründung einer gesamtschweizerischen konservativen Partei aus. Der gewerkschaftliche Flügel organisierte in einzelnen Kantonen christlichsoziale Konkurrenzparteien und drohte, dasselbe auf gesamtschweizerischer Ebene zu tun. Um dem zuvorzukommen, erfolgte daraufhin 1912 die Gründung der Schweizerischen Konservativen Volkspartei (→ Christlichdemokratische Volkspartei).

K. Fry, Kaspar Decurtins, Der Löwe von Truns, 2 Bände, Zürich 1949–52; G. Beuret, Die katholisch-soziale Bewegung der

Schweiz 1848–1919, Diss. (Zürich) Basel 1959; U. Altermatt, Der Weg der Schweizer Katholiken ins Ghetto, Diss. (Bern), Zürich und Einsiedeln 1972.

Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz (KCVPS) → Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz.

Konservative Volkspartei → Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz.

Landesring der Unabhängigen (LdU). Liberale Oppositionspartei mit sozialreformerischer Tendenz; Schwerpunkt im Kanton Zürich.

Gründung: 30. 12. 1936 in Zürich durch *G. Duttweiler.*

Programm: Das Programm des LdU war, dessen Ursprung entsprechend, zunächst vorwiegend wirtschaftspolitisch orientiert. Es vertrat das Ideal der sozialen Marktwirtschaft, innerhalb deren der Kapitalismus sich durch echten, offenen Wettbewerb und soziale Verantwortung zu rechtfertigen habe. Daraus resultierten der Kampf gegen Kartelle und Staatsinterventionismus, gegen das System der Verbandsdemokratie und der Versuch, die etablierten Mächte durch einen möglichst weitgehenden Einsatz der Volksrechte unter Kontrolle zu halten. Nach dem Tode *Duttweilers* (1962) wurde der Akzent verstärkt auf eine sozial-liberale Programmatik gelegt, die das Modell der freien Wirtschaft mit der Konzeption des sozialen Wohlfahrtsstaates zu verbinden sucht.

Organisation: Bei seiner Gründung konzipierte *Duttweiler* den LdU als Sammelbecken »der besten Mitglieder der bestehenden Parteien«. Daher war die Mitgliedschaft beim LdU statutenmäßig vereinbar mit derjenigen in einer anderen Partei; so wurden z. B. oft hervorragende Vertreter der Freiwirtschaftlichen Bewegung (→ Liberalsozialistische Partei) auf die Wahllisten des LdU aufgenommen. De facto wurde jedoch dieses organisatorische Idealziel nicht erreicht und der LdU eine Partei wie jede andere, deren Statuten sich – abgesehen von der Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft – kaum von denen anderer Parteien unterscheiden. Es besteht eine starke finanzielle und persönliche Verflechtung mit dem Migros-Konzern, dessen Funktionäre eine Zeitlang einen Großteil der LdU-Parlamentarier stellten, und der die Partei mit gegenwärtig jährlich ca. 4 Mill. Franken unterstützt.

Presse: Tageszeitung ›Die Tat‹ (Zürich, 1935–1977), ›Ring‹ (monatlich).

Geschichte: Der LdU ist auf eine für schweizerische Parteien unübliche Weise allein von einer hervorragenden Einzelpersönlichkeit ins Leben gerufen worden. Der Großkaufmann *G. Duttweiler* strebte mit seinem 1925 gegründeten Verkaufsgeschäft »Migros« an, durch Rationalisierung in der Verteilung und durch Massenumsatz das damals überhöhte Preisgefüge im Detailhandel zu senken. Er erregte damit aber nicht nur den Widerstand seiner Konkurrenten und der Nahrungsmittelindustrie, sondern auch denjenigen der Behörden. Sie versuchten, seine Unternehmung mit Spezialgesetzen, z. B. Filialverboten, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu ersticken. *Duttweilers* Entschluß, zusammen mit parteilosen Freunden 1935 an den Nationalratswahlen teilzunehmen, war also die unausweichliche Reaktion auf unerträgliche Schikanen. Der Versuch glückte. Sieben auf Landesringlisten gewählte Kandidaten bildeten eine Fraktion im Nationalrat. Die Migros war inzwischen zu einem riesigen Konzern mit über 20 Mrd. Jahresumsatz geworden. *Duttweiler* trat anfangs mit recht verschwommenen Ideen über Organisation und Programmatik der neuen politischen Formation in die Politik ein. Die Gegner des LdU haben stets den Zwiespalt hervorgehoben, der zwischen dem Machtanspruch des Migros-Wirtschaftsriesen und der im Parteinamen postulierten politischen Unabhängigkeit klaffte. Diese enge Beziehung wirkte sich entscheidend auf das Verhältnis der Partei zu ihren Anhängern aus. Der Landesring wurde so stark durch die Gründungsumstände geprägt, daß das charismatische Element der eigenwilligen Gründerpersönlichkeit ein ungewöhnliches Gewicht innerhalb der Partei erhielt. So verursachte sein streitbarer Geist zahlreiche interne Parteiauseinandersetzungen. 1943 verließen seine engsten Mitarbeiter die Partei, nachdem sie vergeblich versucht hatten, ihn, der damals politisch sehr umstritten war, von einer neuen Nationalratskandidatur abzuhalten. Es fehlte dem LdU infolgedessen das stabilisierende Element von ausgleichenden Honoratiorengruppen. Das wenig präzise Programm und eine manchmal sprunghafte Politik des Gründers trugen ebenfalls zu einer gewissen Unbeständigkeit bei.

Daran wird auch die neue sozial-liberale Programmatik wenig ändern, die seit dem Tode *Duttweilers* (1962) das nun fehlende Charisma des Führers ersetzen soll. Der LdU muß sich deshalb zum großen Teil mit Protestwählern begnügen, die an bestimmten Landesring-Alternativen jeweils gerade Gefallen finden, weil ihnen die übrigen Parteien gar keine oder keine besseren anbieten. Keine andere Partei ähnlicher Größe hat deshalb so sehr unter Wählerschwankungen zu leiden wie der LdU. Sein Wähleranteil bewegt sich bei den Nationalratswahlen seit 1935 zwischen 4,2 % und 9,1 %, sein Fraktionsanteil zwischen 3,7 % und 8 %. Noch auffallender sind die Wellentäler und -höhen im kantonalen Bereich (in Basel-Stadt z. B. Wähleranteile zwischen 4,2 und 16 %). Der LdU weist sodann den größten Prozentsatz an Panaschierstimmen auf, auch dies ein Hinweis auf die sehr wenig disziplinierte Wählerschaft. Mit seinen bloß 8000 Mitgliedern ist das Mitglieder-Wählerverhältnis das tiefste (8 %, SVP 39 %!). Sein Wählerreservoir ist sozial (70 % Angestellte und Beamte) und regional beschränkt. Seine Hochburg liegt im Kanton Zürich, dem Wohnkanton *Duttweilers.* Dort ist er auch Regierungspartei. Er etablierte sich außerdem nur noch in den stark industrialisierten Kan-

tonen der Nord-, Zentral- und Ostschweiz, insgesamt in zehn Kantonen. In der französischen Schweiz und in den kleinen ländlichen Kantonen der Innerschweiz konnte der LdU nicht Fuß fassen.

J. Meynaud und A. Korff, Die Migros und die Politik: Der Landesring der Unabhängigen, Zürich 1967; H. G. Ramseier, Die Entstehung und Entwicklung des Landesrings der Unabhängigen bis 1943, Diss. Zürich 1973; M. Jenni, Gottlieb Duttweiler und die schweizerische Wirtschaft, Diss. Basel, Bern 1978.

Liberaldemokratische Partei → Liberale Partei der Schweiz.

Liberaldemokratische Union der Schweiz (LIDUS) → Liberale Partei der Schweiz.

Liberale Partei der Schweiz (LPS). Liberal-konservative Partei, die ihren Rückhalt vorwiegend in den Kantonen Basel-Stadt, Genf, Neuenburg und Waadt hat. Gründung als Landesorganisation 1913 als LIBERALDEMOKRATISCHE PARTEI durch Delegierte von 9 liberal-konservativen kantonalen Parteien. 1961 Umbenennung in LIBERALDEMOKRATISCHE UNION DER SCHWEIZ (LIDUS), 1977 in LPS.

Programm: Bei ihrem Zusammenschluß 1913 griffen die Liberaldemokraten liberale Grundsätze auf, wie sie sich in den einzelnen Kantonalparteien seit Ende des 19. Jh. mehr und mehr herausgebildet hatten. Dazu gehörten der Kampf gegen Bürokratie, der Schutz der sprachlichen und politischen Minderheiten sowie das Postulat nach einem weiteren Ausbau der Volksrechte. Verstärkt wurden diese Tendenzen noch durch das ausdrückliche Bekenntnis zum Föderalismus, zu kultureller Eigenständigkeit der Sprachgruppen und zum Schutz des Individuums vor überbordendem Staatsinterventionismus. An diesen Prinzipien hält die Partei im wesentlichen auch heute noch fest. Auf dem Wirtschaftssektor tritt sie dementsprechend für freien Wettbewerb ein, schließt jedoch für die Landwirtschaft staatliche Fördermaßnahmen nicht aus. Organisation: Als typische Honoratiorenpartei begnügte sich die Partei anfangs mit einem Minimum an Organisation. Inzwischen hat sich eine den anderen Parteien ähnliche Organisationsstruktur herausgebildet mit der Delegiertenversammlung als oberstem Organ, deren erweiterte Form der Parteikongreß ist. Beide tagen mindestens einmal pro Jahr. Zwischenzeitlich leitet der Zentralvorstand die Partei.

Presse: ›Basler Nachrichten‹, ›Gazette de Lausanne‹, ›Journal de Genève‹.

Geschichte: Die Liberalen sind in der Geschichte der → FREISINNIGEN GROSSFAMILIE als älteste Generation vorgestellt worden. Sie rekrutieren sich aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum. Dieses übernahm in den 30er Jahren des 19. Jh. die politische Macht in den jungen demokratischen Staatswesen, in den sog. »regenerierten« Kantonen. In der Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs übten sie den Haupteinfluß im jungen Bundesstaat aus. Der Name liberal deckte sich aber nicht immer mit dem politischen Charakter der sich so nennenden Gruppen. So nennen sich radikale Freisinnige in verschiedenen Kantonen noch heute liberal. Umgekehrt behalten Liberale alten Schlags historische Namen bei, mit denen sie seinerzeit ihrem oppositionellen Charakter gegenüber dem Radikalismus Ausdruck geben wollten; so betiteln sich die Genfer Liberalen noch heute als »Démocrates«. Als reine Honoratiorenpartei bestanden die Liberalen fast ausschließlich in der Form einer Bundesversammlungsfraktion. Sie wählten zunächst den Namen »Mitte« oder »Zentrum« und unterstrichen im Unterschied zu den Radikalen den konservativen Charakter ihres Liberalismus (Liberalkonservative). Die Bezeichnung »Zentrum« wurde erst 1893 durch liberaldemokratisch ersetzt. Mit dieser Profilierung wollte man der drohenden Abwanderung deutsch-schweizerischer Fraktionsmitglieder ins Lager der → FREISINNIG-DEMOKRATISCHEN PARTEI ein Jahr vor deren Gründung zuvorkommen. Die Fraktion zählte damals noch 30 Mitglieder. 1913 erfolgte die Ausweitung zur Landesorganisation. Die strukturellen politischen Verschiebungen nach dem 1. Weltkrieg bedeuteten für die Liberaldemokraten einen schmerzlichen Aderlaß. Auf die drei reformierten Kantone der französischen Schweiz und Basel beschränkt, verfügten sie nun nur noch über neun National- und zwei Ständeratssitze, ein Rückgang, der sich bei den folgenden Wahlen noch fortsetzte, so daß die Partei in den 30er Jahren nur noch 6 Nationalratssitze innehatte. Das gesamteidgenössische Parteileben erkaltete nach 1918 so sehr, daß zwölf Jahre lang kein Parteitag mehr einberufen wurde. Zeitweise dachte man sogar an eine Auflösung der Partei und erwog die Möglichkeit eines Anschlusses an die ebenfalls zur Dissidenz neigenden freisinnigen kantonalen Schwesterparteien. Doch erkannte man noch rechtzeitig genug, daß dadurch der im 1. Weltkrieg aufgerissene Sprachgraben noch vertieft worden wäre. 1929 entschied man sich für die Erhaltung einer gesamtschweizerischen Parteiorganisation. Freilich ruhte das Schwergewicht nach wie vor auf den kantonalen Parteien.

In der Zwischenkriegszeit führte die individualistisch-antietatistische Grundhaltung die Liberaldemokraten zunächst in eine verschärfte Defensive gegenüber der politischen Linken, da diese besonders in Basel und Genf einen linksextremen Kurs steuerte. Die Liberalen wirkten dabei als Vorkämpfer des westschweizerischen Antikommunismus. In Genf, Waadt und Neuenburg ging die Initiative zum Verbot kommunistischer Parteien von ihnen aus. Es entsprach dieser nach rechts neigenden Position, daß man sich im liberalen Lager gleichzeitig vom katholischen Korporativismus beeindrucken ließ, in der irrtümlichen Meinung, dieser werde den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beseitigen, ohne die Privatinitiative des Individuums zu beeinträchtigen. Doch gelang es den Liberaldemokraten immer wieder, sich von sturem Doktrinarismus freizuhalten. Als Partei einer ökonomischen und intellektuellen

Elite fiel es ihnen leichter als anderen Parteien, sich in den Auseinandersetzungen mit den Zeiterscheinungen geistig weiter zu entwickeln und das liberale Gedankengut einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Wesentlicher Bezugspunkt war dabei neben dem Geist der Aufklärung der evangelisch-reformierte Glauben, dem man sich besonders verpflichtet fühlte. Denn man betrachtete den westschweizerischen Liberalismus als besondere Ausdrucksform der »Suisse française protestante«. Die Originalität, in der diese sich am meisten von der französischen Nation abhebe, liege eben gerade in dieser im Rahmen der französischen Kultur glaubensmäßigen Sonderstellung begründet. So ist das liberale Denken eines *A. Vinet,* eines *Ch. Secrétan* und eines *Ph. Bridel* auf auffallende Weise durch das Evangelium geprägt. *Secrétans* Philosophie rückt in die Nähe eines christlichen Sozialismus und verlangt, daß der Liberalismus ebenso sehr den Ansprüchen der Gesellschaft wie denen des Individuums genügen müsse. Nur geläutert durch den »esprit de solidarité«, kann er die Aufgaben der Zeit lösen. Daß diese Solidarität auch der Versöhnung der Völker dienen muß, ist eines der wichtigsten liberalen Anliegen. So hat der Basler *A. Oeri* in besonderer Weise für die Verbreitung der internationalen Solidarität im Rahmen des Völkerbundes gewirkt.

Nach dem 2. Weltkrieg sahen sich die Liberalen vor die Frage gestellt, ob der klassische Individualismus nicht die Gefahr in sich schließe, die Anpassung an die großen Umwälzungen der »Dritten industriellen Revolution« zu langsam zu vollziehen. Sie glauben aber, da sie sich nicht an die Massen, sondern an die Einzelnen wenden, gerade durch die Betonung des Wagnisses und durch profilierte politische Stellungnahme eine wachsende Zahl Verantwortungsfreudiger anzusprechen. Wenn sie dennoch von Mitgliederverlust bedroht sind, so vor allem deshalb, weil die soziale Schicht, aus der sich ihre Anhängerschaft rekrutiert (Bauern, Selbständige), mehr und mehr zusammenschmilzt und ihre Doktrin in anderen Bereichen wenig Echo findet. Bei den Wahlen in den Nationalrat erhielt die LIDUS nur zwischen 2 % und 2,5 % der Stimmen, was ihr 6 Sitze einbrachte. 1971 konnte sie ihre Fraktion jedoch durch den Zuzug der 3 Abgeordneten der → Evangelischen Volkspartei (EVP) auf 9 Mitglieder verstärken; bei den Wahlen 1979 erzielte sie 8 Sitze.

Die Fraktion verfügt dabei über ein – im Verhältnis zu dieser kleinen Zahl – einzigartiges Potential überdurchschnittlicher Köpfe (*P. Dürrenmatt,* Basel, *J. F. Aubert,* Neuenburg, *O. Reverdin,* Genf). So bezweckte denn auch die neue, 1961 gewählte Organisationsform einer »Union«, die auch nach der erneuten Umbenennung in LPS, 1977, beibehalten wurde, das liberale Gedankengut durch Diskussion und bewußte Meinungsbildung in kleinen Zirkeln zu festigen. In keiner Partei ist wohl deshalb die Presse für die Repräsentation der Parteiinteressen von so großer Bedeutung. Es bedeutete einen schweren Schlag für den schweizerischen Liberalismus, daß zwei von seinen drei Zeitungen entweder von der Konkurrenz aufgeschluckt (›Basler Nachrichten‹) oder – wie im Falle der ›Gazette de Lausanne‹ – zum bloßen Kopfblatt des ›Journal de Genève‹ degradiert worden sind. Damit ist eine lange, ruhmreiche Pressegeschichte zu Ende gegangen, die bei der ›Gazette de Lausanne‹ bis ins Jahr 1798 zurückreicht.

Ph. Bridel, La philosophie sociale et politique d'Alexandre Vinet (Lausanne 1930); B. Rimli, Sozialpolitische Ideen der Liberal-Konservativen in der Schweiz (1815–1939), Diss. Zürich 1951; C. Gorgerat, Notre libéralisme, Lausanne 1946.

Liberalsozialistische Partei der Schweiz (LSP). Unter den vielen Kleinparteien verdient einzig die liberalsozialistische Erwähnung. Wie die Demokraten versuchen auch die Anhänger des 1915 gegründeten »Freiland-Freigeldbundes« eine Brücke zwischen Liberalismus und Sozialismus zu schlagen. Später bürgert sich der Name Freigeldler oder Freiwirtschafter ein. Die geistige Grundlage bildet die vom Österreicher *S. Gesell* entwickelte Freigeld- und Freilandlehre. Sie verbindet einen ökonomischen Liberalismus besonderer Prägung mit einem wesentlich sozialistischen Postulat, der Bodenverstaatlichung. Ferner tritt sie für freie Konvertierbarkeit der Währungen ein. Die Anhänger rekrutieren sich aus verschiedenen Lagern (Liberale, Sozialdemokraten). Als führende Figur der ersten Richtung galt der Basler Architekt *H. Bernoulli,* ein Nachfahre der großen Mathematiker.

Die Freiwirtschafter gingen vom anfänglich vertretenen bündischen Prinzip erst allmählich zu parteipolitischer Tätigkeit über. 1943 trennte sich die Gruppe in eine »Freiwirtschaftliche Bewegung« unter der Führung des Ständerates *H. K. Sonderegger* aus Appenzell-AR, und in die »Liberalsozialistische Partei«. Einzelne prominente Mitglieder werden auf Landesring-Listen in den Nationalrat gewählt, so *Bernoulli.*

F. Salzmann, 50 Jahre Freiwirtschaft, Bern 1965.

Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (NA). Das optimistische, auf die Endstation Überfluß ausgerichtete Wachstumsdenken rief in fast allen westlichen Industriestaaten einen ihm entgegengesetzten Antiwachstumsimpuls hervor. In der Schweiz kristallisierte sich diese dumpfe Unzufriedenheit im abwehrenden, mithin als konservativ zu verstehenden Begriff der Überfremdung. Die Geschichte der 1961 gegründeten NA zeichnet sich durch eine ununterbrochene Kette von Rivalenkämpfen, Ausschlüssen, Spaltungen und neuen Zusammenschlüssen aus. In diesem diffusen Geschehen sind nur drei Ergebnisse von historischer Tragweite erwähnenswert: 1. 1967 wurde *J. Schwarzenbach* als erster Vertreter der NA in den Nationalrat gewählt. 2. Ein Volksbegehren *Schwarzen-*

bachs, das eine starke zahlenmäßige Beschränkung der ca. 700 000 in der Schweiz lebenden Fremdarbeiter verlangte, wurde 1970 vom Volk nur ganz knapp (46 % Ja-Stimmen) verworfen. Da *Schwarzenbach* ein zweites, noch weitergehendes Volksbegehren ablehnte, trat er aus der NA aus und gründete am 2. 11. 1970 die SCHWEIZERISCHE REPUBLIKANISCHE BEWEGUNG. 3. Trotz heftiger Rivalitäten eroberten die beiden Parteien mit ihren 143 000 Wählern (Anteil von 7,2 %; erstmalige Teilnahme der Frauen) zehn weitere Mandate und damit einen Fraktionsanteil von 5,5 %. Gleichzeitig vermochten sie ihre Anhängerschaft auch auf die Westschweiz auszudehnen, wo sich in Genf bereits 1965 die ähnlich orientierte Partei der VIGILANTS gebildet hatte. Unter dem Einfluß der Rezession und der Abwanderung der Fremdarbeiter verloren die beiden Parteien so viele Anhänger, daß sie 1975 nur mehr 6 Sitze (2 für NA, 4 für Republikaner), 1979 nur noch 3 (2 NA, 1 Republikaner) erhielten.

Gemeinsam an der Programmatik ist der Kampf gegen die Überfremdung auf dem Kapital-, Boden- und Arbeitsmarkt und auf dem Gebiet der Kultur. *Schwarzenbach* sucht eine Heilung des Übels vor allem in der Wiedergewinnung von Tradition und Glauben. Er beschwört das Bild einer bruchlosen republikanischen Überlieferung herauf, welche die Schweizergeschichte von 1798 an mit der alten, vorrevolutionären, christlichen »Eid-Genossenschaft« als einem Bund kantonaler Staaten verbindet. Der mit *Schwarzenbach* rivalisierende Führer der NA, *V. Oehen,* strebt vor allem eine biologisch verstandene Stabilität an. Seine Lebensraumtheorie wird vom dunklen Bild einer ökologischen Katastrophe beherrscht, der gegenüber ein Kleinstaat sich nur behaupten kann, wenn er Abwehrreflexe zum Schutz des knapp gewordenen Lebensraumes gegen die Artfremden entwickelt.

Das hier zweifellos auftretende rassistische Gedankengut hat der NA den Vorwurf der Faschismusnähe eingetragen. Wird doch, ähnlich wie im Faschismus, eine »einfache Weltanschauung« mit Sündenbockdenken und rassistisch motiviertem Haß gepredigt. Von den totalitären Wesensmerkmalen des Faschismus findet sich bei den Überfremdungsparteien allerdings keine Spur. – Die »einfache Weltanschauung« ist in erster Linie darauf abgestimmt, eine sozial wenig einheitliche Anhängerschaft zusammenzuhalten, die sich insbesondere aus früher politisch links wählenden Unterschichten rekrutiert. Dazu gehören nicht nur Arbeiter, sondern vor allem auch Rentner, Hausfrauen und Kreise, die auf dem Höhepunkt der Wachstumseuphorie die Schattenseiten des Wachstums zu spüren bekommen (Inflation, Wohnungsmangel, Umweltschäden).

Presse: ›Volk und Heimat‹ (Monatsblatt der NA, seit 1966); ›Der Republikaner‹ (bis 1979) ›Schweizerzeit‹ (seit 1979), Organe der Republikaner.

P. Gilg, Der Erfolg der neuen Rechtsgruppen in den Nationalratswahlen von 1971, in: Schw. Zs. f. Volksw. und Stat. 1972, S. 591–622; D. Sidjanski et. al., Dimension gauchedroite chez les dirigeants et électeurs suisses; in: Rev. fr. de sc. pol. 1974, S. 994–1025; J. Schwarzenbach, Die Überfremdung der Schweiz, wie ich sie sehe, Zürich 1974.

Partei der Arbeit (PdA). Gründung: 14./15. 10. 1944 in Zürich als Nachfolgeorganisation der am 5./6. 3. 1921 in Zürich gegründeten KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SCHWEIZ (KPS).

Programm: In dem auf dem II. Parteitag 1922 angenommenen Programm bekannte sich die KPS zur revolutionären kommunistischen Doktrin in scharfer Opposition zur Sozialdemokratie, die als »Handlangerin des Bürgertums« bezeichnet wurde. Jede Teilnahme an exekutiven Behörden wurde abgelehnt, Mitwirkung im Parlament nur unter dem Gesichtspunkt der Verbreitung revolutionärer Propaganda für zulässig erklärt. – In dem auf ihrem Gründungsparteitag beschlossenen Programm forderte die PdA eine »aktive antikapitalistische Politik« und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, bekannte sich gleichzeitig zur Demokratie – deren Ausbau u. a. durch die Einführung des Frauenstimmrechts gefordert wurde – und zur Verteidigung der schweizerischen Unabhängigkeit. – Nach dem Vorbild anderer kommunistischer Parteien versucht die PdA seit Ende der 60er Jahre durch das Bekenntnis zum Mehrparteiensystem ihre mangelnde Ausstrahlungskraft zu beheben.

Organisation: Die Organisation entspricht dem zentralistischen, von oben nach unten gesteuerten Aufbau kommunistischer Parteien. Wichtigstes organisatorisches Prinzip der Frühzeit war die Zellenbildung zur Unterwanderung von Verbänden und Industriebetrieben. – Presse: Wochenzeitung ›Vorwärts‹.

Geschichte: Nach der am 6. 10. 1918 in Zürich erfolgten Gründung einer ersten Kommunistischen Partei – den sog. »Altkommunisten« – kam es innerhalb der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI (SPS) zu starken Spannungen mit dem linksextremen Flügel, der auf den Parteitagen von 1919 und 1920 die Forderung nach Anschluß an die III. Internationale erhob. Als die Mehrheit der Delegierten diesen Antrag ablehnte, verließ der linke Flügel die Partei und schloß sich mit den Altkommunisten zusammen. Der Schwerpunkt der Parteitätigkeit ruhte auf außerparlamentarischen Aktionen, in der revolutionären Propaganda der Armee, bei Bauern und Jugendlichen, besonders aber in Gewerkschaften und Konsumvereinen, die als Triebkräfte der Revolution dem Einfluß der Sozialdemokratie entzogen werden sollten. Für das Schicksal der KPS in der Zwischenkriegszeit war die Taktik der Komintern ausschlaggebend. Die von dieser zunächst vertretene Politik der Einheitsfront wirkte sich anfangs positiv für die Schweizer Kommunisten aus. In den Nationalratswahlen von 1925 und 1928 erzielten sie ca. 15 000 Stimmen (ca. 2 %) und je 1 Sitz in den Kantonen Basel, Zürich, Schaffhausen, fanden jedoch in der französischen Schweiz kaum Echo.

Stalins Aufstieg und die vorübergehende Abkehr von der Einheitsfrontpolitik führten zu Differenzen in der KPS. Die Anhänger von *Stalins* Rivalen *Bucharin*, von der Komintern als Rechtsabweichler verdammt, konstituierten sich unter dem Namen KOMMUNISTISCHE PARTEI-OPPOSITION (KPO), besonders nachdem sie am V. Parteitag im Juni 1930 durch linientreue Kommunisten ersetzt worden waren.

Stalins Rückkehr zur Einheitsfront fand in der Schweiz ein bedeutend weniger großes Echo als etwa in Frankreich, da die SPS jegliche Art von Volksfront ablehnte. Nur in Neuenburg, Zürich und Basel kam es nach 1935 zu Listenverbindungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Schon vor Ausbruch des 2. Weltkrieges setzte jedoch in der Schweiz eine antikommunistische Gegenbewegung ein, in deren Verlauf die KPS vom Bundesrat im November 1940 verboten wurde, gleichzeitig mit rechtsextremistischen Parteien. In der französischen Schweiz fanden die heimatlos gewordenen Kommunisten Aufnahme in der dort linksorientierten Sozialdemokratie. Sie bildeten zusammen mit den dissidenten Sozialdemokraten unter der Führung *L. Nicoles* die später ebenfalls verbotene FÉDÉRATION SOCIALISTE SUISSE (FSS). Unter dem Eindruck der sowjetischen Kriegserfolge begann der Bundesrat das Verbot kommunistischer Betätigung allmählich zu lokkern. Es kam zur Gründung von Parteien der Arbeit, die sich aus früheren Mitgliedern der KPS und FSS rekrutierten und sich im Oktober 1944 schließlich zur Bundesorganisation der Partei der Arbeit zusammenschlossen; zum Präsidenten wurde *L. Nicole* gewählt.

Die allgemeine Begeisterung über den Sieg der Sowjetunion verhalf der PdA zu einem jähen Aufstieg und einer freilich nur kurzen Blütezeit. Auch für linkssozialistische Kreise attraktiv geworden, zählte sie 1945 bereits 230 Ortssektionen; bei den Nationalratswahlen 1947 erhielt sie 5,1 % der Stimmen und 7 Sitze. Mit ihren gegen 20 000 Mitgliedern war die PDA zu einem respektablen Faktor im parlamentarischen Leben der Schweiz geworden.

Die faktische Abhängigkeit von der Sowjetunion blieb jedoch nicht ohne Folgen für die Partei. Die Spannungen innerhalb des russischen und des Weltkommunismus spiegelten sich in der Gestalt von Spaltungen und Führungskrisen wider; etwa im Abfall idealistisch gesinnter Kreise nach dem Prager Staatsstreich, schließlich im Ausschluß des zu wenig linientreuen Präsidenten *Nicole* (1952). Die PdA verlor ihren Massenanhang ebenso rasch, wie sie ihn gewonnen hatte; um 1952 besaß sie nur noch etwa 6000 Mitglieder, darunter allerdings 2000 Aktivisten.

Einen schweren Rückschlag erlitt die Partei nach der Unterdrückung des Ungarnaufstandes 1956 durch die UdSSR und der damit verbundenen antikommunistischen Reaktion. Ihre Vertreterzahlen sanken in den kantonalen Parlamenten weit unter die Hälfte des Standes der unmittelbaren Nachkriegszeit; im Nationalrat wurde der Tiefpunkt 1959 mit drei Vertretern erreicht. Die PdA suchte daraufhin Zuflucht in der Rückkehr zur Kaderpartei. Sie suchte ihre Schwerpunkte, wie in den 20er Jahren, erneut in Betriebszellen und in Satellitenorganisationen, die nur unmittelbar mit der Partei zusammenhingen. Im Gefolge der westöstlichen Entspannung der 60er Jahre nahm die Zahl der Wähler besonders in der Westschweiz wieder zu. Mit fünf Mandaten erreichte die PdA bei den Nationalratswahlen von 1967 erneut Fraktionsstärke, 1975 sank die Zahl jedoch wieder auf 4, 1979 auf 3 Mandate. Zaghafte Bekenntnisse zu einem eigenen schweizerischen Weg zum Kommunismus und zum Mehrparteiensystem haben die Bindung an die Sowjetunion nicht zu lockern vermocht. Die PdA bleibt an die autoritäre Auslegung des Dogmas durch die dortige Führungsspitze gekettet und wird heute bereits durch neue Linksströmungen überboten (→ PROGRESSIVE ORGANISATIONEN DER SCHWEIZ), die sich zum Teil aus Jugendlichen, die anläßlich des Prager Frühlings aus der PdA ausgeschlossen wurden, rekrutierten.

Was will die Partei der Arbeit der Schweiz, Zürich 1944; Die Partei der Arbeit der Schweiz. Programm der Partei, Zürich 1959; P. Stettler, Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921–1931, im Druck, Bern 1979.

Progressive Organisationen der Schweiz (POCH). Aus einer 1969 gegründeten Basler Gruppe erwuchs 1971 eine gesamtschweizerische Organisation. Sie rekrutiert sich aus dissidenten Kommunisten und vom Sozialismus enttäuschten linken Intellektuellen, welche die kommunistische Bewegung von der sterilen Politik der → PARTEI DER ARBEIT befreien wollen. Die POCH versteht sich als »autokephales Glied« der kommunistischen Weltbewegung, nimmt aber eine prosowjetische Haltung ein. In Anlehnung an *Lenin* huldigt sie dem Organisationsprinzip einer elitären Kaderpartei. Sie will als Avantgarde die passiven Massen durch gezielte Aktionen auf möglichst vielen Tätigkeitsebenen zu klassenkämpferischem Bewußtsein erziehen.

P. Gilg, Jugendliches Drängen in der schweizerischen Politik, Bern 1974.

Reformierte-Konservative Parteien. Im Gegensatz zu den Katholiken (→ CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI) ist es den Reformierten konservativer Richtung nie gelungen, eine gesamtschweizerische, auf Dauer angelegte Partei ins Leben zu rufen. Ihre kantonalen Parteien gingen spätestens am Ende des 1. Weltkrieges unter. Die wenigen Anhänger, die ihnen blieben, schlossen sich entweder den Liberalen, den Freisinnigen oder den Bauernparteien an.

Die Blütezeit der reformierten Konservativen fiel in die Kampfjahre nach 1874. Das eben eingeführte fakultative Referendum räumte gerade auch kleinen, schwach organisierten Parteien die Chance ein, der zentralistischen und kulturkämpferischen Politik der liberal-radikalen Majorität

wirkungsvollen Widerstand zu leisten. Der EIDGENÖSSISCHE VEREIN war die lockere Kaderformation, in der sich 1875 einige Vertreter reformiert-konservativen Denkens vereinigten. Sie stammten aus Schaffhausen, aus dem Neuenburgischen und aus dem Aargau, aus Basel, Bern und Zürich. Die eigentlichen Stützpunkte des Vereins beschränken sich aber auf Sektionen in den drei zuletzt genannten Kantonen. Doch ging die Reichweite der neuen Partei über diese organisatorischen Schwerpunkte hinaus. Typische Honoratiorenpartei, lebte sie von den Verbindungen mit gleichgesinnten Kadern in Genf, St. Gallen und Graubünden und mit der konservativen Führerschaft der Innerschweiz. Ein weiterer Bundesgenosse erstand dem EIDGENÖSSISCHEN VEREIN 1882 in der bernischen VOLKSPARTEI *U. Dürrenmatts*. Die ›Allgemeine Schweizer Zeitung‹ diente als Parteiorgan.

Diese meist informellen Beziehungen genügten zunächst vollauf, um dem Vereinszweck Genüge zu leisten, nämlich der »endlosen Centralisation... einen einheitlichen organisierten Widerstand« entgegenzusetzen. Das verheißungsvolle Kampfmittel der Konservativen war die Sammlung von Unterschriften gegen die Ausführungsgesetzgebung der Bundesverfassung. Anfänglich ganz auf sich selbst gestellt, suchte der EIDGENÖSSISCHE VEREIN bald enge Tuchfühlung mit den oppositionellen Liberalen und Katholisch-Konservativen. Er profitierte zunächst von der weitverbreiteten, durch die Wirtschaftskrise potenzierten Mißstimmung gegen das bundesofffizielle Bern. Doch mit der Adaption des katholischen Konservativismus an den Bundesstaat, der nach der Wahl *J. Zemps* in den Bundesrat in den Rang einer regimentsfähigen Partei aufstieg, war seine hohe Zeit vorbei. Der Schwerpunkt der antizentralistischen Opposition verschob sich auf *Dürrenmatts* VOLKSPARTEI, die sich freilich mehr und mehr in einer schließlich fruchtlosen nonkonformistischen Obstruktion verstrickte. Die rein referendumsorientierte Defensivpolitik verurteilte die reformierten Konservativen dazu, ihr Heil in einer Allianz der Negierenden zu suchen. So fehlten ihrer Doktrin die zukunftsträchtigen Glaubensinhalte, um die Massen, die ihnen in den Abstimmungskämpfen Folge leisteten, zu einer dauerhaften Wählerorganisation zusammenzufassen. Sie blieben im Parlament eine bedeutungslose Splittergruppe. Der reformierte Konservative glaubte sich berufen, Politik aus dem Glauben zu treiben. Doch verteidigte er mit dem traditionell-kirchlichen Glaubensgut in erster Linie eine konservative Lebenshaltung, die Verwachsenheit mit der Scholle und dem verschwindenden patriarchalischen Geist des gewerblichen Mittelstandes. Der christliche Geist wurde also mit christlicher, aus religiöser Tradition genährter christlicher Sitte identifiziert. Für seine Erhaltung zu kämpfen, konnte um so weniger Zentrum und Ziel einer konservativen Partei sein, je mehr sich der Gehalt des traditionell-kirchlichen Glaubens entleert und je mehr die Wahrung bäuerlich-mittelständischer Werte auch zum Anliegen der interessenpolitisch orientierten Bauern- und Gewerbeparteien wird.

E. Gruner, Edmund von Steiger, Dreißig Jahre neuere bernische und schweizerische Geschichte, Bern 1949; P. Rinderknecht, Der »Eidgenössische Verein« 1875–1913, Zürich 1949; T. Maurer, Ulrich Dürrenmatt 1849–1908, Bern 1975.

Schweizerische Konservative Volkspartei → Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz.

Schweizerische Republikanische Bewegung → Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat.

Schweizerische Volkspartei (SVP). Erwerbsgruppenpartei, die sich traditionell auf bäuerliche, handwerkliche und gewerbliche Schichten stützt, seit deren zahlenmäßigem Rückgang jedoch um breitere Wählerschichten und Öffnung zur Volkspartei bemüht ist.

Gründung: Die am 22. 9. 1971 in Bern gegründete SVP ist Nachfolgeorganisation der am 23. 12. 1936 in Olten als Bundespartei gegründeten BAUERN-GEWERBE- UND BÜRGERPARTEI (BGB).

Programm: Die ursprüngliche BGB-Programmatik entstand in Anlehnung an eine aus Deutschland stammende Mittelstandsideologie konservativer Gruppen, die durch den Bauernführer *E. Laur* der Schweiz vermittelt wurde und Parallelen zur katholisch-konservativen Soziallehre aufweist. Ähnlich wie diese begreift sie den bäuerlichen und gewerblichen Mittelstand als »Schutzwall gegen die verderblichen Einflüsse von Überindustrialisierung, Großstadt und Vermassung«. Jedoch wurde Staatsinterventionismus nicht grundsätzlich negativ bewertet, da man diesen zur Realisierung des konkreten Hauptziels, nämlich der Stärkung und Fertigung der Schweizer Landwirtschaft, benötigte. Darüber hinaus erstrebte man die Vertretung der Belange des gesamten Mittelstandes mit dem Ziel möglichst weitgehender wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Der Gedanke des Interessenausgleichs und gleichmäßiger sozialer und wirtschaftlicher Förderung bestimmt auch die Programmatik der SVP, wobei sie im Zuge der Metamorphose zu einer breiten Volkspartei diese Forderung nunmehr im Hinblick auf »alle Volkskreise« erhebt. Ferner bekennt sich die SVP zu direkter Demokratie und »zeitgemäßem« Föderalismus, zur Wahrung der Unabhängigkeit und bewaffneten Neutralität durch eine starke Armee und wirksamen Zivilschutz und zu einer »sozial verpflichteten freien Marktwirtschaft«. Nach wie vor stellen die Förderung von Landwirtschaft und Gewerbe Kernpunkte des Programmes dar. Im sozialen Bereich ist Mißtrauen gegenüber dem Sozialstaat unverkennbar. Die Förderung privater Initiative wird diesem vorgezogen.

Organisation: Organisatorische Grundlage der SVP bilden die Kantonalparteien, die ihre Vertre-

ter in die Delegiertenversammlung als dem obersten Organ der Bundespartei entsenden. Die Delegiertenversammlung nimmt u. a. die Wahl des Zentralvorstandes und des Präsidenten vor und entscheidet über die Statuten. Jährlich findet eine Delegiertenversammlung als »Programmparteitag« statt. Nächst höheres Organ ist der Zentralvorstand (ca. 75 Mitglieder), dem die Behandlung wichtiger Angelegenheiten zwischen den Delegiertenversammlungen obliegt. Das eigentliche Exekutivorgan ist jedoch der Leitende Ausschuß (ca. 15–19 Mitglieder). Er führt die laufenden Geschäfte und vollzieht die Beschlüsse von Delegiertenversammlung und Zentralvorstand. – Die Berner SVP verfügt über ein traditionelles Übergewicht und besetzt in der Regel die Hälfte der Sitze im Vorstand der Bundespartei.

Presse: ›Weinländer Tagblatt‹ (Winterthur), ›Der Zürcher Bauer‹, ›Die Mitte‹ (Zürich, Wochenschrift), ›Schaffhauser Land‹. Offizielles Organ ist das monatlich erscheinende ›SVP-Bulletin‹.

Geschichte: Bäuerliche Parteien tauchten vorübergehend schon gegen Ende des 19. Jh. auf. Aber die führenden bäuerlichen Interessenvertreter gewährten der Parteipolitik keinen Kredit und bevorzugten die Verbandspolitik. Der »Schweizerische Bauernverband«, 1897 nach dem Vorbild des deutschen »Bundes der Landwirte« gegründet, bewies z. B. durch seine rücksichtslose Pressurepolitik auf Verwaltung und Bundesrat und seine erfolgreich geführten Abstimmungskampagnen, daß er die bäuerlichen Interessen wirkungsvoller wahrnehmen konnte, als wenn er als bäuerliche Partei aufträte. In den Augen des Bauernführers *E. Laur,* des geschickten Sekretärs des Bauernverbandes, konnte ein überparteilicher Verband das zahlenmäßige Gewicht bäuerlicher Organisation besser zur Geltung bringen, als dies auf rein parteipolitischem Felde der Fall gewesen wäre, wo die Bauernschaft nach Konfession, Sprachen und politischen Doktrinen auseinandergefallen wäre. Wenn am Ende des 1. Weltkrieges und bald nachher trotzdem bäuerliche Parteien geschaffen wurden, so gab es dafür ganz besondere Gründe. Es ist bezeichnend, daß sich fast alle bäuerlichen Kantonalparteien in einem Ablösungsprozeß vom Freisinn bildeten, und zwar dort, wo dieser während des 1. Weltkrieges entweder eine zu betont industrie- oder zu konsumentenfreundliche Politik betrieb. In rein katholischen Kantonen blieb den bäuerlichen Gründungsbestrebungen der Erfolg ganz oder fast ganz versagt, da die dortigen konservativen Parteien de facto weitgehend bäuerlichen Charakter besaßen. Aber auch ihre freisinnigen Antipoden blieben dort von bäuerlichen Spaltbewegungen verschont. Denn in einem Klima scharf profilierter Konfessionsgegensätze verstand es der Freisinn, die wirtschaftlichen Interessen der Weltanschauung unterzuordnen.

Wo die genannten Voraussetzungen fehlten, empfanden die Bauern ihre interessenmäßige Zurücksetzung als so gravierend, daß sie zur Trennung schnell bereit waren. Da sich vor allem die jüngeren Jahrgänge zurückgesetzt fühlten, spielte dabei das Generationenproblem eine beträchtliche Rolle. Es waren vor allem junge Landwirte, die als Haupttriebkraft in der Loslösungsbewegung wirkten. Als auslösender Faktor dürfte dabei die Einführung des Proporzwahlsystems gewirkt haben, und zwar sowohl auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene. So entstand auch die erste bäuerliche Partei kurz nach dem Wechsel des Wahlsystems im Kanton Zürich im Jahre 1917; dann folgten Bern und Schaffhausen (1918), Aargau und Thurgau (1920), Basel-Land 1925, um nur die zahlenmäßig bedeutenden Parteien zu erwähnen. Zur gleichen Zeit machten sich auch in gewerblichen Kreisen ähnliche Bestrebungen bemerkbar. Nur war die Erwerbsgruppe des Handwerks zahlenmäßig so schwach, daß die parteipolitische Sezession wenig Aussicht auf Erfolg hatte, wenn sie sich nicht die starke Stoßkraft der bäuerlichen Parteien zu Diensten machte. Die Brücke, auf der sie sich begegneten, war die mittelständische Doktrin, hinter der sich eine mehr oder weniger berechtigte Abwehrhaltung verbarg. Sie entsprang der Angst, durch den zahlenmäßigen Rückgang dieser Erwerbszweige wirtschaftlich und politisch von anderen, an Zahl oder Macht wachsenden Sozialgruppen überspielt zu werden, besonders von den Arbeitern und Angestellten, aber auch von der Industrie mit ihren Großbetrieben. Aus dieser Verteidigungshaltung entsprang eine Art Gegen- oder Kompensationsideologie. Sie äußerte sich in einem übertriebenen Glauben an die Unentbehrlichkeit der eigenen Sozialgruppe im Volksganzen. Man neigte deshalb dazu, seiner eigenen Gruppe eine übersteigerte soziale und politische Bedeutung beizumessen. In der revolutionären Krisensituation am Ende des 1. Weltkrieges nahm diese Ideologie geradezu missionarische Züge an; so wenn etwa von einer »bäuerlichen Gegeninternationale« die Rede war, an der die Welt genesen werde, oder davon, daß »die bäuerliche Sache der Sieg ist, der diese morsche Welt überwinden wird«. Tatsächlich bildete das Bauerntum damals auch in der Schweiz so etwas wie einen »rocher de bronze«, an dem sich die linksextreme Flut brach.

Hätten die jungen Bauernparteien nicht schon an bestehende bäuerliche Interessenverbände anknüpfen können, wären in der Gründungszeit wahrscheinlich auch die besten organisatorischen Anläufe im Sande verlaufen. Es gab zahlreiche Spielarten, wie verbandsmäßige Infrastruktur und parteimäßiger Überbau miteinander kombiniert wurden. Beim einen Extrem verzichtete man auf förmliche Parteien und begnügte sich z. B. mit dem Aufstellen eigener bäuerlicher Kandidaten bei Wahlen. Oder die bereits bestehenden Verbandssektionen übernahmen einfach zusätzlich die Funktion von Parteisektionen (Thurgau, Schaffhausen). Beim andern Extrem, vor allem in Bern, trennte sich dagegen die neue Bauernpartei

sehr schnell von der organisatorischen Basis landwirtschaftlicher Verbände. Der Parteigründer und spätere Bundesrat *R. Minger* war der Überzeugung, daß einer rein politisch aufgebauten, auf persönlicher Mitgliedschaft ruhenden Partei eine dynamischere Wirkung zukomme als einer wirtschaftlich gebundenen »Überbaupartei«. Am 28.9. 1918 gründete er die Berner Partei, die schon in ihrem Gründungsjahr 40 000 Mitglieder zählte, Beweis dafür, wie erfolgreich sein Vorgehen gewesen ist. Die neue Partei sprengte im übrigen auch bald den Rahmen einer reinen Bauernpartei, indem sie neben Gewerblern auch Freierwerbende und Angestellte aufnahm. Sie trug dieser ausgeweiteten sozialen Basis Rechnung, indem sie als erste den Namen BAUERN-, GEWERBE- UND BÜRGERPARTEI (BGB) annahm. Diesem Trend folgten die anderen Kantonalparteien, wenn überhaupt, nur langsam (40er und 50er Jahre). Dagegen wurde der Name BGB von der Fraktion der eidgenössischen Räte schon 1921 übernommen, wohl weil sie sich von Anfang an stets mindestens zur Hälfte aus Berner Abgeordneten zusammensetzte. Die lange bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Kantonalparteien bildeten den Hauptgrund dafür, daß sie sich erst spät – 1936 – zu einer schweizerischen Landespartei vereinigten.

Die Bauernparteien mobilisierten bei den Nationalratswahlen von 1919, an denen sie sich erstmals beteiligten, 114 000 Wähler (15,3 %) und erreichten eine Fraktionsstärke von 29 (15,3 %). Diesen Anteil vergrößerten sie nur noch 1922 auf 34 Sitze (16,1 %); dann sanken sie sukzessive auf einen Anteil von 10 % Wählern und Fraktionsangehörigen. Die anfängliche Stärke von 15 % und das koalitionspolitische Gewicht in den Räten ließen sie schon früh (1929) zur Regierungspartei aufsteigen.

Außer dem damals gewählten *R. Minger* hat die BGB auch später immer wieder Bundesräte von außerordentlichem Format gestellt, so *F. T. Wahlen,* den seinerzeitigen Direktor der FAO (Food and Agriculture Organization). Freilich ist sie nicht von inneren Krisen verschont geblieben. Gewitzigt durch Wahlniederlagen, betrieb die BGB wie die konservative Partei bewußt Nachwuchsschulung und engagierte 1927 in der Person von *H. Müller* einen Parteijugendsekretär. Aus dieser Jungbauernbewegung (→ BAUERNHEIMATBEWEGUNG) erwuchs der älter werdenden Gründergeneration eine derartig heftige Opposition, daß es 1935 zur Spaltung kam. In den Wahlen des gleichen Jahres erhielt die BGB daraufhin nur 11 % der Stimmen und 21 Mandate.

Die bäuerlich-gewerblichen Parteien blieben ihrer am Ende des 1. Weltkrieges entworfenen Doktrin lange treu. So konnten sie ihre soziale Homogenität auf ideale Weise mit einer stabilisierenden weltanschaulichen Komponente kombinieren. Je stärker nun aber gerade jene Erwerbsgruppen, die ihr Hauptreservoir bildeten, abnahmen, um so mehr sahen sie sich genötigt, die schmaler werdende Rekrutierungsbasis zu erweitern. Um diesem Ziel Genüge zu tun, formulierte die bäuerlich-gewerbliche Partei im Jahre 1971 ihre Grundsätze neu und ersetzte ihren alten Namen durch SVP. Gleichzeitig kam es zum Zusammenschluß mit den Bündner und Glarner Kantonalsektionen der DEMOKRATISCHEN PARTEI DER SCHWEIZ. Es bereitet der SVP freilich Mühe, eine Ideologie zu finden, welche sowohl die traditionellen wie auch die potentiell neuen Wähler in gleicher Weise anzusprechen vermag und sich gleichzeitig nicht mit derjenigen benachbarter bürgerlicher Parteien deckt. 1975 sank ihr Stimmenanteil auf 9,9 % (21 Sitze) und fiel damit erstmals unter die 10 %-Grenze, was die Partei in ihren Bemühungen um Öffnung in Richtung auf neue Wählerschichten bestärkte. Auf 3 Parteitagen wurden 1977 Programm und Organisation einer Revision unterzogen, um die SVP stärker als Partei der »liberal-fortschrittlichen Mitte« auszuweisen. Als Lohn dieser Bemühungen konnte die Partei bei den Wahlen 1979 einen Gewinn von 2 Mandaten verbuchen (23).

E. Laur, Erinnerungen eines Bauernführers, Bern 1943; B. Junker, Die Bauern auf dem Wege zur Politik, Bern 1968; B. Junker und R. Maurer, Kampf und Verantwortung. Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1918–1968, Bern 1968.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS). Gründung: 1888 in Bern durch *A. Steck,* als Fortsetzung der 1880 in Zürich gebildeten Partei gleichen Namens.

Programm: Ihr erstes umfassendes Programm legte die SPS anläßlich ihrer Neugründung 1888 vor. Dieses von *A. Steck* verfaßte »Berner Programm« trat zwar für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein. Doch sollte dieses Ziel rein legal und auf evolutionärem Weg erreicht werden; jede Art von Klassenkampf wurde abgelehnt. Stärker marxistisch geprägt war das zweite Programm der SPS aus dem Jahre 1904. Als Folge der Restriktionen, denen sich die Arbeiterschaft seitens der bürgerlichen Gesellschaft ausgesetzt sah, erlebte sie die schweizerische Demokratie verstärkt als Klassenstaat und bekannte sich nunmehr offen zum »proletarischen Klassenkampf« und zum internationalen Sozialismus. Hinter diesen Bekenntnissen stand allerdings weniger das Ziel, den bestehenden Staat zu stürzen, als vielmehr die Absicht, mit ihrer Hilfe die Arbeiter zu möglichst geschlossenem organisatorischem Zusammenschluß zu bewegen. Das Programm von 1920 war verbal davon geprägt, die links orientierte Parteimehrheit zufriedenzustellen, um ihren Abfall ins kommunistische Lager zu verhindern. Es trug von daher taktische bestimmte Züge, deren hervorstechendster das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats nach Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse war. Die grundsätzliche Bereitschaft, auch innerhalb des bürgerlichen Staates die sozialen Ziele zu verwirklichen, wurde jedoch keineswegs fallengelassen, gewaltsame Aktionen weiterhin nur für den Fall in Aussicht genommen, daß die bestehende

Gesellschaft sich den Forderungen der Arbeiterklasse verschließe. – Das Luzerner Programm von 1935 stand bereits unter dem Zeichen der Rückkehr zur demokratischen Volkspartei. Die SPS gab zu erkennen, daß sie nunmehr bereit war, den bestehenden Staat anzuerkennen. Die Forderung nach der Diktatur des Proletariats wurde fallengelassen, statt dessen eine Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte in einer »antikapitalistischen Kampfgemeinschaft« angestrebt. Im Gegensatz zu 1920 legte die Partei jetzt auch ein Bekenntnis zur Landesverteidigung ab. – Im letzten Programm von 1959 schließlich verzichtet die SPS gänzlich auf den Anspruch einer Klassenpartei, sondern tritt als Treuhänderin von Erwerbsgruppen auf, in deren Auftrag sie einen möglichst gerechten Anteil am steigenden Wirtschaftsertrag erkämpfen will. Unübersehbar ist die große Ähnlichkeit mit dem Godesberger Programm der deutschen → SPD. Der Ausbau des Sozialstaats und mehr Demokratisierung, u. a. durch Mitbestimmung, größere Steuergerechtigkeit und gleichmäßigere Einkommensverteilung sind die Hauptforderungen.

Organisation: Die organisatorische Entwicklung blieb bis in den 1. Weltkrieg hinein auf dem Niveau der I. Internationale mit ihrer Vermengung von gewerkschaftlicher Organisation und politischer Partei stecken. Wirkliches Leben pulsierte nur in den lokalen Einheiten, den sog. Arbeiter-Unionen. Diesen organisatorischen Knäuel ihrer lokalen Basen konnte die SPS erst 1917 entwirren, indem sie rigoros zum Prinzip der Einzelmitgliedschaft mit Mitgliederbüchern überging. Ihr organisierter Anhang stieg zwischen 1900 und 1920 von 10 000 auf 52 000 Mitglieder. – Verglichen mit anderen Schweizer Parteien ist der Aufbau der SPS heute stärker zentralisiert, die Autonomie der kantonalen Parteien geringer. Oberstes Organ ist der alle zwei Jahre zusammentretende Parteitag, bestehend aus Delegierten der Parteisektionen, den Mitgliedern des Parteivorstandes und den Fraktionsmitgliedern der Bundesversammlung. Der Parteivorstand, der u. a. über die politischen Richtlinien zwischen den Parteitagen bestimmt, setzt sich zusammen aus Vertretern von Bund und Kantonen und kann bis zu 70 Mitglieder umfassen. Eigentliches Führungsorgan ist die Geschäftsleitung. Von ihren 17 Mitgliedern werden 12 vom Parteitag bestimmt, ferner gehören ihr an der Parteipräsident, der Präsident der eidgenössischen Räte sowie 3 Sekretäre. Ihre wichtigste Funktion ist es, die Durchführung der Beschlüsse von Parteitag und -vorstand zu überwachen.

Presse: Die SPS besitzt in fast allen Kantonen eigene Blätter. Die bekanntesten sind ›Tagwacht‹ (Bern) und ›Volksrecht‹ (Zürich).

Geschichte: Keine schweizerische Partei hat in ihrer Geschichte derart abrupte Kurswechsel zu verzeichnen wie die SPS. Sie läßt sich in diesem Sinne als Folge von fünf Phasen verstehen. Einer vom internationalen Sozialismus nur mittelbar beeinflußten, demokratischen ersten Epoche folgte nach 1900 eine vom deutschen Marxismus und französischen Anarchosyndikalismus geprägte zweite Periode. In der dritten Phase (1. Weltkrieg und Nachkriegswirren) wurden unter dem Einfluß der Zimmerwalder Bewegung und des Bolschewismus sowohl Doktrin wie Mittel radikalisiert. Seit dem 2. Weltkrieg wandte sich die SPS, seit 1943 Bundesratspartei, wieder dem Ziel einer sozialreformerischen demokratischen Volkspartei zu (vierter Zeitabschnitt). Als 1968 ein neomarxistischer Wind durch Europa zu wehen begann, geriet die SPS unter den Einfluß junger, theoretisch klassenbewußter Doktrinäre, mußte nun aber erfahren, daß ihr wohlstandsorientierter Arbeitermassenanhang sich dagegen wehrte, »zurückproletarisiert« zu werden. –

Die ersten sozialdemokratischen Parteien in der Schweiz tauchten um 1850 in drei Kantonen auf, in Bern, Genf und Zürich. Von ihrer Programmatik her könnte man sie ebensogut als linksradikal oder als demokratisch bezeichnen. Das Sozialdemokratische liegt höchstens darin, daß Führer wie *P. Coullery* und *J. Treichler* bereits die klassenmäßige Spaltung der Gesellschaft erlebten und darum das vorwiegend handwerkliche und bäuerliche Proletariat in einer klassenmäßig organisierten Partei sammeln wollten.

Die zweite Welle von Parteigründungen wurde von der I. Internationalen ausgelöst. Obschon nun erstmals Doktrinen ausländischer Theoretiker und Parteien Anklang fanden (*Lassalle, Marx, F. A. Lange;* Eisenacher und Gothaer Programm), flossen demokratische und sozial-demokratische Strömungen immer noch ineinander über. Dazu kam die Unmöglichkeit, klar zwischen gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher und parteipolitischer Bewegung zu unterscheiden. Nachdem sich kantonale Parteien wie die von Genf *(J. Ph. Becker)* oder die von *K. Bürkli* und *H. Greulich* 1870 in Zürich begründete erste sozialdemokratische Partei mit gesamtschweizerischem Anspruch als nicht lebensfähig erwiesen hatten, verdichteten sich die organisatorischen Anstrengungen 1873 in der Schaffung eines wenig glücklich zusammengefügten Zwittergebildes, dem Ersten oder Alten »Schweizerischen Arbeiterbund«. Sein Organ war die von *Greulich* redigierte ›Tagwacht‹. Die Wahl dieser Organisationsform war gleichsam durch das große Kontingent ausländischer Arbeiter vorgezeichnet. Denn diese konnten sich in der Schweiz nur gewerkschaftlich, nicht aber politisch betätigen. Ganz fern vom Arbeiterbund hielten sich die anarchistischen Uhrenarbeiter im Neuenburger und Berner Jura. Nach der Auflösung des Arbeiterbundes (1880) wurde die Bahn frei für zwei gesonderte Organisationen, den »Schweizerischen Gewerkschaftsbund« und die zweite gesamtschweizerische Sozialdemokratische Partei. Beide wurden infolge ihres geringen Anhangs von der Öffentlichkeit kaum beachtet.

Ihr gemeinsames Organ war die ›Arbeiterstim-

me‹ (1880 bis 1909). Die ausschließlich Schweizern zugängliche, mitgliederstärkste Arbeiterorganisation war der 1838 gegründete »Grütliverein«. Ursprünglich ein Bildungsverein für Handwerksgesellen und Kleinmeister mit freisinnigen Idealen, nahm er von 1880 an zunehmend Fabrikarbeiter in seine Reihen auf und näherte sich programmatisch der Sozialdemokratie. Er stellte sich zwar auf den Boden der sozialen Demokratie, wollte aber keine Klassen-, sondern eine nationale Volkspartei sein und die soziale Frage ausschließlich auf dem Wege der Evolution lösen. Diesem Reformprogramm verdankte es der »Grütliverein«, daß er mit seinen schließlich über 10 000 Mitgliedern die politische Linke bis zum Ende des Jahrhunderts beherrschte. 1901 vereinigte er sich allerdings in lockerer Form mit der 1888 neu gegründeten, also der dritten SPS. Doch blieb er seinen Idealen auch dann noch treu, als sich diese bald darauf ganz dem Marxismus zuwandte. Er trennte sich von ihr im 1. Weltkrieg, sank aber bald darauf zur Bedeutungslosigkeit herab und wurde 1925 liquidiert.

Bei der soeben erwähnten dritten SPS handelte es sich im Grunde genommen um eine Wiederbelebung der seit 1880 nur kümmerlich fortlebenden zweiten Partei. Von ihrem Gründer *A. Steck* (Bern) ähnlich wie der »Grütliverein« als demokratisch-nationale Volkspartei konzipiert, kann man sie ideologisch als »Verlängerung des Freisinns auf den Vierten Stand« verstehen.

Der Marxismus fand in der Schweiz erst zu einem Zeitpunkt Eingang, da er in anderen Ländern bereits vom Revisionismus überflügelt oder von neuen Linksströmungen überholt wurde. In dieser Beziehung wies die schweizerische Sozialdemokratie einen andersartigen Trend auf als die meisten ihrer europäischen Schwesterparteien. Ausgehend von demokratischen Anfängen, wurde sie zusehends so sehr radikalisiert, daß ihre Führer am Ende des 1. Weltkriegs dem Bolschewismus sehr nahestanden. Die Ursachen dieser anders gearteten Entwicklung liegen in besonderen sozio-ökonomischen und institutionellen Verhältnissen der Schweiz begründet.

Die Schweiz blieb der vorwiegend ländlichen Verlags- und Kleinindustrie ihrer traditionellen Gewerbezweige besonders lange treu. Mangelnde billige einheimische Arbeitskräfte förderten die Masseneinwanderung ausländischer Arbeiter; mit 15,4 % Ausländern wies sie 1914 den höchsten Ausländeranteil in Europa auf. Großstädtische Agglomerationen mit stark massiertem Fabrikproletariat entstanden erst zu Beginn des 20. Jh. Der revolutionäre Schwung der meisten anderen europäischen Arbeiterparteien bezog seine Nahrung vor allem aus der politischen Verfolgung oder Rechtlosigkeit ihrer potentiellen Anhänger. Der Schweizer verfügte dagegen seit 1848 über das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, über rechtlich uneingeschränkte Vereins- und Koalitionsfreiheit und über weit entwickelte Volksrechte. Er besaß also eben jene institutionellen Vorteile, deren Eroberung anderswo gerade die Kampfkraft der Arbeiterorganisation stählte. Im faktischen Gebrauch dieser politischen Instrumente war er aber stark eingeschränkt. Als zahlenmäßige Minderheit konnte die SPS Referendum und Volksbegehren nicht wirkungsvoll einsetzen. Dank dem uneingeschränkten Wahlrecht steigerte die SPS zwar ihre Wählerzahlen zwischen 1890 und 1917 von 14 000 (3,6 %) auf 158 000 (30,8 %); das minderheitsfeindliche Wahlsystem hielt aber ihren Fraktionsanteil im Nationalrat tief (1890: 0,7 %; 1905: 1,2 %; 1917: 10,6 %). Unter allen diesen Faktoren, welche die organisationsmäßigen Voraussetzungen für den Aufbau der Sozialdemokratie einengten und die zunehmende Entfremdung des Arbeiters vom schweizerischen Staat förderten, war der wichtigste das Ausländerproblem. Den Zehntausenden von ausländischen Arbeitern stand kein anderes Kampfmittel als der Streik zur Verfügung. Die öffentliche Meinung, größtenteils vom Bürgertum geprägt, verurteilte jedoch den Streik als Verletzung der demokratischen Spielregeln und der demokratischen Lehre von der Identität von Volk und Staat. Die Virulenz, mit welcher der gewerkschaftliche Klassenkampf nach 1900 entfacht wurde, korrelierte auffallend mit der Höhe des Ausländeranteils an der Arbeiterschaft, dem Eindringen anarchosyndikalistischer Methoden (Einfluß Frankreichs auf die französische Schweiz!) und schließlich mit der Gegenwehr, die solche Aktionen bei Arbeitgebern und Staat provozierten. Aussperrungsmaßnahmen der Unternehmer, drakonische Antistreikgesetze und militärische Aufgebote bei Streiks machten das Koalitionsrecht in der Schweiz auf ähnliche Weise wie in vielen europäischen Staaten illusorisch und begünstigten in der Schweiz die Solidarisierung der Schweizer mit den politisch rechtlosen Ausländern. So wurden denn in der Schweiz in erster Linie die Gewerkschaften zum Kristallisationspunkt des proletarischen Klassenkampfes, während die deutschen Gewerkschaften z. B. zur gleichen Zeit die SPD zwecks Ablehnung des Massenstreiks unter Druck setzten. Der wirtschaftliche Kampf nahm mehr und mehr bürgerkriegsähnliche Formen an. Der schweizerische Arbeiter fühlte sich infolge der Beschneidung des Streikrechts dem nationalen Staate entfremdet. Hier liegt der tiefere Grund dafür, daß er die spät eindringende marxistische Doktrin als Rechtfertigungsideologie des bereits bestehenden Klassenkampfes erlebte. Damit wird nun – zeitlich verspätet – eine für die Schweiz bezeichnende klassenkämpferische Solidarität zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei begründet. Der 1887 gegründete sog. »Zweite Arbeiterbund« sollte die Arbeiter noch in einer konfessionell und politisch neutralen nationalen Massenorganisation in den nationalen Staat integrieren. Unter dem Einfluß *H. Greulichs,* des Sekretärs dieses Arbeiterbundes, blieb auch der Gewerkschaftsbund der Idee der Klassenversöhnung treu. Aber unter dem Ein-

druck der »Bürgerkriegs«-Streiks gab der Gewerkschaftsbund seine Neutralität preis und bekannte sich zum Grundsatz des proletarischen Klassenkampfes. Darauf stützte *R. Grimm* seine Doktrin, daß die Gewerkschaften revolutionärer seien als die Partei. Denn die Streiks vermöchten den Klassencharakter des bürgerlichen Staates besser zu enthüllen als Wahlen. Die revolutionäre Stoßkraft ihres Massenanhangs müsse der Partei gleichsam als Transmissionsriemen dienen. Die Partei müsse erkennen, daß sie mit dem Stimmzettel keine neue Gesellschaftsordnung aufzurichten vermöge. Zur gleichen Zeit brauste über die französische Schweiz eine anarchosyndikalistische Welle dahin. Der »Arbeiterbund« verlor fast jeglichen Kredit.

Unter dem Einfluß dieser Spiralwirkung verwandelte sich die SPS aus einer demokratisch-nationalen Volkspartei, wie sie *Steck* 1888 ersehnt hatte, in eine internationalistische Klassenkampf-Partei, die sich sowohl in ihren Zielen wie in ihren Mitteln zunehmend zu revolutionären Grundsätzen bekannte. Das Programm von 1904 hatte die SPS auf den sog. orthodoxen Marxismus *Kautskys* verpflichtet. Nach dem Übergang zum bürgerkriegsähnlichen Klassenkampf wurden die internationalen Streitfragen, die anfänglich bloß den großen Abstand zwischen dem reformistischen Gros der Partei (Grütliverein!) und einigen Außenseitergruppen markiert hatten, mitten ins Parteizentrum hinein verlegt. In diesen Auseinandersetzungen stieg *R. Grimm* als Anwalt einer harten Linie zur geistig führenden Kraft in der SPS auf. Er präzisierte in seiner Kampfschrift »Demokratie und Sozialismus« 1911 sein politisches Credo dahin, die kleinbürgerliche Demokratie lege der Entfaltung der Arbeiterbewegung mehr Fesseln an als die Monarchie.

Die Ablehnung der schweizerischen Demokratie, von *Grimm* zur Eliminierung des rechten Flügels konzipiert, verbreitete sich während des 1. Weltkrieges, insbesondere nach der Zimmerwalder Konferenz, in großen Teilen der Partei. Sie mündete im November 1918 in den bekannten Landesgeneralstreik. In dem Maße, wie der rechte Flügel verdrängt wurde, verstärkte sich ein linker, der unter dem Einfluß *Lenins* und des ihm nahestehenden Parteisekretärs *F. Platten* stand. Verursacht durch Teuerung und soziale Not, gewann der Gedanke an Boden, außerparlamentarische Kampfmittel anzuwenden, vor allem den politischen Massenstreik. Dabei überkreuzten sich verschiedene Strömungen. Die Hauptlinie, die zum Landesstreik von 1918 führte, hatte eindeutig nichtrevolutionären Charakter. Sie stellte eine Art Abwehr gegen die von der Arbeiterschaft als Klassenpolitik empfundene Haltung der Landesregierung dar. Der Wunsch, aus der schon lange bestehenden, im Weltkrieg verstärkten Frustration auszubrechen, verdichtete sich anfangs 1918 in der Bildung eines aus Partei- und Gewerkschaftsvertretern gemischten Kampfausschusses, des sog. Oltener Aktionskomitees. Die meisten seiner Mitglieder sahen im Massenstreik eine Kompensation für die der Arbeiterschaft fehlende Möglichkeit, ihre Interessen mit dem nötigen Druck beim Bundesrat durchzusetzen, als ultima ratio, um den Bundesrat zu zwingen, zahlreiche verschleppte Reformen in die Wege zu leiten.

Gleichzeitig wurden aber Bundesrat und Bürgertum durch zwei Linksflügel verunsichert. Der eine, die sog. »Altkommunisten«, wollte nach dem Vorbild der russischen Revolution Arbeiter- und Soldatenräte errichten und unterschied sich in Methode und Zielsetzung deutlich von *Lenin*. Der andere, die Sozialdemokratische Jugendorganisation der Schweiz, stand diesem dagegen nahe und kann als eigentliche Mutterzelle der 1921 gegründeten KOMMUNISTISCHEN PARTEI (KPS, → PARTEIDER ARBEIT, PdA) betrachtet werden. Die revolutionären Parolen dieser beiden Gruppen wurden von der bürgerlichen Seite als repräsentativ für die Stimmung der ganzen Arbeiterschaft betrachtet und bestärkten sie in ihrer Auffassung, mit dem Landesstreik werde der Umsturz des bestehenden Staates bezweckt. Dem Streikaufruf des Oltener Komitees vom 11. 11. 1918 begegnete der Bundesrat mit der Drohung, Militär einzusetzen, woraufhin der Streik bereits am 14. 11. abgebrochen wurde.

Nach dieser Niederlage des Oltener Komitees mußten die seit langem bestehenden inneren Richtungskämpfe in der SPS bis zum bitteren Ende ausgetragen werden. Die zentrale Streitfrage, welche die Partei zu zerreißen drohte, war der Beitritt zur III. (Kommunistischen) Internationale. In einer Urabstimmung lehnte das Parteivolk den vom Parteitag 1919 bereits beschlossenen Beitritt ab. Ein Teil der Parteilinken beantwortete dieses und andere Mißtrauensvoten mit dem Austritt aus der Partei und der Gründung der KPS (→ PdA). Wenn die SPS gleichzeitig die Forderung nach der »Diktatur des Proletariats« in ihr Programm aufnahm, so stand hinter diesem Bekenntnis das Bestreben, sich noch entschiedener als bisher ins Klassengetto zurückzuziehen, um dem Bürgertum um so geschlossener zu begegnen und um gegenüber der zum Kommunismus abgefallenen Linken ein Alibi zu besitzen. Die Partei organisierte nun auch eine Jugendbewegung, Frauen- und Freizeitbünde, die das gesellige Leben der Parteianhänger auf klassenmäßig geschlossene Zirkel konzentrierten, und die das bisher national orientierte Vereinsleben aufspalteten. So entwikkelte auch die Sozialdemokratie eine klassenmäßig abgekapselte, proletarisch-marxistische Subkultur, die von einer auflagenmäßig nicht sehr großen, aber kämpferisch redigierten Presse unterstützt wurde. Die Vertrauenskrise von 1918/20 wurde zu einem beträchtlichen Teil dadurch überwunden, daß die SPS nun Referendum und Volksbegehren wirkungsvoll einsetzen und infolge der Einführung des Proporzes ihr Gewicht im Nationalrat mit der Zeit mehr als verdoppeln konnte. Ihre Nationalrats-Wählerzahlen stiegen von 1919 175 000 (23,5 %) auf 1935 255 000

(28 %), ihre Sitzzahl in der Volkskammer von 41 (21,7 %) auf 50 (26,8 %). In den Ständerat konnte sie nur mit Mühe eindringen. In der Zwischenzeit und Nachkriegszeit setzte so etwas wie ein Rückzug von der Klassen- zur demokratischen Volkspartei ein, wie sie 1888 geplant worden war. Die von den Demokraten und dem Gewerkschaftsbund ins Leben gerufene »Richtlinienbewegung« lockerte das Gelände auf. Die Bedrohung von nationalsozialistischer Seite half mit, den Klassenkrieg auf dem Arbeitsmarkt einzudämmen. 1937 schlossen die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände der Metall-, Maschinen- und Uhrenindustrie, den Industriezweigen mit dem größten Anteil von Erwerbstätigen, den seither immer wieder erneuerten »Arbeitsfrieden« ab. Die beiden Sozialpartner verzichteten damals gegenseitig auf die Anwendung von Kampfmitteln zugunsten des Vertragsinstrumentes. Mit dem Programm von 1935 hatte die SPS den Weg zur Volkspartei eingeschlagen, ein Vorgang, der nicht ohne Opposition in den eigenen Reihen blieb. Eine linke Gruppierung unter Führung des Genfers *L. Nicole* forderte die Abwendung von der Verständigungspolitik und die Rückkehr zum kommunistisch geprägten internationalistischen Kurs. Besonders in der Westschweiz fand diese radikale Strömung zahlreiche Anhänger; als *Nicole* im September 1939 aus der SPS ausgeschlossen wurde, verließ mit ihm die Hälfte der westschweizerischen Sozialdemokraten die Partei und trat der von *Nicole* neu gegründeten Fédération Socialiste Suisse (FSS) bei, die in ihren Zielrichtungen auf das Programm der SPS von 1920 zurückgriff.

Die Nationalratswahlen von 1943 bestätigten die SPS auf ihrem Weg zur Volkspartei. Mit 56 Mandaten wurde sie stärkste Partei, erstmals gelangte ein Sozialdemokrat in den Bundesrat. Als mitverantwortliche Regierungspartei hatte die SPS freilich Probleme zu meistern, welche die anderen Regierungsparteien nicht in der gleichen Schärfe zu spüren bekamen. Infolge ihres Trends zur Mitte erlitt sie 1944 einen schweren Aderlaß. Erneut verlor sie einen Teil ihres linken Flügels an die PdA, die Nachfolgeorganisation der KPS. Sie wurde von dieser und anderen linksextremen Parteien des Oppositionsverrates bezichtigt. Um ihrer ehemaligen Oppositionsrolle zu genügen, glaubte sie sich gleichzeitig verpflichtet, eine bewußte Alternative zur Politik des mehrheitlich bürgerlichen Bundesrates zu vertreten. So machte sie – damals wie auch noch heute – viel intensiver von Referendum und vom Volksbegehren Gebrauch als die anderen Regierungsparteien. 1953 zog die SPS sich für 6 Jahre aus der Regierung zurück, nachdem ein von ihrem Bundesrat *M. Weber* vorgelegtes Finanzprogramm in einer Volksabstimmung abgelehnt worden war. 1959 kehrte sie wieder in den Bundesrat zurück. Ihr Anspruch auf nunmehr 2 Sitze hatte Erfolg, nachdem er auch von den Konservativ-Christlichsozialen unterstützt worden war.

In ernsthafte Bedrängnis geriet die Partei, als ihr die voranstürmende, vor allem studentische Jugend nach dem Signal der Pariser Mai-Unruhen von 1968 offensive gesellschaftliche Veränderungen nach dem Vorbild Schwedens aufdrängte. Gleichzeitig verlangte diese, daß sich die reformistisch gewordene Partei an das marxistische Gedankengut aus der Klassenkampfzeit erinnere. Diese Angriffe von links fielen zeitlich gerade in jene Periode, da sich immer größere Randgruppen der Partei (Rentner) infolge der bundesrätlich gebilligten Wachstumspolitik vernachlässigt fühlten und frondierten.

Wie keine andere Partei ist die Sozialdemokratie wegen der latenten Mitgliederabbröckelung auf eine stabilisierende Doktrin angewiesen. Gerade an einer solchen fehlt es jedoch. Was unter dem Namen Radikalismus oder »Neomarxismus« als neue Lehre angepriesen wird, entspricht einem Gewimmel wenig einheitlicher Ideen, die unter dem Sammelbegriff progressiv oder systemverändernd firmieren oder eine Rückkehr zur Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel beinhalten. Die jugendlichen Opponenten huldigen einem wenig wählerischen Aktionismus (Demonstrationen, Streiks, sog. gewaltlose Aktionen usw.). Da der Sozialdemokratie ausgleichend wirkende Honoratiorengruppen weitgehend fehlen, wird sie durch ideologische Standortbestimmungen im politischen Handlungsraum besonders stark belastet. Infolgedessen sind auch die sozialdemokratischen Wahlerfolge und damit ihre Fraktionsstärke beträchtlichen Schwankungen unterworfen (46–55 Sitze im Nationalrat, 2–9 Sitze im Ständerat).

Giovanoli, Die SPS. Bern 1948; K. Müller, Schicksal einer Klassenpartei. Abriß der Geschichte der schweizerischen Sozialdemokratie. 1955; P. Bieler, Albert Steck 1843–1899, der Begründer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Diss. (Bern), Olten 1960; E. Gruner, Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jh., Bern 1968; W. Gautschi, Der Landesstreik 1918, Einsiedeln-Köln-Zürich 1968.

Sozialpolitische Gruppe → Demokratische Partei.

SERBIEN

von

GUNNAR HERING

Nach zwei großen Aufständen der Serben (1804–13, 1815–30) und unter dem Druck der Mächte, vor allem Rußlands, gestand der Sultan des Osmanenreiches 1830 die Autonomie eines im wesentlichen auf das Pašalīk Belgrad beschränkten Fürstentums zu. Unter dem partriarchalischen Regime (1830–39) des ersten Fürsten *Miloš Obrenović* verkümmerte die seit der Aufstandszeit unregelmäßig einberufene Versammlung von Volksvertretern (Skupština) zu einem Akklamationsgremium vom Fürsten eingesetzter Gemeindevorsteher. Infolge des wachsenden Widerstands der auf traditionellen Freiheiten und Rechten bestehenden Regionen, vor allem aber der begüterten Honoratioren und hohen Beamten gegen Zentralismus und uneingeschränkte Fürstenmacht konzedierte *Miloš* 1835 eine Verfassung (Sretenski ustav), die auch eine Nationalvertretung mit definierten Rechten vorsah. Wegen des Einspruchs, vor allem Rußlands, trat sie jedoch nicht in Kraft. 1838 erließ der Sultan die sogenannte »Türkische« Verfassung: Die legislative und exekutive Gewalt übte der Fürst mit den von ihm auf Lebenszeit zu ernennenden 17 Mitgliedern des Staatsrates, dem auch die aus seiner Mitte hervorgehenden Minister verantwortlich waren, gemeinsam aus. Obwohl die Verfassung über eine Volksvertretung nichts bestimmte, wurde in Krisensituationen (Abdankung *Milošs* 1839, Konflikte zwischen *Mihailo Obrenović* und dem Staatsrat, Entthronung des Fürsten und Berufung *Aleksandar Karadjordjevićs* 1842) eine jeweils neugewählte und wenige Tage beratende Skupština einberufen, zwischen 1843 und 1858 jedoch nur einmal, im Jahre 1848, angesichts der Revolutionen in Europa. Unter diesen Voraussetzungen entstanden zwar Meinungsgruppen und politische Strömungen, aber keine Parteien mit Parlamentsfraktionen. Die zwischen den Anhängern der beiden rivalisierenden Dynastien *(Obrenović, Karadjordjević)* sich manifestierenden Konflikte erhielten eine neue Dimension, als die zu 90% in Dörfern lebende Bevölkerung in Serbien 1834–61 von 678 000 auf 1 087 179 anwuchs. Durch die Ausbreitung der Marktwirtschaft und die dadurch hervorgerufene rasche soziale Differenzierung (Anschluß der landwirtschaftlichen Betriebe an den Markt, Auflösung der Großfamilien [Zadruga], Einführung des bürgerlichen Rechts auf der Basis des Code Napoléon und des österreichischen Zivilkodex 1844; wachsende Verschuldung der Kleinbauern) entstand eine vornehmlich vom Handel (Schweineexport) lebende Mittelschicht, die sich gegen den autoritären Kurs der Staatsratsoligarchie wie auch der zurückberufenen *Obrenović*-Fürsten (*Miloš* 1859/60, *Mihailo* 1860–68) auflehnte, während die Landbevölkerung in der Staatsbürokratie die Ursache ihrer Belastungen sah. Als Wortführer der Unzufriedenen trat die neue Generation von Intellektuellen in Erscheinung, die überwiegend an ausländischen Universitäten studiert hatten und nun die serbischen politischen Traditionen und schichtspezifischen Ideologien und Einstellungen mit dem Gedankengut des europäischen Liberalismus, demokratischen Radikalismus, Sozialismus und Anarchismus verbanden. Nachdem 1858 die formal noch

geltende »Türkische« Verfassung durch das Gesetz über die Skupština-Wahlen (direkte Wahlen in den Städten, indirekte in den Landkreisen: 2 Wahlmänner pro 50 Steuerpflichtige; 60 Abgeordnete ex officio) grundlegend geändert worden war, bildete sich in der am Hl. Andreastag 30. 11.[12. 12.] 1859 zusammengetretenen Skupština (Svetoandrejska skupština) um einen Kern junger Intellektueller zuerst eine Liberale Fraktion heraus (→ LIBERALE PARTEI), neben ihr entstanden bald andere Gruppierungen (→ SERBISCHE FORTSCHRITTSPARTEI, → RADIKALE VOLKSPARTEI). Sie profilierten sich in den beratenden Volksvertretungen von 1861, 1864 und 1867, dann auf der Basis der neuen Verfassung von 1869 (Legislative: Fürst und Skupština; Stimmrecht für alle erwachsenen männlichen Steuerzahler; ein Abgeordneter für 3000 Steuerzahler, ein Viertel der Abgeordneten vom Fürsten zu ernennen) und des Skupština-Gesetzes von 1870 (vierjährige Legislaturperiode, absolute Mehrheitswahl mit Stichwahl); formelle Parteigründungen ermöglichte in Serbien, dem die Mächte im Berliner Vertrag 1878 die Unabhängigkeit gewährt hatten, das Koalitionsgesetz von 1880. Der Unzufriedenheit aller Parteien mit der Verfassung von 1869 mußte *Milan,* der 1882 den Königstitel angenommen hatte, in der schweren inneren Krise nach der Erhebung im Timok-Gebiet 1883 (→ RADIKALE VOLKSPARTEI) und der Niederlage gegen Bulgarien 1885 Rechnung tragen und die Verabschiedung einer neuen Konstitution 1888 zulassen (dreijährige Legislaturperiode, unmittelbare Wahlen überall; weiterhin Steuerzensus für aktives und passives Wahlrecht; Mehrheitswahlsystem mit Stichwahl in Einmann-Wahlkreisen, sonst Verhältniswahlsystem mit Listen; ein Abgeordneter für 4500 Wahlberechtigte), die den Parteien größere Möglichkeiten, u. a. der Kontrolle des Beamtenapparats, bot. 1894 setzte König *Aleksandar Obrenović* diese Verfassung außer Kraft und kehrte auf der Basis des Grundgesetzes von 1869 zum persönlichen Regime zurück, bis ihn 1901 der zur Staatsaffäre gewordene Zwist in seiner Familie zwang, eine Brücke zum rechten Flügel der RADIKALEN VOLKSPARTEI und zur FORTSCHRITTSPARTEI zu schlagen und eine neue Verfassung zu erlassen (Zweikammersystem mit einem zur Hälfte ernannten Oberhaus; vierjährige Legislaturperiode; direkte und geheime Wahlen, aber höherer Steuerzensus). Inzwischen hatten Wirtschaftsentwicklung (1889 72,6 %, 1897 nur noch 54,6 % der landwirtschaftlichen Betriebe mit Ackerflächen von 1–5 ha, mittlere Wirtschaften entstanden auf Kosten weiter verarmender Parzellenbauern; 1898: 28 Gewerbebetriebe mit 1701 Arbeitern; 1910: 428 Betriebe mit 16 095 Arbeitern; rasche Entwicklung des Bankwesens, Einströmen von Auslandskapital), Bevölkerungszuwachs (1874: 1 353 000 Einwohner, 1900: 2 529 196 Einwohner, davon 14,08 % in den seit 1870 kontinuierlich wachsenden Städten) und sozialer Wandel differenzierte Interessenlagen entstehen lassen, denen der König mit den herkömmlichen Praktiken serbischer Herrscher nicht mehr gewachsen war. Nach dem Militärputsch und der Ermordung des Königspaares 1903 wurde die Verfassung von 1888 in revidierter Form (Minderung des Steuerzensus) wieder in Kraft gesetzt und der liberale *Petar Karadjordjević* auf den Thron berufen. Das neue Wahlsystem begünstigte die großen Parteien und die in ihren Hochburgen gewählten Sozialdemokraten (z. B. bei den Wahlen 1904 benötigten für ein Mandat: die RADIKALE VOLKSPARTEI 1329, die UNABHÄNGIGE RADIKALE Partei 1615, die VOLKSPARTEI 2641, die SERBISCHE FORTSCHRITTSPARTEI 5925, die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI 1285 Stimmen). Erst jetzt konnte sich in Serbien das parlamentarische Regierungssystem entfalten, das von der RADIKALEN VOLKSPARTEI und der UNABHÄNGIGEN RADIKALEN Partei getragen wurde. In den heftigen Kontroversen zwischen Regierung und Opposition im Parlament und den wachsenden Spannungen zwischen der politischen Führung und dem Militär wirkte sich stabilisierend auf das Regierungssystem

aus, daß der Druck Österreich-Ungarns auf Serbien zum Konsens aller Parteien (außer den Sozialdemokraten) über die Grundlinien der Außenpolitik (Vereinigung der Connationalen im serbischen Nationalstaat, Widerstand gegen die österreichisch-ungarischen Hegemonie-Ansprüche) geführt hatte und daß angesichts der Erfahrungen mit den Regimes vor 1903 keine Alternative zur parlamentarischen Demokratie in Betracht kam. Schwierige Verfassungs- und Integrationsprobleme ergaben sich erst durch die Einverleibung mazedonischer Gebiete mit ca. 1,5 Millionen zum großen Teil nichtserbischen Einwohnern nach den Balkankriegen 1912/13. Da der 1919 entstandene jugoslawische Staat von den Spannungen zwischen den Nationen, insbesondere zwischen Serben und Kroaten, und dem Gegensatz zwischen Unitaristen bzw. Zentralisten und Föderalisten geprägt blieb, bestanden bis zum Verbot der Parteien nach Errichtung der Diktatur am 6. 1. 1929 auch diejenigen Parteien fort, die fast ausschließlich von Angehörigen eines Volkes gewählt wurden (als serbische Parteien: RADIKALE VOLKSPARTEI, JUGOSLAWISCHE REPUBLIKANISCHE PARTEI, SERBISCHE PARTEI, BAUERNBUND, → Jugoslawien).

Parlamentsprotokolle: Protokoli Srpske narodne skupštine (1859–1888); Stenografske beleške Srpske narodne skupštine (1874–1919); dazu als Hilfsmittel: Č. Mitrinović, M. N. Brašić, Jugoslovenske narodne skupštine i sabori, Belgrad 1937; V. Čubrilović, Istorija političke misli u Srbiji XIX veka, Belgrad 1958; D. Janković, O političkim strankama u Srbiji XIX veka, Belgrad 1956; Ž. Mitrović, Srpske političke stranke, Belgrad 1939; J. M. Prodanović, Istorija političkih stranaka i struja u Srbiji, Belgrad 1947; P. N. Hehn, The Constitutional and Party Struggle in Servia, 1804–1878, (Ph. D. Diss. New York University, 1961) Ann Arbor, Michigan 1969.

Liberaldemokratische Partei (Liberalnodemokratska Stranka) 1904 aus der → LIBERALEN PARTEI ausgeschiedene Splittergruppe unter *V. Veljković,* die sich 1905 mit den Mehrheitsliberalen zur VOLKSPARTEI (auch: NATIONALPARTEI, Narodna bzw. Nacionalna Stranka) wiedervereinigte.

Liberale Partei (**LS,** Liberalna Stranka).

Gründung: Eine liberale Fraktion bildete sich erstmals in der am Hl. Andreastag 30. 11. [12. 12.] 1858 zusammengetretenen Skupština (Svetoandrejska skupština) um den liberalen Ideologen und Beamten *V. Jovanović,* den Dichter *J. Ilić,* den Staatsratssekretär *J. Grujić,* die Offiziere *R. Alimpić* und *J. Belimarković,* die Studienräte *A. Vasiljević* und *St. Bošković,* den Beamten *M. Janković.* Am 17. [29.] 11. 1881 konstituierte sich die Partei als »Gesellschaft zur Förderung der serbischen Literatur« (Družina za potpomoganje srpske književnosti), dreizehn Monate später als LIBERALE PARTEI.

Programm: 1858 forderte die Skupštinafraktion die Sicherung der naturrechtlich begründeten bürgerlichen Freiheiten, die Erweiterung der Skupština-Kompetenzen, die Vereinigung aller Connationalen im serbischen Nationalstaat sowie die Unabhängigkeit des noch unter türkischer Suzeränität stehenden Fürstentums. Nach dem gedruckten Programm von 1881 wollte die Partei außerdem für die Förderung des Gewerbes und der Volksbildung, die Stärkung des Militärs sowie für die Verständigung der Balkanvölker (Nahziel: Zollunion) eintreten; in den späteren Fassungen finden sich auch abgeschwächte Programmpunkte der → RADIKALEN VOLKSPARTEI (Gemeindeselbstverwaltung, 1892: Verringerung der Staatsbeamtenstellen, Verwaltungsvereinfachung).

Organisation: Vor der Svetoandrejska skupština nur lockere Verbindung unter den liberalen Intellektuellen. Die Skupštinafraktion bestand aus 27 Abg. (17 Kaufleuten, 5 Bauern, 5 Priestern) um den Gründerkern ohne formale Organisation, die bis 1880 immer stärker durch den Staatsapparat (Ämterpatronage) und z. T. durch die Kirche substituiert wurde. 1861–64 dominierten die Liberalen in der »Gesellschaft der serbischen Literatur« (Društvo srpske slovesnosti), durch die sie wissenschaftliche Begründungen ihrer Thesen verbreiteten. Über die Grenzen des Fürstentums hinaus erlangte Bedeutung die von Liberalen gegründete und geführte »Vereinigte Serbische Jugend« (Ujedinjena Omladina Srpska). 1868/69 brachte sich die LS durch Bankette, Vortragszyklen und die Einrichtung von Leseräumen (1869: 27) zur Geltung und inaugurierte die Sonntagsschulbewegung. Nach dem Ende der Partizipation an der Regierung 1880 war die Schaffung einer eigenen Parteiorganisation erforderlich. Das Parteistatut von 1883 sah die Bildung von Ortsvereinen (mindestens 10 Mitglieder, jährliche Mitgliederversammlung), als höchstes Parteiorgan die zentrale Mitgliederversammlung vor, die den Hauptausschuß (Glavni odbor) zu wählen hatte.

Presse: Die 1860 erschienene Zeitung ›Narod-

na Skupština‹ wurde von der Polizei verboten. 1864–66 gab *V. Jovanović* in Genf die ›Sloboda‹ (ab 1865: ›Srpska Sloboda‹) heraus. Die ›Trgovačke Novine‹ (1861–63) enthielten sich offener politischer Kommentare. 1891–1915 erschien die ›Srpska zastava‹, 1881–1903 die ›Srpska nezavisnost‹. Den Liberalen standen nahe die Zeitungen ›Jedinstvo‹ (bis 1869), die 1871 von Novi Sad nach Belgrad transferierte ›Mlada Srbadija‹ (bis 25. 11./6. 12. 1872), die ›Srbija‹ des *L. Kaljević* (1867–70).

Geschichte: Hervorgegangen aus Zirkeln Intellektueller, die im Ausland studiert und sich mit den Schriften *Mills, Comtes, Roschers, Bastiats* und des Heidelberger Nationalökonomen *Rau* bekannt gemacht hatten, versuchten die Liberalen in der Krise 1857/58, gegen das Regime des *Aleksandar Karadjordjević* und den Staatsrat die Beschränkung der Exekutive durch eine aus allgemeinen Wahlen (bei geheimer Stimmabgabe nur in den Städten) hervorgehende Legislative und die Sicherung bürgerlicher Freiheiten durchzusetzen. In der Svetoandrejska skupština erreichten sie die Absetzung des Fürsten und die Wiederberufung des *Miloš Obrenović*. Von ihren Vorlagen über die Ausweitung der Kompetenzen der Skupština fand jedoch nur die Bestimmung über deren regelmäßige Sitzungsperioden eine Mehrheit. Der Versuch der Zusammenarbeit mit *Miloš* scheiterte an dessen Unverständnis für den liberalen Verfassungsstaat. Sein Nachfolger *Mihailo* entfremdete sich die Liberalen durch seinen diktatorischen innenpolitischen Kurs, der zur Entmachtung der Skupština führte. In der Opposition versuchten die Liberalen, die repräsentativen Institutionen als Kern der serbischen Überlieferung herauszustellen (liberale Geschichtskonzeption). Erst die unter *Milan Obrenović* von der Großen Nationalversammlung 1869 verabschiedete Verfassung läßt wie die Regierungspolitik der Jahre 1868–73 und 1875–80 den Einfluß der gemäßigten Liberalen um *J. Ristić* erkennen: Sie sah zwar keine politische Ministerverantwortlichkeit, wohl aber die Beteiligung der Skupština an der Legislative, die Beschränkung des Staatsrats auf verwaltungsgerichtliche Funktionen und den Schutz der bürgerlichen Freiheiten vor. Durch diesen Kompromiß wurde der Differenzierungsprozeß in der Partei beschleunigt: Die Altliberalen um *J. Grujić* erhofften sich von der Zusammenarbeit mit dem Fürsten, die Jungliberalen von der konsequenten Opposition gegen das Regime Fortschritte; einige liberale Dissidenten stellten sich in der Skupština offen gegen *Ristićs* Regierungskurs. Die Loyalität der Mehrheitsliberalen wurde nach 1869 eher mit der Möglichkeit zu Ämterpatronage und kultureller Aktivität als mit politischen Zugeständnissen honoriert. Gemeinsame Überzeugung der Liberalen war, daß Information und Bildung zu politischer Freiheit und Partizipation erziehe. Daher begann *V. Jovanović* 1869 mit der Herausgabe des Politischen Wörterbuchs (Politički Rečnik), eines der bedeutendsten Dokumente des südosteuropäischen Liberalismus. Gründer und Führer der LS waren überwiegend Intellektuelle, unter den Abg. und den Agitatoren in der Provinz waren die Kaufleute überrepräsentiert (1879: 21 von 47 Abgeordneten), Anhänger fand die LS ferner in der Beamtenschaft, der bäuerlichen Oberschicht und im höheren Klerus.

Größere, aber ephemere Erfolge erzielten die Liberalen in der Orientkrise 1875/76, als Fürst *Milan* den weitgehenden Reformplänen der Regierung des *L. Kaljević* zustimmte, um die Öffentlichkeit vom Wunsch nach einem Krieg gegen die Türkei abzulenken (Ausweitung der Gemeindeselbstverwaltung und der Kompetenz der Gemeindegerichte, Lockerung des Pressegesetzes 1875, Habeas corpus 1876). 1881 erhielten sie nur 7 von 134 Wahlmandaten, 1883 30 von 126, in den Wahlen zur Konstituante 1888 100 von 628 Sitzen. Vergeblich versuchte die liberale Regierung des *J. Avakumović*, den überwältigenden Wahlsiegen der → Radikalen Volkspartei (1889: nur 17 von 117 Mandaten, 1890 14 von 115 Mandaten für die Liberalen) durch massive Beeinflussung der Wahlen vom 25. 2./9. 3. 1893 ein Ende zu setzen (69 Mandate für die Liberalen, 65 für die Radikalen, jedoch in den Wahlen am 18./30. 5. 1893 126 von 136 Mandaten für die Radikalen, kein Sitz für die Liberalen!). 1901 wandte sich die Partei entschieden gegen die neue Verfassung. Nach dem blutigen Ende der Dynastie *Obrenović* 1903, an dessen Vorbereitung auch liberale Politiker beteiligt waren, traten führende Vertreter der LS in das Revolutionskabinett ein (Ministerpräsident *J. Avakumović*, Wirtschaftsminister *Dj. Genčić*, Finanzminister *V. Veljković*). Am 11. 10. 1904 spaltete sich die LS vorübergehend in die Volkspartei (auch: Nationalpartei, Narodna bzw. Nacionalna Stranka; Altliberale um *S. Ribarac*, die an den überkommenen liberalen Zielen festhielten und sie durch neue gemäßigte Forderungen – Verwaltungsvereinfachung, Bahnverbindung zur Adria, Gründung von Genossenschaften – ergänzten) und die weiter links stehende Liberaldemokratische Partei (Liberalnodemokratska Stranka) unter Führung des Republikaners *V. Veljković*, die sich am 20. 10. 1905 zur Volkspartei (Narodna Stranka) wiedervereinigten. 1903 errang die Partei 18,8 % der Wählerstimmen und 17 von 160 Mandaten; 1905 16,1 % Stimmen und 17 Mandate, 1906 16 Mandate, 1908 in einer Wahlkoalition mit der → Serbischen Fortschrittspartei 20 Mandate. Nach dem 1. Weltkrieg erzielte sie lediglich in den Wahlen zur Konstituante des SHS-Staates (→ Jugoslawien) am 28. 11. 1920 mit 5061 = 0,3 % der Stimmen ein Mandat in Nordserbien (Gesamtzahl der Mandate: 419).

In der Außenpolitik plädierten die Liberalen für eine vorsichtige Taktik gegenüber Österreich-Ungarn und hielten die am Ende des Zollkriegs (1906–11) mit Wien getroffenen Vereinbarungen für zu eng.

G. Stokes, Legitimacy through Liberalism, Seattle, London 1975; S. Bošković, Za prosvetu i slobodu, Članci i rasprave, Belgrad 1882; J. Grujić, Zapisi, 3 Bde., Belgrad 1922 f.; S. Jovanović, Druga vlada Miloša i Mihaila (1858–1868), Belgrad 1923; Ders., Vlada Milana Obrenovića, 3 Bde., Belgrad 1934; J. Miličević, Jevrem Grujić. Istorija svetoandresjskog liberalizma, Belgrad 1864.

Nationalpartei, auch Volkspartei (Nacionalna bzw. Narodna Stranka). Am 11. 10. 1904 durch die Spaltung der → LIBERALEN PARTEI entstandene Partei der Altliberalen (Mehrheitsliberalen) um *S. Ribarac.*

Radikale Volkspartei (Narodna Radikalna Stranka). Aus sozialistischen bzw. populistischen Gruppen hervorgegangene Bauernpartei, die nach der Verbreiterung ihrer sozialen Basis zur Hauptstütze von Verfassungsordnung und parlamentarischem Regierungssystem in Serbien wurde.

Gründung: 1869 beschlossen in Zürich die serbischen Studenten *S. Marković, N. Pašić, D. Rakić, V. Velimirovič* und *D. Ljočić,* die Parteigründung vorzubereiten. Es entstanden lokale Sympathisantengruppen, nach dem Tode des führenden radikalen Abgeordneten *A. Bogosavljević* (1844–80) ein Zentralausschuß sowie zahlreiche Lokalausschüsse zur Verwaltung eines Gedenkspendenfonds; diese Zirkel wurden auf dem Parteigründungskongreß am 8./20. 1. 1881 zur ersten formell gebildeten politischen Partei Serbiens zusammengefaßt. Um die Bildung der Parteien zu erleichtern, billigte *Pašić,* daß Unterzeichner des radikalen Programms auch das Programm der → SERBISCHEN FORTSCHRITTSPARTEI unterschrieben.

Programm: Die Parteigründer standen unter dem Einfluß der zeitgenössischen sozialistischen und anarchistischen Ideologien, die vor allem *S. Marković* zur Grundlage radikaler Kritik an der Wirtschafts- und Sozialverfassung (Unterdrückung und Ausbeutung der Bauern, Entwicklung zum Kapitalismus, Einströmen ausländischen Kapitals für den Eisenbahnbau) und am Regierungssystem machte. Zielscheibe ihrer Angriffe war die Staatsbürokratie. Die Radikalen propagierten als Fundament des neuen Gemeindewesens ein an die serbischen Traditionen anknüpfendes, nach dem Subsidiaritätsprinzip aufgebautes System der Gemeinde- und Kreisverwaltung bei gleichzeitiger Abschaffung des Regierungsbezirkes (okrug), die Republik und die Trennung von Kirche und Staat; von verschiedenen Ansätzen her erörterten sie Möglichkeiten, den Kapitalismus zu umgehen. Obwohl sich die führenden Politiker der Partei bis zu deren formeller Gründung 1881 von den sozialistischen und populistischen Theorien entfernt hatten, hielten sie an der Konzeption, den bürokratischen Zentralismus durch die autonome Selbstverwaltung und das stehende Heer durch Milizen und Volksaufgebot zu ersetzen, die Beamtenstellen drastisch zu verringern und die Bezüge der Staatsbediensteten zu kürzen, als dem Kernstück ihres Programms fest. Volkssouveränität und Ministerverantwortlichkeit blieben Prinzipien der Radikalen auch nach der Anerkennung der Monarchie 1881. Sie traten für die Entlastung der Bauern und die Förderung des einheimischen Gewerbes, die Wahl der Richter erster Instanz und die Abschaffung des nicht auf serbischen Traditionen beruhenden Rechts sowie des Anwaltberufes ein. Die Gleichberechtigung der Frau gehörte dagegen nicht zu ihren Forderungen.

Außenpolitisch wollten die Radikalen durch die enge Kooperation mit den Balkanstaaten und immer stärker durch die Anlehnung an Rußland Serbiens Unabhängigkeit sichern, die unter türkischer Herrschaft verbliebenen Connationalen befreien und dem Druck Österreich-Ungarns entgegenwirken.

Organisation: Bis 1881 standen Sympathisantengruppen formell miteinander in Verbindung und errangen erstmals 1874 bei den Skupština-Wahlen Erfolge. Das am 3./15. 12. 1881 publizierte Parteistatut sah die am stärksten durchgebildete formale Organisation aller serbischen Parteien vor. Zu den Pflichten der Mitglieder gehörten: die Entrichtung von Beiträgen, die Mitgliederwerbung, die Unterstützung der Parteikandidaten bei Wahlen; die zweimal jährlich tagende Mitgliederversammlung des Ortsverbandes hatte den Leitungsausschuß (1 Vors., 4–8 Mitglieder), die zur Hauptversammlung entsandten Delegierten der Ortsverbände den Hauptausschuß der Partei (zehn Mitglieder) zu wählen. Die Ortsausschüsse waren den lokalen Mitgliederversammlungen rechenschaftspflichtig, aber auch an die Weisungen des Hauptausschusses gebunden, der die Parteipresse kontrollierte. Bei der Neuorganisation der Partei 1889 wurden die Kompetenzen des Hauptausschusses erweitert.

Presse: Den Radikalen der 70er Jahre standen die von *Marković* gegründeten sozialistischen Zeitungen ›Radenik‹ (1871/72; 1872: Radnik) und ›Javnost‹ (1873/74) nahe; 1875 leitete *N. Pašić* die von *Marković* gegründete Zeitung ›Oslobodjenje‹ (Kragujevac), am 8./20. 1. 1881 kam die Parteizeitung ›Samouprava‹ heraus (1881–83, 1886, 1904–05). Daneben erschienen: ›Sloboda‹, ›Bratstvo‹ (1882), ›Dnevnil ist‹ (1887–1902) und ›Odjek‹ (1884–90) beide ab 1902 Organ der → UNABHÄNGIGEN RADIKALEN PARTEI, ›Delo‹ (1894–99, 1902–14), ›Zakonitost‹ (1900 ff.), ›Dnevnik‹ (1901/02), ›Narodna volja‹ (1902 ff.), ›Javnost‹ (Kragujevac 1903–05) und ›Ustavna Srbija‹ (1903/04).

Geschichte: Mit dem Beschluß zur Parteigründung reagierten die Züricher Studenten um *S. Marković* auf die Annäherung zwischen der → LIBERALEN PARTEI und dem Fürsten, deren Ergebnis die von ihnen als reaktionär bewertete Verfassung von 1869 war. Die Agitation der Radikalen für die Interessen der Bauern und ihr permanenter Angriff auf Staatsverwaltung und Beamtenschaft erwiesen sich als erfolgreich. Auf dem Lande war die latente Unzufriedenheit wegen ungleicher Bo-

denbesitzgrößen, zunehmenden Steuerdrucks und sonstiger Leistungen für den Staat gewachsen, weil die Ausbreitung der Geld- und Kreditwirtschaft die traditionelle Lebens- und Wirtschaftsweise erschütterte, zur raschen Verschuldung der Bauern, zur Verpfändung und Parzellierung des Bodens, zur Enteignung vieler Kleineigentümer und damit zur weiteren sozialen Differenzierung im Dorf geführt hatte. Die Staatsverwaltung ließ den Bauern durch Willkürakte (Wahlbeeinflussung, Anspruch auf illegale Leistungen und Abgaben) ebenso wie durch die formalisierten Prozeduren (langwierige schriftliche Verfahren, auswärtige Instanzen) seine Ohnmacht spüren. Die allgemeine Unzufriedenheit artikulierten Abkömmlinge überwiegend gut situierter oder kleinbürgerlicher Familien, die sich, enttäuscht von der pragmatischen Reformpolitik der Liberalen und inspiriert vom Pariser Kommuneaufstand, unter dem Einfluß populistischer Ideen mit dem einfachen Volk verbrüderten; neben ihnen traten vor allem Lehrer und Dorfgeistliche als Aktivisten der Partei hervor. 1874 zogen erstmals vier Radikale mit *A. Bogosavljević* an der Spitze in die Skupština ein, 1875 errangen die Radikalen 25 von 130 Mandaten. 1880 gewannen sie alle Wahlmandate der Skupština, doch stimmte der Fürst einer Reform der Gemeindeselbstverwaltung nicht zu. Inzwischen hatten sich die führenden Radikalen von den sozialistischen Elementen des Programms entfernt; aus außenpolitischen Rücksichten und wegen der Dringlichkeit anderer innenpolitischer Fragen erkannten sie 1881 auch die Monarchie an. Die Auflösung der Skupština nach dem Wahlsieg der Radikalen von 1883 (72 von 126 Mandaten) und die Verordnung, alle bisher von den Wehrpflichtigen verwahrten Gewehre abzugeben, führten im ostserbischen Timok-Gebiet zum Aufruhr (Timočka buna). In ihm traten radikale Abgeordnete und Aktivisten führend hervor, während die in der Lagebeurteilung gespaltene Parteiführung bis auf *Pašić* unbeteiligt war. Die Erhebung zog katastrophale Folgen für die Partei nach sich: Alle Parteiführer außer *Pašić,* der sich im Ausland befand, und die meisten lokalen Aktivisten wurden verhaftet, zwanzig der 97 Todesurteile vollstreckt, 567 Zuchthausstrafen verhängt. Dieses Fiasko machte die Radikalen, die schwere Schlappe Serbiens im Krieg gegen Bulgarien 1885 den König zu einem Kompromiß bereit. *Milan* begnadigte die radikalen Politiker außer *Pašić,* akzeptierte 1886 eine gegen das Votum der Parteibasis vereinbarte radikalliberale Koalition und willigte 1888 in die von allen Parteien geforderte Verfassungsrevision ein, bei der die Radikalen einen großen Teil ihrer seit 1883 erheblich abgeschwächten Forderungen durchsetzten, aber auf das allgemeine Wahlrecht verzichteten. Gestützt auf eine Parlamentsmehrheit (1889: 100 von 117, 1890: 100 von 115, erste Wahl 1893: 65 von 135, zweite Wahl 1893: 126 von 136 Mandaten) führten Kabinette der Radikalen (11. [23.] 2. 1891 *Pašić* erstmals Ministerpräsident) Reformen durch, die ihre Distanz zu den radikalen Ideen der 70er Jahre zeigen (1890 Selbstverwaltungsgesetz: Nebeneinander von staatlichen und Selbstverwaltungsorganen unter Beibehaltung der Regierungsbezirksbehörden; Dezentralisierung der Verwaltung, aber Erhaltung des von Radikalen durchsetzten Beamtenapparates, Minderung des Wahlzensus; Nationalisierung der Monopole und Eisenbahnen). Im Ausgleich mit der Krone ging die Gruppe der sog. Hofradikalen *(L. Dokić, S. Grujić)* weiter als die Mehrheitsradikalen. Die gemäßigte Politik, die Förderung des Gewerbes durch Schutzzölle und die Sicherung der serbischen Wirtschaftsinteressen in Handelsverträgen ermöglichten der Partei den Brückenschlag zu den bürgerlichen Schichten. Nach dem Staatsstreich von 1894 boykottierte die Partei die Wahlen; 1897 gewann sie alle Mandate, ohne dem persönlichen Regime König *Aleksandars* ein Ende setzen zu können. 1900 bahnte der König den Ausgleich mit den Radikalen unter der Bedingung eines Kompromisses in der Verfassungsfrage und der Zusammenarbeit mit Politikern der formell aufgelösten → SERBISCHEN FORTSCHRITTSPARTEI (»Fusion«) an, der zur Verfassung von 1901, aber auch zur Abspaltung des linken Flügels und zur Bildung der → UNABHÄNGIGEN RADIKALEN PARTEI führte. Nach dem Umsturz von 1903, an dem die Radikalen nicht beteiligt waren, dominierten diese beiden Parteien im Parlament (Altradikale: 1903: 38,2% der Stimmen, 75 Mandate, 1905: 31,8%, 55 Mandate, 1906: 91 Mandate, 1908: 47,5%, 84 Mandate, 1912: 84 Mandate von jeweils 160 Mandaten). Die Altradikalen trugen zur Festigung des parlamentarischen Regierungssystems bei, gerieten aber mit der Opposition in Fragen der Rechtsstaatlichkeit ab 1907 in schwere Konflikte. Durch die Förderung von Industrie und Außenhandel, die Entwicklung der Infrastruktur und die Erschließung neuer Märkte konnten die Kabinette *Pašić* die Wiener Pressionen (Zollkrieg 1906–11) erfolgreich abwehren, die große Zahl der staatlichen Unternehmen bot ihnen die Möglichkeit zur Ämterpatronage. Durch die Aufrüstung und den Abschluß der Balkanallianz begegneten sie dem Anspruch der Großmächte auf Regelung der Orientalischen Frage. Durch die Erwerbungen in den Balkankriegen 1912/13 (Teile Mazedoniens, Altserbien) standen die Regierungen der Radikalen vor neuen außenpolitischen Problemen (Albanienfrage) und innenpolitischen Konflikten (Geltung der Verfassung sowie Verhältnis ziviler und militärischer Instanzen in den neuen Gebieten, Probleme der Integration). Die Spannungen zu den UNABHÄNGIGEN RADIKALEN, zur Offiziersclique um Oberst *D. Dimitrijević-Apis* und zu der von ihm gestützten Verschwörergruppe »Vereinigung oder Tod« (Ujedinjenje ili smrt, sog. »Schwarze Hand«) wurden erst 1917 durch den dubiosen Saloniki-Prozeß zugunsten der Radikalen und des Regenten *Aleksandar* entschieden.

Fortsetzung → Jugoslawien, Radikale Volkspartei.

Serbische Bauernvolksvereinigung (Srpska Narodna Seljačka Sloga). Die am 30. 10. [12.] 11. 1903 gegründete Partei trat als Interessenvertretung der Bauern in Erscheinung und bildete die radikaldemokratischen Programmpunkte aus der Frühzeit der → Radikalen Volkspartei weiter aus. Sie forderte den Schutz der politischen Freiheiten und die Aufhebung des Zensuswahlrechts, die Einführung der progressiven Einkommenssteuer und die Abschaffung der indirekten Steuern, die Kürzung der Beamtengehälter und des Militäretats sowie die Vereinfachung der Verwaltung; den Bauern sollte durch zinsgünstige Kredite und die Gründung von Genossenschaften und Landwirtschaftskammern geholfen werden. Ziel einer Schulreform müsse sein, viele Gymnasien in Landwirtschafts- und andere Berufsschulen umzuwandeln. Außenpolitisch trat die Partei für die Befreiung der serbischen Irredenta und eine Balkanföderation ein. Nur in den Wahlen von 1905 erhielt sie für 3,8 % der Wählerstimmen ein Skupština-Mandat.

Serbische Fortschrittspartei (Srpska Napredna Stranka). Aus jungkonservativen Kreisen hervorgegangene Honoratiorenpartei, deren Führer Serbien nach westlichem Vorbild bei vorläufiger Beschränkung der demokratischen Verfassungselemente modernisieren wollten.

Gründung: Seit 1868 bildete sich in der konservativen Parlamentsopposition um *A. Čumić* und *M. Garašanin* eine Gruppe jungkonservativer Abgeordneter heraus, die sich als eigenständige Fraktion in der Verfassungsdiskussion und mit Gesetzentwürfen profilierte. Am 10. [22.] 1. 1881 wurde die Partei auf Initiative der Fraktion und unter maßgeblicher Beteiligung von *Garašanin, Čumić, S. Novaković* und *M. Pirićanac* formell gegründet; am 26. 9. [8. 10.] 1881 folgte der Gründungskongreß. Zu den Unterzeichnern des Programms gehörten auch einige Radikale (→ Radikale Volkspartei).

Nach der Entlassung des Fortschrittskabinetts *Novaković* wurde die Partei am 18. [30.] 12. 1896 aufgelöst und erst am 30. 1. [12. 2.] 1906 durch *Novaković* wiedergegründet. In der Zwischenzeit bestand die Fraktion mit uneingeschränkter Kohärenz fort.

Programm: Im Unterschied zu den Altkonservativen um die Gruppe der „Verfassungsverteidiger" machten sich die Progressisten in dem Bestreben, einen modernen Staat nach westlichem Vorbild aufzubauen, liberale Prinzipien zu eigen (Ministerverantwortlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Sicherung der bürgerlichen Freiheiten, Unabhängigkeit der Justiz, moderne Staatsverwaltung, Gemeinde- und Kreisselbstverwaltung); wegen der vermeintlichen politischen Unreife des Volkes plädierten sie andererseits für die Abstufung der Wählerstimmen nach der Steuerleistung (außer bei Beamten, Lehrern, Pensionären und freiberuflich Tätigen), die Begünstigung der Städte bei der Mandatsverteilung und die Einführung des Zweikammersystems. Durch den raschen Ausbau des Schulwesens sollte die Volksbildung gefördert, durch die staatlich begünstigte Entfaltung von Handel und Gewerbe sowie durch die Ermunterung ausländischer Kapitalinvestitionen die allgemeine Rückständigkeit des Landes überwunden werden. Außenpolitisch trat die Partei für die Unabhängigkeit Serbiens und der anderen ost- und südosteuropäischen Völker ein („Der Osten den Völkern des Ostens!").

Organisation: Nach dem Organisationsstatut von 1881, das am 18. 1. 1881 in der Zeitung ›Videlo‹ als Statut der dort Volkspartei (Narodna Stranka) genannten Partei veröffentlicht wurde, fungierte in den Sitzungsperioden der Skupština die Fraktion, ansonsten der von der jährlichen Generalversammlung der Mitglieder zu wählende Hauptausschuß (Glavni Odbor) als Leitungsgremium; im Lande war die Partei in Orts- und Kreisausschüsse gegliedert. Ab 1889 wurde der dreißigköpfige Hauptausschuß vom jährlichen Parteikongreß (amtierender Hauptausschuß, Vertreter der lokalen Organisationen) gewählt.

Parteizeitung: ›Videlo‹.

Geschichte: 1873–78 hatte die Fortschrittspartei erstmals Gelegenheit, ihr Programm durch Beteiligung an Regierungen durchzusetzen; ihre Vorlagen zur Pressefreiheit, Gemeindeselbstverwaltung und Industrieförderung ermöglichten *L. Kaljević* die Bildung eines Koalitionskabinetts mit der → Liberalen Partei (1875/76). Wie *Kaljević* 1878 schlossen sich auch andere Liberale der Fortschrittspartei an. 1881 erhielt die Partei 75 von 135, 1883 24 von 126 Mandaten. 1880–87 setzten progressistische Regierungen die Politik der Regierung *Kaljević* mit Gesetzen über die Presse- und Koalitionsfreiheit (1881 Koalitionsgesetz: Freiheit der Parteigründung) sowie die Justiz fort; Bedeutendes leisteten die von der Fortschrittspartei getragenen Kabinette im Bildungswesen (Einführung der Volksschulpflicht, Ausbau des Schulwesens) und bei der Ausführung ihres Wirtschaftsprogramms (Eisenbahnbau, Förderung von Handel und Gewerbe, Gründung der Nationalbank 1883, Begünstigung ausländischer Kapitalinvestitionen). Bei dem Versuch der Regierung, die den Klerus hart treffenden Steuergesetze durchzuführen und den Einfluß der Liberalen Partei auf die Geistlichkeit zu unterbinden, gerieten die Progressisten 1881 in einen Konflikt mit der Kirche. Die außenpolitischen Ziele Serbiens glaubte die Fortschrittspartei zunächst durch die enge Anlehnung an Österreich-Ungarn realisieren zu können, doch verließ sie 1895 wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Wien und Belgrad in der Mazedonien-Frage diesen Kurs, so daß vom Ende des Jh. an in außenpolitischen Fragen zwischen den Parteien allenfalls taktische Differenzen bestanden: Auf dem Höhepunkt der Annexionskrise trat der Parteiführer

Novaković 1909 an die Spitze eines Allparteienkabinetts. Wegen des fortgesetzten Parlamentsboykotts der Opposition 1882 rückte die Partei weiter nach rechts (Aberkennung von Mandaten, Einschränkung der Freiheitsrechte) und erhielt bei den Wahlen zur Konstituante 1888 und bei den Wahlen von 1889 kein Mandat; 1890 errang sie einen, 1893 zwei Sitze und zog 1893 mit einer zehnköpfigen Fraktion in die Skupština ein. Im Unterschied zur → RADIKALEN VOLKSPARTEI strebte sie nach dem Staatsstreich von 1894, der zum Wahlboykott der anderen Parteien und infolgedessen zum Scheinsieg der Progressisten führte (208 von 232 Mandaten), nicht die Wiederinkraftsetzung der Konstitution von 1888, sondern die Revision der Verfassung von 1869 auf der Grundlage ihres eigenen Entwurfs von 1883 an. Gleichzeitig kritisierte sie jedoch die Auswirkung des Zwistes zwischen *Aleksandars* Eltern auf die Politik und die Aushöhlung der Regierungsverantwortung durch den König. Der neuen Verfassung von 1901, die durch die Verständigung (»Fusion«) mit der → RADIKALEN VOLKSPARTEI zustandekam, wurde schließlich die Vorlage der Fortschrittspartei zugrunde gelegt. Die Anhänger der Partei, überwiegend Intellektuelle, Beamte, Kaufleute und Gewerbetreibende sowie wohlhabende Bauern, waren zu keiner Zeit so zahlreich, daß die Progressisten aus eigener Kraft einen Wahlsieg davontragen konnten. 1895 gelang dies nur dank massiver Wahlbeeinflussung durch die Behörden. Aufträge zur Regierungsbildung beruhten allein auf dem Willen der Herrscher. Nach dem Sturz der Dynastie *Obrenović* 1903 verlor die Partei ihren Rückhalt: 1903 erhielt sie für 6,3 % der Wählerstimmen ein Mandat, 1905 für 8,5 % der Stimmen vier Sitze; 1906 zog sie mit fünf, 1908 mit sieben Abgeordneten in die Skupština ein.

Nach dem 1. Weltkrieg trat die Partei in den Wahlen von 1923 als Splitterpartei in Erscheinung (1541 Stimmen = 0,07 %).

S. Novaković, 20 godina ustavne politike u Srbiji 1883–1905, Belgrad 1912.

Serbische Sozialdemokratische Partei (Srpska Socijaldemokratska Stranka).

Gründung: Am 6. [19.] 5. 1901 entstand die Belgrader Arbeitergesellschaft (Beogradsko radničko društvo), ein Arbeiterbildungsverein, der ebenso wie der Redaktionsstab der ab 1902 wieder erscheinenden ›Radničke Novine‹ und der Club sozialistischer Studenten in Belgrad auch zur Vorbereitung der Parteigründung beitragen wollte. Vertreter dieser Gruppen und zehn Gewerkschaftsfunktionäre traten unter dem Vorsitz von *L. Pavićević* 1902 in einem Zentralausschuß (Centralni odbor) zusammen, der die Vorbereitungen koordinierte. Der Gründungskongreß der Partei fand vom 20.–23. 7. [2.–5.] 8. 1903 in Belgrad statt.

Programm: Das auf dem ersten Kongreß 1903 angenommene Programm beruhte im wesentlichen auf dem Erfurter Programm der SPD von 1891, das schon den sozialistischen Programmen des Zanatlijski savez (Handwerkervereinigung) von 1894 und der Zeitschrift ›Socijaldemokrat‹ von 1895 als Vorbild gedient hatte. Fernziel der Partei war die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Ihre Aufgabe war es, die Kämpfe des Proletariats zu entfalten und ihnen »das naturnotwendige Ziel« zu weisen. In erster Linie forderte die Partei allgemeine, unmittelbare und geheime Wahlen (Abschaffung des Steuerzensus), weitgehende Gemeinde-, Kreis- und Bezirksselbstverwaltung einschließlich der Bildung einer Gemeindepolizei und der Richterwahl, allgemeine Wehrpflicht und ein Volksaufgebot anstelle des stehenden Heeres, Versammlungs-, Koalitions- und Meinungsfreiheit, die Trennung von Staat und Kirche, weltliche Schulbildung, unentgeltliche Rechtspflege und medizinische Versorgung, progressive Einkommensteuer sowie Gesetze zum Schutze der Arbeiter (8-Stundentag, Verbot der Nachtarbeit, wöchentliche Arbeitsunterbrechung von mindestens 36 Stunden, Entlohnung ausschließlich in Bargeld, billige Wohnungen, hygienische Arbeitsbedingungen, Einrichtung von Arbeitsinspektionen), das Verbot der Kinderarbeit und die Gleichberechtigung der Frau. In der Außenpolitik trat die Partei für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein und verurteilte die Kriegspolitik scharf.

Organisation: Nach den auf dem ersten Parteikongreß 1903 verabschiedeten Statuten wählte der jährlich stattfindende Parteikongreß als höchstes Organ der Partei fünf Mitglieder des 7köpfigen Exekutivausschusses und die neun Mitglieder der Kontrollkommission; diese ernannte die beiden anderen Mitglieder des Exekutivausschusses. Auf dem zweiten Parteikongreß 1904 wurde beschlossen, auch lokale, an die Beschlüsse der Zentrale formell gebundene Parteiorganisationen zu schaffen, an deren Stelle bisher die nach dem Vorbild der Belgrader Arbeitergesellschaft gebildeten Vereinigungen bestanden hatten. Auch nach dem Brückenschlag zu den Bauern 1910 waren die Mitglieder der Städte auf den Parteikongressen stärker vertreten (ein Delegierter für 20 Mitglieder) als die des flachen Landes (ein Delegierter für 50 Mitglieder). Organisiert waren in der Partei 1903 150, 1905 300, 1906 1080, 1908 780, 1910 2200, 1911 5178 Mitglieder.

Presse: 1895 erste marxistische Wochenzeitschrift ›Socijaldemokrat‹ (1896 verboten), 1897 ›Radničke Novine‹ (alsbald verboten, ab 1902 wöchentlich herausgegeben, ab 1903 offizielles Parteiorgan: 1903–10 zweimal monatlich, 1911 dreimal wöchentlich, 1912–15 und 1918/19 täglich); 1900/01 ›Napred‹ und ›Radnički list‹ (1901 verboten). 1903–06 erschien der anarchosyndikalistische ›Život‹ (Red. *D. Djurić, V. Stojanović*) zweimal monatlich. Lokalzeitungen: ›Radnik‹ (Kragujevac 1903–14, Red. *M. Ilić, T. Kacleroviić*), ›Niška Socijalistička borba‹. Organe der Rechtsopposition: Zeitschrift ›Novo Vreme‹

(1903–05, Red. *K. Jovanović, M. Radovanović*), Zeitung ›Svest‹ (1904/05, Red. *R. S. Radulović*. Die anarchistische bzw. anarchosyndikalistische Opposition gab heraus: ›Hleb i sloboda‹ (1905), ›Socijalist‹ (1908/09), ›Komuna‹ (1910–12), ›Radni Narod‹ (1911/12). Theoretische Zeitschrift der Partei ab 1910: ›Borba‹ (Red. *D. Tucović*). 1915 gab *T. Kaclerović* in Niš, 1918 in Paris die ›Budućnost‹ heraus. Die Parteipresse unterstand der Aufsicht des Exekutivausschusses.

Geschichte: Die Anfänge der sozialistischen Bewegung in den 1870er Jahren waren vor allem von der populistischen Ideologie *S. Markovićs* geprägt (→ auch RADIKALE VOLKSPARTEI). Im letzten Viertel des 19. Jh. entstanden die ersten Gewerkschaften, 1894 fand in Belgrad die erste Maidemonstration statt. Bemühungen einzelner Sozialisten um die Bildung einer Partei in der schwach entwickelten Arbeiterschaft reichen in die 70er Jahre zurück und nahmen in den 90er Jahren konkretere Formen an (Aufruf von 30 Sozialisten zur Parteigründung 1892; Bildung eines 20köpfigen Gründungsausschusses in Smederevo, November 1895; Bildung eines Vorbereitungskomitees für die Parteigründung in Paris, 1900). Sie scheiterten an den ideologischen Richtungskämpfen unter den Sozialisten, insbesondere zwischen Populisten und Marxisten, an der Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch den Staat, der bis 1900 fast alle Organisationen zum Opfer fielen, und am Widerstand vieler Gewerkschaften gegen die weitergehenden Vorstellungen der Sozialisten von den Zielen der Arbeiterbewegung. Nach der Parteigründung 1903, bei der man in Programm und Statut dem Vorbild der SPD folgte, stand der revolutionäre Flügel den Reformisten gegenüber, die zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien auf der Basis eines Minimalprogramms bereit waren. 1904/05 entstand um *M. Popović* eine innerparteiliche Opposition, die dem wirtschaftlichen Kampf zur Entwicklung des Klassenbewußtseins Priorität und damit unabhängigen Gewerkschaften Vorrang vor der ihrer Auffassung nach zu früh gegründeten Partei zuerkannten; zur Verbreitung ihrer Ideen schloß sie sich in der Gesellschaft »Novo vreme« zusammen und gab eine Zeitschrift gleichen Namens heraus. Gegen diese Gruppe konnte sich die vor allem von *D. Tucović* vertretene Gegenposition (Vorrang des politischen Kampfes, enges Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaften) nach heftigen Auseinandersetzungen 1904/05 und nach dem Ausschluß führender Vertreter der Rechtsopposition (17./30. 12. 1904) durchsetzen. Doch folgten neue Konflikte zwischen rivalisierenden Fraktionen: Die Anarchosyndikalisten unter *V. Stojanović* polemisierten gegen die von den Marxisten entwickelte Konzeption des politischen Kampfes und gegen die zentralistische Parteiorganisation; sie traten für revolutionäre »direkte Aktionen« ein (Streiks, Verweigerung von Steuerzahlungen und Militärdienst). Erst 1912 verließen die Anarchosyndikalisten die Partei, gründeten die erfolglose SOZIALISTISCHE VOLKSPARTEI (Narodna Socijalistička Stranka) und gaben die Zeitung ›Narodna reč‹ heraus. Innerparteiliche Spannungen rief bis 1910 die unelastische Haltung der marxistischen Dogmatiker gegenüber der Landbevölkerung hervor: da die Bauern ihre Privatwirtschaften erhalten wollten, die Landlosen die Ausstattung mit eigenem Boden erwarteten, sei die Unzufriedenheit dieser Schichten als konservativ bzw. reaktionär zu beurteilen; die Partei stellte daher in den Wahlen eigene Kandidaten nur dort auf, wo sie mit Stimmen aus der Arbeiterschaft rechnen konnte. In den Gemeindewahlen 1906 errang sie 11 Gemeinderatssitze, in Belgrad sicherte sie sich 6 von 30 Mandaten und wurde damit zweitstärkste Fraktion nach den UNABHÄNGIGEN RADIKALEN; 1907 entfielen auf die Partei 15 Mandate, 5 davon in Belgrad. In den Parlamentswahlen erhielt sie an Stimmen/Mandaten: 1903: 2548 = 1 %/1; 1905: 2571 = 0,9 %/2; 1906: 3133 = 1 %/1; 1908: 3043 = 0,82 %/1. Infolge der Fraktionskämpfe verloren Partei und Gewerkschaften 1906–08 einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder. Unter dem Einfluß der Schriften *Engels'* und *Kautskys* widmete die Partei nach der Ausbootung der Linksopposition aus den Leitungsgremien dem Prozeß der sozialen Differenzierung im Dorf größere Aufmerksamkeit und stellte nun auch in den ländlichen Wahlkreisen Kandidaten auf. Daraufhin schnellten die Mitgliederzahlen und die Wählerstimmen nicht nur der Landarbeiter, sondern gerade der Klein- und Mittelbauern empor (Parteimitglieder 1911: 5178, davon 2289 Bauern; Skupština-Wahlen 1912: 29037 Stimmen, davon 24787 in ländlichen Wahlkreisen, 2 Mandate; Gemeindewahlen 1914: 23 Mandate in 15 Gemeinden). Gleichzeitig wurde die enge Kooperation mit den Gewerkschaften durch die formelle Vertretung der Gewerkschaften im Exekutivausschuß und der Partei in der Gewerkschaftsführung institutionalisiert. 1910 unterstützte die Partei die Arbeitsschutzgesetzgebung (→ UNABHÄNGIGE RADIKALE PARTEI); *Tucović* wurde Sekretär der Arbeiterkammer. In der Außenpolitik bekannten sich die serbischen Sozialisten zur Idee der Balkanföderation. Mit der Verurteilung der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn 1908 widersprachen sie der günstigeren Beurteilung dieses Vorgangs durch ihre kroatischen Genossen und den Vorschlägen einer jugoslawischen Lösung durch Föderalisierung und Demokratisierung Österreich-Ungarns. Gleichzeitig polemisierten sie gegen die Reaktion der serbischen Regierung, die statt des Selbstbestimmungsrechts Kompensationen forderte. In den Balkankriegen 1912/13 wandte sich die Partei gegen großserbische Ansprüche in Albanien; ihre beiden Skupština-Abgeordneten stimmten, wie auch im 1. Weltkrieg, gegen die Kriegskredite. 1917/18 schlugen zunächst Gruppen in der Emigration, nach der Ankunft kommunistisch orientierter Parteimitglieder im SHS-Staat 1919 die

Partei einen kommunistischen Kurs ein (Verurteilung der II. Internationale durch den Belgrader Kongreß 1919). 1919 vereinigte sie sich mit anderen südslawischen sozialistischen Parteien zur SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI JUGOSLAWIENS. (→ Jugoslawien).

Bibliografija socijalističkog i radničkog pokreta u Srbiji, Belgrad 1954; Srpska socijaldemokratska partija. Gradja. 1901–1905, Belgrad 1966 (= Izvori za istoriju radničkog pokreta i Saveza Komunista Jugoslavije. Serie A Bd. II T. 1); Istorijski arhiv Komunističke partije Jugoslavije. 7 Bde., Belgrad 1950–52; R. Milentijević, A History of the Serbian Social Democratic Party (1903–1919): Origins and Development. (Ph. D. Diss. Columbia University 1970) Ann Arbor 1973.

Unabhängige Radikale Partei (Samostalna Radikalna Stranka). Hervorgegangen aus einer Gruppe von Dissidenten der → RADIKALEN VOLKSPARTEI war diese Partei zwischen 1903 und 1918 neben der RADIKALEN VOLKSPARTEI die zweitstärkste, die sich vor allem für die Wahrung der alten Prinzipien der Radikalen einsetzte.

Gründung: Abgeordnete des linken Flügels der RADIKALEN VOLKSPARTEI um *Lj. Stojanović, J. Prodanović, L. Davidović* und *Lj. Živković* traten aus Protest gegen den Kompromiß der Partei mit König *Aleksandar* in der Verfassungsfrage und gegen die Kooperation mit der → SERBISCHEN FORTSCHRITTSPARTEI 1901 aus der Fraktion aus und bildeten die Unabhängige Radikale Partei, die nach der vorübergehenden Wiedervereinigung mit den Radikalen am 15. [28.] 10. 1903 seit dem 12. [25.] 10. 1904 als unabhängige Partei bestand.

Programm: Die Unabhängigen Radikalen beriefen sich auf das erste Programm der RADIKALEN VOLKSPARTEI von 1881, das verwässert und in Kompromissen mit der Krone preisgegeben worden sei. Sie traten für das allgemeine Wahlrecht ohne Steuerzensus und das Verhältniswahlsystem ein. Großes Gewicht legten sie auf den Schutz der wirtschaftlich Schwächeren und plädierten für Arbeitsschutzgesetze und Maßnahmen zugunsten Landloser und Kleinbauern, damit soziale Belastungen dieser Schichten durch die auch von den Unabhängigen gewünschte energische Förderung von Industrie und Handel vermieden würden. In der Außenpolitik strebten sie dieselben Ziele wie die Radikalen an (Sicherung der Unabhängigkeit, Befreiung der Irredenta, gute Beziehungen zu Rußland und Montenegro), kritisierten jedoch häufig deren Taktik.

Organisation: Die Partei bildete sich um die aus der → RADIKALEN VOLKSPARTEI ausgeschiedenen und 1901 gewählten 14 Abg. sowie um das Redaktionskollegium der am 1. [14.] 10. 1902 wiedergegründeten Zeitung ›Odjek‹, da die formelle Organisation von Parteien zu dieser Zeit verboten war. Nach dem Umsturz von 1903 organisierte sich die Partei nach dem Vorbild der RADIKALEN VOLKSPARTEI. Parteivorsitzende waren bis 1905 *Živković*, 1905–12 *Stojanović*, ab 1912 *Davidović*.

Presse: ›Dnevni list‹ (1902–14), ›Odjek‹ (1902–15)

Geschichte: Die Politiker, die aus Protest gegen den Kompromißkurs der radikalen Führung in der Verfassungsfrage aus der RADIKALEN VOLKSPARTEI ausgeschieden waren und 1901 auf eigenen Listen kandidiert hatten, richteten scharfe Angriffe auf die Verfassung von 1901, weil die Verantwortlichkeit der Minister vor der Skupština nicht vorgesehen war und ein Oberhaus als Erste Kammer gebildet werden sollte. 1901 zogen 14 Abg. der Unabhängigen Radikalen in die Skupština ein. Nach dem Umsturz von 1903 war die Partei durch *Živković* als Justiz- und *Stojanović* als Kultusminister in der Übergangsregierung vertreten und erwies sich schon in den Wahlen dieses Jahres als zweitstärkste Partei (35,4 % Stimmen, 66 von 160 Mandaten; die Altradikalen erhielten 75 Mandate). Gemäß ihrer radikalen Konzeption der Volkssouveränität beantragten die Unabhängigen im Unterschied zu den Mehrheitsradikalen, die teilweise zu revidierende Verfassung von 1888 ohne Beteiligung des neuen Königs *Petar Karadjordjević* wieder einzuführen.

Im Gegensatz zur → RADIKALEN VOLKSPARTEI plädierten die Unabhängigen Radikalen dafür, den Ausbau des Eisenbahnnetzes durch eine innere Anleihe zu decken und über eine Auslandsanleihe lediglich zur Finanzierung neuer Kanonen nach der Auswahl des besten Modells zu entscheiden, während die Regierung *Pašić* den serbischen Kapitalmarkt nicht überfordern und vor allem zur Eindämmung des österreichisch-ungarischen Einflusses in Serbien die Anleihe in Paris unterbringen wollte. In den hauptsächlich wegen dieses Streits notwendig gewordenen Neuwahlen von 1905 errang die Unabhängige Radikale Partei 38,6 % der Stimmen und 81 von 160 Mandaten. Die unabhängig-radikale Regierung unter *Stojanović* leitete Verhandlungen mit einer von der Wiener Union-Bank geleiteten Interessengruppe ein, die zu besseren Bedingungen, aber de facto auch zu größeren Einwirkungsmöglichkeiten Österreich-Ungarns führten, sich jedoch wegen des serbisch-österreichisch-ungarischen Zollkrieges 1906–11 schließlich zerschlugen.

Ein Verfassungskonflikt bahnte sich an, als die Regierung der Unabhängigen Radikalen 1905 die Bedingung Londons für die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen erfüllen, nämlich die Königsmörder von 1903 in den Ruhestand versetzen wollte: König *Petar* verweigerte seine Unterschrift unter das Entlassungsdekret und die Pressionen des einflußreichen Anhangs der Verschwörer im Offizierskorps führten zum Rücktritt von Außenminister *J. Žujović* (2. 12. 1905). Nach dem Rücktritt der Regierung und der Wahlniederlage der Unabhängigen 1906 (47 von 160 Mandaten) kam es zu einem schweren Zerwürfnis mit den Mehrheitsradikalen in der Frage, ob eine Regierung ohne Mehrheit im Parlament Wahlen durchführen dürfe, was die Radikalen bestritten, sowie bezüglich der Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien. Die Fraktionsmehrheit der Unabhängigen boykottierte vorüberge-

hend die Skupština-Sitzungen, eine Restgruppe von Abgeordneten versuchte die Parlamentsarbeit durch zahlreiche Interpellationen zu behindern; schließlich erreichten die Unabhängigen die Entlassung des Innenministers *S. Protić*. 1909 traten die Unabhängigen in das angesichts der Annexionskrise gebildete Allparteien-Kabinett unter *S. Novaković* ein und brachten 1910 Arbeiterschutzgesetze durch (10-Stundentag, Verbot der Kinderarbeit, Einschränkung der Nachtarbeit, Schutz der arbeitenden Frau, Fabrikinspektion, Arbeitskammer, Legalisierung von Streiks und Gewerkschaften), auf ihren Druck wurde 1912 die staatliche Fabrikinspektion eingerichtet. Am 22. 11. 1914 traten die Unabhängigen in die bis 1917 bestehende Kriegskoalition ein. Nach dem Ende des 1. Weltkriegs vereinigte sich die Partei mit der SERBISCHEN UNABHÄNGIGEN PARTEI (Srpska Samostalna Stranka) Kroatiens zur DEMOKRATISCHEN PARTEI (→ Jugoslawien).

A. Radenić, Iz stranačkih programa posle majskog prevrata 1903 godine, (Istorijski glasnik 1960/1–2); D. Djordjević, Carinski rad Austro-Ugarske i Srbije 1906–11, Belgrad 1962; Ders., Parlamentarna Kriza u Srbiji 1905 godine. In: Istorijski časopis XIV 1964.

Volkspartei (Narodna Stranka), Serbien. 1) Neue Bezeichnung der → Liberalen Partei, die am 20. 10. 1905 durch die Vereinigung der NATIONALPARTEI mit der LIBERALDEMOKRATISCHEN PARTEI entstand.
2) → Serbische Fortschrittspartei.

SPANIEN

von

WALTHER L. BERNECKER

Die Geschichte der spanischen Parteien ist eng an die konstitutionelle Bewegung des Landes gebunden; diese begann nach 1808, als liberale Erneuerer während des nationalen Befreiungskrieges gegen die französische Fremdherrschaft versuchten, auf der Grundlage von *Rousseaus* Lehre vom »Contrat social« und entsprechend den Gewaltenteilungsideen *Montesquieus* einen neuen Staat zu gestalten. Die Verfassunggebenden Cortes (Parlament) von Cádiz verabschiedeten 1812 eine Verfassung, die deutlich den liberalen Stempel einer intellektuellen Minderheit mit dem Ziel gesellschaftlicher und politischer Emanzipation trug. In den Cortes schieden sich die Gruppen der Traditionalisten (Serviles), der Konservativen (Realisten) und der Liberalen (Parteibezeichnung für die fortschrittlichen Abgeordneten); sie bildeten die ideologischen Ausgangspositionen späterer Parteirichtungen. Fortan sollten die Prinzipien »Tradition« und »liberale Erneuerung« das Wechselspiel der spanischen Verfassungsgeschichte bestimmen. In den folgenden anderthalb Jahrhunderten erlebte Spanien nahezu alle politischen Grundordnungen; der Einfluß des Militärs auf die Politik blieb dabei ein wesentlicher Faktor der politischen Instabilität. – In den beiden Jahrzehnten nach Proklamation der Verfassung von Cádiz und deren Außerkraftsetzung durch *Ferdinand VII.* kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Absolutisten und Traditionalisten einerseits und den Liberalen andererseits, in deren Verlauf sich letztere in »Exaltados« (die späteren Progressisten) und »Moderados« (Gemäßigte) spalteten. Zu Beginn der 1830er Jahre erfolgte eine Verschiebung der politischen Fronten: Die Anhänger des regierenden Königshauses (»Isabelinos«) schlossen sich größtenteils den gemäßigten Liberalen an, während die in der Nachfolgefrage unterlegenen Parteigänger von *Don Carlos* (Karlisten) die absolutistische Reaktion personifizierten. Allerdings bestanden in den 30er Jahren noch keine festen fraktionellen Formationen in den Cortes.

Die Existenz von Parteien wird in keinem Gesetz- oder Verfassungstext des 19. Jh. erwähnt; sie bleiben daher extrakonstitutionell, ihre Funktionen waren nicht definiert. Ihre Entstehung geht bereits auf die ersten Jahrzehnte des 19. Jh. zurück; schon 1822 wurde in den Cortes eine Art »Fraktionszwang« diskutiert. Die Parteien konstituierten sich anfangs um eine parlamentarische Gruppe mit ähnlicher politischer Programmatik, seit Einführung der Direktwahl in der Verfassung von 1836 um ein Wahlkomitee sowie um den Redaktionsstab einer Zeitung. Die Wahlkomitees durften nur lokal oder regional, nicht jedoch landesweit operieren. Erst das Gesetz über Vereinigungsfreiheit, das im Gefolge der Revolution von 1868 verabschiedet wurde, leitete die eigentliche Entwicklung der spanischen Parteiengeschichte ein, die chronologisch in drei deutlich abgrenzbare Phasen (1868–1923, 1931–1936, und ab 1977) eingeteilt werden kann.

Das Wahlrecht und die Frage der Wahlkreiseinteilung, die mit dem Wahlsystem zusam-

menhing, waren zwischen den Gemäßigt-Liberalen und den Progressisten heftig umstritten. Die verschiedenen Verfassungen des 19. Jh. änderten wiederholt das System der Wahlkreiseinteilungen, wobei deutlich wurde, daß sich alle Fragen im Zusammenhang mit dem Wahlrecht schon früh an parteipolitischem Opportunitätsdenken orientierten. Ein wichtiges Kriterium war von Anfang an die Möglichkeit, Wähler und Wahlen zu manipulieren. Die Verfassung von 1837 trennte Demokraten und Progressiv-Liberale: Während sich erstere auf die Verfassung von Cádiz beriefen und das allgemeine Wahlrecht forderten, gingen letztere einen Kompromiß ein und setzten ein ermäßigtes Zensuswahlsystem durch, das als Folge wirtschaftlicher Entwicklungen eine fortschreitende Ausweitung der Wählerschaft ermöglichte. Das Wahlrecht blieb an Bildung und Besitz, vor allem an Landbesitz, gebunden. Im Zuge der Erhöhung der Zahl der Wahlberechtigten nahm auch die Wahlkorruption zu. Die oktroyierte Verfassung von 1834 hatte Wählervereinigungen vorgesehen, aus denen sich bald Parteicliquen unter autoritärer Führung entwickelten. Dabei spielte das Militär eine entscheidende Rolle; an der Spitze der großen politischen Gruppen stand zumeist ein General. Die Aufgliederung der Parteien in Gruppen, die jeweils einen rhetorisch besonders hervorstechenden Politiker als Chef anerkannten, blieb lange Zeit ein traditionelles Element der spanischen Politik.

Mangelnde Einheitlichkeit der Verfassungsvorstellungen führte dazu, daß im 19. Jh. die zwei Gruppen der Konservativen und Progressiven keine gemeinsame Verfassungsbasis fanden. Die Frage des Parteiwesens stand somit von Anfang an in enger Verbindung mit der politischen Verfassung des Landes, die, von keinem Konsens getragen, statt Machtregulativ zu sein, Anlaß von Machtkämpfen wurde. Ein funktionierendes Parteiwesen mußte die offene Verfassungsfrage lösen; dies geschah erst in dem künstlichen Zweiparteiensystem und der Mechanik des Regierungswechsels in der Restaurationsära. Für die Zeit davor gilt, daß Regierungswechsel fast immer durch Militär-Pronunciamientos (Putsche) herbeigeführt wurden.

Die Revolution von 1868 ist ein Wendepunkt in der spanischen Wahlrechts- und Parteiengeschichte, da sie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Männerwahlrecht einführte. Allerdings ermöglichte die bald einsetzende parteipolitische Zersplitterung, die Demokraten, Republikaner und Progressisten wieder trennte, keine stabile parlamentarische Regierung; die bei den Wahlen errungenen Mehrheiten der Parteien hatten keinen Bestand, die absolute Mehrheit der Mandate wechselte von einer Wahl zur anderen. Das Wahlgesetz von 1878 kehrte vorübergehend zum Zensuswahlrecht zurück; die Liberalen führten erst 1890 aus taktisch-politischen Erwägungen das allgemeine Wahlrecht wieder ein: Sie wollten dadurch den republikanischen und demokratischen Parteien die Grundlage für ihre Oppositionspolitik entziehen. 1890 wurde zugleich die Listenwahl mit beschränkter Stimmgebung eingeführt; durch dieses System wurde von den Regierungsparteien systemloyalen politischen Minderheiten die Chance gegeben, parlamentarische Mandate zu erringen, während die in Fundamentalopposition zum Restaurationssystem stehenden Karlisten oder Republikaner faktisch benachteiligt wurden.

Das Regierungssystem der Restauration funktionierte einige Jahrzehnte lang über einen künstlichen Parteienmechanismus: Die beiden politischen Gruppierungen der → LIBERALEN (Fusionisten) und der → LIBERAL-KONSERVATIVEN alternierten in der Regierung. Dabei wurde systematisch Wahlfälschung betrieben: Die im Amt befindliche Minderheitsregierung verschaffte sich über Neuwahlen parlamentarische Mehrheiten; die Wahlfälschung war ein Element dieses Regierungssystems und bewirkte, daß trotz der Demokratisierung

des Wahlrechts die oligarchische Herrschaftsstruktur erhalten blieb. Wie im klassischen Liberalismus, blieb die soziale Grundlage der Politik auf verhältnismäßig kleine Gruppen beschränkt. Die von »caciques« (Häuptlingen) organisierte Praxis der Wahlkorruption, die sich im 20. Jh. in den Bereich der Kandidatenaufstellung verlagerte, hat Parteien und Parlamentarismus in den Augen der Bevölkerungsmehrheit diskreditiert und zu politischem Desinteresse geführt. Sie hatte außerdem nachhaltige Auswirkungen auf die Parteienstruktur: Lediglich Demokraten, Republikaner und Sozialisten unternahmen einen allmählichen Wandel zu organisierten Mitgliederparteien, blieben jedoch als systemoppositionelle Gruppen parlamentarisch jahrzehntelang nahezu ausgeschaltet. Für die übrigen Parteien entfiel infolge der Wahlfälschung die Notwendigkeit, breite Wählerschichten politisch zu organisieren. Liberale und Konservative blieben primär personalistisch orientierte Parlamentsfraktionen, ihr organisatorischer Apparat wurde vor allem zu Wahlzwecken aktiv. Das Zweiparteiensystem der Restauration, das dem britischen Vorbild folgte, wurde – im Gegensatz zu Großbritannien – von *A. Cánovas del Castillo* unabhängig von den gesellschaftlichen Bedingungen konzipiert, da im Parteibegriff der Restauration die repräsentativdemokratische Komponente völlig fehlte und Parteien nur als funktionale Instrumente zur Regierungsbildung betrachtet wurden. Der traditionelle, frühkonstitutionelle Begriff der Partei als Abbild philosophischer Schulen im politischen Bereich verblaßte während der Restauration; in diesem System hatten echte politische Alternativen nie eine Chance, zu Einfluß zu kommen. Es wäre völlig falsch, aus den Wahlergebnissen von 1876–1923 den Ausdruck eines autonomen politischen Willens des spanischen Volkes herauslesen zu wollen. Die Zusammensetzung der parlamentarischen Oligarchie und ihres Herrschaftssystems blieb von äußeren Einflüssen relativ unberührt. In Katalonien entwickelten sich allmählich katalanistische Parteien und modifizierten das für den Gesamtstaat gültige Bild. Insgesamt kam es zu Beginn des 20. Jh. im Zusammenhang mit dem verstärkten Regionalismus zu zahlreichen Parteineugründungen und in deren Folge zu einer Zersplitterung des Parteiwesens, die die aus der Zeit vor der Restauration bereits bekannte Diskontinuität in der Regierungspraxis noch erhöhte. Das in viele Gruppen zerfallene Parlament erwies sich immer unfähiger zur Regierungsbildung, bis 1923 das Pronunciamiento des Generals *Primo de Rivera* dem Parlamentarismus ein Ende bereitete. Während der Diktator mit der Einheitspartei → PATRIOTISCHE UNION und der »Nationalversammlung« einen Ersatz-Parlamentarismus kreieren wollte, nahm die im Untergrund agierende Opposition immer deutlicher antimonarchische Züge an. Als bei den Gemeinderatswahlen vom April 1931 in fast allen größeren Städten die verbündeten Republikaner und Sozialisten siegten – auf dem Land behielten die Monarchisten das Übergewicht –, verließ König *Alphons XIII.* das Land. Spanien wurde am 14. April 1931 erneut Republik.

Das republikanische Wahlsystem (relative Mehrheitswahl mit beschränkter Listenstimmgebung) begünstigte gegenüber den Einzelkandidaten die organisierten Parteien und insbesondere Parteienkartelle, da die relative Mehrheit in einem Wahlkreis zu überproportionaler Mandatszuteilung führte. Während der 2. Republik kam es immer wieder zu solchen Wahlbündnissen, die um so erforderlicher wurden, als die parteipolitische Zersplitterung weiter voranschritt. Vor allem die Republikaner waren in viele Gruppen gespalten und drängten zu Verbindungen mit der Linken bzw. der Rechten. Kam das Wahlsystem 1931 insgesamt der Linken zugute, so hatten sich bis 1933 die Rechtsparteien organisiert und zu einem Wahlbündnis verbunden, während jetzt die Linksparteien in Richtungskämpfe verwickelt waren. Zu den Wahlen vom Februar 1936 schlossen sich die Linksgruppierungen

zur Volksfront zusammen, die den Sieg über die Rechtsparteien davontrug. Für die Republik verhängnisvolle Folgen des obwaltenden Wahlsystems waren zum einen der Niedergang der gemäßigten Parteien der Mitte, die – wollten sie parlamentarisch überleben – zu einer Listenverbindung mit der Linken oder Rechten gezwungen wurden, zum anderen die Vergiftung des politischen Klimas und die Zuspitzung der Gegensätze, die sich schließlich im Bürgerkrieg von 1936–1939 entluden.

Der »Neue Staat« *Francos* brach radikal mit der Tradition des individuellen Wahlrechts, politische Parteien wurden verboten. Die einzige zugelassene »Partei« war die → FALANGE, die spätere NATIONALE BEWEGUNG, eine Art Einheits- oder Staatspartei, die *Franco* per Dekret als Zusammenschluß verschiedener Rechtsparteien 1937 geschaffen hatte; ihre Bedeutung als politische Bewegung ließ jedoch im Zuge der institutionellen Entwicklung des *Franco*-Regimes deutlich nach.

Die systematische Verfolgung jeder Opposition unter dem Franquismus bewirkte, daß die Linksparteien ihren Organisationsapparat ins Exil, vor allem nach Frankreich und Mexiko, verlagerten. In den Jahrzehnten des Exils kam es zu Desintegrations-, Zersplitterungs- und Abspaltungstendenzen; bei mehreren Parteien bildeten sich »Exilflügel« und Parteigruppen »im Landesinneren«. Noch zu Lebzeiten *Francos* durften (seit 1974) nach dem »Gesetz über politische Assoziationen« Parteisurrogate entstehen, d. h. politische Vereinigungen im Schoß der NATIONALEN BEWEGUNG, die aber vor und nach ihrer Legalisierung strenger Kontrolle durch die Bewegung unterworfen wurden. Es konnten nur regimetreue Assoziationen entstehen, von denen sich die eigentliche illegale Opposition distanzierte. Mit *Francos* Tod (1975) sanken diese »Asociaciones« in die Bedeutungslosigkeit. Die entscheidende Zäsur erfolgte im Dezember 1976 mit dem »Gesetz für die politischen Reformen«, das ein Wahlsystem, Parteien und parlamentarische Institutionen nach liberaldemokratischem Muster vorsah.

Von Mitte 1976 bis Mitte 1977 entstanden ca. 260 Parteien; 194 davon stellten ca. 6000 Kandidaten für die ersten freien Parlamentswahlen nach 40 Jahren (Juni 1977), die einen entscheidenden Strukturierungseffekt auf das heterogene Parteiensystem ausübten und nur wenige Parteien ins Parlament einziehen ließen. Die Demokratie brachte auch einen erneuten Aufschwung des Regionalismus und die Wiederbelebung bzw. Neugründung zahlreicher Regionalparteien, vor allem in Katalonien und im Baskenland, deren Entstehung die Angst vor kultureller Überfremdung und die desolate wirtschaftliche Lage begünstigten.

Wie früher, so spielt auch heute in der wiedergewonnenen Demokratie das Wahlrecht im Hinblick auf seine mehrheitsbildende Funktion eine große Rolle: Der Kongreß (Unterhaus) wird nach einem eingeschränkten proportionalen System gewählt, der Senat (Oberhaus) nach einem reinen Mehrheitswahlrecht zusammengestellt. Bei der Sitzverteilung für den Kongreß wurden die volksarmen ländlichen (und zumeist konservativeren) Provinzen eindeutig bevorzugt. Das Wahlsystem bewirkt eine starke Verzerrung des Wähler- und Mandatsanteils der Parteien im Kongreß und hat bei den letzten Wahlen deutlich die liberalkonservative Regierungspartei → UNION DES DEMOKRATISCHEN ZENTRUMS begünstigt, die wahrscheinlich auf absehbare Zeit die dominierende Partei Spaniens bleiben wird; der beachtliche Disproportionseffekt reduzierte außerdem die Zahl der Parlamentsparteien erheblich.

Die traumatischen Nachwirkungen der Bürgerkriegserfahrungen, das Exil der Parteien, die besondere Form des Übergangs zur Demokratie, das Regionalismusproblem mit seinen

Auswirkungen auf Organisationsstruktur, Programmatik und Bündnispolitik der Parteien wirken sich ebenso auf die heutige Parteienlandschaft aus wie die völlig unterschiedliche Tradition und Geschichte der verschiedenen politischen Gruppierungen, deren größter Teil sehr junge Organisationen sind. Das heutige Parteiensystem hat sich noch keineswegs konsolidiert; zahlreiche Unbekannte (z. B. die konservative Parteienszene, die Auswirkungen des Regionalismus) können bei den folgenden Wahlen relativ weitreichende Veränderungen des Parteienspektrums bewirken.

Bei der Fülle an Parteien, die im Laufe des 19. Jh. und besonders seit dem Ende der Restauration zu Beginn des 20. Jh. entstanden, mußte für die folgende Übersicht eine strenge Auswahl getroffen werden. Auch die zahlreichen Parteien der 2. Republik und des Nach-Franquismus konnten keineswegs vollständig aufgenommen werden. Wo immer möglich, wurde versucht, Parteien, die Abgeordnete in die Cortes entsandten, zumindest in Form eines kurzen Artikels vorzustellen. Dies gilt auch für die vor allem im 20. Jh. entstehenden Regionalparteien. Mitunter mußten einige Angaben – vor allem für das 19. Jh., bei den vielen Parteispaltungen aber auch für das 20. Jh. – (vor allem Daten) unpräzise bleiben; andere Angaben (z. B. die Zahlen für Abgeordnetenmandate) schwanken z. T. beträchtlich von einer Quelle zur anderen. Hier steht der spanischen Parteiengeschichte noch ein weites Forschungsfeld offen.

J. J. Linz, El sistema de partidos en España, Madrid 1967; Ders., The Party System of Spain: Past and Future. In: M. Lipset/St. Rokkan, Party Systems and Voter Alignments, New York-London 1967, S. 197–282; M. M. Cuadrado, Elecciones y partidos políticos de España (1868–1931), 2 Bde., Madrid 1969; D. Nohlen, Spanischer Parlamentarismus im 19. Jh., 1970; M. Artola, Partidos y programas políticos 1808–1936, 2 Bde., Madrid 1974; B. Olias de Lima Gete, La libertad de asociación en España (1868–1974), Madrid 1977; V. Lluelles, Diccionari polític de Catalunya, Barcelona 1977; F. Ruiz/J. Romero (Hg.), Los partidos marxistas. Sus dirigentes. Sus programas, Barcelona 1977; F. Alvira u. a., Partidos políticos e ideologías españolas, Madrid 1978; S. Varela, Partidos y parlamento en la II. República española, Barcelona 1978; M. Artola Gallego, El modelo constitucional español del siglo XIX, Madrid 1979; R. Morodo u. a., Los partidos políticos en España, Barcelona 1979; C. Marichal, La revolución liberal y los primeros partidos políticos en España: 1834–1844, Madrid 1980. M. Antoni, Spanien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie, 1981.

Agrarier → Spanische Agrarpartei.

Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung (POUM, Partido Obrero de Unificación Marxista), linkskommunistisch-antistalinistische Arbeiterpartei zur Zeit der 2. Republik.

Gründung: Vor der eigentlichen Parteigründung fanden mehrere Zusammenschlüsse statt: Unstimmigkeiten zwischen der stalinhörigen Parteiführung der Kommunistischen Partei (PCE) und der der katalanischen PCE-Organisation Kommunistischer Bund für Katalonien und die Balearen (FCCB, Federación Comunista Catalano-Balear) unter *J. Maurín* führten zur PCE-Spaltung. *Maurín* schloß sich mit seiner Gruppe einer kleineren Organisation, der 1928 gegründeten Katalanischen Kommunistischen Partei (PCC, Partit Comunista Català) an, die einen katalanistischen Kurs vertrat; aus dieser Fusion ging 1930 der Arbeiter- und Bauernblock (BOC, Bloc Obrer i Camperol) hervor. Parallel zum BOC bildete sich als weitere kommunistische Organisation die von *A. Nin* geführte, eng an *Trokkij* angelehnte Kommunistische Linksopposition (Oposición Comunista de Izquierda oder Izquierda Comunista) heraus, die sich im September 1935 mit dem BOC zur POUM zusammenschloß. Parteiführer waren *A. Nin* und *J. Maurín.*

Programm: Die POUM erstrebte zu Beginn des Bürgerkrieges (1936) eine sofortige »demokratisch-sozialistische Revolution« mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats. Sie lehnte die Volksfront entschieden ab, da diese den Klassencharakter des Staates verschleiere. Die Position der POUM konzentrierte sich auf die Alternative: Faschismus–Sozialismus. Um den drohenden Faschismus zu verhindern, sei ein bewaffneter Aufstand erforderlich, der von Arbeitern und Bauern gemeinsam unter der Führung einer revolutionärmarxistischen Einheitspartei durchgeführt werden müsse. – Die heutige (quantitativ unbedeutende) POUM versteht sich als revolutionäre Partei mit dem Ziel, einen Bund sozialistischer iberischer Republiken zu errichten.

Organisation: Die Partei dürfte kaum jemals mehr als 3000 Mitglieder, die vor allem in Katalonien lokalisiert waren, gehabt haben. Sie war nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut. – Ihr Zentralorgan war die Tageszeitung ›La Batalla‹.

Geschichte: Die Partei, die ihren Einflußbereich kaum über Katalonien ausdehnen konnte, wurde sofort nach ihrer Gründung von ihren stalinistischen Feinden beschuldigt, eine Agentur *Trockijs* zu sein. Die POUM gehörte jedoch der IV. Internationale nicht an. Bei den Februarwahlen von 1936 erreichte die Partei nur 1 Abgeordnetenmandat. Sie wurde von Anfang an, besonders jedoch seit Beginn des Bürgerkrieges, von der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI verfolgt. Den Stalinisten gelang zwar kein Schauprozeß Moskauer Art, sie konnten jedoch die POUM aus allen Entscheidungsstellen (u. a. aus der Regionalregierung Kataloniens) verdrängen, die bedeutendsten Parteiführer verhaften oder ermorden und bis Herbst 1937 das Ende der POUM herbeiführen. – Während der Francodiktatur bestanden einige Kader der Partei fort; nach *Francos* Tod wurde die Partei wieder legalisiert. Zu ihren heutigen Führern zählen *A. Ubierna* und *P. Pagés*.

Qué es y qué quiere ser el POUM? Por el Comité ejecutivo del POUM, Barcelona 1936; V. Alba, El marxisme a Catalunya 1919–1939, 4 Bde., Barcelona 1974; P. Pagés, Andreu Nin. Su evolución política (1911–1937), Barcelona 1975.

Baskische Linke (Euskadiko Ezkerra), 1976 als Allianz aus 5 der ETA (Político-militar) nahestehenden baskischen Regionalparteien gegründet. In ihrer Ideologie ist sie eine kommunistische Partei, an deren Spitze die Marxisten-Leninisten einflußreicher sind als die Eurokommunisten. Auch linkskatholische Politiker gehören ihr an. 1977 und 1979 erhielt sie je 1 Parlamentsmandat. Bei den Kommunalwahlen im April 1979 errang sie 7,8 % der Stimmen, bei den ersten baskischen Regionalwahlen am 9. 3. 1980: 6 (von 60) Parlamentssitzen (Spitzenkandidat: *M. Onaindia*).

Baskische Nationalistische Partei (**PNV**, Partido Nacionalista Vasco), christlich-demokratische autonomistisch-(separatistische) Mitte-Rechts-Partei.

Gründung: 31.7. 1895 durch *S. Arana*.

Programm: Der anfängliche Wahlspruch der Partei lautete: »Gott und alte Gesetze« (»Jaunkoikua eta lagi-zarra«); die katholisch-traditionalistische Organisation trat in ihrem Programm von 1906 für die Wiedereinführung der baskischen Sonderrechte (»fueros«) und somit für die Abschaffung der Gesetzgebung von 1789 (für die französischen Provinzen) und von 1839 (für die spanischen Provinzen) ein, distanzierte sich jedoch von den → KARLISTEN. Weitere Programmpunkte der anfangs rassisch orientierten Partei waren Kulturautonomie, Freiwilligenheer, Steuerhoheit, Verteidigung der katholischen Kirche, Verbesserung der Lage der Arbeiter; die ursprüngliche Forderung nach Selbständigkeit wurde zugunsten einer umfassenden Autonomie und »Baskisierung« der Gesellschaft aufgegeben. Die PNV war vor allem eine bürgerlich-mittelständische Partei.

Die früheren konservativ-nationalistischen, z. T. rassistischen Tendenzen der Partei haben nach dem Bürgerkrieg von 1936–39 stark an Terrain verloren gegenüber den sozialpolitisch progressiveren nationalistisch-gemäßigten Strömungen. Die heutige Partei, die der Europäischen Union der christlich-demokratischen Parteien angehört, fühlt sich der katholischen Glaubenslehre stark verpflichtet. Langfristig strebt sie einen unabhängigen baskischen Staat an, zu dem auch die drei von Basken bewohnten Provinzen in Südfrankreich gehören sollen.

Organisation: Anfangs stand an der Spitze der Partei ein politisches Direktorium, das Bizkai-Buru-Batzar, das bald in den Untergrund mußte; seine Mitglieder wurden kooptiert. Nach *Aranas* Tod wurden 1903 *A. Zabala* und 1908 *L. de Arana* Parteivors. (»Generaldelegierte«). Eine nennenswerte Parteiorganisation entwickelte sich erst ab 1904 mit der Bildung von Kommunalgremien (Kodifizierung der Organisation in den Statuten von 1906). Danach wählte die aus Lokaldelegierten zusammengesetzte Regionale Versammlung das bedeutsamste Gremium der Partei, den Regionalrat, der umfassende exekutive Befugnisse hatte (Ein- und Absetzung kommunaler Juntas und Kommissionen). Der formal wichtigere »Generalrat« der Partei hatte in praxi weniger Macht. Die Organisationsreform von 1920 nahm dem Regionalrat seine wichtigsten Befugnisse zugunsten einer Machtzentralisierung in Händen des Generalrats und einer Demokratisierung der Parteistruktur (Wahl der kommunalen Juntas). Bedingung für die Parteimitgliedschaft war baskische Abstammung. Die Partei blieb auch nach 1920 hierarchisch strukturiert; von allen Mitgliedern wurde strikte Parteidisziplin verlangt. – 1911 gründete die Partei ihre eigene, reformistisch-christliche Gewerkschaft (Solidarität baskischer Arbeiter, SOV, Solidaridad de obreros vascos; seit 1933: STV, Solidaridad de trabajadores vascos). – 1931 gab sich die Partei eine neue demokratische Struktur, nach der die oberen legislativen Instanzen (Regional- und Nationalversammlung) ihre Kompetenzen von den unteren erhielten, die Exekutivgremien (Kommunal-, Regional- und Nationalräte) von unten nach oben aufgebaut waren und der Parteipräsident in allgemeiner, direkter und geheimer Wahl für vier Jahre gewählt wurde. – Ende des 19. Jh.s unterhielt die Partei mehrere Zeitungen: ›Baserritarra‹, ›Correo Vasco‹, ›La Patria‹, ›Euzkadi‹.

Geschichte: Seit 1897 übte die Partei eine starke propagandistische (Zeitungsgründungen) und organisatorische (Einrichtung sog. »baskischer Zentren«) Aktivität aus; 1913 (offiziell 1916) benannte sie sich in BASKISCH-NATIONALISTISCHE GEMEINSCHAFT (CNV, Comunión Nacionalista Vasca) um. In den Rathäusern Vizcayas und Guipúzcoas war sie stark vertreten. Im Anschluß an die Verkündigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch US-Präsident *Wilson* nahmen die vor allem von der Jugendorganisation der Partei verfolgten, separatistischen Bestrebungen gegen Ende des 1. Weltkrieges deutlich zu, bis es 1921

zum Bruch zwischen dem »autonomistischen« und dem »separatistischen« Flügel kam. Letzterer legte sich wieder den alten Parteinamen (PNV) zu. Wiedervereinigungsgespräche scheiterten und konnten erst nach der Diktatur *Primo de Riveras* erneut aufgenommen werden. Am 16. 11. 1930 kam es in Vergara zur Fusion der beiden Flügel; allerdings spaltete sich einige Tage später die NATIONALISTISCHE BASKISCHE AKTION (ANV, Acción Nacionalista Vasca) ab. In den Cortes trat die Partei von Anfang an für ein baskisches Autonomiestatut und die Verteidigung der Kirche ein. – In den ersten beiden Republikjahren arbeitete sie mit den → KARLISTEN zusammen; dann wandte sie sich mehr der → REPUBLIKANISCHEN LINKEN KATALONIENS zu. Bei den Wahlen von 1931 errang sie 12, 1933: 12 und 1936: 8 Parlamentsmandate. Während des Bürgerkrieges war sie zeitweise in der republikanischen Regierung vertreten. Nach Verabschiedung des baskischen Autonomiestatuts stellte sie ab Oktober 1936 die baskische Regierung (Vorsitz: *J. A. Aguirre*). – Nach dem Bürgerkrieg löste sich 1953 eine linke Splittergruppe von der aus dem französischen Exil wirkenden Partei ab, die sich am 31. 7. 1959 als separatistische Organisation BASKENLAND UND FREIHEIT (ETA, Euskadi Ta Askatasuna) konstituierte. 1977 erhielt die PNV, die stärkste politische Kraft im Baskenland (heutiger Präsident: *C. Garaicoetxea*) 8, 1979: 7 Abg. Das von der Partei ausgearbeitete Autonomie-»Statut von Guernica« wurde am 25. 10. 1979 von der baskischen Bevölkerung mit großer Mehrheit angenommen. Bei den ersten baskischen Regionalwahlen am 9. März 1980 war die PNV, deren besondere Stärke in den Kleinstädten und Dörfern liegt, deutliche Siegerin: Sie errang 25 (von 60) Parlamentssitzen. *Garaicoetxea* wurde Chef der ersten autonomen baskischen Regierung.

X. Tusell Gómez, Historia de la democracia cristiana en España, 2 Bde., Madrid 1974; St. G. Payne, El nacionalismo vasco, Barcelona 1974; J. J. Solazabal, El primer nacionalismo vasco, Madrid 1975; A. Pérez Calvo, Los partidos políticos en el País Vasco, San Sebastián 1977; Partido Nacionalista Vasco (Hg.), EAJ/PNV-Planteamiento político, económico, social y cultural – Documentos, Bilbao 1977; F. Letamendia »Ortzi«, Historia de Euzkadi, El nacionalismo vasco y ETA, Barcelona 1977.

Christlich-Demokratische Föderation (**FDC,** Federación Demócrata Cristiana), Parteienbündnis der (linken) Mitte auf christdemokratischer Basis.

Gründung: Das Parteienbündnis ging im März 1977 aus der Fusion der DEMOKRATISCHEN LINKEN (ID, Izquierda Democrática) von *J. Ruiz Giménez* mit der DEMOKRATISCHEN VOLKSVEREINIGUNG (FPD, Federación Popular Democrática) von *J. M. Gil Robles* hervor. FPD und ID hatten vor ihrer Fusion zusammen mit vier regionalen Parteien in Katalonien, Valencia, Galicien und dem Baskenland und der CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN PARTEI (PDC, Partido Demócrata Cristiano) von *F. Alvarez de Miranda* – die sich 1977 der → UNION DES DEMOKRATISCHEN ZENTRUMS anschloß – die CHRISTDEMOKRATISCHE EQUIPE SPANIENS (Equipo Democristiano del Estado Español) gebildet.

Programm: Zu ihren Hauptzielen gehört die Umwandlung Spaniens in einen nichtkonfessionellen Staat, Amnestie für alle politischen Häftlinge, ein föderalistisches System bei politisch-kultureller Autonomie der Regionen, Aufbau eines föderalistischen Europa; auf wirtschaftspolitischem Gebiet fordert die Partei sozialisierte Unternehmen neben privaten und selbstverwalteten Sektoren.

Organisation: Das Parteienbündnis wird unter dem Vorsitz von *Gil Robles* und *Ruiz Giménez* auf Landesebene von einem »Politischen Rat« und einer »Exekutivkommission«, auf Regional- und Provinzialebene von föderalistischen Komitees geleitet. Dem Bündnis gehören auch regionale Schwesterparteien in Katalonien (»Unio Centre i Democracia Cristiana Catalunya«) und im Baskenland (»Democracia Cristiana Vasca«) an; es ist Mitglied der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Parteien. – Das wichtigste publizistische Organ des linken Flügels der Christdemokraten war die (inzwischen eingegangene) Zeitschrift ›Cuadernos para el Diálogo‹.

Geschichte: Bei den Wahlen von 1977 erlitt die Partei eine deutliche Niederlage; ihre 10 Abg. wurden über Regionalparteien ins Parlament gewählt. Verantwortlich für das schlechte Ergebnis dürfte der gemäßigte Linkskurs der Partei und das Abwandern der Wähler zur christdemokratischen Partei *Alvarez de Mirandas* (PDC; 1977: 23 Sitze) gewesen sein.

J. M. Gil Robles, Federación Popular Democrática, Bilbao 1977.

Demokratische Koalition (**CD,** Coalición Democrática) → Volksallianz.

Demokratische Konvergenz Kataloniens (**CDC,** Convergencia Democrática de Catalunya), »nationalistische« Parteienkoalition liberaler katalanischer Autonomisten, die am 11. 11. 1974 in Barcelona durch *J. Pujol* gegründet wurde. In ihrem Programm figurieren Autonomie für Katalonien, der »katalanische Weg zum Sozialismus« (de facto ist die Partei jedoch linksliberal), Mitbestimmung für Arbeitnehmer sowie ein sozialdemokratisches Regime »nach schwedischem Vorbild«. – Für die Parlamentswahlen von 1977 ging die Partei ein Wahlbündnis mit der liberalen DEMOKRATISCHEN LINKEN KATALONIENS (Esquerra Democrática de Catalunya) von *R. Trías Fargas* und zwei weiteren Parteien zum DEMOKRATISCHEN PAKT FÜR KATALONIEN (PDPC, Pacte Democràtic per Catalunya) ein. Das Bündnis wurde zweitstärkste Kraft in Katalonien und erhielt 11 Cortes-Sitze. Zu den Parlamentswahlen von 1979 präsentierte sich die Partei in einem sozialliberalen Bündnis mit der DEMOKRATISCHEN UNION KATALONIENS (UDC, Unió Democrática de Catalunya) als KONVERGENZ UND UNION (Convergencia i Unió), die an die Tradition des bürgerlich-liberalen Katalanis-

mus der Zeit vor dem Bürgerkrieg anknüpfte. Dieser Zusammenschluß gemäßigt-sozialdemokratischer Tendenz erhielt 9 Abgeordnetensitze. Bei den Kommunalwahlen im April 1979 errang er 130 von insgesamt 693 Sitzen in den katalanischen Rathäusern, bei den Regionalwahlen 1980 mit 27 % der Stimmen 43 der 135 Parlamentssitze und wurde damit die mit Abstand stärkste Partei in Katalonien. *J. Pujol* als Führer der bürgerlichen Nationalisten übernahm als Nachfolger des greisen *J. Tarradellas* die Führung der autonomen Regierung Generalitat.

Demokratische Partei (Partido Demócrata oder Partido Democrático), linke Abspaltung der → FORTSCHRITTLICHEN PARTEI mit republikanischen und sozialistischen Tendenzen.

Gründung: In den 1840er Jahren spalteten sich vom linken Flügel der Progressisten die Demokraten oder Republikaner als radikale Opposition gegen die Verfassung von 1837 ab; 1843 wurden ihre ersten Vertreter in die Cortes gewählt; am 6. 4. 1849 (Verkündigung des Wahlprogramms) konstituierten sie sich unter der Führung von *J. M. Orense* und *N. M. Rivero* als Partei.

Programm: In den 1840er Jahren hatten die Demokraten nur eine vage politische Programmatik, was auf die vielen Tendenzen innerhalb der Partei zurückzuführen war. Das erste Parteiprogramm (1849) umfaßte als Forderungen das allgemeine Wahlrecht, eine Nationalmiliz, die Abschaffung des geltenden Einberufungssystems, die Verkleinerung des stehenden Heeres, die Vereinfachung der Verwaltung, allgemeine und unentgeltliche Volksschulbildung, Presse- und Handelsfreiheit, Verringerung der Staatsangestellten. Am 1. 2. 1858 forderte die Partei in ihrem neuen Programm außerdem die demokratische Republik, Streichung aller indirekten Steuern und Wegfall der Inlandszölle.

Organisation: Die Partei war zuerst eine lockere oppositionelle Gruppierung, die sich um die Zeitungen ›El Huracán‹ (Madrid) und ›El Republicano‹ (Barcelona) scharte. Als Krypto-Republikaner hatte sie besonders viele Anhänger in Katalonien; auch in Madrid und Andalusien war sie stark. Nach der Herausbildung deutlicher republikanischer und sozialistischer Tendenzen durften die Demokraten keine Wahlversammlungen mehr abhalten; Vollversammlungen der Partei fanden 1851, 1854 und 1865 statt; das erste »Zentralkomitee« der Partei (1864) setzte sich aus *Rivero, Orense* und *E. Castelar* zusammen.

Geschichte: Die linke Abspaltung der FORTSCHRITTLICHEN PARTEI, die sich auf das entstehende städtische Proletariat stützte, wies schon bald nach ihrer Konstituierung als Partei eine Fülle unterschiedlicher Tendenzen auf: republikanische, demokratisch-progressistische *(Orense, Riego)*, sozialistische *(S. Cámara, E. Figueras, F. Garrido)*, fourieristische *(Cervera)*, proudhonistische *(F. Pi y Margall)*, krausistische *(N. Salmerón)*. In den 1860er Jahren kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen Demokraten wie *Pi y Margall*, die sich um die Zeitungen ›La Discusión‹ und ›La Igualdad‹ gruppierten, und den individualistischen Demokraten (etwa *Castelar*) um die Zeitung ›La Democracia‹. Die Parteivollversammlung von 1865 beschloß die Fortsetzung der Koalitionspolitik mit den Progressisten, *Pi y Margalls* Position erlitt eine Niederlage. Auf der gemeinsamen Versammlung im belgischen Ostende beschlossen Progressisten und Demokraten 1866, auf den Sturz der Regierung *Isabellas II.* hinzuarbeiten. Als die Demokraten nach der Revolution von 1868 nicht an der Regierungsausübung beteiligt wurden, spalteten sie sich in einen monarchistischen und einen republikanischen Flügel; die Mehrheit sprach sich für die Errichtung einer Bundesrepublik aus. Der endgültige Bruch innerhalb der Partei fand im Juli 1871 statt. Bei den Wahlen von 1869 errangen die monarchischen Demokraten 236 (von 532) und 1871: 235 (von 391) Mandate und wurden mit Abstand die stärkste Parlamentsfraktion. Der mehrheitliche Flügel der Demokraten bildete später die → REPUBLIKANISCH-DEMOKRATISCHE PARTEI bzw. die FÖDERALISTISCH-REPUBLIKANISCHE PARTEI.

M. González Araco, Castelar. Su vida y su muerte, Madrid 1900; A. Eiras Roel, El partido demócrata español (1849–1868), Madrid 1961; C. Llorca, Emilio Castelar. Precursor de la Democracia cristiana, Madrid 1966.

Dynastische Linke (Izquierda Dinástica), am 24. 11. 1882 als linke Abspaltung der LIBERALEN PARTEI (FUSIONISTEN) gegründet; ihr schlossen sich einige demokratische Kräfte an. Parteichef wurde *Serrano*. Die Partei trat unter der parlamentarischen Führung von *Posada Herrera* für eine Revision der 1876er Verfassung im Sinne der 1869er Verfassung (bei Anerkennung der Monarchie) ein. 1883/84 bildete *Posada Herrera* eine Minderheitsregierung, nach deren Sturz sich die Mehrheit der Dynastischen Linken wieder der LIBERALEN PARTEI anschloß. Bei den Corteswahlen von 1884 erhielt die Partei 36, 1886 die Restpartei noch 10 Abg.

Einiges Volk (**HB,** Herri Batasuna), linksseparatistische baskische Koalition, die ideologisch in der Nähe der Terrororganisation ETA (militar) angesiedelt ist. Die Partei verwirft das parlamentarische System und tritt für »spontane Vollversammlungen« und Rätesystem ein. Bei der Wahl vom März 1979 erhielt sie 13 % der Stimmen der 4 baskischen Provinzen und stellt in den Cortes 3 Abg. Bei den Kommunalwahlen im April 1979 erhielt sie 14,7 % der Stimmen. Obwohl die Parteienkoalition, die sich auf kein Sachprogramm einigen konnte, kurz vor den ersten baskischen Regionalwahlen am 9. 3. 1980 politisch auseinanderbrach, errang sie trotzdem 11 (von 60) Parlamentssitzen und wurde damit (nach der → BASKISCHEN NATIONALISTISCHEN PARTEI) zweitstärkste politische Kraft. Sie will das baskische Regional-

parlament jedoch boykottieren, da sie für eine unabhängige baskische Volksrepublik eintritt.

Mittel- und kurzfristig gehören zu den Forderungen der Partei – die insgesamt wenig aufeinander abgestimmt sind – das Recht auf freie politische Zukunftsbestimmung, auf Gebrauch der eigenen (baskischen) Sprache sowie auf territoriale Einheit aller, d. h. auch der französischen, baskischen Provinzen; herausragende gesellschaftspolitische Forderungen sind die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und die Beendigung des Baus von Atomkraftwerken. Sowohl hinsichtlich ihres Parteiprogramms als auch ihres Wählerreservoirs (einerseits Angehörige der höheren Einkommens- und Vermögensklassen, andererseits auch ärmere und mittellose soziale Gruppen) handelt es sich bei HB um eine sozial und ideologisch heterogene, populistische Protestbewegung. Unter den Wählern der Partei dominieren eindeutig die Jungwähler (82% sind unter 30 Jahre alt).

Informe Abaco sobre Herri Batasuna, in: El Correo Español – el Pueblo Vasco vom 3. 2. 1980.

Falange (**FET y JONS,** Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista), faschistisch geprägte Staatspartei, als NATIONALE BEWEGUNG (Movimiento Nacional) – diese Bezeichnung ersetzte nach 1958 den Parteinamen Falange – und »Sammelbecken aller patriotischen Kräfte« einzige in der *Franco*-Ära zugelassene politische Organisation.

Gründung: Die Falange entstand am 13. 2. 1934 als Zusammenschluß der von *J. A. Primo de Rivera* am 29. 10. 1933 in Madrid gegründeten »Falange Española« mit den im Dezember 1931 geschaffenen sektiererischen nationalsyndikalistischen Angriffsgruppen (JONS) der beiden *Hitler*-Bewunderer *R. Ledesma Ramos* und *O. Redondo*. Während des Bürgerkrieges zwang *Franco* die Falange durch das Vereinigungsdekret vom 19. 4. 1937 zum Zusammenschluß mit allen auf seiner Seite stehenden Parteien und Gruppierungen, insbesondere den traditionalistischen Karlisten.

Programm: Das 27-Punkte-Programm vom Herbst 1934 ist Faschismus und Nationalsozialismus, totalitären Ideen und spanischer Tradition zugleich verhaftet. Die Partei forderte für Spanien die Hegemonialstellung im hispanischen Raum, Abschaffung der Demokratie, Erfassung aller Arbeitsfähigen in staatlichen Zwangssyndikaten, Verstaatlichung des Bankwesens und der öffentlichen Dienste, radikale Agrarreform, vormilitärische Erziehung der Jugend, Führungsanspruch der Falange im Staat. Die Partei war antidemokratisch, antiliberal und ursprünglich antimonarchistisch; ihr Ziel war der durch eine nationalsyndikalistische Revolution herbeigeführte syndikalistische Falange-Staat. Nach ihrer Zwangsvereinigung mit mehreren traditionalistisch-konservativen Rechtsgruppen 1937 mußte die »neue« Falange Ideologie und Zielsetzungen der »alten« Falange aufgeben; konservative und monarchistische Programmpunkte rückten in den Vordergrund; die Frage der Staatsform blieb bewußt offen, der Führungsanspruch der Partei wurde aus dem Programm gestrichen. Die ursprüngliche sozialrevolutionäre Komponente der Parteiziele wurde mit dem Traditionalismus verwässert. Nach 1939 verliefen die Sozialprogramme sowie andere Parteiziele (Nationalisierung einzelner Wirtschaftszweige, Kreditkontrolle) im Sande.

Organisation: Die »alte« Falange gliederte sich nach dem Führerprinzip und verstand sich als militante Elite. Sie wurde zuerst von einem Triumvirat, seit Oktober 1934 von *Primo de Rivera* als »unabsetzbarem Führer« geleitet. Nach der Zwangsvereinigung ernannte sich *Franco* selbst zum obersten Führer (»jefe nacional«) und degradierte den interimistischen, später wegen eines angeblichen Putschversuches verurteilten und aus der Partei ausgeschlossenen Führer *M. Hedilla* zum Vors. des neuen politischen Ausschusses (»Junta Política«) der Partei. Dieser politische Ausschuß war mit 12 Mitgliedern besetzt; 6 unterlagen *Francos* freier Wahl, weitere 6 wurden von dem (von *Franco* ernannten) Nationalrat gewählt. Formal wurde in diesem Punkt das Nominierungsprinzip der alten Falange übernommen. Politischer Ausschuß und Nationalrat hatten nur beratende Funktionen. Die innere Struktur der Falange wurde durch die Satzung vom 31. 7. 1939 geregelt. Danach war sie eine juristische Person und stand steuerrechtlich dem Staat, den Provinzen und Gemeinden gleich; auch hatte sie Anspruch auf finanzielle Hilfe durch den Staat. Das oberste Gremium war der Nationalrat mit *Franco* als Präsidenten auf Lebenszeit, dem Regierungschef, dem Vizepräsidenten und gleichzeitigen Generalsekretär und (später) 110 Mitgliedern. Im 1. Nationalrat der Falange 1939 waren von 50 Mitgliedern nur 20 reine Falangisten; die übrigen waren Karlisten (8), Generäle bzw. Monarchisten (5), Konservative und Opportunisten (17). Allerdings hatte der Nationalrat keine entscheidenden Kompetenzen. Er sollte für die Wahrung der Prinzipien des »Movimiento« eintreten und die Äußerung eines Meinungspluralismus im Rahmen der Bewegung, jedoch bei Verbot von Parteien, gewährleisten. Die eigentliche Parteileitstelle war das Generalsekretariat, das bis 1939 und später wieder bis 1956 *R. Fernández Cuesta,* zwischenzeitlich General *A. Muñoz Grandes,* nach 1956 *J. L. Arrese* innehatten. Der Generalsekretär war Regierungsmitglied im Ministerrang. – Neben der Führungsspitze auf nationaler Ebene bestanden Räte und die entsprechenden Organisationen auf der Ebene der Provinzen und Gemeinden. Der Provinzgouverneur war immer zugleich auch der Provinzchef der Falange. Diese verfügte auch über eine Frauenabteilung (»Sección femenina«) unter der Leitung von *P. Primo de Rivera.* Offiziere und Beamte waren automatisch Mitglieder der Partei. Symbole der »Bewegung« waren Pfeil und Joch, die Falangehymne war »Cara al sol«.

Presse: Die Nationale Bewegung kontrollierte ca. 38 % der spanischen Tagespresse; Radio und Fernsehen waren ihr Monopol. Ihr wichtigstes Presseorgan war die in Madrid erscheinende Tageszeitung ›Arriba‹, die die politische Doktrin der Partei interpretierte. Ihre Auflage sank ständig von 100000 (1935) über 62000 (1943) auf 25000 (1968). Die falangistische gewerkschaftliche Abendzeitung ›Pueblo‹ erreichte 1968 demgegenüber eine Auflage von über 200000.

Geschichte: Von Anfang an war die Falange eine heterogene Partei, deren Führung seit 1934 allerdings unbestritten in Händen *Primo de Riveras* lag. Das ursprüngliche Leitungs-Triumvirat, dem neben *Primo de Rivera* noch *Ruiz de Alda* und *Ledesma Ramos* angehörten, wurde abgesetzt, *Primo de Rivera* auf dem 1. Nationalkongreß im Oktober 1934 zum unabsetzbaren Führer gewählt. Die in den 27 Punkten enthaltene Forderung nach einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung (nationalsyndikalistische Revolution: vertikale Syndikate, Verstaatlichung des Großkapitals) führte zur Absplitterung traditioneller Elemente. Nach internen Richtungskämpfen wurde Ende 1934 auch *Ledesma Ramos* aus der Partei ausgeschlossen. Während der Republik blieb der Einfluß der Falange gering. 1933 erhielt sie ein einziges Parlamentsmandat. Ende 1935 gab es rund 8000 eingeschriebene Mitglieder. Nach dem Wahlsieg der Volksfront wurde die Falange als Partei faschistischen Typs im März 1936 verboten und das Führerkorps verhaftet. Sie gehörte nicht zu den Initiatoren des militärischen Putsches gegen die Republik, schloß sich jedoch zu Beginn des Bürgerkrieges mit ihren Milizen sofort dem Aufstand an. In den ersten Kriegsmonaten wurden die wichtigsten Falangeführer – *Primo de Rivera, Ledesma Ramos, Redondo, Ruiz de Alda* – von den Republikanern erschossen; die innerparteilichen Folgen waren heftige Fraktionskämpfe, bis *Franco* 1937 durch sein Zwangsdekret die alte Falange eliminierte und die neue Falange schuf. Nach dem angeblichen »Hedilla-Putsch« hielt *Franco* jede innerparteiliche Opposition von links und rechts nieder, alle Altfalangisten wurden systematisch von den Entscheidungsgremien ferngehalten. Bald nach Ausbruch des 2. Weltkriegs ergriffen die Interessengruppen innerhalb der heterogenen Staatspartei für die eine oder andere kriegführende Macht Partei. Vor allem die »alten Kämpfer«, die sog. Althemden (»camisas viejas«), kritisierten den innenpolitisch reaktionären und außenpolitisch »neutralen« bzw. ab Juni 1940 »nicht-kriegführenden« Kurs *Francos* und suchten nach Mitteln, die »verbotene« Revolution nachzuholen. – Zur wichtigsten Einflußdomäne entwickelte sich nach 1939 für die Falangisten der Auf- und Ausbau der Syndikate. Während jedoch die »Althemden« mittels der vertikalen Syndikate die soziale Revolution durchführen wollten, ging es *Franco* darum, mit ihnen die soziale Stabilität zu sichern. Die Falange-Veteranen fühlten sich betrogen und um die Früchte ihres Sieges gebracht; sie schlossen sich zu konspirativen Zirkeln zusammen, konnten jedoch ihre Ziele nicht durchsetzen. Neben den »Althemden« gab es in der Falange zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen noch drei weitere Gruppen: die Militärs, die den innenpolitischen Status quo erhalten wollten; die Monarchisten, die sich allerdings auf keinen Thronprätendenten einigen konnten; und die »Neuhemden« um *R. Serrano Suñer*, die das Modell eines katholischen Korporativismus verfochten. Letztlich durchgesetzt hat sich keine dieser Richtungen. – Während die ursprüngliche Falange noch von der typisch faschistischen Elite, den kleinbürgerlichen Führern, geleitet wurde, vollzog sich schon unter *Primo de Rivera* die Öffnung nach oben, zu den Aristokraten. Damit begann eine Umschichtung innerhalb der falangistischen Führungskader, die nach 1937 ihren Höhepunkt erreichte. Die Altfalangisten wurden schließlich völlig ausgeschaltet bzw. isoliert und weitgehend durch eine neufalangistisch-traditionalistische Machtelite ersetzt. Seither verfügte die Falange über keine von allen Mitgliedern einheitlich anerkannte Ideologie. Während des *Franco*-Regimes ist der Anteil der Falangisten an der Besetzung öffentlicher Ämter ständig zurückgegangen; die Stellung der Falange zum Staat war nicht definiert. Als Machtfaktor hat sich die Partei durch ständige innere Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen weitgehend selbst mattgesetzt. Historisch betrachtet, war sie vor allem innenpolitisches Instrument *Francos* zur Absicherung seiner Herrschaft. Als sie zur Erfüllung dieser Aufgabe in den 50er und 60er Jahren nicht mehr benötigt wurde, sank ihre Macht. Allerdings besaß sie weiterhin einen gewissen Einfluß, da sie die Funktionäre in der Gewerkschaftsorganisation stellte, über ein weites Propagandanetz verfügte und in den Cortes vertreten war. Andererseits darf dieser Einfluß nicht allzu hoch veranschlagt werden, da selbst ihre bedeutendste Machtdomäne – die Syndikate – lediglich ein Exekutivorgan des Regimes war. 1958 wurde sie offiziell in NATIONALE BEWEGUNG umbenannt. In den Cortes erschien sie als Stand. Die Nationalräte der Bewegung waren zugleich Cortesabgeordnete. Nach den Reformen von 1967 stellten die Nationalräte 99 Cortes-Vertreter, deren Mandatscharakter allerdings modifiziert wurde: Die Räte besaßen nun ein persönliches Mandat, wohingegen sie vordem kraft Amtes Mandatsträger waren. 40 wurden von *Franco* ernannt, 51 in den Provinzen von den Sektionen der Bewegung, je Provinz einer, gewählt.

Nach *Francos* Tod (1975) verlor die Bewegung schnell an politischem Einfluß. Ihre rechtsextremen Mitglieder wanderten zur Fuerza-Nueva-Gruppe ab. Der Ministerrat verfügte am 1.4. 1977 die Auflösung der NATIONALEN BEWEGUNG; ihre 10900 Beamten sollten Staatsangestellte werden. – Parallel zur Auflösung entstanden mehrere rechtsextreme falangistische Nachfolge-

organisationen. Zur NATIONALEN ALLIANZ 18. JULI (AN, Alianza Nacional 18 de julio) schlossen sich 1977 die SPANISCHE FALANGE (»PHALANX«) DER JONS (Falange Española y de las JONS; *R. Fernández Cuesta*), NEUE KRAFT (Fuerza Nueva; *B. Piñar*) und der BUND DER BÜRGERKRIEGSVETERANEN (Confederación Nacional de Excombatientes; *J. A. Girón*) zusammen. 1979 trat das inzwischen anders gestaltete Bündnis als NATIONALE UNION (Unión Nacional) an (1 Abg.).

St. G. Payne, Falange. A history of Spanish fascism, Stanford (Calif.) 1961; B. Nellessen, Die verbotene Revolution. Aufstieg und Niedergang der Falange, 1963; J. J. Linz, From Falange to Movimiento-Organización: The Spanish Single Party and the Franco Regime, 1936–1968. In: Samuel P. Huntington/Clement H. Moore (Hg.), Authoritarian Politics in Modern Societies, New York und London 1970, S. 128ff. Ch. Rudel, La Phalange. Histoire du Fascisme en Espagne, o. O. 1972.

Föderalistisch-Republikanische Partei (Partido Republicano Federal) → Republikanisch-Demokratische Partei.

Fortschrittliche Partei (Progresistas), linker Flügel des spanischen Liberalismus im 19. Jh.

Gründung: Vorläufer der Progressisten waren die »exaltados« der Jahre 1820–1823; als linker Flügel des Liberalismus trennten sie sich von den → GEMÄSSIGTEN in den Verfassunggebenden Cortes von 1836–37; die Parteibezeichnung nahmen sie 1839 auf Vorschlag *S. Olózagas* an.

Programm: In den 1840er Jahren verfochten sie als politische Ziele Sicherheit des Individuums, Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit, Aufstellung einer städtischen Miliz, Ordnung und Freiheit. In den 1860er Jahren erweiterten sie unter dem Einfluß des linken Flügels ihr Programm um die Punkte: radikale Steuerreform, Dezentralisierung der Verwaltung, Geschworenengerichte, Herabsetzung des Wahlzensus, Versammlungsfreiheit, konstitutionelle Monarchie. In der ersten Phase der Parteientwicklung ging es um den Kampf gegen Absolutismus und theokratische Herrschaft; in den 1860er Jahren nahmen die Progressisten immer deutlicher revolutionäre Positionen ein, bis es zum vollständigen Bruch mit dem politischen System kam.

Organisation: Der progressistische Flügel der Liberalen erfuhr in den 1840er Jahren mehrere Spaltungen, die ihn zur Wirkungslosigkeit verurteilten; erst allmählich erfolgte eine Reorganisation der Partei. In den 1860er Jahren bestanden die Progressisten praktisch nur aus einer steten Oppositionsminderheit in den Cortes, die keine Aussicht auf Übernahme der Regierung hatte. In dieser Zeit als (system-)oppositionelle Partei entwickelten die Progressisten eine Organisationsstruktur mit Parteiapparat und Provinzdelegierten. 1864 wurde *J. Prim* zum Vorsitzenden des Parteidirektoriums, *P. M. Sagasta* zum Sekretär gewählt. – Die drei wichtigsten progressistischen Zeitungen jener Zeit hatten in Madrid 15 000 Abonnenten; das führende Blatt war ›La Iberia‹.

Geschichte: Die Progressisten formierten sich in den 1830er Jahren als Opposition zu den gemäßigten Kräften, die die parlamentarische Stütze der Regierung darstellten. Bei den Cortes-Wahlen von 1836 erhielten sie eine überwältigende Stimmenmehrheit, wurden aber nicht an der Regierung beteiligt. Von Anfang an verstanden sie sich als die Partei der Reformen, die vom fortschrittlichen Bürgertum der Städte unterstützt wurde. Ebenso wie die GEMÄSSIGTEN, sahen sie politische und Eigentumsrechte eng miteinander verflochten. Als Vertreter des städtischen Radikalismus traten sie für eine Regierung des »aufgeklärten« Mittelstandes ein. Obwohl ihr linker Flügel dem Gedanken der »legalen Revolution« anhing, konnte die Einheit mit den abgespaltenen DEMOKRATEN nicht wiederhergestellt werden. Wichtigster Vertreter der Progressisten war *S. Olózaga*. Als die Partei in den 1850er und 1860er Jahren stets an der Ausübung der Regierungsgewalt gehindert wurde, entwickelte sie sich allmählich auf radikal-revolutionäre Positionen hin. Die Meinungen über die einzuschlagende Taktik gingen auseinander, bis sich 1864 der Flügel um *Olózaga*, der »alles oder nichts« forderte, durchsetzte, was den definitiven Bruch der Partei mit dem politischen System bedeutete. Zwischen 1863 und 1868 boykottierten die Progressisten aus Protest gegen die Korruption und das Wahlsystem das politische Leben (»retraimiento«) und bereiteten die Revolution vor. – Ihr bedeutendster militärischer Kopf, General *J. Prim*, beteiligte sich schon früh an Verschwörungen und Aufständen. Er gehörte auch zu den Hauptakteuren der Revolution von 1868, die von DEMOKRATEN, Progressisten und Unionisten (→ LIBERALE UNION) gemeinsam vorbereitet wurde. *Serrano* (Regierungschef bzw. Regent) und *Prim* (Kriegsminister bzw. Regierungschef) nahmen nach der Revolution die wichtigsten politischen Ämter ein. In den ersten beiden Cortes der Revolutionsepoche erhielten die Progressisten 1869: 159, 1871: 237 (von jeweils ca. 360) Abgeordnetenmandate und stellten die Regierung. 1872 erlangte *Ruiz Zorrilla* eine »radikale« Unterhausmehrheit. Persönliche Streitigkeiten zwischen *Sagasta* und *Zorrilla* führten zum Niedergang der Partei, die in der 1. Republik nahezu vollends ihren politischen Einfluß verlor. Nach dem Staatsstreich *Pavías* im Januar 1874 bildeten *Serrano* und *Sagasta* noch einmal eine (Diktatur-)Regierung, die mit der Restauration der Bourbonen ihr Ende fand. Die Progressisten sammelten sich später mehrheitlich in der → LIBERALEN PARTEI-FUSIONISTEN.

C. Massa Sanguinetti, Historia politica del Excmo. Sr. D. Práxedes Mateo Sagasta, Madrid 1876; I. A. Bermejo, Historia de la interinidad y guerra civil de España desde 1868, Madrid 1877.

Galizische Autonomisten (ORGA, Organización Regional Gallega Autónoma), in den letzten Monaten der Diktatur *Primo de Riveras* (1930) als autonom-regionale Partei unter der Führung von *S. Casares Quiroga* entstanden, erhielt die ORGA 1931: 14 und 1933: 6 Parlamentssitze; in den Cortes trat sie jedoch eher als gesamtstaatli-

che und nicht als regionalistische Partei auf. Im Mai 1932 schloß sie sich mit einer anderen Gruppierung zur REPUBLIKANISCHEN GALIZISCHEN PARTEI (Partido Republicano Gallego) zusammen. 1934 fusionierte diese mit der → RADIKAL-SOZIALISTISCHEN REPUBLIKANISCHEN PARTEI und der → REPUBLIKANISCHEN AKTION zur → REPUBLIKANISCHEN LINKEN.

A. Bozzo, Los Partidos Políticos y la Autonomía en Galicia 1931–1936, Madrid 1976.

Gemäßigte Partei (Moderados), konservativer Flügel des spanischen Liberalismus im 19. Jh.

Gründung: Die gemäßigte Richtung geht auf die von *Ferdinand VII.* exilierten Liberalen zurück, die nach 1820 eine »ausgewogene« Verfassung anstrebten, die Freiheit und Ordnung garantieren sollte. Die Moderados akzeptierten das königliche Statut von 1834; zur »Partei« entwickelten sie sich allmählich nach 1836; durch ihre entschiedene Ablehnung der Verfassung von 1837 trennten sie sich endgültig vom progressistischen Flügel des Liberalismus und konstituierten sich als eigene Fraktion. Eine formelle Parteigründung fand nicht statt.

Programm: Das liberal-konservative Programm, das auf *Martínez de la Rosa* und *Alcalá Galiano* zurückgeht, erstrebte die Versöhnung von Fortschritt und Tradition. Die Moderados traten für die halbfeudalen Privilegien der Krone, für eine Politik der »Ordnung« gegen die Ideen der Französischen Revolution ein. Der spanische Konstitutionalismus sollte auf mittelalterliche Traditionen zurückgreifen. Nach 1845 entwickelten sich die Moderados zu einer konservativen Rechten mit antidemokratischem Programm, die sich am französischen Doktrinarismus der Epoche *Louis Philippes* orientierten. Zu ihren Theoretikern gehörten (als Vertreter des sog. Neokatholizismus) *D. Cortés* und (sozialen Fragen durchaus aufgeschlossen) *J. Balmes.*

Organisation: Von einer Partei-»Organisation« kann bei den Moderados nicht gesprochen werden. Wegen der Regierungsprotektion, die sie genossen und die sie für viele Jahre zur Regierungspartei machte, brauchte sich die zahlreich entstehende Klientel kaum um Programm oder Organisation zu kümmern; letztere beschränkte sich zumeist auf die Bildung von Wahlkommissionen zum Zeitpunkt der Corteswahlen.

Geschichte: Der Ursprung der Partei liegt in der gemäßigten Fraktion der Cortes von Cádiz und den politisch-ideologischen Auseinandersetzungen während der Regierungszeit *Ferdinands VII.* Ihrer sozialen Zusammensetzung nach waren die Moderados die Oligarchen des Liberalismus (Großgrundbesitzer, Aristokraten, Karrierebeamte, Bürokraten, Anwälte), die Besitz und Bildung als Voraussetzung für die Zulassung zur politischen Macht und infolgedessen das Zensuswahlrecht verteidigten. Sie waren die verläßlichste Stütze des Königtums *Isabellas II.* und bildeten 1840–1854 und erneut 1856–1868 die Regierung. In dieser Zeit – in der es zu vielen Fraktionsbildungen, aber zu keiner aus den Moderados hervorgehenden Parteigründung kam – identifizierten sie sich nahezu vollständig mit der Regierung. Nach der Revolution von 1868, die gegen ihre Monopolstellung in der politischen Machtausübung gerichtet war, lösten sie sich auf. Die Moderados sammelten sich später mehrheitlich in der → LIBERAL-KONSERVATIVEN PARTEI.

J. Fernández, Spanisches Erbe und Revolution, 1957; M. C. García-Nieto/J. M. Donézar, Moderados y progresistas, 1833–1868, Madrid 1971.

Karlistische Partei (Partido Carlista), ursprünglich klerikal-legitimistische und absolutistisch-traditionalistische, heute sozialistische Partei, die unter verschiedenen Bezeichnungen aufgetreten ist.

Gründung: Die Partei hat als Bewegung ihren Ursprung in den Kämpfen um den spanischen Thron nach 1833; sie nahm erst nach 1868 an Parlamentswahlen teil. Gründungen karlistischer Parteien (s. u.) haben stets als Abspaltungen von der Gesamtbewegung stattgefunden.

Programm: Der Partei ging es im 19. Jh. vor allem um die Durchsetzung der Thronansprüche ihrer Kronprätendenten sowie um die Verteidigung kirchlicher Privilegien und mittelalterlicher Sonderrechte der verschiedenen Regionen und Völker Spaniens. Bis 1879 gehörte der revolutionäre Aufstand zu den Hauptmitteln der Karlisten; erst danach sprachen sie sich für den legal-parlamentarischen Weg aus. In der programmatischen »Acta política de Loredán« von 1897 wurden katholische Einheit, Monarchie, regionale Freiheit und Lösung der sozialen Frage in Übereinstimmung mit der kirchlichen Soziallehre und den Enzykliken gefordert. Bis ins 20. Jh. verstand sich der Karlismus als die traditionalistische, katholisch-integristische Rechte Spaniens. Er betonte die Autorität und trat für einen korporativistischen Staat ein. Heute setzt er sich (nach einer radikalen Linkswendung) für Selbstbestimmungssozialismus (vor allem in den Betrieben), staatlichen Föderalismus und politischen Pluralismus ein.

Organisation: Im 19. Jh. war die Partei bis 1879 illegal; sie setzte das Mittel des revolutionären Aufstandes zur Erreichung ihrer Ziele ein. Erst zwischen 1888 und 1897 kam es zur Schaffung einer gewissen Parteiorganisation mit einer »Obersten Legitimistischen Junta« und abhängigen Sonderkommissionen. – Nach 1939 spalteten sich die Karlisten in verschiedene Flügel auf. Die heutige Partei wird von einer Bundeskommission unter Führung von *Carlos Hugo de Borbón* geleitet. Alljährlich findet ein Parteikongreß statt, dessen Delegierte von sog. Volksversammlungen gewählt werden. Die Partei hatte 1977 angeblich 8500 Mitglieder. Sie verfügt über Regionalparteien in Katalonien und Valencia. Ihr Generalsekretär ist *J. M. Zabala.*

Presse: Im letzten Drittel des 19. Jh. verfügte

die Bewegung über eine umfangreiche Presse, z. B. (1870er Jahre:) ›El Pensamiento Español‹, ›La Regeneración‹, ›El Siglo Futuro‹, (1890er Jahre:) ›El Correo Español‹. Heute gibt die Partei das Blatt ›Información Mensual‹ und in Katalonien die Zeitschriften ›Avancem‹ und ›Retall‹ heraus.

Geschichte: Ursprünglich ging es dem Karlismus darum, durch Waffengewalt seinem Thronprätendenten die Krone zu beschaffen (Karlistenkriege: 1833–39, 1847–49, 1872–76). Von Anfang an war die Bewegung in den ländlichen Gegenden Kataloniens und Navarras besonders stark. Bis 1849 hatte Graf *Montemolín* die Führung der Partei inne, danach eine »königliche Kommission«. Noch in den 1850er und 1860er Jahren war der Karlismus nicht an der Eroberung von Parlamentssitzen interessiert. Unmittelbar nach der Septemberrevolution von 1868 erhielt die Bewegung, die in den letzten Jahren der Regierungszeit *Isabellas II.* jegliche Bedeutung verloren hatte, großen Zulauf von seiten konservativer katholischer Kreise (»neocatólicos«), deren Ziel die Bekämpfung der Revolution war. Die aus »neocatólicos« und Karlisten gebildete Partei gab sich den Namen KATHOLISCH-MONARCHISCHE ASSOZIATION (Asociación católico-monárquica). Sie erhielt 1869: 18, 1871: 62, 1872: 38 Sitze; in den folgenden 6 Jahrzehnten war sie wegen ihrer äußerst geringen Mandatszahl sowie wegen zahlreicher Spaltungen zur parlamentarischen Wirkungslosigkeit verurteilt (1891: 4, 1893: 7, 1896: 10, 1898: 6, 1899: 2, 1901: 7, 1903: 7, 1905: 4, 1907: 4 Mandate). In Katalonien bildete 1888 ein dissidenter Karlistenflügel unter *R. Nocedal* die INTEGRISTISCHE PARTEI (Partido Integrista), die stark religiös-klerikal orientiert war und dem militanten Katholizismus zur Macht verhelfen wollte, jedoch keine größere Rolle spielte und ab 1909 von der nach dem neuen Prätendenten *Don Jaime* benannten JAIME-PARTEI(Partido Jaimista) überholt wurde; ab 1918/19 kam noch die aus der germanophilen Haltung während des 1. Weltkriegs resultierende TRADITIONALISTISCHE PARTEI (Partido Tradicionalista) des *Vázquez de Mella* hinzu, die bald die stärkste der drei Regionalparteien wurde. 1920 spaltete sich die → SOZIALE VOLKSPARTEI ab. Während der Diktatur *Primo de Riveras* fand sich das vollends zerfallene Lager der Karlisten unter dem Prätendenten *Don Alfonso Carlos* wieder zusammen. In den Jahren der Zweiten Republik (1931–1939) führte die Partei die Bezeichnung TRADITIONALISTISCHE KARLISTISCHE GEMEINSCHAFT (Comunión Tradicionalista Carlista); ihr Generalsekretär war *M. Fal Conde.* Wegen des unüberwindbaren Hindernisses des Thronanspruchs erfolgte keine Verschmelzung mit den übrigen monarchistischen Kräften; ihr parlamentarischer Einfluß blieb gering (1933: 25, 1936: 9 Mandate). Die Karlisten schlossen sich 1936 der Erhebung *Francos* an und stellten ihren eigenen Wehrverband, die »Requetés« (ca. 30 000 Mann), den Rebellen zur Verfügung. Im April 1937 vereinigte sie *Franco* mit der → FALANGE. Nach 1939 trat die Partei mit ihren Thronansprüchen nur relativ selten an die Öffentlichkeit. Sie nahm sich immer intensiver der sozialen Probleme an und geriet zur antikapitalistischen Opposition gegen *Franco.* 1969 wurde ihr Thronprätendent *Carlos Hugo de Borbón y Parma* des Landes verwiesen. – Nach *Francos* Tod formierten sich die Karlisten erneut als politische Partei, die bei den Parlamentswahlen aber keine Mandate erhielt. Sie ist heute in zwei Flügel gespalten, deren konservativer von *Sixto de Borbón* angeführt wird.

M. Ferrer, Historia del tradicionalismo español, 29 Bde., Sevilla 1951–60; R. Oyarzun, Historia del Carlismo, Madrid 1969; M. Blinkhorn, Carlism and crisis in Spain 1931–1939, London 1975; (span. Fassung: Carlismo y contrarrevolución en España, 1931–1939, Barcelona 1979); J. M. Sans Puig, Liberales y carlistas, Barcelona 1976; Carlos Hugo de Borbón Parma, La vía carlista al socialismo autogestionario. El proyecto carlista de socialismo democrático, Barcelona 1977; Beltza (d. i. Emilio López Adán), Del carlismo al nacionalismo burgués, San Sebastián 1978; M. de Santa Cruz (Hg.), Apuntes y Documentos para la Historia del Tradicionalismo Español 1939–1966, 5 Bde., Madrid 1979.

Katalanische Liga (Lliga Catalana) → Regionalistische Liga Kataloniens.

Katalanischer Staat (Estat Català), separatistisch-aufständische katalanische Regionalpartei, hervorgegangen aus der 1919 gegründeten DEMOKRATISCHEN NATIONALISTISCHEN FÖDERATION (Federació Democràtica Nacionalista), deren Führer nach einem Radikalisierungsprozeß Ende 1922 die Partei gründeten; Vors. wurde *F. Macià.* Die Partei erhob von Anfang an separatistische Forderungen. Neben der offiziellen Organisation zog sie eine geheime, revolutionäre, paramilitärische Organisation auf, die während der Diktatur *Primo de Riveras* im Exil weiterentwickelt wurde. 1931 ging die Partei in der → REPUBLIKANISCHEN LINKEN KATALONIENS auf.

Katholische Union (Unión Católica), am 14. 2. 1881 von *A. Pidal y Mon* sowie den Grafen *Orgaz* und *Canga Argüelles* als konfessionelle Partei auf dem äußerst rechten Parteienspektrum nach dem Vorbild des deutschen ZENTRUMS gegründet; ihr Programm war die Wiedergewinnung der katholischen Einheit, christliche Lehre, Verteidigung der Priester und religiösen Orden. *Pidal* bemühte sich vergebens, die → KARLISTEN für seine katholische Sammelbewegung zu gewinnen und damit zur Anerkennung der bourbonischen Monarchie zu bringen. Die Partei fand auch beim Vatikan und dem spanischen Klerus keine wirksame Unterstützung, weil die Kirche nicht ihr Ansehen bei der strenggläubigen Karlistenbevölkerung verlieren wollte. Vors. der Partei, die 1881 3 Abg. erhielt, war Kardinal *Moreno,* Erzbischof von Toledo. Im Januar 1884 löste sie sich auf, ihre Mitglieder gingen zur → LIBERAL-KONSERVATIVEN PARTEI über.

M. de Unamuno, La Unión Católica. Datos para su historia, Madrid 1881.

Kommunistische Partei Spaniens (PCE, Partido Comunista de España), in den 20er und 30er Jahren bolschewistisch-stalinistische, heute »eurokommunistische«, von Moskau unabhängige, auf dem äußersten linken Flügel des Parlamentsspektrums stehende Partei, die sich selbst als »marxistisch, demokratisch und revolutionär« bezeichnet.

Gründung: Im April 1920 ging in Madrid aus dem Sozialistischen Jugendbund (Federación de Juventudes Socialistas) unter Führung von *R. Merino García* eine SPANISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (PCE, Partido Comunista Español) hervor; im April 1921 trat eine Gruppe von Kominternanhängern aus der → SPANISCHEN SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI aus und gründete die KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (PCO, Partido Comunista Obrero); auf dem III. Kominternkongreß 1922 erfolgte der Zusammenschluß der beiden Parteien zur endgültigen Kommunistischen Partei, der sich auch einige Anarchosyndikalisten anschlossen. Sekretär wurde *R. Millá,* nach seiner Verhaftung *M. Nuñez de Arenas.*

Programm: Während der Diktatur (1923 bis 1930) und in den ersten Jahren der Republik verfocht die PCE als sektiererische Randerscheinung einen linksextremen Kurs. Angestrebt wurde eine Sowjetrepublik von Arbeitern, Bauern und Soldaten mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats. Nach dem VII. Kominternkongreß 1935 mäßigte die PCE ihr Programm und forderte nurmehr eine umfangreiche Agrarreform, Regionalautonomie, Amnestie, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Arbeiter. Im Bürgerkrieg (1936–1939) setzten sich die Kommunisten für die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Republik »neuen Typs«, das Privateigentum und die parlamentarische Legalität ein. Verstärkt seit ihrer Zulassung 1977 – eigentlich jedoch schon seit 1972 – verfolgt die PCE einen eurokommunistischen Kurs; sie akzeptiert – obwohl grundsätzlich republikanisch eingestellt – die Monarchie, tritt für Grundfreiheiten und Parteienpluralismus ein und plädiert für einen stufenweisen Übergang zum Sozialismus in zwei Phasen, einer »demokratischen« und einer »sozialistischen«. Der IX. Parteitag im April 1978 verabschiedete ein neues Parteiprogramm, in das diese eurokommunistische Haltung einfloß, und neue Statuten.

Danach steht in der Übergangsphase der »politischen und sozialen Demokratie« der Kampf gegen das monopolistische Kapital an erster Stelle. Der Übergang zum Sozialismus soll auf demokratischem Wege erfolgen; die »demokratischen Instrumente« sollen auch im Sozialismus beibehalten werden. Die PCE spricht sich für einen Bundesstaat aus. Wie alle übrigen Linksparteien betont auch sie das Recht der Regionen auf Selbstbestimmung.

Außenpolitisch sprechen sich die Kommunisten gegen die Integration in irgendeinen der bestehenden militärischen Blöcke, jedoch für den Beitritt zur EG aus; sie wollen die Pachtverträge über die von den USA gemieteten Militärbasen nicht verlängern. Die PCE plädiert außerdem für eine breite anti-imperialistische Front, für die Rückgabe Gibraltars an Spanien, die Selbstbestimmung Spanisch-Saharas und die Verurteilung der israelischen Politik im Nahen Osten.

Auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet betont das Parteiprogramm die Notwendigkeit einer anti-inflationistischen Politik und eines Ausgleichs der Handelsbilanz. Mittelfristig haben die Eindämmung der Arbeitslosigkeit, die Reform der sozialen Sicherheit und die Neustrukturierung bestimmter krisenbefallener Wirtschaftszweige (Bau, Textil, Eisen und Stahl) Priorität. Die im Programm von 1975 vorgesehene Verstaatlichung der Großbetriebe, Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften wird im neuen Programm zwar nicht fallengelassen, stillschweigend jedoch auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Organisation: Die PCE war stets hierarchisch nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert. Nach ihrer Legalisierung 1977 paßte die Partei ihre Strukturen den neuen demokratischen Verhältnissen an (größere Autonomie für Regionalorganisationen, verstärkte innere Demokratie, geheime Funktionärswahlen) und wurde von einer Kaderorganisation zu einer Massenpartei. Die früheren Zellen wurden 1976 aufgelöst und nach territorialen Kriterien den Lokalgruppen (»agrupaciones«) zugeteilt. Diese sind das wichtigste Bindeglied zwischen Partei und Bevölkerung. Sie treten monatlich in ordentlichen Sitzungen zusammen, an ihrer Spitze steht ein mindestens dreiköpfiges Komitee. Die territoriale Organisationsform besteht auf Lokal-, Bezirks- und Provinzebene; zu ihrer Leitung wird jeweils eine »Konferenz« (Conferencia) bestimmt. Gruppierungen können auch in großen Betrieben eingerichtet werden. Auf Regionalebene besteht ebenfalls eine »Konferenz«. Insgesamt ist die Partei, die strenge Disziplin von ihren Mitgliedern verlangt, nach wie vor vertikal und zentralistisch nach einem modifizierten System des »demokratischen Zentralismus« organisiert.

Die wichtigsten Leitungsorgane der Partei sind der Kongreß, die Parteikonferenz, das Zentralkomitee und das Exekutivkomitee. – Der alle drei Jahre tagende Kongreß – das oberste Parteiorgan – setzt sich aus den auf Regionalkonferenzen gewählten Delegierten und den Mitgliedern des Zentralkomitees zusammen; er verabschiedet das Parteiprogramm und die Statuten, legt die Anzahl der Mitglieder des Zentralkomitees fest, wählt die zentralen Parteikommissionen und bestimmt die politische Linie der Gesamtpartei. Die Parteikonferenz, die zusätzlich zu dem Zentralkomitee noch weitere Mitglieder der regionalen kommunistischen Parteien sowie der Regional- und Provinzialkomitees umfaßt, wird bei außerordentlichen Anlässen durch das Zentralkomitee einberufen und ist vorübergehend entscheidungsbefugt.

Das wichtigste Parteiorgan ist das Zentralkomitee (ZK), das als »kollektive Führung« definiert wird. Es tritt jährlich mindestens viermal zusammen und setzt die vom Kongreß getroffenen Entscheidungen in Politik um. Es besteht (1980) aus 130 Mitgliedern, aus deren Reihen das Exekutivkomitee (35 Mitglieder), der Parteivors., der Generalsekretär und der Sekretär des ZK gewählt werden. Zwischen den einzelnen Versammlungen des ZK übernimmt das Exekutivkomitee die Parteiführung. Die PCE verfügt über eine zentrale Garantie- und Kontroll- sowie über eine zentrale Finanzüberprüfungskommission.

Die auf dem IX. Parteitag 1978 verabschiedeten neuen Statuten definieren die Partei als eine »Avantgarde-Organisation der Arbeiterklasse und der fortschrittlichen Kräfte der Völker Spaniens«, deren Ziel die sozialistische Veränderung der spanischen Gesellschaft (mit der Endvision des Kommunismus) ist. Die einzelnen »Nationalitäten« können eigene Regionalparteien gründen (wie z. B. im Baskenland und in Galicien), die jedoch – bei gewissen autonomen Rechten und eigenen Statuten – integrierende Teile der Gesamtpartei bleiben. Eine Ausnahme bildet die kommunistische → Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens, die zwar völlig unabhängig von der PCE agiert, jedoch in deren Führungsgremien vertreten ist.

Presse: Wichtigstes publizistisches Organ der Partei war und ist die Madrider Tageszeitung ›Mundo Obrero‹, das bedeutendste theoretische Organ ist ›Nuestra Bandera‹.

Geschichte: In den ersten Jahren nach ihrer Gründung versuchte die Partei erfolglos, mit den Sozialisten eine Einheitsfront zu bilden. Während *Primo de Riveras* Diktatur, zu deren Beginn die PCE ca. 500 Mitglieder zählte, wurde die Partei von Paris aus geleitet. *J. Bullejos* als Generalsekretär und *G. León Trilla* übernahmen die Führung. Auf dem III. Parteitag (Paris 1929) kam es zum Bruch zwischen der stalinistischen Parteiführung und der katalonischen PCE-Organisation (Federación Comunista Catalano-Balear) unter *J. Maurín,* der sich dem von Moskau verordneten Bolschewisierungskurs widersetzte. Als 1930 die Diktatur zusammenbrach, war die PCE völlig bedeutungslos, in sich gespalten und politisch von der Arbeiterbewegung isoliert. 1931 hatte sie ca. 800 Mitglieder. Da die Weltwirtschaftskrise als letzte Krise des Kapitalismus angesehen wurde, agitierte die PCE gegen das republikanische System; sie wandte sich entschieden gegen die neue Ordnung, bezog kominterntreu Stellung gegen die »Sozial«- und »Anarchofaschisten« und forderte in völliger Verkennung der soziopolitischen Situation eine Sowjetrepublik der Arbeiter, Bauern und Soldaten. In den Verfassunggebenden Cortes von 1931 hatten die Kommunisten keinen einzigen Sitz. Als sich das Zentralkomitee der Partei dem Wunsch der Komintern widersetzte, weiterhin die bürgerliche Republik zu bekämpfen, wurden die PCE-Führer *Bullejos, León Trilla* und *Adame* aus der Partei ausgeschlossen. Neuer Generalsekretär der nun völlig stalinistisch orientierten Partei wurde *J. Díaz,* der *V. Uribe* und *J. Hernández* zu seinen Mitarbeitern machte. 1934 gelang der PCE die Gründung einer eigenen Gewerkschaftsorganisation, dem (nie mehr als 150 000 Mitglieder umfassenden) »Einheitsbund der Arbeit« (CGTU, Confederación General del Trabajo Unitaria), der sich jedoch neben der sozialistischen (UGT) und der anarchosyndikalistischen (CNT) Gewerkschaft nicht behaupten konnte und im November 1935 der UGT anschloß. In den letzten Jahren der Republik – vor allem nach dem VII. Kominternkongreß – forderte die PCE zuerst die Einheitsfront mit den Sozialisten, dann den »Volksblock« und schließlich die Volksfront aller antifaschistischen Kräfte. Mit Hilfe der Volksfront konnte sich die PCE (die zu diesem Zeitpunkt zwischen 10 000 und 20 000 Mitglieder hatte) aus ihrer bisherigen Isolierung befreien und immerhin 17 Delegierte ins Parlament (3,5 % der Mandate) entsenden. Im April 1936 schloß sich die Sozialistische Jugend (JS, Juventud Socialista) unter *S. Carrillo* mit der Kommunistischen Jugend zur Vereinigten Sozialistischen Jugend (JSU, Juventud Socialista Unificada) zusammen, die bald ein Instrument der PCE wurde. – Während des Bürgerkrieges (1936–1939) nahm die Bedeutung der PCE aus 3 Gründen außerordentlich zu: Zum einen waren die sowjetischen Waffenlieferungen lebenswichtig für die Republik, zum anderen organisierte die Komintern die Internationalen Brigaden, schließlich entwickelte sich die PCE zu einem Sammelbecken der gemäßigten und sogar rechtsstehenden Elemente im republikanischen Lager; Kommunisten sahen im Bürgerkrieg einen nationalen Unabhängigkeitskrieg und in dem sozioökonomischen Wandel eine »bürgerlich-demokratische« (und keine sozialistische) Revolution. 1937 war die PCE, inzwischen in die Regierung eingetreten, mit 250 000 Mitgliedern die dominierende Partei auf republikanischer Seite.

Nach dem Bürgerkrieg blieb die Partei in Spanien bis 1977 verboten; sie verlegte ihren Organisationsapparat ins Exil (Paris, später Prag, Bukarest, Moskau). 1944 gab die PCE die Parole der nationalen Einheit aus und gründete einen »Obersten Rat der Nationalen Einheit« (Junta Suprema de Unión Nacional). In den 40er Jahren organisierte sie (erfolglos) Guerrilla-Einheiten im Kampf gegen *Franco.* Aus den Flügelkämpfen innerhalb der Partei und den zahlreichen Spaltungen nach dem 2. Weltkrieg gingen *D. Ibárruri* und *S. Carrillo* und mit ihnen die »Moskauer Linie« erfolgreich hervor. Seit dem V. Parteitag (Paris 1954) verfolgte die Partei eine Politik der »nationalen Versöhnung« (reconciliación nacional) und der demokratischen Front. Im Landesinneren konnten sich die Kommunisten vor allem bei der Wahl von Betriebs- und Gewerkschaftsvertrauensleuten sowie in den »Arbeiterkommissionen« (CCOO, Comisiones Obreras) festset-

zen. 1964 kam es zu einer schweren Parteikrise, als das Exekutivmitglied *F. Claudín* einen von Moskau unabhängigen Kurs vorschlug, vor der Hoffnung auf einen angeblich unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Diktatur warnte und wegen »Rechtsopportunismus« aus der PCE ausgeschlossen wurde. Ende der 60er Jahre löste sich die Partei allmählich von der sowjetischen Bevormundung, verurteilte den Einmarsch in die ČSSR und schlug im »Pakt für die Freiheit« einen stufenweisen Übergang von der Diktatur zum Sozialismus vor. Von den Abspaltungen, die dem Kurs *Carrillos* (seit 1960 Generalsekretär) nicht folgen wollten, haben vorübergehend *E. Listers* KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (Partido Comunista Obrero) und vor allem die KOMMUNISTISCHE PARTEI SPANIENS (INTERNATIONAL) (Partido Comunista de España [internacional]), aus der 1975 die PARTEI DER ARBEIT (Partido del Trabajo) hervorging, Bedeutung erlangt. 1974/75 führte die PCE das Oppositionsbündnis DEMOKRATISCHE JUNTA (Junta Democrática) an, das sich 1976 mit dem zweiten wichtigen oppositionellen Zusammenschluß, der von der → SPANISCHEN SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI und den Christdemokraten von *R. Giménez* gebildeten DEMOKRATISCHEN PLATTFORM (Plataforma Democrática), zur DEMOKRATISCHEN KOORDINATION (Coordinación Democrática) vereinigte, deren Hauptziel die Erringung der Grundfreiheiten und der parlamentarischen Demokratie war. Die PCE wurde 1977 erst wenige Wochen vor den Parlamentswahlen legalisiert, aus denen sie mit 9,2 % der Stimmen und 20 Cortesmandaten hervorging. Die heutige Wählerschaft stammt zu über 80 % aus der Arbeiterklasse. Praktisch kommunistisch orientiert ist die Massengewerkschaft »Comisiones Obreras« mit ca. 2 Millionen Mitgliedern; sehr groß ist der Einfluß der Partei auch auf die Nachbarschaftsvereinigungen. Mit über 250 000 Mitgliedern ist die PCE heute die mitgliederstärkste Partei Spaniens. Auf dem ersten freien Parteitag nach dem Bürgerkrieg (dem IX. ihrer Geschichte) strich die Partei im April 1978 den »Leninismus« aus ihren Parteistatuten. Aus den Parlamentswahlen im März 1979 ging die PCE erneut als drittstärkste Partei mit 10,9 % der Stimmen und 23 Mandaten hervor; in den ersten freien Gemeindewahlen (April 1979) schnitt sie mit 15,5 % der Mandate in Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern (allerdings nur 4,9 % der Mandate in kleineren Orten) deutlich besser ab und stellt heute – auf lokaler Ebene in enger Zusammenarbeit mit den Sozialisten – zahlreiche Bürgermeister (vor allem in den industriellen Zonen).

Historia del Partido Comunista de España (Versión abreviada), Buenos Aires 1961; G. Hermet, Les communistes en Espagne, Paris 1971; S. Carrillo/S. Sanchez Montero, Partido Comunista de España, Bilbao 1977; J. Estruch, Historia del PCE 1920–1939, Bd. 1 Barcelona 1978; B. Bollotten, The Spanish Revolution. The Left and the Struggle for Power during the Civil War, Chapel Hill 1979.

Konservative Partei → Liberal-Konservative Partei.

Liberal-Demokratische Partei (Partido Liberal Demócrata) → Reformistische Partei.

Liberale Partei – Fusionisten (Partido Liberal-Fusionista), eine der beiden alternierenden Regierungsparteien in der Restaurationsära.

Gründung: Unter der Führung von *P. M. Sagasta* als Zusammenschluß mehrerer liberaler Fraktionsgruppen am 23. 5. 1880 bei einer Zusammenkunft von 131 liberalen Parlamentariern mit der Parteibezeichnung »Fusionisten« gegründet.

Programm: Das Dreipunkteprogramm von 1880 umfaßte die »aufrichtige Durchführung des repräsentativen Systems«, die Monarchie an der Spitze der »fortschrittlichen Entwicklung des Volkes« und scharfe Opposition gegen die konservative Regierung. Entsprechend der Heterogenität ihrer Mitglieder blieb auch das Programm sehr weitgespannt. In den 1880er Jahren sprach sich die Partei für Autonomiegewährung an die letzten überseeischen Gebiete aus. Das neue Programm von 1903 erstrebte die Mobilisierung der Wähler (evtl. durch Wahlpflicht), Verbilligung der Grundnahrungsmittel, Abschaffung von Sondersteuern, Förderung der Konsumgenossenschaften und der Vorsorgekassen, allgemeine Wehrpflicht, Verbesserungen im Unterrichtswesen.

Organisation: Unterhalb des Parteiführers entwickelten sich Vizechefs bzw. auch Führer bestimmter Flügel der Fraktion. Die Partei hatte ständig mit innerparteilichen Gruppierungen zu kämpfen, die während der Regierungszeit auftraten und in der Opposition wieder zusammenrückten. Theoretisch wie praktisch spielte eine außerparlamentarische Parteiorganisation keine Rolle; sie beschränkte sich auf den Unterhalt eines Wahlapparats. Die Bildung von Komitees als Parteiuntergliederungen in den Gemeinden und Provinzen ist nur betrieben worden, um Posten in der Verwaltung zu erlangen und die Wahlen manipulieren zu können.

Geschichte: Die Liberalen waren vor der Parteigründung in drei große politische Gruppen gespalten: eine rechte Gruppe um *A. Martínez* und *Gamazo*; eine Mitte, die Konstitutionellen, mit *Sagasta* als Chef und eine linke Gruppe um *Martos, S. Moret* und *J. López Dominguez*. Die Konstitutionellen erhielten 1876: 27, 1879: 56 Parlamentsmandate. Handel und Industrie bildeten ihre soziale Basis. Die liberalen Gruppen fanden sich erst allmählich mit der neuen politischen Ordnung der Restauration ab. Nach der Regierungskrise von 1879 schlossen sich einzelne Gruppen und liberale Persönlichkeiten zur Parlamentspartei zusammen. Dem 1. Parteidirektorium gehörten *Sagasta, Martínez Campos, Posada Herrera* u. a. an; im Parlament erhielt die Partei die Unterstützung großer Teile der Streitkräfte. Der Übertritt von Generälen zu den Liberalen hat deren Heranbildung zu einer regierungsfähigen Partei wesentlich begünstigt. 1881 er-

langten sie zum ersten Mal in der konstitutionellen Entwicklung Spaniens die Regierungsmacht; die folgenden Corteswahlen (1881) brachten ihnen 297 (von 392) Mandate. In den 1880er Jahren erfolgten viele innerparteiliche Gruppenbildungen. Entscheidend für die Weiterentwicklung der Partei und des Regierungssystems war die Absprache mit der → Liberal-Konservativen Partei im sog. »Pacto del Pardo« (1885), demzufolge die beiden dynastischen Parteien ihren Kampf gegeneinander einstellen und in regelmäßigem Alternieren (»turno de los partidos«) die zukünftigen Regierungswechsel bei Manipulation der Wahlergebnisse durch die jeweils regierende Partei friedlich vornehmen würden. Nach diesem System erhielten die Liberalen 1884: 31, 1886: 278, 1891: 74, 1893: 281, 1896: 88, 1898: 266 und 1899: 93 von jeweils ca. 400 Abgeordnetenmandaten und somit bei jeder zweiten Wahl die Parlamentsmehrheit. *Sagasta* bildete viermal ein Kabinett im Anschluß an einen Wechsel der Parteien in der Regierungsausübung. Nach 1898 führte der Prestigeverlust der alternierenden Parteien zu einer Neuformierung politischer Kräfte und somit zum Beginn einer verfassungshistorisch und parteipolitisch neuen Phase des spanischen Parlamentarismus.

Nach *Sagastas* Tod (1903) geriet die Partei in eine ernste und langwierige Krise; zuerst spaltete sich die Liberal-Demokratische Partei (Partido Liberal-Democrático) unter der Führung von *Montero Ríos* ab, die danach strebte, alle linksgerichteten Kreise, die nicht Republikaner waren, zusammenzufassen. Sie trug einen ausgedehnten Propagandafeldzug bis in die entlegensten Gegenden des Landes und zeigte, ebenso wie die Konservativen, die Tendenz zur Massenpartei; sie schloß sich jedoch bereits 1907 wieder der Gesamtpartei an. Neuer Parteichef wurde *S. Moret*. Im gleichen Jahr noch spaltete sich der linke Flügel unter *Canalejas* als Demokratisch-Monarchistische Partei (Partido Democrático-Monárquico) ab; nachdem *Canalejas* zum Regierungschef ernannt worden war, erhielt die Partei bei Neuwahlen 1910 die absolute Mehrheit (215 von 405) der Parlamentsmandate. Die Abspaltungen und Zerwürfnisse setzten sich auch in den folgenden Jahren fort. 1917 gründete *Romanones* eine eigene Partei, 1918 entstand unter der Führung von *S. Alba* die Liberale Linke (Izquierda Liberal). Eine Wiedervereinigung der liberalen Gruppierungen und Parteien gelang nicht mehr, jedoch einigten sich die Parlamentsfraktionen 1920 unter *García Prieto* auf eine gemeinsame Oppositionspolitik gegenüber den konservativen Regierungen. 1922 bildeten die Liberalen eine Koalitionsregierung; als sie ihr Regierungsprogramm einer Revision der Verfassung von 1876 und einer Überprüfung der militärischen Niederlage in Nordafrika bekanntgaben, folgte der Staatsstreich *Primo de Riveras*, der dem parlamentarischen System ein Ende setzte.

A. Figueroa y Torres, Sagasta o el político, Madrid 1930.

Liberale Union (Unión Liberal), ging als Zusammenschluß von fortschrittlichen Moderados und gemäßigten Progressisten aus dem liberalen Aufstand von 1854 gegen das autoritäre Regime des Generals *Narváez* hervor. Unter der Führung des Generals *L. O'Donnel* errang die Partei gleich bei den ersten Wahlen, an denen sie sich beteiligte, die Mehrheit der Parlamentsmandate. Das Wahlmanifest vom 17. 9. 1854 beinhaltet ihr politisches Programm: Rede- und Schriftfreiheit, Volkswahl der Stadträte, Dezentralisierung der Verwaltung, Ministerverantwortlichkeit, Reorganisation des Heeres, der Bürokratie und der nationalen Miliz. Ihr politischer Standort ist rechts von den Progressisten anzusetzen. – Die Partei war – mit Unterbrechungen – bis 1863 an der Macht. Die Regierungen der Liberalen Union wurden von den Zeitungen ›La Epoca‹ und ›La Correspondencia‹ unterstützt. 1867 schloß sich die Partei der Opposition gegen *Isabella II.* an. Nach der September-Revolution von 1868 bildeten die liberalen Unionisten zusammen mit den Progressisten die Provisorische Regierung unter *Serrano* und *Prim*. Später gingen sie in der → Liberal-Konservativen Partei auf.

M. Artola, Partidos y programas políticos 1808–1936, Madrid 1974; Ders., La burguesía revolucionaria (1808–1874), Madrid 1977; Nelson Durán de la Rua: La Unión Liberal y la modernización de la España isabelina. Una convivencia frustrada, 1854–1868, Madrid 1979.

Liberal-Konservative Partei (Partido Liberal Conservador), eine der beiden alternierenden Regierungsparteien in der Restaurationsära, allgemein »Konservative Partei« genannt.

Gründung: Die Zusammenfassung der katholischen, gemäßigten und konservativen Parlamentarier zu einer Partei erfolgte durch *A. Cánovas del Castillo* 1876, ohne daß es zu einer formellen Parteigründung gekommen wäre.

Programm: Anfangs setzte sich die Partei besonders für die Sicherung der Monarchie, die institutionelle Neugestaltung des Staates im Innern sowie die Verteidigung der Interessen der besitzenden und gebildeten Schichten ein. Im Programm von 1899 wurden als Ziele angegeben die Förderung der Wirtschaft, die Treue zu den Beziehungen mit dem Vatikan sowie Kommunal- und Provinzialreform.

Organisation: Unterhalb des Parteichefs entwickelten sich Vizechefs bzw. auch Führer bestimmter Flügel der Fraktion, wenn die Partei auch aufgrund von *Cánovas'* großer Integrationskraft eine relativ kohärente Fraktion bildete. Trotzdem kam es zu zwei wichtigen Abspaltungen. Theoretisch wie praktisch spielte eine außerparlamentarische Parteiorganisation keine Rolle; sie beschränkte sich auf den Unterhalt eines Wahlapparats. Die Bildung von Komitees als Parteiuntergliederung in den Gemeinden und Provinzen ist nur betrieben worden, um Posten in der Verwaltung zu erlangen und die Wahlen manipulieren zu können. Die oligarchische Struktur der Partei setzte auf unterster Ebene an.

Geschichte: *A. Cánovas del Castillo* sammelte in der Zeit der 1. Republik Gleichgesinnte um sich, die ebenfalls eine monarchische Restauration anstrebten, und bildete aus → GEMÄSSIGTEN (Moderados) und Unionisten → (LIBERALE UNION) die bedeutendste Partei der Restauration. Ihre soziale Basis waren der Madrider Adel und Landadel, Großgrundbesitzer und Teile des Bürgertums. *Cánovas* bildete die ersten Regierungen der Restauration, seine Partei erhielt 1876: 333, 1879: 293 (von jeweils 392) Abgeordnetensitze. Entscheidend für die Weiterentwicklung der Konservativen war die Absprache mit der → LIBERALEN PARTEI (Fusionisten) im sog. »Pacto del Pardo« (1885), demzufolge die beiden dynastischen Parteien ihren Kampf gegeneinander einstellen und in regelmäßigem Alternieren (»turno de los partidos«) die zukünftigen Regierungswechsel bei Manipulation der Wahlergebnisse durch die jeweils regierende Partei friedlich vornehmen würden. Nach diesem System erhielten die Konservativen 1884: 318, 1886: 56, 1891: 253, 1893: 44, 1896: 269, 1898: 68 und 1899: 222 von jeweils ca. 400 Abgeordnetenmandaten und somit bei jeder zweiten Wahl die Parlamentsmehrheit. *Cánovas* bildete sechsmal das Kabinett im Anschluß an einen Wechsel der Parteien in der Regierungsausübung. – 1886 und 1891 spaltete sich die Partei wegen persönlicher Spannungen zwischen *Cánovas, Silvela* und *R. Robledo.* Die »Romeristen« erhielten 1886: 11 Mandate. Als *Silvela* aus der Regierung austrat, bereiteten die »Silvelisten« dem Kabinett *Cánovas* eine Abstimmungsniederlage und führten dessen Sturz herbei. Die »Silvelisten« errangen 1893: 17 und 1896: 10 Mandate. Nach der Ermordung *Cánovas'* 1897 übernahm vorübergehend *Azcárraga* die Leitung der liberal-konservativen Interimsregierung. Mit dem Tod des jahrzehntelangen Parteiführers *Cánovas* geriet die Partei in eine innere Krise, und die turnusmäßige Abwechslung mit der → LIBERALEN PARTEI in der Regierung funktionierte nicht mehr. *Silvela* versuchte 1898 eine Zusammenfassung aller konservativen Politiker in der KONSERVATIVEN UNION (Unión Conservadora); nach 1898 führte der Prestigeverlust der alternierenden Parteien zu einer Neuformierung politischer Kräfte und zum Beginn einer neuen Phase des spanischen Parlamentarismus.

1899 wurde *Silvela* Parteichef; in den folgenden Jahren erschütterten mehrere Krisen die Partei: Die bedeutende Abspaltung der »Romeristen« schloß sich allerdings 1905 wieder der Gesamtfraktion an. Seit 1906 war *A. Maura* der unbestrittene Parteivorsitzende. Als er 1912 aus Protest gegen die Ernennung des Liberalen *Romanones* zum Regierungschef von seinem Amt zurücktrat, bedeutete dies eine erneute Spaltung der Konservativen und die Gründung der MAURISTISCHEN PARTEI (Partido Maurista). Unter *Silvela* und *Maura* erfolgte ein tiefgreifender Wandel des Parteiprogramms. *Maura* wollte die Partei als politische Bewegung verstanden wissen und rief ihre Anhänger auf, im Rahmen der Verfassung die gemeinsamen Ideale zu verteidigen und intensiv an der Gestaltung des politischen Lebens mitzuwirken. Seine Konservative Partei war auf dem Wege zu einer rechtsgerichteten Volksbewegung. Nach der Krise des Jahres 1909 gruppierten sich um *E. Dato* und *J. de la Cierva* zwei weitere konservative Parteirichtungen, die sich den Konservativen unter *Maura* entgegenstellten. – Charakteristisch für die Entwicklung des politischen Lebens in den folgenden Jahren ist die relative Parteienzersplitterung, die fehlenden absoluten Parlamentsmehrheiten (wie zur Zeit der Restauration) und die immer häufigeren Regierungswechsel. Hatten die Konservativen (von insgesamt ca. 400 Mandaten) 1907 noch 247, 1910: 115 und 1914: 211 Parlamentssitze erhalten, so mußten sie sich in den folgenden Jahren mit deutlich weniger Mandaten, die außerdem noch auf verschiedene Parteien aufgeteilt waren, zufriedengeben. Die Konservativen bewahrten allerdings in diesen Jahren ihren Charakter als parlamentarische Oligarchie. Nach der Staatskrise von 1917 wollten die Mauristen durch ein neues Programm wieder zu einer mächtigen konservativen Partei werden, was ihnen jedoch bei stets sinkenden Mandatszahlen nicht gelang. Der Staatsstreich *Primo de Riveras* 1923 setzte dem Parlamentarismus und den politischen Parteien ein vorläufiges Ende.

B. M. Andrade y Uribe; Maura und die konservative Partei in Spanien, 1911; A. Espina, Cánovas del Castillo, Madrid 1946; M. Fernández Almagro, Cánovas, su vida y su política, Madrid 1951; M. García Venero, Antonio Maura, Madrid 1953; D. Sevilla Andrés, Antonio Maura, Barcelona 1954; L. Díez del Corral, Doktrinärer Liberalismus, 1964.

Liberal-Republikanische Rechte (Derecha Liberal Republicana), 1930 von *N. Alcalá Zamora* und *M. Maura* gegründete konservative Partei, die sich für einen nicht-konfessionellen (die katholische Religion allerdings respektierenden), reformistischen und demokratischen Staat einsetzte. Sie wurde von dem gehobenen Mittelstand getragen. 1931 erhielt sie 22 Parlamentssitze, spaltete sich danach aber bald in die REPUBLIKANISCH-PROGRESSISTISCHE PARTEI (Partido Republicano-Progresista, 1933: 3, 1936: 6 Abg.) unter *C. del Río* und die REPUBLIKANISCH-KONSERVATIVE PARTEI (Partido Republicano Conservador, 1933: 17, 1936: 3 Abg.) unter *Maura.*

Nationale Bewegung (Movimiento Nacional) → Falange.

Nationalistisch-Republikanisches Zentrum (Centre Nacionalista Republicà), liberale katalanistische Regionalpartei.

Gründung: Hervorgegangen 1904 aus der → REGIONALISTISCHEN LIGA KATALONIENS, erfolgte im November 1906 die eigentliche Parteigründung unter der Führung von *J. Carner.*

Programm: Die Parteistatuten geben als Ziel an: »Erringung der Autonomie Kataloniens in-

nerhalb des spanischen Staates und Verbreitung der Ideale der republikanischen Demokratie.«

Geschichte: Führungspersonal, Mitglieder und Wähler der Partei kamen weitgehend aus den gleichen sozialen Mittelschichten wie die der Regionalistischen Liga. Organisation und Programmatik entwickelten sich nur zögernd. Ihr eigenes Profil suchte die Partei in der Auseinandersetzung mit den konservativen Kräften. Die gemeinsame Front in Fragen des Wahlrechts oder der Entkonfessionalisierung kommunaler Schulen führte am 26. 4. 1910 zum Zusammenschluß mit der Republikanisch-Föderalistischen Partei (Partit Republicà Federal) und der Republikanischen Union (Unión Republicana) zur neuen föderalistischen Linkspartei Föderalistische Nationalistische Republikanische Union (Unió Federal Nacionalista Republicana), deren Vors. *P. Coromines* wurde. Die neue Partei hatte nicht mehr so sehr eine katalanistische als vielmehr eine republikanisch-linksliberale Ausrichtung; nach vernichtenden Wahlniederlagen löste sie sich 1917 auf.

Partei der Sozialisten Kataloniens (PSC–PSOE, Partit dels Socialistes de Catalunya), sozialdemokratisch-sozialistisches regionales Parteienbündnis. Hervorgegangen ist das Bündnis aus dem Zusammenschluß der von *J. Raventós* geführten linkssozialistischen Sozialistischen Partei Kataloniens (Partit Socialista de Catalunya [ex-congrès]) – die ihrerseits bereits ein Parteienbündnis darstellte – mit weiteren sozialistischen Parteien und Gruppen. In den Parlamentswahlen von 1977 erhielt sie 15, 1979: 17 Abgeordnetensitze, bei den Kommunalwahlen im April 1979: 241 von insgesamt 693 Sitzen in den katalanischen Rathäusern. Die Führung haben *Raventós* und *J. M. Triginer* inne. Bis zu den Regionalwahlen von 1980, wo sie nur 23 % der Stimmen und 33 von 135 Sitzen erhielt, war die Partei mit ca. 25 000 Mitgliedern die stärkste politische Kraft Kataloniens; danach mußte sie die Führung an die bürgerlichen Nationalisten (→ Demokratische Konvergenz Kataloniens) abtreten. Auf dem 2. Kongreß der Partei im Juli 1980 wurde *Raventós* mit 57 % der Stimmen erneut zum Generalsekretär der PSC gewählt. Auf diesem Kongreß wurden die innerparteilichen Spannungen zwischen den eher intellektuell-nationalistischen »Unitariern« (unitarios) und dem eher proletarisch-gewerkschaftlichen »Arbeiterflügel« (obreristas) deutlich. Der neue Parteivorstand besteht ausschließlich aus »Unitariern«.

Patriotische Union (Unión Patriótica), von *M. Primo de Rivera* 1924 nach seinem Staatsstreich geschaffene Einheits- und Regierungspartei, deren einziger Zweck nach der faktischen Ausschaltung aller politischen Parteien in der Legitimation der Regierungspolitik durch pseudoparlamentarische Institutionen bestand. Die Patriotische Union sollte bei Kommunal-, Provinz- und »Parlaments«-Wahlen geeignete Kandidaten aufstellen. Während der gesamten Diktatur wurden die Stadträte jedoch eingesetzt und nicht gewählt. Die Zivilgouverneure der einzelnen Provinzen waren für den Aufbau der Partei verantwortlich; die Leitung lag vorerst beim Innenministerium. Im Juli 1926 fand eine Parteiversammlung statt, auf der ein zentraler Exekutivrat unter Leitung des Diktators die Parteiführung übernahm. Die Partei organisierte auch die Volksabstimmungen, die mit überwältigender Mehrheit die Regierungspolitik guthießen. Mit dem Ende der Diktatur *Primo de Riveras* (1930) wurde auch seine Partei aufgelöst.

J. M. Pemán, El hecho y la idea de la Unión Patriótica, Madrid 1929.

Possibilisten (Partido Posibilista), hervorgegangen aus den zahlreichen Spaltungen des Republikanismus, organisierte sich die konservativ-republikanische Partei unter Führung von *E. Castelar* ab 1879. Sie setzte sich für die Wiedergewinnung der revolutionären Errungenschaften von 1868 (Volkssouveränität, allgemeines Wahlrecht, Freiheit der Religion und der Rede) ein und schloß sich hierzu vorübergehend der → Progressistisch-Demokratischen Partei an. In den 1880er Jahren erhielten die Possibilisten bei den Wahlen jeweils ca. 7 Mandate. Nach der Wiedereinführung des allgemeinen Männerwahlrechts (1890) gab die Partei ihre oppositionelle Haltung auf, ihre Mitglieder traten mehrheitlich der → Liberalen Partei-Fusionisten bei.

Progressisten (Progresistas) → Fortschrittliche Partei, → Progressistisch-Demokratische Partei.

Progressistisch-Demokratische Partei (PPD, Partido Progresista-Democrático), am 27. 3. 1879 als linksliberale Nachfolgerin der → Fortschrittlichen Partei und Abspaltung von der → Republikanisch-reformistischen Partei unter der Führung von *C. Martos* gegründet. 1879 erhielt sie 7, 1881 knapp 30 Mandate. In ihrem Programm vom 1. 4. 1880 trat sie für Bürgerrechte, Volkssouveränität und allgemeines Wahlrecht ein. Der Parteikurs radikalisierte sich nach den Wahlen von 1881 und führte schließlich zur Spaltung der Partei; neuer Parteichef wurde *Figuerola.* Die verschiedenen demokratischen Gruppen schlossen sich nach Preisgabe ihres republikanischen Ideals der → Dynastischen Linken an.

Radikal-Demokratische Partei (Partido Radical-Demócrata), hervorgegangen 1869 aus der → Fortschrittlichen Partei. Nach dem Tod von General *Prim* spaltete sich eine radikale Gruppe um *Ruiz Zorrilla* ab, die als demokratische Monarchisten eine Beschränkung der königlichen Prärogative anstrebten. Letztlich ist der Zusammenbruch der Monarchie auf sie zurückzuführen. Bei den Wahlen von 1872 entfielen die 42 erworbenen Mandate vor allem auf ländliche Zonen; im Sommer desselben Jahres wurde *Ruiz Zorrilla*

Regierungschef. Zu seinen wichtigsten Programmpunkten gehörten die Einrichtung von Gerichtshöfen, die Abschaffung des geltenden Einberufungssystems, die Förderung von Handel und Industrie, Trennung von Staat und Kirche. Die Wahlen vom August 1872 brachten ihm eine überwältigende Mehrheit von 274 Mandaten, die in der 1. Republik (1873) – nachdem die Partei sich zur Nichtteilnahme an der Wahl entschlossen hatte – auf 20 sanken. Publizistisch konnte sich die Partei auf die Zeitungen ›El Imparcial‹ und ›La Tertulia‹ stützen. Die Reste der Partei gingen später in der → Republikanisch-Reformistischen Partei auf.

W. Lauser, Geschichte Spaniens von dem Sturz Isabellas bis zur Thronbesteigung Alfonsos, Leipzig 1877.

Radikale Republikanische Partei (PRR, Partido Republicano Radical), zuerst gemäßigt-linke, zusehends konservativere, schließlich reaktionäre Mittelstandspartei.

Gründung: 6. 1. 1908 in Santander durch *A. Lerroux*.

Programm: Die Partei war stark antiklerikal ausgerichtet; in ihren Reihen zählte sie viele Freimaurer; es fehlte ihr ein ausgeprägtes Programm, was sicherlich die deutliche politische Entwicklung von links nach rechts begünstigte. 1918 kam es schließlich zur Entwicklung eines (opportunistischen) Programms, dessen Hauptforderungen Neutralität des Heeres, Sozialreformen (Landreform, Kollektivverträge, Produktionsgenossenschaften), Regionalautonomie und Bildungsreform waren; eine eigentliche politische Programmatik hatte die Partei allerdings auch später nicht.

Organisation: Basis der Partei waren die (zur Zeit der 2. Republik) 3806 Lokal- und Provinzialkomitees, die das ganze Land umfaßten (besondere Stärke: Valencia, besondere Schwäche: Baskenland). Die Parteiführung (das Exekutivkomitee) wurde auf alljährlichen Versammlungen gewählt; alle vier Jahre stattfindende außerordentliche Parteikongresse sollten anstehende programmatische oder organisatorische Änderungen durchführen. Unbestrittener Parteiführer war stets *Lerroux*.

Geschichte: Die Partei entstand als linke Abspaltung von der → Republikanischen Union 1.) Anfangs umfaßte die PRR, deren Schwerpunkt in Katalonien lag, vor allem die nicht-katalanistischen und nicht-anarchosyndikalistischen Republikaner. Stark vertreten waren Händler und Industrielle des liberalen Bürgertums. In Valencia konnte sie Kleinbürger, Gartenbauer und einige wenige Arbeiter organisieren, in Andalusien demgegenüber fast nur Rechtskräfte. Die Partei schloß sich 1916 dem breiten republikanisch-sozialistischen Bündnis der Opposition (»Conjunción republicano-socialista«) an; 1918 wurde *Lerroux* Mitglied des Direktoriums des Republikanischen Bundes (Federación Republicana), eines Zusammenschlusses aller bedeutenden (links-) republikanischen Organisationen, die sich zwar auf ein umfangreiches (opportunistisches) soziales Reformprogramm, nicht jedoch über die Grundzüge des erstrebten politischen Systems einigen konnten. Der Republikanische Bund fiel nach den Wahlen von 1919 wieder auseinander. Während der Diktatur *Primo de Riveras* mußte die Partei in den Untergrund gehen. 1929 trennte sich *M. Domingo* von *Lerroux* und gründete die → Radikal-Sozialistische Republikanische Partei. 1930 unterzeichnete *Lerroux* den »Pakt von San Sebastián«; er war auch Minister in der 1. Regierung der Republik, brach jedoch bald mit *Azaña*. Sehr schnell wurde deutlich, daß die Partei ihre frühere Linksposition nach rechts verschoben hatte. Konnte sie 1931: 70 Mandate erringen, so stieg diese Zahl 1933 auf 100 (von insgesamt 474). Als die PRR immer weiter nach rechts abdriftete, löste sich 1934 der linke Parteiflügel unter *D. Martínez Barrio* und bildete die Radikal-Demokratische Partei (Partido Radical Demócrata), aus der sich bald die → Republikanische Union 2) entwickelte. Bis 1935 war die PRR in der Regierung (*Lerroux* wiederholt als Regierungschef) vertreten. In dieser Zeit betrieb sie eine deutlich reaktionäre, gegen die Reformbestrebungen der ersten zwei Republikjahre gerichtete Politik. Finanz- und Korruptionsskandale schadeten der Partei – neben ihren politischen Mißgriffen – so sehr, daß sie 1936 nur noch 8 Abg. stellte. Während des Bürgerkrieges fiel sie dem allgemeinen Parteienverbot *Francos* zum Opfer.

M. Carmona (Hg.), Trayectoria política de Alejandro Lerroux, Madrid o. J.; Libro de oro del Partido Republicano Radical, 1864–1934, Madrid 1934; A. Lerroux, La pequeña historia, Madrid 1963; O. Ruiz Manjón, El Partido Republicano Radical 1908–1936, Madrid 1976.

Radikal-Sozialistische Republikanische Partei (PRRS, Partido Republicano Radical-Socialista), Mittelstandspartei der linken Mitte während der 2. Republik.

Gründung: 1929 durch *M. Domingo*

Programm: Bei ihrer Gründung versuchte die Partei, die antimonarchische Allianz zu erweitern und Arbeiterorganisationen zu integrieren. In ihrem Programm (»Idearío«) vom September 1930 sprach sie sich für eine demokratische Republik (Einkammersystem, Verhältniswahlrecht), Regionalautonomie, Justizreform und weitgehende Reformen auf sozialökonomischem Gebiet (Festlegung von Höchstarbeitsdauer und Mindestlöhnen für Arbeiter, Teilhabe an den Betriebsüberschüssen, soziale Sicherung, Abschaffung der Lohnsteuer) aus. Die Partei war eng mit den Freimaurern verbunden; sie trat für eine moderne Bildungspolitik (u. a. Koedukation) ein.

Organisation: Die Partei hatte anfangs weniger als 6000 Mitglieder in 168 Lokalgruppen; ein Jahr nach ihrer Gründung umfaßte sie bereits 1000 (1933: 2000) Ortsvereine mit ca. 73 000 (1933: 127 000) Mitgliedern. Die PRRS gehörte formal zu den am besten organisierten Parteien

des Landes, wenn es auch in der Praxis zu zahlreichen Koordinationsproblemen zwischen der Partei und den von ihr gestellten Ministern kam. Das Exekutivkomitee (7 Mitglieder), das vom Kongreß gewählt wurde, nahm die entscheidende Machtposition ein. Zusammen mit den Vorsitzenden der Regionalräte bildete es den »Nationalrat«, dem Schlichtungsfunktionen zwischen Parteivorstand und Parlamentsfraktion zukamen. – Neben dem Parteivorsitzenden waren *A. Galarza* und *F. Gordón Ordás* (Parteisekretär) führende Parteifunktionäre.

Geschichte: Im Mai 1930 ging die Partei mit der 1926 gegründeten REPUBLIKANISCHEN ALLIANZ (Alianza Republicana) ein Wahlbündnis ein, das sich die Bezeichnung REPUBLIKANISCHE UNION (Unión Republicana) gab. Mit Ausrufung der 2. Republik erfuhr die PRRS eine starke Ausweitung. 1931 stellte sie 59 Abg. in den Verfassunggebenden Cortes. Mehrere linke Gruppierungen sagten sich von der Partei aus Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit mit der Regierung *Azaña* los. Eine Rechtsentwicklung der PRRS war unverkennbar. Bei den Wahlen von 1933 erlitt die Partei eine vernichtende Niederlage (4 Abg.). Als interne Flügelbildungen die PRRS zu spalten drohten, fusionierte im folgenden Jahr ein Teil der Partei mit der → REPUBLIKANISCHEN AKTION zur → REPUBLIKANISCHEN LINKEN, ein weiterer Teil schloß sich mit der RADIKAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI zur → REPUBLIKANISCHEN UNION 2) zusammen.

M. Ramírez Jiménez, La escisión del partido radical-socialista en la Segunda República Española, in: Atlántida (Madrid), Bd. 7, 1969, Nr. 41, S. 464 ff.

Reformistische Partei (Partido Reformista), 1912 von *M. Alvarez* und *G. de Azcárate* gegründet. Hauptprogrammpunkte waren ihr republikanisches Bekenntnis (das sie bald aufgab), die Säkularisierung des Staates, Sozialreformen und Autonomie der historischen Regionen. Sie erhielt 1914: 12, 1916: 12, 1918: 9, 1919: 6, 1920: 9 und 1923: 20 Mandate. In der 2. Republik war sie als LIBERAL-DEMOKRATISCHE PARTEI (Partido Liberal Demócrata) Verteidigerin von Finanz- und Sparkasseninteressen. Die Partei beteiligte sich 1933/34 an verschiedenen Regierungen. Sie erhielt 1931: 2, 1933: 9, 1936: 1 Abgeordnetensitze.

M. García Venero, Melquíades Alvarez. Historia de un liberal, Madrid 1954.

Regionalistische Liga Kataloniens (Lliga Regionalista de Catalunya), konservative autonomistisch-katalanistische Regionalpartei.

Gründung: Am 25. 4. 1901 als Fusion des NATIONALEN KATALANISCHEN ZENTRUMS (CNC, Centre Nacional Català) mit der REGIONALISTISCHEN UNION (Unió Regionalista); Generalsekretär wurde *F. Agulló*; Neugründung als KATALANISCHE LIGA am 3. 2. 1933.

Programm: Nach den Statuten von 1901 waren Ziele der Partei die Verteidigung der Interessen Kataloniens, die Autonomie der Region, die Unterstützung autonomistischer Bewegungen in anderen Regionen Spaniens; ein eigenes Parteiprogramm gab es nicht. Insgesamt vertrat sie ausgeprägt antidemokratische und antiliberale Positionen. Als bürgerliche Klassenpartei trat sie für religiöse Tradition, die Familie, die Aufrechterhaltung der gegebenen juristischen und sozialen Ordnung sowie die Verteidigung des Eigentums ein. Nach Ausrufung der 2. Republik bekannte sie sich zwar zur republikanischen Staatsform, verfocht aber einen ausgesprochen konservativen Standpunkt. Das neue Programm von Februar 1933 plädierte für eine direkte Intervention in die spanische Wirtschaftspolitik, um das kapitalistische System und das Privateigentum zu erhalten und Staatseingriffe in den Produktionssektor zu verhindern.

Organisation: Die Stärke der Partei beruhte auch auf der Qualität ihrer Führer: *Prat de la Riba, F. Cambó, Ventosa y Calvell* waren Politiker aus Leidenschaft. Wahlkämpfe wurden modern und effektiv organisiert, der Ausgang durch Wahlprüfer überwacht. In der eigenen Organisation war die Liga extrem oligarchisch, zentralistisch und autoritär aufgebaut. Die zentrale Einheit in Barcelona hatte Untergliederungen (Ortsvereine und Hilfskommissionen); es gab der Liga angeschlossene, zentrale provinzielle Vereinigungen, die wiederum Untergliederungen haben konnten. Die Mitgliedschaft wurde fast nur indirekt über zwischengeschaltete Vermittlungsinstanzen ermöglicht. In der 2. Republik erfolgte eine organisatorische Expansion (Jugendorganisation, Frauensektion, Hilfskommissionen) und – seit der Neugründung der Partei als KATALANISCHE LIGA – Stabilisierung; höchstes Parteiorgan wurde die Versammlung; Exekutivorgane waren der »Regierungsrat« und die »Kommission für politisches Handeln«. Die Leitungsorgane übten eine umfassende Kontrolle über die Partei aus.

Presse: Publizistisch stützte sich die Liga über längere Zeit auf die Zeitung ›La Veu de Catalunya‹.

Geschichte: Die Partei errang erstmals 1901 vier Parlamentssitze und wurde in ca. zehn Jahren zur unbestrittenen Führungsmacht in mehreren Gebieten Kataloniens, vor allem der Hauptstadt. Sie hatte enge Verbindungen zu der städtischen und der agrarischen Großbourgeoisie. 1904 spaltete sich die Liga; die Abtrünnigen schlossen sich 1906 mit dem → NATIONALISTISCH-REPUBLIKANISCHEN ZENTRUM zusammen. Die Zahl der Liga-Abgeordneten in den Cortes stieg von 4: 1901 auf 8: 1910, 14: 1916 und 18: 1923. Nach 18 Jahren stabilen Wachstums mußte die Liga 1919 mit der Abspaltung der KATALANISCHEN AKTION (Acció Catalana) eine Schwächung hinnehmen, blieb jedoch bis 1923 die dominierende katalanistische Rechtspartei. Sie diskreditierte sich allerdings zusehends vor einer nationalistisch politisierten Bevölkerung durch ihre fortschreitende Bindung an das Madrider monarchische Regime. – 1930/31 versuchte die Liga, eine monarchische Allianz zu

gründen, und war hierfür bereit, ihre regionalistischen Ansprüche aufzugeben. Auf Initiative *Cambós* erfolgte im März 1931 ein Zusammenschluß der Mauristischen Partei (→ Liberal-Konservative Partei) mit der Liga zum Konstitutionellen Zentrum (Centro Constitucional). Ihre zugleich regionalistische und monarchistische Ausrichtung schadete der neuen Parteienkoalition sehr. – Bei den ersten Wahlen der 2. Republik konnte die Liga 3 Abg. ins Madrider Parlament entsenden; nach diesem Mißerfolg löste sie sich auf. Im Februar 1933 erfolgte durch Zusammenschluß der Liga mit anderen Parteien (Katalanische Aktion) die Neugründung als Katalanische Liga (Lliga Catalana), deren Präsident *R. d'Abadal* und deren Generalsekretär *F. Cambó* wurden. Die neue Liga sagte sich von ihrer monarchistischen Vergangenheit los. Der damalige Mitgliederstand dürfte zwischen 12 000 und 16 000 gelegen haben; 1933 erhielt sie 24 Mandate. Zu den Wahlen von Februar 1936 trat sie dem rechten Wahlbündnis Katalanische Ordnungsfront (Front Català d'Ordre) bei und erhielt 12 Abgeordnetensitze. In den letzten Jahren der Republik näherte sich die Partei immer mehr dem rechten Flügel des Parteienspektrums an.

Història d'una politica. Actuacions i documents de la Lliga Regionalista 1901–1933, Barcelona 1933; J. Pabón, Cambó 1876–1918, Barcelona 1952–1969; M. García Venero, Historia del nacionalismo catalán, Madrid 1967; M. Sabaté, Història de la Lliga, Barcelona 1969; I. Moles; Lliga Catalana. Un estudi d'Estasiologia, Barcelona 1972.

Republikanisch-Demokratische Partei (Partido Republicano Democrático), föderalistische Partei in der Restaurationsära; schon bald nach ihrer Gründung nannte sie sich Föderalistisch-Republikanische Partei (Partido Republicano Federal).

Gründung: Die Partei ist hervorgegangen aus dem mehrheitlichen Flügel der Demokratischen Partei. Am 13. 11. 1868 erfolgte in Madrid die Gründung eines Wahlkomitees unter der Führung von *J. M. Orense, Castelar* und *Figueras.* Parteivors. wurde *Pi y Margall;* im Parteivorstand waren außerdem *Castelar, Figueras, Sorní, Contreras* u. a.

Programm: Zentrale Forderungen waren nationale Einheit in einem republikanischen Bundesstaat (Ablehnung der unitarischen Republik), Garantie der Grundrechte und Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft.

Organisation: Die Parteiorganisation sollte Vorbild für einen späteren Bundesstaat sein; sie bestand zuerst lediglich aus föderalistischen Bündnissen einzelner Komitees und Provinzen, die 1869 im »Pacto de la Tortosa« einen nationalen Bundesrat aus 15 Mitgliedern bildeten. Dieser wurde 1871 zugunsten einer Stärkung des Direktoriums wieder abgeschafft; von letzterem waren die Provinz- und Lokalkomitees abhängig. Später übernahm die Partei eine Organisationsstruktur, die mit »Senat« und »Kongreß« deutliche Anleihen bei der US-Verfassung zeigte.

Geschichte: Von Anfang an litt die Partei unter Flügelkämpfen zwischen einer revolutionären Fraktion (»intransigentes«), die zum Aufstand gegen die Regierung drängte, und einer mehr gemäßigten Richtung (»benévolos«), die für den parlamentarischen Weg eintrat. Schließlich setzte sich der reformistische Kurs durch, was einen Bruch mit den proletarischen Bewegungen bedeutete. Die Partei durfte 1868/69 nicht an der Provisorischen Regierung teilhaben, woraufhin sie ein »Nationales Republikanisches Komitee« unter dem Vorsitz von *Orense* organisierte. Bei den Wahlen von 1869 erlangte sie 69 (nach anderen Quellen: 85) von 351 Parlamentsmandaten; ihre Schwerpunkte lagen in den Küstengebieten und den Städten. Ein Wahlbündnis mit den → Karlisten und den → Gemässigten schadete der Partei bei der folgenden Wahl (1871), bei der sie nur noch 52 Mandate erhielt. 1872 stieg die Anzahl wieder auf 77 (von 391); aus den Wahlen vom Frühjahr 1873 ging sie mit 343 (von 391) Mandaten als absolute Siegerin hervor; *Pi y Margall* wurde Präsident der Republik. Allerdings führten die fortbestehenden internen Auseinandersetzungen dazu, daß sich im Herbst 1873 auf ihrem rechten Flügel die Republikanische Einheitspartei (Partido Republicano Unitario) abspaltete, die sich im Zusammenhang der kantonalistischen Revolution vor allem gegen den sozialen Umsturz wandte. Nach der bourbonischen Restauration ging die Bedeutung der Partei zurück; 1876 erhielt sie, nachdem die konservative Regierung alle republikanischen Bewegungen unterdrückt hatte, nur noch 6 Mandate. Nach der Wiederzulassung der Parteien 1881 gab die Partei die Bezeichnung »demokratisch« auf. Die Zersplitterung des Republikanismus blieb eine Konstante der Bewegung in den folgenden Jahrzehnten, führte immer wieder zu neuen Parteigründungen (→ Possibilisten, → Republikanisch-Reformistische Partei, → Zentralistische Partei, → Radikal-Demokratische Partei, → Progressistisch-Demokratische Partei) und verhinderte einen größeren Wahlerfolg. Zwischen 1881 und 1923 kamen die Republikaner der verschiedenen Richtungen nicht über 10–30 Abg. hinaus. *Pi y Margall* versuchte zwar wiederholt, eine Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte zu erreichen, scheiterte aber an der Unversöhnlichkeit der verschiedenen Flügel. 1910 nahm die Partei an dem breiten republikanisch-sozialistischen Bündnis »Conjunción republicano-socialista« teil. Mit dem Aufkommen des Regionalismus zerfiel die Partei in mehrere regionalistisch-autonomistische Gliedparteien.

F. Pi y Margall, La República de 1873. Apuntes para escribir su historia, Barcelona 1874; E. Rodríguez Solís, Historia del partido republicano español, Madrid 1892; A. de Albornoz, El partido republicano, Madrid o. J.; A. Jutglar, Federalismo y revolución. Las ideas sociales de Pi y Margall, Barcelona 1966; C. A. M. Hennessy, La República federal en España. Pi y Margall y el movimiento federal 1868–74, Madrid 1967.

Republikanische Aktion (Acción Republicana), intellektuell-liberale Mittelstandspartei während der 2. Republik.

Gründung: Entstanden am Ende der Diktatur *Primo de Riveras* im Rahmen der 1926 gegründeten Republikanischen Allianz; zu den Gründungsmitgliedern zählten die Intellektuellen *M. Azaña, J. Giral, H. de Castro.*

Programm: Die Partei setzte sich für Reformen zugunsten der Arbeiterklasse ein; sie anerkannte die Regionalautonomien (bes. die Kataloniens), plädierte für eine Neustrukturierung des traditionellen Heerwesens, für eine Eindämmung der Macht der Kirche und forderte besonders eine Agrarreform.

Geschichte: Die Republikanische Aktion agierte bei ihrer Gründung als selbständige Gruppe im Rahmen der Republikanischen Allianz (Alianza Republicana). Diese war ein lockerer Zusammenschluß aller republikanischen Organisationen mit dem Hauptziel der Errichtung einer Republik. Die verschiedenen Parteien, die die Allianz bildeten, behielten ihre Unabhängigkeit bei. Die Republikanische Aktion verstand sich zuerst als eine Bewegung, deren ausschließliches Ziel die Zusammenfassung der republikanischen Gruppen war. Daher entwickelte sie anfangs auch kein eigenes Programm und wählte keinen Vors., wenn auch *Azaña* als Haupt der Organisation anerkannt wurde. Im März 1930 wurde *Azaña* als Delegierter der »Aktion« bei der »Allianz« bestimmt. Bei den Wahlen zu den Verfassunggebenden Cortes von 1931 erhielt die Partei 27 Mandate. In den ersten Republikjahren war sie in Regierung und Verwaltung stark vertreten, wo sie mit dem gemäßigten Flügel der Sozialisten zusammenarbeitete; ihr politisches Programm entsprach dem der Regierung. Als sie im November 1933 nurmehr 5 Mandate errang, wechselte sie zur Opposition über; 1934 fusionierte sie mit der → Radikal-Sozialistischen Republikanischen Partei und den → Galizischen Autonomisten zur → Republikanischen Linken.

Republikanische Galizische Partei (Partido Republicano Gallego) → Galizische Autonomisten.

Republikanische Linke (IR, Izquierda Republicana), bürgerlich-liberale Partei der linken Mitte während der 2. Republik.

Gründung: Hervorgegangen am 24. 3. 1934 aus dem Zusammenschluß der → Republikanischen Aktion, der → Radikal-Sozialistischen Republikanischen Partei und der → Galizischen Autonomisten; Führer war *M. Azaña.*

Das Programm der Partei lehnte sich eng an die Regierungsarbeit ihres Chefs *Azaña* an. Es sprach sich für eine Beendigung des Einflusses von Heer und Kirche auf die Staatspolitik, für eine Agrarreform und die Verbesserung der Lage der Arbeiter aus. Den Nationalisten wurden Autonomieangebote unterbreitet. Die monopolistischen Grundstoff- und Energieindustrien sollten verstaatlicht oder zumindest unter Staatskontrolle gestellt werden. – Auf dem Gründungskongreß wurden neben *Azaña* noch *Domingo* und *Salmerón* in den Parteivorstand gewählt. Bei den Volksfrontwahlen von 1936 erhielt die IR 87 Parlamentssitze. In den folgenden Monaten und vor allem während des Bürgerkrieges verlor die Partei weitgehend an Bedeutung, obwohl ihr Führer *Azaña* Staatspräsident wurde. – Nach der *Franco*-Diktatur ging im Oktober 1976 aus dem Zusammenschluß von IR und der ehemaligen → Republikanischen Union 2) unter der Führung von *F. Giral* eine neue republikanische Partei, die Republikanisch-Demokratische Aktion Spaniens (ARDE, Acción Republicana Democrática Española) hervor, die allerdings Splitterpartei blieb.

F. Sedwick, The tragedy of Manuel Azaña and the fate of the Spanish Republic, Ohio 1963.

Republikanische Linke Kataloniens (**ERC**, Esquerra Republicana de Catalunya), klein- und mittelbürgerliche, autonomistische Mehrheits- und Regierungspartei Kataloniens während der 2. Republik.

Gründung: Hervorgegangen aus dem Verbindungskomitee dreier republikanischer Parteien (Partit Republicà Català, Gruppe »L'Opinió«, Estat Català), erfolgte die Gründung am 17.–19. 3. 1931. Die Führer der Partei wurden *F. Macià, J. Aguadé, J. Lluhí Vallescà, L. Companys.* Wiedergegründet wurde die Partei am 19. 3. 1971.

Programm: Die Statuten von 1931 gaben als Parteiziele an: nationale Persönlichkeit Kataloniens, Föderation mit den übrigen iberischen Völkern, Menschen- und Bürgerrechte, Sozialisierung des Reichtums zugunsten der Allgemeinheit.

Geschichte: Bei ihrer Gründung durch Zusammenschluß 1931 hatte die Partei knapp 17 000, im Juni 1931 bereits 45 000 Mitglieder. Von Anfang an übernahm sie die Führung im politischen Leben Kataloniens. In die Madrider Cortes entsandte die Partei 1931: 34, 1933: 22 und 1936: 36 Abg. Bei ihrem II. Nationalkongreß 1933 hatte sie bereits über 68 000 in 482 Einheiten organisierte Mitglieder. Die ERC stellte 1932 auch die erste autonome Regierung Kataloniens (Regierungschef: *Macià*). Von 1933 bis 1936 löste sich ein Flügel und bildete vorübergehend eine eigene Republikanisch-Nationalistische Linkspartei (Partit Nacionalista Republicà d'Esquerra). Nach *Macià*s Tod wurde *Companys* Vors. der autonomen Regionalregierung (Generalitat). Der fehlgeschlagene Aufstand vom Oktober 1934 brachte die führenden Esquerra-Politiker ins Gefängnis. In enger Verbindung zur Partei stand der mächtige regionale Pächterverband »Unió de Rabassaires«, zu dessen Gunsten die Partei 1934 eine regionale Pachtreform durchführen wollte. Nach dem Oktoberaufstand von 1934, in dessen Verlauf es zur Ausrufung des »Katalanischen Staates in der Spanischen Bundesrepublik« kam, wurde *Companys* bis zu den Volksfrontwahlen von 1936 inhaftiert. Die ERC stellte bis Ende des Bürgerkrieges den katalanischen Regierungschef bzw. den »Präsidenten von Katalonien«. – Wich-

tige publizistische Organe waren ›La Humanitat‹ und ›L'Opinió‹ (Barcelona).

Nach dem Bürgerkrieg wurde die Partei völlig zerschlagen; ihre Führer mußten emigrieren. 1954 wurde *J. Tarradellas* im Exil zum Vors. gewählt. 1971 erfolgte die Neugründung der Partei. Nach *Francos* Tod trat sie mit stark autonomistischer Prägung an die Öffentlichkeit. Heutiger Generalsekretär ist *H. Barrera.* Bei den Parlamentswahlen von 1977 und 1979 erhielt sie je einen Abgeordnetensitz, bei den Regionalwahlen 1980 mit 8,1 % der Stimmen 14 (von 135) Sitze.

J. M. Poblet, Història de l'Esquerra Republicana de Catalunya. 1931–1936, Barcelona 1976; Ders., Vida i mort de Lluis Companys, Barcelona 1976.

Republikanische Union 1) (Unión Republicana), hervorgegangen 1906 aus einer Abspaltung unter *Salmerón* von der → Republikanisch-Demokratischen Partei; 1908 zeigten sich bereits deutliche Desintegrationserscheinungen, die Partei löste sich vorübergehend auf, wurde jedoch 1910 erneut gegründet. Auf dem linken Flügel löste sich unter *A. Lerroux* eine radikale Gruppe ab, die sich die Bezeichnung »Jungrepublikaner« oder »Jungbarbaren« gab (→ Radikale Republikanische Partei). Die Republikanische Union erhob den Anspruch, alle spanischen Republikaner zu erfassen. Ihr Programm beinhaltete ein liberaldemokratisches politisches System, einen gewissen Grad an regionaler Autonomie sowie ein Agrarreformprogramm. Größere Bedeutung erlangte sie nicht.

Republikanische Union 2) (**UR,** Unión Republicana), liberal-bürgerliche Mittelstandspartei während der 2. Republik, hervorgegangen am 28. 9. 1934 aus der Fusion der Radikal-Demokratischen Partei (Partido Radical Demócrata) von *D. Martinez Barrio* mit einem Flügel der → Radikal-Sozialistischen Republikanischen Partei. Vors. wurde *Martinez Barrio.* Die Partei vertrat nahezu dasselbe Programm wie die → Republikanische Linke; sie war stark laizistisch orientiert. Auf wirtschaftlichem Gebiet erstrebte sie die Nationalisierung des Bodens, der Bergwerke und Eisenbahnen, die jedoch verpachtet werden sollten. Die Arbeiter sollten an der Leitung und den Gewinnen der Betriebe beteiligt werden. Ein Jahr nach ihrer Gründung wies die Partei, deren führende Mitglieder zum großen Teil Freimaurer waren, 205 neue Gruppierungen auf. Sie sprach sich für eine breite Links-Allianz aus. Bei den Volksfrontwahlen von 1936 erhielt sie 39 Parlamentssitze.

M. Ramírez, La formación de Unión Republicana y su papel en las elecciones de 1936, in: Atlántida (Madrid), Bd. 8, 1970, Nr. 44, S. 139 ff.

Republikanisch-Katalanistische Partei (Partit Catalanista Republicá), auch Republikanisch-Katalanische Aktion (Acció Catalana Republicana).

Gründung am 18. 2. 1931 als Zusammenschluß der Katalanischen Aktion (Acció catalana) mit der Republikanischen Aktion Kataloniens (Acció Republicana de Catalunya). Die Partei vertrat in ihrem programmatischen Manifest vom 11. 3. 1931 einen »liberalen, demokratischen und republikanischen Katalanismus«; sie setzte sich für eine fortschrittliche Bundesrepublik, Gewährung der Grundfreiheiten, eine Agrarreform und weitgehende Sozialreformen ein. In den beiden Wahlen von 1931 schnitt die Partei aufgrund ihrer undefiniert-zentristischen Haltung so schlecht ab, daß die beiden Fusionsgruppen sich wieder trennten. Die verbliebenen Mitglieder bildeten die (unbedeutende) Republikanisch-Katalanische Aktion, die sich 1936 dem linken Wahlblock anschloß.

Republikanisch-Reformistische Partei (Partido Republicano-Reformista), hervorgegangen aus den verschiedenen Spaltungen des Republikanismus. Die Partei wurde 1876 von *Salmerón* und *Ruiz Zorrilla* gegründet. Ihr Programm vom 25. 8. 1876 sah ein Zusammengehen der Arbeiterschaft mit der Mittelschicht vor, die Wiederinkraftsetzung der Verfassung von 1869, Verwaltungsreform, Ausweitung des ländlichen Kleineigentums. Als sich 1879 die → Progressistisch-Demokratische Partei abspaltete, führte dies zum Niedergang der Republikanisch-reformistischen Partei, deren Reste sich später in der → Zentralistischen Partei organisierten.

Soziale Volkspartei (Partido Social Popular), hervorgegangen 1920/22 aus der → Karlistischen Partei von der sich ein christdemokratischer Flügel unter *J. Aznar* und *S. Minguijón* abspaltete. Die Gründungsversammlung (15.–20. 12. 1922) versuchte programmatisch eine Verbindung von konservativen Prinzipien (Monarchie, Familie, Privateigentum, Sittenpolizei) mit Reformelementen (Proporzvertretung, Anerkennung regionaler Eigenheiten, Lohngerechtigkeit, Gewerkschaftsfreiheit, Kollektivverträge). Ende 1924 wurde die Entwicklung der Partei infolge der Behinderungen durch die Diktatur *Primo de Riveras* abgebrochen.

O. Alzaga Villaamil, En torno a una experiencia social-cristiana en España. La organización del Partido Social Popular (1922–1923), in: Revista de estudios sociales (Madrid) 1972, Nr. 6, S. 65 ff.

Sozialistische Partei Andalusiens (**PSA,** Partido Socialista de Andalucía), hervorgegangen aus der »Sozialistischen Allianz« auf deren Kongreß im Juli 1976, verficht sie eine linkssozialistisch-demokratische, regionalistische Politik. 1979 erhielt sie 5 Parlamentssitze. Generalsekretär ist *A. Rojas-Marcos y de la Viesca.*

Sozialistische Volkspartei (**PSP,** Partido Socialista Popular), linkssozialistische Partei, die ihre Mitglieder seit Mitte der 50er Jahre aus Teilen der von der → Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) abgespaltenen Sozialistischen Par-

TEI IM LANDESINNEREN und oppositionellen Intellektuellen rekrutierte. Die spätere Parteibezeichnung führte die PSP seit 1973. Sie unterstützte die illegalen Arbeiterkommissionen und arbeitete schon früh mit der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI zusammen, mit der sie 1974 die systemoppositionelle DEMOKRATISCHE JUNTA bildete. Programmatisch lehnte sich die PSP unter ihrem Vorsitzenden *E. Tierno Galván* an autonomistisch-föderalistische Strömungen an. Sie forderte zwar die Sozialisierung aller Produktionsmittel, jedoch mittels Arbeiterselbstverwaltung und nicht auf dem Wege der Verstaatlichung. Bei den Parlamentswahlen von 1977 erhielt die Partei 3 Mandate. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie über 25 000 Mitglieder. Übertritte zur PSOE veranlaßten den eher gemäßigt-sozialdemokratischen Flügel unter dem 1977 zurückgetretenen Generalsekretär *R. Morodo,* den Anschluß an die große Schwesterpartei zu betreiben. Ein außerordentlicher Parteitag der PSP beschloß im April 1978 in Torremolinos die Fusion mit der → PSOE, die im Mai 1978 formell vollzogen wurde. *Tierno Galván* wurde Ehrenpräsident der Vereinigten Partei; der Apparat der PSP wurde unter Gewährung gewisser Sonderrechte dem der PSOE eingegliedert.

E. Tierno Galván/Fr. J. Bobillo, Partido Socialista Popular. Una opción socialista, Madrid 1976.

Spanische Agrarpartei (Partido Agrario Español), gegründet 1930 von *J. Martínez de Velasco* als Klassenpartei zur Verteidigung der Interessen der Klein- und Mittelbauern (bes. Altkastiliens und Leons). Sie bekannte sich zu »religiösen, geistigen und antimarxistischen« Prinzipien. Im Februar 1931 unterstützte sie die Übergangsregierung *Aznar,* in der sie eine konterrevolutionäre Kraft zu entdecken glaubte. Die Partei trat vor allem als »pressure-group« auf und erhoffte sich die Vertretung ihrer Interessen durch ein autoritäres Regime. Nach 1933 war sie in mehreren Regierungen vertreten. 1931 erhielt sie 24, 1933: 49, 1936: 12 Abg. Sie bekämpfte die republikanische Agrarreform, die sie 1935 praktisch ganz zum Erliegen brachte.

Spanische Erneuerung (Renovación Española), monarchistisch-alfonsinische Partei während der 2. Republik. Nachdem die Infiltration in die NATIONALE AKTION (→ SPANISCHER BUND AUTONOMER RECHTSPARTEIEN, CEDA) fehlgeschlagen war, gründete *A. Goicoechea* am 12. 1. 1933 mit der Spanischen Erneuerung eine eigene monarchistische Partei. In dem am 1. 3. 1933 bekanntgegebenen Programm verkündete sie neben der »Erneuerung des spanischen Staates«: »Im Religiösen sind wir Katholiken, im Politischen sind wir Monarchisten, im Verfassungsmäßigen sind wir Konstitutionelle und Legalisten, im Sozialen sind wir Demokraten.« Im gleichen Jahr ging sie mit der SPANISCHEN AGRARPARTEI, den Karlisten und dem CEDA ein Wahlbündnis ein, das der konservativen Rechten den Sieg bei den Parlamentswahlen brachte. Das engere Bündnis der beiden monarchistischen Parteien, der KARLISTEN und der Erneuerung, nahm die Bezeichnung TRADITIONALISTEN UND SPANISCHE ERNEUERUNG (TYRE, Tradicionalistas y Renovación Española) an, wurde aber von den KARLISTEN bald wieder aufgekündigt. Zusammen mit diesen, z. T. auch selbständig, betrieb die Spanische Erneuerung konspirative Untergrundtätigkeit gegen die Republik. 1934 erfolgte ein Besuch bei *Mussolini,* der materielle Hilfe zur Bekämpfung der Republik leistete. Dabei erfolgten auch Absprachen mit der FALANGE. Parteiführer war *J. Calvo Sotelo,* der für eine autoritäre Monarchie eintrat und die extreme Rechte im Parlament darstellte. Die Partei erhielt 1933: 13 Mandate; 1936 trat sie mit anderen Gruppen als NATIONALER BLOCK (Bloque Nacional) oder NATIONALE FRONT (Frente Nacional) an und erlangte abermals 13 Parlamentssitze. Die Ermordung ihres Führers *Calvo Sotelo* war der unmittelbare Anlaß für den Bürgerkrieg.

S. Galindo Herrero, Los partidos monárquicos bajo la Segunda República, Madrid 1956.

Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE, Partido Socialista Obrero Español), ursprünglich marxistisch-proletarische Klassenpartei; obwohl heute noch theoretisch einem revolutionären Marxismus verpflichtet, entwickelt sich die PSOE faktisch zu einer reformistischen Volkspartei. Das Programm von 1978 definierte die Partei als »marxistische, demokratische, föderalistische Klassen- und Massenpartei«; 1979 wurde die Bezeichnung »marxistisch« gestrichen.

Gründung: Am 2. 5. 1879 in Madrid durch die Schriftsetzer *P. Iglesias, A. García Quejido* sowie 23 weitere Gründungsmitglieder.

Programm: Das knapp gehaltene Programm von 1880 und das erweiterte Manifest von 1888, das die wesentlichen Punkte des ersten Dokuments aufgriff, gaben als Ziel die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und den Übergang der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum an. Die Partei trat für das allgemeine Wahlrecht, Mindestlöhne, Unternehmenskomitees und den Achtstundentag ein, grenzte sich andererseits schroff von den bürgerlichen Parteien republikanischer Tendenz ab. Ihr revolutionär-marxistisches Ziel blieb die »Diktatur des Proletariats«; in der politischen Alltagspraxis war sie jedoch reformistisch ausgerichtet – ebenso wie die 1888 von *F. Mora* und *A. García Quejido* ins Leben gerufene sozialistische Gewerkschaft »Allgemeiner Arbeiterbund« (UGT, Unión General de Trabajadores). Die Partei war von Anfang an ein Zweig des europäischen Sozialismus der II. Internationale; sie wurde maßgeblich durch ihren Gründer *Iglesias* sowie den Einfluß *P. Lafargues* und des französischen Marxisten *J. Guesde* geprägt. – Das heutige Parteiprogramm geht aus den parteiinternen Auseinandersetzungen der letzten 40 Jahre hervor. Nach der Spaltung der PSOE 1972 setzte auch eine poli-

tisch-programmatische Neuorientierung ein; das bisherige Verbot von Aktionseinheiten mit Kommunisten wurde aufgehoben. Zahlreiche Angehörige des neuen intellektuellen Mittelstandes strömten in die Partei, die sich von einer reinen Arbeiter- allmählich zur Volkspartei wandelte. Im Gegensatz zu dem radikalen Verstaatlichungsprogramm der Toulouser Exilführung bezog die PSOE (renovado) in dieser Frage eine differenziertere Position; Verstaatlichung wurde nur noch für wenige Schlüsselsektoren gefordert (Grundindustrie, Kredit- und Versicherungswesen). Langfristig setzt die Partei eher auf einen Prozeß der Überführung wichtiger Industrien in selbstverwaltete Organisationsformen als auf Verstaatlichungen. Die politische Entschließung des Suresnes-Kongresses von 1974 definierte das Ziel der Partei als »die Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse und die radikale Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische«. Der XXVII. Parteikongreß von 1976 verabschiedete ein neues Programm, das in seinen ideologischen Grundzügen an einem marxistisch inspirierten Linkssozialismus festhielt und als Endziel einen »Sozialismus der Selbstverwaltung« in einer klassenlosen Gesellschaft anvisierte. – Das Programm der PSOE umfaßt drei Stufen: Zuerst hat die Eindämmung der Wirtschaftskrise (und somit die Konsolidierung der Demokratie) Vorrang; sodann folgt eine Phase der Beschleunigung in Richtung auf den Sozialismus, schließlich soll eine »Gesellschaft der Selbstverwaltung« erreicht werden. Der Übergang von einer Phase zur anderen wird im Programm nicht klar markiert.

Vollbeschäftigung (auch mit Hilfe steuerlicher Anreize für investitionsfreudige Unternehmer), Finanzierung der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer durch den Staat, Erhöhung der öffentlichen Investitionen in arbeitsplatzschaffenden Bereichen, 40-Tage-Woche und Festlegung der Altersgrenze auf 60 Jahre sind einige Punkte des Sofortprogramms. Auf dem Bildungssektor wird unentgeltliche und laizistische Schulbildung angestrebt; Privatschulen sollen allmählich verschwinden. Familienpolitisch tritt die PSOE für die Ermöglichung der Scheidung und die Legalisierung der Abtreibung ein. Mittelfristig soll der öffentliche Sektor in der Wirtschaft zunehmen, die Steuergesetze sollen reformiert, die Banken kontrolliert, die Sparkassen gefördert, regionale Ungleichgewichte ausgeglichen werden.

Organisation: Der Aufbau der PSOE hat die frühere zentralistische Struktur durch einen Föderalismus für die Provinzen aufgelockert. Der Kongreß von Suresnes markierte 1974 die Wende in der Parteigeschichte und den Ausgangspunkt für den Wiederaufbau der Organisation um den gegenwärtigen Führungskern. Die Organisation besteht heute aus »Sektionen« (in Betrieben oder Stadtteilen), Ortsgruppen, sog. Bezirks- und Provinzgruppierungen und dem Parteitag (Bundeskongreß), der auch den Exekutivausschuß (Parteivorstand) wählt. Deutlich feststellbar ist eine Tendenz zu größerer Autonomie der lokalen Organe; vor allem die Ortsgruppen (»agrupaciones locales«) handeln politisch relativ eigenständig.

Die höchsten Parteiführungsorgane sind der Bundeskongreß (Parteitag), das Bundeskomitee und der Exekutivausschuß (Vorstand) der Partei. Der Bundeskongreß (»Congreso Federal«) tritt als höchstes Parteiorgan regelmäßig alle zwei Jahre zusammen. Er definiert die Grundlagen der Partei, legt das Programm fest und bestimmt die Strategie, an die sich alle Regionalföderationen der Partei zu halten haben. Zwischen den Bundeskongressen ist das Bundeskomitee (»Comité Federal«) das höchste Organ. Es setzt sich zusammen aus dem Exekutivausschuß und einer Anzahl gewählter Vertreter der Regional- oder Nationalföderationen. Das Bundeskomitee verfügt über umfassende Kompetenzen: Es überprüft die Beschlüsse des Parteivorstands, bestimmt die Grundlinien der Wahlstrategie, überprüft die Statuten der einzelnen Parteiföderationen und ernennt (bzw. entläßt) den Leiter des Parteiorgans »El Socialista«. Der 19köpfige Exekutivausschuß (»Comisión Ejecutiva«) führt die von den oberen Entscheidungsgremien der Partei (Kongreß, Bundeskomitee) getroffenen Beschlüsse aus. Ihm sind mehrere Sekretariate angeschlossen: Organisation, Auslandsbeziehungen, Presse und Information, Propaganda, Dokumentation, politische und gewerkschaftliche Beziehungen, Jugend, Auswanderung, Verwaltung. Der Kongreß wählt eine aus fünf Mitgliedern verschiedener Regionalföderationen bestehende »Konfliktkommission«, die im Falle parteiinterner Auseinandersetzungen entscheidungsbefugt ist, sowie eine ebenfalls aus fünf Mitgliedern bestehende Finanzüberprüfungskommission, die ihre Ergebnisse regelmäßig dem Bundeskongreß vorlegen muß.

Der gewerkschaftliche Arm der PSOE ist die UGT (Unión General de Trabajadores). Bis zu Beginn der 1970er Jahre war die sozialistische Gewerkschaft, die noch im Bürgerkrieg einen Millionenanhang gehabt hatte, im Inland so gut wie inexistent; nach der Wiederzulassung freier Gewerkschaften erlebte die UGT einen starken Aufstieg. Sie dürfte heute wieder über zwei Millionen Mitglieder haben. PSOE und UGT beschlossen 1977, sich organisatorisch zu trennen; im Exekutivausschuß der PSOE sitzen seither keine UGT-Führer mehr. Die PSOE und die UGT haben für Gastarbeiter Untergruppen bzw. Auslandsektionen in mehreren westeuropäischen Ländern; die PSOE ist Mitglied der Sozialistischen Internationale.

Presse: Das bedeutendste Parteiorgan ist seit 1886 die Madrider Tageszeitung ›El Socialista‹.

Geschichte: Die 1879 gegründete »Partei« war anfangs nur eine »Madrider Gruppierung« (»Agrupación madrileña«), die seit 1881 legal auftreten durfte, sich unfreiwillig nach Barcelona *(García Quejido)* und Bilbao *(Perezagua)* zerstreute, 1886 ihre erste regelmäßige Publikation

herausbrachte und erst im August 1888 organisatorische Stabilität auf dem I. Nationalen Kongreß erreichte. 1909 schloß die Partei ein Wahlbündnis mit den ebenfalls antikolonialistischen Republikanern; diese sog. »conjunción« ebnete 1910 für *P. Iglesias* den Weg ins Parlament und ermöglichte auch bei Gemeindewahlen einen breiten Durchbruch. In den Jahren vor 1914 strömten bedeutende Intellektuelle in die proletarische Partei, u. a. *F. de los Ríos, L. Araquistáin, J. Besteiro, M. Nuñez de Arenas.* Im 1. Weltkrieg spaltete sich die Partei; die verschiedenen Flügel unterstützten die Mittelmächte bzw. die Alliierten. Zu diesem Zeitpunkt hatte die PSOE noch keine 15 000 Mitglieder; ihre Verwurzelung war außerdem regional (Asturien, Vizcaya, Andalusien, Neu-Kastilien) und umfaßte nicht das ganze Land. Die Partei stellte zu diesem Zeitpunkt 1 Abg. im Parlament und 176 Stadträte in 72 Gemeinden. Die eigentliche Stärke des Sozialismus war die Gewerkschaft (1912: 129 000, 1918: 200 000 Mitglieder). In der politischen Krise von 1917 riefen Sozialisten und Anarchosyndikalisten gemeinsam einen Generalstreik aus, der scheiterte und zur Verhaftung des Streikkomitees *(Besteiro, Largo Caballero, Anguiano, Saborit)* führte; dessen Mitglieder wurden bei den folgenden lokalen und legislativen Wahlen aus dem Gefängnis herausgewählt. 1918 stellte die PSOE 6 Parlamentsabg. – Ende des 1. Weltkrieges drängten viele Parteimitglieder auf Anschluß an die Komintern; die heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen endeten erst auf dem III. außerordentlichen Kongreß im April 1921, als sich die Mehrheit gegen den Anschluß an die Komintern aussprach. Eine Minderheit verließ daraufhin die Partei und gründete die KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI (→ KOMMUNISTISCHE PARTEI SPANIENS). Aus dieser Krise ging die PSOE geschwächt hervor. Sie nahm den Staatsstreich *Primo de Riveras* (1923) ohne Widerstand hin und fand sich später sogar zur zeitweiligen Zusammenarbeit mit dem Diktator (*Largo Caballero* wurde Staatsrat) bereit. Als zu Beginn der 2. Republik sich eine knappe Mehrheit der Exekutive für eine erneute Allianz mit den Republikanern aussprach, trat der orthodoxe Parteivorsitzende *J. Besteiro* von seinem Amt, das er als Nachfolger *Iglesias'* seit 1925 innehatte, zurück. Bei den Gemeinderatswahlen von 1931 wurden 4183 PSOE-Vertreter gewählt; in den Cortes der 2. Republik saßen (von insgesamt 470 Abg.) 1931: 105, 1933: 61 und 1936 (Volksfrontwahlen): 99 Sozialisten. In diesen Jahren hatte die PSOE zwischen 60 000 und 80 000, die UGT über 1 Million Mitglieder. – Bald nach 1931 kam es in der republikanisch-sozialistischen Koalitionsregierung zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten und in deren Gefolge zu Flügelbildungen innerhalb der PSOE, die bis 1939 unvermindert fortbestanden. Die drei verschiedenen Tendenzen wurden durch den »Zentristen« *Prieto,* den »Revisionisten« *Besteiro* und *Largo Caballero* als Vertreter des »revolutionären Voluntarismus« repräsentiert. 1933 zerbrach das Bündnis der Partei mit der bürgerlichen Linken und Mitte; nach dem Wahlsieg der Rechten sprachen sich die bisherigen Verfechter einer Zusammenarbeit – allen voran *Largo Caballero,* der »spanische Lenin« – für die gewaltsame revolutionäre Machteroberung aus. Der neuformierte radikale PSOE-Flügel rückte immer näher an kommunistische Positionen heran. Nach der Niederlage der asturischen »Oktoberrevolution« von 1934 drängte die Sozialistische Jugend auf die »Bolschewisierung« der Partei; spätestens seit 1935 war der Riß im sozialistischen Lager unübersehbar. 1936 traten die von *S. Carrillo* geführten Jungsozialisten geschlossen der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI bei, die inzwischen jedoch zusehends gemäßigtere Positionen vertrat. – Zu Beginn des Bürgerkrieges setzte sich der linke Flügel des Sozialismus für die soziale Revolution, die Kollektivierung der Wirtschaft und die Errichtung eines Rätesystems ein. Von November 1936 bis Mai 1937 war *Largo Caballero* Ministerpräsident; er wurde auf Druck der Kommunisten und seiner eigenen zentristischen Parteifreunde gestürzt und durch den kommunistenfreundlich-gemäßigten Sozialdemokraten *J. Negrín* ersetzt. Der linke PSOE/UGT-Flügel geriet immer mehr in die politische Isolierung; den Kommunisten gelang es, ihre politische Linie – mitunter gewaltsam – durchzusetzen. – Die Erinnerung an diese Kriegsjahre bestimmte noch jahrzehntelang die Atmosphäre innerhalb der späteren Opposition gegen das Franco-Regime und verhinderte jegliche Annäherung der Sozialisten an die Kommunisten. Die Exil-Sozialisten entwickelten einen ressentimentbeladenen Antikommunismus, der sich in der Bürgerkriegsgeneration z. T. bis heute nicht gelegt hat. Es gelang den Sozialisten nicht, einen halbwegs funktionierenden Apparat über den Zusammenbruch der Republik hinwegzuretten. Erst nach Ende des 2. Weltkrieges konnte die im französischen Exil arbeitende Parteiführung einzelne Parteimitglieder im Inland organisieren. Da jedoch die inländischen Parteigremien wiederholt der Polizei in die Hände fielen und liquidiert wurden, zentralisierte die Parteiführung zu Beginn der 50er Jahre alle exekutiven Befugnisse in Toulouse. Die inländischen Organe besaßen nahezu keinen politischen Entscheidungsspielraum, was zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Exilführung und Landesinnerem, zu zeitweiliger Paralysierung und schließlich zur Spaltung der Partei führte. Die Toulouser Exilführung verbot alle politischen Bündnisse, an denen auch Kommunisten beteiligt waren, und trieb die PSOE dadurch in die innenpolitische Isolierung. Angesichts der Unmöglichkeit einer Verständigung mit der Exilführung konstituierten sich die vornehmlich jungen Sozialisten des Landesinneren 1967 als SOZIALISTISCHE PARTEI IM LANDESINNEREN (PSI, Partido Socialista en el Interior); an der Spitze dieser Oppositionsgruppierung, aus der später die → SOZIALISTISCHE

Volkspartei hervorging, stand *E. Tierno Galván*. Zur endgültigen Spaltung kam es 1972, als die Inlandsorganisation einen Parteitag einberief, den die Exilführung nicht anerkannte. Die Inlandsorganisaton, die sich fortan PSOE (renovado) nannte, wählte einen eigenen Parteisprecher, konnte die wichtigsten Teile des Apparats in ihre Hand bringen und die Anerkennung durch die Sozialistische Internationale erhalten. Die Exilfraktion konstituierte sich nach der Spaltung als PSOE (histórico); Exil-Parteichef blieb der stark antikommunistisch eingestellte *R. Llopis*. Die Exilgruppe verlor jedoch zusehends an Bedeutung; die auf die Inlandsverbände gestützte Mehrheitsgruppe setzte 1974 auf dem XIII. Parteitag in Suresnes eine neue Führung unter dem jungen Generalsekretär *F. González* (Deckname: »Isidoro«) ein. Die Zersplitterung im sozialistischen Lager wurde noch durch das Regionalismusproblem verschärft: In Gegenden mit autonomistischen Traditionen entstanden zahlreiche sozialistische Gruppierungen, die sich nicht in die PSOE integrieren ließen und im März 1976 einen eigenen regionalistischen Dachverband gründeten, die Föderation Sozialistischer Parteien (FPS, Federación de Partidos Socialistas). – Im Herbst 1976 hatte die PSOE bereits 20 000 Mitglieder, im Februar 1977 über 50 000, Ende 1977 über 150 000. Im Dezember 1976 fand in Madrid der XXVIII. Parteitag (unter Anwesenheit vieler Persönlichkeiten der Sozialistischen Internationale) statt. Auf ihm gelang eine nahezu vollständige Wiedervereinigung von »histórico« und »renovado« PSOE. Die Partei wurde am 18. 2. 1977 legalisiert. In den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung am 15. 6. 1977 erhielt sie 28,7% der Stimmen und 118 Mandate. Sie wurde damit deutlich zweitstärkste Partei des Landes. Im Mai 1978 gelang die Fusion der PSOE (200 000 Mitglieder) mit der → Sozialistischen Volkspartei (30 000 Mitglieder), deren Vors. *E. Tierno Galván* Ehrenpräsident der Vereinigten Partei wurde. Die Parlamentswahlen vom März 1979 brachten der PSOE mit 30,8% der Stimmen und 121 Mandaten nicht den erhofften Stimmenzuwachs. Bei den Kommunalwahlen im April 1979 siegten die Sozialisten in allen Großstädten, in denen sie daraufhin mit Unterstützung der Kommunisten die Bürgermeister stellten. In Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern erhielt die PSOE als stärkste Partei 33,3% der Mandate, in kleineren Orten allerdings nur 17,3%. – Im Mai 1979 geriet die PSOE in die schwerste ideologische Krise seit ihrer Wiederzulassung. Parteichef *González* konnte auf dem XXVIII. Parteitag die Streichung der (erst 1976 in die Statuten aufgenommenen) Bezeichnung »marxistisch« für die PSOE nicht durchsetzen und trat daraufhin zurück; er wurde allerdings im September 1979 mit überwältigender Mehrheit, nachdem er die Streichung durchgesetzt hatte, erneut zum Generalsekretär gewählt. Parteipräsident ist *R. Rubial*. In der praktischen Alltagspolitik stützt sich die Exekutive heute wesentlich auf ein Bündnis der vorwiegend pragmatisch ausgerichteten nordspanischen Sektionen mit dem rhetorisch radikal auftretenden, aber um realistische Einschätzung der Situation bemühten andalusischen Kreis um den Generalsekretär *González*. Der Unterschied zwischen Parteiprogramm und Parteipolitik deutet auf die ideologische Spannweite der PSOE mit ihren auseinanderstrebenden Flügeln und dem Zwang zu Kompromissen. Das Meinungsspektrum reicht (links:) von marxistischen Basisgruppen bis zu (rechts:) Vertretern der Sozialdemokratie. Das natürliche Expansionsfeld der PSOE liegt im Bereich der unteren Mittelschicht. Die Partei ist republikanisch gesinnt, betreibt gegen die Monarchie aber keine systematische Opposition. Im internationalen Rahmen spricht sie sich für die Blockfreiheit und die Vollmitgliedschaft Spaniens in der EG aus.

F. Bustelo/G. Peces-Barba, PSOE. Partido Socialista Obrero Español, Barcelona 1976; J. J. Morato, El partido socialista obrero, Madrid 1976; F. González u. a., Socialismo es libertad, Madrid 1976; F. R. Allemann, Spaniens Linke – zurück aus dem Untergrund. In: D. Oberndörfer (Hg.): Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa, Bd. 1: Südländer, 1978, S. 195–265; Estudios de historia social Nr. 8/9, Madrid 1979.

Spanischer Bund autonomer Rechtsparteien (**CEDA,** Confederación Española de Derechas Autónomas), rechtskonservativ-katholische Parteienkoalition während der 2. Republik.

Gründung: Die Parteiengruppierung ging im Februar 1933 aus der Fusion der von *A. Herrera Oria* gegründeten Volksaktion (Acción Popular, vorher: Acción Nacional) mit der von *L. Lucia* geführten Regionalen Valencianischen Rechten (Derecha Regional Valenciana) hervor; ihr Vorsitzender war *J. M. Gil Robles*.

Programm: Das im Februar 1933 verkündete Programm entsprach weitgehend dem der bisherigen Volksaktion. Als Interessenvertretung der Oligarchie setzte sich die Partei für die sozialen und ökonomischen Belange der konservativ-wohlhabenden Oberschicht ein; sie berief sich auf die Soziallehre der katholischen Kirche. Vor allem propagierte sie eine konservative, auf Privateigentum basierende Agrarpolitik. Die Partei bekannte sich zwar zur Republik, sah in ihr aber nur eine taktische Notwendigkeit, um zu einem »Neuen Staat« berufsständischer Ordnung zu gelangen; sie bekämpfte vor allem die sozialistische und laizistische Gesetzgebung. Ihre Methoden und der sie charakterisierende »Führer«-Kult ließen sie mitunter als eine faschistische Variante erscheinen, die wohl von *E. Dollfuß* und dem österreichischen Ständestaatskonzept mitbeeinflußt war. – Die CEDA wurde von der Tageszeitung ›El Debate‹ publizistisch unterstützt.

Geschichte: Die bedeutendste der CEDA-Vorläuferorganisationen war die Nationale Aktion (Acción Nacional), die 1931: 3 Parlamentssitze erhielt. Sie wurde von der Kirche unterstützt und hatte eine straff-zentralisierte Organisation, was (trotz des geringen Wahlerfolges) die spätere Bedeutung der Partei mitbedingte. Seit Oktober

1931 hatte *Gil Robles* die Führung der Partei inne, die sich von Anfang an für die Interessen der Kirche einsetzte. Die Jugendorganisation »Juventudes de Acción Popular« war deutlich faschistisch orientiert, die Gewerkschaftsorganisation »Acción Obrerista« lehnte den Klassenkampf ab und fußte auf der katholischen Soziallehre. Die CEDA wurde getragen von den wohlhabenderen Bauern Kastiliens, Leons und z. T. der Levante, für deren Interessen sie von der Regierung aus wirkte. Auch eine breite bürgerliche Mittelschicht der Provinzhauptstädte unterstützte die Partei. Oligarchen wie *I. Villalonga* und *H. Riesgo* gehörten zu ihren Parlamentsabg. Das Wahlbündnis mit den monarchistischen Gruppen sicherte der Partei einen gewaltigen Erfolg. 1933 erhielt sie 105 (von 474) Parlamentsmandate. Im Oktober 1934 trat die CEDA als Koalitionspartner der RADIKALEN REPUBLIKANISCHEN PARTEI in die Regierung der Republik ein; *Gil Robles* wurde im Mai 1935 Kriegsminister. Zwischen 1934 und 1936 war die CEDA der eigentliche Kern einer Koalition der Monarchisten mit den Rechtsrepublikanern; ihre politische »Leistung« war der systematische Abbau aller Errungenschaften der ersten republikanischen Regierungen. Als die Radikalen durch Finanzskandale stark kompromittiert wurden, schied die CEDA im Dezember 1935 aus der Regierung aus. Die Volksfrontwahlen 1936 brachten ihr noch 88 Mandate. Während des Bürgerkrieges fiel sie dem allgemeinen Parteienverbot *Francos* zum Opfer.

X. Tusell Gómez, Historia de la democracia cristiana en España, 2 Bde., Madrid 1974; J. R. Montero, La CEDA. El catolicismo social y político en la II República, 2 Bde., Madrid 1977.

Syndikalistische Partei (Partido Sindicalista), 1933 von dem ehemaligen Anarchosyndikalisten *A. Pestaña* gegründet; 1936 erhielt sie 1 Mandat.

A. Pestaña, Por qué se constituyó el Partido Sindicalista, Madrid 1969.

Union des Demokratischen Zentrums (**UCD,** Unión de Centro Democrático), Zusammenschluß von insgesamt 12 Parteien und Gruppen der (rechten) Mitte um den bis Februar 1981 amtierenden Regierungschef *A. Suárez;* zuerst Wahlbündnis, dann Parlamentsfraktion, heute Regierungspartei; sie versteht sich selbst als »demokratische, interklassistische und reformistische« Partei, die alle Teile Spaniens umfaßt.

Gründung: Die UCD konstituierte sich am 6. 5. 1977 als Wahlbündnis von 12 Gruppen unter der Führung von *Suárez;* im neugewählten Parlament bildete sie nach Juni 1977 eine Parlamentsfraktion, im November 1977 lösten sich die einzelnen Gruppen und Parteien innerhalb der UCD auf, im Oktober 1978 fand der eigentliche Gründungskongreß statt.

Programm: Die ideologische Heterogenität der UCD-Mitglieder erschwert die Erarbeitung eines kohärenten Programms. Im wirtschaftlichen Teil ihrer »programmatischen Prinzipien« vertritt sie eine soziale Marktwirtschaft (Verhinderung von Monopolbetrieben, Schutz kleiner und mittlerer Betriebe); ihre ethische Grundlage ist der »christliche Humanismus« mit den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ihr Minimalprogramm umfaßt Verteidigung der parlamentarischen Demokratie, konstitutionelle Monarchie, Wahrung der Einheit Spaniens bei Gewährung von Autonomiestatuten für alle Regionen. Die Partei vertritt die Interessen der mittleren und oberen Mittelschicht und von Industriekreisen; im Parteienspektrum ist sie rechts von der Mitte anzusiedeln.

Das programmatische »Documento ideológico de UCD« von Januar 1978 wurde auf dem I. Parteikongreß im Oktober 1978 als Parteiprogramm unter der Bezeichnung »Principios ideológicos y modelo de sociedad de UCD« verabschiedet. Danach tritt die UCD für einen sozialen Rechtsstaat westeuropäischer Prägung ein, der unitarisch, jedoch dezentralisiert (bei Anerkennung der Regionen) strukturiert sein soll. Außenpolitisch verficht die Partei eine dreifache Orientierung nach dem Westen, Iberoamerika und dem Mittelmeerraum. Auf dem Sektor der Wirtschafts- und Sozialpolitik propagiert sie im Rahmen einer Stabilitäts- und antiinflationistischen Politik die Vollbeschäftigung; um dieses Ziel zu erreichen, sollen investitionsfreudigen Betrieben steuerliche Vergünstigungen gewährt werden. Die Steuerreform als Mittel der wirtschaftlichen Sanierung soll verstärkt vorangetrieben werden. Außenwirtschaftliches Ziel ist der Ausgleich der Handelsbilanz und die Eindämmung der Kapitalflucht. Auf dem Bildungssektor fordert die UCD die unentgeltliche Schulpflicht bis zum Alter von 16 Jahren sowie die universitäre »Autonomie«. Familienpolitisch tritt sie mehrheitlich (trotzheftiger interner Auseinandersetzungen) für die Möglichkeit der Scheidung ein; sie ist entschieden gegen die Legalisierung der Abtreibung.

Organisation: Hervorgegangen aus einem Wahlbündnis und einer gemeinsamen Parlamentsfraktion, konsolidierte sich die Partei erst im Laufe des Jahres 1978. Die vorläufige Parteiexekutive bestand aus einem Exekutivrat (8 Mitglieder) und einem Exekutivkomitee (49 Mitglieder), denen der Parteipräsident vorstand. Im Mai 1978 wurde *R. Arias Salgado* Koordinationssekretär des neuen Exekutivkomitees. Die Partei, die über einige Tausend qualifizierter Kader verfügt, wird durch den Regierungs- und Verwaltungsapparat unterstützt. Sie hat viele Anhänger in der Wirtschaftselite des Landes. Der I. Parteikongreß im Oktober 1978 verabschiedete die Parteistatuten, nach denen die UCD von einem Vors., einem Generalsekretär (*R. Arias Salgado;* seit 1979: *R. Calvo Ortega*), dem Exekutivkomitee (35 Mitglieder), dem Politischen Rat (140 Mitglieder) und dem »Rat der autonomen Gemeinschaften« mit föderalistischer Struktur geleitet wird. Die UCD konstituierte sich auf ihrem Kongreß als eine Partei von regionaler Struktur, die auf Zonenkomitees aufbaut. Auf diese Grund-

einheiten folgen (bei großer organisatorischer Autonomie) die Provinzkomitees (5–15 Mitglieder), die auf Provinzebene die Wahlen organisieren. Zu den Basiseinheiten gehören schließlich noch die Regionalkomitees.

Höchstes Parteiorgan ist der Kongreß, der alle zwei Jahre zusammentritt und die Parteistatuten beschließt. Die Ständige Kommission des Kongresses (Comisión Permanente del Congreso) leitet, koordiniert und überwacht die Durchführung der Kongreßbeschlüsse. Hierzu bedient sie sich des Politischen Rates, der monatlich zusammentritt und für die Überwachung der von oberen Instanzen getroffenen Beschlüsse zuständig ist. Dem Exekutivkomitee sind Sekretariate für Organisation, Programmarbeit, Information, Wirtschaftsbeziehungen, internationale Beziehungen, Wahlstrategie und Recht angeschlossen. Im Exekutivkomitee sind Vertreter der wichtigsten politisch-ideologischen Richtungen, aus denen sich die Partei zusammensetzt (ehemaliges *Franco*-Lager, Christdemokraten, Liberale) etwa gleich stark vertreten. Für die Parteiführung ist zum einen das relativ niedrige Durchschnittsalter (1978: 43,6 Jahre), zum anderen die Tatsache bemerkenswert, daß sie – bei deutlicher Dominanz der Juristen, gefolgt von den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern – ausschließlich aus Akademikern besteht.

Die Niederlagen bei den Regionalwahlen von 1979 stürzten die UCD in eine tiefe (Führungs-) Krise, in der immer deutlicher der Ruf nach einer Reform der Parteiführung laut wurde. Vor allem Vertreter liberaler, sozialdemokratischer und christdemokratischer Tendenzen in der Partei verlangten ein kollegiales Führungsorgan (presidencia colegiada). Im »Abkommen von Manzanares« (Acuerdo de Manzanares el Real) wurde im Juli 1980 die aus 10 Mitgliedern bestehende Ständige Kommission (Comisión Permanente) zum höchsten Parteiorgan erklärt.

Geschichte: Die ursprüngliche Wahlkoalition umfaßte im Frühjahr 1977 als wichtigste Tendenzen die Sozialdemokratische Partei (PSD, Partido Social Demócrático), die Liberalen: Volkspartei (PP, Partido Popular), Demokratische Volkspartei (PDP, Partido Demócrata Popular), Bund demokratischer und liberaler Parteien (FPDL, Federación de Partidos Demócratas y Liberales) mit weitgehend selbständigen Unterparteien in den Regionen, den rechten Flügel der Christdemokraten: Christlich-Demokratische Partei (PDC, Partido Demócrata Cristiano) und unabhängige ehemalige Funktionäre des *Franco*-Regimes. Die wichtigsten Vertreter der Hauptströmungen in der Partei sind u. a. *P. Cabanillas* (PP), *F. Alvarez de Miranda* (PDC), *J. Garrigues Walker* (FPDL), *I. Camuñas* (PDP) und *F. Fernández Ordóñez* (PSD). – Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung vom 15. 6. 1977 erlangte sie 34,5 % der Stimmen und 165 Mandate. Seit ihrer Konstituierung ist sie ununterbrochen Regierungspartei, die entscheidenden Einfluß auf das staatliche Fernsehen ausübt. Da sie nicht über die absolute Mehrheit im Unterhaus verfügt, ist sie auf politische Kompromisse angewiesen. Der diesbezüglich größte Erfolg war im Oktober 1977 der sog. »Pakt von Moncloa«, in dem sich die UCD und die Oppositionsparteien auf einen gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Reform- und Stabilisierungsplan einigten. Als Ende 1977 die Auflösung der innerhalb der UCD weiterbestehenden Gruppen beschlossen wurde, schied die sozialdemokratische Gruppe Sozialdemokratischer Bund (FSD, Federación Socialdemócrata) wieder aus. Die ideologisch heterogene Herkunft der einzelnen Gruppen bewirkte eine Reihe von Tendenzbildungen und Konflikten, die bis heute andauern; sie sind vor allem durch die starke Persönlichkeit des Vorsitzenden *Suárez* ausgeglichen worden. Bei den Parlamentswahlen im März 1979 konnte die UCD ihren Stimmenanteil auf 35,5 % und ihre Mandatzahl auf 167 knapp verbessern. Bei den Kommunalwahlen im April 1979 blieb sie weit hinter ihren Erwartungen zurück: In Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern erlangte sie nur 29,5 % der Mandate, in kleineren Gemeinden allerdings 43,9 %. Insgesamt jedoch hat sie die Kontrolle über die Verwaltungen größerer Städte verloren.

Bei den beiden Regionalwahlen des Jahres 1980 mußte die UCD deutliche Niederlagen hinnehmen: Im Baskenland erhielt sie am 9. 3. 1980 bei der Wahl zum ersten baskischen Parlament lediglich 6 von 60 Parlamentssitzen, in Katalonien errang sie mit 10,6 % der Wählerstimmen nur 18 von 135 Parlamentssitzen. Diese Wahlergebnisse, die zu einer Krise in der UCD führten, deuteten auf ein tiefes Unbehagen in den Regionen gegenüber der »zentralistischen« Regierungspartei.

Erster Generalsekretär der Partei war *R. Arias Salgado;* auf ihn folgte 1979 *R. Calvo Ortega.* Im Februar 1981 trat *Suárez* von all seinen politischen und Parteiämtern zurück. Zu seinem Nachfolger als Ministerpräsident bestimmte die Partei den bisherigen Wirtschaftsminister *L. Calvo Sotelo.* Der II. UCD-Kongreß wählte im Februar 1981 in Palma de Mallorca nach einer Kampfabstimmung *A. Rodríguez Sahagún* zum neuen Vors.; Generalsekretär blieb *Calvo Ortega. Suárez* wurde Ehrenpräsident der Partei.

UCD (Hg.), Manual para 22 milliones de electores, Madrid 1977; UCD (Hg.), Una respueta a la crisis económica, Madrid, 1977; UCD (Hg.), Una política de concordia, Madrid 1978; F. Jáuregui/M. Soriano, La otra historia de U.C.D., Madrid 1980.

Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens (**PSUC,** Partit Socialista Unificat de Catalunya), während des Bürgerkrieges orthodox stalinistische, heute mehrheitlich eurokommunistische Regionalpartei.

Gründung: 25. 7. 1936 als Zusammenschluß der Kommunistischen Partei Kataloniens (PCC, Partit Comunista de Catalunya), der Katalanischen Proletarischen Partei (PCP, Partit Català

Proletari) sowie der Sozialistischen Union Kataloniens (USC, Unió Socialista de Catalunya) und der Katalanischen Regionalsektion der Sozialistischen Partei (Federación Catalana del PSOE).

Programm: Die Partei verstand und versteht sich als Regionalorganisation der → Kommunistischen Partei Spaniens (PCE), mit deren Programm das ihrige im wesentlichen übereinstimmt.

Geschichte: Sofort nach ihrer Gründung geriet die Partei unter kommunistische Dominanz und trat der Komintern bei. Generalsekretär wurde *J. Comorera.* Trotz größter Anstrengungen gelang es der PSUC – die in Katalonien allerdings die sozialistische Gewerkschaft »Unión General de Trabajadores« kontrollieren konnte – nicht, größere Arbeitermassen zu organisieren. Ihr Hauptkontingent rekrutierte sie aus der sicherheitsbewußten und eigentumsorientierten Kleinbürgerschicht. Während des Bürgerkrieges war die Partei wiederholt in der katalanischen Regionalregierung vertreten. Mitte Juli 1937 soll sie bereits 70 000 Mitglieder gehabt haben. Nach 1939 konnte sie – wie alle anderen Parteien – nur noch illegal fortwirken; die Phasen der Untergrundarbeit sowie die verschiedenen Strategiewechsel entsprechen denen der PCE. Generalsekretäre waren u. a. *J. Moix* und *G. López Raimundo.* Am Ende der Franco-Diktatur schloß sich die Partei dem »Rat politischer Kräfte in Katalonien« an (CFPC, Consell de Forçes Politiques de Catalunya). Nach ihrer Wiederzulassung 1977 nahm sie sofort erneut am politischen Leben Anteil. Die Partei stellte sowohl nach der Wahl von 1977 als auch nach der von 1979: 8 Abg. (gemeinsame Parlamentsfraktion mit der PCE). Neuer Generalsekretär wurde auf dem Kongreß von November 1977 *A. Gutiérrez,* neuer Präsident *López Raimundo.* In der Leninismus-Diskussion innerhalb der PCE votierte 1978 eine starke Gruppe der Partei für die Beibehaltung des Leninismus; schließlich war die PSUC in drei Flügel (Autonomisten, Leninisten, Eurokommunisten) zersplittert. Außerdem wurde der PCE vorgeworfen, die katalanische Schwesterpartei unter Druck zu setzen. Anfang Januar 1981 setzten sich auf dem PSUC-Parteitag in Barcelona die orthodoxen prosowjetischen und leninistischen Gruppen durch und strichen alle Hinweise auf den »Eurokommunismus« aus den Parteitagsdokumenten. PCE-Generalsekretär *Carrillo* hat dieses Verhalten der PSUC-Delegierten als schweren Schlag für den spanischen Kommunismus gewertet. Neuer PSUC-Generalsekretär wurde auf diesem Parteitag *F. Frutos,* neuer Parteivors. *P. Ardiaca.* Beide sind Kritiker des politischen PCE-Kurses. Die Parteibasis in Katalonien gilt weiterhin als überwiegend eurokommunistisch. – Im November 1977 hatte die Partei ca. 40 000 Mitglieder; im Dezember 1977 traten zwei Kommunisten in die autonome Regierung von Katalonien ein. Bei den Kommunalwahlen im April 1979 erhielt die Partei 201 von insgesamt 693 Sitzen; bei den Regionalwahlen 1980 mit 18,5 % der Stimmen 25 von 135 Sitzen. Zentralorgan ist die Tageszeitung ›Treball‹.

G. López Raimundo, 40 Aniversari del PSUC. Qué es y qué vol el Partit Socialista Unificat de Catalunya, Barcelona 1976; L. V. Ponomariova, La formación del Partit Socialista Unificat de Catalunya, Barcelona ²1977; J. L. Martín i Ramos, Els orígens del Partit Socialista Unificat de Catalunya (1930–1936), Barcelona 1977; IV Congrès del Partit Socialista Unificat de Catalunya (Recull de Materials i d'Intervencions), Barcelona 1978.

Volksallianz (**AP,** Alianza Popular), nachfranquistisches Parteienbündnis in der Tradition des Franquismus, das sich selbst als »demokratisch-konservativ« bezeichnete.

Gründung: Im Oktober 1976 durch *M. Fraga Iribarne* als Wahlbündnis, das später zu einem Parteienbündnis erweitert wurde.

Programm: Die Partei bildete sich aus konservativen und rechtsextremen Kreisen der Diktatur; nach *Francos* Tod (1975) war es ihr Ziel, die »guten« Leistungen des Franquismus in die Demokratie hinüberzuretten. Sie unterstützte die Monarchie, trat für einen starken Staat ein, orientierte sich an einem »christlichen Humanismus«, bekämpfte ausgeprägte Formen der Autonomie der einzelnen Regionen. Wirtschaftlich verteidigte sie die »soziale Marktwirtschaft« (gegen Monopolbetriebe, Teilnahme des öffentlichen Sektors an der Privatindustrie).

Die Partei plädierte für einen dezentralisierten Einheitsstaat; sie sprach sich für regionale Autonomie, aber gegen jede sezessionistische Tendenz aus. Sie lehnte auch die (von allen Parteien der Mitte und der Linken verwendete) Bezeichnung »Nationalitäten« für Katalanen und Basken ab.

Außenpolitisch erstrebte die AP den Eintritt in die EG und die Mitgliedschaft im westlichen Verteidigungsbündnis, enge Zusammenarbeit mit Lateinamerika und aktive Mitarbeit in allen internationalen Gremien.

Wirtschaftspolitisch sprach sich der II. Parteikongreß im Januar 1978 für ein System aus, das die Freiheit der Unternehmer, eine »tiefgehende Sozialpolitik« und die Ordnungsfunktion des Staates vereinigt. Die Partei war gegen jede Verstaatlichungspolitik.

Organisation: Die AP war eine Föderation von 7 ehemaligen politischen »Assoziationen« oder Parteien. Die Organisation bestand auf Lokalebene aus Komitees, die vor allem bei Wahlen aktiv wurden. Auf Provinzebene sollte jährlich ein Provinzkongreß zusammentreten, auf Regionalebene sollten die Parteiorgane über (nicht näher bestimmte) autonome Rechte verfügen.

Die obersten Parteiorgane waren der Nationalkongreß, die Nationale Führungsjunta, das Nationale Exekutivkomitee und das Zentralsekretariat der Partei. – Der jährlich zu einer ordentlichen Versammlung zusammenkommende Nationalkongreß legte die politische Linie der Partei fest, er bestimmte bzw. veränderte die Statuten und kontrollierte die Tätigkeit der übrigen Führungsorgane. Der Kongreß wählte auf jeder 2. Versammlung die Nationale Führungsjunta,

d. h. den eigentlichen Parteivorstand. Die Teilparteien, die das Bündnis bildeten, stellten je einen stellvertretenden Vorsitzenden der Gesamtpartei. Den Kern der Exekutive bildete die kollegiale Führung. Die Nationale Führungsjunta überwachte die Ausführung der Kongreßbestimmungen und sorgte für die Einhaltung der Parteistatuten. Sie war in nahezu allen Parteiorganen vertreten und verfügte über weitestgehende Kompetenzen, was eine straffe Kontrolle des gesamten Parteiapparates sicherstellte. Das Nationale Exekutivkomitee entsprach einer ständigen Kommission des Parteivorstands. – Die Volksallianz hatte Untergruppen in den Regionen, Provinzen, Distrikten und Gemeinden. Der I. Parteikongreß fand im Mai 1977, der II. im Januar 1978 statt. Ende 1977 hatte die Partei (geschätzt) 20 000–25 000 Mitglieder – ihr stand die Madrider Tageszeitung ›ABC‹ nahe.

Geschichte: Die AP versuchte 1976, das gesamte Mitte-Rechts-Spektrum zu integrieren. Vor der Parteibildung waren die meisten der späteren Spitzenpolitiker der AP wichtige Mitglieder von Franco-Regierungen. Das ursprüngliche Wahlbündnis umfaßte die Regionale Katalanische Aktion (ARC, Acción Regional Catalana) von *L. López Rodó,* die Soziale Demokratie (DS, Democracia Social) von *L. de la Fuente,* die Demokratische Spanische Reform (RDE, Reforma Democrática Española) von *M. Fraga Iribarne,* die Demokratische Spanische Union (UDE, Unión Democrática Española) von *C. Martínez Esteruelas,* die Soziale Volksunion (USP, Unión Social Popular) von *T. de Carranza,* die rechtskatholische Demokratische Spanische Aktion (ADE, Acción Democrática Española) von *F. Silva Muñoz* und die nationalistische Nationale Spanische Union (UNE, Unión Nacional Española) von *G. Fernández de la Mora.* Mitte 1977 versuchte die Volksallianz, neue Wählerschichten der oberen Mittelschicht anzusprechen. Ein »moderner« Parteikurs sollte Großunternehmer und Vertreter der Banken gewinnen. Parteipräsident wurde *F. Pastor.* Bei den Parlamentswahlen vom 15. 6. 1977 blieb die AP mit 8,4% der Stimmen und 16 Mandaten weit hinter ihren Erwartungen zurück. Als *Fraga Iribarne* im Dezember 1978 der neuen demokratischen Verfassung zustimmte, verließ der ultrakonservative Flügel die Partei. Im Januar 1979 schloß sich *Fraga* mit der Liberalen Bürgeraktion (ACL, Acción Ciudadana Liberal) des liberalkonservativen *J. M. de Areilza,* der Demokratischen Fortschrittspartei (PPD, Partido Progresista Democrático) des christdemokratischen *A. Osorio* und dem Sozialdemokratischen Bund (FSD, Federación Socialdemócrata) von *J. R. Lasuén* zum neuen Wahlbündnis der Demokratischen Koalition (CD, Coalición Democrática) zusammen, die bei den Parlamentswahlen vom März 1979 enttäuschende 5,8% der Stimmen (9 Mandate) erhielt. Daraufhin trat *Fraga* von seinen Parteiämtern zurück. Bei den Wahlen zum baskischen Regionalparlament am 9. 3. 1980 erhielt die AP 2 (von 60) Sitze.

M. Fraga Iribarne, Alianza Popular, Bilbao 1977; R. Martín Villacastín, Alianza Popular. España, lo único importante, Madrid 1977; Alianza Popular (Hg.), Discursos pronunciados en el I. congreso nacional de Alianza Popular 5–6 marzo 1977, Madrid 1977; Alianza Popular (Hg.), I. Asamblea nacional de nuevas generaciones de Alianza Popular. Discursos-ponencias, Madrid 1977; Alianza Popular (Hg.), Qué es Alianza Popular, Madrid 1978; Alianza Popular (Hg.), II Congreso Nacional de Alianza Popular, Madrid 1978.

Zentralistische Partei (Partido Centralista), hervorgegangen 1890 aus dem Zusammenschluß verschiedener republikanischer Gruppen; sie versuchte, alle Republikaner zu organisieren, die ideologisch zwischen den verfeindeten Flügeln der (unitarisch-revolutionären) Progressisten und der (reformistisch-legalistischen) Föderalisten standen. In ihrem Programm vom 20. 6. 1891 forderte die Partei u. a. laizistische Erziehung, Abschaffung des Kazikentums, kommunale und regionale Autonomie, Volkssouveränität, Regierungsverantwortlichkeit. Im Parteidirektorium war *Salmerón* die herausragende Figur. Nach der Wahl von 1891 beschlossen die 31 republikanischen Abg. der verschiedenen Richtungen die Bildung einer gemeinsamen Republikanischen Union (Unión republicana), die jedoch bald wieder zerbrach.

A. Vinardell Roig, El partido republicano en España, Barcelona 1895.

Zentrumsunion → Union des Demokratischen Zentrums.

TSCHECHOSLOWAKEI

von

JIŘÍ HROMÁDKO [HR], KARL RICHTER [RI], FRANK WENDE [WE]

Die »Länder der Wenzelskrone« – Böhmen, Mähren, Lausitz und Teile Schlesien – waren seit 1526 habsburgisches Erbland. Als Konsequenz der Niederlage in der Schlacht am Weißen Berg (1620) gingen auch die letzten Reste von staatlicher Selbständigkeit verloren, was in der »Verneuerten Landesordnung« von 1627 zum Ausdruck kam. Fortan gab es weder ein tschechisches Staatsvolk noch eine tschechische Nation. Es dauerte ca. 200 Jahre, bis sich ein tschechisches Nationalbewußtsein wieder zu regen begann. Anfangs noch auf den kulturell-literarischen Bereich beschränkt, gewann diese Strömung politische Wirksamkeit durch die Rückbesinnung auf die »historischen Länder« der Wenzelskrone (Böhmen, Mähren, das österreichische Schlesien) als einem neu zu formierenden politischen Organismus, dessen Fundament der Gedanke eines »böhmischen Staatsrechts« bildete. Dieser Begriff umfaßte die Forderung nach Wiederherstellung der staatsrechtlichen Einheit dieser Gebiete und deren Sonderstellung aufgrund weitgehender Autonomie und Selbstverwaltung im Rahmen der Habsburger Monarchie. Das Oktoberdiplom von 1860 war für die Tschechen von zweifacher Bedeutung: da es dem Gedanken des Föderalismus erstmals Eingang in das österreichische Verfassungsleben gewährte, wirkte es als eine Art Initialzündung für das Entstehen tschechischer politischer Parteien, die – zunächst nur durch die → NATIONALPARTEI – ihre staatsrechtlichen Forderungen formulierten. Die Nichtberücksichtigung des »böhmischen Staatsrechts« im Rahmen des Oktoberdiploms drängte die Tschechen aber gleichzeitig in eine Obstruktionshaltung gegenüber dem neuen Verfassungsgebilde, der sie durch ihre Abstinenz vom böhmischen Landtag und Wiener Reichsrat Ausdruck verliehen. Diese starre Haltung barg ein internes Konfliktpotential in sich, das schließlich zur Spaltung der tschechischen Nationalbewegung in »Alttschechen« und »Jungtschechen« führte. Während erstere an der zum Dogma erhobenen Verweigerung parlamentarischer Teilnahme festhielten, hielten letztere den Kampf für die Verwirklichung des böhmischen Staatsrechts innerhalb der parlamentarischen Vertretungen für aussichtsreicher und setzten 1879 die Teilnahme der tschechischen Vertreter in beiden Gremien durch (→ FREISINNIGE NATIONALPARTEI).

Der Ausbruch des 1. Weltkrieges führte bei einem Teil der tschechischen Nationalisten zu der Überzeugung, daß die Donaumonarchie den Krieg in ihrer bestehenden Form nicht überstehen werde und damit die Zeit für einen unabhängigen selbständigen Staat gekommen sei. Hauptvertreter dieser Richtung war *T. G. Masaryk*, der seit Dezember 1914 in der Emigration auf die Gründung eines solchen Staates hinwirkte, unterstützt darin seit Dezember 1915 von *E. Beneš*. Zentrale organisatorische Basis dieser tschechischen Auslandsbewegung war der im Februar 1916 in Paris gebildete »Tschechische Nationalrat«. –

Die im Inland verbliebenen tschechischen Abg. hielten anfangs an den Plänen einer Föderalisierung Österreichs unter Beibehaltung der Monarchie fest, doch setzte sich im Laufe des Jahres 1917 – nicht zuletzt unter dem Eindruck der erfolgreichen Tätigkeit des Pariser Nationalrats – auch bei ihnen der Gedanke einer künftigen uneingeschränkten tschechischen Selbständigkeit durch. Vertreten wurde diese Forderung seit Herbst 1917 durch die »Tschechische Staatsrechtliche Demokratie«, einen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien.

Auch unter den Slowaken war es im 19. Jh. zu einer Nationalbewegung gekommen, freilich nicht in gleichem Ausmaß wie bei den Tschechen. Seit dem 10. Jh. war die Slowakei als Provinz »Oberungarn« Bestandteil der ungarischen Monarchie und zusammen mit dieser 1526 unter habsburgische Herrschaft geraten. Die »nationale Wiedergeburt« vollzog sich zunächst hauptsächlich auf kulturellem und sprachlichem Gebiet (*L. Štúr*), sie erlitt jedoch durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich schon bald einen schweren Rückschlag, da die Ungarn ihre gewonnene Freiheit zu einer rigorosen Magyarisierungspolitik gegenüber den Slowaken benutzten. Es gelang ihnen jedoch nicht, die slowakischen Autonomiebestrebungen zum Erliegen zu bringen, verlieh diesen vielmehr eine stärkere politische Dimension. Deren Protagonisten waren die sog. »Jungslowaken«, Vertreter der bürgerlichen Intelligenz um *M. Hodža* und *M. R. Štefánik,* die unter dem Einfluß ihres großen Vorbildes *Masaryk* eine Verbindung mit den Tschechen erstrebten, aber auch die jungen katholischen Slowaken unter der Führung *A. Hlinkas,* die auf das gleiche Ziel hinarbeiteten. Beider Tätigkeit bereitete somit dem künftigen gemeinsamen Staat mit den Tschechen den Boden. Dem entsprach das Zusammenwirken tschechischer und slowakischer Auslandsorganisationen in den USA während des 1. Weltkrieges, die in dem unter maßgeblicher Beteiligung *Masaryks* am 30. 5. 1918 zustande gekommenen Pittsburgher Abkommen die Bildung eines gemeinsamen tschechoslowakischen Staates nach dem Kriegsende beschlossen. Der am 23./24. 9. 1918 gebildete »Slowakische Nationalrat«, in dem die Anhänger eines von Prag aus geleiteten tschechoslowakischen Zentralstaates um *Hodža* die Mehrheit hatten, stimmte am 30. 11. 1918 in Turčianský S. Martin diesem Abkommen zu und zugleich der zwei Tage zuvor in Prag vollzogenen Gründung der Tschechoslowakei. Somit standen sowohl die tschechischen politischen Parteien wie auch die maßgeblichen Vertreter des Slowakentums hinter dem neuen Staat, dem aufgrund des Vertrages von St. Germain auch Karpatenrußland angegliedert wurde (zunächst militärisch verwaltet, erste Parlamentswahlen am 16. 3. 1924).

Sie verkörperten die politische Kontinuität und gewährleisteten ein stabiles politisches Leben. Das Parlament bestand, in enger Anlehnung an das französische Vorbild, aus einem Zweikammersystem: die Nationalversammlung setzte sich aus Senat und Abgeordnetenhaus zusammen.

Dabei war die Rolle der politischen Parteien, ihr Verhältnis zum Staat, ihr Bestand und Wirken wie in österreichischer Zeit durch keine gesetzlichen Vorschriften geregelt, obwohl das in den Verfassungsgesetzen von 1918/19 vorgesehene Verhältniswahlrecht und das durch die Wahlgesetze von 1920 und 1925 eingeführte System der streng gebundenen Kandidatenlisten die Parteien als wichtiges Element der politischen Ordnung voraussetzte.

Obwohl keine einzige Norm die Organisation und Tätigkeit der Parteien regelte, waren ihnen wichtige Rechte zuerkannt wie z. B. Mitwirkung bei Konstituierung der Vertretungskörper und Staatsorgane.

Wie die Nachbarstaaten entschied sich die Tschechoslowakei für das System gebundener

Kandidatenlisten. Der Wähler konnte sich nur für eine unveränderte, von den Parteien und nach deren Statuten vorgenommene Liste entscheiden und die Kandidatenaufstellung nicht beeinflussen. Mittlere und zentrale Parteiorgane arbeiteten dabei in verschiedener Weise zusammen. Bei Meinungsverschiedenheiten entschied immer die Parteileitung. Die Listen für zweiten und dritten Wahlgang (Skrutinium) wurden nur von den Zentralausschüssen und für das gesamte Staatsgebiet vorgelegt. Die Parteien beeinflußten auch das Verhalten ihrer Abgeordneten durch deren strenge Bindung an ihren Klub (Fraktion), deren jeweilige Geschäftsordnung durch einen unterzeichneten Revers anerkannt werden mußte.

Wie sich die deutschen und magyarischen Parteien nur schwer auf den Staat der Tschechoslowakei einstellen konnten, so mußten sich die tschechischen Parteien, die bis 1918 in Opposition gestanden waren, nun in staatstragende Parteien wandeln. Am Anfang fehlte noch eine tatkräftige Opposition, zudem begründeten die fünf größten tschechoslowakischen Parteien im September 1920 einen besonderen Ausschuß, der als Hilfsorgan den Kontakt zwischen der ersten Beamtenregierung und den Parteien herstellen sollte. Dieser »Fünferausschuß« (Pětka) bestand aus den 5 Parteivorsitzenden und koordinierte die Arbeit der Regierungskoalition. Dieses Zusammenwirken der demokratischen Kräfte verhinderte ein Abgleiten des tschechoslowakischen Staates in die Diktatur, analog der Entwicklung in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten zu dieser Zeit. Der jeweiligen Koalition wurde dadurch die Beherrschung des Staates ermöglicht, aber auch ein gewisses innenpolitisches Gleichgewicht erhalten.

In der Tschechoslowakei gab es keine Autorität, die sich der Vorherrschaft der Parteien hätte entgegenstellen können. Der parteipolitische Einflußbereich erstreckte sich über fast alle bedeutsamen öffentlichen Funktionen. Die Praxis der Stellenbesetzung durch politische Protektion beschränkte sich nicht auf den Staatsapparat, die politischen Parteien besetzten u. a. auch Stellen in Banken, Versicherungen und Krankenkassen sowie in Landes- und Selbstverwaltungsämtern.

Die Tschechoslowakei entwickelte sich zum typischen Parteienstaat, dabei war bei Tschechen und Deutschen das ideologische Spektrum ungefähr gleich; der Zusammenschluß wirtschaftlich, politisch und kulturell sehr unterschiedlich entwickelter Gebiete wirkte sich auch hier aus. Die Praxis der Wahlgerichte trug zur Stabilisierung der Parteienzahl bei. Seit der Wahlreform von 1925 konnten nur solche Parteien berücksichtigt werden, die bereits im ersten Wahlgang wenigstens ein Mandat gewonnen hatten. Neue Parteien entstanden meist vor Wahlen und verschwanden wieder bzw. gingen bei Mißerfolg in den alten Parteien auf. Die politische Macht blieb dadurch auf einige gut organisierte Parteien konzentriert. Nur wenige Parteien konnten mehr als zehn Prozent Wählerstimmen gewinnen. 1920 gelang dies drei, 1923 zwei, 1929 vier und 1935 wieder drei Parteien. Funktionsfähige Regierungen mußten sich auf Koalitionen stützen. Das Ergebnis war gegenseitige Abhängigkeit, aber auch eine gewisse Ausgewogenheit der Regierungen. Die Zusammenarbeit der Parteien ging auf die Vorkriegszeit zurück.

Das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit setzte sich immer wieder gegenüber unterschiedlichen politischen Ansichten durch. Nur so konnte eine knappe nationale Mehrheit der verbündeten tschechischen Parteien, der sich im Unterschied zur deutschen Seite auch die Sozialdemokraten anschlossen, gebildet werden. Im Gegenzug schlossen sich die bürgerlichen deutschen Parteien in der Anfangsphase im »Deutschen Parlamentarischen Verband« zusammen. Über Koalitionen entschieden die führenden Parteifunktionäre erst nach den Wahlen. Das Kräftegleichgewicht zwischen bürgerlichen und sozialistischen

Parteien durfte nicht gestört werden, auch nicht durch Aufnahme zu vieler Minderheitenparteien in die Regierung. Eine wichtige Funktion bei der Wahrung dieses Gleichgewichtes spielte die »Institution« der »Burg«. Dabei handelte es sich um inoffizielle Kontakte privaten Charakters zwischen dem mit außergewöhnlicher Autorität ausgestatteten Staatspräsidenten und Persönlichkeiten aus fast allen demokratischen Gruppierungen, mittels deren häufig ein politischer Konsens herbeigeführt werden konnte. Zwischen 1918 und 1938 lösten einander 18 Regierungen ab, eine revolutionäre, 14 verfassungsmäßige und drei Beamtenregierungen.

Die erste Wahlperiode war von heftigen Auseinandersetzungen geprägt. Slowakische, deutsche und magyarische Parteien betrieben Obstruktion, da sie die Umwandlung der zentralistischen Republik in einen Staat nach Schweizer Muster bzw. die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes forderten. Kompromißbereitschaft auf nationalem und Interessengleichheit auf agrar- und kulturpolitischem Gebiet ermöglichten 1926 eine Bürgerblockregierung. Aber die wirtschaftliche Krisensituation, von der die deutsche und slowakische Bevölkerung am stärksten betroffen wurde, erschütterte die Stabilität und verhärtete die nationalen Gegensätze. Das Ansehen der sich zum tschechoslowakischen Staat bekennenden »aktivistischen« deutschen Parteien war durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise und zuungunsten der Sudetendeutschen durchgeführter Verwaltungsreformen bei der deutschen Bevölkerung sehr angeschlagen. Davon profitierte die 1933 gegründete → SUDETENDEUTSCHE PARTEI, der sich nach dem Anschluß Österreichs im März 1938 nahezu alle deutschen bürgerlichen Parteien anschlossen.

Das Münchener Abkommen vom 29. 9. 1938 bzw. der erste Wiener Schiedsspruch (2. 11. 38) führten zur Abtretung der mehrheitlich deutschen Gebiete an das Reich, polnischer und magyarischer Siedlungsbezirke an die Nachbarstaaten. Dies bedeutete die Umgestaltung des Staates zur nun föderalistischen Tschecho-Slowakei. Slowakei und Karpatenrußland erhielten am 23. 11. 1938 die lange versprochene Autonomie. Nach Suspendierung der Verfassung schlossen sich die tschechischen Parteien zu einer rechten (→ PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT) und einer linken Sammlungsbewegung (→ NATIONALE PARTEI DER ARBEIT) zusammen. Deren Ende kam bald mit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren (14. 3. 1939). In der am gleichen Tag begründeten Slowakischen Republik wandelte sich die SLOWAKISCHE VOLKSPARTEI zur autoritären Einheitsbewegung um und Karpatenrußland wurde als autonomes Gebiet »Karpatenland« (Karpatsko) am 16. 6. 1939 an Ungarn angegliedert.

Unter dem emigrierten Präsidenten *Beneš* entstand im Westen mit Sitz in London eine tschechoslowakische Befreiungsbewegung mit einem Exilparlament, das aufgrund der Verfassung von 1920 tätig wurde. Die seit 1943 mit dem Moskauer Exil der tschechoslowakischen Kommunisten getroffenen Absprachen begünstigten die Annäherung an die Sowjetunion, deren zukünftige Stellung in der europäischen Politik *Beneš* erkannte. Seine Präsidialdekrete berücksichtigten besonders durch die völlige Umbildung der staatlichen Organe und der Parteienstruktur die wesentlichen kommunistischen Forderungen und legten den Grund für die spätere Alleinherrschaft der Kommunisten.

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats als neuer Gesellschafts- und Staatsform vollzog sich in zwei Etappen. Mit Rücksicht auf das Kräfteverhältnis im Innern, die Kommunisten waren in der Minderheit, und die internationale Lage ging die KOMMUNISTISCHE PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI (KSČ) mit den nichtkommunistischen Parteien zusammen und schien zunächst die konsequente Erfüllung der Ziele der sog. nationalen und

demokratischen Revolution, wie sie im Regierungsprogramm von Košice (Kaschau) vom 5. 4. 1945 aufgestellt worden waren, anzustreben. Dazu diente ihr die 1943 gebildete »Nationale Front«, welche die zugelassenen und an der Regierung beteiligten Parteien: KSČ, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Volksparteiler und die statt der SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI gegründete slowakische DEMOKRATISCHE PARTEI zur Partnerschaft vereinte. Diese Einheitsfront erschwerte Neubeginn und selbständige Entwicklung der Parteien, verhinderte fast jede Opposition und nötigte, da die Ziele der »Nationalen Front« nicht mißachtet werden durften, die Parteien vielfach gegen ihren Willen zur Anerkennung der kommunistischen Forderungen. Die Abgeordneten der Provisorischen Nationalversammlung, am 28. 10. 1945 einberufen und nur noch aus einer Kammer bestehend, waren von Delegierten bestellt worden, die wiederum von in öffentlichen Versammlungen bestimmten »Wählern« erhoben worden waren. Jede der sechs Parteien hatte 40 und die Massenorganisationen der Werktätigen 60 Kandidaten nominiert. Dieses Parlament legalisierte nachträglich alle auf Grundlage des Kaschauer Programms getroffenen Maßnahmen, u. a. die weitgehende nationale, soziale und wirtschaftliche Umschichtung sowie das Verbot anderer Parteien wie der Agrarier, der Nationaldemokraten, der Gewerbepartei und der Slowakischen Volkspartei. Es sollte vor allem die Wahl zur Verfassunggebenden Nationalversammlung, deren 300 Mitglieder aufgrund des Wahlgesetzes vom 11. 4. 1946 auf zwei Jahre in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl in 28 Wahlkreisen unmittelbar zu bestellen waren, vorbereiten. Aktives Wahlrecht besaßen alle Bürger über 18, passives alle über 21 Jahre. Es bestand Wahlpflicht. Dem Wahlgesetz von 1920 entsprachen Verhältniswahl mit starren Listen, Möglichkeit von Listenverbindungen, zwei Ermittlungsverfahren und die Wahlkreiseinteilung. Die Wahl vom 26. 5. 1946, an der zwei- bis dreihunderttausend Tschechoslowaken, die der Kollaboration bezichtigt wurden, nicht teilnehmen durften, war geheim und frei von massiver Beeinflussung. Da nur die Liste der »Nationalen Front« zugelassen war, konnten gegen die Regierung nur weiße Stimmzettel abgegeben werden. Zusammen mit den Sozialdemokraten gewannen die Kommunisten die absolute Mehrheit. Die Sozialdemokraten verloren gegenüber der Vorkriegszeit Stimmen und Mandate, Volkspartei und Nationalsozialisten profitierten gering vom Parteienverbot, das vor allem gegen Agrarier und Nationaldemokraten gerichtet war. In der Slowakei gewann die DEMOKRATISCHE PARTEI 61 % aller slowakischen Stimmen, während die Kommunisten hier nur 30 % (114 von 300 Sitzen) erhielten.

Bis zum Sommer 1947 leistete die Koalition konstruktive Arbeit, das öffentliche und politische Leben nahm wieder seinen Gang. Dann führten die Versuche der Kommunisten, ihre Vertreter im Staatsapparat unterzubringen, zu Auseinandersetzungen mit den übrigen Parteien der »Nationalen Front«. Als im Februar 1948 aus Protest gegen diese Praktiken die Minister der bürgerlichen Parteien zurücktraten, hofften sie auf Parlamentsauflösung und Neuwahlen. Dem widersetzten sich die Kommunisten mit der Androhung des bewaffneten Aufstandes, woraufhin *Beneš* die demissionierten Minister entließ und Kommunisten an ihrer Stelle akzeptierte. Als am 11. 3. 1948 die 230 anwesenden Abgeordneten einstimmig die Einführung eines kommunistischen Regimes sanktionierten, war das nur die formelle Bestätigung der seit 1945 bestehenden Machtverhältnisse.

Die gesetzliche Basis für die Gleichschaltung in allen Bereichen erhielt die KSČ, als der von ihr ursprünglich eingebrachte Verfassungsentwurf am 9. 5. 1948 angenommen wurde. Obwohl der Nationalversammlung nach der Verfassung entscheidender Einfluß zukam, waren ihre Funktionen vor allem durch die weitgehende Übertragung der Legislative auf

Regierung und Parlamentspräsidium wesentlich eingeschränkt. *Beneš* lehnte eine Unterzeichnung der Verfassung ab und demissionierte am 7. 6. 1948; sein Nachfolger wurde *K. Gottwald*. Die neue Verfassung sah zwar einen vorwiegend zentralistisch geleiteten Staat vor, erkannte aber im Gegensatz zu 1920 der Slowakei eine Reihe Autonomierechte zu und veranlaßte die Bildung von Selbstverwaltungskörperschaften wie den Slowakischen Nationalrat. Die Alleinherrschaft einer Partei und deren Organisationen, die in der Verfassung noch nicht erwähnt ist, wurde durch das Wahlgesetz vom 17. 4. 1948 und einige Verordnungen gesichert. Für die Wahl am 30. 5. 1948 erfolgte wieder die Bildung einer Einheitsliste der »Nationalen Front«, in der die Kommunisten nahezu 70 % der Mitglieder stellten. Sie erhielt 80 % gültige Stimmen, 1 573 301 oder 19,6 % der Wahlberechtigten waren gegen die Einheitsliste.

Von der absoluten Herrschaft der Kommunisten war besonders die Nationalversammlung betroffen, sie verlor fast jeden Einfluß und wurde wie viele andere Körperschaften zu einer übermittelnden Institution, die nur die Entscheidungen von Partei und Regierung der Öffentlichkeit zu verdeutlichen hatte. Auch die Struktur der Nationalen Front änderte sich nach 1948. Das Mehrparteiensystem wurde formal beibehalten. Die KSČ und der linke Flügel der Sozialdemokraten vereinigten sich gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus (27. 6. 1948), die nichtkommunistischen Parteien wurden von »reaktionären Kräften« gereinigt und sanken zur Bedeutungslosigkeit herab.

Die am 11. 7. 1960 verabschiedete Verfassung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) ist sehr stark an die sowjetische Verfassung von 1936 angelehnt. Grundsätzliche Änderungen im Bereich der staatlichen Organe wurden nicht vorgenommen, der Einfluß des Parlaments blieb trotz der in der Verfassung garantierten Stellung als höchstes Staatsorgan relativ unbedeutend. Träger der gesamten Politik sind heute die staatlichen Organe und die KSČ, die im Gegensatz zur Verfassung von 1948 als führende Kraft im Staat bezeichnet wird, ferner die »Nationale Front« mit den gesellschaftlichen Organisationen als dem Zusammenschluß der Arbeiter, Bauern und arbeitenden Intelligenz. Da jede politische Betätigung außerhalb dieser untersagt bleibt, ist eine legale Opposition unmöglich.

Für die Wahl zur fünften Nationalversammlung im Herbst 1968 sollte nach Änderung des Wahlsystems (30. 11. 1967) dem Wähler durch Streichungsmöglichkeit eine beschränkte Kandidatenauswahl ermöglicht werden. Wegen der Besetzung der ČSSR durch die Armeen der sozialistischen Staaten im August 1968 wurde diese Wahl erst 1971 unter anderen Bedingungen abgehalten. Die Reformbewegung von 1968 (Aktionsprogramm der KSČ vom 5. 4.) hatte auch das überkommene Partei- und Funktionärssystem durch demokratischere Praktiken ersetzen wollen. Innerhalb ihres demokratisch-sozialistischen Modells hätten allerdings die Grundzüge des bisherigen Verfassungssystems erhalten bleiben sollen. Alle Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Standpunkte sollten »auf der Basis der gemeinsamen sozialistischen Konzeption der Politik der Nationalen Front gelöst« und die führende Rolle der KSČ gewahrt werden.

Die Einrichtung eines Bundesstaates der ČSSR am 28. 10. 1968, die der Gleichstellung von Tschechen und Slowaken dienen soll, änderte am politischen System nichts. Die Zuständigkeit der Bundesorgane wurde auf Außen- und Verteidigungspolitik, auf den ganzen Staat betreffende innere Angelegenheiten, auf zentrale Wirtschaftsplanung, Außenhandel, Arbeit und soziale Angelegenheiten beschränkt. Als Legislative für den Gesamtstaat fungiert die auf vier Jahre gewählte Bundesversammlung als oberstes Organ der Staatsgewalt in der Föderation, die aus der Volkskammer (200 Abgeordnete) und der Kammer der

Nationen (150 Abgeordnete, je 75 aus der Tschechischen und aus der Slowakischen Sozialistischen Republik) besteht. Hinsichtlich Parteizugehörigkeit und Nationalität ist das Verhältnis in den Teil-Republiken ähnlich. Dem Tschechischen Nationalrat (200 Mitglieder) gehören auch Vertreter der deutschen und polnischen, dem Slowakischen Nationalrat (150 Mitglieder) Vertreter der magyarischen und ukrainischen Minderheit an.

Derzeit beruht die tschechoslowakische Innenpolitik auf den traditionellen Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Das bedeutet hier vor allem, daß der demokratische Zentralismus als Entscheidungsprinzip weitgehend durchgesetzt ist und alle Parteigremien den Weisungen der Leitung der führenden Partei unterworfen sind. [HR/RI/WE]

P. Hartmann, Die politische Partei in der Tschechoslowakischen Republik, Brünn 1931; V. Záděra, Deset let parlamentí retrospektivy 1935–1945, Prag 1948; V. Pavlíček Politické strany po Únoru I, Prag 1966; V. Krechler, Politické strany v předmnichovském Československu, Prag 1967; K. Bosl (Hg.), Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik, 1975; K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979; L. Lipscher, Verfassung und politische Verwaltung in der Tschechoslowakei 1918–1939, 1979.

Alttschechen (Staročeši) → Nationalpartei.

Autonomer Landwirtschaftlicher Verband (Avtonomyj zemledelskij sojuz). Der 1923 gegründete Bauernverband war die Partei der ungarnfreundlichen Ruthenen und trat für die Autonomie Karpatenrußlands ein. Gründer und Führer der ausgesprochen negativistischen Partei war *I. Kurtjak,* der 1924, 1925 und 1929 zum Abg. gewählt wurde. Eine gemäßigtere Richtung unter *M. Demko* vermochte sich nicht durchzusetzen. 1929 ging der Verband mit der TSCHECHOSLOWAKISCHEN NATIONALDEMOKRATIE, 1935 mit der SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI ein Wahlbündnis ein, das ihm jeweils 1 Mandat sicherte. – Offizielles Parteiorgan war ›Russkij vjestnik‹. [WE]

Bund der Landwirte (**BdL**) Agrarische Interessenpartei.

Gründung: 17.11. 1918 in Böhmisch-Leipa durch *J. Jannausch, F. Peterle* u. a. Die Gründung als »Reichspartei« für Böhmen, Mähren und Schlesien erfolgte am 21./22. 1. 1920 in Prag.

Programm: Nachdem der BdL auf dem böhmischen Landesparteitag im Februar 1919 sein neues Konzept einer »Landvolkspartei« unter Ausschluß des Großgrundbesitzes programmatisch formuliert hatte, legte er in einer ca. 1920 erschienenen titellosen Veröffentlichung seine »Parteigrundsätze« dar. Sie basierten auf den Referaten und Verhandlungen des Reichsparteitages aus dem gleichen Jahr. Neben einer Reihe von wirtschaftlichen und finanzpolitischen Forderungen, die den Charakter des BdL als agrarische Interessenpartei widerspiegeln, wurde darin das Verlangen nach vollem und uneingeschränktem Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen betont, analog den Forderungen der anderen deutschen Parteien. Anders als diese gab der BdL aber bereits zu diesem frühen Zeitpunkt seine grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit im neuen Staat zu erkennen, wenn er verlangte, daß »allen Volksstämmen der erforderliche Einfluß auf die Staatsgewalt gesichert und daher die entsprechende Vertretung in der Regierung eingeräumt werden« müsse. Der BdL legte damit das früheste Bekenntnis für einen sudetendeutschen Aktivismus ab.

Organisation: Basis des organisatorischen Aufbaus des BdL war in Böhmen ein außerordentlich dichtes Netz von Ortsgruppen, das Ende 1919 bereits über 2 000 betrug. Grund für diese Organisationsdichte, die von keiner anderen Partei auch nur annähernd erreicht wurde, war die weit verstreute Wählerschaft der Partei, die es auch in den entlegensten Landstrichen zu erfassen galt. Nächsthöhere Organisationsstufe waren die Bezirksorganisationen, denen die Betreuung und Führung der Lokalorganisationen oblag. Diesen übergeordnet waren die Kreisorganisationen, deren Aufbau bis Ende 1919 abgeschlossen war. In Mähren und Schlesien gelang dem BdL aufgrund des Selbstbehauptungswillens der dort bereits bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen nur ein allmählicher und nicht in gleichem Maße straff durchstrukturierter Aufbau. – Sitz der Reichsparteileitung war Böhmisch-Leipa. Der BdL war mit über 100 000 Mitgliedern zeitweise die mitgliederstärkste deutsche Partei.

Presse: Hauptorgan war die ›Deutsche Landpost‹ (Tageszeitung Böhmisch-Leipa, ab 1922 Prag). Ferner: ›Der Deutsche Landbote‹ (zweimal wöchentlich ab März 1919, Karlsbad), ›West-

böhmische Stimmen‹, der ›Deutsche Landruf für Mähren und Schlesien‹ sowie mehrere Provinzblätter.

Geschichte: Indirekter Vorläufer des BdL war die 1905 gegründete DEUTSCHE AGRARPARTEI (→ Österreich, Deutschnationale Parteien ...), die jedoch mit der Neugründung nur den Charakter einer agrarischen Interessenvertretung gemeinsam hatte. Die Gründung des BdL bedeutete vielmehr einen nahezu völligen Neubeginn, da man weder an organisatorische Vorgaben anknüpfen konnte, noch sich als Vertretung des die AGRARPARTEI stützenden Großgrundbesitzes verstand. Stattdessen zielte der BdL auf Gründung einer bevorzugt die Kleinbauern einbeziehenden »Landvolkbewegung«. Fürsprecher dieser Ausrichtung des BdL war in erster Linie *F. Křepek*, der in der Folgezeit die Entwicklung der Partei entscheidend prägte. Von seiner Gründung an lag das Schwergewicht des BdL in Böhmen, wo sich die bereits bestehenden landwirtschaftlichen Bezirksvereine der neuen Partei unterstellten und wo mit *Jannausch* ein organisatorisch erfahrener Parteisekretär zur Verfügung stand.

Früher als andere deutsche Parteien erklärte der BdL seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der tschechischen Seite, wobei die tschechischen Agrarier naturgemäß in erster Linie als Partner in Frage kamen. Beide verband das gemeinsame Interesse an der im April 1919 von der Revolutionären Nationalversammlung beschlossenen Bodenreform, die der BdL als einzige deutsche Partei befürwortete. Die Hoffnung des BdL, daß ihm dabei ein Mitspracherecht eingeräumt und die deutsche Seite in einer ihrem Bevölkerungsanteil angemessenen Weise berücksichtigt werden würde, erfüllte sich jedoch in den folgenden Jahren nicht.

Für die Parlamentswahlen 1920 konzentrierte sich der BdL auf die Gewinnung der kleinbürgerlichen Schichten, was ihn in scharfen Gegensatz zu den das gleiche Ziel ansteuernden Sozialdemokraten brachte. Mit 15,2 % der deutschen Stimmen und 13 Mandaten wurde er zur größten separat kandidierenden deutschen bürgerlichen Partei. Im »Deutschen Parlamentarischen Verband«, dem Zusammenschluß dieser Parteien, geriet der BdL durch seine grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation mit der Regierung schon bald in Gegensatz besonders zu der → DEUTSCHEN NATIONALPARTEI (DNP) und den Nationalsozialisten (DNSAP), eine Frontstellung, die schließlich zur Auflösung des Verbandes 1922 führte. Zuvor hatte der BdL durch allerdings ergebnislos bleibende Einigungsgespräche mit den tschechischen Agrariern um die Jahreswende 1920/21 seine politische Eigenständigkeit in nationalen Fragen bereits unter Beweis gestellt. Protagonist dieser aktivistischen Grundhaltung war neben *Křepek F. Spina*, der 1925 *Křepek* in der politischen Führung der Partei ablöste (nomineller Parteivorsitzender war *Peterle*, der jedoch politisch niemals in Erscheinung trat). Im gleichen Jahr erhielt der BdL bei den Parlamentswahlen im Wahlbündnis mit der → DEUTSCHEN GEWERBEPARTEI und der → UNGARISCHEN NATIONALPARTEI 33 % der deutschen Stimmen und 24 Mandate. Konsequenz dieses Erfolges und der politischen Linie des BdL war der Eintritt in die Regierung des tschechischen Agrariers *Švehla* im September 1926, in der *Spina* das Ministerium für öffentliche Arbeiten übernahm; die von beiden Seiten erstrebte Einführung von Agrarzöllen hatte die Basis für die Koalition gegeben. Eine Belastung stellte jedoch schon bald die von der Regierung durchgeführte Verwaltungsreform dar, die für die deutschen Gebiete wesentliche Nachteile mit sich brachte. *Spina* gab der Regierungsbeteiligung jedoch den Vorrang und akzeptierte die neue Regelung, ohne die Koalitionsfrage zu stellen. Der größte Teil der Partei stand dabei hinter ihm, nur ein kleiner nationaler Flügel unter *J. Mayer* und *G. Hanreich* widersetzte sich und wurde im Juli 1927 aus der Partei ausgeschlossen. – Auf die nationalsozialistische Machtergreifung in Deutschland reagierte der BdL, der bei den Wahlen 1929 im Bündnis mit der → DEUTSCHEN ARBEITS- UND WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT unter der Bezeichnung DEUTSCHE WAHLGEMEINSCHAFT 16 Mandate erhalten hatte und erneut in die Regierung eingetreten war, mit einem Bekenntnis zum tschechoslowakischen Staat. Das Auftreten der → SUDETENDEUTSCHEN PARTEI (SdP) veranlaßte ihn jedoch anfangs zur Kontaktaufnahme, die 1935 zu ergebnislosen Verhandlungen über ein Wahlbündnis führten. Im BdL hatte sich eine Gruppe unter Führung *G. Hackers* gebildet, die der SdP wohlwollend gegenüberstand. Es gelang ihr noch nicht, sich durchzusetzen, eine Anzahl ihrer Mitglieder wurde ausgeschlossen. *Spina* hielt an seiner staatsloyalen Haltung fest und war als Minister für Gesundheit nicht ohne Erfolg bemüht, die im Gefolge der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage besonders in den deutschen Gebieten fühlbar werdenden Krisenerscheinungen einzudämmen. Dennoch brachten die Wahlen 1935 auch für den BdL mit nur noch 1,7 % der deutschen Stimmen und 5 Mandaten eine schwere Niederlage. *Spina* trat wiederum, diesmal als Minister ohne Geschäftsbereich, in die Regierung ein. Einen neuen Vorstoß *Hackers* auf Vereinigung von BdL und SdP konnte er im Januar 1938 noch abwehren, doch nach dem Anschluß Österreichs gelang es *Hacker, Spina* im Parteivorsitz abzulösen und den BdL am 22. 3. 1938 in die SdP einzugliedern. [WE]

N. Linz, Der Bund der Landwirte auf dem Weg in den Aktivismus. In: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979.

Christlich-Nationale Partei von Karpatenrußland (Christjansko Narodnaja Partia Podkarpatskej Rusi). Die Anhänger dieser um 1920 unter der Bezeichnung BAUERNPARTEI (Chliborobska Partija) gegründeten Partei rechneten sich als südkarpatische Ruthenen zu den Ukrainern. Sie waren hauptsächlich Bauern und griechisch-katholische

(unierte) Geistliche. Bei den ersten Parlamentswahlen für Karpatenrußland 1924 schloß sich die Partei unter der neuen Bezeichnung der TSCHECHOSLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI an und stand seitdem loyal zum Staat. An der Spitze der Partei stand *A. Vološin,* Direktor des Lehrerseminars in Užhorod, der sie seit 1924 auch im Parlament vertrat. – Parteiorgan war die Wochenschrift ›Svoboda‹. [We]

→ Christlichsoziale Landespartei.

Christlichsoziale Landespartei (Országos keresztényiszocialista párt). Den Kern der Partei bildeten katholische Organisationen, besonders deutsche und ungarische Arbeitervereine in Preßburg und Kaschau. Die Partei selbst wurde im Herbst 1919 unter der Bezeichnung MAGYARISCH-DEUTSCHE CHRISTLICHSOZIALE PARTEI gegründet, der I. Parteitag fand am 23. 3. 1920 in Preßburg statt, erster Vors. war *J. Lelley.* – Die Partei trat für die Autonomie der Slowakei ein und wollte auf Grundlage christlichsozialer Prinzipien alle gesellschaftlichen Schichten vereinen. Bei den Wahlen 1920 erhielt sie 5 Mandate. Um politisch wirksam werden zu können, beschloß die Partei den Anschluß an eine ideologisch verwandte tschechische Organisation. Über diese Frage kam es zu Auseinandersetzungen: während die Mehrheit sich für ein Zusammengehen mit der SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI aussprach, erwartete eine Minderheit unter Führung *Lelleys* mehr von engeren Kontakten zur regierenden TSCHECHOSLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI. *Lelley* und seine Anhänger wurden daraufhin aus der Partei ausgeschlossen. Sie nahmen an den Wahlen von 1925 unter dem Namen WESTSLOWAKISCHE CHRSTLICHSOZIALE PARTEI (Nyugkant-szlovenskó kereszténységi szociálista párt) teil, blieben aber ohne Mandat, während die Christlichsozialen unter dem neuen Vors. *G. Szüllö* 4 Sitze gewannen. – Im Parlament zählten sie zu den negativistischen Parteien, die eine Mitarbeit an dem als minderheitenfeindlich eingestuften Staat ablehnten und in dem Beharren auf Autonomie ihr Hauptziel sahen. Die Hoffnung, auf dieser Grundlage zu einem Bündnis mit der → SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI zu gelangen, erfüllte sich jedoch nicht.

Ähnlich der → UNGARISCHEN NATIONALPARTEI suchten die Christlichsozialen ihre Wählerschaft unter der Landbevölkerung, unterschieden sich von jener jedoch durch ihr starres Festhalten am Negativismus und stimmten daher auch 1926 gegen das von der Regierung vorgebrachte Zollgesetz, obwohl dieses den Interessen der Landwirtschaft entsprach. Die unterschiedlichen Auffassungen hinderten jedoch nicht ein Zusammengehen bei den Wahlen: die gemeinsame Kandidatenliste beider Parteien, der sich die → ZIPSER DEUTSCHE PARTEI angeschlossen hatte, erhielt 1929 und 1935 8 Mandate für die Ungarn. Da man sich 1935 ein besseres Ergebnis erhofft hatte, beschloß man für die Zukunft die Vereinigung beider Parteien als Basis für größere Erfolge. Am 21. 6. 1936 fand daher der Zusammenschluß zur → VEREINIGTEN UNGARISCHEN PARTEI statt. – Presseorgan der Partei war die in Prag erscheinende Zeitung ›Pragai Magyar Hirlap‹. [We]

J. Chmelař, Die politische Gliederung der Tschechoslowakei, Prag 1926; L. Lipscher, Die magyarischen, polnischen ruthenischen und jüdischen Parteien in der ČSR, in: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979.

Demokratische Partei (Demokratická strana). Die Partei entstand im September 1944 in der Slowakei als Zusammenschluß bürgerlicher Widerstandsgruppen während des Slowakischen Aufstandes. Sie konstituierte sich offiziell als politische Partei am 12. 7. 1945 unter dem Vorsitz von *J. Lettrich.* Bei den Wahlen zur Nationalversammlung vom 26. 5. 1946 kandidierte sie nur in der Slowakei und erhielt 14,07% der Stimmen und 43 Mandate, wobei sich 62,5% der Slowaken für sie aussprachen. Nach dem Februarumsturz 1948 wurde die Tätigkeit der Partei unterbunden; am 8. 3. 1948 konstituierte sie sich neu als → PARTEI DER SLOWAKISCHEN ERNEUERUNG. [Ri]

Deutschdemokratische Freiheitspartei (DDFP) Die DDFP konstituierte sich Ende September 1919 als eine Art Nachfolgeorganisation des böhmischen Teiles der DEUTSCHEN FORTSCHRITTSPARTEI (→ Österreich, VERFASSUNGSPARTEI). Die Partei vertrat eine progressiv-liberale Richtung; in der nationalen Frage forderte sie zwar Autonomie für die deutsche Minderheit, war aber grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit der Staatsregierung bereit und damit dem aktivistischen Lager zuzurechnen. Die Führung der DDFP lag bei *B. Kafka,* dem früheren Vors. der Deutschen Fortschrittspartei in Böhmen und *L. Spiegel.* Ihre Anhänger fand die DDFP besonders bei dem in Prag und Brünn zentrierten Großbürgertum und unter den deutsch gesinnten Juden. Sie erzielte bei den Wahlen 1920 2 Mandate, verzichtete 1925 auf die Wahlbeteiligung, hatte aber nicht unbeträchtliche Erfolge bei den Gemeindewahlen 1923 und 1927 zu verzeichnen. 1928 vereinigte sie sich mit der Gruppe um *A. Rosche* aus der → DEUTSCHEN NATIONALPARTEI zur → DEUTSCHEN ARBEITS- UND WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland trennte sie sich von dieser wieder, ohne noch einmal bei Wahlen erfolgreich zu sein. Nach der Angliederung des Sudetengebietes an das Reich löste sich diese bis zuletzt aktivistisch orientierte Partei auf.

Die DDFP verfügte über keine eigenen Presseorgane, doch stand ihr die in ganz Böhmen verbreitete ›Deutsche Zeitung Bohemia‹ nahe. [We]

Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (DAWG). Die DAWG entstand im Juli 1928, als die Abg. der → DEUTSCHEN NATIONALPARTEI *A. Rosche* und *G. Peters* ihr Mandat wegen deren grundsätzlich negativistischer Einstellung niederlegten, diese verließen und sich mit der →

Deutschdemokratischen Freiheitspartei (DDFP) zur DAWG vereinigten. Die neue Partei wollte gegen die politische Zersplitterung der Sudetendeutschen auftreten und für den Ausgleich aller Nationen im Staate wirken. Die DAWG wollte »auf dem Boden aktiver und positiver Arbeit im Staate« stehen, kritisierte die profranzösische Politik, verlangte eine Annäherung an Deutschland und ausgedehnte Autonomie für die Deutschen der ČSR. Bei den Wahlen von 1929 ging die DAWG mit dem Bund der Landwirte und der Karpatendeutschen Partei in der Deutschen Wahlgemeinschaft zusammen, die unter den deutschen Parteien den zweiten Platz erreichte. 4 Abgeordnetensitze gingen an die DAWG, welche sich aber schon 1930 von der Regierungsmehrheit distanzierte, ohne ausdrücklich zur Opposition überzutreten. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland trennte sich die DDFP wieder von der »Gruppe Rosche«, die, stärker nationalsozialistisch ausgerichtet, sich im März 1935 der → Sudetendeutschen Partei anschloß. [Ri/We]

Deutsche Christlichsoziale Volkspartei (DCVP). Vertretung des politischen Katholizismus bürgerlich-konservativer Prägung.

Gründung: In Prag am 28. 9. 1919 als Organisation für Böhmen, am 2. 11. 1919 als »Reichspartei« für Böhmen, Mähren und Schlesien. Zu den wichtigsten Gründungsmitgliedern gehörten *W. Frind, K. Hilgenreiner, R. Mayr-Harting.*

Programm: Das »Reichsprogramm« der DCVP wurde auf dem Gründungsparteitag verabschiedet. Danach verstand sich die DCVP als über den Klassen und Ständen stehende »nationaldeutsche« Volkspartei auf christlich-katholischer Grundlage. Entsprechendes Gewicht wurde neben den Forderungen nach Gleichberechtigung und Selbstverwaltung für die Deutschen auf die Berücksichtigung religiöser Prinzipien im staatlichen und kulturellen Bereich gelegt. Die soziale Komponente des Programms umfaßte den Ausbau der Sozialversicherung und die Möglichkeit staatlicher Eingriffe gegen »ausbeuterischen Kapitalismus« und zugunsten des »öffentlichen Wohls« bei grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums. Organisation: Die Partei war in Orts-, Bezirks- und Kreisverbände gegliedert, an der Spitze stand die Reichsleitung. Kollektivmitgliedschaft auf dem Wege über konfessionelle Vereine oder Standesorganisationen war möglich, Einzelmitgliedschaft die Regel. Wichtigste dieser Standesorganisationen waren der »Reichsbauernbund« und der »Deutsch-Christliche Gewerbe- und Handwerkerbund«. 1927 umfaßte die Partei ca. 35 000 Mitglieder und 1 000 Ortsgruppen. – Presse: Die DCVP verfügte über keine eigene Parteipresse. Ihre nahe standen die Tageszeitung ›Das Volk‹ (seit 1919) und ›Die Deutsche Presse‹ (Prag, seit März 1925).

Geschichte: Die DCVP entstand als Nachfolgeorganisation der → Christlichsozialen Partei in Österreich, wobei der Zusammenbruch der Monarchie und die Gründung der ČSR einen nahezu völligen organisatorischen Neubeginn notwendig machte. Verstärkten Anlaß dazu bot die im Gefolge des revolutionären tschechischen Nationalgefühls sich ausbreitende antikatholische Welle, deren Zielsetzungen im politischen Bereich die vollständige Zurückdrängung des katholischen Einflusses auf Staat und Schulwesen bedeutete. Die Neugründung der DCVP vollzog sich als Reaktion auf diese Entwicklung, verbunden mit dem in allen deutschen Parteien in der ČSR gleichermaßen vorhandenen nationalen Selbstbehauptungswillen. Bei den ersten Parlamentswahlen 1920 erhielt die DCVP 9,9 % der deutschen Stimmen und 9 Abg., die sich dem »Deutschen Parlamentarischen Verband« (→ Einleitung) anschlossen. In der dieses Gremium trennenden Frage einer Mitarbeit am neuen Staat war die Meinung innerhalb der DCVP-Fraktion geteilt: während eine Mehrheit um den Parteivorsitzenden *J. Böhr* eine distanzierte Haltung einnahm, setzte sich *Mayr-Harting* für die Annäherung an die tschechische Seite ein. Auf dem III. Reichsparteitag vom 21.–23. 10. 1922 in Reichenberg gelang es *Mayr-Harting*, die meisten Delegierten für seine aktivistische Haltung zu gewinnen. Damit war der Boden vorbereitet für die Regierungsbeteiligung, nachdem die DCVP bei den Wahlen 1925 ihr Ergebnis auf 13 Mandate (18 % der deutschen Stimmen) hatte verbessern können. *Mayr-Harting* übernahm in der im Oktober 1926 gebildeten Koalitionsregierung *Švehla* das Justizministerium, nachdem der DCVP die Einführung der staatlichen Priesterbesoldung (»Kongrua«) zugesichert worden war. Von den Wählern wurde die Regierungsarbeit der DCVP nicht honoriert, nachteilig wirkte sich für sie wie auch für den → Bund der Landwirte die von ihr mitgetragene Verwaltungsreform mit ihren Nachteilen für die deutschen Siedlungsgebiete aus. Die Wahlen 1929, bei denen die DCVP im Wahlbündnis mit der → Deutschen Gewerbepartei antrat, brachten ihr nur noch 11 Mandate. Dennoch war sie zu erneutem Regierungseintritt bereit, blieb jedoch unberücksichtigt, da die sozialistischen Koalitionspartner ein Übergewicht des nichtsozialistischen Blocks nicht zulassen wollten. Sie stimmte jedoch weiterhin in allen wichtigen Fragen für die Regierung. Die Wahlen 1935 brachten auch der DCVP eine schwere Niederlage, ihre Mandatszahl ging auf 6 zurück. Ein Angebot auf Regierungsbeteiligung lehnte die DCVP zunächst ab, da ihr Vors. *Hilgenreiner,* geblendet von dem Erfolg der → Sudetendeutschen Partei (SdP) jede weitere aktivistische Politik von deren – nicht erteilter – Zustimmung abhängig machte. Erst im Juni 1936 gelang es den Aktivisten in der Partei, sich noch einmal durchzusetzen; *E. Zajicek* trat als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung *Hodža* ein. Der Anschluß Österreichs bedeutete jedoch für die DCVP das Ende; *Hilgenreiner* setzte am 24. 3. die Angliederung der Partei

an die SdP und den Austritt aus der Regierung durch. Lediglich die Ortsgruppe Preßburg widersetzte sich dem Beschluß und schloß sich der → ZIPSER DEUTSCHEN PARTEI an. [We]

H. Schütz, Die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. In: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowaksiche Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979.

Deutsche Gewerbepartei (DGP). Als Partei für die Gewerbetreibenden entstand in Teplitz-Schönau im November 1919 die DGP, die sich im August 1920 in Reichenberg konstituierte. Ihre mittelständischen Ziele konnte die kleine Partei nur im Bunde mit anderen Parteien parlamentarisch vertreten.

Bei den ersten Wahlen 1920 ging sie mit der DEUTSCHEN NATIONALPARTEI zusammen, 1925 mit dem BUND DER LANDWIRTE (BdL) und 1929 mit der DEUTSCHEN CHRISTLICHSOZIALEN VOLKSPARTEI (DCVP). Seit 1923 gelangte ihr Vors. *A. Stenzel* i das Abgeordnetenhaus, 1925 und 1929 mit zwei anderen Kandidaten der DGP, die mit dem BdL eine eher aktivistische, mit der DCVP eine mehr oppositionelle Politik einschlugen. Nach Gründung der SUDETENDEUTSCHEN HEIMATFRONT bzw. der SUDETENDEUTSCHEN PARTEI versuchte die DGP mit dieser vergeblich ein Wahlabkommen zu schließen. 1935 wurde sie völlig aufgerieben. Die Reste traten am 23. 3. 1938 in die SdP ein.

Die zahlenmäßig und organisatorisch schwache Partei wurde vom BdL auch in ihrem Pressewesen unterstützt. ›Das deutsche Gewerbe‹ erschien zunächst als Kopfblatt der Wochenausgabe der agrarischen ›Deutschen Landpost‹, dann wurde auch die Brünner ›Mährische Presse‹ übernommen und die ›Westböhmische Gewerbezeitung‹ gegründet, schließlich alle drei 1927 mit der Prager ›Sudetendeutschen Gewerbe- und Handelszeitung‹ vereinigt. [Ri]

Deutsche Nationalpartei (DNP). Extrem nationalistische bürgerliche Partei, die den tschechoslowakischen Staat grundsätzlich ablehnte.

Gründung: Ende April 1919.

Programm: Die programmatischen Aussagen der DNP konzentrierten sich auf radikale Selbstbestimmungsforderungen bei gleichzeitiger uneingeschränkter Ablehnung des tschechoslowakischen Staates.

Organisation: Die DNP verfügte über einen angesichts ihrer relativ kleinen Mitgliederzahlen unangemessen vielgliedrigen Aufbau, der Organisationsstufen auf Orts-, Bezirks-, Kreis-und Landesebene umfaßte. Parallel dazu bestand eine ebenso tiefgestaffelte ständische Gliederung mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberrat als Spitzengremien. Es gelang der Partei jedoch nicht, diesen aufwendigen Apparat, der im Hinblick auf das erstrebte aber nie erreichte Ziel einer nationalen Einheitspartei konzipiert war, mit Leben zu erfüllen.

Presse: ›Nordböhmisches Tagblatt‹ (Tetschen, seit 1921), ›Volksruf‹ (Wochenzeitung, seit 1923), ›Brüxer Volkszeitung‹.

Geschichte: Der Zerfall der Donaumonarchie bedeutete auch das Ende für die meisten deutschnationalen Parteien (→ Österreich). In den ehemals böhmischen Ländern sahen die Anhänger dieser Gruppierungen sich zur Neuorganisation gezwungen, was zunächst auf regionaler Ebene und vielfach in Konkurrenz zueinander vor sich ging. Anfang April 1919 konstituierte sich als erste überregionale Organisation die DEUTSCHBÖHMISCHE VOLKSPARTEI in Aussig. Von den tschechischen Behörden wegen angeblichen Hochverrats kurz darauf verboten, organisierte sie sich Ende April neu als DNP, der sich im September 1919 die in Nordmähren und Schlesien entstandene DEUTSCH-SOZIALE VOLKSPARTEI, in den Wochen darauf auch weitere nationalistische Gruppen anschlossen. Am 9. 12. 1919 fand daraufhin in Reichenberg der I. Parteitag der DNP statt. In der Folgezeit wurde die DNP zum Protagonisten der »negativistischen«, den Staat der ČSR ablehnenden deutschen Parteien. Im Parlament, wo die DNP seit den Wahlen 1920, bei denen sie sich mit der DEUTSCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI (DNSAP) zur DEUTSCHEN WÄHLERGEMEINSCHAFT zusammengeschlossen hatte, mit 12 Abgeordneten vertreten war, vertrat besonders *R. Lodgman von Auen* diese intransigente Haltung. Sie war es auch, die die DNP am 29. 11. 1922 zum Austritt aus dem »Deutschen parlamentarischen Verband« (→ Einleitung) veranlaßte, und damit die Trennung zwischen »Aktivisten« und »Negativisten« besiegelte. Zuvor hatten sich DNP und DNSAP im Juni 1922 bereits zur »Deutschen Kampfgemeinschaft« zusammengeschlossen. Mit ihrem radikalen Negativismus stand die DNP jedoch allein und fand bei den Wählern nicht den erhofften Widerhall: 1925 erhielt sie nur ca. 10% der deutschen Stimmen (10 Abg.). *Lodgman von Auen*, seit 1924 Vors. der Partei, trat daraufhin zurück, sein Nachfolger wurde *H. Brunar*. In der Folgezeit trat ein auf ein gewisses Maß an Ausgleich bedachter Flügel innerhalb der DNP unter *A. Rosche* in Erscheinung, der sich aber nicht durchsetzen konnte und 1928 die Partei verließ, um sich im Juli mit der DEUTSCHDEMOKRATISCHEN FREIHEITSPARTEI zur → DEUTSCHEN ARBEITS- UND WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT (DAWG) zusammenzuschließen. Für die DNP, die in ihrer unflexiblen, starr dogmatischen Haltung verharrte, bedeutete diese Abspaltung weiteren Stimmenverlust, sie erhielt 1929 nur noch 7 Mandate, woraufhin *K. Schöppe* den Vorsitz übernahm, ohne daß sich die politische Linie der Partei dadurch änderte. 1933 teilte sie das Geschick der → DNSAP: sie wurde durch das im »Volkssport-Prozeß« zutage tretende Material belastet und kam einem drohenden Verbot am 21. 10. 1933 durch Selbstauflösung zuvor. Ihre Anhänger und Funktionäre schlossen sich der SUDETENDEUTSCHEN HEIMATFRONT (→ SUDETENDEUTSCHE PARTEI) an. [We]

Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP). Völkisch-nationalistische und ursprünglich antikapitalistische Vertretung der Sudetendeutschen in der ČSR.

Gründung: Die DNSAP war die direkte Nachfolgerin der 1903/04 entstandenen DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (→ Österreich, DEUTSCHNATIONALE PARTEIEN...). Den Namen DNSAP nahm sie auf dem Reichsparteitag in Wien am 5. 5. 1918 an.

Programm: in ihren auf dem Parteitag 1918 beschlossenen »Parteigrundsätzen« setzte die DNSAP zwei Schwerpunkte: das großdeutschnationalistische Bekenntnis zur »Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des gesamten deutschen Volkes«, die es durch die Errichtung eines alle deutschen Siedlungsgebiete umfassenden Deutschen Reiches zu realisieren gelte sowie die Forderung nach Aufbau einer antikapitalistischen, genossenschaftlich orientierten Gesellschaft, die Arbeitenden aller Schichten und Stände, sofern sie deutscher Herkunft seien, eine gesicherte Existenz vermitteln könne. Nicht grundsätzlich gegen Privatwirtschaft und -eigentum eingestellt und von daher antimarxistisch, verlangte die DNSAP jedoch die Überführung privater Betriebe, besonders von Großbetrieben, in »völkische Selbstverwaltungskörper, sofern sie das Gemeinwohl schädigten«, was in erster Li ie einen sozial, weniger rassisch begründeten Antisemitismus implizierte.

Organisation: Die Auflösung der Donaumonarchie überstand die DNSAP ohne nennenswerte organisatorische Probleme. Die in Aussig ansässige Zentrale bestand weiter, zwei Landesleitungen für Böhmen bzw. Mähren/Schlesien waren 21 Bezirksverbände, diesen wiederum die Lokalorganisationen unterstellt. 1927 wurden die Bezirksverbände aufgehoben, stattdessen – wie schon einmal 1919 – Kreisorganisationen eingerichtet. Der Parteivorstand, seit 1927 nur noch aus 3 Mitgliedern bestehend, wurde durch Wahl bestimmt, die Festlegung auf ein »Führerprinzip« erfolgte nicht. – Presse: Hauptorgan war die Tageszeitung ›Der Tag‹ (Dux, seit 1924 Aussig), für Mähren und Schlesien erschien zweimal wöchentlich die ›Neue Zeit‹, ferner gab es eine Anzahl zumeist wöchentlich erscheinender Kreis- und Bezirksblätter.

Geschichte: Der Wechsel in den neuen tschechoslowakischen Staat bewirkte bei der DNSAP kaum Einbußen an Kontinuität. Die personelle Zusammensetzung der Führungsspitze blieb nahezu unverändert: *H. Knirsch* als Parteivors., *R. Jung*, der mit seinem Buch »Der deutsche Sozialismus«, 1919, der Partei eine Art ideologisches Fundament gab und später *Knirschs* Nachfolger wurde, *H. Krebs* als Parteisekretär. Was die Zielsetzungen der DNSAP betraf, so hielt sie zwar an ihrem Programm vom Mai 1918 fest, doch bewirkte der Wechsel der Staatszugehörigkeit eine erhebliche Akzentuierung der völkisch-nationalistischen Aussagen, mit dem Kernpunkt des vollen Selbstbestimmungsrechts innerhalb des neuen »Zwangsstaats«. An dieser Forderung hielt die Partei bis zu ihrem Ende nahezu unverändert fest. Schon frühzeitig erfolgten Kontakte zu den deutschen Nationalsozialisten im Reich und in Österreich, eine erste gemeinsame Tagung fand im August 1920 in Salzburg statt. Mit dem Erstarken der NSDAP geriet die DNSAP zunehmend unter deren Einfluß, was zu Spannungen innerhalb der Partei führte: 1929 verließ der Vors. der »Völkischen Gewerkschaften«, *A. Fahrner*, die DNSAP, da er für einen sozial bestimmten Kurs keine Chance mehr sah. Bei den Wahlen 1920 schloß sich die DNSAP mit der → DEUTSCHEN NATIONALPARTEI zur DEUTSCHEN WÄHLERGEMEINSCHAFT zusammen, die 15 Mandate erzielte, 5 davon waren zuvor vertraglich der DNSAP zugesichert worden. 1925 und 1929 trat sie allein zur Wahl an und konnte ihr Resultat auf 7 (10% der deutschen Stimmen) bzw. 8 Abg. verbessern. Hochburg der Partei war der Bezirk Gablonz, wo überwiegend Kleinbürger und Angehörige der unteren Beamtenränge, deren Arbeitsplätze aufgrund restriktiver Durchführung der staatlichen Verordnungen gefährdet waren, für die DNSAP stimmten. – Die enge Anlehnung an die deutsche NSDAP, die die DNSAP de facto zu deren Filiale auf tschechoslowakischem Boden werden ließ, veranlaßte die tschechischen Behörden zu einer genauen Überprüfung. Als ein Prozeß gegen den »Volkssport-Verband«, eine als »Versammlungsschutz« deklarierte Organisation der Partei nach SA-Vorbild, zu dem Ergebnis subversiver Tätigkeit mit dem Ziel der gewaltsamen Loslösung tschechischen Staatsgebietes kam, löste sich die Partei am 28. 9. 1933 selbst auf, um einem Verbot, das am 4. 10. 1933 auch erfolgte, zuvorzukommen. *Jung* und *Krebs* flohen nach Deutschland, die meisten Mitglieder und Anhänger wechselten zur SUDETENDEUTSCHEN HEIMATFRONT (→ SUDETENDEUTSCHE PARTEI) über. [We]

Deutsche Partei (DP). Am 8. 10. 1938 von *F. Karmasin* begründete nationalsozialistische Sammlungsbewegung der deutschen Bevölkerung in der Slowakei und Nachfolgeorganisation der → KARPATENDEUTSCHEN PARTEI. Bei den Landtagswahlen vom 18. 12. 1938 kandidierte sie auf der slowakischen Einheitsliste, im Parlament der »Slowakischen Republik« war sie mit 2 Abg. vertreten (*Karmasin* und *J. Steinhübel*). Die Partei war nach dem Führerprinzip organisiert. 1940 gehörten ihr ca. 60 000 Mitglieder an und damit nahezu alle Erwachsenen der insgesamt 180 000 Deutschen. Presseorgane waren der ›Grenzbote‹ und ›Deutsche Stimmen‹. [We]

H. Dress, Slowakei und faschistische Neuordnung Europas 1939–1941, Ostberlin 1972.

Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP).

Gründung: Auf dem Gründungsparteitag in Teplitz (30./8.–3. 9. 1919) konstituierte sich die DSAP als selbständige Partei aus den ehemaligen

Landesverbänden Böhmen, Mähren und Schlesien der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (→ Österreich).

Programm: Auf dem Gründungsparteitag erfolgten gezielte programmatische Aussagen nur im nationalitätenpolitischen Bereich. In Anlehnung an das Brünner Nationalitätenprogramm der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS erhob die DSAP eine Reihe von Maximalforderungen, wonach »die Nationen als nationale Selbstverwaltungskörperschaften ... Selbstverwaltung ihrer nationalen Angelegenheiten durch demokratische Nationalräte und von diesen eingesetzte Nationalregierungen« erhalten sollten. Über diese Forderungen hinaus gab es kein ausformuliertes Programm, in Grundzügen wurde das Programm von 1901 beibehalten. Der IX. Parteitag 1932 bestimmte zwar eine Programmkommission, die ein Programm ausarbeiten sollte, doch blieben deren Beratungen, sofern sie überhaupt erfolgten, ohne Resultat.

Organisation: Die DSAP hielt an dem demokratischen Aufbau aus der Zeit der Monarchie fest bzw. paßte diesen der neuen Situation an. So trat an die Stelle der bisherigen 3 Landesleitungen eine einheitliche Aufgliederung des Gebietes der ČSR in Kreise, die ab 1926 den Wahlkreisen entsprachen. Als untere Organisationsstufe bestanden Bezirks- und Lokalorganisationen (Ortsgruppen).

Presse: ›Volkswille‹ (Tagesztg., 1919 ff.); ›Volksfreund‹ (Brünn 1919 ff.); ›Sozialdemokrat‹ (Prag 1921 ff.); sowie weitere Lokalzeitungen. Theoretische Monatsschrift: ›Tribüne‹ (1928–1934).

Geschichte: Die Ausrufung der tschechoslowakischen Republik bedeutete für die bis dahin als Landesverband der österreichischen Sozialdemokratie fungierenden deutschböhmischen Sozialdemokraten den Zwang zur Selbständigkeit. Noch vor der Konstituierung als eigenständige Partei sahen sie sich zur Stellungnahme in der drängenden Frage der künftigen staatsrechtlichen Stellung für den deutschen Bevölkerungsteil gezwungen. Unter der Führung ihres Vors. *J. Seliger* traten sie zunächst für die völlige Abtrennung der deutschsprachigen Gebiete vom tschechischen Staat ein, in den folgenden Monaten erfolgte jedoch ein allmählicher Sinneswandel im Hinblick auf eine Annäherung an den neuen Staat. Dies äußerte sich zunächst in der Beteiligung an den von der tschechoslowakischen Nationalversammlung ausgeschriebenen Gemeindewahlen vom Juni 1919, aus denen die Sozialdemokraten als stärkste deutsche Gruppierung hervorgingen. Der Verlauf der Friedensverhandlungen von St. Germain, der keine Aussicht auf Realisierung eines uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechtes für die Deutschen erkennen ließ und die seitens des Deutschen Reiches vollzogene Anerkennung der tschechoslowakischen Staatsgrenzen als Bestandteil des Versailler Vertrages gaben schließlich den Ausschlag für eine realitätsbezogene Politik, als deren Ergebnis sich die DSAP konstituierte, wobei der Zusatz »in der Tschechoslowakischen Republik« in den Parteinamen auch nach außen hin die Anerkennung der ČSR dokumentierte. Mit dieser eindeutigen Aussage stand die DSAP unter den deutschen Parteien allerdings allein da. Ihre weitere Politik ist dadurch charakterisiert, daß sie zwar ihre Forderung nach Selbstbestimmungsrecht uneingeschränkt aufrechterhielt, andererseits aber nicht gewillt war, der Frage des nationalen Ausgleichs Vorrang vor ihren sozialistischen Zielsetzungen einzuräumen. Unter diesem Gesichtspunkt lehnte sie gemeinsame nationale Aktionen mit dem deutschen Bürgertum ab und suchte statt dessen mehr ein Bündnis mit den tschechoslowakischen Sozialdemokraten. Da letzteres jedoch sich aufgrund der nationalpolitischen Gegensätze als nicht realisierbar erwies, stand die Partei am Ende allein und isoliert. – Die Parlamentswahlen vom 18. 4. 1920 brachten ihr jedoch zunächst einen großen Erfolg: sie erhielt 43 % der deutschen Stimmen und wurde mit 31 Mandaten zweitstärkste Partei überhaupt. Ihre Position wurde jedoch schon in den folgenden Wochen durch die massiv auftretende innerparteiliche Linksopposition erschüttert. Schon seit 1919 hatte sich ein linksradikaler Flügel unter Führung von *K. Kreibich* gebildet (Presseorgan: ›Vorwärts‹, Reichenberg), der sich in der »Reichenberger Prinzipienerklärung« vom 9. 5. 1920 zur III. Internationale bekannte und das Beharren auf den Selbstbestimmungsforderungen als Verrat an der internationalen Geschlossenheit des Proletariats kritisierte. Auf dem II. Parteitag der DSAP in Karlsbad (3.–7. 10. 1920) gelang es *Seliger*, die Einheit der Partei noch einmal zu wahren, nach seinem Tod (18. 10. 1920) war die Spaltung nicht mehr aufzuhalten und am 12.–15. 3. 1921 konstituierte sich die Linke als KOMMUNISTISCHE PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI (DEUTSCHE ABTEILUNG), SEKTION DER KOMINTERN, die sich später der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI anschloß. Für die DSAP bedeutete dies den Verlust von ca. einem Drittel ihrer Mitglieder und vielerorts der Organisationsgrundlagen; erschwert wurde ihre Situation noch dadurch, daß bald nach *Seliger* auch der 2. Vors. und Generalsekretär *K. Čermák* und der stellv. Vors. *O. Hillebrand* starben und damit eine Neubesetzung der Führungspositionen erforderlich wurde. Nachfolger *Seligers* wurde *L. Czech*, der auch nicht annähernd über die Ausstrahlungskraft seines Vorgängers verfügte. Er wie auch der seit 1924 als Generalsekretär amtierende *S. Taub* stammten aus Mähren, wodurch der mährische Flügel in der DSAP mehr in den Vordergrund trat. Dies bedeutete, daß die dort traditionell bevorzugt verfolgte Behandlung sozialer Probleme in der Politik der Partei an Gewicht gewann auf Kosten der Nationalitätenpolitik. Diese Akzentverschiebung wurde seitens der Wählerschaft nicht honoriert. Es gelang der DSAP mit dieser Politik nicht, Wähler aus dem bürgerlichen natio-

nal gesinnten Lager zu gewinnen, als Ausgleich für die linken Wählerschichten, die sie an die Kommunisten verloren hatte. 1925 erhielt sie nur noch 24% der deutschen Stimmen und 17 Mandate. Die gleichzeitige, noch verheerendere Niederlage der tschechoslowakischen Sozialdemokraten bewirkte, daß beide Parteien sich um Annäherung bemühten (gemeinsamer Parteitag in Prag-Smíchov, 28./29. 1. 1928). Es gelang dies jedoch nur bedingt und nur durch die Ausklammerung der nationalitätenpolitischen Problematik. Eine Fusion oder auch nur eine wirksame Koordination der politischen Arbeit erfolgten nicht. – Die Wahlen von 1929 brachten beiden Parteien wieder Stimmengewinne (DSAP: 31% der deutschen Stimmen, 21 Sitze) und dokumentierten damit eine Aufweichung der nationalen Fronten. In Konsequenz dessen traten beide sozialdemokratischen Parteien in die neue Regierung ein, seitens der DSAP *Czech* als Minister für soziale Fürsorge. Damit hatte die DSAP einen Schritt vollzogen, der sich wenig segensreich für sie auswirken sollte. Die Verantwortung für die Folgeerscheinungen der Weltwirtschaftskrise, die sich besonders in Nordböhmen spürbar machten, wurden jetzt seitens der deutschen Bevölkerung auch ihr angelastet, wobei durch ihre Vernachlässigung der nationalen deutschen Belange sich die Wähler doppelt im Stich gelassen fühlten. Innerhalb der Partei regte sich bald heftige Kritik, die der Führung vorwarf, die Interessen der deutschen Arbeiter in der Regierung nicht hinreichend vertreten zu können. Ein durch *R. Reitzer* auf dem IX. Parteitag (29. 10.–1. 11. 1932) vorgebrachter Antrag auf Austritt aus der Koalition wurde zwar von der Delegiertenmehrheit abgelehnt, die innerparteiliche Opposition verstummte jedoch nicht, sondern sammelte sich um die in Brünn erscheinende Zeitschrift ›Sozialistische Aktion‹ und entwarf ein Programm, daß die Sicherung des Staates durch gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Arbeiter und Kleinbauern anstrebte, um deren Abwandern ins faschistische Lager zu verhindern. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei endeten mit dem Ausschluß der Herausgeber der ›Sozialistischen Aktion‹ (Nov. 1934). Wie sehr jedoch ihre Kritik an der Parteiführung und deren Mangel an klaren politischen Aussagen berechtigt gewesen war, zeigten die Wahlen 1935, bei denen die DSAP nur noch 11 Mandate erhielt. Sieger war die → SUDETENDEUTSCHE PARTEI. Dem sprunghaften Anwachsen des Nationalsozialismus unter der deutschen Bevölkerung suchte in der DSAP eine Gruppe durch eine neue Strategie zu begegnen, die darauf zielte, auch den Sozialismus durch Akzentuierung des nationalen Gedankens für das Bürgertum attraktiver zu machen. Hauptvertreter dieses von *O. Strasser* beeinflußten »Volkssozialismus« waren *W. Jaksch* und *E. Franzel*. Ersterer, seit 1935 stellv. Vors., suchte auf dieser Grundlage das Gespräch mit Vertretern des → BUNDES DER LANDWIRTE (BdL) und der → DEUTSCHEN CHRISTLICHSOZIALEN VOLKSPARTEI (DCVP) als den beiden noch außer der DSAP verbliebenen demokratischen Parteien, mit dem Ziel, sich der Regierung als demokratische Stütze anzubieten gegen eine Berücksichtigung der nationalen deutschen Forderungen und der Anerkennung der Deutschen als »zweitem Staatsvolk«. Obwohl die tschechische Seite im Februar 1937 diesen Forderungen der »Jungaktivisten« ein gewisses Entgegenkommen entgegenbrachte (Februar-Abkommen), reichte dies nicht mehr, um ein Überlaufen weiterer Wähler zur SdP bei den Kommunalwahlen 1938 zu verhindern. – Auf dem letzten (XI.) Parteitag der DSAP (18.–21. 3. 1938) wurde *Jaksch* zum neuen Vors. gewählt. Die DSAP war jetzt – nachdem auch DCVP und BdL sich unter dem Eindruck des deutschen Einmarsches in Österreich der SdP angeschlossen hatten – die einzige deutsche »aktivistische« Partei, beteiligte sich jedoch nicht mehr an der Regierung. – Nach der Angliederung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich stellte die DSAP ihre Tätigkeit ein, ein Großteil ihrer Anhänger verschwand, besonders nach der Besetzung der »Rest-Tschechei« in deutschen Gefängnissen oder emigrierte. In Großbritannien scheiterten Verhandlungen zwischen *Jaksch* und *Beneš* über eine Beteiligung der DSAP an der Londoner Exilregierung. Zum einen war die Forderung der DSAP nach einem Autonomiestatus für die Deutschen in der Nachkriegszeit unvereinbar mit der tschechischen These von einer Kontinuität des Staates und der Nichtigkeit des Münchner Abkommens, zum anderen befürchtete *Beneš* von einer Zusammenarbeit mit den Deutschen negative Auswirkungen auf die Widerstandsbewegung im Lande. Statt dessen begann er immer stärker der radikalen Lösung einer Aussiedlung der Deutschen aus der ČSR zuzuneigen, 1943 brach er die Gespräche mit der DSAP-Führung ab. Nachdem die Aussiedlungspolitik der tschechoslowakischen Regierung auch von den Großmächten sanktioniert worden war, gab es für die deutschen Emigranten keine Rückkehr in die Heimat mehr. [WE]

J. W. Brügel, Ludwig Czech, Arbeiterführer und Staatsmann, Wien 1960; M. K. Bachstein, Programmdiskussion und Krise in der DSAP. In: Bohemia, Bd. 11, Jg. 1970; Ders., Wenzel Jaksch und die Sudetendeutsche Sozialdemokratie, 1974.

Deutsch-Ungarische Sozialdemokratische Partei (DUSDP). Zusammenschluß deutscher und ungarischer Sozialdemokraten in der Westslowakei für die Wahlen 1920, bei denen die Partei 4 Mandate erhielt. Sie verlor schon bald einen großen Teil ihrer Anhänger an die → KOMMUNISTISCHE PARTEI; daraufhin schlossen sich die deutschen Sozialdemokraten bereits Ende 1920 der DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI an, die ungarische Sektion bestand bis 1926, als sie auf dem Parteitag von Neuhäusel den tschechoslowakischen Sozialdemokraten beitrat. – Presse: Zeitung ›Volksrecht‹. [WE]

F. Jahn, Die Deutschen in der Slowakei in den Jahren 1918–1929, 1971.

Freisinnige Nationalpartei (Národní strana svobodomyslná) auch: Jungtschechen (Mladočeši) Politische Vertretung des liberal-demokratischen Bürgertums im 19. Jh.

Gründung: 1874 in Prag durch *J.* und *E. Grégr, K. Sladkovský* u. a.

Programm: Die Partei kämpfte vor allem für die Anerkennung des böhmischen historischen Staatsrechtes und dafür, daß in seinem Rahmen den Ländern der böhmischen Krone (Böhmen, Mähren, Schlesien) ein solches Maß an selbständigem staatlichen Leben eingeräumt werde, wie es den historischen Rechten und praktischen Bedürfnissen der tschechischen Nation entspreche. Sie lehnte den Wiener Zentralismus entschieden ab und verlangte für die Tschechen einen gerechten Anteil an der Staatsmacht in allen ihren Bereichen. Sie verteidigte die Unteilbarkeit der böhmischen Länder, beharrte auf dem Prinzip der Zweisprachigkeit der Beamten und verlangte gerechte Volkszählungen nach der Muttersprache sowie den gesetzlichen Schutz der Minderheiten. Als freisinnige Partei trat sie für das allgemeine Wahlrecht, die Bürgerrechte und die Gleichberechtigung aller Bekenntnisse ein. Der Notverordnungsparagraph 14 sollte abgeschafft und die Kompetenz der Landtage so weit wie möglich erweitert werden. Im kulturellen Bereich erstrebte die Partei primär ein fortschrittlicheres Schulwesen, eine zweite tschechische Universität (in Mähren) und die Erweiterung des Fachschulwesens. Im Bereich der Außenpolitik wollten die Jungtschechen das tschechische Element stärker verwendet wissen, das Verhältnis zu Ungarn sollte klar geregelt und Pressionen abgewiesen werden. Weitere Forderungen waren gerechtere Verteilung der Steuerlast und Verkürzung des Militärdienstes, wirtschaftliche Förderung aller Volksschichten durch gesetzliche Maßnahmen zur Arrondierungen und finanziellen Verbesserungen, vor allem durch Ausbau des Genossenschaftswesens und der Kreditorganisationen. Auch für die Förderung der Industrie trat die Partei in jeder Richtung ein.

Organisation: Die Parteiorganisation gründete auf einem relativ engen Netz von Vertrauensleuten auf Orts- und Kreisebene sowie auf zentralen Gremien, den gewählten Aktions- und den Vollzugsausschüssen. In Prag waren Zentren der Parteiarbeit der »Klub der Nationalfreisinnigen Partei« und der »Nationale Klub«. Presse: Tageszeitungen ›Národní listy‹ in Prag und ›Český deník‹.

Geschichte: Das national, freisinnig und demokratisch eingestellte Bürgertum war mit der passiven staatsrechtlichen Opposition und der engen Bindung an die konservativen Kräfte im Lande, besonders den feudalen Großgrundbesitz, durch die Honoratioren der NATIONALPARTEI nicht mehr einverstanden. 1874 verselbständigte sich die jungtschechische radikale demokratische Richtung der → NATIONALPARTEI (Alttschechen), die es seit den Anfängen parteipolitischen Lebens schon gegeben hatte, als Freisinnige Nationalpartei. Den Anlaß bildete die Entscheidung von 3 jungtschechischen Landtagskandidaten, ihre Mandate im Landtag wahrzunehmen, entgegen dem Beschluß der NATIONALPARTEI, neben dem Reichsrat auch den böhmischen Landtag zu boykottieren. Auf einem Parteitag 1875 beschlossen die Freisinnigen dann die weitere Teilnahme am Landtag, in den Reichsrat jedoch vorerst keine Abg. zu entsenden. 1889 brachte der Beitritt der »Realisten« *T. G. Masaryk, J. Kaizl* und *K. Kramář* so starke Anregungen, daß die Jungtschechen bei den Wahlen 1891 die Alttschechen vollständig verdrängten und die politische Führung der tschechischen Nation in Wien bis 1906 übernahmen. Bis 1896 standen sie im Reichsrat in unbedingter Opposition, von da an vertraten sie eine »Politik der freien Hand«, meistens die Politik der Wiener Regierungen, an denen sie sich mit einigen Ministern beteiligten. Seit 1901 waren *Kramář* und *V. Škarda* Parteiführer geworden, die 1908 eine Parteireform durchführten und neue Männer vor allem aus den fortschrittlichen Gruppierungen in die Partei aufnahmen wie *A. Rašín, Z. Tobolka* u. a.

Die Jungtschechen arbeiteten für die wirtschaftliche und kulturelle Stärkung der tschechischen Nation. Sie betrieben eine positive Politik im Bewußtsein, daß der Kampf um politische Unabhängigkeit solange zu führen wäre, bis die Karte Europas neu gezeichnet würde.

Nach 1906 wurden sie zur Partei des wohlhabenden nationalen Bürgertums, das Geldinstituten, Großhandel und Industrie verbunden war. Sie umfaßten aber auch Teile der Beamtenschaft, der Angestellten und Arbeiter. Durch ihren Einsatz für die Wahlrechtsreform erwarb sich die Partei auch die Sympathie der jungen tschechischen Intelligenz, die ihr freilich oft nur vorübergehend angehörte und sie wieder verließ, als sie ihre frühere Radikalität mehr und mehr ablegte und zu einer »positiveren« und aktivistischeren Haltung fand. Während der 90er Jahre kam es daraufhin zu einer ganzen Reihe von Abspaltungen und Parteineugründungen. – 1897 beteiligten sich Teile der Jungtschechen unter Führung von *V. Klofáč* an der Entstehung der NATIONAL-SOZIALEN PARTEI (→ TSCHECHOSLOWAKISCHE NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI); im gleichen Jahr gründete eine Gruppe um *A. Hajn* die RADIKAL-FORTSCHRITTLICHE PARTEI (Strana radikalně pokroková). 1899 entstand die von *K. Baxa* geführte RADIKALE STAATSRECHTSPARTEI (Strana radikálně státoprávní), 1900 die TSCHECHISCHE VOLKSPARTEI, die sich 1906 mit den Radikal-Fortschrittlichen zur → TSCHECHISCHEN FORTSCHRITTSPARTEI vereinigte. Teile von dieser stießen 1908 zu *Baxas* Radikalen Staatsrechtlern, die daraufhin die Bezeichnung STAATSRECHTLICH-FORTSCHRITTLICHE PARTEI (Strana státoprávně pokroková) annahm. 1911 stellte die Freisinnige Nationalpartei aufgrund eines Wahlabkommens mit den Nationalsozialisten noch 14 Reichstagsabgeordnete. Nach dem Umsturz von 1918 schlossen sich die Jungtschechen mit den

Staatsrechtlern und einem Teil der Fortschrittspartei zur TSCHECHISCHEN STAATSRECHTLICHEN DEMOKRATIE, der späteren → TSCHECHOSLOWAKISCHEN NATIONALDEMOKRATIE zusammen. [RI]

Z. Tobolka, Politické dějiny československého národa, Bd. 3, 4, Prag 1936/37.

Jüdische Partei (Židovská strana). Die Verfassung der ČSR anerkannte die Juden nicht nur als religiöse, sondern auch als nationale Minderheit. Bei der Volkszählung von 1921 bekannten sich zwar 354 342 Personen zum jüdischen Glaubensbekenntnis, davon jedoch nur etwa die Hälfte zur jüdischen Nationalität. Diese wiederum teilten sich in die progressiv-liberalen, mehr auf die kulturelle Entwicklung bedachten Zionisten und die konservativ-orthodoxen Juden. Diese Teilung wirkte sich auch politisch aus: Die konservativ-orthodoxe Minderheit verweigerte der vorwiegend von den Zionisten getragenen am 5./6. 1. 1919 gegründeten Jüdischen Partei weitgehend die Unterstützung, da ihnen diese als zu fortschrittlich erschien. Statt dessen stellten sie ihr mit Unterstützung der tschechischen Agrarier als eigene Organisation 1924 die JÜDISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI (Židovská demokratická strana), 1925 die JÜDISCHE WIRTSCHAFTSPARTEI entgegen; Ergebnis dieser Spaltung war, daß keine der Parteien ein Mandat erhielt. 1929 schloß die Jüdische Partei daraufhin ein Wahlbündnis mit den polnischen Parteien und vermochte auf diesem Wege 2 Abg. ins Parlament zu entsenden, die auch 1935 gewählt wurden. Sie standen in kritischer Loyalität zur Regierung und setzten sich besonders für eine Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts und die kulturellen Belange der Juden vor allem auf dem Schulsektor ein. – Halboffizielles Presseorgan der Jüdischen Partei waren die Zeitungen ›Selbstwehr‹ und ›Židovské zprávy‹. – Nach dem Münchner Abkommen wurde die Partei in der Slowakei und in Karpatenrußland verboten, in den anderen Landesteilen mußte sie ihre Tätigkeit einstellen. [WE]

→ Christlichsoziale Landespartei.

Jungtschechen (Mladočeši) → Freisinnige Nationalpartei.

Karpatendeutsche Partei (KdP). Im Juli 1928 in Wagendrüsel von *R. Steinacker, K. Manouschek, F. Karmasin* u. a. gegründete Partei, die es sich zum Ziel setzte, die Belange aller in der Slowakei und in Karpatenrußland ansässigen Deutschen zu vertreten und die Gewährung kultureller Autonomie für sie durchzusetzen. 1929 kandidierte die KdP auf einer gemeinsamen Liste mit dem BUND DER LANDWIRTE und der DEUTSCHEN ARBEITS- UND WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT unter dem Namen DEUTSCHE WAHLGEMEINSCHAFT; sie bekannte sich zu diesem Zeitpunkt noch zum tschechoslowakischen Staat. Unter dem Einfluß von *Karmasin,* der dem sudetendeutschen »Kameradschaftsbund« angehörte (→ SUDETENDEUTSCHE PARTEI), geriet die KdP mehr und mehr in nationalistisches Fahrwasser; nach der Gründung der SUDETENDEUTSCHEN PARTEI (SdP), unterstellte sie sich dieser und wurde zu deren Vertretung in der Slowakei. Damit geriet sie in Gegensatz zu der → ZIPSER DEUTSCHEN PARTEI (ZDP), der es bis 1939 gelang, sich in der Zips gegenüber der KdP zu behaupten. – Bei den Wahlen 1935 erzielte die KdP im Wahlbündnis mit der SdP 1 Mandat, bei den Gemeinderatswahlen vom Mai 1938 die übergroße Mehrheit der deutschen Stimmen in der Slowakei. – Im Zusammenhang mit der Sudetenkrise wurde die KdP unmittelbar vor dem Münchner Abkommen verboten, ihr Nachfolger wurde die → DEUTSCHE PARTEI. – Presseorgan der KdP war seit 1933 ›Deutsche Stimmen‹. [WE]

E. K. Jahn, Die Deutschen in der Slowakei in den Jahren 1918–1929, München 1971; P. Brosz, Die Karpatendeutschen in der Slowakei 1918–1945, 1972.

Karpatenrussische Arbeiterpartei der Kleinbauern und Landlosen (Karpatorusskaja trudovaja partija malozemelnych i bezzemelnych). Großrussisch orientierte Partei, die sich für die Einführung der russischen Sprache in den Schulen und die Orthodoxie einsetzte. Führer der Partei war *A. Gagatko,* der sie auch im Parlament vertrat. 1924 und 1935 ging sie Wahlbündnisse mit den tschechoslowakischen Nationalsozialisten, 1929 mit den Nationaldemokraten ein. Presseorgan war das Wochenblatt ›Russkaja Zemlja‹. [WE]

→ Christlichsoziale Landespartei.

Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (**KSČ,** Komunistická Strana Československa).

Gründung: 14./16. 5. 1921 in Prag.

Programm: Die KSČ hat niemals über ein eigenes Grundsatzprogramm verfügt. Versuche *B. Šmerals,* Anfang der 20er Jahre ein solches Programm auszuarbeiten, wurden im Zuge der Bolschewisierung der Partei unterbunden, stattdessen erfolgte 1928 die Verpflichtung auf das Grundsatzprogramm der Komintern. In den 50er Jahren erklärte *A. Novotný* das Programm der sowjetischen KPdSU als auch für die KSČ verbindlich und beendete damit erneute Bestrebungen innerhalb der Partei, zu einem eigenen Programm zu gelangen. Erst der später für illegal erklärte XIV. Parteitag unmittelbar nach der Besetzung des Landes durch die Truppen des Warschauer Paktes verpflichtete die Partei, bis zum nächsten Parteitag ein Programm vorzulegen, ein Vorhaben, das an der Entmachtung der Reformkommunisten scheiterte. Seitdem werden auf den Parteitagen lediglich einzelne »Aktionsprogramme« verabschiedet, die den Rahmen für die Tätigkeit der Partei bis zum nächsten Parteitag abgeben.

Organisation: Nachdem sich die KSČ auf ihrem Vereinigungskongreß 1921 ein erstes Organisationsstatut gegeben hatte, wurde dies in der Folgezeit auf Druck der Komintern mehr und mehr nach dem Muster der KPdSU abgewandelt.

(1924 u. a. Umwandlung des bisherigen »Vollzugsausschusses« in ein ZK mit Politbüro und Sekretariaten, Bildung von »Betriebszellen« als organisatorische Grundeinheiten). Diese strikte Analogie zum Moskauer Vorbild ist bis heute beibehalten. Nach den Grundsätzen des »Demokratischen Zentralismus« aufgebaut, werden einerseits die leitenden Organe von unten nach oben gewählt, während andererseits die Beschlüsse der höheren Organe für die unteren uneingeschränkt verbindlich sind. Der alle 4 Jahre zusammentretende Kongreß ist oberstes Parteigremium, das über Programm, Satzung und die Parteilinie entscheidet. Zwischen den Kongressen wacht das alle 4 Monate zusammentretende und aus ca. 120 Mitgliedern bestehende ZK über die Einhaltung der Kongreßbeschlüsse, es wählt aus seiner Mitte das aus 12 Mitgliedern und 2 Kandidaten bestehende Präsidium (früher Politbüro) und das Sekretariat des ZK, die in der Parteihierarchie eigentlichen Machtträger. Die Parteigliederung nach unten erfolgt durch regionale Organisationen (Kreisorganisationen – Bezirksorganisationen – Ortsausschüsse – Grundorganisationen). – In der Slowakei trägt die dortige Gebietsorganisation den Namen KOMMUNISTISCHE PARTEI DER SLOWAKEI (KSS, Komunistická strana Slovenska), sie ist ähnlich gegliedert. Wenn auch auf dem Papier eine eigenständige Organisation, ist die KSS de facto fest mit der KSČ verbunden, in deren Führungsgremien auch Slowaken entscheidende Positionen innehaben und deren Beschlüsse für die KSS verbindlichen Charakter tragen.

Zu den wichtigsten der KSČ angeschlossenen Organisationen gehörten bzw. gehören der »Internationale Allgewerkschaftliche Verband« (1922–29), die »Roten Gewerkschaften« (1929–38), der Jugendverband »Kommunistische Jugend der Tschechoslowakei« (1921–36) bzw. seit 1949 »Tschechoslowakischer Jugendverband«.

Presse: Parteiorgan ›Rudé Právo‹ (seit 1921), ›Tvorba‹, ›Pravda‹ (Organ der KSS), ferner die Zeitschriften ›Dav‹ (1924–39), ›Život strany‹, ›Nová mysl‹.

Geschichte: Die KSČ entstand 1921 als Produkt des Zusammenwirkens mehrerer heterogener Gruppen, vor allem aus den verschiedenen linken Flügeln der nationalen sozialdemokratischen Parteien.

In der Sowjetunion hatten seit 1917 tschechische und slowakische Kriegsgefangene und Überläufer unter *A. Muna* die TSCHECHOSLOWAKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI IN RUßLAND (Československá komunistická strana na Rusi) mit der Zeitschrift ›Svoboda‹ in Kiew gegründet. Anarchokommunistische Gruppen um die Zeitschriften ›Kmen‹ und ›Červen‹ mit *S.K. Neumann, H. Sonnenschein* und *E. Vajtauer* sowie extremistische Reste der ehemaligen sog. »Fortschrittspartei«, die sich 1921 vom »Realistenklub« des Philosophen *E. Rádl* trennten und unter Führung von *Z. Nejedlý* ihrer bolschewistischen Neigungen wegen der extremen Linken zuwandten, taten sich zusammen. Schließlich näherte sich der linke Flügel der → DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI um *K. Kreibich* und der der tschechischen sozialdemokratischen Partei um *B. Šmeral* und *J. Skalák* einander. Die Deutschen bekannten sich in der »Reichenberger Prinzipienerklärung« vom 9. 5. 1920 zur III. Internationale, zu einem proletarischen Staat und dem Rätesystem. Als ihre Partei diese Grundsätze verwarf, kam es am 12./15. 3. 1921 zur Gründung der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI (DEUTSCHE ABTEILUNG), SEKTION DER KOMINTERN in einem Reichenberger Vorort. Auch in der Slowakei, wohin die ungarische Revolution im Juni 1919 übergegriffen und zur Ausrufung einer kurzlebigen Slowakischen Räterepublik geführt hatte, war es zur Spaltung der Sozialdemokraten gekommen; im Januar 1921 trennten sich die linken Sozialdemokraten in Lubochňa von der Mutterpartei.

Gegensätze dieser Gruppen untereinander, besonders aber *Šmerals* reservierte Haltung gegenüber der Komintern und seine Befürchtungen vor einem zu großen Einfluß Moskaus verhinderten zunächst den Zusammenschluß zu einer tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, wie er von der Komintern gefordert wurde. Erst *Lenins* persönliches Eingreifen bewirkte schließlich die Vereinigung von tschechischen, slowakischen und karpatoukrainischen Linken zur KSČ auf einem konstituierenden Kongreß in Prag am 14./16. 5. 1921. *Šmerals* hinhaltender Widerstand war in Moskau jedoch nicht vergessen und auf dem III. Komintern-Kongreß im Juni 1921 wurden schwere Vorwürfe gegen den »Šmeralismus« laut, so daß die Tschechoslowaken den Bruch mit der Komintern erwogen. Erst *Lenins* erneutes Eingreifen bewirkte einen Ausgleich, und die KSČ willigte in die als Vorbedingung für die Aufnahme in die Komintern gestellte Bedingung einer Vereinigung mit den anderen noch neben ihr bestehenden kommunistischen Gruppierungen ein. So kam es zum »Vereinigungskongreß« vom 30. 10. – 4. 11. 1921 in Prag, auf dem sich die deutschen und jüdischen Kommunisten der KSČ anschlossen.

In der Folgezeit lösten voneinander abweichende Ansichten des rechten Flügels (*Šmeral*) und des linken Flügels, der sich zur sog. reinen Moskauer Linie bekannte (*B. Jílek*) parteiinterne Auseinandersetzungen aus, die im September 1922 zum Ausschluß der linken Opposition führten; ein Schritt, der auf Weisung der Komintern im Dezember aber wieder rückgängig gemacht werden mußte. – Im Februar 1923 trat der I. ordentliche Parteitag der einheitlich organisierten KSČ zusammen und erließ Richtlinien für die organisatorischen Aufgaben der Zukunft. Der linke Flügel vermochte sich noch nicht durchzusetzen, doch bereits auf dem II. Parteitag (31. 10.–4. 11. 1924) gelang es ihm mit Unterstützung des Kominтern-Vertreters *Manuilskij* im neugebildeten ZK die

Mehrheit zu stellen. Ferner setzte *Manuilskij* die »Bolschewisierung« und Umorganisierung der KSČ auf der Basis von Betriebszellen durch, entsprechend den Beschlüssen des V. Komintern-Kongresses.

Gegen diese Bevormundung durch die Komintern trat der Abg. *J. Bubník* auf und verlangte die Trennung von Moskau. Daraufhin wurde er wegen »parteischädigenden Verhaltens« und »Opportunismus« am 18. 2. 1925 aus der Partei ausgeschlossen. Die Krise hatte jedoch weitere Folgen; prominente gemäßigte Parteimitglieder traten »wegen der diktatorischen Befehlshaberei seitens der Moskauer Führung« aus. Für die KSČ bedeutete dies, daß sie mehr und mehr aus einer legal arbeitenden Massenpartei zu einer im Interesse der Komintern halb illegalen berufsrevolutionären Stoßtruppe wurde. *Bubník* blieb Abg. der im März 1925 gegründeten UNABHÄNGIGEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI (Nezávislá komunistická strana Československa), der weitere 7 kommunistische Abg. beitraten, die aber alle schon am Jahresende zur Sozialdemokratie übergingen. – In der KSČ bestimmten jetzt noch ungehinderter die Linken als treue Gefolgsleute der Komintern den Kurs. Auf dem III. Parteitag (September 1925) wurde *Jílek* zum Generalsekretär gewählt, als Vertreter der slowakischen Linken kam erstmals *K. Gottwald* in das ZK, während *Šmeral* und seine Anhänger mehr und mehr an Einfluß verloren. Sehr zupaß kam den Linken der für die Partei selbst etwas unerwartete Erfolg bei den Wahlen zur Nationalversammlung im November 1925: die KSČ erhielt 13,2 % der Stimmen (41 Mandate), wurde damit zur stärksten Arbeiterpartei und zur zweitstärksten Partei überhaupt. Dieser Erfolg kam um so überraschender, als der Mitgliederstand der Partei als Folge der »Bolschewisierung« von ca. 400 000 bei der Gründung 1921 auf nur noch ca. 93 000 kontinuierlich zurückgegangen war. Wenn die Partei dennoch ein so gutes Ergebnis erzielen konnte, so war dies wohl in erster Linie auf ihre Attraktivität auf »Protestwähler« aller politischer Schattierungen zurückzuführen. Die Bilanz ihrer parlamentarischen Arbeit war und blieb völlig negativ und beschränkte sich auf – zumeist in rüdem Ton vorgetragene – Obstruktion bei häufig grotesker Fehleinschätzung der politischen und ökonomischen Situation des Landes. Ein von den tschechoslowakischen Sozialdemokraten unterbreitetes Angebot zur Bildung einer Regierung aus allen sozialistischen Parteien wurde denn auch abgelehnt. 1926 – 1928 wandte sich eine kleine, aber einflußreiche »trotzkistische« Opposition aus Studentenfunktionären, Intellektuellen u. a., zu denen auch der deutsche Abg. *A. Neurath* gehörte, gegen die Aufgabe linker revolutionärer Zielsetzungen und kritisierte das repressive Vorgehen gegen die Opposition in der Sowjetunion. Auch diese Kritiker erreichten nichts anderes als ihren eigenen Ausschluß aus der Partei. – Das Jahr 1928 brachte der KSČ das Fiasko des »Roten Tages«. Diese als »Heerschau der Kraft und des Einflusses der Partei« geplante Massenveranstaltung vom 6. 7. in Prag wurde zu einer ungeordneten Demonstration von ca. 6 000 statt wie erwartet 120 000 Teilnehmern. Für die Parteiführung um *Jílek* bedeutete dieser Mißerfolg einen schweren Schlag, auf den eine noch radikalere Gruppe um *K. Gottwald* und *R. Slánský* nur gewartet hatte. Diesen war es gelungen, sich der Unterstützung der Komintern zu versichern, und auf dem V. Parteitag (18.–23. 2. 1929) verdrängten sie *Jílek* und seine Anhänger von den entscheidenden Positionen; an die Spitze des ZK wurde *Gottwald* gewählt. War die gemäßigte und auf eine gewisse Unabhängigkeit bedachte Richtung in der KSČ, deren Hauptvertreter *Šmeral* gewesen war, schon durch *Jílek* weitgehend ihres Einflusses beraubt worden, so bedeuteten die Ereignisse des V. Parteitages ihre vollständige Entmachtung und die totale Unterwerfung der Partei, deren Mitgliederzahl inzwischen den Tiefstand von ca. 20 000 erreicht hatte, unter die Moskauer Richtlinien. In ZK und Politbüro saßen jetzt nur noch Vertreter der radikalen »Bolschewisierung«, was u. a. dazu führte, daß sich der größte Teil des kommunistischen »Internationalen allgewerkschaftlichen Verbandes« unter *A. Hais* von der Partei abwandte, da »diese vor lauter Phrasen und inneren Zerwürfnissen für die Arbeiter nichts mehr tun könne«. Dadurch ermutigt erklärten im März 1929 26 kommunistische Abg. und Senatoren »daß der ultralinke Kurs der Partei zum politischen Bankrott führe, daß der Partei die Gefahr drohe, sich in eine Sekte zu verwandeln.« Alle 26 wurden ausgeschlossen, die meisten wandten sich der Sozialdemokratie zu. Desgleichen wurde auch eine Reihe von Journalisten und Schriftstellern aus der KSČ ausgeschlossen, unter ihnen *S.K. Neumann*, der zu ihren Gründern gezählt hatte.

Der desolate Zustand der Partei fand seinen Niederschlag in dem Wahlergebnis vom Oktober 1929, wo ihr Stimmenanteil auf 10,2 % (30 Mandate) zurückging. Die Folge waren erneute Auseinandersetzungen. Eine oppositionelle Fraktion, die sich noch radikaler als die Ultra-Linken unter *Gottwald* gebärdete, formierte sich um die neuen ZK-Mitglieder *J. Hrubý* und *E. Klinger*, während Oppositionszentren außerhalb der Partei in Brünn und Kladno (»Lenin-Opposition«) und die kommunistischen Gewerkschaftler vergeblich versuchten, einen Zusammenschluß aller oppositionellen Gruppen zu erreichen, um die KSČ von ihrer bürokratischen Verknöcherung und politisch verfehlten Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie abzubringen. – Daß es jedoch auch innerhalb der Gottwald-Fraktion noch kritische Stimmen gab, zeigte die »Affäre Guttmann«. *Guttmann* war auf dem V. Parteitag in das ZK und das Politbüro gewählt und 1932 zum XII. Plenum der Komintern nach Moskau gesandt worden, wo er den deutschen Kommunisten eine »allzu rote« Auffassung von der Ei

heitsfront vorwarf, welche politische Verbündete abschrecke, den Kampf gegen den Faschismus schwäche und damit zu *Hitlers* Sieg beitrage. Er wandte sich damit gegen die auch von der KSČ praktizierte These vom »Sozialfaschismus« der Sozialdemokratie. Auch dieser Verstoß gegen die Moskauer Linie wurde mit dem Parteiausschluß geahndet. *Z. Kalandra*, Redakteur der kommunistischen Wochenzeitung ›Tvorba‹, nahm *Guttmanns* Kritik auf und kritisierte die Moskauer Prozesse und die Arroganz der Sowjets. Auf dem VII. Parteitag (11.–14. 4. 1936) entzog man ihm die Redaktion der ›Tvorba‹ und seinen Parteiausweis. Beide Oppositionelle gründeten daraufhin die antistalinistische Zeitschrift ›Proletář‹. – Alle diese Aktionen und Reaktionen konnten das Abgleiten der Partei unter *Gottwalds* Führung in ein bedingungslos *Stalin* verherrlichendes Gremium nicht verhindern. Dem entsprach auch, daß die KSČ nach dem VII. Kominternkongreß 1935 ganz im Sinne der von Moskau jetzt dekretierten Volksfront-Linie plötzlich ihren bisherigen parlamentarischen Stil ablegte und auf dem VII. Parteitag ihre Entschlossenheit bekundete, die Republik zu schützen. Auf der gleichen Linie lag die Verurteilung des Münchener Abkommens durch die KSČ und der damit verbundene Aufruf zur Verteidigung der Republik.

Nach dem Münchener Abkommen, während der Zweiten Republik stellte die KSČ angesichts des drohenden Verbotes – das am 27. 12. 1938 auch erfolgte – ihre Tätigkeit am 9. 10. 1938 in der Slowakei, am 20. 10. in den anderen Gebieten ein, nicht ohne bereits mit dem Aufbau eines illegalen Netzes begonnen zu haben. Eine effektive Widerstandsarbeit scheiterte jedoch zunächst an den Folgen des deutsch-sowjetischen Paktes. Die Auslandsleitung der KSČ in Moskau mit *Gottwald* an der Spitze untersagte eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Widerstandskreisen und warnte vor offenen Aktionen gegen die deutsche Besatzungsmacht. Für die auf propagandistische Tätigkeit und Erhaltung ihrer Organisation beschränkte Partei bedeutete dies, daß sie die Widerstandsaktivitäten und den daraus resultierenden Prestigegewinn bei der tschechischen Bevölkerung den nationalen Kreisen überlassen mußte. Dies änderte sich jedoch schlagartig nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941, aufgrund dessen die Partei jetzt sowohl in die bis dahin abgelehnte Zusammenarbeit mit der Exilregierung *Beneš* in London einwilligte wie auch in die Aufnahme des bewaffneten Widerstandes auf dem Territorium der früheren ČSR. Dessen Verlauf bezahlte sie mit schweren Opfern, ca. 25 000 ihrer Mitglieder wurden verhaftet, eine große Zahl hingerichtet. In der Slowakei wurde der kommunistische Widerstand von der im Oktober 1939 illegal konstituierten KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SLOWAKEI (KSS, Komunistická strana Slovenska) getragen, die in dem slowakischen Aufstand von 1944 eine zentrale Rolle spielte und die zunächst unabhängig neben der KSČ bestand. Am 17. 9. 1944 vereinigte sie sich mit den slowakischen Sozialdemokraten auf einem Kongreß in Neusohl. – Im Verlauf des Krieges nahm die Verständigung zwischen Kommunisten und Exilregierung *Beneš* immer konkretere Formen an, nicht zuletzt als Folge des »Verrates von München«, der auch den Nichtkommunisten die UdSSR als den einzig zuverlässigen Partner bei der Gestaltung der Zukunft erscheinen ließ. Resultat dieser Annäherung war die Bildung der »Regierung der Nationalen Front« am 4. 4. 1945 in Košice (→ Einleitung), auf deren Zusammensetzung und Programm KSČ und KSS bestimmenden Einfluß hatten. – Das politische Klima war den Kommunisten nach der Befreiung großer Teile des Landes durch die Rote Armee günstig. Die Mitgliederzahl der KSČ stieg auf über 100 000 und bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung am 26. 5. 1946 erhielten sie 114 von 300 Sitzen. Ministerpräsident der anschließend gebildeten Regierung der Nationalen Front wurde der Parteivors. *Gottwald*. Diese an sich schon starke Position der KSČ wurde noch verstärkt und gestützt durch den beherrschenden Einfluß Moskaus auf die innertschechische Politik im Zeichen des Kalten Krieges. Durch geschicktes Taktieren gelang es *Gottwald* im Februar 1948, die bürgerlichen Parteien auszumanövrieren und die KSČ zum alleinigen Machtträger zu machen (→ Einleitung). Die Folgezeit war gekennzeichnet durch den Versuch, mittels gewaltiger Mitgliederwerbung (Anstieg auf 2,42 Mill.) bei gleichzeitiger Säuberungsaktion alle Bereiche des öffentlichen Lebens mit Kadern der Partei zu durchsetzen. Die »klassenmäßige Herkunft« galt dabei als einziges Kriterium, was zu einer die künftige Entwicklung charakterisierenden Diskriminierung der Intelligenz des Landes führte. Halbherzige Erwägungen auch seitens der tschechischen Führung, einen den tschechischen Gegebenheiten entsprechenden eigenen Weg zum Sozialismus zu entwickeln, wurden angesichts des ausbrechenden »Kalten Krieges« und der scharfen sowjetischen Reaktion schnell fallengelassen, die Moskauer Linie als einzige Richtschnur anerkannt. – Dennoch konnte von einer innerparteilichen Homogenität nicht die Rede sein. Drei Machtzentren bildeten sich heraus: neben der Führungsgruppe um den Vors. *Gottwald* und den Vors. der Gewerkschaften *Zápotocký* die Gruppe um den Generalsekretär *R. Slánský*, die wichtige Schaltstellen in Partei und Regierung besetzt hielt, und die slowakischen Nationalkommunisten um *G. Husák*, *V. Clementis* u. a. Der sich anbahnende Machtkampf führte zunächst zur Ausschaltung der Slowaken; diese hatten versucht, auch nach der am 17./18. 11. 1948 vollzogenen Vereinigung von KSČ und KSS ein gewisses Maß an Eigenständigkeit aufrechtzuerhalten. Ihre Führungsmitglieder wurden trotz auf dem II. Parteitag der KSS im Mai 1950 vollzogener Selbstkritik aus dem ZK entfernt, 1951 verhaftet und verurteilt. Der zweite

Schritt war die Entmachtung *Slánskýs* und seiner Anhänger, nachdem sich *Gottwald* der Unterstützung *Stalins* vergewissert hatte. Mit der Verhaftung des »parteifeindlichen Zentrums um *R. Slánský*« (28. 11. 1951), der der Prozeß und die Hinrichtung fast aller Angeklagten folgte (Nov./Dez. 1952), erreichte die von Moskau gelenkte und vor dem Hintergrund des Stalinschen Bestrebens nach vollständiger Unterwerfung aller kommunistischer Parteien zu sehende Säuberungswelle ihren Höhepunkt; in ihrem Verlauf waren ca. 13 000 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden.

Die Entstalinisierung im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU erfolgte in der ČSR nur sehr zögernd. Zwar wurde auf dem X. Parteitag des KSČ (11.–15. 6. 1954) das Prinzip der »kollektiven Führung« stärker herausgestellt, dem Nachfolger des im März 1953 verstorbenen *Gottwald, A. Novotný,* gelang es jedoch, den Parteivorsitz bald wieder zu einer zunehmend autokratischen Machtstellung auszubauen. 1957 wurde er als Nachfolger des verstorbenen *Zápotocký* auch zum Präsidenten der Republik gewählt und vereinte damit die nach dem Tod *Gottwalds* getrennten Ämter wieder in einer Hand. *Novotný* verstand es, die vom XX. Parteitag ausgehenden Reformbestrebungen für das Gebiet der ČSR weitgehend zu neutralisieren, auch die Unruhen in Polen und der Volksaufstand in Ungarn 1956 erregten lediglich in der Slowakei eine gewisse Resonanz, nicht aber in Böhmen und Mähren. Stattdessen brachten die Jahre 1957 und 1958 eine erneute als antirevisionistisch deklarierte Säuberungswelle in Partei und Staat. Erst auf die erneute Verurteilung des Personenkultes durch den XXII. Parteitag der KPdSU, 1961, reagierte *Novotný* mit offener Kritik an *Stalin* (Beschluß, dessen Prager Denkmal, größtes der Welt, zu entfernen) und deutete Bereitschaft zur Revision der politischen Prozesse der Stalinzeit an. Gleichzeitig ließ er den Innenminister *Barák* wegen »Amtsmißbrauch« verurteilen und entledigte sich damit eines möglichen Konkurrenten auf dem Wege der endlich eingeleiteten Entstalinisierung. – Der neue Kurs bewirkte besonders in der Slowakei, wo *A. Dubček* seit dem 8. 4. 1963 die Position des Generalsekretärs der KSS innehatte, eine spürbare Liberalisierung. – Die folgenden Jahre brachten zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten, denen 1965 mit einem unter der Leitung von *O. Šik* ausgearbeiteten Reformprogramm begegnet werden sollte. Es war Ergebnis und gleichzeitig erneute Initialzündung eines Prozesses der ideologischen Lockerung, in dessen Verlauf die reformerischen Kräfte in teilweise heftigen Auseinandersetzungen mit den Konservativen um *Novotný* mehr und mehr an Boden gewannen. Den Ausschlag für *Novotnýs* Sturz gab sein schlechtes Verhältnis zur Slowakei, das eine gegen ihn gerichtete Fronde geradezu provozierte, in der sich die slowakischen Konservativen um *V. Bil'ak* und die Progressiven um *Dubček* vereinten. Als *Novotný* auch in Moskau nicht mehr die erhoffte Unterstützung fand, trat er am 5. 1. 1968 als Generalsekretär zurück, seine Nachfolge trat *Dubček* an. Wichtige Positionen in Sekretariat und Präsidium des ZK fielen an Reformer wie *Smrkovský, Kriegl, Šik, Goldstücker* u. a. In den folgenden Monaten versuchte die neue Führung ein umfassendes Reformprogramm in die Tat umzusetzen, das ganz im Zeichen einer alle Bereiche des öffentlichen Lebens umfassenden Demokratisierung stand, wie sie in keinem kommunistischen Land je vorgekommen war. (u. a. Parlament als einzige künftige Legislative, Lösung der Gewerkschaften von ihrer Parteibindung, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.) Plötzlichkeit und Ausmaß dieses Prozesses ließen in Moskau die Befürchtung entstehen, daß die KSČ die Entwicklung nicht mehr in der Hand habe und die Situation in der ČSR auch auf andere Ostblockstaaten überspringen könne. Daraufhin erfolgte am 21. 8. 1968 die militärische Intervention der Staaten des Warschauer Paktes mit Ausnahme Rumäniens auf ein angebliches Hilfeersuchen ungenannter Funktionäre aus den Reihen der KSČ hin. *Dubček* und seine Anhänger vermochten sich zwar aufgrund ihres großen Rückhaltes in der Bevölkerung noch einige Monate zu halten, wurden dann jedoch schrittweise entmachtet und schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Ihre Positionen nahmen Moskauer Gefolgsleute ein. *Dubčeks* Nachfolger wurde *Husák,* der zunächst noch den Eindruck zu vermitteln vermochte, dem Land werde ein gewisses Maß an Liberalität erhalten bleiben. Dies erwies sich als Illusion. Im Zuge einer umfassenden Massensäuberung wurden im Laufe des Jahres 1970 alle »Rechtsopportunisten« – insgesamt 259 670 Parteimitglieder – ausgeschlossen. Die folgenden Jahre brachten ein Abgleiten in die aus der Geschichte der KSČ sattsam bekannten Phänomene der Intellektuellenfeindlichkeit und des Dogmatismus. *Husák,* seit Mai 1975 auch Staatspräsident als Nachfolger des 1968 in dieses Amt gewählten *L. Svoboda,* konnte oder wollte diese Entwicklung ebensowenig verhindern wie die 1979 vollzogenen Prozesse gegen Regimekritiker aus den Reihen der Dissidentenbewegung »Charta 77«. [WE]

W. Oschlies, Tschechoslowakei, in: H. Dahm, F. Kool (Hg.), Die Technik der Macht, 1974; Ders., Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei als politische Organisation 1920–1938, in: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979; H. Kuhn, Zeittafel zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, 1973; Z. Hejzlar, Reformkommunismus, 1976.

Nationale faschistische Gemeinde (NOF, Národní obec fašistická). Nach *Mussolinis* Marsch auf Rom im Oktober 1921 bildeten sich seit Anfang 1922 in den böhmischen Ländern einige politische Gruppen, die sich zum Faschismus bekannten. Es waren das in Böhmen die sogen. »Rot-Weißen« (Červenobílí) und die »Nationale Bewegung« (Národní hnutí), in Mähren die Faschisten um die Zeitschrift ›Hanakische Repu-

blik‹ (Hanacká republika) unter *R. Mach.* 1923/24 vereinigten sich einige faschistische Gruppen unter dem Namen TSCHECHOSLOWAKISCHE FASCHISTEN-NATIONALE ERWECKUNGSBEWEGUNG (Československí fašisté-národní hnutí obrodné). Der ehemalige Divisionskommandeur General *R. Gajda* stellte sich an ihre Spitze, Generalsekretär wurde *R. Mach.* Am 23. 3. 1926 nahmen die führenden Vertreter der Bewegung zu Pardubitz die Bezeichnung Nationale faschistische Gemeinde (NOF) an und gaben sich eine Organisationsordnung ähnlich der Gliederung der italienischen Faschisten in Sektionen, Syndikaten und Standesorganisationen. Es wurden Gewerkschaften, die Jugendorganisation »Omladina« (Jugend) und die Faschistische Studentenunion gegründet, ferner Ordnereinheiten in schwarzen Uniformen, die sich später »Stoßtruppen« nannten.

Die tschechischen Faschisten verstanden sich als eine nationalistische und antisemitische Volksbewegung. Ihre Anhängerschaft blieb klein und hing vielfach von der Unterstützung durch bürgerliche Parteien bzw. deren rechte Flügel ab. Im besonderen standen die Nationaldemokraten den Faschisten bei. Bei den Wahlen von 1929 verbanden sich die Faschisten mit radikalen Slawischen Sozialisten *J. Stříbrnýs* (→ TSCHECHOSLOWAKISCHE NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEI) und gewannen 3 Mandate. In den 30er Jahren verstärkte die NOF in der Zeit der Wirtschaftskrise ihren Einfluß besonders auf dem Lande, wo es häufig zum Bündnis mit den Agrariern (→ REPUBLIKANISCHE PARTEI) kam, so daß sie 1936 6 Mandate erringen konnte. – Zentralorgan der NOF war ›Říšská stráž‹, daneben ›Národní republika‹. Nach der Besetzung der ČSR durch *Hitler* kompromittierten sich die tschechischen Faschisten durch ihre Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht, die die NOF zwar einstellte, aber ihre Führer zur Bildung der »Nationalen Gemeinschaft« (»Národní souručenství«), der tschechischen Volksorganisation 1939–45, heranzog. [RI]

A. Gajanová, Dvojí tvář, Prag 1962.

Nationale Partei der Arbeit (Národní strana práce), 1925–1930 → Tschechoslowakische Nationaldemokratie.

Nationale Partei der Arbeit (**NSP,** Národní strana práce). Einzige Oppositionspartei der Zweiten Republik. Die NSP wurde am 11. 12. 1938 gegründet, als Zusammenschluß von Sozialdemokraten mit dem linken Flügel der TSCHECHOSLOWAKISCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN PARTEI (*K. Moudrý, J. Patejdl, F. Richter* u. a.), der die Eingliederung in die → PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT ablehnte. Die Führung der NSP lag bei *A. Hampl.* Das Programm der neuen Partei lehnte den Faschismus ab und forderte die Erhaltung demokratischer Freiheiten; soziale Reformen, Einrichtung von Arbeiterkammern und behutsame Kritik der herrschenden Wirtschaftsordnung waren weitere wesentliche Züge des NSP-Programms. Meist stand die Partei in loyaler Opposition zur Regierung. Es scheint, daß das Zweiparteiensystem zwischen Regierungschef *Beran* und Oppositionsführer *Hampl* abgesprochen worden war. Im Parlament entfielen auf die NSP 33 der insgesamt 144 Mandate. Die eigentlich nur geduldete Partei endete mit der Protektoratserrichtung nach dem 15. 3. 1939. Ihre Führung empfahl den Mitgliedern den Beitritt zur neuen Einheitsorganisation »Nationale Gemeinschaft«, die sich als politischer parteiähnlicher faschistischer Verband aber nicht durchsetzen konnte. [RI]

L. M. Hájek, Od Mnichova k 15. breznu, Praha 1958.

Nationalpartei (Národní strana). Die Nationalpartei, die auch die Bezeichnung ALTTSCHECHEN (Staročeši) trug, war bis 1874 die einzige parteipolitische Formation des tschechischen Volkes. In ihr sammelten sich seit 1860 die politisch aktiven tschechischen Bürger, die den nationalen Idealen ihres Volkes ergeben waren und für dessen kulturelle Freiheit sowie für Wirtschaftsliberalismus eintraten. Gründer der Partei waren der Historiker *F. Palacký* sowie dessen Schwiegersohn *F. L. Rieger;* später führten *A. Bráf* und *K. Mattuš* die Partei.

Programm: Die Nationalpartei bekannte sich zum böhmischen historischen Staatsrecht (→ Einleitung). Die Erhaltung der Monarchie und die Einheit der bewaffneten Macht, die allerdings Nationalbewußtsein und -sprache zu berücksichtigen habe, wurden anerkannt, Selbstverwaltung und Landtagskompetenzen müßten verteidigt und gestärkt werden. Nur durch völlige Gleichberechtigung der deutschen und tschechischen Nation wäre der Frieden in Reich und Ländern zu sichern. Die Partei forderte die verfassungsmäßig eingeräumten Freiheitsrechte, Achtung vor religiöser Überzeugung und Anerkennung der Religion als Grundlage der allgemeinen Sittlichkeit. Weitere Programmpunkte waren die Forderung einer zweiten tschechischen Universität sowie die Vermehrung der Zahl der Mittelschulen (Gymnasien). Für die volkswirtschaftliche Entwicklung des tschechischen Lebensraumes sollte mehr getan werden, die Folgen der Abhängigkeit von Deutschland wären zu fürchten, vor allem wenn die wirtschaftlichen Aufgaben im Osten des Reiches übersehen würden. Die Landwirtschaft müßte allseitig gefördert und durch Zölle geschützt werden. Die Industrie wäre durch öffentliche Aufträge zu sichern und ein Kartellgesetz notwendig. Das Gewerbe sollte durch seine Organisation von Übertechnisierung und moralisch untauglichen Elementen freigehalten werden. Die Nationalpartei trat ferner für die Entwicklung einer modernen Sozialgesetzgebung ein und begrüßte die von der Regierung betriebenen Versicherungsreformen; sie wünschte für Industriearbeiterschaft und für die Landarbeiter die gleiche Fürsorge.

Organisation: Als echte Honoratiorenpartei verfügten die Alttschechen über keinen organisierten Aufbau. In Prag hatten sie zwei Verbände: den »Český Klub« als politisches und den »Pražský Klub« als gesellschaftliches Zentrum.

Presse: ›Hlas národa‹.

Geschichte: Von 1863–1879 stand die Nationalpartei im Reichsrat in Obstruktion, sie verweigerte dessen Beschickung mit ihren gewählten Vertretern, weil sie sich in hoffnungsloser Minderzahl wußte und ihren Forderungen auf Anerkennung des böhmischen Staatsrechts kein Gehör verleihen konnte. Nach Abgabe der sog. »Staatsrechtlichen Verwahrung« trat sie 1879 dem Parlament wieder bei, um hier das Möglichste für die wirtschaftliche und kulturelle Stärkung der Nation zu tun. Lange Zeit bestimmte die Nationalpartei als Sammlung des liberal-konservativen Bürgertums, seit 1861 im Bunde mit dem konservativen böhmischen Adel der Großgrundbesitzerkurie, der ebenfalls für Macht und Tradition des Königreiches eintrat, die tschechische Politik. Schon seit den Anfangsjahren gab es einen radikal-freisinnigen, demokratischen Flügel, der später als »Jungtschechen« bezeichnet wurde, unter *K. Sladkovský* und *J. Grégr* ihm stand die täglich erscheinende ›Národní listy‹ zur Verfügung. Über die konservative Politik der alttschechischen Mehrheit, deren Teilnahme am »Eisernen Ring« der Rechten, ihre Verbindung mit feudalem Adel und katholischer Hierarchie, gab es dauernde Auseinandersetzungen. Die Jungtschechen, hinter denen die junge Intelligenz, die kleinen Bürger und Landwirte standen, verwarfen die Einstellung der ursprünglichen Mehrheit entschieden.

Das Eintreten für die Punktationen, den deutsch-tschechischen Ausgleich in Böhmen, brachte die Alttschechen 1891 um die politische Führung ihrer Nation, nachdem der freisinnige Flügel sich bereits 1874 von der Partei getrennt und als → Freisinnige Nationalpartei konstituiert hatte. Während die Nationalpartei im Wiener Parlament zur politischen Bedeutungslosigkeit herabsank, blieb ihr in den Landtagen zu Prag und Brünn, in Gemeinden und Verbänden noch einiger Einfluß. In Mähren, wo das Parteiwesen später eingesetzt hatte als in Böhmen und sich das alte Landesbewußtsein auch noch länger hielt, blieb die Nationalpartei die einzige namhafte tschechische Partei bis in die 90er Jahre. Ihr Organ war hier der 1863 gegründete ›Moravská orlice‹. Anfangs der 70er Jahre begannen sich aus der mährischen Nationalpartei die Volkspartei (Lidová strana), ein Zusammenschluß freisinnig und fortschrittlich Gesonnener, dann die Katholische Nationalpartei (Katolicko-národní strana) zu lösen (→ Tschechoslowakische Volkspartei). Die mährische Volkspartei bildete zunächst einen Bestandteil der → Freisinnigen Nationalpartei (Jungtschechen), in deren Prager Vollzugsausschuß sie Vertreter entsandte. Es kam bald wieder zum Kompromiß zwischen mährischen Alttschechen, die liberaler als die böhmischen waren, und den Anhängern der Volkspartei. Dieser neuerlichen Verbindung widersprachen jene jungen mährischen Intellektuellen, die den böhmischen Realisten und Jungtschechen nahestehende radikal-fortschrittliche und radikal-staatsrechtliche Verbände gründeten. So zerfiel die Partei auch in Mähren um die Jahrhundertwende, in Schlesien wenig später. Alle Versuche, die Nationalpartei zu beleben, besonders die des Parteitages von 1906, als *Bráf* und *Šolc* ein neues Programm erarbeiteten, das wieder konservativ und staatsrechtlich geprägt war, schlugen fehl. Von 1901 an wandten sich die Alttschechen ihren erfolgreicheren Rivalen, den Jungtschechen, immer mehr zu, so daß es bei den Wahlen meist zur Aufstellung gemeinsamer Kandidaten kam und die Abg. beider Parteien in Wien gemeinsam den »Tschechischen Klub« (Český klub) bildeten. Im allgemeinen unterstützten die Alttschechen überall die »positive« jungtschechische Politik gegen die radikalen Elemente der jüngeren Parteien.

Einflußreiche Presseorgane standen noch lange auf Seiten der Alttschechen, so die in breiten Schichten viel gelesene ›Národní politika‹ und die eigentliche Parteizeitung ›Hlas národa‹, die unter *Bráf* einen hohen Stand erreichte, nach 1914 aber unterging, weil sie zum Sprachrohr des österreichisch gesinnten Adels geworden war. Einige Jahre erschien in deutscher Sprache die ›Union‹.

Während des 1. Weltkrieges trat die Nationalpartei für die politische Vereinigung des tschechischen Volkes ein, sie war im Tschechischen Verband und im Nationalausschuß vertreten, wo sie mit *Mattuš* den Vors. stellte. Unter dem Namen »Národní strana« vereinten sich am 21. 3. 1916 Realisten, Alt- und Jungtschechen. Ziel der Neugründung unter *Mattuš*« war eine breite nationale Gemeinschaft zu verwirklichen. Wohl gelang ein Abkommen mit den Nationalsozialisten, doch schieden die Realisten bereits im Mai aus und das Bündnis zerbrach in seine Bestandteile.

Hatte die Nationalpartei ursprünglich eine eher aktivistische Politik vertreten, so siegte allmählich auch bei ihr die radikal anti-österreichische Einstellung und als im Februar 1918 sich die tschechoslowakisch gesinnte Partei der Tschechischen Staatsrechtlichen Demokratie, die spätere → Tschechoslowakische Nationaldemokratie bildete, schloß sie sich dieser am 3. 3. an und wurde wegen der eingebrachten Presse gern aufgenommen. [Ri]

Z. Tobolka, Politické dějiny československého národa, Bd. 3–4, Prag 1936–37.

Partei der Arbeit (**SP,** Strana práce). Januar 1946 von rechtsstehenden slowakischen Sozialdemokraten gegründet, die sich der Zusammenfassung der Kommunistischen Partei der Slowakei mit der slowakischen sozialdemokratischen Partei, wie sie auf dem Vereinigungsparteitag von 1944 in Banská Bystrica (Neusohl) beschlossen worden war, zu entziehen suchten. Bei den Wahlen im Mai 1946 gewann die SP auf eigener Liste

in der Slowakei zwei Mandate. Im November 1947 vereinigte sie sich mit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und ging mit dieser 1948 in der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI auf. [Ri]

Partei der Freiheit (Strana slobody). Am 25. 3. 1946 in der Absicht gegründet, jene katholischen Wähler, die nicht von der → DEMOKRATISCHEN PARTEI angesprochen wurden, politisch aufzufangen. Bei den Wahlen vom Mai 1946 erhielt sie 3 Mandate. Nach dem Februar-Umsturz 1948 bekannte sie sich zum Sozialismus, zur Führungsrolle der → KOMMUNISTISCHEN PARTEI (KSČ) und nahm das Programm der erneuerten Nationalen Front an, in der die KSČ die Richtung der politischen Entwicklung angibt. Seitdem ist die Partei nur noch im Rahmen der Einheitsliste der Nationalen Front wählbar. Als derzeit kleinste der tschechoslowakischen Parteien verfügt sie nur über die Wochenzeitung ›Svoboda‹, die mit einer Auflage von 6000 Stück erscheint. [Ri]

Partei der Nationalen Einheit (SNJ, Strana národní jednoty). Nach dem Münchener Abkommen kam es aus innen- wie außenpolitischen Ursachen zum Zerfall des tschechoslowakischen Parteiwesens. Intensive Vorbereitungen und schwere Auseinandersetzungen in den einzelnen Parteien hatten zwar nicht zur vom Volke gewünschten Reform des Parteiwesens geführt, wohl aber zu einem Zweiparteiensystem. Zur »führenden Staatspartei« erklärte sich am 18. 11. 1938 die Partei der nationalen Einheit, die aus dem Zusammenschluß von REPUBLIKANISCHER PARTEI, VOLKSPARTEI, GEWERBEPARTEI, NATIONALER FASCHISTISCHER GEMEINDE und der Mehrheit der tschechoslowakischen NATIONALSOZIALISTEN erwuchs. In fast jeder dieser Parteien gab es Flügel, die entweder für die Vereinigung oder für ei Fortbestehen als selbständige Partei waren.

Ziel der SNJ war es, als »politische Bewegung« alle nationalen Kräfte zu sammeln, zu befrieden und für eine autoritative Demokratie einzusetzen. Die erfolglosen Politiker der »Burg« sollten jungen und ehrenhaften Leuten weichen, die Schule national und gläubig werden und die Außenpolitik dafür sorgen, daß die Republik in Frieden mit allen Staaten, vor allem mit den Nachbarn, womit besonders Deutschland gemeint war, zusammenarbeiten werde. Der bisher dominierenden hussitischen Ideologie wurde nun die St. Wenzelstradition vorgezogen.

An der Spitze der neuen Partei stand der Führer der Republikaner *R. Beran*, ihm zur Seite die anderen ehemaligen Parteivorsitzenden. Sie umfaßte im Parlament 11 Abg., die Rolle der eher geduldeten Opposition fiel den 33 Abg. der → NATIONALEN PARTEI DER ARBEIT zu. In den 5 Monaten ihrer Existenz und unter der Bedrohung des Staates von außen überstand das Interessenkonglomerat der SNJ alle Krisen.

Mit der Zerschlagung der Zweiten Republik durch die Protektoratserrichtung am 15. 3. 1939 endete der Versuch, durch ein neues tschechisches Parteiensystem dem übermächtigen Nachbarstaat entgegenzukommen und gleichzeitig ein Minimum an demokratischer Ordnung zu erhalten. Die im Protektorat Böhmen und Mähren als Nachfolgerin der SNJ und der NSP gegründete Nationale Gemeinschaft (Národní souručenství) unter dem Vorsitz des ehemaligen Abg. der Agrarpartei *A. Hrubý* konnte sich zu keiner politischen Partei entwickeln. Sie wurde zu einer kollaborierenden Organisation. [Ri]

M. Hájek: Od Mnichova k 15. březnu [Von München zum 15. März], Prag 1958.

Partei der Slowakischen Erneuerung (SSO, Strana slovenskej obrody). Nach dem Februar-Umsturz am 8. 3. 1948 als Nachfolgeorganisation der → DEMOKRATISCHEN PARTEI, die nicht mehr auftreten durfte, gegründet. Seitdem ist die SSO nur noch im Rahmen der erneuerten, d. h. kommunistisch geführten Nationalen Front wählbar und entsendet in der Regel 4 bis 7 Abg. Parteivors. war bis 1957 *J. Ševčík*, nach dessen Ausschluß übernahm *J. Kyselý* die Führung. Organ ist die Tageszeitung ›Lud‹. [Ri]

V. Pavliček: Politické strany po Únoru I. [Polit. Parteien nach dem Februar 1948 I. Teil], Prag 1966.

Polnische Parteien. Vor 1918 hatten die in Ostschlesien um Teschen und Bielitz lebenden Polen in der Regel mit den Tschechen Schlesiens politisch in der Dachorganisation »Slawische Wahlgemeinschaft« zusammengearbeitet und jeweils zwei Reichsratsabgeordnete gestellt. Auch nach Gründung der ČSR traten im verkleinerten polnischen Siedlungsgebiet verschiedene Gruppen als polnische Parteien auf. Nach den Wahlen schlossen sich die Gewählten den ihnen zusagenden großen Parteien als Hospitanten an, allerdings konnten sich die Polen erst ab 1925 an den Parlamentswahlen beteiligen, da 1920 die Grenzfrage noch offen war.

Der VERBAND DER SCHLESISCHEN KATHOLIKEN (Związek śląskich katolików) vertrat programmgemäß neben den nationalen Interessen die christliche Weltanschauung. Sein Vors. war der Freistadter Rechtsanwalt *L. Wolf*, Abg. 1925–1929 als Hospitant der Agrarpartei und 1935–1938 als Hospitant der Slowakischen Volkspartei. Presseorgan des Verbandes war die Wochenzeitschrift ›Nasz Kraj‹ (Unser Land).

Die polnischen Protestanten sammelten sich in der POLNISCHEN VOLKSPARTEI (Polskie stronnictwo ludowe). Ihr Vors. war der Arzt *J. Buzek* aus Doubrava, 1925–1929 Abg., Hospitant der tschechoslowakischen Sozialdemokraten. Offizielles Organ war die Wochenschrift ›Ewangelik‹ (Der Protestant) in Teschen.

Kleinste der polnischen bürgerlichen Parteien war die 1908 gegründete SCHLESISCHE VOLKSPARTEI (Śląska partija ludowa). Ihr Ziel war die Vertretung der Slonzaken, der autochthonen Schlesier. Da sich die Slonzaken immer mehr den Polen

bzw. Tschechen oder Deutschen zuwandten, schwand die Bedeutung der Partei gegenüber der Vorkriegszeit, als ihr Vors. *J. Kozdon,* Bürgermeister von Teschen, noch Reichsratsabgeordneter war, und sie beteiligten sich nur noch an Kommunalwahlen. Seit 1923 gab *Kozdon* die Wochenschrift ›Nasz lud‹ (Unser Volk) heraus.

Die POLNISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI (Polska socjalistyczna partija robotnicza) stützte sich auf Arbeiterschaft und Gewerkschaften. Vors. war *E. Chobot,* als Abg. 1929–1935 Hospitant der tschechoslowakischen Sozialdemokraten. Presseorgan war die Wochenschrift ›Robotnik śląski‹.

Bis 1934 unterstützten die polnischen Parlamentarier, abgesehen vom Kommunisten *Sliwka,* die Regierung. Nach Abschluß des Deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes vom 26. 1. 1934 verschlechterten sich jedoch die Beziehungen zwischen Staat und polnischer Volksgruppe, deren Vertreter zu einer aggressiven Oppositionspolitik übergingen. Die polnischen bürgerlichen Parteien gründeten einen »Verständigungsausschuß« (Komitet porozumiewawczy stronnictw polskich) unter dem Abg. *Wolf,* der am 9. 5. 1938 in Teschen eine Deklaration mit den Forderungen nach Wiederherstellung des polnischen nationalen Besitzstandes von 1918/19 und Gewährung der Autonomie in allen Belangen verabschiedete. Mit der Abtretung des polnischen Siedlungsgebietes als Folge des Münchner Abkommens erlosch die Voraussetzung für den Bestand polnischer Parteien. [RI]

→ Christlichsoziale Landespartei.

Republikanische Partei des Landwirtschaftlichen und Kleinbäuerlichen Volkes (Republikánská strana zemědělského a malorolnického lidu), Agrarpartei, deren Basis die mittleren und kleineren Bauern und unteren Schichten der Landbevölkerung bildeten. Die Führung lag anfangs in den Händen der größeren Grundeigentümer, bevor sie an überwiegend aus kleineren ländlichen Verhältnissen stammende Funktionäre und Intelligenz überging.

Gründung: 6. 1. 1899 als TSCHECHISCHE AGRARPARTEI (Česká strana agrární). 1905 Fusion mit der TSCHECHISCHEN AGRARPARTEI FÜR MÄHREN UND SCHLESIEN (Česká strana agrární pro Moravu a Slezsko), dabei erhielt die Partei einen neuen Namen: TSCHECHOSLOWAKISCHE AGRARPARTEI (Československá strana agrární). Nach der Gründung der Republik wurde der Name in REPUBLIKANISCHE PARTEI DES TSCHECHOSLOWAKISCHEN LANDVOLKES (Republikánská strana československého venkova) geändert. 1922 wurde der Name endgültig festgelegt, es blieb jedoch auch weiterhin die populäre Bezeichnung »Agrarpartei«.

Programm: Anfänglich wurden als Programm der Bauernschaft die auf der gesamtösterreichischen Tagung der Bauernvertreter 1890 aufgestellten Programmpunkte angenommen. Es handelte sich lediglich um einen Forderungskatalog, der die wirtschaftlichen Entlastungen und politische Gleichberechtigung der Bauern beinhaltete. Nach der Parteigründung nahm das Parteiprogramm von 1903 neben den Formulierungen der wirtschaftlichen Interessen des Bauerntums nationale und antisozialistische Züge an. Es enthielt einige gegen den Großgrundbesitz gerichtete Thesen von *A. Šťastný,* vertrat aber vor allem die Interessen der reichen Bauern aus den Getreide- und Rübenanbaugebieten Böhmens. Ab 1905 setzte sich im Parteiprogramm die Auffassung *A. Švehlas* durch, daß die Partei die ganze Landbevölkerung zu repräsentieren hatte. Deshalb wurde besonders das Kleinbauerntum angesprochen und seine wirtschaftlichen und nationalen Interessen in das Parteiprogramm einbezogen. Mit der Aufstellung der Parole »Venkov jedna rodina« (Das Land – [als Gegensatz zu Stadt] – eine Familie) wurde auch ein starker antistädtischer Akzent gesetzt. Das Parteiprogramm von 1922 behielt seine Gültigkeit bis zum Ende der politischen Tätigkeit der Partei 1938. Es enthielt kaum konkrete politische Aussagen; seine Thesen appellierten an die Gefühle der Wähler in bezug auf das Bodeneigentum, die Nation und die Besonderheit des bäuerlichen Standes. Von der Verbundenheit mit dem Boden wird der Charakter der Nation und ihr Selbstbestimmungsrecht abgeleitet. Das »kapitalistische Bodeneigentum« wird als schädlich bezeichnet, positives Gegenbild ist der für das Volk und für den Staat arbeitende Bauer, den der Staat deshalb fördern solle. In den Programmabschnitt Familie, Gemeinde und Selbstverwaltung werden konservative Gedanken über die Familie als »Keimzelle der Gesellschaft« und der Rolle der Frau in der Familie entwickelt. Die Gemeinden sollen von den Bürgern verwaltet werden um den Staat auszubauen und ihn zu festigen. Dabei sollten gemäßigte Reformen und keine radikale Sprünge zur Weiterentwicklung des Bestehenden durchgeführt werden. Sehr vage ist der Programmabschnitt über das Verhältnis des Staates zur Kirche gefaßt. Die Trennung wird befürwortet; aus opportunistischen Gründen jedoch nicht konkretisiert. Ein umfangreiches Sozialprogramm sollte die soziale Sicherheit auch für die besitzlose Bevölkerung schaffen. Die Programmabschnitte »Nation, Heimat, Staat und Menschheit« sind bloß eine Darlegung der romantisch-nationalistischen Ideologie der Partei, die auf diese Art versuchte möglichst breiteste Schichten der einfachen Wählerschaft anzusprechen. Die allgemein gehaltene Fassung des Parteiprogramms ließ einen großen Spielraum für die Einfügung der konkreten Forderungen der Tagespolitik in die ideologische Welt des Agrarismus und sicherte gleichzeitig eine Stabilität der politisch-ideologischen Werte für die Wähler.

Organisation: Fast in jedem Dorf bestanden »politische Ortsorganisationen« der Partei. Ihnen wurden die Bezirks- und Ortsorganisationen übergeordnet. An der Spitze der Parteiorganisation stand der »Exekutivausschuß«, der vom Par-

teitag alle 3 Jahre gewählt wurde. Der Parteitag entschied wichtige Partei- und Programmfragen. Der Parteivorsitzende bzw. Vorsitzende des Exekutivausschusses war seit 1909 *Švehla*. Seit *Švehlas* Erkrankung, Ende der 20er Jahre, übernahm die Parteiführung allmählich der Parteisekretär *R. Beran*, der nach *Švehlas* Tod (1933) amtierender Stellvertretender Vors. und seit 1935 Vors. der Partei wurde.

Zahlreiche Verbände, die der Partei angehörten, spielten eine wichtige Vermittlerrolle zwischen ihr und ihren Mitgliedern. Der »Republikanische Bund der Tschechoslowakischen Gutsbesitzer« als Repräsentant der agrarischen Oberschicht hatte als Gegengewicht die zahlreichen Organisationen »Domovina« (Heimat), die in einer »Zentralen Heimat der Häusler und Kleinbauern« (Ustřední Domovina domkářů a malorolníků) zusammengeschlossen wurden. Die Organisation »Tschechoslowakisches Heim« wurde als Hausbesitzerorganisation vor allem in den Städten tätig. Während der Bodenreform entstand der konservative »Landesverband der altangesessenen Landwirte«. Daneben betätigten sich verschiedene Interessenverbände der Partei wie der »Zentralverband für die Heimindustrie« und eine Vielzahl der Vereinigungen der agrarischen Intelligenz, deren gesamtstaatlicher Verband 1922 gegründet wurde. In diesem »Verband der agrarischen Akademiker« wurden Parteimitglieder von Hochschulprofessoren über die Beamten und Funktionäre der Partei bis zu kleinstädtischen Rechtsanwälten und Dorflehrern tätig. Sie übernahmen die Aufgabe, die bildungspolitischen Ziele der Partei zu verwirklichen. Besonders enge Verbindung der agrarischen Akademiker bestand zu dem Jugendverband »Nachwuchs«. Als Organisation, die ausschließlich die Frauen ansprach, agierte die »Sektion der tschechoslowakischen Landfrauen«.

Von der Partei gelenkte Gewerkschaften vertraten verschiedenste Berufsinteressen wie der Gewerkschaftsverband »Republikanische Arbeitnehmerzentrale«, der die nichtlandwirtschaftlichen Arbeitnehmer vertrat, der »Zentralverband der Beamten, Lehrer und Angestellten« und der »Gewerkschaftsverband der Landwirtschafts- und Forstarbeitnehmer«. – Presse: Die Vorgänger der ersten Tageszeitung ›Venkov‹, die seit 1906 von *Švehla* herausgegeben wurde, waren die ›Selské noviny‹ *A. Šťastnýs*, die in den Jahren 1897 bis 1906 erscheinenden ›Obrana zemědělců‹ und die in Mähren erscheinenden ›Sleské listy‹. Im 1. Weltkrieg gesellten sich dazu die Zeitung ›Lidový deník‹ und ein Boulevardsblatt ›Večer‹. Nach der Republikgründung kamen noch die Tagesblätter ›Svoboda‹ in Brünn und ›Slovenský deník‹ dazu.

Geschichte: Der Wahlzensus gab in der 2. Hälfte des 19. Jh. den Bauern nur sehr geringe Möglichkeiten, ihre Interessen im Reichstag in Wien oder im Prager Landtag zu vertreten. Unter dem Eindruck der sinkenden Preise der landwirtschaftlichen Produkte in den 70er und 80er Jahren entstand eine Bauernbewegung, die zuerst in Volksversammlungen und später durch Gründung von Bauernorganisationen versuchte, auf die Landwirtschaftspolitik der Regierung Einfluß zu nehmen. 1887 wurde der »Südböhmische Landwirtschaftsverband« gegründet. 1889 schloß sich dieser Verband mit anderen böhmischen Organisationen zum »Bauernverein für das Königreich Böhmen« zusammen. Führer dieses Verbandes war *Šťastný*, dessen Zeitung ›Selské noviny‹ ein antiaristokratisches Programm (Bodenreform zur Schwächung der adligen Großgüter und zur Stärkung des bäuerlichen Mittelstandes, aber kein Wahlrecht für die Landarbeiter) auf dem Lande propagierte. Zuerst unterstützten die Bauernorganisationen die Jungtschechen, was diesen enorme Wahlgewinne brachte. Aber die Verbindung mit der Jungtschechischen Partei sicherte dem Bauerntum auf die Dauer nicht eine wirkungsvolle Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen, weil sich die Jungtschechen immer mehr städtisch-bürgerlich orientierten. In der 1896 gegründeten »Vereinigung tschechischer Landwirte«, die zunächst unter dem Einfluß der Jungtschechen stand, wurden die Tendenzen zur selbständigen Bauernpolitik spürbar, als deren Organ ›Obrana zemědělců‹ gegen die Jungtschechen auftrat und der Führer der Vereinigung *S. Kubr* die Jungtschechische Partei verließ. Am 6. 1. 1899 gründete die Vereinigung in Prag die TSCHECHISCHE AGRARPARTEI. Der konkrete Anlaß dazu waren die Meinungsverschiedenheiten der Bauernführer mit der Jungtschechischen Partei wegen der zollfreien Importe der Agrarprodukte aus Ungarn und des allgemeinen Wahlrechts. Diese beiden Forderungen der Jungtschechen betrachteten die Bauern als mit ihren eigenen Interessen unvereinbar. An der Spitze der Agrarpartei standen *Kubr* und *K. Prášek*. *Šťastnýs* »Bauernverein« schloß sich der Partei an. Schon die ersten Landtagswahlen – 1901 – brachten ihr 44 % der tschechischen Stimmen und 21 Sitze im Landtag.

In Mähren bestand seit 1883 der »Böhmisch-mährische Bauernverein für Mähren«, der politisch mit der Alttschechischen Partei verbunden war. Ein anderer Verband »Bauernverband für Mähren« konstituierte sich 1891 und wurde von den Jungtschechen initiiert. *Kubr* und *Prášek* betrieben rasch die Ausdehnung der Agrarpartei auf alle Länder der böhmischen Krone. Das konservative antiaristokratische und nur relativ demokratische Programm der Partei aus dem Jahre 1903 zog die Kreise um den »Bauernverband für Mähren« an und ermöglichte im Dezember 1904 in Olmütz die Gründung einer mährischen Schwesterpartei, der TSCHECHISCHEN AGRARPARTEI FÜR MÄHREN UND SCHLESIEN. Im Mai 1905 wurde in Prag die Partei vereinigt und erhielt den Namen TSCHECHOSLOWAKISCHE AGRARPARTEI. *Švehla* gab als Mitglied der neuen Parteiführung das alte, im Geiste der Bauernphilosophie von *Šťastný* verfaßte Parteiprogramm auf und setzte die Umwand-

lung der Partei in eine Massenpartei durch. Die Agrarier setzten sich nun energisch für das allgemeine Wahlrecht ein, sie unterstützten die sozialen Forderungen der kleinen Bauern und Häusler, die Organisation der Partei wurde verbessert und ihre Arbeitsgebiete erheblich erweitert (Tageszeitung ›Venkov‹ seit 1906, Beteiligung an der Arbeit der Kreditinstitute und Sparkassen, Gründung von Interessenverbänden und Genossenschaften u. a.). Nachdem das allgemeine Wahlrecht eingeführt worden war, errang die Partei in den Wahlen von 1907 im Reichsrat 28, 1911 38 Mandate. Während des 1. Weltkrieges kam es zu einer Annäherung der Agrarpartei an die Bauernbewegung in der Slowakei, die später zur Gründung der slowakischen Schwesterpartei Slowakische National- und Bauernpartei (Národná republikánská strana rol'nická) und letztlich zur Vereinigung der Parteien 1922 führte. Im August 1918 initiierte die Partei die Gründung der »Wirtschaftsräte«, die die Beseitigung der schlechten Versorgungslage der Bevölkerung zur Aufgabe hatten. Die Wirtschaftsräte waren nach dem Umsturz vom 28. 10. 1918 unter der agrarischen Führung in der Lage, als erste Hilfsorgane des Staates tätig zu sein. Im tschechoslowakischen Staate hatte die Agrarpartei, die sich jetzt Republikanische Partei des tschechoslowakischen Landvolks nannte, mehrere Schlüsselpositionen inne. Bis auf kurze Regierungszeiten der sog. Beamtenregierungen stellte die Partei bis zum Ende der 1. Republik den Innenminister und den Landwirtschaftsminister, seit 1920 auch den Ministerpräsidenten. Die von der Partei propagierte und bei ihrer Durchführung auch kontrollierte Bodenreform half die Autorität der Agrarier auf dem Lande zu festigen und auszubauen. Nachdem das Gesetz über die Bodenreform erlassen wurde (1919), organisierten sich Interessenverbände der Kleinbauern und Häusler, »Domoviny«, deren Zentrale der Partei unterstellt wurde. Die »Domovina« forderte ursprünglich eine radikale Aufteilung des Großgrundbesitzes. Der Einfluß der Agrarier in diesem Verband verhinderte die radikale Lösung der Agrarfrage und konnte durch mäßige Bodenzuteilungen die Anfang der 20er Jahre vorherrschende revolutionäre Stimmung auf dem Lande kanalisieren. Das »Staatliche Bodenamt«, das sich mit der Aufteilung des beschlagnahmten Bodenbesitzes (insges. 28,2 % des gesamten Bodens der Republik) befaßte, war von den Fachleuten der Agrarpartei besetzt, so daß die Durchführung der Bodenreform der Partei zufiel. Dadurch konnte die Partei ihre Position auf dem Lande weiter ausbauen. Die in der »Domovina« organisierten Kleinbauern und Häusler verließen die radikaleren sozialdemokratischen Positionen und wurden zu den Stammwählern der Agrarpartei. Auch die mittleren und großen Bauern stießen zu ihr, was durch Bodenverteilungen, Rückerstattungen des beschlagnahmten Bodens an die ehemaligen Besitzer und durch die Schaffung und Zuteilung von sog. Restgütern mit einer durchschnittlichen Größe von 100 ha erreicht wurde.

In der ersten Regierung *Kramář* stellten die Agrarier 3 Minister. Dieser Regierung folgte die sog. rot-grüne Koalition von Sozialdemokraten und Agrariern (Juli 1919 bis September 1920), in der erstmals auch *M. Hodža* einen Ministerposten hatte. Nach der Krise in der Sozialdemokratischen Partei und dem Rücktritt der Regierung *Tusar* wurde die Lösung der Situation in der Zusammenarbeit der fünf wichtigsten Parteien gefunden. In dem Fünferausschuß (Pětka, → Einleitung) spielte *Švehla* als sein Vors. eine maßgebende Rolle bei der Konsolidierung der innenpolitischen Situation im Lande. Als *Švehla* im Oktober 1922 das Amt des Ministerpräsidenten antrat, beauftragte er jedes der übrigen Mitglieder der Pětka mit der Führung eines Ministeriums. Diese »allnationale« Regierung blieb mit 3 Jahren Amtsführung am längsten an der Macht. Mit dem Amtsantritt *Švehlas* kam es zu engerer Zusammenarbeit der Agrarier mit dem deutschen Bund der Landwirte, die allerdings erst 1926 mit dem Eintritt der deutschen Partei in die Regierung Früchte trug. Diese Regierung des Bürgerblocks, die sog. »Herrenkoalition«, kam aufgrund der Einigung der Agrarparteien und der Christlichen Parteien über die Agrarzölle und Priesterbesoldungen zustande. Die Bemühungen der Agrarier, der Agrarproduktion größere Rentabilität zu sichern, führten zu immer größerem Protektionismus und zur Durchsetzung einer gesamtstaatlichen Lenkung der Landwirtschaft. Dadurch wurden die Einkünfte der landwirtschaftlichen Betriebe mit über 10 ha Fläche stabilisiert. Die kleinbäuerlichen Fleischproduzenten gerieten durch die Anhebung der Futtermittelpreise in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Auch die slowakischen und karpatoukrainischen Bauern wurden benachteiligt, da man die Getreideaufkaufpreise entsprechend der Entfernung von Prag staffelte und sie damit in den östlichen Gebieten des Landes wesentlich niedriger lagen als in Böhmen. Nach dem Abgang von *Švehla* aus der Politik bildete der Agrarier *F. Udržal* 1929 eine neue Regierung. Sein Kabinett wurde auch von den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten getragen. Die Wirtschaftskrise und die – nach Auffassung der Sozialisten – ungenügende Bekämpfung ihrer Folgen verursachten die Kündigung der Koalition seitens der Sozialisten und den Sturz der Regierung. Die neue Regierung des Agrariers *J. Malypetr* bekämpfte die Wirtschaftskrise mit stärkeren Interventionen des Staates und versuchte dessen Integrität mit der Hilfe des Ermächtigungsgesetzes zu erhalten. Für dieses Gesetz (Juni 1933) engagierte sich vor allem die extrem rechte Gruppe in der Partei um den Parteisekretär *Beran*, die sich immer mehr von den Burgtreuen (→ Einleitung) agrarischen Regierungsmitgliedern entfernte und sich zur Zusammenarbeit mit den tschechischen rechtsextremen Kreisen um *Gajda* verleiten ließ. Gleichzeitig erfolgte unter den agrarischen Kleinwählern ein

Abwanderungstrend zu der Sozialdemokratie und den Kommunisten. – Durch die Wahlniederlage der deutschen aktivistischen Parteien im Jahre 1935 wurde die Regierung *Malypetr* sehr geschwächt. Dennoch konnten die Agrarier im November 1935 eine Regierung unter *Hodža* aufstellen. Wegen der kurzen Regierungszeit und den innenpolitischen Problemen der Republik konnte *Hodža* keine Lösung der angespannten Lage bieten. Seine Regierung blieb bei der zentralistischen Politik. In der Frage der Slowakei und der Sudetendeutschen befand sich die Regierung in Abhängigkeit von dem Präsidenten *Beneš*. Die Parteiführung unter *Beran* suchte dagegen einen Dialog mit der SUDETENDEUTSCHEN PARTEI und mit dem Deutschen Reich. Während der Münchner Krise wurde eine Beamtenregierung unter dem General *Syrový* eingesetzt. Sie konnte die Katastrophe von München aber nicht abwenden und wurde im Dezember 1938 von der Regierung *Beran* abgelöst. *Beran,* der die Annäherung an Berlin forderte, löste die Partei im November 1938 auf, fusionierte mit den NATIONALDEMOKRATEN und der GEWERBEPARTEI und errichtete die → PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT. Wegen der Tätigkeit der agrarischen Politiker in der Protektoratsregierung und der Funktionäre der Partei in der Nationalen Gemeinschaft (→ PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT) wurde 1945 die Agrarpartei nicht in der ČSR zugelassen. Die nachweisbar vorhandenen demokratischen Elemente der Partei, die ihre Zulassung gerechtfertigt hätten, wurden nicht beachtet. Dabei spielte eine entscheidende Rolle die Taktik der Kommunisten im Kampf um die Macht im Staate und die Animosität des Präsidenten *Beneš* gegen die Agrarpartei. [HR]

E. Kučera/Z. Kučerová, O agrárnický stát, Praha 1955; H. Lemberg, Die agrarischen Parteien in den Böhmischen Ländern und in der Tschechoslowakischen Republik, in: W. Abel, G. Franz (Hg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, 1977; P. Heumos, Die Entwicklung organisierter agrarischer Interessen in den böhmischen Ländern und in der ČSR. Zur Entstehung und Machtstellung der Agrarpartei 1873–1938; M. Hrabik-Samal, Party Organisation as a Crucial Variable in the Growth or Loss of Supporters. The Case of the Republican Party in Inter-War Czechoslowakia; J. Pecháček, Das Ende der Agrarpartei und ihr Vorsitzender Rudolf Beran, alle drei in: K. Bosl (Hg.), Die erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979.

Russische Nationalautonome Partei (Russkaja nacionalno-avtonomnaja partija). Unmittelbar vor den Wahlen von 1935 gegründete Partei mit starken nationalistischen und antisemitischen Tendenzen, die u. a. für die Anerkennung und Stärkung der russischen ethnischen Gruppen und für die Verteidigung der slawischen Idee eintrat. Vors. war *S. Fencik,* der auch zum Abg. gewählt wurde. Zeitschrift war ›Naš put‹. [RI]

Slowakische Parteien in Ungarn vor 1918. Das erste politische Programm der Slowaken wurde von *L. Štúr* auf dem Preßburger Landtag 1847/48 formuliert. Er forderte die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Gleichheit aller Völker Ungarns und demokratische Rechte für alle Bürger. Aus diesem Programm entwuchsen zwei Parteirichtungen: 1861 die der »Altslowaken« (Alte Slowakische Schule) unter der Führung des Advokaten *Št. M. Daxner* und 1868 die »Neue Slowakische Schule« (Nová škola Slovenská) unter der Führung des Architekten *J. N. Bobula.* Die »Altslowaken«, die 1870 die SLOWAKISCHE NATIONALPARTEI (Národná strana Slovenská) bildeten, bekannten sich zur *Štúrschen* Konzeption und orientierten sich nach Wien (Parteiorgan: 1861–1970 die ›Pešťbudínské Vedomosti‹, danach die nunmehr in Turčianský Svätý Martin erscheinenden Národné Noviny, die »Neue Slowakische Schule« bemühte sich um eine Verständigung mit den Ungarn (Parteiorgan: ›Slovenské Noviny‹).

Infolge des strengen Wahlzensus und der unlauteren Wahlpraktiken der Behörden konnten sich die Slowaken im Budapester Landtag niemals durch eine ihrer Gesamtzahl entsprechende Anzahl Abg. vertreten lassen. Bei den ersten Wahlen nach dem Ausgleich 1869 konnten 3 Abg. gewählt werden: Einer von ihnen war *V. Paulíny-Tóth,* Vors. der »Altslowaken«, der auch nur mit Unterstützung der Serben in einem Wahlbezirk der Batschka Abg. werden konnte; die beiden anderen kamen von der »Neuen Slowakischen Schule« (*J. N. Bobula, J. Uhlarik*).

Die Magyarisierungsmaßnahmen der ungarischen Behörden führten die Slowaken im folgenden einerseits zum irrealen Panslawismus, andererseits in die politische Passivität. Die »Neue Slowakische Schule« scheiterte am Unverständnis der ungarischen politischen Führung. Dem Mißerfolg der Slowaken bei den Wahlen 1896 folgte eine Differenzierung im slowakischen politischen Leben. Eine Gruppe um *V. Šrobár* u. *M. Hodža* geriet unter den Einfluß von *T. G. Masaryk* und setzte sich für die »tschechoslowakische« nationale Einheit ein, eine andere wieder unter der Führung des römisch-katholischen Pfarrers *A. Hlinka,* seit 1898 Abg. der KATHOLISCHEN VOLKSPARTEI, gründete 1905 die VOLKSPARTEI (→ SLOWAKISCHE VOLKSPARTEI). Bei den Wahlen 1901 trat die Nationalpartei mit einem klaren demokratischen Programm auf und erlangte 4 Mandate. 1905 reduzierte sich die Anzahl der slowakischen Abg. auf 2, worauf die Slowaken ihre politische Aktivität intensivierten: *Hodža* gründete mit den rumänischen und serbischen Abg. die parlamentarische Fraktion der Nationalitätenpartei (Národnostná strana). Den vorzeitigen Wahlen im Jahre 1906 verdanken die Slowaken mit 7 Mandaten ihren größten Wahlerfolg im alten Ungarn. 1910 sank die Anzahl der slowakischen Abg. erneut auf 3. [RI]

J. A. Mikuš, La Slovaquie dans le drame de l'Europe, Paris 1955; G. L. Oddo, Slovakia and its People, New York 1960; L. v. Gogolák, Beiträge zur Geschichte des slowakischen Volkes, Bd. 3, 1972.

Slowakische Volkspartei. Offizielle Bezeichnung bis 1925: CHRISTLICHE SLOWAKISCHE VOLKSPARTEI (Krest'anská Slovenská l'udová Strana),

danach: HLINKAS SLOWAKISCHE VOLKSPARTEI UND VEREINIGUNG KATHOLISCHER BAUERN, HÄUSLER, ARBEITER UND CHRISTLICH-SOZIALER ANGESTELLTER (HSL'S, Hlinkova Slovenská L'udová Strana a združenie katolických rolníkov, domkárov, robotnikov a zamestnancov krest'ansko-sociálných). Ursprünglich Interessenvertretung des slowakischen Katholizismus, die sich von einer »katholischen Honoratiorenpartei« zu einer echten Volkspartei mit dem Ziel einer uneingeschränkten politischen Autonomie für die Slowakei entwickelte (Hoensch). 1939–1945 faschistisch geprägte Staatspartei.

Gründung: 19. 12. 1918 durch *A. Hlinka.*

Programm: Als Reaktion auf den kirchenpolitischen Kurs der Regierung *Kramář,* der auf eine strikte Trennung von Kirche und Staat abzielte, stand anfangs die Forderung nach Beibehaltung des katholischen Einflusses in allen Bereichen des öffentlichen Lebens im Vordergrund der Parteiprogrammatik. Schon bald verband sich damit das Bestreben nach politischer und kultureller Autonomie für die Slowakei, so daß Katholizismus und Nationalismus zu den beiden wichtigsten Komponenten im Programm der HSL'S wurden. Die politische Autonomie sollte sich auf alle Bereiche mit Ausnahme der Außen-, Finanz- und Verteidigungspolitik erstrecken und durch einen zu bildenden slowakischen Landtag wahrgenommen werden; der Zentralregierung in Prag wurde ein begrenztes Aufsichtsrecht zugestanden. Auf dem kulturellen Sektor erstrebte die Partei die Anerkennung der slowakischen Sprache als Grundlage für ein slowakisches Schul- und Bildungswesen und wandte sich gegen die Verwendung des Tschechischen als einziger Staatsprache.

Organisation: An der Spitze der Partei standen Parteipräsidium, Exekutivausschuß und Generalsekretär, wobei die eigentliche Parteiführung zu *Hlinkas* Lebzeiten unbestritten in dessen Händen lag. *Hlinka* gelang es, die ursprüngliche katholische Honoratiorenvereinigung in eine Volkspartei mit stetig wachsender Mitgliederzahl (1920: 11 930, 1935: 36 501) umzuformen, deren Führung auf den unteren Ebenen durch ehrenamtliche Funktionäre wahrgenommen wurde. – Presse: Parteiorgan ›Slovák‹.

Geschichte: Die Geschichte der HSL'S ist bis zu dessen Tod eng mit der Person *Hlinkas* verbunden. Dieser, 1889 zum Priester geweiht, hatte bereits 1895 zur Gründung einer katholisch-konservativen VOLKSPARTEI (L'udová strana) beigetragen. Sein Entschluß zur Gründung einer eigenen Partei unmittelbar nach der Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik, deren Entstehen er grundsätzlich bejahte, wurde ausgelöst durch die auf eine strikte Trennung von Kirche und Staat abzielende Politik der Regierung *Kramář,* der sich die aus einem am 27./28. 11. 1918 von *Hlinka* gebildeten Priesterrat entstandene Partei entschieden widersetzte. Die Bestrebungen, die Vereinbarungen des Pittsburgher Abkommens (→ Einleitung) über einen Autonomiestatus für die Slowakei in der Verfassung zu verankern, ließen neben das konfessionelle Moment in der Parteipolitik das nationale treten, in der Folgezeit erwiesen sich beide als miteinander untrennbar verbunden. *Hlinka* sprach sich dezidiert gegen die von tschechischer Seite und von protestantischen slowakischen Kreisen vertretene Idee von einer »tschechoslowakischen Nation« aus, betonte statt dessen die kulturelle und nationale Eigenständigkeit der Slowakei und leitete daraus seine Autonomieforderungen ab, ohne jedoch den tschechoslowakischen Staat grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Differenzen in diesem zentralen Punkt führten 1921 zur Lösung des Bündnisses mit der → TSCHECHOSLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI und zum Austritt aus der Regierung. Im gleichen Jahr stieß *V. Tuka* zur Partei und wurde schnell zum Mittelpunkt eines radikalen Flügels, der sich nicht mehr mit der Forderung nach Autonomie begnügte. *Tukas* Sympathie für totalitäre Staatsformen ließen ihn im faschistischen Italien und im aufkommenden deutschen Nationalsozialismus die Vorbilder für den von ihm angestrebten Nationalstaat suchen. 1923 begann er seine Anhänger in einer den italienischen »Fasci di Combattimento« und der deutschen SA nachgebildeten Kampftruppe unter dem Namen »Vaterlandswehr« (Rodobrana) zusammenzufassen, die 1927 wegen Staatsgefährdung verboten wurde. *Tukas* Einfluß stieg noch, als er 1925 die Redaktion des Parteiorgans ›Slovak‹ übernahm und 1926 zum Generalsekretär der Partei gewählt wurde.

Bei den Wahlen 1925 erhielt die HSL'S 32 % der slowakischen Stimmen und konnte mit 23 Abg. die Zahl ihrer Mandate nahezu verdoppeln (1920: 12). Ihre Wählerschaft fand sie besonders unter der Landbevölkerung und in den Klein- und Mittelstädten, aber auch bei der christlichen Arbeiterschaft. Das Versprechen der Partei, durch nationale Autonomie die tschechische Dominanz im Wirtschaftsleben und öffentlichen Dienst zu beenden und damit die wirtschaftliche Lage der von der Weltwirtschaftskrise besonders getroffenen slowakischen Bevölkerung zu verbessern, fand großen Widerhall. Der Wahlerfolg bewirkte bei den Regierungsparteien größere Verhandlungsbereitschaft, als deren Ergebnis 1927 das Gesetz über die Gebietsselbstverwaltung zustande kam. Obwohl dies nur ein erster Schritt in Richtung auf die von ihr erstrebte Autonomie war, erklärte sich die HSL'S jetzt zum Regierungseintritt bereit. Die schwere Niederlage in den Gemeindewahlen vom Dezember 1928 und *Tukas* Verurteilung zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Hochverrat (er hatte die weitere staatsrechtliche Zugehörigkeit der Slowakei zur ČSR öffentlich bestritten) bewirkten jedoch schon Oktober 1929 den Rückzug der Partei aus der Regierung. Bei den Wahlen 1929 erhielt sie 28 % der slowakischen Stimmen und 19 Abg., die Wähler honorierten ihre Regierungsbeteiligung nicht und sie verblieb fortan in der Opposition.

Tukas Verurteilung führte keineswegs zu einer Schwächung des radikalen Flügels, da seine Anhänger maßgebliche Positionen im Parteigefüge innehatten. Ihr Sprachrohr war seit 1933 die von *J.* und *F. Ďurčanský* herausgegebene Halbmonatsschrift ›Nástup‹. Neben der immer uneingeschränkter hervorgebrachten Forderung nach einem selbständigen slowakischen Nationalstaat prägten zunehmend philofaschistische Ansichten unterschiedlicher Provenienz diese Gruppe, die sich jedoch zunächst noch nicht gegenüber der gemäßigten, an einem Verbleib in dem Gesamtstaat ČSR festhaltenden Mehrheit durchsetzen konnte, zumal letztere die Unterstützung *Hlinkas* hatte. Erst in der 2. Hälfte der 30er Jahre konnten die Radikalen schrittweise an Boden gewinnen. Die Wahlen 1935 hatten zwar eine Verbesserung des Ergebnisses um 3 Mandate auf 22 gebracht (30 % der slowakischen Stimmen), doch waren die Hoffnungen größer gewesen und die Enttäuschung kam der innerparteilichen Opposition zugute. *Hlinka* selbst geriet zunehmend unter den Einfluß *K. Sidors*, der auf eine Föderation der Slowakei mit Polen hinarbeitete. – Die Machtergreifung *Hitlers* und der von dem nationalsozialistischen Deutschland ausgehende Einfluß verfehlten ihren Eindruck auf die slowakischen Extremisten nicht, wenngleich erst der Anschluß Österreichs an das Reich den Ausschlag für die Hinwendung zu Deutschland gab. Unterstützt wurde diese Neuorientierung von dem 1938 aus dem Gefängnis entlassenen *Tuka*. Der germanophilen Richtung in der HSL'S gelang es, die im Sommer 1938 gegründete »Hlinka-Garde«, eine Art Wehrorganisation der Partei, und die »Hlinka-Jugend« unter ihre Kontrolle zu bringen. Nach *Hlinkas* Tod (16. 8. 1938) gelang es seinem Nachfolger *Tiso* zunächst, den auf Autonomie abzielenden Kurs in der Partei aufrechtzuerhalten, und im Silleiner Abkommen (6. 10. 1939) die Föderalisierung der ČSR bei der durch das Münchner Abkommen geschwächten Zentralregierung durchzusetzen. Selbst ursprünglich dem »gemäßigten« Flügel der Partei entstammend, nutzte *Tiso* seine Macht als Ministerpräsident des neuen Landes um den Zusammenschluß der HSL'S mit den Agrariern und der Gewerbepartei sowie einigen Splittergruppen zur neuen Einheitspartei SLOWAKISCHE VOLKSPARTEI – PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT (Strana Slovenské Národny Jednoty) durchzusetzen. Er fand dabei auch die Unterstützung des radikalen Flügels, der ansonsten verstärkt auf die völlige Unabhängigkeit der Slowakei und die Trennung von den Tschechen hinarbeitete und dabei immer stärker die Unterstützung Deutschlands suchte. Der daraus resultierende Konflikt mit der Prager Zentralregierung bewirkte, daß der zögernde *Tiso* sich zu einem Besuch bei *Hitler* bestimmen ließ und sich, unter dem Eindruck von dessen Zusicherungen, einen unabhängigen Staat Slowakei zu garantieren bereit erklärte, sich an die Spitze einer unabhängigen Regierung zu stellen.

Der neue Staat unterstellte sich unmittelbar nach seiner Konstituierung dem Deutschen Reich als »Schutzstaat« (18./23. 3. 1939) und lieferte damit diesem die Möglichkeit, nach eigenem Ermessen über das slowakische Geschick zu bestimmen. Eine nationalistische Gruppierung innerhalb der Partei, deren Protagonist *F. Ďurčanský* war, versuchte vergeblich sich dieser Abhängigkeit zu widersetzen und ein gewisses Maß an Handlungsfreiheit zu wahren. Auf deutsche Intervention hin mußte *Ďurčanský* seinen Platz als Außenminister räumen, sein Nachfolger wurde der radikal die deutsche Linie vertretende *Tuka*. Dieser Wechsel war Teil des deutschen Forderungskataloges, der einer slowakischen Delegation unter *Tiso* am 28. 7. 1940 in Salzburg unterbreitet wurde und der die Grundlage für die völlige Unterstellung der Slowakei unter das Reich und die Einführung eines »Slowakischen Nationalsozialismus« bildete, der in allen Erscheinungsformen – so auch in der Judengesetzgebung – sich am deutschen Vorbild orientierte. Als Garanten dieser Entwicklung traten *Tuka* und der ebenfalls seit Juli 1940 amtierende Innenminister *A. Mach* auf, die Ende 1940 versuchten, den gemäßigteren, noch immer Vorstellungen von einem christlichen Ständestaat anhängenden *Tiso* zu entmachten. Der Versuch scheiterte, da auf deutscher Seite von einer Beseitigung *Tisos* innenpolitische Unruhen befürchtet wurden, andererseits *Tiso* niemals ernsthaft Anstalten machte, sich der von Deutschland aufoktroyierten Neuordnung zu widersetzen. – Nach Kriegsende wurde die Partei verboten, ihren Anführern der Prozeß gemacht, der für *Tiso* und *Tuka* mit dem Todesurteil endete. [HR/WE]

J. K. Hoensch, Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39; 1965; Ders., Die Slowakische Volkspartei Hlinkas, in: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979; H. Dress, Slowakei und faschistische Neuordnung Europas, Ostberlin 1972.

Sozialistische Einigung (Socialistické sjednocení). Bei den Verhandlungen über das Republikschutzgesetz Anfang 1923 kam es innerhalb der sich damals SOZIALISTISCHE PARTEI nennenden → TSCHECHOSLOWAKISCHEN NATIONAL-SOZIALISTISCHEN PARTEI zum Bruch mit der anarchistischen Gruppe um die Abg. *T. Bartošek, L. Landová-Štychová, B. Vrbenský* und *V. Draxl* (6. 3. 1923). Deren Änderungsvorschläge waren mit denen der Kommunisten nahezu identisch. Als sie damit nicht durchdrangen und daraufhin gegen das Gesetz stimmten, wurden sie am 7. 3. aus der Partei ausgeschlossen. Am 22. 3. bildeten sie zusammen mit den 3 ehemaligen Sozialdemokraten *V. Charvát, J. Kříž* und *V. Brodecký* den Klub der Sozialistischen Einigung, zu dessen Vors. *Vrbenský* gewählt wurde. Diese neue Formation trat für eine Revision der Friedensverträge, die Anerkennung der Sowjetunion und volle Kulturautonomie sowie politische Gleichberechtigung der Nationalitäten ein. Das Verhältnis zwischen Anarchisten

und ehemaligen Sozialdemokraten blieb jedoch gespannt und auf dem Parteitag von Nusle (28./29. 6. 1924) kam es wieder zur Trennung. *Vrbenskýs* Fraktion nahm ein neues Programm mit der Forderung nach Revolution und Diktatur des Proletariats sowie die Bezeichnung UNABHÄNGIGE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI IN DER TSCHECHOSLOWAKEI (Nezávislá socialistická strana dělnická v Československu) an. Die Fraktion *Brodeckýs* benannte sich in UNABHÄNGIGE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (Nezávisla sociálně demokratická strana) um; am 14. 10. 1924 beschloß sie einstimmig die Rückkehr zu den Sozialdemokraten. – *Vrbenský* liquidierte seine Partei auf dem Parteitag in Michle am 26./27. 9. 1925 und beschloß den Eintritt in die KOMMUNISTISCHE PARTEI. [RI]

D. Brandes, Die tschechoslowakischen Nationalsozialisten, in: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979.

Sozialistische Partei des tschechoslowakischen arbeitenden Volkes (Socialistická strana československého pracujícího lidu).

Die Partei entstand im Frühjahr 1920 durch Abspaltung einer einen »genossenschaftlichen Sozialismus« propagierenden, mehr nationalistisch orientierten Gruppe um die Abg. *F. Modráček* und *J. Hudec* aus der → TSCHECHOSLOWAKISCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI. *Modráček* und *Hudec* hatten sich in der Zeitschrift ›Socialistické listy‹ vor allem für eine klare Trennung von den bolschewistischen Gruppen eingesetzt und auf eine Vereinigung mit den Sozialisten (→ TSCHECHOSLOWAKISCHE NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI) hingearbeitet. Bei den Wahlen 1920 erhielt ihre Partei 3 Mandate. Im Herbst kam es zu Auseinandersetzungen über das weiter taktische Vorgehen: *Modráček* war für eine Vereinigung der nichtkommunistischen sozialistischen Parteien, *Hudec* propagierte dagegen eine nationale Bewegung. Auf dem Parteitag vom 6./7. 1. 1923 wurde der Name in PARTEI FORTSCHRITTLICHER SOZIALISTEN (Strana pokrokových socialistů) geändert, Einigkeit aber nicht hergestellt. *Modráček* trat im Juni 1923 wieder den Sozialdemokraten bei; *Hudec* schloß sich Ende 1923 als Hospitant dem Klub der Nationaldemokraten an. [RI/WE]

M. K. Bachstein, Die Sozialdemokratie in den böhmischen Ländern bis zum Jahre 1938, in: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979.

Sudetendeutsche Partei (SdP). Völkisch-nationale Sammlungsbewegung unter den Sudetendeutschen, die bald in enge Abhängigkeit vom reichsdeutschen Nationalsozialismus geriet.

Gründung: Am 1. 10. 1933 als SUDETENDEUTSCHE HEIMATFRONT (SHF) in Eger durch *K. Henlein.*

Programm: Aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung gelang der SdP nie die Formulierung eines verbindlichen detaillierten Grundsatzprogramms. Die zumeist von *Henlein* vorgetragenen programmatischen Äußerungen tragen den Stempel situationsbedingter Taktik. So bekannte er sich, so lange die Partei vom Verbot bedroht war, zu »demokratischen Grundlagen« und zur »Anerkennung des Staates« als Rahmen für das Ziel einer »Zusammenfassung aller Deutschen ... die bewußt auf dem Boden der Volksgemeinschaft und der christlichen Weltanschauung stehen« (Gründungsaufruf der SHF) und wiederholte sein Bekenntnis »zu der demokratisch-republikanischen Staatsform der Tschechoslowakei« auch in seinen programmatischen Erklärungen in Böhmisch-Leipa am 21. 10. 1934, wo er eine Verbindung zur deutschen NSDAP ebenso bestritt wie jedes Interesse an »irgendeiner Revision der Grenzen«. Dementgegen steht sein geheimer Bericht an *Hitler* vom November 1937, in dem er erklärte, die SdP »ersehne nichts mehr als die Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährischen-schlesischen Raumes in das Reich«. In welchem Ausmaß *Henlein* dieses Ziel von Anbeginn verfolgt hat, oder ob es Resultat seiner vollständigen Unterstellung unter *Hitler* gewesen ist, ist ungeklärt.

Organisation: Nach ihrer Satzung von 1934 gliederten sich SHF bzw. SdP in Ortsgruppen, Bezirksverbände, Kreisverbände und den Gesamtverband. An der Spitze jeder dieser Gliederungen stand ein von diesen gewählter »Leiter«, der Vors. des Gesamtverbandes, *Henlein,* war gleichzeitig Parteivorsitzender und trug den Titel eines »Führers der SdP«. Daneben bestand eine ähnlich aufgebaute ständische Gliederung, wobei die Partei bestimmte, welche Standesgruppen eigene Organisationen bilden konnten. An der Spitze der einzelnen Stände standen die Hauptstandesvertreter, die zusammen den Ständerat bildeten, der als »Beratungsorgan« des Parteivorstandes fungierte.

Presse: ›Die Zeit‹ (Tageszt., Prag seit 1. 10. 1935).

Geschichte: Die SUDETENDEUTSCHE HEIMATFRONT (SHF) trat als Sammlungsbewegung auf, die »die Zusammenfassung aller Deutschen« in der ČSR erstrebte. De facto rekrutierten sich ihre Anhänger in der Anfangszeit aus 3 Gruppen: 1) der »Sudetendeutsche Turnverband« an dessen Spitze *Henlein* stand, 2) der »Kameradschaftsbund«, eine von den Ideen *O. Spanns* beeinflußte antidemokratische, großdeutsche und rassistische Gedanken vertretende Geheimorganisation, die sich nur durch ihr elitäres Selbstverständnis von den Nationalsozialisten unterschied, 3) die → DEUTSCHE NATIONALSOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI (DNSAP) und die → DEUTSCHE NATIONALPARTEI (DNP), deren Anhänger nach der Auflösung eine neue politische Heimat suchten. Treibende Kraft war zunächst der »Kameradschaftsbund«, dem die Führungskräfte der SHF, neben *Henlein H. Rutha* und *W. Brand* angehörten. Schon frühzeitig bildete sich jedoch eine Konkurrenzsituation zwischen ihnen und den Nationalsozialisten heraus, die z. T. auch an der Gründung der SHF mitgewirkt hatten – so ging der Name auf einen

Vorschlag des DNP-Abg. *O. Kallina* zurück. Die Auseinandersetzungen zwischen beiden Richtungen bestimmten die innere Entwicklung von SHF und SdP. Es galt zunächst vor allem, ein Verbot analog dem gegen die DNSAP ergangenen zu vermeiden und damit den Eindruck, nur deren Nachfolgeorganisation zu sein. Primär diesem Ziel diente die Rede *Henleins* am 21. 10. 1934 in Böhmisch-Leipa, in der er die »Eigenständigkeit« seiner Bewegung und ihre »fundamentalen Unterschiede« zum Nationalsozialismus hervorhob. Bei der rasch anwachsenden Zahl der Nationalsozialisten innerhalb der SHF, für die der Staat *Hitlers* den geistigen Orientierungspunkt bildete, stieß diese Haltung, wenngleich taktisch motiviert, auf geringes Verständnis und die Spannungen zwischen den »Traditionalisten« aus den Reihen des »Kameradschaftsbundes« und ihnen nahmen kontinuierlich zu. In Deutschland intrigierte *H. Krebs*, der frühere DNSAP-Führer, gegen *Henlein*, von dem er sich übergangen fühlte. Dessen Position blieb jedoch zunächst ungeschwächt, da seine Gegner bei *Hitler* kein Gehör fanden, und die finanzielle Unterstützung aus Berlin für die SHF unter *Henlein* ständig zunahm. – Zu *Henleins* Bemühungen, die SHF als auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates stehend darzustellen, gehörten auch scheinbare Verständigungsversuche mit dem rechten Flügel der tschechischen Agrarier unter *V. Stoupal*, denen dieser anfangs entgegenkam, wie die SHF auch seitens des Ministers *Spina* vom → BUND DER LANDWIRTE vorübergehend Rückendeckung erhielt. Alle diese Schritte verhinderten das befürchtete Verbot und nachdem die SHF der Auflage nachgekommen war, ihren Namen zu ändern – sie nannte sich seit dem 19. 4. 1935 SdP – stand einer Beteiligung an den Wahlen 1935 nichts mehr im Wege. Sie endeten mit dem überraschenden Erfolg von 68 % der deutschen Stimmen und 44 Mandaten für die SdP. Da jedoch die Regierungskoalition ihr Bündnis erneuerte, blieb der SdP die Regierungsteilnahme verwehrt, wobei letztlich ungeklärt ist, ob sie eine solche und damit ein Einschwenken in das aktivistische Lager überhaupt anstrebte bzw. gegen die Masse ihrer radikalen Anhänger hätte durchsetzen können. Stattdessen verstärkte sich aufgrund ihres Erfolges der Sog, den die SdP auf die anderen Sudetendeutschen Parteien ausübte: mit der Angliederung der → DEUTSCHEN ARBEITS- UND WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT vollzog jetzt auch die sudetendeutsche Großindustrie den Übertritt zur SdP. Aber auch viele der zumeist arbeitslosen Fabrikarbeiter wandten sich der SdP zu und trugen zu deren weiterer Radikalisierung bei. Exponent des radikalen Flügels war *K. H. Frank*, Stellvertreter *Henleins*. *Henlein*, der keinen Anlaß mehr für seine frühere staatsloyale Haltung sah, stellte sich dieser Entwicklung nicht mehr entgegen, nicht zuletzt, weil darin auch eine Gefahr für seine Führungsposition gelegen hätte. Im November 1937 unterstellte er sich und die SdP dem Willen *Hitlers*, dessen Direktiven er mit dem »Karlsbader Programm« vom 24. 4. 1938 getreulich erfüllte. Darin stellte die SdP für die ČSR von vornherein als unannehmbar konzipierte Forderungen. In der Sudetenkrise fungierte die SdP, der nach dem Anschluß Österreichs auch alle aktivistischen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten sich anschlossen, nur noch als Werkzeug *Hitlers*. Nach Abtretung des Sudetenlandes an das Reich wurde sie am 11. 12. 1938 in die NSDAP eingegliedert, *Henlein* am 1. 5. 1939 zum Gauleiter des »Reichsgaues Sudetenland« ernannt. [WE]

J. W. Brügel, Tschechen und Deutsche, Bd. 1 1918–1938, 1968; R. M. Smelser, Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933–1938, 1980.

Tschechische Fortschrittspartei (Česká strana pokroková). Die Tschechische Fortschrittspartei wurde 1900 als TSCHECHISCHE VOLKSPARTEI (Česká strana lidová) von *T. G. Masaryk* u. a. gegründet und 1906 umbenannt, nachdem sich ein Teil der bisherigen Anhänger abgewandt hatte und die Gruppe der Radikal-Fortschrittlichen um *A. Hajn* hinzugestoßen war. Die Partei stellte die politische Fortsetzung der »Realisten« dar, die 1887 die NATIONALPARTEI verlassen und sich 1889 der FREISINNIGEN NATIONALPARTEI angeschlossen hatten; von da her blieb ihr auch die Bezeichnung »Realistenpartei«. Eine kritische Einstellung zur betonten Vergangenheitsbezogenheit und zu den romantischen Neigungen jener Zeit unterschied sie von den meisten anderen tschechischen Parteien. Dem historisch-staatsrechtlichen Programm der Erneuerung der Selbständigkeit der Länder Böhmen, Mähren und Schlesien stellten die Realisten ein naturrechtliches Programm nationaler Autonomie im Rahmen eines modernisierten, demokratischen und föderalisierten Österreich entgegen. Konsequenter Demokratismus, Fortschrittlichkeit im Kulturellen und aufgeklärter sozialer Reformismus bestimmten die Ziele der Partei in der praktischen Politik. Von allen bürgerlichen Parteien stand die Volks- bzw. die Fortschrittspartei den Sozialdemokraten am nächsten. Die Bezeichnung »Volkspartei« entsprach jedoch eher ihren eigenen Wunschvorstellungen als ihrer Verbreitung und Organisation, denn in ihr herrschte eindeutig die berufsmäßige Intelligenz vor.

Die Fortschrittspartei bemühte sich vor allem durch besondere kulturpolitische Anstöße das Selbstbewußtsein der tschechischen Nation zu stärken. Ihre Hauptforderungen waren: Bürgerrechte, Wahlrechtsreform, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Trennung von Staat und Kirche; Schulreform und Schulgeldfreiheit in allen Bereichen, gezielte Erweiterung des Schulwesens, Unabhängigkeit der Lehrerschaft, Konfessionsgebundenheit der Schulen; soziale Verbesserungen, Belebung der Selbstverwaltung; politische Selbständigkeit im Rahmen des österreichischen Staates, Gleichberechtigung aller Nationen, angemessener Anteil an Verwaltung und Regierung des Reiches.

Die Fortschrittspartei war die bedeutendste Formation jener zahlreichen fortschrittlichen Abspaltungen von der → FREISINNIGEN NATIONALPARTEI, die seit den 90er Jahren eigene, meist radikalere politische Wege als die Jungtschechen gehen wollten, sich weiter spalteten und zum Teil wieder unter neuem Namen zusammenschlossen. Die fortschrittliche Bewegung trug nicht nur maßgeblich die Politik der »Realisten«, sie stellte auch den Nationalsozialisten, den Agrariern, den Anarchisten und wiederum den Jungtschechen bedeutende Persönlichkeiten. Von ihr gingen nicht zuletzt starke Anregungen auf Literatur, Kunst und Wissenschaft aus. Die mit dem damaligen öffentlichen Leben, seiner kulturellen und sozialen Rückständigkeit Unzufriedenen sammelten sich um Persönlichkeiten wie *Masaryk, Hajn, A. Rašín, K. Baxa* u. a. sowie um studentische und kulturelle Zeitschriften, z. B. um ›Neodvislost‹, ›Nové proudy‹, ›Omladina‹, ›Pokrokové listy‹, ›Pokrok‹ und vor allem um *Masaryks* ›Čas‹.

Die Fortschrittspartei blieb klein, trotz ihrer weitreichenden Wirkungen. 1907 stellte sie 2 und 1911 1 Reichstagsabgeordneten, beide Male ging *Masaryk* für Mähren nach Wien. 1912 wurde ein revidiertes Programm beschlossen, das vor allem das staatsrechtliche Verständnis der Partei besser interpretieren wollte.

Masaryks erfolgreiche Auslandsaktion im 1. Weltkrieg ließ den Vors. der Fortschrittspartei zum ersten Staatspräsidenten aufsteigen. Seine Partei aber teilte sich 1918 unter Nationaldemokraten und Nationalsozialisten auf, nur ein Rest um *E. Rádl* und *Z. Nejedlý*, der sich »Realistischer Klub« nannte, bestand kurze Zeit weiter.

[Ri]

Z. Tobolka: Politické dějiny česko slovenského národa, Bd. 3, Prag 1936.

Tschechoslowakische Gewerbe- und Handelspartei des Mittelstandes (Československá živnostensko-obchodnická strana středostavovská).

Programm: Das Parteiprogramm war auf Emanzipation der privaten Kleinproduzenten in der wachsenden kapitalistischen Gesellschaft gerichtet. Zur Grundaufgabe wurde die wirtschaftliche Sicherung des Mittelstandes erklärt, und zwar »durch den Umbau der heutigen kapitalistischen Gesellschaft zu einer mittelständischen, sozialgenossenschaftlich organisierten Gesellschaft..., so, daß jedem Bürger gleiches Recht und voller Ertrag aus seiner Arbeit gesichert ist«. Grundsätzlich lehnte die Partei Kommunismus und Sozialismus ab, drückte gleichzeitig aber auch Befürchtungen vor einer zunehmenden Vorherrschaft des Großkapitals und der Monopole aus. Sie forderte hinreichende Entfaltungsmöglichkeiten für private Unternehmungen, Reformen sollten das bestehende kapitalistische System verändern und die Bedingungen für die unternehmerische Tätigkeit verbessern. 1932 verkündete die Partei ein neues Programm, das die Errichtung der Wirtschaftsdemokratie auf Grund der Unterstützung und des Schutzes der mittleren und kleinen Produzenten und der Handelsleute forderte. Man sprach sich für eine Organisation der Selbstverwaltung nach den Prinzipien des Ständewesens aus.

Organisation: Zu Beginn der 30er Jahre hatte die Partei einen 35köpfigen Reichsvollzugsausschuß, an dessen Spitze der Vors. *J. V. Najman,* 3 Stellvertreter und der Reichssekretär *J. E. Svoboda* standen. Neben der zentralen Leitung wirkten 4 Landesvollzugsausschüsse für Böhmen, Mähren-Schlesien, die Slowakei und Karpatenrußland sowie Kreissekretariate.

Presse: Die Partei gab folgende Tageszeitungen heraus: ›Reforma‹ und ›Nový Večerník‹ in Prag sowie ›Československý deník‹ in Olmütz; ferner erschienen 16 regionale Wochenzeitungen.

Geschichte: Die Anfänge dieser Partei reichen in die Zeit vor dem 1. Weltkrieg zurück. Gewerbetreibende, Kaufleute und kleine Unternehmer hatten sich bis dahin in verschiedenen politischen Parteien betätigt bzw. in deren Fachorganisationen zusammengeschlossen. Um dieser Zersplitterung entgegenzuwirken, gründeten *Fr. Horák* und *M. Trčka* 1906 in Böhmen und *R. Mlčoch* 1907 in Mähren Gewerbeparteien, die freilich von 1918 noch keine besondere Bedeutung erlangten. Im neuen Staat sollte die Standespolitik intensiviert und auf breitere Grundlagen gestellt werden. Gegen die politische Konzentration des Landvolkes und der Arbeiterschaft wollten auch Gewerbetreibende und Kaufleute ihre eigene politische Massenorganisation durchsetzen. Vor allem in den Kleinstädten gewann die Partei Anhänger und von den Nationaldemokraten. Niemals gelangen ihr aber nachhaltige machtpolitische Erfolge. So fungierte sie eigentlich immer als kleiner Sekundant der AGRARPARTEI, mit deren Hilfe sie bestimmte Positionen in der Koalitionspolitik besetzen konnte. Auch wenn sie zu Anfang der 20er Jahre im Sinne ihres Programms zu manchen Maßnahmen des bürgerlichen Staates kritisch eingestellt war, bekannte sie sich doch zu den staatstragenden Parteien. Als sie bei den Wahlen von 1920 nicht die erwartete stärkere Vertretung gewann (2 % der Stimmen, 6 Mandate), schloß sie sich dem Klub der Abgeordneten der AGRARPARTEI an, mit der sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen in politischen und nationalen Fragen einigte, wobei sie sich eine bestimmte Selbständigkeit in ständischen Angelegenheiten vorbehielt. Die Partnerschaft mit der starken AGRARPARTEI sicherte der Gewerbe- und Handelspartei bestimmte Positionen, z. B. Sitze in Parlamentsausschüssen. Damit wurde ihr Platz innerhalb des Parteienspektrums auf der Rechten fixiert. Als dies bei den Wahlen 1925 4 % der Stimmen und 13 Sitze einbrachte, gewann die Partei einen Ministersessel und wurde Koalitionsmitglied.

Am 29. 9. 1930 wurde in Prag der erste Reichsparteitag abgehalten, der die Notwendigkeit weiterer Zentralisation gegenüber den Landesverbänden betonte und die Zusammenarbeit mit der

AGRARPARTEI in gemeinsamem Kampf gegen die sozialrevolutionären Elemente zum Schutze des Privateigentums bekräftigte.

Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise verkündete die Partei am 9. 4. 1932 ihren Austritt aus der Regierung aus Protest gegen die beabsichtigte Erhöhung der Steuern, aus der Opposition werde sie die Belange des Mittelstandes verteidigen, dabei aber immer die Staatsinteressen wahren. Das brachte der Partei 5,4 % der Stimmen und 17 Sitze bei den Wahlen von 1935 ein (1929: 3,9 %, 12 Sitze), und sie kehrte in die Koalition zurück.

Nach dem Tode *Najmans* (1937) übernahm *Mlčoch* die Leitung der Gesamtpartei. Der Landesparteitag vom 13. 3. 1938 wählte *J. Pekárek* zum Vors. Die Partei stand weiter bis zum Ende der Ersten Republik an der Seite der AGRARPARTEI, stellte Ende 1938 ihre Tätigkeit ein und beteiligte sich mit den anderen bürgerlichen Parteien an der Bildung der → PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT. [Ri]

Tschechoslowakische Nationaldemokratie (Československá národní demokracie). Nationalliberale Partei, die vorwiegend Interessen des Großbürgertums vertrat und zunehmend konservativ-nationalistische Züge annahm.

Gründung: Januar/Februar 1918 durch Zusammenschluß mehrerer liberaler Parteien, die sich auf ihrem ersten Kongreß am 24./25. 3. 1919 offiziell den Namen Tschechoslowakische Nationaldemokratie gaben.

Programm: Das 1919 verabschiedete Programm proklamierte die Beteiligung an der Entwicklung des selbständigen bürgerlichen tschechoslowakischen Staates. Zentraler Punkt war der Anspruch, als »allnationale« Partei über Klassen- und Standesinteressen zu stehen, was jedoch kaum in die Praxis umgesetzt werden konnte. In gesellschaftspolitischen Fragen stand das Programm zu den Prinzipien des Liberalismus (politische Demokratie, Gleichberechtigung, bürgerliche Freiheiten, Republikanismus), verwehrte aber auch den nationalen Minderheiten jegliche Autonomie. Im wirtschaftlichen Bereich prägte die Partei den Begriff »Wirtschaftsdemokratie« und stellte sich nachdrücklich gegen alle sozialisierenden Tendenzen, bei gleichzeitiger Kritik an willkürlichen Unternehmerentscheidungen. Der außenpolitische Kurs sollte durch Anlehnung an die verbündeten Westmächte bestimmt sein, aber auch durch den Gedanken slawischer Zusammengehörigkeit.

Organisation: In den 20er Jahren entwickelte sich die Organisation der Partei, die ursprünglich ohne Zentrale eine Zusammenfassung von drei verhältnismäßig großen Landesorganisationen mit eigenen Vollzugsausschüssen gewesen war. Auf dem III. Parteitag im Mai 1925 kam es dadurch zur Zentralisierung, daß ein zentraler Vollzugsausschuß gebildet wurde, unter dem verantwortliche Landesausschüsse tätig waren. Der zentrale Vollzugsausschuß hatte um 1930 140 Mitglieder. An seiner Spitze standen der Vors. *K. Kramář* und 4 Stellvertreter. Generalsekretär war *F. Hlaváček,* Vors. der Landesorganisationen waren: *J. Dlabola* für Böhmen, *R. Fischer* für Mähren-Schlesien, *M. Ivanka* für die Slowakei und *A. Pinta* für Karpatorußland. Bedeutende Kräfte, die den Parteieinfluß in verschiedene Richtungen ausstrahlten, waren die sog. Fachverbände. Zu den wichtigsten gehörten: die »Junge Generation«, die eine gewisse Autonomie genoß, die Landesorganisation für Gewerbe und Handel der Partei für Böhmen, der Gesamtverband der Beamten, der Nationale Bauernverein.

Presse: Zentrales Blatt war die Tageszeitung ›Národní listy‹, ferner u. a. ›Český deník‹, ›Národní noviny‹, ›Obzor‹, ›Moravskoslezský deník‹. Nahestehend war die verbreitetste Prager Tageszeitung ›Národní politika‹.

Geschichte: Um der Zersplitterung des liberalen Parteienspektrums zu begegnen und bei der erwarteten staatsrechtlichen Neuordnung der böhmischen Länder als wirksame politische Kraft auftreten zu können, schlossen sich Anfang 1918 vier politische Gruppen liberaler Prägung unter der Bezeichnung TSCHECHISCHE STAATSRECHTLICHE DEMOKRATIE (Česká státoprávní demokracie) zusammen. Neben der traditionsreichen jungtschechischen → FREISINNIGEN NATIONALPARTEI waren dies die → TSCHECHISCHE FORTSCHRITTSPARTEI, die STAATSRECHTLICH-FORTSCHRITTLICHE PARTEI (Strana státoprávně pokroková) und die MÄHRISCHE VOLKSFORTSCHRITTLICHE PARTEI (Moravská strana lidově pokroková), die erst kurz zuvor ebenfalls als eine Art Sammelbecken mährischer Liberaler entstanden war. 1919, nach Gründung des tschechoslowakischen Staates, änderte sie ihren Namen in Tschechoslowakische Nationaldemokratie.

Die Nationaldemokratie stand von Anfang an auf dem rechten Flügel des tschechoslowakischen Parteienspektrums. Sie trat als bürgerliche Partei auf, in der neben begüterter Intelligenz (Ärzte, Rechtsanwälte u. a.) Kreise der hohen Staatsbürokratie, konservativ eingestellte Schichten der Beamtenschaft, der Industrie, des Handels- und Finanzwesens ihre politische Heimat fanden. Die früher starke Schicht der Gewerbetreibenden war schon zu Anfang des Jahrhunderts zur → TSCHECHOSLOWAKISCHEN GEWERBE- UND HANDELSPARTEI bzw. deren Vorläufern übergegangen. Die Nationaldemokratie verfügte nach der Staatsgründung über eine gute Ausgangsposition. In ihr begegneten sich die wichtigsten Kräfte des öffentlichen Lebens, ihr Vors. *Kramář* wurde erster Ministerpräsident des Landes. Das konservativ bestimmte Programm fand jedoch im neuen Staat nicht den erhofften Widerhall bei den Wählern und bereits die Wahlen von 1920 brachten ein enttäuschendes Ergebnis von nur 6,3 % der Stimmen (19 Abg.). Der II. Parteitag im März 1922 stand unter dem zunehmenden Einfluß des rechten Flügels und des Großkapitals, während die liberal geprägten Kreise, repräsentiert vor allem

durch den mährischen Parteiflügel unter *J. Stránský* allmählich zurückgedrängt wurden. *Stránskýs* »Demokratisches Zentrum« (Demokratický střed) warf daraufhin der Prager Zentrale deren negatives Verhältnis zur sog. »Burg-Gruppe« (→ Einleitung) vor, zu deren liberal-demokratischen Auffassungen es selbst neigte. Der Gegensatz führte 1924 zum Parteiausschluß *Stránskýs*, der 1925 eine selbständige NATIONALE PARTEI DER ARBEIT (Národní strana práce) gründete, die insbes. unter der Beamtenschaft Anhänger fand, bei den Wahlen 1925 ca. 100 000 Stimmen erhielt, aber aufgrund von deren Zersplitterung über das ganze Land ohne Mandat blieb. Presseorgan dieser Partei, die sich 1930 den Nationalsozialisten anschloß, war das Wochenblatt ›Národní práce‹. Diese Abspaltung bedeutete trotz ihrer Erfolglosigkeit bei den Wahlen einen Verlust für die Nationaldemokratie, die jetzt nur noch 4 % der Stimmen (13 Abg.) erhielt. Daraus ist jedoch nicht auch auf einen Schwund des gesamten Parteieinflusses auf die Republik zu schließen, denn die Partei blieb Exponent einflußreicher Finanzmagnaten. Trotz zahlenmäßig abnehmender Bedeutung konnte sie bestimmend auf Industrie, Handel, auch auf das kulturelle Leben einwirken. Die sehr alte, reiche politische Tradition der Parteien, aus denen die Nationaldemokratie 1918 entstanden war sowie die verhältnismäßig starke Gruppe angesehener Kulturschaffender (*V. Dyk, J. Machar, A. Jirásek* u. a.) verhalf besonders in den ersten Jahren der Republik eine besondere politische Aktivität zu entfalten und zu einer der führenden Parteien zu werden. Hauptträger dieser Aktivität waren *Kramář* und *A. Rašín*. Die Auseinandersetzungen gingen weiter vor allem im Bereich der Jugendorganisation »Junge Generation«. Mit Beginn der 20er Jahre begannen in dieser autonomen Parteigliederung Kräfte vorzuherrschen, die für einen integralen Nationalismus eintraten. Die Anziehungskraft der Ideologie des Nationalsozialismus, der sich vor allem in einer negativen Einstellung zu den nationalen Minderheiten zeigte, nahm um so mehr zu, als die Partei Machtpositionen verlor. Mit nationalen Schlagworten suchte sie sozialen Problemen zu begegnen. Am 13./14. April 1929 wurde in Prag der IV. Parteitag abgehalten, der sich vor allem mit der Stabilisierung der Partei befaßte, was zu einer geringfügigen Verbesserung des Wahlergebnisses im gleichen Jahr auf 4,9 % der Stimmen (15 Abg.) führte. Auch wenn die Partei danach weiter als Element der Koalition auftrat, der sie seit 1920 mit einer kurzen Unterbrechung 1926/27 angehörte, ging der Trend nach rechts weiter, wozu auch *Kramářs* Sympathien für den Faschismus beitrugen. Es wirkte sich die zehn Jahre lang gegen die »Burg«, d. h. gegen *Masaryk* und *Beneš* gerichtete Einstellung aus, die nicht zuletzt in der Rivalität *Masaryk–Kramář*, der Führer des äußeren und des inneren Widerstandes gegen Österreich während des 1. Weltkrieges begründet war. Die »Junge Generation« griff vor allem *F. Hodáč*, Führungsmitglied und Vors. des Industriellenverbandes an, weil es im Interesse der Wirtschaftskreise lag, den Gegensatz zur »Burg« abzuschwächen, die Jungen aber offene Opposition und Austritt aus der Koalition forderten. Der Industrieflügel konnte sich durch die Wahl von *Hodáč* zum Parteisekretär 1930 durchsetzen und es kam schließlich zur Suspendierung der Führung der »Jungen Generation« 1932, die sich aber dieser Entscheidung nicht unterwarf.

Die Geschehnisse im Deutschen Reich bewirkten auf dem Preßburger Parteitag (26.–28. Mai 1933) den Ausgleich mit der »Jungen Generation«, deren Sprecher *Rašín* einen Sitz in der Parteiführung erhielt. Im Januar 1934 trat die Nationaldemokratie aus der Regierung aus und bekannte sich offen zur Opposition.

Zwei kleinere nationalistische Gruppen, die NATIONALE LIGA (Národní liga) *J. Stříbrnýs* und die rechtsextreme NATIONALE FRONT (Národní fronta) von *V. Mareš* näherten sich im Laufe des Jahres 1934 der Nationaldemokratie. Im Oktober 1934 unterzeichnete man ein Abkommen über den Zusammenschluß zu einer neuen politischen Formation der NATIONALEN VEREINIGUNG (Národní sjednocení). Im April 1935 gab diese Partei ihre Gründung bekannt. In der Führungsgruppe besetzten die Nationaldemokraten 21, die Nationale Liga 13 und die Nationale Front 3 Sitze. Den engeren Vorstand bildeten *Kramář* und die Stellvertreter *Stříbrný, Hodáč* und *Mareš*. Die Partei setzte große Hoffnungen auf die Wahlen von 1935, in die sie mit der Forderung nach Reform der Staatsverwaltung, Änderung der Wirtschaftspolitik, Arbeitslosenversicherung, Begünstigung der Kleinunternehmen usw. ging. Die Bewegung gewann jedoch nicht die erwartete Unterstützung durch die Wählermassen (5,6 %, 17 Abg.). Aus Enttäuschung verließ *Stříbrný* mit vielen seiner Anhänger die Partei. Im Mai 1937 wurde eine sog. »Volksbewegung« aus der NATIONALEN VEREINIGUNG ausgeschlossen, die somit nahezu wieder aus der ursprünglichen Nationalen Demokratie bestand. Die Partei bekannte sich zum Parlamentarismus und behielt sich das Recht vor, als »staatsbildende Opposition« zu fungieren. Sie erklärte sich bereit, alle Bemühungen zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft des Staates zu unterstützen und wandte sich gegen destruktive, antistaatliche Aktionen der nationalen Minderheiten im Staate. Anfang 1938 trat die Partei wieder der Regierung bei.

Die NATIONALE VEREINIGUNG trug die politische Entwicklung des Jahres 1938 mit; nur wenige, wie z. B. *Rašín*, traten von einer nationalistischen Position aus gegen das Münchener Abkommen auf. Ende 1939 liquidierte die Partei ihre Tätigkeit und beteiligte sich an der Gründung der bürgerlichen → PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT. Nach Wiedergründung der ČSR 1945 durfte sie sich nicht mehr betätigen. [RI]

H. Lemberg, Das Erbe des Liberalismus in der ČSR und die Nationaldemokratische Partei, in: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tsche-

choslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979. Dort weitere Literaturangaben.

Tschechoslowakische National-Sozialistische Partei (Československá národně socialistická strana). Sozialistische Partei, die aber im Gegensatz zu den Sozialdemokraten sich stärker nationalen Ideen öffnete. Während der Ersten Republik zeitweise wichtigster Vertreter der Ideen *T. G. Masaryks*.

Gründung: 9./11.4. 1898 in Prag als NATIONAL-SOZIALE PARTEI IN BÖHMEN, MÄHREN, SCHLESIEN UND NIEDER- UND OBERÖSTERREICH (Národně sociální strana v Čechách, na Moravě, ve Slezku a v Dolních a Horních Rakousích).

Programm: Auf ihrem I. Parteitag im April 1898 stellte die Partei die nationale Forderung nach Bildung eines souveränen tschechischen Staates auf dem Boden des böhmischen Staatsrechts in den Vordergrund. Im sozialen Bereich verlangte sie nach besseren Lebensbedingungen für die Arbeiterschaft, bekundete aber ihre antimarxistische Haltung durch Ablehnung des Klassenkampfgedankens und durch das Bekenntnis zum Privateigentum, sofern es »durch ehrliche Arbeit erworben« sei. Verstaatlichungen im öffentlichen Bereich wurden jedoch nicht ausgeschlossen, ferner die Gründung von Genossenschaften und Sozialversicherung gefordert sowie das allgemeine und gleiche Wahlrecht. – Das 2. Programm der Partei vom Frühjahr 1918 trug stärker anarcho-syndikalistisches Gepräge. Der Klassengegensatz wurde jetzt als die zu bekämpfende Grundlage der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung bezeichnet und ausdrücklich die Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische gefordert. Der sog. »Staatssozialismus« wurde abgelehnt, staatliche politische Gewalt und wirtschaftliche Macht sollten voneinander getrennt werden. Den Sozialismus stellte man sich vor allem als Organisation von Produktionsgenossenschaften und ähnlichen Verbänden vor. Auch wenn das Programm die Enteignung der großen Kapitalisten und der Grundbesitzer vorsah, ging es hier im Grunde um ein einfaches Sozialismusverständnis. Hauptnachdruck legte das Programm auf die allmähliche Durchsetzung sozialer Reformen im Rahmen der Realisierung eines »nationalen Programms«.

Das angenommene Programm galt dann durch die ganze Erste Republik als Rahmen der politischen Bestrebungen der Partei. Das allmähliche Zusammenwachsen der Parteiinteressen mit dem herrschenden bürgerlich-demokratischen System führte dazu, daß auf jedem Parteitag Ergänzungen des Programms aus jeweils aktuellem Anlaß vorgenommen wurden; praktisch bedeutete das eine immer weitere Entfernung von den sozialistischen Zielen.

1931 und 1933 kam es zu wichtigen Programmrevisionen, in deren Verlauf man das marxistische Sozialismusverständnis erneut verwarf und sich auf Teilforderungen experimentell sozialisierender Praxis beschränkte, wie z. B. die allmähliche Verstaatlichung der Banken u. ä. Es wurde die Einführung der »Wirtschaftsdemokratie« propagiert, worunter man gleichen Anteil der Eigentümer, der Arbeiter und der Angestellten an der Betriebsleitung und am Gewinn verstand. Das Programm forderte ferner eine Revision der Bodenreform und erklärte die Initiative des Einzelnen zur Grundlage der Prosperität von Wirtschaft und Gesellschaft.

Organisation: Die Gliederung der Partei erfolgte auf regionaler Ebene in Form von Ortsverbänden, Bezirks-, Kreis- und Landesverbänden sowie dem Zentralen Vollzugsausschuß an der Spitze. Gleichrangig neben diesen Organisationen standen die der Partei angeschlossenen Verbände, deren wichtigste die nationalsozialen Gewerkschaften, zusammengeschlossen in dem Dachverband der »Tschechischen Arbeitergemeinde« (»Česká obec dělnická«), waren. – Presse: ›České slovo‹ (Tageszeitung, seit 1907) ferner ›Mladé proudy‹, ›Nový člověk‹, ›Česká demokracie‹ (Wochenblatt, seit 1900), ›Svobodné slovo‹ (Tageszeitung, Organ der Partei seit 1948).

Geschichte: Die National-Soziale Partei entstand im Laufe des Jahres 1897 als Reaktion nationaler tschechischer Arbeiter und Handwerker auf die Negierung des böhmischen Staatsrechtsgedankens durch die Sozialdemokraten. Deren Marxismus setzten sie, besonders ihr Wortführer *V. Klofáč*, den Gedanken eines »slawischen Sozialismus« entgegen, der, stark antisemitisch und antideutsch geprägt, dem Sozialismus eine Art nationaler Überhöhung zu verleihen trachtete. Diese Akzentuierung nationalistischer Gedanken und der daraus resultierende Gegensatz zur Sozialdemokratie brachten der Partei die Unterstützung auch seitens bürgerlicher nationaler Kreise, so daß sie bei den Reichsratswahlen 1901 im zweiten Wahlgang 5 Mandate bei nur 1,2 % der Stimmen erhielt (Sozialdemokraten: 4,6 % aber nur 2 Mandate). Im Reichsrat nahmen die national-sozialen Abg. eine strikt oppositionelle Haltung ein und demonstrierten spektakulär für das böhmische Staatsrecht. Die offenkundige Vernachlässigung sozialer Probleme zugunsten nationaler Demonstration honorierten die Wähler jedoch nicht. 1907 erhielten die National-Sozialen im Bündnis mit der RADIKALEN STAATSRECHTSPARTEI *K. Baxas* unter der Bezeichnung TSCHECHISCHE STAATSRECHTLICHE DEMOKRATIE (Česká státoprávní demokracie) nur 3 Mandate. 1911 konnte sie das Ergebnis durch Wahlabsprachen mit den Jung- und den Alttschechen auf 13 Abg. verbessern, die jedoch im Reichsrat in der Obstruktion verharrten und aufgrund dessen auch den zwischenzeitlich mit den Jung- und Alttschechen gebildeten parlamentarischen Klub wieder verließen. Auch in Böhmen prägten nationalistische Auftritte, u. a. in Form von tätlichen Auseinandersetzungen mit deutschen Burschenschaftlern das Bild der Partei und dominierten über sozialem Engagement und Wahlrechtsbestrebun-

gen. Lediglich der Jugendverband der Partei (Vors. *E. Špatný*) bekannte sich zum Sozialismus als vorrangigem Ziel, verbunden mit einer radikal antimilitaristischen Haltung.

Während des Weltkriegs wirkte die Partei für eine antiösterreichische tschechische Nationalbewegung. In dieser Zeit näherte sich ihr eine Gruppe aus der zerfallenen FORTSCHRITTSPARTEI (Realistenpartei) unter *Veselý*, die der kleinbürgerlichen Richtung des nationalen Sozialismus nahestand. Das Profil der Partei wurde aber auch vom Eintritt der Föderation tschechischer Anarchisten im Februar 1918 mitgeprägt, die von *B. Vrbenský*, *Th. Bartošek*, *L. Landová-Štychová* repräsentiert wurden. Besonders unter dem Einfluß dieser Strömung verstärkten sich bis in die ersten Nachkriegsjahre die sozialistischen Kräfte. Am 30. 3./1. 4. 1918 schloß sich die National-Soziale Partei mit anderen sozialistischen Gruppen zur TSCHECHISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI (Česka socialistická strana), ab Januar 1919 unter der Bezeichnung TSCHECHOSLOWAKISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI (Československá socialistická strana) zusammen. Verbunden damit war eine starke Linksschwenkung, in deren Verlauf die oppositionelle Haltung gegenüber den ihrerseits national auftretenden Sozialdemokraten aufgegeben wurde, zu einem von beiden Seiten vorübergehend ins Auge gefaßten Zusammenschluß beider Parteien kam es jedoch nicht. Exponenten des neuen Kurses waren *E. Franke* und der Anarchist *Vrbenský*, der in der Revolutionären Nationalversammlung vom November 1918 den Vorsitz der 29 Köpfe starken sozialistischen Fraktion übernahm. Parteivorsitzender blieb *Klofáč*, doch fiel die eigentliche Macht mehr und mehr in die Hände seines Stellvertreters *J. S řibrný*. Die neue Parteilinie, die auch eine wesentlich versöhnlichere Haltung gegenüber den nationalen Minderheiten, besonders den Deutschen, miteinschloß, führte zu einer Annäherung und schließlich zum Übertritt der Realisten um *Masaryk* zu den Sozialisten, die damit endgültig die Rolle der den neuen Staat mittragenden Partei übernahmen. Trotz des enttäuschenden Wahlergebnisses von 1920 (11,8 % der Stimmen, 24 Abg.) beteiligten sie sich weiterhin an der Regierung, der sie seit Gründung der Republik angehörten. – Auf dem Parteitag vom Mai 1921 verteidigten *Vrbenský* und *Franke* den 1918 eingeschlagenen Kurs, was zum Austritt einer rechten Gruppierung (*F.* und *G. Heidler*) führte. Während der folgenden Jahre gewannen jedoch die Anhänger *Masaryks* die Oberhand, und die Partei entwickelte sich zum Hauptträger der staatstragenden Ideologie des Masarykismus. Etappen auf diesem Weg waren zunächst die Abspaltung der Anarchisten. Die Regierungsbeteiligung zwang die Partei, Maßnahmen mitzutragen, die mit dem Programm von 1918 nur schwer zu vereinbaren waren (Verringerung der Gehälter im öffentlichen Dienst u. a.) und die den Unwillen der Basis erregten. Im anarchistischen Flügel wuchs daraufhin die Bereitschaft zur Einheitsfront aller Linksparteien und zum Austritt aus der Regierungskoalition. Die Weigerung, für das Gesetz zum Schutze der Republik vom Januar 1923 zu stimmen, führte daraufhin zum Ausschluß der Gruppe um *Vrbenský* im März 1923 (→ SOZIALISTISCHE EINIGUNG). Kurz darauf trat Außenminister *E. Beneš* in die Partei ein, die sich nunmehr offen zu *Masaryk* als ihrem politischen Vorbild bekannte. Bei den Wahlen 1925 konnte sie ihr Ergebnis auf 28 Mandate verbessern; sie blieb in der Regierung bis zu deren Rücktritt 1926, anschließend wechselte sie bis 1929 in die Opposition über. Auf dem Parteitag 1926 kam es zu Auseinandersetzungen um *Stříbrný*, die mit dessen Ausschluß endeten. Ursache des nicht völlig geklärten Konfliktes dürfte neben persönlichen Motiven der Vorwurf gewesen sein, *Stříbrný* sympathisiere mit dem Faschismus. *Stříbrný* gründete daraufhin die SLAWISCHE NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI (Slovanská strana národně socialistická), die 1929 den Namen RADIKALE PARTEI – SLAWISCHE SOZIALISTEN (Radikální strana – slovanští socialisté) annahm und bei den Wahlen des gleichen Jahres gemeinsam mit der → NATIONALEN FASCHISTISCHEN GEMEINDE auftrat. Danach gab sie sich die Bezeichnung NATIONALE LIGA (Národní Liga) und vereinigte sich 1935 mit der → TSCHECHOSLOWAKISCHEN NATIONALDEMOKRATIE zur NATIONALEN VEREINIGUNG. – Innerhalb der Sozialistischen Partei, die auf dem Parteitag 1926 den Namen Tschechoslowakische National-Sozialistische Partei angenommen hatte, gab es damit keine ernsthafte Opposition mehr gegen ihr Selbstverständnis als Hauptstütze des demokratischen Masarykismus. Wertvolle Unterstützung für diesen Kurs war der Übertritt der Anhänger der NATIONALEN PARTEI DER ARBEIT, und bei den Wahlen 1929 konnte die Partei sich auf 10,4 % der Stimmen und 32 Abg. steigern.

In der Zeit der Weltwirtschaftskrise traten die Nationalsozialisten nach der Unterbrechung 1926–1929 wieder in die Koalition ein. Zusammen mit den Sozialdemokraten trachteten sie besonders nach Überwindung der Krisenerscheinungen. Sie waren ein Hauptträger der sog. »Burg«-Ideologie in der Verteidigung der Demokratie gegen die Kräfte von links und rechts. Der April-Parteitag von 1931 sollte die Geschlossenheit der Bewegung nach den Jahren innerer Auseinandersetzungen demonstrieren. Man erarbeitete ein verhältnismäßig eingehendes Programm, das trotz des Bekenntnisses zum Sozialismus im Gegensatz zu 1918 einen mehr pragmatisch-reformistischen Charakter trug. Das gesamte Streben der Partei in den folgenden Jahren ging dahin, das demokratische System in Form einer Wirtschaftsdemokratie wieder zu stabilisieren und alle Versuche, ohne das Parlament zu regieren, abzuwehren. Daher lehnte die Parteiführung zu Anfang 1933 auch den Vorschlag der Kommunisten ab, mit ihnen und den Sozialdemokraten eine einheitliche Front der Arbeiterparteien zum Schutz gegen den Faschismus zu bilden. Sie erwog

ein Bündnis allein mit den Sozialdemokraten, dagegen stand aber ihre Loyalität »auch zu den demokratischen Parteien der Rechten«.

Im Dez. 1935 legte *Beneš* seine Mitgliedschaft nieder, nachdem er – seit 1932 als stellvertretender Vors. – viele Jahre den Kurs der Partei maßgebend mitbestimmt hatte, und trat die Staatspräsidentschaft an. Der Parteitag vom 30. 5./1. 6. 1936 formulierte den angestrebten Sozialismus als »Eingliederung in das Leben des modernen Staates und in seine große gesellschaftliche und nationale Funktion« und lehnte eine Politik jedweder selbstsüchtiger Standes- und Klasseninteressen ab. Die Schuld an der langsamen Lösung sozialer Probleme wurde der politischen Zersplitterung der Arbeiterschaft gegeben, die bestehende breite bürgerlich-demokratische Koalitionspraxis akzeptiert, andererseits das Autonomiestreben bzw. der Separatismus der nationalen Minderheiten verurteilt und stärkere Abwehrmaßnahmen dagegen gefordert.

Am 16./17. 5. 1937 fand der Jubiläumsparteitag der Nationalsozialisten statt. Ein Jahr darauf brach mit dem Münchner Abkommen die Politik dieser in besonderem Maß staatstragenden Partei zusammen. Die meisten Mitglieder schlossen sich mit den Angehörigen anderer bürgerlicher Parteien zur → Partei der nationalen Einheit zusammen, nur ein kleiner Teil Linksorientierter trat in die → Nationale Partei der Arbeit ein. Die emigrierten Funktionäre der Partei beteiligten sich in London an der Bildung der tschechoslowakischen Auslandsregierung.

Nach der Wiederherstellung der ČSR 1945 kam es zur Erneuerung der Partei als Bestandteil des Nationalen Blocks (→ Einleitung). 1946 erhielt sie 23 % der Stimmen (55 Sitze) und wurde zweitstärkste Partei. Die Parteiführung (*P. Zenkl, H. Ripka, J. Stránský* u. a.) bemühte sich gegen den übermächtigen kommunistischen Einfluß um Wiederherstellung einer demokratisch-parlamentarischen Ordnung, unterlag aber dem Putsch der Kommunisten im Februar 1948 und ging wiederum ins Exil. Der Apparat der nun in Tschechoslowakische Sozialistische Partei (Československá socialistická strana) umbenannten politischen Satellitenformation wurde den Prinzipien der kommunistisch geleiteten Nationalen Front entsprechend reformiert. [Ri/We]

D. Brandes, Die tschechoslowakischen National-Sozialisten, in: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979.

Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Československá sociálně demokratická strana dělnická).

Gründung: 7. 4. 1878 in Prag-Břevnov unter dem Namen Tschechoslawische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Československá socialně demokratická strana dělnická). Der Name wurde nach der Gründung der Tschechoslowakei geändert.

Programm: Bis zu Verselbständigung der Partei 1911 vertrat sie das Programm der österreichischen Gesamtpartei, die auf den Parteitagen von Hainfeld (1888/89) und Brünn (1899) weitgehend den tschechischen Wünschen nach nationaler Autonomie entgegenkam (→ Österreich, Sozialistische Partei). Nach der Gründung der Republik nahmen die Sozialdemokraten in ihr Programm auf: Sozialisierung des Bergbaus und der Großindustrie, Enteignung der Großgrundbesitzer und Zuteilung ihres Bodens an landwirtschaftliche Genossenschaften, Einführung einer sozialen Gesetzgebung, Beschlagnahme von Kriegsgewinnen und Maßnahmen gegen Schwarzhändler. Die Sozialisierungsmaßnahmen wurden aber bald zurückgestellt, weil die Parteiführung die Ansicht vertrat, daß man den Sozialismus erst dann errichten könne, wenn sich die Wirtschaft voll entwickelt habe. In Vorbereitung dessen konzentrierte sich die Partei auf Maßnahmen zur Heranbildung einer Arbeiterschaft, die zur Übernahme von Führungspositionen im wirtschaftlichen Bereich fähig sein würde. – Die Teilnahme der Partei in den Regierungen der ČSR sollte sowohl der Kontrolle des Staates, als auch der Durchsetzung der sozialen und politischen Reformen dienen. Im Laufe des 2. Weltkrieges entwickelten sich programmatische Vorstellungen in der Partei, die einerseits Sozialisierungspläne beinhalteten und dadurch sich dem kommunistischen Programm näherten, andererseits wurde die Errichtung eines Wohlfahrtsstaates auf demokratischen Grundlagen verlangt. In beiden Fällen blieben die Prinzipien der Demokratie unangetastet. Erst das Regierungsprogramm von Košice (April 1945 → Einleitung), das von den Sozialdemokraten mitgetragen wurde, zeigte, daß sich die Partei unter prokommunistischer Führung auch programmatisch unter dem starken Einfluß der KPČ befand.

Organisation: Anfänglich handelte es sich nicht um eine Partei, sondern um einzelne politische Klubs, Konsumgenossenschaften und Bildungsvereine, die miteinander im Kontakt standen, versuchten, eigene Presseorgane aufzubauen, zusammenzuarbeiten oder auch sich ideologisch zu bekämpfen. Erst nach der Gründung der Partei 1878 bildete sich allmählich eine feste Organisation mit einem Netz von Ortsvereinen im ganzen Lande. Die Tschechoslawische Sozialdemokratische Arbeiterpartei verstand sich als autonomer Bestandteil der österreichischen Sozialdemokratie. Der Grundsatz des Internationalismus wurde von den tschechoslawischen Sozialdemokraten in erster Linie als eine Bejahung der nationalen Selbstbestimmung aufgefaßt, und das nicht nur zur Bewahrung der nationalen Sprache und Kultur, wie es bei der Sozialdemokratischen Partei Österreichs verstanden wurde, sondern auch zur politischen Autonomie. Deshalb wurde eine eigene Partei gegründet, die im engen Kontakt mit den österreichischen Sozialdemokraten stand. Durch die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale nahmen die tschechischen

Sozialdemokraten ihr Recht auf Selbstvertretung wahr.

Die Partei veranstaltete regelmäßig ihre Parteitage, die den Vorstand wählten und den Kurs der Partei bestimmten. Zur Lösung von Aufgaben der Alltagspolitik wurden die Parteikonferenzen einberufen.

Eine Reihe von parteieigenen Organisationen wurde aufgebaut (Jugend- und Frauenorganisation, Arbeiterturnvereine, Arbeiterakademie sowie wirtschaftliche Unternehmen, die in der »Zentralvereinigung der Tschechoslowakischen Kooperative« über 700 Kooperativen vereinigte).

Während der deutschen Okkupation wurde die ganze Organisation zerschlagen. Die Illegale Organisation der Partei arbeitete konspirativ. Sie wurde in 3-Mann-Zellen gegliedert, die von einem Vorstand geleitet wurden. – Presse: Parteiorgan ›Právo lidu‹ (seit 1897, jetzt im Exil).

Geschichte: Die österreichische Verfassungsänderung vom Dezember 1867 gab eine Reihe bürgerlicher Rechte frei, von denen besonders die Vereins- und Versammlungsfreiheit die Gründungen von Parteiorganisationen ermöglichten. Aus den rasch entstandenen politischen Organisationen der Arbeiterschaft und aus ihren Genossenschaften und Bildungsvereinen entwickelte sich die spätere Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die Arbeiter-Organisationen und -Vereine standen zuerst unter dem Einfluß der Nationalpartei (Alttschechen), mit der die Freisinnige Nationalpartei (Jungtschechen) um die Gefolgschaft unter der Arbeiterschaft rivalisierte.

Erst als nach der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs diese sich von den bürgerlich-nationalistischen Parolen distanzierte, für eine Einigung der Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf die nationale Zugehörigkeit eintrat und das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Bemühen um die nationale Untergliederung der Arbeiterorganisationen anerkannte, entschlossen sich die tschechischen Sozialdemokraten zur Gründung einer eigenen Parteiorganisation am 7. 4. 1878 in Prag-Břevnov. Dabei gingen sie davon aus, daß nationale Organisationen der Sozialdemokraten die Voraussetzung zur Bildung einer vereinigten Partei in Österreich darstellten. Die politischen Repressalien und die verschlechterte soziale Lage der Arbeiter während der langwierigen Wirtschaftskrise hatten eine Uneinigkeit in den Arbeiterparteien zur Folge. Die Mehrheit der Sozialdemokraten setzte sich für die Verwirklichung des Parteiprogramms mit legalen Mitteln ein; eine Minderheit schloß sich der radikal-anarchistischen Lehre des deutschen Sozialdemokraten *J. J. Most* an. Der in Brünn 1887 tagende Kongreß der tschechischen Partei brachte innerhalb dieser einen Sieg der gemäßigten Richtung. Die radikale Gruppe der Mostisten löste sich auf, und viele ihrer Anhänger stellten sich auf den Boden des Parteiprogramms mit seiner evolutionistischen Grundhaltung.

Die Wahlreformen von 1896 (Einführung der 5. Kurie) und von 1907 (allgemeines Wahlrecht) brachten der Tschechoslawischen Sozialdemokratie die ersten Wahlerfolge. Ins Parlament wurden 1897 5 und 1907 24 Abg. der Partei gewählt. Trotz dieser politischen Erfolge stand die Partei einer starken politischen Konkurrenz gegenüber. Es zeigte sich, daß alle bisherigen Einschätzungen des Nationalismus als einer rein bürgerlichen Erscheinung falsch waren, und daß ihm nicht nur das Bürgertum folgte, sondern auch die Kleinbourgeoisie und sozial schwächsten Schichten. Diese Tatsache und die nationalistische Agitation der bürgerlichen Parteien zwangen die tschechische Partei, sich zumindest organisatorisch von der österreichischen Gesamtpartei zu distanzieren. Dieser Prozeß verstärkte sich in der 2. Hälfte der 90er Jahre. Auf dem Wiener Parteitag 1897 wurde die Autonomieerklärung der tschechischen Partei sanktioniert. Die tschechische Partei lehnte das böhmische Staatsrecht ab (Gemeinsame Erklärung der tschechischen Sozialdemokraten im Parlament 1897) und verlangte eine Autonomie der Nationen, wobei nicht sprachlich-kulturelle Autonomie gemeint war, sondern die Errichtung von nationalen Verwaltungsgebieten. Dieser Forderung trug der Brünner Gesamtparteitag 1899 Rechnung, indem er die Lösung des Nationalitätenproblems im Sinne der Ablehnung einer Föderalisierung Österreichs nach den alten Kronländern verlangte und eine Errichtung von national einheitlichen Verwaltungsregionen befürwortete. Der Prozeß der Trennung der Tschechoslawischen Partei aus der österreichischen Sozialdemokratie wurde durch die Verselbständigung der tschechischen Partei 1911 abgeschlossen. Der konkrete Anlaß zu diesem Schritt war der Streit zwischen den beiden Parteien um die Errichtung separater Gewerkschaften der Tschechen. Die tschechische Partei wollte damit ihren Einfluß auf die tschechischen Arbeiter verstärken und gleichzeitig der Konkurrenz der nationalistischen Agitation der bürgerlichen Parteien entgegenwirken. In den Wahlen zum Reichsrat 1911 gewann die tschechische Partei bloß ein Mandat mehr als zuvor. Eine Minderheit der tschechischen Sozialdemokraten, die die Trennung ablehnte, die Zentralistische Tschechische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Centralistická sociálně demokratická strana dělnická) spaltete sich ab. Die letzten Reste sozialdemokratischer tschechisch-deutscher Gemeinsamkeit gingen im 1. Weltkrieg verloren, als sich die beiden sozialdemokratischen Parteien immer mehr der nationalistischen Argumentation bedienten. Die Tschechoslawische Partei schloß sich der tschechischen Fraktion des Parlaments in Wien an. Sie demonstrierte durch ihre Zusammenarbeit mit den tschechischen bürgerlichen Parteien, daß sie sich von den Grundsätzen des Hainfelder Programms weit entfernte. Eine Entfernung der proösterreichischen Kräfte aus der Parteiführung *(B. Šmeral)* beendete den Bruch mit dem Internationalis-

mus. Die neue Parteiführung *(Bechyně, Habrman, Modráček* und *Prokeš)* vertrat deutlich die nationale Richtung und ermöglichte die Zusammenarbeit mit der AGRARPARTEI und den tschechischen Sozialisten (→ TSCHECHOSLOWAKISCHE NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEI.) Die Partei unterstützte seit Anfang 1918 den Gedanken eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates und schloß sich seiner Ausrufung am 28. 10. 1918 an. Ideologisch stand sie seit dem Ende der 90er Jahre auf dem Boden der Revision des marxistischen Programms unter dem Einfluß von *E. Bernstein* und der Marxismuskritik von *T. G. Masaryk* und *F. Modráček*.

Nach der Gründung der ČSR nannte sich die Partei nicht mehr Tschechoslawische, sondern Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Das wichtigste politische Ziel aller tschechischen Parteien war die Festigung des Staates. Deshalb wurde unter *K. Kramář* eine Allparteien-Regierung gebildet, die auch von den Sozialdemokraten mitgetragen wurde. Der erste Nachkriegsparteitag der Sozialdemokraten (Dezember 1918) stellte weitgehende Sozialisierungsforderungen auf, deren Verwirklichung durch das Fortführen der Zusammenarbeit mit den tschechischen Sozialisten im Rahmen des im September 1918 geschaffenen »Sozialistischen Blocks« gesichert werden sollte. Der Parteitag beschloß die Fusion mit den Sozialisten zu forcieren und nahm die Gruppe von *Šmeral* und die im 1911 abgesplitterte Zentralisten wieder in die Partei auf. Die Einigung mit diesen Gruppen brachte jedoch keine innere Einigkeit. Der gemäßigten Parteiführung stand die Linke mit *Šmeral* und *A. Zápotocký* gegenüber, die unter dem Einfluß der russischen Revolution eine große Anhängerschaft für ihr bolschewistisches Programm fand. Trotzdem wurden die Gemeindewahlen (Juni 1919) und die Parlamentswahlen (April 1920) zu einem großen Erfolg für die Sozialdemokratie. Sie wurde zur stärksten Partei und stellte den Ministerpräsidenten *V. Tusar*. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen erreichten im Sommer 1920 ihren Höhepunkt. Die bolschewistische Mehrheit der Partei forderte die Abkehr von der reformistischen Politik und versuchte die Partei von innen zu erobern. Trotz Konzessionen, die die Parteiführung der Linken machte, spitzte sich die Lage dermaßen zu, daß eine Spaltung der Partei unvermeidlich wurde. Die Regierung *Tusar* trat zurück (15. 9. 1920). Die Linke wurde aus der Partei ausgeschlossen und die von ihr besetzt gehaltene Parteizentrale am 9. 12. 1920 von der Polizei geräumt. Von den 74 sozialdemokratischen Abg. schlossen sich 22 der neugegründeten → KOMMUNISTISCHEN PARTEI (KSČ) an. Die Spaltung der Partei verhinderte die Realisierung der Pläne zu einer Fusion mit den Sozialisten und brachte den Sozialdemokraten in den Parlamentswahlen von 1925 große Stimmenverluste. Mit 29 Mandaten wurden sie nur noch viertstärkste Partei. Die Folgen der Spaltung waren in allen Organisationen der Partei sehr schwer. In der Slowakei löste sich die Partei fast auf, als von 128 Parteidelegierten 116 für das Programm der Linken plädierten. Erst durch Annahme eines breitgefächerten Sozialprogramms, die Oppositionstätigkeit im Parlament (1926–1929) und die Zusammenarbeit mit den tschechischen Sozialisten und mit den sozialdemokratischen Parteien der Minderheiten wurde eine Konsolidierung erreicht; diesem Ziel diente auch der Versuch einer Annäherung an die → DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI auf dem gemeinsamen Parteitag in Prag-Smíchov 1928, der zwar auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik keine Ergebnisse brachte, aber die Voraussetzungen für den Regierungseintritt beider Parteien 1929 schuf. Auch die inneren Kämpfe in der → KSČ und die Massenaustritte aus der KSČ nach deren »Bolschewisierung« (1929), verhalfen der Sozialdemokratischen Partei dazu, daß sie bei den Parlamentswahlen von 1929 mit 39 Mandaten zweitstärkste Partei wurde. Die Bekämpfung der Wirtschaftskrise und die Lösung der aus ihr resultierenden nationalen Spannungen in der Slowakei und den von Deutschen besiedelten Grenzgebieten wurde von der Regierung des Agrariers *Udržal* nicht energisch genug betrieben, und die Sozialdemokraten kündigten die Zusammenarbeit in der Koalition auf (1932). In der neuen Regierung *Malypetr* setzten sie sich für umfangreiche politische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise ein. Sie stimmten dem Ermächtigungsgesetz zu, das der Regierung noch größere Interventionsbefugnisse in der Wirtschaft einräumte (1933). Ein anderes Ermächtigungsgesetz ermöglichte das Vorgehen der Regierung gegen subversive politische Organisationen. Nach diesem Gesetz wurde die DEUTSCHE NATIONALSOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI aufgelöst. In der Zeit der faschistischen Bedrohung des Staates stand die Sozialdemokratische Partei an der Seite der demokratischen Kräfte, die sich um die »Burg« (→ Einleitung) versammelten. Sie unterstützte die Präsidentenschaftskandidatur von *Beneš* (1935) und seine Politik der Verteidigung der Republik und der Demokratie gegen den Faschismus. Während der Tschechoslowakei-Krise 1938 warben die Sozialdemokraten bei ihren Schwesterparteien in Frankreich und Großbritannien um Unterstützung. Als diese ausblieb, trat die Partei aus Protest aus der Sozialistischen Internationale aus. In der Frage des Münchner Abkommens gaben die Sozialdemokraten nach dem französisch-britischen Ultimatum mangels politischer Alternativen nach. Nach dem Münchner Abkommen löste sich die Partei auf, an ihrer Stelle wurde die → NATIONALE PARTEI DER ARBEIT gegründet. Die internationale Lage der Rest-Tschechoslowakei erlaubte es der Partei nicht, sich mit voller Kraft gegen den Faschismus und für die Demokratie einzusetzen. Schon damals gingen viele enttäuschte Sozialdemokraten zu der im Untergrund agierenden KSČ über. Nach der Auflösung des

Staates am 15. 3. 1939 bauten ehemalige Sozialdemokraten die illegale »Tschechoslowakische Sozialistische Revolutionsbewegung« (Československé socialistické revoluční hnutí) auf. Bis zu ihrer Zerschlagung durch die Gestapo 1941 war die Bewegung ein wichtiges Verbindungsglied zur Regierung in London, an der sich die dorthin emigrierten Parteimitglieder beteiligten. Im Exil kam es in der Partei unter dem Eindruck des Münchner Abkommens und der Rolle der Westmächte bei der Zerschlagung der ČSR zu weiterer politischer Polarisierung. Die Radikalisierung einiger junger Parteimitglieder und des Parteiführers *R. Bechyně* führten zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und mit dem Präsidenten *Beneš*, deren Nutznießer schließlich die prokommunistische Gruppe um den ČSR-Botschafter in Moskau, *Z. Fierlinger* wurde. Gegen Ende des Krieges gelang es, die beiden Parteiflügel zur Zusammenarbeit zu bewegen. In Moskau, wo *Beneš* mit den Repräsentanten aller Parteien, die in der Heimat im Rahmen der Nationalen Front zugelassen werden sollten, über die Zusammenstellung der Regierung und über ihre ersten Maßnahmen auf dem Boden der Republik verhandelte, wurde die Position der gemäßigten Sozialdemokraten durch sowjetische Manipulationen geschwächt. Sie konnten an den Verhandlungen nicht teilnehmen und *Fierlinger* wurde, von den Kommunisten unterstützt, zum Ministerpräsidenten der ersten Nachkriegsregierung ernannt. In Košice, dem ersten Handlungsort der Regierung in der ČSR, setzte sich *Fierlinger* auch als Parteivorsitzender durch. Gewählt wurde er erst im Oktober 1945 von dem ersten Nachkriegsparteitag der Sozialdemokraten. Die Parlamentswahlen 1946 brachten der Partei eine schwere Niederlage. Sie erhielt nur 13 % der Stimmen (die KSČ 38 %). Das Wahlergebnis und die Tätigkeit der Fraktion *Fierlingers* in der Partei drohten, diese in die Bedeutungslosigkeit absinken zu lassen. Die kommunistische Innenpolitik und die sowjetischen Einmischungen in die innertschechoslowakischen Angelegenheiten (*Stalins* Verbot der Teilnahme der ČSR am Marshallplan Juli 1947) ließen die prokommunistische Nachkriegseuphorie schnell abebben. Auch die Sozialdemokraten versuchten, sich von der prokommunistischen Führung zu lösen und die Partei durch einen Führungswechsel aus der Krise zu führen. Sie wählten auf dem Brünner Parteikongreß im November 1947 den Industrie-Minister *B. Laušman* zum Vors. Die Kommunisten, die dadurch ihren Einfluß auf die Partei verloren, versuchten sie zu spalten und unterstützten die Gruppe *Fierlinger*. Zur Vermeidung einer Wahlniederlage versuchten sie eine Einheitsliste der Nationalen Front durchzusetzen. In der Regierungskrise im Februar 1948 (→ Einleitung) weigerten sich die Sozialdemokraten zunächst, mit den Kommunisten eine Koalition einzugehen. Bis heute ungeklärt ist, wie es dennoch am 24. 2. 1948 zur Bildung einer aus Kommunisten und 4 prokommunistischen Sozialdemokraten bestehenden Regierung unter Teilnahme des Parteivorsitzenden *Laušman* kam. Am 27. 6. 1948 fusionierte ein Teil der Partei unter Führung *Fierlingers* mit der KSČ; einen Tag vorher konstituierte sich die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei im Exil. Ein Versuch der nie offiziell verbotenen oder aufgelösten Partei im August 1968 ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, konnte wegen der sowjetischen Invasion nicht zu Ende geführt werden. [HR]

J. Krejčí (Hg.), Sozialdemokratie und Systemwandel, 1978; M. K. Bachstein, Die Sozialdemokratie in den böhmischen Ländern bis zum Jahre 1938, in: K. Bosl (Hg.), Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979.

Tschechoslowakische Sozialistische Partei (Československá strana socialistická) → Tschechoslowakische Nationalsozialistische Partei.

Tschechoslowakische Volkspartei (Československá strana lidová). Politische Vertretung der katholischen Tschechen christlich-sozialer Prägung.

Gründung: 26. 1. 1919 durch Zusammenschluß der böhmischen und mährischen christlichsozialen Organisationen.

Programm: Als Vertreterin des politischen Katholizismus in der I. Republik sah die Volkspartei ihr Hauptziel in dem Bestreben, in Aufbau und Gesetzgebung des neuen Staates christlich-katholischem Gedankengut Geltung zu verschaffen und den Tendenzen zur Ausschaltung der Kirche aus dem öffentlichen Leben und Erziehungswesen entgegenzuwirken. Im sozialen und wirtschaftlichen Bereich stellte die Partei der sozialistischen Politik ihre auf der Enzyclica Rerum Novarum von 1894 fußende christlich-soziale Programmatik entgegen, in dem Bemühen, die christlich orientierte Arbeiterschaft für sich zu gewinnen.

Organisation: Die Tschechoslowakische Volkspartei war die einzige dezentralisierte politische Bewegung, bestehend aus vier autonomen Landesverbänden mit eigenem organisatorischem Aufbau (Vors., Präsidium, Exekutivausschuß, Generalsekretär etc.) Um die Parteiarbeit nachhaltiger leiten zu können, wurde 1922 ein Zentraler Reichsvollzugsausschuß unter *J. Šrámek* eingerichtet. Nach der Verselbständigung der → SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI begann die Tschechoslowakische Volkspartei sich parallel zu dieser auch in der Slowakei organisatorisch auszubreiten. – Zu den wichtigsten der Partei angegliederten Verbänden gehörten die »Tschechoslowakische christlichsoziale Reichsverbandskommission« unter *A. Košek*, die »Union der Beamten- und Angestelltenorganisationen« unter *J. Karas*, der »Verband der Privatangestellten in der ČSR« unter *Z. Roudnický*, ferner gab es für nahezu alle Berufsgruppen eigene Organisationen der Partei. – Presse: Die Partei verfügte über die folgenden Tageszeitungen: ›Lidové listy‹, ›Lid‹, ›Pražský večerník‹ (alle Prag), ›Den‹ (Brünn), ›Našinec‹ (Olmütz), ›L'udová Politika‹ (Bratislava);

ferner eine Reihe von Wochenzeitungen und Zeitschriften. Gegenwärtig sind Parteiorgane die Tageszeitung ›Lidová demokracie‹ und die Monatsschrift ›Funcionář‹.

Geschichte: Die Anfänge der Organisation katholischer Bevölkerungsschichten reichen in das ausgehende 19. Jh. zurück. Wurden zunächst Vereine und Verbände gegründet, die verschiedenen Zwecken dienten, so ging man seit Mitte der 90er Jahre zur Gründung politischer Parteien über. 1894 entstand in Leitomischl (Litomyšl) eine CHRISTLICH-SOZIALE PARTEI (Křest'ansko-Sociální strana). In Mähren konkurrierten zwei katholische Parteien miteinander: die 1896 gegründete KATHOLISCHE NATIONALPARTEI (Katolická národní strana) unter *M. Hruban* mit einem eher konservativen und legitimistischen Programm, das vielfach den Traditionen der Alttschechen folgte, und die 1899 von *Šrámek* begründete SOZIALREFORMERISCHE CHRISTLICH-SOZIALE PARTEI (Sociálně-reformní křest'ansko-sociální strana), die sich speziell den Arbeitern in Stadt und Land widmen und der sozialistischen Bewegung Halt gebieten wollte. Ihr Programm nahm die Gedanken der 1891 erlassenen Enzyklika *Leos XIII.* »Rerum novarum« auf und suchte mit den Idealen eines christlichen Sozialismus den klassenkämpferischen Bestrebungen entgegenzuwirken.

Insgesamt traten am Jahrhundertbeginn in Böhmen und Mähren zunächst ungefähr fünf katholische Parteien auf, die sich in manchem unterschieden, bis die Zersplitterung um 1912 mit fünf böhmischen und zwei mährischen katholischen Parteien tschechischer Provenienz ihren Höhepunkt erreichte. Die drei genannten Organisationen wirkten bis 1918, sie unterhielten zwar Kontakte, jede hatte aber ihren eigenen Vollzugsausschuß und ihr besonderes Organisationsnetz. Eine derart aufgespaltene Bewegung konnte keine besonderen Wahlerfolge erringen, und 1911 gelang es den übrigen bürgerlichen Parteien dank des Mehrheitswahlrechtes und der Wahlabkommen alle Kandidaten der genannten Parteien zu schlagen. Erst allmählich begannen sich auf dem Lande und besonders in Mähren die Positionen der katholischen Parteien zu festigen; die ärmeren mährischen Landschaften wurden zu ihrer Hauptstütze bei den späteren Wahlen.

Im September 1918 schlossen sich die beiden mährischen Parteien unter dem Namen Tschechoslowakische Volkspartei zusammen, für den gleichen Namen entschieden sich auch die böhmischen Christlichsozialen, so daß zwei christliche Parteien gleichen Namens in die neue Republik traten. Beide Volksparteien verband dasselbe nationale Ziel und der gemeinsame Klub im Prager Abgeordnetenhaus.

Obwohl sich die katholischen Parteien ihrem Programm entsprechend vor allem an die Bauernschaft und die katholische Bevölkerung wandten, blieb ihre Führung doch eine Domäne der Geistlichkeit, des konservativen Bürgertums und einiger Großgrundbesitzer. Einer Ausbreitung unter den Massen stand die eingewurzelte antiklerikale hussitisch-nationale Tradition entgegen. Die politische Ausrichtung der Katholiken war ziemlich konservativ, proösterreichisch auch während des 1. Weltkrieges. Deshalb befand sich der politische Katholizismus zur Zeit der Entstehung der Republik in einer sehr schwierigen Situation, die zu überwinden es vor allem der Geschlossenheit bedurfte. Auf einem gemeinsamen Parteitag der böhmischen und mährischen Parteien am 26. 1. 1919 in Brünn wurde der Zusammenschluß vollzogen, man sagte der proösterreichischen Vergangenheit ab und verkündete neue Programmleitlinien, in denen die Partei sich zu den Aufgaben des Staatsaufbaues nach Prinzipien bürgerlich-republikanischer Ordnung bekannte. Die Parteiunion trat von Anfang an nich als ständische Partei auf. Sie suchte Anhänger bei allen Schichten und Klassen, die sich zu den katholischen Idealen bekannten: bei Bauern, Arbeitern, kleinen Unternehmern, bei der Intelligenz, aber auch bei Angehörigen der besitzenden Klassen. Nach 1919 trat eine neue jüngere Führerschaft hervor, die die Parteipolitik ohne zu weit gesteckte programmatische Ambitionen auf die praktischen Aufgaben der Tagespolitik hin orientierte. Die Hauptaufmerksamkeit wurde den sozialen Problemen der Bauernschaft und der Arbeiter zugewendet, um der sozialrevolutionären Bewegung Einhalt zu gebieten. Der weitere politische Aufstieg der Partei in den 20er Jahren ist vor allem durch elastisches Vorgehen und erfolgreiche Kompromisse mit den übrigen bürgerlichen Parteien gekennzeichnet. 1920 gelang es, die drohende Trennung der Kirche vom Staat abzuwenden; nach der Erreichung dieses gemeinsamen Ziels begann sich jedoch der nationale Gegensatz zwischen Tschechen und Slowaken zunehmend auszuwirken und im November 1921 verließ die → SLOWAKISCHE VOLKSPARTEI die gemeinsame Organisation und die Regierung. Den Tschechen, weiterhin Regierungsmitglied, gelang es, das Zerwürfnis zwischen Regierung und Vatikan in der ersten Hälfte der 20er Jahre zu überstehen und bei den Wahlen von 1925 Stimmen von der Linken und Rechten zu gewinnen (9,7 %, 31 Sitze). Der Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen für die katholischen Arbeiter, aber auch für andere Bereiche, wie z. B. der Sportorganisation »Orel«, trug viel zu den Erfolgen bei.

Mitte der 20er Jahre nützte die Volkspartei die Krise der bürgerlich-sozialistischen Koalition aus, um ihre Position zu festigen. 1926 gelang die Durchsetzung des sog. Kongrua-Gesetzes, mit dem der Staat wichtige finanzielle Verpflichtungen gegenüber der Kirche übernahm. Von der Stellung der Partei zeugt, daß deren Vors. *Šrámek* nach der Erkrankung des Ministerpräsidenten *Švehla* mit dessen Vertretung November 1927 bis Anfang 1929 betraut wurde. In der gleichen Zeit war *Hruban* Senatspräsident.

Die Tschechoslowakische Volkspartei hatte wie andere Parteien innere Krisen zu überwinden.

1925 trat die Gruppe des Abg. *Kaderka* aus und gründete die unbedeutende TSCHECHOSLOWAKISCHE HÄUSLER- UND KLEINLANDWIRTEPARTEI (Československá domkářsko-malozemědělská strana). 1929 verließ der Generalsekretär der Vereinigung der christlichsozialen Arbeiterschaft (Sdružení křest'ansko-sociálního dělnictva) *A. Čuřík* die Partei und schloß mit seinen Anhängern ein Bündnis mit der SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI. Der Mißerfolg bei den Wahlen 1929 (8,4 %, 25 Sitze) wurde weitgehend auf die langsame Reaktion und konservative Einstellung der Parteipresse zurückgeführt, der die Partei nunmehr verstärkte Aufmerksamkeit widmete. Auf den von der SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI ausgehenden Versuch, Anfang der 30er Jahre einen Block der katholischen Parteien aller Nationen der ČSR zu bilden, reagierten die Tschechen mit dem Hinweis auf ihr Prinzip, koalitionstreue staatsbildende Politik zu treiben und verlangten, daß die anderen katholischen Parteien der Deutschen, Magyaren und Slowaken sich ihren Standpunkt zu eigen machten und die Einheit des Staates förderten; die nationale Einstellung des tschechischen Katholizismus war seit 1918 zu eng mit der tschechoslowakischen Idee verbunden worden, als daß sich eine gemeinsame Plattform mit den auf Autonomie drängenden Parteien der anderen Nationalitäten hätte finden lassen. Der Landesparteitag im Herbst 1934 forderte die Bildung eines christlichen Staates, durch den die Probleme der Wirtschaftskrise gelöst und die Klassengegensätze aufgehoben werden könnten. Ein weiterer Landesparteitag im September 1937 in Prag bekannte sich von neuem zu den Prinzipien des demokratischen Staates und erklärte sich angesichts der verschlechterten internationalen Stellung der ČSR mit dem Vorgehen des »Burg«-Flügels (→ Einleitung) und dessen masarykianischer Einstellung solidarisch. Vor allem die Mitglieder der christlichsozialen Gewerkschaften und die Kleinbauernorganisationen forderten von ihrer Partei eine feste Haltung gegenüber der wachsenden Bedrohung durch den Faschismus. In der Folge des Münchner Abkommens schloß sich die Volkspartei mit anderen bürgerlichen Parteien zur → PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT zusammen, nachdem einige ihrer Führer wie *Šrámek, Hála* u. a. in den Westen emigriert waren, wo sie später Mitglieder der tschechoslowakischen Auslandsregierung in London wurden. Nachdem sich die Volkspartei verpflichtet hatte, das Kaschauer Regierungsprogramm (→ Einleitung) mitzutragen, wurde die Partie nach der Wiedererrichtung der ČSR ein Bestandteil der »Nationalen Front der Tschechen und Slowaken«. Zwar versuchten die Parteiführer (*Šrámek, Hála, A. Procházka* u. a.) die volle Machtübernahme durch die KOMMUNISTISCHE PARTEI (KSČ) zu verhindern und auf die Erhaltung demokratischer Prinzipien zu wirken, aber der Februar-Putsch 1948 nötigte ihr unter der neuen Führung von *J. Plojhar* und *A. Petr* ein sozialistisches Programm auf. Viele ihrer Funktionäre gingen wieder in das Ausland, zahlreiche andere wie *Šrámek* wurden verhaftet. Seitdem ist die Partei Bestandteil der »Nationalen Front«. [RI]

K. A. Huber, Die Enzyklika »Rerum novarum« und die Genesis der christlichsozialen Volksparteien der Tschechoslowakei, in: K. Bosl (Hg.), Die erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, 1979; J. Pecháček, Die Rolle des politischen Katholizismus in der ČSR, ebda; F. G. Campbell, Die tschechische Volkspartei und die deutschen Christlichsozialen, ebda.

Ungarische Nationalpartei (Magyar Nemzeti Párt). Bestrebungen nach dem Umsturz von 1918, eine einheitliche Nationalpartei für alle Ungarn in der Slowakei zu gründen, führten am 17. 2. 1920 in Komorn zur Gründung der UNGARISCHEN LANDESPARTEI DER LANDWIRTE UND KLEINBAUERN (Országos magyar kisgazda és földmíves párt), die bei den Parlamentswahlen des gleichen Jahres 1 Mandat erzielte. Auf dem Parteitag, Pfingsten 1920 in Levice, wurde ein Programm beschlossen, das ständische Ziele und die Verteidigung der Interessen der ungarischen Minderheit in der ČSR beinhaltete. Zum Vors. wurde *K. Füssy* gewählt. Die schon hier beantragte Aufnahme der ungarischen Gewerbetreibenden und Kleinindustriellen wurde auf dem II. Parteitag in Levice im Frühjahr 1922 angenommen, die Partei nannte sich jetzt UNGARISCHE LANDESPARTEI DER LANDWIRTE, KLEINBAUERN UND GEWERBETREIBENDEN (Országos magyar kisgazda, földmíves és kisiparos párt), seit Oktober 1925 Ungarische Nationalpartei.

In ihrem Programm forderte die Nationalpartei die Verwirklichung der Selbstbestimmung auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet in Form von Schulautonomie, einer eigenen Handels- und Gewerbekammer u. a. Zum Vors. wurde *J. Törköly* gewählt, wirklicher Führer war jedoch der zu den Parteigründern von 1920 zählende *J. Szentiványi*. Da dieser die Erfolglosigkeit kleiner Klubs in der Parlamentsarbeit einsah, suchte er Bundesgenossen bei den Deutschen. Es kam zur Wahlgemeinschaft mit dem BUND DER LANDWIRTE (BdL), der DEUTSCHEN GEWERBEPARTEI und den ZIPSER DEUTSCHEN, in der die Nationalpartei 1925 5 Mandate gewann. Im Parlament trat sie für eine gerechte Durchführung der Bodenreform ein und war, wie *Szentiványi* es ausdrückte, bestrebt, der ungarischen Nation »die Daseinsmöglichkeiten im zugewiesenen Staat zu sichern und zu vermehren« und, soweit zur Erreichung dieses Zieles notwendig, zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit. Darin unterschied sie sich von der konsequent negativistischen → CHRISTLICHSOZIALEN LANDESPARTEI. Dennoch löste sie ihr Wahlbündnis mit dem ebenfalls aktivistischen BdL, als dieser 1926 in die Regierung eintrat, ohne daß bis dahin etwas für die Autonomie der Slowakei geschehen war. Für 1929 und 1935 stellte sie eine gemeinsame Liste mit den CHRISTLICHSOZIALEN und den ZIPSER DEUTSCHEN auf, die jeweils 8 Mandate erhielt. 1936 schloß sie sich dann mit den CHRISTLICHSOZIALEN zur →VEREINIGTEN UNGARISCHEN PARTEI zusammen. – Presse: Zeitung ›Barázda‹ [WE]

L.: → Christlichsoziale Landespartei.

Vereinigte Ungarische Partei (Egyesült Magyar Párt). Zusammenschluß von → Christlichsozialer Landespartei und → Ungarischer Nationalpartei am 21. 6. 1936 in Neuhäusel. Die dort verkündete programmatische Erklärung nannte als »Pfeiler« der Partei den nationalen Gedanken, christliche religiös-moralische Weltanschauung, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Hauptziel war die nationale Selbstverwaltung im Rahmen einer territorialen Autonomie der Slowakei. Die Führung der Partei erfolgte mittels Doppelvorsitz: für die Christlichsozialen stand ihr *J. Esterházy*, für die Nationalpartei *A. Jaross* vor. Die neue Partei verstand sich als ausschließlicher Vertreter der ungarischen Minderheit und schreckte zur Durchsetzung dieses Anspruchs auch vor totalitären Methoden nicht zurück. – Nach der im Rahmen des Münchner Abkommens erfolgten Gebietsabtretung an Ungarn hatte nur noch *Esterházy* seinen Wohnsitz in der Slowakei, er wurde auf einer einheitlichen Kandidatenliste als ungarischer Vertreter am 18. 12. 1938 in den slowakischen Landtag gewählt. Die anderen Parlamentarier ungarischer Nationalität bildeten im Budapester Parlament eine eigene Fraktion. [We]

L.: → Christlichsoziale Landespartei.

Zipser Deutsche Partei. Der von meist ungarntreuen Deutschen besiedelte Teil der Zips in der Ostslowakei wurde im Dezember 1918 der Tschechoslowakei zugesprochen. Als Ausweg erwogen die Zipser Deutschen zunächst die Gründung einer selbständigen Republik (Respublica Scepusia), dann die Erwirkung eines Zipser Verwaltungsgebietes oder wenigstens kultureller Autonomie im Rahmen der Tschechoslowakei. Neben dem Zipser Volksrat traten vor allem die deutschen Sozialdemokraten für die Interessen der Zipser ein. Nach deren Vorbild wurde am 24. 1. 1920 zur Gründung der Zipser Deutschen Partei aufgerufen, die sich am 22. 3. 1920 konstituierte. Als Aufgabe stellte sie sich die Wahrung sämtlicher politischer, kultureller und wirtschaftlicher Interessen des Zipser Deutschtums unabhängig von weltanschaulicher oder konfessioneller Bindung. Die Partei vermochte sich in der Bevölkerung der kleinen Landschaft durchzusetzen und bis 1923 mehr als drei Viertel der angesprochenen Wähler zu erfassen. Bei den Parlamentswahlen von 1925 und 1929 gelang es ihr im Verein mit dem Bund der Landwirte, der Deutschen Gewerbepartei und der Ungarischen Nationalpartei ihren Vors. *Nitsch* als Abg. durchzubringen. Auch 1935 erhielt sie 1 Mandat, ebenso wie die → Karpatendeutsche Partei (KdP). Von letzterer trennte sie ihre Absage an völkisches Gedankengut und ihr Festhalten an demokratischen Prinzipien. Es gelang ihr, sich bis zur Autonomieerklärung der Slowakei gegenüber der KdP zu behaupten, erst dann löste sie sich auf, – Presseorgan war die ›Karpathen-Post‹. [Ri/We]

E. K. Jahn, Die Deutschen in der Slowakei in den Jahren 1918–1929, 1971.

TÜRKEI

von

NERMÍN ABADAN-UNAT

Die ersten Versuche den despotisch-absolutistischen Charakter des Osmanischen Reiches durch die Einführung des Prinzips der Volksvertretung zu ändern, gehen auf den Reformerlaß von Gülhane des Sultans *'Abdül-Meschid* (3. 11. 1838) zurück, der allen osmanischen Untertanen ohne Unterschied von Rasse und Religion die wesentlichsten Grundrechte zugestand. Dieser als erste konstitutionelle Charta bezeichnete Erlaß hat spätere Reformbewegungen mit dem Ziel eines Überganges zur konstitutionellen Monarchie inspiriert. Als Ergebnis dieser Bestrebungen wurde die sich stark an das belgische Vorbild anlehnende Verfassung von 1876 durch *'Abdül-Hamid II.* dem Volk oktroyiert. Die Gewaltenteilung wurde allerdings nicht übernommen, die Machtstellung des Sultans damit gefestigt. Nach einem kurzfristigen parlamentarischen Experiment wurde aber schon 1878 durch Nicht-Einberufung des Parlaments die Verfassung wieder, bis 1908, suspendiert. Nichtsdestoweniger bewirkte die Einführung des Repräsentationsprinzips eine Intensivierung im Prozeß der politischen Willensbildung, die sich allerdings innerhalb des heterogenen, ethnisch und religiös uneinheitlichen Reichsgebietes als außerordentlich schwierig und komplex erwies.

Am Anfang dieser Entwicklung hatte die Gründung von politischen Geheimorganisationen gestanden, deren wichtigste zum Teil ihr Vorbild in den Unabhängigkeitsbewegungen der nicht-islamischen Minoritäten sahen. 1859 entstand in Istanbul der von Offizieren, Geistlichen und Beamten gebildete »Bund der Verschworenen« (Fedayiler Cemiyeti) mit der Absetzung von Sultan *'Abdül 'Aziz* als Ziel. Sechs Jahre später gründeten 250 Mitglieder der literarischen Elite und der Bürokratie die erste politische Organisation, die schon den Charakter einer politischen Partei trug, die »Neuen Osmanen« (Yeni Osmanlılar). Als Vorbild dienten der italienische Geheimbund der Carbonari und die Freimaurerlogen. Trotz der kurzen Dauer dieses Vereins – von 1865–1872 – hat er allein durch seine Existenz und den Versuch, die bestehenden politischen Institutionen nach westlichen Vorbildern zu ändern, die politische und verfassungsrechtliche Entwicklung entscheidend beeinflußt. Allerdings vermochte er keine Vertreter in das erste osmanische Parlament zu entsenden, das vorwiegend aus lokalen Honoratioren bestand. Diese Abwesenheit funktionsfähiger politischer Gruppen innerhalb des Parlaments wie auch die Verbannung und spätere Ermordung des Vaters der Verfassung von 1876, *Mithat paşa,* veranlaßte die liberal gesonnenen »Intellektuellen«, die sog. »Jungtürken«, freiwillig ins Exil nach Europa zu gehen. Ab 1889 wurden im Ausland über 20 geheime Vereine gegründet, alle mit dem Ziel, den Despotismus des Sultans abzuschaffen und die Verfassung von 1876 wieder in Kraft zu setzen. Den größten Einfluß gewann der 1889 gegründete »Verein für Osmanische Einheit und Fortschritt« İTC, Osmanlı İttihat ve Terakki Cemiyeti) mit Hauptsitz in Paris, der sich ab 1891

KOMITEE FÜR EINHEIT UND FORTSCHRITT (İttihat ve Terakki) nannte. Anläßlich des ersten Kongresses des Komitees in Paris 1902 vollzog sich eine wichtige Spaltung. Die Mehrheit unter Führung *Ahmet Riza's* entschied sich für die Gründung eines nationalen, zentralistischen Staates. Die zweite Fraktion unter Führung eines oppositionell gesonnenen Mitgliedes des Herrscherhauses, Prinz *Sabahaddin,* optierte für einen föderativen Staatsaufbau und eingeschränkte staatliche Intervention und gründete den »Verein für Privatinitiative und Dezentralisierung« (Teşebbüs-ü Sahsî ve Ademî Merkeziyet Cemiyeti). Als Sultan *'Abdül-Hamid II.* 1908 durch die Armee gezwungen wurde, die konstitutionelle Monarchie wiederherzustellen, fiel die Macht dem nunmehr legalen Komitee zu. Obwohl die Mehrheit des Kabinetts und des inzwischen wieder zusammengetretenen Parlaments ihm angehörte, fehlten ihm noch sämtliche Merkmale einer politischen Partei. Wichtigstes Organ war ein kooptierendes, nach unten geschlossenes Zentralkomitee unter der Führung eines Generalsekretärs.

Dem KOMITEE FÜR EINHEIT UND FORTSCHRITT gelang es zwar nach 1908, das Parlament wieder funktionsfähig zu gestalten und am 31. 3. 1909 den Meutereiversuch von reaktionär-religiös motivierten Elementen niederzuschlagen. Andererseits zeigten sich bereits zu diesem Zeitpunkt starke diktatorische Tendenzen, die schließlich 1913 zum Ende des Parteilebens führten. Während der Periode von 1908–1913 spielten folgende Parteien eine gewisse Rolle: PARTEI DER FREIEN OSMANEN (Osmanlı Ahrar Fırkası), Gründer: Prinz *Sabahaddin,* 1910 aufgelöst; die UNION DER MOHAMMEDANER (İttihad Muhammed Fırkası), die vorwiegend von Albanern gegründete OSMANISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI (Osmanh Demokrat Fırkası) sowie die erzkonservative, fanatische NEUE PARTEI (Hizb-î Cedid). Am 21. 11. 1911 vereinten sich sämtliche oppositionellen Kräfte in einer einzigen Frontorganisation, die sog. »Entente Libérale«, als KOMITEE FÜR FREIHEIT UND EINHEIT (Hürriyet ve ittilaf Fırkası). Die stark manipulierten und als »Knüppelwahlen« bezeichneten Wahlen von 1912 gestatteten dieser Opposition lediglich 6 von 275 Sitzen zu erobern. Nach dem Mord an Premierminister *Mahmut Şevket paşa,* Juni 1913, und dem darauf folgenden Balkankrieg wurde das Mehrparteiensystem faktisch abgeschafft. Die politische Macht konzentrierte sich immer mehr in den Händen des Triumvirats des KOMITEES FÜR EINHEIT UND FORTSCHRITT *Enver, Cemal* und *Talât paşa.*

Eine Bilanz dieses ersten Versuches, ein parlamentarisches Leben einzuführen, zeigt einerseits den andauernden Willen, soziale Reformen durchzuführen, andererseits das Bestreben, die islamisch-osmanischen Fundamente beizubehalten. Die politische Atmosphäre schwankte unentschieden zwischen dem türkischen Nationalismus (d. h. Türkismus) und dem Ottomanismus sowie Pan-Islamismus. Der Türkismus, dessen geistiger Vater der Soziologe *Ziya Gökalp* war, vertrat vor allem das Ideal der politischen Vorherrschaft des türkischen Elements im Staatswesen. Diese Auffassung wurde von fast allen progressiven Intellektuellen geteilt. Im Rahmen dieser geistigen Strömung verfocht eine kleine Minderheit das Ideal, alle Türkenstämme in einem großen Türkenreiche zu vereinen (Pan-Turanismus). Die Konservativen dagegen wollten ein neues theokratisches Imperium auf der panislamischen Theologie errichten. Der Einfluß des westlichen Sozialismus blieb wegen der sehr geringen Industrialisierung auf ein Minimum begrenzt, kleine linke Parteien kamen über Ansätze nicht hinaus.

Nach dem Waffenstillstand von 1918 erfolgte wiederum eine intensive politische Aktivität in Form von Gründung politischer Vereine und Parteien. Unter den zwei Dutzend neugegründeter Parteien sind zu vermerken: die ERNEUERUNGSPARTEI (Teceddüd Fırkası), ein

Versuch, das aufgelöste Komitee für EINHEIT UND FORTSCHRITT, dessen Führer ins Ausland geflüchtet waren, wieder zu beleben, sowie die von *Fethi Okyar* gegründete OSMANISCHE LIBERALE VOLKSPARTEI (Osmanlı Hürriyet-perver Avam Fırkası). Erhebliche Resonanz erweckten politische Vereine wie der »Verein zur Gründung eines unabhängigen Kurdistan« (Kürdistan Tealî Cemiyeti), Gründer *Seyid Abdülkadir;* der »Verein der Freunde Großbritanniens« (Ingiliz Muhipleri Cemiyeti), Gründer *Said Molla;* der »Verein der Prinzipien von Wilson« (Wilson Prensipleri Cemiyeti), Gründer die Publizistin *Halide Edip* u. a. Letztere Organisation konzentrierte sich auf die Durchführung der Grundsätze zur Erlangung der nationalen Selbstbestimmung. Insgesamt gesehen, blieben diese Organisationen jedoch ohne weitere Konsequenzen, da die Alliierten als Besatzungsmacht jede politische Tätigkeit in Istanbul weitgehend unterbanden. In Anatolien dagegen hatte die nationalistische Freiheitsbewegung mehr Erfolg. In den Provinzhauptstädten der Peripherie, wie Edirne, Adana, İzmir, Erzurum, organisierte sich ein aktiver Widerstand gegen die Einkreisung und Annektierungsabsichten der Alliierten als auch gegenüber den territorialen, sezessionistischen Forderungen der ethnischen Minderheiten. Unter Führung von General *Mustafa Kemal* konstituierte sich in Sivas die »Vereinigung der Verteidigung der Rechte von Anatolien und Rumelien« (Anadolu ve Rumeli Müdafaayı Hukuk Cemiyeti), deren Mitglieder in der am 23. 4. 1920 nach Ankara berufenen Nationalversammlung – dem neuen türkischen Parlament – die Mehrheit stellten. Die Kerngruppe dieser Vereinigung, die bedingungslos die Führung von *Mustafa Kemal* unterstützte, wurde bereits 1921 als »Erste Gruppe« bezeichnet. 1922 bildete sich unter Führung von *Celâleddin Arif* eine konservativ orientierte »Zweite Gruppe« aus 118 Mitgliedern (gegenüber einer Gesamtzahl von 437 Abgeordneten).

Nach dem Sieg der Nationalisten über die Alliierten beschloß *Mustafa Kemal,* die »Erste Gruppe« in eine Partei zu verwandeln, die → REPUBLIKANISCHE VOLKSPARTEI (CHP). Auch die »Zweite Gruppe« formierte sich zu einer Partei und gründete am 11. 11. 1924 die FORTSCHRITTLICHE REPUBLIKANISCHE PARTEI (Terakkiperver Cumhuriyet Fırkası), die als liberalkonservative Organisation eine Verlangsamung der Reformen verlangte, aber bereits am 3. 6. 1925 verboten wurde.

Ein zweiter Versuch, eine legale Oppositionspartei funktionsfähig zu gestalten, wurde am 9. 8. 1930 auf ausdrücklichen Wunsch von *Kemal Atatürk* durch *Fethi Okyar* unternommen. Die dem Liberalismus zugewandte Partei, die sich als FREIHEITSPARTEI bezeichnete (Hürriyet Fırkası), gewann vor allem in der ägäischen Region sehr starken Widerhall. Vor allem Gegner der säkulären Politik von *Atatürk* unterstützten sie mit allen Kräften. Das Ausmaß der anti-kemalistischen Ausschreitungen zwang *Atatürk,* diesen Versuch einer Demokratisierung des politischen Lebens aufzugeben und bereits am 11. 11. 1930 die Partei wieder aufzulösen. Das bedeutete das Scheitern der Versuche *Atatürks,* eine pluralistische Gesellschaftsordung nach westlichem Vorbild zu übernehmen. Die Alleinherrschaft der CHP ist jedoch in keiner Beziehung mit den damaligen europäischen Diktaturen gleichzusetzen. Sie gründete sich auf dem Fehlen einer politisch mündigen Öffentlichkeit und der trotz der Reformbestrebungen *Atatürks* bestehenden strukturellen Rückständigkeit. Das Bestreben, dieser Alleinherrschaft ein Ende zu setzen, setzte sich fort, als sich die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen am Ende des 2. Weltkrieges günstiger gestalteten und einen raschen Übergang zum Mehrparteien-System ermöglichten.

Um die Entwicklung der politischen Parteien in der Türkei besser zu verstehen, muß die verfassungsrechtliche Entwicklung kurz skizziert werden. Die erste Verfassung von 1876

verkörpert keine auf die Menschenrechte verankerte Gewaltenteilungslehre, sondern legitimierte lediglich die starke Machtstellung des Sultans. Der Sultan war Kalif (Art. 4), seine Person galt als heilig, und er war niemandem gegenüber verantwortlich (Art. 5), er konnte eigenmächtig das Parlament auflösen (Art. 7). Diese Verfassung wurde von *'Abdül-Hamid II.* 33 Jahre lang suspendiert. Nach der jungtürkischen Revolution von 1908 vermerkt man eine viel stärkere Neigung zum Parlamentarismus und der Volkssouveränität. Demnach konnte das Parlament nur mit Zustimmung des Senats aufgelöst werden (Art. 7). Das Ausweisungsrecht des Sultans wurde aufgehoben (Art. 113). Der Revolution von 1908 gelang es jedoch nicht, eine demokratische Verfassung zu schaffen. Der Dualismus zwischen der geistlichen und weltlichen Verwaltung blieb weiterhin gültig. Erst nach 1919 beginnt eine neue verfassungsrechtliche Phase. Während der Periode des Freiheitskrieges vereinte die am 23. 4. 1920 zusammengerufene Große Nationalversammlung in sich die gesetzgebende, vollziehende und bis zu einem gewissen Grade sogar die rechtsprechende Gewalt. Die Vollzugsbeauftragten waren persönlich sowie kollektiv dem Parlament gegenüber verantwortlich. Der Präsident des Parlaments war zugleich Vors. des Vollzugsausschusses. Die am 20. 1. 1921 verkündete erste provisorische Verfassung der neuen Türkei enthielt nur 23 Artikel. Sie hatte lediglich zum Ziel, die dringendsten Organisationsprobleme mitten im Freiheitskampf in provisorischer Weise zu regeln.

Nach der Ausrufung der Republik als Staatsform am 29. 10. 1923 und der Wahl *Mustafa Kemals* zum Staatsoberhaupt sowie der Abschaffung des Kalifats am 3. 3. 1924, wurde 1924 eine aus 105 Artikeln bestehende Verfassung ohne Einberufung einer Konstituante erlassen. Diese Verfassung berief sich auf das Prinzip der Gewalteneinheit, Normenkontrolle durch ein rechtsprechendes Organ sowie Referendum waren nicht vorgesehen. Der Großen Türkischen Nationalversammlung, die alle vier Jahre wieder zu wählen war, oblag die gesamte gesetzgeberische Tätigkeit. Der Präsident der Republik wurde nicht in direkter Wahl, sondern für eine Wahlperiode von dem Plenum der Nationalversammlung (G.N.V.) gewählt, die Wahlperiode dauerte vier Jahre, Wiederwahl war zulässig. Die Kompetenzen des Präsidenten waren eher beschränkt, er hatte kein Auflösungsrecht. Inhalt und Wirkung der Grundrechte in der Verfassung von 1924 waren dem Ermessen der parlamentarischen Mehrheit unterworfen. Nach dem 2. Weltkrieg setzten sich die Oppositionsparteien wiederholt für eine Garantie der Grundrechte durch Einführung eines Zweikammersystems, Einrichtung eines Verfassungsgerichtes und Erweiterung der richterlichen Unabhängigkeit ein. Als diese Forderungen keine parlamentarische Mehrheit fanden, intervenierte die Armee. Nach der Revolution vom 27. 5. 1960 wurde eine Konstituante einberufen (13. 12. 1960), die eine neue Verfassung vorbereitete. Dieses neue Grundgesetz wurde am 9. 7. 1961 durch ein Referendum mit 62 % Ja-Stimmen in Kraft gesetzt. Im Gegensatz zu der vorherigen Verfassung basierte sie auf dem Prinzip der Gewaltenteilung und einem Zweikammer-System. Die als Nationalversammlung bezeichnete erste Kammer bestand aus 450 gewählten Abgeordneten, die Zweite Kammer, Senat der Republik bezeichnet, bestand aus 150 gewählten und 15 vom Staatspräsidenten der Republik ernannten Mitgliedern. Die Nationalversammlung besaß vor dem Senat Vorrang in der Beratung und Verabschiedung der Gesetze. – Der Staatspräsident wurde von beiden Kammern gemeinsam gewählt. Die Amtsdauer betrug sieben Jahre, Wiederwahl war nicht gestattet. Frühere Staatspräsidenten waren ex officio Mitglieder des Senats.

Eine wichtige neue Komponente der neuen Verfassung war die Bedeutung, die den politischen Parteien eingeräumt wurde. Die Freiheit der Parteigründung war durch Art. 56

gewährleistet. Weiterhin verfügte Art. 57, »Statute, Programme und Tätigkeit der politischen Parteien müssen den auf den Menschenrechten und Freiheiten beruhenden Grundsätzen der demokratischen und laizistischen Republik und der Unteilbarkeit des Staatsgebietes und des Staatsvolkes entsprechen«. Einzelheiten regelte das am 6. 7. 1965 erlassene Parteiengesetz Nr. 648. Diese Verfassung hatte bis zum 12. 9. 1980 Bestand. An diesem Tag übernahm das Militär zum dritten Mal in der Geschichte der türkischen Republik die Macht und suspendierte alle Parteien.

Das Wahlrecht innerhalb des Osmanischen Reiches war durch die Verfassung von 1876 mittels einer Rechtsverordnung von 1877 geregelt. (Talimatı Muvakkate). Danach wurde das indirekte Wahlrecht angewandt. Voraussetzung für die Wahlmänner und Kandidaten war Vermögensbesitz am Geburtsort. Das Wahlgesetz von 1908 behielt das indirekte Wahlverfahren bei, wobei ein einjähriger Daueraufenthalt am Wohnort und die Entrichtung der Steuerpflicht hinzugefügt wurden.

Das während des Freiheitskrieges zusammengetretene Parlament von Ankara setzte sich aus zwei Kategorien von Abgeordneten zusammen: a) eine Gruppe von 92 Mitgliedern des in Istanbul aufgelösten osmanischen Parlaments, denen es gelungen war, nach Anatolien zu flüchten, b) weitere 343 Abgeordnete, die gemäß dem osmanischen Wahlrecht aus den nicht besetzten Provinzen kamen. Dieses indirekte Wahlrecht wurde 1924 auf alle volljährigen Männer, 1934 auf alle volljährigen Frauen übertragen. Dabei ergibt sich, daß die 13 Wahlen, die vom Beginn des Parlamentarismus bis zum Übergang zum Mehrparteiensystem abgehalten wurden, nicht den Charakter einer allgemeinen, freien, demokratischen Wahl hatten. Die am meisten angefochtene indirekte Wahl war die »Knüppelwahl« von 1912. Nach dem Übergang zum Mehrparteiensystem wurde am 5. 6. 1946 ein neues Wahlrecht erlassen, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl vorschrieb. Da das Wahlsystem jedoch auf einem sehr breiten starren Listensystem mit einfacher Mehrheit beruhte, führte es in zunehmendem Maße zu einer wahren Vernichtung der Opposition, die 1954 trotz 41 % der Stimmen nur 26 von 540 Sitzen, 1957 für 57 % der Stimmen nur 186 von 610 Sitzen erhielt.

Diese durch das Wahlgesetz herbeigeführte überdimensionale Machtposition der Regierungspartei, die diese u. a. dazu benutzte, durch Änderungen des Wahlgesetzes die Rechte der Opposition noch weiter zu beschränken (→ Demokratische Partei (1), führte dazu, daß nach der Revolution von 1960 sofort das Verhältniswahlsystem eingeführt wurde. Wichtig erscheint hierbei, daß durch eine zusätzliche Änderung des Wahlgesetzes vor den Wahlen von 1965 eine Wahlperiode lang die Reststimmen, durch den sog. nationalen Koeffizient geteilt, an alle Parteien nochmals verteilt wurden. Hierdurch gelang es der sozialistischen Türkischen Arbeiterpartei (TİP) als erster linker parlamentarischer Partei, mit 15 Sitzen in die Nationalversammlung einzuziehen. Dieses Wahlsystem überlebte jedoch nicht die nächste Wahl, und obwohl die TİP 1965 mit 3,0 % der Stimmen 15 Sitze erhalten konnte, bekam sie nach der Änderung des Gesetzes 1969 mit 2,8 % der Stimmen nur noch 2 Sitze. Seit 1973 gelang es keiner linken Partei, einen einzigen Sitz in der Nationalversammlung zu gewinnen. Es bestand nach wie vor der Proporz, allerdings mit einem d'Hondtverfahren, das ausgesprochen die größeren Parteien bevorzugte. Anläßlich der letzten Änderung des Wahlgesetzes (17. 5. 1979) wurde als Bedingung zur Teilnahme an den Wahlen verlangt, daß eine Partei entweder eine parlamentarische Fraktion besitzt (über 10 Mitglieder), oder eine Organisation in mindestens 15 Provinzen länger als sechs Monate in Funktion aufrechterhält.

Während der ersten vier Jahre nach dem Übergang zum Mehrparteiensystem war der Hauptstreitpunkt zwischen den Parteien der Mißbrauch der Befugnisse der Exekutive zugunsten der Regierungspartei bei der Durchführung der Wahlen und der Auszählung. Zwischen 1950 und 1960 konzentrierten sich die Diskussionen vorwiegend auf den Charakter des Wahlsystems und die staatliche Finanzierung der Wahlen. Letzteres wurde nach 1965 durch das Parteiengesetz geregelt.

Seit 1969 galt die schärfste Kritik der Vorwahl der Kandidaten. Bei dieser innerparteilich eher oligarchisch durchgeführten Auswahl war die Reihenfolge außerordentlich wichtig; das System hat bei den Wahlen 1977 zu großen innerparteilichen Zwistigkeiten geführt. Die Öffentlichkeit verlangt immer stärker eine Demokratisierung bzw. eine Ausweitung der Vorwahl im Sinne der »primaries« in den USA. Ein weiteres Diskussionsthema ist die Verwirklichung des Versprechens, den türkischen Arbeitern im Ausland das Wahlrecht zuzugestehen.

Die zunehmende Polarisierung und das Erstarren diametral entgegengesetzter politischer Gruppen hat seit 1961 zu weitgehendem Koalitionszwang geführt, allerdings mit wenig Erfolg. Während in den 60er Jahren die REPUBLIKANISCHE VOLKSPARTEI (CHP) zunächst mit der GERECHTIGKEITSPARTEI und später mit den kleineren Parteien Koalitionen zustande zu bringen vermochte, und es von 1965–1973 der GERECHTIGKEITSPARTEI gelang, trotz des Proporzes unabhängige Regierungen zu bilden, haben sich seit 1973 bezüglich der parlamentarischen Zusammenarbeit steigende Schwierigkeiten gezeigt. Die nach 1973 gebildete Erste und Zweite sog. Nationalfront – eine Koalition aller rechten parlamentarischen Parteien – brachte die erwünschte politische Stabilität nicht. Andererseits hatte die türkische Linke, die wegen des Verbotes der Gründung einer Kommunistischen Partei lediglich aus der sozialdemokratisch gesinnten CHP bestand, anhaltend Schwierigkeiten, unter den Unabhängigen genügend Unterstützung zu finden.

Die Wahlergebnisse zeigen ein relativ gleichbleibendes Bild der zwei großen Parteien, d. h. die GERECHTIGKEITSPARTEI und die CHP, in starken Positionen. Beide Parteien erzielten 1969 zusammen 73,9%, 1973 69,4% und 1977 80,6% der Stimmen. Diese Verteilung der Stimmen läßt erkennen, weshalb das Zustandekommen jedweder Koalition sehr schwierig war. Ein weiteres Merkmal war die zunehmende Provinzialisierung des Parlaments und dessen relativ sehr hohe Fluktuation. Schließlich ist zu vermerken, daß im Gegensatz zu den westlichen Vorbildern in der Türkei die politische Teilnahme am höchsten in den Dörfern, am niedrigsten in den Städten war.

Am 12. 9. 1980 übernahm die geeinigte Armeeführung zum dritten Mal in der Geschichte der Türkei die Macht. Die Verfassung blieb weiterhin gültig, sämtliche Parteienaktivitäten jedoch wurden bis zur Annahme der neuen Verfassung auf dem Wege eines Referendums suspendiert.

Tarik Z. Tunaya, Türkiye' De Siyasî Partiler, 1859–1952, Istanbul 1952; Y. Abadan, Die Entstehung der Türkei und ihre verfassungsrechtliche Entwicklung bis 1960. In: G. Leibholz (Hg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 9, S. 353–423; A. T. Payaslıoğlu, Turkey (Political Parties). In: R. E. Ward/D. A. Rustow (Hg.), Political Modernization in Japan and Turkey, Princeton 1964, S. 411–433; F. W. Frey, The Turkish Political Elite, Massachusetts 1965; F. Tachau/H. Ülman, Turkish Politics. The Attempt to reconcile rapid modernization with democracy, Middle East Journal 19, No. 2, 1965; D. Rustow, The Development of Parties in Turkey. In: J. Lapalombara/M. Wiener (Hg.), Political Parties and Political Developement, Princeton 1966; C. H. Dodd, Politics and Government in Turkey, Sacramento 1969; K. H. Karpat, Social Change and Politics in Turkey, Leiden 1973; F. Tachau, The Anatomy of Social and Political Change. Turkish Parties Parliaments and Elections, Comparative Politics, Vol. 5, No. 4, 1973; S. Sayarı, Some notes on the beginning of mass political participation in Turkey. In: F. D. Akarlı/G. Ben-Dor (Hg.), Political Participation in Turkey, Istanbul 1974, S. 121–133; E. Teziç. Siyasî Partiler, Istanbul 1976, Gerçek Y.

Demokratische Partei (1) (**DP,** Demokrat Partisi).

Gründung: 7. 1. 1946 in Ankara durch *C. Bayar*. Die DP entstand durch die andauernden kritischen Bemühungen einer relativ kleinen Dissidentengruppe innerhalb der → Republikanischen Volkspartei (CHP) im Parlament, die den Widerstand der Großgrundbesitzer gegen die Haushaltspolitik und Bodenreformbestrebungen artikulierte. Als eine diesbezügliche innerparteiliche Anfrage, gezeichnet von *C. Bayar, A. Menderes, R. Koraltan* und *F. Köprülü* abträglich beschieden wurde, legte *Bayar* sein parlamentarisches Amt nieder, die übrigen drei Politiker wurden am 21. 9. 1945 aus der Partei ausgeschlossen und gründeten daraufhin die DP. Bei den ersten allgemeinen Wahlen im Rahmen des neuen Vielparteiensystems (→ Einleitung) am 21. 7. 1946 erzielte die DP 66 von 465 Sitzen vorwiegend unter der städtischen Bevölkerung. Anläßlich des I. Parteikongresses am 7. 1. 1947 wurde der »Freiheitspakt« verkündigt, in dem ein neues Wahlsystem und die Trennung des Amtes des Staatspräsidenten von dem Parteivorsitz verlangt wurden. Die sich daraus ergebende gespannte Atmosphäre wurde durch die vermittelnde Rolle des Staatspräsidenten *İ. İnönü* auf dem Weg der »Deklaration vom 12. 7. 1947« gemildert, worin die DP als eine Oppositionspartei mit guten Absichten bezeichnet und die Partei von umstürzlerischen Vorhaben freigesprochen wurde. Diese Deklaration vermochte jedoch eine Polarisierung innerhalb der DP und der CHP nicht zu verhindern. Während in der CHP die Gruppe der »35er« unter *H. Saka* eine weniger autoritäre Regierung zu bilden vermochte, wurden 5 Radikale der DP, *S. Aldoğan, K. Silivrili, N. Erdem, M. Sakaroğlu, O. N. Köni* aus der Partei ausgeschlossen. Sie fanden weitere Unterstützung und bildeten zunächst die Gruppe der »Unabhängigen Demokraten«. Später, im Juli 1948, wurde unter dem Vorsitz des Feldmarschalls *F. Çakmak* in Ankara die → Nationalpartei (MP) gegründet. Einen Monat später, im August 1948, gesellte sich zu dieser Partei die in Afyon gegründete Partei der Echten Demokraten (Öz Demokratlar Partisi), ein Jahr später, am 5. 7. 1949, schlossen sich auch die unabhängigen Demokraten innerhalb des Parlaments der Nationalpartei an.

Am 14. 5. 1950 erzielte die DP einen überwältigenden Wahlsieg; aufgrund des Mehrheitswahlsystems gewann sie mit 54,91 % der Stimmen 416 der insgesamt 481 Sitze, während die CHP für 39,9 % Stimmen nur 63 Sitze erhielt. Diese ungleiche Repräsentation verstärkte sich noch 1954; die DP erhielt bei 51,2 % der Stimmen 504 Sitze, während auf die CHP bei 30,3 % lediglich 31 Sitze fielen.

Nach dem Machtwechsel 1950 begann in der Türkei eine zehnjährige DP-Herrschaft mit *Menderes* als Ministerpräsident. Die DP wandte sich während dieser Periode intensiv dem Agrarsektor zu, verwirklichte in großem Ausmaß Agrarkredite, Mechanisierung der Landwirtschaft etc. Es gelang ihr, Auslandskredite, vor allem in Form der Marshallhilfe zu erhalten, die zu einer sichtbaren Steigerung des nationalen Einkommens führte.

Die Türkei wurde am 18. 2. 1952 Mitglied der NATO, trat 1955 dem Bagdad-Pakt bei und unterstützte Frankreich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen von Algerien und Tunesien. Konzessionen gegenüber dem ausländischen Kapital wurden auf dem Weg des Sondergesetzes sowie des Ölgesetzes vom 18. 3. 1954 verwirklicht.

Nach 1954 nahm die innenpolitische Spannung zu, Presse und Rundfunk wurden stark kontrolliert, Maulkorbartikel wurden den Gesetzen hinzugefügt. Die staatliche Bürokratie wurde mittels früher Pensionierung unter Druck gehalten, nicht DP-hörige Provinzen wurden zu administrativen Kreisverwaltungen degradiert (Kırsehir). 1957 wurde die Föderation der Gewerkschaften verboten, diese Maßnahme führte zur Abdankung von *Köprülü,* Gründer der DP. Bei den Wahlen von 1957 erzielte die DP 47,9 % der Stimmen (424 Sitze) gegenüber 40,6 % der Stimmen (178 Sitze) für die CHP. Um dem Druck der Opposition zu begegnen, gründete die DP die sog. »Vaterlandsfront«, eine Massenorganisation zur Unterstützung der Partei und gleichzeitig zur Einschüchterung der Opposition. Auf die zunehmende Kritik reagierte sie mit Verhaftungen von Journalisten und vorzeitiger Pensionierung von Akademikern. Als sie im April 1960 ein Gesetz über die Reorganisierung der Kompetenzen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse erließ, wonach diesen Kommissionen gesetzgebende, ausführende und richterliche Kompetenzen zugestanden wurden, kam es im Mai 1960 zu Demonstrationen der Kadetten und der Zivilbevölkerung, schließlich am 27. 5. 1960 zur vorübergehenden Machtübernahme der Armee. Die vollzählige Fraktion der DP wurde auf die Insel Yassıada deportiert. Als Ergebnis der ein Jahr lang dauernden Gerichtsverhandlungen wurden *Menderes, H. Polatkan* und *F. R. Zorlu* sowie *Bayar* zum Tode verurteilt. Letzterer wurde wegen seines hohen Alters begnadigt, die übrigen am 18. 9. 1961 hingerichtet. Die Partei selber wurde am 29. 9. 1960 durch Gerichtsbeschluß aufgelöst.

Die Anhänger der DP unterstützten in der Folgezeit vor allem die neugegründete → Gerechtigkeitspartei und die → Neue Türkei Partei. 1969 wurden den auf Yassıada Verurteilten sämtliche politischen Rechte mit Unterstützung der CHP, vor allem auf Bestreben von *İnönü,* zurückgegeben.

Cem Eroğul, Demokrat Parti: Tarihi ve Ideolojisi, Ankara, SBF, 1970; S. Ağaoğlu, Demokrat Partinin Doğuş ve Yükseliş Sebebleri, 1972.

Demokratische Partei (2) (**DP,** Demokratik Parti). Die zweite Demokratische Partei entstand als das Ergebnis einer innerparteilichen sowie innerparlamentarischen Spaltung, die von zwei

Führerfiguren ausging: dem Vorstand der → GERECHTIGKEITSPARTEI (AP) *S. Demirel* und dessen Vorgänger *S. Bilgiç*. Am 18. 2. 1970 stimmten 41 Mitglieder der AP gegen den Haushaltsplan, wodurch *Demirel* zum Rücktritt gezwungen wurde. Als Ergebnis wurde nach dem V. Kongreß der AP am 13. 11. 1970 von 69 Personen unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten der Nationalversammlung, *F. Bozbeyli*, die DP (2) gegründet. Dahinter stand der Protest gegen die Willkür von *Demirel* wie auch der Widerstand der Großgrundbesitzer gegen dessen geplante Steuergesetze, mithin der Gegensatz von Landbourgeoisie und städtischem Großkapital. Darüber hinaus hat sich die zweite DP stets als stark antikommunistisch und sehr empfindlich gegen jede Form von Günstlingswirtschaft gezeigt. Anfangs stand die Partei unter der Schirmherrschaft von *C. Bayar*. Zur Gründungszeit verfügte sie über 41 Mitglieder in der Nationalversammlung und weitere 8 im Senat. In der Satzung heißt es »Die DP betrachtet sich als Erbe und Fortsetzung aller politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen der Bewegung von 1946, d. h. des Übergangs von einer faktischen Einparteienordnung zur Demokratie«. Die DP versuchte stets, sich als direkter Nachfolger der *Menderes*-Partei auszugeben und beschuldigte *Demirel*, »das DP-Erbe verraten zu haben«. Die Partei nahm an keiner der sog. »Nationalen Front-Regierungen« teil. Bei den Wahlen von 1973 erzielte sie 11,9 % der Stimmen und 45 Sitze. Anläßlich einer heftigen Debatte über eine eventuelle Teilnahme an einer von der AP gebildeten mehrparteilichen Koalitionsregierung entstanden neue Spannungen. Im März 1975 kehrten 9 Ex-Mitglieder der AP in ihre ursprüngliche Partei zurück, darunter die Tochter von *Bayar* und der Sohn von *Menderes*.

Bei den Teilwahlen von 1975 erzielte die DP lediglich 3,1 % der Stimmen, zum Teil bedingt durch die Tatsache, daß die AP nicht mehr auf Bodenreform bestand und die Wähler die großen Parteien bevorzugten. Der Stimmenabfall dauerte an: 1977 gewann die Partei nur 2,2 % der Stimmen, sogar der Vors. der Partei, *Bozbeyli*, verlor seinen Sitz im Parlament. Nur *F. Sükan*, der ehemalige Innenminister der AP, vermochte in Konya seinen Sitz zu bewahren. Anläßlich der Wahlen von 1979 stellte die DP keine Kandidaten auf. Die Partei hat sich am 4. 5. 1980 aufgelöst.

Das Presseorgan der Partei war zeitweise die Tageszeitung ›Zaman‹.

Gerechtigkeitspartei (**AP,** Adalet Partisi). Liberal-bürgerliche Partei, die sich auf eine sozioökonomische Ordnung beruft, in der Besitz, Familie und freiem Unternehmertum im Rahmen eines Wohlfahrtsstaates Vorrang eingeräumt werden. Honoratiorenpartei mit starker Massenbasis.

Gründung: 22. 9. 1960 in Ankara durch den ehemaligen Chef des Generalstabs, General *R. Gümüşpala*. Mitbegründer u. a. *E. Menemencioğlu, T. Demiray, Ş. Osma, C. Perin, K. Evliyaoğlu*.

Programm: Die AP hat im Laufe der Jahre wichtige Kursänderungen ihres ursprünglichen Programms vorgenommen. Aufgrund der in der Verfassung von 1961 verankerten Zielsetzung, Wirtschaftspolitik innerhalb eines indikativen Fünfjahresplanes zu entwickeln, gelang es der Partei nicht, eine völlig liberale Wirtschaftspolitik zu entwickeln, sie mußte sich den Grundprinzipien einer »mixt economy« fügen.

Mit der Spaltung der AP 1970 hat sich die organische Bindung weiter geschwächt. Die Kursänderungen ergeben sich vor allem aus der Tatsache, daß die AP verschiedene soziale Schichten und Interessengruppen repräsentiert und besonders in den 60er Jahren keine klare ideologische Richtung einschlug. Eher pragmatisch orientiert, hat die AP im Laufe der Zeit eine Reihe von juristischen Forderungen und Grundsätzen entwickelt. Darunter nimmt vor allem die starke Kritik an der Verfassung von 1961 einen wichtigen Platz ein. Die AP bezieht Stellung gegen eine zu großzügige Auslegung der Grundrechte sowie gegen die Autonomie des Rundfunks und Fernsehens. Sie kritisiert scharf Institutionen wie das Verfassungsgericht und den Staatsrat, der ihrer Meinung nach die Rechte der Exekutive zu stark einschränkt. Sie verlangt die Abschaffung der auf Lebenszeit ernannten Senatoren. Im wirtschaftlichen Bereich fordert sie Privatisierung der staatlichen Wirtschaft; im landwirtschaftlichen Bereich tritt sie statt für eine »Bodenreform« lediglich für eine »Agrarreform« ein. Die staatliche Intervention soll auf wirksame Hilfe beim Ausbau der Infrastruktur beschränkt bleiben und im Rahmen des Fünfjahresplanes Mittel zur Stärkung der Privatwirtschaft bereitstellen. Gleichfalls tritt die Partei stark dafür ein, günstige Bedingungen für ausländische Investitionen zu schaffen. Sie verlangt eine »konstruktive« Gewerkschaftspolitik, übt scharfe Kritik an der Sozialdemokratie und betreibt schärfste antikommunistische Propaganda. – In der Bildungspolitik tritt die AP für die Förderung der Konfessionsschulen ein: zwischen 1963 und 1973 stieg die Zahl der Schüler an den sog. İmam-Hatip- und Koranschulen von 1267 auf 20715. Stark pro-amerikanisch orientiert, setzt sich die AP dennoch für intensive Handelsbeziehungen mit der UdSSR und den Ostblockstaaten ein.

Presse: Die AP besitzt keine eigene Zeitung, hat jedoch ein halb-offizielles Sprachrohr: die Tageszeitung ›Tercüman‹. Sie wird außerdem auch von anderen Zeitungen unterstützt wie: ›Son Havadis‹ (Istanbul), ›Zafer‹, ›Adalet‹ (Ankara); ›Güneş‹, ›Ege Ekspres‹ (Izmir). Monatliche Schrift: ›Meydan‹.

Geschichte: Die AP ist als ein Sammelbecken jedweder Kritik und Opposition gegen die progressiven Kräfte entstanden, die nach der Revolution vom 27. 5. 1969 auf die politische Bühne getreten waren. Sie verstand sich anfangs als di-

rekte Nachfolgerin der aufgelösten → DEMOKRATISCHEN PARTEI (1), eine Bindung, die sich allerdings im Laufe der Zeit mehr und mehr löste. Während bei den Wahlen 1961 noch etwa 20 Angehörige der verurteilten DP-Abgeordneten sich der Wahl stellten, vermochten nach 1969 nur einige der inzwischen amnestierten ehemaligen Demokraten in den Reihen der AP ins Parlament zurückzukehren. Mit der Spaltung der AP 1970 hat sich diese organische Bindung noch weiter geschwächt.

Bei den Wahlen 1961 konnte die AP auf Anhieb 34,8 % der Stimmen und 158 Sitze erringen. Die nur geringfügig stärkere REPUBLIKANISCHE VOLKSPARTEI (CHP) sah sich dadurch zu einer Koalition mit der AP genötigt, die jedoch nur 6 Monate Bestand hatte. Danach verblieb die AP in der Opposition, wo sie besonders die Wähler von Westanatolien vertrat. 1964 übernahm *S. Demirel* den Vorsitz, er prägt das Bild der Partei bis heute. Trotz seiner freimaurerischen Vergangenheit und seines Images als Vertrauensmann von Washington, vermochte er stets alle Rivalen für die Führung der Partei wie u. a. *A. Yalçın, O. Oğuz, Z. Mandalinci* auszuspielen. 1965 gelang es ihm, die *Inönü*-Koalitionsregierung durch Verweigerung der Ratifizierung des Haushaltsbudgets zu stürzen. Anschließend wurde er im Kabinett des parteilosen *S. Ürgüplü,* der lediglich mit der Gründung einer Übergangsregierung beauftragt war, stellvertretender Premierminister. Die Wahl von 1965 endete trotz einer noch von der CHP initiierten Wahlrechtsänderung mit einem starken Sieg der AP, die 52,9 % der Stimmen erhielt (240 Sitze). Sie bildete daraufhin bis 1971 allein die Regierung (1969: 46,5 % der Stimmen, 256 Sitze). Während dieser Zeit kam es jedoch innerhalb der Partei zu einer starken ideologischen Gegenströmung. Unter Führung des Präsidenten der Nationalversammlung *F. Bozbeyli* bildete sich eine kritische Fraktion, die anläßlich der Haushaltdebatte von 1970 zu dem Austritt von 41 Mitgliedern und der innerparlamentarischen Gründung der DEMOKRATISCHEN PARTEI (2) führte. Ausschlaggebend hierbei waren die Anklagen gegen *Demirel* und seine Familienangehörigen wegen Nepotismus und Zulassung von illegalen Gewinnen. Diese Vorgänge veranlaßten einen Teil der hohen Stabsoffiziere zur militärischen Intervention vom 12. 3. 1971, die zwar nicht zur Auflösung des Parlaments, jedoch zur Abdankung der Regierung *Demirel* führte. Die danach gebildete »überparteiliche« Regierung, vorwiegend aus Technokraten bestehend, vermochte lediglich die Staatsgeschäfte bis zu den allgemeinen Wahlen von 1973 zu führen, bei denen die AP nur noch auf 29,8 % der Stimmen und 149 Sitze kam. Bis 1974 verblieb sie in der Opposition, nach dem Rücktritt der Regierung *Ecevit* (→ CHP) gelang es *Demirel,* die AP als stärksten Partner in die 1974 und 1977 gebildeten Regierungen der »Nationalen Front« einzubringen, in denen sämtliche rechte Parteien sich vereinten. 1977 erzielte die AP zwar einen Stimmenzuwachs (36,9 %, 189 Sitze), mußte jedoch aufgrund des Wahlsieges der CHP in die Opposition zurückkehren. Der Rücktritt der Regierung *Ecevit* im Oktober 1979 ermöglichte ihr die Rückkehr an die Macht.

Während der Regierungsperiode 1974–77 verfolgte die AP, um ihre Massenbasis zu erweitern, eine Politik zugunsten der radikalen rechten → NATIONALISTISCHEN AKTIONSPARTEI (MHP). Im Rahmen einer permanenten Zunahme der ideologischen Polarisierung der türkischen Innenpolitik verkörpert die AP folgende Tendenzen: in der Wirtschaft Liberalismus statt Sozialismus, auf konfessioneller Ebene Islamisierung statt Säkularisierung, in kultureller Hinsicht ein aggressiver Nationalismus und vor allem ein virulenter Antikommunismus, der sich praktisch in der kategorischen Weigerung, den Art. 141/142 des türkischen Strafgesetzes zu ändern, niederschlägt. Dieser Artikel bezeichnet die Gründung einer kommunistischen Partei als illegal.

Hinsichtlich der Wählerschaft und der Hochburgen der AP kann folgender Trend festgestellt werden: die AP besaß anfangs in den Großstädten und Metropolen eine klare Überlegenheit gegenüber der CHP. Bei den Wahlen 1973 zeigte sich jedoch, daß vor allem in den Stadtteilen mit geringem Einkommen und unzulänglichen Wohnungen die Wähler ein gewisses Klassenbewußtsein entwickelt haben, das sich zugunsten der CHP auswirkte (»Kritische neue Allianz«). Dies verdeutlicht die folgende Stimmenverteilung: In Istanbul erzielte die AP 1965 53,2 %, 1969 47,8 % und 1973 28,4 % Stimmen, ein ähnliches Gefälle zeigte sich in Ankara (46,5 % – 42,6 % – 27,8 %) und Izmir (62,2 % – 53,2 % – 39,2 %). Somit wird die AP heute von der konservativen Schicht der Bauern, dem Kleinbürgertum und den Hochburgen von Wirtschaft und Industrie getragen.

K. Steinhaus, Soziologie der türkischen Revolution, 1969; A. T. Kışlalı, Forces Politiques dans la Turquie Moderne, Ankara, 1969; S. Vaner, Le Parti de la Justice, Diss. Université de Paris I.

Nationale Wohlfahrtspartei (MSP, Millî Selâmet Partisi). Stark pro-islamisch, klerikal gesonnene, anti-westliche, anti-imperialistische, traditionsgebundene Partei.

Gründung: 11. 10. 1972 durch *S. Arif Emre* und 19 weitere Personen.

Programm: Die MSP bezeichnet sowohl die kapitalistischen als auch sozialistischen Systeme als materialistisch und eigennützig. Ihnen fehle die moralische Basis, um eine neue Zivilisation aufzubauen.

Die MSP legt daher außergewöhnlichen Wert auf den moralischen Fortschritt der Gesellschaft. Die Verwirklichung einer tugendhaften Sozialordnung hänge von einer demokratischen Grundordnung ab, die sich stark an den Islam anlehnt. Westliche Werte wie Darstellende und Bildende Kunst, Tourismus etc. werden abgelehnt, starke Traditionsgebundenheit verlangt. Wirtschaftlich

will die MSP sich total den arabischen Staaten des Mittleren Ostens anschließen und verlangt die Abschaffung der türkischen Währung zugunsten des arabischen Dinars. Sie widersetzt sich dem Eintritt in die EG, die sie als eine »freimaurerische christliche Falle der Ausbeutung« bezeichnet, tritt aber für rasche Industrialisierung ein. Im verfassungsrechtlichen Bereich will die MSP den Senat abschaffen und das Präsidialsystem einführen.

Presse: Halboffizielle Tageszeitung ›Millî Gazete‹, ›Sabah‹, ›Bugün‹, ›Adim‹, ›Vesika‹, ›Sebil‹.

Geschichte: Im Rahmen der Demokratisierung des politischen Lebens in der Türkei versucht die Religion des Islam in zunehmendem Maß eine unabhängige politische Kraft zu werden. Diese Entwicklung spiegelt sich in der Zunahme religiöser Vereinigungen. Eine wichtige Rolle spielen diese bei der Gründung des Vorgängers der MSP, der NATIONALEN ORDNUNGSPARTEI (MNP, Millî Nizam Partisi), die am 26. 1. 1970 durch *N. Erbakan,* damals Generalsekretär der Türkischen Handelskammer, und weitere 17 Personen, darunter 2 Überläufer aus der GERECHTIGKEITSPARTEI (AP), *H. Akmumcu* und *H. Abbas,* gebildet wurde. Die MNP wurde am 10. 5. 1971 durch das Verfassungsgericht mit der Begründung des »Versuches der Restauration einer theokratischen Ordnung in der Türkei« aufgelöst. Das aus etwa 100 Artikeln bestehende Programm setzte sich vor allem mit der Problematik Säkularisierung – Erziehung auseinander und verlangte die Erweiterung der Gewissensfreiheit zugunsten des Islam.

17 Monate nach der Auflösung der MNP wurde am 11. 10. 1972 durch 19 Personen unter dem Vorsitz von *S. Arif Emre* die MSP gegründet. Bereits im April 1973 hatte sie in 67 Provinzen Lokalorganisationen. Bei den Wahlen von 1973 erzielte sie 11,8 % der Stimmen und wurde mit 48 Sitzen in der Nationalversammlung zur drittgrößten Partei. *Erbakan,* der sich erst im Mai der Partei angeschlossen hatte, wurde am 21. 10. 1973 zum Vors. gewählt. Die Wahlergebnisse von 1973 zwangen zu einer Koalitionsregierung, wobei der MSP eine Schlüsselrolle zufiel. Mit der → REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI (CHP) bildete sie am 26. 1. 1974 die Regierung. Das Verhältnis zwischen beiden Parteien war jedoch gespannt. Eine erste Krise entstand anläßlich der Debatte über eine Amnestie, die die MSP nicht auf kommunistische Verurteilte ausgedehnt wissen wollte. Eine zweite schwerere löste die Intervention auf Zypern aus, die die MSP zum Anlaß für weitreichende Anschlußforderungen nahm. Diese Krisen trugen mit bei zum Rücktritt von Ministerpräsident *Ecevit* am 18. 9. 1974, der auch das Ende der Koalition bedeutete. Die MSP trat daraufhin in die Kabinette der »Nationalen Front« (→ GERECHTIGKEITSPARTEI) ein. 1977 erlitt sie erhebliche Stimmenverluste (8,3 %, 24 Sitze), blieb aber drittstärkste Partei. Die Wählerschaft der MSP rekrutiert sich aus der anatolischen Geschäfts- und Handelsklasse, dem konservativen Kleinbürgertum. Religiöse Sekten wie Nakşibendî und Nurcu's haben die Partei wesentlich unterstützt. 1973 erhielt die MSP besonders in den stark unterentwickelten Provinzen mehr als 20 % der Stimmen.

J. M. Landau, Radical Politics in Modern Turkey, Leiden 1974; Ders., The National Salvation Party in Turkey, in: Asian and African Studies, Vol. 11, Nr. 1, 1976.

Nationalistische Aktionspartei (MHP – Milliyetçi Hareket Partisi). Im Februar 1960 gegründete rechtsradikale, mehrmals als faschistisch/nazistisch bezeichnete Partei.

Programm: Die MHP verlangt staatliche Intervention in die Wirtschaft, Förderung einer nationalen Kriegsindustrie. Unter dem Begriff »nationale Demokratie« fordert sie die Gründung eines korporativen Parlaments mit ständischer Vertretung. Gleichfalls begünstigt die MHP das Präsidialsystem mit nur einer Kammer. Mit Hilfe von Volksersparnissen soll neben dem öffentlichen und privaten Sektor ein dritter »nationaler« Sektor gefördert werden.

Die MHP verteidigt Solidarität und Korporatismus, leugnet jede Klassenstruktur ab, verlangt unter der Führung eines »starken Staatsapparats« das Zusammenwirken von öffentlichem und privatem Sektor.

Presse: Tageszeitung ›Hergün‹, ›Orta Doğu‹; Zeitschrift: ›Devlet‹, ›Hasret‹, ›Ülkü‹.

Geschichte: Vorläufer der MHP ist die REPUBLIKANISCHE BAUERN- UND NATIONALPARTEI (CKMP – Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi), die im Oktober 1958 durch die Fusion der REPUBLIKANISCHEN NATIONALPARTEI (CMP, Cumhuriyetçi Millet Partisi) und der TÜRKISCHEN BAUERNPARTEI (TKP, (Türkiye Köylü Partisi) gebildet wurde. Nach innerparteilichen Auseinandersetzungen mit *A. Türkeş* erfolgte auf einem außerordentlichen Kongreß im Juni 1965 ein Führungswechsel, der eine völlig neue politische Orientierung ergab. Parteivors. wurde *Türkeş,* der nach der Revolution 1960 wegen seiner autoritären Gesinnung vorübergehend die Türkei hatte verlassen müssen. Die CKMP redete von jetzt an einem aggressiven Nationalismus und gewalttätigen Anti-Kommunismus das Wort und nannte sich seit Februar 1969 MHP. Im gleichen Jahr entstand die paramilitärische Jugendorganisation »Graue Wölfe« (Bozkurt), die als Sturmtrupp Racheakte auszuüben hatte. Mit ihrem Anspruch, das »nationale Ideal« zu vertreten, ist es der MHP vor allem unter den Jugendlichen der kleinstädtischen Handwerker und Geschäftswelt sowie einem Teil des Großkapitals gelungen, Unterstützung zu finden. Die MHP verzeichnet einen bis jetzt andauernden Stimmenzuwachs. 1969 erzielte sie mit 3,0 % der Stimmen 1 Sitz, 1973 bei 3,4 % 3 Sitze, 1977 bei 6,8 % 5 Sitze. Bei der Bildung der beiden rechtsorientierten »Nationalen Front«-Regierungen, 1974 und 1977, gelang es der MHP als Koalitionspartner mit 3 Parlamentssitzen 2 Kabinettsposten zu besetzen!

Die MHP verfügt über eine sehr schlagkräftige

paramilitärische Parallelorganisation: die »Idealistische Herde« (Ülkü Ocakları), die, wie auch die »Grauen Wölfe«, vor Terrorakten nicht zurückschreckt. Die MHP hat in der BRD, aber auch in anderen europäischen Ländern mit türkischen Gastarbeitern eine Reihe von offiziellen und inoffiziellen Vereinen gegründet, die vom Bundesverfassungsschutz als »friedensstörend« bezeichnet und verboten wurden.

Nationalpartei (**MP,** Millet Partisi). Ähnlich wie bei der → Demokratischen Partei (1) (DP) zeigten sich auch bei der MP zwei Phasen. Sie wurde zuerst am 20. 7. 1948 unter dem Namen »Nationalpartei« in Ankara gegründet. Ein Jahr später schlossen sich zwei Dissidentengruppen der DP dieser neuen Partei an, deren erster Vors. *F. Cakmak* war. Bei der Wahl 1950 erhielt die MP nur einen Sitz in Kırsehir, von *O. Bölükbaşı* vertreten, dessen Persönlichkeit für die Partei bestimmend blieb. Insofern gilt die erste und auch die zweite »Nationalpartei« als eine regionale, stark an politische Persönlichkeiten gebundene, lokale Honoratiorenpartei.

Nach 1950 verfolgte die MP eine starke betont religiös-klerikale Opposition sowohl gegen die frühere Regierungspartei CHP als auch die DP. Dies führte anläßlich des IV. Kongresses 1953 zum Austritt von *H. Bayur* und weiteren 40 Mitgliedern aus der Partei, die die Parteipolitik als »anti-kemalistisch und anti-säkular« bezeichneten. Als Ergebnis dieser Debatte wurde die MP am 27. 1. 1954 durch Gerichtsbeschluß liquidiert, bereits am 5. 2. 1954 diesmal als Republikanische Nationalpartei (Cumhuriyetçi Millet Partisi) durch *E. Akaygen, Bölükbaşi, A. Tahtakılıç* und *S. Batur* wieder gegründet. Bei den Wahlen von 1957 schloß sich auch die Türkische Bauernpartei der MP an, die sich fortan Republikanische Bauern- und Nationalpartei (CKMP, Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi) nannte.

Nach der Revolution von 1960 spielte die CKMP als zweitgrößte Partei in der Konstituante eine wichtige Rolle. Nach der Wiederaufnahme des Mehrparteiensystems kam es innerhalb der CKMP zu großen Kontroversen zwischen *Tahtakılıç* und *A. Türkeş*. Nach der Auflösung der 1. *Inönü* Koalitionsregierung am 31. 5. 1962 entschloß sich die CKMP weiterhin an Kabinettsbildungen teilzunehmen. Daraufhin verließ am 14. 12. 1961 der Vors. *Bölükbaşi* mit 28 Parlamentariern die Partei und gründete am 15. 6. 1962 in Ankara nochmals eine Nationalpartei (MP). *Türkeş* wurde Vors. der CKMP, die sich zu einer nationalistischen rechtsextremen Partei wandelte und 1969 die Bezeichnung → Nationalistische Aktionspartei annahm.

Die Persönlichkeit von *Bölükbaşi* hat sowohl einen erheblichen Teil der ersten als auch der zweiten MP geprägt. Die Nationalpartei gilt als Beispiel einer auf gezielte Demagogie beruhenden Rednerpartei, deren Grundsätze, Programme etc. wenig Resonanz fanden. Allerdings hat die MP stets eine liberale Wirtschaftsordnung verteidigt.

1965 erzielte die MP 6,3 % der Stimmen und 31 Sitze. 1969 verlor sie die Hälfte ihrer Stimmen (3,2 %, 6 Sitze), so daß *Bölükbaşi* 1972 seinen endgültigen Rücktritt aus dem öffentlichen Leben bekanntgab. Der Niedergang der Partei setzte sich fort, seit 1973 ist sie nicht mehr im Parlament vertreten und gilt als politisch bedeutungslos.

Neue Türkei Partei (**YTP** – Yeni Türkiye Partisi). Von 1961–1973 bestehende liberal ausgerichtete Honoratiorenpartei.

Nach der Revolution vom 27. 5. 1960, die zur Auflösung der Demokratischen Partei (1) (DP) führte, wurde neben der Gerechtigkeitspartei (AP) am 12. 2. 1961 die YTP gegründet. Ziel dieser Partei war es, einen Teil der früher für die DP abgegebenen Stimmen aufzufangen und in eine neue politische Bahn zu lenken. Dieser Versuch wurde auch von dem damaligen Staatspräsidenten *C. Gürsel* sowie den Mitgliedern des Nationalen Einheitskomitees gutgeheißen. Zu den Gründern zählten: *E. Alican* (bis 1967 Vorstand), *C. Talas, A. Yalçin, H. Belbez.*

Die YTP verkörperte den »mittleren Weg« im liberalen Sinne mit Bevorzugung des Agrarsektors. Die Partei erzielte anfangs vor allem in den östlichen Provinzen Erfolge und erhielt bei den Wahlen von 1961 für 13,7 % der Stimmen 65 Sitze. Die Partei nahm sowohl an der zweiten *Inönü* als auch an der *Ürgüplü* Koalitionsregierung teil, vermochte jedoch nicht, die bäuerliche Wählerschaft zu gewinnen. Gleichfalls gelang es dem Sohn von *A. Menderes, Y. Menderes,* nicht, die Unterstützung der alten Demokraten zu erlangen. 1965 erhielt die YTP nur noch 3,7 % der Stimmen und 19 Sitze, 1969 nur mehr 3,2 % und 6 Sitze. Sie vermochte lediglich in den unterentwickelten östlichen Gebieten des Landes Fuß zu fassen. Nach der Wahl von *Y. Azizoğlu* zum Vors. am 3. 3. 1968 versuchte die Partei vor allem mit Hilfe einer offen pro-kurdischen Politik wieder zu erstarken. Nach dem Rücktritt von *Azizoğlu* wurde *T. Banguoğlu,* ehemaliger Kultusminister, am 1. 3. 1970 Vors. Nach dem Übergang eines großen Teils der Mitgliederschaft der YTP zur AP wurde die Partei 1973 aufgelöst.

Republikanische Bauern- und Nationalpartei (**CKMP,** Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi) → Nationalistische Aktionspartei, → Nationalpartei.

Republikanische Vertrauenspartei (**CGP,** Cumhuriyetçi Güven Partisi). Konservative Partei, die sich als Sprachrohr der Privatwirtschaft und des Großkapitals betrachtet.

Der Linkskurs innerhalb der → Republikanischen Volkspartei (CHP) Mitte der 60er Jahre stieß in Kreisen des Großgrundbesitzes und des Handelsbürgertums auf Widerstand. Auf dem IV. außerordentlichen Kongreß der CHP formierte sich unter Führung von *T. Feyzioğlu* eine Gruppe,

die der Partei »Verrat an den Grundsätzen von Atatürk« vorwarf und am 12. 5. 1967 die VERTRAUENSPARTEI (GP, Güven Partisi) gründete. Die ihren Standort als »rechts vom Zentrum« bezeichnende Partei wählte am 1. 3. 1968 *Feyzioğlu* zum Vors. Bei den Wahlen von 1969 erzielte die GP 6,6 % der Stimmen (15 Sitze) und wurde drittstärkste Partei. Seitdem ist ihr Stimmenanteil kontinuierlich zurückgegangen auf 1977 lediglich 1,8 % (3 Sitze). 1973 schloß sich eine zweite, von der CHP abgespaltene Splitterpartei unter der Führung von *K. Satır*, die REPUBLIKANISCHE PARTEI (CP, Cumhuriyetçi Partisi) der GP an. Diese Fusion ergab den neuen Namen CGP, wobei die Zahl der Abgeordneten vorübergehend auf 44 stieg. Dieses Wachstum erwies sich jedoch als kurzlebig, da bereits bei den allgemeinen Wahlen von 1973 die Zahl der Sitze auf 13 fiel.

Die CGP vertritt einen intensiven Nationalismus, der sich auf den nationalen Souveränitätsgedanken von *Atatürk* beruft. Ein weiteres Wesensmerkmal ist ihr virulenter Anti-Kommunismus. Sie verteidigt die Notwendigkeit einer gemischten Wirtschaft und nimmt in Fragen der Religion eine indifferente Stellung ein.

Die CGP spielte eine sehr wichtige und entscheidende Rolle während des »Interregnums« von 1971–1973 und war an den zwei Koalitionsregierungen der »Nationalen Front« (1971–1973 und 1974–1975) beteiligt. Einer der Gründer, *F. Melen*, war von Mai 1972 bis April 1973 Ministerpräsident.

Republikanische Volkspartei (**CHP**, Cumhuriyet Halkpartisi).

Gründung: 9. 8. 1923 durch *Mustafa Kemal*.

Programm: Die Partei besaß am Anfang kein umfassendes Programm; als Ziel wurde lediglich genannt, dem Volk bei der Ausübung der nationalen Souveränität behilflich zu sein und »die Türkei in einen fortschrittlichen Staat zu verwandeln«. Erst bei dem zweiten Kongreß (15. 10. 1927), wo *Mustafa Kemal* seine berühmte fünf Tage dauernde Rede hielt, wurde eine aus 123 Artikeln bestehende Satzung angenommen.

Schwerpunkte des sehr detaillierten gegenwärtigen Programms der Partei sind: eine Fünfjahres-Entwicklungsplanung mit Schwergewicht auf dem öffentlichen Sektor, die Stärkung des Genossenschaftswesens sowie der Kreditbeschaffung für Bodenbesitzer kleineren Formats. Die CHP hat ein besonderes Konzept der »Dorf-Stadt« entwickelt, wonach eine Reihe von Dörfern der am nächsten gelegenen größeren Kreisstadt angeschlossen und von ihr auf kulturellem, medizinischem und wirtschaftlich-industriellem Sektor betreut werden. Die Partei versucht ein Gleichgewicht zwischen Industrialisierung und modernisierter Landwirtschaft herzustellen, wobei sie sich für eine demokratische Mitbestimmung innerhalb der Fabriken einsetzt. Sie möchte sämtliche politischen Kräfte systembezogen sehen und tritt daher für die Abschaffung von Art. 141/142 des Strafgesetzbuches ein, der die Gründung einer kommunistischen Partei verhindert. Auch das Herabsetzen des Wahlalters steht auf der Liste ihrer politischen Ziele.

Außenpolitisch bekennt sich die CHP zwar weiterhin zu ihrer Partnerschaft innerhalb der NATO und zu ihrer Verpflichtung, binnen fünf Jahren der EG beizutreten, weigert sich jedoch, als blindes Instrument der westlichen Großmächte ihre außenpolitische Handlungsfreiheit einzuschränken. Die Partei möchte freie Hand in der Fortbildung ihrer vielseitigen internationalen Bindungen haben, besonders im Hinblick auf die arabischen Staaten, vor allem Libyen.

Organisation: Während der Monopolstellung der CHP wurde die Organisationsform der Partei außerordentlich zentralisiert und der Regierung angepaßt. Ein diesbezüglicher wichtiger Entschluß war die Gleichschaltung des Amtes des Generalsekretärs mit dem des Innenministers. Nach dem Tod von *Atatürk* 1938 wurde zwar diese Koppelung abgeschafft, nichtsdestoweniger wurde sein Nachfolger, *İ. İnönü*, als »unabsetzbarer Nationalchef« ausgerufen.

Bei dem Parteikongreß vom 17. 11. 1947 wurde die Amtsperiode des Parteivorstands auf zwei Jahre beschränkt, außerdem wurde beschlossen, daß, im Fall der Parteivors. das Amt des Staatspräsidenten innehat, der zweite Vors. die Parteiführung übernimmt.

Presse: Parteizeitung ›Ulus‹; gegenwärtig besitzt die Partei kein unabhängiges Presseorgan, sie wird allerdings teilweise von den folgenden Tageszeitungen unterstützt: ›Cumhuriyet‹, ›Milliyet‹ (Istanbul); ›Barış‹ (Ankara), ›Yeni Asır‹ (Izmir); außerdem erschien bis 1980 die Zeitung ›Umut‹, deren Redakteur *R. Ecevit*, die Frau *B. Ecevits* war.

Geschichte: Die CHP gilt als Erbe des KOMITEES FÜR FREIHEIT UND EINHEIT, wie auch als Fortsetzung der »Vereinigung zur Verteidigung der Rechte von Anatolien und Rumelien« (→ Einleitung). Bereits am 6. 12. 1922 hatte *Mustafa Kemal* seine Absicht bekundet, eine neue Partei zu gründen. Nach den Wahlen zur Großen Nationalversammlung vom 1. 4. 1923 erließ er zunächst ein diesbezügliches Manifest. Die offizielle Parteigründung erfolgte erst am 9. 8. 1923. *Mustafa Kemal* wurde zum Parteivorsitzenden, *R. Peker* zum Generalsekretär und *F. Okyar* zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Nach der Wahl von *Mustafa Kemal* zum Staatspräsidenten am 29. 10. 1923 wurde *İnönü* zum zweiten Vors. gewählt. Gleichzeitig trat der »Verein für die Verteidigung der Rechte Anatoliens« mit allen Mitgliedern der neuen Partei bei. Diese nannte sich anfangs VOLKSPARTEI (Halk Fırkası); das Wort »republikanisch« wurde am 10. 11. 1924 hinzugefügt. 1935 wurde das arabische Wort »Fırka« durch »Partisi« ersetzt.

In den ersten Jahren bemühte sich die Partei vor allem um eine endgültige Ablösung der traditionellen Herrschafts- und Expansionsideologien durch das nationalistische Prinzip, das Beharren

auf dem Prinzip der Volkssouveränität sowie die Säkularisierung des öffentlichen Lebens (Abschaffung des Kalifats 1924). Die zahlenmäßig nicht sehr starke bürgerlich-modernistisch orientierte Führungsgruppe der CHP konzentrierte sich vor allem auf eine radikale Umänderung der zentralen politischen Institutionen und auf eine weitgehende Abschaffung der traditionellen Strukturen in den Großstädten, während der Heranbildung einer an den Zielvorstellungen der Revolution orientierten politisch-organisatorischen Infrastruktur auf dem Lande wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Der Leitgedanke *Mustafa Kemals* hieß »In der Türkei gibt es keine Klassen, keine Privilegien, keine unterschiedlichen Geschlechter«. Daher sollte die Vertretung im Parlament nicht von sozialer Klassenzugehörigkeit abhängig sein.

In diesen Jahren war die CHP vor allem um eine Angleichung des kulturellen und rechtlichen Bereiches an westliche Formen bemüht. Wichtigste Maßnahmen waren dabei die Übernahme des gregorianischen Kalenders, die Abschaffung des Fez und aller religiösen Titel, die obligatorische Einführung eines Familiennamens – *Mustafa Kemal* erhielt den Namen *Atatürk* (Vater der Türken) – und im Jahre 1928 die Übernahme des lateinischen Alphabets und die Retürkisierung der Sprache. Auf rechtlichem Gebiet erfolgten eine Reihe von Rezeptionen: Schweizer Zivilgesetzbuch, 1926; italienisches Strafgesetzbuch, 1926; Schweizer Zivilprozeßordnung 1927; deutsche Strafprozeßordnung 1929.

Die eigentliche Ideologie des Kemalismus wurde erst anläßlich des III. Parteikongresses (17. 5. 1931) in das Programm übernommen. Die sechs Grundsätze der Volkspartei, Nationalismus, Republikanismus, Populismus, Laizismus, Etatismus, Reformismus wurden auch symbolisch in der Form von sechs Pfeilen auf rotem Grund dargestellt und gelten bis zum heutigen Tag als Kennzeichen der Partei. Die ersten drei Grundsätze erregten relativ geringen Anstoß, obwohl im Laufe der Zeit der Populismus unterschiedlich ausgelegt wurde. Das Prinzip des Dirigismus ist dagegen bis zum heutigen Tag ein Thema heftiger Auseinandersetzungen. Zur Zeit des Einparteiensystems sollte der Staat nur bei Unternehmen tätig werden, die die Privatwirtschaft nicht berührten. Letztere sollte alle Chancen haben, mit Einsatz staatlicher Mittel sich zu entwickeln. Das Prinzip des Laizismus sollte reformfeindlichen religiösen Kräften durch strenge Trennung von weltlichen und geistlichen Angelegenheiten begegnen.

Die Umsetzung des Kemalismus vollzog sich in drei Phasen: 1931–1937 als Programm der Staatspartei, 1937 erfolgte die Aufnahme in die Verfassung von 1924 und dadurch die Umwandlung in eine nationale Ideologie, 1946 wurden die dort genannten ursprünglich für die CHP entwickelten Ziele durch die verfassungsrechtliche Norm auch für die anderen neu gegründeten Parteien bindend. Die weitere Entwicklung des Kemalismus erfolgte im Rahmen der neuen Verfassung von 1961 und bereitete den Schritt zur Sozialdemokratie und den Anschluß der CHP an die Sozialistische Internationale vor. Innerhalb dieser langfristigen Evolution ist die Phase von 1932–34 hervorzuheben, als es die Zeitschrift ›Kadro‹ unternahm, den Kemalismus als völlig eigenständige Ideologie von Faschismus und Kommunismus abzugrenzen.

Bereits 1939, anläßlich des V. Parteikongresses, wurden zaghafte Schritte in Richtung auf ein Mehrparteiensystem gemacht. Innerhalb der Partei wurde eine »Unabhängige Gruppe« unter dem Vorsitz von *A. Renda* mit der Zielsetzung gegründet, eine innerparteiliche Opposition zu bilden. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges wurden weitere liberalisierende Entschlüsse gefaßt, der »Permanente Vorsitz« wurde abgeschafft, bei der Gestaltung der Wahllisten durften mehr Kandidaten als Sitze aufgestellt werden. Zum gleichen Zeitpunkt formierte sich eine Oppositionsbewegung gegen die Bodenreform von *Inönü*. Unter der Führung von *C. Bayar* erklärten sich *A. Menderes, F. Köprülü* und *R. Koraltan* in einer »4er Deklaration« als Dissidenten. Dies führte zu ihrem Ausschluß und anschließend zur Gründung der → Demokratischen Partei (1). Bei den allgemeinen Wahlen desselben Jahres erhielt die CHP 396 Sitze. Schwere Anklagen wegen Wahlfälschungen führten innerhalb der CHP zu einer aus 36 jüngeren Abg. bestehenden neuen Oppositionellengruppe, der es gelang, die Regierung *Peker* zu stürzen. Die darauf folgenden Regierungen von *H. Saka* und *S. Günaltay* nahmen einen großen Teil der »35er« u. a. *N. Erim* in ihre Kabinette auf. Die ersten freien Wahlen vom 14. 5. 1950 brachten für die CHP eine Niederlage (41,05 % der Stimmen, aber nur noch 67 Sitze) und versetzte sie nach 27 Regierungsjahren erstmals in die Rolle der Opposition. Während sich der Machtwechsel reibungslos vollzog, kam es von 1953 an zu immer größeren Divergenzen zwischen Regierung und Opposition. Die DP schloß die von der CHP mit staatlichen Mitteln aufgebauten kulturellen Zentren, die sogenannten »Volkshäuser«, und ließ unter dem Vorwand von Steuerschulden die Parteizeitung ›Ulus‹, die Parteidruckerei und sonstige Immobilien der CHP beschlagnahmen. Die Wahlen von 1954 brachten aufgrund der spezifischen Form der Mehrheitswahl erneut große Verluste für die CHP (36,34 % der Stimmen, 31 Sitze) und auch 1957 erhielt sie für 41,03 % der Stimmen nur 178 Sitze (DP: 41,91, aber 424 Sitze).

Nach der Revolution vom 27. 5. 1960 wurde das parteipolitische Leben vorübergehend suspendiert, doch war die CHP durch ein Kontingent von 49 Mitgliedern in der am 5. 1. 1961 gegründeten Konstituante vertreten und konnte einen großen Teil ihrer traditionellen Zielsetzungen in der neuen Verfassung verankern.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung

und vor allem des Verhältniswahlsystems begann für die CHP die Phase der Koalitionsregierungen. Anläßlich der allgemeinen Wahlen von 1961 erzielte sie 36,7% der Stimmen (173 Sitze) und wurde damit knapp die stärkste Partei. Obwohl die drei rechten Parteien (AP, YTP und CKMP) eine Koalitionsregierung hätten bilden können, wurde auf Veranlassung der im Hintergrund aktiven militärischen Kräfte am 20. 11. 1961 eine große Koalition mit der GERECHTIGKEITSPARTEI (AP) unter Vorsitz von *İ. İnönü* gebildet, die sich jedoch bereits am 1. 6. 1962 wieder auflöste. Die CHP ging daraufhin eine Koalition mit der NEUEN TÜRKEI PARTEI (YTP) und der REPUBLIKANISCHEN NATIONALEN BAUERNPARTEI (CKMP) ein, die bis zum 17. 12. 1963 Bestand hatte.

Erneut wurde *İnönü* mit der Regierungsbildung beauftragt. Als sich sämtliche Parteien einer Koalition verweigerten, gelang es *İnönü* mit Hilfe einer Gruppe von Unabhängigen am 4. 1. 1964 die erste Minderheitsregierung zu bilden, die sich aber gegenüber der geschlossenen Opposition der anderen Parteien auf die Dauer nicht behaupten konnte; während der Haushaltsdebatte im Februar 1965 wurde sie mit 225 gegen 197 Stimmen zum Rücktritt gezwungen.

Die der CHP oktroyierte undankbare Aufgabe, kurzfristige Koalitionen zu bilden und sich langsam bemerkbar machende ideologische Trends innerhalb der Partei haben von 1962 an innerparteiliche Konflikte und Spannungen, später Spaltungen hervorgerufen. Wegen ihrer Kritik an mangelnder innerparteilicher Demokratie und der Entfremdung der Parteiorganisation von der Wählerschaft wurden 1962 vier Wortführer der innerparteilichen Opposition, *K. Gülek, N. Erim, A. Doğan* und *M. Göle* für ein Jahr aus der Partei ausgeschlossen. Eine zweite Krise, deren Anlaß eine angebliche Zusammenarbeit von Parteiangehörigen und führenden Offizieren war, führte wiederum zu Ausschlüssen und Disziplinarstrafen. Unter der Beschuldigung, eine diktatorische Ordnung einführen zu wollen, wurden *Gülek* und *Doğan* jetzt für immer, *K. Esengin* und *C. Sungur* für ein Jahr aus der Partei ausgeschlossen.

Der wesentliche Wendepunkt für die CHP kam Ende 1965. Nachdem die erste sozialistische Partei, die TÜRKISCHE ARBEITERPARTEI (TİP) in das Parlament einziehen konnte, erklärte *İnönü* aus eigener Machtvollkommenheit, die CHP stehe »links vom Zentrum«. Innerhalb der sich daran anschließenden Diskussion wurde diese Standortbestimmung nicht im Sinne einer Identifikation mit bestimmten Klassen, sondern lediglich als eine neue Betonung der drei Grundprinzipien der CHP – Etatismus, Populismus und Reformismus – ausgelegt.

Die Wahlen von 1965 brachten der CHP eine neue Niederlage: 28,7% der Stimmen (143 Sitze). Dies wiederum führte zu neuen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei zwischen der sog. »78er«-Gruppe unter Führung von *T. Feyzioğlu* und der »Links vom Zentrum«-Gruppe, geführt von *Ecevit*. Die Wahl *Ecevits* zum Generalsekretär verhärtete noch den Widerstand der »78er«, die sich jetzt »Rechts vom Zentrum« nannten. Als der außerordentliche Parteikongreß vom 28. 4. 67 keine Einigung brachte, verließen 33 Abg. und 15 Senatoren die CHP und gründeten am 30. 4. 1967 die VERTRAUENSPARTEI (GP, → REPUBLIKANISCHE VERTRAUENSPARTEI). Nach diesem Schritt schwenkte die CHP definitiv auf den 1965 angebahnten Linkskurs ein, der auf dem Kongreß vom Oktober 1968 auch in dem Programm »Für eine neue soziale Ordnung« seinen Niederschlag fand. Der XX. Parteikongreß vom Juli 1970 beschloß, das bürokratische Gesicht der CHP abzuschaffen und die Fusion zwischen Kadern und den Volksschichten auf breitester Basis zu verwirklichen.

Die militärische Intervention der Armee vom 12. 3. 1971, bei der zwar die politischen Parteien nicht suspendiert, aber eine »neutrale, technokratische« Regierung ernannt und *S. Demirel* zum Rücktritt gezwungen wurde, führte innerhalb der CHP zu einer neuen heftigen Krise. Während *İnönü* die Einmischung der Armee als eine annehmbare Zwischenphase der Demokratie bewertete und das Angebot der militärischen Kommandanten an *Erim,* eine »überparteiliche Regierung« zu bilden, willkommen hieß, bezeichnete *Ecevit* diese Lösung als einen Versuch, eine Junta, ähnlich der in Griechenland herrschenden, zu errichten. Er trat von seinem Amt als Generalsekretär zurück, die CHP nahm an der überparteilichen Regierung *Erim* mit 5 Parlamentariern teil. Aber schon auf dem V. Außerordentlichen Kongreß im Mai 1972 konnte *Ecevit* sich mit 709 Stimmen gegenüber 503 gegen *İnönü* wieder durchsetzen, letzterer schied daraufhin aus dem Parteivorstand aus. Am 14. 5. 1972 wurde *Ecevit* nach *Atatürk* und *İnönü* zum dritten Vors. der CHP gewählt.

Bei den Wahlen von 1973 gelang es der CHP, ihre Stimmenzahl auf 33,2% (185 Sitze) zu erhöhen. Anläßlich des Satzungskongresses vom Juni 1974 wurde in Art. 2 für die CHP die Bezeichnung »demokratisch linke Partei« festgelegt. – Die Koalitionsregierung nach den Wahlen von 1973 zwischen der CHP und der pro-islamischen → NATIONALEN WOHLFAHRTSPARTEI war nicht von Dauer. Die Regierung *Ecevit* demissionierte am 18. 9. 1974 und kam erst am 1. 1. 1978 mittels einer neuen Koalition, diesmal mit unabhängigen Parlamentariern, wieder an die Macht. Nach den schlechten Ergebnissen bei den Teilwahlen vom 14. 10. 1979 trat *Ecevit* kurz darauf erneut zurück.

Aufgrund ihrer entscheidenden Mitwirkung an der Staatsgründung und dem anschließenden Reformwerk sowie an dem Übergang zu einem Mehrparteiensystem kommt der CHP eine Sonderstellung zu. Unterstrichen wird diese Position noch durch das klare Bekenntnis zur Demokratie und die Entscheidung für eine sozialdemokratisch geprägte Politik, der die CHP damit zur Legiti-

mierung im politischen Leben der Türkei verhalf. Die politische Szene in der Türkei kann man als ein Wechselspiel zwischen einer die Zentralgewalt stärkenden und einer liberal-konservativen Front charakterisieren. Die CHP hat dabei bis zum heutigen Tag den ersten Prototypus verkörpert. Seit ihren Anfängen als Sammelbecken der zivilen und militärischen Bürokratie angesehen, hat sie ihre Anziehungskraft stets auf die gemäßigte städtische Intelligenz, das Beamtentum, die Groß- und Kleinstadtbourgeoisie ausgeübt. Nach der Wende 1965 begann sich das Profil der CHP zu ändern, sie bekam einen breiteren Unterbau aus vor allem nicht radikalen Gewerkschaftsmitgliedern der neuen Industriearbeiterklasse und der für den Markt produzierenden Bauernschaft. Ihre Hochburgen hat sie jedoch immer noch in den Großstädten.

Kemal Pascha, Die Neue Türkei, 1919–1927. Rede gehalten am 15.–20. Oktober 1927, 1928; H. Melzig, Kamäl Atatürk. Untergang und Aufstieg der Türkei, 1932; E. D. Smith, Turkey. Origins of the Kemalist movement and the Government of the Grand National Assembly, 1919–1923, Washington, D.C. 1959; I. Giritlioğlu, Türk Siyasi Tarihinde C.H.P. mevkii, Ankara 1965; Lord Kinross, Ataturk. A Biography of Mustafa Kemal, father of modern Turkey, New York 1965; N. Abadan, Atatürk. In: H. Maier (Hg.), Politiker des 20. Jahrhunderts, 1970, S. 143–155; S. Kili, Cumhuriyet Halk Partisinde Gelişmeler, 1960–1975, Boğaziçi Üniversitesi, Istanbul 1975; H. Bilâ, CHP Tarihi, 1919–1979, Ankara 1979.

Sozialistische Revolutions-Partei (**SDP,** Sosyalist Devrim Partisi). Unabhängig, anti-Moskau orientiert.

Gründung: 1975. Inoffiziell als Fortsetzung der von *M. A. Aybar* gegründeten → TÜRKISCHEN ARBEITERPARTEI (TİP) betrachtet. Vors. war *Aybar* von 1962–1978, sein Nachfolger ist *C. Bıçakçı*. Die SDP behauptet, allein den wissenschaftlichen Sozialismus zu vertreten. Satzungsgemäß müssen auf jeder Ebene mindestens zwei Drittel der Mitglieder körperliche Arbeit leistende Werktätige sein. Die allgemeine Politik der Zentrale wird durch alle sechs Monate zusammentretende untere Gremien bestimmt. Damit will die Partei ihre sozialistische Organisationsform, eine zentralistische Demokratie, betonen. Die Partei bezeichnet sich als Antipode eines sowjetischen Sozialismus und vertritt ein europäisches, humanistisches, sozialistisches Modell.

In ihrem Wahlprogramm betont die SDP vor allem die nationale Unabhängigkeit und bezieht sowohl gegen den kapitalistischen als auch den sozialistischen Imperialismus Stellung.

Türkische Arbeiterpartei (**TİP,** Türkiye İşçi Partisi).

Die erste marxistisch orientierte sozialistische Partei, die eine parlamentarische Fraktion zu bilden vermochte, wurde nach Inkrafttreten der Verfassung von 1961 am 13. 2. 1961 in Istanbul von 12 Gewerkschaftlern gegründet, darunter *K. Türkler, R. Kuas, S. Yıldız, I. Güzelce, K. Nebioğlu, A. Erakalın.* Letzerer wurde zum Vors. gewählt. Nach einer stagnierenden Anfangsperiode übernahm im Februar 1962 ein ehemaliger Dozent der Juristischen Fakultät von Istanbul, *M. A. Aybar,* de Vorsitz. 1963 erhielt die Partei durch den Übertritt von zwei Senatsmitgliedern, *N. Ağırnaslı* und *E. Çağa,* eine parlamentarische Vertretung.

Die allgemeinen Wahlen von 1965 ermöglichten zum ersten Mal in der Türkei einer außerhalb des Parlamentes entstandenen Partei eine parlamentarische Fraktion zu bilden. Mit Hilfe des Slogans »Boden und Arbeit für alle« gewann die TİP, bei den allgemeinen Wahlen von 1965 2,97% der Stimmen und 15 Sitze dank der Reststimmenverteilung als Bestandteil des damals gültigen Proporzsystems. 1965–68 konzentrierte sich die Führung der Partei auf Begriffe wie Demokratie, Unabhängigkeit, Sozialismus. Dabei geriet *Aybar,* der offen die These eines »lächelnden humanistischen Sozialismus« vertrat und sich gegen Kontakte der Partei mit früher tätigen, illegalen linken Gruppen wandte, in zunehmende Isolierung. Ihm gegenüber verteidigten *S. Aren* und *B. Boran* die entscheidende Rolle des Proletariats.

Nach den Wahlen von 1969, bei denen das Reststimmenverteilungssystem abgeschafft worden war, erzielte die TİP für 2,7% der Stimmen lediglich 2 Sitze. Die innerparteiliche Spannung nahm sichtbar zu. *Aybar* legte den Vorsitz nieder, sein Nachfolger wurde 1970 *Boran.* 1972 sah sich die TİP seitens der Staatsanwaltschaft einer Anklage wegen verfassungswidriger Aktionen ausgesetzt. Sie wurde beschuldigt, sezessionistische Bestrebungen im Osten zu hegen und den Kommunismus auf ethnischer Basis zu propagieren. Die Parteiführung wurde von Gerichten des Ausnahmerechts zu 6–15jährigen Gefängnisstrafen verurteilt, die Partei aufgelöst. Durch die Amnestie von 1974 wurden diese Strafen aufgehoben. Inzwischen war die Partei unter Verwendung des alten Namens am 30. 4. 1973 neu gegründet worden. Die heutige TİP folgt vorwiegend der Moskauer Linie. Der jetzige Vorstand ist Frau *B. Boran,* die auch für einen Senatssitz bei den Wahlen von 1979 in Istanbul kandidiert hat.

Die heutige TİP tritt auf wirtschaftlichem Gebiet für eine Bevorzugung des öffentlichen Sektors und weitgehende Sozialisierungsmaßnahmen ein. Um die Partei vor einem Neo-Kolonialismus zu bewahren, widersetzt sie sich dem Eintritt in die EG. Außenpolitisch vertritt sie einen nationalen, unabhängigen und pazifistischen Kurs und verwirft Militärstützpunkte und Mitgliedschaft in der NATO. In Zypern befürwortet die TİP einen unabhängigen, blockfreien, multikantonalen zypriotischen Staat ohne militärische Stützpunkte. Die Partei erzielte regionsmäßig bis heute (seit 1973) die höchste Stimmenquote mit 4,5% im östlichen Mittelanatolien und 4,2% im Marmaragebiet. Sie erhielt mehr Stimmen in den Städten als auf dem Land, es gelang ihr jedoch nicht, in das Parlament einzuziehen. – Die TİP lehnte 1979 eine Zusammenarbeit mit der ebenfalls Moskauorientierten → TÜRKISCHEN SOZIALISTISCHEN

Arbeiter Partei (TSIP), mit der sie in bezug auf Taktik und Praxis Meinungsunterschiede hat, ab. Sie verlangte von dieser Partei einen »Anschluß«, während die TSIP nur zu einer »Union« bereit war.

Die Partei gibt wöchentlich zwei Zeitschriften heraus: ›Görev‹ und ›Yürüyüş‹. Außerdem erscheinen zwei monatliche Zeitschriften: ›Çark‹ und ›Yurt ve Dünya‹.

A. Ünsal, La Parti Ouvrier Turque, Diss. unveröffentlicht, Paris 1970; J. Landau, Radical Politics in Modern Turkey, Leiden 1974.

Türkische Sozialistische Arbeiterpartei (**TSIP,** Türkiye Sosyalist Işçi Partisi).

Die TSIP vertritt, ähnlich wie die Türkische Arbeiterpartei, die Linie der sowjetischen KPdSU. Zusätzlich legt sie besonderes Gewicht auf die ethnische Autonomiefrage. Das Wahlmotiv der Partei ist »Einheit für den Sozialismus«. Auf den Wahllisten der TSIP stehen auch unabhängige sozialistische Kandidaten. So unterstützte sie den von der illegalen Türkischen Kommunistischen Partei lancierten Kandidaten in Istanbul.

Die Partei setzt sich für gleiche Rechte für die verschiedenen ethnischen Gruppen, vor allem für die Kurden, ein und verlangt die Anwendung der Grundsätze von Helsinki. Der Vors. der TSIP, *A. Kaçmaz,* kandidierte bei den Teilwahlen von 1979, bei denen die TSIP 1,31 % der Stimmen erhielt, nicht.

Die Partei verfügt über die Tageszeitung ›Gerçek‹.

Türkische Unionspartei (**TBP,** Türkiye Birlik Partisi). Die sich als »progressiv, reformfreudig und kemalistisch« bezeichnende Partei ist als Vertreterin der Aleviten, den türkischen Schiiten, von dissidenten Mitgliedern der Nationalpartei am 17. 10. 1966 in Ankara unter der Bezeichnung Unionspartei (Birlik Partisi) gegründet worden. Die Partei gilt als ausgesprochen links; obwohl sie sich nach geringem Wahlerfolg auch anderen Gruppen zuwandte, ist ihre Resonanz bis zum heutigen Tage begrenzt geblieben.

1969 gewann die TBP 2,8 % der Stimmen und 8 Sitze. Diese Quote sank 1973 auf 1,1 %, bei den Senatswahlen von 1975 auf 0,5 %. Nichtsdestoweniger stellte die TBP bei den Wahlen von 1979 in 30 Provinzen Kandidaten auf. 1973 gewann sie mit 4,9 % in Ostanatolien die meisten Stimmen.

Als die parlamentarischen Vertreter der TBP den 41 Abg. der Gerechtigkeitspartei, die 1970 aus ihrer Partei ausgetreten waren, Unterstützung gegenüber *Demirel* anboten, führte dies in der Basis der TBP zu solchen Divergenzen, daß die Parlamentarier aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Anläßlich der Wahlen von 1973 beschloß die Partei, ihrem Namen das Adjektiv »türkisch« hinzuzufügen. Ihr Ziel, die türkischen Links-Intellektuellen um sich zu sammeln, erreichte sie jedoch nicht. Hochburg der TBP, die zur Zeit über keinen Vertreter im Parlament verfügt, ist Sivas.

Presse: Monatliche Zeitschrift ›Birlik‹.

UNGARN

von

ADALBERT TOTH

Bis zum Ende des Ständestaates 1848 bestand der Landtag aus zwei »Tafeln«; an der oberen Tafel (Magnatentafel) erschienen die erblichen Magnaten und die einer Kirchendiözese vorstehenden katholischen Bischöfe aufgrund persönlicher Einladung des Königs (Regalisten), an der unteren Tafel (Ablegatentafel) hingegen die Vertreter des Adels nach ihren autonomen Komitaten, ferner die Vertreter des unteren Klerus und der königlichen Freistädte sowie die Ablegaten der persönlich nicht erschienenen Magnaten, die »absentium ablegati«. Die Gesetzgebung sollte gemeinsame Aufgabe des Königs und des Landtags sein, doch bis ins 19. Jh. hinein erschöpfte sich die Tätigkeit der Landtage darin, den königlichen Propositionen hinsichtlich der Steuern und der Ergänzung des Heeres zuzustimmen, wofür dann der König regelmäßig die adeligen Privilegien bestätigte. Der Landtag stellte somit nach allgemein geltender Auffassung lediglich eine Institution zum Schutze des Bestehenden und zur Garantie der adeligen Privilegien dar. Dieser Zustand änderte sich allmählich in den 1830er Jahren. Die Notwendigkeit mancher Reformen wurde auch von der Regierung nicht in Zweifel gezogen, und sie nahm – um die Entwicklung unter Kontrolle zu halten – gemäßigte Forderungen der Liberalen selbst in ihr Programm auf. Die am 12. 11. 1846 von Magnaten gegründete → KONSERVATIVE PARTEI sollte im kommenden Landtag die für die Annahme der Regierungsvorlagen erforderliche Mehrheit sichern. Die untereinander uneinigen Liberalen folgten dem Beispiel nur widerwillig, weil sie befürchteten, die notwendigerweise zentralistischen Parteiorganisationen könnten über die politisch weitgehend souveränen Komitate hinweg Verfügungen treffen und die Komitatsautonomie lahmlegen (→ OPPOSITION). Unter ihrer Führung und in der revolutionären Situation des Frühjahrs 1848 verabschiedete dann der letzte ständische Landtag die liberalen Gesetze, die eine moderne, bürgerliche Entwicklung Ungarns ermöglichen sollten. Das neue ungarische bzw. siebenbürgische Wahlgesetz teilte das Land in insgesamt 411 Wahlbezirke ein, wobei die Wähler in Einerwahlkreisen eine bestimmte Anzahl Abgeordneter in den Landtag zu wählen hatten. Die Wahlen waren unmittelbar, die Abstimmungen öffentlich, gewählt wurde nach dem Prinzip der absoluten Mehrheitswahl. Erhielt keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, kam es im zweiten Wahlgang zu einer Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen. Es wurde ein Vermögens- und Bildungszensus eingeführt, wodurch auch bürgerliche Schichten die Wahlberechtigung erhielten. Zwar erhöhte sich die Zahl der Wahlberechtigten dadurch auf das Vierfache, von etwa 200 000 auf etwa 800 000 (1,8 bzw. 7,1 % der Bevölkerung), dennoch sorgte das eingeschränkte Wahlrecht dafür, daß der Adel seine führende Stellung in der Gesetzgebung wie auch in den Komitaten und anderen autonomen Verwaltungsorganen behielt. Das Magnatenhaus blieb ohnehin unangetastet durch die 1848er Gesetze.

Nach der Niederwerfung des Freiheitskampfes im August 1849 erfolgte die Einverleibung Ungarns in die österreichische Gesamtmonarchie, und damit für geraume Zeit die Suspendierung aller parlamentarischen Aktivitäten. Erst der Ausgleich von 1867, der den Dualismus zwischen Österreich und Ungarn institutionalisierte, gab Ungarn endgültig seine Verfassung zurück. Der von der liberalen → DEÁKPARTEI ausgehandelte Ausgleich entsprach dem Interesse des Adels und des Besitzbürgertums und der Notwendigkeit einer ungestörten wirtschaftlichen Aufbauperiode, fand jedoch im Lande keine unbedingte Zustimmung: die magyarischen Kerngebiete stellten sich zunehmend dagegen.

Der »staatsrechtliche« Gegensatz zwischen den Befürwortern einer Realunion mit Österreich und den Befürwortern der vollen Unabhängigkeit, unter Umständen nur in Personalunion mit Österreich, blieb ein bestimmender Faktor des ungarischen Parteiensystems bis zum Ende der Österreichisch-Ungarischen Monarchie.

Die Regierungspartei mußte sich gegen die wachsenden Angriffe von seiten der Ausgleichsgegner behaupten, und zwar unter wachsendem Druck auch von seiten der Nationalitäten (Serben, Rumänen, Slowaken). Aus der Überzeugung, daß nur der Ausgleich bzw. ihre Herrschaft die innere Ruhe und die friedliche Entwicklung des Landes zu gewährleisten vermöchten, leitete sie die moralische Berechtigung ab, durch alle ihr durch das Wahlgesetz und Wahlmanipulationen sich bietenden Mittel dafür zu sorgen, daß sie bei den Wahlen die sichere Mehrheit behielt. Diesem Zweck diente das neue Wahlgesetz von 1874 (»über die Modifizierung und Ergänzung des Gesetzartikels V vom Jahre 1848 und des siebenbürgischen Gesetzartikels II vom Jahre 1848«), das den Zensus an verschiedene Formen der direkten Steuer band, sowie das Gesetz von 1886, wodurch die Wahlperiode von drei auf fünf Jahre verlängert wurde. Durch das restriktive Wahlgesetz sollte das System vor Erschütterungen bewahrt werden. Aber auch die liberale Theorie, nach der die großen staatsrechtlichen Parteien den unbedingten Anspruch auf die Vertretung des »Ganzen« erhoben, wirkte in derselben Richtung. Weltanschauungsprinzip und Interessenprinzip konnten sich in die ungarischen Parteien nur schwer Eingang verschaffen, weil man in den Belangen der einzelnen Konfessionen oder Nationalitäten »Sonderinteressen« sah, für die sich einzusetzen stets den Verdacht einer die vermeintliche Einheit der Nation untergrabenden Tätigkeit erregte. So geriet auch die 1895 entstandene KATHOLISCHE VOLKSPARTEI allmählich in den Sog staatsrechtlicher Auseinandersetzungen. Besonders beargwohnte »Sonderinteressen« stellten die Belange der nichtmagyarischen Nationalitäten dar; ihre »föderalistischen« Bestrebungen wurden von Anbeginn an zu Unrecht als eine staatszersetzende Tätigkeit gewertet. Im Landtag selbst erwiesen sich die agrarischen Belange als die stärksten »Sonderinteressen«, doch sie konnten aus den genannten Gründen niemals zu einer Parteigründung Anlaß geben. Die 1883 gegründete → ANTISEMITENPARTEI verkörperte zum ersten Male unumwunden das Weltanschauungsprinzip, doch von rechts und links noch gleichermaßen bekämpft, löste sie sich in wenigen Jahren mangels entsprechender Resonanz auf. Vorläufig als zukunftsträchtiger erwies sich die im Jahre 1900 gegründete BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHE PARTEI des sich emanzipierenden kleinen und mittleren Bürgertums. Interessen- und Weltanschauungsprinzip verbanden sich bei den Sozialisten, die jedoch erst 1905 zu ihrem ersten Mandat kamen und – wegen der Schwäche der Arbeiterklasse und wegen des Zensuswahlrechts – im Landtag bis 1918 ohne nennenswerten politischen Einfluß blieben.

Neben ihrer staatsrechtlichen Ausrichtung zeigte sich ebenfalls bereits von den Anfängen an ein zweites grundlegendes Charakteristikum: Die Parteien gingen, wie im alten England,

aus aristokratischen Gruppen hervor. Sie wurden von starken Persönlichkeiten, nach denen sie oft auch benannt wurden, beherrscht, und wenn diese starben oder ausschieden, zerfiel auch die von ihnen geführte Partei. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf die Namen *L. Kossuth, F. Deák,* Baron *P. Sennyey, K. Tisza,* Graf *A. Apponyi* und Graf *J. Tisza* für die Parteien bis 1918 verwiesen. Eine Eigentümlichkeit der ungarischen Parteien war, daß der tatsächliche Parteiführer dem Parteivorstand in der Regel formell nicht angehörte, trotzdem aber eine unumstrittene Autorität besaß.

In den letzten Tagen der Monarchie bildeten linksstehende Parteien den »Nationalrat«, eine Art Schattenregierung, aus der aber am 31. 10. 1918, dem Tag der bürgerlichen Revolution, die tatsächliche Regierung des Landes unter der Leitung des Grafen *M. Károlyi* hervorging. Das republikanische Regime erließ sogleich ein neues Wahlgesetz, das allen Männern und Frauen über 21 bzw. 24 Jahren das Wahlrecht gab. Vorgesehen waren allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlen, zu denen es aber nicht mehr kommen konnte, weil am 21. 3. 1919 die Macht von den Kommunisten übernommen wurde. Staatstragende Partei wurde nun die allein zugelassene SOZIALISTISCHE PARTEI UNGARNS. Die provisorische Verfassung der »Räterepublik« vom 2. 4. 1919, die erste geschriebene Verfassung Ungarns, sah die Errichtung eines auf der Grundlage von allgemeinen Wahlen zustandegekommenen Rätesystems vor, wegen des Zusammenbruchs des kurzlebigen Experiments blieb jedoch auch dieses Wahlgesetz auf dem Papier.

Die Gegenrevolution installierte sich unter dem unmittelbaren Eindruck der kommunistischen Herrschaft einerseits und der von der Entente erzwungenen beträchtlichen Gebietsabtretungen an die Nachbarländer andererseits. Die Ententemächte übten auch in Rest-Ungarn einen bestimmenden Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung aus. Alle diese Faktoren waren auch für die ab August 1919 neu entstehenden Parteien von richtungweisender Bedeutung. Das neue System war auf die Wahrung konservativer Formen und Inhalte im öffentlichen Leben bedacht, dennoch verstand es sich nicht als einfache Restauration, sondern als »nationale Wiedergeburt«. »Christlich« und »national« waren die Schlagworte der Stunde, und das kam auch in vielen fast gleichlautenden Parteibezeichnungen zum Ausdruck. Der Liberalismus wurde zum Sündenbock des staatlichen Zusammenbruchs abgestempelt, und demokratische oder sozialistische Gedankeninhalte sollten zu einer neuen Revolution führen. Die Parteien dieser ideologischen Richtungen wurden daher bestenfalls geduldet und als Randerscheinungen des öffentlichen Lebens zu einem verkümmerten Dasein verdammt.

Auf Geheiß der Ententemächte mußte jedoch zunächst als Preis der internationalen Anerkennung des Regimes eine Koalitionsregierung unter Einbeziehung liberaler und sozialdemokratischer Politiker gebildet werden, und Wahlen sollten diesem Regime die demokratische Legitimation verleihen. Die entsprechende Verordnung von Ministerpräsident *I. Friedrich* vom 17. 11. 1919 schränkte die Anzahl der Wahlberechtigten gegenüber dem Károlyischen Gesetz zwar etwas ein, bedeutete dennoch im Vergleich zum letzten Wahlgesetz der Vorkriegszeit (1913) einen deutlichen Schritt zur Demokratisierung hin. Das Wahlalter wurde auf 24 Jahre erhöht und auch Frauen erhielten unter gewissen Voraussetzungen das Wahlrecht. Die Abstimmung sollte geheim sein. Die Anzahl der Wahlberechtigten erhöhte sich damit auf 39,7 % der Bevölkerung.

Ein wichtiger Schritt in der Stabilisierung des Regimes, aus dem die Sozialdemokraten schon vor den Wahlen wieder ausschieden, war die Wahl *M. Horthys* zum Reichsverweser am 1. 3. 1920, der für die Zeit der Vakanz des Thrones mit wenigen Abstrichen königliche

Prärogative erhielt. Am 14.4. 1921 wurde Graf *I. Bethlen* Ministerpräsident, der mit starker Hand für stabile Mehrheitsverhältnisse im Landtag und die unumstrittene Herrschaft seiner → EINHEITSPARTEI sorgte. Diesem Ziel dienten 1922 und 1925 neue Wahlgesetzvorlagen, die die Anzahl der Wahlberechtigten durch Manipulation des Zensus – eine mindestens zehnjährige ungarische Staatsbürgerschaft und eine zweijährige Ansässigkeit in derselben Gemeinde wurden gefordert – auf 29,5 % bzw. 26,6 % der Bevölkerung verringerte. Die geheime Abstimmung wurde außerdem bis auf die städtischen Wahlbezirke aufgehoben, wodurch dem Wahlmißbrauch wiederum Tür und Tor geöffnet wurde.

Nach der Hinfälligkeit der staatsrechtlichen Problematik der dualistischen Epoche kam bei den Parteien des *Horthy*-Regimes das Weltanschauungsprinzip endgültig zum Durchbruch. Das Friedensdiktat von Trianon, durch das 67 % des Staatsgebietes Ungarns abgetrennt und über ein Drittel des Staatsvolkes zu Minderheiten in den auf Kosten Ungarns vergrößerten angrenzenden Ländern gemacht wurden, rief bei allen Parteien einmütige Ablehnung hervor. In den Parteiprogrammen fehlte nicht die Forderung nach der Revision des Friedensvertrages, der Wiederherstellung der alten Grenzen Ungarns, kurz: die Forderung nach der »Revision«. Der Nationalismus erwies sich auch für die herrschende gegenrevolutionäre Ideologie als stärkstes Bindemittel.

Nach dem Ausscheiden der → CHRISTLICHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALEN PARTEI aus der Regierungskoalition im Dezember 1931 hatte Ungarn bis März 1944 eine Einparteienregierung, die sich im Parlament auf eine sichere Mehrheit stützen konnte. Das noch Anfang 1938 verabschiedete neue Wahlgesetz führte endlich die geheime Wahl ein. Das Land wurde mit einem doppelten Netz von Einzel- und Listenwahlkreisen, in denen 135 bzw. 125 Abgeordnete gewählt werden sollten, überzogen. Die Zensusbestimmungen gegen die Personenkreise, die nicht für längere Zeit am selben Ort beschäftigt waren (Saisonarbeiter in Industrie und Landwirtschaft), wurden verschärft, außerdem schränkten auch die Judengesetze die Zahl der Wahlberechtigten ein, so daß deren Anteil von 33,8 % im Jahre 1935 auf 30,4 % im Jahre 1939 (Wahljahr) sank.

Aus eigener Kraft gelang es dem Rechtsradikalismus in Ungarn nicht, zu einem bestimmenden politischen Faktor zu werden. Ein Koalitionskabinett mit nationalsozialistischen Mitgliedern wurde von *Horthy* erst unter dem Zwang der deutschen Besetzung am 19. 3. 1944 eingesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Reichsverweser auch erfolgreich dagegen zu wehren gewußt, den Antisemitismus, der von Anfang an mit ein Begleitmotiv der gegenrevolutionären Ideologie war, zu einer Politik der aktiven Verfolgung werden zu lassen. Die Deutschland bedingungslos ergebenen ungarischen Nationalsozialisten (»Pfeilkreuzler«) unter *F. Szálasi* waren selbst *Hitler* nicht seriös genug, und er unterstützte sie erst, als er keine andere politische Kraft mehr in Ungarn für seine Ziele in Anspruch nehmen konnte.

Im sowjetisch besetzten Ungarn entstanden die liberal-demokratischen und marxistischen Parteien von neuem. Sie und die Gewerkschaften schlossen sich in der »Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront« zusammen und bildeten die Regierung. Die Genehmigung neuer Parteien wurde zur Aufgabe des aus den Vertretern der genannten Parteien gebildeten »Budapester Nationalkomitees« gemacht. Die »Provisorische Nationalversammlung«, deren Mitglieder in Massenveranstaltungen der »Unabhängigkeitsfront« durch Akklamation bestellt worden waren, erließ im September 1945 ein neues Wahlgesetz, nach dem die Verhältniswahl auf der Grundlage des allgemeinen und direkten Wahlrechts in geheimer Abstimmung eingeführt wurde, jedoch unter der Voraussetzung, daß unabhängig

vom Wahlergebnis die Regierungskoalition beibehalten werden solle. Das aktive und passive Wahlrecht erhielten alle Staatsbürger über 20 Jahre, frühere Widerstandskämpfer bereits mit 18 Jahren. Armee- und Polizeiangehörige waren wahlberechtigt, jedoch nicht wählbar. Personen, gegen die ein Enteignungsverfahren anhängig war oder denen von den Rechtfertigungsausschüssen für länger als ein Jahr die Ausübung des Berufes untersagt wurde sowie die Leiter von 25 früheren rechtsradikalen Organisationen und Volksdeutsche besaßen kein Wahlrecht. Die Wahlen vom November 1945 erbrachten einen klaren Sieg der → UNABHÄNGIGEN PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE, LANDARBEITER UND BÜRGER. Am 1. 2. 1946 wurde die Republik ausgerufen, der am 10. 2. 1947 unterschriebene Friedensvertrag stellte die Grenzen Ungarns vom 31. 12. 1937 wieder her.

In den folgenden Jahren verfiel das ungarische Parteiensystem. Die bürgerlichen Parteien hatten gegenüber der UNGARISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI, die im Schutze der sowjetischen Besatzungsmacht von Anfang an auf ihre Zersetzung bzw. Zerschlagung hinarbeitete, von vornherein keine Chance. Ein neues Wahlgesetz, das die Anzahl der Wahlberechtigten beträchtlich verringerte, ließ die UNGARISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI aus den Wahlen 1947 als stärkste Partei hervorgehen. Die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI mußte unter dem Druck der Kommunisten die Verfechter einer eigenständigen Politik entfernen und ging am 12. 6. 1948 in der kommunistisch geführten PARTEI DER UNGARISCHEN WERKTÄTIGEN auf. Bis Jahresende waren auch die übrigen Parteien als eigenständige politische Kraft ausgeschaltet; sie lösten sich auf oder schlossen sich der am 1. 2. 1949 neuorganisierten Ungarischen Unabhängigkeits-Volksfront an. Bei den Parlamentswahlen im Mai 1949 gab es nur noch eine Einheitsliste, auf der alle an der Wahl beteiligten Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen waren. Der neue Landtag votierte nun einstimmig für die neue Verfassung, nach der Ungarn in eine »Volksrepublik« sowjetischer Prägung umgewandelt wurde. Das Parlament war demnach höchstes Organ der staatlichen Gewalt, doch zwischen den Sessionen (das System der permanenten Sitzungen wurde aufgehoben) sollten seine Befugnisse von dem aus seinen Reihen gewählten »Präsidialrat der Volksrepublik« wahrgenommen werden, der ermächtigt wurde, »Verordnungen mit Gesetzeskraft« zu erlassen, die nicht der Zustimmung des Parlaments bedurften.

Während des Volksaufstandes Ende Oktober/Anfang November 1956 wurden die Parteien wieder zugelassen, und Ministerpräsident *I. Nagy* bildete ein Koalitionskabinett aus Vertretern der Regierungskoalition von 1945/47. Die PARTEI DER UNGARISCHEN WERKTÄTIGEN zerfiel und wurde am 1. 11. 1956 als → UNGARISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI neugegründet, die nach der Niederschlagung des Aufstandes wieder die einzige politische Partei in Ungarn wurde.

Bei den Wahlen von 1963 erhielten die Wähler zum ersten Mal die Möglichkeit, die von der »Patriotischen Volksfront« aufgestellten Bewerber in Versammlungen gegen andere Kandidaten auszutauschen. Das am 11. 11. 1966 verabschiedete neue Wahlgesetz führte die absolute Mehrheitswahl in Einmannwahlkreisen »auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in geheimer Abstimmung« ein und erlaubte die Aufstellung von mehr Kandidaten als Mandate zu vergeben waren. Die Bestimmungen sollten dem Landtag ein größeres politisches Gewicht verleihen. Das erste Mal wurde das neue Wahlgesetz bei den Parlaments- und Rätewahlen vom 19. 3. 1967 angewendet.

G. Gratz, A dualizmus kora, Magyarország története 1867–1918, 2 Bde., Budapest 1934; Gy. Mérei, Magyar politikai pártprogrammok, 1867–1914, Budapest 1934; B. Hóman/Gy. Szekfű, Magyar történet, Bd. 5, Budapest 1936; C. A. Macartney, October fifteenth, A history of modern Hungary, 2 Bde., Edinburgh 1956/57; Gy. Mérei, A magyar polgári pártok programjai, 1867–1918, Budapest 1971; Die Geschichte Ungarns, red. E. Pamlényi, Budapest 1971; A. Toth, Parteien und Reichstagswahlen in Ungarn 1848–1892, 1973;

S. Balogh/L. Izsák, Pártok és pártprogramok Magyarországon, 1944–1948, Budapest 1977; A magyar népi demokrácia története, 1944–1962, Budapest 1978; Magyarország története tíz kötetben, Bd. 6–8, Budapest 1978/79.

Antisemitenpartei (Antiszemitapárt) → Antisemitische Landespartei.

Antisemitische Landespartei (Országos Antiszemita Párt). Am 6. 10. 1883 von *Gy. Istóczy* gegründete konservative Partei mit agrarischen und antikapitalistischen Zielsetzungen und entsprechendem Rückhalt in adeligen Schichten bis mittlerem Besitz- und Kleinbürgertum. Sie verstand sich als Sammelbewegung der in allen Parteien vorhandenen Antisemiten. Als Grundlage für das Programm diente das Buch von *K. Nendtvich* über »die Judenfrage in Österreich-Ungarn«, in dem der Autor »Brechung der Judenherrschaft« und Ausgleichung des jüdischen Einflusses in allen Bereichen forderte. Aus diesem Grundsatz heraus verlangte die Partei eine den nationalen Interessen entsprechende Agrarpolitik, Einschränkung der ungehinderten Gewerbefreiheit und der Wechselfähigkeit, Abänderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes zur Verhinderung der jüdischen Einwanderung. In den politischen, namentlich staatsrechtlichen Fragen sollten die Parteimitglieder völlige Handlungsfreiheit behalten. – Entstanden war der politische Antisemitismus in Ungarn unter dem Einfluß der antisemitischen Bewegung in Deutschland *(A. Stoecker, W. Marr, E. Dühring)*. Die Beschlüsse des Antisemitenkongresses von Dresden im Oktober 1882, an dem auch *Istóczy* teilgenommen hatte, wirkten sich auch in Ungarn aus. Im Oktober 1883 bildeten 6 Abg. der UNABHÄNGIGKEITSPARTEI und 2 Abg. der → LIBERALEN PARTEI die Fraktion, die nach den Wahlen von 1884 auf 17 Mitglieder anschwoll. Die Partei wurde von allen Seiten erbittert bekämpft, die liberalen Traditionen des ungarischen öffentlichen Lebens erwiesen sich als stärker. 1885 zerstritt sich *Istóczy* mit der Partei; 1887 wurden nur noch 9 Abg. mit antisemitischem Programm in den Landtag gewählt. Noch während der Legislaturperiode löste sich die Fraktion auf (ca. 1890). Die außerparlamentarische Bewegung endete 1896 mit dem Rückzug *Istóczys* aus dem öffentlichen Leben.

Presse: ›Függetlenség‹ (bis 30. 10. 1887).

Gy. Istóczy, A magyar antiszemitapárt megsemmisítése és ennek következményei, Budapest 1906; J. Kubinszky, A politikai antiszemitizmus Magyarországon, 1875–1890, Budapest 1976.

Arbeitspartei (Munkapárt) → Nationale Arbeitspartei.

Bürgerlich-Demokratische Partei (1900–1918) (Polgári Demokrata Párt) → National-Demokratische Partei.

Bürgerlich-Demokratische Partei (**PDP**, Polgári Demokrata Párt). Mittelstandspartei, Partei der fortschrittlichen Teile des Bürgertums und der Intelligenz. Gründung: Ende November 1944 in Szeged durch den Major a. D. *Z. Örley*, den Rechtsanwalt *R. Papp* u. a. bzw. in Debrecen durch *B. Zsedényi*, Graf *L. Zichy*, *G. Faragho* u. a.

Programm: Die PDP bezeichnete sich in ihrem Programm vom 21. 6. 1945 als eine Partei, die über den Klassen stehe und nannte die Erklärung der Menschenrechte (1789) als unbedingte Richtschnur ihrer Politik. Das Programm bekannte sich zum Parlamentarismus, dem Mehrparteiensystem, forderte die Einführung des Referendums in allen Fragen von großer Wichtigkeit, die volle Gleichstellung der Frauen, die entschiedene Demokratisierung der Verwaltung, die gründliche, soziale Reform des Steuersystems und machte detaillierte Vorschläge für die Förderung der Mittel- und Kleinbetriebe sowie des Handels auch durch Inanspruchnahme ausländischer Kredite. In Südosteuropa käme ein besonderes Gewicht dem Nationalitätenrecht zu; nationale Selbstverwaltungsorgane müßten errichtet, die Grenzen nach Möglichkeit »spiritualisiert« werden. Ungarn müsse sowohl mit den Großmächten als auch mit den Nachbarn, vor allem mit der Sowjetunion, gute Beziehungen pflegen (»Grundsatz des offenen Tores«).

Organisation: Das Organisationsstatut der PDP wurde gleichzeitig mit der Wahl des Parteivorstandes Mitte April 1945 erlassen. Die Abg. der Partei bildeten demnach den Präsidialrat; der Landesvorstand beschloß am 3. 5. 1945 dessen Erweiterung durch die Vors. der 9 Fachausschüsse. Im Herbst 1945 hatte die Partei in 165 Ortschaften sowie in 14 Budapester Stadtbezirken Parteibüros mit etwa 50 000 Mitgliedern. – Presseorgan: Tageszeitung ›Világ‹, ab 14. 5. 1945.

Geschichte: Bürger, die dem *Horthy*-Regime kritisch gegenüberstanden, zumeist Mitglieder der ehemaligen BÜRGERLICHEN FREIHEITSPARTEI (→ NATIONAL-LIBERALE PARTEI) bzw. → NATIONAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI, gründeten die ersten Parteiorganisationen der PDP in Ostungarn Ende November 1944. Die Partei beteiligte sich am 2. 12. 1944 an der Gründung der »Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront« (→ UNABHÄNGIGE PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE, FKGP) und erhielt 12 Mandate (von 230) in der Provisorischen Nationalversammlung. Die Budapester Parteizentrale nahm ihre Tätigkeit am 2. 2. 1945 auf. Erst nach Beruhigung der Kriegslage und nach der Einigung hinsichtlich der Person des

Parteivors. auf *G. Teleki* konnten die beiden Parteizentralen vereinigt werden. Am 2. 4. bzw. 24. 6. 1945 erhielt die PDP zusätzlich 9 Mandate. *Teleki* und dadurch auch die PDP gelangten in der Folgezeit immer mehr ins Schußfeld der Kommunisten, deren Parteikonferenz vom 20./21. 5. 1945 die PDP nicht mehr als Mitglied der »Nationalen Unabhängigkeitsfront« betrachtete. Infolge der erwähnten Anfeindungen dankte *Teleki* am 20. 6. als Vors. ab und verließ Ende Juli auch die Partei. Neuer Vors. wurde *S. Szent-Iványi*. Er interpretierte den Parteinamen als »Partei der bürgerlichen Demokratie«, deren Grundlage von der Freiheit, dem Eigentum und dem Recht des Widerstandes gegen die Willkür gebildet werde. Trotz dieser Parolen erzielte die PDP 1945 mit 1,6 % der abgegebenen Stimmen nur 2 Mandate (von 409); die Schichten, deren Vertretung sie vorgab, trugen mit ihrer Stimme zum Sieg der → FKGP bei. Nach der Flucht des Vors. in den Westen im Frühjahr 1947 übernahm *E. Bródy* den Parteivorsitz. Die Partei erklärte sich jetzt bereit, mit den Arbeiterparteien zusammenzuarbeiten. Sie erhielt bei den Wahlen im August 1947 nur 1,0 % der abgegebenen Stimmen (3 Mandate). Infolge parteiinterner Auseinandersetzungen über den Mißerfolg bei den Wahlen verließen mehrere Abg. im Oktober 1947 die Partei. Die PDP bildete mit der → Ungarischen Radikalpartei am 13. 5. 1948 das »Radikal-Demokratische Parteibündnis«. Am 3. 3. 1949 ging die Partei völlig in der Ungarischen Radikalpartei auf.

S. Balogh, Parlamenti és pártharcok Magyarországon 1945–1947, Budapest 1975.

Christliche Partei (Kereszténypárt) → Christliche Wirtschafts- und Soziale Partei.

Christliche Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger (Keresztény-keresztyén Kisgazda, Földmíves és Polgári Párt) → Einheitspartei.

Christliche Wirtschafts- und Soziale Partei (**KGSZP,** Keresztény Gazdasági és Szociális Párt). Konservativ und legitimistisch, bis Dezember 1931 in Koalition mit der regierenden → Einheitspartei, unter der Leitung der katholischen Großgrundbesitzeraristokratie. Gründung: 1925 durch den Grafen *J. Zichy*.

Programm: Förderung der christlichen Weltanschauung im öffentlichen Leben, Erweiterung der verfassungsmäßigen und politischen Rechte sowie der Selbstverwaltung von Gemeinden und Munizipien, allgemeines und geheimes Wahlrecht. Eine gerechtere Einkommensverteilung und Steuerpolitik, ferner die Verbesserung der Absatzmöglichkeiten für Agrarprodukte durch entsprechende internationale Verträge und zollpolitische Maßnahmen sowie eine günstigere Kreditpolitik für die Landwirtschaft und eine vernünftige Industrieförderung wurden gefordert.

Organisation: Die Partei genoß die Unterstützung der katholischen Hierarchie; sie stützte sich auf mehrere katholische gesellschaftliche Organisationen, deren wichtigste der »Katholische Volksverein« war. – Presse: Zeitschriften ›Magyar Kultúra‹, ›Korunk Szava‹ (ab 1931).

Geschichte: *Zichy* war bereits seit Anfang 1923 bemüht, eine neue und einheitliche christliche Partei zustande zu bringen, die im christlichen Lager dieselben Ziele wie Graf *I. Bethlen* in der großen Politik verfolgen sollte: eine Politik der Mitte, die innenpolitische Konsolidierung. Die am 18. 12. 1923 gegründete Christlich-Nationale Wirtschaftspartei (Keresztény Nemzeti Gazdasági Párt) vereinte die Agrarier *(Zichy, J. Czettler)*, die konservative Gruppe der ehemaligen → Katholischen Volkspartei *(S. Ernszt)* und die neuen auf die städtischen Mittelschichten und das katholische Bürgertum bauenden Gruppen *(L. Hegyeshalmy, K. Wolff)*. Die KGSZP, kurz Christliche Partei (Kereszténypárt) genannt, entstand wenig später durch den Anschluß der vorerst in Opposition gebliebenen christlich-sozialen Abg. *(I. Haller)*. Parteivors. war *Zichy*. Bei den Wahlen im Dezember 1926, im Sommer 1931 und im Frühjahr 1935 erlangte die Partei bei sinkendem Stimmenanteil (14,4, 13,4 und 5,8 %) 35, 36 bzw. 14 Mandate. 1932 verließ eine Fraktion unter der Leitung des christlich-sozialen Gewerkschaftsführers *J. Tobler* die Partei; seine Christlich-Soziale Volkspartei (Keresztényszocialista Néppárt) strebte eine Zusammenarbeit mit der → Sozialdemokratischen Partei an. Das Koalitionsangebot der Partei an den neuen Ministerpräsidenten *Gömbös* (ab 1. 10. 1932) wurde von diesem abgelehnt. Nachdem die Partei nach der Fusion mit der Christlichen Opposition (Keresztény Ellenzék, mehr eine hauptstädtische Gruppierung, gegründet im Frühjahr 1931 von *I. Friedrich* und mit 1–2 Abg.) und der → Nationalen Volkspartei am 26. 1. 1937 ihren Namen in Christliche Wirtschafts- und Soziale Volkspartei (Keresztény Gazdasági és Szociális Néppárt), kurz Vereinigte Christliche Partei (Egyesült Kereszténypárt), geändert hatte, besaß sie 21 Abg. (Mai 1938), fiel aber bei den Wahlen im Mai 1939 auf 8 zurück. Am 17. 11. 1943 wurde die Partei in Volkspartei (Néppárt) umbenannt. *Zichy* bekannte sich zur Idee des konstitutionellen Königtums, auf dessen Verwirklichung man hinarbeiten müsse. (Weiteres → Demokratische Volkspartei.)

J. Gergely, A keresztényszocializmus Magyarországon 1903–1923, Budapest 1977; Ders., A politikai katolicizmus Magyarországon, 1890–1950, Budapest 1977.

Christlich-Nationale Partei (**KNP,** Keresztény Nemzeti Párt). Ende August 1919 durch Ministerpräsident *I. Friedrich* gegründete legitimistische Partei der oberen Bürokratie, des Offizierskorps und des Großbürgertums, die für ein demokratisches und nationales Ungarn auf christlicher Grundlage eintrat und u. a. Wahlrechtsreform, Kirchenautonomie, beschränkte Bodenreform,

progressive Besteuerung der Großvermögen, aber auch unbedingte Anerkennung des Privateigentums forderte. Vors. wurde Graf *P. Teleki,* der sogleich mit Verhandlungen im Interesse einer Fusion der christlichen Parteien begann. Der »Christliche Block« (Keresztény Blokk), den die Partei Anfang September 1919 mit der → Christlich-Sozialen Wirtschaftspartei und der Christlichen Partei der Landarbeiter (Keresztény Földmíves Párt) einging, sollte diesem Zweck dienen. Auf Betreiben der Entente entstand schließlich am 25. 10. 1919 die → Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung (KNEP).

Am 12. 4. 1920 traten *Friedrich* und 6 weitere Abg. wegen innerparteilichen Gegensätzen in der Restaurationsfrage aus der → KNEP aus und gründeten die KNP neu. *Friedrich* setzte sich für eine Politik ein, die die legitimistischen Interessen der madjarischen bürgerlichen Mittelschicht entschiedener vertrat. Am 4. 1. 1922 verließen auch die Legitimisten um den Grafen *Gy. Andrássy* die KNEP und traten der KNP bei, die sich als → Christlich-Nationale Partei der Landarbeiter und Bürger neu konstruierte. – Presseorgan der KNP war die Zeitung ›Virradat‹.

D. Nemes, Az ellenforradalom története Magyarországon 1919–1921, Budapest 1962; J. Gergely, A keresztényszocializmus Magyarországon 1903–1923, Budapest 1977.

Christlich-Nationale Partei der Landarbeiter und Bürger (Keresztény Nemzeti Földmíves és Polgári Párt). Partei der legitimistischen, katholischen Großgrundbesitzeraristokratie. Gründung: 16. 1. 1922 durch den Fabrikanten *I. Friedrich* und den Grafen *Gy. Andrássy* als Christliche Partei der Landarbeiter und Bürger/Handwerker (Keresztény Földmíves és Polgári/Iparos Párt) mit Mitgliedern der → Christlich-Nationalen Partei und der extrem-legitimistischen Fraktion der → Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung unter der Leitung von *Andrássy.* Das Beiwort »national« in der Parteibezeichnung erschien vor den Wahlen 1922.

Die Partei, die vor der Auflösung der Nationalversammlung über etwa 30 Mandate verfügte und zu deren Vors. am 20. 1. 1922 *Andrássy* gewählt worden war, erhielt bei den Wahlen im Mai/Juni 1922 mit fast 5,0 % der abgegebenen Stimmen nur 11 Mandate. Nach dem Beitritt des als Parteiloser gewählten Grafen *J. Cziráky* hatte sie 12 Abg. (darunter 7 Großgrundbesitzer und 1 Fabrikant). Die Partei setzte sich zum Ziel, für die monarchistische Restauration auf verfassungsmäßigem Wege zu kämpfen; sie forderte die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts und die Realisierung der christlich-sozialen Forderungen der Jahre 1918/19. Sprachrohr der Partei war die von *I. Milotay* redigierte Tageszeitung ›Magyarság‹ (ab 15. 12. 1920).

J. Gergely, A keresztényszocializmus Magyarországon 1903–1923, Budapest 1977.

Christlich-Soziale Wirtschaftspartei (KSZGP, Keresztény Szociális Gazdasági Párt). Gründung: Ende August 1919 durch den Zusammenschluß der kurz vorher entstandenen Christlich-Sozialen Partei (Keresztény Szocialista Párt, *I. Haller* und Prälat *S. Giesswein*) und der von ehemaligen Angehörigen der → Katholischen Volkspartei gebildeten Vereinigten Christlichen Wirtschaftspartei (Egyesült Keresztény Gazdasági Párt, *K. Huszár* und *S. Ernszt*). Die KSZGP stützte sich auf die kleinbürgerliche Mittelschicht, auf Angestellte, Beamte und Angehörige freier Berufe.

Programm: Zum Teil wurden die Forderungen der Christlich-Sozialen Volkspartei (→ Katholische Volkspartei) übernommen, ergänzt durch einige radikalere Punkte wie Verstaatlichung der größeren Betriebe und Anerkennung des Streikrechts.

Organisation: Zentralistischer Aufbau. Dem Präsidium stand als Kontrollorgan der Präsidialrat zur Seite, der 24 Mitglieder hatte. Bis Oktober 1919 zählte die Partei etwa 60 000 Mitglieder, in der Provinz wurden 15 Parteisekretariate organisiert. – Presse: ›Keresztény Szocializmus‹, ab 9. 11. 1919 die Wochenschrift ›A Nép‹.

Geschichte: Der radikale Flügel der Christlich-Sozialen mißbilligte die Fusion mit den ehemaligen Volksparteilern. Die einen um *I. Katona* näherten sich dem orthodoxen *Giesswein,* blieben aber – bei gleichzeitiger Herausbildung ihrer eigenen Parteilinie – vorläufig in der KSZGP, die anderen um *A. Wagner* gründeten bereits in der ersten Septemberwoche die Radikale Christlich-Soziale Partei Ungarns (Magyarországi Radikális Keresztényszocialista Párt), die aber wegen ihres militanten Antisemitismus und Sozialisierungsprogramms von der Regierung bekämpft wurde und ihre Tätigkeit am 6. 7. 1920 einstellen mußte. Die KSZGP hatte *Haller* zum Vors.; die wichtigeren Mitglieder des Parteivorstandes waren *Giesswein, Huszár* und *Ernszt. Haller* und *Huszár* waren Mitglieder des Kabinetts. Die Verhandlungen des Grafen *P. Teleki* um die Einheit des christlichen Lagers führten am 25. 10. 1919 zur Fusion der KSZGP mit der Christlich-Nationalen Partei (→ Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung).

Giesswein und seine Parteigänger machten die Fusion nicht mit und beschlossen in ihrer Sitzung vom 30. 10. 1919 das Weiterbestehen der Partei unter Vorsitz von *Giesswein.* Die Partei erhielt 1920 4 Mandate. In der Nationalversammlung setzte sich *Giesswein* für ein liberales, demokratisches und pazifistisches Ungarn ein. Er nahm im Mai 1920 Kontakt mit den republikanischen Emigranten um Graf *M. Károlyi* auf; diese planten eine Ministerpräsidentschaft *Giessweins* im Falle eines Systemwechsels. Die Beteiligung der Partei am »Bürger- und Arbeiterblock« (→ National-Demokratische Partei) bot eine weitere Angriffsfläche für die Regierung. Wegen der behördlichen Schikanen mußte schließlich die Partei ihre Tätigkeit im Frühjahr 1922 auch formell

einstellen. *Giesswein* kandidierte in seinem Wahlkreis als Parteiloser und gewann die Wahl († 1923).

J. Gergely, A keresztényszocializmus Magyarországon 1903–1923, Budapest 1977.

Deákpartei (Deákpárt). Partei des mittleren Adels und des aufsteigenden Bürgertums, ab 17. 2. 1867 Regierungspartei.

Gründung: Januar 1866 durch frühere Mitglieder der ADRESSPARTEI (Felirati Párt, s. u.) unter der Leitung des Gutsbesitzers *F. Deák*, eines Führers der liberalen Reformbewegung im ungarischen Vormärz.

Programm: Die Deákpartei verkündete niemals ein Programm. Dieses wurde durch die Regierungserklärungen der neuernannten Ministerpräsidenten und die Antwortadressen an den König ersetzt.

Organisation: Reine Honoratiorenpartei. Wahlkomitees in den einzelnen Wahlbezirken, zentrales Organ für die Vorbereitung der Wahlen, das Exekutivkomitee, erst seit 1872. Der Parteiführer *Deák* leitete die Partei kraft seiner Autorität, ein festes Amt in der Partei besaß er nicht. Dem von der Fraktion gewählten Parteivorsitzenden stand ein Klubdirektor zur Seite.

Presse: ›Pesti Napló‹ (1850–1939), ›Budapesti Közlöny‹ (1867–1944) ›Pester Lloyd‹ (1854–1945).

Geschichte: Der auf den 2. 4. 1861 einberufene Landtag sollte zum Oktoberdiplom bzw. zum Februarpatent (→ Österreich, Einleitung) Stellung nehmen. Die Abg. waren sich in ihrer Mehrzahl darin einig, daß die oktroyierte Verfassung abgelehnt und die 1848er Gesetze (parlamentarische Regierungsform, Komitatsautonomie u. a.) wiederhergestellt werden müßten; die Anhänger *Deáks* wollten jedoch den Standpunkt des Landtags in einer Adresse zum Ausdruck bringen. Die ADRESSPARTEI errang am 5. 6. 1861 die Mehrheit (155:152 Stimmen, → LINKES ZENTRUM). Der Landtag wurde im August 1861 ergebnislos aufgelöst. Als er dann im Dezember 1865 wiederum zusammentrat, bekannten sich so gut wie alle der gewählten Abg. zu der politischen Auffassung *Deáks*, Gegensätze entstanden jedoch bald bei den Beratungen darüber, wen man zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses nominieren solle, und die »Deákpartei im engeren Sinne« fühlte sich veranlaßt, gesondert über die Frage zu beraten. Auf ihren Vorschlag hin wurde in dem am 10. 12. 1865 eröffneten Landtag *K. Szentiványi* für dieses Amt gewählt, Graf *Gy. Andrássy* zum Stellvertreter. In der Fraktionssitzung vom 22. 1. 1866 wurde *G. Klauzál*, Gutsbesitzer und ehemals Minister für Ackerbau in der Regierung *Batthyány*, zum Parteivorsitzenden gewählt. Nach seinem Tode (13. 8. 1866) erhielt *B. Perczel* seinen Posten. Die Deákpartei und das → LINKE ZENTRUM trennten sich infolge von Meinungsverschiedenheiten im Ausschuß für Vorbereitung des Ausgleichs im November 1866 endgültig voneinander. Auf die Zusage von *Andrássy*, die 1848er Gesetze nach deren formaler Wiederherstellung durch die Krone im Landtag zu revidieren, ernannte *Franz Joseph I.* am 17. 2. 1867 ihn zum Ministerpräsidenten. Alle Kabinettsmitglieder gehörten der Deákpartei an, die etwa 250 Abg. (von 409) besaß; dem Ausgleichsgesetz stimmten am 30. 3. 1867 257 Abg. zu. Die liberale Tradition aus der Zeit des Vormärz wurde in der Partei immer mehr durch die konservative Aufgabe, den Ausgleich gegen seine zunehmenden Feinde zu verteidigen, zurückgedrängt. Bei den Wahlen im März 1869 stimmte bereits die Mehrheit der magyarischen Wahlbezirke in der Tiefebene und in Transdanubien oppositionell; die Deákpartei erhielt jedoch immer noch etwa 240 Mandate. Die Wahlen vom Juni 1872 konnten nur noch dank der von den Regierungsorganen ausgeübten Pression gewonnen werden, doch *M. Lónyay*, ab 14. 11. 1871 Ministerpräsident, gelang es nicht, die Partei in den Griff zu bekommen. Er wurde in der Partei bereits bei der Formulierung der Antwortadresse niedergestimmt, und einige Abg. unterschrieben sogar den Adressenentwurf der REFORMPARTEI (→ LINKES ZENTRUM). Wie sehr die Fraktion nur noch durch die hohe Autorität *Deáks* zusammengehalten wurde, zeigte sich nach dessen Erkrankung. Der Zerfall der Deákpartei in miteinander rivalisierende Gruppen setzte sich fort, und die Bildung der erforderlichen parlamentarischen Mehrheiten wurde immer schwieriger. Die persönlichen Anhänger von *Lónyay*, etwa 50 Abg., bildeten innerhalb der Partei eine besondere Gruppe, die sog. »Lónyaypartei« (Lónyaypárt), die nach ihren abendlichen Zusammenkünften »Vacsorapárt« (»Abendessenpartei«) genannt wurde. Diese betrieb auch durch ihre Zeitung ›Reform‹ die Rückkehr ihres Führers an die Spitze der Regierung. Auch die wachsenden finanziellen Schwierigkeiten erschütterten die Position des Kabinetts. Als Ausweg aus der innenpolitischen Krise wurde immer mehr die Koalition oder die Fusion mit dem → LINKEN ZENTRUM angesehen, die nach anfänglichen Schwierigkeiten am 1. 3. 1875 erfolgte (»Fusion«), aus dem Zusammenschluß resultierte die → LIBERALE PARTEI.

(K. Szász), Egy képviselő napló-jegyzetei az 1865. Deczember 10-kén megnyílt országgyülés alatt, Pest 1866.

Demokratische Volkspartei (**DNP,** Demokrata Néppárt). Bürgerliche Oppositionspartei konfessioneller Richtung. Gründung: 13. 10. 1944 als CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI (Keresztény Demokrata Néppárt) durch Graf *J. Pálffy*.

Programm: Die DNP bekannte sich zu den Idealen des christlichen Sozialismus im Geiste eines *S. Giesswein* und eines *M. Griger*. Es müsse nicht nur die politische, wirtschaftliche und kulturelle, sondern auch die soziale Demokratie verwirklicht werden. Für die Schaffung einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung seien das Naturrecht, die Moralregeln des Evangeliums und die sozialen Enzykliken richtungweisend.

Presse: ›Hazánk‹ (18. 10. 1945–4. 2. 1949).

Geschichte: Die alte VOLKSPARTEI (→ CHRISTLICHE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALE PARTEI) hatte sich durch ihren Legitimismus und ihre Sowjetfeindlichkeit kompromittiert, durch die Neugründung sollte die Existenz einer katholischen Partei unter den geänderten Verhältnissen der Nachkriegszeit ermöglicht werden. Der in Debrecen im Frühjahr 1945 erlassene Aufruf der Partei forderte die demokratischen Freiheitsrechte ohne Einschränkung für alle und sagte jedweder suppressiver Klassenherrschaft den Kampf an. Die konservativen Zielsetzungen im Programm (»ernsthafte Entschädigung der Kirche für ihre konfiszierten Güter«, »das Gezeter der parteipolitischen Auseinandersetzungen« sollte von den Schulen ferngehalten werden) hatten zur Folge, daß das Budapester Nationalkomitee (→ Einleitung) in seiner Sitzung vom 18. 4. 1945 der Partei die offizielle Anerkennung versagte. Die Organisation der Partei wurde jedoch fortgesetzt, wobei eine den politischen Gegebenheiten mehr Rechnung tragende Fraktion unter der Leitung von *I. Barankovics* ihren Führungsanspruch anmeldete. Die Fraktion *Pálffys* schloß sich nach dem Erfolg seines Rivalen der → BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHEN PARTEI an. Aber auch die DNP von *Barankovics* nahm an den Wahlen nicht als eine selbständige Partei teil: ihre Kandidaten gelangten auf der Liste der → UNABHÄNGIGEN PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE (FKGP) ins Parlament. Der Klerus wollte dadurch eine Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen vermeiden, aber auch das Fehlen einer festen Parteiorganisation gehörte mit zu den Ursachen. Die Führer der Kirche, allen voran Kardinal *J. Mindszenty*, stützten sich eher auf die → FKGP bzw. später auf die → UNGARISCHE FREIHEITSPARTEI und vernachlässigten die DNP, die für sie viel zu »demokratisch« war. Im Frühjahr 1946 löste *Barankovics* die Verbindung seiner Partei zur → FKGP. 1947 errang die DNP 16,4 % der abgegebenen Stimmen (60 Mandate). Damit wurde sie zur stärksten Oppositionspartei im ungarischen Parlament und zu einem der wichtigsten Erben der FKGP. Die CHRISTLICHE FRAUENPARTEI (Keresztény Nő i Tábor) der Oberin *M. Schlachta* stellte eine konservativere Ergänzung zur DNP dar (1,4 %, 4 Mandate). Die Bemühungen von *Barankovics, Z. Pfeiffer* (UNGARISCHE UNABHÄNGIGKEITSPARTEI) und *I. Balogh* (UNABHÄNGIGE UNGARISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI), aus ihren Parteien und der → FKGP eine regierungsfähige bürgerliche Koalition zustande zu bringen, scheiterten am Widerspruch der linken Führung der → FKGP. Bei der Debatte des Regierungsprogramms stimmte die Partei mit »Nein«. Als sie jedoch im März 1948 für den sowjetisch-ungarischen Freundschaftsvertrag stimmte, spaltete sich ein rechter Flügel der Partei ab (*F. Matheovics, Gy. Eszterhás* u. a.). In Ermangelung einer wirkungsvollen Unterstützung von seiten der Kirche und nach der Emigration von *Barankovics* in den Westen löste sich die DNP am 4. 2. 1949 auf.

S. Orbán, Egyház és állam, A katolikus egyház és az állam viszonyának rendezése 1945–1950, Budapest 1962; T. L. László, A Keresztény Demokrata Néppárt megalakulása, in: Katolikus Szemle 30, 1978, S. 103–112.

Einheitspartei (Egységes Párt) Regierungspartei; offizielle Bezeichnung: CHRISTLICHE PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE, LANDARBEITER UND BÜRGER (Keresztény-keresztyén Kisgazda, Földmíves és Polgári Párt).

Gründung: 23. 2. 1922 aus der Parteiorganisation der CHRISTLICH-NATIONALEN PARTEI DER LANDARBEITER UND KLEINEN LANDWIRTE (→ LANDESPARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE UND LANDARBEITER) durch den Grafen *I. Bethlen.*

Programm: Ein nationales und christliches Ungarn, konfessioneller Friede. Die Intelligenz außerhalb der Parteien müsse gewonnen werden. Sozialer Friede mit Arbeitern, die in der Aufbauarbeit mitzuwirken bereit sind. Im Bereich der Gesetzgebung und Verwaltung: Reform des Magnatenhauses, neues Wahlgesetz, Munizipalreform, neues Pressegesetz, schnellere Durchführung der Bodenreform, gesetzliche Regelung des Vereinsrechts und der Gewerkschaften, Reform des Versicherungsgesetzes der Arbeiter u. a.

Organisation: Die Parteigremien wurden von *Bethlen* zusammengestellt und von der Parteikonferenz ohne Diskussion und Abstimmung akzeptiert. Das Exekutivkomitee setzte sich bis 4. 5. 1922 aus den Mitgliedern des Vorstandes, den Ministern und Staatssekretären zusammen (einige gehörten der Partei nicht an!); dann wurde seine Funktion vom sog. Viererkomitee mit *Bethlen, K. Klebelsberg, Gy. Gömbös* und *I. Nagyatádi Szabó* übernommen. – Presse: ›8Órai Ujság‹, ›Pesti Hírlap‹, ›Budapesti Hírlap‹ (ab 1925), ›Pester Lloyd‹.

Geschichte: Das Hauptbestreben des Grafen *Bethlen* richtete sich bereits von seinem Regierungsantritt an auf die Bildung einer starken und einheitlichen Regierungspartei, doch der zweite Rückkehrversuch König *Karls IV.* vereitelte vorerst die Organisation der neuen Partei. In der veränderten innenpolitischen Lage bildete *Bethlen* sein Kabinett am 3. 12. 1921 ausschließlich aus seinen persönlichen Anhängern um. Der am 22. 12. 1921 mit der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI geschlossene Pakt förderte gleichfalls die *Bethlensche* Zielsetzung. Die Einheitspartei kam durch Täuschung und Überspielung der CHRISTLICH-NATIONALEN PARTEI DER LANDARBEITER UND KLEINEN LANDWIRTE zustande. Der Ministerpräsident als Parteiführer bestellte deren Vors. *I. Nagyatádi Szabó* zum Vors. der neuen Partei. Geschäftsführender stellvertretender Vors. wurde *Gy. Gömbös*. Die Benachteiligung der ehemaligen Mitglieder der CHRISTLICH-NATIONALEN PARTEI DER LANDARBEITER UND KLEINEN LANDWIRTE bei der Vorbereitung der Wahlen veranlaßte *L. Mohácsy* und *S. Herczeg* Anfang April 1922, die 48ER PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE, LANDARBEITER UND BÜRGER (48-as Kisgazda, Földmíves és Polgári Párt) ins Leben zu rufen (bei den kommenden

Wahlen 1,8 % der Stimmen = 2 Mandate). Die Wahlen vom Mai/Juni 1922 erbrachten der Einheitspartei die Mehrheit: Sie errang mit 45,4 % der abgegebenen Stimmen 143 Mandate. *I. Nagyatádi Szabó* wurde Landwirtschaftsminister. Wegen Vernachlässigung der Agrarinteressen (Zolltarifgesetz) trat der bisherige Mitvorsitzende *G. Gaal* am 8. 8. 1922 aus der Partei aus.

Nach einer Neuwahl übernahm *J. Mayer* den Parteivorsitz.

Bethlen drängte die Rechtsradikalen in der Partei, die Gruppe um *Gömbös, T. Eckhardt* und *E. Zsilinsky,* im Interesse der politischen Konsolidierung zurück. Am 19. 6. 1923 trat *Gömbös* als Vorstandsmitglied zurück, am 2. 8. 1923 verließ er mit einigen Gesinnungsgenossen die Partei (→ Ungarische Nationale Unabhängigkeitspartei). Die Abspaltung der »Rassenschützler« brachte die Stärkung des konservativ-liberalen Flügels der Partei mit sich; die Linksopposition fühlte sich gezwungen, die Regierungspartei in deren Kampf gegen die Rechte zu unterstützen. Die im Dezember 1926 vorzeitig ausgeschriebenen Wahlen sollten der Partei und somit der Regierung einen Machtzuwachs bringen: Die Partei errang 170 Mandate (mit 60,1 % der abgegebenen Stimmen), zudem stieg der Anteil der von der Regierung abhängigen Beamten unter den Abgeordneten. *Gömbös* kehrte am 6. 9. 1928, nachdem er seine Partei aufgelöst hatte, in die Einheitspartei zurück und wurde Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Das signalisierte die Stärkung der Bürokratie und des staatlichen Interventionismus in der Wirtschaftspolitik im Sinne der Agrarier. Die Wirtschaftskrise schwächte die Partei: Bei den wiederum vorzeitig ausgeschriebenen Wahlen im Juni 1931 errang sie mit nur 45,3 % der Stimmen 158 Mandate. *Bethlen* gelang es nicht, das System zu festigen, er trat als Ministerpräsident zurück (19. 8. 1931), blieb jedoch Parteiführer. Kernpunkt der innerparteilichen Auseinandersetzungen blieb auch weiterhin die Agrarpolitik der Regierung. Infolge der Beeinträchtigung der Agrarinteressen näherte sich der Agrarblock der Partei der → Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte; einige Abg. traten aus der Partei aus *(G. Farkasfalvi Farkas* u. a. am 23. 2. 1932) oder schlossen sich der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte an (Graf *F. Hunyady* u. a. am 1. 7. 1932). Nach dem Sturz des Ministerpräsidenten *Károlyi* war eine der ersten Amtshandlungen seines Nachfolgers *Gömbös* die Neuorganisierung und Umbenennung der Partei am 27. 10. 1932 (→ Partei der Nationalen Einheit).

Bethlen István gróf miniszterelnöksége tizedik évfordulójára 1921–1931, (Hg.) S. Berecz, Budapest 1931; Bethlen István titkos iratai, (Hg.) M. Szinai/L. Szűcs, Budapest 1972; F. Pölöskei, Bethlen István törekvései az ellenforradalmi rendszer konszolidálására (1921–1932), in: Párttörténeti Közlemények 20, 1974, 3, S. 52–87.

Freiheitspartei (Szabadságpárt) → Ungarische Freiheitspartei.

Friedenspartei (Békepárt). Ausgleichspartei während des Freiheitskampfes 1848/49. Nach der Eröffnung der österreichischen Offensive im Herbst 1848 bildete sich im November auf dem Landtag in Pest allmählich eine Gruppe aus Abg. unter Führung von Baron *Zs. Kemény, L. Kovács, G. Kazinczy* u. a., die sich um die friedliche Beilegung des Konfliktes bemühte. Sie akzeptierte den Thronwechsel vom 2. 12. 1848 als eine vollendete Tatsache und war bereit, Verhandlungen mit dem neuen Herrscher, Kaiser *Franz Joseph,* zu beginnen. Der Mangel jeglicher Organisation hinderte sie jedoch am Erfolg. Am 13. 1. 1849, bereits nach dem Umzug des Parlaments nach Debrecen, erläuterte *I. Bezerédj* die Friedenspläne seiner Partei im Abgeordnetenhaus. Die Erfolge der Honvéd in der Frühjahrsoffensive 1849 stärkten die Partei. Sie kämpfte unter der Führung von *P. Nyáry* verbissen gegen die Radikalen in der Umgebung von *L. Kossuth* und erreichte den Sturz des Polizeiministers *L. Madarász.* Trotz ihrer zahlenmäßigen Mehrheit konnte sie jedoch die Unabhängigkeitserklärung und die Thronenthebung der Habsburger am 14. 4. 1849 nicht verhindern. Die Niederlage des Freiheitskampfes im August 1849 war das Ende der Partei. – Presse: Tageszeitung ›Esti Lapok‹ (22. 2.–7. 7. 1849).

Zs. Kemény, Forradalom után, Pest 1850; G. Beksics, Kemény Zsigmond, a forradalom és a kiegyezés, Budapest 1883; L. Kovács, A békepárt a magyar forradalomban, Budapest 1883.

Katholische Volkspartei (Katolikus Néppárt), auch kurz »Volkspartei«. Partei agrarischer Richtung überwiegend unter Führung der konservativen katholischen kirchlichen Hierarchie. Gründung: 28. 1. 1895 in Budapest durch die Grafen *N. Zichy* und *M. M. Esterházy.*

Programm: Hauptziel der Partei war die Bekämpfung der kirchenpolitischen Gesetze. Das Programm erkannte den Ausgleich von 1867 an, forderte die Revision der Gesetze über die bürgerliche Eheschließung und die staatliche Matrikelführung und kündigte den Kampf gegen solche Verordnungen und Gesetzesvorlagen an, die dem Geist des Christentums widersprächen oder das im Interesse des Staates zwischen den gesetzlich rezipierten Konfessionen wiederherzustellende friedliche Einvernehmen gefährdeten. Es forderte die katholische Autonomie und die Freigabe der katholischen Stiftungen. Soziale Forderungen betrafen die Zufriedenstellung des Kreditbedarfs der Kleinlandwirte und Kleinhandwerker, ein gerechteres Steuersystem mit einem steuerfreien Existenzminimum, die Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Die Verwaltung sollte reformiert werden, aber ohne daß »unter Ausschluß der Mitwirkung der Bürger die staatliche Omnipotenz« gestärkt würde. Das Programm stellte schließlich eine konziliante Politik der Partei gegenüber den Nationalitäten in Aussicht, wenn deren Ansprüche »mit der Einheit und dem nationalen Charakter des ungarischen Staates« zu vereinbaren seien.

Organisation: Die Wähler wurden in den »katholischen Vereinen« lose zusammengefaßt, deren Hauptaufgabe in der Abwicklung der Wahlen bestand. 1908 wurde als umfassende politische Organisation – nach dem Beispiel des »Volksvereins für das katholische Deutschland« – der »Katholische Volksverein« (Katolikus Népszövetség) ins Leben gerufen. – Presse: Tageszeitung ›Alkotmány‹ ab Dezember 1895; sie fusionierte 1908 mit der seit 1868 herausgegebenen Tageszeitung ›Magyar Állam‹. Die Christlich-Sozialen gründeten 1904 die Zeitschrift ›Igaz Szó‹.

Geschichte: Bereits nach dem Scheitern des Autonomiekongresses von 1869/71 wurden Stimmen laut, die die Gründung einer katholischen Partei befürworteten. Die von der Kirche gegen die kirchenpolitischen Gesetze organisierte Protestbewegung, in die mit der Enzyklika »Constanti Hungarorum« vom 2. 9. 1893 auch der Papst eingriff, führte zur Gründung der Katholischen Volkspartei. Graf *N. Zichy* umriß deren Programm bereits anläßlich einer Großversammlung am 17. 11. 1894, doch zur Konkretisierung der Organisation kam es erst nach seiner Rede vom 28. 1. 1895. Parteivors. wurde Prälat *J. Molnár*. Die Erfolge der Partei bereits bei manchen Nachwahlen riefen sowohl bei der regierenden → Liberalen Partei als auch bei den Oppositionsparteien Feindseligkeit hervor. Man hielt die Volkspartei für gefährlich und unpatriotisch und bezichtigte sie der Schürung revolutionärer Bestrebungen, der Entfachung nationaler und konfessioneller Streitigkeiten. Bei den Wahlen 1896 vermochte die Partei wegen administrativer Schikanen nur 10,5 % der Stimmen zu erhalten (17 Abg.). Die Undurchführbarkeit der ursprünglichen Parteiziele, der Annullierung der kirchenpolitischen Gesetze, zwang die Partei zur Aufstellung neuer, wählerwirksamer Zielsetzungen im öffentlich-rechtlichen Bereich. Bei den Wahlen 1901 erzielte sie mit 10,4 % der abgegebenen Stimmen 25 Mandate. Bei der Neuwahl des Parteivorstandes wurde *J. Zichy* Vors. Die Partei beteiligte sich im folgenden in zunehmendem Maße an der Obstruktion gegen die Ministerpräsidenten *Széll* und *Tisza*. *J. Zichy*, der nichts an dieser Haltung ändern konnte, trat Ende November 1903 zurück und am 18. 11. 1904 – nachdem die Partei unter ihrem neuen Vors. Graf *A. Zichy* (ab 21. 4. 1904) sich mit der Opposition verbunden hatte – auch aus der Partei aus. Am 19. 11. 1904 beteiligte sich die Volkspartei an der regierungsfeindlichen Koalition (→ Liberale Partei, → Staatsrechtliche Opposition). Bei den Wahlen im Januar 1905 behauptete die Partei mit 7,2 % der abgegebenen Stimmen ihre Mandatsstärke, bei den Wahlen im Mai 1906 konnte sie trotz nur 8,3 % der abgegebenen Stimmen mit 33 Abg. in das Parlament einziehen und in die Regierung eintreten. Mit dem am 12. 10. 1907 als Ergänzung des Parteiprogramms verkündeten »sozialen Programm« wollte die Parteiführung die Gründung einer christlich-sozialen Partei verhindern. Die Aufnahme von sozialen Forderungen in das Programm signalisierte aber auch das gesteigerte Gewicht des Kleinbürgertums in der Partei.

Das Scheitern der Koalition (Rücktritt des Kabinetts am 25. 4. 1909) zog auch den Niedergang der Volkspartei nach sich: *J. Zichy* schloß sich der Nationalen Arbeitspartei an und wurde am 1. 3. 1910 Kultusminister. Am 17. 1. 1910 trat auch Prälat *S. Giesswein* aus und schloß sich der Christlich-Sozialen Landespartei (Országos Keresztény Szocialista Párt) an. Damit erhielt diese am 10. 11. 1907 von *J. Zichy* und *I. Haller* gegründete Partei (Vors. *G. Lakatos*, ab 31. 10. 1909 Graf *P. Szapáry*) auch eine parlamentarische Vertretung. Bei den Wahlen 1910 konnte die Volkspartei nur 6,0 % (13 Mandate) erringen, erst bei Nachwahlen stieg ihre Mandatszahl auf 18. Ihre Teilnahme an den Angriffen gegen Ministerpräsident *Tisza* im Frühjahr 1917 brachte ihr die Mißbilligung des hohen Klerus ein, der sich von ihr distanzierte. Der Sturz von *Tisza* bewirkte in der Partei den Vormarsch derjenigen Kräfte, die demokratische und soziale Reformen forderten. *Giesswein* – er wurde Ende 1910 stellvertretender Vors., am 25. 4. 1913 Vors. der Christlich-Sozialen Landespartei – arbeitete im »Wahlrechtsblock« (→ Staatsrechtliche Opposition) mit der Linken zusammen. Die Volkspartei beteiligte sich am Koalitionskabinett *Esterházy*: Graf *A. Zichy* wurde am 15. 6. 1917 Minister ohne Portefeuille für Kroatien, Slawonien und Dalmatien. Die neue politische Situation erforderte auch im katholischen Lager die Konzentration: Am 3. 2. 1918 fusionierten die Christlich-Soziale Landespartei, der »Christlich-Soziale Landesverband« (Országos Keresztény Szocialista Szövetség) und die Katholische Volkspartei zur Christlich-Sozialen Volkspartei (Keresztény Szociális Néppárt). Die neue Partei schloß sich am 6. 2. 1918 – unter Beibehaltung ihrer eigenen Organisation – der 48er Verfassungspartei (→ Nationale Arbeitspartei) des Ministerpräsidenten *S. Wekerle* an. In das Parteiprogramm wurden die sozialen Programmpunkte der früheren Christlich-Sozialen Landespartei übernommen. Graf *A. Zichy* blieb auch Mitglied des Koalitionskabinetts von *S. Wekerle*.

Nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution nahm Graf *M. Károlyi* die Chirstlich-Soziale Volkspartei am 2. 11. 1918 im Sinne der nationalen Kräftekonzentration in den Nationalrat (→ Einleitung, → Staatsrechtliche Opposition) auf, wo die Partei mäßigend auf die Regierung einzuwirken versuchte.

M. Zboray, A Katholikus Néppárt története, in: Politikai Magyarország, Bd. 4, Budapest 1911, S. 107–122; G. Salacz, Egyház és állam Magyarországon a dualizmus korában 1867–1918, München 1974; J. Gergely, A keresztényszocializmus Magyarországon 1903–1923, Budapest 1977.

Konservative Partei (Konzervatív Párt). Gründung: 12. 11. 1846 durch der Dynastie treu ergebene Magnaten (Graf *A. Széchen*, Graf *G. Keglevich* u. a.), Regierungspartei.

Programm: Das 12-Punkte-Programm bekannte sich zum »verfassungsmäßigen Fortschritt« und forderte (in Anlehnung an den Programmkatalog der → Opposition) mehr oder minder verhüllt die Pressefreiheit, die zeitgemäße Regelung der Urbarialfrage, die Reform des Landtags und der Vertretung der Städte sowie die Änderung der adeligen Besitzverhältnisse (der Avitizität, einer ständischen Erbordnung).

Organisation: An der »öffentlichen Versammlung« vom November 1846, die von einem kleinen informellen Komitee vorbereitet worden sein dürfte, nahmen 122 Regierungsanhänger teil. Die Konservative Partei war die erste ungarische Partei mit Beauftragten in den Komitaten, einer zentralen Leitung, die regelmäßig Sitzungen abhielt, und einem umfassenden, die wichtigsten Probleme des Landes betreffenden Programm.

Presse: ›Budapesti Híradó‹ (2. 7. 1844 bis 15. 7. 1848).

Geschichte: Die konservativen Magnaten hatten sich bis 1845 zu der Einsicht durchgerungen, daß eine Reform nicht mehr aufzuhalten sei und diese deshalb im Interesse einer friedlichen Entfaltung von der Regierung selbst aufgegriffen werden müsse. Die Konservative Partei wurde ausdrücklich zum Zwecke der Kandidatenaufstellung ins Leben gerufen, damit die Regierung bei den nächsten Wahlen die Mehrheit an der unteren Tafel des Landtags erringen und somit dort die Annahme ihrer Vorlagen durchsetzen konnte. Im letzten ständischen Landtag (November 1847–April 1848) gehörte etwa die Hälfte der Ablegaten der Partei an, die nach der Revolution im März 1848 zerfiel. Bei den Wahlen im Juni 1848 erlitten die Konservativen eine vernichtende Niederlage: Nur 14 ihrer Abg. gelang es, zu einem Mandat zu kommen. Die Konservativen scheiterten an ihrer exklusiven Art und ihrem Unverständnis für soziale Probleme.

Landespartei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter (Országos Kisgazda és Földmûves Párt), auch Kurzform »Partei der Kleinen Landwirte«. Politische Interessenvertretung des wohlhabenden Bauerntums. Gründung: 21. 11. 1909 in Szentgál als 48er und Unabhängigkeits-Landespartei der Landwirte (48-as és Függetlenségi Országos Gazdapárt) durch *I. Szabó*.

Programm: Bekenntnis zu den volkswirtschaftlichen und politischen Idealen von *L. Kossuth*, ohne den öffentlich-rechtlichen Gegensatz zu Österreich überzubetonen. Man forderte das allgemeine und geheime Wahlrecht, die Beseitigung der feudalen Überreste, eine progressive Besteuerung, Steuerfreiheit der wichtigsten Lebensmittel, Luxussteuern, ferner staatliche Ablösung der Latifundien im Sinne des Gesetzartikels XX vom Jahre 1848 und landwirtschaftliche Investitionen zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Auswanderung sowie Altersversorgung. Das 10-Punkte-Programm vom 12. 10. 1921 erneuerte die alten liberalen Forderungen.

Presse: ›Magyar Lobogó‹.

Geschichte: *Szabó*, bekannt geworden in seiner Heimat als Gründer und Vors. eines Vereins der Kleingrundbesitzer, wurde 1908 ins Parlament gewählt und somit der erste Abg. seines Standes. Bei den Wahlen von 1910 erhielt seine Partei 3 Mandate, doch zu einer größeren politischen Rolle gelangte die Partei erst nach dem Sturz der Monarchie. Am 18. 1. 1919 wurde *Nagyatádi Szabó* (so nannte sich *Szabó* fortan nach seinem Wahlkreis Nagyatád) Volkswirtschaftsminister im Kabinett *Berinkey*. Auch die Regierung von *Gy. Peidl* bemühte sich um die Teilnahme der Landwirte-Partei an einem Konzentrationskabinett. Die Partei fusionierte am 29. 11. 1919 auf Betreiben der Regierung mit der Anfang September 1919 von *Gy. Rubinek* und Markgraf *Gy. Pallavicini* gegründeten Christlichen Partei der Landarbeiter (Keresztény Földmives Párt) unter dem Namen Landespartei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter und erwies sich bei den Wahlen im Januar/Februar 1920 als die stärkste im Lande: Sie errang 79 Mandate (mit 40,0 % der abgegebenen Stimmen) und stellte 5 der 12 Minister. Die divergierenden Auffassungen in der Legitimitätsfrage belasteten die am 12. 3. 1920 mit der → Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung (KNEP) gebildete Regierungskoalition. Am 16. 4. 1920 gründeten Abg. beider Regierungsparteien die Christliche Partei der Landarbeiter und Kleinen Landwirte, um damit die Schaffung einer einheitlichen Regierungspartei zu ermöglichen. Die »Dissidenten«, wie man die neue Partei kurz nannte, schlossen sich mit den beiden Mutterparteien am 13. 7. 1920 zur Vereinigten Christlich-Nationalen Partei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter zusammen, bis an den alten Gegensätzen Anfang Februar 1921 auch diese Partei zerbrach (→ KNEP). Mittlerweile war *Nagyatádi Szabó* am 17. 8. 1920 Landwirtschaftsminister geworden, in welcher Funktion er in der Nationalversammlung eine Gesetzesinitiative für eine gemäßigte Bodenreform einbrachte. Bei der Regierungskrise im Dezember 1920 stützte sich Graf *P. Teleki* auf die »Partei der Kleinen Landwirte«.

Die Parteikonferenz vom 10. 2. 1921 gründete die Partei unter dem Namen Christlich-Nationale Partei der Landarbeiter und Kleinen Landwirte (Keresztény Nemzeti Földmíves és Kisgazda Párt) neu. Nachdem die Partei auch bei den wegen der rumänischen Besetzung verspäteten Wahlen in der Tiefebene erfolgreich war, besaß sie nun 91 Mandate. Die gescheiterten Rückkehrversuche König *Karls IV.* und dessen Dethronisation stärkten die Position der Partei, und *Nagyatádi Szabó* behauptete sich als Minister bis Dezember 1921. Graf *I. Bethlens* Schachzug, sich bei der Gründung einer neuen »einheitlichen« Regierungspartei am 23. 2. 1922 der »Partei der Kleinen Landwirte« zu bedienen, bedeutete deren Ende (→ Einheitspartei, → Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung).

Z. Bodrogközy, A magyar agrármozgalmak története, Budapest 1929; I. Király, Nagyatádi Szabó István és pártja az első világháború előtt, in: MTA Dunántúli Tudományos Intézete, Értekezések 1964/65, Budapest 1966, S. 363–428; B. v. Krusenstjern, Die ungarische Kleinlandwirtepartei, 1909–1922/29, 1981.

Liberale Partei (Szabadelvű Párt). Regierungspartei mit im Grunde konservativen Zielsetzungen.

Gründung: 1. 3. 1875 in Budapest durch den Zusammenschluß (»Fusion«) der → Deákpartei mit dem → Linken Zentrum.

Programm: Die Zielsetzungen der Regierung, die auch jene der Partei waren, sind aus den Regierungserklärungen der neu ernannten Ministerpräsidenten und den Antwortadressen an den König ersichtlich. Ein Grundsatzprogramm ist von der Partei niemals veröffentlicht worden.

Organisation: Reine Honoratiorenpartei. Der maßgebliche »Parteiführer«, der jeweilige Ministerpräsident, gehörte formell – wie bei der → Deákpartei – dem Parteivorstand nicht an. Die Partei kannte bereits 1875 einen ständigen »Landesausschuß« und für die Leitung der Wahlen ein »Exekutivkomitee«. – Presse: Tageszeitungen ›A Hon‹ (1. 1. 1863–31. 8. 1882), ›Ellenőr‹ (1. 3. 1869–31. 8. 1882), ›Nemzet‹ (1. 9. 1882–1899)

Geschichte: In der ersten Parteisitzung am 3. 3. 1875 wurde *I. Gorove* zum Vors. gewählt, »Parteiführer« blieb nominell bis zu seinem Tode am 28. 1. 1876 *F. Deák*, dann nahm Ministerpräsident *K. Tisza* seine Stellung ein. Bei den Wahlen im Oktober 1875 errang die Partei 333 Mandate (von 413). Die erste Kraftprobe für die Regierung bedeuteten die bereits im Januar 1876 begonnenen Verhandlungen für die Erneuerung der Zoll- und Handelsunion mit Österreich. Infolge der protektionistischen Zugeständnisse, zu denen *Tisza* sich dabei gezwungen sah, verließen am 10. 5. 1876 70 Abg. die Partei und schlossen sich am 19. 5. 1876 zur Unabhängigen Liberalen Partei (Független Szabadelvű Párt) zusammen (Vors. *M. Földváry*). »Führer« der Partei wurde Baron *L. Simonyi*. Ihr Antrag auf Absetzung der Gesetzesvorlage über den wirtschaftlichen Ausgleich unterlag am 28. 1. 1878 mit nur 17 Stimmen; selbst in den Reihen der Liberalen Partei stimmten 42 Abg. gegen die Vorlage, 22 unter diesen traten aus der Partei aus (»Dissidenten«). Die nächsten Wahlen vom Anfang August 1878 fanden in der gespannten innenpolitischen Atmosphäre der Okkupation von Bosnien und Herzegowina statt. Die ungarische Öffentlichkeit war türkenfreundlich, und dieser Umstand spiegelte sich in den Wahlergebnissen wider: Die Liberale Partei konnte trotz massiven Drucks von seiten der Behörden nur 241 Mandate erringen; ihre parlamentarische Mehrheit schrumpfte damit auf 77 Mandate zusammen. Selbst *Tisza* verlor die Wahl in seinem alten Wahlbezirk Debrecen. Die Abg., die mit der Okkupationspolitik nicht einverstanden waren (*B. Horvát, L. Horváth, I. Hódossy, M. Wahrmann, Graf M. Péchy* und *G. Frölich*), verließen Anfang Dezember 1878 die Partei, die bei den Wahlen 1881 nur 225 Mandate erzielte. Durch eine systematische Ämterpatronage und ein geschicktes Appellieren an die menschlichen Schwächen verstand *Tisza* es auch in den nächsten Jahren vorzüglich, eine geschlossene, disziplinierte Fraktion zu schaffen (»Mamelukkensystem«). Bei der Neuwahl des Vorstandes im Juni 1881 wurde *P. Szontágh* zum Vors. gewählt. Der Abg. *Gy. Istóczy* stellte sich im Oktober 1883 an die Spitze der → Antisemitenpartei, während *Tisza* den im Parlament und im Lande erstarkenden Antisemitismus mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfte. Bei den Wahlen 1884 und 1887 erhielt die Liberale Partei 242 bzw. 261 Parlamentssitze. 1887 wurde *G. Vizsolyi*, nach seinem Tode (9. 2. 1889) Baron *F. Podmaniczky* Parteivorsitzender. Die Bedeutung der langen Regierungszeit von *Tisza* lag in der innenpolitischen Konsolidierung und der Sicherung des für den wirtschaftlichen Aufbau nötigen Friedens. *Tiszas* echtes politisches Anliegen erschöpfte sich in der Wahrung des Ausgleichs, großangelegte innenpolitische Reformen hätten nach Überzeugung der Regierenden nur die innere Ruhe des Landes gefährdet.

Tiszas Nachfolger, Ministerpräsident Graf *Gy. Szapáry*, konnte der parlamentarischen Obstruktion nicht Herr werden; die Neuwahlen vom Februar 1892 sollten seine Position stärken. Hierbei errang die Liberale Partei 243 Mandate. Die kirchenpolitische Gesetzgebung sollte die Opposition spalten, doch die Gesetzesvorlage über die bürgerliche Eheschließung barg Gefahren auch für die Einheit der Liberalen Partei. Eine Fusion zwischen den Anhängern einer gemäßigteren Reform und der → Nationalpartei wurde ernsthaft erwogen, doch sie erwies sich als nicht praktikabel; die Spaltung der Liberalen Partei wurde um den Preis der Entlassung des gemäßigten *Szapáry* vermieden. Als der neue Ministerpräsident *S. Wekerle* die Gegner der Reformen in der Liberalen Partei aufforderte, sich jeder politischen Aktion zu enthalten, traten ab 27. 1. 1893 *Szapáry, T. Péchy, E. Latinovics, Graf T. Batthyány* u. a. aus der Partei aus. Zwang und Korruption sicherten der Regierungspartei 1896 ein besseres Wahlergebnis (mit 60,1 % der abgegebenen Stimmen 287 Mandate), doch die Opposition wurde dadurch verbitterter. Ihre Obstruktion verhinderte die Arbeit der Gesetzgebung; der Vorschlag von *Tisza*, eine Erklärung der Mehrheit der Abg. sollte den Beschluß des Plenums ersetzen (»Lex Tisza«) erregte in der Partei Widerspruch: 32 Abg., unter ihnen Graf *Gy. Andrássy*, Graf *A. Csáky*, *K. Hieronymi, F. Chorin, D. Szilágyi* (»Dissidenten«) verließen die Partei. Die Opposition erzwang schließlich die Demission von Ministerpräsident Baron *D. Bánffy* (ab 14. 1. 1895). Nach der Amtsübernahme des neuen Kabinetts von *K. Széll* am 26. 2. 1899 kehrten die »Dissidenten« in die Partei zurück und schloß sich die → Nationalpartei der Liberalen Partei an. Die

Regierungspartei verfügte nun über eine imponierende Mehrheit von 320 Mandaten. Die Opposition verpflichtete sich, die Annahme des Budgets sowie der Gesetze über die Rekrutenaushebung und der Verlängerung des wirtschaftlichen Provisoriums mit Österreich um ein Jahr nicht zu hintertreiben, wofür die Regierung versprach, im Parlament die von der Opposition seit langem geforderte Gesetzesvorlage über die Wahlgerichtsbarkeit einzubringen. Die Spannung zwischen den alten Mitgliedern der Liberalen Partei, die eine liberale, merkantilistische Wirtschaftspolitik befürworteten, und den früheren Mitgliedern der → NATIONALPARTEI, die sich agrarische Forderungen zu eigen machten, konnte nicht überbrückt werden. Bei den Wahlen im Oktober 1901, die zu den freiesten des Dualismus gezählt werden, stimmten 61,6 % der Wähler für die Liberale Partei, die 276 Mandate erhielt. Eine starke agrarische Fraktion unter der Führung von Graf *S. Károlyi* bildete sich innerhalb der Partei. *Széll* – er war bis 27. 6. 1903 Kabinettschef – und sein Nachfolger, Graf *K. Khuen-Héderváry*, scheiterten an der parlamentarischen Obstruktion. Ein 9köpfiger Parteiausschuß, der Ende September gebildet wurde, arbeitete gemäßigte Vorschläge auf militärischem Gebiet aus, doch auch diese wurden von König *Franz Joseph* abgelehnt. Am 3. 11. 1903 bildete der zu allem entschlossene Graf *I. Tisza* die Regierung. Seine Maßnahme zur Unterdrückung der Obstruktion führte zum Protest von *A. Apponyi* und seiner Anhänger; sie verließen am 25. 11. 1903 die Partei (→ NATIONALPARTEI). Am 18. 11. 1904 setzte *I. Tisza* die Änderung der Hausordnung durch; diesmal trat die von Graf *Gy. Andrássy* geführte »Magnatengruppe« aus der Partei aus (→ VERFASSUNGSPARTEI). Auch *K. Széll* verließ die Partei. Die öffentliche Meinung wandte sich gegen *I. Tisza*, die Liberale Partei erhielt bei den Wahlen 1905 nur noch 37,9 % der abgegebenen Stimmen bzw. 159 Mandate. Der König ernannte daraufhin am 18. 6. 1905 Baron *G. Fejérváry* zum Ministerpräsidenten, dessen Minderheitskabinett eine sich über das ganze Land ausbreitende Protestbewegung hervorrief. Innenminister *J. Kristóffy* schlug zur Ablenkung die Einführung des allgemeinen Wahlrechts vor und handelte dafür die Unterstützung der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI ein (Kristóffy-Garami-Pakt). Nach der Regierungsübernahme der Koalition (→ STAATSRECHTLICHE OPPOSITION) löste *I. Tisza* die Liberale Partei am 11. 4. 1906 auf.

G. Beksics, A szabadelvűpárt története, Budapest 1907; F. Gottas, Ungarn im Zeitalter des Hochliberalismus, 1875–1890, Wien 1976.

Linkes Zentrum (Balközép). Partei adeliger Mittelschichten, hauptsächlich magyarisch besiedelter Gebiete. Gründung: Januar 1866 durch frühere Mitglieder der Beschlußpartei (s. u.) unter der Leitung des Großgrundbesitzers *K. Tisza*.

Programm: Das in der Zeitung ›A Hon‹ am 26. 6. 1867 veröffentlichte Programm erkannte die Gesetzlichkeit der neuen ungarischen Regierung an, erklärte sich jedoch unter dem Gesichtspunkt der Unabhängigkeit und verfassungsmäßigen Freiheit Ungarns »unzufrieden« mit den Voraussetzungen des Übergangs zur legalen Herrschaftsform. Die Partei werde bestrebt sein, für die Änderung der in der Praxis als »schädlich« erwiesenen Gesetze, besonders derer, die die »gemeinsamen Verhältnisse« betreffen, eine Mehrheit herbeizuführen. Besonders betont wurde die Autonomie der Munizipalbehörden, die auch weiterhin als »Hüter des Gesetzes« (!) tätig sein sollten. Das Programm vom 2. 4. 1868, die »Punkte von Bihar« (Bihari pontok), erklärte zur Hauptzielsetzung der Partei, mit jedem verfassungsmäßigen Mittel dahinzuwirken, daß alle jene Gesetze, die im Widerspruch mit Ungarns Unabhängigkeit stünden (namentlich die Delegation und das gemeinsame Ministerium) abgeschafft werden sollten. Dagegen wurden die Aufstellung einer ungarischen Armee, die Unabhängigkeit der Finanz- und Handelsangelegenheiten sowie die diplomatische Anerkennung der »im Gesetz verankerten Unabhängigkeit« Ungarns gefordert.

Organisation: Die Geschäfte der Partei wurden von dem aus Abgeordneten gebildeten »Exekutivkomitee« besorgt. Eine zentrale Wahlleitung entstand erst vor den Wahlen 1869. – Parteipresse: die Zeitungen ›A Hon‹ (1863–1882), ›Hazánk‹ (1868–1869), ›Ellenőr‹ (1869–1882), Siebenbürger Parteiorgan war die Zeitung ›Magyar Polgár‹.

Geschichte: Bei der Einberufung des ungarischen Landtages im Frühjahr 1861 wollte die »Beschlußpartei« (Határozati Párt) den ablehnenden Standpunkt der Abg. zum Oktoberdiplom bzw. Februarpatent (→ Einleitung) im Gegensatz zur »Adreßpartei« (→ DEÁKPARTEI) nur durch einen Beschluß dokumentieren. Sie unterlag mit 152 gegen 155 Stimmen, aber nur weil die Partei vor der Verantwortung wegen des Scheiterns des Ausgleichs zurückschreckte; ihr Führer, Graf *L. Teleki*, beging am Vorabend der entscheidenden Abstimmung Selbstmord.

Die früheren Mitglieder der »Beschlußpartei« gruppierten sich nach der Einberufung des Landtags im Herbst 1865 um *K. Tisza*, den Neffen *Telekis*. Auch sie waren, wie die Anhänger der → DEÁKPARTEI, für einen Ausgleich mit Österreich, doch sie bestritten das Vorhandensein gemeinsamer Angelegenheiten beider Länder. Die Verpflichtungen für Ungarn stammten ihrer Meinung nach nur aus dem Verhältnis Ungarns zur Dynastie, demzufolge seien diese auch nicht durch Vereinbarungen beider Parlamente, sondern durch Vereinbarungen Ungarns mit seinem König zu regeln. Das Linke Zentrum, zu dessen erstem Vorsitzenden *K. Ghyczy* gewählt wurde, besaß nach Klärung der Parteifronten im November 1866 etwa 100 Mandate. Die Partei erkannte nur die Pragmatische Sanktion als Quelle einer Gemeinsamkeit an, woraus – ihrer Meinung nach

– bloß die Personalunion resultierte. Doch blieb unklar, wie die tatsächlich vorhandenen gemeinsamen Angelegenheiten bei voller Beachtung der ungarischen Souveränität behandelt werden könnten. Einige Abg. der Partei (*K. Tisza, Ghyczy, G. Várady*) nahmen daher ihre Wahl in die ungarische Delegation an. *M. Jókai* mißbilligte diese Entscheidung und benutzte das von ihm redigierte Parteiblatt zur Propagierung seiner radikaleren Ansichten. Um die Parteispaltung zu überwinden, wurde die Teilnahme an der Delegation den Abg. der Partei freigestellt. Im November 1868 verließen die Abg. der Partei die Delegation. Das Linke Zentrum und die Äusserste Linke (→ Staatsrechtliche Opposition) beschlossen am 10. 1. 1869 auf einer gemeinsamen Konferenz »die Einigung der Opposition während der Wahlen«. Die von *Jókai* betriebene Fusion – es wurde ein »fusioniertes Zentralkomitee« gebildet – kam jedoch nur teilweise zustande, weil *K. Tisza* sie mißbilligte. Die Partei zog in den neuen, am 20. 4. 1869 eröffneten Landtag mit 110 Abg. ein. Im Januar 1872 verließen 5 Abg. (Graf *E. Károlyi,* Graf *B. Keglevich,* Baron *F. Podmaniczky* u. a.) die Partei und gründeten die Reformpartei (Reformpárt). Sie bekannten sich zu einer fortschrittlichen Politik, forderten die Trennung von Kirche und Staat sowie die Ausdehnung der Wahlberechtigung auf alle schreibkundigen Männer. Das Linke Zentrum beteiligte sich an der Obstruktion gegen das neue Wahlgesetz im Frühjahr 1872. Bei den Wahlen Ende Juli verlor die Partei ihre beiden Budapester Wahlbezirke, doch es gelang ihr, ihre Mandatsstärke im Lande zu halten. Die Reformpartei erhielt 6 Mandate. Linksgerichtete Bestrebungen wurden von der Parteileitung bis Juni 1873 erfolgreich abgewehrt. Am 7. 11. 1873 schlug *Ghyczy* auf der Konferenz der Partei vor, das Linke Zentrum und die → Deákpartei zur Bewältigung der innenpolitischen Krise zusammenzuschließen, doch *K. Tisza* hielt vorerst nur eine Regierungskoalition beider Parteien für wünschenswert. *Ghyczy* einerseits und der linke Parteiflügel (6 Abg., darunter *G. Ugron, M. Bartha, L. Csávolszky*) andererseits verließen daraufhin die Partei, neuer Vors. wurde *Várady.* Am 11. 12. 1873 erklärten sich 16 Abg. (u. a. *I. Iványka, N. Horánszky, E. Horn, Gy. Horváth*) mit *Ghyczy* solidarisch und gründeten unter seiner Führung die Mittelpartei (Középpárt), der sich in wenigen Tagen auch 8 Abg. der → Deákpartei und 5 Abg. der Reformpartei anschlossen. Als *Ghyczy* am 20. 3. 1874 Finanzminister wurde, trat er der → Deákpartei bei; ihm folgten drei weitere Abg. der Mittelpartei. Nachdem am 3. 2. 1875 *K. Tisza* selbst sich für die Fusion erklärt hatte, kehrten zwei Tage später die übrigen Mitglieder der Mittelpartei in das Linke Zentrum zurück. Aus der »Fusion« vom 1. 3. 1875 ging die → Liberale Partei hervor.

P. Móricz, A magyar országgyűlési pártok küzdelmei a koronázástól a Deák és balközép pártok egybeolvadásáig, 1867–1874, 2 Bde, Budapest 1892; V. M. Kondor, Az 1875-ös pártfúzió, Budapest 1959.

National-Demokratische Partei (Nemzeti Demokrata Párt). Partei des sich emanzipierenden kleinen und mittleren Bürgertums; sie stützte sich überwiegend auf Kaufleute sowie Rechtsanwälte und andere unabhängige Intellektuelle, in großer Anzahl jüdischer Herkunft. Gründung: 12. 11. 1894 in Budapest als Demokratische Gemeindepartei (Községi Demokrata Párt) durch den jüdischen Rechtsanwalt *V. Vázsonyi.* Die Partei konstituierte sich auf Landesebene unter dem Namen Bürgerlich-Demokratische Partei (Polgári Demokrata Párt) am 20. 8. 1900 in Klausenburg.

Programm: Demokratisierung des öffentlichen Lebens und Abbau der ständischen Überreste, ein allgemeines, unmittelbares und geheimes Wahlrecht, progressive Steuern, staatliche Förderung von Gewerbe und bäuerlichem Besitz sowie ein autonomes Zollgebiet wurden u. a. gefordert. Das Programm ließ die Absicht einer Rückkehr zu den liberalen Traditionen des Vormärz erkennen.

Organisation: Wie die bürgerlichen Parteien der Zeit stellte auch die National-Demokratische Partei keine organisierte und disziplinierte Massenpartei dar, sondern war eher ein klubartiger Zusammenschluß. 1934 hat es in Budapest acht Klublokale gegeben. Vom Anfang der 1920er Jahre schlossen sich Frauen- und Jugendorganisationen an. Die Partei zählte 1934 beinahe 100 000 registrierte Mitglieder. – Presse: Tageszeitung ›Az Ujság‹ (1903–1925) bzw. ›Ujság‹ (1925–1944), Zeitschrift ›A Polgár‹ (bis 1927).

Geschichte: Die Bürgerlich-Demokratische Partei war bereits ab 1901 mit wenigen Abg. im Parlament vertreten. Als die Oppositionsparteien am 19. 11. 1904 die »Koalition« bildeten, wurde *V. Vázsonyi* Mitglied des »Führungsausschusses«. Am 10. 9. 1905 beteiligte er sich an der Gründung der »Liga für das Allgemeine Geheime Wahlrecht« (Általános Titkos Választójog Ligája). Die Partei wurde am 6. 6. 1917 auch Mitglied des »Wahlrechtsblocks« (→ Staatsrechtliche Opposition) und *Vázsonyi* zunächst Justizminister, dann Minister ohne Portefeuille, in welcher Eigenschaft er am 31. 12. 1917 die nach ihm benannte Gesetzesvorlage zur Wahlrechtsreform einbrachte. Als im Zeichen der Kräftekonzentration am 31. 1. 1918 die neue Regierungspartei 48er Verfassungspartei (→ Nationale Arbeitspartei) gebildet wurde, schloß sich dieser – unter Beibehaltung ihrer eigenen Parteiorganisation – auch die Bürgerlich-Demokratische Partei an. Die Entlassung *Vázsonyis* bei einer Kabinettsumbildung am 17. 4. 1918 bedeutete das Ende der »Reformpolitik«: Das am 26. 7. 1918 im Parlament angenommene Wahlgesetz brachte kaum Erleichterungen.

Die Partei verlor nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution ihre hauptstädtische Rolle und Bedeutung; der legitimistisch eingestellte *Vázsonyi* wählte die Emigration, die meisten Mitglieder seiner Partei schlossen sich der Károlyi-Partei an. Die Demokraten begannen sich im August 1919 in zwei Gruppen zu organisieren: in der Natio-

NAL-LIBERALEN PARTEI (Nemzeti Szabadelvű Párt) unter *I. Bárczy* und *G. Ugron* und in der LIBERAL-BÜRGERLICHEN PARTEI (Liberális Polgári Párt) unter *J. Pakots*. Nach der Heimkehr von *Vázsonyi* im Oktober 1919 schlossen sich diese beiden Gruppierungen am 12. 10. 1919 zur National-Demokratischen Partei zusammen; der erste Parteivorsitzende wurde *Ugron*. Der Zusatz »national« im Namen bedeutete nur eine Anpassung an die neuen innenpolitischen Verhältnisse. 1920 erhielt die Partei 6 Mandate, alle in Budapest (2,3 % bzw. in Budapest 16,7 % der abgegebenen Stimmen); die Wahlen im Jahre 1922 brachten trotz eines Stimmenanteils von 2,4 % einen Rückfall auf 4 Mandate. Die Klärung der innenpolitischen Fronten führte die Partei mit der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI zusammen: Der am 18. 2. 1921 gegründete »Bürger- und Arbeiterverband« (Polgárok és Munkások Szövetsége) wurde durch die liberale Komponente in den Zielsetzungen beider Parteien zusammengehalten.

Der Tod *Vázsonyis* am 29. 5. 1926 hatte eine Krise der Liberalen zur Folge. Zunächst wurde *Pakots* Parteivors., am 22. 7. 1926 schloß sich schließlich ein Teil der Partei der → UNABHÄNGIGKEITSPARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE, LANDARBEITER UND BÜRGER an. Die jetzt als UNABHÄNGIGE NATIONAL-DEMOKRATISCHE PARTEI oder VEREINIGTE LINKSPARTEI (Független Nemzeti Demokrata Párt bzw. Egyesült Balpárt) firmierenden Nationaldemokraten wählten *K. Rassay* zum Vors. und erhielten im Dezember 1926 mit 4,0 % der Stimmen 9 Mandate, darunter 7 in hauptstädtischen Wahlkreisen. Infolge innerparteilicher Auseinandersetzungen wurde *Pakots* am 2. 2. 1927 aus der Fraktion ausgeschlossen. Er und *J. Gál* gründeten mit 10 Parteiorganisationen am 12. 3. 1927 die UNGARISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI (Magyar Demokrata Párt), die sich kein eigenes Programm gab und am 16. 1. 1928 sich wieder der Mutterpartei anschloß. Im Oktober 1928 verließ *Rassay* die Partei (→ NATIONAL-LIBERALE PARTEI) und der Parteivorsitz ging an *J. Vázsonyi,* den Sohn des Parteigründers, über. 1931 erlangte diese neue National-Demokratische Partei 2 Mandate. Der Abg. *B. Fábián* gründete nach den Wahlen im Juni 1931 aus den Parteiorganisationen des Komitates Pest und einigen Budapester Parteiorganisationen eine zweite UNABHÄNGIGE NATIONAL-DEMOKRATISCHE PARTEI. Das Programm dieser Partei hatte einen starken wirtschaftlichen Charakter, es legte größten Akzent auf die Organisation der Kleingewerbetreibenden, die die Partei vor einem »Staatssozialismus« zu beschützen hätte. *Fábián* blieb 1931 wie 1935 der einzige Abg. seiner Partei und schloß sich mit dieser noch 1935 der BÜRGERLICHEN FREIHEITSPARTEI (→ NATIONAL-LIBERALE PARTEI) an. 1935 errang auch die National-Demokratische Partei nur noch ein Mandat, das ihres Vors. *J. Vázsonyi*. Die Rassengesetze 1938/39 und die Erfolge der Rechtsradikalen führten das Ende herbei. *Vázsonyi* kandidierte 1939 nicht mehr, die Partei löste sich im Januar 1942 endgültig auf.

V. Vázsonyi, beszédei és írásai, 2 Bde., (Hg.) H. Csergő/J. Balassa, Budapest 1927; Zs. L. Nagy, A budapesti liberális ellenzék 1919–1944, Budapest 1972; Dies., A liberális polgári pártok a bethleni konszolidációban 1921–1931, Budapest 1975. [Mskr.]

Nationale Arbeitspartei (Nemzeti Munkapárt). Am 19. 2. 1910 in Budapest durch Graf *Tisza* aus ehemaligen Mitgliedern der LIBERALEN PARTEI gegründete Partei der wiedererstarkten ausgleichsfreundlichen Kräfte. Bei den Wahlen 1910 erhielt sie die imponierende Mehrheit von 47,0 % der Stimmen (258 Mandate). Die von der Partei gebildete Regierung scheiterte zunächst an der Obstruktion der Opposition gegenüber der von der Regierung am 23. 5. 1911 eingereichten Militärvorlage (→ STAATSRECHTLICHE OPPOSITION). Am 4. 6. 1912 erklärte *Tisza* als Präsident des Abgeordnetenhauses daraufhin die Militärvorlage für angenommen und ließ 31 obstruierende Abg. durch Polizei aus dem Saal führen. Die gesamte Opposition verließ daraufhin das Parlament und blieb von den Beratungen eine Zeitlang fern. Auch der engherzige Wahlgesetzentwurf, den Ministerpräsident *L. Lukács* am 31. 12. 1912 im Parlament einbrachte, führte zu allgemeinen Protesten und sogar in den Reihen der Partei zum Austritt einiger Abg. *Tisza* lehnte die innenpolitischen Reformpläne König *Karls IV.* ab, der ihn deshalb fallen ließ. Die Kabinette *Esterházy* (ab 15. 6. 1917) und *Wekerle* (ab 20. 8. 1917) enthielten auch gemäßigte Oppositionelle und Mitglieder des »Wahlrechtsblocks«. Nachdem der König die Erfüllung der militärischen Forderungen der Opposition (ungarische Kommandosprache) für die Zeit nach dem Krieg in Aussicht gestellt hatte, gründete *S. Wekerle* Ende Januar 1918 die 48ER VERFASSUNGSPARTEI (48-as Alkotmánypárt) als neue Regierungspartei und forderte alle Parteien auf, dieser beizutreten. *Tisza* lehnte jedoch ab, und der neuen Partei schlossen sich hauptsächlich nur Mitglieder der → VERFASSUNGSPARTEI an. Diesen folgten in etwa 14 Tagen – unter Beibehaltung ihrer eigenen Organisation – noch die CHRISTLICH-SOZIALE VOLKSPARTEI (→ KATHOLISCHE VOLKSPARTEI) und die BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHE PARTEI (→ NATIONAL-DEMOKRATISCHE PARTEI). *Wekerles* Vorschlag, das Parlament aufzulösen, wurde vom König abgelehnt, woraufhin *Wekerle* am 23. 4. 1918 ein neues Kabinett bildete, das den strengeren Standpunkt *Tiszas* in der Wahlrechtsfrage akzeptierte. Das neue Wahlgesetz konnte am 26. 7. 1918 verabschiedet werden. *Tisza* und seine Arbeitspartei schlossen sich am 31. 10. 1918 der 48ER VERFASSUNGSPARTEI an, die sich am 7. 11. 1918 auflöste.

Presse: Tageszeitung ›8 Órai Újság‹, Zeitschrift ›Magyar Figyelő‹.

F. Pölöskei, Kormányzati politika és parlamenti ellenzék 1910–1914, Budapest 1970.

Nationale Bauernpartei (NPP, Nemzeti Parasztpárt). Radikale Partei des Agrarproletariats. Gründung: 29. 6. 1939 in Makó durch eine Gruppe linker Intellektueller.

Programm: Das in der Zeitschrift ›Szabad Szó‹ im Juli 1939 veröffentlichte 10-Punkte-Programm forderte ein unabhängiges Ungarn, eine ungarische Führung, Volksherrschaft, ein gerechtes Steuersystem, die Wertschätzung der Arbeit, Bodenreform, die Zerschlagung der Herrschaft des Großkapitals, die Industrialisierung des Landes, Genossenschaften, eine allgemeine Volkserziehung.

Organisation: Das erste Parteibüro der NPP wurde am 1. 12. 1944 in Szeged gegründet. Im August 1945 gab es bereits 1400 lokale Organisationen mit 171 000 Mitgliedern. Die Parteiführung bestand bis März 1946 aus dem Exekutivkomitee mit 15, später mit 21 Mitgliedern. Auf dem Parteikongreß vom 11./13. 3. 1946 wurde ein 6köpfiger Vorstand sowie ein Politbüro, das sich aus 18 Mitgliedern und dem Parteivorstand zusammensetzte, gewählt. Der Parteikongreß vom 4. 5. 1947 setzte auch ein Exekutivkomitee ein. – Presse: Das bereits 40 Jahre bestehende Wochenblatt (Ende März 1945: Tageszeitung) ›Szabad Szó‹.

Geschichte: Die NPP entwickelte sich aus der Bewegung der völkischen Schriftsteller der 30er Jahre; diese suchte einen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus und stützte sich auf die Intelligenz und das Bauerntum. Ihr Ziel war die Führung und Emanzipation des ohne politische Vertretung gebliebenen Landproletariats. In der am 15. 3. 1937 gegründeten »Märzfront« (Márciusi Front) näherte sich die Bewegung der Linken.

Der unerwartete Durchbruch der äußersten Rechten und der Mißerfolg der → Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte... (FKGP) und der → Sozialdemokratischen Partei (SZDP) bei den Wahlen 1939 beschleunigte die Entstehung der neuen Bauernpartei. Der Gründungskongreß in Makó wurde von den Behörden zwar verboten, aber dennoch illegal abgehalten. 20. 8. wurde der erste Vorstand gewählt mit *P. Szabó* als Vors. Redaktionssitzungen der Zeitschrift ›Szabad Szó‹ ersetzten die Parteikonferenzen. Das »Redaktionskomitee« setzte Anfang Mai 1943 die Gründung der agrarproletarischen Sektion des von der Regierung subventionierten »Bauernverbandes« (Parasztszövetség, Vorsitzender: *F. Nagy*) durch und organisierte im August 1943 in Balatonszárszó eine Konferenz, an der die Schriftsteller vom linken Flügel in ihren Vorträgen Bekenntnis zur nationalen Solidarität, zur demokratischen Umwandlung und dem Weg zum Sozialismus ablegten. Das Verbot der ›Szabad Szó‹ am 27. 3. 1944 zwang die Männer der Redaktion in die Illegalität. Im September 1944 wurde die NPP Mitglied der »Ungarischen Front« (→ Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, MSZMP). Hier wie im »Befreiungskomitee des Ungarischen Nationalen Aufstandes (→ FKGP) wurde die Partei von *I. Kovács* vertreten.

In der sowjetisch besetzten Stadt Szeged schloß sich die Partei am 2. 12. 1944 der »Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront« (→ FKGP) an und akzeptierte das Wiederaufbauprogramm der Ungarischen Kommunistischen Partei (MKP, → MSZMP) als gemeinsame politische Plattform. In der Provisorischen Nationalversammlung hatte die Partei 16 Mandate (von 230); *F. Erdei* wurde Innenminister. Am 14. 1. 1945 veröffentlichte die Partei einen Entwurf zur Bodenreform, der die Aufteilung aller Güter von über 100 Kastraljoch Größe forderte. Am 26. 4. wurden *P. Veres* zum Vors., *I. Kovács* zum Generalsekretär der Partei gewählt. Versuche der → FKGP Anfang Mai, eine Zusammenarbeit mit der NPP zu realisieren, scheiterten am Widerspruch der NPP-Führung. Unter den im Juni einberufenen 160 Abg. erhielt die Partei weitere 20 Mandate. Im November 1945 stimmten 6,9 % der Wähler für die Partei (23 Mandate). Am 5. 3. 1946 wurde die Partei konstituierendes Mitglied des »Linksblocks« (→ MSZMP). Der rechte Flügel der NPP befürchtete die Diktatur der MKP, *Kovács* forderte Ende August 1946 die Entfernung der mit den Kommunisten sympathisierenden Mitglieder aus der Parteizentrale. *F. Nagys* Bemühungen, durch eine Fusion des Zentrums der → FKGP mit der NPP eine einheitliche – und wohl weniger linke – Bauernpartei zu schaffen, scheiterten am Widerstand der NPP-Parteiführung. Ende Februar 1947 verließ *Kovács* die Partei und schloß sich im Sommer 1947 der → Unabhängigen Ungarischen Demokratischen Partei an. Bei den Wahlen im August 1947 erlangte die NPP mit 8,3 % der abgegebenen Stimmen 36 Mandate und übernahm das Verteidigungs- und das Arbeitsministerium. Der Parteikongreß vom 1./2. 11. 1947 bekannte sich zur volksdemokratischen Entwicklung, zu weiteren Verstaatlichungen und der wirkungsvolleren Unterstützung der Genossenschaften. Unter dem von der Partei der Ungarischen Werktätigen (→ MSZMP) ausgeübten Druck verkümmerte die selbständige Parteitätigkeit der NPP ab Herbst 1948, und nachdem die Partei am 1. 2. 1949 Mitglied der »Ungarischen Unabhängigkeits-Volksfront« (→ MSZMP) geworden war und sich an den Wahlen vom 15. 5. 1949 in deren Rahmen beteiligt hatte, löste sie sich bis zum Herbst 1949 auf. Die NPP wurde in den Tagen des Volksaufstandes vom Oktober 1956 unter dem Namen Petőfi-Partei (Petőfipárt) neugegründet, doch zu einem Ausbau des Parteiapparates konnte es wegen der sowjetischen Intervention nicht mehr kommen.

I. Tóth, A Nemzeti Parasztpárt története 1944–1948, Budapest 1972; Gy. Borbándi, Der ungarische Populismus, Mainz 1976.

Nationale Bürgerpartei (Nemzeti Polgári Párt). Die vom Großhändler und Handelsminister *F. Heinrich* im Frühjahr 1922 gegründete Partei bekannte sich in ihrem Programm zu einem nationalen Liberalismus in der Tradition des Grafen *I. Tisza* und unterstützte die Regierung, weil deren Programm auch ihr Programm wäre. Bei den Wahlen von 1922 erlangte sie mit etwas weniger als 1,0 % der Stimmen 2 Mandate.

Nationale Volkspartei (Nemzeti Néppárt). Parlamentarische Vertretung des Legitimismus. Gründung: Juni 1933 durch den röm.-kath. Pfarrer *M. Griger*, der 1931 als Abg. der → CHRISTLICHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALEN PARTEI (KGSZP) ins Parlament gewählt worden war. Im Dezember 1935 hatte die Partei im ganzen Lande 653 Organisationen.

Die Machtübernahme *Hitlers* in Deutschland aktivierte die Anhänger der legitimistischen Restauration. Die Regierung bemühte sich, den Zusammenschluß der Legitimisten in einer einzigen Partei zu verhindern. Sie vereitelte daher die Wahl *Grigers* zum Abg. im Frühjahr 1935; die Partei erhielt mit 1,5 % der Wählerstimmen ein Mandat, Ende 1935 ein 2. hinzu. Am 18. 12. 1936 wurde *L. Makray* zum Vors. gewählt. Am 26. 1. 1937 fusionierte die Partei mit der KGSZP und der CHRISTLICHEN OPPOSITION (→ KGSZP).

Magyarország évkönyve, red. L. Béry, A.Kun, Budapest 1934–1935; Újság, 25. 12. 1934.

National-Liberale Partei (Nemzeti Szabadelvű Párt). Nachfolgepartei der → UNABHÄNGIGKEITSPARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE, LANDARBEITER UND BÜRGER.

Programm: Geltendmachung der Prinzipien des Liberalismus und der Demokratie in den öffentlich-rechtlichen, politischen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen des Landes, bei der theoretischen und praktischen Verwirklichung dieser Prinzipien Berücksichtigung der »spezifisch nationalen Gesichtspunkte«. Die Partei forderte u. a. die Anerkennung und Garantie der Freiheitsrechte, die Verwirklichung der Volkssouveränität durch eine auf demokratischen Grundlagen ruhende parlamentarische Regierung, eine sozialere Steuerpolitik, die Demokratisierung der Verwaltung.

Organisation: Die Aufgaben der Partei wurden von einem 30 Mitglieder zählenden Exekutivkomitee verrichtet. Dem Parteiführer stand ein Generalsekretär zur Seite.

Geschichte: Der Austritt des gemäßigt liberalen *T. Kállay* und seiner Gruppe aus der regierenden EINHEITSPARTEI veranlaßte *K. Rassay* im Oktober 1928, die Zusammenarbeit mit den Demokraten (→ NATIONAL-DEMOKRATISCHE PARTEI) zu kündigen und wieder eine eigene Partei zu errichten. Er hoffte darauf, eine bürgerliche Einheitsfront gegen die Kräfte um *Gy. Gömbös* zustande bringen zu können. Bei den Wahlen 1931 erhielt die Partei 5 Mandate, 1935 2,4 % der Stimmen und 7 Mandate. Anschließend wurde sie in BÜRGERLICHE FREIHEITSPARTEI (Polgári Szabadságpárt) umbenannt, was die Zielsetzung der Partei – Schutz der wirtschaftlichen und politischen Freiheitsrechte des Bürgertums gegen die diktatorischen Bestrebungen der Zentralgewalt – zutreffender wiedergeben sollte. 1939 erhielt die Partei 5 Mandate. Ihr Niedergang hatte ähnliche Ursachen wie bei der → NATIONAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI. Die junge Generation, die sich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise und des Nazismus ihren eigenen politischen Standort suchte, schloß sich nicht mehr den liberalen Parteien, sondern entweder der Arbeiterbewegung oder der extremen Rechten an. *Rassay*, der persönlich nicht unter den Rassengesetzen zu leiden hatte, erlangte zwar 1942/43 eine gewisse Autorität, doch unter den Bedingungen der deutschen Besetzung, nach dem 19. 3. 1944, mußten auch er und seine Partei die politische Aktivität einstellen.

→ Unabhängigkeitspartei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger.

Nationalpartei (Nemzeti Párt). Oppositionspartei agrarischer Richtung auf der Grundlage des Ausgleichs von 1867. Gründung: 7. 1. 1892 durch Umbenennung der GEMÄSSIGTEN OPPOSITION (→ VEREINIGTE OPPOSITION).

Programm: Die Forderung einer nationalen Politik auf 67er Grundlage ist bereits in den Programmen der → VEREINIGTEN OPPOSITION enthalten. Neu sind die Forderungen nach einer selbständigen ungarischen Hofhaltung, der Hervorhebung Ungarns als eines eigenständigen Staates in den durch die gemeinsamen Institutionen benutzten Wappen und Abzeichen, der Errichtung einer Militärakademie mit ungarischer Unterrichtssprache. – Das Programm der 1904 neugegründeten Nationalpartei bekennt sich bereits zur »reinen Personalunion« und ist auch hinsichtlich seiner sonstigen Forderungen in die Nähe des Programms der UNABHÄNGIGKEITSPARTEI gerückt.

Geschichte: Die schärfere Hervorhebung der nationalen Forderungen, die *A. Apponyi* zufolge auf die »Verwirklichung des nationalen Inhalts des Ausgleichs« gerichtet waren, erbrachte erwartungsgemäß einen steigenden Stimmenanteil und 64 Mandate bei den Wahlen im Februar 1892. Im Wahlaufruf vor den Wahlen im Oktober 1896 wurden die agrarischen Forderungen betont und die Partei erzielte mit 8,4 % der abgegebenen Stimmen 33 Mandate. Die irrige Annahme der Parteileitung, die nationalen Forderungen der Partei folgten geradezu aus dem Ausgleich, ermöglichte nach dem Regierungsantritt des konzilianten *K. Széll* die Fusion mit der → LIBERALEN PARTEI am 26. 2. 1899.

A. Apponyi und seine 24 Anhänger verließen die → LIBERALE PARTEI aus Protest gegen die Gewaltmethoden von Ministerpräsident Graf *I. Tisza* am 25. 11. 1903. Die Parteigründung wurde am 12. 6. 1904 in Jászberény proklamiert, und 18 Abg., die auch früher Mitglieder der Nationalpartei waren, schlossen sich der neugegründeten Partei (Vors. *Á. Szentiványi)* an. Unter dem Druck der innenpolitischen Krise ging die Nationalpartei am 3. 1. 1905 in der UNABHÄNGIGKEITSPARTEI (→ STAATSRECHTLICHE OPPOSITION) auf.

A. Apponyi, Emlékirataim, Ötven év, Ifjúkorom – huszonöt év az ellenzéken, Budapest 1922; Ders., Gróf Apponyi Albert emlékiratai, Ötven év, Bd. 2: 1899–1906, Budapest 1934.

National-Radikale Partei (Nemzeti Radikális Párt). Im Herbst 1930 durch *E. Bajcsy-Zsilinszky*

gegründete Partei, die sich unter dem Einfluß des italienischen Faschismus für die Einführung eines korporativen Systems aussprach. Die Partei bekannte sich zum gleichen und geheimen Wahlrecht sowie zur freien Königswahl. Das wirtschaftliche Programm war ausgesprochen agrarisch und antikapitalisitisch, es sprach sich für eine mit einem radikalen Siedlungsprogramm verknüpfte Bodenreform aus und forderte schließlich die allgemeine Wehrpflicht sowie bei Betonung der »natürlichen und größtmöglichen Solidarität der Donauvölker« die »Wiederherstellung des historischen Ungarn«.

Bei den Wahlen im Juni/Juli 1931 errang die Partei nur ein einziges Mandat. *Bajcsy-Zsilinszky* bekundete im Parlament Sympathie gegenüber der neuen Regierung *Gömbös* (→ Partei der Nationalen Einheit), mit deren Zielsetzungen er weitgehend übereinstimmte. Bei den Wahlen im Frühjahr 1935 fiel *Bajcsy-Zsilinszky*, der an der deutschfreundlichen Politik von *Gömbös* auch als Herausgeber der Wochenschrift ›Szabadság‹ (ab 15. 3. 1932) immer stärkere Kritik übte, infolge des Regierungsterrors durch. Die Partei konnte nur dank der Fusion mit der Kossuth-Partei (→ Staatsrechtliche Opposition) ein Abgeordnetenmandat erlangen; sie schloß sich schließlich am 30. 11. 1936 der → Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte an.

L. Dernői Kocsis, Bajcsy-Zsilinszky, (Budapest) 1966; S. Kónya, Gömbös kísérlete totális fasiszta diktatúra megteremtésére, Budapest 1968.

Nationalsozialistische Parteien (→ auch Pfeilkreuzlerpartei) Der Journalist *Z. Böszörmény* gründete im Dezember 1931 die National-Sozialistische Ungarische Arbeiterpartei (Nemzeti Szocialista Magyar Munkáspárt), die sich ab 1933 Sensenkreuzlerbewegung (Kaszáskeresztes Mozgalom) nannte. *Z. Meskó*, der 1931 als Abg. der regierenden → Partei der Nationalen Einheit (NEP) in das Parlament eingezogen war, arbeitete eine Zeitlang mit *Böszörmény* zusammen, doch dann wandte er sich von dessen sozialem Radikalismus ab und gründete am 16. 6. 1932 die Ungarische National-Sozialistische Partei der Landarbeiter und Arbeiter (Magyar Nemzeti Szocialista Földmíves és Munkás Párt). Das Erscheinen des Pfeilkreuzes als Parteisymbol und des grünen Hemdes als Parteiuniform im September 1933 ist mit seinem Namen verbunden. *Meskó* war der erste nationalsozialistische Abg. im ungarischen Parlament. Auch der Großgrundbesitzer Graf *S. Festetics* war Parlamentsmitglied, als er Ende 1933 die NEP verließ und als Führer der Ungarischen National-Sozialistischen Partei (Magyar Nemzeti Szocialista Párt) den Zusammenschluß der rechtsextremistischen Gruppen herbeizuführen versuchte. Die Vereinigte National-Sozialistische Partei (Egyesült Nemzeti Szocialista Párt) des verarmten Grafen *F. Pálffy* und die National-Sozialistische Partei (Nemzeti Szocialista Párt) des Debrecener Großbauern *I. Balogh* waren gleichfalls 1933 entstanden. *S. Festetics* gelang 1934 die Einigung mit *Meskó* und *Pálffy*, doch dann trennte er sich von ihnen und fusionierte mit *Balogh*. *Festetics* und *Balogh* waren dann auch die ersten, die bei den Wahlen im Frühjahr 1935 als Mitglieder einer nationalsozialistischen Partei in das ungarische Parlament gelangt sind. Doch zu einer größeren parlamentarischen Bedeutung zu kommen, gelang keiner dieser Gruppierungen. Die Sensenkreuzlerbewegung wurde im Juni 1936 verboten. *Festetics* trennte sich bald von *Balogh*, weil dieser Sympathien für *F. Szálasi* zeigte, der ihm als zu radikal erschien. *Balogh* ging erst mit *Pálffy* zusammen, dann gründete er seine National-Sozialistische Partei neu und schloß sich im Oktober 1937 mit dieser der Ungarischen National-Sozialistischen Partei *Szálasis* an. Die früheren Anhänger von *Festetics* stießen im August 1938 ebenfalls zu dieser Richtung (→ Pfeilkreuzlerpartei).

Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 half den ungarischen Nationalsozialisten, den Tiefstand ihrer Bewegung zu überwinden. 6 Abg. unter der Führung von *M. Matolcsy* verließen am 21. 3. die → Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, weil deren Führer *Eckhardt* – ihrer Meinung nach – die Rechtsorientierung der Partei aufgegeben hatte. Diese Abg. gründeten am 13. 6. 1938 die Christliche National-Sozialistische Front (Keresztény Nemzeti Szocialista Front). Zur Zeit der Kabinettskrise im November 1938 besaß die Partei 8 Mandate, Anfang Mai 1939 5 und nach den Wahlen Ende Mai 1939 nur noch 2 Mandate. Die von ihr abgespaltene Nationale Front (Nemzeti Front) unter der Führung von *Matolcsy* erhielt 3 Mandate. Diese Fraktion ging jedoch – nach vorübergehender Bildung eines Parteibündnisses mit der Vereinigten National-Sozialistischen Partei *Pálffys* – bald ganz in dieser auf. Die sich jetzt ebenfalls Ungarische National-Sozialistische Partei (Magyar Nemzeti Szocialista Párt) – diese Bezeichnung war seit dem Verbot der Partei gleichen Namens (→ Pfeilkreuzlerpartei) frei geworden – nennende *Pálffy*-Partei wurde nun – nach Beitritt einiger parteiloser Nationalsozialisten (*L. Baky* u. a.) – mit 11 Abg. zur zweitstärksten nationalsozialistischen Fraktion im ungarischen Parlament.

Die von *K. Hubay* verfolgte politische Linie führte zu Austritten aus der → Pfeilkreuzlerpartei. Anfang 1940 gab es nicht weniger als 8 nationalsozialistische Gruppen im Parlament. Wahrscheinlich auf das Drängen von deutscher Seite hin begannen Unionsverhandlungen zwischen der *Pálffy*- und der Pfeilkreuzlerpartei, die jedoch erst am 27. 9. 1940 zum Erfolg führten.

Am 3. 10. schloß sich auch die Christliche National-Sozialistische Front der → Pfeilkreuzlerpartei an. Nur die von *K. Rácz* Ende 1939 gegründete Unabhängige Ungarische Sozialistische Partei (Független Magyar Szocialista Párt, 1 Mandat) und die Ungarische National-Soziali-

STISCHE PARTEI DER LANDARBEITER UND ARBEITER (2 Mandate) bewahrten ihre Unabhängigkeit.

B. Imrédy gründete aus der rechtsextremistischen Fraktion der → PARTEI DES UNGARISCHEN LEBENS (MÉP) am 21. 10. 1940 die PARTEI DER UNGARISCHEN ERNEUERUNG (MMP, Magyar Megújulás Pártja), deren Vors. er selbst wurde. Die Partei, die Ende 1940 20 Mandate hatte, stützte sich hauptsächlich auf Mitglieder der ehemaligen VEREINIGTE UNGARISCHE PARTEI (Egyesült Magyar Párt) und fand eher in den Mittelschichten und der Beamtenschaft Unterstützung. Am 18. 9. 1941 wurde die UNGARISCHE NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI *Pálffys* auf Betreiben der Deutschen neugegründet, und die MMP bildete mit dieser am 24. 9. 1941 ein Parteibündnis UNGARISCHE ERNEUERUNG – NATIONALSOZIALISTISCHES PARTEIBÜNDNIS (Magyar Megújulás Nemzeti Szocialista Pártszövetség), das unter der Führung von *J. Rátz* mit 33 Abg. – entgegen den 31 Abg. *Szálasis* – zur größten rechtsradikalen Fraktion im ungarischen Landtag wurde. Es besaß das volle Vertrauen der Deutschen und bedeutete bis zur deutschen Besetzung des Landes am 19. 3. 1944 die gefährlichere Opposition für die Regierung. Das NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEIBÜNDNIS erhielt anschließend die Schlüsselpositionen im Kabinett, bis Wirtschaftsminister *B. Imrédy* wegen der Übernahme jüdischen Betriebsvermögens durch die SS Protest einlegte und mit seinen Kollegen *A. Jaross* und *A. Kunder* am 7. 8. 1944 zurücktrat. Die Gründung einer einheitlichen Rechtspartei scheiterte nicht zuletzt an der Person von *Szálasi*. Die noch bestehenden nationalsozialistischen Parteien mußten ihre Tätigkeit infolge der kriegsbedingten Auflösung der Parteien durch die Regierung am 24. 8. 1944 einstellen (→ PFEILKREUZLERPARTEI).

M. Lackó, Arrow-Cross Men, National Socialists 1935–1944, Budapest 1969; P. Sípos, Imrédy Béla és a Magyar Megújulás Pártja, Budapest 1970.

Neue Partei (Új Párt). Am 22. 11. 1903 durch *D. Bánffy* in Klausenburg gegründete liberale, ausgleichsfreundliche, aber extrem nationalistische Partei der nationalen Intelligenz und bürgerlichen Mittelschichten. – Nach Jahren politischer Passivität gründete *Bánffy* 1902 die Zeitschrift ›Magyar Közélet‹, um sich damit ein Forum zur Erneuerung des liberalen Gedankengutes zu schaffen. Darin erläuterte er seine neuen Ideen, die auch in das Parteiprogramm Eingang fanden: Schaffung eines »einheitlichen ungarischen Nationalstaates« mit allen Konsequenzen auf wirtschaftlichem (selbständiges Zollgebiet, Nationalbank) und militärischem Gebiet (Ungarisch als Kommandosprache), Ablehnung gleichberechtigter Nationalitäten, da dies zum Föderalismus und zur Zerstückelung des Landes führe, Reform des Wahlrechts aufgrund einer Herabsetzung des Zensus, nationale Siedlungspolitik, soziale Gesetzgebung. – Am 19. 11. 1904 beteiligte sich *Bánffy* (Abg. seit Mai 1904) mit seiner Partei an der Gründung der regierungsfeindlichen Koalition. 1905 erlangte die Partei mit knapp 1,8 % der Stimmen 13 Mandate. Auf *Bánffys* Vorschlag hin beschloß der Landtag am 21. 6. 1905 den »nationalen Widerstand« gegen die Regierung *Fejérváry* (→ LIBERALE PARTEI). *Bánffy* führte im folgenden die Verhandlungen mit dem Wiener Hof, dessen Bedingungen ihm Ende August von *A. Graf Gołuchowski* überreicht wurden: Regierungsbildung unter Ausklammerung der Militärfrage und unveränderte Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. Mit der Verzögerungstaktik der Koalition unzufrieden, trat *Bánffy* am 5. 3. 1906 aus ihr und deren »Führungsausschuß« aus; Folge des übereilten Schrittes war, daß er sich an der bald folgenden Regierungsbildung nicht beteiligte und die Partei bei den Wahlen im Mai 1906 nur 3 Mandate erhielt. Wann sich die Partei aufgelöst hat, ist nicht bekannt; *Bánffy*, der 1910 wieder ins Parlament gewählt wurde, starb im Mai 1911.

L. Bíró, Bánffy, in: Huszadik Század 12, 1911, S. 722–723; I. Dolmányos, A koalíció az 1905–1906. évi kormányzati válság idején, Budapest 1976.

Opposition (Ellenzék). Politischer Zusammenschluß des gebildeten Mitteladels im Vormärz. Gründung: 15. 3. 1847.

Programm: Die knapp gehaltene »Oppositionelle Erklärung« (Ellenzéki Nyilatkozat) vom 5. 6. 1847 nannte als Ziele: gemeinsames Tragen der Lasten, Landtagsvertretung der Bürgerlichen und der Städte, Gleichheit vor dem Gesetz, Aufhebung der Urbariallasten bei Entschädigung der Gutsbesitzer, Abschaffung der Ständischen Erbordnung, die den freien Grundverkehr verhinderte, Ungarn solle unter Beibehaltung der »Einheit der Gesamtmonarchie« im Geiste des Gesetzartikels X vom Jahre 1790 unabhängig werden.

Wichtigste Presseorgane: ›Pesti Hírlap‹ (2. 1. 1841–8. 7. 1849), ›Életképek‹ (Januar 1843 bis 31. 12. 1848).

Geschichte: Die Führer der liberalen Opposition hatten unter dem Druck der konservativen Sammlung (→ KONSERVATIVE PARTEI) bereits am 20. 8. 1846 Verhandlungen zwecks Gründung einer einheitlichen Partei geführt, doch die Gegensätze bei der Formulierung eines Parteiprogramms konnten nicht überbrückt werden. Auch die »beratende Konferenz« vom 15. 3. 1847 umriß nur die »Grundsätze« und wählte einen sechsköpfigen Ausschuß (*F. Deák, L. Kossuth*, Baron *J. Eötvös, F. Pulszky*, Graf *L. Teleki, B. Szemere*), der das Programm zu formulieren und einer neuen Konferenz im Juni vorzulegen hatte. Diese »Oppositionelle Erklärung« war im wesentlichen das Werk *Kossuths*, sie erschien jedoch, ihrem Kompromißcharakter entsprechend, unter dem Namen von *Deák*. Vors. der Opposition wurde das Magnatentafelmitglied Graf *L. Batthyány*. Bei den Wahlen zum letzten ständischen Landtag im November 1847 erlangte sie etwa die Hälfte der Mandate. Unter dem Eindruck der Pariser Februarrevolution forderte *Kossuth* in seinem Adressenentwurf vom 3. 3. 1848 nicht nur für

Ungarn, sondern auch für die Kronländer eine moderne, parlamentarische Verfassung. Die revolutionären Ereignisse im März 1848 brachten die Opposition an die Regierung: am 17. 3. 1848 ernannte Erzherzog *Stephan* als Palatin Batthyány zum ersten verantwortlichen ungarischen Ministerpräsidenten; *Kossuth* wurde Finanz-, *Deák* Justiz-, *Eötvös* Kultusminister. Doch die Märzrevolution bedeutete das Ende der Parteitätigkeit: Nach der vernichtenden Niederlage der Konservativen wurde eine straffe Organisation nicht mehr für notwendig erachtet. In dem am 5. 7. 1848 eröffneten neuen Landtag, zu welchem die Wahlen bereits aufgrund des neuen, bürgerlichen Wahlgesetzes durchgeführt worden waren, betrug die Mehrheit der Liberalen etwa neun Zehntel der Abg., die aufgrund dieser Machtstellung keinen Anlaß zu weiterer politischer Organisation mehr sahen. Der Liberalismus hatte seinen Höhepunkt 1848 erreicht; seine gesellschaftspolitischen Forderungen wie das gemeinsame Tragen der Lasten, die Aufhebung der Urbarialleistungen und der Avitizität wurden nicht einmal von der siegreichen Gegenrevolution in Frage gestellt.

Gy. Spira, A magyar forradalom 1848–49-ben, Budapest 1959.

Opposition der Rechten (Jobboldali Ellenzék). Am 25. 5. 1875 durch Baron *P. Sennyey* in Sátoraljaújhely gegründete konservative Magnatenpartei. Sie sah im Ausgleich die »Hauptgewähr für die verfassungsgemäße Behandlung der mit dem anderen Teil der Monarchie bestehenden gemeinsamen Angelegenheiten und Interessen sowie für die nationalstaatliche Existenz« und forderte deshalb u. a. eine »organische Verbindung« zwischen den ungarischen Honvéd (Landwehr) und der gemeinsamen Armee, eine Vereinbarung mit der österreichischen Nationalbank und Aufrechterhaltung der Zollunion mit Österreich. Die Partei setzte sich aus einer Gruppe von mehrheitlich der früheren → Deákpartei angehörenden Abg. zusammen, die sich der Ansicht *Sennyeys* angeschlossen hatten, daß im ungarischen Parteiensystem auch weltanschaulich ausgerichtete Parteien vertreten sein müßten. Aus Gründen der Opportunität verzichteten sie jedoch in ihrem Programm darauf, ihre konservative Grundhaltung zu deklarieren, stattdessen bezeichneten sie sich als »Opposition«. Die in weltanschaulicher Hinsicht heterogene Partei, der sich aus Mißtrauen gegenüber der neuen Regierungspartei auch Liberale angeschlossen hatten, wurde allein durch die Autorität *Sennyeys* zusammengehalten. Nach dessen Erkrankung ging die Führung der Partei, die 1875 nur 21 Mandate erhalten hatte, immer mehr an Graf *A. Apponyi* über. Als die Konservativen im Februar 1877 während der Ausgleichsverhandlungen einen von König *Franz Joseph* erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung ablehnten, begaben sie sich damit der letzten Möglichkeit zu einer Regierungsübernahme. Am 12. 4. 1878 schlossen sie sich der → Vereinigten Opposition an.

Presse: ›Magyar Politika‹ (1. 1. 1872–13. 6. 1875), ›Kelet Népe‹ (15. 6. 1875–31. 12. 1878).

Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung (**KNEP**, Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja). Gründung: 25. 10. 1919 durch die Fusion der → Christlich-Sozialen Wirtschaftspartei (KSZGP) mit der → Christlich-Nationalen Partei (KNP).

Programm: Anstelle eines neuen Parteiprogramms wurde auf die Programme von KNP und KSZGP verwiesen.

Organisation: Bei den Wahlen im Januar/Februar 1920 sicherte noch die christlich-soziale Bewegung die Massenbasis; nach den Wahlen entwickelte sich die Partei zu einer reinen parlamentarischen Partei zurück.

Geschichte: Die Entente machte die Bildung einer Koalitionsregierung zur Bedingung für die Anerkennung des *Horthy*-Regimes; die Partei sollte in der Koalition das Übergewicht der Rechten, d. h. den christlichen und nationalen Charakter der Regierung sicherstellen. Die → KNP fusionierte unter der Bedingung, daß *I. Friedrich* Vors. der neuen Partei würde. Die Fusion bedeutete das Zurückdrängen der Christlich-Sozialen und verhinderte eine Entwicklung der christlichen Politik in eine soziale oder demokratische Richtung. Die Wahlen im Januar/Februar 1920 brachten der Partei 72 Sitze (35,1 % der abgegebenen Stimmen), darunter gehörten allerdings 5 bzw. 4 Mandate der in den Wahlkreisen nicht fusionierten Christlich-Sozialen Partei und → Christlich-Sozialen Wirtschaftspartei. Infolge der Legitimitätsfrage und des Verhältnisses zur Partei der Kleinen Landwirte, mit der sie am 12. 3. 1920 eine Koalition (Vereinigung Christlicher Parteien = Keresztény Pártok Szövetsége) gebildet hatte, zerfiel die KNEP bald in Fraktionen. Am 12. 4. 1820 traten *Friedrich* und 6 Abg. aus und gründeten die → KNP neu. Am 16. 4. 1920 gründeten 22 Abg. der KNEP (Graf *P. Teleki*, Graf *K. Klebelsberg* u. a.) und der Partei der Kleinen Landwirte (*J. Czettler*, Markgraf *G. Pallavicini* u. a.) die Christliche Partei der Landarbeiter und Kleinen Landwirte (Keresztény Földmíves és Kisgazda Párt), genannt auch »Dissidenten« (Disszidensek) oder Vereinigte Christliche Partei (Egyesült Kereszténypárt), um damit die Schaffung einer einheitlichen Regierungspartei herbeizuführen. Vors. der KNEP wurde *I. Haller*. Am 13. 7. 1920 schlossen sich die »Dissidenten« mit den beiden Mutterparteien zur Vereinigten Christlich-Nationalen Partei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter (Egyesült Keresztény Nemzeti Kisgazda és Földmíves Párt) zusammen, ohne daß die konstituierenden Parteien dadurch ihre organisatorische Selbständigkeit ganz aufgegeben hätten. Vors. dieser neuen Regierungspartei wurde der katholische Bischof *O. Prohászka*. Das Parteiprogramm enthielt folgende Forderungen: starke Exekutive, Änderungen in der Finanzpolitik, Bodenreform, Existenzsicherung christlicher Institutionen, Wahlrechtsreform, Lösung sozialer und

Nationalitätenfragen u. a. Ministerpräsident wurde Graf *P. Teleki,* Führer der »Dissidenten«. Der Gegensatz zwischen der in ihrer Mehrheit für die freie Königswahl eintretenden PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE und der in ihrer Mehrheit legitimistischen KNEP führte jedoch zur Auflösung der Regierungspartei, sobald *Teleki* mit Unterstützung der Christlich-Sozialen versucht hatte, eine sich auf die KNEP stützende parlamentarische Mehrheit zu schaffen. In der Parteisitzung vom 3. 2. 1921 bereiteten die freien Königswähler *Teleki* eine Abstimmungsniederlage, doch nachdem er am folgenden Tage im Abgeordnetenhaus die Mehrheit erhalten hatte, verließ er mit 36 Gesinnungsgenossen die Regierungspartei. Als ihm eine neue Mehrheit zu bilden nicht gelungen war, löste sich die VEREINIGTE CHRISTLICH-NATIONALE PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE UND LANDARBEITER in ihre Bestandteile auf.

Die Parteikonferenz vom 10. 2. 1921 gründete die KNEP neu, und die Partei regierte in Koalition mit der PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE weiter. Die beiden Parteien bildeten mit den »Dissidenten« ein Parteibündnis. Am 23. 2. 1921 trat der parteilose Graf *Gy. Andrássy* in die KNEP ein und wurde Parteivorsitzender. Die Partei hatte damit 59 Sitze im Parlament und die »Dissidenten« 19. Infolge der Umgruppierungen war der Einfluß des Klerus, der sich zum Legitimismus bekannte, in der Partei angestiegen.

Die beiden gescheiterten Rückkehrversuche König *Karls IV.* auf den Thron im März und Oktober 1921 kompromittierten die KNEP. *Andrássy* trat am 4. 1. 1922 wegen der Thronenthebung des Königs durch das Parlament aus der Partei aus (→ CHRISTLICH-NATIONALE PARTEI DER LANDARBEITER UND BÜRGER), deren Vorsitz wieder von *Haller* eingenommen wurde. Die Gründung der neuen Regierungspartei → EINHEITSPARTEI am 23. 2. 1922 veranlaßte die römisch-katholische Kirche, von der Förderung einer konfessionellen politischen Partei nunmehr abzusehen, und die KNEP zerfiel in zwei weitere Fraktionen. Die mehrheitliche unter dem Namen PARTEI DER CHRISTLICH-NATIONALEN EINHEIT (Keresztény Nemzeti Egység Pártja) gewann bei den Wahlen 1922 mit 5,5 % der Stimmen 15 Mandate.

J. Gergely, A keresztényszocializmus Magyarországon 1903–1923, Budapest 1977.

Partei der Kleinen Landwirte (Kisgazdapárt) → Landespartei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter.

Partei der Nationalen Einheit (**NEP,** Nemzeti Egység Pártja). Regierungspartei. Gründung: 27. 10. 1932 durch *Gy. Gömbös* durch Umbenennung der → EINHEITSPARTEI.

Programm: Die jeweiligen Regierungsprogramme.

Organisation: Die Partei sollte in Abweichung von den traditionellen bürgerlichen Parteien zu einer sich über das ganze Land ausbreitenden, nach Verwaltungseinheiten gegliederten und eine ständige politische Tätigkeit ausübenden Massenpartei werden. Die Organisation vollzog sich unter Anwendung des »Führerprinzips« mit Hilfe des Verwaltungsapparates. 1934 bestanden bereits 3229 lokale Organisationen der Partei.

Presse: ›Függetlenség‹ (ab 16. 2. 1933).

Geschichte: Der am 1. 10. 1932 neu ernannte Kabinettschef *Gömbös* sah als unabdingbare Voraussetzung für die Bewältigung der innenpolitischen Krise die Schaffung einer gut durchorganisierten, das ganze politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben umfassenden Massenpartei: Die Namensänderung sollte auf einen Neubeginn hindeuten. Die Parteibüros der NEP begannen ihre Tätigkeit im ganzen Lande – in jeder Gemeinde und in jeder Stadt – am 15. 6. 1933. Die hauptstädtische BÜRGERLICHE GEMEINDEPARTEI (Községi Polgári Párt) wurde gezwungen, in der NEP aufzugehen, doch der Widerstand gegen das neue hauptstädtische Gesetz, wodurch *Gömbös* die Autonomie der Stadt aufheben wollte, um seine Lage zu festigen, setzte sich auch in der hauptstädtischen NEP-Organisation fort (»liberaler« Flügel unter *J. Kozma* und *H. Payr*). Der Ministerpräsident konnte nur durch Kompromisse vermeiden, daß er in der Parteikonferenz vom 15. 1. 1934 eine Abstimmungsniederlage erlitt.

Den Grafen *I. Bethlen,* der seine Reformpläne bekämpfte, versuchte er auszuschalten, indem er das Exekutivkomitee der Partei, dessen Vors. *Bethlen* geblieben war, entmachtete. Die Rivalität zu *Bethlen* zwang *Gömbös,* nach Verbündeten außerhalb der Partei zu suchen. Die Hoffnung, die rechtsradikalen Parteien würden sich seiner Partei anschließen, erfüllte sich nicht, doch Ende April/Anfang Mai 1934 kam es zur Einigung mit *T. Eckhardt* (→ UNABHÄNGIGE PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE), der als Bedingung für eine Zusammenarbeit die Einführung des geheimen Wahlrechts gestellt hatte. Die Ende 1934 gegründete »Reformgeneration« (Reformnemzedék) aus den jüngeren Mitgliedern der NEP, der → CHRISTLICHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALEN PARTEI und der → UNABHÄNGIGEN PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE unterstützte *Gömbös* in dessen Kampf gegen *Bethlen.* Die Auflösung des Parlaments durch *M. Horthy* am 5. 3. 1935 veranlaßte *Bethlen* und 8 seiner Parteifreunde zum Austritt aus der Regierungspartei. Die Wahlen bestätigten *Gömbös:* Die NEP errang mit 43,6 % der Stimmen 170 Mandate. Schwungvoll wurde nun die Organisation der NEP fortgesetzt, doch der Widerstand gegen deren Prinzipien, sogar im Kabinett (Innenminister *M. Kozma*), zwang *Gömbös* bis Frühjahr 1936 zu langsamerem Vorgehen. Nach dem Tod von *Gömbös* am 6. 10. 1936 trat der Parteivorstand zurück, und die Parteikonferenz vom 15. 10. wählte den neuen Ministerpräsidenten *K. Darányi* zum Parteiführer. Am 14. 12. 1936 wurde das Generalsekretariat aufgehoben, den Parteivorsitz erhielt der Agrarier *B. Ivády.*

Der neue Parteivorstand erließ sogleich ein neues Organisationsstatut für die Partei. Am 3. 2. 1938 wählte die Partei – im Zuge einer stärkeren Rechtsorientierung – *A. Tasnádi Nagy* zum Vorsitzenden. *B. Hóman* wurde stellvertretender Parteiführer.

Die Regierung von *B. Imrédy* (ab 14. 5. 1938) legte erneut totalitäre Tendenzen zutage. *Imrédy* erklärte am 2. 10. 1938, er wolle seine Politik nicht auf eine Partei, sondern auf eine neue, zeitgemäße Bewegung gründen. Als Protest gegen seine Reformpläne verließen im Oktober/November 1938 insgesamt 62 Abg., unter ihnen *S. Sztranyavszky*, die Partei, wodurch die absolute Mehrheit der NEP verloren ging. Zwangsläufig erlitt *Imrédy* am 23. 11. 1938 im Abgeordnetenhaus eine Abstimmungsniederlage. Die Restpartei gab sich einen neuen Vorstand mit *F. Bárczay* als Vors. Am 5. 1. 1939 gründete *Imrédy* daraufhin seine BEWEGUNG UNGARISCHES LEBEN (MÉM, Magyar Élet Mozgalom), doch nach seinem baldigen Sturz wurde in der Parteikonferenz vom 22. 2. 1939 deren Einstellung als politische (nicht aber als gesellschaftliche) Bewegung beschlossen. Die politischen Zielsetzungen sollten im Rahmen einer neuorganisierten Regierungspartei weiterverfolgt werden, die deshalb den Namen → PARTEI DES UNGARISCHEN LEBENS annahm (vollzogen am 7. 3. 1939). Auf der gleichen Konferenz wurde der Rückkehrantrag der in ihrer Mehrheit für zu liberal gehaltenen »Dissidenten« abgelehnt; die von *Gy. Kornis* und *Sztranyavszky* geführte Gruppe (36 Abg.) gründete daraufhin die CHRISTLICH-NATIONALE UNABHÄNGIGKEITSPARTEI (Keresztény Nemzeti Függetlenségi Párt), die Gruppe um *G. Bornemisza* und *Ö. Mikecz* (16 Abg.) die NATIONALE REFORMPARTEI (Nemzeti Reformpárt).

Magyarország évkönyve, red. L. Béry, A. Kun, Budapest 1934–1939; S. Kónya, Gömbös kísérlete totális fasiszta diktatúra megteremtésére, Budapest 1968; P. Sípos, Imrédy Béla és a Magyar Megújulás Pártja, Budapest 1970.

Partei des Ungarischen Lebens (**MÉP**, Magyar Élet Pártja). Regierungspartei. Gründung: 7. 3. 1939 durch den Grafen *P. Teleki* als Nachfolgepartei der → PARTEI DER NATIONALEN EINHEIT (NEP).

Presse: ›Pesti Napló‹, ›Új Magyarság‹.

Graf *P. Teleki* umriß das Programm der Partei in deren Konferenz vom 16. 1. 1940: Ungarn pflege engste Freundschaft mit Italien und Deutschland, doch unterhalte normale diplomatische Beziehungen auch zu den übrigen Staaten. Gesetzentwürfe zum Zwecke einer gleichmäßigeren Bodenverteilung sowie der Förderung des sozialen Fortschritts und der Stärkung der Nation würden eingebracht. Vors. der MÉP wurde Baron *L. Vay*.

Bei den – zum ersten Mal geheimen – Wahlen im Mai 1939 errang die Partei 181 der insgesamt 260 Mandate, wodurch die Regierung sich wieder auf eine imposante Mehrheit stützen konnte. Die am 30. 6. 1939 einberufenen 36 Abg. der im November 1938 und März 1939 rückgegliederten nördlichen Gebiete unterstützten gleichfalls die MÉP. Die von *A. Jaross* geführte VEREINIGTE CHRISTLICH-SOZIALE UND UNGARISCHE NATIONALPARTEI oder kurz VEREINIGTE UNGARISCHE PARTEI (Egyesült Kereszthényszocialista és Magyar Nemzeti Párt bzw. Egyesült Magyar Párt) schloß sich im Februar 1940 auch organisatorisch der MÉP an.

Nach Kriegsausbruch bildete sich in der Partei immer stärker eine rechtsextremistische Fraktion unter der Leitung *B. Imrédys* heraus, die eine eindeutigere Deutschorientierung und entsprechende innenpolitische Reformen forderte. *P. Teleki* stärkte seine Position vorerst dadurch, daß er in den Deutschen hinsichtlich der Erfüllung mancher ihrer wirtschaftlichen Forderungen Hoffnung erweckte, dann erreichte er die Ablösung zweier rechtsstehender Minister. *Imrédys* personelle und politische Forderungen wies er zurück. Von den Deutschen ermuntert, trat daraufhin *Imrédy* mit 18 Abg. Anfang Oktober aus der MÉP aus und gründete noch im selben Monat die PARTEI DER UNGARISCHEN ERNEUERUNG (MMP, → NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEIEN). *Teleki* festigte seine Position durch personelle Veränderungen in der Parteiführung (neuer Vors. am 5. 11. 1940: *B. Lukács*) und im Kabinett. Er wehrte sich gegen den Rechtsextremismus, indem er immer weiter nach rechts in seiner eigenen Politik abglitt.

Unter dem vorsichtig lavierenden Ministerpräsidenten *Kállay* verschlechterte sich die Beziehung zwischen Regierung und Partei; um das Mißtrauen der MÉP zu zerstreuen, nahm *Kállay* den Parteivorsitzenden *Lukács* am 17. 4. 1942 in sein Kabinett auf. Die Versuche des NATIONALSOZIALISTISCHEN PARTEIBÜNDNISSES (→ NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEIEN) und der → PFEILKREUZLERPARTEI, *Kállay* am 30. 11. 1943 im Parlament zu stürzen, schlugen fehl. 30 Abg. vom rechten Flügel der MÉP (*B. Hóman* u. a.) forderten den Ministerpräsidenten Anfang Februar 1944 in einem Memorandum auf, energisch gegen die Linke einzuschreiten und betonten, der Krieg müsse bis zu seinem Ende »ehrlich« durchgefochten werden.

Die Regierung von *D. Sztójay* nach der deutschen Besetzung des Landes am 19. 3. 1944 war eine Koalitionsregierung; die Minister gehörten der MÉP, der MMP und der UNGARISCHEN NATIONAL-SOZIALISTISCHEN PARTEI (→ NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEIEN) an. 27 Abg., darunter der frühere Ministerpräsident *Kállay*, die als Anhänger einer westlichen Orientierung galten, wurden aus der MÉP ausgeschlossen. Die Partei stellte ihre Tätigkeit – im Sinne des Parteienverbots der Regierung – am 24. 8. 1944 ein.

Pfeilkreuzlerpartei (Nyilaskeresztes Párt) → Pfeilkreuzlerpartei – Hungaristische Bewegung.

Pfeilkreuzlerpartei – Hungaristische Bewegung (Nyilaskeresztes Párt – Hungarista Mozgalom). Die bedeutendste nationalsozialistische Partei Ungarns. Gründung: 1. 3. 1935 als PARTEI DES

WILLENS DER NATION (NAP, Nemzet Akaratának Pártja) durch *F. Szálasi.*

Presse: ›Összetartás‹, ›Magyarság‹ (Mai 1938 bis September 1941, vorher konservativ-legitimistisch, nachher Sprachrohr der PÁLFFY-PARTEI (→ NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEIEN).

Programm: Die Gründungssitzung der NAP erklärte das Buch *Szálasis* ›Cél és követelések‹ (Ziel und Forderungen, 1935) zum Parteiprogramm. In wirtschaftlicher Hinsicht wurden die Forderungen der Agrarier und der Mittelschichten übernommen. Die »Arbeitsfrage« solle auf nationaler und sozialer Grundlage, bei gegenseitigem Schutz der Arbeiter- und Arbeitgeberbelange, gelöst werden. Radikaler Antisemitismus. Bemerkenswert war der Plan eines Bundesstaates, in dem die Völker des Karpatenbeckens unter ungarischer Führung zusammengefaßt werden sollten (»Konnationalismus«). Die drei Grundpfeiler des 1937 verkündeten »Hungarismus« seien moralisch (Christentum), geistig und materiell (Volksgemeinschaft). Man strebe einen entwickelten Bauernstaat mit Industrie an. *Szálasis* Programm vom Oktober 1940 bezeichnete als Ziel die Machtübernahme. Die Einheit von Nationalismus und Sozialismus solle hergestellt werden. Die Partei wünsche keine Zusammenarbeit mit der Regierung. Die Kirchen hätten sich politisch neutral zu verhalten.

Geschichte: Die internationale Lage und die wachsenden sozialen Spannungen um 1933 begünstigten die Entstehung rechtsradikaler Richtungen in Ungarn. Nach *Szálasis* Besuch in Deutschland im Herbst 1936 wurde die Parteiorganisation intensiviert, die Partei warb besonders unter den Arbeitern und in den Städten um Mitglieder. Am 15. 4. 1937 wurde sie von der Polizei aufgelöst und *Szálasi* verhaftet.

Im Sommer 1937 rief *L. Endre* die RASSENSCHÜTZLER-SOZIALISTISCHE PARTEI (Fajvédő Szocialista Párt) ins Leben und einigte sich mit *Szálasi* hinsichtlich der Gründung einer neuen politischen Partei. Die UNGARISCHE NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI (Magyar Nemzeti Szocialista Párt) wurde in einer Großkundgebung in Ofen am 24. 10. 1937 gegründet, wobei *Szálasi* den als ideologische Grundlage dienenden »Hungarismus« feierlich verkündete. Der Partei schlossen sich außer der Partei von *Endre* noch 8 weitere rechtsradikale oder nationalsozialistische Gruppierungen an, darunter auch die NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI *I. Baloghs* (→ NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEIEN). Das Verbot der SENSENKREUZLERBEWEGUNG ließ die Regierung befürchten, daß deren Anhänger, Agrarproletarier der Tiefebene, sich der Partei *Szálasis* anschließen könnten; *Szálasi* wurde deshalb Ende November – bereits zum zweiten Mal nicht rechtskräftig – zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Die UNGARISCHE NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI wurde am 21. 2. 1938 verboten und *Szálasi* mit 72 Aktivisten unter Polizeiaufsicht gestellt.

Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich stärkte die deutschfreundlichen Kräfte sowohl in der Regierung als auch in der Opposition; die Rechtsextremisten gaben die Parole »1938 gehört uns« heraus und aus der VEREINIGTEN CHRISTLICHEN PARTEI (→ CHRISTLICHE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALE PARTEI) und der → UNABHÄNGIGEN PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE spalteten sich nationalsozialistische Gruppen ab. Am 27. 3. 1938 gründete *K. Hubay* die NATIONAL-SOZIALISTISCHE UNGARISCHE PARTEI – HUNGARISTISCHE BEWEGUNG (Nemzeti Szocialista Magyar Párt – Hungarista Mozgalom) als Nachfolgepartei der verbotenen *Szálasi*-Partei. Als die Anhänger von *S. Festetics* Anfang August 1938 zur Partei stießen (→ NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEIEN), wurde sie in UNGARISCHE NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI – HUNGARISTISCHE BEWEGUNG (Magyar Nemzeti Szocialista Párt – Hungarista Mozgalom) umbenannt. Die Nachgiebigkeit gegenüber den Extremisten führte zum Sturz des Ministerpräsidenten. Sein Nachfolger *B. Imrédy* versuchte die Bewegung durch neue »Ordnungsgesetze« einzudämmen; *Szálasi* wurde erneut verhaftet, nunmehr rechtskräftig zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt und auch seine seit dem 6. 7. 1938 wieder allein von *Hubay* geführte Partei verboten. *Hubay* kündigte daraufhin bereits am 9. 3. 1939 die Gründung einer neuen Partei, und zwar der Pfeilkreuzlerpartei an, die ihre Existenz mit einem betont gemäßigten und nur in ihrem Antisemitismus radikalen Programm zu sichern wußte. Die Wahlen im Mai 1939 brachten für die Rechtsradikalen – mit etwa einem Viertel der abgegebenen Stimmen – den großen Durchbruch: Die Pfeilkreuzlerpartei erhielt 31 Sitze, zu denen noch 17 weitere nationalsozialistische Abg. hinzukamen. *Teleki* rief die Parteien nach Ausbruch des Krieges zum Burgfrieden auf. Die Pfeilkreuzlerpartei machte am 29. 9. die Freilassung *Szálasis* und die Aufhebung der Verordnung, nach der Beamte nicht Mitglieder der Partei sein durften, zur Bedingung. *Teleki* lehnte ab, worauf die Partei die Sitzungen des Parlaments bis 4. 12. boykottierte.

Der 2. Wiener Schiedsspruch, nach welchem Ungarn einen Teil des 1919 an Rumänien verlorenen Gebietes zurückerhielt und die Regierungsbeteiligung der EISERNEN GARDE (→ Rumänien) stärkten die Rechtsradikalen in Ungarn. *Teleki* gab nach; nach Freilassung *Szálasis* setzte die Partei eine Kommission zur Herstellung der Einheit der nationalsozialistischen Parteien ein. Die Pfeilkreuzlerpartei und *Pálffys* UNGARISCHE NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI vereinbarten ihren Zusammenschluß am 27. 9. 1940. Der neue Vorstand mit *Szálasi* als Parteiführer nahm seine Tätigkeit am 7. 10. 1940 auf. Die Pfeilkreuzlerpartei besaß nunmehr 42 Sitze im Parlament.

Der gescheiterte Staatsstreich der EISERNEN GARDE am 27. 1. 1941, ohne daß die Reichsregierung zu deren Schutz eingegriffen hätte, schädigte stark das Ansehen der Partei, deren innere Krise durch das starre Festhalten *Szálasis* an seiner Ideologie noch vertieft wurde. 12 Abg. unter der

Führung von *L. Baky* verurteilten den Extremismus ihres Parteiführers und traten aus der Partei aus. 8 von ihnen gründeten am 18. 9. 1941 die UNGARISCHE NATIONAL-SOZIALISTISCHE PARTEI neu; *Pálffy* übernahm nominell die Parteiführung. Im Dezember schlossen sich der *Pálffy*-Partei auch *K. Hubay* und *J. Ruszkay* an. Die Mitgliederzahl der Pfeilkreuzlerpartei, die sich ab 24. 2. 1942 Pfeilkreuzlerpartei – Hungaristische Bewegung nannte, sank bis Herbst 1943 auf 100 000 (1940: 300 000); es waren die Mittelschichten und die Intelligenz, die die Partei verließen und sich den Parteien von *Pálffy* und *Imrédy* (→ NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEIEN) anschlossen. Weder für *M. Horthy* noch für die Deutschen stellte die Partei eine ernstzunehmende politische Kraft dar. Sie wurde am 24. 8. 1944, zusammen mit den anderen Parteien, aufgelöst. Die sich rapide verschlechternde Kriegslage veranlaßte die Deutschen jedoch, auf *Szálasi* und seine Partei zurückzugreifen. Nach der von den Deutschen erzwungenen Ernennung *Szálasis* zum Ministerpräsidenten durch *Horthy* und dessen Abdankung wurde das allgemeine Parteienverbot in bezug auf die Pfeilkreuzlerpartei am 17. 10. 1944 aufgehoben; die Partei erhielt eine Stellung, die etwa der der NSDAP in Deutschland entsprach. Die Tätigkeit der Partei auf ungarischem Boden fand durch die Besetzung des Landes durch sowjetische Truppen (bis 4. 4. 1945) ein Ende.

M. Lackó, Arrow-Cross Men, National Socialists 1935–1944, Budapest 1969; E. Karsai, »Szálasi Naplója«, A nyilasmozgalom a II. világháború idején, Budapest 1978.

Radikalpartei (Radical Párt).

Gründung: 5. 4. 1849 in Debrecen durch die Landtagsmitglieder *L. Ujházy, D. Irányi* und *I. Szacsvay.*

Junge Intellektuelle vom linken Flügel der liberalen Bewegung hatten bereits beim Ausbruch der Revolution in Pest am 15. 3. 1848 eine hervorragende Rolle gespielt. Das von der »Märzjugend« (márciusi fiatalok), *S. Petőfi, P. Vasvári, J. Irinyi, M. Jókai* und *Gy. Bulyovszky*, verfaßte 12-Punkte-Programm bestimmte die Richtung der Revolution; es beinhaltete Forderungen wie Pressefreiheit, Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums, Gleichheit vor dem Gesetz, Aufstellung einer Nationalgarde, allgemeine Steuerpflicht, Aufhebung der Urbariallasten, Entfernung des österreichischen Militärs, Geschworenengerichte sowie Union mit Siebenbürgen. Den Forderungen verliehen sie in ihrer ab 19. 3. 1848 herausgegebenen Zeitung ›Marczius Tizenötödike‹ Nachdruck.

Bei den Wahlen, die im Juni 1848 aufgrund des neuen bürgerlichen Wahlgesetzes abgehalten wurden, konnten von 426 gewählten Abg. nur etwa 30–40 zur Linken gerechnet werden. Eine Stärkung der Linken sollte durch den Zusammenschluß der verschiedenen linken Gruppierungen erreicht werden; auf die Initiative von *L. Madarász* wurde am 16. 7. 1848 der GLEICHHEITSVEREIN (Egyenlőségi Társulat) gegründet, zu dessen Vors. erst *L. Madarász*, am 21. 2. 1848 sein Bruder *J. Madarász* gewählt wurde. Bald hatte der Verein über 1000 Mitglieder und übte durch seine von den Brüdern *Madarász* redigierte Zeitung ›Népelem‹ (1. 7.–23. 9. 1848) einen zunehmend meinungsbildenden Einfluß aus. Der am 15. 9. 1848 gebildete »Landesverteidigungsausschuß« (honvédelmi bizottmány) hatte bis zum 1. 10. 1848 eine radikale Mehrheit. Es gelang dem GLEICHHEITSVEREIN jedoch nicht, bei *L. Kossuth* die Entlassung des Gererals *A. Görgei* und die Auflösung des immer mehr unter den Einfluß der → FRIEDENSPARTEI gelangenden Landtags zu erwirken. Die parlamentarischen Mitglieder des GLEICHHEITSVEREINS und andere linksliberale Abg. gründeten daraufhin am 5. 4. 1849 die Radikalpartei, um zumindest die von *Kossuth* angestrebte Unabhängigkeitserklärung und die Ernennung eines neuen Kabinetts zu sichern. Binnen kurzem trat etwa ein Drittel der Abg. der neuen Partei bei. Vors. der Partei, deren Programm sich auf die Forderung der Republik beschränkte, wurde *L. Ujházy*, das einzige radikale Mitglied des Magnatenhauses. Die → FRIEDENSPARTEI war indes stark genug, um die Regierungsbeteiligung der Radikalpartei zu verhindern. Die Niederlage im Freiheitskampf im August 1849 bedeutete auch ihr Ende. Die Linksliberalen, die Nachfolger der 1849er Radikalpartei – die zeitgenössischen Polizeiberichte sprachen von der »revolutionären Partei« – erlangten in den Landtagen von 1861 und 1865 nur wenige Sitze. Nach dem Ausgleich (1867) versuchte man, die Tradition des GLEICHHEITSVEREINS in den »Demokratenvereinen« (demokrata körök) fortzuführen, doch die Behörden verhinderten deren Entwicklung.

M. Horváth, Magyarország függetlenségi harcának története 1848/49-ben, Pest 1871/72; Gy. Spira, A magyar forradalom 1848–49-ben, Budapest 1959.

Rassenschützlerpartei (Fajvédő Párt) → Ungarische Nationale Unabhängigkeitspartei.

Rumänische Nationalpartei (Partidul Naţional Român, Román Nemzeti Párt) → Rumänien.

Serbische Liberale Volkspartei (**SNSS,** Srpska Narodna Slobodoumna Stranka, Szerb Liberális Néppárt) → Jugoslawien.

Siebenbürgische Partei (Erdélyi Párt). Nachfolgepartei der UNGARISCHEN LANDESPARTEI der rumänischen Ära (→ Rumänien).

Gründung: 7. 12. 1940 in Budapest.

Von den Einwohnern der rückgegliederten ostungarischen und siebenbürgischen Gebiete wurden am 8. 10. 1940 46 Abg. einberufen, die am 15. 11. 1940 die »Fraktion der Siebenbürgischen Parteilosen Abgeordneten« (Erdélyrészi Pártonkívüli Képviselők Csoportja) und drei Wochen später die Siebenbürgische Partei gründeten. Zum obersten Ziel der Partei wurde die Hebung der

rückgegliederten Gebiete auf den Stand des Mutterlandes erklärt; in siebenbürgischen Fragen wollte man freie Hand, im übrigen unterstützte man die Regierung. Ende 1940 hatte die Partei 41 Abg. (13% der Mandate). Zum Vors. wurde *G. Ember*, zum Generalsekretär Graf *B. Teleki* gewählt.

Nachdem eine Gruppe siebenbürgischer kommunistischer Intellektueller im Sommer 1944 Kontakt zur Siebenbürgischen Partei aufgenommen hatte, setzte sich diese bei *M. Horthy* für den Austritt Ungarns aus dem Krieg ein. Die Partei beteiligte sich Anfang September an der Gründung des illegalen »Siebenbürgischen Ungarischen Rates«, dem außer den Repräsentanten der Siebenbürgischen Partei und der kommunistischen Linken die vier Kirchenführer, der Vertreter der Gewerkschaft und auserwählte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehörten. Die Denkschrift des »Rates« vom 12. 9. 1944, die *Horthy* von *Teleki* überbracht wurde, forderte den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes und die Verschonung Siebenbürgens vor Kriegshandlungen.

Magyarország évkönyve (Hg.) L. Béry/A. Kuen, Budapest 1940/41; E. Illyés, Erdély változása, Mítosz és valóság, München 1976.

Slowakische Parteien → Tschechoslowakei.

Sozialdemokratische Partei (**SZDP**, Szociáldemokrata Párt). Marxistische Arbeiterpartei.

Gründung: Mai 1880 als Allgemeine Arbeiterpartei Ungarns (Magyarországi Általános Munkáspárt) durch die Fusion der 1878 von *L. Frankel* gegründeten Partei der Nichtwähler (Nemválasztók Pártja) mit der gleichfalls 1878 gegründeten Arbeiterpartei Ungarns (Magyarországi Munkáspárt); Umbenennung in Sozialdemokratische Partei Ungarns (MSZDP, Magyarországi Szociáldemokrata Párt) auf ihrem I. Kongreß am 7./8. 12. 1890, in SZDP im Januar 1939.

Programm: Das Programm von 1880 zeigt den Einfluß des Gothaer Programms der → Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vom Jahre 1875; es forderte im einzelnen das allgemeine, geheime Wahlrecht, die Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit, die Auflösung des stehenden Heeres und die Bewaffnung des Volkes, die Trennung von Staat und Kirche, die Unentgeltlichkeit von Schulunterricht und Rechtsprechung, die Verstaatlichung von Eisenbahn, Schiffahrt, den Bergwerken und Versicherungsinstituten. In der programmatischen Erklärung des 1. Kongresses von 1890 sprach man sich ferner für den Grundsatz des Internationalismus und gegen jedwedes gesellschaftliche Vorrecht aus. Die Agrarfrage, die Forderungen der Nationalitäten und Fragen des österreichisch-ungarischen Verhältnisses wurden dagegen – ähnlich der Grundtendenz des Hainfelder Programms der → Sozialdemokratischen Partei Österreichs vom Jahre 1888 – ausgeklammert. Dem neuen Parteiprogramm vom April 1903 wurde das Erfurter Programm der SPD vom Jahre 1891 zugrunde gelegt. Es bekannte sich nunmehr zum Klassenkampf und setzte sich die Eroberung der politischen Macht zum Ziel. Unter den politischen Forderungen des Programms stand das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht an erster Stelle; ferner verlangte das Programm die Abschaffung des Magnatenhauses, die Gleichberechtigung der Nationalitäten, die Selbstverwaltung auf jeder Ebene, die Verstaatlichung der Kirchengüter und ein progressives Steuersystem.

Organisation: Charakteristisch für Ungarn war die enge Verknüpfung der Partei mit den Gewerkschaften. Nach dem Organisationsstatut von 1894 stützte sich die Partei auf die örtlichen Gewerkschaftsorgane oder andere Arbeitervereine, ihr Kongreß setzte sich aus den Delegierten dieser Organisationen und der Parteiführung zusammen (1903: 41 000 Gewerkschaftsmitglieder und 12 Gewerkschaften auf Landesebene.) Auf den Parteikongressen vom Dezember 1925, Mai 1929, September 1935 und August 1945 wurde das Organisationsstatut modifiziert, im September 1935 ein Parteirat gegründet und die Ersatzmitgliedschaft im Parteivorstand eingeführt. 1934 besaß die Partei etwa 84 500 Mitglieder, nach dem Neubeginn, Ende 1945, bereits 2 000 Parteibüros und über 350 000 Mitglieder. – Presse: ›Népszava‹ (ab 1877, erst Wochenschrift, ab 1. 5. 1895 Tageszeitung), theoretische Zeitschrift ›Szocializmus‹ (1906–1948).

Geschichte: Die »reformistische« Partei der 1890er Jahre unter der Leitung von *Zs. Csillag* (bis Ende 1894), *J. Weltner* (ab Mai 1896) und *E. Garami* (ab Mai 1898) setzte sich für bürgerlich-demokratische Reformen ein und vertrat die Überzeugung, der Kapitalismus werde auf friedlichem Wege, allein durch parlamentarische Auseinandersetzungen, in den Sozialismus hineinwachsen. Der Parteikongreß vom Juni 1897 verurteilte die agrardemokratischen Ansichten des Vorstandsmitglieds *I. Várkonyi* und beschloß, dem Kampf um das allgemeine geheime Wahlrecht Vorrang einzuräumen. Der Ausschluß *Várkonyis* führte am 8. 9. 1897 zur Abspaltung der Unabhängigen Sozialistischen Partei Ungarns (→ Sozialistische Parteien). Ende der 1890er Jahre wurden mit sozialdemokratischer Hilfe die gewerkschaftlichen Organe auf Landesebene errichtet; Vors. des im Januar 1898 gegründeten Gewerkschaftsrates wurde *K. Teszárs*, Vorstandsmitglied der MSZDP. Infolge ihrer Stellungnahme in der Frage der Wahlrechtsform unterstützte die Partei 1905–1906 das Minderheitskabinett von *G. Fejérváry* (→ Liberale Partei). Eine kleine radikale Gruppe unter der Führung des Journalisten *Gy. Alpári* versuchte ab Juli 1908 vergebens, die Politik der Partei in klassenkämpferischem Sinne zu beeinflussen; die Partei schloß auch *Alpári* im April 1910 aus. Nach Ausbruch des 1. Weltkrieges unterstützte die Führung der Sozialdemokraten die Regierung im Interesse der nationalen Einheit. Der pazifistische

linke Flügel (*B. Vágó, J. Landler, O. Korvin* u. a.) meldete sich indessen immer stärker zu Wort; in Kriegsgefangenschaft geratene Sozialisten schlossen sich zahlreich der russischen bolschewistischen Partei (→ UNGARISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI [MSZMP]) an.

Die MSZDP wurde bei Kriegsende Mitglied des »Nationalrats« (→ Einleitung) und trat nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution (31. 10. 1918) in die Regierung ein. Am 21. 3. 1919, dem Tage der Ausrufung der Räterepublik, fusionierte die MSZDP mit der KOMMUNISTISCHEN PARTEI UNGARNS zur SOZIALISTISCHEN PARTEI UNGARNS (→ MSZMP). Vors. der nunmehr »Regierender Revolutionsrat« genannten Regierung wurde der frühere Sozialdemokrat *S. Garbai*. Nach dem Sturz der Räterepublik übernahm ein sog. Gewerkschaftlerkabinett unter der Führung von *Gy. Peidl* die Regierung (1.–6. 8. 1919); die MSZDP selbst wurde – aufgrund des Parteiprogramms und Organisationsstatuts von 1903 – am 24. 8. 1919 neugegründet. Es wurde beschlossen, erst der *I. Friedrich* folgenden Regierung beizutreten, was im neuen Kabinett von *K. Huszár* auch geschah. Wegen schwerer behördlichen Schikanen im Laufe der Wahlvorbereitungen beschloß der Parteivorstand am 15. 1. 1920 den Austritt aus der Regierung und den Boykott der Wahlen. Am 21. 12. 1921 schlossen Parteivorstand und Regierung eine geheime Vereinbarung (»Bethlen-Peyer-Pakt«), nach der die Aktivitäten der Partei in den Städten toleriert wurden, die Partei sich jedoch jeder Tätigkeit unter Beamten, öffentlichen Angestellten und Bauern enthalten mußte. Bei den Wahlen im Mai/Juni 1922 erhielt die Partei mit 15,3 % der abgegebenen Stimmen (in Budapest waren es 39,1 %) 25 Mandate (aus 245). Im Oktober 1922 kam eine Fraktionsvereinbarung mit den liberalen Oppositionsparteien zustande. Das »Oppositionelle Parlamentarische Bündnis« (Ellenzéki Parlamenti Szövetség) erließ am 13. 10. einen Aufruf, in dem Rechtsgleichheit, Freiheitsrechte, Achtung des Gesetzes und Kampf gegen die Teuerung gefordert wurden. Die Abg. des am 23. 10. 1924 gebildeten »Blocks Demokratischer Oppositionsparteien« (Demokratikus Ellenzéki Pártok Blokkja) beschlossen am 29. 11. 1924 aus Protest gegen die geplante Hausordnungsrevision die Passivität, die bis zum 26. 5. 1925 andauerte. *I. Vági*, der Führer der innerparteilichen Linksopposition wurde inzwischen am 22. 2. 1925 aus der Partei ausgeschlossen und gründete am 14. 5. 1925 die SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI UNGARNS (→ MSZMP). Am 18. 12. 1925 trat die MSZDP aus dem »Demokratischen Block« aus, da ihr antimilitaristischer Kurs auf Widerstand stieß. Bei den Wahlen im Dezember 1926 konnte die Partei mit 10,6 % der abgegebenen Stimmen nur 14 Mandate erlangen; 1931 wurden 14 (11,0 %), 1935 11 (5,5 %) und 1935 5 (13,3 %) Abg. gewählt. Versuche des linken Parteiflügels, seine eigenen Kandidaten in den Vorstand und eine Kursänderung in seinem Sinne durchzusetzen, scheiterten. Der Parteikongreß vom September 1930 forderte eine demokratische Staatsreform (Wahlrecht) und verabschiedete ein Agrarprogramm, das die Enteignung und die Aufteilung der kirchlichen und gebundenen Güter sowie aller Güter von über zweihundert Katastraljoch Größe vorsah. Am 14. 1. 1931 schied *E. Garami* infolge Meinungsverschiedenheiten aus dem Parteivorstand aus. Der Parteikongreß vom Januar 1939 begrüßte die friedliche Revision vom November 1938 und benannte die Partei – als Ausdruck der Lossagung vom Internationalismus – in SZDP um. Während des Krieges wurde ein Bündnis mit der → UNABHÄNGIGEN PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE (FKGP) vereinbart, und es kam zu gemeinsamen Aktionen beider Parteien gegen die Fortführung des Krieges. Am 29. 3. 1944, zur Zeit der deutschen Besetzung, wurden beide Parteien verboten.

In der Illegalität, Mitte Mai 1944, schloß sich die SZDP der »Ungarischen Front« an und beschloß am 10. 10. 1944, eine Einheitsfront mit der KOMMUNISTISCHEN PARTEI zu bilden (→ MSZMP). Sie beteiligte sich am 2. 12. 1944 auch an der Gründung der »Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront« (→ FKGP). Nach dem Krieg erstarkte die SZDP schnell. Aufgrund der Ergebnisse der im östlichen Landesteil unter der Kontrolle der Roten Armee veranstalteten Wahlversammlungen vom Dezember 1944 erhielt sie in der Provisorischen Nationalversammlung 38 Mandate (von 230). Das Justiz- und Wirtschaftsressort wurden im Kabinett mit Sozialdemokraten besetzt. Der Parteikongreß vom August 1945 wählte *Á. Szakasits* zum Generalsekretär. Man bekannte sich zu den programmatischen Grundsätzen des Parteikongresses von 1930 und zur volksrepublikanischen Staatsform. Die Zielsetzung der Partei wurde in der Formel »Heute für die Demokratie, morgen für den Sozialismus« zusammengefaßt. Bei den Wahlen im November 1945 erlangte die SZDP mit 17,4 % der abgegebenen Stimmen 69 Mandate und stellte 4 Minister im Kabinett, *Szakasits* wurde stellvertretender Ministerpräsident. Die SZDP unterstützte die Vorschläge der UNGARISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (MKP, → MSZMP) für das Regierungsprogramm und trat als erste Partei für die Ausrufung der Republik ein. Der Versuch von *K. Peyer* Anfang 1946, die Partei auf einen neuen, gegenüber der MKP eigenständigen Kurs zu bringen, scheiterte am Widerstand der linken Parteiführung; die SZDP wurde am 5. 3. 1946 Mitglied des »Linksblocks« (→ MSZMP). Bei den Wahlen im August 1947 erhielt die Partei 14,9 % der abgegebenen Stimmen und 67 Mandate. Unter dem Eindruck des Stimmenrückgangs forderte der rechte Parteiflügel den Austritt der SZDP aus der Koalition und begann Verhandlungen mit der → FKGP, die jedoch von der Parteiführung vereitelt wurden. Bis Februar 1948 wurden die Befürworter einer eigenständigen sozialdemokratischen Politik (*A. Kéthly, F. Szeder, I. Szélig, A. Bán*

u. a.) aus der Partei entfernt, und die SZDP ging am 12. 6. 1948 in der MKP auf, die nunmehr den Namen PARTEI DER UNGARISCHEN WERKTÄTIGEN (→ MSZMP) annahm. *Szakasits* wurde Vors. der neuen Partei. – Während des ungarischen Volksaufstandes im Oktober 1956 wurde die SZDP unter der Führung von *Kéthly* neugegründet, die als Staatsministerin in das Kabinett von *I. Nagy* eintrat.

A magyar forradalmi munkásmozgalom története, 3 Bde., Budapest 1966/70; F. Mucsi, A Magyarországi Szociáldemokrata Párt tevékenysége 1890 és 1918 között, Budapest 1972; A magyar népi demokrácia története, Budapest 1978.

Sozialdemokratische Partei Ungarns (Magyarországi Szociáldemokrata Párt) → Sozialdemokratische Partei.

Sozialistische Parteien. Am 8. 9. 1897 gründete der wegen seiner anarchistischen Ansichten aus der SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI UNGARNS (MSZDP) ausgeschlossene ehemalige Landarbeiter *I. Várkonyi* in Cegléd die UNABHÄNGIGE SOZIALISTISCHE PARTEI UNGARNS (Magyarországi Független Szocialista Párt.) Das Programm sprach sich für »Vermögens- und Arbeitsgleichheit« aus, worunter die Vergesellschaftung des Privatvermögens und die gemeinsame Bewirtschaftung von Grund und Boden verstanden wurden. Die Kirchengüter sollten verstaatlicht und zusammen mit den Staatsgütern und dem Großgrundbesitz in kleinen Parzellen verpachtet werden. Die Partei gewann schnell an Einfluß und vereinzelt kam es zur Verteilung des Bodens und zu Revolten. Die Regierung unterdrückte die agrarsozialistische und anarchistische Bewegung mit aller Gewalt, im Februar 1898 verbot sie die Parteizeitschrift ›Földmívelö‹ (ab August 1896) und *Várkonyi* wurde verhaftet.

Eine neue Opposition innerhalb der MSZDP bildete sich 1899 um den Journalisten *V. Mezöfi* und sein Blatt ›Szabad Szó‹. Am 16. 4. 1900 gründete er die NEUORGANISIERTE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (Újjászervezett Szociáldemokrata Párt), deren Parteiprogramm fast dem der MSZDP entsprach, doch sämtliche Forderungen der Partei für bereits im gegenwärtigen politischen System realisierbar erklärte. Die Partei erlangte bei den Wahlen 1905 mit 0,6 % der abgegebenen Stimmen 2 Mandate. *Mezöfi* und *L. A. Áchim* waren die ersten Abg. mit einem sozialistischen Programm im ungarischen Parlament. 1905 spaltete sich eine Gruppe um *Á. Poór* ab und schloß sich der UNABHÄNGIGEN SOZIALISTISCHEN PARTEI *Várkonyis* an, die sich nun in UNABHÄNGIGEN SOZIALISTISCHEN VERBAND (Független Szocialista Szövetség) umbenannte. Der mit *Mezöfi* unzufriedene *Áchim* gründete am 17. 3. 1906 in Békéscsaba die UNABHÄNGIGE SOZIALISTISCHE BAUERNPARTEI UNGARNS (Magyarországi Független Szocialista Parasztpárt), die in ihrem Programm die »lebensnotwendige« Wahlrechtsreform, Parzellierung und Verpachtung des Großgrundbesitzes sowie sozialpolitische Reformen zugunsten der unteren Schichten forderte (Parteiorgan ›Paraszt Újság‹). Sie bildete am 25. 3. 1906 mit dem UNABHÄNGIGEN SOZIALISTISCHEN VERBAND den UNABHÄNGIGEN SOZIALISTISCHEN BAUERNVERBAND UNGARNS (Magyarországi Független Szocialista Parasztszövetség). Vors. wurden *Áchim* und *Várkonyi*, die beiden Parteien behielten jedoch ihre eigene Organisation. 1906 erlangte *Áchim* ein Mandat. Der am 7./8. 6. 1908 in Békéscsaba abgehaltene Parteikongreß verabschiedete ein radikaleres Programm. Die Partei zerfiel nach der Ermordung *Áchims* im Mai 1911.

Z. Bodrogközy, A magyar agrármozgalmak története, (Budapest 1929); Földmunkás- és szegényparaszt-mozgalmak Magyarországon 1848–1948, (Hg.) F. Pölöskei/K. Szakács, (Budapest 1962).

Staatsrechtliche Opposition (Közjogi ellenzék). Oppositionsparteien, die die gegebene »staatsrechtliche« Lösung, den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, ablehnten und mehr oder weniger offen die volle staatliche Unabhängigkeit Ungarns anstrebten. Politische Organisationen hauptsächlich ehemaliger adeliger Kleingrundbesitzer und des sich herausbildenden Kleinbürgertums (Besitzbauertums) bzw. bürgerlicher Intellektueller. Gründung: Januar 1866 in Pest als ÄUSSERSTE LINKE (Szélsö bal) durch etwa 20 Abg. aus den Reihen der früheren »Beschlußpartei« (→ LINKES ZENTRUM).

Programm: Die grundstürzende Revision des österreichisch-ungarischen Ausgleichs von 1867, insbesondere die Aufhebung der sog. gemeinsamen Institutionen (Delegationen, gemeinsame Ministerien) sowie die Aufstellung einer selbständigen ungarischen Armee und die Errichtung eines selbständigen Zollgebietes. Den »staatsrechtlichen« schlossen sich liberal-demokratische Forderungen an: die Erweiterung des Wahlrechts, die Einführung der bürgerlichen Ehe, die Schaffung der auf parlamentarischer Grundlage beruhenden Lokalautonomie. Zu Beginn des 20. Jh. ließ der liberal-demokratische Inhalt der Programme der »staatsrechtlichen« Opposition der allgemeinen Tendenz entsprechend nach und verstärkten sich deren konservative Züge. Eine Gruppe, die zunächst von *Gy. Justh*, später dem Grafen *M. Károlyi* geführt wurde, entwickelte die demokratisch-liberalen Zielsetzungen weiter. – Die zahlreichen Fraktionen, in die die staatsrechtliche Opposition während des Dualismus zerfiel, beriefen sich alle auf *L. Kossuth*, der sich jedoch zeitlebens ohne Vorbehalt mit keinem der Programme identifizierte.

Organisation: Die ÄUSSERSTE LINKE entstand als eine kollegiale Vereinigung gleichgesinnter Politiker, in der die Führungsverhältnisse noch Jahre nach dem Ausgleich ungeklärt waren. Auch die Nachfolgeparteien der ÄUSSERSTEN LINKEN waren parlamentarische Parteien, ohne eingetragene Mitgliedschaft und eine über das ganze Land ausgebreitete Organisation.

Presse: die Tageszeitungen ›Magyar Ujság‹

(1868–1875), ›Egyetértés‹ (1874–1918), ›Magyarország‹ (1893–1945), ›Budapest‹ (1877–1918), das bedeutendste Provinzblatt ›Debrecen‹ (1869–1918), das bekannteste Volksblatt der Äussersten Linken, die Zeitung ›A Nép Zászlója‹.

Geschichte: Eine Gruppe, die bloß die Personalunion mit Österreich zu akzeptieren bereit war, schied unter der Leitung von *J. Madarász* bereits zu Beginn des Landtags von 1865 aus der einheitlichen Opposition aus. Einige Mitglieder dieser Äussersten Linken stellten 1867–68 Verbindung mit den ebenfalls ausgleichsfeindlichen »Demokratenvereinen« (demokrata körök) her, die die soziale Basis der Äussersten Linken mit Schichten kleinbürgerlicher Intellektueller und Besitzbauern erweiterten. Im Landtag von 1865/66 gehörten dieser Parteirichtung 24 Abg. an. Maßgebliche Führer der Gruppe waren *E. Simonyi* und *I. Helfy*. Am 2. 4. 1868 benannte sich die Äusserste Linke in 48er Partei (48–as párt) um, als Bekenntnis zu den Gesetzen von 1848.

Während der Formulierung des Parteiprogramms entwickelten sich Meinungsunterschiede zwischen den kaum liberalen Vertretern der ehemaligen adeligen Kleingrundbesitzer aus der Provinz (die *Madarász*-Gruppe) und den aus der Emigration heimgekehrten liberalen Politikern mit europäischem Weitblick *(I. Helfy, D. Irányi)*. Ab Januar 1869 war *Irányi* Parteivorsitzender. Bei den Wahlen im März 1869 erzielte die 48er Partei 40 Mandate. Das Parteiprogramm vom 21. 1. 1872 mit seiner liberal-nationalen Gesinnung war das Ergebnis eines politischen Kompromisses. Es lehnte das Ausgleichsgesetz ab und akzeptierte nur die Personalunion. Dem Wunsch nach der Schaffung der völligen nationalen Unabhängigkeit kamen Forderungen, die in die Richtung einer bürgerlich-demokratischen Entwicklung wiesen, hinzu. Die 48er Partei errang bei den Wahlen Ende Juli 1872 36 Parlamentssitze.

Die Fraktionskämpfe innerhalb der Partei zwischen den Gruppen um *Irányi* und um *J. Madarász* endeten mit dem Sieg der ersteren. Mit der Führung der Verhandlungen um die Schaffung einer einheitlichen »staatsrechtlichen« Opposition wurde *Irányi* beauftragt, seine Verhandlungen mit dem → Linken Zentrum endeten jedoch wegen gegenseitigen Mißtrauens und Abweichungen im Programm erfolglos. Die Fusionsbestrebungen im Linken Zentrum und in der → Deákpartei hatten in beiden Parteien zu Absplitterungen geführt: Das von *L. Csávolszky* angeführte sog. Prinzipientreue Linke Zentrum (Elvhű Balközép), das sich am 7. 11. 1873 von seiner Mutterpartei getrennt hatte, näherte sich der 48er Partei.

Zur Gründung einer einheitlichen Oppositionspartei leistete der in der Emigration lebende *Kossuth* Schützenhilfe. So wurde im Frühjahr 1874 die Vereinigte Staatsrechtliche Opposition (Egyesült Közjogi Ellenzék) von *Helfy* und *E. Simonyi* ausgehandelt. An ihrer Gründung am 24. 3. 1874 nahmen 21 Vertreter der 48er Partei und 7 Mitglieder des Prinzipientreuen Linken Zentrums teil, sie besaß insgesamt 42 Abg. Parteivorsitzender wurde *Ö. Kállay*. Eine kleinere Gruppe mit 9 Abg. behielt *Irányis* persönlicher Ambitionen wegen ihre eigene Organisation und nannte sich auch weiterhin 48er Partei. In der Landesversammlung vom 17. 5. 1874 wurde schließlich die Unabhängigkeitspartei (Függetlenségi Párt) konstituiert.

Für lange Zeit bildete das Programm vom 27. 3. 1874 (»An die Bürger Ungarns!«) die Grundlage aller oppositionellen Politik. Das Programm lehnte den österreichisch-ungarischen Ausgleich nach wie vor ab und hielt die Personalunion zwischen den beiden Ländern für zweckmäßig. Sowohl im Programm von 1872 als auch hier wurde die Auffassung betont, daß der Liberalismus materiell und geistig nur in einem unabhängigen Nationalstaat verwirklicht werden könne. Die Lösung der Nationalitätenfrage wurde der territorialen Integrität Ungarns untergeordnet.

Der Gründung der → Liberalen Partei im März 1875 folgte eine neue funktionelle Umgestaltung des ungarischen Parteienwesens. Die Liberale Partei wurde Regierungspartei, und die Funktion des früheren → Linken Zentrums wurde von der Unabhängigkeitspartei übernommen. Durch diese oppositionelle Funktion wurden der Charakter, die Zusammenstellung der sozialen Basis, die Zielsetzungen und die politischen Methoden der Unabhängigkeitspartei bestimmt. Nach 1875 unterstützten jene Schichten die Unabhängigkeitspartei, die links von der neuen Regierungspartei standen. Dieser neuen Lage ist es zu verdanken, daß ihre soziale Basis sich ausweitete und der Anteil des Besitzadels unter ihren Abg. anstieg (1884: 52 %, 1887: 42 % der Abg.). Ungefähr von gleicher Bedeutung waren noch die Advokaten (»Advokatenpartei«). Die Unabhängigkeitspartei verlor somit allmählich ihren früheren kleinbürgerlich-intellektuellen Charakter und begann etwa ab Ende des Jh. die politische Vertretung des aus Regierungsstellen verdrängten Adels zu werden.

Ein großer Teil der liberal-demokratischen Zielsetzungen wurde jedoch trotz dieser Wandlung beibehalten und führte später zum Zerfall der Partei in Fraktionen. Ab 1881 begann sich eine Gruppe aus siebenbürgischen Abg. unter der Führung von *G. Ugron* vom Programm von 1874 zu distanzieren: Sie knüpfte die Übernahme der Regierung nicht mehr an die Aufhebung des Gesetzartikels XII vom Jahre 1867 (Ausgleichsgesetz) und betonte die Vertretung der Agrarinteressen. 1883 wurden die antisemitischen Abg. von der Partei ausgeschlossen (→ Antisemitische Landespartei). Trotz ihrer Zerrissenheit gewann die staatsrechtliche Opposition, besonders in den tiefländischen, von Ungarn bewohnten Gebieten des Landes, an Popularität: Die Wahlen 1875, 1878 und 1881 brachten der Unabhängigkeitspar-

TEI und der 48ER PARTEI zusammen 39, 70 bzw. 89 Mandate ein. Parteivorsitzende der UNABHÄNGIGKEITSPARTEI waren 1874–1884 *S. Gubody, N. Ragályi* und *L. Mocsáry*.

Die verschiedenen Fraktionen vereinigten sich im September 1884 unter der Führung von *Irányi* unter dem Namen UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER PARTEI (Függetlenségi és 48–as párt). Persönlichkeiten liberal-demokratischer Gesinnung hielten die Parteiführung in der Hand: Nach *Irányis* Tod (November 1892) waren es *K. Eötvös*, später *Justh;* keinem von ihnen gelang jedoch die Schaffung der ideologischen Einheit. Bei den Wahlen von 1884 und 1887 erhielt die Partei 78 bzw. 80 Mandate.

Die Partei spaltete sich in dem immer lebhafter werdenden und mit gesellschaftlichen Problemen beladenen öffentlichen Leben zu Beginn der 1890er Jahre in konservative und liberal-demokratische Fraktionen. Am 3. 10. 1890 organisierte sich die *Ugron*-Gruppe (9 Abg.) und erklärte sich mit dem Verzicht auf die Unabhängigkeitsvorstellungen zur Regierungsbildung bereit. Die unterschiedlichen Auffassungen in den kirchenpolitischen Fragen zersetzten die Partei weiter. Die *Ugron*-Gruppe erklärte sich gegen die Einführung der bürgerlichen Ehe, die Fraktionen von *Justh* und *Eötvös* (ab 20. 5. 1893) ließen die extremen staatsrechtlichen Forderungen zurücktreten und stimmten im Landtag mit der → LIBERALEN PARTEI zusammen für die kirchenpolitischen Reformen. Ungeachtet dieser Gegensätze vereinigten sich die drei Fraktionen um *Justh, Ugron* und *Eötvös* am 27. 9. 1893 nochmals unter dem Namen UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER PARTEI, während 12 Abg. um *O. Herman* am 29. 9. 1893 die UNABHÄNGIGKEITS-LANDESPARTEI (Országos Függetlenségi Párt) gründeten. Vors. wurde für kurze Zeit *Justh*, Anfang 1895 der aus der Emigration heimgekehrte Sohn *L. Kossuths, F. Kossuth,* der orthodoxe Unabhängigkeitsvorstellungen mit liberalen Gedanken vermischte. Auch er konnte aber die Parteieinheit nicht sichern. Der Agrarier *Ugron* setzte sich in Siebenbürgen gegen die Annahme der bürgerlichen Ehe ein. So zerfiel die UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER PARTEI noch am 22. 2. 1895 in zwei große Fraktionen: Die *Ugron*-Gruppe, später unter der Leitung von *N. Szederkényi,* sonderte sich bis November 1904 ganz ab (Rückkehr in die Partei am 18. 11. 1904), und die *Justh*-Gruppe organisierte sich unter der Leitung von *F. Kossuth.* Erstere erzielte bei den Wahlen 1896 und 1901 mit 4,9 bzw. 3,5 % der abgegebenen Stimmen 11 bzw. 13 Mandate, die zweite, größere, mit 13,4 bzw. 21,2 % der abgegebenen Stimmen 50 bzw. 79 Mandate. Am 28. 2. 1895 kehrte auch die UNABHÄNGIGKEITS-LANDESPARTEI in die von *F. Kossuth* geführte Partei zurück.

Der Niedergang der UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER PARTEI setzte sich im 20. Jh. fort. Durch *F. Kossuths* Bestreben, um jeden Preis eine regierungsfähige Opposition zu schaffen, wurde das Parteiprogramm verwässert und dessen demokratisch-liberaler Inhalt beschnitten. Auch die Schaffung einer Koalition der Oppositonsparteien unter Teilnahme der → NATIONALPARTEI, der → KATHOLISCHEN VOLKSPARTEI, der → NEUEN PARTEI und der BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHEN PARTEI (→ NATIONAL-DEMOKRATISCHE PARTEI) war ein folgenschwerer politischer Irrtum. Schließlich trat die völlige ideologische Anarchie ein, als die → NATIONALPARTEI des Grafen *A. Apponyi* in der Hoffnung auf den Wahlsieg und die Regierungsbildung am 3. 1. 1905 in die UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER PARTEI eintrat. Diese konnte dadurch nicht regierungsfähiger werden. Zwar errangen die in der Koalition zusammengeschlossenen Oppositionsparteien bei den Wahlen 1905 die absolute Mehrheit, davon die UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER PARTEI mit 37,3 % der abgegebenen Stimmen 165 Mandate, doch als sie endlich die Regierung bilden durften, spielten darin nicht die Vertreter der Unabhängigkeitsopposition die führende Rolle, sondern diejenigen Minister, die für die unveränderte Struktur der Monarchie eintraten: Graf *Gy. Andrássy d. J.,* Graf *A. Apponyi* und *S. Wekerle,* der auf dem Gebiet der Nationalökonomie als absolute Autorität galt. Die nachgiebige Politik der Unabhängigkeitsminister, besonders *Kossuths,* erregte in der Partei Widerstand: *I. Szappanos* und einige Abg. verließen am 10. 3. 1908 die Partei und gründeten die LINKSPARTEI (Balpárt). *Kossuth* erlitt in der Parteikonferenz vom 11. 11. 1909 eine Abstimmungsniederlage. Die *Justh*-Gruppe (115 Abg.), die auch noch die Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts befürwortete, konstituierte sich daraufhin unter dem alten Parteinamen neu; *Kossuth* und seine Anhänger (91 Abg.) gründeten die 48ER UNABHÄNGIGKEITS-KOSSUTH-PARTEI (48–as Függetlenségi Kossuth-Párt.) Nach dem Sturz der Koalitionsregierung schmolz die stolze Mehrheit der UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER PARTEI dahin: Während sie 1906 noch 59,9 % der abgegebenen Stimmen und 253 Mandate erhalten hatte, erzielte 1910 die *Justh*-Partei gleichen Namens – am 25. 1. 1910 war ihr auch die LINKSPARTEI beigetreten – 41 Mandate (15,8 %) und die 48ER UNABHÄNGIGKEITS-KOSSUTH-PARTEI 54 Mandate (14,3 %).

Die radikalen Abgeordneten der *Justh*-Partei gründeten am 7. 9. 1912 die REPUBLIKANISCHE LANDESPARTEI (Országos Köztársasági Párt); die Partei, deren Vorsitzender der Advokat *Gy. Nagy* war, wurde am 7. 8. 1913 verboten. Die von *Justh* und *Kossuth* geführten beiden Unabhängigkeitsparteien vereinigten sich schließlich am 14. 6. 1913 wieder als VEREINIGTE UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER PARTEI (Egyesült Függetlenségi és 48–as párt). Die früheren Gegensätze wurden durch Kompromisse überbrückt. Der Vorschlag *Kossuths* zur Wahlrechtsreform mit ihren zahlreichen Einschränkungen wurde angenommen, und bei den wirtschaftlichen Fragen war die Bewahrung der Einheit der Monarchie maßgebend. Bei den Fragen von kleinerer Bedeutung (Presse-, Versammlungs-, Redefreiheit) trat die Partei für

die Erweiterung der demokratischen Freiheitsrechte ein.

Am 9. 7. 1916 trat der Parteivorsitzende Graf *Károlyi* mit etwa 25 Abg. aus der Partei aus; Vorsitzender der Restpartei wurde Graf *Apponyi*, der Anfang Februar 1918 sich mit seiner Partei – bei Wahrung deren organisatorischen Selbständigkeit – der 48ER VERFASSUNGSPARTEI (→ NATIONALE ARBEITSPARTEI) anschloß. *Károlyi* gründete die UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER (KÁROLYI-) PARTEI (Függetlenségi és 48–as [Károlyi-] párt), zeigte sich ententefreundlich und lehnte den Krieg ab. Bei Kriegsbeginn stand er mit seinen Ansichten noch ziemlich allein, später wurde er einer der populärsten Politiker der demokratischen Opposition. Am 6. 6. 1917 wurde er Vors. des »Wahlrechtsblocks« (Választójogi Blokk), an dem außer seiner Partei die → SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI, die Bürgerlich-Radikalen und die Partei *V. Vázsonyis* (→ NATIONAL-DEMOKRATISCHE PARTEI) teilnahmen. Diese Kräfte bildeten in den letzten Tagen der Monarchie auch den »Nationalrat«, der nach der bürgerlich-demokratischen Revolution vom Oktober 1918 zur Regierung des Landes wurde. Doch weder die jetzt eingeleiteten inneren Reformen und die verspäteten Verhandlungen mit den Vertretern der Nationalitäten, noch *Károlyis* ententefreundliche Außenpolitik waren von Erfolg begleitet. Die Kräfte der ungarischen bürgerlichen Demokratie wurden von Westeuropa nicht unterstützt, und allein konnten sie die auf sie wartenden schweren Aufgaben nicht bewältigen.

Die UNABHÄNGIGKEITS- UND 48ER PARTEI wurde im Sommer 1919 von *M. Lovászy* und Graf *T. Batthyány* neugegründet und erzielte 1922 1 Mandat. Sie fusionierte am 20. 3. 1924 mit der am 16. 2. 1923 von *S. Giesswein* gegründeten REFORMPARTEI (Reformpárt) und nahm den Namen KOSSUTH-PARTEI (Kossuth-párt, Vors.: *R. Rupert* und *V. Nagy*) an. Die Partei erzielte auch bei den Wahlen von 1926 und 1935 wiederum nur je 1 Mandat, im letzten Fall nur dank der Fusion mit der → NATIONAL-RADIKALEN PARTEI. Die KOSSUTH-PARTEI, die sich in der Opposition für demokratischen Fortschritt, für »Evolution« statt »Revolution« einsetzte, löste sich 1945 auf. Ihre früheren Mitglieder schlossen sich der → UNABHÄNGIGEN PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE und 1947 der → UNABHÄNGIGEN UNGARISCHEN DEMOKRATISCHEN PARTEI an. (J. VELIKY)

J. Madarász, Emlékirataim 1831–1881, Budapest 1883; V. Nagy, Októbert'ól októberig, New York 1950; E. Tóth, A Függetlenségi Párt megalapítása, in: Századok 97, 1963, S. 985–1016; Gy. Mérei, A magyar októberi forradalom és a polgári pártok, Budapest 1969; F. Pölöskei, Kormányzati politika és parlamenti ellenzék 1910–1914, Budapest 1970.

Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte (Független Kisgazdapárt) → Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger.

Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger (FKGP, Független Kisgazda, Földmunkás és Polgári Párt).

Gründung: 12. 10. 1930 in Békés als UNABHÄNGIGE PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE (Független Kisgazdapárt) durch Delegierte aus 11 Komitaten, unter dem Vorsitz von *Z. Tildy*.

Programm: Das Programm von *Békés* griff in vielem auf das Programm von *I. Nagyatádi Szabó* zurück (→ LANDESPARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE UND LANDARBEITER), doch die Forderung der Revision der Friedensverträge (→ Einleitung) wurde mit sozialem Inhalt erfüllt und mit dem Verlangen nach mehr Demokratie im öffentlichen Leben (geheimes Wahlrecht u. a.) verknüpft. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, eine Steuerreform, eine »neue, kräftige nationale Bodenpolitik« sollten den gesellschaftlichen und politischen Aufstieg der Landwirte fördern. Im Sommer 1945 bekannte sich die Partei zur bürgerlich-demokratischen Lebensform, zur Verteidigung des Privateigentums und zur freien Religionsausübung und verstand sich als eine Partei, die über den Klassen stand. Sie wollte »eine reine Demokratie, eine auf den ungarischen demokratischen Traditionen aufgebaute und mit ungarischem Geist erfüllte Demokratie«.

Organisation: Nach dem Vorkriegsstatut lag die Führung der Partei beim 250 Mitglieder zählenden Landesausschuß (Országos Választmány). 1934 hatte die Partei 1783, vor Kriegsausbruch bereits etwa 2400 lokale Organisationen. Nach dem 2. Weltkrieg umfaßte die Partei schnell das ganze Land; im Sommer 1945 besaß sie bereits 900 000 Mitglieder. Die obersten Führungsgremien der Partei waren der Große Landesausschuß, dessen Exekutivkomitee, der Landesvorstand sowie das oberste operative Führungsorgan der Partei, der Politische Ausschuß, der auch Mitglied des obengenannten Exekutivkomitees war.

Presse: Zeitschrift ›Független Kisgazda‹, Tageszeitung ›Kis Ujság‹.

Geschichte: Der frühere Abg. und Vorstandsmitglied der → EINHEITSPARTEI *G. Gaal* gründete am 26. 2. 1926 – zum besseren Schutze der Agrarinteressen – die UNGARISCHE AGRARPARTEI (Magyar Agrárpárt), die bei den Wahlen 1926 mit etwas weniger als 1,0 % der Stimmen 3 Mandate erhielt. Sie schloß sich am 10. 12. 1930 der UNABHÄNGIGEN PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE (Vors.: *B. Szijj*) an, die nun offiziell den Namen UNABHÄNGIGE AGRARPARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE, LANDARBEITER UND BÜRGER (Független Kisgazda, Földmunkás és Polgári Agrárpárt) erhielt, doch gewöhnlich auch weiterhin mit dem kürzeren älteren Namen genannt wurde. Die Partei, deren Parteiführer *Gaal* und Parteivorsitzender *Szijj* wurde, errang bei den Wahlen im Juni/Juli 1931 mit 11,6 % der Stimmen 10 Mandate. Wegen Differenzen in der Agrarfrage trat am 1. 7. 1932 die von *F. Hunyady* geführte Gruppe von der → EINHEITSPARTEI in die FKGP über. Nach dem Tode von *Gaal* wurde am 7. 12. 1932 *T. Eckhardt* neuer Parteivorsitzender. *Eckhardt* bot *Gy. Gömbös* die Zusammenarbeit an, wenn dieser

sich mit der Wahlreform und dem Agrarprogramm seiner Partei einverstanden erkläre. Die Anhänger *I. Bethlens* in der regierenden → Partei der Nationalen Einheit mißbilligten die Zusammenarbeit und richteten scharfe Angriffe gegen *Eckhardt*. Im Zuge der Wahlvorbereitungen wurde im Frühjahr 1935 eine lose Zusammenarbeit mit der → Sozialdemokratischen Partei (SZDP) vereinbart. Trotz einer mit *Gömbös* getroffenen Wahlabsprache war die Partei bei den Wahlen im Frühjahr 1935 vielfach behördlichen Schikanen ausgesetzt: Sie konnte mit 13,7 % der Stimmen sich nur um 5 auf insgesamt 25 Mandate verbessern. *Eckhardt* versöhnte sich mit *Bethlen* und erklärte den Kampf um das geheime Wahlrecht und gegen die diktatorischen Bestrebungen der Regierung. Im August 1937 machte die Partei das Land in einem Rundschreiben auf die Gefahren einer Diktatur aufmerksam. *Eckhardt* bekannte sich in der legitimistischen Versammlung in Körmend am 10. 10. 1937 zum Grundsatz der konstitutionellen Monarchie in den Grenzen des Stephansreiches. Nach dem Regierungswechsel im Februar 1939 sprach *Eckhardt* dem neuen Regierungschef *Teleki* sein »unbedingtes Vertrauen« aus. Doch bei den Wahlen im Mai 1939 richteten sich die behördlichen Schikanen besonders gegen die Linke; die FKGP konnte – anstelle von 22 Abg. am Ende der abgelaufenen Legislaturperiode – nur mit 14 Abg. wieder in das Parlament einziehen. Im Januar 1940 trat *Eckhardt* als Vors. zurück und ging in die USA. Am 17. 1. 1940 wurde *Tildy* zu seinem Nachfolger gewählt. *F. Nagy* wurde Generalsekretär. *Eckhardt* stellte sich in Amerika an die Spitze einer Bewegung »Unabhängiges Ungarn« (Független Magyarország) und wandte sich Anfang Oktober 1941 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Das Bestreben seiner Anhänger, die Partei zu einer bürgerlich-demokratischen Partei »westlichen Typs« umzugestalten, intensivierte sich besonders nach Stalingrad. Viele Intellektuelle stießen zu der Partei. Auch der von *Nagy, Tildy* und *B. Kovács* geführte agrardemokratische Flügel gewann in der Partei an Einfluß. Die Anhänger einer bürgerlich-demokratischen Entwicklung näherten sich der Regierung, die anderen nahmen Kontakte zur Linken auf. Im liberaleren innenpolitischen Klima der *Kállay*-Regierung hielt die FKGP die 1939 von ihr unter dem Einfluß von *Bethlen* noch abgelehnte Zusammenarbeit mit der SZDP für notwendig; Anfang August 1943 wurde ein Bündnis vereinbart. In der am 21. 6. 1943 gegründeten »bürgerlichen Sektion« der Partei waren neben den deutschfeindlichen und radikalen Gruppen der Intelligenz auch die Vertreter der Kommunisten anwesend, wodurch der Einfluß der Rechten innerhalb der Partei zurückging. Die von *E. Bajcsy-Zsilinszky* verfaßte, aber auch mit den Sozialdemokraten und Kommunisten durchgesprochene Denkschrift der Partei an die Regierung (31. 7. 1943) forderte den Kriegsaustritt, eine sich auf die Westmächte stützende außenpolitische Kehrtwendung auch um den Preis eines bewaffneten Zusammenstoßes mit den Deutschen. Am 11. 9. folgte eine gemeinsame Erklärung von FKGP und SZDP gegen die Fortführung des Krieges. Den Plänen *Bethlens* und *K. Rassays* (→ National-Liberale Partei), ein Parteibündnis ohne die Teilnahme der → SZDP zu schaffen, trat *Bajcsy-Zsilinszky* energisch entgegen. Er mißbilligte auch immer mehr, besonders nach der Konferenz von Teheran (28. 11. – 1. 12. 1943), das außenpolitische Lavieren des Ministerpräsidenten. Nach der Besetzung des Landes durch die Deutschen am 19. 3. 1944 wurden *Bajcsy-Zsilinszky* und *Nagy* von der Gestapo verhaftet, die FKGP am 29. 3. 1944 verboten.

In der Illegalität schloß sich die Partei Mitte Mai 1944 der »Ungarischen Front« an (→ Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei [MSZMP]); *Tildy* wurde Mitglied des Exekutivkomitees. Das am 9. 11. 1944 aus Vertretern der in der »Ungarischen Front« zusammengeschlossenen Parteien gebildete »Befreiungskomitee des Ungarischen Nationalen Aufstandes« (MNFFB, Magyar Nemzeti Felkelés Felszabadító Bizottsága) erhielt den am 15. 10. 1944 aus dem Gefängnis entlassenen *Bajcsy-Zsilinszky* zum Vors. Das Komitee nannte in einem Aufruf den bewaffneten Freiheitskampf als sein Ziel und forderte die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme auf. Die Aufdeckung der Verschwörung verhinderte jedoch den Umsturz; *Bajcsy-Zsilinszky* sowie die Militärs *Kiss, J. Nagy* und *V. Tartsay* wurden hingerichtet.

Die FKGP wurde am 23. 11. 1944 in der sowjetisch besetzten Stadt Szeged neugegründet; sie schloß sich am 2. 12. 1944 mit der Ungarischen Kommunistischen Partei (MKP) der SZDP, der Nationalen Bauernpartei, der Bürgerlich-Demokratischen Partei und den Gewerkschaften in der »Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront« (MNFF, Magyar Nemzeti Függetlenségi Front) zusammen. Bei den im östlichen Landesteil unter der Schirmherrschaft der Roten Armee veranstalteten Scheinwahlen zur Provisorischen Nationalversammlung im Dezember 1944 wurden der Partei 55 Mandate (von 230) zugestanden. In der durch die Provisorische Nationalversammlung gewählten Koalitionsregierung saßen zwei Minister der Partei (Äußeres, Finanzen). Die FKGP bildete den rechten Flügel der Koalition; Bürgerliche und Antifaschisten, die eine sozialistische oder kommunistische Entwicklung im Innern ablehnten, schlossen sich ihr an und bestimmten ihre Politik. Bereits bei der Durchführung der Bodenreform war es zu Differenzen mit den Kommunisten gekommen; die Ernennung von *Nagy* zum Minister für Wiederaufbau (11. 5. 1945) und eine für die Partei günstigere Mandatszuteilung bei der Einberufung von Abg. aus dem westlichen Landesteil sollten die weitere Zusammenarbeit in der Koalition ermöglichen. Der Große Landesausschuß vom 19./20. 8. 1945 wählte *Tildy* zum Parteiführer, *Nagy* zum Vors. Bei den Wahlen im November 1945 erlangte die

Partei mit 57,0 % der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit und 245 der insgesamt 409 Mandate. In der nun folgenden Koalitionsregierung begnügte sie sich mit 7 der 14 Ministerien. Die FKGP akzeptierte Ende November die Vorschläge der Kommunisten (→ MSZMP) für das Regierungsprogramm. Die Schaffung des »Hauptwirtschaftsrats« (Gazdasági Főtanács) zur Kontrolle der Wirtschaft unter der Führung der MKP drängte die Partei trotz ihrer Mehrheit in der Legislative in die Minderheit in der Exekutive. Die Wahl *Tildys* zum Präsidenten der Republik durch die Nationalversammlung am 1. 2. 1946 und anschließend die Bestellung *Nagys* zum Ministerpräsidenten konnten der FKGP unter diesen Umständen nicht den erstrebten Machtzuwachs bringen. Der Kampf der Partei um zusätzliche Führungsposten (»Proporz«) scheiterte an den Gegebenheiten der Koalition. Am 7. 3. erklärten die Vertreter des linken Flügels der Partei *(I. Dobi, Gy. Ortutay* u. a.) ihre Zustimmung zu den Forderungen des »Linksblocks« (→ MSZMP), am 12. 3. entschloß sich dann auch der Parteivorstand zur Annahme der Forderungen und schloß 20 Abg. aus (→ Ungarische Freiheitspartei). Die Koalitionsvereinbarung vom 5. 6. 1946 brachte Vorteile für die FKGP. Die Partei versuchte im Herbst 1946 vergebens, das 1943 er Bündnis mit der → SZDP zu erneuern und eine Fusion mit der →Nationalen Bauernpartei zu realisieren, jeweils wegen des Widerstandes der linken Flügel dieser Parteien. Umbesetzungen im Kabinett riefen den Protest der Linken hervor, der »Linksblock« forderte eine Wendung der FKGP nach links. Die Bestrebungen der Kommunisten, die bürgerlichen Kräfte in der FKGP zu diskreditieren und somit aus der Partei hinauszudrängen, erhielten durch die Fingierung einer staatsfeindlichen Verschwörung im Dezember 1946 Auftrieb. Die FKGP sah sich Anfang Februar 1947 gezwungen, einige ihrer Abg. auszuschließen. *Kovács* trat als Generalsekretär zurück und wurde einige Tage später von der Roten Armee verhaftet; neuer Generalsekretär wurde *I. Balogh.* Im Frühjahr 1947 mußten wieder nahezu 50 Abg. *(Z. Pfeiffer* u. a. → Ungarische Unabhängigkeitspartei) die FKGP verlassen, was zum Zerfall vieler Parteiorganisationen und zur Ermutigung des linken Flügels der Partei führte. Infolge der Angriffe von seiten der Kommunisten trat *Nagy* am 30. 5. 1947 als Ministerpräsident zurück, sein Nachfolger wurde *L. Dinnyés.* Auch *Balogh,* Staatssekretär im Ministerpräsidium, trat zurück und gründete die → Unabhängige Ungarische Demokratische Partei; *B. Varga,* der letzte noch vorhandene Führer des Zentrums der FKGP und Präsident der Nationalversammlung, emigrierte. Das Politische Komitee der Partei setzte nun am 1. 6. 1947 den linken *I. Dobi* als neuen Parteivors. ein. Die FKGP hatte keine absolute Mehrheit mehr, doch war sie mit ihren 187 Mandaten (von 420) immer noch mit Abstand die größte Partei am Ende der Legislaturperiode. In den aufgrund eines gegenüber 1945 stark eingeengten Wahlrechts am 31. 8. 1947 abgehaltenen Wahlen erhielt die FKGP 15,4 % der Stimmen und nahm mit 68 Abg. den zweiten Platz ein. *Dobi* schlug das Angebot der Ungarischen Unabhängigkeitspartei, der Unabhängigen Ungarischen Demokratischen Partei und der Demokratischen Volkspartei, eine neue regierungsfähige bürgerliche Mehrheit zu bilden, ab. Auch Versuche einiger Politiker der FKGP, eine neue Koalition mit der → SZDP und der Ungarischen Unabhängigkeitspartei zustande zu bringen, scheiterten. Eine mit der Unabhängigen Ungarischen Demokratischen Partei bereits ausgehandelte Fusion wurde wegen des Einspruchs der Linken nicht realisiert. Der eingeschüchterte Große Landesausschuß bekannte sich am 11./13. 9. 1947 zur Notwendigkeit der Koalition mit den Linksparteien. 4 Minister im Kabinett waren Mitglieder der FKGP. Die Partei schwenkte im März 1948 endgültig auf die linke Linie ein. *Tildy* trat nach Anfeindungen durch die Linke im August 1948 als Präsident der Republik zurück. Im Dezember wurde *Dinnyés* an der Spitze des Kabinetts durch *Dobi* abgelöst. Die FKGP, die unter dem Druck der Partei der Ungarischen Werktätigen (→ MSZMP) um die Jahreswende 1948/49 auf jede selbständige politische Aktion verzichtete, schloß sich am 1. 2. 1949 der neuorganisierten »Ungarischen Unabhängigkeits-Volksfront« an und beteiligte sich in deren Rahmen an den Wahlen vom 15. 5. 1949 (→ MSZMP). Der Auflösungsprozeß der Organisationen der FKGP war Ende 1949 abgeschlossen. Während des ungarischen Volksaufstandes im Oktober 1956 gründete *Tildy* die FKGP neu, doch die sowjetische Intervention vereitelte eine wirksame Reaktivierung der Partei.

Pártunk harca a demokráciáért, A Független Kisgazda, Földmunkás és Polgári Párt története, (Hg.) L. Dömötör/I. Szilágyi, Budapest 1947; S. Balogh, Parlamenti és pártharcok Magyarországon 1945–1947, Budapest 1975; I. Vida, A Független Kisgazdapárt politikája 1944–1947, Budapest 1976.

Unabhängige Ungarische Demokratische Partei (**FMDP,** Független Magyar Demokrata Párt). Partei der bürgerlichen Mittelschichten in Stadt und Land. Gründung: 21. 7. 1947 durch den römisch-katholischen Pfarrer *I. Balogh* aus früheren Mitgliedern der →Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte (FKGP), der → Nationalen Bauernpartei (NPP), der Kossuth-Partei (→ Staatsrechtliche Opposition) der →National-Demokratischen Partei, der → Ungarischen Freiheitspartei sowie der → Bürgerlich-Demokratischen Partei (PDP). – Presse: Tageszeitung ›Magyar Nemzet‹.

Programm: Im Vordergrund des Parteiprogramms stand der Anspruch auf die restlose Sicherung der bürgerlichen Freiheitsrechte und Gesellschaftsordnung. Es forderte den Ausbau der lokalen Autonomien, betonte die Notwendigkeit der Ordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, mißbilligte jede Beeinträchtigung des

konfessionellen Schulsystems. Es erkannte zwar die bereits durchgeführten Verstaatlichungen an, sprach sich jedoch gegen weitere aus. In außenpolitischer Hinsicht setzte es sich für die Unabhängigkeit Ungarns ein.

Geschichte: Die Ernennung von *L. Dinnyés* zum Ministerpräsidenten (31. 5. 1947) führte noch am selben Tage zum Rücktritt *Baloghs* als Staatssekretär im Ministerpräsidium und am 3. 6. 1947 auch zum Rücktritt als Generalsekretär der → FKGP, die er am 4. 7. 1947 verließ, um die FMDP zu gründen als eine konstruktive Opposition, die die städtische kleine und mittlere Bourgeoisie, das besitzende Bauerntum, die Arbeiter an der Grenze zum Kleinbürgertum und nicht zuletzt die Angestellten- und Intelligenzschichten vertrete. Parteivorsitzende der FMDP wurden *Balogh* und *Gy. Parragi* (Geschäftsführung). Prominentes Parteimitglied war auch *I. Kovács*, der frühere stellvertretende Vors. der → NPP. Bei den Wahlen 1947 errang die Partei mit 5,2 % der abgegebenen Stimmen 18 Mandate. *Balogh* setzte sich mit *Z. Pfeiffer* (→ UNGARISCHE UNABHÄNGIGKEITSPARTEI) und *I. Barankovics* (→ DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI) vergeblich dafür ein, mit der → FKGP eine neue regierungsfähige Koalition zu bilden. Der am 5. 9. 1947 beschlossene Zusammenschluß der Partei mit der → FKGP – zur Wiederherstellung der Einheit der bürgerlichen Front und im Interesse des Schutzes der »bürgerlichen Lebensform« und der »Ordnung des Privateigentums« – konnte wegen des Einspruchs der Linken nicht durchgeführt werden. Die FMDP schloß sich am 1. 2. 1949 der neuorganisierten »Ungarischen Unabhängigkeits-Volksfront« (→ UNGARISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI) an und beteiligte sich in deren Rahmen an den Wahlen vom 15. 5. 1949. Danach löste sie sich auf.

S. Balogh, Parlamenti pártharcok Magyarországon 1945–1947, Budapest 1975.

Unabhängigkeitspartei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger (Függetlenségi Kisgazda Földmüves és Polgári Párt). Liberale Partei. Gründung 15. 2. 1921 durch *K. Rassay*, der eine regierungsfähige Oppositionspartei auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis und dementsprechend mit einem umfassenderen Programm als die → NATIONAL-DEMOKRATISCHE PARTEI schaffen wollte. Parteiorgan: ›Esti Kurír‹ (ab 16. 9. 1923). Die Partei proklamierte liberale Forderungen analog den Verfassungsprinzipien westlicher Demokratien. *Rassay* und 5 seiner Gesinnungsgenossen traten am 15. 2. 1921 aus der → LANDESPARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE UND LANDARBEITER aus, weil sie als freie Königswähler keinen entsprechenden Kabinettsbeschluß in der Königsfrage herbeiführen konnten. Sie betonten dabei, ihre Entscheidung sei auch vom Mangel an öffentlichen Freiheiten und der schleppenden Wiederherstellung der Rechtsordnung bestimmt. 1922 erhielt die Partei 3,6 % der Stimmen und 8 Mandate, die meisten in Städten der Provinz. Am 22. 7. 1926 fusionierte sie mit einem Teil der → NATIONAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI zur UNABHÄNGIGEN NATIONAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI; 1928 konstituierte sie sich wieder neu als → NATIONAL-LIBERALE PARTEI.

Zs. L. Nagy, A budapesti liberális ellenzék 1919–1944, Budapest 1972; Dies., A liberális polgári pártok a bethleni konszolidációban 1921–1931, 2 Bde, Budapest 1975. (Mskr.)

Ungarische Freiheitspartei (Magyar Szabadság Párt). Bürgerliche Oppositionspartei, »Partei des antikommunistischen nationalen Widerstandes«.

Gründung: 15. 3. 1946 durch *D. Sulyok* aus den am 12. 3. 1946 aus der → UNABHÄNGIGEN PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE (FKGP) ausgeschlossenen Abg.

Programm: Idealismus statt Materialismus, die Individualität stehe über dem Kollektiv, nationales Glück könne nur durch Entwicklung der nationalen Identität erreicht werden, anstelle des Klassenkampfes müsse die nationale Solidarität treten. Die Partei bekannte sich zu den Idealen des Evangeliums und zu den Grundsätzen der Demokratie. Sie verurteilte jede Art von Diktatur; Einparteiensysteme seien Erscheinungsformen des Faschismus.

Organisation: Die Partei stellte im Anfang nur eine parlamentarische Fraktion dar. Ihre Organisation als Landespartei begann erst mit der Großversammlung vom 24. 11. 1946 in Budapest. Sie verbreitete sich schnell im ganzen Lande mittels eines Netzes von lokalen Parteibüros. – Presse: Tageszeitung ›A Holnap‹ (15.–27. 3. 1947; die Drucker verweigerten auf gewerkschaftliche Anweisung den weiteren Satz).

Geschichte: Im Laufe der innenpolitischen Auseinandersetzungen mit der von der UNGARISCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (MKP, → UNGARISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI, MSZMP) angeführten Linken formierte sich ab Februar 1946 eine Fraktion innerhalb der → FKGP unter der Führung von *Sulyok* und *I. Vásáry*. Nach dem Parteiausschluß der exponiertesten Abg. gründeten 15 Parlamentarier die Ungarische Freiheitspartei; Vors. wurde *Sulyok*. Die Partei stellte sich im Juli 1946 hinter Kardinal *J. Mindszenty*, als dieser gegen das eigenmächtige Verbot katholischer Vereine durch den Innenminister *L. Rajk* (MKP) protestierte. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, am 20. 3. 1947, forderte *Sulyok* die gesetzliche Verankerung der immerwährenden Neutralität Ungarns. Die Mehrheit der → FKGP neigte seiner Auffassung zu. Bei der Indemnitätsdebatte Ende März 1947 sprach *Sulyok* der Regierung gegenüber sein Mißtrauen aus, weil in der Koalition, die formell eine bürgerliche Mehrheit besitze, faktisch die Arbeiterparteien eine bestimmende Rolle spielten. Die Partei gelangte in der Folgezeit zunehmend in das Kreuzfeuer der Angriffe der MKP (→ MSZMP). Ende Juni hatte die Partei 21 Mandate (von 420). Eine Bestimmung des neuen, restriktiven Wahlgesetzes traf

die Partei in ihrer Existenz: *Sulyok* verlor als Mitglied der früheren Regierungspartei die Wählbarkeit und emigrierte in den Westen; seine Partei löste sich am 21. 7. 1947 auf.

D. Sulyok, A magyar tragédia, Newark, N. J. 1954.

Ungarische Nationale Arbeiterpartei (Magyar Nemzeti Munkáspárt). Gründung: 21. 12. 1919 als PARTEI DER UNABHÄNGIGEN LANDARBEITER UND KLEINBESITZER (Független Földmunkások és Kisbirtokosok Pártja) durch das frühere Vorstandsmitglied der → SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI, *S. Csizmadia.*

Die Partei errang bei den Wahlen im Jahre 1920 2 Mandate und nannte sich am 11. 7. 1920 in Orosháza in ARBEITERPARTEI UNGARNS (Magyarországi Munkáspárt) um. Im Januar 1921 fusionierte sie mit der am 10. 8. 1919 gegründeten und von *J. Bartha* geführten LANDESPARTEI UNGARISCHER ARBEITER (Magyar Munkások Országos Pártja) zur NATIONALEN PARTEI DER ARBEITER UNGARNS (Magyarországi Munkások Nemzeti Pártja). Am 9. 5. 1921 entstand daraus die Ungarische Nationale Arbeiterpartei, die sich an den Wahlen im Frühjahr 1922 beteiligte und doch wieder nur 1 Mandat errang. Die regierungsfreundliche Partei konnte sich trotz staatlicher Unterstützung nicht durchsetzen. Presse: ›Igazság‹ (1921/22).

J. Gergely, A keresztényszocializmus Magyarországon 1903–1923, Budapest 1977.

Ungarische Nationale Unabhängigkeitspartei (Magyar Nemzeti Függetlenségi Párt), genannt gewöhnlich RASSENSCHÜTZLERPARTEI (Fajvédő Párt). Partei der mittleren Beamtenschicht. Gründung: 2. 8. 1923 aus dem rechtsextremen Flügel der →EINHEITSPARTEI durch *Gy. Gömbös, T. Eckhardt* und *E. Zsilinszky* (ab 1925: *Bajcsy-Zsilinszky*), der auch die Tageszeitung ›Szózat‹ redigierte.

Programm: Schutz des ungarischen Volkstums vor zersetzenden fremden Einflüssen von innen. Daher: Antisemitismus, Antimarxismus, aber auch soziale Verantwortung gegenüber den verarmten Massen. Der nationale Tiefstand könne durch eine rassische und militaristische Organisation der Gesellschaft, durch eine starke, autokratische Staatsmacht, die am besten aus einer Militärdiktatur entstehe und auch das Pressemonopol besitze, überwunden werden.

Geschichte: Die Abg. auf dem rechtsextremen Flügel der → EINHEITSPARTEI hielten die Konzeption *I. Bethlens* über seine Verhandlungen um eine ausländische Anleihe für verfehlt, und als sie mit ihrer Auffassung nicht durchdringen konnten, gründeten sie eine eigene Partei. Die »Rassenschützler« (7 Abg.), die am 20./21. 5. 1923 neugegründete CHRISTLICH-SOZIALE LANDESPARTEI (Országos Keresztény-Szocialista Párt, *I.* und *J. Haller, J. Csík* u. a.) und einige »auf christlich-nationaler Grundlage stehende oppositionelle Abgeordnete« (*I. Friedrich* u. a.) vereinbarten am 23. 8. 1923 das »oppositionelle Bündnis der christlichen Politiker«. Ihren totalitären Zielsetzungen gemäß bereitete sich die Partei unter der Führung von *F. Ulain* auf die Machtübernahme, die Auflösung des Parlaments und die Diktatur vor. Die Putschisten versuchten die Fühlungnahme mit den österreichisch-deutschen Extremisten, doch sie wurden am 7. 11. 1923 verhaftet. Am 18. 12. 1923 wurde *Eckhardt* zum neuen Vors. des »Vereins Erwachender Ungarn« (Ébredő Magyarok Egyesülete) gewählt. Im Dezember 1926 stimmten 2,9 % der Wähler für die Partei, die mit 3 Abg. in das Parlament einzog. Dank der direkten Unterstützung durch *Bethlen* erlangte *Gömbös* wenig später das 4. Mandat. Der Ministerpräsident brauchte die »Rassenschützler« zur Zügelung des gemäßigten Flügels seiner Partei. *Gömbös* löste seine wenig erfolgreiche Partei am 6. 9. 1928 auf und trat in die Regierung als Staatssekretär ein.

Fajvédő Kiáltvány, Budapest 1924.

Ungarische Radikalpartei (**MRP**, Magyar Radikális Párt). Partei der fortschrittlichen bürgerlichen Intelligenz. Gründung: 6. 6. 1914 in Budapest als BÜRGERLICH-RADIKALE LANDESPARTEI (Országos Polgári Radikális Párt) durch *O. Jászi* und *P. Szende.*

Programm: Politische Freiheitsrechte, vor allem die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts sowie die Demokratisierung der Verwaltung und der Rechtsprechung. Unter den wirtschaftspolitischen Forderungen stand die Verwirklichung einer radikalen Bodenreform an erster Stelle; die Fideikommisse sollten aufgehoben und die Kirchengüter säkularisiert werden, durch die Schaffung eines eigenen Zollgebietes sollte die wirtschaftliche (nicht politische!) Unabhängigkeit von Österreich erreicht werden. Kulturelle Forderungen waren die Verstaatlichung des Unterrichtswesens, die Trennung von Staat und Kirche sowie der Gebrauch der Muttersprache im Sinne des Nationalitätengesetzes von 1868. Die sprachlich-kulturellen Probleme sollten durch die Komitatsautonomie gelöst werden. – Das Programm vom September 1945 bekannte sich zu »friedlichen, aber radikalen Reformen« und forderte eine »radikale Demokratie« anstelle der überholten bürgerlichen, um dadurch die Revolution zu vermeiden. Die MRP wolle »eine echte Demokratie«, die keine Klassenherrschaft sei. In wirtschaftlicher Hinsicht bekannte sich das Programm zur »freien Wirtschaft, zur Privatinitiative und der Verantwortung des Individuums«. Großunternehmen sollten verstaatlicht, kleine und mittlere Betriebe gefördert werden.

Organisation: Bereits aus der mangelnden Bereitschaft zum entschlossenen Handeln resultierte die relativ späte Parteigründung. Weder die BÜRGERLICH-RADIKALE LANDESPARTEI noch die MRP besaßen je gut ausgebaute Organisationen. – Presse: Tageszeitung ›Világ‹ (1910–1926), Zeitschriften ›Huszadik Század‹ (Januar 1900 bis 1919 und

1945; ab 1906 unter radikaler Redaktion), ›Századunk‹ (1926–1939), ›Haladás‹ (1. 10. 1945–1949).

Geschichte: In der bürgerlich-radikalen Bewegung fanden sich gegenüber der sozialen Wirklichkeit kritisch eingestellte Intellektuelle zusammen, denen der Liberalismus, den sie für abgenutzt und überholt erachteten, keine politische Heimat bot. Die Gründung der Bürgerlich-Radikalen Landespartei erachteten sie als aus den gesellschaftlichen Interessen herzuleitende Notwendigkeit, analog der bereits bestehenden Katholischen Volkspartei und Sozialdemokratischen Partei. Nach anfänglicher Unterstützung des kurz nach der Parteigründung ausgebrochenen Krieges, der aus ihrer Sicht vor allem ein Überlebenskampf gegen den englischen Kapitalismus, gegen die nationale Eitelkeit und Rachepolitik Frankreichs sowie gegen die imperialistische Politik des Zarismus und des Panslawismus war, unterstützten sie ab Mitte 1915 die pazifistische Bewegung und deren wesentliche politische Forderungen: völlige Demokratisierung, Handelsfreiheit, Ausbau der internationalen Gerichtsbarkeit und Schaffung eines europäischen Staatenbündnisses. Die Proklamierung der Wilsonschen 14 Punkte vom 8. 1. 1918 bewirkte, daß sich die Bürgerlich-Radikalen *M. Károlyis* ententefreundlicher politischen Konzeption näherten. Sie traten für die Durchführung des Wilsonschen Friedensprogramms ein, von dem sie die völlige Demokratisierung Ungarns erwarteten. Auf ihrem Parteikongreß vom 14. 10. 1918 forderte die Partei die sofortige Entfernung des bestehenden Regierungssystems sowie eine Regierung, die im Besitze des Vertrauens sämtlicher wirklich demokratischer Parteien und Organisationen sich unverzüglich anschickte, die Verfassung im Geiste der sozialen Gerechtigkeit zu modernisieren.

Eine parlamentarische Vertretung besaß die Bürgerlich-Radikale Landespartei nicht; seit ihrer Gründung wurden wegen des Krieges auch keine Wahlen abgehalten. Sie wurde jedoch am 25. 10. 1918 Mitbegründerin des »Nationalrates«, dessen Proklamation vom 26. 10. im wesentlichen das Werk *Jászis* war und das Programm seiner Partei darstellte. So wurde diese Mitträger der Regierungsverantwortung im Kabinett von Graf *Károlyi* und *Jászi*, der »mit der Vorbereitung des Selbstbestimmungsrechtes der in Ungarn lebenden Nationen beauftragte Minister ohne Portefeuille«. Das republikanische Regime war bestrebt, die territoriale Integrität Ungarns unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch Verhandlungen und eine friedliche Einigung mit den Nationalitäten zu retten. Ende November 1918 rückte der Plan einer »östlichen Schweiz« bei *Jászi* stärker in den Vordergrund.

Nach der Ernennung *Károlyis* zum provisorischen Präsidenten der Republik am 11. 1. 1919 wurde der führende Politiker der Bürgerlich-Radikalen Landespartei, *D. Berinkey*, mit der Regierungsbildung beauftragt. Die Regierung verfolgte Friedensziele im Sinne von *Jászis* Konzeption; deren Scheitern führte am 21. 3. 1919 zur Übergabe der Regierungsgewalt an den »Regierenden Revolutionsrat« (→ Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, MSZMP).

In der Zwischenkriegszeit bildeten die Bürgerlich-Radikalen in Ungarn eine kleine geschlossene elitäre Gruppe. *Jászi* lebte ab 1925 in den Vereinigten Staaten, von dort übte er einen bedeutenden Einfluß auf seine Anhänger aus. Noch in der Illegalität, im November 1944, wurde die MRP durch *I. Csécsy* neu gegründet. Die Partei blieb jedoch erfolglos, sie scheiterte daran, daß ihre Konzeption von einer sozialistischen, nichtmarxistischen Partei von der werktätigen und bislang »apolitischen« Intelligenz nicht verstanden wurde; auch bot ihr Programm keine selbständige Alternative. Bei den Parlamentswahlen 1947 erzielte sie mit 1,7 % der abgegebenen Stimmen 6 Mandate. Am 13. 5. 1948 bildete sie mit der → Bürgerlich-Demokratischen Partei (PDP) das »Radikal-Demokratische Parteibündnis« (Radikális Demokrata Pártszövetség), das sich am 1. 2. 1949 der neuorganisierten »Ungarischen Unabhängigkeits-Volksfront« (→ MSZMP) anschloß. PDP und MRP fusionierten am 3. 3. 1949 unter der Bezeichnung der letzteren; die MRP beteiligte sich im Rahmen der »Volksfront« an den Wahlen vom 15. 5. 1949, danach löste sie sich auf.

H. Fischer, Oszkár Jászi und Mihály Károlyi, 1978.

Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (**MSZMP**, Magyar Szocialista Munkáspárt). Marxistisch-leninistische kommunistische Partei.

Gründung: 20. 11. 1918 als Kommunistische Partei Ungarns (KMP, Kommunisták Magyarországi Pártja) durch linke Sozialdemokraten (*Gy. Alpári, L. Rudas, B. Vágó* u. a.; → Sozialdemokratische Partei Ungarns, MSZDP), aus Rußland heimgekehrte ehemalige Kriegsgefangene (*B. Kun, F. Münnich, T. Szamuely* u. a.) und die eine besondere Gruppe bildenden »revolutionären Sozialisten« (*Gy. Hevesi, O. Korvin, I. Sallai* u. a.).

Programm: Errichtung einer autoritär-totalitären Einparteiendiktatur (»Diktatur des Proletariats«), in der alle Produktions- und Herrschaftsmittel verstaatlicht sind, bei zentralistischer Planung und Lenkung der gesamten Wirtschaft und der totalen Politisierung aller Gesellschaftsbereiche, zum Zwecke der Verwirklichung einer neuen, sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaftsordnung nach sowjetischem Muster (→ Kommunistische Partei der Sowjetunion).

Organisation: Das provisorische Organisationsstatut vom 28. 12. 1918 beschloß zum ersten Male in der Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung die Errichtung betrieblicher Parteiorganisationen. Straff geführte Kaderpartei. Das aus 125 Mitgliedern bestehende Zentralkomitee (ZK) wird vom alle 5 Jahre zusammentretenden

Parteikongreß gewählt und bestimmt aus seinen Reihen das aus 15 Mitgliedern bestehende Politbüro, dessen Vors. der eigentliche Parteiführer ist. Auf regionaler Ebene bestehen Komitatskomitees, die von den Kreiskonferenzen gewählt werden; diese wiederum setzen sich aus Vertretern der ca. 24 500 Basiseinheiten zusammen.

Presse: ›Vörös Újság‹ (7. 12. 1918 – Ende Juli 1919), ›100 %‹ (15. 8. 1927 – Juni 1930), ›Kommunista‹ (Anfang Juni 1928 – Dezember 1935), ›Szabad Nép‹ (1. 2. 1942 – Ende Oktober 1956), ›Népszabadság‹, seit 2. 11. 1956.

Geschichte: Die im Gefolge der russischen Oktoberrevolution gegründete KMP (Vors. des ZK: *Kun)* kämpfte für die Weiterführung der Revolution. Am 21. 3. 1919, dem Tage der Ausrufung der Räterepublik, fusionierte die Partei mit der MSZDP (→ Sozialdemokratische Partei) zur Sozialistischen Partei Ungarns (Magyarországi Szocialista Párt), aus deren Mitgliedern die neue Regierung, der »Regierende Revolutionsrat« (Forradalmi Kormányzótanács) gebildet wurde. Die gegenteiligen Auffassungen von Sozialdemokraten und Kommunisten über die Regierungsmethoden auf dem Parteikongreß vom 12./13. 6. 1919 führten zu einem Kompromiß: Die Partei benannte sich in Sozialistisch-Kommunistische Partei der Arbeiter Ungarns (Szocialista-Kommunista Munkások Magyarországi Pártja) um. Nach dem Sturz der Diktatur gingen die Kommunisten in den Untergrund; *Gy. Lukács* und *Korvin* übernahmen die Leitung der illegalen Parteiarbeit. *Kun, J. Landler, J. Pogány, J. Varga* u. a. emigrierten nach Österreich, später in die Sowjetunion. Am 6. 8. 1919 beschloß die ungarische Sektion der Kommunistischen Partei Russlands die Errichtung eines »Revolutionären Komitees Ungarns« (Magyarország Forradalmi Bizottsága), das die Tätigkeit der Räteregierung fortsetzen sollte. Die Kommunisten versuchten in der Folgezeit, im Rahmen der wiedererstandenen MSZDP ihren Einfluß geltend zu machen. Sie bekämpften die rechte, »revisionistische« Parteiführung und arbeiteten mit dem linken Flügel der Partei zusammen. Illegale Parteiorganisationen entstanden bereits 1920. Die Neuorganisation der Partei wurde mit dem am 18. 8. 1925 in Wien abgehaltenen I. Parteikongreß abgeschlossen. Man bekannte sich hier zur Errichtung der Diktatur des Proletariats durch eine die Mehrheit des werktätigen Volkes vertretende Arbeiter- und Bauernregierung und zu einer entschädigungslosen Enteignung des Grundbesitzes und dessen Verteilung unter den Besitzlosen und Kleinbauern. Der Kongreß machte zur Aufgabe der Parteiorganisationen die Entfaltung der Gewerkschafts- und Öffentlichkeitsarbeit, die Kombinierung illegaler und legaler Methoden.

Auf Initiative der KMP wurde am 14. Mai 1925 durch die aus der MSZDP ausgeschlossenen Linksoppositionellen unter *Y. Vági* die legale Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns (MSZMP, Magyarországi Szocialista Munkáspárt) gegründet. Die Partei kämpfte unter der Führung der KMP für die Freiheitsrechte der Werktätigen, die demokratische Republik, die neue Bodenreform.

Im September 1925 wurden die Mitglieder der illegalen Parteiführung *(M. Rákosi, I. Gögös, K. Hámán, K. Őry, Z. Vas* u. a.) verhaftet und zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Diese und andere Verfolgungsmaßnahmen der Polizei lähmten die Tätigkeit der MSZMP seit Ende 1927. Die KMP nutzte indessen auch weiterhin die legalen Möglichkeiten der Verbreitung des kommunistischen Ideengutes. Nach 1929 arbeitete das ZK der Partei unter der Führung von *Kun, J. Révai* und *S. Szerényi.* Auf Inititative der Partei entstand im Februar 1931 die »Vereinigte Gewerkschaftliche Opposition« (Egyesült Szakszervezeti Ellenzék), die während ihres Bestehens bis Herbst 1935 eine Reihe von Streiks organisierte. Im Sinne eines Beschlusses des Exekutivausschusses der Komintern wurde das in Ungarn tätige ZK der KMP am 26. 6. 1936 aufgelöst und ein Provisorisches Sekretariat in Prag errichtet. Die KMP machte sich zur Aufgabe: die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse und die Errichtung einer breiten demokratischen Front im Kampf gegen den Faschismus. Die Kommunisten in Ungarn verbündeten sich mit den linksoppositionellen Vertretern der »völkischen« Bewegung (→ Nationale Bauernpartei) sowie mit jenen bürgerlichen Kräften, die den Krieg, die deutsche Expansion und das Bündnis mit dem Dritten Reich verurteilten. Ab Frühjahr 1939 wurde die KMP durch *F. Rózsa,* ab Sommer 1940 durch *Z. Schönherz* neuorganisiert. Am 6. 7. 1942 wurde *Schönherz* verhaftet und am 9. 10. 1942 hingerichtet. Erster Sekretär der KMP wurde im Dezember 1942 *J. Kádár.* Vom Juni 1943 bis September 1944 betrachtete sich die KMP formell als aufgelöst und setzte ihre Tätigkeit unter dem Namen Friedenspartei (Békepárt) fort. Die während der deutschen Besetzung in den Untergrund gezwungenen Parteien gründeten Mitte Mai 1944 auf Initiative der Friedenspartei die »Ungarische Front« (Magyar Front). Der von der Friedenspartei, der Unabhängigen Agrarpartei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger (→ Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte [FKGP]), dem legitimistischen Doppelkreuz-Verband (Kettős Kereszt Szövetség) und der → Sozialdemokratischen Partei (SZDP) unterzeichnete Aufruf kündigte »einen neuen Freiheitskampf« gegen die deutschen Besatzer und deren Helfershelfer an und forderte die demokratische Umwandlung Ungarns. Von seiten der Kommunisten wurde *Gy. Kállai* Mitglied des Exekutivkomitees. Am 12. 9. 1944 nahm die Partei den Namen Kommunistische Partei (Kommunista Párt) an. *Kállai* und *Á. Szakasits,* Vertreter der Kommunistischen Partei bzw. der → SZDP, unterzeichneten am 10. 10. 1944 eine Vereinbarung über die Bildung einer Einheitsfront beider Parteien sowie die Schaffung einer einheitlichen revolutionären und sozialistischen Arbeiterpartei nach Kriegsende.

Am 11. 10. empfing Reichsverweser *M. Horthy* die Vertreter der »Ungarischen Front« *(Szakasits, Z. Tildy)* und teilte ihnen seinen Entschluß mit, Waffenstillstand zu schließen.

Die am 5. 11. 1944 aus der Sowjetunion in Szeged eingetroffenen Parteiführer bildeten ein Komitee, das als provisorisches ZK der Ungarischen Kommunistischen Partei (MKP, Magyar Kommunista Párt) fungierte (Vors. *E. Gerő*, Stellvertreter: *I. Nagy*).

Die MKP veröffentlichte am 30. 11. 1944 in Debrecen ein Aktionsprogramm (»Programm des demokratischen Wiederaufbaus und Aufstiegs Ungarns«), das auch von der am 2. 12. 1944 durch den Zusammenschluß von MKP, SZDP, Nationaler Bauernpartei (NPP), Bürgerlich-Demokratischer Partei (PDP) und den Gewerkschaften gebildeten »Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront« (Magyar Nemzeti Függetlenségi Front) angenommen wurde. Aufgrund der Ergebnisse der im Dezember 1944 im östlichen Landesteil unter der Schirmherrschaft der Roten Armee veranstalteten Wahlversammlungen erhielt die Partei 71 Mandate (von 230) in der Provisorischen Nationalversammlung. In der von dieser gewählten Provisorischen Nationalregierung fielen nur die Ressorts für Landwirtschaft, Handel und Verkehr sowie Volkswohlfahrt an Kommunisten. Die Kommunisten der Hauptstadt traten am 19. 1. 1945 aus der Illegalität heraus; das Budapester ZK und das im Dezember 1944 von Szeged nach Debrecen verlegte ZK vereinigten sich am 23. 2. 1945. In der Budapester Parteisitzung vom selben Tage wurde der ebenfalls aus Moskau angereiste *M. Rákosi* zum Generalsekretär der MKP gewählt. Die erste Landeskonferenz der Partei vom 20./21. 5. 1945 bekannte sich zur Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den »demokratischen Kräften« und gab den Wiederaufbau als vordringlichste nationale Aufgabe an. Der Plan eines Wahlbündnisses der in der MNFF zusammengeschlossenen Parteien mußte wegen des Einspruchs der »Alliierten Kontrollkommission« fallengelassen werden. Bei den Wahlen Anfang November 1945 erlangte die Partei mit 16,9 % der abgegebenen Stimmen 70 Mandate (von 409). In der Regierung *Tildy* erhielt die Partei die Ressorts für Verkehr, Volkswohlfahrt und Inneres; *Rákosi* trat als Staatsminister in das Kabinett ein, wurde aber bald darauf stellvertretender Ministerpräsident. Zur Bekämpfung der »Reaktion« innerhalb der Koalition bildete die MKP am 5. 3. 1946 unter Teilnahme der → SZDP, der → NPP und der Gewerkschaften den »Linksblock« (Baloldali Blokk). Die wiederholten Angriffe der MKP und des »Linksblocks« gegen die bürgerlichen Kräfte, vor allem in der → FKGP, zersetzten die Opposition. Auch ein neues, restriktives Wahlgesetz, durchgesetzt von der MKP, sollte den Erfolg der Partei sichern. Die MKP erlangte dadurch bei den Wahlen im Juli 1947 mit 22,3 % der abgegebenen Stimmen 100 Mandate (von 411) und wurde die mandatstärkste Partei. Auf Betreiben der MKP wurden die Banken im Herbst 1947 und die Großunternehmen im Frühjahr 1948 verstaatlicht. Die unter dem Druck der MKP von den antikommunistischen Mitgliedern ihrer Parteileitung gesäuberte → SZDP vereinigte sich am 12. 6. 1948 mit der MKP; die neue marxistisch-leninistische Einheitspartei nannte sich Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP, Magyar Dolgozók Pártja). Der Einigungskongreß wählte *Rákosi* zum Generalsekretär und *M. Farkas* und *Kádár* von seiten der MKP zu seinen Stellvertretern. Die MDP besaß bei ihrer Gründung 1 100 000 Mitglieder, darunter gehörten 40 % bürgerlichen, intellektuellen Schichten an. Bei einer Überprüfung der Mitgliedschaft (September 1948 – Januar 1949) wurden 300 000 Mitglieder aus der Partei ausgestoßen, wobei deren Charakter als der einer Arbeiterpartei gestärkt wurde. Bis Juni 1949 herrschte absolute Mitgliederaufnahmesperre.

Die volle Verwirklichung der Diktatur des Proletariats erforderte nach Meinung von *Rákosi* die Stärkung des Klassenkampfes und die Beseitigung des Mehrparteiensystems. Er führte in einer ZK-Sitzung im März 1949 aus, die Parteien bildeten die »Reserve« des Klassenfeindes, die von der Partei am 1. 2. 1949 neuorganisierte »Ungarische Unabhängigkeits-Volksfront« (Magyar Függetlenségi Népfront) sei daher kein Organ des Zusammenschlusses der Parteien, sondern das Mittel zu deren Liquidierung. So nahmen denn auch die noch existierenden Parteien – die → FKGP, die → NPP, die → Unabhängige Ungarische Demokratische Partei und die → Ungarische Radikalpartei – an den Wahlen am 15. 5. 1949 in deren Rahmen teil. Die »Volksfront« erhielt 95,6 % der abgegebenen Stimmen, 71 % der 402 Abg. waren Mitglied der MDP. Regierungschef wurde zwar hauptsächlich aus außenpolitischen Rücksichten wiederum *I. Dobi* (→ FKGP), doch 11 der 15 Minister waren Kommunisten. Unter dem Vorwand, einen protitoistischen bzw. »nationalkommunistischen« Parteiflügel gebildet zu haben (dogmatischer Satz: der Feind sei innerhalb der Partei zu suchen), wurden die Parteiführer *L. Rajk* (bis 11. 6. 1949 Innen- bzw. Außenminister), *Gy. Pálffy, T. Szőnyi, A. Szalai* u. a. am 30. 5. 1949 verhaftet und im September 1949 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die forcierte Kollektivierung der Landwirtschaft im Rahmen der neu errichteten »Volksrepublik« erregte Widerstand; *Nagy*, der seine Bedenken äußerte, verlor seine Politbüro-Mitgliedschaft im September 1949. Die MDP beherrschte in wachsendem Maße das ganze öffentliche Leben; Parteitreue wurde gleichgesetzt mit dem unbedingten Vertrauen zu *Rákosi*. Im Frühjahr 1950 erreichte die Mißtrauenswelle die ehemaligen Sozialdemokraten: Im April wurde *Szakasits*, im August *Gy. Marosán* inhaftiert. Das im November 1950 unter dem Eindruck des Korea-Krieges errichtete »Verteidigungskomitee« (Honvédelmi Bizottság) mit den Mitgliedern *Rákosi, Gerő*, und *Farkas*

wurde de facto das höchste Führungsorgan des Landes; es stellte auch das ZK der Partei in den Hintergrund. Im Mai 1951 wurden die Parteiführer aus der Zeit der Illegalität, das ZK-Mitglied *Kádár* und Außenminister *Kállai* aufgrund falscher Anschuldigungen verhaftet. Im Oktober/November 1951 wurde fast die Hälfte der Parteifunktionäre abgelöst. Das ZK sagte in seiner Sitzung vom Juni 1952 den Kampf dem »Sozialdemokratismus« an; *S. Rónai,* Vors. des Präsidialrates seit der Inhaftierung von *Szakasits,* mußte im August 1952 seinen Platz räumen, *Rákosi* wurde Ministerpräsident und der inzwischen rehabilitierte *Nagy* sein Stellvertreter. Vor den Parlamentswahlen im Mai 1953 wurden die eingeschlafenen Volksfrontkomitees zu neuem Leben erweckt, doch nur als gemeinsames Organ der Parteimitglieder und der Parteilosen. Auch in dieser Funktion sind sie jedoch gescheitert.

Die einseitige Begünstigung der Entwicklung der Schwerindustrie durch den 1. Fünfjahresplan (ab 1. 1. 1950) und die zwangsweise Kollektivierung der Landwirtschaft erzeugten innenpolitische Spannungen, die nach *Stalins* Tod (März 1953) eine Liberalisierung notwendig machten. Der Beschluß des ZK vom 27./28. 6. 1953 übte Kritik an der Parteiführung und umriß die Aufgaben; *Nagy* wurde am 3. 7. 1953 Ministerpräsident. Er führte politische und wirtschaftliche Reformen durch, der politische Terror ließ nach, die Konsumgüterindustrie wurde gefördert. Der III. Kongreß der MDP, Ende Mai 1954, bestätigte diese Entwicklung. Es gelang *Rákosi,* der Erster Sekretär der Partei geblieben war, zwar noch einmal sich durchzusetzen und *Nagys* Amtsenthebung zu erwirken, doch die Beschlüsse des XX. Kongresses der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION im Februar 1956 erschütterten seine Position; er wurde am 18. 7. 1956 abgelöst, doch durch *Gerő,* ebenfalls einen dogmatischen Stalinisten ersetzt. Der intransigenten und unbesonnenen Haltung *Gerős* war es zuzuschreiben, daß am 23. 10. 1956 sich aus einer Sympathiekundgebung für den polnischen Reformkommunismus ein Volksaufstand entwickelte. Noch bei der Sympathiekundgebung hatte *P. Veres* die Forderungen formuliert: Eine unabhängige nationale Politik, beruhend auf den Prinzipien des Sozialismus und der Gleichheit allen Staaten gegenüber, wirtschaftliche und demokratische Reformen, freie Wahlen. *Nagy* sollte wieder Ministerpräsident werden. Als erste Konzession wurde *Nagy* noch in der Nacht zum 24. 10. zum Ministerpräsidenten ernannt, die Ernennung *Kádárs* zum Ersten Sekretär des ZK der MDP am 25. 10. war bereits eine verspätete Maßnahme, Armee und Polizei des Landes waren zu den Aufständischen übergegangen, der Staatsapparat brach zusammen. Man forderte den Abzug sämtlicher sowjetischer Streitkräfte aus Ungarn. Am 30. 10. 1956 wurden die Parteien wieder erlaubt, *Nagy* bildete ein Koalitionskabinett mit Vertretern der Regierungskoalition von 1945–47 und kündigte freie Wahlen an. *Kádár* teilte am 1. 11. 1956 die Gründung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) mit und bildete am 4. 11. eine Gegenregierung in Szolnok, die mit Hilfe sowjetischer militärischer Intervention Herr der Lage wurde.

Die Landeskonferenz der MSZMP am 27./29. 6. 1957 analysierte die Gründe des »gegenrevolutionären« Aufstandes und bestimmte als Hauptaufgaben: Stärkung der Diktatur des Proletariats, der Macht des Volkes, Erweiterung der Massenbasis des Systems und der Partei, Wahrung und Festigung der organisatorischen Einheit der Partei. Zu diesem Zweck solle die Stärkung des Zentralismus vorübergehend Vorrang erhalten. Die Landeskonferenz bestätigte *Kádár* als Ersten Sekretär des ZK. Das ZK setzte im Dezember 1958 die schnellere Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zum Ziel. Der Kongreß der MSZMP vom 30. 11./5. 12. 1959 wurde – nach jeweils drei Kongressen der MKP und der MDP – zum Zeichen der Kontinuität als der VII. benannt. Er beschloß, in den kommenden fünf Jahren die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Bis März 1961 wurde dann die Kollektivierung von 90% des Ackerlandes durchgeführt. Der VIII. Kongreß der MSZMP vom 20./24. 11. 1962 kündigte den Beginn der vollen Errichtung des Sozialismus an. Nach der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus müsse die sozialistische nationale Einheit verwirklicht werden. Schlüsselfrage der industriellen Entwicklung sei die Umgestaltung der Industriestruktur. Die sozialistische Kultur hätte sich kräftiger zu entfalten, das sozialistische Bewußtsein der Massen solle gesteigert werden.

Aufgrund des Vorschlags des ZK der MSZMP übernahm am 30. 6. 1965 *Kállai* den Posten des Ministerpräsidenten; *Kádár* blieb Erster Sekretär des ZK und wurde Mitglied des Präsidialrates. Das ZK der Partei beriet Ende Mai 1966 über die Richtlinien der Reform des Wirtschaftsmechanismus sowie die Richtlinien des 3. Fünfjahresplanes. Die Beratungen über die wirtschaftlichen Aufgaben nahmen auch auf dem IX. Parteikongreß vom 28. 11./3. 12. 1966 einen breiten Raum ein. Der vollständige Aufbau des Sozialismus bleibe nach den Beschlüssen die historische Aufgabe von Partei und Volk. Im Rahmen der Fortentwicklung der sozialistischen Demokratie müßten die Rechtsbefugnisse der örtlichen Organe erweitert, die innerbetriebliche Demokratie ausgebaut und die Rolle des Landtags vergrößert werden. Es wurde die führende Rolle der Partei betont: Das Hauptaugenmerk der Partei konzentriere sich auf die wissenschaftliche Analyse, die Stärkung der politischen Lenkung, die Organisation und Mobilisierung der Massen. Der aufgrund des neuen Wahlgesetzes vom 11. 11. 1966 am 19. 3. 1967 gewählte Landtag wählte in seiner konstituierenden Sitzung am 14. 4. 1967 *P. Losonczi* zum Vors. des Präsidialrates und *J. Fock* zum Ministerpräsidenten. Nachdem von den Delegierten

des XI. Parteikongresses vom 17./22. 3. 1975 *Fock* für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich gemacht worden war, wurde er am 15. 5. 1975 von *Gy. Lázár* abgelöst. Am 1. 1. 1976 traten mit dem 5. Fünfjahresplan Änderungen im »neuen Wirtschaftsmechanismus« in Kraft. Die Korrekturen führten Elemente einer strafferen zentralen Leitung ein. Auf dem XII. Parteikongreß vom 24./27. 3. 1980 stellte *Kádár* fest, daß das Volk Ungarns beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vorangekommen sei. Die sozialistische Demokratie dürfe die Einmannverantwortung nicht verringern, die Tätigkeit der ernannten Leiter sollten einer effektiveren gesellschaftlichen Kontrolle unterzogen werden. Das wirtschaftliche Lenkungssystem müsse den veränderten Verhältnissen besser angepaßt werden. Der Erste Sekretär des ZK sagte »nationalistischen, kosmopolitischen, revisionistischen, ultraradikalen und anderen schädlichen Anschauungen« einen verstärkten Kampf an. – Bei den etwa alle vier Jahre stattfindenden Landtagswahlen wurden jeweils etwa 40–50 % der Mandate an Arbeiter und etwa 75–80 % der Mandate an Parteimitglieder vergeben.

A magyar forradalmi munkásmozgalom története, 3 Bde, Budapest 1966/70; Negyedszázados harc, A munkásmozgalom történetének kronológiája 1919. augusztus 1 – 1945. április 4, Budapest 1975.

Ungarische Unabhängigkeitspartei (**MFP,** Magyar Függetlenségi Párt). Partei der konservativ-bürgerlichen, antimarxistischen Opposition.

Gründung: 28. 7. 1947 durch den Abg. *Z. Pfeiffer* aus früheren Abg. der → UNABHÄNGIGEN PARTEI DER KLEINEN LANDWIRTE (FKGP) und der → UNGARISCHEN FREIHEITSPARTEI, auf deren Organisation sie aufbaute.

Die MFP wollte eine reine Demokratie auf nationaler und bürgerlicher Grundlage, einen auf den Grundsätzen des Evangeliums beruhenden Sozialismus und die Freiheit des Individuums. Die angestrebte bürgerliche Lebensform kenne keine Klassenunterschiede, die Herstellung des sozialen Friedens gehöre mit zu den wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen. Außenpolitisch bekannte sie sich zu einer Konföderation der Donauvölker im Geiste von *L. Kossuth.* Bei den Wahlen 1947 errang die Partei mit 13,4 % der abgegebenen Stimmen 49 Mandate und wurde somit – nach der → DEMOKRATISCHEN VOLKSPARTEI – die zweitgrößte Oppositionspartei im ungarischen Parlament. Sie erzielte ihre größten Erfolge in den Städten, erhielt aber auch unter den Arbeitern im Industriegebiet von Borsod und den wohlhabenden Bauern der südöstlichen Tiefebene viele Stimmen. In den 5 größten Städten des Landes überflügelte sie die Kommunisten. Versuche *Pfeiffers,* eine Regierungskoalition ohne diese zustande zu bringen, scheiterten (→ FKGP). In der Debatte über das Regierungsprogramm des Kabinetts *Dinnyés* bekundete die MFP gegenüber der neuen Regierung und deren Programm ihr unbedingtes Mißtrauen. Am 4. 11. 1947 emigrierte *Pfeiffer* in den Westen; die Mandate der MFP wurden vom Wahlgericht am 20. 11. 1947 für ungültig erklärt, und die Partei löste sich auf.

Ungarländisch-Deutsche Volkspartei (**UDVP**) (→ auch Rumänien, DEUTSCHE MINDERHEITSPARTEIEN). Als Sprecherin der gesamten deutschungarischen Bevölkerung trat die am 30. 12. 1906 in Versec gegründete Ungarländisch-Deutsche Volkspartei *(L. Kremling, J. Röser, E. Steinacker)* auf. Ihr Sprachrohr waren das Wochenblatt ›Deutsch-Ungarischer Volksfreund‹ und Lokalblätter besonders in Südungarn. In der Nachfolge der gescheiterten Projekte einer UNGARISCHEN VEREINIGTEN NATIONALITÄTENPARTEI *(Kremling)* im Banat 1902 forderte das UDVP-Programm von 1906 die Realisierung des Nationalitätengesetzes von 1868. Im einzelnen zielte es u. a. auf Liberalisierung von Wahl- und Vereinsrecht sowie auf den Ausbau des deutschen Schul-und Genossenschaftswesens. Obwohl sie bei der einigermaßen irregulär verlaufenen Wahl von 1910 ohne Mandat geblieben war, fand sie in den Sachsen *R. Brandsch* und *W. Kopony* zwei Repräsentanten im Reichstag. In Verbindung mit dem »Deutschen Bauernbund« *(J. Röser,* 1913) und der Raiffeisenzentrale Temesvár bemühte sich die UDVP um die organisatorische Infrastruktur der erstrebten einheitlichen deutschungarischen Minderheitspolitik. Darüberhinaus bereitete sie sich darauf vor, nach der Thronbesteigung *Franz Ferdinands* im Zuge der erwarteten antidualistischen Reichsreform die deutschungarischen Interessen gegenüber Budapest besser zur Geltung zu bringen. Das Kriegserlebnis 1914–18 förderte das Zusammengehörigkeitsstreben der Südostdeutschen sehr stark. Zwar verzichtete die deutsche Führung in Trianon-Ungarn auf die Gründung einer Partei, um unnötige politische Reibungsverluste zu vermeiden. Aber die antiassimilatorische Tätigkeit vor allem als kulturelle »Schutzarbeit« betrieb man um so entschiedener. Infolgedessen scheiterte die DEUTSCHE BÜRGER- UND BAUERNPARTEI UNGARNS (1919, *G. Gündisch*), während der »Ungarländisch-Deutsche Volksbildungsverein« (UDV, *J. Bleyer, G. Gratz)* zur Vertretung der deutschen Minderheit wurde. Interne Opposition führte im November 1938 zur Gründung des »Volksbundes der Deutschen in Ungarn« *(F. Basch),* der sich als Vorläufer einer Einheitspartei der deutschen »Volksgruppe« in Ungarn verstand. G. SCHÖDL

L.: → Rumänien, Deutsche Minderheitsparteien.

Vereinigte Opposition (Egyesült Ellenzék).

Gründung: 12. 4. 1878 durch Zusammenschluß der → OPPOSITION DER RECHTEN, der UNABHÄNGIGEN LIBERALEN PARTEI und der »Dissidenten« (→ LIBERALE PARTEI).

Programm: Stärkung der ungarischen Staatsidee und der konstitutionellen Staatsmacht, Sicherung der individuellen und politischen Frei-

heitsrechte der Staatsbürger. Festhalten am Ausgleich und den darin festgelegten Grundsätzen des »Dualismus und der Parität«. Verhinderung der Festigung der russischen Macht an der niederen Donau und auf dem Balkan. Sobald es die außenpolitischen Verhältnisse erlaubten, Revision der Verteidigungsorganisation der Monarchie und Senkung der Militärausgaben. Vordringlichste Aufgabe sei Wiederherstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts, daher Unterstützung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel mit allen möglichen Mitteln. Unterrichtsreform entsprechend den nationalen Interessen, staatliche Aufsicht. Reform des Oberhauses.

Geschichte: Der → Opposition der Rechten, der Unabhängigen Liberalen Partei und den »Dissidenten« schwebte durch die Gründung einer neuen ausgleichsfreundlichen Partei die Schaffung einer regierungsfähigen Opposition vor. Es war nicht leicht, den Zentralismus und Konservatismus der → Opposition der Rechten, die »munizipalistische« Auffassung (s. u.) der Unabhängigen Liberalen Partei und den orthodoxen Liberalismus der »Dissidenten« miteinander zu vereinbaren, und eine Einigung konnte erst nach langwierigen Verhandlungen und durch den Verzicht auf ein klares und ausführliches Programm realisiert werden. Die Vereinigte Opposition hatte bei ihrer Gründung 105 Abg. Die Fraktion, deren »Parteiführer« Graf *A. Apponyi* und *D. Szilágyi* waren, wählte *P. Szontagh* zum Parteivorsitzenden.

Bei den Wahlen im August 1878 erzielte die Partei 80 Mandate, doch bis zum Ende der Legislaturperiode stieg ihre Mandatsstärke durch Nachwahlen und Übertritte auf 92 an. Ende November 1880 drohte die Frage der Verwaltungsreform, auf deren Grundlage eine Fusion mit den zahlreichen parteilosen Abg. verwirklicht werden sollte, die Vereinigte Opposition zu sprengen; Baron *L. Simonyi*, der als »Munizipalist« für die Beibehaltung des alten Systems der Wahl der Verwaltungsbeamten durch die örtlichen Honoratioren war, legte sein Mandat nieder und trat auch aus der Partei aus. Die Spaltung der Partei konnte nur verhindert werden, indem sie vorübergehend in einem ideologisch uneinheitlichen »Klub der oppositionellen Abgeordneten auf staatsrechtlicher Basis« (Közjogi alapon álló ellenzéki képviselők köre) aufging. Im März 1881, vor den nächsten anstehenden Wahlen, nahm die Partei, nun als Gemässigte Opposition (Mérsékelt Ellenzék), wieder eine festere Gestalt an. Parteivors. wurde Baron *B. Bánhídy*, später *K. Ernuszt*.

Bei den Wahlen im Mai 1881, Juni 1884 und Juni 1887 erhielt die Partei nur 73, 59 bzw. 46 Mandate. Die Einsicht, daß eine ausgleichsfreundliche Oppositionspartei die Regierung nicht mit Erfolg bekämpfen könne, stärkte in der Partei die Tendenzen zu einer Fusion mit der → Liberalen Partei. Die Angebote der Gemässigten Opposition wurden jedoch trotz der regierungsfreundlichen Stellungnahme *A. Apponyis* in der Frage der Verwaltungsreform im Frühjahr 1891 abgelehnt. Die Partei glitt folgerichtig nach links ab und benannte sich als Ausdruck ihrer Zielsetzungen am 7. 1. 1892 in → Nationalpartei um.

A. Apponyi, Emlékiratain, Ötven év, Ifjúkorom – huszonöt év az ellenzéken, Budapest 1922.

Verfassungspartei (Alkotmánypárt). Partei dynastietreuer agrarischer Großgrundbesitzer und hoher Staatsbeamter.

Gründung: 18. 11. 1905 in Budapest durch den Zusammenschluß der aus der → Liberalen Partei ausgeschiedenen beiden Dissidentengruppen um Graf *Gy. Andrássy d. J.* und *F. Nagy*.

Programm: Lösung der innenpolitischen Krise – hervorgerufen durch die »verfassungswidrige Lenkung des staatlichen Lebens« – auf der Grundlage des Ausgleichs von 1867. Die Auffassung des Neunerausschusses der → Liberalen Partei, wonach auch die militärischen Majestätsrechte nur »verfassungsmäßig«, d. h. im Einvernehmen mit der Nation auszuüben seien, werde als einzig mögliche Lösung akzeptiert. Die Partei trete für den liberalen Fortschritt ein, dessen Ziele der Ausbau des Nationalstaates und der Schutz der Freiheit seien. – Das Programm vom 14. 9. 1913 nennt die Wiederherstellung des reibungslosen Funktionierens der Verfassung als einzige Zielsetzung und erläutert die Vorstellungen der Partei zu den Reformen der Hausordnung, des Wahlrechts, der Verwaltung und des Unterrichtswesens.

Geschichte: Aus Protest gegen die gewaltsame Änderung der Hausordnung durch Ministerpräsident Graf *I. Tisza* traten *Andrássy* und 12 weitere Abg. (»Magnatengruppe«) am 18. 11. 1904 aus der → Liberalen Partei aus, schlossen sich jedoch zunächst nicht in einer Partei zusammen. Bei den Wahlen im Januar 1905 errangen die »Dissidenten« mit 8,1 % der abgegebenen Stimmen 27 Mandate. Als Verfassungspartei beteiligten sie sich am 19. 11. 1905 an der Gründung der regierungsfeindlichen Koalition, und *Andrássy* wurde Mitglied deren »Führungsausschusses« (→ Staatsrechtliche Opposition). Nach langwierigen Verhandlungen, in denen *Andrássy* eine prominente Rolle spielte, wurde am 7. 4. 1906 *S. Wekerle* zum Ministerpräsidenten der Koalitionsregierung ernannt, und er trat noch am selben Tage der Verfassungspartei bei. Bei den Wahlen 1906 gelangten dank 15,9 % der Stimmen 71 Abg. der Verfassungspartei ins Parlament. Der im November 1908 von *Andrássy* vorgelegte Gesetzentwurf sprach sich für die Einführung des Pluralwahlrechts aus. Nach Scheitern der Koalition löste *Andrássy* die Partei, um keine Hindernisse in den Weg der Gründung der → Nationalen Arbeiterpartei zu stellen, am 14. 2. 1910 auf; die meisten Mitglieder schlossen sich der neuen Regierungspartei an, *Andrássy* und seine engsten Parteifreunde blieben parteilos.

Am 14. 9. 1913 wurde die Partei von *Andrássy* unter dem Namen Landes-Verfassungspartei

(Országos Alkotmánypárt) neugegründet. Einige Abg. der Partei traten Ende Januar 1918 der 48ER VERFASSUNGSPARTEI (→ NATIONALE ARBEITSPARTEI) bei. Die Verfassungspartei löste sich in der ersten Novemberwoche von 1918, nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution, auf.

Volkspartei (Néppárt) → Katholische Volkspartei.

ZYPERN

von

GUNNAR HERING

Die Insel Zypern wurde am 23.2. 1959 durch die Verträge von Zürich und London zwischen Großbritannien, Griechenland und der Türkei aus der britischen Kolonialherrschaft entlassen, nachdem Griechenland seit 1954 in der UNO immer wieder beantragt hatte, den Zyprioten das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, und die englischen Truppen seit dem 1.4. 1955 dem Druck der Guerillaverbände der »Nationalorganisation des Kampfes auf Zypern« (EOKA, Ethnikí Orgánosis Kipriakú Agónos) ausgesetzt gewesen waren. Unter britischer Souveränität verblieben die Militärbasen Akrotíri und Dekélia. Der neue Staat war von vornherein mit schweren Hypotheken belastet: Die Forderung der mehrheitlich griechischen Bevölkerung nach dem Selbstbestimmungsrecht, d. h. praktisch nach der Vereinigung (Énosis) mit Griechenland, hatte den wachsenden Widerstand der bis dahin in friedlicher Nachbarschaft und großenteils enger wirtschaftlicher Verflechtung mit den Griechen lebenden türkischen Einwohner (rund 18% der Bevölkerung) hervorgerufen. Die Verfassung der Republik war zwischen England, Griechenland und der Türkei ausgehandelt worden und trug in den Augen der griechischen Nationalisten das Stigma des Oktroys. Unabhängig von den kontroversen Rechtsauffassungen und politischen Intentionen, von denen sich Mehrheit und Minderheit bei der Anwendung der Verfassung leiten ließen, war die institutionelle Verankerung der weitgehenden Rechte der Türken geeignet, Regierung und Verwaltung des auf Drängen Griechenlands zentralistisch konzipierten Staates lahmzulegen. Da die Garantie der Unabhängigkeit, der Integrität und der Verfassung durch die drei Vertragspartner mit dem Recht der gemeinschaftlichen oder separaten Intervention sowie mit der Stationierung griechischer und türkischer Truppen auf der Insel verbunden war, entstand eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Mißtrauens. Heftige Verfassungskonflikte führten 1963 zu dem vergeblichen Versuch des Präsidenten, Erzbischof *Makários,* eine Verfassungsrevision zu erreichen, im Dezember 1963 zu blutigen Zusammenstößen zwischen Griechen und Türken. Militärische Aktionen der griechischen Zyprioten beantwortete 1964 die türkische Luftwaffe mit einem Bombardement. Seither vertiefte sich die Spaltung der Insel immer mehr: Die Griechen setzten auf legislativem Wege eine Änderung der Verfassung durch, die in ihren Siedlungsgebieten eingeigelten Türken bauten ab 1967 eine eigene Verwaltung auf. Nach den schweren Ausschreitungen griechisch-zypriotischer Einheiten 1967 konnte ein Krieg zwischen den Mutterländern nur durch Vermittlung der USA und durch weitgehende Zugeständnisse Griechenlands vermieden werden. Die im Juni 1968 aufgenommenen, 1972 unter Beteiligung eines UN-Vertreters und von Verfassungsexperten Griechenlands und der Türkei fortgesetzten Verhandlungen zwischen Repräsentanten beider Bevölkerungsteile über die Verfassungsfrage führten zu

keinem abschließenden Ergebnis, da die griechische Seite die Föderalisierung des Staates hartnäckig ablehnte. Die Situation wurde noch komplizierter, als der EOKA-Chef *Grivas* (→ Griechenland, CHITES-PARTEI) 1971 die Terrororganisation EOKA 2 bildete und die griechisch-zypriotische Führung sich dem Druck der Athener Junta offen widersetzte. Nach dem von Griechenland am 15.7. 1974 inszenierten Staatsstreich intervenierte die Türkei militärisch (21.7.), nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen an der Föderationsfrage besetzten türkische Truppen ca. 40% des Inselterritoriums mit den wirtschaftlich wichtigsten Gebieten, aus denen die griechische Bevölkerung flüchtete bzw. vertrieben wurde. Unter dem Schutz der türkischen Okkupation entstand im Norden eine Verwaltung, die am 13.2. 1975 den international nicht anerkannten Anspruch auf Teilstaatsqualität der türkischen Besatzungszone erhob. Im Referendum vom 8.6. 1975 votierten 99,4% der stimmberechtigten Türken für die Teilstaatsverfassung und die Errichtung des »Föderativen Türkisch-Zypriotischen Staates«.

Die ersten griechischen politischen Vereinigungen bildeten in den 20er Jahren Sozialisten; nach der Erweiterung der politischen Freiheiten im 2. Weltkrieg entstanden Gewerkschaften und die Linkspartei AKEL. Der Kampf um die Unabhängigkeit wirkte sich auf griechischer Seite, der Gegensatz zwischen Griechen und Türken in beiden Bevölkerungsteilen nach der Staatsgründung zunächst integrativ aus, so daß sich Parteien erst nach und nach formierten; die türkischen Zyprioten bildeten 1958 eine Dachorganisation aller Gruppen (Kibris Türk Cemaat Meclisi Başkani) unter dem Vorsitz von *R. Denktaş*. Die 1975 einberufene türkische Konstituante ging nicht aus allgemeinen Wahlen hervor, sondern bestand z.T. aus Vertretern von Berufsverbänden, z.T. aus ernannten Mitgliedern. Die dominierende Stellung der autokephalen orthodoxen Kirche im Staat beruht auf drei Voraussetzungen: Unter der britischen Herrschaft war sie die einzige legale Vertretung der Griechen; die Persönlichkeit von Erzbischof *Makários*, des ersten Präsidenten der Republik, hatte keinen gleichrangigen Rivalen unter den Politikern; 40% des kultivierten Bodens gehört der Kirche, deren Besitz durch die Verfassung vor Enteignungen besonders geschützt ist. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung ab 1963 (rapide Zunahme mittlerer und kleinerer Unternehmen in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, im Fremdenverkehr, Handel, Entstehung einer Leichtindustrie) und den sozialen Wandel (Herausbildung einer Staatsbürokratie und politischer Parteien sowie einer Mittelschicht) geht ihr politischer Einfluß allerdings zurück.

P.N. Stángos, I politikés dinámis tis Kípru, in: O Politis. Jg. 1976/3–4, S. 38–43; 5, S. 54–62; A.S. Bilge, Le Conflit de Chypre et les Cypriotes Turcs, Ankara 1961; Ch. Foley, W.I. Scobie, The Struggle for Cyprus, Stanford 1975; P. Worsley, P. Kitromilides (Hgg.), Small States in the Modern World: The Conditions of Survival, Nicosia 1979.

Aufbaupartei des Arbeitenden Volkes (AKEL, Anorthotikó Kómma Ergazoménu Laú).

Gründung: Auf die Bildung erster sozialistischer Zirkel in den 20er Jahren folgte 1926 die Gründung der KOMMUNISTISCHEN PARTEI ZYPERNS, die 1931 verboten wurde, aber illegal weiterwirkte. Am 14.4. 1941 beschloß eine Parteikonferenz die Gründung des AKEL.

Programm: Die Partei forderte zunächst die Aufhebung der illiberalen Kolonialgesetze, seit dem Ende des 2. Weltkriegs die Unabhängigkeit; 1948 prägte sie die Parole »Énosis und nur Énosis«, lehnte aber den EOKA-Terror ab. Die Partei vertritt ein Programm radikaler Sozialreformen und in der Außenpolitik die jeweiligen sowjetischen Ansichten, folgt aber keiner revolutionären Linie.

Organisation: Der alle vier Jahre zusammentretende Parteitag wählt den Generalsekretär und ein 30-köpfiges Zentralkomitee, dem auch die Sekretäre der fünf Regionalorgansiationen angehören; das ZK wählt ein 12köpfiges Politbüro und ein vierköpfiges Generalsekretariat. Daneben bestehen zentrale Ausschüsse, die Organisation beruht auf den Prinzipien des »demokratischen Zentralismus«.

Geschichte: 1947/48 wurde die Partei von den griechischen Kommunisten scharf kritisiert, als sie Kontakte zu London (1947 Teilnahme an der Konferenz der Kommunistischen Parteien des Commonwealth, 1947/48 Teilnahme an Gesprächen über die Zukunft Zyperns in London) für die Interessen der griechischen Zyprioten nutzen wollte. 1948 verschärfte sie die Énosis-Forderung, doch konnte die Partei zu keinem Zeitpunkt der Kirche die Führung der Nationalbewegung streitig machen. Die Partei plädierte für eine breite Volksfront gegen das Kolonialregime, verurteilte aber den Guerillakampf als »Provokation« und war deshalb Verfolgungen durch die EOKA ausgesetzt. Die Verträge von Zürich und London (→ Einleitung) lehnte die AKEL ab. Bei der ersten Präsidentenwahl warb sie für den Kandidaten der oppositionellen Demokratischen Union, unterstützte aber *Makários* nach seinem Wahlsieg. In den Gemeindewahlen erhielt die Partei 1946 55%, 1949 40%, in den Parlamentswahlen von 1970 in einem Wahlbündnis 40% der Stimmen, aber nur 9 von 35 Mandaten. Als einzige Partei pflegte sie bis 1959 enge Kontakte zur türkischen Bevölkerung über die Gewerkschaften, schwenkte dann aber mehr und mehr auf *Makários'* Linie ein.

Th.W. Adams, Akel – The Communist Party of Cyprus, Stanford 1971.

Demokratische Nationalpartei (**DEK,** Dimokratikón Ethnikón Kómma). Vor den Präsidentenwahlen 1968 gegründete Nachfolgepartei der → Demokratischen Union. In der Gründungsphase traten junge Intellektuelle hervor, die sich von den Extremisten und Terroristen der Unionsbewegung distanzierten und den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht mit politischen Mitteln führen wollten. Jedoch lehnte die Partei Verhandlungen mit der Türkei ab und plädierte für die Verteidigung unter Aufbietung aller Kräfte – Zypern sollte das »2. Israel des Nahen Ostens« werden. Die Partei vertrat die Auffassung, daß Zypern kulturell und politisch zum Westen gehöre. Viele mit der Beschränkung auf politische Kampfmittel unzufriedene Aktivisten und Sympathisanten traten 1971 in die EOKA 2 (→ Einleitung) ein. Die DEK polemisierte daraufhin noch entschiedener gegen den Terror; der Athener Junta wies sie die Verantwortung für die Polarisierung zwischen Anhängern und Gegnern von *Makários* zu (Pressekampagnen gegen das *Papadópulos*-Regime in der Zeitung ›Gnómi‹). Der Parteigründer *Evdókas* trat 1973 zurück, übernahm 1974–76 wieder den Vorsitz und wurde 1976 von *R. Christodulídis* abgelöst.

Demokratische Sammlung (Dimokratikós Sinajermós) → Vereinigte Partei des Nationalgesinnten Regierungslagers.

Demokratische Union (Dimokratikí Énosis). 1959 von *J. Klirídis* gegründete Partei, in der sich die unversöhnlichen Gegner der Verträge von Zürich und London (→ Einleitung) zusammenfanden. Als Gegenkandidat des Erzbischofs *Makários* bei den Präsidentenwahlen 1959 erhielt *Klirídis* mit Unterstützung der → Aufbaupartei 33% der Stimmen. Als Nachfolgepartei entstand die → Demokratische Nationalpartei.

Demokratisches Lager (Dimokratikí Parátaxis).

Im Mai 1976 mit Unterstützung durch Präsident *Makários* gegründete progressive Zentrumspartei unter *S. Kiprianú,* der 1960–72 Außenminister war, auf Druck der Athener Junta zurücktreten mußte und zum Nachfolger des Präsidenten *Makários* gewählt wurde. Die Partei tritt für die Einheit der demokratischen Kräfte und die Verbesserung der Lage der Arbeiter ein und will der innenpolitischen Polarisierung entgegenwirken.

Fortschrittspartei (Proodeftikón Kómma).

Von *N. Sampsón* 1969 gegründete Partei, die mit rechtsextremistischen Parolen gegen alle anderen Parteien, vor allem gegen die Kommunisten, auftrat und einen Monat vor den Wahlen 1970 mit dem Progressiven Lager fusionierte. *Sampsón* wurde 1974 von den Putschisten als »Präsident« eingesetzt.

Patriotische Front (**PAME,** Patriotikón Métopon).

Rechtsextremistische, der EOKA nahestehende Splittergruppe, die kurz vor den Präsidentenwahlen von 1960 entstand und sich 1968/69 wegen innerparteilicher Gegensätze auflöste.

Progressives Lager (Proodeftikí Paráxis).

Von *A. Azínas* gegründete konservative Partei, deren Entstehung Präsident *Makários* unterstützte, um die Rechte zu spalten und seinen weiten politischen Spielraum zu erhalten. Die Partei unterstützte die Regierung, vertrat aber mit Nachdruck die Interessen der Bauern und betrieb nationalistische Propaganda. 1970 erhielt sie 17,9% der Stimmen und 7 von 35 Mandaten. Die in der Krise von 1974 (→ Einleitung) zerfallene Partei wurde im Mai 1976 formell aufgelöst; die meisten Aktivisten unterschrieben das Gründungsprotokoll des → Demokratischen Lagers.

Sozialistische Partei – Vereinigte Demokratische Zentrumsunion (Sosialistikón Kómma – Eniéa Dimokratikí Énosis Kéntru).

→ Vereinigte Demokratische Zentrumsunion.

Türkische Parteien. Regierungspartei in dem 1975 entstandenen »Föderativen Türkisch-Zypriotischen Staat« ist die Partei der Nationalen Union (UBP, Ulusal Birlik Partisi), die bei den Wahlen 1976 30 der 40 Parlamentssitze gewann. Sie wurde am 11. 10. 1975 von *R. Denktaş* gegründet; nachdem dieser das Amt des »Staatspräs-

sidenten« übernommen hatte, folgte ihm als Parteivorsitzender *M. Çağatay*. Die UBP ist eine rechts vom Zentrum angesiedelte Massenpartei. Sie bekennt sich zu den Gedanken *Atatürks*, sozialer Gerechtigkeit und Anerkennung der Menschenrechte. In einer starken Bindung an die Türkei erblickt sie die Voraussetzung für die Sicherheit der türkischen Bevölkerung Zyperns, bemüht sich aber gleichzeitig um friedliche Koexistenz mit dem griechischen Bevölkerungsteil der Insel.

Zweitstärkste Partei (6 Abg.) ist die am 18. 3. 1976 gegründete SOZIALISTISCHE ERLÖSUNGSPARTEI (Toplumcu Kurtuluş Partisi). Die Partei unterscheidet sich in ihren Zielsetzungen nicht wesentlich von der UBP, ist aber stärker nach links hin orientiert. Vors. ist *A. Durduran*.

Im Parlament sind ferner vertreten die am 27. 12. 1975 gegründete REPUBLIKANISCHE TÜRKISCHE PARTEI (Cumhuriyetçi Türk Partisi), die eine linkssozialistische, an Moskau orientierte Politik vertritt (2 Abg.) sowie mit ebenfalls 2 Abg. die am 4. 8. 1975 gegründete sozialdemokratische VOLKSPARTEI (Halkcı Parti). [N. ABADAN-UNAT]

Vereinigte Demokratische Zentrumsunion (**EDEK,** Eniéa Dimokratikí Énosis Kéntru), ab 1974: SOZIALISTISCHE PARTEI – VEREINIGTE DEMOKRATISCHE ZENTRUMSUNION (Sosialistikón Kómma – [sonst wie oben]).

Gründung: Das Komitee zur Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland unter Vorsitz des Arztes *V. Lisarídis* gründete 1969 die Partei.

Die Partei tritt für die volle Kontrolle der Produktionsmittel durch das Volk und seit dem II. Parteitag 1970 für die Kooperation mit allen politischen Gruppen ein, die sich zur Volkssouveränität bekennen. Fernziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung. In der Außenpolitik plädiert die Partei für die Bündnisfreiheit, für enge Beziehungen zu den Ländern des Nahen Ostens und die Solidarität mit den Volksbefreiungsbewegungen. Die Unabhängigkeit Zyperns soll durch den Kampf des Volkes und die Internationalisierung der Zypernfrage im Rahmen der UN errungen werden.

Die Parteiorganisation beruht auf den Prinzipien des »demokratischen Zentralismus«. Der alle 4 Jahre einzuberufende Parteitag von Vertretern der Regionalorganisationen wählt den Vors. und ein 34köpfiges Zentralkomitee, das ein Generalsekretariat und ein Politbüro bildet.

Presse: ›Ta Néa‹.

Geschichte: Die Partei unterstützte die Politik des Präsidenten *Makários* und beeinflußte dessen Außenpolitik nachhaltig. Zur Unterstützung der Regierung bildete die Partei paramilitärische Verbände. Seit ihrer Gründung polemisierte die Partei scharf gegen die Diktatur in Griechenland (1967–74) und die EOKA 2 (→ Einleitung). In den Wahlen von 1970 erhielt sie 13 % der Stimmen und 2 von 35 Mandaten.

Vereinigte Partei des Nationalgesinnten Regierungslagers (Eniéon Kómma Ethnikofrónu Simpolitéfseos), ab 1974: DEMOKRATISCHE SAMMLUNG (Dimokratikós Sinajermós).

Von *G. Klirídis* und *P. Jeorgátzis* 1969 gegründete Partei des rechten Zentrums, in der auch sozialdemokratische Tendenzen zur Geltung kamen (Arbeitsminister *T. Papadópulos*). Präsident *Makários* suchte den Einfluß der Partei durch die Unterstützung des PROGRESSIVEN LAGERS zu reduzieren. 1973 traten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Unterstützung von *Makários* bei den bevorstehenden Präsidentenwahlen hervor. 1974 beteiligten sich zwei Parteiaktivisten an der ephemeren »Regierung« der Putschisten. Nach dem Zusammenbruch dieses Regimes amtierte *Klirídis* bis zur Rückkehr des geflüchteten *Makários* als Interimspräsident. Die Nachfolgepartei DEMOKRATISCHE SAMMLUNG, der sich auch Anhänger des linken Zentrums und Unabhängige anschlossen, versucht, die liberalen Kräfte zusammenzufassen und der kommunistischen → AUFBAUPARTEI DES ARBEITENDEN VOLKES als Alternative gegenüberzustellen.

ANHANG

PARTEIENBÜNDNISSE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

von

FRANK WENDE

In dem 1958 gegründeten Europäischen Parlament schlossen sich die Abg. in Fraktionen zusammen, die jedoch nicht auf gemeinsamer nationaler Herkunft basierten, sondern aufgrund ideologischer und politischer Gemeinsamkeiten zustande kamen. Mithin stellt das Europäische Parlament keine Vertretung nationaler Delegationen dar. Dies bedeutet jedoch nicht bereits eine Überwindung nationaler Differenzen und Spannungen, sondern deren Verlagerung in die Fraktionen. Diese stehen somit vor der oftmals schwierigen Aufgabe, über die nationalen Gegensätzlichkeiten hinweg zu einem politischen Konsens zu finden, um im Parlament geschlossen auftreten zu können. Doch hat die Entscheidung, der gemeinsamen ideologischen Basis den Vorzug vor nationalen Gesichtspunkten zu geben, sich zweifellos integrationsfördernd ausgewirkt und es letztlich auch ermöglicht, daß 3 der insgesamt 7 Fraktionen bereits den Schritt zum Parteienbündnis vollzogen haben. Der lose gehaltene Organisationsrahmen und die teilweise im Unverbindlichen verharrende Programmatik spiegeln die Divergenzen wider, denen diese Zusammenschlüsse nach wie vor ausgesetzt sind, dennoch ist ihr Zustandekommen als Erreichen einer höheren Integrationsstufe zu werten.

Th. Jansen, V. Kallenbach (Hg.), Die Europäischen Parteien, 1977; N. Gresch, Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG, 1978; M. Bangemann u. a., Programme für Europa, 1978; R. Dadder, Die Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, 1978; E. Grabitz, Th. Läufer, Das Europäische Parlament, 1980.

Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft.

Gründung: 5. 4. 1974 in Luxemburg.

Mitglieder: Belgien: BELGISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI; Dänemark: SOZIALDEMOKRATIE IN DÄNEMARK; Deutschland: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS; Frankreich: SOZIALISTISCHE PARTEI; Großbritannien: ARBEITERPARTEI; Irland: ARBEITERPARTEI; Italien: ITALIENISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI, ITALIENISCHE SOZIALISTISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI; Luxemburg: LUXEMBURGISCHE SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI; Niederlande: PARTEI DER ARBEIT; Nordirland: SOZIALDEMOKRATISCHE UND ARBEITERPARTEI.

Programm: Der Sozialdemokratische Bund verfügt aufgrund der ideologischen Differenzen der Mitglieder untereinander und der unterschiedlich ausgeprägten Integrationsbereitschaft über kein verbindliches Programm. Als gemeinsame programmatische Basis dient ein am 10./15. 1. 1979 verabschiedeter Wahlaufruf. Darin wird als gemeinsames Ziel ein »menschliches Europa« auf der Basis des demokratischen Sozialismus angestrebt. In 7 Abschnitten wird diese Forderung präzisiert, wobei wirtschaftliche und soziale Fragen im Vordergrund stehen: Sicherung des Rechts auf Arbeit, besonders für Jugendliche, unter Beteiligung des Europäischen Gewerkschaftsbundes; demokratische Steuerung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung u. a. durch öffentliche Kontrolle der großen und multinationalen Unternehmen und durch Förderung von Klein- und Mittelbetrieben; Beseitigung jeglicher gesellschaftlicher Diskriminierung, besonders bei Frauen; Verbraucherschutz; Erhaltung der Umwelt. Im internationalen Bereich werden

die volle Anwendung der Beschlüsse von Helsinki und kontrollierte Abrüstung gefordert, der Abbau des Nord-Süd Konflikts durch erweiterte und intensivere Entwicklungshilfe und internationale Zusammenarbeit sowie die Verteidigung und Erweiterung der Menschen- und Bürgerrechte. Zur Frage eines Ausbaus der EG und der Übertragung von Kompetenzen auf das Europäische Parlament wird nur sehr zurückhaltend Stellung genommen: beides wird von der »eindeutigen Zustimmung der nationalen Regierungen und Parlamente« abhängig gemacht – Resultat des nach wie vor bestehenden Dissenses unter den Mitgliedsparteien über das Ausmaß des nationalen Souveränitätsverzichts.

Organisation: Die politischen und ideologischen Divergenzen innerhalb des Sozialdemokratischen Bundes haben bislang auch die Herausbildung einer straffen Organisationsstruktur nicht zugelassen. Organe sind das Büro und der Kongreß. Das mindestens viermal jährlich tagende Büro setzt sich aus je 2 Mitgliedern der angeschlossenen Parteien und dem Vors. der Sozialistischen Fraktion des Parlaments zusammen. Ihm obliegt die Ausarbeitung von Empfehlungen an die Mitgliedsparteien und der Informationsaustausch zwischen diesen sowie die Einberufung des Kongresses und die Ausführung von dessen Beschlüssen. Der Kongreß setzt sich aus den Mitgliedern des Büros sowie Delegierten der Mitgliedsparteien zusammen. Er wählt u. a. den Präsidenten des Bundes. Für alle Mitgliedsparteien bindende Beschlüsse kann er nur fassen, wenn dem ein einstimmiger Beschluß des Büros vorausgegangen ist und sich eine Zweidrittelmehrheit dafür ausspricht.

Geschichte: Vorläufer des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien war das 1957 eingerichtete »Verbindungsbüro der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien« der damaligen 6 EG-Mitgliedsstaaten. Es fungierte als Kontaktstelle zwischen der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament und den Mitgliedsparteien. Das Bestreben, durch organisatorische Verfestigung die Zusammenarbeit zu vertiefen und wirkungsvoller zu gestalten, führte dann 1974 zur Umwandlung des Verbindungsbüros in den Bund der Sozialdemokratischen Parteien. Dieser betrachtet sich vorwiegend als Koordinationsstelle, der es obliegt, einen Konsens zwischen den unterschiedlichen Auffassungen der Mitglieder herbeizuführen. Dieses Selbstverständnis reflektiert die unterschiedlichen Positionen der Mitgliedsparteien innerhalb der nationalen Parteienspektren sowie die ideologischen Differenzen und die daraus resultierenden Hemmnisse auf dem Weg zu einer übernationalen Partei. Insbesondere nationale Vorbehalte und die Frage der Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien stellen dabei die wichtigsten desintegrierenden Faktoren dar. Erstere werden vor allem von den britischen und dänischen Mitgliedsparteien vorgebracht, wenn sie sich einer engeren Form der Parteienkoordination mit übernationalen Zielsetzungen widersetzen. Die grundsätzliche Bereitschaft zur Bildung einer Volksfront, wie sie bei den französischen und italienischen Sozialisten anzutreffen ist, steht im Widerspruch zu der einen solchen Schritt grundsätzlich ausschließenden Haltung der sozialdemokratischen Parteien, insbes. der deutschen SPD. Versuche, zu einem gemeinsamen Programm zu gelangen, scheiterten bislang an diesen Gegensätzen, so der am 6. 6. 1977 formulierte Entwurf zu einer »Wahlplattform«. Stattdessen beschloß man zunächst die Formulierung einer politischen Grundsatzerklärung, die eine Art Fundamentalkonsens herbeiführen sollte. Sie erfolgte am 24. 6. 1978 in Form einer »Politischen Erklärung« der Parteivorsitzenden und diente als Grundlage für den auf dem X. Kongreß des Sozialdemokratischen Bundes am 10./15. 1. 1979 einstimmig verabschiedeten »Wahlaufruf«. – Bei den Direktwahlen zum Europaparlament im Juni 1979 entfielen auf die Mitgliedsparteien des Sozialdemokratischen Bundes insgesamt 112 der 410 Mandate, er stellt damit die stärkste Fraktion.

Europa wählen. Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG stellt sich vor. (Transnational 8, o. J.); P. F. Ruthmann, Wilhelm Dröscher, Die Sozialdemokraten auf dem Weg nach Europa, 1979.

Europäische Liberale Demokraten (ELD).

Gründung: 26./27. 3. 1976 in Stuttgart als Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft (FLIDPEG)

Mitglieder: Belgien: Partei der Reformen und der Freiheit, Partei für Freiheit und Fortschritt; Dänemark: Linke – Liberale Partei Dänemarks; Deutschland: Freie Demokratische Partei; Frankreich: Republikanische Partei, Radikale und Radikal-Sozialistische Partei; Großbritannien: Liberale Partei; Italien: Italienische Liberale Partei, Italienische Republikanische Partei; Luxemburg: Demokratische Partei; Niederlande: Volkspartei für Freiheit und Demokratie.

Programm: Dem am 17. 4. 1977 vorgelegten und am 20. 11. 1977 einstimmig angenommenen Programm liegen nicht Mehrheitsbeschlüsse zugrunde, sondern es ist das Ergebnis von Verhandlungen mit dem Ziel, in allen Punkten zu einer für alle Mitglieder gleichermaßen akzeptablen Formulierung zu gelangen. Angesichts des außerordentlich heterogenen Parteienspektrums, das die ELD umfaßt, führte dieses Vorgehen – ähnlich wie bei den anderen europäischen Parteienbündnissen – häufig zu einem Mangel an konkreten Aussagen, so etwa in den Bereichen Energie- und Umweltpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, Sozialpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik. Dagegen wird ein klares und ausführliches Bekenntnis zu den Menschen- und Bürgerrechten abgelegt und die Ausarbeitung eines Kataloges europäischer Grundrechte gefordert, die für jeden Bürger einklagbar sein sollten. Der Schutz des einzelnen, nicht nur vor politischer, sondern auch wirt-

schaftlicher Gewalt, soll durch Stärkung der Position des Parlaments erreicht werden. Zu den wirtschaftspolitischen Grundsätzen gehören der Schutz des Unternehmertums – besonders der kleinen und mittleren Unternehmen – und des freien Wettbewerbs in einer freien Marktwirtschaft, allerdings im Verein mit flexibler Planung und Lohn- und Preisleitlinien. – Detaillierte Vorschläge werden im Hinblick auf eine gemeinsame Strukturpolitik auf dem Agrarsektor gemacht. – Erster Schritt zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion soll die Einführung einer europäischen »Parallelwährung« sein. – Im institutionellen Bereich der EG wird eine erhöhte Leistungsfähigkeit und Kompetenzerweiterung der 4 Gemeinschaftsorgane gefordert.

Organisation: Entscheidungsorgan der ELD ist der jährlich einmal zusammentretende Kongreß, der sich aus je 6 Vertretern aus jedem Mitgliedsstaat, den Mitgliedern der liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments und den liberalen Mitgliedern der Kommission der EG sowie 10 Vertretern der liberalen Jugendorganisationen zusammensetzt. Zwischen den Tagungen des Kongresses tritt das Exekutivkomitee zusammen (mindestens viermal jährlich), es ist ermächtigt, »im Namen der Föderation zu sprechen und zu handeln«. Ihm gehören 12 vom Kongreß gewählte und 12 von den nationalen Parteien bestimmte Vertreter an sowie ebenfalls die liberalen Mitglieder der EG Kommission, ferner der Vors. der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament und 1 Vertreter der Jugendorganisationen. Vors. ist der vom Kongreß auf 2 Jahre gewählte Präsident der ELD. Unterstützt werden beide Organe von dem Generalsekretariat mit dem vom Exekutivkomitee ernannten Generalsekretär an der Spitze.

Geschichte: Der Gründung der ELD bzw. FLIDPEG gingen mehrere integrationsbildende Maßnahmen voraus. 1947 wurde in Oxford die »Liberale Weltunion« (LWU, später: »Liberale Internationale«) begründet, eine weitgespannte Organisation, der sowohl Einzelpersönlichkeiten wie Korporationen, nationale Gruppen und politische Parteien angehören, und der es in erster Linie um die Durchsetzung liberalen Gedankengutes geht. 1972 vereinigte sie sich mit der 1952 gegründeten, mehrfach reorganisierten »Liberalen Bewegung für ein Vereintes Europa« als Folge einer verstärkten Öffnung der LWU für europapolitische Fragen. Der Kongreß der LWU verabschiedete 1972 eine Resolution mit der Aufforderung an die liberalen Parteiführer, »sich intensiv mit der Schaffung einer Föderation der liberalen Parteien in der EG« zu befassen. Dementsprechend war diese Frage daraufhin regelmäßig Gegenstand der seit 1966, intensiviert seit 1970, stattfindenden Treffen der liberalen Parteiführer. Die daraus resultierende wachsende Integrationsbereitschaft führte dann 1976 zur Konstituierung der FLIDPEG, die sich 1977 in ELD umbenannte.

Aufgrund der dem politischen Liberalismus innewohnenden ideologischen Spannweite war die liberale Fraktion im Europäischen Parlament zu einem Sammelbecken von Gruppierungen unterschiedlicher politischer Couleur geworden. Das Ausscheiden der Gaullisten (1963) und der Ausschluß der italienischen Monarchisten (1973) bedeutete zwar einen Abbau von aus liberaler Sicht extremen Positionen, doch blieb die politische Heterogenität das Charakteristikum auch des Zusammenschlusses im Rahmen der FLIDPEG. Bis zu deren I. Kongreß am 7./9. 11. 1976 hatten insgesamt 14 Parteien ihren Beitritt erklärt, wobei die französische Republikanische Partei und die gleichfalls französische Bewegung der Linksradikalen die erwähnte ideologische Bandbreite markierten. Der Beitritt der ersteren führte allerdings dazu, daß letztere ihre Mitarbeit einstellte. Besonders schwierig gestalteten sich unter diesen Umständen die Arbeiten an der Formulierung des gemeinsamen Programms, in deren Verlauf auch die dänische Radikale Linke aus der Föderation wieder ausschied. Die Tatsache, daß es den verbleibenden Parteien gelang, trotz des bestehenden Konfliktpotentials zu einer von allen getragenen politischen Plattform zu gelangen, ist jedoch als erster Schritt in Richtung auf eine notwendige Selbstfindung liberaler Identität zu werten. – Im Europäischen Parlament verfügt die ELD über 39 der insgesamt 410 Mandate.

Europa wählen. Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten stellt sich vor. (Transnational 9), 1978.

Europäische Volkspartei (EVP). Zusammenschluß der christlich-demokratischen Parteien.

Gründung: 29. 4. 1976 in Brüssel. Die Konstituierung der Organe erfolgte am 8. 7. 1976 in Luxemburg.

Mitglieder: Belgien: Christliche Volkspartei/Christlich-Soziale Partei; Deutschland: Christlich-Demokratische Union/Christlich-Soziale Union; Frankreich: Zentrum der Sozialen Demokraten; Irland: Stamm der Gaelen; Italien: Christliche Demokratie, Südtiroler Volkspartei; Luxemburg: Christlich-Soziale Volkspartei; Niederlande: Christlich Demokratischer Appell.

Programm: Am 7. 3. 1978 verabschiedete die EVP in Brüssel ihr in 4 Kapitel gegliedertes »Politisches Programm«. Kapitel I nennt die Grundlagen christdemokratischer Politik: ein von christlichen Grundwerten geprägtes Menschenbild, was den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten impliziert; Solidarität und Subsidiarität als Leitsätze für die Sozial- und Gesellschaftspolitik; pluralistische Demokratie, Föderalismus und Dezentralisierung sowie Bewahrung und Fortentwicklung der europäischen Kultur. Kapitel II umreißt die außenpolitischen Zielvorstellungen der EVP. Sie sind ebenfalls von der Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bestimmt: deren Verteidigung dürfe nicht als Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder interpretiert werden, sie verpflichte vielmehr zu »mo-

ralischer und menschlicher Verantwortung für die Länder Osteuropas«, zur Verantwortung für die Dritte Welt und für die Bewahrung des Friedens. Relativ breiter Raum wird einer »umfassenden Entwicklungs- und Wachstumsstrategie« für die Länder der Dritten Welt eingeräumt. Kapitel III nimmt Stellung zur inneren politischen Ausgestaltung der EG und bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft, als dem Fundament einer freiheitlichen und sozial gerechten Politik. Als deren Hauptziele werden genannt: Vollbeschäftigung, Inflationsbekämpfung und ausreichendes Wirtschaftswachstum, letzteres u. a. durch eine gemeinsame Industriepolitik. Soziale und regionale Ungerechtigkeiten sollen mittels einer effektiveren Sozialpolitik beseitigt werden sowie durch Intensivierung struktur- und regionalpolitischer Maßnahmen. Kapitel IV ist der institutionellen Fortentwicklung der EG gewidmet, an deren Ende die Europäische Föderation stehen soll. Aufgabe der bestehenden Organe der EG ist es, verstärkt auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Organisation: Als Organe der EVP nennt die Satzung den Kongreß, das Politische Büro, das Exekutivkomitee und den Präsidenten. Der mindestens alle 2 Jahre zusammentretende Kongreß entscheidet über Leitlinien und politisches Programm. Das mindestens dreimal jährlich tagende Politische Büro fungiert als politisches Führungsorgan, das u. a. den engeren Parteivorstand wählt, das Finanzstatut beschließt und den Haushalt verabschiedet sowie den europäischen Wahlkampf organisiert. Das Exekutivkomitee, dem der engere Parteivorstand, das Präsidium der Fraktion, je 1 Mitglied der nationalen Delegation sowie die Präsidenten der vom Politischen Büro anerkannten Vereinigungen angehören, wirkt als »Initiativorgan und Motor der Partei«. Es ist verantwortlich für die Durchführung der Beschlüsse von Politischem Büro und Kongreß und beschließt in allen Dringlichkeitsfällen. An der Spitze der Partei steht der Präsident, er vertritt sie nach innen und außen. Der vom Politischen Büro ernannte Generalsekretär leitet das in Brüssel befindliche Generalsekretariat, dem die Koordinierung zwischen den Generalsekretären der Mitgliedsparteien obliegt.

Geschichte: Die EVP stellt den vorläufigen Schlußpunkt einer Reihe von Versuchen dar, zu einer Dachorganisation der christlich-demokratischen Parteien in Europa zu gelangen. Anknüpfend an von *L. Sturzo* bereits während der 20er Jahre unternommene Bemühungen in dieser Richtung entstanden 1947 die »Nouvelles Equipes Internationales« (NEI) als Aktionsgemeinschaft christlicher Politiker und Organisationen. Aus den NEI ging 1965 die »Europäische Union Christlicher Demokraten« (EUCD) hervor, als Zusammenschluß der christlich-demokratischen Parteien in Europa. 1970 bildeten parallel dazu die Parteien der christlichdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament eine »Ständige Konferenz der Vorsitzenden und Generalsekretäre der christlich-demokratischen Parteien der Länder des Gemeinsamen Marktes«, die 1971 der EUCD eingegliedert wurde. Ihr oblag die Behandlung der besonders die damalige EWG betreffenden Fragen und die Koordinierung der Arbeit der Mitgliedsparteien. Zu diesem Zweck wurde ferner am 7. 4. 1972 ein »Politisches Komitee« gebildet, das zum direkten Vorgänger der EVP wurde. Auch bei der EVP handelt es sich, ähnlich wie bei dem → Bund der Sozialdemokratischen Parteien, nicht um eine geschlossene Parteienformation, sondern mehr um eine Föderation nationaler Parteien, in deren Satzung Beibehaltung der »Identität« und »Aktionsfreiheit im Rahmen der nationalen Verantwortlichkeiten« für die Mitglieder ausdrücklich verankert sind. Dieser lose Organisationsrahmen erweist sich als unumgänglich angesichts der politischen Divergenzen wie sie zwischen den Mitgliedern, namentlich der deutschen CDU/CSU und der italienischen DC, bestehen. Als Exponent einer konservativen, stark antisozialistisch geprägten Richtung verfolgt die CDU/CSU eine Strategie der deutlichen Abgrenzung und Konfrontation nach links, wobei ihr eine Erweiterung der EVP durch Einbezug der konservativen Parteien Großbritanniens, Frankreichs und Dänemarks denkbar erscheint. Dementgegen ist die DC aufgrund der parlamentarischen Situation in Italien gezwungen, ihre politische Grundeinstellung flexibler zu gestalten. Ihr Fortbestand als Regierungspartei läßt eine grundsätzliche Negation sozialistischer Positionen ebensowenig zu wie die uneingeschränkte Übernahme konservativer Konzeptionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die christdemokratischen Parteien der Beneluxländer nehmen in diesem Konflikt eine Zwischenposition ein; die Annäherung zwischen den sozialistischen und den christlichen Gewerkschaftsbewegungen in diesen Ländern hat allerdings bewirkt, daß diese Parteien ihre Sozialpolitik mit fortschrittlichen Akzenten versehen haben. Dies sowie ihr Festhalten an den christlichen Grundlagen stellt sie tendenziell eher in die Nähe der italienischen als der deutschen Christdemokraten. Ob es der EVP, die bei den Wahlen 1979 108 der 410 Mandate erhielt, gelingt, über diese Gegensätze hinweg zu einer transnationalen christdemokratischen Politik zu finden, bleibt abzuwarten.

Die Mitarbeiter

Prof. Dr. Nermín Abadan-Unat, geboren 1921 in Wien. Studium der Rechte an der Universität Istanbul 1940–44. 1955 Promotion und 1958 Habilitation an der Universität Ankara. 1966 Berufung auf den von ihr begründeten Lehrstuhl für Politische Soziologie an der Universität Ankara. Gastprofessuren in München und New York. 1978–80 Mitglied des türkischen Senats. Seit 1981 wieder Professor an der Fakultät für Politische Wissenschaften in Ankara. Hauptforschungsbereiche: Politische Soziologie, Massenkommunikation, Entwicklungspolitik, Frauenprobleme. Wichtigste Veröffentlichungen in englischer Sprache: Turkish Workers in Europe, 1976; Migration and Development, 1976; Women in Turkish Society, 1981.

Prof. Dr. Peter Bartl, geboren 1938 in Cottbus, Studium der Osteuropäischen Geschichte, Slavistik und Turkologie in Göttingen und München, 1965 Promotion mit einer Arbeit über »Die albanischen Muslime zur Zeit der nationalen Unabhängigkeitsbewegung (1878–1912)« (1968). Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 18 Südosteuropaforschung der Universität München. 1972 Habilitation mit einer Abhandlung über »Der Westbalkan zwischen spanischer Monarchie und osmanischem Reich. Zur Türkenkriegsproblematik an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert« (1974). Privatdozent und seit 1980 Professor für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas an der Universität München. Vorstand des Albanien-Instituts e. V. München, Herausgeber der Buchreihe »Albanische Forschungen« sowie der »Münchner Zeitschrift für Balkankunde«.

Dr. Walther L. Bernecker, geboren 1947 in Dollnstein (Altmühltal). Studium der Geschichte, Germanistik und Hispanistik an der Universität Erlangen-Nürnberg. 1971–73 Dozent am dortigen Institut für Fremdsprachen und Auslandskunde, 1977–79 Studienreferendar in München und Gersthofen, 1973–77 wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1979 Akademischer Rat am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg. Veröffentlichungen: »Die Soziale Revolution im Spanischen Bürgerkrieg. Historisch-politische Positionen und Kontroversen. Mit einer Bio-Bibliographie« (1977); »Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien« (1978); (Hg.) »Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Sozialen Revolution im Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939« (1980); mehrere Aufsätze, Beiträge und Rezensionen zur deutschen, spanischen und lateinamerikanischen Geschichte in Fachzeitschriften, Lexika und Sammelbänden.

Klaus Burkhardt, geboren 1947, Studium der Geschichts- und Politikwissenschaft in Mannheim; 1974–79 Assistent am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II der Universität Mannheim. Seit 1979 im Auswärtigen Amt, Bonn.

Ebba Čeginskas, geb. Hansschmidt, 18. 6. 1931 in Pärnu, Estland, Dipl. rer. pol. (Strasbourg), fil. kand. der Geschichte (Uppsala).

Dr. Kajetonas Julius Čeginskas, geb. 1. 7. 1927 in Alytus, Litauen, z. Zt. Chefredakteur bei Radio Free Europe/Radio Liberty, München.

Dr. Horst Dähn, geboren 1941 in Berlin. 1961–1966 Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Jura an der Freien Universität Berlin. Anschließend als Wissenschaftlicher Tutor bzw. Assistent am Otto-Suhr-Institut Berlin bis Ende März 1971. 1973 Promotion an der FU Berlin mit einer Arbeit über »Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918–1919«. Seit 1973 Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart. 1981 Habilitation mit der Arbeit »Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980« an der Universität Stuttgart.

Odd Didriksen, geboren 1927 in Norwegen, nach dem Abitur zunächst journalistisch tätig, ab 1950 Studium der Geschichte, norwegischen Philologie und Deutsch an der Universität Oslo, isländische Geschichte, Sprache und Literatur an der Universität Reykjavik, Staatsexamen 1957. Seitdem – mit kürzerern Studien- und Forschungsaufenthalten in Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland – Lehrer und Übersetzer in Norwegen und Island, Norwegischer Lektor an der isländischen Universität 1960–68 und seit 1972 Gymnasiallehrer in Reykjavik. Forschungsgebiet: Neuere politische Geschichte Islands. Veröffentlichungen u. a. über den Verfassungskampf und die Entwicklung des Parlamentarismus in Island.

Dr. Reinhard R. Doerries, M. B. A., geboren 1934 in Berlin. Studium der Geschichte, Kunstgeschichte und Business Administration in Deutschland, Frankreich und den USA. Lehrt Neuere Geschichte an der Universität Hamburg. Wichtigste Veröffentlichung: »Washington–Berlin. 1908/1917« (1975), daneben zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen, amerikanischen und irischen Geschichte sowie diplomatiegeschichtliche und sozialgeschichtliche Beiträge in deutschen und amerikanischen Sammelbänden.

Arnim Th. Dross, geboren 1912, als polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität im Polen der Zwischenkriegszeit aufgewachsen, Studium der Geschichte, journalistische Ausbildung. Nach 1945 freier Mitarbeiter in Presse und Rundfunk. Übersetzer wissenschaftlicher und literarischer Werke aus dem Polnischen. 1959–80 als Dozent in der politischen Bildungsarbeit tätig, Entwicklung und Redaktion einer Reihe von Informationsschriften über Polen, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Rumänien sowie des Informationsdienstes »aktuelle ostinformationen«, verbunden mit einer umfangreichen dokumentatorischen aktuellen Übersetzungstätigkeit. Veröffentlichungen: »Deutschland und Polen...« (1966); Drehbuch zu einem Dokumentarfilm gleichen Namens (1970); (Hg.) »Polen – Freie Gewerkschaften im Kommunismus?« (1980).

Prof. Dr. Alexander Fischer, geboren 1933 in Thum/Erzgeb., Professor für Neuere und Zeitgeschichte mit besonderer Berücksichtigung Osteuropas, Universität Frankfurt a. M. Veröffentlichungen u. a. »Russische Sozialdemokratie und bewaffneter Aufstand im Jahre 1905« (1967); »Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945« (1975); Herausgeber von »Teheran–Jalta –Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der ›Grossen Drei‹« (²1973).

Dr. Henry Frendo, M. A., geboren 1948 in Sliema, Malta. 1972–73 Assistent Lecturer am Junior College, Valletta. 1973–76 Academic Staff Scholar am University College Oxford. 1976 Promotion in Oxford. 1976–77 Dozent für Geschichte an der Universität Malta. Seit 1978 im Büro für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen in Genf. Wichtigste Veröffentlichungen in englischer Sprache: »Birth Pangs of a Nation: Manwel Dimech's Malta, 1860–1921« (Valletta 1972); »Party Politics in a Fortress Colony. The Maltese Experience« (Valletta 1979).

Dr. Martin Grass, geboren 1941, Studium der Geschichte, Latein und Deutsch an den Universitäten Erlangen, Hamburg und Uppsala. Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Nordische Geschichte der Universität Kiel 1975–78. Nach einem Archivierungsauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im Archiv der Arbeiterbewegung in Stockholm seit 1980 Archivar in Stockholm. Veröffentlichungen: »Arbetarskandinavism 1912–1920. Kommittén för skandinaviska arbetarrörelsens samarbete, några aspekter«, in: Årbog for arbejderbevaegelsens historie 4, 1974; Friedensaktivität und Neutralität. »Die skandinavische Sozialdemokratie und die neutrale Zusammenarbeit im Krieg, August 1914 bis Februar 1917« (1975); »Zur Lehre und Ausbildung im Fach Geschichte an schwedischen Universitäten« (zus. mit Nils Runeby) in: »Didaktik der Geschichte«, Herausgeber K. Pellens (1978).

Belá Grolshammer, geboren 1936 in Zrenjanin, Jugoslawien. Studierte Germanistik in Belgrad, Slavistik und Geschichte Ost- und Südosteuropas in München, Staatsexamen 1961; Bayerische Bibliotheksschule München, Diplom 1969. Veröffentlichungen: Diverse Aufsätze im Biographischen Lexikon zur Geschichte Südosteuropas, München 1974 ff., Herausgeber von K. Mildschütz, Bibliographie der ungarischen Exilpresse 1945–1975 (1977).

Prof. Dr. Erich GRUNER, geboren 1915 in Bern, Studium der Geschichte und Sprachen in Bern, Wien und London. Nach kurzer Tätigkeit am Berner Gymnasium Wahl zum Lehrer am Mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium in Basel 1941. Redakteur des »Gymnasium Helveticum« 1946–52. Neben der Lehrtätigkeit wissenschaftliche Studien auf dem Gebiet der modernen Schweizer Geschichte, der schweizerischen Politik und der allgemeinen Gegenwartsgeschichte. Seit 1961 ordentlicher Professor für Sozialgeschichte und Soziologie der schweizerischen Politik an der Universität Bern; seit 1965, gemeinsam mit Professor Dr. Peter Gilg, Leiter des Forschungszentrums für schweizerische Politik. Ehrungen: Festschrift »Geschichte und Politik« zum 60. Geburtstag, Bern 1975; Dr. h. c. en sciences économiques et sociales Universität Lausanne 1975. Wichtigste Veröffentlichungen: »Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts« (mit Eduard Sieber), ([7]1976); »Die Schweizerische Bundesversammlung 1848–1920« (1966); »Die Arbeiter in der Schweiz« ([2]1980); »Bürger, Staat und Politik in der Schweiz« (mit Beat Junker), ([3]1979); »Die Parteien in der Schweiz« ([2]1977); »Regierung und Opposition in der Schweiz« (1969); »Die Schweizerische Bundesversammlung 1920–1968« (Bern 1970); »Die Schweiz seit 1945« (Bern 1971); »Politische Führungsgruppen im Bundesstaat. Monographien zur Schweizer Geschichte« (Bern 1973); »Die Wahlen in den schweizerischen Nationalrat 1848–1919«, 4 Bde., (Bern 1978).

Prof. Dr. Gunnar HERING, geboren 1934 in Dresden, Studium der Geschichte insbesondere Ost- und Südosteuropas, Byzantinistik und Slavistik in Berlin, Thessaloniki und Wien. 1966 Promotion in Wien. 1965–1972 Assistent an der Universität Freiburg, 1972 dort Habilitation für neuere und osteuropäische Geschichte. Seit 1973 Professor für osteuropäische Geschichte in Göttingen. 1978 Gastprofessur an der Universität Thessaloniki. Wichtigste Veröffentlichungen: »Ökumenisches Patriarchat und europäische Politik 1620–1938«; in Arbeit: »Geschichte der politischen Parteien Griechenlands 1821–1936«.

Jiři HROMÁDKO, M. A., geboren 1939, Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Philosophie und Pädagogik in Prag und Frankfurt am Main, 1974 Magisterarbeit über den »Tschechoslowakisch-Sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 12. 12. 1943«. Hauptarbeitsgebiet Osteuropäische Geschichte im 20. Jahrhundert. Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei verschiedenen Forschungsprojekten in Frankfurt.

Dr. Rainer KOCH, geboren 1944 in Leipzig, 1966–71 Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und des öffentlichen Rechts in Gießen. 1972–75 wissenschaftlicher Assistent am Friedrich-Meinecke-Institut der FU in Berlin. 1974 Promotion. 1975–79 wissenschaftlicher Angestellter am Historischen Seminar der Universität Frankfurt; seitdem dort Hochschulassistent. Mitarbeiter bei der Redaktion der »Historischen Zeitschrift«. Wichtigste Veröffentlichungen: »Demokratie und Staat bei Julius Fröbel. Liberales Denken zwischen Naturrecht und Sozialdarwi ismus« (1978); (Hg. mit L. Gall) »Der europäische Liberalismus im 19. Jahrhundert. Texte zu seiner Entwicklung«, 4 Bde. (1981); (Hg.), »Theorie der Politik« und »System der socialen Politik« von J. Fröbel, 4 Bde. (1975); (Hg.), »Die Tragödie des deutschen Liberalismus« von F. C. Sell (1981). Habilitationsschrift »Grundlagen bürgerlicher Herrschaft. Studien zur Verfassungs- und Sozialgeschichte der traditionalen bürgerlichen Gesellschaft in Frankfurt a. M. 1612–1866« im Manuskript abgeschlossen.

Dr. Christine B. KOERNER, geboren 1947 in Grafenau, studierte Kommunikationswissenschaft, Romanistik und Balkanphilologie in München, Promotion 1975. Januar 1976 bis Dezember 1977 Wissenschaftliche Angestellte am Institut für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas der Universität München, mit der Durchführung eines von der DFG geförderten Projektes »Die historisch-philologische Albanienforschung seit 1945« betraut. Beginn eines weiteren DFG-Projektes im Juli 1978. Von November 1978 bis Dezember 1980 Assistent External Relations Officer beim Kinderhilfsfond der Vereinten Nationen (UNICEF) in New York.

Dr. Imrich KRUŽLIAK, geboren 1914 in Detva, Slowakei. Studium der Slavistik, Geschichte und Soziologie an der Slowakischen Universität in Bratislava. Nach dem Zweiten Weltkrieg Leitung der ältesten slowakischen Zeitung »Národné Noviny«. 1949 Emigration, 1951 bis 1980 am Sender Radio Freies Europa als leitender Redakteur der slowakischen kulturellen Redaktion, Chefredakteur der slowakischen Exilzeitung »Horizont« (Zürich/München) und stellvertretender Vorsitzender des Weltkongresses der Slowaken (Toronto).

Prof. Dr. Horst Lademacher, geboren 1931, Promotion 1957 an der Universität Münster mit einer Arbeit zur niederländischen Verfassungsgeschichte; nach 4 ½jähriger Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam und 2jähriger Arbeit als Beamter bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Brüssel, ab 1964 wissenschaftlicher Assistent am Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn, ebendort Habilitation für das Fach neuere und neueste Geschichte mit einer Studie zur belgischen Neutralität; 1972 Ordinarius für neueste Geschichte an der Vrije Universiteit, Amsterdam; 1979 Ruf auf den Lehrstuhl für neuere und neueste Geschichte an der Universität des Landes Hessen in Kassel; veröffentlichte zahlreiche Monographien, Aufsätze und Editionen zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zur niederländischen und belgischen Geschichte, zur geschichtlichen Landeskunde sowie zu Fragen der Rekonstruktion nach 1945.

Hans-Norbert Lahme, geboren 1946 in Geseke/Westf. 1966–1971 Studium der Geschichte und Germanistik in Marburg und Tübingen, Staatsexamen 1971 in Tübingen, 1972 als DAAD-Stipendiat an der Universität Odense. Dort ab 1974 als Universitätsassistent, ab 1978 als Lektor am Institut für Geschichte tätig. Doktorarbeit über die »Sozialdemokratie und Landarbeiter in Dänemark« Ende 1980 an der Universität Odense eingereicht. Veröffentlichungen: Verschiedene Zeitschriftenartikel zur Geschichte der frühen dänischen Arbeiterbewegung, Buchveröffentlichungen und Quelleneditionen zum gleichen Thema. Gegenwärtig Arbeit an einer Monographie der Opposition in der dänischen Sozialdemokratie um 1890.

Prof. Dr. Hans-Dietrich Loock, geboren 1927, studierte Geschichte, Germanistik und Theologie in Berlin, Bonn und Lund/Schweden. 1957–1962 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München. Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin. Mitglied der Norwegischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied der Redaktionskommission des Jahrbuchs für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte. Veröffentlichungen u. a.: »Offenbarung und Geschichte. Untersuchungen am Werke Albert Haucks« (1964), »Quisling, Rosenberg und Terboven« (1970), (norweg. Ausg. 1972).

Dr. Wolfgang Michalka, geboren 1943 in Freudenthal. 1967–1970 Studium der Geschichte und Germanistik in Heidelberg und Mannheim; Staatsexamen 1969/70; Promotion 1976. Wissenschaftlicher Assistent bzw. Angestellter am Seminar für Neuere Geschichte der Universität Mannheim; 1977–79 an der Universität Mannheim; 1977–79 an der Universität Frankfurt; seit 1979 Hochschulassistent am Institut für Geschichte der TH in Darmstadt; seitdem auch Redakteur der »Neuen Politischen Literatur«. Wichtigste Veröffentlichungen: »Nationalsozialistische Außenpolitik« (Hg., 1978); »Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940« (1980); »Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918–1933« (Hg. mit G. Niedhart, ²1981); »Gustav Stresemann« (Hg. mit M. Lee, 1981); »Deutsche Außenpolitik 1917–1933. Kontinuität oder Bruch« (Hg. mit M. Lee, 1981).

Dr. Margareta Mommsen-Reindl studierte Politikwissenschaft in Brüssel, Heidelberg und Bochum. 1964 Licence en Sciences Politiques et Diplomatiques der Freien Universität Brüssel, 1966 erste Licence en Etudes Européennes am Henri-Spaak-Institut derselben Universität, 1972 Promotion an der Universität Heidelberg. Assistentin an der Ruhr-Universität-Bochum, Abteilung für Sozialwissenschaften, Sektion Politikwissenschaft. 1970–77 Redaktionsassistentin der Politischen Vierteljahreszeitschrift. Zu den hauptsächlichsten Arbeitsgebieten zählen Themen der Vergleichenden Politik, Schwerpunkte des Forschungsinteresses bilden die Geschichte und Systemanalyse Österreichs sowie Strukturen und Funktionsweise sozialistischer Systeme, insbesondere die Systemanalyse der UdSSR. Wichtigste Veröffentlichungen: »Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg« (Wien–Köln–Graz 1976); »Widersprüche in der Proporzdemokratie« in: Politische Vierteljahresschrift, 15. Jg. (1974); Beitrag »Austria« in: Peter H. Merkl (Hg.), »Western European Party Systems«. (Free Press, New York 1980); »Die Oktoberrevolution von 1917 – eine proletarische Revolution?«, in: »Politische Bildung«, 10. Jg. (1977); »Zum Paradigmenwechsel in der Sowjetologie«, in: »Neue Politische Literatur«, Jg. XXV/4 (1980); »Der Leviathan aus A. A. Simowjews soziologisch-satirischer Sicht«, in: »Osteuropa« 31. Jg. (1981).

Dr. Werner Müller, geboren 1946 in Gladbeck, studierte in Bonn Politische Wissenschaft, Philosophie und Staatsrecht. 1976 Promotion mit einer Arbeit zur Politik der KPD in den Westzonen Deutschlands

1945–1948. Seit 1979 Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Mannheim. Arbeitsgebiete: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie Geschichte des deutschen Kommunismus. Veröffentlichungen: »Die KPD und die ›Einheit der Arbeiterklasse‹« (Frankfurt/M.–New York 1979); »Transformationsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR zum ›sozialistischen Mehrparteiensystem‹ 1945–1950« in: »Deutschland Archiv, Sonderheft 1979« (zus. mit Manfred Koch).

Prof. Dr. Gottfried NIEDHART, geboren 1940, Professor für Neuere Geschichte in Mannheim. Veröffentlichungen zur französischen Geschichte des 16. Jahrhunderts, zur englischen Geschichte der Neuzeit, zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert und zur Geschichte der internationalen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert. Wichtigste Veröffentlichungen: »Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939« (1972); »Jean Bodin, ›Über den Staat‹«. Mit einem Nachwort versehene Auswahl in deutscher Übersetzung (1976); (Hg.) »Kriegsbeginn 1939« (1976); »Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert« (²1980); »Handel und Krieg in der britischen Weltpolitik 1738–1763« (1979); »Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918–1933« (Hg. mit W. Michalka, ²1981).

Dr. Wolf OSCHLIES, geboren 1941 in Königsberg, 1960–66 Studium der Slavistik, Philosophie und Pädagogik in Hamburg, seit 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter am »Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien« in Köln, 1977 Habilitation mit einer Schrift »Studien zur Bildungs- und Jugendpolitik in Osteuropa« in Gießen, seither dort nebenberuflich Lehrbeauftragter für Vergleichende Erziehungswissenschaft Osteuropas. Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit: Sozial-, Innen-, Kultur- und Bildungspolitik in den osteuropäischen Ländern, vergleichende Studien zur Lage der Jugend in Osteuropa. Verfasser von u. a. »Bulgarien – Land ohne Antisemitismus« (1976), »Jugendkriminalität in Osteuropa – Deutungen, Dynamik, Daten« (Köln/Wien 1979), »Jugend in Osteuropa« (Köln/Wien 1980), »Lenins Enkeln aufs Maul geschaut – Jugendjargon in Osteuropa« (Köln/Wien 1981).

Dr. Jens PETERSEN, geboren 1934 in Rendsburg, studierte Geschichte, Germanistik und Kunstgeschichte in Kiel, Basel und Rom, Staatsexamen 1963/67, Promotion in Kiel 1972. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Rom. Veröffentlichungen: »Hitler–Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin–Rom 1933–1936« (1973), ital.: »Hitler e Mussolini. La difficile alleanza« (Bari 1975); Aufsätze zur deutschen und italienischen Zeitgeschichte; Hg. der »Bibliographischen Informationen zur italienischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert« und von »Storia e Critica. Die italienische Zeitgeschichte im Spiegel der Tages- und Wochenpresse«.

Dr. Rainer PRÄTORIUS, geboren 1952 in Biedenkopf/Lahn; nach Tätigkeit als Tutor und Lehrbeauftragter an der Universität Marburg seit 1976 Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart. Wichtige Veröffentlichungen u. a.: »Folgen der Planung« (1977); »Ein mühsamer Dialog. Beiträge zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik« (Hg. mit M. Greiffenhagen) (1979); »Sozialstaat und Sozialpolitik – Krise und Perspektiven« (mit M. Th. Greven und Th. Schiller) (1980); »Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland« (Hg. mit M. und S. Greiffenhagen) (1981); Aufsätze zur Verwaltungsanalyse, Ideologiekritik und Reformtheorie.

Dr. Karl Franz RICHTER, geboren 1925 in Warnsdorf/Nordböhmen. Studium der Geschichte und Rechtswissenschaften an der Universität Würzburg, Promotion 1956. Wissenschaftlicher Sekretär und Bibliotheksleiter im Collegium Carolinum Forschungsstelle für die böhmischen Länder in München, verstorben 1980. Veröffentlichungen u. a.: Mitarbeit am »Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder« Bd. 1–3 (1967 ff.) und am »Handbuch der Tschechoslowakei« (1966), Bearbeitung des »Ortslexikons der böhmischen Länder« (1977 ff.), Beiträge zur Geschichte und Landeskunde der Tschechoslowakei in Sammelwerken, Zeitschriften und Lexika.

Prof. Dr. Nils RUNEBY, geboren 1931, Studium, Promotion und Habilitation an der Universität Uppsala, 1962 Dozent für Geschichte am dortigen Historischen Seminar. 1971/72 Gastprofessor für skandinavische Geschichte am Pomona College, Claremont, Cal., USA, 1972–75 Dozent für politische Ideengeschichte am Schwedischen Humanistischen Forschungsrat, 1975–79 Ordinarius für Nordische Geschichte an der Universität Kiel, seitdem Ordinarius für Ideengeschichte an der Universität Stockholm. Veröffentlichungen u. a.: »Monarchia mixta. Maktfördelningsdebatt i Sverige under den tidigare

stormaktstiden« (1962); »Den nya världen och den gamla. Amerikabild och emigrationsuppfattning i Sverige 1820–1860« (1969); »Teknikerna, vetenskapen och kulturen. Ingenjörsundervisning och ingenjörsorganisationer i 1870-talets Sverige« (1976), »Die Halbjungfrauen der Demokratie. Zur Geschichte des ›Schwedischen Komitees für Kulturelle Freiheit‹ 1950–1960« in: H. Müssener (Hg.), »Kulturelle und literarische Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland« (1981).

(Dr.) Jochen SCHMIDT, geboren 1942 in Dresden. 1967–72 Studium der Geschichte und Germanistik in Tübingen und Basel, 1972–77 Aufbaustudium der Osteuropäischen Geschichte in Tübingen. Promotion 1981 in Tübingen mit einer Dissertation über das Thema »Anarchismus oder Marxismus? Student und Sozialkritik in Rumänien bis 1914«. Mitarbeit am »Biographischen Lexikon zur Geschichte Südosteuropas«.

Dr. Wolfgang SCHMIERER, geboren 1938 in Berlin. 1957–65 Studium der Geschichte, Deutsch, Politischen Wissenschaft in Tübingen, Neuchâtel und Heidelberg, 1966–68 Archivschule Marburg/Lahn, seit 1968 Staatsarchiv Ludwigsburg, 1974 Oberstaatsarchivrat, 1975 Abteilungsleiter. Veröffentlichungen: »Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg« (1970); »Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte« (Mitherausgeber, 1979); »Übersicht über die Bestände des Staatsarchivs Ludwigsburg (E-Bestände)« (1981).

Vilis SKULTANS, geboren 1914 in Riga, 1938 Abschluß des Jura-Studiums an der Lettischen Universität Riga mit dem Magistergrad. Danach Schriftleiter am Lettischen Nachrichtenbüro LETA. In Deutschland Studium der Osteuropäischen Geschichte an der Universität Frankfurt. Zur Zeit Chefredakteur der Lettischen Abteilung bei Radio Freies Europa/Radio Liberty in München.

Pieter van SLOOTEN, geboren 1953, wissenschaftliche Hilfskraft an der Vrije Universiteit, Amsterdam; seit 1977 Mitarbeiter am Projekt »Die Rolle der Gewerkschaften beim sozialökonomischen Wiederaufbau Westeuropas, 1945–1949«; bearbeitet im Rahmen dieses Projekts den Teil Belgien.

Dr. Holm SUNDHAUSSEN, geboren 1942 in Berlin, Studium der Ost- und Südosteuropäischen Geschichte 1967–73 in München. Promotion mit einer Arbeit über den »Einfluß der Herderschen Ideen auf die Nationsbildung bei den nicht-deutschen Völkern der Habsburger Monarchie« 1973 in München. Anschließend Tätigkeit an den Universitäten in Hamburg, Göttingen und München. Zahlreiche Arbeiten zur Zeitgeschichte sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte Jugoslawiens, Griechenlands, Ungarns und des Donau-Balkan-Raumes insgesamt, darunter eine »Geschichte Jugoslawiens 1918–1980« und eine »Wirtschafts- und Sozialgeschichte Kroatiens im national-sozialistischen Großraum 1941–45« (beide erscheinen 1981/82).

Dr. André THOMASHAUSEN, geboren 1951 in Berlin, Abitur in Lissabon 1970. Studium der Rechts- und Politikwissenschaften in Kiel und Cambridge (Großbritannien) 1970–75, Promotion 1980 mit dem Thema »Verfassung und Verfassungswirklichkeit im neuen Portugal (1981), Akademischer Rat am Institut für Internationales Recht der Universität Kiel. Weitere Veröffentlichungen u. a.: »Portugal im Wandel – Wiedergeburt oder Untergang eines Staates?« in: Neue Preußische Jahrbücher 1. Jg. 1975; »Portugals Sozialismus und die Politik der Großmächte« in: Neue Preußische Jahrbücher 2. Jg. 1977; »Constituição e Realidade Constitucional« in: Revista da Ordem dos Advogados, 37. Jg. Nr. 2 (Lissabon 1977); »Der Freiheitsbegriff, die Grundrechte und der Grundrechtsschutz in der neuen Portugiesischen Verfassung« in: Europäische Grundrechte-Zeitschrift (EuGRZ), 8. Jg. 1981; »Basic Rights, Liberty and their protection under the new Portuguese Constitution of 1976« in: Human Rights Law Journal (HRLJ), Vol. 1 (1981) sowie zusammen mit Wilhelm A. Kewenig »Rundfunkfreiheit, Wissenschaftsfreiheit und Sozialstaatsprinzip« in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), 1981.

Dr. Adalbert TOTH, geboren 1926 in Großwardein/Rumänien, Studium der Neueren Geschichte und Politischen Wissenschaften in Heidelberg, Marburg/Lahn und Wien, Promotion 1969 in Heidelberg. 1969–80 Wissenschaftlicher Angestellter im Sonderforschungsbereich 18 Südosteuropaforschung der Universität München. Veröffentlichungen: »Parteien und Reichstagswahlen in Ungarn 1848–1892« (1973); »Ungarn – Revision im Bündnis mit Deutschland«, in: E. Forndran, F. Golczewski, D. Riesenberger (Hg.) »Innen- und Außenpolitik unter national-sozialistischer Bedrohung« (1977). – Mitarbeit

am »Biographischen Lexikon zur Geschichte Südosteuropas«, München 1974–79; Herausgeber von Th. Mayer, »Verwaltungsreform in Ungarn nach der Türkenzeit« (²1980).

Prof. Dr. Gilbert Trausch, geboren 1931, Direktor der Nationalbibliothek von Luxemburg, Professor für Geschichte am »Centre universitaire« von Luxemburg und an der Universität Lüttich. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte Luxemburgs, besonders im Verhältnis zu den Nachbarländern (Schwerpunkte: Agrarstruktur, Französische Revolution, Nationalgefühl, Erster Weltkrieg).

Dr. Janos Veliky, geb. 1945 in Debrecen (Ungarn), studierte neuere Geschichte an der Lajos Kossuth Universität in Debrecen, Lehrerdiplom 1969, Promotion 1972, seit 1969 wiss. Assistent bzw. Oberassistent am Lehrstuhl für Neue Geschichte an der Lajos Kossuth Universität. Forschungsgebiet: Geschichte Ungarns im 19. Jh. Publikationen über die liberalen Politiker, sowie über die Geschichte der ungarischen öffentlichen Meinung im 19. Jh. Publikationen über die liberalen Politiker sowie über die Geschichte der ungarischen öffentlichen Meinung im 19. Jh. Mitarbeiter der von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen »Geschichte der ungarischen Presse« (A magyar sajtó története, Red. M. Szabolcsi, Budapest 1979 ff.).

Dr. Ulrich H. E. Wagner, geboren 1932, studierte Wirtschaftswissenschaften 1952–55 in Hamburg, Frankfurt und Berlin, später Rechtswissenschaften und Politische Wissenschaften in Hamburg und Wien. Ab 1963 wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Politik, Gesellschaft und Recht Osteuropas an der Universität Kiel, 1970 der Universität Köln. 1975–77 als Dozent freier Mitarbeiter an der Universität München und bei politischen Stiftungen in München und Bonn. 1978–81 im Dienst des Auswärtigen Amtes als Referatsleiter an der Botschaft in Helsinki. Seit 1954 im Nebenstudium Sprachwissenschaften, besonders Finno-Ugristik. Wichtigste Veröffentlichungen: »Finnlands Kommunisten« (1971); »Finnlands Neutralität« (1974).

Dr. Frank Wende, geboren 1940 in Wohlau. Studium der neueren Geschichte und Literaturwissenschaft in Hamburg 1961–68. Promotion 1969. Anschließend Lektor an Fachverlagen für Geschichte, seit 1971 Fachreferent für Geschichte und Politik an der Deutschen Bibliothek Frankfurt/Main. Veröffentlichungen: »Die belgische Frage in der deutschen Politik des 1. Weltkrieges« (1969); »Machtpolitik und kontinentaler Imperialismus. Zu den Motiven der deutschen Belgienpolitik 1914–1918«, in: Revue Belge d'Histoire Contemporaine, Jg. 7, 1976.

Prof. Dr. Peter Wende, geboren 1936 in Athen, Studium der Geschichte, Politik und Anglistik an den Universitäten Hamburg, Frankfurt und Leicester. Promotion 1965, Habilitation 1972. Seit 1972 Professor für neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte Englands am Historischen Seminar der Universität Frankfurt. Veröffentlichungen: »Die geistlichen Staaten und ihre Auflösung im Urteil der zeitgenössischen Publizistik« (1966), »Radikalismus im Vormärz. Untersuchung zur politischen Theorie der frühen deutschen Demokratie« (1975), »Probleme der Englischen Revolution« (1980) sowie verschiedene Aufsätze vornehmlich zur englischen Geschichte.

REGISTER

I. Register der Parteien

Das Parteienregister ist nach Ländern gegliedert und besteht jeweils aus drei Teilen:
a) Deutsche Übersetzungen der Parteinamen mit Seitenzahlen.
Bei Parteien mit eigenem Artikel ist die diesbezügliche Seitenzahl halbfett hervorgehoben.
b) Parteinamen im Original mit deutscher Übersetzung.
c) Originalabkürzungen der Parteinamen mit Auflösung und deutscher Übersetzung.
Ist von einer Partei nur die Originalbezeichnung oder deren Abkürzung bekannt, erhält man über die deutsche Übersetzung den Seitennachweis.
Es empfiehlt sich, diesen Weg auch dann zu gehen, wenn Teil a) nicht die dem Benutzer bekannte deutsche Bezeichnung einer Partei enthält, da häufig in der Literatur unterschiedliche Übersetzungen vorkommen. Für den Fall, daß bei einer Partei eine Zuordnung zu zwei Ländern möglich ist, vergleiche die Ausführungen im Vorwort.

ALBANIEN

Albanische Faschistische Partei 3
Demokratische Partei **3 f.**
Kommunistische Partei Albaniens 4 ff.
Legalität 3
Partei der Arbeit Albaniens **4 ff.**

b

Partia Demokratike → Demokratische Partei
Partia Kommuniste e Shqipërisë → Kommunistische Partei Albaniens
Partia e Punës së Shqipërisë → Partei der Arbeit Albaniens

PKSH	Partia Kommuniste e Shqipërisë Kommunistische Partei Albaniens
PPSH	Partia e Punës së Shqipërisë Partei der Arbeit Albaniens

BELGIEN

Allgemeiner Liberaler Verband von Belgien 24
Bauernbund 21
Belgische Arbeiterpartei (POB/BWP) 10, **12 ff.**, 20, 22, 25
Belgische Demokratische Liga 21
Belgische Kommunistische Partei, Marxisten-Leninisten (PCB-ML) 23
Belgische Sozialistische Partei (1879–1885) 13
Belgische Sozialistische Partei (PSB/BSP) 12, **15 f.**, 779
Blaue Löwen 26
Block der Katholiken Belgiens

Brabanter Sozialistische Partei 13
Christliche Flämische Volksunion 27
Christliche Volkspartei (1893 ff.) **16 f.**, 20 f.
Christliche Volkspartei (CVP, 1945 ff.) 12, 15, **17 f.**, 27, 780
Christlich-Soziale Partei (PSC) **17 f.**, 28, 780
Demokratische Front der Brüsseler Frankophonen (FDF) 11 f., **18 f.**, 28
Demokratische Vereinigung 24
Flämische Front **19 f.**
Flämische Sammlung 27
Flämische Sozialistische Partei 13
Flämischer Block (1936) 19
Flämischer Block (1978) 28
Flämischer Nationaler Verband (VNV) 11, **19**, 27
Fortschrittliche Partei 25
Freunde des l'Exploité 22
Frontpartei 17, **19 f.**
Katholische Flämische Volkspartei (KVV)
Katholische Partei 11, 14, 16 f., **20 ff.**, 26
Katholische Soziale Partei (PCS) 22
Katholischer Verband von Belgien 21
Kommunistische Partei Belgiens (PCB/CPB) 10, 14, 16, **22 f.**
Kommunistischer Bund Walloniens 22
Liberal-Demokratische und Pluralistische Partei (PLDP) 26
Liberale Allianz 24
Liberale Partei 13, 19 f., **23 ff.**
Liberale Partei (PL, 1974–1979) 26
Liberale und Konstitutionelle Vereinigung 24
Liberale Union **23**, 25
Liga Christlicher Arbeiter 21
Partei der Reformen und der Freiheit (PRL) 26, 781
Partei für die Reformen und die Freiheit Walloniens (PRLW) 26, 28
Partei für Freiheit und Fortschritt (PLP/PVV) 25, 781
Republikanische Sozialistische Partei 13
Rex-Bewegung 11, 19, **26 f.**
Rote Löwen 16
Sozialistische Partei (PS) 16
Volksunion (VU) 11 f., **27 f.**
Wallonische Arbeiterpartei 16, 28
Wallonische Vereinigung (RW) 11, 26, **28**

b

Alliance Libérale → Liberale Allianz
Amis de l'Exploité → Freunde des l'Exploité
Association Démocratique → Demokratische Vereinigung
Association Libérale et Constitutionelle → Liberale und konstitutionelle Vereinigung
Belgische Socialistische Partij → Belgische Sozialistische Partei
Belgische Werkliedenpartij → Belgische Arbeiterpartei
Blaue Leeuwen → Blaue Löwen
Bloc Catholique belge → Block der Katholiken Belgiens
Blok der Katholieken van Belgie → Block der Katholiken Belgiens
Boerenbond → Bauernbund
Brabantse Socialistische Partij → Brabanter Sozialistische Partei
Christelijke Vlaamse Volksunie → Christliche Flämische Volksunion
Christelijke Volkspartij → Christliche Volkspartei (1945 ff.)
Christene Volkspartij → Christliche Volkspartei (1893 ff.)
Communistische Partij van Belgie → Kommunistische Partei Belgiens
Confédération Générale du Liberalisme en Belgique → Allgemeiner Liberaler Verband von Belgien
Fédération Communiste de Wallonie → Kommunistischer Bund Walloniens
Fédération des Classes Moyennes → Bund der Mittelschichten
Front Démocratique des Bruxellois Francophones → Demokratische Front der Brüsseler Frankophonen
Frontpartij → Frontpartei

Het Vlaamsche Front → Flämische Front
Katholieke Partij → Katholische Partei
Katholieke Verbond van Belgie → Katholischer Verband von Belgien
Katholieke Vlaamsche Volkspartij → Katholische Flämische Volkspartei
Liberale Partij → Liberale Partei
Ligue Démocratique Belge → Belgische Demokratische Liga
Ligue des Travailleurs Chrétiens → Liga christlicher Arbeiter
Mouvement Rexiste → Rex Bewegung
Parti Catholique → Katholische Partei
Parti Catholique Social → Katholische Soziale Partei
Parti Communiste Belge, Marxiste-Léniniste → Belgische Kommunistische Partei, Marxisten-Leninisten
Parti Communiste de Belgique → Kommunistische Partei Belgiens
Parti des Réformes et de la Liberté → Partei der Reformen und der Freiheit
Parti Libéral → Liberale Partei
Parti Libéral Démocrate et Pluraliste → Liberal-Demokratische und Pluralistische Partei
Parti Ouvrier Belge → Belgische Arbeiterpartei
Parti pour la Liberté et le Progrès → Partei für Freiheit und Fortschritt
Parti pour les Réformes et la Liberté de la Wallonie → Partei für die Reformen und die Freiheit Walloniens
Parti Progressiste → Fortschrittliche Partei
Parti Républicain Socialiste → Republikanische Sozialistische Partei
Parti Social Chrétien → Christlich-soziale Partei
Parti Socialiste → Sozialistische Partei
Parti Socialiste Belge → Belgische Sozialistische Partei
Parti Wallon des Travailleurs → Wallonische Arbeiterpartei
Partij voor Vrijheid en Vooruitgang → Partei für Freiheit und Fortschritt
Rassemblement Wallon → Wallonische Vereinigung
Rode Leeuwen → Rote Löwen
Union Catholique Belge → Katholischer Verband von Belgien
Union Libérale → Liberale Union
Vlaams Nationaal Verbond → Flämischer Nationaler Verband
Vlaamse Blok → Flämischer Block
Vlaamse Concentratie → Flämische Sammlung
Vlaamse Socialistische Partij → Flämische Sozialistische Partei
Volksunie → Volksunion

BSP	Belgische Socialistische Partij Belgische Sozialistische Partei
BWP	Belgische Werklieden Partij Belgische Arbeiterpartei
CPB	Communistische Partij van Belgie Kommunistische Partei Belgiens
CVP	Christelijke Volkspartij Christliche Volkspartei
FDF	Front Démocratique des Bruxellois Francophones Demokratische Front der Brüsseler Frankophonen
KVV	Katholieke Vlaamsche Volkspartij Katholische Flämische Volkspartei
PCB	Parti Communiste de Belgique Kommunistische Partei Belgiens
PCB-ML	Parti Communiste Belge – Marxiste-Léni iste Belgische Kommunistische Partei – Marxisten-Leninisten
PCS	Parti Catholique Social Katholische Soziale Partei
PL	Parti Libéral Liberale Partei (1974–1979)
PLDP	Parti Libéral Démocrate et Pluraliste Liberal-Demokratische und Pluralistische Partei

PLP Parti pour la Liberté et le Progrès
Partei für Freiheit und Fortschritt
POB Parti Ouvrier Belge
Belgische Arbeiterpartei
PRL Parti des Réformes et de la Liberté
Partei der Reformen und der Freiheit
PRLW Parti pour les Réformes et la Liberté de la Wallonie
Partei für die Reformen und die Freiheit Walloniens
PS Parti Socialiste
Sozialistische Partei
PSB Parti Socialiste Belge
Belgische Sozialistische Partei
PSC Parti Social Chrétien
Christlich-Soziale Partei
PVV Partij voor Vrijheid en Vooruitgang
Partei für Freiheit und Fortschritt
RW Rassemblement Wallon
Wallonische Vereinigung
VNV Vlaams National Verbond
Flämischer Nationaler Verband
VU Volksunie
Volksunion

BULGARIEN

Arbeiterpartei in Bulgarien (RP) **33 f.,** 39, 42
Bulgarische Arbeiterpartei (BRP) 33 ff.
Bulgarische Kommunistische Partei (BKP) 33, **34 ff.,** 42
Bulgarische Nationale Agrarunion (BZNS) 32, 35, **36 f.,** 38 f.
Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (BRSDP) 34, **37**
Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSDP) 37 f.
Bulgarische Sozialdemokratische Union (BSDS) 38
Cankov-Bewegung 42
Demokratische Eintracht 37, **38,** 42
Demokratische Partei **39,** 40, 43
Eiserner Arbeitsblock 39
Handwerkerpartei **39**
Jungliberale Partei – Tončevisten **39,** 42
Konservative Partei 30, **39 f.,** 42
Konstitutioneller Block **40,** 43
Liberale Fortschrittspartei (PP) **40,** 42 f.
Liberale Partei 30, 39, **40 f.**
Liberale Partei – Radoslavisten **41,** 42
Liberale Volkspartei **41 f.**
Nationale Eintracht 38, **42,** 43
Nationale Partei 40, **42,** 43
Nationaler Block 36, **42,** 43
Nationalliberale Partei 37, 41, **42**
National-Soziale Bewegung **42**
Partei der Arbeit 33, **42 f.**
Patriotischer Block 38
Radikaldemokratische Partei 40, **43**
Radikale Partei 37 f., 43
Radoslavisten → Liberale Partei – Radoslavisten
Stambolovisten → Liberale Volkspartei
Tončevisten → Jungliberale Partei – Tončevisten
Unabhängige Arbeiterpartei 33
Union der Demokratie 43

Vereinigte Nationalprogressive Partei 38, 40, 42, **43**
Zveno **43 f.**

b

Bălgarska Komunističeska Partija → Bulgarische Kommunistische Partei
Bălgarska Rabotničeska Partija → Bulgarische Arbeiterpartei
Bălgarska Rabotničeska Socialdemokratičeska Partija → Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Bălgarska Socialdemokratičeska Partija → Bulgarische Sozialdemokratische Partei
Bălgarski Socialdemokratičeski Săjuz → Bulgarische Sozialdemokratische Union
Bălgarski Zemedelski Naroden Săjuz → Bulgarische Nationale Agrarunion
Demokratičeska Partija → Demokratische Partei
Demokratičeski Sgovor → Demokratische Eintracht
Konservativna Partija → Konservative Partei
Konstitucionen Blok → Konstitutioneller Block
Liberalna Partija → Liberale Partei
Liberalna-Radoslavistka Partija → Liberale Partei – Radoslavisten
Mladoliberalna Partija – Tončevisti → Jungliberale Partei – Tončevisten
Nacionalliberalna Partija → Nationalliberale Partei
Nacionalno Socialno Dviženie → National-Soziale Bewegung
Naroden Blok → Nationaler Block
Naroden Sgovor → Nationale Eintracht
Narodna Partija → Nationale Partei
Narodnjaška Partija → Nationale Partei
Narodnoliberalna Partija → Liberale Volkspartei
Nezavisima Rabotničeska Partija → Unabhängige Arbeiterpartei
Obedinena Narodnoprogresivna Partija → Vereinigte Nationalprogressive Partei
Otečestven Front → Vaterländische Front
Partija na Truda → Partei der Arbeit
Patriotičen Blok → Patriotischer Block
Progresivnoliberalna Partija → Liberale Fortschrittspartei
Rabotničeska Partija v Bălgarija → Arbeiterpartei in Bulgarien
Radikaldemokratičeska Partija → Radikaldemokratische Partei
Radikalna Partija → Radikale Partei
Săjuz na Demokracijata → Union der Demokratie
Zanajatčijska Partija → Handwerkerpartei
Železen Blok na Truda → Eiserner Arbeitsblock
Zveno → Zveno (Kettenglied)

c

BKP	Bălgarska Komunističeska Partija Bulgarische Kommunistische Partei
BRP	Bălgarska Rabotničeska Partija Bulgarische Arbeiterpartei
BRSDP	Bălgarska Rabotničeska Socialdemokratičeska Partija Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
BSDP	Bălgarska Socialdemokratičeska Partija Bulgarische Sozialdemokratische Partei
BSDS	Bălgarski Socialdemokratičeski Săjuz Bulgarische Sozialdemokratische Union
BZNS	Bălgarski Zemedelski Naroden Săjuz Bulgarische Nationale Agrarunion
NSD	Nacialno Socialno Dviženie National-Soziale Bewegung
OF	Otečestven Front Vaterländische Front
PP	Progresivnoliberalna Partija Liberale Fortschrittspartei
RP	Rabotničeska Partija v Bălgarija Arbeiterpartei in Bulgarien

DÄNEMARK

Arbeiter- und Wählerverein der Rechten 50
Bauernpartei (B) **47,** 54, 56
Christliche Volkspartei (KrF) **47 f.,** 52
Dänische Linke 53
Dänische Sammlung (DS) **48**
Erwerbspartei (E) **48**
Europäische Linke 53
Fortschrittspartei (FRP) **48**
Freie Volkspartei 47, 54
Freikonservative 51
Freisinnige Landespartei 48
Gemäßigte Linke 53 f.
Gerechtigkeitsbund Dänemarks (DRF) **49,** 57, 60
Gerechtigkeitspartei Dänemarks 49
Internationaler Arbeiterverein für Dänemark 58
Kommunistische Arbeiterpartei (KAP) 50
Kommunistische Partei Dänemarks (DKP) **49 f.,** 59 f., 62
Konservative Volkspartei (KF) **50 ff.,** 53 ff., 57, 60
Liberales Zentrum (LC) **52,** 55
Linke – Liberale Partei Dänemarks (V) 46, 48, 50 ff., **52 ff.,** 56, 59 ff., 64, 781
Linke Reformpartei 52 ff., 56
Linke der Hauptstadt 52
Linke des Folketings 53, 56
Linke des Reichstags und des Folketings 53
Linkssozialisten (VS) **55,** 62
Linkssozialistische Partei Dänemarks 49
Nationalsozialistische Arbeiterpartei Dänemarks (DNSAP) 47, **56**
Radikale Linke (RV) 51 f., 54 f., **56,** 59 f., 64, 782
Rechte 46, 50, 53 f.
Reine Linke 53
Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei 59
Schleswigsche Partei (SP) **57 f.**
Sozialdemokratie in Dänemark (SD) 49, 51 f., 54 f., 57, **58 ff.,** 62, 64 f., 779
Sozialdemokratische Arbeiterpartei 58 f.
Sozialdemokratischer Bund 58 f.
Sozialistische Arbeiterpartei 49
Sozialistische Partei Dänemarks 62
Sozialistische Volkspartei 49, 52, 55, 57, **61 f.,** 65
Unabhängige Sozialdemokratie 49
Die Unabhängigen 47, 54, **62**
Vereinigte Linke 52 f., 57
Zentrumsdemokraten 48, 52, 58, 61, **62 f.**
Zwischenpartei 50

b

Bondepartiet → Bauernpartei
Centrum-Demokraterne → Zentrumsdemokraten
Danmarks Kommunistiske Parti → Kommunistische Partei Dänemarks
Danmarks Nationalsocialistiske Arbejderparti → Nationalsozialistische Arbeiterpartei Dänemarks
Danmarks Retsforbund → Gerechtigkeitsbund Dänemarks
Danmarks Retsparti → Gerechtigkeitspartei Dänemarks
Danmarks Socialistiske Parti → Sozialistische Partei Dänemarks
Danmarks Venstresocialistiske Parti → Linkssozialistische Partei Dänemarks
Dansk Samling → Dänische Sammlung
Det Danske Venstre → Dänische Linke
Erhvervsparti → Erwerbspartei
Det Europæiske Venstre → Europäische Linke

Folketingets Venstre → Linke des Folketings
Det Forenede Venstre → Vereinigte Linke
Fremskridtspartiet → Fortschrittspartei
Det Frie Folkeparti → Die Freie Volkspartei
De Frikonservative → Freikonservative
Det Frisindede Landsparti → Freisinnige Landespartei
Højre → Rechte
Højres Arbejder- og Vælgerforening → Arbeiter- und Wählerverein der Rechten
Hovedstadens Venstre → Linke der Hauptstadt
Den Internationale Arbejderforening for Danmark → Internationaler Arbeiterverein für Dänemark
Det Konservative Folkeparti → Konservative Volkspartei
Kommunistisk Arbejderparti → Kommunistische Arbeiterpartei
Kristeligt Folkeparti → Christliche Volkspartei
Liberalt Centrum → Liberales Zentrum
Mellempartiet → Zwischenpartei
Det Moderate Venstre → Gemäßigte Linke
Det Radikale Venstre → Radikale Linke
De Rene Venstre → Reine Linke
Det Revolutionære Socialistiske Arbejderparti → Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei
Rigsdagens og Folketingets Venstre → Linke des Reichstags und des Folketings
Det Slesvigske Parti → Schleswigsche Partei
Socialdemokrati i Danmark → Sozialdemokratie in Dänemark
Det Socialdemokratiske Arbejderparti → Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Det Social-Demokratiske Forbund → Sozialdemokratischer Bund
Socialistisk Folkeparti → Sozialistische Volkspartei
Det Socialistiske Arbejderparti → Sozialistische Arbeiterpartei
De Uafhængige → Die Unabhängigen
Det Uafhængige Socialdemokrati → Unabhängige Sozialdemokratie
Venstre, Danmarks Liberale Parti → Linke – Liberale Partei Dänemarks
Venstrereformpartiet → Linke Reformpartei
Venstresocialisterne → Linkssozialisten

B	Bondepartiet Bauernpartei
CD	Centrum-Demokraterne Zentrumsdemokraten
DKP	Danmarks Kommunistiske Parti Kommunistische Partei Dänemarks
DNSAP	Danmarks Nationalsocialistiske Arbejderparti Nationalsozialistische Arbeiterpartei Dänemarks
DRF	Danmarks Retsforbund Gerechtigkeitsbund Dänemarks
DS	Dansk Samling Dänische Sammlung
DU	De Uafhængige Die Unabhängigen
E	Erhvervsparti Erwerbspartei
FRP	Fremskridtspartiet Fortschrittspartei
HV	Hovedstadens Venstre Linke der Hauptstadt
KAP	Kommunistisk Arbejderparti Kommunistische Arbeiterpartei
KF	Det Konservative Folkeparti Konservative Volkspartei
KrF	Kristeligt Folkeparti Christliche Volkspartei

LC Liberalt Centrum
Liberales Zentrum
RV Det Radikale Venstre
Radikale Linke
SD Socialdemokrati i Danmark
Sozialdemokratie in Dänemark
SF Socialistisk Folkeparti
Sozialistische Volkspartei
SP Det Slesvigske Parti
Schleswigsche Partei
V Venstre, Danmarks Liberale Parti
Linke – Liberale Partei Dänemarks
VS Venstresocialisterne
Linkssozialisten

Färöer

Erwerbspartei 64
Fortschrittspartei 64
Fortschritts- und Fischereipartei 64
Republikanische Partei 64
Selbstverwaltungspartei 63f.
Sozialdemokratische Partei 63f.
Volkspartei 64
Zusammengehörigkeitspartei 63f.

b

Fólkaflokkurin (Folkepartiet) → Volkspartei
Framburðsflokkurin (Fremskridtspartiet) → Fortschrittspartei
Framburðs- og Fiskivinnuflokkurin (Fremskridts → og Fiskeripartiet → Fortschritts- und Fischereipartei
Javnadarflokkurin (Lighedsparti) → Sozialdemokratische Partei
Sambandsflokkurin (Sambandspartiet) → Zusammengehörigkeitspartei
Sjálsvstýrisflokkurin (Selvstyrepartiet) → Selbstverwaltungspartei
Tjaðveldisflokkurin (Folkestyreparti) → Republikanische Partei
Vinnuflokkurin (Erhvervspartiet) → Erwerbspartei

Grönland

Atássut (Zusammenarbeit) 65
Inuit (Menschen) 65
Inuit Ataqatigiit (Menschen, die miteinander sprechen) 65
Siumut (Vorwärts) 65f.
Sukaq (Tragebalken) 65
Sulissartut-Partiât (Arbeiterpartei) 65

DEUTSCHLAND

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) 67, 93, 121, 124
Antisemitische Volkspartei 92
Bayerische Staatspartei (BSP) 76
Bayerische Volkspartei (BVP) 68, **73,** 135
Bayerischer Bauernbund (BB) **73 ff.,** 100, 120
Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund 75
Bayernpartei (BP) **75 f.,** 83, 91
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) **108**
Christliche Demokratische Partei (CDP) 76
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 69 f., **76 ff.,** 103, 780
Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Ost, CDUD) 71, 76, **79 ff.,** 113
Christlicher Volksdienst 84
Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL) **81,** 133
Christlich-Soziale Arbeiterpartei 81
Christlichsoziale Partei (CSP) **81 f.,** 84, 92, 97 f., 101
Christlich-Soziale Reichsvereinigung 84
Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) 69 f., 76, 78 f., **82 ff.,** 780
Christlich-Sozialer Volksdienst (CSVD) **84 f.,** 96
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) 71, **85,** 113
Demokratische Partei Deutschlands 104
Demokratische Vereinigung 106
Demokratische Volkspartei 88, 93
Deutsche Antisemitische Vereinigung 92
Deutsche Arbeiterpartei (DAP) 116 f.
Deutsche Bauernpartei 75, 84, 96
Deutsche Demokratische Partei (DDP) 68, 76, 80, **85 ff.,** 95, 103 f., 111, 116, 125 f.
Deutsche Fortschrittspartei (DFP) 67, **88 f.,** 90, 94, 107, 112, 114
Deutsche Fortschrittspartei in Bayern 88
Deutsche Freisinnige Partei DFsP) **89 f.,** 94, 106 f., 112
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 70, **90 f.**
Deutsche Partei (DP) **91 f.,** 104, 108
Deutsche Reformpartei (DRP) 82, **92 f.,** 99 ff.
Deutsche Reichspartei (1871 ff.) 96, 120 f.
Deutsche Reichspartei (1950–1964, DRP)
Deutsche Staatspartei (DSTP) 86 f.
Deutsche Volkspartei 1) (1868–1910, DVoP) **93 f.,** 101, 106 ff.
Deutsche Volkspartei 2) (1918–1933, DVP) 68, 84, 86 f., **94 ff.,** 99, 104, 116, 126, 133
Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) 75, 91, **96 f.,** 120
Deutschkonservative Partei (DKonsP) 68, 82, **97 f.,** 121
Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 69, 81 f., 84, 87, 94 f., **98 f.,** 101, 116, 118, 121, 133, 136
Deutschsoziale Partei 1) (1900–1914, DSP) 82, 92, **99 f.,** 101
Deutschsoziale Partei 2) (1921–1928, DSP) **100**
Deutschsoziale Reformpartei (DSRP) 92, 99, **100 f.**
Deutschsozialistische Partei (DSP) 117
Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) 99 f., **101**
Deutschvölkische Partei (DvP) 93, 98, 100, **101**
Fortschrittliche Volkspartei (FoVP) 85 f., 94 f., **101 f.,** 106, 108, 115, 125
Freie Demokratische Partei (F.D.P.) 69 f., 83, 91 f., **103 ff.,** 453, 781
Freie Konservative Vereinigung 120
Freie Volkspartei (FVP) 91, 105
Freikonservative Partei 67 f., **120**
Freisinnige Vereinigung (FVg) 90, 94, 101, **106,** 107 f., 116
Freisinnige Volkspartei (FVP) 90, 93 ff., 101, **106 ff.**
Gesamtdeutsche Partei (GDP) 92, 108
Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) 83, 92, **108**
Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) 109
Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) 110, 132
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 68, 71, 80, 85, **109 ff.,** 126 f., 132
Kommunistische Partei-Opposition (KPO) 110

Konservative Volkspartei (KVP) 132f.
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) 69, 71, 104, **111f.**, 113
Liberale Vereinigung (LV) 87, 89f., 106f., **112**, 114f.
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) 71, **113**
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 70, **112f.**
Nationalliberale Partei (NLP) 68, 85f., 88f., 94f., 102f., 107, 112, **114ff.**, 121
Nationalsozialer Verein (NV) 94, 101, 106f., **116**
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 69, 84f., 99ff., 113, **116ff.**, 126, 453
Nationalsozialistische Freiheitsbewegung 101
Niedersächsische Landespartei (NLP) 91
Radikaldemokratische Partei 88
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes – Wirtschaftspartei 75, 97, **119f.**, 133
Reichs- und Freikonservative Partei (RFKP) 98, 101, **120f.**
Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) 121, 123f.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 68ff., 83, 88, 95, 102f., 105f., 115, **121ff.**, 163, 227, 353, 365, 375, 422, 434, 483, 485, 512, 543, 588, 757, 779
Sozialistische Arbeiterpartei (SAP, 1875–1890) 121ff.
Sozialistische Arbeiterpartei (SAP, 1931ff.) 126, 132
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 71f., 80, 85, 110, 113, 126, **127ff.**
Sozialistische Reichspartei (SRP) 70, 112
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 68, 109, 125, **131f.**
Volkskonservative Vereinigung (VKV) 99, **132f.**
Volksnationale Reichsvereinigung 87f.
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) 83, **133**
Wirtschaftliche Vereinigung 75, 82, 97, 100, 120
Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes 119f.
Zentrum (Z) 67ff., 73ff., 80, 84, 86f., 89f., 95f., 98f., 102f., 114f., 124ff., **133ff.**

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
BB	Bayerischer Bauernbund
BP	Bayernpartei
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BSP	Bayerische Staatspartei
BVP	Bayerische Volkspartei
CDP	Christlich Demokratische Partei
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CDUD	Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Ost)
CNBL	Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei
CSP	Christlichsoziale Partei
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
DAP	Deutsche Arbeiterpartei
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFP	Deutsche Fortschrittspartei
DFsP	Deutsche Freisinnige Partei
DHP	Deutsch-Hannoversche Partei
DKonsP	Deutschkonservative Partei
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DRP	1) Deutsche Reformpartei 2) Deutsche Reichspartei
DSP	1) Deutschsoziale Partei 2) Deutschsozialistische Partei

DSRP Deutschsoziale Reformpartei
DSTP Deutsche Staatspartei
DVFP Deutschvölkische Freiheitspartei
DVoP Deutsche Volkspartei 1)
DVP Deutsche Volkspartei 2)
DvP Deutschvölkische Partei
GB/BHE Gesamtdeutscher Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP Gesamtdeutsche Partei
F.D.P. Freie Deutsche Partei
FoVP Fortschrittliche Volkspartei
FVg Freisinnige Vereinigung
FVP 1) Freisinnige Volkspartei
2) Freie Volkspartei
GDP Gesamtdeutsche Partei
KAG Kommunistische Arbeitsgemeinschaft
KAPD Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KPD Kommunistische Partei Deutschlands
KPO Kommunistische Partei-Opposition
KVP Konservative Volkspartei
LDPD Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LV Liberale Vereinigung
NDPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NLP 1) Nationalliberale Partei
2) Niedersächsische Landespartei
NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSDAP Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
NV Nationalsozialer Verein
RFKP Reichs- und Freikonservative Partei
SAP Sozialistische Arbeiterpartei
SDAP Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP Sozialistische Reichspartei
USPD Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VKV Volkskonservative Vereinigung
WAV Wirtschaftliche Aufbauvereinigung
Z Zentrum

ESTLAND

Ansiedlerpartei (As) **138f.**, 140, 145
Bund der Landwirte (PK) 138, **139f.**, 143, 145
Christliche Volkspartei (Kristl.) **140**, 144f.
Demokratische Partei 144
Deutsch-Baltische Partei **141**
Estnische Arbeiterpartei (ETP) 144
Estnische Arbeitspartei (Tööer.) 141, 142, 144
Estnische Demokratische Union 145
Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei 142

Estnische Sozialistische Arbeiterpartei (ESTP) 137, **142 f.**, 144
Estnische Sozialrevolutionäre Partei (ESP) **143**
Estnische Unabhängige Arbeiterpartei 143
Estnische Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei (EISTP) 142, **143**, 144
Estnische Völkische Fortschrittspartei (ERE) 137, **143**
Estnische Volkspartei (Rhv) 139, **143 f.**, 145
Estnischer Landbund 139
Estnisches Arbeitendes Volk 143
Kommunistische Partei Estlands (EKP) **144**
Nationale Zentrumspartei (RK) 137, 142, **145**
Partei der Arbeiter und Besitzlosen 144
Radikaldemokratische Landtagsgruppe 144
Radikal-Sozialistische Partei 141
Schwedischer Volksverband 140
Sozialdemokratischer Verein Estlands 142
Vaterländischer Verband 138, 140
Vereinigte Agrarparteien (Plm) 137, 139, **145**
Vereinigte Volksparteien 140 f., 144, **145**

b

Asunikkude → Ansiedlerpartei
Balti-Saksa Erakond → Deutsch-baltische Partei
Demokraatlik Erakond → Demokratische Partei
Eesti Demokraatlik Unioon → Estnische demokratische Union
Eesti Iseseisev Sotsialistlik Tööliste Partei → Estnische Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei
Eesti Iseseisev Tööliste Partei → Estnische Unabhängige Arbeiterpartei
Eesti Maarahva Liit → Estnischer Landbund
Eesti Rahvaerakond → Estnische Volkspartei
Eesti Rahvameelne Eduerakond → Estnische Völkische Fortschrittspartei
Eesti Sotsiaaldemokraatlik Tööliste Partei → Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Eesti Sotsialistide-revolutsionaaride Partei → Estnische Sozialrevolutionäre Partei
Eesti Sotsialistlik Tööliste Partei → Estnische Sozialistische Arbeiterpartei
Eesti Tööerakond → Estnische Arbeitspartei
Eesti Töörahva Partei → Estnisches Arbeitendes Volk
Eesti Tööliste Partei → Estnische Arbeiterpartei
Eestimaa Kommunistlik Partei → Kommunistische Partei Estlands
Eestimaa Sotsiaaldemokraatlik Ühendus → Sozialdemokratischer Verein Estlands
Isamaa Liit → Vaterländischer Verband
Kristlik Rahvaerakond → Christliche Volkspartei
Pahempoolsed Töölised ja Kehvikud → Partei der Arbeiter und Besitzlosen
Põllumeeste Kogud → Bund der Landwirte
Radikaaldemokraatlik Erakond → Radikaldemokratische Landtagsgruppe
Radikaalsotsialistlik Erakond → Radikalsozialistische Partei
Rahvuslik Keskerakond → Nationale Zentrumspartei
Svenska Folksförbundet → Schwedischer Volksverband
Ühendatud Rahvaerakonnad → Vereinigte Volksparteien
Ühinenud Põllumeestekogud ja Põllumeeste, Asunikkude ja Väikemaapidajate Koondis → Vereinigte Agrarparteien

As	Asunikkude Ansiedlerpartei
EISTP	Eesti Iseseisev Sotsialistlik Tööliste Partei Estnische Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei
EKP	Eestimaa Kommunistlik Partei Kommunistische Partei Estlands
ERE	Eesti Rahvameelne Eduerakond Estnische Völkische Fortschrittspartei
ESP	Eesti Sotsialistide-revolutsionaaride Partei Estnische Sozialrevolutionäre Partei

ESTP Eesti Sotsialistik Tööliste Partei
Estnische Sozialistische Arbeiterpartei
ETP Eesti Tööliste Partei
Estnische Arbeiterpartei
Kristl Kristlik Rahvaerakond
Christliche Volkspartei
PK Põllumeeste Kogud
Bund der Landwirte
Plm Ühinenud Põllumehed
Vereinigte Agrarparteien
Rhv Eesti Rahvaerakond
Estnische Volkspartei
RK Rahvuslik Keskerakond
Nationale Zentrumspartei
Tööer. Eesti Tööerakond
Estnische Arbeitspartei

FINNLAND

Åländische Sammlung 163
Arbeiterpartei Finnlands 163
Bauernvolkpartei 152
Bauernwahlverband 152
Bund der Landbevölkerung Finnlands (SML) 170f.
Christliche Arbeiterpartei 150
Christliche Union Finnlands (SKL) **150f.**, 153
Finnische Partei (SP) 149, **151f.**, 157, 161, 170
Finnische Sozialistische Arbeiterpartei (SSTP) 154, 159, 165, 169
Finnische Volkspartei 156, 158
Jungfinnischer Bauernbund in Süd-Österbotten (EPNM) 170f.
Jungfinnische Partei 149, 151, 157, 170
Kleinbauernpartei Finnlands (SPP) 153, 172
Kleinlandwirtepartei Finnlands (SPP) 152
Kommunistische Arbeiterpartei Finnlands 155
Kommunistische Partei Finnlands (SKP) **153ff.**, 159, 165, 168 f.
Konstitutionelle Nationalfinnische Partei 157
Konstitutionelle Volkspartei (PKP) **156**, 161, 163
Landvolkbund 150, 152 f., 166f., 170f.
Landwirtepartei 152
Liberale Volkspartei (LKP) **156ff.**
Liberale Partei 156f.
Nationale Fortschrittspartei 156, 158
Nationale Sammlungspartei (KOK) 158, **160f.**, 168, 172
Partei der Kleinlandwirte und des Landvolks 152
Partei der Landbevölkerung Finnlands (SMP) 153
Partei Sozialistischer Arbeiter und Kleinlandwirte (STPP) 159
Radikale Volkspartei 152
Schwedische Freisinnige Partei 162
Schwedische Linke 162
Schwedische Volkspartei (SFP) 149, 156, **161ff.**
Sozialdemokratische Opposition 159
Sozialdemokratische Partei Finnlands (SDP) 149f., 153, 159, **163ff.**, 169, 171
Sozialdemokratischer Bund 159, 167, 169
Sozialdemokratischer Bund der Arbeiterschaft und der Kleinlandwirte (TPSL) 155, 159, 167

Sozialistische Arbeiterpartei (STP) 160
Sozialistische Einheitspartei (SYP) 159, 166, 169
Vaterländische Volksbewegung (IKL) 161, **167f.**
Verband der Freisinnigen 158
Volksdemokratischer Verband Finnlands (SKDL) 150, 154, 159, 166, **168ff.**
Volkseinheitspartei Finnlands (SKYP) 153
Volkspartei (1917–1919) 157f., 170
Volkspartei II (1933ff.) 152
Wahlverband der sozialistischen Arbeiter und Kleinbauern 159
Zentrumspartei (KESK) 150f., 153, **170ff.**
Zentrumspartei Finnlands 172

b

Åländsk Samling → Åländische Sammlung
Etelä Pohjanmaan Nuorsuomalainen Maalaisliitto → Jungfinnischer Bauernbund in Süd-Österbotten
Isänmaallinen Kansanliike → Vaterländische Volksbewegung
Kansallinen Edistyspuolue → Nationale Fortschrittspartei
Kansallinen Kokoomus Puolue → Nationale Sammlungspartei
Kansanpuolue → Volkspartei
Keskustapuolue → Zentrumspartei
Kristillinen Työväen Puolue → Christliche Arbeiterpartei
Liberaalinen Kansanpuolue → Liberale Volkspartei
Liberaalinen Puolue → Liberale Partei
Maalaisliitto → Landvolkbund
Maanviljelijäin Puolue → Landwirtepartei
Nuorsuomalainen Puolue → Jungfinnische Partei
Perustuslaillinen Kansanpuolue → Konstitutionelle Volkspartei
Perustuslaillisten Suomenmielisten Puolue → Konstitutionelle Nationalfinnische Partei
Pienviljelijäin ja Maalaiskansan Puolue → Partei der Kleinlandwirte und des Landvolks
Radikaalinen Kansanpuolue → Radikale Volkspartei
Ruotsalainen Kansanpuolue → Schwedische Volkspartei
Ruotsalainen Vasemmisto → Schwedische Linke
Sosialidemokraattinen Liitto → Sozialdemokratischer Bund
Sosialidemokraattinen Oppositio → Sozialdemokratische Opposition
Sosialistinen Työväen ja Pienviljelijäin Puolue → Partei Sozialistischer Arbeiter und Kleinlandwirte
Sosialistinen Työväen ja Pienviljelijäin Vaaliliitto → Wahlverband der sozialistischen Arbeiter und Kleinbauern
Sosialistinen Työväenpuolue → Sozialistische Arbeiterpartei
Sosialistinen Yhtenäisyydenpuolue → Sozialistische Einheitspartei
Suomalainen Puolue → Finnische Partei
Suomen Kansan Demokraattinen Liitto → Volksdemokratischer Verband Finnlands
Suomen Kansan Yhtenäisyyden Puolue → Volkseinheitspartei Finnlands
Suomen Kansanpuolue → Finnische Volkspartei
Suomen Keskustapuolue → Zentrumspartei Finnlands
Suomen Kommunistinen Puolue → Kommunistische Partei Finnlands
Suomen Kommunistinen Työväenpuolue → Kommunistische Arbeiterpartei Finnlands
Suomen Kristillinen Liitto → Christliche Union Finnlands
Suomen Maalaisväestön Liitto → Bund der Landbevölkerung Finnlands
Suomen Maaseudun Puolue → Partei der Landbevölkerung Finnlands
Suomen Pientalonpoikien Puolue → Kleinbauernpartei Finnlands
Suomen Pienviljelijäin Puolue → Kleinlandwirtepartei Finnlands
Suomen Sosialidemokraattinen Puolue → Sozialdemokratische Partei Finnlands
Suomen Sosialistinen Työväenpuolue → Finnische Sozialistische Arbeiterpartei
Suomen Työväenpuolue → Arbeiterpartei Finnlands
Svenska Folkepartiet i Finland → Schwedische Volkspartei
Svenska Frisinnade Partiet → Schwedische Freisinnige Partei
Svenska Vänstern → Schwedische Linke
Talonpoikain Vaaliliitto → Bauernwahlverband
Talonpoikaiskansan Puolue → Bauernvolkpartei
Työväen ja Pienviljelijäin Sosialidemokraattinen Liitto → Sozialdemokratischer Bund der Arbeiterschaft und der Kleinlandwirte
Vapaamielisten Liitto → Verband der Freisinnigen

EPNM	Etelä Pohjanmaan Nuorsuomalainen Maalaisliitto Jungfinnischer Bauernbund in Süd-Österbotten
IKL	Isänmaallinen Kansanliike Vaterländische Volksbewegung
KESK	Keskustapuolue Zentrumspartei
KOK	Kansallinen Kokoomus Nationale Sammlungspartei
LKP	Liberaalinen Kansanpuolue Liberale Volkspartei
PKP	Perustuslaillinen Kansanpuolue Konstitutionelle Volkspartei
RKP	Ruotsalainen Kansanpuolue Schwedische Volkspartei
SDP	Suomen Sosialidemokraattinen Puolue Sozialdemokratische Partei Finnlands
SFP	Svenska Folkepartiet i Finland Schwedische Volkspartei
SKDL	Suomen Kansan Demokraattinen Liitto Volksdemokratischer Verband Finnlands
SKL	Suomen Kristillinen Liitto Christliche Union Finnlands
SKP	Suomen Kommunistinen Puolue Kommunistische Partei Finnlands
SKYP	Suomen Kansan Yhtenäisyyden Puolue Volkseinheitspartei Finnlands
SML	Suomen Maalaisväestön Liitto Bund des Landbevölkerung Finnlands
SMP	Suomen Maaseudun Puolue Partei der Landbevölkerung Finnlands
SP	Suomalainen Puolue Finnische Partei
SPP	1) Suomen Pienviljelijäin Puolue Kleinlandwirtepartei Finnlands 2) Suomen Pientalonpoikien Puolue Kleinbauernpartei Finnlands
SSTP	Suomen Sosialistinen Työväenpuolue Finnische Sozialistische Arbeiterpartei
STP	Sosialistinen Työväenpuolue Sozialistische Arbeiterpartei
STPP	Sosialistinen Työväen- ja Pienviljelijäin Puolue Partei Sozialistischer Arbeiter und Kleinlandwirte
SYP	Sosialistinen Yhtenäisyydenpuolue Sozialistische Einheitspartei
TPSL	Työväen ja Pienviljelijäin Sosialidemokraattinen Liitto Sozialdemokratischer Bund der Arbeiterschaft und der Kleinlandwirte

FRANKREICH

Agrarpartei **178**
Autonome Sozialistische Partei (PSA) **178,** 196, 198 f.
Bauernpartei **178,** 185
Bewegung der Linksradikalen (MRG) 177, **178,** 187, 782
Bund der Demokratischen und Sozialistischen Linken (FGDS) 177, **178,** 179, 184, 197, 199
Bund der Sozialistischen Arbeiter (FTS) **178 f.,** 180, 190
Demokratische Allianz 188
Demokratische und Sozialistische Widerstandsunion (UDSR) 178, **179,** 191
Demokratische Union der Arbeit (UDT) 192
Demokratische Volkspartei (PDP) **179 f.**
Demokratisches Zentrum 185, 187, 190, 199 f.
Französische Arbeiterpartei (POF) 179, **180,** 197, 543
Französische Sektion der Arbeiterinternationale (SFIO) 178, 181 f., 183 f., 189, 193 ff., 198 f.
Französische Sozialistische Partei 1) (1902–1905, PSF) 179, **180 f.,** 190, 193, 197
Französische Sozialistische Partei 2) (1920–1926, PSF) **181**
Französische Sozialpartei (PSF) **181**
Französische Volkspartei (PPF) **181**
Frontistische Partei **181**
Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) 178, **181 ff.,** 195, 198 f.
Liberale Volksaktion **184 f.**
Marxistische Revolutionäre Allianz 199
Nationale Föderation der Unabhängigen Republikaner (FNRI) 188
Nationales Zentrum der Sozialrepublikaner 191
Nationales Zentrum der Unabhängigen und Bauern (CNIP) 178, **185,** 188 f., 198
Partei der Jungen Republik 181, **185**
Progressive Republikanische Allianz 190
Radikale Linke 185
Radikale Partei 187
Radikale und Radikal-Sozialistische Partei 178, **185 ff.,** 191, 198, 200
Radikalsozialistische und Reformatorische Partei 188
Republikanische Demokratische Allianz **188**
Republikanische Demokratische Partei 188
Republikanische Demokratische und Soziale Partei (PRDS) 185, 188
Republikanische Demokratische Union (URD) 190
Republikanische Freiheitspartei (PRL) 185, **188**
Republikanische Partei (PR) **188 f.,** 198, 200, 781, 782
Republikanische Radikale und Radikal-Sozialistische Partei 185, 781
Republikanische Radikal-Sozialistische Gruppe 185, 781
Republikanische Sozialistische Partei (PRS) 181, **189,** 194, 198
Republikanische Volksbewegung (MRP) 175, **189 f.,** 197, 199
Republikanischer Bund **190**
Republikanischer Konvent 191
Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei (PSOR) 179, **190 f.,** 197
Revolutionäre Sozialistische Partei (PSR) 180, **191,** 197
Sammlungsbewegung der Republikanischen Linken (RGR) 187 f., **191**
Sammlungsbewegung des französischen Volkes (RPF) 176, **191**
Sammlungsbewegung für die Republik (RPR) **191 ff.**
Sozialistische Partei (PS) 177, 184, **193 ff.,** 199, 513, 779
Sozialistische Partei Frankreichs (PSDF) 180 f., 191, 193, **197**
Sozialistische Partei Frankreichs – Union Jean Jaurès 189, 195, **197 f.**
Sozialistische Republikanische Union (USR) 189, 198
Sozialistische Revolutionäre Arbeiterpartei 178 f.
Sozialistisch-Kommunistische Union (US-C) **198**
Sozialrepublikanische Union (URAS) 191
Unabhängige Republikaner (RI) 177, 185, 188 f.
Union der Demokraten für die V. Republik 192
Union der Demokraten für die Republik (UDR) 177, 192
Union der Demokratischen Kräfte (UFD) 198

Union der Sozialistischen Linken (UGS) **198**, 199
Union für die Französische Demokratie (UDF) 188f., **198**
Union für die Französische Erneuerung 191
Union für die Neue Republik (UNR) 191
Union für die Verteidigung der Republik (UDR) 192
Union zur Verteidigung der Kaufleute und Handwerker (UDCA) **198**
Vereinigte Sozialistische Partei (PSU) 178, 197f., **199**
Zentrum Demokratie und Fortschritt (CDP) 177, 200
Zentrum der Sozialen Demokraten (CDS) 188, 198, **199f.**, 780

b

Action Libérale Populaire → Liberale Volksaktion
Alliance Démocratique → Demokratische Allianz
Alliance Marxiste Révolutionnaire → Marxistische revolutionäre Allianz
Alliance Républicaine Démocratique → Republikanische Demokratische Allianz
Alliance Républicaine Progressiste → Progressive Republikanische Allianz
Centre Démocrate → Demokratisches Zentrum
Centre Démocratie et Progrès → Zentrum Demokratie und Fortschritt
Centre des Démocrates Sociaux → Zentrum der Sozialen Demokraten
Centre National des Indépendants et Paysans → Nationales Zentrum der Unabhängigen und Bauern
Centre National des Républicains Sociaux → Nationales Zentrum der Sozialrepublikaner
Convention Républicaine → Republikanischer Konvent
Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste → Bund der Demokratischen und Sozialistischen Linken
Fédération des Travailleurs Socialistes → Bund der Sozialistischen Arbeiter
Fédération Nationale des Républicains Indépendants → Nationale Föderation der Unabhängigen Republikaner
Fédération Républicain → Republikanischer Bund
Gauche Radical → Radikale Linke
Groupe Républicain Radical-Socialiste → Republikanische Radikal-Sozialistische Gruppe
Mouvement des Radicaux de Gauche → Bewegung der Linksradikalen
Mouvement Républicain Populaire → Republikanische Volksbewegung
Parti Agraire et Paysan Français → Agrarpartei
Parti Communiste Français → Kommunistische Partei Frankreichs
Parti de la Jeune République → Partei der Jungen Republik
Parti Démocrate Populaire → Demokratische Volkspartei
Parti Frontiste → Frontistische Partei
Parti Ouvrier Français → Französische Arbeiterpartei
Parti Ouvrier Socialiste Révolutionnaire → Sozialistische Revolutionäre Arbeiterpartei
Parti Paysan → Bauernpartei
Parti Populaire Français → Französische Volkspartei
Parti Radical → Radikale Partei
Parti Radical et Radical-Socialiste → Radikale und Radikal-Sozialistische Partei
Parti Républicain → Republikanische Partei
Parti Républicain Démocratique → Republikanische Demokratische Partei
Parti Républicain Démocratique et Social → Republikanische Demokratische und Soziale Partei
Parti Républicain de la Liberté → Republikanische Freiheitspartei
Parti Républicain Radical et Radical-Socialiste → Republikanische Radikale und Radikal-Sozialistische Partei
Parti Républicain Socialiste → Republikanische Sozialistische Partei
Parti Social Français → Französische Sozialpartei
Parti Socialiste → Sozialistische Partei
Parti Socialiste Autonome → Autonome Sozialistische Partei
Parti Socialiste de France → Sozialistische Partei Frankreichs
Parti Socialiste de France – Union Jean Jaurès → Sozialistische Partei Frankreichs – Union Jean Jaurès
Parti Socialiste Français → Französische Sozialistische Partei
Parti Socialiste Ouvrier Révolutionnaire → Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei
Parti Socialiste Révolutionnaire → Revolutionäre Sozialistische Partei
Parti Socialiste Unifié → Vereinigte Sozialistische Partei
Rassemblement des Gauches Républicains → Sammlungsbewegung der republikanischen Linken
Rassemblement du Peuple Français → Sammlungsbewegung des französischen Volkes
Rassemblement pour la République → Sammlungsbewegung für die Republik

Républicains Indépendants → Unabhängige Republikaner
Section Français de l'internationale Ouvrière → Französische Sektion der Arbeiterinternationale
Union de Défense des Commerçants et Artisans → Union zur Verteidigung der Kaufleute und Handwerker
Union Démocratique de Travail → Demokratische Union der Arbeit
Union Démocratique et Socialiste de la Résistance → Demokratische und Sozialistische Widerstandsunion
Union de la Gauche Socialiste → Union der Sozialistischen Linken
Union des Démocrates pour la République → Union der Demokraten für die Republik
Union des Démocrates pour la V^e^ République → Union der Demokraten für die V. Republik
Union des Forces Démocratiques → Union der Demokratischen Kräfte
Union pour la Défense de la République → Union für die Verteidigung der Republik
Union pour la Démocratie Française → Union für die Französische Demokratie
Union pour la Nouvelle République → Union für die Neue Republik
Union pour le Renouveau Français → Union für die Französische Erneuerung
Union Républicaine d'Action Sociale → Sozialrepublikanische Union
Union Républicaine Démocratique → Republikanische Demokratische Union
Union Socialiste-Communiste → Sozialistisch-Kommunistische Union
Parti Socialiste de France-Union Jean Jaurès → Sozialistische Partei Frankreichs – Union Jean Jaurès
Union Socialiste Républicain → Sozialistische Republikanische Union

CDP	Centre Démocratie et Progrès Zentrum Demokratie und Fortschritt
CDS	Centre des Démocrates Sociaux Zentrum der Sozialen Demokraten
CNIP	Centre National des Indépendants et Paysans Nationales Zentrum der Unabhängigen und Bauern
FGDS	Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste Bund der Demokratischen und Sozialistischen Linken
FNRI	Fédération National des Républicains Indépendants Nationale Föderation der Unabhängigen Republikaner
FTS	Fédération des Travailleurs Socialistes Bund der Sozialistischen Arbeiter
MRG	Mouvement des Radicaux de Gauche Bewegung der Linksradikalen
MRP	Mouvement Républicain Populaire Republikanische Volksbewegung
PCF	Parti Communiste Français Kommunistische Partei Frankreichs
PDP	Parti Démocrate Populaire Demokratische Volkspartei
POF	Parti Ouvrier Français Französische Arbeiterpartei
PPF	Parti Populaire Français Französische Volkspartei
PR	Parti Républicain Republikanische Partei
PRDS	Parti Républicain Démocratique et Social Republikanische Demokratische und Soziale Partei
PRL	Parti Républicain de la Liberté Republikanische Freiheitspartei
PRS	Parti Républicain Socialiste Republikanische Sozialistische Partei
PS	Parti Socialiste Sozialistische Partei
PSA	Parti Socialiste Autonome Autonome Sozialistische Partei

PSDF Parti Socialiste de France
Sozialistische Partei Frankreichs

PSF 1) Parti Socialiste Français
Französische Sozialistische Partei
2) Parti Social Français
Französische Sozialpartei

PSOR Parti Socialiste Ouvrier Révolutionnaire
Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei

PSR Parti Socialiste Révolutionnaire
Revolutionäre Sozialistische Partei

PSU Parti Socialiste Unifié
Vereinigte Sozialistische Partei

RGR Rassemblement des Gauches Républicains
Sammlungsbewegung der republikanischen Linken

RI Républicains Indépendants
Unabhängige Republikaner

RPF Rassemblement du Peuple Français
Sammlungsbewegung des französischen Volkes

RPR Rassemblement pour la République
Sammlungsbewegung für die Republik

SFIO Section Français de l'Internationale Ouvrière
Französische Sektion der Arbeiterinternationale

UDCA Union de Défense des Commerçants et Artisans
Union zur Verteidigung der Kaufleute und Handwerker

UDF Union pour la Démocratie Française
Union für die Französische Demokratie

UDR 1) Union des Démocrates pour la République
Union der Demokraten für die Republik
2) Union pour la Défense de la République
Union für die Verteidigung der Republik

UDSR Union Démocratique et Socialiste de la Résistance
Demokratische und Sozialistische Widerstandsunion

UDT Union Démocratique de Travail
Demokratische Union der Arbeit

UFD Union des Forces Démocratiques
Union der Demokratischen Kräfte

UGS Union de la Gauche Socialiste
Union der Sozialistischen Linken

UNR Union pour la Nouvelle République
Union für die Neue Republik

URAS Union Républicaine d'Action Sociale
Sozialrepublikanische Union

URD Union Républicaine Démocratique
Republikanische Demokratische Union

US-C Union Socialiste-Communiste
Sozialistisch-Kommunistische Union

USR Union Socialiste Républicain
Sozialistische Republikanische Union

GRIECHENLAND

Alldemokratische Bauernfront Griechenlands (PAME) 230
Allgemeine Radikale Volksunion **204**, 217

Allgriechische Nationalpartei 1) (1946) 208
Allgriechische Nationalpartei 2) (1950) 231
Allianz **204,** 212, 223, 228, 230
Bauernpartei **204,** 230
Bauernpartei Griechenlands **204 f.**
Bauern- und Arbeiterpartei 225 f.
Bergpartei 202, **205,** 212, 220, 228
Bewegung der Nationalen Erneuerung **205,** 214
Chítes-Partei **205**
Christliche Demokratie 204
Demokratische Partei (1935 ff.) **205,** 214
Demokratische Partei (1953) 205, 228
Demokratische Partei des Arbeitenden Volkes **205,** 206 f., 215, 228
Demokratische Radikale Partei **205 f.,** 215, 229
Demokratische Reformpartei 229
Demokratische Sammlung 206, 229
Demokratische Sozialistische Partei 215, 224
Demokratische Union 1) (DE, 1956) 203, 205, **206,** 212, 214 f., 218, 227, 230, 232
Demokratische Union 2) (1958–1961) 228, 233
Demokratisches Lager **206,** 222, 227, 229
Demokratisches Zentrum/Liberale Bauernunion 214, 233
Dilijánnis-Partei **206,** 216
Dritte Partei **206,** 219
Englische Partei 201, **206 f.,** 208, 226
Erneuerungspartei 231
Fortschrittliche Demokratische Bauernunion (PADE) 205, **207,** 215, 227
Fortschrittliche Volkspartei 208
Fortschrittspartei 1) (1895 ff.) **207**
Fortschrittspartei 2) (1910 ff.) **207**
Fortschrittspartei 3) (1954–1967) **207 f.,** 213, 219, 233
Fortschrittsunion **208**
Französische Partei 201, 207, **208**
Front der Nationalen Wiedererstehung (MEA) **208,** 216
Fünfte Partei 224
Griechische Sammlung 203, 207, **208 f.,** 212, 215, 217, 219, 224, 232
Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) 204, **209 ff.,** 227, 229 f.
Kommunistische Partei des Inlands (KKE es.) 204, **211 f.,** 230
Konservative Partei 225
Kumundúros-Partei 206, **212,** 216, 224, 232
Lager der Bauern und Arbeitenden (PAE) 205, **212,** 227
Liberaldemokratische Partei 214, 233
Liberaldemokratische Union (FDE) 206, **212,** 214
Liberaldemokratisches Zentrum **212 f.**
Liberale Flüchtlingspartei **213**
Liberale Partei (KF) 202, 205 ff., 212, **213 f.,** 216, 221 ff., 228, 231, 233
Mavromichális-Partei **214 f.,** 217
Napäer-Partei 226 f.
Nationale Bauernpartei 230
Nationale Bauernpartei des Chítes 205
Nationale Fortschrittliche Bauernpartei 205, 212
Nationale Politische Union 203, **215,** 216, 223 f.
Nationale Progressive Zentrumsunion (EPEK) 205 f., 207, 212, 214, **215,** 228, 233
Nationale Unionspartei 208, **215 f.,** 232
Nationale Volkspartei 204, 214, 232
Nationales Bündnis **216**
Nationales Lager (EP) **216**
Nationalpartei 206, 212, 214, **216 f.,** 219, 221 f., 224 f., 232
Nationalpartei Griechenlands **217**
Nationalradikale Partei 204, **217,** 218, 221, 230, 232
Nationalradikale Union (ERE) 203, 208 f., 213, 216, **217 f.,** 219, 229, 231, 233
Nationalrepublikanische Partei 217, **218**
Neue Demokratie (ND) 216, **218 f.,** 234
Neue Partei 208, **219**

Neue Politische Bewegung 214, 233
Neugriechische Partei 214, 217, **219f.**
Panhellenische Sozialistische Bewegung (PA.SO.K.) 204, **220**, 228, 234
Partei der Bauern und Arbeitenden 206f., 214, 227
Partei der Eklektiker **220**
Partei der Freisinnigen **220f.**, 230
Partei der Griechischen Wiedergeburt 224
Partei der Japaner 221
Partei der Konservativen Demokraten 214, **221f.**, 223
Partei der Linksliberalen 206, **222**, 229
Partei der Nationalgesinnten 1) (1915–1920) **222**, 231
Partei der Nationalgesinnten 2) (1961) 224, 229, 233
Partei der Nationalliberalen 214, **222**, 231
Partei der Prinzipien des I. Metaxás 217
Partei der Progressiven Liberalen 205, 214, **222f.**
Partei der Progressiven Zentrumsliberalen 215
Partei der Royalisten 231
Partei der Sozialistischen Initiative (KSP) 204, **223**, 234
Partei der Unabhängigen Liberalen 214
Partei der Venizelistischen Liberalen 214f., **223**
Partei des Delijeórjis **223f.**
Partei des Demokratischen Sozialismus 234
Partei Jeórjios Papandréu 214, **224**
Patriotische Union 231
Politische Gruppe Vorwärts 231
Politisches Unabhängiges Lager (PAP) **224**
Progressive Arbeiter- und Technikerpartei 233
Progressive Demokratische Partei 214f.
Radikale Partei 215
Rállis-Partei 219f., 222
Reformpartei 1) (1891ff.) 216, 221, **224f.**, 228, 232
Reformpartei 2) (1916ff.) **225**, 230f.
Reformpartei 3) (1936) **225**
Reformpartei 4) (1942–1950) **225**, 229, 231
Republikanische Union 218, **225f.**, 231
Russische Partei 201, 207, **226f.**
Sammlung der Bauern und Arbeitenden (SAE) 212, **227**
Soziale Volkspartei 229, 233
Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands (SEKE) 209, **227**
Sozialistische Partei/Union der Volksdemokratie (SKELD) 205f.
Sozialistischer Marsch 204, **228**
Sozialradikale Union 231
Soziologische Gesellschaft **228**, 231
Talpartei 202, 205, 220, **228**
Theotókis-Partei 213, 222, **228f.**
Trikúpis-Partei 206, 212, 224
Union Demokratischer Linker 206, **229**
Union der Nationalgesinnten **229**
Union der Volksparteien (ELK) 203, **229**, 232
Union des Demokratischen Zentrums (EDIK) 233f.
Vereinigte Demokratische Linke (EDA) 204ff., 209, 211, 222, 228, **229f.**
Vereinigte Linke (EA) 212, **230**
Vereinigte Opposition 225, **230**, 231
Vereinigtes Konstitutionelles Lager **230**
Vereinigtes Lager der Nationalgesinnten 222, 225, **230f.**
Volksbauernpartei 229
Volkspartei 1) (1910–1922) 225, 228, **231**
Volkspartei 2) (1920ff.) 205f., 208, 214ff., 217, 219ff., 224f., 229f., **231f.**
Volksunionspartei (EK) 208, 216, **232**
Vúlgaris-Partei 202, 212, 224, 228, **232**
Zaímis-Partei 206, **232**
Zentrumsunion (EK) 205, 208, 211, 213f., 218ff., 223, 227f., 230, **233f.**
Zentrumsunion – Neue Kräfte (EK–ND) 233f.

b

Agrotergatikón Kómma → Bauern- und Arbeiterpartei
Agrotikón Ethnikón Proodeftikón Kómma → Nationale Fortschrittliche Bauernpartei
Agrotikón Kómma → Bauernpartei
Agrotikón Kómma Elládos → Bauernpartei Griechenlands
Anglikón Kómma → Englische Partei
Christianikí Dimokratía → Christliche Demokratie
Dilijannikón Kómma → Dilijannis-Partei
Dimokratikí Énosis → Demokratische Union
→ Republikanische Union
Dimokratikí Parátaxis → Demokratisches Lager
Dimokratikón Kéntron → Demokratisches Zentrum
Dimokratikón Kéntron/Agrotiki Filelefthéra Énosis → Demokratisches Zentrum/Liberale Bauernunion
Dimokratikón Kómma → Demokratische Partei
Dimokratikón Kómma Ergazoménu Laú → Demokratische Partei des Arbeitenden Volkes
Dimokratikón Metarrithmistikón Kómma → Demokratische Reformpartei
Dimokratikón Rizospastikón Kómma → Demokratische Radikale Partei
Dimokratikón Sosialistikón Kómma → Demokratische Sozialistische Partei
Dimokratikós Sinajermós → Demokratische Sammlung
Elli ikós Sinajermós → Griechische Sammlung
Eniéa Dimokratikí Aristerá → Vereinigte Demokratische Linke
Eniéa Sintagmatikí Parátaxis → Vereinigtes Konstitutionelles Lager
Enoméni Aristerá → Vereinigte Linke
Énosis Dimokratikón Aristerón → Union Demokratischer Linker
Énosis Dimokratikú Kéntru → Union des Demokratischen Zentrums
Énosis Ethnikofrónon → Union der Nationalgesinnten
Énosis Kéntru → Zentrumsunion
Énosis Kéntru – Nées Dinámis → Zentrumsunion – Neue Kräfte
Énosis La'ikú Kómmatos → Union der Volksparteien
Ethnikí Parátaxis → Nationales Lager
Ethnikí Politikí Énosis → Nationale Politische Union
Ethnikí Proodeftikí Énosis Kéntrou → Nationale Progressive Zentrumsunion
Ethnikí Rizospastikí Énosis → Nationalradikale Union
Ethnikón Agrotikón Kómma → Nationale Bauernpartei
Ethnikón Agrotikón Kómma Chitón → Nationale Bauernpartei des Chites
Ethnikón Dimokratikón Kómma → Nationalrepublikanische Partei
Ethnikón Enotikón Kómma → Nationale Unionspartei
Ethnikón Kómma → Nationalpartei
Ethnikón Kómma Elládos → Nationalpartei Griechenlands
Ethnikón La'ikón Kómma → Nationale Volkspartei
Ethnikón Rizospastikón Kómma → Nationalradikale Partei
Ethnikós Sinaspismós → Nationales Bündnis
Filelefthéra Dimokratikí Énosis → Liberaldemokratische Union
Fileléftheron Dimokratikón Kéntron → Liberaldemokratisches Zentrum
Fileléftheron Dimokratikón Kómma → Liberaldemokratische Partei
Fileléftheron Prosfijikón Kómma → Liberale Flüchtlingspartei
Gallikón Kómma → Französische Partei
Inoméni Antipolítevsis → Vereinigte Opposition
Inoméni Parátaxis Etnikofrónon → Vereinigtes Lager der Nationalgesinnten
Jenikí La'ikí Rizospastikí Énosis → Allgemeine Radikale Volksunion
Kínisis Ethnikís Anadimiurjías → Bewegung der Nationalen Erneuerung
Kinonikí Rizospastikí Énosis → Sozialradikale Union
Kinoniolojikí Etería → Soziologische Gesellschaft
Kómma Agrotón ke Ergazomenón → Partei der Bauern und Arbeitenden
Kómma Anasinkrotíseos → Erneuerungspartei
Kómma Anexartión Filelefthéron → Partei der Unabhängigen Liberalen
Kómma Aristerón Filelefthéron → Partei der Linksliberalen
Kommá Archón Ioánnu Metaxá → Partei der Prinzipien des I. Metaxas
Kómma Chitón → Chites-Partei
Kómma Dimokratikú Sosialismú → Partei des Demokratischen Sozialismus
Kómma Eleftherofrónon → Partei der Freisinnigen

Kómma Ellinikís Anajenníseos → Partei der Griechischen Wiedergeburt
Kómma Ethnikofrónon → Partei der Nationalgesinnten 2)
Kómma Ethnikón Filelefthéron → Partei der Nationalliberalen
Kómma Filelefthéron → Liberale Partei
Kómma Jeorjíu Papandréu → Partei Jeórjios Papandréu
Kómma Napéon → Napäer-Partei
Kómma Proodeftikón → Fortschrittspartei 3)
Kómma Proodeftikón Filelefthéron → Partei der Progressiven Liberalen
Kómma Proodeftikón Filelefthéron Kéntru → Partei der Progressiven Zentrumsliberalen
Kómma Sosialistikís Protovúlías → Partei der Sozialistischen Initiative
Kómma ton Eklektikón → Partei der Eklektiker
Kómma ton Ethnikofrónon → Partei der Nationalgesinnten 1)
Kómma ton Iapónon → Partei der Japaner
Kómma ton Orinón → Bergpartei
Kómma ton Pedinón → Talpartei
Kómma ton Sintiritikón Dimokratikón → Partei der Konservativen Demokraten
Kómma tu Delijeórji → Partei des Delijeórjis
Kómma tu Dilijánni → Dilijánnis-Partei
Kómma tu Dimitríu Rálli → Rállis-Partei
Kómma tu Kumundúru → Kumundúros-Partei
Kómma tu Mavromicháli → Mavromichális-Partei
Kómma tu Trikúpi → Trikúpis-Partei
Kómma tu Vúlgari → Vúlgaris-Partei
Kómma tu Zaími → Zaímis-Partei
Kómma Vasilofrónon → Partei der Royalisten
Kómma Venizelikón Filelefthéron → Partei der Venizelistischen Liberalen
Kommunistikó Kómma Elládos → Kommunistische Partei Griechenlands
Kommunistikó Kómma Elládos-esoterikú → Kommunistische Partei Griechenlands (Inland)
Laïkón Agrotikón Kómma → Volksbauernpartei
Laïkón Enotikón Kómma → Volksunionspartei
Laïkón Kinonikón Kómma → Soziale Volkspartei
Laïkón Kómma → Volkspartei
Laïkón Proodeftikón Kómma → Fortschrittliche Volkspartei
Mavromichalikón Kómma → Mavromichális-Partei
Metarrithmistikón Kómma → Reformpartei 2); Reformpartei 3)
Métopon Ethnikís Anadimiurjías → Front der Nationalen Wiedererstehung
Néa Dimokratía → Neue Demokratie
Néa Politikí Kínisis → Neue Politische Bewegung
Neoellinikón Kómma → Neugriechische Partei
Néon Kómma → Neue Partei
Neoteristikón Kómma → Reformpartei 1)
Pandimokratikón Agrotikón Métopon Elládos → Alldemokratische Bauernfront Griechenlands
Panellínio Sosialistikó Kínima → Panhellenische Sozialistische Bewegung
Panellínion Ethnikón Kómma → Allgriechische Nationalpartei 1) (1946); Allgriechische Nationalpartei 2) (1950)
Parátaxis Agrotón ke Ergazoménon → Lager der Bauern und Arbeitenden
Patriotikí Énosis → Patriotische Union
Pémpton Kómma → Fünfte Partei
Politikí Anexártitos Parátaxis → Politisches Unabhängiges Lager
Politikí Omás Embrós → Politische Gruppe Vorwärts
Proodeftikí Dimokratikí Énosis → Fortschrittliche Demokratische Bauernunion
Proodeftikí Énosis → Fortschrittsunion
Proodeftikón Dimokratikón Kómma → Progressive Demokratische Partei
Proodeftikón Ergatotechnikón Kómma → Progressive Arbeiter- und Technikerpartei
Proodeftikón Kómma → Fortschrittspartei 1), 2)
Rallikón Kómma → Rallis-Partei
Rizospastikón Kómma → Radikale Partei
Rossikón Kómma → Russische Partei
Simmachía → Allianz
Sinajermós Agrotikón ke Ergazoménon → Sammlung der Bauern und Arbeitenden
Sintiritikón Kómma → Konservative Partei
Sosialistikí Poría → Sozialistischer Marsch
Sosialistikón Ergatikón Kómma Elládos → Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands

Sosialistikón Kómma/Énosis Laikís Dimokratías → Sozialistische Partei/Union der Volksdemokratie
Theotokikón Kómma → Theotokis-Partei
Trikupikón Kómma → Trikúpis-Partei
Tríton Kómma → Dritte Partei
Zaimikón Kómma → Zaimis-Partei

DE	Dimokratikí Énosis Demokratische Union
DKEL	Dimokratikón Kómma Ergazoménu Laú Demokratische Partei des Arbeitenden Volkes
EA	Enoméni Aristerá Vereinigte Linke
EDA	Eniéa Dimokratikí Aristerá Vereinigte Demokratische Linke
EDIK	Énosis Dimokratiku Kéntru Union des Demokratischen Zentrums
EK	Énosis Kéntru Zentrumsunion
ELK	Énosis La'ikú Kómmatos Union der Volksparteien
EP	Ethnikí Parátaxis Nationales Lager
EPEK	Ethnikí Proodeftikí Énosis Kéntrou Nationale Progressive Zentrumsunion
ERE	Ethnikí Rizospastikí Énosis Nationalradikale Union
FDE	Filelefthéra Dimokratikí Énosis Liberaldemokratische Union
FIDIK	Filelé ftheron Dimokratikón Kéntron Liberaldemokratisches Zentrum
KF	Kómma Filelefthéron Liberale Partei
KKE	Kommunistikó Kómma Elládos Kommunistische Partei Griechenlands
KKE es.	Kommunistikó Kómma Elládos – esoterikú Kommunistische Partei des Inlands
KODISO	Kómma Dimokratikú Sozialismú Partei des Demokratischen Sozialismus
KP	Kómma Proodeftikón Fortschrittspartei 3)
KSP	Kómma Sosialistikís Protovúlias Partei der Sozialistischen Initiative
LEK	Laïkón Enotikón Kómma Volksunionspartei
MEA	Métopon Ethnikís Anadimiurjías Front der Nationalen Wiedererstehung
ND	Néa Dimokratía Neue Demokratie
PADE	Proodeftikí Dimokratikí Énosis Fortschrittliche Demokratische Bauernunion
PAE	Parátaxis Agrotón ke Ergozoménon Lager der Bauern und Arbeitenden
PAME	Pandimokratikón Agrotikón Métopon Elládos Alldemokratische Bauernfront Griechenlands

PAP Politikí Anexártitos Parátaxis
Politisches Unabhängiges Lager
PA.SO.K. Panellínio Sosialistikó Kínima
Panhellenische Sozialistische Bewegung
SAE Sinajermós Agrotikón ke Ergazoménon
Sammlung der Bauern und Arbeitenden
SEKE Sosialistikón Ergatikón Kómma Elládos
Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands
SKELD Sosialistikón Kómma/Énosis Laïkís Dimokratías
Sozialistische Partei/Union der Volksdemokratie

GROSSBRITANNIEN

Arbeiterpartei 237, **238 ff.**, 248 f., 254, 779
Britische Sozialistische Partei (BSP) 240, 244
Commonwealth Partei 242
Demokratische Föderation 239
Fabier Gesellschaft 239
Genossenschaftspartei 239, 241
Kommunistische Partei von Großbritannien (CPGB) 240 f., **244**
Konservative Partei 236, **244 ff.**, 251, 253 f., 264
Konservative und Unionistische Partei 244, 247 ff.
Liberale Partei 236, 247 f., **250 ff.**, 264, 781
Liberale Unionisten 247, 253
Liga der Britischen Arbeiter 254
Nationaldemokratische und Arbeiterpartei (NDP) 241, **254**
Nationale Liga Britischer Arbeiter 241, 254
Nationale Partei **255**
Nationale Partei Schottlands 254
Nationalliberale 254
Neue Partei 242
Schottische Nationalpartei (SNP) **255**
Schottische (Parlamentarische) Arbeiterpartei 239
Schottische Partei 255
Sozialdemokratische Föderation (SDF) 239
Sozialdemokratische Partei (1908–1911) 240
Sozialdemokratische Partei (1981) 244
Sozialistische Arbeiterpartei (SLP) 244
Sozialistisches Nationales Verteidigungskomitee 254
Tories 236, 244, **255**
Unabhängige Arbeiterpartei (ILP) 239 ff., 274
Unionistische Partei 247
Walisische Nationalpartei (PC) **255**
Whigs 236, 249, 251, **255 f.**

b

British Socialist Party → Britische Sozialistische Partei
British Workers' League → Liga der Britischen Arbeiter
British Workers' National League → Nationale Liga Britischer Arbeiter
Commonwealth Party → Commonwealth Partei
Communist Party of Great Britain → Kommunistische Partei von Großbritannien
Conservative and Unionist Party → Konservative und Unionistische Partei
Conservative Party → Konservative Partei
Cooperative Party → Genossenschaftspartei
Democratic Federation → Demokratische Föderation
Fabian Society → Fabier Gesellschaft

Independent Labour Party → Unabhängige Arbeiter Partei
Labour Party → Arbeiterpartei
Liberal Party → Liberale Partei
Liberal Unionists → Liberale Unionisten
National Democratic and Labour Party → Nationaldemokratische und Arbeiterpartei
National Liberals → Nationalliberale
National Party → Nationale Partei
National Party of Scotland → Nationale Partei Schottlands
New Party → Neue Partei
Plaid Cymru → Walisische Nationalpartei
Scottish Party → Schottische Partei
Scottish National Party → Schottische Nationalpartei
Scottish (Parliamentary) Labour Party → Schottische (Parlamentarische) Arbeiter Partei
Social Democratic Federation → Sozialdemokratische Föderation
Social Democratic Party → Sozialdemokratische Partei
Socialist Labour Party → Sozialistische Arbeiterpartei
Socialist National Defence Comittee → Sozialistisches Nationales Verteidigungskomitee
Tories → Tories
Unionist Party → Unionistische Partei
Whigs → Whigs

c

BSP	British Socialist Party Britische Sozialistische Partei
CPGB	Communist Party of Great Britain Kommunistische Partei von Großbritannien
ILP	Independent Labour Party Unabhängige Arbeiter Partei
NDP	National Democratic and Labour Party Nationaldemokratische und Arbeiterpartei
PC	Plaid Cymru Walisische Nationalpartei
SDF	Social Democratic Federation Sozialdemokratische Föderation
SDP	Social Democratic Party Sozialdemokratische Partei
SLP	Socialist Labour Party Sozialistische Arbeiterpartei
SNP	Scottish National Party Schottische Nationalpartei

IRLAND/NORDIRLAND

Allianz Partei **261**
Arbeiterpartei **261 f.**, 266ff., 271 ff., 779
Bauernpartei **262 f.**, 265 f., 278
Belfaster Arbeiterpartei 267
Belfaster Sozialistische Gesellschaft 275
Demokratische Unionistische Partei (DUP) **263**
Freies Irland **263**
Irische Arbeiterpartei 265
Irische Loyale und Patriotische Union 275
Irische Nationale Föderation 263
Irische Nationale Liga 263
Irische Parlamentarische Partei 257, **263 f.**, 265, 267, 269, 275

Irische Partei 264
Irische Sozialistische Republikanische Partei (ISRP) 261, **264 f.**, 272
Irische Unionistische Allianz 275
Kinder des Landes 263, **265**, 274
Kinder Irlands 278
Kommunistische Partei Irlands (CPI) **265**
Kommunistische Partei von Nordirland (CPNI) 265
Liberale Partei Nordirlands 261
Liga der Irischen Arbeiter 265
Nationale Arbeiterpartei 262
Nationale Korporative Partei **273**
Nationale Liga **265 f.**, 267
Nationale Liga der Bauern und Gemeindesteuerzahler 266
Nationale Liga des Nordens 267
Nationale Partei 277
Nationale Progressive Demokratische Partei **266**
Nationale Zentrumspartei 259, 263, **266**, 267, 272 f., 278
Nationalgarde **266 f.**, 272 f., 278
Nationalistische Partei **267**, 272, 276
Nordirische Arbeiterpartei (NILP) **267**
Partei der Arbeiter Irlands 265
Partei des Vereinigten Irland **272**
Progressive Unionisten 275
Protestantische Nationalistische Partei **267**
Republikanische Arbeiterpartei **267**, 272
Republikanische Einheit **267**
Republikanische Familie 263, 266, **267 f.**, 271, 274
Revolutionäre Arbeitergruppen 265
Sinn Féin (Wir selbst) 258 f., 261, **268 ff.**, 276 f.
Soldaten des Schicksals (FF) 259, 262 f., 266 f., **270 ff.**, 273, 278 f.
Sozialdemokratische und Arbeiterpartei (SDLP) 267, **272**, 276, 779
Sozialistische Partei Irlands (SPI) 261, 265, **272**
Stamm der Gaelen (FG) 259, 262 f., 265 f., 268, 271, **272 ff.**, 278, 780
Unabhängige Arbeiterpartei 261, **274 f.**
Unabhängige Irische Partei 264
Unionistische Arbeitervereinigung von Ulster (UULA) 275
Unionistische Partei 261, 264, 267, **275 f.**, 277
Unionistische Partei Nordirlands (UPNI) **276**
Unionistische Progressive Vorhutspartei (VUPP) **276 f.**
Vereinigte Irische Liga 263
Vereinigung der Gaelen 258 f., 263, 266 ff., 271 ff., **277 f.**
Vereinigung Junges Irland 267
Volkspartei 278

b

Alliance Party → Allianz Partei
Aontacht Eireann → Republikanische Einheit
Belfast Labour Party → Belfaster Arbeiterpartei
Belfast Socialist Society → Belfaster Sozialistische Gesellschaft
Children of Ireland → Kinder Irlands
Children of the Land → Kinder des Landes
Clann Eireann → Volkspartei
Clann na Poblachta → Republikanische Familie
Clann na Talmhan → Kinder des Landes
Communist Party of Ireland → Kommunistische Partei Irlands
Communist Party of North Ireland → Kommunistische Partei von Nordirland
Cumann na nGaedheal → Vereinigung der Gaelen
Cummannacht na hEireann → Sozialistische Partei Irlands
Democratic Unionist Party → Demokratische Unionistische Partei
Family of the Land → Kinder des Landes
Farmers' Party → Bauernpartei
Fianna Fáil → Soldaten des Schicksals

Fine Gael → Stamm der Gaelen
Home Rule Party → Irische Parlamentarische Partei
Independent Irish Party → Unabhängige Irische Partei
Independent Labour Party → Unabhängige Arbeiterpartei
Irish Loyal and Patriotic Union → Irische Loyale und Patriotische Union
Irish National Federation → Irische Nationale Föderation
Irish National League → Irische Nationale Liga
Irish Parliamentary Party → Irische Parlamentarische Partei
Irish Party → Irische Parlamentarische Partei
Irish Socialist Republican Party → Irische Sozialistische Republikanische Partei
Irish Unionist Alliance → Irische Unionistische Allianz
Irish Workers' League → Liga der Irischen Arbeiter
Irish Workers' Party → Irische Arbeiterpartei
Labour Party → Arbeiterpartei
National Centre Party → Nationale Zentrumspartei
National Corporate Party → Nationale Korporative Partei
National Farmers' and Ratepayers League → Nationale Liga der Bauern und Gemeindesteuerzahler
National Guard → Nationalgarde
National Labour Party → Nationale Arbeiterpartei
National League → Nationale Liga
National League of the North → Nationale Liga des Nordens
National Party → Nationale Partei
National Progressive Democratic Party → Nationale Progressive Demokratische Partei
Nationalist Party → Nationalistische Partei; auch: Irische Parlamentarische Partei
Nothern Ireland Labour Party → Nordirische Arbeiterpartei
Nothern Ireland Liberal Party → Liberale Partei Nordirlands
Peoples Party → Volkspartei
Progressive Unionists → Progressive Unionisten
Protestant Nationalist Party → Protestantische Nationalistische Partei
Republican Labour Party → Republikanische Arbeiterpartei
Republican Unity → Republikanische Einheit
Revolutionary Workers' Groups → Revolutionäre Arbeitergruppen
Saor Eire → Freies Irland
Sinn Féin → Sinn Féin
Social Democratic and Labour Party → Sozialdemokratische und Arbeiterpartei
Socialist Party of Ireland → Sozialistische Partei Irlands
Ulster Unionist Labour Association → Unionistische Arbeitervereinigung von Ulster
United Ireland Party → Partei des Vereinigten Irlands
Unionist Party → Unionistische Partei
Unionist Party of Northern Ireland → Unionistische Partei Nordirland
United Irish League → Vereinigte Irische Liga
Vanguard Unionist Progressive Party → Unionistische Progressive Vorhutspartei
Workers' Party of Ireland → Partei der Arbeiter Irlands
Young Ireland Association → Vereinigung Junges Irland

CPNI	Communist Party of Nothern Ireland Kommunistische Partei von Nordirland
CPI	Communist Party of Ireland Kommunistische Partei Irlands
DUP	Democratic Unionist Party Demokratische Unionistische Partei
FF	Fianna Fáil Soldaten des Schicksals
FG	Fine Gael Stamm der Gaelen
ISRP	Irish Socialist Republican Party Irische Sozialistische Republikanische Partei
NILP	Northern Ireland Labour Party Nordirische Arbeiterpartei

SDLP Social Democratic and Labour Party
Sozialdemokratische und Arbeiterpartei
SPI Socialist Party of Ireland
Sozialistische Partei Irlands
UULA Ulster Unionist Labour Association
Unionistische Arbeitervereinigung von Ulster
UPNI Unionist Party of Northern Ireland
Unionistische Partei Nordirlands
VUPP Vanguard Unionist Progressive Party
Unionistische Progressive Vorhutspartei

ISLAND

Bauernpartei 282f.
Bürgerpartei 286
Demokratische Partei 282, 285
Fortschrittspartei 1) (1897ff.) **281f.**
Fortschrittspartei 2) (1916ff.) **282f.**, 284, 286ff., 290f.
»Homerule«Partei 282, **283f.**, 285f.
Isländische Nationale Front 279
Kommunistische Partei **284**, 288f.
Konservative Partei 286
Landwehrpartei 282, **284f.**
Liberale Partei 286
Nationale Widerstandspartei **285**, 290
Selbständigkeitspartei 1) (1908–1929) 282, 284, **285f.**, 288
Selbständigkeitspartei 2) (1929ff.) 282ff., **286f.**, 288ff.
Sozialdemokratische Partei 282ff., 286, **287ff.**, 290f.
Sozialistische Partei 284ff., 288, **289**, 290
Unabhängige Bauern 282
Union der Liberalen und Linken 283, **289f.**, 291
Unionspartei 284
Verfassungsreformpartei 282
Volksallianz 283, 285, 288f., **290f.**

b

Alþýðubandalag → Volksallianz
Alþýðuflokkur → Sozialdemokratische Partei
Bændaflokkur → Bauernpartei
Borgaraflokkur → Bürgerpartei
Framfaraflokkur → Fortschrittspartei 1)
Framsóknarflokkur → Fortschrittspartei 2)
Frjálslyndi flokkurinn → Liberale Partei
Heimastjórnarflokkur → »Homerule«partei
Íhaldsflokkur → Konservative Partei
Kommúnistaflokkur → Kommunistische Partei
Landvarnarflokkur → Landwehrpartei
Óháðir bændur → Unabhängige Bauern
Sambandsflokkur → Unionspartei
Samtök frjálslyndra og vinstri manna → Union der Liberalen und Linken
Sjálfstæðisflokkur → Selbständigkeitspartei
Sósíalistaflokkur → Sozialistische Partei
Stjórnarbótarflokkur → Verfassungsreformpartei
þjóðlið Íslendinga → Isländische Nationale Front
þjóðræðisflokkur → Demokratische Partei
þjóðvarnarflokkur → Nationale Widerstandspartei

ITALIEN

Aktionspartei (Pd'A) **297,** 302, 307
Arbeitermacht 305, 310
Arbeiterpartei 310
Arbeitervorhut 305
Bewegung der Proletarischen Einheit (MUP) 311
Christliche Demokratie (DC) **297 ff.,** 304 f., 307, 309, 311, 314, 317, 780
Demokratische Partei der Proletarischen Einheit 305
Gerechtigkeit und Freiheit (GL) 297, **301 f.,** 304
Italienische Demokratische Partei 317
Italienische Demokratische Partei der Monarchistischen Einheit (PDIUM) 317
Italienische Kommunistische Partei (PCI) 298 ff., **302 ff.,** 309, 311
Italienische Liberale Partei (PLI) 299, **306 f.,** 317, 781
Italienische Republikanische Partei (PRI) 297, 299, **307 f.,** 309, 781
Italienische Sozialbewegung (MSI) **308 f.,** 314, 317
Italienische Sozialbewegung – Nationale Rechte (MSI – DN) 309, 317
Italienische Sozialistische Demokratische Partei (PSDI) 299, **309 f.,** 311, 779
Italienische Sozialistische Partei (PSI) 299, 302 ff., 309, **310 ff.,** 315, 779
Italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP) 311
Italienische Sozialistische Reformistische Partei (PSRI) 310
Italienische Volkspartei (PPI) 297, **312 f.**
Italienischer Nationalistenverband (ANI) **313 f.,** 316
Jedermannsfront (Uq) 308, **314**
Kommunistische Partei Italiens (PCdI) 302, 311
Manifest 305
Monarchistische Volkspartei 317
Nationale Demokratie 309
Nationale Faschistische Partei (PNF) **314 ff.**
Nationale Monarchistische Partei (PNM) **316 f.**
Nationale Union 306
Partei der Christlichen Linken 298
Partei der Italienischen Arbeiter 310
Radikale Partei (PR) 307, **317**
Republikanisch-Demokratische Bewegung 297
Republikanische Faschistische Partei (PFR) 316
Revolutionäre Sozialistische Partei 310
Sozialistische Partei der Italienischen Arbeiter (PSLI) 309
Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit 311
Ständiger Kampf 305
Südtiroler Volkspartei (SVP) **317,** 780
Vereinigte Sozialistische Partei (PSU) (1922–1930) 311
Vereinigte Sozialistische Partei (PSU) (1966–1969) 309, 311 f.

b

Avanguardia Operaia → Arbeitervorhut
Associazione Nazionalista Italiana → Italienischer Nationalistenverband
Democrazia Cristiana → Christliche Demokratie
Democrazia Nazionale → Nationale Demokratie
Fronte dell' Uomo qualunque → Jedermannsfront
Giustizia e Libertà → Gerechtigkeit und Freiheit
Lotta Continua → Ständiger Kampf
Manifesto → Manifest
Movimento Democratico Repubblicano → Republikanisch-Demokratische Bewegung
Movimento di Unità Proletaria → Bewegung der Proletarischen Einheit
Movimento Sociale Italiano → Italienische Sozialbewegung
Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale → Italienische Sozialbewegung – Nationale Rechte
Partito Comunista d'Italia → Kommunistische Partei Italiens
Partito Comunista Italiano → Italienische Kommunistische Partei
Partito d'Azione → Aktionspartei

Partito dei Lavoratori Italiani → Partei der Italienischen Arbeiter
Partito della Sinistra Cristiana → Partei der Christlichen Linken
Partito Democratico di Unità Proletaria → Demokratische Partei der Proletarischen Einheit
Partito Democratico Italiano → Italienische Demokratische Partei
Partito Democratico Italiano di Unità Monarchica → Italienische Demokratische Partei der Monarchistischen Einheit
Partito Fascista Repubblicano → Republikanische Faschistische Partei
Partito Liberale Italiano → Italienische Liberale Partei
Partito Monarchico Popolare → Monarchistische Volkspartei
Partito Nazionale Fascista → Nationale Faschistische Partei
Partito Nazionale Monarchico → Nationale Monarchistische Partei
Partito Operaio → Arbeiterpartei
Partito Popolare Italiano → Italienische Volkspartei
Partito Radicale → Radikale Partei
Partito Repubblicano Italiano → Italienische Republikanische Partei
Partito Socialista dei Lavoratori Italiani → Sozialistische Partei der Italienischen Arbeiter
Partito Socialista Democratico Italiano → Italienische Sozialistische Demokratische Partei
Partito Socialista di Unità Proletaria → Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit
Partito Socialista Italiano → Italienische Sozialistische Partei
Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria → Italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit
Partito Socialista Riformista Italiano → Italienische Sozialistische Reformistische Partei
Partito Socialista Rivoluzionario → Revolutionäre Sozialistische Partei
Partito Socialista Unitario → Vereinigte Sozialistische Partei
Potere Operaio → Arbeitermacht
Unione Nazionale → Nationale Union

ANI	Associazione Nazionalista Italiana Italienischer Nationalistenverband
DC	Democrazia Cristiana Christliche Demokratie
GL	Giustizia e Libertà Gerechtigkeit und Freiheit
MSI	Movimento Sociale Italiano Italienische Sozialbewegung
MSI-DN	Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale Italienische Sozialbewegung-Nationale Rechte
MUP	Movimento di Unità Proletaria Bewegung der proletarischen Einheit
PCdI	Partito Comunista d'Italia Kommunistische Partei Italiens
PCI	Partito Comunista Italiano Italienische Kommunistische Partei
Pd'A	Partito d'Azione Aktionspartei
PDIUM	Partito Democratico Italiano di Unità Monarchica Italienische Demokratische Partei der Monarchistischen Einheit
PFR	Partito Fascista Repubblicano Republikanische Faschistische Partei
PLI	Partito Liberale Italiano Italienische Liberale Partei
PNF	Partito Nazionale Fascista Nationale Faschistische Partei
PNM	Partito Nazionale Monarchico Nationale Monarchistische Partei
PPI	Partito Popolare Italiano Italienische Volkspartei

PR Partito Radicale
Radikale Partei
PRI Partito Repubblicano Italiano
Italienische Republikanische Partei
PSDI Partito Socialista Democratico Italiano
Italienische Sozialistische Demokratische Partei
PSI Partito Socialista Italiano
Italienische Sozialistische Partei
PSIUP Partito Socialista Italiano di Unità Proletaria
Italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit
PSLI Partito Socialista dei Lavoratori Italiani
Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter
PSRI Partito Socialista Riformista Italiano
Italienische Sozialistische Reformistische Partei
PSU Partito Socialista Unitario
Vereinigte Sozialistische Partei
SVP Südtiroler Volkspartei
Uq Fronte dell' Uomo qualunque
Jedermannsfront

JUGOSLAWIEN

Jugoslawische Völker vor 1918

Bosnien – Herzegowina

Agrar- und Bauernpartei 321
Kroatische Katholische Genossenschaft (HKU) 321
Kroatische Nationale Gemeinschaft (HNZ) 321
Muslimische Fortschrittspartei 321
Muslimische Nationalorganisation (MNO) 320f.
Selbständige Muslimische Partei 321
Serbische Nationale Organisation (SNO) 320f.
Sozialdemokratische Partei Bosniens und der Herzegowi 321
Vereinigte Muslimische Organisation (UMO) 321

b

Agrarnoseljačka Stranka → Agrar- und Bauernpartei
Hrvatska Katolička Udruga → Kroatische Katholische Genossenschaft
Hrvatska Narodna Zajednica → Kroatische Nationale Gemeinschaft
Muslimanska Napredna Stranka → Muslimische Fortschrittspartei
Muslimanska Narodna Organizacija → Muslimische Nationalorganisation
Muslimanska Samostalna Stranka → Selbständige Mulimische Partei
Socijaldemokratska Stranka Bosne i Hercegovine → Sozialdemokratische Partei Bosniens und der Herzegowina
Srpska Narodna Organizacija → Serbische Nationale Organisation
Ujedinjena Muslimanska Organizacija → Vereinigte Muslimische Organisation

HKU Hrvatska Katolička Udruga
Kroatische Katholische Genossenschaft
HNZ Hrvatska Narodna Zajednica
Kroatische Nationale Gemeinschaft

MNO Muslimanska Narodna Organizacija
Muslimische Nationalorganisation
SNO Srpska Narodna Organizacija
Serbische Nationale Organisation
UMO Ujedinjena Muslimanska Organzacija
Vereinigte Muslimische Organisation

Dalmatien

Autonomisten 322 f.
Demokratische Partei 323
Kroatische Partei 323
Kroatische Nationalpartei 323
Kroatische Volks- und Fortschrittspartei 323
Nationale Bauernpartei 323
Nationalpartei 322 f.
Rechtspartei (1894 ff.) 323
Rechtspartei (1908–1911) 324
Reine Rechtspartei 323 f.
Serbische Nationalpartei 323

b

Autonomistička Stranka → Autonomisten
Čista Stranka Prava → Reine Rechtspartei
Demokratska Stranka → Demokratische Partei
Hrvatska Pučka Napredna Stranka → Kroatische Volks- und Fortschrittspartei
Hrvatska Stranka → Kroatische Partei
Narodna Hrvatska Stranka → Kroatische Nationalpartei
Narodna Stranka → Nationalpartei
Narodno-Srednjačka Stranka → Nationale Bauernpartei
Srpska Narodna Stranka → Serbische Nationalpartei
Stranka Prava → Rechtspartei

Slowenen

Jugoslawische Demokratische Partei (JDS) 326
Jugoslawische Sozialdemokratische Partei (JSDS) 327
Katholische Nationalpartei 325 f.
Krainische Nationalpartei 326 f.
Nationalfortschrittliche Partei (1900 ff.) 326 f.
Nationalfortschrittliche Partei (1905 ff.) 326
Nationalpartei für die Steiermark 326
Slowenische Bauernpartei 351
Slowenische Volkspartei (1899 ff.) 326
Slowenische Volkspartei (1905 ff., SLS) 326 f.
Slowenischer Bauernbund für die Steiermark 326

b

Jugoslovanska Demokratska Stranka → Jugoslawische Demokratische Partei
Jugoslovanska Socijalno-Demokratska Stranka → Jugoslawische Sozialdemokratische Partei
Katoliška Narodna Stranka → Katholische Nationalpartei
Narodna Stranka za Krajnsku → Krainische Nationalpartei
Narodna Stranka za Štajersko → Nationalpartei für die Steiermark
Narodno-Napredna Stranka → Nationalfortschrittliche Partei

Slovenska Kmečka Zveza za Štajersko → Slowenischer Bauernbund für die Steiermark
Slovenska Kmetska Stranka → Slowenische Bauernpartei
Slovenska Ljudska Stranka → Slowenische Volkspartei

JDS Jugoslovanska Demokratska Stranka
Jugoslawische Demokratische Partei
JSDS Jugoslovanska Socijalno-Demokratska Stranka
Jugoslawische Sozialdemokratische Partei
SLS Slovenska Ljudska Stranka
Slowenische Volkspartei (1905 ff.)

Serben in der Wojwodina

Serbische Freisinnige Volkspartei 328
Serbische Radikale Volkspartei 328
Serbische Volkspartei 328

b

Srpska Narodna Radikalna Stranka → Serbische Radikale Volkspartei
Srpska Narodna Slobodoumna Stranka → Serbische Freisinnige Volkspartei
Srpska Narodna Stranka → Serbische Volkspartei

SNSS Srpska Narodna Slobodoumna Stranka
Serbische Freisinnige Volkspartei

Jugoslawien ab 1918

Bäuerlich-Demokratische Koalition (SDK) **334,** 349 f., 354
Bauernbund 333, **334,** 345, 353 f.
Block der Nationalen Verständigung **334,** 340, 345
Bund der Kommunisten Jugoslawiens (SKJ) **335 ff.,** 353
Bund des Slowenischen Bauernvolkes 349
Demokratische Fortschrittspartei 346
Demokratische Partei (DS) 329 f., 333 f., **338 ff.,** 344 f., 347, 349 f., 352, 354
Demokratische Gemeinschaft (DZ) 339, 341
Džemijet 329, **340**
Jugoslawische Muslimische Organisation (JMO) 329, 332, 339, **340 ff.,** 344, 352, 354
Jugoslawische Nationalpartei (JNS) 332, **342,** 349, 352
Jugoslawische Radikale Bauerndemokratie (JRSD) 342
Jugoslawische Radikale Union (JRZ) 332, **342 f.,** 345, 348 f., 352
Jugoslawische Republikanische Partei **343,** 353
Jugoslawische Sozialdemokratische Partei (JSDS) **343,** 352 f.
Jugoslawische Volkspartei 342
Katholische Nationalpartei 351
Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) 330, 335 ff., 353
Kroatische Bauernpartei (HSS) 329, 331, 334, **343 ff.,** 346 f., 349 f., 352
Kroatische Föderalistische Bauernpartei (HFSS) 346
Kroatische Gemeinschaft (HZ) 344, **346,** 347, 359
Kroatische Landarbeiterpartei (HTS) **346,** 347
Kroatische Rechtspartei (HSP) 344, **346,** 347
Kroatische Republikanische Bauernpartei (HRSS) 339, 341, 343 f., 346 ff., 351
Kroatische Volkspartei (HPS) **346 f.**

Kroatische Volks- und Bauernpartei (HPSS) 343
Kroatischer Block (HB) 344, 346, **347**
Kroatisch-Republikanischer Bauernbund 347
Montenegrische (Föderalistische) Partei **347**
Nationale Bauernpartei 345
Nationalsozialistische Partei (NSS) **347**
Partei der Bunjevacen und Šokacen **347**
Partei der Deutschen des Königreichs SHS (PdD) **347f.**
Radikale Partei → Radikale Volkspartei
Radikale Volkspartei 328ff., 333f., 339, 342, 344ff., **348f.**, 350ff., 354
Radikalsoziale Partei 342
Republikanische Demokratische Partei 343
Selbständige Bauernpartei (SKS) **349**
Selbständige Demokratische Partei (SDS) 329, 334, 339, 345, **349f.**, 353
Serbische Partei 348, **351**
Slowenische Bauernpartei (SKS) 349
Slowenische Republikanische Partei der Bauern und Arbeiter 349
Slowenische Volkspartei (SLS) 329, 340ff., 344, 347, 349, **351f.**, 354
Sozialdemokratische Partei Jugoslawiens (SDSJ) **352**, 353
Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens (SRPJ) 336, **352f.**
Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten) (SRPJ[K]) 335f., 343, 352
Sozialistische Gemeinschaft Jugoslawiens (SZJ) 353
Sozialistische Partei der Werktätigen Jugoslawiens (Kommunisten) 343
Sozialistische Partei Jugoslawiens (SPJ) 333, 343, **353**
Sozialistischer Bund der Werktätigen Jugoslawiens (SSRNJ) 333
Staatsbildende Partei der Serbischen, Kroatischen und Slowenischen Demokraten 338
Unabhängige Arbeiterpartei Jugoslawiens (NRPJ) 337
Unabhängige Radikale Partei 348
Vereinigte Opposition (UO) 334f., 340f., 345, **354**
Volksbauernpartei 334, 353
Volksfront (NF) 353

b

Blok Narodnog Sporazuma → Block der nationalen Verständigung
Bunjevačko-Šokačka Stranka → Partei der Bunjevacen und Šokacen
Crnogorska (Federalistička) Stranka → Montenegrische (Föderalistische) Partei
Delavska Socijalistična Stranka (komunistov) → Sozialistische Partei der Werktätigen Jugoslawiens (Kommunisten)
Demokratska Stranka → Demokratische Partei
Demokratska Zajednica → Demokratische Gemeinschaft
Državnotvorna Stranka Demokrata Srba, Hrvata i Slovenaca → Staatsbildende Partei der serbischen, kroatischen und slowenischen Demokraten
Džemijet → Džemijet
Hrvatska Federalistička Seljačka Stranka → Kroatische Föderalistische Bauernpartei
Hrvatska Pučka Stranka → Kroatische Volkspartei
Hrvatska Pučka Seljačka Stranka → Kroatische Volks- und Bauernpartei
Hrvatska Republikanska Seljačka Stranka → Kroatische Republikanische Bauernpartei
Hrvatska Seljačka Stranka → Kroatische Bauernpartei
Hrvatska Stranka Prava → Kroatische Rechtspartei
Hrvatska Težačka Stranka → Kroatische Landarbeiterpartei
Hrvatska Zajednica → Kroatische Gemeinschaft
Hrvatski Blok → Kroatischer Block
Hrvatski Republikanski Seljački Savez → Kroatisch-Republikanischer Bauernbund
Jugoslavenska Muslimanska Organizacija → Jugoslawische Muslimische Organisation
Jugoslovenska Nacionalna Stranka → Jugoslawische Nationalpartei
Jugoslovenska Narodna Stranka – »Borbasi« → Jugoslawische Volkspartei
Jugoslovenska Radikalna Zajednica → Jugoslawische Radikale Union
Jugoslovenska Radikalno-Seljačka Demokratija → Jugoslawische Radikale Bauerndemokratie
Jugoslovenska Republikanska Stranka → Jugoslawische Republikanische Partei
Jugoslovenska Socialno-Demokratska Stranka → Jugoslawische Sozialdemokratische Partei
Katoličko-Nacionalna Stranka → Katholische Nationalpartei
Komunistička Partija Jugoslavije → Kommunistische Partei Jugoslawiens

Napredna Demokratska Stranka → Demokratische Fortschrittspartei
Narodna Radikalna Stranka → Radikale Volkspartei
Narodna Seljačka Stranka → Nationale Bauernpartei bzw. Volksbauernpartei
Narodni Front → Volksfront
Narodno-Socijalistična Stranka → Nationalsozialistische Partei
Nezavisna Radnička Partija Jugoslavije → Unabhängige Arbeiterpartei Jugoslawiens
Nezavisna Radikalna Stranka → Unabhängige Radikale Partei
Radikalna Stranka → Radikale Partei
Radikalno-Socijalna Stranka → Radikalsoziale Partei
Republikanska Demokratska Stranka → Republikanische Demokratische Partei
Samostalna Demokratska Stranka → Selbständige Demokratische Partei
Samostojna Kmetska Stranka → Selbständige Bauernpartei
Savez Komunista Jugoslavije → Bund der Kommunisten Jugoslawiens
Savez Zemljoradnika → Bauernbund
Seljačko-Demokratska Koalicija → Bäuerlich-Demokratische Koalition
Slovenska Kmetska Stranka → Slowenische Bauernpartei
Slovenska Ljudska Stranka → Slowenische Volkspartei
Slovenska Republikanska Stranka Kmetov i Delavcev → Slowenische Republikanische Partei der Bauern und Arbeitenden
Socijaldemokratska Stranka Jugoslavije → Sozialdemokratische Partei Jugoslawiens
Socijalistička Partija Jugoslavije → Sozialistische Partei Jugoslawiens
Socijalistička Radnička Partija Jugoslavije → Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens
Socijalistička Radnička Partija Jugoslavije (Komunisti) → Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten)
Socijalistička Zajednica Jugoslavije → Sozialistische Gemeinschaft Jugoslawiens
Socijalistički Savez Radnog Naroda Jugoslavije → Sozialistischer Bund der Werktätigen Jugoslawiens
Srpska Stranka → Serbische Partei
Srpska Zemljoradnička Stranka → Bauernbund
Stranka Nijemaca Kraljevine Srba, Hrvata i Slovenaca → Partei der Deutschen des Königreichs SHS
Udružena Opozicija → Vereinigte Opposition
Zemljoradnički Savez → Bauernbund
Zveza Slovenskega Kmečkega Ljudstva → Bund des Slowenischen Bauernvolkes

DS	Demokratska Stranka Demokratische Partei
DZ	Demokratska Zajednica Demokratische Gemeinschaft
HB	Hrvatski Blok Kroatischer Block
HFSS	Hrvatska Federalistička Seljačka Stranka Kroatische Föderalistische Bauernpartei
HPS	Hrvatska Pučka Stranka Kroatische Volkspartei
HPSS	Hrvatska Pučka Seljačka Stranka Kroatische Volks- und Bauernpartei
HRSS	Hrvatska Republikanska Seljačka Stranka Kroatische Republikanische Bauernpartei
HSS	Hrvatska Seljačka Stranka Kroatische Bauernpartei
HSP	Hrvatska Stranka Prava Kroatische Rechtspartei
HTS	Hrvatska Težačka Stranka Kroatische Landarbeiterpartei
HZ	Hrvatska Zajednica Kroatische Gemeinschaft
JMO	Jugoslavenska Muslimanska Organizacija Jugoslawische Muslimische Organisation

JNS Jugoslovenska Naciolna Stranka
Jugoslawische Nationalpartei

JRSD Jugoslovenska Radikalno-Seljačka Demokratija
Jugoslawische Radikale Bauerndemokratie

JRZ Jugoslovenska Radikalna Zajednica
Jugoslawische Radikale Union

JSDS Jugoslovenska Socialno-Demokratska Stranka
Jugoslawische Sozialdemokratische Partei

KPJ Komunistička Partija Jugoslavije
Kommunistische Partei Jugoslawiens

NF Narodni front
Volksfront

NRPJ Nezavisna Radnička Partija Jugoslavije
Unabhängige Arbeiterpartei Jugoslawiens

NSS Narodno-Socialistična Stranka
Nationalsozialistische Partei

PdD Stranka Nijemaca Kraljevine Srba, Hrvata i Slovenaca
Partei der Deutschen des Königreichs SHS

SDK Seljačko-demokratska koalicija
Bäuerlich-Demokratische Koalition

SDS Samostalna Demokratska Stranka
Selbständige Demokratische Partei

SDSJ Socijaldemokratska Stranka Jugoslavije
Sozialdemokratische Partei Jugoslawiens

SKJ Savez komunista Jugoslavije
Bund der Kommunisten Jugoslawiens

SKS Samostojna Kmetska Stranka
Selbständige Bauernpartei

SKS Slovenska Kmetska Stranka
Slowenische Bauernpartei

SLS Slovenska Ljudska Stranka
Slowenische Volkspartei

SPJ Socijalistička Partija Jugoslavije
Sozialistische Partei Jugoslawiens

SRPJ Socijalistička Radnička Partija Jugoslavije
Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens

SRPJ(K) Socijalistička Radnička Partija Jugoslavije (Komunisti)
Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten)

SSRNJ Socijalistički Savez Radnog Naroda Jugoslavije
Sozialistischer Bund der Werktätigen Jugoslawiens

SZJ Socijalistička Zajednica Jugoslavije
Sozialistische Gemeinschaft Jugoslawiens

UO Udružena Opozicija
Vereinigte Opposition

KROATIEN–SLAWONIEN

Christlich-Soziale Partei 364, 366
Fortschrittliche Demokratische Partei 359
Fortschrittspartei 323, **359**, 360
Illyrische Partei 362 f.
Konstitutionell-Liberale Partei 358, 367
Kroatische Rechtspartei (HSP, 1903–1910) 359, 364, 366
Kroatische Rechtspartei (HSP, 1913–1918) 360, 364, 366

Kroatische Selbständige Partei 359, 364
Kroatische Volks- und Bauernpartei (HPSS) **359f.**, 365 f.
Kroatische Volks- und Fortschrittspartei 323, 359, 364
Kroatischer Demokratischer Block 360
Kroatisch-Serbische Koalition (HSK) 339, 358 ff., **360f.**, 362, 364 ff.
Kroatisch-Ungarische Partei (HVS) 355, 358, **361**, 362 f., 367
National(liberale) Partei 358, 360, **361f.**, 365 ff.
Nationalpartei 355, 358, 361, **362f.**
Rechtspartei (SP) 358 f., 362, **363f.**, 366
Rechtspartei (1911–1913) 364, 366
Reine Rechtspartei »Frankianer« **364f.**, 366
Selbständige Nationalpartei 355, 361, 363, **365**
Serbische Radikale Partei 360
Serbische Selbständige Partei (SSS) 360, **365**
Sozialdemokratische Partei Kroatiens und Slawoniens 360
Staatsrechtsblock 324, 366
Starčević-Rechtspartei (SSP) 346, 359 ff., 364 f., **366**
Unabhängige Nationalpartei 362, 364, **366**, 367
Unionisten 361 ff., **366f.**
Vereinigte Kroatische Opposition 366
Zentrumspartei 366, **367**

b

Centrum → Zentrumspartei
Čista Stranka Prava »Frankovci« → Reine Rechtspartei »Frankianer«
Hrvatska Pučka Napredna Stranka → Kroatische Volks- und Fortschrittspartei
Hrvatska Pučka Seljačka Stranka → Kroatische Volks- und Bauernpartei
Hrvatska Samostalna Stranka → Kroatische Selbständige Partei
Hrvatska Stranka Prava → Kroatische Rechtspartei
Hrvatski Demokratski Blok → Kroatischer Demokratischer Block
Hrvatsko-Srpska Koalicija → Kroatisch-Serbische Koalition
Hrvatsko-Vugerska Stranka → Kroatisch-Ungarische Partei
Ilirska Stranka → Illyrische Partei
Kršćansko-Socijalna Stranka → Christlich-Soziale Partei
Napredna Demokratska Stranka → Fortschrittliche Demokratische Partei
Napredna Stranka → Fortschrittspartei
Narodna (Liberalna) Stranka → National(liberale) Partei
Narodna Stranka → Nationalpartei
Neodvisna Narodna Stranka → Unabhängige Nationalpartei
Samostalno-Narodna Stranka → Selbständige Nationalpartei
Sjedinjena Hrvatska Opozicija → Vereinigte Kroatische Opposition
Socijalno-Demokratska Stranka Hrvatske i Slavonije → Sozialdemokratische Partei Kroatiens und Slawoniens
Središnja Stranka → Zentrumspartei
Srpska Radikalna Stranka → Serbische Radikale Partei
Srpska Samostalna Stranka → Serbische Selbständige Partei
Starčevićeva Stranka Prava → Starčević-Rechtspartei
Stranka Prava → Rechtspartei
Svepravaška Organizacija → Staatsrechtsblock
Unionisti → Unionisten
Ustavno-Liberalna Stranka → Konstitutionell-Liberale Partei

HPSS	Hrvatska Pučka Seljačka Stranka Kroatische Volks- und Bauernpartei
HSK	Hrvatsko-Srpska Koalicija Kroatisch-Serbische Koalition
HSP	Hrvatska Stranka Prava Kroatische Rechtspartei
HVS	Hrvatsko-Vugerska Stranka Kroatisch-Ungarische Partei

SP Stranka Prava
Rechtspartei
SSP Starčevićeva Stranka Prava
Starčević-Rechtspartei
SSS Srpska Samostalna Stranka
Serbische Selbständige Partei

LETTLAND

Bauernpartei Lettgallens (LZP) 373
Bund der Demokratischen Bauern Lettgallens (LDZA) 373
Demokratische Partei Russischer Bürger Deutscher Nationalität 371
Demokratisches Zentrum (DC) **370,** 374
Deutsch-Baltische Demokratische Partei 371 f.
Deutsch-Baltische Fortschrittliche Partei 372
Deutsch-Baltische Reformpartei 372
Deutsch-Baltische Volkspartei 372
Kommunistische Partei Lettlands (LKP) **372 f.**
Lettische Sozialdemokratie (LSD) 375
Lettischer Bauernbund (LZS) 370 f., **373 f.,** 375
Lettischer Nationalbund (LNA) **374**
Libauer Einigungspartei 372
Liberale Partei 371
Partei der Christlichen Bauern und Katholiken (KZuKP) 373
Partei der Demokraten Lettgallens (LDP) 373
Partei der Neubauern und Kleingrundbesitzer (JuSP) **374 f.**
Partei der Werktätigen Lettgallens (LDLP) 373
Progressiver Bauernbund Lettgallens 373
Progressiver Volksbund Lettgallens (LPTA) 373
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands (LSDSP) 369 f., **375 f.**
Verband der Neubauern Lettlands (LJS) 375

b

Demokratiskais Bloks → Demokratischer Block
Demokratiskais Centrs → Demokratisches Zentrum
Jaunsaimnieku un Sīkgruntnieku Partija → Partei der Neubauern und Kleingrundbesitzer
Kristīgo Zemnieku un Katoļu Partija → Partei der Christlichen Bauern und Katholiken
Latgales Darba Ļaužu Partija → Partei der Werktätigen Lettgallens
Latgales Demokratisko Zemnieku Apvienība → Bund der Demokratischen Bauern Lettgallens
Latgales Demokratu Partija → Partei der Demokraten Lettgallens
Latgales Progresīvā Tautas Apvienība → Progressiver Volksbund Lettgallens
Latgales Zemnieku Partija → Bauernpartei Lettgallens
Latgales Zemnieku Progresivá Apvienība → Progressiver Bauernbund Lettgallens
Latviešu Nacionālā Apvienība → Lettischer Nationalbund
Latviešu Socialdemokratija → Lettische Sozialdemokratie
Latviešu Zemnieku Savienība → Lettischer Bauernbund
Latvijas Jaunzemnieku Savienība → Verband der Neubauern Lettlands
Latvijas Komūnistiskā Partija → Kommunistische Partei Lettlands
Latvijas Sociāldemokratiskā Strādnieku Partija → Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands
Liberāļu Partija → Liberale Partei

DC Demokratiskais Centrs
Demokratisches Zentrum
JuSP Jaunsaimnieku un Sīkgruntnieku Partija
Partei der Neubauern und Kleingrundbesitzer

KZuKP Kristīgo Zemnieku und Katoļu Partija
Partei der Christlichen Bauern und Katholiken
LDĻP Latgales Darba Ļaužu Partija
Partei der Werktätigen Lettgallens
LDP Latgales Demokratu Partija
Partei der Demokraten Lettgallens
LDZA Latgales Demokratisko Zemnieku Apvienība
Bund der demokratischen Bauern Lettgallens
LJS Latvijas Jaunzemnieku Savienība
Verband der Neubauern Lettlands
LKP Latvijas Komūnistiskā Partija
Kommunistische Partei Lettlands
LNA Latviešu Nacionālā Abvienība
Lettischer Nationalbund
LPTA Latgales Progresīvā Tautas Apvienība
Progressiver Volksbund Lettgallens
LSD Latviešu Socialdemokratija
Lettische Sozialdemokratie
LSDSP Latvijas Sociāldemokratiskā Strādnieku Partija
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands
LZP Latgales Zemnieku Partija
Bauernpartei Lettlands
LZS Latviešu Zemnieku Savienība
Lettischer Bauernbund

LITAUEN

Arbeitsföderation Litauens (LDF) **379,** 382
Bauernbund Litauens (US) **380**
Bauernpartei (UP) **380,** 381 f.
Bund der Christlichen Arbeiter Litauens (LKDS) 379
Bund der Landleute Litauens (LVS) **380 f.,** 383, 386
Bund der Landwirte (LZS) **381,** 385
Bund der Litauischen Nationalisten (LTS) 378, **381 f.,** 383, 385
Christlich-Demokratische Partei Litauens (LKDP) 379, 381, **382 f.,** 385 f.
Demokratische Partei Litauens (LDP) 377, 380 f., **383,** 384, 386
Eintracht 380
Kommunistische Partei Litauens (LKP) **383 f.**
Litauische Nationalistenpartei (LNP) 382
Nationale Fortschrittspartei 381, **384 f.**
Sozialdemokratische Partei Litauens (LSDP) **385**
Volksbund der Landleute Litauens (LVLS) 379 ff., 381, 383, **386**
Volkssozialistische Partei Litauens (LSLDP) 381 f., 386

b

Ekonominė ir Politinė Lietuvos Žemdirbių Sąjunga → Bund der Landwirte
Federantai → Arbeitsföderation Litauens
Liaudininkai → Volksbund der Landleute Litauens
Lietuvių Krikščionių Demokratų Partija → Christlich-Demokratische Partei Litauens
Lietuvių Nacionalistų Partija → Litauische Nationalistenpartei
Lietuvių Tautininkų Sąjunga → Bund der Litauischen Nationalisten
Lietuvių Tautos Pažangos Partija → Nationale Fortschrittspartei
Lietuvos Darbo Federacija → Arbeitsföderation Litauens
Lietuvos Demokratų Partija → Demokratische Partei Litauens

Lietuvos Komunistų Partija → Kommunistische Partei Litauens
Lietuvos Krikščionių Darbininkų Sąjunga → Bund der Christlichen Arbeiter Litauens
Lietuvos Socialdemokratų Partija → Sozialdemokratische Partei Litauens
Lietuvos Socialistų Liaudi inkų Demokratų Partija → Volkssozialistische Partei Litauens
Lietuvos Valstiečių Liaudininkų Sąjunga → Volksbund der Landleute Litauens
Lietuvos Valstiečių Sąjunga → Bund der Landleute Litauens
Lietuvos Ūkininkų Sąjunga → Bauernbund Litauens
Pažanga → Nationale Fortschrittspartei
Santara → Eintracht
Tautininkai → Bund der Litauischen Nationalisten
Ūkininkų Partija → Bauernpartei

LDF	Lietuvos Darbo Federacija Arbeitsföderation Litauens
LDP	Lietuvos Demokratų Partija Demokratische Partei Litauens
LKDP	Lietuvių Krikščionių Demokratų Partija Christlich-Demokratische Partei Litauens
LKDS	Lietuvos Krikščionių Darbi inkų Sąjunga Bund der Christlichen Arbeiter Litauens
LKP	Lietuvos Komunistų Partija Kommunistische Partei Litauens
LNP	Lietuvių Nacionalistų Partija Litauische Nationalistenpartei
LSDP	Lietuvos Socialdemokratų Partija Sozialdemokratische Partei Litauens
LSLDP	Lietuvos Socialistų Liaudininkų Demokratų Partija Volkssozialistische Partei Litauens
LTS	Lietuvių Tautininkų Sąjunga Bund der Litauischen Nationalisten
LVLS	Lietuvos Valstiečių Liaudininkų Sąjunga Volksbund der Landleute Litauens
LVS	Lietuvos Valstiečių Sąjunga Bund der Landleute Litauens
LZS	Ekonominė ir Politinė Lietuvos Žemdirbių Sąjunga Bund der Landwirte
UP	Ūkininkų Partija Bauernpartei
US	Lietuvos Ūkininkų Sąjunga Bauernbund Litauens

LUXEMBURG

Arbeiterpartei Luxemburgs (APL) 390, 393
Christlich-Soziale Volkspartei (CSV/PCS) 388, **389 f.**, 780
Demokratische Partei (DP/PD) 388, **390 f.**, 781
Liberale Liga 390 f.
Luxemburger Kommunistische Partei (LKP/PCL) 388, **391**
Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP/POSL) 388, **392 f.**, 779
Partei der Rechten (PdR) 389 ff.
Radikal-Liberale Partei 391
Radikal-Sozialistische Partei 391
Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) 392

Sozialdemokratische Partei (SDP/PSD, 1903–1924) 391 f.
Sozialdemokratische Partei (SDP/PSD, 1971 ff.) 393

b

Chrestlech-Sozial Vollekspartei → Christlich-Soziale Volkspartei
Demokratesch Partei → Demokratische Partei
Letzeburger Kommunistesch Partei → Luxemburger Kommunistische Partei
Letzeburger Sozialistesch Arbechter-Partei → Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei
Parti Chrétien Social → Christlich Soziale Volkspartei
Parti Communiste Luxembourgeois → Luxemburger Kommunistische Partei
Parti Démocratique → Demokratische Partei
Parti Ouvrier Socialiste Luxembourgeois → Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei
Parti Social-Démocrate → Sozialdemokratische Partei

APL Arbeiterpartei Luxemburgs
CSV Chrestlech-Sozial Vollekspartei
Christlich-Soziale Volkspartei
DP Demokratesch Partei
Demokratische Partei
LKP Letzeburger Kommunistesch Partei
Luxemburger Kommunistische Partei
LSAP Letzeburger Sozialistesch Arbechter Partei
Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei
PCL Parti Communiste Luxembourgeois
Luxemburger Kommunistische Partei
PCS Parti Chrétien Social
Christlich-Soziale Volkspartei
PD Parti Démocratique
Demokratische Partei
PdR Partei der Rechten
POSL Parti Ouvrier Socialiste Luxembourgeois
Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei
PSD Parti Social-Démocrate
Sozialdemokratische Partei
SDAP Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SDP Sozialdemokratische Partei

MALTA

Anti-Reformpartei 396
Arbeiterpartei (LP) **397 f.**, 399
Demokratische Nationalpartei 399
Fortschrittliche Verfassungspartei 399
Maltesische Arbeiterpartei 397
Maltesische Politische Union 398 f.
National-Demokratische Partei 399
Nationale Partei (NP/PN) 397, **398 f.**
Reformpartei 396
Verfassungspartei (LP) 395, 397, **399**

b

Antiriformisti → Anti-Reformpartei

Constitutional Party → Verfassungspartei
Democratic Nationalist Party → Demokratische Nationalpartei
Labour Party → Arbeiterpartei
Malta Workers Party → Maltesische Arbeiterpartei
Nationalist Party → Nationale Partei
Partito Democratico Nazionalista → National-Demokratische Partei
Partito Nazionale → Nationale Partei
Progressive Constitutional Party → Fortschrittliche Verfassungspartei
Riformisti → Reformpartei
Unione Politica Maltese → Maltesische Politische Union

CP	Constitutional Party Verfassungspartei
LP	Labour Party Arbeiterpartei
NP	Nationalist Party Nationale Partei
PN	Partito Nazionale Nationale Partei

MONTENEGRO

Volkspartei 401 f.
Wahre Volkspartei 401 f.

b

Narodna Stranka → Volkspartei
Prava Narodna Stranka → Wahre Volkspartei

NIEDERLANDE

Allgemeiner Verband Römisch-Katholischer Wählergemeinschaften 421
Anti-Revolutionäre Partei (ARP) 405, **407 ff.**, 410, 413, 419 f.
Bauernpartei (BP) **409**
Bund der Christlichen Sozialisten (BCS) 414
Bund der Wählergemeinschaften auf Christlich-Historischer Grundlage 410
Bund Kommunistischer Kampf- und Propagandaklubs (BKSP) 415
Christlich-Demokratische Partei (CDP) 408 f.
Christlich-Demokratische Union (CDU) 408, **409**, 417 f.
Christlich Demokratischer Appell (CDP) 406, **409 f.**, 411, 413, 419, 780
Christliche Volksunion 409
Christliche Volkspartei (CVP) 409
Christlich-Historische Partei 411
Christlich-Historische Union (CHU) 405, 408 ff., **410 f.**, 413, 417, 420 f.
Christlich-Historischer Wählerverband 410 f.
Christlich-Historischer Wählerverband St. Marnix 408
Christlich-Soziale Partei (CSP) 408 f.
Demokraten '66 (D'66) 406, **411 f.**, 413, 419, 425
Demokratische Sozialisten '70 **412**, 418
Demokratischer Appell 412, 418
Evangelische Solidaritätspartei (ESP) 409

Freiheitsbund 416
Freiheitspartei (PvV) 424
Freiliberaler Bund 416
Freisinnig-Demokratischer Bund (VDB) 416
Friesische Volkspartei 424
Katholisch-Demokratische Partei 421
Katholisch-Demokratischer Bund (KDB) 421
Katholische Volkspartei (KVP) 406, 408ff., **412ff.**, 418f.
Katholisch-Nationale Partei (KNP) 413
Kommunistische Arbeiterpartei 414
Kommunistische Partei der Niederlande (CPN) **414f.**
Kommunistische Partei Holland – Zentralkomitee (CPH-CC) 415
Liberale Staatspartei – Freiheitsbund 416
Liberale Union **415f.**
Nationale Partei 408, 410
Nationalsozialistische Bewegung (NSB) **416**
Neue Katholische Partei (NKP) 421
Partei der Arbeit (PvdA) 406, 408, 411ff., **417f.**, 419, 779
Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) 409, **418f.**
Politische Partei Radikale (PPR) 406, 409, 412f., 418, **419**
Radikaler Bund 415f.
Reformiert Politischer Verband 408, **420**
Reformierte Politische Partei **419f.**
Revolutionär Sozialistische Partei (RSP) 415
Revolutionär Sozialistischer Verband (RSV) 414
Römisch-Katholische Partei der Niederlande (RKPN) 413
Römisch-Katholische Staatspartei (RKSP) 408, 411ff.
Römisch-Katholische Volkspartei 421
Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) 405, 409, 414f., 417, **421ff.**, 424
Sozialdemokratische Partei (SDP) 405, 414, 422
Sozialdemokratischer Bund (SDB) 421f., **423f.**
Sozialistische Arbeiterpartei 415
Sozialistische Union 418
Unabhängige Sozialistische Partei (OSP) 423
Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) 410f., 413, 416f., 419, **424f.**, 781
Wirtschaftsbund 416

b

Algemeene Bond van Roomsch-Katholieke Kiesvereenigingen → Allgemeiner Verband Römisch-Katholischer Wählergemeinschaften
Anti-Revolutionaire Partij → Anti-Revolutionäre Partei
Boerenpartij → Bauernpartei
Bond van Christen Socialisten → Bund der Christlichen Sozialisten
Bond van Kiesvereenigingen op Christelijk-Historische Grondslag → Bund der Wählergemeinschaften auf Christlich-Historischer Grundlage
Bond van Kommunistische Strijd- en Propaganda Clubs → Bund Kommunistischer Kampf- und Propagandaklubs
Bond van Vrij-Liberalen → Freiliberaler Bund
Christelijk-Democratische Unie → Christlich-Demokratische Union
Christelijk-Historische Partij → Christlich-Historische Partei
Christelijk-Historische Kiezersbond → Christlich-Historischer Wählerverband
Christelijk-Historische Kiezersbond St. Marnix → Christlich-Historischer Wählerverband St. Marnix
Christelijk-Historische Unie → Christlich-Historische Union
Christelijk Sociale Partij → Christlich-Soziale Partei
Christelijke Volkspartij → Christliche Volkspartei
Christelijke Volksunie → Christliche Volksunion
Christen Democratisch Appel → Christlich Demokratischer Appell
Christen-Democratische Partij → Christlich-Demokratische Partei
Communistische Partij Nederland → Kommunistische Partei der Niederlande
Communistische Partij Holland – Centralkomitee → Kommunistische Partei Holland – Zentralkomitee
Democratisch Appel → Demokratischer Appell

Democratisch-Socialisten '70 → Demokratische Sozialisten '70
Demokraten '66 → Demokraten '66
Economische Bond → Wirtschaftsbund
Evangelische Solidariteitspartij → Evangelische Solidaritätspartei
Friesche Volkspartij → Friesische Volkspartei
Gereformeerd Politiek Verbond → Reformiert Politischer Verband
Katholiek Democratisch Bond → Katholisch-Demokratischer Bund
Katholiek Democratische Partij → Katholisch-Demokratische Partei
Katholiek Nationale Partij → Katholisch-Nationale Partei
Katholieke Volkspartij → Katholische Volkspartei
Kommunistische Arbeiders Partij → Kommunistische Arbeiterpartei
Liberale Staatspartij-de Vrijheidsbond → Liberale Staatspartei-Freiheitsbund
Liberale Unie → Liberale Union
Nationaal-Socialistische Beweging → Nationalsozialistische Bewegung
Nationaale Partij → Nationale Partei
Nieuwe Katholieke Partij → Neue Katholische Partei
Onafhankelijke Socialistische Partij → Unabhängige Sozialistische Partei
Pacifistisch-Socialistische Partij → Pazifistisch Sozialistische Partei
Partij van de Arbeid → Partei der Arbeit
Partij van de Vrijheid → Freiheitspartei
Politieke Partij Radicalen → Politische Partei Radikale
Radicale Bond → Radikaler Bund
Revolutionair Socialistische Partij → Revolutionär Sozialistische Partei
Revolutionair Socialistisch Verbond → Revolutionär Sozialistischer Verband
Roomsch Katholieke Partij Nederland → Römisch Katholische Partei der Niederlande
Roomsch-Katholieke Staatspartij → Römisch-Katholische Staatspartei
Roomsch-Katholieke Volkspartij → Römisch-Katholische Volkspartei
Sociaal-Democratische Arbeiderspartij → Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Sociaal-Democratische Bond → Sozialdemokratischer Bund
Sociaal-Democratische Partij → Sozialdemokratische Partei
Socialistische Unie → Sozialistische Union
Socialistische Werkers Partij → Sozialistische Arbeiterpartei
Staatkundig Gereformeerde Partij → Reformierte Politische Partei
De Vrijheidsbond → Freiheitsbund
Vrijzinnig-Democratische Bond → Freisinnig-Demokratischer Bund
Volkspartij voor Vrijheid en Democratie → Volkspartei für Freiheit und Demokratie

c

ARP	Anti-Revolutionaire Partij Anti-Revolutionäre Partei
BCS	Bond van Christen Socialisten Bund der Christlichen Sozialisten
BKSP	Bond van Kommunistische Strijd- en Propaganda Clubs Bund Kommunistischer Kampf- und Propagandaklubs
BP	Boerenpartij Bauernpartei
CDA	Christen Democratisch Appel Christlich Demokratischer Appell
CDP	Christen-Democratische Partij Christlich-Demokratische Partei
CDU	Christelijk-Democratische Unie Christlich-Demokratische Union
CHU	Christelijk-Historische Unie Christlich-Historische Union
CPH-CC	Communistische Partij Holland – Centralcomitee Kommunistische Partei Holland – Zentralkomitee
CPN	Communistische Partij Nederland Kommunistische Partei der Niederlande
CSP	Christelijk Sociale Partij Christlich-Soziale Partei

CVP	Christelijke Volkspartij Christliche Volkspartei
D'66	Demokraten '66
DS'70	Democratisch-Socialisten '70 Demokratische Sozialisten '70
ESP	Evangelische Solidariteits Partij Evangelische Solidaritätspartei
GPV	Gereformeerd Politiek Verbond Reformiert Politischer Verband
KAP	Kommunistische Arbeiders Partij Kommunistische Arbeiterpartei
KDB	Katholiek Democratisch Bond Katholisch-Demokratischer Bund
KNP	Katholiek Nationale Partij Katholisch-Nationale Partei
KVP	Katholieke Volkspartij Katholische Volkspartei
NKP	Nieuwe Katholieke Partij Neue Katholische Partei
NSB	Nationaal-Socialistische Beweging Nationalsozialistische Bewegung
OSP	Onafhankelijke Socialistische Partij Unabhängige Sozialistische Partei
PPR	Politieke Partij Radicalen Politische Partei Radikale
PSP	Pacifistisch-Socialistische Partij Pazifistisch Sozialistische Partei
PvdA	Partij van de Arbeid Partei der Arbeit
PvV	Partij van de Vrijheid Freiheitspartei
RKPN	Roomsch Katholieke Partij Nederland Römisch Katholische Partei der Niederlande
RKSP	Roomsch-Katholieke Staatspartij Römisch-Katholische Staatspartei
RSP	Revolutionair Socialistische Partij Revolutionär Sozialistische Partei
RSV	Revolutionair Socialistisch Verbond Revolutionär Sozialistischer Verband
SDAP	Sociaal-Democratische Arbeiderspartij Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SDB	Sociaal-Democratische Bond Sozialdemokratischer Bund
SDP	Sociaal-Democratische Partij Sozialdemokratische Partei
SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij Reformierte Politische Partei
VDB	Vrijzinnig-Democratische Bond Freisinnig-Demokratischer Bund
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie Volkspartei für Freiheit und Demokratie

NORWEGEN

Arbeiterdemokraten 437
Bauernpartei (B) 433, 436, 439 f.
Christliche Volkspartei (KrF) 429, **430 f.**, 439 f.
Freisinnige Linke (FrV) 433, 438
Gemäßigte Linke (MV) 432, 438
Kommunistische Partei Norwegens (NKP) **431**, 435, 439
Linke (V) 430 f., **431 ff.**, 437 ff.
Linke Vereinigung Norwegens 431
Nationale Sammlung (NS) **433 f.**, 440
Neue Volkspartei (DNF) 433
Norwegische Arbeiterpartei (DNA) 429, 431, 433, **434 ff.**, 437 ff.
Radikale Volkspartei (RF) **437**
Rechte (H) 429, 432 f., 436, **437 ff.**
Sammlungspartei 432
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens 435 f.
Sozialistische Linkspartei (SV) 431, **439**
Sozialistische Volkspartei (SF) 439
Sozialistischer Wählerverband 431, 439
Vereinigte Norwegische Arbeiterpartei 434
Zentrumspartei (S) 429, 431, **439 f.**

b

Arbeiderdemokratene → Arbeiterdemokraten
Bondepartiet → Bauernpartei
Det Forenede Norske Arbeiderparti → Vereinigte Norwegische Arbeiterpartei
Det Frisinnede Venstre → Freisinnige Linke
Høyre → Rechte
Kristelig Folkeparti → Christliche Volkspartei
Moderate Venstre → Gemäßigte Linke
Nasjonal Samling → Nationale Sammlung
Norges Kommunistiske Parti → Kommunistische Partei Norwegens
Norges Sosialdemokratisk Arbeiderparti → Sozialdemokratische Arbeiterpartei Norwegens
Norges Venstrelag → Linke Vereinigung Norwegens
Det Norske Arbeiderparti → Norwegische Arbeiterpartei
Det Nye Folkeparti → Neue Volkspartei
Det Radikale Folkeparti → Radikale Volkspartei
Samlingspartiet → Sammlungspartei
Senterpartiet → Zentrumspartei
Sosialistisk Folkeparti → Sozialistische Volkspartei
Sosialistisk Valgallianse → Sozialistischer Wählerverband
Sosialistisk Venstreparti → Sozialistische Linkspartei
Venstre → Linke

B	Bondepartiet Bauernpartei
DNA	Det Norske Arbeiderparti Norwegische Arbeiterpartei
DNF	Det Nye Folkeparti Neue Volkspartei
FrV	Det Frisinnede Venstre Freisinnige Linke
H	Høyre Rechte

KrF	Kristelig Folkeparti Christliche Volkspartei
MV	Moderate Venstre Gemafsigte Linke
NKP	Norges Kommunistiske Parti Kommunistische Partei Norwegens
NS	Nasjonal Samling Nationale Sammlung
RF	Det Radikale Folkeparti Radikale Volkspartei
S	Senterpartiet Zentrumspartei
SF	Sosialistisk Folkeparti Sozialistische Volkspartei
SV	Sosialistisk Venstreparti Sozialistische Linkspartei
V	Venstre Linke

ÖSTERREICH

Christlichsoziale Partei (CP) 326, 351, 442 f., **446 ff.**, 454, 457, 459, 464, 466, 680
Demokratisch-Fortschrittliche Partei (DFP) 466
Deutsche Agrarpartei 452, 457, 470, 678
Deutsche Arbeiterpartei 452, 457 f., 682
Deutsche Bauernpartei 457
Deutsche Fortschrittspartei 468 ff., 679
Deutsche Gemeinbürgschaft 469
Deutsche Nationalpartei 451, 469
Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) 452, 457
Deutsche Volkspartei 451 f., 470
Deutscher Nationalverband 442, 452, 458, 470
Deutschnationale Vereinigung 451
Deutschnationaler Verein 451, 467
Deutschradikale Partei 451
Deutschsozialer Verein 458
Freialldeutsche 451
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 441, **452 f.**, 460
Freiheitliche Sammlung Österreichs (FSÖ) 467
Freiheitliche Wahlgemeinschaft (FW) 453
Freiheitspartei (FP) 452 f., 467
Großdeutsche Volkspartei 448 f., 452, **453 ff.**, 458
Heimatblock 449, **455**
Katholische Volkspartei 326, 448
Kommunistische Partei Deutschösterreichs (KPDÖ) 455
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) 444, **455 f.**, 465
Landbund 449, 452, 454 f., **457**, 458
Nationale Liga 467
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 454 f., **457 ff.**
Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein (Hitlerbewegung) 458
Österreichische Volkspartei (ÖVP) 441, 444 f., **459 f.**, 465
Revolutionäre Sozialisten (RS) 456, 461, 465
Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich 461, 463
Sozialdemokratische Partei Deutschösterreichs 455, 461
Sozialdemokratische Partei Österreichs 442 ff., 448, 461, 463 f., 683, 708, 757
Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) 456
Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) 441, 460, **461 ff.**

Vaterländische Front (VF) 447, 449 f., 457, **466**
Verband der Deutschnationalen 451
Verband der Unabhängigen (VdU) 452, **466 f.**
Vereinigte Deutsche Linke 468 f.
Vereinigte Linke 468
Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs 465
Verfassungspartei 442, 451 ff., **467 ff.**
Verfassungstreuer Großgrundbesitz 469 f.
Wählervereinigung der Unabhängigen (WdU) 466 f.

CP	Christlichsoziale Partei
DFP	Demokratisch Fortschrittliche Partei
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
FP	Freiheitspartei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FSÖ	Freiheitliche Sammlung Österreichs
FW	Freiheitliche Wahlgemeinschaft
KPDÖ	Kommunistische Partei Deutschösterreichs
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖVP	Österreichische Volkspartei
RS	Revolutionäre Sozialisten
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
VdU	Verband der Unabhängigen
VF	Vaterländische Front
WdU	Wahlpartei der Unabhängigen

POLEN

Arbeitspartei (SP) **475 f.**, 481 f., 487, 492
Bauernpartei **476**, 491, 494
Christliche Demokratie (ChD) 475, **476**, 481 f., 494
Christlich-Nationale Partei (SChN) **476**, 480
Demokratische Partei (SD) 475, **477**, 489, 494
Deutsche Arbeitspartei Polens (DAP) 483
Deutsche Christliche Volkspartei 483
Deutsche Katholische Volkspartei (DKV) 483
Deutsche Partei 483
Deutsche Sozialdemokratische Partei 483
Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens (DSAP) 483
Deutsche Vereinigung 483
Deutsche Volksgemeinschaft 483
Deutsche Volkspartei 483
Deutscher Nationalsozialistischer Verein 483
Deutscher Volksverband in Polen (DVV) 483
Deutsch-Katholische Arbeiterpartei 483
Galizische Sozialdemokratische Partei 472, 484
Gemeinschaft **477 f.**
Jungdeutsche Partei 483
Katholische Union der Westgebiete (KUZZ) **478**
Katholische Volkspartei 476

Katholische Volkspartei (1921–1927) 483
Klub der Konstitutionsarbeit (KPK) **478**
Kommunistische Arbeiterpartei Polens (KPRP) 478, 488, 492
Kommunistische Partei Polens (KPP) **478f.**, 483
Lager der Nationalen Einigung (OZN) 482
Lager des Großen Polen (OWP) 475f., 480f.
Minderheitenblock 478, **479**, 493
Nationaldemokratische Partei (ND) 475, **478ff.**, 482, 486
Nationale Arbeiterpartei (NPR) 475f., **481f.**, 494
Nationale Liga 474f.
Nationalpartei (SN) 475, 481, 487, 492
Nationale Partei der Arbeiter (NSR) 481
Nationaler Verband der Arbeiter (NZR) 481
Nationaler Volksverband (ZL-N) 476, 480f.
National-Radikales Lager (ONR) 481
Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) 493
Partei für Realpolitik 474
Parteiloser Block der Zusammenarbeit mit der Regierung (BBWR) 475, 481, **482**, 487, 493
Polnische Arbeiterpartei (PPR) **483f.**, 487f.
Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und des Teschener Schlesien (PPSD) **484f.**, 486
Polnische Sozialistische Partei (PPS) 474f., 480f., 483ff., **485ff.**, 493f.
Polnische Sozialistische Partei »Linke« (1906–1918) 478, **487f.**, 493
Polnische Sozialistische Partei »Linke« (1926–1931) **488**
Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) 473, 475, 484, 487, **488ff.**, 494
Polnische Volkspartei (PSL) 472, 474f., 481, 484, 487, 494
Polnische Volkspartei »Befreiung« 481, 491, 494
Polnische Volkspartei »Linke« 485f., 491
Polnische Volkspartei »Neue Befreiung« 492
Polnische Volkspartei »Piast« 476, 480f., 491, 494
Polnischer Volksverband (PZL) 491
Sozialdemokratie des Königreichs Polen (SDKP) **492f.**
Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) 474, 478, 480, 483, 486, 488, 492f.
Ukrainische Nationaldemokratische Organisation (UNDO) **493f.**
Verband des Proletariats in Stadt und Land 479
Vereinigte Volkspartei (ZSL) 489, 492, **494**
Volkspartei (SL) 475f., 490f.
Volkspartei »Wille des Volkes« 492, 494
Zentrumslinke 475f., 482f., 487, **494**

b

Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem → Parteiloser Block der Zusammenarbeit mit der Regierung
Centrolewica → Zentrumslinke
Chrześcijańska Demokracja → Christliche Demokratie
Hramada (Hromada) → Gemeinschaft
Katolicka Unia Ziem Zachodnich → Katholische Union der Westgebiete
Klub Pracy Konstytucyjnej → Klub der Konstitutionsarbeit
Komunistyczna Partia Robotnicza Polski → Kommunistische Arbeiterpartei Polens
Komunistyczna Partia Polski → Kommunistische Partei Polens
Liga Narodowa → Nationale Liga
Narodowa Partia Robotnicza → Nationale Arbeiterpartei
Narodowe Stronnictwo Robotników → Nationale Partei der Arbeiter
Narodowy Związek Robotników → Nationaler Verband der Arbeiter
Obóz Narodowo-Radykalny → National-Radikales Lager
Obóz Wielkiej Polski → Lager des Großen Polen
Obóz Zjednoczenia Narodowego → Lager der Nationalen Einigung
Organizacja Ukraińskich Narodowców → Organisation Ukrainischer Nationalisten
Polska Partia Robotnicza → Polnische Arbeiterpartei
Polska Partia Socjalistyczna → Polnische Sozialistische Partei
Polska Partia Socjalistyczna »Lewica« → Polnische Sozialistische Partei »Linke«
Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska Cieszyńskiego → Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und des Teschener Schlesiens
Polska Zjednoczona Partia Robotnicza → Polnische Vereinigte Arbeiterpartei

Polski Związek Ludowy → Polnischer Volksverband
Polskie Stronnictwo Ludowe → Polnische Volkspartei
Polskie Stronnictwo Ludowe »Lewica« → Polnische Volkspartei »Linke«
Polskie Stronnictwo Ludowe »Piast« → Polnische Volkspartei »Piast«
Polskie Stronnictwo Ludowe »Nowe Wyzwolenie« → Polnische Volkspartei »Neue Befreiung«
Polskie Stronnictwo Ludowe »Wyzwolenie« → Polnische Volkspartei »Befreiung«
Socjal-Demokracja Królewstwa Polskiego i Litwy → Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens
Stronnictwo Chłopskie → Bauernpartei
Stronnictwo Chrześcijańsko-Narodowe → Christlich Nationale Partei
Stronnictwo Demokratyczne → Demokratische Partei
Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe → Nationaldemokratische Partei
Stronnictwo Katolicko-Ludowe → Katholische Volkspartei
Stronnictwo Ludowe → Volkspartei
Stronnictwo Ludowe »Wola Ludu« → Volkspartei »Wille des Volkes«
Stronnictwo Narodowe → Nationalpartei
Stronnictwo Pracy → Arbeitspartei
Ukraińska Narodowo-Demokratyczna Organizacja → Ukrai ische Nationaldemokratische Organisation
Zjednoczone Stronnictwo Ludowe → Vereinigte Volkspartei
Związek Ludowo-Narodowy → Nationaler Volksverband
Związek Proletariatu Miast i Wsi → Verband des Proletariats in Stadt und Land

c

BBWR	Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem Parteiloser Block der Zusammenarbeit mit der Regierung
ChD	Chrześcijańska Demokracja Christliche Demokratie
DAP	Deutsche Arbeitspartei Polens
DKV	Deutsche Katholische Volkspartei
DSAP	Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens
DVV	Deutscher Volksverband in Polen
KPK	Klub Pracy Konstytucyjnej Klub der Konstitutionsarbeit
KPP	Komunistyczna Partia Polski Kommunistische Partei Polens
KPRP	Komunistyczna Partia Robotnicza Polski Kommunistische Arbeiterpartei Polens
KUZZ	Katolicka Unia Ziem Zachodnich Katholische Union der Westgebiete
ND	Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe Nationaldemokratische Partei
NPR	Narodowa Partia Robotnicza Nationale Arbeiterpartei
NSR	Narodowe Stronnictwo Robotników Nationale Partei der Arbeiter
NZR	Narodowy Związek Robotników Nationaler Verband der Arbeiter
ONR	Obóz Narodowo-Radykalny National-Radikales Lager
OUN	Organisazja Ukraińskich Narodowców Organisation Ukrainischer Nationalisten
OWP	Obóz Wielkiej Polski Lager des Großen Polen
OZN	Obóz Zjednoczenia Narodowego Lager der Nationalen Einigung
PPR	Polska Partia Robotnicza Polnische Arbeiterpartei

PPS Polska Partia Socjalistyczna
Polnische Sozialistische Partei
PPSD Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska Cieszyńskiego
Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und des Teschener Schlesiens
PSL Polskie Stronnictwo Ludowe
Polnische Volkspartei
PZL Polski Związek Ludowy
Polnischer Volksverband
PZPR Polska Zjednoczona Partia Robotnicza
Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
SChN Stronnictwo Chrześcijańsko-Narodowe
Christlich-Nationale Partei
SD Stronnictwo Demokratyczne
Demokratische Partei
SDKP Socjal-Demokracja Królewstwa Polskiego
Sozialdemokratie des Königreichs Polen
SDKPiL Socjal-Demokracja Królewstwa Polskiego i Litwy
Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen
SL Stronnictwo Ludowe
Volkspartei
SN Stronnictwo Narodowe
Nationalpartei
SP Stronnictwo Pracy
Arbeitspartei
UNDO Ukraińska Narodowo-Demokratyczna Organizacja
Ukrainische Nationaldemokratische Organisation
ZL-N Związek Ludowo-Narodowy
Nationaler Volksverband
ZSL Zjednoczone Stronnictwo Ludowe
Vereinigte Volkspartei

PORTUGAL

Arbeiterbrüderschaft (FO) 505, 515
Arbeiterpartei (PT) 504
Bewegung der Demokratischen Einheit (MUD) 508
Bewegung der Nationalen Antifaschistischen Einheit (MUNAF) 508
Bewegung der Sozialistischen Linken (MES) **499,** 502 f., 505
Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats (MRPP) 504
Christlich-Demokratische Partei (PDC) 501
Demokratische Allianz (AD) 499, **500,** 502, 506, 513, 515
Demokratische Gruppe **500,** 503
Demokratische Partei 505, 509 ff.
Demokratische Volkspartei (PPD) 512
Demokratische Volksunion (UDP) **500 f.,** 502 ff.
Demokratische Wählervereinigung (CDE) 499, 508
Demokratisch-Reformerischer Block 499 f., 513
Demokratisch-Soziales Zentrum (CDS) 498, 500, **501 f.,** 513, 515
Dynamisierungsgruppen der Volkseinheit (GDUP) 501, **502**
Erneuerungspartei 496, 500, **502 f.,** 505, 507, 510
Fortschrittliche Dissidenz 503
Fortschrittspartei 496, 500, 502, **503**
Front der Revolutionären Einheit (FUR) 500, **503**
Historische Fortschrittspartei 503

Historische Partei 503
Internationale Kommunistische Liga (LCI) **503 f.**
Kommunistische Partei der Arbeiter Portugals (PCTP) 500, **504**
Kommunistische Partei Portugals (Marxisten-Leninisten) (PCP[M-L]) 500, **504**
Konservative Partei 500, 503, **504 f.**
Legitimistische Partei (PL) 505
Liberale Erneuerungspartei 503
Liberale Republikanische Partei 511
Liberale Union 511
Linksunion für die Sozialistische Demokratie (UEDS) **505**, 515
Monarchistische Konvergenz (CM) 506
Monarchistische Volksbewegung (MMP) 505
Monarchistische Volksliga (LPM) 506
Monarchistische Volkspartei (PPM) 497, 499 f., **505 f.**
Monarchistische Wahlfront (CEM) 506
Nationale Union (UN) 506, 508
Nationale Volksaktion (ANP) **506**, 512
Nationalistische Partei (1904–1910) **506**
Nationalistische Partei (1923 ff.) 511
National-Republikanische Partei 510 f.
Neue Fortschrittspartei 503
Partei der Demokratischen Linken 511
Partei der Ordnung 496, 503, **506 f.**
Partei der Portugiesischen Rechten (PDP) 502
Partei der Volkseinheit (PUP) 501, 504
Patriotische Front zur Nationalen Befreiung (FPLN) 508
Portugiesische Demokratische Bewegung/Demokratische Wählervereinigung (MDP/CDE) 503, 508
Portugiesische Erneuerung (RP) 506
Portugiesische Evolutionistische Partei 510 f.
Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) 496, 498, 500 ff., 503 ff., **507 ff.**, 512, 514 f.
Portugiesische Republikanische Partei (PRP) 496, 503, 505 f., **509 ff.**, 512
Portugiesische Sozialistische Partei (PSP) 503, **511**
Portugiesisches Katholisches Zentrum **512**
Radikale Partei 511
Reformistische Partei 503
Rekonstituante Partei 511
Republikanische Aktion 511
Republikanische und Sozialistische Front (FRS) 505, 515
Republikanische Union 510
Revolutionäre Partei der Arbeiter (PRT) 503
Sozialdemokratische Bewegung (MSD) 513
Sozialdemokratische Partei (PSD) 498, 500 ff., **512 f.**
Sozialistische Interventionsgruppe 505
Sozialistische Partei (PS) 501 ff., 504 f., 508, 512, **513 ff.**
Sozialistische Volksfront (FSP) 502 f., 515
Unabhängige Bewegung zum Nationalen Wiederaufbau (MIRN) 501
Union Wirtschaftlicher Interessen 512
Vereinigte Volksaktion (APU) 509
Vereinigte Volksmacht (FUP) 502
Wählervereinigung der Demokratischen Einheit (CEUD) 508, 514
Wahlfront der Kommunisten – Marxisten/Leninisten 501

b

Acção Nacional Popular → Nationale Volksaktion
Acção Povo Unido → Vereinigte Volksaktion
Acção Republicana → Republikanische Aktion
Aliança Democrática → Demokratische Allianz
Bloco Democrático e Refomador → Demokratisch-Reformerischer Block
Centro Católico Português → Portugiesisches Katholisches Zentrum
Comissão Democrática Eleitoral → Demokratische Wählervereinigung
Comissão Eleitoral da União Democrática → Wählervereinigung der Demokratischen Einheit
Comissão Eleitoral Monárquica → Monarchistische Wahlfront

Convergéncia Monárquica → Monarchistische Konvergenz
Dissidência Progressista → Fortschrittliche Dissidenz
Força de Unidade Popular → Vereinigte Volksmacht
Fraternidade Operária → Arbeiterbrüderschaft
Frente de Unidade Revolucionária → Front der Revolutionären Einheit
Frente Eleitoral Comunista-Marxista/Leninista → Wahlfront der Kommunisten-Marxisten/Leninisten
Frente Patriótica de Libertação Nacional → Patriotische Front zur Nationalen Befreiung
Frente Republicana e Socialista → Republikanische und Sozialistische Front
Frente Socialista Popular → Sozialistische Volksfront
Grupo de Intervenção Socialista → Sozialistische Interventionsgruppe
Grupo Democrata → Demokratische Gruppe
Grupos Dinamizadores de Unidade Popular → Dynamisierungsgruppen der Volkseinheit
Liga Comunista Internacionalista → Internationale Kommunistische Liga
Liga Popular Monárquica → Monarchistische Volksliga
Movimento de Esquerda Socialista → Bewegung der Sozialistischen Linken
Movimento de União Democratica → Bewegung der Demokratischen Einheit
Movimento de Unidade Nacional Antifascista → Bewegung der Nationalen Antifaschistischen Einheit
Movimento Democrático Português/Comissão Democrática Eleitoral → Portugiesische Demokratische Bewegung/Demokratische Wählervereinigung
Movimento Independente para o Reconstrução Nacional → Unabhängige Bewegung zum Nationalen Wiederaufbau
Movimento Monárquico Popular → Monarchistische Volksbewegung
Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado → Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats
Movimento Social-Democrata → Sozialdemokratische Bewegung
Novo Partido Progressista → Neue Fortschrittspartei
Partido Comunista de Portugal (Marxista-Leni ista) → Kommunistische Partei Portugals (Marxisten-Leninisten)
Partido Comunista dos Trabalhadores de Portugal → Kommunistische Partei der Arbeiter Portugals
Partido Comunista Português → Portugiesische Kommunistische Partei
Partido Conservador → Konservative Partei
Partido da Democracia Christã → Christlich-Demokratische Partei
Partido da Direita Portuguesa → Partei der Portugiesischen Rechten
Partido da Esquerda Democrática → Partei der Demokratischen Linken
Partido de Unidade Popular → Partei der Volkseinheit
Partido Democrático → Demokratische Partei
Partido do Centro Democrático Social → Demokratisch-Soziales Zentrum
Partido do Progresso → Fortschrittspartei
Partido dos Progressistas Históricos → Historische Fortschrittspartei
Partido Evolucionista Português → Portugiesische Evolutionistische Partei
Partido Histórico → Historische Partei
Partido Legitimista → Legitimistische Partei
Partido Liberal Republicano → Liberale Republikanische Partei
Partido Nacionalista → Nationalistische Partei
Partido Nacional Republicano → National-Republikanische Partei
Partido Ordeiro → Partei der Ordnung
Partido Popular Democrático → Demokratische Volkspartei
Partido Popular Monárquico → Monarchistische Volkspartei
Partido Radical → Radikale Partei
Partido Reconstituinte → Rekonstituante Partei
Partido Reformista → Reformistische Partei
Partido Regenerador → Erneuerungspartei
Partido Regenerador-Liberal → Liberale Erneuerungspartei
Partido Republicano Português → Portugiesische Republikanische Partei
Partido Revolucionário dos Trabalhadores → Revolutionäre Partei der Arbeiter
Partido Social-Democrata → Sozialdemokratische Partei
Partido Socialista → Sozialistische Partei
Partido Socialista Português → Portugiesische Sozialistische Partei
Partido Trabalhista → Arbeiterpartei
Renovação Portuguesa → Portugiesische Erneuerung
União da Esquerda para a Democracia Socialista → Linksunion für die Sozialistische Demokratie
União Democrática Popular → Demokratische Volksunion
União dos Interesses Económicos → Union Wirtschaftlicher Interessen

União Liberal → Liberale Union
União Nacional → Nationale Union
União Republicana → Republikanische Union

APU	Acção Povo Unido Vereinigte Volksaktion
AD	Aliança Democrática Demokratische Allianz
ANP	Acção Nacional Popular Nationale Volksaktion
CDE	Comissão Democrática Eleitoral Demokratische Wählervereinigung
CDS	Partido do Centro Democrático Social Demokratisch-Soziales Zentrum
CEM	Comissão Eleitoral Monárquica Monarchistische Wahlfront
CEUD	Comissão Eleitoral da União Democrática Wählervereinigung der Demokratischen Einheit
CM	Convergência Monárquica Monarchistische Konvergenz
FEC-M/L	Frente Eleitoral Comunista-Marxista/Leninista Wahlfront der Kommunisten-Marxisten/Leninisten
FO	Fraternidade Operária Arbeiterbrüderschaft
FPLN	Frente Patriótica de Libertação Nacional Patriotische Front zur Nationalen Befreiung
FRS	Frente Republicana e Socialista Republikanische und Sozialistische Front
FSP	Frente Socialiste Popular Sozialistische Volksfront
FUP	Força de Unidade Popular Vereinigte Volksmacht
FUR	Frente de Unidade Revolucionária Front der Revolutionären Einheit
GDUP	Grupos Dinamizadores de Unidade Popular Dynamisierungsgruppen der Volkseinheit
GIS	Grupo de Intervenção Socialista Sozialistische Interventionsgruppe
LCI	Liga Comunista Internacionalista Internationale Kommunistische Liga
LPM	Liga Popular Monárquica Monarchistische Volksliga
MDP	Movimento Democrático Português Portugiesische Demokratische Bewegung
MES	Movimento de Esquerda Socialista Bewegung der Sozialistischen Linken
MIRN	Movimento Independente para a Reconstrução Nacional Unabhängige Bewegung zum Nationalen Wiederaufbau
MMP	Movimento Monárquico Popular Monarchistische Volksbewegung
MRPP	Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado Bewegung zum Wiederaufbau der Partei des Proletariats
MSD	Movimento Social-Democrata Sozialdemokratische Bewegung

MUD Movimento de União Democrática
Bewegung der Demokratischen Einheit
MUNAF Movimento de Unidade Nacional Antifascista
Bewegung der Nationalen Antifaschistischen Einheit
PCP Partido Comunista Português
Portugiesische Kommunistische Partei
PCP(ML) Partido Comunista de Portugal (marxista-leninista)
Kommunistische Partei Portugals (Marxisten-Leninisten)
PCTP Partido Comunista dos Trabalhadores de Portugal
Kommunistische Partei der Arbeiter Portugals
PDC Partido da Democracia Christã
Christlich-Demokratische Partei
PDP Partido da Direita Portuguesa
Partei der Portugiesischen Rechten
PL Partido Legitimista
Legitimistische Partei
PPD Partido Popular Democrático
Demokratische Volkspartei
PPM Partido Popular Monárquico
Monarchistische Volkspartei
PRP Partido Republicano Português
Portugiesische Republikanische Partei
PRT Partido Revolucionário dos Trabalhadores
Revolutionäre Partei der Arbeiter
PS Partido Socialista
Sozialistische Partei
PSD Partido Social-Democrata
Sozialdemokratische Partei
PSP Partido Socialista Português
Portugiesische Sozialistische Partei
PT Partido Trabalhista
Arbeiterpartei
PUP Partido de Unidade Popular
Partei der Volkseinheit
RP Renovação Portuguesa
Portugiesische Erneuerung
UDP União Democrática Popular
Demokratische Volksunion
UEDS União da Esquerda para a Democracia Socialista
Linksunion für die Sozialistische Demokratie
UN União Nacional
Nationale Volksunion

RUMÄNIEN

Agrarliga 548
Agrarpartei 522
Agrarunion 522
Alles-für-das-Vaterland-Partei (TPŢ) 527
Arbeiterpartei 522
Arbeiter- und Bauernblock 537, 545
Autonomiepartei 526

Bauernpartei **522f.**, 524, 531f., 537, 543
Bauernpartei – Lupu **523f.**, 536, 543
Bauern- und Arbeiterpartei 522
Bessarabische Bauernpartei 543
Bund der Einheit 530
Bund der National-Sozialen Demokratie **524**, 543
Bund der Sozialistischen Parteien Rumäniens 544
Bund Ungarischer Werktätiger 531, 547
Christlich-Nationale Partei **524**, 527, 531
Christlich-Nationale Verteidigungsliga 524, 527
Christlich-Nationalistisch-Demokratische Partei 527
Demokratische Bauernpartei **524**, 536
Demokratische Partei 524
Demokratische Partei der Einheit **524f.**, 543
Deutsche Parlamentspartei 526
Deutsche Partei 526
Deutsche Volksgruppe in Rumänien 526
Deutsche Volkspartei (in Rumänien, DVR) 526
Deutsch-(Schwäbische) Volkspartei 526
Einheitsbewegung 526
Eiserne Garde **527f.**, 531f., 535f., 537, 755
Front der Nationalen Wiedergeburt (FNR) 520, 526, **528**, 547
Gemäßigte Rumänische Nationalpartei 542
Jüdische Nationalpartei 529
Jüdische Partei Rumäniens 528f.
Jüdische Volkspartei 529
Konservativ-Demokratische Partei **529**, 530f., 543
Konservative Partei 517, 524, **529f.**, 534, 548
Konservativ-Fortschrittliche Partei 530
Konservativ-Nationalistische Partei 529f.
Landarbeiterfront **530f.**, 538
Liberal-Demokratische Partei 535
Nationaldemokratische Partei 523f., 526f., **531**, 535, 543
Nationale Agrarpartei 524, **531**
Nationale Aktion 529
Nationale Bauernpartei (PNŢ) 520, 523, 527, **531f.**, 536ff., 543, 545, 547
Nationale Partei 531
Nationalistisch-Demokratische Partei 531
Nationalistische Volkspartei 531, 543, 548
Nationalkorporatistische Liga 548
Nationalliberale Partei (PNL) 517, 520, 522, 525, 529, 532, **533ff.**, 538, 544, 546
Nationalpartei 523, 531
NSDAP der deutschen Volksgruppe in Rumänien 526
Partei der Arbeit 522, 548
Partei der Demokratie und Einheit 529
Partei der Deutschen Einheitsfront 526
Partei der Deutschen in Großrumänien 526
Partei der Nation 528
Partei der Jungschwaben 526
Partei der Sozialistischen Einheit Rumäniens 545
Radikale Bauernpartei **536**
Rumänische Arbeiterpartei 521, 538f.
Rumänische Front 527, 532, **536**
Rumänische Kommunistische Partei (PCR) 520, 526, 531f., **536ff.**, 545
Rumänische Nationalpartei (PNR) 523f., 529, 531f., **541ff.**, 544, 548
Rumänische Nationalpartei der Bukowina 524
Rumänische Verfassungspartei 542
Sächsische Volkspartei 525
Schwäbische Autonomiepartei → Autonomiepartei
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rumäniens (PSDMR) 534, 543
Sozialdemokratische Partei (PSD) 520, 538, **543ff.**
Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSDR) 544
Sozialdemokratische Partei Siebenbürgens und des Banats 544

Sozialistische Partei Rumäniens 537, 544
Ukrainische Bauernpartei **545**
Ukrainische Partei Rumäniens 545
Unabhängige Sozialdemokratische Partei 545
Ungarische Bauernpartei 547
Ungarische Landespartei 546, 756
Ungarische Nationalpartei 546
Ungarische Volksgemeinschaft 547
Ungarische Volkspartei 546f.
Ungarischer Volksbund 538, 547
Ungarnbund 546
Ungarnpartei 546f.
Unionistische Föderation 530
Verband der Deutschen in Großrumänien 526
Volksgemeinschaft der Deutschen in Großrumänien 526
Volksliga 548
Volkspartei 523, 526, 529f., 546f., **547f.**

b

Acţiunea Naţională → Nationale Aktion
Blocul Muncitoresc şi Tărănesc → Arbeiter- und Bauernblock
Federaţia Democraţiei Naţional-Sociale → Bund der National-Sozialen Demokratie
Federaţia Unionistă → Unionistische Föderation
Frontul Plugarilor → Landarbeiterfront
Frontul Românesc → Rumänische Front
Frontul Renaşterii Naţionale → Front der Nationalen Wiedergeburt
Garda de Fier → Eiserne Garde
Liga Agrară → Agrarliga
Liga Apărării Naţional Creştine – Christlich Nationale Verteidigungsliga
Liga Naţional-Corporatistă → Nationalkorporatistische Liga
Liga Poporului → Volksliga
Magyar Dolgozók Szövetsége → Bund Ungarischer Werktätiger
Magyar Nemzeti Párt → Ungarische Nationalpartei
Magyar Népi Szövetség → Ungarischer Volksbund
Magyar Népközösseg → Ungarische Volksgemeinschaft
Magyar Néppárt → Ungarische Volkspartei
Magyar Paraszpárt → Ungarische Bauernpartei
Magyar Párt → Ungarnpartei
Magyar Szövetség → Ungarnbund
Országos Magyar Párt → Ungarische Landespartei
Partida Constituţională Româna → Rumänische Verfassungspartei
Partida Ţărănistă → Bauernpartei
Partidul Agrar → Agrarpartei
Partidul Comunist Român → Rumänische Kommunistische Partei
Partidul Conservator → Konservative Partei
Partidul Conservator-Democrat → Konservativ-Demokratische Partei
Partidul Conservator-Naţionalist → Konservativ-Nationalistische Partei
Partidul Conservator Progresist → Konservativ-Fortschrittliche Partei
Partidul Creştin-Naţional → Christlich-Nationale Partei
Partidul Democrat → Demokratische Partei
Partidul Democrat al Unirii → Demokratische Partei der Einheit
Partidul Democrat-Unionist → Partei der Demokratie und Einheit
Partidul Evreiesc din România → Jüdische Partei Rumäniens
Partidul German → Deutsche Partei
Partidul Liberal-Democrat → Liberal-Demokratische Partei
Partidul Maghiar → Ungarnpartei
Partidul Moderat Român → Gemäßigte Rumänische Nationalpartei
Partidul Muncii → Partei der Arbeit
Partidul Muncitor → Arbeiterpartei
Partidul Muncitoresc Român → Rumänische Arbeiterpartei
Partidul Natinnii → Partei der Nation

Partidul Naţional → Nationalpartei
Partidul Naţional Agrar → Nationale Agrarpartei
Partidul Naţional-Democrat → Nationaldemokratische Partei
Partidul Naţional-Liberal → Nationalliberale Partei
Partidul Naţional-Ţărănesc → Nationale Bauernpartei
Partidul Naţional Român → Rumänische Nationalpartei
Partidul Naţional Român din Bucovina → Rumänische Nationalpartei der Bukowina
Partidul Naţionalist al Popurului → Nationalistische Volkspartei
Partidul Naţionalist-Democrat → Nationalistisch-Demokratische Partei
Partidul Naţionalist Democrat Creştin → Christlich-Nationalistische Demokratische Partei
Partidul Poporului → Volkspartei
Partidul Radical-Ţărănesc → Radikale Bauernpartei
Partidul Social-Democrat → Sozialdemokratische Partei
Partidul Social-Democrat al Municitorilor din România → Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rumäniens
Partidul Social-Democrat din România → Sozialdemokratische Partei Rumäniens
Partidul Social-Democrat Independent → Unabhängige Sozialdemokratische Partei
Partidul Social-Democrat din Ardeal şi Banat → Sozialdemokratische Partei Siebenbürgens und des Banats
Partidul Socialist din România → Sozialistische Partei Rumäniens
Partidul Socialist Unitar din România → Partei der Sozialistischen Einheit Rumäniens
Partidul Ţărănesc → Bauernpartei
Partidul Ţărănesc Democrat → Demokratische Bauernpartei
Partidul Ţărănesc Maghiar → Ungarische Bauernpartei
Partidul Ţărănesc si Muncitoresc → Bauern- und Arbeiterpartei
Partidul Ţărănesc Ucrainean → Ukrainische Bauernpartei
Partidul Ţărănist-Lupu → Bauernpartei-Lupu
Partidul Totul pentru Ţară → Alles-für-das-Vaterland-Partei
Partidul Ucrainean din România → Ukrainische Partei Rumäniens
Partidul Democrat al Unirii → Demokratische Partei der Einheit
Román Nemzeti Párt → Rumänische Nationalpartei
Ukrainska Hliborobska Partia → Ukrainische Bauernpartei
Uniunea Agrară → Agrarunion

FNR	Frontul Renaşterii Nationale Front der Nationalen Wiedergeburt
LANC	Liga Apărării Naţional Creştine Christlich-Nationale Verteidigungsliga
MADOSZ	Magyar Dolgozók Szövetsége Bund Ungarischer Werktätiger
MNSZ	Magyar Népi Szövetség Ungarischer Volksbund
PCR	Partidul Comunist Român Rumänische Kommunistische Partei
PMR	Partidul Muncitoresc Român Rumänische Arbeiterpartei
PNL	Partidul Naţional-Liberal Nationalliberale Partei
PNR	Partidul Naţional Român Rumänische Nationalpartei
PNŢ	Partidul Naţional-Ţărănesc Nationale Bauernpartei
PSD	Partidul Social-Democrat Sozialdemokratische Partei
PSDMR	Partidul Social-Democrat al Municitorilor din România Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rumäniens
PSDR	Partidul Social-Democrat din România Sozialdemokratische Partei Rumäniens

TPŢ Partidul Totul pentru Ţară
Alles-für-das-Vaterland-Partei

RUSSLAND/SOWJETUNION

Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland 488, **553 f.**, 571 f.
Allrussischer Bauernverband 556
Allrussischer Nationalverband 571
Bund → Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund
Bund der Maximalistischen Sozialrevolutionäre 569
Fortschrittspartei (»Progressisten«) **554 f.**, 566
Gemäßigt-Progressive Partei **555**, 565
Gruppe »Befreiung der Arbeit« 572
Gruppe der Arbeit **555 f.**
Gruppe der Unabhängigen Nationalisten 571
Gruppe des Zentrums 571
»Kadetten« → Konstitutionell-Demokratische Partei
Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPDSU bzw. KPSS) 181, 211, 315, 373, **556 ff.**
Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) 554, 557
Konstitutionell-Demokratische Partei (»Kadetten«) 554 ff., **563 ff.**, 566
Monarchistische Partei 570
»Oktobristen« → Verband des 17. Oktober
Partei der Demokratischen Reformen 554 f., **565 f.**
Partei der Friedlichen Erneuerung 554 f., **566**, 576
Partei der Gemäßigten Rechten 571
Partei der Linken Sozialrevolutionäre (PLSR) **566 f.**, 569
Partei der Nationalisten 570
Partei der Rechten 571
Partei der Rechtsordnung **567**
Partei der Russischen Sozialdemokraten 572
Partei der Sozialrevolutionäre (PSR) 566, **567 f.**
Partei der Volksfreiheit 563 ff.
Progressive Nationalisten 571
»Progressisten« → Fortschrittspartei
Radikal-Demokratische Partei 555
Republikanisch-Demokratische Vereinigung 565
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (RSDRP), 493, 554, 557, 559, **571 ff.**
Verband der Befreiung 563
Verband der Verbände 563
Verband der Volkswohlfahrt 555, 565
Verband der Zemstvo-Konstitutionalisten 563
Verband des Erzengels Michael 570
Verband des Russischen Volkes 570
Verband des 17. Oktober (»Oktobristen«) 554 f., 566 f., 571, **575 ff**
Verband Russischer Männer 570
Volkssozialistische Partei 556, **577**
Volkssozialistische Partei der Arbeit 556, 577

b

Gruppa Centra → Gruppe des Zentrums
Gruppa Nezavisimych Nacionalistov → Gruppe der Unabhängigen Nationalisten
Gruppa »Osvoboždenie Truda« → Gruppe »Befreiung der Arbeit«
Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza → Kommunistische Partei der Sowjetunion
Konstitucionno-Demokratičeskaja Partija → Konstitutionell-Demokratische Partei
Monarchičeskaja Partija → Monarchistische Partei

Nacionalisty → Partei der Nationalisten
Narodno-Socialističeskaja Partija → Volkssozialistische Partei
Partija Demokratičeskich Reform → Partei der Demokratischen Reformen
Partija Levych Socialistov-Revoljucionerov → Partei der Linken Sozialrevolutionäre
Partija Mirnogo Obnovlenija → Partei der Friedlichen Erneuerung
Partija Narodnoj Svobody → Partei der Volksfreiheit
Partija Pravovogo Porjadka → Partei der Rechtsordnung
Partija Pravych → Partei der Rechten
Partija Russkich Social-Demokratov → Partei der Russischen Sozialdemokraten
Partija Socialistov-Revoljucionerov → Partei der Sozialrevolutionäre
Partija Umerenno-Pravych → Partei der Gemäßigten Rechten
Progressivnaja Partija → Fortschrittspartei
Progressivnye Nacionalisty → Progressive Nationalisten
Radikal'no-Demokratičeskaja Partija → Radikal-Demokratische Partei
Republikansko-Demokratičeskoe Obedinenie → Republikanisch-Demokratische Vereinigung
Rossijskaja Kommunističeskaja Partija (Bol'ševiki) → Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)
Rossijskaja Social-Demokratičeskaja Rabočaja Partija → Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands
Sojuz Michaila Archangela → Verband des Erzengels Michael
Sojuz Narodnogo Blagodenstvija → Verband der Volkswohlfahrt
Sojuz Osvoboždenija → Verband der Befreiung
Sojuz Russkich Ljudej → Verband Russischer Männer
Sojuz Russkogo Naroda → Verband des Russischen Volkes
Sojuz 17 Oktjabrja → Verband des 17. Oktober
Sojuz Socialistov-Revoljucionerov Maksimalistov → Bund der Maximalistischen Sozialrevolutionäre
Sojuz Sojuzov → Verband der Verbände
Sojuz Zemcev-Konstitucionalistov → Verband der Zemstvo-Konstitutionalisten
Trudovaja Gruppa → Gruppe der Arbeit
Trudovaja Narodnaja Socialističeskaja Partija → Volkssozialistische Partei der Arbeit
»Trudoviki« → Gruppe der Arbeit
Umerenno-Progressivnaja Partija → Gemäßigt-Progressive Partei
Všeobščij Evresjskij Rabočij Sojuz v Litve, Pol'še i Rossii → Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland
Vserossijskij Krest'janskij Sojuz → Allrussischer Bauernverband
Vserossijskij Nacional'nyj Sojuz → Allrussischer Nationalverband

KPSS	Kommunističeskaja Partija Sovetskogo Sojuza Kommunistische Partei der Sowjetunion
PLSR	Partija Levych Socialistov-Revoljucionerov Partei der Linken Sozialrevolutionäre
PSR	Partija Socialistov-Revoljucionerov Partei der Sozialrevolutionäre
RKP(B)	Rossijskaja Kommunističeskaja Partija (Bol'ševiki) Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki)
RSDRP	Rossijskaja Social-Demokratičeskaja Rabočaja Partija Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands

SCHWEDEN

Allgemeiner Wählerverband (AVF) 582 f., 585 f.
Allgemeiner Wahlrechtsverband Schwedens 595
Alte Landwirtepartei 585 f.
Arbeiterpartei Kommunisten (APK) 588
Bauernbund (Bf) 580, 584, 588, 592, 595 ff.

Christlich Demokratische Sammlung (KDS) 581
Freisinnige Volkspartei 593 ff.
Freisinniger Landesverein 593 ff.
Gemäßigte Partei 583
Gemäßigte Sammlungspartei (M) 580 f., **582 ff.**, 586
Kommunistische Partei Schwedens (SKP) 587
Kommunistische Partei Schwedens, Sektion der Kommunistischen Internationale 587
Kommunistischer Bund Marxisten-Leninisten (KFML) 588
Landpartei – Bauernbund 596
Landwirtepartei (L) 579, 583, **584 ff.**, 595, 597
Landwirte- und Bürgerpartei 583
Liberale Partei Schwedens 593 ff.
Liberale Sammlungspartei 593 ff.
Linkspartei Kommunisten (VPK) 580 f., **586 ff.**
Nationale Fortschrittspartei 583, 586
Nationale Partei 583
Neue Landwirtepartei 585 f.
Rechte (H) 582 ff.
Reichsbund der Landwirte **588**, 597
Reichsorganisation der Rechten 584
Schwedischer Bauernbund 597
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP) 579 ff., 587, **588 ff.**, 595, 597 f.
Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens (SSV) 586 f.
Sozialistische Partei (SP) 587
Vereinigte Rechtspartei 583
Volkspartei (1895 ff.) 593, 595
Volkspartei (1934 ff.) (Fp) 580 f., 586, **593 ff.**, 597 f.
Zentrumspartei (C) 579, 581 f., **596 ff.**

b

Allmänna Svenska Rösträttsförbundet → Allgemeiner Wahlrechtsverband Schwedens
Allmänna Valmansförbundet → Allgemeiner Wählerverband
Arbetarpartiet Kommunisterna → Arbeiterpartei Kommunisten
Bondeförbundet → Bauernbund
Centerpartiet → Zentrumspartei
Förenade Högerpartiet → Vereinigte Rechtspartei
Folkpartiet → Volkspartei
Frisinnade Folkpartiet → Freisinnige Volkspartei
Frisinnade Landsföreningen → Freisinniger Landesverei
Gamla Lantmannapartiet → Alte Landwirtepartei
Högern → Rechte
Högerns Riksorganisation → Reichsorganisation der Rechten
Jordbrukarnas Riksförbund → Reichsbund der Landwirte
Kommunistiska Förbundet Marxist-Leninisterna → Kommunistischer Bund Marxisten-Leninisten
Kristen Demokratisk Samling → Christlich Demokratische Sammlung
Landsbygdspartiet–Bondeförbundet → Landpartei–Bauernbund
Lantmannapartiet → Landwirtepartei
Lantmanna- och Borgarepartiet → Landwirte und Bürgerpartei
Liberala Samlingspartiet → Liberale Sammlungspartei
Moderata Partiet → Gemäßigte Partei
Moderata Samlingspartiet → Gemäßigte Sammlungspartei
Nationella Framstegspartiet → Nationale Fortschrittspartei
Nationella Partiet → Nationale Partei
Nya Lantmannapartiet → Neue Landwirtepartei
Socialistiska Partiet → Sozialistische Partei
Svenska Bondeförbundet → Schwedischer Bauernbund
Sveriges Kommunistiska Parti → Kommunistische Partei Schwedens
Sveriges Kommunistiska Parti. Sektion av Kommunistiska Internationalen → Kommunistische Partei Schwedens. Sektion der Kommunistischen Internationale
Sveriges Liberala Parti → Liberale Partei Schwedens
Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti → Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens

Sveriges Socialdemokratiska Vänsterparti → Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens
Vänsterpartiet Kommunisterna → Linkspartei Kommunisten

APK	Arbetarpartiet Kommunisterna Arbeiterpartei Kommunisten
AVF	Allmänna Valmansförbundet Allgemeiner Wählerverband
Bf	Bondeförbundet Bauernbund
C	Centerpartiet Zentrumspartei
Fp	Folkpartiet Volkspartei
H	Högern Rechte
KDS	Kristen Demokratisk Samling Christlich Demokratische Sammlung
KFML	Kommunistiska Förbundet Marxist-Leni isterna Kommunistischer Bund Marxisten-Leninisten
L	Lantmannapartiet Landwirtepartei
M	Moderata Samlingspartiet Gemäßigte Sammlungspartei
SAP	Sveriges Socialdemokratiska Arbeterareparti Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens
SKP	Sveriges Kommunistiska Parti Kommunistische Partei Schwedens
SP	Socialistiska Partiet Sozialistische Partei
SSV	Sveriges Socialdemokratiska Vänsterparti Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens
VPK	Vänsterpartiet Kommunisterna Linkspartei Kommunisten

SCHWEIZ

Äußerste Linke 605, 610
Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) 603, 606, 619, 621
Bauernheimatbewegung **603,** 604, 606, 621
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) **603 ff.,** 612
Demokratische Partei (1867–1894) 605, 609
Demokratische Partei (1905 ff.) 603, **605 f.**
Demokratische Partei der Schweiz (DPS) 606, 621
Eidgenössischer Verein 619
Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) **606 f.,** 616
Freie und Demokratische Fraktion 606
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) 604 f., **607 f.,** 609 f., 612, 615, 620
Freisinnige Großfamilie 605
Fronten **610 f.**
Jungbauernbewegung 606
Katholische Volkspartei 613

Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) 617, 624
Kommunistische Partei-Opposition 618
Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz (KCVPS) 604
Konservative Union 603, 613
Konservative Volkspartei 603 f., 611
Landesring der Unabhängigen (LDU)(**614 f.**
Liberaldemokratische Partei 609, 615
Liberaldemokratische Union der Schweiz (LIDUS) 606 f., 610, 615 f.
Liberale Partei der Schweiz (LPS) **615 f.**
Liberalsozialistische Partei der Schweiz (LSP) **616**
Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (NA) **616 f.**
Nationale Front 611
Nationalsozialistische Eidgenössische Arbeiterpartei 611
Partei der Arbeit (PdA) **617 f.**
Progressive Organisation der Schweiz (POCH) **618**
Schweizerische Konservative Volkspartei 603 f., 613
Schweizerische Republikanische Bewegung 617
Schweizerische Volkspartei (SVP) 606, 608, **619 ff.**
Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) 605, 617, **621 ff.**
Sozialpolitische Gruppe 605
Union Nationale 611
Volkspartei 619

BGB	Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
DPS	Demokratische Partei der Schweiz
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
FDP	Freisinnig Demokratische Partei der Schweiz
KCVPS	Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz
KPO	Kommunistische Partei Opposition
KPS	Kommunistische Partei der Schweiz
LDU	Landesring der Unabhängigen
LIDUS	Liberaldemokratische Union der Schweiz
LPS	Liberale Partei der Schweiz
LSP	Liberalsozialistische Partei der Schweiz
NA	Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Arbeit
PdA	Partei der Arbeit der Schweiz
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei

SERBIEN

Liberaldemokratische Partei 630
Liberale Partei (LS) **629 f.**, 631, 633
Nationalpartei 630
Radikale Volkspartei 628, **631 f.**, 636
Serbische Bauernvolksvereinigung **633**
Serbische Fortschrittspartei 628, 631 f., **633 f.**
Serbische Sozialdemokratische Partei **634 ff.**
Sozialistische Volkspartei 635

Unabhängige Radikale Partei 628, 632, **636 f.**
Volkspartei 630

b

Liberalna Stranka → Liberale Partei
Liberalnodemokratska Stranka → Liberaldemokratische Partei
Nacionalna Stranka → Nationalpartei
Narodna Radikalna Stranka → Radikale Volkspartei
Narodna Socijalisticka Stranka → Sozialistische Volkspartei
Narodna Stranka → Volkspartei
Samostalna Radikalna Stranka → Unabhängige Radikale Partei
Srpska Napredna Stranka → Serbische Fortschrittspartei
Srpska Narodna Seljačka Sloga → Serbische Bauernvolksvereinigung
Srpska Socijaldemokratska Stranka → Serbische Sozialdemokratische Partei
Liberalna Stranka → Liberale Partei

LS Liberalna Stranka
Liberale Partei

SPANIEN

Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung (POUM) **643 f.**
Arbeiter- und Bauernblock (BOC) 643
Baskenland und Freiheit (ETA) 645
Baskische Linke **644**
Baskische Nationalistische Gemeinschaft 644 f.
Baskische Nationalistische Partei **644 f.**
Bund Demokratischer und Liberaler Parteien (FPDL) 668
Bund der Bürgerkriegsveteranen 649
Christdemokratische Equipe Spaniens 645
Christlich-Demokratische Föderation (FDC) **645**
Christlich-Demokratische Partei (PDC) 645, 668
Demokratische Fortschrittspartei (PPD) 670
Demokratische Junta 654, 663
Demokratische Koalition (CD) 670
Demokratische Konvergenz Kataloniens (CDC) **645 f.**
Demokratische Koordination 654
Demokratische Linke (ID) 645
Demokratische Linke Kataloniens 645
Demokratische Nationalistische Föderation 651
Demokratische Partei **646**, 649
Demokratische Plattform 654
Demokratische Spanische Aktion (ADE) 670
Demokratische Spanische Reform (RDE) 670
Demokratische Union (UDE) 670
Demokratische Union Kataloniens (UDC) 645
Demokratische Volkspartei (PDP) 668
Demokratische Volksvereinigung (FPD) 645
Demokratischer Pakt für Katalonien (PDPC) 645
Demokratisch-Monarchistische Partei 655
Dynastische Linke **646**, 657
Einiges Volk (HB) **646 f.**
Falange **647 ff.**, 651, 663
Föderalistische Nationalistische Republikanische Union 657
Föderalistisch-Republikanische Partei 646, 660
Föderation Sozialistischer Parteien (FPS) 666
Fortschrittliche Partei 646, **649**, 657

Galizische Autonomisten (ORGA) **649 f.**, 661
Gemäßigte Partei 649, **650**, 660
Integristische Partei 651
Jaime-Partei 651
Karlistische Partei **650 f.**, 660, 662 f.
Katalanische Aktion 659 f., 662
Katalanische Kommunistische Partei (PCC) 643
Katalanische Liga 660
Katalanische Ordnungsfront 660
Katalanische Proletarische Partei (PCP) 668
Katalanische Regionalsektion der Sozialistischen Partei 669
Katalanischer Staat **651**
Katholische Union **651**
Katholisch-Monarchische Assoziation 651
Kommunistische Arbeiterpartei (1921/22) (PCO) 652, 665
Kommunistische Arbeiterpartei 654
Kommunistische Linksopposition 643
Kommunistische Partei Kataloniens (PCC) 668
Kommunistische Partei Spaniens (PCE) 643 f., **652 ff.**, 663, 665, 668 f.
Kommunistische Partei Spaniens (international) 654
Kommunistischer Bund für Katalonien und die Balearen (FCCB) 643
Konservative Union 656
Konstitutionelles Zentrum 660
Konvergenz und Union 645
Liberal-Demokratische Partei 1) (1903–1907) 655
Liberal-Demokratische Partei 2) (1931 ff.) 659
Liberale Bürgeraktion (ACC) 670
Liberale Linke 655
Liberale Partei – Fusionisten 646, 649, **654 f.**, 656 f.
Liberale Union **655**
Liberal-Konservative Partei 650 f., **655 f.**
Liberal-Republikanische Rechte **656**
Mauristische Partei 656, 660
Nationale Aktion 663
Nationale Allianz 18. Juli (AN) 649
Nationale Bewegung 647 ff.
Nationale Front 663
Nationale Spanische Union (UNE) 670
Nationale Union 649
Nationaler Block 663
Nationales Katalanisches Zentrum (CNC) 659
Nationalistische Baskische Aktion (ANV) 645
Nationalistisch-Republikanisches Zentrum **656 f.**, 659
Neue Kraft 649
Partei der Arbeit 654
Partei der Sozialisten Kataloniens **657**
Patriotische Union **657**
Possibilisten **657**
Progressistisch-Demokratische Partei (PPD) **657**, 662
Radikal-Demokratische Partei 1) (1869 ff.) **657 f.**
Radikal-Demokratische Partei 2) (1934) 658 f., 662
Radikale Republikanische Partei (PRR) **658**, 667
Radikal-Sozialistische Republikanische Partei (PRRS) 650, **658 f.**, 661 f.
Reformistische Partei **659**
Regionale Katalanische Aktion 670
Regionale Valencianische Rechte 666
Regionalistische Liga Kataloniens 656, **659 f.**
Regionalistische Union 659
Republikanisch-Demokratische Aktion Spaniens (ARDE) 661
Republikanisch-Demokratische Partei 646, **660**, 662
Republikanische Aktion 650, 659, **660 f.**
Republikanische Aktion Kataloniens 662
Republikanische Allianz 659

Republikanische Einheitspartei 660
Republikanische Galizische Partei 650
Republikanische Linke (IR) 650, 659, **661**, 662
Republikanische Linke Kataloniens (ERC) 651, **661f.**
Republikanische Union 1) (1906ff.) 657f., **662**
Republikanische Union 2) (UR, 1934–1936) 658f., 661, **662**
Republikanischer Bund 658
Republikanisch-Föderalistische Partei 657
Republikanisch-Katalanische Aktion 662
Republikanisch-Katalanistische Partei **662**
Republikanisch-Konservative Partei 656
Republikanisch-Nationalistische Linkspartei 661
Republikanisch-Progressistische Partei 656
Republikanisch-Reformistische Partei 657f., **662**
Sozialdemokratische Partei (PSD) 668
Sozialdemokratischer Bund (FSD) 668, 670
Soziale Demokratie (DS) 670
Soziale Volkspartei 651, **662**
Soziale Volksunion (USP) 670
Sozialistische Partei Andalusiens (PSA) **662**
Sozialistische Partei im Landesinnern 662f., 665
Sozialistische Partei Kataloniens 657
Sozialistische Union Kataloniens (USC) 669
Sozialistische Volkspartei (PSP) **662f.**, 665f.
Spanische Agrarpartei **663**
Spanische Erneuerung **663**
Spanische Falange der JONS 649
Spanische Kommunistische Partei (PCE) 652
Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) 652, 654, 662, **663ff.**
Spanischer Bund Autonomer Rechtsparteien (CEDA) **666f.**
Syndikalistische Partei **667**
Traditionalisten und Spanische Erneuerung (TYRE) 663
Traditionalistische Karlistische Gemeinschaft 651
Traditionalistische Partei 651
Union des Demokratischen Zentrums (UCD) 642, 645, **667f.**
Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens (PSUC) **668f.**
Volksaktion 666
Volksallianz (AP) **669f.**
Volkspartei (PP) 668
Zentralistische Partei 662, **670**
Zentrumsunion → Union des Demokratischen Zentrums

b

Acció Catalana → Katalanische Aktion
Acció Catalana Republicana → Republikanisch-Katalanische Aktion
Acció Republicana de Catalunya → Republikanische Aktion Kataloniens
Acción Ciudadana Liberal → Liberale Bürgeraktion
Acción Democrática Española → Demokratische Spanische Aktion
Acción Nacional → Nationale Aktion
Acción Nacionalista Vasca → Nationalistische Baskische Aktion
Acción Popular → Volksaktion
Acción Regional Catalana → Regionale Katalanische Aktion
Acción Republicana → Republikanische Aktion
Acción Republicana Democrática Española → Republikanisch-Demokratische Aktion Spaniens
Alianza Nacional 18 de julio → Nationale Allianz 18. Juli
Alianza Popular → Volksallianz
Alianza Republicana → Republikanische Allianz
Asociación Católico-Monárquica → Katholisch-Monarchische Assoziation
Bloc Obrer i Camperol → Arbeiter- und Bauernblock
Bloque Nacional → Nationaler Block
Centre Nacional Català → Nationales Katalanisches Zentrum
Centre Nacionalista Republicà → Nationalistisch-Republikanisches Zentrum

Centro Constitucional → Konstitutionelles Zentrum
Coalición Democrática → Demokratische Koalition
Comunión Nacionalista Vasca → Baskische Nationalistische Gemeinschaft
Comunión Tradicionalista Carlista → Traditionalistische Karlistische Gemeinschaft
Confederación Española de Derechas Autónomas → Spanischer Bund Autonomer Rechtsparteien
Confederación Nacional de Excombatientes → Bund der Bürgerkriegsveteranen
Convergencia Democràtica de Catalunya → Demokratische Konvergenz Kataloniens
Convergencia i Unió → Konvergenz und Union
Coordinación Democrática → Demokratische Koordinati
Democracia Social → Soziale Demokratie
Derecha Liberal Republicana → Liberal-Republikanische Rechte
Derecha Regional Valenciana → Regionale Valencianische Rechte
Equipo Democristiano del Estado Español → Christdemokratische Equipe Spaniens
Esquerra Democràtica de Catalunya → Demokratische Linke Kataloniens
Esquerra Republicana de Catalunya → Republikanische Linke Kataloniens
Estat Català → Katalanischer Staat
Euskadi Ta Askatasuna → Baskenland und Freiheit
Euskadiko Ezkerra → Baskische Linke
Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista → Falange
Falange Española y de las JONS → Spanische Falange der JONS
Federació Democràtica Nacionalista → Demokratische Nationalistische Föderation
Federación Catalana del PSOE → Katalanische Regionalsektion der Sozialistischen Partei
Federación Comunista Catalano-Balear → Kommunistischer Bund für Katalonien und die Balearen
Federación de Partidos Demócratas y Liberales → Bund Demokratischer und Liberaler Parteien
Federación de Partidos Socialistas → Föderation Sozialistischer Parteien
Federación Demócrata Cristiana → Christlich-Demokratische Föderation
Federación Popular Democrática → Demokratische Volksvereinigung
Federación Republicana → Republikanischer Bund
Federación Socialdemócrata → Sozialdemokratischer Bund
Frente Nacional → Nationale Front
Front Català d'Ordre → Katalanische Ordnungsfront
Fuerza Nueva → Neue Kraft
Herri Batasuna → Einiges Volk
Izquierda Comunista → Kommunistische Linksopposition
Izquierda Democrática → Demokratische Linke
Izquierda Dinástica → Dynastische Linke
Izquierda Liberal → Liberale Linke
Izquierda Republicana → Republikanische Linke
Junta Democrática → Demokratische Junta
Lliga Catalana → Katalanische Liga
Lliga Regionalista de Catalunya → Regionalistische Liga Kataloniens
Moderados → Gemäßigte Partei
Movimiento Nacional → Nationale Bewegung
Oposición Comunista de Izquierda → Kommunistische Linksopposition
Organización Regional Gallega Autónoma → Galizische Autonomisten
Pacte Democràtic per Catalunya → Demokratischer Pakt für Katalonien
Partido Agrario Español → Spanische Agrarpartei
Partido Carlista → Karlistische Partei
Partido Centralista → Zentralistische Partei
Partido Comunista de España → Kommunistische Partei Spaniens
Partido Comunista de España (Internacional) → Kommunistische Partei Spaniens (International)
Partido Comunista Español → Spanische Kommunistische Partei
Partido Comunista Obrero → Kommunistische Arbeiterpartei
Partido del Trabajo → Partei der Arbeit
Partido Demócrata → Demokratische Partei
Partido Demócrata Cristiano → Christlich-Demokratische Partei
Partido Demócrata Popular → Demokratische Volkspartei
Partido Democrático → Demokratische Partei
Partido Democrático-Monárquico → Demokratisch-Monarchistische Partei
Partido Integrista → Integristische Partei
Partido Jaimista → Jaime-Partei
Partido Liberal Conservador → Liberal-Konservative Partei
Partido Liberal-Democrático → Liberal-Demokratische Partei

Partido Liberal-Fusionista → Liberale Partei – Fusionisten
Partido Maurista → Mauristische Partei
Partido Nacionalista Vasco → Baskische Nationalistische Partei
Partido Obrero de Unificación Marxista → Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung
Partido Popular → Volkspartei
Partido Posibilista → Possibilisten
Partido Progresista Democrático → Demokratische Fortschrittspartei, Progressistisch-Demokratische Partei
Partido Radical-Demócrata → Radikal-Demokratische Partei
Partido Reformista → Reformistische Partei
Partido Republicano Conservador → Republikanisch-Konservative Partei
Partido Republicano Democrático → Republikanisch-Demokratische Partei
Partido Republicano Federal → Föderalistisch-Republikanische Partei
Partido Republicano Gallego → Republikanische Galizische Partei
Partido Republicano-Progresista → Republikanisch-Progressistische Partei
Partido Republicano Radical → Radikale Republikanische Partei
Partido Republicano Radical-Socialista → Radikal-Sozialistische Republikanische Partei
Partido Republicano-Reformista → Republikanisch-Reformistische Partei
Partido Republicano Unitario → Republikanische Einheitspartei
Partido Sindicalista → Syndikalistische Partei
Partido Social Democrático → Sozialdemokratische Partei
Partido Social Popular → Soziale Volkspartei
Partido Socialista de Andalucía → Sozialistische Partei Andalusiens
Partido Socialista en el Interior → Sozialistische Partei im Landesinnern
Partido Socialista Obrero Español → Spanische Sozialistische Arbeiterpartei
Partido Socialista Popular → Sozialistische Volkspartei
Partido Tradicionalista → Traditionalistische Partei
Partit Català Proletari → Katalanische Proletarische Partei
Partit Catalanista Republicá → Republikanisch-Katalanistische Partei
Partit Comunista Catalá → Katalanische Kommunistische Partei
Partit Comunista de Catalunya → Kommunistische Partei Kataloniens
Partit dels Socialistes de Catalunya → Partei der Sozialisten Kataloniens
Partit Nacionalista Republicà d'Esquerra → Republikanisch-Nationalistische Linkspartei
Partit Republicà Federal → Republikanisch-Föderalistische Partei
Partit Socialista de Catalunya (ex-congrès) → Sozialistische Partei Kataloniens
Partit Socialista Unificat de Catalunya → Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens
Plataforma Democrática → Demokratische Plattform
Progresistas → Fortschrittliche Partei
Reforma Democrática Española → Demokratische Spanische Reform
Renovación Española → Spanische Erneuerung
Tradicionalistas y Renovación Española → Traditionalisten und Spanische Erneuerung
Unió Democràtica de Catalunya → Demokratische Union Kataloniens
Unió Federal Nacionalista Republicana → Föderalistische Nationalistische Republikanische Union
Unió Regionalista → Regionalistische Union
Unió Socialista de Catalunya → Sozialistische Union Kataloniens
Unión Católica → Katholische Union
Unión Conservadora → Konservative Union
Unión de Centro Democrático → Union des Demokratischen Zentrums
Unión Democrática Española → Demokratische Spanische Union
Unión Liberal → Liberale Union
Unión Nacional → Nationale Union
Unión Nacional Española → Nationale Spanische Union
Unión Patriótica → Patriotische Union
Unión Republicana → Republikanische Union
Unión Social Popular → Soziale Volksunion

ACL Acción Ciudadana Liberal
Liberale Bürgeraktion

ADE Acción Democrática Española
Demokratische Spanische Aktion

AN	Alianza Nacional 18 de julio Nationale Allianz 18. Juli
ANV	Acción Nacionalista Vasca Nationalistische Baskische Aktion
AP	Alianza Popular Volksallianz
ARC	Acción Regional Catalana Regionale Katalanische Akti
ARDE	Acción Republicana Democrática Española Republikanisch-Demokratische Aktion Spaniens
BOC	Bloc Obrer i Camperol Arbeiter- und Bauernblock
CD	Coalición Democrática Demokratische Koalition
CDC	Convergencia Democrática de Catalunya Demokratische Konvergenz Kataloniens
CEDA	Confederación Española de Derechas Autónomas Spanischer Bund Autonomer Rechtsparteien
CNC	Centre Nacional Català Nationales Katalanisches Zentrum
CNV	Comunión Nacionalista Vasca Baskisch-Nationalistische Gemeinschaft
DS	Democracia Social Soziale Demokratie
ERC	Esquerra Republicana de Catalunya Republikanische Linke Kataloniens
ETA	Euskadi Ta Askatasuna Baskenland und Freiheit
FCCB	Federación Comunista Catalano-Balear Kommunistischer Bund für Katalonien und die Balearen
FDC	Federación Demócrata Cristiana Christlich-Demokratische Föderation
FPD	Federación Popular Democrática Demokratische Volksvereinigung
FET	Falange Española Tradicionalista y de las Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista
y JONS	Falange
FPDL	Federación de Partidos Demócratas y Liberales Bund Demokratischer und Liberaler Parteien
FPS	Federación de Partidos Socialistas Föderation Sozialistischer Parteien
FSD	Federación Socialdemócrata Sozialdemokratischer Bund
HB	Herri Batasuna Einiges Volk
ID	Izquierda Democrática Demokratische Linke
IR	Izquierda Republicana Republikanische Linke
ORGA	Organización Regional Gallega Autónoma Galizische Autonomisten
PCC	1) Partit Comunista Catalá Katalanische Kommunistische Partei 2) Partit Comunista de Catalunya Kommunistische Partei Kataloniens
PCE	1) Partido Comunista de España Kommunistische Partei Spaniens

	2) Partido Comunista Español Spanische Kommunistische Partei
PCO	Partido Comunista Obrero Kommunistische Arbeiterpartei
PCP	Partit Català Proletari Katalanische Proletarische Partei
PDC	Partido Demócrata Cristiano Christlich-Demokratische Partei
PDP	Partido Demócrata Popular Demokratische Volkspartei
PDPC	Pacte Democràtic per Catalunya Demokratischer Pakt für Katalonien
PNV	Partido Nacionalista Vasco Baskische Nationalistische Partei
POUM	Partido Obrero de Unificación Marxista Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung
PP	Partido Popular Volkspartei
PPD	Partido Progresista Democrático 1) Demokratische Fortschrittspartei 2) Progressistisch-Demokratische Partei
PRR	Partido Republicano Radical Radikale Republikanische Partei
PRRS	Partido Republicano Radical-Socialista Radikal-Sozialistische Republikanische Partei
PSA	Partido Socialista de Andalucía Sozialistische Partei Andalusiens
PSC	Partit dels Socialistes de Catalunya Partei der Sozialisten Kataloniens
PSD	Partido Social Democrático Sozialdemokratische Partei
PSI	Partido Socialista en el Interior Sozialistische Partei im Landesinneren
PSOE	Partido Socialista Obrero Español Spanische Sozialistische Arbeiterpartei
PSP	Partido Socialista Popular Sozialistische Volkspartei
PSUC	Partit Socialista Unificat de Catalunya Vereinigte Sozialistische Partei Kataloniens
RDE	Reforma Democrática Española Demokratische Spanische Reform
UCD	Unión de Centro Democrático Union des Demokratischen Zentrums
UDC	Unió Democràtica de Catalunya Demokratische Union Kataloniens
UDE	Unión Democrática Española Demokratische Spanische Union
UNE	Unión Nacional Española Nationale Spanische Union
UR	Unión Republicana Republikanische Union 2)
USC	Unió Socialista de Catalunya Sozialistische Union Kataloniens
USP	Unión Social Popular Soziale Volksunion

TYRE Tradicionalistas y Renovación Española
Traditionalisten und Spanische Erneuerung

TSCHECHOSLOWAKEI

Agrarpartei → Republikanische Partei des Landwirtschaftlichen und Kleinbäuerlichen Volkes
Alttschechen → Nationalpartei
Autonomer Landwirtschaftlicher Verband **677**
Bauernpartei 678
Bund der Landwirte (BdL) **677 f.**, 680 f., 684, 686, 696, 701, 712 f.
Christliche Slowakische Volkspartei 697 f.
Christlich-Nationale Partei von Karpatenrußland **678 f.**
Christlichsoziale Landespartei **679,** 712 f.
Christlich-Soziale Partei 711
Demokratische Partei 675, **679,** 693
Deutschböhmische Volkspartei 681
Deutschdemokratische Freiheitspartei **679,** 681
Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft (DAWG) 678, **679 f.,** 681, 686, 701
Deutsche Christlichsoziale Volkspartei (DCVP) **680 f.,** 684
Deutsche Gewerbepartei (DGP) 678, 680, **681,** 712 f.
Deutsche Nationalpartei (DNP) 678 ff., 682, 700
Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (DNSAP) 678, **682,** 700, 709
Deutsche Partei (DP) **682,** 686
Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) **682 ff.,** 687, 709
Deutsche Wahlgemeinschaft 678, 680, 686
Deutsche Wählergemeinschaft 681 f.
Deutsch-Soziale Volkspartei 681
Deutsch-Ungarische Sozialdemokratische Partei (DUSDP) **684**
Freisinnige Nationalpartei **685 f.,** 692, 701 f., 708
Hlinkas Slowakische Volkspartei 698 f.
Jüdische Demokratische Partei 686
Jüdische Partei **686**
Jüdische Wirtschaftspartei 686
Jungtschechen → Freisinnige Nationalpartei
Karpatendeutsche Partei (KdP) 680, 682, **686,** 713
Karpatenrussische Arbeiterpartei der Kleinbauern und Landlosen **686**
Katholische Nationalpartei 692, 711
Kommunistische Partei der Slowakei 687, 689
Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KSČ) 674 f., 683, **686 ff.**
Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (Deutsche Abteilung), Sektion der Komintern 683, 687
Mährische Volksfortschrittliche Partei 703
Magyarisch-Deutsche Christlichsoziale Partei 679
Nationale Faschistische Gemeinde (NOF) **690 f.,** 693
Nationale Front 704
Nationale Liga 704, 706
Nationale Partei der Arbeit 704
Nationale Partei der Arbeit (1938/39) **691,** 709
Nationale Vereinigung 704, 706
Nationalpartei 671, 685, **691 f.,** 701, 708
National-Soziale Partei in Böhmen, Mähren, Schlesien und Nieder- und Oberösterreich 685, 705
Partei der Arbeit (SP) **692 f.**
Partei der Freiheit **693**
Partei der Nationalen Einheit (SNJ) 674, 691, **693,** 697, 712
Partei der Slowakischen Erneuerung (SSO) 679, **693**
Partei Fortschrittlicher Sozialisten 700
Polnische Sozialistische Arbeiterpartei 694

Polnische Volkspartei 693
Radikale Partei – Slawische Sozialisten 706
Radikale Staatsrechtspartei 705
Radikal-Fortschrittliche Partei 685
Republikanische Partei des Landwirtschaftlichen und Kleinbäuerlichen Volkes (Agrarpartei) 693, **694 ff.**, 702 f., 709
Republikanische Partei des Tschechoslowakischen Landvolkes 694, 696
Russische Nationalautonome Partei **697**
Schlesische Volkspartei 693
Slawische National-Sozialistische Partei 706
Slowakische Nationalpartei 697
Slowakische National- und Bauernpartei 696
Slowakische Volkspartei 674, 677, 679, 693, **697 ff.**, 711 f.
Slowakische Volkspartei – Partei der Nationalen Einheit 699
Sozialistische Einigung **699 f.**, 706
Sozialistische Partei des Tschechoslowakischen Arbeitenden Volkes **700**
Sozialreformerische Christlich-Soziale Partei 711
Staatsrechtlich-Fortschrittliche Partei 685, 703
Sudetendeutsche Heimatfront (SHF) 681 f., 700 f.
Sudetendeutsche Partei (SdP) 674, 678, 680 f., 686, 697, **700 f.**
Tschechische Agrarpartei 694 f.
Tschechische Agrarpartei für Mähren und Schlesien 694 f.
Tschechische Fortschrittspartei 685, **701 f.**, 703, 706
Tschechische Sozialistische Partei 706
Tschechische Staatsrechtliche Demokratie 686, 703, 705
Tschechische Volkspartei 685, 701
Tschechoslawische Agrarpartei 693 ff.
Tschechoslawische Sozialdemokratische Arbeiterpartei 707
Tschechoslowakische Faschisten – Nationale Erweckungsbewegung 691
Tschechoslowakische Gewerbe- und Handelspartei des Mittelstandes 693, 697, **702 f.**
Tschechoslowakische Häusler- und Kleinlandwirtepartei 712
Tschechoslowakische Kommunistische Partei in Rußland 687
Tschechoslowakische Nationaldemokratie 677, 692, 697, **703 f.**
Tschechoslowakische National-Sozialistische Partei 691, 693, 699, **705 ff.**
Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei 700, **707 ff.**
Tschechoslowakische Sozialistische Partei 706 f.
Tschechoslowakische Volkspartei 679, 698, **710 ff.**
Unabhängige Kommunistische Partei der Tschechoslowakei 688
Unabhängige Sozialdemokratische Partei 700
Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei 700
Ungarische Landespartei der Landwirte, Kleinbauern und Gewerbetreibenden 712
Ungarische Landespartei der Landwirte und Kleinbauern 712
Ungarische Nationalpartei 678, **712**, 713
Verband der Schlesischen Katholiken 693
Vereinigte Ungarische Partei (– Ungarnpartei) 679, 712, **713**, 751, 754
Volkspartei (Mähren) 692
Volkspartei (Slowakei) 697 f.
Westslowakische Christlichsoziale Partei 679
Zentralistische Tschechische Sozialdemokratische Arbeiterpartei 708
Zipser Deutsche Partei 679 f., 686, 712, **713**

b

Avtonomyj Zemledelskij Sojuz → Autonomer Landwirtschaftlicher Verband
Centralistická Sociálně Demokratická Strana Dělnická → Zentralistische Tschechische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Česka Socialistická Strana → Tschechische Sozialistische Partei
Česká Státoprávní Demokracie → Tschechische Staatsrechtliche Demokratie
Česká Strana Agrární → Tschechische Agrarpartei
Česká Strana Agrární pro Moravu a Slezsko → Tschechische Agrarpartei für Mähren und Schlesien
Česká Strana Lidová → Tschechische Volkspartei
Česká Strana Pokroková → Tschechische Fortschrittspartei

Československá Socialně Demokratická Strana Dělnická → Tschechoslawische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Československá Strana Agrární → Tschechoslawische Agrarpartei
Československá Domkařsko-Malozemědělská Strana → Tschechoslowakische Häusler- und Kleinlandwirtepartei
Československá Komunistická Strana na Rusi → Tschechoslowakische Kommunistische Partei in Rußland
Československá Národně Socialistická Strana → Tschechoslowakische National-Sozialistische Partei
Československá Národní Demokracie → Tschechoslowakische Nationaldemokratie
Československá Sociálně Demokratická Strana Dělnická → Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Československá Socialistická Strana → Tschechoslowakische Sozialistische Partei
Československá Strana Lidová → Tschechoslowakische Volkspartei
Československá Živnostensko-Obchodnická Strana Středostavovská → Tschechoslowakische Gewerbe- und Handelspartei des Mittelstandes
Československí Fašisté-Národní Hnutí Obrodné → Tschechoslowakische Faschisten – Nationale Erweckungsbewegung
Chliborobska Partija → Bauernpartei
Christjansko Narodnaja Partia Podkarpatskej Rusi → Christlich-Nationale Partei von Karpatenrußland
Demokratická Strana → Demokratische Partei
Egyesült Magyar Párt → Vereinigte Ungarische Partei
Hlinkova Slovenská L'udová Strana → Hlinkas Slowakische Volkspartei
Katolická Národní Strana → Katholische Nationalpartei
Karpatorusskaja Trudovaja Partija Malozemelnych i Bezzemelnych → Karpatenrussische Arbeiterpartei der Kleinbauern und Landlosen
Komunistická Strana Československa → Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
Komunistická Strana Slovenska → Kommunistische Partei der Slowakei
Křest'anská Slovenská L'udová Strana → Christliche Slowakische Volkspartei
Křest'ansko-Sociální Strana → Christlich-Soziale Partei
Lidová Strana → Volkspartei (Mähren)
L'udová Strana → Volkspartei (Slowakei)
Magyar Nemzeti Párt → Ungarische Nationalpartei
Mladočeši → Jungtschechen
Moravská Strana Lidově Pokroková → Mährische Volksfortschrittliche Partei
Národná Republikánská Strana Rol'nická → Slowakische National- und Bauernpartei
Národná Strana Slovenska → Slowakische Nationalpartei
Národně Sociální Strana v Čechach, na Moravě, ve Slezku a v Dolních a Horních Rakousích → National-Soziale Partei in Böhmen, Mähren, Schlesien und Nieder- und Oberösterreich
Národní Fronta → Nationale Front
Národní Liga → Nationale Liga
Národní Obec Fašistická → Nationale faschistische Gemeinde
Národní Sjednocení → Nationale Vereinigung
Národní Strana → Nationalpartei
Národní Strana Práce → Nationale Partei der Arbeit
Národní Strana Svobodomyslná → Freisinnige Nationalpartei
Nezávislá Komunistická Strana Československa → Unabhängige Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
Nezávislá Socialistická Strana Dělnicka v Československu → Unabhängige Sozialistische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei
Nezávislá Sociálně Demokratická Strana → Unabhängige Sozialdemokratische Partei
Nyugkant-Szlovenskó Keresztény-Szociálista Párt → Westslowakische Christlichsoziale Partei
Országos Kereszténviszocialista Párt → Christlichsoziale Landespartei
Országos Magyar Kisgazda és Földmives Párt → Ungarische Landespartei der Landwirte und Klei bauern
Országos Magyar Kisgazda, Földmives és Kisiparos Párt → Ungarische Landespartei der Landwirte, Kleinbauern und Gewerbetreibenden
Polska Socjalistyczna Partija Robotnicza → Polnische Sozialistische Arbeiterpartei
Polskie Stronnictwo Ludowe → Polnische Volkspartei
Radikální Strana-Slovanští Socialisté → Radikale Partei-Slawische Sozialisten
Republikánská Strana Československého Venkova → Republikanische Partei des Tschechoslowakischen Landvolkes

Republikánská Strana Zemědělského a Malorolnického Lidu → Republikanische Partei des Landwirtschaftlichen und Kleinbäuerlichen Volkes
Slaska Partija Ludowa → Schlesische Volkspartei
Slovanská Strana Národně Socialistická → Slawische National-Sozialistische Partei
Slovenská Strana → Slowakische Volkspartei
Socialistická Strana Československého Pracujícího Lidu → Sozialistische Partei des tschechoslowakischen arbeitenden Volkes
Socialistické Sjednocení → Sozialistische Einigung
Sociálně-Reformní Křest'ansko-Sociální Strana → Sozialreformerische Christlich-Soziale Partei
Staročeši → Alttschechen
Strana Národní Jednoty → Partei der nationalen Einheit
Strana Pokrokových Socialistů → Partei Fortschrittlicher Sozialisten
Strana Práce → Partei der Arbeit
Strana Radikálně Pokroková → Radikal-Fortschrittliche Partei
Strana Radikálně Státoprávní → Radikale Staasrechtspartei
Strana Slobody → Partei der Freiheit
Strana Slovenskej Obrody → Partei der Slowakischen Erneuerung
Strana Slovenské Národní Jednoty → Slowakische Volkspartei – Partei der Nationalen Einheit
Strana Statoprávně Pokroková → Staatsrechtlich-Fortschrittliche Partei
Židovská Demokratická Strana → Jüdische Demokratische Partei
Židovská Strana → Jüdische Partei
Związek Śląskich Katolików → Verband der schlesischen Katholiken

BdL	Bund der Landwirte
DAWG	Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft
DCVP	Deutsche Christlichsoziale Volkspartei
DDFP	Deutschdemokratische Freiheitspartei
DGP	Deutsche Gewerbepartei
DNP	Deutsche Nationalpartei
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DP	Deutsche Partei
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik
DUSDP	Deutsch-Ungarische Sozialdemokratische Partei
HSL'S	Hlinkova Slovenská L'udová Strana Hlinkas Slowakische Volkspartei
KdP	Karpatendeutsche Partei
KSČ	Komunistická Strana Československá Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSS	Komunistická Strana Slovenska Kommunistische Partei der Slowakei
NOF	Národní Obec Fašistická Nationale faschistische Gemeinde
NSP	Národní Strana Práce Nationale Partei der Arbeit
SdP	Sudetendeutsche Partei
SHF	Sudetendeutsche Heimatfront
SNJ	Strana Národní Jednoty Partei der nationalen Einheit
SP	Strana Práce Partei der Arbeit
SSO	Strana Slovenskej Obrody Partei der Slowakischen Erneuerung

TÜRKEI

Demokratische Partei (DP, 1946–1960) **721**, 723, 725, 727
Demokratische Partei (DP, 1970ff.) **721f.**, 723
Erneuerungspartei 716f.
Fortschrittliche Republikanische Partei 717
Freiheitspartei 717
Gerechtigkeitspartei (AP) 720f., **722f.**, 724, 728, 730
Komitee für Einheit und Fortschritt 716f.
Komitee für Freiheit und Einheit 716, 726
Nationale Ordnungspartei (MNP) 724
Nationale Wohlfahrtspartei (MSP) **723f.**, 728
Nationalistische Aktionspartei (MHP) 723, **724f.**
Nationalpartei (MP) **725**, 730
Neue Partei 716
Neue Türkei Partei (YTP) 721, **725**, 728
Partei der Echten Demokraten 721
Partei der Freien Osmanen 716
Osmanische Demokratische Partei 716
Osmanische Liberale Volkspartei 717
Republikanische Bauern- und Nationalpartei (CKMP) 724f.
Republikanische Nationalpartei (CMP) 724f., 728
Republikanische Partei (CP) 726
Republikanische Vertrauenspartei (CGP) **725f.**
Republikanische Volkspartei (CHP) 717, 720f., 723ff., **726ff.**
Sozialistische Revolutions-Partei (SDP) **729**
Türkische Arbeiterpartei (TIP) 719, 728, **729f.**
Türkische Bauernpartei (TKP) 724
Türkische Sozialistische Arbeiterpartei (TSİP) **729f.**
Türkische Unionspartei (TBP) **730**
Union der Mohammedaner 716
Unionspartei 730
Vertrauenspartei (GP) 726, 728
Volkspartei 726

b

Adalet Partisi → Gerechtigkeitspartei
Birlik Partisi → Unionspartei
Cumhuriyet Halkpartisi → Republikanische Volkspartei
Cumhuriyetçi Güven Partisi → Republikanische Vertrauenspartei
Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi → Republikanische Bauern- und Nationalpartei
Cumhuriyetçi Millet Partisi → Republikanische Nationalpartei
Cumhuriyetçi Partisi → Republikanische Partei
Demokrat Parti → Demokratische Partei 2)
Demokratik Partisi → Demokratische Partei 1)
Güven Partisi → Vertrauenspartei
Halk Fırkası → Volkspartei
Hizb-i Cedid → Neue Partei
Hürriyet Fırkası → Freiheitspartei
Hürriyet ve İtilaf Fırkası → Komitee für Freiheit und Einheit
İttihadı Muhammed Fırkası → Union der Mohammedaner
İttihat ve Terakki → Komitee für Einheit und Fortschritt
Millet Partisi → Nationalpartei
Millî Nizam Partisi → Nationale Ordnungspartei
Millî Selâmet Partisi → Nationale Wohlfahrtspartei
Milliyetçi Hareket Partisi → Nationalistische Aktionspartei
Öz Demokratlar Partisi → Partei der echten Demokraten
Osmanlı Ahrar Fırkası → Partei der Freien Osmanen
Osmanlı Demokrat Fırkası → Osmanische Demokratische Partei

Osmanlı Hürriyet-Perver Avam Fırkası → Osmanische Liberale Volkspartei
Sosyalist Devrim Partisi → Sozialistische Revolutions-Partei
Teceddüd Fırkası → Erneuerungspartei
Terakkiperver Cumhuriyet Fırkası → Fortschrittliche Republikanische Partei
Türkiye Birlik Partisi → Türkische Unionspartei
Türkiye Işçi Partisi → Türkische Arbeiterpartei
Türkiye Köylü Partisi → Türkische Bauernpartei
Türkiye Sosyalist Işçi Partisi → Türkische Sozialistische Arbeiterpartei
Yeni Türkiye Partisi → Neue Türkei Partei

AP	Adalet Partisi Gerechtigkeitspartei
CGP	Cumhuriyetçi Güven Partisi Republikanische Vertrauenspartei
CHP	Cumhuriyet Halkpartisi Republikanische Volkspartei
CKMP	Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi Republikanische Bauern- und Nationalpartei
CMP	Cumhuriyetçi Millet Partisi Republikanische Nationalpartei
CP	Cumhuriyetçi Partisi Republikanische Partei
DP	1) Demokrat Partisi 2) Demokratik Partisi Demokratische Partei 1), 2)
GP	Güven Partisi Vertrauenspartei
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi Nationalistische Aktionspartei
MNP	Millî Nizam Partisi Nationale Ordnungspartei
MP	Millet Partisi Nationalpartei
MSP	Millî Selâmet Partisi Nationale Wohlfahrtspartei
SDP	Sosyalist Devrim Partisi Sozialistische Revolutions-Partei
TBP	Türkiye Birlik Partisi Türkische Unionspartei
TİP	Türkiye Işçi Partisi Türkische Arbeiterpartei
TKP	Türkiye Köylü Partisi Türkische Bauernpartei
TSİP	Türkiye Sosyalist Işçi Partisi Türkische Sozialistische Arbeiterpartei
YTP	Yeni Türkiye Partisi Neue Türkei Partei

UNGARN

48er Verfassungspartei 742, 746 f., 762, 773
48er Partei 760 f.
48er Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger 740
48er Unabhängigkeits-Kossuth-Partei 761
48er und Unabhängigkeits-Landespartei der Landwirte 743
Adreßpartei 739
Äußerste Linke 746, 759 f.
Allgemeine Arbeiterpartei Ungarns 757
Antisemitenpartei → Antisemitische Landespartei
Antisemitische Landespartei 732, **736**, 744, 760
Arbeiterpartei Ungarns (1878) 757
Arbeiterpartei Ungarns (1920) 766
Arbeitspartei → Nationale Arbeitspartei
Bewegung Ungarisches Leben (MÉM) 754
Bürgerlich-Demokratische Partei (1900–1918) 746 f.
Bürgerlich-Demokratische Partei (PDP) 732, **736 f.**, 740, 761, 763 f., 767, 769
Bürgerliche Freiheitspartei 736, 747, 749
Bürgerliche Gemeindepartei 753
Bürgerlich-Radikale Landespartei 766 f.
Christlich-Demokratische Volkspartei 739
Christliche Frauenpartei 740
Christliche National-Sozialistische Front 750
Christliche Opposition 737
Christliche Partei 737
Christliche Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger 740 f.
Christliche Partei der Landarbeiter 738, 743
Christliche Partei der Landarbeiter und Bürger/Handwerker 738
Christliche Partei der Landarbeiter und Kleinen Landwirte 743, 752
Christliche Wirtschafts- und Soziale Partei (KGSZP) 734, **737**, 749, 753
Christliche Wirtschafts- und Soziale Volkspartei 737
Christlich-Nationale Partei (KNP) **737 f.**, 752
Christlich-Nationale Partei der Landarbeiter und Bürger **738**
Christlich-Nationale Partei der Landarbeiter und Kleinen Landwirte 740, 743
Christlich-Nationale Unabhängigkeitspartei 754
Christlich-Nationale Wirtschaftspartei 737
Christlich-Soziale Landespartei 742, 766
Christlich-Soziale Partei 738, 752
Christlich-Soziale Volkspartei (1918) 738, 742, 747
Christlich-Soziale Volkspartei (1932 ff.) 737
Christlich-Soziale Wirtschaftspartei (KSZGP) **738 f.**, 752
Deákpartei 732, **739**, 744 ff., 752, 760
Demokratische Gemeindepartei 746
Demokratische Volkspartei (DNP) **739 f.**, 764
Deutsche Bürger- und Bauernpartei Ungarns 771
Doppelkreuz-Verband 768
Einheitspartei 734, **740 f.**, 749, 753, 766
Friedenspartei (1848/49) **741**, 756
Friedenspartei (1944) 768
Gemäßigte Opposition 772
Gleichheitsverein 756
Katholische Volkspartei 732, 737, **741 f.**, 761, 767
Kommunistische Partei 768
Kommunistische Partei Ungarns (KMP) 758, 767 f.
Konservative Partei 731, **742 f.**
Kossuth-Partei 750, 762, 764
Landespartei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter **743**, 752 f., 765
Landespartei Ungarischer Arbeiter 766
Landes-Verfassungspartei 772 f.
Liberal-Bürgerliche Partei 747

Liberale Partei 736, 742, **744 f.**, 747, 749, 760 f., 772
Linkes Zentrum 739, 744, **745 f.**, 760
Linkspartei 761
Mittelpartei 746
National-Demokratische Partei **746 f.**, 749, 764 f.
Nationale Arbeitspartei 742, **747**, 772
Nationale Bauernpartei (NPP) **747 f.**, 763 f., 769
Nationale Bürgerpartei **748**
Nationale Front 750
Nationale Partei der Arbeiter Ungarns 766
Nationale Reformpartei 754
Nationale Volkspartei 737, **749**
National-Liberale Partei 746 f., **749**, 765
Nationalpartei 744 f., **749**, 761, 772
National-Radikale Partei **749 f.**, 762
National-Sozialistische Partei 750
National-Sozialistische Ungarische Arbeiterpartei 750
National-Sozialistische Ungarische Partei – Hungaristische Bewegung 755
Neue Partei **751**, 761
Neuorganisierte Sozialdemokratische Partei 759
Opposition **751 f.**
Opposition der Rechten **752**, 771 f.
Partei der Christlich-Nationalen Einheit 753
Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung (KNEP) 738, 743, **752 f.**
Partei der Kleinen Landwirte → Landespartei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter
Partei der Nationalen Einheit (NEP) 741, **753 f.**, 763
Partei der Nichtwähler 757
Partei der Unabhängigen Landarbeiter und Kleinbesitzer 766
Partei der Ungarischen Erneuerung 751, 754
Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP) 735, 748, 764, 769 f.
Partei des Ungarischen Lebens (MÉP) 751, **754**
Partei des Willens der Nation (NAP) 754 f.
Petőfi-Partei 748
Pfeilkreuzlerpartei 750, 755 f.
Pfeilkreuzlerpartei – Hungaristische Bewegung **754 ff.**
Prinzipientreues Linkes Zentrum 760
Radikale Christlich-Soziale Partei Ungarns 738
Radikalpartei **756**
Rassenschützlerpartei 766
Rassenschützler-Sozialistische Partei 755
Reformpartei (1872/73) 746
Reformpartei (1923) 762
Republikanische Landespartei 761
Sensenkreuzlerbewegung 750, 755
Siebenbürgische Partei **756 f.**
Sozialdemokratische Partei (SZDP) 735, 737, 740, **757 ff.**, 763 f., 768 f.
Sozialdemokratische Partei Ungarns (MSZDP) 544, 745, 747, 757 ff., 763, 768
Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns (MSZMP) 758, 768
Sozialistische Partei Ungarns 733, 766
Sozialistisch-Kommunistische Partei der Arbeiter Ungarns 768
Staatsrechtliche Opposition **759 ff.**
Unabhängige Agrarpartei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger 762, 768
Unabhängige Liberale Partei 744, 771 f.
Unabhängige National-Demokratische Partei 747, 765
Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte → Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger
Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger (FKGP) 735, 740 f., 750, 753, 755, 758, **762 ff.**, 765 f., 771
Unabhängige Sozialistische Bauernpartei Ungarns 759
Unabhängige Sozialistische Partei Ungarns 757, 759
Unabhängige Ungarische Demokratische Partei (FMDP) 740, 762, **764 f.**, 769
Unabhängige Ungarische Sozialistische Partei 750
Unabhängiger Sozialistischer Bauernverband Ungarns 759

Unabhängiger Sozialistischer Verband 759
Unabhängigkeits-Landespartei 761
Unabhängigkeitspartei 360, 736, 749, 760f.
Unabhängigkeitspartei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger 747, 749, **765**
Unabhängigkeits- und 48er (Károlyi-)Partei 762
Unabhängigkeits- und 48er Partei 761
Ungarische Agrarpartei 762
Ungarische Demokratische Partei 747
Ungarische Erneuerung – Nationalsozialistisches Parteibündnis 751, 754
Ungarische Freiheitspartei 740, 764, **765 f.**, 771
Ungarische Kommunistische Partei (MKP) 735, 748, 763, 765, 769
Ungarische Nationale Arbeiterpartei **766**
Ungarische Nationale Unabhängigkeitspartei **766**
Ungarische National-Sozialistische Partei 750f., 754ff.
Ungarische National-Sozialistische Partei der Landarbeiter und Arbeiter 750f.
Ungarische National-Sozialistische Partei – Hungaristische Bewegung 755
Ungarische Radikalpartei (MRP) 737, **766 f.**, 769
Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (MSZMP) 735, **767ff.**
Ungarische Unabhängigkeitspartei (MFP) 740, 764, **771**
Ungarische Vereinigte Nationalitätenpartei 771
Ungarländisch-Deutsche Volkspartei (UDVP) 347, 526, **771**
Vereinigte Christliche Partei 737, 752, 755
Vereinigte Christliche Wirtschaftspartei 738
Vereinigte Christlich-Nationale Partei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter 743, 752f.
Vereinigte Linkspartei 747
Vereinigte National-Sozialistische Partei 750
Vereinigte Opposition 749, **771f.**
Vereinigte Staatsrechtliche Opposition 760
Vereinigte Unabhängigkeits- und 48er Partei 761
Vereinigte Ungarische Partei 679, 712, **713**, 751, 754
Verfassungspartei 747, **772f.**
Volkspartei (1943ff.) 737, 740
Volkspartei → Katholische Volkspartei

b

Alkotmánypárt → Verfassungspartei
Balközép → Linkes Zentrum
Balpárt → Linkspartei
Békepárt → Friedenspartei
Deákpárt → Deákpartei
Demokrata Néppárt → Demokratische Volkspartei
Egyenlőségi Társulat → Gleichheitsverein
Egyesült Balpárt → Vereinigte Linkspartei
Egyesült Ellenzék → Vereinigte Opposition
Egyesült Függetlenségi és 48-as Párt → Vereinigte Unabhängigkeits- und 48er Partei
Egyesült Keresztény Gazdasági Párt → Vereinigte Christliche Wirtschaftspartei
Egyesült Keresztény Nemzeti Kisgazda és Földmíves Párt → Vereinigte Christlich-Nationale Partei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter
Egyesült Kereszténypárt → Vereinigte Christliche Partei
Egyesült Közjogi Ellenzék → Vereinigte Staatsrechtliche Opposition
Egyesült Magyar Párt → Vereinigte Ungarische Partei
Egyesült Nemzeti Szocialista Párt → Vereinigte National-Sozialistische Partei
Egységes Párt → Einheitspartei
Ellenzék → Opposition
Elvhű Balközép → Prinzipientreues Linkes Zentrum
Erdélyi Párt → Siebenbürgische Partei
Fajvédő Párt → Rassenschützlerpartei
Fajvédő Szocialista Párt → Rassenschützler → Sozialistische Partei
Felirati Párt → Adreßpartei
Független Földmunkások és Kisbirtokosok Pártja → Partei der Unabhängigen Landarbeiter und Kleinbesitzer

Független Kisgazda, Földműves és Polgári Agrárpárt → Unabhängige Agrarpartei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger
Független Kisgazda, Földmunkás és Polgári Párt → Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger
Független Kisgazdapárt → Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte
Független Magyar Demokrata Párt → Unabhängige Ungarische Demokratische Partei
Független Magyar Szocialista Párt → Unabhängige Ungarische Sozialistische Partei
Független Nemzeti Demokrata Párt → Unabhängige National-Demokratische Partei
Független Szabadelvű Párt → Unabhängige Liberale Partei
Független Szocialista Szövetség → Unabhängiger Sozialistischer Verband
Függetlenségi és 48-as (Károlyi-)Párt → Unabhängigkeits- und 48er (Károlyi-)Partei
Függetlenségi és 48-as Párt → Unabhängigkeits- und 48er Partei
Függetlenségi Kisgazda Földműves és Polgári Párt → Unabhängigkeitspartei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger
Függetlenségi Párt → Unabhängigkeitspartei
Jobboldali Ellenzék → Opposition der Rechten
Kaszáskeresztes Mozgalom → Sensenkreuzlerbewegung
Katolikus Néppárt → Katholische Volkspartei
Keresztény Demokrata Néppárt → Christlich-Demokratische Volkspartei
Keresztény Ellenzék → Christliche Opposition
Keresztény Földmíves és Kisgazda Párt → Christliche Partei der Landarbeiter und Kleinen Landwirte
Keresztény Földmíves és Polgári/Iparos Párt → Christliche Partei der Landarbeiter und Bürger/Handwerker
Keresztény Földmíves Párt → Christliche Partei der Landarbeiter
Keresztény Gazdasági és Szociális Neppárt → Christliche Wirtschafts- und Soziale Volkspartei
Keresztény Gazdasági és Szociális Párt → Christliche Wirtschafts- und Soziale Partei
Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja → Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung
Keresztény Nemzeti Egység Pártja → Partei der Christlich-Nationalen Einheit
Keresztény Nemzeti Földmíves és Kisgazda Párt → Christlich-Nationale Partei der Landarbeiter und Kleinen Landwirte
Keresztény Nemzeti Földmíves és Polgári Párt → Christlich-Nationale Partei der Landarbeiter und Bürger
Keresztény Nemzeti Függetlenségi Párt → Christlich-Nationale Unabhängigkeitspartei
Keresztény Nemzeti Gazdasági Párt → Christlich-Nationale Wirtschaftspartei
Keresztény Nemzeti Párt → Christlich-Nationale Partei
Keresztény Nemzeti Szocialista Front → Christliche National-Sozialistische Front
Keresztény Női Tábor → Christliche Frauenpartei
Keresztény Szociális Gazdasági Párt → Christlich-Soziale Wirtschaftspartei
Keresztényszocialista Néppárt → Christlich-Soziale Volkspartei (1932 ff.)
Keresztény Szocialista Néppárt → Christlich-Soziale Volkspartei (1918)
Keresztény Szocialista Párt → Christlich-Soziale Partei
Keresztény-keresztyén Kisgazda, Földmíves és Polgári Párt → Christliche Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger
Kereszténypárt → Christliche Partei
Kettős Kereszt Szövetség → Doppelkreuz-Verband
Közjogi ellenzék → Staatsrechtliche Opposition
Községi Demokrata Párt → Demokratische Gemeindepartei
Községi Polgári Párt → Bürgerliche Gemeindepartei
Középpárt → Mittelpartei
Kommunista Párt → Kommunistische Partei
Kommunisták Magyarországi Pártja → Kommunistische Partei Ungarns
Konzervatív Párt → Konservative Partei
Kossuth-Párt → Kossuth-Partei
Liberális Polgári Párt → Liberal-Bürgerliche Partei
Magyar Agrárpárt → Ungarische Agrarpartei
Magyar Demokrata Párt → Ungarische Demokratische Partei
Magyar Dolgozók Pártja → Partei der Ungarischen Werktätigen
Magyar Élet Mozgalom → Bewegung Ungarisches Leben
Magyar Élet Pártja → Partei des Ungarischen Lebens
Magyar Függetlenségi Párt → Ungarische Unabhängigkeitspartei
Magyar Kommunista Párt → Ungarische Kommunistische Partei
Magyar Megújulás-Nemzeti Szocialista Pártszövetség → Ungarische Erneuerung-Nationalsozialistisches Parteibündnis

Magyar Megújulás Pártja → Partei der Ungarischen Erneuerung
Magyar Munkások Országos Pártja → Landespartei Ungarischer Arbeiter
Magyar Nemzeti Függetlenségi Párt → Ungarische Nationale Unabhängigkeitspartei
Magyar Nemzeti Munkáspárt → Ungarische Nationale Arbeiterpartei
Magyar Nemzeti Szocialista Földmíves és Munkás Párt → Ungarische National-Sozialistische Partei der Landarbeiter und Arbeiter
Magyar Nemzeti Szocialista Párt → Ungarische National-Sozialistische Partei
Magyar Nemzeti Szocialista Párt – Hungarista Mozgalom → Ungarische National-Sozialistische Partei – Hungaristische Bewegung
Magyar Radikális Párt → Ungarische Radikalpartei
Magyar Szabadság Párt → Ungarische Freiheitspartei
Magyar Szocialista Munkáspárt → Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
Magyarországi Általános Munkáspárt → Allgemeine Arbeiterpartei Ungarns
Magyarországi Független Szocialista Parasztpárt → Unabhängige Sozialistische Bauernpartei Ungarns
Magyarországi Független Szocialista Parasztszövetség → Unabhängiger Sozialistischer Bauernverband Ungarns
Magyarországi Független Szocialista Párt → Unabhängige Sozialistische Partei Ungarns
Magyarországi Munkások Nemzeti Pártja → Nationale Partei der Arbeiter Ungarns
Magyarországi Munkáspárt → Arbeiterpartei Ungarns
Magyarországi Radikális Keresztényszocialista Párt → Radikale Christlich-Soziale Partei Ungarns
Magyarországi Szociáldemokrata Párt → Sozialdemokratische Partei Ungarns
Magyarországi Szocialista Munkáspárt → Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns
Magyarországi Szocialista Párt → Sozialistische Partei Ungarns
Mérsékelt Ellenzék → Gemäßigte Opposition
48-as Alkotmánypárt → 48er Verfassungspartei
48-as és Függetlenségi Országos Gazdapárt → 48er und Unabhängigkeitspartei der Landwirte
48-as Függetlenségi Kossuth-Párt → 48er Unabhängigkeits-Kossuth Partei
48-as Párt → 48er Partei
48-as Kisgazda, Földmíves és Polgári Párt → 48er Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger
Nemválasztók Pártja → Partei der Nichtwähler
Nemzet Akaratának Pártja → Partei des Willens der Nation
Nemzeti Demokrata Párt → National-Demokratische Partei
Nemzeti Egység Pártja → Partei der Nationalen Einheit
Nemzeti Front → Nationale Front
Nemzeti Munkapárt → Nationale Arbeitspartei
Nemzeti Néppárt → Nationale Volkspartei
Nemzeti Parasztpárt → Nationale Bauernpartei
Nemzeti Párt → Nationalpartei
Nemzeti Polgári Párt → Nationale Bürgerpartei
Nemzeti Radikális Párt → National-Radikale Partei
Nemzeti Reformpárt → Nationale Reformpartei
Nemzeti Szabadelvű Párt → National-Liberale Partei
Nemzeti Szocialista Párt → National-Sozialistische Partei
Nemzeti Szocialista Magyar Munkáspárt → National-Sozialistische Ungarische Arbeiterpartei
Nemzeti Szocialista Magyar Párt – Hungarista Mozgalom → National-Sozialistische Ungarische Partei – Hungaristische Bewegung
Néppárt → Volkspartei
Nyilaskeresztes Párt-Hungarista Mozgalom → Pfeilkreuzlerpartei-Hungaristische Bewegung
Országos Alkotmánypárt → Landes-Verfassungspartei
Országos Antiszemita Párt → Antisemitische Landespartei
Országos Függetlenségi Párt → Unabhängigkeits-Landespartei
Országos Keresztény-Szocialista Párt → Christlich-Soziale Landespartei
Országos Kisgazda és Földmíves Párt → Landespartei der Kleinen Landwirte und Landarbeiter
Országos Köztársasági Párt → Republikanische Landespartei
Országos Polgári Radikális Párt → Bürgerlich-Radikale Landespartei
Petőfipárt → Petöfi-Partei
Polgári Demokrata Párt → Bürgerlich-Demokratische Partei
Polgári Szabadságpárt → Bürgerliche Freiheitspartei
Radical Párt → Radikalpartei
Reformpárt → Reformpartei
Szabadelvű Párt → Liberale Partei
Szélső Bal → Äußerste Linke

Szociáldemokrata Párt → Sozialdemokratische Partei
Szocialista-Kommunista Munkások Magyarországi Pártja → Sozialistisch-Kommunistische Partei der Arbeiter Ungarns
Új Párt → Neue Partei
Újjászervezett Szociáldemokrata Párt → Neuorganisierte Sozialdemokratische Partei

DNP	Demokrata Néppárt Demokratische Volkspartei
FKGP	Független Kisgazda, Földmunkás és Polgári Párt Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, Landarbeiter und Bürger
FMDP	Független Magyar Demokrata Párt Unabhängige Ungarische Demokratische Partei
KGSZP	Keresztény Gazdasági és Szociális Párt Christliche Wirtschafts- und Soziale Partei
KMP	Kommunisták Magyarországi Pártja Kommunistische Partei Ungarns
KNEP	Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja Partei der Christlich-Nationalen Vereinigung
KNP	Keresztény Nemzeti Párt Christlich-Nationale Partei
KSZGP	Keresztény Szociális Gazdasági Párt Christlich-Soziale Wirtschaftspartei
MDP	Magyar Dolgozók Pártja Partei der Ungarischen Werktätigen
MÉM	Magyar Élet Mozgalom Bewegung Ungarisches Leben
MÉP	Magyar Élet Pártja Partei des Ungarischen Lebens
MFP	Magyar Függetlenségi Párt Ungarische Unabhängigkeitspartei
MKP	Magyar Kommunista Párt Ungarische Kommunistische Partei
MMP	Magyar Megújulás Pártja Partei der Ungarischen Erneuerung
MRP	Magyar Radikális Párt Ungarische Radikalpartei
MSZDP	Magyarországi Szociáldemokrata Párt Sozialdemokratische Partei Ungarns
MSZMP	1. Magyarországi Szocialista Munkáspárt Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns 2. Magyar Szocialista Munkáspárt Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
NAP	Nemzet Akaratának Pártja Partei des Willens der Nation
NEP	Nemzeti Egység Pártja Partei der Nationalen Einheit
NPP	Nemzeti Parasztpárt Nationale Bauernpartei
PDP	Polgári Demokrata Párt Bürgerlich-Demokratische Partei
SZDP	Szociáldemokrata Párt Sozialdemokratische Partei
UDVP	Ungarländisch-Deutsche Volkspartei

ZYPERN

Aufbaupartei des Arbeitenden Volkes (AKEL) **776f.,** 778
Demokratische Nationalpartei (DEK) **777**
Demokratische Sammlung 778
Demokratische Union **777**
Demokratisches Lager **777**
Fortschrittspartei **777**
Partei der Nationalen Union (UBP) 777
Patriotische Front (PAME) **777**
Progressives Lager **777,** 778
Republikanische Türkische Partei 778
Sozialistische Erlösungspartei 778
Sozialistische Partei – Vereinigte Demokratische Zentrumsunion 778
Vereinigte Demokratische Zentrumsunion (EDEK) **778**
Vereinigte Partei des Nationalgesinnten Regierungslagers **778**
Volkspartei 778

b

Anorthotikó Kómma Ergazoménu Laú → Aufbaupartei des Arbeitenden Volkes
Cumhuriyetçi Türk Partisi → Republikanische Türkische Partei
Dimokratikí Énosis → Demokratische Union
Dimokratikí Parátaxis → Demokratisches Lager
Dimokratikón Ethnikón Kómma → Demokratische Nationalpartei
Dimokratikós Sinajermós → Demokratische Sammlung
Eniéa Dimokratikí Énosis Kéntru → Vereinigte Demokratische Zentrumsunion
Eniéon Kómma Ethnikofrónu Simpolitéfseos → Vereinigte Partei des Nationalgesinnten Regierungslagers
Halkcı Parti → Volkspartei
Patriotikón Métopon → Patriotische Front
Proodeftikí Parátaxis → Progressives Lager
Proodeftikón Kómma → Fortschrittspartei
Sosialistikón Kómma – Eniéa Dimokratikí Énosis Kéntru → Sozialistische Partei – Vereinigte Demokratische Zentrumsunion
Toplumcu Kurtuluş Partisi → Sozialistische Erlösungspartei
Ulusal Birlik Partisi → Partei der Nationalen Union

AKEL	Anorthotikó Kómma Ergazoménu Laú Aufbaupartei des Arbeitenden Volkes
DEK	Dimokratikón Ethnikón Kómma Demokratische Nationalpartei
EDEK	Eniéa Dimokratikí Énosis Kéntru Vereinigte Demokratische Zentrumsunion
PAME	Patriotikón Métopon Petriotische Front
UBP	Ulusal Birlik Partisi Partei der Nationalen Union

II. Personenregister

Aalto, Arve 155 f.
Aaltonen, Aimo 155
Aarden, J. M. 419
Aarestad, Sven Eivindsen 438
d'Abadal, Ramón 660
Abbas, H. 724
'Abd ül-'Aziz, Sultan 715
'Abd ül-Hamid II., Sultan 715, 718
Abdülkadir, Seyid 717
'Abd ül-Medschid, Sultan 715
Aberdeen, George Hamilton, Earl of A. 251
Abma, H. G. 420
Abramovič, Rafael R. 554
Áchim, L. András 759
Acker, Achille van 15
Ackermann, Anton 110, 128
Acland, Richard 242
Adame, Manuel 653
Adami, Eddie Fenech 399
Adenauer, Konrad 70, 77 f., 91, 105, 108
Adler, Friedrich 464
Adler, Viktor 450, 461, 463 f.
Aerenthal, Aloys Leopold von 360
Ağirnasli, N. 729
Agnelli, Umberto 301
Aguadé, Jaume 661
Aguirre, José Antonio 645
Agulló, Ferrán 659
Ahrens, Hermann 108
Aitken, Max 253
Akaygen, E. 725
Akel, Friedrich 140
Akmumcu, H. 724
Aksel'rod, Pavel Borisovič 572 ff.
Alad'in, A. F. 555
Alamanís, Stélios 205
Alba, Santiago 655
Alberti, Peter Adler 54
Albertin, Lothar 86
Alberto, Carlo 293
Albini 542
Albrecht, Ernst 79
Albrecht, Lajos 546
Alcalá Galiano, Francisco 650
Alcalá Zamora, Niceto 656
Aldoğan, S. 721
Alegre, Manuel 515
Aleksa, Jonas 380, 384
Aleksandar I. Obrenović, König von Serbien 628, 632, 636
Aleksa-Angarietis, Zigmas 384 f.
Aleksinskij, G. A. 574
Alenius, Ele 155 f.
Alexander I., russischer Zar 147
Alexander II., russischer Zar 41
Alexander III., russischer Zar 147, 151
Alexander I. Karadjordjević, jugoslawischer König 331 f., 336, 340, 342, 344, 350, 627, 630
Alexander von Battenberg, bulgarischer Fürst 39 f.
Alexandrescu, Anton 533
Alexandrís, Apóstolos 221, 225
Alfons XIII., König von Spanien 641
Alfonso Carlos, Don 651
Alican, Ekrem 725
Alimpić, Ranko 629
Alkio, Santeri 170
Allemanne, Jean 178 ff., 190
Allik, Hendrik 144
Almeida, António José de 510 f.
Almirante, Giorgio 308
Alpári, Gyula 757, 767
Alpoim, José de 503
Alvarez, Melquíades 659
Alvarez de Miranda, Fernando 645, 668
Amaral, Diego Freitas do 501
Amberg, Oskar 140
Ambrozaitis, Kazimieras 379
Amendola, Giorgio 306
Amendola, Giovanni 306
Ammende, Ewald 41
Amon, Erich 317
Ancel, Ivan 365
Anciaux, Vic 28
Andersen, Alsing Emanuel 434
Andersen, Poul Nyboe 55
Andersson, Gustaf 595
Andersson, Hans 586
Andrássy, Gyula (1823–1890) 739, 744 f.
Andrássy, Gyula (1860–1929) 738, 753, 761, 772
Andreesen, Nigol 142 f.
Andrei, Stefan 540
Andreotti, Giulio 300, 305
Anguiano, Daniel 665
Anikin, S. V. 555
Anseele, Edward 12 ff.
Antier, Paul 178
Antoni, Carlo 306
Antunes, Ernesto Augusto de Melo 499
Anvelt, Jaan 144
Apis s. Dimitrijević-Apis
Apostol, Gheorghe 540
Apponyi, Albert 733, 745, 749, 752, 761 f., 772
Apponyi, György 361
Arana, Luis de 644
Arana, Sabino 644
Araquistáin, Luis 665
Arbore-Ralli, Ecaterina 537, 544
Ardiaca, P. 669
Areilza, José María de 670
Aren, S. 729
Argetoianu, Constantin 519, 522, 531, 533, 548
Argunov, A. A. 567
Arias Salgado, Rafael 667 f.
Arif, Celâleddin 717
Arif Emre, S. 723
Arion, Virgil 530
Arnalds, Ragnar 291
Arnórsson, Einar 284 f.
Aronson, G. 554
Arrese, José Luis 647
Arriaga, Kaulza de 501
Arriaga, Manuel de 510
Arsen'ev, K. K. 565
Ásgeirsson, Ásgeir 283
Asquith, Herbert Henry 240, 248, 253 f., 264
Ast, Karl 142
Atanasiu, V. 548
Athanasiádis-Nóvas, Jeórjios 214
Attlee, Clement 242 f.
Aubert, Jean-François 616
Augustini, G. 542
Aura, Jalo 166
Aura, Teuvo 156
Aurelian, Petru S. 534
Auriol, Vincent 196
Austerlitz, Friedrich 463 f.
Avakumović, Jovan 630
Averescu, Alexandru 523, 529, 531, 544, 546, 548
Avramović, Mihailo 334
Aybar, M. A. 729
Azaña, Manuel 658 f., 661
Azcárate, Gumersindo de 659
Azcárraga 656
Azef, E. F. 568 f.
Azínas, Andréas 777
Azizoğlu, Yusuf 725
Aznar, Juan Bantista 663

Babeş, Vincenţiu 542
Bach, August 81
Bachem, Julius 135
Backer, Aloys de 16
Baden, Max Prinz von 103
Badeni, Kasimir Felix von 469
Badoglio, Pietro 297, 304, 316
Bächtold, Hermann 606
Baehr, P. R. 411
Bäumer, Gertrud 86
Bagdonas, Juozas 385
Bagge, Gösta 584
Bagrijanov, Ivan 37
Bahlmann, Bernard Maria 421
Bajamonti, Ante 323
Bajcsy-Zsilinszky, Endre 741, 749 f., 763, 766
Bakaev, I. P. 561
Bakalov-Zerkovski, Zanko 36
Baklatzís, Emmanuil 215
Baky, László 750, 756
Balašov, P. N. 571
Bălcescu, Nicolae 533
Baldvinsson, Jón 287 f.
Baldwin, Stanley 248
Balfour, Arthur James 247 f.
Balluku, Beqir 7
Balmes, Jaime 650
Balodis, Jānis 374
Balogh, István 750, 755
Balogh, István (»Paten«) 764 f.
Balsemão, Pinto 512 f.
Baltatzís, Aléxandros 202
Baltatzís, Jeórjios 227
Baltrušaitis, Jurgis 380
Baltrusch, Friedrich 87
Bamberger, Ludwig 89 f., 106, 112, 115
Bán, Antal 758
Banaitis, Saliamonas 381
Bandeira, Viscomte Sáda 500, 503
Bánffy, Dezső 744, 751
Bánffy, Miklós 547
Bang, Nina 59
Banguoğlu, Hasan Tahsin 725
Bánhídy, Béla 772
Banning, Willem 417
Bányai, László 547
Bara, Jules 24
Barák, Rudolf 690
Barankovics, István 740, 765
Bárczay, Ferenc 754
Bárczy, István 747
Bárdos, Peter 547
Bareuther, Ernst 450, 469
Bariani, Didier 188
Barițiu, Gheorghe 542
Barnes, George 240
Barreiros, Acácio 501
Barrera, Heribert 662
Barreto, António Miguel de Morais 499, 515
Barreto, Kalidás 505
Barth, Theodor 90, 106, 112
Bartha, Jenő 766
Bartha, Miklós 746
Barthou, Louis 188
Bartolo, Augustus 399
Bartošek, Theodor 699, 706
Barzel, Rainer 78
Basanavičius, Jonas 384
Basch, Franz 771
Basiákos, Kóstas 206
Bassermann, Ernst 114 f.
Basso, Lelio 311
Batthyány, Lajos 751 f.
Batthyány, Tivadar 744, 762
Batur, S. 725
Baudouin, belgischer König 17
Bauer, Gustav 125
Bauer, Otto 443, 461 f., 464 f.
Bauer, Riccardo 301
Baumgartner, Josef 75
Baunsgaard, Hilmar 52, 55, 57
Bausch, Paul 84

Baxa, Karel 685, 702, 705
Bayar, Celâl 721 f.
Bayur, Hikmet 725
Bebel, August 121, 123 f.
Bech, Joseph 389 f.
Bechyně, Rudolf 709 f.
Beck, Josef 613
Becker, B. 123
Becker, Johann Philipp 622
Beckman, Ernst 595
Beerenbrouck, Ruys de 421
Beernaert, August 21
Behrens, Franz 84
Bejan, P. M. 535
Belbez, H. 725
Belcredi, Richard 362, 365
Belimarković, J. 629
Beljakow, A. S. 155
Beller, Hans 526
Belojánnis, Nikos 215
Belton, Patrick 273
Benedetti, Arrigo 317
Benediktsson, Bjarni 285, 287
Beneš, Eduard 671, 674 f., 684, 689, 697, 706 f., 709 f.
Benn, Anthony Wedgwood 243
Benningsen, Rudolf von 114 f.
Bentham, Jeremy 250
Bentinck, William George Frederick 246
Beran, Rudolf 691, 693, 695 ff.
Berezin, M. E. 556
Berg, Chresten 53, 56
Berg, Paal Olav 433
Berge, Abraham Theodor 433, 438
Bergegren, Hinke 591
Berger, Aladár 537
Bergery, Gaston 181
Berggrav, Eivind Josef 430
Berglund, Carl 596 f.
Bergs, Arveds 374
Bergsträsser, Ludwig 87
Bergström, David 595
Berija, Lavrentij Pavlovič 130, 562
Berinkey, Dénes 743, 767
Berlinguer, Enrico 305 f., 509
Bernády, György 546
Bernoulli, Hans 616
Bernstein, Eduard 38, 116, 122, 124 f., 709
Berntsen, Klaus 54
Bertrand, Alfred 12
Bērzinš-Vinters, Jānis 372
Besold, Anton 75 f.
Besteiro, Julián 665
Bethlen, György 547
Bethlen, István 734, 737, 740 f., 743, 753, 763, 766
Bethmann-Hollweg, Theobald von 98, 102
Bettelheim, Ernst 455
Beuckelaere, Adiel de 19 f.
Beust, Friedrich Ferdinand 362
Bevan, Aneurin 242 f.
Beveren, Edmond van 13
Bevin, Ernest 241 ff.
Bezerédj, István 741
Bianchi, Michele 314
Biçakçi, C. 729
Bidault, Georges 189 f.
Biedermann, Ernst 611
Bierut, Bolesław 484, 489
Biesen, Jan Jacob Willem van den 421
Biesheuvel, Barend Willem 412
Biester, Karl 91
Biever, Nicolas 393
Biggar, Joseph Gillis 264
Bil'ak, Vasil 690
Bilgiç, S. 722
Bilit, B. G. 569
Birk, Aadu 144
Bîrlădeanu 546
Biržiška, Mykolas 385
Bismarck, Otto von 88 ff., 93, 97, 112, 114 f., 120 f., 124, 134
Bissolati, Leonida 310
Bistras, Leonas 383
Bjørø, Ivar 430
Blehr, Otto Albert 432 f.
Bleiweis, Janez 324 f.
Bleuler, Salomon 610
Bleyer, Jakob 771
Blösch, Eduard 612
Blum, René 393
Bjarnason, Brynjólfur 284
Björklund, Ilkka-Christian 156
Blagoev, Dimităr 34, 37 f., 572
Blodnieks, Adolfs 375
Blowick, Joseph 265
Blücher, Franz 103 f.
Blum, Léon 181, 195 f.
Blunck, Andreas 86
Bobrinskij, V. A. 571
Bobriščev-Puškin, A. V. 567
Bobula, J. N. 697
Bodnăraş, Emil 537
Böckel, Otto 92
Böhr, Josef 680
Bölükbaşı, Osman 725
Boerescu, V. 533
Böszörmény, Zoltán 750
Boffa, Paul 397, 399
Bogaers, P. C. W. 419
Bogolepov, N. N. 569
Bogoridi, Aleksandar 40
Bogosavljević, Adam 631 f.
Bohman, Gösta 584
Bojko, Jakób 490
Bojsen, Frede 53
Boland, Gerald 270
Boland, Kevin 267
Bolingbroke, Viscount, Henry, St. John 255
Bolz, Lothar 113
Bonar Law → Law, Andrew Bonar
Bondarev, S. I. 555
Bonfert, Alfred 526
Bonomi, Ivanoe 297, 310 f., 313
Boran, B. 729
Bordiga, Amadeo 302 f.
Borgbjerg, Frederik 59
Borginon, Hendrik 19 f.
Boris III., Zar von Bulgarien 32, 35, 37, 42 f.
Borms, August 20
Bornemisza, Géza 754
Borten, Per 431, 433, 436, 439
Bortkevičiene, Felicija 386
Bortkevičius, Jonas 383
Bos, Dirk 423
Bošković, Stojan 629
Boström, Erik Gustaf 585 f.
Bourdet, C. 198
Bovio, Giovanni 307
Bozbeyli, F. 722 f.
Braamcamp, Anselmo José 503, 510
Bráf, Albin 691 f.
Braga, Joaquim Teófilo 510
Bramson, L. M. 556
Brand, Walter 700
Brandão, Raul 511
Brandes, Edvard 53, 56 f.
Brandler, Heinrich 109 f.
Brandsch, Rudolf 525, 771
Brandt, Willy 105, 127, 514
Branting, Hjalmar 588, 590 ff.
Brasseur, Alexis 388, 390
Brasseur, Robert 388, 390 f.
Brasseur, Xavier 392
Brătianu, Constantin (Dinu) 535
Brătianu, Dimitrie 533
Brătianu, Gheorghe 527, 532, 535
Brătianu, Jon C. 533
Brătianu, Ionel, J. C. 529, 534 f.
Brătianu, Vintila 532, 535
Bratlie, Jens Kristian 438
Bratteli, Trygve Martin 431, 433, 436, 439
Braun, Karl 114 f.
Braun, Otto 86, 102, 125 f.
Brauns, Heinrich 135
Bredt, Johann Victor 98, 120
Breikšs, Jānis 371
Breitner, Burghard 467
Breitscheid, Rudolf 106
Bremers, Arvids 374
Brennan, Austin 266
Breško-Breškovskaja, E. K. 567
Brežnev, Leonid Il'ič 563
Briand, Aristide 180, 189
Bridel, Philipp 609, 616
Briem, Porsteinn 283
Bright, John 251
Brix, Harald 58
Brizon, Pierre 198
Brodecký, V. 699 f.
Bródy, Ernő 737
Brofoss, Erik 436
Bronsveld, Andries Willem 408
Brosio, Manlio 306
Brote 542
Brotherus, K. R. 160
Brouckère, Louis de 13
Brousse, Paul 178, 180
Brown, George 243
Browne, Noel 266, 268, 274
Broz, Josip s. Tito
Brüel, Ludwig August 96
Brüning, Heinrich 69, 81, 84, 88, 95 f., 99, 120, 126, 132 f., 136
Brugha, Cathal 269
Brunar, Heinrich 681
Brunet, Frédéric 181
Bruno, Sampaio 510
Bublikov, A. A. 555
Bubník, Josef 688
Bucharin, Nikolay Ivanovič 435, 557, 560 ff., 618
Būčys, Pranciškus 382
Budisavljević, Srdjan 350
Bülow, Bernhard Fürst von 98, 106 f., 115, 135
Bürkli, Karl 610, 622
Buhl, Vilhelm 60
Bujor, Paul 522 f.
Bukovac, Jean 392
Bukšeg, Vilim 353, 366
Bulat, A. A. 556
Bulganin, Nikolaj Aleksandrovič 562 f.
Bull, Edvard 435
Bullejos, José 653
Buller, Charles 251
Bulygin, A. G. 549, 570
Bulyovszky, Gyula 756
Bunsen, Georg von 114
Buntić, Didak 347
Buresch, Karl 449
Burgess, Joseph 239
Burke, Edmund 244, 255 f.
Burmov, Todor 39
Burtică, Cornel 540
Butler, Maire 268
Butler, Richard Austen 249
Butt, Isaac 263 f.
Buttinger, Josef 465
Buzek, Jan 693

Cabanillas, Pío 668
Cabral, António Bernardo da Costa 500, 503, 505 f.
Cachin, Marcel 182
Caetano, Marcelo 506, 508
Çağa, E. 729
Çağatay, Mustafa 778
Caillaux, Joseph 187
Cajander, Aimo Karl 165
Čajkovskij, N. V. 567
Çakmak, Fevzi 721, 725
Čakste, Jānis 370 f., 374
Călinescu, Armand 527
Callaghan, James 243
Calogero, Guido 297, 317

Cals, Josef Maria Laurens Theo 408, 418
Calvo Ortega, R. 667 f.
Calvo Sotelo, José 663, 668
Camacho, Manuel de Brito 510
Cámara, Sixto 646
Cambó, Francesc 659 f.
Camões, Luis de 510
Campbell, David 261
Campbell, Bannerman, Henry 253
Camuñas, Ignacio 668
Canalejas, José 655
Canga Argüelles 651
Cankov, Aleksandăr 38, 42
Cankov, Dragan 31, 40 f.
Canning, George 251
Canov, Najčo 43
Cánovas del Castillo, Antonio 641, 655 f.
Cantacuzino, Grigore G. 530
Cantacuzino, Matei 548
Cantacuzino-Granicerul, G. 548
Capitant, René 179
Caprivi, Leo von 74, 90, 97, 106 f., 115, 134
Carada, Eugen 534
Carandini, Nicolo 306
Cardoso, Alfredo Ernesto de Sá 510 f.
Cardoso, Antonio Lopes Poppe 505, 515
Carillo, Santiago 505
Carlos, Don 510, 639
Carneiro, Francisco Sá 499, 512 f.
Carner, Jaume 656
Carnot, Adolphe 188
Carol I., Kg. von Rumänien 517, 529 f., 533
Carol II., Kg. von Rumänien 519 f., 527 f., 532, 535
Carolis, Massimo de 301
Carp, Petre P. 530
Carpenter, Walter 265
Carranza, Thomáz de 670
Carrillo, Santiago 653 f., 665, 669
Carson, Edward 275
Carvalho, Otelo Saraíva de 501 f.
Cervera 646
Casares Quiroga, Santiago 649
Casati, Alfredo 306
Castberg, Johan 432 f., 437
Castelar, Emilio 646
Castrén, Urho Jonas 166
Castro, Alvaro de 511
Castro, Honorato de 661
Castro, José Luciano de 503
Castro, Vieira de 500
Catargiu, Barbu 529 f.
Catargiu, Lascar 529
Cattaneo, Carlo 307
Cavazzoni, Stefano 312 f.
Cavendish-Bentinck, Lord → Bentinck, W. G. F.
Cavour, Camillo Graf Benso di 293 f.
Čcheidze, N. S. 574
Ceaușescu, Elena 540
Ceaușescu, Nicolae 536, 539 f.
Ceaușescu, Nicu 540
Cecil, Lord Robert → Salisbury, R. A.
Cederbaum, Ju. O. → Martov, Ju. O.
Celminš, Hugo 374
Cemal Pascha 716
Cerejeira, Manuel Gonçalvez 512
Čerepanov, D. A. 566
Čereteli, I. G. 574
Čermák, Karl 683
Černius, Jonas 379, 383
Černov, Viktor M. 553, 567, 569 f.
Červenkov, Välko 35
Česevičius, Domas 381
Ceton, Jan Cornelis 414 f., 422
Chaban-Delmas, Jacques 191 ff.
Chabert, Charles 179
Chagas, João 510
Chaitás, Andrónikos 210
Chamberlain, Austen 247 ff.
Chamberlain, Joseph 247, 250, 252 f.
Chamberlain, Neville 242, 248
Champetier de Ribes, Auguste 179
Charpentier, Maurice 189
Charvát, Vincenc 699
Chatzíbeis, Stamátis 229
Chautemps, Camille 187, 195 f.
Chevènement, Jean-Pierre 197
Chichester-Clark, James Dawson (Viscount Moyola) 276
Chilkov, D. A. 567
Chirac, Jacques 193
Chișinevschi, Josif 539
Chobot, E. 694
Chomjakov, N. A. 575, 577
Chorin, Ferenc 744
Christensen, Halvor Olaus 437
Christensen, Jens Christian 54
Christoffersen, Henning 55
Christodulídis, Rénos 777
Chruščev, Nikita Sergeevič 7, 155, 167, 338, 539, 562 f.
Chrzanowski, Zygmunt 479
Churchill, Randolph 246
Churchill, Winston 242, 247 ff., 253 f.
Cianca, Alberto 301
Čičerin, Georgij V. 575
Cielens, Feliks 376
Cierva, Juan de la 656
Čingrija, Pero 323
Citrine, Walter 241
Claes, Lode 28
Claes, Willy 16
Claudín, Fernando 654
Clausen, Fritz 56
Clemenceau, Georges 185, 187
Clemenceau, Michel 188
Clementis, Vlado 689
Clerq, Staff de 19
Cobden, Richard 251
Coburn, J. 266
Codignola, Tristano 297
Codreanu, Corneliu Zelea 527 f.
Coelho, Latino 510
Cohen, L. 422
Cohen, Marcel 391
Colajanni, Napoleone 307
Colijn, Hendrik 408, 411, 420 f.
Colin, André 189
Collins Michael 269, 277
Colombo, Emilio 300
Colorni, Eugenio 311
Combes, Emile 181, 186
Comorera, Joan 669
Companys, Lluis 661
Connolly, James 261, 264 f., 272
Connolly, Nora 265
Connolly Roderic 265, 272
Constant, Benjamin 495, 609
Constantinescu, Miron 538 f.
Conti, Giovanni 307
Contreras 660
Cools, André 16
Cooper, Duff 248
Cooper, Ivan Lee 276
Coppola, Francesco 313
Corbino, Epicarmio 299, 306
Corish, Brendan 262
Coromines, Pere 657
Corradini, Enrico 313
Cortés, Donoso 650
Cortezão, Jaime 511
Cosgrave, Liam 274
Cosgrave, William Thomas 269, 271, 273, 277 f.
Cosma, P. 542
Costa, Adelino Amaro da 501 f.
Costa, Alfonso 509 f.
Costa, Alfredo, Jorge Nobre da 502
Costa, Andrea 310
Costăchescu, Nicolae 522 f.
Costello, Declan 274
Costello, John Aloysius 265, 268, 273 f.
Costinescu, Emil 534
Cot, Pierre 187
Coullery, Pierre 622
Couvreur, W. 27
Covelli, Alfredo 316
Cracalia, Constantin 545
Crăciuneanu, Gr. 548
Craig, James (Lord Craigavon) 275
Craig, William 276 f.
Cravatte, Henry 393
Craxi, Bettino 312
Cripps, Stafford 242
Crispien, Artur 132
Cristescu, Gheorghe 537, 544 f.
Croce, Benedetto 306
Croft, Henry Page 255
Crossman, Richard 242
Csáky, Albin 744
Csávolszky, Lajos 746, 760
Csécsy, Imre 767
Csík, József 766
Csillag, Zsigmond 757
Csizmadia, Sándor 766
Čubrilović, Branko 334
Čumić, Aćim 633
Cunhal, Alvaro Barreirinhas 507 ff., 511
Cuno, Wilhelm 87, 95, 135
Curiel, Eugenio 311
Čuřík, Antonín 712
Curri, Bajram 4
Currie, Austin 272
Curti, Theodor 605
Curtius, Julius 96
Curzon, George Nathaniel 248
Cusack, Michael 264
Cuvaj, Slavko 361
Cuza, Alexandru C. 524, 527, 531, 548
Cuza, Alexandru Ioan 517, 529, 531, 533
Cvetković, Dragiša 334 f., 343, 345, 352
Cyrankiewicz, Józef 487
Czech, Ludwig 683 f.
Czettler, Jenő 737, 752
Cziráky, József 738

Dabčevič-Kučar, Savka 338
Dąbski, Jan 476
Dähnhardt, Heinz 133
Daens, Adolf 16 f.
Daens, Pieter 16 f.
Däumig, Ernst 132
Dahlem, Franz 130
Dahrendorf, Rolf 105
Daković, Marko 402
Daladier, Edouard 186 f., 195 f., 198
Daly, Patrick, T. 265
Dam, P. M. 63
Damaschke, Adolf 116
Dambrauskas-Jakštas, Adomas 382
Dan, F. I. 574 f.
Danev, Stojan 40
Danglis, Panajótis 213, 221 f.
Danielsson, Anders Petter 585
Danielsson, Axel 588, 590
Danielson, Kalmari, J. R. 151
Danilo I. Petrović Njegoš, König von Montenegro 401
Danneberg, Robert 464
Darányi, Kálmán 753
Daszyński, Ignacy 485, 487
Dato, Eduardo 656
Dauch, Walther 95
David, Eduard 125
Davidović, Ljubomir 339 f., 343 f., 347, 350, 352, 636
Davies, Clement 245
Davitt, M. 264
Daxner, Stefan Marko 697
Daye, Pierre 26
de Valera, Eamon → Valera, Eamon de
Deák, Ferenc 733, 739, 744, 751 f.
Déat, Marcel 195, 197

Debré, Michel 193
Decurtins, Caspar 613
Defacqz, Eugène 23 f.
Deferre, Gaston 197
Defosset, Léon 18
Defuisseaux, Alfred 13
Degrelle, Léon 19, 26 f.
Dehler, Thomas 103 f.
Dejč, L. G. 572
Delgado, Humberto 508, 514
Delijeórjis, Epaminóndas 223 f.
Delijeórjis, Leonídas 224
Delvina, Sulejman 4
Demiray, T. 722
Demirel, Suleyman 722 f., 728, 730
Dem'janov, A. D. 577
Demko, Michael 677
Dengel, Philipp 110
Denis, Jean 26
Denktaş, Rauf 776 f.
Depretis, Agostino 294
Depreux, Edouard 178
Derby, Edward Geoffrey Stanley, Earl of 246
Deuntzer, Johan Henrik 54
Deutsch, Julius 464
Devaux, Paul 24
Devèze, Albert 25
Devlin, Bernadette 276
Devlin, Patrick 267
Diamand, Herman 485
Diamond, Harry 267
Díaz, José 653
Diderich, Gaston 391
Dielininkaitis, Pranas 379
Dietrich, Hermann 88, 98
Diktonius, Elmer 164
Dilijánnis, Theódoros 206, 212, 214, 216 f., 219, 225
Dilke, Charles 253
Dillon, James 266, 273 f.
Dimitrakópulos, Nikólaos 207
Dimitrijević-Apis, Dragutin 632
Dimitríu, Panajótis 211
Dimitrov, Georgi 34 f., 337
Dimitrov-Gemeto, Georgi 37
Dimović, Danilo 321
Dingeldey, Eduard 94, 96
Dinghoffer, Franz 454
Dinnyés, Lajos 764 f., 771
Dirks, Walter 76
Dirr, Theodor 74
Dis, Cornelis Nicolas van 420
Disraeli, Benjamin 244 ff., 249, 251
Dittmann, Wilhelm 131 f.
D'jakov, I. A. 567
Djilas, Milovan 337 f.
Djordević, V. 334
Djurić, Dragiša 634
Dlabola, J. 703
Dmitrjukov, I. I. 577
Dmowski, Roman 476, 479 f.
Dobi, István 764, 769
Dobrogeanu-Gherea, Alexandru 537
Dobrogeanu-Gherea, Constantin 522, 543
Döbrich, Friedrich 81
Döring, Wolfgang 104
Doğan, Avni 728
Dohna, Alexander Georg, Graf zu 96
Dokić, Lazar 632
Dolgorukij, Pavel D. 564
Dolgorukij, Petr D. 564
Dollfuß, Engelbert 447, 449 f., 455, 458, 466, 666
Domaševičius, Andrius 385
Domela Nieuvenhuis, Ferdinand 424
Domingo, Marcelino 658, 661
Domö, Frithiof 584
Donat Cattin, Carlo 300
Donati, Giuseppe 313
Donhauser, Anton 75 f.
Donkersloot, N. E. 418
Donnellan, Michael T. 265
Donner, O. 157
Doriot, Jacques 181, 183
Dorsch, Wilhelm 81
Dossetti, Giuseppe 299
Douglas-Home, Alexander Frederick 249
Draga, Ferad 340
Draga, Nedžib 340
Drăghici, Alexandru 540
Dragúmis, Stéfanos 221
Drašković, Aleksandar 361
Drašković, Ivan 367
Drašković, Milorad 336, 339
Draugelis, Eliziejus 380
Draxl, Josef 699
Dress, Willem 412, 418, 424
Drewitz, Hermann 119 f.
Drexler, Anton 116 f.
Drinković, Mato 346
Drljević, Sekula 347
Droessart, Georges 392
Drumaux, Marc 22
Drumev, Vasil s. Kliment, Bischof von Tirnova
Duarte, Américo 500
Dubček, Alexander 690
Dubreuil, L. 194
Dubrovin, A. I. 570
Duca, Ion C. 527, 531, 534 f.
Duchet, Roger 185
Dühring, Emil 736
Dürango, Elfrid 597
Dürrenmatt, Peter 616
Dürrenmatt, Ulrich 619
Dufour, Guillaume-Henri
Duhamel, Jacques 200
Dundon, William 397
Dupong, Pierre 390
Dumša, Juozas 384
Ďurčanský, Ferdinand 699
Ďurčanský, Jan 699
Durduran, Alpay 778
Durham, Lord John George Lambton 250 f.
Duttweiler, Gottlieb 614
Duvieusart, Jean 17
Duynstee, Franz Joseph 413
Dyk, Viktor 704
Dzierzyński, Felix 385, 492

Eanes, António Ramalho 499, 502, 515
Ebert, Friedrich 102, 125
Ebner, Mayer 529
Ecevit, Bülent 724, 726, 728
Ecevit, Rahşan 726
Eckart, Dietrich 117
Eckhardt, Tibor 741, 750, 753, 762 f., 766
Eden, Anthony 248 f.
Edén, Nils 595
Eder, L. 458
Edip, Halide 717
Edling, Alfred 593
Efremov, I. N. 554 f.
Eftichiádis, Kóstas 210
Eggerz, Sigurður 285 f.
Ehard, Hans 83
Ehrnrooth, Georg C. 156, 163
Eichhorn, Wilhelm 82 f.
Eidukevičius, Pranas 385
Einaudi, Luigi 299, 306
Einbund-Eenpalu, Karl 139 f.
Eisenberger, Georg 74
Eisner, Kurt 74, 125
Ejdel'man, B. L. 571
Ekman, Carl Gustaf 595
Elias, Hendrik 19
Elst, Frans van der 27
Ember, Géza 757
Ender, Otto 449, 454
Endre, László 755
Engels, Friedrich 122, 124, 128, 179 f., 461, 474, 635
Engström, John M. 588
Enver Pascha 716
Eötvös, József 751 f.
Eötvös, Károly 761
Erakalın, A. 729
Erbakan, Necmettin 724
Erdei, Ferenc 748
Erdem, N. 721
Erenrot, Kazimir Gustav 40
Erhard, Ludwig 78, 105
Eriksen, Erik 52, 55, 60
Eriksson, Pehr 588
Erim, Nikat 727 f.
Erkelenz, Anton 86 f., 102
Erkko, Eero 149, 157
Erlander, Tage 592
Erler, Fritz 127
Erlingsson, Þorsteinn 285
Ernszt, Sándor 737 f.
Ertl, Josef 105
Ernuszt, Kelemen 772
Erzberger, Matthias 135
Esch, Jean-Baptiste 389
Escher, Alfred 609 f.
Esengin, K. 728
Eszterhás, György 740
Esterházy, János 713
Esterházy, Miklós Móric 741
Esterházy, Móric 747
Estrup, Jacob Brønnum 45, 50 f., 53 f.
Etienne, Eugène 188
Etzel, Hermann 75 f.
Euler, August Martin 103 f.
Evdokas 777
Evliyaoğlu, Kâmuran 722
Ewert, Arthur 110
Eynern, Hans von 94, 96
Eyskens, Gaston 15
Ežov, N. I. 561

Fábián, Béla 747
Fabian, David 537
Fabre, Robert 178
Fabritius, Fritz 526
Facchinetti, Cipriano 307
Facta, Luigi 313
Fadenchecht, Josif 43
Fälldin, Torbjörn 584, 598
Fagerholm, Karl August 166 f.
Fahrner, Adam 682
Fal Conde, Manuel 651
Falkner, Ernst 75
Fan Noli, Stylian 2 ff.
Fancello, F. 301
Fanfani, Amintore 299 ff.
Fangen, Ronald August 430
Faragho, Gábor 736
Faravelli, Giuseppe 309
Farinacci, Roberto 316
Farkas, Mihály 769
Farkasfalvi Farkas, Géza 741
Farren, Thomas 261
Faßbender, H. 112
Faulkner, Arthur Brian Dean 276
Faure, Edgar 187 f., 191
Faure, Maurice 178
Faure, Paul 195 f.
Feder, Gottfried 117, 416
Federzoni, Luigi 313 f.
Fehrenbach, Konstantin 86, 95, 135
Fejérváry, Géza 745, 751, 757
Fenčík, Štefan 697
Ferdinand, Zar von Bulgarien 31 f., 41
Ferdinand, Kg. von Rumänien 519, 535, 543
Ferdinand VII., König von Spanien 639, 650
Fereira, José Manuel de Medeiros 499, 515
Ferenc, József 546
Fernandes, Vasco da Gama 515
Fernández Cuesta, Raimundo 647 f.
Fernández de la Mora, Gonzalo 670
Fernández Ordoñez, Francisco 668
Ferrari, Francesco L. 313

Ferrero, Guglielmo 306
Festetics, Sándor 750, 755
Feyzioğlu, Turhan 725 f., 728
Fierlinger, Zdeněk 710
Figl, Leopold 459
Figueras, Estanislao 646, 660
Figuerola, Laureano 657
Filáretos, Jeórjios 206
Filderman, W. 528
Filipescu, Nicolae 530
Filipović, Filip 336
Finder, Pawel 483
Firdus, Alibeg 320
Fischbacher, Jakob 76
Fischbeck, Otto 85 f., 101 f., 107
Fischer, Hermann 87
Fischer, R. 703
Fischer, Ruth 110
Fischer, Th. 528
Fitt, Gerry 267, 272
FitzGerald, Garrett 274
Fitzpatrick, Michael 263, 267
Fjelstad, Anders 440
Flach, Karl-Hermann 105
Flandin, Pierre Etienne 188
Flesch, Colette 391
Fleurant, Gabriel 178
Flondor, Iancu 524, 548
Florescu, Ioan E. 530
Florescu, I. Th. 535
Floriş, Stefan 537
Flueras, Iosif 537, 544 f.
Flyg, Nils 587
Fock, Jenő 770 f.
Földváry, Mihály 744
Folke, Steen 56
Folnegović, Ivan 364
Fontana, José 511
Foot, Michael 242 f.
Foppa, Hermann 454
Foran, Thomas 261
Forckenbeck, Maximilian Franz August von 88 f., 112, 115
Forges Davazati, R. 313
Forlani, Arnaldo 300
Fortuyn, Jan 422
Fourier, Charles 12, 510
Fox, Charles James 256
Fox, H. R. → Holland, Lord H. R.
Fraga Iribarne, Manuel 669 f.
Franco, Francisco 273, 642 f., 647 f., 651
Franco, João 503, 510
Frank, Karl Hermann 701
Frank, Ivo 364
Frank, Josip 346, 364, 366
Frank, Ludwig 124
Franke, Emil 706
Frankel, Leó 757
Franz Joseph, Kaiser von Österreich 448, 739, 741, 745, 752
Franzel, Emil 684
Freiberg, Karl 143
Frère-Orban, Walthère 21, 23
Frey, E. 449
Frey, Roger 191
Friberg, Ralf 163
Frick, Wilhelm 118
Friðriksson, Ólafur 287 f.
Friedberg, Robert 86, 95, 116
Friedensburg, Ferdinand 76
Friedjung, Heinrich 450, 463
Friedländer, Elfriede 455
Friedländer, Paul 455
Friedrich, István 733, 737 f., 752, 758, 766
Friedrich Karl von Hessen, Prinz 170
Friesen, Sixten von 593, 595
Friis, Jakob Johan 435
Frind, Wenzel 680
Fritsch, Theodor 99 ff.
Frőlich, Gusztáv 744
Frogner, Elinar 440
Frossard, Ludovic Oscar 182, 195
Frutos, F. 669
Frykholm, J. E. 588
Führer, Fritz 317
Fuente, Licinio de la 670
Füssy, Kalmán 712
Fuhrmann, Paul 115
Funck, Carl 102
Fundo, Llazar 4
Furre, Berge 439
Furubotn, Peder Lorentz 431

Gaal, Gaszton 741, 762
Gabršček, Andrej 326
Gabrys, Juozas 380 f.
Gagatko, Andrej 686
Gaillard, Felix 187
Gaitskell, Hugh 243
Gaj, Ljudevit 362
Gajda, Rudolf 690, 696
Gál, Jenő 747
Galarza, Angel 659
Galvanauskas, Ernestas 380 ff.
Gamaza 654
Gamper, Hans 317
Ganado, Herbert 399
Gandorfer, Karl 74
Garaicoetxea, Carlos 645
Garami, Ernő 757 f.
Garašanin, Milutin 633
Garaudy, Roger 184
Garbai, Sándor 758
Garcia, Elias 510
García Prieto, Manuel 655
Carcía Quejido, Antonio 663 f.
Garibaldi, Giuseppe 293
Garoflid, C. 548
Garrido, Fernando 646
Garrigues Walker, Joaquín 668
Gasparri, Pietro 313
Gasperi, Alcide de 297 ff., 304, 311, 313
Gaudenzi, Giuseppe 307
Gaulle, Charles de 176, 180, 183 ff., 187, 190 ff., 196 ff.
Gebbel, Franz 525
Gedda, Luigi 299
Geelkerken, Cornelis van 416
Geer, Dirk Jan de 411, 421, 423
Gega, Liri 7
Gejden, P. A. 566, 575 f.
Geleff, Povl 58 f.
Genadiev, Nikola Ivanov 41
Genčić, Djordje 630
Gendebien, Paul Henry 28
Genscher, Hans-Dietrich 104 f.
Georg I., König von Griechenland 201 f., 206, 212, 216, 223 f., 228, 232
Georg II., König von Griechenland 202, 214, 217, 221 f., 232
Georg III., König von Großbritannien 256
Georg V., König von Großbritannien 248
George, Henry 49
Georgescu, Corneliu 527
Georgescu, Teohari 538
Georgiev, Kimon 43 f.
Georgiev-Petrov, Andrej 34
Gerhard, Adrien Henri 422
Gerhardsen, Einar 435 f., 439
Gerlach, Hellmut von 85, 116
Gerlach, Helmut Georg von 106
Gerlach, Manfred 112
Gerland, Heinrich 87
Gerő, Ernő 769 f.
Geršuni, G. A. 567
Gesell, Silvio 616
Gešev, Ivan 40, 42
Gessen, I. V. 563, 565
Geßler, Otto 86 f.
Geßmann, Albert 447
Geyl, Louis van 23
Ghelerter, Leon N. 544 f.
Ghelmegeanu, Mihai 532
Gheorghiu-Dej, Gheorghe 537 ff.
Gherea, Alexandru 537
Ghiata, Petre 535
Ghica, Ion 533
Ghyca, Alexandru 528
Ghyczy, Kálmán 745 f.
Giannini, Guglielmo 314
Gičev, Dimiter 37, 39
Gierek, Edward 489 f.
Giesswein, Sándor 738 f., 742, 762
Gigurtu, Ion 528
Gil Robles, José María 645, 666
Gille, A. 108
Giménez, R. 654
Giolitti, Giovanni 294, 313
Giordani, Igino 313
Gira, Liudas 381, 383
Giral, F. 661
Giral, José 661
Gîrneaţă, Ilie 527
Girón, José Antonio 649
Giscard d'Estaing, Valéry 185, 188 f., 193, 198, 200
Gíslason, Gylfi Þ. 288
Gíslason, Þorsteinn 284
Głabinski, Stanisław 479
Gladstone, Herbert 240, 254
Gladstone, William Ewart 246 f., 251 ff., 275
Glinne, Ernest 16
Glistrup, Mogens 46, 48, 61
Gloria, Dona Maria da 505
Gneist, Rudolf von 115
Gobetti, Piero 302
Goc, M. R. 567
Godnev, I. V. 577
Goebbels, Joseph 118
Gőgös, Ignác 768
Göhre, Paul 116
Goerdeler, Carl-Friedrich 126
Göring, Hermann 118 f.
Goes, Frank van der 422
Gökalp, Ziya 716
Göle, Münir 728
Gömbös, Gyula 737, 740 f., 749 f., 753, 762 f., 766
Görgei, Artúr 756
Götting, Gerald 81
Götz, Alexander 453
Goga, Eugen 548
Goga, Octavian 524, 526, 531, 548
Goicoechea, Antonio 663
Gol, J. 26
Goldenbaum, Ernst 85
Goldiş, Vasile 542
Goldman (Liber), M. J. 554
Goldmanis, Jānis 370
Goldstücker, Eduard 690
Gollan, John 244
Gołuchowski, Agenor 751
Gomes, Manuel Teixeira 511
Gomułka, Władysław 484, 489 f.
Gonatás, Stilianós 222
Gonçalvez, Bento 507
Gonçalvez, Vasco 509
Gonne, Maud 268
González, Felipe 666
Gorbach, Alfons 460
Gordón Ordás, Félix 659
Goremykin, I. L. 550, 552
Gorey, D. J. 262 f.
Gorkić, Milan 337
Gorkum, Piet van 419
Gorove, István 744
Gorst, John E. 245
Gorter, Hermann 414, 422
Gortzak, H. 415
Gothein, Georg 85 f., 101
Gottwald, Klement 676, 688 ff.
Gouin, Félix 196
Gradişteanu, Ion 548
Gradl, Johann Baptist 76
Graefe, Albrecht von 101

Gramsci, Antonio 302 ff.
Grandi, Achille 297, 312
Grandpierre, Emil 546
Granjo, António 511
Gratz, Gustav 771
Greenwood, Arthur 242
Gregor XVI., Papst 10, 24
Gregorčič, Anton 326
Grégr, Eduard 685
Grégr, Julius 685, 692
Grepp, Kyrre 435
Grekov, Dimiter 31, 39, 41
Greulich, Herman 622 f.
Grey, Charles 251, 256
Grey, Edward 253
Greydanus 420
Griffith, Arthur 268 f., 277
Griger, Miklós 749
Grigoriádis, Neókosmos 222
Grigorovici, Gheorghe 544 f.
Grimm, Robert 624
Grimond, Joseph 254
Gringmut, V. A. 570
Grinius, Kazys 378, 382 f., 385 f.
Grippa, Jacques 23
Grívas, Jeórjios 205, 214, 776
Gröndal, Benedikt 289
Grol, Milan 340
Gronchi, Giovanni 297
Groot, Paul de 415
Grosoli, Giovanni 313
Grotenfeldt, K. 157
Grotewohl, Otto 80, 126 f., 129
Groza, Petre 530 f., 533, 535, 538, 545, 547
Gruijters, Johannes Petrus Adrianus 411
Grujić, Jevrem 629 f.
Grujić, Sava 632
Grundtvig, Nicolai Frederik Severin 53
Gubody, Sándor 761
Gučkov, A. I. 552, 575, 577
Gündisch, Guido 771
Gustavsen, Finn 439
Guðmundsson, Gils 281
Guðmundsson, Guðlaugur 285
Guðmundsson, Haraldur 288
Guðmundsson, Valtýr 279 ff.
Guerreiro, Emidio 512
Guesde, Jules 179 f., 194, 197, 663
Guilleaume, Günter 127
Gülek, Kasım 728
Gümüşpala, Ragıp 722
Günaltay, Semsettin 727
Gürsel, Cemal 725
Güzelce, İ. 729
Gullers, Emil 593
Gummerus, Herman 168
Gunaris, Dimítrios 202, 221 f., 225, 231
Gurakuqi, Luigj 3 f.
Gustav III., König von Schweden 147
Gustavson, Oskar 142
Guterres, António Oliveira 515
Gutiérrez 669
Guttmann, Josef 688 f.
Guttmann, W. 112
Gylling, Edvard 154

Haase, Hugo 102, 125, 131
Haataja, Kyösti 160
Habicht, Theodor 458
Habrman, Gustav 709
Hacker, Gustav 678
Hackzell, Antti 166
Hänel, Albert 89, 106
Hänse, Franz 81
Haeuser, Adolf 95
Hafstein, Hannes 284 f.
Hafstein, Jóhann 287
Hagberg, Hilding 588
Hagerup, George Francis 432, 437 f.
Haikala, Eino 153
Hais, Arno 688
Hajn, Alois 685, 701 f.
Hála, František 712
Haldane, Richard Burdon 241, 253
Haller, István 737 f., 742, 752 f., 766
Haller, József 766
Hallesby, Ole Kristian 430
Hallgrímsson, Geir 287
Halvorsen, Otto Bahr 438
Hámán, Kató 768
Hamann, Karl 111
Hambro, Carl Joachim 438
Hamilius, Emile 391
Hammerstein, Wilhelm von 82
Hammerstein-Schwartow, Wilhelm von 97
Hampl, Antonín 691
Hamrin, Felix 595
Hannesson, Guðmundur 285
Hanreich, Georg 678
Hansen, Arvid Gilbert 434
Hansen, August 143
Hansen, Hans Christian 49, 60
Hansson, Per Albin 592
Harcourt, William 253
Hardie, Keir 239 f.
Hareide, E. 430
Haret, Spiru C. 522, 534
Harich, Wolfgang 130
Harmel, Pierre 17, 25
Harmsen, W. 409
Harrer, Karl 116 f.
Hartington, Lord 253
Hartleb, Karl 457
Hartling, Poul 55
Hartung, Hermann 463
Hasenclever, Wilhelm 124
Hasselblatt, Werner 141
Hațieganu, Emil 533
Haubach, Theodor 126
Haugaard, Svend 57
Haughey, Charles 272
Haulik, Juraj 365
Haußmann, Conrad 86, 94, 101 ff.
Haußmann, Julius 93 f.
Hayes, Sean 263
Heath, Edward 249, 276
Heckscher, Gunnar 584
Hedilla, Manuel 647
Hedlund, Gunnar 597 f.
Hedtoft, Hans 60
Heemskerk, Theodorus 422
Heffernan, M. R. 263
Hegyeshalmy, Lajos 737
Heidler, Ferdinand 706
Heidler, Gustav 706
Heile, Wilhelm 86
Heim, Georg 73
Heinemann, Gustav 105
Heinrich, Ferenc 748
Helfy, Ignác 760
Helldorf-Bedra, Otto Heinrich von 97
Helle, Ingvar 433
Helleputte, Georges 21
Hellpach, Willy 87
Hellwege, Heinrich 91 f.
Helo, Johan 155
Helphand, Alexander 124
Helsdingen, Willem Henri van 422
Henderson, Arthur 240
Henlein, Konrad 700 f.
Hennig, Wilhelm 101
Henningsen, J. 101
Hepp, Karl 95
Herczeg, Sándor 740
Herman, Ottó 761
Hermansson, Carl Henrik 588
Hermes, Andreas 80
Hermes, Hugo 90
Hernández, Jesús 653
Herrera Oria, Angel 666
Herriot, Edouard 185, 187
Herrnstadt, Rudolf 130
Herța, Vladimir von 548
Hertling, Georg von 103
Hertzberg, Nils Christian 438
Heuss, Theodor 103 f.
Hevesi, Gyula 767
Heydebrand und der Lasa, Ernst von 97
Hickmann, Hugo 80
Hieronymi, Károly 744
Hilferding, Rudolf 122, 132
Hilgenreiner, Karl 680
Hillebrand, Oswald 683
Hiltunen, Onni 166
Hilty, Carl 607
Himmler, Heinrich 118 f.
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von H. 73, 88, 118 f., 120, 136
Hitler, Adolf 69, 88, 99, 116 ff., 126, 136, 273, 345, 434, 457 f., 528, 603, 611, 699 ff., 734, 749
Hjalmarson, Jarl 584
Hlaváček, František 703
Hlinka, Andrej 672, 697 ff.
Hobson, John Atkinson 241
Hodáč, František 704
Hodenberg, Bodo von 96
Hodjera, Svetislav 342
Hodoșiu, I. 542
Hódossy, Imre 744
Hodža, Milan 672, 680, 696 f.
Höcherl, Hans 76
Hoedemaker, Philippus Jacobus 411
Höglund, Zeth 586 f., 590
Høgsbro, Svend 53
Høgset, Kristoffer Eckhoff 440
Hölder, Julius von 93
Höpker-Aschoff, Hermann 103 f.
Hørup, Viggo 53, 56
Hoetsch, Otto 132
Hoffmann, Johannes 73 f.
Hogan, James 273
Hogendorp, Gijsbert Karel van 403
Hohenwart, Karl Sigmund 362, 447, 468
Holkeri, Harri 161
Holland, Lord (Fox, Henry Richard) 251
Holmberg, Yngve 584
Holostenco, Vitali 537
Holstein-Ledreborg, Ludvig Graf 54
Holzhamer, Franz 119
Hóman, Bálint 754
Homann, Heinrich 113
d'Hondt, Victor 10
Honecker, Erich 81, 128, 131
Honka, Reino 167
Horák, František 702
Horánszky, Nándor 746
Horlacher, Michael 82 f.
Horn, Ede 746
Hornsrud, Christopher 434, 436
Horta, Basílio 501
Horthy, Miklós 733 f., 753, 756 f., 769
Horvat, Aleksandar 364
Horvát, Boldizsár 744
Horváth, Gyula 744, 746
Horváth, Lajos
Hoste, Julius 25
Houtte, Jean van 25
Hoverbeck, Leopold von 88
Hoxha, Enver 4 ff.
Hribar, Ivan 326
Hruban, Mořic 711
Hrubý, Adolf 693
Hrubý, Josef 688
Hubay, Kálmán 750, 755 f.
Hudec, Josef 700
Hülser, Gustav 84
Hünerson, Jaan 139
Hugenberg, Alfred 99, 133
Hugo, Otto 94 f.
Hume, John 272, 276
Hundhammer, Alois 82 f.
Hundseid, Jens 440
Hunyady, Ferenc 741, 762
Hurdes, Felix 459
Husák, Gustav 689 f.

Huss, Mathias 389
Huszár, Károly 738, 758
Huysmans, Camille 13
Hyde, Douglas 264, 268
Hymans, Paul 25
Hyndman, Henry Mayer 239 f.

Ibárruri, Dolores 653
Ifvarsson, Carl 584 f.
Iglesias, Pablo 663, 665
Ignatius, K. F. 157
Ikonomov, Todor 31, 39
Ilić, Jovan 629
Ilić, Mita 634
Iliev, Nikola 33
Iliú, Ilías 230
Imrédy, Béla 751, 754 ff.
Indrebø, Ragnvald Andreas 430
Ingman, Lauri 151, 160, 165
Ingrao, Pietro 306
İnönü, İsmet 721, 726, 728
Ioannídis, Jánnis 210
Ionescu, Take 529 f., 548
Ionescu, Tudor 545
Ionescu-Berbecaru, Millan 522
Iordăchescu, Teodor 545
Iorga, Nicolae 523 f., 527 f., 531, 535
Irányi, Dániel 756, 760 f.
Irinyi, János 756
Isabella II., Königin von Spanien 646, 650 f., 655
Istóczy, Győző 736, 744
Istrati, Panait 527
Iunian, Grigore 532, 536
Ivády, Béla 753
Ivančov, Todor 41
Ivanjukov, I. I. 565
Ivánka, Imre 746
Ivanka, Milan 703
Iversen, Sverre Johan 435

Jaabaek, Søren 431
Jaakson, Jüri 143
Jacini, Stefano 297
Jacobsen, Erhard 61 f.
Jacoby, Johann 93
Jacquemotte, Joseph 13, 22
Jaeger, Samuel 84
Jagoda, G. G. 562
Jakob II., König von Großbritannien 236, 255
Jaksch, Wenzel 684
Jakšić, Sreten 321
Janjić, Vojislav 342
Janković, Julije 367
Janković, Milan 629
Jannausch, Josef 677 f.
Jans, Juhan 142
Jansen, J. G. A. 419
Janson, Paul 24 f.
Jansons, Jānis 375
Jansson, Jan-Magnus 163
Janulaitis, Augustinas 385
Jaross, Andor 713, 751, 754
Jaspar, Henri 14
Jászi, Oszkár 766 f.
Jaurès, Jean 180 f., 194, 198, 392
Jelačić, Josip 363
Jenkins, Roy 244
Jensen, Jørgen 50
Jensson, Jón 281, 285
Jeorgátzis, Polikarpos 778
Jeppesen, Carl 432, 434
Jeppsson, Ola 595
Jespersen, Knud Wagner 50
Jevtić, Bogoljub 342, 345, 354
Jílek, Bohumil 687 f.
Jirásek, Alois 704
João, Don Duarte 505
João, Don IV. 505
Jodko-Narkiewicz, Witold 486
Jõeäär, Aleksander 143
Jørgensen, Anker 61
Joffrin, Jules 179
Johani, Hans 139
Johansen, Lars Emil 65
Jóhannesson, Ólafur 283, 291
Johansson, Johan 597
Johnson, Thomas 261 f., 266
Jókai, Mór 746, 756
Jokantas, Kazimieras 380
Jonnart, Célestin 188
Jónasson, Hermann 283, 286 f., 290
Jong, Louis de 417
Jongeling, Piet 420
Joonas, Erich 143
Jónsson, Bjarni 285
Jónsson, Björn 281, 285, 289 f.
Jónsson, Emil 288
Jónsson, Eysteinn 283
Jónsson, Jónas 282 f., 287 f.
Jónsson, Kristján 281, 284 f.
Jonsson, Olof 585 f.
Jósepsson, Lúðvík 291
Jósika, Sámuel 546
Josipović, Daniel 361
Jottrand, Lucien 24
Jovanović, Dragoljub 334, 353
Jovanović, Kosta 635
Jovanović, Ljuba 349
Jovanović, Pavle 365
Jovanović, Vladimir 629 f.
Jovanović-Pižon, Jovan 334
Jürman-Jürima, August 139 f.
Jumanca, Iosif 544
Jung, Rudolf 457, 682
Junior, J. 48
Juraševskis, Pēteris 371
Justh, Gyula 759, 761
Juva, Mikko 156, 158

Kaas, Ludwig 136
Kac, S. 571
Kaclerović, Triša 337, 634
Kaçmaz, A. 730
Kádár, János 768 ff.
Kaderka, Alois 712
Kadt, Jacques de 414 f.
Kaempf, Johannes 101 f.
Kafantáris, Jeórjios 215, 222 f.
Kafka, Bruno 679
Kaganovič, Lazar Moiseevič 562
Kahr, Gustav Ritter von 73, 75, 87
Kainulainen, Markus 155
Kairys, Steponas 385
Kaiser, Jakob 76 f., 80
Kaitila, Esa 156
Kaizl, Josef 685
Kalandra, Záviš 689
Kaler-Reinthal, Emil 463
Kalkbrenner, Helmut 76
Kállai, Gyula 768 f.
Kállay, Miklós 754, 763
Kállay, Ödön 760
Kállay, Tibor 749, 754, 763
Kalle, Wilhelm 95
Kaljević, Ljubomir 630, 633
Kalligás, Pávlos 224
Kallina, Othmar 701
Kalniņš, Bruno 374
Kalniņš, Pauls 376
Kamenev, Lev Borisovič 560 f.
Kaminka 565
Kamkov, B. D. 566
Kampmann, Viggo 49, 60
Kanáris, Konstantínos 206
Kandl, Hermann 454
Kanellópulos, Panajótis 208, 215 f., 217 f., 231, 234
Kania, Stanisław 490
Kaplinskij, J. M. 553
Kapo, Hysni 7
Kapodístrias, Avgostínos 226
Kapodístrias, Ioánnis 201, 207, 226
Kapp, Wolfgang 95
Karadjordjević, Aleksandar → Alexander I. Karadjordjević
Karadjordjević, Paul → Paul Karadjordjević
Karadjordjević, Peter I. → Peter I. Karadjordjević
Karamanlís, Konstantínos 209, 217 ff., 233 f.
Karamehmedović, Hamdija 340
Karan, J. 710
Karapános, Konstantínos 207
Karavaev, A. L. 556
Karavelov, L. 31, 39
Karavelov, Petko 31, 39 ff.
Kardelj, Edvard 337
Kardorff, Siegfried von 96, 98
Karevičius, Pranciškus 384
Karhi, Otto 170
Karjalainen, Athi 155, 169
Karl IV. (I.) 740, 743, 747, 753
Karmasin, Franz 682, 686
Károlyi, Ede 746
Károlyi, Gyula 741
Károlyi, Mihály 733, 738, 742, 759, 762, 767
Károlyi, Sándor 745
Kartális, Jeórjios, 205, 215
Karvelis, Petras 380
Kastner, Hermann 111
Katilius, Juozas 379
Katona, Imre 738
Katz, Iwan 110
Kaufmann, C. 95
Kauffmann, Henrik von 65
Kautsky, Karl 122, 124 f., 131, 461, 463, 624, 635
Kazasov, Dimo 37, 43 f.
Kazinczy, Gábor 741
Keczkeméthy, István 547
Keerdo, Paul 143 f.
Keglevich, Béla 746
Keglevich, Gábor 742
Keinath, Otto 95
Kekkonen, Urho 151, 153, 160 f., 163, 166 ff., 171 f.
Keller, Karl 372
Kemal Atatürk 717 f., 726 f., 778
Kemény, Zsigmond 741
Kemps, Francis 373
Kerem, August 143
Kerenskij, Aleksandr Fedorovič 552, 556
Kersten, Gerrit Hendrik 419 f.
Kessel, F. 108
Kéthly, Anna 758 f.
Keto, J. W. 166
Keudell, Walter von 132
Key, Emil 584
Keynes, Maynard 254
Khuen-Héderváry, Károly 357, 361 ff., 365 ff., 745
Kief, Frits 418
Kielland, Alexander Lange 432, 438
Kiesinger, Kurt Georg 78
Kilbom, Karl 586 f.
Killeen, Jim 267
Kingissepp, Viktor 144
Kiprianú, Spíros 777
Kirchner, M. 107
Kirchschläger, Rudolf 466
Kiriakú, Diomídis 220
Kírkos, Michaíl 205 f., 229 f.
Kirov, Sergej Mironovič 561
Kiss, János 763
Kjøs, Alv 438 f.
Klaić, Miho 322
Klaus, Josef 460
Klauzál, Gábor 739
Klebelsberg, Kuno 740, 752
Klein, Ernst Wilhelm 58
Kliesch, Georg 84
Kliment, Bischof von Tirnova 39
Klinger, Evžen 688
Klirídis, Gláfkos 778
Klirídis, Jánnis 777
Klive, Adolfs 374

Kljačko-Rodionova, L. M. 567
Klönne, Moritz 132
Klofáč, Václav 685, 705 f.
Knirsch, Hans 682
Knudsen, Christian Holtermann 432, 434 f.
Knudsen, Gunnar 432 f., 437 f.
Knudsen, Martin Gunnar 431
Knudsen, Peter 59
Koch, Waldemar 104, 111
Koch-Weser, Erich 86 f.
Kočić, Petar 321
Köblös, Elek 537
Koejemans, A. J. 414
Koekoek, Hendrik 409
Köni, O. N. 721
Koenig, Lucien 391
Köprülü, Mehmet Fuat 721, 727
Körner, Theodor 465, 467
Köster, Oskar 139
Kogălniceanu, Vasile Mihail 533
Kogon, Eugen 76
Kohl, Helmut 78
Kohnert, Hans 483
Koht, Halvdan 436
Koivisto, Mauno 155, 158 f., 161, 167, 169, 172
Kokovcov, V. N. 555
Kol, Heinrich van 422
Kolarov, Vasil 33 f.
Kolegaev, A. L. 566 f.
Koleka, Spiro 7
Koléttis, Ioánnis 208
Kolokotrónis, Théodoros 226
Kolstad, Peder Ludvik 440
Končar, Rade 337
Kondilis, Jeórjios 217 f., 221
Konovalov, A. I. 554 f.
Konow, Wollert 431, 433, 438
Konstantin I., griechischer König 202, 213, 219, 222, 231
Konstantin II., griechischer König 213, 218, 233
Konstantópulos, Konstantínos 206
Kópa, K. 546
Kopony, Wilhelm 771
Koppel, Heinrich 143
Kopsch, Julius 95
Korać, Vitomir 352 f., 366
Koraltan, Refik 721, 727
Korfanty, Wojciech 479
Koritschoner, Franz 455
Korkut, Sakib 340
Kornis, Gyula 754
Korošec, Anton 326 f., 341 f., 351 f.
Korsch, Karl 110
Korvald, Lars 431, 433, 436, 440
Korvin, Ottó 758, 767 f.
Kosek, A. 710
Kosola, Vihtori 168
Kossuth, Ferenc 360, 761
Kossuth, Lajos 733, 741, 743, 751 f., 756, 759 f., 771
Kostov, Trajčo 35
Kosturkov, Stojan 43
Kosygin, Aleksej Nikolaevič 563
Koszutska, Maria 478
Kotziás, Konstantínos 224
Kovácsc, Béla 763 f.
Kovács, Imre 748, 765
Kovács, Lajos 741
Kovalevskij, E. P. 567
Kovalevskij, M. M. 554, 565
Kozdon, J. 694
Kozma, Jenő 753
Kozma, Miklós 753
Krabbe, Christopher 57
Kraft, Stefan 347
Krag, Jens Otto 52, 60 ff.
Kraft, Waldemar 108
Kramář, Karel 685, 696, 698, 703, 709
Kramer, Albert 339
Krasin, Leonid B. 573
Kraus, Herbert 466
Krebs, Hans 682, 701
Kreibich, Karl 683, 687
Kreisky, Bruno 466
Krek, Janez Evengelist 326 f., 351
Kremer, A. I. 553, 571
Kremlin, Ludwig 347, 771
Krenner, Miklós 547
Křepek, Franz 678
Kress, Gerhard 141
Krestinskij, N. N. 560, 562
Kreve-Mickevičius, Vincas 381
Kriegl, František 690
Krier, Antoine 393
Krier, Pierre 393
Kriščiūnas, Jonas 386
Kristan, Anton 343
Kristan, Etbin 327, 353
Kristensen, Knud 52, 54, 62
Kristensen, Thorkild 52, 55
Kristo, Pandi 6
Kristóffy, József 745
Kříž, J. 699
Krizman, Hinko 350
Krone, Heinrich 76
Kronig, Artur 483
Krosnev, Dimitrie 537
Krupavičius, Mykolas 382 f.
Krupenskij, P. N. 571
Kruus, Hans 143
Kuas, R. 729
Kubilius, Jurgis 384
Kubr, Stanislav 695
Kudirka, Vincas 383
Küçük, Fazil ohne Seitenzahl
Külz, Wilhelm 104, 111
Kuibyšev, Valerian Vladimirovič 561
Kukk, Juhan 141
Kukovec, Vekoslav 326
Kukuljević, Ivan 362, 365
Kulenkampff, Walter Dietrich 95
Kulenović, Džafer 341
Kuliscioff, Anna 310
Kumundúros, Aléxandros 206, 212, 224
Kulović, Esad 321
Kun, Béla 767 f.
Kunder, Antal 751
Kunschak, Leopold 447, 450
Kunze, Richard 100
Kupi, Abaz 3
Kurkó, Gyárfás 547
Kurtjak, Ivan 677
Kuskova, E. D. 573
Kuusinen, Hertta 154 f., 169
Kuusinen, Otto 154 f., 159, 164 f., 167
Kuyper, Abraham 406 ff., 419, 423
Kuz'min-Karavaev, V. D. 565
Kuznecov, A. A. 562
Kvaternik, Eugen 363
Kvaternik, Slavko 362
Kviesis, Alberts 374
Kwaśniewski, M. 477
Kwiecinskie, Ludwig 91
Kwiecinskie, Wolfgang 91
Kysely, Josef 693

La Malfa, Ugo 297, 307
La Rocque, Casimir 181
Labriola, Antonio 310
Lacroix, Leandre 390
Lafargue, Paul 180, 663
Lagasse, André 18
Lahovary, Alexandru 529 f.
Lahovari, Ion 530
Laine, Ensio 155
Laine, Olavi 155
Lakatos, Géza 742
Lallinger, Max Ludwig 75 f.
Lamb, William → Melbourne, Viscount W. L.
Lambach, Walter 132
Lambrákis, Grigórios 218, 230
Lambrecht, Frans 16
Lambrechts, E. H. 21
Lambsdorff, Otto Graf von 103
Lambton, J. G. → Durham, Lord J. G.
Lampe, Alfred 479
Landler, Jenő 758, 768
Landová-Štychová, Louisa 699, 706
Lange, Friedrich Albert 610, 622
Lange, Halvard Manthey 436
Lange, P. 65
Langenhaecke, Jan Baptist 16
Langgaßner, Anton 450
Langoth, Franz 454
Lansbury, George 241 f.
Lapčević, Dragiša 353
Lapenas, Jonas 381
Largo Caballero, Francisco 665
Larkin, James 261 f., 265, 275
Larkin, James jr. 262
Larsen, Aksel 49, 61 f.
Larsen, Reidar T. 431
Larsson, Liss Olof 585
Lasalle, Ferdinand 121, 123
Lašas, Vladas 386
Lasker, Eduard 112, 114 f.
Lasuén, José Ramón 670
Latinovics, Ernő 744
Latschka, Adam 447
Lattik, Jaan 140
Lattmann, Wilhelm 99, 101
Laur, Ernst 619 f.
Lauristin, Johannes 144
Lauristin, Olga 144
Lauro, Achille 317
Laušman, Bohumil 710
Lavik, Nils 430
Law, Andrew Bonar 247 f., 253
Lazăr, A. 542
Lázár, György 771
Lazarev, E. E. 567
Leal, Cunha 511
Lebeau, Joseph 24
Leber, Julius 126
Lecanuet, Jean 190, 199
Ledebour, Georg 131 f.
Ledesma Ramos, Ramiro 647 f.
Legien, Carl 124
Lehén, Tuure 154
Leichter, Otto 465
Leino, Yrjö 154 f.
Lejeune-Jung, Paul 132 f.
Lelley, Jenö 679
Lemass, Seán 270 ff., 276
Lemmer, Ernst 76, 80
Lencmanis, Jānis 372
Lenin, Vladimir Il'ič 128, 182, 195, 244, 303, 370, 372, 456, 493, 552, 557, 559 ff., 569, 573 ff., 618, 624, 687
Lenz, Otto 76
Leo XIII., Papst 382, 446, 613
León Trilla, Gabriel 653
Leonas, Petras 380, 383
Leonetti, Alfonso 303
Leopold II., König von Belgien 13
Leopold III., König von Belgien 15, 17 f.
Leps, August 145
Lerchenfeld, Hugo von und zu 73
Lerroux, Alejandro 657, 662
Leskinen, Väinö 167
Leskošek, Franc 337
Lettrich, Josef 679
Leuridan 19
Leuschner, Wilhelm 126
Levasseur, A. 181
Levi, Paul 109 f., 132
Lewakowski, K. 490
Lewinson, Pawel 487
Lewis, John Saunders 255
Lichačev, A. N. 571
Lie, Trygve 435 f.
Lieber, Ernst 135
Liebermann von Sonnenberg, Max 99 f.
Liebknecht, Karl 109, 125
Liebknecht, Theodor 132
Liebknecht, Wilhelm 121, 124

Liechtenstein, Alois 447
Likurézos, Konstantinos 225
Lindeiner-Wildau, Hans-Erdmann von 132
Linden, Cort van der 423
Linderot, Sven 587
Lindhagen, Carl Albert 586, 590
Lindman, Arvid 583 f.
Lisarídis, Vásos 778
Lister, Enrique 654
Ljapčev, Andreja 38
Ljočić, Djura 631
Ljotić, Dimitrije 332
Llopis, Rodolfo 666
Lloyd George, David 240, 247 f., 253 f., 258, 269
Lluhí Vallescá, Juan 661
Locke, John 250, 255
Lodgman von Auen, Rudolf 681
Löbe, Paul 125
Löfgren, Eliel 595
Løfsnes, Knut 439
Løvland, Jørgen Gunnarsson 432 f., 438
Løvlien, Emil 431
Loewe-Calbe, Wilhelm 88
Lohman, A. F. → Savornin Lohman, A. F.
Lomanidze, V. V. 561
Lombardi, Riccardo 297, 312
Lomvárdos, Konstantínos 224
Lóndos, Andréas 206
Lóndos, Dimítrios A. 221
Long, Walter 247 f.
Long, Walter H. 275
Longo, Luigi 303, 306
Longo, Pietro 310
Longuet, Jean 195
Lónyay, Menyhért 362, 739
Loorits, Andres 143
Lopes, Cardoso 505
López Domínguez, José 654
López Raimundo, Gregorio 669
López Rodó, Laureano 670
Loritz, Alfred 133
Lorković, Ivan 346, 359 f.
Losonczi, Pál 770
Loulé, Duque de 503, 510
Lovászy, Márton 762
Luca, Vasile 537 f.
Lucaciu, Vasile 542
Lucia, Luis 666
Lucifero, Roberto 316
Ludendorff, Erich 101, 117
Lueger, Karl 447 f.
Lüth, Erich 88
Lüttwitz, Walther Frhr. von 95
Lukács, Béla 754
Lukács, György 768
Lukács, László 747
Lukaschek, Hans 76
Lukinić, Edo 350
Lulčev, Kosta 38
Lundeberg, Christian 582 f.
Lupu, Nicolae 522 ff., 532, 536
Lupu, Petre 540
Lussu, Emilio 297, 301
Luther, Hans 87, 95, 99, 120, 136
Luther, Martin 141
Luxemburg, Rosa 109, 124 f., 478, 492
Luzzatto, Lucio Mario 311
L'vov, Georgij Evgen'evič 552, 554
L'vov, N. N. 554, 566, 576
Lykke, Ivar 438
Lyly, J. A. 157
Lynch, Diarmuid 269
Lynch, Jack 270, 272
Lyng, John Daniel 439
Lyng, Thomas J. 264
Lynge, Frederik 65

Maaß, Hermann 126
MacBride, John 263
MacBride, Seán 267 f., 274
MacCurtain, Thomas 267
MacDermot, Frank 266, 273
MacDonald, Ramsay 240 f.
Maček, Vladimir (Vladko) 334 f., 341 ff., 345, 352, 354
Mach, Alexander (Šano) 699
Mach, Robert 691
Machado, Bernardino 510
Machar, Josef Svatopluk 704
Maciá, Francesc 651, 661
Maciulevičius-Maironis, Jonas 382
Macleod, Ian 249
Macmillan, Harold 249
MacNeill, Eoin 269
Macovei, Mihail 522
MacPartlin, Thomas 261
Madarász, József 756, 759
Madarász, László 741, 756
Madgearu, Virgil 523
Madsen-Mygdal, Niels Peter 51, 54
Maes, N. 27
Magalhães, José Estevão de 510
Magennis, William 277
Magheru, Gheorghe 533
Maglajlić, Ibrahim 340 f.
Magnago, S. 317
Magnus, Edwin 372
Magnússon, Jón 284, 286
Mahlberg, Aleksander 143
Mahnič, Anton 325
Mahraun, Arthur 87
Maia, Carlos da 511
Maia, Eduardo 511
Maier, Reinhold 103 f.
Maihofer, Werner 105
Maiorescu, Titu 529 f.
Majkov, A. A. 570
Majlander, Olavi 151
Majskij, I. M. 575
Makanec, Milan 362
Makarios III. Myriartis 207, 775 ff.
Maklakov, V. A. 563
Makray, Lajos 749
Mala, Zef 5
Malagodi, Giovanni 307
Malenkov, Georgij Maksimilianovič 562
Maleshova, Sejfulla 4, 6
Malinov, Alexander 38 f., 43
Malkin, B. F. 567
Malou, Jules 20
Malraux, André 179
Malvestiti, Piero 297
Malypetr, Jan 696 f., 709
Man, Hendrik de 13 ff., 423
Mandalinci, Zeyyat 723
Mandić, Nikola 321
Mănescu, Manea 540
Maniadákis, Konstantínos 224
Maniu, Iuliu 523, 527, 531 ff., 542, 548
Manner, Kullervo 154, 164 f.
Mannerheim, Carl Gustav von 154
Manners, Lord John 246
Manoilescu, M. 548
Manojlović, E. 328
Manouschek, K. 686
Manu, Gheorghe 530
Manuel, Don II. 505, 510 f.
Manuilskij, Dimitrij Zacharovič 687 f.
Maraviglia, Maurizio 313
Marchais, Georges 184
Marchet, Gustav 468
Marchlewski, Julian 492
Marek, Franz 456
Mareš, Václav 704
Marghiloman, Alexandru 530, 548
Marin, Louis 190
Marinelli, Giovanni 314
Marinković, Vojislav 339 f., 342
Mariolís, Dimítrios 229
Maritain, Jacques 390
Markezínis, Spíros 207 ff., 219
Markievicz, Constance 263, 269
Marković, Sima 336 f.
Marković, Svetozar 631, 635
Marosán, György 769
Marr, Wilhelm 736
Marreca, Antonio de Oliveira 510
Marsanich, Augusto de 308
Mart, Marcel 391
Martens, Wilfried 16, 18
Marthinussen, Karl 430
Martínez, Alonso 654
Martínez Barrio, Diego 658, 662
Martínez Campos, Arsenio 654
Martínez de la Rosa, Francisco 650
Martínez de Velasco, José 663
Martínez Esteruelas, Cruz 670
Martino, Francesco de 312
Martino, Gaetano 306
Martins, António 503
Martins, Francisco 504
Martins, Julio 511
Martins, Oliveira 503
Martire, Egilberto 312 f.
Martna, Mihkel 142 f.
Martos, Cristino 654, 657
Martov, L. 573 f.
Martyn, Edward 268
Marx, Karl 24, 79, 122, 124, 128, 179 f., 474, 523
Marx, Wilhelm 73, 87, 95, 99, 135
Masaryk, Tomáš Garrigue 350, 357, 359, 671, 685, 697, 701 f., 704 ff., 709
Maslow, Arkadij 110
Massoz, Maurice 23
Matheovics, Ferenc 740
Matolcsy, Mátyás 750
Matteotti, Giacomo 309, 311
Matteotti, Matteo 309
Mattuš, Karel 691 f.
Matulaitis, Stasys 385
Matulevičius-Matulaitis, Jurgis 382
Maudling, Reginald 249
Maura, Antonio 656
Maura, Miguel 656
Maurer, Ion Gheorghe 539 f.
Maurín, Joaquín 643, 653
Maurras, Charles 506
Mavrokordátos, Aléxandros 206 f.
Mavromichális, Kiriakúlis 214, 217
Mávros, Jeórjios 234
Max, Prinz von Baden 125
Maxwell-Fyfe, David 249
Mayer, Daniel 196
Mayer, János 740
Mayer, Josef 678
Mayr, Michael 448
Mayr-Harting, Robert 680
Mažuranić, Ivan 361 f., 365, 367
Mazzini, Giuseppe 293, 297, 307
McCluskey, Conn 276
McCluskey, Patricia 276
McGrath, Joseph 277
McLoughlin, Seán 265
McQuillan, Jack 266
Mechelin, Leo 148 f., 157
Mehring, Franz 125
Meierovics, Zigfrids 370, 374
Melás, Jeórjios 214
Melbourne, Viscount William Lamb 251
Melen, Ferzit 726
Méline, Jules 190
Mellbye, Johan Egeberg 440
Melo, Antonio Barbosa de 512 f.
Melo, Antonio Maria de Fontes 502 f.
Melo, Carlos Galvão de 502
Mende, Clara 95 f.
Mende, Erich 104 f.
Mendelson, Stanislaw 485
Menderes, Adnan 721, 725, 727
Menderes, Yüksel 722, 725
Menders, Fricis 376
Mendès-France, Pierre 178, 186 f., 196
Menemencioğlu, E. 722
Menz-Popp, Josef 317

Merino García, Ramón 652
Merker, Paul 130
Merkys, Antanas 379, 381, 383
Merlin, Umberto 312
Mešić, Ademaga 321
Meskó, Zoltán 750
Meškov, Georgi 33
Mestre, Joaquim 499
Metaxás, Andréas 226
Metaxás, Ioánnis 202, 214, 221, 223 f., 229
Metslang, Louis 143
Metz, Léon 388, 390
Metz, Norbert 388
Metzler, Léon 392
Meyer, Ernst 109 f.
Meyer-Bülkau, Heinrich 91
Mezőfi, Vilmos 759
Michail, Aleksandrovič, russischer Großfürst 552
Michalakópulos, Andréas 221 f.
Michałowicz, Mieczysław 477
Michelini, Arturo 308
Michelsen, Christian 432 f., 437 f.
Mickevičius-Kapsukas, Vincas 383 ff.
Mickwitz, Christoph 141
Middleton, Richard 247
Midtun, Johan 430
Mierendorff, Carlo 126
Mierlo, Henricus 411
Miert, Karel van 16
Miettunen, Marttii 156, 162
Mifsud, Ugo 399
Miglioli, Guido 313
Miguel, Don 495, 504 ff.
Mihai, Kg. von Rumänien 519 f.
Mihaili, Theodor 542
Mihailo Obrenović, serbischer Fürst 627, 630
Mihailović, Draža 337
Mihalache, Ion 522 f., 531 ff., 543
Mihkelson, Johannes 143
Mihkelson, Mihkel 142
Mihu, I. 542
Mikardo, Jan 242
Mikecz, Ödön 754
Miklas, Wilhelm 449
Mikojan, Anastas Ivanovič 562
Mikołajczyk, Stanisław 492, 494
Mikulskis, Povilas 385
Mil, J. 553
Milan I. Obrenović, König von Serbien 628, 630, 632
Milčius, Antanas 379
Miletić, Svetozar 328
Miljukov, Pavel Nikolaevič 563 ff.
Mill, James 250
Mill, John Stuart 250
Millá, Rafael 652
Millerand, Alexandre 180
Milner, Alfred 248
Milonás, Aléxandros 204
Miloš Obrenović, serbischer Fürst 627, 630
Milotay, István 738
Milutinović, Ivan 337
Mindszenty, József 740, 765
Minger, Rudolf 620
Minguijón, Salvador 662
Mintoff, Dominic 397 f.
Miquel, Johannes von 114 f.
Miralem, Derviš 321
Miranda, Jorge 512 f.
Mirbach-Harff, Wilhelm von 567
Miresu, I. 545
Mironas, Vladas 381
Mironovici, Radu 527
Mischnik, Wolfgang 104
Mita, Ciriaco de 300
Mithat Pascha 715
Mitrovica, Rexhep 2
Mitterand, Francois 177 ff., 184, 197, 199
Mizzi, Enrico 399
Mizzi, Fortunato 398
Mlčoch, Rudolf 702 f.
Mocioni, Alexandru 548
Mock, Alois 460
Mocsáry, Lajos 542, 761
Modráček, František 700, 709
Møller, Aksel 52
Möller, Gustaf 592
Möller, Jakob 286
Møller, Jens 48
Møller, John Christmas 51 f.
Møller-Hansen, Preben 50
Mohácsy, Lajos 740
Mohl, Moritz 93
Moita, Luis 502
Moix, José 669
Moldenhauer, Paul 95
Molesworth, William 251
Molla, Said 717
Mollet, Guy 178, 183, 196 f.
Molnár, János 742
Molotov, Vjaceslav Mihajlovič 561 f.
Moltke, Helmuth James Graf von 126
Moltke, Kai 62
Momčilov, Ivan 39
Mommsen, Karl 106
Mommsen, Theodor 88, 112
Mondolfo, Ugo Guido 309
Monsen, Christian Frederik 431
Mont, Paul de 26
Montemolín, Conde de 651
Montero Ríos, Eugenio 655
Monzie, Anatole de 189
Mora, Francisco 663
Moraczewski, Jędrzej 485, 487
Morandi, Rodolfo 311
Morath, Albrecht 94
Moravskis, Alfonsas 385
Mordant, Henri 28
Moreno 651
Moret, Segismundo 654 f.
Morice, André 187
Morley, John 253
Moro, Aldo 300
Morodo, Raúl 662
Morrison, Herbert 242 f.
Morțun, Vasile G. 543
Mościcki, Ignacy 481
Moscovici, Ilie 544
Moser, Hans 347
Mosley, Oswald 242
Most, Johann Josef 463, 708
Motă, Ion 527
Mota, Joaquim Magalhães 512
Motta, Guiseppe 604
Motz, Roger 25
Moudrý, Karel 691
Motzfeldt, Jonathan 65
Mounier, Emmanuel 501
Moura, Francisco Pereira de 508
Moura, João Vaz Serra de 505
Mowinckel, Johan Ludwig 433
Mrazović, Matija 361, 366
Müller, Hans 603, 621
Müller, Hermann 86, 95, 125 f., 136
Müller, Josef 82 f.
Müller, Julius 99
Müller, Koloman 537
Müller, Léon 390
Müller-Meiningen, Ernst 101 f., 107 f.
Müller-Sagan, Hermann 107
Münchhausen, A. von 96
Münnich, Ferenc 767
Mugosa, Dušan 4
Mulcahy, Richard 273
Mumm, Reinhard 84
Mun, Albert de 184
Muna, Alois 687
Munch, Peter 57
Muñoz Grandes, Agustín 647
Muraviev, Konstantin 37
Murray, Seán 265
Murri, Romolo 297
Mušanov, Nikola 39
Mussert, Anton Adrian 416
Mussolini, Benito 273, 304, 310, 313 ff., 449, 466, 663
Muth, Kaspar 526
Muti, Ettore 316
Mutnik, A. 571

Nabokov, Vladimir D. 563
Načovič, Grigor 39 ff.
Nădejde, Ioan 543
Nagy, Ferenc (1852–1927) 772
Nagy, Ferenc (1903–1979) 748, 763 f.
Nagy, György 761
Nagy, Imre 735, 759, 769 f.
Nagy, Jenő 763
Nagy, Vince 762
Nagyatádi Szabó, István s. Szabó, Nagyatádi, István
Najman, Josef V. 702 f.
Nansen, Fridtjof 433
Napetov, Petko 33
Narutowicz, Gabriel 481
Narváez, Ramón María 655
Natanson, M. A. 566
Naumann, Friedrich 86 f., 101 f., 106, 116
Ndreu, Dali 7
Nebioğlu, K. 729
Neergaard, Niels 54
Negrín, Juan 665
Negulescu, P. P. 548
Nejedlý, Zdeněk 687, 702
Nejkov, Dimităr 38
Nendtvich, Károly 736
Nenifescu, I. 530
Nenni, Pietro 302, 311 f.
Neumann, Stanislav Kostka 687 f.
Neumayer, Fritz 104
Neurath, Alois 688
Nevanlinna, Ernst 151, 160
Nickels, Alphonse 391
Nicolau, Alexandru 537
Nicole, Léon 618, 625
Niculescu-Mizil, Paul 540
Nielsen, Sven 438
Nieuwenhuis, F. →Domela Nieuwenhuis, F.
Nikezić, Marko 338
Nikola I. Petrović-Njegoš, König von Montenegro 401 f.
Nikolaevskij, B. I. 575
Nikolaj II., russischer Zar 549 f., 552
Nikolaus II., russischer Zar 149, 157
Nilssen, Magnus 435
Nilsson, Per 584
Nilsson, Sven 585
Nin, Andrés 643
Nissen, Oscar 434
Nistor, Ion 524 f.
Niță, Sergiu 548
Nitsch, Andor 713
Nitti, Francesco Saverio 313
Nocedal, Ramón 651
Nogueiro, José Henrique 510
Nonács, Otto 375
Nordli, Odvar 436
Noreika, Liudas 384
Northcliffe, Viscount Alfred Charles William Harmsworth 235
Northcote, Stafford 246
Norvik, Erling 439
Nothomb, Charles-Ferdinand 18
Novaković, Stojan 633 f., 637
Novotný, Antonín 686, 690
Nowotko, Marceli 483
Nugent, Peter 273
Nuñez de Arenas, Manuel 652, 665
Nuno, Don Duarte 505
Nuschke, Otto 76, 79 ff., 85
Nushi, Gogo 7
Nyáry, Pál 741
Nyberg, Uno 588
Nygaardsvold, Johan 433, 436, 438, 440

Oberländer, Theodor 108
Oberwinder, Heinrich 463
Obrenović, Aleksandar → Aleksandar Obrenović
Obrenović, Mihailo → Mihailo Obrenović
Obrenović, Milan → Milan Obrenović
Obrenović, Miloš → Miloš Obrenović
O'Brien, William 261 ff.
O'Connell, Thomas 262
O'Donnel, Leopoldo 655
O'Donnell, Peadar 263
O'Duffy, Eoin 266 f., 273
Oehen, Valentin 617
Oelssner, Fred 130
Ømann, Sigurd 62
Oeri, Albert 616
Oeser, Rudolf 87
Örley, Zoltán 736
Öry, Károly 768
Östberg, Gustaf Frederik 582
Österberg, Gustaf 593
O'Flaherty, Liam 265
Oguz, Ahmet 723
O'Hanlon, M. F. 262
O'Higgins, T. F. 266
Ohlin, Bertil 594 f.
Oinas, Aleksander 142
O'Kelly, Seán T. 269 f.
Oksvig, Olav Bernsten 435
Okyar, Fethi 717
Ólafsson, Magnús Torfi 290
Olah, Franz 453, 465 f.
Olgeirsson, Einar 284, 289
Olivier, Giorgio Borg 399
Olivier, Sidney 239
Ollenhauer, Erich 127
Olózaga, Salustiano 649
Olsson, Olof 597
Omodeo, Adolfo 297
Onaindia, Mario 644
O'Neill, Terence Marne 276
Onciul, Aurel 524
Oprea, Gheorghe 540
Orense, José María 646, 660
Orgaz, Conde de 651
Origer, J. 389
Ortutay, Gyula 764
Oscar II., König von Norwegen 432
O'Shannon, Cathal 261
Osma, Ş. 722
Osorio, Alfonso 670
Osório, José Eduardo Fernandes de Sanches 501
Otto I., griechischer König 201, 203, 205, 207 f., 223, 226 ff.
Oud, Pieter Jacobus 416 f., 424
Outers, Lucien 18
Overstraeten, War van 22
Owen, David 244
Ozols, Jānis 370, 375

Paasikivi, Juho Kusti 151 f., 158, 160, 171
Paasio, Rafael 155, 158 f., 161, 166 f.
Pabst, Waldemar 449
Pacciardi, Randolfo 307
Pachnicke, Hermann 101, 106
Paderewski, Ignacy Jan 475, 480
Paepe, César de 12 f.
Päts, Konstantin 138 ff., 143 f.
Pagés, Pelai 644
Painlevé, Paul 189
Pais, Sidónio 496, 510 f.
Paisley, Ian R. K. 263
Pakots, József 747
Palacký, František 691
Pálffy, Fidél 750 f., 755 f.
Pálffy, György 769
Pálffy, József 739 f.
Pallavicini, György 743, 752
Palm, August 588, 590 f.
Palme, Olof 592 f.
Palmela, Graf von 496, 504 f.
Palmerston, Henry John Temple 251 f.
Palmstierna, Erik 590
Panella, Marco 317
Pángalos, Theódoros 202, 218, 221, 223, 231
Pannekoek, Anton 414
Pannunzio, Mario 306, 317
Pant, Eduard 477
Panzavecchia, Ignazio 399
Papadópulos, Tásos 778
Papágos, Aléxandros 208 f., 217
Papanastasíu, Aléxandros 221, 225 f., 228
Papandréu, Andréas 220, 233 f.
Papandréu, Jeórjios 205, 210, 212 ff., 218, 224, 233 f.
Papapolítis, Sávvas 215
Papen, Franz von 69, 96, 118, 126, 136
Paplauskas, Juozas 385
Papp, Róbert 736
Parhon, Constantin I. 522 f.
Parisius, Ludolf 90
Parkes, Joseph 250
Parnell, Charles Stewart 263 f.
Parragi, György 765
Parri, Ferruccio 297, 311
Partsalídis, Dimítrios 211
Pârvan, Vasile 522
Parvus-Helphand, Alexander 559
Pas, Ion 545
Pasalídis, Ioánnis 229 f.
Pašić, Nikola 339 ff., 344, 348 ff., 631 f., 636
Passos, Manuel da Silva 500
Pastor, Félix 670
Păţan, Jon 540
Patejdl, Josef 691
Pato, Octávio Floriano Rodrigues 502
Pătrăşcanu, Lucreţiu 537 f., 540
Patursson, Jóannes 63 f.
Pauker, Ana 537 f.
Pauker, Marcel 537
Paul, griechischer König 209, 217 f., 233
Paul-Boncour, Joseph 189
Pauliny-Tóth, V. 697
PauJuks, Jānis 376
Pavelić, Ante (1869–1938) 346, 366
Pavelić, Ante (1889–1959) Urlaïa 332
Pavía, Manuel 649
Pavićević, Luka 634
Pavlinović, Mihovil 322
Pavlov, Todor 33
Payer, Friedrich von 85, 94, 101 ff.
Payr, Hugó 753
Péchy, Graf Manó 744
Péchy, Tamás 744
Pedro, Don I. 505
Pedroso, Consiglieri 510
Peel, Robert 244, 246, 249 ff.
Pehrsson-Bramstorp, Axel 597
Peidl, Gyula 743, 758
Pejačević, Teodor 360
Pekárek, J. 703
Peker, Recep 726 f.
Pekkala, Eino 155
Pekkala, Mauno 155, 166, 171
Pella, Giuseppe 308
Penescu, Nicolae 533
Penno, Rudolf 139, 145
Perczel, Béla 739
Perezagua, Facundo 664
Perin, Č. 722
Périn, François 28
Peristeri, Pilo 4
Pernerstorfer, Engelbert 450, 463 f.
Pernter, Hans 459
Perović, Latinka 338
Persson, Carl 586
Pertini, Sandro 311 f.
Pervuchin, M. G. 562
Pescatore, Maurice 390
Pesmazóglu, Ioánnis 234
Pessi, Ville 155
Pestaña, Angel 667
Pétain, Philippe 180, 187, 196
Peter, Friedrich 453
Peter I. Karadjordjević, König von Jugoslawien 628, 636
Peterle, Franz 677 f.
Peters, Gustav 679
Petersen, Bent Vilslev 47
Petersen, Carl 86
Petersen, Gert 62
Petersen, Nicolaj Lorents 59
Petersen, Niels Helveg 57
Petkov, Dimităr 39, 41
Petőfi, Sándor 756
Petr, Alois 712
Petrescu, Constantin-Titel 544 f.
Petrov, Nikola 37
Petrović-Njegoš, Danilo → Danilo I. Petrović-Njegoš
Petrović-Njegoš, Nikola → Nikola I. Petrović-Njegoš
Petrulis, Vytautas 383
Petrunkevič, I. I. 564
Petrusevič, K. A. 571
Peukert, Josef 463
Peyer, Károly 758
Pfeiffer, Zoltán 740, 764 f., 771
Pflimlin, Pierre 190
Philipps, Wilhelm 82
Piy Margall, Francisco 646, 660
Piccoli, Flaminio 300
Pidal y Mon, Alejandro 651
Pieck, Wilhelm 127
Pielótis, Dionísios 210
Pieracki, Bronisław 481
Piip, Ants 141
Piiskar, Jaan 143
Pilar, Ivo 321
Pilsudski, Józef 472, 475 f., 478, 480 ff., 485 ff., 491, 493 f.
Piñar, Blas 649
Pinay, Antoine 185
Pini, Giorgio 308
Pinta, A. 703
Pinto, Carlos Alberto Mota 512 f.
Pio, Louis 58 f.
Piou, Jacques 184
Pires, Francisco Lucas 502
Pirođanac, Milan 633
Pirvulescu, C. 537
Pitt, William d. J. 255 f.
Pittermann, Bruno 466
Pivert, Marceau 195 f.
Place, Francis 250
Plastíras, Nikólaos 215
Platten, Fritz 624
Plechanov, Georgij Valentinovič 572 ff.
Plečkaitis, Jeronimas 385
Plehve, V. K. 569
Plener, Ernst von 451, 469
Pleven, René 179
Plojhar, Josef 712
Podmaniczky, Frigyes 744, 746
Pöögelmann, Hans 144
Pogány, József 768
Põld, Peeter 143
Poincaré, Raymond 174, 188
Polak, Henri 422
Polatkan, Hasan 721
Polit-Desančić, Mihailo 328
Pollitt, Harry 244
Pollock, George 265
Pompidou, Georges 177, 192 f.
Ponomarev, Boris 507
Poor, Árpád 759
Pop de Băşeşti 542
Popea, Nicolae 534, 541 f.
Popesu, S. 529
Popiel, Karol 475
Popović, Milorad 635
Popovici, Aurel 446, 542
Popovici, Constantin 537, 544
Popovici-Taşca, A. 548
Posada Herrera, Adolfo 646, 654

Poska, Jaan 143
Posse, Arvid 584
Potresov, A. N. 573 ff.
Poujade, Pierre 198
Poullet, Prosper 22
Powell, Enoch 249
Požela, Vladas 385
Prášek, Karel 695
Prat de la Riba, Enrique 659
Prebeg, Vladimir 346
Preobraženskij, E. A. 560
Pressemane, Adrien 195
Preto, Rolão 505
Preusker, Viktor Emanuel 104
Preuß, Hugo 85 f.
Pribićević, Adam 350
Pribićević, Svetozar 330, 339 f., 344 ff., 349 f., 360 f., 365
Priedkalns, Andrejs 370, 375
Prieto, Indalecio 665
Prim, Juan 649, 655, 657
Primo de Rivera, José Antonio 647 f.
Primo de Rivera, Miguel 641, 649, 653, 655, 657, 665
Primo de Rivera, Pilar 647
Primrose, A. Ph. → Rosebery, Lord A. Ph. Primrose
Prinsterer, Groen van 407
Procházka, Adolf 712
Prodan, Ivo 323
Prodanović, Jaša 343, 636
Proença, Raul 511
Prohászka, Ottokár 752
Prokeš, Antonín 709
Protić, Stojan 347 f., 351, 631
Protopapadákis, Pétros 202, 225
Proudhon, Pierre-Joseph 12
Prüm, Emile 388
Prüm, P. 390
Psenner, Ludwig 447
Pucelj, Ivan 349
Pujol, Jordi 645 f.
Puliópulos, Pantelís 210
Pullinen, E. 170
Pulszky, Ferenc 751
Puntervold, Michael 435
Puriškevič, V. M. 570

Qafëzezi, Kazëm 4
Quental, Antero de 511
Queuille, Henri 187
Quidde, Ludwig 87, 94, 101 f.
Quisling, Vidkun 56, 433 f., 440
Qvam, Ole Anton 431

Raab, Friedrich 99
Raab, Julius 460
Raamot, Ilmar 145
Rabinovič, I. A. 569
Račić, Puniša 345, 348
Rački, Franjo 361 f., 366
Racovski, C. 544
Rácz, Kálmán 750
Rădăceanu, Lotar 545
Radčenko, S. I. 571
Radek, Karl 435
Rădescu, Nicolae 520, 538
Radić, Antun 343, 359
Radić, Stjepan 331, 334, 343 ff., 349 f., 359
Rádl, Emanuel 687, 702
Radoslavov, Vasil 39, 41 f.
Radovanović, Milan 635
Radović, Andrija 401 f.
Răducanu, Ion 522
Rădulescu, Gheorghe 540
Radulović, Marko 401
Radulović, Radivoje St. 635
Rästas, Jüri 144
Rästas, Otto 144
Ragályi, Nándor 761
Rahamägi, Hugo Bernhard 140
Rainis, Jānis 375
Rajk, László 765, 769
Rakić, Dimitrije 631
Rákosi, Mátyás 768 f.
Ralea, Mihai 532
Rállis, Dimítrios 206, 214, 219 f., 224
Ramadier, Paul 196
Rancans, Jazeps 373
Rangell, Johann Wilhelm 168
Ranghet, Iosif 537
Ranković, Aleksandar 337 f.
Rapacki, Adam 487
Rašín, Alois 685, 702, 704
Rassay, Károly 747, 749, 763, 765
Rates, Carlos 507
Rátz, Jenő 751
Rauch, Djuro 361
Rauch, Levin 361 f., 367
Rauch, Pavao 360, 364
Raulinaitis, Pranas 379
Raventós, Joan 657
Ravesteyn, Willem van 414 f., 422
Rathenau, Walther 87, 135
Rațiu, Ioan 542
Rattazzi, Urbano 293
Rebane, Hans 140
Redmond, John 264, 269, 275
Redmond, William A. 265 ff.
Redondo, Onésimo 647 f.
Rego, Raul 514
Rei, August 142
Reichensperger, Peter 133
Reichwein, Adolf 126
Reimann, Victor 466
Reimann, Villem 143
Reinthaller, Anton 453, 467
Reitzer, Richard 684
Renard, André 16, 28
Renaudel, Pierre 195, 197 f.
Renda, Abdülhalik 727
Renner, Karl 456, 464 f.
Réntis, Konstantínos 215
Révai, József 768
Revazzoli, P. 303
Reverdin, Olivier 616
Reynaud, Paul 188
Ribar, Ivan 340
Ribarac, Stojan 630
Ribeiro, Aquilino 511
Ribeiro, Ernesto Rodolfo Hintze 510
Rice, Liam 267
Richter, Eugen 88 ff., 94, 102, 106 f.
Richter, Ferdinand 691
Richter, Gustav 465
Richthofen, Hartmann Frhr. v. 94
Rickert, Heinrich 89 f., 106, 112, 115
Rieger, František, Ladislav 691
Riego 646
Riehl, Walter 457 f.
Riesgo, Honorio 667
Riesser, Jakob 95, 115
Riesz, Josef 526
Rihtniemi, Juha 160 f.
Río, Cirilo del 656
Ríos, Fernando de los 665
Ripka, Hubert 707
Ristić, Jovan 630
Rivero, Nicolás María 646
Rıza, Ahmet 716
Rjabušinskij, P. P. 554 f.
Rjabušinskij, V. P. 554
Rjutin, M. N. 561
Robledo, Romero 656
Rocard, Michel 197, 199
Rocco, Alfredo 314
Rockingham, Charles Watson Wentworth ohne Seitenzahl
Rodríguez Sahagún, A. 668
Rodzjanko, M. V. 575, 577
Röchling, Hermann 95
Röhm, Ernst 117, 119
Røiseland, Bent 433
Röser, Johann 771
Rogers, William 244
Rogier, Charles 20, 24
Rohde, Ove 57
Rojas-Marcos y de la Viesca, Alejandro 662
Rokossovskij, Konstantin 489
Roland-Holst, Henriette 414 f., 422
Romanones, Conde de 655 f.
Rómas, Alexandros 217
Romein, Jan 414, 417
Romein-Verschoor, Annie 417
Romniceanu, Mihai 535
Romsee, Gerard 19
Romualdi, Pino 308
Rónai, Sándor 770
Rooney, William 277
Rosebery, Lord Archibald Philip Primrose 253
Rosche, Alfred 679, 681
Rosenberg, Alfred 117
Rosenberg, Arthur 110
Rosenberg, Eduard von 372
Rosendahl, Niels Erik 47
Rosenfeld, Kurt 126
Rosetti, Constantin A. 529, 533 f.
Rosetti, Theodor 530
Rossbach, Hans Hammond 433
Rosselli, Carlo 301 f.
Rossi, Ernesto 297, 301, 317
Rost van Tonningen, Meinard Mari 416
Roth, Hans-Otto 526
Roudnický, Z. 710
Rozvan, Eugen 537
Rouvier, Maurice 188
Roy, Henry 186
Rozier, Arthur 181
Rózsa, Ferenc 768
Rubanovič, I. A. 567
Rubial, Ramón 666
Rubinek, Gyula 743
Rubulis, Vladislavs 372
Ruchonnet, Louis 610
Rudas, László 767
Rudzutaks, Jānis 372
Ruggiero, Guido de 306
Ruiz de Alda, Julio 648
Ruiz Giménez, Joaquín 645
Ruiz Zorrilla, Manuel 649, 657, 662
Rumor, Mariano 300
Rundbäck, Jöns 585
Rupert, Rezső 762
Ruseckas, Petras 380
Russell, John 251 f.
Rustemi, Avni 2
Rusu-Sirianu, I. 542
Ruszkay, Jenő 756
Rutha, Heinz 700
Ruttledge, P. J. 276
Rykov, Aleksej Ivanovič 562
Ryssel, Emil 50
Ryti, Risto 161
Rževskij, V. A. 555

Sá Carneiro, F. → Carneiro, Francisco Sá
Saarinen, Aarne 155 f.
Sabahaddin, Prinz 716
Saborit, Andrés 665
Sabunov, Janko 36
Saburov, M. Z. 562
Šachovskoj, D. I. 564
Sachsen-Coburg-Gotha, Prinz Ferdinand von 505
Sagasta, Práxedes Mateo 649, 654 f.
Şaguna, Andreiu 541
Saka, Hasan 721, 727
Sakaroğlu, M. 721
Sakázov, Janko 38
Salazar, Antonio de Oliveira 298, 496, 498, 505, 508, 512
Šalčius, Petras 380
Saldanha, João Carlos 496, 500, 503, 505, 510
Salisbury, Robert Arthur 246 f.
Sallai, Imre 767
Salmerón, Nicolás 646, 670

Salnais, Voldemārs 376
Salomaa, Erkki 155
Salvemini, Gaetano 301 f.
Sampaio, Antonio Rodrigues 510
Sampsón, N. 777
Samuel, Herbert 254
San Savino, Francesco Jacomini di 2
Sănătescu, Constantin 520, 533, 538
Sándor, József 546
Sangnier, Marc 179, 390
Sankey, John 241
Santer, J. 390
Santos, Antonio Machado dos 511
Santos, José Domingues dos 511
Santucci, Carlo 312
Saragat, Giuseppe 309, 311
Sarraut, Albert 187
Sars, Ernst 433
Satır, K. 726
Šaulys, Jurgis 383 f.
Saunderson, Edward James 275
Savary, Alain 178, 197
Savenko, A. I. 571
Savigny, Karl Friedrich von 133
Savinkov, B. V. 568 f.
Savona, Sigismond 398
Savona, William 397
Savornin Lohman, Alexander Frederik de 408, 410 f.
Scavenius, Erik 48, 60
Scelba, Mario 297
Schaack, Jean 392
Schacht, Hjalmar 85 ff.
Schäfer, Hermann 103 f.
Schäffer, Fritz 82 f.
Schaepman, Hermanus Johannes 420 f.
Schärf, Adolf 465
Schaik, Josephus Robertus Hendrikus 424
Schaper B. W. 417
Schaper, Johan Hendrik 422
Schaus, Eugène 391
Schauß, Friedrich von 115
Scheel, Walter 104 f.
Scheflo, Olav Andreas 431
Scheidemann, Philipp 86, 125
Schenck von Stauffenberg, Franz August Frhr. von 89 f., 106, 112, 115
Schermerhorn, Willem 417
Scheu, Andreas 463
Scheu, Josef 463
Scheyven, Raymond 17
Schiele, Martin 81, 98
Schiemann, Paul 372
Schiffer, Eugen 86 f., 104
Schilder, Klaas 420
Schiller, Karl 122
Schiltz, Hugo 27 f.
Schindler, Franz Martin 446 f.
Schirdewan, Karl 130
Schlachat, Roman 371
Schlachta, Margit 740
Schleicher, Kurt von 69, 96, 118 f., 126
Schlüter, Poul 52
Schlumy, Vinzenz 457
Schmerling, Anton von 362, 367
Schmidt, Andreas 526
Schmidt, Gerhard 58
Schmidt, Helmut 127
Schmidt, Jes 58
Schmidt-Elberfeld, Reinhart 107
Schneider, Rudolf 95
Schober, Johann 449, 454
Schönerer, Georg von 442, 450 f., 467, 469 f.
Schönherz, Zoltán 768
Schöppe, Karl 681
Schokking, Jan 410 f.
Scholem, Werner 110
Scholz, Ernst 94 ff.
Schorderet, Joseph 612
Schrader, Karl 89 f., 101 f., 106
Schreiber, Walther 76, 80
Schröder, Gerhard 78
Schryver, August de 17
Schürff, Hans 454
Schürmann, Leo 605
Schulz, Karl 457 f.
Schulze-Delitzsch, Hermann 88, 463
Schumacher, Kurt 126 f.
Schuman, Robert 179, 189
Schuschnigg, Kurt 449 f., 458, 465
Schwarz, Ernst 110
Schwarzenbach, James 616 f.
Schweitzer, J. B. 123
Schwering, Leo 76
Scoccimarro, Mauro 303
Secrétan, Charles 609, 616
Seebohm, Hans-Christoph 91
Seeley, Robert 253
Segers, Paul-Willem 17
Segesser, Philipp Anton von 612
Seiboth, Frank 108
Seidler, Oskar 483
Seipel, Ignaz 448 f., 454, 464
Seliger, Josef 683
Sellier, Henri 198
Selmer, Christian August 432, 437
Sennyey, Pál 733, 752
Šepilov, D. F. 562
Serebrjakov, L. P. 560
Serena, Adelchi 316
Sergej Aleksandrovič, russischer Großfürst 569
Serra, Manuel 514 f.
Serrano, Francisco 646, 649, 655
Serrano Suñer, Ramón 648
Serrati, Giacinto Menotti 303
Servan-Schreiber, Jean-Jacques 186 ff.
Setälä, Eemil Nestor 157, 160
Ševčík, Jan 693
Severing, Carl 125
Şevket, Mahmut Paşa 716
Seyda, Marian 479
Seydewitz, Max 126
Seyß-Inquart, Arthur 458, 466
Sforza, Carlo 307
Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper 255
Shala, Rexhep 4
Shanto, Vasil 4
Shaw, George Bernard 239
Shehu, Mehmet 6 f.
Siántos, Jeórjios 210
Šidlovskij, S. I. 577
Sidor, Karol 699
Sidzikauskas, Vaclovas 380
Siegfredsen, Christian Eckardt 47
Siemens, Georg von 87, 106, 112
Siemens, Werner von 88
Sighele, Scipio 313
Signorile, Claudio 312
Sigsgaard, Erik 55
Sigurhjartarson, Sigfús 289
Šik, Ota 690
Sikkar, Johannes 139, 145
Sikorski, Władysław 485
Šilingas, Stasys 380
Silivrili, K. 721
Sillén, Hugo 587
Silone, Ignazio 303
Silva Muñoz, Federico 670
Silvela, Francisco 656
Sima, Horia 528
Simonen, Aarre 159 f., 166
Simons, John 254
Simonyi, Ernő 760
Simonyi, Lajos 744, 772
Simópulos, Anárjiros 221
Simović, Dušan 334, 345, 349
Simpfendörfer, Wilhelm 84
Simpura, Jorma 155
Šingarev, A. I. 563
Singrós, Andréas 206
Si isalo, Taisto 155 f.
Sipjagin, D. S. 569
Šipov, D. N. 554, 566, 575 f.
Sirola, Yrjö 154
Skalák, Josef 687
Škarda, Václav 685
Skipitis, Rapolas 380
Škirpa, Kazys 386
Sklávenas, Stilianós 214
Skog, Emil 159, 166 f.
Skoropadskij, G. V. 577
Skujenieks, Margers 376
Sladkovský, Karel 685, 692
Slánský, Rudolf 688 ff.
Slavejkov, Petko 31, 39 ff.
Sławek, Walery 482
Sletov, S. N. 567
Sleževičius, Mykolas 385 f.
Śliwiński, Artur 487
Śliwka, K. 694
Šljapnikov, A. M. 559 f.
Šmeral, Bohumil 686 ff., 708 f.
Smetona, Antanas 378, 381 ff., 385
Smirnov, A. P. 561
Smirnov, I. N. 557, 561
Smith, Adam 250
Smodlaka, Josip 323
Smrkovský, Josef 690
Smythe, George 246
Sneevliet, Hank 415
Snellman, Johan Wilhelm 149
Snowden, Philip 241
Soares, Mário 511, 514
Sobolev, Leonid Nikoaevič 40
Sönnichsen, F. 119
Sørensen, Arne 48
Sofianópulos, Ioánnis 204, 229
Sofúlis, Themistoklís 213 f.
Sohm, Rudolph 116
Sokol'nikov, G. Ja. 557
Šola, Atanasije 321
Šolc 692
Sonderegger, Hans Konrad 616
Sonnemann, Leopold 93
Sonnenschein, H. 687
Sorge, Kurt 95
Sorni, José Cristóbal 660
Sorsa, Kalevi 163
Sotirópulos, Sotírios 206
Sousa, José de 507
Sousa, Marcelo Rebelo de 512
Soustelle, Jacques 191
Spaak, Antoinette 19
Spaak, Paul-Henri 14 f., 19
Spadolini, Giovanni 307
Spaho, Mehmed 341 f.
Spann, Othmar 446, 700
Špatný, Emil 706
Spiegel, Ludwig 679
Spiekman, Hendrik 422
Spina, Franz 678, 701
Spindler, August 141
Spinelli, Altiero 297
Spinola, Antonio de 501, 509, 514
Spiridonova, M. A. 566
Spiru, Nako 6
Spoo, C. M. 392
Šrámek, Jan 710 ff.
Šrobár, Vavro 697
Srškić, Milan 321, 342
Staaff, Karl 595
Staalman, A. P. 408
Stachovič, M. A. 566, 575 f.
Stack, Austin 269
Stadler, Josip 321
Stämpfli, Jakob 610
Stafa, Qemal 4, 6
Ståhlberg, Kaarlo Juho 157 f.
Stalin, Iosif Vissarionovič 35, 49, 110, 128, 154, 182 f., 335, 337 f., 372, 479, 539, 557, 559 ff., 618, 689 f.
Stålsett, Gunnar 440
Stambolijski, Aleksandăr 36 f., 40
Stambolov, Stefan 31, 40 ff.
Stampfer, Friedrich 122
Stang, Emil (1834–1902) 437 f.
Stang, Emil (1882–1964) 435
Stang, Frederik 438

Stanley, Edward → Derby, E. G. S., Earl of
Stanojević, Aca 342 f.
Stapiński, Jan 490
Starace, Achille 316
Starčević, Ante 363 f., 366
Starčević, David 366
Starčević, Mile 364, 366
Starcke, Carl Nicolai 49
Starhemberg, Ernst Rüdiger 449, 455
Starke, Heinz 105
Stasjulevič, M. M. 565
Šťastný, Adolf 694 f.
Stauffenberg, Claus Schenck Graf von 126
Staugaitis, Jonas 386
Stauning, Thorvald 59 f.
Stauß, Emil Georg von 95
Stavrópulos, Stávros 221
Steck, Albert 621, 623
Steele, David 254
Steen, Johannes Vilhelm 432
Steen, Reiulf 436
Steenberghe, Maximilien Paul 413
Steenholdt, Otto 66
Ştefanescu, Traian 540
Štefánik, Milan Rastislav 672
Stefanópulos, Stéfanos 208, 213, 216, 232 f.
Štefanov, Boris 537, 544
Štefanski, Alexander 537
Stefánsson, Stefán Jóhann 287 ff.
Steger, Norbert 453
Stegerwald, Adam 135
Steinacker, Edmund 771
Steinhardt, Karl 455
Steinwender, Otto 450 f., 469
Štejnberg, I. Z. 566
Steinacker, Roland 686
Steinhübel, Josef 682
Stelescu, Mihai 527
Steltzer, Theodor 76
Stenbäck, Pär 163
Stenzel, Alois 681
Sterck, Frans 16
Stere, Constantin 522 ff., 532, 534, 536, 542
Sterky, Fredrik 588, 590
Stetter, Ib 52
Stewart, W. J. 276
Stikker, Dirk U. 424
Stinnes, Hugo 94 f.
Stirbey, Barbu 532
Stoecker, Adolf 81 f., 97, 736
Stoecker, Walter 132
Støstad, Sverre Kornelius 431
Stoica 540
Stoilov, Konstantin 31, 39, 42
Stojadinović, Milan 342, 345, 348 f., 352
Stojanović, Ljubo 343, 636
Stojanović, Velja 634 f.
Stolypin, Petr Arkad'evič 551, 556, 576
Stoupal, Viktor 701
Straffner, Sepp 454
Strandman, Otto 141
Stránský, Jaroslav 704, 707
Strasser, Gregor 101, 117 f., 457
Strasser, Otto 117, 684
Strátos, Nikólaos 202, 225
Straucher, Benno 529
Strauß, Franz Josef 78 f., 83 f., 105
Streel, José 26
Streeruwitz, Ernst 449
Streicher, Julius 117
Stresemann, Gustav 73, 86 f., 94 f., 114 ff., 135
Stříbrný, Jiří 691, 704, 706
Strickland, Gerald 399
Strickland, Mabel 399
Ström, Fredrik 586 f.
Strohal, Emil 451
Strossmayer, Josip Juraj 361, 366
Struve, Petr Berugardovič 563
Stučka, Peteris 372 f.
Stüber, Fritz 467
Stündt, Otto 87
Stürgkh, Karl von 464
Stulginskis, Aleksandras 380, 382
Štur, Ludovít 672, 697
Sturdza, Dimitrie A. 534
Sturdza, Mihai 528
Sturzo, Luigi 312 f., 781
Suárez, Adolfo 667 f.
Šubašić, Ivan 337
Šubinskoj, N. P. 577
Suchenwirth, R. 458
Südekum, Albert 125
Sükan, F. 722
Suits, Gustav 143
Sukneličius, Petras 385
Sukselainen, Väinö Johannes 167
Šul'gin, V. V. 552, 571
Sulyok, Dezső 765 f.
Sungur, C. 728
Suolahti, Hugo 160
Suominen, I. 161
Supilo, Franco 323, 360
Suslov, Mihail Andreevič 563
Šušteršič, Ivan 326 f., 351
Švehla, Antonín 678, 680, 694 ff., 711
Sveinsson, Benedikt 285 f.
Svento, Reinhold 155
Sverdlov, Ja. M. 560
Sverdrup, Jakob Liv 431, 438
Svinhufvud, Pehr Evind 157 f., 170 f.
Svoboda, J. E. 702
Svoboda, Ludvík 690
Svólos, Aléxandros 205, 227
Sycjanko, A. O. 567
Syrcov, S. I. 561
Syrový, Jan 697
Szabó, Pál 748
Szabó, Nagyatádi, István 741, 743, 762
Szacsvay, Imre 756
Szakasits, Árpád 758, 768 ff.
Szalai, András 769
Szálasi, Ferenc 734, 750 f., 755 f.
Szamuely, Tibor 767
Szapáry, Gyula 744
Szapáry, Pál 742
Szappanos, István 761
Széchen, Antal 742
Szeder, Ferenc 758
Szederkényi, Nándor 761
Szélig, Imre 758
Széll, Kálmán 742, 744 f., 749
Szemere, Bertalan 751
Szende, Pál 766
Szentiványi, Árpád 749
Szentiványi, József 712
Szentiványi, Károly 739
Szent-Iványi, Sándor 737
Szerényi, Sándor 768
Szijj, Bálint 762
Szilágyi, Dezső 744, 772
Szőnyi, Tibor 769
Szontágh, Pál (Liberale Partei) 744
Szontágh, Pál (Vereinigte Opposition) 772
Sztójay, Döme 754
Sztranyavszky, Sándor 754
Szüllö, Geza 679

Taaffe, Eduard 323, 325
Tahtakılıç, Ahmet 725
Tak van Poortvliet, Johannes Pieter 408, 415
Takki, Uuno 166
Talas, Cahit 725
Talât Pascha, Mehmed 716
Tambroni, Fernando 300, 308
Tamm, Hugo 582
Tanassi, Mario 309
Tanner, Väinö 154, 159, 165 ff., 169
Tarchiani, Alberto 301
Tarjanne, Pekka 158
Tarradellas, Josep 645, 662
Tartsay, Vilmos 763
Tasca, Angelo 302
Tăslăoanu, Octavian 548
Tasnádi Nagy, András 754
Tătărescu, Gheorghe 528, 535
Taub, Siegfried 683
Taus, Josef 460
Tavčar, Ivan 325 f.
Teemant, Jaan 139 f.
Teitgen, Pierre Henri 189
Teixeira, Blanqui 509
Teleki, Béla 757
Teleki, Géza 737
Teleki, László 745, 751
Teleki, Pál 738, 743, 752 ff., 755, 763
Teles, Basilio 509 f.
Teles, José Manuel Galvão 499
Tell, Christian 533
Tengarrinha, José 508
Teodorov, Teodor 43
Terboven, Josef 434
Terlouw, J. 412
Terracini, Umberto 302 ff.
Teszárszi, Károly 757
Thadden, Adolf von 112
Thälmann, Ernst 110
Thatcher, Margaret H. 249
Théos, Kóstas 210
Theotókis, Jeórjios 219 f.
Theotókis, John 213, 221, 225, 232
Theotókis, Nikólaos 202
Theotókis, Spíros 216, 228 f.
Thestrup, Knud 52
Thiel, Otto 94
Thielen, Friedrich 112
Thilmany, Jean 392
Thomas, James Henry 241
Thomsen, Valdemar 47
Thorbecke, Johan Rudolf 404, 415
Thorez, Maurice 182 ff.
Þórhallsson, Tryggvi 282 f.
Þorláksson, Jón 286
Þorláksson, Ottó N. 287
Thorn, Gaston 391
Thoroddsen, Skúli 281 f., 285
Thorpe, Jeremy 254
Thors, Ólafur 286 f., 289
Þorsteinsson, Hannes 284 f.
Thüngen, Karl Heinz Frhr. v. 74
Thun, Leo Graf 447
Tief, Otto 139, 145
Tierney, Michael 273
Tierno Galván, Enrique 663, 666
Tijn, B. van 418
Tilanus, Arnold Dirk 411
Tildy, Zoltán 762 ff., 769
Tindemans, Leo 12, 18 f., 28
Tinzl, Karl 317
Tiso, Jozef 699
Tisza, István 733, 742, 745, 747 ff., 772
Tisza, Kálmán 733, 744 ff.
Tito (Broz, Josip) 4, 335 ff.
Titulescu, N. 529
Tizengauzen, V. A. 567
Tobler, János 737
Tobolka, Zdeněk 685
Todorović, Mihailo 337
Törköly, József 712
Törngren, Ralf 162
Togliatti, Palmiro 302 ff.
Tokoi, Oskari 154, 164 f.
Toliušis, Zigmas 386
Tolmačev, V. N. 561
Tomašić, Nikola 360
Tomić, Jaša 328
Tomjanović, Lazar 401
Tončev, Dimităr 39, 42
Tonkman, Kustas 145
Tönisson, Jaan 143 ff.
Topalović, Živko 336, 353
Toptari, Esad Pascha 2
Torp, Oscar 435 f.
Traedal, Nils 440
Tranmael, Martin Olsen 435 f.

Trasuns, Francis 370
Trčka, M. 702
Treichler, Johann Jakob 622
Treitschke, Heinrich von 115
Tremelloni, Roberto 309
Tresso, P. 303
Tret'jakov, S. N. 554
Treub, Marie Willem 416
Trevelyan, Charles Philips 241
Treves, Claudio 311
Treves, Paolo 309
Treviranus, Gottfried 99, 132 f.
Trías Fargas, Ramón 645
Trier, Gerson 59
Trifković, Marko 349
Triginer, José María 657
Trikúpis, Charílaos 206, 212, 224 f., 228, 232
Trikúpis, Spirídon 206, 216
Trimakas, Dionyzas 380
Tripalo, Mika 338
Trockij, Lev Davidovič 34, 415, 557, 559 ff., 573
Troelstra, Pieter Jelles 422 f.
Trombitas, A. 542
Trubeckoj, S. N. 554, 566
Trumbić, Ante 323, 346, 351
Trutovskij 566
Trygger, Ernst 583
Tsaldáris, Konstantínos 231
Tsaldáris, Panajís 217, 231 f.
Tsirimókos, Ilías 227 f.
Tsuderós, Emmanuíl 208, 214 f.
Tūbelis, Juozas 381 f.
Tučapskij, P. L. 571
Tumenas, Antanas 383
Tuominen, Arvo 154
Turati, Augusto 316
Turati, Filippo 309 ff.
Turkovasílis, Theódoros 229
Tucović, Dimitrije 635
Türkeş, Alpaslan 724 f.
Türkler, K. 729
Tuka, Vojtěch 698 f.
Tulenheimo, Antti 160
Tuma, Henrik 326
Tumas-Vaižgantas, Juozas 384
Tusar, Vlastimil 696, 709

Ubierna, Antonio 644
Udržal, František 696, 709
Ürgüplü, Suat Hayri 723
Ugron, Gábor (1847–1911) 746, 760 f.
Ugron, Gábor (1880–1960) 747
Ugron, István 546 f.
Uhlarik, J. 697
Ujházy, László 756
Ulain, Ferenc 766
Ulbricht, Walter 81, 130 f.
Ullsten, Ola 596
Ulmanis, Kārlis 370 f., 374, 376
Uluots, Jüri 140
Unruh, Hans Victor von 88, 114 f.
Uribe, Vicente 653
Ursin, Josef 454
Ustinov, G. 567
Uyl, Johannes Marten den 408, 410 ff., 418 f.
Uzunović, Nikola 342, 349, 352

Vági, István 758, 768
Vágó, Béla 758, 767
Vaida-Voevod, Alexandru 527, 532, 535 f., 542 f.
Vaillant, Édouard 191, 197
Vajtauer, Emanuel 687
Vakmann, Rudolf 144
Valdimarsson, Hannibal 288 ff.
Valdimarsson, Héðinn 288 f.
Văleanu, Gh. 548
Valera, Eamon de 258, 262, 266 f., 269 ff., 274
Valiani, Leo 297, 317
Valiūnas, Kestutis 380
Valters, Mikelis 369
Vanaudenhove, Omer 25 f.
Vandervelde, Emile 12 ff.
Vannovskij, A. A. 571
Várady, Gábor 746
Vares-Barbarus, Johannes 144
Varga, Béla 764
Varga, Jenö 768
Várkonyi, István 757, 759
Varock, Victor 15
Vas, Zoltan 768
Vásáry, István 765
Vasiljević, Alimpije 629
Vasvári, Pál 756
Vaugoin, Karl 449
Vay, László 754
Vázquez de Mella, J. 651
Vázsonyi, János 747
Vázsonyi, Vilmos 746 f., 762
Vecchi, Ferruccio 314
Vecchietti, Tullio 311
Vegt, H. J. van der 422
Veiram, Rudolf 143
Velčev, Damjan 44
Velimirović, Vera 631
Veljković, Vojislav 629 f.
Venizélos, Eleftherios 202, 205, 207, 213 f., 220 ff., 231 f.
Venizélos, Sofoklís 205, 212 f., 223 f., 233
Vennamo, Veiko 152 f., 172
Vennerström, Ivar 586 f.
Ventosa y Calvell, Juan 659
Veraart, Johannes Antonius 421
Verdet, Ilie 540
Verdier, Robert 178
Veres, Péter 748, 770
Verfeuil, Raoul 198
Verhaegen, Arthur 21
Verhaegen, Theodor 24
Vērlaci, Shefquet 2
Veselý, František 706
Vesmanis, Fridrichs 375 f.
Vesnić, Milenko 336, 339
Vestel, Georg 140
Vicento, Arlindo 508
Vidussoni, Aldo 316
Vigdorčik, N. A. 571
Viktor Emanuel III., italienischer König 315
Viktoria, Königin von Großbritannien 246
Vilar, Eduino 504
Vilder, Većeslav 350
Vileišis, Jonas 383, 386
Villalonga, Ignacio 667
Vilms, Jüri 141
Vinjau, Stavro 4
Vincke, Georg Ernst Friedrich von 89
Violette, Maurice 189
Virchow, Rudolf 88 ff.
Virolainen, Johannes 172
Visentini, Bruno 307
Višinskis, Povilas 383
Visser, Louis de 415
Vitte, Sergej Jul'evič 549
Vizsolyi, Gusztáv 744
Vjazigin 571
Vlajkov, Todor 43
Vliegen, Hubert 422
Vögler, Albert 95
Völk, Joseph 115
Vogel, P. 94
Vogelsang, Karl von 446 f.
Vogt, Hersleb 437
Voinea, Şerban 544
Voitec, Ştefan 545
Voldemaras, Augustinas 378, 380 f., 384
Volders, Jan 12
Volk-Karačaevskij, V. V. 577
Vollmar, Georg von 124
Vološin, Augustin 679
Vončina, Ivan 365
Vonwyl, Hans 611
Vorošilov, Kliment Evremovič 562 f.
Vos, Herman de 20
Voss, Augusts 374
Vostorgov, I. I. 570
Vrbenský, Bohuslav 699 f., 706
Vries, Axel de 141
Vukićević, Velimir (Velja) 340 f., 349, 352
Vúlgaris, Dimítrios 205, 223 f., 228, 232
Vyšinskij, Andrej Januarevič 575

Waber, Leopold 454
Wagenaar, Gerben 415
Wagner, Adolf 81
Wagner, Antal 738
Wahlen, Friedrich Traugott 621
Wahrmann, Mór 744
Wakefield, Edward Gibbon 251
Waldeck, Benedikt Franz Leo 88
Waldeck Rochet, Emile 184
Wallbaum, Wilhelm 98
Walpole, Robert 256
Walther, Heinrich 604
Waltzer, Pentti 160
Warski, A. → Warszawski, A.
Warszawski, Adolf 478
Webb, Sidney 238
Weber, Alfred 85 f.
Weber, Batty 390
Weber, Max 116, 625
Wedgewood, Josiah 241
Wehgartner, Robert 76
Wehner, Herbert 127
Weinberger, Lois 459
Weinstein, A. 554
Wekerle, Sándor 742, 744, 747, 761, 772
Wellesley, Arthur → Wellington, A. W., Duke of
Wels, Otto 126
Welter, Charles Joseph 413
Welter, Michel 392
Weltner, Jakab 757
Wengrovius, Victor 499
Werner, Ferdinand 98, 101
Werner, Lars 588
Werner, P. 390
Westarp, Kuno Graf von 98 f., 133
Westerholm, Raino 151
Weyer, Willi 104
Wiegel, Hans 425
Wiemer, Otto 95, 101 f., 107 f.
Wigforss, Ernst 592
Wigny, Pierre 17
Wiik, Karl H. 166, 168 f.
Wijnkoop, David 414 f., 422
Wikborg, Erling 430
Wildermuth, Eberhard 104
Wilhelm I., König der Niederlande 9, 403
Wilhelm II., deutscher Kaiser 135
Wilke, Friedrich 91
Williams, Shirley 244
Wilson, Harold 243
Wilson, Woodrow 240, 258
Windischgrätz, Alfred 326, 469
Windthorst, Ludwig 133 f.
Winkler, Franz 457
Winqvist, B. 160
Wirth, Joseph 86 f., 95, 135
Withalm, Hermann 460
Witos, Wincenty 476, 480, 491 f., 494
Woeste, Charles 17, 20
Wojciechowski, Stanisław 485
Wolczynski, Ion 524
Wolf, Karl Hermann 451
Wolf, Leon 693 f.
Wolf, Wilhelm 80
Wolff, Karl 525
Wolff, Károly 737
Wolff, Salomon de 417 f.
Wolff, Theodor 85, 87

Wollweber, Ernst 130
Worm-Müller, Jacob Stenersen 433
Wright, H. von 164
Wuori, Eero A. 166
Wyszyński, Stefan 490

Xeni, C. 529
Xoxe, Koçi 6 f.
Xoxi, Niko 5

Yalçın, A. 723, 725
Yčas, Martynas 380, 384
Yeats, William Butler 268
Yıldız, S. 729
Yrjö-Koskinen, Aarno 151

Zabala, Angel 644
Zabala, José María 650
Zaccagnini, Benigno 300 f.
Zachariádis, Níkos 209 ff.
Zahle, Carl Theodor 54, 57, 59
Zaímis, Aléxandros 221, 232
Zaímis, Andréas 206
Zaímis, Thrasívulos 224, 232
Zaisser, Wilhelm 130
Zajicek, Erwin 680
Zaks, G. D. 567
Zālītis, Jānis 370
Zandt, P. 420
Zanone, Valerio 307
Zápotocký, Antonín 689 f., 709
Zasulič, Vera Ivanovna 572 f.
Zavalani, Tajar 4
Zavitziános, Konstantínos 208
Žay, Jean 187
Ždanov, Andrej Aleksandrovič 154, 562
Zeeland, Paul van 14, 27
Zeeuw, Dick de 413
Zelle, Robert 90, 107
Zemp, Joseph 613, 619
Zemgals, Gustavs 371
Zenha, Francisco Salgado 514
Zenon, Bernard 392
Zerbe, Emil 483
Zérvas, Napoléon 217
Zetkin, Clara 124 f., 391
Zichy, Aladár 742
Zichy, János 737, 742
Zichy, Ladomér 736
Zichy, Nándor 741 f.
Žilinskas, Aleksandras 381
Žilkin, I.V. 555
Zimmermann, Oswald 92, 100
Zinov'ev, Grigorij Evseevíc 435, 557, 560 f.
Žitlovskij, Ch. O. 567
Živkov, Todor 35
Živković, Ljubomir 636
Živković, Petar 342, 349, 352
Zoglmann, Siegfried 105
Zográfos, Zísis 211
Zogu, Ahmed 2 ff.
Zoli, Adone 308
Zorlu, Fatin Rüştü 721
Zsedényi, Béla 736
Zsilinszky s. Bajcsy-Zsilinszky
Žujović, Jovan 636
Zur Mühlen, Victor von 141
Žygelis, Balys 386
Zyromski, Jean 195

LEXIKON DER DEUTSCHEN GESCHICHTE
Personen. Ereignisse. Institutionen.
Hg. Dr. Gerhard Taddey.

Reinhart Beck
SACHWÖRTERBUCH DER POLITIK

Erich Bayer
WÖRTERBUCH ZUR GESCHICHTE
Begriffe und Fachausdrücke.

Wilhelm Treue
DEUTSCHE GESCHICHTE
Von den Anfängen bis zur Gegenwart.

Kurt Kluxen
GESCHICHTE ENGLANDS
Von den Anfängen bis zur Gegenwart.

James C. Beckett
GESCHICHTE IRLANDS

Eino Jutikkala
GESCHICHTE FINNLANDS

Günther Stökl
RUSSISCHE GESCHICHTE
Von den Anfängen bis zur Gegenwart.

Georg von Rauch
GESCHICHTE DER SOWJETUNION

DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND
Hg. Prof. Dr. Ingo von Münch
Bd. I: 1941–1967.
Bd. II: 1968–1975.

HANDBUCH DER HISTORISCHEN STÄTTEN
DEUTSCHLAND:
14 Bände für das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937.

ÖSTERREICH:
2 Bände für das Gebiet Österreichs in den Grenzen von 1918 mit Südtirol.